

# Regionalplan Bodensee- Oberschwaben

## Teilregionalplan Energie 2025 (Entwurf zum Satzungsbeschluss)

Kapitel 4.2 des Regionalplans  
sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (1.1, 3.1,  
3.2, 3.3)

### Behandlung der Anregungen aus dem 2. Beteiligungsverfahren

gem. § 9 Abs. 2 u. 3 ROG i.V.m. § 12 Abs. 2, 3, 4 u. 5  
LplG

Synoptische Darstellung der Anregungen der Träger  
öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit sowie der  
Abwägungsergebnisse gemäß den Beratungen im  
Planungsausschuss am 17.09.2025 und in der  
Verbandsversammlung am 26.09.2025

September 2025

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben  
Hirschgraben 2 - 88214 Ravensburg  
fon +49 751 36354-0 - email [info@rvbo.de](mailto:info@rvbo.de)  
web [www.rvbo.de](http://www.rvbo.de) - [www.rvbo-energie.de](http://www.rvbo-energie.de)



## Inhaltsverzeichnis

Präambel zur Synopse.....	5
Hinweise zur Nutzung der Synopse .....	6
Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik .....	6
Anlagen zur Synopse.....	7
Kurzlisten der Träger öffentlicher Belange / Öffentlichkeit .....	8
Liste (Langform) der Träger öffentlicher Belange mit Stellungnahmen .....	9
Flächenkulissen Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik .....	12
RVBO-ID I-III - Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange.....	19
RVBO-ID IV - Stellungnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung.....	565



## **Präambel zur Synopse**

Im Rahmen des 2. Anhörungsverfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie 2025 bestand vom 09.04.2025 bis einschließlich 10.06.2025 für Träger öffentlicher Belange und vom 09.04.2025 bis einschließlich 09.05.2025 für die Öffentlichkeit die Möglichkeit, zum Planentwurf Stellung zu nehmen. Es sind rund 705 Stellungnahmen eingegangen, davon rund 121 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange und rund 584 Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit. Unterschriftenlisten wurden dabei jeweils als eine Stellungnahme gezählt, sodass die Anzahl der Stellungnehmer höher sein kann. Die Verbandsverwaltung hat sich mit den Stellungnahmen und den darin enthaltenen Anregungen, Hinweisen und Bedenken auseinandergesetzt. Jede (Teil-)Stellungnahme wurde mit einer Abwägung und - außer bei reinen Kenntnismächtigungen - mit einer Erläuterung zur Abwägung versehen.

In der nachfolgenden Zusammenstellung (Synopse) finden sich die Einwände aus den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange bzw. die Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit und die Abwägungen sowie die Erläuterungen zu den Abwägungen.

**Zusätzlich zu den in der Synopse enthaltenen Erläuterungen zu den Abwägungen wird auf die Planunterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie und die Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage sowie die Synopse inkl. Anlagen der Stellungnahmen zur 1. Offenlage verwiesen:**

- Textteil inkl. Plansätze und Begründung sowie Kriterienkataloge und Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss
- Raumnutzungskarte, Entwurf zum Satzungsbeschluss
- Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie – enthalten in der Begründung zu Plansatz 4.2.1 des o.g. Textteils
- Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik – enthalten in der Begründung zu Plansatz 4.2.3 des o.g. Textteils
- Umweltbericht inkl. Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung, Entwurf zum Satzungsbeschluss
- Weitere zweckdienliche Unterlagen (bereitgestellt zur 2. Offenlage)  
(<https://www.rvbo-energie.de/media/pages/home/4f7c41569e-1744131335/zweckdienliche-unterlagen-geb.zip>)
- Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage mit einer Zusammenstellung von häufig vorgebrachten Einwänden aus der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Erläuterungen zum Umgang mit diesen Einwänden.
- Synopse zur 1. Offenlage für die Fälle, in denen in der Synopse zur 2. Offenlage auf Abwägungen (sog. BE IDs) aus der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen wird  
([https://www.rvbo-energie.de/media/pages/home/fc65852793-1744874217/14\\_trp-e\\_rvbo\\_synopse\\_anhoerung2024-neu.pdf](https://www.rvbo-energie.de/media/pages/home/fc65852793-1744874217/14_trp-e_rvbo_synopse_anhoerung2024-neu.pdf))
- Punktuell überarbeitete Anlagen zur Synopse zur 1. Offenlage

## Hinweise zur Nutzung der Synopse

Die Synopse ist nach der sogenannten RVBO-ID sortiert. Jeder Einwender hat eine dieser IDs zugewiesen bekommen (s. nachfolgende Seiten). Neben dem Auffinden von Stellungnahmen über diese Sortierung besteht zudem die Möglichkeit über die Suchfunktion des PDF-Readers beispielsweise nach Gebietskennziffern (z.B. WEA-435-001), Themenbereichen (z.B. Siedlungsabstand, Naturschutz) oder Namen (z.B. Gemeindenamen, Teilräume der Region) zu suchen. Darüber hinaus sind häufig oder mehrfach vorgebrachte Einwendungen zu einzelnen Gebieten, Themen oder Teilräumen etc. in den Anlagen zur Synopse zusammengefasst (s. nachfolgende Seiten).

Bei Verweisen zu zweckdienlichen Unterlagen oder zur Synopse zur 1. Offenlage sind diese Dokumente unter den o.a. links zu finden.

Vorranggebiete Windenergie die gegenüber dem Anhörungsentwurf zur zweiten Offenlage reduziert wurden, werden in der Synopse, inkl. Anlagen, mit der ID und der Bezeichnung des Anhörungsentwurfs zur zweiten Offenlage genannt. Im Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie sowie des Umweltberichts ist bei diesen reduzierten Vorranggebieten zur eindeutigen Kennzeichnung sowohl die ID als auch die Bezeichnung folgendermaßen angepasst worden.

ID / Bezeichnung Anhörungsentwurf 2. Offenlage und Synopse, inkl. Anlagen zur 2. Offenlage	ID / Bezeichnung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie und Umweltbericht
WEA-436-010 Altdorfer Wald-Süd	WEA-436-010_1 Altdorfer Wald-Süd_1
WEA-437-020 Inneringen-Nordost	WEA-437-020_1 Inneringen-Nordost_1

## Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik

Im Rahmen der Beteiligungsverfahren zu den Planentwürfen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik sind regelmäßig Hinweise eingegangen, die auf Ebene der regionalplanerischen Sicherung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik nach Einschätzung des RVBO als nicht einschlägig zu beurteilen sind (z.B. Erfordernis von Blendgutachten, Artkartierungen), sondern erst auf der konkreten Ebene des Vorhabens berücksichtigt werden können, nämlich dann, wenn erstmals Anlagenparameter, Ausrichtung der Module etc. bekannt werden.

Nach der Novellierung der Landesbauordnung (LBO) sind Anlagen der Nutzung solarer Strahlenenergie nunmehr verfahrensfrei nach § 50 Abs. 1 i.V.m. Nr. 3c) der Anlage 1 zu § 50 Abs. 1 LBO. Mit der Verfahrensfreiheit von Freiflächenphotovoltaikanlagen entfällt mindestens die nachfolgende Genehmigungsebene. Die kommunale Bauleitplanung kann in den Fällen als Adressat der o.g. Hinweise verbleiben, in denen es sich nicht um baurechtlich im Außenbereich privilegierte Vorhaben handelt – also die Fälle, in denen die Aufstellung eines Bebauungsplans obligatorisch bleibt. Für diejenigen Fälle jedoch, die nach (§ 35 Abs. 1 Nr. 8 b) Baugesetzbuch (BauGB) baurechtlich privilegiert sind, entfällt nicht nur die Genehmigungs- sondern auch die Ebene der Bauleitplanung. Auch bei den im Außenbereich privilegierten Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die verfahrensfrei sind, bleibt die Pflicht zur Gewährleistung, dass öffentliche Belange dem Vorhaben nicht entgegenstehen. Aus Sicht des RVBO wird diese Pflicht bei Verfahrensfreiheit auf den Vorhabenträger übertragen.

Daher gilt für die o.g. Hinweise, die auf regionalplanerischer Ebene nicht einschlägig beurteilt werden können, das Folgende:

Freiflächensolaranlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt. Diese sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der

zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die konkrete Ausgestaltung und technische Abstimmung erfolgt im Rahmen der Vorhabenplanung auf der nachgelagerten Ebene. Auch bei verfahrensfreien Vorhaben verbleibt die Verantwortung bei den Vorhabenträgern, die Einhaltung aller einschlägigen öffentlich-rechtlichen Anforderungen eigenverantwortlich zu prüfen und sicherzustellen. Der Vorhabenträger ist bei verfahrensfreien Vorhaben dafür verantwortlich, sämtlichen einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften zu entsprechen und ggf. erforderliche fachrechtliche Genehmigungen etc. einzuholen.

### Anlagen zur Synopse

Die Anlagen zur Synopse enthalten Abwägungen zu häufig eingegangenen Anregungen. In der Synopse erfolgt dann ein Verweis auf die betreffende Anlage. Bei Verweisen zu zweckdienlichen Unterlagen oder zur Synopse zur 1. Offenlage sind diese Dokumente unter den o.a. links zu finden.

<b>Punktuell überarbeitete Anlagen zur Synopse 1. Offenlage</b>	
<b>Nr.</b>	<b>Anlage</b>
A	Allgemeine Anregungen zum Teilregionalplan Energie und zum Planungsverfahren
B1	Vorranggebiete Windenergie - nicht gebietsbezogene und allgemeine Anregungen
B2	Vorranggebiete Windenergie - Grundwasserschutz und Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen
B3	Vorranggebiete Windenergie - Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz
B4	Vorranggebiete Windenergie - häufige Anregungen zu einzelnen Vorranggebieten und teilträumliche Anregungen
C1	Vorbehaltsgebiete Photovoltaik - nicht gebietsbezogene und allgemeine Anregungen
C2	Vorbehaltsgebiete Photovoltaik - Begründung der Änderungen an der Flächenkulisse der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik und teilträumliche Anregungen

<b>Anlagen zur Synopse 2. Offenlage</b>	
<b>Nr.</b>	<b>Anlage</b>
D	Allgemeine Anregungen zum Teilregionalplan Energie, zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren
E.1	Vorranggebiete Windenergie - nicht gebietsbezogene und allgemeine Anregungen
E.2	Windleistungsdichte
E.3	Vorranggebiete Windenergie - häufige Anregungen zu einzelnen Vorranggebieten und teilträumliche Anregungen
F	Häufige Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik im Raum Leibertingen

## Kurzlisten der Träger öffentlicher Belange / Öffentlichkeit

<b>RVBO-ID:</b>	<b>Stelle - Stellungnahme</b>
<b>I-III</b>	<b>Träger öffentlicher Belange</b>
I.xxx	Raumordnungs- und Landesplanungsbehörden
II.xxx	Städte und Gemeinden (in der Region)
II.xxxx	Städte und Gemeinden (an die Region angrenzend)
II.2xx	Träger der Bauleitplanung: GVV und VG
II.3xx	Landkreise
II.4xx	Träger der Regionalplanung
II.5xx	Andere öffentliche Stellen
II.6xx	Personen des Privatrechts gem. § 4 Abs. 3 LplG
II.7xx	Nachbarstaaten nach § 10 Abs. 2 ROG
II.8xx	Anerkannte Naturschutzvereinigungen (§ 12 Abs. 2 LplG)
III.xxx	Verbände und Vereinigungen
<b>IV.</b>	<b>Stellungnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>
IV.1x.xxx	Individuelle Stellungnahmen



### Liste (Langform) der Träger öffentlicher Belange mit Stellungnahmen

RVBO-ID	Träger öffentlicher Belange
I.000	Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg - Oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde
I.001	Regierungspräsidium Tübingen - Höhere Raumordnungsbehörde -
II.1002	Gemeinde Wasserburg
II.1003	Stadt Memmingen
II.1004	Stadt Lindau
II.101	Gemeinde Aichstetten
II.1023	Stadt Albstadt
II.1027	Stadt Bad Schussenried
II.1029	Gemeinde Eberhardzell
II.103	Gemeinde Altshausen
II.1032	RA Menold Bezler - Gemeinde Langenenslingen
II.1034	Gemeinde Rot an der Rot
II.104	Gemeinde Amtzell
II.1047	Markt Altusried
II.105	Gemeinde Argenbühl, Eisenharz
II.106	RA Birk und Partner / Gemeinde Baienfurt
II.109	RA Brauns / Gemeinde Bergatreute
II.110	Gemeinde Bermatingen
II.122	Gemeinde Frickingen
II.127	Gemeinde Heiligenberg
II.132	Gemeinde Hoßkirch
II.136	Gemeinde Kißlegg
II.139	Gemeinde Kressbronn
II.141	Gemeinde Leibertingen
II.142	Gemeinde Meckenbeuren
II.145	Gemeinde Oberteuringen
II.146	RA Baumann / Gemeinde Ostrach
II.147	Gemeinde Owingen
II.159	Gemeinde Vogt
II.160	RA Armin Brauns - Gemeinde Wald
II.161	Gemeinde Waldburg
II.165	Stadt Aulendorf
II.167	Stadt Bad Waldsee
II.168	Stadt Bad Wurzach
II.169	Stadt Friedrichshafen
II.170	Stadt Gammertingen
II.170_1	Ortschaftsrat Kettenacker
II.171	Stadt Hettingen
II.172	Stadt Isny
II.172_1	Stadt Isny - Ortschaftsrat Beuren
II.173	Stadt Leutkirch
II.174	Stadt Markdorf
II.178	Stadt Pfullendorf
II.184	Stadt Veringenstadt
II.185	Stadt Wangen
II.300	Landratsamt Bodenseekreis

<b>RVBO-ID</b>	<b>Träger öffentlicher Belange</b>
II.301	Landratsamt Ravensburg
II.302	Landratsamt Sigmaringen
II.303	Landratsamt Alb-Donau-Kreis
II.305	Landratsamt Konstanz
II.308	Landratsamt Unterallgäu
II.309	Landratsamt Zollernalbkreis
II.311	Landratsamt Tuttlingen
II.400	Regionalverband Hochrhein-Bodensee
II.401	Regionalverband Donau-Iller
II.402	Regionalverband Neckar-Alb
II.403	Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg
II.404	Regionalverband Nordschwarzwald
II.409	Verband Region Südlicher Oberrhein
II.410	Verband Region Rhein-Neckar
II.412	Regionaler Planungsverband Allgäu
II.413	Regierung von Oberbayern
II.500	Ministerium des Inneren für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg
II.505	Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg
II.508-2	Regierungspräsidium Stuttgart
II.508-4	Regierungspräsidium Freiburg
II.509	Regierungspräsidium Freiburg - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau
II.510	Regierungspräsidium Stuttgart - Ref. 46.2 (Luftverkehr)
II.519	Handwerkskammer Ulm
II.521	Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart
II.527	Vermögen und Bau Baden-Württemberg
II.530	Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg
II.532	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt
II.569	Nationalpark Schwarzwald
II.572	Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg
II.573	Polizeipräsidium Ravensburg
II.575	Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat - Referat HIII 2 - Raumordnungsrecht, Raumordnungsplanung -
II.580	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
II.586	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
II.588	Eisenbahn-Bundesamt
II.594	Deutscher Wetterdienst - Verwaltungsbereich Süd
II.595	Generaldirektion Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes
II.599	Fernstraßen-Bundesamt, Referat S1 - Straßenrecht/Straßenverkehrsrecht -
II.600	Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
II.612	Deutsche Bahn AG
II.613	Deutsche Flugsicherung GmbH
II.616	Bayernwerk Netz GmbH
II.621	EnBW Kraftwerke Baden-Württemberg AG
II.622	RWE Wind Onshore & PV Deutschland GmbH
II.625	Flughafen Friedrichshafen GmbH

<b>RVBO-ID</b>	<b>Träger öffentlicher Belange</b>
II.626	PLEdoc GmbH
II.643	Neptune Energy Deutschland GmbH
II.660	TenneT TSO GmbH
II.661	terranets bw GmbH
II.671	naldo Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH
II.702	Kanton Appenzell Ausserrhoden - Department Bau- und Volkswirtschaft
II.703	Kanton Appenzell Innerrhoden
II.704	Kanton St. Gallen
II.705	Kanton Schaffhausen
II.706	Kanton Zürich
II.707	Abteilung Raum- und Verkehrsplanung Amt für Hochbau und Raumplanung
II.801	Landesnaturausschutzverband Baden-Württemberg e.V.
II.803	Landesjagdverband Baden-Württemberg e.V.
III.010	Zweckverband Haslach Wasserversorgung
III.015	Wasser- und Abwasserverband Untere Argen
III.022	Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V.
III.030	Zweckverband Wasserversorgung Hohenberggruppe
III.031	Zweckverband Wasserversorgung Hundsriicken
III.074	Deutscher Hängegleiterverband e.V. im DaeC
III.083	Komm.ONE
III.099	Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Geiselharz-Schauwies
III.108	Vereinigung Natürlich für's Allgäu und Baden-Württemberg
III.114	Landesamt für Denkmalpflege Bayern

## Flächenkulissen Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik

<b>Gebietskulisse geplante Vorranggebiete Windenergie zum Satzungsbeschluss, TRP-Energie, RVBO (Stand 12.08.2025)</b>			
<b>ID</b>	<b>Name</b>	<b>Landkreis</b>	<b>Gemeinden</b>
WEA-435-001	Betenbrunn	Bodenseekreis	Heiligenberg, Deggenhausertal
WEA-435-002	Hochbühl	Bodenseekreis	Überlingen, Owingen
WEA-435-003	Gehrenberg	Bodenseekreis	Deggenhausertal, Markdorf, Oberteuringen
WEA-436-004	Altdorfer Wald - Erbisreuter Wald	Ravensburg	Baienfurt, Schlier, Bergatreute
WEA-436-006	Baniswald	Ravensburg	Aitrach, Bad Wurzach
WEA-436-007	Osterhofen	Ravensburg	Bad Waldsee
WEA-436-009	Altdorfer Wald - Grunder Wald	Ravensburg	Schlier, Wolfegg
WEA-436-010_1 <sup>1</sup>	Altdorfer Wald - Süd_1	Ravensburg	Vogt, Schlier, Waldburg
WEA-436-011	Ratzenried - Ost	Ravensburg	Argenbühl
WEA-436-013	In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu, Isny im Allgäu, Argenbühl
WEA-436-015	Kißlegg Ost-1	Ravensburg	Kißlegg
WEA-436-017	Königsegg	Ravensburg	Riedhausen, Königseggwald
WEA-436-018	Osterholz	Ravensburg	Bad Waldsee
WEA-436-019	Urbach	Ravensburg	Bad Waldsee, Wolfegg
WEA-436-021_1	Aulendorf - Ost-1	Ravensburg	Aulendorf, Bad Waldsee
WEA-436-021_2	Aulendorf - Ost-2	Ravensburg	Aulendorf
WEA-436-022	Fleischwangen - Nord	Ravensburg	Fleischwangen, Ebenweiler, Guggenh., Unterwaldh.
WEA-436-025	Aitrach - Südwest	Ravensburg	Aitrach, Aichtetten
WEA-436-026	Aitrach - West	Ravensburg	Aitrach
WEA-436-027	Illerwinkel	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu
WEA-436-030	Diepoldshofener Wald	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu
WEA-436-032	Alttann	Ravensburg	Wolfegg
WEA-436-036	Röschenwald	Ravensburg	Wolpertswende
WEA-437-001	Ostrach - West	Sigmaringen	Ostrach
WEA-437-002	Hoßkirch-Ostrach	Sigmaringen, Ravensburg	Ostrach, Bad Saulgau, Hoßkirch
WEA-437-003	Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler	Sigmaringen	Ostrach
WEA-437-006	Pfullendorf-Hilpenseberg	Sigmaringen, Bodenseekreis	Pfullendorf, Heiligenberg
WEA-437-007	Bad Saulgau - Steinbronnen-1	Sigmaringen	Bad Saulgau
WEA-437-008	Bad Saulgau - Steinbronnen-2	Sigmaringen	Bad Saulgau
WEA-437-009	Bad Saulgau - Kleintissen	Sigmaringen	Bad Saulgau
WEA-437-011	Meßkirch-Leibertingen	Sigmaringen	Leibertingen, Meßkirch

<sup>1</sup> In der Synopse mit der ID und Bezeichnung aus der 2. Offenlage enthalten: WEA-436-010 Altdorfer Wald-Süd (s.a. Hinweise zur Nutzung der Synopse)

<b>Gebietskulisse geplante Vorranggebiete Windenergie zum Satzungsbeschluss, TRP-Energie, RVBO (Stand 12.08.2025)</b>			
<b>ID</b>	<b>Name</b>	<b>Landkreis</b>	<b>Gemeinden</b>
WEA-437-014	Bingen - Nord	Sigmaringen	Bingen
WEA-437-016	Veringenstadt - Südost	Sigmaringen	Veringenstadt, Hettingen
WEA-437-019	Gammertingen - Ost	Sigmaringen	Gammertingen
WEA-437-020_1 <sup>2</sup>	Inneringen - Nordost_1	Sigmaringen	Hettingen
WEA-437-021	Illmensee - Südwest	Sigmaringen	Illmensee
WEA-437-025	Wald	Sigmaringen	Sauldorf, Wald
WEA-437-026	Kettenacker - Ost	Sigmaringen	Gammertingen
WEA-437-030	Hochberg - Ebersbach	Sigmaringen, Ravensburg	Bad Saulgau, Ebersbach-Musbach, Eichstegen

<sup>2</sup> In der Synopse mit der ID und Bezeichnung aus der 2. Offenlage enthalten: WEA-437-020 Inneringen-Nordost (s.a. Hinweise zur Nutzung der Synopse)

**Gebietskulisse geplante Vorbehaltsgebiete Photovoltaik zum Satzungsbeschluss, TRP-Energie, RVBO (Stand 12.08.2025)**

ID	Name	Kreis	Gemeinden
FFPV-435-001	Überlingen Bergösch	Bodenseekreis	Überlingen
FFPV-435-002	Überlingen Höllösch	Bodenseekreis	Überlingen
FFPV-435-004	Überlingen Bundesstraße	Bodenseekreis	Überlingen
FFPV-435-005	Überlingen Oberschiffle	Bodenseekreis	Überlingen
FFPV-435-006	Owingen Frohnholz	Bodenseekreis	Owingen
FFPV-435-007	Owingen Hedertsweiler	Bodenseekreis	Owingen
FFPV-435-008	Owingen Niederweiler	Bodenseekreis	Owingen
FFPV-435-009	Owingen Steinenbach	Bodenseekreis	Owingen
FFPV-435-010	Frickingen Berghof / Gailhöfe	Bodenseekreis	Frickingen
FFPV-435-011	Frickingen Altheim - Nordwest	Bodenseekreis	Frickingen
FFPV-435-012	Frickingen im Ebenländ	Bodenseekreis	Frickingen
FFPV-435-013	Heiligenberg Hintere Halde	Bodenseekreis	Heiligenberg
FFPV-435-014	Heiligenberg Rickertsreute	Bodenseekreis	Heiligenberg
FFPV-435-017	Salem Beuren	Bodenseekreis	Salem
FFPV-435-018	Salem Altenbeuren	Bodenseekreis	Salem
FFPV-435-022	Bermatingen - West	Bodenseekreis	Bermatingen
FFPV-435-025	Markdorf Ittendorf - West	Bodenseekreis	Markdorf
FFPV-435-026_1	Stetten a.B. - Ost 1	Bodenseekreis	Stetten
FFPV-435-027	Markdorf - Süd	Bodenseekreis	Markdorf
FFPV-435-032_1	Deggenhausertal Unterhomburg 1	Bodenseekreis	Deggenhausertal
FFPV-435-035	Oberteuringen Hefigkofen B33	Bodenseekreis	Oberteuringen
FFPV-435-038	Friedrichshafen Heiseloch	Bodenseekreis	Friedrichshafen
FFPV-435-039	Friedrichshafen Unterraderach - West	Bodenseekreis	Friedrichshafen
FFPV-435-040	Friedrichshafen Fischbach - West	Bodenseekreis	Friedrichshafen
FFPV-435-041	Meckenbeuren Südbahn	Bodenseekreis	Meckenbeuren
FFPV-435-042	Meckenbeuren / Tett nang Fünflehren	Bodenseekreis	Meckenbeuren, Tett nang
FFPV-435-043	Meckenbeuren Reute - Süd	Bodenseekreis	Meckenbeuren
FFPV-435-050	Neukirch - Süd	Bodenseekreis	Neukirch
FFPV-436-002	Wangen Schwarzenbach - West	Ravensburg	Wangen im Allgäu
FFPV-436-003	Wangen Deponie Obermooweiler	Ravensburg	Wangen im Allgäu

**Gebietskulisse geplante Vorbehaltsgebiete Photovoltaik zum Satzungsbeschluss, TRP-Energie, RVBO (Stand 12.08.2025)**

ID	Name	Kreis	Gemeinden
FFPV-436-004	Wangen Feld / Hatzenweiler	Ravensburg	Wangen im Allgäu
FFPV-436-005	Wangen Ettensweiler / Humbrechts	Ravensburg	Wangen im Allgäu
FFPV-436-007	Wangen Oflings	Ravensburg	Wangen im Allgäu
FFPV-436-009	Argenbühl Untervorholz	Ravensburg	Argenbühl
FFPV-436-010	Isny Ziegelstadel	Ravensburg	Isny im Allgäu
FFPV-436-012	Leutkirch / Kißlegg Herrot	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu, Kißlegg
FFPV-436-013	Leutkirch Heggelbach	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu
FFPV-436-014	Leutkirch Heidrain	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu
FFPV-436-015	Leutkirch Haid-Heidschachen Grube	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu
FFPV-436-016	Aichstetten Altmannshofen	Ravensburg	Aichstetten
FFPV-436-019	Aitrach an der Chausee - West	Ravensburg	Aitrach
FFPV-436-024	Bad Wurzach - Süd	Ravensburg	Bad Wurzach
FFPV-436-025	Leutkirch Weißenbauren	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu
FFPV-436-026	Kißlegg - Süd	Ravensburg	Kißlegg
FFPV-436-027	Kißlegg Wiggenreute	Ravensburg	Kißlegg, Wolfegg
FFPV-436-028	Wolfegg Grünenberg	Ravensburg	Wolfegg
FFPV-436-029	Wolfegg Gaishaus	Ravensburg	Wolfegg
FFPV-436-031_1	Roßberg / Oberurbach 1	Ravensburg	Wolfegg, Bergatreute
FFPV-436-032	Bad Waldsee Mennisweiler - Süd	Ravensburg	Bad Waldsee, Wolfegg
FFPV-436-033	Roßberg / Oberurbach - Nord	Ravensburg	Bad Waldsee
FFPV-436-034	Bad Waldsee Unterurbach	Ravensburg	Bad Waldsee
FFPV-436-036	Bad Waldsee Mattenhaus	Ravensburg	Bad Waldsee
FFPV-436-037	Bad Waldsee Michelberg	Ravensburg	Bad Waldsee
FFPV-436-038	Bad Waldsee Hierbühl	Ravensburg	Bad Waldsee
FFPV-436-039	Baindt Sulpach	Ravensburg	Baindt
FFPV-436-040	Baindt Schachen - Ost	Ravensburg	Baindt
FFPV-436-042	Schlier Eratsrain Agri-PV	Ravensburg	Schlier
FFPV-436-043	Ravensburg-Hinzistobel	Ravensburg	Ravensburg
FFPV-436-044	Grünkraut Emmelweiler	Ravensburg	Grünkraut
FFPV-436-045	Grünkraut Gullen	Ravensburg	Grünkraut
FFPV-436-046	Richlisreute Agri-PV	Ravensburg	Schlier
FFPV-436-049	Bodnegg Buch	Ravensburg	Bodnegg

**Gebietskulisse geplante Vorbehaltsgebiete Photovoltaik zum Satzungsbeschluss, TRP-Energie, RVBO (Stand 12.08.2025)**

ID	Name	Kreis	Gemeinden
FFPV-436-050	Bodnegg Brunnäcker	Ravensburg	Bodnegg
FFPV-436-051	Ravensburg Winkel	Ravensburg	Ravensburg
FFPV-436-052	Wilhelmsdorf - Nord	Ravensburg, Sigmaringen	Wilhelmsdorf, Ilmensee
FFPV-436-053	Wilhelmsdorf Höhreute - West	Ravensburg	Wilhelmsdorf
FFPV-436-054	Wilhelmsdorf Höhreute - Ost	Ravensburg	Wilhelmsdorf
FFPV-436-056	Ebenweiler Haggenmoos	Ravensburg	Boms
FFPV-436-057	Altshausen Hirscheegg	Ravensburg	Altshausen
FFPV-436-058	Boms Heidäcker	Ravensburg	Boms
FFPV-436-059	Aulendorf Blönried - Nord	Ravensburg	Aulendorf
FFPV-436-060	Aulendorf Wannenberg	Ravensburg	Aulendorf
FFPV-436-061	Aulendorf Buchhölzle	Ravensburg	Aulendorf
FFPV-436-063	Aulendorf Tannhausen - Nord	Ravensburg	Aulendorf
FFPV-436-064	Oberschweinberg	Ravensburg	Wangen im Allgäu
FFPV-436-065	Solarpark Reichenhofen	Ravensburg	Leutkirch im Allgäu
FFPV-436-066	Solarpark St. Johannes	Ravensburg	Bad Waldsee
FFPV-437-002	Gammertingen - Nord	Sigmaringen	Gammertingen
FFPV-437-004_1	Gammertingen - Ost 1	Sigmaringen	Gammertingen
FFPV-437-005	Kettenacker - Nordost	Sigmaringen	Gammertingen
FFPV-437-006	Inneringen - Südwest	Sigmaringen	Hettingen
FFPV-437-007	Inneringen - Südost	Sigmaringen	Hettingen
FFPV-437-009	Veringenstadt - West	Sigmaringen	Veringenstadt
FFPV-437-012	Veringerhütte	Sigmaringen	Veringenstadt
FFPV-437-014	Hochberg 4	Sigmaringen	Bingen
FFPV-437-018	Rauschberg	Sigmaringen	Sigmaringen
FFPV-437-019	Stetten a.k.M. - Ost	Sigmaringen	Stetten am kalten Markt
FFPV-437-020	Glashütte - Ost 3	Sigmaringen	Stetten am kalten Markt
FFPV-437-022	Schwenningen - Südwest	Sigmaringen	Schwenningen
FFPV-437-024	Hausen - West	Sigmaringen	Beuron
FFPV-437-025	Kreenheinstetten - Nordost	Sigmaringen	Leibertingen
FFPV-437-028	Leibertingen - Süd	Sigmaringen	Leibertingen
FFPV-437-029	Thalheim - Nord 1	Sigmaringen	Leibertingen
FFPV-437-032_1	Langenhart - Ost 1	Sigmaringen	Meßkirch, Inzigkofen
FFPV-437-033	Vilsingen - West	Sigmaringen	Inzigkofen
FFPV-437-034	Inzigkofen - Südwest	Sigmaringen	Inzigkofen
FFPV-437-035	Inzigkofen - Süd	Sigmaringen	Inzigkofen
FFPV-437-037	Altheim	Sigmaringen	Sauldorf, Leibertingen



**Gebietskulisse geplante Vorbehaltsgebiete Photovoltaik zum Satzungsbeschluss, TRP-Energie, RVBO (Stand 12.08.2025)**

<b>ID</b>	<b>Name</b>	<b>Kreis</b>	<b>Gemeinden</b>
FFPV-437-038	Heudorf	Sigmaringen	Meßkirch
FFPV-437-039	Meßkirch - Nordwest	Sigmaringen	Meßkirch
FFPV-437-042	Oberbichtlingen - Nord	Sigmaringen	Sauldorf, Meßkirch
FFPV-437-044	Krumbach - Südost	Sigmaringen	Sauldorf
FFPV-437-045	Wabertsweiler	Sigmaringen	Wald
FFPV-437-047	Wald - Nordost	Sigmaringen	Wald
FFPV-437-048	Reischach	Sigmaringen	Wald
FFPV-437-049	Göggingen - West	Sigmaringen	Krauchenwies
FFPV-437-050	Krauchenwies Ettisweiler	Sigmaringen	Krauchenwies, Pfullendorf
FFPV-437-054	Sigmaringendorf - Nordost	Sigmaringen	Sigmaringendorf, Scheer
FFPV-437-057	Eichen - Nordwest	Sigmaringen	Hohentengen
FFPV-437-059	Bad Saulgau - Nordwest 1	Sigmaringen	Bad Saulgau
FFPV-437-061	Bad-Saulgau - Ost 1	Sigmaringen	Bad Saulgau
FFPV-437-063	Hochberg - West	Sigmaringen	Bad Saulgau
FFPV-437-064	Spöck	Sigmaringen	Ostrach
FFPV-437-066	Hahnennest - Süd	Sigmaringen	Ostrach
FFPV-437-068	Judentenberg	Sigmaringen	Illmensee, Ostrach
FFPV-437-069	Ruschweiler	Sigmaringen	Illmensee
FFPV-437-071_1	Illmensee - West 1	Sigmaringen	Illmensee
FFPV-437-072	Echbeck - Ost	Bodenseekreis, Sigmaringen	Illmensee, Heiligenberg, Pfullendorf
FFPV-437-074	Wilhelmsdorf Illmensee - Süd	Sigmaringen	Illmensee
FFPV-437-076	Kleinstadelhofen	Sigmaringen	Pfullendorf
FFPV-437-079	Solarenergie Katzenmaierhof Boll	Sigmaringen	Sauldorf
FFPV-437-080	Bietingen	Sigmaringen	Sauldorf
FFPV-437-081	Wackershofen	Sigmaringen	Sauldorf
FFPV-437-082	Lengenfeld	Sigmaringen	Leibertingen
FFPV-437-083	Hohe Pfaffental	Sigmaringen	Leibertingen



**RVBO-ID I-III**

**- Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange**



## 2. Anhörung der Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Kapitel 4.2 Energie sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (Teilregionalplan Energie), Behandlung der Anregungen (Synopse)

(sortiert nach RVBO-ID, BE-ID)

• Anzahl Datensätze: 570

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg - Oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde				
I.000	789	<p>das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) dankt für die Gelegenheit der Stellungnahme zum zweiten Anhörungsentwurf des Teilregionalplans Energie sowie den damit verbundenen Änderungen an weiteren Plankapiteln. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Abteilung hat die berührten Ministerien des Landes Baden-Württemberg sowie die berührten Referate des MLW über den Anhörungsentwurf informiert und gebeten, Anregungen und Bedenken mitzuteilen. Das MLW nimmt zu dem Planentwurf nachfolgend als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde (Ziffer I), als oberste Denkmalschutzbehörde (Ziff. II) sowie aus Sicht des Bauplanungsrechts (Ziff. III) Stellung. Die Rückmeldungen des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie des Ministeriums für Verkehr werden in den Ziff. IV bis VI dieses Schreibens aufgeführt.</p> <p>I. Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde</p> <p>Der o.g. Teilregionalplan und die damit verbundenen Änderungen an einzelnen Plankapiteln der Gesamtfortschreibung werden im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive aufgestellt. Maßgeblich hierfür sind insbesondere die einzelnen Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG), des Landesplanungsgesetzes (LplG), des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG), das Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) sowie des Baugesetzbuches</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(BauGB).  Im Vergleich zum ersten Anhörungsentwurf verkleinert sich die Gebietskulisse der Vorranggebiete (VRG) für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen von 2,5 % der Regionsfläche zwar auf 1,9 % der Regionsfläche sowie der Vorbehaltsgebiete (VBG) für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen von 0,8% auf 0,5% der Regionsfläche. Nach dem aktuellen Verfahrensstand werden die nach § 20 Abs. 1 S.1 und § 21 S. 1 KlimaG geforderten 1,8% der Regionsfläche für Windenergie sowie 0,2 % der Regionsfläche für Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) aber weiterhin mindestens erreicht.  Die oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde bittet um die Berücksichtigung der folgenden Anregungen und Hinweise, die allesamt redaktioneller Art sind und damit keine erneute Beteiligung nach sich ziehen:</p>		
I.000	790	<p>1. Zu den Plansätzen und der Begründung  a) Zur Begründung von PS 4.2.1 (S. 25)  Das MLW begrüßt die Änderung in der Begründung zu den im Planungsprozess genutzten Referenzanlagen. Allerdings wird weiterhin eine Ergänzung empfohlen. Gemäß § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG dürfen Windflächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht auf die Flächenbeitragswerte bzw. Teilflächenziele angerechnet werden. Wie aus unserer letzten Stellungnahme hervorgeht, schließen regionalplanerische Höhenbegrenzungen eine Anrechenbarkeit der betroffenen Windenergiefläche nach § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG vollständig aus. Auf das Risiko, dass Flächen mit Bauhöhenbeschränkungen zu einer Nichtanrechenbarkeit der Fläche führen könnten, wurde wiederholt hingewiesen. Es wäre deshalb unseres Erachtens nach sinnvoll, in der Begründung noch näher auf die in den Vorranggebiete WEA-437-007, WEA-437-008 und WEA-437-009 vorhandenen Planungen von Projektieren einzugehen.</p>	<p>Aufgrund einer konkretisierten Stellungnahme der Bundeswehr hat sich der Sachverhalt geändert. Mögliche Restriktionen seitens der Landesverteidigung hinsichtlich einer Bauhöhenbeschränkung (Bemessungsgrundlage: WEA mit einer Gesamthöhe von 300 m) sind für die in der Stellungnahme genannten Vorranggebiete entfallen. Stattdessen ist nun das Vorranggebiet WEA 437-016 betroffen. Die Begründung wurde diesbezüglich überarbeitet, inkl. Konkretisierung des Planungsstandes des dort agierenden Projektierers.</p>	Berücksichtigung
I.000	791	<p>b) Zur Begründung von PS 4.2.2 (S. 38f)  In der Begründung werden die Agri-PV-Anlagen nunmehr neu</p>	<p>Aufgrund einer Anregung des Landratsamts Sigmaringen (BE ID 1131) wurde die Definition für Agri-PV redaktionell</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		definiert. Insoweit heißt es: „Ein grundlegender landwirtschaftlicher Nutzungsartenwechsel (insbesondere von Ackerflächen oder Dauerkulturen nach Grün- oder Weideland), der durch die DIN SPEC 91492:2024-06 nicht ausgeschlossen wird, stellt eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Hauptnutzung dar.“ Es ist nicht aus sich heraus verständlich, was hiermit ausgedrückt werden soll. Um Prüfung und ggf. Ergänzung der Begründung wird gebeten.	überarbeitet. Dabei wurde festgestellt, dass der in der vorliegenden Anregung genannte Passus zum landwirtschaftlichen Nutzungsartenwechsel entbehrlich ist, weil gemäß DIN SPEC 91434:2021-05, welche den Stand der Technik für Agri-PV definiert, ein Nutzungsartenwechsel ohnehin nicht zulässig ist. Daher erschien es dem RVBO ausreichend, die Definition an die genannte DIN SPEC zu koppeln und entsprechend der Anregung des MLW aus der 1. Offenlage die Ergänzung drin zu lassen, dass auch abweichende Konzepte oder Ausführungsformen im Einzelfall in Abstimmung mit den Unteren Landwirtschaftsbehörden als Agri-PV gelten können (s. Begründung zu PS 4.2.2). Der Anregung wird damit sinngemäß gefolgt.	
I.000	792	c) Zur Begründung zu 4.2.2 G (3) (S. 40f) In der Begründung wird bezüglich der Raumbedeutsamkeit auf die Definition der Raumbedeutsamkeit in der Erläuterung zum Teilregionalplan Energie verwiesen (S. 112). In den Erläuterungen findet sich auf Seite 9 ein Verweis auf § 3 Nr. 6 ROG. Es wird angeregt, auch auf Seite 40f. auf die Ausführungen in der Erläuterung zu verweisen.	In der Begründung zu 4.2.2 G (3) wird bereits auf die Definition der Raumbedeutsamkeit in der Erläuterung zum Teilregionalplan verwiesen.	Keine Berücksichtigung
I.000	793	d) Zu PS 4.2.2. G (4) S. 16 und Begründung (S.41) Der PS ist nunmehr wie folgt formuliert: „Auf entwässerten, landwirtschaftlich genutzten und degenerierten Moorböden sollen Freiflächensolaranlagen nur errichtet werden, wenn gleichzeitig eine Wiedervernässung des Moorbodens erfolgt (Moor-PV-Anlagen).“ Aus der Formulierung wird nicht ganz klar, ob die Voraussetzung erfüllt ist, wenn die Moorböden entweder entwässert und landwirtschaftlich genutzt oder degeneriert sind oder ob die Eigenschaften alle kumulativ vorliegen müssen. Auch in Kombination mit der Begründung wird dies nicht eindeutig. Dort wird zunächst auf „entwässerte, degenerierte Moorböden“ abgestellt. Dann heißt es „degenerierte und entwässerte Moorböden, die landwirtschaftlich genutzt werden“. Um Überprüfung der Formulierung wird gebeten. Aus der Begründung zu PS 4.2.2 G (4) ergibt sich weiter, dass es um Flächen außerhalb der Vorranggebiete für Natur- und Landschaftspflege geht. Es wird um Überprüfung gebeten, ob dies nicht bereits im Plansatz mit einem Verweis auf PS 3.2.1 Z (4) (S.103) geklärt werden	Entsprechend der Formulierung des PS 4.2.2 G (4) mit dem Wort "und" müssen die Voraussetzungen (entwässert, degeneriert, landwirtschaftlich genutzt) kumulativ vorliegen. Die Begründung wurde entsprechend an den Plansatz angepasst, es wird auf den Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss verwiesen.	Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
I.000	794	könnte. e) Zur Begründung PS 4.2.3 (S.45) In der Begründung zu 4.2.3 wurde der Verweis auf die Begründung zum § 21 des KlimaG BW um den Zusatz „nicht bindende“ Begründung ergänzt. Dieser Zusatz ist formal richtig. Es wird aber um redaktionelle Ergänzung gebeten, dass die Gesetzesbegründung bei der Auslegung eines Gesetzestextes herangezogen werden kann.	Die Begründung zu PS 4.2.3 wurde entsprechend der Anregung redaktionell ergänzt. Es wird auf den Textteil des Teilregionalplan Energie verwiesen.	Berücksichtigung
I.000	795	f) Zu 1.1 Allgemeine Grundsätze zur Entwicklung der Region- Begründung (S. 65 f.) In der Begründung wird auf die Anpassungsstrategie zum Klimawandel BW hingewiesen. Das Dokument heißt offiziell „Strategie zur Anpassung an den Klimawandel in Baden- Württemberg“. Eine Korrektur der Bezeichnung wird angeregt.	Die Begründung zu PS 1.1 wurde entsprechend der Anregung redaktionell geändert. Es wird auf den Textteil des Teilregionalplan Energie verwiesen.	Berücksichtigung
I.000	796	g) Zu 3 PS 3.1.1 Z (4) und Begründung (S. 95f) Im PS steht unter dem ersten Spiegelstrich: „Es stehen keine sich überlagernden Festlegungen des Regionalplans entgegen“. In der Begründung heißt es: „Wenn keine sich überlagernden Vorranggebiete des Regionalplans entgegenstehen“. Es wird eine Vereinheitlichung der Formulierungen angeregt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass auf S. 96 im vierten Absatz nach § 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 S. 2 die Angabe des Gesetzes (LPIG) fehlt. Die Zitierweise sollte durchgängig angepasst werden.	Die Begründung zu PS 3.1.1 wurde entsprechend der Anregung redaktionell geändert. Es wird auf den Textteil des Teilregionalplan Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.	Berücksichtigung
I.000	799	h) Zu Begründung zu 3.1.1. Z (5) S. 96 f. Im dritten Absatz auf S. 97 steht der Satz: „Beim Schutz der Biodiversität handelt sich um einen Belang, der durch die Verankerung in Art. 20a Grundgesetz verfassungsrechtlichen Belang besitzt“. Es wird davon ausgegangen, dass es heißen soll „verfassungsrechtlichen Rang besitzt“. Ggf. wird eine Korrektur angeregt.	Die Begründung zu PS 3.1.1 wurde entsprechend der Anregung redaktionell geändert. Es wird auf den Textteil des Teilregionalplan Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.	Berücksichtigung
I.000	800	i) Zu 3.2.1 Z (5) (S.101) und Begründung S. 115f Im PS findet sich die Formulierung „Standortgebundene Leitungsvorhaben .... sind zulässig.....“. In der Begründung heißt es: dazu abweichend „sind ausnahmsweise zulässig, wenn...“ Begründung und Plansatz scheinen zu divergieren. Gemeint sein dürfte, dass diese Vorhaben unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sein sollen. Es wird um Überprüfung	Die Begründung zu PS 3.2.1 wurde entsprechend der Anregung redaktionell geändert. Es wird auf den Textteil des Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen.	Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
I.000	801	<p>und Anpassung der Formulierungen gebeten.</p> <p>j) Zum Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Wind Bei den Kriterien unter Nummer 2. Siedlung sind „wohngenutzte Gebäude“ erfasst. In der Stellungnahme des MLW im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens wurde zu diesem Kriterium vermutet, dass es sich um wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich handelt, da allgemeine Wohngebiete etc. bereits über gesonderte Kriterien erfasst werden. Eine Konkretisierung der Bezeichnung wurde deshalb angeregt. Zwar wurde in der Erläuterung eine Passage aufgenommen, nach der es sich bei wohngenutzten Gebäuden um Gebäudetypen nach ALKIS 2021 handelt und die folgenden Gebäude erfasst werden: Wohnhaus, Wohnheim, Seniorenwohnhaus, Seniorenheim, Wohnen und Verwaltung, Wohn- und Bürogebäude, Wohn- und Betriebsgebäude, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Forsthaus, Wochenendhaus, Hotel, Motel, Pension, Jugendherberge, Schloss, Krankenhaus, Gefängnis, Sanatorium. Nach wie vor kann nicht nachvollzogen werden, warum diese Gebäude gesondert erfasst werden. Die Aufzählung spricht gegen die ursprüngliche Vermutung, dass Außenbereichsvorhaben erfasst werden sollten. Entsprechendes gilt für „relevante Gebäude“ im Kriterienkatalog und der Erläuterung der Kriterien für Vorbehaltsgebiete Photovoltaik auf S. 168 und S. 177. Wir regen erneut eine redaktionelle Anpassung an.</p>	<p>Es handelt sich bei dem in der Anregung genannten Kriterium nicht ausschließlich um Gebäude im Außenbereich (gem. § 35 BauGB). Das Kriterium umfasst neben Außenbereichsgebäuden auch Gebäude im Bereich von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen (gem. § 34 BauGB). Daher ist eine Aufzählung aller Gebäude, die das Kriterium "wohngenutzte Gebäude" umfasst, erforderlich und ein bloßes Abstellen auf Außenbereichsgebäude nicht zutreffend. Dieser Sachverhalt wurde bereits nach der ersten Offenlage zum Teilregionalplan Energie mit dem MLW in einer Videokonferenz abgestimmt. Es wird darauf hingewiesen, dass für Gebäude im Bereich von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen auch Darstellungen im Flächennutzungsplan bestehen können. In diesem Fall werden die höheren Vorsorgeabstände gem. "2. Siedlung" des Kriterienkatalogs zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie angewendet (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung, Teilregionalplan Energie).</p>	Keine Berücksichtigung
I.000	802	<p>2. Zum Umweltbericht Zur Zusammenfassenden Erklärung im Umweltbericht (S. 165ff.) Hinsichtlich der Ausführungen zur sog. Superprivilegierung auf S. 169 wird empfohlen, zu ergänzen, dass diese Folge in zeitlicher Hinsicht erst nach Ablauf des jeweiligen Stichtages gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes eintritt.</p>	Der Anregung wird gefolgt und der Hinweis im Umweltbericht aufgenommen.	Berücksichtigung
I.000	803	<p>b) Datierung der Raumnutzungskarten Die dem Planentwurf beiliegenden Raumnutzungskarten sind auf den 11. März 2025 datiert. Es wird davon ausgegangen, dass die Karten den zur Beschlussfassung am 7. Februar 2025</p>	Der genannte Hinweis wurde überprüft. Der Stand der Erstellung der Raumnutzungskarte des 2. Anhörungsentwurfs ist auf 11. März 2025 datiert. Auf der Raumnutzungskarte des 2. Anhörungsentwurfs ist jedoch auch der Entwurfsstand (07.02.2025) vermerkt.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
I.000	806	<p>vorliegenden Raumnutzungskarten entsprechen. Es wird um Überprüfung gebeten.</p> <p>II. Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen als oberste Denkmalschutzbehörde</p> <p>Die oberste Denkmalschutzbehörde tritt der Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart vom 30. Mai 2025 bei.</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.521 verwiesen.	Kenntnisnahme
I.000	807	<p>III. Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen aus Sicht des Bauplanungsrechts</p> <p>Ausweislich der Synopse zur 1. Beteiligung (S. 42 ff, #1380) hat der RV unserer Anregung zur Ergänzung der Begründung hinsichtlich der Klimawandelanpassung berücksichtigt.</p> <p>Tatsächlich wurde der vorgeschlagene Textbaustein teilweise übernommen, allerdings nicht der uns besonders wichtige Hinweis auf „integrierte Stadt- bzw. Gemeindeentwicklungskonzepte, durch die alle Anforderungen zeitlich und räumlich koordiniert werden und Maßnahmen identifiziert werden können, die positive Wirkungen in mehreren Dimensionen erzeugen.“ Dies sollte nachgeholt werden.</p>	Die Begründung zu 1.1 wurde entsprechend der Anregung ergänzt. Es wird auf den Textteil des Teilregionalplan Energie verwiesen.	Berücksichtigung
I.000	809	<p>Ebenso findet sich kein Hinweis auf „Nahwärmenetze als Ergebnis vorausschauender kommunale Wärmeplanung“, obwohl dies lt. Synopse berücksichtigt wurde (#1381). Die kommunale Wärmeplanung wird an keiner Stelle des Regionalplans erwähnt, was angesichts der ambitionierten Planung nicht verständlich ist.</p>	<p>Im Zuge der Überarbeitung des 1. Offenlageentwurfs erfolgte eine Ergänzung zur Möglichkeit der Kombination von Freiflächensolarthermieranlagen mit Nahwärmenetzen in der Begründung zu PS 4.2.0 G (2).</p> <p>Ein Hinweis zur kommunalen Wärmeplanung wurde nach der 2. Offenlage ergänzt. Die Aufnahme eines Hinweises zu den für die kommunale Planungspraxis hilfreichen Publikationen in der Begründung wird nicht als erforderlich angesehen. Auf die genannte Anpassungsstrategie wird bereits in der Begründung zu PS 1.1 hingewiesen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die kommunale Wärmeplanung in der Begründung zu PS 4.2.1 genannt wird.</p>	Teilweise Berücksichtigung
I.000	810	<p>Dem Hinweis aus der 1. Beteiligung, dass von den Kommunen zusätzliche Flächen für WEA ausgewiesen werden könnten, folgt der RV nicht (#1382), mit der Begründung, dass das Flächenziel durch die Region bereits übererfüllt sei. Aufgrund der jeweils lokalen Vorteile für Wärmenetze / Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen (unabhängig von der Gesamtsumme in der Region) kann die Argumentation des RV nicht nachvollzogen</p>	Die Begründung zu PS 4.2.1 wurde entsprechend der Anregung ergänzt. Es wird auf den Textteil des Teilregionalplan Energie verwiesen.	Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
I.000	811	<p>werden. Die Anregung wird daher hier nochmals wiederholt und um erneute Prüfung gebeten.</p> <p>IV. Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 20. Mai 2025</p> <p>Zum Themenfeld Windenergie:  Öffnung Regionaler Grünzüge für Windenergieanlagen  Als eine wichtige Maßnahme der von der Landesregierung eingerichteten Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien wurde mit der Novelle des Landesplanungsgesetzes unter anderem die Öffnung der regionalen Grünzüge für Windkraft und Freiflächenphotovoltaikanlagen verabschiedet (vgl. § 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG).  Mit dem Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes vom 15. November 2022 (GBl. S. 537) hat der Gesetzgeber die Planungsträger beauftragt, die regionalen Grünzüge unverzüglich für Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen zu öffnen.  Diesem gesetzlichen Auftrag, dessen Dringlichkeit sich aus dem überragenden öffentlichen Interesse, der öffentlichen Sicherheit und der besonderen Bedeutung der erneuerbaren Energien ergibt, ist der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben nachgekommen, erschwert die Öffnung in der Praxis allerdings u. a. Seite 2 von 4 durch die Einführung einer Standortalternativenprüfung mit Nachweispflicht. Für Windenergieanlagen darf laut Regionalplanentwurf in Kernflächen und –räumen des regionalen und landesweiten Biotopverbunds nur eingegriffen werden, wenn es nachweislich keine alternativen Standorte gibt. Weder im Plansatz noch in der Begründung ist dargelegt, wie und mittels welcher Kriterien ein derartiger Nachweis zu führen ist.</p>	Die Anregung ist nachvollziehbar. In der Begründung wurde ergänzt, wie das Fehlen von alternativen Standorten nachzuweisen ist. Es wird auf den überarbeiteten Planentwurf (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.	Berücksichtigung
I.000	813	<p>Umzingelungswirkung/erhöhte Siedlungsabstände</p> <p>Die Planungsmethodik des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben folgt zunächst der gerichtlich bereits bestätigten Methodik aus Mecklenburg-Vorpommern (Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, Gutachten zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“), ohne konkret auf diese zu referenzieren. Der RVBO nimmt die</p>	<p>Zur Anregung zu den Orientierungswerten bei der Umzingelung und der fehlenden Begründung zur Abweichung in Einzelfällen:</p> <p>Der Regionalverband sieht keine Veranlassung die Orientierungswerte bei der Umzingelung durch verbindliche Werte zu ersetzen, zumal für Baden-Württemberg keine klaren rechtlichen Vorgaben hierzu bekannt sind. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Orientierungswerte in der Anwendung einem K1-Kriterium (sehr erheblicher</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>mittels dieser Methodik ermittelten Ergebnisse allerdings lediglich als „Orientierungswerte, von denen in begründeten Einzelfällen unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Situation abgewichen werden kann.“ Gleichzeitig berücksichtigt der Regionalverband eine nicht näher definierte „kumulative Wirkung durch Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sowie [...] z. B. Rohstoffabbau und Gewerbeflächen“. Weder die möglichen Begründungen zur Abweichung in Einzelfällen noch die konkreten Bedingungen für eine kumulative Wirkung werden in den Unterlagen näher dargelegt.</p> <p>Darüber hinaus erhöht der RVBO die Siedlungsabstände bei lokaler Belastung stufenweise, „um der stärkeren visuellen Wirkung und Lärmwirkung von Windenergieanlagen Rechnung zu tragen. [...] Je höher der Umzingelungsgrad in Kombination mit der Vorranggebietsgröße ausgeprägt ist, desto mehr wurden die Orientierungswerte für die Siedlungsabstände erhöht.</p> <p>[...] In Einzelfällen können die Abstandswerte in Abhängigkeit von der örtlichen Situation abweichen.“ Die Zuordnung zu den stufenweise erhöhten Siedlungsabständen wird im Planentwurf zwar dargelegt, die Abgrenzung der einzelnen Stufen allerdings nicht hergeleitet oder begründet. Visuelle Wirkung (optische Bedrängung) und Lärmwirkungen werden im Einzelfall je nach konkretem Anlagenstandort im Genehmigungsverfahren geprüft, sodass eine Betrachtung von Einzelfällen auf Regionalplanebene nicht angezeigt scheint, zumal der Regionalverband selbst weiter ausführt: „Sowohl bei der Bewertung der Umzingelungswirkung als auch der Höhe der lokalen Belastung ist zu berücksichtigen, dass die tatsächlichen optischen und akustischen Wirkungen eines Windparks erst auf der Genehmigungsebene ermittelbar sind, wenn die konkrete Lage und der Bautyp der Windenergieanlage sowie der Einfluss von Relief, möglichen Schutzeffekten wie Waldrand, andere Gebäude etc. bekannt sind.“</p> <p>Durch die fehlende Darlegung der Voraussetzungen für eine</p>	<p>Konflikt) gem. Kriterienkatalog entsprechen, d.h. eine Unterschreitung der Orientierungswerte erfolgt allenfalls in wenigen begründeten Einzelfällen. Dies wird in der Begründung ergänzt. Zudem werden in der Begründung beispielhafte Einzelfallkriterien für die Abweichung von den Orientierungswerten ergänzt. Es wird hierzu auf den Textteil zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Zur Anregung zur fehlenden Darlegung der Bedingungen für eine kumulative Wirkung durch Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik: In der Begründung wurden beispielhafte Einzelfallkriterien für die kumulative Wirkung ergänzt. Es wird hierzu auf den Textteil zum Teilregionalplan Energie verwiesen. In der Begründung wurde bereits dargelegt, dass eine Überlastung durch eine kumulative Wirkung in der Regel durch eine Reduzierung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik vermieden werden konnte. Zudem werden kumulative Wirkungen im Umweltbericht behandelt. Es wird hierzu auf den Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Zur Anregung zur fehlenden Herleitung und Begründung der Abgrenzung der Stufen zu erhöhten Siedlungsabständen bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie: Aus Sicht des Regionalverbands besteht bei der Abgrenzung der Stufen ein planerischer Ermessensspielraum. Dieser kam auch bei den im Kriterienkatalog festgelegten Siedlungsvorsorgeabständen zum Tragen, die planerisch auf Grundlage der TA Lärm abgeleitet wurden. Die tatsächliche Einhaltung dieser Werte wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird. Berücksichtigt werden müssen dabei nach 2.3/4 und 3.2.1 der TA Lärm auch Vorbelastungen. In der Begründung ist bereits dargelegt, dass bei einer hohen lokalen Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Vorranggebiete Windenergie - d.h.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Einzelfallprüfung und die nicht beschriebenen Wertungsmaßstäbe im Rahmen der Einzelfallprüfung besteht die Gefahr, von einer nachvollziehbaren und sachgerechten Planung sowie einem stringenten Plankonzept abzuweichen.</p>	<p>bei größeren Vorranggebieten - höhere Orientierungswerte für die Siedlungsabstände zur Anwendung kommen, um der stärkeren visuellen Wirkung und Lärmwirkung von Windenergieanlagen Rechnung zu tragen.</p> <p>Die Orientierungswerte bei erhöhten Siedlungsabständen entsprechen in der Anwendung ebenfalls einem K1-Kriterium (sehr erheblicher Konflikt) gem. Kriterienkatalog, d.h. eine Unterschreitung der Orientierungswerte erfolgt allenfalls in wenigen begründeten Einzelfällen. Dies wird in der Begründung ergänzt. Es wird hierzu auf den Textteil zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p>	
I.000	814	<p>Vorranggebiete für besondere Waldfunktion</p> <p>Weiterhin weisen wir darauf hin, dass Windenergieanlagen in Vorranggebieten für besondere Waldfunktion nur unter restriktiven Voraussetzungen zulässig sind. Vor dem Hintergrund, dass die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und der dazugehörigen Nebeneinrichtungen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen (vgl. § 2 EEG) und vor allem mit Blick auf den fortschreitenden Klimawandel, müssen die Hemmnisse für den Ausbau erneuerbarer Energien minimiert und die Flächenverfügbarkeit zur Abdeckung der energiewirtschaftlichen Ausbaubedarfe sichergestellt werden (vgl. § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2c LplG und § 19 KlimaG BW).</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass PS 3.2.2 Z (4) auch für WEA außerhalb der VRG Windenergie gilt</p> <p>Windenergieanlagen in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen nicht ausschließt, sondern entgegen dem rechtskräftigen Regionalplan auch in Kernflächen und -räumen des Biotopverbunds (z.B. prioritären Waldvogellebensräumen) unter den im PS genannten Voraussetzungen ermöglicht. Aus Sicht des RVBO sit damit den in der Anregung genannten rechtlichen Vorgaben ausreichend Rechnung getragen. Gleichzeitig wird der Belang der Windenergienutzung außerhalb der Vorranggebiete Windenergie mit den Schutzziele der Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen angemessen abgewogen.</p>	Keine Berücksichtigung
I.000	815	<p>Bauhöhenbeschränkungen</p> <p>Wir weisen zudem erneut darauf hin, dass Windenergieanlagen mittlerweile Bauhöhen jenseits von 280 Metern erreichen. Vergütungen für Windenergieanlagen werden durch Ausschreibungen der Bundesnetzagentur im Wettbewerb festgelegt. Daher können faktische Bauhöhenbeschränkungen durch andere Belange die Vollziehbarkeit der Planung ggf. behindern.</p>	<p>Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und es wird zu diesem Thema auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme (Az. I.000, BE 790) verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
I.000	817	<p>Planungsziel</p> <p>Auf Teilen der Vorranggebiete bestehen Restriktionen, die eine Realisierung von Windenergieanlagen erschweren können. Um die Vollziehbarkeit der Planung auf mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche nicht zu gefährden, halten wir es</p>	<p>Die Anregung ist nachvollziehbar. Allerdings war es aufgrund der in der 2. Offenlage eingegangenen Stellungnahmen nicht möglich, die Flächenkulisse der Vorranggebiete Windenergie gem. 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie beizubehalten. Die Gründe hierfür finden sich in der vorliegenden Synopse, die Änderungen sind der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		für erforderlich, die Vorranggebietskulisse nicht weiter zu reduzieren.	Raumnutzungskarte zum Satzungsbeschluss zu entnehmen. Das Flächenziel gem. § 20 KlimaG wird aber auch mit der reduzierten Kulisse erreicht.	
I.000	819	Zum Themenfeld Freiflächenphotovoltaik: Besondere Bedeutung Erneuerbarer Energien (§ 2 EEG) Bei der Abwägung im Rahmen der Flächenauswahl ist der verbindlichen Abwägungsdirektive des § 2 EEG und § 22 KlimaG BW Rechnung zu tragen. Erneuerbare Energien sind als höchstrangiger öffentlicher Belang bei Abwägungs- und Planungsentscheidungen solange vorrangig zu berücksichtigen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist. Nur in Ausnahmefällen kann das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Nebenanlagen überwunden werden. In diesem Zusammenhang sollte überprüft werden, ob die Nicht-Weiterverfolgung und Verkleinerung verschiedener Gebiete, welche im Rahmen der ersten Offenlage diskutiert wurden, sachgerecht ist.	Es wird auf die nachfolgende Abwägung zum gleichen Sachverhalt verwiesen.	Keine Berücksichtigung
I.000	820	Insbesondere der Ausschluss Seite 4 von 4 eines Gebietes aufgrund der Sicherheit des Flugplatzes Leibertingen-Meißkirch, trotz der Verneinung einer grundsätzlichen Gefährdung durch die Luftfahrtbehörde im RP Stuttgart, ist in seiner Gewichtung gegenüber § 2 EEG kritisch zu hinterfragen.	Die Herausnahme des Vorbehaltsgebietes FFPV-437-026 erfolgte auf Grund der Stellungnahme der dortigen Fluggemeinschaft mit dem Hinweis, dass die Fläche des Vorbehaltsgebietes als Notlandefeld für Sicherheitslandungen und damit der Sicherheit der Piloten dient. Auf Grund dieser Stellungnahme und da das Flächenziel gem. WindBG für Freiflächenphotovoltaik durch die festgelegten Vorbehaltsgebiete in der Region Bodensee-Oberschwaben nicht nur erfüllt, sondern übertroffen wird, wurde dem Belang der Sicherheit der Vorrang eingeräumt und das genannte Vorbehaltsgebiet im Zuge der Abwägung herausgenommen.	Keine Berücksichtigung
I.000	821	Öffnung Regionaler Grünzüge für Freiflächenphotovoltaik Die Regionalen Grünzüge werden laut Planentwurf mit Einschränkungen für Freiflächenphotovoltaikanlagen geöffnet. Insbesondere besonders landbauwürdige Flächen sollen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die landwirtschaftliche Nutzbarkeit vorbelastet ist. Wir plädieren dringend dafür, diese Einschränkung für Freiflächenphotovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen	Mit der Beschränkung der Öffnung der Regionalen Grünzüge für Freiflächen-Photovoltaik bezüglich landwirtschaftlich bedeutender Flächen in PS 3.1.1 Z (4) hält sich der RVBO an die Empfehlung der Unterarbeitsgruppe Landwirtschaft zum Planungskorridor für die Regionale Planungsoffensive der Regionalverbände, in der es sogar heißt, dass die Vorrangflur UND die Vorbehaltsflur I der Landwirtschaft vorbehalten bleiben sollen. Die Begründung in PS 3.1.1 Z (4) zeigt auf, dass dem § 2 EEG bei der Öffnung der	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>aufzuheben und damit dem notwendigen Flächenbedarf an einer treibhausgasneutralen Energieerzeugung in Baden Württemberg entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Landesgesetzgebers Rechnung zu tragen (vgl. § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2c LplG und § 19 KlimaG BW). Die Errichtung und der Betrieb von Freiflächensolaranlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und (Energieversorgungs-)Sicherheit. Der verbindlichen Abwägungsdirektive des § 2 EEG ist bei der Öffnung der Regionalen Grünzüge entsprechend Rechnung zu tragen, wonach Erneuerbare Energien als höchstrangiger öffentlicher Belang bei Abwägungs- und Planungsentscheidungen solange vorrangig zu berücksichtigen sind und nur in Ausnahmefällen überwunden werden dürfen, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist. Darüber hinaus ist die Nachweispflicht in Gebieten des Hochwasserschutzes zu unbestimmt, da nicht klar wird, in welchem Umfang, in welcher Zuständigkeit und nach welchen Kriterien diese Prüfung stattfinden muss.</p>	<p>Regionalen Grünzüge für Freiflächen-Photovoltaik trotzdem Rechnung getragen wurde. Es wird zudem auf die Abwägung der Stellungnahme des RPT zur 1. Offenlage verwiesen, wo bereits eine Auseinandersetzung mit diesem Sachverhalt stattgefunden hat.</p> <p>Zur Nachweispflicht in Gebieten des Hochwasserschutzes: Es ist nicht verständlich, warum die Zuständigkeit nicht klar bestimmt sein soll. Denn in der Begründung steht, dass die "Einschätzung der für den Hochwasserschutz zuständigen Behörden" einzuholen ist. Aus Sicht des RVBO ist die Begründung in dieser Hinsicht bereits ausreichend bestimmt. Bezüglich Umfang wurde in der Begründung eine Konkretisierung aufgenommen, bezüglich Kriterien wird nun auf die Regelungen des Wasserhaushaltsgesetzes abgestellt. Es wird auf die überarbeitete Begründung (Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.</p>	
I.000	822	<p>V. Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 16. Mai 2025 Das Ministerium Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat sich für die Beteiligung bedankt und Fehlanzeige gemeldet.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
I.000	823	<p>3. Allgemeines a) Zur Einbettung in die Gesamtfortschreibung Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben bettet die neuen Plansätze des Teilregionalplans Energie in die Gesamtfortschreibung des Regionalplans ein. Die zum Teilregionalplan Energie zuzuordnenden Plansätze wurden im ersten Beteiligungsverfahren durch blaue Schriftfarbe von der bereits rechtsverbindlichen Gesamtfortschreibung abgegrenzt. Im zweiten Beteiligungsverfahren wurden die Änderungen durch eine graue Markierung gekennzeichnet. Das MLW weist vorsorglich darauf hin, dass das aktuelle Planverfahren - der Teilregionalplan Energie - mit seinen Inhalten auch</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		nach Abschluss des Planverfahrens, mit einem eigenen Datum der Rechtsverbindlichkeit, als separates Planwerk erkennbar sein muss. Die Blaufärbung oder eine andere Hervorhebung ist auch nach einer etwaigen Rechtsverbindlichkeit beizubehalten. Hiervon ausgenommen könnte lediglich eine Lesefassung als konsolidierte Fassung sein.		
I.000	824	<p>VI. Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr vom 28. Mai 2025</p> <p>Grundsätzlich begrüßen wir die Anstrengungen zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen, da dies den Klimaschutzziele dient. Für die Antriebswende ist eine ausreichende Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien unerlässlich. In diesem Zusammenhang ist jedoch ebenso ein Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität wichtig. Zudem sind die geplanten Straßenbaumaßnahmen in der Planaufstellung zu berücksichtigen. Zum Erhalt der Biodiversität sind zudem die Wiedervernetzung an Verkehrswegen sowie der Erhalt wertgebender Lebensräume an Straßen bedeutsame Punkte. Wir bitten diese Aspekte in Ihre Planung einfließen zu lassen. Neben diesen grundsätzlichen Anregungen möchten wir außerdem auf folgendes verweisen:</p> <p>1. Themenbereich Straßeninfrastruktur Es wird davon ausgegangen, dass die Belange des Straßenbaulasträgers der Bundes- und Landesstraßen in der Zuständigkeit der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg, die durch das zuständige Regierungspräsidium Tübingen eingebracht werden, berücksichtigt werden.</p> <p>2. Themenbereich Wiedervernetzung an Verkehrswegen Es wird begrüßt, dass das „Landeskonzept Wiedervernetzung“ im Textteil des Entwurfs des Teilregionalplans Energie erwähnt wird. Es wird jedoch um Ergänzung der Quelle gebeten, die in den Unterlagen nicht aufgeführt ist („Landeskonzept Wiedervernetzung an Straßen in Baden-Württemberg“, Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, 2015). Mit Bezug auf die Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg vom 02.04.2024 (Gz.: VM4-2424-18/8/7) wurden die Vorbehaltsgebiete FFPV-435-004 und FFPV-435-005 geringfügig angepasst. Gemäß dem „Merkblatt zur</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme Az. II.505 verwiesen.	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Anlage von Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen an Straßen“ (FGSV, 2022) sind Störungen im Umfeld von 250 m von Tierquerungshilfen zu vermeiden. Es wird daher gebeten, die Vorbehaltsgebiete FFPV-435-004 und FFPV-435-005 darüber hinaus so anzupassen, dass diese 250 m von der bestehenden Grünbrücke Hirschweg, der Faunabrücke Nesselwangen und der Faunabrücke Hohenlinden entfernt sind. Analog hierzu wird gebeten, den Kriterienkatalog „Festlegung Vorbehaltsgebiete Photovoltaik (PS 4.2.3 G (1))“ so anzupassen, dass Grünbrücken selbst und deren Umfeld von 250 m der Wirkung A3 (= planerischer Ausschluss) zugeordnet werden.</p> <p>3. Themenbereich Schieneninfrastruktur</p> <p>Die kürzlich eingeführte Vorschrift des § 11a Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) bestimmt, dass bei dem Bau oder der Änderung von Eisenbahnanlagen zur Förderung der Klimaziele des Bundes diese Anlagen für die Erzeugung erneuerbarer Energien genutzt werden sollen, wenn die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs hierdurch nicht beeinträchtigt wird.</p> <p>Auf Bahnbetriebszwecken gewidmeten Flächen oder an Eisenbahninfrastrukturen dürfen folglich Windenergieanlagen nur mit einem ausreichenden Abstand zum Schienenweg vorgesehen werden. Von Windenergieanlagen auf Nachbargrundstücken der Eisenbahn, aber auch auf Eisenbahnbetriebsgrundstücken, dürfen für den Bahnbetrieb selbstverständlich keine Einschränkungen ausgehen - dazu zählen beispielsweise Gefahren durch Eisabwurf (Windenergieanlage in Betrieb) und Eisfall (Windenergieanlage im Stillstand). Auch etwaige Spiegel-, Blend- oder Sogwirkungen für den Verkehr auf der Eisenbahninfrastruktur müssen wirksam ausgeschlossen werden. Allgemein gilt: Gefahren für den Eisenbahnbetrieb dürfen nicht entstehen und müssen ausgeschlossen sein (vgl. §§ 4, 24, 24a AEG und § 4 Landeseisenbahngesetz Baden-Württemberg – LEisenbG BW).</p> <p>Spezielle gesetzliche baulich einzuhaltende Abstandsflächen zur Eisenbahninfrastruktur existieren im Bundesrecht zwar bisher nicht, im Landesrecht gibt es</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dagegen gesetzliche Anbaubeschränkungen, die aber nur für Eisenbahninfrastrukturen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen gelten, also nicht für das Netz der Eisenbahnen des Bundes (DB InfraGO AG und Beteiligungsunternehmen des DB-Konzerns).</p> <p>§ 4 Abs. 1 und 2 LEisenbG BW bestimmt:</p> <p>„Längs der Strecken von Eisenbahnen dürfen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bei gerader Streckenführung <ol style="list-style-type: none"> <li>a) bauliche Anlagen in einer Entfernung bis zu 50 m,</li> <li>b) Lichtreklamen in einer Entfernung bis zu 200 m,</li> </ol> </li> <li>2. bei gekrümmter Streckenführung <ol style="list-style-type: none"> <li>bauliche Anlagen und Lichtreklamen in einer Entfernung bis zu 500 m von der Mitte des nächstgelegenen Gleises nicht errichtet oder geändert werden, wenn die Betriebssicherheit der Eisenbahn dadurch beeinträchtigt wird.</li> </ol> </li> </ol> <p>(2) Bei geplanten Eisenbahnen gelten die Beschränkungen des Absatzes 1 vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, in dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.“</p> <p>Es kommt also entscheidend darauf an, ob im Einzelfall die Betriebssicherheit der Eisenbahn durch das Aufstellen einer Windenergieanlage oder durch die Ausweisung von Aufstellungsflächen für solche Anlagen beeinträchtigt wird oder nicht – immer vorausgesetzt, dass die Windenergieanlage (Turm und Fundamente) selbst standsicher ist<sup>1</sup>.</p> <p>In Verwaltungsvorschriften – Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen – VwV TB des MLW, Anhang Anlage A 1.2.8/6, S. 33 und mit gleicher Abstandsregel auch in den Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen 2024/1, Anlage A 1.2.8/6, S. - ist dazu bestimmt: „Abstände zu Verkehrswegen und Gebäuden sind unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen wegen der Gefahr des Eisabwurfs (Windenergieanlage im Betrieb) und des Eisfalls (Windenergieanlage im Stillstand) einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Abstände, gemessen von der Turmachse, größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen als ausreichend. In</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>anderen Fällen ist die Stellungnahme eines Sachverständigen erforderlich.“<sup>2</sup></p> <p>Dies ist z.B. beim Vorranggebiet für Windenergieanlagen südlich von Bad Waldsee relevant.</p> <p>In jedem Fall wäre ferner zu prüfen, ob die für die Installation von Windenergieanlagen vorgesehenen Flächen auch für künftige Neu- und Ausbaumaßnahmen der Eisenbahninfrastruktur (beispielsweise zweite Streckengleise, Überholgleise, Stationen, Umschlageinrichtungen oder andere Serviceeinrichtungen) benötigt werden. Liegt ein solcher Eisenbahninfrastrukturbedarf vor, sind die betreffenden Flächen freizuhalten, da ein solcher Bedarf als öffentlicher Belang einer Installation regelmäßig entgegensteht.</p> <p>Bei allen Planungen ist daher eine Abstimmung mit dem jeweiligen Eisenbahninfrastrukturbetreiber - und ggf. der zuständigen Eisenbahnaufsichtsbehörde (dies ist das Eisenbahn-Bundesamt für Eisenbahninfrastruktur der Eisenbahnen des Bundes, und das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, soweit eine nichtbundeseigene Eisenbahninfrastruktur betroffen ist) - unerlässlich und insofern ist das Einvernehmen einzuholen.</p> <p>Konzepte für künftige Neu- und Ausbaumaßnahmen der Eisenbahninfrastruktur (z.B. Reaktivierungskarte, Elektrifizierungskarte, etc.) können vom Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg angefragt werden. Informationen dazu sind auch auf der Internetseite des Ministeriums publiziert.</p> <p>1 Siehe hierzu „Bekanntmachung des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen zur Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen“ (VwV TB) vom 12. Dezember 2022, GABl. Nr. 12/2022, Seite 1187 ff., Anlage A 1.2.8/6, Ziffer 1 (Seite 31); wortgleich ebenso enthalten in den „Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen“ (EiTB), herausgegeben vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA), Ausgabe 2024/1, gültig ab 01.01.2024, Anlage 1.2.8/6, Ziffer 1 (Seite 40), publiziert auf der Internetseite des EBA.</p> <p>2 VwV TB (a.a.O), Anlage A 1.2.8/6, Ziffer 2 (Seite 32); wortgleich ebenso in den EiTB (a.a.O.), Anlage 1.2.8/6, Ziffer 2 (Seite 40).</p>		
Regierungspräsidium Tübingen - Höhere Raumordnungsbehörde -				

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
I.001	828	<p>in vorbezeichneter Angelegenheit nimmt das Regierungspräsidium Tübingen zu dem im Entwurf vorliegenden Teilregionalplan Energie wie folgt Stellung:</p> <p>Das Referat 21 - Raumordnung hat intern die Stabsstelle für Energiewende, Windenergie und Klimaschutz und die Referate 32 – Betriebswirtschaft, Agrarförderung und Strukturentwicklung; 42 – Steuerung und Bau Finanzen; 44 – Straßenplanung; 52 – Gewässer und Boden; 53.2 – Gewässer 1. Ordnung Hochwasserschutz und Gewässerökologie Neckar-Bodensee; 54.2 – Industrie/Kommunen Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft; 55 – Naturschutz Recht; 56 – Naturschutz und Landschaftspflege beteiligt.</p> <p>Die Stellungnahme ist in die fachlich bezogenen Teile der Stabsstelle sowie der Referate unterteilt. Diese vertreten dabei unterschiedliche fachliche Belange.</p> <p>I. Referat 21 - Raumordnung Es wird begrüßt, dass die Einwendungen aus dem ersten Anhörungsverfahren berücksichtigt wurden. Aus Sicht der Raumordnung werden keine weiteren Bedenken vorgebracht.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
I.001	830	<p>Es wird jedoch auf folgendes hingewiesen: Zu PS 3.2.1 Z (4) i.V.m. Begr. zu diesem PS S. 114 f. – Zulässigkeit von Freiflächen-solaranlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege: Hinsichtlich des dritten Spiegelstrichs sowie auch der Begründung S. 114 wird formuliert, dass bei einer Breite des Biotopverbundkorridors von kleiner oder gleich 2 km die Inanspruchnahme für Freiflächen-solaranlagen bis zu „10% des Korridors“ betragen darf. An dieser Stelle wäre eine Konkretisierung in der Begründung hinsichtlich der maß-geblichen Fläche wünschenswert. Welche Gerade des Biotopverbundkorridors ist für die Breitenmessung anzusetzen? Ist es die beispielsweise die schmalste Breite an der Stelle, wo das Vorhaben verwirklicht werden soll in dem Winkel wie der Verbundkorridor verläuft? Hier kommen verschiedenste Varianten in Betracht. Und ist mit „10 % des Korridors“ die Fläche des Verbundkorridors an der Stelle des geplanten Vorhabens gemeint oder 10% der jeweiligen Breitemessung des Verbundkorridors wo das Vorhaben geplant ist, als Maß der möglichen Breite der Freiflächen-solaranlage an dieser Stelle? Hier bedarf es weiterer Ausführungen in der Begründung- ansonsten sind verschiedene Lesarten denkbar.</p>	Die Begründung zu PS 3.2.1 Z (4) wurde entsprechend der Anregung konkretisiert. Es wird nun genauer erläutert, wie die Breite des Biotopverbundkorridors gemessen werden soll. Es wird auf den überarbeiteten Planentwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen.	Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
I.001	831	<p>Zu PS 3.2.2 Z (4) und Z (5) i.V.m. mit Begründung zu diesem Plansatz S. 118 f – Zulässigkeit von Windenergieanlagen und standortgebundene Leitungsvorhaben in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen:</p> <p>Der Plansatz ist zum vorherigen Entwurf weitgehend neu gefasst. Er ermöglicht den Bau von Windenergieanlagen in Kernflächen und Kernräumen des Biotopverbundes unter speziellen Voraussetzungen. Der Verweis im zweiten Spiegelstrich wäre redaktionell zu ändern in „nach PS 3.2.0 G (1), Z (2), G (3), G (4), Z (5)“.</p> <p>Der zweite Spiegelstrich könnte außerdem um weitere Ausführungen in der Begründung S. 118 f. zum Prüfungsmaßstab der Voraussetzungen ergänzt werden, insbesondere zu der Auslegung des Begriffs „Gefährdung der Zweckbestimmung“. Warum bzw. bei welcher Schwelle ist bei einem unvermeidbaren ausgleichspflichtigen Eingriff in einem Biotopverbund bzw. –kernraum nach Ansicht des Plangebers trotzdem keine Gefährdung der Zweckbestimmungen des PS 3.2.0 gegeben? Dabei sollte beachtet werden, dass für eine Gefährdung im allgemeinen Sprachgebrauch noch kein Schaden eingetreten sein muss und auch die Möglichkeit des Eintritts eines kleinen Schadens bereits grundsätzlich eine Gefährdung sein kann. Gefährdung ist eine Prognoseentscheidung in Verbindung mit einer Wahrscheinlichkeitsabwägung. Die Schwelle dieser Voraussetzung ist niedrig.</p> <p>In diesem Zusammenhang könnte man zu dem Schluss kommen, dass bei einem ausgleichspflichtigen Eingriff nach Bundesnaturschutzgesetz sich eine Gefährdung von Fauna oder/und Flora bereits realisiert hat. Dieser Schaden durch den Bau von Windenergieanlagen könnte also bereits eine Verletzung der Zweckbestimmung nach Plansatz 3.2.0 G (1) sein, der proklamiert, dass Habitate, Biotope und Biozönosen zu bewahren sind. Diese enge, jedoch durch den Begriff indizierte Art der Auslegung des Wortes der „Gefährdung“ passt nicht zu der Struktur des Plansatzes, weswegen an dieser Stelle um Konkretisierung bzw. Klarstellung in der Begründung gebeten wird.</p> <p>Außerdem würden Ausführungen zu den Anforderungen an die Standortalternativenprüfung weiterhelfen.</p>	<p>Da die Formulierung in den PS 3.2.2 Z (4), 3.2.2 Z (5) und 3.2.1 Z (5) bezüglich der Gefährdung der Zweckbestimmung analog ist, wurde die vorliegende Anregung auch auf den PS 3.2.1 Z (5) bezogen, obwohl er in der Anregung nicht konkret genannt ist.</p> <p>Die redaktionelle Änderung gemäß der Anregung wurde im PS 3.2.2 Z (4) und Z (5) durchgeführt.</p> <p>Zudem wurden in den PS 3.2.2 Z (4), Z (5) und 3.2.1 Z (5) in der Begründung nähere Ausführungen gemacht zur Begrifflichkeit der Gefährdung der Zweckbestimmungen. Dadurch wird klar, dass der Begriff der Gefährdung in diesen Plansätzen nicht so eng auszulegen ist, dass allein bei der Möglichkeit eines Schadens der Eingriff nicht zulässig ist, sondern dass voraussichtlich erhebliche Beeinträchtigungen gemeint sind.</p> <p>Es wird auf den überarbeiteten Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen (Begründung sowie redaktionelle Änderungen an Plansätzen).</p>	Berücksichtigung
I.001	832	<p>Zu PS 4.2.2 G (3) i.V.m Begründung zu diesem PS S. 41 – allgemeiner Grundsatz zu Solarenergie auf besonders landbauwürdigen Flächen:</p> <p>Plansatz 4.2.2. G (3) formuliert, dass raumbedeutsame Freiflächensolaranlagen nur auf hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nutzbarkeit vorbelasteten Flächen zulässig sind.</p> <p>Die Begründung zu Plansatz 4.2.2 G (3) sagt, raumbedeutsame Freiflächensolaranlagen können im Einzelfall auf besonders landbauwürdigen Flächen errichtet werden, wenn dies für den</p>	<p>Die Begründung wird entsprechend der Anregung konkretisiert bzw. ergänzt. Es wird auf den überarbeiteten Textteil des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schutz des Grundwassers, welches für die Trinkwasserversorgung gefördert wird, erforderlich ist.</p> <p>Der Bezug von Plansatz und Begründung wird an dieser Stelle nicht klar. Besser wäre außerdem eine ergänzende Erläuterung in der Begründung, was „die landwirtschaftliche Nutzbarkeit vorbelastete Flächen“ im Sinne dieses Plansatzes sind. Gegebenenfalls wäre hierzu auch ein Verweis auf die Begründung zu Plansatz 3.1.1 S. 96 ausreichend.</p>		
I.001	833	<p>II. Stabsstelle für Energiewende, Windenergie und Klimaschutz</p> <p>4.2.1 Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie</p> <p>Die im aktuellen Anhörungsentwurf des Teilregionalplans Energie festgelegten Vor-ranggebiete Windenergie umfassen nur noch 1,9 % der Regionsfläche.</p> <p>Bei einer Vielzahl der Flächen können Restriktionen im Genehmigungsverfahren, insbesondere infolge militärischer Belange, nicht ausgeschlossen werden.</p> <p>Außerdem sollen vereinzelt Flächen mit einer mittleren gekappten Windleistungs-dichte kleiner 190 W/m² in 160 m Höhe (Windhöffigkeit nach dem Windatlas BW 2019) als Vorrangflächen festgelegt werden. Eine uneingeschränkte Nutzbarkeit der für die Ausweisung vorgesehen Flächen ist deshalb fraglich. Deshalb sollten möglichst alle jetzt geplanten Vorranggebiete auch ausgewiesen werden.</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 817, Stellungnahme MLW Az. I.000 verwiesen</p>	Kenntnisnahme
I.001	834	<p>4.2.3 Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik</p> <p>Um die Klimaschutzziele nach § 10 Absatz 1 KlimaG BW zu erreichen, besteht entsprechend des Zielszenarios aus dem Forschungsvorhaben „Sektorziele 2030 und Klimaneutrales Baden-Württemberg 2040“ ein energiewirtschaftlicher Flächenbedarf für Freiflächen-Photovoltaikanlagen von 0,5 % der Gesamtfläche Baden-Württembergs.</p> <p>Begrüßt wird deshalb die im aktuellen Anhörungsentwurf des Teilregionalplans Solarenergie vorgesehene Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik im Um-fang von 0,5 % der Regionsfläche.</p> <p>Bei einigen Vorbehaltsgebieten Photovoltaik kann jedoch die Nutzung aufgrund von Restriktionen eingeschränkt sein. Deshalb sollten möglichst alle jetzt geplanten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik auch ausgewiesen werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass die aktuelle Flächenkulisse der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik weiterhin 0,5 % der Regionsfläche umfasst.</p>	Kenntnisnahme
I.001	835	<p>3.2.1 Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Biotopverbund)</p>	<p>Durch die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie auf über 1,8 % der Regionsfläche wird das Landesflächenziel nach KlimaG BW erfüllt. Aus Sicht des</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Der vorgesehene generelle Ausschluss von Freiflächensolaranlagen und jetzt auch von Windenergieanlagen in Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbunds wird bedauert.</p> <p>Im Übrigen wird auf die Stellungnahme im Rahmen der 1. Anhörung verwiesen.</p>	<p>RVBO ist es deswegen vertretbar und aufgrund des Belang des Schutzes der Biodiversität und der Entwicklung des Biotopverbunds geboten, außerhalb der Vorranggebiete Windenergie im Offenland zumindest in Kernflächen und -räumen des Biotopverbunds dem Belang der Biodiversität und der Sicherung der für den Biotopverbund bereits hochwertigen Flächen auch aufgrund von § 22 LNatSchG BW gegenüber dem Belang der Errichtung von Windenergieanlagen den Vorrang einzuräumen.</p> <p>Bezüglich des Bezugs zur Stellungnahme zur 1. Offenlage wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt weiterhin.</p>	
I.001	836	<p>III. Referat 32 – Betriebswirtschaft, Agrarförderung und Strukturentwicklung</p> <p>Der Schutz der besonders landbauwürdigen Flächen gegenüber der Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen soll aufgehoben werden, wenn es sich um Flächen handelt, die hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nutzbarkeit vorbelastet sind. Grundsätzlich ist die Regelung nachvollziehbar, wenn davon ausgegangen wird, dass „vorbelastet“ in diesem Fall bedeutet, dass die Flächen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nutzbarkeit oder Ertragsfähigkeit eingeschränkt sind. In der Begründung zu PS 4.2.2 G (3) und PS 3.3.1 wird ausgeführt, dass dazu auch Auffüllflächen gehören. Da allerdings Bodenauffüllungen auf landwirtschaftlichen Flächen in der Regel zu einer Bodenverbesserung führen, führt diese pauschale Zuordnung eher dazu, dass besonders schützenswerte landwirtschaftliche Flächen der produktiven Landwirtschaft entzogen werden.</p>	<p>Wir gehen davon aus, dass sich die Anregung auf die Begründung zu PS 4.2.2 und PS 3.1.1 bezieht und nicht auf die Begründung zu PS 4.2.2 und PS 3.3.1.</p> <p>Die Begründung zu PS 4.2.2 und PS 3.1.1 wird entsprechend der Anregung geändert. Es wird auf den Textteil des Teilregionalplans Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	Berücksichtigung
I.001	838	<p>IV. Abteilung 4 – Abteilung Mobilität, Verkehr, Straßen</p> <p>Das Regierungspräsidium – Abteilung Mobilität, Verkehr, Straßen – erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln.</p> <p>Die straßenrechtlichen Vorgaben nach § 9 FStrG und § 22 StrG BW sind im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
I.001	839	<p>Stellungnahme des Referats 44 – Planung</p> <p>In den beiliegenden Karten sind sämtliche Maßnahmen des Regierungspräsidiums Tübingen, Referat 44 – Planung, aufgeführt, welche entweder aktuell oder künftig geplant werden und welche sich aus den aktuellen Unterlagen zum Bundesverkehrswegeplan, Generalverkehrsplan und Bedarfsplan</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Radwege an Bundes- und Landesstraßen ergeben. Dabei ist zu beachten, dass die dargestellten Linienführungen nicht zwingend die endgültige Lage darstellen. In der Regel werden bei jeder Planung Variantenuntersuchungen durchgeführt, woraus eine Vorzugsvariante erarbeitet wird.</p> <p>Konkrete Flächen, welche durch die von Referat 44 dargestellten Planungen überschritten und welche weiterhin beibehalten werden sollen, sind mit Referat 44 im weiteren Verlauf des Verfahrens abzustimmen.</p>		
I.001	840	<p>Zu folgenden Flächen liegen bereits aktuelle Planungen vor: Die Fläche FFFPV-436-032 (Bad Waldsee Mennisweiler - Süd) in Mennisweiler befindet sich im Bereich der Planungsmaßnahme L 314 Ortsumgehung Mennisweiler aus dem aktuellen Maßnahmenplan für Landesstraßen. Im Zuge der noch zu beginnenden Planung können, durch verschiedene zu untersuchende Varianten, Konflikte mit dem v.g. Vorbehaltsgebiet für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen nicht ausgeschlossen werden.</p>	<p>Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sind nach Plansatz 4.2.3 G (1) als Grundsatz eine Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Sie sind ist daher der Abwägung grundsätzlich zugänglich. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
I.001	841	<p>Die Fläche FFPV-435-042 Meckenbeuren/Tettngang Fünfhehlen befindet sich im Bereich der Planungsmaßnahme B 30 Friedrichshafen (B 31) – Ravensburg/Eschach aus dem aktuellen Bedarfsplan für Bundesfernstraßen 2016. Die PV-Fläche wurde zwar gegenüber dem 1. Anhörungsentwurf verkleinert (wegen Natur- und Artenschutz: Herausnahme Biotop und Siedlung: Vorsorgeabstand Wohnen), sie grenzt jedoch weiterhin direkt an die B 30 neu.</p> <p>Für die geplante Trasse der B 30 Friedrichshafen (B 31) – Ravensburg/Eschach soll im Laufe des Jahres 2025 die öffentliche Auslegung der Planunterlagen für das anschließende Linienbestimmungsverfahren nach § 16 FStrG erfolgen. Im Zuge der danach folgenden Entwurfsplanung können sich noch Trassenverschiebungen der B 30 neu in Lage und Höhe ergeben, so dass Konflikte mit dem v.g. Vorbehaltsgebiet für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen nicht ausgeschlossen werden können.</p>	<p>Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sind nach Plansatz 4.2.3 G (1) als Grundsatz eine Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Sie sind ist daher der Abwägung grundsätzlich zugänglich. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
I.001	842	<p>Die Flächen FFPV-436-044 (Grünkraut Emmelweiler) und FFPV-436-045 (Grünkraut Gullen) befinden sich im Bereich des</p>	<p>Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sind nach Plansatz 4.2.3 G (1) als Grundsatz eine Vorgaben für nachfolgende</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Straßenplanungsprojekts B 32 OU Ravensburg aus dem aktuellen Bedarfsplan für Bundesfernstraßen 2016. Das Projekt befindet sich in der Planungsphase der Voruntersuchung. Derzeit gibt es diverse Variantenüberlegungen bei denen die Trassenverläufe über diese Flächen führen würden. Somit können Konflikte mit dem v.g. Vorbehaltsgebiet für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen nicht ausgeschlossen werden. Weiter wurde der Landkreis Sigmaringen auf Grundlage der Vereinbarung vom 29.05./24.06.2020 mit dem Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Tübingen, die Planungsmaßnahme B 311 n / B 313 zwischen Mengen und Meßkirch angehört. Der Landkreis Sigmaringen plant. Das Regierungspräsidium Tübingen - Referat 44 - ist weiterhin antragstellende Behörde, daher wird die Stellungnahme vom 30.04.2025 im Namen des Referats 44 weitergeleitet (siehe Anlagen).</p> <p>Stellungnahme vom 30.04.2025 des Landratsamtes Sigmaringen, Stabsstelle Straßenbauprojekt:</p> <p>Bundesstraßen B 311n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen</p> <p>teilweise liegen ausgewiesene Vorbehaltsgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen (Vorbehaltsgebiete Photovoltaik) innerhalb des Planungsraums (aktuelle Varianten im Rahmen der Voruntersuchung) der Bundesstraße B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen.</p> <p>Im Rahmen der Voruntersuchung zur Planung der Bundesstraße B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen werden aktuell verschiedene Varianten untersucht.</p> <p>Die Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen, Aussagen zur Zielvariante können infolge dessen derzeit nicht erfolgen. Gemäß aktuellem Planungsstand sind die nachfolgend aufgeführten Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen (Vorbehaltsgebiete Photovoltaik) von verschiedenen Varianten betroffen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• FFPV-437-034 Inzigkofen — Südwest Fläche 10,2 ha</li> <li>• FFPV-437-035 Inzigkofen — Süd Fläche 10,2 ha</li> <li>• FFPV-437-049 Göggingen — West Fläche 7,9 ha</li> </ul> <p>Die oben aufgeführten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik konkurrieren mit der regionalbedeutsamen</p>	<p>Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Sie sind ist daher der Abwägung grundsätzlich zugänglich. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(überörtlich legitimiert) Planung zur B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen, werden in der weiteren Planung (Voruntersuchung mit Findung der Zielvariante) bei der Trassierung berücksichtigt und in der Abwägung (Grundsätze der Raumordnung) entsprechend gewichtet. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Voruntersuchung B 311 n / B 313 voraussichtlich erst Anfang 2026 abgeschlossen sein wird und Veränderungen in der Trassierung, Querschnitt u.s.w. möglich sind. Angaben zu ggf. erforderlichen baulichen Maßnahmen (z.B. Querschnitt B 311 n / B 313, Ingenieurbauwerke, Lärmschutzeinrichtungen) können zum jetzigen Zeitpunkt weder gemacht noch ausgeschlossen werden. Rechtliche Grundlagen</p> <p>Gemäß § 3 (1) Ziffer 3. Raumordnungsgesetz (ROG) sind die ausgewiesenen Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Sinne des ROG Grundsätze der Raumordnung (G) und werden als Vorgaben in der weiteren Vorplanung (Voruntersuchung) zur B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen in der Abwägung berücksichtigt. Es wird um eine weitere Beteiligung im Verfahren gebeten.</p>		
I.001	843	<p>Das Regierungspräsidium Tübingen – Abteilung Mobilität, Verkehr, Straßen – ist im weiteren Verfahren zu beteiligen.</p> <p>V. Referat 52 – Gewässer und Boden Bodenschutz Aus übergeordneter Sicht des Bodenschutzes bestehen keine weiteren Einwände zu o.g. Verfahren.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
I.001	844	<p>Grundwasserschutz</p> <p>Aus Ziel PS 4.2.1 Z (3) ergibt sich, dass im Fall von Zielkonflikten der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Zielen der regionalen Freiraumstruktur hat. Darunter fallen auch die Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen. Ergänzend dazu ist in der Begründung zu Z (3) formuliert, dass im Falle einer Überlagerung immer die Vorrangfestlegung Windenergie anzuwenden und damit rechtlich maßgebend ist.</p> <p>In PS 3.3.1 Z (3) wird konkretisiert, dass Überlagerungen von Wind- und Wasservorranggebieten nur im Altdorfer Wald auftreten und innerhalb dieser Vorranggebiete Windenergie der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen die sich überlagernden Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen nicht</p>	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		entgegenstehen.  Die Formulierung von PS 3.3.1 Z (3) ist aus Sicht des vorsorgenden Grundwasserschutzes vertretbar, da sie sich konkret auf die drei betroffenen Vorranggebiete Windenergie im Altdorfer Wald bezieht. Es handelt sich um eine Einzelfallregelung für den Altdorfer Wald, bei der insbesondere die Hydrogeologie des Altdorfer Waldes berücksichtigt wurde (beispielsweise Grundwasserüberdeckung, Abschätzung der Fließgeschwindigkeiten und Geländere relief). Dies findet im PS 3.3.1 Z (3) aus Sicht des Grundwasserschutzes eine ausreichende Berücksichtigung.  Der generelle Vorrang der Windenergie im Falle einer Überlagerung nach PS 4.2.1 Z (3) wird aus Sicht des vorsorgenden Grundwasserschutzes weiterhin kritisch ge-sehen, da hier keine Beschränkung auf einen Einzelfall erfolgt. Es wird davon aus-gegangen, dass diese Formulierung notwendig ist, um das Flächenziel für Erneuer-bare Energien in der Regionalplanung zu erreichen. In Kombination mit PS 3.3.1 Z (3) kann diese Formulierung somit mitgetragen werden.  Der Schutz des Trinkwassers ist eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dazu zählt auch der Schutz von zukünftigen Gebieten zur Entnahme von Grundwasser zur Trinkwasserversorgung. Auf die besondere Bedeutung und damit Schutzbedürftigkeit der Grundwasservorkommen im Altdorfer Wald wird hingewiesen.		
I.001	845	VI. Referat 54.2 – Industrie/Kommunen Schwerpunkt Kreislaufwirtschaft Referat 54.2 führt Folgendes aus: Nach Durchsicht kann ich mitteilen, dass nun zumindest die Deponie Wangen-Obermoorweiler enthalten ist, sie liegt in einem regionalen Grünzug, und ist mit einem E gekennzeichnet. Die Deponie RV-Gutenfurt, ebenfalls im Regionalen Grünzug gelegen, ebenfalls mit einem E gekennzeichnet ist nicht enthalten. Das ist für mich nicht schlüssig.  Auch fällt auf, dass der Landkreis Sigmaringen offenbar keine Deponieflächen gemeldet hat.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
I.001	846	VII. Referat 55, 56 – Höhere Naturschutzbehörde Mit o.g. Schreiben gaben Sie uns die Gelegenheit zum Teilregionalplan Windenergie Stellung zu beziehen. Hierfür möchten wir uns bedanken. Die höhere Naturschutzbehörde nimmt dabei erfreut zur Kenntnis, dass ein Großteil der fachlichen Hinweise im Verfahren berücksichtigt werden konnten. Die Bemühungen	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.  Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>naturschutzfachliche Belange in der Abwägung größtmöglich zur Geltung zu bringen, werden ausdrücklich begrüßt.</p> <p>Im Übrigen haben sich die tatsächlichen Verhältnisse seit der letzten Beteiligung nicht grundlegend geändert, sodass wir im Wesentlichen keine neuen Erkenntnisse in das Verfahren einbringen können. An den nicht berücksichtigten Anregungen zur ersten Offenlage halten wir gleichwohl weiter fest.</p>	<p>dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
I.001	847	Hervorheben möchten wir hierbei unsere Anregung zum angedachten Vorranggebiet „Meßkirch-Leibertingen“ und die damit betroffenen gewichtigen artenschutz-rechtlichen Belange hinweisen. Wir bitten dies weiterhin in der Abwägung zu berücksichtigen.	Betreffend möglicher artenschutzrechtlicher Bedenken gibt es zu diesem Gebiet nach wie vor keine konkreten Erkenntnisse. Daher verweisen wir auf die Abwägung zur 1. Offenlage.	Keine Berücksichtigung
I.001	848	Die folgenden relevanten neuen Erkenntnisse bitten wir in der Planung zu berücksichtigen:  1.) Für das Vorranggebiet „Hochbühl“ möchten wir auf fledermauskundliche Erfassungen der Gemeinde Owingen aus dem Jahr 2024 hinweisen (365° frei-raum + umwelt 2025, online abrufbar unter <a href="https://owingen.ris-portal.de/web/guest/sitzungen?sitzungId=160876">https://owingen.ris-portal.de/web/guest/sitzungen?sitzungId=160876</a> ). Demnach hat das ange-dachte Vorranggebiet und seine Umgebung eine für Fledermäuse regional hohe bis landesweit hohe Bedeutung (Einstufung nach Kaule 1991 bzw. Reck 1996). Drei der vier Sonderstatusarten kommen nachweislich (Mopsfledermaus, Großer Abendsegler) oder eventuell (Brandtfledermaus) vor. Quartiere wurden dabei zwar nicht erfasst, sodass die Erforderlichkeit der Planung nicht zwingend in Frage gestellt werden muss. Gleichwohl sind Wochenstuben der Mopsfledermaus innerhalb des Vorranggebiets bzw. des nahen Umfelds aufgrund der erfassten Rufzeiten (zahlreiche Rufe innerhalb der ersten Stunde nach Sonnenuntergang) und der vorhandenen potenziellen Habitatstrukturen jedenfalls nicht auszuschließen. Diese artenschutzrechtlichen Belange sollten aufgrund der Seltenheit und des Gefährdungsgrades der betroffenen Arten in der Abwägung mit dem entsprechend schweren Gewicht ihre Berücksichtigung finden.	Das Gutachten der Gemeinde Owingen wurde in die Abwägung eingestellt und in Zusammenarbeit mit der höheren Naturschutzbehörde geprüft. Damit geht auch eine Überprüfung der artenschutzrechtlichen Bewertung einher. Eine Neubewertung erfolgt jedoch nicht. Bereits zur Erstellung der 2. Offenlage war das Vorhandensein der Molassekeller mit Quartieren, u.a. für Sonderstatusarten, bekannt. Die Prüfung durch die höhere Naturschutzbehörde ergab ausreichende Abstände zu den bekannten fachgutachterlich nachgewiesenen Quartieren. In dem Gutachten von 365° wurden keine dauerhaften Lebensstätten erfasst, allerdings gibt es Hinweise für potenzielle dauerhafte Vorkommen. In der Abwägung wurde dies mit dem entsprechend schweren Gewicht berücksichtigt. Dies erfolgte, ohne Flächenreduktion, in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden. Es wird zudem auf die Anlage E.3 zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.	Kenntnisnahme
I.001	850	2.) Wir weisen auf den sehr vorläufigen Stand bzw. Entwurfsfassung der Gut-achten zu Vogel- und Fledermausarten (BFL 2024) für die Vorranggebiete Altdorfer Wald hin, auf deren Grundlage die Flächenkulisse überarbeitet wurde. Uns ist nicht bekannt inwieweit Daten der Naturschutzverbände eingearbeitet wurden.	Die vorliegende Anregung bezieht sich teilweise auf einen neuen Belang, der bislang noch nicht abgewogen wurde oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Bzgl. der Großen Bartfledermaus (bzw. Brandtfledermaus, <i>Myotis brandtii</i> ) empfehlen wir, wie im Aktenvermerk vom 29.10.2024 dargestellt, um den Standort einzelner Wochenstuben einen Vorsorgeabstand mit 500 Meter Radius einzuhalten.	<p>Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregung neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregung erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Der Regionalverband berücksichtigt aktuell im Zuge der Abwägung der Stellungnahmen aus der Anhörung des Teilregionalplans Energie Hinweise zu Quartieren von Sonderstatusarten Fledermäuse folgendermaßen: In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden.</p> <p>Das Gutachten der Naturschutzverbände (Untersuchungen zur Fledermausfauna des Altdorfer Waldes (Baden-Württemberg, Deutschland). I. Südlicher Teil (2022-2023), von I. Maier) entspricht nicht diesen Kriterien. Das Gutachten wurde aber der Höheren Naturschutzbehörde vorgelegt und gemäß den Kriterien des RVBO abgewogen. Das Erfordernis einer Reduktion von VRG Windenergie im Altdorfer Wald ergab sich dadurch nicht.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Der Regionalverband erkennt die übermittelten Daten vom Fachgutachter des Projektieres (SWU, iTerra) bezüglich einer Häufung an Einzelquartieren von Männchen einer Sonderstatusart als mögliche Paarungsquartiere an. Auf Grund der mehrfachen Beobachtung und auf Grund des Vorhandensein geeigneter Lebensräume wird auf Anraten der Naturschutzbehörden auf Wochenstuben in diesem Bereich geschlossen. Daher sollen die Vorkommen der Männchenquartiere in dieser Konstellation einen Freihaltebereich erhalten. Der Regionalverband stellt auf die Empfehlung der höheren Naturschutzbehörde ab.</p> <p>Hinsichtlich eines potenziellen Verlustes an Fledermauslebensstätten gibt es in der wissenschaftlichen Literatur keine eindeutigen Empfehlungen für Mindestabstände zu bekannten Lebensstätten von Fledermäusen. Die Bandbreite in der wissenschaftlichen Welt ist recht groß. Sie reicht von 200 m bis zu mehreren Kilometern.</p> <p>In der aktuellen Planungsphase des Regionalverbands sind vor allem die Sonderstatusarten des Fachbeitrags der LUBW maßgeblich.</p> <p>Der Regionalverband orientiert sich hierbei in Absprache mit der obersten Naturschutzbehörde vor allem an Folgenden Aussagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- „Anlagen, die in Kernlebensstätten, insbesondere Quartierzentren baumbewohnender Arten (Wochenstuben und Paarungsquartiere) zuzüglich eines Puffers von 200 m geplant werden, sind dabei in der Regel nicht genehmigungsfähig, da ein Ausgleich nicht gewährleistet werden kann (HURST et al. 2016a).“ s.a. Schutzkonzept Fledermäuse, Frinat 2021</li> <li>- Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</li> </ul> <p>In der Abwägung dieser Aspekte hat sich der Regionalverband entschieden, die nachgewiesenen (s.o.) Lebensstätten von Fledermaus - Sonderstatusarten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>(Wochenstuben und Paarungsquartiere) in einem Minimalumfeld von 200 m durch Freihaltebereiche zu berücksichtigen.</p> <p>Empfehlungen der höheren Naturschutzbehörde mit Abständen von 500 m würden zu größeren Verlusten an Vorranggebieten für die Windenergie führen. Der Empfehlung der höheren Naturschutzbehörde folgt der Regionalverband im Rahmen der Abwägung auf Grund des einerseits überragenden öffentlichen Interesses und andererseits bislang nicht gefestigter wissenschaftlichen Empfehlungen und Kenntnisse nicht.</p> <p>Zudem ist zu beachten, dass die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung ergeben, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
I.001	851	3.) Bzgl. der neu hinzugekommenen Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik in der Verwaltungsgemeinschaft Meßkirch, Leibertingen, Sauldorf, Kreis Sigmaringen, verweisen wir auf die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde.	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.302 verwiesen.	Kenntnisnahme
I.001	853	Abschließend erlauben wir uns die Anregung eine Reduzierung oder die Herausnahme der Gebiete „Meßkirch-Leibertingen“ (SIG) und „Hochbühl“ (BSK) erneut zu überprüfen. Von den verbleibenden Flächen in der aktuellen Planung kommt diesen fachlich das höchste Gewicht zu. Die Anregung steht freilich unter dem Vorbehalt, dass die Flächenziele auch ohne die genannten Flächen erreicht werden können.	<p>Zum VRG WEA-435-002 Hochbühl wird auf die vorangegangene Abwägung dieser Stellungnahme verwiesen. Eine Reduktion oder Herausnahme erfolgt nicht.</p> <p>Zu "Meßkirch-Leibertingen": Es wird angenommen, dass hier das VRG WEA-437-011 gemeint ist. Aus Sicht des RVBO liegen zur 2. Offenlage keine erheblichen entgegenstehenden Belange vor, die eine Reduzierung oder Streichung des VRG Windenergie erforderlich machen würden. Es wird auf die sonstige Abwägung zum VRG WEA-437-011 in der vorliegenden Synopse und der Anlage dazu verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
Gemeinde Wasserburg				
II.1002	1302	Stellungnahme-Formular in der Anlage der Stellungnahme!	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange (mit Anschrift und Tel./FaxNr.)



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gemeinde Wasserburg (Bodensee), Lindenplatz 1, 88142 Wasserburg (B), Tel.: 08382 98 53-0</p> <p>~ Keine Stellungnahme erforderlich mit Angabe der Gründe</p> <p>Die Gemeinde Wasserburg (Bodensee) hat keine Einwände zur Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben.</p>		
<b>Stadt Memmingen</b>				
II.1003	1319	<p>Bodensee - Oberschwaben, Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) abgeben zu dürfen.</p> <p>Die Stadt Memmingen kommt weiterhin zu dem Ergebnis, dass aufgrund der räumlichen Entfernung der Flächen zum Stadtgebiet von Memmingen in diesem Planungsstadium keine Einwände gegen die Festsetzungen und Darstellungen in der Teilfortschreibung des Regionalplanes BodenseeOberschwaben erhoben werden. Die Stadt Memmingen bittet um Beteiligung bei den einzelnen Genehmigungsverfahren für die Windenergie- und FFPV-Anlagen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Stadt Lindau</b>				
II.1004	1324	<p>vielen Dank für die Beteiligung, 2. Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap.4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln.</p> <p>Die Stadt Lindau (B) stimmt den Änderungen des vorliegenden Fortschreibungsentwurfes zu und hat keine Einwände.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Gemeinde Aichstetten</b>				
II.101	536	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen – Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) Erneute Öffentlichkeitsbeteiligung Sehr geehrte Damen und Herren, unter Vorlage der Vollmacht hatte ich die anwaltliche Vertretung der Gemeinde Aichstetten, Bachstraße 2, 88317 Aichstetten, vertreten durch Herrn Bürgermeister Hubert Erath angezeigt und Einwendungen der Gemeinde vorgetragen. Namens und im Auftrag der Gemeinde Aichstetten gebe ich zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben-Teil Regionalplan Energie die nachfolgende Stellungnahme unter Berücksichtigung der Erläuterungen der Abwägung ab. Der bisherige Vortrag bleibt aufrechterhalten und wird zu den Erläuterungen der Abwägung ergänzt. Zur besseren Sichtbarkeit werden die Ergänzungen in der</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf Sachverhalte, welche bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Farbe blau markiert. A. Planung Windenergie I. Allgemeines Die Gemeinde Aichstetten ist von den folgenden Potenzialflächen (Vorranggebiete) zur Nutzung der Windenergie direkt betroffen: WEA-436-005 Vorranggebiet Altmannshofen WEA-436-006 Vorranggebiet Baniswald WEA-436-012 Vorranggebiet Aichstetten-Ost WEA-436-025 Vorranggebiet Aitrach-Südwest. Dementsprechend bezieht sich die nachfolgende Stellungnahme in erster Linie auf diese Potenzialflächen. Ziele und Grundsätze der Regionalplanung Diesbezüglich ist zunächst auf die Begründung des Regionalplans zu verweisen. Dieser enthält folgende grundsätzliche Regelungen: Das Kapitel 4.2 wird in einem gesonderten Verfahren fortgeschrieben (Teilregionalplan Energie). Der vorliegende Entwurf zur Anhörung dieses Teilregionalplans enthält den Entwurf für das Kapitel 4.2 Energie inklusive der damit verbundenen Änderungen in weiteren Kapiteln (1.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2.1, 3.2.2, 3.3.1). Die räumliche Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bodensee-Oberschwaben soll im Einklang mit den naturräumlichen Qualitäten und der kulturellen Tradition der Region stehen. ....und weiter: Z(1) Im Regionalplan sind Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen (kurz: Vorranggebiete Windenergie) festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt. In den Vorranggebieten Windenergie hat die Nutzung der Windenergie einschließlich des Repowerings Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen. Nutzungen, die dem Sicherungszweck nicht widersprechen, sind zulässig, wenn keine sonstigen Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen. Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete Windenergie hinausragen („Rotor-außerhalb-Flächen“). Z (2) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie sind Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen in kommunalen Bauleitplänen unwirksam. Grundsätzlich können im Rahmen der Regionalplanung auch die Nutzung des Plangebiets für Windkraftanlagen und Fotovoltaikanlagen geregelt werden. Vom Grundsatz her ist dies auch zu begrüßen. Allerdings hat das Planungsrecht in Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine maßgebende Änderung erfahren müssen. Das Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg enthielt bis zum Jahr 2011 auch die Möglichkeit, Ausschlussflächen für Windenergieanlagen festzusetzen. Grundsätzlich galt der gesamte Bereich außerhalb der Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen zur Nutzung der Windenergie als sogenannte Ausschlussfläche. Ab dem Jahr 2011 konnten die Regionalverbände keine Ausschlussflächen für Windenergieanlagen mehr festsetzen. Dementsprechend gilt seit diesem Zeitraum der Grundsatz, dass alle Flächen in Baden-Württemberg grundsätzlich der allgemeinen Privilegierung</p>	<p>Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte und auch auf die in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage (Az. des Stellungnehmers ebenfalls II.101) verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB unterfallen und damit vom Grundsatz her jede Fläche in Baden-Württemberg der Windkraft zur Verfügung steht. Das wesentliche planungsrechtliche Element der Ausschlussfläche gilt seit 2011 nicht mehr. Nach den Gesetzesänderungen der Bundesregierung durch das Wind-an-Land-Gesetz (WalG) und das WindBG sollen Windeignungsgebiete ausgewiesen werden, die bei Erreichen des Flächenbeitragswerts eines jeden Landes Ausschlusswirkung betreffend der übrigen Landesfläche entfalten sollen. Bis zum Erreichen dieses Flächenbeitragswerts gibt es allerdings keine Ausschlussgebiete. Ungeachtet dessen können die einzelnen Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung zusätzliche Flächen ausweisen, die jedoch als solche keine Ausschlusswirkung entfalten können. Die Bundesregierung hat wiederholt Notverordnungen zur Sicherung des Energiebedarfs erlassen. Dadurch werden insbesondere Einschränkungen durch Naturschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Waldschutz, Denkmalschutz, regionale Grünzüge, Wasserschutz extrem eingeschränkt. Dies alles sind Folgen der maximalen Höherstufung des Ausbaus der Windenergie durch die Verleihung des Prädikats „überragendes öffentliches Interesse“. Diese rechtlichen Vorgänge begegnen jedoch erheblichen rechtlichen Bedenken. Der Gesetzgeber hat in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB jene Gründe ausdrücklich benannt, die der Verwirklichung sogenannter privilegierter Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Durch die Gesetzesänderungen bzw. Erlass der Notverordnung werden diese Schutznormen nahezu bedeutungslos. Hierzu folgende Anmerkungen des Unterfertigten: Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt. Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor. Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet, die insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften. Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen. Durch die jetzt durch die Bundesregierung eingeführten Ausnahmevorschriften in § 45b BNatSchG wird dieser ursprüngliche Schutz des § 44 Abs. 1 BNatSchG unionsrechtswidrig ausgehöhlt bzw. teilweise sogar beseitigt. Abweichungen sind nur nach Art. 9 Abs. 1 V-RL erlaubt und zwar im Interesse der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit (Buchstabe a). Der Bundesgesetzgeber legt mit der neuen Regelung fest, dass der Betrieb einer Windkraftanlage stets der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird aber damit verkannt, dass es einem Mitgliedstaat verwehrt ist, einen unionsrechtlichen Begriff rein national zu definieren, um über diesen Weg in den Anwendungsbereich einer Ausnahmeregelung in der V-RL zu gelangen. In Rechtsprechung und Literatur ist seit langem geklärt, dass jeder im Unionsrecht verwendete Begriff autonom in seinem spezifischen unionsrechtlichen Sinne aus sich selbst heraus auszulegen ist, und dass es wegen der notwendig einheitlichen Geltung des Unionsrechts unter allen Mitgliedstaaten keine Verweisung auf innerstaatliche Sinngehalte geben kann. Insoweit ist zu verweisen auf zwei Entscheidungen des EuGH aus den Jahren 2018 und 2019; vgl. EuGH, Urteil vom 6.3.2018 - C-284/16 Rn. 33 EuGH, Urteil vom 11.4.2019-C-483/17 Rn. 36 sowie auf die weitere Entscheidung des EuGH, Urteil vom 10.12.2018-C-621/18, Rn. 47. Hierin ist unter anderem klar festgelegt, dass das Unionsrecht dadurch gekennzeichnet ist, dass es einer autonomen Quelle entspringt und Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten hat. Dies deckt sich letztlich auch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Grundsatz der autonomen Auslegung des Unionsrechts von deutschen Gerichten beachtet werden muss; vgl. BVerfG, Beschluss vom 9.1.2001 - 1 BvR1036/99. Speziell hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit hat der EuGH ausgeführt, dass dieser Begriff streng zu verstehen ist, sodass „ihr Umfang nicht einseitig von jedem der Mitgliedstaaten ohne Kontrolle durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft festgelegt werden kann.“ Damit verbietet sich das Vorgehen der Bundesregierung für einen einzelnen Mitgliedstaat den unionsrechtlichen Begriff der „öffentlichen Sicherheit“ eigenständig-zumal entgegen der EuGH-Rechtsprechung und undifferenziert zu definieren. § 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen dementsprechend gegen Art. 9V-RL. Eine konkrete Einzelfallabwägung zwischen dem Artenschutz und anderen Belangen kann deshalb auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass die bezeichneten Neuregelungen europarechtlicher Prüfung nicht standhalten werden. Auf den Verstoß gegen Art. 20a GG wird ebenfalls verwiesen. Des Weiteren wurde auf Drängen der Bundesregierung auf EU-Basis die Möglichkeit des Erlasses von Notverordnungen zur Errichtung von Windkraftanlagen durchgesetzt, die wiederum in nationales Recht</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>derzeit umgesetzt werden. Hierzu ist anzumerken, dass allein schon die Verfügung dieser „EU-Notverordnung“ auf EU-Basis sowohl gegen die artenschutzrechtlichen Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie und weiterer Schutznormen für den Artenschutz verstoßen sowie gegen die bisherige ständige Rechtsprechung des EuGHs zu diesem Themenbereich. Darüber hinaus ist derzeit der Erlass einer „Notverordnung“ wegen Energiekrise rechtswidrig. Der Ausfall der Stromversorgung in Deutschland war zwar ursprünglich befürchtet worden, nachdem wegen verhängter Sanktionen sowohl die Erdgaslieferungen als nun auch die Rohöllieferungen aus Russland eingestellt wurden. Zwischenzeitlich hat sich die Lage aber derart entspannt, dass für eine Notverordnung kein Raum mehr bleibt. Die Gasspeicher sind gefüllt. Die Bundesregierung plant sogar die Errichtung von Gaskraftwerken. Auch die Prognosen für die Gasversorgung in den kommenden Jahren sind nach Aussage der Erdgasbetreiberfirmen und entsprechender Gutachter absolut gesichert. Gleiches gilt für die Versorgung mit Treibstoffen. Es hat zwar eine gewisse Teuerung stattgefunden. Die Versorgungslage ist aber nach wie vor in jeglicher Hinsicht gesichert. Insoweit verweise ich auf die erstatteten Gutachten sowie die Meldungen aus der Presse. Folglich sind weitere Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen auf der Grundlage einer Notverordnung rechtswidrig. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Artenschutzes und Naturschutzes ausgetragen werden. Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage. Aufgrund dieser Neuregelungen findet im Ergebnis keine Artenschutzprüfung mehr statt. Dies folgt auch aus den Regelungen der §§ 249 und 245 e BauGB. Der Naturschutz und der Artenschutz werden nach diesen Regelungen komplett ignoriert und ausgeschaltet. Die bisherigen Regelungen haben den Naturschutz und Artenschutz bereits stark zurückgedrängt. Eine Naturschutz- und Artenschutzprüfung war aber immer noch möglich. Die jetzigen Regelungen verstoßen gegen nationales Recht aber auch gegen Unionsrechts. Dementsprechend ist auch die deutsche Gerichtsbarkeit verpflichtet, europäische Vorgaben bei der Beurteilung von Klageverfahren wie in vorliegendem Fall zu beachten. Gleiches gilt auch für die anderen ebenfalls eingeschränkten entgegenstehenden Belange.</p>		
II.101	537	<p>Zu der Erläuterung der Abwägung BE-ID 413: Als Grundlage jeder Änderung im Rahmen des Naturschutzes und der „Beschleunigung der Verfahren“ gilt die Änderung des § 2 EEG durch die bisherige Bundesregierung. Nachdem offenbar wurde, dass die Regelung nach § 2 EEG mit dem Inhalt „überragendes öffentliches Interesse der Windkraft“ mit europäischem Recht</p>	<p>Die Ausführungen zu den übergeordneten rechtlichen Vorgaben werden zur Kenntnis genommen. Gesetzgebung ist nicht Aufgabe des RVBO. Der RVBO hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Entgegen der Anregung hat der RVBO eine</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nicht vereinbar war, wurden in einer „Schnellaktion“ auf europäischer Ebene die Grundlagen für diese nationale Änderung geschaffen. Dies geschah vor dem Hintergrund der Kriegsereignisse in der Ukraine und der Annahme, dass durch Stopp der Erdgaslieferungen ein Energienotstand in der Bundesrepublik entsteht. Es hat sich zwischenzeitlich herausgestellt, dass zu keinem Zeitpunkt ein entsprechender Energienotstand eingetreten ist. Dementsprechend diene die gesamte Aktion lediglich dazu, der Windkraft Vorschub zu leisten und parteipolitisch-ideologische Ziele zu verfolgen. Es ist bislang auch völlig ungeklärt, ob die Änderungen auf EU-Basis mit den übrigen Maßgaben der EU insbesondere zum Artenschutz vereinbar sind. Entsprechende Entscheidungen des EuGH sind nicht ersichtlich. Auf nationaler Ebene der Bundesrepublik wurden auf der Basis des neu formulierten § 2 EEG dann einschneidende Änderungen im Artenschutz vorgenommen und insbesondere die Vorschriften des § 45 BNatSchG sowie des § 45b BNatSchG einschließlich der Anl. 1 maßgebend geändert, sodass der in § 44 Abs. 1 BNatSchG garantierte Schutz betroffener Arten letztlich nicht mehr existiert. Gekrönt wurden diese Änderungen schließlich noch durch die Einführung des Wind-an-Land-Gesetzes und des WindBG und dort insbesondere des § 6 WindBG. Danach reduziert sich eine „Artenschutzprüfung“ letztlich auf eine SUP im Rahmen des Regionalplanverfahrens.</p> <p>Im bisherigen Verfahren wurde gerügt, dass letztlich eine Artenschutzprüfung überhaupt nicht mehr stattfindet. Dies zeigt sich gerade im vorliegenden Verfahren, wonach die konkreten entgegenstehenden naturschutzrechtlichen Belange nur unzureichend oder gar nicht mehr geprüft werden. Die vorgenommene Abwägung des Regionalverbands bringt zum Ausdruck, dass offensichtlich grundsätzlich alle entgegenstehenden Belange das „überragende öffentliche Interesse der Windkraft“ niemals überwinden können. Eine Abwägung findet dementsprechend überhaupt nicht statt, weil von Anfang an feststeht, dass kein entgegenstehender Belang nach § 35 Abs. 3 BauGB den Vorrang der Windkraft auf allen Gebieten überwinden kann. Dementsprechend kann durchaus von einer „Ermessensreduzierung auf Null“ gesprochen werden. Das Ergebnis einer Abwägung steht dementsprechend von Anfang an fest. Dies ist mit der Rechtsordnung aus hiesiger Sicht nicht vereinbar.</p>	<p>artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt. Es wird auf die Ausführungen in der Anlage zur Synopse B.3 zur 1. Offenlage, S. 9f., verwiesen.</p> <p>Es ist mitzuteilen so, dass grundsätzlich alle entgegenstehenden Belange das „überragende öffentliche Interesse der Windkraft“ niemals überwinden können, wie in der Anregung behauptet. Denn sowohl das Planungskonzept als auch die im Rahmen der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen als auch die nach der 1. Offenlage weggefallenen (Teil-)Flächen von Vorranggebieten Windenergie zeigen sehr wohl, dass andere Belange im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung gegenüber dem überragenden öffentlichen Interesse zum Teil der Vorrang eingeräumt wurde. Dies zeigt sich bereits im engeren Umfeld um Aichstetten durch zahlreiche Reduzierungen von Vorranggebieten Windenergie. Des Weiteren zeigt sich dies daran, dass das VRG WEA-436-012 Aichstetten Ost im Zuge der Abwägung der Stellungnahme zur 2. Offenlage aufgrund entgegenstehender Belange des zivilen Luftverkehrs aus der Flächenkulisse gestrichen wurde (s. Abwägung zu BE ID 1341, Stellungnahme der Höheren Luftfahrtbehörde am Regierungspräsidium Stuttgart, Az. II.510). Es wird auf den überarbeiteten Planentwurf zum Satzungsbeschluss (Textteil Begründung, Raumnutzungskarte, Umweltbericht) verwiesen.</p>	
II.101	538	<p>Im Übrigen sei der Regionalplanung darauf hingewiesen, dass der Regionalplan als solcher grundsätzlich über ein Jahrzehnt und mehr Gültigkeit haben soll, wohingegen die Notverordnung in Kürze auslaufen wird. Unter diesen Gesichtspunkten ist nicht nachvollziehbar, wie das Ziel der Vereinbarkeit zwischen Windkraft und Naturschutz erreicht werden soll. Die politischen Vorgaben</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf Sachverhalte, welche bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ignorieren den Naturschutz, Wasserschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Denkmalschutz und die weiteren Schutznormen einseitig zugunsten der Windkraft, wenngleich auch in der Öffentlichkeit anderes behauptet wird. Dies wird besonders in der nachfolgenden Zielvorgabe deutlich: Z (3) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie stehen der Errichtung und dem Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen und erforderlichen Nebenanlagen sowie dafür notwendigen Erschließungsmaßnahmen nach § 249 Abs. 5 S. 1 BauGB regionalplanerische Zielaussagen der Regionalen Grünzüge (PS 3.1.1 Z (5)), der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege PS 3.2.1 Z (5) und der Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen PS 3.2.2 Z (4) nicht entgegen. Im Fall von Zielkonflikten hat der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Zielen der regionalen Freiraumstruktur. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist in PS 3.3.1 Z (3) geregelt. Festzustellen ist insbesondere eine völlig übereilte und damit auch oberflächliche Raumplanung, wie im Folgenden noch ausgeführt wird. Ein Grund hierfür ist sicher das von der baden-württembergischen Landesregierung in § 20 Klimagesetz Baden-Württemberg verfügte Planungsziel bis spätestens 30.9.2025. Damit setzt der Landesgesetzgeber die Regionalverbände massiv unter Druck, sodass diese letztlich tatsächlich nur eine oberflächliche Planung vornehmen können. Offensichtlich ist dies seitens der Landesregierung in dieser Form auch gewünscht. Diese Fristsetzung zum 30.9.2025 ist nicht zwingend erforderlich, weil der Bundesgesetzgeber in § 3 Abs. 1 WindBG bzw. in der Anlage zu dieser Vorschrift ein erstes Planungsziel zur Erreichung der Flächenbeitragswerte zum 31.12.2027 gesetzt hat. Der Zwang zur übereilten Planung in Baden-Württemberg ist deshalb völlig unbegründet und führt zwangsläufig zu Planungsfehlern, da die möglichen entgegenstehenden Belange nicht in dem notwendigen Umfang geprüft werden können.</p>	<p>(ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte und auch auf die in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage (Az. des Stellungnehmers ebenfalls II.101) verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	
II.101	539	<p>BE-ID 420: Betreffend der Abwägungsentscheidung mit anderen Zielfestsetzungen wiederhole ich meine Ausführungen oben. Es ist deutlich erkennbar, dass auch hier das überragende öffentliche Interesse der Windkraftbetreiber jedwedes andere Ziel aussticht. Auch diesbezüglich wird die fehlerhafte Abwägung gerügt. Es sei ferner darauf hingewiesen, dass ursprünglich eine Öffentlichkeitsbeteiligung bei der jetzigen Auslegung von zwei Monaten geplant war und zwar vom 17.3.2025 bis zum 17.5.2025. Durch eilige Änderung des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg hat die Landesregierung sogenannte Beschleunigungen angeordnet, was letztlich dazu führt, dass nur eine verkürzte Öffentlichkeitsbeteiligung von gerade einmal einem Monat besteht. Dies gilt jedenfalls für die privaten Einwender sowie</p>	<p>Zum Anhörungszeitraum: Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Der Anhörungszeitraum entspricht diesen rechtlichen Vorgaben. Zur Rüge der "überstürzten" Planung wird auf die Ausführungen zur Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt weiterhin. Zur Behauptung, dass "das überragende öffentliche Interesse der Windkraftbetreiber jedwedes andere Ziel aussticht" wird auf die vorangegangene Abwägung dieser Stellungnahme und die umfangreichen Rücknahmen von VRG Windenergie in und um Aichstetten im 2.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		die Naturschutzverbände. Die Rüge der überstürzten Planung mit Ziel September 2025 im Unterschied zum Übrigen Bundesgebiet mit dem Ziel 31.12.2027 bleibt deshalb aufrechterhalten.	Offenlageentwurf und die vereinzelt Rücknahmen im Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie, u.a. beim VRG WEA-436-012 aufgrund von entgegenstehenden Belangen des zivilen Luftverkehrs, verwiesen.	
II.101	549	<p>II. Entgegenstehende Belange im Einzelnen 1. entgegenstehender Belang des Naturschutzes Der Ausweisung als Windeignungsgebiet stehen insbesondere Belange des Naturschutzes im Sinn des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB i.V.m. § 44 Abs. 1 BNatSchG entgegen. Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 BlmSchG darf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung nur dann erteilt werden und eine Positivplanung nur dann erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BlmSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und gem. Nr. 2 der Vorschrift andere öffentlich-rechtliche Vorschriften der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen. Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BlmSchG dürfen von immissionsträchtigen Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden. Die in § 6 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG angesprochenen „anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften“ verweisen insbesondere auf die entgegenstehenden öffentlichen Belange, definiert in § 35 Abs. 3 BauGB, wobei die in § 35 Abs. 3 BauGB vorhandene Auflistung der entgegenstehenden öffentlichen Belange nur exemplarisch aber nicht abschließend ist. Nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vor, wenn das Vorhaben die Belange des Naturschutzes beeinträchtigt. Die Belange des Naturschutzes sind unabhängig vom Naturschutzrecht zu prüfen und unterliegen der vollen gerichtlichen Kontrolle. Der Regionalplan äußert sich hierzu wie folgt: (4) Windenergieanlagen sind in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege zulässig, wenn die Zweckbestimmung der Vorranggebiete nach PS 3.2.0 (1), (2), (3) und (5) i.V.m. PS 3.2.1 (1) nachweislich nicht gefährdet ist und keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen. PS 3.2.1 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen und Zweckbestimmung der Vorranggebiete nach PS 3.2.0 (1), (2), (3) und (5) i.V.m. PS 3.2.1 (1) nicht beeinträchtigt wird. Eine Beeinträchtigung ist insbesondere in den Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbunds möglich. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf Sachverhalte, welche bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorranggebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte und auch auf die in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage (Az. des Stellungnehmers ebenfalls II.101) verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege ist in PS 4.2.2 geregelt. Mit diesen Formulierungen soll der Eindruck entstehen, der Naturschutz werde in der Planung ausreichend berücksichtigt. Tatsächlich wird dem Naturschutz nicht jener Rang eingeräumt, den der Gesetzgeber hierfür ursprünglich vorgesehen hat. Wie bereits oben ausgeführt, wird bereits im Planverfahren der Naturschutz ausgehöhlt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in einem Urteil aus dem Jahr 2011 bereits entschieden, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende Belange bei der Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie berücksichtigt werden müssen, wenn sie im Rahmen der Planung bekannt werden. Auch die aktuelle Bundesregierung hat die Prüfung naturschutzrechtlicher Belange bereits im Planverfahren favorisiert, wenn auch aus anderen Gründen. Zum einen soll die naturschutzrechtliche Prüfung nur noch als sogenannte „strategische Umweltprüfung“ (SUP) durchgeführt werden. Zum anderen soll dies dann auch für das Genehmigungsverfahren genügen. Diese sogenannte strategische Umweltprüfung war ursprünglich lediglich als erste überschlägige Prüfung vom Gesetzgeber gedacht, sollte aber keinesfalls eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung ersetzen. Diese jetzt praktizierte Missachtung der möglicherweise entgegenstehenden naturschutzrechtlichen Belange kann weder mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik noch mit europäischer Gesetzeslage und Rechtsprechung in Einklang stehen. Unter Ziff. 3.4.1 des Umweltberichts wird ausgeführt, dass der Planung einzig und allein ein vom Umweltministerium Baden-Württemberg herausgegebener Fachbeitrag für alle Regionalverbände Baden-Württembergs zugrundegelegt wird. Nach eigenen Angaben des Planungsverbandes wurden lediglich die „landesweit wichtigsten Quellpopulationen windkraftsensibler Arten sowie ausgewählter weiterer Vogel- und Fledermausarten identifiziert“. Lediglich die naturschutzfachlich als besonders hochwertigen Schwerpunkt vorkommen sind in die Abwägung und Auswahl der Vorranggebiete Windenergie eingeflossen. Zuvor weist der Planverband unter Z. 3.3.2 (Artenschutzrechtliche Prüfung) darauf hin, dass regionalplanerische Festlegungen, die in ihrer Umsetzung in einem unauflösbaren Konflikt zum Artenschutzrecht stehen würden, unzulässig seien. Bereits hieraus ergibt sich, dass angesichts des Unterlassens einer konkreten Artenschutzprüfung diese „unauflösbaren Konflikte“ wiedererkannt noch beurteilt werden können. Es bleibt also den Zufall überlassen, ob seitens des LUBW zufällig Arten in diesem Gebiet festgestellt werden oder nicht. So wird im Umweltbericht unter</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>„Artenschutz“ die nachfolgende Behauptung aufgestellt: Alle potenziellen Vorranggebiete Windenergie liegen außerhalb der Artenschutzräume der Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz für die Regionalplanung (LUBW 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023). 23 potenzielle Vorranggebiete liegen ganz oder teilweise in Artenschutzräumen der Kategorie B. Gem. Fachbeitrag Artenschutz kann in Schwerpunktorkommen der Kategorie B im späteren Genehmigungsverfahren im Bedarfsfall mit hoher Wahrscheinlichkeit eine artenschutzrechtliche Ausnahme §§ 45 Abs. 1 i.V.m. 45b Abs. 8 BNatSchG erteilt werden. In diesen Räumen ist nicht davon auszugehen, dass die Umsetzung des Plans an artenschutzrechtlichen Hindernissen scheitern würde. Daher sind hier im Rahmen der Regionalplanung keine detaillierten Prüfungen im Einzelfall erforderlich. Auf dieser Grundlage kann keine naturschutzfachliche/artenschutzfachliche Bewertung vorgenommen werden. Der Planungsverband wird dementsprechend seinem Auftrag, entgegenstehende naturschutzrechtliche Belange in Erfahrung zu bringen nicht gerecht. So kommt der Planungsverband zu dem Ergebnis (Fazit): Auf Ebene des Regionalplans wurde unter Berücksichtigung aller bekannten planungsrelevanten Informationen eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der Arten durchgeführt. Der Planverband räumt zwar ein, dass die Planung lediglich auf „bekannten planungsrelevanten Informationen und einer überschlägigen Prognose der Arten“ beruht. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Unvollständigkeit der Informationen und Daten eingeräumt wird. Dessen ungeachtet unternimmt der Planungsverband aber keine weiteren Aktivitäten, diese mehr als unsichere und oberflächliche Datenlage durch eine ordnungsgemäße artenschutzrechtliche Prüfung zu beseitigen. Der Planungsverband ist dementsprechend aufzufordern, für die oben genannten Potentialflächen eine ordnungsgemäße und fachlich korrekte umfassende artenschutzrechtliche Prüfung vorzunehmen.</p>		
II.101	551	<p>BE-ID 421 Entgegen den Ausführungen der Erläuterung der Abwägung wird insbesondere unter Berücksichtigung des § 6 WindBG die Rüge aufrechterhalten, dass eine ordnungsgemäße naturschutzrechtliche Prüfung bzw. artenschutzrechtliche Prüfung nicht durchgeführt wurde. Eine sogenannte strategische Umweltprüfung (SUP) erfasst in keiner Weise die tatsächlichen entgegenstehenden naturschutzrechtlichen Belange. Es ist richtig, dass in bisherigen Planverfahren in der Regel die exakten naturschutzrechtlichen Prüfungen dem Genehmigungsverfahren vorbehalten blieben. Durch die gesetzlichen Neufassungen insbesondere in § 6 WindBG wird dies nunmehr verhindert. Dementsprechend obliegt es dem Regionalverband im Rahmen des Regionalplanverfahrens entsprechende tiefgreifende Untersuchungen</p>	<p>Zum § 6 WindBG: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung der in der Anregung genannten genannten VRG Windenergie gleichermaßen. Zu den "bloßen Datenrecherchen": Laut § 2a Abs. 3 LplG sind die zu beteiligenden Behörden angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Der Umweltbericht soll Angaben enthalten, die unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Gemäß § 14f Abs.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bezüglich entgegenstehender naturschutzrechtlicher Belange zu prüfen. Durch die vom Regionalverband aufgezeigten oberflächlichen Prüfungen, die sich im Wesentlichen auf bloße Datenrecherchen beschränken, wird dies nicht erfüllt. Im Ergebnis bleibt der Naturschutz ungeprüft. Insoweit kann auf die Ausführungen oben verwiesen werden. BE-ID 422: Zu diesem Punkt wird auf die Ausführungen oben verwiesen. Dort wurde zum Artenschutz und Naturschutz bereits ausführlich vorgetragen und gerügt, dass die Abwägung insoweit fehlerhaft ist.</p>	<p>2 UVPG sind dies Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind also i.d.R. keine eigenen Such- und Erhebungsverfahren gefordert. Planungsträger sind daher auf regionsweit verfügbare Daten, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können, angewiesen. Dies hat sich durch die neue Gesetzgebung des § 6 WindBG nicht geändert, weil sich die rechtlichen Vorgaben zur Durchführung der SUP auf Regionalplanebene nicht geändert haben.</p> <p>Zu BE ID 422 der Abwägung 1. Offenlage wird auf die vorangegangene ABwgäung sowie die ABwgäung zur 1. Offenlage verwiesen.</p>	
II.101	560	<p>2. entgegenstehender Belang des Landschaftsschutzes/Waldschutzes</p> <p>Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB. Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der streitgegenständlichen Fläche zerstört. Der Regionalplaner beruft sich bezüglich des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung auf ein Gutachten des Büros PAN. Allerdings nimmt dieses Gutachten zu der Gesamtregion Stellung. In mehreren Karten werden die möglichen entgegenstehenden Belange dargestellt. Allerdings kann aus den Karten nicht entnommen werden, welche Belastungen auf die einzelnen Potentialflächen entfallen. Ergebnisse können nur erahnt werden. Der Regionalplaner gibt in den Tabellen der Gesamtübersicht der Potentialflächen lediglich ein Ergebnis mit wenigen Worten bekannt. Dies kann aber nicht überprüft werden. Insoweit ist der Regionalplaner aufzufordern den Gutachter zu veranlassen, für jede Potentialfläche konkret die Belastung unter dem Blickwinkel des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung ausführlich aufzuzeigen. Zum Waldschutz gibt der Regionalplan folgende Vorgabe: PS 3.2.2 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen und die Zweckbestimmung gem. PS 3.2.0 (2) und (5) nicht beeinträchtigt wird. Von einer Beeinträchtigung ist v.a. in den Kernflächen und -räumen des</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf Sachverhalte, welche bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte und auch auf die in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage (Az. des Stellungnehmers ebenfalls II.101) verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		regionalen Biotopverbundsystems auszugehen. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen ist in PS 4.2.2 geregelt.		
II.101	563	Be-ID 455 Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass der Detaillierungsgrad für die Bewertung der einzelnen Potenzialflächen nicht ausreicht, weil das Gutachten den gesamten Planungsraums behandelt und nicht auf die einzelne Potenzialfläche eingeht. Dies ergibt sich schon aus den Ausführungen der Steckbriefe, die weitestgehend die gleichen Inhalte haben. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass auch aus den ausgelegten Karten die konkrete Landschaftsbeurteilung nicht möglich ist. Es wird nochmals auf den hochsensiblen Bodenseeraum hingewiesen, der nicht mit anderen Landschaftsteilen in Nord- und Mitteledeutschland vergleichbar ist. Seit Beginn der Windkraftnutzung in Baden-Württemberg galt die Region Bodensee/Oberschwaben wegen landschaftlicher Besonderheit und besonderer landschaftlicher Schutzwürdigkeit für Windkraftanlagen als Tabugebiet. Dies haben sowohl frühere Landesregierungen als auch Regionalverbände entsprechend gewürdigt und das Gebiet für Windkraftanlagen als ungeeignet bezeichnet. Der Verweis des Regionalplaners auf ein späteres Genehmigungsverfahren kann in dieser Form nicht akzeptiert werden, weil es Aufgabe der Regionalplanung ist, die Geeignetheit von Potenzialflächen auch am Merkmal Landschaftsschutz zu messen. Insoweit verweise ich nochmals auf die rechtliche Vorgabe des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB. BE-ID 456 Der Regionalplaner äußert sich zum Thema Waldschutz nicht und gibt lediglich an „die Anregung wird zur Kenntnis genommen“. Dies stellt keine Aussage zu den vorgebrachten Einwendungen dar.	<p>Zur BE ID 456 der Abwägung 1. Offenlage: Der Text des Stellungnehmers enthält keine konkrete Anregung mit einer Forderung, sondern zitiert lediglich den Plansatz. Daher erfolgt eine reine Kenntnisnahme.</p> <p>Zum Thema Landschaft, Landschaftsbild: Das Gutachten von PAN stellt nach wie vor eine für die regionale Planungsebene ausreichende Abarbeitung dieses Belangs dar, zusammen mit der Behandlung anderer mit dem Thema Landschaft in Verbindung stehender Belange (z.B. Landschaftsschutzgebiet, Europadiplom Wurzacher Ried). Es wird auf den Kriterienkatalog zur 'Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und den Umweltbericht verwiesen. Die ehemalige Handhabung des 'Belangs Landschaftsbild, die z.T. zu großflächigen Ausschlüssen von Vorranggebieten Windenergie geführt hat, wird aufgrund des § 2 EEG und der Notwendigkeit, der Windenergienutzung substanziell Raum zu verschaffen, nicht aufrecht erhalten. Es ist nicht erforderlich, dass der RVBO über das o.g. Gutachten hinaus auf der regionalen Planungsebene Untersuchungen zum Landschaftsbild anstellt.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Keine Berücksichtigung
II.101	576	3. entgegenstehender Belang der Grünzüge Der Regionalplanentwurf enthält für die Grünzüge folgende Regelungen: PS 3.1.1 (5) öffnet die Regionalen Grünzüge für Windenergieanlagen. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG i.V.m. § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind Windenergieanlagen in Regionalen Grünzügen zulässig, wenn die Schutzziele nach PS 3.1.0 nicht erheblich beeinträchtigt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann gem. des überragenden öffentlichen Interesses erneuerbarer Energien	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf einen Plansatz des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welcher geändert wurde. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(§ 2 EEG, § 22 KlimaG) nur im atypischen Ausnahmefall vorliegen, wenn ein mit Art. 20a GG vergleichbarer verfassungsrechtlicher Rang betroffen ist. Ein solcher Ausnahmefall kann bei Windenergieanlagen in Regionalen Grünzügen insbesondere gegeben sein, wenn das Schutzziel biologische Vielfalt erheblich beeinträchtigt wird (§ 44, 45 BNatSchG), z.B. durch Eingriffe in Kernflächen und -räume des Biotopverbunds. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden, unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Windenergieanlagen sind auf besonders landbauwürdigen Flächen zulässig, da diese im Vergleich zu Freiflächensolaranlagen deutlich weniger Fläche in Anspruch nehmen und Beeinträchtigungen durch die Standortwahl in der Regel auf ein unerhebliches Maß reduziert werden können. Die Überlagerung von Vorranggebieten für die Windenergie mit Regionalen Grünzügen ist in PS 4.2.2 geregelt. Freiflächensolaranlagen, Windenergieanlagen und Bioenergieanlagen sind in Grünzäsuren nicht zulässig. Dies steht dem überragenden öffentlichen Interesse erneuerbarer Energien (§ 2 EEG, § 22 KlimaG BW) nicht entgegen, da Grünzäsuren sehr kleinräumig festgelegt sind (0,7% der Regionsfläche). Aufgrund der geringen Ausdehnung der Grünzäsuren würden Freiflächensolaranlagen und Bioenergieanlagen regelmäßig dem wesentlichen Schutzziel der Grünzäsuren, das Zusammenwachsen von Siedlungen zu verhindern, zuwiderlaufen. Für raumbedeutsame Windenergieanlagen kommen Grünzäsuren insbesondere aufgrund der geringen Siedlungsabstände nicht infrage. Regionale Grünzüge dienen dem Schutz verschiedener Freiraumfunktionen wie Naherholung, lokalem Biotopverbund, Klimaschutz/-anpassung und sollen verbliebene Grünverbindungen zwischen Siedlungsbereichen sichern und entwickeln. Sie haben eine wichtige Bedeutung in den siedlungsräumlich verdichteten Bereichen der Regionalplangebiete. Ein besonderer Stellenwert kommt den Grünzügen für Erhalt und Entwicklung von Frischluftschneisen im Rahmen von Klimaanpassungsmaßnahmen zu. Auch hier wird wieder dieses wichtige Schutzgut dem extensiven Ausbau der Windkraftanlagen offensichtlich geopfert. Auch hier findet sich wieder die „Legitimation“ des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der Windenergieanlagen, das in den zitierten Regelungen des § 2 LPIG, § 11 LPIG, § 249 Abs. 5 BauGB und den §§ 20 und 22 Klimagesetz installiert wurde. Bereits oben wurde darauf hingewiesen, dass die ungerechtfertigte Qualifizierung als „überragendes öffentliches Interesse“ des Ausbaus der Windenergie aus hiesiger Sicht rechtswidrig ist. Geltende Schutznormen werden ignoriert und durch Installation des „überragenden öffentlichen Interesses“ des Ausbaus der Windenergie ausgeschaltet und ignoriert.</p>	<p>vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.101	578	BE-ID 514 Was die Grünzüge anbelangt, verweise ich auf meine Ausführungen oben bezüglich der „Vereinfachungsregelungen“ der Landesregierung Baden-Württemberg. Die Grünzüge wurden ursprünglich geschaffen, um Natur und Landschaft in Baden-Württemberg zu erhalten. Durch die neuerliche Gesetzgebung und Änderung des Landesplanungsgesetzes werden sämtliche Regelungen zum Schutz der Natur und Landschaft zugunsten der Windenergie nahezu abgeschafft. Dies widerspricht nicht nur europäischen Maßgaben, sondern insbesondere auch der bisherigen Praxis der Regionalplanung. Auch hier wird behauptet, eine ordnungsgemäße Abwägung der Belange habe nach § 7 Abs. 2 ROG stattgefunden. Aus der Begründung bzw. Erläuterung der Abwägung ergibt sich aber eindeutig, dass jedweder entgegenstehende öffentliche Belang gegenüber dem Belang der Windkraftnutzung zurücktreten muss. Auch hier wird moniert, dass eine fehlerhafte Abwägung bzw. keine Abwägung stattgefunden hat.	Die Behauptung in der Anregung, dass "jedweder entgegenstehende öffentliche Belang gegenüber dem Belang der Windkraftnutzung zurücktreten muss" trifft nicht zu. Dies zeigt sich bei den Regionalen Grünzügen deutlich im Plansatz 3.1.1 Z (5) und der zugehörigen Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie. Kernflächen und -räume des regionalen und landesweiten Biotoverbunds können der Errichtung von Windkraftanlagen in Regionalen Grünzügen außerhalb der Vorranggebiete Windenergie weiterhin entgegenstehen. Ansonsten wird auf die vorherige Abwägung und die Planunterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.101	587	4. entgegenstehender Belang des Wasserschutzes Voran geschickt sei, dass der Wasserschutz zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Grundwasserreserven und deren Gefährdung rücken mehr und mehr in den Fokus. Dem wird zunächst eine Zielvorgabe im Regionalplan zumindest teilweise gerecht: (3) Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen sind in Vorranggebieten zur Sicherung von Grundwasservorkommen nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn eine Beeinträchtigung der Grundwasservorkommen nachweislich ausgeschlossen werden kann und das Vorhaben der Ausweisung von Wasserschutzgebieten der Zone I nicht erheblich entgegen steht. Dies gilt auch bei der Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie. Sodann erfolgt aber wie bei den anderen Schutzgütern auch wieder die Relativierung und Vorrangregel für die Windenergie: Die Vorranggebiete sichern Wasservorkommen zum Zwecke der Trinkwassergewinnung als verfassungsrechtlich geschützte Lebensgrundlage des Menschen. Diese Sicherung ist auch aufgrund der Folgen des Klimawandels (z.B. sinkendes Grundwasserdargebot) erforderlich. Die Regelung ist mit dem überragenden öffentlichen Interesse erneuerbarer Energien vereinbar (siehe PS 3.3.1 (3)). Darüber hinaus bestehen außerhalb der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen ausreichend Alternativen für die in § 2 EEG, § 22 KlimaG genannten Vorhaben und Maßnahmen. PS 3.3.1 (3) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen (Definition s. Begründung zu PS 4.2.2) in Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen. Gemäß der Handreichung des Umweltministeriums aus dem Jahr 2023 können Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen unter	Die Anregung bezieht sich auf Sachverhalte, welche bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte und auch auf die in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage (Az. des Stellungnehmers ebenfalls II.101) verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachträglich wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bestimmten Voraussetzungen mit der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten vereinbar sein. In der Schutzzone I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassung) inkl. einem Vorsorgeabstand von 100 m hingegen sind diese Anlagen ausgeschlossen. In den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist ohne detaillierte Untersuchungen i.d.R. nicht absehbar, wo zukünftig Schutzzonen I und II ausgewiesen werden können. Daher sind Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen in diesen Vorranggebieten nicht pauschal ausgeschlossen. Um die Zulässigkeit und Unbedenklichkeit von solchen Vorhaben bzw. Nutzungen sicherzustellen, sind entsprechende Nachweise zu erbringen, z.B. durch vertiefende hydrogeologische Untersuchungen. Bei Windenergieanlagen muss insbesondere sichergestellt werden, dass durch den Eingriff in den Boden (Betonfundament der Windenergieanlage, Kabel, Zuwegung) keine grundwasserführenden Schichten beeinträchtigt werden. Zudem sind die o.g. Handreichung des Umweltministeriums BW und die Tabelle B7 zu den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen in dieser Begründung heranzuziehen. Dabei ist zu unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &lt; 100 ha, bei denen wenige Standorte für ein Wasserschutzgebiet Zone I zur Verfügung stehen (bspw. Leutkirch-Unterzeil) sind Vorhaben wie Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen mit dem Schutzzweck der Vorranggebiete nicht vereinbar</li> <li>• In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &gt;100 ha können Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen zugelassen werden, wenn die oben genannten Nachweise erbracht werden und sichergestellt ist, dass ausreichend Flächen für die Ausweisung von WSG I verbleiben. Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen sind zurückzubauen, wenn eine Fläche innerhalb eines Vorranggebietes zur Sicherung von Wasservorkommen für die Ausweisung eines WSG I benötigt wird.</li> </ul> <p>Nach Möglichkeit sind stets vergleichbar geeignete Standorte außerhalb der für Sicherung von Wasservorkommen sensiblen Bereiche vorzuziehen. Durch diese Regelung wird dem § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und §§ 20-22 KlimaG Rechnung getragen und gleichzeitig der Schutz von Grundwasservorkommen, auch im Sinne der Klimawandelanpassung, sichergestellt. Aufgrund der Größe der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen, der aus physikalischen Gründen notwendigen Abstände von Windenergieanlagen zueinander (Turbulenzen) und der Tatsache, dass Windenergieanlagen tendenziell eher auf Höhenrücken positioniert werden und Wasserfassungen eher in Talbereichen, ist davon auszugehen, dass ausreichend Fläche und genügend Positionierungen für mögliche Schutzzonen I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassungen)</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>verbleiben. Daher besteht eine grundsätzliche Vereinbarkeit der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen mit diesen Vorranggebieten Windenergie. Zum Nachweis der Unbedenklichkeit konkreter Standorte für Windenergieanlagen innerhalb dieser Vorranggebiete Windenergie sind vertiefende hydrogeologische Untersuchungen auf nachgelagerter Planungsebene erforderlich. Die hypothetischen Annahmen, dass Wasservorkommen nur in Niederungen anzutreffen sind und Wasserfassungen nur in Talbereichen erfolgen, werden vom Regionalplaner zum Anlass genommen, Windkraftanlagen auf den Höhenanlagen generell zu genehmigen. Bislang galten zu Recht aus Gründen des Trinkwasserschutzes die Zonen I und II generell als absolute Tabuzonen für Windkraftanlagen. Der Regionalplaner scheint dies sowohl für die Zone I als auch für die Zone II zu relativieren. Diesbezüglich sei darauf hingewiesen, dass Windkraftanlagen im Fall einer Havarie massive Umweltschäden auslösen. Selbst die Schutzeinrichtungen wie beispielsweise Ölwannen und dergleichen sind nicht in der Lage, die ungeheure Menge an Ölen aufzufangen, sodass das Grundwasser und Trinkwasser nachhaltig verseucht wird. Auch im Fall eines Brandes gelangen giftige Schadstoffe insbesondere durch das Löschwasser in das Grundwasser und Trinkwasser. Aus guten Gründen ist deshalb in Gebieten der Schutzzonen I und II ein absolutes Verbot derartiger Anlagen auszusprechen. Dies gilt selbst für die Schutzzonen III, da diese Gebiete als Einzugsgebiete der Zonen I und II gelten. Gelangen Schadstoffe im Bereich der Schutzzonen III in das Grundwasser, gibt es keine Möglichkeit, die Zonen I und II vor diesen Schadstoffen zu schützen. Die Verlagerung sogenannter vertiefender hydrogeologische Untersuchungen auf die nachfolgenden Planungsebenen bzw. das Genehmigungsverfahren ist aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Insgesamt verweist der Planer auf die „weiteren Planungsebenen“. Die Regionalplaner können sich aber nicht darauf berufen, eine nähere Überprüfung entgegenstehender Belange nach § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB sei in diesem Stadium unzumutbar. Dementsprechend verweise ich auf das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295, das für die Regionalplanung gilt mit folgendem Inhalt: "Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung soweit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann." Dies bedeutet im Klartext, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		oder vorgetragen werden. Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange. Grundsätzlich müssen solche Planungen unterbleiben, auf deren Grundlage wegen entgegenstehender Belange des § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB im späteren Verfahren keine Genehmigung erteilt werden kann und darf.		
II.101	590	<p>BE-ID 518 Der bisherige Vortrag zu diesem Themenbereich bleibt vollständig aufrechterhalten und wird wiederholt. Auch hier beruft sich der Regionalplaner wieder auf die absolute Abwägung zugunsten der Windenergie. Wasserschutzzonen II galten nun über Jahrzehnte hinweg als absolute Ausschlusskriterien. Nach Ansicht der Landesregierung soll dies nun plötzlich alles nicht mehr gelten. Hierbei wird übersehen, dass der Wasserschutz ebenso ein überragend öffentliches Interesse darstellt. Insoweit verweise ich nochmals auf die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, der insbesondere sogar in einer Schutzzone IIIa dieses überragende öffentliche Interesse angenommen hat. Erst recht muss dies in einer Schutzzone II gelten. Im Unterschied zur Wasserschutzzonen können Windkraftanlagen an anderer Stelle errichtet werden. Ständig wird propagiert, dass der Wasserschutz bereits jetzt und vor allem in Zukunft ein ernstzunehmendes Problem darstellt. In Zusammenhang mit Windkraftanlagen soll dies nun nicht mehr gelten. Einer Gebietsausweisung für die Windkraft stehen vorliegend Belange des Wasserschutzes entgegen. Eine Gefährdung des Grundwassers durch Windkraftanlagen besteht sowohl in der Bauphase als auch in der Betriebsphase. Während der Bauphase kann es zu massiven Beeinträchtigungen des Grundwassers durch Öle und Treibstoffe kommen. Die Gefahr der Verunreinigung ist in dieser Bauphase besonders hoch. Auch in der Betriebsphase besteht die Gefahr der Grundwasserverunreinigung im Fall der Havarie der Anlage oder auch bei Wartungsarbeiten und „Ölwechsel“.</p> <p>Hinzu kommt die Gefahr bei Brand der Anlage. Herunterfallende Teile der Flügel müssen durch die Feuerwehr abgelöscht werden. Hierbei entstehen massive Schadstoffe, die dann ungehindert ins Grundwasser gelangen können. Selbst bei Annahme, Windkraft sei zum Wohl der Allgemeinheit erforderlich, vermag dies den Schutz des Trinkwassers nicht zu überwinden. Maßgeblich ist insbesondere, dass in vorliegendem Fall Alternativstandorte zur Verfügung stehen. Trifft dies wie in vorliegendem Fall zu, kann keine Ausnahmegenehmigung und damit keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für Windkraftanlagen erfolgen und damit auch keine</p>	<p>Zu WSG II:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Zudem wird darauf verwiesen, dass in der ganzen Region nur in einem Vorranggebiet Windenergie (Pfullendorf-Hilpensberg) eine geringfügige Überlagerung von 5 ha mit einem WSG II besteht. In den in der STellungnahme adressierten Vorranggebieten Windenergie liegen keine Überlagerungen mit WSG II vor.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt weiterhin, auch für die neuen Ausführungen</p> <p>Zu Gefahren von Verunreinigungen durch Öle und Treibstoffe, Brandgefahr, Schadstoffe, Deckschicht, PFAS: Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ausweisung dieses Gebietes. Auf die minimale Deckschicht und damit auf die fehlende Filterung wird hingewiesen. Der Boden ist massiv durchlässig, so dass Schadstoffe ungehindert ins Grundwasser gelangen können. Exakt dies hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am 3.7.2024 entschieden, wobei der Unterfertigte die Klagepartei, einen anerkannten Naturschutz- und Umweltverband, in diesem Verfahren vertreten hat; Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 3.7.2024, 22 A 23.40049.- juris</p> <p>Dem folgen auch die Kommentare: Eine Befreiung kommt dann nicht in Betracht, wenn eine Verunreinigung des Wassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nach den gegebenen Umständen und im Rahmen einer sachlich vertretbaren, auf konkreten Feststellungen beruhenden Prognoseentscheidung nicht von der Hand zu weisen ist. Die Möglichkeit der abstrakten Gefährdung des Schutzzwecks schließt die Erteilung einer Befreiung aus. Trotz Gefährdung des Schutzzwecks kann eine Befreiung erteilt werden, wenn überwiegende Allgemeinwohlintressen dies erfordern. Alleinige Individualinteressen scheiden insoweit aus und die Allgemeinwohlintressen müssen im Rahmen einer Abwägung, die auch eine Prüfung zumutbarer Alternativen einschließt (Fettdruck vom Unterfertigten eingefügt), den Schutzziele der Wasserschutzgebietsverordnung vorgehen; vgl. Landmann/Rohmer Umweltrecht, zu § 52 WHG Rz. 39. Der Belang des Wasserschutzes steht dementsprechend einer Genehmigung und damit auch der Ausweisung als Vorranggebiet Windkraft entgegen. Dies gilt insbesondere auch für die erst kürzlich aufgeflamnte Diskussion um wasserschädlichen Abrieb (PFAS) in Zusammenhang mit Windkraftanlagen. Gelangen diese Stoffe in das Trinkwasser, ist dieses nicht mehr verwertbar, sondern gilt als kontaminiert. Auch der Wasserschutz gehört zur planungsrechtlichen Prüfung. Insoweit verweise ich wie bereits oben auf § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB. Dementsprechend müssen die entgegenstehenden Belange des Wasserschutzes im Regionalplanverfahren abgehandelt werden und nicht im Genehmigungsverfahren.</p>		
II.101	598	<p>BE-ID 520</p> <p>Die Herausnahme des Vorranggebietes Windenergie WEA-436-005 Altmannshofen wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Gleichwohl gelten die Gründe, die zur Herausnahme des Vorranggebietes WEA-436-005 führten auch für die drei anderen Gebiete.</p> <p>Der Regionalplaner beruft sich hier auf Ausführungen des Landesdenkmalamtes, das sich wiederum an den bereits oben beschriebenen Änderungen der Landesregierung orientiert. Wiederholt wird hier wieder die aus hiesiger Sicht rechtswidrige Abwägung zulasten des Denkmalschutzes vorgenommen und § 2 EEG zitiert.</p>	<p>Anders als das VRG WEA-435-005 Altmannshofen liegen die anderen in der Stellungnahme angesprochenen Vorranggebiete Windenergie deutlich weiter weg vom im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmal Schloss Zeil. Das Landesdenkmalamt schreibt in seiner neuen Stellungnahme zur 2. Offenlage: "Hinsichtlich der Vorranggebiete für Windkraft hatten wir mit Stellungnahme vom 26.04.2024 bei vier der 43 geplanten Vorranggebiete das Potential einer erheblichen Beeinträchtigung eines im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmals nicht ausschließen können. Zur endgültigen Beurteilung hatten wir auf die dazu nötigen Fotosimulationen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Notwendig für eine ordnungsgemäße Abwägung ist aber die konkrete Gegenüberstellung der abzuwägenden Interessen. Hier wird lapidar behauptet:</p> <p>„Daher wird in den genannten drei Fällen in der regionalplanerischen Abwägung dem Ausbau der Windenergienutzung gegenüber dem Denkmalschutz der Vorrang eingeräumt (§ 2 EEG)“.-Begründung der Abwägung Ende. Diese Art und Weise der Abwägung wird einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.</p>	<p>verwiesen, die jedoch erst im Zuge der nachgeordneten Planungsebene realisiert werden", d.h. auch das Landesdenkmalamt verweist ganz klar darauf, dass dieser Belang auf nachgelagerter Ebene zu prüfen ist, wenn Standorte für WEA geplant werden. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung der im höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Ansonsten wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Hinweis:</p> <p>Das VRG WEA-436-012 Aichstetten Ost wurde im Zuge der Abwägung der Stellungnahme zur 2. Offenlage aufgrund entgegenstehender Belange des zivilen Luftverkehrs aus der Flächenkulisse gestrichen (s. Abwägung zu BE ID 1341, Stellungnahme der Höheren Luftfahrtbehörde am Regierungspräsidium Stuttgart, Az. II.510). Es wird auf den überarbeiteten Planentwurf zum Satzungsbeschluss (Textteil Begründung, Raumnutzungskarte, Umweltbericht) verwiesen.</p>	
II.101	626	<p>7. mangelnde Windhöffigkeit</p> <p>Es muss bezweifelt werden, dass die Angaben zur sogenannten Windhöffigkeit bzw. Windenergiedichte den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen.</p> <p>In früheren Erfassungen wurden regelmäßig geringere Werte ermittelt. Der gesamte Bereich Bodensee-Oberschwaben galt in der Vergangenheit als nicht windhöffig, sodass keine ausreichenden Erträge aus Windenergie zu erwarten waren.</p> <p>III. Besprechung der Potenzialflächen betreffend die Gemeinde Aichstetten</p> <p>Für die vier oben genannten Vorranggebiete ergeben sich deshalb ergänzend zu dem obigen Vortrag noch folgende einzelne Ergebnisse und Einwendungen:</p>	<p>Zu den Aussagen bzgl. Windhöffigkeit und den VRG WEA-436-005, WEA-436-006, WEA-436-025 und FFPV-436-016 sowie FFPV-436-018:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>WEA-436-005 Vorranggebiet Altmannshofen</p> <p>Die Potenzialfläche liegt vollständig im Wald. Die derzeitige regionalplanerische Festlegung ist „Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen“.</p> <p>Das geschlossene Waldgebiet mit der unstreitigen Erholungsfunktion geht bei Realisierung der Planung komplett verloren.</p> <p>Laut Steckbrief werden Artenschutzbelange in erheblichem Maße beeinträchtigt. In der Tabelle U 28 (potentielle Vorranggebiete-Wind, die ganz oder teilweise in der Kategorie B des LUBW-Fachbeitrags liegen) ist das Gebiet Altmannshofen enthalten (insbesondere Schwarzstorchvorkommen).</p> <p>Das potentielle Vorranggebiet Altmannshofen findet sich auch in der Tabelle U 29 mit dem Hinweis „mit Sonderstatusarten ist im näheren Umfeld zu rechnen.“</p> <p>Hinzu kommt, dass Kernflächen und Kernräume des regionalen und des landesweiten Biotopverbunds sowie Verbundräume des regionalen Biotopverbunds (192 ha = 100 % der Potenzialfläche) in der Potenzialfläche liegen.</p> <p>77 % der Fläche (148 ha) wird von einem Wildtierkorridor durchzogen. Bereits die Gebietscharakteristik (Steckbrief) des Umweltberichts weist Widersprüche auf. So soll laut Ergebnis der strategischen Umweltprüfung das Vorhaben zu keinen oder nur zu wenigen erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern führen. Gleiches soll als Ergebnis der Natura 2000-Vorabprüfung der Fall sein. Gleich im Anschluss wird aber als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfungen ausgeführt, dass Artenschutzbelange in erheblichem Maß beeinträchtigt seien. Auch dies wird dann gleich wieder relativiert durch eventuell mögliche Vermeidungsmaßnahmen oder Minimierung bzw. Ausgleich nachteiliger Wirkungen.</p> <p>Dies wird dann letztlich zum Anlass genommen, die Fläche bedingt als Vorranggebiet geeignet zu bezeichnen, da die sogenannten Eignungskriterien höher bewertet werden als vorhandene Konflikte.</p> <p>Tatsache ist jedoch, dass die Konflikte im Rahmen der Regionalplanung weder ausgearbeitet noch korrekt bewertet werden.</p>	<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zu VRG WEA-436-012:</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Dieses falsche Ergebnis kommt schon dadurch zustande, dass sowohl das Ergebnis der strategischen Umweltprüfung als auch das Ergebnis natura 2000 ebenso unterschwellig behandelt werden wie die Beeinträchtigung des Bodens, des Wassers, des Klimas und der Landschaft.</p> <p>Wie bereits oben ausgeführt, liegt das in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmal Schloss Zeil in einem Abstand unter 7,5 km und damit im direkten Einwirkungsbereich.</p> <p>Dazu kommt es zur örtlichen Überlastung (Umzingelung) der Ortslage Altmannshofen (in Beziehung zum geplanten Vorranggebiet WEA-436-025 Aitrach-Südwest).</p> <p>Festzustellen ist eine örtliche Überlastung (Umzingelung) mehrerer Siedlungsbereiche, Wohnplätze und Einzelhoflagen im Bereich der sogenannten „Wälderhöfe“ (Laubegg, Häberlings, Langensteig und Nestbaum) in Beziehung zum geplanten Vorranggebiet WEA-436-006 Baniswald.</p> <p>Das geplante Vorranggebiet grenzt an das festgesetzte Wasserschutzgebiet Waizenhof an.</p> <p>Die An- und Abflugzone des Verkehrslandeplatzes Leutkirch-Unterzeil mit militärischem Übungsbetrieb wurde offensichtlich nicht berücksichtigt. Im gesamten Waldgebiet finden regelmäßig militärische Übungsflüge (Hubschrauber-Tiefflugübungen) statt.</p> <p>WEA-436-006 Vorranggebiet Baniswald</p> <p>Der Steckbrief weist als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfungen darauf hin, dass Artenschutzbelange in erheblichem Maße beeinträchtigt sind. Laut Tabelle U 28 (potentielle Vorranggebiete-Wind, die ganz oder teilweise in der Kategorie B des LUBW-Fachbeitrags liegen) ist das Gebiet Baniswald enthalten.</p> <p>Das potentielle Vorranggebiet Baniswald findet sich auch in der Tabelle U 29 mit dem Hinweis „mit Sonderstatusarten ist im näheren Umfeld in verstärktem Maße zu rechnen“.</p> <p>Der Steckbrief enthält unter anderen den Hinweis auf Brutvorkommen von Sonderstatusarten im Nahbereich. Als besonderer Ausschlussgrund gilt, dass Kernflächen und Kernräume des regionalen und des landesweiten Biotopverbunds</p>	<p>Das VRG WEA-436-012 Aichstetten Ost wurde im Zuge der Abwägung der Stellungnahme zur 2. Offenlage aufgrund entgegenstehender Belange des zivilen Luftverkehrs aus der Flächenkulisse gestrichen (s. Abwägung zu BE ID 1341, Stellungnahme der Höheren Luftfahrtbehörde am Regierungspräsidium Stuttgart, Az. II.510). Es wird auf den überarbeiteten Planentwurf zum Satzungsbeschluss (Textteil Begründung, Raumnutzungskarte, Umweltbericht) verwiesen. Eine Auseinandersetzung mit den anderen in der Anregung zu diesem VRG Windenergie genannten Punkten ist daher hinfällig.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sowie Verbundräume des regionalen Biotopverbunds in diesem Gebiet liegen.</p> <p>45 % (41 ha) der Potenzialfläche befinden sich im geplanten Wasserschutzgebiet „Hauerz/Rupprechts“.</p> <p>Wie bereits oben ausgeführt, liegt das in höchstem Maße raumbedeutsames Kulturdenkmal Schloss Zeil in einem Abstand unter 7,5 km und damit im direkten Einwirkungsbereich.</p> <p>WEA-436-012 Vorranggebiet Aichstetten-Ost</p> <p>Auch dieser Potenzialfläche stehen naturschutzrechtliche Belange massiv entgegen. Der Steckbrief enthält den Hinweis auf die Lage im Fledermauskorridor sowie die Lage in Kernflächen und Kernräumen des regionalen und des landesweiten Biotopverbunds, Verbundräume des regionalen Biotopverbunds mit nahezu 79 % der Fläche sowie die Betroffenheit des Wildtierkorridors.</p> <p>Wie bereits oben ausgeführt, liegt das in höchstem Maße raumbedeutsame Kulturdenkmal Schloss Zeil in einem Abstand unter 7,5 km und damit im direkten Einwirkungsbereich.</p> <p>Zusätzlich zur Schlossanlage Zeil ist diese Potenzialfläche auch noch durch das besonders landschaftsprägende Denkmal Schloss Kronburg in einer Entfernung weit unterhalb von 10 km betroffen.</p> <p>Weiter kommt es bei der Ausweisung zu einer erheblichen Einschränkung bzw. Gefährdung der (auf lange Sicht) verbleibenden einzigen Möglichkeit zur baulichen Weiterentwicklung der Gemeinde Aichstetten. Langfristige bauliche Entwicklungsmöglichkeiten der Ortschaft Aichstetten bestehen nur östlich der Bahnlinie.</p> <p>Das Sondergebiet „Wochenendhausgebiet Sommerstall“ liegt fast genau in der Mitte zwischen den beiden Teilflächen des geplanten Vorranggebietes (Vermeidung Überlastung/Umzingelungswirkung).</p> <p>WEA-436-025 Vorranggebiet Aitrach-Südwest</p> <p>Dieser Potenzialfläche stehen ebenfalls naturschutzrechtliche Belange massiv entgegen. Der Steckbrief enthält den Hinweis auf die Lage in Kernflächen und Kernräumen des regionalen und des landesweiten Biotopverbunds, Verbundräume des regionalen Biotopverbunds mit nahezu 80 % der Fläche sowie die Betroffenheit</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		des Wildtierkorridors.		
		Zusätzlich zur Schlossanlage Zeil ist diese Potenzialfläche auch noch durch das besonders landschaftsprägende Denkmal Schloss Kronburg in einer Entfernung weit unterhalb von 10 km betroffen.		
		B. Planung Fotovoltaik		
		Die Gemeinde ist ferner von der Regionalplanung Fotovoltaikanlage neben der Regionalplanung Windenergie betroffen. Beide Planungen sind parallel zu betrachten, weil beide Planungen sowohl die städtebauliche Planung als auch die Bürger betreffen und einschränken.		
		FFPV-436-016 Aichstetten Altmannshofen		
		Bei Ausweisung dieser Fläche entsteht eine Überlastung der Ortslage Altmannshofen aufgrund der bereits bestehenden vielfältigen Vorbelastungen (z.Bsp. Autobahn A 96 mit Anschlussstelle Aichstetten, Dienstleistungszentrum Altmannshofen mit Raststätte, geplanter weiterer Lkw-Parkplatz mit 105 Lkw-Stellplätzen, Großtanklager Altmannshofen [Störfall-Betrieb], Ein-, Ab- und Anflugschneisen Flughafen Memmingen [Allgäu Airport] und Verkehrslandeplatz Leutkirch-Unterzeil, Mobilfunkmasten, verschiedene Schutzgebiete)		
		Bereits jetzt ist ein bestehender erheblicher Flächendruck – Flächenkonkurrenz zwischen dringend benötigten landwirtschaftlichen Nutzflächen zur Lebensmittelproduktion, Flächen zur Energiegewinnung, Verkehrs-/Parkplatzflächen (Lkw-Parkplatz EuroRastpark Aichstetten) und Flächen zur baulichen Weiterentwicklung festzustellen.		
		Bei Ausweisung weiterer regionalplanerischer Flächen Windenergie und Fotovoltaik wird dieser Sachverhalt überspannt. Die Ausweisungen sind deshalb insoweit planerisch nicht vertretbar.		
		Die geplante Vorbehaltsfläche liegt zu dicht an der Ortslage Altmannshofen. Aufgrund der leichten „Hanglage“ besteht hohe Einsehbarkeit und damit einhergehend eine enorme Belastung der Anwohner.		
		Hinzukommt eine Gefährdung des Artenschutzes im Bereich des Gewässers Aitrach (Gewässer I. Ordnung) und der dort lebenden Insekten durch die Solarmodule.		
		FFPV-436-018 Aichstetten Rieden		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Auch bei dieser Fläche ist der bereits bestehende erhebliche Flächendruck – Flächenkonkurrenz zwischen dringend benötigten landwirtschaftlichen Nutzflächen zur Lebensmittelproduktion und Flächen zur Energiegewinnung festzustellen. Durch eine Ausweisung würde dies noch erheblich und unvertretbar verstärkt.</p> <p>Zudem liegt die geplante Vorbehaltsfläche zu dicht an der Siedlung Rieden.</p>		
II.101	630	<p>C. weitere Planung der Gemeinde Aichstetten:</p> <p>Bei Realisierung der jetzigen Regionalplanung entsteht das Problem der erheblichen Einschränkung der weiteren baulichen Entwicklung des Hauptortes Aichstetten. Dies gilt in erster Linie für das geplante Vorranggebiet Windenergie WEA 436-012 Aichstetten-Ost. Geplant ist, dass insbesondere das Flurstück [Ort anonymisiert] als Misch- bzw. Dorfgebiet und als Gewerbegebiet entwickelt werden soll.</p> <p>Anlage: GIS-Plan MI-GE Stockbauer Weg mit Luftbild – als Anl.</p> <p>Stellungnahmen hierzu liegen der Gemeinde Aichstetten bisher vor</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- vom Regierungspräsidium Tübingen (Referat 21 – Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz/Rückmeldung vom 4. März 2025: Entsprechende gewerbliche Entwicklung an dieser Stelle aus raumordnerischer Sicht bei entsprechender Flächen-Kompensation möglich),</li> <li>- vom Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (Rückmeldung vom 10. März 2025: Dem Vorhaben stehen keine regionalplanerischen Freiraumfestlegungen des Regionalplans entgegen. Bei entsprechender Flächen-Kompensation im Flächennutzungsplan werden von Seiten des Regionalverbands keine Bedenken vorgebracht) und</li> <li>- vom Landratsamt Ravensburg (Rückmeldung vom 27. März 2025).</li> </ul> <p>Aus Gründen der entgegenstehenden Planungsabsichten der Gemeinde Aichstetten ist dementsprechend das Vorranggebiet Windenergie WEA 436-012 Aichstetten-Ost zu streichen.</p> <p>Fazit:</p>	<p>Entgegen der Auswahl des Stellungnehmers in der Anhörungsdatenbank bezieht sich die Anregung nicht auf das VRG WEA 436-025 sondern auf das Gebiet 436-012. Der Sachverhalt wurde nochmals geprüft. Das in der ANregung genannte geplante Siedlungsgebiet ist ausreichend weit vom Vorranggebiet Windenergie entfernt. Es wird auf die Ausführungen im Kriterienkatalog Windenergie zum 2. Offenlageentwurf, Anlage zur Begründung, verwiesen.</p> <p>Allerdings ist eine Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt aus dem folgenden Grund hinfällig:</p> <p>Das VRG WEA-436-012 Aichstetten Ost wurde im Zuge der Abwägung der Stellungnahme zur 2. Offenlage aufgrund entgegenstehender Belange des zivilen Luftverkehrs aus der Flächenkulisse gestrichen (s. Abwägung zu BE ID 1341, Stellungnahme der Höheren Luftfahrtbehörde am Regierungspräsidium Stuttgart, Az. II.510). Es wird auf den überarbeiteten Planentwurf zum Satzungsbeschluss (Textteil Begründung, Raumnutzungskarte, Umweltbericht) verwiesen.</p>	Teilweise Berücksichtigung
II.101	641	<p>Alle drei verbliebenen Potentialflächen zur Nutzung der Windenergie im Bereich der Gemeinde Aichstetten sind aus der Planung zu nehmen.</p> <p>Gleiches gilt für die verbliebene Fotovoltaikfläche auf dem Gebiet</p>	Es wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		der Gemeinde Aichstetten.		
II.101	642	Im Übrigen wird der bisherige Vortrag aufrechterhalten.	<p>In der Stellungnahme zur 1. Offenlage heißt es: "Die An- und Abflugzone des Verkehrslandeplatzes Leutkirch-Unterzeil mit militärischem Übungsbetrieb wurde offensichtlich nicht berücksichtigt." Das VRG WEA-436-012 Aichstetten Ost wurde im Zuge der Abwägung der Stellungnahme zur 2. Offenlage aufgrund entgegenstehender Belange des zivilen Luftverkehrs aus der Flächenkulisse gestrichen (s. Abwägung zu BE ID 1341, Stellungnahme der Höheren Luftfahrtbehörde am Regierungspräsidium Stuttgart, Az. II.510). Es wird auf den überarbeiteten Planentwurf zum Satzungsbeschluss (Textteil Begründung, Raumnutzungskarte, Umweltbericht) verwiesen.</p> <p>Damit wird die Anregung teilweise berücksichtigt.</p> <p>Für alle anderen in der Stellungnahme zur 1. Offenlage genannten Punkte gilt: Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich zum Teil auf Änderungen. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf) verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Teilweise Berücksichtigung
Stadt Albstadt				
II.1023	1330	wir bedanken uns für die Beteiligung an oben genanntem Verfahren und können Ihnen mitteilen, dass durch die vorliegende Planung die Belange der Stadt Albstadt nicht berührt sind. Im Falle von wesentlichen Änderungen der Planung bitten wir um eine	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		weitere Beteiligung am Verfahren.		
Stadt Bad Schussenried				
II.1027	1322	seitens der Stadt Bad Schussenried bestehen keine Einwände.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Gemeinde Eberhardzell				
II.1029	960	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>Mitteilung des Prüfergebnisses zur Stellungnahme der Gemeinde Eberhardzell zur</p> <p>1. Anhörung und Mitteilung des Ergebnisses gern. § 12 Abs. 4 Landesplanungsgesetz (LPIG) vom 01.04.2025</p> <p>2. Anhörung Windkraft Regionalverband Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Ihre Stellungnahme zur Abwägung unserer Einwände ist aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend und lässt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Argumenten, vor allem der Umzingelung und räumlichen Überlastung der Ortschaften Mühlhausen und Oberessendorf sowie Nachbargemeinden durch das große Vorranggebiet WEA-436.007 in Kumulation mit den Vorrangflächen Bannäcker, Achrain und Reisenwald, vermissen. Wir sehen ein deutliches Ungleichgewicht in den beiden regionalen Verteilungskonzepten zu Ungunsten der Gemeinde Eberhardzell. Die übergeordneten Ziele zur erneuerbaren Stromgewinnung sind nicht mit den Interessen unserer Einwohner vor Ort in Einklang zur bringen.</p> <p>Dass die Planungsstände und die der Planung zu Grunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variiert, kann nicht zu Lasten der betroffenen Menschen in den Ortschaften gehen. Das „Streben nach einer Harmonisierung“ sollte durch einen Termin der beiden Verbände und dessen schriftlicher Dokumentation, die den Menschen anheimgegeben wird, offengelegt werden.</p> <p>Wir appellieren dringend, die Sorgen der Bevölkerung und der</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Initiativen vor Ort ernst zu nehmen, insbesondere mit Blick auf die zu hohe Konzentration, Auswirkung von Schall und Schattenwurf auf die Gesundheit und die Zukunftsperspektive der Bevölkerung vor Ort.</p> <p>Es sollte gemeinsam und in einem einvernehmlichen Miteinander eine kleinere Lösung übergreifend gefunden werden, als im Streit mit der Bevölkerung eine große Lösung umzusetzen.</p> <p>Die Gemeinde Eberhardzell fordert den aktuellen Suchraum WEA-436-007 mit 302 ha um die Hälfte, mindestens aber um die Flächen auf Markungen Mühlhausen (52 ha und Oberessendorf (16 ha) zu reduzieren und zwar in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Ortschaften Mühlhausen/Oberessendorf und Osterhofen/Hittelkofen und Haisterkirch in Abstimmung mit dem Regionalverband Donau-Iller.</p> <p>Abbildung in der Anlage!</p> <p>Gerne führen wir die Gründe für die Ablehnung des großflächigen Suchraumes nochmals aus:</p> <p>Überlastung der Bevölkerung und des Landschaftsraums (Umzingelung, Kumulation von Belastungen</p> <p>Die Ortschaften Mühlhausen und Oberessendorf mit ihren Einwohnern sind „umzingelt“ von Windkraftsuchgebieten der Regionalverbände Bodensee-Oberschwaben und Donau-Iller und somit extrem belastet.</p> <p>Der Gemeinderat hat am 15.04.2024 (1. Anhörung Regionalverband Bodensee-Oberschwaben) und am 28.10.2024 (1. Anhörung Regionalverband Donau-Iller) beschlossen, die geplanten Suchräume auf Flächen der Gemeinde Eberhardzell, Gemarkung Mühlhausen und Oberessendorf, im Rahmen beider Verfahrensbeteiligungen, aufgrund dieser räumlichen Überbelastung {hohe lokale Vorbelastung bereits vorhanden, in der</p>	<p>geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>1. Anhörung näher ausgeführt), abzulehnen.</p> <p>Sie konnten uns durch ihren Prüfvermerk nicht überzeugen, das Thema Umzingelung und Kumulation in unserem Fall detaillierter geprüft zu haben, obwohl sie im Textteil auf Seite 28 auf eine solche Bewertung hingewiesen haben.</p> <p>Die dadurch resultierende visuelle und psychologische Belastung für die Ortschaften Mühlhausen und Oberessendorf ist erheblich. Eine solche Konzentration widerspricht dem Ziel der ausgewogenen räumlichen Verteilung und ist auch mit Blick auf die planerische Verantwortung gegenüber dem interkommunalen Abstimmungsgebot (§ 2 Abs. 2 ROG) kritisch zu hinterfragen. Uns ist nicht bekannt, dass bei anderen Gebieten im Regionalverbandsgebiet eine solche Dichte an Windenergieanlagen in Ortsnähe geplant ist.</p> <p>Die geringfügige Reduzierung der Suchfläche Osterhofen 436-007 nehmen wir zunächst positiv zur Kenntnis (1 Windkraftstandort weniger). Das ist aber viel zu wenig.</p>		
II.1029	961	<p>Die von ihnen in der Begründung zum Entwurf dargestellten positiven Effekte auf das Schutzgut Mensch werden von unseren betroffenen Einwohnern sicherlich nicht so gesehen.</p> <p>Schutzgut Mensch</p> <p>In der Einwohnerschaft der betroffenen Ortsteile wächst der Widerstand gegen die Windenergieanlagen. Die Planungen werden als gravierender Eingriff in ihre Lebensqualität, ihr Heimatgefühl und das Vertrauen in eine ausgewogene gemeinwohlorientierte Raumplanung betrachtet. Die befürchteten Auswirkungen durch die Vielzahl an Windenergieanlagen werden zunehmend als reale Bedrohung für das unmittelbare Lebensumfeld wahrgenommen.</p> <p>Die Ortschaften Mühlhausen und Oberessendorf liegen in einem landschaftlich besonders</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>empfindlichen Übergangsraum zwischen Wald, Feldflur und offener Ortslage. In dieser Konstellation wirken die Vielzahl der Windkraftanlagen nicht mehr als punktuelle Eingriffe, sondern als raum bestimmende, massiv wahrnehmbare Strukturen mit hoher Dominanz. Aufgrund der besonderen Topografie des Gebietes wirken die Windkraftanlagen optisch bedrängend. Der einzigartige, nicht überbaute Naturbezug, geht dadurch verloren.</p> <p>Zudem ist das Haistergau ein bedeutendes Naherholungsgebiet für die Bevölkerung von Eberhardzell und Bad Waldsee. Die Grabener Höhe und das Tannenbühl, die das Haistergau begrenzen, sind Endmoränen und Zeugen der beiden Eiszeiten. Die geplanten Windkraftanlagen würden das Landschaftsbild massiv beeinträchtigen und die Erholungsfunktion dieses Gebiets erheblich schmälern.</p> <p>Wir fordern einen größtmöglichen Abstand zu den Ortschaften Mühlhausen und Oberessendorf, um dort die Gesundheit, Wohn- und Lebensqualität zu wahren. Wir fordern eine Lärmmessung, um die tatsächliche Belastung durch Schallimmissionen auf die betroffenen Ortsteile realitätsnah zu ermitteln.</p>	<p>bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.1029	962	<p>Trinkwasser</p> <p>Wir sehen eine Gefährdung für das Trinkwasser unserer Gesamtgemeinde durch die Vielzahl an geplanten Anlagen. Es liegt uns kein neutrales Gutachten vor, das sich mit dem Schutzgut detailliert auseinandersetzt und den Ausschluss der Gefahr fachlich nachweist (Schlagworte: Faserverbundwerkstoffe und Risiken beim Bau der Anlagen).</p> <p>Wir fordern den Nachweis, dass in der Betrachtung des Wasserschutzgebietes für die Brunnenanlage bei Oberessendorf kein negativer Einfluss auf das Grundwasser des Brunnens in Oberessendorf, der die Wasserversorgung der Gesamtgemeinde Eberhardzell sicherstellt, besteht (Grundwasserströme, siehe Karte in der Anlage).</p> <p>Die Abwägung im Umweltbericht (Fläche Eberhardzell-Bannäcker) zu Gunsten „des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der Erneuerbaren Energien“ zu Lasten des Schutzgutes Wasser, das erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten hat, ist nicht sachgerecht. Eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung ist nicht hinnehmbar.</p>	<p>zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Der Teilregionalplan Energie legt Vorranggebiete für Windenergie fest, die der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung im regionalen Maßstab dienen. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen.</p> <p>Die angesprochenen Aspekte sind damit Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die Abwägung berücksichtigt den Belang des Grundwasserschutzes für die regionale Maßstabsebene ausreichend.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.1029	963	<p>Naturschutz</p> <p>Ferner werden naturschutzfachliche Belange unzureichend berücksichtigt. Ihre eigene vertiefte Umweltprüfung (Gebietssteckbrief Seite 40/41 Umweltbericht) zum Vorranggebiet WEA-436-007 stellt dar, dass bei diesem Suchraum mehrere erhebliche Beeinträchtigungen von Schutzgütern vorliegen und die Fläche nur bedingt als Vorranggebiet geeignet ist.</p> <p>Ein großer Teil der Suchflächen befindet sich in Gebieten, die aus artenschutzrechtlicher Sicht besonders sensibel sind, FFH-Gebiet Umlachtal, Naturschutzgebiet Mauchenmühle, Mühlhauser Ried und Wurzacher Ried. Diese Gebiete sind essenziell für den Erhalt der Biodiversität und dürfen nicht durch Windkraftanlagen gefährdet werden. Diese Flächen sind nicht ohne Grund im geplanten Biosphärengebiet Oberschwaben enthalten.</p> <p>Hier sind windkraftsensiblen Vogelarten beheimatet, wie bereits von der Stadt Bad Waldsee und der Bürgerinitiative lebenswerter Haistergau e.V. ihnen gegenüber dargelegt. Deren Stellungnahmen wurden uns zur Verfügung gestellt.</p> <p>Es muss ein deutlich größerer Abstand zu den besonders empfindlichen Gebieten eingehalten werden. Vielen Dank für ihre Rückmeldung und weitere Beteiligung am Verfahrensverlauf.</p>	<p>Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotop, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie). Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Das Naturschutzgebiet Mauchenmühle im Mühlhauser Ried befindet sich in einer Entfernung von ca. 1km.</p> <p>Auswirkungen auf Hochmoore: Die Hinweise zu den Hochmooren werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit von Windenergie freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung für</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Flächen, die an Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit angrenzen, nicht gegeben. Bei diesen überwiegt das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie.</p> <p>Zum Europadiplom: Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hat gemeinsam mit dem Umweltministerium BW und in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Tübingen und dem Landratsamt Ravensburg einen „Schutzbereich Wurzacher Ried“ erarbeitet (vgl. Umweltbericht zum Entwurf des Teilregionalplans Energie). Dieser wurde im Planungsprozess als erheblicher Konflikt eingestuft (K2) und konnte im 1. und 2. Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie vollständig von Vorranggebieten Windenergie freigehalten werden. In einem Bericht des Treffens der „Group of Specialists“ des Europarats für mit dem Europadiplom geschützte Gebiete (Treffen in Straßburg am 20. und 21. Februar 2024) heißt es: „Considering that the Wurzach basin was designated as protection zone and that the draft subregional Energy Plan (Anm.: gemeint ist der Anhörungsentwurf des Teilregionalplans Energie Bodensee-Oberschwaben) excluded wind energy priority zones located within the protection zone, noting that, according to studies, birds would not be affected by the wind turbines located in the priority zones, noting also that in case the subregional Energy Plan would not be approved, wind farms could be constructed even in the Wurzach basin protection zone, the members of the Group of Specialists agreed with the delineation of the Wurzach basin protection zone.“ Das bedeutet, dass der „Schutzbereich Europadiplom Wurzacher Ried“ vonseiten der „Group of Specialists“ des Europarats anerkannt wird.</p> <p>Zum Wurzacher Ried als größtes intaktes zusammenhängendes Hochmoor Mitteleuropas: Aus Sicht des Regionalverbands liegen die im Entwurf des Teilregionalplans Energie festgelegten Vorranggebiete Windenergie ausreichend weit vom Wurzacher Ried entfernt, um eine extreme Betroffenheit und nachhaltige Schädigung dieses Hochmoorkörpers zu vermeiden.</p> <p>Damit wurden bei Aufstellung des Teilregionalplans Energie das Wurzacher Ried und das Europadiplom Wurzacher Ried in der Abwägung angemessen berücksichtigt. Aus Sicht des Regionalverbands verstößt die Ausweisung der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie nicht gegen das Europadiplom Wurzacher Ried und führt auch</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			nicht zu einer nachhaltigen Schädigung des Wurzacher Rieds.	
			Es wird darauf hingewiesen, dass die zuständigen Behörden (Höhere Raumordnungsbehörde, Höhere Naturschutzbehörde, Oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde Oberste Naturschutzbehörde) keine Einwände zu diesem Vorgehen bezüglich der Natura-2000-Vorabprüfung vorgebracht haben.	
			Ein größerer Abstand des VRG Windenergie zu den in der Stellungnahme genannten empfindlichen Gebieten ist daher nicht erforderlich.	
Gemeinde Altshausen				
II.103	931	seit der 1. Anhörung hat sich bei uns ein größerer Grundstückseigentümer ([Name anonymisiert] ) gemeldet, der gerne eine große PV Freiflächenanlage im Bereich des [Ort anonymisiert] realisieren will. Die mögliche Fläche habe ich auf beigefügtem Ausschnitt schraffiert dargestellt. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe zu der bisher im Plan vorgesehenen Fläche für PV-Anlagen. Gibt es die Möglichkeit, diese Fläche als Vorranggebiet auszuweisen? Dies würde der Gemeinderat unterstützen.	Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in der Anlage zur Begründung aufgezählt und erläutert. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und geschilderten Vorgehensweise ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht geboten, die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik überwiegend an der Abgrenzung vorgeschlagener Interessensgebiete oder Vorplanungen zu orientieren. Die in der Anregung genannte Fläche wird nicht als Vorbehaltsgebiet Photovoltaik festgelegt aufgrund eines bestehenden sehr erhebliche Konflikts (K1) durch die Lage in der Vorrangflur (Flurbilanz 2022) (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).	Keine Berücksichtigung
II.103	932	Dafür hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 25.05. beschlossen, bezüglich der bisher vorgesehen Fläche entlang der Bahnlinie anzuregen, dass diese südlich der Landesstraße in Richtung Ebersbach herausgenommen werden soll. Leider hat die Gemeinde Altshausen kaum mehr Entwicklungsmöglichkeiten, da um den Hauptort nahezu alle Flächen durch Wald, Ried, Landschaftsschutz oder Naturschutz bereits belegt sind. Wo dies nicht der Fall ist steht Denkmalschutz (Ansicht Schloss) oder Einstaufläche Hochwasserdamm im Weg. Eine der letzten Möglichkeiten sieht der Gemeinderat in der Fläche direkt unterhalb der Landesstraße, da dann noch weiter südlich direkt Riedflächen sind die bereits als	Die Flächen für Photovoltaik werden im Teilregionalplan Energie als Vorbehaltsgebiete und nicht als Vorranggebiete festgelegt. Vorbehaltsgebiete gehören zu den Grundsätzen der Raumordnung nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG. Sie sind als öffentlicher Belang in die Abwägungs- und Ermessensentscheidungen mit dem notwendigen Gewicht einzustellen, können dort jedoch ggf. auch "weggewogen" werden. Aus der regionalplanerischen Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik ergibt sich zudem keine bindende Realisierungspflicht und auch keine Ausschlusswirkung anderer, mit den Zielen der	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Vorranggebiet für Landschaftsschutz und Naturschutz vorgesehen sind (ebenfalls auf beiliegendem Plan markiert).	<p>Raumordnung vereinbarer Flächen (s. auch Kommentar zum Landesplanungsrecht in Baden-Württemberg (Hager, Hrsg., 2021)). Insofern ist es grundsätzlich möglich, im Bereich der Vorbehaltsgebiete nach sachgerechter Abwägung auch andere Nutzungen vorzusehen. Es besteht daher keine Notwendigkeit, das genannte Vorbehaltsgebiet zu streichen.</p> <p>Es bestehen keine gesetzlichen Vorgaben zum Siedlungsabstand für Freiflächen-Photovoltaik. Im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete wurden dennoch zur Vermeidung einer optischen Störung bzw. aus Akzeptanzgründen Vorsorgeabstände festgelegt. Sie können im Einzelfall unterschritten werden. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik (Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplans Energie) verwiesen.</p>	
RA Menold Bezler - Gemeinde Langenenslingen				

II.1032	750	<p>in obengenannter Angelegenheit übersende ich Ihnen im Anhang namens und im Auftrag der Gemeinde Langenenslingen unsere heutige Stellungnahme zum Fortschreibungsentwurf des Regionalplans Bodensee- Oberschwaben im Rahmen des 2. Beteiligungsverfahrens.</p> <p>A. Sachverhalt Die Gemeinde Langenenslingen liegt im Grenzbereich von drei Regionen. Sie liegt in der Region Donau-Iller, unmittelbar an der Grenze zur Region Neckar-Alb und zur Region Bodensee-Oberschwaben. In allen drei Regionen werden gegenwärtig die Regionalpläne fortgeschrieben mit dem Ziel, Vorranggebiete für Windenergie festzulegen und somit das Flächenziel des § 20 Abs. 1 KlimaG BW zu erfüllen. Der Regionalplanentwurf Donau-Iller, in dessen Geltungsbereich die Gemeinde Langenenslingen liegt, will große Flächen auf der Gemarkung der Gemeinde Langenenslingen als Vorranggebiet für Windenergie festlegen, insbesondere im Norden des Ortsteils Dürrenwaldstetten / Ittenhausen sowie im Südwesten des Ortsteils Billafingen / südlich des Ortsteils Egelfingen. Die angrenzenden Regionalplanentwürfe der Regionen Neckar-Alb und Bodensee-Oberschwaben sehen große Flächen als Vorranggebiete für Windenergie in unmittelbarer Nähe der Gemarkung der Gemeinde Langenenslingen vor, die mit den Vorrangflächen für Windenergie im Regionalplanentwurf Donau-Iller insbesondere im Norden des Ortsteils Dürrenwaldstetten / Ittenhausen sowie im Südwesten des Ortsteils Billafingen / südlich des Ortsteils Egelfingen zusammentreffen, siehe Screenshot Regionalplan Bodensee-Oberschwaben, Vorranggebiete Windenergie der Regionalverbände Donau-Iller, Neckar-Alb und Bodensee Oberschwaben, Planungsstände zur 1. und 2. Offenlage (gelbe</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
---------	-----	--	---------------	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Markierungen in eigener Darstellung): Abbildung in der Anlage Im Norden von Dürrenwaldstetten / Ittenhausen sollen drei Vorranggebiete für Windenergie aufeinandertreffen: RT 06 (Regionalplanentwurf Neckar-Alb), #21.02A (Regionalplanentwurf Donau-Iller) und WEA-437-026 (Regionalplanentwurf Bodensee-Oberschwaben). Insgesamt sollen damit Flächen von 1.342 ha als Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden. Hinzukommt das südwestlich in geringer Entfernung zum WEA-437-026 (Regionalplanentwurf Bodensee-Oberschwaben) gelegene Vorranggebiet WEA-437-020 mit 337 ha, das ebenfalls an die Gemarkung der Gemeinde Langenenslingen grenzt. Im Süden von Egelfingen bzw. Südwesten von Billafingen treffen wiederum zwei Vorranggebiete aufeinander: #21.02B (Regionalplanentwurf Donau-Iller) und WEA-437-014 (Regionalplanentwurf Bodensee-Oberschwaben), die gemeinsam eine Fläche von 1.311 ha umfassen. Ausweislich des Planentwurfs vom 07.02.2025, der dem 2. Beteiligungsverfahren im Regionalplanverfahren der Region Bodensee-Oberschwaben zugrunde liegt, wurden die WEA-437-026, WEA-437-020 und WEA-437-014 gegenüber dem Planentwurf vom 08.12.2023, der dem 1. Beteiligungsverfahren zugrunde lag, verkleinert. Dies geschah u.a. um eine unzumutbare Umzingelungswirkung zu vermeiden und notwendige Siedlungsabstände einzuhalten, siehe Screenshots, Änderungen an den Vorranggebieten Windenergie gegenüber dem 1. Anhörungsentwurf, abrufbar unter: <a href="https://www.rvbo-energie.de/media/pages/home/df4e736544-1744130762/12_trp-e_rvbo_aenderungen_vrgwindenergie_anhoerung_2025.pdf">https://www.rvbo-energie.de/media/pages/home/df4e736544-1744130762/12_trp-e_rvbo_aenderungen_vrgwindenergie_anhoerung_2025.pdf</a>: Abbildung in der Anlage Abbildung in der Anlage: Eine Verkleinerung des Gebiets WEA 437-014 erfolgte vor allem nach Süden / Südwesten hin in Richtung Bingen in der Region Bodensee-Oberschwaben. Eine Verkleinerung des Gebiets WEA 437-014 in Richtung Langenenslingen ist nicht erfolgt.</p>		
II.1032	751	<p>B. Rechtliche Bedenken und Anregungen Namens und im Auftrag der Gemeinde Langenenslingen wird angeregt, die im Planentwurf vom 07.02.2025 vorgesehenen Vorranggebiete für Windenergie WEA-437-026, WEA-437-020 und WEA-437-014 weiter zu verkleinern, um eine drohende unzumutbare Umzingelung der vorhandenen Siedlungsbebauung im Norden / Nordwesten und im Westen der Gemeinde Langenenslingen und damit verbundene Abwägungsfehler sowie einen Verstoß gegen das interregionale Abstimmungsgebot auszuschließen.</p>	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen und es wird auf die nachfolgende Abwägung zu dieser Stellungnahme (Az. II.1032) verwiesen.	Kenntnisnahme
II.1032	752	<p>I. Drohende Umzingelung von Ortslagen durch die WEA-437-026, WEA-437-020 und WEA-437-014</p> <p>Auch nach den zwischen dem 1. und dem 2. Beteiligungsverfahren</p>	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>vorgenommenen Verkleinerungen der WEA-437-026, WEA-437-020 und WEA-437-014 droht in der Zusammenschau mit den geplanten Vorranggebieten für Windenergie in den Regionalplanentwürfen der Regionen Donau-Iller und Neckar-Alb in den oben dargestellten Gebieten noch immer eine unzumutbar Umzingelung bzw. Einkesselung von Ortslagen auf der Gemarkung der Gemeinde Langenenslingen durch Vorranggebiete für Windenergie, die voraussichtlich zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung des Landschaftsbildes sowie zu einer unzumutbaren optisch bedrängenden Wirkung auf die Anwohnerinnen und Anwohner (visuelle Überlastung) führen werden.</p> <p>Das Schutzgut Landschaft bzw. Landschaftsbild ist bei der Regionalplanung ebenso zu beachten, wie der Schutz der menschlichen Gesundheit. Beides kann durch die Umzingelung einer Ortslage durch Windenergieanlagen beeinträchtigt werden. Beiden Belangen wurde im Zuge des Verfahrens für die Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben bisher nur unzureichend Rechnung getragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zum einen ist nicht erkennbar, dass die Umzingelungswirkungen der WEA-437-026 und WEA-437-014 auch kumulativ mit den geplanten Vorranggebieten für Windenergie der benachbarten Regionalplänen (Donau-Iller und Neckar-Alb) betrachtet wurden. Eine unzureichende Berücksichtigung der Vorranggebiete für Windenergie auf dem Gebiet anderer Regionalpläne bei der planerischen Verhinderung einer Umzingelungswirkung für Ortslagen kann einen Ermittlungsfehler / ein Abwägungsdefizit darstellen.</li> <li>• Zum anderen droht die Festlegung der aktuell geplanten Vorranggebiete für Windenergie im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben in Zusammenschau mit den geplanten Vorranggebieten für Windenergie in den benachbarten</li> </ul>	<p>Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>beiden Regionalplänen Donau-Iller und Neckar-Alb die Belange des Landschaftsschutzes und Gesundheitsschutzes im Ergebnis unverhältnismäßig zurückzustellen. Der Regionalplan Bodensee-Oberschwaben leidet dann im Ergebnis an einer stets beachtlichen Abwägungsdisproportionalität.</p> <p>Um (beachtliche) Abwägungsfehler zu vermeiden, die zur Rechtswidrigkeit des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben führen würden, sollten die im Planentwurf vom 07.02.2025 vorgesehenen Vorranggebiete für Windenergie WEA-437-026, WEA-437-020 und WEA-437-014 weiter verkleinert werden. Jedenfalls bedarf es einer weiteren Prüfung und ggf. einer transparenten Darlegung, ob und inwieweit eine unzumutbare Umzingelung der vorhandenen Siedlungsbebauung in der Gemeinde Langenenslingen ausgeschlossen werden kann.</p> <p>1. Maßstab für Umzingelungswirkung und Schutz vor visueller Überlastung</p> <p>Zur Ableitung eines planerischen Vorsorgewerts zur Verhinderung einer Umzingelungs- bzw. Umfassungswirkung von Ortslagen stellen die Planungsträger in der Praxis überwiegend auf die Rechtsprechung des OVG Magdeburg ab. Hiernach soll ein Freihaltewinkel gewährleistet werden, der auf physiologischen Eigenschaften des menschlichen Gesichtsfelds beruht, innerhalb dessen eine Landschaftskulisse wahrgenommen werden kann (ca. 180 Grad). Als maximal zumutbar wird daher eine durchgängige Verstellung des Horizonts durch Windenergieanlagen von 2/3 des Gesichtsfelds (120 Grad) angesehen (OVG Magdeburg, Beschluss vom 16.03.2012 – 2 L 2/11, Rn. 20, juris).</p> <p>Als weiteres Kriterium kann das Fusionsblickfeld herangezogen werden. Dieses umfasst</p>	<p>zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Daher wird der Anregung teilweise gefolgt.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>den Bereich, in dem binokulares bzw. stereoskopisches Sehen möglich ist (ca. 60 Grad). Das Fusionsblickfeld ist zusammenhängend von Windenergieanlagen freizuhalten (Taeger/Ulfers, AGIT – Journal für angewandte Geoinformatik 2017, 130 (132)).</p> <p>An diesen Kriterien haben sich nach unserem Verständnis zwar sowohl der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben als auch der Regionalverband Donau-Iller orientiert (Berücksichtigung eines Radius von 2.000 m bzw. 2.500 m, wobei ein Winkel von zweimal 60 Grad gegenüberliegend der entsprechenden Siedlungen / Gebäude freizuhalten ist). Aus den Planunterlagen geht jedoch nicht eindeutig hervor, ob diese Methodik lediglich innerhalb der jeweiligen Region angewandt wurde oder ob auch Vorranggebiete für Windenergie in anderen Regionalplanentwürfen bei der Frage berücksichtigt wurden, ob mehr als 120 Grad des Horizonts zusammenhängend durch Windenergieanlagen verstellt werden.</p> <p>Eine kumulative Verstellung von zusammenhängend mehr als 120 Grad ist ausweislich der Darstellungen im Planentwurf vom 07.02.2025 vor allem im Norden/Nordwesten von Dürrenwaldstetten / Ittenhausen sowie südlich von Egelfingen / südwestlich von Billafingen zu befürchten (siehe oben).</p> <p>2. Umzingelungswirkung im Norden von Dürrenwaldstetten / Ittenhausen</p> <p>Die gemeinsame Betrachtung der kartografischen Darstellungen in den Regionalplanentwürfen der Regionen Bodensee-Oberschwaben, Donau-Iller und Neckar-Alb zeigt, dass die vorhandene Siedlungsbebauung in den Ortslagen Dürrenwaldstetten / Ittenhausen im Norden von Langenenslingen auch nach Verkleinerung der WEA-437-026 und WEA-437-020 zu mehr als 120 Grad durch Vorranggebiete für Windenergie</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>umstellt wird. Dies gilt insbesondere für die nördlich von Dürrenwaldstetten / Ittenhausen an der Grenze der Region Donau-Iller gelegene Siedlungsbebauung Pistre und Ohnhülben.</p> <p>Die nordwestlich von Langenenslingen gelegene Siedlungsbebauung Pistre wird von den WEA-437-026 und WEA-437-020 in Zusammenschau mit dem geplanten Vorranggebiet für Windenergie im Regionalplanentwurf Donau-Iller #21.02A in südwestlicher sowie in nordöstlicher Richtung weitreichend umschlossen, siehe Screenshot des Kartenmaterials der Gemeinde Langenenslingen (links) sowie Screenshot aus Änderungen an den Vorranggebieten Windenergie gegenüber dem 1. Anhörungsentwurf (rechts, orangene Markierung in eigener Darstellung):</p> <p>Abbildung in der Anlage.</p> <p>Ob die von Vorranggebieten für Windenergie freigehaltenen Sichtkorridore ausreichen, um eine unzumutbare Umzingelungswirkung und somit eine unzumutbare Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der menschlichen Gesundheit auszuschließen, erscheint zweifelhaft, bedarf aber jedenfalls einer kritischen Nachprüfung.</p> <p>Ebenfalls nahe liegt eine visuelle Umzingelung der Siedlungsbebauung Ohnhülben, nordöstlich von Dürrenwaldstetten von mehr als 120 Grad – ggf. sogar zusammenhängend zu mehr als 180 Grad – durch die kumulative Wirkung der Vorranggebiete für Windenergie RT 06 (Regionalplanentwurf Neckar-Alb), #21.02A (Regionalplanentwurf Donau-Iller) und WEA-437-026 (Regionalplanentwurf Bodensee-Oberschwaben), siehe Screenshot des Kartenmaterials der Gemeinde Langenenslingen (links) sowie Screenshot aus Änderungen an den Vorranggebieten Windenergie gegenüber dem 1. Anhörungsentwurf (rechts, orangene Markierung in eigener Darstellung):</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Abbildung in der Anlage		
		<p>Mit Blick auf die dargelegten Bedenken wird der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben darum ersucht, die auch nach ihrer Verkleinerung noch zu befürchtende Umzingelungswirkung durch eine Verkleinerung der WEA-437-026 und WEA-437-020 im Nordwesten von Langenenslingen zu beheben, zumindest aber die geplante Flächenausweisung noch einmal kritisch zu prüfen und insbesondere in Zusammenschau mit den in den Planentwürfen der Regionalverbände Donau-Iller (#21.02A) und Neckar-Alb (RT-06) geplanten Vorrangflächen zu betrachten.</p> <p>Dies gilt umso mehr, da in den Entwürfen für die Teilfortschreibung des Regionalplans Neckar-Alb, von der die Planung der Region Bodensee-Oberschwaben nicht isoliert betrachtet werden darf, nicht ersichtlich ist, dass überhaupt eine Methodik angewandt wurde, mit der eine unzumutbare Umzingelungswirkung auf vorhandene Siedlungsbebauung in der Region Neckar-Alb selbst und in den benachbarten Regionen Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben vermieden werden sollte.</p> <p>3. Umzingelungswirkung im Süden / Südwesten von Egelfingen / Billafingen</p> <p>In Bezug auf den im 2. Beteiligungsverfahren ausgelegten Planentwurf der Region Bodensee-Oberschwaben bestehen auch weiterhin Bedenken hinsichtlich einer unzumutbaren visuellen Umzingelung von zusammenhängend mehr als 120 Grad, stellenweise ggf. sogar mehr als 180 Grad im Ortsteil Egelfingen / Billafingen, im Westen von Langenenslingen durch das Gebiet WEA-437-014 in Zusammenschau mit dem in der Region Donau-Iller geplanten Vorranggebiet für Windenergie #21.02B.</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Dies gilt insbesondere für die in Egelfingen vorhandene Siedlungsbebauung sowie das nach Osten Richtung Billafingen gelegene Wohnhaus ([Ort anonymisiert] ), siehe Screenshot des Kartenmaterials der Gemeinde Langenenslingen (links) sowie</p> <p>Screenshot aus Änderungen an den Vorranggebieten Windenergie gegenüber dem</p> <p>1. Planentwurf (rechts, orangene Markierung in eigener Darstellung):</p> <p>Abbildung in der Anlage</p> <p>Zwar wurde das Gebiet WEA 437-014 im Vorfeld des 2. Beteiligungsverfahrens mit Blick auf Siedlungsabstände und Windhöffigkeit verkleinert. Eine Verkleinerung erfolgte jedoch nur nach Süden hin in Richtung Bingen in der Region Bodensee-Oberschwaben. Eine Verkleinerungen, die zur Reduzierung der Umzingelung der Siedlungsbebauung Egelfingen und [Ort anonymisiert] beitragen könnte, ist bisher nicht erfolgt. Vielmehr spricht der Umstand, dass eine Verkleinerung nur in Richtung Bingen erfolgt ist als Indiz dafür, dass eine die Regionsgrenze zur Region Donau-Iller überschreitende Umzingelungswirkung gar nicht untersucht wurde.</p> <p>Auch hier wird der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben darum ersucht, die auch nach ihrer Verkleinerung noch befürchtete Umzingelungswirkung der WEA-437-014 im Südwesten von Langenenslingen durch eine Verkleinerung des Gebiets WEA-437-014 auszuschließen, jedenfalls aber noch einmal kritisch und in Zusammenschau mit den dort geplanten Vorrangflächen für Windenergie des Regionalplanentwurfs der Region Donau-Iller zu prüfen, ob eine unzumutbare Umzingelung der Siedlungsbebauung Egelfingen samt [Ort anonymisiert] ausgeschlossen werden kann.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.1032	753	<p>II. Belange des Denkmalschutzes werden nicht hinreichend berücksichtigt Die Regionalplanung tangiert auch abwägungsrelevante denkmalpflegerische Belange, die bisher nicht hinreichend ermittelt und berücksichtigt wurden. Südlich von Ittenhausen und in Sichtweite zum geplanten Vorranggebiet für Windenergie WEA-437-020 befindet sich die Kapelle St. Ursula, Ensmad, die auf eine im 11./12. Jahrhundert angelegte Einsiedelei zurückgeht und unter Denkmalschutz steht, siehe Screenshot Regionalplan Bodensee-Oberschwaben, Vorranggebiete Windenergie der Regionalverbände Donau-Iller, Neckar-Alb und Bodensee Oberschwaben, Planungsstände zur 1. und 2. Offenlage (orangene Markierung in eigener Darstellung):</p> <p>Abbildung in der Anlage</p> <p>§ 15 Abs. 3 DSchG schützt die Wirkung von Kulturdenkmälern in ihrer Umgebung sowie die optischen Bezüge zwischen Kulturdenkmal und Umgebung. Nach § 15 Abs. 3 Satz 1 DSchG dürfen bauliche Anlagen in der Umgebung eines eingetragenen Kulturdenkmals, soweit sie für dessen Erscheinungsbild von erheblicher Bedeutung ist, nur mit Genehmigung der Denkmalschutzbehörde errichtet, verändert oder beseitigt werden. Diese gesetzgeberische Wertung ist auch bei der planerischen Abwägung zu berücksichtigen. In jedem Einzelfall ist zusammen mit der Unteren Denkmalschutzbehörde und ggf. dem Landesamt für Denkmalpflege zu prüfen, ob die für eine Windenergienutzung geeigneten Potenzialflächen einen Konflikt mit dem Denkmalschutz auslösen würden (OVG Lüneburg, Urteil vom 08.02.2022 – 12 KN 51/20, Rn. 38).</p> <p>Zwar geht aus S. 147 f. des Planentwurfs vom 07.02.2025 hervor, dass sich der Regionalverband mit den Auswirkungen der Festlegung von Windvorranggebieten auf Kulturdenkmale in der Region Bodensee-Oberschwaben (Schloss Zeil, Schloss Wolfegg,</p>	<p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Vorgaben. Bis zur Erreichung des Ziels der Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 nach dem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg stehen der Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Windenergieanlagen nach § 15 Abs. 4 DSchG BW denkmalfachliche Belange nicht entgegen, soweit die Windenergieanlagen nicht in der Umgebung eines in höchstem Maße raumwirksamen eingetragenen Kulturdenkmals errichtet, verändert oder beseitigt werden. Die Belange des Denkmalschutzes wurden gemäß der Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG in der Abwägung berücksichtigt (vgl. Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in Begründung zu Plansatz 4.2.1, Kriterienkatalog und Erläuterung der Kriterien in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie ), wobei nach § 2 EEG dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.</p> <p>Im Ergebnis der Abwägung wurden die Kulturdenkmale selbst als planerisches Ausschlusskriterium bewertet, da sie für die Errichtung von Windenergieanlagen nicht zur Verfügung stehen. Die verschiedenen Vorsorgeabstände ergeben sich aus dem zugrundeliegenden Planungskonzept und der planerischen Entscheidung zur Umsetzung der genannten gesetzlichen Vorgaben gem. § 15 Abs. 3 und 4 DSchG.</p> <p>Beim in der Anregung genannten Denkmal handelt es sich nicht um ein solches im höchsten Maße raumwirksames Kulturdenkmal. Eine Reduzierung des Vorranggebiets Windenergie aus den in der Anregung genannten Gründen ist damit nach den gesetzlichen Vorgaben nicht erforderlich.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird nachrichtlich darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Schloss Waldburg, Schloss Heiligenberg, Heuneburg, Residenzschloss der Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen, Kloster/Schloss Salem, Wallfahrtskirche Birnau) sowie mit Kulturdenkmälern außerhalb der Region (Kloster Rot an der Rot, Wallfahrtskirche Steinhausen, Insel Mainau sowie Schloss Kronburg in Bayern) befasst hat. Gerade die denkmalgeschützte Kapelle St. Ursula in Ensmad wird in den Planunterlagen allerdings nicht erwähnt. Insoweit liegt ein Ermittlungs- bzw. Abwägungsdefizit nahe, das zur Rechtswidrigkeit und im Ergebnis zur Unwirksamkeit der Planung führen kann.	Inneringen-Nordost aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert wurde. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.	
II.1032	754	<p>III. Militärische Belange werden nicht hinreichend berücksichtigt</p> <p>Im Übrigen deuten gewichtige Indizien darauf hin, dass sich das geplante Vorranggebiet [Ort anonymisiert] mit [Inhalt anonymisiert] der Bundeswehr überschneiden und somit militärische Belange unzumutbar beeinträchtigen.</p> <p>Grund zu dieser Annahme liefert das Verfahren zur Teilfortschreibung des Regionalplans in der unmittelbar angrenzenden Region Donau-Iller:</p> <p>Da im Anhörungszeitraum zur Fortschreibung des Regionalplans Donau-Iller keine Stellungnahme des für Bundeswehrrestriktionen bei Windkraftplanungen zuständigen Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) einging, hat sich der Verbandsvorsitzende des Regionalverbands Donau-Iller per Brief an Herrn Bundesminister Boris Pistorius sowie an den Präsidenten des BAIUDBw, Herrn Prof. Dr. Roland Börger, gewandt. In Folge weiterer Abstimmungen mit dem BAIUDBw mussten mehrere Vorranggebiete für Windenergie in der Region Donau-Iller deutlich verkleinert werden.</p> <p>Von Verkleinerungen betroffen sind insbesondere das Vorranggebiet #21-02A, das in der Region Bodensee-Oberschwaben unmittelbar an das Vorranggebiet WEA-437-026 grenzt sowie das Vorranggebiet #21-02B, das in der Region</p>	<p>Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (s. Synopse zur 1. und 2. Anhörung, Az. II.580) verwiesen.</p> <p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde gegenüber dem 2. Anhörungsentwurf des Teilregionalplans Energie aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p> <p>Bezüglich der Gebiete WEA-437-014 und WEA-437-026: Auch bei der Festlegung dieser VRG Windenergie sind militärische Belange ausreichend berücksichtigt worden. In der 2. Offenlage wurden zu den VRG Windenergie 437-014 und 437-026 keine Bedenken vonseiten der Bundeswehr vorgebracht, welche der Festlegung als VRG Windenergie entgegenstehen (s. Stellungnahme der Bundeswehr zur 2. Offenlage, Az. II.580).</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bodensee-Oberschwaben unmittelbar an das Vorranggebiet WEA-437-014 grenzt, siehe Screenshot Regionalplan Donau-Iller, Teilfortschreibung Windenergie, Anlage zur Beratungsunterlage für die Sitzung des Planungsausschusses am 27.05.2025, abrufbar unter: <a href="https://www.rvdi.de/fileadmin/News-Dateien/VV-PA/2025/PA-2025-05-27/Beratungsunterlage_TOP1_Webseite.pdf">https://www.rvdi.de/fileadmin/News-Dateien/VV-PA/2025/PA-2025-05-27/Beratungsunterlage_TOP1_Webseite.pdf</a> (Stand: 23.05.2025):</p> <p>Abbildung in der Anlage</p> <p>Vor diesem Hintergrund halten wir es für wahrscheinlich, dass auch die Vorranggebiete in der Region Bodensee-Oberschwaben[Ort anonymisiert] zum Teil von [Inhalt anonymisiert] überlagert werden. Aufgrund der Nähe des Vorranggebiets [Ort anonymisiert] könnte es auch hier zu Überschneidungen mit [Inhalt anonymisiert] der Bundeswehr kommen.</p> <p>Aus der Sitzungsvorlage für die Sitzung des Planungsausschusses des Regionalverbands Donau-Iller am 27.05.2025 folgt, dass militärische Restriktionen für die Gebietsreduzierungen des Vorranggebiets [Ort anonymisiert] ursächlich waren. Ob und inwieweit der Regionalverband Donau-Iller auch das Vorranggebiet [Ort anonymisiert] gerade zum Schutz militärischer Belange verkleinert hat, lässt sich den Unterlagen des Regionalverbands Donau-Iller derzeit nicht im Detail entnehmen. Für eine detaillierte Synopse, die Aufschluss über die Gründe für die Verkleinerung der Vorranggebiete gibt, wird auf das spätere Planungsverfahren des Regionalverbands Donau-Iller verwiesen.</p> <p>Um ein Ermittlungsdefizit in Bezug auf die[Inhalt anonymisiert] der Bundeswehr und eine unzumutbare Zurückstellung militärischer Belange im Abwägungsergebnis zu vermeiden, wird angeregt – soweit noch nicht geschehen – eine Stellungnahme des für Bundeswehrrestriktionen bei Windkraftplanungen zuständigen BAIUDBw einzuholen und insbesondere den Zuschnitt der Vorranggebiete [Ort anonymisiert] mit</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.1032	755	<p>dem BAIUDBw abzustimmen.</p> <p>IV. Verstoß gegen das interregionale Abstimmungsgebot</p> <p>Mit Blick auf die im Raum stehenden unzumutbaren Umzingelungswirkungen der geplanten Vorranggebiete für Windenergie im Planentwurf der Region Bodensee-Oberschwaben in Zusammenschau mit den geplanten Vorranggebieten für Windenergie in den Planentwürfen der Regionen Donau-Iller und Neckar-Alb, wird ferner auf die Gefahr eines Verstoßes gegen das interregionale Abstimmungsgebot hingewiesen.</p> <p>§ 7 Abs. 2 Satz 3 ROG normiert eine Pflicht, Raumordnungspläne benachbarter Planungsräume – und somit auch Regionalpläne – aufeinander abzustimmen. Zusammen mit dem Gegenstromprinzip des § 1 Abs. 3 BauGB bezweckt die Regelung, Spannungen zwischen den Teilräumen gar nicht erst entstehen zu lassen und zu einer abgestimmten gesamträumlichen Planung zu gelangen. Die Abstimmungspflicht mit benachbarten Planungsträgern soll eine raumstrukturelle und funktionelle Homogenität zwischen den Regionen gewährleisten (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Auflage 2018, § 7 ROG Rn. 52).</p> <p>- 14 -</p> <p>1. Betroffenheit von Belangen des benachbarten Planungsträgers</p> <p>Um das interregionale bzw. raumordnerische Abstimmungsgebot auszulösen, muss die Betroffenheit des Nachbarrums eine gewisse Intensität aufweisen. Hierzu kann auf die Rechtsprechung zum interkommunalen Abstimmungsgebot nach § 2 Abs. 2 Satz 1 BauGB zurückgegriffen werden (Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, 2. Auflage 2018, § 7 ROG Rn. 60). Hiernach wird ein Abstimmungsbedarf ausgelöst, wenn die Belange des benachbarten Planungsträgers mehr als geringfügig oder sogar unmittelbar betroffen werden (OVG Koblenz, Beschluss vom 16.01.2014 - 1 B</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>11184/13.OVG, BeckRS 2014, 46810 mwN.).</p> <p>Der Umstand, dass hohe und weithin sichtbare Windenergieanlagen in Grenznähe benachbarter Regionen errichtet werden, führt für sich genommen nicht zu gewichtigen unmittelbaren Auswirkungen auf die Nachbarregion (vgl. VGH München, Beschluss vom 03.02.2009 – 22 CS 08.3194, Rn. 7, juris).</p> <p>Allerdings könnten die Planungen der Regionalverbände Donau-Iller, Neckar-Alb und Bodensee-Oberschwaben im Norden von Dürrenwaldstetten / Ittenhausen miteinander insoweit kollidieren, als die Festlegung aller dort geplanten Flächen als Vorranggebiete für Windenergie eine Umzingelung der vorhandenen Ortslagen bewirken würde mit dem Ergebnis, dass Flächen in einem oder mehreren benachbarten Regionalplänen gestrichen werden müssten. Hierin läge eine unmittelbare Auswirkung auf die benachbarten Planungen, die ein qualifiziertes Abstimmungsbedürfnis auslösen dürfte mit der Folge, dass die Planungsinteressen der benachbarten Region jeweils mit besonderem – wenngleich nicht unüberwindbarem – Gewicht bei der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG zu berücksichtigen wären (dasselbe gilt ggf. für die Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie im Süden von Egelfingen bzw. Südwesten von Billafingen, die in den Regionalplanentwürfen Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben vorgesehen sind).</p> <p>2. Verletzung des interregionalen Abstimmungsgebots</p> <p>Aus dem interregionalen Abstimmungsgebot ergeben sich sowohl Anforderungen an den Abwägungsvorgang als auch an das Abwägungsergebnis. Jeder Planungsträger muss die möglichen Auswirkungen seiner Planung auf den benachbarten Planungsträger sorgfältig ermitteln und bewerten. Im Rahmen der Planaufstellung besteht</p>	<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>eine Rechtspflicht des Planungsträgers, sich in geeigneter Weise Kenntnis über die konkreten Auswirkungen seiner Planung zu verschaffen, um so deren Belange mit dem nötigen Gewicht in ihre Abwägung einstellen zu können (OVG Schleswig, Urteil vom 22.04.2010 – 1 KN 19/09, Rn. 188 ff. juris; Uechtritz, in: BeckOK, 65. Ed. 2025, § 2 BauGB Rn. 33).</p> <p>Verletzt ist das interregionale Abstimmungsgebot im Übrigen auch dann, wenn die betreffende Planung zulasten des benachbarten Planungsträgers die Zumutbarkeitsschwelle überschreitet, also eine Verletzung des kompetenziellen Rücksichtnahmegebots vorliegt (Uechtritz, in: BeckOK, 65. Ed. 2025, § 2 BauGB Rn. 31).</p> <p>Da aus dem geänderten Planentwurf für die 2. Beteiligung zum Regionalplanentwurf Bodensee-Oberschwaben nicht erkennbar ist, dass bei der Untersuchung der Umzingelungswirkung für Ortslagen die kumulative Wirkung aller vorgesehenen Festlegungen von Vorranggebieten für Windenergie regionalplanübergreifend ermittelt und berücksichtigt wurden, liegt eine Verletzung des interregionalen Abstimmungsgebots nahe.</p> <p>Alles in allem bedarf es einer weiteren Prüfung, ob die Planung in Widerspruch zu gesetzlichen Vorschriften steht. Gegenwärtig ist höchst zweifelhaft, ob ein dem ausgelegten Planentwurf vom 07.02.2025 entsprechender Regionalplan den Anforderungen des Abwägungsgebots und des interregionalen Abstimmungsgebots genügen würde.</p>		
Gemeinde Rot an der Rot				
II.1034	1328	die Gemeinde Rot an der Rot hat derzeit keine Betroffenheit.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Gemeinde Amtzell				
II.104	1294	Die Gemeinde Amtzell gibt keine Stellungnahme ab.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Markt Altusried				
II.1047	1329	Nach Durchsicht der Planunterlagen teilen wir mit, dass der Markt Altusried von der Teilfortschreibung des Regionalplans nicht betroffen ist. Anregungen oder Bedenken werden nicht erhoben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Gemeinde Argenbühl, Eisenharz				
II.105	373	Die Gemeinde Argenbühl hält ihre Stellungnahme vom 10.04.2024 zur Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Kapitel 4.2 Energie sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (Teilregionalplan Energie) unverändert aufrecht.	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
RA Birk und Partner / Gemeinde Baienfurt			<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
II.106	1133	<p>1. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben führt das 2. Beteiligungsverfahren nach dem neuen Landesplanungsrecht (Landesplanungsgesetz für Baden-Württemberg, beschlossen am 12.03.2025, in Kraft getreten am 29.03.2025 - im Weiteren: LplG neu -) durch (vgl. öffentliche Bekanntmachung des Regionalverbands Bodensee Oberschwaben vom 31.03.2025 zum 2. Beteiligungsverfahren).</p> <p>Das 2. Beteiligungsverfahren kann nicht nach dem neuen Landesplanungsrecht (in Kraft getreten am 29.03.2025) durchgeführt werden.</p> <p>a) Nach § 53a LplG neu, welcher im Rahmen des neuen Landesplanungsrechts am 29.03.2025 in Kraft getreten ist, sind Verfahren zur Aufstellung von Raumordnungsplänen, die vor dem 29.03.2025 förmlich eingeleitet wurde, nach den bis zum 28.03.2025 geltenden Vorschriften dieses Gesetzes abzuschließen, soweit diese Vorschriften nicht durch die am 28.09.2023 in Kraft getretenen Änderungen des Raumordnungsgesetzes verdrängt wurde (§ 53a Abs. 1 LplG neu). Das Verfahren zur Aufstellung des Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) wurde vor dem 29.03.2025 förmlich eingeleitet, sodass dieses nach dem alten Landesplanungsrecht abzuschließen ist. Anderes ergibt sich auch nicht durch die am 28.09.2023 in Kraft getreten Änderungen des Raumordnungsgesetzes.</p> <p>b) Auch nach § 53a Abs. 2 LplG neu kann das 2. Beteiligungsverfahren nicht nach dem neuen Landesplanungsrecht durchgeführt werden. vorausgesetzt wird hierfür, dass mit gesetzlich vorgeschriebenen einzelnen Schritten des Verfahrens noch nicht begonnen worden ist.</p>	<p>§ 53a Abs. 2 des neuen LPIG lautet: "Ist mit gesetzlich vorgeschriebenen einzelnen Schritten des Verfahrens noch nicht begonnen worden, können diese auch nach den ab dem 29. März 2025 geltenden Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden."</p> <p>In der Sitzung der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025 wurde beschlossen, "...in das zweite Beteiligungsverfahren unter Anwendung der zum Zeitpunkt der Einleitung geltenden Verfahrensvorschriften des Raumordnungsgesetzes und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg zu geben."</p> <p>Entscheidend für den förmlichen Beginn des Verfahrensschritts ist nicht der Zeitpunkt des Beschlusses der Verbandsversammlung, sondern die öffentliche Bekanntmachung der Auslegung.</p> <p>Die Öffentliche Bekanntmachung der Auslegung ist am 31.03.2025 durch Veröffentlichung der Bekanntmachung auf der Internetseite des RVBO unter <a href="https://www.rvbo.de/Bekanntmachungen">https://www.rvbo.de/Bekanntmachungen</a> erfolgt, also nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes. Eine Anwendung des neuen Landesplangsesetzes ist dementsprechend rechtskonform erfolgt.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ein gesetzlich vorgeschriebener Verfahrensschritt ist das Beteiligungsverfahren (§ 12 Abs. 2 und 3 LplG). Dieses Beteiligungsverfahren wurde im Rahmen der bereits durchgeführten Beteiligung (1. Beteiligung) begonnen. Der Umstand, dass nunmehr aufgrund von Änderungen im Planungsentwurf ein 2. Beteiligungsverfahren durchgeführt wird, bedingt keinen gesondert gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensschritt im Sinne von § 53a Abs. 2 LplG neu, sondern das 2. Beteiligungsverfahren ist Gegenstand und Inhalt des Beteiligungsverfahrens an sich.</p> <p>Hinzu kommt, dass dieses 2. Beteiligungsverfahren spätestens mit dem Beschluss der Regionalversammlung am 07.02.2025 begonnen wurde, sodass zum Zeitpunkt des in Kraft treten des neuen Landesplanungsrecht am 29.03.2025, und somit § 53a LplG neu, mit diesem Verfahrensschritt bereits begonnen worden war, weshalb § 53a Abs.2 LplG neu auch deshalb nicht zur Anwendung kommt.</p> <p>Im Hinblick darauf ist das (Beteiligungs-)Verfahren bereits sowohl bzgl. der anzuwendenden Vorschriften wie auch im Weiteren der entsprechenden (Abwägungs-)Ergebnisse fehlerhaft.</p>		
II.106	1134	<p>2. Des Weiteren ist die Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben vom 21.03.2025 (Bekanntmachungssatzung) unwirksam.</p> <p>Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Bekanntmachungssatzung galt noch § 33 LplG in der Vorgängerfassung (gültig bis 28.03.2025). Nach § 33 Abs. 3 LplG Vorgängerfassung waren öffentliche Bekanntmachungen, soweit keine sondergesetzliche Bestimmung bestand, durch Einrücken in den Staatsanzeiger für Baden-Württemberg durchzuführen. Die Möglichkeit zur öffentlichen Bekanntmachung im Internet wurde dagegen erst mit dem neugefassten § 33 Abs. LplG neu eröffnet. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung</p>	<p>Die Bekanntmachungssatzung ist fehlerfrei zustande gekommen. Insbesondere entsprach sie zu dem Zeitpunkt, zu dem sie Rechtswirksamkeit entfaltete, d.h. zum Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung, den gesetzlichen Vorschriften. Die Veröffentlichung der Bekanntmachungssatzung erfolgte sowohl auf der Internetseite des Regionalverbands als auch im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg. Sie wurde dementsprechend auch in der zum damaligen Zeitpunkt vorgesehenen Form bekannt gemacht. Der Satzung mangelt es auch nicht an der Bestimmtheit. Abs. 2 stellt insofern lediglich eine Konkretisierung von Abs. 1 dar. Die Bekanntmachungssatzung wurde mit der Rechtsaufsichtsbehörde (RP Tübingen) abgestimmt. Sie wurde dieser darüber hinaus mit Schreiben vom 3.4.2025 angezeigt und aufsichtsrechtlich nicht beanstandet</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der Bekanntmachungssatzung am 21.03.2025 fehlte also die entsprechende Rechtsgrundlage. Dieser Mangel ist auch nicht dadurch geheilt, dass die Bekanntmachung der Bekanntmachungssatzung (ausweislich der internet-Seite des Regionalverbands im Bereich Bekanntmachungen) wohl am 29.03.2025 (dem Tag des Inkrafttretens des neuen Landesplanungsrechts) erfolgte.</p> <p>Weiter ist § 1 Abs. 1 Bekanntmachungssatzung inhaltlich unbestimmt, soweit darin auf Bekanntmachungen entsprechend der Vorgaben des Landesplanungsgesetzes, in der jeweils gültigen Fassung abgestimmt wird. Eine solche dynamische Verweisung ist unzulässig, weil damit aus der Bekanntmachungssatzung heraus nicht erkennbar ist, in welcher Form eine öffentliche Bekanntmachung zulässig ist, bzw. die Form der Bekanntmachung nicht benannt ist.</p> <p>Auch ist das Verhältnis zwischen § 1 Abs. 1 und § 1 Abs. 2 Bekanntmachungssatzung ungeklärt und führt zu widersprüchlichen Regelungen, soweit das Landesplanungsgesetz in einer späteren „jeweils gültigen Fassung“ eine andere Bekanntmachungsform regelt als eine öffentliche Bekanntmachung durch „Bereitstellung auf der internet-Seite des Regionalverbands“.</p>		
II.106	1135	<p>3. Der nunmehr im Plansatz 4.2.1 Z (3) geregelte generelle Vorrang für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen in einem Vorranggebiet für Windenergie gegenüber anderen Vorranggebieten, insbesondere Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen (PS 3.3.1 Z (3)), ist weder zulässig noch zu rechtfertigen.</p> <p>a) Plansatz 4.2.1 Z (3) des zweiten Offenlageentwurfs soll nunmehr wie folgt gefasst werden:</p>	<p>Es ist zutreffend, dass der PS 3.3.1 Z (3) des Entwurfs zur 2. Offenlage und Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie in den drei genannten Vorranggebieten Windenergie einen Vorrang der Windenergie vor dem Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen regelt. Diese Regelung ist das Ergebnis einer sorgfältigen und umfassenden Abwägung gem. § 7 Abs. 2 S. 1 ROG. Die Regelung wurde zudem mit den zuständigen Behörden abgestimmt (Raumordnung und Grundwasserschutz). Dies zeigt sich auch darin, dass die zuständigen Behörden in ihren Stellungnahmen zur 2. Offenlage keine Einwendungen bezüglich dieses planerischen Vorgehens vorbringen (s. u.a. Stellungnahmen des MLW, Az. I.000, RPT, Az. I.001, LRA RV, Az. II.301 und</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie stehen der Errichtung und dem Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen sowie dafür notwendige Erschließungsanlagen regionalplanerische Zielaussagen der Regionalen Grünzüge (PS 3.1.1 Z (5)), der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (PS 3.2.1 Z (3)), der Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen (PS 3.2.2 Z (4)) und der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen (PS 3.3.1 Z (3)) nicht entgegen. Im Fall von Zielkonflikten hat der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den genannten Zielen der regionalen Freiraumstruktur. Bezüglich der Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie wird zudem auf PS 3.3.1 Z (3) verwiesen.</p> <p>Mit dieser Änderung soll ein prinzipieller Vorrang der Windenergie vor einem Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen geregelt werden, was im ersten Entwurf (1. Beteiligung) noch nicht vorgesehen war.</p> <p>In diesem Zusammenhang werden der Schutz der (Grund-)Wasservorkommen und der Trinkwasserversorgung weder fachlich noch sonst begründbar unangemessen zurückgestellt; entsprechendes gilt für die anderen im Plansatz 4.2.1 Z (3) angeführten Schutzgüter. Vielmehr ist diesen Schutzgütern, insbesondere den Gebieten zur Sicherung von Wasservorkommen Vorrang gegenüber der Windenergie bzw. hierzu vorgesehener Vorranggebiete einzuräumen. Wasservorkommen sind - nicht zuletzt hydrogeologisch bedingt - „tage- und standortfixiert“, während bei Windenergieanlagen dies gerade nicht der Fall ist. Damit können Windenergieanlagen auch außerhalb von Vorranggebieten anderer Schutzgüter realisiert werden. Dies auch soweit Wasservorkommen innerhalb von Wasserschutzgebieten zu berücksichtigen und zu schützen sind, wie dies bzgl. der Gemeinde Baienfurt und dem Zweckverband Wasserversorgung Baienfurt-Baindt der Fall ist. In räumlicher Hinsicht ist weiter zu berücksichtigen, dass das bestehende Wasserschutzgebiet zur Erweiterung ansteht (vgl. derzeitiges Verfahren</p>	<p>LGRB, Az. II.509). Die Abwägung zur Regelung des PS 3.3.1 Z (3) wird in der Begründung zu PS 3.3.1 Z (3) im Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie erläutert.</p> <p>Zur Erweiterung des Wasserschutzgebiets: Bei der Festlegung der VRG Windenergie berücksichtigt wurden WSG I und II, die im Verfahren sind bzw. geplant sind. Die dem RVBO bekannten geplanten Erweiterungen von Wasserschutzgebieten stehen der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie im Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie nicht entgegen. Gemäß Stellungnahme des LGRB (Az. II.509) geht es im Bereich der VRG WEA 436-004, 436-009 und 436-010 ohnehin nur um Erweiterungen für WSG III, welche der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie nicht entgegenstehen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p> <p>Eine unangemessene Zurückstellung des Belangs Grundwasserschutz fand somit nicht statt.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		beim Landratsamt Ravensburg); auch diese räumliche Erweiterung ist zu berücksichtigen.		
II.106	1136	Weiter wurde für die Trinkwasserquelle der Gemeinde Baienfurt und des Zweckverbands Wasserversorgung Baienfurt-Baindt rechtswidrig kein Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen festgelegt; in diesem Zusammenhang wird auf das anhängige Normenkontrollverfahren beim Verwaltungsgerichtshof (8 S 1104/24) verwiesen und die dortigen Ausführungen in der Begründung des Normenkontrollantrags zum Gegenstand der Einwendungen gemacht.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
II.106	1137	b) Die vorgesehene Einräumung eines Vorrangs vor entgegenstehenden Raumnutzungen bezieht sich nunmehr auch auf Erschließungsmaßnahmen in Zusammenhang mit der Nutzung von Windenergie. Damit wird auch der Führung einer Leitungstrasse ein größeres Gewicht im Rahmen der Güterabwägung eingeräumt als bspw. dem Arten- und Landschaftsschutz. Zum Erreichen der Ausbauziele der Windkraftnutzung ist dieser Vorrang nicht erforderlich und widerspricht einer objektiven und fachgerechten Güterabwägung.	In § 2 EEG heißt es: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen (! dazu zählen Leitungstrassen und andere Erschließungsmaßnahmen) liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. § 2 EEG betrifft somit auch Erschließungsmaßnahmen. Die Formulierung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie ist damit nicht zu beanstanden. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.	Keine Berücksichtigung
II.106	1138	c) Ergänzend wird auf die nachfolgenden fachlichen Ausführungen der I.M.E.S. GmbH - [Name anonymisiert] - verwiesen (aus Schreiben vom 21.05.2025 an die Gemeinde):  Unter der Ziffer (3) wird nunmehr auch aufgenommen, dass Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen der Errichtung und dem Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen inklusive der dafür notwendigen Erschließungsmaßnahme nicht entgegenstehen. Zur weiteren Präzisierung wird auf PS 3.3.1 Z (3) verwiesen. Hier wird angeführt, dass in der Schutzzone I von WSG Windenergieanlagen nicht zulässig sind, die Schutzzone II können sie u.U. genehmigt werden - mit einem Mindestabstand zur Schutzzone I von 100 m, in Schutzzone III sind sie grundsätzlich zulässig. Bei dieser Betrachtung wird außer Acht gelassen, dass moderne WEA aufgrund ihres Durchmessers und Höhe ggf. Auswirkungen auf konkurrierende Schutzgüter bis in deutlich größere Entfernung vom Standort	Aus der Anregung wird deutlich, dass zu den vermuteten Auswirkungen von WEA auf Grundwasservorkommen keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse existieren. Es ist daher fernliegend, mögliche Gefahren von Windenergieanlagen, die nicht wissenschaftlich belegt sind, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Bezüglich Mikroplastik und PFAS Abrieb wird zudem auf die Anlage zur Synopse B.1 zur Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen. Es wird zudem auf die aktualisierte Handreichung zu Planung, Bau und Betrieb von WEA in Wasserschutzgebieten der Zone II des Umweltministeriums verwiesen. Wie bereits erläutert, haben die für Grundwasserschutz zuständigen Fachbehörden zum Vorgehen des RVBO in diesem Zusammenhang keine Einwendungen vorgebracht. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung,	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der WEA haben, als dies bei älteren, kleineren Anlagen der Fall ist. Insbesondere hinsichtlich der Ausbreitung des Rotorabriebs ist davon auszugehen, dass ein Mindestabstand von 100 m zur Schutzzone I bei modernen Anlagen, wie sie im Altdorfer Wald geplant sind, nicht ausreicht, um Ablagerungen von Partikeln im Bereich der Schutzzone I auszuschließen. Zumal ist derzeit nicht abschließend geklärt, wieviel Abrieb pro Rotorblatt im Jahr entsteht und wie diese Partikel langfristig in der Biosphäre durch physikalische, chemische und biologische Prozesse verändert werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Stoffgruppe der PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) zu nennen, die mittlerweile an vielen Orten im Grundwasser nachzuweisen sind, obwohl sie zunächst in Partikelform in der Umwelt verbreitet wurden. Bereits geringe Konzentrationen im Grundwasser können dazu führen, dass Quelfassungen oder Brunnen für die Trinkwassergewinnung aufgegeben werden müssen, zumal die Entfernung dieser Stoffe aus dem geförderten Wasser extrem aufwändig ist. Ohne wissenschaftlich gesicherte Kenntnisse in diesem Zusammenhang erscheint die Gewährung eines Vorranges der Energiegewinnung gegenüber dem Schutz von Wasservorkommen die zur Trinkwassergewinnung genutzt werden bzw. genutzt werden unter dem Gesichtspunkt des Versorgungsauftrages mit Trinkwasser nicht rechtssicher.</p> <p>Die fachlichen Ausführungen werden ebenfalls zum Gegenstand der Einwendungen gemacht und sind im Weiteren Verfahren zu berücksichtigen.</p>	<p>wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	
II.106	1139	<p>4. Im Übrigen und ergänzend verweisen wir auf unsere Stellungnahmen für die Gemeinde Baienfurt sowie den Zweckverband Baienfurt-Baindt vom 26.04.2024 (im Rahmen des 1. Beteiligungsverfahrens) und machen die dortigen Ausführungen vollinhaltlich zum Gegenstand der Stellungnahme im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens.</p> <p>Die im Rahmen der Stellungnahmen vom 26.04.2024 vorgebrachten belange</p>	<p>Es wird auf die Abwägung der in der Anregung genannten Stellungnahmen zur 1. Offenlage verwiesen. Eine unrechtmäßige Zurückweisung oder nicht sachgerechte Bewertung von Belangen hat nicht stattgefunden. Ansonsten wird auf die vorangegangene Abwägung und die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und Gesichtspunkte wurden im Rahmen der Bewertung zu Unrecht zurückgewiesen bzw. nicht sachgerecht berücksichtigt.</p> <p>Die aufgezeigten Belange sind zu berücksichtigen. Eine Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie ist nicht statthaft, insbesondere da hierdurch die Trinkwassergewinnung aus den Quelfassungen I und II in Weißenbronnen im Weißenbronner Wald westlich Alttann auf Gemarkung Wolfegg beeinträchtigt oder gefährdet wird.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p>		
RA Brauns / Gemeinde Bergatreute				
II.109	1140	Das Vorranggebiet rückt besonders nahe an den Teilort Bolanden heran. Dadurch besteht für diesen Teilort eine massive und nicht hinnehmbare Belastung. Diese enorme Belastung des Teilortes könnte dadurch gemindert werden, dass der Standort der nächstgelegenen 3 Windkraftflächen um Bolanden entfällt.	Nach dem Planungskonzept des RVBO zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie liegt beim in der Anregung genannten Vorranggebiet bezüglich des Teilorts Bolanden keine Umzingelung vor. Es wird auf die Begründung zu PS 4.2.1 Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.109	1141	<p>Darüber hinaus liegt mindestens die WKA 7 im Bereich des Generalwildwegeplans. Abbildung in der Anlage! II.</p> <p>Generalwildwegeplan und Grünzug Die Gemeinde hat im Rahmen der 1. Auslegung zu diesem Thema wie folgt vorgetragen: Wie aus der Planung ersichtlich, sollen Windkraftanlagen auch in den örtlichen Grünzug bei Bolanden gebaut werden. Dies ist abzulehnen, da dieser Grünzug für den Tierwechsel notwendig ist und daher im Regionalplan aufgenommen wurde. Eine Bebauung würde den Tierwechsel stören. Sinngemäß gilt das auch für den Generalwildwegeplan. Die Abwägung des Regionalplaners kommt aber zu dem Ergebnis, keine Änderungen an der Planung vorzunehmen. Der Regionalplaner ignoriert damit diesen wichtigen entgegenstehenden Belang und verschiebt die Entscheidung in das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren.</p> <p>Entgegenstehende Belange im Sinn des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB sind aber Teil des Planverfahrens und müssen auch im Planverfahren behandelt werden. Es wird nicht verkannt, dass es sich vorliegend um eine Regionalplanung handelt, die nicht konkret auf jede Einzelheit und jeden einzelnen entgegenstehenden Belang eingehen kann. Bekannte, private und öffentliche entgegenstehende Belange sind aber stets dann auch in der Regionalplanung zu berücksichtigen, wenn sie bekannt sind und der entgegenstehende Belang erkennbar ist.</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass der Regionale Grünzug nichts mit dem Wildtierkorridor nach Generalwildwegeplan zu tun hat (s. Begründung zu PS 3.1.1. Regionalplan). Im Bereich von Wildtierkorridoren nach Generalwildwegeplan werden Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen festgelegt. Den Wildtierkorridoren wird bei der Planung und Errichtung von Windenergieanlagen durch die Ergänzung des PS 3.2.2 Z (4) im 2. Anhörungsentwurf Teilregionalplan Energie sowie im Entwurf zum Satzungsbeschluss stärker Rechnung getragen. Ansonsten wird bezüglich des Umgangs mit Wildtierkorridoren bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie auf die ABwägung zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.109	1142	Dementsprechend verweise ich auf das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, Az: 2 BV 10.2295 das ausdrücklich für die Regionalplanung und damit erst recht für die	Zum in der Anregung genannten Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Bayern: Für die übergeordnete Ebene der Regionalplanung gilt § 7 Abs.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bauleitplanung gilt mit folgendem Inhalt: „Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung soweit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann.“ Dies bedeutet im Klartext, dass bereits schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden oder vorgetragen werden.</p>	<p>2 S. 1 ROG. Danach sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Gleiches gilt gem. § 249 Abs. 6 S. 1 BauGB für die Ausweisung von Windenergiegebieten. Dabei kommt der Realisierung von Vorranggebieten Windenergie innerhalb der zu treffenden planerischen Abwägungsentscheidungen wegen des neu geschaffenen § 2 EEG 2023 eine besonders herausgehobene Stellung zu.</p> <p>Die Vorranggebiete Windenergie wurden nach umfassender Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG und unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele auf Bundes- und Landesebene einschließlich § 2 EEG als Ziele der Raumordnung festgelegt. Planerische Festlegungen, bei denen bereits auf Ebene der Regionalplanung erkennbar wurde, dass sie wegen entgegenstehender Belange nicht umsetzbar sind, wurden dabei nicht getroffen.</p> <p>Der Regionalverband hat die relevanten Belange entsprechend der rechtlichen Vorgaben ausreichend geprüft, das Erfordernis einer näheren Überprüfung besteht nicht.</p> <p>Belange, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen, sind in den nachgelagerten Verfahren zu klären. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
II.109	1143	<p>Besonders hinzuweisen ist auf die Stellungnahme des Landesjagdverbandes, der ebenso den Schutzbereich fordert und Windkraftanlagen in diesem Bereich ablehnt.</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der Az. II.803 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.109	1144	<p>Betroffen ist ferner ein regionaler Grünzug. Regionale Grünzüge dienen dem Schutz verschiedener Freiraumfunktionen wie Naherholung, lokalem Biotopverbund, Klimaschutz/ -anpassung und sollen verbliebene Grünverbindungen zwischen Siedlungsbereichen sichern und entwickeln. Sie haben eine wichtige Bedeutung in den siedlungsräumlich verdichteten Bereichen der Regionalplangebiete. Ein besonderer Stellenwert kommt den Grünzügen für Erhalt und Entwicklung von Frischluftschneisen im Rahmen von Klimaanpassungsmaßnahmen zu. Auch hier wird wieder dieses wichtige Schutzgut dem extensiven Ausbau der Windkraftanlagen offensichtlich geopfert. Auch hier findet sich wieder die „Legitimation“ des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der Windenergieanlagen, das in den Regelungen des § 2 LPIG, § 11 LPIG, § 249 Abs. 5 BauGB und den §§ 20 und 22</p>	<p>Die Schutzziele, die ausschlaggebend für die Festlegung von Regionalen Grünzügen im Regionalplan waren, wurden bezüglich der Vereinbarkeit mit Vorranggebieten Windenergie geprüft und abgewogen, so auch das Kriterium Kaltluftleitbahn / Frischluftschneisen (s. Wirkfaktoren vertiefte Umweltprüfung VRG Windenergie, Anlage Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss), Erholung (s. Kriterienkatalog Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss und o.g. Wirkfaktoren).</p> <p>Auch die Öffnung der Regionalen Grünzüge für WEA (mit Einschränkungen) selbst in PS 3.1.1 Z (4) Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie ist das Ergebnis einer Abwägung, welche die Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG erfüllt und gleichzeitig dem § 2 EEG Rechnung</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Klimagesetz installiert wurde. Die ungerechtfertigte Qualifizierung als „überragendes öffentliches Interesse“ des Ausbaus der Windenergie ist aus hiesiger Sicht rechtswidrig, wenn dadurch wichtige Schutznormen für Umwelt, Menschen und Tiere massiv beeinträchtigt werden. Geltende Schutznormen werden ignoriert und durch Installation des „überragenden öffentlichen Interesses“ des Ausbaus der Windenergie ausgeschaltet und ignoriert.	trägt. Andere Belange wurden damit nicht ignoriert.	
II.109	1145	III. entgegenstehender Belang des Landschaftsschutzes/Waldschutzes Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB. Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der streitgegenständlichen Fläche zerstört. Der Regionalplaner beruft sich bezüglich des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung auf ein Gutachten des Büros PAN. Allerdings nimmt dieses Gutachten zu der Gesamtregion Stellung. In mehreren Karten werden die möglichen entgegenstehenden Belange dargestellt. Allerdings kann aus den Karten nicht entnommen werden, welche Belastungen auf die einzelnen Potentialflächen entfallen. Ergebnisse können nur erahnt werden. Der Regionalplaner gibt in den Tabellen der Gesamtübersicht der Potentialflächen lediglich ein Ergebnis mit wenigen Worten bekannt. Dies kann aber nicht überprüft werden. Insoweit ist der Regionalplaner aufzufordern den Gutachter zu veranlassen, für jede Potentialfläche konkret die Belastung unter dem Blickwinkel des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung ausführlich aufzuzeigen. Zum Waldschutz gibt der Regionalplan folgende Vorgabe: PS 3.2.2 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen und die Zweckbestimmung gem. PS 3.2.0 (2) und (5) nicht beeinträchtigt wird. Von einer Beeinträchtigung ist v.a. in den Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbundsystems auszugehen. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von	Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, s. Anlage zur Begründung des Teilregionalplans sowie durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für Windenergienutzung sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung, s. Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie ).  Der Regionalverband hat das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie). Aus Sicht des RVBO ist der Detaillierungsgrad aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung ausreichend. Der RVBO plant keine Standorte für Windenergieanlagen, nur Gebiete. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.  Für jedes Vorranggebiet für Windenergienutzung wurden anhand des o.g. Gutachtens und weiterer Parameter zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie ).  Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betriebs von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen ist in PS 4.2.2 geregelt.	<p>öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Bei den in dem in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung und unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte der Windenergienutzung gegenüber dem Schutz des Orts- und Landschaftsbilds der Vorrang eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die Zitierung des PS 3.2.2 (4) ohne weitere Anregung wird zur Kenntnis genommen.</p>	
II.109	1146	<p>Die EU hat die Wiederherstellung intakter Ökosysteme beschlossen. Das Naturschutzgesetz sieht vor, bis 2030 auf mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresgebiete der EU sogenannten Wiederherstellungsmaßnahmen durchzuführen. Damit würden Naturräume auf einer Fläche von mehr als der doppelten Größe von Deutschland europaweit ökologisch wiederhergestellt werden. Die EU-Kommission hatte das Gesetz im Juni 2022 vorgeschlagen, um den Zusammenbruch unserer Ökosysteme zu verhindern und zeitgleich die Artenvielfalt aufrechtzuerhalten. Das Renaturierungsgesetz wäre das erste europaweite Gesetz mit dem Ziel, Natur wiederherzustellen. Umgesetzt werden könnte die Renaturierung beispielsweise durch die Wiederaufforstung sowie den Schutz von Wäldern, die Wiedervernässung trockengelegter Moore oder die Begrünung von Städten. Bis 2050 sollen dadurch laut Gesetzesentwurf alle Ökosysteme innerhalb der EU wieder in einem ökologischen Zustand sein. Das übergreifende Ziel: Europa soll nicht nur seine Natur schützen, sondern auch klimaneutral wirtschaften, nachhaltig konsumieren und ökologisch produzieren. Dies steht in Widerspruch zu der Inanspruchnahme der Wälder zum Zweck der Errichtung von Windkraftanlagen. Es werden neue Wege in einer Breite von mindestens 4,5 m (in Kurven und Einschränkungen weitaus größere Breiten) geschaffen und der Wald gerodet. Die bestehenden Wege müssen ebenfalls tief ausgegraben und für den Schwerlastverkehr ausgebaut werden. Dadurch wird der Wald in einzelne kleinere Fragmente geteilt. Es entstehen auf Dauer riesige Freiflächen, die insgesamt die Temperatur und Austrocknung des Waldes fördern. Insoweit verweise ich auf die ZDF- Dokumentation</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur Stellungnahme der Gemeinde Wald (Az. II.160, BE ID 1016) verwiesen. Die dortige Abwägung gilt für die vorliegende Anregung und das in der Anregung genannte VRG Windenergie bzw. die in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Nachrichtlicher Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.109	1147	<p>„Streitfall Windenergie“ vom 3.9.2023:  <a href="https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-streitfall-windenergie-100.html">https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-streitfall-windenergie-100.html</a> Professor Pierre Ibisch weist aufgrund eines untersuchten Windparks bei Nieskau auf die negativen Auswirkungen hin. Satellitenaufnahmen aus der Zeit vor dem Windkraftausbau und nach dem Windkraftausbau zeigen die massive Erhöhung der Oberflächentemperaturen der Freiflächen im Wald und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Wald. Jeder Weg und jede Schneise innerhalb des Waldes sorgen an heißen Tagen für eine deutliche Erwärmung des Waldes und damit eine fortschreitende Schädigung. Laut Aussage des Professors Ibisch ist die Folge Stress, die beiträgt zur Schwächung des Gesamtsystems Wald und erhöht dazu noch die Risiken für erhöhte Waldbrandgefahr. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch die am 10.2.2023 ergangene Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zum Thema Waldschutz und „überragendes öffentliches Interesse“. Verwiesen wird auf die Internet Veröffentlichung: <a href="https://www.taylorwessing.com/de/insights-and-events/insights/2023/08/rechtsprechungzum-waldrecht">https://www.taylorwessing.com/de/insights-and-events/insights/2023/08/rechtsprechungzum-waldrecht</a> Hieraus ist zu zitieren: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH Hessen) hat im Februar diesen Jahres im Rahmen eines Eilrechtsschutzverfahrens (VGH Hessen, Beschluss vom 10.02.2023, Az. 9 B 247/22.T) gegen die Genehmigung einer Waldumwandlung von insgesamt rund 5 Hektar Waldfläche für den Ausbau einer Zuwegung zu einem Windpark eine Grenze des neuen § 2 EEG 2023 aufgezeigt: Zwar seien auf Grundlage des § 2 EEG die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die durchzuführende Schutzgüterabwägung einzubringen und könne das Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien nur in Ausnahmefällen überwunden werden – aber: Die für die Abwägung erforderliche Ermittlung aller relevanten Tatsachen muss der Entscheidung des VGH Hessen zufolge dennoch erfolgen. Die Zusammenstellung und Ermittlung der relevanten Tatsachen erfolgten im zu entscheidenden Fall nach Überzeugung des Gerichts nur lückenhaft. Dem Eilrechtsschutzantrag gegen das Vorhaben wurde daher stattgegeben. § 2 EEG bietet im Hinblick auf die vorzunehmende Ermittlung der Tatsachengrundlage also keine Erleichterung: Die für die Gewichtung der abwägungserheblichen Belange notwendige Tatsachengrundlage muss in einem ersten Schritt umfassend ermittelt werden. Erst innerhalb der (nachgelagerten) auf Grundlage aller zu berücksichtigenden Tatsachen vorzunehmenden Abwägung kommt § 2 EEG zum Zuge und kann zur Durchsetzung des Interesses am Ausbau erneuerbarer Energien verhelfen. Zu beachten ist, dass dieser allgemeine Grundsatz Geltung über das Waldrecht hinaus zugesprochen werden kann.</p> <p>IV. Wasserschutz Zum Wasserschutz hat die Gemeinde vorgetragen: Schutz des Wasservorkommens allgemein und der Quelle</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Anregung genannte PS 3.3.1 Z (3) aufgrund der im</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Weissenbronnen Wir nehmen Bezug auf die Stellungnahme vom Geologen Dr. Schad, welcher sehr dezidiert sich über den Schutz der Wasserschutzgebiete und der Quelle Weissenbronnen geäußert hat. Insbesondere die Quelle Weissenbronnen ist für das Schussental lebensnotwendig. Diese gilt es zu schützen, da aufgrund der Zunahme von Trockenperioden in Zukunft die Trinkwasservorkommen noch wichtiger werden, als sie heute bereits schon sind. Voran geschickt sei, dass der Wasserschutz zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Grundwasserreserven und deren Gefährdung rücken mehr und mehr in den Fokus. Dem wird zunächst eine Zielvorgabe im Regionalplan zumindest teilweise gerecht: (3) Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen sind in Vorranggebieten zur Sicherung von Grundwasservorkommen nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn eine Beeinträchtigung der Grundwasservorkommen nachweislich ausgeschlossen werden kann und das Vorhaben der Ausweisung von Wasserschutzgebieten der Zone I nicht erheblich entgegen steht. Dies gilt auch bei der Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie. Sodann erfolgt aber wie bei den anderen Schutzgütern auch wieder die Relativierung und Vorfahrtsregel für die Windenergie: Die Vorranggebiete sichern Wasservorkommen zum Zwecke der Trinkwassergewinnung als verfassungsrechtlich geschützte Lebensgrundlage des Menschen. Diese Sicherung ist auch aufgrund der Folgen des Klimawandels (z.B. sinkendes Grundwasserdargebot) erforderlich. Die Regelung ist mit dem überragenden öffentlichen Interesse erneuerbarer Energien vereinbar (siehe PS 3.3.1 (3)). Darüber hinaus bestehen außerhalb der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen ausreichend Alternativen für die in § 2 EEG, § 22 KlimaG genannten Vorhaben und Maßnahmen. PS 3.3.1 (3) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen (Definition s. Begründung zu PS 4.2.2) in Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen. Gemäß der Handreichung des Umweltministeriums aus dem Jahr 2023 können Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen unter bestimmten Voraussetzungen mit der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten vereinbar sein. In der Schutzzone I von Wasserschutzgebieten (Wasserrfassung) inkl. einem Vorsorgeabstand von 100 m hingegen sind diese Anlagen ausgeschlossen. In den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist ohne detaillierte Untersuchungen i.d.R. nicht absehbar, wo zukünftig Schutzzonen I und II ausgewiesen werden können. Daher sind Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen in diesen Vorranggebieten nicht pauschal ausgeschlossen. Um die Zulässigkeit und Unbedenklichkeit von solchen Vorhaben bzw. Nutzungen sicherzustellen, sind</p>	<p>Anhebungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen grundlegend überarbeitet wurde. In der Anregung wird der Planentwurf zur 1. Offenlage zitiert, welcher nicht mehr Gegenstand der 2. Offenlage ist. Auf den Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie wird verwiesen. So bezieht sich PS 3.3.1 Z (3) 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie ausschließlich auf die Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit den Vorranggebieten Windenergie „Altdorfer Wald – Erbisreuter Wald“ (WEA-436-004), „Altdorfer Wald – Grunder Wald“ (WEA-436-009) und „Altdorfer Wald Süd“ (WEA-436-010). Weitere Überlagerungen von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen liegen im Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben nicht vor. Eine generelle Annahme, dass Wasservorkommen nur in Niederungen anzutreffen sind und Wasserfassungen nur in Talbereichen erfolgen, wie in der Anregung angenommen, wird somit nicht getroffen.</p> <p>Zu WSG I: Gemäß §§ 51ff WHG, § 45 WG BW sowie der Handreichung zu Planung, Bau und Betrieb von Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen in der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten (2023, Hrsg.: Umweltministerium BW) sind WSG I mitsamt einem Vorsorgeabstand von 100 m von Windenergieanlagen freizuhalten. Daher fließen die rechtlich festgesetzten, fachtechnisch abgegrenzten, im Verfahren befindlichen und geplanten WSG I als rechtlicher Ausschluss (A1) mitsamt 100 m Vorsorgeabstand als planerischer Ausschluss (A3) nach dem Planungskonzept des Teilregionalplans Energie Bodensee-Oberschwaben nicht in die Suchräume für Vorranggebiete Windenergie ein. Bekannte geplante WSG I bzw. WSG I im Verfahren sind als planerischer Ausschluss (A3) mitsamt 100 m Vorsorgeabstand (K1) ebenfalls kein Bestandteil der Suchräume (vgl. Erläuterung Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie ).</p> <p>Zu WSG II: Die Nutzung der Windenergie ist in WSG II gem. der o.g. Handreichung grundsätzlich möglich. Sie müssen daher nicht auf regionalplanerischer Ebene von</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>entsprechende Nachweise zu erbringen, z.B. durch vertiefende hydrogeologische Untersuchungen. Bei Windenergieanlagen muss insbesondere sichergestellt werden, dass durch den Eingriff in den Boden (Betonfundament der Windenergieanlage, Kabel, Zuwegung) keine grundwasserführenden Schichten beeinträchtigt werden. Zudem sind die o.g. Handreichung des Umweltministeriums BW und die Tabelle B7 zu den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen in dieser Begründung heranzuziehen. Dabei ist zu unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &lt; 100 ha, bei denen wenige Standorte für ein Wasserschutzgebiet Zone I zur Verfügung stehen (bspw. Leutkirch-Unterzeil) sind Vorhaben wie Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen mit dem Schutzzweck der Vorranggebiete nicht vereinbar</li> <li>• In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &gt; 100 ha können Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen zugelassen werden, wenn die oben genannten Nachweise erbracht werden und sichergestellt ist, dass ausreichend Flächen für die Ausweisung von WSG I verbleiben.</li> </ul> <p>Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen sind zurückzubauen, wenn eine Fläche innerhalb eines Vorranggebietes zur Sicherung von Wasservorkommen für die Ausweisung eines WSG I benötigt wird. Nach Möglichkeit sind stets vergleichbar geeignete Standorte außerhalb der für Sicherung von Wasservorkommen sensiblen Bereiche vorzuziehen. Durch diese Regelung wird dem § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und §§ 20-22 KlimaG Rechnung getragen und gleichzeitig der Schutz von Grundwasservorkommen, auch im Sinne der Klimawandelanpassung, sichergestellt. Aufgrund der Größe der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen, der aus physikalischen Gründen notwendigen Abstände von Windenergieanlagen zueinander (Turbulenzen) und der Tatsache, dass Windenergieanlagen tendenziell eher auf Höhenrücken positioniert werden und Wasserfassungen eher in Talbereichen, ist davon auszugehen, dass ausreichend Fläche und genügend Positionierungen für mögliche Schutzzonen I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassungen) verbleiben. Daher besteht eine grundsätzliche Vereinbarkeit der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen mit diesen Vorranggebieten Windenergie. Zum Nachweis der Unbedenklichkeit konkreter Standorte für Windenergieanlagen innerhalb dieser Vorranggebiete Windenergie sind vertiefende hydrogeologische Untersuchungen auf nachgelagerter Planungsebene erforderlich. Die hypothetischen Annahmen, dass Wasservorkommen nur in Niederungen anzutreffen sind und Wasserfassungen nur in Talbereichen erfolgen, werden vom Regionalplaner zum Anlass genommen, Windkraftanlagen auf den Höhenanlagen generell zu genehmigen. Bislang galten zu Recht aus</p>	<p>Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie ausgeschlossen werden (s. auch OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23. Mai 2019, OVG 2 A 4.19, OVG Magdeburg, Urteil vom 21.10.2015). Wirkungen auf Grundwasservorkommen und etwaige Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ergeben sich aus der speziellen Situation an den potenziellen Standorten für Windenergieanlagen und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit ist im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens sicher zu stellen.</p> <p>Zu WSG III: In WSG III fällt das Gefährdungspotenzial aufgrund der weiteren Entfernung zur Wassergewinnungsanlage in der Regel deutlich geringer aus. I.d.R. ist kein Konflikt mit Windenergieanlagen zu erwarten, wenn das Austreten wassergefährdender Stoffe vermieden wird. Daher werden Wasserschutzgebiete der Zone III im Planungskonzept zum Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben nicht von Vorranggebieten Windenergie ausgeschlossen oder als Konfliktkriterium behandelt (vgl. Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie ).</p> <p>Zu Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen: In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen sind solche Vorhaben unzulässig, die einer späteren Ausweisung als Wasserschutzgebiete Zone I (WSG I) und II (WSG II) entgegenstehen können. Dies ist in PS 3.3.1 Z (2) festgelegt. Überlagerungen von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie liegen ausschließlich in den Vorranggebieten Windenergie „Altdorfer Wald – Erbisreuter Wald“ (WEA-436-004), „Altdorfer Wald – Grunder Wald“ (WEA-436-009) und „Altdorfer Wald Süd“ (WEA-436-010) vor und sind im PS 3.3.1 Z (3) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie geregelt. Gemäß PS 4.2.1 Z (3) Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie hat bei dieser Überlagerung der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Vorranggebieten zur</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gründen des Trinkwasserschutzes die Zonen I und II generell als absolute Tabuzonen für Windkraftanlagen. Der Regionalplaner scheint dies sowohl für die Zone I als auch für die Zone II zu relativieren. Diesbezüglich sei darauf hingewiesen, dass Windkraftanlagen im Fall einer Havarie massive Umweltschäden auslösen. Selbst die Schutzeinrichtungen wie beispielsweise Ölwannen und dergleichen sind nicht in der Lage, die ungeheure Menge an Ölen aufzufangen, sodass das Grundwasser und Trinkwasser nachhaltig verseucht wird. Auch im Fall eines Brandes gelangen giftige Schadstoffe insbesondere durch das Löschwasser in das Grundwasser und Trinkwasser. Aus guten Gründen ist deshalb in Gebieten der Schutzzonen I und II ein absolutes Verbot derartiger Anlagen auszusprechen. Dies gilt selbst für die Schutzzonen III, da diese Gebiete als Einzugsgebiete der Zonen I und II gelten. Gelangen Schadstoffe im Bereich der Schutzzonen III in das Grundwasser, gibt es keine Möglichkeit, die Zonen I und II vor diesen Schadstoffen zu schützen. Die Verlagerung sogenannter vertiefender hydrogeologische Untersuchungen auf die nachfolgenden Planungsebenen bzw. das Genehmigungsverfahren ist aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Insgesamt verweist der Planer auf die „weiteren Planungsebenen“. Die Regionalplaner können sich aber nicht darauf berufen, eine nähere Überprüfung entgegenstehender Belange nach § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB sei in diesem Stadium unzumutbar. Dementsprechend verweise ich wiederum auf das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295, das für die Regionalplanung gilt. Grundsätzlich müssen solche Planungen unterbleiben, auf deren Grundlage wegen entgegenstehender Belange des § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB im späteren Verfahren keine Genehmigung erteilt werden kann und darf. Der Erhalt des Trinkwassergebets ist nach wie vor für die betroffenen Gemeinden von maßgebender Bedeutung und wird zur Pflichtaufgabe. In Zeiten vermehrt auftretender Trockenwetterereignisse müssen die Gemeinden die Trinkwasserversorgung auch bei widrigen Verhältnissen aufrechterhalten können. Diese Verpflichtung als Aufgabe der Daseinsvorsorge ergibt sich schon aus § 50 Abs. 1 WHG. § 50 Abs. 2 WHG bestimmt ausdrücklich, dass der Wasserbedarf der öffentlichen Wasserversorgung vorrangig aus ortsnahen Wasservorkommen zu decken ist, soweit überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen. Die derzeitige Wasserversorgung über ein Fernnetz bietet zwar einen gewissen Grad der Sicherheit. Aber auch die Wasserversorgung kann im Falle trockener Jahre unter Umständen nicht mehr alle Gemeinden versorgen, sodass auf die ortsnahe Wasserversorgung zurückzugreifen ist. Dem örtlichen Wasserrecht kommt dementsprechend hohe Bedeutung zu. V. entgegenstehender Belang</p>	<p>Sicherung von Wasservorkommen. Dies ist möglich, ohne dass das Schutzziel der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen (Sicherung von Flächen für mögliche spätere Ausweisungen von Wasserschutzgebieten der Zone I und II), erheblich beeinträchtigt wird. Dies liegt einerseits daran, dass Wasserschutzgebiete der Zone II Windenergieanlagen nicht grundsätzlich entgegenstehen (s. Handreichung des Umweltministeriums zur Planung und zum Bau von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten der Zone II (2022)) und andererseits daran, dass sowohl Wasserschutzgebiete der Zone I (Trinkwasserfassungen) als auch Windenergieanlagen in der Regel einen geringen Platzbedarf haben und aufgrund der erforderlichen Turbulenzabstände zwischen Windenergieanlagen ausreichend große Räume für die Errichtungen von Trinkwasserfassungen verbleiben. Zudem ist davon auszugehen, dass in den betroffenen Überlagerungsfällen von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen aufgrund der unterschiedlichen Standortanforderungen Windenergieanlagen eher auf Höhenrücken und Trinkwasserfassungen eher in Tallagen positioniert werden (vgl. Begründung zu PS 3.3.1 des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).</p> <p>Zur durch den Klimawandel anzunehmenden Zunahme von Trockenperioden: Die Vorranggebiete Windenergie im Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie stehen der Nutzung von Grundwasservorkommen im Altdorfer Wald auch im Hinblick auf künftige klimawandelbedingte Trockenperioden nicht entgegen. Es wird auf die Begründung zu PS 3.3.1 Z (3) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass der Landkreis Ravensburg ein sehr hohes Potenzial an nutzbaren Trinkwasservorkommen gibt, welches die aktuelle Nutzung um ein Vielfaches übersteigt.</p> <p>Zur möglichen Gefährdung durch Schadstoffe, die bei Havarie ins Grundwasser gelangen können: Dieser Aspekt bezieht sich auf potenzielle Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben können. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Carbonbelastung der Umwelt Windenergieanlagen enthalten Carbon. Beim Betrieb der Windenergieanlagen wird Carbon freigesetzt, das sich am Boden ablagert, ins Erdreich eindringt und so unter anderem Grund- und Trinkwasser-Vorkommen erheblich belasten bzw. gefährden sowie zur Lebensmittelproduktion genutzte landwirtschaftliche Flächen massiv beeinträchtigen. Befürchtet wird, dass beispielsweise der Anbau von Bio-Lebensmitteln (auch) in der weiteren Umgebung von Windenergieanlagen auf lange Sicht nicht mehr möglich sein wird. Berichten zufolge werden je Windenergieanlage jährlich rund 90 kg Carbon freigesetzt.	<p>Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Ein Erfordernis, möglicherweise betroffene Flächen bereits auf regionalplanerischer Ebene von potenziellen Vorranggebieten Windenergie auszuschließen, entsteht dadurch nicht.</p> <p>Zum in der Anregung genannten Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Bayern: Für die übergeordnete Ebene der Regionalplanung gilt § 7 Abs. 2 S. 1 ROG. Danach sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Gleiches gilt gem. § 249 Abs. 6 S. 1 BauGB für die Ausweisung von Windenergiegebieten. Dabei kommt der Realisierung von Vorranggebieten Windenergie innerhalb der zu treffenden planerischen Abwägungsentscheidungen wegen des neu geschaffenen § 2 EEG 2023 eine besonders herausgehobene Stellung zu.</p> <p>Die Vorranggebiete Windenergie wurden nach umfassender Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG und unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele auf Bundes- und Landesebene einschließlich § 2 EEG als Ziele der Raumordnung festgelegt. Planerische Festlegungen, bei denen bereits auf Ebene der Regionalplanung erkennbar wurde, dass sie wegen entgegenstehender Belange nicht umsetzbar sind, wurden dabei nicht getroffen. Der Regionalverband hat die relevanten Belange entsprechend der rechtlichen Vorgaben ausreichend geprüft, das Erfordernis einer näheren Überprüfung besteht nicht.</p> <p>Belange, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen, sind in den nachgelagerten Verfahren zu klären. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zum § 50 Abs. 2 WHG: Die obigen Ausführungen legen dar, dass die Festlegung der VRG Windenergie im Altdorfer Wald der Erfüllung der Pflichtaufgabe der öffentlichen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Wasserversorgung nicht entgegen steht.	
			Zur Carbonbelastung und zum Brandschutz: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Zu Havarie: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt weiterhin	
II.109	1148	<p>VI. mangelnde Windhöffigkeit Es muss bezweifelt werden, dass die Angaben zur sogenannten Windhöffigkeit bzw. Windenergiedichte den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen. In früheren Erfassungen wurden regelmäßig geringere Werte ermittelt. Der gesamte Bereich Bodensee-Oberschwaben galt in der Vergangenheit als nicht windhöffig, sodass keine ausreichenden Erträge aus Windenergie zu erwarten waren. Die produzierte Strommenge der bereits vorhandenen Windkraftanlagen übersteigt bereits jetzt den von den Netzen aufnehmbaren Strom, insbesondere auch unter Berücksichtigung der deutlich zunehmenden Strommenge aus Photovoltaikanlagen. Dies ist deutlich an den hohen Stillstandzeiten der Windkraftanlagen erkennbar. Es geht bei dem Neubau von weiteren Windkraftanlagen insbesondere um das Abgreifen von Subventionen. Auch laut Aussage der McKinsey-Forschung ist der derzeit forcierte Ausbau der Windenergie in dieser Form nicht notwendig. Getragen wird der massive Ausbau von dem Durchsetzungsvermögen der Lobbyisten und der bisherigen Bundesregierung.</p> <p><a href="https://www.mckinsey.de/news/presse/2025-01-20-zukunftspfad-strom-nachfrage">https://www.mckinsey.de/news/presse/2025-01-20-zukunftspfad-strom-nachfrage</a></p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.109	1149	<p>VII. Brandschutz Im Fall einer Havarie durch Brand der Anlage ist von Gefahren und Schädigungen der Anwohner auch in größerer Entfernung zur Windkraftanlage auszugehen Dies zeigt der Fall des Waldbrandes bei Treuenbrietzen in Brandenburg im Jahr 2022. Laut Nachrichtenmeldungen der Radiostationen (z.B. Bayerische Rundfunk vom 20.6.2022) war der Brandgeruch noch in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden deutlich wahrzunehmen. Hierbei handelt es sich um eine Entfernung von ca. 200 km. Schädliche und giftige Rauchentwicklung ist deshalb in einer kurz bemessenen Entfernung von 5-6 km durchaus als nachbarbeeinträchtigend zu bezeichnen und festzustellen, sodass die Drittschutzwirkung in vorliegendem Fall für diesen Sachverhalt zu bejahen ist. Dies gilt insbesondere für den Wald, in dem die Anlagen errichtet werden sollen. Nach § 9 BauPrüfVO muss das Brandschutzkonzept auf den Einzelfall und auf die Nutzung der baulichen Anlage abgestimmt und hinreichend bestimmt sein. Die angewandten Nachweisverfahren und die zu Grunde gelegten Parameter, insbesondere Brandszenarien, sind</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>detailliert darzulegen. Dazu gehören neben erhöhten Brandgefahren durch WEA im Wald, Brandlasten und insbesondere Gefahrstoffe in den verbauten Anlagen, ferner Risikoanalysen für die Einsatzkräfte der Feuerwehren. Insbesondere dreht es sich dabei um Gefahren aus dem Einsatz von Kohlefaserwerkstoffen an Windkraftanlagen. Beim Brand und bei mechanischer Überbeanspruchung dieser Kohlefasern (Carbonfasern) können kleinste unsichtbare lungengängige Fasern freigesetzt werden. Seitens der WHO sind Fasern in einer bestimmten Größe als "splitterförmige Fasern nach WHO" als krebserregend eingestuft. Jede eingeatmete WHO- Faser kann die Lunge nicht wieder verlassen und über Jahre einen Lungenkrebs bilden. Im Volksmund werden diese Fasern "Fiese Fasern" genannt. Bei den Schadensereignissen können auch weitere Fasern in anderen Abmessungen freigesetzt werden, die anderweitig für Augen, Haut und Atemwege gefährlich werden können. Eingesetzte Kräfte müssen sich wirksam gegen derartige Gefährdungen schützen. Nach Beobachtungen in den Medien wird diese Problematik völlig ignoriert. Völlige Kontrastprogramme zur Bundeswehr kann man beim Einsturz der WKA Nordex N 149 am 29.9.2021 in Haltern am See/NRW oder beim wiederholten Brand einer WKA Gamesa G 90 am 3.1.2022 in Sarow (MeckPom) feststellen. Eine völlig unterschätzte Gefahr der „Fiesen Fasern“ besteht außerdem in der Eigenschaft, dass die unsichtbaren Fasern nach dem Schadensereignis überall in der Gegend herumliegen und der Wind für eine Weiterverbreitung sorgt. Die Fasern werden erst ungefährlich, wenn sie mechanisch entfernt oder abgedeckt werden. Welche Ausmaße derartige Unfälle annehmen können, beweisen die Eurofighterabstürze der Bundeswehr vom 24.6.2019 am Fleesensee in MeckPom oder der Hubschrauberabsturz vom 1. Juli 2019 bei Aertzen in Niedersachsen. In einem Eurofighter sind 8000 kg CFK verbaut. Rotorblätter für Windkraftanlagen sind hinsichtlich der verbauten Werkstoffe in etwa vergleichbar mit Rotorblättern von Bundeswehrehubschraubern. In der zivil-militärischen Zusammenarbeit - Streitkräftebasis – ist die Gefahr durch „fiese Fasern“ Gegenstand spezieller Einsatzübungen; vgl. Diese bodennahen Schadensereignisse können nur ansatzweise Vorstellungen belegen, welches Szenario sich ergibt, wenn über einem Wald in bis zu 250 m Höhe beispielsweise eine WKA Nordex N163 brennt. In deren Rotorblättern sind 71000kg Glasfaser/Kohlefaser- Mischlaminat in Epoxidharzbindung (GFK/CFK) verbaut. Völlig außer Kontrolle würde sich so ein Brand über Stunden entwickeln und den krebserregenden Staub in einem großen Gebiet über viele Kilometer hinweg verteilen. Auch die Hausgrundstücke der Mandanten wären hierbei betroffen. Diese Gefahr bestätigt auch der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes in einem</p>	<p>Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Interview im Behördensicherheitsportal Crisis Prevention am 1. Februar 2019. In diesem Interview weist er auch auf die Notwendigkeit hin, dass vom DFV eine Einsatzempfehlung für die Feuerwehrleute zum richtigen Umgang mit Carbonbränden erarbeitet wird. Dazu ist anzumerken, dass diese Einsatzempfehlung bis heute fehlt und außerhalb des Brandes auch die Gefahren bei mechanischer Überbeanspruchung von Carbonfasern beachtet werden müssen. Besonders brisant sind auch die Aussagen von Politik und Behörden, eine DFV- Fachempfehlung zu "Einsatzstrategien an Windkraftanlagen" von 2008 und Update von 2012 regele das Handeln der FW an WKA. Beide Handlungsempfehlungen entsprechen nicht mehr dem aktuellen Stand und sind schon seit Jahren zurückgezogen. Bereits 2008 war dieses Exemplar schon völlig veraltet, weil es keinerlei Bezug auf den Einsatz von Kohlefaserwerkstoffen in WKA hatte. Seit 15.10.1993 wurden Rotorblätter für WKA in Deutschland aus GFK/CFK Mischlaminat hergestellt. Nach den Luftfahrzeugabstürzen im Sommer 2019 eskalierte zum Jahresende 2019 die GFK/CFK- Problematik in Deutschland völlig. Auf der 93. Umweltministerkonferenz am 15. November 2019 wurde die öffentliche Bekanntgabe des Abschlussberichtes "Entsorgung faserhaltiger Abfälle" der Bund/Länder- Arbeitsgemeinschaft Abfall beschlossen. Dieser Bericht legt auf S. 15 offen, dass regelmäßig Rotorblätter ab etwa 50 m aus GFK/CFK Verbundmaterialien hergestellt werden. Zitat: "Für diese Mischlamine aus Glasfaser- und Carbonfaser gibt die Entsorgungswirtschaft aktuell keine Entsorgungswege an". Seit Jahrzehnten sammeln sich bei Rotorblattschäden oder Anlagenrückbau GFK/CFK Verbundmaterialien an, für die es keine klaren Entsorgungswege gibt. Dennoch wird in jeder Genehmigung eine finanzielle Sicherheitsrücklage für ein unbekanntes Verfahren beim Anlagenrückbau berechnet. Völlig unrealistische Rückbaukosten begünstigen die Anlagen- Errichter bei Bieterverfahren vor der Bundesnetzagentur und führen zu einer Marktverzerrung. In der 93. Umweltministerkonferenz (15.11.2019) wurde weiterhin beschlossen, dass die Konferenz der Arbeits- und Sozialminister eine Überprüfung der Gefährlichkeit von Carbon und Glasfasern sowie der von freigesetzten Carbon- und Glasfasern ausgehenden Gesundheitsrisiken zeitnah zu veranlassen hat. Auf Grund dieser geschilderten Probleme sind die WKA-Hersteller seit Jahren erfolgreich bemüht, die Gefährlichkeit und die Entsorgungsprobleme von Carbonfasern in WKA zu verschweigen. Alle Versuche scheitern, mögliche Gefahren durch Kohlefaser zu verharmlosen. Bei Errichtung, Normalbetrieb, Störfall und Rückbau können vielfältige schädliche Umwelteinwirkungen aus den Kohlefaserwerkstoffen entstehen. Bereits bei der Antragstellung hat der Investor Nachweise vorzulegen, welche Stoffe verbaut werden</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sollen, die möglicherweise bei Errichtung, Normalbetrieb, Störfall oder Rückbau schädliche Umwelteinwirkungen verursachen können. Die 9. BImSchV regelt das Genehmigungsverfahren. Insbesondere der § 4 regelt den Umgang mit den Unterlagen. Im konkreten Fall ist ein wissenschaftlicher Nachweis erforderlich, welches Gebiet von einem möglichen Brand der Carbonfasern in den Rotorblätter in bis zu 250 m Höhe betroffen ist. Für den Störfall sind die Nachweisführung nach dem Gauß-Wolken-Modell oder dem Schwerwolken-Modell etablierte Verfahren. Wesentliche Probleme im Zusammenhang mit dem Kohlefasereinsatz im Genehmigungsverfahren wurden völlig falsch bewertet. Einerseits beruht das auf der Unkenntnis der Art möglicher schädlicher Stoffe und andererseits auf der Unkenntnis der realen Menge dieser schädlichen Stoffe. Aber selbst die herkömmliche Brandbekämpfung wird im Planverfahren nicht behandelt. Nicht erörtert wird die Problematik, dass nach dem ersten Löschwasserzugriff (Wasser reicht nur wenige Minuten) weitere Löschwassermengen zur Verfügung stehen müssen. Woher diese kommen sollen und womit und vor allem in welcher Zeit sie zum Brandort transportiert werden können, wird nicht dargelegt. Mangels einer unerschöpflichen Löschwasserquelle im Windparkbereich muss die Löschwasserversorgung aus den umliegenden Bereichen, insbesondere den Anrainergemeinden erfolgen. VIII. Havarie Es ist bekannt, dass eine Windkraftanlage im Januar 2022 in Gronau-Epe eine derartige Havarie erlitten hat. Anlässlich dieser Havarie der Anlage bestätigt die Presse (Westfalen-Blatt) am 30.1.2022, dass in einem Umkreis von bis zu 800 m um die havarierte Anlage herum Glasfasersplitter aufgefunden wurden. Hinzu kommt, dass in den Windkraftanlagen neuerer Bauart ca. 1.600 Liter Schadstoffe verbaut sind, die im Havariefall die Umwelt schädigen. Dies ist insbesondere wegen der vorhandenen Quellbäche höchst problematisch.</p>		
Gemeinde Bermatingen				
II.110	689	<p>Hier: Stellungnahme der Gemeinde Bermatingen</p> <p>für die formelle Beteiligung sowie die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den vorgelegten geänderten Unterlagen der o.g. Fortschreibung des Regionalplanes bedanken wir uns.</p> <p>Die Gemeinde Bermatingen ist im Rahmen der Vorbehaltsgebiete für Solarenergie (Freiflächen-Photovoltaik) von der Planung betroffen. Auf Gemarkung Bermatingen ist nach Streichung der Fläche „FFPV-435-023 Markdorf / Bermatingen Wangen-Süd“ im Gesamten auf unsere Anregung hin in den Planunterlagen noch ein Gebiet ausgewiesen. Aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses in öffentlicher Sitzung am 27.05.2025, gibt die Gemeinde Bermatingen im Rahmen der Anhörung weiterhin folgende Stellungnahme ab und</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bittet um Berücksichtigung im weiteren Verfahren:</p> <p>Zur Fläche „FFPV-435-022 Bermatingen - West“</p> <p>Wie bereits im Rahmen der ersten Beteiligung geäußert bitten wir um Reduzierung der ausgewiesenen Fläche dahingehend, dass der Bereich außerhalb des regionalen Grünzuges herausgestrichen wird. Im Anschluss an die Maschinenfabrik Bermatingen und entlang der L 205 Richtung Salem befinden sich die wenigen Entwicklungsmöglichkeiten, die die Gemeinde Bermatingen für die Ausweisung von Gewerbegebieten noch hat. Um die Ausweisung von gewerblichen Flächen für die Zukunft zu ermöglichen, sollte die Fläche in süd-östlicher Richtung (zum bestehenden Gewerbegebiet hin) reduziert werden.</p>	<p>Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
Gemeinde Frickingen				

II.122	871	<p>anbei erhalten Sie die Stellungnahme der Gemeinde Frickingen im Rahmen der 2. Anhörung zum Teilregionalplan-Energie – und zwar konkret mit Bezug auf die in Frickingen geplante Freiflächenphotovoltaikanlage im Ried (vorhabenbezogener Bebauungsplan „Solarpark Frickingen – Im Ried“). Die Beschlussfassung fand in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 03.06.2025 statt. Wir bitten um Kenntnisnahme</p>	Es wird auf die nachfolgende Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme
--------	-----	---	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.122	893	<p>und wohlwollende Prüfung im Blick einer Genehmigungsfähigkeit des projektierten Solarparks. Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen.</p> <p>Stellungnahme der Gemeinde Frickingen zum Teilregionalplan Energie - 2. Anhörung 2025</p> <p>Die Öffnung der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Biotopverbund) für Anlagen der erneuerbaren Energien ist vor dem Hintergrund des § 2 EEG geboten, soll jedoch im Gebiet des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben nur sehr eingeschränkt erfolgen.</p> <p>Die Ausnahmevoraussetzungen für Solaranlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege (=Biotopverbundkorridore) wurde konkretisiert.</p> <p>Zur erneuten Anhörung zum TRP Energie wurde der Plansatz 3.2.1 Z (4) ergänzt. Bei einer Breite des Biotopverbundkorridors kleiner oder gleich 2 km darf die Inanspruchnahme durch Freiflächensolaranlagen bis zu 10 % des Korridors betragen, bei &gt;2 km Breite sind hingegen keine Freiflächensolaranlagen zulässig.</p> <p>Die Gemeinde Frickingen ist durch diese Konkretisierung und Ergänzung des Plansatzes 3.2.1 Z (4) in einem geplanten Vorhaben betroffen.</p> <p>Die Gemeinde plant im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark Frickin-gen – Im Ried“ einen Solarpark, der überwiegend in einem Biotopverbundkorridor liegt. Die regionalplanerische Zulässigkeit sei nach Aussage des Regionalverbands mit Verweis auf den Plansatz 3.2.1 Z (4) nicht gegeben. Das Vorhaben würde den regionalen Biotopverbund in seiner Funktions- und Entwicklungsfähigkeit einschränken. Durch die konkrete Ausformung des Vorhabens, welche sich im Festsetzungskatalog des Be-bauungsplans und dem Vorhaben- und Erschließungsplan widerspiegelt, wird jedoch eine weitgehende Schonung des in Anspruch genommenen Biotopverbundkorridors und von Natur und Landschaft erreicht. Es ist nicht ersichtlich, dass der regionale Biotopverbund in seiner Funktions- und Entwicklungsfähigkeit durch den naturverträglich geplanten Solarpark der Ge-meinde Frickingen eingeschränkt würde (siehe Auflistung unten).</p> <p>Die äußerst eingeschränkte Nutzbarkeit der teils sehr großflächigen Biotopverbundkorridore ist nach Ansicht der Gemeinde Frickingen vor dem Hintergrund des herausragenden Interes-ses an der Erzeugung erneuerbarer Energien (§ 2 EEG) nicht zielführend.</p> <p>Die Korridore basieren auf der Moorkartierung BK50 und besitzen somit nur wenig Bezug zur tatsächlichen Flächennutzung und Naturraumausstattung. Intensiv landwirtschaftlich genutzte Gebiete mit Intensivobstkulturen, Äckern und Intensivgrünland liegen ebenfalls</p>	<p>Im vom RVBO in Auftrag gegebenen Orientierungsrahmen zum Umgang mit Naturschutzkonflikten bei Freiflächensolaranlagen (Trautner et al., 2022) heißt es unter Empfehlungen:</p> <p>„Besonderer Schutz von Vorranggebieten großräumiger Ausdehnung und gegenüber der weiteren Verschmälerung an Engstellen. Durchgängigkeit, Funktionalität und Entwicklungsfähigkeit des RBV müssen zwingend dauerhaft gewährleistet sein. Keine Ausnahme, soweit dies in Frage steht. In Anlehnung an die Empfehlung von Beier (2018) sollen im RBV (Wald und Offenland) unbedingt möglichst breite Korridore / Verbundräume erhalten werden, da diese die Funktionen – bei zudem geeigneter Ausstattung und Lage – am besten erfüllen können. Empfohlen wird daher: Bei Ausdehnung des Korridors von &gt; 2.000 m keine Ausnahme für Freiflächensolaranlagen“</p> <p>An diese Empfehlung hält sich der RVBO bei seiner Planung. Die Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege wurden in der Gesamtfortschreibung aus den übergeordneten Gesichtspunkten der Sicherung und Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems festgelegt. Verbundräume dieses regionalen Biotopverbunds können auch bislang für den Biotopverbund geringwertigere Flächen umfassen. Ziel ist aber die Entwicklung eines großräumig wirksamen Biotopverbundsystems unter Einbeziehung der Verbundflächen. Daher sind auch diese von Bebauung freizuhalten, Freiflächensolaranlagen werden vonseiten des RVBO nur in den vom PS 3.2.1 Z (4) des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie umfassten Fällen als vertretbar erachtet.</p> <p>Die geplanten Maßnahmen zur Schonung werden begrüßt. Diese werden in PS 3.2.1 Z (4) des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie für die in Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege ausnahmsweise zulässigen Freiflächensolaranlagen auch gefordert.</p> <p>Der RVBO trägt dem überragenden öffentlichen Interesse erneuerbarer Energien bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereits umfangreich Rechnung, indem er im Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie auf 0,5 % der Regionsfläche</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>in solchen Korridoren. Gemäß Trautner et al. 2022 werden solche PV-FFA als naturschutzfachlich unproblematisch eingeschätzt, die in stark durch Gehölze gekammerten Landschaften angelegt werden und intensive Nutzungsformen ersetzen: Intensivobstkulturen, Intensivgrünland oder Intensivwälder. Dies ist beim Solarpark Frickingen der Fall.</p> <p>Eine gezielte Wiedervernässung von Moorböden, auf die das Freihalten der Korridore lang-fristig möglicherweise abzielt, ist langwierig und mit erheblichen Vorbehalten der Landnutzer verbunden. Entsprechende Erfahrungswerte liegen der Gemeinde durch Vernässungen durch den Biber vor.</p> <p>Solarparks sind allgemein mit einer Nutzungsintensivierung verbunden, die sich – bei naturverträglicher Ausgestaltung - positiv auf die Lebensgemeinschaften in den teils intensiv genutzten Biotopverbundkorridoren auswirken kann, gerade im Bereich von Moor- und Anmoorböden.</p> <p>Das generelle Verbot von Solarparks in weiten Teilen des Korridors ist daher zu hinterfragen, insbesondere wenn es sich um naturverträglich ausgestaltete Anlagen handelt.</p> <p>--&gt; Es wird daher vorgeschlagen, den Plansatz 3.2.1 Z (4) wie folgt zu ändern:</p> <p>Der regionale Biotopverbund wird in seiner Funktions- und Entwicklungsfähigkeit nicht eingeschränkt. Die Inanspruchnahme für Freiflächensolaranlagen darf bis zu 10 % des Korridors betragen.</p> <p>Naturverträglicher Solarpark Frickingen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es handelt sich um einen ausgesprochen konfliktarmen Standort: Keine kulissenfreie Landschaft, die Lebensraum für empfindliche Brutvögel der Feldflur sowie für Zug- und Rastvögel ist, keine Betroffenheit von Schutzgebieten, Lage abseits von Wohnsiedlungen, Naherholungsgebieten, Verkehrswegen (Blendung) und Wäldern (Brandschutz).</li> <li>- Die Modulfelder werden separat eingezäunt, sodass eine breite, durchgängige Schneise für Tierarten, Spaziergänger und Landnutzer erhalten bleibt.</li> <li>- Im Solarpark bleiben die Anmoorböden erhalten. Die Versiegelung ist minimal, der Boden kann sich unter dem Extensivgrünland regenerieren, die geschlossene Vegetationsdecke trägt zum Bodenschutz bei, Düngung, Umbruch und Pestizideinsatz werden eingestellt.</li> <li>- Die Modulfelder sollen mit breiten Reihenabständen (ca. 5m) und breiten Randstreifen (ca. 10m) realisiert werden und gewährleisten eine ausreichende Besonnung des Grünlands. Üblich sind in den meisten Solarparks aufgrund der angestrebten Flächeneffizienz deutlich schmalere Reihenabstände und Randstreifen.</li> <li>- Eine intensive Durch- und Eingrünung ist vorgesehen, der</li> </ul>	<p>Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festlegt (statt der im KlimaG BW geforderten 0,2%) und indem er Regionale Grünzüge und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege unter bestimmten Voraussetzungen für Freiflächen-Photovoltaik öffnet. Allerdings gilt der Abwägungsvorrang gem. § 2 EEG nicht schrankenlos, s. Begründung zu § 2 EEG. In der Begründung zu PS 3.2.1 Z (4) zum 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie wird erläutert, dass die Festlegung in PS 3.2.1 Z (4) der Realisierbarkeit des gesetzlichen Ziels in § 22 NatSchG dient und dem Art. 20a GG. In einem solchen Fall kann aus Sicht des RVBO dem Belang des Biotopverbunds der Vorrang eingeräumt werden.</p> <p>Die Beschränkung der Zulässigkeit von Freiflächensolaranlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege ist aus Sicht des Regionalverbands aus den in der Begründung zu PS 3.2.1 Z (4) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie erläuterten Gründen erforderlich und geboten. Vorrangige Schutzziele der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege sind die Sicherung der Funktions- und Entwicklungsfähigkeit des regionalen Biotopverbunds, der vorbeugende Hochwasserschutz, der Bodenschutz und der Moorschutz. Die Öffnung der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege für Freiflächensolaranlagen im Entwurf des Teilregionalplans Energie gegenüber dem rechtskräftigen Regionalplan erfolgte nach sorgfältiger Abwägung. Aus Sicht des Regionalverbands bestehen außerhalb der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege ausreichend Alternativen für die Nutzung der Freiflächensolarenergie, auch auf dem Gebiet der Gemeinde Frickingen.</p> <p>Der Anregung wird also nicht gefolgt. Eine Änderung des Plansatzes erfolgt nicht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Änderung des Plansatzes, wie von der Gemeinde Frickingen gewünscht, für die ganze Region gelten müsste und alle Solarparks umfassen müsste, die in großen Biotopverbundkorridoren errichtet werden sollen. Laut o.g. Orientierungsrahmen sind „Freiflächensolaranlagen [...] - ungeachtet eines hohen Anteils unversiegelter Fläche - technische Anlagen zur Energiegewinnung, die geeignet sind, Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft hervorzurufen“.</p> <p>Bezüglich möglicher Planungsalternativen beim von der Gemeinde Frickingen geplanten Solarpark (z.B. in geringerer</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>umgebende Zaun ist durch-lässig und für Kleintiere durchgängig. Die umliegenden Hochstauden- und Gebüschstrukturen profitieren von der Extensivierung der Solarparkfläche. Von einer Vernet-zung der bestehenden, umliegenden Biotopstrukturen mit den geplanten Grünstrukturu-ren an den Rändern und im Solarpark ist auszugehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es sind keine Kernflächen oder Kernräume im regionalen Biotopverbund betroffen. Der Solarpark liegt nicht inmitten des regionalen Biotopverbundkorridors, sondern an des-sen Rand.</li> <li>- Ausgangszustand: Intensivgrünland, Acker und Intensivobst, überwiegend auf An-moor.</li> <li>- Zielzustand: Extensivgrünland feuchter Standorte, locker mit Solarmodulen überstellt, durchlässig eingezäunt, randliche Biotopverbundstrukturen.</li> <li>- Es gab keine Einwendungen von Anwohnern. BUND und LNV begrüßen die Planung.</li> </ul>	Dimensionierung, sodass kein Eingriff ins Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege erfolgt) ist der RVBO gerne für weitere Gespräche offen.	
Gemeinde Heiligenberg				
II.127	725	<p>Vorranggebiet Windenergie Betenbrunn (WEA-435-001 Betenbrunn)</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Zuge der 1. Offenlage hat die Gemeinde zum o.g. Vorranggebiet bereits eine Stellungnahme abgegeben, die im weiteren Verfahren leider unberücksichtigt blieb. Der Gemeinderat der Gemeinde Heiligenberg hat am 29.04.2025 in seiner öffentlichen Sitzung deshalb beschlossen, für das Vorranggebiet Windenergie (WEA-435-001 Betenbrunn) erneut folgende Stellungnahme abzugeben:</p> <p>In unmittelbarer Nähe des Vorranggebiets Betebrunn befindet sich ein für Heiligenberg wichtiges Naherholungsgebiet, welches auch aus touristischer Sicht von sehr hoher Bedeutung ist. Bekannt ist der Wallfahrtsort Betenbrunn mit seiner Wallfahrtskirche Mariä Geburt weit über die Region hinaus. Der Wallfahrtsort Betenbrunn ist ein Ort mit hervorgehobener religiöser Bedeutung und als solcher das Ziel zahlreicher Wallfahrten. Auch ein unter Denkmalschutz stehender historischer Dorfkern, darf unter dem Aspekt der Ene-giewende nicht einfach unberücksichtigt bleiben und bedarf bei der Abwägung der Gebietsausweisung besonderer Beachtung.</p> <p>Aufgrund dieser besonderer und ausschließlich bei diesem Vorranggebiet vorliegender Aspekte / Gegebenheiten, bedarf es gem. einstimmigen Gemeinderatsbeschluss folgender Veränderungen des Vorranggebiets:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Reduzierung der Fläche des Vorranggebiets von aktuell geplanten 62,2 ha auf 30 ha. Die Reduzierung der Fläche des Vorranggebiets</li> </ul>	<p>Bei der in der Anregung genannten Wallfahrtskirche und dem historischen Ortskern handelt es sich um keine im höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale.</p> <p>Die genannten Anregungen (u.a. Naherholung/Tourismus, Wallfahrtskirche/-ort, denkmalgeschützer historischer Ortskern, Schattenschlag) beziehen sich auf Sachverhalte, welche bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden. Auch hinsichtlich der in der Anregung genannten Aspekte trifft die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage weiterhin zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Zur geforderten maximalen Nabenhöhe schreibt das MLW in seiner STellungnahme zur 1. Offenlage: Gem. § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG dürfen Windflächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht auf die Flächenbeitragswerte bzw. Teilflächenziele angerechnet werden. Regionalplanerische Höhenbegrenzungen würden demnach eine Anrechenbarkeit der betroffenen Windenergiefläche nach § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG vollständig</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Betenbrunn soll von südöstlicher / östlicher Seite her erfolgen. Mit der Reduzierung der Fläche in diesem Bereich, soll eine Beeinträchtigung des Ortsteils Betenbrunn durch den Schattenschlag der zukünftigen Windkraftanlagen minimiert werden.</p> <p>- Erhöhung des Abstands zu jeglicher Wohnbebauung auf mindestens 1.000 Meter. Hiermit wird dem Schutzgut "denkmalgeschützte historischer Ortskern" Rechnung getragen.</p> <p>- Festlegung der Nabenhöhe der Windenergieanlagen auf max. 140 Meter (entspricht der Nabenhöhe der drei bestehenden Windenergieanlagen in Hilpersberg). Hiermit wird dem Schutzgut "denkmalgeschützte historischer Ortskern" ebenfalls ergänzend Rechnung getragen.</p> <p>Weiter soll für dieses Vorranggebiet eine detaillierte und aussagekräftige Prüfung bezüglich der Verträglichkeit zwischen dem denkmalgeschützten historischen Ortskern Betenbrunn und dem in unmittelbarer Nähe geplanten Ausbau der Windkraft vor Verfahrensabschluss (Teilregionalplan) durchgeführt werden.</p>	<p>ausschließen. Daher wird im VRG Windenergie keine Höhenbeschränkung festgelegt.</p>	
II.127	726	<p>Wir möchten an der Stelle nochmals darauf hinweisen, dass die Gemeinde Heiligenberg den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region bereits gewollt und bewusst unterstützt sowie vorangetrieben hat. Mit einer bereits 10 ha großen Freiflächen PV-Anlage die vor zwei Jahren in Betrieb ging und mit zwei weiteren Freiflächen PV-Anlagen mit insgesamt ca. 17 ha, die kurz vor dem Verfahrensabschluss stehen bzw. für eine davon bereits der vorhabensbezogene Bebauungsplan beschlossen wurde, befindet sich die Gemeinde Heiligenberg in einer absoluten Vorreiterrolle in der Region. Ergänzend hierzu sollen demnächst (Antragseinreichung auf Grundlage des BimSchG soll voraussichtlich im Juni 2025 erfolgen) auf dem Gemeindegebiet bei Rickerstreute zwei Windkraftanlagen errichtet werden, die dann zusammen mit den drei vorhandenen bei Hilpersberg und den sieben geplanten Windkraftanlagen auf Gemarkung Denkingen (Malaian) direkt an der Gemarkungsgrenze zu Heiligenberg einen Windpark mit insgesamt zwölf Windkraftanlagen bilden.</p> <p>Aus dem Aspekt, dass sich die Gemeinde Heiligenberg bezüglich des Bedarfs am Ausbau der erneuerbaren Energien bewusst ist und mit der bereits in Betrieb genommenen Freiflächen PV-Anlage mit 11 MW Leistung inkl. 4 MW Batteriespeicher einen Teil dazu bereits beigetragen hat bzw. mit den im Verfahren befindlichen zwei Freiflächen PV-Anlagen mit insgesamt ca. 17 MW Leistung und den zwei Windkraftanlagen mit insgesamt ca. 15,5 MW Leistung zukünftig zusätzlich große Teile dazu beitragen wird, darf die</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Überforderung der Bevölkerung einer Gemeinde in der Abwägung und Ausweisung solcher zusätzlichen Gebiete nicht außer betracht gelassen und muss berücksichtigt werden. Dauerhafte Inakzeptanz kann nicht das Ziel einer solchen wichtigen Planung sein und sorgt langfristig für kein gutes Miteinander. Daher sollte das bereits realisierte und vor allem bereits akzeptierte in der Gemeinde in einer solchen zukunftssträchtigen Planung zwingend berücksichtigt werden.</p> <p>Wir bitten Sie daher eindringlich und höflich darum, unsere Anregungen in der Abwägung zu berücksichtigen und in den Teilregionalplan Energie miteinfließen zu lassen. Dem Gemeinderat war es in der Diskussion nochmals wichtig zu betonen, dass es nicht darum geht, etwas gänzlich zu verhindern. Es ist dem Gemeinderat allerdings wichtig, dass wenn etwas Neues erschaffen wird, dass dieses dann auch ortsverträglich ist und langfristig gesellschaftlich akzeptiert wird. Das kann im vorliegenden Fall nach Ansicht der Gemeinde nur funktionieren, sofern die o.g. Bedenken wahrgenommen werden und die Anregungen in die Entscheidung miteinfließen.</p> <p>Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.</p>		
Gemeinde Hoßkirch				
II.132	1432	<p>Regionalplan Bodensee-Oberschwaben TRP-Energie (Kap.4.2, 2. Beteiligungsverfahren)</p> <p>Anhörung im Rahmen der Beteiligung zur Errichtung weiterer Windenergieanlagen Sachbericht und Stellungnahme der Gemeinde Hoßkirch zur weiteren Planung von Windenergieanlagen im bzw. hier angrenzend zum Gemeindegebiet</p> <p>die Gemeinde Hoßkirch wurde im Zuge der Anhörung zur Errichtung weiterer Windenergieanlagen im Gemeindegebiet und dessen unmittelbarem Umland um Stellungnahme gebeten. Wir nehmen diese Möglichkeit der Mitwirkung sehr ernst und legen im Folgenden unsere Sichtweise, abgewogene Einschätzung sowie die Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger dar.</p> <p>1. Grundhaltung der Gemeinde zur Energiewende</p> <p>Die Gemeinde Hoßkirch steht zur Energiewende - dies haben wir in der Vergangenheit bewiesen. Wir haben in zurückliegenden Verfahren aktiv mitgewirkt und notwendige Entscheidungen mitgetragen. Zahlreiche Windenergieanlagen sind bereits genehmigt, teils im Bau,</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.132	1447	<p>teils schon (fast) errichtet. Unsere Gemeinde trägt somit bereits heute einen erheblichen Teil zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele des Landes und Bundes bei.</p> <p>2. Die Belastungsgrenze ist erreicht - was ist zumutbar?</p> <p>Angesichts der aktuellen Vorhaben stellt sich für uns jedoch zunehmend die Frage: Wie viele Windkraftanlagen sollen noch folgen? Mit jedem weiteren Antrag entsteht ein neues Spannungsfeld zwischen ökologischer Verantwortung und kommunaler Belastbarkeit. Die Eingriffe in unsere Landschaft- insbesondere in bisher zusammenhängende Waldflächen - nehmen stark zu. Die Rodung für Zuwegungen, Fundamentierungen, Stromtrassen und den Betrieb selbst bringt eine zunehmende Zerschneidung und Entwertung natürlicher Räume mit sich. Wälder sind nicht nur CO<sub>2</sub>Senken, sondern auch Rückzugsräume für Flora und Fauna - und für Menschen. Sie dienen als Naherholungsgebiete, prägen unser Landschaftsbild und unsere Lebensqualität.</p> <p>Die Windkraftanlagen sind heute von nahezu jedem Punkt unserer Gemeinde aus zu sehen, und sie sind auch zu hören. Die optische und akustische Präsenz verändert das Landschaftsbild und Empfinden nachhaltig. Unsere Gemeinde wird buchstäblich von oben „erdrückt“ - eine Situation, die sich mit jeder weiteren Anlage verschärft.</p> <p>3. Kumulation mit weiteren Belastungen - ein untragbares Maß?</p> <p>Hinzu tritt eine zusätzliche Belastung durch den Kiesabbau im Umfeld. Auch dieser Eingriff betrifft massiv die Fläche und das tägliche Leben der Menschen in der Gemeinde. Lärm, Verkehr, Verschmutzung und der Verlust an gewachsener Landschaft sind hier bereits eine Realität.</p> <p>Die Kumulation beider Entwicklungen - Windkraft und Rohstoffabbau - führt zu einer Überbeanspruchung unseres Gemeindegebiets, die wir in dieser Form für nicht mehr zumutbar halten.</p> <p>4. Unsere Forderung: Maß halten, Schutzräume achten, gerechte Verteilung</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wir fordern eine ehrliche und nachvollziehbare Abwägung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie viele Windenergieanlagen sind einer Gemeinde wie der unseren noch zumutbar?</li> <li>• Welche Schutzräume - landschaftlich, ökologisch, sozial - müssen unantastbar bleiben?</li> <li>• Warum konzentrieren sich die Eingriffe dieser Größenordnung scheinbar einseitig auf unser Gebiet?</li> </ul> <p>Die Energiewende darf nicht bedeuten, dass einzelne Gemeinden überproportional stark belastet werden, während andere nahezu verschont bleiben. Es braucht Verhältnismäßigkeit, Ausgewogenheit und regionale Fairness.</p> <p>5. Fazit</p> <p>Die Gemeinde Hoßkirch trägt die Energiewende mit - aber sie darf nicht unter ihr zusammenbrechen.</p> <p>Es muss möglich sein, ein „Ja“ zur Windkraft zu sagen, ohne gleichzeitig ein „Nein“ zur Lebensqualität, zur Landschaft, zum Wald und zum Gemeinwohl sagen zu müssen.</p> <p>Wir bitten daher eindringlich darum, im weiteren Verfahren folgende Punkte verbindlich zu prüfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine klare Begrenzung weiterer Windenergieanlagen im Gemeindeumfeld</li> <li>• Die Einhaltung von Mindestabständen zu Siedlungen und sensiblen Gebieten</li> <li>• Die Kumulationswirkung mit bestehenden Belastungen wie Kiesabbau zu berücksichtigen</li> <li>• Ein konkretes Monitoring, wann die Zumutbarkeitsgrenze für eine Gemeinde überschritten ist</li> </ul> <p>Diese Stellungnahme möge als Ausdruck einer Gemeinde verstanden werden, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist- aber ebenso auf ihr Recht pocht, nicht über Gebühr belastet zu werden.</p>	<p>Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum in der Anregung genannten Monitoring zur Zumutbarkeit: Kap. 1.6 der Zusammenfassenden Erklärung sowie Kap. 10 des Umweltberichts (Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) legen Monitoring-Maßnahmen fest. Allerdings ist ein Monitoring zur Zumutbarkeit nicht vorgesehen. Die Prüfung kumulativer Wirkungen z.B. von Lärmimmissionen mehrerer Quellen erfolgt im Zulassungsverfahren. Bei Lärmimmissionen muss der Betreiber den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird. Berücksichtigt werden müssen dabei nach 2.3/4 und 3.2.1 der TA Lärm auch Vorbelastungen (bspw. von Verkehr, Gewerbe/Industrie etc.). Zusätzlicher Verkehr gegenüber dem Rohstoffabbau tritt v.a. zeitlich begrenzt in der Bauphase der WEA und einem etwaigen späteren Rückbau / Repowering auf. Es ist aber nicht von einem dauerhaft erhöhten Verkehrsaufkommen auszugehen. Es ist richtig, dass in Hoßkirch (wie in Ostrach) eine Kumulation von Rohstoffabbau und Windkraft vorliegt. Diese und andere Kumulationswirkungen werden im Umweltbericht in Kap. 9.2 geprüft. Allerdings handelt es sich aus Sicht des RVBO nicht um eine Überbelastung, welche eine Reduktion bzw. Streichung von VRG Windenergie nach sich ziehen müsste.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Das Planungskonzept zur Ermittlung von geeigneten und gleichzeitig konfliktarmen Gebieten, inkl. die Vorgehensweise zur Vermeidung von lokalen und teilräumlichen Überlastungen (z.B. Umzingelung, Kumulation, räumliche Verteilung) sind in der Begründung zum Teilregionalplan Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) dokumentiert.</p>	
II.132	1448	<p>Wir fordern die konsequente Wegnahme der im Landratsamt Sigmaringen unter dem dortigen Az.:</p> <p>[Inhalt anonymisiert] hinterlegten Antrag der Fa. [Inhalt anonymisiert] als WEA Nr. 1 positionierte Anlage. Diese drängt sich auf unser neu ausgewiesenes Wohnbaugebiet Tafertsweiler Straße und ist für Hausbesitzer/-Bauer unzumutbar. Die als WEA Nr. 1 deklarierte Anlage darf im ausgewiesenen Maße nicht umgesetzt werden; die Grenzen sind entsprechend anzupassen.</p>	<p>Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die genannte Anlage nicht in einem Vorranggebiet Windenergie des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie befindet. Der Abstand des im Flächennutzungsplan geplanten Wohngebiets zur Vorranggebietsgrenze beträgt an dieser Stelle fast 1.400 m.</p>	Kenntnisnahme
Gemeinde Kißlegg				
II.136	1301	<p>der Gemeinderat Kißlegg hat im Rahmen der Beteiligung zur Fortschreibung des Regionalplanes</p> <p>am 14.05.2025 folgenden Beschluss gefasst:</p> <p>Der Gemeinderat nimmt das Abwägungsergebnis aus dem 1. Beteiligungsverfahren zur</p> <p>Kenntnis und stimmt dem vorliegenden Fortschreibungsentwurf des Teilregionalplans Energie zu.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Gemeinde Kressbronn				
II.139	1300		Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

heute Abend hat der Gemeinderat Kressbronn a. B. über die Teilfortschreibung des Regionalplans beraten und entschieden. Es wurde folgender Beschluss gefasst.

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
---------------	-------------	----------	--------------------------	----------

Die Gemeinde Kressbronn a. B. erhebt keine Einwendungen gegen die Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (1.1 Allgemeine Grundsätze zur Entwicklung der Region und 3.1, 3.2 sowie 3.3 Regionale Freiraumstruktur).

Benötigen Sie diese Information noch in einer formellen Form oder auf dem Postwege?

Mit besten Grüßen vom Bodensee

Gemeinde Leibertingen				
II.141	607	<p>Zu den Flächen der Photovoltaik in der Gemeinde Leibertingen: Berechnung:</p> <p>Die 3 Landkreise Bodenseekreis (66.460 ha), Sigmaringen (120.400 ha) und Ravensburg (163.200 ha) weisen eine Fläche von insgesamt 350.060 ha aus.</p> <p>Die Gemeinde Leibertingen weist eine Fläche von 4719 ha aus. Dies entspricht einem Flächenanteil von 1,34805 %.</p> <p>Um das Flächenziel 2040 mit 0,5% der Regionalgebietsfläche zu erfüllen sind dies somit: <math>350.060 \text{ ha} \times 0,5\% = 1750,3 \text{ ha}</math> Bedarf für Freiflächen PV im gesamten Regionalplangebiet.</p> <p>Anteilig hätte die Gemeinde Leibertingen (bei trennscharfer Aufteilung) 23,6 ha Freiflächen PV Anteil zu erfüllen.</p> <p>Der Regionalverband möchte im Gemeindegebiet der Gemeinde Leibertingen ungeachtet dessen eine Fläche von 68,9 ha ausweisen.</p> <p>Was gilt es anzumerken:</p> <p>Kalkulatorischer Restbedarf der Gemeinde als Anteil am 0,5% Flächenziel: <math>23,6 \text{ ha} = \text{Anteil der Gemeinde am } 0,5\% \text{ Flächenziel der Region}</math></p> <p><math>14,42 \text{ ha} = \text{bereits erfüllt}</math></p> <p><math>9,18 \text{ ha} = \text{noch auszuweisende Restfläche}</math></p> <p>VBG FFPV Fläche mit 68,9 ha = 230,85% des Flächenanteils der Gemeinde</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf die Flächenkulisse Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welche nach der 1. Offenlage angepasst wurde. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse Photovoltaik ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ebenfalls anzumerken ist, dass die Gemeinde die Entnahme der kritischen Flächen im Rahmen der ersten Anhörung vorgenommen hat. Hierdurch hat sich die Fläche bereits von 140 ha auf 68,9 ha reduziert. Für die Berücksichtigung der Stellungnahme bedanken wir uns ausdrücklich im Namen der Gemeinde.</p> <p>Wie bereits vorab dargestellt wäre der Anteil der Gemeinde Leibertingen an der Erfüllung des 0,5 % Flächenziels der Regionalverbandsfläche mit 23,6 ha erfolgt. Aus eigenem Antrieb und der seit Jahren vorherrschenden Vorreiterrolle im Ausbau der erneuerbaren Energien schlägt die Gemeinde die vollständige Entnahme aller Vorrangflächen der aktuellen Planunterlagen und die Übernahme der im FNP in der Änderung befindlichen Flächen vor. Dies würde für die Gemeinde ebenfalls eine Übererfüllung von 37,52 ha statt 23,6 ha = 159% ? 59% bedeuten. Diese würden wir unter der Voraussetzung der Übernahme der lokal geprüften und vertraglichen Flächen der Kommune zugunsten der Energiewende aufgrund unserer Vorreiterrolle unterstützen.</p>		
II.141	610	<p>Erhalten der Schöpfung (Artenvielfalt)</p> <p>Der Planet Erde befindet sich in einer Vielzahl schwerwiegender Veränderungen verursacht durch den Menschen die die Schöpfung und deren Vielfalt bedrohen. Es liegt in der Aufgabe der heutigen Generation den weit vorangeschrittenen Krisen und dem Verlust der Schöpfung entgegenzutreten. Mit Blick auf die Generationen nach uns ist es an uns das Erbe der Schöpfungsvielfalt unter bestmöglichen Gesichtspunkten abzuwägen um den drohenden Verlust abzuwenden.</p> <p>Die lokalen Einschätzungen der wertvollen Schöpfungsvielfalt wird vom benachbarten Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg und dessen Beurteilung bestärkt. Hier heißt es zu unserem Gebiet folgt:</p> <p>„Schutzgut Mensch: Die Teilfläche ... ist als Wald mit relativ großer Bedeutung für die Erholung (Stufe 2) eingestuft“</p> <p>„Schutzgut Biotop, Arten und biologische Vielfalt: Für die Teilfläche Höhe mit überwiegendem Offenlandanteil und den Biotoptypen werden die Auswirkungen durch die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen als sehr erheblich und für die Teilfläche Schnellenberg als erheblich eingestuft.“</p> <p>„Schutzgut Landschaft: Innerhalb der Landschaftsbildeinheit wird nach Inaugenscheinnahme des Gebiets die Beeinträchtigung der Landschaft, insbesondere für das angrenzende Obere Donautal, als erheblich eingestuft.“</p> <p>„Gesamtbewertung: Die Teilfläche ... erfüllt nach Berücksichtigung des Vorkommens planungsrelevanter Arten in Verbindung mit Vorsorgeabständen zum gebietlichen Naturschutz i.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		V. m. ... und isolierten Lage nicht die erforderlichen Voraussetzungen für die Festlegung eines Vorranggebiets. Die Teilfläche ... erfüllt ... durch die teilweise Einstufung als Schwerpunktvor-kommen A (Anpassung des Fachbeitrages Artenschutz durch Ergänzung von Fledermaus-quartieren, Juli 2023) i. V. m. ...der isolierten Lage nicht die erforderlichen Voraussetzungen für die Festlegung eines Vorranggebiets.“	zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.	
II.141	614	Vorranggebiet WEA-437-011  Das ROG §?2 Abs. 2 Nr. 6 fordert eine ausgewogene, gleichmäßige Verteilung der Wind-kraftnutzung über den gesamten Planungsraum sicherzustellen.	Die Anregung bezieht sich teilweise auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Auch hinsichtlich des § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG ergeben sich keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage, insb. Teil B1 und C1, verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalpan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.141	620	Nachfolgende Kartierungen stammen aus einer Untersuchung 2020. Hier ist zu sehen, dass die südliche Erweiterung des FNP Vorranggebiets im Konflikt mit den hier kartierten Rotmilan-horsten	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>steht. Wir bitten daher darum, dass der Grenzverlauf im südlichen Bereich entsprechend dem bisherigen FNP Vorranggebiet Grenzverlauf verbleibt, sodass die Horstdichte nicht durch Windkraftprojekte bedroht werden. Die Untersuchung wurde abgebrochen und ist nicht abschließend. Es ist daher davon auszugehen, dass es weitere Horste gibt.</p> <p>Veränderung bereits vorhandener und genehmigter Vorranggebiete auf FNP Ebene</p> <p>Die Verwaltungsgemeinschaft Meßkirch Leibertingen Sauldorf hat auf FNP Ebene bereits ein Vorranggebiet für Windkraft ausgewiesen. Mit Verwunderung musste festgestellt werden, dass der Regionalverband das vorhandene Gebiet in dessen Gestaltung ändern möchte. Hierdurch wäre insbesondere im östlichen Bereich eine effiziente Positionierung von Windkraftanlagen aufgrund der notwendigen Abstandsflächen zwischen den einzelnen Anlagen nicht mehr gegeben. Die auf FNP Ebene ausgewiesenen Flächen dienen, orientiert an der Hauptwindrichtung, der bestmöglichen Belegung des Vorranggebiets mit bis zu 13 Anlagen. In beiden Gemeinden, Meßkirch und Leibertingen, befinden sich aktuell Windkraftanlagen in Planung um die Energiewende schnellstmöglich vorantreiben zu können.</p> <p>Wir bitten zur sinnvollen Gestaltung der Flächen den Regionalverband den Geltungsbereich des aktuell nahezu deckungsgleichen FNP Vorranggebiets zu übernehmen, sodass den konkreten Planungen keine Steine in den Weg gelegt werden. Sofern die Grenzen des FNP Vorranggebiets wie hier dargestellt übernommen werden, stimmt die Gemeinde Leibertingen dem Vorranggebiet vorbehaltlos zu.</p>	<p>ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.141	622	<p>Allgemeine Ergänzungen/Anegungen Fehlende Gestaltungsvielfalt Windkraft stellt nur eine Möglichkeit der Produktion dar. Oftmals ist diese Möglichkeit jedoch für die Energiewende aufgrund der gegebenen Einschränkungen nicht hilfreich. Es erfordert die Offenheit der Erzeugungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Kommunen in der lokalen Umsetzung der Energiewende und Wärmewende, welche mit dieser in engem Einklang steht. Dies betrachten wir als notwendigen Schritt der Abwägungsoffenheit. Die zeitgleiche Behandlung des Thema PV stellt hierbei keine ausreichende Abwägungsviel-falt dar, da weitere Erzeugungsvarianten wie Wasserkraft, Geothermie, BHKWs,... in deren gänzlichen Erzeugungsvielfalt und vieles mehr gänzlich fehlen.</p> <p>Insbesondere der ländliche Raum beherbergt 15 % der schlechtesten 25 % der energetischen Gebäudesubstanzen in der Bundesrepublik Deutschland. Weitreichend sind hier alte Einfami-lienhäuser im ländlichen Raum zu nennen. Wärmepumpen, PV und Windkraft bieten diesen keine Option zur ganzheitlichen Energiewende oder Wärmewende.</p> <p>Wir bitten den Regionalverband daher, die weiteren Erzeugungsvarianten durch Aufnahme als Erzeugungsmöglichkeit in Vorranggebieten und Ortslagen vorzunehmen. Ohne diese Unter-stützung ist die Wärmewende und die Energiewende im ländlichen Raum großflächig zum Scheitern verurteilt.</p>	<p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.	
II.141	623	Berücksichtigung der Freiflächen-PV Gebiete aus der FNP Änderung Die vollständige Berücksichtigung der von der Gemeinde Leibertingen im Rahmen ihrer PV-Strategie ausgewiesenen Flächen in den Regionalplan als Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik als kumulierte und dadurch raumbedeutsame Gesamtfläche wird erwünscht. Zugleich erwünscht ist die vollständige Streichung der durch den RVBO derzeit vorgesehenen PV-Flächen im Gemeindegebiet, sofern diese nicht Bestandteil der gemeindlichen Strategie sind.	Gem. den Erläuterungen zu den Kriterien für die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) sind Flächen dann für die Festlegung als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik geeignet, wenn diese aufgrund ihrer Größe zur Konzentration der Solaranlagen in geeigneten Teilräumen beitragen und auf diese Weise andere hochwertige bzw. schützenswerte Teilräume der Region von Freiflächen-Photovoltaikanlagen freigehalten werden können. Die Kumulation von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik, die nicht im direkten räumlichen Zusammenhang liegen, ist dabei nicht vorgesehen und entspricht demnach nicht dem Planungskonzept. Es wird zudem auf die vorangegangene Abwägung (BE ID 607 dieser Stellungnahme) verwiesen. Es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.141	625	Allgemeine Anmerkung Die Verhältnismäßigkeit ist nicht gegeben, insbesondere da durch die Kombination von Windkraft und Freiflächen PV eine Doppelbelastung stattfindet. Werden alle der Flächen zusammen gerechnet, so ergibt sich eine Fläche von 260,9 ha. Alle Siedlungsflächen und Verkehrsflächen im Gemeindegebiet zusammen ergeben lediglich 320 ha. Das bedeutet, dass die Gemeinde sich in den versiegelten Flächen nahezu verdoppeln würde. Die in Leibertingen seit Jahren vorherrschenden Bemühungen der verträglichen Energiewende wurden stets mit den Bürgern auf Basis des einvernehmlichen Miteinanders gestaltet. Auch die Windenergie und die PV Strategie der Gemeinde fußen auf dieser Überzeugung. Dennoch wird die Gemeinde binnen der nächsten 3-4 Jahre nicht nur genug Strom für den Eigenverbrauch produzieren, sondern für die gesamte Region ausreichend	Der Teilregionalplan Energie als übergeordnete Planungsebene setzt den Rahmen für nachgeordnete kommunale Planungen und orientiert sich an den rechtlichen und fachlichen Vorgaben. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wird § 2 Abs. 2 Landesplanungsgesetz BW sowie § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz entsprochen (Gegenstromprinzip). Es wurden bestehende kommunale Planungen, darunter Flächennutzungspläne, in die Abwägung einbezogen (s. Kriterienkataloge in der Anlage zur Begründung des Textteils, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Es wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen. Es wird zudem auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		exportieren. Die kommunale Planung fußt auf Verbrauchsprognosen der Energieversorger, artenschutzrechtlicher Betrachtungen und Berücksichtigung der lokalen Bedarfe. Wir bitten daher die aufgezeigten Themen zu korrigieren und die Planunterlagen im Gemeindegebiet auf Grundlage des Gegenstromprinzips gemäß §21 Abs. 3 ROG und §21 Abs. 4 BauGB sowie dem LplG BW (...raumordnerische Planungen nachhaltig und unter Rücksicht auf kommunale Interessen...), sowie nach dem Prinzip kommunaler Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Abs. 2 GG anzupassen.	auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	
II.141	627	Wir bedanken uns für die Mühe der MitarbeiterInnen des RVBO. Das Aufstellen einer zeitlich so sportlichen Planung ist Höchstleistung und die lokale Ausgewogenheit beim Blick auf die Gesamtheit nicht immer einfach. Für die Berücksichtigung der Anmerkungen bedanken wir uns bereits im Voraus.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.141	1265	<p>Sämtliche Planungen des Teilregionalplans finden im ländlichen Raum ohne Ausgleichsverpflichtung des urbanen Raums statt. Der Urbane Raum trägt gemäß vorliegender Grundlage 0% Anteil der Kompensationslast, während der ländliche Raum sowohl die Primärlast der Windkraft als auch die Ausgleichslast der Bauten zu tragen hat.</p> <p>Die angesetzten Kriterien haben daher einseitigen Charakter da die Last nachweislich ungleich zu 100% den ländlichen Raum und zu 0% den urbanen Raum belasten.</p> <p>Die Profiteure der erzeugten Energie sind jedoch ungleich die urbanen Regionen da der Energieverbrauch hier ungleich größer ist als im ländlichen Raum. Ein Lastausgleich ist den Planentwürfen nicht zu entnehmen. Zugleich ist jedoch aufgrund der noch vorherrschenden Artenvielfalt das Refugium für Flora und Fauna, während der urbane Raum diese bereits zerstört hat und somit nicht mehr berücksichtigen muss.</p> <p>Es kommt hier durch die Vielzahl der im ländlichen Raum zu berücksichtigenden Belange zu einer absolut einseitigen Mehrfachbelastung.</p> <p>Wir bitten den Regionalverband daher die Kriterien der aktuellen Änderung durch die Entnahme restriktiver ortsnahe Vorranggebiete für Umwelt- &amp; Naturschutz innerhalb eines Puffers von 1000 m zur Ermöglichung der lokalen Entwicklung und Kompensation zu ergänzen. Dies verringert zumindest ein ortsnahe gegensteuern der einseitigen Überlastung des ländlichen Raumes und stellt eine Kompensation der sonst im ländlichen Raum einseitig beschränkten Kriterien dar.</p> <p>Fehlende Berücksichtigung des Gegenstromprinzips Wir bitten um Aufnahme der vorgeschlagenen Vorrangflächen für Windenergie, die Hal-tung zugunsten der Energiewende und zur Erreichung des 1,8% Ziels zu überdenken.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die ablehnende Haltung gegenüber den in Meßkirch und Sauldorf stark gewünschten Flächen ist auch für Leibertingen nicht nachvollziehbar bis enttäuschend.</p> <p>Im Grenzbereich der Gemeinden Meßkirch, Wald, Sauldorf soll ein größeres Projekt entstehen. Hier sind bereits von Meßkirch und Sauldorf Planungen vorgenommen. Das hier entstehende Gebiet ist von nicht unerheblichem Ausmaß, lokal akzeptiert und sollte Berücksichtigung finden.</p> <p>Wir bitten den Regionalverband daher dieses Gebiet zur Ermöglichung und zum Erreichen des 1,8 % Flächenziels mit aufzunehmen. Zugleich könnten lokal umstrittene Gebiete in anderen Regionen entsprechend in deren Größe verringert werden.</p>	<p>der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.141	1266	<p>Zusammenfassend:</p> <p>Wir bitten um Aufnahme der Windkraft-Gebiete wie aus der kommunalen Rückmeldung geschildert. Ebenfalls bitten wir um Anpassung des Vorranggebiets WEA-437-011 auf die Grenze des ortsgleichen Vorranggebiets auf FNP Ebene somit einer Korrektur der unterlassenen Berücksichtigung des Gegenstromprinzips.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Gemeinde Meckenbeuren				
II.142	1296	Von Seiten der Gemeinde Meckenbeuren werden keine Anregungen und/oder Bedenken zum 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben - Kapitel 4.2 (Teilregionalplan Energie) vorgebracht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Gemeinde Oberteuringen				
II.145	976	wir nehmen Bezug auf unser Schreiben vom 25.04.2024 sowie Ihrem Beteiligungsschreiben vom 02.04.2025.  Flächenkulisse Windenergie WEA-435-003 Wir begrüßen die Verkleinerung des Gebietes.  Vorbehaltsgebiete PV-Anlagen Wir bedanken uns für die Entfernung der Fläche entlang des Brahmsweges aus der Suchraumkarte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.145	977	Des Weiteren möchten wir Sie darüber informieren, dass alle aufgelisteten Flächen in unserem Schreiben vom 25.04.2025 nun als Agri-PV-Anlage geplant sind. Demnach gehen wir davon aus, dass diese mit Inkrafttreten des Teilregionalplanes Energie zulässig werden.  (Auszug Stellungnahme zur 9. Flächennutzungsplanänderung vom Gemeindeverwaltungsverband Markdorf: Regionalverband: A.13.3 Es wird erneut auf PS 3.1.1 Z (4) des Regionalplans verwiesen. Die geplanten Agri-PV-Flächen mit den Flst.-Nrn. 2056, 1102, 1035, 1060, 1065 und 1050 befinden sich alle im Regionalen Grünzug nach PS 3.1.1 und in einem Gebiet mit den regional besten landwirtschaftlichen Standorten. Sofern im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sichergestellt wird, dass die bisherige landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Flächen beibehalten bleibt (d.h. bspw. keine Umwandlung von Dauerkulturen hin zu	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Grünlandnutzung stattfindet) und die landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche durch die Errichtung von Agri-PV-Anlagen nur unwesentlich verkleinert wird, sind aus Sicht des Regionalverbands die Ausnahmevoraussetzungen des PS 3.1.1 Z (4) für diese Flächen als erfüllt anzusehen.)		
RA Baumann / Gemeinde Ostrach				
II.146	987	<p>A. Lokale Überlastung der Gemeinde Ostrach durch erhebliche Flächeninanspruchnahme Auch unter Berücksichtigung der von Seiten der Gemeinde Ostrach im Rahmen der 1. Anhörung abgegebenen Stellungnahme bleibt festzustellen, dass - trotz der gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vorgenommenen Flächenrücknahme - die für die Gemarkung Ostrach vorgesehene Flächeninanspruchnahme durch die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie sowie für Vorbehaltsgebiete Photovoltaik nach wie vor erheblich ist und zu vielfachen Beeinträchtigungen und Beschränkungen für die Gemeinde Ostrach sowie die lokale Bevölkerung führt. Diese großflächige Inanspruchnahme einer einzelnen Kommune ist aus Sicht der Gemeinde Ostrach nicht hinnehmbar. Insoweit ist es zwingend erforderlich, dass auf der Gemarkung Ostrach weitere Flächenreduzierungen erfolgen, um die im Vergleich zu anderen Kommunen völlig ungleich verteilte Belastung auf ein verträgliches Maß zu begrenzen.</p> <p>Nachfolgend wird daher zunächst die aktuelle Situation nach der 1. Anhörung der Öffentlichkeit und den daraus folgenden Veränderungen für die Region BodenseeOberschwaben dargestellt (dazu unter 1.). Daran anschließend wird die verbleibende Flächeninanspruchnahme auf der Gemarkung Ostrach mit dem Planungsziel des Regionalverbandes sowie der anteiligen Flächenverteilung auf Regions- und Landkreisebene in Bezug gesetzt (dazu unter 11.). In diesem Zusammenhang wird weiter herausgearbeitet, dass der Teilregionalplan Energie (insbesondere im Textteil sowie im Umweltbericht) verschiedene Passagen und Vorgaben enthält, die den Planungsträger verpflichten, eine lokale Überlastung von einzelnen Kommunen zu vermeiden und auf eine möglichst gleiche und faire Verteilung zur Bereitstellung der erforderlichen Flächen hinzuwirken (dazu unter III.). Im Anschluss wird die Gesamtbelastung der Gemeinde Ostrach unter Berücksichtigung der Vorgaben des</p>	Es wird auf die nachfolgende Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.146	988	<p>Teilregionalplans Energie bewertet {dazu unter IV.).</p> <p>1. Ausgangssituation nach der 1. Anhörung Nach der 1. Beteiligung der Öffentlichkeit stellt sich die Flächenkulisse in Bezug auf die Bereitstellung von Flächen für Windenergie und Photovoltaik wie folgt dar: Insgesamt hat sich im Zuge der 1. Anhörung die Zahl der Vorranggebiete für die Windenergie von 43 auf 40 reduziert. Von der ursprünglich vorgesehenen Fläche von insgesamt 8.586 ha sind noch 6.770 ha verblieben, was nunmehr 1,9 % der Regionsfläche entspricht (vorher 2,5%). Mindestens 1,8 % gilt es nach den Vorgaben des Bundes- und Landesgesetzgebers zu erreichen. Dabei befinden sich 58 % der Vorranggebiete Windenergie derzeit im Landkreis Sigmaringen, 39 % im Landkreis Ravensburg und lediglich 4 % im Bodenseekreis. Neu umfasst die Summe aller Vorbehaltsgebiete Photovoltaik eine Fläche von ca. 1.870 ha (0,5 %) der Region. Davon liegt wiederum der größte Anteil mit 49 % im Landkreis Sigmaringen, 33 % liegen im Landkreis Ravensburg und 18 % im Bodenseekreis. Das Flächenziel von 0,2 % der Regionsfläche wird damit deutlich übertroffen, sogar das von der Landesregierung in der Begründung zum Klimaschutzgesetz genannte erweiterte Flächenziel von 0,5 % wird erreicht. In der Pressemitteilung zur Umsetzung der Stellungnahmen der 1. Anhörung und zur Ankündigung der 2. Offenlage hebt der Regionalverband BodenseeOberschwaben hervor, dass im Rahmen der Überarbeitung der Flächenkulisse für die zweite Offenlage vor allem einer hohen lokalen Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen Rechnung getragen wurde, indem vereinzelt Siedlungsabstände auf bis zu 1000 m erhöht werden. Der Verbandsdirektor Wolfgang Heine lässt sich dabei wie folgt zitieren: „Wir kommen damit dem Wunsch einiger stark belasteter Kommunen nach höheren Siedlungsabständen entgegen</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.146	989	<p>I. Bezugnahme auf die Gemeinde Ostrach Wie nachfolgend dargelegt wird, trifft die Einschätzung des Verbandsdirektors in Bezug auf die Belastung der Gemeinde Ostrach ersichtlich nicht zu. Die Gemeinde Ostrach hat mit insgesamt 7.140 Einwohnern eine Gemeindefläche von 10.880 ha. 1. Aktuelle Flächenbeanspruchung für Windkraftanlagen Seitens des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben wurden im Rahmen der 1. Offenlage Vorranggebiete für Windkraftanlagen mit einer Fläche von ca. 1.350 ha auf dem Gemeindegebiet vorgesehen. Dies entspricht 12,4 % der Gemeindefläche. Infolge des 1. Anhörungsverfahrens erfolgte eine Flächenrücknahme wie folgt: WEA-437-001 Ostrach West Das Vorranggebiet umfasste ursprünglich eine Fläche von ca. 609 ha und wurde auf 457 ha reduziert. WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach Das Vorranggebiet umfasste ursprünglich eine Fläche ca. 644 ha</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und wurde nach der 1. Anhörung um 7 4 ha auf nunmehr 570 ha reduziert. Insoweit ist darauf hinzuweisen, dass ausweislich der Flächenkulisse Windenergie, Änderungen (mit Planungsstand vom 12. März 2025), welche Gegenstand der 2. Beteiligung ist, die Gesamtfläche nach der Reduzierung mit 584 ha angegeben wird. Geht man davon aus, dass die aktuelle Flächengröße mit 570 ha angegeben werden muss, beträgt die nunmehrige Fläche auf der Gemarkung Ostrach 404 ha. WEA-437-003</p> <p>Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler Das Vorranggebiet umfasste ursprünglich eine Fläche von ca. 94 ha und wurde auf 55 ha reduziert. Das Vorranggebiet WEA-437-004 Krauchenwies-Ostrach mit einer Gesamtfläche von 404 ha, wovon sich eine Teilfläche von ca. 170 ha auf dem Gemeindegebiet Ostrach befand, wurde wegen fehlender Windhöflichkeit gestrichen.</p>		
II.146	990	<p>Daraus ergibt sich nach der im Rahmen der 1. Anhörung überarbeiteten Flächenkulisse eine Gesamtfläche der vorgesehenen Vorranggebiete für Windkraftanlagen von 916 ha, was ca. 8,43 % der Gemeindegebietsfläche entspricht. Dieser Flächenanteil ist aus Sicht der Gemeinde Ostrach nach wie vor erheblich und keinesfalls hinzunehmen. Gerade im Vergleich der Größe des Gemeindegebiets von Ostrach mit dem Gebiet des Landkreises Sigmaringen bzw. der Region BodenseeOberschwaben und den jeweils anfallenden Anteilen zur Bereitstellung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen ergibt sich ein unzumutbares Ungleichgewicht zum Nachteil der Gemeinde Ostrach. Der vorgesehene Flächenanteil am Gemeindegebiet in Höhe von 8,43 % bedeutet, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Ostrach eine Fläche ausgewiesen werden soll, die der 4,5-fachen Fläche der derzeit vorgesehenen Regionsfläche (1,9 %) entspricht. Die Region BodenseeOberschwaben umfasst 350.108 ha. Zur Erfüllung des regionalen Teilflächenziels von 1,8 % der Regionsfläche ist im Teilregionalplan Energie eine Fläche von mind. 6.300 ha für Windenergieanlagen über Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen (Vorranggebiete Windenergie) zu sichern. Nach dem aktuellen Stand der Flächenausweisungen soll die Gemeinde Ostrach einen Anteil von 13,53 % der gesamten Regionsfläche für Vorranggebiete Windkraft tragen, wobei der Flächenanteil der Gemeinde Ostrach an der Gesamtfläche der Region Bodensee-Oberschwaben lediglich 3, 1 % beträgt. Die Gemeinde Ostrach soll einen Anteil von 23,32 % der dem Landkreis Sigmaringen zugewiesenen Fläche bereitstellen, obwohl die Gemeindefläche (10.880 ha) in Relation zur gesamten Landkreisfläche (120.422 ha) nur ca. 9,04 % beträgt. Dies bedeutet, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Ostrach eine Fläche ausgewiesen werden soll, die der 2,5- fachen Fläche des gemeindlichen Anteils an der Landkreisfläche des Landkreises</p>	<p>Das in der Anregung genannte Flächenziel bezieht sich auf die Regionsfläche und nicht auf die Gemarkungsfläche einzelner Gemeinden. Die räumlichen Voraussetzungen für die Nutzung der Windenergie unterscheiden sich zum Teil erheblich. Die Gemarkung der Gemeinde Ostrach ist im Vergleich zur gesamten Region sehr gut geeignet für die Nutzung der Windenergie und hat eine große Gemarkungsfläche.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse B.1 zur Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage verwiesen (Abwägung zu "Forderung nach gerechter Verteilung von Windenergieanlagen (regional ausgewogene Verteilung; keine Überlastung von besonders windhöflichen Flächen und keine Umfassung (Umzingelung) von Siedlungen bzw. Ortslagen; aber auch: keine Belastung nicht vorbelasteter Standorte; keine weitere Belastung bereits vorbelasteter Standorte, keine Überlastung des ländlichen Raums, Kritik daran, dass in einer Stadt oder Gemeinde mehr als 1,8 % der Fläche als VRG Windenergie festgelegt werden; Forderung nach Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips, Städte mehr in die Pflicht nehmen"</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Sigmaringen entspricht. Zudem muss berücksichtigt werden, dass der Landkreis Sigmaringen bereits 58 % der vorgesehenen Flächen für die Region Oberschwaben-Bodensee bereitstellt, sodass sich die erhebliche Flächeninanspruchnahme der Landkreisgemeinde Ostrach auch insoweit auf eindrucksvolle und zugleich nicht nachvollziehbare Weise zeigt.		
II.146	991	<p>2. Aktuelle Flächenbeanspruchung für FFPV-Anlagen Infolge des 1. Anhörungsverfahrens erfolgte eine Flächenrücknahme für Vorbehaltsgebiete Photovoltaik auf der Gemarkung Ostrach wie folgt: FFPV-437-065 Hahnennest Nord (Fläche 5,7 ha): vollständig gestrichen FFPV-437-067 Ochsenbach Nordost (Fläche 25 ha): vollständig gestrichen Insoweit verbleiben noch das Vorbehaltsgebiet FFPV-437-064 Spöck mit einer Fläche von 9 ha (ursprünglich 12,2 ha) und das Vorbehaltsgebiet FFPV-437-066 Hahnennest Süd mit einer Fläche von 19 ha (ursprünglich 21,6 ha). Die vorgesehene Gesamtfläche beträgt damit 28 ha, was einem Anteil von 0,26 % des Gemeindegebiets von Ostrach entspricht. Zudem werden auf dem Gebiet der Gemeinde Ostrach weitere Projekte außerhalb der vorgesehenen Vorbehaltsgebiete realisiert, sodass zusätzlich ca. 4 ha für Nutzung durch Photovoltaik bereitgestellt werden. Insoweit kann auf die Ausführungen in der Stellungnahme der 1. Beteiligung verwiesen werden. Auch insoweit bleibt festzustellen, dass die Gemeinde Ostrach in Bezug auf die Bereitstellung von Flächen für Photovoltaik erheblich über dem Flächenziel der Regionsfläche (0,2 %) liegt.</p>	<p>Das in der Anregung genannte Flächenziel bezieht sich auf die Regionsfläche und nicht auf die Gemarkungsfläche einzelner Gemeinden. Die räumlichen Voraussetzungen für die Nutzung der Photovoltaik auf Freiflächen nach dem Planungskonzept des RVBO zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik unterscheiden sich innerhalb der Region zum Teil erheblich. Die Gemarkung der Gemeinde Ostrach ist im Vergleich zur gesamten Region gut geeignet für die Nutzung der Freiflächen-Photovoltaik und hat eine große Gemarkungsfläche. Darüberhinaus wird darauf hingewiesen, dass bei der Realisierung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Ostrach im größten Teil der Fälle die Planungshoheit bei der Kommune besteht und keine Pflicht zur Realisierung besteht. Darüberhinaus wird das Mindestflächenziel nach KlimaG von 0,2 % der Regionsfläche auf der gesamten Regionsfläche mit 0,5% VBG Photovoltaik im Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie deutlich übertroffen. Zur Begründung s. Begründung zu PS 4.2.3 im Textteil zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie . Die in der Gemeinde Ostrach gelegenen Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sind nicht von der Privilegierung gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB betroffen. Es ist also nach gegenwärtigem Stand davon auszugehen, dass die Gemeinde Ostrach großflächige Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung selbst planen kann oder auch nicht.</p>	Keine Berücksichtigung
II.146	992	<p>III. Vorgaben im Regionalplan für Steuerung der lokalen Belastung</p> <p>Soweit der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben in verschiedenen Dokumenten zur Auswertung der 1. Anhörung sowie zur Vorbereitung der 2. Anhörung</p>	<p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Der RVBO agiert bei der Erarbeitung des Teilregionalplans Energie regionsbezogen, nicht gemeindebezogen. Bei der Betrachtung einer örtlichen Belastung werden Teilräume der Region betrachtet, Gemeindegrenzen und gemarkungsbezogene Belastungen sind dabei von untergeordneter Bedeutung, wurden jedoch, insbesondere</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>betont, dass unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen hinsichtlich einer lokal besonders hohen Belastung von Seiten des Regionalverbands ein Ausgleich geschaffen wurde, trifft dies nur bedingt zu. Eine Würdigung von lokal besonders belasteten Siedlungen bzw. hohen genutzten Einzelgebäuden ist nur insoweit erfolgt, als anhand des Grades der lokalen Belastung in Form des Umzingelungsgrades in Kombination mit der Vorranggebietsgröße vereinzelt eine Erhöhung der Orientierungswerte für die Siedlungsabstände vorgenommen wurde.</p> <p>Allerdings ist nach wie vor nicht berücksichtigt worden, was von Seiten der Gemeinde Ostrach bereits in der Stellungnahme zur 1. Beteiligung vorgebracht wurde: die Gemeinde Ostrach hat eine gemarkungsbezogene Berücksichtigung einer Überlastung durch eine außergewöhnlich hohe Flächeninanspruchnahme einer einzelnen Kommune gefordert.</p> <p>Unabhängig davon, dass auch auf dem Gebiet der Gemeinde Ostrach verschiedene Flächenreduzierungen nach Auswertung der Stellungnahme in der</p> <p>1. Anhörung erfolgten, ist zu berücksichtigen, dass diese Flächenrücknahmen allein deshalb erfolgt sind, da von Seiten des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben die selbst auferlegten Kriterien (insbesondere in Bezug auf Windhöflichkeit, Siedlungsabstand und Natur- und Artenschutz) nicht bzw. nicht ausreichend gewürdigt worden sind. Insoweit ist keine Bevorzugung der Gemeinde Ostrach wegen der erheblichen Flächeninanspruchnahme für Windenergie und Photovoltaik gegenüber anderen Kommunen erfolgt, die im Hinblick auf ihren flächenmäßigen Anteil eine viel geringere Belastung tragen müssen und dennoch in den Genuss von Flächenreduzierungen gekommen sind.</p>	<p>bei der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik im Planungsprozess mit berücksichtigt (s.u.). Der Begriff der "örtlichen" oder "lokalen" Belastung wird im Sinne von "gebietsbezogen", unabhängig von Gemeindegrenzen verwendet.</p> <p>Das Vorgehen des RVBO beim Umgang mit einer örtlich (d.h. gebietsbezogenen) hohen Belastung ist damit nicht zu beanstanden. Gemeindegrenzen sind i.d.R. ein Ergebnis historischer, zufälliger Entwicklungen und die räumlichen Voraussetzungen einzelner Gemeinden für die Nutzung der Wind- und Solarenergie unterscheiden sich z.T. erheblich. Ostrach ist eine Gemeinde mit sehr guter Eignung für die Nutzung der Windenergie und guter Eignung für die Nutzung von Freiflächen-Photovoltaik. Die Gemeinde hat eine sehr große Gemarkung, eine verhältnismäßig geringe Bevölkerungsdichte und wenig Streusiedlungen.</p> <p>Im Planungsprozess wurde eine regionsweite Prüfung der Anteile an Vorbehaltsgebieten Photovoltaik und Vorranggebieten Windenergie pro Gemeinde/Stadt vorgenommen. Darauf nimmt der Umweltbericht auf S. 157-158 (Entwurf 2. Offenlage) Bezug. In wenigen Einzelfällen resultierte eine Reduktion an Vorbehaltsgebieten Photovoltaik, um den Anteil der Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik an der Gemeinde zu reduzieren. Darüber hinaus fanden nach der 1. Offenlage in wenigen Fällen geringfügige Flächenarrondierungen und kleinteilige Optimierungen des Flächenzuschnitts einzelner Gebiete statt.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Von Seiten des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben wurde bislang übersehen, dass die maßgeblichen Unterlagen zur Fortschreibung des Regionalplans vor allem hinsichtlich des Teilregionalplans Energie verschiedene Vorgaben enthalten, welche den Planungsgeber zwingend dazu verpflichten, auch in Bezug auf einzelne Gemarkungen (neben der Berücksichtigung der erhöhten lokalen Belastung von einzelnen Siedlungen oder bewohnten Einzelgebäuden) planerisch zu berücksichtigen, dass lokale Überlastungen vermieden werden und eine gerechte Verteilung der bereitgestellten Flächen auf die verschiedenen Kommunen erfolgen soll.</p> <p>Der Entwurf zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2 des Regionalplans) enthält in Bezug auf die Verhinderung einer gemarkungsbezogenen bzw. lokalen Überlastung sowie einer ausgewogenen und angemessenen räumlichen Verteilung folgende Vorgaben, die vom Plangeber zwingend zu berücksichtigen sind (Hervorhebungen erfolgen jeweils durch den Unterzeichner):</p> <p>1. Teilregionalplan Energie (Textteil), Kapitel 4.2 des Regionalplans</p> <p>In der Begründung zu PS 4.2.1 Windenergie Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen (S. 28) heißt es zunächst wie folgt:</p> <p>„Bei der Abgrenzung der Vorranggebiete kam darüber hinaus dem Prinzip der dezentralen Konzentration und der Vermeidung einer lokalen Überlastung besondere Bedeutung zu.</p> <p>Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(. . .)</p> <p>Darüber hinaus kamen bei einer hohen lokalen Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Vorranggebiete Windenergie höhere Orientierungswerte für die Siedlungsabstände zur Anwendung, um der stärkeren visuellen Wirkung und Lärmwirkung von Windenergieanlagen Rechnung zu tragen. Der Grad der lokalen Belastung wurde anhand des Umzingelungsgrads (ab 120°) und der Größe der Vorranggebiete Windenergie (ab 300 ha) bewertet, jeweils wiederum in einem Abstand von ca. 2, 5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2, 0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden.</p> <p>Je höher der Umzingelungsgrad in Kombination mit der Vorranggebietsgröße ausgeprägt ist, desto mehr wurden die Orientierungswerte für die Siedlungsabstände erhöht (siehe nachfolgende Tab. B 2). In Einzelfällen können die Abstandswerte in Abhängigkeit von der örtlichen Situation abweichen."</p> <p>Noch deutlicher wird das Kriterium der Vermeidung einer gemarkungsbezogenen Überlastung im Rahmen der Erläuterung der Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie (PS 4.2.1 Z (1 )),</p> <p>S. 166: Räumliche Verteilung. Hier heißt es wie folgt:</p> <p>„Flächen sind dann besonders für die Festlegung als Vorranggebiete Windenergie geeignet, wenn sie dem planerischen Konzept einer dezentralen Konzentration sowie einer ausgewogenen räumlichen Verteilung unter Vermeidung lokaler Überlastungen in der Region folgen. Demnach soll der Bau und Betrieb von regionalbedeutsamen Windenergieanlagen hinsichtlich einer Lastenverteilung soweit möglich und unter Berücksichtigung der jeweiligen Standortvoraussetzungen angemessen über die Region verteilt werden."</p> <p>Aus der positiven Beurteilung für die besondere Eignung der Flächen ergibt sich im Umkehrschluss in negativer Hinsicht, dass Flächen dann für die Festlegung als Vorranggebiete Windenergie ungeeignet sind,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wenn sie dem planerischen Konzept einer dezentralen Konzentration sowie einer ausgewogenen räumlichen Verteilung unter Vermeidung lokaler Überlastungen in der Region nicht entsprechen. Der positiven Vorgabe, wonach der Bau und Betrieb von regionalbedeutsamen Windenergieanlagen hinsichtlich einer Lastenverteilung soweit möglich und unter Berücksichtigung der jeweiligen Standortvoraussetzungen angemessen über die Region verteilt werden soll, wird in diesen Fällen - wie auch vorliegend - nicht entsprochen.</p> <p>Im Rahmen der Überarbeitung nach der 1. Beteiligung wurde bezüglich der „Wirkung“ EF (= Einzelfallprüfung) ergänzt, welche vorliegend aber noch nicht erfolgt ist. Auch in der Begründung zu PS 4.3 (S. 48) in Bezug auf Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik wird das Kriterium einer markungsbezogenen Verhältnismäßigkeit der in Anspruch genommenen Flächen im Vergleich zum Gesamtgebiet verankert. Hier heißt es wie folgt:</p> <p>„Bei der Abgrenzung der Vorbehaltsgebiete kam darüber hinaus der Vermeidung einer örtlichen Überlastung, insbesondere von Siedlungsgebieten und wohngenutzten Einzelgebäuden sowie dem Prinzip der dezentralen Konzentration besondere Bedeutung zu. Um eine lokale Überlastung zu vermeiden, wurden bei einer Häufung von Eignungsflächen in einem eng begrenzten Raum nur die am besten geeigneten Gebiete mit den geringsten Konflikten ausgewählt. Darüber hinaus führte im weiteren Planungsprozess die Vermeidung einer Kumulationswirkung von örtlichen Belastungen zu einer Reduktion der Flächenkulisse. Kumulative Wirkungen ergaben sich beispielsweise bei einer lokalen Häufung von planerischen Festlegungen zu den Themen Windenergie, Solarenergie, Rohstoffabbau und Gewerbeflächen.</p> <p>Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Freiflächen-Photovoltaikanlagen in großen Vorbehaltsgebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten.“</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>In der Erläuterung der Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik (PS4.2.3 G (1)), S. 197: Räumliche Verteilung, wird im Gleichlauf zu der Erläuterung in Bezug auf die Vorranggebiete für Windkraftanlagen</p> <p>zudem herausgestellt, dass auch in Bezug auf Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik eine ausgewogene räumliche Verteilung unter Vermeidung lokaler Überlastungen in der Region erfolgen muss und demnach die Lastenverteilung angemessen sein muss.</p> <p>2. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie</p> <p>Auch der Umweltbericht zum Teilregionalplan enthält an zentralen Stellen</p> <p>für den Planungsgeber die Vorgabe, dass eine lokale Überlastung verhindert werden muss und eine angemessene Verteilung innerhalb der Region zu erfolgen hat. Im Einzelnen ist - auszugsweise - auf folgende Passagen hinzuweisen:</p> <p>a) Raumordnerische Gesamtbewertung</p> <p>Im Rahmen der vertieften Prüfung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Vorranggebiete Windenergie und der anschließenden raum ordnerischen Gesamtbewertung (S. 78) wird erwähnt, „dass die raumordnerische Gesamtbewertung auf den Ergebnissen der Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfung und den Möglichkeiten zur Vermeidung, Minimierung und Kompensation beruht. Zudem flossen weitere Kriterien, wie die Windleistungsdichte am Standort, die Gefahr lokaler Überlastungen und das Prinzip der dezentralen Konzentration, ein.“</p> <p>Weiter heißt es auf S. 78 des Umweltberichts wie folgt:</p> <p>„Zudem fand das Prinzip der dezentralen Konzentration Anwendung. Dieses basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten.“</p> <p>Gleichlautende Formulierungen finden sich im Rahmen der vertieften</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.146	993	<p>Prüfung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik und der insoweit vorgenommenen raumordnerischen Gesamtbewertung (S. 101)</p> <p>b) Kumulative Wirkungen und Wechselwirkungen</p> <p>Zudem wird im Planungskonzept zumindest grundsätzlich richtig vorangestellt, dass kumulative Wirkungen von verschiedenen Einflussfaktoren sowie Wechselwirkungen zwischen der Flächenausweisung und den vorhandenen bzw. hinzukommenden Einflussfaktoren zu berücksichtigen sind. Hierbei heißt es auf Seite 155 wie folgt:</p> <p>„Das Planungskonzept (Flächenauswahlprozess) und die Gesamtabwägung aller Festlegungen des Teilregionalplans Energie inkl. der kumulativen Wirkungen und Wechselwirkungen sollen die Planung bestmöglich auf die geeignetsten Flächen lenken. Ziel war es, dass möglichst viele Teilräume in der Region mit entsprechender Eignung einen Beitrag zum Erreichen der Flächenziele für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik leisten. Innerhalb der Teilräume sollen die Vorranggebiete Windenergie und die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik auf die konfliktärmsten Bereiche konzentriert werden, um u.a. schädliche Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter weitgehend zu minimieren. Bei der Abgrenzung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete kam darüber hinaus der Vermeidung einer örtlichen Überlastung und dem Prinzip der dezentralen Konzentration besondere Bedeutung zu (s. Kap. 6.2.6 und 7.2.6).</p> <p>Um eine lokale Überlastung zu vermeiden, wurden bei einer Häufung von Eignungsflächen in einem eng begrenzten Raum nur die am besten geeigneten Gebiete mit den geringsten Konflikten ausgewählt.</p> <p>Darüber hinaus führte im weiteren Planungsprozess, wo möglich, die Vermeidung bzw. Minimierung negativer kumulativer Wirkungen örtlicher Belastungen zu einer Reduktion der Flächenkulissee. Kumulative Wirkungen ergaben sich beispielsweise bei einer lokalen Häufung von planerischen Festlegungen bzw. bestehenden Nutzungen zu den Themen Windenergie, Solarenergie, Rohstoffabbau, Industrie- und Gewerbeflächen sowie Verkehrswegen.“</p>	<p>Zur Anregung, das Vorhandensein von kumulativen Belastungen sei bereits ein Kriterium der Flächenauswahl im Rahmen der Regionalplanung: Die Aussage ist grundsätzlich richtig. Darum wurde das Vorhandensein kumulativer Belastungen im Planungsprozess berücksichtigt (siehe Begründung und Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Im Falle von Ostrach hat die Betrachtung der kumulativen Belastung durch VRG Windenergie, VBG Photovoltaik, Rohstoffabbau und Industrie- / Gewerbegebieten in der Abwägung nicht zu einer Reduktion der Vorranggebiete Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiete Photovoltaik geführt.</p> <p>Gründe dafür waren: die kumulativen Belastungen werden als vertretbar erachtet. Sie treten z.T. lokal und kleinräumig auf und die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie ist nach dem Planungskonzept des Regionalverbands erforderlich, weil es sich um die regional gesehen am besten geeigneten Flächen mit den wenigsten Konflikten handelt. Es wird bezüglich der Begründung auf die Ausführungen zu diesem Sachverhalt im Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss, Kap. 9.2, verwiesen. Unabhängig von der regionalplanerischen Ausweisung erfolgt eine Betrachtung kumulativer Lärmbelastungen im Genehmigungsverfahren.</p> <p>Zum Hinweis, dass kumulative Wirkungen von Lärmemissionen im nachgelagerten Verfahren geprüft werden müssen: Der RVBO hält an dieser Aussage fest. Die Lärmemissionen, die von WEA ausgehen, sind stark abhängig von Bauart, Höhe, Lage, räumliche Nähe zu anderen Lärmquellen und Anzahl der WEA. Zu all diesen Punkten trifft der Teilregionalplan Energie keine Aussagen. Die weitere Prüfung des Sachverhalts muss daher im nachgelagerten Zulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) stattfinden, wenn Standorte, Größe, Bauweise und Anlagentyp bekannt sind.</p> <p>Zur Einsehbarkeit von Rohstoffabbau: Auch Rohstoffabbau auf Freiflächen ist i.d.R. nicht so weiträumig einsehbar wie es Windenergieanlagen sind. Allerdings war dieser</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Hinsichtlich einer Kumulation von Rohstoffabbau und Windenergie wird im Planungskonzept zudem eingeräumt, dass sich durch die Nähe von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau und die Sicherung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe sowie bestehender Rohstoffabbaugebiete zu Vorranggebieten Windenergie kumulative Wirkungen ergeben können. Hierbei werden die vorgesehenen Vorranggebiete östlich von Ostrach (Vorranggebiete Windenergie WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach und WEA-437-003 Hoßkirch - Ostrach Tafertsweiler) ausdrücklich genannt (S. 156).</p> <p>Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass sich insbesondere kumulative betriebsbedingte Lärmimmissionen von Windenergieanlagen und Rohstoffabbau ergeben können.</p> <p>Soweit hier im Umweltbericht darauf hingewiesen wird, dass diese kumulativen Wirkungen im Rahmen des Zulassungsverfahrens auf Grundlage der gesetzlichen Rahmenbedingungen (TA Lärm) zu prüfen seien, wird allerdings verkannt, dass das Vorhandensein von kumulativen Beeinträchtigungen in Form von Lärmimmissionen durch vorhandenen oder geplanten Rohstoffabbau und vorhandene oder geplante Windenergieanlagen bereits ein Kriterium der Flächenauswahl im Rahmen der Regionalplanung sind und somit - in Abgrenzung zu potentiellen Flächen für Windenergieanlagen, wo solche kumulative Beeinträchtigungen nicht bestehen - bereits auf Ebene der Regionalplanung eine Reduzierung bzw. Streichung der Fläche erfolgen kann.</p> <p>Weiterhin wird im Planungskonzept des Regionalverbandes BodenseeOberschwaben zutreffend erkannt, dass negative kumulative Wirkungen auch in Bezug auf die vorhandene Vorbelastung und die Beeinträchtigung des Landschaftsbilds sowie die Erholungsfunktion der Landschaft vorliegen können.</p> <p>Soweit im Textentwurf ausgeführt wird, dass Windenergieanlagen das Landschaftsbild deutlich mehr als der Rohstoffabbau prägen</p>	<p>Sachverhalt im Umweltbericht tatsächlich nicht ausreichend klar erläutert. Diesbezüglich wurde daher der Umweltbericht angepasst. Ebenso wurde eine Ergänzung bezüglich des Nahbereichs ergänzt. Diese Ergänzungen führen aber in der Gesamtabwägung nicht dazu, dass die VRG Windenergie des 2. Anhörungsentwurfs in Ostrach weiter reduziert werden müssen, da der Belang der Nutzung der Windenergie höher gewichtet wird als diese kumulativen Belastungen (§ 2 EEG). Auch wenn es kumulative Belastungen gibt, liegt aus Sicht des RVBO keine übermäßig hohe Belastung vor, die eine Reduktion von Vorranggebieten Windenergie erforderlich machen würde.</p> <p>Eine Betrachtung der kumulierenden Beeinträchtigungen des zeitgleichen und räumlich nahe beieinander liegenden Rohstoffabbaus mit der Nutzung der Windenergie wurde im Planungsprozess (Begründung) und im Umweltbericht vorgenommen. Das Erfordernis, die Abgrenzung der VRG Windenergie deswegen weiter zu reduzieren, ergibt sich aus Sicht des RVBO aus den o.g. Gründen daraus jedoch nicht. Dafür ist die kumulative Belastung nicht ausgeprägt genug.</p> <p>Es wird zudem nachrichtlich auf die Rücknahmen von Teilflächen der VRG Windenergie in Ostrach verwiesen. Diese sind umfangreicher als in vielen anderen Teilräumen der Region, z.B. im Altdorfer Wald.</p> <p>Abgrenzung der von kumulativen Belastungen betroffenen Flächen im Vergleich zu Flächen, wo eine solche kumulative Belastung nicht vorliegt: Die kumulativen Belastungen wurden im Umweltbericht abgeprüft, dadurch findet eine Abgrenzung zu Teilgebieten ohne kumulative Belastung statt. Entscheidend für die Abwägung ist aber nicht, dass es andere Gebiete ohne kumulative Belastung gibt, sondern die Frage, ob Ostrach durch die kumulativen Belastungen überbelastet ist, und dies ist zu verneinen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>würden, da Rohstoffabbau vor allem im Wald kaum einsehbar sei und Windkraftanlagen demgegenüber über mehrere Kilometer zu sehen sind, ist dies nur teilweise schlüssig. Zum einen ist zu berücksichtigen, dass Rohstoffabbau - vor allem unter Bezugnahme auf die örtlichen Verhältnisse in der Gemarkung Ostrach - auch auf Freiflächen und auf Flächen erfolgt, welche nicht vollständig von Waldflächen umgeben sind. Zudem geht es im Rahmen der Bewertung von kumulierenden Wirkungen um eine Gesamtabwägung von lokalen Einflüssen auf die Landschaft und die Erholungsfunktion der Landschaft, sodass auch die Wahrnehmbarkeit im Nahbereich (aktueller Rohstoffabbau in Kombination mit in Betrieb genommenen Windkraftanlagen) in die Bewertung mit einfließen muss.</p> <p>Soweit weiterhin erwähnt wird, dass beim Rohstoffabbau auch immer eine Rekultivierung erfolgt, mag dies zutreffend sein. Allerdings ist der Abbau von Rohstoffen sowie der Abschluss der Rekultivierung mit erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds sowie der Erholungsfunktion der Landschaft über einen Zeitraum von nicht selten 15-20 Jahren verbunden. Unter Berücksichtigung, dass die Laufzeiten von Windkraftanlagen sich in ähnlichen Zeiträumen bewegen, ist es zwingend erforderlich, die kumulierende Beeinträchtigung auch im Rahmen der Flächenausweisung (wiederum in Abgrenzung zu Flächen, in welchen eine solche kumulierende Beeinträchtigung nicht vorliegt) vorzunehmen.</p> <p>Auch in Bezug auf eine Kumulation von Windenergie bzw. Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Industrie- sowie Gewerbegebieten wird im Umweltbericht wieder zutreffend auf die - nach Einschätzung des Regionalverbandes einzig nennenswerte Kumulation dieser Art - im Bereich der Vorranggebiete WEA-437-002 Hoßkirch - Ostrach und WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler (Kumulation mit dem Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe Königsegg in Ostrach) verwiesen (S. 158).</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Im Umweltbericht wird zutreffend herausgearbeitet, dass sich negative kumulative Wirkungen aus der Belastung für das Schutzgut Mensch (subjektives Empfinden von Landschaftsbild, Naherholungsfunktion, bei räumlicher Nähe von Windenergieanlagen und Industriebetrieben ggf. Lärmimmissionen) ergeben.		
II.146	994	<p>3. Zwischenfazit</p> <p>Anhand der aufgezeigten Vorgaben im Teilregionalplan Energie ergibt sich, dass der Planungsgeber verpflichtet ist, neben der lokal hohen Belastung von einzelnen Siedlungen und bewohnten Gebäuden auch eine gemarkungsbezogene Betrachtung der Lastenverteilung vorzunehmen.</p> <p>Das sich hieraus ergebende Kriterium der Vermeidung einer gemarkungsbezogenen Überlastung ist insbesondere in dem Kriterium der räumlichen Verteilung, welches im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie enthalten ist, angelegt.</p> <p>Ausweislich der hierzu ergangenen Erläuterung (PS 4.2.1 Z (1)), S. 166, ist der Planungsgeber verpflichtet, in die Bewertung der Eignung von Vorranggebieten für Windenergie mit einfließen zu lassen, inwiefern diese zum einen dem planerischen Konzept einer dezentralen Konzentration und zum anderen einer ausgewogenen räumlichen Verteilung unter Vermeidung lokaler Überlastungen in der Region entsprechen.</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur BE ID 992 verwiesen.</p> <p>Die Vorranggebiete Windenergie in Ostrach des 2. Anhörungsentwurfs entsprechen sowohl dem planerischen Konzept der dezentralen Konzentration als auch dem Konzept einer möglichst gleichräumigen Verteilung. Dies zeigt die Tatsache, dass nicht alle Vorranggebiete Windenergie auf einen oder zwei Teilräume in der Region konzentriert sind, sondern es, je nach Eignung und Konfliktlage, mehrere Teilräume mit einer vergleichsweise hohen Fläche an Vorranggebieten Windenergie gibt. Dadurch ist das in der Begründung zu PS 4.2.1 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie erläuterte Konzept der dezentralen Konzentration eingehalten.</p> <p>Eine komplett gleichräumige Verteilung ist aufgrund der ungleichen Verteilung der Eignungs- und Konfliktkriterien in der Region nicht möglich. Innerhalb der konfliktarmen Gebiete mit einer hohen Eignung für die Windenergie hat der RVBO diesem Ziel aber im Rahmen der raumstrukturellen Möglichkeiten Rechnung getragen. Die Umsetzung des Prinzips der dezentralen Konzentration und einer möglichst gleichräumigen Verteilung zeigt sich z.B. darin, dass es in der Region mehrere Gebiete mit relativ großen Vorranggebieten Windenergie gibt (z.B. im Bereich Aichstetten, Altdorfer Wald, Laucherttal und Ostrach) und keine Konzentration auf nur ein oder zwei Teilräume stattfand. Dies wird in der Begründung zu PS 4.2.1 auch so erläutert. Die VRG Windenergie in Ostrach entsprechen diesen planerischen Grundsätzen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.146	995	<p>IV. Bewertung der Gesamtbelastung der Gemeinde Ostrach unter Berücksichtigung der Vorgaben des Teilregionalplans Energie sowie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Unter Berücksichtigung der aktuellen Flächenausweisungen für die Gemeinde Ostrach in Bezug auf Vorranggebiete für Windenergieanlagen und</p>	<p>Von einer gerechten Verteilung, wie in der Anregung behauptet, ist weder im Textteil des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie noch im Kriterienkatalog die Rede. Es wird lediglich von einer ausgewogenen Verteilung gesprochen (im Textteil) bzw. von "räumlicher Verteilung" (Kriterienkatalog). Ein Kriterium "gerechte räumliche Verteilung" gibt es nicht. Ansonsten wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen. Die Notwendigkeit, eine gemarkungsbezogene Bewertung nachzuholen, besteht</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>die Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik sowie der herausgearbeiteten Vorgaben des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben bleibt festzuhalten, dass nach wie vor eine erhebliche Überbelastung der Gemeinde Ostrach vorliegt, welche im Widerspruch zu dem genannten Kriterium einer gemarkungsbezogenen Verhinderung einer Überlastung steht.</p> <p>Dazu im Einzelnen:</p> <p>1. Allein gemarkungsbezogene Betrachtung führt zu unverhältnismäßiger und unausgewogener Flächeninanspruchnahme</p> <p>Wie oben bereits dargelegt wurde, beträgt die in Anspruch genommene Gemeindefläche von Ostrach auch nach Überarbeitung der Flächenkulisse für Vorranggebiete für Windkraftanlagen 8,43 % sowie 0,26 % für Vorbehaltsgebiete Photovoltaik. Insbesondere in Bezug auf den Anteil für Windkraftanlagen trägt die Gemeinde Ostrach einen um das 4,5-fache höheren Anteil im Vergleich zur derzeit ausgewiesenen Fläche für die Region (1,9 %). Das Kriterium der gerechten räumlichen Verteilung, welches Gegenstand des Kriterienkatalogs ist und insoweit vom Regionalverband zu beachten ist, wird insoweit offensichtlich nicht berücksichtigt.</p> <p>Soweit der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben an verschiedenen Stellen betont, dass der aufgestellte Kriterienkatalog im Sinne einer einheitlichen Bewertung zu berücksichtigen ist, führt dies zwangsläufig dazu, dass auch das Kriterium der gerechten räumlichen Verteilung für die insoweit maßgeblich benachteiligte Gemeinde Ostrach anzuwenden ist. Für eine zusätzliche Reduzierung der Flächen (insbesondere in Bezug auf den erheblichen Anteil von Flächen für Windenergie) bedarf es</p>	<p>nicht. Ausgewogen bedeutet gemäß digitalem Wörterbuch der Deutschen Sprache "sorgfältig aufeinander abgestimmt, ausgeglichen", während gerecht "nach dem Recht oder Rechtsempfinden urteilend, handelnd" bedeuten kann. Die Adjektive sind mitnichten bedeutungsgleich.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>daher keiner Änderung des Kriterienkatalogs; eine Reduzierung aus Gründen einer gerechten Aufteilung und der Verhinderung einer lokalen Belastung ist im Kriterienkatalog bereits angelegt. Die von der Gemeinde Ostrach geforderte gemarkungsbezogene Bewertung ist daher nachzuholen.</p>		
II.146	996	<p>2. Negative Auswirkungen der erheblichen Flächeninanspruchnahme</p> <p>Infolge der erheblichen Flächeninanspruchnahme für Windenergieanlagen und Photovoltaikanlagen ergeben sich negative Folgen für die Entwicklungsfähigkeit der einzelnen Ortschaften, der Wohnverhältnisse in den einzelnen Ortschaften, auf das Landschaftsbild sowie auf die Erholungsfunktion der Landschaft.</p> <p>Auch insoweit ist zu berücksichtigen, dass die Bewertung von einzelnen Vorranggebieten innerhalb der Gemarkung ersichtlich zu kurz greift und - stattdessen - aufgrund der übermäßigen Flächeninanspruchnahme für die Gemeinde Ostrach eine gesamtheitliche Beurteilung der Beeinträchtigungen ausgehend von sämtlichen Flächen für Windenergie und Photovoltaik vorzunehmen ist.</p> <p>Hierbei ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass die Vorranggebiete WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach und WEA-437-003 HoßkirchOstrach-Tafertsweiler unmittelbar aneinandergrenzen und sowohl Auswirkungen auf die Ortslagen von Ostrach, Tafertsweiler, Wirnsweiler, Unterweiler und Bachhaupten haben.</p> <p>Weiterhin hat das Vorranggebiet WEA-437-001 Ostrach West erhebliche Auswirkungen auf die Ortslage von Ostrach, Magenbuch und Kalkreute. Diese Auswirkungen betreffen zum einen die Entwicklungsfähigkeit von</p>	<p>Zur Entwicklungsfähigkeit der genannten Ortschaften: Im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie werden wohngenutzte Gebäude und Bauflächen/-gebiete im Flächennutzungsplan bzw. im Flächennutzungsplanverfahren befindliche Bauflächen/-gebiete mit Vorsorgeabständen als Ausschluss- und Konfliktkriterien festgelegt. Im Flächennutzungsplan ist gem. § 5 Abs. 1 BauGB für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen. Insofern berücksichtigt der Regionalverband in seinem Planungskonzept die beabsichtigte künftige Entwicklung der Gemeinden. Informelle Planungen zu Entwicklungsflächen können gem. Kriterienkatalog keine Berücksichtigung finden.</p> <p>Ein Erfordernis, die in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie zur Ermöglichung einer künftigen Siedlungsentwicklung, die noch nicht im FNP dargestellt wird, in der in der Anregung genannten Ortschaft zu reduzieren, besteht aus Sicht des Regionalverbands nicht. Dies liegt neben dem oben vorgebrachten Argument daran, dass einerseits ausreichend anderweitige Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen und darüber hinaus gemäß PS 2.4.0 Z (2) des Regionalplans die Flächeninanspruchnahme durch die Aktivierung innerörtlicher Potenziale (Baulücken / Nachverdichtung, Brach- / Konversionsflächen, Flächenrecycling) sowie durch eine flächeneffiziente Nutzung und angemessen verdichtete Bauweise zu verringern ist. Andererseits wird auch aufgrund des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (überragendes öffentliches Interesse erneuerbarer Energien, Gewichtungsvorrang) in den in der Anregung genannten Fällen der Belang des Ausbaus der Windenergie höher gewichtet als der Belang einer künftigen Außenentwicklung der in der Anregung genannten</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>einzelnen Ortschaften, zum anderen aber auch die immissionsbedingten Beeinträchtigungen (Lärm und Schatten) sowie die negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild und die Erholungsfunktion der Landschaft. Hinzu kommt, dass bereits vorhandene Beeinträchtigungen durch bestehende Gewerbebetriebe sowie großflächigen Rohstoffabbau vorliegen, welche insbesondere die Wohnbevölkerung bzw. die Erholungsfunktion betreffen.</p> <p>Soweit im Rahmen des Textteils sowie des Umweltberichts verschiedentlich darauf hingewiesen wird, dass einzelne Konflikte (in Bezug auf kumulierende Wirkungen durch Lärm) im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren gelöst werden könnten und die Entwicklungsfähigkeit der einzelnen Ortsteile sichergestellt sei, da durch die Möglichkeit der insoweit gewünschten Nachverdichtung ausreichend Möglichkeiten bestehen würden, wird wiederum das Kriterium der markungsbezogenen Gesamtbelastung verkannt.</p> <p>Insbesondere die Gemeinde Ostrach ist durch das westlich angrenzende Vorranggebiet WEA-437-001 Ostrach West, die östlich angrenzenden Vorranggebiete WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach und WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler, den nördlich der Ortslage prägenden Rohstoffabbau sowie eine aus naturschutzrechtlichen Gründen nicht mögliche Erweiterung nach Süden erheblich in ihrer Entwicklungsfähigkeit eingeschränkt. Gleiches gilt für einzelne Ortsteile wie Magenbuch und Tafertsweiler.</p> <p>Es ist bezeichnend, dass die Gemeinde Ostrach bzw. deren Ortsteile im Rahmen der kumulierenden Wirkungen von vorhandenen Nutzungen in Bezug auf Gewerbe und Rohstoffabbau mit der vorgesehenen Nutzung für Vorranggebiete für Windkraftanlagen und Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik als Beispiele genannt werden (siehe oben), es aber in der Konsequenz nach den derzeitigen Vorstellungen der Verbandsversammlung bei dieser erheblichen Flächeninanspruchnahme verbleiben soll.</p>	<p>Ortschaften in Richtung des in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie über die Darstellung im FNP hinaus. Weitere Erläuterungen hierzu finden sich in der Begründung zu Plansatz 4.2.1 sowie im Kriterienkatalog sowie den Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Zu den immissionsbedingten Beeinträchtigungen: Diese sind im Planungskonzept, in der Umweltprüfung und im Rahmen der Abwägung nach der 1. Offenlage für die regionale Planungsebene ausreichend berücksichtigt. Es wird auf die Planunterlagen und die Synopse zur 1. Offenlage verwiesen. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Bezüglich kumulativer Wirkungen und dem Kriterium der markungsbezogenen Gesamtbelastung und dem Verbleib der Vorranggebiete Windenergie in Ostrach in der Flächenkulisse wird auf die vorangegangene Abwägung dieser Stellungnahme verwiesen.</p> <p>Zu den Auswirkungen aufs Landschaftsbild und die Erholungsfunktion der Landschaft wird sowohl auf die Anlage B.4 zur Synopse zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie verwiesen als auch, bezüglich kumulativer Wirkungen auf Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft, auf die vorangegangene Abwägung.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.146	997	<p>3. Vergleich der kumulativen Belastungen in Bezug auf Kommunen mit hoher relativer Betroffenheit hinsichtlich der Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen</p> <p>Um der von Seiten der Gemeinde Ostrach unter Berücksichtigung der genannten Passagen des Planungskonzepts geforderten Prüfung einer gemarkungsbezogenen Belastung gerecht zu werden, ist es weiterhin erforderlich, die Kommunen mit der höchsten relativen Betroffenheit hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme für Vorranggebiete für Windkraftanlagen miteinander in Beziehung zu setzen.</p> <p>Eine gemarkungsbezogene Betrachtung impliziert daher, dass neben der anteiligen Inanspruchnahme der Gemeindefläche für Vorranggebiete für Windkraft auch in die Betrachtung mit einzustellen ist, inwieweit diese Kommunen durch anderweitige Belastungen betroffen sind. Laut dem Planungskonzept des Regionalverbandes sind dabei insbesondere die kumulativen Belastungen durch Rohstoffabbau sowie durch die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zu berücksichtigen.</p> <p>a) Gemeinden mit hohem Anteil an Flächen für Vorranggebiete Wind unter Berücksichtigung der Gemeindefläche</p> <p>Nachfolgend werden zunächst diejenigen Kommunen aufgelistet, die in Abhängigkeit der Größe ihrer Gemeindefläche den größten Anteil für Vorranggebiete Wind zur Verfügung stellen sollen.</p> <p>Tabelle in der Anlage!</p> <p>Unabhängig davon, dass es - wie aus der Tabelle ersichtlich - wenige Kommunen gibt, die in Bezug auf die anteilige Inanspruchnahme der Gemeindefläche für Vorranggebiete Windkraft eine höhere Belastung als die Gemeinde Ostrach haben, ist auch insoweit zu berücksichtigen,</p>	<p>Die Ausführungen zum interkommunalen Vergleich werden zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Tatsache, dass eine gemarkungsbezogene Prüfung im Planungsprozess stattgefunden hat, die Flächenziele für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik sich auf die ganze Region beziehen und kumulative Belastungen in der Begründung und im Umweltbericht bereits abgehandelt und damit abgewogen wurden, sowie aus den vorangegangenen Abwägungen ergibt sich kein Erfordernis, auf Basis dieser Anregung die Vorranggebiete Windenergie bzw. die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in Ostrach zu reduzieren.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dass der im Vergleich zu anderen Kommunen geringere Prozentsatz auf die Größe des Gemeindegebiets von Ostrach zurückzuführen ist.</p> <p>In die Betrachtung ist daher nicht nur der Flächenanteil des Gemeindegebiets, der für Vorranggebiete für Windkraftanlagen bereitgestellt werden soll, sondern auch der gemeindliche Anteil an der insgesamt für Windkraft innerhalb der Region bereitgestellten Fläche mit einzustellen. Hierbei muss auch das Verhältnis der Gemeindefläche zu der Gesamtfläche der Region Bodensee-Oberschwaben Berücksichtigung finden .</p> <p>Nach dem aktuellen Stand der Flächenausweisungen soll die Gemeinde Ostrach einen Anteil von 13,53 % der gesamten Regionsfläche tragen, wobei der Flächenanteil der Gemeinde Ostrach an der Gesamtfläche der Region Bodensee-Oberschwaben - wie oben bereits erwähnt - lediglich 3, 1 % beträgt.</p> <p>Aus der untenstehenden Tabelle wird ersichtlich, dass der Flächenanteil der Gemeinde Ostrach in Bezug auf die ausgewiesene Gesamtkulisse für Windkraftanlagen der Region Bodensee-Oberschwaben nahezu der doppelten Fläche im Vergleich zu den bereits mit einem Anteil von knapp 8 % an der Gesamtfläche belasteten Gemeinden Gammertingen und Bingen entspricht.</p> <p>Tabelle in der Anlage!</p> <p>Zudem ergibt sich eine gemarkungsbezogene Überlastung der Gemeinde Ostrach auch im Rahmen der Betrachtung von Kommunen, die eine ähnlich große Gemeindefläche wie die Gemeinde Ostrach haben.</p> <p>Hier ist beispielsweise auf die Gemeinde Bad Waldsee hinzuweisen, die mit 10.847 ha Gemeindefläche nahezu dem Gemeindegebiet von Ostrach</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(10.880 ha) entspricht, aber nur 4,27 % (464 ha) der Gemeindefläche für Vorranggebiete Windkraftanlagen bereitstellen soll. Insoweit ist die Flächeninanspruchnahme auf der Gemarkung Ostrach doppelt so hoch.</p> <p>Noch deutlicher wird die gemarkungsbezogene Überlastung von Ostrach im Rahmen einer Bezugnahme zu den Gemeinden Bad Saulgau (Gemeindefläche: 9.726 ha, Fläche für Vorranggebiete Wind: 264 ha, Anteil an Gemeindefläche: 2,71 %) und Pfullendorf (Gemeindefläche: 9.043 ha, Fläche für Vorranggebiete Wind: 195 ha, Anteil an Gemeindefläche: 2,16 %).</p> <p>Im Vergleich zu diesen Kommunen soll die Gemeinde Ostrach eine Fläche für Windkraft bereitstellen, die dem drei- bzw. vierfachen Anteil von Kommunen spricht, die in Bezug auf die Gesamtfläche mit Ostrach vergleichbar sind. Insoweit ist zu beachten, dass damit auch die dreibzw. vierfache Anzahl an Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet verbunden ist.</p>		
II.146	998	<p>b) Kumulierende Belastung der Gemeinden mit hohem Anteil an Flächen für Vorranggebiete Wind hinsichtlich anderer Nutzungen des Gemeindegebiets</p> <p>Nachfolgend wird weiterhin dargestellt, wie diejenigen Kommunen, die einen hohen Anteil an Flächen für Vorranggebiete Wind bereitstellen sollen, durch Flächen für Rohstoffabbau und deren Sicherung sowie durch Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in kumulierende Weise belastet werden.</p> <p>Wie oben bereits erwähnt, erfordert die gemarkungsbezogene Prüfung einer Überlastung ausweislich des Planungskonzepts des Planungsgebers eine gesamtheitliche Betrachtung.</p> <p>aa) Gebiete für den Abbau und zur Sicherung oberflächennaher Rohstoffe</p>	<p>Wie bei den Vorranggebieten Windenergie ist es beim Rohstoffabbau so, dass die für den Rohstoffabbau geeigneten Flächen mit wenig Konflikten in der Region nicht gleichverteilt sind, sondern von den räumlichen Gegebenheiten abhängen. Im Falle von Ostrach ist es so, dass eine hohe Eignung und geringe Konflikintensität sowohl bezüglich der Nutzung der Windenergie als auch des Rohstoffabbaus vorliegt. Diese Kumulation wurde im Umweltbericht abgehandelt und damit in die Abwägung eingestellt, diesbezüglich sei auf die vorangegangenen Abwägungen verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Hinsichtlich einer Kumulation von Rohstoffabbau und Windenergie wird im Textteil zum Teilregionalplan Energie (S. 28) erwähnt, dass solche kumulierenden Wirkungen im Planungsprozess berücksichtigt worden seien.</p> <p>Unabhängig davon, dass diese Einschätzung nach Auffassung der Gemeinde Ostrach nicht zutreffend ist, ist jedenfalls festzuhalten, dass es dem selbst gegebenen Planungskonzept des Regionalverbandes entspricht, dass eine Überlastung durch kumulierende Wirkungen von Rohstoffabbau und Windenergie unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Situation im Einzelfall verhindert werden soll.</p> <p>{1) Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher mineralischer Rohstoffe</p> <p>Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass in den maßgeblichen Planungsunterlagen eine diesbezügliche Bewertung bzw. Aufstellung der kumulierenden Betroffenheiten derjenigen Kommunen, die bereits große Flächen des Gemeindegebiets für Vorranggebiete für Windkraftanlagen bereitstellen sollen, und den markungsbezogenen raumordnerischen Festlegungen für Rohstoffabbau nicht vorgenommen wurde.</p> <p>Gemäß dem Regionalplan Bodensee-Oberschwaben in der Fassung vom 24. November 2023 sind in Bezug auf diejenigen Kommunen, welche in Bezug auf die geplante Ausweisung von Vorranggebiete für Windkraftanlagen eine relativ hohe Betroffenheit aufweisen, folgende Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher mineralischer Rohstoffe festgelegt:</p> <p>Tabelle in der Anlage!</p> <p>Ausweislich der obigen Tabelle ergibt sich, dass sich auf der Gemarkung Ostrach sechs Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher mineralischer</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Rohstoffe befinden, wobei vier dieser Vorranggebiete ausschließlich auf dem Gebiet der Gemeinde Ostrach liegen. In diesem Zusammenhang ist aber zu berücksichtigen, dass auch diejenigen Flächen, die nicht ausschließlich auf der Gemarkung Ostrach liegen, direkt an die Gemarkung Ostrach angrenzen und somit im Rahmen der Beurteilung der kumulierenden Wirkungen mit einzubeziehen sind.</p> <p>Unter Berücksichtigung der jeweiligen Einzelflächen für Ostrach 436-129, Ostrach, Kiesgrube Wagenhart (Süd-Nassabbau) mit 8,6 437-111, Ostrach, Kiesgrube Ostrach-Ochsenbach mit 8,9 ha 437-124, Ostrach, Kiesgrube Ostrach Am Tafertsweiler Weg mit 15,7 ha</p> <p>437-125, Ostrach, K[Inhalt anonymisiert] Ostrach mit 14,7 ha</p> <p>436-130, Ostrach/ Hoßkirch, [Inhalt anonymisiert] (Kernbereich Süd) mit 67,3 ha</p> <p>436-131, Ostrach/ Hoßkirch,[Inhalt anonymisiert] (Außenbereich Süd) mit 20,7 ha</p> <p>ergibt sich daher hinsichtlich der Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe für die Gemeinde Ostrach eine Gesamtfläche von 135,6 ha, was 1,5 % des Gemeindegebiets entspricht.</p> <p>Die Kommunen</p> <p>Vogt (10,9 ha, was 0,49 % des Gemeindegebiets entspricht), Schlier (15,8 ha, was 0,48 % des Gemeindegebiets entspricht), Wolfegg ( 4,6 ha, was 0, 11 % des Gemeindegebiets entspricht) sowie Aitrach (16,8 ha, was 0,56 % des Gemeindegebiets entspricht)</p> <p>sind im Hinblick auf die Ausweisung von Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe auch unter Berücksichtigung der geringeren Gemarkungsfläche erheblich weniger betroffen als die Gemeinde Ostrach.</p> <p>Zudem ist maßgeblich darauf hinzuweisen, dass auf dem Gebiet der Gemeinden Bingen, Veringenstadt, Gammertingen und Königseggwald keine Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe im Regionalplan vorgesehen und insoweit auch keinerlei kumulierende</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Beeinträchtigungen zusätzlich zur Ausweisung von Vorranggebiete für Windkraftanlagen zu berücksichtigen sind</p> <p>Tabelle in der Anlage!</p> <p>Auch in Bezug auf die ausgewiesenen Vorranggebiete zur Sicherung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe ergibt die obige Tabelle, dass von den Kommunen, die bereits für die geplante Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen eine relativ hohe Betroffenheit aufweisen, nur die Gemeinden Aitrach, Wolfegg, Schlier und wiederum Ostrach Flächen bereitstellen.</p> <p>Demgegenüber ist auf dem Gebiet der Gemeinden Bingen, Veringenstadt, Vogt, Gammertingen, Baienfurt und Königseggwald ein Vorranggebiet zur Sicherung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe nicht ausgewiesen.</p> <p>(3) Bewertung kumulierende Belastung durch Rohstoffabbau</p> <p>Unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Flächen für den Abbau und die Sicherung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe durch die Ausweisung von Vorranggebieten ergibt sich, dass die Gemeinde Ostrach mit einer Gesamtfläche von ca. 140 ha betroffen ist. Diese Fläche entspricht ca. 1,5 % der gesamten Gemeindefläche. Von den Gemeinden, welche ebenfalls eine relativ hohe Betroffenheit für die Ausweisung von Vorranggebieten für den Abbau von Rohstoffen aufweisen, kommen die insoweit am meisten betroffenen Kommunen allerdings nur auf einen anteiligen Wert von ca. 0,5 % des Gemeindegebiets. Die Flächeninanspruchnahme der Gemeinde Ostrach hinsichtlich der Bereitstellung von Flächen zum Abbau und zur Sicherung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe ist daher dreimal so hoch wie bei den übrigen erheblich belasteten</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kommunen</p> <p>Abbildung in der Anlage!</p> <p>Hinzu kommen diejenigen Flächen, auf welchen der Abbau bereits erfolgt bzw. genehmigt ist. Insgesamt ist daher festzuhalten, dass die Gemeinde Ostrach gerade im Bereich nördlich der Ortslage von Ostrach sowie im östlichen Bereich der Gemarkung erheblich von aktuellen und geplanten Rohstoffabbauvorhaben geprägt ist.</p>		
II.146	999	<p>bb) Vorbehaltsgebiete Photovoltaik</p> <p>Es ist weiterhin darauf hinzuweisen, dass in den maßgeblichen Unterlagen zum Teilregionalplan Energie die kumulierenden Wirkungen zwischen der Bereitstellung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen und der zusätzlichen Ausweisung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik für die bereits mit einer anteilig hohen Betroffenheit für die Bereitstellung von Windenergieflächen bestimmten Kommunen nicht in Beziehung gesetzt worden sind. Insoweit ergeben sich für die betroffenen Kommunen folgende Flächenausweisungen:</p> <p>Tabelle in der Anlage!</p> <p>Für das Gebiet der Gemeinde Ostrach ist das Vorbehaltsgebiet FFPV-437-064 Spöck mit einer Fläche von 9 ha (ursprünglich 12,2 ha) und das Vorbehaltsgebiet FFPV-437-066 Hahnennest Süd mit einer Fläche von 19 ha (ursprünglich 21 ,6 ha) vorgesehen.</p> <p>Die Gesamtfläche beträgt damit 28 ha, was einem Anteil von 0,26 % des Gemeindegebiets von Ostrach entspricht. Zudem werden auf dem Gebiet der Gemeinde Ostrach weitere Projekte außerhalb der vorgesehenen Vorbehaltsgebiete realisiert, sodass zusätzlich ca. 4 ha für Nutzung durch Photovoltaik bereitgestellt werden.</p>	<p>Es wird zunächst auf die vorangegangene Abwägung der vorliegenden Stellungnahme verwiesen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass es über 40 Städte und Gemeinden gibt, deren Anteil an Vorbehaltsgebieten Photovoltaik an der Gemarkungsfläche größer ist als in Ostrach. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Vorbehaltsgebiete Photovoltaik i.d.R. einer Umsetzung durch Bauleitplanung bedürfen und daher die Umsetzung in der Planungshoheit der Kommune liegt. Der Anteil an Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zusammen pro Gemarkungsfläche ist in 8 Städten und Gemeinden höher als in Ostrach, davon haben Veringenstadt, Garmmerten, Schlier, Aitrach und Wolfegg höhere gemarkungsbezogene Flächenanteile an Vorbehaltsgebieten Photovoltaik als Ostrach. Im übrigen liegt es in der Natur der Sache, dass es eine Gemeinde gibt, die am stärksten belastet wird, denn sonst müsste man ja die Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik gleichmäßig verteilen.</p> <p>Darüberhinaus wurden zwischen der 1. und 2. Offenlage zum Teilregionalplan Energie die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik z.T. reduziert. Beim VBG Photovoltaik 437-064, welches verkleinert wurde, ist die hohe lokale Belastung und Kumulationswirkung sogar ein Grund für die Reduktion des VBG Photovoltaik.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil C.2 verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zudem grenzt das Vorbehaltsgebiet FFPV-437-068 Judentenberg Ostrach, Illmensee mit einer Fläche von 15 ha unmittelbar an das Gemeindegebiet von Ostrach.</p> <p>Mit einer Gesamtfläche von 28 ha für Vorbehaltsgebiete Photovoltaik weist die Gemeinde Ostrach von denjenigen Gemeinden, welche bereits durch Vorranggebiete Windenergie relativ hoch belastet sind, den drittgrößten Flächenanteil nach Gammertingen und Wolfegg auf.</p> <p>Auf dem Gebiet der Gemeinden Vogt, Baienfurt und Königseggwald sind hingegen keine Flächen als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik vorgesehen.</p>		
II.146	1000	<p>cc) Kumulation mit Industrie- sowie Gewerbegebieten</p> <p>Auch in Bezug auf eine Kumulation von Windenergieflächen bzw. Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Industrie- sowie Gewerbegebieten wird im Umweltbericht wieder zutreffend auf die - nach Einschätzung des Regionalverbandes einzig nennenswerte Kumulation dieser Art - im Bereich der Vorranggebiete WEA-437-002 Hoßkirch - Ostrach und WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler (Kumulation mit dem Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe Königsegg in Ostrach) verwiesen (S. 158).</p> <p>Insoweit bleibt festzuhalten, dass nur die Gemeinde Ostrach von diesen kumulierenden Wirkungen betroffen ist.</p>	Es wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme
II.146	1001	<p>dd) Gesamtbewertung</p> <p>Wie aufgezeigt wurde, ist die markungsbezogene Belastung der Gemeinde Ostrach in Bezug auf die anteilige Flächeninanspruchnahme für Vorranggebiete für Windenergie sowie Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik selbst unter Berücksichtigung der vorgenommenen Flächenreduzierungen</p>	<p>Eine Reduktion der Vorranggebiete Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiete Photovoltaik auf Gemarkung Ostrach erfolgt nicht aus den folgenden Gründen:</p> <p>- Es erfolgt eine örtliche, lokale, d.h. teilräumliche, Prüfung von Überlastung in der gesamten Region. Dieses in der Begründung zu PS 4.2.1 des 2. Offenlageentwurf erläuterte Kriterium führt aber im Falle von Ostrach nicht zum Erfordernis einer weiteren Reduktion von VRG Windenergie bzw. VBG Photovoltaik über die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erheblich. Dabei ergibt sich eine erhebliche Belastung sowohl in Bezug auf die anteilige Flächeninanspruchnahme im Verhältnis zur Gesamtgröße der Gemeinde, im Verhältnis zur in Anspruch genommenen Flächen des Landkreises Sigmaringen und insbesondere im Verhältnis zur vorgesehenen Fläche für die Region BodenseeOberschwaben.</p> <p>Wie ebenfalls dargelegt wurde, ergibt sich die erhebliche gemarkungsbezogene Belastung der Gemeinde Ostrach auch im Vergleich zu denjenigen Kommunen, welche allein durch die Flächeninanspruchnahme für Vorranggebiete Windkraft belastet sind. Insoweit wurde aufgezeigt, dass die Gemeinde Ostrach diejenige Gemeinde innerhalb der Region Bodensee-Oberschwaben mit dem höchsten Anteil an Vorranggebieten Windkraft im Verhältnis zum Gemeindegebiet ist. Dies wurde besonders deutlich in Bezug auf den Anteil an Flächen für Vorranggebiete Windkraft, welche Gemeinden mit einer vergleichbaren Gemeindefläche wie Ostrach tragen müssen.</p> <p>Weiterhin wurde die erhebliche gemarkungsbezogene Belastung der Gemeinde Ostrach auch insoweit verdeutlicht, als die Gemeinde Ostrach in Bezug auf die kumulierenden Beeinträchtigungen durch die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie, Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik, Flächen für Rohstoffabbau sowie Industrie- und Gewerbegebiete die einzige Gemeinde in der Region Bodensee- Oberschwaben ist, in welcher sämtliche der genannten kumulierenden Nutzungen aufeinandertreffen.</p> <p>Zudem wurde aufgezeigt, dass die flächenmäßige Ausprägung dieser kumulierenden Nutzungen gerade in Bezug auf die Vorranggebiete Windkraft sowie Flächen für Rohstoffabbau in der Gemarkung Ostrach - im Vergleich zu anderen Kommunen - sehr hohe Werte erreichen.</p> <p>Aufgrund dieser festgestellten gemarkungsbezogenen Überlastung der Gemeinde Ostrach sind weitere Flächenreduzierungen</p>	<p>bereits im 2. Offenlageentwurf gegenüber dem 1. Offenlagenentwurf vorgenommenen Flächenreduzierungen hinaus.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Flächenziele gem. §§ 20, 21 KlimaG BW gelten regional und nicht kommunal.</li> <li>- Der Vergleich mit anderen Gemeinden ist nach dem Planungskonzept des Regionalverbands kein Argument, welches eine Reduktion von Vorranggebieten Windenergie und / oder Vorbehaltsgebieten Photovoltaik nach sich ziehen müsste. Entscheidend wäre eine kommunale Überlastung, diese liegt nach dem Planungskonzept des Regionalverbands zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik und nach erfolgter Umweltprüfung nicht vor.</li> <li>- Eine Kumulation von VRG Windenergie, VBG Photovoltaik, Rohstoffabbau sowie Industrie- und Gewerbegebieten in Ostrach liegt vor. Diese kumulativen Wirkungen wurden in der Begründung und im Umweltbericht abgehandelt. Auf Basis der vorliegenden Stellungnahme wurden im Umweltbericht z.T. Ergänzungen vorgenommen. Auf Basis der kumulativen Wirkungen, die sowohl positiv als auch negativ sind, ergibt sich aber im Abwägungsergebnis kein Erfordernis der Reduktion von VRG Windenergie bzw. VBG Photovoltaik, s. vorangegangene Abwägung. Es liegt eine kumulative Belastung vor, aber keine Überlastung.</li> <li>- Die Planungskriterien des RVBO und die Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage machen keine weiteren Flächenreduzierungen von VRG Windenergie und/oder VBG Photovoltaik in Ostrach erforderlich.</li> </ul> <p>Des Weiteren wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.</p> <p>Hinweis: die Gemeinde Ostrach liegt in der Tat bei folgendem Wert auf dem ersten Platz aller Gemeinden in der Region: Dem Anteil an Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik an dem regionalen Beitrag zum Erreichen der Flächenziele (mit 0,27%, gefolgt von Gammeringen und Bad Waldsee mit jew. 0,16 %). Dies hat aber nicht automatisch eine gemarkungsbezogene Überlastung zur Folge, sondern ist der Tatsache geschuldet, dass Ostrach eine große Gemeindefläche mit viel Freiraum aufweist, welcher für die Nutzung der Windenergie bzw. der Photovoltaik geeignet ist und vergleichsweise wenig Konflikte aufweist. Es besteht somit kein Anhaltspunkt, warum allein aus diesem Grund eine</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>vorzunehmen. Dabei ist es - wie aufgezeigt - möglich, dass der Planungsverband allein unter Berücksichtigung seiner insoweit im Planungskonzept enthaltenen Kriterien eine Flächenreduzierung vornimmt.</p>	<p>Reduktion der Vorranggebiete Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgen sollte. Denn erstens orientieren sich Gemeindegrenzen nicht oder nur zum Teil an naturräumlichen und siedlungsstrukturellen Begebenheiten. Und zweitens muss hier immer eine Gemeinde oder Stadt den höchsten Anteil aufweisen, ansonsten wäre eine Gleichverteilung erforderlich, die nicht dem Ziel einer fachlich begründeten regionalen Steuerung der Windenergie- / Photovoltaikplanung entspricht. Noch ein Beispiel: Gemeinden mit einer kleinen Gemarkungsfläche und einem hohen Siedlungsflächenanteil wie Weingarten oder auch Gemeinden mit einem hohen Anteil an Schutzgebieten wie Sipplingen haben deutlich weniger für die Nutzung der Windenergie bzw. der Freiflächen-Photovoltaik geeignete Flächen.</p>	
II.146	1002	<p>B. Relevante Abwägungsfehler im Rahmen der Anwendung des Kriterienkatalogs in Bezug auf die Gemarkung Ostrach</p> <p>Unabhängig davon, dass das bislang unberücksichtigte Kriterium der Verhinderung einer gemarkungsbezogenen Überlastung zu einer weiteren Flächenreduzierung (insbesondere für die vorgesehenen Vorranggebiete für Windkraftanlagen) führen muss, wird nachfolgend dargelegt, dass unter Beachtung des Kriterienkatalogs des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben eine weitere Reduzierung erfolgen muss, da die Bewertung und Abwägung der Stellungnahme der Gemeinde Ostrach im Rahmen der 1. Beteiligung teilweise fehlerhaft war.</p> <p>In Bezug auf die einzelnen Flächen ist daher im weiteren Verfahren Folgendes zu beachten:</p> <p>1. WEA-437-001 Ostrach West</p> <p>Das Vorranggebiet umfasste ursprünglich eine Fläche von ca. 609 ha und wurde auf 457 ha reduziert.</p> <p>1. Abstände zu Siedlungen in Bezug auf [Ort anonymisiert]</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass seit dem 01.02.2023 § 249 Abs. 10 BauGB gilt, wonach der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem Windenergievorhaben in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Gesamthöhe (2H) der Windenergieanlage entspricht. Diese Regelung verringert den bislang in der Rechtsprechung anerkannten Abstandswert von 3 H auf 2 H, denn nunmehr führt bereits das Einhalten der zweifachen Gesamthöhe als Abstandswert „in der Regel“ dazu, dass sich die Windenergieanlage nicht als optisch bedrängend darstellt. Bei der Bemessung der Vorsorgeabstände zu wohngenutzten Gebäuden kam eine Gesamthöhe der Windenergieanlagen von 300 m zur Anwendung. Dies entspricht einem Vorsorgeabstand von 600 Meter um wohngenutzte Gebäude.</p> <p>Bezüglich der Ausführung zur Situation bzgl. Relief: Hinsichtlich der genannten Hanglagen wird darauf hingewiesen, dass seit dem 01.02.2023 § 249 Abs. 10 BauGB gilt, wonach der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem Windenergievorhaben in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Gesamthöhe (2H) der Windenergieanlage entspricht. Diese Regelung verringert den bislang in der Rechtsprechung anerkannten Abstandswert von 3 H auf 2 H, denn nunmehr führt bereits das Einhalten der zweifachen Gesamthöhe als</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>In Bezug auf den Abstand zum [Ort anonymisiert] ist davon auszugehen, dass der derzeitige Abstand nicht dem Kriterienkatalog entspricht.</p> <p>Im Rahmen der 1. Offenlage wurde von Seiten der Gemeinde Ostrach im Wesentlichen wie folgt vorgetragen:</p> <p>„[Name anonymisiert] (Aussiedlerhof) am [Adresse anonymisiert] historische Gebäude befindet sich im Wiederaufbau und ist deshalb in noch keiner Bestandskarte erfasst. Entsprechend den vom Regionalverband festgelegten Kriterien ist zu einer Wohnbebauung ein Mindestabstand von 600 bis 700 m zu berücksichtigen. Von Seiten des Regionalverbands wurde aufgrund der Stellungnahme der Gemeinde Ostrach ein Vorsorgeabstand von 600 m berücksichtigt.</p> <p>Ausweislich der Ausführungen im Textteil (Seite 141) wurden die Vorsorgeabstände unter Berücksichtigung der TA Lärm, die Immissionsschutzrichtwerte für angrenzende Baugebiete vorgibt, festgelegt. Zudem wurde bei Wohngebäuden zur Vermeidung einer optisch bedrängenden Wirkung nach § 249 Abs. 10 Bau GB ein Abstand, gemessen von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken, von mindestens der zweifachen Höhe der Windenergieanlage festgelegt. Dabei kam eine Windenergieanlagengesamthöhe von 300 m zur Anwendung.</p> <p>Wie aus dem nachfolgenden Luftbild ersichtlich ist, liegt das maßgebliche wohngenutzte Gebäude (mit einer Höhenlage von 665 m üNN) nur geringfügig über dem Höhenniveau der potentiellen Standorte innerhalb des östlichen Bereichs des Vorranggebiets WEA-437-001 Ostrach West. Insoweit kann auf die eingezeichneten Höhenpunkte, welche zwischen 640 m üNN und 647 m üNN liegen, im unterstehenden Luftbild verwiesen werden:</p>	<p>Abstandswert „in der Regel“ dazu, dass sich die Windenergieanlage nicht als optisch bedrängend darstellt. Bei der Bemessung der Vorsorgeabstände zu wohngenutzten Gebäuden kam eine Gesamthöhe der Windenergieanlagen von 300 m zur Anwendung. Dies entspricht einem Vorsorgeabstand von 600 Meter um wohngenutzte Gebäude. Beim in der Anregung genannten Vorranggebiet wird die 2H-Regelung (entspricht 600 m Vorsorgeabstand zu wohngenutzten Gebäuden) eingehalten. Eine abschließende Beurteilung bspw. von atypischen Einzelfällen kann jedoch erst erfolgen, wenn die konkreten Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen bekannt sind. Diese Aspekte gehen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Im vorliegenden Fall liegt ein Umzingelungsgrad von 120-150 Grad vor, hier reicht nach dem Planungskonzept des Regionalverbands zur Festlegung von VRG Windenergie (s. Begründung zu PS 4.2.1 Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) ein Vorsorgeabstand von 650 m aus. Erst bei einer Umzingelung ab 150 Grad oder einer Größe des Vorranggebiets Windenergie ab 600 ha würde der Vorsorgeabstand von 675m zum Tragen kommen.</p> <p>Es wurde nochmals geprüft, der Vorsorgeabstand zwischen dem in der Anregung genannten wohngenutzten Einzelgebäude und dem Vorranggebiet Windenergie beträgt 650 m und entspricht damit dem Planungskonzept (s. Tab. B.2 Begründung zum Entwurf Teilregionalplan Energie Satzungsbeschluss PS 4.2.1).</p> <p>Aufgrund der obigen Ausführungen sind weitere Streichungen aufgrund des Flächenzuschnitts ebenfalls nicht erforderlich, da keine schmalen "Restflächen" entstehen.</p> <p>Eine Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergie ist damit nicht erforderlich.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Abbildung in der Anlage!		
		<p>Insoweit sprechen vorliegend bereits die Gründe zur Vermeidung einer optisch bedrängenden Wirkung nach § 249 Abs. 10 BauGB für eine Erhöhung des Vorsorgeabstandes von bislang lediglich 600 m, da dieser nur als Mindestabstand zu verstehen ist.</p> <p>Nach dem Kriterienkatalog ist für ein wohngenutztes Gebäude ein Abstand bis zu 700 m erforderlich, wenn die konkreten Umstände des Einzelfalls zur Vermeidung von Konflikten eine Erhöhung des als mindestens erforderlich erachteten Vorsorgeabstands von 600 m erfordern. Hinsichtlich der Auswirkungen eines Vorranggebiets und der laut dem Planungskonzept beabsichtigten Vermeidung einer lokalen Überlastung</p> <p>soll ausweislich der Ausführungen auf Seite 28 des Textteils eine Umzingelung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen vermieden werden. Insoweit wird wie folgt ausgeführt:</p> <p>„Darüber hinaus kamen bei einer hohen lokalen Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Vorranggebiete Windenergie höhere Orientierungswerte für die Siedlungsabstände zur Anwendung, um der stärkeren visuellen Wirkung und Lärmwirkung von Windenergieanlagen Rechnung zu tragen. Der Grad der lokalen Belastung wurde anhand des Umzingelungsgrads (ab 120°) und der Größe der Vorranggebiete Windenergie (ab 300 ha) bewertet, jeweils wiederum in einem Abstand von ca. 2, 5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2,0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden. Je höher der Umzingelungsgrad in Kombination mit der Vorranggebietsgröße ausgeprägt ist, desto mehr wurden die Orientierungswerte für die Siedlungsabstände erhöht.“</p> <p>Für das wohngenutzte Gebäude ist ein Umzingelungsgrad von 150° bis 179° anzusetzen. Da das Vorranggebiet WEA-437-001 Ostrach</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Westeine Gesamtfläche von 457 ha aufweist, ist gemäß der Tabelle B 2 ein Abstand von 675 m einzuhalten. Unter Berücksichtigung der erhöhten Siedlungsvorsorgeabstände bei starker lokaler Belastung und der Vorgabe, dass beim vorliegenden Umzingelungsgrad von 150° bis 179° ein Abstand von 675 m einzuhalten ist, ist das Vorranggebiet WEA-437-001 Ostrach West entsprechend der nachfolgenden Grafik zu reduzieren:</p> <p>Abbildung in der Anlage!</p> <p>Durch die erforderliche Erhöhung des Abstands auf 675 m ergibt sich, dass das insoweit zu reduzierende Vorranggebiet im nördlich des Gehöfts Arnoldsberg gelegenen Bereich in einem Abstand von 70-100 m zur L 194 zum liegen kommt. Ausweislich des Kriterienkatalogs (Infrastruktur) muss zu Bundes- und Landesstraßen ein Mindestabstand von 20 m eingehalten werden.</p> <p>Die insoweit verbleibende Fläche des Vorranggebiets südlich der L 194 und nördlich des einzuhaltenden Abstands zum [Ort anonymisiert] in Höhe von 675 m hat in der nord-südlichen Ausbreitung daher nur noch eine Länge von ca. 50 bis 80 m und in seiner Ost-West-Ausbreitung eine Länge von ca. 800 m. Die nach Erhöhung des Abstands zum [Ort anonymisiert] verbleibende Fläche nach in der nachfolgenden Grafik dargestellt:</p> <p>Abbildung in der Anlage!</p> <p>Gemäß den Ausführungen im Textteil (Seite 166) soll im Rahmen der Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie auch der Flächenzuschnitt berücksichtigt werden. Insoweit wird dieses Kriterium wie folgt</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erläutert:          „Flächen sind dann für die Festlegung als Vorranggebiete          Windenergie          geeignet, wenn sie auf der regionalplanerischen Maßstabsebene          (1:50. 000) darstellbar sind. Insbesondere sehr kleinteilige          oder schmale Flächen erfüllen oftmals nicht die Voraussetzung          der Regionalbedeutsamkeit."</p> <p>Da es dem Regionalverband als Planungsgeber ausweislich der          Begründung          auf die Darstellbarkeit der vorgesehenen Vorranggebiete im          regionalplanerischen          Maßstab ankommt und somit sehr schmale Flächen          nicht ausgewiesen werden sollen, da diese die Voraussetzungen der          Regionalbedeutsamkeit in der Regel nicht erfüllen, ist vorliegend          davon          auszugehen, dass die verbleibende Fläche mit einer          Nord-Südausdehnung          von ca. 50-80 m und einer Ost-West-Ausdehnung von ca.          800 m eine solche schmale Fläche darstellt, welche nach dem          Kriterienkatalog          des Regionalverbands nicht geeignet ist, als Vorranggebiete          Windenergie ausgewiesen zu werden.</p> <p>Dabei ist es auch nicht entscheidend, dass diese Fläche an das im          Übrigen          regionalplanerisch darstellbare Vorranggebiet WEA-437-001 Ostrach          West anschließt.</p> <p>Maßgeblich zu beachten ist vielmehr, dass die verbleibende Fläche          zu schmal ist und es somit an der Darstellbarkeit fehlt.</p> <p>2. Ergebnis</p> <p>Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass der Bereich zwischen der          erhöhten          Abstandsfläche zum [Ort anonymisiert] und der L 194 aufgrund des          Kriteriums des Flächenzuschnitts vollständig gestrichen werden          muss.</p>		
II.146	1003	<p>II. WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach</p> <p>Das Vorranggebiet umfasste ursprünglich eine Fläche ca. 644 ha,          wovon sich          insgesamt eine Fläche von 470 ha auf Gemeindegebiet befindet.</p>	<p>Das mögliche Vorliegen einer örtlichen (teilräumlichen)          Überlastung / Umzingelung für den Teilort Wirnsweiler          wurde nochmals geprüft. Es ist richtig, dass einer          teilräumlich hohen lokalen Belastung von Siedlungen und          wohngenutzten Einzelgebäuden durch          Windenergieanlagen im 2. Anhörungsentwurf verstärkt</p>	<p>Keine          Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nach der 1. Anhörung erfolgte eine Reduzierung der Fläche in der Gemarkung Ostrach um 66 ha, sodass das Vorranggebiet nunmehr eine Fläche von 404 ha auf Gemeindegebiet hat.</p> <p>1. Umzingelung Wirnsweiler</p> <p>Es ist weiterhin davon auszugehen, dass der bislang vorgesehene Abstand zum Ortsteil Wirnsweiler unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls nicht ausreichend ist.</p> <p>Dazu im Einzelnen</p> <p>Im Nachgang zu der Stellungnahme der Gemeinde Ostrach im Rahmen der 1. Offenlage wurde vom Regionalverband ausweislich der Ausführungen der Synopse (Seite 38) eingeräumt, dass sich durch die Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergie in der Fassung des ersten Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie eine Umzingelungswirkung der Ortschaft Wirnsweiler ergeben hat. Folgerichtig wurde eine Reduzierung der Fläche vorgenommen. Nach aktuellem Planungsstand ist davon auszugehen, dass der Umzingelungsgrad für die Ortschaft Wirnsweiler 180° beträgt und der Abstand zum nächstgelegenen wohngenutzten Gebäude in Wirnsweiler ca. 725 m beträgt.</p> <p>Unter Berücksichtigung der Erwägungen des Regionalverbandes auf Seite 29 des Textteils, wonach zur Verhinderung einer lokalen Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Vorranggebiete für Windenergie höhere Orientierungswerte für die Siedlungsabstände zur Anwendung kommen sollen, um der stärkeren visuellen Wirkung und Lärmwirkung von Windkraftanlagen Rechnung zu tragen, wurde gemäß der Tabelle B 2 bei einem Umzingelungsgrad von 180° und unter Berücksichtigung der Größe des Vorranggebiets ein Abstand von</p>	<p>Rechnung getragen wurde. Unter Berücksichtigung der Größe der Vorranggebiete Windenergie und des Umzingelungsgrads kamen höhere Orientierungswerte für die Siedlungsabstände zur Anwendung. Zutreffend ist auch, dass die festgelegten Orientierungswerte bei Vorliegen besonderer Umstände auch eine Abweichung im Einzelfall ermöglichen. Das mögliche Vorliegen einer örtlichen (teilräumlichen) Überlastung / Umzingelung für den Teilort Wirnsweiler wurde nochmals geprüft. Besondere Umstände, die eine Erhöhung der – bereits angepassten – Orientierungswerte sachgerecht erscheinen lassen, konnten dabei jedoch nicht festgestellt werden.</p> <p>Bezüglich der beiden vom Projektierer geplanten WEA außerhalb des Vorranggebiets Windenergie hat der RVBO festgestellt, dass diese durch ihre Lage - von Wirnsweiler aus betrachtet hinter dem festgelegten Vorranggebiet - keine zusätzliche Umzingelungswirkung / Überlastung erzeugen.</p> <p>Bezüglich der Konzentrationszone: Gemäß § 249 Abs. 5 BauGB ist "Der nach § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes jeweils zuständige Planungsträger ist bei der Ausweisung von Windenergiegebieten gemäß § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes an entgegenstehende Ziele der Raumordnung oder entgegenstehende Darstellungen in Flächennutzungsplänen nicht gebunden, soweit dies erforderlich ist, um den Flächenbeitragswert im Sinne des § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes oder ein daraus abgeleitetes Teilflächenziel zu erreichen". Stattdessen sind die Bauleitpläne gemäß § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass sowohl die o.g. Konzentrationszone als auch die im Bau befindlichen WEA auf der Gemarkung Hoßkirch die Planungen des Regionalverbandes eingeflossen sind.</p> <p>Hinweis: Zur Erfüllung des Flächenziels nach § 2 WindBG war es erforderlich, dass die VRG so festgelegt wurden, dass dieses Ziel erreichbar ist, also möglichst große zusammenhängende Flächen festgelegt werden. Dies ist ein wesentlicher Aspekt, warum die Konzentrationszone nicht berücksichtigt werden konnte, da dann nur deutlich kleinere Flächen in Ostrach als</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>725 m neu festgelegt.</p> <p>Insoweit ist aber zu berücksichtigen, dass der Regionalverband hinsichtlich der Verbindlichkeit der in der Tabelle für wohngenutzte Gebäude erwähnten Abstände darauf hinweist, dass es sich hierbei um Orientierungswerte handelt, welche in Abhängigkeit von der konkreten örtlichen Situation auch abweichen und damit erhöht werden können.</p> <p>Die besonderen Umstände des Einzelfalls, welche eine Erhöhung des derzeitigen Abstands von 725 m zum Ortsteil Wirnsweiler zwingend erfordern, werden nachfolgend aufgeführt:</p> <p>a) Nichtberücksichtigung der Konzentrationszonen des sachlichen Teil-Flächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Ostrach</p> <p>Nach dem Kriterienkatalog (S. 165 des Textteils) sind bestehende und genehmigte Windenergieanlagen (WEA), raumverträgliche WEAVorplanungen und weitere relevante WEA-Vorplanungen - zunächst in positiver Hinsicht - für die Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie geeignet. Als Datengrundlagen wurden insoweit die Eigenerhebung, Konzentrationszonen genehmigter Flächennutzungspläne und im Verfahren befindlicher Flächennutzungspläne angegeben.</p> <p>Zur Erläuterung dieses Kriterium wird anschließend Folgendes ausgeführt:</p> <p>„Flächen mit bestehenden Windenergieanlagen oder Flächen genehmigter und noch nicht errichteter Windenergieanlagen weisen aufgrund der Vorbelastung bzw. der konkreten Planung eine sehr hohe Eignung für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie auf Als genehmigte Anlagen gelten jene, für die eine Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erteilt wurde. Für jede Windenergieanlage mit mehr als 50 m Gesamthöhe ist ein Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG erforderlich. Um (potenziell) raumverträgliche WindenergieanlagenVorplanungen handelt es sich, wenn die Genehmigung nach 8/mSchG beantragt ist und ein positiver Vorbescheid vorliegt, Konzentrationszonen im genehmigten Flächennutzungsplan</p>	<p>Vorranggebiete Windenergie zum Tragen gekommen wären, die das Erreichen des Flächenziels nach § 2 WindBG gefährdet hätten.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dargestellt sind oder planungsrelevante kommunale Interessengebiete vorliegen. Diesen Flächen wird eine (potenziell) hohe Eignung für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie zugewiesen, da sie bereits auf anderen Planungsebenen analysiert und abgegrenzt wurden und damit die Voraussetzung für eine vertiefte Eignungsprüfung (Einzelfallprüfung) erfüllen. Um weitere relevante Vorplanungen für Windenergieanlagen handelt es sich z.B. bei Konzentrationszonen von im Verfahren befindlichen Flächennutzungsplänen oder bei sonstigen relevanten Interessengebieten.</p> <p>Auch für diese Flächen wird aufgrund des bereits vorhandenen Planungsstatus eine Eignungs- /Einzelfallprüfung durchgeführt." Falls demnach ein Vorranggebiet für Windenergie in Bezug auf eine Fläche (auch teilweise möglich) vorgesehen ist, welche bereits als Konzentrationszone in einem genehmigten Flächennutzungsplan dargestellt ist, wirkt sich dies nach dem Planungskonzept für die Eignung der Fläche positiv aus.</p> <p>In Bezug auf die Vermeidung einer Umzingelung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden heißt es auf S. 28 des Textteils:          „Um eine Umzingelung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen zu vermeiden, wurde in der Regel in einem Abstand von ca. 2, 5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2, 0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden ein Winkel von zweimal 60 Grad gegenüberliegend der entsprechenden Siedlungen/ Gebäude freigehalten.</p> <p>Bei nur einseitiger Betroffenheit wurde in der Regel ein Freihaltewinkel von 180° auf der den Windenergieanlagen abgewandten Seite umgesetzt.</p> <p>Bei den genannten Zahlen handelt es sich um Orientierungswerte, von denen in begründeten Einzelfällen unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Situation abgewichen werden kann. Auch eine kumulative Wirkung durch Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sowie weitere regionalplanerische</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Festlegungen, z.B. zum Rohstoffabbau und zu Gewerbeflächen, wurde im Planungsprozess berücksichtigt. Die Bewertung erfolgte dabei im Einzelfall anhand der jeweiligen örtlichen Situation. Eine Überlastung durch eine kumulative Wirkung konnte in der Regel durch eine Reduzierung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik vermieden werden."</p> <p>Aus dem Plankonzept ist daher insbesondere ersichtlich, dass eine Umzingelungswirkung durch Windkraftanlagen verhindert werden soll, indem in einem Abstand von ca. 2,5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2,0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden ein Winkel von zweimal 60 Grad gegenüberliegend der entsprechenden Siedlungen / Gebäude freigehalten oder - bei nur einseitiger Betroffenheit - ein Freihaltewinkel von 180° auf der den Windenergieanlagen abgewandten Seite umgesetzt wurde. Auch im Falle einer einseitigen Betroffenheit ist davon auszugehen, dass der Abstand ca. 2,5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2,0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden maßgeblich ist.</p> <p>Die Gemeinde Ostrach hat im Rahmen der Stellungnahme zur 1. Offenlage hierzu wie folgt vorgetragen:</p> <p>„Eine Umzingelung bzw. Überlastung der Ortslage Wirnsweiler wird im Planentwurf des RVBO ganz und gar nicht vermieden. Weder ist die Ortslage einseitig betroffen, noch wurde der 60 °Freihalteraum eingehalten. Es wird bezogen auf den 2, 5 km Radius sogar mit einer Umfassung von 220° bzw. unter Berücksichtigung des Vorranggebietes bei Bachhaupten sogar mit 275° geplant. Ganz offensichtlich handelt es sich um ein Planungs- oder Abwägungsversäumnis, das dringend korrigiert werden muss."</p> <p>Allerdings geht der Planungsverband im Rahmen seiner Abwägung (S. 37 f. der Synopse) auf diesen Aspekt gar nicht ein.</p> <p>Damit setzt sich der Planungsverband in Widerspruch zu seinem Plankonzept:</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Soweit in positiver Hinsicht für die Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie angenommen wird, dass es sich um (potenziell) raumverträgliche Windenergieanlagen-Vorplanungen handelt, wenn - unter anderem - eine für ein Vorranggebiet in Erwägung gezogene Fläche in einer Konzentrationszone im genehmigten Flächennutzungsplan dargestellt ist, muss demgegenüber - in negativer Hinsicht - dieser Sachverhalt auch gewürdigt werden, wenn die Konzentrationszonen des genehmigten Flächennutzungsplans nicht oder nicht vollständig als Vorranggebiet aufgenommen werden sollen.</p> <p>Insoweit ist zu berücksichtigen, dass Windkraftanlagen auch nach Entfallen der Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 BauGB im Zeitpunkt der Erreichung des Flächenziels auf Grundlage von § 35 Abs. 2 BauGB außerhalb von Windenergiegebieten genehmigt werden können und insbesondere der Flächennutzungsplan der Standortgemeinde dem Vorhaben nicht entgegensteht.</p> <p>Wie aus der nachfolgenden Grafik, welche bereits im Rahmen der Stellungnahme der Gemeinde Ostrach in der ersten Beteiligung vorgelegt wurde, ersichtlich wird, liegt die Konzentrationszone Os 06 des sachlichen Teil-Flächennutzungsplans Windenergie der Gemeinde Ostrach innerhalb eines Siedlungsabstands von 2,5 km. Selbst wenn man die Bebauung von Wirnsweiler als eine Ansammlung von einzelnen wohngenutzten Gebäuden ansehen würde, wäre die genannte Konzentrationszone Os 06 auch im insoweit anzusetzenden Abstand von 2,0 km.</p> <p>Abbildung in der Anlage!</p> <p>Aufgrund des Umzingelungsgrads für die Ortschaft Wirnsweiler von 180° durch die Ausweisung des Vorranggebiets WEA-437-002 Hoßkirch/Ostrach und der ausgewiesenen Konzentrationsfläche Os 06 nordöstlich</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der Ortslage von Wirnsweiler werden die Vorgaben des Teilregionalplans zur Verhinderung einer Umzingelung nicht eingehalten. Wie oben bereits ausgeführt wurde, entspricht es dem Planungskonzept des Regionalverbands, bereits ausgewiesene Konzentrationszonen positiv zu bewerten, soweit diese durch ein Vorranggebiet für Windenergie überlagert werden sollen. Im Hinblick auf die erleichterte Umsetzbarkeit von einzelnen Windenergieanlagen innerhalb dieser Konzentrationszonen ist aber auch zu berücksichtigen, dass durch die bestehende Flächenausweisung durch den Teil-Flächennutzungsplan die Gefahr einer Umzingelung und lokalen Überlastung besteht, welche im Rahmen der Ausweisung von Vorranggebieten nicht ignoriert werden darf. Aufgrund dieser bestehenden Umzingelungswirkung ist es insbesondere nicht ausreichend, den Abstand zum geplanten Vorranggebiets lediglich auf 725 m zu erhöhen.</p> <p>Zur Verhinderung einer lokalen Überlastung der Ortschaft Wirnsweiler ist es erforderlich,</p> <p>den Umzingelungsgrad von derzeit 180° zu reduzieren und den Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich bei den angegebenen Werten um Orientierungswerte handelt, wegen der konkreten Umstände des Einzelfalls zu erhöhen.</p> <p>b) Geschlossene Flächenkulisse bereits absehbar</p> <p>Soweit der Regionalverband ausweislich der Ausführungen auf Seite 38 in der Synopse davon ausgeht, dass im Hinblick auf eine lokale Belastung der maßgeblichen Wohnbebauung in Wirnsweiler derzeit noch nicht absehbar sei, inwieweit eine geschlossene Kulissenwirkung zu erwarten sei, ist diese Sichtweise unzutreffend und widerspricht im Übrigen dem</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kriterienkatalog.</p> <p>Insoweit ist zunächst zu berücksichtigen, dass aktuell sechs Anlagen auf der Gemarkung Hoßkirch unmittelbar angrenzend zur Gemarkung Ostrach im Bau sind (Anlagentyp: Vestas 7,2 MW, 260 m Gesamthöhe), die 2025 eine geschlossene WEA-Kulisse (aktuell bereits 76°) um Wirmsweiler bilden werden.</p> <p>Zudem wird an der südlichen Spitze der Konzentrationszone Os 06 derzeit von der Firma Alterric ein Windpark mit vier Anlagen projektiert. Insoweit ist hervorzuheben, dass zwei der geplanten Anlagen sich außerhalb des Vorranggebiets befinden und somit zusätzlich zu der innerhalb des Vorranggebiets zu erwartenden Flächenkulisse mit auf die Wohnbebauung von Wirmsweiler einwirken.</p> <p>Nach dem oben genannten Auszug aus dem Kriterienkatalog (S. 165 des Textteils) sind bestehende und genehmigte Windenergieanlagen (WEA), raumverträgliche WEA-Vorplanungen und weitere relevante WEAVorplanungen - zunächst in positiver Hinsicht - für die Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie zu berücksichtigen.</p> <p>Im Rahmen der Verhinderung einer lokalen Überlastung sind diese Vorplanungen aber auch in negativer Hinsicht zu berücksichtigen, als dass dem Plangeber bekannte Vorhaben auch zur Bestimmung des zulässigen Umzingelungsgrads als auch im Hinblick auf den - unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Verhältnisse - zu bestimmenden Abstands zur Verhinderung einer lokalen Überlastung mit einzubeziehen sind. Da eine solche Betrachtung hinsichtlich der Ortslage von Wirmsweiler nicht erfolgt ist, muss auch insoweit eine Reduzierung des zulässigen Umzingelungsgrads bzw. eine Erhöhung des derzeitigen Abstands von lediglich 725 m vorgenommen werden.</p>		

## 2. Ergebnis

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wie aufgezeigt wurde, hat der Regionalverband bislang seine eigenen Kriterien zur Verhinderung einer lokalen Überlastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden nur unzureichend angewendet. Derzeit ist die Ortslage von Wirnsweiler einer starken visuellen Wirkung und ab</p> <p>sehbaren Lärmbeeinträchtigungen von Windkraftanlagen ausgesetzt, wobei erschwerend zu berücksichtigen ist, dass die bestehende Konzentrationszone Os 06 gemäß dem sachlichen Teil-Flächennutzungsplan Windenergie - wiederum entgegen dem Planungskonzept - bislang völlig außer Betracht geblieben ist. Insoweit sind weitere Flächenreduzierungen zur Entlastung der Ortslage von Wirnsweiler zwingend vorzunehmen.</p>		
II.146	1004	<p>III. Gesamtbetrachtung WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach und WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler</p> <p>Das Vorranggebiet WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler umfasste ursprünglich eine Fläche ca. 94 ha und wurde auf 55 ha reduziert. Südlich des Vorranggebiets WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler schließt sich eine kleinere Fläche des Vorranggebiets WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach an.</p> <p>Wie oben bereits ausgeführt wurde, geht die Gemeinde Ostrach aufgrund der erheblichen markungsbezogenen Belastung davon aus, dass unter Berücksichtigung der insoweit genannten Vorgaben des Kriterienkatalogs eine weitere Flächenreduzierung zur Vermeidung einer lokalen Überlastung erforderlich ist.</p> <p>Auch das Prinzip der dezentralen Konzentration, welches ebenfalls dem Planungskonzept des Regionalverbands zugrunde liegt, spricht für eine weitere Reduzierung der Flächen auf dem Gebiet der Gemeinde Ostrach.</p> <p>Dabei liegt ausweislich der Begründung zu PS 4.2.1 Windenergie</p>	<p>Eine Streichung oder Reduktion der in der Anregung genannten Flächen aus der Kulisse der VRG Windenergie erfolgt nicht. Zwecks Erläuterung der Abwägung wird auf die vorangegangene Abwägung der Stellungnahme der Gemeinde Ostrach (Az. II.146) verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen (S. 28) dem Prinzip der dezentralen Konzentration der Ansatz zugrunde, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten.</p> <p>Aufgrund der vielfältigen kumulativen Beeinträchtigungen in Bezug auf das Vorranggebiet WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler sowie die südlich anschließende kleinere Fläche des Vorranggebiets WEA-437-002 HoßkirchOstrach, welche bereits zu Flächenreduzierungen geführt haben, ist es aus Sicht der Gemeinde Ostrach erforderlich, das Vorranggebiet WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler sowie die sich südlich anschließende Fläche des Vorranggebiets WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach vollständig zu streichen.</p> <p>Die Zurücknahme dieser Fläche im Umfang von ca. 100 ha würde dazu führen, dass eine Entlastung der Ortslage von Ostrach im östlichen Bereich eintreten würde. Zudem würde berücksichtigt werden, dass die Gemarkung Tafertsweiler bereits durch das größte Kiesabbaugebiet des Regionalverbandes Bodensee- Oberschwaben stark belastet ist und durch die Flächenrücknahme ein Ausgleich hinsichtlich der sich abzeichnenden Beeinträchtigungen durch die geplanten Windkraftflächen vorgenommen werden könnte.</p> <p>Unter Berücksichtigung des Prinzips der dezentralen Konzentration wäre durch die beschriebene Rücknahme gewährleistet, dass die Gemarkung</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Ostrach lediglich durch zwei große Vorranggebiete belastet wird und die dem Planungskonzept entsprechende Bündelung der Vorranggebiete für Windkraft erreicht werden könnte. Diese regionalplanerisch gewünschte Bündelung ist aufgrund des derzeitigen Flächenzuschnitts nicht gewährleistet.		
II.146	1005	<p>C. Bemerkung zu den vorgenommenen Flächenreduzierungen</p> <p>In Bezug auf die vollständige Streichung des Vorranggebiets WEA-437-004 Krauchenwies-Ostrach mit einer Gesamtfläche von 404 ha, wovon sich eine Teilfläche von ca. 170 ha auf dem Gemeindegebiet Ostrach befand, wegen fehlender Windhöflichkeit, sowie in Bezug auf die vollständige Streichung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik auf der Gemarkung Ostrach, FFPV-437-065 Hahnennest Nord (Fläche 5,7 ha) und FFPV-437-067 Ochsenbach Nordost (Fläche 25 ha), wird die Entscheidung des Regionalverbands von Seiten der Gemeinde Ostrach ausdrücklich begrüßt. Namens und im Auftrag der Gemeinde Ostrach ist klarstellend darauf hinzuweisen, dass die im Rahmen der ersten Stellungnahme geäußerten Bedenken gegen diese Flächen aufrechterhalten werden. Die Gemeinde Ostrach geht daher davon aus, dass diese Flächen endgültig gestrichen sind, da wesentliche Aspekte des Planungskonzept gegen deren Ausweisung sprechen.</p> <p>D. Zusammenfassung</p> <p>Wie aufgezeigt wurde ist es zwingend erforderlich, dass auf der Gemarkung Ostrach weitere Flächenreduzierungen erfolgen, um die im Vergleich zu anderen Kommunen völlig ungleich verteilte Belastung auf ein verträgliches Maß zu begrenzen. Unter Berücksichtigung der bislang nicht bzw. nicht zutreffend angewendeten Kriterien des Planungskonzepts ergibt sich aus Sicht der Gemeinde Ostrach</p>	<p>Die Ausführungen zum ehemaligen VRG WEA 437-004 werden zur Kenntnis genommen. Eine Wiederaufnahme in die Flächenkulisse erfolgt nicht.</p> <p>Eine Streichung von Flächen im Umfang von 250 ha in der Gemeinde Ostrach, wie in der Anregung gefordert, erfolgt aufgrund der in der vorangegangenen Abwägung erläuterten Gesichtspunkte nicht. Ebenso erfolgt auch keine andere Reduzierung von Vorranggebieten Windenergie bzw Vorbehaltsgebieten Photovoltaik. Bezüglich Erläuterung wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>das Erfordernis, Flächen im Umfang von ca. 250 ha zu streichen. Dabei muss in Bezug auf das Vorranggebiet WEA-437-001 Ostrach West der Bereich zwischen der erhöhten Abstandsfläche zum Gehöft Arnoldsberg und der L 194 aufgrund des Kriteriums des Flächenzuschnitts vollständig gestrichen werden. Zur Verhinderung einer lokalen Überlastung der Ortschaft Wirmsweiler ist es weiterhin erforderlich, durch eine Reduzierung des Vorranggebiets WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach den Umzingelungsgrad von derzeit 180° zu verkleinern und den Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls zu erhöhen. Aufgrund der vielfältigen kumulativen Beeinträchtigungen in Bezug auf das Vorranggebiet WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler sowie die südlich anschließende kleinere Fläche des Vorranggebiets WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach, welche bereits zu Flächenreduzierungen geführt haben, ist es aus Sicht der Gemeinde Ostrach erforderlich, das Vorranggebiet WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler sowie die sich südlich anschließende Fläche des Vorranggebiets WEA-437-002 Hoßkirch Ostrach vollständig zu streichen. Im Rahmen der geforderten Flächenreduzierungen ist stets zu berücksichtigen, dass die Verhinderung der markungsbezogenen Überlastung der Gemeinde Ostrach als eigenständiges Kriterium des Planungskonzepts es zwingend erfordert, für einen angemessenen Ausgleich der lokalen Belastungen zu sorgen.</p>		
Gemeinde Owingen				
II.147	687	<p>anbei erhalten Sie unsere Stellungnahme. Das beigefügte Dokument umfasst sowohl die eigentliche Stellungnahme als auch ein Gutachten zum Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl, welches als Anlage zur Stellungnahme beigefügt ist.</p> <p>Nachfolgend finden Sie die Stellungnahme auch direkt als Text:</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>• Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 01. April 2025 und geben zu dem o. g. Entwurf des Teilregionalplans Energie folgende Stellungnahme ab:</p> <p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2); hier: Vorranggebiet für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen – WEA-435-002</p> <p>Die Stellungnahme der Gemeinde Owingen beschränkt sich auf das im Teilregionalplan festgelegte Vorranggebiet Windenergie WEA-435-002 „Hochbühl“. Das Vorranggebiet umfasst eine Fläche von 67 ha und liegt auf den Gemarkungen der Gemeinde Owingen und der Stadt Überlingen.</p> <p>1. Allgemeines</p> <p>Die Stellungnahme wird auf das Kriterium Ziffer 6 „Natur- und Artenschutz“ gemäß dem Kriterienkatalog Festlegung Vorranggebiete Windenergie (PS 4.2.1 Z(1)) an relevanter Stellen detailliert eingehen.</p> <p>2. Stellungnahme 1. Anhörung – Natur- und Artenschutz</p> <p>Im Rahmen der ersten Anhörungsrunde hat die Gemeinde Owingen fristgerecht mit Schreiben vom 22. April 2024 eine umfassende Stellungnahme hinsichtlich des im Entwurf des Teilregionalplans Energie festgelegten Vorranggebiets Windenergie WEA-435-002 „Hochbühl“ abgeben.</p> <p>Unter Punkt 5 wurde in dieser Stellungnahme auf Naturschutz- und Artenschutzaspekte eingegangen, welche aus Sicht der Gemeinde in der strategischen Umweltprüfung zu wenig bis gar keine Beachtung gefunden haben. Hier wurde unter anderem auf die hohe Artenvielfalt und Dichte von Fledermausarten in und um das geplante Vorranggebiet Windenergie WEA-435-002 hingewiesen:</p> <p>„Das geplante Vorranggebiet „Hochbühl“ und die</p>	<p>dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>umliegenden Waldgebiete beherbergen eine Vielzahl von Fledermausarten mit hoher Artenvielfalt und Dichte. In einer Stellungnahme des "Arbeitskreises Fledermäuse Bodensee-Oberschwaben" im Naturschutzbund Deutschland aus dem Jahr 2012 wird die herausragende Bedeutung des dortigen naturnahen Waldgebietes als Lebensraum für zahlreiche gesetzlich geschützte Arten betont."</p> <p>Und weiter:</p> <p>„Um eine umfassende Planungssicherheit auf der Ebene des Regionalplans zu gewährleisten, sind vertiefende Untersuchungen und Prüfungen seitens des Regionalverbandes geradezu uner-lässiglich. Dass dieses Gebiet im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie nicht berücksichtigt wurde, kann weder akzeptiert noch nachvollzogen werden. Eine umfassende Untersuchung und Kartierung ist vor einer abschließenden Entscheidung der Verbandsversamm-lung unabdingbar.“</p> <p>Diese hervorgebrachten Punkte haben in der Abwägung keine Berücksichtigung gefunden.</p>	<p>artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.147	688	<p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG nehmen wir zu den nachfolgenden Inhalten Stellung, soweit sich diese gegenüber dem ersten Offenlageentwurf geändert haben oder neue Erkenntnisse enthalten, die bislang nicht bekannt waren und daher ebenfalls berücksichtigt werden müssen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anlage 1 zum Umweltbericht des Teilregionalplans Energie; hier: Wirkungsfaktoren zur Be-wertung der Schutzgüter im Rahmen der strategischen Umweltprüfung für die Vorranggebiete Windenergie</li> </ul> <p>In Anlage 1, Seite 12, werden unter dem Punkt „Wirkungsfaktoren zur Bewertung der Schutzgü-ter im Rahmen der strategischen Umweltprüfung für die Vorranggebiete Windenergie“ neue Schutzbelange im Bereich Artenschutz (Schutzgut Flora, Fauna und biologische Vielfalt) hervor-gebracht. Insbesondere wird die besonders erhebliche Beeinträchtigung durch belastbare Nach-weise von Sonderstatusarten (Vögel und Fledermäuse) im Nahbereich aufgeführt. Dieser Aspekt wurde im aktuellen Entwurf neu aufgenommen und stellt somit eine relevante inhaltliche Ände-rung dar.</p> <p>Vor diesem Hintergrund verweist die Gemeinde auf die unter Punkt 3 dargestellten Untersuchungsergebnisse zum Vorkommen von Fledermäusen auf dem Hochbühl.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>• Anlage 1 zum Umweltbericht des Teilregionalplans Energie; hier: Ergebnis der vertieften Um-weltprüfung - Gebietssteckbriefe Vorranggebiete Windenergie - WEA-435-002</p> <p>Im überarbeiteten Entwurf des Teilregionalplans wird dem Vorranggebiet WEA-435-002 nunmehr eine Reihe von Beeinträchtigungen verschiedener Schutzgüter attestiert. Insbesondere werden artenschutzrechtliche Konflikte in erheblichem Maße festgestellt und im Ergebnis der strategi-schen Umweltprüfung mehrere erhebliche Beeinträchtigungen eingeräumt. In der Gesamtbewer-tung wird das Gebiet daher nur noch als bedingt geeignet eingestuft (vgl. S. 26 ff.). Im ersten Entwurf hingegen war noch von keiner bzw. nur geringer Beeinträchtigung die Rede, und die Flä-che wurde als geeignet bewertet.</p> <p>Der Regionalverband hat im Rahmen der ersten Beteiligungsrunde erkannt, dass ins-besondere Artenschutzbelange die Eignung der Fläche abwerten. Die Gemeinde O-wingen bewertet die Fläche – auf Grundlage der nachfolgend dargestellten fachlichen Untersuchungen – als ungeeignet.</p> <p>• Erkenntnis, die zum Zeitpunkt des 1. Offenlageentwurfs noch nicht bekannt war; hier: Natur-schutzfachliche Bestandserfassung und Bewertung - Untersuchung der Fledermausvorkom-men auf dem Hochbühl, Owingen</p> <p>Die inzwischen vorliegende Untersuchung liefert detaillierte Ergebnisse zur Präsenz besonders geschützter Fledermausarten im Bereich des Vorranggebiets WEA-435-002. Diese Erkenntnisse waren zum Zeitpunkt der ersten Offenlage noch nicht ver-fügbar und müssen nun im Rahmen der strategischen Umweltprüfung sowie des da-mit zusammenhängenden Fachbeitrags Artenschutz zur Regionalplanung berücksich-tigt werden.</p> <p>Im Nachfolgenden wird unter Punkt 3 die naturschutzfachliche Bestandserfassung und Bewertung zum Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl dargelegt. Dieses Gutachten ist Grundlage für die Neubewertung des Vorranggebiets WEA-435-002 unter den zwei genannten Änderungsaspek-ten bzw. fließt als neue Erkenntnis in die erneute Überprüfung des geplanten Vorranggebiets mit ein.</p> <p>3. Natur- und Artenschutz, hier: Relevantes Vorkommen von Sonderstatusarten außerhalb von Artenschutzräumen Kategorie A</p> <p>Im Entwurf wurde die hervorgebrachte Anregung im Rahmen der Stellungnahme vom 22. April 2024, das Gebiet aufgrund der</p>	<p>FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>vorliegenden Informationen näher auf Fledermausvorkommen zu untersuchen, nicht beachtet.</p> <p>Aus diesem Grund bringt die Gemeinde Owingen hiermit eine naturschutzfachliche Bestandserfassung und Bewertung des Büros 365° freiraum + umwelt, welche im vergangenen Jahr Untersuchungen der Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl durchgeführt haben, ein. Ziel der Untersuchung war die Erfassung streng geschützter Fledermausarten im Hinblick auf mögliche Beeinträchtigungen durch geplante Windkraftanlagen.</p> <p>Der Bericht zur Untersuchung der Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl liegt als Anlage der Stellungnahme bei.</p> <p>Zusammenfassung Untersuchungsbericht:</p> <p>Die Untersuchungen fanden im Geltungsbereich des geplanten Vorranggebiets statt. Einerseits durch stationäre Horchboxen zur Fledermauserfassung. Andererseits ergänzend durch nächtliche Transektbegehungen entlang von Waldwegen. Dabei kamen Ultraschalldetektoren und Wärmebildkameras zum Einsatz. Die Erfassungen erfolgten zwischen Juni und September 2024.</p> <p>Insgesamt konnten 13 Fledermausarten eindeutig nachgewiesen werden, darunter die stark gefährdete Bechsteinfledermaus (<i>Myotis bechsteinii</i>), die vom Aussterben bedrohte Mopsfledermaus (<i>Barbastella barbastellus</i>) sowie der Große Abendsegler (<i>Nyctalus noctula</i>), der neben der Mopsfledermaus gemäß dem Fachbericht Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie als Sonderstatus-Art gilt. Zudem wurden fünf weitere Arten auf Gattungsebene bestimmt. Besonders hervorzuheben ist die hohe Aktivität waldfgebundener Fledermausarten, die das Gebiet als Jagdhabitat nutzen.</p> <p>Die Untersuchung ergab Hinweise auf Quartierstrukturen in Baumhöhlen sowie nahegelegene Winterquartiere in den Molassekellern am Hochbühl. Lebensstätten gebäudebewohnender Arten befinden sich vermutlich in umliegenden Ortschaften wie Billafingen, Nesselwangen und Owingen. Aufgrund der Lage des Untersuchungsgebiets in einem weitreichenden Habitatnetzwerk kommt dem Hochbühl eine regional hohe bis landesweit hohe Bedeutung für die Fledermäuse zu.</p> <p>Das Gutachten warnt vor erheblichen artenschutzrechtlichen Konflikten im Falle eines Eingriffs in das Gebiet. Insbesondere aufgrund der Nutzung durch seltene Fledermausarten sowie der Nähe zu</p>	<p>verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bedeutenden Schutzgebieten.</p> <p>Bewertung der Untersuchungsergebnisse im Hinblick auf das Vorranggebiet WEA-435-002 im Teilregionalplan Energie:</p> <p>Das Vorranggebiet WEA-435-002 wurde im Fachbeitrag Artenschutz zur Regionalplanung nicht als Schwerpunktorkommen erfasst. Jedoch konnte das nachträglich erstellte Fledermausgut-achten das Vorkommen der Mopsfledermaus (<i>Barbastella barbastellus</i>) und des Großen Abendseglers (<i>Nyctalus noctula</i>) in diesem Gebiet eindeutig nachweisen. Neben den beiden Sonderstatus-Arten wurden zudem zahlreiche weitere Fledermausarten erfasst, was die hohe ökologische Bedeutung des Gebiets unterstreicht.</p> <p>Das Gebiet stellt ein hochwertiges und schützenswertes Habitat dar, das sowohl als Nahrungs- als auch als Jagdgebiet für Fledermäuse dient. Angesichts der nachgewiesenen Artenvielfalt so-wie der ökologischen Funktion als Lebensraum für geschützte Arten kommt diesem Bereich eine besondere naturschutzfachliche Bedeutung zu.</p> <p>Die Untersuchung mittels stationären Horchboxen wurde ausschließlich für die Gemarkung Owin-gen durchgeführt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auf den angrenzenden Flächen auf Überlinger Seite eine vergleichbare Artendichte und Habitatqualität vorliegt, was die Transektbe-gehungen mittels Ultraschalldetektoren und Wärmebildkameras im Rahmen der Erfassung ein-deutig belegen.</p> <p>Zudem stellt die Umgebung des Hochbühls, einschließlich der Molassekeller, einen bedeutenden Jagd- und Lebensraum für verschiedene geschützte Arten dar und unterstreicht die Bedeutung des gesamten Landschaftsraums als wichtigen Artenschutzraum.</p> <p>Die Mopsfledermaus als auch der Große Abendsegler sind im Fachbeitrag als Sonderstatus-Arten eingestuft, zumal sie aufgrund ihrer Seltenheit und Gefährdung als besonders schützenswert gel-ten. Laut Fachbeitrag ist bei mindestens einem bekannten Vorkommen dieser Art mit einer er-heblichen Beeinträchtigung ihres Erhaltungszustands auf Landesebene zu rechnen, insbesondere durch den Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten.</p> <p>Der Fachbeitrag sieht vor, dass neue Erkenntnisse über das Vorkommen von Sonderstatus-Arten eine erneute Bewertung erfordern. Diese Neubewertung muss im Einvernehmen mit der zuständigen unteren Naturschutzbehörde erfolgen. Zudem wird</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>klargestellt, dass eine Neubewertung auch im Rahmen des Anhörungsverfahrens möglich ist, sofern eine Sonderkonstellation vorliegt – wie sie durch den nachträglichen Nachweis der beiden Sonderstatus-Arten gegeben ist.</p> <p>Angesichts dieser neuen Daten ist eine Überprüfung der artenschutzrechtlichen Bewertung, welche im Rahmen der strategischen Umweltprüfung erstellt wurde, des Vorranggebiets erforderlich. Es wird daher gefordert, dass sichergestellt wird, dass diese neuen artenschutzfachlichen Erkenntnisse in die abschließende Bewertung des Vorranggebiets WEA-435-002 einfließen und eine Neubewertung gemäß den Vorgaben der regionalplanerischen Unterlagen erfolgt.</p> <p>Auch wenn im jeweiligen Einzelfall in eine Ausnahmelage hineingeplant werden kann, ist im Hinblick auf die vorliegenden Daten, welche dem Gebiet eine regional hohe bis landesweit hohe Bedeutung für die Fledermäuse attestiert, von einem Vorranggebiet für Windenergie auf dem Hochbühl abzusehen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wird zusammenfassend festgestellt, dass das im Entwurf des Teilregionalplans Energie vorgeschlagene Vorranggebiet WEA-435-002 „Hochbühl“ aus den dargelegten Gründen nach wie vor nicht akzeptiert werden kann.</p> <p>Die Gemeinde Owingen beantragt deshalb, das geplante Vorranggebiet WEA-435-002 aus dem Teilregionalplan Energie herauszunehmen.</p> <p>Im Übrigen wird auch die Gemeinde Owingen in der freien Landschaft ihren Beitrag zur Energiewende leisten, obwohl in Owingen schon jetzt mehr Strom regenerativ erzeugt wird, als in der Gemeinde Owingen benötigt wird. Nicht zuletzt der beschlossene Kriterienkatalog zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen gibt hier für Projektträger eine klare Ausrichtung im Sinne des Ausbaus von erneuerbaren Energien vor.</p>		
Gemeinde Vogt				
II.159	859	im Rahmen der zweiten Beteiligungsrunde teilen wir mit, dass uns die Gemeinde Vogt damit beauftragt hat, seine rechtlichen Interessen zu vertreten. Wir bedanken uns für die teilweise erfolgte Reduzierung kleiner Flächen an Windenergie-Vorranggebieten im Bereich der Nachbarschaft unserer Trinkwasser-einrichtungen in Form des Freihaltens der beiden bislang überlegten Bohrsatzpunkte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.159	860	Diese Reduzierung ist jedoch viel zu gering. Deshalb bringen wir ergänzend zu unserer Stellungnahme aus dem 1. Beteiligungsverfahren weitere Punkte vor und geben folgende	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. III.010 Haslach	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Stellungnahme namens und im Auftrag der Gemeinde Vogt ab:</p> <p>1. Der Belang „Wasserschutz“ in den teilweise überarbeiteten Unterlagen</p> <p>Zum Wasserschutz lässt sich den nun vorliegenden Unterlagen (einschließlich der Synopse) insbesondere folgende Ausführungen entnehmen:</p> <p>„Wie in der vorangegangenen Abwägung dargestellt, steht eine Ausweisung als Wasserschutzgebietszone II der Windenergie nicht entgegen. Die Nutzung der Windenergie ist in Wasserschutzgebieten der Zone II grundsätzlich möglich (vgl. Handreichung zu Planung, Bau und Betrieb von Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen in der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten, Umweltministerium BW 2022). Sie müssen daher nicht auf regionalplanerischer Ebene von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie ausgeschlossen werden (s. auch OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23. Mai 2019, OVG 2 A 4.19, OVG Magdeburg, Urteil vom 21.10.2015). Wirkungen auf Grundwasservorkommen und etwaige Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit ist im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens sicher zu stellen. Daher erfolgt keine Änderung des Plansatzes entsprechend der Anregung.“</p> <p>„Insofern erscheint ein Freihalten dieser beiden möglichen konkretisierten Bohransatzpunkte inklusive eines Vorsorgeabstandes von 200 m - da noch kein genauer Standort einer etwaigen künftigen Trinkwasserfassung bekannt ist - als angemessen. Bezüglich der in der Anregung genannten Forderung zur Genehmigung von Windenergieanlagen wird auf das Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) verwiesen.“</p> <p>„Es wurde keine Notwendigkeit zu hydrologischen Untersuchungen auf regionalplanerischer Ebene gesehen. Eine konkrete Beeinflussung der Grundwasserführung im Bereich des Altdorfer Waldes ist durch den oberflächennahen Bau von Fundamenten für Windenergieanlagen nicht zu erwarten.“</p> <p>„Das hydrogeologische Grundwassererkundungsprogramm des Zweckverbands wurde in die Abwägung eingestellt, eine Reduktion des Vorranggebiets Windenergie WEA-436-010 um die geplanten Bohransatzpunkte für Erkundungsbohrungen hat stattgefunden.“</p> <p>„Die in der Anregung genannten und dargestellten geplanten Standorte für Erkundungsbohrungen wurden in die</p>	Wasserversorgung verwiesen.	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>regionalplanerische Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG eingestellt. Auch wenn diese noch vertiefter geprüft werden müssen, trägt der Regionalverband in diesem Fall Vorsorge für eine künftige räumliche Nutzung. Aus Sicht des Regionalverbands handelt es sich bei den Standorten für geplante Erkundungsbohrungen um eine erste Konkretisierung des im Regionalplan festgelegten Vorranggebiets zur Sicherung von Wasservorkommen. In der Abwägung ist der Regionalverband daher zum Ergebnis gekommen, die geplanten Standorte für Erkundungsbohrungen mitsamt einem Vorsorgeabstand aus dem Vorranggebiet Windenergie WEA-436-010 Altdorfer Wald Süd herauszunehmen.“</p> <p>Insbesondere diese Ausführungen sind nicht hinreichend, um dem gewichtigen Belang des Wasserschutzes Rechnung zu tragen; im Folgenden begründet wird dies im Einzelnen.</p> <p>2. Verschiebung in das Vorhabenzulassungsverfahren</p> <p>Es trifft im Grundsatz zu, dass auf der Ebene der Regionalplanung keine derart konkrete und den örtlichen Einzelfallumständen Rechnung tragende Prüfung des Belangs „Wasserschutz“ vorgenommen werden kann, wie dies insbesondere im Rahmen eines Vorhabenzulassungsverfahrens der Fall ist. Denn jedenfalls teilweise hängt die Prüfung von dem erst noch auszuwählenden konkreten Standort und von den konkreten Baumaßnahmen ab. Allerdings darf auch kein allzu großzügiges Verschieben von sich aufdrängenden Fragestellungen in das Vorhabenzulassungsverfahren stattfinden – jedenfalls dann nicht, wenn es, wie hier, um Zielfestlegungen geht; vgl. VGH Mannheim Urt. v. 19.11.2020 – 5 S 1107/18, BeckRS 2020, 38975, beck-online, „Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind.“</p> <p>Die Prüfung darf also nicht durch eine zu geringe Untersuchungstiefe unterlaufen werden; vgl. auch ZUR 2024, 526, beck-online:</p> <p>„Die Variation der Prüftiefe lässt sich mit einer Je-desto-Formel beschreiben. Je nachteiliger die Umweltauswirkungen sein können, je konkreter und verbindlicher die Planfestlegung einen Rahmen für nachfolgende Planungsstufen setzt und je bedeutender die jeweilige Planfestlegung für die Zielsetzung des Plans ist, desto größer sollte die Prüftiefe sein, d. h., desto konkreter und umfassender sind die Umweltauswirkungen zu betrachten. Es ist grundsätzlich mit einer Tiefe zu prüfen, die eine sachgerechte Entscheidung auf der jeweiligen Ebene über die Planfestlegung erlaubt. Maßgeblich ist aber nicht die Leistungsfähigkeit des Planungsträgers, sondern die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> </ul>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Größe und Umfang der rahmensetzenden Vorgaben des Plans,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> </ul> <p>Empfindlichkeit und Bedeutung der betroffenen Schutzgüter sowie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> </ul> <p>Nachhaltigkeit und Quantität der zu erwartenden Umweltbeeinträchtigungen.“</p> <p>Berücksichtigt man die Bedeutung des Wasserschutzes im Altdorfer Wald ist eine weiterge-hende Prüfung und Berücksichtigung von dem Wasserschutz dienenden Aspekten erforder-lich. Darauf gehen wir im Folgenden näher differenziert ein.</p>		
II.159	861	<p>Dass der Wasserschutz im Alt-dorfer Wald eine gewichtige und herausragende Bedeutung hat, hatten wir bereits in unserer Stellungnahme vom 19. April 2024 thematisiert. Zwischenzeitlich sind hier allerdings weitere Erkenntnisse zutage getreten, die diesem Belang noch mehr Gewicht verleihen als bislang angenommen. Wir möchten auf den Fachdialog vom 11. März 2025 („Wasserschutz und Windenergie“) hinweisen, in dem fachliche Erkenntnisse und Bewertungen kommuniziert wur-den, die verdeutlichen, dass eine erhebliche Gewichtungsverstärkung dieses Belangs im Rah-men der planerischen Abwägung erforderlich ist; vgl. <a href="https://www.youtube.com/watch?v=wYeEswx3UXI">https://www.youtube.com/watch?v=wYeEswx3UXI</a></p>	<p>Der RVBO bedankt sich für den Hinweis auf den Energiedialog. Die Ergebnisse der Veranstaltung unterstreichen und bestätigen jedoch das planerische Vorgehen des RVBO (s. Planunterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss). Denn es werden zwar die Risiken von Windkraft im Wald auf Grundwasservorkommen aufgezeigt. Gleichzeitig werden Empfehlungen abgegeben und Maßnahmen aufgezeigt, wie bei Planung, Bau, Betrieb und Rückbau der WEA Beeinträchtigungen der Grundwasservorkommen vermieden werden können.</p> <p>Der Teilregionalplan Energie legt Vorranggebiete für Windenergie fest, die der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung im regionalen Maßstab dienen. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen. Die angesprochenen Aspekte sind damit Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	
II.159	862	<p>3. Windenergieanlagen in unmittelbarer Nähe zum Brunnen</p> <p>Die Errichtung von WEA in der Schutzzone III in unmittelbarer Nähe zur Grundwasserfassung stellt ein signifikantes Risiko dar. Im Falle eines Rotorblattabbruchs oder eines strukturellen Versagens des Turms besteht die Möglichkeit, dass die Grundwasserfassung beschädigt wird. Derzeit versorgt diese Anlage die Ortschaft Vogt mit Trinkwasser. Da kein Reservebrunnen für die Grundwasserfassung Damoos vorhanden ist, würde ein längerfristiger Ausfall der Anlage zu gravierenden Beeinträchtigungen in der Trinkwasserversorgung führen. Zwar ist die Eintrittswahrscheinlichkeit eines derartigen Ereignisses statistisch gering, jedoch wäre das potenzielle Schadensausmaß äußerst hoch. Wir verweisen auf die hier verlinkten Ausführungen zu „Havarie-Risiken und Gefährdungsbeurteilungen im Wasserschutzgebiet“ vom 5. November 2024:</p> <p><a href="https://windenergietag.de/2024/wp-content/uploads/sites/9/2018/01/32WET05_F25_1830_8.2ConsultingAG.pdf">https://windenergietag.de/2024/wp-content/uploads/sites/9/2018/01/32WET05_F25_1830_8.2ConsultingAG.pdf</a></p> <p>Auch der Abstand zum Hochbehälter Damoos ist nur gering, so dass das bislang vorgesehene Vorranggebiet für die Windenergie auch deshalb ein Problem ist. Die folgenden Abbildungen, die anlässlich des derzeit beim Landratsamt anhängigen Vorbescheidverfahrens angefertigt wurden, veranschaulichen die problematische Nähe sowohl zum Grundwasserwerk (1. Abb.), als auch zum Hochbehälter (2. Abb.):</p> <p>Wenn der Regionalverband ausweislich der Begründung zu PS 3.3.1 selbst davon ausgeht, dass die Grundwasserführung hier komplex und weitgehend unbekannt ist und hinzukommt, dass es sich bei den Trinkwasservorkommen in Oberschwaben ausweislich des Zielsatzes Ziffer 4.3.2 des Landesentwicklungsplanes um mit Blick auf die Wasserversorgung des gesamten Bundeslandes besonders schutzwürdige Trinkwasservorkommen handelt, erfordert dies, umso vorausschauender und mit dem diesem Belang zukommenden Gewicht im Rahmen einer solchen Planung umzugehen. Dass hier</p>	<p>Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts muss daher im nachgelagerten Planungsverfahren erfolgen.</p> <p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. III.010 Wasserversorgung Haslach verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bislang ein Defizit vorliegt, kommt auch im Umweltbericht zum Ausdruck, wo es auf S. 56 oben heißt:</p> <p>„Die Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen im Altdorfer Wald wurden aufgrund mangelnder hydrogeologischer Erkenntnisse grob abgegrenzt.“ [Hervorh. d. d. Verf.],</p> <p>4. Rechtsverordnung Wasserschutzgebiet Damoos (1986)</p> <p>Nach der Verordnung für das Wasserschutzgebiet Damoos ist in der Zone IIIA gemäß Nr. 2.2 „die Herstellung von Erdaufschlüssen, wie Gruben, Bohrungen und Schürfungen von mehr als 1 m Tiefe sowie die Herstellung neuer und die wesentliche Änderung bestehender oberirdischer Gewässer“ verboten. Mindestens zwei der geplanten Windräder würden nach heutigem Stand in der Schutzzone III gebaut werden (es wäre noch zu prüfen, ob Zone IIIA betroffen ist). Nach dem hydrogeologischen Gutachten, das der Einrichtung des Wasserschutzgebiets zu Grunde liegt, ist die Grundwasserfließrichtung und das Einzugsgebiet nicht bekannt und die dritte Schutzzone ist auf Basis verschiedener Annahmen ausgewiesen worden. Besteht somit – wie bereits in unserer ersten Stellungnahme ausführlich dargelegt – ein gehöriges Maß an Ungewissheit und damit an klärungsbedürftigen Aspekten, kann die Bewältigung angesichts der rechtlichen Anforderungen an eine rechtsfehlerfreie Planung nicht derart großzügig, wie im Entwurf vorgesehen, in das Vorhabenzulassungsverfahren verschoben werden.</p> <p>5. Masterplan Wasserversorgung und Überarbeitung Wasserschutzgebiet</p> <p>Der zuvor genannte Aspekt hängt eng mit dem Masterplan Wasserversorgung zusammen. Dieser Plan, der die Entwicklung der Wasserressourcen in Deutschland bis zum Jahr 2050 prognostiziert, beruht auf alten Daten (mit nur einer Tiefenbohrung). Die Schutzzonen müssten deshalb neu und mit großer Wahrscheinlichkeit vergrößert ausgewiesen werden. Dieser Masterplan sieht für den Standort Altdorfer Wald die Etablierung eines zweiten Standbeins zur Sicherung der Trinkwasserversorgung vor. Aufgrund des geschützten Grundwasservorkommens sowie der günstigen topographischen Lage gilt der Standort als besonders geeignet – insbesondere, weil die natürliche Geländeneigung eine weitgehend energieeffiziente Verteilung des Wassers im gesamten Verbandsgebiet ermöglicht. Im Rahmen der Umsetzung dieses Vorhabens sind zwei Erkundungsbohrungen geplant, die sich im Bereich der geplanten WEA im Altdorfer Wald befinden. Um die bestmöglichen Ergebnisse im Sinne der Wasserversorgung erreichen zu können, ist (auch) bei Erkundungsbohrungen ein Spielraum erforderlich, der durch die Windenergienutzung in diesem Bereich nicht eingeschränkt werden darf.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.159	863	Dabei ist zu berücksichtigen, dass dieser Spielraum nicht nur durch die WEA selbst, sondern auch durch Leitungsführungen eingeschränkt wird.	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf Erschließungsmaßnahmen beim Bau von Windenergieanlagen. Es wird darauf hingewiesen, dass Leitungen auch außerhalb der Vorranggebiete Windenergie verlegt werden dürfen, auch dann, wenn die Rechtsfolgen nach dem WindBG nach Erreichen des Flächenziels eingetreten sind. Die Reduktion eines Vorranggebiets Windenergie hat damit nicht zwangsläufig Einfluss auf die Verlegung von Leitungen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.	Keine Berücksichtigung
II.159	864	Sollte es zur Einrichtung einer zweiten Trink-wassergewinnung kommen, wäre eine Neuausweisung der Wasserschutzzonen erforderlich. Dabei ist mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer Erweiterung der Schutzzone II auszugehen, was zu einer Überschneidung mit der derzeit noch als Vorranggebiet vorgesehenen Fläche für WEA und somit zu Konflikten führen dürfte.	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung dem Az. III.010 verwiesen.	Kenntnisnahme
II.159	865	6. Verschärfung durch den sog. Ausformungsspielraum Verschärft wird diese Spielraum-Einschränkung durch die Art und Weise, wie der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben den sog. Ausformungsspielraum handhabt. Im Zusammenhang mit dem derzeit beim Landratsamt Ravensburg anhängigen Antrag auf Erteilung eines WEA-Vorbescheids hat der Regionalverband bislang die Auffassung vertreten, dass sich zwar mehrere WEA leicht außerhalb der Vorranggebiete befinden, dies aber noch vom sog. Ausformungsspielraum gedeckt sei. Wir halten das für rechtlich höchst problematisch. Denn wenn sich, wie hier, feststellen lässt, dass sich eine WEA außerhalb eines im Regionalplan vorgesehenen Gebiets befindet, liegt insoweit gerade keine maßstabsbedingte Unschärfe vor, die es unmöglich macht, festzustellen, ob sich eine WEA innerhalb oder außerhalb befindet, die es erfordert, einen sog. Ausformungsspielraum anzuerkennen. Dass es einen solchen Unschärfebereich geben kann und darf, liegt in der Natur der Sache. Denn die regionalplanerische Gebietsabgrenzung kann (planungsebenengemäß) nicht derart scharf sein, dass die Gebietsgrenze gewissermaßen auf den Zentimeter oder Meter genau	Der Ausformungsspielraum wird im Einzelfall geprüft. Es handelt sich nicht um einen abwägungsrelevanten Belang, sondern betrifft das konkrete Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung). Die Planunschärfe ist Folge der planerischen Festlegungen und keine Grundlage dieser Festlegungen. Die Anregung wird daher lediglich zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ablesbar ist. Diese Unschärfe kann es rechtfertigen, der folgenden Planungsebene bei der Anwendung der Regionalplanung (durch die kommunale Bauleitplanung) einen Spielraum in der weiteren Ausgestaltung zu belassen. Sie rechtfertigt aber nicht – erstens – auch dort, wo mangels Un-schärfe durchaus festgestellt werden kann, dass sich eine WEA außerhalb eines Gebiets be-findet, ein sog. Ausformungsspielraum anzunehmen, und sie rechtfertigt – zweitens – auch nicht, dem Projektierer ein eigenmächtiges Vorranggebietserweiterungsrecht einzuräumen. Denn es ist keine Rechtfertigung dafür ersichtlich, weshalb diese sog. Ausformungsspielraum zugunsten eines Projektierers gewährt werden soll, aber nicht zugunsten der in ihrer Pla-nungshoheit betroffenen Kommune. So, wie der Regionalverband bislang mit dem Thema „Ausformungsspielraum“ umgegangen ist, bedeutet dies praktisch eine Vergrößerung der Vorranggebiete (über den im Regionalplan festgelegten Bereich hinaus) und korrespondie-rend damit eine weitere Einschränkung des vorstehend unter 5. aufgezeigten Spielraums.</p>		
II.159	866	<p>7. Gute Trinkwasserqualität, Nutzung ohne Aufbereitung Das derzeitige Rohwasser weist eine gute Trinkwasserqualität auf und kann nahezu ohne weitere Aufbereitung als Trinkwasser verwendet werden. Jegliche Eingriffe in die schützenden Bodenschichten des Grundwassereinzugsgebiets bergen langfristig Risiken für die natürliche Filterfunktion und somit für die Qualität des Rohwassers. Während der Bauphase ist mit er-höhtem Verkehrsaufkommen sowie Eingriffen in das Erdreich zu rechnen, wodurch das Risiko einer Verunreinigung des Grundwassers durch Schadstoffe besteht. Ist die Qualität des Grundwassers erst einmal beeinträchtigt, ist eine Sanierung nur mit erheblichem Aufwand und hohen Kosten möglich – wobei der Erfolg entsprechender Maßnahmen schwer vorherzusa-gen ist. Umso mehr ist eine vorausschauende Berücksichtigung bereits auf der Ebene der Regionalplanung erforderlich.</p> <p>8. Waldumbruch und Nitratproblem Vom Wasserschutzgebiet Damoos liegen 241 ha im Wald. Der Bau von WEA erfordert mit der Errichtung von Fundamenten und Zugangsstraßen einen teilweisen Kahlschlag der Waldflächen. Bislang galt der Wald als verlässlicher Speicher für Nitrat. Aktuelle Studien zeigen je-doch, dass Waldumbruch und Waldsterben diese Schutzfunktion erheblich beeinträchtigen können. Infolgedessen kann der Wald selbst zur Quelle von Nitrat werden. Die vermehrte Freisetzung von Nitrat birgt ein erhebliches Risiko für die Wasserqualität, da Nitrat aufgrund seiner hohen Mobilität rasch in das Grundwasser gelangen kann. Werden darüber hinaus die schützenden oberen Bodenschichten gestört, ist mit einer noch schnelleren Kontamination zu rechnen. Die Veränderungen der</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung mit dem AZ. III.010 verwiesen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nitratkonzentrationen treten häufig lokal sehr unterschiedlich auf, und ihre Auswirkungen werden mitunter erst nach mehreren Jahren messbar. Daher stellen aktuelle Messungen oft nur den Beginn einer langfristigen Entwicklung dar. Wir verweisen insofern auf folgende Fundstelle:</p> <p><a href="https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1029/2025EF006078">https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1029/2025EF006078</a></p> <p>9. Erhöhte Vulnerabilität für das Grundwassereinzugsgebiet</p> <p>Der Bau von WEA kann die Vulnerabilität eines Grundwassereinzugsgebiets auf verschiedene Weise beeinflussen. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Eingriff in den Boden und Wasserhaushalt. Für die Errichtung von WEA sind massive Fundamente sowie Zuwegungen notwendig, was zu einer teilweisen Versiegelung und Verdichtung des Bodens führt. Dadurch wird die natürliche Versickerung von Regenwasser vermindert, was die Grundwasserneubildung beeinträchtigen kann. Zudem verändern sich Oberflächenabflüsse, was Erosion oder Störungen im Abflussverhalten begünstigen kann. Ein weiterer kritischer Punkt ist der potenzielle Eintrag von Schadstoffen während der Bau- und Betriebsphase. Maschinen und Fahrzeuge bringen Risiken durch Leckagen von Öl, Schmierstoffen oder Treibstoffen mit sich. Auch beim Einbau großer Mengen an Beton kann es zu Auswaschungen kommen, die die chemische Zusammensetzung des Sickerwassers beeinflussen. Wartungsarbeiten an den Windrädern bergen ebenfalls ein gewisses Kontaminationsrisiko, insbesondere wenn hydraulische Systeme oder Kühlmittel zum Einsatz kommen. Zusätzlich werden für die Erschließung neue Wege und Kabeltrassen angelegt, die die natürliche Bodenschichtung stören und neue Eintragspfade für Schadstoffe schaffen können. Wir verweisen beispielhaft auf eine Entscheidung des VGH München, Urt. v. 4.7.2024 – 22 A 23.40049 –, BeckRS 2024, 22288, beck-online.</p> <p>10. Trinkwassereinzugsgebieteverordnung und Trinkwasserrichtlinie</p> <p>Die im Jahr 2023 in Kraft getretene „Verordnung über Einzugsgebiete von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung (Trinkwassereinzugsgebieteverordnung – TrinkwEGV)“ dient dem Schutz der Beschaffenheit des Grundwassers oder Oberflächengewässers in Einzugsgebieten von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung im Hinblick auf die Verwendung als Trinkwasser und dem Schutz der Beschaffenheit des Rohwassers sowie dazu, den erforderlichen Aufwand der Aufbereitung von Trinkwasser durch Beseitigung oder Verringerung von Kontaminationen und ihrer Ursachen zu verringern (§1 TrinkwEGV). Für die Umsetzung der Verordnung gilt ein risikobasierter Ansatz, der sich dadurch auszeichnet, dass sämtliche Risiken in Trinkwassereinzugsgebiet analysiert und abgewogen werden sollen. Nach § 7 TrinkwEGV kann der Betreiber in die Gefährdungsanalyse</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und Risikoabschätzung auch Ge-fährdungen einbeziehen, die außerhalb des Trinkwassereinzugsgebiets liegen. Wir verweisen insofern auch auf die (übergeordnete) europäische Trinkwasserrichtlinie (TWRL), in deren Er-wägungsgrund 17 folgendes ausgeführt wird:</p> <p>„Die Risikobewertung und das Risikomanagement der Einzugsgebiete von Entnahme-stellen sollten einem ganzheitlichen Ansatz folgen und darauf ausgerichtet sein, den für die Gewinnung von Wasser für den menschlichen Gebrauch erforderlichen Umfang der Aufbereitung zu verringern, indem beispielsweise die Belastungen reduziert werden, die zur Verunreinigung bzw. zu einem Risiko der Verunreinigung von Wasserkörpern füh-ren, denen Wasser für den menschlichen Gebrauch entnommen wird.“</p> <p>Gerade dann, wenn, wie hier, aufgrund der örtlichen Besonderheiten keine zusätzliche Auf-bereitung wie in anderen Gebieten erforderlich ist, unterstreichen diese beiden Regelwerke, Trinkwassereinzugsgebieteverordnung und Trinkwasserrichtlinie, die Bedeutung des Belangs „Wasserschutz“ im Altdorfer Wald und damit bei der hiesigen Planung.</p>		
II.159	867	<p>In diesem Zusammen-hang legen wir als Anlage 1 einen Zeitungsartikel vor („Wasserversorgung in Europa vor gro-ßen Herausforderungen“), der bekräftigt, dass die Bedeutung des Belangs „Wasserschutz“ im Altdorfer Wald stärker ins Gewicht fallen muss – zumal sich das Planungsziel des Regional-verbands (1,8 %) auch dann noch erreichen lässt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Planung steht eine Sicherung des Grundwasserschutzes im Walde nicht entgegen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Es wird auf die sonstige Abwägung dieser Stellungnahme und der Stellungnahme Az. III.010 Haslach Wasserversorgung verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.159	868	<p>11. Wasserschutz vs. Klimaschutz?</p> <p>Die eine oder andere Ausführung in den vorliegenden Unterlagen liest sich, als sei hier konkret der Belange „Wasserschutz“ mit dem Belang „Klimaschutz“ abzuwägen. Rechtlich zutreffend eingeordnet, stellt sich dies etwas anders dar. Zwar beinhaltet § 2 S. 1 und 2 EEG eine relative Gewichtungsverstärkung bezüglich der Gewinnung erneuerbarer Energien. Ähnlich wie das klimaschutzrechtliche Berücksichtigungsgebot des § 13 Abs. 1 KSG hat § 2 S. 1 und 2 EEG die Funktion einer Querschnittsklausel, die im Rahmen diverser Abwägungsentscheidungen zur Anwendung kommen kann. Wie weit § 2 S. 1 und 2 EEG im Planungsrecht gilt, ist noch nicht abschließend geklärt (so ausdr. NVwZ 2025, 447, beck-online). Allerdings ist in jedem Fall zu berücksichtigen, dass das WindBG, § 1 Abs. 2 WindBG mit seinen Regelungen zu den Flächenbeitragswerten, die für den Ausbau der Windenergie an Land benötigt werden, fol-gendes ist:</p> <p>„eine Umrechnung der Zielvorgaben des EEG auf die hierfür benötigte Fläche (2% der Bundesfläche, wenn die Rotorblätter über die ausgewiesenen Flächengrenzen hinaus-ragen dürfen,</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. III.010 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>BT-Drs. 20/2355 S. 23 f.).“  [Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Meurers, 157. EL November 2024, BauGB § 249 Rn. 9, beck-online]  Somit wird den Zielvorgaben des EEG dahin Rechnung getragen, wenn das ausdrücklich erklärte Flächenziel erreicht wird. Welche Flächen innerhalb der Region am besten geeignet sind (oder aufgrund gewichtiger Belange wie beispielsweise dem Wasserschutz nicht geeignet sind), ist im Hinblick auf die EEG-Zielerreichung irrelevant – solange eine den rechtlichen Anforderungen genügende Planung erzielt wird, die die jeweiligen Flächenbeitragswerte erreichen. Aus diesen Gründen ist der relative Gewichtungsvorrang der in § 2 S. 1 und 2 EEG vorgesehen ist, nicht geeignet, den Belang „Wasserschutz“ wegzuwägen. Denn auch dann, wenn das hier in Rede stehende Vorranggebiet entfällt, lässt sich das 1,8 %-Ziel, erreichen, und mehr noch: Dieses Ziel lässt sich so sicherer erreichen, da die Planung dann nicht von den erörterten Mängeln behaftet wäre.</p>		
II.159	869	<p>12. Stellungnahme vom 19. April 2024  Um Wiederholungen zu vermeiden, verweisen wir im Übrigen auf die ausführlichen Ausführungen in unserer Stellungnahme vom 19. April 2024. Diese wird nach wie vor aufrechterhalten.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n) sowie auf Änderungen im Textteil. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.  Nachrichtlicher Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen	
II.159	870	13. Ergebnis Es lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Planung aufgrund der dargelegten Probleme und Konflikte weiter angepasst werden sollte. Denn nur so lässt sich eine den rechtlichen Anforderungen genügende Planung erreichen. Das im Entwurf vorgesehene Vorranggebiet „Altdorfer Wald – Süd“ sollte gestrichen oder zumindest deutlich verkleinert werden. Das entspräche ohne weiteres dem „Mindestens 1,8 %“-Ziel und auch das Ziel einer rechtssicheren und damit verlässlichen Planung ließe sich so erreichen.	Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen. Ansonsten wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.	Teilweise Berücksichtigung
RA Armin Brauns - Gemeinde Wald				
II.160	1013	anliegend überreiche ich die Stellungnahme für meine Mandantschaft die Gemeinde Wald. Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen – Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) WEA-437-025 unter Vorlage beigefügter Vollmacht zeige ich die anwaltliche Vertretung der Gemeinde Wald, Von-Weckenstein-Str. 19, 88639 Wald, vertreten durch Herrn Bürgermeister Joachim Grüner an. Anlage: Vollmacht – als Anl. 1 Für die Gemeinde Wald nehme ich im Rahmen des 2. Beteiligungsverfahrens der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Teilregionalplanung Energie wie folgt Stellung. 2 Abbildungen im Anhang! Grundsätzlich ist zu befürworten, dass die Potenzialfläche von ursprünglich 374 ha auf 243 ha reduziert wurde. Aus hiesiger Sicht und Beurteilung ist die Fläche WEA-437-025 aber vollständig aus der Planung zu nehmen, weil öffentliche Belange einer Windkraftnutzung in diesem Gebiet entgegenstehen. So sehr der Ausbau erneuerbarer Energien im Sinne der Energiewende grundsätzlich zu befürworten ist, so sehr muss auch jede geplante Maßnahme einer differenzierten und verantwortungsbewussten Abwägung unterzogen werden. In der vorliegenden Konstellation im Gemeindegebiet der Gemeinde Wald überwiegen jedoch die ökologischen, landschaftsästhetischen und sicherheitstechnischen Bedenken in erheblichem Maße.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.160	1014	Naturschutz Der Regionalplaner führt im Steckbrief aus: Naturschutz/Biol. Vielfalt Hochmoor im näheren Umfeld (< 500 m) - Artenschutzräume Kategorie B (124 ha, 36 %) - Biotope, FFH-Mähwiesen, Naturdenkmale (4 ha, 1 %) - Kernflächen und Kernräume des regionalen und des landesweiten Biotopverbundes (4 ha, 1 %) - Verbundräume des regionalen Biotopverbundes (4,4 ha,	Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>1,2 %) - Die tatsächlichen Auswirkungen auf die Belange des Artenschutzes ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und ggf. der artenschutzrechtlichen Prüfung. - Ggf. Monitoring möglicher Auswirkungen auf die Hochmoorflächen durch den sog. "Nachlauf-Effekt" (Notwendigkeit abhängig von Anzahl und Höhe der WKA und dem aktuellen Stand der Wissenschaft) Entgegenstehende Belange des Naturschutzes nach § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB i.V.m. § 44 Abs. 1 BNatSchG haben bereits zu der oben beschriebenen Verkleinerung der Fläche geführt. Diese entgegenstehenden Belange betreffen aber im Ergebnis das gesamte Gebiet. Ein zentrales Problem stellt der von Windkraftanlagen ausgehende Infraschall dar, dessen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit vielfach unterschätzt werden. Studien deuten darauf hin, dass dieser niederfrequente Schall sowohl auf Menschen als auch auf Tiere eine störende, mitunter schädliche Wirkung entfalten kann. Besonders besorgniserregend ist dies vor dem Hintergrund der sensiblen Tierwelt, in der großen zusammenhängenden Waldfläche im Gemeindegebiet Wald: Die hiesigen Fledermauspopulationen sind durch den sogenannten Barotrauma-Effekt unmittelbar durch die Rotoren gefährdet.</p>	<p>Windenergie gleichermaßen. Bzgl. Infraschall, Auswirkungen auf Mensch und Tier s. Anlage B.1 Synopse Abwägung 1. Offenlage.</p>	
II.160	1015	<p>Landschaft: Steckbrief: Überdurchschnittliche Konfliktintensität von Landschaftsbild- und Erholungsfunktion (15 ha, 4 %) Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB. Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der streitgegenständlichen Fläche zerstört. Der Regionalplaner beruft sich bezüglich des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung auf ein Gutachten des Büros PAN. Allerdings nimmt dieses Gutachten zu der Gesamtregion Stellung. In mehreren Karten werden die möglichen entgegenstehenden Belange dargestellt. Allerdings kann aus den Karten nicht entnommen werden, welche Belastungen auf die einzelnen Potentialflächen entfallen. Ergebnisse können nur erahnt werden. Der Regionalplaner gibt in den Tabellen der Gesamtübersicht der Potentialflächen lediglich ein Ergebnis mit wenigen Worten bekannt. Dies kann aber nicht überprüft werden. Insoweit ist der Regionalplaner aufzufordern den Gutachter zu</p>	<p>Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, s. Anlage zur Begründung des Teilregionalplans sowie durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für Windenergienutzung sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung, s. Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Teilregionalplans Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Der Regionalverband hat das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Aus Sicht des RVBO ist der Detaillierungsgrad aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung ausreichend. Der RVBO plant keine Standorte für Windenergieanlagen, nur Gebiete. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>veranlassen, für jede Potentialfläche konkret die Belastung unter dem Blickwinkel des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung ausführlich aufzuzeigen. Besonders gravierend ist die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes der Gemeinde Wald. Diese liegt bekanntlich in einer touristisch bedeutenden Region Süddeutschlands. Die Region nördlich des Bodensees lebt u. a. vom naturnahen Tourismus. Die Errichtung überdimensionierter Windkraftanlagen würde dieses gewachsene Landschaftsbild nachhaltig stören und damit die Attraktivität der Gegend für Besucherinnen und Besucher massiv beeinträchtigen, insbesondere durch die Südwest-Ausrichtung wird durch tiefstehende Sonneneinstrahlung das Landschaftsbild nachhaltig beeinträchtigt. Ein Rückgang der touristischen Nachfrage wäre eine zu erwartende Folge mit weitreichenden ökonomischen Konsequenzen für die ansässige Bevölkerung.</p>	<p>Für jedes Vorranggebiet für Windenergienutzung wurden anhand des o.g. Gutachtens und weiterer Parameter zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betriebs von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Bei den in dem in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung und unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte der Windenergienutzung gegenüber dem Schutz des Orts- und Landschaftsbildes der Vorrang eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
II.160	1016	<p>Waldschutz und Bodenschutz Steckbrief: Boden: - Boden mit sehr hoher Leistungs- und Funktionsfähigkeit im Naturhaushalt (26ha, 7 %) - Boden mit hoher Leistungs- und Funktionsfähigkeit im Naturhaushalt (160 ha, 43 %) - Landbauwürdige Flächen, Vorbehaltsflur I nach Flurbilanz 2022 (8 ha, 2 % Es kommt zu Destabilisierungen von Waldökosystemen, die durch notwendige Rodungen und Eingriffe in den Boden unumgänglich wären. Wälder, als komplexe Klimaregulatoren und Lebensräume zahlreicher Arten, dürfen in Zeiten zunehmender klimatischer Extremereignisse nicht weiter geschwächt werden. Zum Waldschutz gibt der Regionalplan folgende Vorgabe: PS 3.2.2 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans</p>	<p>Zu den Auswirkungen von WEA auf Wälder und Waldökosysteme sowie Erschließungsmaßnahmen für WEA sowie klimatischen Auswirkungen von WEA auf das Klima im Wald einerseits und über den Wake-Effekt andererseits sowie Waldbrandgefahr: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Zur EU-Wiederherstellungsverordnung: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen. Aus Sicht steht die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie im Teilregionalplan Energie der Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung nicht entgegen. Im Gegenteil, durch die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie werden über 98 % der Region und ca. 95 % der Wälder in der Region von Vorranggebieten</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>entgegenstehen und die Zweckbestimmung gem. PS 3.2.0 (2) und (5) nicht beeinträchtigt wird. Von einer Beeinträchtigung ist v.a. in den Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbundsystems auszugehen. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen ist in PS 4.2.2 geregelt. Die EU hat die Wiederherstellung intakter Ökosysteme beschlossen. Das Naturschutzgesetz sieht vor, bis 2030 auf mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresgebiete der EU sogenannten Wiederherstellungsmaßnahmen durchzuführen. Damit würden Naturräume auf einer Fläche von mehr als der doppelten Größe von Deutschland europaweit ökologisch wiederhergestellt werden. Die EU-Kommission hatte das Gesetz im Juni 2022 vorgeschlagen, um den Zusammenbruch unserer Ökosysteme zu verhindern und zeitgleich die Artenvielfalt aufrechtzuerhalten. Das Renaturierungsgesetz wäre das erste europaweite Gesetz mit dem Ziel, Natur wiederherzustellen. Umgesetzt werden könnte die Renaturierung beispielsweise durch die Wiederaufforstung sowie den Schutz von Wäldern, die Wiedervernässung trockengelegter Moore oder die Begrünung von Städten. Bis 2050 sollen dadurch laut Gesetzesentwurf alle Ökosysteme innerhalb der EU wieder in einem ökologischen Zustand sein. Das übergreifende Ziel: Europa soll nicht nur seine Natur schützen, sondern auch klimaneutral wirtschaften, nachhaltig konsumieren und ökologisch produzieren. Dies steht in Widerspruch zu der Inanspruchnahme der Wälder zum Zweck der Errichtung von Windkraftanlagen. Es werden neue Wege in einer Breite von mindestens 4,5 m (in Kurven und Einschränkungen weitaus größere Breiten) geschaffen und der Wald gerodet. Die bestehenden Wege müssen ebenfalls tief ausgegraben und für den Schwerlastverkehr ausgebaut werden. Dadurch wird der Wald in einzelne kleinere Fragmente geteilt. Es entstehen auf Dauer riesige Freiflächen, die insgesamt die Temperatur und Austrocknung des Waldes fördern. Insoweit verweise ich auf die ZDF- Dokumentation „Streitfall Windenergie“ vom 3.9.2023: <a href="https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-streitfall-windenergie-100.html">https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-streitfall-windenergie-100.html</a> Professor Pierre Ibisch weist aufgrund eines untersuchten Windparks bei Nieskau auf die negativen Auswirkungen hin. Satellitenaufnahmen aus der Zeit vor dem Windkraftausbau und nach dem Windkraftausbau zeigen die massive Erhöhung der Oberflächentemperaturen der Freiflächen im Wald und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Wald. Jeder Weg und jede Schneise innerhalb des Waldes sorgen an heißen Tagen für eine deutliche Erwärmung des Waldes und damit eine fortschreitende</p>	<p>Windenergie freigehalten. Die vorliegende Teilfortschreibung dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land. Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde eine sorgfältige Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durchgeführt und das Gewicht jedes Belangs wurde angemessen berücksichtigt. Allerdings ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.</p> <p>Für die weiteren Punkte: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.160	1017	<p>Schädigung. Laut Aussage des Professors Ibisch ist die Folge Stress, die beiträgt zur Schwächung des Gesamtsystems Wald und erhöht dazu noch die Risiken für erhöhte Waldbrandgefahr.</p> <p>Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch die am 10.2.2023 ergangene Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zum Thema Waldschutz und „überragendes öffentliches Interesse“. Verwiesen wird auf die Internet Veröffentlichung: <a href="https://www.taylorwessing.com/de/insights-and-events/insights/2023/08/rechtsprechungzum-waldrecht">https://www.taylorwessing.com/de/insights-and-events/insights/2023/08/rechtsprechungzum-waldrecht</a> Hieraus ist zu zitieren: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH Hessen) hat im Februar diesen Jahres im Rahmen eines Eilrechtsschutzverfahrens (VGH Hessen, Beschluss vom 10.02.2023, Az. 9 B 247/22.T) gegen die Genehmigung einer Waldumwandlung von insgesamt rund 5 Hektar Waldfläche für den Ausbau einer Zuwegung zu einem Windpark eine Grenze des neuen § 2 EEG 2023 aufgezeigt: Zwar seien auf Grundlage des § 2 EEG die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die durchzuführende Schutzgüterabwägung einzubringen und könne das Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien nur in Ausnahmefällen überwunden werden – aber: Die für die Abwägung erforderliche Ermittlung aller relevanten Tatsachen muss der Entscheidung des VGH Hessen zufolge dennoch erfolgen. Die Zusammenstellung und Ermittlung der relevanten Tatsachen erfolgten im zu entscheidenden Fall nach Überzeugung des Gerichts nur lückenhaft. Dem Eilrechtsschutzantrag gegen das Vorhaben wurde daher stattgegeben. § 2 EEG bietet im Hinblick auf die vorzunehmende Ermittlung der Tatsachengrundlage also keine Erleichterung: Die für die Gewichtung der abwägungserheblichen Belange notwendige Tatsachengrundlage muss in einem ersten Schritt umfassend ermittelt werden. Erst innerhalb der (nachgelagerten) auf Grundlage aller zu berücksichtigenden Tatsachen vorzunehmenden Abwägung kommt § 2 EEG zum Zuge und kann zur Durchsetzung des Interesses am Ausbau erneuerbarer Energien verhelfen. Zu beachten ist, dass dieser allgemeine Grundsatz Geltung über das Waldrecht hinaus zugesprochen werden kann.</p>	Die Ausführungen zum Urteil werden zur Kenntnis genommen. Der RVBO hat alle abwägungserheblichen Belange nach den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG ermittelt inklusive der auf der regionalen Planungsebene relevanten Tatsachen. Ein Abwägungsfehler liegt nicht vor.	Kenntnisnahme
II.160	1018	<p>Denkmalschutz Der Steckbrief enthält keine Angaben zum Denkmalschutz; § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB Es wird offensichtlich nicht berücksichtigt, dass im Bereich der Gemeinde Wald mehrere wichtige denkmalgeschützte Baudenkmäler vorhanden sind, die einer Ausweisung des Gebiets entgegenstehen. Dies gilt insbesondere, weil der Abstand des Vorranggebiets zu den denkmalgeschützten Gebäuden sehr gering ist. Nachfolgend Quelle: Wikipedia Die Geschichte des Dorfes lief parallel zu der des Klosters. Zur klösterlichen Herrschaft, die unter der Ägide der Reichsabtei Salem stand, zählten bis zu jenem Jahr auch die Orte Walbertweiler, Kappel, Glashütte, Otterswang, Reischach, Gaisweiler, Weihwang, Tautenbronn, Hippetsweiler, Riedetsweiler,</p>	<p>Bei den in der Anregung genannten Kulturdenkmälern handelt es sich nicht um im höchsten Maße raumwirksame Kulturdenkmäler.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 Berücksichtigung von Umgebungsschutz bei nicht im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmälern verwiesen. Eine Berücksichtigung eines Umgebungsschutzes für nicht im höchsten Maße raumwirksame Kulturdenkmäler ist nicht erforderlich.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Rothenlachen und Ruhestetten. Bei der Säkularisation aufgrund des Reichsdeputationshauptschlusses wurde das Kloster 1806 aufgelöst und sein Territorium fiel an das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen. Die klösterliche Gemeinschaft bestand noch bis Anfang der 1850er Jahre, sie lebte von Pensionen des Fürsten • Kloster Wald: Das Zisterzienserinnenkloster wurde im Jahre 1212 durch den staufischen Reichsministerialen Burkard von Weckenstein für seine Schwestern Judintha und Ita gegründet, jedoch im Dreißigjährigen Krieg beinahe völlig zerstört. Das heutige Gebäude und die Klosterkirche sind Barockbauten aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Heute ist an das Benediktinerinnenkloster der Heiligen Lioba die Heimschule Kloster Wald angeschlossen, die Mädcheninternat, Gymnasium und Lehrwerkstätten vereint. Eine Besichtigung ist deshalb nicht möglich.[13] Der Konventsaal trägt eine Stuckdecke und Deckenfresken. • Pfarrkirche St. Bernhard: Die ehemalige Klosterkirche, die im 13. Jahrhundert als dreischiffige gotische Kirche gebaut wurde, ist 1696 bis 1698 von Vorarlberger Jos Beer als einschiffige Barock-Rokokokirche mit weit in das Schiff hineinreichender Nonnenempore umgestaltet worden. Äbtissin Maria Dioskora von Thurn und Valsassina ließ die Kirche mit dem luftig-leichten Rokoko und dem von Putten umspielten Barockstil ausschmücken.[14] Die Stuckarbeiten sind Ausführungen von Johann Jakob Schwarzmann. Sie kann besichtigt werden.[13] • Weiterhin gibt es in Wald die Friedhofskapelle und die Wegekapelle mit Kreuzigungsgruppe. • Im Ortsteil Kappel steht die Kapelle St. Martin aus dem Jahr 1716. Ihr Renaissancealtar ist bereits ins Jahr 1568 zu datieren. Zur Ausstattung gehören weiterhin wertvolle Figuren. • In Reischach befindet sich die Kapelle St. Agatha aus dem 18. Jahrhundert. • Die Sentenharter Kirche St. Remigius mit ihrem staffelförmigen Kirchturm dürfte bereits um 1300 als Wehrkirche entstanden sein. Das Kirchenschiff ist ein späterer Neubau. • Die Kirche St. Gallus in Walbertsweiler ist ein moderner zweckmäßiger Bau mit schlichter Innenausstattung von 1961, errichtet, nachdem der Turm der Vorgängerkirche eingestürzt war. • Auf Hippetsweiler Gemarkung befinden sich zwei denkmalgeschützte Kapellen: Die Kapelle St. Wolfgang (Pfullendorfer Straße 21) von 1620 (ein verputzter Massivbau mit polygonaler Apsis und Dachreiter)[15] sowie die Mariengedächtniskapelle (Pfullendorfer Straße 49) von 1947 (eine Wegkapelle/Kapellenbildstock an der Landesstraße 212 zwischen Hippetsweiler und Gaisweiler; verputzter Massivbau)[16]. • Weitere Kapellen gibt es in Riedetsweiler (St. Antonius), in Rothenlachen (Marienkapelle), in Glashütte (St. Josef) und in Ruhestetten (Dreifaltigkeitskapelle). • Feldkreuze: In der Gemeinde Wald sind über 50 Feldkreuze bekannt.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.160	1019	<p><a href="https://de.wikipedia.org/wiki/Kloster_Wald">https://de.wikipedia.org/wiki/Kloster_Wald</a></p> <p>Wald ist zudem Zielort des Beuroner Jakobsweges, der in Tübingen beginnt. Das Dorf liegt außerdem an den Ferienstraßen Oberschwäbische Barockstraße und Hohenzollernstraße.</p>	<p>Die Belange der Erholung wurden in der Abwägung angemessen berücksichtigt, s. vorangegangene Abwägung dieser STellungnahme.</p> <p>Es wird zudem auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	Keine Berücksichtigung
II.160	1020	<p>Mangelnde Windhöffigkeit Steckbrief: Mittlere Windleistungsdichte in 160 m Höhe durchschnittlich 170 W/qm (Überwiegend ungeeignet, Minimum: 148 W/qm, Maximum: 186 W/qm) - Nach aktuellen Messungen beträgt die mittlere gekappte Windleistungsdichte in 175 m Höhe im Gebiet &gt; 190 W/qm und ist damit tendenziell geeignet. Fazit: Fläche ist Teil der Flächenkulisse, da die Eignungskriterien höher bewertet werden als vorhandene Konflikte. Die Errichtung von Windkraftanlagen im beplanten Gebiet erscheint angesichts der vorliegenden Gegebenheiten äußerst fragwürdig. Der Windatlas, der die Windverhältnisse in der Region detailliert darstellt, belegt eindeutig, dass das geplante Gebiet über nahezu keine nennenswerte Windhöffigkeit verfügt. Diese Tatsache stellt einen fundamentalen Widerspruch zu den grundlegenden Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Betrieb von Windkraftanlagen dar, da die Effizienz solcher Anlagen in hohem Maße von stabilen und ausreichend starken Windverhältnissen abhängt. Zudem wurde im Rahmen des Projekts ein Windgutachten von einem externen Projektierer erstellt, dessen Ergebnisse jedoch mit Vorsicht zu betrachten sind. Ein derartiges Gutachten, das die Grundlage für die Entscheidung zur Errichtung der Windkraftanlagen bilden soll, wurde in einem für die Messungen ungeeigneten Zeitraum durchgeführt und ist daher höchst fragwürdig. In der Regel erfordern Windmessungen mindestens ein Jahr, um zuverlässige Daten zu erheben, da die Windverhältnisse starken jahreszeitlichen Schwankungen unterliegen. Die in diesem Fall vorliegenden Messungen basieren jedoch auf einer kürzeren Messperiode, was die Resultate in Frage stellt und erhebliche Zweifel an der Verlässlichkeit des Gutachtens aufwirft. Angesichts dieser Unstimmigkeiten wäre es unvernünftig, eine Entscheidung zu</p>	<p>Die Windmessungen des vorliegenden Gutachtens wurden nach Auskunft des Projektierers im Zeitraum 21.10.2020 bis 20.10.2021 durchgeführt. Aus Sicht des RVBO ist das Windgutachten daher ausreichend, um eine für den Betrieb von WEA WEA ausreichend hohe Windhöffigkeit im genannten VRG Windenergie zu prognostizieren. In der Begründung zu PS 4.2.1 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie wird ausführlich dargelegt, warum in manchen Fällen auch Flächen mit einer nach Windatlas geringeren Windleistungsdichte als VRG Windenergie festgelegt wurden bei Vorliegen entsprechender Nachweise von Projektierern. Dies ist z.B. auch im VRG WEA-436-036 der Fall, wo bereits WEA errichtet werden. Das Vorgehen des RVBO ist hier nicht zu beanstanden. Die Oberste Raumordnungsbehörde kann dem Vorgehen des RVBO folgen.</p> <p>Es wird zum Thema Windhöffigkeit zudem auf die Anlage der Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		treffen, die auf solch unzureichenden und möglicherweise fehlerhaften Daten basiert. Es ist dringend erforderlich, weitere, langjährig erfasste Winddaten zu berücksichtigen, um die Entscheidung für oder gegen die Windkraftanlagen sachgerecht und nachhaltig zu treffen. Die Wirtschaftlichkeit der Windkraftanlagen stünde damit in keinem Verhältnis zu den verursachten Eingriffen in Natur, Landschaft und Gesellschaft. In früheren Erfassungen wurden regelmäßig geringere Werte ermittelt. Der gesamte Bereich Bodensee-Oberschwaben galt in der Vergangenheit als nicht windhöflich, sodass keine ausreichenden Erträge aus Windenergie zu erwarten waren.		
II.160	1021	<p>Die produzierte Strommenge der bereits vorhandenen Windkraftanlagen übersteigt bereits jetzt den von den Netzen aufnehmbaren Strom, insbesondere auch unter Berücksichtigung der deutlich zunehmenden Strommenge aus Photovoltaikanlagen. Dies ist deutlich an den hohen Stillstandzeiten der Windkraftanlagen erkennbar. Es geht bei dem Neubau von weiteren Windkraftanlagen insbesondere um das Abgreifen von Subventionen. Auch laut Aussage der McKinsey-Forschung ist der derzeit forcierte Ausbau der Windenergie in dieser Form nicht notwendig. Getragen wird der massive Ausbau von dem Durchsetzungsvermögen der Lobbyisten und der bisherigen Bundesregierung.</p> <p><a href="https://www.mckinsey.de/news/presse/2025-01-20-zukunftspfad-strom">https://www.mckinsey.de/news/presse/2025-01-20-zukunftspfad-strom</a> nachfrage entgegenstehender Belang Carbonbelastung der Umwelt Hinzu kommt, dass die großdimensionierten Rotorblätter der Windkraftanlagen gegenwärtig nur schwer oder gar nicht recycelbar sind. Dies wirft nicht nur Fragen nach der langfristigen ökologischen Nachhaltigkeit auf, sondern verschiebt die Umweltbelastung lediglich in die Zukunft. Auch das Risiko von Blitzeinschlägen, das bei diesen hohen Bauwerken naturgemäß erhöht ist, darf nicht unterschätzt werden. Solche Zwischenfälle bergen nicht nur eine unmittelbare Gefahr für Mensch und Natur, sondern auch für die technische Infrastruktur. Windenergieanlagen enthalten Carbon. Beim Betrieb der Windenergieanlagen wird Carbon freigesetzt, das sich am Boden ablagert, ins Erdreich eindringt und so unter anderem Grund und Trinkwasser-Vorkommen erheblich belasten bzw. gefährden sowie zur Lebensmittelproduktion genutzte landwirtschaftliche Flächen massiv beeinträchtigen. Befürchtet wird, dass beispielsweise der Anbau von Bio-Lebensmitteln (auch) in der weiteren Umgebung von Windenergieanlagen auf lange Sicht nicht mehr möglich sein wird. Berichten zufolge werden je Windenergieanlage jährlich rund 90 kg Carbon freigesetzt. Brandschutz Die geplante Errichtung von Windkraftanlagen wirft im Hinblick auf die potenziellen Risiken für die öffentliche Sicherheit ernsthafte Bedenken auf, insbesondere im Falle eines Brandes der Anlage. Ein solcher Brand könnte, im schlimmsten Fall, dazu führen, dass brennende Trümmerteile oder abgehende,</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>glühende Komponenten durch die Luft fliegen und dadurch sowohl Menschen als auch die angrenzende Wohnbebauung gefährden. Die Gefahr durch herabfallende brennende Teile stellt eine erhebliche Bedrohung dar, die nicht nur die unmittelbare Umgebung der Windkraftanlage betrifft, sondern auch weitreichendere Bereiche in der Nähe der Anlage in Mitleidenschaft ziehen könnte. Zudem deuten meteorologische Studien auf eine Veränderung des Mikroklimas durch Windkraftanlagen hin; insbesondere im Hinblick auf eine Zunahme der Bodenerwärmung. Dies wiederum erhöht das Risiko von Waldbränden - eine Gefahr, die in Zeiten fortschreitender Klimaerwärmung nicht zu vernachlässigen ist. Ein weiterer, nicht zu vernachlässigender Aspekt ist die Frage der Einsatzfähigkeit der örtlichen Feuerwehr. In einer kleinen Gemeinde wie Wald ist es problematisch, über die notwendige Ausrüstung und speziell ausgebildeten Einsatzkräfte zu verfügen, um Brände bei Windkraftanlagen wirksam zu bekämpfen. Da solche Brände eine besondere Gefährdungslage darstellen und spezifische Löschtechniken erfordern, wäre es wohl kaum realistisch, dass die Feuerwehr der Gemeinde Wald allein in der Lage wäre, einen Brand dieser Art zu löschen. Es ist daher zu erwarten, dass bei einem Brand die Feuerwehr der benachbarten Gemeinden oder Städten in den Einsatz eingebunden werden müssten, was die Reaktionszeit und damit die Effektivität der Brandbekämpfung erheblich einschränkt. Havarie Es ist bekannt, dass eine Windkraftanlage im Januar 2022 in Gronau-Epe eine derartige Havarie erlitten hat. Anlässlich dieser Havarie der Anlage bestätigt die Presse (Westfalen-Blatt) am 30.1.2022, dass in einem Umkreis von bis zu 800 m um die havarierte Anlage herum Glasfasersplitter aufgefunden wurden. Hinzu kommt, dass in den Windkraftanlagen neuerer Bauart ca. 1.600 Liter Schadstoffe verbaut sind, die im Havariefall die Umwelt schädigen. Dies ist insbesondere wegen der vorhandenen Quellbäche höchst problematisch. Keine Möglichkeit des Recycling Hinzu kommt, dass die großdimensionierten Rotorblätter der Windkraftanlagen gegenwärtig nur schwer oder gar nicht recycelbar sind. Dies wirft nicht nur Fragen nach der langfristigen ökologischen Nachhaltigkeit auf, sondern verschiebt die Umweltbelastung lediglich in die Zukunft. Auch das Risiko von Blitzeinschlägen, das bei diesen hohen Bauwerken naturgemäß erhöht ist, darf nicht unterschätzt werden. Solche Zwischenfälle bergen nicht nur eine unmittelbare Gefahr für Mensch und Natur, sondern auch für die technische Infrastruktur.</p>		
II.160	1022	<p>Militärische Belange Zudem verläuft durch das betreffende Gebiet eine Fluglinie der Bundeswehr. Die potenzielle Beeinträchtigung militärischer Flugbewegungen durch Windkraftanlagen stellt ein sicherheitsrelevantes Risiko dar, das keinesfalls leichtfertig in Kauf genommen werden darf. Hieraus resultiert ein entgegenstehender</p>	<p>Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Belang des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 8 BauGB.	sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (Az. II.580) zur 1. und 2. Offenlage verwiesen. Auch bei der Festlegung des genannten VRG Windenergie sind militärische Belange ausreichend berücksichtigt worden. Im in der Anregung genannten VRG Windenergie liegen keine Belange der Bundeswehr vor, welche eine Verkleinerung oder Reduzierung des Vorranggebiets Windenergie erfordern würden.	
II.160	1023	Fazit: Der Regionalplaner kommt im Steckbrief zu dem Ergebnis: Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung: Die Fläche ist bedingt als Vorranggebiet geeignet. Dem ist aber zu widersprechen. Vielmehr lässt sich zusammenfassend feststellen, dass der Standort innerhalb des Gemeindegebiets Wald für Windkraftanlagen aus ökologischen, wirtschaftlichen, ästhetischen und sicherheitsbezogenen Gründen in keiner Weise geeignet ist. Die negativen Auswirkungen überwiegen in diesem Fall eindeutig den Nutzen. Es gilt daher, alternative Standorte mit höherem Windpotenzial und geringerer ökologischer Sensibilität in Betracht zu ziehen, um der Energiewende auf verantwortungsvolle Weise gerecht zu werden. Die Gemeinde Wald wäre dankbar, wenn die vorgetragenen Bedenken zum Entfallen der Vorrangfläche WEA-437-025 führen.	Die Ausführungen in der vorangegangenen Abwägung der Stellungnahme zeigen, dass eine Reduzierung oder ein Wegfall des VRG Windenergie nicht geboten ist. Eine Änderung des VRG Windenergie erfolgt nicht.	Keine Berücksichtigung
Gemeinde Waldburg				
II.161	975	nach Beratung im Gemeinderat wird die Gemeinde Waldburg keine Stellungnahme abgeben, bittet aber um die Berücksichtigung der aktuell in Erarbeitung befindlichen Gutachten bezüglich der Habitate von Vögeln und Fledermäusen.	Die Daten der Gutachten bezüglich artenschutzrechtlicher Gesichtspunkte werden vollumfänglich in die Abwägung eingestellt und im Benehmen mit den Fachbehörden abgewogen.	Kenntnisnahme
Stadt Aulendorf				
II.165	747	Fortschreibung des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben; regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie sowie Änderungen an anderen Plankapiteln Hier: Stellungnahme der Stadt Aulendorf zum Beteiligungsverfahren gemäß § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 12 Abs. 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes  Sehr geehrter Herr Dr. Heine, sehr geehrte Damen und Herren,  vielen Dank für die Beteiligung und Möglichkeit zum Entwurf des Teilregionalplans Energie erneut eine Stellungnahme abzugeben. Der Gemeinderat der Stadt Aulendorf hat in seiner Sitzung am 26.05.2025 über den Teilregionalplan Energie beraten. Die Stadt Aulendorf nimmt hierzu wie folgt Stellung:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Gemarkung der Stadt Aulendorf umfasst eine Größe von 52,33 km². Bricht man den Flächenbeitrag für Windenergieanlagen von 1,8 % auf die Stadt Aulendorf herunter, so ergibt sich bei einem Flächenbeitrag von 1,8 % eine Fläche von rund 84 Hektar.</p> <p>Auf dem Gemeindegebiet der Stadt Aulendorf liegen die Vorranggebiete „Aulendorf-Ost1“ und „Aulendorf-Ost2“ mit einer Größe von 118 Hektar. Dies stellt ein Flächenbeitrag von rund 2,2 % dar.</p> <p>Es sind Vorbehaltsgebiete für Freiflächenphotovoltaikanlagen mit nun 72 Hektar ausgewiesen. Dies stellt einen Flächenbeitrag von 1,4 % dar.</p> <p>Der Gesamtflächenbeitrag liegt somit bei rund 3,6 %. Der Flächenbeitrag der Stadt Aulendorf hat sich gegenüber dem ersten Planentwurf von rund 6,5 % auf 3,6 % reduziert bzw. von 338 Hektar auf 190 Hektar.</p>		
II.165	748	Um die Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen so-wie die spätere Errichtung der Windkraftanlagen für die Anwohner verträglich zu gestalten, bittet die Stadt Aulendorf erneut weiterhin die Abstände zu Wohngebieten auf mindestens 1.000 m festzulegen und für einzelgenutzte Wohngebäude auf mindestens 750 m.	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.165	749	<p>Gemäß Windatlas BW liegt das Vorranggebiet „Aulendorf-Ost2“ im Bereich einer Windhöffigkeit &lt; 190 W/m² und das Gebiet „Aulendorf-Ost1“ zumindest in Teilbereichen in einer Windhöffigkeit &lt; 190 W/m². Somit ergibt sich für die Flächen nach den Kriterien zur Ermittlung von Suchräumen für Windenergieanlagen eine Bewertung für „K3“ und als „tendenziell ungeeignet“. Die Stadt Aulendorf bittet nochmals um Überprüfung, ob insbesondere das Vorranggebiet „Aulendorf-Ost2“ vor diesem Hintergrund aus der Flächenkulisse ausge-nommen werden kann.</p>	<p>In der vertieften Umweltprüfung (Steckbrief) zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie heißt es: Mittlere Windleistungsdichte in 160 m Höhe durchschnittlich 190 W/qm (Tendenziell geeignet, Minimum: 171 W/qm, Maximum: 205 W/qm) - Im Gebiet und dessen unmittelbarem Umfeld sind Windenergieanlagen geplant. Zudem heißt es in der Begründung zu PS 4.2.1 im Textteil zum 2. Offenlageentwurf: "Flächen kleiner 190 W/m² in 160 m Höhe wurden im Planungsprozess lediglich vereinzelt als Vorranggebiet festgelegt, insbesondere wenn durch</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vor-Ort-Messungen eine ausreichende Windhöffigkeit nachgewiesen wurde (z.B. WEA-437-025, s.o.) oder es sich um bestehende bzw. genehmigte Windenergieanlagen (z.B. WEA-436-036) oder um konkrete raumverträgliche Vorplanungen zur Errichtung von Windenergieanlagen gemäß Kriterienkatalog (siehe Anlage) handelt (z.B. WEA-436-021_2). Darüber hinaus sind in Einzelfällen auch Konzentrationszonen genehmigter Flächennutzungspläne betroffen (z.B. WEA-437-011) sowie Teilflächen als Verbindungselement innerhalb größerer Vorranggebiete, wenn keine erheblichen Konflikte vorliegen (z.B. WEA-437-014). Aufgrund der durch die Vor-Ort-Messungen nachgewiesenen lokalen Unschärfe des Windatlases und der nur geringfügigen Unterschreitung des Schwellenwertes von 190 W/m2 in den benannten Einzelfällen erscheint diese Vorgehensweise gerechtfertigt".</p> <p>Eine Streichung des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie erfolgt daher nicht. Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur Windleistungsdichte zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	
Stadt Bad Waldsee				
II.167	798	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>die Große Kreisstadt Bad Waldsee hat sich bereits im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens im April 2024 intensiv mit der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben - Teilregionalplan Energie - auseinandergesetzt und hierzu eine detaillierte Stellungnahme eingereicht. In unserer damaligen Stellungnahme haben wir konkrete Vorschläge zur Anpassung der Flächenkulissen gemacht, die aus unserer Sicht eine ausgewogene Lösung darstellen und sowohl den gesetzlichen Anforderungen als auch den lokalen Belangen gerecht werden.</p> <p>Als Gesundheitsstandort, Heilbad und Tourismusstadt ist es für Bad Waldsee jedoch von essenzieller Bedeutung, dass sich diese übergeordneten Ziele mit den Interessen der Bevölkerung und mit den besonderen strukturellen, siedlungsbezogenen, ökologischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort in Einklang bringen lassen. In der konkreten Ausgestaltung des Teilregionalplans Energie sehen wir dies für unsere Stadt in mehreren Punkten nicht ausreichend gewahrt.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.167	804	Die im Entwurf weiterhin vorgesehene Ausweisung großflächiger Vorrang- und Vorbehaltsflächen auf unserer Gemarkung stellt aus Sicht der Großen Kreisstadt Bad Waldsee ein deutliches Ungleichgewicht im regionalen Verteilungskonzept dar. Gemessen an unserer Gesamtfläche von 10.855 ha wären wir trotz Anpassungen durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (RVBO) mit 464 ha (4,27%) Vorrangflächen und 86 ha (0,79 %) Vorbehaltsflächen stark betroffen und das, obwohl erhebliche funktionale, infrastrukturelle und naturräumliche Restriktionen vorliegen, die einer so weitreichenden Inanspruchnahme entgegenstehen.	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	805	<p>Im Folgenden nimmt die Stadt Bad Waldsee daher Stellung zu den einzelnen, im Entwurf benannten Flächen im Gemeindegebiet Bad Waldsee mit Ortschaften. Dabei werden sowohl bestehende Bedenken bekräftigt als auch neue Aspekte aus dem überarbeiteten Entwurf berücksichtigt. Die Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen sollen wie folgt berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt werden:</p> <p>1. Osterholz WEA-436-018: Die Fläche war in der ersten Offenlage mit 85 ha vorgesehen. Die Stadt Bad Waldsee hat sich in ihrer Stellungnahme vom 08.05.2024 für die Einbringung der gesamten Fläche ausgesprochen. Nun wurde die Fläche durch den RVBO auf 71 ha reduziert. Dies entspricht ca. 0,65 % der Gesamtfläche Bad Waldsees. Die Fläche befindet sich größtenteils im Eigentum des Landes Baden-Württemberg und wurde bereits an das Unternehmen RES vergeben. Die Fläche kann, wie bereits in der Stellungnahme vom 08.05.2024 dargelegt, mit den vorgeschlagenen 71 ha als Vorranggebiet für Windenergieanlagen vorgesehen werden. Der Stadt Bad Waldsee ist es ein Anliegen, dass auf die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner von Michelwinnaden Rücksicht genommen wird. Da auf den anschließenden Flächen der Gemarkung Eberhardzell und Ingoldingen ebenfalls Vorrangflächen für Windenergie ausgewiesen werden sollen, sollten auch die Vorschläge der Nachbargemeinden berücksichtigt werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.167	808	<p>2. Osterhofen WEA-436-007: Bei der ersten Offenlage wurde das Gebiet mit 376 ha vorgesehen, was einem Anteil von 3,46 % der Gesamtfläche Bad Waldsees</p>	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>entspricht. In der Stellungnahme der Stadt Bad Waldsee vom 08.05.2024 wurde von der Stadt Bad Waldsee gefordert, diese Fläche aufgrund der Nähe zum FFH-Gebiet Umlachtal und Riß südlich Biberach im Bereich der Mauchenmühle im Nordosten und zu den Ortschaften Haisterkirch mit Hittelkofen und Osterhofen auf ca. 110 -188 ha zu reduzieren.</p> <p>Die Fläche wurde gegenüber dem ersten Entwurf auf 292 ha reduziert. Sie umfasst damit ca. 2,69 % der Gesamtfläche von Bad Waldsee. Die vorgenommene Flächenreduzierung ist für die Stadt Bad Waldsee nicht ausreichend. Nach wie vor halten wir an der Forderung aus unserer ersten Stellungnahme fest, die Flächen deutlich zu reduzieren und weniger Windenergieanlagen zu projektieren.</p> <p>Ein großer Teil der Flächen befindet sich in Gebieten, die aus artenschutzrechtlicher Sicht besonders sensibel sind. Hier sind geschützte Vogelarten beheimatet, darunter Rotmilan, Schwarzmilan, Wespenbussard, Kornweihe, Bussard, Turmfalke, Baumfalke und Uhu. Sie sind im Weiten Ried und zum Teil im gesamten Haistergau verbreitet.</p>	<p>Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	818	<p>Das Weite Ried ist ein besonders sensibler Teil des Mühlhauser Rieds, in dem vormoorzeitliche Quellklei-Schichten auftreten. Diese Schichten bilden eine natürliche Barriere im Untergrund und sind somit entscheidend für den Wasserhaushalt des gesamten Moorkörpers. Eingriffe durch Bauarbeiten wie Fundamentierungen, Zuwegungen oder Kabelverlegungen können diese Schichten perforieren oder verdichten. Das kann zu einer dauerhaften Austrocknung des Moors führen. Das Weite Ried ist Teil eines größeren ökologischen Verbundsystems, das sich über das Mühlhauser und das Wurzacher Ried erstreckt. Eingriffe an einem Punkt können sich daher ökologisch und hydrologisch auf weite Teile des gesamten Moorsystems auswirken.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	
II.167	825	In unmittelbarer Nähe zum Vorranggebiet befindet sich das Wurzacher Ried; eines der größten zusammenhängenden Hochmoorgebiete Mitteleuropas. Es ist ein ausgewiesenes		Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Naturschutzgebiet sowie Teil des europäischen Natura-2000-Netzwerks und gilt als FFH- und Vogelschutzgebiet. Das Wurzacher Ried hat eine herausragende Funktion als Kohlenstoffspeicher, insbesondere durch die Erhaltung nasser Moorbereiche. Die Verleihung des Europäischen Diploms an das Wurzacher Ried unterstreicht dessen herausragende Bedeutung als größtes intaktes Hochmoorgebiet Mitteleuropas. Diese Anerkennung bringt zusätzliche Schutzverpflichtungen mit sich, die über nationale Regelungen hinausgehen. Insbesondere müssen geplante Eingriffe, wie der Bau von Windenergieanlagen, strengen Prüfungen unterzogen werden, um sicherzustellen, dass sie die ökologischen Werte des Gebiets nicht beeinträchtigen.</p>	<p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).          Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:          Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).          Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	837	<p>Aufgrund der hohen Schutzkategorien des Wurzacher und Mühlhauser Rieds fordert die Stadt Bad Waldsee einen deutlich größeren Abstand zu den besonders empfindlichen Gebieten.</p> <p>Einige Teilflächen des geplanten Vorranggebiets liegen laut Bodenkarte des LGRB (BK50) in moorgefährdeten Bereichen. Die naturschutzfachliche Empfindlichkeit dieses Übergangsbereichs macht eine pauschale Flächenausweisung in dieser Größe untragbar. Das geplante Vorranggebiet für Windenergie muss daher zwingend um die Fläche des Vorranggebiets für Naturschutz und Landschaftspflege reduziert werden. Dies ist aus raumordnerischer Sicht geboten und entspricht den Vorgaben des § 1 Abs. 6 BauGB zur Berücksichtigung von Umweltbelangen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.          Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.167	849	<p>Weiterhin ist aus siedlungsplanerischer Sicht eine starke Betroffenheit der Ortschaften Haisterkirch mit Hittelkofen und Osterhofen gegeben. Der größtmögliche Abstand zu diesen Ortschaften ist im Sinne des Schutzes der Wohn- und Lebensqualität zwingend zu wahren. Bereits im Zuge der bisherigen Planungsveröffentlichungen wurde deutlich, dass die Bevölkerung in den betroffenen Ortsteilen die vorgesehenen Windenergieflächen mit großer Sorge und wachsendem Widerstand betrachtet. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger empfinden die Planungen als gravierenden Eingriff in ihre Lebensqualität, ihr Heimatgefühl und das Vertrauen in eine ausgewogene, gemeinwohlorientierte Raumplanung. Die befürchteten Auswirkungen werden zunehmend als reale Bedrohung für das unmittelbare Lebensumfeld wahrgenommen. Die Ortschaften liegen in einem landschaftlich besonders empfindlichen Übergangsraum zwischen Wald, Feldflur und offener Ortslage. In dieser Konstellation wirken Windenergieanlagen nicht mehr als punktuelle Eingriffe, sondern als raumbestimmende, massiv wahrnehmbare Strukturen mit hoher Dominanz.</p>	<p>verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	852	Aufgrund der besonderen Topografie des Gebiets wirken die Windenergieanlagen aus der einzigen freien Sicht aus der Hangsituation optisch bedrängend. Der einzige unverbaut wahrnehmbare Naturbezug geht dadurch verloren. Wurden die Auswirkungen von Schall auf die Hanglagen geprüft?	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.167	855	<p>Zudem weisen wir eindringlich auf die Abstimmung mit dem Regionalverband Donau-Iller zu den angrenzenden Vorrangflächen für Windenergie auf der Gemarkung Eberhardzell hin. Eine gleichzeitige Ausweisung von Flächen durch zwei Regionalverbände würde zu einer faktischen „Umzingelung“ der betroffenen Ortschaften führen. Die daraus resultierende visuelle und psychologische Belastung für die Bevölkerung wäre erheblich. Eine solche Konzentration widerspricht dem Ziel der ausgewogenen räumlichen Verteilung und ist auch mit Blick auf die planerische Verantwortung gegenüber dem interkommunalen Abstimmungsgebot (§ 2 Abs. 2 ROG) kritisch zu hinterfragen. Uns ist nicht bekannt, dass bei anderen Gebieten im Regionalverbandsgebiet eine solche Dichte an Windenergieanlagen in Ortsnähe geplant sind.</p> <p>Wir appellieren dringend, die Sorgen der Bevölkerung und der Initiativen vor Ort ernst zu nehmen, insbesondere im Blick auf die Massierung, zu hohe Konzentration, Auswirkungen von Schall und Schattenwurf auf die Gesundheit und die Zukunftsperspektive der Bevölkerung vor Ort. Es sollte gemeinsam und in einem einvernehmlichen Miteinander eine kleinere Lösung gefunden werden, als im Streit der Bevölkerung eine große Lösung "vorzusetzen".</p>	<p>verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	856	Die Flächen Nahe der Ortschaften sind aus unserer Sicht vorrangig zu reduzieren. Es sollte nochmals geprüft werden, ob ausreichend Abstände zu den Bestandswohnbauten und künftigen Wohnbauten (auch Ausgedinghäusern auf landwirtschaftlichen Grundstücken) eingehalten werden. Beim [Ort anonymisiert] und im Bereich der [Ort anonymisiert] liegt der Abstand unter 600 m!	<p>Die Abstände zu den genannten Wohnbauten wurden anhand der vorliegenden Daten (ALKIS 2024) geprüft. Sie entsprechen dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Textteil 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie); daher sind keine Änderungen bei den Siedlungsabständen erforderlich.</p> <p>Es wird zudem auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen sowie auf die Anlage zur Synopse 2. Offenlage zu den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.167	857	<p>Die Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergie ist nicht verhältnismäßig, da bereits überproportional große Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik bereitgestellt und ausgewiesen wurden und damit ein erheblicher Beitrag zur Erreichung der Ziele für die Energiewende bereits erbracht ist.</p> <p>Die Stadt Bad Waldsee spricht sich daher mit Nachdruck dafür aus, die aktuell vorgesehene Fläche auf maximal 125 - 188 ha zu reduzieren. Im Sinne der Umweltvorsorge und des Bevölkerungsschutzes fordern wir weiterhin eine Lärmmessung, um die tatsächliche Belastung durch Schallimmissionen auf die betroffenen Ortsteile realitätsnah zu ermitteln.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf) verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.167	858	<p>3. Aulendorf-Ost-1 WEA-436-021 1: Das Vorranggebiet liegt auf den Gemarkungen Aulendorf und Bad Waldsee. Bei der ersten Offenlage entfielen rund 36 ha auf die Gemarkung Bad Waldsee. Laut Stellungnahme der Stadt Bad Waldsee vom 08.05.2024 soll das nördliche Teilgebiet auf der Gemarkung Bad Waldsee als Vorranggebiet für Windenergie komplett entfallen. Als Gründe wurden das Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen, die Nähe des Naturschutzgebiets Brunnenholzried und des FFH-Gebiets Feuchtgebiete um Bad Schussenried sowie der Bereich des Hofguts Elchenreute mit rechtsverbindlichem Bebauungsplan benannt.</p> <p>Der RVBO reduzierte das Gebiet auf der Gemarkung Bad Waldsee im Bereich Elchenreute aufgrund des Siedlungsabstands. Dennoch entfallen weiterhin rund 18 ha als Vorranggebiet für Windenergie auf die Gemarkung Bad Waldsee, was ca. 0, 17 % der Gesamtfläche der Stadt Bad Waldsee entspricht.</p> <p>Die Stadt Bad Waldsee hält an den oben genannten Gründen für die Flächenreduzierung fest. Die Stadt plant, den Standort Bad Waldsee, Elchenreute als nachhaltigen Kur- und Tourismusstandort weiter zu entwickeln. Die Errichtung von großflächigen Windenergieanlagen in unmittelbarer Nähe würde dieses</p>	<p>Im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie werden Bauflächen/-gebiete im Flächennutzungsplan bzw. im Flächennutzungsplanverfahren befindliche Bauflächen/-gebiete mit Vorsorgeabständen als Ausschluss- und Konfliktkriterien festgelegt. Im Flächennutzungsplan ist gem. § 5 Abs. 1 BauGB für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen. Insofern berücksichtigt der Regionalverband in seinem Planungskonzept die beabsichtigte künftige Entwicklung der Gemeinden. Informelle Planungen zu Entwicklungsflächen können gem. Kriterienkatalog keine Berücksichtigung finden. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie (s. Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie) verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zum Thema "zu geringe Vorsorgeabstände zu Siedlungen und wohngenutzten</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Entwicklungspotential beeinträchtigen. Wir fordern den vollständigen Verzicht auf die nördliche Teilfläche auf der Gemarkung Bad Waldsee.	Gebäuden" verwiesen. Ansonsten wird auf die Abwägung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage (inkl. Anlagen), das Planungskonzept (Entwurf Textteil Teilregionalplan Energie 2. Offenlage und Entwurf Umweltbericht) sowie auf die ANlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	
II.167	1173	<p>4. Urbach WEA-436-019:</p> <p>Ursprünglich wurde das Gebiet mit 87 ha ausgewiesen, was 0,80 % der Gesamtfläche von Bad Waldsee entspricht. Ein großer Teil der Fläche liegt im Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen. Aufgrund der bereits umgesetzten Freiflächen-Photovoltaikanlage Sankt Johannes in Oberurbach sehen wir eine Überlastung des Teilorts Oberurbach durch die Ausweisung eines Vorranggebiets für Windenergie.</p> <p>Für die weiterhin mit 83 ha ausgewiesene Fläche Urbach (entspricht 0,76 % der Gesamtfläche von Bad Waldsee) sprechen wir uns erneut klar für eine Streichung aus.</p> <p>In der Umgebung befinden sich wertvolle naturschutzfachliche Elemente, darunter Hoch- und Niedermoore mit hoher ökologischer Bedeutung sowie Kernflächen des regionalen Biotopverbunds. Die Fläche beherbergt zudem bekannte Vorkommen von windkraftempfindlichen Vogelarten wie dem Rotmilan und dem Uhu, was zusätzliche artenschutzrechtliche Bedenken aufwirft.</p> <p>Um die Gesundheit und Lebensqualität der Anwohner zu schützen, ist die Einhaltung größerer Abstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung zwingend erforderlich. Insbesondere für Menschen mit gesundheitlicher Vorbelastung - etwa durch Cochlea-Implantate oder Innenohrschädigungen - stellt der derzeit vorgesehene Abstand ein nicht vertretbares Risiko dar. Der RVBO wird daher gebeten, die vorgesehenen Abstände zu Wohnbebauung nochmals kritisch zu überprüfen - insbesondere im Hinblick auf Menschen mit gesundheitlichen Vorbelastungen wie Cochlea-Implantaten oder Innenohrschädigungen.</p> <p>Durch die PV-Anlage Sankt Johannes sowie das geplante Vorranggebiet Windenergie nordöstlich von Oberurbach entsteht eine unzumutbare Kumulationswirkung auf die dortige Bevölkerung. Der Ortsteil wäre durch zwei großflächige Energieanlagen in unterschiedlichen Himmelsrichtungen eingegrenzt. Eine solche Doppelbelastung verletzt den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse und ist raumplanerisch nicht vertretbar. Die Stadt Bad Waldsee fordert daher die Streichung der Fläche.</p>	<p>Zu den Aspekten Moor und Kernflächen des Biotopverbunds: Moore wurden im Planungsprozess berücksichtigt. Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit von Windenergie freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung für sonstige Niedermoore und VRG Windenergie im Umfeld von Mooren nicht gegeben. Bei diesen überwiegt regelmäßig das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie. Es wird zudem auf die Ausführungen zu einem möglichen Monitoring im Umweltbericht verwiesen.</p> <p>Belange des Biotopverbunds (regional und landesweit) wurden im Planungskonzept (s. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog zur Festlegung von VRG Windenergie, Anlage zur Begründung) sowie in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt und sind damit in die regionalplanerische Abwägung eingeflossen. Dabei wurden sowohl Kernflächen und -räume als auch Verbundflächen des Biotopverbunds berücksichtigt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass bei den Kriterien zur Festlegung von VRG Windenergie bei Kernflächen und -räumen erst Flächen ab einer Größe von 2 ha betrachtet wurden. In der Umweltprüfung wurden Flächen ab 0,5 ha betrachtet. Kleinere Flächen sind bei der Standortplanung gemäß der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage zu beurteilen.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen.</p> <p>Zum Thema Berücksichtigung höherer Abstandswerte im Hinblick auf Menschen mit gesundheitlichen Vorbelastungen: Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Bau-, anlagen- und betriebsbedingte Auswirkungen von Windenergieanlagen sind auf der Zulassungsebene standort- und anlagenbezogen zu prüfen und ggf. im Rahmen der Genehmigung zu regeln. Die pauschalen Vorsorgeabständen zu Siedlungen im vorliegenden Teilregionalplan Energie berücksichtigen die einzuhaltenden Lärmimmissionen sowie die optisch bedrängende Wirkung nach § 249 Abs. 10 BauGB (s. Kriterienkatalog Festlegung Vorranggebiete Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie). Die tatsächliche Einhaltung von Grenzwerten wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass zu berücksichtigende Grenzwerte eingehalten werden. Es ist zudem fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen.</p> <p>Die Aspekte Überlagerung von VRG Windenergie mit VRG für besondere Waldfunktionen, Überlastung (Kumulation mit FFPV St. Johannes) und Vorkommen windkraftempfindlicher Vogelarten beziehen sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Die Anregung bezieht sich auf ein Vorranggebiet Windenergie des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches in seiner Abgrenzung reduziert wurde. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	
II.167	1177	zusammenfassend ist festzustellen, dass mit dem Gebiet Osterholz und dem reduzierten Gebiet Osterhofen mit maximal 196 - 259 ha ausreichend Fläche auf dem Stadtgebiet von Bad Waldsee vorgesehen ist. Dies entspricht 1,80 - 2,39 % des Stadtgebiets. Damit werden aus Sicht der Stadt Bad Waldsee die Vorgaben von 1,80 % ausreichend erfüllt.	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	1178	<p>Die Vorbehaltsgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FFPV) sollen wie folgt berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt werden:</p> <p>1. Bad Waldsee Michelberg FFPV-436-037: Ursprünglich war diese Fläche mit einer Größe von 23 ha vorgesehen. Laut Stellungnahme der Stadt Bad Waldsee muss der östlich der B 30 gelegene Teil aufgrund des 4-spurigen Ausbaus der</p>	<p>Zu dem Aspekt des geplanten Ausbaus der Bundesstraße 30: Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sind nach Plansatz 4.2.3 G (1) als Grundsatz eine Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Sie sind ist daher der Abwägung grundsätzlich zugänglich. Die angesprochenen Aspekte (z.B. Berücksichtigung des Ausbaus der B 30) sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>B30 entfallen. Der westliche Bereich mit ca. 12 ha kann weiterhin vorgesehen werden. Die Fläche wurde aufgrund des nahegelegenen Vorranggebiets für Windenergie und der Freihaltung von Flächen für Rotorblätter auf 22 ha (0,20 % der Gesamtfläche Bad Waldsee) reduziert. Der Ausbau der B 30 ist ein überregional bedeutsames Infrastrukturprojekt, das sowohl in den verkehrspolitischen Zielsetzungen des Landes Baden-Württemberg als auch in der „Bundesverkehrswegeplanung 2030 in Oberschwaben“ Berücksichtigung findet. Die Trassensicherung entlang der Entwicklungsachse Ulm-Friedrichshafen besitzt Vorrang gegenüber einer Flächennutzung für Freiflächen-Photovoltaik. Zudem handelt es sich bei der betroffenen Gesamtfläche um landwirtschaftlich besonders wertvolle Böden mit sehr hoher bis hoher Leistungs- und Funktionsfähigkeit im Naturhaushalt. Darüber hinaus ist die gesamte Fläche als landbauwürdige Vorrangfläche und als Vorbehaltsflur I gemäß Flurbilanz 2022 eingestuft. Diese fachlichen Bewertungen unterstreichen die besondere Bedeutung der Fläche für Landwirtschaft und Bodenschutz, auch wenn das Fachgutachten die Eignungskriterien insgesamt höher gewichtet, als die bestehenden Nutzungskonflikte. Aus diesem Grund muss die Fläche östlich der B30 vollständig entfallen. Die verbleibende Fläche westlich der Bundesstraße, mit einer Größe von rund 11 ha, kann dagegen aus Sicht der Stadt Bad Waldsee als Vorbehaltsgebiet vorgesehen werden.</p>	<p>hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zu den Aspekten der Landwirtschaft: Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf des Teilregionalplans Energie sowie im Umweltbericht dokumentiert (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Dabei wurden auch die genannten Themen Landwirtschaft und landwirtschaftlich wertvolle Böden angemessen berücksichtigt. Im Umweltbericht wird zudem auf die Notwendigkeit der Vermeidung/Minimierung von Beeinträchtigungen sowie durch Festlegung geeigneter Maßnahmen im Zuge der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsverfahren hingewiesen. Eine Herausnahme des in der Anregung genannten Vorbehaltsgebiets aus der Flächenkulisse erfolgt daher nicht.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	1179	<p>2. Bad Waldsee Mattenhaus FFPV-436-036: In der ersten Offenlage wurde die Fläche mit 13 ha, was 0, 12 % der Gesamtfläche von Bad Waldsee entspricht, ausgewiesen. Aufgrund des Ausbaus östlich der B 30 muss diese Fläche nach der Stellungnahme vom 08.05.2025 komplett entfallen. Nach der zweiten Offenlage wurde keine Änderung dieser Fläche durch den RVBO vorgenommen. Da der Ausbau ein überregional bedeutsames Infrastrukturprojekt ist, das sowohl in den verkehrspolitischen Zielsetzungen des Landes Baden-Württemberg als auch in der „Bundesverkehrswegeplanung 2030 in Oberschwaben“ Berücksichtigung findet, hat die Trassensicherung entlang der</p>	<p>Zu dem Aspekt des geplanten Ausbaus der Bundesstraße 30: Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sind nach Plansatz 4.2.3 G (1) als Grundsatz eine Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Sie sind ist daher der Abwägung grundsätzlich zugänglich. Die angesprochenen Aspekte (z.B. Berücksichtigung des Ausbaus der B 30) sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Entwicklungssachse Ulm-Friedrichshafen Vorrang gegenüber einer Flächennutzung für Freiflächen-Photovoltaik. Darüber hinaus wäre im südlichen Bereich der geplanten Fläche mit unzulässigen Blendwirkungen auf den benachbarten Teilort Mattenhaus zu rechnen. Aufgrund der topographischen Situation ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass reflektiertes Sonnenlicht in Richtung der Wohngebäude streut und die Wohnqualität nachhaltig beeinträchtigt. Zudem handelt es sich bei der betroffenen Fläche vollständig um besonders hochwertige Böden mit sehr hoher bis hoher Leistungs- und Funktionsfähigkeit im Naturhaushalt sowie um landbauwürdige Vorrangflächen, die als Vorbehaltsflur I gemäß Flurbilanz 2022 eingestuft sind. Diese Einstufungen unterstreichen die besondere agrarstrukturelle und bodenschutzfachliche Relevanz der Fläche. Obwohl die formalen Eignungskriterien im Fachgutachten gemäß RVBO überwiegend positiv bewertet wurden, misst die Stadt Bad Waldsee den bestehenden Nutzungskonflikten mit der Infrastrukturplanung, der Wohnsiedlung und der Landwirtschaft ein höheres Gewicht bei. Aus Sicht der Stadt Bad Waldsee muss diese Fläche daher vollständig entfallen.</p>	<p>immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zu der Gefahr einer Blendwirkung:  Von Freiflächen-Photovoltaik ausgehende Beeinträchtigungen für den Menschen sind insbesondere durch visuelle Faktoren (technische Überprägung der Landschaft, Störung von Blickbeziehungen, Spiegelungen/Blendwirkungen) bedingt. Diese Beeinträchtigungen fallen umso stärker aus, je näher sich die Anlage am Wohnumfeld befindet. Daher wurde zur Vermeidung einer optischen Störung bzw. aus Akzeptanzgründen in der Regel ein Vorsorgeabstand von 100 m zu Baugebieten/-flächen sowie von 50 m zu Wohngebäuden im Außenbereich festgelegt. Nicht immer konnten diese Abstände eingehalten werden. Durch eine entsprechende Ausgestaltung und insbesondere eine Eingrünung der Freiflächen-Photovoltaikanlage können erhebliche Beeinträchtigungen auf Projektebene jedoch zumeist vermieden und minimiert werden  Im Teilregionalplan Energie werden Gebiete festgelegt. Blendwirkungen und Spiegelungen sind jedoch insbesondere von der konkreten Ausgestaltung der FFPV-Anlagen auf Projektebene abhängig. Mögliche Blendwirkungen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen können somit erst im Rahmen der konkreten Projektplanung bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb sowie zur Gefahrenabwehr und zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens geprüft. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.  Zu den Aspekten der Landwirtschaft:  Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf des Teilregionalplans Energie sowie im Umweltbericht dokumentiert (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Dabei wurden auch die genannten Themen Landwirtschaft und landwirtschaftlich wertvolle Böden angemessen berücksichtigt. Im Umweltbericht wird zudem auf die Notwendigkeit der Vermeidung/Minimierung von Beeinträchtigungen sowie durch Festlegung geeigneter Maßnahmen im Zuge der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsverfahren hingewiesen. Eine Herausnahme des in der Anregung genannten Vorbehaltsgebiets aus der Flächenkulisse erfolgt daher nicht.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	1180	<p>3. Bad Waldsee Hierbühl FFPV-436-038:</p> <p>In der ersten Offenlage wurde die Fläche mit 11 ha ausgewiesen. Die Stadt Bad Waldsee wies in ihrer Stellungnahme vom 08.05.2024 auf die beiden rechtsverbindlichen Bebauungspläne Hierbühl und dessen 1. Erweiterung hin, woraus sich durch die zusätzlichen 4 ha eine Gesamtfläche von ca. 15 ha ergeben würde. Der RVBO hat dieses Gebiet auf eine Fläche von 6 ha reduziert. Die Fläche ist grundsätzlich geeignet, um als Vorbehaltsgebiet berücksichtigt zu werden. Zusätzlich ist eine Erweiterung der Fläche um jene Areale vorzunehmen, für die bereits die oben genannten rechtsverbindlichen Bebauungspläne vorliegen. Die Stadt Bad Waldsee empfiehlt weiterhin die Ausweisung der Fläche und die Erweiterung auf ca. 15 ha.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein Vorbehaltsgebiet Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches in seiner Abgrenzung reduziert wurde. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.167	1181	<p>4. Bad Waldsee-Ost FFPV-435:</p> <p>Die in der ersten Offenlage mit 5 ha vorgesehene Fläche ist laut</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Stellungnahme der Stadt Bad Waldsee vom 08.05.2024 aufgrund geplanter städtebaulicher Entwicklungen - u. a. für einen neuen Bauhof und künftige Wohnnutzung - zu streichen. Als Ersatz bietet sich eine ca. 6 ha große Fläche südlich der Heizzentralen von Stadtwerken und Rehakliniken ([Ort anonymisiert] ) an. Sie liegt zwischen Bahnlinie, Kreisstraße und B 30 und wurde im Rahmen der Kommunalen Wärmeplanung bereits auf die Nutzung für Freiflächen-PV geprüft. Der RVBO sieht im überarbeiteten Planentwurf die Streichung dieser Fläche vor, was von der Stadt Bad Waldsee begrüßt wird. Weiterhin empfiehlt die Stadt Bad Waldsee dem RVBO die Ausweisung einer ca. 6 ha großen Fläche südlich der Heizzentralen der Stadtwerke und Rehakliniken.	ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf) verwiesen Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
II.167	1182	<p>5. Bad Waldsee Unterurbach FFPV-436-034:</p> <p>In der ersten Offenlage wurde die Fläche mit 18 ha vorgesehen. Hier hat die Stadt Bad Waldsee in der Stellungnahme vom 08.05.2024 eine Streichung der Fläche gefordert, um eine Überlastung des Teilorts Unterurbach zu vermeiden, da bereits nordöstlich von Unterurbach auf dem [Ort anonymisiert] , Gemarkung Mittelurbach mit 8 ha eine Fläche für Agri-PV berücksichtigt werden soll. Das Bauleitplanverfahren wurde in 2024 abgeschlossen und ist rechtsverbindlich. Im zweiten Anhörungsentwurf hat der RVBO dieselbe Fläche mit einer Größe von 16 ha vorgesehen. Das entspricht 0, 14 % der Gesamtfläche von Bad Waldsee und einer Verkleinerung um 2 ha aufgrund eines Vorsorgeabstands zur Siedlung. Die Stadt Bad Waldsee hält weiterhin an einer Streichung der Fläche fest, da sie zu einer unzumutbaren Belastung des Teilorts Unterurbach führt. Neben der optischen Wirkung besteht auch hier eine Kumulationswirkung mit bereits bestehenden und geplanten Energieinfrastrukturen im direkten Umfeld. Dies gefährdet die Wohnruhe sowie die landschaftliche Eigenart des Ortsteils. Darüber hinaus handelt es sich bei der Fläche vollständig um besonders schutzwürdige landwirtschaftliche Vorrangflächen mit sehr hoher bis hoher Bodenfunktionalität (100 %) sowie um eine Vorbehaltsflur I gemäß Flurbilanz 2022. Diese Einstufung unterstreicht die hohe Bedeutung der Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung und den regionalen Naturhaushalt. Aus bodenschutzfachlicher und agrarstruktureller Sicht ist ein langfristiger Erhalt daher geboten.</p>	<p>Zum Aspekt der Überlastung:</p> <p>Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf des Teilregionalplans Energie sowie im Umweltbericht dokumentiert (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Das Thema Überlastung wurde im Planungskonzept bei der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik geprüft und mit anderen Belangen entsprechend der Vorgaben des § 7 Abs. 2 ROG i.v.m. dem § 2 Satz 2 EEG abgewogen (vgl. Begründung zu PS 4.2.3, Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie). Die Vermeidung einer lokalen Überlastung wurde bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik angemessen berücksichtigt. Eine Reduzierung oder Herausnahme des in der Anregung genannten Vorbehaltsgebiets erfolgt daher nicht. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Zu den Aspekten der Landwirtschaft: Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf des Teilregionalplans Energie sowie im Umweltbericht dokumentiert (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Dabei wurden auch die genannten Themen Landwirtschaft und landwirtschaftlich wertvolle Böden angemessen berücksichtigt. Im Umweltbericht wird zudem auf die Notwendigkeit der Vermeidung/Minimierung von Beeinträchtigungen sowie durch Festlegung geeigneter Maßnahmen im Zuge der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsverfahren hingewiesen. Eine Herausnahme des in der Anregung genannten Vorbehaltsgebiets aus der Flächenkulisse erfolgt daher nicht.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.167	1183	Die Stadt Bad Waldsee schlägt vor, die alternative Fläche nordöstlich von Unterurbach auf dem Flurstück [Ort anonymisiert] , Gemarkung Mittelurbach, mit einer Fläche von etwa 8 ha in die Flächenkulisse aufzunehmen. Die Agri-PV-Anlage vereint nachhaltige Energiegewinnung mit landwirtschaftlicher Nutzung und weist daher eine besonders hohe Flächeneffizienz bei gleichzeitig geringer landschaftlicher Eingriffsintensität auf.	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.167	1184	6. Bad Waldsee Roßberg/Oberurbach-Nord FFPV-436-033: Im ersten Entwurf des Teilregionalplans Energie wurde die Fläche mit 6 ha ausgewiesen. Diese muss nach der Stellungnahme der Stadt Bad Waldsee vom 08.05.2024 vollständig entfallen, da sich an dieser Stelle ein Hochwasserrückhaltebecken befindet, dessen Funktion nicht durch eine FFPV- Anlage gefährdet werden darf. Als Ersatz wurde auf die 8 ha große Fläche für die FFPV-Anlage Sankt Johannes nordöstlich von Oberurbach verwiesen, die bereits in 2024 errichtet und in Betrieb genommen wurde. Der RVBO hat die Fläche im zweiten Anhörungsentwurf mit einer Größe von nun 5 ha	<p>Nach den uns vorliegenden Unterlagen liegt das in der Stellungnahme vermutlich gemeinte "Rückhaltebecken-Mittelurbach" fast vollständig außerhalb des genannten Vorbehaltsgebietes FFPV-436-033. Dadurch ist die Funktion des Rückhaltebeckens nicht gefährdet. Das Vorbehaltsgebiet liegt auch außerhalb der in der Hochwassergefahrenkarte dargestellten Überschwemmungsgebiete und der in der Karte "Hochwasserschutz durch Regionale Grünzüge und Grünzäsuren" in der Begründung des</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ausgewiesen, was 0,05 % der Gesamtfläche von Bad Waldsee entspricht. Die Stadt Bad Waldsee weist weiter auf das sich im betroffenen Bereich befindliche zentrale Hochwasserrückhaltebecken hin, dessen Funktion durch eine Freiflächen-Photovoltaikanlage in keiner Weise beeinträchtigt werden darf. Die wasserwirtschaftliche Sicherheit und die Hochwasservorsorge stehen hier eindeutig im Vordergrund. Zudem ist die Fläche in der Karte „Hochwasserschutz für regionale Grünzüge und Grünzäsuren“ ebenfalls als Überflutungsfläche markiert.</p> <p>Als Ersatz wurde die alternative Fläche von 8 ha nordöstlich von Oberurbach und östlich der Bahnlinie für die FFPV-Anlage Sankt Johannes als Vorbehaltsgebiet für Freiflächen-PV im Teilregionalplan Energie ausgewiesen, was die Stadt Bad Waldsee sehr begrüßt. Die planungsrechtliche Grundlage ist gesichert, und die Fläche erfüllt alle Kriterien für eine konfliktfreie Einbeziehung in die Vorbehaltskulisse.</p> <p>Weiterhin spricht sich die Stadt Bad Waldsee für eine Streichung der Fläche Roßberg/OberurbachNord (FFPV-436-033) aus.</p>	<p>Regionalplans 2023 dargestellten Überflutungsflächen (HQ100). Die genaue Ausformung des Vorbehaltsgebietes ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Solarenergie feststehen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Die Hinweise zum Vorbehaltsgebiet VBG FFPV-436-066 St. Johannes werden zur Kenntnis genommen.</p>	
II.167	1185	<p>7. Bad Waldsee Roßberg/Oberurbach 1 FFPV-436-0311:</p> <p>In der ersten Offenlage des Teilregionalplans Energie wurde die Fläche mit 33 ha ausgewiesen und sie befindet sich größtenteils auf der Gemarkung Wolfegg, zu einem kleineren Teil von 6 ha auf der Gemarkung Mittelurbach. Die Stadt Bad Waldsee forderte in der Stellungnahme vom 08.05.2024, dass der 6 ha große Flächenanteil auf Bad Waldseer Gemarkung (0,06 % der Gesamtfläche von Bad Waldsee) vollständig entfallen muss. Im zweiten Anhörungsentwurf wurde die Fläche verkleinert und mit nun 27 ha ausgewiesen und der Teil auf der Gemarkung Mittelurbach wurde abgesehen von einem kleinen Anteil von ca. 0,07 ha gestrichen. Auch wurde die Fläche für die FFPV-Anlage Sankt Johannes im neuen Anhörungsentwurf berücksichtigt und eingebracht, was die Stadt Bad Waldsee sehr begrüßt. Im Bereich Oberurbach besteht bereits eine hohe Konzentration von geplanten und realisierten Energieinfrastrukturen. Zudem ist der Abstand zur nächsten Siedlungsfläche sehr gering. Die zusätzliche Ausweisung der Fläche Roßberg/Oberurbach 1 würde zu einer unzumutbaren Überlastung von Oberurbach führen, die sowohl ökologisch als auch sozial nicht mehr vertretbar ist. Die Stadt Bad Waldsee fordert weiterhin die Streichung der anteiligen Flächen auf der Gemarkung Mittelurbach.</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass das in der Anregung genannte Vorbehaltsgebiete Photovoltaik im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs zum Teilregionalplan Energie nach der 1. Anhörung zur Reduzierung einer Überlastungs-/Kumulationswirkung von Oberurbach verkleinert wurde und der Teilbereich des Gebiets auf der Gemarkung Mittelurbach entfallen ist.</p> <p>Hinsichtlich etwaiger zeichnerischer Unschärfen verweisen wir auf die Erläuterungen zum Teilregionalplan Energie: Soweit [sie als] Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete (§ 11 Abs. 3 Nr. 7 LPIG) abgegrenzt sind, handelt es sich stets um gebietsscharfe, der Maßstabebene des Regionalplans entsprechende Festlegungen, d.h. um räumlich konkrete, aber nicht um parzellenscharf abgegrenzte Flächen. Da der Maßstab der verbindlichen Raumnutzungskarte 1:50.000 beträgt, besitzen die Festlegungen des Regionalplans eine gewisse räumliche Unschärfe. Die verwendeten Flächen, Symbole, Linien und Schraffuren bezeichnen nur den räumlichen Bereich, der für eine weitere Ausformung der regionalplanerischen Zielsetzungen vorgesehen ist. Eine Maßstabsänderung zur "Feinabgrenzung" von Planungen ist nicht zulässig.</p> <p>Eine weitere Reduzierung des genannten Vorbehaltsgebietes ist nicht erforderlich.</p> <p>Es erfolgt eine redaktionelle Änderung in Tabelle B5 in der Begründung des Teilregionalplans Energie sowie in Textteil und Steckbrief des Umweltberichts, hier wird Bad</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.167	1186	<p>8. Bad Waldsee Mennisweiler - Süd FFPV-436-032:</p> <p>Die bereits in der ersten Offenlage ausgewiesene Fläche mit 16 ha liegt südlich der L314, davon etwa 13 ha auf der Gemarkung Mittelurbach (0, 12 % der Gesamtfläche von Bad Waldsee) und rund 3 ha auf der Gemarkung Wolfegg. In ihrer Stellungnahme vom 08.05.2024 wies die Stadt Bad Waldsee auf den dortigen Kies- und Sandabbau sowie auf den Vorbehalt der Weiterentwicklung der Fläche zu gewerblichen Zwecken hin. Die Stadt Bad Waldsee erachtet die Anbindung einer gewerblichen Fläche an die L 314 und die K 7933 als ideal und hat den RVBO gebeten, diese Fläche als Vorbehaltsgebiet für FFPV zu streichen. Im zweiten Anhörungsentwurf wurde die Fläche nicht geändert und sie wurde erneut mit 16 ha ausgewiesen. Die Stadt Bad Waldsee möchte sich die Möglichkeit offenhalten, diese Fläche in eine gewerbliche Baufläche zu entwickeln. Der Kiesabbau könnte später eine wirtschaftliche Nutzung ermöglichen. Die Lage an der Schnittstelle zwischen der L314 und der K7933 eröffnet ideale infrastrukturelle Anschlussmöglichkeiten für eine zukünftige gewerbliche Nutzung. Eine Umnutzung der Fläche für Photovoltaik würde diesen langfristigen Entwicklungsspielraum unwiederbringlich verbauen. Aus Sicht der Stadtentwicklung und Flächensicherung kommt daher eine Freiflächen-Photovoltaikanlage an dieser Stelle nicht in Betracht und muss gestrichen werden.</p>	<p>Waldsee bei der Nennung der Gemeinden herausgenommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen</p>	Keine Berücksichtigung
II.167	1187	<p>9. Solarpark Sankt Johannes FFPV-436-066:</p> <p>Die Neuaufnahme der 8 ha großen Fläche für den Solarpark Sankt Johannes ist seitens der Stadt Bad Waldsee in Ordnung. Bereits in der Stellungnahme vom 08.05.2024 wurde um die Aufnahme der Fläche als Vorbehaltsgebiet für FFPV gebeten.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.167	1188	<p>Ebenso wird an dieser Stelle nochmals die Aufnahme der ca. 7 ha großen Fläche für den AgriSolarpark Sankt Josef nordöstlich von Unterurbach angeregt.</p>	Es wird auf die vorangegangene Abwägung zum gleichen Sachverhalt verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.167	1189	<p>Zusammenfassend stellt die Große Kreisstadt Bad Waldsee fest, dass mit den vorgenannten Flächenveränderungen rund 48 ha regional bedeutsame Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorgesehen werden. Dies entspricht 0,44 % der Gemarkungsfläche von Bad Waldsee. Damit wird das Mindestziel von 22 ha bzw. 0,20 % in großem Umfang erfüllt.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.167	1190	<p>Fazit: Vor dem Hintergrund der touristischen, siedlungsstrukturellen, ökologischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Bad Waldseer Gemeindefläche fordern wir eine substanzielle Reduzierung der im Teilregionalplan Energie vorgesehenen Vorrang- und Vorbehaltsflächen auf unserem Stadtgebiet.</p> <p>Die Große Kreisstadt Bad Waldsee würde rund 196 - 259 ha Vorrangfläche für Windenergie einbringen. Dies entspricht 1,80 - 2,39 % der Gesamtfläche der Gemarkung Waldsee. Diese Flächeninanspruchnahme übertrifft deutlich das Flächenziel des Landes.</p> <p>Forderungen der Stadt Bad Waldsee im Bereich Windenergie:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Reduktion überdimensionierter Vorrangflächen (WEA-436-007 Osterhofen).</li> <li>2. Streichung ökologisch und siedlungsstrukturell nicht verträglicher Flächen (WEA-436-019 Urbach und WEA-436-021_ 1 Aulendorf Ost-1 ).</li> <li>3. Verbesserte interregionale Abstimmung zur Vermeidung kumulativer Belastungen</li> </ol> <p>Für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sollen auf dem Gebiet der Stadt Bad Waldsee 48 ha bereitgestellt werden. Das entspricht 0,44 % der Gesamtfläche der Gemarkung Waldsee. Auch dies liegt über dem rechnerischen Anteil von 0,20 %, den die Stadt gemessen an ihrer Fläche einbringen müsste.</p> <p>Forderungen der Stadt Bad Waldsee im Bereich Freiflächen-Photovoltaik:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Streichung ökologisch und siedlungsstrukturell nicht verträglicher Flächen (FFPV-436-036 Mattenhaus, FFPV-436-034 Unterurbach, FFPV-436-033 Roßberg/Oberurbach-Nord, FFPV-436- 032 Mennisweiler - Süd).</li> <li>2. Priorisierung konfliktarmer und planungsrechtlich gesicherter Standorte (FFPV-436-038 Hierbühl sowie den Agri-Solarpark Sankt Josef).</li> </ol> <p>Weiterhin appellieren wir nochmals dringend an den Regionalverband die Sorgen, Hinweise und Vorschläge der Bevölkerung im gesamten Stadtgebiet ernst zu nehmen und schon aus diesem Grund die Flächen reduzieren.</p> <p>Wir bitten Sie, unsere Argumente in der abschließenden Abwägung</p>	<p>"Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme (Az. II.167) verwiesen.</p> <p>Zur Forderung nach einer verbesserten interregionalen Abstimmung zur Vermeidung kumulativer Belastungen wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-007) verwiesen.</p> <p>Zudem wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		sorgfältig zu berücksichtigen.	<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).  Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:  Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).  Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.  Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stadt Bad Wurzach</b>				
II.168	1295	der Gemeinderat der Stadt Bad Wurzach hat in seiner öffentlichen Sitzung am 19.05.2025 dem Planentwurf ohne weitere Anregungen oder Änderungsvorschläge zugestimmt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Stadt Friedrichshafen</b>				
II.169	933	<p>in der Anlage enthalten Sie fristgerecht die offizielle Stellungnahme der Stadt Friedrichshafen im Rahmen des o.g. Beteiligungsverfahrens zum Teilregionalplan Energie zur Kenntnis und weiteren Bearbeitung.</p> <p>Teilregionalplan Energie - Stellungnahme der Stadt Friedrichshafen im Rahmen des zweiten formellen Beteiligungsverfahrens zum Entwurf gemäß § 9 Abs. 3 ROG</p> <p>wir bedanken uns für die erneute förmliche Beteiligung zum Entwurf des Teilregionalplans Energie.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nach der Sichtung des zweiten Entwurfs des Teilregionalplans (TRP) Energie und unter Abgleich mit dem Abwägungsprotokoll zu unseren im ersten Beteiligungsverfahren vorgebrachten Anregungen stellen wir fest, dass unsere Anregungen zum Teil im Entwurf berücksichtigt wurden; so sind bestimmte Begriffspräzisierungen erfolgt und Klarstellungen im Textentwurf ergänzt worden. Dagegen sind vor allem die Vorgaben zur Ausweisung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen inhaltlich unverändert geblieben. Zu den Änderungen im zweiten Entwurf des Teilregionalplans nehmen wir formell wie folgt Stellung:</p>		
II.169	934	<p>Zur Gebietskulisse der Vorbehaltsgebiete für Freiflächenphotovoltaik in Friedrichshafen</p> <p>Unsere Anregungen zum ersten Entwurf bezogen sich zum einen auf die Flächenkulisse zur Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für regional bedeutsame Freiflächen-PV. Dazu hatten wir Vorschläge zur Neuabgrenzung der Gebietsvorschläge des Regionalverbands, ergänzt durch eigene Flächenvorschläge für Vorbehaltsgebiete.</p> <p>Aus der aktuellen Planhinweiskarte 6 entnehmen wir, dass nunmehr nur noch drei Vorbehaltsgebiete in den Teilregionalplan übernommen wurden, dass sowohl FN-Appenweiler als auch FN-Unterlottenweiler gestrichen wurden und zudem alle unsere zusätzlichen Ausweisungsvorschläge nicht übernommen wurden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.169	936	<p>Wir bedauern dies; die Herausnahme folgt wohl der konsequenten Anwendung Ihres Kriterienkatalogs, nach dem Flächen mit einem erheblichen Konflikt (Vorrangflur, K2) und ohne sehr hohe Eignung (E1) keine Berücksichtigung finden. Die ergänzten Erläuterungen zum Kriterienkatalog im Entwurf sind insofern hilfreich und führen jedenfalls zu größerer Transparenz bei der Nachvollziehbarkeit der Gebietsabgrenzung der Vorbehaltsgebiete.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.169	937	<p>Zu den Vorgaben für die Realisierung von Freiflächenphotovoltaikanlagen</p> <p>Zur Flurbilanz</p> <p>Hauptkritikpunkt in unserer Stellungnahme war der restriktive Umgang bei der Zulässigkeit von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf Vorrangflur. Bekanntlich ist die Stadt Friedrichshafen davon besonders betroffen, da ein nicht unerheblicher Anteil der Flächen im Stadtgebiet Friedrichshafen besonders landbauwürdig ist („Vorrangflur“).</p> <p>Die Vorgaben bezüglich der Zulässigkeit von Freiflächensolar auf Vorrangflur sind jedoch auch im zweiten Entwurf in seinem Kern unverändert. Es bleibt bei der grundsätzlichen Zielrichtung, bevorzugt AgriPV zuzulassen. Es wird weiter präzisiert, dass Freiflächen-Solaranlagen auch auf landbauwürdigen Flächen errichtet werden können, wenn sie u.a. nicht raumbedeutsam sind. Zur Raumbedeutsamkeit wird erneut auf eine Prüfung im Einzelfall verwiesen (s.u.).</p> <p>In der Begründung zum Plansatz 4.2.2 weist der Regionalverband zwar darauf hin, dass es sich bei diesem Plansatz um einen Grundsatz der Raumordnung (G), nicht um ein Ziel (Z) handelt, so dass die Vorgaben bei der planerischen Umsetzung grundsätzlich einer Abwägung unterzogen werden können. Ob dies im Rahmen der zu erfolgenden Einzelfallprüfung zu einem weitergehenden Handlungsspielraum für die Kommune führen kann, muss die Praxis zeigen, ist allerdings eher zu bezweifeln.</p> <p>Denn naturgemäß führt diese regional planerische Vorgabe im Rahmen einer Bauleitplanung zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für Solarfreiflächenanlagen zu einem erhöhten Rechtfertigungsdruck innerhalb des Abwägungsprozesses. Ob dieser Grundsatz im Zuge der Abwägung überwunden werden kann, ist für uns schwer abschätzbar.</p> <p>Die Begrenzung der Realisierung von Photovoltaikanlagen überwiegend auf Agri-PV-Anlagen stellt nach wie vor ein starkes Ausbauhindernis dar. Aufgrund dessen halten wir</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass der Regionalverband die Flächen-Ausbauziele gem. § 21 KlimaG BW erfüllt, wonach in den Regionalplänen Gebiete in einer Größenordnung von mindestens 0,2 Prozent der jeweiligen Regionsfläche für die Nutzung von Photovoltaik auf Freiflächen festgelegt werden sollen. Beim genannten PS 4.2.2 G (3) handelt es sich um keine stark beschränkende Vorgabe. Bei Plansatz 4.2.2 G (3) handelt es sich um einen Grundsatz der Raumordnung. Grundsätze der Raumordnung sind Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 2 ROG). Grundsätze der Raumordnung sind somit keine strikt verbindlichen Vorgaben und für die Abwägung zugänglich. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass der Begriff „Freiflächensolaranlagen“ im Plansatz 4.2.2 G (3) durch den Begriff „Freiflächen-Photovoltaik“ ersetzt wurde. Damit bezieht sich PS 4.2.2 G (3) nicht mehr auf Solarthermieranlagen. Zudem besteht durch die Vorgabe des PS 3.1.1 Z (4) ebenfalls keine unangemessene Begrenzung der Realisierung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Bereich der Vorrangflur, da gem. Spiegelstrich 5 des genannten Plansatzes Freiflächensolaranlagen auf besonders landbauwürdigen Flächen nicht komplett ausgeschlossen sind. Sofern die im Plansatz genannten weiteren Voraussetzungen (Spiegelstriche 1 bis 4) erfüllt sind, gilt: Innerhalb der Regionalen Grünzüge auf besonders landbauwürdigen Flächen (Vorrangflur) sind nicht raumbedeutsame Freiflächensolaranlagen, Moor-PV-Anlagen und Agri-PV-Anlagen zulässig. Zudem sind auf hinsichtlich der landwirtschaftlichen Nutzbarkeit oder Ertragsfähigkeit vorbelasteten Flächen innerhalb der Vorrangflur (z.B. Altdeponie, versiegelte Fläche) Freiflächensolaranlagen ebenfalls zulässig. Es wird auf die o.g. Plansätze und deren Begründung des überarbeiteten Planentwurfs zum Teilregionalplan Energie verwiesen. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass um die Siedlungsränder herum zudem in der Regel Flächen ohne Freiraumfestlegungen im Regionalplan ("Weißflächen") bestehen, die der Realisierung von Freiflächensolaranlagen dienen können. Es wird zudem auf die Abwägung zur 1. Offenlage, BE ID 1690 der Stadt Friedrichshafen verwiesen. Die Abwägung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		es weiterhin dringend für geboten, die stark beschränkenden Vorgaben innerhalb der Vorrangflur stärker zu flexibilisieren bzw. abzuschwächen, um die angestrebten Flächen-Ausbauziele von Land und Region erreichen zu können.	gilt weiterhin.	
II.169	938	<p>Zum Begriff der Raumbedeutsamkeit</p> <p>In diesem Zusammenhang hatte die Stadt auch auf die unscharfe Definition der Raumwirksamkeit verwiesen und eine Präzisierung gefordert, da die Zulässigkeit von Freiflächen-PV von der Raumbedeutsamkeit abhängig ist, ohne dass dieser Begriff ausreichend definiert wird. Es bleibt jedoch bei der bisherigen Formulierung des Begriffs der Raumwirksamkeit. Eine weitere Präzisierung des Begriffs erfolgte im Zuge des zweiten Entwurfs zum Teilregionalplan Energie nicht. Die Beurteilung, ob ein Vorhaben raumbedeutsam ist, erfolgt weiterhin im Einzelfall.</p> <p>In der Abwägung zu unserer Stellungnahme weisen Sie darauf hin, dass der Regionalverband an einem ergänzenden Anwendungshinweis zum Thema „Raumbedeutsamkeit von Freiflächensolaranlagen“ arbeitet, der als Handreichung für die Gemeinden zur Verfügung gestellt werden soll, um die Einzelfallprüfung zu erleichtern.</p> <p>Dieses Vorhaben begrüßen wir ausdrücklich. Wir halten es für dringend erforderlich, den Begriff der Raumbedeutsamkeit anhand bestimmter festgelegter qualitativer Kriterien klar zu definieren. Hier wünschen wir uns seitens des Regionalverbands eine Konkretisierung, ab wann diese Raumbedeutsamkeit vorliegt bzw. ab wann diese noch nicht anzunehmen ist. Gegebenenfalls könnte dies auch anhand eines Flächenschwellenwerts im Sinne einer Vermutungsgrenze erfolgen. Wichtig wäre es, eine leicht anwendbare Checkliste an die Hand zu bekommen, um die Genehmigungsfähigkeit von projektierten PV-Projekten im Vorfeld abschätzen zu können.</p>	Die Beurteilung der Raumbedeutsamkeit erfolgt im Einzelfall. Hierzu wird in der Begründung des Teilregionalplans Energie an mehreren Stellen auf die Definition von "raumbedeutsam" in den Erläuterungen des Teilregionalplans Energie verwiesen. Die Erstellung eines informellen Anwendungshinweises wird derzeit vom RVBO geprüft, ist aber nicht Gegenstand des aktuellen Verfahrens.	Keine Berücksichtigung
II.169	939	<p>Zur Solarthermie und zur kommunalen Wärmeplanung</p> <p>Im Hinblick auf die Wärmeplanung hatten wir in unserer Stellungnahme auf das Defizit hingewiesen, dass der erste Entwurf keinerlei Aussagen trifft zur Zulässigkeit von</p>	Im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie wird bereits in der Begründung zu PS 4.2.0 auf § 3 Wärmeplanungsgesetz hingewiesen. Sowohl Anlagen zur Erzeugung von Wärme aus erneuerbaren Energien als generell Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien und	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>solarthermischen Anlagen.</p> <p>Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass gemäß Plansatz 3.1.1 Z (4) Freiflächensolaranlagen in Regionalen Grünzügen bei Einhaltung der dort genannten Voraussetzungen zulässig sind. Weitergehende Ausführungen zu Anlagen der Solarthermie finden sich auch im zweiten Entwurf nicht.</p> <p>Lediglich In der Abwägung wird nochmals klargestellt, dass Plansatz 3.1.1 Z (4) auch für Solarthermieanlagen gilt. Im Bereich besonders landbauwürdiger Flächen (Vorrangflur nach der digitalen Flurbilanz 2022) im Regionalen Grünzug sind Solarthermieanlagen damit zulässig, wenn diese nicht raumbedeutsam sind. Es findet bezüglich der Zulässigkeit praktisch eine Gleichstellung statt mit Anlagen der Freiflächen-Photovoltaik.</p> <p>Allerdings stellt sich die Frage, ob es nicht eher einen Vorrang der Solarthermie gegenüber anderen Formen der solarthermischen Nutzung geben müsste. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf eine Neuerung des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) des Bundes von 2024 hin. Im § 3 des WPG heißt es:</p> <p>„Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Wärme aus erneuerbaren Energien, die in ein Wärmenetz gespeist wird, von erforderlichen Nebenanlagen sowie von Wärmenetzen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die leitungsgebundene Wärmeversorgung im Bundesgebiet nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme beruht, längstens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2040, sollen die Anlagen im Sinne von Satz 1 als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“</p> <p>Zwar geht es im WPG um die „Schutzgüterabwägung“ bei Planungen. Jedoch wird deutlich gemacht, dass Wärmenetze von überragendem öffentlichem Interesse sind.</p> <p>Übertragen auf den Teilregionalplan Energie lässt sich u. E. aus dieser gesetzlichen Vorgabe ein Abwägungsvorrang der Wärmenetze und solarthermische Anlagen in der</p>	<p>Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und sind damit als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht worden. Diesem Belang hat der Regionalverband in seiner Abwägung auf der Ebene der Regionalplanung ausreichend Rechnung getragen, indem der PS 3.1.1 Z (4) sowohl für Freiflächen-Photovoltaikanlagen gilt als auch für Solarthermieanlagen (daher der Begriff "Freiflächensolaranlagen") und dies obwohl in § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG BW die Öffnung der Regionalen Grünzüge für Freiflächen-Photovoltaik und nicht für Solarthermie gefordert wird.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass in den meisten Fällen Freiflächen-Photovoltaikanlagen einer Bauleitplanung bedürfen (außer bei den privilegierten Anlagen nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 und 9 BauGB) und daher es in kommunaler Hand liegt, ob eine Freiflächen-Photovoltaikanlage oder eine Solarthermieanlage gebaut wird.</p> <p>Aus Sicht des RVBO ist es insgesamt weder erforderlich noch geboten, in PS 3.1.1 Z (4) einen Vorrang der Solarthermie einzuräumen. Im Gegenteil, dies ist auf nachgelagerter Ebene zu klären und ein Vorrang der Solarthermie könnte auch dem § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG entgegenstehen.</p> <p>Zu PS 4.2.2 G (3): hier handelt es sich um einen Grundsatz der Raumordnung. Solarthermieanlagen sind von dieser Regelung ausgenommen, dementsprechend heißt es im Plansatz "Freiflächen-Photovoltaikanlagen" und nicht "Freiflächensolaranlagen". Damit besteht außerhalb der Regionalen Grünzüge auf der Vorrangflur ein Vorbehalt bei der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, nicht aber bei Solarthermieanlagen. Die Anregung zum Wärmenetz Ailingen und dem PS 4.2.2 G (3) ist daher nicht nachvollziehbar, weil PS 4.2.2 G (3) sich gar nicht auf Solarthermie bezieht.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Einzelfallabwägung ableiten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Solarthermie tatsächlich mit Freiflächenphotovoltaik gleichgesetzt werden kann, oder ob es hier nicht vielmehr einen Vorrang für Solarthermieanlagen geben müsste.</p> <p>Dies sollte sich in den Formulierungen des TRP entsprechend wiederfinden. Wir regen an, vor dem Hintergrund des Wärmeplanungsgesetzes die Einstufung und Ausweisungsregeln für solarthermische Anlagen nochmals zu überprüfen.</p> <p>Dies ist wiederum von großer Bedeutung für unsere kommunale Wärmeplanung; gemäß unserem Abschlussbericht zur kommunalen Wärmeplanung sind Wärmenetzplanungen vorgesehen, die regionalplanerische Relevanz haben könnten, wie z.B. das Wärmenetz Ailingen. Hier sehen wir nach wie vor aufgrund der Festlegungen im Teilregionalplan Energie (u.a. PS 4.2.2 G (3)) Konflikte zwischen den kommunalen Vorhaben und den Vorgaben des Teilregionalplans Energie zur Vorrangflur. Die Umsetzung der Wärme- und Energiewende und im konkreten Fall der kommunalen Wärmeplanung Friedrichshafen ist weiterhin durch die regionalplanerischen Vorgaben eingeschränkt.</p>		
II.169	941	<p>Zu Vorgaben der Seethermie</p> <p>Zur Umsetzung der Wärmewende und als Bestandteil der kommunalen Wärmeplanung hat Friedrichshafen bekanntlich vor, auch die Möglichkeiten der seethermischen Wärmegewinnung zu nutzen. Die einzige inhaltliche Aussage im Teilregionalplanungsentwurf unter Grundsatz 4.2.4 (3) dazu lautet: „Die Potenziale der Fluss- und Seethermie in der Region sollen raumverträglich ausgeschöpft werden“. Weitergehende inhaltliche Aussagen/ Anforderungen zur Seethermie sind auch im zweiten Entwurf des TRP nicht enthalten.</p> <p>Grundsätzlich sehen wir den Bedarf, dass die Regionalplanung verbindliche Aussagen trifft zu allgemeinen Zielen, Anforderungen und planerischen Vorgaben für die Nutzung von Seethermie, zumal es sich bei den notwendigen Einrichtungen je nach Größe auch um</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass keine Handreichung zur Raumbedeutsamkeit allgemein, sondern zur Zulässigkeit von Freiflächensolaranlagen auf Flächen der Vorrangflur innerhalb der Regionalen Grünzüge geprüft wird. Bezüglich der Raumbedeutsamkeit von anderen Vorhaben wird auf die Erläuterungen zum Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Aus Sicht des RVBO sind Ziele und genauere verbindliche Vorgaben zu Seethermieanlagen im Teilregionalplan Energie nicht geboten.</p> <p>Ziele der Raumordnung müssen abschließend bestimmt oder bestimmbar sein. Die Festlegung eines abschließend bestimmten oder bestimmaren Ziels der Raumordnung bei Seethermieanlagen ist aber aus Sicht des RVBO nicht sinnvoll, weder als Vorranggebiete für Seethermie noch als ein textliches Ziel.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>raumbedeutsame Infrastrukturvorhaben handeln könnte. In diesem Zusammenhang muss auch der Begriff der „Raumbedeutsamkeit“ präzisiert werden. Hier versprechen wir uns von der angekündigten Handreichung zur Raumbedeutsamkeit eine zielführende Hilfestellung.</p>	<p>Vorranggebiete für Seethermie würden andere, unvereinbare Nutzungen ausschließen. Da in den meisten Anrainergemeinden und -städten am Bodensee in der Region die Lage künftiger Seethermieranlagen noch nicht bekannt ist, sind Vorranggebiete wenig sinnvoll, denn andere Nutzungen wären dann nicht mehr möglich. Zudem müssten Vorranggebiete für Seethermie regionalbedeutsam sein. Das Vorhaben in Meersburg ist bspw. nicht regionalbedeutsam.</p> <p>Bei einem rein textlichen Ziel der Raumordnung zur Nutzung der Seethermie müssten konkrete Vorgaben zu deren Nutzung gemacht werden. Diese würden die nachgelagerten Planungsträger demäß den Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung (§ 4 ROG) binden. Ziele der Raumordnung sind endabgewogen und daher keiner weiteren Abwägung zugänglich, d.h. eine Abweichung von den Vorgaben eines Ziels der Raumordnung zur Seethermie wäre nicht möglich.</p> <p>Aus Sicht des RVBO besteht derzeit kein Steuerungsbedarf auf regionaler Ebene.</p> <p>Da die Nutzung der Seethermie in der Region noch in den Kinderschuhen steckt und noch keine raumbedeutsamen Referenzprojekte in der Region existieren, hält der RVBO zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Ziel der Raumordnung nicht für zielführend. Die Internationale Gewässerschutzkommission Bodensee erarbeitet derzeit nach Informationen des RVBO Leitlinien zur Nutzung der Seethermie. Diese Leitlinien sind noch nicht bekannt und liegen noch nicht vor, sodass diese im Zeitplan für die Aufstellung des Teilregionalplans Energie nicht integriert werden können.</p> <p>Ähnlich verhält es sich beiden Grundsätzen zur Geothermienutzung und Moor-PV im Teilregionalplan Energie, auch hier hat der RVBO aufgrund der fehlenden Bestimmbarkeit auf die Festlegung von Zielen der Raumordnung verzichtet und Grundsätze definiert.</p> <p>Durch die Festlegungen des Teilregionalplans Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss, sollten Seethermieranlagen aber im erforderlichen Ausmaß am Bodenseeufer möglich sein.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.169	942	<p>Lassen Sie mich abschließend betonen, dass die Stadt Friedrichshafen sich Ihrer Verantwortung für die Energiewende stellt und diese in ihrem Einflussbereich mit größtmöglichem Einsatz und Engagement vorantreiben möchte. Da die Energiewende eine gemeinsame regionale Herausforderung ist, müssen auch die Vorgaben der Regionalplanung die Umsetzung der kommunalen Maßnahmen unterstützen, um die selbst gesetzten Ausbauziele erreichen zu können.</p> <p>Zusammenfassend stellen wir fest, dass auch die geplanten Vorgaben im zweiten Entwurf des Teilregionalplans Energie den Ausbau von Solarenergie sowie der Wärmeplanung auf Friedrichshafener Gemarkung weiterhin stark einschränken, vorrangig aufgrund der zu beachtenden Flurbilanz. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Gemarkung Friedrichshafen keine Potentiale für Windkraftanlagen bietet, ist es für uns umso wichtiger, dass wir die Potentiale für Photovoltaik, Solarthermie und Seethermie auch ausschöpfen können.</p> <p>Unser Appell an den Regionalverband lautet weiterhin, bis zur Endfassung des TRP alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine möglichst große Flexibilisierung bei der kommunalen Projektumsetzung zu erreichen. Die Stadt Friedrichshafen wird damit im Rahmen ihrer Planungshoheit sorgsam umzugehen wissen.</p>	Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und es wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen.	Kenntnisnahme

#### Stadt Gammertingen

II.170	964	<p>Betreff: Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange am Regionalplanungsverfahren</p> <p>vielen Dank für Ihr Entgegenkommen im Nachgang unserer ersten Stellungnahme. Es ist ein gutes und vor allem wichtiges Signal, dass Sie mit den Anpassungen, insbesondere im Bereich des WEA-437-026 "Kettenacker Ost" den Ängsten und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger begegnen. Insbesondere der vergrößerte Abstand und die Herausnahme der südlichen Flächen werden Kettenacker zumindest ein wenig entlasten. Es ist wichtig, dass die besonders von Windkraft betroffenen</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
--------	-----	---	---------------	---------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ortschaften durch vergrößerte Siedlungsabstände zur Wohnbebauung geschützt werden.</p> <p>Wir bedauern sehr, dass der Regionalverband unseren Einwendungen in Bezug auf das WEA "Gammertingen Ost" insbesondere in Hinblick auf die topographische Höhenlage des Vorranggebietes gegenüber unseres Teilortes Harthausen nicht folgen konnte.</p>		
II.170	965	<p>Ergänzend zur Stellungnahme vom 9. April 2024 nimmt die Stadt Gammertingen wie folgt zusätzlich Stellung:</p> <p>1) Streichung einer kleinen konkreten Teilfläche im geplanten Vorranggebiet WEA-437-019 „Gammertingen Ost“ – Erdeponie Hansmichel</p> <p>Die Erdeponie „Hansmichel“ befindet sich östlich der Kernstadt Gammertingen und ist ein wichtiger Bestandteil der regionalen Daseinsvorsorge. Neben der bestehenden und in Betrieb befindlichen Deponiefläche ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan eine Erweiterungsfläche unmittelbar östlich angrenzend dargestellt. Diese ist erforderlich, um auch künftig die geordnete Entsorgung mineralischer Abfälle in Gammertingen und Umgebung zu gewährleisten.</p> <p>Das Vorranggebiet WEA-437-019 „Gammertingen Ost“ überplant die bestehende Deponie und deren Erweiterungsfläche vollständig.</p> <p>Eine Ausweisung von einem Windvorranggebiet und damit die künftige Ermöglichung von Windenergieanlagen auf oder im direkten Umfeld der Deponie widerspricht dem gesicherten Betrieb der Einrichtung aus mehreren Gründen:</p> <p>Sicherheitsaspekte im Deponiebetrieb: Der Betrieb einer Erdeponie bringt spezifische Anforderungen an Bodenstabilität, Setzungsverhalten und Nutzbarkeit mit sich. Großtechnische Bauwerke wie Windenergieanlagen beeinträchtigen durch Fundamentierung und Zuwegung nicht nur die bestehenden Betriebsabläufe, sondern bergen auch Risiken für Abdichtungssysteme und Grundwassersicherung. Eine Realisierung von WEAs auf den Erdablagerungen</p>	<p>Die Erdeponie setzt sich zusammen aus einer rekultivierten Fläche (ca. 10 ha), einem aktiven Bereich (ca. 2,3 ha) und einer Erweiterungsfläche (ca. 1,7 ha). Auf der rekultivierten Fläche ist aus Sicht des RVBO eine Folgenutzung durch WEA denkbar. Im deutlich kleinräumigeren aktiven Bereich ist ebenfalls nach Aufgabe der aktiven Nutzung eine Folgenutzung durch WEA denkbar. Im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie werden viele Kriterien erst ab einer Größenordnung von größer gleich 2 ha betrachtet. Die Gründe für diese Vorgehensweise finden sich zu Beginn der Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie. Die Erweiterungsfläche beträgt nur 1,7 ha und fällt damit unter die Schwelle von 2 ha. Es ist daher davon auszugehen, dass Beeinträchtigungen i.d.R. durch die Standortwahl bei den WEA vermieden werden können.</p> <p>Eine Streichung von Flächen aus dem Vorranggebiet Windenergie erfolgt daher nicht.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erscheint aus statischen Gesichtspunkten mehr als unrealistisch.</p> <p>Zugänglichkeit und Entwicklung: Für den fortgesetzten Deponiebetrieb und eine notwendige, spätere Erweiterung ist eine ungehinderte verkehrliche Erschließung sowie ausreichende Manövrierfläche notwendig. Eine Überplanung durch Windenergieanlagen mit potenziell notwendigen Schutz- und Sicherheitsabständen würde dies signifikant einschränken.</p> <p>Kollisionsrisiko mit übergeordneten Planungen: Die Erweiterungsfläche der Erddeponie „Hansmichel“ wurde bereits in übergeordnete Planungen aufgenommen (Flächennutzungsplan). Die langfristige Planungssicherheit für diese Form der kommunalen Infrastruktur würde durch eine gleichzeitige Ausweisung als Windvorranggebiet konterkariert.</p> <p>Die Stadt Gammertingen bittet daher um die vollständige Herausnahme der Erddeponie „Hansmichel“ einschließlich ihrer Erweiterungsfläche aus dem Vorranggebiet WEA-437-019. Die betroffene Fläche stellt eine bestehende und perspektivisch gesicherte Infrastrukturfläche dar, die nicht mit den Anforderungen eines Windvorranggebietes vereinbar ist. Es handelt sich dabei um das Flurstück [Ort anonymisiert] .</p>		
II.170	966	<p>Abbildungen (Anlage 1 -4) in der Anlage!</p> <p>2) Nochmalige Vergrößerung der Abstände zur Wohnbebauung</p> <p>Die Umsetzung eines vergrößerten Mindestabstandes zur Wohnbebauung für besonders von Windvorranggebieten belastete Gemeinden ist ein begrüßenswerter und wichtiger Schritt. Wir sind dankbar, dass der Regionalverband diesen Schritt gegangen ist. Gerade durch die besondere topographische Lage und das Zusammentreffen der Vorranggebiete dreier Regionalverbände, erscheint eine nochmalige Ausweitung auf 1.300 Meter sinnvoll und angebracht. Ein solcher Puffer würde nicht nur weiter das Vertrauen in die planerische Verlässlichkeit und Rücksichtnahme auf die Belange der Bürgerinnen und Bürger stärken, sondern auch deutlich zur Reduzierung potenzieller Immissionskonflikten beitragen.</p>	<p>Der teilträumlich hohen lokalen Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen wurde im 2. Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie verstärkt Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung der Größe der Vorranggebiete Windenergie und des Umzingelungsgrads kamen höhere Orientierungswerte für die Siedlungsabstände zur Anwendung. Dies betrifft auch Vorranggebiete im Bereich Gammertingen. Hinsichtlich der genauen Methodik wird auf den 2. Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie verwiesen. Es wird hierzu auch auf die Abwägung zur Stellungnahme mit dem Az. II.170 (Stadt Gammertingen) der 1. Offenlage verwiesen (s. Synopse zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Ein weitergehendes Erfordernis, die Vorsorgeabstände auszuweiten, besteht aus Sicht des Regionalverbands nicht. Die gem. Kriterienkatalog und Planungskonzept</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.170	967	<p>3) Beachtung des interregionalen Abstimmungsgebotes</p> <p>Die Stadt Gammertingen liegt im Grenzbereich von drei Regionalverbänden: Bodensee-Oberschwaben, Donau-Iller und Neckar-Alb. Gemäß Raumordnungsgesetz sind die Regionalpläne benachbarter Planungsräume aufeinander abzustimmen. Dies gilt umso mehr in sensiblen Planungen wie der Ausweisung von Windvorranggebieten, bei der es um Immissionswirkungen, Landschaftsbild und kumulative Belastungen für die Menschen vor Ort geht. Insbesondere in Hinblick auf die Ortschaften Harthausen und Kettenacker muss die Gesamtwirkung aller angrenzenden Planungen bewertet werden.</p> <p>Im aktuellen Planwerk ist nicht ersichtlich, ob und in welchem Umfang das interregionale Abstimmungsgebot nach § 7 Abs. 2 Satz 3 ROG beachtet und ausgeführt wurde. Wir bitten deshalb den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben eindringlich, die interregionale Abstimmung transparent zu machen, gegebenenfalls nachzuholen und die betroffenen benachbarten Planungsträger explizit in die Bewertung mit einzubeziehen. Nur dadurch ist die Wahrung des interregionalen Abstimmungsgebotes gegeben und damit die Gefahr einer rechtlichen Angreifbarkeit des Teilregionalplans verringert.</p>	<p>vorgesehenen Vorsorgeabstände sind eingehalten (s. Begründung und Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben stimmt sich bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik mit den Nachbarregionen ab. Dabei ist zu beachten, dass die Planungsstände und die der Planung zugrunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variiert. Trotzdem streben die benachbarten Regionalverbände bei grenzüberschreitenden Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eine Harmonisierung der jeweiligen Planungen an.</p> <p>In der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird an mehreren Stellen bereits die interregionale Abstimmung dargelegt bzw. die Berücksichtigung der Windenergieplanungen angrenzender Regionalverbände beschrieben.</p> <p>Bei den erhöhten Siedlungsvorsorgeabständen bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie (Orientierungswerte/Einzelfallbetrachtung) (s. Tab. B 2 der Begründung) werden gem. Fußnote 6 auch angrenzende Vorranggebiete in benachbarten Regionen in die Größe des Vorranggebiets einberechnet und somit bei den erhöhten Siedlungsabständen berücksichtigt.</p> <p>Gem. Begründung erfolgten zudem in verschiedenen Planungsphasen Abstimmungsgespräche mit den benachbarten Regionalverbänden im Hinblick auf die Harmonisierung der Planungen.</p> <p>Es wird hierzu auf die Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hat die benachbarten Regionalverbände auch förmlich im Rahmen der Behördenbeteiligungen an der Aufstellung des Teilregionalplans Energie beteiligt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Hierzu wird auf die Stellungnahmen der genannten benachbarten Regionalverbände (II.402 (RV Neckar-Alb), II.401 (RV Donau-Iller)) und die entsprechende Abwägung der 1. und 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Insofern ist der Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie gem. § 7 Abs. 2 Satz 3 ROG mit benachbarten Planungsräumen abgestimmt.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.170	968	<p>4) Verbindliche Abfrage der militärischen Rahmenbedingungen und Restriktionen für die Vorranggebiete auf der Gemarkung Gammertingen</p> <p>Im Regionalverband Donau-Iller sind durch direkte Nachfrage beim Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr neue, zu beachtende Restriktionen bekannt geworden. In der Stellungnahme an den Regionalverband Donau-Iller weist das BAIUDBw darauf hin, dass alle geplanten Vorranggebiete in Hubschraubertiefflugkorridoren abgelehnt seien. Nur in Bereichen mit bestehenden Windenergieanlagen oder bestehenden Baugenehmigungen könne an Vorranggebietsfestlegungen in Hubschraubertiefflugkorridoren festgehalten werden. Dies führte u.a. zu Gebietsreduzierungen in Langenenslingen am geplanten Gebiet Dürrenwaldstetten-Buchwald.</p> <p>Direkt angrenzend an dieses Gebiet und die gestrichenen Flächen, befindet sich Kettenacker-Ost. Da anzunehmen ist, dass der Hubschraubertiefflugkorridor nicht an der Gemarkungsgrenze zu Gammertingen endet, könnte dies erheblichen Einfluss auf die Ausweisung des Vorranggebiets Kettenacker-Ost, womöglich sogar auf Gammertingen-Ost haben.</p> <p>Für ein transparentes und verlässliches Planungsverfahren – gerade auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger – bitten wir Sie um eine zeitnahe, verbindliche Klärung der militärischen Belange. Gerade in Hinblick auf die Windvorranggebiete auf Gammertinger Gemarkung (Gammertingen-Ost und Kettenacker-Ost). Dies erhöht das Vertrauen in die Regionalplanung und sorgt für Klarheit und Verlässlichkeit vor Ort.</p> <p>Für weitere Informationen und Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.</p>	<p>Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. In der 2. Offenlage wurden zu den in der Stellungnahme genannten VRG Windenergie keine Bedenken vonseiten der Bundeswehr vorgebracht, welche der Festlegung als VRG entgegenstehen. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (s. Synopse zur 1. und 2. Anhörung, Az. II.580) verwiesen.</p> <p>Ergänzender Hinweis: Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde gegenüber dem 2. Anhörungsentwurf des Teilregionalplans Energie aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p>	Keine Berücksichtigung
Ortschaftsrat Kettenacker				
II.170_1	477	Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 07. Februar 2025. um später unser Klagerecht ausüben zu können, legen der Ortsvorsteher und der Ortschaftsrat von Kettenacker hiermit Einspruch	Es wird auf die nachfolgende Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft die Vorranggebiete Windkraft WEA-437-026 Kettenacker-Ost und die Alternativflächen WEA-437-017 Kettenacker-Nord und WEA-437-018 Kettenacker-Süd Grundsätzlich stehen wir hinter der Notwendigkeit der geplanten Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland. Jedoch bestehen hinsichtlich der Art und Weise der Umsetzung dieser Aufgabe erhebliche Zweifel und Bedenken. Leider wird an dieser Stelle der Energiewende auf die Menschen, die Tiere und auch unsere Heimat keine Rücksicht genommen. Der Ausbau der Windenergie erfolgt rücksichtslos und auf Kosten der Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung und insbesondere der Menschen in der Ortschaft Kettenacker. Was hier als „Energiewende“ verkauft wird, bedeutet für die Kettenacker Bürger faktisch: Entwertung des eigenen Wohnumfelds, psychischer Dauerstress und ein Gefühl der Vereinnahmung durch industrielle Großstrukturen. Der Ort Kettenacker mit seinen knapp 280 Einwohnern ist ins Fadenkreuz der Planungen der drei Regionalverbände (Bodensee- Oberschwaben, Neckar-Alb und Donau -Iller) geraten. Der Ort ist zum Spielball der Planungen geworden, bei der jeder Regionalverband die Schuld beim Anderen sucht. Die Regionalverbände sind unterschiedlich weit in ihren Planungen und stimmen sich nur unwesentlich ab. Kettenacker wird flächendeckend mit Windrädern umstellt. 43</p>		
II.170_1	478	<p>43 Windindustrieanlagen direkt um Kettenacker haben Sie, Herr Heine, für den[Name anonymisiert] , bei der Veranstaltung in Ostrach berechnet. Dies kann man schon als politisches Versagen und Planungsirrsinn bezeichnen. Die Genehmigungsbehörden blenden eine solche Problematik systematisch aus- oder stufen sie als „subjektiv“ ab. Es gibt in Baden- Württemberg keine verbindlichen Grenzen für Belastung und Umzingelung. Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen das Schutzgut Mensch. Wichtig ist hier die Einführung eines gesetzlichen Schutzkonzepts im Bau- und Planungsrecht, verpflichtende Sichtfeldanalysen und eine Deckelung der Anlagenzahl. Wer die Energiewende will, muss sie mit und nicht gegen die Menschen machen - sonst kippt nicht nur die Stimmung, sondern auch die Demokratie in unserem Land.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.170_1	479	Die Einwendungen auf die 1. Offenlage wurden nur teilweise und völlig unzureichend berücksichtigt. Die minimale Verkleinerung des Vorranggebiets Kettenacker-Ost führt keineswegs zur Vermeidung einer lokalen und teilräumlichen Überlastung. Gleichzeitig wurde in Kettenacker-Nord und in Inneringen wieder eine Teilfläche hinzugefügt. Das Schutzgut Mensch ist angesichts der Maßgaben	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene völlig unzureichend bewertet. Auch viele andere Schutzgüter, sind völlig unzureichend berücksichtigt. Hier geht es unter anderem um den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der räumlichen Überlastung, den Konflikt mit dem Naturpark-Obere-Donau, die Umfassungswirkung, die Ungleichbehandlung der Planung, den Mangel an gleichwertiger Abwägung</p>	<p>und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Daher wird der Anregung teilweise gefolgt.</p>	
II.170_1	480	<p>Weitere gravierende Konflikte sind ebenfalls in völlig unzureichender Weise behandelt worden. Hier ist insbesondere der Artenschutz, der Wasserschutz und der Schutz der Biotope zu nennen. Der Ortsvorsteher und Ortschaftsrat von Kettenacker stellen sich auch aus Fürsorge vor die Bürger von Kettenacker, die hier in großen Teilen diskriminiert werden. Die Einwendungen können nur Digital oder persönlich vor Ort eingereicht werden. Insbesondere für ältere Menschen, die sich nicht mit dieser Technik auskennen und denen es auch nicht möglich ist nach Ravensburg zu fahren ist es ein Schlag ins Gesicht und eine absolute Diskriminierung. Im Rahmen des 2. öffentlichen Beteiligungsverfahrens erheben wir hiermit Einwände gegen die Planung der genannten Vorranggebiete in Kettenacker und fordern die Herausnahme dieser Gebiete in Kettenacker aus der weiteren Planung.</p>	<p>Zum Beteiligungsverfahren: Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.170_1	481	<p>Begründung: Seite 3 von 77 1. Umzingelung von Kettenacker durch die Planung von drei Regionalverbänden- überproportionale Belastung durch Windvorranggebiete – überproportionale Belastung durch Windvorranggebiete - Fachliche Bedenken gegenüber Umfassungswirkungen: 1. Selbst der angrenzende Regionalverband Neckar Alb gibt in seiner Strategischen Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie auf S. 75 spezielle Hinweise zu kumulativen Wirkungen (s. Abschnitt 5.2) „Kumulative Wirkung insbesondere dort minimieren, wo sich Überlastungen der Bevölkerung und Landschaft durch das Zusammenwirken der Teilregionalpläne Solar- und Windenergie ergeben.“ Ebenso beschreibt er auf S. 39 Änderungen während des Planungsprozesses, indem er die südöstlichen Teilfläche des Vorranggebietes RT-06 zum Schutz vor Überlastung der Gemeinde Kettenacker zurücknimmt! Schutz der Dörfer in angrenzenden Vorranggebieten. Solche präzisen Erläuterungen und auch Umsetzungen zum Schutz der eigenen und der benachbarten überlasteten Gemeinden findet sich beim RVBO vergeblich! Anders als bei Nachbarregionalverbänden verzichtet der RVBO auf Sichtbarkeitsanalysen zur Veranschaulichung möglicher WEAs. Solche Darstellungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Planung von Windenergie-Vorranggebieten. Sie helfen dabei, die visuelle Wirkung von Windkraftanlagen auf die Umgebung zu bewerten und mögliche Konflikte mit Landschaftsschutz und Anwohnerinteresse frühzeitig zu erkennen.</p>	<p>"Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 411 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.170_1	482	<p>2. Auch die Nachbargemeinde Pfronstetten wird zum Verfahren gehört und spricht sich gegen die Ausweisung des geplanten Vorranggebiets Kettenacker Ost aus. Nachdem aus Blickrichtung Pfronstetten und Teilorten die im Staatswald geplanten Anlagen auf einer Sichtachse mit den vom gepl. RVBO geplanten Vorranggebiet in Kettenacker liegen, sieht die Gemeinde hier eine gewisse Überlastung des Landschaftsbildes. 3. Auch der Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal (Synopse S. 519-521) spricht in seiner Stellungnahme von einer deutlichen Überlastung von Windenergie-Vorrangzonen im nördlichen Teil des Landkreises Sigmaringen: Wir sollen einen Löwenanteil zur Erfüllung der Flächenziele des Regionalverbands erfüllen. Zusätzlich sei zu beachten, dass an die Planungen des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben auch noch die der Regionalverbände Neckar-Alb und Donau-Iller angrenzen. Der GVV bittet deshalb, die Flächen der Albgemeinden, besonders das stark betroffene</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kettenacker unter Berücksichtigung dieser Punkte zu verkleinern. Dies wird auch in der Vorlage zur Sitzung der Verbandsversammlung deutlich: Zur Wahrung gleicher Lebensverhältnisse in der Stadt Gammertingen erwarten wir, dass Vorranggebiete in der Umgebung so weit zurückgenommen werden, dass die Abstände zur Wohnbebauung mit mind. 1000 Meter eingehalten werden können. u.a. ändert der GVV Laucherttal seinen Teilflächennutzungsplan Windkraft 2022 zur Aufhebung der Konzentrationszone für die Windkraftnutzung auf Gemarkung Kettenacker Süd ab. 4. Landratsamt Sigmaringen Untere Naturschutzbehörde (Synopse S. 565-618) Zum IMMISSIONSSCHUTZ: Durch die Planungen dreier Regionalverbände sind insbesondere deutliche Schallimmissionen aus der Windkraft zu erwarten. Besondere Auswirkungen werden u.a. für Kettenacker gesehen. Es kommt in diesen Bereichen zu einer Verdichtung der Windenergienutzung und damit auch zu einer Verdichtung windkraftbedingter Schallimmissionen.... Letztendlich wird die Zulässigkeit von Windkraftanlagen mit konkreten Schallschutzgutachten zu bewerten sein. Nach unserer Erfahrung können Abstände zu allgemeinen Wohnnutzungen von weniger als 1000 m hinsichtlich der Schallimmissionen bzw. Einhaltung der Immissionsrichtwerte nach TA Lärm schon problematisch werden. Auch die Schallleistungspegel nehmen mit zunehmender Größe und Leistungsfähigkeit der Anlagen zu. Bei Anlagen mit Nabenhöhen von ca. 140 m liegen die Schallleistungspegel im Bereich von 104 – 105 dB(A). Bei modernen Anlagen mit Nabenhöhen um die 180 m – 200 m bewegen sich die Schallleistungspegel in Richtung 110 dB(A). Diese Entwicklung (zunehmende Höhe) bei den Windkraftanlagen führt dazu, dass zukünftig mit entsprechend vergrößerten Abständen zu rechnen ist. Das LRA Sigmaringen beschreibt hier eindeutig, dass mit mindestens 1000m Abstand zur Wohnbebauung geplant werden muss, weil ansonsten die Schallimmissionen überschritten werden und demzufolge mit Abschaltung gerechnet werden muss. Das Problem wird zusätzlich verschärft durch die Summation möglicher WEAs in diesem Windpark-Cluster. Dies ist eine bewusste Verhinderungsplanung!</p> <p>Keine echte planerische Entlastung: Zu sämtlichen Einwendungen wird in den Erläuterungen der Abwägung seitens des RVBO versichert, alle Einwendungsthemen ordnungsgemäß abgearbeitet zu haben und mit der Vergrößerung der Vorsorgeabständen zu der Vorrangzone sämtlicher Belange ausreichend Rechnung zu tragen. Die kleinflächige Reduktion des Vorranggebiets im Süden und die minimale Abstandsvergrößerung zur Wohnsiedlung ist nicht ausreichend, um die massive Summenwirkung der verschiedenen</p>	<p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Vorranggebiete rings um Kettenacker zu neutralisieren. Zumal im Norden von Kettenacker wieder ein Teil dazu genommen wurde und bei diesem Teil der zugesagte Abstand von 1000 Metern zur nächsten Wohnbebauung auf 700 Meter reduziert wurde. Es fehlt eine ganzheitliche Betrachtung der Belastung- sowohl landschaftlich als auch immissionsschutzrechtlich. Die Gesamtwirkung aller Vorrangzonen bewirken eine spürbare Entwertung des Wohnumfelds. Die Vorsorgefunktion der Mindestabstände durch Kumulation wird erheblich unterlaufen. Die Ortschaft Kettenacker wird nach realistischer Betrachtung von allen Seiten gleichzeitig erheblich beeinträchtigt werden. Der Blick der Kettenacker Bürger wird in sämtlichen Himmelsrichtungen von WEA beeinträchtigt, selbst wenn diese im Westen einen Abstand von über 2,5km zur Wohnbebauung aufweisen.	inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.  Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Daher wird der Anregung teilweise gefolgt.	
II.170_1	483	In der Stellungnahme sieht das Landratsamt Sigmaringen die Konzentration einiger Vorranggebiete im nördlichen Landkreisteil insbesondere die Gammertinger Ortsteile... Kettenacker hinsichtlich des Schutzguts Mensch über die Maße beeinträchtigt. Durch die Vielzahl möglicher Anlagen und deren Höhe ist eine weite Sichtbarkeit gegeben, die vormals unbelastete Landschaftsbereiche und Sichtbeziehungen optisch stark bedrängt und damit erheblich beeinträchtigt. Hinzukommen visuelle und akustische Emissionen. Weitere negative Auswirkungen werden auf die Erholungsfunktion sowie das Wohlbefinden erwartet. Hinsichtlich der Landschaftsbildbewertung wirken sich zusätzlich die Anlagen der benachbarten Vorranggebiete auf diesen Bereich aus und es ist mit einer überdurchschnittlichen Konfliktintensität von Landschaftsbild- und Erholungsfunktion zu rechnen, die sich, wie bereits erwähnt, durch die Summation der Vorranggebiete aus drei Regionalplanungen ergibt. Insofern sind in Abstimmung mit den benachbarten Regionalverbänden deutliche Flächenkürzungen erforderlich.	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.  Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
II.170_1	484	In der Abwägung des RVBO wurde diese nur teilweise und völlig unzureichend berücksichtigt. Die minimale Verkleinerung des Vorranggebiets Kettenacker Ost führt keineswegs zur Vermeidung einer lokalen und teilräumlichen Überlastung. Außerdem wurden die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene völlig unzureichend bewertet.	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Daher wird der Anregung teilweise gefolgt.</p>	
II.170_1	485	<p>Auch die Belange des Schutzgutes Landschaft wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen völlig unzureichend berücksichtigt. 5. Kettenacker liegt im Naturpark Obere Donau, welcher erhebliche Fördermittel u.a. auch von der EU für die Erhaltung seiner Schutz- und Erholungsfunktionen erhält. Diese Fördermittel sind an konkrete Zielsetzungen und Verpflichtungen gebunden – insbesondere an den Schutz von Natur, Landschaft und Artenvielfalt. Daher ist der Naturpark in der Pflicht, bei raumrelevanten Planungen – wie der Ausweisung von Windenergie-Vorranggebieten – besonders sorgfältig darauf zu achten, dass diese Schutzzwecke nicht unterlaufen oder beeinträchtigt werden. Eine Missachtung dieser Vorgaben könnte nicht nur die Förderfähigkeit gefährden, sondern auch rechtliche Schritte nach sich ziehen. Zweck des Naturparks Obere Donau ist es, das Gebiet als vorbildliche Erholungslandschaft zu erhalten und zu entwickeln, - sowie die natürliche Ausstattung des Gebiets mit ökologisch wertvollen, vielfältigen Lebensräumen für eine artenreiche und schützenswerte freilebende Tier- und Pflanzenwelt zu pflegen und zu verbessern. - sowie eine möglichst ruhige und naturnahe Erholung für die Allgemeinheit zu gewährleisten und den Bau, die</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Unterhaltung und unentgeltliche Nutzung von umweltverträglichen Erholungseinrichtungen zu fördern“. Der Naturpark beschreibt bisher unbelastete Gebiete mit der Entstehung von Konflikten im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Landschaftsbild und die Erholungsnutzung, wenn es zu einer lokalen Anlagenhäufung kommt. Der letztgenannte Punkt führt in unserem Extremfall zur Infragestellung des Zwecks eines Naturparks – nämlich einer vorbildlichen Erholungslandschaft – und trifft auch auf wenig Verständnis unserer örtlichen Bevölkerung, die sich von planerischer überdurchschnittlicher Flächeninanspruchnahme überrollt fühlt! Weiterhin bemängelt der Naturpark die bisherige überproportionale Inanspruchnahme des Kreises Sigmaringen, sowohl bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagenstandorte als auch für Vorbehaltsflächen für PV-Freiflächenanlagen und sollte kritisch hinterfragt werden! Eine Argumentation, die v. a. auf die höhere Windhöflichkeit, die geringere Bevölkerungsdichte (weitere Siedlungsabstände) und den höheren Anteil an benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten verweist, greift hier aus Naturparksicht im Hinblick auf eine per Rechtsverordnung ausgewiesener Erholungslandschaft zu kurz! Ein sehr wichtiger Aspekt bei der Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen aus Naturparksicht ist die Vermeidung von unerwünschten Ballungsbereichen solcher Flächen im Grenzbereich verschiedener Regionalverbände und Planungsträger. Besonders kritisch sieht der Naturpark den Grenzbereich zum Gebiet es RVNA, hier kommt es mit den dort geplanten Vorranggebieten ... zu einer Häufung großflächiger Vorranggebiete im Bereich des Stadtteils Kettenacker. Zusammen mit den auf dem Gebiet des RVBO geplanten Vorranggebieten ist hier aus Sicht der NP-Geschäftsstelle eine sehr hohe potenzielle Anlagendichte in der baulichen Umsetzung möglich, was zusammen mit dort geplanten PV-Freiflächenanlagen das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen würde. (sehr starke technische Überprägung). Ebenfalls befürchtet die NP-Geschäftsstelle, dass in diesem Fall der Naturpark Obere Donau in seiner gesetzlichen Funktion als vorbildliche Erholungslandschaft unter Umständen zu stark beeinträchtigt werden könnte und gleichzeitig einzelne Bereiche des Naturparks eine überdurchschnittlich hohe Beeinträchtigung durch die unstrittig nötige Energiewende erfahren würden. Es sollte in diesem Bereich daher nochmals sorgsam überlegt werden, ob eine teilweise Herausnahme oder Verkleinerung von Flächen hier nicht angebracht wäre. Um hier zu keiner lokalen Überlastung der Region und zu einer massiven technischen Überprägung des Landschaftsbildes zu kommen, sollte hier keine Flächenausweisung in einem Umfang erfolgen, die ansonsten in der ganzen Region nicht erreicht wird. Nur wenn es gelingt, im Zuge des Planungsprozesses ungewollte</p>	<p>Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.170_1	486	<p>Summationswirkungen über die eigentliche Regionalverbandsfläche hinaus zu vermeiden, wird von Naturparkseite ein Ausbau der Windkraftnutzung in diesem Bereich als verträglich mit den Zielen der Naturparkverordnung und den Festlegungen im Naturparkplan gesehen.</p> <p>6. Am Beispiel der beiden Windräder im Windpark Königseiche bei Baierack, die 12/2024 in Betrieb genommen wurden, sorgen seitdem für erhebliche Probleme mit Lärmbelästigung tieffrequenter Brummtöne, die bis in die Innenräume der Häuser dringen und zu Schlafstörungen, Kopfschmerzen und Unruhe führen. Diese Geräusche sind selbst auch bei geringen Windgeschwindigkeiten wahrnehmbar und verstoßen gegen geltende Immissionsschutzgesetze. Diese Auswirkungen wären bei den geplanten Vorrangzonen rund um Kettenacker deutlich gravierender, denn Lärmbelastung potenziert sich. Tieffrequenter Schall (Infraschall) kann sich überlagern und die Geräusche mehrerer Anlagen verstärken sich, anstatt sich gegenseitig zu neutralisieren. Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme, Stresssymptome – wenn solche Effekte bei 2 Windrädern auftreten, wäre eine „Umzingelung“ durch 6-10 oder 20 Anlagen für die Anwohner eine massive Dauerbelastung. Besonders kritisch ist tonhaltiger Schall mit klar erkennbarer Frequenz wie Brummen oder Pfeifen, die das Ohr empfindlich wahrnimmt. 7. Am Beispiel des Regionalverbandes Stuttgart wurden jetzt 8 Gebiete vollständig gestrichen und 20 verkleinert. In den meisten Fällen wurde Überlastung als Grund angeführt. Mit diesem aktuellen Planentwurf hat die Region Stuttgart die 1,8 Prozent gerade so erreicht. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöufigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.170_1	487	<p>Räumliche Überlastung: Die geplante Konzentration von Windkraftanlagen in unmittelbarer Umgebung führt zu einer einseitigen Belastung der Gemeinde Kettenacker und widerspricht dem Grundsatz einer gleichmäßigen, verhältnismäßigen Flächenverteilung. Kettenacker ist eine kleine, ländlich geprägte Ortschaft mit begrenzter Fläche und wenigen Einwohnern. Der geplante Umfang der Vorranggebiete steht in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zur Größe und Belastungsfähigkeit des Ortes – insbesondere im Vergleich zu größeren Nachbargemeinden, die kaum betroffen sind.</p> <p>Naturpark-Konflikt: Als Teil des Naturparks Obere Donau ist Kettenacker besonders schutzwürdig – eine solche Dichte an Windkraftvorrangflächen steht im klaren Widerspruch zu den Zielen des Schutzgebietes. Kettenacker wird stärker belastet als Gemeinden ohne besonderen Schutzstatus.</p> <p>Umfassungswirkung: Durch die Umfassung Kettenackers mit Windkraftvorranggebieten entsteht faktisch eine raumwirksame Einengung, die über das zumutbare Maß weit hinausgeht und das Ortsbild, den</p>	<p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung zur dieser Stellungnahme (Az. II.170_1) verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Erholungswert und die Lebensqualität massiv beeinträchtigt.</p> <p>Fehlende Abwägung:</p> <p>Die geplante Ausweisung lässt eine verhältnismäßige Abwägung gegenüber anderen Standorten vermissen und verkennt die kumulative Belastung von Kettenacker.</p>		
II.170_1	488	<p>Ungleichbehandlung der Planung: Ungleichbehandlung bei der räumlichen Verteilung der Belastung: Während andere Gemeinden im Naturpark oder im Bereich des RVBO keine oder nur punktuelle Belastungen durch Windkraftvorranggebiete erfahren, wird Kettenacker durch die Umfassung faktisch zum Windkraft-Korridor erklärt. Eine derart einseitige Belastung widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz.“ Mangel an gleichwertiger Abwägung: Es ist nicht erkennbar, dass die Planungsinstanz alle Gemeinden gleichwertig in die Standortabwägung einbezogen hat. Die Entscheidung zugunsten einer Umfassung von Kettenacker legt nahe, dass alternative Flächen – etwa in strukturstärkeren oder infrastrukturell weniger empfindlichen Gebieten – nicht angemessen geprüft wurden.“</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen zu "Forderung nach gerechter Verteilung von Windenergieanlagen (regional ausgewogene Verteilung; keine Überlastung von besonders windhöffigen Flächen und keine Umfassung (Umzingelung) von Siedlungen bzw. Ortslagen; aber auch: keine Belastung nicht vorbelasteter Standorte; keine weitere Belastung bereits vorbelasteter Standorte, keine Überlastung des ländlichen Raums, Kritik daran, dass in einer Stadt oder Gemeinde mehr als 1,8 % der Fläche als VRG Windenergie festgelegt werden; Forderung nach Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips, Städte mehr in die Pflicht nehmen" in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.1 verwiesen. Die Abwägung gilt für die vorliegende Anregung gleichermaßen. Eine Gleichverteilung der Vorranggebiete Windenergie ist aufgrund der ungleichen Verteilung der Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien nicht möglich. Hinweis: Das VRG WEA 437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung ist der Raumnutzungskarte zum Satzungsbeschluss zu entnehmen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.170_1	489	<p>Fazit/Zusammenfassung Kettenacker im Kreuzfeuer dreier Windplanungen: Die Vorrangzone Kettenacker Ost muss zum Schutz der Bürger aus den weiteren Planungen gestrichen werden. • Kumulation von Belastungen, ohne dass eine einzelne Planung die Gesamtauswirkungen vollständig und ausreichend in den Blick nimmt. • Unverhältnismäßigen Belastung von Kettenacker • Gefahr der „verdeckten Überplanung“: Keiner der Regionalverbände sieht sich allein verantwortlich, aber im Ergebnis entsteht ein faktisches Windkraft-Cluster um den Ort. • Die Regionalverbände zeigen unzureichende Koordination • Die Abwägung der Alternativen und der sozialen Belange sind lückenhaft oder fehlerhaft • Eine bisherige minimale Abstandsvergrößerung, die Kettenacker trotzdem faktisch ringsum mit Windvorrangzonen konfrontiert ist unverhältnismäßig und fehlerhaft. Missachtung des Grundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse • Kettenacker könnte faktisch so stark beeinträchtigt werden, dass sein Charakter, Erholungswert und Entwicklungspotenzial schwerwiegend beschädigt wird – das kann unter dem Stichwort „ungleichgewichtige Lastenverteilung“</p>	<p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung dieser Stellungnahme mit dem Az. II.170_1 verwiesen. Die Anregung bezieht sich zudem auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>beanstandet werden. • „Die Abwägung ignoriert die einmalige topografische und landschaftliche Lage des Orts im Drei-Regionen-Korridor.“ • „Die Bevölkerung wird objektiv stärker belastet als vergleichbare Orte im Regionalverbandsgebiet – ohne nachvollziehbare Begründung.“ Was bedeutet das rechtlich und fachlich? Abwägungsfehler sind juristisch angreifbar: Fehlende oder unzureichende Berücksichtigung der Gesamtsituation Jeder Regionalverband muss die Vorbelastung durch Nachbarplanungen mitdenken, auch wenn sie nicht im eigenen Planungsgebiet liegen. Kumulative Wirkungen (Lärm, Landschaftsbild, Erholungswert, „optische Einfriedung“) müssen bewertet werden – pauschale Aussagen reichen nicht Scheinabstimmung Eine Koordination ist nur dann rechtlich wirksam, wenn sie zu einer substantziellen Berücksichtigung der Folgen für den betroffenen Ort führt. Wenn trotz erkennbar unverhältnismäßiger Kumulation keine ernsthafte Flächenanpassung erfolgt, könnte das als Scheinabwägung gewertet werden. Missachtung des Grundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse Kettenacker würde faktisch so stark beeinträchtigt werden, dass sein Charakter, Erholungswert und Entwicklungspotenzial schwerwiegend beschädigt wird = ungleichgewichtige Lastenverteilung. Es gibt erste Verfahren, bei denen Menschen z.B. wegen Schallbelastung vor Gericht ziehen. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) könnte in Zukunft eine Rolle spielen, wenn es um die Verletzung des Rechts auf Wohnen oder Eigentum geht. Keine echte planerische Entlastung: Zu sämtlichen Einwendungen wird in den Erläuterungen der Abwägung seitens des RVBO versichert, alle Einwendungsthemen ordnungsgemäß abgearbeitet zu haben und mit der Vergrößerung der Vorsorgeabständen zu der Vorrangzone sämtlicher Belange ausreichend Rechnung zu tragen. Die kleinflächige Reduktion des Vorranggebiets im Süden und die minimale Abstandsvergrößerung zur Wohnsiedlung ist nicht ausreichend, um die massive Summenwirkung der verschiedenen Vorranggebiete rings um Kettenacker zu neutralisieren. Zumal im Norden von Kettenacker wieder ein Teil dazu genommen wurde und bei diesem Teil der zugesagte Abstand von 1000 Metern zur nächsten Wohnbebauung auf 700 Meter reduziert wurde. Es fehlt eine ganzheitliche Betrachtung der Belastung- sowohl landschaftlich als auch immissionsschutzrechtlich. Die Gesamtwirkung aller Vorrangzonen bewirken eine spürbare Entwertung des Wohnumfelds. Die Vorsorgefunktion der Mindestabstände durch Kumulation wird erheblich unterlaufen. Die Ortschaft Kettenacker wird nach realistischer Betrachtung von allen Seiten gleichzeitig erheblich beeinträchtigt werden. Der Blick der Kettenacker Bürger wird in sämtlichen Himmelsrichtungen von WEA beeinträchtigt, selbst</p>	<p>Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		wenn diese im Westen einen Abstand von über 2,5km zur Wohnbebauung aufweisen. Forderung: In Baden- Württemberg gibt es keine starre gesetzliche Definition, ab wann eine Überlastung durch WEA im Sinne einer planerisch nicht mehr zumutbaren Belastung vorliegt. Geplant wird lediglich mit landesplanerischen Maßstäben, Leitlinien, Orientierungen – aber keine harte Grenze! Wir als Ortschaftsrat Kettenacker fordern die Wahrung der Schutzverpflichtung, weil Gefahr im Verzug ist: Wir fordern daher eine konkrete Überarbeitung und die Herausnahme der Vorrangzone Kettenacker Ost aus den weiteren Planungen.	in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
II.170_1	490	<p>2. Artenschutz – fehlende Berücksichtigung aller eingereichten Gutachten Artenschutzgutachten müssen zwingend berücksichtigt werden Ebenso alle Fachgutachterlichen Bestätigungen, Begehungsprotokolle, Einwendungen und die Wissenschaftliche Publikation Dr.Marion Gschweng „Die Bestände des Rotmilans (Milvus Milvus) auf der Schwäbischen Alb und angrenzenden Naturräumen“ sowie die Stellungnahme zur Berücksichtigung der Daten aus den Gebieten Kettenacker, Ittenhausen und Inneringen bei der Erstellung von Schwerpunktorkommen im Fachbeitrag Artenschutz (LUBW), von Dr. Marion Gschweng vom 16.09.2024 Ebenfalls sind alle Gutachten zum Fledermausschutz zu beachten Wir schließen uns hiermit den Einwendungen des Vereins für Mensch und Natur Kettenacker e.V. zum Thema Artenschutz in vollem Umfang an und fordern hiermit die Beachtung und Berücksichtigung in der Regionalplanung, für alle in der Anlage 1 aufgeführten Gutachten, Fachgutachterliche Bestätigungen, Begehungsprotokolle, Fachliche Einwendungen und die Wissenschaftliche Publikation von Frau Dr. Marion Gschweng „Die Bestände des Rotmilans (Milvus Milvus) auf der Schwäbischen Alb und in angrenzenden Naturräumen“. zum Artenschutz. Sowie die Stellungnahme zur Berücksichtigung der Daten aus den Gebieten Kettenacker, Ittenhausen und Inneringen bei der Erstellung von Schwerpunktorkommen im Fachbeitrag Artenschutz (LUBW), Dr. Marion Gschweng vom 16.09.2024. Ebenfalls alle Gutachten zum Fledermausschutz Daraus ergibt sich zwingend, dass die geplanten eingangs genannten geplanten Vorranggebiete für Windkraft in Kettenacker aus den weiteren Planungen komplett herausgenommen werden müssen. Ab 2016 wurden zum Vorkommen des Rotmilans, Schwarzmilan und Wespenbussard, jährlich Gutachten im Auftrag des Vereins für Mensch und Natur Kettenacker e.V. durch Fachgutachter erstellt und jährlich an die Untere Naturschutz- Behörde eingereicht. Bei den Daten und Fakten kann man also nicht von nur einmaligen Fakten sprechen, sondern von Daten über einen Zeitraum von 2016 bis 2023. Kettenacker war schon immer ein Dichtezentrum des Rotmilans, bereits veröffentlicht im Amtsblatt der EU Frau Dr. Gschweng konnte dann in Ihrer Wissenschaftlichen Publikation: „Die Bestände des Rotmilans</p>	<p>Es wird auf die Abwägung der Stellungnahmen der 1. Offenlage, insbesondere die zu Kettenacker (Anlage B.4 zur Synopse), verwiesen. Zudem plant der RVBO Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer WKA, nicht die Standorte selbst.</p> <p>Um ein Verständnis für die Abwägung zu erlangen, die sehr umfangreich war, sind Folgende Verweise zu studieren:</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz sowie B.4 zu den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Das Vorgehen des RVBO ist nicht zu beanstanden, Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(Milvus Milvus) auf der Schwäbischen Alb und in angrenzenden Naturräumen in Baden-Württemberg“ eindeutig feststellen das wir zum Weltlichezentrum des Rotmilans der Schwäbischen Alb gehören. Damit ist die Bedeutung unseres Naturraums für Deutschland und dem gesamten Verbreitungsgebiet des Rotmilans sehr hoch, denn diese Quellpopulation muss Bestandsrückgänge in anderen Europäischen Ländern ausgleichen. Diese Quellpopulation bei uns dient maßgeblich dem Erhalt des Weltbestandes und muss entsprechend geschützt werden. Geplante Vorranggebiete für Windkraft müssen in Kettenacker komplett ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Regionalverband verlässt sich in unzulässiger Weise ausschließlich auf den Fachbeitrag Artenschutz der LUBW. Die LUBW schreibt aber selbst: „Die im Fachbeitrag gegebenen Hinweise für die Regionalplanung decken einen Großteil der im Rahmen der Regionalplanung üblicherweise relevanten artenschutzrechtlichen Fragestellungen ab, sie sind aber nicht abschließend. Weitere Themenbereiche sind im Verfahren zur Ausweisung von Vorranggebieten somit zusätzlich zu berücksichtigen.“</p> <p>Was haben wir für einen Rechtsstaat, wenn nicht einmal mehr Gutachten, die von amtlich vereidigten Gutachtern erstellt werden, zur Klärung eines Sachverhalts herangezogen werden. Hier will man wohl unter Missachtung der geltenden Rechtslage schnell eine Entscheidung erzwingen.</p>		
II.170_1	491	<p>Bereits beim Scoping-Termin am 17. Mai 2022 bei dem der Regionalverband Vertreter von Behörden und Naturschutz eingeladen hatte, um bestehende Konflikte im Vorfeld zu erkennen, wurden Vertreter aus Ravensburg und dem Bodenseekreis sowie das Landratsamt Sigmaringen geladen. Vertreter aus der Raumschaft Gammertingen und vielen anderen Gebieten wurden nicht geladen. Dies ist ein eklatantes Versäumnis. Hier hätte man die Konflikte bereits erkennen können, wenn Ortskundige Personen dabei gewesen wären. Und wenn sich der Regionalverband ordnungsgemäß nach verfügbaren Daten erkundigt hätte. Offensichtlich wurden auch die beim Landratsamt damals schon vorliegenden Gutachten des Vereins nicht beachtet.</p>	<p>Alle im Rahmen der 1. Offenlage eingegangenen Unterlagen wurden geprüft und, falls relevant, in die Abwägung nach § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt.</p> <p>Zum beim Scoping zu beteiligenden Akteuren ist Folgendes vorgegeben: Festgelegt wird der Untersuchungsrahmen der SUP vom Regionalverband unter Beteiligung der Behörden, deren Aufgabenbereich durch die Umweltauswirkungen des Plans voraussichtlich berührt ist (§ 2a (3) LplG-E). Sie kann mündlich oder schriftlich erfolgen. Laut LplG-E reicht es bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung des Regionalplans in der Regel aus, "die betroffenen höheren Landesbehörden bei der Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichts zu beteiligen". Der RVBO ist darüber hinausgegangen und hat auch</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.170_1	492	Sämtliche Gutachten, Fachgutachterliche Bestätigungen, Begehungsprotokolle, Fachliche Einwendungen und Wissenschaftliche Publikation usw. die in Anlage 1 aufgeführt sind, sind vollumfänglich Gegenstand dieser Einwendungen	weitere Akteure, z.B. die Landratsämter und den Bund Naturschutz und den Nabu, beteiligt. Die rechtlichen Anforderungen waren damit erfüllt bzw. sogar übertroffen. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.170_1	493	3. Fehlende und veraltete umweltrechtliche Grundlagen Der Teilregionalplan verletzt in mehreren Punkten geltendes Recht und basiert auf nicht mehr aktuellen umweltrechtlichen Grundlagen. Besonders betroffen sind naturschutzrechtlich sensible Bereiche mit nachgewiesenem Vorkommen streng geschützter Arten (u. a. Rotmilan) und einem Dichtezentrum geschützter Greifvögel, die durch die geplante Windenergienutzung in ihrer Lebensraumfunktion erheblich gestört, verdrängt oder getötet würden. 1. Verstoß gegen § 44 BNatSchG – Tötungsverbot bei Rotmilan-Dichtezentrum Die betroffene Fläche liegt nachweislich innerhalb eines Welt-Dichtezentrums des Rotmilans (Milvus milvus) – einer streng geschützten Art nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG i.V.m. Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie. Die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb dieses Welt-Dichtezentrums führt zu einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko und ist daher nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) rechtswidrig. Bereits die Möglichkeit der Kollision mit nur einem Individuum genügt zur Verwirklichung des Tatbestands – eine populationsbezogene Betrachtung ist nicht erforderlich (vgl. BVerwG, Urteil vom 18.03.2009 – 9 A 39.07). Eine solche Planung ist somit unvereinbar mit dem Bundesnaturschutzgesetz und hätte in einem Genehmigungsverfahren keine Bestandskraft. 2. Lebensraumverlust, Störung und Zerschneidung – § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB / Art. 4 EUVogelschutzrichtlinie Windkraftanlagen in dem betroffenen Raum beeinträchtigen erheblich: - das Brut-, Jagd- und Rückzugsverhalten betroffener Arten - das ökologische Gefüge der umliegenden Wald- und Offenflächen - sowie die landschaftliche Durchlässigkeit für geschützte Großvögel und Fledermäuse Solche Stör- und Verdrängungseffekte sind im derzeitigen Plan nicht ausreichend berücksichtigt oder kompensiert. Das verstößt gegen das Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB sowie gegen die Prüfungspflichten nach Art. 4 Abs. 4 der Vogelschutzrichtlinie.	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.  Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.170_1	494	<p>3. Veralteter Flächennutzungsplan – Pflicht zur Umweltprüfung (§ 2 Abs. 4 BauGB, UVPG) Der zugrundeliegende Flächennutzungsplan ist nicht mehr aktuell. Laut Rechtsprechung und Verwaltungspraxis muss eine erneute Umweltprüfung erfolgen, wenn sich: - naturschutzfachliche Grundlagen - das Artenspektrum - klimatische oder landschaftliche Bedingungen - oder die rechtliche Lage (z. B. FFH-Gebietsstatus) seitdem wesentlich verändert haben. Die Nichtaktualisierung der Umweltprüfung verstößt gegen: - § 2 Abs. 4 BauGB - §§ 6 ff. UVPG - sowie das europarechtliche Vorsorgeprinzip gemäß Art. 6 Abs. 3 FFH-Richtlinie. Ohne aktuelle Bewertung ist der Teilregional- Plan nicht rechtssicher beschlussfähig.</p>	<p>Hierzu verweisen wir auf die in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Teile A, B3) zum selben Aspekt getroffenen Aussagen, die auch für das genannte Vorranggebiet Windenergie zutreffen. Hinsichtlich der Aktualität der naturschutzfachlichen Grundlagen und der Umweltprüfung verweisen wir auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie, Teil D. Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde.</p> <p>Zudem wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) sowie auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Es besteht keine Notwendigkeit, das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie aus den in der Anregung genannten Gründen in seiner Größe zu verkleinern oder ganz zu streichen. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
II.170_1	495	<p>4. Forderung Wir fordern daher: 1. die Streichung der Flächen in Kettenacker aus dem Planentwurf 2. die vollständige Aktualisierung des Umweltberichts, insbesondere in Bezug auf Artenschutz und Raumwiderstand 3. die Durchführung einer artenschutzrechtlichen Einzelfallprüfung, die das Welt- Dichtezentrum des Rotmilans rechtlich berücksichtigt 4. die Aussetzung des Planverfahrens bis zur Vorlage vollständiger, aktueller und rechtskonformer Unterlagen.</p>	<p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung dieser Stellungnahme verwiesen.</p> <p>Es besteht keine Notwendigkeit, das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie aus den in der Anregung genannten Gründen in seiner Größe zu verkleinern oder ganz zu streichen oder das Planverfahren auszusetzen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.170_1	496	<p>4. Grundwasserschutz und Abwägungsfehler im Karstgebiet Kettenacker Im folgendem zu der Stellungnahme zu RVBO-ID Az. II.302_1 BE-ID Nr. 1724 zu Ihrer Anregung, dass Grundwasser in Wasserschutzgebieten grundsätzlich den Festlegungen der jeweiligen Schutzgebietsverordnungen unterliegt und dass Vorranggebiete für die Wasserversorgung, insbesondere mögliche zukünftige Zonen I und II, nach Ihrem Kenntnisstand vom Regionalplan nicht betroffen seien, möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Es ist bedauerlich, dass Ihre Antwort, in der Sie anmerken, dies werde zur Kenntnis genommen, nicht ausreichend ist. Es gibt eine Schutzgebietsverordnung für das Gebiet um Kettenacker bei der klar und unmissverständlich aufgeführt wird, dass solche Eingriffe wie der Bau einer Windindustrieanlage nicht vorgenommen werden können und dürfen. Dieses Gebiet hätte in der Regionalplanung herausgenommen werden müssen. Ebenso hätte das eingereichte Gutachten von Herrn Hötzl in die Bewertung aufgenommen werden müssen. Dieses Gutachten belegt eindeutig und unwiderlegbar die Existenz einer Wasserschutzzone II im Bereich 72501 Kettenacker. Die Tatsache, dass bei konkreten Projektplanungen in Wasserschutzgebieten, insbesondere in Karstgebieten, standortbezogene hydrologische Beurteilungen zur Bewertung der Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen erforderlich sind, ist von erheblicher Bedeutung. Diese Anforderungen sind nicht nur rechtlich geboten, sondern auch notwendig, um den Schutz des Grundwassers und die langfristige Sicherstellung der Wasserversorgung zu gewährleisten. Die vorliegenden Informationen und das Gutachten von Herrn Hötzl müssen Sie in Ihren Planungen einbeziehen und entsprechend zu berücksichtigen. Eine umfassende Auseinandersetzung mit diesen Aspekten ist unerlässlich, um die</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE IDs 401,408 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>rechtlichen Rahmenbedingungen und den Schutz des Grundwassers angemessen zu wahren. Themenbereich: Grundwasserschutz und Abwägung in Karstgebieten weiter nehmen wir Bezug auf die zweite Auslegung des Regionalplans Bodensee- Oberschwaben und Ihre Aussagen, dass weder eine Wasserschutzzone II (WSG II) noch eine Wasserschutzzone III (WSG III) der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie grundsätzlich entgegensteht. Hiermit machen wir Sie auf wesentliche rechtliche und fachliche Aspekte aufmerksam, die in Ihren Abwägungen nach unserer Auffassung unzureichend berücksichtigt wurden. In dem Schreiben des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg vom 12. August 1966 wird eindeutig festgestellt, dass die Gemeinde Kettenacker auf der verkarsteten Weißjura- Hochfläche der Schwäbischen Alb liegt. Es wird explizit darauf hingewiesen, dass das Niederschlagswasser durch das Kalksteingebirge versickert und als Karstwasser durch Klüfte und Hohlräume zu benachbarten Karstquellen strömt. Von erheblicher Bedeutung sind hierbei die Kesselbachquelle in Zwiefalten, die Sebastiansquelle in Hettingen sowie die Quelle in Grüningen, wie auf Seite 5 des genannten Schreibens ausgeführt wird. Diese Quellen sind essenziell für die Trinkwasserversorgung und genießen daher einen besonderen Schutzstatus. Die besondere Hydrodynamik dieses Karstgebietes wird ebenfalls durch die extrem hohen Fließgeschwindigkeiten des Grundwassers unterstrichen. Nach Färbeversuchen, wie sie im Schreiben des Geologischen Landesamtes von 1966 dokumentiert sind, beträgt die Fließzeit von der Karstfläche bei Kettenacker bis zur Kesselbachquelle bei Zwiefalten (Entfernung: 10,5 km) lediglich einen Tag. Diese Ergebnisse sind von entscheidender Bedeutung und belegen die außergewöhnliche Sensibilität des Karstsystems in Bezug auf mögliche Beeinträchtigungen durch Bauvorhaben. Darüber hinaus verweist das Schreiben des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg aus dem Jahr 1979 auf die Bedeutung einer Wasserschutzzone II C in Karstgebieten. Während diese Zone im Zuge der Überarbeitung des Schutzgebietserlasses nicht eingeführt wurde, hätte nach Einschätzung des Ortschaftsrates und gemäß dem Gutachten von Herrn Hötzl die Wasserschutzzone II C für das Gebiet um Kettenacker zwingend festgelegt werden müssen. Insbesondere die hohen Fließgeschwindigkeiten des Karstwassers rechtfertigen diese Einstufung, da sie ein erhöhtes Risiko für die Trinkwasserversorgung darstellen. Angesichts dieser fachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen bitten wir dringend darum, die Belange des Grundwasserschutzes und die hydrologischen Besonderheiten des Karstgebietes bei Kettenacker angemessen zu berücksichtigen und Ihre Abwägungen entsprechend zu überarbeiten. Die Gemeinde Kettenacker liegt laut dem Schreiben</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>des Geologischen Landesamtes Baden- Württemberg vom 12. August 1966 auf der verkarsteten Weißjura-Hochfläche der Schwäbischen Alb. Das Niederschlagswasser versickert im durchlässigen Kalksteingebirge, strömt als Karstwasser durch Klüfte und Hohlräume und tritt in benachbarten Tälern bei den Karstquellen wieder aus. Von besonderer Bedeutung für die regionale Trinkwasserversorgung sind hierbei die Kesselbachquelle in Zwiefalten, die Sebastiansquelle in Hettingen sowie die Quelle in Grüningen. Auf die übergeordnete Relevanz insbesondere der beiden erstgenannten Quellen als Gruppenwasserversorgungsanlagen wird explizit hingewiesen. Die hydrologische Sensibilität der Region wird durch Färbeversuche, ebenfalls dokumentiert im Schreiben vom 12. August 1966, nachdrücklich unterstrichen. Die Fließgeschwindigkeit des Grundwassers ist außergewöhnlich hoch. Ein Beispiel hierfür ist die Kesselbachquelle bei Zwiefalten: Trotz einer Entfernung von 10,5 km beträgt die Fließzeit des Grundwassers lediglich einen Tag. Des Weiteren verweist das Schreiben des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg aus dem Jahr 1979 auf Seite 3 (Absatz 3.3) auf die Überarbeitung des Schutzgebieteserlasses. Während die Einführung der Zone II C für Karstgebiete letztlich verworfen wurde, wird betont, dass der größte Teil des Schutzgebietes der Kesselbachquelle als Zone III A auszuweisen ist. Diese Hinweise sowie das Gutachten von Herrn Hötzl legen jedoch nahe, dass die Wasserschutzzone II in Anbetracht der extrem hohen Fließgeschwindigkeiten und der hydrogeologischen Gegebenheiten eine fachlich gebotene Einstufung gewesen wäre. Zu beachten ist zudem die Rechtsprechung, die ebenfalls die Sensibilität von Karstgebieten in der Abwägung bestätigt: Im Urteil des VGH München vom 04.07.2024 (22A 23.40049) wird die Bedeutung einer Wasserschutzzone III A mit besonderer Schutzwirkung ausdrücklich anerkannt. Das Urteil des VG Kassel vom 29.10.2020 (3 K 1664/16.KS) führt aus, dass selbst bei Ergreifung modernster Schutzmaßnahmen die hydrogeologischen Risiken in Karstgebieten, wie hohe Fließgeschwindigkeiten und geringe Retentionswirkung, nicht hinreichend gemindert werden können. Angesichts dieser Tatsachen fordern wir eindringlich, die Belange des Grundwasserschutzes und die besonderen hydrogeologischen Verhältnisse im Karstgebiet Kettenacker in die Abwägung aufzunehmen. Insbesondere ist sicherzustellen, dass die Trinkwasserversorgung durch die genannten Quellen nicht gefährdet wird. Eine angemessene Auseinandersetzung mit den vorliegenden Gutachten und rechtlichen Rahmenbedingungen ist im Interesse einer nachhaltigen und rechtssicheren Regionalplanung unerlässlich</p>		
II.170_1	497	<p>. Weitere Punkte die in Wasserschutzgebieten beachtet werden müssen: 1. Gefahren durch Havarien und Brände von</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder</p>	<p>Kennntnisnahme</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windenergieanlagen (WEA) Die Errichtung und der Betrieb von Windindustrieanlagen bergen erhebliche Risiken, die durch Sicherheitsmaßnahmen nicht vollständig kontrolliert werden können. Havarien und Brände stellen eine besondere Gefahr dar, da hierbei Schadstoffe, darunter toxische Fasern und chemische Rückstände, ungehindert in die Umwelt freigesetzt werden. Diese Stoffe können sich weiträumig verbreiten und eine langfristige Belastung für die Umwelt darstellen. Im Fall eines Brandes ist die Schadensbegrenzung auf großflächige Absperrrmaßnahmen beschränkt, was die Gefahr lediglich örtlich verlagert, jedoch nicht beseitigt. Ein weiteres Risiko stellt der mögliche Absturz der Kanzel von Windenergieanlagen dar, der erhebliche physische Gefährdungen für das umliegende Gebiet mit sich bringt. Herkömmliche Sicherheitsmechanismen, wie Auffangwannen oder doppelwandige Tanks, sind in solchen Fällen unzureichend. Hinzu kommt, dass die Windindustrieanlagen nicht wie bei Fahrzeugen einer Technische Überwachungsorganisation (z.B. TÜV) unterliegen. Somit ist von einer weiteren hohen Gefährdung auszugehen. 2. Langfristige Umweltbelastungen durch Emissionen Windindustrieanlagen emittieren während ihrer Betriebsdauer bis zu ca. 1,8 Tonnen umweltschädlicher Substanzen, darunter per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS). Diese Schadstoffe können in das Grundwasser gelangen und stellen damit ein erhebliches Risiko für die Trinkwasserversorgung und die menschliche Gesundheit dar.</p>	<p>mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.170_1	498	<p>3. Besonderheiten in Karstgebieten und Schutz geologischer Formationen Das Schreiben des Regierungspräsidiums Freiburg, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, vom 29.12.2016 weist auf die Notwendigkeit hin, Dolinen, Bachversinkungen, Trockentäler und Karstwannen als besonders schützenswerte geologische Formationen zu erhalten – selbst innerhalb von Wasserschutzzonen III. Die Ausweisung angemessener Schutzbereiche um Dolinen und vergleichbare Strukturen ist daher unerlässlich. Dabei muss der Sicherheitsabstand mindestens die Gesamthöhe der Anlagen zuzüglich eines angemessenen Puffers umfassen.</p> <p>4. Waldrodungen und ökologische Auswirkungen Die großflächige Rodung von Waldflächen für die Errichtung und Unterhaltung von Windenergieanlagen widerspricht den ökologischen Zielsetzungen dieser Anlagen. Das Regierungspräsidium Tübingen weist in seiner Stellungnahme vom 16.02.1987 darauf hin, dass großflächige Waldrodungen insbesondere an Abhängen selbst in Schutzzonen III unzulässig sind. Diese Einschränkung wurde jedoch in der bisherigen Planungsphase nicht angemessen berücksichtigt. Waldflächen, die zum Schutz des Grundwassers beitragen, müssen in den Planungen zwingend ausgenommen werden.</p> <p>5. Grundwasserschutz in Karstgebieten Die Region Neckar-Alb weist auf Seite 33 ihres Grundwasserschutzberichts darauf hin, dass verkarstete Gebiete aufgrund des schnellen Einsickerns von Wasser und der geringen Retentionswirkung besonders anfällig für anthropogene Einträge sind. Fast die gesamte Schwäbische Alb weist nur eine sehr geringe Schutzwirkung des Untergrundes auf . Auf Seite 35 wird außerdem die essentielle Bedeutung von Wasserschutzwäldern hervorgehoben, die die Wasserqualität verbessern und das Risiko von Hochwasserschäden sowie Erosion mindern.</p> <p>6. Planungssicherheit und rechtliche Anforderungen Es ist nicht ausreichend, auf nachgelagerte Genehmigungsverfahren, wie das immissionsschutzrechtliche Verfahren mit Konzentrationswirkung, zu verweisen. Bereits im aktuellen Planungsverfahren müssen alle relevanten wasserrechtlichen Schutzmaßnahmen berücksichtigt und integriert werden. Dies umfasst die Prüfung wesentlicher Gutachten, wie des Gutachtens von Herrn Hötzl, sowie sämtlicher rechtlicher Vorgaben bezüglich Bau, Betrieb, Gefahrenabwehr und Rückbau der Anlagen. Die Missachtung dieser Anforderungen würde nicht nur grundlegende Prinzipien einer rechtskonformen und transparenten Planung verletzen, sondern auch die Beteiligung der Öffentlichkeit erheblich beeinträchtigen. Fazit und Forderung Angesichts der genannten Risiken und gesetzlichen Verpflichtungen</p>	<p>Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 401, 408 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>fordern wir: Eine angemessene Berücksichtigung aller geologischen und hydrologischen Besonderheiten in den betroffenen Karstgebieten. Die strikte Einhaltung wasserrechtlicher und umweltrechtlicher Vorschriften bereits im Planungsverfahren. Die Ausweisung angemessener Schutzabstände und der Ausschluss von Waldrodungen in sensiblen Gebieten. Anlagen:</p> <p>Anlage_2_Geologisches Landesamt Baden-Württemberg_1979</p> <p>Anlage_3_Geologisches_Landesamt_14.06.1966</p> <p>Anlage_4_Rechtsverordnung_de_Regierungspräsidiums_Tübingen_vom_16.07.1987</p> <p>Anlage_5_RP_Freiburg_Landesamt_für_Geologie, Rohstoffe_und_Bergbau_29.12.2016</p>		
II.170_1	499	<p>5. Geschützte Biotope und Dolinen in Kettenacker Offenland und Wald Trockene Biotope und wasserführende Biotope Überregional bedeutsame, naturnahe Landschaftsräume sind Gebiete, die sich durch eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope und Dolinen oder überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten auszeichnen. Beides trifft auf die Raumschaft Kettenacker absolut zu. Kettenacker hat ,was auf der Alb sehr selten ist, sogar einige wasserführende Biotope. Die große Anzahl der Dolinen und Biotope ist durch die starke Verkarstung des Bodens in Kettenacker erklärbar. Bereits 2016 im Zuge der Erstellung des Hydrogeologischen Gutachtens zum Grund- und Trinkwasserschutz durch Prof. Hötzl wurde die Vielzahl der Dolinen und Biotope in einer Dolinenkarte des Landesamtes für Geologie Rohstoffe und Bergbau erkennbar (Anlage 6). Prof. Hötzl hat in Kettenacker noch weitere 40 Dolinen kartiert und vermessen. Eingetragen sind alle Dolinen in einer Tabelle (Anlage 7) und einer Karte (Anlage 8). Als wir jetzt im Rahmen der Biotop-Verbundplanung die aktuelle Karte mit den dort eingetragenen Dolinen und Biotopen bei der LUBW angefordert haben, waren wir sehr verwundert. Denn in dieser Karte fehlen 90 % der kartierten Dolinen und Biotope (Anlage 9). Dies, obwohl die Daten 2016 beim Landratsamt, beim Regierungspräsidium und der LUBW eingereicht wurden. Aktuell hat nun die Untere Naturschutzbehörde im Landratsamt Sigmaringen und die Fachabteilung Biotop Verbunds Planung im Landratsamt veranlasst, dass alle Biotope und Dolinen bei der LUBW eingetragen werden und in die Biotopverbundplanung aufgenommen werden (Anlage 10 und 11). Bei den Planungen des Regionalverbandes sind alle Dolinen und Biotope zwingend zu berücksichtigen. Kettenacker hat einige wasserführende Biotope. Diese Biotope hat der Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V. von 2022 bis 2025 aufwendig in Zusammenarbeit mit der Unteren Naturschutzbehörde, dem Regierungspräsidium Ref. 56 und dem Ortschaftsrat renaturiert. Hier soll, dies ist bereits ebenfalls beschlossen, ein Dolinen- und Biotop-Wanderweg entstehen. Der sicherlich eine weitere Attraktion für den Tourismus bietet und auch</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID ID 408 verwiesen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		für den Naturpark Obere Donau ein weiteres Highlight ist. Auf Grund der Vielzahl von Biotopen und Dolinen muss das geplante Vorranggebiet für Windkraft und die Alternativen Vorranggebiete in Kettenacker aus allen weiteren Planungen herausgenommen werden. Anlagen 6.Dolinen Karte LGRB 7.Tabelle der Dolinen kartiert durch Prof. Hötzl 2016 8.Karte mit allen Dolinen und Biotopen in Kettenacker 9. aktuelle Karte Dolinen und Biotope LUBW 10. berichtigte Karte mit allen Dolinen und Biotopen 11. Steckbriefe Hülbe Greut (Moorhülbe) und Hülbe Lusthof		
II.170_1	500	<p>6. Immobilienwertverlust Durch die sehr nahegelegenen Windkraftanlagen verlieren die Immobilien in Kettenacker drastisch an Wert. Es gibt derzeit keinen Nachteilsausgleich für die Wertverluste durch Windkraftanlagen. Einhergehend mit den optischen Wirkungen der Industrieanlagen in der Landschaft, den davon ausgehenden Immissionen und vor allem den Ängsten der Bevölkerung durch massive gesundheitliche Auswirkungen auf den Menschen, ist ein wirtschaftlicher Verlust an Immobilien- und Grundstückswerten für die umliegenden Eigentümer zu erwarten. Je wertiger die Immobilie und je näher die Windkraftanlage desto höher die Wertverluste. Durch die Vielzahl der Betroffenen summieren sich die Verluste in schwindelerregende Höhen. Durch die Belastung der Betroffenen wegen des Wertverlusts entsteht eine Ungleichbehandlung der Bürger, die nicht ausgeglichen wird. Die Bundesländer in Deutschland haben hierzu unterschiedliche Abstandsregelungen, die zu einer weiteren Ungleichbehandlung und Benachteiligung führen. Der Verbandschef des Eigentümerverbandes Haus &amp; Grund in Schleswig Holstein, Jochem Schlotmann fordert in einem Bericht der Husumer Nachrichten vom 29.11.2011 mit dem Titel "Verlieren Häuser an Wert?": „Da für den Gesetzgeber diese Folgen der Wertentwicklung vorhersehbar sind, ist es verfassungsrechtlich geboten, für diesen enteignungsgleichen Eingriff eine gesetzliche Ausgleichsregelung festzuschreiben" Weiter heißt es im Bericht: „Haus &amp; Grund fordert daher das Land auf, einen gesetzlichen Anspruch auf finanziellen Ausgleich für die betroffenen Eigentümer zu regeln. Deren Grundstücke würden unter anderem durch Lärm, Schattenschlag, Eiswurf, durch die bedrängende Wirkung und die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen an Wert verlieren. Wertverluste von 30 Prozent oder gar Unverkäuflichkeit der Immobilie seien nicht unüblich....Selbst bei Stillstand der Anlagen flössen die staatlichen Subventionen weiter. Diese müssten auch von den betroffenen Grundeigentümern mitgetragen werden."</p> <p>Quelle:(<a href="http://www.shz.de/nachrichten/lokales/husumernachrichten/artikeldetails/artikel/verlieren-haeuser-an-wert.html">http://www.shz.de/nachrichten/lokales/husumernachrichten/artikeldetails/artikel/verlieren-haeuser-an-wert.html</a>) Bereits durch die Planung von Vorranggebieten entsteht ein Schaden für die Bürger und die Gemeinde, da keine anderen Entwicklungen in der Nähe der Windenergieanlagen mehr möglich sind. Hinzu kommt die</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gravierende Wertminderung von Immobilien und Grundstücken. Banken bewerten bei der Kreditvergabe den Wert von Grundstücken und Immobilien mit einem Abschlag von bis zu 30%. Bereits betroffene Immobilien sind regelmäßig nicht mehr zu vermieten bzw. zu verkaufen. Maklerprogramme zur Bewertung von Immobilien berechnen zwischen 5 - 30% an Wertminderung, wenn die Anlage unter 2.500 m Entfernung zum Haus liegt. Für Immobilienbesitzer heißt das, dass Ihr Eigentum faktisch weniger wert ist. In Extremfällen kann die Wertminderung auch einen Totalverlust wegen Unverkäuflichkeit von Grundstücken, Wohn- oder Gewerbeimmobilien bedeuten. Dieser Wertverlust ist real und wurde beispielsweise durch die Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen, Verfügung v. 20.4.2015, Kurzinfo Einheitsbewertung Nr. 01/2015 bereits verwaltungstechnisch umgesetzt. Für bebaute Grundstücke kommt eine Wertminderung im Ertragswertverfahren in Betracht. Die OFD weist zudem darauf hin, dass die Grundsätze auch bei Grundstücken angewandt werden dürfen, die im Sachwertverfahren zu bewerten sind (z. B. unbebaute Grundstücke, Luxusbauten). Wertminderungen lassen sich dann ggf. im Rahmen des § 88 Abs. 1 BewG berücksichtigen. Ein reduzierter Einheitswert ist auch für die Gewerbesteuer relevant, denn für Betriebsgrundstücke wird der Gewerbeertrag um 1,2 % des Einheitswertes gekürzt (§ 9 Satz 1 Nr. 1 Satz 1 GewStG). Somit führt die Wertminderung zu einem reduzierten Gewerbesteuerertrag der betroffenen Gemeinden. Auch der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass Immissionen von Windkraftanlagen grundsätzlich eine Ermäßigung des Einheitswerts rechtfertigen können (BFH, Beschluss v. 22.6.2006, II B 171/05). Somit ist die Möglichkeit eines Wertverlusts sogar amtlich dokumentiert. Dies gefährdet die politisch propagierte private Daseinsvorsorge im Hinblick auf das künftig sinkende Rentenniveau. Wer ferner noch Kredite bei einer Bank zu tilgen hat, muss mit schlechteren Konditionen bei der nächsten Zinsverhandlung rechnen und kann möglicherweise seine Immobilie gar nicht mehr abbezahlen. Da bei vielen Menschen die Immobilie heute als Alterssicherung dient, sind die Auswirkungen auf die Bürger erheblich und kommen einer Enteignung gleich. Von der Landesregierung Baden-Württembergs ist die Pflicht zur Sicherung des Eigentums und zur Wahrnehmung der Aufgaben nach Artikel 3a „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen...“ und nach Artikel 1(2) der Landesverfassung, den Menschen „Schutz und Förderung“ zu gewähren und einen Ausgleich der wechselseitigen Rechte und Pflichten zu bewirken, bei der Ausweisung des genannten Standortes als Vorranggebiet für Windkraftnutzung nicht gegeben. Die Bürger Baden- Württembergs werden hierbei gegenüber bayrischen Bürgern benachteiligt und in ihren Rechten beschnitten.</p>	<p>Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Ausweisung des genannten Vorranggebietes ist in Abwägung der öffentlichen Belange ein enteignungsgleicher Eingriff bzw. Sonderopfer nach GG Artikel 14,3 und ist nicht zu vertreten.</p> <p>7. Grundgesetz-Gleichbehandlungsgrundsatz Neben dem Bundesland Baden-Württemberg, haben andere Bundesländer wie Bayern und NRW aufgrund der vielen Bürgerproteste und neuesten Erkenntnissen die Abstandsregelungen für Windkraftanlagen erheblich erweitert. Wegen des verfassungsrechtlich in Art. 3 des Grundgesetzes gewährleisteten Gleichheitsgrundsatzes kann es nicht sein, dass Bürger unseres Bundeslandes benachteiligt werden. In Art. 3 Abs. 3 GG wird auch explizit die Diskriminierung aufgrund von Heimat und Herkunft verboten. Genau eine solche Diskriminierung der in Baden-Württemberg beheimateten Personen findet hier statt. Dieser Zustand ist für die Bürger der Ortschaft Kettenacker so nicht tragbar.</p> <p>8. Schattenschlag In Kettenacker wären außerdem die potentiell zu errichtenden Windindustrieanlagen als riesiges Bauwerk sichtbar. Aufgrund der geographischen Lage im Südwesten des Windvorranggebiets und des Sonnenverlaufs ist mit erheblichem auf die Ortschaft Kettenacker und den Lusthof einwirkenden Schattenschlag zu rechnen. Insbesondere in den Wintermonaten, wenn die Sonne sehr tief am Horizont steht. Der Schattenschlag von Windkraftanlagen ist schon an und für sich gesundheitsschädlich. In so immenser Ausprägung ist er den Kettenacker Bürgern gegenüber den Windindustrieanlagen in keiner Weise zumutbar. Das adressierte Vorranggebiet ist schon allein deshalb ungeeignet. Dieser Aspekt des für Kettenacker und den Lusthof immensen Schattenschlags aufgrund der geographischen Gegebenheiten wurde in den Planungsunterlagen nicht gewürdigt.</p> <p>10. Umweltbelastung durch Betriebsstoffe Ein mindestens genauso wichtiger Aspekt wie die Luftsicherheit, besteht in der Sicherung der Umwelt und des Waldes. Der Wald hat die Funktion eines Wasserspeichers und das Grundwasser wird kontinuierlich aus Waldgebieten gespeist. Die genannten Windvorranggebiete liegen komplett oder zu einem großen Teil im Wald. Eine durchschnittliche Windindustrieanlage enthält im Maschinenhaus ca. 1200 Liter Getriebeöl, 600 Liter Kühlflüssigkeit und 250 Liter Hydrauliköl. Diese Gefahrstoffe können bei einem Unfall oder einer Betriebsstörung auf den Waldboden gelangen und ins Erdreich eindringen. Schwere Grundwasserverunreinigungen und Trinkwasserverunreinigungen drohen. Kettenacker wird von der Kesselbachquelle mit Eigenwasser versorgt. Das genannte Vorranggebiet, hat großen Einfluss auf das Trinkwasser in</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kettenacker. Die Wasserversorgung von Kettenacker kann durch die Windvorranggebiete, bei Aufstellung von Windkraftanlagen, in erheblichem Maße gefährdet werden. Diese Zusammenhänge wurden im Planentwurf planerisch nicht ausreichend berücksichtigt. Ferner treten beim Bau von Windkraftanlagen häufig wasserverschmutzende Substanzen aus bzw. befinden sich in und an den Fundamenten. Dies ist vor allem deshalb problematisch, weil Wasseradern durch den Grund fließen, an denen die riesigen Fundamente entstehen. Es gibt Untersuchungen, die nachweisen, dass diese Wasseradern und somit auch die Quellsuflüsse durch den Bau der Fundamente von Windkraftanlagen massiv gestört und beeinträchtigt werden. Wasserführende Schichten können hierbei also durchstoßen oder abgedrückt werden. Da die Schwäbische Alb und insbesondere Kettenacker ein Karstgebiet darstellt, besteht die Möglichkeit, dass das Wasser durch das tieferreichende Fundament Löcher hervorruft. Diese Löcher können den Fluss des Wassers verändern und dafür sorgen, dass das Wasser in andere Schichten strömt. Dies kann zur Folge haben, dass das Wasser nicht mehr zur Trinkwassergewinnung an der Kesselbachquelle in Zwiefalten zur Verfügung steht. Die Schädigung des Wasserzuflusses ist irreparabel und kann somit nie wieder behoben werden. Eine regionale Trinkwasserversorgung ist immens wichtig gerade im Hinblick auf die zunehmende Austrocknung der Landschaften durch den Klimawandel. Wasser wird schon in naher Zukunft das neue Gold der Welt darstellen und ist für den Mensch allein schon zum Überleben essentiell. Der Bau von Windkraftanlagen riskiert die unversehrte regionale Trinkwasserversorgung in Kettenacker und die der Trinkwasserversorgung der Albwassergruppe 7. Mit der Planung von Windenergieanlagen muss daher sichergestellt werden, dass es zu keinen Schädigungen der wasserführenden Schichten innerhalb des Einzugsgebietes der Albwassergruppe 7 (Kesselbachquelle) kommen kann. Ebenfalls muss sichergestellt werden, dass der Trickwasserzufluss nicht gestört wird. Die Menge an Wasser, genauso wie die Qualität des Trinkwassers der Kesselbachquelle muss nachweislich vor der Planung von Windenergieanlagen und danach die gleiche sein. Ferner muss auch festgeschrieben sein, wer im Falle einer schlechteren Trinkwasserqualität oder geringeren Menge an Trinkwasser an der Quelle haftet. Ein Ausschluss einer Trinkwasserschutzzone stellt hierbei keinen angemessenen Schutz gegen die Gefährdung der Trinkwasserqualität und der Trinkwassermenge bei der Errichtung von Windenergieanlagen dar. Ferner ist bekannt, dass die Rotoren von Windkraftanlagen über ihre Betriebsdauer ständiger Abrasion ausgesetzt sind. Da die Rotoren in der Regel aus Verbundwerkstoffen mit einer Matrix hergestellt werden, können kleinste Mikropartikel der Matrix aufgrund der Abrasion auf den Ackerboden, bzw. auf den Waldboden fallen. Es ist bekannt, dass</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>diese Matrix der Kompositwerkstoffe unter anderem Bisphenol A enthält. Zudem können auch im Brandfall die Bestandteile der Rotoren auf dem Ackerboden verteilt werden. Sowohl Betriebsstoffe als auch Bisphenol A können somit von der Ackerfläche/Waldfläche durch einfallendes Regenwasser zum einen in die Ackerböden gelangen und so die Ackerböden verseuchen. Zum anderen können diese Gefahrstoffe durch den Karstboden zur Kesselbachquelle und somit in das Trinkwasser gelangen. Um Trinkwasser ausreichend zu reinigen benötigt es in der Wasserschutzzone 2 beispielsweise 50 Tage zwischen Regenwasserversickerung und Quellaustritt. Das Plangebiet befindet sich in der Wasserschutzzone 3A. Hinterlegte Wasserfärbeversuche zeigen, dass das Regenwasser in dem Plangebiet lediglich 0,9 Tage benötigt, bis es an der Kesselbachquelle wieder austritt. Hierbei ist eine ausreichende Reinigung des Trinkwassers so gut wie ausgeschlossen. Das Plangebiet liegt auf einem Gebiet, welches sinngemäß zur Wasserschutzzone 1 zählt. Zudem liegt Ihnen ein „Hydrogeologisches Gutachten zur Bewertung des Baus, des Betriebs und des Rückbaus von Windenergieanlagen (WEA) in Trinkwasserschutz-zonen in Karstgebieten der Mittleren Alb“ (Prof. Dr. H. Hötzl, KIT) vor, das ebenfalls vollumfänglich Gegenstand unserer Einwände ist.</p> <p>11. Brandfall Ein ebenso ernstzunehmender Einwand stellt das Brandrisiko dar. Beim Brand der Rotoren von Windkraftanlagen werden riesige Mengen feinsten Nanopartikel frei. Diese sind in ihrer Wirkung Asbest-ähnlich. Durch den Wind, der in Rotorhöhe wesentlich intensiver ist als am Erdboden, können die feinen und lungengängigen Nanopartikel riesige Distanzen hinter sich legen. Irgendwann können sie sich dann über besiedeltem Gebiet niederlegen. Viel wahrscheinlicher ist allerdings, dass sich die Partikel über dem sehr nahe gelegenen Kettenacker in signifikanter Anzahl niederlegen und dort die Menschen direkt betreffen. Die Menschen atmen die Partikel dann völlig unwissentlich ein und sind so höchstwahrscheinlich einem erhöhten Risiko ausgesetzt irgendwann an Lungenkrebs zu erkranken. Für die Bevölkerung bestehen hierfür so gut wie keine Schutzmaßnahmen. Auch die kommunale Feuerwehr besitzt hierfür keine ausreichende Schutzausrüstung für alle Feuerwehrangehörige. Im Brandfall müssten sie völlig ungeschützt ihre Gesundheit für ihren freiwilligen Dienst bei der Feuerwehr aufs Spiel setzen. Aus diesem Grund muss sichergestellt werden, dass alle Feuerwehrangehörige der Stadt Gammertingen und auch der Umgebenden Feuerwehren mit der nötigen Schutzausrüstung ausgestattet werden. Zudem ist es den Seite 26 von 77 Feuerwehren gar nicht möglich einen solchen Brand in der Höhe zu löschen. Im Brandfall der Rotoren müsste</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>die Windanlage kontrolliert abgebrannt werden. Ferner fordern wir, dass auch an jeder Windkraftanlage selbst ein adäquater Löschwasserteich erbaut werden muss.</p> <p>12. Schall Eine der wohl bekanntesten und auch berechtigten Ängste der Kettenacker Bürger ist die Gefahr durch den wahrnehmbaren Schall sowohl im hörbaren Bereich, als auch nichthörbaren Bereich (Infraschall). Durch das Plangebiet der Windkraftanlagen an der Ortschaft Kettenacker, wird diese massiv von einer Lärmbelastung betroffen sein. Zum einen betrifft dies die unüberhörbare monotone Schallentwicklung der Rotoren in deren Drehfrequenz. Bei dieser konstanten Art der Schallbelastung bei Tag und bei Nacht besteht die enorme Gefahr der psychischen Belastung der Menschen in der Ortschaft Kettenacker. Um dieser Lärmbelastung entgegen zu wirken, müssten die Anwohner entweder all ihre Fenster gegen Fenster mit Schallschutz höchster Stufe tauschen oder die Anlagen in der Nacht stillgelegt werden. Beide Fälle wären mit hohen Kosten für den Anlagenbetreiber bzw. Ausgaben für die Anwohner verbunden. Bei den Anwohnern würde hierbei eine Zweiklassengesellschaft entstehen, da die hohen Anschaffungskosten der Schallschutzfenster nicht für jeden bezahlbar wäre. Dies wäre in der Form auch in gewisser Weise eine Art der Diskriminierung von Anwohner mit geringerem Einkommen. Zudem könnten die Anwohner nicht mehr so einfach umziehen. Das Wohneigentum ließe sich nicht mehr so einfach verkaufen, da mit der Planung und dem Bau von Windenergieanlagen, wie bereits erwähnt, auch in der Regel hohe Wertverluste der Immobilien verbunden sind, bis hin zur Unverkäuflichkeit. Zum anderen betrifft in gleicher Weise auch der Infraschall die Anwohner der Ortschaft Kettenacker. Die WKA werden Lärm und Infraschall produzieren, die negative Auswirkungen auf den menschlichen Körper bzw. auf die Gesundheit des Menschen haben werden. Auch die gesundheitlichen Folgen auf den menschlichen Körper durch dauerhaft tieffrequente Geräuscheinwirkungen, wie Infraschall, können zwischenzeitlich durch Studien belegt werden. Wir wären diesen negativen Auswirkungen aufgrund der Nähe der WKA zu unserem Waldgebiet schutzlos ausgeliefert sein. Und das nicht nur über Stunden, sondern auch über Tage. Viele wissenschaftliche Studien zeigen, dass Krankheiten wie Schlaflosigkeit, Herz- Kreislauferkrankungen, Konzentrationsstörungen, Lernstörungen und die Förderung von Krebs durch die Einwirkung von Infraschall entstehen können. Die genauen Auswirkungen auf den Menschen sind allerdings noch lange nicht abgeschlossen. Diese gravierenden Auswirkungen belasten uns und die Menschen in Kettenacker psychisch und auch materiell in extremer Weise schon beim bloßen Gedanken an deine Umzingelung der Ortschaft Kettenacker. Vor etwa 40 Jahren wurden in</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Deutschland die ersten Atomkraftwerke in Betrieb genommen. Politik und Industrie waren sich zu der Zeit einig - Atomstrom sei billig, Atomkraftwerke seien sicher und mögliche Gesundheitsrisiken seien beherrschbar. Dies hat sich nicht bewahrheitet. Ereignisse wie in Tschernobyl oder Fukushima sind noch deutlich in Erinnerung. Unfälle mit Atomkraft sind immer gegeben. Mit zunehmendem Alter der Reaktoren steigt das Risiko eines Super-GAU's an. Die Bezeichnung GAU ist ein deutscher Begriff und steht für „größter anzunehmender Unfall.“ Hier sehen wir Parallelen zur derzeitigen Situation. Die Behauptungen, dass die Eingriffe in die Natur und das Ökosystem überschaubar seien, treffen jedenfalls im vorliegenden Fall nicht zu. Exemplarisch zeigt sich dies am Thema „Infraschall“: Zur Einschätzung von gesundheitlichen Risiken stützt sich die Bundesregierung auf deren Institute, hier vornehmlich auf das Robert-Koch-Institut (RKI) in Berlin. Die Landesregierungen stützen sich auf die jeweiligen Landesämter, hier in Baden-Württemberg sind das die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) und das Landesgesundheitsamt (LGA). Die LUBW und das LGA in Stuttgart haben jüngst ein Faltblatt zum Thema Windenergie und Infraschall (IS) herausgegeben. Beide Institutionen kommen in diesem Flyer zu dem Fazit: „Der von WKA erzeugte Infraschall liegt in deren Umgebung deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenzen des Menschen. Nach heutigem Stand der Wissenschaft sind schädliche Wirkungen durch Infraschall bei WKA nicht zu erwarten. Verglichen mit Verkehrsmitteln wie Autos oder Flugzeugen ist der von WKA erzeugte Infraschall gering. Betrachtet man den gesamten Frequenzbereich, so heben sich die Geräusche einer WKA schon in wenigen 100 m meist kaum mehr von den natürlichen Geräuschen von Wind und Vegetation ab.“ Beachtlich ist, dass sich LUBW und LGA in deren Literaturlisten auf keine einzige wissenschaftliche Quelle von international anerkannten Institutionen oder auf unabhängige deutsche Fachleute bezogen haben. Dem stehen zahlreiche Publikationen, gegenüber. Stattdessen wird seitens LUBW und LGA auf das Material aus anderen Landesämtern, Landes- und Bundesinstitutionen und auf die insoweit veraltete TA Lärm verwiesen. In deren Aussagen wird der Gedanke vertreten, dass der unhörbare Infraschall erst dann gesundheitsschädlich ist, wenn er sich oberhalb der Wahrnehmungsschwelle bewegt. Diese Wahrnehmungsschwelle für Schall &lt; 20 Hz ist keine Hörschwelle, sondern verursacht Vibrationen auf der Haut. Dies ist so, weil sehr geringe Töne (niedriger Frequenzbereich) sehr große Schwingungen haben, sind sie dementsprechend sehr Energiereich. Die Wahrnehmungsschwelle beträgt z. B. bei 3 Hz 120 dB(A). Zum Vergleich. Neben einem startenden Düsenflugzeug beträgt der Schalldruck ca. 130 dB(A). Es ist zutreffend, dass bei diesen extremen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schalldrücken die Gesundheit leidet. In Wohngebieten ist eine dauernde Berieselung durch unterschwelligen Schall zu erwarten. Deshalb ist zu hinterfragen, welche gesundheitlichen Wirkungen die permanente Einwirkung von Infraschall in Schalldruckbereichen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle auslösen. Hierzu beziehen die LUBW und das LGA mit dem lapidaren Satz Stellung, das sei eben unschädlich. Sie belegen diese Unschädlichkeit aber nicht. Die Ausschreibung zur LUBW-Studie bzw. zum LUBWZwischenbericht sah nur die Verwendung von Terzfiltern vor, tatsächlich jedoch wurde zusätzlich mit Filtern konstanter Bandbreite (ca. 0.2 Hz) gearbeitet. Die nachfolgende Darstellung zeigt auf, dass die Signaturen eines 2 MW-Windkraftwerkes in 2,5 km Abstand deutlich zu erkennen sind. Bild! Es verbleibt die Behauptung, dass die Reichweite der Signaturen sogar kleiner als der Mindestabstand von 700 m sei. Mit einer aus unserer Sicht willkürlich gewählten, konstanten Bandbreite von 0,2 Hz hat das LUBW dies scheinbar bewiesen. Notwendig dagegen wäre bei der Messung eine Bandbreite von 0,01 Hz gewesen, um die Signaturen sicher nachweisen zu können. Darauf, dass den Autoren des LUBW-Zwischenberichts diese Problematik bewusst worden sein mag, deutet die mehrfach verwendete Aussage "Bei den Darstellungen handelt es sich um Schmalbandspektren mit einer Auflösung von 0,1 Hz. Dabei ist zu beachten, dass die Pegelwerte von der gewählten Auflösung abhängen." hin. Die Sachlage zeigt, dass das Thema „Infraschall“ noch in keinsten Weise eindeutig geklärt ist. Im Gegenteil, es bedarf unserer Meinung nach noch viel Klärungs- und Untersuchungsbedarf in dieser Sache. Bis zur vollständigen Klärung des Themas „Infraschall“ und dem eindeutigen Widerlegen „Infraschall macht krank!“ anhand wissenschaftlicher Studien, kann dem Plangebiet nicht zugestimmt werden.</p> <p>13. Eiswurf/Eisfall Weitergehend beschäftigt aus das Thema Eisbruch die Kettenacker Bürger. Da die Waldarbeiten hauptsächlich im Winter durchgeführt werden – gesetzliche Vorgabe – besteht in den geplanten Vorranggebieten eine potentielle Gefahr, ja sogar Lebensgefahr, für uns durch Eiswurf und Eisbruch. Dieser Aspekt wurde in den Planungen des RVBO nicht berücksichtigt.</p> <p>14. Gefahr durch Blitzschlag Ein weiteres Risiko besteht ebenfalls in Der Gefahr durch erhöhten Blitzschlag. Da mit dem geplanten Windpark das Risiko von Blitzeinschlägen und damit verbundene WKA-Brände bzw. Waldbrände steigen und mit einem erhöhten Aussetzen an Röntgenstrahlen zu rechnen ist. Gammertingen, Kettenacker und Ittenhausen liegen im nördlichen Teil des Landkreises Sigmaringen und damit in einer Region</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Baden-Württembergs mit der höchsten Blitzdichte. Diese Feststellung gilt sowohl für die längerfristige Betrachtung im Durchschnitt der Jahre 1999-2011, als auch für die jüngsten Messungen der Blitzdichte im Jahr 2014. Herr Stephan Thern, Leiter des Siemens-Blitzinformationsdienstes in Karlsruhe, hat festgestellt, dass Windräder „die reinsten Blitzfänger“ sind. Dies bestätigen auch Bürger, die in unmittelbarer Nähe von Windkraftanlagen wohnen. Nach den dem Einwendungsschreiben zugrunde liegenden Informationen ist wissenschaftlich unbestritten, dass Blitze Röntgenstrahlen erzeugen. Ausweislich eines Artikels im Wissenschaftsmagazin „Science“ hat sich bei einer Messung von Strahlungen durch den Physiker Joseph Dwyer vom Institut für Technologie in Florida ergeben, dass bei 84 % aller beobachteten Blitze Röntgenblitze auftraten. Röntgenstrahlen sind ionisierende Strahlen. Die ionisierenden Strahlen zählen zu den potenziell auslösenden Faktoren von Leukämie. Der Bau und Betrieb von mehreren WKA in Windparks führt zu besonderen Blitzformen, den sogenannten Flächenblitzen. Es wird befürchtet, dass die mit den Blitzen einhergehenden Röntgenstrahlen das Risiko für Erkrankungen, insbesondere bösartige Tumorerkrankungen, erhöhen. Die geplanten Vorrangzonen befinden sich nicht in einer „menschenleeren“ Gegend, sondern inmitten eines bislang beliebten Wandergebietes und bewirtschafteten Waldgebietes sowie landwirtschaftlich genutztem Gebiet. Nicht zu vergessen die naheliegenden Ortschaften Kettenacker und Ittenhausen. Mit entsprechenden Gesundheitsbelastungen wäre somit zu rechnen. Großwindanlagen erreichen an der Flügelspitze eine Geschwindigkeit von ca. 270 km/h. Durch diese Rotorblätterdrehgeschwindigkeiten können lösende Eisteile bis ca. 500 m weit weggeschleudert werden. Dass nur Gefährdungsbereiche wie Häuser, Straßen und Wege maßgeblich sind, ist unrichtig. Wie schon mehrfach erwähnt wurde, geht es hier um Waldarbeiter, Wanderer, Jagdpächter, Privat-/Waldbesitzer, Besitzer landwirtschaftlich genutzter Flächen usw. Dieser Personenkreis hält sich über mehrere Stunden / Tage in diesem Gebiet, gerade auch in der kalten Jahreszeit, auf. Deshalb ist auch hier der Ansatz nicht richtig. Eine Aufstellung von Warnschildern wie „Achtung Eisfall oder Eiswurf“ befreit den Betreiber nicht aus seiner Verantwortung, weil nicht nur Betreibergrundstücke, sondern auch angrenzende Grundstücke betroffen sind. Selbstredend müssen Grundbesitzer zu jeder Zeit gefahrlos ihr Grundstück betreten können.</p> <p>16. Beeinträchtigung des Wander- und Erholungsgebietes „Kettenacker“ Weitergehend befindet sich das Vorranggebiet in einem Wander- und Erholungsgebiet (Naturpark Obere Donau). Bei der vorzunehmenden Prüfung der Verhältnismäßigkeit der mit</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dem Vorhaben verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft sind die herausragende Bedeutung des Wander- und Erholungsgebietes sowie das angrenzende Landschaftsschutzgebiet inkl. Landschaftsbild zwingend einzubeziehen. Durch unseren Wald, führt ein Wandergebiet, das seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil des Freizeitangebotes der Region und als solches etabliert ist. Ein Windpark würde das Wander- und Erholungsgebiet gewaltig beeinträchtigen in Form von Lärmbelästigung und Infraschall, Sichtbeeinträchtigungen durch Schattenschlag, Astbrüche durch Turbulenzen und in den Wintermonaten durch Eisfall, Eiswurf und Eisbruch. Die Folgen für Wanderer und Freizeitsportler bzw. jeden Menschen, der sich in diesem Bereich aufhält, wären immens: Von Beeinträchtigung der Gesundheit, über Gefährdung der Gesundheit, bis hin zur Lebensgefahr. Weiterhin würde mit dem Bau eines Windparks in den geplanten Vorranggebieten das attraktive Landschaftsbild komplett zerstört werden. Bis dato gibt es kein Gebäude, Turm, Masten, etc., der das Landschaftsbild in seiner Größe und Mächtigkeit markant beeinflussen würde. Bis dato endet der Blick rund um Kettenacker auf einen bewaldeten, unverbauten Horizont! Gerade das zeichnet unser Gebiet als Erholungsgebiet aus und macht es in der heutigen Zeit so einzigartig. Der Bau von WKA mit einer Höhe von je ca. 300 m würde das jetzige Landschaftsbild aufgrund seiner Dimension komplett verändern bzw. zerstören.</p> <p>17. Fehlende Wirtschaftlichkeit Außerdem ist die Wirtschaftlichkeit der Windkraftanlagen in Frage zu stellen und folglich der Eingriff in die Natur als nicht gerechtfertigt anzusehen. Es ist bekannt, dass bei vielen Windparks die in der Planung berechnete Ertragsprognose nicht erzielt wird und daher die Windparks unwirtschaftlich sind. Und genau diese in der Vorplanung positiven Ertragsprognosen haben den Bau dieser Windkraftanlagen gerechtfertigt. Es wurde dafür wertvolle Natur zerstört. Ist die Wirtschaftlichkeit des geplanten Windparks garantiert? Rechtfertigt die Wirtschaftlichkeit des geplanten Windparks einen Eingriff in die Natur, in den Lebensraum von Mensch und Tier? Hinzunehmen sind auch Abschaltzeiten auf Grund der des Artenschutzes erforderlich sind und gefordert werden. Bei der vorzunehmenden Abwägung ist die Frage der Wirtschaftlichkeit der Windenergieanlagen ein entscheidender Faktor. Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ist insbesondere von der Windhöufigkeit der Standorte und den Abschaltzeiten abhängig. Vorliegend ist jedoch aufgrund des sehr ungünstigen Standortes mit weit überdurchschnittlichen Abschaltzeiten zu rechnen. Ertragswerte, die bei einer Windhöufigkeit von nur 5,5-5,75 m/s üblicherweise erzielt werden können, werden deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreicht. Verantwortlich für diese hohen</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Abschaltzeiten zeichnen im Wesentlichen folgende Faktoren:  Zunächst ergibt sich aus einem noch von Ihnen vorzulegenden Schattenwurfgutachten, dass die einzuhaltenden Grenzwerte weit überschritten sein werden. Deshalb bedarf es einer Abschaltautomatik, die zu erheblichen Stillstandzeiten auch bei ausreichend Wind für die Stromerzeugung führen wird. Massive Abschaltzeiten sind aus artenschutzrechtlichen Gründen erforderlich. Dass auch dies bei dem Klima des Standortes gerade in den windreicheren Herbst- und Wintermonaten der Fall sein wird, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Hinzu kommt der bereits vorgesehene, weil schallschutztechnisch notwendige reduzierte Betrieb der WKA im Nachtzeitraum. Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen leidet weiter darunter, dass diese dann, wenn sie keinen Strom ins Netz einspeisen (insbesondere bei Windgeschwindigkeiten unter 3 m/s), Strom aus dem öffentlichen Netz zur Aufrechterhaltung ihrer Funktionen benötigen. Zu alledem kommt noch hinzu, dass schwerwiegende Zweifel daran bestehen, dass die im Windatlas angegebenen Werte hier überhaupt realistisch sind. Eine Untersuchung des Vereins für Mensch und Natur Kettenacker e.V. anhand aktueller Windmessdaten der Unternehmen MeteoGroup und kachelmannwetter hat ergeben, dass die tatsächlich erwartbaren Windhöufigkeitswerte deutlich darunter liegen werden. Angesichts der drohenden, ganz intensiven Beeinträchtigung bzw. Gefährdung insbesondere der geschützten Arten und des Trinkwassers, aber auch zahlreicher weiterer privater und öffentlicher Belange kann eine Ausweisung des o.g. Vorranggebietes von vornherein nicht gerechtfertigt sein, weil mangels ausreichender Windhöufigkeit mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit gar kein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen möglich ist</p>		
II.170_1	501	<p>Vorkommen des Rotmilans in der Zeit vom 1. März bis zum 15. September zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang und auf Grund des bestätigten Vorkommens von Windkraftsensiblen Fledermausarten in der Zeit vom 01. April bis zum 31. Oktober zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang. Auch bei diesem Thema schließen wir uns vollumfänglich den Einwendungen des Vereins für Mensch und Natur Kettenacker e.V. an</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 377 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.170_1	502	<p>. 18. Fledermausschutz Das auszuweisende Vorranggebiet eignet sich hervorragend auch für hochfliegende Fledermausarten, die von Windkraftanlagen betroffen sind, so dass auch hier eine eingehende umfassende Begutachtung mittels eines mindestens 1-jährigen Monitorings zwingend notwendig wird. Das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung Berlin hat in einer Analyse der Totfunde von Fledermäusen festgestellt, dass die in Deutschland verunglückten Rauhaufledermäuse fast ausschließlich aus osteuropäischen Gebieten stammen. So ziehen diese zwischen Fortpflanzungs- und Überwinterungsgebiete durch ganz Europa. In einer Pressemitteilung des Forschungsverbundes Berlin, heißt es, dass jährlich über</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage:</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>200.000 Fledermäuse in Deutschland an den Anlagen zu Tode kommen. Dies wird unter Wissenschaftler kritisch gesehen, da die Reproduktionsraten diesen Verlust nicht ausgleichen kann. Eine weitere Studie des Leibniz Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass an Windenergieanlagen nicht nur viele Fledermäuse zu Tode kommen, sondern die Anlagen auch einige Arten weiträumig aus ihren Lebensräumen verdrängen. Diese nicht unerheblichen Zahlen führen dazu, dass eine vollumfängliche Prüfung erforderlich ist, ob einer Genehmigung Belange des Vogelschutzes bzw. Fledermausschutzes entgegenstehen (zu den Kriterien hierbei vgl. U. v. 10.01.2008, DVBl. 2008, 733 und OVG Thüringen U. v. 29.01.2009, BauR 2009, 859). Im Regionalplanverfahren ist eine Erfassung des Zug- und Rastvogelbestandes im Bereich der Vorrangfläche nicht ersichtlich. Demzufolge wird die Regionalplanung den Anforderungen an einen ordnungsgemäßen Umweltbericht und an eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung in keiner Weise gerecht. Die vorhandenen Informationen werden vollkommen ignoriert. Es erfolgte offenbar keine Maßnahme zur Feststellung, welche konkreten Zug- und Rastvögel in den bestimmten Bereichen der Vorranggebiete im Einzelnen vorhanden sind und welche Maßnahmen ergriffen wurden, diese Arten festzustellen. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass entsprechende Erkundigungen bislang völlig unterblieben sind. Nachdem im Umweltbericht keinerlei Aussagen zu bestimmten Arten gemacht werden und dass die LUBW dieses Gebiet als windkraftgeeignet ausgewiesen hat, ist nicht nachvollziehbar. Dieses Verhalten erscheint äußerst fragwürdig, da hier durchaus die Möglichkeit besteht, dass massiv gegen die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes in § 39 und § 44 BNatSchG verstoßen wird ebenso wie gegen europäische Vogelschutzrichtlinien.</p> <p>. 19. Insektenschlag Eine weitere Gefährdung der naturschutzrechtlichen Belange des Artenschutzes ist durchaus im Insektenschlag zu sehen. Hier gibt es weder umfassende Studien noch Erkenntnisse, in wie weit die Illumination bei Nacht, die Wärme der Gondel oder auch die im Sonnenlicht helle Farbe der Maschinen Insekten anlocken und diese dann im Bereich der Rotoren zerschmettert werden. Die Frage, ob hier seltene Wanderfalter, Bienen oder auch Wildbienen gefährdet werden, ist nicht letztendlich geklärt. Wir verweisen auf eine Studie von 2019 des Deutschen Zentrums für Luft und Raumfahrt (DLR) zu Wechselwirkungen von Fluginsekten und Windparks. Dort heißt es: „Die in der Studie angestellte Modellrechnung gibt Hinweis darauf, dass die Größenordnung der betroffenen Fluginsekten relevant für die Stabilität der Fluginsektenpopulation sein und damit den Artenschutz und die Nahrungskette beeinflussen könnte.“ Das könnte bei einer einzigen Maschine mit der überstrichenen Rotorfläche von</p>	<p>Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>einem Fußballfeld noch als unbedeutend angesehen werden. Allerdings dürfte dies zu einem öffentlichen Belang werden, bei den heute schon existierenden 28.000 Maschinen in Deutschland. Legt man das politische Ziel von 60.000 Maschinen in Deutschland zugrunde, wird die Fläche von 120.000 Fußballfelder der bis zu 300 Metern hohen WKA zur Todesfalle für Insekten</p> <p>Auch ist die Ausweisung von Gebieten zur Erstellung von Windkraftanlagen in ihrer Wirkung auf das Landschaftsbild als eklatant anzusehen. Die dem Menschen aktuell bekannte Natur- und Kulturlandschaft wird in Folge der Errichtung von Windenergieanlagen in ihrer Eigenart verändert. Durch das Einbringen dieser technischen Anlagen mit entsprechend neuen Dimensionen bezüglich des Volumens, der Höhe und Massierung kommt es zu Maßstabsverlusten und technischer Überprägung. WEA führen zu starken Veränderungen der natur- und kulturräumlichen Eigenart der Landschaft. Durch die Bewegungsunruhe der Rotoren und ihre außerordentliche Größe verändern WEA bekannte Horizontbilder und Silhouetten. Sie ziehen die Aufmerksamkeit auf sich. Auch nachts, wenn der Nachthimmel frei von Luftfahrzeugen ist, wird durch die nächtliche Befeuerung der WEA das Erleben des Nachthimmels sowie typischer nächtlicher Lichtverhältnisse, die vom Wetter und Mond bestimmt werden, im visuellen Einwirkungsbereich der WEA unmöglich gemacht. Windkraftanlagen sind aufgrund ihrer Größe und ihres notwendigen Investitionsvolumens Industrieanlagen. Dies wird deutlich, wenn die Anlagen in einem Windpark zusammengeschlossen sind. Da diese Anlagen in naturnahen Gebieten und freien Landschaften aufgestellt werden, kann man von einer Industrialisierung der Landschaft sprechen. Durch die Errichtung einer einzigen Anlage ist das weitere Umfeld der Anlage industriell vorgeprägt. Die Folge davon ist, dass eine Entwicklung für Naturschutz und Naherholung innerhalb den Abstandskriterien nicht mehr möglich ist. Durch die Vorprägung wird es leichter möglich, weitere Windkraftanlagen (WKA) zu erstellen. Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft im Sinne einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung kann auf Dauer mit Windkraftanlagen in diesem Gebiet nicht gesichert werden</p> <p>22. Oberflächenerosion von Windkraftrotoren und Windkraftanlagen Die Oberflächen von Windkraftanlagen, insbesondere die Flügel der Windkraftanlagen, sind anfällig für Erosion durch unterschiedliche Umwelteinflüsse. Dies bedeutet, dass giftige Partikel von einer hohen Höhe von bis zu 300m und mehr breit gestreut in die Umwelt ausgebracht werden. Hierdurch entstehen gesundheitliche Gefahren für Menschen, Tiere und die Umwelt. Folgende Bereiche sind dabei betroffen: - Gesundheit von Menschen</p>	<p>Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und Tieren durch die Einatmung und den Kontakt mit der Haut - Nahrungskette von Mensch, Tier und Natur - Landwirtschaftliche Flächen - Flächen von Anwohnern (Gärten, ...) - Wasserschutzgebiete - Grundwasser im Allgemeinen - ... Diese toxischen Partikel von WKA-Anlagen, die in einer Größenordnung pro Windkraftanlage bei ca. 50 – 150Kg liegen, werden in die Umwelt eingebracht kontaminieren sie hierdurch. Dies ist bei einer Windkraft-Anlagenlaufzeit von 20 Jahren eine nicht zu vernachlässigende Menge, von ca. 1 Tonne und mehr. Dies bei nur einer Anlage. Toxische Partikel, wie PFAS, Bisphenol A, lungengängiger Feinstaub und mehr werden u.a. von Windkraftanlagen freigesetzt. Zu PFAS gibt es auf der Homepage des Umweltbundesamtes wichtige Informationen (<a href="https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/stoffradar/pfas">https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/stoffradar/pfas</a>)</p> <p>Auszug: - [...] Einer Studie von 2019 zufolge reichern sich PFAS aus kontaminierter Erde auch in landwirtschaftlichen Erzeugnissen an, wie etwa in Blattgemüse und Früchten, und gelangen so in die Nahrungskette [...] - [...] PFAS werden vom Menschen hauptsächlich über Lebensmittel aufgenommen. Der Konsum von kontaminiertem Trinkwasser führt meist zu erhöhten Belastungen im Menschen [...] - [...] Vor allem langkettige PFAS wie beispielsweise PFOS, PFOA, Perfluorhexansulfonsäure (PFHxS) und Perfluoronansäure (PFNA) verbleiben nach der Aufnahme lange im menschlichen Organismus. Die Anreicherung erfolgt nicht im Fettgewebe, sondern in Organen (z.B. Leber) und im Blut (wo sie an Blutproteinen binden). Beide Stoffe besitzen im Tierversuch lebertoxische, krebserregende und fortpflanzungsgefährdende Eigenschaften. Babys nehmen die Substanzen sowohl über die Plazenta, als auch später über die Muttermilch auf [...] - [...] Gleichzeitig sind viele der derzeit legal eingesetzten PFAS hinsichtlich ihrer möglichen Gefahren für Umwelt und Gesundheit noch nicht ausreichend charakterisiert, während ihre Langlebigkeit und Verbreitung in der Umwelt unbestritten ist. Am 13. Jänner 2023 wurde daher ein von fünf EU-Mitgliedsstaaten (Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen, und Schweden) gemeinsam erarbeitetes Dossier für eine Beschränkung aller PFAS als Gruppe bei der Europäische Chemikalienagentur (ECHA) eingereicht. Nach dem erfolgreichen Konsultationsprozess könnte die Gruppenbeschränkung von PFAS im Jahr 2026/2027 in Kraft treten, womit die Freisetzung von PFAS in die Umwelt stark reduziert werden würde [...] - [...] Alle PFAS sind, wenn sie einmal in die Umwelt ausgebracht wurden, kaum oder nur mehr sehr schwer wieder entfernbar. Zu Bisphenol-A steht auf der Homepage des Umweltbundesamtes (<a href="https://www.umweltbundesamt.de/themen/chemikalien/chemikalienrechner/stoffgruppen/bisphenol-a#besorgniserregende-eigenschaften">https://www.umweltbundesamt.de/themen/chemikalien/chemikalienrechner/stoffgruppen/bisphenol-a#besorgniserregende-eigenschaften</a>)</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Auszug: - [...] Deutschland hat im August 2017 ein Dossier bei der ECHA eingereicht, mit dem die hormonellen Wirkungen auf Organismen in der Umwelt beschrieben werden und diesen Effekt als besonders besorgniserregend identifiziert. Mitte Dezember 2017 stimmte das Mitgliedsstaatenkomitee der ECHA dem Vorschlag Deutschlands einstimmig zu. Die Kandidatenliste wurde Anfang Januar 2018 um den neuen Eintrag aktualisiert. - [...] Eine Analyse der regulatorischen Managementoptionen zeigte, dass eine gezielte Beschränkung der Massenchemikalie Bisphenol A die geeignetste Maßnahme ist, um die kontinuierlichen Umwelteinträge dieser zu minimieren [...] - [...] Da Bisphenol A bereits in einigen Verwendungen substituiert wird, sind zudem für weitere Bisphenole bereits Bewertungen und regulative Maßnahmen ihrer Eigenschaften angelaufen. Ziel ist es, die Verwendung von Ersatzstoffen mit ähnlichen problematischen Eigenschaften zu vermeiden [...] - [...] Aus Sicht des Umweltbundesamtes sind die als Alternativen verwendeten anderen Bisphenole (z.B. Bisphenol S) kein geeigneter Ersatz. Für die meisten Bisphenole besteht aufgrund ihrer chemisch sehr ähnlichen Struktur eine ähnliche Besorgnis hinsichtlich hormonell wirksamer Effekte in der Umwelt wie für Bisphenol A. Das UBA hat hierzu ein Forschungsvorhaben (siehe unten) zur Bewertung des endokrinen Potenzials von Bisphenol Alternativstoffen durchgeführt. - [...] Vom 06.01. bis 06.03.2017 bestand im Rahmen eines Konsultationsverfahrens für alle interessierten Kreise (z.B. Verbraucher, Verwender von Bisphenol A oder Industrie-Verbände) die Möglichkeit, sich daran zu beteiligen. Anschließend fand ein Gespräch mit interessierten Unternehmen statt. Als Ergebnis dieser Analyse der Regulierungsmöglichkeiten wurde eine gezielte Beschränkung als geeignetste Maßnahme zur Emissionsminderung von Bisphenol A in der Umwelt abgeleitet. Es hat sich die Bundesrepublik Deutschland zur Aufgabe und zum Ziel gemacht, Bisphenol-A aufgrund seiner besonders besorgniserregenden gesundheitlichen Gefährdung gezielt zu Beschränken. Es kann nicht sein, dass zu den bestehenden Ausbringungsquellen immer noch mehr dazukommen dürfen. Deshalb kann es nicht sein, dass Industrieanlagen wie WKA's, Tonnen (PFAS, Bisphenol-A, und weitere toxische Stoffe) davon in die Umwelt verbreiten dürfen. Deshalb muss hier auch folgendes Grundrecht bei der Planung berücksichtigt werden: Die Grundrechte Art 2, (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden. Ebenso gilt hier das Vorsorgeprinzip. Dieses muss auch berücksichtigt und zur Geltung gebracht werden. Unter dieser Faktenlage darf keine Fläche für Windkraftanlagen ausgewiesen werden, bis die Anlagenhersteller glaubhaft nachgewiesen haben, dass keine gesundheitsschädlichen Partikel in</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>die Umwelt gelangen. Dies sollte dann ebenso unter dauernder Kontrolle durch z.B. das Bundesumweltamt, das Landesumweltamt, die Landesanstalt für Umwelt Baden- Württemberg (LUBW), der Gemeinde, der Stadt usw. erfolgen damit diese, bei einer etwaigen Insolvenz der Anlagenbetreiber, nicht durch Forderungen / Klagen von Anwohner, Landwirten, Bürgern, ... konfrontiert werden. Diese Organe werden zusätzlich in Kenntnis gesetzt. 23. Überragendes öffentliches Interesse ist nicht gegeben Der Ausbau von erneuerbaren Energien insbesondere von Windkraft- und Solaranlagen soll durch das „überragende öffentliche Interesse“ vorangetrieben werden. Diesem spricht einiges entgegen. Der Bundesgerichtshof hat in seiner Veröffentlichung vom 07.03.2024 die Bundesregierung gerügt und die Bundesregierung aufgefordert die Prüfungsfeststellungen zum Anlass zu nehmen, die aufgezeigten Defizite zu beseitigen. Dieser Sonderbericht kann unter der Homepage des Bundesrechnungshofes eingesehen werden (<a href="https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2024/energienewen-de-volltext.pdf?__blob=publicationFile&amp;v=4">https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2024/energienewen-de-volltext.pdf?__blob=publicationFile&amp;v=4</a>). Der Bundesrechnungshof und auch die Bundesregierung beziehen sich u.a. auf die Klimaschutzziele. Diese Klimaschutzziele will die Bundesregierung erreichen. Hier stellt sich die Frage, ob nur Deutschland das Klima schützen möchte. Wir denken es ist jedem klar, dass dies nur mit der ganzen Welt, insbesondere aber den großen Wirtschaftsnationen erreicht werden kann. Dies ist allerdings nicht der Fall. Es sind weltweit ca. 1600 Kohlekraftwerke in Bau und Plan. Zum Vergleich, Europa hat ca. 500 Kohlekraftwerke im Bestand. Dies ist im Vergleich zu Europa weltweit gesehen der dreifache Zubau an Kohlekraftwerken. Diese oben genannten Tatsachen kommen immer mehr in der Bevölkerung an. Somit ist bewiesen, dass dem „überragende öffentliche Interesse“ in Deutschland das „überragende weltliche öffentliche Interesse“ gegenübersteht und somit das deutsche „überragende öffentliche Interesse“ zur Nichtigkeit erklärt. Die BRD hat nach ca. 24 Jahren EEG-Umlage/Steuer und einem Investitionsvolumen von ca. 400 Milliarden (Tendenz steigend) es nicht geschafft, Technologien zu entwickeln, um ausländische Nachahmer im großen Stil zu finden. Hier sieht man, dass Deutschland auf einem Irrweg ist und dieser dringend korrigiert werden muss, auch zum Schutz des Klimas (von der Wirtschaftlichkeit der BRD ganz zu schweigen). Es dürfen unserer Meinung nach nur Erneuerbare Technologien gefördert werden, die das Potenzial haben im Ausland Nachahmer zu finden. Hier spielen die Kosten einer zu erzeugenden kWh pro Anlage eine wesentliche Rolle, die die Windkraft mit all ihren Begleitkosten nicht erfüllen wird. Hier wird immer auf ein Zukunftsziel, u.a. die Speicherung in Wasserstoff, hingewiesen. Hier muss sich die Bundesregierung Gedanken machen, ob später Wasserstoff aus</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		unseren erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne dazu beitragen diesen konkurrenzfähig herzustellen. Berechnungen legen dar, dass dies nicht der Fall ist. Weltweit wird wieder vermehrt auf Atomstrom und vor allem auf die neue Dual-Fluid-Technologie in diesem Sektor gesetzt. Daher muss sich jeder die Frage stellen, ob jemand Wasserstoff aus Windkraft und oder Solar, der laut Berechnungen um das ca. 6-14-fache teurer ist oder sein wird, dem günstigeren aus Atomstrom vorzieht.		
II.170_1	503	Unumgänglich ist dementsprechend eine ordnungsgemäße Begutachtung des Zugverhaltens durch unabhängige Sachverständige. Hierbei ist zu beachten, dass 2/3 des Vogelzugs nachts stattfindet. Es ist zwingend erforderlich, den Vogelzug von Sonnenaufgang an mindestens 4 Stunden zu erfassen (Maßgabe Vogelschutzwarte Frankfurt). Zur Mittagszeit finden so gut wie keine Flugbewegungen statt. Erst am späten Nachmittag ist wieder mit Vogelzug zu rechnen.	Laut § 2a Abs. 3 LplG sind die zu beteiligenden Behörden angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Der Umweltbericht soll Angaben enthalten, die unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Gemäß § 14f Abs. 2 UVPG sind dies Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind also i.d.R. keine eigenen Such- und Erhebungsverfahren gefordert. Planungsträger sind daher auf regionsweit verfügbare Daten, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können, angewiesen. Gefordert sind Prüfmethode, die nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Plans vernünftigerweise gefordert werden können und auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung. Dazu zählt nicht die in der Anregung genannte Forderung.	Keine Berücksichtigung
II.170_1	504	Die Fledermausgutachten, die vom Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V. beim Landratsamt Sigmaringen eingereicht wurden, sind ebenfalls Gegenstand unserer Einwendungen	In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.  Solche Nachweise konnten aus dem Gutachten nicht ermittelt werden.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.170_1	505	<p>21. Durch die Planungen von Windkraft-Vorranggebieten von drei Regionalverbänden rund um Kettenacker, die weitgehend auch die bestehenden (Inhalt anonymisiert) tangieren, sieht die Bevölkerung von Kettenacker erhebliche Gefahren für ihre Gesundheit auf sich zukommen. Für den Fall, dass die Bundeswehr beabsichtigen würde, entgegen der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg vom 26.10.2012, AZ 8.S 1370/11 die Überflughöhen über die (Inhalt anonymisiert) der Gemeinde Kettenacker im einfachen Reißverschlussverfahren anzuheben, sieht die Bevölkerung die Sicherheit des (Inhalt anonymisiert) über Kettenacker und den umliegenden Ortschaften gefährdet. Im vorliegenden Fall der Planungen der Regionalverbände ist nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Beschluss vom 24.09.2008, Az.: 4 B 47.08) eine Gefahrenprognose unverzichtbar. Diese ist von der Bundeswehr zu leisten. Wir fordern daher eine raumbezogene und justiziable Bewertung der Luftsicherheit über Kettenacker durch die Bundeswehr. Allgemein gehaltene Absichtserklärungen der Bundeswehr sind nicht zielführend. Wichtig ist, dass die Bundeswehr darlegt, warum sie Jahrzehnte lang in und um Kettenacker ganz bestimmte Überflughöhen gefordert und bis dato genutzt hat und diese jetzt nach oben hin öffnet. Sie hat diesen Meinungswandel zum einen auf dem Hintergrund ihres verfassungsrechtlichen Auftrags, insbesondere der Ausbildung und der ständigen InÜbungshaltung und zugleich zum anderen die NATO-Weite Ausrichtung der Luftwaffe auf verstärkte bodennahe Operationen zu begründen. Ich fordere deshalb: Räumliche Abgrenzung • Die Positionierung in der Fläche • Die Positionierung im Raum Digitales Höhenmodell des Landes Baden-Württemberg (Siehe Internetauftritt der LUBW) Energiepolitischer Rahmen Als Referenzanlagen werden Anlagenhöhen von mindestens 300 Metern gefordert. Die Gefahrenprognose soll für drei Szenarien erfolgen: Szenario 1 mit 6 Anlagen, Szenario 2 mit 10 Anlagen und Szenario 3 mit 30 Anlagen im Rahmen der geplanten Vorranggebiete der drei Regionalverbände, die in Kettenacker und an deren Gemarkungsgrenze planen. Militärischer Rahmen Die Gefahrenprognose der Bundeswehr muss Aussagen darüber enthalten, seit wann die diversen (Inhalt anonymisiert) bei Kettenacker bestehen, wie sie rechtlich begründet worden und wie sie genau räumlich abgegrenzt sind. Ferner ist darzulegen, wie die [Inhalt anonymisiert] im (Inhalt anonymisiert) genutzt werden. Fragen, die außerdem in der Gefahrenprognose zu beantworten sind Frage 1: Welche Gefahren gehen bei Nebellagen (Daten des Deutschen Wetterdienstes) von dem militärischen Flugverkehr bei den drei genannten Szenarien aus? Für alle drei Szenarien wird als Anfluglinie die Ost-West-Route (Gebiet auf dem Heuberg, EDR 132 A) festgelegt. Frage 2: Welche Gefahren gehen im</p>	<p>Die Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergie erfolgte gemäß dem in der Begründung beschriebenen einheitlichen Planungskonzept des Teilregionalplans Energie (Entwurf). Die Belange der Bundeswehr wurden in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog und die Erläuterung der Kriterien verwiesen (siehe Anlage zur Begründung).</p> <p>Weitere in der Stellungnahme genannten Anregungen fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Regionalplanung. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Fälle der drei Szenarien von den öffentlichen und privaten Richtfunkstrecken aus? Die öffentliche Richtfunkstrecke der Landespolizei Baden- Württemberg aus dem Raum Tübingen (Roßberg) über unserer Raumschaft und die private Richtfunkstrecke der Firma NeckarCom? Frage 3: Welche Kampfjets sind mit technischen Ausrüstungen ausgestattet, die Zusammenstöße mit den Windkraftanlagen vermeiden? Frage 4: Welche Behörde der Bundeswehr ist im Falle einer Kollision zuständig? Darstellungsrahmen der Gefahrenprognose Die Gefahrenprognose ist anhand der drei Szenerien zu erstellen. Szenario 1: In demjenigen Teil der geplanten Vorrangzonen in Kettenacker, die von den Tiefflügen der Bundeswehr betroffen ist, werden 6 Windräder erstellt. Wie lautet die Gefahrenprognose der Bundeswehr? Szenario 2: In demjenigen Teil der geplanten Vorrangzonen, der von den (Inhalt anonymisiert) der Bundeswehr betroffen ist, werden zehn Windräder erstellt. Wie lautet die Gefahrenprognose der Bundeswehr? Szenario 3: In demjenigen Teil der geplanten Vorrangzonen aller drei Regionalverbände, der von den (Inhalt anonymisiert) der Bundeswehr betroffen ist, werden 30 Windräder in Kettenacker und den Nachbargemeinden erstellt? Wie lautet die Gefahrenprognose der Bundeswehr? Zur Erinnerung: Für alle drei Szenarien hat die Bundeswehr nachvollziehbar darzulegen, ob und welche Risiken sie im Zusammenwirken von Windrädern, öffentlichen und privaten Richtfunkstrecken und dem militärischen Radarflugverkehr (Leitstelle und Kampfjet) sieht. Für die Risiken sind mathematische Eintrittswahrscheinlichkeiten anzugeben. Die aufgeführten Umstände wurden in den bisherigen Entwürfen und Planungen des RVBO weder berücksichtigt noch abgewogen. Der Planentwurf verletzt massiv die Rechte der Kettenacker Bürger.</p>		
II.170_1	506	<p>Fazit und Forderung: Kettenacker liegt im Kreuzfeuer der Planungen dreier Regionalverbände. Die Vorrangzone Kettenacker Ost und die alternativen Standorte müssen aus allen weiteren Planungen herausgenommen werden. Die bisher fehlende Beachtung vorliegender Gutachten zum Artenschutz und zum Wasserschutz und die fehlende Beachtung und Berücksichtigung von geltenden Verordnungen insbesondere zum Wasserschutz führten zu einer massiven Fehlplanung und falschen Bewertung der geplanten Vorranggebiete in Kettenacker. Die Gebiete hätten niemals als Vorranggebiete aufgenommen werden dürfen. Dies bestätigen auch die weiteren Punkte: • Kumulation von Belastungen, ohne dass eine einzelne Planung die Gesamtauswirkungen vollständig und ausreichend in den Blick nimmt. • Unverhältnismäßigen Belastung von Kettenacker • Gefahr der „verdeckten Überplanung“: Keiner der Regionalverbände sieht sich allein verantwortlich, aber im Ergebnis entsteht ein faktisches Windkraft-Cluster um den Ort. • Die Regionalverbände zeigen</p>	Es wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>unzureichende Koordination • Die Abwägung der Alternativen und der sozialen Belange sind lückenhaft oder fehlerhaft • Eine bisherige minimale Abstandsvergrößerung, die Kettenacker trotzdem faktisch ringsum mit Windvorrangzonen konfrontiert ist unverhältnismäßig und fehlerhaft. • Missachtung des Grundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse • Kettenacker könnte faktisch so stark beeinträchtigt werden, dass sein Charakter, Erholungswert und Entwicklungspotenzial schwerwiegend beschädigt wird – das kann unter dem Stichwort „ungleichgewichtige Lastenverteilung“ beanstandet werden. • „Die Abwägung ignoriert die einmalige topografische und landschaftliche Lage des Orts im Drei-Regionen-Korridor.“ • „Die Bevölkerung wird objektiv stärker belastet als vergleichbare Orte im Regionalverbandsgebiet – ohne nachvollziehbare Begründung.“ Was bedeutet das rechtlich und fachlich? Abwägungsfehler sind juristisch angreifbar: • Fehlende oder unzureichende Berücksichtigung der Gesamtsituation • Jeder Regionalverband muss die Vorbelastung durch Nachbarplanungen mitdenken, auch wenn sie nicht im eigenen Planungsgebiet liegen. • Kumulative Wirkungen (Lärm, Landschaftsbild, Erholungswert, „optische Einfriedung“) müssen bewertet werden – pauschale Aussagen reichen nicht • Scheinabstimmung • Eine Koordination ist nur dann rechtlich wirksam, wenn sie zu einer substanziellen Berücksichtigung der Folgen für den betroffenen Ort führt. • Wenn trotz erkennbar unverhältnismäßiger Kumulation keine ernsthafte Flächenanpassung erfolgt, könnte das als Scheinabwägung gewertet werden. • Missachtung des Grundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse • Kettenacker würde faktisch so stark beeinträchtigt werden, dass sein Charakter, Erholungswert und Entwicklungspotenzial schwerwiegend beschädigt wird = ungleichgewichtige Lastenverteilung. Es gibt erste Verfahren, bei denen Menschen z.B. wegen Schallbelastung vor Gericht ziehen. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) könnte in Zukunft eine Rolle spielen, wenn es um die Verletzung des Rechts auf Wohnen oder Eigentum geht. Zudem würden die Landschaftsbilder der denkmalgeschützten Kapellen (St. Martinskapelle in Kettenacker und Sattlerkapelle direkt angrenzend an Kettenacker) unwiderruflich zerstört. Forderung: In Baden-Württemberg gibt es keine starre gesetzliche Definition, ab wann eine Überlastung durch WEA im Sinne einer planerisch nicht mehr zumutbaren Belastung vorliegt. Geplant wird lediglich mit landesplanerischen Maßstäben, Leitlinien, Orientierungen – aber keine harte Grenze! Wir als Ortschaftsrat Kettenacker fordern die Wahrung der Schutzverpflichtung, weil Gefahr im Verzug ist: Wir fordern daher eine konkrete Überarbeitung und die Herausnahme der Vorrangzone Kettenacker Ost aus den weiteren Planungen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Rechtsmittelvorbehalt: Wir behalten uns vor, gegen den Plan im Falle einer Nicht-Berücksichtigung der Einwendungen den Rechtsweg zu beschreiten, insbesondere in Form einer Normenkontrollklage gemäß § 47 VwGO vor dem zuständigen Oberverwaltungsgericht. Ebenfalls Bestandteil unserer Einwände sind die unterstützenden Unterschriften der Kettenacker Bürgerinnen und Bürger zu den hier aufgeführten Einwänden. Auch sämtliche unten aufgeführten Anlagen sind Teil unserer Einwände. Ferner schließen wir uns vollumfänglich den Einwendungen des Vereins für Mensch und Natur e.V. durch deren Anwalt an. Wir bitten um eine Bestätigung des form- und fristwahren Eingangs und schriftliche Stellungnahme zu allen Punkten unserer Einwenden.</p>		
II.170_1	507	<p>. 20. Landschaftsschutz Das von Ihnen geplante Vorranggebiet liegt im Naturpark obere Donau. Die EUBiodiversitätsstrategie 2030 sieht ferner vor, dass jedes Land 30% seiner Fläche unter strengen Schutz stellen soll, was auch ein Verschlechterungsverbot beinhaltet. In der Landesregierung BW herrscht über die Lösungsstrategien der EU-Biodiversitätsstrategie offensichtlich große Unsicherheit. Um die Anforderungen der Biodiversitätsstrategie zu erfüllen, die offensichtlich erheblich mit den Ausbauzielen der Erneuerbaren Energien konfligieren, müssten Umsetzungskonzepte erarbeitet werden. Dies ist am sinnvollsten mit dem Instrument der Landschaftsplanung auf verschiedenen Ebenen (regional und kommunal) zu lösen. Daher ist zu fordern, dass erst nach Vorliegen solcher integrierten Konzeptionen für beide Ziele die Planung weiter konkretisiert werden kann. Die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie sollte so lange zurückgestellt werden..</p>	<p>Im speziell für den Teilregionalplan Energie erstellten Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft wurden auch die wertvollen Erholungsbereiche innerhalb des Naturparks Obere Donau durch ihre hohe Landschaftsbildbewertung und durch die Einbeziehung der regional bedeutsamen Rad- und Wanderwege sowie Aussichtspunkte und Kulturdenkmäler berücksichtigt. Zudem geht der Naturpark als Schutzbelang des Schutzgutes Landschaft in die strategische Umweltprüfung ein (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie). Aus Sicht des RVBO ist der Detaillierungsgrad aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung ausreichend. Für die Region gesamt sowie für jedes Vorranggebiet Windenergie wurden anhand des o.g. Gutachtens und weiterer Parameter zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter „Landschaft“ (hier auch speziell der Schutzbelang Naturpark) und "Mensch/Erholung" auf Ebene der Regionalplanung ermittelt und im Umweltbericht sowie in Steckbriefen bewertet und dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Die Belange der Schutzgüter "Landschaft" und "Mensch/Erholung" und damit auch die Belange des Naturparks Obere Donau wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie angemessen berücksichtigt.</p> <p>Im Umweltbericht sowie in den Steckbriefen wird zudem auf die Notwendigkeit der Vermeidung/Minimierung von Beeinträchtigungen durch eine konfliktarme Ausgestaltung bei der Planung von Windenergieanlagen und Festlegung geeigneter Maßnahmen im Rahmen der konkreten Projektplanung hingewiesen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zu den anderen in der Anregung genannten Punkten: B Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 und B.4 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt hier weiterhin.</p> <p>Eine Zurückstellung der Festlegung der VRG Windenergie erfolgt daher nicht.</p>	
II.170_1	1454	<p>9. Fluggefährdung Ein weiterer Einwand gegen die Planung des Vorranggebietes ist die unmittelbare Gefährdung des Flugverkehrs in und um die Gemarkung Kettenacker. In der Studie „First in situ evidence of wakes in the far field behind offshore wind farms" wird beispielsweise gezeigt, dass Turbulenzen/Wirbelschleppen von großen Windindustrieanlagen über sehr große Entfernungen einwirken können (bis über 30km). Die Richtung, Intensität, Reichweite schwankt unregelmäßig und mitunter sehr stark und kann nicht ausreichend genau vorausgesagt werden. Hierdurch entsteht ein enormes Gefährdungspotential für den Flugverkehr der Region und des Ballungsraumes. Das betrifft insbesondere auch 1. den Rettungshubschrauber des Kreiskrankenhauses Sigmaringen 2. die [Inhalt anonymisiert] in Kettenacker und Umgebung 3. private Nutzung von Kleinflugzeugen, Gyrocopter, Hubschrauber, etc... Bitten</p>	<p>Bzgl. der genannten Gefährdung des Luftverkehrs durch Turbulenzen/Wirbelschleppen wird auf Anlage B.1 der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (s. Synopse zur 1. und 2. Anhörung, Az. II.580) verwiesen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert wurde. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>weisen Sie nach, dass Sie die hier genannten Stellen umfassend informiert haben (Wann? Wen? Inhalt? Randbedingungen? Annahmen?) und deren Stellungnahme berücksichtigt haben. Es besteht hierbei eine extreme Sicherheitsgefährdung sowohl für den Flugbetrieb selbst und dessen Insassen, als auch für die Einwohner von Kettenacker und Umgebung. Im Falle von Turbulenzen könnten Jets, Hubschrauber oder Flugzeuge auf besiedeltes Wohngebiet stürzen und Menschen töten. Zudem entstünde durch austretende Betriebsstoffe, wie etwa Kerosin, Schmiermittel, Getriebeöle oder gar Kampfstoffe der Bundeswehr eine erhebliche Umweltkatastrophe für den Ort Kettenacker und auch die Wasserversorgung der Albwassergruppe 7 (Kesselbachquelle). Zudem befindet sich in Kettenacker und den umliegenden Ortschaften eine, wenn nicht die (Inhalt anonymisiert), das dem Landratsamt Sigmaringen bereits vorliegt, werden die Sicherheitsrisiken und die daraus abzuleitenden Forderungen im Einzelnen beleuchtet. Aufgrund der bei Flugzeug- und Hubschrauberabstürzen in Folge der Errichtung von Windkraftwerken drohenden schweren Gefahren für das Flugpersonal und die Bürger im überflogenen Bereich wird hiermit ausdrücklich eine Sicherheitsanalyse, die nachweist, dass die beschriebenen Gefahren ausgeschlossen sind, gefordert. Hierin ist insbesondere im Detail darzulegen, warum trotz der intensiven militärischen Nutzung des Gebietes keine Gefahren bei Errichtung von WKA bestehen. Ferner ist nochmals zu erwähnen, dass Ihr oben genanntes Vorranggebiet in einer (Inhalt anonymisiert) befindet. Sie begründen die Ausweisung damit, dass sich eine Konzentrationszone Windkraft mit Lage in befindet. Diese Begründung ist künftig nicht mehr haltbar, da sowohl die Stadt Gammertingen sowie der Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal per Aufstellungsbeschluss genau das von Ihnen zur Begründung verwendete Gebiet als Konzentrationszone Windkraft herausgenommen hat. Aus der „öffentlichen Niederschrift der 66. Sitzung des Gemeinderates am 16. April 2024“ (Gemeinderat Gammertingen) geht dies hervor.</p>	<p>des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Militärische Belange sind somit bei der Festlegung aller Vorranggebiete Windenergie ausreichend berücksichtigt worden.</p>	
II.170_1	1455	<p>15. Wertminderung/Sturmholz Zusätzlich zu den bislang genannten Einwänden, entstünde Kettenacker Waldbesitzer eine Wertminderung von Waldgrundstücken. Gründe hierfür sich unter anderem: Eiswurf, Eisbruch, Verunreinigungen des Bodens durch toxische Stoffe und daraus resultierende Umweltschäden, Astbruch durch Turbulenzen, etc. Auch mit entsprechend mehr Sturmholz müsste gerechnet werden, da für den Bau der WKA große angrenzende Waldflächen gerodet werden müssten und folglich unser Wald in diesen Bereichen für Stürme anfälliger bzw. diesen ausgeliefert wäre. Wer kommt für all diese Wertverluste auf? Ferner könnten Kettenacker Bürger den Wald durch die oben genannten Folgen nicht mehr uneingeschränkt als</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zum Thema "Beeinträchtigung/Zerstörung der Waldfunktionen [...]" in der Anlage B.1 der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Erholungsgebiet nutzen. Dabei stellt der Wald doch für den Menschen einen wertvollen und wichtigen Erholungsraum dar, den es zu schützen gilt. An dieser Stelle möchten wir auf eine Aussage der LUBW verweisen (nachzulesen auf der Internetseite der LUBW): „Gerade in den Zeiten des Klimawandels – z.B. der künftigen Zunahme der Tropentage im Sommer – spielt der Wald als Erholungsgebiet für die Bevölkerung eine wesentliche Rolle. [...] Durch den ‚klimagerechten Waldbau‘ soll der Wald auch als Erholungs- und Erlebnisraum dauerhaft gesichert werden.“ Wie aus vorgenanntem Punkt entnommen werden kann, stellt die Ausweisung des geplanten Vorranggebietes in dem später WKA gebaut werden können, erhebliche negative Folgen, insbesondere finanzielle, für unser Waldgebiet dar. Wir fordern deshalb, dass vor der Genehmigung eine lückenlose Klärung der Schadensübernahme in Form von unbefristeten Versicherungen und unbefristeten Bürgschaften mit unendlicher Deckung erfolgt bzw. dargelegt wird. Der Versicherungsschutz und die Bürgschaften müssen bis zum Rückbau der WKA fortwährend gewährleistet sein. Auch dann, wenn es zu einer Firmenschließung oder Insolvenz der entsprechenden Institute kommen sollte. Dafür haftet der Betreiber – auch bei einem etwaigen Verkauf oder einer Insolvenz der Anlage.</p>	<p>Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Zudem ist es wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Waldgrundstücken bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen.</p>	

#### Stadt Hettingen

II.171	944	<p>Stellungnahme der Stadt Hettingen zum 2. Offenlegungsverfahren im Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 des Raumordnungsgesetz (ROG) in Verbindung mit § 12 Abs. 2 des Landesplanungsgesetz (LplG) zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hat in der Stadt Hettingen auf der Gemarkung Inneringen das Vorranggebiet Windkraft WEA-437-020 ausgewiesen. Das Vorranggebiet umfasst zwar die von der Stadt ausgewiesene Konzentrationszone gem. dem Flächennutzungsplan, geht aber, auch in der nun veränderten Darstellung, in allen Himmelsrichtungen weit darüber hinaus. Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung am 27.05.2025 beschlossen die nachfolgende Stellungnahme im Rahmen des 2. Offenlegungsverfahrens abzugeben.</p> <p>Die Stadt Hettingen ist sich seiner Verantwortung gegenüber der globalen Erwärmung bewusst. Wir tragen die Energiewende für die nachfolgenden Generationen gerne mit. Dies tun wir auch, indem wir bereits kommunale Flächen einem Investor für WEA zur Verfügung gestellt haben.</p> <p>Weiterhin nehmen wir die teilweise Berücksichtigung unserer</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
--------	-----	--	---------------	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.171	945	<p>Anregungen aus dem ersten Offenlegungsverfahren wohlwollend zur Kenntnis.</p> <p>Der Gemeinderat besteht jedoch darauf, die südliche Grenze der ausgewiesenen Fläche des RV WEA-437-20 zum Schutze der Bevölkerung zu verschieben. Ein Änderungsvorschlag ist in der Anlage 1 beigefügtem Plan dargestellt.</p> <p>In ihrer Stellungnahme zu unserer ersten Eingabe, sind sie ausführlich zu den Anmerkungen hinsichtlich der Abstandsregelungen eingegangen. Sie weisen darauf hin, dass bei der Festlegung der Kriterien zu Siedlungsabständen die gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt wurden. Auch die einzuhaltenden Lärmimmissionen, die in der TA Lärm geregelt sind, wurden berücksichtigt. Weiterhin muss letztendlich der Betreiber in einem Genehmigungsverfahren nachweisen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden.</p> <p>Auf der Gemarkung Veringenstadt ist bereits ein Windrad errichtet worden und in Betrieb. Schon bei mäßigem Westwind, ist ein Rauschen sehr deutlich zu hören. Bei zunehmender Windstärke verstärkt sich das Geräusch deutlich.</p> <p>Der Aussiedlerhof [Name anonymisiert] ist 932 m vom Windrad entfernt, der Eigentümer [Name anonymisiert] berichtet, dass zeitweise das Windrad je nach Windrichtung auch an seinem Wohnhaus noch gut zu hören ist.</p> <p>Der geplante Abstand mit ca. 862 m zwischen Wohngebiet „Im Erschland“ und der südlichen Grenze des Vorranggebietes sowie der Abstand zum „Dullenberg“ mit ca. 731 m, sehen wir daher als zu gering an.</p> <p>Bei Ostwetterlage, so wie in diesem Frühjahr, wird sich die Schallbelastung für die Wohngebiete deutlich erhöhen und ist aus unserer Sicht für die Bevölkerung nicht zumutbar.</p> <p>Durch eine Verschiebung der südlichen Grenze, wie in der Anlage 1 dargestellt, müssen nur ca. 27 ha aus dem Vorranggebiet gestrichen werden. Auch zur Wahrung des sozialen Friedens (die Flächen sind private Flächen Einzelner) sollte diese Rücknahme der südlichen Linie noch erfolgen.</p> <p>Zur Wahrung gleicher Lebensverhältnisse erwarten wir, dass Sie unsere Bedenken und Anregungen ernst nehmen und aufgreifen. Das Wort Beteiligung darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, denn unsere Bedenken sind weder emotional noch subjektiv, sondern wie den Ausführungen zu entnehmen ist, äußerst real. Die Lebensqualität in unserer Stadt und unserer Region wird durch diese Planung nachhaltig verändert.</p>	<p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Der Anregung (Verschiebung der südlichen Grenze des Vorranggebiets in Richtung Norden) wird somit entsprochen.</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.172	474	<p>Sehr geehrter Herr Dr. Heine,</p> <p>im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens bei der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee- Oberschwaben; Regionale Infrastruktur- Teilregionalplan Energie (Kap.4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln wurde die Stadt Isny im Allgäu mit Schreiben vom 01.04.2025 aufgefordert im Rahmen der 2. Offenlage eine Stellungnahme zum Fortschreibungsentwurf bis spätestens 10.06.2025 gegenüber dem Regionalverband abzugeben.</p> <p>Der Ortschaftsrat Beuren hat am 15.04.2025 eine Empfehlung sowie der Gemeinderat der Stadt Isny im Allgäu am 05.05.2025 folgende Stellungnahme beschlossen:</p> <p>Streichung Vorranggebiet Beurener Berg Die Herausnahme des Vorranggebiets Beurener Berg zum Wohle höhergelagerter Schutzgüter (Natur- und Artenschutz, Siedlungsabstand) begrüßen wir.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.172	475	<p>Vorranggebiet Enkenhofener Wald Die Arrondierung des Vorranggebietes nach Nord-Osten lehnen wir ab, da sich im und um das geplanten Vorranggebiet Enkenhofer Wald schützenswerte Moorflächen befinden.</p>	Es wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage zum genannten Vorranggebiet Windenergie verwiesen. Eine Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets Windenergie erfolgt nicht.	Keine Berücksichtigung
II.172	1297	<p>Sehr geehrter Herr Dr. Heine,</p> <p>im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens bei der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee- Oberschwaben; Regionale Infrastruktur- Teilregionalplan Energie (Kap.4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln wurde die Stadt Isny im Allgäu mit Schreiben vom 01.04.2025 aufgefordert im Rahmen der 2. Offenlage eine Stellungnahme zum Fortschreibungsentwurf bis spätestens 10.06.2025 gegenüber dem Regionalverband abzugeben.</p> <p>Der Ortschaftsrat Beuren hat am 15.04.2025 eine Empfehlung sowie der Gemeinderat der Stadt Isny im Allgäu am 05.05.2025 folgende Stellungnahme beschlossen:</p> <p>Streichung Vorranggebiet Beurener Berg Die Herausnahme des Vorranggebiets Beurener Berg zum Wohle höhergelagerter Schutzgüter (Natur- und Artenschutz, Siedlungsabstand) begrüßen wir.</p> <p>Vorranggebiet Enkenhofener Wald</p>	Die Ausführungen zum ehem. VRG Windenergie Beurener Berg werden zur Kenntnis genommen. Bezüglich VRG WEA-436-013 wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Arrondierung des Vorranggebietes nach Nord-Osten lehnen wir ab, da sich im und um das geplanten Vorranggebiet Enkenhofer Wald schützenswerte Moorflächen befinden.</p> <p>Mit freundlichem Gruß</p> <p>Rainer Magenreuter Bürgermeister</p>		
Stadt Isny - Ortschaftsrat Beuren				
II.172_1	476	<p>Stellungnahme des Ortschaftsrats der Ortschaft Isny-Beuren</p> <p>Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans Vorranggebiet Leutkirch/Argenbühl – In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd (WEA-436-013)</p> <p>Die Bewertung des Ortschaftsrates Isny-Beuren zum o.g. Vorranggebiet weicht erheblich von der Bewertung der Stadtverwaltung Isny im Allgäu ab.</p> <p>Der Ortschaftsrat Isny-Beuren sieht sich deshalb veranlasst, eine eigene Stellungnahme gegenüber dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben abzugeben.</p> <p>Für das derzeit noch angedachte Vorranggebiet sind drei Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von jeweils 266,5 Metern (Typ Nordex N175) bzw. 261 Metern (Typ Vestas V172) vorgesehen.</p> <p>Für eine weitere Anlage in vergleichbarer Höhe, die außerhalb des Vorranggebiets positioniert werden soll, wurde bereits ein Genehmigungsantrag beim Landratsamt Ravensburg gestellt.</p> <p>1. Fazit vorab: Das Vorranggebiet Leutkirch/Argenbühl – In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd (WEA-436-013) darf NICHT ausgewiesen werden. Das Taufach Fetzachmoos nimmt seit 30 Jahren innerhalb der PLENUM-Modellregion Insy/Leutkirch eine zentrale Bedeutung für den Naturschutz in Baden-Württemberg ein.</p> <p>Gemäß dem im Auftrag des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben erstellten Fachgutachten zur "Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft" weist das</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Taufach Fetzachmoos mit den Urseen bei Beuren eine "herausragende Eigenart" auf. Das Fachgutachten kommt zu dem Schluss, dass das Taufach von Windkraftanlagen freigehalten werden sollte.</p> <p>Insbesondere mit dem Campingplatz am Badsee, dem Freizeitbad Badsee sowie dem nahegelegenen Center Parcs Allgäu wären drei für die Region wirtschaftlich bedeutsame touristische Unternehmen durch ein mögliches Vorranggebiet beziehungsweise auch nur durch einzelne Windkraftanlagen in ihrem unternehmerischen Fortbestand massiv negativ beeinträchtigt.</p> <p>Die Bewohner der Ortschaften und Weilern – insbesondere der Neubaugebiete mit rund 110 neuen Wohneinheiten – wären von Windkraftanlagen massiv negativ betroffen (Schutzgut Mensch).</p> <p>Der Ortschaftsrat der Ortschaft Isny Beuren ersucht den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, von der Ausweisung des Vorranggebiets Leutkirch/Argenbühl – In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd (WEA-436-013) Abstand zu nehmen und dieses nicht auszuweisen.</p> <p>2. Das Taufach-Fetzachmoos war eines der zwei PLENUM-Modellprojekte und ist seit 30 Jahren richtungsweisend für Naturschutz in Baden-Württemberg und Deutschland. Daher ist das Gebiet von Vorranggebieten für die Windkraft ebenso wie von Windkraftanlagen freizuhalten.</p> <p>PLENUM (Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt) ist ein integratives Naturschutzkonzept für Baden-Württemberg. Ausgehend von dem auf der Welt-Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro vereinbarten Grundsatz „Global denken - lokal handeln“ zielte und zielt PLENUM auf eine nachhaltige, naturschutzorientierte Regionalentwicklung in naturschutzfachlich wertvollen Landschaften.</p> <p>Das für den landes- und bundesweiten Naturschutz wegweisende Naturschutzprojekt ‚PLENUM‘ (Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt) Baden-Württemberg begann bekanntlich seinerzeit mit dem Modellgebiet Isny/Leutkirch. Inzwischen hat sich ‚PLENUM‘ als unverzichtbares Instrument einer naturschutzorientierten Regionalentwicklung in Baden-Württemberg etabliert.</p> <p>Seit der Durchführung des Modellprojekts in den Jahren 1995-2000</p>	<p>der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>steht das 315 ha große Hoch- und Übergangsmoor Taufach-Fetzachmoos im räumlichen Zentrum der ursprünglichen Modellregion. PLENUM verknüpfte damals erstmals systematisch großräumige Naturschutzziele mit der Regionalentwicklung, setzte auf Fördern statt Verbieten und schuf ein regionales Qualitätslabel, das ökologische Leistungen sichtbar honoriert. Dieses „Schützen durch Nützen“ brach die bis dahin übliche Trennung zwischen Schutzbehörde und Wirtschaft auf.</p> <p>Der Erfolg von Isny-Leutkirch überzeugte die Landesregierung Baden-Württemberg, das Konzept flächendeckend auszurollen: Heute decken (ehemalige) PLENUM-Gebiete rund 15 % der Landesfläche ab und bilden ein Rückgrat für Biotopverbund, Moorschutz und regionale Biomärkte.</p> <p>Das Modellprojekt bewies, dass freiwillige Kooperationen, marktfähige Regionalprodukte (z.B. die Käseküche in Isny im Allgäu) und breit getragene Richtlinien den Naturschutz nicht nur akzeptabler, sondern auch ökonomisch tragfähig machen. Damit wurde Isny-Leutkirch zur Blaupause für integrierten Naturschutz in ganz Baden-Württemberg und weit darüber hinaus. So wurde ein lokales Naturschutzprojekt zum Vorbild für wirksamen Naturschutz in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa.</p> <p>Die naturschutzfachliche Einzigartigkeit des Standortes (umgeben von mehreren FFH-Gebieten und Naturschutzgebieten, räumliche Nähe zum Vogelschutzgebiet Adelegg etc.) wird als ambekanntvorausgesetzt.</p> <p>Für den Ortschaftsrat Isny-Beuren ist es nicht akzeptabel, dass ausgerechnet in diesem für den Naturschutz der baden-württembergischen Landespolitik so wichtigen Gebiet durch die Regionalplanung Vorhaben zur Errichtung von Windkraftanlagen der 300-Meter-Klasse ermöglicht werden könnten.</p> <p>3. Das Gebiet um Beuren und Enkenhofen zeichnet sich durch eine einzigartige Schönheit seiner Natur und Landschaft aus. Das ist auch so objektiv im Auftrag des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben fachgutachterlich festgestellt worden. Auch aus diesem Grund ist das Gebiet von Vorranggebieten für die Windkraft ebenso wie von Windkraftanlagen freizuhalten. Bekanntlich hat der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben im Zuge der Teilfortschreibung ‚Energie‘ des Regionalplans eine fachgutachterliche Bewertung des Landschaftsbildes anhand</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>objektiver Kriterien durch die PAN Planungsbüro für angewandten Naturschutz GmbH erstellen lassen. Dem Fachgutachten (Stand 25.08.2023) ist bezüglich des Standortes Enkenhofen zur Bewertung der sogenannten Landschaftsbildqualität zu entnehmen:</p> <p>(...) Die ausgeprägteste Eigenart weisen in der Region das Donaudurchbruchstal zwischen Beuron und Sigmaringen und die großen Moorkomplexe auf. Bei den Mooren sind das Wurzacher Ried und das Pfrunger-Burgweiler Ried herausragend. Aber auch das Gründlenried-Rötseer Moos nördlich von Kißlegg, das Fetzach-Taufachmoos mit den Urseen bei Beuren und die Bodenmöser zwischen Isny und Eisenharz weisen auf großer Fläche naturnahe Moorflächen und somit eine herausragende Eigenart auf. (...)</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2025, Seite 31)</p> <p>(...) Eine überdurchschnittliche bzw. deutlich überdurchschnittliche Bedeutung für das Landschaftsbild haben demnach: (...)</p> <p>- sonstige große Moor- und Seenkompexe im Allgäuer Teil der Region: Eine deutlich überdurchschnittliche Bewertung erhalten auch andere Moor- und Seenkompexe wie das Fetzach- und Taufachmoos mit den Urseen und dem Haldensee (Beurener Badensee) oder die Bodenmöser bei Isny. Auch hier ist die ausgeprägte Eigenart entscheidungserheblich. (...)</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2025, Seite 48)</p> <p>Die fachgutachterliche Empfehlung ist daher auch eindeutig und lautet wie folgt:</p> <p>(...) Grundsätzlich ist anzustreben, die Vorranggebiete für Windenergieanlagen und Vorbehaltsgebiete für Freiflächensolaranlagen dort zu situieren, wo die Konfliktintensität durchschnittlich bis (deutlich) unterdurchschnittlich ist.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Für die Abgrenzung der Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete können folgende Empfehlungen gegeben werden: (...)</p> <p>– Wegen der grundsätzlich weiten Einsehbarkeit von WKA sollten Vorranggebiete im unmittelbaren Umfeld von Landschaften mit besonderer Eigenart und Attraktivität (...) möglichst vermieden werden. (...)</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2025, Seite 98</p>		
		<p>Dieser fachgutachterlichen Einschätzung schließt sich der Ortschaftsrat Isny-Beuren an.</p> <p>Die Landschaft um Beuren und Enkenhofen weist eine herausragende Eigenart im fachgutachterlichen Sinne auf und sollten daher von Vorranggebieten für Windkraftanlagen sowie von Windkraftanlagen freigehalten werden.</p> <p>In der offenen Moor- und Kulturlandschaft würden drei bis vier Windräder mit einer Höhe von jeweils rund 280 Metern als dominante Landmarke die Umgebung prägen. Sie würden Blickachsen zu den Ufern des Ursees und des Alpenrands zerschneiden und die einzigartige Topografie der Landschaft überdecken.</p> <p>Darüber hinaus würden diese Windräder die ökologische Funktion der unmittelbar angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiete stören und zerstören. Ein Ausgleich ist in diesem Fall nicht möglich.</p> <p>Zudem ist das Gebiet um Isny-Beuren bekanntlich als windschwaches Gebiet einzuschätzen. Damit überwiegen die massiven negativen naturschutzfachlichen Auswirkungen bei weitem.</p> <p>Die Ausweisung eines Vorranggebietes oder die Genehmigung von Windrädern am vorgesehenen Standort ist deshalb ein unverhältnismäßiger und für den Ortschaftsrat Isny-Beuren nicht hinnehmbarer Eingriff.</p>		

4. In Beuren entstehen derzeit mit den Neubaugebieten

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>‚Friesenhofener Straße‘ und ‚Taufach Quartier‘  großelInfrastrukturprojekte im Gemeindegebiet Isny im Allgäu.  Windkraftanlagen der 300 Meter-Klasse werden die Ortschaften  Beuren und Enkenhofen sowie die umliegenden Weiler weit  überragen und eine optisch bedrängende Wirkung ausüben.  Das Vorranggebiet Enkenhofen liegt aus Blickrichtung der Ortschaft  Beuren in Richtung Abendsonne. Insbesondere des Neubaugebiets  ‚Friesenhofener Straße‘ mit seinen 17 Neubauplätzen ist  davon betroffen.</p> <p>Aber auch für die übrigen Anwohner der Ortschaft Beuren und der  umliegenden Weiler sowie insbesondere dem in Planung befindlichen  Neubaugebiet ‚Taufach Quartier‘ (90! neue Wohneinheiten)  wären von diesem Vorranggebiet massiv negativ betroffen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund sieht der Ortschaftsrat Isny Beuren durch ein  mögliches Vorranggebiet sehr erhebliche negative Auswirkungen  insbesondere auch auf das ‚Schutzgut Mensch‘.</p> <p>5. Tourismus, Freizeitangebote und Gastronomie sind für Beuren  und die Region wichtige Wirtschaftsfaktoren und Arbeitgeber, die durch  einen Windpark in unmittelbarer Nähe existentiell gefährdet werden.  Der Campingplatz am Badsee in Beuren mit rund 300 Stellplätzen  und mehreren Mietunterkünften, das Freizeitbad Badsee, die  zahlreichen privaten Vermieter sowie das am Ort ansässige  Gasthaus Kreuz wären unmittelbar und existentiell bedroht.</p> <p>Aber auch auf den in der Nähe liegenden Center Parcs Allgäu  würden Windkraftanlagen der 300 Meter-Klasse negativ einwirken,  weil diese von der Autobahnabfahrt bis zum Center Parcs Gelände  zumindest sichtbar und je nach Windrichtung vermutlich auch hörbar  wären.</p> <p>Die mit Anlagen dieser Größenordnung einhergehenden  Belästigungen durch Leuchtfeuer und Betriebsgeräuschen (sowohl  der Campingplatz am Badsee, das Freizeitbad Badsee als auch der  Center Parcs Allgäu liegen in Hauptwindrichtung) werden also nicht  nur die Anwohner, sondern insbesondere auch die Gäste und  Besucher der Ortschaft Beuren und ihrer Umgebung negativ treffen.</p>		
Stadt Leutkirch				
II.173	525	<p>die Stadt Leutkirch hatte in der 1. Beteiligungsrunde eine  Stellungnahme zu verschiedenen Vorranggebieten für die Windkraft  und Vorbehaltsgebieten für Freiflächen-Photovoltaik auf unserem  Gemeindegebiet abgegeben. Ein Großteil der von der Stadt</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		vorgebrachten Anregungen und Bedenken wurden in Ihre aktuelle Planung übernommen. Dafür möchten wir uns bedanken. Der nun vorliegende geänderte Entwurf des Teilregionalplans Energie wurde nochmals in den betroffenen Ortschaftsräten und unserem Gemeinderat vorgestellt. Dabei wurde die geänderte Planung des Regionalverbands zur Kenntnis genommen.		
II.173	526	Diese Punkte bitte ich Sie, bei Ihrer weiteren Planung zu berücksichtigen:  1. Der Ortschaftsrat Gebrazhofen hatte Einwände gegen das Vorbehaltsgebiet FFPV-436-011 „Gebrazhofen/Wolferzhofen“ vorgebracht. Die Fläche ist nun in Ihren Planungen ganz herausgefallen. Eine vom Ortschaftsrat Gebrazhofen vorgeschlagene Planänderung, bei der es hauptsächlich um Streifen entlang der A 96 handelt, wurde nicht übernommen. In dem nach BauGB privilegierten 200m-Streifen entlang der A 96 gibt es in der Zwischenzeit konkrete Planungen für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage. Es stellt sich die Frage, ob diese Flächen in Ihre Planung übernommen werden sollen.	Das VBG wurde gestrichen wegen der Betroffenheit von Vorrangflur nach der digitalen Flurbilanz (sehr erheblicher Konflikt). Dem 1. Offenlageentwurf lagen noch die Entwurfsdaten zur Flurbilanz zugrunde. In den Entwurfsdaten war die Fläche noch Vorbehaltsflur I und daher im 1. Offenlageentwurf als VBG Photovoltaik vorgesehen. Die in der Stellungnahme zur 1. Offenlage vorgeschlagenen Planänderungen konnten auf Grund der Lage in der Vorrangflur (digitale Flurbilanz) oder auf Grund der zu geringen Flächengröße nicht als VBG festgelegt werden. Hierzu wird auf die Abwägung in der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.173	527	2. Die von uns vorgeschlagene Fläche des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Großflächige Photovoltaikanlage Gebrazhofen - Am Buchwald", für die der Leutkircher Gemeinderat bereits einen Aufstellungsbeschluss beschlossen hat, wurde nicht in Ihre Planungen übernommen. Wir möchten nochmals um Überprüfung bitten.	Der Sachverhalt wurde nochmals geprüft. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt weiterhin. Eine Festlegung als VBG Photovoltaik erfolgt nicht.	Keine Berücksichtigung
II.173	528	3. Die Fläche FFPV-436-013 „Leutkirch Heggelbach“ wurde nach der Anregung des Ortschaftsrates Heggelbach in Ihren Planungen mit einem deutlichen Abstand zur Ortschaft verkleinert. Es wäre konsequent, die Fläche ganz aus dem Teilregionalplan herauszunehmen.	Die Fläche des in der Anregung genannten VBG Photovoltaik ist nach dem Konzept des Teilregionalplan Energie zu VBG Photovoltaik (s. Begründung zu PS 4.2.3 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie) geeignet für Freiflächen-Photovoltaik. Die Fläche ist auch > 5 ha groß und damit ebenfalls geeignet. Daher erfolgt keine vollständige Streichung.	Keine Berücksichtigung
II.173	529	4. Wir weisen noch einmal darauf hin, dass der Ortschaftsrat Herlazhofen die Ausweisung des Vorranggebiets FFPV Fläche 436-012 „Leutkirch/Kießlegg Herrot“ abgelehnt hat. Es stellt sich die Frage warum, trotz Vorhandensein mehrerer besser geeigneter Flächen in der Ortschaft, diese Flächen ausgesucht wurden. Der Ortschaftsrat schlägt vor, das Vorbehaltsgebiet auf die Parzelle Nr. [Ort anonymisiert] zu verlegen.	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
II.173	530	<p>5. In der Zwischenzeit hat unser Gemeinderat einen weiteren Aufstellungsbeschluss für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage gefasst. Die Fläche befindet sich auf dem 1,73 ha großen Flurstück Nr. 704 (Gemarkung Reichenhofen) und grenzt unmittelbar an Ihre Fläche FFPV- 436-015 Leutkirch Haidshachen Grube. Zur Arrondierung Ihrer Planung in diesem Vorbehaltsgebiet könnte diese Fläche in Ihre Planungen übernommen werden. Ich möchte Sie bitten, die dargelegten Punkte in Ihrer weiteren Planung zu berücksichtigen. Für die weitere Bearbeitung des Teilregionalplans</p>	<p>Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamtträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in der Anlage zur Begründung aufgezählt und erläutert. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und geschilderten Vorgehensweise</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Energie wünsche ich Ihnen viel Erfolg.	ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht geboten, die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik überwiegend an der Abgrenzung vorgeschlagener Interessensgebiete oder Vorplanungen zu orientieren. Die in der Anregung genannte Fläche wird nicht als Vorbehaltsgebiet Photovoltaik festgelegt aufgrund eines bestehende sehr erhebliche Konflikts (K1) durch die Lage in der Vorrangflur (Flurbilanz 2022) (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
<b>Stadt Markdorf</b>				
II.174	786	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln hier: ergänzende Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>die Stadt Markdorf erhebt gegen den geänderten Entwurf zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie keine grundsätzlichen Bedenken. Auf unsere Stellungnahme vom 25.04.2024 wird verwiesen.</p> <p>Zu dem Vorranggebiet für Windenergieanlagen mit der Bezeichnung WEA-435-003 auf dem Gehrenberg wird vor dem Hintergrund des Starkregenereignisses im Sommer 2024 nochmals gebeten, die geologischen Gegebenheiten am Gehrenberg, insbesondere die Gefahr von Hangrutschen, im weiteren Planungsprozess angemessen zu berücksichtigen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich das geplante Vorranggebiet im Bodenschutzwald befindet.</p> <p>In der Anlage finden Sie die von Herrn Bürgermeister Riedmann unterschriebene Stellungnahme und eine Fotodokumentation des Starkregenereignisses vom Juni 2024 am Gehrenberg.</p>	<p>Durch die Verkleinerung des Gebiets aufgrund der in Teilen geringen Windleistungsdichte im 2. Offenlageentwurf hat sich im in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie die Überlagerung mit Bodenschutzwald und rutschungsgefährdeten Böden reduziert. Bezüglich der weiter bestehenden Überlagerung ist davon auszugehen, dass durch eine vorsorgende Standortwahl im Zuge der Planung konkreter Standorte für WEA mögliche Gefahren und Risiken bezüglich der rutschungsgefährdeten Böden sowie Beeinträchtigungen des Bodenschutzwalds minimiert werden können. Die Überlagerung steht damit der Festlegung des Vorranggebiets Windenergie nicht entgegen. Auf die Überlagerung mit Bodenschutzwald und rutschungsgefährdeten Böden wird im Steckbrief zum Vorranggebiet Windenergie, Anlage 1 Umweltbericht zum 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie, hingewiesen und damit werden die nachgelagerten Planungsträger über diesen Sachverhalt informiert.</p> <p>Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau, zur Erschließung und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Das Erschließungskonzept für einen geplanten Windpark wird ebenfalls detailliert im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens ausgearbeitet</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stadt Pfullendorf				
II.178	925	wir bedanken uns recht herzlich, für die erneute Beteiligung und Möglichkeit zu vorgenanntem Planentwurf Stellung nehmen zu können. Mit großer Erleichterung haben wir zur Kenntnis genommen, dass sowohl bei der Windenergie als auch bei der Freiflächen-PV unsere Hinweise und Anregungen aus der 1. Anhörung aus dem Jahre 2024 größtenteils berücksichtigt wurden. Die in Ihrer Synopse unter der RVBO-ID 11.178, BE-ID 2321 bis 2351 hinterlegten Erläuterungen der Abwägung können wir nachvollziehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.178	926	1. Freiflächen-PV Zum Planentwurf für die 1. Anhörung wurden von den 5 auf dem Stadtgebiet Pfullendorf liegenden Vorbehaltsgebieten Photovoltaik 3 (FFPV-437-051 Otterswang-Süd; FFPV-437-052 Pfullendorf- Nord; FFPV-437-075 Hilpensberg-Nordost) gestrichen. Wir begrüßen dies sehr, da unsere Anmerkungen aus der Stellungnahme berücksichtigt wurden und damit auch unsere eigenen Planungen der Machbarkeit von Freiflächen-PV (FPV) Anlage bestätigt wurden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.178	927	Bei der Fläche FFPV-437-072 Echbeck-Ost stimmte ja bereits unsere Planung mit den Planungen des RVBO überein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.178	928	Wir können nachvollziehen, dass der RVBO seinen Kriterienkatalog nicht markierungsweise ändern kann und die Ausweisungen dementsprechend erfolgen müssen. Die Beibehaltung der Fläche FFPV-437-076 Kleinstadelhofen ist deshalb grundsätzlich nachvollziehbar. Positiv ist, dass diese Fläche verkleinert wurde. Nichtdestotrotz sehen wir diese Fläche als nicht geeignet für Freiflächen-PV. Gemäß Ihrer Erläuterungen der Abwägung BE-ID 2333 bleibt unser kommunales Planungsrecht erhalten und über eine Abwägungs- und Ermessensentscheidung können unsere kommunalen Planungsziele auch über die Planungen des RVBO gestellt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.178	929	<p>Etwas Schade ist, dass keine unserer Alternativflächen in die Planungen des RVBO übernommen wurden.: Das Ausschlusskriterium ist in allen Fällen die Vorrangflur bzw. Vorbehaltsflur I nach der Flurbilanz 2022. Es ist grundsätzlich im Sinne der Stadt Pfullendorf wertvolle Böden für die landwirtschaftliche Nutzung vorzubehalten. Die Karte der Flurbilanz 2022 weist auf dem Stadtgebiet Pfullendorf fast ausschließlich Flächen der Wertstufe Vorrangflur bzw. Vorbehaltsflur I aus (siehe nachfolgende Abbildung 1 ).</p> <p>Abbildung 1: Flurbilanz Stadt Pfullendorf Werden diese Flächen bei der Suche nach geeigneten Standorten für Freiflächen-PV Anlagen vollständig ausgeklammert, wird es für die Stadt Pfullendorf schwierig, die gesetzlichen Ziele der Flächenbereitstellung für erneuerbare Energien zu erreichen.</p>	<p>Die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik basiert auf einem gesamträumlichen Planungskonzept mit in der ganzen Region angewendeten Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien. Bei der Vorrangflur und der Vorbehaltsflur I folgt der RVBO der Empfehlung des MLR im Rahmen des Planungskorridors für die Regionale Planungsoffensive der Regionalverbände, welche empfiehlt, Flächen der Vorrangflur und der Vorbehaltsflur I der Landwirtschaft vorzubehalten. Deswegen sind Flächen der Vorrangflur als sehr erheblicher Konflikt (K1) und Flächen der Vorbehaltsflur 1 als erheblicher Konflikt festgelegt. Eine Aufnahme von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik, die nicht dem Planungskonzept entsprechen, erfolgt daher nicht. Zu den Ausführungen zur gesetzlichen Ziele zur Flächenbereitstellung: Kenntnisnahme. Es wird darauf hingewiesen, dass das Ziel von mind. 0,2 % Fläche für Freiflächen-Photovoltaik gem. § 21 KlimaG BW für die ganze Region Bodensee-Oberschwaben gilt und nicht für die Stadt Pfullendorf.</p>	Keine Berücksichtigung
II.178	930	<p>II. Windkraftanlagen Mit großer Erleichterung haben wir zur Kenntnis genommen, dass auch bei der Windenergie aufgrund der Windhöflichkeit die Fläche WEA-437-004 komplett aus der Flächenkulisse herausgenommen und das Vorranggebiet WEA-437-001 verkleinert wurde. Dies ergibt eine erhebliche Entlastung, vor allem für unseren Ortsteil Mottschief.</p> <p>Zu begrüßen ist, dass beim geplanten Vorranggebiet WEA-437-006 keine Erweiterung des Vorranggebietes, wie von der Gemeinde Heiligenberg beantragt, erfolgt ist. Etwas verwundert haben wir zur Kenntnis genommen, dass sowohl der Regionalverband als auch das RP-Tübingen keine unüberwindbaren Hindernisse bezüglich artenschutzrechtlicher Belange in diesem Gebiet sehen.</p> <p>III. Fazit Die Stadt Pfullendorf sieht die Anregungen Ihrer Stellungnahme zur 1. Anhörung größtenteils als berücksichtigt an und kann der Argumentation für die Entscheidungsfindung durch den RVBO nachvollziehen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Bitte halten Sie uns über den weiteren Fortgang informiert.		
Stadt Veringenstadt				
II.184	1299	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie sowie Änderungen an anderen Plankapiteln - Stellungnahme der Stadt Veringenstadt zur 2. Anhörung</p> <p>für die Beteiligung und die Gelegenheit zur erneuten Stellungnahme zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie bedanken wir uns. Aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. Mai 2025 gibt die Stadt Veringenstadt hierzu folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Die Stadt Veringenstadt bekennt sich zur Notwendigkeit eines raschen und konsequenten Ausbaus der erneuerbaren Energien und unterstützt insofern den Planungsprozess des Regionalverbands Bodensee- Oberschwaben konstruktiv. Sie begrüßt insbesondere den Schritt der freiwilligen Beteiligung zur Herstellung von Transparenz in der Öffentlichkeit. Die Stadt Veringenstadt ist überdies bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen angemessenen Beitrag zur Realisierung der Flächenziele zu leisten. Unstreitig ist für die Stadt Veringenstadt dabei die Notwendigkeit der Erreichung der Flächenziele für Windkraft und Freiflächen-Photovoltaik auf Regionsebene.</p> <p>Die Stadt Veringenstadt hat die Änderungen der Flächen des Vorranggebiets Windenergie und der Vorbehaltsgebiete für Freiflächen-Photovoltaik zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stadt Veringenstadt sieht ihren Beitrag zur Energiewende mit Ausweisung der Flächen als erledigt an. Sollten Sie noch Fragen haben, stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Stadt Wangen				
II.185	1292	<p>wir bedanken uns für die Möglichkeit, dass wir uns erneut zur Fortschreibung des Regionalplans - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) äußern können.</p> <p>Die Große Kreisstadt Wangen im Allgäu erhebt keine Einwände zum Entwurf des Teilregionalplans Energie gemäß dem Beschluss</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.		
II.185	1293	Es wird darauf hingewiesen, dass auf Seite 59 des Textteils (Tab. B 6) die aufgeführte Gesamtfläche von 80 ha für Vorranggebiete für Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet von Wangen im Allgäu aufgrund der Änderungen nunmehr 81 ha betragen.	Die Messung der Größe der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik auf der Gemarkung Wangen hat 80 ha ergeben. Es erfolgt daher keine Anpassung.	Keine Berücksichtigung
Landratsamt Bodenseekreis				
II.300	690	wir nehmen Bezug auf Ihre Beteiligungsmail vom 02.04.2025 und geben zu dem o. g. Entwurf des Regionalplanes folgende koordinierte Stellungnahme ab:  I. Belange des Planungsrechts: Beim Begriff der Raumbedeutsamkeit handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff. Es wird angeregt, zur Auslegung des Begriffs – insbesondere im Hinblick auf die Regelungen des PS 4.2.2 G (3) – Auslegungshinweise o. ä. zu definieren. Die in der Abwägung der ersten Beteiligung getroffenen Aussagen lassen keine Rückschlüsse bspw. auf eine Mindestgröße zu.	Die Beurteilung der Raumbedeutsamkeit erfolgt im Einzelfall. Hierzu wird in der Begründung des Teilregionalplans Energie an mehreren Stellen - u.a. auch in der Begründung zum in der Anregung genannten Plansatz - auf die Definition von "raumbedeutsam" in den Erläuterungen des Teilregionalplans Energie verwiesen. Die Erstellung eines informellen Anwendungshinweises wird derzeit vom RVBO geprüft, ist aber nicht Gegenstand des aktuellen Verfahrens.	Kenntnisnahme
II.300	691	II. Belange des Natur- und Landschaftsschutzes: WEA-435-002 Hochbühl Die Fläche wurde von 80 auf nunmehr 67 ha reduziert. Ausweislich der Unterlagen sind die Artenschutzräume der Kategorie B (bisher 3 ha, 4%) nicht mehr betroffen.  Nach der strategischen Umweltprüfung bestehen nunmehr Hinweise zu möglichen Lebensstätten von Fledermäusen im weiteren Umfeld. Die Wertigkeit der dortigen Waldfläche sind der unteren Naturschutzbehörde bekannt. Allerdings lagen bisher keine hinreichend konkretisierten Datenkenntnisse dazu vor, die für eine Stellungnahme relevant gewesen wären. Hierzu merken wir an, dass inzwischen eine von der Gemeinde Owingen beauftragte Bestandserfassung für Fledermäuse erstellt wurde, die der unteren Naturschutzbehörde und nach unserer Kenntnis auch dem Regionalverband vorliegt. Danach kommt dem Habitat eine besondere Bedeutung zu. Mögliche Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind nicht ausgeschlossen. Wir bitten diese aktuellen und konkretisierten Erkenntnisse zu berücksichtigen. Nachdem die Artenschutzbelange auf der reduzierten Fläche bereits ohne diese neuen Daten erheblich beeinträchtigt sind (so die bisherige Bewertung), können diese ergänzenden Informationen von Bedeutung sein.	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.300	692	<p>III. Belange der Forstwirtschaft: Hinsichtlich grundsätzlicher forstfachlicher Belange wird auf das Schreiben vom 05.04.2024 sowie die im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens eingebrachten Stellungnahme der Abteilung Forstdirektion des Regierungspräsidiums Freiburg verwiesen.</p> <p>In Bezug auf das geplante Vorranggebiet für Windkraft „Gehrenberg“ (WEA-435-003) wird um erneute Prüfung der gegebenen Rahmenbedingungen für das Schutzgut Boden gebeten. Ausgangspunkt ist der rutschgefährdete Untergrund innerhalb der aktuell vorgesehenen Abgrenzung des Vorranggebietes (VRG). In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf das in Plansatz 3.2.0 Z (5) des Regionalplans vorgegebene Kriterium hingewiesen, wonach in allen Gebieten für besondere Nutzungen im Freiraum bei Planungen und Maßnahmen die Belange des Bodenschutzes und die Sicherung der natürlichen Bodenfunktionen zu beachten sind.</p> <p>Die Ingenieurgeologischen Gefahrenhinweiskarte für Baden-Württemberg (IGHK50, abrufbar unter <a href="https://maps.lgrb-bw.de/">https://maps.lgrb-bw.de/</a>) klassifiziert den Bereich des VRG als „Rutschungsgebiet“. D.h., dass bereits kleinere Eingriffe in das Hanggleichgewicht zu einer Reaktivierung alter Gleitflächen bzw. zur Bildung neuer Gleitflächen führen können. Dieser Umstand begründet maßgeblich die Ausweisung solcher Flächen als Bodenschutzwald in der Waldfunktionenkartierung. Die aufgetretenen Hangrutschungen am Gehrenberg im Zuge der Starkniederschlagsereignisse im Sommer 2024 haben das Risikopotenzial deutlich aufgezeigt. Durch den Wegfall der stabilisierenden Wirkung tiefwurzelnder Baumarten können sich insbesondere flächige Ausstockungen zur Errichtung von Windkraftanlagen negativ auswirken. Gleichzeitig erhöht die Ausgangssituation den Aufwand für die Errichtung von Windkraftanlagen deutlich. So wurde bereits in der o. g. Stellungnahme darauf verwiesen, dass laut Auskunft der Abteilung 9 (Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg Rutschungsgebiete bei der Errichtung von Windkraftanlagen zu geotechnisch bedingten Mehraufwendungen führen oder die Errichtung aus wirtschaftlichen oder bautechnischen Gründen unmöglich machen können.</p> <p>Im Zuge der Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sei laut Regionalverband das VRG insbesondere aus Gründen der Windleistungsdichte in seiner Abgrenzung im Süden verkleinert worden. In den Erläuterungen wird gleichzeitig auf die damit einhergehende Reduktion der Überlagerung mit Bodenschutzwald sowie rutschungsgefährdeten Böden verwiesen. Die</p>	<p>Zu forstfachlichen Belangen wird auf die Abwägung der Stellungnahme der Höheren Forstbehörde verwiesen, Az. II.508-4</p> <p>Zum Sachverhalt der Überlagerung des VRG Windenergie am Gehrenberg mit Bodenschutzwald und Rutschungsgebiete wird auf die Abwägung der Stellungnahme der Stadt Markdorf, BE ID 786, verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ursprüngliche Abgrenzung des VRG umfasste eine Fläche von 146 Hektar, wovon ein Anteil von rd. 70% als Bodenschutzwald bzw. als Rutschgebiet einzustufen war. Die im 2. Anhörungsentwurf ausgewiesene Kulisse wurde auf 96 Hektar verkleinert. Davon ist ein Anteil von rd. 60% als Bodenschutzwald bzw. Rutschgebiet ausgewiesen. Damit sinkt der Anteil kritischer Flächen innerhalb des VRG lediglich um rd. 10%. Somit überwiegen innerhalb des VRG mehrheitlich immer noch solche Flächen, die entweder aus bautechnischen Gründen nicht für die Errichtung von Windkraftanlagen geeignet sind oder zumindest zu geotechnisch bedingten Mehraufwendungen führen. Der in den Erläuterungen vorgenommen Verweis auf eine spätere standort- und anlagenbezogene Prüfung der bau- und erschließungstechnischen Auswirkungen im Zuge des Genehmigungsverfahrens trägt nicht dazu bei, die für Teilflächen des Vorranggebietes aus den genannten Gründen als kritisch einzustufende Eignung zu überwinden.</p> <p>Im Ergebnis verfehlt die gewählte Abgrenzung den aufgetragenen Zweck, innerhalb des Vorranggebietes in substanziellem Umfang sowie mit darstellbarem Aufwand realisierbaren Raum für die Errichtung von Windkraftanlagen zu bieten. Es wird daher angeregt, für das VRG eine Abgrenzung zu wählen, die ein günstigeres Verhältnis zwischen nicht erosionsgefährdeten Flächen und Rutschgebieten aufweist.</p>		
Landratsamt Ravensburg				
II.301	1111	<p>Koordinierte Stellungnahme Landratsamt Ravensburg zu folgenden Belangen</p> <p>A. Vorbemerkung</p> <p>Das Landratsamt Ravensburg sieht die Größe und den Zuschnitt der Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen im südlichen Bereich des Altdorfer Waldes im Grundsatz kritisch. Nach hiesiger fachlicher Auffassung werden durch das Vorranggebiet WEA-436-010 zu viele Windenergieanlagen ermöglicht. Darüber hinaus wird auf die u. s. Erwägungen unter C. und E. verwiesen. Vor diesem Hintergrund wird gefordert, Vorrangflächen in diesem Teilbereich teilweise aus der Planung herauszunehmen.</p>	Es wird auf die nachfolgende Abwägung verwiesen, an dieser Stelle wird die Anregung zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme
II.301	1112	<p>B. Kreislaufwirtschaft</p> <p>In der E-Mail vom 13.11.2024, 12:17 Uhr, [Name anonymisiert] , Betreff „Anfrage - Errichtung einer Freiflächen-PV Anlage innerhalb des Windvorranggebiets WEA-436-007 - Gemarkung Haisterkirch/Bad Wald-see“ teilte uns der RVBO wie folgt mit – Zitat – „Unter dem Vorbehalt des Beschlusses der Verbandsversammlung und der Voraussetzung, dass die im o.g. Plansatz und in der Begründung beinhalteten Regelungen</p>	Es ist richtig, dass in der Anregung genannte Vorhaben ist mit den Festlegungen des 2. Offenlageentwurfs zum Teilregionalplan Energie aufgrund seiner geringen Größe nach gegenwärtigem Kenntnisstand voraussichtlich vereinbar (vgl. PS 4.2.1 Z (4) 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie). Eine Festlegung als Vorbehaltsgebiet Photovoltaik erfolgt aber aus den in der Abwägung der BE ID 1409 1. Offenlage geschilderten	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>eingehalten werden – was wir aufgrund der geringen Inanspruchnahme des Vorranggebiets Wind-energie grundsätzlich als möglich erachten – bringt der Regionalverband keine Bedenken bezüglich der Vereinbarkeit des Vorhabens mit den geplanten Festlegungen des Teilregionalplans Energie vor.“</p> <p>Wir gehen davon aus, dass sich die o. g. Aussage vom 13.11.2024 auch auf das Abwägungsergebnis zur 1. Anhörung, RVBO-ID (Az.), II.301, BE-ID (Nr.), 1409 bezieht.</p> <p>Die E-Mail vom 13.11.2024 ist der Anlage beigelegt.</p> <p>Zu den weiteren Abwägungsergebnissen betreffend die Kreislaufwirtschaft haben wir keine Anmerkungen.</p>	Gründen nicht.	
II.301	1114	<p>C. Altlasten und Bodenschutz</p> <p>Die im Rahmen der vorherigen Anhörung vorgebrachten Anmerkungen des Bodenschutzes wurden im neuen Entwurf des Teilregionalplans unzureichend berücksichtigt. Eine sorgfältige Ausweisung der Vorrangflächen unter Berücksichtigung der Bodenfunktionen ermöglicht eine zielorientierte Standortauswahl und eine gewisse Planungssicherheit im Genehmigungsverfahren.</p>	Es wird auf die nachfolgende Abwägung mit dem Az. II.301 verwiesen.	Kenntnisnahme
II.301	1115	<p>Vorbehaltsgebiete Freiflächen-PV</p> <p>Ausschlaggebend zur bodenschutzrechtlichen Beurteilung der Vorbehaltsgebiete für Freiflächen-PV ist die Bewertung der Bodenfunktionen. Ertragsreiche Böden mit hohen Funktionsbewertungen sollen in der Landwirtschaft verbleiben. Durch die Errichtung von Agri-PV Anlagen auf Flächen mit einer hohen Bewertung der Bodenfunktionen ist die landwirtschaftliche und energetische Nutzung vereint. Wie in der vorangegangenen Beteiligung angemerkt, ist ab einer Gesamtbewertung von drei Bewertungspunkten von einer hohen Funktionsbewertung auszugehen. Diese Flächen sollten nicht als Vorranggebiete für FF-PV Anlagen ausgewiesen werden. Flächen, welche als „Sonderstandort für natürliche Vegetation“ mit vier Bewertungspunkten kartiert sind, sollten ebenfalls nicht als Vorbehaltsgebiete für FPV freigegeben werden. Wir bitten darum dieses Kriterium im Kriterienkatalog des Textteils des Teilregionalplans mit aufzunehmen.</p>	Die Flurbilanz 2022 ist eine landwirtschaftliche Fachplanung zur landesweit einheitlichen Bewertung von Flächen nach natürlichen und landwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen ist die Flurbilanz seit 2020 in § 16 des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes verankert. Nach Empfehlung der Task-Force erneuerbare Energien des Landes sollen die Vorrangflur (besonders landbauwürdige Flächen) und die Vorbehaltsflur I (landbauwürdige Flächen) gem. digitaler Flurbilanz 2022 (LEL) der Landwirtschaft vorbehalten werden. Daher wurde die Vorrangflur als sehr erheblicher Konflikt (K1) und die Vorbehaltsflur I als erheblicher Konflikt (K2) im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eingestuft. Zum Schutz besonders landbauwürdiger Flächen (Vorrangflur gem. digitaler Flurbilanz 2022) wurde im Anhörungsentwurf auch Regelungen in PS 4.2.2 G (3) sowie in PS 3.1.1 Z (4) getroffen. Die Reichsbodenschätzung ist über die BK 50 in der Strategischen Umweltprüfung zum Teilregionalplan Energie berücksichtigt. Die Bodenfunktionen nach der BK 50 sind in der SUP zum Teilregionalplan Energie berücksichtigt und damit in die Abwägung eingestellt worden. Eine Prüfung der „Sonderstandorte für natürliche Vegetation“ (Bewertung = 4 gem. BK 50) ergab keine Überlagerung dieser Standorte mit Vorbehaltsgebieten Photovoltaik. Von einer Aufnahme des Kriteriums in den Kriterienkatalog wird daher abgesehen.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.301	1116	<p>Wie im Umweltbericht, Anlage 5, auf Seite 19 vermerkt, wurde als Datengrundlage die BK 50 des LGRBs verwendet. Hier handelt es sich um generalisierte Karten mit welchen ein detaillierter Abgleich nicht durchführbar ist. In der vorangegangenen Beteiligung des Bodenschutzes wurde bereits auf die Verwendung der laufend aktualisierten Karten der Reichsbodenschätzung des Landesvermessungsamtes verwiesen. Die Verwendung der generalisierten Karten der BK 50 zur Bodenschätzung hat zur Folge, dass ca. 1.200 ha Überschneidungsfläche zwischen Vorranggebieten für FF-PV Anlagen und Flächen mit hohen Bewertungen der Bodenfunktionen vorherrscht (Seite 93 im Umweltbericht). Diese Überschneidungsfläche kann erheblich durch Verwendung einer besseren Datengrundlage reduziert werden. Zwei exemplarische Beispiele sollen verdeutlichen, wie sich die Datengrundlage auf die Grenze der Bodenfunktionsbewertung auswirkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Anlage Wangen Schwarzenbach - West (FFPV-436-002) liegt zu 92 % entsprechend BK 50 LGRB auf einem Standort mit besonders hoher Leistungs- und Funktionsfähigkeit im Naturhaushalt. Entsprechend den Bewertungen der Reichsbodenschätzung des Landesvermessungsamtes werden hier nur mittlere bis hohe Bewertungen erreicht (Gesamtbewertung von 2,67 ha). Nach dieser vorgeschlagenen Bewertung gibt es 0 % Überschneidung von hohen Bodenfunktionsbewertungen und Vorranggebieten für FFPV-Anlagen.</li> <li>• Die Anlage Wangen Feld / Hatzenweiler (FFPV-436-004) liegt nach aktueller Bewertung zu 78 % auf hochwertigen Böden. Unter Verwendung der Bewertungen der Reichsbodenschätzung des Landesvermessungsamtes kann erkannt werden, dass der Bereich westlich der Autobahn hochwertige Böden aufweist und der Abschnitt östlich der Autobahn eine geringe Bewertung der Bodenfunktionen erhalten hat. Hier wäre der Überschneidungsbereich nur ca. 33 % anstelle von 78 %. Gemäß LGL als „besonders landbauwürdige Flächen“ gekennzeichnete Gebiete überschneiden sich teilweise mit den Vorbehaltsgebieten für FF-PV. Wir regen an, die bereits als geeignete Standorte identifizierten Flächen mit Agri-PV Anlagen umzusetzen.</li> </ul>	<p>Im Rahmen der regionalen Planungsoffensive der Regionalverbände in BW wurde vonseiten des MLR empfohlen, auf Grundlage der Flurbilanz/Standorteignungskartierung die Gebiete für Freiflächen-PV festzulegen. Dieser Empfehlung ist der RVBO gefolgt. Die Reichsbodenschätzung ist in der BK 50 berücksichtigt. Die Bodenfunktionen nach der BK 50 sind in der SUP zum Teilregionalplan Energie berücksichtigt und damit in die Abwägung eingestellt worden. Eine Berücksichtigung von flurstücksscharfen Daten scheint bei der Erstellung des gegenständlichen Teilregionalplans als ungeeignet, da der Maßstab der rechtsverbindlichen Raumnutzungskarte 1:50.000 beträgt. Es wird auf die Erläuterungen zum Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen. Die Bodengüte findet durch Daten der Flurbilanz und BK50 ausreichend Berücksichtigung. Die Anregungen zum Bau von Agri-PV Anlagen werden zur Kenntnis genommen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.301	1117	<p>Vorranggebiete für Windenergie</p> <p>Die Errichtung von einer WEA geht mit ca. 1 ha Flächenverbrauch (inkl. temporär genutzter Flächen, wie BE-, Montage-, und Lagerflächen, Zuwegungen und Kranstellfläche) einher. Bei temporär genutzten Flächen, sowie Flächen welche nach der Betriebszeit der WEA zurückgebaut und rekultiviert werden, müssen die Bodenfunktionen wiederhergestellt werden.</p> <p>Auch bei WEAs sollten die Vorranggebiete für Windenergie an die</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Böden angepasst werden. Entsprechend dem Umweltbericht ist dies auf Datengrundlage der BK 50 erfolgt. Da WEAs hauptsächlich auf Waldstandorten errichtet werden, ist eine Bewertung der Bodenfunktionen anhand der BK 50 ausreichend. Wie dem Umweltbericht auf S. 65 zu entnehmen ist, überlagern sich insgesamt ca. 92 ha Böden mit sehr hoher Leistungs- und Funktionsfähigkeit mit den Vorranggebieten für Windenergie. Überwiegend liegt der Flächenanteil innerhalb des Vorranggebietes jeweils unter 20 %, so dass durch eine vorsorgende Standortwahl ein Eingriff in besonders schützenswerte Böden in der Regel vermieden werden kann.		
II.301	1118	<p>Flächen, welche eine sehr hohe Bewertung als „Sonderstandorte für Naturnahe Vegetation“ bekommen haben, sollten bei der Ausweisung der Vorranggebiete berücksichtigt werden. Dies betrifft meist besonders feuchte Standorte (wie Moore) oder besonders trockene Standorte.</p> <p>Zur Ausweisung von Vorranggebieten ohne Beeinträchtigung von Mooren wurde das Moorkataster der LUBW als Datengrundlage verwendet. Wir empfehlen die Verwendung der BK 50 Moorkarte, da diese die tatsächlich vorkommenden Mooregebiete etwas besser darstellt. Beispielsweise sind hier Teile der Flächen „In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd“ (WEA-436-013) und „Kißlegg Ost-1“ (WEA-436-015) betroffen. Die kartierten Moorflächen (hier Hochmoor) sollten aus der Gebietskulisse der Vorranggebiete für WEA herausgenommen werden.</p>	<p>Bezüglich der Verwendung der BK 50 und der Berücksichtigung von Moorflächen wird auf die Abwägung zur BE ID 874 verwiesen sowie auf die Abwägung zur 1. Offenlage (insb. Anlage B.3 zur Synopse).</p> <p>Die "Sonderstandorte für Naturnahe Vegetation" welche sich mit der gegenständlichen Kulisse der VRG Windenergie überlagern fallen entweder in den Bereich der Planunschärfe oder sind kongruent mit der BK 50-Moorkulisse. Der Hinweis auf die BK 50-Moore wird dankend zur Kenntnis genommen. Eine entsprechende Prüfung der Karte ergab jedoch, dass Moore durch das Moorkataster der LUBW ausreichend gut, für die Ebene der Regionalplanung dargestellt und im gegenständlichen Planwerk berücksichtigt wurden. Eine zusätzliche Berücksichtigung der BK 50 Moorkarte führte zu keiner Veränderung der genannten Vorranggebiete.</p>	Keine Berücksichtigung
II.301	1119	<p>Als Standort für Windenergie sollten Flächen ausgewiesen werden, bei denen der Eingriff in die Bodenfunktion „Archiv der Natur- und Kulturgeschichte“ möglichst gering ausfällt. Bei der Fläche WEA 436-010 ist die Lage auf dem Waldburger Rücken zu berücksichtigen, welcher die Archivfunktion in einzigartiger Weise erfüllt und europaweit ein Alleinstellungsmerkmal aufweist. Dies ist durch eine besondere würmiszeitliche Konstellation von zwei sich verbindenden Gletscherzungen als Dokument pleistozäner Genese während des Gletscherrückgangs begründet. Die Böden sind somit besonders schutzwürdig, weil sie die Funktionen als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte nach § 2 Abs. 2 BBodSchG in besonderem Maße erfüllen. (Siehe HHP Raum Entwicklung „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“ vom 20.12.2023 und „Der Waldburger Rücken ein einzigartiges Archiv der würmiszeitlichen Naturgeschichte Oberschwabens“, Mat De Jong et al 9.9.2023).</p> <p>Nach den §§ 1 und 2 BBodSchG sind Böden zum Schutz der</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zum Waldburger Rücken zur 1. Offenlage, Anlage B.4, verwiesen (unter "Anregungen zum Waldburger Rücken: keine Festlegung VRG Windenergie wegen geplanten Landschaftsschutzgebiet Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland, Forderung, Zonierung aus Gutachten zu möglichem Landschaftsschutzgebiet für die Zulässigkeit von WEA zu übernehmen, Waldburger Rücken und angrenzende Flächen sollen wegen ihrer besonderen Schutzwürdigkeit von VRG Windenergie freigehalten werden", VRG WEA-436-010).</p> <p>Zum Thema Boden als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte wird auf die Abwägung der BE ID 875 (2. Offenlage) verwiesen.</p> <p>Dem RVBO liegt eine Stellungnahme des LGRB vom 26.11.2019 vor, nachdem es sich beim Waldburger Rücken zudem nicht um einzigartige Strukturen handelt.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Funktion als Archiv der Natur- und Kultur-geschichte vor Beeinträchtigung zu schützen. Laut LUBW erfüllen nicht nur kartierte Geotope dieses Kriterium, sondern auch „landschaftsprägende morphologische Elemente“. Als wertgebende Eigenschaft des Waldburgrückens ist hier die „besondere Bedeutung für die Erd- und Landschaftsgeschichte, Geologie, Mineralogie oder Paläontologie“ (LUBW, Heft 20) zu sehen. Auch die klimageschichtliche Bedeutung kommt hier zur Geltung. Wie bereits in der vorangegangenen Anhörung mitgeteilt, halten wir deshalb im Ergebnis im Untersuchungsgebiet des Gutachtens eine regionalplanerische Beschränkung der Windenergienutzung auf die im Gutachten (S. 110, Abb. 49) als Zonierungsempfehlungen für Wind-energie eingezeichneten Ellipsen für zwingend.	So schreibt das LGRB: "Die gesamte ÄJE erstreckt sich über mehr als 150 km und reicht von Isny bis in den Hegau, wobei der Waldburg-Rücken selbst ein recht kurzes Teilstück von nur 12 km Länge darstellt. Das Erscheinungsbild der ÄJE und der Erhaltungszustand der natürlichen Morphologie sind unterschiedlich ausgeprägt. Obwohl der Waldburg-Rücken einen recht ursprünglichen Erhaltungszustand zeigt, kann nicht von einer „Einzigartigkeit“ der geomorphologischen Strukturen im Bereich des geplanten Vorranggebiets ausgegangen werden". Insgesamt wird damit in der regionalplanerischen Abwägung aufgrund der oben beschriebenen Situation, aber auch aufgrund von § 2 EEG dem Belang der Windenergienutzung der Vorrang eingeräumt.	
II.301	1120	D. Forst Forstfachliche und -rechtliche Belange Die allgemeinen Belange, welche insbesondere den Bereich des gesamten Regionalverbands abdecken, werden zusammenfassend durch die höhere Forstbehörde vorgebracht.	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.508-4 verwiesen.	Kenntnisnahme
II.301	1121	Im Folgenden finden Sie weitere Anmerkungen zu einzelnen Flächen: • VRG WEA-436-013 „In den Mösern /Enkenhofener Wald – Süd“ Das VRG grenzt auch weiterhin unmittelbar an gesetzl. geschützte Waldbiotope an. Hier wäre es ratsam, entweder einen hinreichenden Abstand zum Biotop herzustellen (mind. Radius des Rotors = 90 m) oder die „Rotoraußerhalb-Flächen“ auszuschließen (§ 30 a Abs. 3 LWaldG bzw. § 30 BNatSchG).	Zur Überlagerung des VRG Windenergie mit Waldbiotopen: Dieser Sachverhalt wurde zum Satzungsbeschluss nochmals geprüft und mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Die Überlagerung des VRG Windenergie mit dem Waldbiotop ist kleiner als 0,5 ha und liegt damit in der planerischen Unschärfe. Im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurden Waldbiotope ab einer Größe von 2 ha betrachtet, in der Strategischen Umweltprüfung ab 0,5 ha. Zur Begründung wird auf die Planunterlagen (Erläuterung Kriterien Anlage zur Begründung, Umweltbericht zum Satzungsbeschluss) verwiesen. Eine Änderung der Abgrenzung des VRG Windenergie ist daher nicht erforderlich.  Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage	Keine Berücksichtigung
II.301	1122	• VRG WEA-436-021_1/WEA-436-021_2 „Aulendorf Ost 1 und 2“	Nur die Fläche WEA-436-021_1 Aulendorf – Ost 1 liegt noch kleinräumig in einem "sonstigen Niedermoorbereich"	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Das Forstamt begrüßt die Anpassung des VRG gegenüber der ursprünglichen Planung. Dennoch ist auch weiterhin eine Beeinträchtigung von Moorwald-Biototypen (gesetzl. geschützt) nicht auszuschließen. Bitte beachten Sie auch insoweit eine ausreichende Abstandsfläche.	<p>Eine Beeinträchtigung von Moorwald-Biototypen, welche bereits auf regionaler Ebene von Bedeutung ist, ist hier nicht bekannt.</p> <p>Es gibt kleinräumige Biotope, z.B. Toteislöcher, die im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) zu berücksichtigen sind.</p> <p>s. Steckbrief Umweltbericht, 2. OL:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Biotope, FFH-Mähwiesen, Naturdenkmale (0,6 ha, 1 %)</li> <li>- Sonstiges Niedermoor (2 ha, 5 %)</li> </ul> <p>Es wird ein entsprechender Hinweis in den Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgenommen.</p> <p>Die Fläche WEA-436-021_2 Aulendorf – Ost 2 liegt im Bereich Hochmoor oder Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit im näheren Umfeld (&lt; 500 m). Es gibt kleinräumige Feuchtbiopte, die im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) zu berücksichtigen sind.</p> <p>Es wird ein entsprechender Hinweis in den Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgenommen.</p> <p>s. Steckbrief Umweltbericht, 2. OL:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Biotope, FFH-Mähwiesen, Naturdenkmale (1 ha, 2 %)</li> <li>- Kernflächen und Kernräume des regionalen und des landesweiten Biotopverbundes (2 ha, 2 %)</li> </ul> <p>Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt, häufig ab einer Fläche von 2 ha (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie sowie Erläuterungen, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Eine weitere Reduktion der VRG Windenergie gegenüber dem Entwurf zur 2. Offenlage erfolgt aus den oben genannten Gründen nicht.</p>	
II.301	1123	<p>E. Naturschutz</p> <p>Allgemeine Einschätzung</p> <p>Die im Vergleich zum ersten Auslegungsentwurf aufgrund von Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vorgenommenen Änderungen werden begrüßt. Im Rahmen der Stellungnahme zum ersten Auslegungsentwurf vorgebrachte Hinweise und Anregungen, wurden überwiegend aufgegriffen und im vorliegenden Entwurf berücksichtigt. Die für Naturschutz und Landschaftspflege relevanten Ausschluss- und Konfliktkriterien und deren Gewichtung sind nachvollziehbar und weitestgehend bei der Bewertung der einzelnen Windenergiegebiete korrekt dargestellt.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.301	1124	<p>Zu folgendem vorgesehenen Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet sind allerdings noch weitere Belange des Naturschutzes zu berücksichtigen:</p> <p>WEA-436-010 Altdorfer Wald Süd:</p> <p>Zum naturschutzfachlich hochwertigen und regional bedeutenden Hochmoor Naturschutzgebiet „Füre-moos“ im Altdorfer Wald (Vogt) – auch Teil des FFH-Gebiets „Altdorfer Wald“- sollte auf der Westseite in Hauptwindrichtung ein Mindestabstand von 500 m zum Hochmoor und seinem moortypischen Mikroklima eingehalten werden. Es handelt sich um ein naturnahes Moor mit Lebensraumtypen LRT 91D0 (Moorwald) und LRT 7110 (naturnahen Torfmoosbestände Hochmoor) mit charakteristischen Artenvorkommen. Aufgrund der begrenzten Größe ist das Gebiet sehr empfindlich bezüglich Veränderungen des Wasserhaushaltes und des Boden-Mikroklimas. Hieran sind viele Moose, Pflanzen und Insektenarten angepasst. Derzeit kann eine mittel- bis langfristige Verschlechterung des Erhaltungszustands der genannten Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie samt derer charakteristischen Arten durch Betrieb von Windenergieanlagen am östlichen Rand des angrenzend geplanten Windenergiegebiets nicht ausgeschlossen werden.</p>	<p>Betreffend des Nachlauf-Effekts liegen einerseits konkrete Berechnungen des Antragsstellers vor, die aufzeigen, dass Wirbelschleppen erst hinter dem Hochmoor auf dem Boden auftreten können. Andererseits kann mit Hilfe eines dem RVBO zur Verfügung gestellten Papier der LUBW eine Austrocknung des Bodens durch Nachlaufeffekte an dieser Stelle nicht abgeleitet werden. Die wissenschaftliche Datenbasis ist nicht geeignet eine Übertragbarkeit auf die vorliegende Situation und eine Abstandsempfehlung herzustellen. Daher sind ausreichend begründete Zweifel an diesem Effekt an dieser Stelle mit den vorliegenden Anlagentypen, der Geländemorphologie, der Rauigkeit des Waldkörpers und der Konstellation der Anlagen aus Sicht des RVBO gegeben. Zudem ergeben tageszeitliche und jahreszeitliche Schwankungen in der Temperatur und der Feuchtigkeit deutlich höhere Effekte, so dass die Relevanz dieser Effekte derzeit als sehr gering eingeschätzt wird. Insgesamt existiert, nach Ansicht des RVBO, keine ausreichende Datenbasis, um diese Aussage als gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis zu bezeichnen. Daher wird dieser Anregung im Rahmen der Anhörung nicht gefolgt.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Eine Abschätzung der Beeinträchtigung des lokalen Mikroklimas (ökologisch) kann erst nach Kenntnis der konkreten Bauausführung und Standorte der Anlagen, Lage der Freiflächen und der Zuwegungen sowie der Befestigung des Baugrundes beurteilt werden. Die Art der bau- und anlagebedingten Ausführungen bedingen maßgeblich die Höhe der Effekte auf das lokale Klima und ggf. auf den lokalen Wasserhaushalt. Aktuell sind auf der regionalen Planungsebene keine Auswirkungen zu erkennen, die bei dem gegenständlichen LRT-Hochmoor (Füremoos) zu erheblichen Beeinträchtigungen in Bezug auf das Klima und den Wasserhaushalt führen könnte.</p> <p>Die FFH-Vorabprüfung in Bezug auf prioritäre Lebensraumtypen gemäß dem Planungskonzept des RVBO mit einem Abstand von kleiner gleich 200 m ist demnach auch in diesem Fall auf regionaler Ebene ausreichend.</p> <p>Des Weiteren wird auf die Abwägung der im Rahmen der 1. Offenlage eingebrachten Anregung hingewiesen.</p>	
II.301	1125	<p>Im Jahr 2024 (Mai/ Juni) wurden durch die Naturschutzverwaltung selbst vor Ort im Füremoos wiederholt Baumfalken (Sonderstatusart) beobachtet. Die Beobachtungen lassen den Schluss zu, dass ein Brutverdacht in 2024 vorliegt. Weiterhin befindet sich ein Brut- und Balzplatz von Waldschnepfen im Mooregebiet Füremoos. Hier ist auch das nördlich des NSG gelegene Waldbiotop mit relevant. Abb.1: VRG 436-010, die beiden Hochmoorkörper und insbesondere das NSG Füremoos benötigt auf der Westseite einen Mindestabstand von 500 m zum Schutz des Hochmoores und seines Mikroklimas. Dies gilt auch für das wahrscheinliche Brutgebiet des Baumfalken (Brutverdacht 2024). Die empfohlene Änderung ist mit blau umrissener Linie dargestellt.</p> <p>Gemäß dem Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie der LUBW (S. 17, Ziffer 3.4) wurden bereits ausgeschriebene Staatswaldflächen bei der Kategorisierung der ermittelten Schwerpunkt-vorkommen ausgenommen. Es wurde stattdessen auf im Zuge laufender Genehmigungsverfahren gewonnener Erkenntnisse hinsichtlich der Betroffenheit windkraftsensibler Arten und Sonderstatusarten Bezug genommen. Hier wurde allerdings nicht berücksichtigt, dass auch im Rahmen dieser Genehmigungsverfahren von den Planungsprivilegien des § 6 WindBG Gebrauch gemacht werden kann und daher keine oder im Vergleich zu einer vollumfänglichen artenschutzrechtlichen Prüfung nur unzureichende Daten vorgelegt werden. Der Naturschutzverwaltung des Landratsamts Ravensburg wurden seitens des Projektierers die Kartierdaten aus 2022 und 2023 in stark</p>	<p>s.a. Abwägung zu 1124</p> <p>Der Baumfalke ist eine windkraftsensible Art, für die im Fachbeitrag Artenschutz Schwerpunkt-vorkommen abgegrenzt wurden. Es ist keine Sonderstatusart. Die ursprünglich nicht klassifizierten Flächen des Fachbeitrags wurden mit den Daten des Projektierers abgeglichen. Es ergaben sich keine Beeinträchtigungen von Arten, für die der Fachbeitrag an der Stelle eine Schutzzone A ausgewiesen hätte.</p> <p>Bezüglich der Waldschnepfe wird darauf hingewiesen, dass diese als nicht WEA sensible Art betrachtet wird und auch keine Sonderstatusart darstellt. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Bezüglich der klimatischen Aspekte im Bereich Füremoos wird auf die vorherige Abwägung mit der BE-ID 1124 verwiesen.</p> <p>Seitens des Projektierers wurden mittlerweile Daten zur Artenvorkommen geliefert und diese wurden auch teilweise berücksichtigt. Das VRG Windenergie WEA-436-010</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>konzentrierter Form mit einer einzigen Karte ohne Textbeschreibung im April 2025 zur Verfügung gestellt (siehe Anlage). Von einer ausreichenden Datenlage, die in die artenschutzrechtliche Beurteilung für die Ausweisung von Windenergiegebiete ein-fließen kann, kann also nicht gesprochen werden. Aus den aggregierten Kartierdaten und aus den seitens der AG Fledermausschutz erhobenen Daten (Untersuchungen zur Fledermausfauna des Altdorfer Walds 2022-2023, I. Maier) ergibt sich möglicherweise eine neue Beurteilungsgrundlage und ein grundsätzlicher Diskussionsbedarf zur Abgrenzung des Windenergiegebiets im Altdorfer Wald. Die Fledermausquartiere und Fledermauswochenstubenkomplexe von Sonderstatusarten der Fledermäuse (Brandtfledermaus, Mopsfledermaus, Großer Abendsegler) als auch die FFH-relevanten windkraftsensiblen Schlüsselarten im Wald (Bechsteinfledermaus, Braunes Langohr) sind essentielle Ruhe- und Fortpflanzungsstätten gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Die Arten gelten als sehr störfähig hinsichtlich Waldrodungen, Wegebau und Veränderung im Waldmikroklima und der Ultraschallkulisse sich drehender Windräder und können durch Bau und Betrieb von Windenergieanlagen vergrämt werden (BFN 2026, ELLERBRKOK et a. 2023). Tatsächlich befinden sich ein Großteil der derzeit ca. 30 WEA-Anlagenstandorte in strukturreichen älteren Mischwaldgebieten mit hoher Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Sie sind bei Verlust nicht aus-gleichbar, vor allem nicht die Wochenstubenquartierkomplexe mit entsprechenden essentiellen Jagdha-bitaten im Umfeld. Es wird dringend empfohlen, anhand der vorliegenden Daten zu den genannten Arten die Abgrenzung des Windenergiegebiets zu prüfen.</p> <p>Die Naturschutzverbände möchten ihren Datenbestand in einer Stellungnahme konzentriert einbringen. Insofern wird auf diese Daten hingewiesen, die der Naturschutzverwaltung selbst alle nicht im Detail vor-liegen. Eine abschließende Empfehlung zur Neuabgrenzung weiterer VRG-Teilflächen auf Grund von Vor-kommen von Sonderstatusarten ist der Naturschutzverwaltung des Landratsamts Ravensburg deshalb aktuell nicht möglich, da weder die entscheidungserheblichen Originaldaten des Projektierers noch die Daten der AG Fledermausschutz umfänglich vorliegen.</p>	<p>wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen. Weitere ERfordernisse, wegen nachgewiesenen Sonderstatusarten die Vorranggebiete Windenergie im Altdorfer Wald weiter zu reduzieren, liegen nicht vor.</p> <p>Die Daten der Naturschutzverbände (Untersuchungen zur Fledermausfauna des Altdorfer Walds 2022-2023, I. Maier) entsprechen nicht den Anforderungen für den Nachweis von Fledermauslebensstätten: In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Bezüglich der Ruhestätten der Bechsteinfledermaus und dem Braunen Langohr wird darauf hingewiesen, dass diese Arten bereits im Fachbeitrag mit einem populationsbezogenen Ansatz bei der Abgrenzung der Schwerpunktorkommen großräumig funktional mitberücksichtigt wurden. Weitere populationsbezogene Freihaltezonen kann es für diese Arten (wie z.B. „Bechsteinfledermaus“ und „Braunes Langohr“) im Rahmen der aktuellen Planungen stringenterweise nicht mehr geben.</p> <p>Nach Kenntnis der konkreten Bauausführung und Standorte der Anlagen, Lage der Freiflächen und der Zuwegungen sowie der Befestigung des Baugrundes kann die untere Naturschutzbehörde am Besten mögliche Vergrämungseffekte beurteilen. Die Art der bau- und anlagebedingten Ausführungen bedingen maßgeblich die Höhe der Effekte.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.301	1126	<p>F. Oberflächengewässer</p> <p>Zum gegenwärtigen Planungsstand gibt es keine Anregungen. Eine wasserwirtschaftliche Stellungnahme erfolgt im jeweiligen Zulassungsverfahren.</p> <p>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes.</p> <p>Fortschreibung Hochwassergefahrenkarten</p> <p>Im Einzugsgebiet der Schussen erfolgt derzeit eine gebietsweise Fortschreibung der Schussen und deren Zuflüsse. Dadurch können sich Änderungen der derzeitigen Überflutungsflächen ergeben, die für die wei-tere Planung zu beachten sind. Nähere Informationen zum aktuellen Stand sind beim RP Tübingen, Refe-rat 53.1, erhältlich.</p> <p>Landesstudie Gewässerökologie</p> <p>Die Gewässer Schussen, Wolfegger Ach, Schwarzach, Obere Argen Untere Argen, Wurzacher Ach Es-chach/Aitrach sind in den Bewirtschaftungsplänen der Wasserrahmenrichtlinie als Programmstrecken ausgewiesen. Die dort vorgesehenen Maßnahmen können über die Breite des gesetzlich vorgeschriebe-nen Gewässerrandstreifens hinausgehen, so dass hier ein entsprechend breiterer Entwicklungskorridor von Bebauung freizuhalten ist. Nähere Informationen sind abrufbar unter <a href="https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/landesstudie-gewaesser/giio/umsetzungsstand/">https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/landesstudie-gewaesser/giio/umsetzungsstand/</a></p>	<p>Es wird ergänzend auf die Abwägung der Stellungnahme des Landesnaturschutzverbands (Az. II.801) verwiesen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Hinweis: die regionalbedeutsamen Fließgewässer nach der Wasserrahmenrichtlinie sind im Regionalplan als Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege und als Kernflächen und Kernräume des Biotopverbunds über den Gewässerrandstreifen hinaus planungsrechtlich gesichert, vgl. PS 3.2.1 und Begründung Regionalplan. Die Kernflächen und Kernräume des regionalen Biotopverbunds wiederum sind im Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie berücksichtigt (s. Anlage zur Begründung Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und in der Strategischen Umweltprüfung (s. Umweltbericht Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie)</p>	Kenntnisnahme
II.301	1127	<p>G. Grundwasser</p> <p>Ergänzungs-Empfehlung zum Textteil, S. 41, Begründung zu PS 4.2.2 G (3):</p> <p>Im Einzelfall können raumbedeutsame Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf besonders landbauwürdigen Flächen errichtet werden, wenn dies (z. B. durch eine damit einhergehende Extensivierung) dem Schutz des Grundwassers, welches für die Trinkwasserversorgung gefördert wird, dienlich und sinnvoll ist.</p>	<p>Die Begründung wird entsprechend der Anregung angepasst. Es sind tatsächlich einzelne Fälle gemeint, in denen z.B. durch eine Extensivierung mit gleichzeitiger Errichtung der FFPV dem Schutz des Grundwassers gedient wird.</p>	Berücksichtigung
II.301	1128	<p>Ergänzungs-Empfehlung zum Textteil, S. 126, Begründung zu PS 3.3.1 Z (3):</p> <p>Mögliche Gefährdungen durch Kabeltrassen und Zuwegungen sind dabei ebenfalls mit einzubeziehen. Um die Nachweise zum Grundwasserschutz zu erbringen, können hydrogeologische Untersuchungen erforder-lich sein, beispielsweise zur Erkundung schützender Deckschichten.</p>	<p>Die Begründung wird entsprechend der Anregung geändert. Gemeint ist tatsächlich der Grundwasserschutz, nicht das Grundwasser.</p>	Berücksichtigung
II.301	1129	<p>H. Schlussbemerkung</p> <p>Das Landratsamt Ravensburg sieht die Umsetzung der Energiewende – auch vor Ort im eigenen Kreisge-biet – als ein wesentliches Erfordernis unserer Zeit und will diesen Prozess nach Kräften</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		unterstützen und mitgestalten. Damit der Aufbau zusätzlicher Erzeugungskapazitäten Erneuerbarer Energien möglichst gut überlegt und geordnet erfolgt, unterstützen wir den aktuellen Planungsprozess des Regionalverbands. Der Teilregionalplan Energie muss möglichst bald in Kraft treten.		
		Anlagen - Anlage zu B) Kreislaufwirtschaft (E-Mail vom 13.11.2024) - Anlage zu E) Naturschutz (Übersichtskarte WP Altdorfer Wald)		
II.301	1130	Zur Ausweisung von Vorranggebieten für FFPV Anlagen ohne Beeinträchtigung von Mooren wurde das Moorkataster der LUBW als Datengrundlage verwendet. Wir empfehlen die Verwendung der BK 50 Moorkarte, da diese die tatsächlich vorkommenden Mooregebiete etwas besser darstellt.	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 874 verwiesen.	Kenntnisnahme
Landratsamt Sigmaringen				
II.302	1024	Zu dem o. g. Verfahren nimmt das Landratsamt Sigmaringen wie folgt Stellung, wobei vorab nochmals generell angemerkt wird, dass die Bereiche Ostrach, Kettenacker und Hettin- gen/Inneringen hinsichtlich der Gesamtbelastung und Zumutbarkeit nochmals betrachtet werden sollten, zumal sich massive Ansammlungen von Anlagen auch aufgrund be- grenzter „Lärmkontingente“ dann ggf. eh nicht realisieren lassen (siehe auch Stellung- nahme „Immissionsschutz“):	Es wird auf die weitere Abwägung zu dieser Stellungnahme (Az. II.302) verwiesen.	Kenntnisnahme
II.302	1026	Zu dem o. g. Verfahren nimmt das Landratsamt Sigmaringen wie folgt Stellung, wobei vorab nochmals generell angemerkt wird, dass die Bereiche Ostrach, Kettenacker und Hettin- gen/Inneringen hinsichtlich der Gesamtbelastung und Zumutbarkeit nochmals betrachtet werden sollten, zumal sich massive Ansammlungen von Anlagen auch aufgrund be- grenzter „Lärmkontingente“ dann ggf. eh nicht realisieren lassen (siehe auch Stellung- nahme „Immissionsschutz“):  Fachbereich Brand- und Bevölkerungsschutz ? Positiv ? Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen ? Negativ ? Nicht betroffen ? Keine Beurteilung möglich  Eine Beurteilung ist in dieser Planungsphase nicht möglich. Eine Beurteilung findet im Rahmen der nachgelagerten Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren statt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1027	Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz ? Positiv ? Mit Anmerkungen zu einer Anpassung der Planung	Es wird auf die weitere Abwägung der Stellungnahme des LRA Sigmaringen (Az. II.302) verwiesen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>? Negativ ? Nicht betroffen ? Keine Beurteilung möglich</p> <p>Zur „Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie sowie Änderungen an anderen Plankapiteln“ werden Konflikte gesehen, die durch Flächenanpassungen (Verschiebungen, Kürzungen) aufgelöst werden könnten.</p>		
II.302	1028	<p><b>WASSERRECHT</b> Grundwasserschutz</p> <p>In Wasserschutzgebieten gelten grundsätzlich die Festlegungen der jeweiligen Schutzgebietsverordnungen.</p> <p>Vorranggebiete für die Wasserversorgung (ggf. mögliche, zukünftige Zonen I und II), sind nach Durchsicht der Planunterlagen vom Regionalplan nicht betroffen.</p> <p>Bei konkreten Projektplanungen in Wasserschutzgebieten bzw. in Vorbehaltsgebieten zur Sicherung der Wasservorkommen werden v. a. in Karstgebieten zur konkreten Bewertung einer Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen standortbezogene hydrogeologische Beurteilungen erforderlich.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.302	1029	<p><b>BODENSCHUTZ</b></p> <p>Die untere Bodenschutzbehörde hat zu der finalisierten Auswahl der Vorranggebiete Windenergie im Landkreis Sigmaringen zusätzlich zu den Anmerkungen in der Stellungnahme der ersten Beteiligungsrunde keine generellen Bedenken vorzubringen.</p> <p>Beim neu benannten Standort WEA-437-030 Hochberg-Ebersbach, welcher zum Teil im Landkreis Sigmaringen zum Liegen kommt, ist der hohe Anteil landwirtschaftlicher Vorrangflur zu beachten sowie die empfindlichen anmoorigen Bodentypen im nördlichen Teil. Die Berücksichtigung der Belange des Bodenschutzes und der Landwirtschaft sind, wie erwähnt, bei der konkreten Standortfestlegung zu beachten.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.302	1030	<p><b>IMMISSIONSSCHUTZ</b></p> <p>Der Landkreis Sigmaringen ist von der Ausweisung regionalbedeutsamer Vorranggebiete für Windkraftanlagen stark</p>	<p>Die Anregung bezieht sich größtenteils auf Sachverhalte, welche bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>betroffen.</p> <p>Der Regionalverband Neckar-Alb plant angrenzend an den Landkreis Sigmaringen ebenfalls in erheblichem Umfang Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen. Dies betrifft die Regionen Trochtelfingen, Pfronstetten und Burladingen.</p> <p>Durch die Planungen beider Teilregionalpläne sind insbesondere Schallimmissionen aus der Windkraft auf die Stadt Gammertingen mit ihren Teilgemeinden Mariaberg, Bronnen, Harthausen und Kettenacker zu erwarten.</p> <p>Diese Belastung wird ggf. durch die Planungen des Regionalverbandes Donau-Iller, die noch nicht so weit gediehen sind, für die Gesamtgemeinden Gammertingen und Hettingen zusätzlich – möglicherweise massiv – erhöht.</p> <p>Auch der Bereich um Ostrach ist im Westen und Osten stark von der Planung betroffen.</p> <p>Dies wurde im Rahmen der Planung erkannt und die Siedlungsabstände insbesondere bei der Neigung zur Umzingelung von Siedlungsgebieten etwas vergrößert.</p> <p>Die Vorranggebiete sollen als sogenannte Rotor-Out-Gebiete ausgewiesen werden, d. h. die Rotorblätter dürfen über die Grenzen der Vorranggebiete hinausragen.</p> <p>Durch die überhängenden Rotorblätter können die Schallausbreitungswege des an den Rotorblättern erzeugten Schalls die aus unserer Sicht knapp bemessenen Schutzabstände zu schutzbedürftigen Wohnnutzungen nochmals unterschreiten.</p> <p>Nach unserer Erfahrung sind bei den inzwischen gängigen Anlagengrößen, die in den vergangenen 3 Jahre deutlich zugenommen haben, Abstände zu allgemeinen Wohnnutzungen von weniger als 1.000 m nach TA Lärm problematisch.</p> <p>Mit tendenziell zunehmenden Anlagengrößen, die auch mit einer Zunahme der Schallemissionen einhergehen, werden immissionsschutzfachliche Konflikte zukünftig weiter verschärft.</p> <p>Hinzu kommt noch eine weitere ungünstige Entwicklung, da in jüngster Zeit Projektierer und Planer hinsichtlich zulässiger Schallimmissionen verstärkt auf „unechte Gemengelagen“ abstellen, mit dem Ziel, die nach der Gebietsfestsetzung oder Gebietseinstufung geltenden Immissionsrichtwerte nach TA Lärm in den Übergangsbereichen zum Außenbereich zu überschreiten.</p> <p>Die Erwartungshaltung, auch hinsichtlich der gewünschten Höhe der Überschreitung, würde jedoch im Ergebnis dazu führen, dass in größeren zusammenhängenden Wohngebieten die Immissionsrichtwerte nach TA Lärm insgesamt erheblich überschritten werden, was zu einer Entwertung der betroffenen</p>	<p>1. Offenlage (s. BE ID 1727, 1728) verwiesen werden.</p> <p>Auch hinsichtlich der Hinweise/Anregungen, die nicht bereits in der 1. Offenlage vorgebracht wurden, wird auf die Abwägung zur 1. OL (s. BE 1727, 1728) verwiesen, die auch für diese Anregungen vollumfänglich zutrifft.</p> <p>Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept inkl. Kriterienkatalog (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) verwiesen.</p> <p>Ein weitergehendes Erfordernis, die Vorsorgeabstände auszuweiten, besteht aus Sicht des Regionalverbands nicht.</p> <p>Die gem. Kriterienkatalog und Planungskonzept vorgesehenen Vorsorgeabstände sind eingehalten (s. Begründung und Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Es wird nachrichtlich darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert wurde. Dadurch vergrößern sich die Vorsorgeabstände. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p> <p>Es wird zudem auf Teil E.3 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage zu genannten Vorranggebieten verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wohngebiete führen würde.</p> <p>Dieser technischen Entwicklung bei den Windkraftanlagen und auch der Entwicklung bei der Projektierung von Windparks durch Abstellen auf unechte Gemengelagen sollte bei der Regional- und Flächennutzungsplanung durch entsprechend vergrößerte Vorsorgeabstände angemessen begegnet werden. Immissionsschutzrechtliche Probleme bereiten dem Landratsamt Sigmaringen insbesondere „Reine Wohngebiete“ (WR). Bei konkreten Windkraftprojekten wurden in diesem Zusammenhang in Schallausbreitungsrechnungen Überschreitungen des Immissionsrichtwertes bei Entfernungen von deutlich über 1.000 m festgestellt. Der Vorsorgeabstand von 950 m bis 1050 m zu „Reinen Wohngebieten“ ist hier offensichtlich nicht mehr ausreichend. Der Verweis auf nachgeordnete Genehmigungsverfahren stellt unserer Auffassung nach keine adäquate Konfliktbewältigung dar.</p> <p>Die untere Immissionsschutzbehörde bittet aus vorgenannten Gründen, die Vorsorgeabstände zu bewohnten Gebieten bzw. zu Wohnnutzungen noch einmal zu überdenken und entsprechend anzupassen.</p>		
II.302	1031	<p><b>NATURSCHUTZ</b></p> <p>Die untere Naturschutzbehörde nimmt im Detail zu den einzelnen geplanten Anlagenstandorten wie folgt Stellung:</p> <p>Zu den bereits vorliegenden Standorten der Photovoltaikanlagen als auch der Windkraftanlagen, bei denen es keine Änderung gab, gelten weiterhin die Aussagen, die bereits in der vorigen Anhörung gemacht wurden.</p> <p>Vorranggebiete Windenergie:</p> <p>Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergie hat insbesondere für den Naturschutz weitreichende Konsequenzen. Nach § 6 Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) ist bei Genehmigungsverfahren in solchen ausgewiesenen Windenergiegebieten abweichend von den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und abweichend von den Vorschriften des § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes eine artenschutzrechtliche Prüfung nicht mehr durchzuführen. Dies gilt lediglich nicht in Natura 2000-Gebieten, Naturschutzgebieten oder Nationalparks.</p>	<p>Es wird auf die Abwägung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die rechtlichen Vorgaben zur Durchführung der Strategischen Umweltprüfung nicht geändert haben, s. Anlage B.3 zur Synopse 1. Offenlage.</p> <p>Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt, d.h. eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten (vgl. Kap. 3.3.2 sowie Anlage 3 des Umweltberichts zum Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Zudem wurden artenschutzrechtliche Belange im Rahmen des Flächenauswahlprozesses für Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt (vgl. Begründung zu Plansatz 4.2.1 sowie Kriterienkatalog für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung). Des Weiteren wurden artenschutzrechtliche Belange in der Strategischen Umweltprüfung zum</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die untere Naturschutzbehörde kann im Verfahren nach der Vollzugsempfehlung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz vom 19. Juli 2023 lediglich eine modifizierte artenschutzrechtliche Prüfung verlangen. Der Antragsteller ist nicht mehr verpflichtet, eine Kartierung oder einen artenschutzrechtlichen Fachbeitrag inklusive einer Habitatpotentialanalyse oder Raumnutzungsanalyse vorzulegen. Die Naturschutzbehörde prüft dann auf Grundlage vorhandener Daten, ob und welche geschützten Arten vorhanden sind und ob/welche Minderungsmaßnahmen geeignet und verhältnismäßig sind, um die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorschriften zu gewährleisten. Liegen keine Daten vor oder reicht die Qualität nicht aus, können keine Minderungsmaßnahmen angeordnet werden. Ohne vorhandene Daten können nur Maßnahmen zur Minderung des Kollisionsrisikos für Fledermäuse sowie Standard-Minderungsmaßnahmen für Vögel angeordnet werden. Können darüber hinaus keine Minderungsmaßnahmen angeordnet werden, hat der Betreiber eine Zahlung in nationale Artenhilfsprogramme zu leisten.</p> <p>Sind Daten vorhanden, prüft die Behörde, ob das Vorhaben gegen artenschutzrechtliche Vorschriften verstößt. Ist dies der Fall, werden Minderungsmaßnahmen geprüft, die bei Eignung angeordnet werden. Sind solche nicht verfügbar oder verhältnismäßig, ist eine Zahlung in Artenhilfsprogramme zu leisten.</p> <p>Das besondere Artenschutzrecht nach §§ 44 ff. BNatSchG kann jedoch der Genehmigung von WEA im Geltungsbereich des § 6 WindBG nach aktueller Rechtslage grundsätzlich nicht mehr entgegenstehen.</p> <p>Dies bedeutet, dass im Stadium der Regionalplanung der Artenschutz besonders zu betrachten ist. Bei der Ausweisung von Vorranggebieten sollte deshalb auch differenziert vorgegangen werden, in dem der Teilregionalplan für artenschutzfachlich bedeutsame Gebiete für eine konkrete Projektplanung noch das Erfordernis einer vertieften Prüfung mit vorsehen sollte.</p> <p>Zu den einzelnen Gebieten wird wie folgt nochmals Stellung bezogen, wobei auch hier teils auf Umstände hingewiesen wird, die erst im Rahmen einer konkreten Projektplanung zum Tragen kommen, für die Regionalplanung in der Gesamtbetrachtung aber wichtig sein könnten:</p>	<p>Teilregionalplan Energie abgearbeitet (s. Entwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie) Die in der Anregung formulierte Annahme, dass auf Ebene des Regionalplans keine Artenschutzprüfung stattfindet, trifft somit nicht zu.</p> <p>Zur Anwendung des § 45b BNatSchG schreibt das MLW im o.g. Schreiben darüber hinaus:</p> <p>„Um Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an Land zu vereinfachen und zu beschleunigen, sieht das BNatSchG in § 45b nun bundeseinheitliche Standards für die in diesem Zusammenhang durchzuführende artenschutzrechtliche Prüfung vor. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf der Signifikanzprüfung nach § 44 Abs. 5 Satz 2 Nummer 1 BNatSchG sowie auf der erleichterten und rechtssichereren Möglichkeit der Ausnahmeerteilung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG. Die genannte Rechtsnorm ist damit nicht unmittelbar für die Planungsebene anwendbar. Sie ist allerdings für die Vollziehbarkeit der jeweiligen Regionalpläne maßgeblich, um die Frage, ob die Windenergieanlagen auf den Vorrangflächen über eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i. V. m. § 45b Abs. 8 BNatSchG realisierbar wären („Planung in die Ausnahmelage“), zu beantworten.“</p>	
II.302	1032	<p>WEA-436-024, Ebersbach – Nordwest</p> <p>Die südliche Fläche ist in räumlicher Nähe zum Naturschutzgebiet Booser-Musbacher-Ried (Lkr. Ravensburg) geplant.</p>	<p>Naturschutzgebiete mitsamt einem Vorsorgeabstand von 200 m wurden von der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie freigehalten. Das genannte VRG Windenergie</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Auf die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Tübingen für das Naturschutzgebiet wird verwiesen. Der Schutzzweck darf nicht beeinträchtigt werden.	liegt nicht innerhalb von Naturschutzgebieten und ist mehr als 200 m von umliegenden Naturschutzgebieten entfernt. Das Erfordernis, die Abgrenzung des VRG Windenergie wegen der Betroffenheit von Naturschutzgebieten in seiner Abgrenzung zu reduzieren, besteht daher gemäß Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie und Kriterienkatalog (vgl. Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) nicht. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	
II.302	1033	<p>WEA-437-001, Ostrach - West</p> <p>Die Verkleinerung bzw. Aussparung des südöstlichen Waldrandes wird begrüßt, der Konflikt im Zusammenhang mit Schlafplätzen des Rotmilans wird gemindert.</p> <p>Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan, insbesondere bedeutendes Schlafplatzgebiet für den Rotmilan am südöstlichen Waldrand (Vogelkundlicher Rundbrief Allgäu-Oberschwaben Nr. 958 vom 27.12.2020 und Nr. 1102 vom 07.01.2024).</p>	<p>Auch außerhalb der Schwerpunktorkommen des Fachbeitrags können in geeigneten Lebensräumen Vögel- und Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, vorkommen. Sie erfüllen aus landesweiter Sicht jedoch nicht die Voraussetzungen, um im Rahmen der im Fachbeitrag gewählten Methodik und der zur Verfügung stehenden Datengrundlagen als Schwerpunktorkommen der Kategorie A und B abgegrenzt zu werden. Vom Fachbeitrag sind auch Arten umfasst, die bevorzugt in Siedlungsbereichen vorkommen. Daher können Schwerpunktorkommen auch in Siedlungsbereichen liegen. Es wird davon ausgegangen, dass für die im Fachbeitrag abgedeckten Arten die aus landesweiter Perspektive wichtigsten Landschaftsausschnitte im Fachbeitrag dargestellt werden. Eine angemessene Berücksichtigung der Schwerpunktorkommen durch den Planungsträger trägt daher zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei. Aus fachlicher Sicht sind die Schwerpunktorkommen nicht vergleichbar mit den im konkreten Genehmigungsverfahren (oder in raumspezifischen Gutachten) relevanten, oftmals dynamischen Horststandorten. Vielmehr bilden die Schwerpunktorkommen raumgreifend die für die Arten aus landesweiter Perspektive besonders wichtigen Landschaftsausschnitte ab, welche als zeitlich deutlich stabiler einzuschätzen sind. Datengrundlagen aus einzelnen, lokalen Kartierungen wurden zur Herleitung der landesweiten Schwerpunktorkommen i. d. R. nicht verwendet, um keine Verzerrungen bei den Ergebnissen des Fachbeitrags zu erzielen. Denn da bei solchen punktuellen</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Kartierungen der landesweite Vergleich fehlt, bleibt unklar, ob die mutmaßlich höhere Anzahl Artnachweise aus Gutachten tatsächlich mit landesweit höheren Dichten korrespondiert. Im ungünstigsten Fall hätten die anhand dieser Daten abgegrenzten Schwerpunktorkommen nur den höheren Erfassungsaufwand widergespiegelt und nicht die landesweit höchsten Dichten.</p> <p>Für Arten, die im Fachbeitrag Artenschutz erfasst sind, sind Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag für die Regionalplanung unbeachtlich, da das dem Fachbeitrag zugrunde liegende Konzept der Schwerpunktorkommen die kurzfristige räumliche Dynamik von Artorkommen und deren Bedeutung für die Regionalplanung bereits konzeptionell berücksichtigt. Die Kategorien des Fachbeitrags sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei.</p>	
II.302	1034	Das FFH-Gebiet „Riede und Gewässer bei Mengen und Pfullendorf“ befindet sich im Abstand von <200 m, eine FFH-Vorprüfung wäre im Genehmigungsverfahren in jedem Fall erforderlich. Ferner handelt es sich um einen Schwerpunktraum für Vögel der offenen Feldflur, Belange des Artenschutzes sind bei der Festlegung der WEA-Standorte zwingend zu berücksichtigen.	<p>Das FFH-Gebiet „Riede und Gewässer bei Mengen und Pfullendorf“ befindet sich nur sehr kleinflächig in einem Abstand von &lt;200 m zu dem geplanten VRG.</p> <p>Lebensstätten oder Lebensraumtypen sind in diesem Bereich nicht betroffen. In Bezug auf die Natura 2000 Kulisse werden auf regionalplanerischer Ebene keine erheblichen Beeinträchtigungen festgestellt.</p> <p>Das VRG WEA-437-001 Ostrach-West liegt fast ausschließlich im Wald oder Waldrand. Lebensräume für Feldlerchen sind hier marginal betroffen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.302	1035	WEA-437-002, Hoßkirch-Ostrach Hier gibt es inzwischen ein nachgewiesenes Vorkommen windkraftsensibler Brutvögel wie Rot- milan und Wespenbussard, essentielle Jagdhabitats und Wochenstuben kollisionsgefährdeter Fledermausarten (aus Gutachten zum genehmigten WP Hoßkirch). Belange des Artenschutzes wären im Genehmigungsverfahren zwingend zu berücksichtigen.	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.302	1036	WEA-437-003, Hoßkirch-Ostrach-Tafersweiler Die Streichung/Verkleinerung von Teilflächen wird begrüßt.	Am 03.10.2024 erhielt der RVBO eine Flächenabgrenzung vom Betreiber, die auf Grund von Rekultivierung (See) sowie	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Teile des geplanten Vorranggebietes betreffen allerdings noch immer die Flächen des Abbau- gebiets (Vorrang des Abbaus muss gewahrt bleiben).</p> <p>Vorkommen gefährdeter Arten:  Vögel (z. B. Uferschwalbe, Flussregenpfeifer, Goldammer, Neuntöter), Amphibien (z. B. Kreuz- kröte, wichtiges Laichhabitat für Erdkröte), Libellenarten (z.B. Kleine Pechlibelle), Tagfalter (z. B. Feuriger Perlmutterfalter, Silberfleck-Perlmutterfalter), Laufkäfer (Dünen-Sandlaufkäfer), Heuschrecken (z. B. Blauflügelige Sandschrecke).</p> <p>Im Rahmen des Rekultivierungsplans Kiesabbau Weimar Wagenhart sind auf der Fläche zwei größere Seen mit Uferbereichen und Biotopflächen für die geschützten Arten vorgesehen. Auf diesen Flächen ist entgegen der Einschätzung im Planentwurf mit einem hohen artenschutz- rechtlichen Konfliktpotenzial zu rechnen.</p> <p>Die Grube befindet sich aktuell noch im Abbau. Mit einer Endrekultivierung kann frühestens 2047 gerechnet werden. Deshalb kann das Gebiet nur anteilig dem Ausbau der erneuerbaren Energien und nur nach entsprechender Änderung der aufgegebenen Rekultivierungsverpflich- tung zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Zufahrten aus der Flächenkulisse Windenergie ausgeschlossen werden sollte. Diese Flächenabgrenzung wurde im Rahmen der Überarbeitung des Planentwurfs berücksichtigt.</p> <p>Auf der Restfläche (Abgrenzung entsprechend Planentwurf zum Satzungsbeschluss) steht einer Festlegung eines VRG-Wind, vorbehaltlich einer möglichen Rekultivierungsänderung, grundsätzlich nichts mehr entgegen.</p> <p>Zur zeitlichen Verfügbarkeit der betroffenen Flächen für die Windenergienutzung:  Laut Betreiber wird der der Trockenabbau im westlichen Bereich bis Ende 2025 abgeschlossen sein und die Nassabbautätigkeiten, die angrenzen werden bis Ende 2026 andauern (grobe Schätzung). (Mail 16.10.2024)</p> <p>Viele Artnachweise können nur im Zuge der konkreten Standortwahl beachtet werden (z.B. Amphibien, Reptilien, Insekten). Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst.</p> <p>Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			(i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.	
II.302	1037	WEA-437-004, Krauchenwies-Ostrach Die Streichung des Gebiets wird auch aus Gründen des Artenschutzes begrüßt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1038	WEA-437-006, Pfullendorf-Hilpensburg Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan und Wespenbussard, kollisions- gefährdeter Fledermausarten, Haselmaus. Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung (bedingt geeignet) kann hier nachvoll- zogen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1039	WEA-437-007, Bad Saulgau - Steinbronnen-1 Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan und Fledermäuse. Es handelt sich um einen Schwerpunktraum für Vögel der offenen Feldflur. Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung (bedingt geeignet) kann hier nachvoll- zogen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1040	WEA-437-008, Bad Saulgau - Steinbronnen-2 Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan und Wespenbussard Es handelt sich um einen Schwerpunktraum für Vögel der offenen Feldflur. Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier nachvollzogen werden. (Be- reits im Bereich Steinbronnen 1 Anlage vorhanden). Es wird empfohlen, die beiden Gebiete (WEA-437-007 und 008) um die Feldvogelkulisse zu verkleinern.	Betr. Arten Fachbeitrag s. BE-ID 1033  Gemäß Planungskonzept werden die Schwerpunkgebiete für Vögel der offenen Feldflur bei Vorranggebieten Windenergie lediglich als "Konflikt" gewertet (Meidung störender Kulissen). Daher wurden diese Gebiete auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen, werden allerdings nur in sehr wenigen Fällen betroffen (s. Tab. U43 im Umweltbericht, Anlagen, 2. OL) Daher gibt es aus regionaler Sicht nur eine geringe Betroffenheit. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage	Keine Berücksichtigung
II.302	1041	WEA-437-009, Bad Saulgau - Kleintissen Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Schwarzmilan und Wespenbussard, Fle- dermäuse auf Grundlage der „Artenschutzräume Kategorie B“. Der Einschätzung des Regionalplanes zu den naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1042	<p>Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier nachvollzogen werden.</p> <p>WEA-437-011, Meßkirch-Leibertingen</p> <p>Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan, Fledermäuse. Es handelt sich um „Artenschutzräume Kategorie B“.</p> <p>Die Fläche ist bereits größtenteils im Flächennutzungsplan als Konzentrationszone für Wind- kraft enthalten.</p> <p>Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier nachvollzogen werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1043	<p>WEA-437-014, Bingen - Nord</p> <p>Die Streichung von Teilflächen wird begrüßt.</p> <p>Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten (wie Rotmilan), Haselmaus und Fledermaus- arten.</p> <p>Des Weiteren befinden sich auf der Fläche noch Ausgleichs (CEF-) Maßnahmen für die Hasel- maus.</p> <p>Das FFH-Gebiet „Gebiete um das Laucherttal“ befindet sich im Abstand von &lt;200 m, eine FFH-Vorprüfung ist erforderlich</p> <p>Belange des Artenschutzes sind bei der Festlegung der WEA-Standorte zwingend zu berück- sichtigen.</p> <p>Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann nachvollzogen werden.</p> <p>Jedoch ist zu bedenken, dass in diesem Bereich bereits 8 Anlagen genehmigt sind, die sich auf die Schutzgüter u. a. „Kultur- und Sachgüter“ auswirken werden.</p>	<p>In der Natura 2000 Vorabprüfung ist zu beurteilen, ob die Festlegungen des Regionalplans die Natura 2000-Gebiete angesichts der für sie festgelegten Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten und ob die Kohärenz des Netzwerkes Natura 2000 gefährdet sein könnte, Aus Sicht des Regionalverbands sind die in der Anregung genannten Vorranggebiete von den in der Anregung genannten Natura-2000-Gebieten ausreichend weit genug entfernt, um erhebliche Beeinträchtigungen auf die in der Anregung genannten Fallgruppen auszuschließen. In diesem Fall ist die Überschneidung im Nahbereich von 200 m mit ca.19 ha relativ gering. Zudem wurde beim Vorranggebiet WEA-437-014 Bingen Nord bereits Im Zuge der Genehmigung des Windparks bei Bingen, welcher zu großen Teilen deckungsgleich mit dem Vorranggebiet ist, eine Verträglichkeit des Vorhabens mit dem FFH-Gebiet „Gebiete um das Laucherttal“ im Verfahren festgestellt.</p> <p>Benachbart sind Lebensstätten des Großen Mausohrs betroffen. Hier heißt es im Umweltbericht zur Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie, dass „beim Großen Mausohr laut LUBW-Hinweispapier keine Kollisionsgefährdung gesehen wird. Auch wird eine Gefährdung hinsichtlich essenzieller Nahrungsgebiete als gering eingeschätzt“. Weiter heißt es: „Insgesamt ergeben sich in der Betrachtung der Vorsorgebereiche keine erheblichen Beeinträchtigungen für das Netzwerk Natura 2000.“</p> <p>In der Natura-2000-Vorabprüfung des Regionalplans erfolgt auf Basis einer überschlägigen Prognose eine Beurteilung, ob es für die spezifischen Erhaltungsziele des Natura-2000-Gebietes durch die jeweilige Planfestlegung erhebliche Beeinträchtigungen geben könnte oder ob sich diese offensichtlich ausschließen lassen. Kommt die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Natura 2000-Vorabprüfung zu dem Ergebnis, dass erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können, bedarf es keiner weiteren Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung (vertiefende Prüfung der Erheblichkeit) auf Ebene der Regionalplanung mehr. (vgl. Kap. 8.1 Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Dies ist in den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie der Fall.</p> <p>Aufgrund der obigen Ausführungen ist eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erforderlich. Da keine erheblichen Beeinträchtigungen prognostiziert werden, wird auch nicht auf die Festlegung der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie verzichtet.</p> <p>Die Natura 2000-Vorabprüfung ist ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung durchgeführt worden. Exakte Standorte werden erst auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt werden können.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die zuständigen Behörden (Höhere Raumordnungsbehörde, Höhere Naturschutzbehörde, Oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde, Oberste Naturschutzbehörde) keine Einwände zu diesem Vorgehen bezüglich der Natura-2000-Vorabprüfung vorgebracht haben.</p> <p>Die Aspekte des Schutzgutes "Kultur und Sachgüter" sind im Planungskonzept berücksichtigt (im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, s. Anlage zur Begründung des Teilregionalplans sowie durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für Windenergienutzung sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung, s. Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Teilregionalplans Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss). Für jedes Vorranggebiet für Windenergienutzung wurden zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Kultur und Sachgüter“ ermittelt und in</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Steckbriefen dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.</p> <p>Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betriebs von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbaren Energien der Vorrang eingeräumt.</p>	
II.302	1044	<p>WEA-437-016, Veringenstadt - Südost</p> <p>Die Fläche ist teilweise im FNP als Konzentrationszone für Windkraft enthalten.</p> <p>Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan, Wespenbussard, Fledermäuse. Das FFH-Gebiet „Gebiete um das Laucherttal“ befindet sich im Abstand von &lt;200 m, eine FFH-Vorprüfung ist erforderlich.</p> <p>Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier nachvollzogen werden.</p>	<p>Das Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan, Wespenbussard wurde bereits durch Berücksichtigung des Fachbeitrags der LUBW mit abgehandelt.</p> <p>In der Natura 2000 Vorabprüfung ist zu beurteilen, ob die Festlegungen des Regionalplans die Natura 2000-Gebiete angesichts der für sie festgelegten Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten und ob die Kohärenz des Netzwerkes Natura 2000 gefährdet sein könnte, Aus Sicht des Regionalverbands sind die in der Anregung genannten Vorranggebiete von den in der Anregung genannten Natura-2000-Gebieten ausreichend weit genug entfernt, um erhebliche Beeinträchtigungen auf die in der Anregung genannten Fallgruppen auszuschließen. In diesem Fall ist die Überschneidung im Nahbereich von 200 m mit ca.10 ha relativ gering. Lebensraumtypen sind &gt;450m entfernt. (Spelz-Trespen-Population westlich Inneringen)</p> <p>In der Natura-2000-Vorabprüfung des Regionalplans erfolgt auf Basis einer überschlägigen Prognose eine Beurteilung, ob es für die spezifischen Erhaltungsziele des Natura-2000-Gebietes durch die jeweilige Planfestlegung erhebliche Beeinträchtigungen geben könnte oder ob sich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>diese offensichtlich ausschließen lassen. Kommt die Natura 2000-Vorabprüfung zu dem Ergebnis, dass erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können, bedarf es keiner weiteren Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung (vertiefende Prüfung der Erheblichkeit) auf Ebene der Regionalplanung mehr. (vgl. Kap. 8.1 Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Dies ist in den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie der Fall.</p> <p>Aufgrund der obigen Ausführungen ist eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erforderlich. Da keine erheblichen Beeinträchtigungen prognostiziert werden, wird auch nicht auf die Festlegung der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie verzichtet.</p> <p>Die Natura 2000-Vorabprüfung ist ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung durchgeführt worden. Exakte Standorte werden erst auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt werden können.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die zuständigen höheren und obersten Behörden (Höhere Raumordnungsbehörde, Höhere Naturschutzbehörde, Oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde, Oberste Naturschutzbehörde) keine Einwände zu diesem Vorgehen bezüglich der Natura-2000-Vorabprüfung vorgebracht haben</p>	
II.302	1046	<p>WEA-437-019, Gammertingen</p> <p>Die Streichung von Teilflächen wird begrüßt.</p> <p>Es handelt sich um einen Schwerpunkttraum für Vögel der offenen Feldflur. Außerdem ist die Nähe zu Schwerpunktvorkommen und zu Natura2000-Gebieten (Vogelschutzgebiet „Südwest- alb und Oberes Donautal“ in &lt;200 m Entfernung gegeben, eine FFH-Vorprüfung ist erforderlich).</p> <p>Für Gammertingen-Ost ist der Bereich nördlich der Landkreisgrenze durch den Regionalplan Windenergie des Regionalverbands Neckar- Alb mit der Fläche RT-04 (direkt angrenzend an WEA-437-019) mit einer Fläche von 355 ha</p>	<p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-019, Gammertingen-Ost, liegt in einer Entfernung von 200 m zum Vogelschutzgebiet. Damit konnten im Planungsprozess mögliche künftige Beeinträchtigungen durch eine geringe Reduzierung der Abgrenzung der Vorranggebiete auf einen Vorsorgeabstand von 200 m zum Vogelschutzgebiet wirksam verringert werden.</p> <p>Im Umweltbericht des Entwurfs zur 2. Offenlage Teilregionalplan Energie ist für WEA-437-019 Gammertingen-Ost und WEA-437-020 Inneringen-Nordost</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>überplant. Dies ergibt nur für den Bereich östlich von Gammertingen (Gammertingen, Harthausen, Feldhausen) ein Vorranggebiet Windenergie mit immer noch 666 ha.</p> <p>Artenschutzbelange sind in erheblichem Maß beeinträchtigt. Es wird vom Erfordernis einer FFH-Vollprüfung auf Genehmigungsebene ausgegangen. Aufgrund der Nähe zu Schutzgebieten und der artenschutzfachlichen Beeinträchtigung sollte das Gebiet gestrichen werden.</p>	<p>nachzulesen: "Diese liegen mit einer Fläche von insgesamt 246 ha im 200 bis 1.000 m – Umfeld des Vogelschutzgebietes"</p> <p>Die Fläche WEA-437-020 Inneringen-Nordost wird zum Satzungsbeschluss aufgrund entgegenstehender militärischer Belange stark reduziert, so dass nur noch 12 ha im 1.000 m – Umfeld des Vogelschutzgebietes liegen.</p> <p>Damit liegen im Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss nur noch 108 ha VRG Windenergie (WEA-437-016, WEA-437-019, WEA-437-020_1) im 1000 m Umfeld zum Vogelschutzgebiet. Die gesamte Pufferfläche beträgt ca. 90.000 ha.</p> <p>Im Verhältnis zur Größe des Vogelschutzgebietes inklusive einer Pufferfläche von 1000 m (in Summe ca. 90.000 ha) um das Vogelschutzgebiet ergibt sich eine Überlagerung von ca. 0,1 % mit den Vorranggebiet Windenergie WEA-437-019 Gammertingen-Ost im Pufferbereich. Auf Grund der kleinräumigen Überlagerung ausschließlich im weiteren Pufferbereich von 1000 m kann auf regionaler Planungsebene nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung für das Vogelschutzgebiet Südwestalb und Oberes Donautal ausgegangen werden.</p> <p>Daher werden im Rahmen der ebenenspezifischen Vorabprüfung erhebliche Beeinträchtigungen prognostisch ausgeschlossen, s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss</p>	
II.302	1047	<p>WEA-437-020, Inneringen - Nordost</p> <p>Die Fläche ist teilweise im FNP als Konzentrationszone für Windkraft enthalten. Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan, Fledermäuse.</p> <p>Artenschutzbelange sind in erheblichem Maß beeinträchtigt. Das FFH-Gebiet "Südwestalb und Oberes Donautal" befindet sich in näherem Umfeld, eine FFH-Vorprüfung ist erforderlich, außerdem handelt es sich um einen Schwerpunkttraum für Vögel der offenen Feldflur.</p> <p>Die Daten der Publikation von Frau Gschwend sind bei einem Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen (siehe Kettenacker).</p>	<p>s. Abwägung BE-ID 1046 zu Vogelschutzgebiet</p> <p>Durch die Streichung von Teilflächen des VRG WEA-437-020 ist auch der größte Teil des Gebietes der Vögel der offenen Feldflur nicht mehr von der Kulisse überlagert.</p> <p>Gebiete der offenen Feldflur wurden im Kriterienkatalog des Regionalverbandes als Konflikt behandelt und in die Abwägung eingestellt.</p> <p>Die von den höheren Naturschutzbehörden und Verbänden ausgewiesenen Zugkonzentrationskorridore konnten von Planungen für Windenergie freigehalten werden. Relevante überregionale Zugvogelkonzentrationskorridore gingen in die Festlegung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>von Vorranggebieten Windenergie als erhebliches Konfliktkriterium ein. Auf Grund des vorherrschenden Breitfrontenzuges konnten nicht alle möglichen Vogelzugrouten berücksichtigt werden.</p> <p>Da das Landratsamt Sigmaringen für das Genehmigungsverfahren verantwortlich ist, ist damit auch sicher gestellt, dass die Daten der Publikation von Frau Gschweng bei dem Genehmigungsverfahren entsprechend der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens geltenden Sach- und Rechtslage berücksichtigt werden.</p> <p>Hinweis: Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p>	
II.302	1048	WEA-437-021, Illmensee - Südwest Es sind hier Artenschutzbelange in erheblichem Maß beeinträchtigt, deshalb ist der Standort nur bedingt geeignet.	s. Steckbrief Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss zum in der Anregung genannten Vorranggebiet	Kenntnisnahme
II.302	1049	WEA-437-025, Wald Die Streichung von Teilflächen wird begrüßt. Vorkommen kollisionsgefährdeter Brutvogelarten wie Rotmilan, und Fledermäuse nach „Arten- schutzzräume Kategorie B“, südlich im NSG Moosried Flugbewegungen vom Schwarzstorch.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1050	WEA-437-026, Kettenacker – Ost Für den Bereich Gammertingen-Kettenacker ist neben dem Vorranggebiet „Kettenacker-Ost“ mit 220 ha direkt angrenzend das Vorranggebiet RT-06 Pfronstetten mit 723 ha, Trochtelfingen mit 63 ha und 117 ha des Regionalverbands Neckaralb und südöstlich das Vorranggebiet Dürrenwaldstetten-Buchwald mit 403 ha geplant, was für diesen Bereich Windkraftflächen mit insgesamt 1526 ha ergibt. Südlich von Kettenacker ist in ca. 1.000 m Entfernung im Bereich „Inneringen Nordost“ WEA- 437-020 ein weiteres Vorranggebiet Windenergie mit einer Fläche von 336 ha geplant.  Insgesamt ist der Bereich um Gammertingen mit einer Gesamtfläche von 2.548,6 ha Vorrang- flächen durch WEA-437-019, -020 und -026 sowie den angrenzenden Flächen des Regional- verbands Neckaralb (355 ha + 117 ha +83 + 723 ha) + die Planung des östlich angrenzenden Regionalverbands Donau-Iller mit Dürrenwaldstetten-Buchwald – #21-02A mit 403 ha, betroffen.	<p>Die Anregung bezieht sich größtenteils auf Sachverhalte, welche bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage (s. BE ID 1936) verwiesen werden.</p> <p>Auch hinsichtlich der Hinweise/Anregungen, die nicht bereits in der 1. Offenlage vorgebracht wurden, wird auf die Abwägung zur 1. OL (s. BE 1936) verwiesen, die auch für diese Anregungen vollumfänglich zutrifft.</p> <p>Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept inkl. Kriterienkatalog (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) verwiesen.</p> <p>Ein weitergehendes Erfordernis, Flächenkürzungen vorzunehmen, besteht aus Sicht des Regionalverbands nicht.</p> <p>Es wird nachrichtlich darauf hingewiesen, dass das</p>	Teilweise Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Dazu kommen im Norden/Nordosten von Gammertingen die Flächen des RV Neckar Alb Bur- ladingen mit 401 ha und Burladingen/Trochtelfingen mit 463 ha. Südlich an das Vorranggebiet „Langenenslingen-Kapellenhau“ - #21-02B mit 625 ha grenzt im Landkreis Sigmaringen das Vorranggebiet „Bingen – Nord“ - WEA-437-014 mit 527 ha an. Auch wenn mittlerweile die Flächen zum Teil verkleinert wurden, kommt es insgesamt noch immer zu einer sehr großen Belastung mit 3450 ha Vorranggebiet um die Gemeinden Gammer- tingen, Langenenslingen, Hettingen (Inneringen) und Bingen.</p> <p>Damit ergibt sich um Gammertingen und Hettingen eine ungleichmäßige und sehr massive Häufung von WEAs - dazu kommen Veringenstadt Südost und Bingen Nord. Durch die Konzentration einiger Vorranggebiete im nördlichen Landkreisteil sind insbesondere die Gammertinger Ortsteile Feldhausen, Harthausen und Kettenacker hinsichtlich des Schutz- guts Mensch massiv beeinträchtigt. Durch die Vielzahl möglicher Anlagen und deren Höhe ist eine weite Sichtbarkeit gegeben, die vormals unbelastete Landschaftsbereiche und Sichtbezie- hungen optisch stark bedrängt und damit erheblich beeinträchtigt. Hinzukommen visuelle und akustische Emissionen. Weitere negative Auswirkungen werden auf die Erholungsfunktion so- wie das Wohlbefinden erwartet.</p> <p>Hinsichtlich der Landschaftsbildbewertung wirken sich zusätzlich die Anlagen des Vorrangge- biets RT-05 des Regionalverbands Neckar-Alb auf den Bereich um Gammertingen aus und es ist mit einer überdurchschnittlichen Konflikintensität von Landschaftsbild- und Erholungsfunk- tion zu rechnen, die sich, wie bereits erwähnt, durch die Summation der Vorranggebiete aus drei Regionalplanungen ergibt.</p> <p>Insofern sind unserer Ansicht nach, weiterhin in Abstimmung mit den benachbarten Regional- verbänden, Flächenkürzungen erforderlich.</p>	<p>Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert wurde. Dadurch ergibt sich eine weitere Entlastung im Bereich Gammertingen/Kettenacker/Inneringen. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte zum Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Es wird zudem auf Teil E.3 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage zum genannten Vorranggebiet verwiesen.</p>	
II.302	1051	<p>Bezüglich der Artenschutzbelange wird auf die von Frau Dr. Marion Gschwend veröffentlichte Publikation „Die Bestände des Rotmilans (Milvus milvus) auf der Schwäbischen Alb und in den angrenzenden Naturräumen in Baden-Württemberg“ verwiesen. Insbesondere im Blick auf eine Konzentration der Vorranggebiete im Naturraum Schwäbische Alb ist die Bedeutung dieses Naturraums als Weltdichtezentrum und Quellpopulation für den Rotmilan zu bedenken. Die Da- ten aus der Publikation lagen der LUBW vor, wurden jedoch im Fachbeitrag Artenschutz für die</p>	<p>Auch außerhalb der Schwerpunktorkommen des Fachbeitrags können in geeigneten Lebensräumen Vögel- und Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, vorkommen. Sie erfüllen aus landesweiter Sicht jedoch nicht die Voraussetzungen, um im Rahmen der im Fachbeitrag gewählten Methodik und der zur Verfügung stehenden Datengrundlagen als Schwerpunktorkommen der Kategorie A und B abgegrenzt zu werden. Vom Fachbeitrag sind auch</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ausweisung von Schwerpunktorkommen nicht berücksichtigt. Aus Sicht der unteren Natur- schutzbehörde sollten diese Daten dennoch im Verfahren der Ausweisung von Vorranggebieten Berücksichtigung finden, da sie die örtlichen Verhältnisse hinsichtlich der windkraftempfindli- chen Vogelarten gut abbilden und in Genehmigungsverfahren nicht unberücksichtigt bleiben können.</p>	<p>Arten umfasst, die bevorzugt in Siedlungsbereichen vorkommen. Daher können Schwerpunktorkommen auch in Siedlungsbereichen liegen. Es wird davon ausgegangen, dass für die im Fachbeitrag abgedeckten Arten die aus landesweiter Perspektive wichtigsten Landschaftsausschnitte im Fachbeitrag dargestellt werden. Eine angemessene Berücksichtigung der Schwerpunktorkommen durch den Planungsträger trägt daher zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei. Aus fachlicher Sicht sind die Schwerpunktorkommen nicht vergleichbar mit den im konkreten Genehmigungsverfahren (oder in raumspezifischen Gutachten) relevanten, oftmals dynamischen Horststandorten. Vielmehr bilden die Schwerpunktorkommen raumgreifend die für die Arten aus landesweiter Perspektive besonders wichtigen Landschaftsausschnitte ab, welche als zeitlich deutlich stabiler einzuschätzen sind. Datengrundlagen aus einzelnen, lokalen Kartierungen wurden zur Herleitung der landesweiten Schwerpunktorkommen i. d. R. nicht verwendet, um keine Verzerrungen bei den Ergebnissen des Fachbeitrags zu erzielen. Denn da bei solchen punktuellen Kartierungen der landesweite Vergleich fehlt, bleibt unklar, ob die mutmaßlich höhere Anzahl Artnachweise aus Gutachten tatsächlich mit landesweit höheren Dichten korrespondiert. Im ungünstigsten Fall hätten die anhand dieser Daten abgegrenzten Schwerpunktorkommen nur den höheren Erfassungsaufwand widerspiegelt und nicht die landesweit höchsten Dichten.</p> <p>Für Arten, die im Fachbeitrag Artenschutz erfasst sind, sind Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag für die Regionalplanung unbeachtlich, da das dem Fachbeitrag zugrunde liegende Konzept der Schwerpunktorkommen die kurzfristige räumliche Dynamik von Artvorkommen und deren Bedeutung für die Regionalplanung bereits konzeptionell berücksichtigt. Die Kategorien des Fachbeitrags sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei.</p> <p>zudem:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 zum Fachbeitrag Artenschutz und zum Umgang mit windenergiesensiblen Vogelarten und Dichtevorkommen verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1052	Nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgte Flächen: Der Entfall der nicht weiterverfolgten Flächen WEA-437-012, Leibertingen – West, WEA-437- 013, Leibertingen – Kreenheinstetten, WEA-437-015, Veringenstadt – Ost, WEA-437-022, Ill- mensee - Südost 209 und WEA-437-023, Illmensee - Nordwest 212 wird begrüßt.	Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Kulisse der Vorranggebiete Windenergie gleichermaßen. Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1053	Die beigefügten Anlagen, die uns die Bürgerinitiative übergeben hat, leiten wir hiermit weiter: - Akustische Erfassung von Fledermäusen an drei Standorten bei Kettenacker/Gammer- tingen im Juni 2024	In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.  Die eingereichten Daten erfüllen diese Qualitätskriterien nicht.  Den für die Genehmigung zuständigen Behörden wird empfohlen, die Schutzmaßnahme „Abschaltung“ (siehe § 45b Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsvorhaben vorzusehen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1054	Die beigefügten Anlagen, die uns die Bürgerinitiative übergeben hat, leiten wir hiermit weiter: - Biotope und Dolinen in Kettenacker mit der Bitte um Beachtung  Dolinen sind nach § 33 Abs. 1 Nr. 5 Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG) gesetzlich geschützte Biotope. Hierzu sind die gesetzlichen Vorschriften insbesondere das Verbot des § 30 Abs. 2 BNatSchG zu beachten.	Erdfälle, Dolinen, Karstwannen etc.: Die Punktdaten zu Erdfällen, Dolinen, abflusslosen Karstwannen, Bachschwinden sowie Trockentälern aus der Anlage werden aufgrund der regionalplanerischen Ebene (Planunschärfe des Regionalplans) nicht berücksichtigt. Die Regionalplanung plant Gebiete für Windenergieanlagen keine Standorte. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>m Kriterienkatalog werden viele Kriterien, auch kartierte gesetzlich geschützte Biotope, ab einer Größenordnung von <math>\geq 2</math> ha betrachtet, da kleinere Flächen aufgrund des Maßstabs der Raumnutzungskarte (1:50.000) kaum darstellbar sind und im Bereich der Planunschärfe liegen. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden Umweltauswirkungen ab einer Erheblichkeitsschwelle betrachtet, die dem regionalbedeutsamen Plancharakter entsprechen. Daher wurden in der Umweltprüfung in der Regel regionalbedeutsame Umweltauswirkungen ab einer Betroffenheit von mind. 0,5 ha Fläche betrachtet (Umweltbericht zur 2. Offenlage) inkl. Minimierungsmaßnahmen für nachgelagerte Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren oder Baugenehmigungsverfahren). Für kleinere oder nicht kartierte Biotope innerhalb der Vorbehaltsgebiete bleibt der gesetzliche Schutzstatus unberührt und ist im nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) zu beachten.</p> <p>Die Dolinen sind bei der konkreten Standortwahl angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie). Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Die Prüfung möglicher</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Der Regionalverband ist bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie auf regionsweit verfügbare Daten ausreichender Qualität angewiesen. Er kann keine Kartierungen etc. durchführen. Die Aktualisierung von Daten aus dem Natur- und Artenschutz wie die Aktualisierung der Biotopkartierung und Landschaftspläne ist nicht Gegenstand der Anhörung.</p> <p>Im Scoping-Papier (Anlage zum Umweltbericht) heißt es: „Zur Beurteilung der erheblichen Auswirkungen der regionalplanerischen Festlegungen im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung werden v.a. regionsweit einheitlich vorliegende Geodaten herangezogen. Nur in Einzelfällen werden in der vertieften Umweltprüfung zusätzliche, nicht regionsweit verfügbare Datengrundlagen verwendet.“</p> <p>Die Tatsache, dass einzelne Biotop nicht kartiert sind, steht damit der Festlegung von VRG Windenergie nicht entgegen. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach dem zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
II.302	1055	<p>Vorranggebiete Photovoltaik:</p> <p>FFPV-437-002 Gammertingen – Nord:</p> <p>Der Einschätzung des Regionalplanes zu den Naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1056	<p>FFPV-437-004_1 Gammertingen – Ost 1</p> <p>Innerhalb der Fläche liegen nach § 30 BNatSchG geschützte Biotop, hierunter vor allem ein Magerrasenbiotop im Süden der Fläche, was nicht ohne Weiteres in den B-Plan Bereich übernommen werden darf. Der südliche Bereich mit dem Magerrasenbiotop sollte daher aus dem Planungsbereich herausgenommen werden. Dafür wäre es möglich weitere</p>	<p>Nach den uns vorliegenden Daten zur Biotopkartierung (LUBW, RIPS 2023) liegt das Magerrasenbiotop außerhalb des Vorbehaltsgebietes.</p> <p>Schwerpunktgebiete für Feldvögel der offenen Feldflur wurden im Kriterienkatalog des Regionalverbandes als Konflikt behandelt und in die Abwägung eingestellt.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bereiche im Nord- osten der Fläche zu ergänzen.  Es sind weiterhin artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie beispielsweise der Feldlerche zu erwarten. Zusätzlich ist hier auch potentiell ein Winterrevier des Raubwürgers nicht auszuschließen.</p>	<p>Im Teilregionalplan Energie wird nach Empfehlung der AG Tierökologie und Planung (J. Trautner) die im Rahmen eines Fachgutachtens speziell für die Region Bodensee-Oberschwaben erstellte Feldvogelkulis als Konflikt in die Auswahl der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik eingebracht. Für die Einstufung als erheblicher Konflikt oder Konflikt wurde die Kulis der Schwerpunktgebiete für Vögel der offenen Feldflur Priorität 1 eingeteilt in Gebiete mit besonders hohem Potenzial und sonstige Schwerpunktgebiete.</p> <p>Die Feldvogelkulis des Fachplans landesweiter Biotopverbund BW, 2022, wurde dagegen nicht herangezogen, da diese Kulis nicht die gleiche fachliche Belastbarkeit aufweist wie die priorisierte Kulis des Regionalverbandes. Dieser Belang sollte, nach Konkretisierung der Anlagengröße, im nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) beachtet werden.</p> <p>Die Hinweise werden zu möglichen artenschutzrechtlichen Konflikten oder potenziellen Revieren werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Derartige Belange können nach Konkretisierung der Anlage- und baubedingten Wirkungen in den nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren und artenschutzrechtlichen Prüfungen bzw. ggf. Umweltverträglichkeitsprüfung) beachtet und abgearbeitet werden.</p> <p>Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht aufgenommen.  Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.302	1057	<p>FFPV-437-005 Kettenacker - Nordost</p> <p>Der Einschätzung des Regionalplanes zu den Naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1058	FFPV-437-006 – Inneringen - Südwest Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie beispielsweise der Feldlerche zu erwarten. Weiterhin gibt es in der Umgebung Vorkommen der streng geschützten Art Bromus grossus, sodass die Art auch potentiell auf den geplanten Vorbehaltsflächen für PV Anlagen vorkommt.	s. BE-ID 1056 Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss aufgenommen. Das mögliche Vorkommen von Bromus grossus in der Umgebung wird in den Umweltbericht aufgenommen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Teilweise Berücksichtigung
II.302	1059	FFPV-437-007 Inneringen – Südost Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Im Südosten der Fläche sind Vorkommen der Kreuzotter bekannt. Die Art ist bei der Planung in besonderem Maße zu beachten. Der Einschätzung des Regionalplanes zu den Naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1060	FFPV-437-009 Veringenstadt – West Die Fläche liegt noch teilweise in der Feldvogelkulisserie des Biotopverbundes. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen. Dies sollte hier daher beachtet werden. Da das Gebiet in Waldrandnähe verlagert wurde wurden hier nun bereits Konflikte entschärft. Es sind allerdings weiterhin Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten.	s. BE-ID 1056 s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070, zu Biotopverbund BE-ID 1075  Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht aufgenommen. Belange des Biotopverbundes wurden bereits im Planungskonzept mit berücksichtigt (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik, Anlage zur Begründung Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss) sowie in der Strategischen Umweltprüfung (s. Umweltbericht).  Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1061	FFPV-437-012 Veringerhütte Im vorliegenden Fall sind bereits artenschutzrechtliche Konflikte mit dem Vorkommen von Feldlerchen aufgetreten. Eine Verlagerung des Gebietes in Waldrandnähe hätte hier Konflikte entschärfen können.	s. BE-ID 1056 Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht aufgenommen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1062	FFPV-437-014 Hochberg 4 Der Einschätzung des Regionalplanes zu den Naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1063	FFPV-437-018 Rauschberg Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten des Grünlandes zu erwarten. Die Herstellung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf Grünland ist mit erheblichen Konflikten mit den naturschutzfachlichen Belangen	Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		nach der Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG ver- bunden.	nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage Ein Hinweis auf mögliche Vorkommen von Grünlandarten wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss mit aufgenommen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
II.302	1064	FFPV-437-019 Stetten am kalten Markt – Ost Die Anlage besteht bereits. Eine Einschätzung zu den Konflikten erübrigt sich an dieser Stelle.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1065	FFPV-437-020 Glashütte Ost 3 Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten, von der angrenzend bereits Nachweise vorliegen. Auf der Fläche ist daher ebenfalls mit einem Vor- kommen der Art zu rechnen. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenden Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF-Maßnahmenflächen zu rechnen.	Die Hinweise zu möglichen artenschutzrechtlichen Konflikten oder potenziellen Revieren werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.  Derartige Belange können nach Konkretisierung der Anlage- und baubedingten Wirkungen in den nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren und artenschutzrechtlichen Prüfungen bzw. ggf. Umweltverträglichkeitsprüfung) beachtet und abgearbeitet werden.  Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss aufgenommen.  Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1066	FFPV-437-021 Glashütte - West Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es sind artenschutzrechtliche Kon- flikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenden Reviere dar.	Die Fläche wurde im Zuge der Abwägung zum Satzungsbeschluss aufgrund von entgegenstehenden Belangend der Bundeswehr (s. BE ID 1369) aus der Kulisse entnommen. Eine Abwägung zu den in der Anregung genannten Punkten ist daher hinfällig.	Teilweise Berücksichtigung
II.302	1067	FFPV-437-022 Schwenningen – Südwest  Die Fläche liegt teilweise in der Feldvogelkulisse des Biotopverbundes. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche	s. BE-ID 1065 und 1056 Das Vorkommen der Feldlerche und das mögliche Vorkommen der Wachtel sowie das Vorkommen der Kornweihe werden in den Umweltbericht zum	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen. Dies sollte hier daher beachtet werden. Die untere Naturschutzbehörde empfiehlt weiterhin die Verlagerung des Gebietes in Waldrandnähe um Konflikte hier weitgehend zu minimieren und ggf. auch zu vermeiden.</p> <p>Auf der Fläche wurde im März 2022 durch die untere Naturschutzbehörde bereits die Feldlerche festgestellt. Weiterhin ist mit Vorkommen der Wachtel zu rechnen. Im Winter wurden bereits mehrfach um Schwenningen herum streng geschützte Kornweihen nachgewiesen. Es sind da- mit potentielle Ruhestätten der Art betroffen.</p>	<p>Satzungsbeschluss aufgenommen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.302	1068	<p>FFPV-437-024 Hausen – West</p> <p>Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten des Grünlandes zu erwarten. Im Ge- biet nachgewiesen sind bereits die Waldeidechse und die Kreuzotter in den östlichen Teilge- bieten. Biotope sind im Rahmen der Planungen zu erhalten. Eingriffe auf Grünlandstandorten auch durch die Errichtung einer PV Anlage stellen eine Ab- wertung der Wertigkeit der Lebensraumflächen dar. Potentiell sind hier auch weitere Magerwie- sen betroffen. Das Vorhaben kann daher zu erheblichen Beeinträchtigungen führen. Auch das vor Ort hochwertige Landschaftsbild ist an dieser Stelle erheblich betroffen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass nach § 31 (4) NatSchG Alleen gesetzlich geschützt sind. In der Fläche befinden sich mehrere Alleen auf die im Bericht weiterhin nicht eingegangen wird. Durch die Errichtung der PV Anlage stehen Konflikte mit der Beschattung der Module durch die Bäume im Raum. Bei Totholzentwicklung können Konflikte hinsichtlich der Verkehrssicherung auftreten, denen man vorzeitig vorbeugen muss. Das Ergebnis der Raumordnerischen Gesamt- bewertung kann hier daher vor allem aus Sicht des Artenschutzes, des Landschaftsschutzes und des gesetzlichen Schutzes von Landschaftsbestandteilen nicht nachvollzogen werden. Die Fläche ist als Vorbehaltsgebiet nur bedingt geeignet.</p>	<p>Zum Thema Artenschutz:</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben. Im Planungskonzept zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) sind bereits artenschutzfachliche Belange berücksichtigt. Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen fanden Berücksichtigung im planerischen Abwägungsprozess. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorbehaltsgebiet in den Steckbriefen (s. Anlage 2 zum Umweltbericht) nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Die Prüfung möglicher Beeinträchtigungen geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der genannten Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Zum Biotopschutz/-verbund: Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird außerdem auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse verwiesen (Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4,</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum Landschaftsbild:</p> <p>Die Aspekte der Schutzgüter "Landschaft" und "Mensch/Erholung" sowie die Belange des Tourismus sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Der Regionalverband hat das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie). Die o.g. Belange wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zum Schutz der Alleen gem. § 31 Abs. 4 NatSchG BW: Alleen werden auf Grund fehlender regionsweiter Datengrundlagen sowie auf Grund ihrer meist kleinräumigen und linearen Ausdehnung im</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Kriterienkatalog des Teilregionalplans Energie nicht berücksichtigt. Da auf regionalplanerischer Ebene nur Gebiete festgelegt werden, keine Standorte für Photovoltaikanlagen, können Beeinträchtigungen kleinerer und linearer Flächen, wie z.B. Alleen, i.d.R. durch die Standortwahl bzw. Ausgestaltung der Anlagen vermieden werden. Der gesetzliche Schutz für Alleen gem. § 31 Abs. 4 NatSchG gilt unabhängig und bleibt durch die Planung des Teilregionalplans Energie unberührt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Es wird zudem ein Hinweis zu den Alleen in den Steckbrief, s. Anlage 2 zum Umweltbericht, aufgenommen.</p> <p>Zur Nachvollziehbarkeit der Umweltprüfung: Die Umweltprüfung des Teilregionalplans Energie basiert auf einem schlüssigen und nachvollziehbaren regionsweiten Planungskonzept (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Es wird zudem auf die Ausführungen zu den einzelnen Belangen dieser Abwägung verwiesen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.302	1069	FFPV-437-025 Kreenheinstetten – Nordost Der Einschätzung des Regionalplanes zu den Naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1070	FFPV-437-028 Leibertingen – Süd Auf Flst.[Ort anonymisiert] Gmk. Leibertingen befindet sich mittlerweile nun eine weitere Ausgleichsmaßnahme, die nicht mit einer Überplanung durch eine PV Anlage kompatibel ist. Es gelten hier die Bestimmungen der Eingriffsregelung nach §15 BNatSchG. Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der	Im Plangebiet befinden sich Ausgleichs- oder Kompensationsflächen. Diese werden auf Ebene der Regionalplanung auf Grund der Maßstäblichkeit erst ab 2 ha berücksichtigt (zur weiteren Erläuterung s. Erläuterungen zum Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik Anlage zur Begründung	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Feldlerche zu erwarten	<p>ENTwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).Dieser Belang sollte, nach Konkretisierung der Anlagengröße, im nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) eingebracht werden. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.3) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen.</p> <p>Auch bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen findet auf nachgelagerter Ebene in den meisten Fällen ein Bauleitplanungsverfahren bzw. ein Vorhabenzulassungsverfahren statt, bei dem einzelne Belange noch detailliert geprüft werden und ggf. Gutachten angefertigt werden. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Bei allen festgelegten Gebieten für die Nutzung von Freiflächenphotovoltaik kann zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass mögliche Beeinträchtigungen, die in den Gebieten für die Nutzung der Freiflächenphotovoltaik potenziell vorliegen könnten, bei der Standortplanung auf ein überwindbares Maß reduziert werden können. Das kann beispielsweise durch Verschiebungen der Anlagenstandorte innerhalb des Vorbehaltsgebietes oder durch die Erteilung von Nebenbestimmungen zur Genehmigung durch die Genehmigungsbehörde erfolgen.</p> <p>Aus Sicht des Regionalverbandes erscheint der artenschutzrechtliche Konflikt auf dieser Planungsebene grundsätzlich beherrschbar zu sein.Daher muss auf Ebene der Regionalplanung keine abschließende Beurteilung oder Lösung des Konflikts gefunden werden, dies kann auf der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorhabenebene erfolgen. Eine Realisierung der Planung erscheint grundsätzlich möglich und wird prognostisch nicht an artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten scheitern.</p> <p>s.a. BE-ID 1065</p> <p>Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss aufgenommen.</p>	
II.302	1071	<p>FFPV-437-029 Thalheim – Nord 1</p> <p>Der Einschätzung des Regionalplanes zu den Naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden. Es wird begrüßt, dass die Einwände aufgenommen wurden und das Gebiet verkleinert wurde.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1072	<p>FFPV-437-032_1 Langenhart - Ost 1</p> <p>Im Südöstlichen Teilbereich der Fläche befindet sich bereits der Solarpark Engelswies. Eine Erweiterung in den südöstlichsten Zipfel ist derzeit in der Vorbereitung.</p> <p>Die Fläche überschneidet sich wie bereits beschrieben noch teilweise mit bestehenden Ausgleichsmaßnahmen, deren Funktion durch den Bau einer PV Anlage nicht beeinträchtigt werden darf. Eine Überlagerung mit der Ausgleichsmaßnahme ist rechtlich nicht zulässig unabhängig von den Eignungskriterien für die Herstellung von PV Anlagen.</p> <p>Es sind weiterhin artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten des Grünlandes als auch der Ackerflächen zu erwarten. Im Gebiet nachgewiesen sind bereits mehrere Brutplätze der Feldlerche, die vom Vorhaben betroffen sind.</p> <p>Teile der Fläche liegen im Biotopverbund für trockene und mittlere Standorte. Nach 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen. Dies sollte hier daher beachtet werden.</p>	<p>Zu den bestehenden Ausgleichsflächen: Im Kriterienkatalog werden viele Kriterien ab einer Größenordnung von <math>\geq 2</math> ha betrachtet, da kleinere Flächen aufgrund des Maßstabs der Raumnutzungskarte (1:50.000) kaum darstellbar sind und im Bereich der Planunschärfe liegen. Flächen ab einer Größe von 0,5 ha wurden in der Umweltprüfung berücksichtigt (s. Umweltbericht), inkl. Minimierungsmaßnahmen für nachgelagerte Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren oder Baugenehmigungsverfahren). Die Überbauung von Ausgleichsflächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen stellt einen naturschutzfachlichen Konflikt dar. Berücksichtigt bei der Auswahl der Vorbehaltsgebiete wurden i.d.R. große Ausgleichsflächen ab 2 ha Fläche, bei Flächen am Rand von Vorbehaltsgebieten z.T. auch kleinere Flächen. Für kleinere Ausgleichsflächen innerhalb der Vorbehaltsgebiete bleibt der rechtliche Schutzstatus unberührt und ist im nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) zu beachten. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss aufgenommen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.302	1073	<p>FFPV-437-033 Vilsingen - West</p> <p>Der Einschätzung des Regionalplanes zu den Naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1074	<p>FFPV-437-034 Inzigkofen-Südwest</p> <p>Fast die gesamte Fläche liegt im Biotopverbund mittlerer Standorte. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen. Dies sollte hier daher beachtet werden.</p> <p>Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten des Grünlandes zu erwarten. Im westlichen Bereich des Gebiets sind Brutplätze der Feldlerche nachgewiesen. Eine Reduzierung des Vorhabengebiets um das Flurstück [Ort anonymisiert] wird empfohlen um Konflikte zu minimieren/vermeiden. Dem Vorschlag der unteren Naturschutzbehörde wurde hier nicht gefolgt.</p>	<p>s. BE-ID 1065</p> <p>Die meisten Kernflächen und -räume des landesweiten Biotopverbunds sind über den regionalen Biotopverbund (Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege) und über die gesetzlich geschützten Biotope abgedeckt. Auch Konflikte zwischen Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Kernräumen und Kernflächen des Landesbiotopverbunds außerhalb der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege sollten vermieden werden, daher erfolgt eine Einstufung als sehr erheblicher Konflikt (K1). Die Kernflächen und -räume des Landesbiotopverbunds Gewässerlandschaften werden nicht berücksichtigt, weil diese über das regionale Biotopverbundsystem ausreichend abgedeckt sind. Bei der Auswahl der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik wurden nur große Flächen ab 2 ha berücksichtigt. Kleinere Flächen sind auf nachgelagerter Planungsebene zu berücksichtigen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss aufgenommen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.302	1075	<p>FFPV-437-035 Inzigkofen-Süd</p> <p>Fast die gesamte Fläche liegt im Biotopverbund mittlerer Standorte. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen. Dies sollte hier daher beachtet werden.</p> <p>Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten des Grünlandes zu erwarten. Im westlichen Bereich des Gebiets sind Brutplätze der Feldlerche nachgewiesen. Eine Reduzierung des Vorhabengebiets um das Flurstück [Ort anonymisiert] wird empfohlen um Konflikte zu minimieren/vermeiden.</p> <p>Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier nur bedingt nachvollzogen werden.</p>	<p>s. BE-ID 1065, 1070</p> <p>Die meisten Kernflächen und -räume des landesweiten Biotopverbunds sind über den regionalen Biotopverbund (Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege) und über die gesetzlich geschützten Biotope abgedeckt. Auch Konflikte zwischen Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Kernräumen und Kernflächen des Landesbiotopverbunds außerhalb der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege sollten vermieden werden, daher erfolgt eine Einstufung als sehr erheblicher Konflikt (K1). Die Kernflächen und -räume des Landesbiotopverbunds Gewässerlandschaften werden nicht berücksichtigt, weil diese über das regionale Biotopverbundsystem ausreichend abgedeckt sind. Bei der Auswahl der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik wurden nur große Flächen ab 2 ha berücksichtigt. Kleinere Flächen sind auf nachgelagerter Planungsebene zu berücksichtigen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1076	FFPV-437-037 Altheim Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten. Der westliche Zipfel der Fläche liegt im Biotopverbund für feuchte Standorte. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen. Dies sollte hier daher beachtet werden. Die untere Naturschutzbehörde empfiehlt weiterhin die Reduzierung der Gesamtfläche um die Flurstücke [Ort anonymisiert] um Konflikte zu minimieren oder ganz zu vermeiden.	Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.  Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss aufgenommen. s. BE-ID 1065 zu Feldvögel, BE-ID 1075 zu Biotopverbund  Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen  Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.  Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1077	FFPV-437-038 Heudorf Es sind evtl. artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Kenntnisnahme
II.302	1078	FFPV-437-039 Meßkirch-Nordwest Die Fläche überschneidet sich mit der Ausgleichsmaßnahme MN 24 „Neupflanz von Obsthoch- stämmen mit Gras-Kraut Vegetation“ der Flurneuordnung. Eine Überlagerung mit der Ausgleichsmaßnahme ist rechtlich nicht zulässig unabhängig von den Eignungskriterien für die Her- stellung von PV Anlagen. Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten des Grünlandes zu erwarten. Auf dem Flur- stück [Ort anonymisiert] sind Brutplätze von Feldlerchen nachgewiesen worden. Weitere Vorkommen auf der Fläche und im Umfeld sind zu erwarten. Betroffener relevanter	s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070, zu Biotopverbund BE-ID 1075 Die sehr geringfügige Überlagerung mit einer Kompensationsmaßnahme kann durch Ausgestaltung der FFPV im Genehmigungsverfahren geklärt werden.  Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>rechtlicher Belang</p> <p>§ 22 NatSchG: Die östliche Fläche liegt teilweise im Biotopverbund trockener Standorte. Der westlich gelegene Flächenanteil südlich der Straße liegt gänzlich im Biotopverbund trockener Standorte.</p> <p>Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen. Dies sollte hier daher beachtet werden.</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde empfiehlt die östliche Fläche um das o. g. Flurstück zu reduzieren.</p>	<p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.302	1079	<p>FFPV-437-042 Oberbichtlingen-Nord</p> <p>Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 22 NatSchG: Teile der Fläche liegen im Biotopverbund für feuchte Standorte. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen. Dies sollte hier daher beachtet werden.</p>	<p>zu Biotopverbund BE-ID 1075</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
II.302	1080	<p>FFPV-437-044 Krumbach-Südost</p> <p>Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten des Grünlandes zu erwarten, da mehrere Brutplätze der Feldlerche in diesem Bereich und auf den Flächen bereits nachgewiesen wurden. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenen Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF Maßnahmenflächen zu rechnen.</p> <p>Östlich angrenzend befinden sich vorgezogene Ausgleichsflächen für Feldlerchen, die durch angrenzende Bebauung ihre Funktion verlieren. Darum ist die Fläche rechtlich nicht zulässig unabhängig von den Eignungskriterien für die Herstellung von PV Anlagen. Die Fläche ist als Vorbehaltsgebiet ungeeignet.</p>	<p>Das Gebiet wurde zum 2. Anhörungsentwurf verkleinert. Mittlerweile befinden sich jetzt eine Straße und 240 m Abstand zu der Ausgleichsfläche. Die Funktion der Ausgleichsflächen kann somit erhalten bleiben.</p> <p>Hinweis auf Berücksichtigung bestehender Kompensationsmaßnahme im Gebiet: Ausweisung beidseitiger Gewässerschutzstreifen mit Neuanlage Stillgewässer, wird im Umweltbericht aufgenommen. s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070</p> <p>Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss aufgenommen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1084	<p>FFPV-437-045, Wabertsweiler Der Einschätzung des Regionalplanes zu den naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.</p> <p>FFPV-437-047, Wald – Nordost Die Abgrenzung der Vorrangfläche wurde um den Bereich des degenerierten Niedermoores ver- kleinert. In dieser Abgrenzung kann der Einschätzung des Regionalplanes zu den naturschutzrechtli- chen Belangen seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden. Es wird begrüßt, dass die Einwände aufgenommen wurden und das Gebiet verkleinert wurde.</p> <p>FFPV-437-048, Reischach Der Einschätzung des Regionalplanes zu den naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1085	<p>FFPV-437-049, Göggingen – West Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es sind artenschutzrechtliche Kon- flikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten, von der angrenzend bereits Nachweise vorliegen. Auf der Fläche ist daher ebenfalls mit einem Vorkommen der Art zu rechnen. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenen Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF Maßnahmenflächen zu rechnen. Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier daher vor allem aus Sicht des Artenschutzes nicht nachvollzogen werden.</p>	<p>s. BE-ID 1065, 1070</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Das mögliche Vorkommen der Feldlerche in FFPV-Gebiet wird in den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss aufgenommen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.302	1086	<p>FFPV-437-050, Krauchenwies Ettisweiler Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 15 BNatSchG: Die Rekultivierung der Fläche stellt den Ausgleich für den durch den Kiesabbau entstandenen Eingriff dar. Diese Rekultivierung ist daher</p>	<p>s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070, zu Biotopverbund BE-ID 1075 Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>auch wie geplant umzusetzen und der Ausgleich zu erbringen. Ein erneuter Eingriff auf dieser Fläche durch die Erstellung einer PV Anlage stellt den zu erbringenden Ausgleich an dieser Stelle in Frage und wäre daher so nicht zulässig.</p> <p>Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 22 NatSchG: Etwa die östliche Hälfte der Fläche liegt in der Feldvogelkulisse des Biotopverbundes. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentlichen Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen,</p> <p>d. h. die östliche Hälfte des geplanten Gebiets müsste daher aus der Planung gestrichen werden.</p> <p>Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier daher vor allem aus Sicht des Artenschutzes nicht nachvollzogen werden.</p>	<p>Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.302	1087	<p>FFPV-437-054, Sigmaringendorf – Nordost</p> <p>Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es besteht ein artenschutzrechtlicher Konflikt in Bezug auf die Feldlerche. Auf der Fläche und auf angrenzenden Flächen liegen Nachweise für die Feldlerche vor. Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenen Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF Maßnahmenflächen zu rechnen.</p> <p>Auch das vor Ort hochwertige Landschaftsbild ist an dieser Stelle erheblich betroffen.</p> <p>Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 30 BNatSchG: Biotope sind im Rahmen der Planungen zu erhalten. Durch die Verkleinerung des Vorranggebiets wurde ein „Vorsorgeabstand“ geschaffen.</p> <p>In Summe kann das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung aber vor allem aus Sicht des Artenschutzes nicht nachvollzogen werden.</p>	<p>s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
II.302	1088	<p>FFPV-437-057, Eichen – Nordwest</p> <p>Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 30 BNatSchG: Biotope sind im Rahmen der Planungen zu erhalten.</p> <p>Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 22 NatSchG: Ein Teilbereich der Fläche liegt in der Feldvogelkulisse des Biotopverbundes. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentlichen Planungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen, d. h. Teilbereiche im Osten des geplanten Gebiets müsste daher aus der Planung gestrichen werden.</p> <p>Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier daher für Teilbereiche vor allem aus Sicht des Artenschutzes nicht nachvollzogen werden.</p>	<p>s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070, zu Biotopverbund BE-ID 1075</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1089	FFPV-437-059, Bad Saulgau - Nordwest 1 Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 30 BNatSchG: Biotope sind im Rahmen der Planun- gen zu erhalten. Der Einschätzung des Regionalplanes zu den naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1090	FFPV-437-061, Bad-Saulgau - Ost 1 Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 30 BNatSchG: Biotope sind im Rahmen der Planun- gen zu erhalten. Durch die Verkleinerung des Vorranggebiets wurde ein „Vorsorgeabstand“ ge- schaffen. Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 22 NatSchG: Nahezu die gesamte Fläche liegt in der Feldvogelkulisse des Biotopverbundes. Nach § 22 (2) NatSchG haben alle öffentliche Pla- nungsträger bei Ihren Planungen die Belange des Biotopverbundes zu berücksichtigen d.h. das geplante Gebiets müsste daher aus der Planung gestrichen werden.	s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070, zu Biotopverbund BE-ID 1075 Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen  Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.  Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1091	FFPV-437-063, Hochberg – West Auf Teilen der Fläche bestehen bereits PV-Anlagen. Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 30 BNatSchG: Biotope sind im Rahmen der Planun- gen zu erhalten. Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 33a NatSchG: im beplanten Bereich befinden sich mehrere Streuobstbestände mit einer Fläche von mehr als 1.500 m². Diese sind zu erhalten. Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 15 NatSchG: Die Fläche überschneidet sich mit der Kompensationsmaßnahmen K1, K2 und K4 des Bebauungsplans „Solaranlagen Hochberg“. Die Funktion der Ausgleichsmaßnahme ist durch die Überlagerung mit der PV Anlage nicht mehr gegeben. Eine Überlagerung mit der Ausgleichsmaßnahme ist rechtlich nicht zulässig unab- hängig von den Eignungskriterien für die Herstellung von PV Anlagen.	Zu den Biotopen: Gesetzlich geschützte Biotope >= 2 ha wurden im Planungskonzept als Ausschlusskriterium (A3) eingestuft. Im Kriterienkatalog werden viele Kriterien, auch gesetzlich geschützte Biotope, ab einer Größenordnung von >= 2 ha betrachtet, da kleinere Flächen aufgrund des Maßstabs der Raumnutzungskarte (1:50.000) kaum darstellbar sind und im Bereich der Planunschärfe liegen. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden Umweltauswirkungen ab einer Erheblichkeitsschwelle betrachtet, die dem regionalbedeutsamen Plancharakter entsprechen. Daher wurden in der Umweltprüfung in der Regel regionalbedeutsame Umweltauswirkungen ab einer Betroffenheit von mind. 0,5 ha Fläche betrachtet (Umweltbericht zur 2. Offenlage) inkl. Minimierungsmaßnahmen für nachgelagerte Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren oder Baugenehmigungsverfahren). Für kleinere Biotope innerhalb der Vorbehaltsgebiete bleibt der gesetzliche Schutzstatus unberührt und ist im nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) zu beachten.  Zu den Streuobstbeständen: Nach dem BNatSchG zählen Streuobstwiesen zu den gesetzlich geschützten Biotopen und sind nach dem BNatSchG und dem NatSchG BW zu erhalten. Nach § 33a NatSchG besteht ein	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Genehmigungserfordernis bei der Umwandlung von Streuobstbeständen in eine andere Art der Landnutzung. Eine Umwandlung von Streuobstbeständen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen stellt einen naturschutzfachlichen Konflikt dar. Aufgrund der teils schlechten Datengrundlage erfolge eine Einstufung als erheblicher Konflikt (K2). Im Kriterienkatalog werden viele Kriterien, auch Streuobstbestände, ab einer Größenordnung von <math>\geq 2</math> ha betrachtet, da kleinere Flächen aufgrund des Maßstabs der Raumnutzungskarte (1:50.000) kaum darstellbar sind und im Bereich der Planunschärfe liegen. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden Umweltauswirkungen ab einer Erheblichkeitsschwelle betrachtet, die dem regionalbedeutsamen Plancharakter entsprechen. Daher wurden in der Umweltprüfung in der Regel regionalbedeutsame Umweltauswirkungen ab einer Betroffenheit von mind. 0,5 ha Fläche betrachtet (Umweltbericht zur 2. Offenlage) inkl. Minimierungsmaßnahmen für nachgelagerte Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren oder Baugenehmigungsverfahren). Für kleinere Streuobstbestände innerhalb der Vorbehaltsgebiete bleibt der gesetzliche Schutzstatus unberührt und ist im nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) zu beachten.</p> <p>Zu Ausgleichsflächen: Im Plangebiet befinden sich Ausgleichs- oder Kompensationsflächen. Diese werden auf Ebene der Regionalplanung auf Grund der Maßstäblichkeit erst ab 2 ha berücksichtigt. Dieser Belang sollte, nach Konkretisierung der Anlagengröße, im nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) eingebracht werden. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.3) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen.</p> <p>Auch bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen findet auf</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			nachgelagerter Ebene in den meisten Fällen eine Bauleitplanung statt, bei dem einzelne Belange noch detailliert geprüft werden und ggf. Gutachten angefertigt werden. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen. Bei allen festgelegten Gebieten für die Nutzung von Freiflächenphotovoltaik kann zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass mögliche Beeinträchtigungen, die in den Gebieten für die Nutzung der Freiflächenphotovoltaik potenziell vorliegen könnten, bei der Standortplanung auf ein überwindbares Maß reduziert werden können. Das kann beispielsweise durch Verschiebungen der Anlagenstandorte innerhalb des Vorbehaltsgebietes oder durch die Erteilung von Nebenbestimmungen erfolgen.	
			Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
II.302	1092	FFPV-437-064, Spöck Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenen Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF-Maßnahmenflächen zu rechnen - auch für den verkleinerten Flächenentwurf.	s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070  Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen  Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1093	FFPV-437-066, Hahnennest – Süd Der Verkleinerung des Vorranggebiets kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden. Für den Bereich befindet sich bereits eine Anlage im Verfahren. Mögliche Konflikte werden im Rahmen des Verfahrens abgearbeitet. Eine Einschätzung zu den Konflikten erübrigt sich an dieser Stelle. FFPV-437-068, Judentenberg Der Einschätzung des Regionalplanes zu den naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.	Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen. Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1094	FFPV-437-069, Ruschweiler Der Einschätzung des Regionalplanes zu den naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden.		
		FFPV-437-071_1, Illmensee - West 1 Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenen Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF-Maßnahmenflächen zu rechnen. Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier daher vor allem aus Sicht des Artenschutzes nicht nachvollzogen werden.	s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070  Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen  Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung
			Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
II.302	1095	FFPV-437-072, Echbeck – Ost Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 30 BNatSchG: Biotope sind im Rahmen der Planungen zu erhalten. Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenen Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF Maßnahmenflächen zu rechnen. Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier daher vor allem aus Sicht des Artenschutzes nicht nachvollzogen werden.	s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070  Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen  Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung
			Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
			zu Biotopverbund s. BE-ID 1075	
II.302	1096	FFPV-437-074, Wilhelmsdorf Illmensee – Süd Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 30 BNatSchG: Biotope sind im Rahmen der Planungen zu erhalten. Der Einschätzung des Regionalplanes zu den naturschutzrechtlichen Belangen kann seitens der unteren Naturschutzbehörde gefolgt werden	Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen  Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung
			Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1097	FFPV-437-076, Kleinstadelhofen Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenen Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF Maßnahmenflächen zu rechnen. Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier daher vor allem aus Sicht des Artenschutzes nicht nachvollzogen werden.	in der Präambel zur Synopse verwiesen. s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070  Es wird auf die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage der Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen sowie in den Anlagen C.1 und C.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen  Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.  Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1098	FFPV-437-079 Solarenergie Katzenmaierhof Boll Betroffener relevanter rechtlicher Belang § 44 BNatSchG: Es sind artenschutzrechtliche Konflikte mit Offenlandarten wie der Feldlerche zu erwarten. Die Flächen mitten im Offenland stellen eine hohe Gefährdung für die verbliebenen Reviere dar. Es ist daher hier mit größeren artenschutzrechtlichen Konflikten auch mit Hinblick auf die Findung von CEF-Maßnahmenflächen zu rechnen. Das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung kann hier daher vor allem aus Sicht des Artenschutzes nicht nachvollzogen werden.	s. BE-ID zu Feldvögel 1065, zu Ausgleich und Kompensation BE-ID 1070  Es wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.  Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Keine Berücksichtigung
II.302	1099	Fachbereich Landwirtschaft ? Positiv ? Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen ? Negativ ? Nicht betroffen ? Keine Beurteilung möglich Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in der Region und für die regionale Nahrungsmittelherzeugung sind sowohl die Sicherung der Produktionsflächen als auch der Schutz von guten und geeigneten Böden von essentieller Bedeutung. Die Sicherung der Existenz und der Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe ist in der gesamten Region erforderlich und auf Ebene der Regionalplanung zu gewährleisten.  Das Ausbauziel von 2 Prozent der Landesfläche für erneuerbare Energien zu nutzen, führt zu einem erheblichen Druck auf den ohnehin angespannten landwirtschaftlichen Flächenmarkt. Dies könnte bei einem hohen Pachtanteil zu existenzbedrohenden	Die Ausführungen zum Flächendruck in der Landwirtschaft werden zustimmend zur Kenntnis genommen.  Bei der Anregung ist zu unterscheiden zwischen den Vorbehaltsgebieten Photovoltaik einerseits (PS 4.2.3 Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den sonst auf Flächen der Landwirtschaft zulässigen Freiflächensolaranlagen außerhalb der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik (3.1.1 Z (4) und 4.2.2 G (3) andererseits.  Zu den Vorbehaltsgebieten Photovoltaik (PS 4.2.3): Die Abwägung zur Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen aus der 1. Offenlage (BE ID 1946) wird aufrecht erhalten. Als landwirtschaftliche Fachplanung zur landesweit einheitlichen Bewertung von Flächen nach natürlichen und landwirtschaftlichen Aspekten wurde die neue digitale Flurbilanz 2022 (LEL) dem Planungskonzept für die vorliegende Planung zugrunde gelegt. Nach Empfehlung der	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Flächenverlusten führen.</p> <p>Mögliche Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen erhöhen den Flächendruck zusätzlich. Deshalb sollte die landwirtschaftliche Nutzung nur im notwendigen Umfang betroffen sein. Es sollen bevorzugt Maßnahmen zur Entsiegelung oder Wiedervernetzung geprüft werden. Wenn land- wirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen werden, dann im Rahmen von Produktionsin- tegrierten Kompensationsmaßnahmen (PiK).</p> <p>Da es im Landkreis Sigmaringen Regionen ohne Vorrangfluren nach Flurbilanz 2022 gibt, ist es wichtig, die Vorbehaltsflur Stufe I in der landwirtschaftlichen Produktion zu belassen. Teil- weise trifft dies auch auf die Vorbehaltsflur Stufe II zu. Innerhalb der ausgewiesenen Vorbe- haltsgebiete PV, die auf Vorbehaltsflur Stufe I liegen ist eine landwirtschaftliche Bewirtschaf- tung aufgrund der Flächenknappheit dringend erforderlich. Um sowohl die Lebensmittelpro- duktion als auch die Energiegewinnung zu gewährleisten, sollten auf den betroffenen Vorbe- haltsfluren nur Agri-PV Anlagen zulässig sein. Auf Abstandorten trifft dies auch auf Vorbe- haltsflur II zu.</p> <p>Um in den Grünzügen die landwirtschaftliche Produktion zu sichern, sollten auch hier nur Agri- PV Anlagen zulässig sein. Hier sind Ausnahmen auf aufgefüllten Flächen, wie z.B. Deponien, Auffüllungen nach Rohstoffanbau denkbar.</p> <p>In der derzeitigen Planung werden ca. 350 ha aus der Vorbehaltsflur Stufe I überplant. Diese liegen fast ausschließlich auf Gemarkungen mit extremem Flächendruck.</p>	<p>Task Force erneuerbare Energien des Landes sollen die Vorrangflur (besonders landbauwürdige Flächen) und die Vorbehaltsflur I (landbauwürdige Flächen) gem. digitaler Flurbilanz 2022 (LEL) der Landwirtschaft vorbehalten werden. Daher wurde die Vorrangflur als sehr erheblicher Konflikt (K1) und die Vorbehaltsflur I als erheblicher Konflikt (K2) im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eingestuft. Nach der Planungssystematik zur FEstlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik erfolgt damit auf Flächen der Vorrangflur i.d.R. keine Festlegung von VBG Photovoltaik und auf Flächen der Vorbehaltsflur I nur dann, wenn ansonsten eine hohe oder sehr hohe Eignung und keine weiteren erheblichen Konflikte vorliegen.</p> <p>Zur Forderung, auf Regionalen Grünzügen generell nur Agri-PV-Anlagen zuzulassen: Diese Anregung wird nicht berücksichtigt, da sie aus Sicht des RVBO sowohl dem § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG als auch dem § 2 EEG widerspricht und aus Sicht des RVBO unter den in PS 3.1.1 Z (4) des Entwurfs des Teilregionalplans Energie genannten Maßgaben Freiflächen-Photovoltaikanlagen errichtet werden können, ohne die Belange der Landwirtschaft erheblich zu beeinträchtigen.</p> <p>Zur Forderung sowohl die Lebensmittelproduktion als auch die Energiegewinnung zu gewährleisten, sollten auf den betroffenen Vorbehaltsfluren nur Agri-PV Anlagen zulässig sein. Auf Abstandorten trifft dies auch auf Vorbe- haltsflur II zu.":Die Abwägung zur Stellungnahme des Landratsamts Sigmaringen aus der 1. Offenlage (BE ID 1946) wird aufrecht erhalten, auf diese wird verwiesen.</p>	
II.302	1100	<p>Da die Raumbedeutsamkeit von FFPV-Anlagen im Einzelfall beurteilt wird und in der aktuellen Fassung statt 0,2 % der Regionalfläche 0,5 % für FFPV-Anlagen ausgewiesen werden bitten wir, vor dem Hintergrund des Flächendrucks, um Überprüfung der bei uns eingegangenen Pla- nungen. Diese wurden tw. bereits errichtet, aber nicht in der aktuellen Fassung des Teilregio- nalplan Energie aufgeführt.</p> <p>Gemeinde / Gemarkung / Flurstücksnummer /Vornutzung / Name PV, BP / Fläche (ha)/ Genehmigungsstand</p> <p>Meßkirch / Meßkirch / [Ort anonymisiert] / AL / PV Ob der Nagel- schmiede / 1,4/ errichtet</p> <p>Ostrach / Tafertsweiler / [Ort anonymisiert] / AL / Solarpark Bachhaupter Weg / 0,7 / genehmigt</p>	<p>Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie aufgezählt und erläutert.</p> <p>Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und geschilderten Vorgehensweise ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht geboten, die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik überwiegend an der Abgrenzung vorgeschlagener Interessensgebiete oder Vorplanungen zu orientieren.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Pfullendorf / Großstadelhofen / [Ort anonymisiert] / Freiflächenphotovoltaik Großstadelhofen / 5,4 / errichtet</p> <p>Bingen / Bingen / [Ort anonymisiert] / Solarthermiefeld Bingen / 10 / errichtet</p> <p>Bad Saulgau, Hochberg / Boms (LK RV), [Ort anonymisiert] / AL/GL / Solarpark Egelsee / 6,9 / errichtet</p> <p>Bingen / Bingen-Hornstein / [Ort anonymisiert] / AL / Freiflächenanlage Hornstein / 6 / errichtet</p> <p>Meßkirch / Rengetsweiler / [Ort anonymisiert] / AL, GL / Solarpark Kirchwegäcker / 2,5 / errichtet</p> <p>Beuron / Beuron / [Ort anonymisiert] / AL, GL / BP PVA Reinfelder Hof / 18,6 / im Verfahren</p> <p>Sigmaringen / Jungnau / [Ort anonymisiert] / AL / Solarkollektorfeld Jungnau / 7 / unklar</p> <p>Bad Saulgau / Wolfartsweiler / [Ort anonymisiert] / AL, GL / Solarpark Bachhaupter Weg / 6,8 / unklar</p> <p>Gammertingen / Bronnen / [Ort anonymisiert] / BP PV-Anlage Gewinn Brand / 6,3 / unklar</p> <p>Mengen / Ennetach / [Ort anonymisiert] / GL / FFPV Hipfelsberg / 4,7 / unklar</p> <p>Sigmaringen / Gutenstein / [Ort anonymisiert] / AL / FFPV Gutenstein-Reisen / 4,7 / unklar</p> <p>Meßkirch / Meßkirch / [Ort anonymisiert] / AL, GL / BP Agri-PV / Bergösch / 3,7 / unklar</p> <p>Hohentengen / Völkofen / [Ort anonymisiert] / AL / Teichäcker / 1,4 / unklar</p> <p>Hohentengen / Völkofen / [Ort anonymisiert] / AL / Konversionsfläche / Grube Steinried / 0,4 / unklar</p> <p>Sauldorf / Krumbach / [Ort anonymisiert] / GL / PVFF Krumbach / 5,6 / unklar</p> <p>Sauldorf / Rast / [Ort anonymisiert] / AL / FFPV Rast- Sentenharter Straße / 4,35 / unklar</p> <p>Bad Saulgau / Bierstetten / [Ort anonymisiert] / AL / PV Brandäcker / 3,2 / unklar</p> <p>Pfullendorf / Gaisweiler / [Ort anonymisiert] / GL / Gewerbegebiet Gaisweiler / 0,7 / unklar</p> <p>GVV Laucherttal / Hermentingen / [Ort anonymisiert] / AL / FNP PV Anlage Wasserwerk Hermentingen / 9,8 / unklar</p>	<p>Die in der Anregung genannten Flächen werden nicht als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festgelegt aufgrund bestehender Ausschlusskriterien, sehr erheblicher Konflikte (K1), mehrerer erheblicher Konflikte (K2) oder eines erheblichen Konflikts (K2) und fehlender sehr hoher Eignung (E1) sowie wegen zu geringer Flächengröße (&lt; 5 ha). Folgende Belange sind hierfür ausschlaggebend (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- bestehende Ausschlusskriterien durch die Lage in Siedlungsflächen (FNP): Pfullendorf Gaisweiler</li> <li>- sehr erheblicher Konflikt (K1) durch die Lage in der Vorrangflur (Flurbilanz 2022): Meßkirch PV Ob der Nagelschmiede, Bad Saulgau Solarpark Egelsee, Bad Saulgau Brandäcker</li> <li>- mehrere erhebliche Konflikt (K2) durch die Lage in der Vorbehaltsflur I (Flurbilanz 2022), in einem Wildtierkorridor nationaler Bedeutung, Vorsorgeabstände zu Natura 2000-Flächen, geschützten Biotopen, Bann-/Schonwald oder Siedlungsflächen und/oder aufgrund der Flächengröße &lt; 5 ha: Bingen Freiflächenanlage Hornstein, Sigmaringen Jungnau</li> <li>- erheblicher Konflikt (K2) durch die Lage in der Vorbehaltsflur I (Flurbilanz 2022) und fehlender sehr hoher Eignung (E1): Ostrach Bachhaupter Weg, Pfullendorf Großstadelhofen, Bingen Solarthermiefeld, Beuron Reinfelder Hof, Bad Saulgau Bachhaupter Weg, Mengen Hipfelsberg, Meßkirch Bergösch, Hohentengen Teichäcker, Sauldorf, Krumbach, Sauldorf Rast-Sentenharter Straße</li> <li>- erheblicher Konflikt (K2) durch die Lage im Wildtierkorridor, keine sehr hohe Eignung (E1): Sigmaringen Gutenstein Reisen</li> <li>- tlw. erhebliche Konflikte (K2) durch Exposition und Vorsorgeabstand zu geschützten Biotopen, Restflächen &lt; 5 ha: Gammertingen Brand</li> <li>- Flächengröße &lt; 3 ha (K1): Meßkirch Kirchwegäcker, Hohentengen Grube Steinried</li> <li>- Lage in einem Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege (Verbundräume &gt; 2 ha): Veringenstadt Wasserwerk Hermentingen</li> </ul>	
II.302	1101	Zudem bitten wir um Prüfung und ggf. Ergänzung der folgenden Windenergieanlagen in den Teilregionalplan Energie.	Es wird auf die Abwägung der Anregung mit der BE ID 1232 verwiesen.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gemeinde / Gemarkung / Flurstücksnummer / Vornutzung / Name PV, BP / Anzahl WEA / Geplante Leistung MW / Genehmigungsstand</p> <p>Bad Saulgau / Bolstern / 980 / Wald / Windpark Bolstern /4 / je 6,8 MW / im Verfahren Pfullendorf / Denkingen / 387, 611, 607, 612/1, 613, 614 / Wald / Windpark Pfullendorf- Malaien / 3 / je 7,2 MW / im Verfahren</p>	es wird zudem auf die Abwägung der Anregung mit der BE ID 3024 aus der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen. Diese Abwägung gilt weiterhin.	
II.302	1102	<p>Grünzüge</p> <p>Regionale Grünzüge umfassen ca. ein Drittel der Regionsfläche und überlagern z.T. landwirtschaftliche Betriebe. Die von Regionalen Grünzügen ausgenommenen Flächen befinden sich häufig in Siedlungsnähe, wo die Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse wegen der erforderlichen immissionsschutzrechtlichen Abstände erschwert ist. Hier wird eine Ausnahme für kleinräumige und flächenschonende Erweiterungen bestehender Anlagen, sowie für Anlagen mit Bebauungsplan gemacht.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1103	<p>Regionale Grünzüge umfassen ca. ein Drittel der Regionsfläche und überlagern z.T. landwirtschaftliche Betriebe. Die von Regionalen Grünzügen ausgenommenen Flächen befinden sich häufig in Siedlungsnähe, wo die Errichtung solcher Anlagen wegen der erforderlichen immissionsschutzrechtlichen Abstände erschwert ist.</p> <p>Für gewerbliche Tierhaltungen gelten diese Schwierigkeiten im Siedlungsbereich auch. Ein Ausschluss von gewerblichen Stallanlagen in Regionalen Grünzügen verhindert die Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Tierhaltungen. Hier sollten Ausnahmen möglich sein.</p>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
II.302	1104	<p>Fachbereich Forst</p> <p>? Positiv ? Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen ? Negativ ? Nicht betroffen ? Keine Beurteilung möglich</p> <p>Die untere Forstbehörde Sigmaringen schließt sich der beigelegten, mit der unteren Forstbehörde Sigmaringen abgestimmten Stellungnahme der Forstdirektion Freiburg an. Die Hinweise aus der letzten Stellungnahme der uFB wurden eingearbeitet.</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.508-4 verwiesen.	Kenntnisnahme
II.302	1105	<p>Fachbereich Straßenbau</p> <p>? Positiv ? Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>? Negativ ? Nicht betroffen ? Keine Beurteilung möglich</p> <p>Der Fachbereich Straßenbau erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben.</p> <p>Die straßenrechtlichen Vorgaben nach § 9 FStrG und § 22 StrG BW sind im weiteren Verfahren zu berücksichtigen. Weitere Details wie z.B. Anbauabstände o.ä. werden in nachfolgenden Verfahren (Bebauungsplan, Bauantrag, immissionsschutzrechtliche Verfahren) geregelt.</p> <p>Durch PV-Anlagen dürfen sich keine nachteiligen Auswirkungen aufgrund Reflexion und in der Folge Blendwirkungen auf den Verkehr auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen ergeben. Aus diesem Grund ist bei PV-Anlagen in der Nähe von klassifizierten Straßen die Vorlage eines Blendschutzgutachtens mit ggf. notwendigen Blendschutz Maßnahmen schon im Zuge von Bebauungsplanverfahren sowie immissionsschutzrechtlichen Verfahren verbindlich vorzulegen.</p>	<p>den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.302	1106	<p>Stabsstelle Straßenbauprojekt</p> <p>? Positiv ? Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen ? Negativ ? Nicht betroffen ? Keine Beurteilung möglich</p> <p>Teilweise liegen ausgewiesene Vorbehaltsgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen (Vorbehaltsgebiete Photovoltaik) innerhalb des Planungsraums (aktuelle Varianten im Rahmen der Voruntersuchung) der Bundesstraße B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen.</p> <p>Im Rahmen der Voruntersuchung zur Planung der Bundesstraße B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen werden aktuell verschiedene Varianten untersucht.</p> <p>Die Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen, Aussagen zur Zielvariante können infolge dessen derzeit nicht erfolgen. Gemäß aktuellem Planungsstand sind die nachfolgend aufgeführten Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen (Vorbehaltsgebiete Photovoltaik) von verschiedenen Varianten</p>	<p>Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sind nach Plansatz 4.2.3 G (1) als Grundsatz eine Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Sie sind ist daher der Abwägung grundsätzlich zugänglich. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>betroffen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- FFPV-437-034 Inzigkofen – Südwest Fläche 10,2 ha</li> <li>- FFPV-437-035 Inzigkofen – Süd Fläche 10,2 ha</li> <li>- FFPV-437-049 Göggingen – West Fläche 7,9 ha</li> </ul> <p>Die oben aufgeführten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik konkurrieren mit der regionalbedeutsamen (überörtlich legitimiert) Planung zur B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen, werden in der weiteren Planung (Voruntersuchung mit Findung der Zielvariante) bei der Trassierung berücksichtigt und in der Abwägung (Grundsätze der Raumordnung) entsprechend gewichtet.</p> <p>In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Voruntersuchung B 311 n / B 313 voraussichtlich erst Anfang 2026 abgeschlossen sein wird und Veränderungen in der Trassierung, Querschnitt u.s.w. möglich sind. Angaben zu ggf. erforderlichen baulichen Maßnahmen (z.B. Querschnitt B 311 n / B 313, Ingenieurbauwerke, Lärmschutzeinrichtungen) können zum jetzigen Zeitpunkt weder gemacht noch ausgeschlossen werden.</p> <p>Rechtliche Grundlagen</p> <p>Gemäß § 3 (1) Ziffer 3. Raumordnungsgesetz (ROG) sind die ausgewiesenen Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Sinne des ROG Grundsätze der Raumordnung (G) und werden als Vorgaben in der weiteren Vorplanung (Voruntersuchung) zur B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen in der Abwägung berücksichtigt. Es wird um eine weitere Beteiligung im Verfahren gebeten.</p>		
II.302	1107	<p>Fachbereich Recht und Ordnung</p> <p>Straßenverkehrsbehörde</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>? Positiv</li> <li>? Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</li> <li>? Negativ</li> <li>? Nicht betroffen</li> <li>? Keine Beurteilung möglich</li> </ul> <p>Grundsätzlich bestehen keine Einwendungen gegen die Fortschreibung des Regionalplanes.</p> <p>Durch Photovoltaikanlagen darf keine Beeinträchtigung der angrenzenden öffentlichen Straßen entstehen (Blendwirkung). Des Weiteren muss die verkehrliche Erschließung von Anlage zur Energiegewinnung (Wind- oder Photovoltaikanlagen) von der Widmung der genutzten öffentlichen Wege gedeckt sein.“</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.302	1108	<p>Fachbereich Vermessung und Flurneuordnung (Herr Schmid, 102-3200)</p> <p>? Positiv</p> <p>? Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p> <p>? Negativ</p> <p>? Nicht betroffen</p> <p>? Keine Beurteilung möglich</p> <p>Der Fachbereich Vermessung und Flurneuordnung verweist auf die zahlreichen laufenden Flurbereinigungsverfahren im Landkreis. Zur Konfliktvermeidung ist eine direkte Beteiligung der unteren Flurneuordnungsbehörde anzustreben. Die Flurneuordnung ist außerdem ein Instrument, dass die Maßnahmen der Energiewende konstruktiv und nachhaltig unterstützen kann. Auf Grundlage der Bodenordnung sowie der Herstellung von Infrastruktur können diverse Maßnahmen erschlossen und auch gegebenenfalls effektiver umgesetzt werden.</p> <p>Folgende Flächen oder Teilflächen befinden sich derzeit innerhalb der Gebietsgrenze von Flurneuordnungsverfahren im Landkreis Sigmaringen.</p> <p>FFPV-437-002 im FNO-Verfahren Neufra/Gammertingen-Bronnen</p> <p>WEA-437-014 im FNO-Verfahren Bingen Hitzkofen</p> <p>FFPV-437-018 im FNO-Verfahren Sigmaringen-Jungnau</p> <p>FFPV-437-055 im FNO-Verfahren Herbertingen (B32/B311)</p> <p>FFPV-437-057 im FNO-Verfahren Hohentengen-Eichen/Günzkofen</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1109	<p>Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig.</p> <p>Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange dem Fachbereich Baurecht und dem Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz in jedem Fall je ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.302	1131	<p>Bei der Definition von Agri-PV Anlagen ist zu beachten, dass neben der guten fachlichen Praxis der Landwirtschaft, die Anforderungen der DIN SPEC 91434:2021-05 eingehalten werden müssen. Die DIN SPEC 91434:2021-05 wurde, neben weiteren Anforderungen, im Verwaltungsverfahren zur Festlegung zu den besonderen Solaranlagen nach § 85c Erneuerbare-Energien-Gesetz (Az. 4.08.01.01/1#4) durch die Bundesnetzagentur festgelegt und gilt damit als Stand der Technik.</p>	Die Definition wurde entsprechend der Anregung derart abgeändert, dass der DIN SPEC 91434:2021-05 als Stand der Technik Rechnung getragen wird. Ebenso wird dadurch der Tatsache Rechnung getragen, dass die Vorgaben der DIN SPEC 91492:2024-06 nur zu einer hilfsweisen Ausführung der Vorgaben der DIN SPEC 91434:2021-05 herangezogen werden können.	Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Vorgaben der DIN SPEC 91492:2024-06 können nur zu einer hilfsweisen Ausführung der Vorgaben der DIN SPEC 91434:2021-05 herangezogen werden und nicht für sich alleine stehen.</p> <p>Auch Anlagen gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 9 BauGB müssen die Vorgaben der DIN SPEC 91434:2021-05 (durch Änderung vom 03.07.2023, BGBl. 2023 I Nr. 176, 214) einhalten werden, um als Agri-PV Anlagen zu gelten.</p> <p>Aufgrund der o.g. Vorgaben können die im Text als Einzelfall benannten raumbedeutsamen FFPV auf besonders landbauwürdigen Flächen zum Schutz des Grundwassers, welches für die Trinkwasserversorgung gefördert wird, als Agri-PV nur errichtet werden, wenn die Fläche bereits mehr als 5 Jahre als Dauergrünland genutzt wird.</p>	<p>der Hinweis zu raumbedeutsamen FFPV auf besonders landbauwürdigen Flächen zum Schutz des Grundwassers wird zur Kenntnis genommen.</p>	
Landratsamt Alb-Donau-Kreis				
II.303	922	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>das Landratsamt Alb-Donau-Kreis äußert sich wie folgt:</p> <p>Stellungnahme</p> <p>1 Hinweise</p> <p>1.1 Landwirtschaft</p> <p>1.1.1 Es sind keine agrarstrukturellen Belange im Alb-Donau-Kreises betroffen.</p> <p>1.2 Forst, Naturschutz</p> <p>Naturschutz</p> <p>1.2.1 Im Bereich Lauterach, Emeringen und Rechtenstein ist ein interkommunaler Photovoltaik-Park angedacht.</p> <p>1.3 Flurneuordnung</p> <p>1.3.1 Es ist kein Verfahren nach dem FlurbG im Landkreis Biberach und Alb-Donau-Kreis betroffen. Es werden keine Einwendungen vorgebracht.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Landratsamt Konstanz				
II.305	715		Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Gesamtstellungnahme | P2400052

Vorhaben: Fortschreibung des Regionalplans  
Bodensee-Oberschwaben | Regionale  
Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen  
an  
anderen Plankapiteln | hier: 2. Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2  
des  
Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Abs. 2 des  
Landesplanungsgesetzes (LplG)

auf Ihre Anhörung vom 1. April 2025 zu dem oben genannten  
Vorhaben nimmt das Landratsamt  
Konstanz wie folgt Stellung:

I. Fachbehördliche Stellungnahme:

Amt für Flurneuordnung:

[Name anonymisiert]  
Aus Sicht der Flurbereinigungsbehörde bestehen keine Bedenken  
gegen die Fortschreibung des  
Regionalplans Bodensee-Oberschwaben.

Straßenbau:  
[Name anonymisiert]  
Die Unterlagen zum 2. Beteiligungsverfahren wurden zur Kenntnis  
genommen. Es bestehen weiterhin  
keine Einwände aus straßenbaurechtlicher Sicht, da das  
klassifizierte Straßennetz des Landkreises  
Konstanz nicht betroffen ist.

Kreisarchäologie:

[Name anonymisiert]  
Da sich das Plangebiet außerhalb des Landkreises Konstanz  
befindet, sind Belange der Kreisarchäologie  
des Landratsamtes Konstanz nicht betroffen. Es wird auf die  
Stellungnahmen des Landesamt für  
Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart verwiesen.



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wasserrecht:</p> <p>Ansprechpartner: [Name anonymisiert] Dem Vorhaben wird aus wasserwirtschaftlicher Sicht zugestimmt.</p> <p>Naturschutz:</p> <p>Ansprechpartnerin:[Name anonymisiert]</p> <p>Die Betroffenheit des Landkreises Konstanz durch die Vorrangflächen Windkraft „WEA-435-002 Hochbühl“ und „WEA-437-025 Wald“ wurde in der ersten Anhörung vorgebracht. Beide Gebiete wurden nun verkleinert. Es ist dennoch weiterhin davon auszugehen, dass Windenergieanlagen an diesem Standort auch über die Kreisgrenze hinaus im Landkreis Konstanz deutlich wahrnehmbar sein werden. Im Übrigen bleibt die bisherige Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde bestehen.</p> <p>Landwirtschaft:</p> <p>Ansprechpartnerin: [Name anonymisiert]</p> <p>Von der Planung sind keine agrarstrukturellen Belange im Landkreis Konstanz betroffen. Amt für Abfallrecht und Gewerbeaufsicht:</p> <p>Ansprechpartnerin: [Name anonymisiert]</p> <p>Nach Einsichtnahme in die oben genannte Teilfortschreibung des Regionalplans ergeben sich aus Sicht des Amtes für Abfallrecht und Gewerbeaufsicht bezüglich der darin beschriebenen Änderungen der potentiellen Vorranggebiete für den Landkreis Konstanz keine Bedenken und Anregungen.</p> <p>Kreisforst: Ansprechpartnerin:[Name anonymisiert] Die bisherige Stellungnahme des Kreisforstamtes bleibt bestehen. Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Wir bitten um eine Mehrfertigung Ihrer Entscheidung.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Landratsamt Unterallgäu				
II.308	1310	vielen Dank für die Beteiligung am o.g. Verfahren. Durch das Landratsamt Unterallgäu erfolgt keine Stellungnahme zu der Planung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Landratsamt Zollernalbkreis				
II.309	370	<p>Verz.-Nr.: 20240007 Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>nach Anhörung der Fachbehörden in unserem Hause wird folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p>Forstamt, Ansprechpartner: [Name anonymisiert] Das Forstamt ist von der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben nicht betroffen.</p> <p>Landwirtschaftsamt, Ansprechpartnerin:[Name anonymisiert] Aus unserem Zuständigkeitsbereich ergeben sich keine Bedenken gegen die Planung.</p> <p>Amt für Straßen- und Radwegbau, Ansprechpartner: [Name anonymisiert] Grundsätzlich bestehen seitens des Straßenbauamtes keine Bedenken.</p> <p>Der Teilregionalplan erstreckt sich nicht auf den Zollernalbkreis. Somit ergibt sich grundsätzlich keine Zuständigkeit. Bei Vorhaben an der Kreisgrenze ist eine Einzelprüfung notwendig.</p> <p>Wasser- und Bodenschutz, Ansprechpartner:[Name anonymisiert] Die Belange des Sachgebiets Wasser- und Bodenschutz sind berücksichtigt. Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Naturschutz, Ansprechpartner: [Name anonymisiert] Wie in der Stellungnahme zum 1. Anhörungsentwurf mitgeteilt, liegen der UNB keinerlei Kenntnisse zu besonderen Artenvorkommen in räumlicher Nähe zu den geplanten Standorten, angrenzend an den Zollernalbkreis (mit den Gemeinden Burladingen, Bitz und Winterlingen) vor, welche bei der Planung zu berücksichtigen wären.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Es sind durch die Aufstellung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben keine naturschutzrechtlichen Belange des Zollernalbkreises betroffen.</p> <p>Gegen die Planung bestehen daher keine Bedenken.</p>		
Landratsamt Tuttlingen				
II.311	924	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Regionale Infrastruktur, Teilregional-plan Energie - Gemeinsame Stellungnahme des Landratsamtes Tuttlingen zur Beteiligung der Be-hörden gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ROG in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 LplG</p> <p>das Landratsamt Tuttlingen bedankt sich für die Beteiligung an dem oben genannten Verfahren und der damit verbundenen Möglichkeit der gemeinsamen Stellungnahme.</p> <p>Es wird darum gebeten, die folgenden Stellungnahmen des Forstamtes, des Landwirtschaftsamtes, des Gesundheitsamtes, des Nahverkehrsamtes bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Das Regierungspräsidium Freiburg – Höhere Raumordnungsbehörde – erhält diesseits Nachricht von diesem Schreiben.</p> <p>1. Landwirtschaftsamt</p> <p>Gegenüber dem 1. Anhörungsentwurf wurde die Kulisse zur Ausweisung von Vorranggebieten für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen- und Photovoltaikanlagen um mehrere neue Gebiete ergänzt, so auch um die Anlage „FFPV-437-080“ auf Gemarkung Bietingen der Gemeinde Sauldorf. Diese auf Basis eines rechtskräftigen Bebauungsplan-Verfahrens neu aufgenommene Vorrangfläche liegt direkt an der Kreisgrenze zum Landkreis Tuttlingen / Gemarkung Worndorf. Werden im Zusammenhang mit der Realisierung dieser FFPV-Anlage kreisgebietsübergreifende Erschließungsmaßnahmen erforderlich, die landwirtschaftliche Belange des Landkreises Tuttlingen berühren, so bitten wir um Beteiligung am Verfahren.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Regionalverband Hochrhein-Bodensee				
II.400	717	<p>der Regionalverband Hochrhein-Bodensee dankt Ihnen für die erneute Möglichkeit der Beteiligung zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Teilregionalplan „Energie“.</p> <p>In seiner Sitzung am 27. Mai 2025 hat die Verbandsversammlung des</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Regionalverbands Hochrhein-Bodensee den Entwurf der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Teilregionalplan „Energie“ beraten und nimmt hierzu wie folgt Stellung:</p> <p>2 der ausgewiesenen Vorbehaltsgebiete (VBG) für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen liegen unmittelbar an der Verbandsgrenze. Ein weiteres, neu aufgenommen VBG liegt östlich der Bundesstraße B 313 ca. 340 m von der Verbandsgrenze im Bereich der Kommune Mühlingen entfernt. Weiterhin liegen 3 ausgewiesene Vorranggebiete (VRG) für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen in einem Bereich zwischen 2,5 bis 10 km von der Verbandsgrenze entfernt. Insgesamt bestehen auch weiterhin keine Einwendungen gegenüber der Planung.</p> <p>Abschließend weisen wir auf unsere Teilfortschreibungen 3.1 Freiflächen-Photovoltaik sowie 3.2 Windenergie hin. Mit Schreiben vom 15. April 2025 haben wir Sie am 2. Anhörungsverfahren zur Teilfortschreibung 3.1. Freiflächen-Photovoltaik beteiligt. Das 2. Anhörungsverfahren zum Thema Windenergie steht an. An diesem werden Sie selbstverständlich auch beteiligt werden.</p>		
Regionalverband Donau-Iller				
II.401	1	<p>vielen Dank für die Beteiligung am o. g. Verfahren. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:</p> <p>Der Planentwurf des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben sieht einige Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen in der Nähe zur bzw. direkt angrenzend an die Region Donau-Iller vor. In diesen Bereichen schließen sich gemäß Planentwurf der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Donau-Iller z. T. auch Vorranggebiete auf Seiten der Region Donau-Iller an. Somit können regionsüberschreitend größere Gebiete mit entsprechendem Synergiepotenzial für die Windkraftnutzung entstehen.</p> <p>Im Hinblick auf teilträumliche Konzentrationen von VRG Wind entlang der gemeinsamen Regionsgrenze haben die Regionalverbände Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben ihre Planentwürfe im Rahmen von Erörterungsterminen abgestimmt. Der vorliegende Planentwurf des Teilregionalplans Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben sieht u. a. eine Reduzierung der VRG Kettenacker – Ost (WEA-437-026), Inneringen – Nordost (WEA-437-020) und Bingen – Nord (WEA-437-014) vor. Die Geschäftsstelle des Regionalverbands Donau-Iller wertet derzeit die eingegangenen Stellungnahmen aus dem ersten</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Beteiligungsverfahren der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Donau-Iller aus. Gemäß Planungskonzept wird insbesondere im Hinblick auf teilsräumliche Konzentrationen von VRG Wind eine Vermeidung lokaler Überforderungssituationen angestrebt.</p> <p>Im Falle weiterer gebietlicher Änderungen an der gemeinsamen Regionsgrenze bitten wir um zeitnahe Information. Darüber hinaus haben wir keine Anregungen zur vorliegenden Fortschreibung Windenergie.</p> <p>Durch die Teilfortschreibung Solarenergie sehen wir regionalplanerische Belange der Region Donau-Iller nicht berührt. Insofern haben wir hierzu keine Anregungen.</p>		
<b>Regionalverband Neckar-Alb</b>				
II.402	935	<p>herzlichen Dank für die erneute Beteiligung am oben genannten Verfahren.</p> <p>Die Gebietsabgrenzungen für die Vorranggebiete Windenergie sowie der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik entsprechen den gemeinsamen Abstimmungen. Darüber hinaus haben wir keine Hinweise.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg</b>				
II.403	1333	Von der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie werden die Belange des Regionalverbandes Schwarzwald-Baar-Heuberg auch weiterhin nicht berührt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Regionalverband Nordschwarzwald</b>				
II.404	1327	<p>vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben.</p> <p>Von den in der Raumnutzungskarte festgelegten Gebieten liegt keines im Umkreis der Regionsgrenze des Regionalverbandes Nordschwarzwald. Es bestehen von Seiten des Regionalverbandes Nordschwarzwald keine Anregungen oder Bedenken.</p> <p>Wir wünschen viel Erfolg bei den künftigen Verfahrensschritten und bitten um weitere Beteiligung am Verfahren.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Verband Region Südlicher Oberrhein</b>				
II.409	1311	wir danken für die Beteiligung an der Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben. Von Anregungen sehen wir ab, da von Ihrem Planungskonzept keine Auswirkungen auf unser Verbandsgebiet ausgehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Verband Region Rhein-Neckar</b>				

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.410	1334	<p>mit Schreiben vom 10.04.2024 äußerte sich der Verband Region Rhein-Neckar bereits im Rahmen der 1. Anhörung der Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben - Kapitel 4.2 "Energie" zum damaligen Planentwurf. Es bestanden keine Bedenken. Auch im Rahmen der 2. Anhörung bestehen seitens des Verbands Region Rhein-Neckar keine Bedenken zum vorgelegten Planentwurf.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Regionaler Planungsverband Allgäu				
II.412	1323	<p>wir bedanken uns für die Gelegenheit, zu o.g. Fortschreibung des Regionalplans der Region Bodensee-Oberschwaben Stellung zu nehmen. Von Seiten des Regionalen Planungsverbandes Allgäu bestehen keine Bedenken gegen diese Planung.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Regierung von Oberbayern				
II.413	508	<p>Unser Zeichen: 25-40-3732-337</p> <p>zu Ihrer Bitte um Stellungnahme zu Vorranggebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen können wir Ihnen Folgendes mitteilen:</p> <p>1. Einleitende Anmerkung: Wir sprechen nicht für militärischen Flugbetrieb bzw. Militärflugplätze.</p> <p>2. Bauschutzbereiche und ziviler Flugbetrieb:</p> <p>Die Platzbetreiber der Flugplätze besitzen aufgrund ihrer luftrechtlichen Genehmigungen zur Anlage und Betrieb von Flugplätzen Bestandsschutz vor heranrückender Bebauung. Auch bei Flugplätzen und Segelfluggeländen ohne Bauschutzbereich wird das Luftamt bei Bauvorhaben in deren Umgebung durch die jeweiligen Genehmigungsbehörden angehört und um luftrechtliche Zustimmung gebeten. Befände sich eine Windenergieanlage zu nah an einem genehmigten Flugplatz oder Segelfluggelände und würde dadurch der Flugbetrieb gefährdet, würde das Luftamt die luftrechtliche Zustimmung verweigern.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte (u.a. Bauschutzbereich, Platzrunden, Hindernisbegrenzungsflächen) sind bereits berücksichtigt. Hierzu wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist dies in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) detailliert zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gemäß Nr. 6 der Bekanntmachung der Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb (siehe Anlage 1) ist von einer Gefährdung für den Flugbetrieb auszugehen, wenn relevante Bauwerke innerhalb der festgelegten Platzrunde errichtet werden sollen oder wenn in anderen Bereichen relevante Bauwerke einen Mindestabstand von 400 m zum Gegenanflug von Platzrunden und/oder 850 m zu den anderen Teilen von Platzrunden (inkl. Kurventeilen) unterschreiten. Der Sprung von 400 m auf 850 m Mindestabstand ist genau am Beginn der Kurve in den Queranflug, wenn die Kurve eingeleitet wird. Umgekehrt ist der Sprung von 850 m auf 400 m Mindestabstand genau am Ende der Kurve in den Gegenanflug, wenn die Kurve beendet ist. In Anlage 2 finden Sie eine schematische Darstellung einer Musterplatzrunde mit Mindestabständen zu Windkraftanlagen/relevanten Bauwerken.</p> <p>Da moderne Windkraftanlagen mittlerweile Rotordurchmesser von bis zu 180 m aufweisen und somit die Rotorblattlängen bis zu 90 m betragen können, kann nach Auskunft der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) im Einzelfall auch die Rotorblattlänge als zusätzlicher Abstand zu den Mindestabständen addiert werden, so dass sich bis zu 490 m bzw. 940 m als Mindestabstände ergeben können. Es erscheint deshalb sehr empfehlenswert, die erhöhten Mindestabstände anzuwenden.</p> <p>Zudem existieren an Flugplätzen auch Hindernisbegrenzungsflächen (u. a. Horizontalfläche und obere Übergangsfläche), in die keine Bauwerke hineinragen sollten, die nach den örtlichen Verhältnissen die sichere Durchführung des Flugbetriebs gefährden können.</p>		
II.413	509	<p>Verkehrsflughafen Memmingen:</p> <p>Die drei Vorranggebiete für Windenergieanlagen, die sich westlich und nordwestlich von Aitrach befinden sowie das Vorbehaltsgebiet für Windenergieanlagen, das sich südlich von Aitrach befindet, befinden sich im Bereich der dortigen Verlängerung des Instrumentenflugs (IFR) der An- und Abflugflächen des Verkehrsflughafens Memmingen.</p> <p>?Ob es dadurch eventuell zu Einschränkungen in der Nutzbarkeit</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sowohl die Deutsche Flugsicherung (DFS) als auch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) wurden im Rahmen dieses Verfahrens beteiligt und haben keine Bedenken geäußert. Auch der deutsche Hängegleiterverband wurde beteiligt.</p> <p>Auf regionalplanerischer Ebene werden nur Flächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen, jedoch nicht die konkreten Windenergieanlagenstandorte und die entsprechenden Anlagentypen. Daher sind die</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>des IFR kommt, kann von uns nicht beurteilt werden. Wir empfehlen Ihnen deshalb dringend die Beteiligung der Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS, Adresse: DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, SIS/ND, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen) als Träger öffentlicher Belange, da das Luftamt Südbayern etwaige Belange der DFS (z. B. Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen aufgrund festgelegter (IFR)-Flugverfahren, Meldepunkte, An- und Abflugflächen, etc.) nicht wahrnehmen kann.</p> <p>? Bitten Sie die DFS explizit zu einer Stellungnahme hinsichtlich des Instrumentenflugs (IFR) am Verkehrsflughafen Memmingen (EDJA)!</p> <p>3. Landestellen im öffentlichen Interesse, sog. PIS-Landestellen:</p> <p>Abgesehen von den planfestgestellten bzw. nach § 6 LuftVG genehmigten Flugplätzen, gibt es auch noch die sogenannten Landestellen im öffentlichen Interesse (public interest site), sog. PIS-Landestellen. Hierbei handelt es sich zumeist um Landestellen an Krankenhäusern (aber auch von Feuerwehr, Polizei und Bundeswehr), die sich in schwierigen Umgebungsbedingungen und/oder dicht besiedelten Gebieten befinden. Zuständig ist hier das Luftfahrt-Bundesamt (LBA). Diese Landestellen wurden – oftmals aufgrund rechtlicher Unmöglichkeit – nicht förmlich genehmigt und erfahren daher grundsätzlich keinen so hohen Schutz wie die fachplanerisch zugelassenen Landeplätze. Aufgrund ihres besonderen öffentlichen Interesses, sollte die öffentliche Verwaltung aber auch diese nicht anders wie einen offiziellen Landeplatz behandeln. Weitere Informationen hierzu sowie die PIS-Masterliste samt Koordinaten finden Sie auf der Homepage des LBA unter: Luftfahrt Bundesamt - Public Interest Site (PIS) (<a href="http://lba.de">lba.de</a>)</p> <p>4. Schutz von Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG):</p> <p>Vom Bauschutzbereich eines Flugplatzes zu unterscheiden sind die Anlagenschutzbereiche der Flugsicherungseinrichtungen. Flugsicherungseinrichtungen befinden sich nicht nur in der Nähe von Landeplätzen, sondern verteilen sich auf dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.</p>	<p>angesprochenen Aspekte (u.a. Lage der Windenergieanlagen in An- und Abflugflächen, Berücksichtigung von PIS Landestellen, Modellfluggelände und Hängegleitergelände) in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Flugsicherungseinrichtungen sind z.B. UKW-Drehfunkfeuer (VOR), Entfernungsmessgeräte (DME) oder Radaranlagen. Bauwerke und Gelände in ihrer Umgebung können Störungen verursachen.</p> <p>Zum Schutz vor etwaigen Störungen sind um diese Flugsicherungseinrichtungen Schutzbereiche, sogenannte "Anlagenschutzbereiche" eingerichtet. Bauwerke, die innerhalb dieser Bereiche errichtet werden sollen, werden daraufhin geprüft, ob sie bei Flugsicherungseinrichtungen Störungen verursachen können.</p> <p>Nur weil ein Bauwerk (Windkraftanlage) innerhalb eines Anlagenschutzbereichs liegt, ist dessen Bau nicht per se ausgeschlossen, erfordert aber eine Prüfung und Entscheidung/Genehmigung durch das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) nach § 18a LuftVG. Ob ein Vorranggebiet innerhalb eines Anlagenschutzbereichs liegt, kann mit der interaktiven 2D-Karte und noch exakter mit der 3DVorprüfung auf der Homepage des BAF geprüft werden.</p> <p>Wir empfehlen deshalb dringend das BAF (Adresse: Monzastraße 1 in 63225 Langen) als Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme aufzufordern, da etwaige Interessen des BAF vom Luftamt Südbayern nicht wahrgenommen werden und eine Entscheidung nach § 18a LuftVG allein das BAF trifft.</p> <p>5. Bauwerke außerhalb des BSB (§ 14 LuftVG): Jeder Standort unterliegt zudem allgemein den Anforderungen, die sich aus § 14 LuftVG ergeben. Nach § 14 Abs. 1 Satz 1 LuftVG darf die für die Erteilung einer Genehmigung zuständige Behörde die Errichtung von Bauwerken außerhalb des Bauschutzbereiches, die eine Höhe von 100 m über der Erdoberfläche überschreiten, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörde (Luftamt Südbayern) genehmigen. Die Windkraftanlagen bedürfen im Verfahren nach § 14 LuftVG stets einer Begutachtung durch die DFS gemäß § 31 Abs. 3 LuftVG. Diese gibt Auskunft darüber, ob aus zivilen und militärischen Flugbetriebsgründen i. S. d. § 14 LuftVG Einwendungen bestehen.</p> <p>6. Modellfluggelände: Für Modellfluggelände liegt die Zuständigkeit ausschließlich bei</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>zwei Verbänden, sodass wir dringend empfehlen, sie als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.</p> <p>7. Hängegleitergelände: Aufgrund der Vielzahl an Hängegleitergeländen im Bereich des Regionalplans, für die die Zuständigkeit vollständig beim DHV Deutsche Gleitschirm- und Drachenflugverband e. V. (DHV) (dhv@dhv.de; bjoern.klaassen@dhvmail.de) liegt, empfehlen wir auch dessen Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.</p>		
II.413	510	<p>Achtung Anhänge in der Anlage!</p> <p>8. Militärische Belange: Für die aus militärisch-flugsicherungstechnischen Gründen erforderliche gutachtliche Stellungnahme gemäß § 18a LuftVG (Schutz der militärischen Flugsicherungseinrichtungen) und für die militärischen Belange in den Bereichen der Flugsicherung, des Flugbetriebs und der Freiheit von Luftfahrthindernissen in den Bauschutzbereichen der Militärflugplätze liegt die Zuständigkeit gemäß § 30 Abs. 2 Satz 4 LuftVG ausschließlich bei der militärischen Luftfahrtbehörde (Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr – Referat Infra I 3, Fontainengraben 200 in 53123 Bonn). Sie ist zudem zu beteiligen hinsichtlich der militärischen Schutzbereiche, der Infrastruktur und der Liegenschaften der Bundeswehr. Wir regen daher auch dringend deren Beteiligung an.</p>	Kenntnisnahme. Die genannte Behörde wurde beteiligt.	Kenntnisnahme
Ministerium des Inneren für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg				
II.500	1318	Az.: IM1-24-7/3	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
		<p>vielen Dank für Ihre Nachricht an das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg. Wir weisen darauf hin, dass die Aufgaben der Ministerien als oberste Landesbehörden vorwiegend strategischer Natur sind und nur in Ausnahmefällen den operativen Bereich betreffen. Die operativen Aufgaben wie beispielsweise die Prüfung der öffentlichen Belange</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>fällt den nachgeordneten Behörden (Regierungspräsidien, Landratsämter, Polizeipräsidien etc.) zu.</p> <p>Vor diesem Hintergrund können wir hier nicht erkennen, aus welchem besonderen Grund der Aufgabenbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen durch die Planung berührt sein könnte, so dass von einer Stellungnahme abgesehen wird.</p> <p>Sofern von uns ein besonderer Grund der Beteiligung übersehen wurde, bitten wir um einen Hinweis.</p>		
Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg				
II.505	981	<p>anbei erhalten Sie die Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr zu o.g. Verfahren.</p> <p>Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben (Teilregionalplan Energie Kap. 4.2) hier: 2. Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Abs. 2, 4 und 5 Landesplanungsgesetz Sehr geehrte Damen und Herren, Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen und dieses das Ministerium für Verkehr um Stellungnahme zum Entwurf der o.g. Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Teilfortschreibung Energie gebeten. Damit kann das Ministerium für Verkehr eine Stellungnahme zu dem Verfahren abgeben. Hierzu nehmen wir im Rahmen der Anhörung von Trägern öffentlicher Belange wie folgt Stellung: Grundsätzlich begrüßen wir die Anstrengungen zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen, da dies den Klimaschutzzielen dient. Für die Antriebswende ist eine ausreichende Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien unerlässlich.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.505	982	<p>In diesem Zusammenhang ist jedoch ebenso ein Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität wichtig. Zudem sind die geplanten Straßenbaumaßnahmen in der Planaufstellung zu berücksichtigen. Zum Erhalt der Biodiversität sind zudem die Wiedervernetzung an Verkehrswegen sowie der Erhalt wertgebender</p>	Die genannten Punkt wurden, soweit sie die regionalplanerische Ebene betreffen, berücksichtigt. Wir möchten jedoch betonen, dass auf regionalplanerischer Ebene nur Flächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen werden, jedoch nicht die konkreten Windenergieanlagenstandorte und die entsprechenden	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Lebensräume an Straßen bedeutsame Punkte. Wir bitten diese Aspekte in Ihre Planung einfließen zu lassen.	Anlagentypen. Daher sind bestimmte Aspekte erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	
II.505	983	<p>Neben diesen grundsätzlichen Anregungen möchten wir außerdem auf folgendes verweisen:</p> <p>1. Themenbereich Straßeninfrastruktur</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass die Belange des Straßenbaulasträgers der Bundes- und Landesstraßen in der Zuständigkeit der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg, die durch das zuständige Regierungspräsidium Tübingen eingebracht werden, berücksichtigt werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.505	984	<p>2. Themenbereich Wiedervernetzung an Verkehrswegen</p> <p>Es wird begrüßt, dass das „Landeskonzept Wiedervernetzung“ im Textteil des Entwurfs des Teilregionalplans Energie erwähnt wird. Es wird jedoch um Ergänzung der Quelle gebeten, die in den Unterlagen nicht aufgeführt ist („Landeskonzept Wiedervernetzung an Straßen in Baden-Württemberg“, Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, 2015).</p>	Der Anregung wird gefolgt und die Quelle im Textteil des Teilregionalplans Energie ergänzt.	Berücksichtigung
II.505	985	<p>Mit Bezug auf die Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg vom 02.04.2024 (Gz.: VM4-2424-18/8/7) wurden die Vorbehaltsgebiete FFPV-435-004 und FFPV-435-005 geringfügig angepasst.</p> <p>Gemäß dem „Merkblatt zur Anlage von Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen an Straßen“ (FGSV, 2022) sind Störungen im Umfeld von 250 m von Tierquerungshilfen zu vermeiden. Es wird daher gebeten, die Vorbehaltsgebiete FFPV-435-004 und FFPV-435-005 darüber hinaus so anzupassen, dass diese 250 m von der bestehenden Grünbrücke Hirschweg, der Faunabrücke Nesselwangen und der Faunabrücke Hohenlinden entfernt sind.</p> <p>Analog hierzu wird gebeten, den Kriterienkatalog „Festlegung Vorbehaltsgebiete Photovoltaik (PS 4.2.3 G (1))“ so anzupassen, dass Grünbrücken selbst und deren</p>	Die Belange des Biotopverbundes, einschließlich der Grünbrücken sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Die weitergehende Prüfung möglicher Beeinträchtigung auf geschützte Arten oder den Biotopverbund ist i.d.R. erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte für und Ausgestaltungen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglich. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen nachgelagerter Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren geprüft, wenn die konkrete	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Umfeld von 250 m der Wirkung A3 (= planerischer Ausschluss) zugeordnet werden.	<p>Fläche der Photovoltaikanlage bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung sowie die Festlegung von Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung etwaiger Betroffenheiten erfolgt auf Projektebene und richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Der RVBO sieht keine Notwendigkeit, die in der Anregung genannten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik aus den in der Anregung genannten Gründen in ihrer Größe zu verkleinern oder ganz zu streichen.</p>	
II.505	986	<p>3. Themenbereich Schieneninfrastruktur</p> <p>Die kürzlich eingeführte Vorschrift des § 11a Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) bestimmt, dass bei dem Bau oder der Änderung von Eisenbahnanlagen zur Förderung der Klimaziele des Bundes diese Anlagen für die Erzeugung erneuerbarer Energien genutzt werden sollen, wenn die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs hierdurch nicht beeinträchtigt wird.</p> <p>Auf Bahnbetriebszwecken gewidmeten Flächen oder an Eisenbahninfrastrukturen dürfen folglich Windenergieanlagen nur mit einem ausreichenden Abstand zum Schienenweg vorgesehen werden. Von Windenergieanlagen auf Nachbargrundstücken der Eisenbahn, aber auch auf Eisenbahnbetriebsgrundstücken, dürfen für den Bahnbetrieb selbstverständlich keine Einschränkungen ausgehen - dazu zählen beispielsweise Gefahren durch Eisabwurf (Windenergieanlage in Betrieb) und Eisfall (Windenergieanlage im Stillstand). Auch etwaige Spiegel-, Blend- oder Sogwirkungen für den Verkehr auf der Eisenbahninfrastruktur müssen wirksam ausgeschlossen werden. Allgemein gilt: Gefahren für den Eisenbahnbetrieb dürfen nicht entstehen und müssen ausgeschlossen sein (vgl. §§ 4, 24, 24a AEG und § 4 Landeseisenbahngesetz Baden-Württemberg – LEisenbG BW).</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Auf regionalplanerischer Ebene werden nur Flächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen, jedoch nicht die konkreten Windenergieanlagenstandorte und die entsprechenden Anlagentypen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Spezielle gesetzliche baulich einzuhaltende Abstandsflächen zur Eisenbahninfrastruktur existieren im Bundesrecht zwar bisher nicht, im Landesrecht gibt es dagegen gesetzliche Anbaubeschränkungen, die aber nur für Eisenbahninfrastrukturen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen gelten, also nicht für das Netz der Eisenbahnen des Bundes (DB InfraGO AG und Beteiligungsunternehmen des DB-Konzerns).</p> <p>§ 4 Abs. 1 und 2 LEisenbG BW bestimmt:          „Längs der Strecken von Eisenbahnen dürfen          1. bei gerader Streckenführung          a) bauliche Anlagen in einer Entfernung bis zu 50 m,          b) Lichtreklamen in einer Entfernung bis zu 200 m,          2. bei gekrümmter Streckenführung          bauliche Anlagen und Lichtreklamen in einer Entfernung bis zu 500 m von der Mitte des nächstgelegenen Gleises nicht errichtet oder geändert werden, wenn die Betriebssicherheit der Eisenbahn dadurch beeinträchtigt wird.</p> <p>(2) Bei geplanten Eisenbahnen gelten die Beschränkungen des Absatzes 1 vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, in dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.“</p> <p>Es kommt also entscheidend darauf an, ob im Einzelfall die Betriebssicherheit der Eisenbahn durch das Aufstellen einer Windenergieanlage oder durch die Ausweisung von Aufstellungsflächen für solche Anlagen beeinträchtigt wird oder nicht – immer vorausgesetzt, dass die Windenergieanlage (Turm und Fundamente) selbst standsicher ist<sup>1</sup>.</p> <p>In Verwaltungsvorschriften – Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen – VwV TB des MLW, Anhang Anlage A 1.2.8/6, S. 33 und mit gleicher Abstandsregel auch in den Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen 2024/1, Anlage A 1.2.8/6, S. - ist dazu bestimmt: „Abstände zu Verkehrswegen und Gebäuden sind unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen wegen der Gefahr des Eisabwurfs (Windenergieanlage im Betrieb) und des Eisfalls (Windenergieanlage im Stillstand) einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Abstände, gemessen von der Turmachse, größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen als ausreichend. In anderen Fällen ist die Stellungnahme eines Sachverständigen erforderlich.“<sup>2</sup></p> <p>Dies ist z.B. beim Vorranggebiet für Windenergieanlagen südlich von Bad Waldsee relevant.</p> <p>In jedem Fall wäre ferner zu prüfen, ob die für die Installation von Windenergieanlagen vorgesehenen Flächen auch für künftige Neu- und Ausbaumaßnahmen der Eisenbahninfrastruktur (beispielsweise zweite Streckengleise, Überholgleise, Stationen, Umschlageneinrichtungen oder andere Serviceeinrichtungen) benötigt werden. Liegt ein solcher Eisenbahninfrastrukturbedarf vor, sind die betreffenden Flächen freizuhalten, da ein solcher Bedarf als öffentlicher Belang einer Installation regelmäßig entgegensteht.</p> <p>Bei allen Planungen ist daher eine Abstimmung mit dem jeweiligen Eisenbahninfrastrukturbetreiber - und ggf. der zuständigen Eisenbahnaufsichtsbehörde (dies ist das Eisenbahn-Bundesamt für Eisenbahninfrastruktur der Eisenbahnen des Bundes, und das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, soweit eine nichtbundeseigene Eisenbahninfrastruktur betroffen ist) - unerlässlich und insofern ist das Einvernehmen einzuholen. Konzepte für künftige Neu- und Ausbaumaßnahmen der Eisenbahninfrastruktur (z.B. Reaktivierungskarte, Elektrifizierungskarte, etc.) können vom Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg angefragt werden. Informationen dazu sind auch auf der Internetseite des Ministeriums publiziert.</p>		
Regierungspräsidium Stuttgart				
II.508-2	946	anbei erhalten Sie die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart im Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>das Regierungspräsidium Stuttgart dankt für die erneute Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee- Oberschwaben und nimmt dazu wie folgt Stellung:</p>		
II.508-2	947	<p>I. Stellungnahme Abt. 2 – Wirtschaft und Infrastruktur</p> <p>Raumordnung</p> <p>Raumordnerische Belange des Regierungsbezirks Stuttgart werden durch die Planung nicht berührt.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.508-2	957	<p>III. Stellungnahme Abteilung 8 – Landesamt für Denkmalpflege</p> <p>Seitens des Landesamts für Denkmalpflege wird Ihnen gesondert eine Stellungnahme zugehen</p> <p>Abschließend weist das Regierungspräsidium Stuttgart insgesamt darauf hin, dass die Entscheidung über die Ausweisung von Vorranggebieten im Ermessen des jeweiligen regionalen Planungsverbandes liegt. Die geltend gemachten öffentlichen Belange sind im Rahmen der dort sowie im Rahmen der im Genehmigungsverfahren zu treffenden Entscheidung unter Berücksichtigung von § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) und der Erreichung des vorgegebenen Flächenziels gemäß § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) entsprechend abzuwägen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Regierungspräsidium Freiburg				
II.508-4	512	<p>2. Beteiligungsverfahren - Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln - Ihr Schreiben vom 6. Mai 2025 Sehr geehrte Damen und Herren, am 7. Februar 2025 hat die Verbandsversammlung des Regionalverbands Bodensee-Ober-schwaben in öffentlicher Sitzung die Durchführung des zweiten Beteiligungsverfahrens gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ROG in Verbindung mit § 12 Abs. 2, 4 und 5 LplG beschlossen.</p> <p>Gegenstand ist der überarbeitete Entwurf zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben im Kapitel Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie sowie die Änderung weiterer Planka-pitel. Die Fortschreibung dient zugleich der Umsetzung der §§ 20 und 21 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg, insbesondere im Hinblick auf die Flä-chenziele für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik gemäß bundes- und landesrechtlicher Vorgaben. STELLUNGNAHME Die höhere Forstbehörde beim Regierungspräsidium Freiburg nimmt vor diesem Hintergrund - in Abstimmung mit den unteren Forstbehörden bei den Landratsämtern Bodenseekreis, Ravens-burg und Sigmaringen - wie folgt Stellung. 1. Allgemeines Der räumliche Geltungsbereich des Regionalplans „Bodensee-Oberschwaben“ erstreckt sich über die Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Die nun vorgenommenen Regionalplanänderungen zwischen der 1. und 2. Offenlage wurden durch eine entsprechende farbliche Darstellung (hier: grau hinterlegt) kenntlich gemacht. Dar-über hinaus wurden Raumnutzungskarten (Shapefiles) und ein Umweltbericht vorgelegt. An dieser Stelle wird erneut auf unsere Stellungnahmen vom 28.04.2022 und 05.04.2024 ver-wiesen. Darin wurden die forstrechtlichen-/fachlichen Belange ausführlich dargestellt und gel-ten für die vorgenommenen Änderungen des Teilregionalplans unverändert fort.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.508-4	513	<p>2. Änderungen – „Vorranggebiete Windenergie“ Im Rahmen des Verfahrens hat sich zum einen die Zahl an „Vorranggebieten Windenergie“ (vgl. Textteil S. 30 Tab. B3) von ursprünglich 43 auf 40 reduziert, als auch die Gesamtfläche von ca. 8.586 ha auf 6.766 ha verringert. Vier geplante Vorranggebiete für Windenergie wurden vollständig gestrichen, darunter Alt-mannshofen, Mailand – Leutkirch Stadtwald, Krauchenwies- Ostrach und Beurener Berg. Zudem wurden zahlreiche Flächen verkleinert oder neu aufgeteilt. Als Hauptgründe für diese Anpassungen wurden unter anderem unzureichende Windverhältnisse, zu geringe Abstände zur Besiedlung, Belange des Natur- und Artenschutzes sowie des Denkmalschutzes und der Luftverkehrssicherheit angegeben. Eine Aufnahme neuer Flächen erfolgte aufgrund des bereits erreichten bzw. sogar übertroffenen Flächenziels nicht. Die zahlen- und flächenmäßige Reduzierung bzw. Anpassungen der Vorranggebiete ist aus Sicht der Forstverwaltung grundsätzlich zu begrüßen. Da jedoch weiterhin von allen Ausweisungen für „Vorranggebiete Windenergie“ Waldflächen im Sinne von § 2 LWaldG tangiert sind, werden forstrechtliche-/fachliche Belange nach wie vor in besonderem Maße berührt.</p>	<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
			Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.508-4	514	<p>Es wird weiterhin vor allem die Sonderfunktion „Erholungswald“ - gemäß Waldfunktionenkartierung - durch die geänderten Vorranggebiete auf ca. 1.044 ha überlagert. Immissionsschutz- und Sichtschutzwälder sind laut Textteil (vgl. S. 61) nicht betroffen. Auf ca. 121 ha besteht hingegen eine Überlagerung mit der Sonderfunktion „Bodenschutzwald“. Gemäß Textteil soll hier durch eine vorsorgende Standortwahl (vgl. S. 66) ein Großteil der Eingriffe vermieden bzw. minimiert werden können. In diesem Zusammenhang wird abermals vor allem auf die im Bodenseekreis vorkommenden „Rutschungsgebiete“ und hier im Speziellen auf die Stellungnahme der unteren Forstbehörde beim Landratsamt Bodenseekreis verwiesen.</p>	<p>Zum Erholungswald: Aufgrund der Verteilung der Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien in der Region liegen eine Vielzahl von Vorranggebieten Windenergie ganz oder teilweise im Wald. Aufgrund der Tatsache, dass ein großer Teil der Wälder in der Region mit Erholungswald überlagert ist, ist auch die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Erholungswald erforderlich. Im Umweltbericht heißt es aber: Bei den nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen liegen ca. 262 ha innerhalb von Erholungswäldern und eine Fläche überlagert sich auf ca. 11 ha mit einem Sichtschutzwald. Daher liegt nur eine Überlagerung von 262 ha mit Erholungswald vor, nicht die in der Anregung genannte Zahl. Der Belang des Erholungswalds wurde im Umweltbericht abgearbeitet und somit in die Abwägung eingestellt. In den Vorranggebieten Windenergie, die sich mit Erholungswald überlagern, überwiegt der Belang der Windenergienutzung gegenüber dem Belang des</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Erholungswalds.</p> <p>Zum Bodenschutzwald: Auf ca. 121 ha Fläche kommt es zu einer Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Bodenschutzwald. Beeinträchtigungen durch die Inanspruchnahme von Bodenschutzwald können hier nicht ausgeschlossen werden. Jedoch ist beim überwiegenen Teil der Gebiete die Vermeidung eines Eingriffs in Bodenschutzwald durch eine vorsorgende Standortwahl möglich. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich damit nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Bezüglich Rutschungsgebiete wird auf die Abwägung der Stellungnahme des Landratsamt Bodenseekreis, II.300, verwiesen.</p>	
II.508-4	515	<p>Zudem erfolgt an dieser Stelle erneut der Hinweis, dass die Vereinbarkeit der Errichtung von Windenergieanlagen stets in den nachgelagerten Verfahren eingehend bewertet werden. Die positiven Stellungnahmen lassen keinen allgemeingültigen Anspruch auf eine spätere forst-rechtliche Genehmigungsfähigkeit ableiten. Für den Anlagenstandort sowie die Zuwegung ist je nach Dauer und Intensität der Waldinanspruchnahme die Genehmigung einer dauerhaften (§ 9 LWaldG) und/oder befristeten (§ 11 LWaldG) Waldumwandlung notwendig. Die hierfür maßgeb-lichen materiell-rechtlichen Voraussetzungen nach dem Landeswaldgesetz werden erst zu ei-nem späteren Zeitpunkt im Rahmen des jeweiligen Genehmigungsverfahrens (BImSch, LWaldG) für die konkreten Standorte geprüft. Der rechtlichen Grundlagen stellen sich dahingehend unverändert dar.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.508-4	516	<p>3. Änderungen – „Vorbehaltsgebiete Photovoltaik“ Bei den „Vorbehaltsgebieten für Photovoltaik“ wurden zahlreiche Änderungen vorgenommen. Insgesamt wurden 32 Vorbehaltsgebiete gestrichen und viele Gebiete verkleinert. Die Reduzie-rungen erfolgte vor allem aufgrund aktueller Daten (u.a. digitalen Flurbilanz 2022, Wohngebiets-abstand, naturschutzrechtliche Belange). Gleichzeitig wurden sieben neue Flächen aufgenom-men, die bereits in kommunalen Planungen weit fortgeschritten oder genehmigt waren. In Summe wurden nun 126 Flächen mit insgesamt 1.812 ha festgelegt. In den aktuellen geänderten Planunterlagen wird ersichtlich, dass weiterhin kein Wald im Sinne des § 2 Abs. 1 LWaldG durch die „Vorbehaltsgebiete Photovoltaik“ flächig überplant wurde. Mit Ausnahme bereits zum aktuellen Zeitpunkt befristet umgewandelte Flächen (u.a. Deponien).</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.508-4	517	In Teilbereichen ist jedoch - vermutlich aufgrund planerischer Unschärfe (vgl. Shapefiles: 20250210_VBG_PVRVBO.shp), vor allem in den Waldrandbereichen teilweise eine Überlagerung erkennbar. Wir weisen deshalb vorsorglich darauf hin, dass dies nicht mit dem Landeswaldgesetz vereinbar ist, da für solche Waldflächen hinsichtlich einer PV-Nutzung die Belange des Walderhalts mit Sicherstellung der Waldfunktionen überwiegen. Aus diesem Grund wird empfohlen - spätestens auf der nächsten Planungsebene - mit den je-weils zuständigen unteren Forstbehörden frühzeitig die exakten Abgrenzungen der Wald-, Feld-grenzen vorzunehmen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Kenntnisnahme
II.508-4	518	Darüber hinaus geht aus den aktuell vorliegenden Planunterlagen (u.a. Shapefiles) hervor, dass bisher bei der Aufstellung der Vorbehaltsgebiete i.d.R. kein genereller Waldabstandsbereich (i.d.R. von 30 m) – wie in den vorangegangenen Stellungnahmen empfohlen - berücksichtigt wurde. Somit sind zumindest indirekt forstrechtliche-/fachliche Belange weiterhin berührt. Es wird folglich noch einmal betont, dass Freiflächenphotovoltaikanlagen in unmittelbarer Nähe zum Wald kurz-/mittelfristig u. a. erhebliche Gefahrensituationen, Waldbewirtschaftungseinschränkungen und Konflikte verursachen können. Insofern wird angeraten die Vorrang für Gebäude und bauliche Anlagen mit Feuerstätten geltende Waldabstandsvorschrift in § 4 Abs. 3 LBO im Hinblick auf die vorgesehenen „Freiflächen-photovoltaikanlagen“ zu berücksichtigen. Nur durch Einhaltung des standörtlich erforderlichen Abstands zum Wald (i. d. R. mindestens 30 m) können Gefahren (v. a. Sturmwurf, Astabwurf, Brandgefahr in Verbindung mit Bestandteilen der PV-Anlage) und/oder Waldbewirtschaftungseinschränkungen langfristig minimiert, bzw. vermieden werden.	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
II.508-4	519	<p>4. Fazit Abschließend lässt sich festhalten, dass nach fachlicher Prüfung der höheren Forstbehörde bzgl. der vorgenommenen Änderungen des „Teilregionalplans Energie“ keine wesentlichen Einwände bestehen. Die unteren Forstbehörden bei den Landratsämtern Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen werden sich zusätzlich im Rahmen der koordinierten Stellungnahmen gesondert äußern. Es wird um erneute Beteiligung gebeten, sollten durch weitergehende Planänderungen forst-rechtliche/-fachliche Belange betroffen sein. Kenntnis von diesem Schreiben erhalten: - die unteren Forstbehörden an den Landratsämtern Bodenseekreis, Sigmaringen und Ravensburg - die Stabstelle Energiewende, Windenergie und Klimawandel am Regierungspräsidium Tübingen - das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Informationen zum Schutz personenbezogener Daten finden Sie auf unserer Internetseite</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Regierungspräsidium Freiburg - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau				
II.509	812	<p>wir übersenden Ihnen unsere Stellungnahme zum o. g. Vorhaben.</p> <p>Fortschreibung des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben, Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln - hier: Windenergie</p> <p>Landkreise Bodensee, Ravensburg und Sigmaringen</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 ROG in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 LplG</p> <p>vielen Dank für die Beteiligung am oben genannten Planungsvorhaben.</p> <p>Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg nimmt auf Grundlage der ihm vorliegenden Informationen und seiner regionalen Kenntnisse zu den Aufgabenbereichen, die durch das Vorhaben berührt werden, wie folgt Stellung:</p> <p>1. Geologische und bodenkundliche Grundlagen Geologie</p> <p>Die lokalen geologischen Verhältnisse können der digitalen Geologischen Karte von Baden-Württemberg 1 : 50 000 (GeoLa) im LGRB-Kartenviewer entnommen werden.</p> <p>Nähere Informationen zu den lithostratigraphischen Einheiten bieten die geowissenschaftlichen Informationsportale LGRBwissen und LithoLex.</p> <p>1.2 Geochemie</p> <p>Die geogenen Grundgehalte in den petrogeochemischen Einheiten von Baden-Württemberg sind im LGRB-Kartenviewer abrufbar. Nähere Informationen zu den geogenen Grundgehalten sind im geowissenschaftlichen Informationsportal LGRBwissen beschrieben.</p>		
II.509	873	<p>1.3 Bodenkunde</p> <p>Die lokalen bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) können in Form der Bodenkundlichen Karten 1 : 50 000 (GeoLa BK50) eingesehen werden. Da die BK50 kontinuierlich überarbeitet wird, ist darauf zu achten, dass die</p>	<p>Der Hinweis auf die Aktualität der zitierten BK 50 wird dankend zur Kenntnis genommen. Die aktualisierten Daten wurden geprüft. Die Prüfung ergab, dass eine entsprechende Berücksichtigung der aktuellsten Daten keine Veränderung an den Kulissen der Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik des Teilregionalplans Energie zur Folge hätte.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>aktuellste Version im LGRB Kartenviewer (s. Link oben) eingesehen bzw. beim LGRB angefragt wird.</p> <p>Im Entwurf des Umweltberichts zum Teilregionalplan Energie des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben wird als bodenkundliche Datengrundlage die BK50 mit Stand 2020 zitiert, die inzwischen veraltet ist. Überarbeitungen betrafen u. a. auch Kartiereinheiten mit An-/Moorböden.</p>		
II.509	874	<p>Zur Berücksichtigung von An-/Moorböden bei Planvorhaben ist die Kartengrundlage „BK50-Moor: Feuchtgebiets- und Moorverbreitung“ der Historischen Moorkarte BW vorzuziehen, die nicht mehr aktualisiert wird. Da die BK50-Moor ein fachspezifischer Auszug aus der BK50 ist, unterliegt auch sie einer kontinuierlichen Aktualisierung. Die BK50-Moor stellt eine überarbeitete Fassung der Moorkarte Baden-Württemberg der LUBW (Moorkarte BW) dar, mit klarem Fokus auf der bodenkundlichen Klassifizierung der entwickelten Bodentypen. Anders als in der Moorkarte der LUBW umfasst die BK50-Moor die ganze Bandbreite der humosen Grundwasserböden.</p>	<p>Der RVBO hat im Kriterienkatalog das Moorkataster der LUBW verwendet. In die strategische Umweltprüfung ist jedoch die in der Anregung genannte BK 50 eingeflossen. Damit wurde der Planung auch die BK 50 zugrunde gelegt. Die umfangreichen Fachdaten des Moorkatasters stehen gemäß Homepage als Grundlage für Auswertungen im Boden- und Naturschutz sowie für Umweltmedien-übergreifende Anwendungen zur Verfügung. Damit ist die Verwendung des Moorkatasters bei den Kriterien aus Sicht des RVBO angemessen.</p> <p>Der Hinweis auf die BK 50-Moore wird dankend zur Kenntnis genommen. Eine entsprechende Prüfung der Karte in Bezug auf die Vorranggebiete Windenergie und die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie ergab, dass Moore durch das Moorkataster der LUBW ausreichend gut für die Ebene der Regionalplanung dargestellt und im gegenständlichen Planwerk berücksichtigt wurden. Die Prüfung ergab weiterhin, dass eine zusätzliche Berücksichtigung der BK 50 Moorkarte keine Veränderungen an den Flächenkulissen der Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik zur Folge hätte.</p>	Keine Berücksichtigung
II.509	875	<p>Um von den Vorranggebiete mögliche betroffene Böden mit Funktion als Archive der Naturgeschichte ausreichend berücksichtigen zu können, sollten neben den im Umweltbericht genannten Quellen auch die über LGRBwissen bereitgestellten Information zur Bodenbewertung – Archivfunktion sowie die BK50 – Archivfunktion - Suchraumkarte für Böden als Archive der Natur- und Kulturgeschichte als Informationsgrundlage herangezogen werden.</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass Windenergieanlagen und Freiflächen-Photovoltaikanlagen i.d.R. temporär genehmigt werden und nicht tief in den Boden eingreifen, wie es z.B. beim Rohstoffabbau der Fall ist. Außerdem ist die Beeinträchtigung von Böden mit Funktion als Archive der Naturgeschichte stark abhängig von der technischen und tatsächlichen Ausgestaltung der Windenergie- und Freiflächenphotovoltaikanlagen, z.B. von Lage, Bauweise, Erschließung, technischer Ausführung usw. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich damit maßgeblich aus der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind bzw. die konkrete Ausgestaltung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen geplant wird. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Von einer erheblichen Beeinträchtigung von Böden als Archive der Natur- und Kulturgeschichte ist durch die Festlegungen des Teilregionalplans Energie aber nicht auszugehen, da nicht allzu tief in den Boden eingegriffen wird. Aus Sicht des RVBO ist eine Änderung der Planungskriterien dadurch nicht gerechtfertigt.	
II.509	876	<p>Bei einigen Planflächen der Vorranggebiete für Windenergie sind nach der BK50 An-/Moorböden in unterschiedlichem Umfang betroffen. Da diese Böden aus den oben genannten Gründen besonders schutzwürdig sind, sollten diese Flächen bei der Konkretisierung der einzelnen Planvorhaben unberücksichtigt bleiben.</p> <p>Beispielsweise die Planfläche WEA-436-021_2 (432-21-2b) liegt zu einem sehr großen Teil in der BK50-Einheit (KE) U148 – „Anmoorgley aus Schottern“ und schneidet außerdem im südlichen Bereich die KE U152 – „Mittel tiefes Niedermoor aus Torf über glazigenen Sedimenten“. Auch z. B. die Planflächen WEA-436-007 (436-007b) liegen im nördlichen Bereich in der BK50-KE t113 – „Mittel und mäßig tiefes Niedermoor aus Torf über Schotter“.</p> <p>Des Weiteren grenzen einige weitere Vorrangflächen direkt an Flächen mit organischen Böden an. Hier empfehlen wir, in der Detailplanung bodenkundliche Mehrinformation durch die Nutzung der Bodenfunktionsbewertung auf Grundlage der Bodenschätzungsdaten im Offenland und/oder bodenkundliche Kartierungen zur Überprüfung der Grenzen der Kartiereinheiten einzuholen, da die Verwendung der BK50 / BK50-Moor auf einen mittleren Maßstab (1 : 50 000 bis 1 : 25 000) begrenzt ist.</p>	<p>Es handelt sich hierbei um Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Weitere bodenkundliche Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen, wie z. B. Bebauungspläne, Bauanträgen, beurteilt, wenn Informationen zu Art und Umfang der Eingriffe vorliegen. Wir empfehlen das Schutzgut Boden frühestmöglich in der Planung vollumfänglich zu berücksichtigen.</p>		
II.509	877	<p>2. Angewandte Geologie</p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches bzw. geotechnisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder ein hydrogeologischer bzw. geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.509	878	<p>2.1 Ingenieurgeologie</p> <p>Für die konkreten Standorte von Windkraftanlagen werden objektbezogene Baugrunderkundungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 unter besonderer Berücksichtigung der dynamischen Belastung sowie der Hangstabilität und einer möglichen Verkarstung empfohlen.</p> <p>Es wird daraufhin hingewiesen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rutschgebiete bei der Errichtung von Windkraftanlagen zu geotechnisch bedingten Mehraufwendungen führen oder die Errichtung aus wirtschaftlichen oder bautechnischen Gründen unmöglich machen können.</li> <li>• erhöhte Baugrundrisiken für Windkraftanlagen in den Verbreitungsbereichen verkarsteter Gesteine bestehen. Außer den in den Geologischen und Topografischen Karten verzeichneten Erdfällen bzw. Dolinen lassen sich im hochauflösenden Digitalen Geländemodell weitere Verkarstungsstrukturen erkennen.</li> </ul>	Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.509	879	<p>Potenziell vorhandene oder nachgewiesene Geogefahren (insbesondere Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) können vorab in der Ingenieurgeologischen Gefahrenhinweiskarte von Baden-Württemberg abgerufen werden.</p> <p>Hydrogeologie</p> <p>Aus hydrogeologischer Sicht wird darauf hingewiesen, dass sowohl bestehende, als auch hydrogeologisch und fachtechnisch abgegrenzte sowie im Verfahren befindliche bzw. geplante Heilquellen- und Wasserschutzgebiete bei der Planung berücksichtigt werden sollen, sofern hierzu Kenntnisse bei den Land- und Stadtkreisen vorliegen. Die Geodaten zu rechtskräftig festgesetzten, fachtechnisch abgegrenzten, geplanten und im Verfahren befindlichen Wasser- und Heilquellenschutzgebieten werden von den unteren Wasserbehörden der Stadt- und Landkreise vorgehalten; Gebiete zur Sicherung von Wasservorkommen bei den Regionalverbänden.</p>	<p>Berücksichtigung von Wasserschutzgebieten: Rechtlich festgesetzte, fachtechnisch abgegrenzte, im Verfahren befindliche und geplante Wasserschutzgebiete wurden bei der Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergie über das Planungskonzept (Kriterienkatalog u. Erläuterung der Kriterien, s. Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie) sowie in der Strategischen Umweltprüfung Entwurf Teilregionalplan Energie berücksichtigt. Die für den Grundwasserschutz zuständigen Behörden wurden als Träger öffentlicher Belange im Anhörungsverfahren beteiligt und deren Anregungen zu Wasserschutzgebieten in die Abwägung eingestellt. Siehe auch Abwägung zur 1. Offenlage.</p>	<p>Berücksichtigung</p>
II.509	880	<p>Auf die Lage (von Teilen) der Plangebiete in Wasserschutzgebieten wird in den Antragsunterlagen hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass innerhalb des Verbandsgebietes des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben nachfolgende Wasserschutzgebiete (WSG) seitens des LGRB in Bearbeitung sind bzw. das LGRB zur Überprüfung / Überarbeitung / Neuabgrenzung durch die Stadt- und Landkreise beauftragt wurden. Dies betrifft ggf. folgende Planungsflächen:</p> <p>WEA-436-006 (436-006b) - Aitrach / Bad Wurzach: "Baniswald" - Vorranggebiet Windenergie; Lage teilweise im geplanten WSG Hauerz/Rupprechts, WSG-Zone III (LfU-Nr. 436 150).</p> <p>WEA-436-009 (436-009c) - Schlier / Wolfegg: "Altdorfer Wald - Grunder Wald" – Vorranggebiet Windenergie; Lage teilweise im festgesetzten WSG</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die genannten Erweiterungen von WSG stehen der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie nach dem Entwurf zum Satzungsbeschluss nicht entgegen, da es sich um WSG III handelt. Bezüglich Abwägung zum Umgang mit WSG III bei der Festlegung von VRG Windenergie: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Zudem wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl. Anlagen verwiesen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Weißbronnen, WSG-Zone III (LfU-Nr. 436 005). Das WSG befindet sich in Überarbeitung. Die Ausdehnung der Weiteren Schutzzone (Zone III) wird wahrscheinlich zunehmen.</p> <p>WEA-436-010 - Vogt / Schlier / Waldburg: "Altdorfer Wald - Süd" - Vorranggebiet Windenergie; Lage teilweise im festgesetzten WSG Damoos, WSG-Zone IIIA. Das WSG befindet sich in Überarbeitung (LfU-Nr. 436 053). Über die Ausdehnung der zukünftigen Weiteren Schutzzone (Zone III, IIIA, IIIB) sind aktuell keine Aussagen möglich.</p>		
II.509	881	<p>Bei den explizit als Oberjurakalke ausgewiesenen Grundwasserleitern handelt es sich um einen Karst-/Kluftgrundwasserleiter. Bei der Abwesenheit von Deckschichten kann infiltrierendes Wasser in kurzer Zeit die ungesättigte Zone zum Grundwasser passieren. In Abhängigkeit von der Klüftung und der Verkarstung des Gesteins können hohe Grundwasserfließgeschwindigkeiten auftreten. Für solche Grundwasserleiter werden/wurden für die Abgrenzung von Wasserschutzgebieten bzw. der jeweiligen Wasserschutzgebietszonen Ersatzkriterien definiert, die zu einer praktikablen Dimensionierung, aber auch zu einem verminderten Schutz des genutzten Grundwassers führen. Daraus folgt, dass bei Wasserschutzgebieten für Karst- und Kluftgrundwasserleiter auch in Bereichen der Schutzzone III die Fließzeit des Grundwassers deutlich weniger als 50 Tage zu den Fassungen betragen kann. Bereichsweise besteht im Umfeld des Planungsgebietes Kenntnis über oberflächennahe Karststrukturen. Dolinen und Dolinenfelder, abflusslose Karstwannen, Bachschwinden sowie Trockentäler stellen in Karstgebieten Bereiche dar, von denen voraussichtlich eine erhöhte Gefährdung für das Grundwasser ausgeht.</p>	Es wird auf die Abwägung zu BE ID 858 der Stellungnahme des LGRB in der 1. Offenlage verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.	Kenntnisnahme
II.509	882	<p>2.3 Geothermie Informationen zu den oberflächennahen geothermischen Untergrundverhältnissen sind im Informationssystem „Oberflächennahe Geothermie für</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Baden-Württemberg“ (ISONG) hinterlegt. ISONG liefert erste Informationen (Möglichkeiten und Einschränkungen) zur geothermischen Nutzung des Untergrundes mit Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren. Bitte nehmen Sie vor Verwendung des Informationssystems die Erläuterungen zur Kenntnis.		
II.509	883	2.4 Rohstoffgeologie (Mineralische Rohstoffe)  Die rohstoffgeologischen Ausführungen in der LGRB-Stellungnahme vom 18.03.2024 (LGRB-Az. 2424 // 24-00372) sind weiterhin gültig. Es werden folgende Hinweise nochmals aufgeführt: Das Plangebiet der WEA-436-007a überlagert mehrere nachgewiesene Vorkommen für Kiese und Sande (Vorkommens-Nr. L 8124/L 8126-5, -31 und -35) und die potentiell mögliche, zukünftige Entwicklungsrichtung der Kiesgrube Buch (LGRB-Rohstoffgewinnungsstellen-Nr. 8024-149). Die Planfläche WEA-437-003 überlagert die rechtskräftig genehmigte Gewinnungsstelle Kiesgrube Ostrach-Tafertsweiler (Wagenhardt, RG 8022-5). Das LGRB geht davon aus, dass die Planungen mit dem Betreiber abgesprochen sind und das Vorranggebiet für Windkraft für eine potenzielle Nachnutzung vorgesehen ist. Aus Sicht der Landesrohstoffgeologie sollte die Rohstofflagerstätte zunächst vollständig genutzt werden.	Es wird auf die ABwägung zur 1. Offenlage verwiesen. Diese gilt weiterhin.	Kenntnisnahme
II.509	884	Das Plangebiet WEA-436-010 überlagert das Vorkommen für Kiese und Sande (Vorkommens-Nr. L 8124-107) und grenzt unmittelbar an die geplante Kiesgrube Vogt (Grund, LGRB-Rohstoffgewinnungsstellen-Nr. 8124-12). Da das Vorkommen ein potentiell mögliches, zukünftiges Erweiterungsgebiet darstellen könnte, sollte ein entsprechender Vorsorgeabstand eingehalten werden.	Das geplante VRG Wind WEA-436-010 liegt bereits in einem Vorsorgeabstand von 100m zum VRG Abbau Rohstoffe (Grund). Dies entspricht dem Vorgehen gemäß den Planungskriterien und wurde mit dem Belang einer Rohstoffabbau an dieser Stelle aus aktueller Sicht entsprechend abgewogen. Der Anregung wird somit nicht gefolgt.	Keine Berücksichtigung
II.509	886	Langfristige Erweiterungen bestehender Gewinnungsstellen sollten auch über den Planungshorizont des aktuellen Regionalplanes „Rohstoffe“ hinaus nicht durch die	Dem Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt in der Abwägung ein hohes Gewicht zu. Ebenso wie der Versorgung der Wirtschaft mit Baustoffen. Diese Belange wurden in die Abwägung eingestellt und entsprechend	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		festzulegenden Vorranggebiete für Windkraft beeinträchtigt werden. Gegen die Planungen bestehen keine Bedenken, solange sie mit den Betreibern der Rohstoffgewinnungsstellen abgesprochen wurden und keine zukünftigen Erweiterungsplanungen vorliegen.	ihres Gewichts abgewogen.	
II.509	887	Es sollte sichergestellt sein, dass von Planfläche WEA-437-002b zum rechtskräftig genehmigten Vorranggebiet Sicherung der Kiesgrube Ostrach-Tafertweiler (Wagenhardt, RG 8022-5) ein Vorsorgeabstand eingehalten wird.	Wie bereits erläutert wurde gemäß den Planungskriterien eine Vorsorgeabstand von 100m zu Rohstoffabbauflächen festgelegt. Der wird auch an dieser Stelle eingehalten. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss) verwiesen.	Kenntnisnahme
II.509	888	3. Landesbergdirektion  3.1 Bergbau Von Seiten der Landesbergdirektion wird darauf hingewiesen, dass innerhalb des geplanten Vorranggebietes WEA 437-001 die ehem. Bohrschlammgruben Magenbuch des ehem. Erdöl- und Erdgasbetriebes Ostrach liegen. Im Süden des geplanten Vorranggebietes WEA 437-016 existieren möglicherweise Relikte alten Bergbaus (Bohnerzgruben). Unterlagen über diesen Altbergbau liegen dem LGRB nicht vor.	Es handelt sich hierbei um Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	Kenntnisnahme
II.509	889	4. Landeserdbebendienst  4.1 Erdbebenüberwachung Baden-Württemberg ist in Deutschland das Bundesland mit der höchsten Erdbebengefährdung. Im Rahmen der Daseinsvorsorge betreibt das LGRB den Landeserdbebendienst (LED), der mit rund 60 Messstationen die Erdbebetätigkeit im	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ganzen Land überwacht. Für 32 dieser Erdbebenmessstationen hat der LED individuelle Prüfbereiche zwischen 2 und 5 Kilometern Radius festgelegt und mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft abgestimmt. Für Windenergieanlagen (WEA), die innerhalb dieser Prüfbereiche errichtet werden sollten, wird davon ausgegangen, dass die Erschütterungsemissionen durch Turmschwingungen und Rotorbewegungen zu nennenswerten Beeinträchtigungen der Erdbebenregistrierung an der jeweiligen Erdbebenmessstation und damit der landesweiten Erdbebenüberwachung führen. Für diesbezügliche Handlungsempfehlungen wird auf die „Information zum Erdbebenmessnetz des Landes Baden-Württemberg“ des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 6. Dezember 2022 (Az.: UM44-4781-1/3/2) mit angehängtem Geodatensatz verwiesen, die am 21. Dezember 2022 an die Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände Baden-Württemberg übermittelt wurde.</p> <p>Aufgrund ausreichender Abstände zu den nächstgelegenen Erdbebenmessstationen (SAUL, Bad Saulgau, &gt;3 km; HSND, Hausen an der Lauchert, im Aufbau, &gt;4 km; GUT, Gutenstein/Donau, &gt;5 km; WALHA, Wallhausen/Bodensee, ca. 6 km; FREU, Neufra-Freudenweiler, &gt;7 km; ZWI, Hayingen-Friedrichshöhle, &gt;7 km; UBR, Rehaklinik Überruh bei Isny, ca. 12 km) sind durch das geplante Vorhaben Belange der Erdbebenüberwachung Baden-Württemberg zurzeit nicht berührt.</p> <p>Allgemeine Hinweise Anzeige, Übermittlung und Bereitstellung von Geologie-Daten nach Geologiedatengesetz (GeolDG)</p> <p>Für geologische Untersuchungen und die daraus gewonnenen Daten besteht nach den Bestimmungen des Geologiedatengesetzes (GeolDG) eine Übermittlungspflicht gegenüber dem LGRB. Weitere Informationen hierzu stehen Ihnen im LGRBanzeigeportal zur Verfügung.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Weitere Informationsquellen des LGRB im Internet</p> <p>Informationen zu den Untergrundverhältnissen sowie weitere raumbezogene Informationen können fachübergreifend und maßstabsabhängig der LGRBhomepage entnommen werden. Bitte nutzen Sie hierzu auch den LGRB-Kartenviewer sowie LGRBwissen.</p> <p>Insbesondere verweisen wir auf unser Geotop-Kataster. Innerhalb der Planflächen liegen die Geotope Nrn. 9969, 16193 und 16198.</p> <p>Beachten Sie bitte auch unser aktuelles Merkblatt für Planungsträger.</p>		
Regierungspräsidium Stuttgart - Ref. 46.2 (Luftverkehr)				
II.510	1339	<p>hier: Ergänzende Stellungnahme des Referats 46.2</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>ergänzend zu unserer Stellungnahme vom 10.06.2025 nehmen wir wie folgt Stellung:</p>	In der Mail vom 10.07.2025 des Regierungspräsidiums Stuttgart wurde präzisiert: "Wie gerade telefonisch besprochen: als Grundlage für die regionalplanerische Abwägung ist unsere heute versendete Stellungnahme (RPSSStEWK-4503-14/11/6) zu verwenden".	Kenntnisnahme
II.510	1340	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche WEA-435-001, Betenbrunn: Unsere Stellungnahme zur 1. Anhörung wird aufrecht erhalten. Es kann durch die Errichtung von Windenergieanlagen im VRG Betenbrunn eine Sperrwirkung für Flugbewegungen am Segelfluggelände Heiligenberg (und nicht Leibertingen) entstehen. Zwar muss jeweils im Einzelfall geprüft werden, bei welcher Anzahl von Windenergieanlagen von einer Umzingelung auszugehen ist. Trotzdem besteht bereits jetzt ein gewisses Risiko, dass einzelne Genehmigungsanträge im Verfahren ggf. abgelehnt werden müssen.</li> </ul>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverbnd plant Flächen für Windenergieanlagen aber keine konkreten Standorten. Die angesprochenen Aspekte sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	Kenntnisnahme
II.510	1341	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche WEA-436-012, Aichstetten - Ost: Unsere Stellungnahme zur 1. Anhörung wird aufrecht erhalten. Wir gaben bereits bekannt, dass eine luftrechtliche Lösung hinsichtlich einer Verlegung der Hauptan- und abflugstrecke unwahrscheinlich ist. Die Abstände zu VFR-Flugverfahrensflächen hinsichtlich Starts und Landungen des Verkehrslandeplatzes Leutkirch sind unterschritten. Ausweichmöglichkeiten für Anpassungen der Verfahrensflächen können nicht erkannt werden.</li> </ul>	Berücksichtigung - Im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie wurde das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie aufgrund des zivilen Luftverkehrs vollständig aus der Flächenkulisse Windenergie entfernt.	Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Dass auf den Lageplänen die frei- zuhaltende Fläche im Nordosten der Start- und Landebahn als begrenztes Rechteck eingezeichnet ist, ist der Tatsache geschuldet, dass das Kartenmaterial hier endet. In der Realität zieht sich der Konfliktbereich weiter über das Vorranggebiet. Da das Vorrangge- biet ca. 5400 m vom Verkehrslandeplatz Leutkirch entfernt liegt, können Windenergie- anlagen mit einer Höhe von 250 m (und höher) nicht realisiert werden. Diese Vorrangflä- che kann aus unserer Sicht nicht in dieser Form ausgewiesen werden.		
II.510	1342	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche WEA-436-019, Urbach: Unsere Stellungnahme zur 1. Anhörung wird aufrecht er- halten. Es kann durch die Errichtung von Windenergieanlagen im VRG Urbach eine Sperrwirkung für Flugbewegungen am Sonderlandeplatz Bad Waldsee entstehen. Zwar muss jeweils im Einzelfall geprüft werden, bei welcher Anzahl von Windenergieanlagen von einer Umzingelung auszugehen ist. Trotzdem besteht bereits jetzt ein gewisses Ri- siko, dass Genehmigungsanträge im Verfahren abgelehnt werden müssen.</li> </ul>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverbnd plant Flächen für Windenergieanlagen aber keine konkreten Standorte und Anlagentypen. Die angesprochenen Aspekte sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	Kenntnisnahme
II.510	1343	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche WEA-436-021, jetzt Aulendorf - Ost-1 und Ost-2: Unsere Stellungnahme zur 1. Anhörung wird teilweise aufrecht erhalten. Das östliche Vorranggebiet ragt nach aktuel- len Berechnungen ca. 60 m in den Schutzbereich der Platzrunde des Sonderlandeplat- zes Bad Waldsee hinein. Gleichzeitig besteht ein gewisses Risiko, dass im Genehmi- gungsverfahren Windenergieanlagen aufgrund von Turbulenzen ggf. abgelehnt werden müssen. Auf dieses Risiko muss bereits jetzt hingewiesen werden.</li> </ul>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverbnd plant Flächen für Windenergieanlagen aber keine konkreten Standorte und Anlagentypen. Die angesprochenen Aspekte sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	Kenntnisnahme
II.510	1344	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche WEA-436-025, Aitrach - Südwest: Unsere Stellungnahme zur 1. Anhörung wird zurückgenommen. Die Fläche ist unproblematisch.</li> </ul>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.510	1345	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche WEA-436-027, Illerwinkel: Unsere Stellungnahme zur 1. Anhörung wird teilweise aufrecht erhalten. In dieser hatten wir darauf hingewiesen, dass eine An- und Abflug- strecke zum Verkehrslandeplatz Leutkirch ggf. betroffen ist. Nach aktuellen Berechnun- gen liegt das Vorranggebiet zwar nicht unmittelbar im Motorflug. Aufgrund von Turbu- lenzen kann es aber auch hier im Genehmigungsverfahren ggf. zur Ablehnung von Windenergieanlagen kommen.</li> </ul>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband plant Flächen für Windenergieanlagen aber keine konkreten Standorte und Anlagentypen. Die angesprochenen Aspekte sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.510	1346	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche WEA-437-009, Bad Saulgau - Kleintissen: Unsere Stellungnahme zur 1. Anhörung wird aufrecht erhalten. Es kann eine Sperrwirkung für Flugbewegungen am Landeplatz des Bad Saulgau entstehen. Zwar muss jeweils im Einzelfall geprüft werden, bei welcher Anzahl von Windenergieanlagen von einer Umzingelung auszugehen ist. Trotzdem besteht bereits jetzt ein gewisses Risiko, dass einzelne Genehmigungsanträge im Verfahren abgelehnt werden müssen. Vgl. dazu die Lage der Flächen WEA-437-007 und</li> </ul>	<p>Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband plant Flächen für Windenergieanlagen aber keine konkreten Standorte und Anlagentypen. Die angesprochenen Aspekte sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Kenntnisnahme
II.510	1347	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche WEA-437-011, Meßkirch-Leibertingen: Unsere Stellungnahme zur 1. Anhörung wird aufrecht erhalten. Wie dort bereits angegeben ist mit Blick auf die Vielzahl von Bestands-Windenergieanlagen im Umfeld des Flugplatzes ein luftrechtliches risk assessment aufgrund der potentiellen Umkreisung des gesamten Segelfluggeländes durch Windenergieanlagen hier unausweichlich. Es besteht auch hier bereits jetzt ein gewisses Risiko, dass Genehmigungsanträge im Verfahren abgelehnt werden müssen</li> </ul>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband plant Flächen für Windenergieanlagen aber keine konkreten Standorte und Anlagentypen. Die angesprochenen Aspekte sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Kenntnisnahme
II.510	1348	Unsere Stellungnahme vom 10.06.2025 halten wir folglich teilweise aufrecht. Für die insoweit entstandenen Missverständnisse bitten wir um Entschuldigung.	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.510 verwiesen.	Kenntnisnahme
Handwerkskammer Ulm				
II.519	1305	<p>Regionalplan Bodensee-Oberschwaben TRP-Energie (Kap.4.2, 2. Beteiligungsverfahren)</p> <p>die Handwerkskammer Ulm hat zum aktuellen Verfahrensstand keine Bedenken oder Anregungen vorzutragen</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart				
II.521	777	vielen Dank für die erneute Beteiligung des Landesamtes für Denkmalpflege als Träger öffentlicher Belange im Rahmen des im	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Betreff genannten Verfahrens.</p> <p>1. Bau- und Kunstdenkmalpflege:</p> <p>1. 1 In Bezug auf die geplanten Vorranggebiete für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen hatten wir mit Stellungnahme vom 26.04.2024 keine Bedenken vorgetragen. Zwar kamen nun weitere Vorranggebiete für Photovoltaik hinzu, doch nur solche Flächen, für die bereits kommunale Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren laufen bzw. für Flächen, die auf diese Weise bereits genehmigt sind. Als eigenständiger Träger öffentlicher Belange wurde das Landesamt für Denkmalpflege zu diesen Flächen bereits gehört und konnte im Bedarfsfall seine Belange einbringen. So ist es nicht erforderlich weitere Anregungen oder Bedenken bezüglich dieser neuen Flächen auf der Ebene der Regionalplanung vorzubringen.</p>		
II.521	778	<p>1. 2 Hinsichtlich der Vorranggebiete für Windkraft hatten wir mit Stellungnahme vom 26.04.2024 bei vier der 43 geplanten Vorranggebiete das Potential einer erheblichen Beeinträchtigung eine im höchsten Maß raumwirksamen Kulturdenkmales nicht ausschließen können. Zur endgültigen Beurteilung hatten wir auf die dazu nötigen Fotosimulationen verwiesen, die jedoch erst im Zuge der nachgeordneten Planungsebene realisiert werden. In einem dieser vier Fälle wurde die Flächenabgrenzung modifiziert, ansonsten wurden die Plangebiete unter Kenntnisnahme unsere Belange fortgeführt. Wir bleiben daher insoweit bei unseren bisherigen Bedenken gegen die Ausweisung dieser Planungsgebiete. In einem fünften Fall gingen wir davon aus, dass es auf Basis der Sichtbarkeitsanalysen sehr wahrscheinlich zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes kommen dürfte. Diese Fläche wurde nun im weiteren Verfahren herausgenommen. Wir begrüßen dies ausdrücklich.</p>	<p>Die Anregung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Aspekte des Schutzgutes "Denkmalschutz" sind im Planungskonzept angemessen berücksichtigt (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie sowie Erläuterung zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf Teilregionalplan Energie). Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst.</p>	Kenntnisnahme
II.521	779	<p>2. Archäologische Denkmalpflege:</p> <p>Eine konkrete Betroffenheit von Bodendenkmalen kann erst auf Projektebene ermittelt und ggf. vermieden werden. Wir weisen schon jetzt auf § 6 Absatz 1 DSchG hin, wonach Denkmale im Rahmen des Zumutbaren zu erhalten sind. In Konfliktbereichen ist somit zunächst durch geeignete Umplanungen die Erhaltung von Bodendenkmalen anzustreben. Falls dies nicht möglich sein sollte, sind im Vorfeld von Bodeneingriffen wissenschaftliche Rettungsgrabungen auf Kosten des Veranlassers der Maßnahme durchzuführen (§ 6 Absatz 2 DSchG). Das Landesamt für Denkmalpflege stellt im weiteren Verfahren die dazu benötigten Daten gerne zur Verfügung. Darüber hinaus wird auf die Bestimmungen der §§ 20 und 27 DSchG verwiesen. Sollten bei der Durchführung der Maßnahme archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbehörde oder Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Befunde (Gräber, Mauer-reste, Brand-schichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werk-tages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutz-behörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 84.2) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bau-ablauf zu rechnen.3. Weltkulturerbe und Tentativlistenanträge</p>		
II.521	780	<p>Das LAD verweist an dieser Stelle noch einmal auf die Hinweise zum Umgang mit im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen, zu denen auch die UNESCO Welterbestätten und Tentativlistenanträge gehören (vgl. StN vom 26.04.2024). Die mögliche Betroffenheit der Welterbestätte „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“ und des Tentativlistenantrags „Keltische Machtzentren der älteren Eisenzeit nordwestlich der Alpen“ wurde im Rahmen der 1. Beteiligung zum Teilregionalplan Energie dem Regionalverband vom LAD am 26.04.2024 übermittelt. Es handelt sich dabei nicht um pauschale Ausschlussbereiche, sondern Sichtachsen von denkmalpflegerisch oder landschaftlich wichtigen Blickpunkten, die anhand von Sichtbarkeitsanalysen dahingehend geprüft werden müssen, ob potenzielle Anlagen im Bereich des Kulturgutes sichtbar sind. In den Fällen, wo eine Sichtbarkeit vorliegt, ist zu prüfen, ob eine mögliche Dominanz der Windenergieanlagen zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Denkmalwertes bzw. zu einer Beeinträchtigung des außergewöhnlichen universellen Wertes einer Welterbestätte bzw. Tentativlistenantrags führen würde. Nur in diesen Fällen würde eine Windenergienutzung eingeschränkt werden. Nicht erhebliche Sichtbarkeiten von Windenergieanlagen innerhalb der Sichtachsen der Welterbestätten führen nicht zwangsläufig zu einem Ausschluss. Die Prüfung erfolgt über Einzelfallprüfungen anhand konkreter Anlagenstandorte und stellt einen räumlich differenzierten Ansatz dar.</p> <p>Eine tatsächliche Einschränkung in den Bereichen der UNESCO-Welterbestätte „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“ und des Tentativlistenantrags „Keltische Machtzentren der älteren Eisenzeit nordwestlich der Alpen“ ist abhängig vom Ergebnis einer Sichtbarkeitsanalyse und der anschließenden Bewertung der Erheblichkeit der potenziellen Beeinträchtigung eines konkreten Windenergieanlagenstandorts ggfs. unter Einbeziehung von Visualisierungen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.521	781	<p>In seiner Stellungnahme zur 1. Beteiligung der Teilfortschreibung Windenergie am 26.04.2024 hat das LAD seine Bedenken bezüglich einer möglichen erheblichen Beeinträchtigung des Tentativlistenantrags „Keltische Machtzentren der älteren</p>	<p>Die in der Anregung genannte Ergänzung zum Steckbrief des VRG WEA 436-014 wird vorgenommen, um auf nachgelagerter Planungsebene auf den UNESCO-Tentativlistenantrag „Keltische Machtzentren</p>	Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Eisenzeit nordwestlich der Alpen“ durch mehrere geplante VRG konkretisiert. Diesen Bedenken wurde bisher nur teilweise durch Umplanungen Rechnung getragen. Die Flächen der VRG 437-010 (Wind) und VRG 437-055 (FFPV) wurden nun im weiteren Verfahren wieder herausgenommen. Das LAD begrüßt dies ausdrücklich. Die Fläche für das VRG 437-014 (Wind, Bingen–Nord) ist weiterhin in der Planung berücksichtigt. Das LAD hält daher an seinen bisherigen Ausführungen hierzu fest:</p> <p>„WEA-437-014 (Bingen – Nord): Aufgrund der geringen Entfernung von ca. 6,8 km ist eine Beeinträchtigung des im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmals für Windenergie Heu-neburg und der mit dem Tentativlistenantrag assoziierten Kulturdenkmale nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine Störung der Sichtachsen von relevanten Punkten des Tentativlistenantrages vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).“</p> <p>Das LAD bittet darüber hinaus folgende Anmerkungen in den Steckbrief des geplanten Vorranggebiets VRG 437-014 (Bingen-Nord), auf S. 123 (Anlage 1, Vorranggebiete Windenergie Anlagen zum Umweltbericht des Teilregionalplans Energie (Entwurf), Kapitel 4.2 des Regionalplans) ergänzend aufzunehmen:</p> <p>„Potenzielle Beeinträchtigung des UNESCO-Tentativlistenantrags „Keltische Machtzentren der älteren Eisenzeit nordwestlich der Alpen“. Eine frühzeitige Beteiligung und Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart wird erbeten, sobald Planungsbestrebungen für Windenergieanlagen bekannt werden.“</p>	der älteren Eisenzeit nordwestlich der Alpen" hinzuweisen.	

#### Vermögen und Bau Baden-Württemberg

II.527	524	<p>als Anlage erhalten Sie unsere Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange im Rahmen des 2. Beteiligungsverfahrens.</p> <p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teiregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderung an anderen Plankapiteln,</p> <p>in o. g. Sache nehmen wir bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 02.04.2025 als Träger öffentlicher Belange zu den Änderungen des Planentwurfs im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens nach dem neuen Landesplanungsrecht wie folgt Stellung:</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass der RVBO Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festlegt und nicht Vorranggebiete. Diese haben eine andere Rechtswirkung. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete</p>	Keine Berücksichtigung
--------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 25.04.2024 im ersten Beteiligungsverfahren und halten unsere seinerzeit gemachten Ausführungen/Anregungen - die in Teilen von Ihnen bereits berücksichtigt wurden - auch weiterhin vollumfänglich aufrecht. Weitere bzw. darüber hinausgehende Anregungen haben wir nicht.</p> <p>Fortschreibung des Regionalplanes Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur — Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen dee an anderen Plankapiteln</p> <p>Hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Abs. 2 des Landesplanungsgesetzes (LPIG)</p> <p>Ihr Schreiben vom 22.01.2024</p> <p>in o. g. Sache nehmen wir als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• FFPV-435-005 Überlingen Oberschiffle</li> <li>•</li> <li>• im Bereich Überlingen ist das Land Baden-Württemberg (Liegenschaftsverwaltung) Eigentümer des Flurstücks Nr. 658, Gemarkung Hödingen, welches aktuell als reine Landwirtschaftsfläche geführt wird und an einen ortsansässigen landwirtschaftlichen Betrieb seit vielen Jahren verpachtet ist.</li> <li>• Eine Ausweisung als Vorbehaltsgebiet für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf dem o. g. Flurstück (Naturschutz- und Landwirtschaftsflächen) widerspricht somit der derzeitigen Nutzung. Entsprechend des Energie- und Klimaschutzkonzeptes des Landes Baden-Württemberg (EuK) ist jedoch eine Einzelfallprüfung vorzunehmen, sollten Dritte eine Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf den Flurstücken errichten wollen. Aus diesem Grund bestehen nach derzeitigem Stand keine Einwände gegen die Ausweisung.</li> </ul>	<p>Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>FFPV-437-037 Altheim</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> <li>• Im Bereich Sauldorf sind die landeseigenen Flurstücke Nr. 832, Nr. 834, Nr. 836, Nr. 839, Nr. 846, jeweils Gemarkung Bietingen, die aktuell als Naturschutzgrundstücke (Gewässerrandstreifen und Biotopflächen) geführt werden, betroffen.</li> <li>• Eine Ausweisung als Vorbehaltsgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf den o. g. Flurstücken (Naturschutz- und Landwirtschaftsflächen) widerspricht der derzeitigen Nutzung. Laut EuK ist jedoch eine Einzelfallprüfung vorzunehmen, sollten Dritte eine Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf den Flurstücken errichten wollen. Aus diesem Grund bestehen nach derzeitigem Stand keine Einwände gegen die Ausweisung.</li> <li>• FFPV-435-050 Neukirch-Süd</li> <li>••</li> </ul> <p>In der Gemeinde Neukirch wurden 7,4 ha Acker/Grünland als Vorbehaltsgebiet für Photovoltaik ausgewiesen. Die Ausweisungsfläche umfasst einen Teil der landeseigenen Flurstücke Nr. 1009, 1263, 1006, Gemarkung Neukirch. Die Fläche ist angrenzend an Anmoor und liegt im nahen Einzugsgebiet von 3 Naturschutzmoorgebieten: Gensenweiher, Igelsee und Jägerweiher.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen seiner Moorschutzstrategie Erwerbsschwerpunkte für Moorflurstücke festgelegt. Hierbei hat sowohl das angrenzende Naturschutzgebiet Gensenweiher als auch das angrenzende Naturschutzgebiet Igelsee die Priorität 2. Die Ausweisungsfläche könnte aufgrund der Flächenknappheit landwirtschaftlicher Grundstücke ggf. als Tauschfläche für den Erwerb der Moorgrundstücke hilfreich sein, weshalb wir</li> </ul>	<p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Einwände gegen die Ausweisung als Vorrangfläche für Photovoltaik erheben.</p> <p>FFPV-435-048 Tett nang Krumbach-Südwest</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Gemeindegebiet der Stadt Tett nang wurden 5,1 ha Grünland als Vorbehaltsgebiet für Photovoltaik ausgewiesen. Die Ausweisungsfläche umfasst u.a. einen Teil des landeseigenen Flurstücks Nr. 1512, Gemarkung Tett nang-Tannau. Die Fläche grenzt an einen Moorstandort an und liegt unweit des Naturschutzmoorgebiets Matzenhauser Mahlweiher.</li> <li>• Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen der Moorschutzstrategie Erwerbsschwerpunkte für Moorflurstücke festgelegt. Hierbei hat das angrenzende Naturschutzgebiet Matzenhauser Mahlweiher die Priorität 1. Die Ausweisungsfläche könnte aufgrund der Flächenknappheit landwirtschaftlicher Grundstücke ggf. als Tauschfläche für den Erwerb der Moorgrundstücke, die im Kerngebiet des Erwerbsschwerpunktes liegen, hilfreich sein, weshalb wir Einwände gegen die Ausweisung als Vorrangfläche für Photovoltaik erheben.</li> <li>• FFPV-436-003 Wangen Deponie Obermooweiler</li> <li>• Im Gemeindegebiet der Stadt Wangen wurden 8,3 ha Fläche, teilweise Grünland als Vorbehaltsgebiet für Photovoltaik ausgewiesen. Die Ausweisungsfläche umfasst u.a. einen Teil des landeseigenen Flurstücks Nr. 1101/2, Gemarkung Wangen-Niederwangen. Von zwei Seiten grenzen hier Niedermoorstandorte an. Zudem liegt die Fläche in der Kulisse des Moorschutzprojektgebietes Degermos. Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen der Moorschutzstrategie Erwerbsschwerpunkte für Moorflurstücke festgelegt. Hierbei hat das angrenzende Moorschutzprojekt Degermos die</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Priorität 1. Die Ausweisungsfläche könnte aufgrund der Flächenknappheit landwirtschaftlicher Grundstücke zumindest teilweise ggf. als Tauschfläche für den Erwerb der Moorgrundstücke, die im Kerngebiet des Moorschutzgebietes liegen, hilfreich sein, weshalb wir Einwände gegen die Ausweisung als Vorrangfläche für Photovoltaik erheben.</p> <p>• FFPV-436-009 Argenbühl Untervorholz</p> <p>Im Gemeindegebiet der Gemeinde Argenbühl wurden 9,0 ha Grünlandfläche als Vorbehaltsgebiet für Photovoltaik ausgewiesen. Die Ausweisungsfläche umfasst u.a. einen Teil des landeseigenen Flurstücks Nr. 1245, Gemarkung Argenbühl-Eglofs. Die Fläche grenzt an einen Niedermoorstandort an und liegt angrenzend an das Naturschutzgebiet Bodenmöser. Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen der Moorschutzstrategie Erwerbsschwerpunkte für Moorflurstücke festgelegt. Hierbei hat das angrenzende Naturschutzgebiet Bodenmöser die Priorität 3. Die Ausweisungsfläche könnte aufgrund der Flächenknappheit landwirtschaftlicher Grundstücke als Tauschfläche für den Erwerb von Moorgrundstücken im Naturschutzgebiet hilfreich sein, weshalb wir Einwände gegen die Ausweisung als Vorrangfläche für Photovoltaik erheben.</p> <p>• FFPV-436-061 Aulendorf Buchhölzle</p> <p>• Betroffen sind hierbei die landeseigenen Grundstücke mit den Flurstückskennzeichen 08940000001608000300 (Fist. 1608/3) und 08940000001607000000 (Fist. 1607), die in diesem Vorbehaltsgebiet liegen.</p> <p>• Die genannten Grundstücke werden zur Futterbeschaffung für das Landwirtschaftliche Zentrum Aulendorf (LAZBW) benötigt. Eine Kombination</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der Nutzung Futterbeschaffung und Freiflächenphotovoltaikbewirtschaftung ist aus heutiger Sicht nicht darstellbar, weshalb wir hiermit Einwände gegen die Ausweisung als Vorrangfläche für Photovoltaik erheben.</p> <p>• WEA-436-010 Altdorfer Wald - Süd; Vogt, Schlier, Waldburg:</p> <p>Betroffen ist hierbei das landeseigene Grundstück mit dem Flurstückskennzeichen 08951000000275000101 (Fist. 275/1), das sich in der Nähe dieses Vorranggebietes befindet. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die Einhaltung des Mindestabstandes von min. 700 m hin.</p>		
Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg				
II.530	29	<p>vielen Dank für die Möglichkeit, innerhalb des 2. Beteiligungsverfahrens Stellung nehmen zu können. Wir haben keine Bedenken, möchten aber auf folgendes hinweisen:</p> <p>Im Geltungsbereich des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben werden aktuell 22 Flurbereinigungsverfahren in den Landkreisen Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen bearbeitet. Eine Übersicht über die laufenden und geplanten Flurneuordnungsverfahren können im Geoportal-BW (<a href="https://www.geoportal-bw.de/">https://www.geoportal-bw.de/</a>) und auf der Internetseite des LGL (<a href="https://fno-verfahren.lgl-bw.de/">https://fno-verfahren.lgl-bw.de/</a>) eingesehen werden. Um Konflikte in den laufenden Flurneuordnungsverfahren zu vermeiden, bietet sich eine direkte Beteiligung der jeweilig zuständigen unteren Flurbereinigungsbehörde bei den Landratsämtern an.</p> <p>Grundsätzlich kann die Flurneuordnung die Transformation hin zu einem zukunftsfähigen und nachhaltigen Energiesystem konstruktiv begleiten. Durch z.B. Moderation und Bodenordnung können die Identifikation geeigneter Standorte und die Erstellung der notwendigen Infrastruktur zur Nutzung regenerativer Energiequellen gezielt unterstützt werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt				
II.532	27	<p>die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt (FVA) ist eine Forschungseinrichtung des Landes. Unsere Aufgabenschwerpunkte liegen in der Forschung, im Monitoring und der Beratung. Die FVA ist keine TÖB. Wir geben daher üblicherweise keine Stellungnahmen ab.</p>	<p>Gegenstand der 2. Anhörung des Teilregionalplans Energie sind nicht die Suchräume für Windenergie, sondern die Vorranggebiete Windenergie. Im genannten Raum östlich von Isny im Allgäu ist im Anhörungsentwurf kein Vorranggebiet Windenergie festgelegt (s. Raumnutzungskarte, Anhörungsentwurf Teilregionalplan Energie).</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Meine eigene Verantwortung liegt in der Bearbeitung des Auerhuhn-Monitorings an der FVA. Das aktuell gültige Verbreitungsgebiet des Auerhuhnes können Sie dem Flächenkonzept zum Maßnahmenplan entnehmen. Dieses finden Sie unter:  <a href="https://www.wildtierportal-bw.de/de/publication/default/detail?itemId=64&amp;title=Aktionsplan+Auerhuhn">https://www.wildtierportal-bw.de/de/publication/default/detail?itemId=64&amp;title=Aktionsplan+Auerhuhn</a> . Bitte beachten Sie auch den Textteil hierzu. Geodaten unter:  <a href="https://www.fva-bw.de/daten-tools/geodaten/open-data">https://www.fva-bw.de/daten-tools/geodaten/open-data</a>. Weiter finden sie unter: Windkraft - Regierungspräsidien Baden-Württemberg (baden-wuerttemberg.de) Informationen zur Planungsgrundlage Windkraft und Auerhuhn.</p> <p>Die vorliegenden Planungen liegen größtenteils außerhalb des Vorkommensgebietes des Auerhuhns. Östlich von Isny im Allgäu gibt es jedoch Auerhuhnnachweise in der Adelegg, die auch innerhalb eines dargestellten Suchraumes für Windenergie liegen (s. Karte im Anhang). Stellungnahmen zur Berücksichtigung der Belange des Auerhuhnschutzes liegen in der Zuständigkeit der Naturschutzbehörden. Diese können aktuelle Daten bei uns anfragen.</p> <p>(Karte im Anhang)</p>		
Nationalpark Schwarzwald				
II.569	1321	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur  — Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)  hier: 2. Beteiligungsverfahren 2025</p> <p>Das Gebiet des Nationalparks Schwarzwald befindet sich in großem räumlichen Abstand von mehr als 70 km zum Plangebiet des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben. Es ist daher nicht mit einer Betroffenheit oder Beeinträchtigungen für das Schutzgebiet zu rechnen.  Zu den Änderungen im 2. Anhörungsverfahren haben wir keine Änderungen oder Hinweise.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg				
II.572	25	<p>hiermit erhalten Sie heute die Stellungnahme der Autorisierten Stelle Digitalfunk Baden-Württemberg (ASDBW) zu dem im Betreff</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>genannten Vorgang.</p> <p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>vielen Dank für die Anfrage, die wir gerne beantworten. Die Autorisierte Stelle Digitalfunk Baden-Württemberg (ASDBW) ist u.a. mit der Prüfung des BOS-Richtfunknetzes in Bezug auf mögliche Störungen desselben durch den Bau von Windenergieanlagen (WEA) beauftragt. Grundsätzlich ist festzustellen, dass im Verbandsbereich das BOS-Richtfunknetz mehrfach durch die Windvorrangflächen tangiert ist. Auf eine einzelne Auswertung der Windvorrangflächen zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird unsererseits aktuell verzichtet und auf die o.g. grundsätzliche Betroffenheit hingewiesen. Eine belastbare Stellungnahme zu den einzelnen Flächen findet in den jeweils nachgelagerten Einzelverfahren (Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren) basierend auf den dann vorliegenden konkreten WEA-Standortkoordinaten statt, bei denen die ASDBW jeweils um eine erneute Beteiligung bittet. Sollten dennoch wichtige Gründe für die Auswertung einzelner Windvorrangflächen sprechen, können diese auf Anfrage bei der ASDBW durchgeführt werden. Hinweis zur vertraulichen Nutzung der übermittelten Daten: Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Daten des BOS-Digitalfunks grundsätzlich Daten einer kritischen Infrastruktur sind und nur geschäftsintern genutzt werden dürfen (Informationsweitergabe nur, wo absolut nötig, ggf. erst nach Rücksprache mit der ASDBW). Beispielsweise sind Kartenausschnitte mit potentiellen Funkstationen bzw. Betreiber der Richtfunkstrecken von uns als Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD) - eingestuft und daher entsprechend zu behandeln. Eine Weitergabe</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>oder Einsichtnahme insbesondere an Externe wie z. B. Verbände, Interessengruppen i.R. von Beteiligungsverfahren ist nicht zulässig. Ebenso werden Ihre Daten vertraulich behandelt. Sollten Sie Fragen zum Geheimchutz haben, wenden Sie sich bitte an den für Ihre Dienststelle zuständigen Beauftragten oder gerne auch an unseren Geheimchutzbeauftragten. Die Kontaktdaten übersenden wir Ihnen bei Bedarf. Für weitere Abstimmungen und auch Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.</p>		
Polizeipräsidium Ravensburg				
II.573	1325	aus verkehrspolizeilicher Sicht bestehen keine Einwände gegen die Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat - Referat HIII 2 - Raumordnungsrecht, Raumordnungsplanung -				
II.575	1308	<p>vielen Dank für Ihre E-Mail an das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) bzgl. des Beteiligungsverfahrens zum Regionalplan Bodensee-Oberschwaben TRP-Energie (Kap.4.2, 2. Beteiligungsverfahren).</p> <p>Die Zuständigkeit für die Raumordnung wurde zwischenzeitlich dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) übertragen.</p> <p>Für die künftige Kommunikation in diesem und in ähnlichen Verfahren nutzen Sie daher bitte die E-Mail-Adresse <a href="mailto:SIII2@bmwsb.bund.de">SIII2@bmwsb.bund.de</a>.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr				
II.580	1366	<p>mit Schreiben vom 2. April 2025 baten sie um Stellungnahme der Bundes- wehr als Träger öffentlicher Belange zum Regionalplan Bodensee-Ober- schwaben TRP-Energie (Kap.4.2, 2. Beteiligungsverfahren).</p> <p>In dieser Stellungnahme werden bauliche Höhenbeschränkungen aufgrund festgelegter Kursführungsmindesthöhen (Minimum Vectoring Altitudes, MVA) exakt angegeben. Insoweit ersetzt diese</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Stellungnahme frühere Stellungnahmen. Die MVA ist die niedrigste Höhe über NHN im kontrollierten Luftraum, die für die Kursführung von Flügen nach Instrumentenflugregeln unter Berücksichtigung der Sicherheitsmindesthöhe über Grund und der Luftraumstruktur innerhalb eines festgelegten Gebietes genutzt werden kann. Durch die MVA wird eine Hindernisfreiheit von 1000 Fuß über dem höchsten Hindernis im Umkreis von 8 km um jeden MVA Sektor gewährleistet.</p> <p>Nach Prüfung Ihres Anliegens nehme ich bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage unter Berücksichtigung der gemeinsamen Besprechung per VTC am 08.07.2025 wie folgt Stellung. Meine Stellungnahme vom 27.06.2025 hebe ich auf.</p>		
II.580	1367	<p>Photovoltaik</p> <p>[Vorbehaltsgebiete Photovoltaik anonymisiert]</p> <p>Die Flächen liegen innerhalb oder teilweise innerhalb verschiedener [Inhalt anonymisiert] [Name anonymisiert]. Aufgrund der niedrigen Höhe der PV-Anlagen bewertet [Name anonymisiert] diese grundsätzlich nicht als [Inhalt anonymisiert] , weist jedoch auf eine Einzelfallprüfung hin. Ggf. kann es hier zu Auflagen kommen, in seltenen Einzelfällen auch zu Ablehnungen. Aufgrund der [Inhalt anonymisiert] , kann es unter Umständen zu Beschädigungen an den PV-Anlagen kommen.</p>	<p>Die genannten Sachverhalte sind auf der nachgelagerten Genehmigungsebene zu prüfen. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) aufgenommen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.580	1368	<p>FFPV-437-021 Flächen Glashütte-West (FID 2), FFPV-437-022 Schwein- gen-Südwest (FID 3), FFPV-437-024 Hausen-West (FID 117), FFPV-437-020 Glashütte-Ost (FID 97)</p> <p>Die Flächen liegen innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 132A, bzw. ED-R 132B. Für den Flugbetrieb in der ED-R 132A und ED-R 132B stellen die PV-Anlagen in den meisten Fällen kein Flugsicherheitsrisiko dar. Jedoch kann es im Rahmen der Einzelfallprüfung zu Auflagen oder in seltenen Fällen zu Ablehnungen kommen.</p>	<p>Die genannten Sachverhalte sind auf der nachgelagerten Genehmigungsebene zu prüfen. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) aufgenommen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.580	1369	<p>Fläche FFPV-437-021 Glashütte-West</p> <p>Die Fläche liegt im Schutzbereich Munition. Hier wird es zu einer Ablehnung kommen. Anlagen zur Energiegewinnung aus Sonnenenergie sind, wenn bei Ausfall der Anlage die Versorgungssicherheit gegeben ist und ein Mindestabstand von 270 m eingehalten werden kann, in Gruppe III der zsO einzustufen. Ist der dauerhafte Aufenthalt von Personen für den Betrieb der Anlage erforderlich, ist die Anlage in die Gruppe IV der zsO gemäß Bezug 2 einzustufen. Daraus resultiert gem. der Regelung, dass verschiedene Munitionslagerhäuser zu dem zu schützenden Objekt „PV-Anlage“ mindestens ein Schutzabstand von 520m</p>	Das in der Stellungnahmen genannte Vorbehaltsgebiet wird aufgrund der beschriebenen Restriktionen aus der Flächenkulisse Photovoltaik gestrichen.	Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.580	1376	<p>einzuhalten ist.</p> <p>Weiterhin liegen die Flächen zwar innerhalb des Interessengebietes der Luftverteidigungsradaranlage Meßstetten, haben jedoch aufgrund ihrer Höhe keinen Einfluss auf diese. Ebenso verhält es sich im Flugbeschränkungsgebiet ED-R 150. Zudem liegt ein Teil der Flächen innerhalb des Zuständigkeitsbereiches Laupheim, sowie im 8 km Puffer verschiedener MVA Sektoren. Aufgrund der Flughöhe können Blendungen ausgeschlossen werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.580	1377	<p>Windenergie</p> <p>Flächen WEA-437-011 Meßkirchen-Leibertingen (FID 3), WEA-437-025 Wald (FID 23), WEA-437-006 Pfullendorf-Hilpensberg (FID 1), WEA-437-001 Ostrach-West (FID 35), WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach (FID 39), WEA-437-003 Hoßkirch-Ostrach-Tafertsweiler (FID 6), WEA-436-017 Königsegg (FID 14), WEA-435-002 Hochbühl (FID 12), WEA-437-021 Illmensee-Südwest (FID 34)</p> <p>Die Flächen liegen innerhalb des Interessengebietes der Luftverteidigungsradaranlage Meßstetten. Unter Umständen kann es, je nach Position der einzelnen Windenergieanlagen und der Vorbelastung, vereinzelt zu Ablehnungen kommen.</p>	Die genannten Sachverhalte sind auf der nachgelagerten Genehmigungsebene zu prüfen, wenn konkrete Standorte und Typen der Windenergieanlagen bekannt sind. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) aufgenommen.	Kenntnisnahme
II.580	1378	<p>Flächen WEA-436-022 Fleischwangen-Nord (FID 13), WEA-435-001 Betenbrunn (FID 9), WEA-436-036 Röschenwald (FID 19), WEA-436-006 Baniswald (FID 30), WEA-436-025 Aitrach-Südwest (FID 26), WEA-436-012 Aichstetten-Ost (FID 38), WEA-436-013 In den Mösern /Enkenhofener Wald-Süd (FID 25), WEA-436-011 Ratzenried-Ost (FID 11), WEA-435-003 Gehrenberg (FID 10)</p> <p>Die Flächen liegen außerhalb flugbetrieblicher Belange der Bundeswehr.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.580	1379	<p>Flächen WEA-436-004 Altdorfer Wald-Erbisreuter Wald (FID 17), WEA-436-009 Altdorfer Wald-Grunder Wald (FID 18), WEA-436-010 Altdorfer Wald-Süd (FID 16)</p> <p>Die Flächen liegen teilweise innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150, zwischen den Wendepunkten KC1 und KD3. Die maximale Bauhöhe der Gebiete, welche innerhalb der ED-R 150 liegen, beträgt 1036 m über NHN. Die Flächen, die außerhalb der ED-R 150 liegen, liegen außerhalb flugbetrieblicher Belange der Bundeswehr.</p>	Die in der Stellungnahme genannten Bauhöhenbeschränkungen führen nicht zu einem Ausschluss der Vorranggebiete gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 250 m Gesamthöhe flächendeckend in allen genannten Vorranggebieten möglich sind, in den meisten Bereichen sogar bis über 300 m Gesamthöhe. Mögliche Höhenbegrenzungen sind im nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu prüfen, wenn konkrete Standorte und Typen von Windenergieanlagen bekannt sind. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) aufgenommen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.580	1380	<p>Flächen WEA-437-014 Bingen-Nord (FID 33), WEA-437-016 Veringen- stad-Südost (FID 4)</p> <p>Die Flächen liegen innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150, zwischen den Wendepunkten KC1 und KD3. Die maximale Bauhöhe beträgt 1036 m über NHN.</p>	<p>Die in der Stellungnahme genannten Bauhöhenbeschränkungen führen nicht zu einem Ausschluss der Vorranggebiete gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 200 m Gesamthöhe flächendeckend in allen genannten Vorranggebieten möglich sind, in vielen Bereichen sogar bis über 300 m Gesamthöhe. Mögliche Hohenbegrenzungen sind im nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu prüfen, wenn konkrete Standorte und Typen von Windenergieanlagen bekannt sind. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) aufgenommen.</p>	Kenntnisnahme
II.580	1381	<p>Flächen WEA-436-032 Alttann (FID 21), WEA-436-019 Urbach (FID 8), WEA-436-021_2 Aulendorf-Ost 2 (FID 36)</p> <p>Die Flächen liegen innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150, zwischen den Wendepunkten KD1 und KD3. Die maximale Bauhöhe beträgt 1219 m über NHN. Die Flächen liegen innerhalb des Interessengebietes der Luftverteidigungsradaranlage Meßstetten. Unter Umständen kann es, je nach Position der einzelnen Windenergieanlagen und der Vorbelastung, vereinzelt zu Ablehnungen kommen.</p>	<p>Die in der Stellungnahme genannten Bauhöhenbeschränkungen führen nicht zu einem Ausschluss der Vorranggebiete gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe flächendeckend in allen genannten Vorranggebieten möglich sind. Weitere in der Stellungnahme beschriebene Sachverhalte sind im nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu prüfen, wenn konkrete Standorte und Typen von Windenergieanlagen bekannt sind. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) aufgenommen.</p>	Kenntnisnahme
II.580	1382	<p>Flächen WEA-436-018 Osterholz (FID 32), WEA-436-021_1 Aulendorf- Ost-1 (FID 37), WEA-437-030 Hochberg-Ebersbach (FID 0)</p> <p>Die Flächen liegen meist komplett, teilweise innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150, zwischen den Wendepunkten KD1 und KD3.</p> <p>Die Flächen liegen innerhalb des 8 km Puffers des MVA Sektors HL 7 des Flugplatzes Laupheim. Die maximale Bauhöhe, bedingt durch den MVA Sektor HL 7, beträgt 1180 m über NHN.</p>	<p>Die in der Stellungnahme genannten Bauhöhenbeschränkungen führen nicht zu einem Ausschluss der Vorranggebiete gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe flächendeckend in allen genannten Vorranggebieten möglich sind.</p>	Kenntnisnahme
II.580	1383	<p>Flächen WEA-437-009 Bad Saulgau-Kleintissen (FID 24), WEA-437-008 Bad Saulgau-Steinbronnen-2 (FID 22), WEA-437-007 Bad Saulgau-Stein- bronnen-1 (FID 2)</p> <p>Die Flächen liegen innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150, zwischen den Wendepunkten KD1 und KD3. Die Flächen liegen innerhalb des 8 km Puffers des MVA Sektors HL 7 des Flugplatzes Laupheim. Die maximale Bauhöhe, bedingt durch den MVA Sektor HL 7, beträgt 1180 m über NHN. Die Flächen liegen teilweise innerhalb des Interessengebietes der Luftverteidigungsradaranlage Meßstetten. Unter Umständen kann es, je nach Position der einzelnen Windenergieanlagen und der Vorbelastung, vereinzelt zu Ablehnungen kommen.</p>	<p>Die in der Stellungnahme genannten Bauhöhenbeschränkungen führen nicht zu einem Ausschluss der Vorranggebiete gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe flächendeckend in allen genannten Vorranggebieten möglich sind. Weitere in der Stellungnahme beschriebene Sachverhalte sind im nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu prüfen, wenn konkrete Standorte und Typen von Windenergieanlagen bekannt sind. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) aufgenommen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.580	1384	Fläche WEA-436-007 Osterhofen (FID 31) Die Fläche liegt mit der nördlichen Hälfte innerhalb des 8 km Puffers des MVA Sektors HL 7 des Flugplatzes Laupheim. Die maximale Bauhöhe des Bereiches, der innerhalb des 8 km Puffers des MVA Sektors HL 7 liegt, beträgt 1180 m über NHN. Der Bereich der außerhalb des 8 km Puffers liegt, liegt außerhalb flugbetrieblicher Belange der Bundeswehr.	Die in der Stellungnahme genannte Bauhöhenbeschränkung führt nicht zu einem Ausschluss des Vorranggebiets gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe flächendeckend im genannten Vorranggebiet möglich sind.	Kenntnisnahme
II.580	1385	Fläche WEA-436-030 Diepoldshofener Wald (FID 15) Die Fläche liegt innerhalb [Inhalt anonymisiert] . Nach rechtlicher Einordnung unter Berücksichtigung des zeitlichen Vorzugs der Windenergieplanungen ist die Errichtung von Windenergieanlagen in der Fläche möglich.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
II.580	1386	Fläche WEA-437-020 Inneringen-Nordost (FID 28) Die Fläche liegt innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150. Die maximale Bauhöhe beträgt 1219 m über NHN. Zudem liegt die Fläche teilweise [Inhalt anonymisiert] . Daher kann der Fläche nur bis zur ursprünglichen Größe der Konzentrationszone für Windenergienutzung des Gemeindeverwaltungsverbands Laucherttal zugestimmt werden. Flächen außerhalb [Inhalt anonymisiert] können zugestimmt werden, ebenso einer Erweiterung südöstlich innerhalb [Inhalt anonymisiert]	Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.  Die in der Stellungnahme genannte Bauhöhenbeschränkung führt nicht zu einem Ausschluss des verbleibenden Teils des Vorranggebiets gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe flächendeckend im verbleibenden Teil des Vorranggebiets möglich sind.	Berücksichtigung
II.580	1387	Fläche WEA-437-026 Kettenacker-Ost (FID 7) Die Fläche liegt innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150. Die maximale Bauhöhe beträgt 1219 m über NHN. Zudem liegt die Fläche mit einem kleinen Teil [Inhalt anonymisiert] . Nach rechtlicher Einordnung unter Berücksichtigung des zeitlichen Vorzugs der Windenergieplanungen ist die Errichtung von Windenergieanlagen in der Fläche möglich.	Die in der Stellungnahme genannte Bauhöhenbeschränkung führt nicht zu einem Ausschluss des Vorranggebiets gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe flächendeckend im genannten Vorranggebiet möglich sind.	Kenntnisnahme
II.580	1388	Fläche WEA-436-015 Kißlegg-Ost 1 (FID 29) Die Fläche liegt innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150, zwischen den Wendepunkten KC1 und LC1. Die maximale Bauhöhe beträgt 1402 m über NHN.	Die in der Stellungnahme genannte Bauhöhenbeschränkung führt nicht zu einem Ausschluss des Vorranggebiets gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			flächendeckend im genannten Vorranggebiet möglich sind.	
II.580	1389	Fläche WEA-436-027 Illerwinkel (FID 20) Die Fläche liegt im südlichen Bereich innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150, zwischen den Wendepunkten KC1 und LC1. Die maximale Bauhöhe in dem Bereich, der innerhalb der ED-R 150 liegt, beträgt 1402 m über NHN. Der Bereich der Fläche, der nicht innerhalb der ED-R 150 liegt, liegt außerhalb flugbetrieblicher Belange der Bundeswehr.	Die in der Stellungnahme genannte Bauhöhenbeschränkung führt nicht zu einem Ausschluss des Vorranggebiets gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe flächendeckend im genannten Vorranggebiet möglich sind.	Kenntnisnahme
II.580	1390	Fläche WEA-437-019 Gammertingen-Ost (FID 5) Die Fläche liegt innerhalb des Flugbeschränkungsgebietes ED-R 150, zwischen den Wendepunkten KD2 und KD3. Die maximale Bauhöhe beträgt 1209 m über NHN.	Die in der Stellungnahme genannte Bauhöhenbeschränkung führt nicht zu einem Ausschluss des Vorranggebiets gemäß Planungskonzept, da Windenergieanlagen von mind. 300 m Gesamthöhe flächendeckend im genannten Vorranggebiet möglich sind.	Kenntnisnahme
II.580	1391	Zudem weise ich darauf hin, dass manche Flächen exakt an den Sicherheitskorridor der [Inhalt anonymisiert] anschließen. Eine Bewertung, ob hineinragende Rotoren stören, erfolgt jedoch im nachgelagerten Genehmigungsverfahren.	Die genannten Sachverhalte sind auf der nachgelagerten Genehmigungsebene zu prüfen, wenn konkrete Standorte und Typen der Windenergieanlagen bekannt sind. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) aufgenommen.	Kenntnisnahme
II.580	1392	Ich bitte Sie, mich über den weiteren Verlauf dieses Verfahrens unter Angabe meines Zeichens zu informieren und im weiteren Verfahren zu beteiligen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen				
II.586	978	anbei erhalten Sie die Stellungnahme der Bundesnetzagentur in oben angegebener Angelegenheit. Bitte verwenden Sie für den Kontakt mit mir die E-Mail-Adresse verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de. Wegen der Einzelheiten siehe <a href="https://www.netzausbau.de/Wissen/InformierenBeteiligen/VerfahrenDritter/de.html">https://www.netzausbau.de/Wissen/InformierenBeteiligen/VerfahrenDritter/de.html</a> .	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
		Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>vielen Dank für Ihre Anfrage vom 02.04.2025, die ich gerne im Rahmen der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für den Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze beantworte.</p> <p>Im Zuge der Energiewende wurde mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ein Planungsinstrument geschaffen, das zu einem beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze in Deutschland beiträgt. Dem im NABEG verankerten Planungs- und Genehmigungsregime, für das die Bundesnetzagentur zuständig ist, unterliegen alle Vorhaben, die in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) als länderübergreifend und/oder grenzüberschreitend gekennzeichnet sind. Ihre Realisierung ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Die Bundesnetzagentur führt für die Vorhaben auf Antrag der verantwortlichen Betreiber von Übertragungsnetzen die Bundesfachplanung durch. Zweck der Bundesfachplanung ist die Festlegung eines raumverträglichen Trassenkorridors, eines Gebietsstreifens, in dem die Trasse einer Höchstspannungsleitung voraussichtlich realisiert werden kann, als Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung. Für Vorhaben, für die ein Präferenzraum entwickelt wurde, entfällt die Bundesfachplanung. Ein Präferenzraum ist ein durch die Bundesnetzagentur ermittelter Gebietsstreifen, der für die Herleitung von Trassen besonders geeignete Räume ausweist. Mit der Planfeststellung, die die Bundesnetzagentur wiederum auf Antrag der verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber durchführt, wird der genaue Verlauf der Trasse innerhalb des festgelegten Trassenkorridors bzw. des entwickelten Präferenzraums bestimmt und das Vorhaben rechtlich zugelassen.</p>		
II.586	979	<p>Von den in der hier gegenständlichen Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben geplanten Festlegungen sind von den derzeit in der Anlage zum BBPIG als länderübergreifend und/oder grenzüberschreitend gekennzeichneten Vorhaben gegebenenfalls die</p>	<p>Der Planfeststellungsbeschluss für das Vorhaben Nr. 25 wird bei unseren zukünftigen Planungen berücksichtigt werden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden jedoch noch nicht gebaute Höchstspannungsleitung in der Raumnutzungskarte nicht dargestellt.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>folgenden Vorhaben betroffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorhaben Nr. 25, Höchstspannungsleitung Punkt Wullenstetten – Punkt Niederwangen</li> <li>• Vorhaben Nr. 40, Höchstspannungsleitung Punkt Neuravensburg – Bundesgrenze</li> </ul> <p>Am 13.08.2024 stellte die Bundesnetzagentur den Plan für das Vorhaben Nr. 25 fest (abrufbar unter: <a href="http://www.netzausbau.de/vorhaben25">www.netzausbau.de/vorhaben25</a>). Ich bitte darum, den Planfeststellungsbeschluss bei Ihren Planungen zu beachten und rege an, die planfestgestellte Trasse für das Vorhaben Nr. 25, z. B. als Vorranggebiet Leitungstrasse, in dem Regionalplan Bodensee-Oberschwaben festzulegen. Für das Vorhaben Nr. 40 liegt der Bundesnetzagentur derzeit kein Antrag auf Bundesfachplanung vor.</p>		
II.586	980	<p>Ich rege an, falls nicht bereits geschehen, die für das Vorhaben Nr. 25 sowie das Vorhaben Nr. 40 zuständige Vorhabenträgerin Amprion GmbH (<a href="mailto:leitungsauskunft@amprion.net">leitungsauskunft@amprion.net</a>) in vorliegender Angelegenheit noch zu beteiligen. Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur die vollständigen Planunterlagen zu dem Vorhaben Nr. 25 sowie auch die Bundesfachplanungsentscheidung und der Planfeststellungsbeschluss für das Vorhaben Nr. 25 abrufbar sind (<a href="http://www.netzausbau.de/vorhaben25">www.netzausbau.de/vorhaben25</a>). Die Unterlagen zu dem Vorhaben Nr. 40 werden dort ebenfalls abrufbar sein (<a href="http://www.netzausbau.de/vorhaben40">www.netzausbau.de/vorhaben40</a>).</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Eisenbahn-Bundesamt				
II.588	117	<p>Ihr Schreiben ist am 08.04.2025 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden in der geänderten Planung ebenfalls ausreichend berücksichtigt. Insofern bestehen keine Bedenken.</p> <p>Ergänzend möchte ich Sie über folgende Abstandsempfehlungen informieren, die auf Empfehlungen des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft e.V. (VDEW) vom 17.12.1998 erstellt worden sind, da Sie in Kapitel 4 auf solche eingehen - auch wenn diese, wie in Ihrer Synopse nach der 1. Anhörung erwähnt, möglicherweise zu detailliert für Ihre Planungen sind:</p> <p>Mindestabstände bei der Standortfestlegung für Windenergieanlagen (WEA) zu Bahnanlagen:</p> <p>1) Zu Schienenwegen mit und ohne Oberleitung (15 kV): Das 2-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA</p> <p>2) Zu Bahnstromfernleitungen (110 kV) ohne Schwingungsschutzmaßnahmen (Dämpfungseinrichtungen): Das 3-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA</p> <p>3) Zu Bahnstromfernleitungen (110 kV) mit Schwingungsschutzmaßnahmen: Das 1-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA</p> <p>4) Zu Richtfunkstrecken und Sendeanlagen an Schienenwegen: Das 2-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA</p> <p>5) Zu Richtfunkstrecken jenseits von Schienenwegen: 35 m beiderseits der Richtfunkstrecke zu der geplanten WEA und</p> <p>6) Zu Sendeanlagen jenseits von Schienenwegen: Das Höhenmaß der höheren Anlage (Sendeanlage oder geplante WEA einschließlich Rotorradius).</p>		
II.588	118	<p>Ihr Schreiben ist am 08.04.2025 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bundes berühren.</p> <p>Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden in der geänderten Planung ebenfalls ausreichend berücksichtigt. Insofern bestehen keine Bedenken.</p> <p>Ergänzend möchte ich Sie über folgende Abstandsempfehlungen informieren, die auf Empfehlungen des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft e.V. (VDEW) vom 17.12.1998 erstellt worden sind, da Sie in Kapitel 4 auf solche eingehen - auch wenn diese, wie in Ihrer Synopse nach der 1. Anhörung erwähnt, möglicherweise zu detailliert für Ihre Planungen sind:</p> <p>Mindestabstände bei der Standortfestlegung für Windenergieanlagen (WEA) zu Bahnanlagen:</p> <p>1) Zu Schienenwegen mit und ohne Oberleitung (15 kV): Das 2-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA</p> <p>2) Zu Bahnstromfernleitungen (110 kV) ohne Schwingungsschutzmaßnahmen (Dämpfungseinrichtungen): Das 3-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA</p> <p>3) Zu Bahnstromfernleitungen (110 kV) mit Schwingungsschutzmaßnahmen: Das 1-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA</p> <p>4) Zu Richtfunkstrecken und Sendeanlagen an Schienenwegen: Das 2-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA</p> <p>5) Zu Richtfunkstrecken jenseits von Schienenwegen: 35 m beiderseits der Richtfunkstrecke zu der geplanten WEA und</p> <p>6) Zu Sendeanlagen jenseits von Schienenwegen: Das Höhenmaß der höheren Anlage (Sendeanlage oder geplante WEA einschließlich Rotorradius).</p>		

#### Deutscher Wetterdienst - Verwaltungsbereich Süd

II.594	187	<p>im Anhang finden Sie die Stellungnahme des Deutschen Wetterdienstes zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur-Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
--------	-----	--	---------------	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ihr Schreiben vom 02.04.2025</p> <p>Stellungnahme zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur–Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>Ihr Schreiben vom 02.04.2025</p> <p>im Namen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) bedanke ich mich für die erneute Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie</p> <p>Der Deutsche Wetterdienst nimmt in dieser Angelegenheit wie folgt Stellung:</p> <p>Unserer Bitte vom 07.02.2024, einen Abstand von 15 km zum Radarstandort Memmingen einzuhalten, sind Sie dankenswerter Weise nachgekommen – mit Ausnahme für das Vorranggebiet WEA- 436-026.</p> <p>Dieses Vorranggebiet befindet sich circa 13 bis 14 km von unserem Radarstandort Memmingen entfernt.</p> <p>Der DWD würde im Zuge eines Genehmigungsverfahrens für beantragte Windenergieanlagen in diesem Gebiet keine Beeinträchtigung seiner Belange geltend machen, aber den Anlagenbetreiber bitten, dem DWD die Betriebs- und meteorologischen Daten, die an dieser Windenergieanlage gemessen werden, bereitzustellen.</p> <p>Wir bitten weiterhin frühzeitig in die Planungen eingebunden und beteiligt zu werden.</p> <p>Für eventuelle Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner des DWD gerne zur Verfügung.</p>		

Generaldirektion Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes

II.595      1314      Kenntnisnahme      Kenntnisnahme

Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Oberrhein ist von der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur-Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln, nicht betroffen.

Ich bitte Sie die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt in Bonn sowie das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Oberrhein für zukünftige Beteiligungen

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		aus Ihrem Verteiler zu streichen.		
Fernstraßen-Bundesamt, Referat S1 - Straßenrecht/Straßenverkehrsrecht -				
II.599	188	<p>Bundesautobahnen (BAB) A 7, 96  Stellungnahme des Fernstraßen-Bundesamtes  Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben  Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2 des Regionalplans) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,  vielen Dank für die Beteiligung an o.g. Verfahren, zu der das Fernstraßen-Bundesamt wie folgt Stellung nimmt:  Mit E-Mail vom 01.04.2025 wurden wir von Ihnen an o. g. Verfahren „Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2 des Regionalplans) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln“ beteiligt und um Stellungnahme gebeten.  Am 07.02.2025 hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben den geänderten Entwurf zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie (Kap. 4.2) des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben sowie Änderungen an anderen Plankapiteln beschlossen und führt das 2. Beteiligungsverfahren nach dem Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg, das am 29.03.2025 in Kraft getreten ist, durch.  Anbaurechtliche Belange  Für das weitere Verfahren sind folgende allgemeine Hinweise bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.  Längs der Bundesautobahnen dürfen nach § 9 Abs. 1 FStrG Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn nicht errichtet werden.  Dies gilt gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 FStrG auch entsprechend für Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfanges sowie für die Aufstellung von Containern, die nur durch ihre eigene Schwere ortsfest auf dem Erdboden ruhen und Nebenanlagen (Trafostationen, Speicher und dgl.).  Gemäß § 9 Abs. 2 FStrG bedürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn bauliche Anlagen längs der BAB in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen. Dabei können Zustimmungen nach § 9 Abs. 2 FStrG gemäß § 9 Abs. 3 FStrG versagt oder mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden, soweit dies aufgrund der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, der</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ausbauabsichten oder der Straßenbaugestaltung nötig ist.</p> <p>Hinsichtlich des Anbringens von Werbeanlagen jeglicher Art (auch während der Bauphase, z.B. an Bauzäunen, Fahrzeugen und Maschinen) wird auf die Verbote und Beschränkungen von § 9 FStrG und § 33 StVO hingewiesen. Anlagen der Außenwerbung in Ausrichtung auf die Verkehrsteilnehmer der BAB in einer Entfernung bis zu 40 m vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn sind grundsätzlich unzulässig. In einer Entfernung von 40 bis 100 m vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn bedürfen sie – auch an der Stätte der Leistung – einer gesonderten Zustimmung des Fernstraßen- Bundesamtes. Dies gilt auch für die Bauphase und in Bezug auf die zum Bau eingesetzten Geräte und Vorrichtungen sowie Bauzäune u.a.</p> <p>Windenergieanlagen</p> <p>Sofern sich der Turm oder Mast einer geplanten Windenergieanlage innerhalb der vorgenannten Entfernungen (sog. Anbaubeschränkungszone) befindet, so ist bei der Errichtung oder erheblichen Änderung der Windenergieanlage eine straßenrechtliche Zustimmung erforderlich.</p> <p>Für Windenergieanlagen, bei denen lediglich der Rotor in die Anbau-beschränkungszone hineinragt, gilt § 9 Abs. 2b FStrG, wonach die Regelungen des § 9 Abs. 2 und Abs. 2a FStrG hier keine Anwendung finden. In diesem Fall ist die oberste Landesstraßenbaubehörde an Bundes-fernstraßen und, soweit dem Bund die Verwaltung der Bundesfernstraßen zusteht, das Fernstraßen-Bundesamt in den Genehmigungs- oder Anzeigeverfahren für die Anlage zu beteiligen. Die für die Erteilung der Genehmigung oder für die Anzeige zuständige Behörde hat im Rahmen der Beteiligung die Stellungnahme der jeweiligen Behörde nach Satz 2 einzuholen. Bedarf es keiner Genehmigung oder Anzeige der Anlage, hat der Vorhabenträger die in Satz 2 genannten Behörden um eine Stellungnahme zu dem Vorhaben zu ersuchen. Bei der Errichtung und dem Betrieb einer in Satz 1 bezeichneten Anlage sind die in Absatz 3 und in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes genannten Belange zu beachten. In diesem Zusammenhang wird bereits zu diesem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass im Rahmen der straßenrechtlichen Bewertung eine abstrakte Gefährdungsbeurteilung vorgenommen wird. Aufgrund eines besonderen Näheverhältnisses zur BAB innerhalb des Gefahrenradius der Windenergieanlagen können die Risiken Flugsicherheitsbefeuerung, Diskoeffekt, Eisabwurf/Eissturz, Maschinenhausbrand, optische Gefahren und Rotorblattbruch sowie Turmbruch (Bauteilversagen) relevant sein. Im Rahmen dessen weist ich darauf hin, dass bei der Einhaltung der Kipphöhe der Anlagen als Abstand zum Fahrbahnrand, vorbehaltlich einer Einzelfallprüfung, in der Mehrzahl der Anlagen jedoch davon auszugehen ist, dass allen</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>aufgezeigten Risiken mit Nebenbestimmungen begegnet werden kann, um eine Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auszuschließen. Generell sind damit notwendige Mindestabstände und notwendige Nebenbestimmungen immer im konkreten Einzelfall zu beurteilen und erfordern gutachterliche Bewertungen bzw. entsprechende Erklärungen, die sich auf den konkreten Standort sowie die jeweilige Anlage beziehen.</p> <p>Hinweis: Die Abstände bemessen sich nach dem äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, zu der neben der Hauptfahrbahn auch die Beschleunigungs- und Verzögerungstreifen der Anschlussstellen sowie die Anschlussstellen selbst zählen. Die Abstände gelten auch im Bereich der Zu- und Abfahrt von Rastanlagen. Entlang der Durchfahrtsgassen, jedoch nur für die am nächsten liegende Durchfahrtsgasse zur Hauptfahrbahn.</p> <p>Zudem weisen wir darauf hin, dass die gesicherte Erschließung der Windenergieanlagen in der Planung frühzeitig berücksichtigt werden sollte. Die gesicherte Erschließung ist Voraussetzung für eine vollumfängliche rechtliche Beurteilung.</p> <p>Eine Errichtung und Nutzung von Behelfszufahrten an Bundesautobahnen für den Transport und die Errichtung der Windenergieanlagen ist nur unter engen Voraussetzungen möglich. Dabei sind die vorstehenden anbaurechtlichen Regelungen zu sowie gegebenenfalls weitere notwendige Gestattungserfordernisse zu beachten.</p> <p><b>Photovoltaikanlagen</b></p> <p>Für Photovoltaikanlagen gilt seit dem 29.12.2023 der § 9 Abs. 2c FStrG. Gemäß des § 9 Abs. 2c S. 2 FStrG ist das Fernstraßen-Bundesamt im (Bau-) Genehmigungsverfahren für eine Photovoltaikanlage zu beteiligen, wenn diese Anlage längs einer BAB in einer Entfernung bis zu 100 m oder längs einer Bundesstraße außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 m, jeweils gemessen von dem äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet oder erheblich geändert werden soll. Bedarf eine Anlage nach dem § 9 Abs. 2c S. 1 FStrG keiner Genehmigung, hat der Vorhabenträger das Vorhaben vor dem Baubeginn bei der jeweils zuständigen Behörde nach dem § 9 Abs. 2c S. 3 FStrG anzuzeigen. Bei der Genehmigung, der Errichtung und dem Betrieb einer solchen Photovoltaikanlage sind gemäß des § 9 Abs. 2c S. 4 FStrG einerseits die straßenrechtlichen Belange in Form der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, etwaige Ausbauabsichten und Maßnahmen der Straßenbaugestaltung zu berücksichtigen. Andererseits sind auch die in dem § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes genannten Belange zu beachten. Bitte nehmen Sie daher in die textlichen Festsetzungen der Bauleitplanungen den Hinweis auf, dass das</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Fernstraßen-Bundesamt gemäß des § 9 Abs. 2c FStrG im (Bau-) Genehmigungsverfahren oder aber durch die Vorhabenträger nach § 9 Abs. 2c S. 3 FStrG zu beteiligen ist.</p> <p>Weitere Hinweise:</p> <p>Zu unserer Stellungnahme beteiligten wir zudem intern unser Referat S 2 für die Belange der Straßenplanungen und die Autobahn GmbH des Bundes.</p> <p>Aus der Stellungnahme des Referates S2 des Fernstraßen-Bundesamtes vom 14.04.2025:</p> <p>Aus der Prüfung der Unterlagen zu o. g. Verfahren ergaben sich keine Hinweise, dass durch die Änderungen an den Plankapiteln bei der zweiten Anhörung weitere Belange des geltenden Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 Fernstraßen-ausbaugesetz (FStrAbG)) betroffen oder diesbezüglich Konflikte zu erwarten sind.</p> <p>Aus der Stellungnahme der Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Südbayern, vom 29.04.2025:</p> <p>Entsprechend der Stellungnahme vom 27.02.2024 aus dem vorangegangenen 1. Beteiligungsverfahren wird mitgeteilt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine detaillierte Prüfung der ausgewiesenen Flächen derzeit aufgrund der nicht vorhandenen Detailschärfe nicht erfolgen kann</li> <li>- eine konkrete Prüfung der einzelnen Vorhaben im Zuge der Bauantragstellung bzw. Beteiligung im Bauleitplanverfahren erfolgt.</li> </ul> <p>Bei der weiteren Planung wird um Beachtung der nachfolgenden Punkte gebeten:</p> <p>Windenergieanlagen (WEA)</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Aus Gründen der Sicherheit des Verkehrs wird grundsätzlich empfohlen, die sogenannte „Kipphöhe“ (Gesamthöhe der Anlage) als Mindestabstand zur befestigten Fahrbahn der BAB einzuhalten.</li> <li>2. Als zusätzlicher Sicherheitspuffer im Falle einer dynamischen Kippbewegung oder im Falle von Havarien mit sich von der Anlage lösenden Anlagenteilen wird empfohlen einen Abstand von 1,5 x (Nabenhöhe + Rotorradius) vorzusehen.</li> <li>3. Es wird weiterhin empfohlen, die WEA, die den Sicherheitsabstand nach Punkt 1 nicht einhalten, mit einem System zur Rotorblatt-Zustandsüberwachung in Form einer permanenten sensorischen Überwachung jedes einzelnen Rotorblattes und einer funktionssicheren Eiserkennung mit Abschaltautomatik auszurüsten.</li> <li>4. Die Installation von Blinklichtern zur Kennzeichnung von WEA sollte zur Vermeidung von Ablenkung von Verkehrsteilnehmern unterlassen werden, sofern dies nicht luftrechtliche Bestimmungen erfordern. Ist Letzteres der Fall, sollte zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit die nächtliche Kennzeichnung der geplanten WEA mit einem nach bedarf gesteuerten radargestützten Befeuerungssystem koordiniert mit anderen im Windpark befindlichen WEA erfolgen. Diese Art der</li> </ol>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Befeuerung ist hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit auf der BAB anzuwenden und einer Sichtweitenmessung mit angepasster Leuchtstärkeregelung vorzuziehen.</p> <p>5. Zur Vermeidung störender Lichtreflexion durch die Rotorblätter („Disco-Effekt“) für den Autobahnverkehr sind mittelreflektierende Farben und matte Glanzgrade gemäß Maßgaben des Deutschen Instituts für Normung (DIN) bei der Beschichtung der Rotorblätter anzuwenden.</p> <p>6. Der Betreiber der geplanten WEA sollte bezüglich der Stand- und Betriebssicherheit sowie der unter Nr. 2 und 3 genannten technischen Systeme eine regelmäßige Prüfung durch den Hersteller der WEA oder einen fachkundigen Wartungsdienst vornehmen. Das Prüfintervall sollte wegen des Gefahrenradius einer geplanten WEA befindlichen hoch belasteten BAV auf höchstens ein Jahr festgelegt werden, sofern kein engerer Prüfturnus erforderlich ist.</p> <p>7. Es ist sicherzustellen, dass Störungen der Anlage einschließlich Bränden effektiv und ohne Inanspruchnahme der BAB und gesteigerten Risiken für die BAB bekämpft werden.</p> <p>(Freiflächen)-Photovoltaikanlagen (PVA)</p> <p>1. Die Elemente von PVA sind so anzuordnen, dass keine Blendung des Verkehrs auf der BAB durch Spiegelung oder Reflexion des Sonnenlichts auftreten kann. Der Ausschluss der Blendwirkung ist durch einen entsprechenden Nachweis zu erbringen. Ggf. notwendige Blendschutzmaßnahmen sind vom Antragsteller zu erbringen.</p> <p>2. Durch den Bau, das Bestehen sowie die Nutzung und Unterhaltung des Vorhabens dürfen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>3. Es ist anhand schlüssiger Ausführungen nachzuweisen, dass Störungen der Anlage einschließlich Bränden effektiv und ohne Inanspruchnahme der und gesteigerte Risiken für die BAB bekämpft werden.</p> <p>4. Für die Inanspruchnahme der Anbauverbotszone für PV-Module sind die Vorgaben der RPS 2009 auf Grundlage der vorhandenen Höhenprofile (hier ist der AE-Abstand wegen gefährdungsstufe 1 maßgeblich), sofern keine entsprechenden Schutzeinrichtungen (FRS) vorhanden sind, zu beachten. Ein Heranrücken &lt; 20 m an die BAB wird abgelehnt.</p> <p>5. Einfriedungen sind nur in nicht massiver Ausführung (keine Mauerwerks- oder Betonelemente, vielmehr umfahrbar oder abscherbar) zulässig.</p> <p>6. Beleuchtungsanlagen sind so anzubringen, dass die Verkehrsteilnehmer auf der BAB nicht geblendet werden. Eine Blendung darf zu keiner Zeit gegeben sein, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten. Dies bezieht sich auch auf die Bauphase und die dabei eingesetzten Geräte und Maschinen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>7. Von der geplanten Maßnahme dürfen (auch während der Bauphase) keine Emissionen, wie z. B. Rauch, Staub etc. ausgehen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB beeinträchtigen können.</p> <p>8. Bundeseigene Flächen dürfen nicht überbaut, beeinträchtigt, gefährdet oder in Anspruch genommen werden. Einrichtungen der Bundesautobahn, wie z. B. Lärmschutzanlagen, Entwässerungs- und Fernmeldeanlagen, dürfen nicht beeinflusst, beeinträchtigt oder mitbenutzt werden. Oberflächen- und sonstiges Wasser darf nicht den Entwässerungsanlagen der Autobahn zugeführt werden bzw. darf generell nicht in den Autobahngrund eingeleitet werden. Eine ordnungsgemäße Entwässerung auf dem Grundstück ist jederzeit zu gewährleisten.</p> <p>Seite 7 von 7</p> <p>9. Durch aufkommende Emissionen von der Autobahn kann die Leistungsfähigkeit der PVA gemindert werden. Dies ist vom Antragsteller hinzunehmen.</p> <p>10. In den Planungsunterlagen ist die Erschließung bzw. Ableitung der erzeugten Energie nicht ersichtlich. Im Hinblick auf die erforderliche Netzanbindung wird vorsorglich darauf hingewiesen, das Parallelverlegungen von Leitungen der Mittelspannung nur im engen Rahmen der Nutzungsrichtlinien des Bundes möglich ist.</p> <p>11. Sollten Kabel, die für das Betreiben des geplanten Vorhabens erforderlich sind, in der Anbauverbots-/ Anbaubeschränkungs-zone gemäß § 9 FStrG verlegt werden oder die BAB kreuzen, so ist ein entsprechender Antrag auf Zustimmung/Genehmigung bei der Autobahn GmbH des Bundes, NL Südbayern, und dem Fernstraßen-Bundesamt zu stellen.</p> <p>12. Gemäß § 11a – Recht zur Verlegung von Leitungen – nach dem EEG wird auf die Duldungspflicht hingewiesen. Dies kann jedoch aufgrund bestehender eigener Leitungen in Betriebsgrundstücken der Autobahn im Hinblick auf die mögliche Beeinflussung der bereits vorhandenen Kabelstruktur nicht garantiert werden.</p> <p>Wir bitten um eine weitere Beteiligung im Verfahren, sofern sich eine Betroffenheit unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen ergeben kann.</p>		
Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH				

II.600	53	Im Folgenden erhalten Sie die Stellungnahme der NVBW zum 2. Beteiligungsverfahren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
--------	----	--	---------------	---------------

Ein allgemeiner Hinweis: Bei den Eisenbahnen, welche nicht Eisenbahnen des Bundes sind (nichtbundeseigene Eisenbahnen) gibt das Landeseisenbahngesetz Mindestabstände für bauliche Anlagen entlang der Strecke vor, wenn die Betriebssicherheit der Eisenbahn dadurch beeinträchtigt wird (LEisenbG §4).

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Ansonsten gibt es keine weiteren Anmerkungen.		
Deutsche Bahn AG				
II.612	734	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Wind/Solar -Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien als von der DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station &amp; Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren:</p> <p>Bei der Fortschreibung des Regionalplans bitten wir um Beachtung und Einhaltung der nachfolgenden Stellungnahme:</p> <p>Zunächst möchten wir festhalten, dass der DB Konzern den Ausbau der erneuerbaren Energien befürwortet. Schließlich ist auch eines der Leitbilder unserer Dachstrategie „Starke Schiene“ die grüne Transformation im gesamten DB Konzern. Dazu gehört u.a. auch Grüner Strom: Bis 2050 wird die Eisenbahn klimaneutral fahren. Dazu gehört, dass im Jahr 2038 unser Bahnstrom vollständig aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt und die Energieinfrastruktur dafür ausgebaut wird.</p> <p>Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG).</p> <p>Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor Gefahren sowie Störpotentialen dringend geschützt werden.</p> <p>Die DB InfraGO AG plant die Erneuerung der Stellwerke auf der Strecke 4550 zwischen Herbertingen und Kißlegg. Damit einher geht auch die Untersuchung der Bahnübergänge auf</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der Strecke 4550, die im Umbauverbot stehen und im Einwirkungsbereich der Stellwerke liegen. Derzeit befinden sich die Planungen in der Leistungsphase 3. In diesem Zusammenhang</p> <p>möchten wir auf die Bedeutung bestimmter Flächen hinweisen, die derzeit für die Planung von Ersatzbauwerken vorgesehen sind.</p> <p>Konkret handelt es sich um folgende Fläche:</p> <p>FFPV-436-029, Wolfegg Gaishaus - westlich der Strecke 4550 zwischen Gaishaus und Alttann (Wolfegg)</p> <p>Diese Fläche ist für uns von großer infrastruktureller Bedeutung, da sie für die Realisierung des Ersatzbauwerks unerlässlich ist. Die Planung und Umsetzung dieses Bauwerks ist Teil unserer Maßnahme zur Modernisierung und Sicherstellung eines sicheren und effizienten Bahnbetriebs.</p> <p>Die Freihaltung dieser Fläche zum jetzigen Zeitpunkt ist für uns von entscheidender Bedeutung, damit die Umsetzung unserer Maßnahmen gemäß unserer Planung vorangetrieben werden kann. Jegliche andere Nutzung dieser Fläche, insbesondere für die Errichtung regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlagen, könnte die Realisierung unseres infrastrukturellen Vorhabens erheblich beeinträchtigen.</p> <p>Wir bitten daher darum, im Teilregionalplan Energie des Regionalverband Bodensee-Oberschwaben die Freihaltung dieser Fläche für unsere Maßnahmen entlang der Strecke 4550 zwischen Herbertingen und Kißlegg insbesondere im Bereich zwischen Roßberg und Alttann (Wolfegg) zu berücksichtigen. Eine alternative Nutzung dieser Fläche für Photovoltaikanlagen würde unsere infrastrukturellen Pläne derzeit behindern.</p> <p>Die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete für Solarenergie überplanen mehrere</p>	<p>artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Flurstücke der Deutschen Bahn AG:</p> <p>FFPV-436-007 Gemarkung Deuchelried - Bahnlinie Ulm - Friedrichshafen (Strecken Nr. 4500) Teilfläche Flst. Nr [Inhalt anonymisiert]</p> <p>FFPV-436-027 Gemarkung Kißlegg – Bahnlinie Herbertingen – Isny (Strecken Nr. 4550) Teilfläche Flst. Nr [Inhalt anonymisiert]</p> <p>FFPV-436-033 Gemarkung Mittelurbach - Bahnlinie Herbertingen – Isny (Strecken Nr. 4550) Teilflächen Flst. Nr. [Inhalt anonymisiert]</p> <p>FFPV-436-058 Gemarkung Boms – Bahnlinie Herbertingen – Isny (Strecken Nr. 4550) Teilflächen Flst. Nr. [Inhalt anonymisiert]</p> <p>FFPV-436-061 Gemarkung Blönried – Bahnlinie Herbertingen – Isny (Strecken Nr. 4550) Teilfläche Flst. Nr. [Inhalt anonymisiert]</p> <p>FFPV-437-063 GemarkungHochberg - Bahnlinie Herbertingen – Isny (Strecken Nr. 4550) Teilflächen Flst. Nr. [Inhalt anonymisiert] und Flst. Nr.[Inhalt anonymisiert]</p> <p>Bei den überplanten Flächen handelt es sich um gewidmete Eisenbahnbetriebsanlagen, die dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) unterliegen. Änderungen an Eisenbahnbetriebsanlagen unterliegen demnach dem Genehmigungsvorbehalt des EBA (§ 23 Absatz 1 AEG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 2 BEVVG i.V.m. § 18 AEG). Die Überplanung von Bahngrund durch eine andere Fachplanung ist bis zu einer Freistellung der Fläche von Bahnflächen durch das EBA unzulässig (BVerwG, Urteil vom 12.03.2008, Az. 9 A 3.06).</p> <p>Mehrere Vorranggebiete für Solarenergie grenzen an DB Strecken an.</p> <p>Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin zu gestalten. Sie</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen.</p> <p>Es ist jederzeit zu gewährleisten, dass durch Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negativen Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs (z.B. Sichteinschränkungen der Triebfahrzeugführer durch z.B. Blendungen, Reflexionen) entstehen können und dass die Lärmemissionen des Schienenverkehrs nicht durch Reflektionseffekte erhöht werden.</p> <p>Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Staubeinwirkungen durch den Eisenbahnbetrieb (z.B. Bremsabrieb) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z.B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) von allen Forderungen freizustellen.</p> <p>Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können. Der weitreichende Ausbau der erneuerbaren Energien führt häufig zu Interessenskonflikten, gerade in Bezug auf die Abstände von Windenergieanlagen zu unseren Eisenbahninfrastrukturanlagen.</p> <p>Bei der Ausweisung der Windenergie-Fläche WEA-436-019 Gemarkung Mittelurbach angrenzend an die DB Strecke Herbertingen – Isny (Strecken Nr. 4550) km 42,5-43,05 kann ein solcher Konflikt entstehen.</p> <p>Das Eisenbahnbundesamt (EBA) hat in ihren „Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen“ (EiTB) Empfehlungen zu den Abständen von WEA zu EdB abgegeben.</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gemäß EiTb Teil A, Kapitel A 1 lfd. Nr. 1.2.8.7 i.V.m. Anlage A 1.2.8/6, müssen WEA einen Abstand von größer 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen. Einer Unterschreitung dieser Vorgaben wird die DB Infra GO AG nicht zustimmen.</p> <p>Bei Einhaltung der o.g. Sicherheitsabstände bestehen unsererseits in der Regel keine Bedenken gegen die Errichtung von WEA in der Nähe unserer Infrastrukturanlagen.</p> <p>Dennoch ist immer auch eine Einzelfallbetrachtung der geplanten Standorte für WEA notwendig.</p> <p>Wir bitten um Berücksichtigung unserer o.g. Abstandsvorgaben.</p> <p>Wir weisen abschließend darauf hin, dass die zuständige Genehmigungsbehörde hier in alleiniger Verantwortung entscheiden kann. Sie hat dabei die Abstandsempfehlungen des EBA aber auch andere erkenntnisleitende Informationen über etwaige auf den Bahnbetrieb bezogene Risiken für die öffentliche Sicherheit im Sinne des § 3 Abs. 1 der Landesbauordnung BW zu berücksichtigen. Allerdings trägt sie dann auch die Verantwortung für diese Entscheidung, insbesondere wenn sie von den allgemeinen Empfehlungen abweicht.</p> <p>Die Ausweisung von Vorrangflächen soll grundsätzlich so erfolgen, dass sie dem Ausbau und der Elektrifizierung der Schienenstrecken, wie im Regionalplan festgelegt, nicht entgegenstehen.</p> <p>Für die Errichtung eines zweiten Streckengleises muss der Abstand zur bestehenden Gleisachse mindestens 9m betragen.</p> <p>Bei allen weiteren Planungen und den noch folgenden Genehmigungsverfahren ist die Deutsche Bahn AG zwingend zu beteiligen.</p> <p>Im Geltungsbereich des Regionalplans liegen mehrere Bahnstrecken die nicht im Betrieb</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>oder Eigentum der DB AG sind. Die jeweiligen Betreiber bzw. Eigentümer sind ebenfalls am Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Falls noch nicht geschehen, bitten wir im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange das Eisenbahn-Bundesamt zu beteiligen. Zuständige Stelle in diesem Falle:</p> <p>[Adresse anonymisiert]</p> <p>Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Deutsche Bahn AG</p>		
Deutsche Flugsicherung GmbH				
II.613	784	<p>Stellungnahme zu Belangen des Anlagenschutzes (§18a LuftVG) hier: Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>unsere Stellungnahme V202400224 vom 09.04.2024 gilt weiterhin.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
Bayernwerk Netz GmbH				
II.616	716	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>gegen die Fortschreibung des Regionalplans bestehen von unserer Seite weiterhin keine Einwände. Im Geltungsbereich befinden sich, wie bereits mit Scheiben TAS Ma 10649, vom 5. Februar 2024 mitgeteilt, keine von uns betriebene Anlagen.</p> <p>Wir bedanken uns nochmals für die Beteiligung am Verfahren.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
RWE Wind Onshore & PV Deutschland GmbH				
II.622	226	<p>Entwurf Teilregionalplan Energie des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben</p> <p>hier: Stellungnahme zur 2. Anhörung Vorrangfläche im Entwurf WEA-437-002 „Hoßkirch-Ostrach“ und WEA-436-027 „Illerswinkel“</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>RWE hat bereits im Rahmen im der ersten Anhörung zum Entwurf des Regional-plans Energie des RVBO eine Stellungnahme eingereicht (unsere Schreiben vom 27. März 2024 bzw. 29. März 2024). Wir haben darin empfohlen, die sich damals im 1. Entwurf befindliche Vorrangflächen WEA-437-002 „Hoßkirch-Ostrach“ so-wie WEA-436-027 „Illerswinkel“ weiter zu berücksichtigen, da wir dort jeweils Po-tenzial für einen Windpark und damit für den im überragenden öffentlichen Inte-resse liegenden Ausbau der Erneuerbaren Energie sehen (vgl. § 2 EEG) . Basis für diese Empfehlung waren Auswertungen der örtlichen Gegebenheiten (Topogra-phie, Windhöffigkeit, Netzanschluss, in Bau/Planung befindliche WEA) sowie eine umfassende Analyse der Restriktionen (z.B. Abstand zur Wohnbebauung, Natur-schutzgebieten, Vogelschutzgebiete, etc.). Wir freuen uns, dass die Flächen auch im 2. Entwurf des Teilregionalplans enthalten sind.</p> <p>WEA-436-027 „Illerswinkel“</p> <p>Die im Entwurf dargestellte Vorrangfläche deckt sich weiterhin mit den Flächen der von unserem Haus durchgeführten Potenzialanalyse. Diese wird auch durch alle von uns zwischenzeitlich durchgeführten Gutachten gestützt.</p> <p>Vorrangfläche WEA-437-002 „Hoßkirch-Ostrach“</p> <p>Auch für die Fläche in Hoßkirch-Ostrach haben wir seit der Veröffentlichung des 1. Entwurfs weitere Gutachten erstellen lassen und sind weiterhin der Überzeu-gung, hier einen Windpark realisieren und damit zur Energiewende in Baden-Württemberg beitragen zu können.</p> <p>Mit der Gemeinde Ostrach sind wir in einem konstruktiven Austausch, um die Ak-zeptanz des Projektes vor Ort zu fördern. Die Beschneidungen der Entwurfsfläche im Nordosten und den größeren Abstand zu Wirnsweiler im jetzt vorliegenden 2. Entwurf verstehen wir als Maßnahmen, um eine Umzingelung des Orts zu vermei-den. Wir unterstützen dieses Anliegen und werden die Änderungen entsprechend in unserer weiteren Planung berücksichtigen.</p> <p>Die Aussparung des Waldbiotops stellt ebenfalls keine wesentliche Restriktion dar sondern entspricht unseren Planungsgrundsätzen. Mit dem Landratsamt Sigma-ringen haben wir bereits geklärt, dass wir die Flächen mit dem Rotor überstrei-chen dürfen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Abschließend können wir zusichern, dass RWE die im 2. Entwurf enthaltenen Änderungen in der weiteren Projektplanung gerne berücksichtigt und wir uns auch künftig um einen konstruktiven Austausch mit den verschiedenen Stakeholdern bemühen. Wir bitten zugleich darum, im endgültigen Teilplan keine weiteren Restriktionen aufzunehmen.</p> <p>Wir bedanken uns für die Möglichkeit, Anregungen für das weitere Verfahren geben zu können.</p>		
Flughafen Friedrichshafen GmbH				
II.625	87	<p>Raumnutzungskarte Süd - Flughafengelände Flughafen Friedrichshafen:</p> <p>Auf der Karte befindet sich ein einzelner roter Strich auf dem Flughafengelände - wofür soll dieser stehen?</p>	Die Nachfrage betrifft nicht den Gegenstand der 2. Anhörung des Teilregionalplans Energie. Der genannte rote Strich auf dem Flughafengelände stellt die Schraffur eines Vorranggebiets für Naturschutz und Landschaftspflege des rechtskräftigen Regionalplans dar.	Kenntnisnahme
PLEdoc GmbH				
II.626	785	<p>von der OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt.</p> <p>Unter folgendem Link erhalten Sie unsere Antwort zu Ihrer Anfrage: Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln; hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG) vom 01.04.2025 zum Download:</p> <p><a href="https://pledoc-nextcloud.geomagic.io/s/sPqYZn5R3xYQNRK">https://pledoc-nextcloud.geomagic.io/s/sPqYZn5R3xYQNRK</a> Dieser Link ist bis zum 22.07.2025 gültig. Folgende Dokumente sind im Zip enthalten: 20250400791_Stellungnahme_gesamt.pdf[1]</p> <p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln; hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen</li> <li>• Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen</li> <li>• Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg</li> <li>• Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen</li> <li>• Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen</li> <li>• Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH &amp; Co. KG (NETG), Dortmund</li> <li>• Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen</li> </ul> <p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht. Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	<p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
II.626	890	<p>Abbildung im Anhang Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG)</p> <p>Hier: Kabelschutzrohranlagen der GasLINE Telekommunikationsgesellschaft mbH</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>&amp; Co. KG mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln</p> <p>von der GasLINE GmbH &amp; Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt. GasLINE ist Eigentümerin eines deutschlandweiten Kabelschutzrohr(KSR)-Anlagennetzes mit einliegenden Lichtwellenleiter(LWL)-Kabeln in welchem zu öffentlichen Zwecken dienende Telekommunikationslinien betrieben werden. Ihr wurde gem. § 125 Abs. 2 TKG durch die Bundesnetzagentur die Berechtigung übertragen öffentlich gewidmete Verkehrswege unentgeltlich zu nutzen.</p> <p>Sie teilen uns mit, dass die Verbandsversammlung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben für den vorliegenden geänderten Fortschreibungsentwurf des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (1.1. Allgemeine Grundsätze zur Entwicklung der Region und 3.1, 3.2 sowie 3.3 Regionale Freiraumstruktur) für die Region Bodensee-Oberschwaben (Bodenseekreis sowie Landkreise Ravensburg und Sigmaringen) die Durchführung des 2. Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 2 und 3 ROG i.V.m. § 12 Abs. 2, 4 und 5 LplG beschlossen hat.</p> <p>Innerhalb des Planungsgebietes des Regionalplans verlaufen Kabelschutzrohranlagen der GasLINE GmbH &amp; Co. KG. Zur besseren Übersicht erhalten Sie in der Anlage einen Übersichtsplan über den Bereich des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben. Bitte beachten Sie, dass die Eintragungen nur zur groben Übersicht geeignet sind.</p> <p>Die Abbildung zeigt den Stand vom 20.05.2025 zum Zeitpunkt der Leitungseintragung und erhebt keinen Anspruch auf Aktualität, zumal sich das Leitungsnetz durch Neuverlegungen</p>	<p>Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und Umlegungen bzw. durch Baumaßnahmen Dritter kontinuierlich ändert.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass der Bestandsschutz der KSR-Anlagen gewährleistet ist und sich keinerlei Nachteile durch die Teilfortschreibungen für den Bestand und den Betrieb der Versorgungsanlagen sowie keinerlei Einschränkungen und Behinderungen bei der Ausübung der für die Sicherheit der Versorgung notwendigen Arbeiten, wie Überwachung, Wartung, Reparatur usw. ergeben.</p> <p>Weitere Anregungen entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Merkblatt der GasLINE GmbH &amp; Co. KG zur Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen“.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass gemäß unseren Unterlagen in dem von Ihnen angefragten Bereich eine Produktenleitung / Kabelschutzrohranlage verläuft, die von nachfolgender Gesellschaft beauskunftet wird:</p>		
II.626	891	<p>Windenergieanlagen, Solaranlagen einschließlich deren Fundamente, Trafostationen und sonstige bauliche Einrichtungen dürfen daher nur außerhalb des Schutzstreifenbereichs angeordnet werden.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Auf regionalplanerischer Ebene werden nur Flächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen, jedoch nicht die konkreten Windenergieanlagenstandorte und die entsprechenden Anlagentypen. Daher sind die angesprochenen Aspekte (Beachtung des Schutzstreifenbereiches) in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Das gleich gilt für den Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.643	371	<p>Regionalplan Bodensee-Oberschwaben TRP-Energie (Kap.4.2, 2. Beteiligungsverfahren)</p> <p>anbei unsere Stellungnahme zu o. g. Angelegenheit.</p> <p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln</p> <p>in Ihrem Schreiben vom 01.04.2025 baten Sie um Stellungnahme zu o. g. Angelegenheit.</p> <p>Unsere Stellungnahmen vom 05.11.2019 und vom 25.04.2024 in der wir auf unsere Belange hingewiesen haben behalten weiterhin Ihre Gültigkeit.</p> <p>Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme in diesem Verfahren und Bitten um weitere Einbeziehung und Beteiligung unseres Unternehmens.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
TenneT TSO GmbH			verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.	
II.660	26	die Überprüfung der uns zugesandten Unterlagen zum oben genannten Vorgang hat ergeben, dass in dem Bereich keine Anlagen der TenneT TSO GmbH vorhanden sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<p>Belange unseres Unternehmens werden somit durch die geplante Maßnahme nicht berührt.</p>				
terraneT GmbH				
II.661	189	Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG) Erdgashochdruckanlagen und Telekommunikationskabel der terraneT GmbH	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir bedanken uns für die Beteiligung zur Fortschreibung des oben genannten Regionalplans Bodensee-Oberschwaben.</p> <p>Innerhalb des Geltungsbereiches des Regionalplans sind verschiedene Gashochdruckleitungen und Anschlussleitungen mit Telekommunikationskabeln (Betriebszubehör), unseres Unternehmens sowie des Zweckverbandes Gasversorgung Oberschwaben (GVO) verlegt.</p> <p>Die Leitungen sind durch Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch dinglich gesichert.</p> <p>Aufgrund der fehlenden Detailschärfe der ausgewiesenen Flächen, können wir keine weitere detaillierte Aussage auf Betroffenheit geben.</p>				

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gegen die räumliche Festlegung auf Regionalplanebene werden keine Bedenken vorgebracht. Es ist im Rahmen der weiteren Bauleitplanung jedoch sicherzustellen, dass der Betrieb unserer Anlagen im Rahmen der Detailplanung nicht beeinträchtigt wird und so Konflikte mit der vorhandenen Nutzung vermieden werden. Insofern ist in der weiteren Bauleitplanung auf unsere Anlagen und deren Schutzstreifen Rücksicht zu nehmen.</p> <p>Abschließend weisen wir daraufhin, dass für die vorhandenen Anlagen unseres Unternehmens selbstverständlich ein Bestandsschutz gewährt werden muss. Die ordnungsgemäße Betriebsführung und Wartung sowie Instandsetzung muss weiterhin uneingeschränkt möglich sein. Sofern Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen planbar sind, werden die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen dafür bei den zuständigen Behörden rechtzeitig eingeholt. Für nicht planbare Maßnahmen erfolgt die behördliche Abstimmung erforderlichenfalls nachträglich.</p> <p>Wir bitten Sie sicherzustellen, dass unser Unternehmen an den jeweiligen Verfahren beteiligt wird.</p> <p>Bei allen Planungen sind die vorhandenen Gashochdruckleitungen zu berücksichtigen, um die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen rechtzeitig abstimmen zu können.</p>		
naldo Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH				
II.671	1306	vielen Dank für Ihre Mail an naldo und die Möglichkeit für naldo eine Stellungnahme abzugeben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
		naldo ist hiervon nicht betroffen.		
		Da der Link zur Online-Beteiligungsplattform nicht funktioniert, senden wir Ihnen auf diesem Weg die Rückmeldung.		
Kanton Appenzell Ausserrhoden - Department Bau- und Volkswirtschaft				
II.702	1307	Der Kanton Appenzell Ausserrhoden verzichtet auf eine Stellungnahme.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Kanton Appenzell Innerrhoden				

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.703	1312	<p>Mit Schreiben vom 1. April 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben / Zweites Beteiligungsverfahren zu-kommen lassen.</p> <p>Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie hat zu den vorgesehenen Anpassungen keine Anmerkungen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Kanton St. Gallen				
II.704	1309	<p>Mit Mail vom 1. April 2024 laden Sie den Kanton St.Gallen im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens nach Landesplanungsgesetz ein, sich zum oben erwähnten Fortschreibungsentwurf des Regionalplans vernehmen zu lassen. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.</p> <p>Wir haben die Vorlage mit Interesse angeschaut und zur Kenntnis genommen. Wie bereits im ersten Beteiligungsverfahren stellen wir fest, dass für den Kanton St.Gallen keine direkte starke Betroffenheit besteht. Wir verzichten deshalb auf eine detaillierte Stellungnahme.</p> <p>Ich freue mich, wenn Sie den Kanton St.Gallen über die weitere Planung auf dem Laufenden halten und bei nächsten Schritten wieder begrüßen. Für die Fortsetzung und Abschluss des Planungsprozesses wünsche ich Ihnen viel Erfolg.</p> <p>PS: Wir haben versucht, unsere Stellungnahme direkt über die Online-Beteiligungsplattform abzugeben. Leider war dies nicht möglich, weil seitens der Plattform eine 5-stellige Postleitzahl verlangt wird (Persönlicher Bereich / Benutzerprofil). Wir erlauben uns deshalb, unsere Stellungnahme per Mail zuzustellen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Kanton Schaffhausen				
II.705	1313	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>2. Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) Stellungnahme Planungs- und Naturschutzamt des Kantons Schaffhausen</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wir haben uns den Textteil sowie den Kartenteil zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie, Kap. 4.2, u.a. zum Thema Freiflächen-Photovoltaik angesehen.</p> <p>Seitens der Fachbereiche des Planungs- und Naturschutzamts bestehen dazu keine Einwände oder Hinweise.</p>		
Kanton Zürich				
II.706	1304	<p>In der Beilage senden wir Ihnen die Stellungnahme des Kantons Zürich zur zweiten Anhörung zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie.</p> <p>Wir danken für die Möglichkeit, zum Stand der Überarbeitung des Teilregionalplans Energie Stellung nehmen zu können. Von Bedeutung sind insbesondere die Eignungsgebiete für die Windenergie und für Freiflächen-Solaranlagen in Ihrer Region. Daneben werden auch gewisse Grünzüge und Wasservorkommen räumlich gesichert.</p> <p>Wir nehmen die durchgeführten Planungen und die zugehörigen Grundlagenberichte zur Kenntnis. Aus unserer Sicht bestehen keine Vorbehalte oder Bemerkungen.</p> <p>Wir wünschen einen guten Abschluss der Arbeiten.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Abteilung Raum- und Verkehrsplanung Amt für Hochbau und Raumplanung				
II.707	1326	<p>Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Mitwirkung im zweiten Beteiligungsverfahren im Rahmen der Fortschreibung des Teilregionalplans Energie (Kap. 4.2) des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben.</p> <p>Nach Durchsicht der Unterlagen bezüglich der erfolgten Änderungen zum ersten Beteiligungsverfahren verzichten wir auf eine Stellungnahme.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V.				
II.801	904	<p>2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Kapitel 4.2 Energie sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (Teilregionalplan Energie)</p> <p>der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) e.V., der LNV (der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg) e.V., die Arbeitsgemeinschaft Fledermausschutz Baden-Württemberg (AGF) und der NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V., danken für die Bereitstellung der Unterlagen zum oben genannten Verfahren und der damit verbundenen Möglichkeit, sich hierzu zu äußern.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zum oben genannten Verfahren nehmen der NABU Landesverband Baden-Württemberg e.V., vertreten durch die Bezirksgeschäftsstelle Allgäu-Donau-Oberschwaben, die Arbeitskreise Fledermäuse Bodensee-Oberschwaben /Westallgäu im NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V., der BUND Landesverband Baden-Württemberg e.V. vertreten durch den BUND-Regionalverband Bodensee-Oberschwaben und der LNV Baden-Württemberg als Vertretung für die Verbände AG „Die NaturFreunde“ (NF), Landesfischereiverband (LFV), Landesjagdverband (LJV), Landesnaturschutzverband (LNV), Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), Schwäbischer Albverein (SAV) und Schwarzwaldverein (SWV) im Folgenden Stellung</p>		
II.801	905	<p>1. Allgemeine Punkte 1.1 Alte Waldbestände (zu Synopse II.801_1 /1832)</p> <p>Forderung: Alte Waldbestände über 140 Jahre, in den forstlichen Einrichtungskarten sind diese Wälder kartographisch erfasst. Sie sind aus Sicht des Artenschutzes besonders wertvoll.</p> <p>Erläuterung der Abwägung durch den RV:  „Daten zum Alter von Waldbeständen liegen für die Region Bodensee-Oberschwaben nicht flächendeckend vor. So fehlen diese Daten zu bestimmten Wäldern in Privatbesitz (z.B. Kleinprivatwald). Daher stellen alte Waldbestände als Solche kein Kriterium beim Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (vgl. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog in Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie) dar und werden auch in der Strategischen Umweltprüfung nicht berücksichtigt (vgl. Entwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Im Entwurf des Umweltberichts heißt es hierzu: „Der Umweltbericht soll die Angaben enthalten, die "unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind" (§ 2a Abs. 2 LplG). Gemäß § 14f Abs.2 UVPG sind dies die Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind also i.d.R. keine Such- und Erhebungsverfahren gefordert, die über den bisher bei der Regionalplanerstellung notwendigen Rahmen der Hinzuziehung von Informationen und Abwägungsmaterial hinausgehen. Grundsätzlich baut der Umweltbericht in erster Linie auf der Grundlage bereits vorhandenen Datenmaterials auf. Die im Rahmen des Scopings und im Rahmen weiterer bilateraler Abstimmungen beteiligten Behörden wurden angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen (§ 2a Abs. 3 LplG).“</p>	<p>Der RVBO hat sich bei der FVA bezüglich der Erarbeitung der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz und den geplanten Bann- und Schonwaldneuausweisungen erkundigt. Nach den Antworten der FVA vom 24.07.2025 sind derzeit keine Neuausweisungen von Bann- und Schonwäldern für die Region Bodensee-Oberschwaben vorgesehen. Allerdings gibt es für mögliche neue Prozessschutzflächen modellierte Potentialflächen im Staatswald. Dabei handelt es sich aber lediglich um modellierte grobe Potentialflächen. Aus Sicht des RVBO sind diese Daten aufgrund der nicht-flächendeckenden Verfügbarkeit und der Tatsache, dass es sich um grobe Abgrenzungen handelt, nicht geeignet, um im Verfahren zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie Berücksichtigung zu finden. Insofern verweisen wir auf unsere Abwägung zur 1. Offenlage zum gleichen Sachverhalt.</p> <p>Zudem liegt dem RVBO eine Einschätzung von ForstBW vom 4.3.2024 vor. Der RVBO hatte angefragt, weil die Höhere Naturschutzbehörde die Berücksichtigung alter Wälder in Bezug auf den Fledermausschutz über den Fachbeitrag hinaus eingefordert hat. In dieser Mail heißt es:</p> <p>"Nach Rücksprache mit dem MLR können wir die zusätzliche Einbeziehung des formulierten Kriteriums der „alten Wälder“ in die Regionalplanung nicht hinreichend nachvollziehen. Das MLR teilte uns mit, dass es aus Sicht des UM im Hinblick auf den Fledermausschutz ausreichend sei, wenn der Fachbeitrag Artenschutz berücksichtigt wird. Wir haben noch keine detaillierten Informationen, was mit diesem Datensatz genau gemacht werden soll. Es handelt sich auch um Betriebsdaten, die in solchen Daten stecken. Ebenfalls sehen wir es kritisch, dass ein großer Teil des Kleinprivatwaldes, von dem vermutlich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Erneute Stellungnahme:</p> <p>Die Begründung ist aus verschiedenen Gründen nicht stringent und nicht nachvollziehbar. Dass die Daten für die Privatwälder nicht vorliegen, dürfte kein Grund sein, vorhandene Daten in Landeswäldern nicht in die Regionalplanung einzuspeisen. So werden ja auch bei anderen Kriterien, wie dem Artenschutz, auf Ausschreibungsflächen von ForstBW andere Daten zu Grunde gelegt (Kartierungen Projektierer) als in sonstigen Waldgebieten (Fachbeitrag Artenschutz der LUBW).</p> <p>Daten müssten der FVA auch aufgrund der Erarbeitung der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz und den geplanten Bann- und Schonwaldneuausweisungen vorliegen. Denn mit der Gesamtkonzeption und dem damit verbundenen Ziel 8 (Prozessschutz) sollen 10% der Staatswaldflächen in BW der natürlichen Waldentwicklung überlassen werden. Die Ausweisung der VRG sollten den evaluierten Potenzialflächen nicht entgegenstehen und daher im Planungskonzept berücksichtigt werden.</p> <p>Zwar wurden im Planungskonzept wertvolle Waldbestände wie Bann- und Schonwälder sowie Waldrefugien berücksichtigt. Da das 10% Ziel aber noch nicht erreicht ist (aktuell sind 2,4% Prozessschutzflächen erreicht, inkl. Flächen des AuT-Konzeptes), müssen auch Potenzialflächen Eingang in die Abwägungen finden.</p>	<p>keine solch detaillierten Daten erhoben wurden, hier potenziell anders behandelt werden soll."</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
II.801	906	<p>2. Altdorfer Wald (WEA-436-004, WEA-436-009 und WEA-436-010)</p> <p>2.1. Summations- und Kumulationswirkungen im Altdorfer Wald</p> <p>Bezug: S. 155 ff. Textteil Umweltbericht:</p> <p>„Bei der Abgrenzung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete kam darüber hinaus der Vermeidung einer örtlichen Überlastung und das Prinzip der dezentralen Konzentration besondere Bedeutung zu (s. Kap. 6.2.6 und 7.2.6). Um eine lokale Überlastung zu vermeiden, wurden bei einer Häufung von Eignungsflächen in einem eng begrenzten Raum nur die am besten geeigneten Gebiete mit den geringsten Konflikten ausgewählt. (...) Kumulative Wirkungen ergaben sich beispielsweise bei einer lokalen Häufung von planerischen Festlegungen bzw. bestehenden Nutzungen zu den Themen Windenergie, Solarenergie, Rohstoffabbau, Industrie- und Gewerbeflächen sowie Verkehrswegen.“</p>	<p>Der RVBO hat im Umweltbericht kumulative Wirkungen betrachtet und dabei neben VRG Windenergie auch andere Wirkungen berücksichtigt, z.B. von VBG Photovoltaik, Rohstoffabbau sowie Industrie- und Gewerbegebieten. Teile der Vorranggebiete Windenergie sind nach der Abwägung der Stellungnahme aus der 1. Offenlage auch aufgrund kumulativer Gesichtspunkte entfallen (z.B. VRG WEA-436-031 Beurener Berg). Im Umweltbericht zum Satzungsbeschluss wurden aufgrund dieser Stellungnahme Ausführungen zu Summationswirkungen auf den Natur- und Artenschutz ergänzt. Es wird auf den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.</p> <p>Es sei erwähnt, dass sich kumulierende Wirkungen auf Ebene der Regionalplanung nur grob einschätzen lassen, da sowohl bei den Vorranggebieten Windenergie als auch bei der Rohstoffsicherung lediglich Flächensicherung betrieben</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>So wird im Textteil des Umweltberichtes auf S. 156 ff. z.B. die Kumulationswirkung von Windenergie und Rohstoffabbau aufgegriffen. Fokussiert werden jedoch überwiegend die Belastungen für den Mensch, z.B. in Bezug auf Lärm, Umzingelung und Landschaftsbild, sowie Erholung.</p> <p>Auch von einer Kumulation naturschutzfachlicher Konflikte (auf einer betroffenen Fläche) wird im Umweltbericht gesprochen, die zum Ausschluss einzelner VRG führte (z.B. Beurener Berg).</p> <p>Wir vermissen jedoch eine adäquate Abwägung von Summationswirkungen verschiedener planerischen Festlegungen auf einen Naturraum, insbesondere der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Rohstoffabbau in Verbindung mit den Vorranggebieten für Windenergie im südlichen Altdorfer Wald. Durch die Kombination dieser geplanten Nutzungen sind zusätzliche und verstärkte Umwelteinwirkungen zu erwarten.</p> <p>Dem steht auch nicht entgegen, dass die Gebiete für den Rohstoffabbau bereits im Regionalplan genehmigt sind, denn gemäß § 3 UVPG und den entsprechenden Vorgaben der EU-SEA-Richtlinie ist die Berücksichtigung der kumulativen Wirkungen auch dann erforderlich, wenn einzelne Festlegungen bereits genehmigt sind, sofern die neuen Planungen potenziell zu zusätzlichen oder verstärkten Umweltwirkungen führen. Zu berücksichtigen sind diese kumulativen Wirkungen aufgrund von §2-4 UVPG, sowie §8-9 ROG und die EU-Richtlinie 2001/42/EG bzw. SEA-Richtlinie Artikel 2,3,5 sowie das LplG BW §4 und 5.</p>	<p>wird und die genaue Ausgestaltung der einzelnen Projekte nicht bekannt ist. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
II.801	907	<p>2.2. Waldburgrücken</p> <p>Die Berücksichtigung des „Waldburgrückens“ und den allmählich bei Geologen aufkommenden Erkenntnissen zu dessen klimageschichtlicher und naturgeschichtlicher Bedeutung fehlt uns weiterhin bei der Abgrenzung des Vorranggebietes WEA 436-010 im Altdorfer Wald. Wohl nirgends in Mitteleuropa, vielleicht auch in ganz Europa, sind einige Tausend Jahre späteiszeitlicher Klimageschichte auf so kleinem Raum und vollständig konserviert. Und es sind nicht nur tausende Jahre, in denen das Eis allmählich abschmolz, auch das "Katastrophenereignis" mit dem Achdurchbruch ins Schussenbecken zählt zu diesem Ensemble. Weitere Forschung wird hier als notwendig gesehen, bevor Eingriffe zugelassen werden. Es ist ein unschätzbarer Zufall, dass sich im größten Vorlandgletscher der Alpen eine Zone zwischen zwei mächtigen Eisschilden und damit dieser "Fingerabdruck" der Klimageschichte bis in unsere Tage erhalten hat. Die Besitzstruktur und die Nutzung als Wald, aber auch</p>	<p>Hinsichtlich des vorliegenden aktuellen Artikels ergeben sich aus Sicht des Regionalverbandes keine neuen Aspekte. Der Regionalverband kommt auch unter Hinzuziehung der Inhalte des Artikels zu keiner anderen Abwägung. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft auch auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere auf Anlage B4, verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>verantwortungsvolle Regionalplanung sorgen bisher dafür. Die Regionalplanung sollte weiterhin zum Erhalt von Struktur und Funktion dieser glazialen Besonderheit beitragen und den Waldburggrücken von Planungen aussparen.</p> <p>Die Bedeutung wird zeitnah (Herbst 2025) in einem peer-reviewed Artikel (Mat G.G. De Jong, Hartmut Seyfried, Theo Simon, Roland Banzhaf, Andreas Schwab, Karl-Heinz Holuba, Thomas Müller (2025): The extent of the Rhine Glacier in eastern Upper Swabia (southern Germany) at the height of the Last Glacial Maximum: New morphological constraints from high-resolution digital terrain models, noch zu veröffentlichen in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften, Berlin.) in der Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften erscheinen. Eine zitierfähige Quelle ist noch nicht fertiggestellt, kann aber nachgereicht werden. In der Zwischenzeit wird das bis dato vorliegende Manuskript zu diesem Punkt in der Stellungnahme mitgereicht.</p> <p>Anmerkung des Regionalverbands: Die vom Herausgeber akzeptierte Fassung der o.g. Veröffentlichung zum Waldburggrücken wurde mit E-mail vom 17.06.2025 nachgereicht.</p>		
II.801	908	<p>2.3. Artenschutz allgemein</p> <p>Die Vorranggebiete für Windenergie (VRG) im Altdorfer Wald werden in der aktuell vorliegenden Abgrenzung abgelehnt, da besonders erhebliche sowie erhebliche Beeinträchtigungen von Artenschutzbelangen bisher nicht oder nicht in hinreichender Weise berücksichtigt wurden. Auf die Ablehnungsgründe wird im Folgenden näher eingegangen.</p> <p>Die Naturschutzverbände erkennen jedoch die Notwendigkeit einer erhöhten Erzeugung regenerativer Energien aus Gründen des Klimaschutzes an. Sie lehnen die Nutzung der Windenergie auch im Altdorfer Wald nicht grundsätzlich ab, sofern dies von einem entsprechend ambitionierten und dauerhaften Waldnaturschutzkonzept begleitet wird. Wir schlagen deshalb einen Lösungsansatz vor, der eine Grundlage für die „naturverträgliche“ Nutzung der Windenergie im Altdorfer Wald bilden könnte (siehe Abschnitt 2.8.).</p>	Es wird auf die nachfolgende Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme
II.801	909	<p>2.4. Abstände der VRG zum FFH-Gebiet Altdorfer Wald</p> <p>Im Entwurf der VRG im Altdorfer Wald wird in zahlreichen Bereichen der erforderliche Mindestabstand zu FFH-Teilgebieten nicht eingehalten. Dies führt zu erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern, zumal die VRG als Rotor-Out-Gebiete definiert sind und somit die Rotoren von Windkraftanlagen (WEA) in das Schutzgebiet hineinragen könnten. Beeinträchtigungen entstehen u. a. durch Störung und Vergrämung infolge von Schalleinwirkungen</p>	<p>Gemäß Planungskonzept, hier im Speziellen u.a. Umweltbericht Kap. 8.1.1, wurden folgende Kriterien angewandt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Überlagerung mit Natura 2000-Gebieten erheblicher Konflikt,</li> <li>- Überlagerung mit Natura 2000-Lebensraumtypen (LRT) und -Lebensstätten (LS) innerhalb der Natura 2000-Gebiete als sehr erheblicher Konflikt</li> </ul>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>im Bau und Betrieb und Scheuchwirkung, somit Lebensraumverlust, beispielsweise für die Zielart Großes Mausohr (Anlage 1 der Verordnung des Regierungspräsidiums Tübingen zur Festlegung der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Verordnung – FFH-VO) vom 05.11.2018.</p> <p><a href="https://www2.lubw.baden-wuerttemberg.de/uis-dokablage/10_131/809026000007/rpt_ffh_vo_anlage_1.pdf">https://www2.lubw.baden-wuerttemberg.de/uis-dokablage/10_131/809026000007/rpt_ffh_vo_anlage_1.pdf</a>). Die Abgrenzung der VRG muss einen Mindestabstand von 200 m zum FFH-Gebiet einhalten.</p>	<p>- Überlagerung mit einem Puffer von <math>\leq 200</math> m um die FFH-Gebiete als Konflikt gewertet.</p> <p>Letzteres ist im Bereich der geplanten Vorranggebiete für Windenergie im Altdorfer Wald teilweise der Fall. Die Gebiete grenzen an den Lebensraumtyp "Waldmeister-Buchenwald" und an die Lebensstätte des "Großen Mausohrs" und in Teilbereichen des Kammmolchs an.</p> <p>Die flächenmässige Betroffenheit des FFH-Gebiets Altdorfer Walds wird in der Tab. U 15 im Umweltbericht dargelegt.</p> <p>In den Anlagen zum Umweltbericht wird in der Tab. U 40 festgehalten, dass für das Große Mausohr keine Kollisionsgefährdung gesehen wird. In Bezug auf den Kammmolch sind Bau-, betriebs- und/oder anlagebedingte Wirkungen entscheidend. Diese können auf der Ebene des Regionalplans aufgrund der fehlenden Konkretisierung der Planung in der Regel nicht abgeschätzt werden. Falls erhebliche Beeinträchtigungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden können, aber eine ausreichende Möglichkeit der Vermeidung bzw. Minderung der Beeinträchtigungen prognostisch als möglich erachtet wird, kann die Festlegung bestehen bleiben. Dies ist hier der Fall. Auch für den Lebensraumtyp "Waldmeister-Buchenwald" wird keine erhebliche Beeinträchtigung, auch bei einer Rotor-out-Planung prognostiziert.</p> <p>Seitens der Naturschutzbehörden gingen zudem zu diesem Sachverhalt keine Forderungen nach einer FFH-Verträglichkeitsprüfung ein.</p> <p>Aufgrund der obigen Ausführungen ist eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erforderlich. Da keine erheblichen Beeinträchtigungen prognostiziert werden, wird auch nicht auf die Festlegung der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie verzichtet.</p>	
II.801	910	<p>2.5. Niedermoore und Feuchtgebiete im Altdorfer Wald</p> <p>Im zentralen Erbisreuter Forst wird ein ausgedehnter Komplex von eng benachbarten, naturschutzfachlichen wertvollen Niedermoores und anderen Feuchtgebieten (zwischen Gräfinnenweiher/Königer</p>	<p>Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sowie der regionale und landesweite Biotopverbund sind im Planungskonzept über Ausschluss- und Konfliktkriterien (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Weiher/Langmoos-Weiher/Hagenbacher Weiher/Klosterweiher/Kilians-Weiher) in Teilen durch die VRG-Planung überdeckt. Teilweise sind durch Biberaktivität naturschutzfachlich sehr wertvolle Überschwemmungsbereiche entstanden. Die betroffenen Flächen müssen als Einheit betrachtet werden und der oben beschriebene Streifen sollte aus der VRG-Kulisse herausgenommen werden.</p>	<p>sowie die Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) sowie in der strategischen Umweltprüfung, der Natura-2000-Vorabprüfung und der artenschutzrechtlichen Prüfung (s. Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) berücksichtigt. Im Ergebnis konnten Niedermoore und Feuchtgebiete (u.a. natürliche stehende Gewässer, Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit, jew. <math>\geq 2</math> ha) bereits im Vorfeld planerisch ausgenommen werden.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert (s. Umweltbericht zum Entwurf Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie). Für jedes Vorranggebiet Windenergie wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Flora, Fauna und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Flora, Fauna und biologische Vielfalt“ untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.</p> <p>Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Weil im Teilregionalplan Energie Gebiete festgelegt werden,</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>die Standorte bzw. die Anordnung möglicher WEA sowie deren Ausgestaltung aber nicht bekannt ist, ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Durch die Standortwahl der einzelnen WEA können Beeinträchtigungen in der Regel auf ein unerhebliches Maß reduziert werden. Aus Sicht des Regionalverbands ist das Schutzgut Flora, Fauna und biologische Vielfalt ausreichend im Planungskonzept und in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
II.801	911	<p>2.6. Fledermäuse</p> <p>Die „Vorkommen“ einer hohen Zahl von Fledermausarten einschließlich Sonderstatus-Arten im Altdorfer Wald wurde bereits zuvor mit Gutachten (Maier, I. 2024. Untersuchungen zur Fledermausfauna des Altdorfer Waldes (Baden-Württemberg, Deutschland). Südlicher Teil (2022-2023)) belegt. Bei strukturgebunden und kleinräumig jagenden wie beispielsweise der Bechstein- und Fransenfledermaus kann bei akustischen Nachweisen über die gesamte Fläche des Waldes bereits auf das Vorhandensein von FRS im Wald geschlossen werden. Eine fachlich adäquate Bewertung der Befunde ist in der Regionalplanung jedoch nicht erfolgt.</p> <p>Zwischenzeitlich sind weitere Informationen zu Fledermausvorkommen im Altdorfer Wald bekannt geworden. Innerhalb und in unmittelbarer Nähe der geplanten VRG wurden im Untersuchungszeitraum 2023-2025 zahlreiche Fortpflanzungs- und Ruhestätten (FRG) verschiedener Fledermausarten nachgewiesen, spezifisch von den Sonderstatus-Arten Mopsfledermaus (<i>Barbastella barbastella</i>) und Großer Bartfledermaus (= Brandt-Fledermaus, <i>Myotis brandtii</i>), von der Fransenfledermaus (<i>Myotis nattereri</i>), dem Braunen Langohr (<i>Plecotus auritus</i>) und der Wasserfledermaus (<i>Myotis daubentoni</i>). Daneben sind mehrere große traditionelle Wochenstuben der Zwergfledermaus (<i>Pipistrellus pipistrellus</i>) sowie Winterquartiere am Rand des Altdorfer Waldes bekannt.</p>	<p>Die vorliegende Anregung bezieht sich teilweise auf einen neuen Belang, der bislang noch nicht abgewogen wurde oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregung neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregung erfolgt in den Anlagen zur Synopse d zum Satzungsbeschluss.</p> <p>Für die artenschutzfachliche Prüfung liegt der Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023) als Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie vor. Darin sind Schwerpunkt vorkommen (Kategorie A und B) für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten abgegrenzt. Schwerpunktträume haben eine hohe Stetigkeit und dieses methodische Vorgehen erleichtert es, den Artenschutz auf der vorgelagerten Ebene mit hinreichender Genauigkeit zu beachten, so dass auf den festgelegten Flächen</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>FRS von Fledermäusen wurden durch das von den Projektierern beauftragte Büro BFL 2023 - 2024 durch Netzfang und Telemetrie lokalisiert, in Einzelfällen in Beisein von Vertretern der Verbände. Die entsprechenden, kartografisch ausgearbeiteten Informationen wurden den Verbänden Ende Oktober 2024 vorgestellt. Eine an den Regionalverband übermittelte Kurzinformation bezog sich ausschließlich auf „Einschränkungsflächen im Altdorfer Wald“ und zeigte nur einen sehr kleinen Ausschnitt der tatsächlich nachgewiesenen FRS von Fledermäusen. Am 14.04.2025 wurde die vollständige Kartendarstellung bei einer Besprechung im Landratsamt Ravensburg präsentiert. Im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung im Mai 2025 in Weingarten wurden Fledermausvorkommen ebenfalls dargestellt. Die vorliegende Stellungnahme bezieht sich auf diese somit öffentlichen Daten und einzelnen Informationen aus der Datenbank der Arbeitsgemeinschaft Fledermausschutz Baden-Württemberg (batportal).</p> <p>Im Fachbeitrag Artenschutz der LUBW (Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart 2022) wird ohne Einschränkungen eindeutig festgestellt (S. 16): „Bei den Fledermausarten sind alle bekannten Fortpflanzungs- und Ruhestätten von hoher Bedeutung (mind. Prio B) und bedürfen grundsätzlich einer dauerhaften Sicherung mit einem vor Windenergie freizuhaltenden Schutzbereich (1,5 km) und einem Schutz vor Eingriffen in den Kernlebensraum im 356 m Radius (bzw. 40 ha). Die wenigen bekannten Paarungs- und Winterquartiere sind darüber hinaus von noch höherer Bedeutung und bedürfen einer grundsätzlichen und dauerhaften Sicherung mit einem erweiterten von Windenergie freizuhaltenden Schutzbereich (3 km) inklusive des Schutzes des Kernlebensraumes. Unter Punkt 4.2.2 wird weiterhin festgestellt: „Im Rahmen der Abwägung ist in den in diesem Fachbeitrag dargestellten Schwerpunkt vorkommen der Kategorie A im Falle einer Windenergienutzung von einer ganz erheblichen Beeinträchtigung von Artenschutzbelangen auszugehen. Dies trifft auch bei Betroffenheit von Sonderstatus-Arten zu. FRS der weiblichen und männlichen Tiere (d. h. alle Lebensstadien einer Art) sind gleich zu bewerten (Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz (LANA) 2010. Hinweise zu zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes. Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (TMLFUN), Oberste Naturschutzbehörde / Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.)</p>	<p>regelmäßig keine unüberwindbaren Hindernisse mehr entgegenstehen werden.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW trägt also dazu bei dass im Rahmen der Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen zum Teilregionalplan Energie Artenschutzbelange auch außerhalb von Schutzgebieten adäquat berücksichtigt werden können. Zudem kann so der Schutz von Populationen auf planerischer Ebene berücksichtigt werden, der wiederum eine Voraussetzung für das Erteilen einer Ausnahme auf nach-gelagerter Ebene darstellt (§ 45 Abs. 7 BNatSchG).</p> <p>Die vier Fledermaus-Arten, für die in der Region Bodensee-Oberschwaben FFH-Lebens-stätten festgelegt wurden, sind laut Hinweispapier der LUBW74 (s. Anlage 3, Tabelle U 44) jedoch nicht kollisionsgefährdet. Hinweise von Sonderstatusarten außerhalb der Schwerpunkt vorkommen Kategorie A wurden mit in die Bewertung aufgenommen, ebenso wie die auf Grund von Naturschutzbehörden und -verbänden festgelegten Fledermauskorridore.</p> <p>Zudem wurden die Betroffenheiten von Fledermaus-Lebensstätten durch die geplanten Vorranggebiete Windenergie im Bereich von 500 Metern Abstand zu den FFH-Gebieten geprüft.</p> <p>Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Die nach dem aktuellen Entwurf geplanten VRG im Altdorfer Wald und ihre Auswirkungen stellen eine sehr erhebliche Beeinträchtigung der oben genannten Fledermausvorkommen und der bereits zuvor dargestellten Vogelarten dar. Beeinträchtigungen von Artenschutzbelangen in diesem Ausmaß sind in der Regionalplanung zu behandeln. Ein Verweis auf die Genehmigungsebene wird als „Scheinplanung“ zurückgewiesen, da nach aktueller Rechtslage eine Umweltverträglichkeitsprüfung in VRG nicht verlangt werden kann.	<p>Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten (Vögel, Fledermäuse) außerhalb der Schwerpunkt-vorkommen Kategorie A wurden im Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag und in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Zum Teil erfolgten Anpassungen bei Abgrenzungen der VRG Windenergie (s. Anlage zur Synopse Teil B.4). Die Bewertung inkl. erforderlicher Vorsorgeabstände erfolgte dabei im Einzelfall. Für Details s. Ausführungen zur Artenschutzprüfung im Umweltbericht sowie Kriterienkatalog (Anlage der Begründung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie.</p> <p>Im Falle des Altdorfer Waldes wurden auch diejenigen Flächen geprüft, die bisher nicht im Fachbeitrag klassifiziert wurden. Es wurden keine Arten mit Brutvorkommen oder Quartieren im Rahmen der Kartiererergebnisse des Vorhabenträgers gefunden, für die an dieser Stelle eine Schutzzone A klassifiziert worden wäre.</p> <p>In einigen klassifizierten Bereichen gemäß Fachbeitrag wurden Arten des Fachbeitrags kartiert. Diese Vorkommen wurden gemäß Fachbeitrag abgewogen. Zusätzlich wurden Sonderstatus Arten des Fachbeitrags gefunden. Für Wochenstuben deiner Sonderstatusart wurde im Zuge der 1. Offenlage die Fläche des VRG-WEA-436-009 reduziert.</p> <p>Im Rahmen der 2. Offenlage wurde die Fläche des VRG-WEA-436-010 auf Grund eines Vorkommens von Quartieren einer Sonderstatusart (Komplex von Einzelquartieren Männchen) reduziert. Bei dem Vorhandensein eines Quartierkomplexes von einer Agglomeration von Männchen kann mit hoher</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Wahrscheinlichkeit auf das Vorhandensein von Weibchen in der Nähe geschlossen werden.</p> <p>Dieses Vorgehen wurde in mehreren Besprechungen mit den Naturschutzbehörden diskutiert. Es ergibt sich keine wissenschaftlich eindeutige Empfehlung betreffend der Abstände zu dauerhaften Lebensstätten der betreffenden Arten aus der Literatur. Damit ist eine Reduktion der Fläche jeweils eine Einzelentscheidung aus der keine allgemein gültige Handlungsempfehlung folgt.</p> <p>Auch ein Bezug auf die Eingangsempfehlungen des Fachbeitrags, mit einer anderen Datenlage, ist nicht sinnvoll. Abstände von 1,5km zu Wochenstuben von Fledermäusen zu fordern. Als Eingangsgröße für die Modellierung des Fachbeitrags war diese Methode sinnvoll, aber nicht für Abstandsempfehlungen auf Projektebene mit einer viel höheren Dichte von Daten.</p> <p>Der Regionalverband wendet die Abstandsempfehlung nach Hurst et al., 2016, von 200 m Abstand im Rahmen der Abwägung an. Es gibt keine eindeutige allgemein belegte wissenschaftliche Empfehlung für Abstände in solchen Konstellationen mit dieser Art. Dieses Vorgehen wird seitens des Obersten Naturschutzbehörde mitgetragen.</p> <p>Im Rahmen der aktuellen Abwägung lagen noch nicht alle Daten und Gutachten des Vorhabenträgers vor. Die Ergebnisse werden im Altdorfer Wald ggf. zu Minimierungsmaßnahmen führen, die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach Vorlage aller Unterlagen festgelegt werden können.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p>	
II.801	912	Die Positionen der im Altdorfer Wald lokalisierten FRS der Sonderstatus-Arten Mops- und Brandtfledermaus sind in Abb. 1 dargestellt. Entsprechend der oben genannten Bewertung der LUBW wurden sie mit einer zu fordernden Schutzzone von 1,5 km Radius dargestellt. Entsprechend der Vorgabe des Fachbeitrags Artenschutz gilt: „bei Betroffenheit von Sonderstatus-Arten ist in Abstimmung mit der zuständigen Naturschutzbehörde zu prüfen, ob in eine	<p>s.a. BE-ID 850</p> <p>s. BE-ID 850</p> <p>Mittlerweile wurde für die WEA ein Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 6 Wind BG gestellt. Hier ist von der Zulassungsbehörde keine Prüfung mehr erforderlich, ob in eine Ausnahmelage nach § 44 BNatSchG geplant wird.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Ausnahmelage hineingeplant werden kann.“	<p>Im Übrigen wird auf Folgendes hingewiesen:  Es wird bezüglich § 6 WindBG und EU-Notfall-VO darauf hingewiesen, dass sich die rechtlichen Vorgaben auf Ebene der Regionalplanung für die Strategische Umweltprüfung (§ 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG), für die Betroffenheit von Natura-2000-Gebieten (§ 7 Abs. 6 ROG i.V.m. § 34 BNatSchG) sowie für die artenschutzrechtliche Prüfung (vgl. Umweltbericht zum Entwurf Teilregionalplan Energie i.V.m. §§ 44 ff. BNatSchG) nicht geändert haben.  Hierzu heißt es in der Arbeitshilfe zum Vollzug des Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (sog. Wind-an-Land-Gesetz) (Arbeitshilfe Wind-an-Land) (beschlossen durch die Fachkommission Städtebau und den Ausschuss für Recht und Verfahren der Ministerkonferenz für Raumordnung am 3. Juli 2023):  „Aus § 6 WindBG ergeben sich keine erhöhten Anforderungen an die Umweltprüfung im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung. Die bisherige artenschutzrechtliche Prüfung auf Genehmigungsebene kann nicht auf die Ebene der Regional- oder Bauleitplanung vorverlagert werden. Vielmehr ist der für eine ordnungsgemäße Abwägung der Artenschutzbelange des § 7 Abs. 2 ROG bzw. § 1 Abs. 6 Nummer 7 BauGB erforderliche Umfang der zu ermittelnden und zu bewertenden Fakten vom Detailgrad der jeweiligen Planung abhängig und von dem Träger der Raumordnungsplanung bzw. der Gemeinde zu bestimmen.“  Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei der Regionalplanung an die zum Planungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Grundlagen.</p>	
II.801	913	<p>Zitat Fachbeitrag Artenschutz: „Die wenigen bekannten Wochenstuben (n &lt; 30) der besonders empfindlichen Arten Kleiner Abendsegler und Fransenfledermaus stellen naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche zur Sicherung des Erhaltungszustands dar und wurden entsprechend den Schwerpunktorkommen der Kategorie A zugeordnet.“ Die Positionen von Wochenstuben der Fransenfledermaus sind in Abb. 2 dargestellt, entsprechend der Bewertung der LUBW ebenfalls mit einer Schutzzone von 1,5 km Radius.</p> <p>Weiterhin: „Entsprechend sind die übrigen Wochenstuben der Arten Mückenfledermaus, Wasserfledermaus, Bechsteinfledermaus und Braunes Langohr sowie die Zwischenquartiere der Rauhaufledermaus und der ggf. betroffenen Quartiere der</p>	<p>Bezüglich der von Ihnen eingereichten Daten zu Vorkommen von Arten, die als Schwerpunktorkommen im Rahmen der Erstellung des Fachbeitrags der LUBW mit abgehandelt wurden, geht der Regionalverband davon aus, dass diese mit dem Fachbeitrag der LUBW ausreichend abgehandelt sind. Mit den Schwerpunktorkommen der Kategorie A wurden die (Quell-)Populationen der landesweit bedeutendsten Flächen für die Regionalplanung festgelegt. Dies wurden im Zuge der Planung vollumfänglich berücksichtigt. In den Schwerpunktorkommen A sind keine Vorranggebiete Windenergie im Entwurf zum Teilregionalplan Energie ausgewiesen. Auch Kategorie-B-Flächen wurden fast vollständig berücksichtigt. Ca. 99,5 % der</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zwergfledermaus, des Großen Mausohrs und der Kleinen Bartfledermaus naturschutzfachlich hochwertige Bereiche und wurden entsprechend den Schwerpunktorkommen der Kategorie B zugeordnet.“ Die Nachweise von FRS der Arten Bechsteinfledermaus, Braunes Langohr und Wasserfledermaus sind in Abb. 3 zu sehen. Sie wurden mit einem Puffer von 200 m versehen (Hurst, J. et al. 2016: Fledermäuse und Windkraft im Wald: Überblick über die Ergebnisse des Forschungsvorhabens. In: Hurst, J. et al. (Hrsg.): Fledermäuse und Windkraft im Wald. Naturschutz und Biologische Vielfalt Heft 153, Bundesamt für Naturschutz, Bonn-Bad Godesberg, S. 44. / Hurst, J. et al. 2020. Windkraft im Wald und Fledermausschutz – Überblick über den Kenntnisstand und geeignete Erfassungsmethoden und Maßnahmen. In: Voigt, C. C. (Hrsg.), Evidenzbasierter Fledermausschutz in Windkraftvorhaben, Springer, Berlin, S. 45. <a href="https://doi.org/10.1007/978-3-662-61454-9">https://doi.org/10.1007/978-3-662-61454-9</a>), der frei von jeglichen Eingriffen, einschließlich einer Überstreichung durch Rotoren, zu halten ist. Bei den ebenfalls dargestellten regional bedeutenden Wochenstuben der Zwergfledermaus (&gt; 100 Tiere (LUBW 2014. Hinweise zur Untersuchung von Fledermausarten bei Bauleitplanung und Genehmigung für Windkraftanlagen)) wird der Siedlungsabstand als ausreichender Puffer angesehen, ebenso wie bei bekannten kleinen Winterquartieren in Bolanden (Abb. 5) und Bergatreute.</p>	<p>Schwerpunktorkommen Kategorie B in der Region Bodensee-Oberschwaben werden im Entwurf zum Teilregionalplan Energie von Vorranggebieten Windenergie freigehalten.</p> <p>Die zum Zeitpunkt der Erstellung des Fachbeitrags vorhandenen Daten wurden im Rahmen der damaligen Modellierung mit 1,5km gepuffert. Eine erneute Modellierung mit neuen lokalen Kartierungen wird nicht stattfinden.</p> <p>Auch außerhalb der Schwerpunktorkommen des Fachbeitrags können in geeigneten Lebensräumen Vögel- und Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, vorkommen. Sie erfüllen aus landesweiter Sicht jedoch nicht die Voraussetzungen, um im Rahmen der im Fachbeitrag gewählten Methodik und der zur Verfügung stehenden Datengrundlagen als Schwerpunktorkommen der Kategorie A und B abgegrenzt zu werden. Vom Fachbeitrag sind auch Arten umfasst, die bevorzugt in Siedlungsbereichen vorkommen. Daher können Schwerpunktorkommen auch in Siedlungsbereichen liegen. Es wird davon ausgegangen, dass für die im Fachbeitrag abgedeckten Arten die aus landesweiter Perspektive wichtigsten Landschaftsausschnitte im Fachbeitrag dargestellt werden. Eine angemessene Berücksichtigung der Schwerpunktorkommen durch den Planungsträger trägt daher zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei. Aus fachlicher Sicht sind die Schwerpunktorkommen nicht vergleichbar mit den im konkreten Genehmigungsverfahren (oder in raumspezifischen Gutachten) relevanten, oftmals dynamischen Horststandorten. Vielmehr bilden die Schwerpunktorkommen raumgreifend die für die Arten aus landesweiter Perspektive besonders wichtigen Landschaftsausschnitte ab, welche als zeitlich deutlich stabiler einzuschätzen sind. Datengrundlagen aus einzelnen, lokalen Kartierungen wurden zur Herleitung der landesweiten Schwerpunktorkommen i. d. R. nicht verwendet, um keine Verzerrungen bei den Ergebnissen des Fachbeitrags zu erzielen. Denn da bei solchen punktuellen Kartierungen der landesweite Vergleich fehlt, bleibt unklar, ob die mutmaßlich höhere Anzahl Artnachweise aus Gutachten tatsächlich mit landesweit höheren Dichten korrespondiert. Im ungünstigsten Fall hätten die anhand dieser Daten abgegrenzten Schwerpunktorkommen nur den</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>höheren Erfassungsaufwand widerspiegelt und nicht die landesweit höchsten Dichten.</p> <p>Für Arten, die im Fachbeitrag Artenschutz erfasst sind, sind Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag für die Regionalplanung unbeachtlich, da das dem Fachbeitrag zugrunde liegende Konzept der Schwerpunktorkommen die kurzfristige räumliche Dynamik von Artorkommen und deren Bedeutung für die Regionalplanung bereits konzeptionell berücksichtigt. Die Kategorien des Fachbeitrags sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei.</p>	
II.801	914	<p>Die Fledermaus-Art Großes Mausohr (<i>Myotis myotis</i>) ist eine der Zielarten des FFH-Gebietes Altdorfer Wald (Schutzgebiets-Nr. 8124341). In der Schutzgebiets-VO vom 05.11.2018 (Anlage 1 der Verordnung des Regierungspräsidiums Tübingen zur Festlegung der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Verordnung – FFH-VO) vom 05.11.2018.</p> <p><a href="https://www2.lubw.baden-wuerttemberg.de/uis-dokablage/10_131/809026000007/rpt_ffh_vo_anlage_1.pdf">https://www2.lubw.baden-wuerttemberg.de/uis-dokablage/10_131/809026000007/rpt_ffh_vo_anlage_1.pdf</a>) wird u. a. gefordert: „Erhaltung des räumlichen Verbunds von Quartieren und Jagdhabitaten ohne Gefahrenquellen sowie von funktionsfähigen Flugrouten entlang von Leitlinien“.</p> <p>Wochenstubenquartiere des Großen Mausohrs finden sich in zumeist in Hallendächer von Kirchen und Kirchtürmen, so in Baienfurt, Bergatreute und Wolfegg. Die Jagdreviere dagegen liegen im Wald und der Altdorfer Wald ist dabei von zentraler Bedeutung. Jagende Große Mausohren konnten verbreitet im Gebiet nachgewiesen werden (Maier, I. 2024. Untersuchungen zur Fledermausfauna des Altdorfer Waldes (Baden-Württemberg, Deutschland). Südlicher</p>	<p>Für die artenschutzfachliche Prüfung liegt der Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023) als Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie vor. Darin sind Schwerpunktorkommen (Kategorie A und B) für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten abgegrenzt. Schwerpunkträume haben eine hohe Stetigkeit und dieses methodische Vorgehen erleichtert es, den Artenschutz auf der vorgelagerten Ebene mit hinreichender Genauigkeit zu beachten, so dass auf den festgelegten Flächen regelmäßig keine unüberwindbaren Hindernisse mehr entgegenstehen werden.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW trägt also dazu bei dass im Rahmen der Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen zum Teilregionalplan Energie Artenschutzbelange auch außerhalb von Schutzgebieten adäquat berücksichtigt werden können. Zudem kann so</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Teil (2022-2023)). Aktuelle wissenschaftliche Befunde (Zusammengefasst bei Maier, I. 2024. Auswirkungen der Schallemissionen von Windenergieanlagen auf Fledermäuse.) belegen ein Vermeidungsverhalten von Großen Mausohren und anderen Fledermausarten gegenüber Windkraftanlagen im Betrieb über mehrere Hundert Meter. Der ursächliche Zusammenhang ist dabei noch ungeklärt. Zur funktionellen Erhaltung der Flugrouten von Fledermäusen (und Vögel) in bzw. durch den Altdorfer Wald wird ein Nord-Süd-Korridor von jeweils 500 m beidseitig des Schwarzenbachs gefordert, entsprechend der empfohlenen Dimension eines Wildtierkorridors (Trautner, J. &amp; Förth, J. 2017. Regionaler Biotopverbund für die Region Bodensee-Oberschwaben. Fachbericht zur Konkretisierung der Raumkulisse hinsichtlich Fauna/Artenschutz. Teil 1: Text.)</p>	<p>der Schutz von Populationen auf planerischer Ebene berücksichtigt werden, der wiederum eine Voraussetzung für das Erteilen einer Ausnahme auf nach-gelagerter Ebene darstellt (§ 45 Abs. 7 BNatSchG). Die vier Fledermaus-Arten, für die in der Region Bodensee-Oberschwaben FFH-Lebens-stätten festgelegt wurden, sind laut Hinweispapier der LUBW74 (s. Anlage 3, Tabelle U 44) jedoch nicht kollisionsgefährdet. Hinweise von Sonderstatusarten außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden mit in die BEwertung aufgenommen, ebenso wie die auf Grund vonNaturschutzbehörden und -verbänden festgelegten Fledermauskorridore. Zudem wurden die Betroffenheiten von Fledermaus-Lebensstätten durch die geplanten Vorranggebiete Windenergie im Bereich von 500 Metern Abstand zu den FFH-Gebieten geprüft. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten (Vögel, Fledermäuse) außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden im Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag und in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Zum Teil erfolgten Anpassungen bei Abgrenzungen der VRG Windenergie (s. Anlage zur Synopse Teil B.4 zur 1. Offenlage). Die Bewertung inkl. erforderlicher Vorsorgeabstände erfolgte dabei im Einzelfall. Für Details s. Ausführungen zur Artenschutzprüfung im Umweltbericht sowie Kriterienkatalog (Anlage der Begründung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie.</p> <p>s.Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie: „beim Großen Mausohr laut LUBW-Hinweispapier wird keine Kollisionsgefährdung gesehen wird. Auch wird eine Gefährdung hinsichtlich essenzieller Nahrungsgebiete als gering eingeschätzt“. Weiter heißt es: „Insgesamt ergeben sich in der Betrachtung der Vorsorgebereiche keine erheblichen Beeinträchtigungen für das Netzwerk Natura 2000.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz sowie der Anlage B.4 zu den konkreten VRG Windenergie der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.	
			Zur Abwägung betr. eines weiteren Freihaltekorridors s. BE-ID 916	
II.801	915	<p>2.7. Schwarzstorch und andere Vogelvorkommen</p> <p>Im Bereich des Himmelreichmooses befindet sich ein traditionelles Brutgebiet des Schwarzstorchs. Aktuelle Beobachtungsdaten für den Schwarzstorch sind in Abb. 4 dargestellt. Weitere Brutplätze im Umkreis des Plangebietes sind nicht ausgeschlossen. Nahrungsflüge erfolgen gehäuft über den Schwarzenbachotobel und zu den Weihern im Erbisreuter Forst (Abb. 4).</p> <p>Zahlreiche Nachweise von Horsten des Rotmilans, Schwarzmilans und Wespenbussards neben Baumfalkenvorkommen sowie der überdurchschnittliche Artenreichtum an Kleinvögeln unterstreichen die sehr hohe ökologische Bedeutung des Altdorfer Waldes. Die entsprechenden Kernzonen müssen von WEA freigehalten werden.</p>	<p>Der bekannte Brutplatz des Schwarzstorchs wurde entsprechend mit einem Vorsorgeabstand gepuffert und damit in der Abwägung berücksichtigt. Weitere Zonen für Nahrungsflüge können auf vorliegender Planungsebene in der Abwägung mit § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nicht von den Vorranggebieten Windenergie ausgenommen werden. Rotmilan, Schwarzmilan, Wespenbussard, Baumfalke werden bereits mit dem Fachbeitrag der LUBW durch die Abgrenzung von Schwerpunkt vorkommen berücksichtigt. Auch die im Fachbeitrag zunächst ausgeklammerten Flächen im Staatswald wurden nochmals geprüft. Diesbezüglich wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Wegen Kleinvögeln wird auf die Ausführungen zu Arten, die nicht windkraftsensibel sind und keine Sonderstatusarten darstellen, in der Anlage zur Synopse zur B.3 zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>s.a. BE-ID 914</p>	Keine Berücksichtigung
II.801	916	<p>2.8. Lösungsvorschlag: Schutzkonzept für den Altdorfer Wald</p> <p>Durch Netzfang und Telemetrie von Fledermäusen kann, abgesehen vom Artnachweis, lediglich ein unbestimmter Anteil der tatsächlich vorhandenen FRS erfasst werden. Für den Bereich des Altdorfer Waldes ist anzunehmen, dass wesentlich mehr FRS vorliegen, als bisher nachgewiesen werden konnten. Akustische Nachweise zahlreicher Arten über den gesamten Waldbereich stützen diese Beurteilung (Maier, I. 2024. Untersuchungen zur Fledermausfauna des Altdorfer Waldes (Baden-Württemberg, Deutschland). Südlicher Teil (2022-2023)).</p> <p>Angesichts der vorliegenden sehr erheblichen Artenschutzkonflikte könnte erwogen werden, in engem räumlich Bezug zu den lokalen Populationen die Lebensräume statt einzelne Quartiere zu schützen. Unabdingbare Voraussetzung für die Akzeptanz eines solchen Vorgehens wäre ein konsequentes und dauerhaftes Schutzkonzept mit entsprechender Anpassung der VRG-Kulisse in bestimmten Bereichen.</p> <p>Ein Vorschlag für die Bildung von Schutzzonen wurde dem RVBO</p>	<p>Der Fachbeitrag der LUBW stellt bereits ein funktionales Schutzkonzept dar mit dem großräumig ein populationsbezogener Ansatz für Arten des Fachbeitrags im Rahmen der Planungen des Regionalverbandes mitberücksichtigt werden konnte. Weitere populationsbezogene Freihaltezone kann es für diese Arten (wie z.B. „Bechsteinfledermaus“ und „Braunes Langohr“) im Rahmen der aktuellen Planungen stringenterweise nicht mehr geben. Ferner wurden die Zugkonzentrationskorridore der Naturschutzverbände und der höheren Naturschutzbehörde vollumfänglich im Rahmen der Planungen berücksichtigt. Auch hier gibt es bereits Schutzkorridore für ziehende Arten. Der Regionalverband geht bei Lebensstätten von Sonderstatusarten des Fachbeitrags der LUBW von Einzelfallkonstellationen aus. Teilweise wurden bei bekannten und qualifiziert nachgewiesenen Vorkommen Vorsorgebereiche eingerichtet. Ein flächendeckender Populationsbezogener Ansatz, auch für die</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bereits mit Schreiben vom 14.01.2025 vorgelegt (Schreiben der Naturschutzverbände BUND, NABU, AGF und LNV an den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben vom 14.01.2025), er wird hier erneut dargestellt (Abb. 5). Schwerwiegende Artenschutzkonflikte kumulieren im Bereich der Verbindungslinie zwischen dem Naturschutzgebiet Lochmoos und der Wolfegger Aach (entlang des Schwarzenbachtobels), im westlichen Heisser Forst (u.a. Wochenstuben-Verbund der Bechsteinfledermaus) und im zentralen Erbisreuter Forst. Es wird vorgeschlagen, diese Zonen aus der VRG-Kulisse herauszunehmen, wo Überlappungen vorliegen. Unter dieser Voraussetzung könnte auf weitere Vorsorgeabstände zu FRS von Fledermäusen verzichtet werden.</p> <p>Durch eine derartige Lösung wird eine funktionelle Vernetzung des NSG Lochmoos, Teilen des FFH-Gebietes, mehreren Waldbiotopen und der Wolfegger Aach erreicht. Der Bereich um die Weiher mit Feuchtgebieten wird von Störungen freigehalten und die Flugrouten von Fledermäusen und dem Vögeln wie dem Schwarzstorch entlang des Schwarzenbaches werden geschützt.</p> <p>Abbildung in der Anlage Abb. 1. FRS der Sonderstatus-Arten Mopsfledermaus (lila) und Brandt-Fledermaus (orange) mit Schutzzonen (jeweils gestrichelt, 1,5 km Radius) im Altdorfer Wald.</p> <p>Abbildung in der Anlage Abb. 2. Wochenstuben der Fransenfledermaus (gelbe Rauten) mit Schutzzonen (gelb gestrichelt, 1,5 km Radius)</p> <p>Abbildung in der Anlage Abb. 3. Wochenstuben-Verbünde der Bechsteinfledermaus (hellgrün) und Braunem Langohr (braun), sowie der Wasserfledermaus (blau), jeweils mit 200 m-Pufferzone. Regional bedeutende Wochenstuben der Zwergfledermaus sind ebenfalls dargestellt (dunkelgrün)</p> <p>Abbildung in der Anlage Abb. 4. Nachweise von Schwarzstörchen 2020-2025, Kreis: Bereich des Brutplatzes, Pfeile: regelmäßige Nahrungsflüge</p> <p>Abbildung in der Anlage Abb. 5. Vorgeschlagene Schutzzonen und FRS von Fledermäusen (lila: Mopsfledermaus, orange: Brandtfledermaus, gelb: Fransenfledermaus, hellgrün: Bechsteinfledermaus, blau: Wasserfledermaus, braun: Braunes Langohr, dunkelgrün: große Wochenstuben der Zwergfledermaus, rotes Quadrat: Winterquartier,</p>	<p>Sonderstatusarten, wäre, z.B. im Rahmen der Erstellung des Fachbeitrags, auch aus Sicht des Regionalverbandes wünschenswert gewesen, leider konnte dies von der LUBW so nicht bereitgestellt werden. Bei einer guten Datenlage der Naturschutzverbände wäre der richtige Zeitpunkt aufgrund des gesetzlichen Zeitplans für die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie zum Einbringen eines schlüssigen und belegten Korridor-Konzeptes für Sonderstatusarten Mitte 2023 oder zumindest nach der 1. Offenlage Anfang 2024 gewesen.</p> <p>Betr. Kriterien und allg. Umgang mit Fledermäusen in der Regionalplanung s.z.B. BE-ID 728</p> <p>Teilweise wurden im Rahmen der 2. Anhörung erneut Flächen aufgrund von Nachweisen einer Sonderstatusart, auf Grund neuer Erkenntnisse, im Bereich des Altdorfer Wald-Süd, zurückgenommen. Allerdings konnte keine Flächenrücknahme in dem vorgeschlagenen Korridorbereich der Naturschutzverbände erfolgen. In der Abwägung wird demnach weiter eine Einzelfallprüfung stattfinden, wobei die Gewichtung im Hinblick auf § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, überragendes öffentliches Interesse) mit den extrem geringen Spielräumen betreffend der Erreichung des 1,8% Flächenziels ständig an Gewicht im Verhältnis zur Berücksichtigung von Vorsorgeabständen zunehmen wird.</p> <p>In der Abwägung dieser Aspekte hat sich der Regionalverband entschieden bei nachgewiesenen Lebensstätten von Fledermaus - Sonderstatusarten (Wochenstuben und Paarungsquartiere) in einem Minimalumfeld von 200 m Freihaltebereiche zu berücksichtigen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		hellbraun: Wildtierkorridor.		
II.801	917	<p>3. Hochbühl WEA-435-002</p> <p>Für das Gebiet des geplanten VRG liegt ein aktuelles Gutachten zu Fledermausvorkommen vor (365 ° freiraum + umwelt 2025. Naturschutzfachliche Bestandserfassung und Bewertung: Bewertung der Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl, Owingen.). Nachgewiesen wurde das Vorkommen der Sonderstatusart Mopsfledermaus, neben Fransenfledermaus, Bechsteinfledermaus und zahlreichen weiteren Arten. Die Fachgutachter kommen zu folgender Bewertung, die in der Abwägung zu berücksichtigen ist:</p> <p>„Aufgrund der ausgeprägten Nutzung der Waldflächen als Jagdhabitat durch wald- und siedlungsnahe Fledermausarten im regionalen Zusammenhang, dem hohen Potenzial an Ruhe- und Lebensstätten in alten Baumbeständen, sowie dem Vorkommen planbereichsnaher Winterquartiere streng geschützter, rückläufiger Fledermausarten (darunter dreier stark gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Anhang II- und IV- Arten), kommt dem Plangebiet</p> <p>„Hochbühl“ bei Owingen eine für die Fledermäuse regional hohe bis landesweit hohe Bedeutung zu.“</p> <p>In unmittelbarer Nähe zum Vorranggebiet befinden sich drei Winterquartiere von Fledermäusen in Molassekellern, die Positionen wurden dem Regionalverband bereits mitgeteilt. Hier sind Vorsorgeabstände nach Maßgabe des Fachbeitrags Artenschutz (Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart 2022, S. 16) anzuwenden.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
II.801	918	<p>4. Osterhofen WEA-436-007</p> <p>Das gesamte „Weite Ried“ im nördlichen Bereich des geplanten VRG ist eine bedeutendes Rast- und Nahrungsgebiet für windkraftsensible Vogelarten. Regelmäßig nachgewiesen werden Kiebitz, Rohrweihe, Kornweihe, Wiesenweihe, Kranich, Schwarzstorch, verschiedene Limikolen, Gänse und Reiher, neben Milanen von umliegenden Horstplätzen. Das Gebiet liegt im Zugkorridor zum Rohrsee und wird von einer großen Zahl von Singvögeln aufgesucht, die Feldlerche ist Brutvogel. Wir fordern die Herausnahme der Fläche nördlich der K7931 von Osterhofen nach Mühlhausen aus dem geplanten VRG.</p>	<p>Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunktverhalten Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht).</p> <p>Es wurden keine belegten Brutvorkommen der Sonderstatusarten Kiebitz und Kranich übermittelt. Das gleiche gilt auch für die Arten Rohrweihe, Kornweihe, Wiesenweihe und unspezifisch für Limikolen und Reiher etc. Schwarz- und Rotmilan sowie Graureiher werden bereits über den Fachbeitrag der LUBW abgehandelt. s.a. BE-ID</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			916	
			<p>Zum Lebensraumverlust, Störung und Zerschneidung von Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie:</p> <p>Für jedes Vorranggebiet Windenergie wurden auf Ebene der Regionalplanung die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter ermittelt sowie eine Natura 2000 - Vorabprüfung und eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt. Die artenschutzrechtlichen Verbote stehen einer Planung nicht entgegen, wenn Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und die Europäischen Vogelarten gem. der EU-Vogelschutzrichtlinie im Umfeld der Planung nicht betroffen sind oder bei einer Beeinträchtigung der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten die ökologische Funktion dieser Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Dies gilt auch, wenn die Verletzung des Verbotstatbestands vermieden werden kann, z. B. durch Nebenbestimmungen in künftigen Genehmigungsverfahren oder (vorgezogene) Ausgleichsmaßnahmen nach § 44 Absatz 5 S. 2 Nr. 3 und S. 3 BNatSchG (sog. CEF-Maßnahmen). Darüber hinaus ist die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie im Falle eines möglichen Verstoßes gegen die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote auch dann möglich, wenn im Rahmen einer Prognose eine Ausnahme nach §§ 45 Absatz 7 i. V. m. 45b Absatz 8 BNatSchG in Betracht kommt.</p> <p>Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) im Juli 2022 hat die Erteilung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens für Windenergieanlagen standardisiert und erleichtert, dies hat auch Auswirkungen auf die Regionalplanung.</p> <p>Die Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie 2009/147/EG vom 30.11.2019 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten- VS-RL), welche die ursprüngliche Richtlinie 79/409/EWG samt ihrer wiederholten Änderung kodifiziert und ersetzt, schützt nach Art. 1 Abs. 1 VS-RL die Erhaltung sämtlicher wildlebenden Vogelarten, die im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten heimisch sind. Zur Prüfung der Tatbestandsmäßigkeit (des Tötungsrisikos) bei der Genehmigung und Planung von Windenergieanlagen bedarf es Anhaltspunkte dafür, dass sich das Risiko eines Vogelschlages durch die Windenergieanlagen signifikant, also gegenüber dem allgemeinen Lebensrisiko deutlich, erhöht.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Der Tatbestand gilt nur dann als erfüllt, wenn das Risiko kollisionsbedingter Verluste von Einzelexemplaren einen Risikobereich übersteigt, der – trotz Vermeidungsmaßnahmen – mit einem Bauvorhaben im Naturraum immer verbunden ist.</p> <p>Ob eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos für eine bestimmte Art vorliegt, ist insbesondere anhand der artspezifischen Verhaltensweisen, der Häufigkeit des Aufenthaltes im Gefährdungsbereich und der Wirksamkeit vorgesehener Schutzmaßnahmen zu bewerten.</p> <p>Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunktorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht). Bau-, anlagen- und betriebsbedingte Auswirkungen zu Vorkommen von Arten der Vogelschutzrichtlinie außerhalb von Natura-2000-Gebieten und den Schwerpunktorkommen der Kat. A sind auf der Zulassungsebene standort- und anlagenbezogen zu prüfen und ggf. im Rahmen der Genehmigung zu regeln. Von der Regionalplanebene aus betrachtet stehen deren Vorkommen einer Festlegung auf Regionalplanebene und damit der Planumsetzung nicht unvereinbar entgegen.</p> <p>Die Prüfergebnisse der artenschutzrechtlichen Prüfung sowie der Natura 2000 – Vorabprüfung auf Ebene der Regionalplanung wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Bezüglich des Themas Vogelzug und Zugkonzentrationskorridore sowie Rastgebiete werden im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Windenergie (LUBW, 2022) entscheidende Hinweise gegeben.</p> <p>Der Fachbeitrag betrachtet bei den nach den bestehenden Landeshinweisen und nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) windenergiesensiblen Vogelarten ausschließlich den Brutzeitaspekt. Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln u. a. mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen sowie Zugkonzentrationskorridore von Vögeln wurden vom Fachbeitrag nicht umfasst. Ein Zugkonzentrationskorridor ist anzunehmen, wenn über mehrere Jahre bestätigte Verdichtungsräume des Vogelzuges vorliegen oder ein nachvollziehbar begründeter Verdacht auf einen Verdichtungsraum besteht. Betrachtungsrelevant sind regional oder überregional bedeutende Zugkonzentrationskorridore, bei denen Windenergieanlagen zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können. Die Naturschutzbehörden haben den Planungsträgern in einigen Fällen Daten zu Rast- und Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen oder Zugkonzentrationskorridoren zur Verfügung gestellt. Diese Daten wurden zusätzlich zum Fachbeitrag in die Planungen eingestellt. Die Relevanz dieser Informationen wurden vom Planungsträger in Abstimmung mit den Fachbehörden geprüft. Im BNatSchG wird nicht der Umgang mit der betriebsbedingten Kollisionsgefährdung von Ansammlungen bzw. während der Zeiten des Vogelzuges geregelt. § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG findet keine Anwendung für die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungs- und Verletzungsrisikos bei Betroffenheit von Ansammlungen (insbesondere Kolonien, bedeutende Brut- und Rastgebiete sowie Schlafplatzansammlungen) von kollisionsgefährdeten oder störungsempfindlichen Brut- und Rastvogelarten sowie bei Betroffenheit des Vogelzugs. Falls Betroffenheiten vorliegen müssen diese entweder durch eine entsprechende Planung vermieden werden oder falls dies nach Prüfung der Planungsträger und Fachbehörden prognostisch möglich erscheint gegebenenfalls im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) durch geeignete Vorschriften zur</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Abschaltung der Anlagen geregelt werden. Wenn eine signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann müssen entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen angeordnet, attraktive Ausweichnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet werden, so dass für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen ist, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert werden kann.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich jedoch maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Auch außerhalb der Schwerpunktorkommen des Fachbeitrags können in geeigneten Lebensräumen Vögel- und Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, vorkommen. Sie erfüllen aus landesweiter Sicht jedoch nicht die Voraussetzungen, um im Rahmen der im Fachbeitrag gewählten Methodik und der zur Verfügung stehenden Datengrundlagen als Schwerpunktorkommen der Kategorie A und B abgegrenzt zu werden. Vom Fachbeitrag sind auch Arten umfasst, die bevorzugt in Siedlungsbereichen vorkommen. Daher können Schwerpunktorkommen auch in Siedlungsbereichen liegen. Es wird davon ausgegangen, dass für die im Fachbeitrag abgedeckten Arten die aus landesweiter Perspektive wichtigsten Landschaftsausschnitte im Fachbeitrag dargestellt werden. Eine angemessene Berücksichtigung der Schwerpunktorkommen durch den Planungsträger trägt daher zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei. Aus fachlicher Sicht sind die Schwerpunktorkommen nicht vergleichbar mit den im konkreten Genehmigungsverfahren (oder in raumspezifischen Gutachten) relevanten, oftmals dynamischen Horststandorten. Vielmehr bilden die Schwerpunktorkommen raumgreifend die für die Arten aus landesweiter Perspektive besonders wichtigen Landschaftsausschnitte ab, welche als zeitlich deutlich stabiler einzuschätzen sind. Datengrundlagen aus einzelnen, lokalen Kartierungen wurden zur Herleitung der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>landesweiten Schwerpunktorkommen i. d. R. nicht verwendet, um keine Verzerrungen bei den Ergebnissen des Fachbeitrags zu erzielen. Denn da bei solchen punktuellen Kartierungen der landesweite Vergleich fehlt, bleibt unklar, ob die mutmaßlich höhere Anzahl Artnachweise aus Gutachten tatsächlich mit landesweit höheren Dichten korrespondiert. Im ungünstigsten Fall hätten die anhand dieser Daten abgegrenzten Schwerpunktorkommen nur den höheren Erfassungsaufwand widerspiegelt und nicht die landesweit höchsten Dichten.</p> <p>Für Arten, die im Fachbeitrag Artenschutz erfasst sind, sind Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag für die Regionalplanung unbeachtlich, da das dem Fachbeitrag zugrunde liegende Konzept der Schwerpunktorkommen die kurzfristige räumliche Dynamik von Artvorkommen und deren Bedeutung für die Regionalplanung bereits konzeptionell berücksichtigt. Die Kategorien des Fachbeitrags sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei.</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Im Verfahren wurden auch Informationen zu Vorkommen von Arten eingebracht, die nicht windkraftsensibel sind und keine Sonderstatusarten darstellen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Gebiete der offenen Feldflur wurden im Kriterienkatalog des Regionalverbandes als Konflikt behandelt und in die Abwägung eingestellt.</p> <p>Die von den höheren Naturschutzbehörden und Verbänden ausgewiesenen Zugkonzentrationskorridore konnten von Planungen für Windenergie freigehalten werden. Relevante überregionale Zugvogelkonzentrationskorridore gingen in die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie als erhebliches Konfliktkriterium ein. Auf Grund des vorherrschenden Breitfrontenzuges konnten nicht alle möglichen Vogelzugrouten berücksichtigt werden.</p>	
II.801	919	<p>5. Kißlegg-Ost 1 WEA-436-015</p> <p>Bezug: PS 3.2.2. Z4, Textteil 2. Offenlage</p> <p>Es bleibt unklar, wie die Ziele des VRG besondere Waldvorkommen i.V.m. dem Wildtierkorridor nationaler Bedeutung durch die Regionalplanung in diesem Gebiet nachweislich nicht gefährdet sind. Auf S. 38 der Anlage zur Synopse wird darauf hingewiesen, dass eine Vernetzung z.B. des Rotwilds über den Wildtierkorridor von der Adelegg nach Westen aufgrund von Barrieren und gesellschaftliche Rahmenbedingungen mittelfristig nicht erreichbar ist. Es erschließt sich uns nicht, wieso dies ein Argument dafür ist, diese potenzielle Vernetzung durch die Lage des VRG erst recht zu erschweren. Der Wildwechsel sollte durch die Freihaltung eines Korridors weiter ermöglicht werden. Hierfür gibt es insbesondere aufgrund der Bündelung des Wildwechsels über die naheliegende Grünbrücke an der A96 besonderen Handlungs- bzw. Erhaltungsbedarf.</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 (Landesjagdverband) verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
II.801	920	<p>In der Synopse wird außerdem auf S.19 nochmals darauf hingewiesen, dass Wildtierkorridore internationaler und nationaler Bedeutung mit 1.000m Breite als erheblicher Konflikt (K2) für die Abwägung eingestuft wurde, weil Störungen wandernder Großsäuger erwartbar sind. Unklar ist, wie trotz dieses Kriteriums eine Überlagerung des Korridors durch das Vorranggebiet zu mittlerweile 100 Prozent (vgl. Anlage zum Umweltbericht, S. 60) stattfinden kann. Weiter sind auch Flächen des Fachbeitrags der Kategorie B zu 100 Prozent betroffen.</p>	<p>Hier liegt offensichtlich ein Missverständnis vor. Die Einstufung als erheblicher Konflikt (K2) von Wildtierkorridore internationaler und nationaler Bedeutung mit 1.000m Breite gilt für Vorbehaltsgebiete Photovoltaik und nicht für Vorranggebiete Windenergie. Bezüglich Abwägung zu Wildtierkorridor wird auf die Abwägung der Stellungnahme des Landesjagdverbands, Az. II.803, verwiesen. Die Überlagerung mit Kategorie-B-Flächen des Fachbeitrags liegt vor. Es handelt sich um ein Konfliktkriterium (K3). In der Abwägung überwiegt der Belang der Windenergienutzung gegenüber dem Belang der Kategorie-B-Fläche; bezüglich Erläuterung wird auf die Ausführungen zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse Teil</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
II.801	921	<p>Forderung:</p> <p>Wir fordern eine erneute Überprüfung der Abgrenzung des VRG zur Freihaltung des Wildtierkorridors zum Erhalt und zur Förderung seiner Vernetzungsfunktion. Die GWWP-Fachplanung sieht eine Zielbreite von 1.000m der Wildtierkorridore vor. Diese Achsen stellen letzte verbliebene Möglichkeiten für Ausbreitung von Wildtieren (wandernde Säugetiere) dar im stark verdichteten Bundesland BaWü.</p> <p>Denn Engstellen (d.h. Korridore unter 1.000 m Breite) stiegen seit 2010 um den Faktor 4 an von 31 auf 127 Engstellen). Diese stellen die Nadelöhre im Biotopverbund dar, die ökologische Funktionalität ist dauerhaft unterbrochen. Weitere solche Nadelöhre sind unbedingt zu vermeiden. Darauf zielt auch die kürzlich veröffentlichte Waldnaturschutzkonzeption Baden-Württembergs ab, welche auf die Reduktion der Zielkonflikte zwischen Landnutzungsformen wie Erneuerbare Energien und der Vernetzung von Waldlebensräumen durch eine Einzelfallabwägung hinweist (Vgl. Hierzu: Baden-Württemberg, Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (2025): Waldnaturschutz in Baden-Württemberg 2030, Handlungsfeld 2, S. 41, einsehbar unter: <a href="https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/daten/PDFs/Wald/Waldnaturschutzkonzeption_2030_Modul2.pdf">https://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/daten/PDFs/Wald/Waldnaturschutzkonzeption_2030_Modul2.pdf</a> (Zugriff am 06.06.2025))</p> <p>Mindestens muss aus unserer Sicht ein Korridor von 400 m Breite von einer Überplanung durch das VRG freigehalten werden, um auch künftig keine weiteren Anlagen über die aktuell geplanten ([Name anonymisiert] ) hinaus zu ermöglichen.</p>	<p>B.4 zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum Wildtierkorridor wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

#### Landesjagdverband Baden-Württemberg e.V.

II.803	511	<p>anbei eine Stellungnahme zu Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2 des Regionalplans) Ich bitte um eine Empfangsbestätigung</p> <p>Einspruch gegen die geplante Windkraftvorrangfläche in Kißlegg Ost-1 auf dem Korridor des Generalwildwegeplanes des Landes Baden-Württemberg</p> <p>hiermit legen wir Einspruch gegen die geplante Windkraftvorrangfläche im Gemeindegebiet Kißlegg ein. Das betreffende Gebiet liegt unmittelbar auf einem</p>	<p>Zu den erwähnten Auswirkungen von WEA auf Wasserhaushalt, Insekten, Amphibien, Fledermäuse und Vögel: Es wird auf die Erläuterungen und Abwägungen in den Anlagen zur Synopse 1. Offenlage, Teile B.4 (zu VRG WEA-436-015) und B.3 verwiesen.</p> <p>Das in der Anregung genannte VRG Windenergie wurde zwischen der 1. und 2. Offenlage in seiner Abgrenzung reduziert aufgrund von Belangen des Arten- und Naturschutzes. Dadurch hat sich auch die Überlagerung mit dem Wildtierkorridor reduziert.</p> <p>Zu FFPV auf Wildtierkorridoren: Wildtierkorridore stellen ein Konfliktkriterium bei der Festlegung von Vorbehaltsgebieten</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
--------	-----	--	--	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>national bedeutsamen Wildtierkorridor, welcher durch den Generalwildwege plan ausgewiesen ist. Dieser Korridor ist über die Region hinaus von besonderer Bedeutung, auch im weiteren Verlauf bis nach Bayern und in den Alpenraum.</p> <p>Für uns völlig unverständlich ist die vollständige Ignoranz des Vorhandenseins des Generalwildwegeplanes bei der Planung der Windkraftvorrangflächen in Kißlegg. Die beiden WEA sind mitten auf dem ausgewiesenen Wildtierkorridor platziert. Solch eine Planung zeigt aus unserer Sicht die Ignoranz und auch die Inkompetenz der Planer, Belange der Natur und hier im speziellen der Wildtiere auch nur im Geringsten zu berücksichtigen.</p> <p>Vor Jahren wurden große Summen Geld in die Hand genommen, basierend auf dem Generalwildwegeplan, die A96 für Wildtiere in genau diesem Bereich durchgängig zu halten. Diese Investition wird mit der Planung der WEAs nun völlig ad absurdum geführt.</p> <p>In direkter Folge der Wildquerungshilfen an der A96 wird nun im übernächsten Stück Wald nur wenige Hundert Meter entfernt der Wildtierkorridor und dessen Durchgängigkeit zerstört.</p> <p>Die nachfolgende Abbildung 1 und 2 sind aus einem Dokument des Vereins „Entwicklung Lebensraum Kisslegg e.V.“ entnommen. Dieses hervorragend ausgearbeitet Dokument ist diesem Schreiben ebenfalls als Anlage beigelegt.</p> <p>(Abbildungen in der Anlage!)</p> <p>1. Bedeutung des Wildtierkorridors</p> <p>Der in Kißlegg betroffene Korridor (Wildtierkorridor von nationaler Bedeutung) ist Teil des Generalwildwegeplans Baden-Württemberg, welcher</p>	<p>Photovoltaik dar (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik, Anlage zur Begründung) und wurden damit im Planungskonzept ausreichend berücksichtigt. Ebenso berücksichtigt wurden Wildtierkorridore bei FFPV in der Strategischen Umweltprüfung (s. Umweltbericht zur 2. Offenlage).</p> <p>Zum nationalen Wildtierkorridor: Es ist mitnichten so, dass dieser bei der Festlegung des VRG WEA-436-015 ignoriert wurde. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Ein Verstoß gegen § 21 BNatSchG und das Wildtiermanagementgesetz liegt nicht vor. Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie werden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LpIG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei werden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet (s. Kapitel 6.2., Umweltbericht, 2. Offenlageentwurf).</p> <p>Gem. Plansatz 3.2.2 Z (1) sind zur Vernetzung von Waldlebensräumen und zur Sicherung von Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen im Regionalplan 2023 festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt. Die Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen resultieren aus den Ergebnissen des von Trautner und Förth (2017) erarbeiteten Fachgutachtens zum Regionalen Biotopverbund (s. Begründung zu PS 3.2.2 des Regionalplans 2023). Die Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen sind im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie) enthalten. Die Wildtierkorridore internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung des Generalwildwegeplans Baden-Württemberg werden hier im Rahmen der "Sonstigen Flächen der Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen" als Konflikt (K3) berücksichtigt. Zudem</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wildtierbewegungen regional und vor allem überregional sicherstellen soll.</p> <p>Dieser Korridor ist zudem Teil des Biotopverbunds nach § 21 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), der sicherstellen soll, dass Tiere ihre natürlichen Wanderungen zur genetischen Durchmischung und zur Arterhaltung durchführen können. Die Verbindung nach Bayern ist insbesondere für wandernde Arten wie Rothirsch, Gams, Luchs und Wildkatze von entscheidender Bedeutung.</p> <p>Gerade im Hinblick auf die nachgewiesene genetische Verarmung der Rotwildvorkommen in Baden-Württemberg (FVA Projektbericht Rotwild Baden-Württemberg vom Dezember 2024) Ist die Durchgängigkeit der Wanderwege des Rotwildes von besonderer Bedeutung.</p> <p>Um die Vernetzung der Rotwildvorkommen zu unterstützen, bietet der Generalwildwegeplan eine wichtige Planungsgrundlage für die Identifikation möglicher Verbundkorridore</p> <p>(Abbildung in der Anlage!)</p> <p>In der vergangenen Woche wurde z.B. im Bereich Aulendorf, unweit des Korridors des Generalwildwegeplan, ein junger Rothirsch gesichtet. Genau diese Wanderungen jungen männlichen Wildes sind bei vielen Wildarten (z.B. Rotwild, Gams, Luchs, Wolf, Wildkatze) von besonderer Bedeutung. Der genetische Austausch zwischen den Populationen kann nur durch gesicherte Durchgängigkeit der seit Jahrhunderten genutzten Wildtierkorridore erfolgen. Windparks und Freiflächen-PV-Anlagen auf diesen Korridoren sind daher unbedingt zu vermeiden.</p> <p>Auch die seit Jahrzehnten bekannten und dokumentierten Wanderungen des Gamswildes (Vorkommen in der Adelegg und im Donautal) über die A96 hinweg</p>	<p>gehen die Wildtierkorridore internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung mit einem Korridor von 1.000 m Breite in die Bewertung der Schutzgüter im Rahmen der strategischen Umweltprüfung für die Vorranggebiete Windenergie ein (s. Wirkfaktorentabelle im Entwurf Umweltbericht zur 2. Offenlage, Anlage 1). Des Weiteren findet eine verbale Auseinandersetzung mit den Umweltauswirkungen auf die Wildtierkorridore statt (s. Kapitel 6.2.3.2, Umweltbericht, 2. Offenlageentwurf).</p> <p>Nach Boldt und Hummel (2013) müssen "bei der Beurteilung der möglichen Auswirkungen eines konkreten Projekts [...] immer die lokalen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Sämtliche Auswirkungen können sehr unterschiedlich sein je nach Tierart, Lebensraum, Jahreszeit, Fläche eines Windparks und Anordnung der WEA." Im Teilregionalplan Energie werden jedoch Gebiete festgelegt, die Standorte bzw. die Anordnung möglicher WEA sowie deren Ausgestaltung ist noch nicht bekannt. Im Umweltbericht sowie in den Steckbriefen wird auf die Notwendigkeit der Vermeidung/Minimierung von Beeinträchtigungen auf den Biotopverbund bei der Standortwahl sowie durch Festlegung geeigneter Maßnahmen hingewiesen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die Auseinandersetzung mit dem Belang des Wildtierkorridors zeigt sich auch bei den im VRG Windenergie geplanten WEA in den Genehmigungsunterlagen. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Zudem gibt es die Möglichkeit, auf der nachgelagerten Ebene im Zuge des Vorhabenzulassungsverfahrens von Windenergieanlagen (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) im Bereich von Wildtierkorridoren ein Monitoring festzulegen, um Grundlagen für verbesserte wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser Thematik (v.a. zu wanderndem Großwild) zu gewinnen. In der Stellungnahme des Landesjagdverbands (Az. II.803) zum Teilregionalplan Energie wird auf den Mangel an wissenschaftlichen Studien zu dieser Thematik hingewiesen.</p> <p>Hinweis: gem. PS 3.2.2 Z (5) des 2. Offenlageentwurfs zum</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sind nur mit offenen Korridoren möglich.</p> <p>Bedauerlicherweise gibt es kaum belastbare Studien, welche sich mit Auswirkungen von Windparks auf wandernde Wildtiere (im speziellen Schalenwild wie Rotwild und Gams) beziehen. Die meisten Studien beziehen sich ausschließlich auf das Reviervverhalten des StandWildes und dort ist eine Gewöhnung an die WEAs nachgewiesen. Demgegenüber hielt das Rotwild in der Studie von HASSLACHER &amp; SEIFERT 2004 in den österreichischen Niederen Tauern zu den WEA einen Abstand von 150m und nutzten zudem ab der Errichtung der Anlage einen wichtigen Wildwechsel nicht mehr.</p> <p>2. Auswirkungen von Windkraft auf Wildtiere</p> <p>Die Windkraftanlagen auf Wildtierkorridoren entfalten eine erhebliche Barrierewirkung. Besonders störungsempfindlich reagieren Rothirsche und Luchse, deren Reproduktions- und Überlebenschancen durch die Fragmentierung ihrer Lebensräume sinken.</p> <p>Am Beispiel des Rotwildes ist dies durch die Arbeiten der FVA aber auch durch weitere Studien speziell von Prof. Dr. Dr. Gerald Reiner und Dr. Julian Laumeier von der Justus-Liebig-Universität Gießen eindeutig bewiesen.</p> <p>3. Gesetzliche Vorgaben und Schutzverpflichtungen</p> <p>§ 21 BNatSchG besagt, „Der Biotopverbund soll länderübergreifend erfolgen“. Der betroffene Wildkorridor ist als Teil dieses Verbundsystems kartiert und zu erhalten. Auch das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG) in Baden-Württemberg betont die besondere Berücksichtigung von Wildwechseln und deren Schutz bei Infrastrukturmaßnahmen. Der geplante Eingriff widerspricht somit nicht nur ökologischen Zielsetzungen, sondern auch den gesetzlichen Rahmenbedingungen.</p>	<p>Teilregionalplan Energie sind bei Betroffenheit von Wildtierkorridoren im Falle von WEA-Vorhaben in VRG für besondere Waldfunktionen während der Errichtung, dem Betrieb und dem Rückbau von Windenergieanlagen Maßnahmen zur Sicherung der Funktionalität erforderlich. Auch hier zeigt sich, dass der Belang in der Abwägung Berücksichtigung gefunden hat.</p> <p>Zur Forderung nach einer Aussetzung der Planung und Prüfung von Alternativen: Dieser Forderung wird nicht gefolgt, da der Belang des Wildtierkorridors bereits für die Ebene der Regionalplanung ausreichend in der Abwägung berücksichtigt wurde, der RVBO keine Standorte für WEA plant (s.o.) und ausreichende wissenschaftliche Belege für die Gefährdung von Wildtieren durch WEA fehlen. Zudem hat der RVBO im Umweltbericht bereits umfangreich Alternativen geprüft (s. Umweltbericht zur 2. Offenlage). Eine Aussetzung der Planung erfolgt beim in der Anregung genannten VRG Windenergie nicht.</p> <p>Zum Hinweis auf die hohen Ausgaben zum Erhalt der Durchlässigkeit des Wildtierkorridors bei der A96: Kenntnisnahme. Aus Sicht des RVBO werden diese Bemühungen durch die Festlegung des VRG Windenergie nicht zunichte gemacht.</p> <p>Zudem sind Windenergieanlagen nicht ohne Weiteres mit anderen baulichen Anlagen, die zur Fragmentierung von Lebensräumen führen, vergleichbar. Z.B. zerschneiden stark befahrene Straßen Lebensräume viel stärker als punktuell errichtete Windenergieanlagen. Zudem überlagert das VRG Windenergie nur einen Teil des Wildtierkorridors und die Überlagerung hat sich gegenüber dem Planentwurf zur 1. Offenlage reduziert.</p> <p>Zur genetischen Verarmung des Rotwilds: Die Studie „Wissensbasiertes Rotwildmanagement Baden-Württemberg, Kurzbericht“ (2023) der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA) kommt zu dem Ergebnis, dass eine Vernetzung der Adelegg als zum VRG Windenergie nächstgelegenes Rotwildgebiet mit den anderen baden-württembergischen Rotwildvorkommen durch die große geographische Distanz, bestehende Barrieren und den derzeitigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mittelfristig nicht erreichbar ist. Hier ist es daher zunächst</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>4. Alternativen und Verhältnismäßigkeit</p> <p>Die Energiewende darf nicht auf Kosten des Arten- und Biotopschutzes erfolgen. Wie der Landesnaturschutzverband (LNV) Baden-Württemberg betont, müssen Besonders empfindliche Landschaften ausgespart bleiben (LNV BW, Positionspapier Energie- und Klimawende in Baden-Württemberg). Es existieren im Regionalverbandsgebiet Alternativflächen mit geringerer naturschutzfachlicher Bedeutung, die vorrangig zu prüfen sind.</p> <p>Die Errichtung von Windkraftanlagen in Kißlegg im Bereich eines ausgewiesenen Wildtierkorridor von nationaler Bedeutung stellt eine erhebliche Beeinträchtigung eines funktionalen und durchgängigen Wildtierkorridors dar, widerspricht unseren Empfehlungen sowie geltenden gesetzlichen Regelungen. Ganz zu schweigen, vom Irrsinn, in unmittelbarer Folge einer, mit großem finanziellen Aufwand, gebauten Wildquerungshilfe über die A96, nun den Korridor nachhaltig zu schädigen.</p> <p>Wir sind hier auch in enger Abstimmung mit unseren Jagdkameraden aus Bayern. Die Kreisjägerschaft Kempten e.V. und der Bayerischer Jagdverband e.V. reagieren hier ebenfalls mit Unverständnis. Wie bereits mehrfach erwähnt ist speziell dieser Korridor von nationaler Bedeutung und daher weit über die Region hinaus von großer Wichtigkeit.</p> <p>Wir haben auch bereits beim Biogas die Auswirkungen von überstürzten und unausgereiften Entwicklungen und deren langfristige Auswirkung auf Natur, Biodiversität und Wildtiere erlebt. Der überstürzte Ausbau der Windkraft, speziell auch in Bereichen mit zweifelhafter Wirtschaftlichkeit aufgrund begrenzter Windhöflichkeit, lässt ähnlich negative Erkenntnisse für die Zukunft befürchten. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt, Insekten, Amphibien, Fledermäusen und Vögeln sind speziell in diesem sensiblen Bereich</p>	<p>zielführender, beim Rotwildgebiet auf der Adelegg eine bessere Vernetzung mit den in Bayern, Österreich und Schweiz angrenzenden Rotwildvorkommen anzustreben. Damit liegt das VRG WEA-436-015 mittelfristig nicht in einem wahrscheinlichen Vernetzungskorridor des Rotwildvorkommens auf der Adelegg.</p> <p>Nach der Stellungnahme des Landesnaturschutzverbands zur 2. Offenlage Teilregionalplan Energie ist mindestens ein Korridor von 400 m Breite als Wildtierkorridor zu erhalten. Es wird nachrichtlich darauf hingewiesen, dass die derzeit im VRG Windenergie geplanten WEA dieses Ziel erreichen - sie erhalten sowohl westlich als auch östlich der geplanten WEA je einen Wildtierkorridor von 400 m. Durch die A96 handelt es sich in diesem Gebiet ohnehin bereits um eine Engstelle im Bereich der Wildtierkorridore. Es kann derzeit nicht beantwortet werden, ob sich durch das VRG Windenergie und die darin geplanten WEA die Situation für Wildtiere, v.a. wandernde Wildtiere wie das Rotwild, überhaupt gegenüber dem Status Quo verschlechtert und dies Auswirkungen auf deren Population haben wird oder nicht. Hierfür wäre, wie bereits oben geschildert, ein Monitoring nach der Errichtung der WEA hilfreich. Dieses ist vorgesehen (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss, Kapitel zum Monitoring und zusammenfassende Erklärung zum Entwurf zum Satzungsbeschluss, Darstellung der Überwachungsmaßnahmen (Bestandteil der Begründung) verwiesen.</p> <p>Im Ergebnis wird die Anregung nicht berücksichtigt. In der Abwägung wird dem Belang der Nutzung der Windenergie im Bereich des VRG WEA-436-015 gegenüber dem Belang des Erhalts der vollständigen Breite des Wildtierkorridors der Vorrang eingeräumt. Die Gründe hierfür sind oben aufgeführt. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>in Kißlegg aus unserer Sicht ebenfalls unzureichend berücksichtigt.</p> <p>Ich fordere daher die Aussetzung der Planung an diesem Standort und die Prüfung geeigneter Alternativstandorte. Die Belange von Natur und Wildtieren sind auch bei der Energiewende zu berücksichtigen.</p> <p>Anhang "Auswirkungen auf Generalwildwegeplan und Planung WEA im Bereich Kißlegg" in der Anlage!</p>		

#### Zweckverband Haslach Wasserversorgung

III.010	680	<p>auch im Rahmen der zweiten Beteiligungsrunde teilen wir mit, dass uns der Zweckverband Haslach-Wasserversorgung damit beauftragt hat, seine rechtlichen Interessen zu vertreten. Wir haben dementsprechend die teilweise überarbeiteten Unterlagen geprüft und geben folgende Stellungnahme namens und im Auftrag des Zweckverbands ab:</p> <p>1. Der Belang „Wasserschutz“ in den teilweise überarbeiteten Unterlagen</p> <p>Zum Wasserschutz lässt sich den nun vorliegenden Unterlagen (einschließlich der Synopse) insbesondere folgende Ausführungen entnehmen:</p> <p>„Wie in der vorangegangenen Abwägung dargestellt, steht eine Ausweisung als Wasserschutzgebietszone II der Windenergie nicht entgegen. Die Nutzung der Windenergie ist in Wasserschutzgebieten der Zone II grundsätzlich möglich (vgl. Handreichung zu Planung, Bau und Betrieb von Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen in der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten, Umweltministerium BW 2022). Sie müssen daher nicht auf regionalplanerischer Ebene von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie ausgeschlossen werden (s. auch OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23. Mai 2019, OVG 2 A 4.19, OVG Magdeburg, Urteil vom 21.10.2015). Wirkungen auf Grundwasservorkommen und etwaige Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit ist im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens sicher zu stellen. Daher erfolgt keine Änderung des Plansatzes entsprechend der Anregung.“</p> <p>„Insofern erscheint ein Freihalten dieser beiden möglichen konkretisierten Bohransatzpunkte inklusive eines Vorsorgeabstandes von 200 m - da noch kein genauer Standort einer etwaigen künftigen</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
---------	-----	---	---------------	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Trinkwasserfassung bekannt ist - als angemessen. Bezüglich der in der Anregung genannten Forderung zur Genehmigung von Windenergieanlagen wird auf das Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) verwiesen.“</p> <p>„Es wurde keine Notwendigkeit zu hydrologischen Untersuchungen auf regionalplanerischer Ebene gesehen. Eine konkrete Beeinflussung der Grundwasserführung im Bereich des Altdorfer Waldes ist durch den oberflächennahen Bau von Fundamenten für Windenergieanlagen nicht zu erwarten.“</p> <p>„Das hydrogeologische Grundwassererkundungsprogramm des Zweckverbands wurde in die Abwägung eingestellt, eine Reduktion des Vorranggebiets Windenergie WEA-436-010 um die geplanten Bohransatzpunkte für Erkundungsbohrungen hat stattgefunden.“</p> <p>„Die in der Anregung genannten und dargestellten geplanten Standorte für Erkundungsbohrungen wurden in die regionalplanerische Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG eingestellt. Auch wenn diese noch vertiefter geprüft werden müssen, trägt der Regionalverband in diesem Fall Vorsorge für eine künftige räumliche Nutzung. Aus Sicht des Regionalverbands handelt es sich bei den Standorten für geplante Erkundungsbohrungen um eine erste Konkretisierung des im Regionalplan festgelegten Vorranggebiets zur Sicherung von Wasservorkommen. In der Abwägung ist der Regionalverband daher zum Ergebnis gekommen, die geplanten Standorte für Erkundungsbohrungen mitsamt einem Vorsorgeabstand aus dem Vorranggebiet Windenergie WEA-436-010 Altdorfer Wald Süd herauszunehmen.“</p>		
III.010	681	<p>2. Verschiebung in das Vorhabenzulassungsverfahren</p> <p>Es trifft im Grundsatz zu, dass auf der Ebene der Regionalplanung keine derart konkrete und den örtlichen Einzelfallumständen Rechnung tragende Prüfung des Belangs „Wasserschutz“ vorgenommen werden kann, wie dies insbesondere im Rahmen eines Vorhabenzulassungsverfahrens der Fall ist. Denn jedenfalls teilweise hängt die Prüfung von dem erst noch auszuwählenden konkreten Standort und von den konkreten Baumaßnahmen ab. Allerdings darf auch kein allzu großzügiges Verschieben von sich aufdrängenden Fragestellungen in das Vorhabenzulassungsverfahren stattfinden – jedenfalls dann nicht, wenn es, wie hier, um Ziel-festlegungen geht; vgl. VGH Mannheim Urt. v. 19.11.2020 – 5 S 1107/18, BeckRS 2020, 38975, beck-online, „Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind.“</p> <p>Die Prüfung darf also nicht durch eine zu geringe</p>	<p>Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten der Zone III sind grundsätzlich möglich und bedürfen einer Prüfung des Einzelfalls, welche auf regionalplanerischer Ebene nicht durchgeführt werden kann. Laut § 2a Abs. 3 LplG sind die zu beteiligenden Behörden beim Scoping zur Umweltprüfung angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Der Umweltbericht soll Angaben enthalten, die unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Gemäß § 14f Abs. 2 UVPg sind dies Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind also i.d.R. keine eigenen Such- und Erhebungsverfahren gefordert. Planungsträger sind daher i.d.R. auf regionsweit verfügbare Daten, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können, angewiesen. Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Untersuchungstiefe unterlaufen werden; vgl. auch ZUR 2024, 526, beck-online:</p> <p>„Die Variation der Prüftiefe lässt sich mit einer Je-desto-Formel beschreiben. Je nach-teiliger die Umweltauswirkungen sein können, je konkreter und verbindlicher die Plan-festlegung einen Rahmen für nachfolgende Planungsstufen setzt und je bedeutender die jeweilige Planfestlegung für die Zielsetzung des Plans ist, desto größer sollte die Prüftiefe sein, d. h., desto konkreter und umfassender sind die Umweltauswirkungen zu betrachten. Es ist grundsätzlich mit einer Tiefe zu prüfen, die eine sachgerechte Ent-scheidung auf der jeweiligen Planebene über die Planfestlegung erlaubt. Maßgeblich ist aber nicht die Leistungsfähigkeit des Planungsträgers, sondern die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Größe und Umfang der rahmensetzenden Vorgaben des Plans,</li> <li>• Empfindlichkeit und Bedeutung der betroffenen Schutzgüter sowie</li> <li>• Nachhaltigkeit und Quantität der zu erwartenden Umweltbeeinträchtigungen.“</li> </ul> <p>Berücksichtigt man die Bedeutung des Wasserschutzes im Altdorfer Wald (wir verweisen, um Wiederholungen zu vermeiden, auf unsere Stellungnahme vom 29. April 2024), ist eine weitergehende Prüfung und Berücksichtigung von dem Wasserschutz dienenden Aspekten erforderlich. Darauf gehen wir im Folgenden näher differenziert ein.</p> <p>3. Windenergieanlagen in unmittelbarer Nähe zum Brunnen</p> <p>Die Errichtung von WEA in der Schutzzone III in unmittelbarer Nähe zur Grundwasserfassung stellt ein signifikantes Risiko dar. Im Falle eines Rotorblattabbruchs oder eines strukturellen Versagens des Turms besteht die Möglichkeit, dass die Grundwasserfassung beschädigt wird. Derzeit versorgt diese Anlage die Ortschaft Vogt mit Trinkwasser. Da kein Reservebrun-nen für die Grundwasserfassung Damoos vorhanden ist, würde ein längerfristiger Ausfall der Anlage zu gravierenden Beeinträchtigungen in der Trinkwasserversorgung führen. Zwar ist die Eintrittswahrscheinlichkeit eines derartigen Ereignisses statistisch gering, jedoch wäre das potenzielle Schadensausmaß äußerst hoch. Verweisen auf die hier verlinkten Ausführungen zu „Havarie-Risiken und Gefährdungsbeurteilungen im Wasserschutzgebiet“ vom 5. November 2024:</p> <p><a href="https://windenergietag.de/2024/wp-content/uplo-ads/sites/9/2018/01/32WET05_F25_1830_8.2ConsultingAG.pdf">https://windenergietag.de/2024/wp-content/uplo-ads/sites/9/2018/01/32WET05_F25_1830_8.2ConsultingAG.pdf</a></p> <p>Auch der Abstand zum Hochbehälter Damoos ist nur gering, so dass das bislang vorgesehene Vorranggebiet für die Windenergie auch deshalb ein Problem ist. Die folgenden Abbildungen, die anlässlich des derzeit beim Landratsamt anhängigen Vorbescheidverfahrens angefertigt wurden, veranschaulichen die problematische Nähe</p>	<p>selbst.</p> <p>Es wäre nicht dienlich, wegen ungewisser Zukunftserwartungen die Festlegung als VRG Windenergie nicht zu treffen, zumal eine erhebliche Beeinträchtigung der Grundwasservorkommen durch die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie nicht zu besorgen ist. Reine Möglichkeiten können allerdings nie völlig ausgeschlossen werden (vgl. BVerwG, Urteil vom 16. Juli 1965 - IV C 54.65 -, Rn. 18, juris). Daher können allein die Möglichkeit einer unsachgemäßen Handhabung oder eines unerkennbaren Materialfehlers, d.h. die Möglichkeit eines menschlichen oder technischen Versagens, die theoretisch an jedem beliebigen Ort dazu führen können, dass wassergefährdende Stoffe in das Grundwasser gelangen, für sich genommen nicht als ausreichende Grundlage für ein Verbot herangezogen werden. Sie haben als "reine Möglichkeiten" grundsätzlich außer Betracht zu bleiben (vgl. BVerwG, Urteil vom 26. Juni 1970 - IV C 99.67 -, Rn. 17, juris).</p> <p>Die relevanten Belange sind ausreichend tief ermittelt und ausreichend dicht abgewogen worden. Die Untersuchungstiefe ist nicht zu gering. Eine sachgerechte Entscheidung war auch im Falle des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie möglich. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Im Teilregionalplan Energie werden Vorranggebieten Windenergie festgelegt, keine konkreten Anlagenstandorte. Die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie ist daher ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung durchgeführt worden. Exakte Standorte werden erst auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt werden können. Das Abwägungsmaterial bei der Festlegung regionalplanerischer Vorranggebiete braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden, wie auf den nachgeordneten Planungsebenen (BVerwG, Beschluss v. 22.05.2014 – 4 B 56.13 –, Rn. 8, juris), es sei denn, kleinteilige Belange wären dann auch auf der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sowohl zum Grundwasserwerk (1. Abb.), als auch zum Hochbehälter (2. Abb.):</p> <p>Wenn der Regionalverband ausweislich der Begründung zu PS 3.3.1 selbst davon ausgeht, dass die Grundwasserführung hier komplex und weitgehend unbekannt ist und hinzukommt, dass es sich bei den Trinkwasservorkommen in Oberschwaben ausweislich des Zielsatzes Ziffer 4.3.2 des Landesentwicklungsplanes um mit Blick auf die Wasserversorgung des gesamten Bundeslandes besonders schutzwürdige Trinkwasservorkommen handelt, erfordert dies, umso vorausschauender und mit dem diesem Belang zukommenden Gewicht im Rahmen einer solchen Planung umzugehen. Dass hier bislang ein Defizit vorliegt, kommt auch im Umweltbericht zum Ausdruck, wo es auf S. 56 oben heißt:</p> <p>„Die Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen im Altdorfer Wald wurden aufgrund mangelnder hydrogeologischer Erkenntnisse grob abgegrenzt.“ [Hervorh. d. d. Verf.],</p>	<p>nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen (BVerwG, Beschlüsse v. 24.03.2016 – 4 BN 41. - 45.15 –, juris; Beschluss v. 22.12.2016 – 4 BN 17/16 –, juris). Dies ist im vorliegenden Fall aber nicht so, da auf nachgelagerter Ebene noch ein Vorhabenzulassungsverfahren stattfindet. Das diesbezügliche Vorgehen des RVBO ist rechtlich nicht zu beanstanden, alle rechtlichen Anforderungen werden eingehalten.</p> <p>Die Ausführungen zeigen, dass eine Abschichtung der weiteren Betrachtung von Grundwasservorkommen auf die nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsebene möglich ist. Die Grundwasservorkommen im Altdorfer Wald sind zwar komplex und weitgehend unbekannt. Es ist auf regionalplanerischer Ebene aber zu erwarten, dass in den Vorranggebieten Windenergie 436-004, 436-009 und 436-010 eine Vereinbarkeit des Schutzes der Grundwasservorkommen mit der Errichtung von Windenergieanlagen gegeben ist.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl. Anlagen verwiesen.</p>	
III.010	682	<p>4. Rechtsverordnung Wasserschutzgebiet Damoos (1986)</p> <p>Nach der Verordnung für das Wasserschutzgebiet Damoos ist in der Zone IIIA gemäß Nr. 2.2 „die Herstellung von Erdaufschlüssen, wie Gruben, Bohrungen und Schürfungen von mehr als 1 m Tiefe sowie die Herstellung neuer und die wesentliche Änderung bestehender oberirdischer Gewässer“ verboten. Zwei der geplanten Windräder würden nach heutigem Stand in der Schutzzone III gebaut werden (es wäre noch zu prüfen, ob Zone IIIA betroffen ist). Nach dem hydrogeologischen Gutachten, das der Einrichtung des Wasserschutzgebiets zu Grunde liegt, ist die Grundwasserfließrichtung und das Einzugsgebiet nicht bekannt und die dritte Schutzzone ist auf Basis verschiedener Annahmen ausgewiesen worden. Besteht somit – wie bereits in unserer ersten Stellungnahme ausführlich dargelegt – ein gehöriges Maß an Unge-wissheit und damit an klärungsbedürftigen Aspekten, kann die Bewältigung angesichts der rechtlichen Anforderungen einen eine rechtsfehlerfreie Planung nicht derart großzügig, wie im Entwurf vorgesehen, in das Vorhabenzulassungsverfahren verschoben werden kann.</p>	<p>Für die Errichtung von Windenergieanlagen in WSG III bedarf es regelmäßig und abhängig von den Schutzgebietsverordnungen einer Befreiung (<a href="https://www.lfu.bayern.de/wasser/merkblattsammlung/teil1_grundwasserwirtschaft/doc/nr_128.pdf">https://www.lfu.bayern.de/wasser/merkblattsammlung/teil1_grundwasserwirtschaft/doc/nr_128.pdf</a>, <a href="https://sgdnord.rlp.de/fileadmin/sgdnord/Abteilung_3/Dokumente/Wasserwirtschaft/Planungshinweise_WEA_in_wasserwirtschaftlichen_Schutzgebieten_April-2024.pdf">https://sgdnord.rlp.de/fileadmin/sgdnord/Abteilung_3/Dokumente/Wasserwirtschaft/Planungshinweise_WEA_in_wasserwirtschaftlichen_Schutzgebieten_April-2024.pdf</a>). Diese Befreiung kann aber erst nach eingängigen Untersuchungen im Genehmigungsverfahren erteilt werden und nicht auf regionalplanerischer Ebene. Die Untere, Höhere und Oberste Grundwasserschutzbehörde haben gegen das Vorgehen des RVBO bei der Festlegungen von Vorranggebieten Windenergie in Wasserschutzgebieten der Zone III keine Einwendungen erhoben.</p> <p>Die in der Anregung aufgeführten Unsicherheiten zeigen ja gerade, dass es einer konkreten Standortplanung bedarf, um mit dem Grundwasserschutz vereinbare WEA-Standorte zu identifizieren. Diese Standortplanung findet aber nicht auf</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Ebene der Regionalplanung, sondern im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) statt.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Des Weiteren wird auf die vorangegangene Abwägung (BE ID 681) verwiesen.</p>	
III.010	683	<p>5. Masterplan Wasserversorgung und Überarbeitung Wasserschutzgebiet</p> <p>Der zuvor genannte Aspekt hängt eng mit dem Masterplan Wasserversorgung zusammen. Dieser Plan, der die Entwicklung der Wasserressourcen in Deutschland bis zum Jahr 2050 prognostiziert, beruht auf alten Daten (mit nur einer Tiefenbohrung). Die Schutzzonen müssen deshalb neu und mit großer Wahrscheinlichkeit vergrößert ausgewiesen werden. Dieser Masterplan sieht für den Standort Altdorfer Wald die Etablierung eines zweiten Standbeins zur Sicherung der Trinkwasserversorgung vor. Aufgrund des geschützten Grundwasservorkommens sowie der günstigen topographischen Lage gilt der Standort als besonders geeignet – insbesondere, weil die natürliche Geländeneigung eine weitgehend energieeffiziente Verteilung des Wassers im gesamten Verbandsgebiet ermöglicht. Im Rahmen der Umsetzung dieses Vorhabens sind zwei Erkundungsbohrungen geplant, die sich im Bereich der geplanten WEA im Altdorfer Wald befinden. Um die bestmöglichen Ergebnisse im Sinne der Wasserversorgung erreichen zu können, ist (auch) bei Erkundungsbohrungen ein Spielraum erforderlich, der durch die Windenergienutzung in diesem Bereich nicht eingeschränkt werden darf. Sollte es zur Einrichtung einer zweiten Trinkwassergewinnung kommen, wäre eine Neuausweisung der Wasserschutzzonen erforderlich. Dabei ist mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer Erweiterung der Schutzzone II auszugehen, was zu einer Überschneidung mit der derzeit noch als Vorranggebiet vorgesehenen Fläche für WEA und somit zu Konflikten führen dürfte.</p>	<p>Aufgrund der geplanten Bohransatzpunkte wurde das VRG WEA 436-010 nach der ersten Anhörung reduziert. Etwaige künftige Wasserschutzgebiete der Zone II stehen der Festlegung eines Vorranggebiets Windenergie nicht grundsätzlich entgegen.</p> <p>Die Festlegungen des Teilregionalplans Energie stehen damit der Umsetzung des Masterplans Wasserversorgung nicht unvereinbar entgegen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p>	Keine Berücksichtigung
III.010	684	<p>6. Gute Trinkwasserqualität, Nutzung ohne Aufbereitung</p> <p>Das derzeitige Rohwasser weist eine gute Trinkwasserqualität auf und kann nahezu ohne weitere Aufbereitung als Trinkwasser verwendet werden. Jegliche Eingriffe in die schützenden</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und es wird auf die vorangegangene und nachfolgende Abwägung zum gleichen Sachverhalt verwiesen. Zudem wird auf Folgendes verwiesen: Die angesprochenen Aspekte sind</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bodenschichten des Grundwassereinzugsgebiets bergen langfristig Risiken für die natürliche Filterfunktion und somit für die Qualität des Rohwassers. Während der Bauphase ist mit erhöhtem Verkehrsaufkommen sowie Eingriffen in das Erdreich zu rechnen, wodurch das Risiko einer Verunreinigung des Grundwassers durch Schadstoffe besteht. Ist die Qualität des Grundwassers erst einmal beeinträchtigt, ist eine Sanierung nur mit erheblichem Aufwand und hohen Kosten möglich – wobei der Erfolg entsprechender Maßnahmen schwer vorherzusagen ist. Umso mehr ist eine vorausschauende Berücksichtigung bereits auf der Ebene der Regionalplanung erforderlich.</p>	<p>Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
III.010	693	<p>7. Waldumbruch und Nitratproblem</p> <p>Vom Wasserschutzgebiet Damoos liegen 241 ha im Wald. Der Bau von WEA erfordert mit der Errichtung von Fundamenten und Zugangsstraßen einen teilweisen Kahlschlag der Waldflächen. Bislang galt der Wald als verlässlicher Speicher für Nitrat. Aktuelle Studien zeigen jedoch, dass Waldumbruch und Waldsterben diese Schutzfunktion erheblich beeinträchtigen können. Infolgedessen kann der Wald selbst zur Quelle von Nitrat werden. Die vermehrte Freisetzung von Nitrat birgt ein erhebliches Risiko für die Wasserqualität, da Nitrat aufgrund seiner hohen Mobilität rasch in das Grundwasser gelangen kann. Werden darüber hinaus die schützenden oberen Bodenschichten gestört, ist mit einer noch schnelleren Kontamination zu rechnen. Die Veränderungen der Nitratkonzentrationen treten häufig lokal sehr unterschiedlich auf, und ihre Auswirkungen werden mitunter erst nach mehreren Jahren messbar. Daher stellen aktuelle Messungen oft nur den Beginn einer langfristigen Entwicklung dar. Wir verweisen insofern auf folgende Fundstelle:</p> <p><a href="https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1029/2025EF006078">https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1029/2025EF006078</a></p>	<p>In der zitierten Studie geht es um die Erhöhung von Nitratkonzentrationen in Wasserschutzgebieten durch Waldsterben und nicht infolge von Teilrodungen für Windparks. Die Gefahr des Waldsterbens durch den Klimawandel besteht unabhängig davon, ob in einem Wald Teilflächen für Windparks gerodet werden oder nicht. Im Gegenteil, die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie dient dem Klimaschutz und damit eben der Eindämmung des Klimawandels und der damit verbundenen Folgen und ist damit erforderlich.</p> <p>Windparks sind nicht Gegenstand der Studie. Es wäre fernliegend, auf der Basis dieser einen genannten Studie, die sich nicht einmal auf WEA im Wald bezieht, Vorranggebiete Windenergie im Wald nicht festzulegen.</p>	Keine Berücksichtigung
III.010	694	<p>8. Erhöhte Vulnerabilität für das Grundwassereinzugsgebiet</p> <p>Der Bau von WEA kann die Vulnerabilität eines Grundwassereinzugsgebiets auf verschiedene Weise beeinflussen. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Eingriff in den Boden und Wasserhaushalt. Für die Errichtung von WEA sind massive Fundamente sowie Zuwegungen notwendig, was zu einer teilweisen</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und es wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen, die auch für den in der Anregung erläuterten Sachverhalt gilt.</p> <p>Zur Anforderung, mögliche Risiken im gesamten</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Versiegelung und Verdichtung des Bodens führt. Dadurch wird die natürliche Versickerung von Regenwasser vermindert, was die Grundwasserneubildung beeinträchtigen kann. Zudem verändern sich Oberflächenabflüsse, was Erosion oder Störungen im Abflussverhalten begünstigen kann. Ein weiterer kritischer Punkt ist der potenzielle Eintrag von Schadstoffen während der Bau- und Betriebsphase. Maschinen und Fahr-zeuge bringen Risiken durch Leckagen von Öl, Schmierstoffen oder Treibstoffen mit sich. Auch beim Einbau großer Mengen an Beton kann es zu Auswaschungen kommen, die die chemische Zusammensetzung des Sickerwassers beeinflussen. Wartungsarbeiten an den Windrädern bergen ebenfalls ein gewisses Kontaminationsrisiko, insbesondere wenn hydrau-lische Systeme oder Kühlmittel zum Einsatz kommen. Zusätzlich werden für die Erschließung neue Wege und Kabeltrassen angelegt, die die natürliche Bodenschichtung stören und neue Eintragspfade für Schadstoffe schaffen können. Wir verweisen beispielhaft auf eine Entscheidung des VGH München, Urt. v. 4.7.2024 – 22 A 23.40049 –, BeckRS 2024, 22288, beck-online.</p> <p>9. Trinkwassereinzugsgebieteverordnung und Trinkwasserrichtlinie Die im Jahr 2023 in Kraft getretene „Verordnung über Einzugsgebiete von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung (Trinkwassereinzugsgebieteverordnung – TrinkwEGV)“ dient dem Schutz der Beschaffenheit des Grundwassers oder Oberflächengewässers in Einzugs-gebieten von Entnahmestellen für die Trinkwassergewinnung im Hinblick auf die Verwendung als Trinkwasser und dem Schutz der Beschaffenheit des Rohwassers sowie dazu, den erfor-derlichen Aufwand der Aufbereitung von Trinkwasser durch Beseitigung oder Verringerung von Kontaminationen und ihrer Ursachen zu verringern (§1 TrinkwEGV). Für die Umsetzung der Verordnung gilt ein risikobasierter Ansatz, der sich dadurch auszeichnet, dass sämtliche Risiken in Trinkwassereinzugsgebiet analysiert und abgewogen werden sollen.</p> <p>Nach § 7</p> <p>TrinkwEGV kann der Betreiber in die Gefährdungsanalyse und Risikoabschätzung auch Ge-fährdungen einbeziehen, die außerhalb des Trinkwassereinzugsgebiets liegen. Wir verweisen insofern auch auf die (übergeordnete) europäische Trinkwasserrichtlinie (TWRL), in deren Er-wägungsgrund 17 folgendes ausgeführt wird:</p> <p>„Die Risikobewertung und das Risikomanagement der Einzugsgebiete von Entnahmestellen sollten einem ganzheitlichen Ansatz folgen und darauf ausgerichtet sein, den für die Gewinnung von Wasser für den menschlichen Gebrauch erforderlichen Umfang der Aufbereitung zu verringern, indem beispielsweise die Belastungen reduziert werden, die zur Verunreinigung bzw. zu einem Risiko der Verunreinigung von Wasserkörpern füh-ren, denen Wasser für</p>	<p>Einzugsbereich und darüber hinaus zu bewerten und deswegen ggf. keine Vorranggebiete Windenergie festzulegen, wird ergänzt: Es ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die in Anlage B.1 zur Synopse 1. Offenlage zu Beginn beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.</p> <p>Zudem: Die angesprochenen Aspekte gehen die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		den menschlichen Gebrauch entnommen wird.“ Gerade dann, wenn, wie hier, aufgrund der örtlichen Besonderheiten keine zusätzliche Auf-bereitung wie in anderen Gebieten erforderlich ist, unterstreichen diese beiden Regelwerke, Trinkwassereinzugsgebieteverordnung und Trinkwasserrichtlinie, die Bedeutung des Belangs „Wasserschutz“ im Altdorfer Wald und damit bei der hiesigen Planung.		
III.010	695	<p>10. Wasserschutz vs. Klimaschutz?</p> <p>Die eine oder andere Ausführung in den vorliegenden Unterlagen liest sich, als sei hier konkret der Belange „Wasserschutz“ mit dem Belang „Klimaschutz“ abzuwägen. Rechtlich zutreffend eingeordnet, stellt sich dies etwas anders dar. Zwar beinhaltet § 2 S. 1 und 2 EEG eine relative Gewichtungsverstärkung bezüglich der Gewinnung erneuerbarer Energien. Ähnlich wie das klimaschutzrechtliche Berücksichtigungsgebot des § 13 Abs. 1 KSG hat § 2 S. 1 und 2 EEG die Funktion einer Querschnittsklausel, die im Rahmen diverser Abwägungsentscheidungen zur Anwendung kommen kann. Wie weit § 2 S. 1 und 2 EEG im Planungsrecht gilt, ist noch nicht abschließend geklärt (so ausdr. NVwZ 2025, 447, beck-online). Allerdings ist in jedem Fall zu berücksichtigen, dass das WindBG, § 1 Abs. 2 WindBG mit sei den Regelungen zu den Flächenbeitragswerten, die für den Ausbau der Windenergie an Land benötigt werden, folgendes ist:</p> <p>„eine Umrechnung der Zielvorgaben des EEG auf die hierfür benötigte Fläche (2% der Bundesfläche, wenn die Rotorblätter über die ausgewiesenen Flächengrenzen hinausragen dürfen, BT-Drs. 20/2355 S. 23 f.).“</p> <p>[Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Meurers, 157. EL November 2024, BauGB § 249 Rn. 9, beck-online]</p> <p>Somit wird den Zielvorgaben des EEG dahin Rechnung getragen, wenn das ausdrücklich erklärte Flächenziel erreicht wird. Welche Flächen innerhalb der Region am besten geeignet sind (oder aufgrund gewichtiger Belange wie beispielsweise dem Wasserschutz nicht geeignet sind), ist im Hinblick auf die EEG-Zielerreichung irrelevant – solange eine den rechtlichen Anforderungen genügende Planung erzielt wird, die die jeweiligen Flächenbeitragswerte erreichen. Aus diesen Gründen ist der relative Gewichtungsvorrang der in § 2 S. 1 und 2 EEG vorgesehen ist, nicht geeignet, den Belang „Wasserschutz“ wegzuwägen. Denn auch dann, wenn das hier in Rede stehende Vorranggebiet entfällt, lässt sich das 1,8 %-Ziel, erreichen, und mehr noch: Dieses Ziel lässt sich so sicherer erreichen, da die Planung dann nicht von den erörterten Mängeln behaftet wäre.</p>	<p>Die Ausführungen in der Abwägung zur 1. Offenlage, im Textteil des Teilregionalplans Energie und im Umweltbericht sowie in der Abwägung der vorliegenden Stellungnahme zeigen auf, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Grundwasservorkommen im Altdorfer Wald auf der regionalen Planungsebene nicht zu besorgen sind bzw. im nachgelagerten Planungsverfahren abgearbeitet werden können, wenn die Standorte der WEA feststehen. Es ist damit nicht so, dass der Belang des Grundwasserschutzes aufgrund von § 2 EEG weggewogen wurde, sondern es wird - in Übereinstimmung mit den Fachbehörden - eine Vereinbarkeit gesehen und Detailfragen sind im nachgelagerten Vorhabenzulassungsverfahren zu klären. Nachrichtlich wird darauf verwiesen, dass der in der Anregung genannten Artikel NVwZ 2025, 447, beck-online zum § 2 EEG auch auf den Abwägungsvorrang verweist. Dies geht aus der verkürzten Wiedergabe zum Artikel in der Anregung nicht vor.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
Wasser- und Abwasserverband Untere Argen				

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
III.015	1332	Wir sind von der vorgenannten Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben nicht betroffen und geben daher keine Stellungnahme ab.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V.				
III.022	969	Vorbemerkung Der VfEW e.V. vertritt als Verband der Energie- und Wasserwirtschaft über 250 Energie- und Wasserversorger in Baden-Württemberg. Darunter Großunternehmen aber auch kommunale Betriebe sowie kleine, teilweise private Gebietsversorger und Zweckverbände. Die VfEWMitgliedsunternehmen versorgen Industrie, Gewerbebetriebe und rund zehn Millionen in Baden-Württemberg lebende Menschen auf einer Gesamtfläche von 36.700 Quadratkilometern mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser. Für jene Unternehmen steht die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, sei es mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser oder umweltverträglicher und kostengünstiger Energie, an oberer Stelle.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
III.022	970	Stellungnahme Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Fortschreibung des Teilregionalplans Stellung nehmen zu können. Wir begrüßen die großzügige Ausweisung und die Öffnung für Wind- und insbesondere Solarenergieanlagen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
III.022	971	Allerdings muss dabei grundsätzlich auch die erforderliche Infrastruktur, wie Netze, Transformatoren und zunehmend Speicher, mitgedacht werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte ("erforderliche Infrastruktur, wie Netze, Transformatoren und zunehmend Speicher") sind Details, die für die Energiewende äußerst wichtig sind, jedoch über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- und Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	Kenntnisnahme
III.022	972	Zudem möchten wir die Gelegenheit nutzen, um auf die Stellungnahmen der Netzbetreiber und Wasserversorger hinzuweisen. Aufgrund ihrer entscheidenden Bedeutung für die Versorgungssicherheit sind diese	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
III.022	973	<p>entsprechend zu gewichten.</p> <p>Abschließend möchten wir anmerken, dass auch in Wasserschutzgebieten der Zone II Flächen für erneuerbare Energien genutzt werden können.</p> <p>Hierzu liegt ein entsprechendes Hinweispapier des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg vor, wie diese auszugestalten sind.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Zweckverband Wasserversorgung Hohenberggruppe</b>				
III.030	464	<p>meine Stellungnahme bezieht sich auf folgende Gebiete:</p> <p>FFPV-437-022;Schwenningen - Südwest; Schwenningen FFPV-437-020;Glashütte - Ost 3; Stetten am kalten Markt FFPV-437-021;Glashütte - West; Stetten am kalten Markt (Im Menü lässt sich leider nur ein Gebiet auswählen)</p> <p>Im Bereich des "FFPV-437-021;Glashütte - West; Stetten am kalten Markt" trassieren mehrere Wasserleitungen (Zubringerleitung, Fernleitung und Hauptleitungen) der Hohenberggruppe. In naher Zukunft wird der Haupthochbehälter "Stetten", ein Dreh und Angelpunkt für die öffentliche Wasserversorgung. Die Einspeisung erfolgt über das Wasserwerk Neidinger Mühle. Innerhalb Ihres schraffiertes Bereiches befindet sich auch eine Fernwasserleitung Richtung Meßstetten. Einer Bebauung oder gar Überbauung im Bereich der Fernwasserleitung oder sonstigen Wasserleitungen der Hohenberggruppe können wir in keinem Fall zustimmen.</p> <p>Im Bereich "FFPV-437-020;Glashütte - Ost 3; Stetten am kalten Markt" trassiert eine Zubringerleitung zum Hochbehälter Frohnstetten sowie Hochbehälter Storzigen. Diese Leitung trassiert im Grünstreifen unterhalb der L218. Einer Überbauung wird ausdrücklich nicht zugestimmt. Mögliche Bauarbeiten sind eng mit der Hohenberggruppe abzustimmen.</p> <p>Im Bereich "FFPV-437-022;Schwenningen - Südwest; Schwenningen" trassiert eine Zubringerleitung Richtung Irndorf. Die exakte Lage dieser Wasserleitung ist leider nicht bekannt. Es könnte sein, dass diese Wasserleitung in dem von Ihnen schraffierten Bereich liegt. Jedenfalls wird die Leitung in unmittelbarer Nähe vermutet. Baumaßnahmen in diesem Bereich sind eng mit der Hohenberggruppe abzustimmen. Einer Überbauung wird ausdrücklich nicht zugestimmt. Sollte in diesem Bereich eine</p>	<p>Vorbehaltsgebiete Photovoltaik sind nach Plansatz 4.2.3 G (1) als Grundsatz eine Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG). Sie sind ist daher der Abwägung grundsätzlich zugänglich. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		PV-Anlage realisiert werden, so muss die Wasserleitung vorab geortet werden.		
		Planauszüge sind angehängt.		
<b>Zweckverband Wasserversorgung Hunsrück</b>				
III.031	110	<p>zunächst bedanken wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir begrüßen die Rücknahme des Vorranggebietes im nördlichen Bereich Richtung Bachhaupten. Durch die Rücknahme wird der Eingriff/die Überlagerung mit dem Wasserschutzgebiet Wagenhaustal ebenfalls reduziert. Der Zweckverband Wasserversorgung Hunsrück unterstützt die mit der Energiewende verbundenen Maßnahmen. Das Vorranggebiet WEA437-002 überlagert im östlichen Bereich das Wagenhaustal. Der Zweckverband Wasserversorgung Hunsrück bittet darum, dass die anerkannten Regeln der Technik zur Sicherung der Trinkwasserversorgung beachtet werden. Dazu gehören die Regelwerke des DVGW und des VdEW mit dem Positionspapier vom 19. April 2023 „Erzeugung erneuerbarer Energie in Grundwasserschutzgebieten - Ausbau fördern und Trinkwasserressourcen schützen“ bzw. mit dem Positionspapier PV und WKA in WSG II vom 11. Februar 2022 „Perspektiven und Voraussetzungen für den Ausbau von Photovoltaik und Windenergie in Wasserschutzgebieten (Zone II)“.</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage (Anlage B2 zur Synopse) verwiesen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.</p>	Kenntnisnahme
<b>Deutscher Hängegleiterverband e.V. im DaeC</b>				
III.074	31	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, der Deutsche Hängegleiterverband (DHV) ist gemäß § 31c Nr. 4 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr zuständig für die Zulassung von Start- und Landeflächen für motorlose Hängegleiter und Gleitsegel nach § 25 Abs. 1 LuftVG. Zudem obliegt uns gemäß §§ 31c Nr. 5 und 29 Abs. 1 LuftVG die Luftaufsicht.</p> <p>In den Landkreisen der Region Bodensee-Oberschwaben haben wir zwei Fluggelände für Außenstarts und -landungen mit motorlosen Gleitschirmen und Drachen zugelassen. Die Daten zu den Start- und Landeflächen im Landkreis Ravensburg finden Sie in der beigefügten PDF-Datei. Wir bitten Sie, diese Flächen bei der Regionalplanung sowie bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung oder für Photovoltaik zu berücksichtigen</p>	<p>Kenntnisnahme Alle im Rahmen der 1. Offenlage eingegangenen Stellungnahmen, Gutachten und weitere Dokumente wurden geprüft, und, falls relevant, in die Abwägung nach § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und dabei angemessene Sicherheitsabstände einzuplanen.</p> <p>a. Infos zum Sicherheitsabstand zu Flächen für Photovoltaik:  Der Mindestabstand zur Platzrunde bei Flugplätzen wurde in den Nachrichten für Luftfahrer (NfL Nr. 92/13) der Deutschen Flugsicherung (DFS) geregelt. Da Gleitschirme und Drachen mit einer kleineren Platzrunde als andere Luftfahrzeuge zurecht kommen, halten wir derzeit 500 m Abstand für ausreichend. Bei Windenschleppgeländen mit Seilen, welche bis zu 1.000 m lang sind, ist ebenfalls ein Sicherheitsabstand notwendig. Sollte innerhalb von 500 m im Bereich eines Fluggeländes eine Fläche für Photovoltaik ausgewiesen werden, muss eine Prüfung vor Ort vorgenommen werden. Dabei sind neben den Start- und Landeflächen auch die jeweiligen Flugräume zu berücksichtigen. Bei Hangfluggeländen ist auch der Flugraum zwischen Start- und Landeplatz zu berücksichtigen.</p> <p>b. Infos zum Sicherheitsabstand zu Windkraftanlagen  Gemäß Luftverkehrsgesetz ist bei Luftfahrthindernissen wie Windkraftanlagen oder Stromleitungen ein ausreichender Sicherheitsabstand einzuhalten. Zu Windkraftanlagen halten wir derzeit einen Abstand in Höhe des Siebenfachen des Rotordurchmessers im Lee der Anlage als angemessen, um Turbulenzen und Gefährdungen zu vermeiden.</p> <p>Bei der Planung sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Start- und Landeflächen <ul style="list-style-type: none"> <li>o Der empfohlene Sicherheitsabstand des siebenfachen Rotordurchmessers dient als Orientierungswert.</li> <li>o Für Windkraftanlagen, die weiter als der Siebenfache Rotordurchmesser entfernt sind, bestehen grundsätzlich keine Einwände.</li> <li>o Für Windenschleppgelände, bei denen Schleppseile mit einer Länge von bis zu 1.000 Metern eingesetzt werden, muss ebenfalls ein angemessener Abstand zur Schleppstrecke eingeplant werden.</li> <li>o Bei Hanggeländen sind neben den Start- und Landeflächen auch die jeweiligen Flugräume zu berücksichtigen.</li> <li>o Bei näher gelegenen Anlagen ist eine Einzelprüfung durch den DHV notwendig. Dabei sind Faktoren wie die Lage, Ausrichtung und meteorologische Verhältnisse zu berücksichtigen, um einen sicheren Flugbetrieb zu gewährleisten.</li> </ul> </li> <li>2. Flugräume und Platzrunden <ul style="list-style-type: none"> <li>o Der Mindestabstand zur Platzrunde bei Flugplätzen wurde in den Nachrichten für Luftfahrer (NfL Nr. 92/13) der Deutschen Flugsicherung (DFS) festgelegt. Die Platzrunde für Gleitschirme und Drachen ist kleiner als bei motorisierten Luftfahrzeugen. Der</li> </ul> </li> </ol>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>empfohlene Sicherheitsabstand berücksichtigt jedoch sowohl die zunehmende Größe moderner Windkraftanlagen als auch die dadurch verursachten Turbulenzen.</p> <p>Einzelfallprüfung bei näher gelegenen Anlagen Der empfohlene Abstand des siebenfachen Rotordurchmessers ist kein Ausschlusskriterium, sondern ein Orientierungswert. In Fällen, bei denen der Abstand nicht eingehalten werden kann, muss eine detaillierte Prüfung durch den DHV erfolgen. Hierbei sind insbesondere die Auswirkungen der Turbulenzen auf die betroffenen Fluggelände und die Sicherheit des Flugbetriebs zu bewerten.</p> <p>Wir bitten Sie, bei der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) die dargestellten Sicherheitsanforderungen einzubeziehen, um den Betrieb der Fluggelände und die Sicherheit der Gleitschirm- und Drachenflieger weiterhin zu gewährleisten.</p>		
Komm.ONE				
III.083	1331	Die Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben hat für die Komm.ONE AöR keine Relevanz.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Geiselharz-Schauwies				
III.099	1335	Für den Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Geiselharz-Schauwies wird keine Stellungnahme abgegeben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Vereinigung Natürlich für's Allgäu und Baden-Württemberg				
III.108	1012	<p>Stellungnahme der gemäß § 3 UmwRG anerkannten Naturschutzvereinigung Natürlich fürs Allgäu &amp; Baden-Württemberg e.V. mit neuem bzw. ergänzendem Sachvortrag zum Teilregionalplan Energie: Planungsoffensive zum Ausbau von Windkraft und Solar</p> <p>Die folgenden Standorte sind nicht als Vorranggebiete für Windenergieanlagen auszuweisen:</p> <p>3 WEAs in Leutkirch/Argenbühl – In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd (WEA-436-013).</p> <p>Hinweis: Unsere Schreiben vom 20.11.2023, 26.03.2024 sowie vom 30.08.2024 sind nur dem elektronischen Schreiben als Anhang vorsorglich beigelegt.</p>	Es wird auf die nachfolgende Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ebenfalls beigefügt ist das Ergebnis der Auswertung der Fledermaus-Begehung.</p> <p>Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben hat am 7. Februar 2025 beschlossen, den überarbeiteten Planentwurf des Teilregionalplans Energie in das zweite Beteiligungsverfahren zu geben. Dieser beinhaltet das bislang zurückgestellte Kapitel 4.2 des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben sowie Änderungen an anderen Planungskapiteln. Das Planwerk umfasst die Raumnutzungskarte mit den Flächenkulissen Windenergie und Photovoltaik, den Textteil mit Plansätzen und Begründung sowie den Umweltbericht.</p> <p>Sollte am Standort „Enkenhofener Wald“ ein Vorranggebiet ausgewiesen werden, wäre das der objektive Beweis dafür, dass der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (im Folgenden „RVBO“) gegen geltende nationale und EU-rechtliche Vorgaben verstößt, nämlich gegen die Verpflichtung, besonders konfliktarme Bereiche zur Umsetzung der Energiewende ohne erhebliche Umweltauswirkungen zu identifizieren und auszuweisen.</p> <p>Nach unserer juristischen Bewertung würden daher sowohl die methodische Vorgehensweise als auch die juristische Begründung des RVBO einer gerichtlichen Überprüfung – zumindest bezogen auf diesen Standort – nicht standhalten.</p> <p>I. Überblick:</p> <p>Nach sorgfältiger, rechtlich fundierter Prüfung halten wir die Planungstätigkeit des RVBO – jedenfalls bezogen auf die gegenständlichen Standorte – im Ergebnis für rechtswidrig.</p> <p>Im Folgenden finden Sie die wesentlichen Punkte zu den einzelnen römischen Ziffern:</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>II. Neue naturschutzfachliche Erkenntnisse 10 Fledermausarten nachgewiesen:</p> <p>Am Standort ‚Enkenhofener Wald‘ wurden zwei Sonderstatus-Fledermausarten (nämlich Große Bartfledermaus und Großer Abendsegler) und weitere acht Fledermausarten, die zur Ermittlung von Schwerpunktorkommen herangezogen werden, durch einen Fachgutachter nachgewiesen.</p> <p>Allein schon wegen der nachgewiesenen Fledermausarten ist das Gebiet ‚Enkenhofener Wald‘ daher als Schwerpunktorkommen der Kategorie A i.S.d. Fachbeitrags Artenschutz der LUBW anzusehen.</p> <p>III. Formelle Rüge des Umweltberichts (07.02.2025)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Strategische Umweltprüfung (SUP): Eine ordnungsgemäß durchgeführte SUP müsste für die gegenständlichen Standorte „erhebliche negative Umweltauswirkungen“ prognostizieren. Gemäß SUP- und FFH-Richtlinie hat dies einen Verbotscharakter („Ermessensreduzierung auf Null“) für Beschleunigungsgebiete zur Folge. Der RVBO weist dennoch Windenergiebereiche in artenschutzsensiblen Zonen aus.</li> <li>• Ungeeignete Planungsgrundlagen: Veraltete Artenschutzdaten, fehlerhafte Windatlas-Daten und unvollständige naturschutzfachliche Grundlagen führen zu einer EU-rechtswidrigen Ausgangslage.</li> <li>• UVP/FFH-Prüfungen fehlen. Gemäß § 7 UVPG und Art. 6 FFH-RL sind bei der Nähe zu Natura-2000-Gebieten und Mooren vollständige Umweltverträglichkeitsprüfungen erforderlich. Der RVBO begnügt sich jedoch mit unzureichenden Teilprüfungen.</li> <li>• EU-Vorgaben (Art. 15c EE-RL/2023/2413): Ein verpflichtender Ausschluss von Natura-2000-Gebieten und die Nutzung geeigneter Instrumente (Sensibilitätskarten) unterbleiben.</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtswirkung: Stellt die SUP erhebliche Umweltauswirkungen fest, wirken diese als Sperrwirkung. Die Fachliteratur bestätigt das höhere Gewicht der SUPFeststellung im Beschleunigungsverfahren.</li> </ul> <p>IV. Formelle Rüge zur Erläuterung und Abwägung des RVBO (10.04.2025)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fehlende FFH-Verträglichkeitsprüfung für das Gebiet „Enkenhofener Wald“: Der RVBO verweigert eine vertiefte Prüfung, obwohl mit einem Abstand von 170 m ein FFH-Moor direkt betroffen ist (EuGH C-127/02, C-98/03).</li> <li>• • Ungleichgewichtete Abwägung: Das Klimaschutzziel „Vorrang erneuerbarer Energien“ wird höher gewichtet als FFH-Schutzgebiete. EuGH-Urteile (C-473/19, C-357/20) verlangen die Gleichrangigkeit aller Natura-2000-Gebiete.</li> <li>• • Ignorieren von Alternativen (EuGH, C-477/19): Der Nachweis, dass keine zumutbaren Ausweichstandorte existieren, fehlt, da keine nachvollziehbare Kriterienmatrix vorliegt.</li> <li>• • Verschlechterungsverbot und Renaturierungsrecht: Pauschale Pufferzonen ignorieren, dass das Moor 170 m entfernt ist und nach Habitat-Richtlinie Art. 6 Abs. 2 sowie EU-Renaturierungs-Verordnung Art. 8 besonderen Schutz erfordert.</li> <li>• • Vogelzug- und Rastschutz: Trotz belegter Hauptflugroute und (nächtlicher) Rastfunktion im Fachgutachten fehlt eine individuelle Prüfung jeder Anlage (EuGH, C-355/90, C-127/02). Pauschale Abstände genügen nicht.</li> </ul> <p>V. Vom RVBO in der weiteren Planung zu berücksichtigende Punkte</p> <p>1. Zufahrten: Es fehlt die naturschutzrechtliche Prüfung (§§ 13, 15 BNatSchG).</p> <p>2. Öffentliches Interesse und Windhöflichkeit: Der Koalitionsvertrag</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>schwächt den Vorrang von Windkraft bei schwachwindigen Flächen (? 4 m/s).</p> <p>3. Biodiversität und Artenschutz: Art. 20a GG, FFH- und Vogelschutzrichtlinien sichern gleichrangig Schutzgebiete, da der Enkenhofener Wald direkt an schützenswerte Lebensräume grenzt.</p> <p>4. Rotor-In/Out: Nach § 4 WindBG und § 249 Bundesbaugesetz sind ohne ausdrückliche Planvorgabe nur Rotor-In-Planungen zulässig. Der RVBO hat Pufferflächen nicht rechtsverbindlich festgelegt. Bei Rotor-Out ist eine UVP zwingend.</p> <p>5. Artenschutzprüfung (§ 44 BNatSchG): Eine ganzjährige Erfassung geschützter Arten (inklusive zweijähriger Fledermausakustik) fehlt und es werden Tötungs- und Störungsverbote verletzt.</p> <p>6. FFH-Verträglichkeitsprüfung: Eine solche Prüfung ist zwingend notwendig, da erhebliche Beeinträchtigungen angrenzender FFH-Gebiete nicht ausgeschlossen werden können. Diese ist durch den RVBO aber nicht erfolgt.</p> <p>7. EU-Renaturierungsgesetz: Verpflichtet zur Erhaltung von Feuchtgebieten und Mooren. Der RVBO identifiziert keine konfliktarmen Flächen und vernachlässigt Renaturierungsziele.</p> <p>8. Schädliche Stoffe: Rotorblatt- und Mastabrieb erzeugen Mikro-/Nanopartikel und PFAS, die benachbarte Hochmoore und Gewässer gefährden. Es fehlen toxikologische Risikoabschätzungen und Bürgschaften (§ 5 BImSchG).</p> <p>9. Windhöflichkeit/Wirtschaftlichkeit: Die realistische Windgeschwindigkeit beträgt u.E. rund 4 m/s statt &gt; 6 m/s (wie vom RVBO unterstellt). Ohne ein belastbares Gutachten fehlt der Nachweis überragender öffentlicher Interessen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>10. Landschaftsbild: Dem RVBO liegt ein von ihm selbst in Auftrag gegebenes Fachgutachten vor, das für die gegenständlichen Standorte ausdrücklich empfiehlt, diese aufgrund ihrer ‚herausragenden Eigenart‘ von Windkraftanlagen freizuhalten.</p> <p>11. Kumulative Wirkungen: Ein ordnungsgemäßes Fachgutachten über additive und synergistische Effekte aller vorhandenen und geplanten Anlagen fehlt (Art. 6 Abs. 3 FFH-RL). Ansonsten wären die gegenständlichen Standorte nicht mehr Teil der Planung.</p> <p>12. Formeller Hinweis an Projektierer im Regionalplan auf mögliche nachträgliche behördliche Anordnungen: Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 19. Dezember 2023 (Az. 7 C 4.22) rechtskräftig entschieden, dass nachträgliche Anordnungen (bis hin zur Stilllegung) zulässig sind, wenn sich die Sachoder Rechtslage</p>		
III.108	1150	<p>II. Neue naturschutzfachliche Erkenntnisse – 10 planungsrelevante Fledermausarten am Standort Enkenhofener Wald nachgewiesen:</p> <p>1. Unsere anerkannte Naturschutzvereinigung hat im Zuge einer Detektor-Begehung am 02.05.2025 mit dem Fachgutachter Herrn Luis Ramos, Ravensburg, den Waldrand und Waldwege sowie den Waldinnenraum unmittelbar im Gebiet ‚nördlich von Enkenhofen‘ untersucht.</p> <p>Am Standort fachgutachterlich nachgewiesen wurden zwei Sonderstatus-Arten und acht Arten, die zur Ermittlung von Schwerpunktorkommen herangezogen werden (siehe Anlage 1 – Schriftsatz von Herrn Luis Ramos vom 04.06.2025).</p> <p>2. Dabei wurden die Fledermausarten ‚Große Bartfledermaus‘ und ‚Großer</p>	<p>Die im Anhörungsverfahren eingegangenen Unterlagen wurden in Hinblick auf die Relevanz für die regionale Planungsebene geprüft.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen Nachweise zu dauerhaften Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Abendsegler' nachgewiesen. Diese Fledermausarten sind im Fachbeitrag Artenschutz der LUBW als sogenannte Arten mit 'Sonderstatus' ausgewiesen.</p>	<p>Es handelt sich ausschließlich um Begehungen mit akustischem Detektor und Wärmebildkamera. Damit liegen keine Nachweise von Lebensstätten von Fledermaus-Sonderstatusarten vor, welche im Rahmen des Teilregionalplans Energie berücksichtigt werden können. Zu Anforderung an Nachweise s. Umweltbericht, Entwurf zum Satzungsbeschluss (ebenso Umweltbericht zum Satzungsbeschluss). Zum Umgang bei Festlegung VRG Windenergie: Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Schwerpunkt-vorkommen Kategorie A wurden im Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für Details s. Ausführungen zur Artenschutzprüfung im Umweltbericht zum 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Nachweise von Sonderstatusarten Fledermäuse, die auf regionaler Ebene hätten Berücksichtigung finden müssen, liegen damit nicht vor.</p>	
III.108	1151	<p>3. Im Fachbeitrag Artenschutz der LUBW werden weitere zehn Arten der Fledermäuse ermittelt, für die Gebiete mit besonderer artenschutzfachlicher Bedeutung (= Schwerpunkt-vorkommen) abzugrenzen sind. Von diesen zehn Arten sind die folgenden acht Arten ebenfalls nachgewiesen worden, nämlich</p> <p>? Bechsteinfledermaus            ? Fransenfledermaus            ? Großes Mausohr            ? Kleine Bartfledermaus</p>	<p>Für die artenschutzfachliche Prüfung liegt der Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023) als Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie vor. Darin sind Schwerpunkt-vorkommen (Kategorie A und B) für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten abgegrenzt. Schwerpunkträume haben eine hohe Stetigkeit und dieses methodische Vorgehen erleichtert es, den Artenschutz auf der vorgelagerten Ebene mit hinreichender Genauigkeit zu</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>? Wasserfledermaus  ? Rauhautfledermaus  ? Zwergfledermaus  ? Braunes Langohr</p> <p>4. Im Zuge der Begehung wurden zudem die Breitflügelfledermaus und die Zweifarbfledermaus nachgewiesen.</p> <p>5. Das Gebiet im Umfeld des derzeit noch angedachten Vorranggebiets Enkenhofen muss damit allein schon wegen der nachgewiesenen Fledermausarten als Schwerpunktorkommen der Kategorie A angesehen werden.</p> <p>Scherpunktorkommen der Kategorie A stellen naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Arten dar. Sie besitzen einen landesweit sehr hohen naturschutzfachlichen Wert, enthalten die für die (Quell-) Populationen landesweit bedeutendsten Flächen und/oder sind wichtiger Schutzraum für eine erhebliche Anzahl (mindestens vier) windkraftsensibler Arten. Rund die Hälfte der Kategorie-A-Räume beherbergen auch windkraftsensibler Arten, die gleichzeitig eine hohe Gefährdung, einen ungünstig-schlechten Erhaltungszustand und/oder eine besondere Seltenheit aufweisen („Sonderstatus-Arten“7). (Quelle: Fachbeitrag Artenschutz LUBW Ziffer 4.1.).</p>	<p>beachten, so dass auf den festgelegten Flächen regelmäßig keine unüberwindbaren Hindernisse mehr entgegenstehen werden.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW trägt also dazu bei, dass im Rahmen der Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen zum Teilregionalplan Energie Artenschutzbelange auch außerhalb von Schutzgebieten adäquat berücksichtigt werden können. Zudem kann so der Schutz von Populationen auf planerischer Ebene berücksichtigt werden, der wiederum eine Voraussetzung für das Erteilen einer Ausnahme auf nach-gelagerter Ebene darstellt (§ 45 Abs. 7 BNatSchG).</p> <p>Auch außerhalb der Schwerpunktorkommen des Fachbeitrags können in geeigneten Lebensräumen Vögel- und Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, vorkommen. Sie erfüllen aus landesweiter Sicht jedoch nicht die Voraussetzungen, um im Rahmen der im Fachbeitrag gewählten Methodik und der zur Verfügung stehenden Datengrundlagen als Schwerpunktorkommen der Kategorie A und B abgegrenzt zu werden. Vom Fachbeitrag sind auch Arten umfasst, die bevorzugt in Siedlungsbereichen vorkommen. Daher können Schwerpunktorkommen auch in Siedlungsbereichen liegen.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass für die im Fachbeitrag abgedeckten Arten die aus landesweiter Perspektive wichtigsten Landschaftsausschnitte im Fachbeitrag dargestellt werden. Eine angemessene Berücksichtigung der Schwerpunktorkommen durch den Planungsträger trägt daher zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei.</p> <p>Aus fachlicher Sicht sind die Schwerpunktorkommen nicht vergleichbar mit den im konkreten Genehmigungsverfahren (oder in raumspezifischen Gutachten) relevanten, oftmals dynamischen Horststandorten. Vielmehr bilden die Schwerpunktorkommen raumgreifend die für die Arten aus landesweiter Perspektive besonders wichtigen Landschaftsausschnitte ab, welche als zeitlich deutlich stabiler einzuschätzen sind. Datengrundlagen aus einzelnen, lokalen Kartierungen wurden zur Herleitung der landesweiten Schwerpunktorkommen i. d. R. nicht verwendet, um keine Verzerrungen bei den Ergebnissen des Fachbeitrags zu erzielen. Denn da bei solchen punktuellen Kartierungen der landesweite Vergleich fehlt, bleibt unklar, ob die mutmaßlich höhere Anzahl Artnachweise aus</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Gutachten tatsächlich mit landesweit höheren Dichten korrespondiert. Im ungünstigsten Fall hätten die anhand dieser Daten abgegrenzten Schwerpunktorkommen nur den höheren Erfassungsaufwand widerspiegelt und nicht die landesweit höchsten Dichten.</p> <p>Für Arten, die im Fachbeitrag Artenschutz erfasst sind, sind Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag für die Regionalplanung unbeachtlich, da das dem Fachbeitrag zugrunde liegende Konzept der Schwerpunktorkommen die kurzfristige räumliche Dynamik von Artorkommen und deren Bedeutung für die Regionalplanung bereits konzeptionell berücksichtigt. Die Kategorien des Fachbeitrags sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei.</p> <p>Es wird zudem auf die Landtagsdrucksache 17/8191 verwiesen.</p> <p>Für 10 Fledermausarten wurden im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen abgegrenzt (s. Anlage B.3 zur Synopse 1. Offenlage, dort sind die Fledermausarten aufgelistet). Vorkommen von windenergiesensiblen Fledermausarten, welche nach dem Planungskonzept des RVBO zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, nach der Strategischen Umweltprüfung oder nach den naturschutzfachlichen Prüfungen zu einer Reduktion des genannten VRG Windenergie führen müssten, liegen nicht vor.</p> <p>Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Fledermausarten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. § 45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen zur artenschutzrechtlichen</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Prüfung sowie die Anlage 3, Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss, verwiesen.</p> <p>Zu den Fledermausarten, die weder Sonderstatusarten sind noch windkraftsensibel: Im Verfahren wurden Informationen zu Vorkommen von Arten eingebracht, die nicht windkraftsensibel sind und keine Sonderstatusarten darstellen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Der Regionalverband plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, aber nicht die Standorte selbst.</p>	
III.108	1152	<p>6. Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung des EuGH und des BVerwG muss gewiss sein, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen auftreten. Nur wenn insoweit keine vernünftigen Zweifel verbleiben, darf die Strategische Umweltprüfung mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden (EuGH, Urt. v. 7.9.2004 – C 127/02 – Rn. 59 und 61; BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20.05 – BVerwGE 128, 1, Rn. 56).</p> <p>Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ermöglicht auch die Detektorerfassung, Fledermäuse der nach den naturräumlichen Verhältnissen in Betracht kommenden Arten einschließlich baumbewohnender Arten zu orten und nach Artzugehörigkeit gerichtsfest zu identifizieren. Dass dies bei manchen Arten schlechter gelingt als bei anderen, stellt die Methode bei daran angepasstem Untersuchungsaufwand nicht in Frage (BVerwG (Urteil vom 18.03.2009 - Aktz. BVerwG 9 A 41.07; BVerwG Urteil vom 12.08.2009 - BVerwG 9 A 64.07;</p> <p>Zudem sind Worst-Case-Betrachtungen bei der Bestandsaufnahme zulässig (stRspr, vgl. nur BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 - 9 A 64.07 -BVerwGE 134,</p>	<p>Hinweise zu den Urteilen: Die in der Anregung genannten Urteile betreffen nicht die Ebene der Regionalplanung, sondern bspw. Planfeststellungsbeschlüsse oder andere Genehmigungsverfahren für konkrete Vorhaben. Aus Sicht des RVBO sind diese Urteile nicht ohne weiteres auf die Regionalplanung übertragbar. Im Teilregionalplan Energie werden Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt, nicht die Standorte selbst. Die Festlegungen und die naturschutzfachlichen Prüfungen wurden daher ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung durchgeführt. Exakte Standorte werden erst auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt werden können.</p> <p>Es wird nicht angezweifelt, dass die Fledermausarten auf Artniveau richtig identifiziert wurden. Es wird davon ausgegangen, dass das Kollisionsrisiko in vielen Fällen nach Inbetriebnahme der Anlage über pauschale und anlagenspezifische Abschaltzeiten wirksam reduziert werden“ kann. (Hinweispapier der LUBW, 2014)</p> <p>Damit verbleibt auf Ebene des Regionalplans insbesondere die mögliche Betroffenheit von Fledermaus-Lebensstätten durch die geplanten Windenergiegebiete.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen Nachweise für dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>308 Rn. 38). Da insbesondere bei Fledermäusen die Bestandserfassung und die daran anschließende Beurteilung, ob und inwieweit naturschutzrechtlich relevante Betroffenheiten vorliegen, auf ökologische Bewertungen angewiesen sind, für die normkonkretisierende Maßstäbe und verbreitet auch gesicherte naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Standards fehlen (BVerwG Urteil vom 06.10.2022 - BVerwG 7 C 4.21).</p> <p>Sobald also eine nach § 3 UmwRG anerkannte Naturschutzvereinigung erhebliche Zweifel an der materiell-rechtlichen Vollständigkeit oder Verlässlichkeit der vertieften Umweltprüfung durch die Planungsbehörde aufzeigt (wie vorliegend geschehen durch die von einem Fachgutachter nachgewiesenen naturschutzfachlich relevanten Fledermausarten), kehrt sich die Beweislast um: Die Planungsbehörde muss nunmehr mit den besten verfügbaren wissenschaftlichen Methoden belegen, dass keine vernünftigen Zweifel daran bestehen, dass durch das Vorhaben keinerlei nachteiligen Auswirkungen auf das geschützte FFH-Gebiete oder FFH-Arten zu befürchten sind.</p> <p>III. Formelle Rüge des Umweltberichts zum Teilregionalplan Energie (Entwurf) vom 7. Februar 2025</p> <p>Bei einer ordnungsgemäß durchgeführten strategischen Umweltprüfung muss der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (RVBO) für die betreffenden Standorte feststellen, dass „erhebliche negative Umweltauswirkungen“ zu erwarten sind.</p> <p>Gemäß geltendem höherrangigen EU-Recht ist in diesem Fall eine Ausweisung als Beschleunigungsgebiet zwingend unzulässig.</p> <p>Das Ergebnis dieser Strategischen Umweltprüfung hat an dieser Stelle des Planungsverfahrens eine strikte Ausweisungsanforderung zur Folge bzw. führt zu einer absoluten Sperrwirkung für die Flächenausweisung.</p> <p>Bezogen auf die gegenständlichen Standorte liegt u. E. eine</p>	<p>bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Im Falle des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie liegen keine Daten zu Sonderstatusarten Fledermäusen vor, die den o.g. Kriterien genügen und so nahe am Vorranggebiet Windenergie gelegen sind, dass eine Berücksichtigung auf Ebene der Regionalplanung erforderlich wäre. Eine Reduktion oder Streichung des Vorranggebiets Windenergie erfolgt daher nicht. Auch das Ergebnis der Strategischen Umweltprüfung und der naturschutzfachlichen Prüfungen zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie ist damit nicht zu beanstanden.</p>	
III.108	1153	<p>III. Formelle Rüge des Umweltberichts zum Teilregionalplan Energie (Entwurf) vom 7. Februar 2025</p> <p>Bei einer ordnungsgemäß durchgeführten strategischen Umweltprüfung muss der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (RVBO) für die betreffenden Standorte feststellen, dass „erhebliche negative Umweltauswirkungen“ zu erwarten sind.</p> <p>Gemäß geltendem höherrangigen EU-Recht ist in diesem Fall eine Ausweisung als Beschleunigungsgebiet zwingend unzulässig.</p> <p>Das Ergebnis dieser Strategischen Umweltprüfung hat an dieser Stelle des Planungsverfahrens eine strikte Ausweisungsanforderung zur Folge bzw. führt zu einer absoluten Sperrwirkung für die Flächenausweisung.</p> <p>Bezogen auf die gegenständlichen Standorte liegt u. E. eine</p>	<p>Im derzeitigen Verfahren zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie werden keine Beschleunigungsgebiete festgelegt. Daher geht die Anregung von nicht korrekten Annahmen aus. Eine Abwägung erübrigt sich damit, denn die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung. Es wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass nach Rechtskraft des Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz sowie für Planverfahren nach dem Baugesetzbuch und dem Raumordnungsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes und zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes Beschleunigungsgebiete in einem gesonderten Verfahren gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes festgelegt werden (v.a. § 28 Abs. 5 ROG-Entwurf nach Beschluss des Gesetzes des deutschen Bundestags vom 10.07.2025).</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sogenannte „Ermessensreduzierung auf Null“ vor.</p> <p>1. Die aktuellen Regionalplanentwürfe sehen vor, Windenergiebereiche und Beschleunigungsgebiete vielfach in für den Artenschutz bedeutsamen Gebieten auszuweisen.</p> <p>Mit dem gewählten Vorgehen wird die Regionalplanung dieser EU-rechtlich vorgegebenen Vorgehensweise jedoch nicht gerecht, da ihre Aufgabe eigentlich darin besteht, besonders konfliktarme Bereiche aus naturschutzfachlicher Sicht zu identifizieren und auszuweisen, um die Energiewende ohne erhebliche Umweltauswirkungen umzusetzen.</p> <p>Wir halten die aktuelle Windenergieplanung des RVBO daher für rechtswidrig, weil die relevanten Planungsgrundlagen des Regionalverbands unserer Einschätzung nach EUrechtswidrig sind. Dies gilt insbesondere für den Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie, der als Planungsgrundlage rechtswidrig ist, da er gegen geltendes EU-Recht und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verstößt. Die naturschutzfachlichen Daten sind als Planungsgrundlage ungeeignet, da sie insbesondere zu FFH-geschützten Arten veraltet und/oder grob unvollständig sind. Insoweit wird im Fachbeitrag Artenschutz der LUBW wie folgt in Ziffer 4.5. bestätigend ausgeführt:</p> <p>(...) Es handelt sich bei den ermittelten Schwerpunktorkommen insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag sind</p>	<p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Es wird zudem darauf hingewiesen, dass sich die rechtlichen Vorgaben für die Regionalplan in Bezug auf die durchzuführenden Umweltprüfungen nicht geändert haben. Auf Ebene der Regionalplanung ist eine SUP durchzuführen, keine UVP, wie in der Anregung behauptet (zur Erläuterung s. Umweltbericht 2. Offenlage). Rechtliche Grundlage für die strategische Umweltprüfung (SUP) von Regionalplänen in Baden-Württemberg ist § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG.</p> <p>Im Übrigen führt das planerische Vorgehen (Planungskonzept, strategische Umweltprüfung, naturschutzfachliche Prüfungen) dazu, dass diejenigen Flächen als Vorranggebiete Windenergie festgelegt werden, die sich durch eine hohe Eignung und wenig Konflikte auszeichnen.</p> <p>Zur Aussage, die naturschutzfachlichen Daten seien als Planungsgrundlage ungeeignet, da sie v.a. zu FFH-geschützten Arten veraltet / unvollständig sind: Die Regionalplanung ist auf systematisch erhobene, regionsweit verfügbare Datengrundlagen angewiesen. Zum Vorwurf, dass nur zum Planungszeitpunkt bekannte Informationen verwendet wurden, wird aus dem Scoping-Papier zum Teilregionalplan Energie zitiert: Der Umweltbericht soll die Angaben enthalten, die „unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind“ (§ 2a Abs. 2 LplG). Gemäß § 14f Abs.2 UVPG sind dies die Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind i.d.R. keine Such- und Erhebungsverfahren gefordert, die über den bisher bei der Regionalplanerstellung notwendigen Rahmen der Hinzuziehung von Informationen und Abwägungsmaterial hinausgehen. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass der Umweltbericht in erster Linie auf bereits vorhandenem Datenmaterial aufbauen kann. Die zu beteiligenden Behörden sind angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen (§ 2a Abs. 3 LplG). Sollte das vorhandene Datenmaterial nicht ausreichen, so ist zu klären, ob von den Fachbehörden entsprechende Sachdaten bereitgestellt werden können. Die Bewertung,</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>für die Regionalplanung unbeachtlich, es sein denn, es handelt sich um Sonderstatus-Arten. (...)</p> <p>Auch der Windatlas Baden-Württemberg ist als Planungsgrundlage ungeeignet, da er von grob falschen Daten zur Windhöflichkeit ausgeht. Es ist als amtsbekannt zu unterstellen, dass die entsprechenden Winddaten für die benachbarten Gebiete in Bayern und Vorarlberg hiervon signifikant abweichen.</p> <p>Zudem verstoßen diverse Änderungen der planungs- und beteiligungsrechtlichen Grundlagen gegen geltendes EU-Recht.</p> <p>Besonders dramatisch ist, dass durch die Beschleunigungsgesetzgebung auf EU- und Bundesebene in diesen Gebieten zukünftig wesentliche umweltrechtliche Prüfungen, insbesondere die Artenschutzprüfung, in den Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen wegfallen.</p> <p>Auf Basis dieser rechtswidrigen Ausgangsplanung werden durch sogenannte „beschleunigte Verfahren“ Windkraftindustrieanlagen an Standorten ermöglicht, die aus naturschutzfachlicher Sicht nicht vertretbar sind. Das gefährdet den Artenschutz, da gerade in sensiblen Gebieten wesentliche Prüfungen entfallen.</p> <p>2. Gemäß § 7 i. V. m. Anlage 1 Nr. 1.6 UVPG ist eine UVP durchzuführen, wenn erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu Natura-2000-Gebieten, sensiblen Moorflächen und Feuchtbiotopen sowie der Nutzung als Rast-, Schlaf-, Nist- und Jagdplatz (und somit als Tabuzone) durch Vögel und Fledermäuse im europäischen Fernzug ist die Durchführung einer vollständigen UVP zwingend geboten. Eine Vorprüfung oder Teilprüfung ist unzureichend.</p>	<p>ob erhebliche Umweltauswirkungen durch die Planung vorliegen, ist aber in jedem Fall vom Regionalverband selbst zu leisten. Sofern Datenmaterial unzureichend oder erkennbar veraltet ist, sollte bereits während des Scopings geklärt werden, welche Stelle über umfassendere bzw. aktuellere Erkenntnisse verfügt und diese ggf. einbringen kann. Nur im Einzelfall können ergänzende, vom Planungsträger initiierte Untersuchungen notwendig sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn das vorhandene Datenmaterial für eine sachgerechte und fehlerfreie Abwägung nicht ausreichend ist. Ein solcher Einzelfall liegt im Fall der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie aus Sicht des Regionalverbands nicht vor.</p> <p>Bezüglich Windatlas: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 und B.4 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Bezüglich übergeordnete rechtliche Vorgaben: Das aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Anhörung.</p> <p>Alle weiteren Ausführungen beziehen sich auf die EU-Richtlinie RICHTLINIE (EU) 2023/2413, betreffen damit Beschleunigungsgebiete und sind damit aus den oben genannten Gründen nicht Gegenstand der Anhörung.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wir erachten die strategische Umweltprüfung des Regionalverbands weiterhin als unzureichend und rechtswidrig, wie bereits in der ersten Anhörungsrunde vorgetragen. Gegen die rechtswidrige Umweltprüfung des RVBO werden wir vorgehen.</p> <p>3. Gemäß Artikel 15c Abs. 1 a) ii) und iii) der RICHTLINIE (EU) 2023/2413 vom 18. Oktober 2023 ist wie folgt geregelt:</p> <p>ii) Natura-2000-Gebiete und Gebiete, die im Rahmen nationaler Programme zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt ausgewiesen sind, Hauptvogelzugrouten und Meeressäuger-Hauptzugrouten und andere Gebiete, die auf der Grundlage von Sensibilitätskarten und mit den unter Punkt iii genannten Instrumenten ermittelt wurden, ausschließen, mit Ausnahme künstlicher und bebauter Flächen wie Dächern, Parkplätzen oder Verkehrsinfrastruktur, die sich in diesen Gebieten befinden;</p> <p>iii) alle geeigneten und verhältnismäßigen Instrumente und Datensätze, z. B. Sensibilitätskarten für Wildtiere, nutzen, um die Gebiete zu ermitteln, in denen keine erheblichen Umweltauswirkungen durch Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu erwarten wären, wobei sie die im Zusammenhang mit der Entwicklung eines kohärenten Natura-2000-Netzes verfügbaren Daten — sowohl in Bezug auf Lebensraumtypen und Arten gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates (2)* als auch in Bezug auf gemäß der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (3)* geschützte Vögel und Gebiete — berücksichtigen;</p> <p>4. Gemäß Art. 15c Abs. 1 UAbs. 1 lit. a) EE-RL 2023 sind ausreichend homogene Land-, Binnengewässer- und Meeresgebiete auszuweisen, in denen in Anbetracht der Besonderheiten des ausgewählten Gebiets die Nutzung einer</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bestimmten Art oder bestimmter Arten erneuerbarer Energie voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat.</p> <p>Dies ist zusammen mit Art. 15c Abs. 2 EE-RL 2023 zu lesen. Demnach sind Pläne zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten vor ihrer Annahme einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) nach der SUP-RL zu unterziehen. Haben sie voraussichtlich erhebli- che Auswirkungen auf Natura-2000-Gebiete, ist zusätzlich eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nach Art. 6 Abs. 3 FFH-Richtlinie erforderlich. Art. 5 Abs. 1 SUP-RL verlangt im Falle einer Strategischen Umweltprüfung die Erstellung eines Umweltberichts, in dem die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden, die die Durchführung des Plans auf die Umwelt hat, sowie vernünftige Alternativen, die die Ziele und den geografischen Anwendungsbereich des Plans berücksichtigen.</p> <p>Die Informationen gemäß Art. 5 Abs. 1 SUP-RL umfassen nach Anhang 1 lit. f) SUP-RL u. a.:</p> <p>„die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen (Anm. Verfasser: Einschließlich sekundärer, kumulativer, synergetischer, kurz-, mittel- und langfristiger, ständiger und vorübergehender, positiver und negativer Auswirkungen. vgl. Fn. 1 zu Anhang 1 lit. f) SUP-RL), einschließlich der Auswirkungen auf Aspekte wie die biologische Vielfalt, die Bevölkerung, die Gesundheit des Menschen, Fauna, Flora, Boden, Wasser, Luft, klimatische Faktoren, Sachwerte, das kulturelle Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und der archäologischen Schätze, die Landschaft und die Wechselbeziehung zwischen den genannten Faktoren.“</p> <p>5. Sind nach dieser Prüfung erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, ist eine</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ausweisung als Beschleunigungsgebiet nicht zulässig.</p> <p>Wie bekannt, liegen die betreffenden Standorte in unmittelbarer Nähe zu Natura-2000-Gebieten. Ebenso kann als amtsbekannt unterstellt werden, dass durch diese Windkraftanlagen Einwirkungen auf diese FFH-Gebiete bzw. auf FFH-geschützte Arten, die von einem FFH-Gebiet in ein anderes wechseln, entstehen werden.</p> <p>Gemäß § 34 Abs. 2 BNatSchG darf ein Vorhaben zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen eines Natura-2000-Gebiets in seinen für das Erhaltungsziel oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen. Maßgebliches Kriterium ist der günstige Erhaltungszustand der geschützten Lebensräume und Arten. Ein günstiger Erhaltungszustand muss trotz der Durchführung des Vorhabens stabil bleiben (BVerwG, Urteil vom 17.01.2007, Az. 9 A 20/05, BVerwGE 128, 1, Rn. 43). Es muss dabei gewiss sein, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen auftreten. Nur wenn insoweit keine vernünftigen Zweifel verbleiben, darf die Verträglichkeitsprüfung mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden (EuGH, Urteil vom 7.9.2004 – C 127/02 – Rn. 59 und 61; BVerwG, Urteil vom 17.1.2007 – 9 A 20/05 – BVerwGE 128, 1 Rn. 43). vom 7. September 2004 – C 127/02 – Rn. 59 und 61; BVerwG, Urteil vom 17.01.2007 – 9 A 20.05 – BVerwGE 128, 1, Rn. 56).</p> <p>Das Ergebnis dieser Prüfung hat somit an dieser Stelle des Planungsverfahrens eine strikte Ausweisungswirkung bzw. führt zu einer absoluten Sperrwirkung für die Flächenausweisung (Sobotta, REPowerEU – Quo vadis Naturschutz?, NVwZ 2023, S. 1609 (1614); Stiftung Umwelt Energierecht, Die Beschleunigungsgebiete nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, Nr. 35, 08.02.2024, Seite 17).</p> <p>Demnach kommt der Feststellung, dass voraussichtlich erhebliche</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Umweltauswirkungen zu erwarten sind, bei der Ausweisung der Beschleunigungsgebiete ein viel höheres Gewicht zu als sonst im Verfahren zur Aufstellung bzw. Änderung von (Regional-) Plänen (Stiftung Umwelt Energierecht, Die Beschleunigungsgebiete nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, Nr. 35, 08.02.2024, Seite 17).</p> <p>Aus diesem Grund ist eine unzureichende Datenbasis hinsichtlich Artenschutz und Windhöflichkeit nicht hinnehmbar.</p> <p>Das ist ein gravierender Unterschied zu einem „normalen Regionalplanungsverfahren“, das nicht zu einer Beschleunigung des davon betroffenen Genehmigungsverfahrens führt. Im Falle eines „normalen Regionalplanungsverfahrens“ ist das Ergebnis der SUP bei der Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Plans nur ein zu berücksichtigender Abwägungsbelang, der eine Gebietsausweisung nicht in gleicher Weise sperren kann. Vgl. dazu Art. 8 SUP-RL bzw. § 43 Abs. 2 UVPg.</p>		
III.108	1154	<p>6. Die angedachte Vorrangfläche „Enkenhofener Wald“ liegt in unmittelbarer Nähe zu FFH-Gebieten, entspricht zweifelsfrei allen Voraussetzungen eines Natura-2000-Gebiets (Feuchtgebiete in Wäldern, Brut- und Nahrungshabitat für FFH-Arten) und befindet sich überwiegend auf Staatswaldflächen.</p> <p>Das Vorranggebiet „Enkenhofener Wald“ liegt – wissenschaftlich erwiesen – auf der Hauptroute des europäischen Vogelzugs (Jethro G. Gauld et al., Journal of Applied Ecology, 12.02.2022, Hotspots in the Grid: Avian Sensitivity and Vulnerability to Collision Risk from Energy Infrastructure Interactions in Europe and North Africa, Konstanzer Online-Publikationssystem (KOPS), URL: <a href="http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-15vnbpyegch739">http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-15vnbpyegch739</a>).</p>	<p>Wie in der vorangegangenen Abwägung (BE ID 1153) erläutert, werden im gegenwärtigen Verfahren keine sog. Beschleunigungsgebiete ausgewiesen.</p> <p>Zur Behauptung, dass in der Anregung genannte VRG Windenergie müsste in der Abwägung nach denselben Kriterien bewertet werden wie ein Natura-2000-Gebiet und zur Forderung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung wird auf die Abwägung zu BE ID 3017, 3018, 3019 und 3020 der Stellungnahme mit dem Az. III.108 in der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt hier für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen. Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist damit nicht erforderlich.</p> <p>Zu möglichen Auswirkungen des VRG Windenergie auf umliegende Mooregebiete wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie verwiesen.</p> <p>Mögliche erhebliche Beeinträchtigungen auf umliegende</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>In diesem Kontext dient das Gebiet als Rast-, Jagd-, Brut- und Schlafhabitat. Das Rastgebiet ist Teil des FFH-Gebiets „Feuchtgebietekomplex nördlich von Isny“ und ist durch komplexe Beziehungen zwischen mehreren verteilten Gewässern, Feuchtbiotopen im Wald, Hochmooren und Naturschutzgebieten mit Rast- und Übernachtungsplätzen sowie mit über das ganze Gebiet verteilten Nahrungsflächen und weiteren Funktionselementen eines Rastgebiets gekennzeichnet. Zwischen diesen findet ein reger Austausch von FFH-geschützten Vögeln und Fledermäusen statt.</p> <p>Die Errichtung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet hätte erhebliche Auswirkungen auf die Funktion dieses Habitats. Neben essenziellen und traditionellen Nahrungsflächen größeren Umfangs wären nämlich auch stark frequentierte Überfluggebiete betroffen, die für die Funktion des Gebiets von entscheidender Bedeutung sind. Die Folge wäre eine Verschlechterung des Gebietszustands. Die besonderen Bedingungen dieses Gebiets lassen nicht erkennen, dass sich Möglichkeiten zur Vermeidung, Minderung oder zum Ersatz beeinträchtigter Funktionen für rastende Vögel oder Fledermäuse schaffen ließen.</p> <p>Zudem ist offensichtlich, dass von diesem Standort aus sehr erhebliche negative Effekte für die umliegenden Mooregebiete, FFH-Gebiete und Naturschutzgebiete ausgehen würden.</p> <p>Diese Fläche ist daher – selbst wenn sie nicht unmittelbar in das Natura-2000-Schutzgebiet einbezogen wurde – in eine SUP einzubeziehen und nach denselben Kriterien zu bewerten (BVerwG, Urteil vom 14.04.2010 – A 5.08, NuR 2010, 558, Rn. 38</p> <p>ff.; Schumacher/Fischer-Hüftle, Bundesnaturschutzgesetz, Kommentar, 3. Auflage, § 34,</p>	<p>FFH-Gebiete wurden in der Natura-2000-Vorabprüfung geprüft. Ergebnis: Keine erhebliche Beeinträchtigung auf regionaler Ebene durch die Festlegung des Vorranggebiets Windenergie prognostiziert (s. Entwurf Umweltbericht zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Naturschutzgebiete wurden mitsamt eines Vorsorgeabstands von 200 m von Vorranggebieten Windenergie freigehalten (s. Kriterienkatalog Entwurf zum Satzungsbeschluss). Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zum Rast-, Jagd-, Brut- und Schlafhabitat, zum Hauptgebiet für den europäischen Vogelzug sowie zu den Überflügen: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage BE ID 2569 sowie die Anlage zur Synopse Teil B.4 (1. Offenlage) verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>§ 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG bezieht sich auf die Alternativenprüfung im Rahmen der Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung. Da keine Verträglichkeitsprüfung erforderlich ist (Argumentation s.o.), erübrigt sich eine Auseinandersetzung mit diesem Punkt in der Anregung.</p> <p>Bzgl. Behauptung eines faktischen FFH-Gebiets und Vogelzug s. BE-ID 1156</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Rn. 12).</p> <p>Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung des EuGH und des BVerwG muss gewiss sein, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen auftreten. Nur wenn insoweit keine vernünftigen Zweifel verbleiben, darf die Verträglichkeitsprüfung mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden (EuGH, Urt. v. 7.9.2004 – C 127/02 – Rn. 59 und 61; BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20.05 – BVerwGE 128, 1, Rn. 56).</p> <p>Sollte der Regionalverband dennoch Vorranggebiete im Enkenhofener Wald ausweisen wollen, muss er gemäß § 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG prüfen und begründen, dass innerhalb seines Planungsgebietes (also innerhalb des vom RVBO umfassten Verbandsgebiets) keine zumutbaren Alternativen vorhanden sind. Lassen sich die Planungsziele an einem Standort verwirklichen, der nach dem Schutzkonzept der Habitatrichtlinie günstiger ist, oder mit geringerer Eingriffsintensität, so muss der Regionalverband von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Ein Gestaltungsspielraum steht ihm insoweit nicht zu (BVerwG, Urteil vom 9.7.2009 – 4 C 12/07 – BVerwGE 134, 166 Rn. 33; OVG Bremen, Beschluss vom 3.4.2017 – 1 B 126/16). 9.7.2009 – 4 C 12/07 – BVerwGE 134, 166 Rn. 33; OVG Bremen, 1 B 126/16, Beschluss vom 3.4.2017).</p> <p>Bezogen auf die planerische Tätigkeit des Regionalverbands bedeutet dies, dass die Ausweisung des Vorranggebiets „Enkenhofener Wald“ unzulässig ist, wenn zur Erreichung der Planungsziele eines der übrigen im Suchraum zur Verfügung stehenden bzw. bisher vorgesehenen Vorranggebiete objektiv weniger negativ betroffen wäre oder wenn bei gleich negativer Betroffenheit objektive Gründe gegen andere Standorte sprächen.</p>		
III.108	1155	<p>7. Die Mangelhaftigkeit des Umweltberichts des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben wird am Beispiel des bislang noch geplanten</p>	<p>Alle in der Anregung genannten Belange wurden in die Abwägung eingestellt. Das Hochmoor Taufach-Fetzach-Moos ist nach dem Planungskonzept zur</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorranggebiets „Enkenhofener Wald“ besonders deutlich.</p> <p>Auf die naturschutzfachlich herausragende Eigenart des Standorts Beuren und Umgebung – und somit auch des Vorranggebiets „Enkenhofener Wald“ – haben wir seit rund 15 Jahren auf vielfältige Weise und immer wieder hingewiesen. Es dürfte als amtsbekannt gelten, dass es in Baden-Württemberg wenige Orte gibt, die naturschutzfachlich ähnlich herausragend sind. Beispiele hierfür sind die „Plenum-Modellregion“, der „Isnyer Appell als Meilenstein für das EU-Naturschutzkonzept des Integrativen Naturschutzes“, das Taufach-Fetzach-Moos als Hochmoor von europäischem naturschutzfachlichem Rang, die Wiedervernässung des Winnis Moos und die Kernzone des neuen Biosphärengebiets Allgäu/Oberschwaben.</p> <p>Das Gebiet um Beuren und den „Enkenhofener Wald“ zeichnet sich zudem durch eine einzigartige Schönheit seiner Natur und Landschaft aus. Dies wurde auch im Auftrag des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben in einer fachgutachterlichen Untersuchung bestätigt.</p> <p>Allein schon aus diesem Grund ist das Gebiet nach geltendem EU-Recht von Vorranggebieten für Windkraft ebenso wie von Windkraftanlagen freizuhalten.</p> <p>Im Zuge der Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans hat der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben eine fachgutachterliche Bewertung des Landschaftsbildes anhand objektiver Kriterien durch die PAN Planungsbüro für angewandten Naturschutz GmbH erstellen lassen. Dem Fachgutachten (Stand: 25.08.2023) ist bezüglich des Standorts Enkenhofen zur Bewertung der sogenannten Landschaftsbildqualität zu entnehmen:</p> <p>(...) Die ausgeprägteste Eigenart weisen in der Region das Donaudurchbruchstal zwischen</p>	<p>Festlegung von Vorranggebieten Windenergie weit genug vom in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie entfernt (zur Berücksichtigung des Moorschutzes beim VRG Windenergie s. auch Anlage zur Synopse 2. Offenlage zum genannten Vorranggebiet Windenergie). Das VRG Windenergie liegt nicht in einer Kernzone nach den derzeit verfügbaren Planungen zum Biosphärengebiet Oberschwaben-Allgäu. Die Wiedervernässung des Winnis Moos ist ebenfalls weit genug vom VRG Windenergie entfernt (s. Anlage zur Synopse 2. Offenlage zum in der Anregung genannten Vorranggebiet). Das Vorliegen einer PLENUM Modellregion steht der Errichtung von Windkraftanlagen nicht entgegen, da es sich nicht um ein Schutzgebiet mit Rechtsstatus handelt. Zu den Ausführungen zum Landschaftsbildgutachten PAN:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 sowie auf die Ergebnisse der Strategischen Umweltprüfung in Anlage 1 zum Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen. Die Ergebnisse des in der Anregung zitierten Landschaftsbildgutachtens wurden bei der Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergie (s. Kriterienkatalog) und bei der Strategischen Umweltprüfung sowie in der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Und 2. Offenlage angemessen berücksichtigt. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen. Das Erfordernis einer Reduktion oder Streichung des VRG Windenergie ergibt sich dadurch nicht.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Beuron und Sigmaringen und die großen Moorkomplexe auf. Bei den Mooren sind das Wurzacher Ried und das Pfrunger-Burgweiler Ried herausragend. Aber auch das Gründlenried-Rötseer Moos nördlich von Kißlegg, das Fetzach-Taufachmoos mit den Urseen bei Beuren und die Bodenmöser zwischen Isny und Eisenharz weisen auf großer Fläche naturnahe Moorflächen und somit eine herausragende Eigenart auf.</p> <p>(...)</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2025, Seite 31)</p> <p>(...) Eine überdurchschnittliche bzw. deutlich überdurchschnittliche Bedeutung für das Landschaftsbild haben demnach: (...)</p> <p>- sonstige große Moor- und Seenkompexe im Allgäuer Teil der Region: Eine deutlich überdurchschnittliche Bewertung erhalten auch andere Moor- und Seenkompexe wie das Fetzach- und Taufachmoos mit den Urseen und dem Haldensee (Beurener Badensee) oder die Bodenmöser bei Isny. Auch hier ist die ausgeprägte Eigenart entscheidungserheblich. (...)</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2025, Seite 48)</p> <p>Die fachgutachterliche Empfehlung an den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (als Auftraggeber des Gutachtens) ist daher auch eindeutig und lautet wie folgt: (...) Grundsätzlich ist anzustreben, die Vorranggebiete für Windenergieanlagen und Vorbehaltsgebiete für Freiflächensolaranlagen dort zu situieren, wo die Konflikintensität</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung																
		<p>durchschnittlich bis (deutlich) unterdurchschnittlich ist. Für die Abgrenzung der Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete können folgende Empfehlungen gegeben werden: (...)</p> <p>– Wegen der grundsätzlich weiten Einsehbarkeit von WKA sollten Vorranggebiete im unmittelbaren Umfeld von Landschaften mit besonderer Eigenart und Attraktivität (...) möglichst vermieden werden. (...)</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2025, Seite 98</p>																		
III.108	1156	<p>8. Wir halten den Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie (Entwurf) vom 07.02.2025 auch aus weiteren Gründen für rechtlich, sachlich und fachlich fehlerhaft. Sollten wir innerhalb unseres Wirkungskreises gezwungen sein, uns gegen die Ausweisung eines Vorranggebiets wehren zu müssen, würde damit über die – in Baden-Württemberg überall in gleicher Weise u.E. fehlerhafte Planungsgrundlage – entschieden werden (müssen). Wir begründen in der gebotenen Kürze, warum wir den Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie (Entwurf) vom 07.02.2025 aus weiteren Gründen für rechtsfehlerhaft und mithin anfechtbar halten:</p> <table><tr><th>Num gegen mer</th><th>Thema/Kritik- Begründung</th><th>Fundstelle im dokument</th><th>Verstoß</th></tr><tr><td>1</td><td>Fehlende Berücksichtigung von Vogelschutzricht- ornithologisch</td><td>Kapitel 2.2 "Flä- Die Vogelschutzrichtlinie verlangt, dass alle chenauswahlpro- bedeutenden Gebiete (dazu zählen auch IBAs) in die</td><td>linie Art.</td></tr><tr><td>4 VO- Natura</td><td>International zess" (keine 2000-Planung einbezogen werden. In Kapitel 2.2 wird jedoch</td><td></td><td>GEL-RL;</td></tr><tr><td></td><td>Important Bird</td><td>Erwähnung von</td><td>Rs.</td></tr></table>	Num gegen mer	Thema/Kritik- Begründung	Fundstelle im dokument	Verstoß	1	Fehlende Berücksichtigung von Vogelschutzricht- ornithologisch	Kapitel 2.2 "Flä- Die Vogelschutzrichtlinie verlangt, dass alle chenauswahlpro- bedeutenden Gebiete (dazu zählen auch IBAs) in die	linie Art.	4 VO- Natura	International zess" (keine 2000-Planung einbezogen werden. In Kapitel 2.2 wird jedoch		GEL-RL;		Important Bird	Erwähnung von	Rs.	<p>zu 1.: Important Bird Areas bilden eine wesentliche Grundlage für die Ausweisung von Europäischen Vogelschutzgebieten nach der EWG-Vogelschutzrichtlinie, die wiederum in das Programm Natura 2000 der Europäischen Union einbezogen werden. Der Europäische Gerichtshof und nationale Obergerichte haben mehrfach die Umsetzung europäischen Naturschutzrechts danach beurteilt, ob IBAs unter staatlichen Schutz gestellt wurden. Aus Sicht des RVBO wurden in der Region Bodensee-Oberschwaben IBAs durch die Ausweisung von Vogelschutzgebieten ausreichend unter staatlichen Schutz gestellt, z.B. im Bereich der Adelegg oder dem Wurzacher Ried. Hintergrund ist das abgeschlossene Meldungsverfahren schutzwürdiger Gebiete an die EU-Kommission und die ausbleibende Nachmeldeforderungen eben jener. Unter anderem deshalb ist in der Rechtsprechung auch anerkannt, dass eine tatsächliche Vermutung für die Richtigkeit der Gebietsauswahl bzw. Gebietsabgrenzung besteht. Aus Sicht des RVBO gibt es daher kein Erfordernis, IBAs neben den Europäischen Vogelschutzgebieten, FFH-Gebieten, dem Fachbeitrag der LUBW und den weiteren Schutzgebietskulissen (s. Planungskonzept mit Planungskriterien, Umweltbericht, etc.) im Teilregionalplan Energie oder im Umweltbericht ergänzend zu berücksichtigen.</p> <p>Die §§ 33f. BNatSchG finden grundsätzlich im Übrigen</p>	Keine Berücksichtigung
Num gegen mer	Thema/Kritik- Begründung	Fundstelle im dokument	Verstoß																	
1	Fehlende Berücksichtigung von Vogelschutzricht- ornithologisch	Kapitel 2.2 "Flä- Die Vogelschutzrichtlinie verlangt, dass alle chenauswahlpro- bedeutenden Gebiete (dazu zählen auch IBAs) in die	linie Art.																	
4 VO- Natura	International zess" (keine 2000-Planung einbezogen werden. In Kapitel 2.2 wird jedoch		GEL-RL;																	
	Important Bird	Erwähnung von	Rs.																	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>C-3/96 nur auf bereits ausgewiesene SPA/SCI Bezug genommen, Areas (IBA) als IBA (Niederlande); § ohne potenzielle IBAs zu prüfen. potenziell schutz- 34 BNatSchG Nach Rs. C-3/96 dürfen Planungen nicht ausschließlich auf würdige Gebiete existierende SPA/SCI beschränkt bleiben; IBAs müssen</p> <p>vorbeugend in Betracht gezogen werden. § 34 BNatSchG</p> <p>überträgt diese Verpflichtung national. Der Umweltbericht</p> <p>versäumt diese Vorsorge, sodass wertvolle Vogelhabitaträu-</p> <p>me unberücksichtigt bleiben.</p> <p>2 Unzureichende Kapitel 8.1.1.3 FFH-Richtlinie Der Umweltbericht nimmt an, dass Flächen außerhalb von Screening-Puffer- "Ergebnis der Art. 6 Abs. 3 200 m um ein Natura 2000-Gebiet keine erheblichen Auswir- zone bei Natura Naturra 2000-Vor- FFH-RL;EuGH, kungen haben. Der EuGH in C-374/98 betont jedoch, dass bei 2000-Vorabprü- abprüfung Vor- Rs. C-374/98 jeder Nähe zu FFH-Gebieten alle direkten und indirekten fung (nur 200 m) ranggebiete (Basses Cor- Effekte – wie Vogelkollisionen oder Störwirkungen – umfas- Windenergie“ bières); § 34 send zu beurteilen sind, selbst weit über 200 m hinaus. § 34 (Puffer 200 m) BNatSchG BNatSchG setzt diese Vorgabe national um. Eine starre 200 m-Regel ohne ergänzende Prüfung erfüllt nicht die Pflicht zur „sorgfältigen Vorprüfung“ nach Art. 6 Abs. 3</p>	<p>nur dann Anwendung, wenn das Gebiet auch förmlich unter Schutz gestellt wurde. Eine bloße naturschutzfachliche Eignung genügt mangels formellen Verfahrens regelmäßig nicht, um ein gesetzliches Schutzregime auszulösen. Das ergibt sich schon aus dem Wortlaut des § 32 Abs. 3 BNatSchG, welcher eine Erklärung zum Schutzgebiet voraussetzt, das Verfahren hat sich dann nach § 22BNatSchG zu richten (Landmann/Rohmer, Umweltrecht/Gellermann, BNatSchG, § 34 Rn.14). Eine bloße Behauptung einer fachlichen Schutzwürdigkeit ist nichtausreichend, vielmehr muss sich der Korrekturbedarf aufdrängen.</p> <p>zu 2.: Die Behauptung, der RVBO hätte bei Natura 2000 -Gebieten nur eine Prüfung in einer Pufferzone von 200m vorgenommen, stimmt nicht. Der RVBO hat in ausgewählten Fällen die Auswirkungen in einem 500 m-Bereich um die Lebensstätten und Lebensraumtypen der FFH-Gebiete in der Natura-2000-Vorabprüfung geprüft. Zudem wurden Abstände zu Vogelschutzgebieten auch in 1000 m und 3000 m geprüft. Eine starre 200-m-Regel, wie in der Anregung behauptet, existiert somit nicht. Es wird auf den Umweltbericht zur 2. Offenlage, u.a. Kap. 8.1.1, verwiesen. Diese Pufferzone wird als ausreichend erachtet für die Natura-2000-Vorabprüfung auf Regionalplanebene und den Nachweis, dass keine erhebliche Beeinträchtigung auf regionaler Ebene durch die Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie prognostiziert wird. Die Naturschutzbehörden haben in Bezug auf dieses Vorgehen auch keine Bedenken vorgebracht.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>zu 3.:</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		FFH-RL.		
		3 Unvollständige FFH-Richtlinie „keine weiteren FFH-Verträglichkeitsprüfungen zur Natura 2000-Verträglichkeit“ seien, FFH-RL;EuGH, Schutzwürdig-Ausschluss ohne C-374/98 FFH-RL und vertiefte Bewertung EuGH in C-374/98 ist jedoch bei jedem Vorhaben in der Nähe tung § 34 (AAV) eines FFH-Gebiets eine angemessene Bewertung (AAV) Prüfungen notwendig. § 34 BNatSchG schreibt diese nationale Umsetzung vor. Das vorschnelle Urteil „keine weiteren Prüfungen“ verstößt gegen die Pflicht zur vertieften Verträglichkeitsprüfung.	Tabell U 13 In Tabelle U 13 wird pauschal vermerkt, dass "Natura 2000- Vorabprüfung ohne Kriterien zum Erhaltungszustand oder Vorbehaltsgebiete Rs. keitsfaktoren anzugeben. Nach Art. 6 Abs. 3 te Photovoltaik" (Basses Cor- bières); eine angemessene Bewertung BNatSchG Prüfungen notwendig. § 34 BNatSchG schreibt diese nationale Umsetzung vor. Das vorschnelle Urteil „keine weiteren Prüfungen“ verstößt gegen die Pflicht zur vertieften Verträglichkeitsprüfung.	Art. 6 Abs. 3 Rs. Art. 6 Abs. 3 Rs. (Basses Cor- bières); BNatSchG
		Der Fachbeitrag Artenschutz der LUBW ist als Planungsgrundlage unzureichend, weil er gegen die geltende Rechtsprechung des EuGH verstößt (insb. EuGH, Urteil vom 4. März 2021, C-473/19 und C-474/19, ECLI:EU:C:2021:166 EuGH Urteil vom 2. Juli 2020, C 477/19, EU:C:2020:51 EuGH, Urteil vom 28. Oktober 2021, C-357/20, ECLI:EU:C:2021,881), sowie auf unvollständigen und veralteten	Im Teilregionalplan Energie werden Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festgelegt. Erstens ist das somit ein Grundsatz und kein Ziel der Raumordnung, also ist damit auch keine raumordnerische Letztentscheidung mit verbunden. Zweitens erfolgt hier die Natura 2000-Vorabprüfung ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, Art der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung. Exakte Informationen werden erst auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt werden können. Diese Details gehen also über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
			Der Verweis auf die Tabelle U 13 des Umweltberichts zur 2. Offenlage in der Anregung kann nicht nachvollzogen werden. Die Tabelle U13 stellt nur schematisch die Methodik bei der Natura-2000-Vorabprüfung dar und geht nicht näher auf die einzelnen Flächen ein. Daher wäre es hier nicht sinnvoll, konkrete Kriterien zum Erhaltungszustand oder Schutzwürdigkeit zu machen. Eine angemessene Bewertung der Auswirkungen von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik auf Natura-2000-Gebiete hat indes im Umweltbericht stattgefunden, allerdings an anderer Stelle und nicht in Tabelle U 13. Aus Sicht des RVBO kann die Natura-2000-Vorabprüfung auf Regionalplanebene auch in der Nähe von Natura-2000-Gebieten zum Ergebnis kommen, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen auf den Erhaltungszustand der Natura-2000-Gebiete prognostiziert werden können. Die Vorgehensweise bei der Natura-2000-Vorabprüfung Vorbehaltsgebiete Photovoltaik ist nicht zu beanstanden. Ein Verstoß zur Pflicht zur Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung liegt nicht vor, weil in keinem Fall der im Teilregionalplan Energie zur 2. Offenlage festgelegten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erhebliche Beeinträchtigungen prognostiziert werden und	





RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>fung) schreibung) Rs. C-235/08</p> <p>wahlprozess ohne konkrete Alternativstandorte (z. B. östliche (Irland)</p> <p>vs. westliche Vorrangflächen) oder Mess-/Modellrechnungen,</p> <p>um Umweltbelastungen zu minimieren. EuGH in C-235/08</p> <p>betont, dass Alternativenprüfung nicht nur formal, sondern inhaltlich quantifizierbar und transparent sein muss.</p>	<p>stabiler einzuschätzen sind. Datengrundlagen aus einzelnen, lokalen Kartierungen wurden zur Herleitung der landesweiten Schwerpunktorkommen i. d. R. nicht verwendet, um keine Verzerrungen bei den Ergebnissen des Fachbeitrags zu erzielen. Denn da bei solchen punktuellen Kartierungen der landesweite Vergleich fehlt, bleibt unklar, ob die mutmaßlich höhere Anzahl Artnachweise aus Gutachten tatsächlich mit landesweit höheren Dichten korrespondiert. Im ungünstigsten Fall hätten die anhand dieser Daten abgegrenzten Schwerpunktorkommen nur den höheren Erfassungsaufwand widerspiegelt und nicht die landesweit höchsten Dichten.</p> <p>Für Arten, die im Fachbeitrag Artenschutz erfasst sind, sind Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag für die Regionalplanung unbeachtlich, da das dem Fachbeitrag zugrunde liegende Konzept der Schwerpunktorkommen die kurzfristige räumliche Dynamik von Artorkommen und deren Bedeutung für die Regionalplanung bereits konzeptionell berücksichtigt. Die Kategorien des Fachbeitrags sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei.</p> <p>Es wird zudem auf die Landtagsdrucksache 17/8191 verwiesen.</p> <p>Zu den genannten EuGH-Urteilen: Ein Verstoß gegen die genannten Urteile ist nicht erkennbar. Dies liegt zum einen daran, dass sich die Urteile z.T. auf Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete beziehen. Diese wurden bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie ergänzend zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie berücksichtigt – als Planungskriterien, in der Strategischen Umweltprüfung und in den naturschutzfachlichen Prüfungen, auf die Planunterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss wird verwiesen. Zudem wurden nicht nur die Natura-2000-Gebiete selbst berücksichtigt, sondern auch deren Umfeld. Zudem war es bei der Natura-2000-Vorabprüfung unerheblich, ob dort Arten nach Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG tatsächlich vorkommen oder nicht. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass die in der Anregung genannten Urteile sich auf unterschiedliche Sachverhalte beziehen, aber nicht auf die Ebene der Regionalplanung.</p>	
	6	<p>Fehlender Nach- Im gesamten FFH-Richtlinie</p> <p>Seit 2020 hat der EuGH in C-473/19 und C-474/19 klarge- weis über Umset- Artenschutzteil Art. 12</p> <p>FFH-RL; stellt, wie streng FFH-geschützte Arten und das Kriterium</p> <p>zung aktueller (insbesondere „günstiger Erhaltungszustand“ (C-357/20) zu interpretieren</p> <p>EuGH-Arten- 8.2) fehlen Hin- Art. 5; EuGH, sind. § 45 Abs. 7 BNatSchG verpflichtet, diese</p> <p>Leitentschei- schutzrechtspre- weise auf Urteile Rs. C-473/19 &amp; dungen zu übernehmen. Der Umweltbericht ignoriert diese chung C-473/19, C- C-474/19;C- Urteile, verwendet veraltete Prüfmaßstäbe und erfüllt damit 474/19, C-357/20 357/20</p> <p>nicht die aktuelle national-europäische Rechtsprechungs- pflicht.</p>		
	7	<p>Keine Flächenbi- Kapitel 6.2.5.1 FFH-Richtlinie</p> <p>auch den Art. 6 Abs. 3 FFH-RL verlangt neben der Vorprüfung</p> <p>lanzierung be- „Natura 2000“ Art. 3,</p> <p>Art. 6 Abs. Nachweis, dass verbleibende Lebensraumflächen den „günsti- (fehlende Bewer- 3 FFH-RL; züglich Erhal- gen Erhaltungszustand“ bewahren oder</p> <p>wiederherstellen. ungungszustand von tung des Erhal- BNatSchG § 34; Kapitel 6.2.5.1 beschränkt sich auf Flächen- und Distanzanga-</p>		
			zu 4.:	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Natura 2000-Lebensräume, ohne zu dokumentieren, ob nach Eingriffen die Rerstfläbensräumen einzelner Bio- (Öster- chen noch ausreichende Habitatsstrukturen und Fragmentiepe) rungswerte aufweisen. EuGH C-508/04 verlangt hierzu eine quantitative Flächenbilanz und Fragmentierungsprüfung. Der Umweltbericht unterlässt diesen Nachweis.</p>	<p>Eugh, Rs.C-508/04</p> <p>Im Teilregionalplan Energie werden Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festgelegt, es werden keine Standorte und konkrete Anlagen geplant. Das in der Anregung genannte Urteil bezieht sich aber auf ein konkretes Vorhaben (Herzmuschelfischerei). Das Urteil kann daher für die Ebene der Regionalplanung nicht ohne Weiteres herangezogen werden. Festlegungen des Regionalplans können nicht unmittelbar gegen Verbotstatbestände des Artenschutzes verstoßen. Der Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022) und die Vollzugshinweise dazu haben den Regionalverbänden zudem erstmalig eine Planungshilfe zur Hand gegeben, die die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie fachlich fundiert und standardisiert berücksichtigt. Gemäß § 8 Abs.1 Raumordnungsgesetz bezieht sich die Umweltprüfung von Raumordnungsplänen auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethode sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Raumordnungsplans in angemessener Weise verlangt werden kann. Auf der Ebene der Regionalplanung liegen noch keine genauen Angaben über anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen von Windenergie- oder Photovoltaikanlagen vor. Der Teilregionalplan Energie bereitet lediglich Gebiete planerisch vor. Daher werden die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände auch nicht durch die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie oder Vorbehaltsgebieten Photovoltaik ausgelöst. Artenschutzrechtliche Belange können erst nach Konkretisierung der Vorhaben detailliert geprüft und bei Bedarf erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minimierung oder zu einem vorgezogenen Ausgleich erarbeitet werden. Weiterhin ist zu bedenken, dass nicht abgeschätzt werden kann, in welchem Zustand sich eine Fläche in einem Vorranggebiet Windenergie oder einem Vorbehaltsgebiet Photovoltaik zur Zeit der Realisierung der Maßnahmen befindet. Artenschutzfachliche Belange können nur aufgrund des Zustandes zum Planungszeitpunkt eingeschätzt werden. In der Regel liegen keine adäquaten Datengrundlagen vor. Aufgrund der Veränderlichkeit von Arten- und Brutvorkommen über die Zeit hinweg kann daher nur über zeitlich und räumlich beständigere Datengrundlagen eine Berücksichtigung</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>artenschutzrechtlicher Belange auf vorgelagerter Planungsebene erfolgen. Daher ist die Abgrenzung von Schwerpunkträumen des Fachbeitrags der LUBW (s. Kapitel 8.2.1.1.) eine maßgebliche Planungshilfe. Planungsrelevant bei den VRG Windenergie sind hierbei vor allem neben den im Fachbeitrag Artenschutz für die Windenergie (LUBW, s.u.) genannten Arten an Vögeln und Fledermäusen die europäisch besonders geschützten Arten (Anhang IV FFH-RL, Europäische Vogelarten), da diese ausschließlich national besonders geschützten Arten bei genehmigten Eingriffen von den speziellen Schutzbestimmungen ausgenommen sind (§ 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG). Mit Blick auf das Kollisionsrisiko wird hinsichtlich der Abstände von Brutplätzen zu den Vorranggebieten Windenergie auch die in Abschnitt 1 der Anlage 1 zum BNatSchG enthaltene Tabelle mit der Auflistung kollisionsgefährdeter Brutvogelarten in die Prüfung mit einbezogen. Darüber hinaus können im Zusammenhang mit der Eingriffsregelung (§ 15 Abs. 5 BNatSchG) aber auch Arten des Artenschutzprogramms (ASP) von Bedeutung sein. Die weitere Berücksichtigung der Informationen zu Arten auf Projektebene, die im Verfahren zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie eingebracht werden (bspw. zu Einzelvorkommen windenergiesensibler Vogel- oder Fledermausarten oder weiteren nicht windenergiesensiblen Arten), richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens/Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Auf der Ebene des Regionalplans ist somit eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten erforderlich. Dabei sind ggf. auch Konfliktminimierungsmöglichkeiten durch sog. CEF-Maßnahmen oder Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie die Möglichkeit einer ausnahmsweisen Vorhabenzulassung zu prüfen.</p> <p>Bezüglich des Themas Vogelzug und Zugkonzentrationskorridore sowie Rastgebiete werden im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022) entscheidende Hinweise gegeben.</p> <p>Der Fachbeitrag betrachtet bei den nach den bestehenden Landeshinweisen und nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) windenergiesensiblen Vogelarten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>ausschließlich den Brutzeitaspekt. Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln u. a. mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen sowie Zugkonzentrationskorridore von Vögeln wurden vom Fachbeitrag nicht umfasst. Ein Zugkonzentrationskorridor ist anzunehmen, wenn über mehrere Jahre bestätigte Verdichtungsräume des Vogelzuges vorliegen oder ein nachvollziehbar begründeter Verdacht auf einen Verdichtungsraum besteht. Betrachtungsrelevant sind regional oder überregional bedeutende Zugkonzentrationskorridore, bei denen Windenergieanlagen zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können. Die Naturschutzbehörden haben den Planungsträgern in einigen Fällen Daten zu Rast- und Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen oder Zugkonzentrationskorridoren zur Verfügung gestellt. Diese Daten wurden zusätzlich zum Fachbeitrag in die Planungen eingestellt. Die Relevanz dieser Informationen wurden vom Planungsträger in Abstimmung mit den Fachbehörden geprüft. Im BNatSchG wird nicht der Umgang mit der betriebsbedingten Kollisionsgefährdung von Ansammlungen bzw. während der Zeiten des Vogelzuges geregelt. § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG findet keine Anwendung für die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungs- und Verletzungsrisikos bei Betroffenheit von Ansammlungen (insbesondere Kolonien, bedeutende Brut- und Rastgebiete sowie Schlafplatzansammlungen) von kollisionsgefährdeten oder störungsempfindlichen Brut- und Rastvogelarten sowie bei Betroffenheit des Vogelzugs. Falls Betroffenheiten vorliegen müssen diese entweder durch eine entsprechende Planung vermieden werden oder falls dies nach Prüfung der Planungsträger und Fachbehörden prognostisch möglich erscheint gegebenenfalls im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) durch geeignete Vorschriften zur Abschaltung der Anlagen geregelt werden. Wenn eine signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann müssen entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>angeordnet, attraktive Ausweichnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet werden, so dass für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen ist, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert werden kann.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich jedoch maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>zu 5.:</p> <p>Die Auswahl der Vorranggebiete für Windenergie und der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte anhand eines nachvollziehbaren Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Die Vorgehensweise ist in der Begründung transparent dokumentiert. Es sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen der zudem durchgeführten Umweltprüfung (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung auf Ebene der Regionalplanung, artenschutzrechtliche Prüfung) Flächenalternativen geprüft wurden (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Ziel dieser Alternativenprüfung ist eine primär auf die Umweltwirkungen zielende Planoptimierung während der Planungsphase, die in die raumordnerische Entscheidung für die eine oder andere Alternative einfließt, diese aber nicht determiniert. Die Alternativenprüfung ist somit ein Teil der gesamtplanerischen Abwägung.</p> <p>Die Festlegung der zu prüfenden Alternativen erfolgte im Rahmen des Flächenauswahlprozesses. In die dort ermittelten Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien sind Kriterien aus der Umweltprüfung ebenfalls eingeflossen. Damit wird sichergestellt, dass sich die Alternativenprüfung auf die Prüfung „vernünftiger Alternativen“ (Art. 5 Abs. 1 SUP-RL) beschränkt, d.h. in der Regel auf Alternativen, die das Erreichen des Planungsziels erlauben (Anlage 1 Nr. 2d LplG) und die aus planerischer Sicht Aussicht auf Realisierung haben.</p> <p>Flächen, die im Rahmen der Alternativenprüfung sowie der gesamtplanerischen Abwägung nicht als Vorranggebiet Windenergie oder Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festgelegt</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>wurden (nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgte Flächen) sowie die Gründe für deren Nicht-Festlegung als Vorranggebiet sind in den Gebietssteckbriefen (Anlagen 1 und 2 des Umweltberichts) dargestellt. Somit hat der Regionalverband Alternativen geprüft und dies nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>zu 6.: Es wird darauf hingewiesen, dass sich die in der Anregung genannten Urteile nicht auf die Regionalplanung beziehen. Der RVBO hat die o.g. Rechtsprechung des EuGH in den Planunterlagen und in der Abwägung berücksichtigt, aus Sicht des RVBO ist es aber nicht erforderlich, jedes einzelne in der Anregung genannte EuGH-Urteil in den Umweltbericht aufzunehmen. C-357-20 wurde berücksichtigt, indem in der Natura-2000-Vorabprüfung sowie im Kriterienkatalog nicht nur die Natura-2000-Gebiete selbst, sondern auch das jeweilige Umfeld geprüft wurde, um die Funktionalität der Natura-2000-Gebiete sicherzustellen. Die Ergebnisse der Urteile C-473/19 und C-474/19 werden berücksichtigt, indem alle Natura-2000-Gebiete und ihr Umfeld in der Natura-2000-Vorabprüfung betrachtet wurden und nicht nur jene mit Vorkommen von Anhang-I-Arten der Vogelschutzrichtlinie. Ebenso wurden alle Natura-2000-Gebiete in der Natura-2000-Vorabprüfung und im Planungskonzept (s. Kriterienkatalog) in die Prüfung einbezogen und nicht nur solche, deren Erhaltungszustand sich zu verschlechtern droht.</p> <p>zu 7.: Für den RVBO ist nicht ersichtlich, warum ein Verstoß gegen EuGH Rs. C-508/04 vorliegen soll. Das Urteil befasst sich mit der Umsetzung der FFH-Richtlinie in nationales Recht (Österreich). Dafür ist der RVBO nicht zuständig. Die genannte Rechtsprechung enthält weder die Begriffe Fragmentierung noch Flächenbilanzierung noch Habitatstruktur. Der RVBO hat in der Natura-2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie eine Flächenbilanzierung durchgeführt, indem er z.B. die Summe der Überlagerungen im 200-m-Vorsorgebereich zu FFH-Gebieten ermittelt hat (bspw. vgl. Tab. U 15). Es wird auf den Umweltbericht zur 2. Offenlage verwiesen. Eine Fragmentierungsprüfung wurde nicht durchgeführt, dies ist aus Sicht des RVBO auf Ebene der Regionalplanung, auf der keine Standorte für FFPV und WEA geplant werden, auch nicht möglich und notwendig. Aus Sicht des RVBO ist</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung								
III.108	1157	<p>IV. Formelle Rüge hinsichtlich der Erläuterung und Abwägung des Regionalverbands RVBO (Stand 10.04.2025) zu den Einwendungen im Rahmen der ersten Anhörung bzgl. der Teilfortschreibung des Regionalplans Energie:</p> <p>Wir halten die umfangreichen schriftlichen Anmerkungen des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben zu den Eingaben für nicht zutreffend. Nach unserer juristischen Einschätzung werden die Ausführungen des RVBO einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. Nachfolgend haben wir dazu einige Punkte in der gebotenen Kürze zusammengestellt.</p> <table><tr><th>Num- mer</th><th>Thema / Kritik- punkt</th><th>Fundstelle im Dokument</th><th>Verstoß gegen</th></tr><tr><td>1 Art.</td><td>Unterlassene Der RVBO verwehrt eine vertiefte FFH-Verträglichkeitsprüfung mit dem Verweis auf eine formale Vorprüfung („Vorabkeitsprüfung für prüfung“) im Regionalplan. Nach Rs. C-127/02 muss jedoch bereits bei Gebietsausweisung nachgewiesen werden, dass keine „signifikanten Auswirkungen“ auf ein FFH-Gebiet zu erwarten sind. Das Vorranggebiet Enkenhofen liegt unmittelbar an einem von der LUBW kartierten Moor („Feuchtgebietskomplexe nördlich von Isny“), das nachgewiesenermaßen Lebensraum für FFH-Leitarten bietet. Das erste Windrad steht nur ca. 170 m entfernt (nicht 300 m), was bei EuGH Rs. C-98/03 (Rn. 59 f.) bereits „vernünftige</td><td>III.108 2599 („... keine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung erforderlich...“); Erläuterung zu III.108 2573 und III.108 2599</td><td>FFH-Richtlinie 6 Abs. 3 und 4; EuGH Rs. C-127/02 (Herzumschel), C-98/03 (Deutsche Umweltprüfung</td></tr></table>	Num- mer	Thema / Kritik- punkt	Fundstelle im Dokument	Verstoß gegen	1 Art.	Unterlassene Der RVBO verwehrt eine vertiefte FFH-Verträglichkeitsprüfung mit dem Verweis auf eine formale Vorprüfung („Vorabkeitsprüfung für prüfung“) im Regionalplan. Nach Rs. C-127/02 muss jedoch bereits bei Gebietsausweisung nachgewiesen werden, dass keine „signifikanten Auswirkungen“ auf ein FFH-Gebiet zu erwarten sind. Das Vorranggebiet Enkenhofen liegt unmittelbar an einem von der LUBW kartierten Moor („Feuchtgebietskomplexe nördlich von Isny“), das nachgewiesenermaßen Lebensraum für FFH-Leitarten bietet. Das erste Windrad steht nur ca. 170 m entfernt (nicht 300 m), was bei EuGH Rs. C-98/03 (Rn. 59 f.) bereits „vernünftige	III.108 2599 („... keine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung erforderlich...“); Erläuterung zu III.108 2573 und III.108 2599	FFH-Richtlinie 6 Abs. 3 und 4; EuGH Rs. C-127/02 (Herzumschel), C-98/03 (Deutsche Umweltprüfung	<p>der im Teilregionalplan Energie und im Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss gewählte Prüfmaßstab ausreichend.</p> <p>Zu 1.) Bezüglich des Vorwurfs der unterlassenen FFH-Verträglichkeitsprüfung (Zeile 1) wird auf die vorangegangene und nachgelagerte Abwägung der gleichen Stellungnahme verwiesen. Die von dem Stellungnehmer vorgebrachte Distanz von 170m zu dem FFH-Gebiet ist nicht korrekt.</p> <p>Zu 2.) Der RVBO hat bei der Natura-2000-Vorabprüfung auch das Umfeld von Natura-2000-Gebieten geprüft und trägt somit dem Urteil des EuGH C-357/20 Rechnung. Es ist für den RVBO nicht ersichtlich, warum dem Urteil des EuGH C-473/19 nicht Rechnung getragen worden sein soll, denn er hat das Verschlechterungsgebot uneingeschränkt in der Natura-2000-Vorabprüfung angewendet und sichergestellt, dass für die im Teilregionalplan Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) festgelegten Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik keine erheblichen Beeinträchtigungen auf Natura-2000-Gebiete prognostiziert werden können (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss). Die Natura 2000-Vorabprüfung ist allerdings ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung durchgeführt worden. Exakte Standorte / Ausführungen von Anlagen werden erst auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt werden können. In der Natura 2000-Vorabprüfung auf Ebene des Teilregionalplans Energie wurde daher beurteilt, ob die Festlegungen des Regionalplans die Natura 2000-Gebiete angesichts der für sie festgelegten Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten und ob die Kohärenz des Netzwerkes Natura 2000 gefährdet sein könnte. Eine pauschale Vorrangstellung erneuerbarer Energien hat nicht stattgefunden. Dies zeigt sich auch darin, dass nach der Alternativenprüfung auch (Teil-)Flächen von potenziellen Vorranggebieten Windenergie aufgrund der Tatsache, dass erhebliche Beeinträchtigungen von Natura 2000 Gebieten</p>	Keine Berücksichtigung
Num- mer	Thema / Kritik- punkt	Fundstelle im Dokument	Verstoß gegen									
1 Art.	Unterlassene Der RVBO verwehrt eine vertiefte FFH-Verträglichkeitsprüfung mit dem Verweis auf eine formale Vorprüfung („Vorabkeitsprüfung für prüfung“) im Regionalplan. Nach Rs. C-127/02 muss jedoch bereits bei Gebietsausweisung nachgewiesen werden, dass keine „signifikanten Auswirkungen“ auf ein FFH-Gebiet zu erwarten sind. Das Vorranggebiet Enkenhofen liegt unmittelbar an einem von der LUBW kartierten Moor („Feuchtgebietskomplexe nördlich von Isny“), das nachgewiesenermaßen Lebensraum für FFH-Leitarten bietet. Das erste Windrad steht nur ca. 170 m entfernt (nicht 300 m), was bei EuGH Rs. C-98/03 (Rn. 59 f.) bereits „vernünftige	III.108 2599 („... keine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung erforderlich...“); Erläuterung zu III.108 2573 und III.108 2599	FFH-Richtlinie 6 Abs. 3 und 4; EuGH Rs. C-127/02 (Herzumschel), C-98/03 (Deutsche Umweltprüfung									

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ien; tatsächliche Zweifel“ an der Verträglichkeit begründet. Eine umfassende Distanz 170 m Verträglichkeitsstudie hätte somit vor Ausweisung durchge- vs. behauptete führt werden müssen.</p> <p>300 m ? )</p> <p>2 Ungleichgewich- III.108 3021 („... Habitats-RL Art. 6 Der RVBO gewährt dem Klimaschutzziel („Vorrang erneu- tete Bewertung Vorrang erneuer- Abs. 2 und 3; erbarter Energien“) eine höhere Priorität als dem LUBW- von FFH-Gebiet barer Energien Vogelschutz-RL kartierten Moor und den angrenzenden Natura-2000-Ge- („Moor“) und hat überragen- Art.4; EuGH Rs bieten. Hierbei missachtet er, dass nach EuGH C-473/19 Erneuerbare- des öffentliches C-473/19, C- und C-357/20 sämtliche Gebiete des Natura-2000-Netzes Energien-Interes- Interesse...“); 357/20 gleichrangig zu schützen sind. Das absolute Verschlechte- se in der Abwä- III.108 3018 („... rungsverbot nach Art. 6 Abs. 2 FFH-RL gilt uneinge- gung schränkt: Ein intaktes FFH-Gebiet („Feuchtgebietskomple- biete ... Ermes- xe nördlich von Isny“) darf nicht durch geplante Anlagen sensreduzierung beeinträchtigt werden. Die pauschale Vorrangstellung auf Null...“); erneuerbarer Energien verletzt den Grundsatz, dass Er- Erläuterung zu messensspielräume nur dann auf Null reduziert werden FFH-Gleichran- dürfen, wenn vorurteilsfrei und umfassend nachgewiesen gigkeit:EuGH ist, dass keine Verschlechterung erfolgt. Aufgrund der Urteile C-473/19 unmittelbaren Grenz Nähe (erste Anlage 170 m) bestehen und C-357/20 jedoch berechnete Zweifel, sodass eine ordnungsgemäße (Skydda, Feld- Abwägung erfolgt ist.</p> <p>hamster II)</p>	<p>prognostisch nicht verneint werden können, gestrichen und nicht als Vorranggebiet Windenergie festgelegt wurden. Zu 3.) Es wird auf die vorangegangene Abwägung BE ID 1156 (5.) verwiesen. Zudem folgender Hinweis: Bei der Prüfung von Alternativen im Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) handelt es sich nicht um eine Alternativenprüfung im Rahmen einer Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung. Da als Ergebnis der Natura-2000-Vorabprüfung prognostisch erhebliche Beeinträchtigungen des Natura-2000-Netzwerks durch die Festlegung des VRG Windenergie ausgeschlossen werden können, ist die in Zeile 3 geforderte Prüfung von Alternativen mit geringeren Konflikten mit FFH-Gebieten nicht erforderlich.</p> <p>Die Auswahl der Vorranggebiete für Windenergie und der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte anhand eines nachvollziehbaren Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Die Vorgehensweise ist in der Begründung transparent dokumentiert. Es sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen der zudem durchgeführten Umweltprüfung (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung auf Ebene der Regionalplanung, artenschutzrechtliche Prüfung) Flächenalternativen geprüft wurden (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Ziel dieser Alternativenprüfung ist eine primär auf die Umweltwirkungen zielende Planoptimierung während der Planungsphase, die in die raumordnerische Entscheidung für die eine oder andere Alternative einfließt, diese aber nicht determiniert. Die Alternativenprüfung ist somit ein Teil der gesamtplanerischen Abwägung. Die Festlegung der zu prüfenden Alternativen erfolgte im Rahmen des Flächenauswahlprozesses. In die dort ermittelten Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien sind Kriterien aus der Umweltprüfung ebenfalls eingeflossen. Damit wird sichergestellt, dass sich die Alternativenprüfung auf die Prüfung „vernünftiger Alternativen“ (Art. 5 Abs. 1 SUP-RL) beschränkt, d.h. in der Regel auf Alternativen, die das Erreichen des Planungsziels erlauben (Anlage 1 Nr. 2d LplG) und die aus planerischer Sicht Aussicht auf Realisierung haben. Flächen, die im Rahmen der Alternativenprüfung sowie der gesamtplanerischen Abwägung nicht als Vorranggebiet Windenergie oder Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festgelegt</p>	
		<p>3 Ignorieren des III.108 3018 („... FFH-RL Art. 6</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Anmerkungen des RVBO führen lediglich aus, dass EuGH-Urteils C-477/19 und eine systematische Alternativenprüfung vorzulegen, wie fehlende Nachvollziehbarkeit gegeben...");</p> <p>langt, dass vor Festlegung eines Vorranggebiets konkret der Alternativenprüfung innerhalb des Suchraums existieren, die keine bzw. geringere FFH-Konflikte aufweisen. Für Enkenhofen existieren jedoch ausreichend Flächen mit geringerer FFH-Kollisionsgefahr. Stattdessen verweist der Regionalplan lediglich allgemein auf das Planungskonzept, ohne nachvollziehbare Kriterienmatrix oder Ausschlusskriterien. Damit wird C-477/19 missachtet, weil nicht nachgewiesen ist, dass an alternativen Standorten im Suchraum die Windenergieziele nicht ebenso erreichbar wären, ohne direkt angrenzende FFH-Flächen zu gefährden.</p>	<p>wurden (nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgte Flächen) sowie die Gründe für deren Nicht-Festlegung als Vorranggebiet sind in den Gebietssteckbriefen (Anlagen 1 und 2 des Umweltberichts) dargestellt. Somit hat der Regionalverband Alternativen geprüft und dies nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Zu 4.) Zur Festlegung des VRG Windenergie angrenzend an Moorböden wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie verwiesen. Auf die Ergebnisse der Natura-2000-Vorabprüfung zum genannten VRG Windenergie wurde nun schon mehrfach eingegangen, insofern sei auf die vorangegangene und nachfolgende Abwägung verwiesen.</p> <p>Zu 5.) Es wird auf die vorangegangene Abwägung zum Thema Vogelzug und Rastgebiete verwiesen.</p> <p>Detaillierte Untersuchungen zum Flugverhalten sind auf Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich, da der RVBO Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen plant, nicht die Standorte selbst, und in der Regel keine eigenen Kartierungen durchführen muss etc. (s. vorangegangene Abwägung).</p>	
4		<p>Fehlende Beachtung des Verbotsschutzes nach dem ersten Windrad nur 170 m entfernt wäre. Gemäß Habitat- und</p>	<p>III.108 2599 („... Habitat-RL Art. 6 Der RVBO verweist auf pauschale Zonenkategorien ("Zone A &gt; 1200 m, Zone B &gt; 500 m"), ignoriert jedoch, dass das LUBW-Moor direkt an das Vorranggebiet angrenzt und das Verbotsschutzes nach dem ersten Windrad nur 170 m entfernt wäre. Gemäß Habitat- und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Renaturierungs- schale Abstands- EuGH Rs. C-  Verschlechterungsverbot: Bereits die funktionale Nähe  recht durch Nähe kriterien, tatsäch- 355/90 (Santona)  (170 m) kann Störungen verursachen, etwa Tötung von  zu Moor und liche Distanz 170  Moor-Leitarten oder Veränderung des Wasserhaushalts.  Vogelrastgebiet m...“); Erläute-  EuGH C-355/90 betont, dass bei „räumlicher Nähe“  auch</p> <p>rung zu EU-Re-  ohne formale Überschneidung Störungen vorliegen kön-  naturierungsver-  nen. Darüber hinaus verpflichtet EU-Renaturierungs-VO  ordnung: Art. 3  Art. 8 zur aktiven Wiederherstellung degradierter Moorflä-  und 8 (Wieder-  chen; der Windpark verhindert diese Pflicht, da geeignet  herstellungs-  Maßnahmen zur Renaturierung nicht umsetzbar sind. Die  pflicht Moor)  pauschale Zonierung erkennt somit das absolute Ver-  schlechterungsverbot und die unmittelbar anwendbaren  EU-Renaturierungsziele.</p>		
5		<p>Missachtung der III.108 2599 ("... Vogelschutz-RL  Die Anmerkung des RVBO vertraut auf pauschale Abstän-  Anforderungen Zone A &gt; 1200 Art. 4; EuGH Rs.  (&gt; 1200 m) zur Vogel-Tabu-Zone, während Feldbeob-  an Vogelzug- m, Zone B &gt; 500 C-355/90 (Santo-  achtungen nachweisen, dass Enkenhofen unmittelbar an  und Rastschutz m...“); III.108 na), C-127/02  einer europäischen Vogelzugroute liegt und insb. nachts  trotz geringerer 2574 („...Tabu- (Herzmuschel)  als Rastplatz dient.  Abstände Bereich aufgrund  Vogelzugroute...“  Das erste Windrad steht jedoch nur 170 m vom Flugkorri-  ); Erläuterung zu  dor entfernt, sodass Rotmilane, Zugvögel und Fledermäuse  Vogelzugroute:</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gezwungen wären, kritische Flugbahnen zu kreuzen. EuGH LUBW-Fachbei- C-355/90 verlangt im Rahmen des Tabu-Gebiets eine trag belegt En- individuelle Prüfung jeder Anlage, da bereits geringe Stö- kenhofen als rungen in Zugkorridoren unzulässig sind. Rastplatz (nächt- C-127/02 fordert zudem, dass keine „vernünftigen Zweifel“ lich genutzte an der Ungefährlichkeit bestehen dürfen; hierzu wären Flugkorridore) ? detaillierte Untersuchungen zum Flugverhalten erforderlich.</p> <p>Die pauschale Abstandskarten-Herangehensweise ver- kennt daher Art. 4 Vogelschutz-RL und die klaren EuGH- Grundsätze zum Tabu-Schutz von Rast- und Zugvogelpo- pulationen.</p>		
III.108	1158	<p>V. Vom Regionalverband in der weiteren Planung zu berücksichtigende Punkte:</p> <p>1. Zufahrtswege bisher unberücksichtigt: In dem Planungsverfahren des RVBO sind die Sicherstellung der umfangreichen Zufahrten und deren naturschutzrechtlicher Status (§§ 13 und 15 BNatSchG) bisher unberücksichtigt geblieben.</p>	Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage	Kenntnisnahme
III.108	1159	<p>2. Überragendes öffentliches Interesse bzgl. WKAs zukünftig fraglich: Wir stellen fest, dass das genehmigungsrechtlich relevante sogenannte überragende öffentliche Interesse hinsichtlich Windkraftanlagen durch den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung insoweit konterkariert wird, als dass das sogenannte „Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwind-Standorte“ überprüft wird (Koalitionsvertrag, Zeile 1035). Das heißt, dass das überragende öffentliche Interesse, wenn überhaupt, dann nur noch bei</p>	Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Es wird auf Anlage D zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		entsprechend windstarken Flächen unterstellt werden könnte. Solche Flächen gibt es im Landkreis Ravensburg und insbesondere an den gegenständlichen Windkraftstandorten aber nicht (nach unseren Untersuchungen weht der Wind dort nur mit rund +/- 4 m/s).		
III.108	1160	<p>3. Gleichrangigkeit des öffentlichen Interesses bzgl. Biodiversitäts- und Artenschutz: Vorliegend sind zudem die naturschutzfachlichen öffentlichen Belange des Biodiversitäts- und Artenschutzes betroffen. Diese stellen ebenfalls einen unmittelbar in der Verfassung oder in verfassungsgleichem Unionsrecht verankerten Abwägungsbelang dar, der ein überragendes öffentliches Interesse darstellt (Art. 20a GG zweiter Schutzzweig, Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 2 FFH-RL, Art. 5 Vogelschutz-RL, EU-Renaturierungsgesetz mit strengen Zugriffs- und Tötungsschutzgeboten und Anwendungsvorrang des Unionsrechts).</p> <p>Insbesondere grenzen die überplanten Flächen an den Standorten „Enkenhofener Wald“ unmittelbar an Naturschutz- und FFH-Gebiete, darunter geschützte Hoch- und Niedermoore sowie zahlreiche Feuchtbiopte und geschützte Oberflächengewässer. Es handelt sich um ökologisch hochsensible Bereiche, in denen regelmäßig standorttreue, FFH-geschützte Arten sowie während des europäischen Fernzugs FFH-geschützte Arten nachgewiesen werden.</p> <p>5. Artenschutzprüfung (§ 44 BNatSchG i. V. m. FFH-RL):</p> <p>Eine in den konkreten Einzelfällen u. a. aufgrund der besonderen Lage im europäischen Fernzug erforderliche ganzjährige Erfassung geschützter Arten fehlt für die gegenständlichen Standorte bislang vollständig. Hierbei ist insbesondere auch eine zweijährige akustische Erfassung der Fledermausaktivität im Gondelbereich vorzulegen (§ 6 Abs. 1 WindBG).</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der RVBO hat in der Abwägung den genannten rechtlichen Vorgaben für die regionale Planungsebene ausreichend Rechnung getragen. Die genannten Belange, wie Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete im Umfeld, Moorböden, Biotope und Oberflächengewässer wurden gemäß ihrer Relevanz für die regionale Planungsebene beim Planungskonzept zur Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergie (Begründung zu PS 4.2.1 Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie und Kriterienkatalog), im Umweltbericht (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie ) und in der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage in die Abwägung eingestellt und gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG abgewogen. Dabei wurde dem § 2 EEG Rechnung getragen. In atypischen Fällen wurde dem Belang des Arten- und Naturschutzes gegenüber dem Belang des Ausbaus der Windenergie der Vorrang eingeräumt, bspw. beim VRG Windenergie Beurener Berg, welches nach der 1. Offenlage gestrichen wurde.</p> <p>Bezüglich der erforderlichen ganzjährigen Erfassung geschützter Arten aufgrund der Lage im europäischen Fernzug (inkl. akustische Erfassung der Fledermausaktivität): Es wird auf die vorangegangene Abwägung bezüglich der auf der Regionalplanebene zu berücksichtigenden Daten (BE ID 1153) sowie zum Vogelzug (1154) und auf die Ergebnisse der artenschutzrechtlichen Prüfung im Entwurf Umweltbericht zum Satzungsbeschluss verwiesen. Die naturschutzfachlichen Prüfungen sind ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung durchgeführt worden. Exakte Standorte werden erst auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG sind Störungen sowie die Zerstörung von Jagd-, Rast-, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten streng geschützter Arten unzulässig. Eine Genehmigung ohne eine umfassende artenschutzrechtliche Prüfung ist rechtswidrig.</p> <p>Diese Untersuchung muss sich auf alle Gebiete beziehen und sowohl FFH-geschützte Vögel, Fledermäuse, Kleinsäuger, Amphibien, Reptilien, Insekten als auch Pflanzen umfassen. Eine entsprechende sachgerechte Artenschutzprüfung hat durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben nicht stattgefunden.</p>	<p>werden können.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	
III.108	1161	<p>4. Es gilt grundsätzlich das Rotor-In-Prinzip: Gemäß § 4 Abs. 1 WindBG gilt bei der Beplanung von Vorranggebieten grundsätzlich das Rotor-In-Prinzip. § 249 Abs. 5 BauGB bindet das Vorranggebiet vollständig. Die Urteile des OVG Lüneburg (12 KN 51/20) und des VGH Mannheim (5 S 305/19) sowie die FAQ der Landesplanung NRW (2023) bestätigen, dass ohne ausdrückliche Planvorgabe kein Rotor-Out zulässig ist. Auch für eine 270 Meter hohe Windkraftanlage beträgt die zulässige Toleranz daher 0 Meter Überstand.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben berücksichtigt die Rotorblatt-Pufferflächen zwar aktuell bereits rechnerisch, hat ihre Anrechnung nach § 5 Abs. 1 WindBG für alle Vorranggebiete aber noch nicht förmlich festgestellt. Eine entsprechende Überplanung wird daher erst – wenn überhaupt – mit dem geplanten Satzungsbeschluss möglich.</p> <p>Vor dem Hintergrund, dass die gegenständlichen Gebiete naturschutzfachlich hochsensibel sind, ist die von Windkraftanlagen ausgehende schädliche Wirkung soweit als irgend möglich zu reduzieren. Eine „Rotor-Out-Planung“ ist unseres Erachtens daher nicht zulässig. Wir werden auch in diesem Sinne gegenüber dem Regionalverband RVBO argumentieren und auf eine entsprechende Planung hinwirken.</p>	<p>Bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie wurde im gesamten Planungsprozess (Planungskonzept, Kriterienkatalog, Umweltbericht, Abwägung der Stellungnahmen) berücksichtigt, dass der Rotor über die Grenzen der Vorranggebiete herausragen darf, also eine Rotor-Out-Planung stattfindet. Es wird auf den Textteil und den Umweltbericht, Entwurf zum Satzungsbeschluss, verwiesen. Die Tatsache, dass die Vorranggebiete Windenergie Rotor-Out festgelegt sind, ist eine ausdrückliche Planvorgabe in PS 4.2.1 (1). Es ist vorgesehen, beim Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie in der Beschlussfassung ausdrücklich die Vorranggebiete Windenergie als Rotor-Out-Gebiete als Satzung zu beschließen.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie ) sowie den Umweltbericht zur 2. Offenlage inkl. Anlagen verwiesen. Das Vorgehen des RVBO ist damit nicht zu beanstanden. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Die an die Projektierer gerichteten Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
III.108	1162	<p>Sollte der RVBO sich entschließen, für bestimmte oder alle Gebiete ein „Rotor-Out“ zuzulassen, ist klarzustellen, dass insoweit jeweils vollständige Umweltverträglichkeitsprüfungen durch die Projektierer durchzuführen sind.</p> <p>6. FFH-Verträglichkeitsprüfung (Art. 6 FFH-RL, § 34 BNatSchG) Da erhebliche Beeinträchtigungen für benachbarte FFH-Gebiete nicht ausgeschlossen werden können, ist jedenfalls für die gegenständlichen Standorte eine FFH-Verträglichkeitsprüfung zwingend erforderlich. Das Projektgebiet wirkt als Puffer- und Vernetzungszone. Eine Beeinträchtigung des Gebiets kann den Erhaltungszustand angrenzender Lebensräume erheblich verschlechtern.</p> <p>Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nach Art. 6 Abs. 3 FFH-RL i. V. m. § 34 BNatSchG ist zwingend erforderlich, sobald ein Windpark als „Plan oder Projekt“ ausgewiesen wird und erhebliche Beeinträchtigungen seiner Erhaltungsziele für ein Natura-2000-Gebiet – allein oder kumulativ mit anderen Vorhaben – nicht ausgeschlossen werden können. Sie entfällt nur, wenn eine fachlich gesicherte Vorprüfung eindeutig jede relevante Auswirkung ausschließt.</p> <p>Die Ausweisung gilt als „Plan oder Projekt“ (Art. 6 Abs. 3 FFH-RL/§ 34 BNatSchG), sobald eine behördliche Entscheidung – etwa ein Raumordnungs-, Flächennutzungs- oder Bebauungsplan oder ein Teilregionalplan Wind – oder eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung einen verbindlichen Rechtsrahmen für den Standort, den Umfang oder den Betrieb des Windparks schafft. Es ist unerheblich, ob die Anlage bereits gebaut wird; entscheidend ist, dass die Maßnahme den Bau ermöglicht und Natura-2000-Gebiete potenziell beeinflussen kann.</p> <p>Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist bei Windkraftgenehmigungen immer dann zwingend erforderlich, wenn auf Grundlage objektiver Informationen nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Anlage – einzeln oder gemeinsam mit anderen</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass der RVBO Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen plant, nicht die Standorte selbst. Die Anregung stellt aber auf „die gegenständlichen Standorte“ ab. Aus Sicht des RVBO ist keine Verträglichkeitsprüfung erforderlich aus den folgenden Gründen: Erstens wird auf die Abwägung zur BE ID 1154 und 1156 verwiesen. Das Vorranggebiet Windenergie liegt demnach nicht in Natura-2000-Gebieten und muss auch nicht als solche behandelt werden. Bei der Natura-2000-Vorprüfung im Umfeld von 1000 m um Europäische Vogelschutzgebiete und im Umfeld von 200 bzw. 500 m um FFH-Gebiete ergab sich beim in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie keine Betroffenheit (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss). Die Erhaltungsziele wurden z.B. in der Tabelle U 39 geprüft.</p> <p>Generell können erhebliche Beeinträchtigungen in Bezug auf die Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete mit der im Umweltbericht gewählten Vorgehensweise prognostisch verneint werden, da nicht davon auszugehen ist, dass die Festlegungen der Vorranggebiete Windenergie dazu führen könnten, dass die in einem Natura 2000-Gebiet gebietsspezifischen Erhaltungsziele der jeweiligen Art nicht mehr bewahrt oder entwickelt werden können. Es kann damit auf Grundlage objektiver Informationen ausgeschlossen werden, dass mögliche WEA im Vorranggebiet Windenergie die Erhaltungsziele eines Natura-2000-Gebiets erheblich beeinträchtigen. Das Vorgehen des RVBO ist nicht zu beanstanden, eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung muss nicht durchgeführt werden.</p> <p>Die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzrechtlichen Prüfungen erfolgen auf Basis einer stringenter Methodik, welche im Umweltbericht inkl. der Wirkfaktorentabellen und den Anlagen genau dargelegt sind und welche Konflikte zwischen potenziellen Vorranggebieten Windenergie und Umweltbelangen darlegt und bewertet. Diese Methodik wurde bei allen potenziellen Vorranggebieten Windenergie einheitlich angewendet. Die Strategische</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorhaben – die Erhaltungsziele eines Natura-2000-Gebiets erheblich beeinträchtigt. Das gilt unabhängig davon, ob die Windkraftanlage innerhalb oder außerhalb des Schutzgebiets steht; potenzielle Effekte genügen. Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen dürfen im Screening nicht eingerechnet werden, sondern sind erst Gegenstand der eigentlichen Verträglichkeitsprüfung.</p> <p>Eine entsprechende FFH-Verträglichkeitsprüfung hat durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben nicht stattgefunden.</p>	<p>Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und ausreichende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung. Auf den Umweltbericht zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie wird verwiesen.</p> <p>Im Umweltbericht wird zudem in Kap. 8 erläutert, warum eine Festlegung als Vorranggebiet Windenergie auch dann erfolgen kann, wenn als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung herauskommt, dass "Artenschutzbelange in erheblichen Maß beeinträchtigt sind". Es wird auf Kap. 8 des Umweltberichts verwiesen.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	
III.108	1163	<p>7. EU-Renaturierungsgesetz</p> <p>Gemäß Art. 4 Abs. 1 und Art. 9 des EU-Renaturierungsgesetzes sind Feuchtgebiete,</p>	<p>Zum EU-Renaturierungsgesetz: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Moore und Quellbereiche vorrangig zu erhalten und wiederherzustellen. Die Errichtung großtechnischer Anlagen widerspricht dem Ziel, 20 % der Landflächen bis 2030 in einen naturnahen Zustand zu versetzen. Eine planerische Ausweisung ist mit den nationalen Wiederherstellungsplänen nicht vereinbar.</p> <p>Die EU-Vorgaben sehen vor, dass die Regionalplanungsbehörden aufgrund ihrer Untersuchung naturschutzfachlich besonders konfliktarme Bereiche identifizieren und ausweisen. Dem wird der Regionalverband Bodensee Oberschwaben mit seiner aktuellen Planung nicht gerecht. Wie man auch daran erkennen kann, dass die gegenständlichen Gebiete überhaupt vom Regionalverband Bodensee Oberschwaben als Vorranggebiete in Betracht gezogen werden.</p> <p>Das EU-Renaturierungsgesetz stellt Renaturierungs- und Nicht-Verschlechterungspflichten über das pauschale „überragende öffentliche Interesse“ an Windenergie. In von Wiederherstellungszielen erfassten Räumen hat die Planungsbehörde die EEG/RED-Vermutung zu streichen; andernfalls ist sie widerlegbar, sobald ein Windpark erhebliche, nicht kompensierbare Schäden erwarten lässt. Die EU-Renaturierungsziele gehen damit neuen Anlagen rechtlich vor.</p> <p>8. Eintrag schädlicher Stoffe in geschützte Ökosysteme</p> <p>Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu Natura-2000-Gebieten, sensiblen Moorflächen und Feuchtbiotopen sowie der Nutzung als Rast-, Schlaf-, Nist- und Jagdplatz (und somit als Tabuzone) durch Vögel und Fledermäuse im europäischen Fernzug ist der Eintrag von schädlichen bzw. giftigen Stoffen, die im normalen Betrieb von Windkraftanlagen entstehen, absehbar.</p> <p>Die durch Rotorblattabrieb und Abrieb des Anlagenmasts</p>	<p>Zum Eintrag von schädlichen Stoffen: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Es ist fernliegend, mögliche Gefahren von Windenergieanlagen, die nicht wissenschaftlich belegt sind, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde ggf. gar keine Rechnung mehr getragen werden.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>entstehenden Mikro- und Nanopartikel sowie PFAS-Stoffe gefährden die umliegenden Moore, Oberflächengewässer und das Grundwasser. Wir fordern eine toxikologische Risikoabschätzung mit chemischer Detailanalyse sowie die Offenlegung von Rückstellungen zur Sanierung kontaminierter Flächen (§ 5 Abs. 3 BImSchG analog).</p> <p>Insbesondere darf als amtsbekannt unterstellt werden, dass sich im laufenden Betrieb von Windkraftanlagen u. a. Abrieb in Form von giftigen Nanopartikeln und PFAS in relevantem Ausmaß bildet. Diese Stoffe werden über die gesamte Höhe der Anlage gebildet und über den Wind weiträumig verteilt.</p> <p>Der Regionalverband als Planungsbehörde hat daher – neben den übrigen naturschutzfachlich relevanten Sicherungsmaßnahmen – als planerische Grundvorgabe festzusetzen, dass die Projektierer für die gesamte Betriebszeit sicherstellen, dass keine negative Beeinträchtigung der umliegenden FFH-geschützten Biotope, Hoch- und Niedermoore sowie der angrenzenden Naturschutzgebiete und Oberflächengewässer entstehen kann. Zudem haben die Projektierer fachgutachterlich darzulegen, wie der Eintrag von schädlichen Stoffen verhindert wird (z. B. Wahl der Baumaterialien etc.).</p> <p>Projektierer haben für die gesamte Laufzeit und eine angemessene Zeit nach dem Rückbau der Anlagen zudem eine insolvenz sichere BImSchG-Bürgschaft zur vollumfänglichen Behebung möglicher Umweltschäden zu stellen.</p>		
III.108	1164	<p>9. Fehlende Windhöflichkeit / Realitätsferne Annahmen</p> <p>Die real zu unterstellende durchschnittliche Windgeschwindigkeit liegt nach unserer Einschätzung bei +/- 4 m/s, während der Regionalverband und Projektierer mit über 6 m/s kalkulieren. Ein belastbares Windgutachten auf Nabenhöhe über 12 Monate fehlt. Dies steht im Widerspruch zu § 2 WindBG i. V. m. § 2 EEG 2023, § 6 Abs. 2 WindBG</p>	<p>Nach dem Planungskonzept des RVBO zur Festlegung von VRG Windenergie ist die Windleistungsdichte im in der Anregung genannten VRG Windenergie für den wirtschaftlichen Betrieb von WEA ausreichend. Es wird auf die Tabelle B.3 in der Begründung zu PS 4.2.1 des Entwurfs zum Satzungsbeschluss verwiesen sowie auf die Anlage zur Synopse B.4 zur 1. Offenlage zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(Wirtschaftlichkeit und Flächensicherung).</p> <p>Baden-Württemberg arbeitet weiter mit der Orientierungsgröße <math>\geq 60\%</math> des EEG-Referenzertrags (<math>\approx 5,3 - 5,5</math> m/s in 100 m Nabenhöhe) als Mindest-Windhöflichkeit für Vorrang- und Konzentrationsflächen. Die Schwelle ist</p> <p>a.) in Ziff. 4.1 Windenergieerlass BW vom 9. 5. 2012 (GABl. 2012, S. 413 ff.) verankert (dort Karten „<math>\geq 60\%</math> / <math>\geq 80\%</math> Referenzertrag“), und</p> <p>b.) durch den Gemeinsamen Hinweis-Erlass UM/MLR vom 17. 10. 2014, Az. 4-4583/13 bekräftigt: 60 % gelten „als Mindestertragsschwelle“, Abweichungen sind nur im begründeten Einzelfall zulässig.</p> <p>Aktuelle Teil- und Regionalpläne (z. B. Neckar-Alb 2023, Rhein-Neckar 2024) übernehmen diese 60%-Marke explizit als Auswahl- bzw. Ausschlusskriterium für Windvorranggebiete.</p> <p>In naturschutzfachlich sensiblen Zonen fungiert Windhöflichkeit als entscheidender Indikator für die Zumutbarkeit der Anlagen und für die Gewichtung des öffentlichen Interesses. Je schwächer der Ertrag, desto eher überwiegt das Schutzgut Artenschutz und Biodiversität.</p> <p>Liegt der Standort unterhalb der planerischen 60%-Schwelle, können bzw. müssen die Planungs- oder Genehmigungsbehörden auf Grundlage von § 10 Abs. 1 S. 2 BImSchG i. V. m. 9. BImSchV von Projektierern die Vorlage eines Gutachtens mit Messungen in projektierter Nabenhöhe verlangen. Ohne belastbaren Nachweis gilt der Ertragsmangel als schwerwiegendes Indiz gegen „zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ – Ausnahmen nach Art. 6 (4) FFH-RL oder § 45 Abs. 7 BNatSchG wären dann regelmäßig nicht tragfähig.</p>	<p>Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Die Vorgehensweise folgt den Empfehlungen des Umweltministeriums an die Regionalverbände in Baden-Württemberg zum Umgang mit dem Windatlas 2019 von 11.11.2022 (Az. UM7-8881-53/3/10).</p> <p>Die in der Anregung genannten Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzgesetzes betreffen nicht die regionale Planungsebene, sondern die konkrete Standortplanung im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) und werden daher an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Aus Sicht des RVBO ist eine Integration der 60% als Mindestertragsschwelle in das Planungskonzept nicht erforderlich. Das MLW und das UM haben zum Vorgehen des RVBO, welches die Mindestertragsschwelle nicht integriert, keine Bedenken vorgebracht. Es wird bezüglich des Umgangs mit der Windleistungsdichte als Eignungskriterium auch auf die Begründung zu PS 4.2.1 des Entwurfs zum Satzungsbeschluss verwiesen. Die Windleistungsdichte als Eignungskriterium ist wie die vorhandenen Konfliktkriterien in die Gesamtabwägung eingeflossen, im Ergebnis überwiegt der Belang der Nutzung der Windenergie gegenüber den anderen Belangen im in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie.</p> <p>Bezüglich des Referenzmodells wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vor dem Hintergrund, der massiven Schädigung des gegenständlichen Naturraums durch Windkraftanlagen der 300 Meter-Klasse einerseits und der Tatsache, dass die gegenständlichen Anlagen auf Basis des auf Kosteneffizienz überarbeiteten Referenzertragsmodells voraussichtlich keine garantierte Einspeisevergütung mehr erhalten werden ist die Berücksichtigung realer Winddaten sowie eine faktenbasierte Bewertung der Projekttragfähigkeit zwingend erforderlich.</p>		
III.108	1165	<p>10.Landschaftsbild und Kulturlandschaft</p> <p>Die geplanten Anlagen beeinträchtigen die Sichtachsen des Württembergischen Allgäus massiv. Bezogen auf die gegenständlichen Standorte wurde das dem RVBO in einem von ihm selbst in Auftrag gegebenen Fachgutachten auch ausdrücklich bestätigt. Die vom RVBO beauftragten Fachgutachter empfehlen bezogen auf die gegenständlichen Standorte ausdrücklich, im Zusammenhang mit diesen Gebieten keine Vorranggebiete auszuweisen beziehungsweise Windkraftanlagen zu ermöglichen.</p> <p>Dies ist auch im Kontext des Bundesnaturschutzgesetzes sowie der EURenaturierungsziele von Bedeutung.</p> <p>Die Sichtbarkeitsanalyse ist dabei eine Pflichtunterlage nach LUBW-Checkliste Nr. 3.2.5: GIS-basierte Zone-of-Visual-Influence (<math>\geq 15</math> km) mit sämtlichen bestehenden, genehmigten und beantragten WEA / Infrastruktur; Blatt- und laubfreie Berechnung; repräsentative Blickpunkte (Aussichtspunkte, Kulturdenkmale) und Fotomontagen nach DIN EN 16830. Bewertung muss das hohe Landschaftsrating der LUBW-Studie (Wertstufe 5 „objektiv schön“) explizit berücksichtigen.</p> <p>Der Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) ist erforderlich nach § 17 BNatSchG. Notwendig ist eine vollständige Eingriffs-/Ausgleichsbilanz, rechtsverbindlich gesicherte</p>	<p>Zum Umgang mit Belangen der Landschaft und des Landschaftsbilds wird auf die vorangegangene Abwägung, die ABwägung zum VRG Windenergie in der 1. Offenlage, auf das Planungskonzept und auf den Umweltbericht verwiesen. Zu Sichtbarkeitsanalysen und Landschaftspflegerischen Begleitplan: Dies ist nicht Gegenstand des vorliegenden Planungsverfahrens, sondern des nachgelarten Vorhabenzulassungsverfahrens. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
III.108	1166	<p>Kompensations- und Pflegeflächen, sowie die Präferenz für Vermeidungs- und Sichtschutzmaßnahmen wegen herausragender Landschaftsbildqualität.</p> <p>11.Kumulative Wirkungen &amp; Negative Wechselwirkungen</p> <p>Es fehlt bezogen auf die gegenständlichen Standorte jede fundierte Betrachtung</p> <p>kumulativer Effekte mit bestehenden bzw. geplanten Windkraft- und Infrastrukturprojekten.</p> <p>Negative Wechselwirkungen auf Schutzgebiete, Wanderkorridore und Reproduktionsräume geschützter Arten sind jedenfalls für die gegenständlichen Standorte fachgutachtlich zu analysieren. Sollte dies nicht erfolgen, würde dies einen schwerwiegenden Verfahrensmangel darstellen.</p> <p>Gem. Art. 6 Abs. 3 FFH-RL/§ 34 BNatSchG muss von der Planungsbehörde ein Fachgutachten vorliegen, dass kumulative Wirkungen „in Kombination“ erfasst. Das Fachgutachten muss insbesondere enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollständige Liste aller bestehenden, genehmigten oder beantragten WEA und anderer vorhabenrelevanter Infrastrukturen im funktionsbezogenen Umkreis;</li> <li>• Bewertung additiver / synergistischer Belastungen anhand aktueller, objektiver Daten im worst-case-Szenario;</li> <li>• Nachvollziehbare, präzise, endgültige Dokumentation. (EuGH C-127/02; BVerwG 9 A 8.16).</li> </ul> <p>Hätte der Regionalverband eine insoweit sach- und fachgerechte kumulative Bewertung durchgeführt, hätte er zu dem Ergebnis kommen müssen, dass die gegenständlichen Standorte nicht als Vorrangfläche ausgewiesen werden dürfen. U.E. mit einer Ermessensreduzierung auf Null.</p>	<p>Der RVBO hat im Umweltbericht als Wechselwirkungen kumulative Wirkungen betrachtet und dabei neben VRG Windenergie auch andere Wirkungen betrachtet, z.B. von VBG Photovoltaik, Rohstoffabbau sowie Industrie- und Gewerbegebieten. Teile der Vorranggebiete Windenergie sind nach der Abwägung der Stellungnahme aus der 1. Offenlage auch aufgrund kumulativer Gesichtspunkte entfallen (z.B. VRG WEA-436-031 Beurener Berg). Im Umweltbericht zum Satzungsbeschluss wurden auf Anregung des Landesnaturschutzverbands hin (BE ID 906) Ausführungen zu Summationswirkungen auf den Natur- und Artenschutz ergänzt. Im Umweltbericht wurde zudem eine Auseinandersetzung mit Kumulationswirkungen gem. Art. 6 Abs. 3 FFH-RL/§ 34 BNatSchG ergänzt. Es wird auf den überarbeiteten Umweltbericht zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Es sei erwähnt, dass sich kumulierende Wirkungen auf Ebene der Regionalplanung nur grob einschätzen lassen, da sowohl bei den Vorranggebieten Windenergie als auch bei der Rohstoffsicherung lediglich Flächensicherung betrieben wird und die genaue Ausgestaltung der einzelnen Projekte nicht bekannt ist. Eine fachgutachterliche Bewertung von kumulativen Wirkungen oder Wechselwirkungen auf Ebene der Regionalplanung ist daher aus Sicht des Regionalverbands nicht zielführend. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
III.108	1167	<p>12. Formeller Hinweis an Projektierer im Regionalplan auf mögliche nachträgliche behördliche Anordnungen:</p> <p>Die Region des Württembergischen Allgäus ist insgesamt ein naturschutzfachlich hochsensibles Gebiet. Änderungen in der naturschutzfachlichen Bewertung können auch nachträglich zu veränderten Einschätzungen hinsichtlich des Betriebs von Windkraftanlagen führen.</p> <p>Um bei den Projektierern eventuelle Missverständnisse zu vermeiden, ersuchen wir den RVBO-Projektierer, vor Aufnahme seiner weiteren Tätigkeiten formell und klarstellend darauf hinzuweisen, dass insbesondere im Falle</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- einer nachträglich festgestellten Überschreitung der Schallemission oder Belästigung durch Schattenschlag oder</li> <li>- festgestellter negativer Beeinträchtigungen eines Natura-2000-Gebietes oder einer FFH-geschützten Art sowie ggf. weiterer entsprechender Umstände,</li> </ul> <p>weitere behördliche Maßnahmen (von der Einschränkung des Betriebs bis hin zur Stilllegung und zum Rückbau) angeordnet werden können. Nachträgliche behördliche Anordnungen für bereits genehmigte und in Betrieb genommene Windkraftanlagen sind zulässig.</p> <p>Dies hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in seinem Urteil vom 19. Dezember 2023 (Az. 7 C 4.22) rechtskräftig entschieden. Das BVerwG stellte fest, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nachträgliche Anordnungen zulässig sind, wenn sich die Sach- oder Rechtslage nach der Genehmigungserteilung wesentlich geändert hat.</li> <li>• Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eine dauerhafte Verhaltenspflicht begründet, die auch nach</li> </ul>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Genehmigungserteilung beachtet werden muss.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Feststellungswirkung der Genehmigung sich nur auf den Zeitpunkt der Erteilung bezieht und spätere Änderungen nicht umfasst.</li> <li>• Die Anordnung keine Änderung oder Aufhebung der ursprünglichen Genehmigung darstellt, sondern eine eigenständige Maßnahme zur Einhaltung des Artenschutzes ist.</li> </ul> <p>Das Gericht betonte, dass die Naturschutzbehörde nicht verpflichtet ist, zunächst eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen, bevor sie eine Abschaltanordnung erlässt.</p>		
III.108	1168	<p>VI. Ausblick und rechtliche Konsequenz:</p> <p>Eine eventuelle Ausweisung von Vorranggebieten an den gegenständlichen Standorten trotz der genannten Defizite wird von unserer Vereinigung rechtlich überprüft und ggf. gerichtlich angegriffen werden (vgl. §§ 1, 2, 3 UmwRG).</p> <p>Weiterer Sach- und Rechtsvortrag sowie das Ersuchen um Akteneinsicht bleiben vorbehalten.</p> <p>Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
III.108	1169	<p>Ich sende daher unsere Stellungnahme zum Vorranggebiet "WEA-436-011 Ratzenried - Ost" als Mail - Stellungnahme der gemäß § 3 UmwRG anerkannten Naturschutzvereinigung Natürlich fürs Allgäu &amp; Baden-Württemberg e.V. mit neuem bzw. ergänzendem Sachvortrag zum Teilregionalplan Energie: Planungsinitiative zum Ausbau von Windkraft und Solar Die folgenden Standorte sind nicht als Vorranggebiete für Windenergieanlagen auszuweisen: • 3 WEAs in Argenbühl – Ratzenried-Ost (WEA-436-011). Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben hat am 7. Februar 2025 beschlossen, den überarbeiteten Planentwurf des Teilregionalplans Energie in das zweite Beteiligungsverfahren zu geben. Dieser beinhaltet das bislang zurückge-stellte Kapitel 4.2 des Regionalplans</p>	Es wird auf die nachfolgende Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bodensee-Oberschwaben sowie Änderungen an an-deren Planungskapiteln. Das Planwerk umfasst die Raumnutzungskarte mit den Flächenku-lissen Windenergie und Photovoltaik, den Textteil mit Plansätzen und Begründung sowie den Umweltbericht. Sollte am Standort „Ratzenried-Ost“ ein Vorranggebiet ausgewiesen werden, wäre das der objektive Beweis dafür, dass der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (im Folgen-den „RVBO“) gegen geltende nationale und EU-rechtliche Vorgaben verstößt, nämlich ge-gen die Verpflichtung, besonders konfliktarme Bereiche zur Umsetzung der Energiewende ohne erhebliche Umweltauswirkungen zu identifizieren und auszuweisen. Nach unserer juristischen Bewertung würden daher sowohl die methodische Vorgehens-weise als auch die juristische Begründung des RVBO einer gerichtlichen Überprüfung – zu-mindest bezogen auf diesen Standort – nicht standhalten. I. Überblick: Nach sorgfältiger, rechtlich fundierter Prüfung halten wir die Planungstätigkeit des RVBO – jedenfalls bezogen auf die gegenständlichen Standorte – im Ergebnis für rechtswidrig. Im Folgenden finden Sie die wesentlichen Punkte zu den einzelnen römischen Ziffern: II. Formelle Rüge des Umweltberichts (07.02.2025) Strategische Umweltprüfung (SUP): Eine ordnungsgemäß durchgeführte SUP müsste für die gegenständlichen Standorte „erhebliche negative Umweltauswirkungen“ prognostizieren. Gemäß SUP- und FFH-Richtlinie hat dies einen Verbotscharakter („Ermessensreduzierung auf Null“) für Beschleunigungsgebiete zur Folge. Der RVBO weist dennoch Windenergiebereiche in artenschutzsensiblen Zonen aus • Ungeeignete Planungsgrundlagen: Veraltete Artenschutzdaten, fehlerhafte Windatlas-Daten und unvollständige naturschutzfachliche Grundlagen führen zu einer EU-rechtswidrigen Ausgangslage. •nUVP/FFH-Prüfungen fehlen. Gemäß § 7 UVPG und Art. 6 FFH-RL sind bei der Nähe zu Natura-2000-Gebieten und Mooren vollständige Umweltverträglichkeitsprüfungen erforderlich. Der RVBO begnügt sich jedoch mit unzureichenden Teilprüfungen. • EU-Vorgaben (Art. 15c EE-RL/2023/2413): Ein verpflichtender Ausschluss von Natura-2000-Gebieten und die Nutzung geeigneter Instrumente (Sensibilitätskarten) unterbleiben. • Rechtswirkung: Stellt die SUP erhebliche Umweltauswirkungen fest, wirken diese als Sperrwirkung. Die Fachliteratur bestätigt das höhere Gewicht der SUP-Feststellung im Beschleunigungsverfahren. III. Formelle Rüge zur Erläuterung und Abwägung des RVBO (10.04.2025) •Fehlende FFH-Verträglichkeitsprüfung für das Gebiet „Ratzenried-Ost“: Der RVBO verweigert eine vertiefte Prüfung, obwohl ein FFH-Moor direkt betroffen ist (EuGH C-127/02, C-98/03). •Ungleichgewichtete Abwägung: Das Klimaschutzziel</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>„Vorrang erneuerbarer Energien“ wird höher gewichtet als FFH-Schutzgebiete. EuGH-Urteile (C-473/19, C-357/20) verlangen die Gleichrangigkeit aller Natura-2000-Gebiete. •Ignorieren von Alternativen (EuGH, C-477/19): Der Nachweis, dass keine zumutbaren Ausweichstandorte existieren, fehlt, da keine nachvollziehbare Kriterienmatrix vorliegt. •Verschlechterungsverbot und Renaturierungsrecht: Pauschale Pufferzonen ignorieren, dass das Moor nach Habitat-Richtlinie Art. 6 Abs. 2 sowie EU-Renaturierungs-Verordnung Art. 8 besonderen Schutz erfordert. •Vogelzug- und Rastschutz: Trotz belegter Hauptflugroute und (nächtlicher) Rastfunktion im Fachgutachten fehlt eine individuelle Prüfung jeder Anlage (EuGH, C-355/90, C-127/02). Pauschale Abstände genügen nicht. IV. Vom RVBO in der weiteren Planung zu berücksichtigende Punkte 1. Zufahrten: Es fehlt die naturschutzrechtliche Prüfung (§§ 13, 15 BNatSchG). 2. Öffentliches Interesse und Windhöflichkeit: Der Koalitionsvertrag schwächt den Vorrang von Windkraft bei schwachwindigen Flächen (? 4 m/s). 3. Biodiversität und Artenschutz: Art. 20a GG, FFH- und Vogelschutzrichtlinien si-chern gleichrangig Schutzgebiete, da die Standorte Ratzenried-Ost direkt an schüt-zenswerte Lebensräume grenzen. 4. Rotor-In/Out: Nach § 4 WindBG und § 249 Bundesbaugesetz sind ohne ausdrück-liche Planvorgabe nur Rotor-In-Planungen zulässig. Der RVBO hat Pufferflächen nicht rechtsverbindlich festgelegt. Bei Rotor-Out ist eine UVP zwingend. 5.Artenschutzprüfung (§ 44 BNatSchG): Eine ganzjährige Erfassung geschützter Arten (inklusive zweijähriger Fledermausakustik) fehlt und es werden Tötungs- und Störungsverbote verletzt. 6.FFH-Verträglichkeitsprüfung: Eine solche Prüfung ist zwingend notwendig, da er-hebliche Beeinträchtigungen angrenzender FFH-Gebiete nicht ausgeschlossen werden können. Diese ist durch den RVBO aber nicht erfolgt. 7.EU-Renaturierungsgesetz: Verpflichtet zur Erhaltung von Feuchtgebieten und Mooren. Der RVBO identifiziert keine konfliktarmen Flächen und vernachlässigt Re-naturierungsziele. 8.Schädliche Stoffe: Rotorblatt- und Mastabrieb erzeugen Mikro-/Nanopartikel und PFAS, die benachbarte Hochmoore und Gewässer gefährden. Es fehlen toxikologi-sche Risikoabschätzungen und Bürgschaften (§ 5 BImSchG). 9.Windhöflichkeit/Wirtschaftlichkeit: Die realistische Windgeschwindigkeit beträgt u.E. rund 4 m/s statt &gt; 6 m/s (wie vom RVBO unterstellt). Ohne ein belastbares Gutachten fehlt der Nachweis überragender öffentlicher Interessen. 10.Landschaftsbild: Dem RVBO liegt ein von ihm selbst in Auftrag gegebenes Fach-gutachten vor, das für die gegenständlichen Standorte ausdrücklich empfiehlt, diese aufgrund ihrer ‚herausragenden Eigenart‘ von Windkraftanlagen freizuhalten. 11.Kumulative Wirkungen: Ein</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		ordnungsgemäßes Fachgutachten über additive und synergistische Effekte aller vorhandenen und geplanten Anlagen fehlt (Art. 6 Abs. 3 FFH-RL). Ansonsten wären die gegenständlichen Standorte nicht mehr Teil der Planung. 12. Formeller Hinweis an Projektierer im Regionalplan auf mögliche nachträgliche behördliche Anordnungen: Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 19. Dezember 2023 (Az. 7 C 4.22) rechtskräftig entschieden, dass nachträgliche Anordnungen (bis hin zur Stilllegung) zulässig sind, wenn sich die Sach- oder Rechtslage nach der Genehmigungserteilung wesentlich geändert hat. === Ende Übersicht		
III.108	1170	<p>II.</p> <p>Formelle Rüge des Umweltberichts zum Teilregionalplan Energie (Entwurf) vom 7. Februar 2025</p> <p>Bei einer ordnungsgemäß durchgeführten strategischen Umweltprüfung muss der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (RVBO) für die betreffenden Standorte feststellen, dass „erhebliche negative Umweltauswirkungen“ zu erwarten sind.</p> <p>Gemäß geltendem höherrangigen EU-Recht ist in diesem Fall eine Ausweisung als Beschleunigungsgebiet zwingend unzulässig. Das Ergebnis dieser Strategischen Umweltprüfung hat an dieser Stelle des Planungsverfahrens eine strikte Ausweisungsanforderung zur Folge bzw. führt zu einer absoluten Sperrwirkung für die Flächenausweisung. Bezogen auf die gegenständlichen Standorte liegt u. E. eine sogenannte „Ermessensreduzierung auf Null“ vor.</p> <p>1. Die aktuellen Regionalplanentwürfe sehen vor, Windenergiebereiche und Beschleunigungsgebiete vielfach in für den Artenschutz bedeutsamen Gebieten auszuweisen. Mit dem gewählten Vorgehen wird die Regionalplanung dieser EU-rechtlich vorgegebenen Vorgehensweise jedoch nicht gerecht, da ihre Aufgabe eigentlich darin besteht, besonders konfliktarme Bereiche aus naturschutzfachlicher Sicht zu identifizieren und auszuweisen, um die Energiewende ohne erhebliche Umweltauswirkungen umzusetzen.</p> <p>Wir halten die aktuelle Windenergieplanung des RVBO daher für rechtswidrig, weil die relevanten Planungsgrundlagen des Regionalverbands unserer Einschätzung nach EU-rechtswidrig sind. Dies gilt insbesondere für den Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie, der als Planungsgrundlage</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur Stellungnahme mit der Stellungnahme ID 497 (Stellungnehmer: Natürlich fürs Allgäu, Stellungnahme zu VRG WEA-436-013) verwiesen. Die Erläuterung zur Abwägung gilt für das in der vorliegenden Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie gleichermaßen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>rechtswidrig ist, da er gegen geltendes EU-Recht und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs verstößt. Die naturschutzfachlichen Daten sind als Planungsgrundlage ungeeignet, da sie insbesondere zu FFH-geschützten Arten veraltet und/oder grob unvollständig sind. Insoweit wird im Fachbeitrag Artenschutz der LUBW wie folgt in Ziffer 4.5. bestätigend ausgeführt:</p> <p>(...) Es handelt sich bei den ermittelten Schwerpunktorkommen insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten wind-kraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sein denn, es handelt sich um Sonderstatus-Arten. (...)</p> <p>Auch der Windatlas Baden-Württemberg ist als Planungsgrundlage ungeeignet, da er von grob falschen Daten zur Windhöffigkeit ausgeht. Es ist als amtsbekannt zu unterstellen, dass die entsprechenden Winddaten für die benachbarten Gebiete in Bayern und Vorarlberg hiervon signifikant abweichen. Zudem verstoßen diverse Änderungen der planungs- und beteiligungsrechtlichen Grundlagen gegen geltendes EU-Recht. Besonders dramatisch ist, dass durch die Beschleunigungsgesetzgebung auf EU- und Bundesebene in diesen Gebieten zukünftig wesentliche umweltrechtliche Prüfungen, insbesondere die Artenschutzprüfung, in den Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen wegfallen. Auf Basis dieser rechtswidrigen Ausgangsplanung werden durch sogenannte „beschleunigte Verfahren“ Windkraftindustrieanlagen an Standorten ermöglicht, die aus naturschutzfachlicher Sicht nicht vertretbar sind. Das gefährdet den Artenschutz, da gerade in sensiblen Gebieten wesentliche Prüfungen entfallen.</p> <p>2. Gemäß § 7 i. V. m. Anlage 1 Nr. 1.6 UVPG ist eine UVP durchzuführen, wenn erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu Natura-2000-Gebieten, sensiblen Moorflächen und Feuchtbiotopen sowie der Nutzung als Rast-, Schlaf-, Nist- und Jagdplatz (und somit als Tabuzone) durch Vögel und Fledermäuse im europäischen Fernzug ist die Durchführung einer vollständigen UVP zwingend geboten. Eine Vorprüfung oder Teilprüfung ist unzureichend. Wir erachten die strategische Umweltprüfung des Regionalverbands weiterhin als unzureichend und rechtswidrig, wie bereits in der ersten</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Anhörungsrunde vorgetragen. Gegen die rechtswidrige Umweltprüfung des RVBO werden wir vorgehen</p> <p>3. Gemäß Artikel 15c Abs. 1 a) ii) und iii) der RICHTLINIE (EU) 2023/2413 vom 18. Oktober 2023 ist wie folgt geregelt:</p> <p>ii) Natura-2000-Gebiete und Gebiete, die im Rahmen nationaler Programme zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt ausgewiesen sind, Hauptvogelzugrouten und Meeressäuger-Hauptzugrouten und andere Gebiete, die auf der Grundlage von Sensibilitätskarten und mit den unter Punkt iii) genannten Instrumenten ermittelt wurden, ausschließen, mit Ausnahme künstlicher und bebauter Flächen wie Dächern, Parkplätzen oder Verkehrsinfrastruktur, die sich in diesen Gebieten befinden;</p> <p>iii) alle geeigneten und verhältnismäßigen Instrumente und Datensätze, z. B. Sensibilitätskarten für Wildtiere, nutzen, um die Gebiete zu ermitteln, in denen keine erheblichen Umweltauswirkungen durch Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu erwarten wären, wobei sie die im Zusammenhang mit der Entwicklung eines kohärenten Natura-2000-Netzes verfügbaren Daten — sowohl in Bezug auf Lebensraumtypen und Arten gemäß der Richtlinie 92/43/EWG des Rates (2)* als auch in Bezug auf gemäß der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (3)* geschützte Vögel und Gebiete — berücksichtigen;</p> <p>4. Gemäß Art. 15c Abs. 1 UAbs. 1 lit. a) EE-RL 2023 sind ausreichend homogene Land-, Binnengewässer- und Meeresgebiete auszuweisen, in denen in Anbetracht der Besonderheiten des ausgewählten Gebiets die Nutzung einer bestimmten Art oder bestimmter Arten erneuerbarer Energie voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat</p> <p>Dies ist zusammen mit Art. 15c Abs. 2 EE-RL 2023 zu lesen. Demnach sind Pläne zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten vor ihrer Annahme einer Strategischen Umweltprüfung (SUP) nach der SUP-RL zu unterziehen. Haben sie voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf Natura-2000-Gebiete, ist zusätzlich eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nach Art. 6 Abs. 3 FFH-Richtlinie erforderlich. Art. 5 Abs. 1 SUP-RL verlangt im Falle einer Strategischen Umweltprüfung die Erstellung eines Umweltberichts, in dem die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet werden, die die Durchführung des Plans auf die Umwelt hat, sowie vernünftige Alternativen, die die Ziele und den geografischen Anwendungsbereich des Plans berücksichtigen.</p> <p>Die Informationen gemäß Art. 5 Abs. 1 SUP-RL umfassen nach</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Anhang 1 lit. f) SUP-RL u. a.:</p> <p>„die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen (Anm. Verfasser: Einschließlich sekundärer, kumulativer, synergetischer, kurz-, mittel- und langfristiger, ständiger und vorübergehender, positiver und negativer Auswirkungen. vgl. Fn. 1 zu Anhang 1 lit. f) SUP-RL), einschließlich der Auswirkungen auf Aspekte wie die biologische Vielfalt, die Bevölkerung, die Gesundheit des Menschen, Fauna, Flora, Boden, Wasser, Luft, klimati-sche Faktoren, Sachwerte, das kulturelle Erbe einschließlich der architektonisch wertvol-len Bauten und der archäologischen Schätze, die Landschaft und die Wechselbeziehung zwischen den genannten Faktoren.“</p> <p>5. Sind nach dieser Prüfung erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, ist eine Ausweisung als Beschleunigungsgebiet nicht zulässig.</p> <p>Wie bekannt, liegen die betreffenden Standorte in unmittelbarer Nähe zu Natura-2000-Gebieten. Ebenso kann als amtsbekannt unterstellt werden, dass durch diese Windkraftanlagen Einwirkungen auf diese FFH-Gebiete bzw. auf FFH-geschützte Arten, die von einem FFH-Gebiet in ein anderes wechseln, entstehen werden.</p> <p>Gemäß § 34 Abs. 2 BNatSchG darf ein Vorhaben zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen eines Natura-2000-Gebiets in seinen für das Erhaltungsziel oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen. Maßgebliches Kriterium ist der günstige Erhaltungszustand der geschützten Lebensräume und Arten. Ein günstiger Erhaltungszustand muss trotz der Durchführung des Vorhabens stabil bleiben (BVerwG, Urteil vom 17.01.2007, Az. 9 A 20/05, BVerwGE 128, 1, Rn. 43). Es muss dabei gewiss sein, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen auftreten. Nur wenn insoweit keine vernünftigen Zweifel verbleiben, darf die Verträglichkeitsprüfung mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden (EuGH, Urteil vom 7.9.2004 – C 127/02 – Rn. 59 und 61; BVerwG, Urteil vom 17.1.2007 – 9 A 20/05 – BVerwGE 128, 1 Rn. 43). vom 7.</p> <p>September 2004 – C 127/02 – Rn. 59 und 61; BVerwG, Urteil vom 17.01.2007 – 9 A 20.05 – BVerwGE 128, 1, Rn. 56).</p> <p>Das Ergebnis dieser Prüfung hat somit an dieser Stelle des Planungsverfahrens eine strikte Ausweisungswirkung bzw. führt zu einer absoluten Sperrwirkung für die Flächenausweisung (Sobotta, REPowerEU – Quo vadis Naturschutz?, NVwZ 2023, S. 1609 (1614); Stiftung Umwelt Energierecht, Die Beschleunigungsgebiete nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, Nr. 35, 08.02.2024, Seite</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>17). Demnach kommt der Feststellung, dass voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind, bei der Ausweisung der Beschleunigungsgebiete ein viel höheres Gewicht zu als sonst im Verfahren zur Aufstellung bzw. Änderung von (Regional-) Plänen (Stiftung Umwelt Energierecht, Die Beschleunigungsgebiete nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, Nr. 35, 08.02.2024, Seite 17).</p> <p>Aus diesem Grund ist eine unzureichende Datenbasis hinsichtlich Artenschutz und Windhöflichkeit nicht hinnehmbar.</p> <p>Das ist ein gravierender Unterschied zu einem „normalen Regionalplanungsverfahren“, das nicht zu einer Beschleunigung des davon betroffenen Genehmigungsverfahrens führt. Im Falle eines „normalen Regionalplanungsverfahrens“ ist das Ergebnis der SUP bei der Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Plans nur ein zu berücksichtigender Abwägungsbelang, der eine Gebietsausweisung nicht in gleicher Weise sperren kann. Vgl. dazu Art. 8 SUP-RL bzw. § 43 Abs. 2 UVPg.</p>		
III.108	1171	<p>6. Die angedachte Vorrangfläche „Ratzenried-Ost“ liegt eingebettet in die FFH-Gebiete Obere Argen und Seitentäler sowie Untere Argen und Seitentäler, also in unmittelbarer Nähe zu FFH-Gebieten und zahlreichen Biotopen und entspricht zweifelsfrei allen Voraussetzungen eines Natura-2000-Gebiets (Naßwiesen, Feuchtgebiete in Wäldern, Brut- und Nahrungshabitat für FFH-Arten).</p> <p>Das Vorranggebiet „Ratzenried-Ost“ liegt – wissenschaftlich erwiesen – auf der Haupt-route des europäischen Vogelzugs (Jethro G. Gauld et al., Journal of Applied Ecology, 12.02.2022, Hotspots in the Grid: Avian Sensitivity and Vulnerability to Collision Risk from Energy Infrastructure Interactions in Europe and North Africa, Konstanzer Online-Publikationssystem (KOPS), URL: <a href="http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-15vnbpyegch739">http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-15vnbpyegch739</a>).</p> <p>In diesem Kontext dient das Gebiet als Rast-, Jagd-, Brut- und Schlafhabitat. Das Rast-gebiet ist Teil eines Gebiets von FFH-Gebieten und ist durch komplexe Beziehungen zwischen mehreren verteilten Gewässern, Naßwiesen, Feuchtbiotopen im Wald, Hoch-mooren und Naturschutzgebieten mit Rast- und Übernachtungsplätzen sowie mit über das ganze Gebiet verteilten Nahrungsflächen und weiteren Funktionselementen eines Rastgebiets gekennzeichnet. Zwischen diesen findet ein reger Austausch von FFH-ge-schützten Vögeln und Fledermäusen statt.</p> <p>Die Errichtung von Windenergieanlagen in diesem Gebiet hätte</p>	<p>Bzgl. faktischer FFH-Gebiete und Vogelzug s. BE-ID 1156</p> <p>Auf der aktuellen Maßstabsebene sind keine erheblichen Beeinträchtigungen erkennbar und es verbleibt auch kein vernünftiger Zweifel.</p> <p>Zudem verlangt das gemeinschaftsrechtliche Vorsorgeprinzip nicht, die FFH-Verträglichkeitsprüfung auf ein „Nullrisiko“ auszurichten.</p> <p>Betr. Alternativenprüfung s. BE-ID 1156</p> <p>Die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzrechtlichen Prüfungen erfolgen auf Basis einer stringenten Methodik, welche im Umweltbericht inkl. der Wirkfaktorentabellen und den Anlagen genau dargelegt sind und welche Konflikte zwischen potenziellen Vorranggebieten Windenergie und Umweltbelangen darlegt und bewertet. diese Methodik wurde bei allen potenziellen Vorranggebieten Windenergie einheitlich angewendet. Die Strategische Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und ausreichende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung. Auf den Umweltbericht zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie wird</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erhebliche Auswirkungen auf die Funktion dieses Habitats. Neben essenziellen und traditionellen Nahrungsflächen größeren Umfangs wären nämlich auch stark frequentierte</p> <p>Überfluggebiete betroffen, die für die Funktion des Gebiets von entscheidender Bedeutung sind. Die Folge wäre eine Verschlechterung des Gebietszustands.</p> <p>Die besonderen Bedingungen dieses Gebiets lassen nicht erkennen, dass sich Möglichkeiten zur Vermeidung, Minderung oder zum Ersatz beeinträchtigter Funktionen für rastende Vögel oder Fledermäuse schaffen ließen.</p> <p>Zudem ist offensichtlich, dass von diesem Standort aus sehr erhebliche negative Effekte für die umliegenden Mooregebiete, FFH-Gebiete und Naturschutzgebiete ausgehen würden. Diese Fläche ist daher – selbst wenn sie nicht unmittelbar in das Natura-2000-Schutzgebiet einbezogen wurde – in eine SUP einzubeziehen und nach denselben Kriterien zu bewerten (BVerwG, Urteil vom 14.04.2010 – A 5.08, NuR 2010, 558, Rn. 38 ff.; Schumacher/Fischer-Hüftle, Bundesnaturschutzgesetz, Kommentar, 3. Auflage, § 34, Rn. 12).</p> <p>Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung des EuGH und des BVerwG muss gewiss sein, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen auftreten. Nur wenn insoweit keine vernünftigen Zweifel verbleiben, darf die Verträglichkeitsprüfung mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden (EuGH, Urt. v. 7.9.2004 – C 127/02 – Rn. 59 und 61; BVerwG, Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20.05 – BVerwGE 128, 1, Rn. 56).</p> <p>Sollte der Regionalverband dennoch Vorrangflächen an den Standorten Ratzenried-Ost ausweisen wollen, muss er gemäß § 34 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG prüfen und begründen, dass innerhalb seines Planungsgebietes (also innerhalb des vom RVBO umfassten Verbandsgebiets) keine zumutbaren Alternativen vorhanden sind. Lassen sich die Planungsziele an einem Standort verwirklichen, der nach dem Schutzkonzept der Habitatrichtlinie günstiger ist, oder mit geringerer Eingriffsintensität, so muss der Regionalverband von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Ein Gestaltungsspielraum steht ihm insoweit nicht zu (BVerwG, Urteil vom 9.7.2009 – 4 C 12/07 – BVerwGE 134, 166 Rn. 33; OVG Bremen, Beschluss vom 3.4.2017 – 1 B 126/16). 9.7.2009 – 4 C 12/07 – BVerwGE 134, 166 Rn. 33; OVG Bremen, 1 B 126/16, Beschluss vom 3.4.2017).</p> <p>Bezogen auf die planerische Tätigkeit des Regionalverbands bedeutet dies, dass die Ausweisung des Vorranggebiets „Ratzenried-Ost“ unzulässig ist, wenn zur Erreichung der</p>	<p>verwiesen.</p> <p>Im Umweltbericht wird zudem in Kap. 8 erläutert, warum eine Festlegung als Vorranggebiet Windenergie auch dann erfolgen kann, wenn als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung herauskommt, dass "Artenschutzbelange in erheblichen Maß beeinträchtigt sind". Es wird auf Kap. 8 des Umweltberichts verwiesen.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
III.108	1172	<p>Planungsziele eines der übrigen im Suchraum zur Verfügung stehenden bzw. bisher vorgesehenen Vorranggebiete objektiv weniger negativ betroffen wäre oder wenn bei gleich negativer Betroffenheit objektive Gründe gegen andere Standorte sprächen.</p> <p>Die Mangelhaftigkeit des Umweltberichts des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben wird am Beispiel des bislang noch geplanten Vorranggebiets „Ratzenried-Ost“ besonders deutlich.</p> <p>Auf die naturschutzfachlich herausragende Eigenart des Württembergischen Allgäus ha-ben wir seit rund 15 Jahren auf vielfältige Weise und immer wieder hingewiesen. Auf die Ausführungen des Vereins ProNatur Argenbühl e.V., die dieser im Zuge des Re-gionalplanungsverfahrens vorgetragen hat nehmen wir ausdrücklich Bezug.</p> <p>Es dürfte auch als amtsbekannt gelten, dass es in Baden-Württemberg wenige Orte gibt, die naturschutzfachlich ähnlich herausragend sind.</p> <p>Das Gebiet um Siggen und ‚Ratzenried‘ zeichnet sich zudem durch eine einzigartige Schönheit seiner Natur und Landschaft aus. Dies wurde auch im Auftrag des Regional-verbands Bodensee-Oberschwaben in einer fachgutachterlichen Untersuchung bestä-tigt.</p> <p>Allein schon aus diesem Grund ist das Gebiet nach geltendem EU-Recht von Vorrang-gebieten für Windkraft ebenso wie von Windkraftanlagen freizuhalten.</p> <p>Im Zuge der Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans hat der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben eine fachgutachterliche Bewertung des Landschaftsbildes an-hand objektiver Kriterien durch die PAN Planungsbüro für angewandten Naturschutz GmbH erstellen lassen. Dem Fachgutachten (Stand: 25.08.2023) ist bezüglich des Standorts Ratzenried-Ost zur Bewertung der sogenannten Landschaftsbildqualität zu entnehmen:</p> <p>(...) Folgende Bereiche weisen aufgrund der vorhandenen Sichtbeziehungen eine be-sondere Empfindlichkeit gegenüber der Errichtung von Windkraftanlagen auf (vgl. Abb. 18):</p> <p>(...) Umfeld der zahlreichen Aussichtspunkte im südlichen Allgäu, z. B. Schloss Zeil, Waldburg, Schwarzer Grad in der Adelegg, Siggener Höhe bei Wangen. (...)</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regional-plans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der</p>	<p>Es wird auf die Abwägung der Stellungnahme ID 433 verwiesen.</p> <p>Zu den Ausführungen zum Landschaftsbildgutachten PAN:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 sowie auf die Ergebnisse der Strategischen Umweltprüfung in Anlage 1 zum Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.</p> <p>Die Ergebnisse des in der Anregung zitierten Landschaftsbildgutachtens wurden bei der Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergie (s. Kriterienkatalog) und bei der Strategischen Umweltprüfung sowie in der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Und 2. Offenlage angemessen berücksichtigt. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt weiterhin. Das Erfordernis einer Reduktion oder Streichung des VRG Windenergie ergibt sich dadurch nicht.</p> <p>Es wird zudem auf die Abwägung der BE ID 770 verwiesen.</p> <p>Zur naturschutzfachlichen Bedeutung: Belange des Natur- und Artenschutzes wurden im Planungskonzept, in der Strategischen Umweltprüfung und in den naturschutzfachlichen Prüfungen umfangreich geprüft. Im Ergebnis stehen keine Belange der Festlegung als Vorranggebiet Windenergie erheblich entgegen.</p> <p>Es wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage zum genannten Vorranggebiet Windenergie verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Landschaft“, Stand 25.08.2024, Seite 50 und Seite 69)</p> <p>(...) Die Bereiche mit der höchsten Konfliktintensität in den Suchräumen liegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– im Donaudurchbruchstal westlich von Sigmaringen</li> <li>– in Randbereichen des Pfrunger-/Burgweiler Rieds</li> <li>– auf der Hügelkette im Umfeld des Wurzacher Rieds</li> <li>– im Umfeld von Seen im Allgäu (z.B. Siggener Seen, Beurener See, Elleratzhofer Weiher, Metzisweiler Weiher). (...)</li> </ul> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regional-plans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2024, Seite 94)</p> <p>(...) Eine überdurchschnittliche bzw. deutlich überdurchschnittliche Bedeutung für das Landschaftsbild haben demnach: (...)</p> <p>-</p> <p>große naturnahe Seen:</p> <p>Weitere für das Landschaftsbild besonders bedeutsame Gewässer sind z.B. der Elleratzhofer Weiher, der Rohrsee, die Seen der Blitzenreuter Seenplatte, der Schlossee bei Salem und der Ilmensee. (...)</p> <p>(Einschub: gemäß Tabelle 26 auf Seite 94 sind in diesem Kontext auch die vom gegenständlichen Vorranggebiet betroffenen Siggener Seen zu subsumieren).</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regional-plans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2024, Seite 40)</p> <p>Die fachgutachterliche Empfehlung an den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (als Auftraggeber des Gutachtens) ist daher auch eindeutig und lautet wie folgt:</p> <p>(...) Grundsätzlich ist anzustreben, die Vorranggebiete für Windenergieanlagen und Vorbehaltsgebiete für Freiflächensolaranlagen dort zu situieren, wo die Konfliktintensität durchschnittlich bis (deutlich) unterdurchschnittlich ist.</p> <p>Für die Abgrenzung der Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete können folgende Empfehlungen gegeben werden: (...)</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung												
		<p>– Wegen der grundsätzlich weiten Einsehbarkeit von WKA sollten Vorranggebiete im unmittelbaren Umfeld von Landschaften mit besonderer Eigenart und Attraktivität (...) möglichst vermieden werden. (...)</p> <p>(Quelle: Regionaler Planungsverband Bodensee-Oberschwaben Teilfortschreibung „Energie“ des Regionalplans, Fachbeitrag „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“, Stand 25.08.2024, Seite 98</p>														
III.108	1174	<p>8. Wir halten den Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie (Entwurf) vom 07.02.2025 auch aus weiteren Gründen für rechtlich, sachlich und fachlich fehlerhaft. Sollten wir innerhalb unseres Wirkungskreises gezwungen sein, uns gegen die Ausweisung eines Vorranggebiets wehren zu müssen, würde damit über die – in Baden-Württemberg überall in gleicher Weise u.E. fehlerhafte Planungsgrundlage – entschieden werden (müssen).</p> <p>Wir begründen in der gebotenen Kürze, warum wir den Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie (Entwurf) vom 07.02.2025 aus weiteren Gründen für rechtsfehlerhaft und mithin anfechtbar halten:</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 1156 verwiesen. Die Abwägung gilt für das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie gleichermaßen.	Kenntnisnahme												
III.108	1175	<p>Tabelle s. BE ID 1156</p> <p>III. Formelle Rüge hinsichtlich der Erläuterung und Abwägung des Regionalverbands RVBO (Stand 10.04.2025) zu den Einwendungen im Rahmen der ersten Anhörung bzgl. der Teilfortschreibung des Regionalplans Energie: Wir halten die umfangreichen schriftlichen Anmerkungen des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben zu den Eingaben für nicht zutreffend. Nach unserer juristischen Einschätzung werden die Ausführungen des RVBO einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten. Nachfolgend haben wir dazu einige Punkte in der gebotenen Kürze zusammengestellt.</p> <table><tr><th>Nummer</th><th>Thema/Kritik-Begründung</th><th>Fundstelle im (ca. 800 Zeichen) Dokument</th><th>Verstoß gegen</th></tr><tr><td>1</td><td>Unzutreffende</td><td>Seite 1-2,</td><td>§ 1 Abs. 6 Nr. 7</td></tr><tr><td></td><td colspan="3">Die Planung stützt sich auf Winddaten aus dem</td></tr></table>	Nummer	Thema/Kritik-Begründung	Fundstelle im (ca. 800 Zeichen) Dokument	Verstoß gegen	1	Unzutreffende	Seite 1-2,	§ 1 Abs. 6 Nr. 7		Die Planung stützt sich auf Winddaten aus dem			<p>Zu 1.) Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt hier weiterhin.</p> <p>Zu 2.) Es wird auf die Abwägung zur Stellungnahme mit dem Az. III.108 (Natürlich fürs Allgäu) zum VRG WEA-436-013 verwiesen. Die Abwägung gilt in diesem Falle gleichermaßen.</p> <p>Zu 3.) Das FFH-Gebiet heißt nicht „Neuweiher-Buchweiher“, sondern „Obere Argen und Seitentäler“. Bei der Natura-2000-Vorabprüfung wurde dieses FFH-Gebiet in Bezug auf die Festlegung des Vorranggebiets Windenergie geprüft. Es ergab sich eine Fläche von 5 ha im 500m Prüfradius. Es wird auf den Umweltbericht, Entwurf zum Satzungsbeschluss, Tab. U 17</p>	Keine Berücksichtigung
Nummer	Thema/Kritik-Begründung	Fundstelle im (ca. 800 Zeichen) Dokument	Verstoß gegen													
1	Unzutreffende	Seite 1-2,	§ 1 Abs. 6 Nr. 7													
	Die Planung stützt sich auf Winddaten aus dem															

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Windatlas		
		Windleistungs- RVBO-ID BauGB, Art. 6		
Abs.		BW, die laut unabhängigen Studien systematisch um	und Kap. 8.1.1.2 verwiesen. Im Ergebnis können in Bezug	auf die Lebensstätten der FFH-Gebiete, nach derzeitigem
bis		dichte als IV.00359 3 FFH-RL, EuGH	Kenntnisstand, keine erheblichen Beeinträchtigungen	prognostiziert werden. Im nachgeordneten Planungs- und
		zu 30 % überschätzt sind. Dadurch wird der Standort	Zulassungs-verfahren können, nach erfolgter Standortwahl,	zudem geeignete Vermeidungs- und
als		Grundlage der C-127/02	Minderungsmaßnahmen festgelegt werden. Die Festlegung	einer Pufferzone ist damit nicht erforderlich. Zur Prüfung
		windhöffiger dargestellt, als er tatsächlich ist. Dies führt	von Auswirkungen auf FFH-Gebiete im Umfeld wird zudem	auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. III.108
zu		Abwägung	Zu 4.)	zum VRG WEA-436-013 verwiesen.
		einer fehlerhaften Gewichtung in der Abwägung gemäß	Es wird auf die Abwägung zur BE ID 1156 der	
		BauGB und beeinträchtigt die rechtmäßige Flächenaus-	Stellungnahme mit dem Az. III.108 (unter 4.) verwiesen	
		wahl.	sowie auf die Ausführungen zu Arten, die nicht	windkraftsensibel sind und keine Sonderstatusarten
2		Unzureichende Seite 2-3, Art. 6 Abs. 2 FFH-	Zu 5.) – Infraschall:	
		Im Umweltbericht wurden erhebliche Beeinträchtigungen	Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage	
		Berücksichti- RVBO-ID RL-EuGH C-	zur Synopse Teil B.1 verwiesen.	
		der Schutzgüter Flora und Fauna nicht ausreichend	Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt hier weiterhin.	
be-		gung von IV.00359 117/00	Zu 5.) – Biotopverbund:	
		rücksichtigt. Das Verschlechterungsverbot der FFH-Richtli-	Belange des Biotopverbunds wurden im Planungskonzept	
		Schutzgütern	sowie in den Umweltprüfungen berücksichtigt. Es wird	
		nie verlangt, dass bestehende ökologische Funktionen er-	auf die Planunterlagen (Entwurf zum Satzungsbeschluss)	
		halten bleiben. Ohne genaue Prüfung verstößt die	verwiesen. Die Festlegung von Vorranggebieten für	
Planung		gegen EU-Recht.	besondere Nutzungen im Freiraum zur Sicherung des	
			regionalen Biotopverbundsystems ist allerdings nicht	
			Gegenstand des Verfahrens. Bezüglich fehlenden	
			Biotopkartierungen sowie andere fehlende bzw. veraltete	
			Datengrundlagen wird auf die Ausführungen in der Anlage	
			zur Synopse B.3 zur 1. Offenlage verwiesen. Die	
			Abwägung zur 1. Offenlage gilt hier weiterhin.	
3		Gefährdung des Seite 3-4 Art. 6 Abs. 2		
FFH-		Durch die geplante Ausweisung als Vorranggebiet		
wird die		FFH-Gebietes RVBO-ID RL, § 29		
		ökologische Pufferzone des FFH-Gebiets Neuweiher-		
		durch Entwer- IV.00359_1 BNatSchG,		
EuGH		Buchweiher entwertet. Diese Pufferfunktion ist		
integraler		tung der Puffer- C-98/03		
		Bestandteil des Schutzkonzepts und verhindert negative		
		zone		
		Einflüsse auf das FFH-Gebiet. Die Missachtung dieser		
		Schutzwirkung verstößt gegen das Verschlechterungsver-		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			bot nach Art. 6 Abs. 2 FFH-RL und EuGH-Rechtsprechung.	
4		Nichtberücksich- FFH-RL, Tagfalterarten, darunter tigation schüt- Vogelschutz- in die arten- zenswerter Arten schutzrechtliche Prüfung einbezogen. Dies widerspricht (Tagfalter) der Pflicht zur vollständigen Erfassung streng geschützter	Seite 3, RVBO- Trotz belegter Vorkommen von 22 ID IV.00359_1 mehrere Rote-Liste-Arten, wurden diese nicht RL, EuGH C- 183/05	Art. 12 Art. 5
		Arten nach Art. 12 FFH-RL.		
5		Infraschall-Ge- Die gesundheitlichen Auswirkungen von Infraschall auf fährdung – keine UVPg berücksich- ausreichende tigt, obwohl wissenschaftliche Hinweise auf erhebliche Ri- Prüfung der siken bestehen. Dies stellt einen Verstoß gegen das Gebot	Seite 5-6 RVBO-ID den Menschen wurden im Umweltbericht nicht IV.06419	§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB,
		umfassender Umweltprüfung nach dem UVPg dar.		
		Auswirkungen auf Mensch		
		Versäumte Fort- Die im Regionalplan vorgesehene Ausweisung schließt schreibung des schützenswerte Flächen vom Biotopverbund aus, obwohl Biotopverbunds sie laut Landesfachplanung als ökologisch wertvoll gelten.	Seite 4, RVBO- ID IV.00359_1 FFH-RL	§ 21 Abs. 2 BNatSchG, Art.10
		Die unterlassene Berücksichtigung widerspricht der Pflicht zur Erhaltung und Entwicklung des Biotopverbunds gemäß § 21 BNatSchG und Art. 10 FFH-RL.		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
III.108	1176	<p>IV. Vom Regionalverband in der weiteren Planung zu berücksichtigende Punkte:</p> <p>1. Zufahrtswege bisher unberücksichtigt: In dem Planungsverfahren des RVBO sind die Sicherstellung der umfangreichen Zufahrten und deren naturschutzrechtlicher Status (§§ 13 und 15 BNatSchG) bisher unberücksichtigt geblieben.</p> <p>2. Überragendes öffentliches Interesse bzgl. WKAs zukünftig fraglich: Wir stellen fest, dass das genehmigungsrechtlich relevante sogenannte überragende öffentliche Interesse hinsichtlich Windkraftanlagen durch den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung insoweit konterkariert wird, als dass das sogenannte „Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwind-Standorte“ überprüft wird (Koalitionsvertrag, Zeile 1035). Das heißt, dass das überragende öffentliche Interesse, wenn überhaupt, dann nur noch bei entsprechend windstarken Flächen unterstellt werden könnte. Solche Flächen gibt es im Landkreis Ravensburg und insbesondere an den gegenständlichen Windkraftstandorten aber nicht (nach unseren Untersuchungen weht der Wind dort nur mit rund +/- 4 m/s).</p> <p>3. Gleichrangigkeit des öffentlichen Interesses bzgl. Biodiversitäts- und Artenschutz: Vorliegend sind zudem die naturschutzfachlichen öffentlichen Belange des Biodiversitäts- und Artenschutzes betroffen. Diese stellen ebenfalls einen unmittelbar in der Verfassung oder in verfassungsgleichem Unionsrecht verankerten Abwägungsbelang dar, der ein überragendes öffentliches Interesse darstellt (Art. 20a GG zweiter Schutzzweig, Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 2 FFH-RL, Art. 5 Vogelschutz-RL, EU-Renaturierungsgesetz mit strengen Zugriffs- und Tötungsschutzgeboten und Anwendungsvorrang des Unionsrechts). Insbesondere grenzen die überplanten Flächen an den Standorten „Ratzenried-Ost“ unmittelbar an Naturschutz- und FFH-Gebiete, darunter geschützte Hoch- und Niedermoore (insbesondere die einzigartigen ‚Seggenmoore‘) sowie zahlreiche Feuchtbiootope und geschützte Oberflächengewässer. Es handelt sich um ökologisch hochsensible Bereiche, in denen regelmäßig standorttreue, FFH-geschützte Arten sowie während des</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur Stellungnahme mit der Stellungnahme ID 497 (Stellungnehmer: Natürlich fürs Allgäu, Stellungnahme zu VRG WEA-436-013) verwiesen. Die Erläuterung zur Abwägung gilt für das in der vorliegenden Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Zu den Seggenmooren: Belange des Moorschutzes wurden im Planungskonzept sowie in den Umweltprüfungen ausreichend berücksichtigt. Eine Änderung ist nicht erforderlich.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>europäischen Fernzugs FFH-ge-schützte Arten nachgewiesen werden.</p> <p>4. Es gilt grundsätzlich das Rotor-In-Prinzip: Gemäß § 4 Abs. 1 WindBG gilt bei der Beplanung von Vorranggebieten grundsätzlich das Rotor-In-Prinzip. § 249 Abs. 5 BauGB bindet das Vorranggebiet vollständig. Die Urteile des OVG Lüneburg (12 KN 51/20) und des VGH Mannheim (5 S 305/19) sowie die FAQ der Landesplanung NRW (2023) bestätigen, dass ohne ausdrückliche Planvorgabe kein Rotor-Out zulässig ist. Auch für eine 270 Meter hohe Windkraftanlage beträgt die zulässige Toleranz daher 0 Meter Überstand.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben berücksichtigt die Rotorblatt-Pufferflächen zwar aktuell bereits rechnerisch, hat ihre Anrechnung nach § 5 Abs. 1 WindBG für alle Vorranggebiete aber noch nicht förmlich festgestellt. Eine entsprechende Überplanung wird daher erst – wenn überhaupt – mit dem geplanten Satzungsbeschluss möglich.</p> <p>Vor dem Hintergrund, dass die gegenständlichen Gebiete naturschutzfachlich hochsensibel sind, ist die von Windkraftanlagen ausgehende schädliche Wirkung soweit als irgend möglich zu reduzieren. Eine „Rotor-Out-Planung“ ist unseres Erachtens daher nicht zulässig. Wir werden auch in diesem Sinne gegenüber dem Regionalverband RVBO argumentieren und auf eine entsprechende Planung hinwirken.</p> <p>Sollte der RVBO sich entschließen, für bestimmte oder alle Gebiete ein „Rotor-Out“ zuzulassen, ist klarzustellen, dass insoweit jeweils vollständige Umweltverträglichkeitsprüfungen durch die Projektierer durchzuführen sind.</p> <p>5.</p> <p>Artenschutzprüfung (§ 44 BNatSchG i. V. m. FFH-RL): Eine in den konkreten Einzelfällen u. a. aufgrund der besonderen Lage im europäischen Fernzug erforderliche ganzjährige Erfassung geschützter Arten fehlt für die gegenständlichen Standorte bislang vollständig. Hierbei ist insbesondere auch eine zweijährige akustische Erfassung der Fledermausaktivität im Gondelbereich vorzulegen (§ 6 Abs. 1 WindBG).</p> <p>Gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG sind Störungen sowie die Zerstörung von Jagd-, Rast-, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten streng geschützter Arten unzulässig. Eine Genehmigung ohne eine</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>umfassende artenschutzrechtliche Prüfung ist rechtswidrig.</p> <p>Diese Untersuchung muss sich auf alle Gebiete beziehen und sowohl FFH-geschützte Vögel, Fledermäuse, Kleinsäuger, Amphibien, Reptilien, Insekten als auch Pflanzen umfassen. Eine entsprechende sachgerechte Artenschutzprüfung hat durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben nicht stattgefunden.</p> <p>6.</p> <p>FFH-Verträglichkeitsprüfung (Art. 6 FFH-RL, § 34 BNatSchG) Da erhebliche Beeinträchtigungen für benachbarte FFH-Gebiete nicht ausgeschlossen werden können, ist jedenfalls für die gegenständlichen Standorte eine FFH-Verträglichkeitsprüfung zwingend erforderlich. Das Projektgebiet wirkt als Puffer- und Vernetzungszone. Eine Beeinträchtigung des Gebiets kann den Erhaltungszustand angrenzender Lebensräume erheblich verschlechtern.</p> <p>Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nach Art. 6 Abs. 3 FFH-RL i. V. m. § 34 BNatSchG ist zwingend erforderlich, sobald ein Windpark als „Plan oder Projekt“ ausgewiesen wird und erhebliche Beeinträchtigungen seiner Erhaltungsziele für ein Natura-2000-Gebiet – allein oder kumulativ mit anderen Vorhaben – nicht ausgeschlossen werden können. Sie entfällt nur, wenn eine fachlich gesicherte Vorprüfung eindeutig jede relevante Auswirkung ausschließt.</p> <p>Die Ausweisung gilt als „Plan oder Projekt“ (Art. 6 Abs. 3 FFH-RL/§ 34 BNatSchG), sobald eine behördliche Entscheidung – etwa ein Raumordnungs-, Flächennutzungs- oder Bebauungsplan oder ein Teilregionalplan Wind – oder eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung einen verbindlichen Rechtsrahmen für den Standort, den Umfang oder den Betrieb des Windparks schafft. Es ist unerheblich, ob die Anlage bereits gebaut wird; entscheidend ist, dass die Maßnahme den Bau ermöglicht und Natura-2000-Gebiete potenziell beeinflussen kann.</p> <p>Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist bei Windkraftgenehmigungen immer dann zwingend erforderlich, wenn auf Grundlage objektiver Informationen nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Anlage – einzeln oder gemeinsam mit anderen Vorhaben – die Erhaltungsziele eines Natura-2000-Gebiets erheblich beeinträchtigt. Das gilt unabhängig davon, ob die Windkraftanlage innerhalb oder außerhalb des Schutzgebiets steht; potenzielle Effekte genügen. Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen dürfen im Screening</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nicht eingerechnet werden, sondern sind erst Gegenstand der eigentlichen Verträglichkeitsprüfung. Eine entsprechende FFH-Verträglichkeitsprüfung hat durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben nicht stattgefunden.</p> <p>7. EU-Renaturierungsgesetz Gemäß Art. 4 Abs. 1 und Art. 9 des EU-Renaturierungsgesetzes sind Feuchtgebiete, Moore und Quellbereiche vorrangig zu erhalten und wiederherzustellen. Die Errichtung großtechnischer Anlagen widerspricht dem Ziel, 20 % der Landflächen bis 2030 in einen naturnahen Zustand zu versetzen. Eine planerische Ausweisung ist mit den nationalen Wiederherstellungsplänen nicht vereinbar.</p> <p>Die EU-Vorgaben sehen vor, dass die Regionalplanungsbehörden aufgrund ihrer Untersuchung naturschutzfachlich besonders konfliktarme Bereiche identifizieren und ausweisen. Dem wird der Regionalverband Bodensee Oberschwaben mit seiner aktuellen Planung nicht gerecht. Wie man auch daran erkennen kann, dass die gegenständlichen Gebiete überhaupt vom Regionalverband Bodensee Oberschwaben als Vorranggebiete in Betracht gezogen werden.</p> <p>Das EU-Renaturierungsgesetz stellt Renaturierungs- und Nicht-Verschlechterungspflichten über das pauschale „überragende öffentliche Interesse“ an Windenergie. In von Wiederherstellungszielen erfassten Räumen hat die Planungsbehörde die EEG/RED-Vermutung zu streichen; andernfalls ist sie widerlegbar, sobald ein Windpark erhebliche, nicht kompensierbare Schäden erwarten lässt. Die EU-Renaturierungsziele gehen damit neuen Anlagen rechtlich vor.</p> <p>8. Eintrag schädlicher Stoffe in geschützte Ökosysteme Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu Natura-2000-Gebieten, sensiblen Moorflächen und Feuchtbiotopen sowie der Nutzung als Rast-, Schlaf-, Nist- und Jagdplatz (und somit als Tabuzone) durch Vögel und Fledermäuse im europäischen Fernzug ist der Eintrag von schädlichen bzw. giftigen Stoffen, die im normalen Betrieb von Windkraftanlagen entstehen, absehbar.</p> <p>Die durch Rotorblattabrieb und Abrieb des Anlagenmasts entstehenden Mikro- und Nanopartikel sowie PFAS-Stoffe gefährden die umliegenden Moore, Oberflächengewässer und das Grundwasser. Wir fordern eine toxikologische Risikoabschätzung mit chemischer Detailanalyse sowie die Offenlegung von Rückstellungen zur Sanierung kontaminierter Flächen (§ 5 Abs. 3 BImSchG analog).</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Insbesondere darf als amtsbekannt unterstellt werden, dass sich im laufenden Betrieb von Wind-kraftanlagen u. a. Abrieb in Form von giftigen Nanopartikeln und PFAS in relevantem Ausmaß bildet. Diese Stoffe werden über die gesamte Höhe der Anlage gebildet und über den Wind weit-räumig verteilt.</p> <p>Der Regionalverband als Planungsbehörde hat daher – neben den übrigen naturschutzfachlich relevanten Sicherungsmaßnahmen – als planerische Grundvorgabe festzusetzen, dass die Pro-jektierer für die gesamte Betriebszeit sicherstellen, dass keine negative Beeinträchtigung der umliegenden FFH-geschützten Biotope, Hoch- und Niedermoore sowie der angrenzenden Na-turschutzgebiete und Oberflächengewässer entstehen kann. Zudem haben die Projektierer fach-gutachterlich darzulegen, wie der Eintrag von schädlichen Stoffen verhindert wird (z. B. Wahl der Baumaterialien etc.).</p> <p>Projektierer haben für die gesamte Laufzeit und eine angemessene Zeit nach dem Rückbau der Anlagen zudem eine insolvenz-sichere BlmSchG-Bürgschaft zur vollumfänglichen Behebung möglicher Umweltschäden zu stellen.</p> <p>9.</p> <p>Fehlende Windhöffigkeit / Realitätsferne Annahmen Die real zu unterstellende durchschnittliche Windgeschwindigkeit liegt nach unserer Einschätzung bei +/- 4 m/s, während der Regionalverband und Projektierer mit über 6 m/s kalkulieren. Ein belastbares Windgutachten auf Nabenhöhe über 12 Monate fehlt. Dies steht im Widerspruch zu § 2 WindBG i. V. m. § 2 EEG 2023, § 6 Abs. 2 WindBG (Wirtschaftlichkeit und Flächensicherung).</p> <p>Baden-Württemberg arbeitet weiter mit der Orientierungsgröße <math>\geq 60\%</math> des EEG-Referenzer-trags (? 5,3 – 5,5 m/s in 100 m Nabenhöhe) als Mindest-Windhöffigkeit für Vorrang- und Kon-zentrationsflächen. Die Schwelle ist</p> <p>a.)</p> <p>in Ziff. 4.1 Windenergieerlass BW vom 9. 5. 2012 (GABl. 2012, S. 413 ff.) verankert (dort Karten „<math>\geq 60\%</math> / <math>\geq 80\%</math> Referenzertrag“), und</p> <p>b.)</p> <p>durch den Gemeinsamen Hinweis-Erlass UM/MLR vom 17. 10. 2014, Az. 4-4583/13 bekräftigt: 60 % gelten „als Mindestertragsschwelle“, Abweichungen sind nur im begründeten Einzelfall zulässig.</p> <p>Aktuelle Teil- und Regionalpläne (z. B. Neckar-Alb 2023, Rhein-Neckar 2024) übernehmen diese 60%-Marke explizit als</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Auswahl- bzw. Ausschlusskriterium für Windvorranggebiete.</p> <p>In naturschutzfachlich sensiblen Zonen fungiert Windhöufigkeit als entscheidender Indikator für die Zumutbarkeit der Anlagen und für die Gewichtung des öffentlichen Interesses. Je schwächer der Ertrag, desto eher überwiegt das Schutzgut Artenschutz und Biodiversität.</p> <p>Liegt der Standort unterhalb der planerischen 60-%-Schwelle, können bzw. müssen die Pla-nungs- oder Genehmigungsbehörden auf Grundlage von § 10 Abs. 1 S. 2 BImSchG i. V. m. 9. BImSchV von Projektierern die Vorlage eines Gutachtens mit Messungen in projektierte Nabenhöhe verlangen. Ohne belastbaren Nachweis gilt der Ertragsmangel als schwerwiegen-des Indiz gegen „zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ – Ausnahmen nach Art. 6 (4) FFH-RL oder § 45 Abs. 7 BNatSchG wären dann regelmäßig nicht tragfähig.</p> <p>Vor dem Hintergrund, der massiven Schädigung des gegenständlichen Naturraums durch Windkraftanlagen der 300 Meter-Klasse einerseits und der Tatsache, dass die gegen-ständlichen Anlagen auf Basis des auf Kosteneffizienz überarbeiteten Referenzertrags-modells voraussichtlich keine garantierte Einspeisevergütung mehr erhalten werden ist die Berücksichtigung realer Winddaten sowie eine faktenbasierte Bewertung der Projekt-tragfähigkeit zwingend erforderlich.</p> <p>10.</p> <p>Landschaftsbild und Kulturlandschaft Die geplanten Anlagen beeinträchtigen die Sichtachsen des Württembergischen Allgäus massiv. Bezogen auf die gegenständlichen Standorte wurde das dem RVBO in einem von ihm selbst in Auftrag gegebenen Fachgutachten auch ausdrücklich bestätigt. Die vom RVBO beauftragten Fachgutachter empfehlen bezogen auf die gegenständlichen Standorte ausdrücklich, im Zusammenhang mit diesen Gebieten keine Vorranggebiete auszuweisen beziehungsweise Windkraftanlagen zu ermöglichen.</p> <p>Dies ist auch im Kontext des Bundesnaturschutzgesetzes sowie der EU-Renaturierungsziele von Bedeutung.</p> <p>Die Sichtbarkeitsanalyse ist dabei eine Pflichtunterlage nach LUBW-Checkliste Nr. 3.2.5: GIS-basierte Zone-of-Visual-Influence (&gt;= 15 km) mit sämtlichen bestehenden, genehmigten und beantragten WEA / Infrastruktur; Blatt- und laubfreie Berechnung; repräsentative Blickpunkte (Aussichtspunkte, Kulturdenkmale) und Fotomontagen nach DIN EN 16830. Bewertung muss das hohe Landschaftsrating der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>LUBW-Studie (Wertstufe 5 „objektiv schön“) explizit berücksichtigen.</p> <p>Der Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) ist erforderlich nach § 17 BNatSchG. Notwendig ist eine vollständige Eingriffs-/Ausgleichsbilanz, rechtsverbindlich gesicherte Kompensations- und Pflegeflächen, sowie die Präferenz für Vermeidungs- und Sichtschutzmaßnahmen wegen herausragender Landschaftsbildqualität.</p> <p>11.</p> <p>Kumulative Wirkungen &amp; Negative Wechselwirkungen Es fehlt bezogen auf die gegenständlichen Standorte jede fundierte Betrachtung kumulativer Effekte mit bestehenden bzw. geplanten Windkraft- und Infrastrukturprojekten.</p> <p>Negative Wechselwirkungen auf Schutzgebiete, Wanderkorridore und Reproduktionsräume geschützter Arten sind jedenfalls für die gegenständlichen Standorte fachgutachtlich zu analysieren. Sollte dies nicht erfolgen, würde dies einen schwerwiegenden Verfahrensmangel darstellen.</p> <p>Gem. Art. 6 Abs. 3 FFH-RL/§ 34 BNatSchG muss von der Planungsbehörde ein Fachgutachten vorliegen, dass kumulative Wirkungen „in Kombination“ erfasst. Das Fachgutachten muss insbesondere enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollständige Liste aller bestehenden, genehmigten oder beantragten WEA und anderer vorhabenrelevanter Infrastrukturen im funktionsbezogenen Umkreis;</li> <li>• Bewertung additiver / synergistischer Belastungen anhand aktueller, objektiver Daten im worst-case-Szenario;</li> <li>• Nachvollziehbare, präzise, endgültige Dokumentation. (EuGH C-127/02; BVerwG 9 A 8.16).</li> </ul> <p>Hätte der Regionalverband eine insoweit sach- und fachgerechte kumulative Bewertung durchgeführt, hätte er zu dem Ergebnis kommen müssen, dass die gegenständlichen Standorte nicht als Vorrangfläche ausgewiesen werden dürfen. U.E. mit einer Ermessensreduzierung auf Null.</p> <p>12. Formeller Hinweis an Projektierer im Regionalplan auf mögliche nachträgliche behördliche Anordnungen: Die Region des</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Württembergischen Allgäus ist insgesamt ein naturschutzfachlich hochsensibles Gebiet. Änderungen in der naturschutzfachlichen Bewertung können auch nachträglich zu ver-änderten Einschätzungen hinsichtlich des Betriebs von Windkraftanlagen führen.</p> <p>Um bei den Projektierern eventuelle Missverständnisse zu vermeiden, ersuchen wir den RVBO-Projektierer, vor Aufnahme seiner weiteren Tätigkeiten formell und klarstellend darauf hinzuwei-sen, dass insbesondere im Falle</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- einer nachträglich festgestellten Überschreitung der Schallemission oder Belästigung durch Schattenschlag oder</li> <li>- festgestellter negativer Beeinträchtigungen eines Natura-2000-Gebietes oder einer FFH-ge-schützten Art sowie ggf. weiterer entsprechender Umstände, weitere behördliche Maßnahmen (von der Einschränkung des Betriebs bis hin zur Stilllegung und zum Rückbau) angeordnet werden können.</li> </ul> <p>Nachträgliche behördliche Anordnungen für bereits genehmigte und in Betrieb genom-mene Windkraftanlagen sind zulässig.</p> <p>Dies hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in seinem Urteil vom 19. Dezember 2023 (Az. 7 C 4.22) rechtskräftig entschieden. Das BVerwG stellte fest, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nachträgliche Anordnungen zulässig sind, wenn sich die Sach- oder Rechtslage nach der Genehmigungserteilung wesentlich geändert hat.</li> <li>• Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eine dauer-hafte Verhaltenspflicht begründet, die auch nach Genehmigungserteilung beachtet werden muss.</li> <li>• Die Feststellungswirkung der Genehmigung sich nur auf den Zeitpunkt der Erteilung be-zieht und spätere Änderungen nicht umfasst.</li> <li>• Die Anordnung keine Änderung oder Aufhebung der ursprünglichen Genehmigung darstellt, sondern eine eigenständige Maßnahme zur Einhaltung des Artenschutzes ist.</li> </ul> <p>Das Gericht betonte, dass die Naturschutzbehörde nicht verpflichtet</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ist, zunächst eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen, bevor sie eine Abschaltanordnung erlässt.</p> <p>V. Ausblick und rechtliche Konsequenz:</p> <p>Eine eventuelle Ausweisung von Vorranggebieten an den gegenständlichen Standorten trotz der genannten Defizite wird von unserer Vereinigung rechtlich überprüft und ggf. gerichtlich angegriffen werden (vgl. §§ 1, 2, 3 UmwRG).</p> <p>Weiterer Sach- und Rechtsvortrag sowie das Ersuchen um Akteneinsicht bleiben vorbehalten. Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p>		
III.108	1191	<p>5. Artenschutzprüfung (§ 44 BNatSchG i. V. m. FFH-RL): Eine in den konkreten Einzelfällen u. a. aufgrund der besonderen Lage im europäischen Fernzug erforderliche ganzjährige Erfassung geschützter Arten fehlt für die gegenständlichen Standorte bislang vollständig. Hierbei ist insbesondere auch eine zweijährige akustische Erfassung der Fledermausaktivität im Gondelbereich vorzulegen (§ 6 Abs. 1 WindBG). Gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG sind Störungen sowie die Zerstörung von Jagd-, Rast-, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten streng geschützter Arten unzulässig. Eine Genehmigung ohne eine umfassende artenschutzrechtliche Prüfung ist rechtswidrig. Diese Untersuchung muss sich auf alle Gebiete beziehen und sowohl FFH-geschützte Vögel, Fledermäuse, Kleinsäuger, Amphibien, Reptilien, Insekten als auch Pflanzen umfassen. Eine entsprechende sachgerechte Artenschutzprüfung hat durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben nicht stattgefunden.</p>	<p>Für eine ganzjährige Erfassung geschützter Arten bzw. eine zweijährige Erfassung der Fledermausaktivität durch Gondelmonitoring ist der RVBO nicht zuständig. Der RVBO plant Gebiete für die Nutzung der Windenergie, keine WEA-Standorte. Derartige Prüfungen können auf Grund von angeordneten Minimierungsmaßnahmen nach Standortwahl von den Zulassungsbehörden angeordnet werden.</p> <p>Laut § 2a Abs. 3 LplG sind die zu beteiligenden Behörden angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Der Umweltbericht soll Angaben enthalten, die „unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind.“ Gemäß § 14f Abs.2 UVPG sind dies Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind also i.d.R. keine Such- und Erhebungsverfahren gefordert. Planungsträger sind daher auf regionsweit verfügbare Daten, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können, angewiesen. Gefordert sind Prüfmethode, die nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Plans vernünftigerweise gefordert werden können und auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung. Der RVBO hat eine für die regionale Planungsebene ausreichende artenschutzrechtliche sowie Natura-2000-Vorabprüfung durchgeführt, s. Umweltbericht zur 2. Offenlage</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
III.108	1440	<p>V. Vom Regionalverband in der weiteren Planung zu berücksichtigende Punkte:</p> <p>1. Zufahrtswege bisher unberücksichtigt:</p>	<p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
III.108	1441	<p>In dem Planungsverfahren des RVBO sind die Sicherstellung der umfangreichen Zufahrten und deren naturschutzrechtlicher Status (§§ 13 und 15 BNatSchG) bisher unberücksichtigt geblieben.</p> <p>12. Formeller Hinweis an Projektierer im Regionalplan auf mögliche nachträgliche behördliche Anordnungen:</p> <p>Die Region des Württembergischen Allgäus ist insgesamt ein naturschutzfachlich hochsensibles Gebiet. Änderungen in der naturschutzfachlichen Bewertung können auch nachträglich zu veränderten Einschätzungen hinsichtlich des Betriebs von Windkraftanlagen führen.</p> <p>Um bei den Projektierern eventuelle Missverständnisse zu vermeiden, ersuchen wir den RVBO-Projektierer, vor Aufnahme seiner weiteren Tätigkeiten formell und klarstellend darauf hinzuweisen, dass insbesondere im Falle</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- einer nachträglich festgestellten Überschreitung der Schallemission oder Belästigung durch Schattenschlag oder</li> <li>- festgestellter negativer Beeinträchtigungen eines Natura-2000-Gebietes oder einer FFH-geschützten Art sowie ggf. weiterer entsprechender Umstände,</li> </ul> <p>weitere behördliche Maßnahmen (von der Einschränkung des Betriebs bis hin zur Stilllegung und zum Rückbau) angeordnet werden können. Nachträgliche behördliche Anordnungen für bereits genehmigte und in Betrieb genommene Windkraftanlagen sind zulässig.</p> <p>Dies hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in seinem Urteil vom 19. Dezember 2023 (Az. 7 C 4.22) rechtskräftig entschieden. Das BVerwG stellte fest, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nachträgliche Anordnungen zulässig sind, wenn sich die Sach- oder Rechtslage</li> </ul>	<p>die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Das aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Anhörung.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nach der Genehmigungserteilung wesentlich geändert hat.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das artenschutzrechtliche Tötungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eine dauerhafte Verhaltenspflicht begründet, die auch nach Genehmigungserteilung beachtet werden muss.</li> <li>• Die Feststellungswirkung der Genehmigung sich nur auf den Zeitpunkt der Erteilung bezieht und spätere Änderungen nicht umfasst.</li> <li>• Die Anordnung keine Änderung oder Aufhebung der ursprünglichen Genehmigung darstellt, sondern eine eigenständige Maßnahme zur Einhaltung des Artenschutzes ist.</li> </ul> <p>Das Gericht betonte, dass die Naturschutzbehörde nicht verpflichtet ist, zunächst eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen, bevor sie eine Abschaltanordnung erlässt.</p>		
III.108	1442	<p>VI. Ausblick und rechtliche Konsequenz:</p> <p>Eine eventuelle Ausweisung von Vorranggebieten an den gegenständlichen Standorten trotz der genannten Defizite wird von unserer Vereinigung rechtlich überprüft und ggf. gerichtlich angegriffen werden (vgl. §§ 1, 2, 3 UmwRG).</p> <p>Weiterer Sach- und Rechtsvortrag sowie das Ersuchen um Akteneinsicht bleiben vorbehalten.</p> <p>Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
III.108	1443	<p>7. EU-Renaturierungsgesetz</p> <p>Gemäß Art. 4 Abs. 1 und Art. 9 des EU-Renaturierungsgesetzes sind Feuchtgebiete, Moore und Quellbereiche vorrangig zu erhalten und wiederherzustellen. Die Errichtung großtechnischer Anlagen widerspricht dem Ziel, 20 % der</p>	<p>Zum EU-Renaturierungsgesetz:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Zum Eintrag schädlicher Stoffe:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Landflächen bis 2030 in einen naturnahen Zustand zu versetzen. Eine planerische Ausweisung ist mit den nationalen Wiederherstellungsplänen nicht vereinbar.</p> <p>Die EU-Vorgaben sehen vor, dass die Regionalplanungsbehörden aufgrund ihrer Untersuchung naturschutzfachlich besonders konfliktarme Bereiche identifizieren und ausweisen. Dem wird der Regionalverband Bodensee Oberschwaben mit seiner aktuellen Planung nicht gerecht. Wie man auch daran erkennen kann, dass die gegenständlichen Gebiete überhaupt vom Regionalverband Bodensee Oberschwaben als Vorranggebiete in Betracht gezogen werden.</p> <p>Das EU-Renaturierungsgesetz stellt Renaturierungs- und Nicht-Verschlechterungspflichten über das pauschale „überragende öffentliche Interesse“ an Windenergie. In von Wiederherstellungszielen erfassten Räumen hat die Planungsbehörde die EEG/RED-Vermutung zu streichen; andernfalls ist sie widerlegbar, sobald ein Windpark erhebliche, nicht kompensierbare Schäden erwarten lässt. Die EU-Renaturierungsziele gehen damit neuen Anlagen rechtlich vor.</p> <p>8. Eintrag schädlicher Stoffe in geschützte Ökosysteme</p> <p>Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu Natura-2000-Gebieten, sensiblen Moorflächen und Feuchtbiotopen sowie der Nutzung als Rast-, Schlaf-, Nist- und Jagdplatz (und somit als Tabuzone) durch Vögel und Fledermäuse im europäischen Fernzug ist der Eintrag von schädlichen bzw. giftigen Stoffen, die im normalen Betrieb von Windkraftanlagen entstehen, absehbar.</p> <p>Die durch Rotorblattabrieb und Abrieb des Anlagenmasts entstehenden Mikro- und Nanopartikel sowie PFAS-Stoffe gefährden die umliegenden Moore, Oberflächengewässer</p>	<p>zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und das Grundwasser. Wir fordern eine toxikologische Risikoabschätzung mit chemischer Detailanalyse sowie die Offenlegung von Rückstellungen zur Sanierung kontaminierter Flächen (§ 5 Abs. 3 BImSchG analog).</p> <p>Insbesondere darf als amtsbekannt unterstellt werden, dass sich im laufenden Betrieb von Windkraftanlagen u. a. Abrieb in Form von giftigen Nanopartikeln und PFAS in relevantem Ausmaß bildet. Diese Stoffe werden über die gesamte Höhe der Anlage gebildet und über den Wind weiträumig verteilt.</p> <p>Der Regionalverband als Planungsbehörde hat daher – neben den übrigen naturschutzfachlich relevanten Sicherungsmaßnahmen – als planerische Grundvorgabe festzusetzen, dass die Projektierer für die gesamte Betriebszeit sicherstellen, dass keine negative Beeinträchtigung der umliegenden FFH-geschützten Biotope, Hoch- und Niedermoore sowie der angrenzenden Naturschutzgebiete und Oberflächengewässer entstehen kann. Zudem haben die Projektierer fachgutachterlich darzulegen, wie der Eintrag von schädlichen Stoffen verhindert wird (z. B. Wahl der Baumaterialien etc.).</p> <p>Projektierer haben für die gesamte Laufzeit und eine angemessene Zeit nach dem Rückbau der Anlagen zudem eine insolvenz sichere BImSchG-Bürgschaft zur vollumfänglichen Behebung möglicher Umweltschäden zu stellen.</p>		

Landesamt für Denkmalpflege Bayern				
III.114	787	<p>Vollzug des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (BayDSchG) Regionalverband Bodensee-Oberschwaben: Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2: Wind und Photovoltaik) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln - 2. Offenlage</p> <p>wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Planung und bitten Sie,</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bei künftigen Schriftwechseln in dieser Sache, neben dem Betreff auch unser Sachgebiet (B Q) und unser Aktenzeichen anzugeben. Zur vorgelegten Planung nimmt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, als Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung:</p> <p>Bau- und Kunstdenkmalpflegerische Belange:</p> <p>Die Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben (Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie, Kap. 4.2) betrifft nicht nur Kommunen, die in Baden-Württemberg liegen, sondern auch den angrenzenden, in Bayerisch-Schwaben gelegenen Landkreis Unterallgäu. Die geplanten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen selbst liegen zwar auf badenwürttembergischen Gebiet, doch befindet sich ein besonders landschaftsprägendes bayerisches Denkmal in der Nähe gleich mehrerer geplanter Vorranggebiete: Die westlich der Iller zwischen Mooshausen, Altmannshofen und Ausnang vorgesehenen Vorranggebiete liegen alle weniger als 10 km von Schloss Kronburg entfernt.</p> <p>Schloss Kronburg ist mit dem folgenden Text in die bayerische Denkmalliste eingetragen (D-7-78-161-2):</p> <p>„Schloss der Freiherren von Vequel-Westernach, Vierflügelanlage mit Ecktürmen, drei- bzw. viergeschossiger Nordflügel mit Altane, dreigeschossiger Ost- und Westflügel mit Walmdach, dreigeschossiger Südflügel mit Satteldach und Schlosskapelle, Nordflügel im Kern 12./13. Jh., Kapelle 16. Jh. und Umgestaltung im 18. Jh., Westflügel im Kern 15. Jh. und im Wesentlichen 16. Jh.; mit Ausstattung.“</p> <p>Besonders landschaftsprägende Baudenkmäler sind Denkmäler, deren optische und/oder funktionale Wirkung in besonderer und eindeutiger Weise in einen größeren, als Kulturlandschaft zu bezeichnenden Raum hinausreicht. Die besondere Landschaftsprägung ist bei solchen Denkmälern als Schutzgut wesentlicher Teil der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Denkmaleigenschaft.          Schloss Kronburg und die Charakteristika der besonderen Landschaftsprägung werden im Entwurf des Umweltberichts korrekt dargestellt. In Anlage 1, „Vorranggebiete Windenergie Anlagen zum Umweltbericht des Teilregionalplans Energie“, geben die einzelnen Gebietssteckbriefe auch die dem Planungsstand angemessenen denkmalfachlichen Informationen wieder:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• WEA-436-012 Aichstetten Ost: Nähe (&lt; 10 km) zur Kronburg korrekt benannt und auch die Hinweise für die nachgeordnete Planungsebene sind korrekt</li> <li>• WEA-436-025 Aitrach - Südwest: Nähe (&lt; 10 km) zur Kronburg korrekt benannt und auch die Hinweise für die nachgeordnete Planungsebene sind korrekt</li> <li>• WEA-436-026 Aitrach – West: Nähe (&lt; 10 km) zur Kronburg korrekt benannt und auch die Hinweise für die nachgeordnete Planungsebene sind korrekt</li> <li>• WEA-436-027 Illerwinkel: Nähe (&lt; 10 km) zur Kronburg korrekt benannt und auch die Hinweise für die nachgeordnete Planungsebene sind korrekt</li> </ul> <p>Generell ist jedoch festzuhalten, dass die derzeit vorhandenen Informationen nicht ausreichen, um zum jetzigen Zeitpunkt eine erhebliche Betroffenheit des besonders landschaftsprägenden Denkmals Schloss Kronburg durch Windkraftanlagen in den Planungsgebieten auszuschließen. Wie in den Hinweisen für die nachgeordneten Planungsebenen formuliert, werden hier ggf. Einzelfallprüfungen notwendig werden. Es werden dann Geländeprofile und Fotomontagen benötigt und dem BLfD vorzulegen zu sein, welche die Sichtbarkeit von in den Vorranggebieten platzierten Windkraftanlagen in Verbindung mit Schloss Kronburg, eine mögliche Beeinträchtigung bedeutender Blick- und Sichtachsen sowie die Auswirkung der Anlagen auf das Bild der umgebenden Kulturlandschaft verdeutlichen. Bei der Visualisierung ist auch auf die Verstärkung der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Sichtbarkeit der Anlagen durch die Rotorbewegung einzugehen. Entsprechende Sichtbarkeitsanalysen/Fotomontagen wären – auch aus größerer Entfernung – zu erstellen insbesondere mit Blick von Nordosten, Osten und Nordwesten über die Kronburg hinweg auf die geplanten Windkraftanlagen. Es wird hierzu auf die fachlichen Standards für die Visualisierung von Windenergieanlagen der Fachagentur Windenergie an Land verwiesen (<a href="https://www.naturschutz-energiewende.de/wpcontent/uploads/WEB_faw_broschuere_fachstandard_visualisierung_210407_S.pdf">https://www.naturschutz-energiewende.de/wpcontent/uploads/WEB_faw_broschuere_fachstandard_visualisierung_210407_S.pdf</a>).</p> <p>. Zudem bieten wir den Erstellern der Fotomontagen die Durchführung einer gemeinsamen Besprechung mit Ortseinsicht an den definierten Standorten mit Vertretern des BLfD an, um die fachlichen Anforderungen an die Anfertigung prüffähiger Unterlagen direkt abzustimmen. Die im Geltungsbereich des Regionalplans vorgesehenen Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Freiflächen-Photovoltaikanlagen erscheinen dagegen aus Sicht der bayerischen Bau- und Kunstdenkmalspflege als unproblematisch. Sie lassen keine Beeinträchtigung des Erscheinungsbildes und der Wirkung von Schloss Kronburg erwarten. Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält dieses Schreiben per E-Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung. Fragen, die konkrete Belange der Bau- und Kunstdenkmalspflege oder Bodendenkmalspflege betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalspflege (<a href="http://www.blfd.bayern.de">www.blfd.bayern.de</a>).</p>		



## **RVBO-ID IV**

### **- Stellungnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung**



## 2. Anhörung der Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Kapitel 4.2 Energie sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (Teilregionalplan Energie), Behandlung der Anregungen (Synopse)

(sortiert nach RVBO-ID, BE-ID)

• Anzahl Datensätze: 614

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10000	473	<p>auf diesem Wege möchten wir als Fachbereich „Projektentwicklung Photovoltaik“ der EnBW AG zur 2. Anhörung des Teilregionalplans Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben insb. in Bezug auf die Entwicklung von Solarparks Stellung nehmen. Im Wesentlichen verweisen wir auf unsere Ausführungen der Stellungnahme vom 27.03.2024.</p> <p>Anbei in Anlage 1 unsere aktualisierte Übersicht zu beabsichtigten bzw. eingeleiteten Planungen von Solarparks. Wir bitten, die aufgeführten Flächenkulissen im Teilregionalplan Energie zu berücksichtigen und diese als Vorbehaltsflächen für Solarparks auszuweisen. Bei Rückfragen zu dieser Stellungnahme bzgl. Projektentwicklung Photovoltaik stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Freundliche Grüße EnBW Energie Baden-Württemberg AG</p> <p>2. Stellungnahme zum Teilregionalplan des Regionalplans Bodensee07.05.2025 Oberschwaben (Fachbereich Projektentwicklung Photovoltaik)</p> <p>Anlage 1 EnBW FFPVA-Projekte 2 / 11 EnBW Projektübersicht (Solarparkname, Standortgemeinde): 1. Solarpark Bad Wurzach - Bad Wurzach 2. Solarpark Aulendorf – Aulendorf 3. Solarpark Bodnegg – Bodnegg 4. Solarpark Kißlegg – Kißlegg 5. Solarpark Leutkirch-Gebratzhofen – Leutkirch</p>	<p>Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in der Anlage zur Begründung aufgezählt und erläutert. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und geschilderten Vorgehensweise ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht geboten, die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik überwiegend an der Abgrenzung vorgeschlagener Interessensgebiete oder Vorplanungen zu orientieren.</p> <p>Die Fläche 8 Solarpark Hettingen - Inneringen liegt fast vollumfänglich innerhalb des Vorbehaltsgebietes FFPV-437-007. Eine weitere Anpassung ist nicht erforderlich.</p> <p>Die weiteren in der Anregung genannten Flächen werden nicht als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festgelegt aufgrund bestehender Ausschlusskriterien, sehr erheblicher Konflikte (K1) oder eines erheblichen Konflikts (K2) und fehlender sehr hoher Eignung (E1). Folgende Belange sind hierfür ausschlaggebend (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie): - bestehende Ausschlusskriterien durch die Lage in geplanten Siedlungsflächen (rechtskräftiger FNP) sowie erheblicher Konflikt (K2) durch die Lage in der Vorbehaltsflur I (Flurbilanz 2022) und fehlender sehr hoher Eignung (E1): Fläche 7 Solarpark Herbertingen - mehrere sehr erheblicher Konflikte (K1) durch die Lage in der Vorrangflur (Flurbilanz 2022) und in einem Vorbehaltsgebiet zur Sicherung oberflächennaher</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>6. Solarpark Erweiterung Haid – Leutkirch  7. Solarpark Herbertingen – Herbertingen  8. Solarpark Hettingen-Inneringen – Hettingen  9. Solarpark Tepfenhart – Horgenzell</p> <p>Projektbeschreibung:  Name des Solarparks  o Standortgemeinde des Solarparks  o Gemarkung des Solarparks  o betroffene/s Flurstück(e) des Solarparks: [Ort anonymisiert]  o Entwicklungsstand des Projekts:  Flächensicherung laufend, Flächensicherung abgeschlossen,  Bauleitplanung  laufend, in Bauvorbereitung  o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr)  o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth)</p> <p>1. Solarpark Bad Wurzach - Arnach  o Standortgemeinde des Solarparks: Bad Wurzach  o Gemarkung des Solarparks: Arnach  o betroffene Flurstücke des Solarparks: [Ort anonymisiert]  o Entwicklungsstand des Projekts: Flächensicherung abgeschlossen  o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027  o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):  Ergänzender Hinweis:  Die Fläche war seinerzeit im Flächennutzungsplan der Stadt  Bad-Wurzach als geplante  gewerbliche Fläche ausgewiesen. Der von Ihnen in Ihrer  Rückmeldung aufgeführte  Sachstand hat sich allerdings mit der 10. FNP-Änderung aus 2023  geändert,  die Fläche ist aktuell (wieder) landwirtschaftliche Fläche.  Nachzulesen u. A.  unter: Flächennutzungsplan   Stadt Bad Wurzach , siehe 10.  Änderung.  Insofern bitten wir Sie, diese Gebietskulisse als Vorbehaltsgebiet für  Solarparks  auszuweisen.</p> <p>2. Solarpark Aulendorf  o Standortgemeinde des Solarparks: Aulendorf  o Gemarkung des Solarparks: Blönnried  o betroffene Flurstücke des Solarparks: [Ort anonymisiert]  o Entwicklungsstand des Projekts: Flächensicherung laufend  o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027  o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):</p>	<p>mineralischer Rohstoffe: Fläche 6 Solarpark Erweiterung  Haid, Leutkirch  - sehr erheblicher Konflikt (K1) durch die Lage in der  Vorrangflur (Flurbilanz 2022) sowie erheblicher Konflikt (K2)  durch die Lage im Wildtierkorridor und fehlender sehr hoher  Eignung (E1): Fläche 4 Solarpark Kißlegg,  - sehr erheblicher Konflikt (K1) durch die Lage in der  Vorrangflur (Flurbilanz 2022): Fläche 2 Solarpark  Aulendorf, Fläche 5 Solarpark Leutkirch - Gebratzhofen  - erheblicher Konflikt (K2) durch die Lage in der  Vorbehaltsflur I (Flurbilanz 2022) und fehlender sehr hoher  Eignung (E1): Fläche 1 Solarpark Bad Wurzach, Fläche 3  Solarpark Bodnegg, Fläche 9 Solarpark Tepfenhard,  Horgenzell</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>3. Solarpark Bodnegg</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Standortgemeinde des Solarparks: Bodnegg</li> <li>o Gemarkung des Solarparks: Bodnegg</li> <li>o betroffene Flurstücke des Solarparks:[Ort anonymisiert]</li> <li>o Entwicklungsstand des Projekts: Flächensicherung laufend</li> <li>o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027</li> <li>o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):</li> </ul> <p>4. Solarpark Kißlegg</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Standortgemeinde des Solarparks: Kißlegg</li> <li>o Gemarkung des Solarparks: Kißlegg</li> <li>o betroffene Flurstücke des Solarparks: [Ort anonymisiert]</li> <li>o Entwicklungsstand des Projekts: Flächensicherung laufend</li> <li>o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027</li> <li>o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):</li> </ul> <p>5. Solarpark Leutkirch-Gebratzhofen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Standortgemeinde des Solarparks: Leutkirch</li> <li>o Gemarkung des Solarparks: Gebratzhofen</li> <li>o betroffene Flurstücke des Solarparks: [Ort anonymisiert]</li> <li>o Entwicklungsstand des Projekts: Flächensicherung laufend</li> <li>o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027</li> <li>o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):</li> </ul> <p>Ergänzender Hinweis:  Die Flächenkulisse war im 1. Entwurf des Teilregionalplans Energie aus Vorbehaltsgebiet für Freiflächenphotovoltaikanlagen dargestellt. Die Planung findet lediglich im 200m-Korridor entlang der Autobahn A96 statt, in welchem die Gesetzgebung gem. § 35 BauGB die Errichtung von FFPVA über eine Privilegierung unterstützt. Insofern bitten wir Sie, diese Gebietskulisse wieder als Vorbehaltsgebiet für Solarparks auszuweisen.</p> <p>6. Solarpark Erweiterung Haid</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Standortgemeinde des Solarparks: Leutkirch</li> <li>o Gemarkung des Solarparks: Gebratzhofen</li> <li>o betroffene Flurstücke des Solarparks: [Ort anonymisiert]</li> <li>o Entwicklungsstand des Projekts: Flächensicherung laufend</li> <li>o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027</li> <li>o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):</li> </ul> <p>7. Solarpark Herbertingen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>o Standortgemeinde des Solarparks: Herbertingen</li> <li>o Gemarkung des Solarparks: Herbertingen</li> <li>o betroffene Flurstücke des Solarparks: [Ort anonymisiert]</li> <li>o Entwicklungsstand des Projekts: Flächensicherung laufend</li> <li>o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027</li> <li>o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):</li> </ul> <p>8. Solarpark Hettingen-Inneringen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Standortgemeinde des Solarparks: Hettingen</li> <li>o Gemarkung des Solarparks: Inneringen</li> <li>o betroffene Flurstücke des Solarparks:[Ort anonymisiert]</li> <li>o Entwicklungsstand des Projekts: Flächensicherung laufend</li> <li>o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027</li> <li>o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):</li> </ul> <p>9. Solarpark Tepfenhart</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Standortgemeinde des Solarparks: Horgenzell</li> <li>o Gemarkung des Solarparks: Wolketsweiler</li> <li>o betroffene Flurstücke des Solarparks:[Ort anonymisiert]</li> <li>o Entwicklungsstand des Projekts: Bauleitplanung laufend</li> <li>o geplante Inbetriebnahme des Solarparks (Jahr): 2027</li> <li>o Flächenkulisse des Solarparks (Ausschnitt aus Google Earth):</li> </ul>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10001	561	<p>Einwendung zur Ausweisung und Erweiterung des Teilgebietes Enkenhofener Wald WEA 436 – 013</p> <p>wir nehmen die Änderung (Erweiterung) des Vorranggebietes Enkenhofener Wald (WEA 436-013) in der ersten Offenlage des Planentwurfs zum Anlass und führen wie folgt aus:</p> <p>Die [Name anonymisiert] befindet sich in enger Abstimmung mit dem Landratsamt Ravensburg derzeit mit einer Windenergieanlage der Fa. [Name anonymisiert] mit einer Leistung von 7 MW auf der Gemarkung der Stadt Isny im Genehmigungsverfahren. Die WEA befindet sich am Rand des Vorranggebietes Enkenhofener Wald (WEA 436 – 013). Zu unserem Genehmigungsantrag nach BlmSchG haben wir vom Landratsamt die Bestätigung über die Vollständigkeit bereits erhalten, so dass der Antrag zeitnah genehmigungsreife erlangen wird.</p> <p>Unser Standort verfügt vom Baugrund her im näheren Umfeld über den geeignetsten Untergrund. Dies weist unser Baugrund-Gutachten der Fa. [Name anonymisiert] und die Begutachtung durch das Landratsamt beim Ortstermin am 20.01.2025 zweifelsfrei nach. Eine zusätzliche Kontrolle haben wir am 29.04.2025 von der Fa. [Name anonymisiert] durch ergänzende Bohrstock Überprüfungen vornehmen lassen. Das Ergebnis weist folgende geologischen Daten aus: Winnis_Moorkartierung</p>	<p>Zur Forderung der Erweiterung des Vorranggebiets Windenergie in Richtung der geplanten WEA: Eine Erweiterung des in der Anregung genannten Vorranggebiets in Richtung der geplanten WEA erfolgt nicht aus den folgenden Gründen: Im Bereich der dafür notwendigen Erweiterungsfläche befinden sich Moorböden. Gemäß Moorkataster der LUBW handelt es sich um ein Niedermoor, welches nach dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie als Konflikt eingestuft ist. Der Regionalverband sieht von einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergie ab, um die Rechtssicherheit des Teilregionalplans Energie insgesamt und damit seinen Beitrag zum Klimaschutz nicht zu gefährden. Erfahrungsgemäß können neue Erkenntnisse im Zuge des Anhörungsverfahrens zum Ausschluss dieser zusätzlichen Flächen führen. Die Erweiterungsfläche war bislang noch in keinem Beteiligungsverfahren und daher ist unklar, welche Anregungen dazu kommen würden, zumal ohnehin bereits naturschutzfachliche Konflikte bestehen. Entscheidend ist darüber hinaus, dass das Landesflächenziel mit der aktuellen Gebietskulisse erfüllt wird und damit die Steuerungswirkung des Teilregionalplans Energie im Hinblick auf die Sicherung der regionalplanerisch</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Der aktuelle Standort ist außerhalb des Niedermoorgebietes jedoch ganz an der Grenze zum beginnenden Niedermoor. Eine Versetzung (selbst nur um 10 m) Richtung Westen ist kritisch, da dann das Niedermoor in Anspruch genommen würde. Je weiter der Standort in Richtung Osten geplant würde, desto unkritischer würde der Standort hinsichtlich des gewünschten Moorschutzes. Die ursprünglich vom LUBW ausgewiesenen Flächen sind weiter Östlich arrondiert. Dies lassen auch die Mindestabstände zu den vorhandenen Wohnbebauungen zu.</p> <p>Der von uns geplante Standort ist im Besitz eines unserer Kommanditisten und kann ohne große Widerstände realisiert werden.</p> <p>Der von der WEA erzeugte Strom soll, in Abstimmung mit dem Projektierer der die restlichen Standorte im Teilgebiet WEA 436 – 013 realisiert, ins Netz eingespeist werden.</p> <p>Die Waldumwandlung für unseren Standort und somit der Eingriff in den Forst ist minimal.</p> <p>Die Zuwegung ist gesichert und ohne große Aufwendungen auszubauen. Die notwendigen Eingriffe in den Wald sind minimal und absolut naturverträglich zu realisieren. Die nötigen Baumaßnahmen wie Kranauslegung, Rotormontage ect. Lassen sich überwiegend auf dem angrenzenden Grünland abwickeln.</p> <p>Das Windrad wird durch die[Name anonymisiert] in Zusammenarbeit mit[Name anonymisiert] geplant. Die [Name anonymisiert] setzt eine Bürgerbeteiligung in Höhe von 33 % Anteil um. Somit ist dieser Standort mit absolut lokaler Wertschöpfung für Gemeinde und Bürger vor Ort geplant.</p> <p>Dies vorausgeschickt, bitten wir Sie eindringlich um Erweiterung des Vorranggebietes WEA 436 – 013 in östlicher Richtung, so dass unser Standort wieder im VRG liegt. Ideal wären aus unserer Sicht 70 m.</p> <p>Die Windhöffigkeit an diesem Standort ist exzellent und so wird die Energiewende vor Ort um ein gutes Stück vorankommen. Die Gemeinde Isny und Ihre vorhandene Industrie sind auf regional verfügbaren Strom angewiesen. Eine Speicherlösung für die Kommunale Verwendung der Energie ist angedacht und in Abstimmung mit lokalen Großverbrauchern schon heute praxistauglich umzusetzen.</p> <p>Anlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Lageplan</li> <li>• Winnis Moorkartierung</li> <li>• WEA Beuren Standortgutachten Vögel 2014</li> <li>• Nachtragsgutachten Uhu und Mäusebussard 2015</li> <li>• Rotmilanreviere Gutachten 2021</li> <li>• Gutachten Windkraftrelevante Vögel 2023</li> </ul>	<p>günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen zum Tragen kommt.</p> <p>Die sonstigen Ausführungen (Flächenverfügbarkeit, Netzeinspeisung, Bürgerbeteiligung) werden zur Kenntnis genommen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gutachten Eulen 2024</li> <li>• Plan bekannte Milanreviere (Winnis und Hollenmoos nicht mehr besetzt, da Horstbäume durch Windwurf entfallen sind).</li> <li>• Präsentation Windkraft Beurener Berg und Winnis</li> </ul>		
IV. 10001	562	<p>BETRIFFT STREICHUNG VON VRG BEURENER BERG WEA 436 - 031</p> <p>Absender Kisslegg, den 08.05.2025 B[Adresse anonymisiert]</p> <p>An Regionalverband Bodensee Oberschwaben z. Hd. Herrn Dr. Heine z. Hd. Frau Dr. Kissling</p> <p>Einwendung zur Streichung des Vorranggebietes Beurener Berg WEA 436-031</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, wir nehmen die Streichung des Vorranggebietes Beurener Berg (WEA 436-031) in der ersten Offenlage des Planentwurfs zum Anlass und führen wie folgt aus: Die Beurener Berg GmbH &amp; Co. KG befindet sich in enger Abstimmung mit dem Landratsamt Ravensburg derzeit im Genehmigungsverfahren mit zwei Windenergieanlagen der Fa. Nordex (einmal N 149 und einmal N 133) mit einer Leistung von ca. 10,5 MW auf der Gemarkung der Stadt Isny. Diese beiden WEA befinden sich im Vorranggebiet Beurener Berg WEA 436 – 031 wie es im ersten Entwurf ausgewiesen war. Zu unserem Genehmigungsantrag nach BImSchG erwarten wir vom Landratsamt die Bestätigung über die Vollständigkeit, so dass der Antrag zeitnah genehmigungsreife erlangen wird. Der Standort Beurener Berg ist seit 2014 v.a. im Hinblick auf artenschutzrechtliche Belange eingehend untersucht worden. Zu diesen Untersuchungen liegen nachfolgende Ergebnisberichte / Gutachten vor :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 2014 umfangreiches Vogelgutachten von Dipl. Biologe Kilian Weixler unter ausschließlicher Mitarbeit ausgebildeter, externer Ornithologen.</li> <li>• 2014 umfangreiches Fledermaus-Gutachten von Dr. Alfred Nagel</li> <li>• 2015 Nachtragsgutachten Uhu und Mäusebussard erstellt von Dipl. Biologe Reinhard Utzel</li> </ul>	<p>Folgende Gründe haben zum Entfall des VRG Windenergie Beurener Berg nach der 1. Offenlage geführt:</p> <p>Die Herausnahme erfolgt aufgrund der Kumulation arten- und naturschutzfachlicher Konflikte i.V.m. der relativ geringen Größe des VRG-Windenergie. Bzgl. arten- und naturschutzfachlicher Konflikte ist insbesondere die Betroffenheit von Sonderstatusarten außerhalb der Schwerpunktorkommen A nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie ausschlaggebend. In einem Schreiben der Unteren Naturschutzbehörde vom 15.01.2025 wird auf das Gutachten von Nagel (2013) abgestellt. Es ist „sehr wahrscheinlich von Quartieren der Sonderstatusarten Mopsfledermaus, Großer Abendsegler, Große Bartfledermaus im Umfeld des geplanten VRG auszugehen.“ Dies ist jedoch kein eindeutiger Beleg für das Vorhandensein von Fledermauslebensstätten. Zudem ist dem Regionalverband eine große Dichte an Brutplätzen von Sonderstatusarten im näheren Umfeld bekannt, die jedoch aus Gründen der Vertraulichkeit nicht näher benannt werden dürfen. Als zweiter Aspekt wird im o.g. Schreiben „von starken funktionalen Wechselbeziehungen zwischen den Mittelgebirgszügen wie dem Beurener Berg und den Tälern mit großen Feuchtgebieten ausgegangen. Aus diesem Grund liegt auch die höchste Dichte an Vogelschutzgebieten im Landkreis Ravensburg in dieser Kulisse um den Beurener Berg, weil diese Erkenntnisse sich seit Jahrzehnten durch die bedeutenden Brutbestände sowie Zugvogel- und Rastvogelbestände widerspiegeln.“ Als dritter Aspekt ist die Lage des Vorranggebiets WEA-436-031 zwischen drei umgebenden, für das regionale Biotopverbundsystem bedeutsamen Moorkomplexen bzw. Feuchtgebieten Taufach-Fetzacher Moos, Bodenmöser. Herbisweihermoor sowie Rimpacher Moos/Weites Ried und dem Tal der unteren Argen mit einer besonderen landesweit bedeutenden naturschutzrelevanten Ausstattung an Biotopen und Artenvorkommen zu nennen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• 2021 Nachtragsgutachten von Ornithologe Thomas Haug</li> <li>• 2023 Nachtragsgutachten Kartierer Schlögel / Dipl. Biologe Reinhard Utzel</li> <li>• 2024 Gutachten Eulen Dipl. Biologe Stefan Böhm</li> </ul> <p>Demgegenüber wurden zur Begründung des Nichtausweises des VRG die Gutachten der BI Natürlich fürs Allgäu hinzugezogen. Die hier erfolgten Erfassungen seitens Natürlich fürs Allgäu und Baden Württemberg e.V. wurden insbesondere durch L. Prinz (Vorstand) K. Prinz und H. Kolb ; Personen die über keine Ornithologische oder Biologische Ausbildung verfügen bzw. zertifiziert sind und als engagierte Mitglieder der BI tätig sind. Die Mitwirkung von Fach-Biologen ist überschaubar und nicht mit der Qualität und Quantität unserer externer – unabhängiger - Gutachter vergleichbar.</p> <p>Zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie haben wir folgende Anmerkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Schwarzstorch zählt nach Anlage 1 Abschnitt 1 zu § 45b BNatSchG von 2022 nicht mehr zu den kollisionsgefährdeten Brutvogelarten (siehe Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende / Störungsempfindlichkeit des Schwarzstorchs in den Ländern)</li> <li>• Zum Schutz der Fledermäuse werden die WEA zu den einschlägigen Zeiten abgeschaltet und ein entsprechendes Gondelmonitoring durchgeführt (vgl. Fachempfehlung für Bundesweite Signifikant Schwelle zum Schutz von Fledermäusen)</li> <li>• Wir verweisen auch auf die Mitteilung vom LUBW Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Seite 21) Durch den Regionalverband wurde das VRG Beurener Berg als Schwerpunktorkommen, Kategorie B im Sinne des Fachbeitrags LUBW eingestuft. Dort ist auf Seite 21 unter anderem ausgeführt, dass bei den Schwerpunktorkommen der Kategorie B im Rahmen der Regionalplanung keine detaillierten Prüfungen im Einzelfall erforderlich sind, da in diesen Räumen im späteren Genehmigungsverfahren im Bedarfsfall mit hoher Wahrscheinlichkeiten artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 54(7) i.V.m. 45 b (8) NatSchG erteilt werden kann.“</li> </ul> <p>Der von uns geplante Standort ist im Besitz unserer Kommanditisten die vor Ort leben und kann ohne große Widerstände realisiert werden. Die Beurener Berg GmbH &amp; Co. KG besteht aus 15 Kommanditisten die sämtliche Anwohner vor Ort sind. Um darüber hinaus ein Bürgerwind-Projekt zu realisieren ist ein Beitritt der Freien Energiegenossenschaft Isny mit 33 % Anteil schon vereinbart. Das bietet allen Interessierten Bürgern vor Ort die Möglichkeit sich an dem Windkraftprojekt finanziell zu beteiligen. Das wiederum führt – wie die Praxis aus anderen</p>	<p>Die Untere Naturschutzbehörde plädiert dafür, diese Belange, v.a. die Alleinstellungsmerkmale des Gebiets mit der überregional bis landesweit bedeutenden Naturqualität von Biotopkomplexen und der hohen Bedeutung für den Artenschutz in die Abwägung der Vorranggebiete für die Windenergie einzustellen. In der Summation stehen die hohen natur- und artenschutzfachlichen Konflikte in keinem angemessenen Verhältnis zur geringen Flächengröße des Vorranggebiets. In der regionalplanerischen Abwägung wird daher den gesetzlich geschützten Belangen des Natur- und Artenschutzes gegenüber der Nutzung der Windenergie der Vorrang eingeräumt. Bei den Sonderstatusarten handelt es sich um bekannte Vorkommen von Arten, bei denen im Falle einer Realisierung von Windenergieanlagen an diesem Standort aufgrund ihrer besonderen Gefährdung und Seltenheit mit einer Verschlechterung des Erhaltungszustands auf Landesebene, eines erhöhten Tötungsrisikos bzw. einer erheblichen Störung zu rechnen ist. In der Gesamtschau liegt somit ein atypischer Ausnahmefall vor, bei dem trotz des überragenden öffentlichen Interesses erneuerbarer Energien nach § 2 EEG aufgrund ebenfalls rechtlich geschützter arten- und naturschutzfachlicher Belange in der Abwägung den Belangen des Natur- und Artenschutzes der Vorrang eingeräumt wird. Das Flächenziel von 1,8% gem. § 21 KlimaG BW ist aufgrund der geringen Fläche des Gebietes nicht gefährdet. Durch die Herausnahme des Vorranggebiets Windenergie WEA-436-031 Beurener Berg aus der Kulisse der Vorranggebiete Windenergie verringert sich zudem die Fläche der Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Schwerpunktorkommen B nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie.</p> <p>Die im Rahmen der 2. Offenlage nun vorgelegten Gutachten widerlegen diese Gründe, die in ihrer Kumulation zur Streichung des VRG WEA-436-031 nach der 1. Offenlage geführt haben, nicht. Ein aktuelles (nicht älter als 5 Jahre) Fledermausgutachten, welches die Bedenken bezüglich des Vorkommens von Sonderstatusarten Fledermäusen widerlegt, wurde nicht vorgelegt. Bezüglich Sonderstatusarten Vögel wurde auch kein aktuelles (nicht älter als fünf Jahre) Gutachten vorgelegt. Aktuell wurden lediglich Rotmilane, Eulen und windenergiesensible Vogelarten geprüft, nicht aber</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windenergievorhaben zeigt – zu einer größeren Akzeptanz vor Ort.</p> <p>Wir bitten Sie daher eindringlich darum, das VRG Beurener Berg WEA 436-031 erneut in den REP aufzunehmen, da die vorgenommene Streichung aufgrund fehlender artenschutzrechtlicher Gründe rechtlich nicht haltbar ist. Im Rahmen der Aufstellung von Regionalplänen sind artenschutzrechtliche Belange vor dem Hintergrund der, seitens der Bundesregierung festgelegten Grundsätze zum beschleunigten Ausbau der Windenergie und v.a. Erzielung der im WindBG festgelegten Flächenziele, nachrangig zu betrachten.</p> <p>In diesem Zusammenhang der Hinweis auf die in § 2 EEG geregelte besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien und somit der Windenergie als der effektivsten Form der erneuerbaren Energien. Hiernach liegt „die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie der dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</p> <p>Eine solche Abwägung ist vorrangig zudem nicht erforderlich, da gemäß der vorgelegten Gutachten artenschutzrechtliche Belange nicht gegen die Ausweisung dieses VRG sprechen.</p> <p>Zuletzt noch der Hinweis, dass die Windhöfigkeit an diesem Standort exzellent ist und so die Energiewende vor Ort um ein gutes Stück vorankommen wird. Die Gemeinde Isny und Ihre vorhandene Industrie sind auf regional verfügbaren Strom angewiesen. Eine Speicherlösung für die Kommunale Verwendung der Energie ist angedacht und in Abstimmung mit lokalen Großverbrauchern schon heute praxistauglich umsetzbar.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen [Name anonymisiert]</p> <p>Anlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• WEA Beuren Standortgutachten Vögel 2014</li> <li>• Fledermaus Gutachten 2014</li> <li>• Nachtragsgutachten Uhu und Mäusebussard 2015</li> <li>• Rotmilanreviere Gutachten 2021</li> <li>• Gutachten Windkraftrelevante Vögel 2023</li> <li>• Gutachten Eulen 2024</li> <li>• Plan bekannte Milanreviere (Winnis und Hollenmoos nicht mehr besetzt, da Horstbäume durch Windwurf entfallen sind).</li> <li>• Präsentation Windkraft Beurener Berg und Winnis</li> </ul>	<p>Sonderstatusarten Vögel (zu diesen gehören auch Vogelarten, die nicht windraftsensibel sind, s. Fachbeitrag Artenschutz) (zu den Anforderungen an Gutachten s. Umweltbericht Kap. 8.2.1.1 zur 2. Offenlage).</p> <p>Zudem bleiben die sonstigen oben erläuterten Kriterien, die gegen die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergie sprechen, bzgl. Lage inmitten von bedeutenden Moorkomplexen, Biotopverbund, geringe Flächengröße. Diese Kriterien waren auch Bestandteil der regionalplanerischen Gesamtabwägung.</p> <p>Die Ausführungen zur Bürgerbeteiligung und zur Flächenverfügbarkeit werden zur Kenntnis genommen, haben aber keine Relevanz für die Abwägung (s. Planungskonzept).</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10003	19	<p>als Anwohner und betroffener Bürger möchte ich mich ausdrücklich gegen den geplanten Bau der Windkraftanlage im Gebiet/Bereich WAE-436-013 In den Mösern /Enkenhofen aussprechen.</p> <p>Aus den unten genannten Gründen bitte ich Sie, den Bau der Windkraftanlage in Winnis zu überdenken und alternative Wirtschaftlichere Möglichkeiten für die Energiegewinnung in Betracht zu ziehen.</p> <p>1. Zweifel an der Wirtschaftlichkeit</p> <p>Beim Kosten- Nutzungsverhältnis liegen die Experten weithin falsch. Bei weiterem festhalten an diese Strompolitik die wir die Bürger und Firmen bezahlen werden, sollten auch wir die Bürger und Firmen entscheiden was nötig und sinnvoll ist.</p> <p>2. Zweifel an der tatsächlichen Energieeffizienz</p> <p>Die Windverhältnisse in unserer Region sind nach Einschätzung vieler Expertinnen nicht optimal. Es besteht die Gefahr, dass die Anlage wirtschaftlich ineffizient betrieben wird – auf Kosten von Natur, Anwohnerinnen und kommunaler Ressourcen.</p> <p>3. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Lebensqualität</p> <p>Die geplante Anlage würde das Landschaftsbild massiv verändern und die natürliche Ästhetik unserer Region erheblich beeinträchtigen. Unsere Gegend lebt nicht nur vom Tourismus, sondern auch von einer intakten und harmonischen Natur. Eine industrielle Struktur wie ein Windrad – oft über 200 Meter hoch – passt nicht in diese Umgebung.</p> <p>4. Gesundheitliche Risiken</p> <p>Mehrere Studien weisen auf mögliche gesundheitliche Belastungen durch Infraschall und Lärm hin, die von Windkraftanlagen ausgehen. Diese Effekte sind besonders nachts spürbar und können zu Schlafstörungen, Konzentrationsproblemen und anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen – insbesondere bei sensiblen Bevölkerungsgruppen wie Kindern und älteren Menschen.</p> <p>6. Unverhältnismäßigkeit und mangelnde Bürgerbeteiligung</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Die Entscheidung, eine solche Anlage in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten zu errichten, wirkt unverhältnismäßig und wurde ohne ausreichende Einbindung der betroffenen Bevölkerung getroffen. Es fehlt an transparenter Kommunikation und nachvollziehbarer Abwägung von Alternativen.	<p>Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10003	21	<p>5. Natur- und Artenschutz</p> <p>Die betroffene Fläche liegt in der Nähe eines sensiblen Ökosystems mit schützenswerten Tierarten wie z.B. [Vögel, Vogelzug, Fledermäuse etc.]. Der Bau und Betrieb einer Windkraftanlage stellt eine ernsthafte Gefahr für diese Arten dar – durch Verlust von Lebensraum sowie durch die erhöhte Gefahr von Kollisionen mit den Rotorblättern.</p>	<p>Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-013) verwiesen. Der Aspekt "Kollisionsgefahr" wurde bereits im Zuge der Abwägung zur 1. Anhörung des Teilregionalplans Energie abgewogen, hierzu wird auf die Anlagen zur Synopse des 1. Anhörungsverfahrens verwiesen.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschlusses des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen.	
			In diesem Fall wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbaren Energien der Vorrang eingeräumt. Die Errichtung und der Betriebs von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).	
			Weiterhin wird auf die Ausführungen in den Anlagen zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10004	6	<p>der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben führt im Entwurf zur Teilfortschreibung Energie eine Fläche zur Nutzung durch Windenergie bei Fleischwangen, Fleischwangen-Nord, auf. In diesem Vorranggebiet könnten bis zu drei Windräder entstehen. Ich persönlich befinde mich als Bürger der Gemeinde Fleischwangen und wohnhaft im Außenbereich „[Ort anonymisiert]“ direkt mit der Situation konfrontiert und will deshalb meine Einwendungen wie folgt darlegen:</p> <p>Meine Einwendungen zur Ausweisung dieses Vorranggebietes, wie sie der 1. Entwurf der Flächenkulisse, Stand 01.12.2023, vorsieht, beruht auf folgenden Punkten:</p> <p>1) Die Windleistungsdichte: Diese beträgt hierbei laut raumordnerischer Bewertung in 160 Meter Höhe &lt; 190 Watt/qm. Daraus ist lediglich von einer tendenziellen und bedingten Eignung auszugehen. Somit lautet auch das Ergebnis der raumordnerischen Gesamtbewertung: Die Fläche ist bedingt als Vorranggebiet geeignet.</p> <p>Somit ist bei einer Projektierung von Windenergieanlagen in diesem Vorranggebiet zwingend von den technisch derzeit auf dem Markt mit an den leistungsfähigsten (Dimensionierung) Anlagen auszugehen, um bei dieser vorherrschend geringen Windleistungsdichte überhaupt einen wirtschaftlichen Betrieb erreichen zu können.</p> <p>2) Hinweis aus eigener Kenntniss: Das geplante Vorranggebiet weist eine überdurchschnittliche Population des Rotmilans auf.</p> <p>4) Abstand zu den Siedlungen und Gehöften im Außenbereich: Dieser beträgt 600 m. Dieser Abstand ist im Verhältnis zu den angedachten Höhen der WEAs als zu gering einzuordnen. Gegebenenfalls noch stärkere Auswirkungen beim Verhältnis</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bauhöhe vs. Abstand beim Repowering.</p> <p>Ich bedanke mich bei Ihnen für die Prüfung meiner Einwendungen zu der 2. Anhörung, die Ausweisung des Vorranggebiets „Fleischwangen-Nord – WEA-436-022 betreffend, und ich hoffe letztendlich auf eine Herausnahme dieses Vorranggebiets aus der geplanten Flächenkulisse „Windenergieanlagen“.</p>	<p>Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10004	7	<p>2) Auch die Artenschutzbelange betreffend bitte ich Sie, dieses Vorranggebiet WEA-436-022 nochmals kritisch hinsichtlich einer endgültigen Ausweisung zu hinterfragen. Denn das Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfungen lautet hier: Artenschutzbelange in starkem Maße beeinträchtigt.</p>	<p>Die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzrechtlichen Prüfungen erfolgen auf Basis einer stringenten Methodik, welche im Umweltbericht inkl. der Wirkfaktorentabellen und den Anlagen genau dargelegt sind und welche Konflikte zwischen potenziellen Vorranggebieten Windenergie und Umweltbelangen darlegt und bewertet. diese Methodik wurde bei allen potenziellen Vorranggebieten Windenergie einheitlich angewendet. Die Strategische Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und ausreichende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung. Auf den Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird verwiesen.</p> <p>Im Umweltbericht wird zudem in Kap. 8 erläutert, warum eine Festlegung als Vorranggebiet Windenergie auch dann erfolgen kann, wenn als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung herauskommt, dass "Artenschutzbelange in</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			erheblichen Maß beeinträchtigt sind". Es wird auf Kap. 8 des Umweltberichts verwiesen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	
IV. 10004	8	3) Ein weiterer Grund meines Einwands, bezieht sich auf die Umweltauswirkungen auf die vorhandenen Schutzgüter. Hierbei ist die festgestellte überdurchschnittliche Konfliktintensität von Landschaftsbild und Erholungsfunktion auch in Hinblick auf das Landschaftsschutzgebiet „Altshausen-Laubbach-Fleischwangen“ gegeben und festgestellt worden. Ich bitte Sie, auch diese Tatsache nochmals in den Fokus Ihrer Entscheidungen zu nehmen.	Landschaftsschutzgebiete sind im Planungskonzept (erheblicher Konflikt K2) sowie in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Das VRG Windenergie liegt vollumfänglich in einem Landschaftsschutzgebiet. Die Errichtung von Windenergieanlagen ist gem. § 26 Abs. 3 BNatSchG zulässig. Bei dem in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung und unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte der Windenergienutzung aufgrund von § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (überragendes öffentliches Interesse erneuerbarer Energien, Gewichtungsvorrang) gegenüber den in der Anregung genannten Belangen der Vorrang eingeräumt. Eine Rücknahme oder Verkleinerung des in der Anregung genannten Vorranggebiets aus den in der Anregung genannten Gründen erfolgt nicht. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10006	9	die von Ihnen veranschlagten Vorrangflächen im Bereich Haisterkirch, Hittelkofen und Osterhofen sehen wir aus verschiedenen Gründen als ungeeignet für die Planung und Bebauung von Windenergieanlagen (WEA). Auch für die Erteilung von Genehmigungen der WEA's sehen wir dabei eine Vielzahl an Einschränkungen, die es unserer Ansicht nach zu berücksichtigen gilt.  Wie folgt daher unsere Argumentation, die v.a. Punkte ansprechen soll, die ggf. noch keine oder wenig Berücksichtigung gefunden	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.  Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		haben:		
		Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen in diesem Bereich ist überaus nutzvoll und ertragreich aufgrund der guten Lage, der im Verhältnis zum Umland wesentlich besseren Ausbeute an Sonnenstunden und der sehr fruchtbaren Böden. Eine Einschränkung dieser Flächen durch die geplanten WEA's und deren Zuwegungen widerspricht dem Interesse einer sinnvollen, regionalen Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten. In Zeiten wo durch den fortschreitenden Klimawandel, durch verschiedenste Ereignisse wie Hochwasser, Hitze, Dürre, aber auch Krieg und Unruhen (wie z.B. in der Ukraine), usw. ist es von essenzieller Bedeutung, dass wir derartige Flächen zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung erhalten.	Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).	
		Die Abstände zur Wohnbebauung sind für die Größe an WEA's, wie diese heutzutage mit bis zu 300 m Gesamthöhe geplant werden, viel zu gering. Die zu erwartende Beeinträchtigung durch Schattenwurf und auch durch die Schallemissionen sind zu einschneidend, um diese Region mit seinen über 1600 Einwohnern noch als lebenswerten Raum zu erhalten. Zudem wären die dort zu errichtenden WEA's, durch ständiges Abschalten zum Schutz der Bevölkerung nur in sehr begrenztem Maße wirtschaftlich betreibbar. Nicht zu vergessen ist die dadurch stark reduzierte Akzeptanz der Bevölkerung und die „Befeurung“ von radikalen Windkraftgegnern, die dann mit Schlagwortsprüchen wie z.B. „Unsere WEA's müssen ständig, selbst bei nahezu Dunkelflaute, abgeschaltet werden, weil wir den Strom von unseren Nachbarländern aus Überproduktion - von nicht schnell anpassbaren Kraftwerken - abnehmen müssen. Und zu alledem müssen wir diesen dann noch teuer bezahlen“.		
		Des Weiteren muss in Zukunft, nach dem Nutzungsende der laufenden Anlagen, mit einem entsprechenden Repowering gerechnet werden, welches aufgrund des technischen Fortschritts mit erheblich größeren Anlagen ausgebaut wird und dadurch noch stärkeren Einfluß bzgl. Schallemissionen und Schattenwurf auf die Bevölkerung haben wird.		
		Ergänzend ist es erforderlich die verschiedenen, vorhandenen Lärmquellen ggü. den zu genehmigenden WEA's als vorrangige Vorbelastungen zu berücksichtigen. Hierzu zählen unser Meinung nach Lärmquellen die z.B. den Gastbetrieben am Gasthaus Rose in Hittelkofen und Little India (ehemals Dorfbrunnen) in Osterhofen zuzuordnen sind. Ebenso ist der Betrieb der nahegelegenen Biogasanlage, des Baubetriebs und auch des Fussball- und	Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Tennisportplatzes zu berücksichtigen. Und nicht zu vergessen sind die vorhandenen Lärmemissionen durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der umliegenden Flächen, insbesondere auch zu den Ruhezeiten im Sommer und Herbst bei der Ernte. Es gilt zu beachten, dass gemäß der TA Lärm jede Geräuschprognose auch eine Aussage zur Vorbelastung enthalten muss. D.h. neben dem Geräusch der Windenergieanlage sind auch die Geräusche anderer Quellen aus Gewerbe, Industrie, Kommune, Vereine, landwirtschaftliche Betriebe, usw. - wie zuvor beispielhaft angeführt - vorrangig zu berücksichtigen.</p> <p>Auch der stetig gestiegene Straßenlärm - insbesondere auf der Hittelkofer Straße - sorgt in der Bevölkerung für eine jetzt schon erhöhte Lärmbelastung. Hier ist in den letzten Monaten und Jahren eine erhebliche Steigerung des Verkehrsaufkommens, v. a. durch den enorm gesteigerten Schwerlastverkehr (z.B. durch umliegende Betriebe wie [Name anonymisiert] , ...) hinzugekommen. Eine Überlagerung durch den Lärm aus den geplanten WEA's würde hier die Situation weiter verschärfen. Zumal der Straßenlärm als vorbelastende Quelle gemäß TA Lärm bei der Beurteilung keine Berücksichtigung findet, wäre es dennoch sinnvoll dies in gewisser Art und Weise zu berücksichtigen. Wir fordern daher, im Sinne des Schutzes der Bevölkerung, in diesem Zusammenhang eine entsprechende Neubewertung und Berücksichtigung dieser zunehmend belastenden Straßen-Lärmquelle.</p> <p>Die nahe gelegenen und auch schon aus Naturschutzgründen in der aktuellen Vorrangplanung zurückgenommenen, bewaldeten Bereiche greifen viel zu kurz. Die Einschränkung sorgt zwar dafür, dass die zu schützenden Tierarten in ihren Bereichen nicht direkt beeinträchtigt werden, dennoch finden wir es unverantwortlich diese Tiere dann in ihrer unmittelbaren Umgebung insbesondere mit den Hörschall- und auch Infraschallemissionen zu belasten. Tiere, die meist auf derartige Umwelteinflüsse wesentlich sensibler als wir Menschen reagieren, werden hier nachhaltig gestört und letztendlich aus ihrem bekannten Habitat vertrieben. Nicht zuletzt auch der Schattenwurf sorgt bei ihnen für ständige Unruhe und Stress. Besonders trifft das unseres Erachtens auf Wildtiere zu, die eine ruhige Umgebung gewohnt sind und ständig vor Feinden auf der Hut sein müssen. Warngeräusche von benachbarten Tieren können dann nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden.</p> <p>Der nordwestliche Teil ist insbesondere aus Gründen des zu schützenden und zu erhaltenden Europareservats „Wurzacher Ried“ sowie des allgemeinen Naturschutzes der dort liegenden moorigen Feuchtgebiete von besonders schutzwürdigem Interesse.</p>	<p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nicht zu vergessen ist der gesamte Bereich ein Schutz und Zufluchtsort vielfältiger Tierarten und dient ebenso als Rastplatz für durchziehende, teils sehr seltene Zugvögel. Ergänzend beherbergen die Flächen eine enorme Vielfalt an Kleinstlebewesen und Mikroorganismen. Zudem binden die moorhaltigen Flächen eine nicht unerhebliche Menge an CO<sub>2</sub>. All dies wird durch Trockenlegung und Bebauung mit WEA's und der Zuwegungen stark gefährdet.</p> <p>Wir bitten, auch im Sinne vieler Anwohner, die mit uns viele der Auffassungen teilen und diese auch in einigen Einzelgesprächen bestätigt haben, um Berücksichtigung der genannten Punkte und um entsprechende Stellungnahme. Aufgrund der Vielzahl der genannten Einschränkungen glauben wir nicht daran, dass in diesem Bereich WEA's sinnvoll und insbesondere wirtschaftlich betrieben werden können. Wir fordern deswegen die Rücknahme des WEA-Vorranggebiets im Haistergau.</p>		
IV. 10006	10	<p>Ergänzend fordern wir eine Vergrößerung der WEA-Abstände zur Wohnbebauung wegen des bebauten Höhenreliefs im Bereich der genannten Ortschaften. Das Höhenrelief sorgt für eine wesentlich intensivere Belastung durch Schattenwurf und Schallemissionen der WEA's als wie wenn die Wohnbebauung in der Ebene liegt. Die per Gesetz geforderten Gutachten berücksichtigen in der Regel nicht diese Art der Höhenreliefbetrachtung. Eine besondere Berücksichtigung bei den Genehmigungen durch das Landratsamt ist daher nicht direkt möglich, weswegen dies unserer Ansicht nach bei der Planung der Vorranggebiete, im Sinne des Schutzes der Bevölkerung, zu berücksichtigen ist. Bitte beachten sie hierbei auch die Fürsorgepflichten, welche das Land gegenüber der Bevölkerung hat.</p>	Es wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage zum genannten Vorranggebiet Windenergie verwiesen.	Keine Berücksichtigung
IV. 10006	11	<p>In Zeiten der Wohnungsknappheit setzen sie mit dem festgelegten Vorranggebiet westlich von Hittelkofen zusätzlich die ursprünglich einmal vorgesehene, nördliche Erweiterung des Wohngebiets Bachacker 2 in Haisterkirch gegenüber des Tennisplatzes, auf's Spiel. Wir bitten auch dies bei der Vergabe und Planung des umliegenden Raumes als Vorranggebiet ausreichend zu berücksichtigen und die Abstände hierzu zu vergrößern.</p>	Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-007) verwiesen. Hinweis: Durch die Herausnahme des südlichen Bereichs des genannten Vorranggebiets nach der 1. Offenlage hat sich der Vorsorgeabstand zum Siedlungsbestand von Haisterkirch vergrößert, wodurch sich Spielräume für die weitere Siedlungsentwicklung ergeben.	Keine Berücksichtigung
IV. 10006	12	<p>Die Teilorte Hittelkofen und Osterhofen sollten unseres Erachtens bei der Beplanung ebenso als Wohngebiete und nicht als Mischgebiete betrachtet werden. Die ursprüngliche Einstufung als Mischgebiet stammt noch aus einer Zeit, wo in dieser Region mehrere Kleinbetriebe, landwirtschaftliche Betriebe und dergleichen ansässig waren. Im Laufe der Zeit haben sich diese Ortschaften jedoch vermehrt zu einem fast ausschließlichen Wohnbauungsgebiet gewandelt. Nur noch wenige Betriebe aus der ursprünglichen Zeit werden in diesen Ortschaften aktiv betrieben. Viele neu</p>	<p>Gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung, 2. Anhörungsentwurf Teilregionalplan Energie) sind für die Vorsorgeabstände die Darstellungen von Bauflächen/-gebieten im Flächennutzungsplan maßgebend. Im Flächennutzungsplan sind die Bauflächen in den genannten Teilorten Hittelkofen und Osterhofen als gemischte Bauflächen dargestellt. Gem. Kriterienkatalog ist für Mischgebiete ein Vorsorgeabstand</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		hinzugezogene Anwohner sind genau aus dem Grund der ländlichen Ruhe hierher gezogen und haben sich dort den Traum vom Eigenheim erfüllt. Zudem sind viele Baulücken durch Wohnhäuser geschlossen worden. So haben sich die Ortschaften Hittelkofen und Osterhofen im Laufe der Zeit immer stärker zu Gebieten mit fast ausschliesslicher Wohnbebauung gewandelt. Zumindest finden sich hier auch nicht mehr oder weniger Betriebe als wie in den benachbarten Ortschaften mit einzelnen, entsprechend ausgewiesenen Wohngebieten. Es stellt sich daher die Frage, ob in Hittelkofen und Osterhofen nicht auch Teilgebiete als sog. Wohngebiete zu deklarieren sind, oder wenigstens in Bezug auf die Beplanung mit WEA's derart zu betrachten sind.	von 600 m einzuhalten. Dieser wird bei den genannten Teilorten überschritten und beträgt sogar über 675 m.	
IV. 10006	13	Des Weiteren sind auf dem Gelände im Haistergau immer wieder militärische Übungen zu beobachten, die von Zeit zu Zeit abgehalten werden. Insbesondere von [Inhalt anonymisiert] - und -landeübungen im Vorranggebiet und dessen Umgebung können wir regelmäßig berichten. In Zeiten, wo man sich vermehrt um die Sicherung der Verteidigung unserer Gemeinschaft bemühen muss, ist es unserer Ansicht nach erforderlich solche Flächen dafür verfügbar zu halten.	Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (s. Synopse zur 1. und 2. Anhörung, Az. II.580) verwiesen. Auch bei der Festlegung des genannten VRG Windenergie sind militärische Belange ausreichend berücksichtigt worden.	Keine Berücksichtigung
IV. 10006	14	Von besonderem Wert ist, dass wir uns in Bad Waldsee glücklich schätzen können, in unserer Umgebung ein derart attraktives und schön in die Landschaft integriertes Golfportressort und Erholungsgebiet im Hopfenweiler zu beherbergen. Die nahegelegenen WEA's wären eine erhebliche Beeinträchtigung für diese Sportanlage und würde letztendlich zum Fernbleiben einer Vielzahl an Gästen mit sich bringen. Zudem würden dadurch einige, diesbezüglich auch hochkarätige Events, auf's Spiel gesetzt. Nur zum Verständnis: Golf ist ein sehr intensiver Konzentrationssport und wäre durch den kontinuierlich emittierten, monotonen Lärm und teilweise auch Schattenwurf stark beeinträchtigt.	Die Vorsorgeabstände von Vorranggebieten Windenergie zu Baugebieten und -flächen sowie relevanten Grünflächen und Gebäuden wurden unter Berücksichtigung der TA Lärm, die Immissionsschutzrichtwerte für angrenzende Baugebiete vorgibt, festgelegt Golfplätze sind im Flächennutzungsplan i.d.R. als Sondergebiete oder Grünflächen dargestellt, wo gemäß Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung des Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) ein Vorsorgeabstand von 250 m als sehr erheblicher Konflikt eingestuft wurde (K1). Der in der Anregung genannte Golfplatz ist ca. 300 m von dem genannten Vorranggebiet Windenergie entfernt. Die Einhaltung der TA Lärm ist für jedes Gebiet auf nachgelagerter Planungsebene nachzuweisen. Weder aus der TA Lärm noch aus der optisch bedrängenden Wirkung kann ein konkreter Abstand von Windenergieanlagen zu Golfplätzen abgeleitet werden. Unter Berücksichtigung von § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) war es Ziel des planerischen Vorgehens, im Teilregionalplan Energie möglichst wenig Flächen von der Möglichkeit zur Festlegung von	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Vorranggebieten Windenergie auszuschließen. Daher hat sich der Regionalverband in seinem Planungskonzept dafür entschieden, sich bei der Festlegung des Vorsorgeabstands zu Sondergebieten und Grünflächen genauso wie bei Gewerbegebieten auf 250 m als sehr erhebliches Konfliktkriterium zu beschränken. Das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie ist aus Sicht des Regionalverbands somit ausreichend weit vom in der Anregung genannten Golfplatz entfernt.	
IV. 10006	15	Ergänzend ist hier noch der am Golsportressort ansässige Camping-/Wohnmobilstellplatz zu nennen. Diesem sollte ebenfalls eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Da diese Fahrzeuge üblicherweise keine zur Wohnbebauung vergleichbare Dämmung aufweisen, ist dort ein erhöhter Abstand einzuhalten. Ist dies in der aktuellen Planung ausreichend berücksichtigt?	Der genannte Campingplatz ist im Flächennutzungsplan als Sondergebiet dargestellt. Die gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung, Anhörungsentwurf Teilregionalplan Energie) erforderlichen Vorsorgeabstände zum Campingplatz sind eingehalten. Es wird darauf hingewiesen, dass sich der Abstand des genannten Vorranggebiets zum Campingplatz durch die Reduzierung des Vorranggebietes im Süden nach der 2. Offenlage deutlich vergrößert hat und bei über 1000 m liegt.	Keine Berücksichtigung
IV. 10006	16	Wir fordern daher auch einen ausreichenden Abstand zu diesen Naturschutzgebieten einzuhalten. Wieso soll das nur für Menschen gelten? Zudem sind gerade die 3 ehemaligen Kiesgruben im Haistergau besonders wertvolle Rückzugs- und Zufluchtgebiete für Kleintiere, insbesondere für viele Singvögel, die es ebenfalls zu schützen gilt.	Naturschutzgebiete mitsamt einem Vorsorgeabstand von 200 m wurden von der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie freigehalten. Das genannte VRG Windenergie liegt nicht innerhalb von Naturschutzgebieten und ist mehr als 200 m von umliegenden Naturschutzgebieten entfernt. Aus Sicht des RVBO ist der Vorsorgeabstand auf der regionalen Planungsebene ausreichend, um erhebliche Beeinträchtigungen des Naturschutzgebietes zu vermeiden. Das Erfordernis, die Abgrenzung des VRG Windenergie wegen der Betroffenheit von Naturschutzgebieten in seiner Abgrenzung zu reduzieren, besteht daher nicht. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage	Keine Berücksichtigung
IV. 10006	17	Wegen der Erläuterungen und der Argumentation fordern wir deswegen mindestens eine Reduzierung der Vorrangfläche. Der noch bestehende, schmale Streifen westlich der Ortschaften Hittelkofen und Osterhofen ist nach unserer Auffassung aus den vielfältigen, genannten Gründen gänzlich zurückzunehmen.	Es wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen. Das genannte Vorranggebiet wird nicht verkleinert, es entspricht dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Begründung zu PS 4.2.1 und Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Teilregionalplan Energie). Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen	
IV. 10007	18	<p>Mitteilung bezüglich Teilregionalplan Energie, hier Vorranggebiet Windenergie WEA-436-007 Osterhofen</p> <p>für wohngenutzte Gebäude wird ein Abstand von 600m eingehalten. Die 600m wurden hier allerdings nicht eingehalten (siehe Ausschnitte).</p> <p>Es wird daher darum gebeten, hier die gleichen Maßstäbe anzusetzen und ebenfalls den Abstand von 600m einzuhalten.</p> <p>(3 Karten im Anhang)</p>	Die Anregung wurde geprüft. Beim genannten Gebäude handelt es sich nach Kenntnisstand des Regionalverbands um ein reines Wirtschaftsgebäude. Nach Auskunft der Stadt Bad Waldsee wurde für das Gebäude keine Baugenehmigung für eine Wohnnutzung erteilt. Die gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung, Anhörungsentwurf Teilregionalplan Energie) erforderlichen Vorsorgeabstände sind daher eingehalten.	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10008	1243	<p>ich bitte um Ablehnung der Genehmigung einer Windkraftanlage im Bereich Winnis bei Beuren/Landkreis Ravensburg.</p> <p>Die Anlage zerstört in dieser unberührten Kulturlandschaft genau das was es eigentlich schützen sollte, nämlich die Natur!</p> <p>Ein unwiederbringliches Landschaftsbild im Allgäuer Voralpenland wäre für immer zerstört!</p> <p>Bitte stoppen Sie dieses Vorhaben!</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10010	393	<p>Sehr geehrte Damen und Herren , ich möchte dem Bau von Windkraftanlagen im Gebiet In den Mösern/ Winnis mit Nachdruck widersprechen, dies aus folgenden Gründen:</p> <p>Naturschutzrechtliche Argumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Errichtung der WKA in Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen, welches gerodet werden muss um die WKA zu errichten</li> <li>• Errichtung der WKA in Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen, welches zuvor zudem als Moor ausgewiesen wurde seltsamerweise wurde die Bezeichnung Moor aus den Karten entfernt.</li> <li>• Errichtung eines WKA in Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen, aber außerhalb des angedachten Vorranggebietes, dazu noch näher an von Menschen besiedelter Fläche</li> <li>• Errichtung der WKA in direkter Nähe zu als Vorranggebiet für Naturschutz u. Landschaftspflege ausgewiesenen Flächen( Badsee und Urseen)</li> <li>• Badsee und Urseen sind Rastplatz für seltene Zugvögel: Schwarzstorch, Milan, Wespenbussard, Silber - und Graureiher, Kraniche, Graugänse, sowie verschiedene Entenarten, dies werden durch Windräder vergrämt,verletzt, im schlimmsten Fall getötet</li> </ul> <p>Weitere Gründe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Errichtung der WKA in der Nähe des Campingplatzes, die Bewohner als auch die Gäste werden unter der bedrängenden Wirkung WKA zu leiden haben. Gäste werden wegbleiben, der für den Ort so wichtige Campingplatz in seiner Existenz gefährdet</li> <li>• Errichtung der WKA in einer "Schwachwindgegend" deshalb ist eine hohe Nabenhöhe erforderlich, um überhaupt etwas Ertrag zu generieren. Die große Nabenhöhe ist das, was alle hier im Ort so abschreckt.</li> <li>• Der größere Teil unserer Dorfbevölkerung ist gegen den Bau dieser Industrieanlagen in der schönen Allgäuer Naturlandschaft, die durch den Bau der WKA weiter zerstört werden würde. Wir sehen nicht ein, dass wir hier die Folgen einer verfehlten Umweltpolitik tragen.</li> <li>• Wir sehen, dass es hier von der Bevölkerung gewählte Personen gibt, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen den Willen ihrer Wähler agieren und sich ohne Rücksicht für den BAU</li> </ul>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		der WKA einsetzen - Wir wollen dass diesem Treiben Einhalt geboten wird. Das gilt besonders für jenes Eine, außerhalb des Vorranggebiets angesiedelten WKA	<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10011	28	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>dem Umweltbericht zu den Vorranggebieten Windenergie habe ich entnommen, dass die Strategische Umweltprüfung für das Vorranggebiet WEA-436-011 Ratzenried-Ost ergeben hat, dass die Fläche bedingt als Vorranggebiet geeignet ist. Das Vorhaben führe zu keinen oder nur zu wenigen erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern. Dies mag aktuell zutreffen. Nun ist zu bedenken, dass ein Teil des Niedermoores im näheren Umfeld (&lt; 500 m) - derzeit noch intensiv landwirtschaftlich genutzt - noch vor Baubeginn des Windenergievorhabens wiedervernässt werden wird. Es ist nach derzeitigem Stand der Überlegungen davon auszugehen, dass langfristig etwa 25 ha rund um den Klingler-Weiherbach wiedervernässt werden und die landwirtschaftliche Nutzung, wenn überhaupt, nur noch extensiv erfolgen kann. Flora und Fauna, letztlich das gesamte Ökosystem, im näheren Umfeld des</p>	<p>Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-011) verwiesen. Zur Wiedervernässungsmaßnahme: hier liegt nur eine geringfügige Überlagerung des VRG Windenergie mit der Wiedervernässung, die ggf. künftig erfolgen wird, vor. Zudem handelt es sich nicht um eine genehmigte Wiedervernässungsmaßnahme. Die Anregung wird daher nicht berücksichtigt.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	----	--	---	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorhabens werden sich folglich verändern. Es ist von einer deutlichen naturschutzfachlichen Aufwertung auszugehen bis hin zur Ausweisung von FFH-Gebieten oder Natura-2000-Flächen.</p> <p>Da der Flächenumfang beträchtlich ist, sollte die Wiedervernässung mit den ökologischen Folgen bei den Planungen berücksichtigt werden, insbesondere was das Auftreten neuer Arten sowie die Gesamtheit von Ökosystemdienstleistungen betrifft. Mehrere Studien weisen nach, dass Windenergieanlagen in unmittelbarer Nähe von naturnahen Mooren Arten und Ökosysteme deutlich belasten (s. Anlagen), vor allem, wenn Ökosysteme als Ganzes betrachtet werden. Die potentiell beträchtlichen Wechselwirkungen zwischen Energieerzeugung und Ökosystemdienstleistungen und Artenvielfalt naturnaher Moore sollten bedacht werden, eine erneute Umweltprüfung die veränderte Situation berücksichtigt.</p>	mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10012	299	<p>Stellungnahme zu Windpark Osterhofen - WEA-436-007</p> <p>das südliche Ende des Windpark Osterhofen ist weiterhin zu nah an den Hauptort Haisterkirch geplant. Die Planung ist in diesem Bereich nochmals zu ändern. Die Windanlagen sind zu nah an den Ort Haisterkirch (Stadtteil von Bad Waldsee) geplant. Die Windanlagen sind vom Zentralort Haisterkirch weiter abzurücken. Die derzeitige Planung behindert entscheidend die Weiterentwicklung des Zentralortes Haisterkirch einschliesslich zugehöriger Ortschaften. Werden die Windanlagen wie bisher geplant erstellt -sehr ortsnah-wird die zukünftigen Generation jeglicher Möglichkeiten beraubt diese Fehler nachträglich noch zu berichtigen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Vor ca. 50 Jahren vor der Eingemeindung der damals selbständigen Ortschaft Haisterkirch sind am südwestlichen Ortsrand von Haisterkirch eine Gemeindehalle mit Kindergarten und Sportanlagen in großem Abstand zur damals bestehenden Bebauung erstellt worden. Die Finanzierung erfolgte durch die noch selbständige Ortschaft Haisterkirch. Die gewählten Flächen hierfür enthielten damals noch ein hohes Potential für zukünftige Erweiterungen der Anlagen der zum unbebauten Aussenbereich der Ortschaft Haisterkirch.</p> <p>Eine Ausweisung von Erweiterungsflächen für diese bestehenden Anlagen ist später leider nicht erfolgt, es bestand hierfür auch keine Notwendigkeit, da die angrenzenden Flächen weiterhin nur landwirtschaftlich genutzt wurden.</p> <p>Mittlerweile hat sich diese Situation mit hoher Geschwindigkeit verändert/verschlechtert. Ein Kampf um die noch restlichen</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>landwirtschaftlichen Flächen ist mittlerweile durch mehrere privilegierten Maßnahmen eingetreten .</p> <p>Aussiedlung ST.Georgshof</p> <p>Durch diese bereits bestehende privilegierte Maßnahme -Aussiedlung des ST. Georgshofes- wurde eine zukünftige Erweiterung der Sportanlagen in westlicher Richtung (Richtung zu neuer Hofstelle) praktisch betrachtet sehr unwahrscheinlich.</p> <p>Die Zufahrt/Abfahrt zur Hofstelle erfolgt derzeit überwiegend durch den bestehenden Zone 30 Bereich über den bestehenden Körnerweg bzw Zzur Spitzenkapelle bis zur Kreisstrasse K 7933 (Hittelkoferstrasse).</p> <p>Die negativen Folgen auf die Entwicklung des Ortes durch das zusätzliche Verkehrsaufkommen auf dem Körnerweg und den zusätzlichen LKW -Verkehr/Landwirtschaftlichen Verkehr um den Bereich Sportanlagen/Gemeindehalle/Kindergarten /Busverkehr sind bereits heute schon erkennbar und bedürfen einer zeitnahen Korrektur. Es zeigt sich ,dass der Verzicht auf eine Anbindung der Hofstelle an die L 300 wie erwartet zu grossen Problemen innerorts führt</p> <p>Windanlagen Osterhofen</p> <p>Übriggeblieben ist für die Ortschaft Haisterkirch nach Erstellung der neuen Hofstelle nur noch eine mögliche Entwicklung in nördlicher Richtung (Richtung Windpark bzw. Ortschaft Hittelkofen).</p> <p>Die nun geplanten privilegierten Maßnahmen des Windparks Osterhofen mit ihren sehr ortsnah geplanten Windanlagen greifen in diese noch möglichen Erweiterungsflächen der Gemeinde ein .</p> <p>Sie bieten nach derzeitigem Planungsstand keine ausreichende Sicherheit ,dass der zukünftige Flächenbedarf der Stadt Bad Waldsee für den Erhalt /Betrieb und Erweiterung der Sportanlagen mit Gemeindehalle und den städtischen Kindergarten /Parkflächen/Schulbuss usw. abgesichert ist bzw. bei Bedarf zur Verfügung steht.</p> <p>Selbst Stellflächen für LKW sind derzeit Mangelware. Zur Zeit werden sie auf privaten Wiesen bzw. auf öffentlichen PKW-Parkplätzen vor der Gemeindehalle bzw. Kindergarten abgestellt.</p> <p>Ein Bedarf für Wohnmobil Stellplätze ist bereits heute deutlich feststellbar. Zunehmend werden auch sie auf den öffentlichen Parkflächen vor der Gemeindehalle abgestellt.</p> <p>Auch Wanderzirkuse suchen regelmäßig Flächen für ihre Vorstellungen/Show's in Haisterkirch.</p> <p>Auch hier werden Parkflächen7grünflächen benötigt.</p> <p>Die Konzeption und der Bau einer neuen Ortsumfahrung zwischen von der Kreisstrasse K 7933 zur L 300 zur Verbesserung bzw. Lösung der anstehenden Misstände drängt sich auf.</p> <p>Eine neue Festwiese bzw. Festplatz für Großveranstaltungen in</p>	<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der Gemeindehalle sowie bei sportlichen Grossereignissen /Faschingsumzug/Musikfesten /Kindergartenfesten/Tennisturnieren etc. fehlt ebenfalls dringend.</p> <p>All dies kann nur innerhalb von landwirtschaftlichen Flächen nördlich des bereits bebauten Bereiches Richtung geplantem Windpark umgesetzt werden.</p> <p>Eine fussläufige Anbindung an den bereits vorhandenen Zugangsbereich der Gemeindehalle und des Kindergarten ist bei diesem Standort noch umsetzbar .</p> <p>Innerhalb dieser Erweiterungsflächen der Gemeinde könnten auch öffentliche E-Ladestationen für PKW etc. für alle angeordnet werden.</p> <p>Die Flächen selbst könnten mit vertretbaren Kosten an das öffentliche Frischwassernetz und Abwassernetz angeschlossen werden.</p> <p>Bereits heute besteht schon ein erheblicher Mangel an Parkflächen im Körnerweg bei sportlichen/kulturellen Großereignissen.Zeitweise wird sogar der Weg vollständig gesperrt.</p> <p>Der Körnerweg ist zusätzlich an das Radwegenetz angeschlossen und ist auch als Schulweg ausgewiesen.</p> <p>Die Vorgaben des einzuhaltenden Lärmschutzes für die Durchführung der Veranstaltungen erfordern dringend Verbesserungen/Veränderungen an der bestehenden Verhältnissen.</p> <p>Die Festwiese kann nur nördlich der bestehen Sportanlagen etc. geschaffen werden .Die Zufahrt muss dann über die noch zu bauende Ortsumgehung erfolgen .</p> <p>Im Sommer werden an der Spitzenkapelle öfters Freiluft-Gottesdienste/Andachten etc. abgehalten. Viele Gläubige reisen hierbei mit dem Auto an. Das Parkplatzangebot im Körnerweg ist derzeit hierfür nicht immer ausreichend.</p> <p>Falls Windanlagen erstellt werden sind ausreichende Abstände für notwendige /zukünftige Erweiterungen der Sportflächen und Kindergarten zwingend sicherzustellen.</p> <p>Der Bevölkerungszuwachs von Haisterkirch ist bereits heute groß. Der Bedarf an Bauland ist groß. Zusätzlicher Bedarf für weitere Flächenerweiterungen für Bauland auch innerhalb des Ortes ist erkennbar .</p> <p>Die Entwicklung der neu geplanten Ortsmitte von Haisterkirch wird diesen Trend noch zusätzlich beschleunigen.</p> <p>Neue /zusätzliche /moderne Infrastruktur wird heute gefordert und ist erforderlich.</p> <p>Der neu geplante Windpark darf für die vielen Sportler und Kindergartenkinder aus dem Haistergau und der Stadt Bad Waldsee zu keiner Gesundheitsgefährdung und Einschränkungen führen. Diese Anlagen sind älter als die Planungen des Windparkes . Der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kindergarten wurde an diesem Standort sogar erst vor 2 Jahren erweitert. Gesunde Sportler jeden Alters/Jugendliche und Kinder sind von immenser Wichtigkeit für den gesamten Haistergau. Sie sind deshalb besonders heute und für die weitere Zukunft zu beschützen. Zu beachten ist auch dass die überwiegenden Aktivitäten im Freien erfolgen und somit den Druckimpulsen der Windanlagen ständig ausgesetzt sind.</p> <p>Kinder können sich nicht selber schützen. Es ist Aufgabe der Erwachsenen diese Aufgabe zu erledigen.</p> <p>Nachdem es sich bei den geplanten Windanlagen um Pilotanlagen handelt sind großzügige Abstände zwischen den Windanlagen im Verfahren und eventuellen Flächenwunsch der Gemeinde zu wählen.</p> <p>Es stellt sich somit die Frage ist der Gesundheitsschutz unserer Jugendlichen/Kinder geringer einzuschätzen als ein etwas in der Anlagenanzahl reduzierter Windpark ? Zu nah .!!!</p> <p>War die Erweiterung des Kindergartens an diesem Standort vor ca. 2 Jahren eventuell eine Fehlplanung/Fehlinvestition ? Wenn ja muß die Gemeinde den vorhandenen Kindergarten an diesem Ort wegen der zu nahen Windanlagen längerfristig wohl aufgeben und einen neuen Standort im Zuge des laufenden Bebauungsplanverfahrens Ortsmitte Haisterkirch zur Vorsorge in den B-Plan aufnehmen und die hierfür benötigten Flächen sichern.</p> <p>Zuätzlicher Flächenbedarf -Vergrößerung Abstand zu den Windanlagen</p> <p>Haisterkirch ist bereits heute ein bedeutender Verkehrsknoten zwischen Bundesstrasse B 30 und der Autobahn A 96. Seit Jahren soll die L 300 in Höhe von Bad Waldsee an die Bundesstrasse B 30 angebunden werden. Dies wird dann die Verkehrssituation für den Haistergau zusätzlich verschlechtern.</p> <p>Auch mit dem Ausbau der B 30 innerhalb Gaisbeuren und Enzisreute wird sich das Verkehrsaufkommen auf der L 300 noch erhöhen.</p> <p>Selbst die notwendige Brückensanierung des Urbach Viaduktes auf der B30 erhöht voraussichtlich ebenfalls die Verkehrslast im Haistergau während des Zeitraumes der umfangreichen Sanierungsarbeiten.</p> <p>Ein neues Verkehrskonzept ist deshalb für Haisterkirch unabdingbar. Freihaltetrasse für notwendige Ortsumgehung K 7933-L300 bereits heute im laufenden Verfahren sichern .</p> <p>Mit einer weiteren Erhöhung des Verkehrsaufkommens im Raum Haisterkirch ist generell zu rechnen. Eine Verbesserung des Verkehrsproblem im Bereich der Ortschaft Haisterkirch ist deshalb zeitnah anzugehen und voranzutreiben.</p> <p>Die Neuplanung des Windparkes Osterhofen darf eine nördliche Umfahrung des Sportzentrums von der Hittelkoferstrasse (Kreisstrasse</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>K7933) beginnend zur L 300 im Westen zu einem späteren Zeitpunkt nicht unmöglich machen. Die erforderlichen Trassen für die angedachte Ortsumgehung sind im Zuge dieses Verfahrens rechtzeitig freizuhalten. Diese Trassenführung der Ortsumfahrung ist soweit als möglich vom bestehenden Ortsrand (in Richtung Windanlagen ) abzurücken.</p> <p>Hierbei sind nur noch wenige Trassenführungen wegen der bereits genehmigten privilegierten Baumaßnahmen ST.Georgshof und den örtlichen Gegebenheiten möglich bzw. übrig geblieben.</p> <p>Über diese Umfahrung könnte dann auch der landwirtschaftliche Verkehr /Schwerlastverkehr/Verkehr aus/zur Gemeindehalle und Sportanlagen /Kindergarten und Tenniszentrum /Schulbusse / LKW Verkehr abgewickelt werden.</p> <p>Die Anlage von strassenbegleitenden Radwegen mit Grünflächen ist im Zuge dieser Maßnahmen ebenfalls notwendig. Eine Randbegrünung wäre sicherlich zweckdienlich. Bereichsweise werden auch Maßnahmen zum Lärmschutz notwendig werden.</p> <p>Die Ortsumfahrung reduziert das Verkehrsaufkommen im Körnerweg und in der Hittelkoferstrasse innerorts erheblich.</p> <p>Eine dringend notwendige Verkehrsberuhigung der restlichen innerörtlichen Hittelkoferstrasse bis zur Einmündung in die L 300 (in Höhe der Klosteranlage) sowie des Körnerweges wäre nach Fertigstellung der Ortsumfahrung ebenfalls umsetzbar.</p> <p>Im Zuge des Ausbaues der Ortsmitte von Haisterkirch sind Fragen zur zukünftigen Verkehrsführung /Aufgaben der Kreisstrassen/Landesstrasse und Ortsstrassen und zukünftiger Trassenführungen für die Ortsumgehung zu beantworten.</p> <p>Die geplanten Windanlagen sind deshalb in nördliche Richtung zwingend weiter abzurücken und die angesprochenen Maßnahmen sind zu gegebener Zeit im Einvernehmen mit dem Windpark noch detailliert zu planen und umzusetzen.</p> <p>Weitere Anregungen/Hinweise zum Windpark Osterhofen :</p> <p>Die ebenen landwirtschaftlichen Flächen sind für die Naherholung der Einwohner von Haisterkirch/Hittelkofen und Osterhofen von zentraler Bedeutung. Die Wanderwege sind möglichst zu erhalten. Der Wanderweg HW 4 zwischen Hittelkofen und Golfplatz muss erhalten bleiben.(Saubadweg)</p> <p>Er dient auch als Forstweg vom südlichen Ortsende Hittelkofen zu den Waldflächen am Golfplatz.</p> <p>Für den Neubau /Unterhaltung und Rückbau der Windanlagen ist ein Anschluss des Schwerverkehres aus dem Windpark an die Kreisstrasse von Osterhofen Richtung Mühlhausen (K 7931) erforderlich. Die Trasse dieses Fahrweges ist innerhalb der ausgewiesenen Flächen des Windparkes zu führen.</p> <p>Eine Befahrung der sonstigen vorhandenen landwirtschaftlichen schmalen Wege einschliesslich Brückenbauwerke über die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Osterhofer Ach -ausgenommen Kreisstrasse -ist aus statischen Gründen und Platzgründen nicht möglich.</p> <p>Der Windpark behindert die Zufahrt aus dem gesamten Haistergau zu den Waldflächen des Saubades und zum Golfplatz über das bestehende Feldwegennetz usw.</p> <p>Diese öffentlichen Wege sind zwingend freizuhalten für Wanderer/Radfahrer sowie Land-und Forstwirtschaft . Dies ist bei der Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Die nun ausgewiesene Fläche des Vorrangebietes WEA-436-007(schraffierte Fläche) wird durch eine nicht schraffierte Fläche (Leitungstrasse der EnBW ?) in zwei schraffierte Teilflächen getrennt.</p> <p>Frage: Ist die nicht schraffierte Fläche Bestandteil der errechneten Windparkfläche ? Handelt es sich somit um 2 getrennte Einzelflächen ? Wie groß sind die Flächenanteile?</p> <p>Weshalb wurden nur die Leitungstrassen der EnBW Freileitung in den Plan übernommen?Ist dies ein Vorteil für den Projektierer EnBW ?</p> <p>Werden die anderen Projektierer des Windparkes hierdurch benachteiligt ?</p> <p>Innerhalb der Flächen des Windparkes verlaufen laut meiner Vorortbegehung und Erhebung noch folgende zusätzliche Leitungen</p> <p>Ferngas-Leitungen.: DN 550 mm Terranets GmbH Stuttgart</p> <p>2x DN 300 mm Terranets GmbH Stuttgart</p> <p>Sind diese Leitungen der Energieversorgung nicht schützenswert ?Leitungsrechte wurden sicherlich beim Bau der Anlagen gesichert.Dürfen diese Leitungen mit Schwerlastfahrzeuges überfahren werden ?Warum wird nur die EnBW Leitung eingetragen?</p> <p>Eine unterirdische Stromleitung vom Umspannwerk Haisterkirch zum Werk der best wood Schneider GmbH in Eberhardzell-Kappel (Kreis Biberach) durchquert ebenfalls den Planbereich des Windparkes.</p> <p>Die städtische unterirdische Abwasserdruckleitung vom best.Abwasserpumpwerk Osterhofen zur Kläranlage Bad Waldsee durchquert ebenfalls das Plangebiet.</p> <p>Eine Vielzahl von Grundwassermesspegeln durchzieht die Flächen der Windanlagen. Diese Pegel dienen zur Überwachung des Wasserschutzgebietes und der Altlastenfläche Kiesgrube Osterhofen. Sie sind zu erhalten bzw bei Beschädigungen zu erneuern.</p> <p>Sehr geehrter Herr Heine,</p> <p>die Einwohner von Haisterkirch ,die Mitglieder der verschiedenen Vereine und die Vielzahl an Jugendlichen /Kindern werden ihnen dankbar sein,wenn die bisher sehr ortsnahen Windanlagen weiter abgerückt werden und wichtige Zukunftsprojekte der Gemeinde zu gegebener Zeit nördlich der bestehenden Sportanlagen ohne Einschränkungen umgesetzt werden können.</p> <p>Wählen sie den Abstand großzügig.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Hierdurch kann mancher Frust und Ärger für die Zukunft entfallen. Ein lebenswerter Haistergau ist auf Dauer zu erhalten.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10013	30	<p>bisher habe ich noch keine Antwort und Stellungnahme von Ihnen, zu meinen Einwänden der geplanten Windräder in meiner Wohnortumgebung erhalten, die ich Ihnen am 01.April 2024, in meiner E-Mail zukommen ließ.</p> <p>Daher hier nochmals meine Einwände, in der E-Mail genannt.</p> <p>Hiermit teile ich Ihnen meine Bedenken, als unmittelbar Betroffener Bewohner von Aulendorf/ OT- Tannhausen, zu der geplanten Errichtung von Windkraftanlagen, im Umkreis unserer Gemeinde mit:</p> <p>1.Die Windräder erzeugen bei Betrieb einen unzumutbaren Lärm und Infraschall, der für Mensch und Umwelt, nachweislich gesundheitsschädigend ist.</p> <p>In Frankreich wurden aus diesem Grund, alle Genehmigungen, auch rückwirkend aufgehoben.</p> <p>2.Die Windräder verursachen gesundheitsschädlichen Feinstaub, der durch Reibung der Rotorblätter mit dem Luftwiderstand entsteht und über weite Flächen getragen wird. Er beträgt über 50kg pro Jahr und Windrad. Dieser Abriebstaub der Windräder ist besonders für Mensch und Tier gesundheitsschädlich.</p> <p>3. Die Immobilien der Gemeinde- Anwohner werden im Wert rapide fallen, da keiner die Immobilie kaufen möchte, die in der Nähe von gesundheitsschädigenden Einflüssen stehen.</p> <p>4. Die Gemeinden werden zu Mini -Gemeinden schrumpfen, da eine Abwanderung der Einwohner erfolgt und kein Nachzug von Menschen erfolgen wird.</p> <p>5. Das Wasser wird kontaminiert und dadurch wird Mensch und Tier bedroht.</p> <p>6. Das komplette Ökosystem wird beeinträchtigt.</p> <p>7.Unsere Lebensqualität wird insgesamt negativ beeinflusst und eingeschränkt.</p> <p>8.Das Aussuchen des Standortes des Windparks ist ohne Einbeziehung der Anwohner und undurchdacht vollzogen worden. Windkraftanlagen gehören, wenn überhaupt auf das Meer oder auf</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Anhöhen.	Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).	
		10. Wir sind eine Niedrig-Wind-Region, daher wird der Wirkungsgrad der Windkraftanlagen sehr gering und unwirtschaftlich sein.	Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.	
		11. Windenergieanlagen verbrauchen Ressourcen, darunter seltene Erden, tonnenweise klimaschädlichen Beton und kostbare Flächen. Recycling und Entsorgung sind weitgehend ungeklärt.		
		12. Mehrere kleine Gemeinden, die sich in der Nähe des geplanten Windparks befinden, müssen die Umweltbelastung für die anderen Gemeinden ertragen, die jedoch von der Stromerzeugung profitieren.	Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	
		Eine gerechte Verteilung der WKA's, auch auf andere Gemeinden, wäre unbedingt erforderlich, wenn es zur Errichtung der WKA kommen sollte.	Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöufigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
		13. Das Erscheinungsbild der Region wird stark negativ beeinflusst.		
		14. Unsere Immobilie wird nachweislich um durchschnittlich 7% an Wert verlieren, falls es wider Erwarten doch zur Errichtung der WKA in unserer Gemeinde kommen sollte.		
		Dies wurde durch eine Studie nachgewiesen.		
		Daher wäre es gerecht, dass nicht nur die Gemeinschaft der Gemeinde Aulendorf von einer Ausgleichszahlung profitieren würde, sondern vor allem die unmittelbar betroffenen Anwohner.		
		Diese sollten dann einen Ausgleich für den Wertverlust ihrer Immobilie bekommen.		
		Weitere Anmerkungen:		
		Windräder kosten - vor allem die Anwohner.		
		Dabei wird oft übersehen, dass auch regenerative Technologien erhebliche Nachteile aufweisen. Abgesehen von ihrem geringen Beitrag zur Versorgungssicherheit und ihrer mangelnden Kosteneffizienz, welche die Stromverbraucher mittlerweile mit über 25 Milliarden Euro pro Jahr teuer zu stehen kommt, bringt jede der grünen Technologien ihre spezifischen Probleme mit sich.		
		So sorgen Windkraftanlagen für Lärmbelästigung, gefährden		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Fledermäuse und Vögel und beeinträchtigen das Landschaftsbild. Und allein die bloße Existenz der Anlagen kann für gravierende Vermögensverluste bei den unmittelbaren Anwohnern sorgen, weil deren Grundstücke und Immobilien mit der Errichtung von Windkraftanlagen in ihrer Nähe erheblich an Wert verlieren. Die hohe Zahl von rund 1000 Bürgerinitiativen gegen die Windkraft, die es mittlerweile in Deutschland gibt, ist ein starkes Indiz für derartige negative externe Effekte.</p> <p>Ich bin für den Erhalt unserer Natur, gegen die Zerstörung der Waldgebiete, Naturschutzgebiete, Flora und Fauna, insgesamt unserer Natur.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10016	33	als direkter Anwohner der keine 600 m von den geplanten Windrädern wohnt möchte ich diesem Vorhaben deutlich widersprechen.	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10016	34	<p>Ich wohne direkt in Windrichtung (Hauptwindrichtung West) der geplanten Windräder, werde somit den Lärmemissionen und der Belastung durch Kunststoffabrieb täglich ausgesetzt sein. Weiterhin werde ich mich jeden Abend mit dem Thema Schattenschlag auseinandersetzen müssen.</p> <p>Meine Wohnung wird im Falle der Realisierung der Windräder deutlich an Wert verlieren was einer Enteignung gleicht.</p> <p>Da ich auch der [Inhalt anonymisiert] in diesem Bereich bin, weiss ich auch um den Einfluss auf die Tierwelt. Ich habe direkt an der geplanten Fläche einen Hochstand und sehe hier tagsüber viele geschützte Raubvögel fliegen. Nachts sind hier Schleiereulen und Kauze unterwegs.</p> <p>Die Waldfläche auf der die Windräder geplant sind sind zudem ein Feuchtgebiet, für die Fundamente der Windräder würden hier intakte Biotope zerstört durch massive Eingriffe in den Boden.</p>	<p>Zu Lärmemissionen, Kunststoffabrieb, Schattenschlag, Wertverlust Immobilien:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Zu Feuchtgebieten, Biotopen:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen sowie auf die Anlage zur Synopse 2. Offenlage zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie.</p> <p>Zu den Sichtungen von Schleiereulen und Kauzen: Es handelt sich weder um windkraftsensible Arten noch um Sonderstatusarten nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie. Daher:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10017	108	<p>Gegen die geplante Errichtung der Stand jetzt geplanten Windräder habe ich die nachfolgenden weitergehenden Einwendungen:</p> <p>1. Gegenüber früheren Darstellungen zum geplanten Umfang des baulichen Eingriffs und der Zerstörung des Walds wird auch nach Begutachtung des Eingriffs im Röschenwald immer mehr ersichtlich, dass hier von den Verantwortlichen falsche Aussagen diesbezüglich hinsichtlich Umfang der Waldzerstörung und des Eingriffs in die Natur gemacht wurden.</p>	<p>Zum genannten Umfang der Waldzerstörung: Der Umfang der dauerhaften und temporären Waldumwandlung kann erst auf Projektebene geklärt werden, wenn Standorte für WEA geplant werden, da der RVBO nur Gebiete für Windenergieanlagen plant. Aufgrund von § 2 EEG wird in der Abwägung beim genannten VRG Windenergie der Festlegung des VRG Windenergie trotz der Betroffenheit von Wald gegenüber der Nicht-Festlegung der Vorrang</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zum Artenschutz: Die genannten Tierarten sind keine windkraftsensiblen Arten gem. Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie. Es wird hierzu auf die Abwägung zur 1. Anhörung (Anlage B.3 der Synopse) verwiesen. Des Weiteren wird auf die Abwägung zum Umgang mit Wildtierkorridoren in der 1. Abwägung (Anlage B.3 und B.4 der Synopse) verwiesen.</p> <p>Zum Wald als Frischluftherzeuger: Zur Funktion des Waldes in Bezug auf den Natürlichen Klimaschutz sowie seine Schutzfunktion als Temperaturregulator: Aufgrund der Verteilung der Windleistungsdichte und der Berücksichtigung von Ausschluss- und Konfliktkriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regional bedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Die Festlegungen von Vorranggebieten Windenergie im Wald im Teilregionalplan Energie ist daher erforderlich. Zudem weisen wir auf Folgendes hin: nach Nachfrage konnten die Fachabteilungen der FVA (Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt BW) keine spezifischen Forschungsarbeiten identifizieren, die sich explizit mit potenziellen Waldveränderungen durch WEA befassen. Die Folgen von WEA im Wald sind laut FVA sehr mutmaßlich standortabhängig sowie abhängig von der Art und Weise des Baus und Betriebs von WEA; sowohl negative als auch positive Folgen sind denkbar. Der RVBO plant aber Gebiete für die Nutzung der Windenergie, keine Standorte und auch nicht weitere bauliche Maßnahmen wie die Zuwegung.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich daher maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10017	109	<p>Nachfolgender Artikel in der Schwäbischen Zeitung vom 30.04.2025 spricht für sich. Die Problematik der Waldbrandgefahr und damit auch der zunehmenden Austrocknung und Gefährdung der Trinkwasserversorgung wächst mit den Abholzungsaktionen unaufhaltsam:</p> <p>"Trockenheit, Trockenheit, Trockenheit – so fällt die bisherige Bilanz für das meteorologische Jahr aus. Zuletzt gab es zwar den lang ersehnten Regen, doch inzwischen herrscht wieder: Trockenheit - und in den kommenden Tagen wird ein ungewöhnlich heißer Maibeginn erwartet. Biergartenwetter, aber auch niedriger Bodensee- und Grundwasserspiegel sind dabei nur die einen Begleiterscheinungen der Dürre. „Ich glaube, wir müssen durch den Klimawandel vermehrt mit Wetterextremen und den katastrophalen Folgen rechnen“, erklärte nun Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Und das womöglich eher früher als später, wie Innenminister Thomas Strobl (CDU) beipflichtete. „Für das Jahr 2025 erwarten die Meteorologen ein sehr trockenes Jahr. Ich habe oft gesagt, Baden-Württemberg ist kein Waldbrandland - das könnte sich in diesem Jahr ändern“, so Strobl. „Die Feuerwehren stehen vor großen Herausforderungen.“</p> <p>Drei Dinge: Erst Starkregen und Hochwasser, nun extreme Trockenheit</p> <p>Das standen sie auch schon im vergangenen Jahr, da jedoch konfrontiert durch ganz andere Extreme, geprägt durch Starkregen und Hochwasser. „Das Jahr 2024 war anspruchsvoll. Die Einsatzzahlen haben Rekordwerte erreicht“, erklärte Strobl. Insgesamt wurden die Feuerwehren in Baden-Württemberg zu 135.202 Einsätzen alarmiert – also rund 369 Alarmierungen jeden Tag. Aufgrund der ungewöhnlich hohen Niederschlagsmengen waren die Wehren stark durch technische Hilfeleistungen gefordert. Die Zahl der Einsätze im Zusammenhang mit Hochwasser- und Unwetterlagen lag bei 13.721 - und damit mehr als doppelt so hoch wie im Jahr davor."</p>	<p>Zu den weiteren genannten Anregungen wird auf die Abwägung der 1. Anhörung (s. Synopse inkl. Anlagen zur Synopse) verwiesen.</p> <p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10017	1254	<p>2. Der Eingriff ist wesentlich gravierender als bisher dargestellt, mit der Folge, dass das ursprüngliche Naherholungsgebiet künftig keines mehr ist. Ebenso erfolgt eine noch gössere Abholzung mit der Folge, dass der Wald seine ursprüngliche Funktion als Trinkwasserspeicher noch mehr verliert als schon bisher geplant. Ebenso verliert der Wald seine Funktion als Frischlufferzeuger in der Region. Vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren dramatisch zunehmenden Klimaerwärmung mit horrenden Temperaturen ist das fatal und nicht akzeptabel und muss sofort gestoppt werden.</p> <p>5. Durch die weiter zunehmende Gefährdung der Sicherheit in Deutschland infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa hat die Ertüchtigung der Bundeswehr oberste Priorität. Dabei wird auch der Altdorfer Wald wieder als Übungsraum für Hubschrauberflüge usw in den Fokus gestellt werden und andere Massnahmen müssen zurückstehen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10017	1255	3. Durch den gegenüber früheren Darstellungen noch intensiveren Eingriff in die Natur erfolgt eine zunehmende Gefährdung hinsichtlich des Lebensraums der Tierwelt. Berücksichtigt wurde beispielsweise nicht, dass im April d.J. Sichtungen vom dem hier bisher nicht vorhandenen Wiedehopf im Bereich der ehemaligen Kiesgrubengebiete bei Hintermoos gemacht wurden. Ebenso wurden in diesem Bereich aktuell im April d.J. im Wege eines Wildtiermonitoring nachweislich mehrmalige Sichtungen der Wildkatze gemacht, die bei Monitorings der Forstlichen Versuchs- und	<p>Der Wiedehopf ist eine Art, die im Rahmen des LUBW Fachbeitrags mit abgehandelt wurde.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Forschungsanstalt Freiburg von 2021 hier bisher nicht existent war. Das ist eine absolute Sensation und bedarf dringender Untersuchung, inwieweit diese Populationen besonders zu schützen sind und welche Auswirkungen die geplanten Eingriffe in den Wald dabei haben.</p>	<p>Schwerpunktorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.</p> <p>In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standor-ten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Betr. Wildkatze: Im Verfahren wurden &lt;darüber hinaus &gt; Informationen zu Vorkommen von Arten eingebracht, die nicht windkraftsensibel sind und keine Sonderstatusarten darstellen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10017	1256	4. Die Windhöffigkeit im Altdorfer Wald ist äußerst gering. Ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen ist nur über das Referenzertragsmodell möglich, d.h. diese Anlagen leben von der Subventionierung. Das Referenzertragsmodell wird aktuell von den Regierungsparteien in Frage gestellt. Daher muss auch das ganze Projekt in Frage gestellt werden.	<p>die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.</p> <p>Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlage A zur Synopse zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10020	32	<p>Was bei den Windrädern immer verschwiegen wird, ist das Problem des Abriebs. Wind und Wetter, Vögel, Insekten, Schnee und Eis verursachen eine Abrieb aus feinsten Partikeln, der die Rotorblätter zum einen über die Jahre hinweg völlig zerstört und eine Reparatur bzw. Neue erforderlich macht, zum anderen verteilen sich diese Partikel überall in der Umgebung und verseuchen die Felder, Wiesen und Wälder.</p> <p>Der Abrieb - es handelt sich um Mikrofasern - besteht zumeist aus Glasfaser verstärktem Kunststoff (GFK) oder auch aus Kohlefaser verstärktem Kunststoff (CFK). Beides ist - wie Asbest - lungengängig und kann erhebliche Schäden in der Lunge verursachen. Der Abrieb verteilt sich natürlich auch in der Landschaft. Betroffenen Äcker sind (z.B. in Norddeutschland) auf Jahrhunderte hinaus für landwirtschaftliche Nutzung nicht mehr geeignet. Des Weiteren gelangt der Abrieb über das Oberflächenwasser z.B. per Wolfegger Aach und Schussen in den Trinkwasserspeicher Bodensee, was das Trinkwasser für Millionen verseucht. Die winzigen Partikel werden auch in das Grundwasser gespült und verseuchen dieses auf Jahrhunderte. Die Gesundheit der Menschen und Tiere und sogar der Pflanzen ist dadurch für die Zukunft Grundsätzlich gefährdet.</p> <p>Diese Windräder in derartige Gebiete zu stellen ist ein Frevel an Mensch und Natur. Jeder originale Grüne, der eigentlich mal für Umweltschutz eintreten wollte, sollte das verstehen: die Windräder sind die größten Umweltsünden in diesem Land. Es ist mir unbegreiflich, dass die einst so umweltbewussten Grünen diese Tatsachen verleugnen und glauben, mit Windrädern das "Klima retten" zu können.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Hier stellt sich die Frage, was bedeutet Klimaneutral? Geht es nur um den CO2 Ausstoß; geht es um nukleare Verstrahlung -was bei Kernkraftwerken direkt überhaupt nicht verursacht wird, sondern nur durch unsachgemäße Betreibung- oder soll es nur um Wirtschaftliche Subventionen gehen?</p> <p>Mit dem Bau von Windkraftanlagen wird nachweislich keine Klimaneutralität erreicht, weil die Natur dadurch in erheblichem Maß geschädigt und auf bestimmt sehr lange Zeit für den Menschen unwirtlich gemacht wird. Unsere Kindeskindern werden -so sie einen Weg gefunden haben, die Natur wieder natürlich herzurichten- uns für diesen Frevel verurteilen.</p> <p>Was bei dem Bau von Windkraftanlagen ebenfalls unter den Teppich gekehrt wird, sind die Auswirkungen von Infraschall. Es ist bezeichnend, dass bei Nationen, welche die Windkraftanlagen stark subventionieren, fast keine Studien darüber erhoben werden, jedoch bei Staaten welche Windkraftanlagen zwar besitzen aber wissenschaftlich vorgehen es mehrere Studien gibt und diese ein deutlich negatives Bild darüber berichten. Weshalb dort keine neuen Windkraftanlagen mehr gebaut werden.</p> <p>Aus diesen, und noch weiteren Gründen, und auch in Bezug auf die Verschandelung der Landschaft ist es von meiner Seite abzulehnen Windkraftanlagen überhaupt zu errichten.</p>	<p>Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10021	35	<p>über die Teilnahme an der Ortschaftsrats Sitzung in Isny Beuren haben wir von den geplanten Windkraftanlagen im Winnis bei Enkenhofen erfahren.</p> <p>Wir wohnen in [Ort anonymisiert] und haben dann diesen überdimensionalen Windkraftanlagen in einem Abstand von 1,3 bis 1,6 km direkt auf der Südseite vor unserem Wohnort.</p> <p>Trotz unseres Bewusstseins für einen nachhaltigen Lebensstil sehen wir in der Errichtung dieser subventionierten Kolosse einen eklatanten Verlust unserer Lebensqualität.</p> <p>Es geht dabei um Lärm- und optische Belastung, eine Bedrohung der von uns gewünschten Pflanzen und Tierwelt und einen Eingriff in die wunderschöne intakte Allgäuer Landschaft.</p> <p>Wir stehen bewusst zu einem Leben auf dem Lande und nehmen dadurch auch manche Nachteile in Kauf, aber dieser Eingriff, ökologisch, optisch und akustisch verändert alles und wir können nur sehr deutlich unseren Widerstand dagegen anbringen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	----	--	---	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Abgesehen bringt eine renommierte Schweizer Studie für den Standort Isny bzw Leutkirch gerade mal einen Effektivität von 16-17% hervor – ohne Subventionen würden diese Windräder nie gebaut werden.</p> <p>Ich bitte um Kenntnisnahme</p>	<p>Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10024	81	<p>Ihre Stellungnahme zur Abwägung unserer Einwände ist aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend und lässt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Argumenten vermissen. Die pauschale „Kenntnisnahme“ und „teilweise Berücksichtigung“ unserer fundierten Anregungen stellt keine angemessene Reaktion dar, sondern wirkt wie eine oberflächliche Abfertigung ohne echten Willen zur Konfliktlösung. Wir fordern Sie daher eindringlich auf, die Vorrangflächen 436-007 und 436-019 ersatzlos aus der Regionalplanung zu streichen. Im Folgenden möchten wir unsere Kritikpunkte nochmals verdeutlichen:</p> <p>3. Ignoranz gegenüber der Bedeutung des Landschaftsbildes Der Haistergau ist ein bedeutendes Naherholungsgebiet für die Bevölkerung von Bad Waldsee und Umgebung. Die geplanten Windkraftanlagen würden das Landschaftsbild massiv beeinträchtigen und die Erholungsfunktion dieses Gebiets erheblich schmälern. Ihre lapidare Aussage, dass moderne Windenergieanlagen „weithin sichtbar“ seien, zeigt eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber den berechtigten Interessen der Menschen vor Ort.</p> <p>4. Vorsorgeprinzip Abstand von WEA zu WEA: 900 m – damit die Druckpulse nicht die Anlagen beschädigen. Aber für Menschen sollen 600 m ausreichen? Nach aktuellen Empfehlungen der WHO zu Lärm- und Gesundheitsauswirkungen sollten Mindestabstände zur Wohnbebauung angepasst werden. Der Planungsträger muss dies gemäß dem Vorsorgeprinzip nach § 1 BImSchG berücksichtigen. Im Kreis Böblingen sind schon 900 m Abstand zur Wohnbebauung vorgesehen – und dort werden 1200 m Abstand gefordert!</p> <p>5. Wasserschutz Wasserschutzgebiete werden ignoriert, obwohl die</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Austrocknungsgefahr durch WEA durch mehrere Studien belegt ist. (Immerhin bezieht die Gemeinde Eberhardzell Wasser, das sich im Haistergau sammelt.)</p> <p>Hier liegt eine potentielle Beeinträchtigung der hydrogeologischen Verhältnisse in Trinkwasserschutzgebieten vor, was gegen § 52 WHG verstoßen könnte.</p> <p>Und Europa weist weltweit die schnellste Temperaturerhöhung auf, wie wir beim Vortrag von[Name anonymisiert] am 3.4.25 in der Turnhalle Haisterkirch erfahren durften...</p> <p>Dies unterstreicht die Bedeutung der Klimaanpassung – aber nicht um jeden Preis auf Kosten der Biodiversität und Wasserressourcen.</p> <p>Von der Gefahr durch Einbringen von PFAS in Futter- und Lebensmittel und Auslaufen von Getriebeölen bei Unfällen ganz zu schweigen...</p> <p>Diese Risiken müssen in einer Umweltverträglichkeitsstudie umfassend berücksichtigt werden (§ 6 UVPG).</p> <p>Sollten Sie weiterhin darauf bestehen, unsere fundierten Einwände zu ignorieren und stattdessen eine Planung durchzusetzen, die sowohl ökologisch als auch sozial unverantwortlich ist, behalten wir uns vor, rechtliche Schritte einzuleiten.</p>	<p>wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10024	82	<p>1. Unzureichende Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange</p> <p>Die von uns eingereichten Daten zu windkraftsensiblen Arten, darunter Schwarzstorch, Kiebitz, Zwergdommel, Rotmilan und zahlreiche weitere geschützte Vogelarten sowie Fledermäuse, wurden offensichtlich nur oberflächlich geprüft. Ihr Verweis auf den Fachbeitrag Artenschutz der LUBW zeigt, dass Sie sich ausschließlich auf landesweite Datengrundlagen stützen, während lokale Beobachtungen und Studien ignoriert werden. Dies ist nicht akzeptabel, da gerade regionale</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Besonderheiten entscheidend für die Bewertung der ökologischen Auswirkungen sind.</p> <p>Die Aussage, dass Konflikte „räumlich entzerrt“ wurden, ist schlichtweg falsch. Die verbleibenden Vorrangflächen liegen weiterhin in unmittelbarer Nähe zu hochsensiblen Gebieten wie dem Wurzacher Becken und dem Weiten Ried. Diese Gebiete sind essenziell für den Erhalt der Biodiversität und dürfen nicht durch Windkraftanlagen gefährdet werden. Sie haben willkürlich den Rohrsee aus dem Wurzacher Becken herausbezeichnet durch Ihre seltsame und widersinnige Neuabgrenzung, obwohl das Wurzacher Becken eine geologische Sensation ist, die von Moränerrücken sanft umrahmt und abgegrenzt wird wie der Haistergau auch!!</p> <p>Ab 20 WEA sei eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorzunehmen... Hier sind über die Kreis- und Regionalverbandsgrenze 22 WEA angedacht! Nach Anlage 1 zum UVPG besteht bereits ab 20 WEA eine Pflicht zur Durchführung einer umfassenden UVP. Die kumulative Betrachtung mehrerer Projekte über Verwaltungsgrenzen hinweg ist verpflichtend (§ 10 UVPG)! Sie geben zu, dass Schlafplatzansammlungen und Zugkonzentrationskorridore von Vögeln nicht vom Fachbeitrag erfasst werden. Nach EU-Recht besteht aber immer noch das Tötungsverbot. Hier sind die Verdichtungsräume nicht erst seit Jahren, sondern seit Jahrzehnten erfasst – siehe Gutachten [Name anonymisiert] Die Missachtung des Tötungsverbots nach Art. 5 Buchst. a und d Vogelschutzrichtlinie bzw. § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG ist rechtswidrig.</p> <p>Hier würden WEA zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- und Verletzungsrisikos führen, zumal die zwei von Laoco direkt vor den Waldrandhorsten im Offenland vorbescheidet sind! Dies stellt einen Verstoß gegen das Signifikanzkriterium des sog. Signifikanzschwellenkonzepts dar, das bei streng geschützten Vogelarten anzuwenden ist. Die Öffentlichkeit wird pauschal auf nachgelagerte Baugenehmigungsverfahren verwiesen, obwohl durch die Ausweisung als Vorrangfläche bereits eine Vorentscheidung mit Rechtswirkung getroffen wird. Damit wird faktisch der Artenschutz ausgehebelt, was mit höherrangigem Umweltrecht nicht vereinbar ist!</p>	<p>der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Für weitere Rechtsgrundlagen, z.B. bei welchen WEA-Projekten eine UVP vorzunehmen ist und bei welchen nicht, ist der RVBO nicht zuständig.</p> <p>Entsprechend der im Umweltbericht und in Anlage B.3 zur Synopse zur 1. Offenlage erläuterten Kriterien entsprechende Vorkommen von Vogel- oder Fledermausarten, die eine Reduktion der Abgrenzung der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie erforderlich machen würden, liegen nicht vor.</p>	
IV. 10024	83	<p>2. Missachtung des Potenzials für Wiedervernässung</p> <p>Das Weite Ried ist eine drainierte Moorfläche mit hohem Potenzial</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>für Wiedervernässungsmaßnahmen. Diese könnten nicht nur einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern auch seltenen Arten einen sicheren Lebensraum bieten. Ihre Entscheidung, dieses Gebiet als Vorrangfläche für Windenergie auszuweisen, ist daher nicht nachvollziehbar und widerspricht den Zielen des Natur- und Klimaschutzes.</p>	<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10024	84	<p>6. Rechtliche Versäumnisse</p> <p>Ihre Abwägung verstößt aus unserer Sicht gegen § 7 Abs. 2 ROG sowie § 2 EEG, da sie keine umfassende Berücksichtigung aller relevanten Belange gewährleistet. Darüber hinaus ignorieren Sie die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes (§§ 44 und 45 BNatSchG) sowie internationale Verpflichtungen wie die Aarhus-Konvention. Es ist nicht hinnehmbar, dass Sie unsere Einwände lediglich zur Kenntnis nehmen und größtenteils ignorieren.</p>	<p>Die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, wurden gemäß § 7 Abs. 2 ROG i.V.m. § 2 EEG sowie dem § 2a LplG i.V.m. § 8 Abs. 1 ROG und dem §§ 44 und 45 BNatSchG in die Abwägung eingestellt und abgewogen, sowohl im Flächenauswahlprozess für Vorranggebiete Windenergie (vgl. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung der Kriterien in der Anlage zur Begründung) als auch unter Berücksichtigung der Strategischen Umweltprüfung, der Natura-2000-Vorabprüfung und der artenschutzrechtlichen Prüfung (vgl. Umweltbericht zum Entwurf Teilregionalplan Energie) sowie der Stellungnahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 2 ROG (s. Synopse des 1. Anhörungsverfahrens inkl. Anlagen). Eine Berücksichtigung auf regionaler Planungsebene entsprechend der rechtlichen Vorgaben fand somit statt. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10024	85	<p>7. Landesverteidigung</p> <p>Ist eigentlich schon geprüft, wo die Bundeswehr künftig die Landesverteidigung üben wird, wenn der Haistergau nicht mehr wie bisher für nächtliche Hubschrauberflüge zur Verfügung steht?</p> <p>Und für Bundeswehrübungen an mehreren Tagen ebenso wie bisher?</p> <p>Die Belange der Landesverteidigung sind gemäß § 1 Abs. 6 BauGB zwingend zu berücksichtigen, insbesondere wenn militärische Übungsgelände betroffen sind.</p>	<p>Bzgl. Aarhus Konvention:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil A verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-007) verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10024	86	<p>8. Forderungen</p> <p>Angesichts der oben genannten Punkte fordern wir:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die ersatzlose Streichung der Vorrangflächen 436-007 und 436-019 aus dem Regionalplan.</li> <li>2. Eine unabhängige Prüfung der lokalen naturschutzfachlichen Daten durch externe Fachgutachter.</li> <li>3. Die Priorisierung von Maßnahmen zur Wiedervernässung des Weiten Rieds als Klimaschutzmaßnahme und Lebensraum für bedrohte Arten.</li> </ol>	<p>Aus den in den in den vorangegangenen Abwägungen zu dieser Stellungnahme (BE-IDs 82-85) genannten Gründen erfolgt keine weitere Anpassung der in der Stellungnahme genannten Vorranggebiete Windenergie. Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen sowie auf die Planunterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie.</p>	Keine Berücksichtigung
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10026	44	<p>Einen schönen guten Morgen,</p> <p>aus meinem noch schönen Heimatort [Ort anonymisiert] .</p> <p>Leider habe ich über die Zeitung und von Nachbarn erfahren, dass direkt vor „meinem Küchenfenster“ mehrere Windräder im Enkenhofer Wald mit Höhen von fast 300 m gebaut werden sollen.</p> <p>Ich möchte mit dem Schreiben meinen Widerstand und mein Unwillen gegen dieses Bauvorhaben anmelden. Mal abgesehen von dem Wertverlust unseres seit Generationen bewohnten Hauses in [Ort anonymisiert] , sehe ich als naturverbundene Frau erhebliche schädigende Einwirkungen auf unsere Gesundheit auf uns zukommen.</p> <p>Ein dauerhafter Schlagschatten, Lärmbelästigung und Infraschall bewirken Schlafstörungen, Schwindel und Kopfschmerzen. Dies ist durch empirische Erfahrungen nachgewiesen.</p> <p>Als weiteres ist es mir nicht logisch erklärbar wie man durch eine subventionierte Energieerzeugung mit einer sehr zweifelhaften Effektivität eine intakte Waldlandschaft mit Hochmoor und lebendige</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Tierwelt kaputt machen muss. Wenn ich mir nur die Dimensionen der Trassen und die Größe der Betonfundamente (die nie wieder entfernt werden) vorstelle bzw. bei bereits gebauten Anlagen anschau.</p> <p>[Inhalt anonymisiert] haben immer die Vorteile einer gesunden Lebensführung auf dem Lande geschätzt und möchten deshalb unseren Widerwillen gegen die geplanten Anlagen anbringen.</p>	<p>Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10026	1244	<p>Einen schönen guten Morgen,</p> <p>aus meinem noch schönen Heimatort Winterazhofen.</p> <p>Leider habe ich über die Zeitung und von Nachbarn erfahren, dass direkt vor „meinem Küchenfenster“ mehrere Windräder im Enkenhofer Wald mit Höhen von fast 300 m gebaut werden sollen.</p> <p>Ich möchte mit dem Schreiben meinen Widerstand und mein Unwillen gegen dieses Bauvorhaben anmelden. Mal abgesehen von dem Wertverlust unseres seit Generationen bewohnten Hauses in Winterazhofen, sehe ich als naturverbundene Frau erhebliche schädigende Einwirkungen auf unsere Gesundheit auf uns zukommen.</p> <p>Ein dauerhafter Schlagschatten, Lärmbelästigung und Infraschall bewirken Schlafstörungen, Schwindel und Kopfschmerzen. Dies ist durch empirische Erfahrungen nachgewiesen.</p> <p>Als weiteres ist es mir nicht logisch erklärbar wie man durch eine subventionierte Energieerzeugung mit einer sehr zweifelhaften Effektivität eine intakte Waldlandschaft mit Hochmoor und lebendige Tierwelt kaputt machen muss. Wenn ich mir nur die Dimensionen der Trassen und die Größe der Betonfundamente (die nie wieder entfernt werden) vorstelle bzw. bei bereits gebauten Anlagen anschau.</p> <p>Meine drei Kinder und ich haben immer die Vorteile einer gesunden Lebensführung auf dem Lande geschätzt und möchten deshalb unseren Widerwillen gegen die geplanten Anlagen anbringen.</p>	<p>Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10027	59	<p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einwände gegen die Planung. Schutzgut Wasser:</p> <p>Der Hochbühl-Höhenzug ist ein sehr wichtiges Grundwasserneubildungsgebiet, welches zahlreiche Quellen mit Bildung von Oberflächengewässern speist, wie den Heinz Sielmann Weiher (Teil des Projektes Sielmann Biotopverbund Bodensee), der selbst in sehr trockenen Jahren keine nennenswerte Absenkung des Wasserstandes zeigt.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Das Billafinger und Nesselwanger Tal halten sehr große Grundwasservorkommen, die von der Grundwasserneubildung des Höhenzuges versorgt werden. Beide wurden deshalb als Grünzug festgelegt; dort dürfen keine großlächigen Bodenversiegelungen gemacht werden. Der Bauantrag eines Gewerbegebietes im Billafinger Tal wurde aus diesem Grund abgelehnt.</p> <p>[Ort anonymisiert] beziehen ihr Wasser ausschließlich aus ihren eigenen Quellen aus diesem Waldgebiet ohne Anbindung an die öffentliche Trinkwasserversorgung. Die bestehenden Wasserschutzzonen sind zwischen 1973 (Hödingen) und 1999 (Brachenreuth) festgelegt worden. In Anbetracht der Klimaveränderungen stellt sich die Frage, ob sie noch eine angemessene Größe haben.</p> <p>Neuerdings hat Höllwangen eine Erweiterung der Wasserschutzzone im Zusammenhang mit seinem Agroforst Projekt (von der Stadt Überlingen als förderungswürdig ausgezeichnet) in Planung. Es zielt darauf ab, den Wasserhaushalt zu regulieren, was in Zeiten von Trockenperioden und Starkregenereignissen besonders wichtig ist, um den Fortbestand der dortigen landwirtschaftlichen Arbeit zu gewährleisten.</p> <p>Der Grund aus Molasse und eiszeitlichen Ablagerungen würde enorm tiefe Betonfundamente und breite, befestigte Fahrtrassen zu den WEA erfordern. Die Folgen wären Bodenversiegelung und –Verdichtung und damit nicht absehbare Auswirkungen auf die Wasserführung im Boden. Überdies müssten zahlreiche kleine Fließgewässer durch Rohre geleitet werden.</p> <p>Es würden großflächige Abholzungen auf dem 67ha großen Vorranggebiet notwendig sein für die WEA selbst, für die zur Bauzeit benötigte Infrastruktur und für die Zufahrtswege. Da das Gelände stark hügelig ist und zahlreiche Geländeeinschnitte aufweist, müssten 3-4 Zufahrtswege eingerichtet und großvolumige Bodeneinebnungen vorgenommen werden. Fraglich, ob Überlingens höchster Punkt, der Hochbühl, dann noch 717m hoch wäre.</p> <p>Mit der Errichtung von Windkraftanlagen müsste, besonders in Anbetracht der speziellen Beschaffenheit des Hochbühl-Bergrückens von einer starken Beeinträchtigung der natürlichen Grundwasserneubildung und Trinkwasserversorgung von 4 Höfen und einem Agroforstprojekt sowie den großen</p>	<p>Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Grundwasserspeichern im Tal ausgegangen werden. Auch in Anbetracht der klimatischen Veränderungen ist die Wasserversorgung zu einer zentralen Aufgabe geworden und muss als von höchstem öffentlichen Interesse in die Abwägungen der Planung einbezogen werden.</p>	<p>dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10027	394	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Wie das neue, von der Gemeinde Owingen in Auftrag gegebene Gutachten zeigt, beherbergt der Hochbühl regional- bis landesweit bedeutsame Fledermauspopulationen mit streng geschützten Arten.</p> <p>Das mögliche Vorranggebiet Hochbühl/WEA-435-002 und seine Umgebung bietet mit seinem reich strukturierten Wald, der geringen Besiedlungsdichte mit seinen kleinen angrenzenden Siedlungen und Höfen, den Molassekellern und einem Brauereikeller sowie den Nistkästen und der Nachbarschaft zu wichtigen FFH-Gebieten (Netzwerk) ein weitläufiges Gebiet als Jagd- und Lebensraum für eine Vielzahl von Fledermausarten. Seit mehr als 40 Jahren werden dort Fledermäuse beobachtet, kontrolliert und dokumentiert.</p> <p>Die langjährige Betreuung durch den Arbeitskreis Fledermäuse Bodensee-Oberschwaben (NABU Überlingen) und der Stadt Überlingen und eine aktuelle Untersuchung des Landschaftsarchitekturbüros 365° aus Überlingen, beauftragt durch die Gemeinde Owingen (2024/2025), belegen das Vorhandensein zahlreicher Fledermauspopulationen (Jagdhabitats, Winter- und Sommerquartiere, Übergangsquartiere, Wochenstuben).</p> <p>Bei zehn dieser Fledermausarten handelt es sich, nach dem Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie vom Umweltministerium BW aus dem Jahr 2022, um Arten mit besonderer artenschutzfachlicher Bedeutung und um drei Arten mit Sonder-Status (Großer Abendsegler, Mopsfledermaus, Große Bartfledermaus), welche eine besondere Gefährdung und Seltenheit in</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Baden-Württemberg aufweisen.</p> <p>Bei einer Störung bzw. eines Verlusts an Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist mit einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes auf Landesebene zu rechnen.</p> <p>Aufgrund der aktuell vorliegenden Erkenntnisse fordern wir erneut vertiefende Untersuchungen im Rahmen der Regionalplanung in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde. Bekannte Schwerpunktorkommen Kategorie A werden als sehr erheblicher Konflikt für eine solche Planung eingestuft.</p> <p>Das verträgt sich nicht mit einem VRG Hochbühl.</p> <p>Ich fordere daher, dass der Hochbühl als VRG aus der Regionalplanung gestrichen wird.</p> <p>Der Hochbühlbergrücken ist ein wichtiges Grundwasserneubildungsgebiet.</p> <p>Die Hochbühl Erschließung für Windkraft würde den Wasserhaushalt in vielfältiger Weise gefährden.</p> <p>Der Hochbühl-Höhenzug ist ein sehr wichtiges Grundwasserneubildungsgebiet, welches zahlreiche Quellen mit Bildung von Oberflächengewässern speist, wie den Heinz Sielmann Weiher (Teil des Projektes Sielmann Biotopverbund Bodensee), der selbst in sehr trockenen Jahren keine nennenswerte Absenkung des Wasserstandes zeigt.</p> <p>Das Billafinger und Nesselwanger Tal halten sehr große Grundwasservorkommen, die von der Grundwasserneubildung des Höhenzuges versorgt werden. Beide wurden deshalb als Grünzug festgelegt; dort dürfen keine großflächigen Bodenversiegelungen gemacht werden.</p> <p>Der Bauantrag eines Gewerbegebietes im Billafinger Tal wurde aus diesem Grund abgelehnt.</p> <p>Brachenreuthe, der Häuslerhof, der Hof der Familie [Adresse anonymisiert] und die Kleinsiedlung Höllwangen beziehen ihr Wasser ausschließlich aus ihren eigenen Quellen aus diesem Waldgebiet ohne Anbindung an die öffentliche Trinkwasserversorgung.</p>	<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die bestehenden Wasserschutzzonen sind zwischen 1973 (Hödingen) und 1999 (Brachenreuthe) festgelegt worden. In Anbetracht der Klimaveränderungen stellt sich die Frage, ob sie noch eine angemessene Größe haben. Neuerdings hat Höllwangen eine Erweiterung der Wasserschutzzone im Zusammenhang mit seinem Agroforst Projekt (von der Stadt Überlingen als förderungswürdig ausgezeichnet) in Planung.</p> <p>Es zielt darauf ab, den Wasserhaushalt zu regulieren, was in Zeiten von Trockenperioden und Starkregenereignissen besonders wichtig ist, um den Fortbestand der dortigen landwirtschaftlichen Arbeit zu gewährleisten.</p> <p>Der Grund aus Molasse und eiszeitlichen Ablagerungen würde enorm tiefe Betonfundamente und breite, befestigte Fahrtrassen zu den WEA erfordern. Die Folgen wären Bodenversiegelung und –Verdichtung und damit nicht absehbare Auswirkungen auf die Wasserführung im Boden.</p> <p>Überdies müssten zahlreiche kleine Fließgewässer durch Rohre geleitet werden.</p> <p>Esm würden großlächige Abholzungen auf dem 67ha großen Vorranggebiet notwendig sein für die WEA selbst, für die zur Bauzeit benötigte Infrastruktur und für die Zufahrtswege.</p> <p>Da das Gelände stark hängig ist und zahlreiche Geländeeinschnitte aufweist, müssten 3-4 Zufahrtswege eingerichtet und großvolumige Bodeneinebnungen vorgenommen werden.</p> <p>Fraglich, ob Überlingens höchster Punkt, der Hochbühl, dann noch 717m hoch wäre.</p> <p>Mit der Errichtung von Windkraftanlagen müsste, besonders in Anbetracht der spezielle Beschaffenheit des Hochbühl-Bergrückens von einer starken Beeinträchtigung der natürlichen Grundwasserneubildung und Trinkwasserversorgung von 4 Höfen und einem Agroforstprojekt sowie den großen Grundwasserspeichern im Tal ausgegangen werden.</p> <p>Auch in Anbetracht der klimatischen Veränderungen ist die Wasserversorgung zu einer zentralen Aufgabe geworden und muss als von höchstem öffentlichen Interesse in die Abwägungen der Planung einbezogen werden.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Wir fordern ein unabhängiges hydrogeologisches Gutachten.				
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10029	1245	<p>wir sind seit über30 Jahren Dauercamper [Name anonymisiert] auf dem wunderschönen idyllischen Campingplatz am Badsee in Isny-Beuren.</p> <p>Grundsätzlich halten wir natürliche Energiequellen, also auch Windräder, für eine gute Alternative zu fossiler Energie oder gar Atomkraft - und irgendwo müssen solche Anlagen halt auch gebaut werden.</p> <p>Allerdings sollte hier auf touristische Regionen, wie zum Beispiel den Badsee mit seinem sehr schönen und gut besuchten Campingplatz, besondere Rücksicht genommen und hier der Bau von Windrädern möglichst vermieden werden.</p> <p>Diese würden den touristischen Wert dieser Region eindeutig schmälern, was nicht nur für uns Gäste, sondern auch für alle Familien, Betriebe und Ortschaften, die in erheblichem Umfang gerade von der schönen, unverbauten Landschaft profitieren, nachteilig ist. Durch die Höhe der geplanten Windräder nördlich von Enkenhofen wird der Campingplatz ab Nachmittag durch den zu erwartenden Schattenschlag enorm beeinträchtigt.</p> <p>Wir bitten deshalb darum, vom Bau der Windkraftanlagen in diesem Gebiet Abstand zu nehmen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10030	49	Als Dauercamper auf dem Campingplatz am Badsee wären wir von dem geplanten Windrad nördlich von Enkenhofen am Nachmittag vom Schattenwurf des südlichsten Windrads stark beeinträchtigt, weswegen wir uns gegen die Errichtung dieses vierten Windrads aussprechen. Die weiter nördlich gelegenen drei Windräder würden wir begrüßen.	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	----	---	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10031	55	<p>Stellungnahme zu der Erbauung der Windräder ...wir sind schon fast 40 Jahre am Camping Badsee</p> <p>und haben die ganzen Jahre unsere Ruhe...und jetzt auf einmal sollen hir in der nähe 4 Windräder</p> <p>erbaut werden ....dachte jahrzende lang das ist hir ein Naturschutz Gebiet und das soll auch so bleiben.</p> <p>Durch den krach der Windräder ist kein Camping mehr möglich.....bin strickt dagegen...in einem</p> <p>gewissen alter möchte ich meine erholsame Ruhe haben, und nicht ständigen denn Lärm der Windrädern...</p> <p>also Bitte keine Windräder.</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet Windenergie "Beurener Berg" im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 1. Offenlage aus der Flächenkulisse herausgenommen wurde. Hierzu verweisen wir auf Anlage B.4 zur Synopse der 1. Anhörung und die Flächenkulisse in der Raumnutzungskarte des 2. Anhörungsentwurfs.</p> <p>Sofern sich die Anregungen auf das Gebiet WEA-436-013 (In den Mösen / Enkenhofener Wald - Süd) beziehen, wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-013) sowie auf die Synopse zur Abwägung der 1. Anhörung inkl. Anlagen verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10032	54	<p>Sehr geehrte Damen und Herren wir haben gehört,dass Windkrafträder am Badsee...Enkenhofen gebaut werden sollen.Bitte verschandelt doch nicht die unberührte Natur....da gibt es sicher andere Plätze wo dieser Anblick nicht stört.Bitte überdenken Sie Ihr Vorhaben.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10033	404	<p>sie weisen bei Fleischwangen ein Vorranggebiet (WEA-436-022) für Windenergie aus.</p> <p>Hierbei wurden einige wichtige Details nicht beachtet.</p> <p>1) Bei dem Weiler [Name anonymisiert] handelt es sich um eine Kleinsiedlung gemäß § 2 BauNVO.</p> <p>Laut Suchraumkarte und Kriterienkatalog (2.Siedlung) und nach dem neuesten Umweltbericht vom Februar 2025 sollte bei einer Kleinsiedlung ein Abstand von 750 m zu Wohngebäuden eingehalten werden. In der aktuellen Planung sind nur 600 m eingehalten. Dieser Abstand ist auf 750 m zu korrigieren.</p> <p>Generell liegt diese Vorrangfläche in einem dichtbesiedelten Gebiet. Bei einem Radius von ca. 1000 m sind 3 Ortschaften, mehrere Weiler und Einzelhöfe betroffen.</p> <p>Im Umweltbericht vom 8. Dez. 2023 schreiben sie unter 5.1 Mensch, dass im näheren Umfeld von 1000 m von einer besonderen Erholungseignung auszugehen ist. Bei den aktuellen Abständen von 600 m zu Wohngebäuden kann hiervon keine Rede sein.</p> <p>Weiter schreiben sie unter diesem Punkt dass der Immissionsschutzwald schädliche Einwirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen mindern soll. Außerdem habe der Sichtschutzwald die Funktion störende Objekte zu verdecken und die ästhetische Wirkung der Landschaft zu verbessern.</p> <p>Dies ist bei diesem Gebiet in keiner Weise möglich, da nach vorliegenden Planungen 2 der 3 geplanten WEA im Randbereich des</p>	<p>Der in der Anregung genannte Weiler ist im Flächennutzungsplan nicht als Kleinsiedlung nach § 1 BauNVO dargestellt und zählt damit zum Außenbereich nach § 35 BauGB. Die gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie vorgesehenen Vorsorgeabstände für wohngenutzte Gebäude wurden eingehalten. Es wird auf den Kriterienkatalog verwiesen (s. Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10033	405	<p>Waldes errichtet werden sollen. (siehe Anhang)</p> <p>2) Im Osten des ausgewiesenen Gebiets erstreckt sich das Wasserschutzgebiet Ebenweiler, Oberholz 436049). Laut Karte LUBW liegt ein kleiner Teil sogar innerhalb des Vorranggebiets (siehe Anhang).</p> <p>Ebenfalls laut Kriterienkatalog (9. Wasserschutz) sind WEA innerhalb eines Wasserschutzgebietes ausgeschlossen, generell ist ein Sicherheitsabstand von 100 m einzuhalten. In der Handreichung zur Planung vom Ministerium für Umwelt vom Dez. 2022 unter Punkt 3 wird ein Mindestabstand zum Fundament von 100 m zur WSG angegeben. Dieser Abstand ist ebenfalls zu korrigieren.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10033	406	<p>3) Wenn alle Abstände zu Wohngebäuden und der WEA untereinander eingehalten werden, ist dieses Gebiet für max. 2 Windanlagen geeignet.</p> <p>Laut Planungsschritt zur Flächenkulisse haben sie ihre Suche auf Flächen beschränkt, auf denen mindestens 3 Windkraftanlagen errichtet werden können. Somit wäre dieses Gebiet gar nicht als Vorrangfläche auszuweisen.</p> <p>Da seit längerer Zeit Planentwürfe für 3 WEA vorliegen, drängt sich hier der Verdacht auf, dass diese Fläche auf drängen und anraten von Grundstückseigentümer und Projektierer ausgewiesen wurde. Der Regionalverband hat vom Gesetzgeber den Auftrag neutral und unabhängig nach geeigneten Flächen zu suchen. Das Vorranggebiet 436-022 besteht aus 2 kleinen, nicht miteinander verbundenen Waldflächen, in nächster Nähe zu Wohngebäuden und für 3 geplante Windkraftanlagen deutlich zu klein.</p> <p>Hier sind Beschwerden und Klagen vorprogrammiert.</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur BE ID 426 verwiesen.</p> <p>Es wird zudem darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Flächenauswahlprozesses auch Flächen als Vorranggebiete Windenergie festgelegt wurden, die deutlich kleiner sind als das in der Anregung genannte Vorranggebiet und die voraussichtlich ausreichend groß für drei Windenergieanlagen sind (s. Hinweisspalte in Tabelle B4, Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie).</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10033	407	<p>4) Lärmschutz</p> <p>Beim Lärmschutz berufen sie sich auf Daten der TA Lärm. Diese Daten sind über 25 Jahre alt.</p> <p>Zur damaligen Zeit hatten WEA eine Nabenhöhe von ca. 80 m und einen Rotordurchmesser von ca. 60 m. Daraus ergibt sich bei einer Beispielrechnung von 8 Umdrehungen/min eine Geschwindigkeit an der Rotorspitze von ca. 90 km/h. Heute bei einem Durchmesser von 180 m werden Geschwindigkeiten von 270 - über 300 km/h erreicht. Dass trotz neuer Technik bei diesen hohen Geschwindigkeiten andere und lautere Geräusche entstehen sollte jedem klar sein. Überall werden Maßnahmen betr. Lärmschutz ergriffen und eine Geschwindigkeit im Straßenverkehr durch Wohngebiete auf 30 km/h vorgeschrieben, sogar auf Bundesstraßen. Bei Windkraftanlagen wird Lärmschutz nach alten, überholten Daten bemessen. Immer höhere Anlagen, größer, schneller und immer weniger Abstand zu Wohngebäuden. Dass dies nicht funktionieren kann ist im Kreis Göppingen, Uhingen/Baiereck bei Anlagen der Fa. [Name anonymisiert] deutlich zu sehen.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10033	409	<p>Alternative Flächen: Es gibt im Land genügend Flächen wo Abstände von 1000 und mehr Metern zu Wohngebäuden möglich sind. Allen voran das Gebiet Heuberg mit einer Fläche von 4780 ha. Davon 2480 ha rein für Übungszwecke, unbebautes Brachland.</p> <p>Meine Frage hierzu: Warum wird dieses Gebiet komplett ausgeschlossen? Vermutlich lautet die Antwort dass dieses Gebiet der Landesverteidigung dient. Strategisch ist dieses Gebiet eher ohne größere Bedeutung. Übungen können auch bei vorhandenen Windkraftanlagen stattfinden. Ebenso sollten Übungsflüge machbar sein. Ich zitiere Herrn Pavel (Fa. Uhl): „Der Rettungshubschrauber kann um die WEA herumfliegen, das sollte machbar sein.“ Hier geht es um Leben und Gesundheit der Bürger! Somit sollte dies auch bei</p>	<p>Die Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergie erfolgte gemäß dem in der Begründung beschriebenen einheitlichen Planungskonzept des Teilregionalplans Energie (Entwurf). Sowohl die in der Stellungnahme genannten Belange der Bundeswehr, inkl. des Flugbeschränkungsgebiets Truppenübungsplatz Heuberg als auch die Abstände zu Siedlungen und Gebäuden wurden in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog und die Erläuterung der Kriterien verwiesen (siehe Anlage zur Begründung).</p> <p>Für das genannte Vorranggebiet Windenergie stellt der Sachverhalt keinen Ausschlussgrund dar.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Übungen machbar sein.</p> <p>Energiewende ist nicht nur Aufgabe der Bürger. Hier sollte der Bund mit gutem Beispiel voran gehen und nötige Flächen zur Verfügung stellen und wenn es nur die fehlende Fläche ist um die erforderliche Quote von 1,8 % zu erfüllen. Ich bin kein Gegner von Wind- bzw. erneuerbarer Energie. Anlagen sollten aber dort gebaut werden, wo genügend Abstand zur Wohnbebauung möglich ist und nicht auf Kosten von Gesundheit und Lebensqualität der Menschen.</p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen das als Vorrangfläche geplante Gebiet WEA-436-022 und bitte um ihre Rückmeldung</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10034	297	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Einseitige Priorität für Erneuerbare untergräbt Stabilität</p> <p>„Die Priorität der erneuerbaren Energien führt zu Leistungsschwankungen, deren Folgen alles andere als harmlos sind – für die Sicherheit, aber auch für Wartbarkeit, Lebensdauer und Betriebskosten.“ Der Versuch, Kernkraft und volatile Energien zu kombinieren, habe sich von einer Flexibilitätslösung zu einem Problem entwickelt.</p> <p>Ohne verlässliche Grundlast durch Kernkraft oder Wasserkraft müsse man auf fossile Kraftwerke ausweichen. Der ständige Wechsel zwischen hoher und niedriger Last setze den Anlagen langfristig erheblich zu.</p> <p>Jahrelang hatte der Windkraftsektor die Kombination aus Atomkraft und Erneuerbaren als ideales Modell verkauft. Bereits 2019 äußerte sich Jean-François Carencos, Präsident der Energie-Regulierungsbehörde, skeptisch: „Unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen sind dank Atomkraft und Wasserkraft bereits gering. Der Ausbau erneuerbarer Elektrizität senkt sie nicht weiter. Im Gegenteil, das wird häufig ideologisch verklärt dargestellt.“</p> <p>Nach den Aussagen Carencos und dem damaligen Bericht der Nationalversammlung musste die Windkraftbranche ihre Kommunikationsstrategie anpassen. Fortan sollte sie nicht mehr zur Dekarbonisierung dienen, sondern als Lückenfüller für verspätete Reaktorneubauten herhalten.</p> <p>Technische Realität schlägt politisches Wunschdenken</p>	<p>Die Aufstellung des Teilregionalplans Energie begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD), Europäisches Klimagesetz) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land - WindBG), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG.</p> <p>Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen.</p> <p>Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind die erneuerbaren Energien der zentrale Baustein. 2 % der Regionsfläche sollen laut Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Windenergie an Land gesichert werden – davon nach den Vorgaben des Bundes 1,8 % für die Windenergie an Land. Ziel der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik im Teilregionalplan Energie ist die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Die Transformation und damit die Gestaltung der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Trotz politischer Narrative zeigt sich in der Praxis eine andere Realität. Immer mehr Ingenieure warnen davor, dass der Versuch, Kernkraft an die schwankende Produktion aus Wind und Sonne anzupassen, zu erhöhtem Verschleiß und Sicherheitsrisiken führt. Diese Warnungen verdichten sich seit Jahren – insbesondere, da Erneuerbare durch europäische Netzregelungen Vorrang erhalten. Am 1. Dezember 2024 wandten sich ehemalige Energiemanager in einer öffentlichen Erklärung an den Premierminister. Darin kritisierten sie scharf die Doppellösung aus Atomkraft und fluktuierenden Energien. Besonders scharf griffen sie die „Illusion offizieller RTE-Berichte“ an, laut der beide Energieformen einander ergänzen könnten.</p> <p>Technische Realität schlägt politisches Wunschdenken</p> <p>Trotz politischer Narrative zeigt sich in der Praxis eine andere Realität. Immer mehr Ingenieure warnen davor, dass der Versuch, Kernkraft an die schwankende Produktion aus Wind und Sonne anzupassen, zu erhöhtem Verschleiß und Sicherheitsrisiken führt. Diese Warnungen verdichten sich seit Jahren – insbesondere, da Erneuerbare durch europäische Netzregelungen Vorrang erhalten. Am 1. Dezember 2024 wandten sich ehemalige Energiemanager in einer öffentlichen Erklärung an den Premierminister. Darin kritisierten sie scharf die Doppellösung aus Atomkraft und fluktuierenden Energien. Besonders scharf griffen sie die „Illusion offizieller RTE-Berichte“ an, laut der beide Energieformen einander ergänzen könnten.</p> <p>Ein Wendepunkt in der französischen Energiepolitik</p> <p>Der Anfang Februar 2025 veröffentlichte Bericht markiert einen Wendepunkt. Er offenbart die Konstruktionsfehler einer Politik, die technische Grenzen ignoriert und auf ideologische Versprechungen setzt. In einer Zeit weltweiter Energieunsicherheiten stellt Frankreichs Energiezukunft eine strategische Frage dar. Der Bericht stellt nicht weniger als die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Energiewende infrage – zumindest in der aktuellen Form.</p> <p>Die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger haben die Tragweite dieses Dokuments möglicherweise noch nicht vollständig erkannt. Doch eines steht fest: Dieses Dokument lässt sich nicht unterdrücken. Sein Inhalt wird die Debatte über Frankreichs Energiemix langfristig prägen, und muss es auch in Deutschland tun !</p> <p>Mehr Logisch statt ideologische Energiewende</p> <p>Eine totale Überforderung und das Opfern der Naturräume muss enden !</p>	<p>Energiewende ist dabei nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung des Regionalplans. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10034	613	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung</p> <p>1. Der Plan verstößt gegen die im Regionalplan 2023 unter „PS 3.2.2 Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen (Erhaltung bzw. Entwicklung eines naturnahen Waldbestandes)“ gesetzten Ziele: Z (2) Gem. den in PS 3.2.0 genannten allgemeinen Grundsätzen und Zielen ist ausgeführt: In den Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen hat die Erhaltung bzw. Entwicklung eines naturnahen Waldbestandes Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen. Ausgeschlossen sind daher alle Vorhaben und Planungen, die dieser Zielsetzung entgegenstehen.</p> <p>2. Das zusammenhängende Waldgebiet leibertingen-meßkirch ist die grüne des Inneren Heubergs - ist mit seinen Waldfunktionen von überragender regionaler Bedeutung und Garant für den:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-&gt; Erhalt der Luftqualität und – Produktion:</li> <li>-&gt; Erhalt der Klimaqualität: Wälder kühlen und verbessern das Klima klein- und großräumig;</li> <li>-&gt; Erhalt der Bindungswirkung für Schadstoffemissionen von Wald und Waldboden:</li> <li>-&gt; Erhalt als Wasserspeicher und -filter (Damoser- und Weissenbronner Quellen)</li> <li>-&gt; Schutz und Erhalt des Biotopverbund und der Arten</li> <li>-&gt; Schutz und Erhalt der Feuchtlebensräume (Sümpfe, Moore, Nasswiesen und Wasserläufe)</li> <li>-&gt; Schutz der landschaftsprägenden einzigartigen Moränenzüge des Waldburger Rückens</li> <li>-&gt; keine unwiderrufliche Zerstörung dieser Landschaft</li> <li>-&gt; Schutz des Waldgebietes Leibertingen-Meßkirch als Erholungsraum des Inneren Heubergs</li> </ul> <p>3. Das Suchgebiet WEA-Flächen 437-011,liegt in solchem Vorranggebiet. Erstellung von Windkraftanlagen widersprechen konträr der Entwicklung eines naturnahen Waldbestandes Ich verweise auf das Gutachten „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“ HHP-Raumentwicklung vom 20.12.2023 (Wälder SS. 40/41), die ebenfalls für dieses Gebiet angesetzt werden können.</p> <p>Dieses Fachgutachten muss auch in der bisherigen Beurteilung der einzelnen Kriterien des RVBO berücksichtigt werden.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich teilweise auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich allerdings nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt. Auch hinsichtlich des genannten Gutachtens zum Waldburger Rücken ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Hinsichtlich der Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen und der Beeinträchtigung von Waldfunktionen allgemein wird auf die Anlage zur Synopse, Teil B1 und B4, zur 1. Offenlage verwiesen. Weiterhin wird auf die Abwägung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage (inkl. Anlagen), das Planungskonzept (Entwurf zum Satzungsbeschluss Textteil Teilregionalplan Energie 2. Offenlage und Entwurf zum Satzungsbeschluss des Umweltberichts) sowie auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Eine Neubewertung des Vorranggebiets Windenergie erfolgt nicht.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Im Gutachten ist unter 4.2.2 (SS 91/93) ausgeführt, dass die Inbetriebnahme von Windenergieanlagen würde negative Folgen auf die Waldentwicklung haben und massgebliche Ziele der Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Waldfunktionen haben.</p> <p>Somit sind diese Argumente in der Planung nicht berücksichtigt. Windkraftanlagen dürfen in den Waldbereichen, die als Vorranggebiete mit besonderen Waldfunktionen im Leibertingen-Meißkirch ausgewiesen sind, nicht geplant werden und sind somit aus der Planung zu nehmen!</p> <p>Ich beantrage eine Neubewertung für die WEA-Flächen 436-011, unter Berücksichtigung des vorgenannten Gutachtens. Dieser Antrag auf Neubewertung unter Einbeziehung dieses Gutachtens gilt nicht nur für die vorgenannten besonderen Waldfunktionen, sondern für die anderen Bereiche Mensch, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Klima/Luft Landschaft, Kultur und Sachgüter (SS 27 – 40 des Umweltberichts)</p> <p>Ich erwarte eine umfängliche Abwägung meiner Einwendung mit einer schriftliche Rückantwort.</p> <p>Freundliche Grüße</p>		

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10036	58	<p>In Bezug auf die geplanten Windkraftträder auf dem Hochbühl z.B. zwischen Owingen und Nesselwangen habe ich folgende Mitteilung zu machen, die ich bitte, nicht nur formal zur Kenntnis zu nehmen:</p> <p>Baden-Württemberg und auch die Bodenseeregion sind bezüglich des realen natürlichen Windaufkommens nur sehr wenig effektiv für Windräder! Es gibt</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	----	--	--	------------------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>genügend Wissenschaftlicher, die das sehr plausibel begründen können. Energiewende braucht kein „Glaubenskrieg“ zu sein. Wissenschaft hat verschiedene Blickrichtungen und muss diese auch haben, damit es überhaupt Wissenschaft ist. Die "Effektivität" für die Betreiber der Windkraftanlagen in unserer Region kommt nur dadurch zu Stande, weil die öffentliche Hand die Sache fortlaufend finanziell unterstützt, gerade wenn kein Strom erzeugt werden kann wegen Flaute, die hier meistens herrscht - d.h. „wir“ bezahlen ein sinnloses Unternehmen, denn: zugleich wird z.B. zwischen Owingen und Nesselwangen eine schönes Waldgebiet zerstört, noch zu wenig erforschter Infraschall erzeugt, bewegte sehr unangenehme Schattenwürfe erzeugt, bestimmte Flug-Tiere sehr gefährdet, eine wunderschöne Landschaft versandelt ohne wirklichen Nutzen, anders als z.B. in und an der Nordsee Windkraft Nutzung tatsächlich sehr effektiv ist. Die Effektivität hier ist minimal und die hochsensible Steuerung, die mit neuen Leitungen durch ganz Deutschland gebaut werden müssen, hoch aufwändig. Zu bedenken ist auch und ggf. schon sehr bald hoch wirksam, dass unsere Region ein sehr gefragtes Erholungs-/Urlaubsgebiet ist. Ich kenne Menschen, die nicht mehr in Windrad-Regionen gehen, weil sie diese Anlagen persönlich wirklich Kraft kosten. Windkraftanlagen stören die Erholung in einem ausgesprochenen Erholungsgebiet für sehr viele Menschen, die gerne und immer wieder hierher kommen. Wollen Sie wirklich, dass auch in dem viel besuchten Urlaubs- und Erholungsgebiet Überlingen und Umgebung (die Anlagen sollen 300 Meter (in Worten: dreihundert) hoch sein!) tausende und tausende Menschen die Windräder sehen und auch gesundheitsschädlich spüren müssen. Das ist eben auch wirtschaftlich hoch riskant, wenn viele Menschen nicht mehr hier</p>	<p>betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>her kommen wollen, weil die Landschaft und die Stimmung so verschandelt ist. Damit wird auch der finanzielle Schaden für den Fremdenverkehr in der Region ggf. sehr hoch werden. Bedenken Sie das bitte unbedingt, auch wenn es vielleicht einige Organisationen gibt, die mit dieser Sache durch Grundstücksverpachtung oder - Veräußerung Geld machen können und z.B. ein Altenheim in Überlingen finanzieren wollen.....sehr sozial....!!!!</p> <p>Auch wir persönlich als Ehepaar werden mit ziemlicher Sicherheit von hier wegziehen, weil Nesselwangen sehr betroffen sein wird von dieser kuriosen Aktion, die bei näherem Hinsehen nur wenigen wirklich nützlich ist, wenn man Brachial-Egoismus als hilfreich ansehen will...es geht aber um mehr - um die viel größeren Zusammenhänge des Gemeinwohles..</p> <p>..Auch für uns persönlich ist es einfach gesundheitlich zu belastend. Wir kennen das schon aus anderen Gegenden und von anderen Menschen. Es hat ja auch lange gebraucht, bis bemerkt wurde, dass z.B. auch der Straßenbau nicht immer und überall sinnvoll ist. Es geht nicht nur um machbare Technik, sondern auch um die Wirkung auf den Menschen, auch wenn z.B. Straßenverkehr sehr praktisch und auch im richtigen Maß sogar unerlässlich ist. Wir können und sollten aber in diesem Falle gegenüber der für unsere Gegend sehr „sinnbegrenzten“ geplanten Windkraftanlagen schon jetzt unbedingt aufwachen!!! Hören Sie auch die Fachleute an, die denunziert werden! Es geht nicht um „Glaubenskrieg“ sondern um gesunden Menschenverstand für „das Ganze“!!!</p> <p>Es lohnt sich, wenn wir lernen uns gegenseitig zu verstehen! Man kann das derzeit ganz gut in „der großen Politik“ sehen, wie gefährlich es ist, sich nicht verstehen zu können und zu wollen, nicht wirklich selbst zu denken und nicht zu bemerken, dass wir Menschen ohne die Erkenntnis und Kontakt zu höheren geistig-göttlich Welten keine</p>	<p>verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zukunft haben werden!!!</p> <p>Vielen Dank für das aufmerksame Lesen. Es ist mir wirklich Ernst in dieser Sache! Wir müssen nicht jeden Unfug mitmachen und nachahmen!!!</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10039	61	<p>zur o.g. Projektplanung zum Ausdruck bringe.</p> <p>Es ist mir ein Bedürfnis, hiermit ein Zeichen zu setzen, insbesondere zu den auch</p> <p>leider hier in unserer Region immer wiederkehrenden Falsch- und Horrormeldungen</p> <p>bzgl. möglicher Windkraftanlagen, durch einseitig polemisierende Kreise</p> <p>("Gegenwind-Hochbühl" / "Zufallsenergie Windkraft" etc.).</p> <p>Stellungnahme, hier: ausdrücklich für die Planung des Vorranggebiets</p> <p>Owingen WEA-435-002 "Hochbühl"</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erkläre ich hiermit ausdrücklich</p> <p>meine Zustimmung für die Planung des oben genannten Vorranggebiets.</p> <p>Entgegen der falschen Behauptung des Vereins "Gegenwind-Hochbühl", handelt es sich bei Windenergie keinesfalls um Zufallsenergie. Windenergie ist ein unabdingbarer Baustein im Energie-Gesamtkonzept.</p> <p>Aktuelle Daten zeigen, dass bei der Energieversorgung in Deutschland eben gerade nichts dem Zufall überlassen wird. Die Versorgung ist und bleibt dauerhaft stabil.</p> <p>Unser Stromnetz zählt im Vergleich mit den europäischen Nachbarn nach wie vor zu den zuverlässigsten.</p> <p>Ein dezentral organisiertes Energiesystem fördert regionale Wirtschaft und ökonomisch stabile Kommunen. Auch bietet die dezentrale Energiewende Vorteile für den</p> <p>Naturschutz, große Infrastrukturen wie z.B. Hochspannungsleitungen können vermieden und dadurch negative Eingriffe in die Natur reduziert werden.</p> <p>Umso verbrauchsnahe erneuerbare Energien ausgebaut werden, umso weniger große Strecken müssen diese zurücklegen und das macht in den allermeisten</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Fällen aus Naturschutzsicht Sinn.</p> <p>Der Ausbau sowohl von Solar- als eben auch von Windenergie sind dafür die zentralen Eckpfeiler. Im Klartext: „Auch wir, Bodensee-Linzgau“, haben unseren Beitrag zu leisten. Das „St. Florians-Prinzip“ des o.g. Vereins ist im höchsten Maße unsolidarisch und abzulehnen.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10040	1246	<p>1. Abstand zur Wohnbebauung viel zu gering ca. 600 m ,Einzelgehöfte nicht zu berücksichtigen ist inakzeptabel .</p> <p>2. Keine der Straßenanbindungen ist ausreichend für den zu erwartenden Schwerlastverkehr, müsste daher Ausgebaut werden .</p> <p>3. Eingriff in die Geologie u. Waldstruktur kann nicht mehr rückgängig gemacht werden , Beim Erstellen der Fundamente wird die Bodenstruktur bis zu 30 Meter Tiefe gestört (zerstört) .</p> <p>4. Erhebliche Auswirkungen auf den Artenschutz, FFH und Naturschutzgebiete in unmittelbarer Nähe .</p> <p>5. Massive Lärmbelästigung durch Rotorblattgeräusche ( Windräder ES-02 Sümpfesberg / Königseiche siehe Südwestpresse 04.01.2025 Bericht )</p> <p>6. Entwertung von Grundstücken und Immobilien im Umfeld .</p> <p>7. Abtrag von Nanopartikeln an den Rotorblättern ( GFK ) welche schon im Waldhonig nachgewiesen wurden .</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10041	76	<p>vor wenigen Jahren stand in Eglofstal ein großes Plakat mit der Aufschrift "Das Allgäu ist zu schön für Windräder". Dem ist nichts hinzuzusetzen!!!</p> <p>Windräder in derartige Gebiete zu stellen ist ein Frevel an Mensch und Natur. Im Enkenhofer Wald ist alles noch so naturbelassen. Es sind viele Wildbienen, sonstige Insekten, Vögel, Pflanzen usw. die geschützt werden müssen. Am Badsee haben sich weiße</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kraniche angesiedelt und es wurde auch schon ein weißer Fischreiher gesichtet, auch den Rotmilan sieht man immer wieder. Dieses Jahr ist sogar auch ein Wiedehopf aufgetaucht. Durch die Rotation der Flügel schweben diese in akuter Lebensgefahr!</p> <p>Doch schlimm ist auch, was bei den Windrädern immer verschwiegen wird: das Problem des Abriebs. Dieser verteilt sich kilometerweit und ist hochgiftig. Dieses Gift setzt sich in der Lunge ab und verteilt sich über die Wiesen, Wasserquellen, unseren Gärten usw. und können somit in unsere Nahrungsquelle gelangen. Vor längerer Zeit kam eine Doku im Fernsehen, dass dort wo ein Windrad zum Brennen kam die Felder mit hochgiftigem Material verseucht waren und mit Schutzanzügen von dem Müll befreit werden mussten. So eine Verseuchung unseres Landes kann ja gar nicht rückgängig gemacht werden.</p> <p>Was bei dem Bau von Windkraftanlagen ebenfalls nicht genannt wird, sind die Auswirkungen von Infraschall. Es ist bezeichnend, dass bei Nationen, welche die Windkraftanlagen stark subventionieren, fast keine Studien darüber erhoben werden, jedoch bei Staaten welche Windkraftanlagen zwar besitzen, aber wissenschaftlich nachforschen, es mehrere Studien darüber gibt, welche die Windkraftanlagen in einem realistischen Bild erscheinen lassen und dort keine neuen Windkraftanlagen mehr gebaut werden.</p> <p>Aus diesen (und noch mehreren Gründen) lehne ich den Bau dieser Windkraftanlagen ab und bitte die Entscheidungsträger doch darüber nachzudenken, dass wir Verantwortung für unsere Nachkommen haben und deshalb diesen Wahnsinn nicht zulassen dürfen.</p>	<p>hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10042	62	<p>ich bin gegen den Ausbau von Windkraftanlagen in unserer Region! Bezüglich des Naturschutzes und unserer Gesundheit habe ich erhebliche Bedenken!</p> <p>Windkraftanlagen und Ihre Auswirkungen Gesundheitliche Aspekte Mikropartikelerosionen = Chemische Verschmutzungen durch Windkraftanlagen (PFAS) Die Medien haben kürzlich das Problem der mit PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) kontaminierten Trinkwasserversorgung thematisiert. PFAS und dem krebserregenden Mittel Bisphenol A sind jedoch auch in großen Mengen in Windkraftanlagen vorhanden. Aufgrund ihrer außergewöhnlichen Eigenschaften – Antihafteigenschaft, Wasserundurchlässigkeit, Hitzebeständigkeit und Witterungsbeständigkeit – werden sie in den Farben und Beschichtungen der Türme und Rotorblätter von Windkraftanlagen verwendet. PFAS werden auch als „ewige Schadstoffe“ bezeichnet, da</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sie in der Umwelt extrem langlebig sind. Diese feinen, toxischen Staubpartikel kontaminieren Böden und Grundwasser. Dieser chemische Feinstaub lagert sich in den Lungen an!</p> <p>Schwefelhexafluorid (SF6)</p> <p>Schwefelhexafluorid kommt in der Isolation der Schaltanlagen zum Einsatz, welches nach und nach in die Atmosphäre entweicht. SF6 ist ein hochaktives Treibhausgas und schädigt die Atemwege.</p> <p>Infraschall und Vibration</p> <p>Die Aufnahme von Infraschall und Vibration über gefäßauskleidende Endothelzellen ist bei allen lebenden Organismen feststellbar. Heutige Windkraftanlagen erzeugen entsprechend Tieffrequenzen bis zu 0,1/0,2 Hz und nähern sich damit einer Übertragungsschwelle 1:1 von physikalischer Energie auf das sensible System der Autoregulation von Gefäßen an, mit weitreichenden Konsequenzen. Tief- und Tieftfrequenzen, emittiert von technischen Anlagen, möglicherweise impulsiv, sind bei chronischem Impakt mit vitalen Funktionen von Organismen nicht kompatibel, damit stehen sie den Lebensgrundlagen auf mikrobiologischer Ebene entgegen. Dies gilt für Onshore-Anlagen ebenso wie für Offshore-Anlagen und damit auch für marine Ökosysteme.</p> <p>Lärmbelästigung durch hörbaren Schall</p> <p>Das Brechen der Bugwelle vor dem Flügel durch den Mast versetzt den Flügel in Schwingungen und erzeugt auch Körperschall im Mast</p> <p>Schattenschlag und Dauerblinker</p> <p>Eine wissenschaftliche Untersuchung an der Universität Kiel hat ergeben, dass nur 60 Minuten täglicher periodischer Beschattung Stress auslösen und somit krank machen kann. Der menschliche Organismus reagiert in den meisten Fällen mit Kopfschmerzen, Nervosität, Übelkeit und Schlafstörungen. Ähnlich verhält es sich mit dem Dauerblinker von Windkraftanlagen zur Nachtzeit, was nicht nur die Fauna erheblich irritiert, sondern auch Belastungen bei Menschen hervorrufen kann.</p> <p>Umweltbelastung und Zerstörung</p>	<p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Umweltzerstörung durch Verwendung von Balsaholz in Windkraftanlagen</p> <p>Die drei 81 Meter langen Blätter der Offshore-Windkraftanlagen enthalten meist insgesamt rund 6 Tonnen des Tropenholzes (ca. 40 m³). Dies entspricht etwa 40 Bäumen. Bei der Herstellung der Rotorblätter wird das Balsaholz mit glasfaserverstärkten Kunststoffen wie PET und PVC mit Hilfe von Epoxidharz fest verbunden.</p> <p>Um mit der Nachfrage Schritt zu halten, dringen Holzfäller und Händler in den Amazonas-Regenwald ein und plündern Balsaholzvorräte. Sie verschonen weder indigene Territorien noch Schutzgebiete, was zu schweren sozialen Konflikten führt. Das Abholzen von Balsaholz ist verheerend für die Natur. Diese Baumart erfüllt wichtige ökologische Funktionen und schützt Flusssufer vor Erosion.</p> <p>Rohstoffgewinnung für Windkraftanlagen</p> <p>Windkraftanlagen bestehen aus vielen Materialien, zum Beispiel seltenen Erden. Diese sind wichtig für leistungsstarke Generatoren. Das Gewinnen der seltenen Erden kann aber der Umwelt schaden. Dabei kommt es zu Bodenerosion und Verschmutzung von Wasser und Luft. Auch die Ökosysteme vor Ort können zerstört werden.</p> <p>Umweltbelastung durch Produktion und EntsorgungDie Umwelt leidet nicht nur unter der Herstellung, sondern auch dem Recycling von Windrädern.</p> <p>Windenergie ist sauber, ja.</p> <p>Aber die großen Rotorblätter wiederzuverwerten ist schwierig. Sie bestehen aus schwer recyclebaren Verbundwerkstoffen und sind somit Sondermüll!!!</p> <p>Probleme der Energiespeicherung</p> <p>Um Windenergie gut zu nutzen, ist ihre Speicherung wichtig. Besonders wenn gerade kein Wind weht. Technische Grenzen, Kosten und der Bedarf an großen Speichern machen es schwer. Auch mit neuen Technologien wie Batterien und Pumpspeichern bleiben Effizienz und Kosten wichtige Fragen.</p> <p>Abhängigkeit von Windverhältnissen</p> <p>Wie gut Windkraft funktioniert, hängt vom Wind ab. Bei schwachem oder ungleichmäßigem Wind arbeiten Windräder nicht optimal. So kann</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>es zu Energieknappheit kommen. Oft müssen andere Energien oder Notfall-Systeme helfen, um Energie immer bereitzustellen.</p> <p>Umweltbelastung</p> <p>Während Windenergie im Allgemeinen als umweltfreundlich gilt, können der Bau und Betrieb von Windparks lokal Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dazu können Störungen des Lebensraums, Kollisionen von Vögeln und Fledermäusen mit Turbinen sowie Bedenken hinsichtlich der visuellen Ästhetik gehören.</p> <p>Versiegelte Flächen und Flächenverbrauch</p> <p>Hoch aufragende Bauwerke bedürfen einer ausreichend stabilen Fundamentierung. Die leicht romantisiert wirkenden Bilder hoher Säulen, eher geringen Durchmessers mitten auf der grünen Wiese zeigen aber nur den sichtbaren Teil der WKA. Die tief in die Erde ragenden, tonnenschweren Betonfundamente versiegeln große Bodenflächen. Selbst die Einzelteile der WKA wiegen Tonnen und müssen mittels Schwertransport mitstaatlicher Sondergenehmigung zur „Baustelle“ transportiert werden, die sich häufig „mitten auf dem Acker“ oder „mitten im Wald“ befindet. Diese Zuwegung muss ebenfalls befestigt werden, ansonsten blieben die Fahrzeuge im weichen Boden stecken.</p> <p>Stilling</p> <p>Windräder bremsen den Wind, sog. „Stilling“. In der Natur geht nichts verloren. Wenn an einer Stelle Energieentzogen wird, bleibt das nicht ohne Auswirkungen an anderer Stelle.</p> <p>Windräder bremsen den Wind und beeinflussen damit das Klima. Durch die Entnahme von Energie aus der Luft wird die Windgeschwindigkeit vermindert und dadurch die Leistung von Windparks beeinflusst. 250 Meter hohe Anlagen (annähernd doppelt so hoch wie der Kölner Dom) durchschneiden bei jeder Rotorumdrehung eine Fläche von ca. 20.000 Quadratmeter. Die überstrichene Rotorblattfläche der allein in Deutschland installierten ca. 30.000 Onshore-Windkraftanlagen beträgt (Annahme: Mittlere Größe früherer Anlagen) ca. 190 Millionen Quadratmeter (190</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Quadratkilometer). Dies entspricht einer 1.270 km langen, 150 m hohen rotierenden Wand. Beeinflussung des Mikro-und Makroklimas</p> <p>Der Entzug kinetischer Energie aus der strömenden Luft bewirkt eine Störung der natürlichen Luft-Schichtungen, deren Windgeschwindigkeiten und Temperaturen. Mit der Höhe nimmt die Windgeschwindigkeit zu. Durch die Entnahme kinetischer Energie des Windes in Bodennähe bis in Höhen über den Windrädern, werden die Luftschichten abgebremst und der vertikale Gradient der Windgeschwindigkeit wird gestört. Es entstehen starke Turbulenzen, die sich auf der Leeseite über viele Kilometer hinweg erstrecken und eine starke vertikale Durchmischung der horizontalen Luftschichten von warmer und kalter Luft sowie der Luftfeuchte zur Folge haben. Die natürlichen Schichtungen von Windgeschwindigkeit, Temperatur und Luftfeuchte werden durch die Windräder massiv beeinflusst.</p> <p>Landschaftsästhetik</p> <p>Durch Windkraftanlagen erleben wir derzeit nach Art und Maß bisher nicht gekannte ästhetische Eingriffe in die Naturlandschaft. Die Folge ist eine umfassende technische Überformung vieler Landschaften. Die Landschaft hat sich bereits massiv verändert und wird sich, entsprechend der weiteren Ausbauziele, auch weiterhin massiv verändern!</p> <p>Unser Land wird deformiert und hat dann erheblichen Einfluss auf den Tourismus!</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				

IV. 10043	75	<p>Hiermit möchte ich Einspruch gegen den geplanten Windpark im Gebiet "in den Mösern / Enkenhofener Wald-Süd" erheben.</p> <p>Ich bin [Inhalt anonymisiert] . Es ist für mich sehr wichtig, das ich genügend Schlaf und möglichst wenig Stress habe.</p> <p>Dies sehr ich jetzt als gefährdet an, weil direkt an unserer Hofstelle, auf der wir leben, ein Windpark gebaut werden soll. Die Beeinträchtigung durch Schattenschlag, Infraschall und Blitzlichter sind für mich deutlich ausgeprägter als für gesunde</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	----	--	---	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Menschen. So lösen Blitzlichter zB epileptische Anfälle aus. Was bedeutet, das ein weiteres Leben hier in meinem Zuhause für mich undenkbar wäre. Außerdem finde ich es sehr bedenklich, dass für diesen Windpark das Zerstören der Natur keine Rolle spielt. Die Pflanzen- und Tierwelt wird für den Profit geopfert. Zeitgleich sollen direkt an unserem Hof im "Winnis Moos" Flächen wiedervernässt werden, wie passt das denn zusammen? Meiner Meinung nach ist dies politisches Greenwashing.</p> <p>Auch eine Spaltung der Dorfgemeinschaft ist deutlich zu spüren, da die Mehrheit der Bevölkerung vor Ort dieses Bauvorhaben ablehnt. Dies wird sich immer weiter verschlimmern, wenn diese Bauvorhaben genehmigt werden. Ich möchte Sie bitten, dies alles noch einmal zu überprüfen und hoffe, Sie nehmen die Fläche im Enkenhofener Wald aus der Planung.</p>	<p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10044	72	<p>Hiermit möchte ich Einspruch gegen den geplanten Windpark im Gebiet "in den Mösern / Enkenhofener Wald-Süd" einlegen.</p> <p>Ich möchte in ein paar Jahren den landwirtschaftlichen Betrieb meiner Eltern übernehmen.</p> <p>Nun soll in unmittelbarer Nähe zu unserem Hof ein Windpark entstehen. Das würde aber bedeuten, dass es mir wirtschaftlich nicht mehr möglich ist, den Hof weiter zu betreiben.</p> <p>Zu unserem Hof gehören Ferienwohnungen und unsere Gäste werden sich dann wahrscheinlich andere Unterkünfte suchen. Wer aus Großstädten kommt und auf dem Land Urlaub macht, erwartet Ruhe und Erholung und keine Industrieanlagen in unmittelbarer Nähe.</p> <p>Da es auch für mich wegen des Schattenschlags und Infraschalls zu gesundheitlichen Problemen kommen kann, muss ich es mir als junger Mensch sehr genau überlegen, ob ich wirklich noch jahrzehntelang an einem Windpark leben will.</p> <p>Durch das Fortführen des Hofes meiner Eltern würde auch ich im Lauf meines Lebens wirtschaftlich geschädigt, ohne dass ich oder meine Eltern etwas dafür können.</p> <p>Mir als junger Mensch wird immer erzählt, wir sollen die Natur schützen, wenn es aber um Windräder geht, spielt die Tier- und Pflanzenwelt keine Rolle mehr.</p> <p>Ich hoffe, dass Sie Ihrer Verantwortung als Planungsbehörde</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		nachkommen und dieses Projekt ablehnen.	<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10045	71	<p>Hiermit möchte ich Einspruch gegen den geplanten Windpark im Gebiet "in den Mösern / Enkenhofener Wald-Süd" erheben.</p> <p>Ich betreibe mit meinem Mann einen Biohof mit angeschlossenen Ferienwohnungen. Es ist wohl unumstritten, das es mit dem Vermieten von Ferienunterkünften schwer wird, wenn 600 Meter entfernt ein Windpark entsteht. Feriengäste werden sich andere Unterkünfte suchen, weil Infraschall und Schattenschlag bedrängend wirken und sie eine Verschandelung der Landschaft nicht akzeptieren werden. Sie suchen Ruhe und Erholung und keine permanente Drehbewegung und keine Belästigung durch Blinklicht. Andere Gebiete, in denen Windkraftanlagen in nächster Nähe zu Ferienhöfen stehen, klagen definitiv über einen Rückgang der Buchungszahlen. Auch eine Festvermietung der Wohnungen ist dann nur erschwert möglich, bzw zu verminderten Mietpreisen, da meine Immobilie damit definitiv an Wert verliert. Hier wird durch planloses Handeln der politischen Entscheidungsträger meine wirtschaftliche Grundlage zerstört. Abgesehen davon, dass die geplanten Abstände zu unserem Hof viel zu gering sind. Es ist sehr traurig, dass der Mensch angeblich keine Rolle mehr spielt, wenn Investoren sich die Taschen füllen und wir als Anwohner die oben genannten Beeinträchtigungen aushalten müssen. Es ist sehr wohl zu bezweifeln, dass der normale Bürger irgendeinen Vorteil durch diese Windparks hat. Verdienen werden nur die Investoren. Auch nicht akzeptabel ist meiner Meinung nach, das [Name anonymisiert] außerhalb des Vorranggebietes eine Windkraftanlage plant. Dies alles sind Gründe, die meiner Meinung nach gegen den Bau von Windkraftanlagen im Enkenhofener Wald sprechen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10046	1247	<p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen den geplanten Windpark im Gebiet "in den Mösern / Enkenhofener Wald-Süd". Dies sind meine Gründe, die meines Erachtens gegen einen Windpark sprechen:</p> <p>Abstand zu meinem Hof und die Auswirkungen für mich Ich bewirtschafte in 3. Generation einen Hof mit ca 30 Kühen. Damit ich von so einem kleinen Hof leben kann, musste ich mir ein zweites Standbein aufbauen. Das sind in meinem Fall Ferienwohnungen. Wie soll ich meine Ferienwohnungen weiter betreiben, wenn 600 Meter nebenan ein Windpark entsteht mit all seinen Beeinträchtigungen? Mit diesem Windpark wird mir meine wirtschaftliche Grundlage entzogen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	------	---	--	------------------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wer bezahlt mir diesen Schaden? Das Land? Die Stadt? Die Investoren? Hier wird die Antwort von 3 Generationen vernichtet und niemanden interessiert es. Ich kann meinen Hof, in den ich viel Geld investiert habe, nicht einfach abbrechen und woanders wieder aufbauen.</p> <p>Wertverlust meiner Immobilie Hier wird rücksichtslos Investoren Tür und Tor geöffnet, um sich die Taschen vollzustopfen. Im Gegenzug wird mein Hof im Wert beträchtlich fallen. Das werde ich so nicht akzeptieren.</p> <p>Auswirkungen auf den Wald und die Natur Ich bewirtschafte meinen Hof seit Jahren biologisch, deshalb liegt mir die Natur sehr am Herzen. Durch diese riesigen Industrie- Windanlagen wird das Tierwohl (Vögel, Fledermäuse usw...) nachweislich geschädigt. Durch die Schneisen, die in den Wald geschlagen werden, schaffen wir eindeutig neue Angriffsfläche bei Stürmen. Durch die Rodung für die Standorte schafft man Freifläche, die sich sehr stark aufheizen und somit der ganze Wald sich erwärmen wird. Das hat sehr starke Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt, insbesondere auf den Borkenkäfer.</p> <p>Persönliche Gefahren: Es ist wohl eindeutig, das durch Schattenschlag und Infraschall usw.. gesundheitliche Probleme auftreten können. Zudem ist der Abstand zu meinem Hof viel zu gering. Die Beeinträchtigungen, zB durch Schattenschlag, Lärm etc. ist somit viel zu hoch. Ich bitte Sie, den Standort noch einmal zu überdenken, ein eventueller Bau der Windkraftanlagen kann hier nicht akzeptiert werden.</p>	<p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10048	65	<p>ich bin gegen die Windräder hier am Bodensee aus folgenden Gründen:</p> <p>1. Hochbühl ! Ich arbeite in Brachenreuthe. Dort sind nicht nur behinderte Kinder, auch sehr hoch sensible Kinder! Ich füttere dort Vögel. Sogar Ornithologen waren schon hier! Es gibt in diesem Wald noch Eulen! Sie zerstören jeglichen Lebensraum dort!!</p> <p>2. Höri ! Sie zerstören die komplette Bodensee Landschaft, die bisher unter Naturschutz und Landschaftsschutz stand!</p> <p>3 Hören Sie bitte auf renommierte Wissenschaftler, die beweisen können, dass wir die windärmste Region sind!!</p> <p>4. Wenn endlich wieder aktiv Umweltschutz betrieben würde, wäre ich nicht so in Sorge um die Zukunft meiner Enkelkinder!</p> <p>Profitgier ist hier völlig fehl am Platz</p> <p>Von daher: NEIN zu Windrädern hier am Bodensee!!</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10048	93	ist Ihnen bekannt, dass Brachenreute durch Quellwasser aus dem Hochbühl Wald versorgt wird?? Bisher sind sie nicht an die Bodensee Wasserversorgung angeschlossen! Von daher: NEIN zu den Windrädern! Vielen Dank	Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-435-002) verwiesen. ?	Keine Berücksichtigung
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10049	95	<p>Es wird hier immer von der Platzierung der WEA in einer Fichtenmonokultur gesprochen.</p> <p>Bei WEA 11 und 12 ist dies definitiv nicht der Fall.</p> <p>WEA 11: Hier müsste ein neu angepflanzter Mischwald, sowie alte Buchen und Kiefern abgeholzt werden</p> <p>WEA 12: Hier stehen 20 Buchen, welche dort sicherlich schon 30-40 Jahre stehen. Hinzu kommt eine ganzjährig feuchte Stelle, welche durch alle vorhandenen Tierarten (auch seltene) genutzt wird.</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass im Teilregionalplan Energie Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt werden (also Gebiete), jedoch nicht die Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen selbst.</p> <p>Die genannten geplanten Standorte betreffen daher nicht den Regelungsgegenstand der gegenwärtigen Anhörung zum Teilregionalplan Energie.</p> <p>Es wird zudem auf die Abwägung zu Forderung, alte Waldbestände / strukturreiche Wälder / naturnahe</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bei beiden WEA würde somit eine dauerhafte Versiegelung stattfinden, die nie mehr rückgängig gemacht werden könnte und Wohn-/Lebensraum von mitunter seltenen Tieren nach sich zieht. Durch die Feuchtigkeit sind hier auch seltene Lebewesen wie z.B. Blindschleichen, etc zu finden. Bin erst gestern über eine "gestolpert"...</p> <p>Alleine aus diesen Gründen müssten diese Standorte aus meiner Sicht verworfen werden.</p>	<p>Wälder bei der Festlegung von VRG Windenergie als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen in der 1. Offenlage verwiesen (s. Anlage zur Synopse Teil B.1) Es wird auf die Abgrenzung des genannten Gebiets (Ostrach - West) im 2. Anhörungsentwurf verwiesen (s. Raumnutzungskarte, 2. Anhörungsentwurf Teilregionalplan Energie). Zudem wird auf die Abwägung zu diesem Gebiet im Rahmen der ersten Anhörung verwiesen (s. Anlage zur Synopse, Teil B 4).</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10050	90	<p>Hiermit möchte ich Ihnen meine Bedenken in Bezug auf die geplanten 4 Windkraftanlagen auf der Gemarkung Isny-Beuren, Bereich Enkenhofen bzw Winnis mitteilen.</p> <p>Es ist nun schon bestätigt, daß von diesen Windkraftanlagen permanenter Abrieb in die nähere Umgebung verteilt wird.</p> <p>Dieser Abrieb ist höchst bedenklich. Er besteht u.a. aus Bisphenolen. Diese Stoffe sind krebserregend. Man bezeichnet diese Stoffe auch Ewigkeitschemikalien, da sie sich so gut wie nie abbauen und stattdessen im Organismus kumulieren. Tonnenweise wird dieser Abrieb in unsere Umgebung verteilt.</p> <p>Es schädigt also Mensch und Tier und Pflanze.</p> <p>Wenn 20 Jahre lang dieser Abrieb auf uns alle herniederrieselt, wäre es dann möglich, daß unsere Wiesen, Weiden und Felder so verseucht sind, daß sie weder betreten noch genutzt werden können bzw. dürfen? Werden wir dann eines Tages gar zwangsumgesiedelt?</p> <p>Wer schützt uns vor der Windkraftanlagen-Lobby?</p> <p>Die Gewinne an die Aktionäre und die Verluste trägt die Allgemeinheit...</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	----	---	---	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10051	94	<p>Stellungnahme zum 2. Beteiligungsverfahren zum Teilregionalplan Energie innerhalb des</p> <p>2. Offenlegung für das geplante und nochmal erweiterte Vorranggebiet</p> <p>In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd (WEA-436-013) im Folgenden nehme ich Stellung zur 2. Offenlegung innerhalb der Planungsinitiative zum Ausbau von Windkraft und Solar zur Fortschreibung des Teil-Regionalplans Energie durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben und fordere Sie ausdrücklich auf, das momentan ausgewiesene und seit der ersten Offenlegung nochmals erweiterte Vorrang-Gebiet ,In den Mösern /Enkenhofener Wald‘ (WEA-436-013) aus der Entwurfsplanung für mögliche Vorranggebiete zu entfernen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Europäische Parlament hat das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur im August 2024 verabschiedet, in dem geschädigte Ökosysteme wieder saniert werden sollen.</p> <p>Damit ist impliziert, dass verhindert werden muss, dass eines der letzten zusammenhängenden und vor allem intakten Ökosysteme zerstört wird.</p> <p>Dieses geplante Vorrang-Gebiet ist umgeben von Natura2000 -Gebieten (Taufach-Fetzach Moos, dem Vogelschutzgebiet Adelegg , dem Gebiet des Generalwildwechsels auf und um den Beurener Berg, FFH Gebiet ,Untere Argen‘) und muss deshalb zwingend geschützt werden.</p> <p>Das angedachte Vorrang-Gebiet ,In den Mösern/Enkenhofener Wald‘ ist zudem in direkter Nähe zu einem hoch schützenswerten Gebiet von Hoch- und Niedermooren.</p> <p>Es ist klar mit diesen Hoch- und Niedermooren im Zusammenhang mit seinen auch in dem Vorranggebiet befindlichen offenen Gewässern wie Bächen und offenen Wasserstellen (Biotope) zu setzen und als ein zusammenhängendes Öko-System zu sehen.</p> <p>Auch die zuletzt vorgenommene Erweiterung dieses Gebiets ist nicht akzeptabel, zumal hier das Gebiet der Hoch- und Niedermoore direkt betroffen ist.</p> <p>Es ist Ihre Aufgabe als Regionalverband im Zuge der Ausweisung von Vorrangflächen diese einzigartige Natur (Flora und Fauna) zu schützen. (Denn im Nachgang sollen vereinfachte Verfahren bei der Genehmigung von WEA zum Zuge kommen, die dann den Naturschutz aushebeln können).</p> <p>Es ist somit Ihre Aufgabe sich dem Naturschutz bei der Ausweisung von Vorranggebieten anzunehmen. -Der Naturschutz hat hier auf jeden Fall Vorrang.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bitte berücksichtigen Sie auch, dass über dieses Gebiet auf dem Vogelfernzug jährlich Millionen von Zugvögeln fliegen, die hier Opfer von LEBENSFEINDLICHEN Industrie-Windkraftanlagen würden.</p> <p>Weiterhin läge das geplante Vorranggebiet direkt in der West-Ost-Wind-Linie. Somit würden die im Naturschutzgebiet liegenden Oberflächengewässer (Badsee, kleiner und großer Ursee), weiter östlich gelegen, direkt mit umweltgiftigen Materialien verschmutzt und vergiftet werden, die der Windkraftanlagen-Abrieb mit sich bringt (PFAS-Stoffe u.v.m.). - DAS MUSS VERHINDERT WERDEN!</p> <p>Ursprünglich waren Naturschutz und Eindämmung der Klimaerwärmung gleichberechtigte und hehre Ziele in Deutschland. Somit ist der Eindämmung der Klimaerwärmung NICHT Vorrang zu geben zu Lasten des Naturschutzes und der Biodiversität. Das momentan ausgewiesene Vorranggebiet ‚In den Mösern /Enkenhofener Wald – Süd‘ (WEA-436-013) ist Teil einer der wenigen in Deutschland noch intakten und unberührten Naturlandschaften, die NICHT zum OPFER geldgieriger Investoren werden darf.</p> <p>Ich appelliere an Sie, sich Ihrer Aufgabe als Mensch dem Schutz der Natur und der Achtung der Schöpfung zu besinnen, und nicht der Geldgier und den ideologischen zerstörerischen Absichten zu dienen. Schöne Grüße aus dem zu schützenden Westallgäu mit seinen wunderbaren Mooren und seltener Fauna</p>	<p>Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10052	91	<p>Schutzgut im Allgemeinen:</p> <p>Ein Windrad verursacht eine riesige Menge an Mikroplastik, dieses findet sich schlussendlich in unser aller Körper! Informieren Sie sich und denken Sie auch an Ihre Nachkommen.</p> <p>Zusätzlich vergiftet jede Windkraftanlage den Boden, durch das Fundqment, auf d3m es gebaut wird.</p> <p>Etc.ect.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	----	---	---	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10052	92	<p>Schutzgut Wasser:</p> <p>Der Hochbühl-Höhenzug ist ein sehr wichtiges Grundwasserneubildungsgebiet, welches zahlreiche Quellen mit Bildung von Oberflächengewässern speist, wie den Heinz Sielmann Weiher (Teil des Projektes Sielmann Biotopverbund Bodensee), der selbst in sehr trockenen Jahren keine nennenswerte Absenkung des Wasserstandes zeigt.</p> <p>Das Billafinger und Nesselwanger Tal halten sehr große Grundwasservorkommen, die von der Grundwasserneubildung des Höhenzuges versorgt werden. Beide wurden deshalb als Grünzug festgelegt;</p>	<p>verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-435-002) verwiesen. ?</p>	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10053	101	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) sowie Änderungen an anderen Plankapiteln hier: Beteiligungsverfahren gem. § 9 Abs. 2 und 3 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in Verbindung mit § 12 Absatz 2, 4 und 5 des Landesplanungsgesetzes (LplG) Höchstspannungsnetzanlagen [Name anonymisiert]</p> <p>zu der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben haben wir bereits mehrfach, zuletzt mit Schreiben vom 22.04.2024, Stellungnahmen abgegeben. Diese Stellungnahmen behalten weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p>Innerhalb des Planungsgebietes des Teilregionalplans Energie befinden sich mehrere Höchstspannungsleitungen und Umspannanlagen [Name anonymisiert] . Des Weiteren bestehen in dem vorgenannten Planungsgebiet mehrere Planungen zum Aus- und Umbau des Höchstspannungsnetzes. Auf diese soll im Folgenden näher eingegangen werden. Zuvor einige allgemeine Worte zum Netzausbau:</p> <p>[Name anonymisiert] ist einer der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber. Gemäß § 12 Abs. 3 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) hat [Name anonymisiert] als Betreiber eines Übertragungsnetzes dauerhaft die Fähigkeit des Netzes sicherzustellen, die Nachfrage nach Übertragung von Elektrizität zu befriedigen und insbesondere durch entsprechende Übertragungskapazität und Zuverlässigkeit des Netzes zur Versorgungssicherheit beizutragen.</p>	<p>Die Anregung zum Gebiet WEA-437-001 Ostrach-West wurde im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 1. Offenlage bereits berücksichtigt. Es wird auf die Flächenkulisse des 2. Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie sowie auf die Abwägung zum genannten Gebiet (s. Anlagen zur Synopse, Teil B 4) verwiesen.</p> <p>Hinsichtlich der weiteren vorgebrachten Belange in der Stellungnahme wird auf die Abwägung im Rahmen der 1. Anhörung zum Teilregionalplan verwiesen (s. Synopse und Anlagen zur Synopse).</p>	Keine Berücksichtigung

Gemäß § 11 Abs. 1 EnWG sind Betreiber von Energieversorgungsnetzen verpflichtet, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen, soweit es wirtschaftlich zumutbar ist. Die Aufgaben der [Name anonymisiert] umfassen somit den Betrieb, die Instandhaltung und die weitere Entwicklung des Stromübertragungsnetzes der Spannungsebenen 220 kV und 380 kV in großen Teilen Deutschlands.

Während in der Vergangenheit die Struktur des Übertragungsnetzes durch eine verbrauchsnahe Erzeugung geprägt war, erfolgt gegenwärtig eine zunehmende räumliche Verschiebung der Erzeugung vorwiegend in den Nord- und Ostseeraum, während die Verbrauchszentren im Westen und Süden Deutschlands verbleiben. Des Weiteren wird sich der Kraftwerkspark in Deutschland durch die von der Bundesregierung beschlossenen Ausstiege aus der Kernenergie und aus der Kohleverstromung ändern. Die heutigen und zukünftigen Anforderungen an das 220-/380-kV-Höchstspannungsnetz der deutschen und europäischen Übertragungsnetzbetreiber sind also durch einen ansteigenden Transport großer elektrischer Energiemengen über weite Entfernungen geprägt. Der geplante Netzausbau stellt in diesem Rahmen einen wesentlichen Beitrag zum Ausstieg aus der Kernenergie und zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung dar, z. B. durch die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aufgrund der Nutzung von Windstrom der norddeutschen Küsten auch im Süden des Landes. Um den dafür erforderlichen Umbau des Übertragungsnetzes vor dem Hintergrund der Netzstabilität und immer ambitionierterer Klimaschutzziele rechtzeitig umsetzen zu können, sind wir auf die Kooperation einer Vielzahl von Akteuren und Planungsträgern angewiesen. Bei unseren Planungen versuchen wir immer bestmöglich die Ansprüche an den Raum zu berücksichtigen, bitten aber auch darum, den öffentlichen Belang der sicheren Energieversorgung und des gesetzlich festgelegten bedarfsgerechten Energienetzausbaus hinreichend zu würdigen.

Für die in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) aufgeführten Vorhaben, die der Anpassung, Entwicklung und dem Ausbau der Übertragungsnetze dienen, werden die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gemäß § 12e des Energiewirtschaftsge- setzes (EnWG) festgestellt. Die Realisierung dieser Vorhaben ist nach § 1 Abs. 1 S. 2 BBPlG aus Gründen eines überragenden öffentlichen Inte- resses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.</p> <p>Vorhaben Hochrhein 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Herbertingen – Tiengen (Bl. 4510)</p> <p>Von der Umspannanlage (UA) Herbertingen bis zur UA Tiengen verläuft die aus den frühen 1930er Jahren stammende Höchstspannungsleitung Bl. 4510. Diese Leitung ist im Rahmen des Vorhabens Nr. 23 des BBPlG durch eine neue, leistungsfähigere Freileitung zu ersetzen. Die neue Freileitung soll den Namen 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Herbert- ingen – Tiengen/Gurtweil (Bl. 4610) tragen. Für den Abschnitt 1: Herber- tingen – Pkt. Boll (Sauldorf) des Vorhabens Hochrhein im Landkreis Sig- maringen ist die[Name anonymisiert] federführende Vorhabenträgerin. Am 29.11.2021 stellten wir dem Regionalverband unser Projekt im Rahmen eines Online-Termins erstmalig vor.</p> <p>Die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens ist nicht erforderlich. Das Scoping wurde am 26.10.2022 abgeschlossen. Nach jetzigem Pla- nungsstand ist die Einreichung der Antragsunterlagen zum Planfeststel- lungsverfahren für das Quartal 1 2026 vorgesehen. Die Bauphase ist nach Planfeststellung in den Jahren 2028 – 2032 vorgesehen, wonach die neue Freileitung in Betrieb genommen werden kann.</p> <p>Wir bitten darum bei der Aufstellung des neuen Teilregionalplans das Er- satzneubauvorhaben und dessen Ansprüche an den Raum anhand des jeweils aktuellen Planungsstandes zu berücksichtigen. Der Ersatzneu- bau der Bl. 4510 soll unter weit überwiegender Nutzung des Bestands- trassenraumes erfolgen. Damit entspricht [Name anonymisiert] der Regelung des § 43 Abs. 3 S. 2 – 5 EnWG, wonach ein Ersatzneubau in einem Bereich von 200 m links und rechts der Bestandstrasse geplant werden soll, es sei denn es liegen zwingende Gründe gegen eine solche Planung vor.</p> <p>Wird seitens des Regionalverbandes eine Einsicht in vertiefte, aber noch nicht hinreichend finalisierte und daher unveröffentlichte Planungsstände von [Name anonymisiert] zur Abstimmung mit dem Teilregionalplan gewünscht, ste- hen wir gerne für einen Abstimmungstermin zur Verfügung.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass ein Vorranggebiet Windenergie so ausge-</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wiesen werden sollte, dass eine Windenergieanlage auch am Rande des Gebiets stets die Anforderungen der DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210- 2-4) einhält, welche Abstandsvorgaben zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen umfasst. Die Abstände zwischen Windenergieanlage und Leitung müssen regelmäßig größer sein, als es der Leitungsschutz- streifen durch darin geltende Bauverbote sicherstellen würde.</p> <p>Neben einzuhaltenden Abständen ist auch zu prüfen, ob in einem Be- reich des dreifachen Rotordurchmessers um die Windenergieanlage</p> <p>Schwingungsschutzmaßnahmen an der Freileitung erforderlich werden, wenn nicht sichergestellt ist, dass die Leiterseile außerhalb der Nach- laufströmung der Windenergieanlage liegen. Dieser Fall sollte bereits frühzeitig vorausschauend auf der Regionalplanungsebene vermieden werden. In solchen Bereichen ist die Leitung von einer beschleunigten Alterung betroffen und weist eine höhere Wahrscheinlichkeit von Schad- stellen auf. Dies widerspräche dem Ziel einer sicheren und effizienten Stromversorgung nach § 1 Abs. 1 EnWG. Es wird empfohlen, das ge- plante Vorranggebiet so auszuweisen, dass vorsorglich ein Abstand des dreifachen Durchmessers gängiger Rotoren von der Bestandsfreileitung Bl. 4510 eingehalten wird.</p> <p>Bezüglich der zu ersetzenden Bl. 4510 hat [Name anonymisiert] zwei potenzielle Windvorranggebiete identifiziert, welche sich der Bestandsfreileitung und damit dem geplanten Ersatzneubau annähern oder diese überlagern:</p> <p>1. WEA-437-001 Ostrach-West</p> <p>Ein erheblicher Teil des südöstlichen potenziellen Windvorranggebietes überlagert die Bestandsleitung Bl. 4510. Dies ist weder mit den Baube- schränkungen im Schutzstreifen noch mit den Anforderungen der DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4) vereinbar. Es muss darum wie bei ande- ren potenziellen Windvorranggebieten ein vorsorglicher Abstand von mindestens 100 m beidseits der Bestandstrasse bei der Gebietsauswei- sung vorgesehen werden.</p> <p>Des Weiteren ist bis Ende des Jahres 2032 der Ersatzneubau der Bl. 4510 als Bl. 4610 vorgesehen. Dieser ist im gegenständlichen Bereich überwiegend südlich der Bestandstrasse geplant (siehe Abb. 1).</p> <p>[Name anonymisiert] legt dem Regionalverband nahe, auch einen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Raum von 100 m links und rechts der vorgesehenen Leitungstrasse der Bl. 4610 von der Vorranggebietsausweisung auszunehmen. Zwar stellt die in der Abbildung 1 und im Anhang des Schreibens als Geodaten beigefügte Trassenachse noch eine Planung vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens dar, jedoch wurde diese bereits umfangreich technisch geprüft und ist auch der Gemeinde Ostrach bekannt. Die Berücksichtigung dieses bereits verfestigten Planungsstandes bei der Gebietsausweisung entspricht dem Vorsorgeansatz, wird der Ersatzneubau Bl. 4610 doch aller Voraussicht nach einer längeren Zeitspanne während der Geltungsdauer des Regionalplans bestehen als die Bestandstrasse Bl. 4510, welche ab 2032 zurückgebaut wird.</p> <p>Der Bau einer Höchstspannungsfreileitung verhindert die Errichtung von Windenergieanlagen im unmittelbaren Nahbereich. Während die Bl. 4510 Bestandsschutz genießt, würde der geplante Ersatzneubau der Bl.</p> <p>4610 damit ggf. gegen ein Ziel der Raumordnung verstoßen. Der Antrag auf Planfeststellung wird voraussichtlich im ersten Quartal 2026 gestellt werden, also erst nach Beschluss des Teilregionalplans in der zweiten Jahreshälfte 2025. Damit würde das Vorranggebiet ein Planungshindernis darstellen, welches nur durch großräumige Umgehung oder Zielabweichung zu überwinden wäre. Vor dem Hintergrund der in der Vorbereitung des Planfeststellungsantrags bereits weit fortgeschrittenen technischen Planung und Bürgerinformation, würde eine Umplanung der Freileitung zu einer erheblichen Verzögerung des Höchstspannungsvorhabens führen. Dies steht dem jüngst noch einmal gesetzlich festgehaltenen besonderem Gewicht einer möglichst frühzeitigen Inbetriebnahme von Elektrizitätsinfrastrukturvorhaben nach § 43 Abs. 3 c EnWG entgegen. Dieser Fall ist unbedingt zu vermeiden und der Regionalverband wird daher dringend gebeten, die Belange der Energiewirtschaft durch einen angepassten Zuschnitt der Vorranggebietsausweisung zu berücksichtigen.</p> <p>Abbildung 1: WEA-437-001 Ostrach-West (orange), Bestandsleitung Bl. 4510 (Schwarz), Planung Ersatzneubau Bl. 4610 (rot) Die obenstehenden Hinweise auf Nachlaufströmungen bleiben unberührt.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Das potenzielle Windvorranggebiet nähert sich mit dessen nördlichem Teil zwar der Bestandsleitung Bl. 4510 an, hält jedoch augenscheinlich einen Abstand von mindestens 100 m zu dieser ein. Des Weiteren ist in diesem Bereich der Ersatzneubau der Bl. 4610 nördlich der Bestand- strasse geplant. Entsprechend bestehen bezüglich dieser potenziellen Gebietsausweisung keine Bedenken.</p> <p>Bezüglich der zu ersetzenden Bl. 4510 hat [Name anonymisiert] drei potenzielle Vor- behaltsgebiete für Freiflächenphotovoltaikanlagen identifiziert, welche sich der Bestandsfreileitung und damit auch dem geplanten Ersatzneu- bau annähern oder diese überlagern:</p> <p>FFPV-437-048 Reischach und FFPV-437-045 Walbertsweiler werden durch die Bestandsleitung und auch durch die Planung der Ersatzneu- bauleitung Bl. 4610 gekreuzt. Das Gebiet FFPV-437-047 Wald – Nord- ost nähert sich der Bl. 4510 an – der Ersatzneubau ist jedoch südlich der Bestandsleitung geplant, sodass hier ein Abstand von bis zu rund 100 m zur Neubautrassenachse wahrscheinlich ist.</p> <p>Ersatzneubau der Bl. 4509 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung [Name anonymisiert] /TransnetBW Herbertingen – Bundesgrenze (Bludenz)</p> <p>Von der UA Herbertingen bis zum Bereich um die UA Grünkraut südöst- lich von Ravensburg verläuft der Teil der Bl. 4509, welcher ebenfalls aus den 1930er Jahren stammt. Aus diesem Grund muss auch die Bl. 4509 perspektivisch ersatzneugebaut werden, auch wenn diese Maßnahme (noch) nicht im Bundesbedarfsplangesetz aufgenommen wurde. Im ak- tuellen Netzentwicklungsplanentwurf 2037/2045 ist der Ersatzneubau je- doch bereits unter der Nummer P52 enthalten und wurde als erforderlich bewertet. Bei der Bl. 4509 handelt es sich um eine Gemeinschaftsleitung von [Inhalt anonymisiert] und der TransnetBW GmbH.</p> <p>Zum jetzigen Zeitpunkt wurden die Arbeiten an diesem Projekt noch nicht begonnen. Die Inbetriebnahme ist laut Entwurf des Netzentwick- lungsplans im Jahr 2035 anvisiert.</p> <p>Wir bitten darum bei der Aufstellung des neuen Teilregionalplans das Er- satzneubauvorhaben und dessen Ansprüche an den Raum anhand des jeweils aktuellen Planungsstandes zu berücksichtigen. Der Ersatzneu- bau der Bl. 4509 wird voraussichtlich unter weit überwiegender Nutzung des Bestandstrassenraumes erfolgen. Zudem können Optimierungen außerhalb des</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bestandstrassenraumes möglich bzw. sogar notwendig sein.</p> <p>Bezüglich der zu ersetzenden Bl. 4509 hat [Name anonymisiert] ein potenzielles Windvorranggebiete identifiziert, welches sich der Bestandsfreileitung und damit ggf. dem geplanten Ersatzneubau annähert:</p> <p>3. WEA-437-002 Hoßkirch-Ostrach</p> <p>Das potenzielle Windvorranggebiet nähert sich mit dessen östlichem Teil zwar der Bestandsleitung Bl. 4509 an, hält jedoch augenscheinlich einen Abstand von mindestens 100 m zu dieser ein. Ein Ersatzneubau östlich der Bl. 4509 erscheint in diesem Bereich gemäß einer kursorischen Prüfung grundsätzlich möglich. Entsprechend bestehen bis auf Weiteres bezüglich dieser potenziellen Gebietsausweisung keine Bedenken.</p> <p>Bezüglich der zu ersetzenden Bl. 4509 hat [Name anonymisiert] zudem ein potenzielles Vorbehaltsgebiet für Freiflächenphotovoltaikanlagen identifiziert, welches sich die Bestandsfreileitung und damit auch ggf. dem geplanten Ersatzneubau überlagert:</p> <p>Wangen Schwarzenbach FFPV-436-002 – West wird durch die Bestandsleitung und auch durch die Planung der Ersatzneubauleitung Bl. 4609 gekreuzt.</p> <p>Gerne stehen wir auch für einen persönlichen Austausch zur Verfügung.</p> <p>Vorhaben Wullenstetten-Niederwangen (gem. Nr. 25 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG) Netzverstärkung 220-/380-kV-Gemeinschaftsleitung [Name anonymisiert] /Trans-netBW Dellmensingen - Bundegrenze (Bludenz), Bl. 4572 (Abschnitt Dellmensingen - Punkt Niederwangen)</p> <p>Die [Name anonymisiert] plant derzeit die Umsetzung der Netzverstärkungsmaßnahme Wullenstetten – Niederwangen auf dem Gestänge der Höchstspannungsfreileitung (BBPlG Vorhaben 25). Zwischen dem Pkt. Wullenstetten und dem Pkt. Niederwangen ist auf einer Länge von ca. 75 km eine Umbeseilung eines Stromkreises (von 220- auf 380-kV) vorgesehen. Das heißt: [Name anonymisiert] legt neue Leiterseile auf bereits vorhandene Strommasten auf und tauscht Leiterseile aus. Die Maststandorte und Masthöhen bleiben</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>im Rahmen dieser Umbeseilung größ- tenteils unverändert.</p> <p>Das vom Deutschen Bundestag im Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) beschlossene Leitungsbauvorhaben Nr. 25 ist notwendig, um die Versorgungssicherheit der Menschen in der Region über die Anbindung der örtlichen Umspannanlagen sicherzustellen und gleichzeitig als unterstüt- zende Maßnahme die Übertragungskapazität nach Österreich zu stei- gern. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit TransnetBW, das hier aber von [Name anonymisiert] als Vorhabenträger umgesetzt wird.</p> <p>Konkret geht es bei dem etwa 88 Kilometer langen und länderübergrei- fenden Projekt mit einem Investitionsvolumen von rund 78 Millionen Euro um zwei Abschnitte. Im 13 Kilometer langen Abschnitt vom Punkt „Wullenstetten“ im bayrischen Senden bis zur Umspannanlage Dellmen- singen im baden-württembergischen Erbach soll auf bislang leeren Mast-Traversen einer bereits bestehenden Freileitung ein neuer 380-kV- Stromkreis aufgelegt werden – eine sogenannte „Zubeseilung“. Im zwei- ten Abschnitt soll von der Umspannanlage Dellmensingen bis zum Punkt „Niederwangen“ bei Wangen im Allgäu auf einer bestehenden 220-/380- kV-Freileitung auf 75 Kilometern der 220-kV-Stromkreis im Zuge einer Umbeseilung gegen einen 380-kV-Stromkreis ausgetauscht werden. Der Austausch ist notwendig, da die bestehenden Leiterseile nicht für die hö- here Übertragungsleistung ausgelegt sind. Nach der Fertigstellung trägt diese Freileitung somit zwei 380-kV-Stromkreise.</p> <p>Der Planfeststellungsbeschluss für dieses Leitungsumbauprojekt liegt seit dem 13.08.2024 vor.</p> <p>Verfahrensstand</p> <p>Bereits im Zuge der Bundesfachplanung und des Antrags auf Planfest- stellung ist eine Beteiligung des Regionalverbandes Bodensee-Ober- schwaben erfolgt.</p> <p>Am 04.07.2018 fand in Memmingen die Antragskonferenz gemäß § 7 NABEG zum Bundesfachplanungsverfahren statt, bei der die wesentli- chen Ergebnisse des Antrages vorgestellt und erörtert wurden. Am 23.11.2018 hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Bundesfachpla- nungsentscheidung gem. § 12 NABEG für dieses Vorhaben getroffen (Gz. 6.07.00.02/25-2-0/25.0).</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nach der Bundesfachplanungsentscheidung sind die Planungen für das Vorhaben fortgeschritten. Dabei hat sich bei der gebotenen Vertiefung der Planungen gezeigt, dass für das Planfeststellungsverfahren nach § 18 NABEG in mehreren Punkten Abweichungen von den Planunterlagen erforderlich waren, die nicht mit der Bundesfachplanungsentscheidung vom 23.11.2018 vereinbar gewesen sind.</p> <p>Mit der Bundesfachplanungsentscheidung vom 06.10.2020 hat die Bundesnetzagentur den durch die Bundesfachplanungsentscheidung vom 23.11.2018 festgelegten Trassenverlauf antragsgemäß geändert.</p> <p>Die Vorhabenträgerin hat am 19.03.2021 bei der Bundesnetzagentur den Antrag auf Änderung des Antrags auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG vom 24.04.2019 gestellt. Mit Schreiben vom</p> <p>26.07.2021 wurde der Vorhabenträgerin schließlich die Festlegung des Untersuchungsrahmens gem. § 20 Abs. 3 NABEG über die beizubringenden Unterlagen gemäß § 21 NABEG von der Bundesnetzagentur zu- gestellt.</p> <p>Diese Unterlagen nach § 21 NABEG wurden im Mai 2023 von der Bundesnetzagentur für vollständig erklärt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 22 NABEG erfolgte vom 19.06.2023 bis 18.07.2023. Die vom Regionalverband Bodensee-Oberschwaben im Zusammenhang mit der Gesamtfortschreibung des Regionalplans eingebrachte Stellungnahme vom 09.08.2023 wurde von der Vorhabenträgerin berücksichtigt und im Rahmen der Synopse erwidert. Der von der Bundesnetzagentur durchgeführte Erörterungstermin fand am 29.11.2023 in Blaubeuren statt. Der Planfeststellungsbeschluss ist seitens der Bundesnetzagentur für den Sommer 2024 vorgesehen.</p> <p>Bei der Ausweisung von Flächen für die Windenergienutzung ist grundsätzlich Folgendes zu beachten:  Von der Deutschen Elektrotechnischen Kommission in DIN und VDE ist vom Komitee „Freileitungen“ ein Mindestabstand zwischen Freileitung und Windenergieanlage festgelegt worden. Der Mindestabstand wird berechnet zwischen dem äußeren Leiterseil der Freileitung und der Turmachse der WEA.  Für Freileitungen mit einer Spannungsebene über 110-kV gilt:  Abstand = 0,5 x Rotordurchmesser + 30 m (spannungsabhängiger Sicherheitsabstand) + Arbeitsraum für den Montagekran</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Sofern Kranstellfläche und Montagefläche auf der leitungsabgewandten Seite der WEA liegen, kann der Wert für den Arbeitsraum 0 m betragen.</p> <p>Grundsätzlich gilt, dass zu keinem Zeitpunkt beim Bau und Betrieb einer Windenergieanlage Teile in den Schutzstreifen einer Freileitung hinein- ragen dürfen.</p> <p>Bei einem geringen Abstand kann die von den Rotorblättern verursachte Windströmung die Leiterseile der Leitung in Schwingungen versetzen und damit mechanische Schäden an den Seilen verursachen.</p> <p>Bis zu einem Abstand vom DREIFACHEN des Rotordurchmessers zwischen äußerem Leiterseil der Freileitung und dem Mittelpunkt der WEA, ist der Bedarf von Schwingungsschutzmaßnahmen an der Freileitung zu prüfen.</p> <p>Diese Festlegungen der Deutschen Elektrotechnischen Kommission sind in die Bestimmungen der gültigen DIN EN 50341-2-4 eingeflossen.</p> <p>Ab dem Abstand vom DREIFACHEN des Rotordurchmessers sind keine Beeinträchtigungen für die Freileitung zu erwarten.</p> <p>Darüber hinaus ist es zum Schutz der Freileitung notwendig, dass deren Systemkomponenten durch umherfliegende Festkörper, die von der WEA ausgehen können, nicht beschädigt werden. Hierzu gehören z. B. abgeworfenes Eis oder umherfliegende Teile einer durch Blitz zerstörten WEA.</p> <p>Aufwendungen für entsprechende Schutzmaßnahmen müssen nach dem Verursacherprinzip vom Betreiber der WEA übernommen werden. Sollten durch den Bau oder den Betrieb der Windenergieanlage Schäden an der Leitung entstehen, behält sich die [Name anonymisiert] Schadens- ersatzansprüche vor.</p> <p>Um eine Schädigung der Leiterseile durch Schwingungen, die von der Nachlaufströmung der Windenergieanlage verursacht werden, zu vermeiden, sind ggf. Schwingungsschutzmaßnahmen an den Leiterseilen der betreffenden Felder in erforderlichem Umfang auszuführen.</p> <p>Die Kosten sind vom Antragsteller zu tragen.</p> <p>Bei einer baulichen Nutzung der Leitungsschutzstreifen durch Photovoltaik-Freiflächenanlagen ist grundsätzlich Folgendes zu beachten:</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Voraussetzung für jegliche Bebauung des Schutzstreifens ist, dass zwischen dem Eigentümer und der [Name anonymisiert] vor Durchführung des Bauvorhabens eine schriftliche Vereinbarung abgeschlossen wird.</p> <p>Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass nicht alle elektronischen Geräte für den störungsfreien Betrieb in der Nähe einer Höchstspannungsfreileitung geeignet sind. Beeinflussungen können nicht ausgeschlossen werden. Es liegt im Verantwortungsbereich des Eigentümers oder Nutzers, beim Kauf von Geräten auf ausreichende Störfestigkeit zu achten. Eine Haftung des Leitungsbetreibers für Funktionsstörungen ist ausgeschlossen.</p> <p>Darüber hinaus ist bei der Errichtung einer Photovoltaikanlage noch Folgendes zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwirkungen und Maßnahmen, die den Bestand oder Betrieb der Leitung beeinträchtigen oder gefährden, dürfen nicht vorgenommen werden.</li> <li>• Die mögliche Höhe sämtlicher Anlagenbauteile im Schutzstreifen ist mit [Name anonymisiert] detailliert abzustimmen.</li> <li>• Die Leitung und die Maststandorte müssen jederzeit zugänglich bleiben, insbesondere ist eine Zufahrt auch für schwere Fahrzeuge zu gewährleisten.</li> <li>• Die Maste müssen in einem Umkreis von 20 m Radius um die Eckstiele von jeglicher Bebauung und Bepflanzung freigehalten werden.</li> <li>• Entlang der Leitungen ist jeweils eine Durchfahrtsschneise mit einer Breite von mindestens 4,0 m freizuhalten.</li> <li>• Die PV-Module müssen den Erfordernissen der DIN 4102 „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen“, Teil 7 entsprechen.</li> <li>• Um elektrische Aufladungen zu vermeiden, ist die Photovoltaikanlage in einen umfassenden Potentialausgleich entsprechend DIN VDE 0100 Teil 410/540 und DIN VDE 0185 (vgl. auch ENV 61024-1) einzubeziehen. Anfallende Kosten für notwendig werdende Schutzmaßnahmen gehen zu Lasten des Grundstücksei-</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gentümers/des Bauherrn.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass die komplette Trägerkonstruktion einschl. Rahmen etc. in einen umfassenden Potentialausgleich - wie oben erläutert - einbezogen und ausreichend geerdet wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ob eine Beeinträchtigung der Photovoltaikanlagen durch die elektrischen und magnetischen Felder der Höchstspannungsfreileitung möglich ist, kann von unserer Seite nicht beurteilt werden.</li> </ul> <p>Dies ist mit den Herstellern der Anlagen im Vorfeld abzustimmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Schattenbildung durch eine Höchstspannungsfreileitung kann u. E. nach vor Ort eingeschätzt werden. Außerdem besteht</li> </ul> <p>die Möglichkeit, die abgeschatteten Flächen anhand des Sonnenverlaufs zu berechnen und die Ertragsminderung zu bestimmen.</p> <p>In diesem Zusammenhang möchten wir jedoch noch auf Folgen des hinweisen:</p> <p>Insbesondere bei Autohäusern kommt es regelmäßig zu Beschwerden durch herabfallenden Vogelkot auf Fahrzeuge. Diese Fahrzeuge müssen dann gereinigt werden.</p> <p>Hier sehen wir zumindest partiell langfristig die Beeinträchtigung einer Photovoltaikanlage unter einer Höchstspannungsfreileitung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unter den Leiterseilen einer Höchstspannungsfreileitung ist mit Vogelschlag und Eisabwurf zu rechnen.</li> </ul> <p>Wir bitten darum die v. g. Vorhaben und deren Ansprüche an den Raum bei der hier gegenständlichen Fortschreibung anhand des jeweils aktuellen Planungsstandes zu berücksichtigen.</p>		

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10054	285	<p>anbei erhalten Sie meine Einwendungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Teilregionalplan Windenergie des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben im Bereich Gammertingen Kettenacker:</p> <p>Stellungnahme gegen die Planungen der Vorranggebiete Kettenacker Ost WEA-437-026 und Kettenacker Nord WEA-437-017 und Kettenacker Süd WEA-437-018</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Stellungnahme/Einwendungen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Teilregionalplan Windenergie des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben im Bereich Gammertingen Kettenacker.</p> <p>Stellungnahme gegen die Planung der Vorranggebiete Kettenacker Ost WEA-437-026 (319,7ha) und der Alternativflächen Kettenacker Nord WEA-437-017 (176,1ha); Kettenacker-Süd WEA-437-018 (6,9 ha)</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich erneut Einwände gegen die Planung der oben genannten Vorranggebiete. Ich bin nicht damit einverstanden, dass meine Einwendungen keine Berücksichtigung in Ihrer Abwägung gefunden haben.</p> <p>Bevor ich auf die einzelnen Punkte eingehe, soll an dieser Stelle vorausgeschickt werden, dass ich nicht gegen Windkraft bin. Vielmehr lege ich Wert auf einen vernünftigen Ausbau der Windenergie an wirklich geeigneten Standorten. Speziell für die o.g. Gebiete zeichnen sich jedoch Konflikte ab, die diese Flächen als völlig ungeeignet zur Errichtung von Windenergieanlagen erscheinen lassen. Weshalb diese nicht zur Energiewende beitragen werden, die folgenschweren Einschnitte in Flora und Fauna, sowie die Belastung der Bevölkerung nicht zu rechtfertigen sind und diese Fläche damit zwingend von einer Planung ausgenommen werden müssen.</p> <p>Die Vorranggebiete liegen komplett oder größtenteils im Wald. Im Wald kommt es zu erheblichen Flächenversiegelungen und Bodenverdichtungen durch die Fundamente. Durch den Bau von Windindustrieanlagen entstehen großflächige und tiefgründige Betonfundamente. Der Waldboden erfährt dabei rund um die Baustelle und direkt durch das Fundament eine enorme irreversible Verdichtung. Zusätzlich zu den genannten Punkten kommt es zu Bodenverdichtungen durch Straßen, Wege und Flächen für den Bau und Transport. Daher ist eine derart massive Flächenversiegelung mitten im Wald in keiner Weise zu rechtfertigen.</p> <p>Die Verpflichtung für den Rückbau der Fundamente (Baugesetzbuch BauGB) wird häufig nicht eingehalten, da der bisherige Betreiber der Windkraftanlage insolvent ist oder nicht die verfügbaren finanziellen Mittel dafür hat. Die dafür gegebenen Rückbau-Bürgschaften von Dritten sind häufig viel zu gering, um einen vollständigen Rückbau der Fundamente durchzuführen.</p>	<p>betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die adressierten Vorranggebiete werden abgelehnt, da sie sowohl der Regenwald-Abholzung als auch der Abholzung des heimischen Waldes Vorschub leisten.</p> <p>Die Rotoren der Windkraftanlagen werden aus einem Verbundwerkstoff aus Regenwald-Balsaholz und Epoxidharz (also aus Rohöl) hergestellt.</p> <p>Balsaholz wächst in Regenwäldern insbesondere im ecuadorianischen Amazonasgebiet. Durch den Boom bei Windkraftanlagen werden große Mengen Balsaholz aus Regenwäldern entfernt. Die Windkraftanlagen-Bauer sind mittlerweile die größten Verbraucher von Balsaholz. Dadurch wird der Regenwaldabholzung weiteren Vorschub geleistet. Für die 3 Rotorblätter werden pro Windkraftanlage ca. 40-50 Kubikmeter Balsaholz verbraucht.</p> <p>Durch die betriebsbedingte Erosion an Rotorblättern von Windkraftanlagen entsteht Mikroplastik in einem erheblichen Ausmaß.</p> <p>Dies ist in der Information WD 8-3000 077/20 (8.12.2020) vom Deutschen Bundestag ausführlich beschrieben. Eine heutige Windindustrieanlage verteilt durch Erosion von Rotorblättern rund 90 kg Mikroplastik pro Jahr. Diese Gefahrenstoffe landen großflächig auf dem Waldboden sowie in den umliegenden landwirtschaftlichen Flächen und den Gärten. Dadurch erfolgt eine großflächige Verseuchung des kompletten Umlandes rund um die Vorranggebiete.</p> <p>Diese Verseuchung kann zu gravierenden gesundheitlichen Gefahren für Menschen, Tiere und die Trinkwasserversorgung von 4500 Einwohnern in diesem hochsensiblen Wasserschutzgebietes der Kesselbachquelle führen. In der gesicherten Trinkwasserversorgung liegt eindeutig ein überragendes öffentliches Interesse vor!</p> <p>Diese wichtigen Faktoren wurden im Planentwurf nicht berücksichtigt.</p> <p>Windkraftanlagen produzieren Lärm und Infraschall</p> <p>Es gibt mittlerweile ausreichend Forschungsergebnisse, die auf die negativen Auswirkungen von monotonem Lärm auf den menschlichen Körper bzw. auf die Gesundheit des Menschen verweisen.</p> <p>Viele Ärzte und Ingenieure warnen vor den Gesundheitsgefahren durch Infraschall ausgelöst von Windkraftanlagen. Es gibt mittlerweile weltweit ausreichend Forschungsergebnisse, in denen aufgezeigt wird, dass bei einer dauerhaften tieffrequenten Geräuscheinwirkung auf den menschlichen Körper mit gesundheitlichen Folgen zu rechnen ist.</p>	<p>verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ich finde es sehr bedrohlich, wenn ich wie ein Bürger von Kettenacker 700 m weg von einem riesigen Windkraftwerk wohnen würde. Die Weltgesundheitsorganisation schreibt 2000 m Abstand vor. Die aktuelle Gesetzgebung hinkt den wissenschaftlichen Erkenntnissen weit hinterher.</p> <p>Asbest und viele andere gefährliche Stoffe wurden eine Zeit lang von staatliche Seite auch als unbedenklich eingestuft. Immer mehr seriöse Studien belegen, dass der nicht hörbare Schall sehr viel weiter reicht als der hörbare und die Gesundheit von Mensch und Tier erheblich gefährdet.</p> <p>Verstecken Sie sich nicht hinter alten und einseitigen Stellungnahmen.</p> <p>Windkraftanlagen führen zu einer Wertminderung von Immobilien. Aufgrund der Nähe zu Kettenacker werden die geplanten Windkraftanlagen zu einer Wertminderung der Grundstücke führen.</p> <p>Bis dato gibt es rund um Kettenacker keine großen Bauwerke wie z. B. Gebäude, Türme, Masten, etc., die das Landschaftsbild in seiner Größe und Mächtigkeit markant beeinflussen. Bis dato endet der Blick rund um Kettenacker auf einen bewaldeten, unverbauten Horizont! Gerade das zeichnet das Gebiet als Erholungsgebiet aus und macht es in der heutigen Zeit so einzigartig! Der Bau von riesigen Windkraftanlagen würde das jetzige Landschaftsbild aufgrund seiner Dimension komplett verändern bzw. zerstören!</p> <p>Es kann nicht erstaunen, dass Wohnimmobilien mit einer derart ungesunden Exposition, die sich noch dazu in einer zerstörten, industrialisierten "Landschaft" befinden, nicht mehr verkehrsfähig sind. Selbst wenn man nur von einer Teilentwertung ausgeht, kann dies für viele Hauseigentümer, gerade für junge Familien oder ältere Menschen, die ihre Wohnimmobilien als Altersvorsorge nutzen, wirtschaftlich existenzbedrohende Auswirkungen haben.</p> <p>Durch Planungs- und Genehmigungsakte, deren Umsetzung zu einer massiven Entwertung von privatem Hauseigentum führt, wird letztlich von hoheitlicher Hand in das Grundrecht aus Art. 14 GG zugunsten Privater eingegriffen. Damit wäre selbst bei einer rechtmäßigen Genehmigung die Frage nach Entschädigung zu stellen. Das Sonderopfer, welches der Einzelne hier durch staatliche Planungs- und Genehmigungsakte vermeintlich zugunsten der Allgemeinheit (in Wahrheit leider nur zugunsten der Windradaufsteller) zu tragen hat, ist somit vom Staat auszugleichen.</p> <p>Durch die nahen Windkraftwerke verlieren die Immobilien in Kettenacker drastisch an Wert.</p> <p>Die Bürger Baden-Württembergs werden gegenüber bayrischen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bürgern benachteiligt und in ihren Rechten beschnitten. Es gibt keinen Nachteilsausgleich für die Wertverluste durch Windkraftwerke.</p> <p>Einhergehend mit den optischen Wirkungen der Industrieanlagen in der Landschaft und den davon ausgehenden Immissionen ist ein wirtschaftlicher Verlust an Immobilien- und Grundstückswerten für die umliegenden Eigentümer zu erwarten. Je wertiger die Immobilie und je näher die Windkraftanlage desto höher die Wertverluste. Durch die Vielzahl der Betroffenen summieren sich die Verluste in schwindelerregende Höhen. Durch die Belastung der Betroffenen wegen Wertverlusts entsteht eine Ungleichbehandlung der Bürger, die nicht ausgeglichen wird. Die Bundesländer haben unterschiedliche Abstandsregelungen, die zu einer weiteren Ungleichbehandlung führen</p> <p>Der Verbandschef des Eigentümerverbandes Haus &amp; Grund in Schleswig-Holstein, Jochem Schlotmann fordert in einem Bericht der Husumer Nachrichten vom 29.11.2011 mit dem Titel "Verlieren Häuser an Wert?":</p> <p>„Da für den Gesetzgeber diese Folgen der Wertentwicklung vorhersehbar sind, ist es verfassungsrechtlich geboten, für diesen enteignungsgleichen Eingriff eine gesetzliche Ausgleichsregelung festzuschreiben" Weiter heißt es im Bericht:</p> <p>„Haus &amp; Grund fordert daher das Land auf, einen gesetzlichen Anspruch auf finanziellen Ausgleich für die betroffenen Eigentümer zu regeln. Deren Grundstücke würden unter anderem durch Lärm, Schattenschlag, Eiswurf, durch die bedrängende Wirkung und die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen an Wert verlieren. Wertverluste von 30 Prozent oder gar Unverkäuflichkeit der Immobilie seien nicht unüblich...Selbst bei Stillstand der Anlagen flössen die staatlichen Subventionen weiter. Diese müssten auch von den betroffenen Grundeigentümern mitgetragen werden."</p> <p>(<a href="http://www.shz.de/nachrichten/lokales/husumer-nachrichten/artikeldetails/artikel/verlieren-haeuser-an-wert.html">http://www.shz.de/nachrichten/lokales/husumer-nachrichten/artikeldetails/artikel/verlieren-haeuser-an-wert.html</a>)</p> <p>Bereits durch die Planung von Vorranggebieten entsteht ein Schaden für Bürger und Gemeinde, da keine Entwicklungen in der Nähe der Windenergieanlagen mehr möglich ist. Hinzu kommt die Wertminderung von Immobilien und Grundstücken. Banken bewerten bei der Kreditvergabe den Wert von Grundstücken und Immobilien mit einem Abschlag bis zu 30%.</p> <p>Bereits betroffene Immobilien sind regelmäßig nicht mehr zu vermieten bzw. zu verkaufen. Maklerprogramme zur Bewertung von</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Immobilien berechnen zwischen 5 - 30% an Wertminderung, wenn die Anlage unter 2.500 m Entfernung zum Haus liegt. Für Immobilienbesitzer heißt das, dass Ihr Eigentum weniger wert ist. Die Auswirkungen auf die Bürger sind erheblich und kommen einer Enteignung gleich. Von der Landesregierung Baden-Württembergs ist die Pflicht zur Sicherung des Eigentums und zur Wahrnehmung der Aufgaben nach Artikel 3a „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen... " und nach Artikel 1(2) der Landesverfassung, den Menschen „Schutz und Förderung" zu gewähren und einen Ausgleich der wechselseitigen Rechte und Pflichten zu bewirken, bei der Ausweisung des genannten Standortes als Vorranggebiet für Windkraftnutzung nicht gegeben.</p> <p>Die Ausweisung der genannten Vorranggebiete ist in Abwägung der öffentlichen Belange ein enteignungsgleicher Eingriff bzw. Sonderopfer nach GG Artikel 14,3 und ist nicht zu vertreten.</p> <p>Windkraftanlagen zerstören die Kulturlandschaft der Schwäbischen Alb  Windkraftanlagen sind unvereinbar mit der Kulturlandschaft der Schwäbischen Alb und ihrem einzigartigen Charakter. Sie würden den Charakter der Schwäbischen Alb zerstören, die Kulturlandschaft der Alb signifikant entwerten, die weiten Sichtachsen eliminieren und den artenreichen Naturraum massiv gefährden. Der Natur- und Landschaftsschutz ist ein wichtiges, identitätsstiftendes Thema, denn die ausgesprochen schöne Landschaft mit den zahlreichen Wiesen, Weißdorn- und Schlehenhecken werden von der Bevölkerung und den Touristen sehr geschätzt. Um die wertvollen Biotope und das abwechslungsreiche Landschaftsbild zu erhalten, ist eine nachhaltige Landschaftspflege notwendig. Dieses Naherholungsgebiet, das viele Menschen aus der Region Reutlingen und Stuttgart regelmäßig besuchen, werden vom Planentwurf nicht berücksichtigt.</p> <p>Windkraftanlagen führen zu Sichtbelästigungen  Vor allem bei niedrigem Sonnenstand ist mit einer Sichtbelästigung durch Schattenschlag zu rechnen. Aber auch bei Nacht kommt es zu Sichtbeeinträchtigungen durch eine Vielzahl an Blink-/ Dauerlichtern an den Windkraftanlagen, die als Sicherheitsbeleuchtung fungieren. Der Nachhaltigkeitsbeirat spricht von unmittelbaren Störungen durch Windkraftanlagen in einem Radius von 2,5 km und mit einer visuellen Beeinträchtigung (hier vor allem Drehbewegungen, nächtliche Beleuchtung) mit einem Radius von bis zu 15 km. Dies stresst insbesondere Menschen und Tiere.</p> <p>Windkraftanlagen zerstören den Lebensraum von Rotmilanen  Milane sind windkraftempfindliche Tiere und stehen unter einem</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>besonderen Schutz. Laut Gutachten von Frau Dr. Gschwend, ist auf der Schwäbischen Alb nicht nur ein Dichtezentrum des Rotmilans, sondern ein Welt dichtezentrum. Mehr als die Hälfte des gesamten Weltbestandes des Rotmilans lebt in der Bundesrepublik Deutschland. Dies bedeutet, dass das Gebiet in Kettenacker für den Fortbestand des Rotmilans der weltweiten Population Verantwortung trägt und von enormer Wichtigkeit ist. Die Rot- und Schwarzmilane haben beim Fliegen kein Meideverhalten gegenüber den Windkraftanlagen. Balzflüge, Thermikkreise und Nahrungsflüge gehen in große Höhen, die im Bereich der überstrichenen Rotorflächen von Windkraftanlagen liegen. Deshalb unterliegen Rot- und Schwarzmilane einem großen Kollisionsrisiko bzw. Schlagopferisiko. Hier steht eindeutig europäisches Recht vor deutschem Recht.</p> <p>Es liegen bei der unteren Naturschutzbehörde dokumentierte Rotmilangutachten und Fledermausgutachten vor, die nicht in den Fachbeitrag Artenschutz eingearbeitet wurden.</p> <p>Bei Anwendung entsprechender 1 km-Sperrbereiche (LUBW-Vorgaben zur Nutzung der Windenergie, „Helgoländer Papier“) fallen die Vorranggebiete gänzlich weg. Die Vorrangflächen für Windenergie in Kettenacker müssen somit wegen erheblicher artenschutzrechtlicher Konfliktsituationen aus den laufenden Überarbeitungen des Teilregionalplan Energie RVBO herausgenommen werden.</p> <p>Wie in aktuellen Planunterlagen des Verbandes zu entnehmen ist, wurden diese Gebiete bisher nicht entnommen. Stattdessen setzt der Regionalverband Donau-Iller und Regionalverband Neckar-Alb noch eine weitere riesige Vorrangzone direkt an die Grenze zu Kettenacker. Allein diese zusätzlichen Fremd-Vorranggebiete ergeben enorme Belastungen für die Kettenacker Bevölkerung. Diese Tatsachen sind in der Abwägung nicht zum Tragen gekommen!</p> <p>Die Datengrundlage im Planentwurf in Bezug auf Windindustriegefährdete Vogelarten ist deshalb fehlerhaft und angreifbar, er ist somit unzureichend und wird hiermit abgelehnt.</p> <p>Windkraftanlagen zerstören den Lebensraum von Menschen Es gibt mittlerweile genügend Studien, national wie auch international, die die negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf den menschlichen Körper bzw. auf die Gesundheit des Menschen belegen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit gehört zu den Grundrechten eines Menschen im Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kettenacker liegt in einem strukturschwachen Gebiet mit wenigen Arbeitsplätzen. Wenn Sie die Vorranggebiete für Windkraftanlagen in Kettenacker weiter vorantreiben, machen Sie sich daran schuldig, dass der Ort ausbluten wird. Es gibt viele Orte in der Bundesrepublik Deutschland in der Nähe von Windparks, dessen Bewohner aus gesundheitlichen Gründen weggezogen sind, sofern sie es sich finanziell leisten können. Wo bleibt Ihr sozialer Ansatz für ein kleines Dorf im Landkreis Sigmaringen?</p> <p>Klimaschutz Die landschaftlichen und natürlichen Strukturen in Kettenacker sind sehr günstig für Tiere und dienen der Naherholung der Menschen. Sie haben eine wichtige Funktion im Naturhaushalt. In den ausgewiesenen Vorranggebieten müssen für das schwerlastfähige Wegenetz und die Netzanbindung Wälder gerodet werden und somit wird der Lebensraum von Tieren zerstört. Da dieser Altbestand des Kettenacker Waldes auch CO<sub>2</sub> bindet und dem Treibhauseffekt entgegenwirkt, ist das ein unsinniger Flächenverbrauch. Auch beobachtete ich seit dem Jahr 2015 mit Sorge die laufende Abholzung der älteren Laubbäume in dem geplanten Vorranggebiet. Pro Windkraftanlage wird mindestens ein Hektar Wald vernichtet und dauerhaft ökologisch entwertet. Eventuelle Aufforstungen können das nicht einmal ansatzweise ausgleichen, da alte Bäume in jeder Hinsicht ungleich wertvoller als Neuanpflanzungen sind. Ein Hektar Wald speichert bis zu 13 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.</p> <p>Wer das Klima schützen will, muss Wald erhalten, ökologische Kreisläufe erhalten und Energie nur dort produzieren, wo es effizient und landschaftsschonend gewonnen werden kann. Ich finde es erschreckend, dass Sie 83 % der Vorranggebiete für Windflächen im Wald geplant haben und nur 17 % im Offenland.</p> <p>Bei der Standortsuche in Kettenacker wurde das "Schutzgut Mensch/Bevölkerung" nicht ausreichend berücksichtigt. Der Gesundheitsvorsorge der Bürger von Kettenacker und dem Abstand zu den Wohnhäusern wird nicht ausreichend Rechnung getragen. Viele Verfahren des BauBG wurden hinter verschlossenen Türen gegen den Willen der Bevölkerung durchgeboxt. In manchen Punkten wurden die Bürger ohne Sprechrecht informiert. Ich wehre mich gegen eine Demokratie, die saubere und grüne Windkraftromantik vorgaukelt. Mit der Windenergie kann keine Stromversorgungssicherheit geschaffen werden. Das beweisen die unnötigen EEG-Ausgaben, bei dem Milliarden-€ Beträge von Bürgern vernichtet und verschenkt werden. Unsere Nachbarländer liefern Atomstrom, wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Trinkwasser</p> <p>Seit Jahrzehnten ist bekannt, das durch den Karstboden in Kettenacker bei Schadensfällen wie etwa Bränden erhebliche Gefahren für das Grundwasser drohen. Hydrauliköle und andere schädliche Stoffe können in den Boden gelangen und das Trinkwasser für 4500 Menschen innerhalb von ein bis zwei Tagen verunreinigen. Das ist ein sehr hohes Risiko, das Sie bedenken sollten.</p> <p>Aus dem verfassungsrechtlichen Schutzauftrag aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes ergibt sich für den Staat die Pflicht, "das Leben und die körperliche Unversehrtheit des Einzelnen zu schützen." Lässt der Regionalverband es zu, dass Großwindanlagen in einem völlig unzureichenden Abstand zu menschlichen Wohnungen errichtet werden, verletzt er einen staatlichen Schutzauftrag und kann für die gesundheitlichen Folgen haftbar gemacht werden.</p> <p>Eiswurf</p> <p>Betriebsbedingt kann es bei Frost zu einer Vereisung der Rotorblätter der Windindustrieanlagen kommen. Drehen sich die Rotoren, können Eisbrocken bis zu 1500 Meter und weiter geschleudert werden. Mehrere Wanderwege, Langlaufwegen, Fahrradwege etc. verlaufen in der Nähe und durch die geplanten Vorranggebiete rund um Kettenacker.</p> <p>Viele Fußgänger sowie Freizeitsportler sind im Plangebiet regelmäßig unterwegs. Ebenso verlaufen etliche Ortsverbindungswege in der Nähe oder durch die Plangebiete, die von Pendlern regelmäßig genutzt werden. Die massive Gefährdung von Fußgängern, Fahrradfahrern, Freizeitsportlern und Anliegern durch Eiswurf ist im Planentwurf nicht ausreichend berücksichtigt oder untersucht worden. Daher wird der Planentwurf als unvollständig zurückgewiesen.</p> <p>Die Maßnahmen „Beheizung der Windkraftrotoren“ und „Abschaltung der Anlagen“ sind in höchstem Maße kontraproduktiv (wirtschaftlich, energetisch) und können deshalb hier nicht zur besseren Eignung der genannten Vorranggebiete beitragen.</p> <p>Es müssten gesonderte Abstände zu Wanderwegen eingehalten werden. Dies ist insbesondere unter dem Aspekt einer bestehenden Lebensgefahr durch Eiswurf unverantwortlich. Dieser Abstand sollte mindestens 500 m sein. Auch der Hinweis auf mögliche Abschalttechniken vermag hier nicht zu überzeugen. Die Praxis hat gezeigt, dass diese Automaten fehleranfällig und nicht zuverlässig sind. Durch die Umzingelung von Kettenacker durch</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windindustrieanlagen sind Fußgänger, Fahrradfahrer und Freizeitsportler nahezu überall gefährdet.</p> <p>Wirtschaftlichkeit des geplanten Windparks?  Die absehbar nicht ausreichende Wirtschaftlichkeit aufgrund mangelnden Windertrags in Schwachwindgebieten, wie sie durchgängig in unserer Region vorliegen, rechtfertigt keinen solchen radikalen Eingriff in die Natur und in den Lebensraum von Menschen und Tieren.</p> <p>Es ist bekannt, dass bei vielen Windparks die in der Planung berechnete Ertragsprognose nicht erzielt wird, und daher die Windparks unwirtschaftlich sind. Und genau diese positiven Ertragsprognosen haben den Bau dieser Windkraftanlagen gerechtfertigt. Es wurde dafür umsonst wertvolle Natur zerstört.</p> <p>Der aktuelle Windatlas Baden-Württemberg überbewertet die Windhöflichkeit in dem genannten Vorranggebiet. Dies zeigt eindrücklich die Studie „Der Windatlas 2019 Baden-Württemberg und der bayerische Windatlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze.“ Z.B. ist darin an einem Punkt in Isny die Windleistungsdichte 63% höher als in Bayern, obwohl der Punkt nur 382 m entfernt ist. An einem Punkt in Leutkirch ist die Windleistungsdichte 87% höher als in Bayern, obwohl der Punkt nur 306 m entfernt ist.</p> <p>Diese unrealistischen Ertragsprognosen in Baden-Württemberg sind fatal. Ich fordere Sie auf, die Planung nicht auf unrealistische Annahmen und durch Simulation hochgerechnete Windhöflichkeit zu gründen. Ich fordere, zuerst reale Windmessungen mit Windmessmasten durchzuführen, um eine verlässliche Grundlage für die Planung zu erhalten. Im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom April 2025 wird darauf hingewiesen: „Wir überprüfen das Referenzertragsmodell auf Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwindstandorte.“</p> <p>Es profitieren nur kurzfristig Investoren und Landeigentümer, schaden tut es langfristig den Bewohnern, der Flora und Fauna, dem Tourismus und den wertvollen biologischen Kreisläufen in unserem Wald. Die Infrastruktur in Kettenacker ist sowieso schon schlecht und wird sich durch diesen Industriepark noch weiter verschlechtern. Im Zuge der Flüchtlingsströme seit 2015 wurde festgestellt, dass es Flüchtlingen nicht zuzumuten ist, in Kettenacker zu wohnen.</p> <p>Das Ziel sollte sein, Versorgungssicherheit für die Bürger zu erreichen. Eine Versorgungssicherheit mit Windrädern ist nicht möglich, da sie nicht rund um die Uhr grundlastfähig sind. Mit der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Planung der Vorranggebiete wären zu viele Umweltzerstörungen für Mensch und Natur verbunden. Wenn dies alles ehrlich monetär bewertet werden würde, würde sich herausstellen, dass es sich nicht lohnt.</p> <p>Der ökologische Fußabdruck durch WKA-Strom ist katastrophal. Im Sonderbericht zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung vom 7.3.2024 hat der Bundesrechnungshof das Bundesumweltministerium kritisiert, die Kosten der Energiewende nicht ehrlich darzustellen.</p> <p>[Inhalt anonymisiert]  In dem genannten Vorranggebiet befindet sich seit Jahrzehnten ein [Inhalt anonymisiert] . Aufgrund der derzeitigen geopolitischen Situation und der Zersiedlung hat die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland wenig Ausweichmöglichkeiten für Ihre Trainingsflüge. Es ist zu befürchten, dass es während der regelmäßigen Flüge zu Kollisionen mit den Windkraftanlagen kommt und Menschen zu Schaden kommen.  Deswegen weise ich den Planentwurf zurück.</p> <p>Zusammenfassung:  Die aufgeführten Argumente verbieten geradezu die Errichtung von Windkraftanlagen in diesen Vorranggebieten in Kettenacker. Ich lehne daher die Planungen in Kettenacker aus o.g. Gründen ab. Es ist unverantwortlich und unseriös gegenüber unserer nachfolgenden Generationen, solche Planungen voranzutreiben.</p> <p>Sie als Regionalverband Bodensee-Oberschwaben sollten die Vorrangflächen gleichmäßig über die drei Landkreise verteilen. Stattdessen weisen Sie 4 % der Flächen im Bodenseekreis, 39% der Flächen im Landkreis Ravensburg und 58% der Flächen im Landkreis Sigmaringen aus.  Offensichtlich haben Sie bei den 280 Einwohnern von Kettenacker die Siedlungsstrukturen mit einem anderen Maß als im Bodenseekreis bewertet?! Die Windkraftanlagen sollen nun in großer Zahl rund um Kettenacker gebaut werden, die die Bewohner des Bodenseekreises und des "----" Landkreises Ravensburg nicht vor ihrer Haustüre haben möchten.</p> <p>Diese Vorranggebiete haben eine enorme und unangemessene Umzingelungswirkung für dieses kleine Dorf Kettenacker. Die große Anzahl der Windkraftanlagen, die enorme Höhen der Windindustrieanlagen und der zu geringe Siedlungsabstand zur vorhandenen Wohnbebauung wirken äußerst bedrohlich. Dieser</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Aspekt wurde im Planentwurf nicht berücksichtigt. Der Planentwurf ist daher unsachgemäß und fehlerhaft und ist deshalb zurückzuweisen.</p> <p>Ich verstehe nicht, warum der Bürgermeister und der Gemeinderat von Gammertingen nicht Partei für ihre Bürger in Kettenacker ergreifen und Ihre geplanten Vorranggebiete unkritisch abnicken. Offensichtlich verführen die in Aussicht gestellten Pachterträge die Verantwortlichen der Stadt Gammertingen aufgrund ihrer klammen öffentlichen Haushalte zu solchen falschen Entscheidungen.</p> <p>Ich widerspreche zudem dem Fachbeitrag Artenschutz der LUBW. Dieser darf nicht als Grundlage für die Regionalverbandsplanungen zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft herangezogen werden. Der Fachbeitrag ist völlig lückenhaft. Viele Gutachten sind nicht berücksichtigt.</p> <p>Ich fordere die Herausnahme von allen oben aufgeführten geplanten Vorrangzonen auf der Gemarkung Kettenacker aus allen weiteren Planungen.</p> <p>Ich bitte Sie um eine Bestätigung des form -und fristwahrenden Eingangs und diesmal um eine zeitnahe schriftliche Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10056	96	<p>Betr. Windkraftanlagen – Einspruch</p> <p>Nördlich von Enkenhofen und Winnis</p> <p>bei der öffentlichen Ortschaftsratsitzung in der Turn-und Festhalle Beuren wurde der überarbeitet Regionalplan für Windkraft-Vorranggebiete vorgestellt.</p> <p>Zu beiden Gebieten möchten ich meinen Einspruch aussprechen. [Inhalt anonymisiert] [Inhalt anonymisiert] Dauercamper und Gäste kommen aufgrund von Natur und Ruhe [Inhalt anonymisiert] und jetzt sollen Windräder durch Lärm, Infra-Schall, Schattenschlag (nachmittags) diese Idylle zerstören.</p> <p>Der Campingplatz[Inhalt anonymisiert] stellt Arbeitsplätze zur Verfügung.</p> <p>Da muss ich mich schon fragen, wo bleibt hier das Schutzgut MENSCH???</p> <p>Wo bleibt die Wirtschaftlichkeit des Waldes durch großflächige</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zerstörung???</p> <p>Wo wird das Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiet geschützt????</p> <p>Wo unser Grundwasservorkommen???</p> <p>Unsere intakte Dorfgemeinschaft wird zerstört, Schule, Kindergarten, Vereine, etc. Nachbarschaften.</p> <p>Tourismus ist ein Wirtschaftszweig von großer Bedeutung, auch hier bei uns in Beuren!!!</p> <p>Habe kein Verständnis für die Investoren von Windräder, die weit davon wohnen und keine Beeinträchtigung davon spüren.</p> <p>Die Regierung sollte man verpflichten STROM zu sparen anstatt immer wieder neue Förderprogramme aufzulegen. Wo soll das hinführen, dafür habe ich kein Verständnis.</p> <p>Woher kommen die Rohstoffe für die Herstellung einer Batterie???</p> <p>Und von wem werden diese abgebaut ??(Kinderarbeit in den sowieso bettelarmen Ländern)</p> <p>Möchte Sie bitten, meine Einwände zur Kenntnis zu nehmen.</p>	<p>Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10057	97	<p>als Eigentümer des[Ort anonymisiert] der Gemarkung Osterhofen bin ich verwundert darüber, dass nunmehr der vorgenannte Grundbesitz aus dem Vorranggebiet herausgenommen worden ist. Als Begründung wurde im Entwurfsplan als Rücknahmegrund „Sonstiges“ benannt. Der Synopse Anlage B.4 kann entnommen werden, dass dies wohl mit der Rohstoffvorrangfläche des benachbarten Regionalplans -Donau-Iller zusammenhängt. Jedoch steht die Nutzung der betreffenden Fläche durch Windenergie nicht im Widerspruch zum Kiesabbau der nahe gelegenen Kiesgrube Buch. Im Übrigen sieht auch der Regionalplan Donau-Iller keinen Widerspruch darin, dass sich die Vorrangfläche Windenergie und Vorrangfläche Rohstoffabbau entsprechen.</p> <p>Nicht richtig gewichtet wurden dabei die Vorteile, die der Einbezug des vorgenannten Grundbesitzes in das Vorranggebiet Windenergie aufweist.</p> <p>Zunächst ist von Relevanz, dass der Grundbesitz auf der westlichen Seite des Vorranggebietes gelegen ist. Mithin liegt das Grundstück auf der abgewandten Seite des wegen des Natur- und Artenschutzes verkleinerten Vorranggebietes.</p> <p>Des Weiteren verfügt das Grundstück bereits über eine gesicherte Erschließung über mehrere Feldwege. Ein weiterer Ausbau der Infrastruktur und mithin ein erheblicher Eingriff in die vorhandene Waldstruktur am Standort ist nicht erforderlich. Wegen der bisherigen Nutzung des Grundstücks als Abbaugelände von Rohstoffen (Kiesgrube) ist eine entsprechende Vornutzung erfolgt, was auch für dieses Grundstück mit einer erheblich geringeren Eingriffsintensität spricht. Aktuell befindet sich lediglich geringfügiger Bewuchs am Standort, was Eingriffe in die Waldstruktur, insbesondere einen Kahlschlag wie an anderen Standorten ausschließt.</p> <p>Vor diesem Hintergrund darf ich um Berücksichtigung des vorgenannten Grundbesitzes im Vorranggebiet Windenergie bitten. Gerne kann ich Ihnen die Vorteile des Grundbesitzes in einem</p>	<p>Im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie wurde das genannte Vorranggebiet Windenergie aufgrund des teilweise fehlenden Vorsorgeabstand mit 100 m zu Rohstoffvorrangflächen des kürzlich genehmigten Regionalplans Donau-Iller gemäß Kriterienkatalog des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben geändert. Damit wurde der Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung, Anhörungsentwurf Teilregionalplan Energie) (Vorsorgeabstand als erheblicher Konflikt) in diesem Fall auch auf eine regionalplanerische Festlegung eines benachbarten Regionalverbands angewendet. Aus Sicht des Regionalverbands ist diese Vorgehensweise erforderlich, um einen einheitlichen Umgang mit der Sicherung der Nutzbarkeit von Vorranggebieten für den Abbau von Rohstoffen zu gewährleisten.</p> <p>Die Herausnahme des genannten Fläche entspricht somit dem Planungskonzept und dem Kriterienkatalog zur Festlegung. Der Vorsorgeabstand als erheblicher Konflikt (K2) dient gem. Begründung zum Kriterienkatalog zur Vermeidung von Konflikten von Windenergieanlagen mit zukünftigem Rohstoffabbau.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Ortstermin noch konkreter erläutern.				
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10058	892	<p>mit der Anlage geben wir als Naturschutzinitiative e.V. Position zu den geänderten Energiegebieten und der Planungsgrundlage als Gesamtschreiben mit zugehöriger Anlage. Dieses ergänzt unsere Stellungnahme im Rahmen der ersten Anhörung (per Mail/Post)</p> <p>Stellungnahme der Naturschutzinitiative e.V. (NI) zu den Änderungen des RVBO Teilregionalplans Energie in der 2. Offenlage Sehr geehrte Damen und Herren, ergänzend zu unserer Stellungnahmen im Rahmen der ersten Anhörung (per Mail/Post) geben wir hier nochmals Position zu den geänderten Energiegebieten und der Planungsgrundlage.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10058	896	<p>Zu WEA 435-002 Hochbühl Das Vorranggebiet Hochbühl wurde verkleinert, aber nicht aus der Planung herausgenommen, wie wir gefordert haben. Auch der verkleinerte Entwurf zerstört Wald, Landschaft und Lebensräume der Fledermäuse. Die Gemeinde Owingen ließ 2024 ein Fledermausgutachten erstellen und hat es dem RVBO zugeschickt (Untersuchung der Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl, Owingen, Gutachten des Büros „365° Freiraum+Umwelt“ vom 21.01.2025). Wir beziehen uns auch auf dieses Gutachten, dessen Ableitungen wir uns zu eigen machen. Gemäß diesem Gutachten ist die Fledermauspopulation am Hochbühl von überregionaler bis landesweiter Bedeutung. Die Realisierung des Windvorranggebiets würde den Lebensraum der Fledermäuse zum großen Teil zerstören; die verbleibenden Reste des Waldes werden wahrscheinlich anschließend der Austrocknung zum Opfer fallen. Die herausragende Bedeutung des Hochbühl für den Vogelzug haben wir bereits in der 1. Offenlage erläutert. Deshalb fordern wir jetzt erst recht, den Hochbühl aus der Planung komplett herauszunehmen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Die verschiedenen Schutzgebiete im Altdorfer Wald wurden gemäß Planungskonzept geschützt bzw. freigehalten.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10058	897	Zu WEA-436-004 Altdorfer Wald - Erbisreuter Wald WEA-436-009, Altdorfer Wald - Grunder Wald,		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>WEA-436-010, Altdorfer Wald – Süd,  Die Reduzierung der genannten Vorranggebiete durch kleine Teilflächen wird die Naturzerstörung in diesen Gebieten nicht aufhalten oder vermindern. Der Altdorfer Wald ist so wertvoll für den Artenschutz, dass er in seiner Gesamtheit und großflächig geschützt werden muss, statt durch Ausweisung der WE-Vorranggebiete zerstückelt und durch die dann folgende Austrocknung großflächig zerstört zu werden. Wir fordern deshalb, diese Gebiete aus der Planung komplett zu streichen.</p>	<p>Hierzu wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Ferner wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Der sog. Wake-Effekt (Nachlauf-Effekt, Wirbelschleppen-Effekt) ist durch mehrere Studien hinsichtlich seiner durch die Reduktion der Windgeschwindigkeiten verursachten leistungsmindernden Wirkung für im Windschatten eines Windparks liegende Windenergieanlagen belegt. Gem. Drucksache 17/2899 des Landtags Baden-Württemberg vom 14.07.2022 sind diese Effekte nach Aussagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jedoch lokal begrenzt und lösen sich in entsprechendem Abstand von der Windenergieanlage wieder auf. Ein großräumiger Effekt mit Auswirkungen auf die Windenergienutzung allgemein oder großräumige Beeinflussungen des Windaufkommens etc. ist gem. o.g. Drucksache nicht zu befürchten.</p> <p>Eine großräumige oder sogar globale Beeinflussung des Klimas (z.B. Dürren, Temperaturanstieg) oder des Wetters (z.B. Zunahme des Starkregens) durch Windenergieanlagen ist gem. der aktuellen Studienlage nicht zu besorgen. Verschiedene Studien zeigen, dass der Wake-Effekt durch die Verwirbelung und Durchmischung der Luftschichten nachts zu einer leichten Erwärmung der oberflächennahen Luftschichten im Windschatten von Windenergieanlagen führen kann. Eine Dokumentation der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2022 (WD 8 - 3000 - 083/20) wertet mehrere Studien zu mikroklimatischen Effekten von Windenergieanlagen aus. Die Untersuchungen zeigen, dass</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>der Wake-Effekt nachts potenziell Auswirkungen auf die lokalen bodennahen Lufttemperaturen und die Bodenfeuchtigkeit haben kann. Das Ausmaß und die Wirkungen sind gering und hängen stark von verschiedenen Faktoren (z.B. Gelände, Ausgestaltung und Anordnung der Windenergieanlagen) ab. Gem. Drucksache 17/3142 des Landtags Baden-Württemberg vom 25.08.2022 befürchtet die Landesregierung weder relevante negative Auswirkungen auf das Mikroklima noch eine Austrocknung der lokalen Landschaft in der Nähe von Windparks.</p> <p>Mögliche negative Auswirkungen sind lediglich für gegenüber Veränderungen der abiotischen Faktoren, insbesondere des Wasser- und Temperaturhaushalts stark empfindlichen Lebensräumen, wie z.B. Hochmoore, möglich, sind aber derzeit zu wenig erforscht. Es gibt es die Möglichkeit, auf der nachgelagerten Ebene im Zuge der Genehmigungsplanung von Windenergieanlagen im möglichen Einflussbereich des Wake-Effekts ein Monitoring für Hochmoore festzulegen. Das Erfordernis ist abhängig von der Anzahl und Höhe der Windenergieanlagen, der Topografie sowie dem aktuellen Stand der Wissenschaft: Die Festlegung eines Monitorings ist Aufgabe der Genehmigungsbehörden.</p> <p>Insgesamt ist eine Reduktion der Vorranggebiete Windenergie aufgrund möglicher Wirkungen durch den Wake-Effekt (über die oben genannten Vorsorgeabstände zu Hochmooren hinaus) daher weder fachlich geboten noch erforderlich.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Hinweis: Ausführungen zu Auswirkungen von WEA speziell in Wäldern finden Sie in der Anlage B.1 zur Synopse zur 1. Offenlage.</p> <p>Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10058	898	<p>Zu WEA-437-026 Kettenacker Ost Zu WEA-437-020 Inneringen-Nordost Vorgenannte Gebiete liegen in einem Rotmilan-Dichtezentrum, das gemäß der Publikation von Gschweng (2022, Ber. Z. Vogelschutz 58/59: S. 29-42, s. Anlage 01 unserer Eingabe vom 28.03.2024) herausgearbeitet wurde. Hier liegen so hohe Rotmilandichten vor, dass in dieser Publikation sogar von einem Weltdichtezentrum geredet wird. Erhebliche Konflikte sind in diesen Gebieten zu erwarten, wenn WEA errichtet werden. Somit können diese Gebiete nicht die Planungserleichterungen nach §6 WindBG als „Windenergiegebiete“ erfahren, die der TRP beabsichtigt auszuweisen. Das bedeutet, dass in diesen Gebieten auf eine artenschutzrechtliche Prüfung und eine Erfassung windkraftsensibler Arten nicht verzichtet werden kann und ein Verzicht auf Vermeidungs- bzw. Minimierungsmaßnahmen zugunsten von pauschalen Ausgleichszahlungen nicht möglich ist. Andererseits würde weder eine Konformität mit den deutschen Gesetzen noch eine mit den aktuellen EU-Verordnungen (RED III-Richtlinie und vorlaufende EU-Notverordnung) bestehen, nach dem Beschleunigungsgebiete nur die sein können, „wo bei der Nutzung von erneuerbaren Energie keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind“. Sofern der Regionalplan nicht die Intention aufgibt, dass die ausgewiesenen Windenergiegebiete alle Vorteile des §6 WindBG bekommen, sind die vorgenannten Gebiete aus der Kulisse des TRP Energie zu streichen. Zur nähen Begründung legen wir ein sich genau mit dieser Frage auseinandersetzendes Gutachten der Frau Dr. Gschweng vor, das im Auftrag des Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V. / Bürgerinitiative Ittenhausen erstellt wurde und uns zur Kenntnis zugeleitet wurde (Anl.NI-06). Wir verweisen auch auf unsere Kritik zum Umweltbericht weiter unten. Gleiches gilt für alle übrigen Gebietsvorschläge, die sich in einem Dichtezentrum des Rotmilans befinden, wenn dieses durch Publikationen oder Gutachten beleghaft dargestellt ist.</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage und zu den genannten Vorranggebieten verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Die Regionalplanung ist auf systematisch erhobene, regionsweit verfügbare Datengrundlagen angewiesen. Um die Regionalverbände zu unterstützen, wurde im Rahmen der „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Land“ ein „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung“ im Hinblick auf Planungen für Windenergie erarbeitet. Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von Schwerpunktvorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktvorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.</p> <p>In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Auch über die Tatsache einer angreifbaren Planungsgrundlage hinaus ist aus Artenschutzgründen auf den Verzicht der Ausweisung der eingangs genannten Gebiete zu fordern.</p> <p>Dieses ist im besonderen die hohe Rotmilandichte. Im Gebiet Kettenacker-Ost gibt es neben dem Rotmilan auch den Schwarzmilan und den Wespenbussard. Dazu wurden in gesonderten Gutachten eine überdurchschnittliche Dichte an windkraftsensiblen Fledermausarten wie Zwergfledermaus, Rauhaufledermaus, Fransenfledermaus, Kleinabendsegler oder Großes Mausohr nachgewiesen (AGF BW, Ingrid Kaipf 2013 und 2024, zugeleitet über den Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V., jeweils auch an die Kreisverwaltung).</p> <p>Ferner zeigt sich gerade beim Ort Kettenacker, dass durch weitere geplante Vorranggebiete von zwei angrenzenden Planungsregionen die Umzingelungswirkung nach wie vor erdrückend ist. Die getätigten Rücknahmen bei den Gebieten 437-020 und – 026 erreichen dabei keine merkbare Minderung.</p>	<p>BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Bezüglich der von Ihnen eingereichten Daten zu Vorkommen der im Fachbeitrag der LUBW behandelten Arten geht der Regionalverband davon aus, dass diese mit den modellierten Zonen des Fachbeitrags der LUBW ausreichend berücksichtigt wurden. Mit den Schwerpunktorkommen der Kategorie A wurden die (Quell-)Populationen der landesweit bedeutendsten Flächen für die Regionalplanung festgelegt. Dies wurden im Zuge der Planung vollumfänglich berücksichtigt. In den Schwerpunktorkommen A sind keine Vorranggebiete Windenergie im Entwurf zum Teilregionalplan Energie ausgewiesen. Auch Kategorie-B-Flächen wurden fast vollständig berücksichtigt. 99 % der Schwerpunktorkommen Kategorie B in der Region Bodensee-Oberschwaben werden im Entwurf zum Teilregionalplan Energie von Vorranggebieten Windenergie freigehalten.</p> <p>Viele weitere Artnachweise können nur im Zuge der konkreten Standortwahl beachtet werden (z.B. Amphibien, Reptilien, Insekten). Der Regionalverband plant Gebiete, aber keine Standorte.</p> <p>Auch außerhalb der Schwerpunktorkommen des Fachbeitrags können in geeigneten Lebensräumen Vögel- und Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, vorkommen. Sie erfüllen aus landesweiter Sicht jedoch nicht die Voraussetzungen, um im Rahmen der im Fachbeitrag gewählten Methodik und der zur Verfügung stehenden Datengrundlagen als Schwerpunktorkommen der Kategorie A und B abgegrenzt zu werden. Vom Fachbeitrag sind auch</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Arten umfasst, die bevorzugt in Siedlungsbereichen vorkommen. Daher können Schwerpunktorkommen auch in Siedlungsbereichen liegen. Es wird davon ausgegangen, dass für die im Fachbeitrag abgedeckten Arten die aus landesweiter Perspektive wichtigsten Landschaftsausschnitte im Fachbeitrag dargestellt werden. Eine angemessene Berücksichtigung der Schwerpunktorkommen durch den Planungsträger trägt daher zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei. Aus fachlicher Sicht sind die Schwerpunktorkommen nicht vergleichbar mit den im konkreten Genehmigungsverfahren (oder in raumspezifischen Gutachten) relevanten, oftmals dynamischen Horststandorten. Vielmehr bilden die Schwerpunktorkommen raumgreifend die für die Arten aus landesweiter Perspektive besonders wichtigen Landschaftsausschnitte ab, welche als zeitlich deutlich stabiler einzuschätzen sind. Datengrundlagen aus einzelnen, lokalen Kartierungen wurden zur Herleitung der landesweiten Schwerpunktorkommen i. d. R. nicht verwendet, um keine Verzerrungen bei den Ergebnissen des Fachbeitrags zu erzielen. Denn da bei solchen punktuellen Kartierungen der landesweite Vergleich fehlt, bleibt unklar, ob die mutmaßlich höhere Anzahl Artnachweise aus Gutachten tatsächlich mit landesweit höheren Dichten korrespondiert. Im ungünstigsten Fall hätten die anhand dieser Daten abgegrenzten Schwerpunktorkommen nur den höheren Erfassungsaufwand widerspiegelt und nicht die landesweit höchsten Dichten.</p> <p>Für Arten, die im Fachbeitrag Artenschutz erfasst sind, sind Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag für die Regionalplanung unbeachtlich, da das dem Fachbeitrag zugrunde liegende Konzept der Schwerpunktorkommen die kurzfristige räumliche Dynamik von Artvorkommen und deren Bedeutung für die Regionalplanung bereits konzeptionell berücksichtigt. Die Kategorien des Fachbeitrags sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei. Zudem gelten in der Regionalplanung die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote nach § 44 BNatSchG nicht unmittelbar, da noch nicht der Regionalplan, sondern erst die Errichtung der Windenergieanlage eine verbotsrelevante Handlung darstellen kann.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Darüber hinaus ist die Ausweisung von Vorranggebieten im Falle eines möglichen Verstoßes gegen die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote auch dann möglich, wenn im Rahmen einer Prognose eine Ausnahme nach §§ 45 Absatz 7 i.V.m. 45b Absatz 8 BNatSchG in Betracht kommt.</p> <p>Zudem kann davon ausgegangen werden, dass durch Schutzmaßnahmen das Tötungsrisiko für Exemplare besonders geschützter Arten auf ein zulässiges Maß abgesenkt werden kann.</p> <p>Ferner sollen mit Hilfe der Artenhilfsprogramme FCS-Maßnahmen etabliert werden, um populationsstützende Maßnahmen zu verwirklichen, die einer etwaigen Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population zuvorkommen sollen. (s.a. § 45d BNatSchG, Nationale Artenhilfsprogramme: (1) Das Bundesamt für Naturschutz stellt nationale Artenhilfsprogramme auf zum dauerhaften Schutz insbesondere der durch den Ausbau der erneuerbaren Energien betroffenen Arten, einschließlich deren Lebensstätten, und ergreift die zu deren Umsetzung erforderlichen Maßnahmen.) Der Zustand der Population des Rotmilans weist langfristig eine deutliche Zunahme und kurzfristig eine starke Zunahme auf und befindet sich in einem ungefährdeten Status befindet (s. Rote Liste BW, 2019) Nach mündlicher Auskunft der LUBW (2024) ändert sich an diesem Trend mit neuen, bisher unveröffentlichten Daten, aktuell nichts.</p> <p>Daher kann vermutet werden, dass kein Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot vorliegt, da für die betreffende Art in ihrem Bestand zu erwarten ist, dass der Zustand der Population einen positiven Trend aufweist oder sich zumindest bundesweit nicht verschlechtert.</p> <p>Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt, d.h. eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten (vgl. Kap. 8.2 sowie Anlage 3 des Umweltberichts zum 1. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie). Zudem wurden artenschutzrechtliche Belange im Rahmen des Flächenauswahlprozesses für Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt (vgl. Begründung zu Plansatz 4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen der Kriterien für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung). Des Weiteren wurden artenschutzrechtliche</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Belange in der Strategischen Umweltprüfung zum Teilregionalplan Energie abgearbeitet (s. Entwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie) Die Annahme, dass auf Ebene des Regionalplans keine Artenschutzprüfung stattfindet, trifft somit nicht zu. Zur Anwendung des § 45b BNatSchG schreibt das MLW im o.g. Schreiben darüber hinaus:</p> <p>„Um Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an Land zu vereinfachen und zu beschleunigen, sieht das BNatSchG in § 45b nun bundeseinheitliche Standards für die in diesem Zusammenhang durchzuführende artenschutzrechtliche Prüfung vor. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf der Signifikanzprüfung nach § 44 Abs. 5 Satz 2 Nummer 1 BNatSchG sowie auf der erleichterten und rechtssichereren Möglichkeit der Ausnahmeerteilung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG. Die genannte Rechtsnorm ist damit nicht unmittelbar für die Planungsebene anwendbar. Sie ist allerdings für die Vollziehbarkeit der jeweiligen Regionalpläne maßgeblich, um die Frage, ob die Windenergieanlagen auf den Vorrangflächen über eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i. V. m. § 45b Abs. 8 BNatSchG realisierbar wären („Planung in die Ausnahmelage“), zu beantworten.“</p> <p>Anregungen und Bedenken wurden gemäß ihrem Gewicht und entsprechend den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG in die Abwägungsentscheidungen einbezogen. Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber dem Naturschutz, nur in Ausnahmefällen überwunden werden (vgl. Begründung zu § 2 EEG. Bundestagsdrucksache 20/1630). Aus den oben aufgeführten Gründen wurde im in der Anregung genannten Gebiet dem Belang des Ausbaus der Windenergie ein höheres Gewicht beigemessen als dem in der Anregung genannten Belang. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>bei der Regionalplanung an die zum Planungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Grundlagen.</p> <p>Es wird bezüglich § 6 WindBG und EU-Notfall-VO darauf hingewiesen, dass sich die rechtlichen Grundlagen auf Ebene der Regionalplanung für die Strategische Umweltprüfung (§ 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG), für die Betroffenheit von Natura-2000-Gebieten (§ 7 Abs. 6 ROG i.V.m. § 34 BNatSchG) sowie für die artenschutzrechtliche Prüfung (vgl. Umweltbericht zum Entwurf Teilregionalplan Energie i.V.m. §§ 44 ff. BNatSchG) nicht geändert haben.</p> <p>Hierzu heißt es in der Arbeitshilfe zum Vollzug des Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (sog. Wind-an-Land-Gesetz) (Arbeitshilfe Wind-an-Land) (beschlossen durch die Fachkommission Städtebau und den Ausschuss für Recht und Verfahren der Ministerkonferenz für Raumordnung am 3. Juli 2023): „Aus § 6 WindBG ergeben sich keine erhöhten Anforderungen an die Umweltprüfung im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung. Die bisherige artenschutzrechtliche Prüfung auf Genehmigungsebene kann nicht auf die Ebene der Regional- oder Bauleitplanung vorverlagert werden. Vielmehr ist der für eine ordnungsgemäße Abwägung der Artenschutzbelange des § 7 Abs. 2 ROG bzw. § 1 Abs. 6 Nummer 7 BauGB erforderliche Umfang der zu ermittelnden und zu bewertenden Fakten vom Detailgrad der jeweiligen Planung abhängig und von dem Träger der Raumordnungsplanung bzw. der Gemeinde zu bestimmen.“</p> <p>Zudem geht der RVBO aufgrund des § 28 Abs. 5 ROG (Entwurf) davon aus, dass im gegenwärtigen Verfahren keine Beschleunigungsgebiete ausgewiesen werden. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei der Regionalplanung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben</p> <p>Hinweis: Das VRG WEA 437-020 wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung ist der Raumnutzungskarte zum Satzungsbeschluss zu entnehmen.</p>	
IV. 10058	899	<p>Zur Freiflächen-Photovoltaikfläche FFPV-437-042 Oberbichtlingen – Nord</p> <p>Eine minimale Verkleinerung durch Freihalten eines Gewässerrandstreifens entlang des</p>	<p>Natura 2000-Gebiete sowie der regionale und landesweite Biotopverbund wurden im Planungskonzept berücksichtigt. Es wird auf die Kriterien zu diesen Aspekten im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bachlaufes wird den Belangen des Biotopverbundes nicht gerecht. Erst recht bewirkt es keine Verbesserung für das angrenzende FFH / Natura-2000 Gebiet „Ablach, Baggerseen und Waltere Moor“ mit seinen zahlreichen Vögeln und Libellen, zu dem ein Mindestabstand von 1200 m einzuhalten wäre (s. Hinweise der Länderarbeitsgemeinschaften der Vogelschutzwarten (2015)). Deshalb fordern wir, dieses Gebiet ganz aus der Planung zu nehmen.</p>	<p>Photovoltaik und die zugehörige Erläuterung hierzu (s. Anlage zur Begründung, Teilregionalplan Energie) verwiesen. Im Ergebnis konnten Europäische Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete sowie Kernflächen und -räume des landesweiten und regionalen Biotopverbunds &gt;= 2ha bereits im Vorfeld planerisch ausgenommen werden.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LpIG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>In der Natura 2000 Vorabprüfung auf Ebene der Regionalplanung ist zu beurteilen, ob die Festlegungen des Regionalplans die Natura 2000-Gebiete angesichts der für sie festgelegten Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten und ob die Kohärenz des Netzwerkes Natura 2000 gefährdet sein könnte,</p> <p>In der Natura-2000-Vorabprüfung des Regionalplans erfolgt auf Basis einer überschlägigen Prognose eine Beurteilung, ob es für die spezifischen Erhaltungsziele des Natura-2000-Gebietes durch die jeweilige Planfestlegung erhebliche Beeinträchtigungen geben könnte oder ob sich diese offensichtlich ausschließen lassen. Dies ist bei dem in der Anregung genannten Vorbehaltsgebieten Photovoltaik der Fall.</p> <p>Vom genannten Vorbehaltsgebiet sind keine Kernflächen und -räume des regionalen oder landesweiten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Biotopverbundes und keine Verbundräume des regionalen Biotopverbundes direkt betroffen. Es wird lediglich der Suchraum (500m) des feuchten Biotopverbunds (Land BW) tangiert. Aus Sicht des Regionalverbandes sind die Belange des Biotopverbundes auf Ebene der Regionalplanung ausreichend berücksichtigt.</p> <p>Zudem wurden die auf Ebene der Regionalplanung gesetzlich erforderlichen Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen durchgeführt. Eine weitere Berücksichtigung der schutzgutbezogenen Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse der 1. Anhörung (Teil C1) verwiesen.</p>	
IV. 10058	900	<p>Zur Freiflächen-Photovoltaikfläche FFPV-437-081 Wackershofen Vergleichbares gilt für das neu hinzugekommene Ersatzgebiet Wackershofen, das ebenfalls einen Mindestabstand von 1200 m zum FFH / Natura-2000 Gebiet „Ablach, Baggerseen und Waltere Moor“ einhalten müsste. Wir fordern, dieses Gebiet ganz aus der Planung zu nehmen.</p>	<p>Natura 2000-Gebiete wurden im Planungskonzept berücksichtigt. Es wird auf die Kriterien zu diesen Aspekten im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik und die zugehörige Erläuterung hierzu (s. Anlage zur Begründung, Teilregionalplan Energie) verwiesen. Im Ergebnis konnten Europäische Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete bereits im Vorfeld planerisch ausgenommen werden.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LpIG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>In der Natura 2000 Vorabprüfung auf Ebene der Regionalplanung ist zu beurteilen, ob die Festlegungen des Regionalplans die Natura 2000-Gebiete angesichts der für sie festgelegten Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten und ob die Kohärenz des Netzwerkes Natura 2000 gefährdet sein könnte,</p> <p>In der Natura-2000-Vorabprüfung des Regionalplans erfolgt auf Basis einer überschlägigen Prognose eine Beurteilung, ob es für die spezifischen Erhaltungsziele des Natura-2000-Gebietes durch die jeweilige Planfestlegung erhebliche Beeinträchtigungen geben könnte oder ob sich diese offensichtlich ausschließen lassen. Dies ist bei dem in der Anregung genannten Vorbehaltsgebieten Photovoltaik der Fall.</p> <p>Es wurden die auf Ebene der Regionalplanung gesetzlich erforderlichen Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen durchgeführt. Eine weitere Berücksichtigung der schutzgutbezogenen Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse der 1. Anhörung (Teil C1) verwiesen.</p> <p>Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10058	902	<p>Zum Umweltbericht (grundsätzliche Einwände)</p> <p>Nichtberücksichtigung raumrelevanter Datensätze zu 1.3 Hinweise zum 2. Anhörungsentwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan</p> <p>Energie (auch zu 3.2.3 „Datenbasis“)</p> <p>Im Umweltbericht, geändertes Kap. 1.3 wird geschrieben: Nach den Änderungen an den Flächenkulissen im Zuge der Abwägung der Stellungnahmen</p> <p>aus der 1. Anhörung war es erforderlich, die vertiefte Umweltprüfung sowie die</p> <p>naturschutzfachlichen Prüfungen (Natura 2000 - Vorabprüfung und artenschutzrechtliche</p> <p>Prüfung) für die angepassten Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete</p> <p>Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs erneut durchzuführen. Zudem wurde der</p> <p>Umweltbericht überarbeitet. Hierbei wurden neue Datengrundlagen</p>	<p>Betr. Aufnahme der Daten von Fr. Dr. Gschwend in den Fachbeitrag der LUBW haben sie mehrfach Antwort von der LUBW bekommen. Die LUBW hat den Fachbeitrag verfasst und hat betont, dass es eine neue Modellierung seitens der LUBW im Zuge dieses Planungsprozesses nicht stattfinden wird. Auch die neuerlichen Einlassungen sind mit der LUBW, aber nicht mit dem Regionalverband, zu klären. Der Fachbeitrag bleibt weiterhin eine wichtige Planungsgrundlage.</p> <p>Im derzeitigen Verfahren zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie geht der RVBO davon aus, dass keine Beschleunigungsgebiete festgelegt werden (§ 28 Abs. 5 ROG Entwurf, Stand Juli 2025). Daher geht die Anregung von nicht korrekten Annahmen aus. Eine Abwägung erübrigt sich damit, denn die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten ist nicht Gegenstand der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(bspw. die finalen Daten zur Flurbilanz 2022, aktuelle Biotopkartierung Bodenseekreis, Archäologische Bodendenkmale) und Hinweise aus der ersten Anhörung (bspw. zu Artvorkommen) eingearbeitet (Unterstreichungen von uns).</p> <p>Wir bemängeln, dass die aus der Publikation von Gschweng (2022) hervorgehenden Dichtezentren nicht als Planungsgrundlage aufgenommen wurden und gleichwertig zu den nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW 2022) herausgearbeiteten Restriktionsgebieten A/B in der Umweltprüfung berücksichtigt wurden.</p> <p>Wir hatten in unserer Stellungnahme vom 28.03.2024 unter Kap. 5. („Rotmilandichtezentrum mit weltweiter Bedeutung“) und Anlage NI-01 auf diese bundesweit anerkannte Arbeit hingewiesen, die Dichtezentren des Rotmilans von weltweiter Bedeutung zum Gegenstand hat.</p> <p>Nun hat nach der im Umweltbericht referierten Methodik der ROP den Anspruch, Gebiete auszuweisen, die eine möglichst geringe Konflikintensität aufweisen. Damit solle eine Anwendung dieser Gebiete als „Windenergiegebiete“ nach §6 WindBG bzw. als „Beschleunigungsgebiet“ nach RED III Richtlinie der EU sich ergeben.</p> <p>Gerade aus der Tatsache heraus, dass sich unter den herausgearbeiteten Vorranggebieten auch Gebiete in Dichtezentren befinden, die mit zu den weltbesten Dichtezentren für den Rotmilan gehören, sind jedoch erhebliche bis unüberwindbare Konflikte anzunehmen. Die Voraussetzung nach EU- RED III-Richtlinie (Art 33), nach dem bei Beschleunigungsgebieten davon ausgegangen werden sollte, dass sie keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt haben, trifft also auf einen mehr oder weniger großen Teil der im ROP auszuweisenden Vorranggebiete nicht zu.</p> <p>In Korrespondenzen des Umweltministeriums und dem LUBW wird u.a. versucht sich zu begründen, dass die Datenqualität nicht passend zu der Datengrundlage in LUBW (2022)</p>	<p>vorliegenden Teilfortschreibung. Es wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass nach Rechtskraft des Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz sowie für Planverfahren nach dem Baugesetzbuch und dem Raumordnungsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes und zur Änderung des Windenergieflächen-bedarfsgesetzes Beschleunigungsgebiete in einem gesonderten Verfahren gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes festgelegt werden (v.a. § 28 Abs. 5 ROG-Entwurf nach Beschluss des Gesetzes des deutschen Bundestags vom 10.07.2025).</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Es wird zudem darauf hingewiesen, dass sich die rechtlichen Vorgaben für die Regionalplan in Bezug auf die durchzuführenden Umweltprüfungen nicht geändert haben. Auf Ebene der Regionalplanung ist eine SUP durchzuführen, keine UVP, wie in der Anregung behauptet (zur Erläuterung s. Umweltbericht 2. Offenlage). Rechtliche Grundlage für die strategische Umweltprüfung (SUP) von Regionalplänen in Baden-Württemberg ist § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG.</p> <p>Im Übrigen führt das planerische Vorgehen (Planungskonzept, strategische Umweltprüfung, naturschutzfachliche Prüfungen) dazu, dass diejenigen Flächen als Vorranggebiete Windenergie festgelegt werden, die sich durch eine hohe Eignung und wenig Konflikte auszeichnen.</p> <p>Minderungsmaßnahmen können im Genehmigungsverfahren festgelegt werden.</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>war. Frau Dr. Gschweng hat zu diesem Vorwurf in einem neuen Gutachten Stellung genommen, das über eine Interessengemeinschaft aus Kettenacker, Ittenhausen und Inneringen beauftragt wurde (Gschweng 2024). Frau Dr. Gschweng arbeitet dort u.a. heraus, dass die Datengrundlage des LUBW- Fachbeitrags Artenschutz extrem heterogen ist. So wurden neben vergleichbaren von der LUBW beauftragten Kartierungen auch zufällige Ornitho- oder OGBW-Daten berücksichtigt, andererseits wurden ganze Kulissen (die den Staatsforst BW betreffen) unberücksichtigt gelassen. Dieses Vorgehen bedingt, dass der LUBW –Fachbeitrag keine verlässliche Planungsgrundlage ist. In diesem Vergleich sind die von Frau Dr. Gschweng in der Publikation von 2022 geprüften und veröffentlichen Daten hoch integer und nachvollziehbar. Wir machen uns die Argumentation von Dr. Gschweng zu eigen und legen das Gutachten unserer Stellungnahme bei (Anl. NI-06). Ebenso legen wir der einfacheren Anwendung halber erneut die Publikation von Gschweng (2022) bei und verweisen hier auf die Abb.2, aus der die identifizierten Dichtezentren hervorgehen (Anl. NI-1b). Für eine mögliche Ableitung der Vorranggebiete als Beschleunigungsgebiet (bzw. Windenergiegebiet nach §6 WindBG) ist es wichtig, jedes Rotmilan-Dichtezentrum von herausragendem Wert zu berücksichtigen, so es über die einzelnen Brutplätze eindeutig belegt ist. Denn wenn auf Grund unzureichender Datenlage relevante, aber nicht bekannte oder nicht gemeldete Vorkommen windkraftsensibler bzw. ausgewählter Arten im Umkehrschluss als nicht vorhanden gewertet werden, muss dies zu einer falschen Einstufung des jeweiligen Vorranggebiets führen. Dies ist ein grundsätzlicher Mangel des vorliegenden Umweltberichtes. Die gesamte Anwendung des §6 WindBG gerät unter dem Blickwinkel Konformität mit der RED-III-Richtlinie der EU ins Wanken, wenn es nicht gewährleistet ist, dass sich in der</p>	<p>materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Hinweis: Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kulisse der Vorranggebiete auch Gebiete befinden, in denen erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind - zudem in den kritisierten Fällen die Bedeutung und Konflikthöhe derzeit bekannt ist. Ihre im Umweltbericht unter „3.3.2 Artenschutzrechtliche Prüfung“ geschilderte Methodik wäre also zu überprüfen und zu ergänzen.</p> <p>Wir erwarten somit für den zu beschließenden TRP, dass eindeutig erklärt wird, dass für die ausgewiesenen Vorranggebiete der §6 WindBG keine Anwendung finden kann, wonach auf eine artenschutzrechtliche Prüfung mit Erfassung windkraftsensibler Arten oder eine Umweltprüfung verzichtet werden kann und gerade in Dichtezentren entsprechende Vermeidungsmaßnahmen wie saisonale Abschaltungen unabdingbar sind.</p> <p>Alternativ ist die Umweltprüfung mit einer vollständigeren Datenbasis zu wiederholen und die Gebiete, die sich mit den Dichtezentren schneiden, sind als Vorranggebiet herauszunehmen.</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10059	104	<p>die Planung der drei (!) Windräder Nähe Enkenhofen sind in Bezug auf die Idylle der Landschaft und des Landschaftsschutzes absolut nicht nachvollziehbar.</p> <p>Der Schattenschlag sowie der Lärmpegel von gleich drei Windrädern in unmittelbarer Nähe (s.u.) wäre eine Zumutung für Mensch und Tier.</p> <p>Naherholungsgebiet, Naturschutzgebiet mit Campingplatz und Badeseen, Vogelschutzgebiet, Bauern mit Milchkühen, die Gott sei Dank im Allgäu noch auf Wiesen weiden, Kur- und Erholungsstadt Isny, .... Menschen die hier wohnen und Urlaub machen suchen Ruhe und Erholung. Die angesiedelten Bauern und BIO-Höfe haben hier bisher die Möglichkeit ihre Ziele auch umzusetzen, abseits von all den Faktoren, die wir in unseren Städten und Industriegebieten vorfinden. Jetzt sollen diese letzten idyllischen, unberührten Gebiete ebenfalls zerstört werden!</p> <p>Diese Maßnahmen würden der Region in ihrer Attraktivität massiv schaden.</p> <p>Schäden, die nie wieder gut zu machen sind.</p> <p>Es wird gegen Wirtschaftszweige und Einnahmequellen in der Region</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gehandelt, die nur genau wegen dieses intakten Umfeldes bestehen.</p> <p>Gibt es keine Standorte, die aufgrund einer bereits vorhandenen Infrastruktur und Besiedelung geeigneter wären, da hier eine Windanlage weniger ins Gewicht fallen würde?</p> <p>Nur in einer sinnvollen Einheit zum Schutz der Natur und eines intakten Öko-Systems zusammen mit einer sinnvoll geplanten Energiewende ist auch ein Fortschritt möglich. Wenn Energiewende heißt Landschaft und Biotope zu zerstören, kann das nicht der richtige Weg sein!</p>	<p>FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10060	424	<p>Die Fluggemeinschaft Leibertingen-Meißkirch e.V., nachfolgend FGLM genannt, nimmt Stellung zur 2. Anhörung, das WEA 437-011 betreffend.</p> <p>Die FGLM hat mit der 1. Anhörung eine PP Präsentation gesendet, die grundsätzlich weiterhin ihre Gültigkeit behält. Darin wurde ein Sicherheitsabstand von WEA's zur Startbahn des Segelfluggeländes von 3.000 Metern gefordert. Mittlerweile sind der FGLM die Standorte der WEA bekannt, die im Vorranggebiet WEA 437-011 der Gemeinden Leibertingen und Meißkirch gebaut werden sollen. Alle in diesem Vorranggebiet gebauten WEA verhindern durch die geforderten horizontalen und vertikalen Sicherheitsabstände durch ihre Barrierebildung einen Abflug nach Süden oder einen Anflug von Süden her kommend. Zusätzlich stellt das ED-R 132 Stetten a.k.M. für den Abflug nach Norden oder vom Norden her kommend eine weitere Einschränkung dar. Somit können zukünftig nur noch Abflüge und Anflüge nach Westen oder Osten erfolgen. Dies ergibt eine Konzentration der Flugbewegungen auf engstem Raum.</p> <p>Die dem Segelfluggelände Leibertingen am nächsten gelegenen WEA sind das WEA 1 mit einem Abstand von 2.767 Metern und das WEA 3 mit einem Abstand von 2.779 Metern.</p> <p>Mit diesen beiden WEA und auch den noch weiter entfernten WEA zum Fluggelände kann sich die FGLM arrangieren. Aber das WEA2 mit einem Abstand von 2.100 Metern zum Fluggelände ist völlig inakzeptabel nicht nur die Nähe betreffend sondern auch im Besonderen deshalb, da sich dieses WEA genau in diesem Gebiet befindet, an dem die Segelflieger ihre ersten Aufwinde suchen und finden. Die Segelflugzeuge starten an der Seilwinde und erreichen ca. 300 Meter Höhengewinn. Aus dieser Höhe fliegen sie abgleitend die nächstgelegenen Aufwindquellen an um dort kreisend einen weiteren notwendigen Höhengewinn zu erzielen. Und genau an diesem für die Leibertinger Flieger wichtigen Bereich soll das WEA2 aufgestellt werden. Wohlgermerkt entstehen nicht überall in der Topographie um das Segelfluggelände Leibertingen Aufwinde, die der Segelflieger alternativ nutzen kann.</p> <p>Ein Segelflugzeug erreicht den Bereich des geplanten Standortes des WEA 2 je nach Windrichtung und Stärke nach nur 50 Sekunden Flugzeit und sucht dann kreisend Aufwinde in einer Höhe von ca. 180 Metern, also deutlich tiefer als das WEA2 selbst aufragt. Insbesondere bei südöstlichen Windrichtungen würde das WEA2 auf der</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Leeseite Turbulenzen erzeugen die ein kreisendes Segelflugzeug in erhebliche Gefahr bringen können. Haben wir in Leibertingen Nordwest- oder Nordostwinde wird der Segelflieger zwangsläufig in Windrichtung versetzt, das heißt in Richtung des WEA 2. Alle die erwähnten Gründe stellen eine ernsthafte Gefahr für Leib und Leben der Segelflieger dar.</p> <p>Der Umgang mit diesen Gefahrenpotenzialen ist insbesondere für Schüler und junge Piloten, die bisher wenig fliegerische Erfahrung gesammelt haben extrem kritisch, und kann leicht zu unkontrollierbaren Situationen führen.</p> <p>Die FGLM betreibt seit 1961 das Segelfluggelände und bildet jährlich ca. 8-10 Schüler zu Piloten aus. Ebenso begrüßt die FGLM jährlich für einen Zeitraum von 6-10 Wochen Segelfliegergruppen aus ganz Deutschland in Leibertingen, die hier ihren Urlaub verbringen. Ein wesentlicher Aspekt für die Gastfluggruppen sind die idealen Bedingungen um mit ihren Schülern intensive Übungs- und Schulflüge absolvieren zu können. Das Gefahrenpotential gilt für diese Gruppe umso mehr, da ihnen das Gebiet weniger bekannt ist.</p> <p>Die Fluggemeinschaft Leibertingen veranstaltet seit 54 Jahren das über die Region hinaus bekannte „Leibertinger Jugendvergleichsfliegen“, an dem junge Segelflieger ihre ersten Wettbewerbserfahrungen sammeln. In einem solchen Wettbewerb ist es notwendig, dass die Segelflugzeuge sehr zeitnah hintereinander starten, was zur Folge hat, dass sehr viele Segelflugzeuge zeitgleich in niedriger Höhe nach Aufwinden suchen bzw. diese nutzen. Dieses Vorgehen erfordert höchste Konzentration für den jungen Piloten. Befinden diese sich dann auch noch in der Nähe von einem WEA so besteht die Gefahr, dass diese unerfahrenen Piloten völlig überfordert sind und gegebenenfalls sich sogar in Lebensgefahr begeben können.</p> <p>Die in nächster Nähe zum Segelfluggelände geplanten WEA stellen damit eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Leib und Leben der Piloten dar.</p> <p>Bei der Planung des Ausweisgebietes haben die Gemeinden Meßkirch und Leibertingen den Sicherheitsabstand zum Fluggelände zwar berücksichtigt, allerdings wurde der Sicherheitsabstand mit der Genehmigung des Fluggeländes in 1984 definiert. Zu der Zeit war aber nicht bekannt, dass in unmittelbarer Nähe zum Segelfluggelände WEA's mit einer Höhe von bis zu 270 Metern gebaut werden sollen, sonst wäre dieser Sicherheitsbereich deutlich größer gezeichnet worden.</p> <p>Wir bitten deshalb den Regionalverband Bodensee – Oberschwaben das Ausweisgebiet WEA 437-011 im nördlichen Bereich zu reduzieren wie wir dies in beiliegender Karte rot gekennzeichnet haben.</p>	<p>zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Sie ermöglichen der FGLM weiterhin seine Existenz und reduzieren damit deutlich die potenziellen Gefahren für Leib und Leben der dort fliegenden Piloten.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10062	112	<p>wir möchten uns ausdrücklich gegen die Industrie Windkraftanlagen in unserer wunderbaren Natur die unmittelbar vor unserer Haustür liegt aussprechen,</p> <p>Es geht um die Windkraftanlagen im Enkenhofener Wald ,es ist eine Zumutung der Stadt Isny und allen umliegenden Gemeinden uns solche riesigen Industrieanlagen hinstellen zu wollen. Wir können nicht akzeptieren das die Natur so derart verschandelt und zerstört wird.</p> <p>[Inhalt anonymisiert] Campingplatz am Badsee, die der Stadt Isny mit Sicherheit sehr viele Übernachtungszahlen und auch Kurtaxe in die Kassen spült.</p> <p>Ausdrücklich möchte ich auch darauf aufmerksam machen ,das dieses Gebiet bisher ein Hochmoor war , und jetzt wurde es einfach aus diesem Schutzstatus rausgenommen, ohne das uns von Seiten der Stadt ein Grund genannt werden konnte.</p> <p>Weiterhin möchte ich anmerken , das eine Rodung dieses Gebietes ein schwerwiegender Eingriff in eine unwiederbringliche Naturlandschaft darstellt.</p> <p>Dort sind viele verschiedene Tiere ,Insekten und Vögel sowie Fledermaus Arten zuhause. Es wäre ein so schwerwiegender Einfluss auf alle Arten der Flora und Fauna.</p> <p>Der Infraschall ist aus gesundheitlichen Gründen auch nicht zu unterschätzen. Ganz zu schweigen von der Lichtverschmutzung, da die</p> <p>Windkraftanlagen in der Nacht befeuert werden müssen ,damit sie vom Flugverkehr gesehen werden.</p> <p>Auch über den Abrieb der Rotoren wird geschwiegen ,in jeder Fachpresse ist von krebserregenden Stoffen zu lesen. Müssen wir das wirklich hinnehmen???</p> <p>Sehr glücklich sind wir über den Ausschluss , des Beurener Berg Gebietes, aus dem Regionalplan.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10063	114	<p>ich möchte meinen Einspruch vollumfänglich aufrechterhalten und weise Ihre Ablehnung zurück.</p> <p>Das Windrad in Inneringen steht die meiste Zeit still und den Betreiber stört das ja nicht, da er auch ohne Umsatz die errechnete Jahresleistung voll ausbezahlt bekommt. Es wird also auch ohne Leistung Steuergeld ausgegeben.</p> <p>Da dies für alle hergestellten Windräder gilt, hat der Betreiber keinerlei Risiko und wird daher möglichst viele, auch völlig unwirtschaftliche Windräder herstellen; gleichgültig, ob diese bereits am Stromnetz angeschlossen werden können oder ob der Strom vollständig vom Stromnetz aufgenommen werden kann.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ich bitte um Überprüfung der Kosteneffizienz des Gebiets Gammertingen Ost für dort geplante Windkraftanlagen an diesem Schwachwindstandort.</p> <p>Ein weiteres Risiko für die Anwohner besteht, wenn im Bereich von Windkraftgebieten umfangreiche Militärübungen stattfinden. Das Gebiet Gammertingen Ost wird schon jetzt häufig von [Inhalt anonymisiert] überflogen, die den Truppenübungsplatz Meßstetten ansteuern. Im Zuge der derzeitigen militärischen Aufrüstung muss allerdings in Zukunft mit einer deutlichen Zunahme des [Inhalt anonymisiert] gerechnet werden.</p>	<p>der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10063	115	<p>Das Gebiet ist auch aufgrund der Nähe zur Landesstraße 253 nicht geeignet, da eine Gefährdung für die Verkehrsteilnehmer durch Ablenkung, Schattenwurf und Eiswurf besteht = Verkehrssicherungspflicht.</p> <p>Das Windrad in Inneringen müsste nach meiner Einschätzung mindestens 150 Meter weiter von der dortigen Landesstrasse abgerückt stehen, da es dort vereinzelt zu Eis- und Schattenwurf</p>	<p>Belange des Straßenverkehrs wurden bei der Festlegung der VRG Windenergie berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkataloge und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie in der Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie).</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		kommt. Die Heizungen an den Flügeln sind erfahrungsgemäß sehr anfällig und fallen oft aus. Dies sollte eben nicht vorkommen, sonst muss das Windrad stillgelegt werden.	<p>Zu Eiswurf und Schattenwurf: Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.</p> <p>Hinweis: Das VRG WEA 437-020 wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung ist der Raumnutzungskarte zum Satzungsbeschluss zu entnehmen.</p> <p>Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10064	119	<p>Einspruch bei der RVBO wegen Erstellung von Windkraft und Photovoltaikanlagen in der Gemeinde Leibertingen</p> <p>da soll einer die Politik mit ihren Planungen verstehen. Wir in der Gemeinde Leibertingen sind was die Energiegewinnung angeht schon sehr gut aufgestellt. Nun sollen wir nochmal 290 Hektar für eine nutzlose Energiewende zur Verfügung stellen. Dies ist für die Gemeinde und ihre Ortsteile, besonders auf der Gemarkung Thalheim, eine maßlose Überlastung.</p> <p>Sowieso mit dem Hintergrund, dass ich aus eigener Erfahrung hören musste, dass hier bei uns Strom eingespeist wird. Von meine eigene PV mit 43 KwH, die dieses Jahr von der Förderung ausgelaufen ist und weiterhin wunderbar produziert, hörte ich dies gleicher Aussage verschiedener Energieanbieter, wie oben beschrieben, dass zuviel Strom auf dem Markt ist und sie meinen Strom gesetzlich geregelt nicht abnehmen dürfen.</p> <p>Da kann es doch beim besten Willen nicht sein, dass hier eine gigantische Anlage errichtet wird, obwohl zuviel Strom vorhanden ist.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Deshalb lege ich hiermit ganz massiv Widerspruch ein.	<p>Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10065	151	<p>hiermit lege ich gegen beide der vorgesehenen Energieprojekte innerhalb unserer Gemeinde Widerspruch ein.</p> <p>Dieses Projekt stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in Natur- und Artenschutzgebiete dar.</p> <p>Genau in diesem Planungs-Gebiet habe ich vielzählige gefährdete Vogelarten beobachtet und fotografiert.</p> <p>Aktuell sah ich: WIEDEHOPF, Steinschmätzer, Rohrweihe, Bluthänfling, Rotmilan, Feldlerche  letztes Jahr: Braunkehlchen, Kuckuck, Wiesenweihe, Rohrweihe,</p>	<p>Auch außerhalb der Schwerpunktorkommen des Fachbeitrags können in geeigneten Lebensräumen Vögel- und Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, vorkommen. Sie erfüllen aus landesweiter Sicht jedoch nicht die Voraussetzungen, um im Rahmen der im Fachbeitrag gewählten Methodik und der zur Verfügung stehenden Datengrundlagen als Schwerpunktorkommen der Kategorie A und B abgegrenzt zu werden. Vom Fachbeitrag sind auch Arten umfasst, die bevorzugt in Siedlungsbereichen vorkommen. Es wird davon ausgegangen, dass für die im Fachbeitrag abgedeckten Arten die aus landesweiter</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	---	--	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Rot-, Schwarzmilan, Braunkehlchen, Feldlerchen, Regenpfeifer u.v.m. Auch Kraniche und Kiebitz habe ich gesichtet. Im Sommer ist auch der Ruf der Wachtel zu hören.</p> <p>Gemäß §44BNatSchG sind erhebliche Störungen sowie Tötung und Verletzung besonders geschützter Arten wie den obigen unzulässig.</p> <p>Ich fordere daher die Herausnahme dieser beiden Flächen aus der Planung, da ich wie gesagt all diese Vogelarten in genau diesem Areal beobachtet und fotografiert habe.</p> <p>Wenn Sie weitere Beweisfotos brauchen, melden Sie sich bitte.</p>	<p>Perspektive wichtigsten Landschaftsausschnitte im Fachbeitrag dargestellt werden. Eine angemessene Berücksichtigung der Schwerpunktorkommen durch den Planungsträger trägt daher zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei. Aus fachlicher Sicht sind die Schwerpunktorkommen nicht vergleichbar mit den im konkreten Genehmigungsverfahren (oder in raumspezifischen Gutachten) relevanten, oftmals dynamischen Horststandorten. Vielmehr bilden die Schwerpunktorkommen raumgreifend die für die Arten aus landesweiter Perspektive besonders wichtigen Landschaftsausschnitte ab, welche als zeitlich deutlich stabiler einzuschätzen sind. Datengrundlagen aus einzelnen, lokalen Kartierungen wurden zur Herleitung der landesweiten Schwerpunktorkommen i. d. R. nicht verwendet, um keine Verzerrungen bei den Ergebnissen des Fachbeitrags zu erzielen. Denn da bei solchen punktuellen Kartierungen der landesweite Vergleich fehlt, bleibt unklar, ob die mutmaßlich höhere Anzahl Artnachweise aus Gutachten tatsächlich mit landesweit höheren Dichten korrespondiert. Im ungünstigsten Fall hätten die anhand dieser Daten abgegrenzten Schwerpunktorkommen nur den höheren Erfassungsaufwand widerspiegelt und nicht die landesweit höchsten Dichten.</p> <p>Für Arten, die im Fachbeitrag Artenschutz erfasst sind, sind Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag für die Regionalplanung unbeachtlich, da das dem Fachbeitrag zugrunde liegende Konzept der Schwerpunktorkommen die kurzfristige räumliche Dynamik von Artorkommen und deren Bedeutung für die Regionalplanung bereits konzeptionell berücksichtigt. Die Kategorien des Fachbeitrags sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei.</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Im Verfahren wurden &lt;darüber hinaus &gt; Informationen zu Vorkommen von Arten eingebracht, die nicht windkraftsensibel sind und keine Sonderstatusarten darstellen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die gesetzlichen Vorgaben. Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LpIG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen fanden Berücksichtigung im planerischen Abwägungsprozess. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet in den Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht) nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Gebieten für die Nutzung der Windenergie und Freiflächenphotovoltaik wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Damit wurden die auf Ebene der Regionalplanung gesetzlich erforderlichen Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen durchgeführt. Eine weitere Berücksichtigung der schutzgutbezogenen Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen findet auf nachgelagerter Ebene ein Bauleitplanungsverfahren bzw. ein Vorhabenzulassungsverfahren statt, bei dem einzelne Belange noch detailliert geprüft werden und ggf. Gutachten angefertigt werden. Bei allen festgelegten Gebieten für die Nutzung von Freiflächenphotovoltaik kann zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass mögliche Beeinträchtigungen, die in den Gebieten für die Nutzung der Freiflächenphotovoltaik potenziell vorliegen könnten, im nachgelagerten Verfahren auf ein überwindbares Maß reduziert werden können. Das kann beispielsweise durch Verschiebungen der Anlagenstandorte innerhalb des Vorbehaltsgebietes oder durch die Erteilung von Nebenbestimmungen zur Genehmigung durch die Genehmigungsbehörde erfolgen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10067	737	<p>Ich erhebe Einspruch gegen die Errichtung von Windrädern WEA-436-013 - In den Mösern/Enkenhofener Wald- Süd</p> <p>Die naturschutzrechtlichen Argumente sind Ihnen sicher bekannt. Gefährdung von Tier und Pflanzenwelt, Zerstörung des Ökosystems Wald, usw.</p> <p>Ich lebe mit meiner Familie in [Ort anonymisiert] . Bin also unmittelbar betroffen. Der Abstand zu unserem zu Hause ist viel zu gering. Die Lärmbelästigung, je nachdem wie der Wind steht, wäre krank machend. Schattenwurf und nächtliches Blinklicht sind inakzeptabel. Die ständige Bewegung in der Blickachs unseres Hauses wäre durch das Drehen der Blätter kein ruhiger Pol mehr sonder eine krankmachende Unruhequelle. Der Wertverlust meiner Immobile ist nicht unerheblich. Die ständige Unruhe durch permanenten Drehbewegungen bedrängt uns in unserer unmittelbaren Atmosphäre.</p> <p>Die intakte Natur um uns herum droht der Zerstörung. Wir gehören zum Luftkurort Isny. Wie sollen sich Menschen hier erholen?</p> <p>Nicht nur Tiere und Natur sind schutzbedürftig auch wir Menschen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10068	150	<p>Nach Durchsicht der zweiten Offenlagen habe ich festgestellt, das die hydrogeologischen Aspekte unzureichend beachtet wurden. Die Boden und Grundwasserstruktur im Bereich Oberschwaben ist äußerst sensibel. Der Grundwasserspiegel nimmt stetig ab. Durch den Klimawandel wird sich dieser Umstand noch verstärken. Es wäre daher aus meiner Sicht unverantwortbar diese Strukturen noch zusätzlich durch Windkraftanlagenmegafundamente im Waldgebiet noch mehr zu beeinträchtigen.</p> <p>Im bestimmten Umfang trifft dies auch für die total überdimensionierten PV Anlagen auf dem Gemeindegebiet zu. Ich bitte sie diese wichtigen Aspekte zu berücksichtigen. Die Zukunft wird mir Recht geben</p>	<p>Die Belange des Grundwasserschutzes sind im Planungskonzept und in der Strategischen Umweltprüfung angemessen berücksichtigt. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1 und 4.2.2) sowie auf die Kriterienkataloge und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie und auf den Umweltbericht verwiesen. Es wird zudem auf die Abwägung zur 1. Offenlage in den Anlagen zur Synopse verwiesen. Ansonsten gilt: Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergie- und Freiflächen-Photovoltaikanlage geprüft, wenn konkrete Standorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	
IV. 10069	158	<p>Wir als Beurener Bürger möchten uns vehement gegen die Windkraft Industrieanlagen aussprechen.</p> <p>Es wird zusammen hängende Waldfläche in der besten Lage für Wild und Flora mutwillig zerstört ,nur damit sich einige wenige bereichern können.</p> <p>Die Stadt Isny und die betreffenden Gemeinden können nicht im geringsten Abschätzen, was für eine immense Zerstörung unserer Natur und Vielfalt entstehen würde.</p> <p>Sehr viele von unserer Beurener Bevölkerung sehen dieses Thema als sehr schwierig und äußerst bedrohlich für die Dorfgemeinschaft, da nur einige wenig davon profitieren würden.</p> <p>Als Imkerin sehe ich dieses Thema auch als sehr schwierig an, da eh unsere Insektenwelt immer weniger wird. Daher sollten wir nicht auch noch mit Windkraft Industrieanlagen unsere Insekten zerschreien !!!</p> <p>Als junge Frau, sehe ich auch unseren neu gebauten Kindergarten der für mehrere Millionen entstanden ist, sowie auch unsere Schule von diesem Vorhaben bedroht.</p> <p>Da die neu gebaute Siedlung von jungen Familien in Beuren mit großer Sicherheit vom Schattenschlag betroffen sein wird, wird dort nicht jeder wohnen bleiben wollen.</p> <p>Ganz zu schweigen von den gesundheitlichen Einschränkungen die aus solchen Anlagen entstehen können, wie durch ständige Unruhe der sich drehenden Rotoren und der daraus entstehender Lärmbelästigung.</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet Windenergie "Beurener Berg" im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 1. Offenlage aus der Flächenkulisse herausgenommen wurde. Hierzu verweisen wir auf Anlage B.4 zur Synopse der 1. Anhörung und die Flächenkulisse in der Raumnutzungskarte des 2. Anhörungsentwurfs.</p> <p>Sofern sich die Anregungen auf das Gebiet WEA-436-013 (In den Mösen / Enkenhofener Wald - Süd) beziehen, wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-013) sowie auf die Synopse zur Abwägung der 1. Anhörung inkl. Anlagen verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10070	398	<p>Ich bitte Sie herzlich, das Windkraftprojekt in Owingen nicht zu realisieren.</p> <p>In einer Studie wurde festgestellt, dass auf dem Höhenrücken</p>	Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-435-002) verwiesen.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10070	399	<p>Hochbühl zahlreiche Fledermausarten, darunter streng geschützte leben. Sie wären durch das Projekt gefährdet. Ausserdem ist der Höhenzug ein wichtiges Wasserreservoir für die Gegend.</p> <p>Wir haben eine Verantwortung für unsere Kinder und für die Erde. Windräder in einer windarmen Gegend sind nicht nachhaltig.</p>	Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-435-002) verwiesen.	Keine Berücksichtigung
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10071	120	<p>Betreff: Stellungnahme zu WEA-435-002 Hochbühl</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren beim RVBO,</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einwände gegen die Planung.</p> <p>Einen Ausbau erneuerbarer Energien stimme ich generell zu, jedoch nicht in einem so wertvollen Ökosystem, Wald und nicht mit einer solchen WINDHÖFFIGKEIT DES GEBIETES. Eine Kosten-Nutzen Abwägung ist hier auch rein wirtschaftlich vonnöten und eine Bewirtschaftung ist nur mit enorm viel Subventionen, sprich auch meinen Steuergeldern möglich.</p> <p>Das Bodenseebecken ist ein Landschaftsraum von herausragender internationaler Bedeutung. Dabei sind die Sichtbeziehungen – besonders bei Föhnwetterlage – grenzübergreifend. Hinzu kommt, dass die Landschaft rund um den Überlinger See ein großes Alleinstellungsmerkmal besitzt: Im Gegensatz zu den bodenseenahen Gebieten in der Schweiz und in Österreich, sowie zum östlichen Teil des deutschen Bodenseegebietes, ist die Landschaft im westlichen Bodenseegebiet deutlich weniger vorbelastet durch Be- und Zersiedelung. Dieses Gebiet ist durch eine reizvolle und abwechslungsreiche Tal- und Hügellandschaft mit einer herausragenden Formen-, Struktur- und Nutzungsvielfalt geprägt.</p> <p>Windenergieanlagen auf dem Hochbühl würden weite Bereiche der westlichen Bodenseeregion technisch überformen und auf diesen international</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bedeutsamen Landschaftsraum massiv störend einwirken. So wären sie beispielsweise von bedeutenden Aussichtspunkten im Bodenseekreis aus (z. B. Aufkirch oder Hödinger Berg) sehr gut einsehbar, ebenso von den Höhenzügen im weiteren Umfeld (z.B. Randen, Bodanrück, Abbruchkante Oberer Linzgau). Der Hödinger Berg liegt in der ersten Reihe zum Bodensee und gehört mit zu den schönsten und beliebtesten Aussichtspunkten der Region. Er ist einer der attraktivsten Abschnitte der bedeutenden Wanderwegeverbindung zwischen Überlingen und Ludwigshafen. Deshalb führen auch viel begangene Wanderwege zwischen den Naturschutzgebieten Spetzgarter Tobel und Hödinger Tobel (Hauptwanderweg 9, Jubiläumsweg Bodenseekreis) über den Hödinger Berg. Auf dem Hödinger Berg, mit seinem weithin zu sehenden Lindenbaum, ist eine nur wenig vorbelastete und technisch überformte Bodenseeuferlandschaft zu erleben. Dieser Bereich hat deshalb auch eine herausragende Bedeutung für den Fremdenverkehr und die Naherholung der Überlinger Bevölkerung.</p> <p>Ich bin hier naturverbunden aufgewachsen und erhebe hiermit massive Einwände gegen diese Planung,</p>	<p>stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10073	286	<p>Stellungnahme zur Ausweisung der Vorrangfläche WEA-436-011 (Ratzenried )und WEA-436-013 ( Leutkirch - Argenbühl )</p> <p>Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §9Abs 2ROG i.V.m § 12 Lpl BWG nehme ich zur beabsichtigten Ausweisung der o.g. Vorrangflächen wie folgt Stellung.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nach Durchsicht der Unterlagen zum 2. Entwurf der Fortschreibung des Regionalplans ergeben sich erhebliche Zweifel an der tatsächlichen Eignung der genannten Flächen für die Nutzung für Windenergie.</p> <p>Insbesondere erscheint die Eignungsbewertung auf Grundlage einer prognostizierten Windleistungsdichte von 247 W/m<sup>2</sup> nicht belastbar. nach eigenen Berechnungen auf der Basis der vom Deutschen Wetterdienst bereitgestellten Winddaten und unter Verwendung des logarithmischen Windprofils ( Prandtl-von Karman -Gesetz ) ergibt sich für das Jahr 2024/2025 in 160m Höhe eine Windgeschwindigkeit von lediglich 4m/s . Das entspricht einer Windleistungsdichte von unterhalb 160 W/m<sup>2</sup>, womit die Fläche nach den eigenen Maßstäben des Regionalverbandes als " ungeeignet " einzustufen wäre. (vgl. Seite 139 des Entwurfes )</p> <p>In naturschutzfachlich sensiblen Gebieten, in denen mehrere Schutzgüter berührt sind, ist eine niedrige Windhöflichkeit ein wesentliches Indiz gegen das Vorliegen zwingender Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses im Sinne des §45 Abs. 7 BNatSchG. Eine fundierte Abwägung kann nur auf Basis neutraler und flächenspezifischer Messdaten auf Nabenhöhe erfolgen. Solche Daten liegen ausweislich der Planunterlagen derzeit nicht vor.</p> <p>Die in Rede stehenden Flächen sollten daher aus dem Vorranggebietsentwurf gestrichen werden, solange kein belastbares standortspezifisches Windgutachten mit realen Messwerten vorgelegt wird. Eine planerische Fortschreibung auf Basis extrapolierter Daten mit fragwürdiger Genauigkeit genügt nicht den Anforderungen an eine sachgerechte Abwägung im Rahmen der Regionalplanung.</p> <p>Erkenntnisse waren zum Zeitpunkt des Ersten Entwurfes nicht bekannt</p>	<p>hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10074	410	<p>ich bin entschieden gegen die Ausweisung eines Windkraft Vorranggebietes In den Mösern, weil es meiner Meinung nach die wunderschöne Landschaft verschandelt und in die Tier und Pflanzenwelt nachteilig eingreift. Die Errichtung von Windkraftanlagen hat nicht absehbare Folgen auf Vogelzug und alle anderen Tiere, die im Umfeld wohnen müssen, der Wald wird großflächig zerstört durch den Bau von Strassen und Freiflächen für die Anlagen. Der Freizeitwert der so schönen, ländlichen Gegend wird deutlich heruntergesetzt, der Tourismus wird dadurch sicher nicht gefördert, auch im Hinblick auf den Campingplatz am Badsee, der dadurch deutlich an Attraktivität verliert.</p> <p>Da wir direkten Blick auf den Enkenhofer Berg haben fühlen wir uns bedrängt und bedroht von der Aussicht auf Windräder durch Schall, Blinklichter, Schattenschlag und die ständige Bewegung der Rotoren, gesundheitliche Folgen sind nicht abzuschätzen.</p> <p>Desweiteren stört es mich, dass hier politische Entscheidungen unter dem Deckmantel der Energiewende verkauft werden, nur um einen gewünschten Prozentsatz an Autarkie vorweisen zu können.</p> <p>Ich bin entschieden gegen den Bau von Windkraftanlagen in Winnis und Enkenhofen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10075	128	<p>Stauwassergebiet:</p> <p>Einspruch gegen die geplante Windkraftvorrangfläche in Kißlegg Ost-1 – Bauvorhaben die sich auf Moore, Stauwassergebiete und den Einzugsgebieten von Mooren auswirken und sich direkt auf eine Schädigung von Mooren hinzielen.</p> <p>Bitte um Beachtung der angehängten Stellungnahme.</p> <p>Betreff: Einspruch gegen die geplante Windkraftvorrangfläche in Kißlegg Ost-1 – Bauvorhaben die sich auf Moore, Stauwassergebiete und den Einzugsgebieten von Mooren auswirken und sich direkt auf eine Schädigung von Mooren hinzielen. Anhang: Stau- und Grundwasserkarte (Ausdruck: 29.04.2025)</p> <p>hiermit erhebe ich fristgerecht Einspruch gegen die Ausweisung der Windkraftvorrangfläche "Kißlegg Ost-1" im Rahmen des Teilregionalplans Energie. Insbesondere wende ich mich gegen die Planung einer Windkraftanlage auf den Stauwasserflächen. Die geplante Fläche ist aus unten aufgeführten Gründen als Standort für eine Windkraftanlage ungeeignet: Umgebung von Moorflächen: Das betroffene Gebiet ist unmittelbar von ökologisch wertvollen Mooren umgeben. Diese stellen empfindliche Lebensräume dar, die besonders schützenswert sind. Jegliche bauliche Eingriffe in ihrer Nähe können zu Entwässerung, Bodenverdichtung sowie zur Beeinträchtigung des Wasserhaushalts und der Biodiversität führen. Wenn angrenzende Stauwassergebiete (also Flächen, die regelmäßig Wasser zurückhalten oder überstauen, z. B. durch Niederschläge oder Überflutungen) verdichtet werden (z. B. durch Bebauung oder Bodenversiegelung), hat das negative Einflüsse auf benachbarte Moore. Auswirkungen auf die Moore: 1. Wasserhaushalt wird gestört: Moore sind auf gleichbleibend hohe</p>	<p>Bezüglich Stauwasser und Entwässerung für den Bau von WEA: Von einer kompletten Entwässerung des Gebiets ist durch den Bau von WEA ist nicht auszugehen. In der Regel ist eine Wasserhaltung notwendig, der Bereich, in dem Wasser abgepumpt wird, beschränkt sich kleinräumig auf den Bereich der WEA.</p> <p>Moorböden wurden im Planungsprozess berücksichtigt. Hoch- und Niedermoore größer gleich 2 ha wurden im Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt. Hochmoore sind als sehr erheblicher Konflikt (K1) eingestuft, sonstige Niedermoore als Konflikt (K3). Im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie neu eingeführt wurde das Kriterium „Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit“ als sehr erheblicher Konflikt (K1).</p> <p>Zudem wurden im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie in ausgewählten Einzelfällen Teilflächen von Vorranggebieten Windenergie wegen unmittelbarer Nähe zu genehmigten bzw. bereits umgesetzten Wiedervernässungsmaßnahmen verkleinert. In der Regel lagen dabei Kumulationen mit anderen natur- und artenschutzfachlichen Konflikten vor. Dies ist im in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie der Fall.</p> <p>Bezüglich Vorsorgeabständen zu Mooren: Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit größer gleich 2 ha von Windenergie freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung für Flächen, die sich in der Nähe zu etwaigen künftigen Wiedervernässungsflächen befinden, nicht gegeben. Bei diesen überwiegt das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wasserstände angewiesen.  Eine Verdichtung in angrenzenden Gebieten verhindert, dass Wasser versickert oder sich staut, wodurch der Wasserzufluss ins Moor abnimmt.  2. Trockenfallen: Sinkt der Wasserstand, trocknet das Moor aus. Das führt zum Abbau von Torf durch Luftkontakt (Oxidation).  3. CO<sub>2</sub>-Freisetzung: Trockene Moore setzen große Mengen Treibhausgase frei (v. a. CO<sub>2</sub> und Lachgas).  4. Verlust der Biodiversität: Spezialisierte Moorpflanzen und -tiere verschwinden, wenn das feuchte Milieu verloren geht.  5. Bodenabsenkung: Bei Entwässerung zersetzt sich der Torf – der Boden senkt sich über Jahre deutlich ab.  Gesetzeswidrige Eingriffe:  1. Wasserhaushaltsgesetz (WHG, § 6 und § 12 ff.)  o Verpflichtung zur Erhaltung des natürlichen Wasserhaushalts  o Verbot oder Genehmigungspflicht für Eingriffe, die den Wasserhaushalt wesentlich verändern  2. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)  o Schutz besonders wertvoller Biotope (§ 30)  o Eingriffe in solche Gebiete sind grundsätzlich verboten oder genehmigungspflichtig  3. Landeswassergesetze  o Vorgaben für Moor- oder Feuchtgebiete und ihren Schutz im Einzugsgebiet  4. EU-Recht (FFH-Richtlinie &amp; Wasserrahmenrichtlinie)  o Schutzmaßnahmen verpflichtend  Zusammenhang zwischen Stauwasserflächen, Grundwasserflächen und Mooren  1. Anmerkung  Diese hydrologische Stellungnahme untersucht die Wechselwirkungen zwischen Stauwasserflächen, Grundwasserständen und angrenzenden Moorflächen. Ziel ist es, die hydrologische Funktion der Flächen im Untersuchungsgebiet darzustellen und die Auswirkungen von Veränderungen (z. B. durch Verdichtung, Drainage oder Bebauung) zu bewerten.  2. Hydrologische Grundlagen  2.1 Stauwasserflächen  • Definition: Flächen, die periodisch oder dauerhaft Wasser überstauen  • Hydrologische Rolle:</p>	<p>Windenergie.  Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.  Bezüglich der genannten Gesetzesverstöße: Diese liegen nicht vor. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben. Es wird auf die Planunterlagen Entwurf zum Satzungsbeschluss (Textteil und Umweltbericht verwiesen)  Zu allen anderen Anregungen, bspw. Wegebau, Zerschneidung, Bebauung:  Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>o Speicherung von Niederschlagswasser</li> <li>o Verlangsamung des Oberflächenabflusses</li> <li>o Erhöhung des lokalen Grundwasserspiegels</li> </ul> <p>2.2 Grundwasserflächen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Definition: Bereiche mit hohem Grundwasserstand, oft oberflächennahe</li> <li>• Hydrologische Rolle: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Basisversorgung der Moore mit Wasser</li> <li>o Puffereffekt bei Trockenperioden</li> </ul> </li> </ul> <p>3.3 Moore</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Definition: Feuchtgebiete mit Torfbildung durch ständigen Wasserüberschuss</li> <li>• Hydrologische Abhängigkeit: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Stabile Wasserstände sind essenziell</li> <li>o Abhängig von diffusem Zustrom (Grundwasser) und periodischer Überstauung</li> </ul> </li> </ul> <p>3. Hydrologische Wechselwirkungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wasserzufuhr: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Niederschlag ? Stauwasserfläche ? langsame Versickerung ? Grundwasser ?</li> </ul> </li> </ul> <p>Moor</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wasserabgabe: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Verdunstung, langsame Abflüsse aus Stauwasser- und Moorflächen</li> </ul> </li> <li>• Beeinträchtigungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Bodenverdichtung verringert Infiltration</li> <li>o Entwässerungsgräben senken den Grundwasserstand</li> <li>o Bebauung oder Drainagen unterbrechen natürliche Wasserwege</li> </ul> </li> </ul> <p>4. Bewertung und Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Risiken bei Eingriffen: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Absenkung des Grundwasserspiegels ? Austrocknung des Moores</li> <li>o Zerstörung der Stauwasserfläche ? Verringerung der Wasserrückhaltefähigkeit</li> <li>o Verlust torfbildender Vegetation und massive CO<sub>2</sub>-Freisetzung</li> </ul> </li> <li>• Langfristige Folgen: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Abbau von Torf (Mineralisierung)</li> <li>o Bodensackung</li> <li>o Verlust der Biotopfunktion</li> </ul> </li> </ul> <p>5. Empfehlungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhalt und Schutz der Stauwasserflächen: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Keine Bodenversiegelung oder Drainage im Einzugsbereich</li> </ul> </li> <li>• Zerschneidung: <ul style="list-style-type: none"> <li>o Keine Zerschneidung der Stauwasserflächen durch Wegebau und Fahrbahnverdichtung</li> </ul> </li> <li>• Bebauung <ul style="list-style-type: none"> <li>o Keine Bebauung in Moor Nähe</li> </ul> </li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>6. Zusammenfassung</p> <p>Das hydrologische System aus Stauwasserflächen, Grundwasser und Mooren bildet eine empfindliche Einheit. Veränderungen in einem Teil des Systems wirken sich unmittelbar auf die anderen aus. Ein nachhaltiges Wassermanagement ist entscheidend für den Erhalt der Moorflächen und ihrer Funktionen für Natur- und Klimaschutz. Eine Ausweisung der Windkraftvorrangfläche oder eine Genehmigung von Windrädern in den Stauwasserbereichen bedeutet eine vorsätzliche Schädigung der Moore.</p> <p>Aus diesen Gründen fordere ich den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben auf, die geplante Vorrangfläche in Kißlegg zu überdenken und insbesondere eine umfassende ökologische Prüfung der betroffenen Flächen vorzunehmen.</p> <p>Ich bitte darum, meinen Einspruch in die Planungsunterlagen aufzunehmen und bei der weiteren Entscheidungsfindung angemessen zu berücksichtigen.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10076	152	<p>Stellungnahme zu WEA-435-002 Hochbühl</p> <p>da wir in einer der windarmen Gegenden Deutschlands hier am Bodensee leben,</p> <p>- und wie Sie wohl wissen, der Ertrag der WKA bei weniger Wind exponentiell abnimmt, (12m /sec. 100% Auslastung, 6m/sec. nur noch 12.5%, 3m/sec nur noch 1,56%!)</p> <p>-, halte ich es für notwendig, die vorhandenen Räder in der Gegend auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu untersuchen. Z.Bsp. in Hilpenseberg.</p> <p>Bitte erstellen Sie eine Ertragsberechnung! Wenn sich diese Räder bereits nicht lohnen sollten, können Sie und wir uns die Nöte einer Natur-, Heimat-, Gesundheits- und Landschaftszerstörung ersparen!! Eigentlich wäre eine solche Berechnung eine Selbstverständlichkeit.</p> <p>Da die WK-Besitzer sehr gut ausbezahlt werden dafür, daß die Anlagen sich evtl. nicht lohnen, bitte ich Sie, zu ihrem eventuellen Mißtrauen zu stehen.</p>	<p>Der Teilregionalplan Energie dient der Flächensicherung für die Windenergienutzung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt, (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen).</p> <p>Zum Thema Windhöflichkeit wird zudem auf die Anlagen zur Synopse der 1. Offenlage (Teile B.1 u. B.4) und der 2. Offenlage (Teil E.2) verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10077	159	<p>ich wohne am Bodensee und komme sehr gerne zum Badsee um mich zu erholen, weg von Menschenmassen und weg vom Lärm. Deshalb habe ich mit meiner Freundin einen Dauerplatz gemietet. Der Badsee</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>steht für Erholung pur und ich habe große Bedenken, dass das, wenn die Windräder dort stehen, nicht mehr der Fall sein wird.</p> <p>Warum werden nicht auf allen Dächern von jedem Haus. Garagen, Scheunen, Schuppen, etc. Solaranlagen platziert? Warum müssen wir unsere Natur so quälen, sollten wir nicht sie schützen und so natürlich wie möglich halten? Was tun wir unseren Kindern und Enkel an? Und wenn es darum geht Windräder zu platzieren, warum dann nicht dort, wo schon die Umwelt gelitten hat, z. B. am Rand der Autobahnen?</p> <p>Ich bitte Sie dieses Projekt beim Badsee / Beuren bei Isny sein zu lassen. Erholungsgebiete sollten Erholungsgebiete bleiben!</p> <p>Was für Nachteile haben Windräder? Die Nutzung von Windenergie hat auch Nachteile. Dazu gehören die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und mögliche Lärmbelästigung. Auch Tiere können betroffen sein. Probleme gibt es zudem bei der Speicherung der Energie und der Abhängigkeit vom Wind.</p> <p>Welchen Schaden richten Windräder an? Die Getriebe von Windkraftanlagen sind besonderen Belastungen wie bspw. hohen Kräften durch Windböen, Turbulenzen oder Turmschwingungen ausgesetzt. Daher kann es zu vorzeitiger Materialermüdung und auch Materialablösungen und -ausbrüchen kommen. Und wohin mit dem Müll dann?</p> <p>Sind Windräder Sondermüll? Windräder sind nicht recycelbar. Insbesondere die Flügel lassen sich nur sehr schwer recyceln, diese sind Sondermüll und werden im Boden vergraben. Auch der Betonsockel eines Windrades kann nicht rückgebaut werden.</p> <p>Warum sind Windräder nicht gut für die Umwelt? Windräder haben Einfluss aufs lokale Mikroklima</p> <p>Windräder beeinflussen das Mikroklima dadurch, dass sie die Luft durchmischen. Wenn sich ein Windrad dreht, schaufelt es gleichzeitig immer etwas Luft von unten nach oben und umgekehrt. Das kann sich auf die Temperatur in Bodennähe auswirken.</p> <p>Welche Nachteile haben Windräder für Anwohner? Neben dem Infraschall könnten auch weitere Einflüsse von Windrädern auf die Gesundheit von Anwohnern einwirken: etwa elektromagnetische Felder, niederfrequentes Rauschen, Druckwellen</p>	<p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>oder Schattenflimmern, die durch das Rotieren der Blätter entstehen.</p> <p>Warum müssen Windräder nach 20 Jahren abgebaut werden? Rund zwanzig Jahre haben sich die Rotorblätter gedreht. Nach genau dieser Zeit bekommen Betreiber für Windenergieanlagen keine Förderung mehr über das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Ob sich der Weiterbetrieb trotzdem lohnt, hängt zum Beispiel vom aktuellen Strompreis und dem Zustand der Anlage ab.</p> <p>Welche Auswirkungen hat Infraschall auf die Psyche? Neben körperlichen Beschwerden kann Infraschall auch die Psyche beeinflussen. Menschen, die über längere Zeit niederfrequenten Schallwellen ausgesetzt sind, berichten häufig von: Konzentrationsproblemen. Erhöhter Stressanfälligkeit. Man kommt ins Allgäu um sich zu erholen und nicht um sich zusätzlich bzw. weiterhin zu stressen! Erholungsgebiete sollten auch so bleiben.</p> <p>Was spricht gegen Windräder im Wald? Ein Windrad im oder am Wald</p> <p>Höhere Temperaturen, fehlende Feuchtigkeit und irreversible Bodenverdichtung senken den Wasserspeicher – fatal, gerade in Anbetracht der Trockenheit vergangener Jahre. Dasselbe gilt wohl dann auch für den Ackerboden.</p>	<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10078	153	<p>um später unser Klagerecht ausüben zu können, legen wir hiermit Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete ausgewiesene Flächen WEA 437-011 Meßkirch-Leibertingen.</p> <p>Die geplanten Flächen WEA 437-011 beeinträchtigen die Sichtbeziehungen zu Schloß Meßkirch, Burg Wildenstein und den örtlichen Kirchen unserer Gegend. Auch die Skulpturenfelder unserer Galerie sind hier betroffen.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	---	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10078	154	<p>Wir grenzen direkt nordöstlich in Thalheim, mit geringstem Abstand an dieses Vorranggebiet. Besonders würden wir hier auch durch die überdimensional geplanten Photovoltaikflächen in unserer Lebensqualität sehr stark eingeschränkt werden.</p> <p>Die Planung reicht bis auf wenige hundert Meter an unser Haus!</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10078	155	<p>Gerade auch der Natur- und Artenschutz wäre bei uns stark betroffen.</p> <p>Hier gibt es alle Arten von Greifvögel. Besonders sind hier auch Singvögel u.a. Lerchen bedroht die jetzt gerade wieder über den Feldern zu sehen und zu hören sind.</p> <p>Wir haben in unserer Gemeinde schon überproportional große Photovoltaikanlagen und es ist nicht zu verantworten, dass unsere Gemeinde, die auch Erholungsort ist, mit Energieanlagen zugestellt wird.</p>	<p>Bezüglich der von Ihnen eingereichten Daten zu Vorkommen von Arten, die als Schwerpunkt vorkommen im Rahmen der Erstellung des Fachbeitrags der LUBW mit abgehandelt wurden, geht der Regionalverband davon aus, dass diese mit dem Fachbeitrag der LUBW ausreichend abgehandelt sind. Mit den Schwerpunkt vorkommen der Kategorie A wurden die (Quell-)Populationen der landesweit bedeutendsten Flächen für die Regionalplanung festgelegt. Dies wurden im Zuge der Planung vollumfänglich berücksichtigt. In den Schwerpunkt vorkommen A sind keine Vorranggebiete Windenergie im Entwurf zum Teilregionalplan Energie</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>ausgewiesen. Auch Kategorie-B-Flächen wurden fast vollständig berücksichtigt. 99,5 % der Schwerpunktorkommen Kategorie B in der Region Bodensee-Oberschwaben werden im Entwurf zum Teilregionalplan Energie von Vorranggebieten Windenergie freigehalten.</p> <p>Viele weitere Artnachweise können nur im Zuge der konkreten Standortwahl beachtet werden (z.B. Amphibien, Reptilien, Insekten). Der Regionalverband plant Gebiete, aber keine Standorte.</p> <p>Im Verfahren wurden darüber hinaus Informationen zu Vorkommen von Arten eingebracht, die nicht windkraftsensibel sind und keine Sonderstatusarten darstellen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10079	160	<p>hiermit möchte ich mich gegen den Erbau der vier Windräder in Enkenhofen/Badsee aussprechen.</p> <p>Diese würden zu einer akustischen und optischen Störung in der Urlaubsregion führen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10080	161	hiermit möchte ich mich gegen den Erbau der vier Windräder in Winnis/Badsee aussprechen. Die Beeinträchtigung am Badsee wäre enorm!!! Wo bleibt der Naturschutz???	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10082	412	<p>Betreff: Betreff: Stellungnahme zu WEA-435-002 Hochbühl</p> <p>ich unterstütze in vollem Umfang ALLE Gegenargumente die von der Initiative [Name anonymisiert] dargelegt wurden.</p> <p>Zudem ist mir völlig unverständlich, wie man in einer windschwachen Region an der Umsetzung festhalten will und mit allen widrigen</p>	<p>Die Hinweis, dass alle Argumente der in der Anregung genannten Initiative unterstützt werden, wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen und es wird auf die Abwägung zu BE ID 315, 462, 466-468, 470-471 und 764 verwiesen.</p> <p>Die Anregungen beziehen sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	---	--	------------------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bedingungen die z.B. den Untergrund für stabile Fundamente betreffen, Aufwendungen für Trassen und Schneisen, die diesen Hügel</p> <p>komplett und für immer, mit allem was er z.Zt. natürlicherweise zu bieten hat, zerstören werden.</p> <p>Und wir wissen ja inzwischen, dass die Investoren solcher Anlagen nach ein paar Jahren weder Rückbau noch Renaturierung vornehmen.</p> <p>Alle die hier länger leben wissen, wie dieser große See sein eigenes Klima entwickelt:</p> <p>Wind in Böen mit wechselnden Richtungen (wovon Segler ein Lied singen können!)</p> <p>Wetterfronten werden oft fern gehalten</p> <p>Oft wochen-und monatelang Nebel- hoch oder tief (im letzten Winter waren es 4,5 Monate)</p> <p>da ist dann Flaute ... hätten wir Wind, würde auch der Nebel verschwinden</p> <p>Im Sommer steht die Luft, außer wenn der zunehmende Ostwind (Bise) für Erfrischung sorgt.</p> <p>Und natürlich ist das in jedem Jahr anders!</p> <p>Da hilft auch nicht, wenn man während eines Jahres mit verschiedenen Meßstationen die Windhöflichkeit misst.</p> <p>Der entstehende Schaden steht meines Erachtens in gar keinem Verhältnis zur Wirtschaftlichkeit.</p> <p>Ich glaube, da kann irgend jemand nicht richtig rechnen. Oder es geht in dem Geschäft um was ganz anderes ..... ?</p>	<p>bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), verwiesen. Es wird zudem auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10083	121	<p>Ich möchte an dieser Stelle auf gravierende Mängel und Risiken hinweisen, die bei der aktuellen Planung zum Teilregionalplan Windenergie im Raum stehen und dringend einer Überprüfung bedürfen.</p> <p>1. Verletzung des Gebots der gerechten Lastenverteilung</p> <p>Die geplante Konzentration der Windkraftanlagen im Haistergau führt zu einer ungleichen Belastung einzelner Gemeinden. Dies widerspricht fundamental dem Prinzip der fairen Verteilung der Belastungen. In anderen Bundesländern, wie Sachsen oder Brandenburg, werden Windparks gezielt so geplant, dass Belastungen</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	---	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gleichmäßig verteilt werden – warum nicht auch in Baden-Württemberg? Die aktuelle Planung wirkt eher auf eine einfache Durchsetzung ausgerichtet, anstatt auf eine nachhaltige, sozial verträgliche Lösung.</p> <p>2. Immobilienwerte und Wohnattraktivität Mehrere Studien, darunter eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), belegen, dass die Nähe zu Windkraftanlagen die Immobilienwerte um bis zu 23 % mindert. Das betrifft nicht nur den Wert der Häuser, sondern auch die Attraktivität der gesamten Region. In Großbritannien und den Niederlanden sind bereits zahlreiche Fälle dokumentiert, bei denen Anwohner gegen Windparks klagen, weil die Wertminderung ihre Existenz bedroht. Diese Fakten sollten bei der Planung ernst genommen werden, um langfristig soziale Konflikte zu vermeiden.</p> <p>3. Mangelnde Transparenz und Bürgerbeteiligung Die Planung wurde in Baden-Württemberg weitgehend im Verborgenen durchgeführt. Das schafft Misstrauen und führt zu Widerstand. In Ländern wie Dänemark oder den Niederlanden ist es üblich, die Bevölkerung frühzeitig einzubinden und Ausgleichszahlungen zu leisten. Bei der Planung dieses Projektes fehlt es an solchen Maßnahmen, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Miteinander gefährdet. Die fehlende Transparenz ist ein Grund für den zunehmenden Widerstand gegen Windenergieprojekte – das zeigt sich in den zahlreichen Protesten und Klagen.</p> <p>4. Gesundheitliche Risiken durch Infraschall, Schattenwurf und Lärm Internationale Studien, etwa vom European Environment Agency, weisen auf die potenziell gesundheitsschädlichen Wirkungen von Infraschall und Druckimpulsen hin. Das deutsche Genehmigungsrecht ignoriert diese Risiken jedoch weitgehend. Die WHO warnt vor den Auswirkungen von Lärm und Schattenwurf auf die Gesundheit, insbesondere bei Abständen unter 1.000 Metern. Im europäischen Vergleich sind die hier geltenden Mindestabstände von 600 Metern oft zu gering – in Ländern wie Großbritannien oder den Niederlanden gelten deutlich größere Abstandsvorschriften, um die Bevölkerung zu schützen. Die aktuelle Planung ignoriert diese Erkenntnisse weitgehend.</p> <p>5. Fehlende Prüfung alternativer Standorte Es ist kaum nachvollziehbar, warum Standorte mit höherer Windhöflichkeit in anderen Teilen Baden-Württembergs nicht geprüft wurden. In Bayern oder Sachsen werden Windparks gezielt an Standorten geplant, die bessere Windverhältnisse aufweisen, um die Effizienz zu steigern und die Flächenbelastung zu minimieren. Stattdessen scheint hier eine Bevorzugung von Standorten, die leichter durchzusetzen sind, im Vordergrund zu stehen – auf Kosten der Umwelt und der Akzeptanz.</p>	<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>6. Auswirkungen auf Umwelt und Naturschutz Die Nähe zu sensiblen Umweltgebieten wie Moore, die als Speicher für PFAS und Schwermetalle dienen, sowie bedeutende Vogelzugrouten (z. B. Rohrer See, Federsee, Wurzacher Ried) und FFH-Gebieten ist besorgniserregend. Auch die Nähe zu Trinkwasserquellen wie Osterhofen erfordert eine sorgfältige Prüfung. Es ist wichtig, alternative Ansätze zu priorisieren, um die Umwelt zu schützen.</p> <p>7. Technologische Alternativen und nachhaltige Energiequellen Statt großflächiger Versiegelung und Belastung durch Windkraftanlagen könnten technologische Innovationen wie Speicherlösungen und eine effizientere Nutzung von Solarenergie stärker gefördert werden. Solarenergie verursacht keine Schattenwurf, keinen Lärm und keine Infraschallbelastung und ist somit eine umweltfreundliche Alternative, die Mensch und Tier weniger beeinträchtigt.</p> <p>Die aktuelle Planung zum Teilregionalplan Windenergie im Raum Bad Waldsee weist erhebliche Mängel auf, die dringend behoben werden müssen. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf, um eine gerechte Verteilung der Belastungen sicherzustellen, die Gesundheit und das Eigentum der Anwohner zu schützen sowie Umwelt- und Naturschutzbelange angemessen zu berücksichtigen. Zudem sollten alternative, nachhaltige Energiequellen wie Solarenergie stärker in den Fokus rücken, um eine umweltverträgliche und gesellschaftlich akzeptierte Energiewende zu gewährleisten.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10084	317	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorbehaltsgebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd [Name anonymisiert] ; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung: Die geplante vergrößerte Ausweisung der Windvorrangfläche [WEA 437-011 Meßkirch-Leibertingen] steht in direktem Konflikt mit bestehenden Natur- und Artenschutzgebieten. Diese Fläche grenzt unmittelbar an das Schutzgebiet auf der Ortsgemarkung Thalheim und Ortsgemarkung Heudorf an bzw. liegt innerhalb eines Gebiets mit ökologisch sensibler Flora und Fauna. In diesem Gebiet bestehen erheblichen Bedenken Aufgrund nachgewiesenem Dichtezentrum für Rotmilan und anderen sensibler gefährdeten Arten der Roten Liste wie im §44 Bundesnaturschutzgesetz geregelt.</p> <p>Der allgemeine Artenschutz gilt für alle wildlebenden Tiere und</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Pflanzen. So ist es unter anderem verboten, wildlebende Pflanzen- und Tierarten ohne vernünftigen Grund ihrem Standort zu entnehmen, sie zu schädigen, zu fangen, zu töten oder ihre Lebensstätten ohne vernünftigen Grund zu beeinträchtigen oder zu zerstören. Diese Schutzbestimmungen sind § 39 des Bundesnaturschutzgesetzes zu entnehmen.</p> <p>Gemäß § 30 BNatSchG sowie den Vorgaben der FFH- und Vogelschutzrichtlinie fordere ich die Rücknahme bzw. Reduzierung der geplanten Windvorrangfläche. Die Planung verstößt gegen die Erhaltungspflicht für diese Schutzgebiete und stellt eine erhebliche Beeinträchtigung des ökologischen Netzes dar.</p> <p>Ich fordere den RVBO aus den aufgeführten Gründen auf die Rücknahme der Erweiterung der Windvorrangfläche in diesem Gebiet nachdrücklich auf. Ebenfalls fordere ich dazu auf durch ein aktuelles Naturschutzgutachten nachzuweisen das eine Erweiterung im Sinne der geltenden EU,- und Bundesgesetze dennoch möglich sein soll, ein solches aktuelle Gutachten wurde nicht erstellt und liegt nicht vor.</p>	<p>bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10084	318	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung:  Unverhältnismäßiger Eingriff in Natur- und Artenschutzgebiete.  Die vorgesehene Windvorrangfläche [WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen] liegt in einem bekannten Brut-, Nahrungs- und Fluggebiet geschützter Arten wie z. B. Rotmilan, Schwarzstorch und verschiedener Fledermausarten.  Gemäß § 44 BNatSchG sind erhebliche Störungen sowie Tötung und Verletzung besonders geschützter Arten unzulässig.  Ich fordere daher eine Herausnahme dieser Fläche aus der Planung.</p>	<p>zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10084	319	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalhem Nord Kreuzen und Leibertingen Süd [Name anonymisiert] ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung:</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Artikel 2 GG garantiert das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Artikel 14 schützt Eigentum. Windkraftanlagen &amp; FFPV Felder in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung bedrohen beides.</p> <p>Denn gesundes Wohnen heißt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ruhe und Erholung</li> <li>• Unverbaute Sichtachsen</li> <li>• Schutz vor Dauerlärm, Stress und psychischer Belastung</li> </ul> <p>Windräder in der Nähe von Häusern zerstören diese Qualitäten – und das nicht symbolisch, sondern ganz real.</p> <p>Windkraftanlagen gefährden gesunde Wohnverhältnisse durch...</p> <p>a. Lärm &amp; Infraschall</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Tieffrequenter Schall dringt durch Wände, stört den Schlaf, verursacht Kopfschmerzen, Herzrasen, Konzentrationsstörungen.</li> <li>• Auch wenn er nicht immer hörbar ist, ist er wirksam – das zeigen Berichte von Betroffenen und zunehmend auch wissenschaftliche Studien.</li> </ul> <p>b. Optische Dominanz &amp; psychische Bedrängung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Windräder sind bis zu 250 Meter hoch – so groß wie Wolkenkratzer mitten auf dem Land. &amp; FFPV Felder wirken wie schwarze Wüsten wo vormalig grüne Landschaft war.</li> <li>• Sie sind ständig sichtbar, drehen sich permanent, blinken nachts – das ist psychisch belastend, erzeugt Dauerstress.</li> <li>• Viele Menschen empfinden das als Überwachung, Eingeschlossensein, Ohnmacht.</li> </ul> <p>c. Eingriff in Natur und Umwelt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Massive Fundamente, Rodungen, Zufahrtsstraßen, schwarze Wüsten – die grüne Technik zerstört grüne Räume.</li> <li>• Beeinträchtigung von Tierwelt, Insekten, Vögeln – auch Naherholungsräume verschwinden.</li> </ul> <p>d. Wertverlust von Immobilien</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wer in der Nähe von Windrädern wohnt, kann sein Haus oft nicht mehr verkaufen oder nur mit drastischem Preisabschlag.</li> <li>• Das trifft besonders Familien, Rentner, Menschen, die in ihr Zuhause investiert haben – es ist ein schleichender Enteignungsprozess.</li> </ul> <p>Windkraft als Gesundheitsrisiko? Ja, wenn falsch geplant. Windenergie ist nicht per se schlecht. Aber:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Standorte sind entscheidend.</li> <li>• Was in Industrie- oder unbewohnten Gebieten sinnvoll ist, wird im Wohnumfeld zur Belastung.</li> </ul>	<p>B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Viele Anlagen stehen zu nah an Häusern, ohne echte Prüfung gesundheitlicher Auswirkungen, daher Verbot von Windkraftanlagen im Umkreis von mindestens 2500 Metern zu Wohnhäusern.</li> <li>• Gesundheitliche Schutzstandards für Lärm, Infraschall und visuelle Belastung.</li> <li>• Einführung eines bundesweiten Schutzgesetzes für gesunde Wohnverhältnisse.</li> <li>• Umgehende Rückbaupflicht für Anlagen, die zu massiven Beschwerden führen.</li> <li>• Echte Mitsprache für Betroffene – keine rein formalen Anhörungen wie diese, zumal im Vorfeld bereits nur technokratisch abgewickelt.</li> </ul> <p>Fazit: JA zu Energie aus nachhaltigen Quellen – aber NEIN zu gesundheitlichen Schäden, psychischer Dauerbelastung und rücksichtsloser Industrialisierung des ländlichen Raums. Gesundes Wohnen ist kein Luxus. Es ist ein Grundrecht. Und es darf nicht den Interessen großer Projektierer geopfert werden.</p>	<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10084	320	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung: Während einige behaupten, dass Infraschall von Windrädern keine negativen Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann, gibt es auch Forschungsergebnisse, die dies widerlegen.</p> <p>Bisherige Studien haben sich größtenteils auf die hörbaren Geräusche von Windparks konzentriert. Der Infraschall der Windräder wurde aber kaum erforscht. Obwohl diese Schallemissionen vom Menschen nicht gehört werden können, behaupten Kritiker der Windräder, dass Infraschall einen negativen Einfluss beispielsweise auf den Schlaf haben könnte. Bei wahrnehmbarem Infraschall mit sehr hohen Pegeln können verschiedene Organsysteme reagieren. Zu nennen sind hier zum Beispiel das Gehör, das Gleichgewichtsorgan im Innenohr oder Herzmuskelzellen. Auch das Herz-Kreislauf-System könnte möglicherweise beeinflusst werden. Berichtet werden auch Ermüdung, Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit, Benommenheit, Schwingungsgefühl und Abnahme der Atemfrequenz, Beeinträchtigung des Schlafes und erhöhte Morgenmüdigkeit. Wie bei Hörschall sind sogar Gehörschäden möglich. Derzeit laufen aufgrund der Unsicherheit und Wahrscheinlichkeit von Schäden bei Mensch und Gesundheit mehrere Studien.</p> <p>Rund 30 Prozent der Bevölkerung reagiert besonders sensibel auf</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Infraschall. Die Unsichtbarkeit der Schallquelle macht die Belastung zusätzlich belastend.</p> <p>Die Reichweite des Infraschalls besonders bei den neuen Windrädern ist extrem hoch, die alten Berechnungen reichen für moderne Anlagen nicht mehr aus. Ein effektiver Schutz gegen Infraschall existiert nicht. Weder Schallschutzfenster noch Lärmschutzwände helfen da Infraschall alles durchdringt. Nur ausreichender Abstand zur Wohnbebauung hilft wahrscheinlich. Daher ist der Mindestabstand von 2.500 Metern einzuhalten, was die derzeitige Planung nicht hergibt.</p> <p>Der ungebremste und massive Ausbau ohne Rücksicht auf mögliche Gesundheitsrisiken ist unverantwortlich und leichtfertig und zum jetzigen Zeitpunkt in denen die Gefahren von einer technokratischen Planungsebene abgetan und von Investoren belächelt wird. Aber der massive Zubau so nahe an der Wohnbebauung ist grobfahrlässig und daher strafwürdig. Möglicherweise ist Infraschall, wie es von den Windkraftanalgen ausgeht, das Asbest des 21. Jahrhunderts. Dafür werden die heute Verantwortlichen zu gegebener Zeit zur Verantwortung gezogen.</p>	<p>Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgeländen Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgelände Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgeländen Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgelände Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgeländen Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgeländen Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10084	325	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim Nord Kreuzen und Leibertingen Süd [Name anonymisiert] ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung: Beeinträchtigung des menschlichen Wohlbefindens Tieffrequenter Schall und Infraschall (unter 20 Hz) werden zwar nicht immer bewusst wahrgenommen, können jedoch laut Studien zu Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Schwindel, innerer Unruhe und Konzentrationsproblemen führen. Selbst bei Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte empfinden viele Anwohner die Anlagen als dauerhafte Lärmquelle, insbesondere in der Nacht. Studien (z. B. WHO 2018: *Environmental Noise Guidelines for the European Region*) belegen den Zusammenhang zwischen Dauerlärm und erhöhter Krankheitslast (z. B. Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen). Psychosoziale Belastung Die ständige Sichtbarkeit und das Rotieren der Rotoren wirken für viele Menschen psychisch belastend. Das Gefühl von Kontrollverlust über die eigene Wohnumgebung sowie unzureichender Bürgerbeteiligung verschärfen das Unbehagen. In Interviews und Umfragen schildern Betroffene Gefühle von „Heimatverlust“, „Belagerung“ oder „Dauerstress“. Schadstoffimmissionen durch Windkraftanlagen Beim Bau von Windkraftanlagen entstehen erhebliche Umweltbelastungen, auch für die Menschen die in der Nähe wohnen. Der Einsatz von Verbundmaterialien (GFK, CFK) in Rotorblättern erschwert das Recycling und kann bei Bruchereignissen zur Freisetzung toxischer Stäube über weite Strecken führen. Gerade wegen der vorgenannten Punkte bedarf es wesentlich größere Abstände, auch auf die Gefahr hin, dass weniger Anlagen gebaut werden können. Die derzeitigen Regelungen sind unzureichend, 2000-3000 Meter sind als Minimum anzusetzen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10084	326	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalhem Nord Kreuzen und Leiberngen Süd [Name anonymisiert] ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung:</p> <p>1. Vorbemerkung</p> <p>Der Ausbau der Windenergie und FFPV erfolgt rücksichtslos und auf Kosten der Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung. Was als „Energiewende“ verkauft wird, bedeutet für viele Bürger faktisch: Entwertung des eigenen Wohnumfelds, psychischer Dauerstress und</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ein Gefühl der Vereinnahmung durch industrielle Großstrukturen, sie es im Bereich FFPV oder Windkraft.</p> <p>Die Umzingelungswirkung durch Windkraftanlagen und FFPV ist kein abstraktes Gefühl – sie ist eine reale, tägliche Belastung für Betroffene.</p> <p>2. Was passiert konkret?</p> <p>In vielen Planungsregionen werden Dörfer nicht punktuell, sondern flächendeckend mit Windrädern und FFPV umstellt.</p> <p>Die Folge: Dauerhafte visuelle Präsenz riesiger, rotierender Bauwerke, schwarzglänzende Felder statt schönem Grün– oft in alle Himmelsrichtungen sichtbar.</p> <p>Die einst offene, natürliche Landschaft wird zum Industriepark mit 250-Meter-Maschinen und gigantischen FFPV Feldern, die alles überragen und verdecken: Häuser, Wälder, Kirchen, Landschaft und ganze Ortsbilder.</p> <p>3. Optische Bedrängung: Die unterschätzte Gesundheitsgefahr</p> <p>a) Gefühl der Machtlosigkeit</p> <p>Menschen empfinden die ständig sichtbaren Windräder und FFPV-Felder als übermächtig, dominant und nicht kontrollierbar.</p> <p>Besonders psychisch belastend ist das Gefühl: „Wir können uns dem nicht entziehen, wir sind machtlos ausgeliefert.“</p> <p>b) Zwang zur Akzeptanz</p> <p>Der Blick auf Windkraftanlagen und FFPV-Felder ist unvermeidbar – selbst in der eigenen Wohnung, im Garten oder beim Spaziergang.</p> <p>Der Rückzugsraum „Zuhause“ wird zum Ort ständiger Reizung und Störung.</p> <p>c) Gesundheitliche und emotionale Folgen</p> <p>Studien belegen, dass ständige visuelle Reize durch überdimensionierte technische Bauwerke wie sie die Windkraftanlagen und FFPV-Felder darstellen, Stresshormone erhöhen und zu psychosomatischen Symptomen führen können (Unruhe, Schlafstörungen, Gereiztheit bis hin zum Suizid).</p> <p>Das Gefühl, eingekreist und bedrängt zu sein, kann langfristig zur sozialen Isolation und Resignation führen.</p> <p>4. Politisches Versagen und Planungsirrsinn</p> <p>Genehmigungsbehörden und Projektierer blenden diese Problematik</p>	<p>der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>systematisch aus – oder stufen sie als „subjektiv“ ab. Es gibt keine verbindlichen Grenzwerte für visuelle Belastung oder Umzingelung. Stattdessen werden immer neue Anlagen durchgedrückt, während Bürger mit Worthülsen und angeblichen Ausgleichsmaßnahmen vertröstet werden.</p> <p>1. Gerade wegen der vorgenannten Punkte bedarf es wesentlich größere Abstände der Windkraftanlagen, auch auf die Gefahr hin, dass weniger Anlagen gebaut werden können. Die derzeitigen Regelungen sind unzureichend, 2000-3000 Meter sind als Minimum anzusetzen.</p> <p>2. Deckelung der Anlagenanzahl pro Gemeinde, um „Windkraft-Ghettos“ und FFPV-Wüsten zu verhindern.</p> <p>3. Verpflichtende Sichtfeldanalysen: Wer von mehr als 180° Windräder sieht, lebt in Umzingelung. Wenn dann noch FFPV-Wüsten hinzukommen ist der Sichtwinkel ohne Windkraftanlagen zu vergrößern.</p> <p>4. Einführung eines gesetzlichen Schutzkonzepts für „optische Lebensqualität“ im Bau- und Planungsrecht.</p> <p>Fazit Die Bevölkerung im ländlichen Raum wird mit Windkraftanlagen und FFPV-Feldern überrollt – ohne Rücksicht auf ihr Bedürfnis nach Ruhe, Heimat, Sichtachsen und Lebensqualität. Die Umzingelung durch Windräder und FFPV-Feldern ist kein notwendiges Übel, sondern eine Folge von Planungsversagen und technokratischer Ignoranz. Wer die Energiewende will, muss sie mit und nicht gegen die Menschen machen – sonst kippt nicht nur die Stimmung, sondern auch die Demokratie im ländlichen Raum.</p>	<p>und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10084	327	<p>Um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorbehaltsgebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd [Name anonymisiert] ; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung: Widerspruch gegen die Ausweisung zusätzlicher Photovoltaik-</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorbehaltsgebiete FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental auf der Gemarkung Leibertingen im Rahmen des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Die geplanten Flächen widersprechen aus naturschutzrechtlicher, bauplanungsrechtlicher sowie verfassungsrechtlicher Sicht einer rechtmäßigen Planung. Im Einzelnen stütze ich meinen Widerspruch auf folgende tragfähige rechtliche Grundlagen:</p> <p>1. Übermäßige Flächeninanspruchnahme – Missachtung der kommunalen Planungshoheit</p> <p>Die Gemeinde Leibertingen hat durch eigene Beschlüsse bereits Photovoltaikflächen im Umfang von ca. 1,07% der Gemarkungsfläche planerisch gesichert. Die zusätzliche Festlegung der Flächen durch den Regionalverband verletzt die kommunale Planungshoheit nach § 1 Abs. 4 BauGB, wonach Regionalplanungen an die Ziele der kommunalen Bauleitplanung anzupassen sind.</p> <p>2. Beeinträchtigung naturnaher Strukturen und gesetzlich geschützter Feuchtgebiete</p> <p>Die genannten Flächen berühren bzw. umfassen Bereiche mit Feuchtwiesen, Drainagezonen, strukturreichem Grünland und ökologisch wertvollen Übergangsbiotopen. Diese stehen nach § 30 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) unter besonderem Schutz. Ein Eingriff in diese Strukturen durch großflächige Solarfelder widerspricht dem Veränderungsverbot für Biotop und dem Grundsatz des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen nach Art. 20a Grundgesetz (GG).</p> <p>3. Artenschutzrechtlicher Konflikt – Verstoß gegen § 44 BNatSchG</p> <p>Nach den vorliegenden ornithologischen Kartierungen und örtlicher Beobachtungen befinden sich innerhalb und angrenzend an die Flächen Brut- und Nahrungshabitate geschützter Arten (z.B. Feldlerche, Neuntöter, Schlingnatter). Die Zerstörung oder erhebliche Störung dieser Arten bzw. ihrer Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG ausdrücklich verboten. Der Planentwurf enthält keine belastbare artenschutzrechtliche Prüfung.</p> <p>4. Verletzung des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden (§ 1a Abs. 2 BauGB)</p> <p>Der Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Boden wird durch die Ausweisung großflächiger technischer Nutzungen auf Landwirtschaftsflächen verletzt.</p>	<p>Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10084	328	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung: Die geplante Aufstellung des Flächennutzungsplans „Windenergie“ in der Gemarkung Leibertingen / Thalheim – Verletzung von Naturschutzrecht, Artenschutz und Pflicht zur Umweltprüfung. Der Plan verletzt in mehreren Punkten geltendes Recht und basiert auf nicht mehr aktuellen umweltrechtlichen Grundlagen. Besonders betroffen sind naturschutzrechtlich sensible Bereiche mit nachgewiesenem Vorkommen streng geschützter Arten (u.?a. Rotmilan) und einem Dichtezentrum geschützter Greifvögel, die durch die geplante Windenergienutzung in ihrer Lebensraumfunktion erheblich gestört, verdrängt oder getötet würden.</p> <p>1. Verstoß gegen § 44 BNatSchG – Tötungsverbot bei Rotmilan-Dichtezentrum Die betroffene Fläche liegt nachweislich innerhalb eines Dichtezentrums des Rotmilans (<i>Milvus milvus</i>) – einer streng geschützten Art nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG i.V.m. Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie. Die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb dieses Dichtezentrums führt zu einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko und ist daher nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) rechtswidrig. Bereits die Möglichkeit der Kollision mit nur einem Individuum genügt zur Verwirklichung des Tatbestands – eine</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>populationsbezogene Betrachtung ist nicht erforderlich (vgl. BVerwG, Urteil vom 18.03.2009 – 9 A 39.07).</p> <p>Eine solche Planung ist somit unvereinbar mit dem Bundesnaturschutzgesetz und hätte in einem Genehmigungsverfahren keine Bestandskraft.</p> <p>2. Lebensraumverlust, Störung und Zerschneidung – § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB / Art. 4 EU-Vogelschutzrichtlinie Windkraftanlagen in dem betroffenen Raum beeinträchtigen erheblich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- das Brut-, Jagd- und Rückzugsverhalten betroffener Arten,</li> <li>- das ökologische Gefüge der umliegenden Wald- und Offenflächen, sowie die landschaftliche Durchlässigkeit für geschützte Großvögel und Fledermäuse.</li> </ul> <p>Solche Stör- und Verdrängungseffekte sind im derzeitigen Plan nicht ausreichend berücksichtigt oder kompensiert. Das verstößt gegen das Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB sowie gegen die Prüfungspflichten nach Art. 4 Abs. 4 der Vogelschutzrichtlinie.</p> <p>3. Veralteter Flächennutzungsplan – Pflicht zur Umweltprüfung (§ 2 Abs. 4 BauGB, UVPG)</p> <p>Der zugrundeliegende Flächennutzungsplan stammt aus dem Jahr 2017 und ist damit nicht mehr aktuell. Laut Rechtsprechung und Verwaltungspraxis muss eine erneute Umweltprüfung erfolgen, wenn sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- naturschutzfachliche Grundlagen,</li> <li>- das Artenspektrum,</li> <li>- klimatische oder landschaftliche Bedingungen</li> <li>- oder die rechtliche Lage (z.B. FFH-Gebietsstatus) seitdem wesentlich verändert haben.</li> </ul> <p>Die Nichtaktualisierung der Umweltprüfung verstößt gegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- § 2 Abs. 4 BauGB,</li> <li>- §§ 6 ff. UVPG,</li> <li>- sowie das europarechtliche Vorsorgeprinzip gemäß Art. 6 Abs. 3 FFH-Richtlinie.</li> </ul> <p>Ohne aktuelle Bewertung ist der Plan nicht rechtssicher beschlussfähig.</p> <p>4. Forderung</p> <p>Ich fordere daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Streichung der Flächen in Leibertingen / Thalheim aus dem Planentwurf</li> <li>2. die vollständige Aktualisierung des Umweltberichts, insbesondere in Bezug auf Artenschutz und Raumwiderstand</li> <li>3. die Durchführung einer artenschutzrechtlichen Einzelfallprüfung,</li> </ol>	<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>die das Dichtezentrum des Rotmilans rechtlich berücksichtigt</p> <p>4. die Aussetzung des Planverfahrens bis zur Vorlage vollständiger, aktueller und rechtskonformer Unterlagen</p> <p>Rechtsmittelvorbehalt Ich behalte mir vor, gegen den Plan im Falle einer Nichtberücksichtigung der Einwendungen den Rechtsweg zu beschreiten, insbesondere in Form einer Normenkontrollklage gemäß § 47 VwGO vor dem zuständigen Oberverwaltungsgericht.</p>		
IV. 10084	329	<p>Um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung: Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Teilbereich Windenergie, erhebe ich hiermit form- und fristgerecht Widerspruch gegen die geplante Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen auf der Gemarkung der Gemeinde, insbesondere unter Berücksichtigung des Schutzgebietsstatus des Oberen Donautals, der kulturellen, ökologischen und touristischen Bedeutung der Region sowie der gesetzlichen Verpflichtung zum Schutz von Mensch und Umwelt.</p> <p>1. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Kulturlandschaft Die geplanten Vorrangflächen für Windenergieanlagen liegen im sensiblen Naturraum des Oberen Donautals, einem der herausragendsten Mittelgebirgsräume Süddeutschlands mit überregionalem Erholungswert. Durch die Aufstellung großtechnischer Windkraftanlagen mit Höhen über 285m wird das Landschaftsbild dauerhaft und tiefgreifend verändert – entgegen den Vorgaben aus: - § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB: Schutz des Landschaftsbildes und der Kulturlandschaft - § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG: Raumordnerische Verpflichtung zur Erhaltung landschaftlicher Vielfalt - § 1 Abs. 1 BNatSchG: Schutz von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage und Erholungsraum</p> <p>2. Schutz des Kulturdenkmals Burg Wildenstein Die Burg Wildenstein stellt ein bedeutendes Kulturdenkmal nach §22 DSchG BW dar. Sie wird zudem als Jugendherberge und Bildungsstätte genutzt – insbesondere für Schulklassen, Familienfreizeiten und Bildungsaufenthalte junger Menschen. Die Errichtung von Windenergieanlagen im direkten Blickfeld beeinträchtigt die Wahrnehmung und historische Wirkung der Anlage wesentlich, was gemäß §215 DSchG BW (Schutzwirkung des</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Umfelds von Kulturdenkmälern) nicht zulässig ist.</p> <p>3. Erholungswert und Schutzgut "Erholung"</p> <p>Leibertingen liegt im Naturpark Obere Donau, dessen Satzung den Schutz der Landschaft, der Artenvielfalt und des sanften Tourismus explizit festschreibt. Die Region ist geprägt durch ein Naturbad, einen Campingplatz, ein Segelfluggelände, vielfältige Wander- und Radwege, Fischgewässer sowie naturnahe Bildungsorte wie Burg Wildenstein.</p> <p>Diese Strukturen sind Teil der übergeordneten Schutzgüter "Landschaft" und "Erholung" gem. § 2 Abs. 1 UVPG, § 1 Abs. 1 BNatSchG, § 50 BImSchG sowie § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB.</p> <p>4. Lärmschutz, Infraschall und Gesundheitsgefährdung</p> <p>Windenergieanlagen erzeugen dauerhaft tieffrequenten Schall (Infraschall), periodische Schlagschatten, Blinklichter bei Nacht und turbinenbedingte Geräuschemissionen. Dies beeinträchtigt die Lebensqualität und stellt ein Risiko für die Gesundheit dar – insbesondere bei empfindlichen Personengruppen.</p> <p>Die Planung widerspricht dem Vorsorgeprinzip nach §71 Abs. 1 und §750 BImSchG sowie dem allgemeinen Gesundheitsschutz gemäß §71 Abs. 6 Nr. 1 BauGB.</p> <p>5. Beeinträchtigung des Tourismus und wirtschaftlicher Strukturen</p> <p>Der Tourismus in Leibertingen und dem Oberen Donautal basiert auf der Natur- und Kulturlandschaft. Windenergieanlagen führen erfahrungsgemäß zu einem Rückgang des Übernachtungs- und Tagestourismus. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- §72 Abs. 2 Nr. 2 ROG (Schutz des Menschen und seiner wirtschaftlichen Grundlagen),</li> <li>- Zielen des Naturparks Obere Donau,</li> <li>- Raumordnungsfunktion des ländlichen Raums zur Förderung von Erholung, Kultur und Tourismus.</li> </ul> <p>6. Beeinträchtigung ökologisch sensibler Gebiete und Arten</p> <p>Das Obere Donautal ist als FFH- und Vogelschutzgebiet Teil des europäischen Natura-2000-Netzes. Es beherbergt geschützte Arten, die durch Rotorschlag und Lebensraumverlust gefährdet sind. Eine geplante Ausweisung ohne FFH-Verträglichkeitsprüfung (§734 BNatSchG) und UVP gemäß §77 UVPG ist rechtswidrig.</p> <p>Forderung:</p> <p>Auf Grundlage der obenstehenden rechtlichen, ökologischen, gesundheitlichen, kulturellen und touristischen Belange fordere ich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die vollständige Streichung der betroffenen Vorranggebiete auch im Umfeld der Gemeinde Leibertingen und des Oberen Donautals</li> <li>- die Durchführung einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung mit FFH-Verträglichkeitsprüfung</li> <li>- die Anerkennung des Oberen Donautals als besonders</li> </ul>	<p>der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10084	331	<p>schutzwürdiger Raum, - die Berücksichtigung der Schutzgüter Mensch, Gesundheit, Erholung, Natur, Landschaft und Kultur nach Maßgabe der genannten Vorschriften</p> <p>LEIBERTINGEN FORMBLATT 15 Umweltgefahren durch PFAS und Brandgefahrenabwehr Windkraft</p> <p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist. Begründung: Die Ausweisung ist aus mehreren rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht haltbar und verletzt höherrangige Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbelange. 1. Gesundheits- und Umweltrisiken durch PFAS-haltige Komponenten Windkraftanlagen enthalten erfahrungsgemäß Bauteile, die per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) beinhalten, etwa in Dichtungen, Kabelummantelungen oder Schmiermitteln. Diese Substanzen gelten gemäß der REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 sowie laut Einschätzung der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) als besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC). Der Nachweis über die PFAS-Freiheit bzw. ein Konzept zur umweltgerechten Handhabung wurde im Rahmen der Ausweisung nicht erbracht. 2. Fehlende Voraussetzungen gemäß §35 BauGB Laut §35 Baugesetzbuch (BauGB) sind Windkraftanlagen nur im Außenbereich zulässig, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Vorliegend bestehen gewichtige entgegenstehende Belange, u.?a.: erhebliche Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft (§35 Abs.?3 Satz 1 Nr.?5 BauGB), mögliche Gefährdung der Wasserwirtschaft infolge potenzieller PFAS-Kontamination (§35 Abs.?3 Satz 1 Nr.?3 BauGB), 3. Unzureichende Brandschutzmaßnahmen nach §17 Abs.?3 LBO BW Das ausgewiesene Gebiet befindet sich überwiegend im oder in unmittelbarer Nähe zu Waldflächen. Gemäß §17 Abs.?3 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO BW) sind bauliche Anlagen nur zulässig, wenn diese keine unzumutbare Brandlast darstellen und eine ausreichende Löschwasserversorgung sowie gesicherte Zufahrtswege für Rettungskräfte gewährleistet sind. Diese Voraussetzungen sind für die geplante Fläche bislang nicht belegt.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>4. Mangelnde vertragliche Absicherung der Betreiberpflichten nach §211 BauGB Bislang ist unklar, inwiefern etwaige Auflagen zu Umwelt-, Gewässerschutz oder Brandschutz über städtebauliche Verträge oder Satzungsregelungen nach §211 BauGB auf die künftigen Betreiber oder Investoren rechtssicher übertragen werden. Ohne diese Absicherung ist die Planung mit Blick auf die Anforderungen an die gemeindliche Planungshoheit (§§21, 2 BauGB; Art.28 Abs.2 GG) fehlerhaft.</p> <p>5. Konsequenz: Herausnahme der Fläche aus der Planung Die benannten Mängel sind gravierend und rechtlich nicht heilbar im Rahmen des aktuellen Planverfahrens. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der Fläche Leibertingen aus dem Teilregionalplan Energie des RVBO.</p> <p>Zusammenfassung der maßgeblichen Rechtsgrundlagen: §235 BauGB – Bauen im Außenbereich §217 Abs.3 LBO BW – Brandschutz §211 BauGB – städtebauliche Verträge REACH-VO (EG) Nr. 1907/2006 – Umweltchemikalien Art.28 Abs.2 GG – kommunale Selbstverwaltung</p> <p>Forderung: Auf Grundlage der obenstehenden Baurechtlichen, Brandschutzrechtlichen, Städtebaurechtlichen, gesundheitlichen, kommunalrechtlichen Belange fordere ich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die vollständige Streichung des betroffenen Vorranggebietes</li> <li>- die Durchführung aller erforderlichen -Gutachten und deren vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung mit FFH-Verträglichkeitsprüfung</li> <li>- die Anerkennung des Oberen Donautals als besonders schutzwürdiger Raum</li> <li>- die Berücksichtigung aller Schutzgüter Mensch, Gesundheit, Erholung, Natur, Landschaft und Kultur nach Maßgabe der genannten Vorschriften</li> </ul>	<p>lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10084	332	<p>FORMBLATT 16 LEIBERTINGEN visuelle und akustische Beeinträchtigung Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost;</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>FFPV-437-028 Thalheim Nord Kreuzen und Leibertingen Süd Sohmerhof ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung: Landschaftsbild und Ästhetik Windräder und FFPV-Anlagen in der geplanten Menge werden das natürliche Landschaftsbild erheblich verändern – insbesondere bei uns im ländlichen Raum. So konnte die Stadt Friedrichshafen eine 10 ha FFPV-Fläche in der Nähe einer Bundesstraße mit der Begründung „Verschandelung der Landschaft“ ablehnen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, unsere Landschaft ist unberührter und wird dadurch erheblicher verschandelt.</p> <p>Höhe und Sichtbarkeit Die geplanten Windräder sind über 250 Meter hoch und aus großer Entfernung sichtbar, auch nachts durch blinkende Hindernisbefeuerung (rote Lichter). Auch bei dichter Bepflanzung oder Bewaldung sind sie nicht zu verdecken. Auch tagsüber reduzieren Sie das Landschaftsbild erheblich.</p> <p>Immobilienwert Es ist nachgewiesen, dass Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen erheblich an Wert verlieren, was auch mit der visuellen Präsenz zusammenhängt. Eine Kompensation ist in der Planung des RVBO nicht vorgesehen, was zu einer sozialen Ungleichheit führt.</p> <p>Psychologische Belastung Für viele Menschen stellen Windräder eine ständige visuelle Erinnerung an eine ungewollte Umweltveränderung dar, was zu permanentem Unwohlsein oder „gefühlter Entwertung“ des Lebensraums führt und in Depressionen bis hin zum Suizid münden kann.</p> <p>Akustische Beeinträchtigung</p> <p>Hörbarer Schall Je nach Windstärke und Anlagentyp entstehen Windgeräusche, Rotorenbrummen oder rhythmische Wummern, wie z.B. in Baierreck. Besonders in ruhigen, ländlichen Regionen wie unsere, wird dies als erhebliche Störung empfunden – vor allem nachts.</p>	<p>B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopsis der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopsis der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopsis der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopsis der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopsis der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopsis der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopsis der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Abstand zur Wohnbebauung</p> <p>Gerade wegen der vorgenannten Punkte bedarf es wesentlich größere Abstände, auch auf die Gefahr hin, dass weniger Anlagen gebaut werden können. Die derzeitigen Regelungen sind unzureichend, 2000-3000 Meter sind als Minimum anzusetzen.</p>	<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10084	333	<p>LEIBERTINGEN FORMBLATT 17 Wohnumfeld</p> <p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalhem Nord Kreuzen und Leibertingen Süd Sohmerhof ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Beeinflussung der Lebensqualität des Menschen manifestiert sich in der Qualität der Wohnungssituation sowie in der Erholungs-Situation natürlicher Lebensräume.</p> <p>Bei erheblichen Einschränkungen wie diese die durch die o.g. Planung des RVBO getätigt werden, sind negative Folgen für die körperliche und gesundheitliche Unversehrtheit des Menschen und Störungen des psychischen und sozialen Wohlbefindens zu erwarten, da die natürliche Lebensgrundlage erheblich gestört wird.</p> <p>Das Wohnumfeld ist mehr als ein Ort – es ist Lebensqualität</p> <p>Ein gesundes, intaktes Wohnumfeld bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ruhe, Rückzugsorte, Schutz vor Dauerreizen</li> </ul>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>- Naturverbundenheit, Heimatgefühl, kulturelle Identität</p> <p>- Verträglichkeit von Umwelt, Architektur und Landschaft</p> <p>Windkraftanlagen im Nahbereich von Wohngebieten bedrohen diese Grundlagen massiv. Windräder verursachen Dauerschall: Wummern, Brummen, pulsierender Tieffrequenzlärm, siehe Baierack. Besonders nachts wirkt dieser Lärm wie eine permanente Störung – unsichtbar, aber spürbar.</p> <p>Windräder mit 250+ Metern Höhe dominieren das gesamte Blickfeld – egal ob vom Garten, vom Fenster oder beim Spaziergang. Dazu kommen die FFPV-Felder als schwarze Wüsten.</p> <p>Das Wohnumfeld verliert seinen natürlichen Maßstab – aus Dörfern werden Kulissen unter Industrieanlagen.</p> <p>Die Hinderniskennzeichnung (rotes Blinken) wirkt wie ein visuelles Alarmsignal, das jede Nacht die Dunkelheit durchbricht.</p> <p>Der Charakter einer ruhigen, dunklen Wohnregion verschwindet – das beeinflusst das Wohlbefinden erheblich.</p> <p>Viele Betroffene sprechen vom Gefühl, die Kontrolle über ihr Umfeld zu verlieren:</p> <p>„Früher war das unser Zuhause – jetzt ist es eine Windkraftzone mit Schwarzfeldern.“</p> <p>Wenn Windkraftanlagen sich um Ortschaften herum aufstellen, entsteht das Gefühl von Vereinnahmung und Umzingelung.</p> <p>Das alles macht krank.</p>	<p>Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10085	413	<p>1. Grundsätzliche Einwendungen</p> <p>1.1. Zur Beschlussfassung der 1. Auslegung</p> <p>Baden-Württemberg sieht sich als Vorreiter in der Bürgerbeteiligung. Man wolle „die Einbindung der Bevölkerung in politische Prozesse, und man setze auf die „stille Mitte der Bevölkerung, „um die Entscheidungsfindung zu verbessern.“ Laut Kretschmann sei die Demokratie nicht dort in Gefahr, wo Bürger sich einmischen, sondern dort, wo sie sich abwenden“. Wie vereinbaren sich diese hehren Ziele mit der Bürgerbeteiligung betr. die Windradplanungen? Bei der Sitzung des Regionalverbands (RVBO) am 7.2. in Bad Wurzach wurde u.a. entschieden, an welchen Windkraftstandorten weiterhin festgehalten werden soll. Das bisherige Verfahren zu diesem Thema ist ein Musterbeispiel dafür, wie die hehren Ziele verfehlt werden. Man berücksichtigt die geltende Rechtslage scheinbar, indem man die Pläne auslegt und den Bürgern die Gelegenheit gibt, dazu Stellung zu nehmen. So haben z.B. der Verein Pro Natur Argenbühl und viele Mitglieder auf mindestens 100 Seiten detaillierte Einwendungen vorgebracht, so wie auch unzählige andere Bürger landesweit. Nun berichtete ein Planungsmitglied des RVBO, dass er am 15.01.2025 über 7.400 Seiten Unterlagen bekommen habe und diese zum Termin am 7.2. hätte durcharbeiten müssen, was er zeitlich gar nicht geschafft habe. Daraufhin sagten die Verbandsverantwortlichen, dass man das nicht Wort für Wort durchlesen müsse, ein Überfliegen würde reichen. Dies bedeutet, dass bei der Versammlung über etwas abgestimmt wurde, was gar nicht genau geprüft wurde. Dabei wäre es ein in der Demokratie normales Vorgehen, zunächst den Einsprechern zu antworten und wohl begründet die jeweiligen Argumente abzuwägen, die Abwägungen dann auch den Verbandsmitgliedern vorzulegen und dann darüber abstimmen zu lassen.</p> <p>Neben dieser Kritik am Verfahren und an der Versammlungsleitung gibt es auch Zweifel an einer ergebnisoffenen Planung, wenn Projektierer schon vor einer Entscheidung Planungen einreichen und dann argumentieren, sie hätten schon so viel Arbeit in die Projektplanung gesteckt, weshalb man bei einer Ablehnung Regressforderungen stellen könne. Bei solchen Zuständen muss man sich nicht wundern, wenn „Bürger sich von der Demokratie abwenden, weil sie sich ausgeschlossen fühlen.“</p> <p>1. 2. zur Behandlung meiner Einwendungen Az. IV.00589</p> <p>Meine Einwendungen bezogen sich auf die Windkraftanlagen im</p>	Kenntnisnahme. Der Regionalverband hält sich an die gesetzlichen Vorgaben.	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bereich Ratzenried-Siggen. In Ihrer Stellungnahme beziehen Sie sich aber auf Photovoltaikanlagen. Demnach gehen Sie gar nicht auf meine Argumente ein. Dies ist – nach meinem Punkt 1.1. – ein weiterer Beweis, wie wenig die Bürger ernst genommen und angeblich ins Verfahren eingebunden sind.</p> <p>Weil Sie auf meine Einwendungen gar nicht Bezug genommen haben, trage ich sie nochmals vor.</p>		
IV. 10085	727	<p>2. Stellungnahme zur 2. Offenlegung. Ich beziehe mich vor allem auf den Naturschutz</p> <p>2.1. Widersprüche zwischen Gesetzen und Regionalplan</p> <p>2.1.1. Während einerseits die Naturschutzgesetze der EU und des Bundes klare Vorgaben machen, wird andererseits bei der Windkraft der Naturschutz hinten gestellt. Die vom Bundestag beschlossenen Gesetzesänderungen bzw. Gesetzesergänzungen zugunsten der Windkraft gehen vollständig zulasten des Naturschutzes und des Landschaftsschutzes. Bei den Regelungen in der Vogelschutz-Richtlinie (V-RL), der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) sowie der Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie (UVP-RL) gibt es klare Verstöße gegen das Unionsrecht.</p> <p>2.1.2. Auch der Bundesrechnungshof rügt in seinem Bericht vom 7.3.2024 die Regierung, dass sie die negativen Umweltwirkungen der Energiewende missachte: „Die Absenkung verfahrensbezogener Umweltstandards senken zugleich das Risiko für eine Beeinträchtigung anderer Schutzgüter erheblich. Obwohl der Bundesregierung einzelne Umweltwirkungen der Energiewende bekannt sind, fehlt ihr bis heute ein konsistentes Ziel- und Monitoringsystem; insbesondere hat sie versäumt, messbare Ziele für die einzelnen Schutzgüter zu entwickeln ...Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, unerwünschte Wirkungen auf einzelne Schutzgüter frühzeitig zu erkennen und angemessen nachzusteuern. Auch kann die Bundesregierung die Einhaltung der von Deutschland übernommenen internationalen Verpflichtungen nicht verlässlich überwachen.....Der Klimaschutz genießt trotz seiner überragenden Bedeutung keinen absoluten Vorrang gegenüber den anderen Schutzgütern ...“ (S. 55, Bericht nach § 99 BHO, beschlossen vom Großen Senat des Bundesrechnungshofes, 7. März 2024).</p> <p>2.1.3. Auch auf Landesebene gibt es verschiedene Widersprüche und Versäumnisse in Bezug auf Freiraumverbund, Landesentwicklung, Biotopkartierung und Biotopvernetzung. Das Ziel sei „der Schutz der ökologischen Ressourcen mit einem</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wirksamen großräumigen Freiraumverbund und der Zweck der Erholung. Es sollen die Funktions- u. Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes nicht nur erhalten, sondern auch verbessert werden, sowie unzerschnittene Lebensräume erhalten und vernetzt werden. ....Mit Verankerung im Grundgesetz Artikel 20a ist der 'Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere' und damit der Schutz der biologischen Vielfalt zudem ein Staatsziel mit Verfassungsrang" (S. 7, Naturschutzstrategie Baden-Württemberg, 2. Aufl. 2014). Welch ein Widerspruch zu den WKA-Planungen!</p> <p>2.1.4. Auch der RVOB basiert nicht auf aktuellen Erhebungen in Bezug auf den Naturschutz. Die längst vorzulegenden FFH-Managementpläne sind zum größten Teil nicht fertig gestellt oder noch nicht einmal in Auftrag gegeben worden. Obwohl es keinen Landschaftsrahmenplan gibt, legt der RVBO mit dem Teilregionalplan Energie eine „Planungsoffensive zum Ausbau von Windkraft und Solar“ vor und will die Vorrangflächen für Windenergie im Bereich Ratzenried-Siggen festlegen, in einem Gebiet, das bisher „Vorranggebiet für Natur und Landschaftspflege“ war. Die Gesichtspunkte des Naturschutzes werden dem 2%-Ziel untergeordnet. Wo bleiben die Ziele, „die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu fördern“ und „auf Nachhaltigkeit, Schutz von Umwelt und Böden Rücksicht zu nehmen“?</p> <p>Somit zeigen sich bei der bisherigen Planung markante Widersprüche. Dies gilt auch bei den folgenden Punkten.</p> <p>2.2. Widersprüche und Versäumnisse im Ratzenrieder/Siggener Wald</p> <p>2.2.1. Auch in Argenbühl soll der Naturschutz den Zielen der Energiewende untergeordnet werden. Alle Probleme in Bezug auf den Wald, die Tiere, das Wasser, das Klima und den Boden treffen ganz konkret für die WK-Planung in Argenbühl zu.</p> <p>Beim Vortrag des RVBO am 19.11.2023 in Ratzenried wurde geäußert, dass im Waldgebiet Ratzenriede/Siggen keine Schutzgebiete bekannt seien. Richtig ist, dass es in diesem Bereich ca. 40 Schutzgebiete gibt (FFH Gebiete, Biotope, Moore, Naturdenkmäler und Fließgewässer). Das Hauptproblem der Planung ist, dass in diesem Bereich die Forschungsgrundlagen in Bezug auf den Naturschutz größtenteils fehlen oder äußerst lückenhaft sind. Nicht genau untersucht wurde z.B. die Krötenpopulation im Bereich der Siggener Weiher. Wie sich zeigt, besteht eine Wanderungsbewegung aus dem Siggener Wald Richtung Neuweiher, wobei auch auf der Moorfläche zwischen Wald und</p>	<p>wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Weiher in den moorigen Gräben viele Laichstellen vorhanden sind. Einerseits wurden im Bereich Bruggweiher und Platzweiher in Ratzenried wegen der weit überdurchschnittlichen Krötenwanderung (im Durchschnitt ca. 15.000 Amphibien pro Jahr) teure Maßnahmen (Durchlässe an der K 8011) durchgeführt, andererseits würden durch die WKAn in der Nähe der Siggener Weiher die Amphibien-Populationen gefährdet bzw. vernichtet.</p> <p>2.2.2. Nicht ausgewertet und auch nicht fortgeschrieben wurde der Landschaftsplan von Argenbühl (1994), in dem der Dorfer/Sigger Wald als „großflächiges Waldgebiet mit Funktion als großräumiger Frischluftproduzent“ sowie als wichtiges landschaftsgliederndes Element mit besonderer Funktion für die Erholung beschrieben wird, die Reduzierung der Flächenversiegelung sowie die Erhöhung der Wasserrückhaltefähigkeit gefordert wird und die große Bedeutung der Rückzugsgebiete für bestimmte, immer seltener werdende Tier- und Pflanzenarten und die Biotope von regionaler Bedeutung (Schlossweiher Sigger Biotop und der Reuteweiher bei Aufreute) und die Naturschutzgebiete Neuweiher und Buchweiher+ Göttlishofer Moor beschrieben werden. Auch der Regionalverband hat 1994/1996 auf der Plankarte OST von 1996 den ganzen Bereich um den Neuweiher einschließlich (Auf-)Reute Weiher, Schlossweiher und Buchweiher bis fast angrenzend an Göttlishofen als „Schutzbedürftigen Bereich für Naturschutz und Landschaftspflege eingezeichnet.“</p> <p>2.2.3. Auch die Biotopverbundsplanung, die der Landschaftsplaner Stefan Stern (Wasserburg) 1994 für die Gemeinde Argenbühl angefertigt hat, wurde nicht zur Kenntnis genommen. 2024 gab die Gemeinde zwar einen weiteren Auftrag für eine Biotopverbundsplanung, doch dessen Ergebnis liegt erst in den kommenden Jahren vor.</p> <p>2.2.4. Ebenso wäre die Einbeziehung des Gewässerunterhaltungskonzepts von Dr. Fürst (Biberach) nötig gewesen, das er 2000 für die Gemeinde Argenbühl erstellt hat.</p> <p>Fazit</p> <p>All diese und weitere aktuelle Grundlagen hätte der RVBO vor einer Entscheidung für eine WKA-Vorrangfläche auswerten müssen. Die naturschutzrechtlichen Vorgaben der EU sind weder im Bund, noch im Land, noch vom RVBO angemessen berücksichtigt bzw. sie werden negiert. Deshalb ist das besagte Plangebiet in Argenbühl</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		nicht geeignet.		
IV. 10085	728	<p>2.2.5. Schließlich gibt es keine aktuellen Untersuchungen zum Vorkommen gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Als Beispiel soll hier das Vorkommen von Fledermäusen im Bereich Ratzenried dienen. Hier wurden in den letzten 10-10 Jahren von regionalen Fledermausexperten folgende Arten dokumentiert:</p> <p>Breitflügelfledermaus  Kleiner Abendsegler  Großer Abendsegler  Zwergfledermaus  Wasserfledermaus  Kleine Bartfledermaus  Braunes Langohr  Mausohr</p> <p>In jüngster Zeit gibt es bei Bebauungsplänen vermehrt Vorschriften zum Schutz der Fledermäuse, zumal laut Nabu in Baden-Württemberg 18 der 23 heimischen Fledermausarten zu den so genannten „windenergiesensiblen“ Arten gehören. Ihre Bestände seien schon heute größtenteils stark gefährdet. Deshalb sollten aktuelle und detaillierte Untersuchungen auch bei den Windradplanungen erfolgen. Zuerst Bestandserhebungen, dann Planungen!</p> <p>Es wird gefordert, man müsse die negativen Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Fledermäuse so gut wie möglich minimieren und gleichzeitig etwas für die Arten tun. Wie passt aber dazu die Behauptung, Windräder seien gut für die Natur? CO2-Einsparung gegen Tiersterben? Wie passt die Forderung des Nabu dazu, Wälder fledermausfreundlich zu gestalten, wenn man gleichzeitig die Abholzung von Wäldern für die Windräder befürwortet?</p> <p>Zwar wird gefordert, dass, um das Kollisionsrisiko an Windrädern zu reduzieren, diese in Zeiten erhöhter Fledermausaktivität konsequent abgeschaltet werden müssten, andererseits wird beklagt, dass diese Vorgabe in vielen Fällen aber gar nicht umgesetzt oder kontrolliert werde.</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Für die artenschutzfachliche Prüfung liegt der Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023) als Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie vor. Darin sind Schwerpunktorkommen (Kategorie A und B) für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten abgegrenzt. Schwerpunkträume haben eine hohe Stetigkeit und dieses methodische Vorgehen erleichtert es, den Artenschutz auf der vorgelagerten Ebene mit hinreichender Genauigkeit zu beachten, so dass auf den festgelegten Flächen regelmäßig keine unüberwindbaren Hindernisse mehr entgegenstehen werden.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW trägt also dazu bei dass im Rahmen der Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen zum Teilregionalplan Energie Artenschutzbelange auch außerhalb von Schutzgebieten adäquat berücksichtigt werden können. Zudem kann so der Schutz von Populationen auf planerischer Ebene berücksichtigt werden, der wiederum eine Voraussetzung für das Erteilen einer Ausnahme auf nach-gelagerter Ebene darstellt (§ 45 Abs. 7 BNatSchG).</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Die vier Fledermaus-Arten, für die in der Region Bodensee-Oberschwaben FFH-Lebens-stätten festgelegt wurden, sind laut Hinweispapier der LUBW74 (s. Anlage 3, Tabelle U 44) jedoch nicht kollisionsgefährdet. Hinweise von Sonderstatusarten außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden mit in die BEwertung aufgenommen, ebenso wie die auf Grund vonNaturschutzbehörden und -verbänden festgelegten Fledermauskorridore.</p> <p>Zudem wurden die Betroffenenheiten von Fledermaus-Lebensstätten durch die geplanten Vorranggebiete Windenergie im Bereich von 500 Metern Abstand zu den FFH-Gebieten geprüft. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10086	425	<p>hiermit lege ich Einspruch gegen den Bau der oben genannten Windekraftanlage ein.</p> <p>Begründung:  Waldabrodung und die dadurch resultierende Klimaerwärmung und Bodenaustrocknung  Enorme Bodenversiegelung  Enormer Rohstoffverbrauch  Gefahren für Menschen und Tiere  Lebensraum für Tiere wird zerstört  Erhöhter Lärm für Mensch und Tier  Auf tretende Vibrationen für Mensch und Tier  Infraschall (nachgewiesen, auch wenn oft das Gegenteil behauptet wird!)</p> <p>Im Winter: Eiswurf von bis zu über 1 km möglich (Abstand zu Wohnhäuser gerade einmal 600 m)  Durch Abrieb der Rotorblätter: Verseuchung umliegender Flächen und Trinkwasser  Tonnenweise Mikroplastik landet zwangsläufig in unserer Nahrungskette  Wertminderung der Immobilien in unmittelbarer Nähe (Abstand von 600 - 1000 m ist zu gering)  Es gibt Alternativen. Z. B.:  Die bereits bestehenden Windkraftanlagen (deutschlandweit) auf den neuesten Stand bringen.  Dies würde ausreichen, die zum Ziel genommene Stromerzeugung in kWh im Sektor Windkraft, zu erreichen.  Vorteil: Geringere Kosten, nachhaltiger, umweltschonender, klimafreundlicher, weniger Boden Versiegelung etc. pp.  Bitte berücksichtigen Sie die genannten Punkte in Ihrer Entscheidungsfindung.  Bitte setzen Sie sich sachlich und konstruktiv mit diesen Punkten auseinander.  Bitte entscheiden Sie nicht aus ideologischen Gründen.</p> <p>Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen gute Gedanken und eine gewissenhafte Entscheidungsfindung</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10087	417	<p>Einwendungen Vorranggebiete Windenergie Haistergau /Mühlhausen</p> <p>als Bürger der Ortschaft Mühlhausen erheben wir nachfolgende Einwendungen gegen die Ausweisung von Vorranggebiete für Windenergie im Haistergau und in Eberhardzell:</p> <p>1. gesetzliche Grundlage der Flächenplanung</p> <p>Die aktuelle Flächenplanung und die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen basieren laut Dr. Heine vom Regionalverband auf folgenden gesetzlichen Grundlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erneuerbare-Energien-Gesetz (2022): Übertreffendes öffentliches Interesse der erneuerbaren Energien.</li> <li>• Wind-an-Land-Gesetz (2022): Vorgabe von 1,8 % Flächenanteil für Windenergie in Baden-Württemberg.</li> <li>• Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz BW (2023): Sicherung der Flächenziele in der Regionalplanung.</li> </ul> <p>Diese Vorgaben seien – so die bisherige Argumentation – nicht in Frage zu stellen.</p> <p>Inzwischen doch: Die tatsächlichen politischen Rahmenbedingungen haben sich geändert.</p> <p>Grundlage der oben genannten Gesetze war der Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2021, der das 2%-Flächenziel für Windenergie auch in weniger windhöffigen Regionen mit entsprechender Privilegierung vorsah. Dieser Koalitionsvertrag ist überholt.</p> <p>Im neuen Koalitionsvertrag 2025 werden Kurskorrekturen angekündigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Ausbau der Windenergie soll grundsätzlich weiter erfolgen, jedoch unter stärkerer Berücksichtigung der Kosteneffizienz. Der Zubau von Windkraft und Photovoltaik soll unter Effizienzgesichtspunkten umgestellt werden.</li> <li>• Insbesondere das Referenzvertragsmodell für die Flächenausweisung soll überprüft werden, um unwirtschaftliche Schwachwindstandorte zu vermeiden (Koalitionsvertrag 2025, Z. 1034 ff.)</li> </ul> <p>Fazit:</p> <p>Die Projekte müssten entsprechend kritisch neu bewertet werden. Der ursprünglich maßgebliche Koalitionsvertrag mit 2</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>%-Flächenziel ist durch die Vorgaben des neuen Koalitionsvertrags 2025 abgelöst. Im Zuge der Umsetzung der Vorgaben aus dem aktuellen Koalitionsvertrag ist von entsprechenden Gesetzesanpassungen und Umgestaltung der Förderungsgrundlagen auszugehen.</p> <p>Ausweislich der im Planungsverfahren durchgeführten Umweltprüfungen sind die hier in Rede stehenden Gebiete nicht uneingeschränkt für den Bau von Windkraftanlagen geeignet und führen zu erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern und Artenschutzbelangen. Die Flächenausweisung ist deshalb zumindest auszusetzen, bis die Gesetzeslage geklärt ist, bevor nachhaltige Beeinträchtigungen realisiert werden, die absehbar nicht mehr von der Gesetzeslage gedeckt sind.</p> <p>Zusammenfassung und Forderung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die politischen Rahmenbedingungen haben sich geändert – Schwachwindstandorte sollen künftig nicht mehr bevorzugt gefördert werden.</li> </ul> <p>Deshalb muss gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Eine sofortige Aussetzung der Flächenausweisung für den Haistergau. Zum jetzigen Zeitpunkt auf der Grundlage von Gesetzen, die auf Basis des neuen Koalitionsvertrages Änderungen erfahren werden, Flächen auszuweisen, macht keinen Sinn. Insbesondere nicht im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigung von Schutzgütern, von der die strategische Umweltprüfung des Regionalverbandes selbst ausgeht.</li> <li>Eine neue Bewertung unter Berücksichtigung der aktuell anstehenden gesetzlichen und politischen Vorgaben.</li> </ul>	<p>wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10087	418	<p>2. Anforderungen an eine gelingende Energiewende</p> <p>So auch das Statement von Georg Stamatelopoulos, Vorstandsvorsitzender der ENBW, in der Wirtschaftswoche Nr. 15 vom 04.04.2025, S. 55 ff.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Effizienz ist essenziell: Die Energiewende kann nur gelingen, wenn Projekte ökonomisch tragfähig sind. Der Ausbau erneuerbarer Energien müsse an leistungsstarken, nicht an subventionierten Schwachwindstandorten erfolgen. Schwachwindstandorte liefern deutlich geringere Stromerträge, fordern aber denselben Fördertarif – das widerspricht dem Ziel einer effizienten Mittelverwendung.</li> </ul>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vermeidung von Überkapazitäten: Bereits heute kommt es bei Photovoltaik zu Überproduktionen, die nicht sinnvoll genutzt werden können. Der Bau ineffizienter Anlagen verschwendet Ressourcen und Steuergelder.</li> <li>• Gefährdung der Akzeptanz: Werden Bürger belastet, ohne dass ein angemessener Nutzen entsteht, gefährdet dies langfristig die gesellschaftliche Unterstützung der Energiewende. Anlagen für erneuerbare Energien dürfen nur soviel und dort gebaut werden, wo es sich rechnet. Das Projekt der Energiewende ist gefährdet, wenn es überdimensioniert aufgesetzt wird und der Strom teurer als nötig wird.</li> </ul> <p>Fazit: Im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung, die bei staatlichen Eingriffen immer zwingend zu beachten ist, ist der tatsächliche Beitrag eines geplanten Windparks zur Energiewende kritisch zu hinterfragen! Eine reine Flächenvorgabe ohne Effizienzprüfung ist nicht nur unwirtschaftlich, sondern konterkariert die Akzeptanz und den Erfolg der Energiewende:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ökologische Effizienz und Flächenverbrauch In windschwachen Gebieten kann die tatsächliche Energieausbeute wesentlich niedriger sein als in windreichen Regionen. Dies führt zu einer geringeren Wirkungsrate der Anlagen, sodass das im Verhältnis dazu das eingesetzte Infrastruktur- und Flächenpotenzial (Straßen, Fundamente, Netzanschluss) ineffizient ist. Die Eingriffe in den natürlichen Boden und die Landschaft sind in Relation zur gewonnenen Energieproduktion als unverhältnismäßig zu bewerten.</li> <li>• Rohstoff- und Ressourcenintensität Der Bau von Windkraftanlagen mit einer Höhe von 300m, erfordert einen erhöhten Materialeinsatz (z.B. Stahl, Beton). Dies bringt einen signifikanten ökologischen Fußabdruck mit sich – von der Rohstoffgewinnung über die Produktion bis hin zum Transport –, der in einem Gebiet mit ungünstigen Windverhältnissen wirtschaftlich und ökologisch fragwürdig ist und in keinem angemessenen Verhältnis zur Zielerreichung steht.</li> <li>• Wartungs- und Betriebsaufwand Gerade in windschwachen oder variablen Gebieten können häufigere und intensivere Wartungsarbeiten notwendig werden, die zusätzlichen Verkehr, Lärmemissionen und Umwelteinwirkungen mit sich bringen. Das belastet zusätzlich das lokale Ökosystem in der Bauphase sowie im laufenden Betrieb und steht in keinem Verhältnis zur Zielerreichung.</li> </ul>	<p>B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>3. Auswirkungen vor Ort</p> <p>Das Ergebnis der strategischen Umweltprüfung Osterhofen kommt zusammengefasst zu dem Ergebnis, dass Windenergieanlagen – und hier geht es noch nicht um die Anzahl – zu erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern führen und Artenschutzbelange in erheblichem Maß beeinträchtigt sind. Inzwischen ist bekannt: Es geht nicht nur um Einzelanlagen, sondern um einen Windpark mit bis zu 30 Anlagen à 300 Meter Höhe in unmittelbarer Nähe von mehreren Ortschaften.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abstand: Trotz geplanter Mindestabstände sind gesundheitliche Risiken nicht auszuschließen und nicht absehbar. Infraschall-Studien zeigen keine eindeutige Entwarnung, viele Bundesländer halten Mindestabstände von <math>\geq 1.500</math> m für notwendig. Die Flächenplanung geht von lediglich 750 m Abstand aus. Das Argument für die Reduzierung des Mindestabstands ist laut Dr. Heine dem Umstand geschuldet, dass anders das vorgegebene Flächenziel (was nach den Vorgaben des neuen Koalitionsvertrags voraussichtlich wegfallen wird) nicht zu erreichen sei. Mit einer Angemessenheitsprüfung unter Berücksichtigung der Bürgerbelange, hat das nichts zu tun. Es sind angemessene Abstände einzuhalten auch unter visuellen Gesichtspunkten. Vergleicht man die Flächenausweisungen des Regionalverband Bodensee Oberschwaben mit Regionalverband Donau Iller wird deutlich, dass die angrenzenden Ortschaften geradezu in ein Meer von Windrädern getaucht werden sollen – soweit und wohin das Auge reicht. Das ist nicht verhältnismäßig! Erfahrungswerte für derart große Windparks im Binnenland fehlen bislang, nachhaltige Beeinträchtigungen können deshalb umso weniger ausgeschlossen werden. Auch deshalb sind im Rahmen einer verantwortungsvollen Entscheidungsfindung zu erwartenden Änderungen aufgrund der Vorgaben im Koalitionsvertrag abzuwarten, bevor gesundheitliche Beeinträchtigungen billigend in Kauf genommen werden.</li> <li>• Wertverlust von Immobilien: Windkraftanlagen und insbesondere ein Windpark des hier geplanten Ausmaßes führen zu erheblichen Wertverlusten der Häuser im Umkreis. Die Aussage von Dr. Heine, dass es keine Wertverluste gäbe, ist ganz offenkundig nicht haltbar. Banken dokumentieren bei Kreditvergaben signifikante Wertminderungen von Immobilien in der Nähe geplanter Windparks. Die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Immobilienwerte wurden bereits in mehreren Studien untersucht. Eine umfassende Analyse von Frondel et al. (2018) zeigt: Der durchschnittliche Preiserückgang für Immobilien innerhalb eines Kilometers von einer Windkraftanlage beträgt bis zu 7,1 %. Hier steht ein Windpark mit bis zu 30 Windkraftanlagen in Rede. Der Wertverlust dürfte um ein Vielfaches höher liegen. In ländlichen</li> </ul>	<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gebieten sind Preisrückgänge von bis zu 23 % ermittelt – bei weit kleineren Anlagen.</p> <p>Ruhr Economic Papers: Local Cost for Global Benefit: The Case of Wind Turbines</p> <p>Auch das ist angesichts einer zu erwartenden Rechtsänderung nicht hinzunehmen.</p> <p>An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass wir bei der Renovierung der Villa Ambros im Mühlhausen erhebliche Summen von Geld für die Erfüllung von staatlichen Denkmalaufgaben aufgebracht haben. Die im Falle des Baus der Windkraftanlagen sich niemals mehr rechnen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesundheitsbeeinträchtigung <ul style="list-style-type: none"> <li>o Infraschall und niederfrequenter Schall</li> </ul> </li> </ul> <p>Wissenschaftlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die im Betrieb von Windkraftanlagen entstehenden niederfrequenten Schallwellen (Infraschall) zu gesundheitlichen Beschwerden führen und Auswirkungen auf den Schlaf, Stresslevel, Herz-Kreislauf-System und allgemeines Wohlbefinden haben. Insbesondere da die Höhe von 300?m potenziell weitreichende Schallfelder erzeugen kann, besteht das Risiko, dass auch bei einem Mindestabstand von 750?m Effekte nicht vollständig auszuschließen sind. Zu berücksichtigen ist hier auch der Umstand, dass die anliegenden Wohngebiete am Hang liegen. Die Argumentation, dass es keine validen Studien zu Beeinträchtigungen gäbe, verkennt, dass der Maßstab sein muss, gesundheitliche Beeinträchtigungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Schattenwurf und Flimmereffekte (Shadow Flicker)</li> </ul> <p>Die Drehbewegung der Rotorblätter führt zu periodischem Schattenwurf, der als Flimmern wahrgenommen wird. Dieser Effekt kann zu Unruhe und Irritationen führen, wenn die Sonneneinstrahlung von den hohen Turbinen beeinflusst wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Elektromagnetische Felder (EMF)</li> </ul> <p>Technisch bedingt entstehen im Betrieb der Windanlagen elektrische und magnetische Felder. Auch wenn wissenschaftliche Untersuchungen derzeit noch keine eindeutigen gesundheitsschädlichen Wirkungen belegen, kann der mögliche Einfluss solcher Felder – insbesondere bei Anlagen, die nahe Wohngebieten errichtet werden – nicht ausgeschlossen werden. Auch hier gilt das oben Gesagte.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Konzentration von Betriebsgeräuschen</li> </ul> <p>Betriebsgeräusche eines Windparks der geplanten Größe können, insbesondere bei windschwachen Bedingungen, störender wahrgenommen werden, da die menschliche Wahrnehmung besonders im Vergleich zu anderer Umgebungslärmarten sensibel reagieren kann. Auch das ist ein potenzieller Risikofaktor für Stress und Schlafstörungen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auswirkungen auf die Natur <ul style="list-style-type: none"> <li>o Störung der Tierwelt <p>Windkraftanlagen stellen eine Gefahr für Vögel und Fledermäuse dar. Die großen, sich langsam drehenden Rotoren und die sich ändernden Luftströmungen bieten ein potenzielles Kollisionsrisiko, während gleichzeitig der Lebensraum durch die Anlagen und zugehörige Infrastruktur fragmentiert wird. Zu beachten ist hier, dass die geplanten Standorte für die Windkraftanlagen Lebensraum und Durchzugsgebiet für seltene Vogelarten sind. Die Standorte sind in einem Ried geplant, das Vogelschutzgebiet ist.</p> </li> <li>o Schutz des Wurzacher Ried <p>Das Wurzacher Becken wurde als größtes intaktes zusammenhängendes Hochmoor Mitteleuropas mit dem Europadiplom ausgezeichnet. Es liegt in einem geringen Abstand von nur circa 3,5 km zum geplanten Windpark im Haistergau und wird deshalb sowohl von der Erwärmung, die die Luftverwirbelungen der Rotoren mit sich bringen, als auch von dem Mikroplastik, das von den Rotoren abfällt, betroffen sein. Das Wurzacher Becken darf aus Schutzgründen nicht als Vorranggebiet ausgewiesen werden – aufgrund der Nähe muss gleiches für das Haistergauer / Mühlhausener Ried gelten.</p> </li> </ul> </li> <li>• Beeinträchtigung des Erholungswerts <p>Einmal installiert, verändern die massiven Windräder – auch bei ausreichendem Abstand – die visuelle und akustische Qualität der Umgebung. Insbesondere in ländlichen, von Natur und Erholung geprägten Regionen führt das zur Verringerung der regionalen Attraktivität als Erholungsgebiet. Bad Waldsee ist Kurgemeinde! Der Windpark hat negative Auswirkungen auf touristische Einnahmen und langfristige Investitionen in die Region.</p> </li> <li>• Wasserschutz <p>Die Windräder im Haistergau sind in der Nähe von landwirtschaftlichen Flächen und einem Wasserschutzgebiet geplant sind. Die Rotorblattbeschichtungen von Windrädern enthalten PFAS, eine als extrem gesundheitsschädlich eingestufte Ewigkeitschemikalie. Beim Betrieb der Anlagen entsteht ein PFAS Abrieb. Abgetragene Partikel verteilen sich über mehrere Kilometer, können in Böden einsickern und über den Regen in Gewässer gelangen. Studien gehen von einem Abrieb von bis zu 150 kg pro Anlage pro Jahr aus. Auch wenn es keine einheitlichen Studien gibt, kann Entscheidungsgrundlage sicherlich nicht sein, dass es nur wenig Abrieb gibt – geht es um Gesundheit muss Ansatzpunkt eher der worst case als der best case sein! Die geplanten Windkraftanlagen liegen im Bereich von Grundwasser vorkommen und Wasserschutzgebieten. In Wasserschutzgebieten der Zone 1 ist der Bau von Windkraftanlagen verboten. Da PFAS Abrieb sich über mehrere Kilometer verteilt ist, muss davon ausgegangen werden, dass</p> </li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wasserschutzzonen betroffen sind.</p> <hr/> <p>4. Zusammenfassung und Forderung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftlichkeit und Effizienz müssen Grundlage jedes Ausbaus der erneuerbaren Energien sein.</li> <li>• Der massive Eingriff in Schutzgüter, Landschaftsbild und Eigentumsrechte steht nicht im Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen eines Windparks an diesem Standort</li> <li>• Klimaschutz ist ein globales Thema – ineffiziente Projekte schaden mehr, als dass sie nutzen.</li> </ul> <p>Deshalb muss gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorrang nur für wirtschaftlich tragfähige, effiziente und gesellschaftlich akzeptierte Projekte im Rahmen der Energiewende.</li> <li>• Natur – und umweltschutzrechtlichen Vorgaben müssen berücksichtigt werden.</li> </ul> <p>Was nicht effizient ist, kann nicht verhältnismäßig im Sinne der Energiewende sein. Dabei ist immer auch zu berücksichtigen, dass die Maßnahmen, die ein Land ergreift, letztlich global zu sehen sind. Klimaschutz ist ein globales Thema.</p> <p>Hier wird massiv in Bürgerrechte und andere Schutzgüter eingegriffen – das kann und darf nicht sein, wenn die Vorhaben keinen effektiven Beitrag zum Klimaschutz leisten und es dafür geeignetere Maßnahmen gibt (vgl. auch die Ausführungen Stamatelopoulos, a.a.O.)</p> <p>Zuletzt: Nachhaltigkeit ist mehr als Energiewende – sie umfasst auch soziale und demokratische Belange. Eine Energiewende, die auf Akzeptanz verzichtet, verspielt ihre Grundlage und gefährdet unseren demokratischen Rechtsstaat, wenn der nicht verstandene Bürger sich extremen Parteien zuwendet. Die Energiewende muss mit Augenmaß umgesetzt werden und es muss die Verträglichkeit der Baumaßnahmen mit den Menschen vor Ort gewährleistet sein.</p>		
IV. 10087	419	<p>o Elektromagnetische Felder (EMF)</p> <p>Technisch bedingt entstehen im Betrieb der Windanlagen elektrische und magnetische Felder. Auch wenn wissenschaftliche Untersuchungen derzeit noch keine eindeutigen gesundheitsschädlichen Wirkungen belegen, kann der mögliche Einfluss solcher Felder – insbesondere bei Anlagen, die nahe Wohngebieten errichtet werden – nicht ausgeschlossen werden. Auch hier gilt das oben Gesagte.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10088	122	<p>der geplante Ausbau der Windenergie im Haistergau wirft aus unserer Sicht Fragen hinsichtlich Gerechtigkeit, Gesundheit, Eigentumsschutz und gesellschaftlicher Verantwortung auf.</p> <p>Übermäßige Belastung trotz ausreichender Versorgung Es ist kaum nachvollziehbar, warum unsere Ortschaften – Hittelkofen, Osterhofen, Haisterkirch – die Last von insgesamt 24 Windkraftanlagen tragen sollen, obwohl bereits 6-8 Windräder den Energiebedarf der Gemeinde zu 200 % decken. Das bedeutet, dass wir für eine doppelte Versorgung belastet werden, während andere Regionen mit weniger Anlagen auskommen. Eine solche Überlastung ist ungerecht und widerspricht dem Prinzip der fairen Verteilung der Belastungen.</p> <p>Abstandsregelungen werden immer enger In den letzten Jahren sind die Abstände zwischen Windrädern und Wohnbebauung in Deutschland immer kleiner geworden. Während früher Mindestabstände von 1.000 Metern üblich waren, sind heute oft nur noch 600 Meter vorgeschrieben. Bei uns soll ein Windrad mit nur 750 Metern Abstand gebaut werden – das ist viel zu nah, insbesondere angesichts der Lärmbelastung und der Schattenwurfproblematik. Diese Nähe beeinträchtigt die Lebensqualität erheblich und ist kaum mit dem Schutz der Gesundheit vereinbar.</p> <p>Wertverlust unserer Immobilien Viele unserer neu gebauten Immobilien sind noch nicht abbezahlt. Der</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>drohende Wertverlust durch die Nähe zu Windkraftanlagen wird einfach hingenommen, obwohl Studien, etwa vom DIW, belegen, dass Immobilienwerte durch Windräder um bis zu 23 % sinken können. Das ist eine erhebliche finanzielle Belastung für Eigentümer, die ihre Zukunft auf diese Investitionen aufgebaut haben.</p> <p>Unfaire Entscheidungsprozesse In Deutschland sind die rechtlichen Rahmenbedingungen klar geregelt. Dennoch dürfen einzelne Landbesitzer, die Pachtverträge über 30 Jahre mit Projektierern unterschreiben, maßgeblich über die Nutzung ihrer Flächen entscheiden – oft zum Nachteil vieler anderer. Diese Einzelentscheidungen führen dazu, dass sich einzelne Personen auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, ohne dass die betroffenen Anwohner ausreichend beteiligt oder geschützt werden.</p> <p>Unser Zuhause wird zum Lärmfaktor Unser Haus im Grünen, das eigentlich ein Ort der Erholung sein sollte, droht durch die geplanten Windräder zu einem Ort ständiger Lärmbelastung zu werden. Mit einer Dauerbelastung von 45 dB ist die Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Das ist nicht nur eine Belastung für unser Wohlbefinden, sondern auch für unsere Gesundheit und die Nutzung unseres Eigentums.</p> <p>Der Ausbau der Windenergie ist wichtig für die Energiewende, doch muss er verantwortungsvoll, gerecht und unter Berücksichtigung der Belange der Anwohner erfolgen. Die aktuellen Pläne im Haistergau scheinen diese Prinzipien zu missachten. Es ist notwendig, die Abstände zu Wohngebieten zu erhöhen, die Belastung gerecht zu verteilen und die Eigentumsrechte sowie die Gesundheit der Bürger stärker zu schützen.</p> <p>Ich lade gerne bis zu 5 Person aus ihrer Abteilung auf unser Terasse zum Grillen ein, um Ihnen zu verdeutlichen, was für eine enorme Belastung auf uns zukommen soll. Wenn Sie dem Windpark zustimmen sollten, ob Sie das mit ihrem Gewissen vereinbaren können.</p>	<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10089	127	<p>die [Name anonymisiert] begrüßt ausdrücklich die Möglichkeit als Projektentwicklerin für Windenergie in Ihrem Verfahren angehört zu werden. Nochmals lobend erwähnen möchten wir an dieser Stelle die strukturierte, zügige und immerzu transparente Vorgehensweise bei der Fortschreibung des „Teilregionalplans</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	---------------	---------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Energie". Die Gebietskulisse ist aus unserer Sicht insgesamt sehr positiv zu bewerten, und in der Herangehensweise hebt sich der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben qualitativ von anderen Regionalverbänden ab. Wir bedanken uns für die geleistete Arbeit und nehmen im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie wie folgt Stellung:</p> <p>?</p> <p>Die [Name anonymisiert] begrüßt die nachfolgenden Vorranggebiete und bittet um die Aufnahme in den Teilregionalplan Energie, um die geplanten Windenergievorhaben in den Gebieten weiter projektieren und bauen zu können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>› Bad Waldsee – WEA 436-007</li> <li>› Aitrach – West – WEA 436-026</li> <li>› Veringenstadt – Südost – WEA 437-016</li> <li>› Inneringen – Nordost – WEA 437-020</li> </ul>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10091	162	<p>mit großer Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass der Beurener Berg als bisher geplantes Vorranggebiet aus dem Teilregionalplan Energie gelöscht wurde. Zu meiner Verwunderung wurde aber das Vorranggebiet im Enkenhofener Wald (WEA-436-013 - In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd) als einziges Gebiet im ganzen Regionalplan Bodensee-Oberschwaben um einen Teil erweitert. Wie ist dies möglich? Laut LUBW ist das Gebiet als Hochmoor eingezeichnet. Welche Prüfungen haben im Enkenhofener Wald stattgefunden und welche Institution hat dies festgelegt? Die Luftverwirbelungen durch die Rotorblätter haben negative Auswirkungen auf die Flora und Fauna und führen zur Austrocknung des Hochmoors. Auch ist das Gebiet nur ca. 2 km Luftlinie vom Beurener Berg entfernt und von vielen Biotopen und Mooren umgeben. Man kann ebenfalls davon ausgehen, dass sich die schützenswerte Tier- und Pflanzenwelt in diesem Gebiet ähneln wie auf dem Beurener Berg. Deshalb möchte ich Sie bitten, das Gebiet im Enkenhofener Wald nochmal genauestens zu prüfen und aus der Planung für mögliche Vorranggebiete zu entfernen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10092	123	<p>Betreff: Formeller Einspruch gemäß § 10 Abs. 1 ROG gegen die geplante Ausweisung der Windkraftvorrangfläche in Kißlegg Ost-1 (Teilregionalplan Energie)</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 10 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) in Verbindung mit § 9 ROG und § 12 des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG BW) erhebe ich hiermit formell und fristgerecht Einspruch gegen die geplante Windkraftvorrangfläche in der Gemeinde Kißlegg. Die Fläche betrifft unter anderem den sogenannten Generalwildweg und liegt im Umfeld ökologisch besonders sensibler Gebiete.</p> <p>1. Beeinträchtigung eines landesbedeutsamen Wildtierkorridors (§ 20 BNatSchG, § 30 BNatSchG) Die geplante Vorrangfläche liegt auf dem Generalwildweg, einem überregionalen Wildtierkorridor. Gemäß § 20 Abs. 2 BNatSchG sind Biotopverbundsysteme vorrangig zu sichern und weiterzuentwickeln. Windkraftanlagen stellen aufgrund ihrer Dimension, akustischen Emissionen und Rotorbewegungen massive Barrieren für wandernde Wildtiere dar, insbesondere für Großsäuger wie Rehwild oder Rotwild. Zudem könnte es durch Verdrängungseffekte zur Zunahme von Wildunfällen oder zur genetischen Isolation von Populationen kommen.</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 verwiesen.	Kenntnisnahme
IV. 10092	124	<p>2. Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope (§ 30 BNatSchG, § 33 LNatSchG BW)</p> <p>Die betroffene Fläche ist unmittelbar von Moorstandorten umgeben, welche gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sowie § 33 Abs. 1 des Landesnaturschutzgesetzes Baden-Württemberg unter besonderem Schutz stehen. Eingriffe in diese sensiblen Ökosysteme – selbst wenn sie außerhalb der Moorgrenzen liegen – können deren Wasserhaushalt erheblich stören. Eine bauliche Nutzung ist mit dem gesetzlichen Verschlechterungsverbot unvereinbar.</p>	<p>Moorböden wurden im Planungsprozess berücksichtigt. Hoch- und Niedermoore größer gleich 2 ha wurden im Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt. Hochmoore sind als sehr erheblicher Konflikt (K1) eingestuft, sonstige Niedermoore als Konflikt (K3). Im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie neu eingeführt wurde das Kriterium „Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit“ als sehr erheblicher Konflikt (K1).</p> <p>Zudem wurden im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie in ausgewählten Einzelfällen Teilflächen von Vorranggebieten Windenergie wegen unmittelbarer Nähe zu genehmigten bzw. bereits umgesetzten Wiedervernässungsmaßnahmen verkleinert. In der Regel lagen dabei Kumulationen mit anderen natur- und artenschutzfachlichen Konflikten vor. Dies ist im in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie der Fall. Bezüglich Vorsorgeabständen zu Mooren bzw. möglichen künftigen Vorhaben der Wiedervernässung: Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit größer gleich 2 ha von Windenergie freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung für Flächen, die sich in der Nähe zu etwaigen künftigen Wiedervernässungsflächen befinden, nicht gegeben. Bei diesen überwiegt das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	
IV. 10092	125	<p>3. Konflikt mit wasserrechtlichen Schutzbestimmungen (§ 34 WHG, § 51 WHG, § 89 WHG)</p> <p>Die Nähe zu ausgewiesenen Wasserschutzgebieten bedeutet, dass das Vorhaben nach § 34 WHG und § 51 WHG wasserrechtlich zu prüfen ist. Das Vorhaben könnte insbesondere die Grundwasserneubildung und -qualität durch Bodenversiegelung, den Einsatz von Maschinenölen, PFAS Materialien und potenzielle Altlasten aus Fundamentbau beeinträchtigen. Hiervon sind auch die umliegenden 18 privaten Brunnen betroffen. Dies widerspricht dem Vorsorgegrundsatz des Wasserrechts.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10092	126	<p>4. Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung (§ 1 ROG, § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG)</p> <p>Nach § 1 Abs. 2 ROG sowie § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG sollen die</p>	<p>Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert und entwickelt werden. Die Vereinbarkeit von Windkraftprojekten mit dem Ziel der Umweltvorsorge und des Naturschutzes ist hier nicht gegeben, insbesondere in Anbetracht der räumlichen Lage im ökologisch hochwertigen Verbundraum von Mooren und Schutzgebieten.</p> <p>5. Verstoß gegen das Gebot der Umweltprüfung (§ 8 ROG, § 2 Abs. 4 BauGB) Die Ausweisung der Vorrangfläche bedarf einer strategischen Umweltprüfung, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf geschützte Biotope und die Tierwelt. Es ist nicht ersichtlich, dass eine umfassende Prüfung der Auswirkungen auf die Biodiversität gemäß § 8 ROG und § 2 Abs. 4 BauGB erfolgt ist. Ich fordere eine Nachbesserung und unabhängige ökologische Bewertung.</p> <p>Aus naturschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und raumordnerischer Sicht bestehen erhebliche Bedenken gegen die Ausweisung dieser Vorrangfläche. Ich fordere daher den Ausschluss der betroffenen Fläche aus dem Teilregionalplan Energie und eine Wiederaufnahme der Umweltprüfung unter besonderer Berücksichtigung des Biotopverbunds, der Schutzgebiete sowie der betroffenen Wildtierpopulationen.</p>	<p>erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert (s. Umweltbericht zum Entwurf Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie). Für jedes Vorranggebiet Windenergie wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter (Mensch/Erholung, Flora, Fauna und biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Klima/Luft, Landschaft, Kultur- und Sachgüter) in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Dabei wurden beim Schutzgut „Flora, Fauna und biologische Vielfalt“ u.a. auch Moore, Schutzgebiete, geschützte Biotope, Wildtierkorridore sowie Biodiversität berücksichtigt und eine artenschutzrechtliche Prüfung auf Regionalplanebene durchgeführt. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.</p> <p>Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Die Ergebnisse der (erneuten) Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet und für die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen in den Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss) nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seinen Planungen an die rechtlichen Vorgaben. Die Strategische Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10092	1433	<p>An den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Hirschgraben 2 88214 Ravensburg Datum: 30.04.2025</p> <p>Betreff: Formeller Einspruch gemäß § 10 Abs. 1 ROG gegen die geplante Ausweisung der Windkraftvorrangfläche in Kißlegg Ost-1 (Teilregionalplan Energie)</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 10 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) in Verbindung mit § 9 ROG und § 12 des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG BW) erhebe ich hiermit formell und fristgerecht Einspruch gegen die geplante Windkraftvorrangfläche in der Gemeinde Kißlegg. Die Fläche betrifft unter anderem den sogenannten Generalwildweg und liegt im Umfeld ökologisch besonders sensibler Gebiete.</p> <p>1. Beeinträchtigung eines landesbedeutsamen Wildtierkorridors (§ 20 BNatSchG, § 30 BNatSchG) Die geplante Vorrangfläche liegt auf dem Generalwildweg, einem überregionalen Wildtierkorridor. Gemäß § 20 Abs. 2 BNatSchG sind Biotopverbundsysteme vorrangig zu sichern und weiterzuentwickeln. Windkraftanlagen stellen aufgrund ihrer Dimension, akustischen Emissionen und Rotorbewegungen massive Barrieren für wandernde Wildtiere dar, insbesondere für Großsäuger wie Rehwild oder Rotwild. Zudem könnte es durch Verdrängungseffekte zur Zunahme von Wildunfällen oder zur genetischen Isolation von Populationen kommen.</p> <p>2. Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope (§ 30 BNatSchG, § 33 LNatSchG BW) Die betroffene Fläche ist unmittelbar von Moorstandorten umgeben, welche gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sowie § 33 Abs. 1 des Landesnaturgesetzes Baden-Württemberg unter besonderem Schutz stehen. Eingriffe in diese sensiblen Ökosysteme – selbst wenn sie außerhalb der Moorgrenzen liegen – können deren Wasserhaushalt erheblich stören. Eine bauliche Nutzung ist mit dem gesetzlichen Verschlechterungsverbot unvereinbar.</p>	<p>eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und ausreichende Auseinandersetzung und Abwägung der Umweltbelange, dem Ziel der Umweltvorsorge und dem Naturschutz. Auf den Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird verwiesen.</p> <p>Bezüglich Wildtierkorridor, Generalwildweg wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 (Landesjagdverband) verwiesen.</p> <p>Ein Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung liegt nicht vor. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Zu den anderen genannten Punkten: Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>3. Konflikt mit wasserrechtlichen Schutzbestimmungen (§ 34 WHG, § 51 WHG, § 89 WHG)</p> <p>Die Nähe zu ausgewiesenen Wasserschutzgebieten bedeutet, dass das Vorhaben nach § 34 WHG und § 51 WHG wasserrechtlich zu prüfen ist. Das Vorhaben könnte insbesondere die Grundwasserneubildung und -qualität durch Bodenversiegelung, den Einsatz von Maschinenölen, PFAS Materialien und potenzielle Altlasten aus Fundamentbau beeinträchtigen. Hiervon sind auch die umliegenden 18 privaten Brunnen betroffen. Dies widerspricht dem Vorsorgegrundsatz des Wasserrechts.</p> <p>4. Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung (§ 1 ROG, § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG)</p> <p>Nach § 1 Abs. 2 ROG sowie § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG sollen die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert und entwickelt werden. Die Vereinbarkeit von Windkraftprojekten mit dem Ziel der Umweltvorsorge und des Naturschutzes ist hier nicht gegeben, insbesondere in Anbetracht der räumlichen Lage im ökologisch hochwertigen Verbundraum von Mooren und Schutzgebieten.</p> <p>5. Verstoß gegen das Gebot der Umweltprüfung (§ 8 ROG, § 2 Abs. 4 BauGB)</p> <p>Die Ausweisung der Vorrangfläche bedarf einer strategischen Umweltprüfung, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf geschützte Biotop und die Tierwelt. Es ist nicht ersichtlich, dass eine umfassende Prüfung der Auswirkungen auf die Biodiversität gemäß § 8 ROG und § 2 Abs. 4 BauGB erfolgt ist. Ich fordere eine Nachbesserung und unabhängige ökologische Bewertung.</p> <p>Aus naturschutzrechtlicher, wasserrechtlicher und raumordnerischer Sicht bestehen erhebliche Bedenken gegen die Ausweisung dieser Vorrangfläche. Ich fordere daher den Ausschluss der betroffenen Fläche aus dem Teilregionalplan Energie und eine Wiederaufnahme der Umweltprüfung unter besonderer Berücksichtigung des Biotopverbunds, der Schutzgebiete sowie der betroffenen Wildtierpopulationen.</p> <p>Bitte bestätigen Sie den Eingang dieses Schreibens schriftlich und teilen Sie mir mit, in welcher Form mein Einwand in die Abwägung einfließt.</p>	<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10093	426	<p>Betreff: Anfrage zur Standortauswahl – Berücksichtigung von Flächen mit Platz für weniger als drei Windenergieanlagen</p> <p>im veröffentlichten Kriterienkatalog zur Teilregionalplanung Windenergie in der Region Oberschwaben ist formuliert, dass Standorte als geeignet gelten, wenn sie Platz für mindestens drei Windenergieanlagen (WEA) bieten. Gleichzeitig wird dort jedoch nicht</p>	<p>Gem. Kriterienkatalog stellen Flächen mit Platz für voraussichtlich mindestens 3, 5 oder 10 Windenergieanlagen Eignungskriterien dar.</p> <p>Zudem sind Flächen gem. Planungskonzept dann besonders für die Festlegung als Vorranggebiete Windenergie geeignet, wenn sie dem planerischen Konzept einer dezentralen Konzentration sowie einer ausgewogenen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	---	---	-------------------------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ausdrücklich ausgeschlossen, dass Standorte mit Platz für weniger als drei WEA kritisch oder gar ungeeignet sind. (<a href="https://www.rvbo-energie.de/media/pages/home/1caf396188-1744129081/handout-kriterienkatalog-vorranggebiete-windenergie.pdf">https://www.rvbo-energie.de/media/pages/home/1caf396188-1744129081/handout-kriterienkatalog-vorranggebiete-windenergie.pdf</a> Seite 27)</p> <p>In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wurden bei der Standortsuche auch Flächen mit einem potenziellen Platzangebot für weniger als drei Windenergieanlagen geprüft oder in die Auswahl aufgenommen?</li> <li>2. Falls dies nicht erfolgt ist: Aus welchen konkreten Gründen – rechtlicher, planerischer oder politischer Natur – wurden solche Standorte ausgeschlossen?</li> <li>3. Falls entsprechende kleinere Standorte bisher nicht identifiziert wurden, fordere ich, dass diese Prüfung nun nachgeholt wird. Bitte teilen Sie mir in diesem Fall mit: <ol style="list-style-type: none"> <li>3.1. Wie viele potenzielle Standorte mit Platz für ein oder zwei Windenergieanlagen bei einer ergänzenden Prüfung identifiziert werden konnten.</li> <li>3.2. Wie viele zusätzliche Windenergieanlagen auf diesen Flächen theoretisch errichtet werden könnten.</li> <li>3.3. Wie viel Prozent der gesamten potenziellen Windvorrangfläche solche Standorte ausmachen würden.</li> </ol> </li> </ol> <p>Darüber hinaus fordere ich, dass kleinere geeignete Flächen, auf denen eine oder zwei Windenergieanlagen errichtet werden könnten, in die weitere Planung mit aufgenommen werden. Eine solche breitere Betrachtung der Flächenkulisse eröffnet die Möglichkeit, hochbelastete Gebiete – wie etwa den Raum Haisterkirch/Osterhofen – planerisch etwas zu entlasten, indem dort größere Abstände zur Wohnbebauung eingehalten werden, ohne die Zielvorgabe von 1,8% der Regionsfläche für Windenergie zu gefährden.</p> <p>Darüber hinaus sollte der Teilregionalplan nicht das Ziel verfolgen, ausschließlich die lukrativsten Flächen für Projektierer auszuweisen. Vielmehr ist es Aufgabe des Plans, sämtliche geeigneten Flächen herauszuarbeiten – auch solche, die aus Sicht der Projektentwicklung mit höherem Aufwand oder geringerer Rentabilität verbunden sein mögen. Der planerische Auftrag richtet sich nicht nach wirtschaftlicher Attraktivität einzelner Flächen, sondern nach der raumplanerischen Eignung. Daher ist es sachgerecht und notwendig, auch kleinere oder weniger rentable Standorte in die Betrachtung und Ausweisung einzubeziehen. Ich danke Ihnen im Voraus für Ihre ausführliche Rückmeldung und die Transparenz im Planungsprozess.</p>	<p>räumlichen Verteilung unter Vermeidung lokaler Überlastungen in der Region folgen. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten.</p> <p>Außerdem wurden bestehende und geplante Windenergieanlagen als Eignungskriterien im Planungskonzept berücksichtigt.</p> <p>Es wird auf den die Begründung und den Kriterienkatalog inkl. die Erläuterung (Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) verwiesen.</p> <p>Im Ergebnis führt die Anwendung des Planungskonzepts (s. Begründung inkl. Kriterienkatalog, Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) dazu, dass auch Vorranggebiete Windenergie mit einer Fläche für voraussichtlich weniger als drei Windenergieanlagen festgelegt wurden. Diese sind der Hinweisspalte der Tabelle B3 der Begründung zum Teilregionalplan Energie (s. Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) zu entnehmen. Vorranggebiete Windenergie mit Platz für weniger als 3 Windenergieanlagen wurden demnach im Einzelfall bei laufenden bzw. bestehenden Planungen/Vorplanungen/Genehmigungsverfahren (Eignungskriterium) in die Flächenkulisse aufgenommen (s. Hinweisspalte Tab. B3, Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Die Frage, wie viele Anlagen in einem Vorranggebiet errichtet werden können, betrifft Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10093	595	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit lege ich Widerspruch gegen den derzeit veröffentlichten Entwurf des Teilregionalplans Windenergie Oberschwaben ein. Der Widerspruch richtet sich nicht gegen den Bau einzelner Windenergieanlagen, sondern gegen die Planungssystematik, die Flächenauswahl und die zugrundeliegenden Kriterien im Planungsprozess insgesamt.</p> <hr/> <p>1. Einleitung und Ziel des Widerspruchs</p> <p>Ziel dieses Widerspruchs ist es, fundiert und unter Einbeziehung bestehender gesetzlicher Grundlagen sowie gesellschaftlicher, ökologischer und planerischer Überlegungen darzulegen, warum der vorliegende Entwurf des Teilregionalplans nicht geeignet ist, eine faire, ausgewogene und rechtssichere Grundlage für die Windenergieentwicklung in der Region zu bilden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10093	1284	<p>2. Unvollständige Flächenanalyse – Ausschluss kleiner Standorte unbegründet</p> <p>Im veröffentlichten Kriterienkatalog ist festgehalten, dass Standorte, die Platz für drei Windenergieanlagen bieten, als geeignet gelten. Es ist jedoch nicht ersichtlich, ob kleinere Standorte – also solche, die nur Platz für eine oder zwei Anlagen bieten – überhaupt in die Auswahl einbezogen wurden. Der Kriterienkatalog schließt solche Standorte nicht explizit aus. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum diese potentiellen Flächen von vornherein nicht identifiziert und bewertet wurden.</p> <p>Ich fordere, dass sämtliche grundsätzlich geeigneten Flächen – unabhängig davon, ob sie Platz für eine, zwei oder drei Anlagen bieten – in die Analyse einbezogen und die Ergebnisse transparent veröffentlicht werden.+</p> <p>3. Mangelnde Flächengerechtigkeit und Belastungsverteilung</p> <p>Durch die Konzentration auf große, projektierrfreundliche Flächen entsteht eine ungleiche Verteilung der Belastung auf wenige Regionen – insbesondere auf die stark betroffenen Gebiete wie Haisterkirch und Osterhofen. Dies widerspricht dem raumordnerischen Grundsatz der Flächengerechtigkeit.</p> <p>Ich fordere daher ausdrücklich, dass auch kleinere Flächen identifiziert und in die Planung aufgenommen werden. Dies würde es ermöglichen, die Abstände in stark belasteten Gebieten zu vergrößern und die Gesamtbelastung gleichmäßiger zu verteilen – ohne das Ziel von 1,8 % Flächenkulisse zu gefährden.</p> <p>4. Planerische Ausrichtung auf projektierrfreundliche Flächen ist nicht Aufgabe des Teilregionalplans</p> <p>Der Teilregionalplan hat die Aufgabe, alle geeigneten Flächen zu identifizieren – unabhängig davon, ob deren Erschließung für Projektierer einfach oder wirtschaftlich besonders attraktiv ist. Es geht nicht darum, „Sahnestücke“ für Investoren bereitzustellen,</p>	<p>Zu den Anregung zum Thema "Ausschluss kleiner Standorte"/ "Fehlende Angaben zu ausgeschlossenen kleinen Flächen" / "Aufnahme kleinerer Flächen" etc.: Es wird auf die Abwägung zu diesem Thema in BE ID 426 verwiesen. Die Vorgehensweise geht aus dem Planungskonzept (s. Begründung und Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie) hervor und ist somit transparent und nachvollziehbar dargelegt. Weitere Angaben bspw. quantitative Angaben zu kleineren, nicht als Vorranggebiete festgelegten Flächen sind in den Planungsunterlagen nicht erforderlich.</p> <p>zu 4. und 6. Verstoß gegen § 2 ROG:</p> <p>Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete für die Windenergienutzung fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Erläuterung der Abwägung Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sondern darum, den Planungsraum in seiner Gesamtheit abzubilden. Auch Standorte mit höherem Aufwand müssen berücksichtigt werden, wenn sie grundsätzlich geeignet sind. Die Kriterienauswahl darf nicht implizit auf Maximierung der Wirtschaftlichkeit für Projektierer abzielen, sondern muss sich an fachplanerischen, rechtlichen und raumordnerischen Maßgaben orientieren.</p> <p>5. Fehlende quantitative Angaben zu ausgeschlossenen kleineren Flächen</p> <p>Es wurde nicht offengelegt, wie viele potenzielle Standorte mit Platz für weniger als drei Windenergieanlagen existieren, wie viele Anlagen dort errichtet werden könnten, und welchen prozentualen Anteil an der Gesamtfläche diese Standorte ausmachen würden. Dies stellt ein Transparenzdefizit dar. Ich fordere daher:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die nachträgliche Identifikation dieser Standorte,</li> <li>• Eine quantitative und kartografische Aufstellung,</li> <li>• Die Veröffentlichung dieser Informationen im Rahmen einer überarbeiteten Beteiligung,</li> <li>• Und die Integration dieser Standorte in die Abwägung des Teilregionalplans.</li> </ul> <p>6. Möglicher Verstoß gegen das Raumordnungsgesetz (ROG)</p> <p>Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen die unterschiedlichen Anforderungen an den Raum aufeinander abzustimmen. Einseitig projektierrerfreundliche Kriterien widersprechen dieser Vorgabe. Auch § 1 ROG, der die nachhaltige Raumentwicklung fordert, gebietet die faire Verteilung von Nutzungen und Belastungen.</p> <p>7. Missachtung des Gleichheitsgrundsatzes (Art. 3 GG)</p> <p>Die Konzentration auf wenige große Standorte bei gleichzeitiger Ausblendung kleinerer geeigneter Flächen kann zu einer ungleichen Belastung führen, die nicht mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes vereinbar ist. Eine transparente und nachvollziehbare Begründung für den Ausschluss kleinerer Flächen fehlt.</p> <p>8. Politische Aussagen widersprechen dem Vorgehen</p> <p>Zahlreiche politische Vertreter auf Bundes- und Landesebene haben wiederholt betont, dass der Ausbau der Windenergie unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten und mit Augenmaß erfolgen soll. Auch wurde eine faire Lastenverteilung angekündigt. Der vorgelegte Teilregionalplan steht im Widerspruch zu diesen Versprechen.</p> <p>9. Fazit und Forderungen</p> <p>Der Teilregionalplan Windenergie Oberschwaben weist gravierende methodische und inhaltliche Mängel auf. Die systematische Ausblendung kleinerer, jedoch geeigneter Standorte ist weder rechtlich geboten noch planerisch sinnvoll. Eine Korrektur ist dringend</p>	<p>denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Es liegen somit keine einseitig projektierrerfreundlichen Kriterien vor.</p> <p>zu 6. § 1 ROG (nachhaltige Raumentwicklung):</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 2 ROG ist eine nachhaltige Raumentwicklung Leitvorstellung der Raumordnung. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben und hat bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie ökologische, wirtschaftliche und soziale Belange entsprechend der Vorgaben des § 7 Abs. 2 ROG abgewogen. Um beispielsweise ökologischen Nachhaltigkeitszielen gerecht zu werden, ist es in der Teilfortschreibung des Regionalplans verpflichtend, für jedes Vorranggebiet Windenergie und Alternativflächen die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung zu ermitteln und in Steckbriefen zu dokumentieren. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt“ untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Darüber hinaus wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erforderlich.</p> <p>Ich fordere:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Offenlegung aller geeigneten Standorte – auch solcher unterhalb der 3-WEA-Grenze,</li> <li>2. Eine quantitative Bewertung der Auswirkungen dieser Standorte auf die Gesamtfläche,</li> <li>3. Die Aufnahme kleinerer Flächen in die Abwägung und Darstellung im Planentwurf,</li> <li>4. Die Überarbeitung des Entwurfs unter Berücksichtigung dieser Punkte,</li> <li>5. Eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung auf Basis der überarbeiteten Planungsgrundlagen.</li> </ol> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[Name anonymisiert]</p>	<p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10094	427	<p>Ihre Antwort zu meinen Einwendungen vom März 2024 sowie neu formulierte Einwendungen 2025 Ihre Stellungnahme in Bezug auf meine Einwendung aus dem Jahre 2024 ist nicht zufriedenstellend, da Sie nicht auf meine Punkte eingehen, sondern pauschal antworten. Ich widerspreche Ihrer Aussage, dass in meiner Einwendung keine Punkte vorhanden seien, die berücksichtigt werden müssten. Erneut fordere ich die Vorrangfläche 436-007 aus der Regionalplanung zu streichen sowie alle Flächen, die in direkter Nähe zu einem Moor oder um das Wurzacher Ried herum errichtet werden sollen. Grundwasserschutz/ Bodenschutz Grundwasser ist vor Verunreinigungen wie PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) aber auch Öl, das immer wieder aus den WKA ( Windkraftanlagen) läuft, und jeglichem giftigen Abrieb aus den Rotorblättern zu schützen, weil es eine wichtige Trinkwasserquelle ist und die genannten Substanzen gesundheits- und umweltschädlich sind. Im Bereich der geplanten WKA liegen mehrere Grundwasservorkommen und auch große Wasserschutzgebiete bis hin zu Zone 1. Sie als Vertreter der Bürger sind verpflichtet diese lokalen Wasservorkommen zu schützen, damit sie auch in Zukunft noch genutzt werden können und keine aufwendigen und teuren</p>	<p>Zu VRG Windenergie in der Nähe von Mooren:</p> <p>Moorböden wurden im Planungsprozess berücksichtigt. Zusätzlich zum 1. Offenlageentwurf werden im 2. Offenlageentwurf Niedermoorböden mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit <math>\geq 2</math> ha als sehr erheblicher Konflikt (K1) eingestuft und daher von Vorranggebieten Windenergie freigehalten. Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit von Windenergie</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	--	--	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Reinigungsverfahren nötig werden, um Trinkwasser zu erhalten. Ich fordere Sie auf, die Wasserschutzgebiete II zu überprüfen, denn es muss gewährleistet sein, dass Verunreinigungen im Wasser die in Zone III vorkommen, mindestens 50 Tage benötigen, bis sie die Quelle, also Wasserschutzzone I erreichen. Diese Größe ist aus meiner Sicht im Haistergau nicht eingehalten. In Wasserschutzzone II darf zurecht kein WKA errichtet werden. Warum muss Grundwasser/landwirtschaftliche Fläche vor den Umweltgiften, die WKA abgeben, geschützt werden?	<p>freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung für sonstige Niedermoores und VRG Windenergie im Umfeld von Mooren nicht gegeben. Bei diesen überwiegt regelmäßig das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie. Es wird zudem auf die Ausführungen zu einem möglichen Monitoring im Umweltbericht verwiesen. Es wird zudem auf die Ausführungen zu einem möglichen Monitoring im Umweltbericht verwiesen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen</p> <p>Bezüglich Wasserschutzgebieten und VRG Windenergie wird bezüglich der VRG 436-007, 436-019 und 436-032 auf die Abwägung zur 1. Offenlage verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Bezüglich Grundwasserschutz und VRG 436-030: Die Belange des Schutzgutes Wasser sind im Planungskonzept sowie in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt. Das VRG Windenergie liegt nicht in einem Wasserschutzgebiet. Bezüglich des Umgangs mit Wasserschutzgebieten der Zone III bei der Festlegung von VRG Windenergie wird auf die Anlage B.2 zur Synopse 1. Offenlage verwiesen. Das Erfordernis, die Abgrenzung des VRG Windenergie deshalb zu ändern, ergibt sich dadurch nicht.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10094	428	1.1. Gesundheitsgefahr für Menschen PFAS reichern sich im Körper an und stehen im Verdacht, Krebs zu fördern, das	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Immunsystem zu schwächen und die Fruchtbarkeit zu beeinträchtigen. Bereits geringe Mengen im Trinkwasser können auf Dauer schädlich sein. 1.2. Schlechte Abbaubarkeit ("Ewigkeitschemikalien") PFAS sind extrem stabil und bauen sich in der Umwelt kaum ab. Einmal ins Grundwasser oder den Boden gelangt, bleiben sie dort für Jahrzehnte oder länger. 1.3. Schwierige und teure Reinigung PFAS oder Öle aus dem Grundwasser/ Boden zu entfernen ist technisch aufwändig und teuer. In vielen Fällen kann das Wasser nicht mehr genutzt werden. 1.4. Schutz von Umwelt und Tieren PFAS reichern sich auch in Tieren und Pflanzen an und stören ganze Ökosysteme. Besonders betroffen sind Wasserlebewesen und Vögel. 1.5. Vorbeugung ist besser als Nachsorge Es ist einfacher und günstiger, PFAS und andere giftige Stoffe aus WKA gar nicht erst ins Grundwasser/in den Boden gelangen zu lassen, als später die Schäden zu beheben. 1.6. Entsorgungsproblem Es ist bisher nicht geklärt, wohin alte WKAs entsorgt werden sollen. Somit ist es unverantwortlich diese aufzustellen.</p>	<p>mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10094	429	<p>Vogel- und Fledermausschutz Im Bereich des Mühlhauser Ried ist ein relevantes Durchzugsgebiet auch für seltene Vogelarten, die vom Wurzacher Becken zum Federsee nach Bad Buchau weiterziehen. Einige Arten u.a. Weißstörche und Weißen verbleiben auch in hoher Anzahl einige Wochen v.a. im Frühjahr und Herbst wenn auf den landwirtschaftlichen Flächen Wasser steht und dadurch mehr Insekten, Frösche und Kleintiere zu finden sind. Es ist dringend im Rahmen des Vorsorgeprinzips von Ihnen zu prüfen, in wieweit diese Tiere von den WKA betroffen wären. Eine Ignoranz nach dem Motto „wird schon nichts passieren“ ist von Ihnen als Behörde und Vertreter der Bürger, die auch in Zukunft noch in Deutschland gesund leben möchten, nicht hinnehmbar. Hier sind die Hauptschäden, die Vögel durch Windräder erleiden können: 2.1. Kollisionen mit Rotorblättern Vögel, insbesondere Zugvögel, können mit den rotierenden Blättern von Windrädern kollidieren, was zu tödlichen Verletzungen führen kann. Die Wahrscheinlichkeit einer Kollision hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie Flughöhe der Vögel: Vögel, die auf einer ähnlichen Flughöhe wie die Rotoren fliegen wie Weißen und Rotmilane sind gefährdeter. Größe und Geschwindigkeit der Windräder: Größere Anlagen wie die geplanten mit 270m Höhe mit längeren Rotorblättern und schnelleren Drehzahlen haben ein höheres Risiko für Kollisionen. Standort der Windräder: Windräder, die in wichtigen Zugvogelrouten oder in Gebieten mit hohem Vogelauflkommen (z.B. bei Zugzeiten) errichtet werden, erhöhen das Risiko von Kollisionen. 2.2. Verlust von Lebensräumen Windkraftanlagen werden im Haistergau in einem Gebiet errichtet, das für Vögel und Fledermäuse einen wichtigen Lebensraum darstellt. Dies kann zu einer Verdrängung oder Zerstörung von Brutgebieten und Nahrungsquellen führen. Besonders Mooregebiete sind sensiblen Gebiete wo bestimmte Vogelarten stark abhängig von den natürlichen Gegebenheiten sind, somit kann der Bau von WKA negative Auswirkungen haben. 2.3. Störung und Stress Windkraftanlagen können Vögel auch durch den Lärm und die visuelle Störung beeinträchtigen. Die Geräusche von Windrädern, vor allem die Geräusche der Rotorblätter, können Vögel vertreiben oder dazu führen, dass sie ihren Lebensraum meiden. Auch die blinkenden Lichter der Windräder, die zur Luftsicherung verwendet werden, können bei nachtaktiven Vögeln wie Eulen, die im Haistergau vorkommen, störend wirken. 2.4. Barrieren bei Vogelzügen Windparks, die auf Zugwegen von Vögeln liegen, wie der geplante 436-007 können als Barrieren</p>	<p>Offenlage verwiesen.          Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.          Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunktorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht).          Die eingereichten Unterlagen wurden gesichtet und im Hinblick auf die Relevanz auf der vorliegenden Planungsebene geprüft.          Die Regionalplanung ist auf systematisch erhobene, regionsweit verfügbare Datengrundlagen angewiesen. Um die Regionalverbände zu unterstützen, wurde im Rahmen der „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Land“ ein „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung“ im Hinblick auf Planungen für Windenergie erarbeitet.          Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von Schwerpunktorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.          In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wirken. Vögel, die sich in großen Gruppen bewegen, müssen möglicherweise ihre Routen ändern, was zusätzliche Energie kostet und den Zugprozess insgesamt gefährlicher macht. Besonders für Zugvögel, die lange Strecken zurücklegen, kann dies problematisch sein. 2.5. Vögel und Fledermäuse Neben Vögeln sind auch Fledermäuse häufig Opfer von Windrädern. Sie kollidieren mit den Rotorblättern oder werden durch Veränderungen des Luftdrucks in der Nähe der Blätter getötet. Welche Vogelarten sind besonders gefährdet? Greifvögel, die relativ langsam fliegen und deren Flugbahnen oft mit denen von Windrädern kollidieren. Zugvögel, die weite Strecken zurücklegen, wie zum Beispiel Störche oder Kraniche, die auch regelmäßig im Haistergau vorkommen. Küsten- und Seevögel, wie Möwen und der große Brachvogel, die auch im Haistergau vorkommen. Windparks sollten nicht in wichtigen Lebensräumen oder Zugrouten gebaut werden. Durch Monitoring-Programme können Hotspots identifiziert und die Auswirkungen auf die Vogelpopulationen reduziert werden. Deshalb fordere ich ein ganzjähriges Monitoring der Vogelbewegungen im Haistergau bevor WKA gebaut werden.</p>	<p>Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunkt vorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Der Fachbeitrag betrachtet bei den nach den bestehenden Landeshinweisen und nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) windenergiesensiblen Vogelarten ausschließlich den Brutzeitaspekt. Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln u. a. mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen sowie Zugkonzentrationskorridore von Vögeln wurden vom Fachbeitrag nicht umfasst. Ein Zugkonzentrationskorridor ist anzunehmen, wenn über mehrere Jahre bestätigte Verdichtungsräume des Vogelzuges vorliegen oder ein nachvollziehbar begründeter Verdacht auf einen Verdichtungsraum besteht. Betrachtungsrelevant sind regional oder überregional bedeutende Zugkonzentrationskorridore, bei denen Windenergieanlagen zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können. Die Naturschutzbehörden haben den Planungsträgern in einigen Fällen Daten zu Rast- und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen oder Zugkonzentrationskorridoren zur Verfügung gestellt. Diese Daten wurden zusätzlich zum Fachbeitrag in die Planungen eingestellt. Die Relevanz dieser Informationen wurden vom Planungsträger in Abstimmung mit den Fachbehörden geprüft. Insgesamt ist in der Region, laut Expertenmeinung, ein Breitfrontenzug vorherrschend. Ein systematisches großräumiges Monitoring ist weder praktikabel noch zielführend auf Grund des Breitfrontenzuges. Im BNatSchG wird nicht der Umgang mit der betriebsbedingten Kollisionsgefährdung von Ansammlungen bzw. während der Zeiten des Vogelzuges geregelt. § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG findet keine Anwendung für die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungs- und Verletzungsrisikos bei Betroffenheit von Ansammlungen (insbesondere Kolonien, bedeutende Brut- und Rastgebiete sowie Schlafplatzansammlungen) von kollisionsgefährdeten oder störungsempfindlichen Brut- und Rastvogelarten sowie bei Betroffenheit des Vogelzugs. Falls Betroffenheiten vorliegen müssen diese entweder durch eine entsprechende Planung vermieden werden oder falls dies nach Prüfung der Planungsträger und Fachbehörden prognostisch möglich erscheint gegebenenfalls im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) durch geeignete Vorschriften zur Abschaltung der Anlagen geregelt werden. Wenn eine signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann müssen entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen angeordnet, attraktive Auswechnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet werden, so dass für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen ist, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert werden kann. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich jedoch maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Rechtslage.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage und zum Satzungsbeschluss und auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-007) verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des des Teilregionalplans Energie Entwurf Satzungsbeschluss verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	
IV. 10094	430	<p>Schutz des Wurzacher Beckens</p> <p>Das Wurzacher Becken wurde als größtes intaktes zusammenhängendes Hochmoor Mitteleuropas mit dem Europadiplom ausgezeichnet. Es liegt in einem geringen Abstand von nur circa 3,5 km zum geplanten Windpark im Haistergau und wird deshalb sowohl von der Erwärmung die die Luftverwirbelungen der Rotoren mit sich bringen als auch von dem Mikroplastik, das von den Rotoren abfällt betroffen sein.</p> <p>Hochmoore sind äußerst wertvolle und schützenswerte Ökosysteme aus mehreren Gründen. Diese einzigartigen Lebensräume sind nicht nur ökologisch bedeutend, sondern auch für den Klimaschutz und die Biodiversität von zentraler Bedeutung. Hier sind die Hauptgründe, warum Hochmoore besonders schützenswert sind:</p> <p>3.1. Kohlenstoffspeicher</p> <p>Hochmoore spielen eine entscheidende Rolle im globalen Kohlenstoffkreislauf. Sie speichern große Mengen an Kohlenstoff in Form von Torf, der sich über Jahrtausende hinweg ansammelt. Aufgrund der anaeroben (sauerstoffarmen) Bedingungen im Moor, bei</p>	<p>Naturschutzgebiet: Dem Schutzstatus des Mühlhauser Rieds als Naturschutzgebiet wurde bei der Festlegung des VRG Windenergie ausreichend Rechnung getragen (Ausschluss Naturschutzgebiet selbst + 200 m Vorsorgeabstand). Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 und aufs Planungskonzept inkl. Kriterienkatalog 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Gefährdung von Tieren und Pflanzen im Mühlhauser Ried: es wird darauf hingewiesen, dass das VRG Windenergie im Bereich des Mühlhauser Rieds aufgrund einer Ökokontomaßnahme zur Förderung des Kiebitz nach der 1. Offenlage zurückgenommen wurde. Ansonsten wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 918 zur 2. Offenlage verwiesen sowie auf die Anlage zur Synopse B.4 zur 1. Offenlage verwiesen. Eine darüberhinaus gehende Rücknahme sieht der RVBO nicht als erforderlich an.</p> <p>Zur Funktion der umliegenden Moorflächen als CO2 Speicher und der Problems der Kohlenstofffreisetzung bei Entwässerung wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage zum konkreten Vorranggebiet Windenergie verwiesen.</p> <p>Die Ausführungen zur Bedeutung von Hochmooren für die Artenvielfalt und die Biodiversität werden zur Kenntnis genommen. Durch das Planungskonzept und die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>denen Zersetzungsprozesse verlangsamt werden, bleibt der Kohlenstoff langfristig gebunden. Ein intaktes Hochmoor wirkt somit als Kohlenstoffs Senke und trägt zur Reduzierung von Treibhausgasen in der Atmosphäre bei. Hochmoore leben davon, dass sie durch Regenwasser gespeist werden und dauerhaft nass bleiben. Kohlenstoffbindung: Ein einziges Hektar Hochmoor kann mehr Kohlenstoff speichern als die meisten Wälder. Klimawandel: Wenn Moore entwässert oder zerstört werden, wird der gespeicherte Kohlenstoff wieder freigesetzt, was zur Emission von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen führt und den Klimawandel beschleunigen kann. 3.2. Artenvielfalt und Biodiversität Hochmoore sind Heimat einer Vielzahl spezialisierter Pflanzen- und Tierarten, die an die extremen Bedingungen angepasst sind, die in diesen Ökosystemen herrschen (z.B. niedriger pH-Wert, Nährstoffarmut). Diese Lebensräume beherbergen viele seltene und bedrohte Arten, die anderswo kaum zu finden sind. Pflanzenarten: Charakteristisch für Hochmoore sind z.B. Torfbäumer, Moosarten wie das Sphagnum-Moos (welches eine Schlüsselrolle in der Torfbildung spielt) und besondere Heidepflanzen. Tierarten: Zu den typischen Tieren gehören bestimmte Insektenarten (z.B. Libellen, Mücken), aber auch Vögel wie der Große Brachvogel oder der Wiesenpieper sowie bestimmte Amphibien und Reptilien. 3.3. Wasserspeicherung und Hochwasserschutz Hochmoore wirken als natürliche Wasserspeicher. Sie sind in der Lage, große Mengen an Wasser zu speichern, was besonders in Zeiten von Starkregen oder bei Hochwasser von Vorteil ist. Die poröse Struktur des Torfes ermöglicht es, Regenwasser über längere Zeiträume zu speichern, wodurch die Gefahr von Überschwemmungen in den angrenzenden Gebieten verringert wird. Hochwasserschutz: Durch die Wasseraufnahme verhindern Moore, dass sich Überschwemmungen zu schnell ausbreiten, da das gespeicherte Wasser nur langsam wieder abgegeben wird. 3.4. Klimaregulation Intakte Hochmoore tragen zur Regulierung des regionalen Klimas bei, indem sie die Temperatur- und Luftfeuchtigkeitsschwankungen in der Umgebung dämpfen. Sie wirken wie ein natürliches Klimapuffer, das lokal das Mikroklima stabilisiert. Luftfeuchtigkeit: Moore erhöhen die Luftfeuchtigkeit, was insbesondere in trockeneren Gebieten einen positiven Effekt auf die Vegetation und die Artenvielfalt hat. 3.5. Schutz von Wasserqualität Die wasserfilternden Eigenschaften von Hochmooren tragen zur Verbesserung der Wasserqualität bei. Sie filtern Schadstoffe und Nährstoffe aus, die ins Grundwasser gelangen könnten. Insbesondere die phosphat- und nitratabsorbierenden Eigenschaften von Mooren tragen dazu bei, das Ökosystem in der Umgebung gesund zu erhalten. 3.6. Natürliche Schönheit und Erholung Hochmoore sind nicht nur aus ökologischer Sicht wertvoll, sondern auch aus kultureller und ästhetischer Sicht. Sie bieten</p>	<p>Strategische Umweltprüfung hat der RVBO diesem Belang ausreichend Rechnung getragen. So wurden bspw. Hochmoore &gt; 2 ha als sehr erheblicher Konflikt eingestuft und damit aus den Vorranggebieten Windenergie ausgeschlossen. In der Strategischen Umweltprüfung wurden Hochmoore ab einer Fläche von 0,5 ha berücksichtigt. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich jedoch maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Zu klimatischen Auswirkungen von Windenergieanlagen und Mikroplastik:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt weiterhin.</p> <p>Zur Bedeutung von Hochmooren als Wasserspeicher, zur Wasserfilterung und für den Hochwasserschutz: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und es wird nochmals darauf hingewiesen, dass der RVBO Moorböden in seiner Abwägung berücksichtigt hat (s. auch Anlage zur Synopse zum konkreten Vorranggebiet Windenergie zur 2. Offenlage). Hochmoore &gt; 2 ha sind nicht mit VRG Windenergie überplant. Bei kleineren Hochmooren gilt: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zum Belang Erholungswert: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.</p> <p>Zur historischen Bedeutung: Kenntnisnahme. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass der RVBO Moorböden in seiner Abwägung berücksichtigt hat. Hochmoore &gt; 2 ha sind nicht mit VRG Windenergie überplant. Bei kleineren Hochmooren gilt: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>einzigartige Landschaften und sind oft von großer landschaftlicher Schönheit, was sie zu beliebten Zielen für Naturliebhaber, Wanderer und Fotografen macht. Erholungswert: Durch ihre friedliche, unberührte Atmosphäre bieten Hochmoore einen Rückzugsort für Menschen, die sich in der Natur erholen und die Ruhe genießen wollen. 3.7. Historische Bedeutung Hochmoore sind auch aus archäologischer Sicht von Bedeutung, da sie hervorragend erhaltene Funde aus der Vergangenheit bieten können. In Mooren sind organische Materialien oft sehr gut konserviert, was einzigartige archäologische Entdeckungen ermöglicht, wie z.B. moorbestattete Körper oder Holzwerkzeuge aus prähistorischen Zeiten. Hochmoore sind stark gefährdet durch menschliche Aktivitäten, zunehmende Trockenheit der Luft, nachlassende Regenmengen und die wachsende Ausbeutung der Umwelt. Fazit Hochmoore sind nicht nur für die Biodiversität von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die Klimastabilität und den Schutz der Wasserressourcen. Ihre Fähigkeit, Kohlenstoff zu binden, ihre Rolle im Wasserkreislauf und ihre außergewöhnliche Artenvielfalt machen sie zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Naturhaushalts. Der Schutz dieser einzigartigen Lebensräume ist daher ein wesentlicher Beitrag zum Erhalt der Umwelt und der menschlichen Lebensgrundlagen. Aus diesem Grund muss jeder Eingriff in die Existenzgrundlage des Wurzacher Beckens verhindert werden. Ich fordere Sie auf, erst ausführliche Prüfungen vor Ort durchzuführen und langfristige Beobachtungen an anderen Mooren, in deren Nähe WKA stehen, einzuholen, bevor dieses wichtige Hochmoor durch WKA möglicherweise geschädigt wird.</p> <p>Schutz des Mühlhauser Rieds Man sollte in der Nähe eines Moores generell keine Windräder aufstellen, weil Moore ökologisch besonders sensible und schützenswerte Lebensräume sind. Es gibt mehrere Gründe dafür:</p> <p>4.1. Zerstörung des empfindlichen Ökosystems</p> <p>Moore sind sehr empfindlich gegenüber Veränderungen. Der Bau von Windrädern erfordert schwere Maschinen, Zufahrtswege und Fundamente – all das kann die Moorstruktur dauerhaft schädigen. Selbst leichte Verdichtungen des Bodens oder Veränderungen im Wasserhaushalt können das Moor irreversibel zerstören.</p>	<p>maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage Zur Empfindlichkeit des Ökosystems Moore: Moorböden wurden im Planungsprozess berücksichtigt. Hoch- und Niedermoore größer gleich 2 ha wurden im Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt. Hochmoore sind als sehr erheblicher Konflikt (K1) eingestuft, sonstige Niedermoore als Konflikt (K3). Im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie neu eingeführt wurde das Kriterium „Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit“ als sehr erheblicher Konflikt (K1). Dadurch wird dem Belang der Empfindlichkeit dieses Ökosystems auf der regionalen Planungsebene ausreichend Rechnung getragen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>4.2. Beeinträchtigung des Wasserhaushalts</p> <p>Der Bau von Windkraftanlagen kann den Wasserhaushalt stören, z.B. durch Drainagen, Entwässerung oder Bodenabsenkungen. Trocknet das Moor aus, wird es zerstört. Zudem trocknen die Windräder die Luft und den Boden aus. Hierzu gibt es viele Untersuchungen und es wäre Ihre Pflicht diese Aussage durch Studien zu widerlegen, was aber bisher nicht geschehen ist. Man kann auch einem gesunden Menschen nur ein Medikament verordnen, das gezeigt hat, dass es keine Schäden verursacht. „Nihil nocere“ muss auch in der Natur gelten, von der wir alle gesundheitlich abhängen.</p> <p>4.3. Kohlenstoff wird freigesetzt</p> <p>Moore speichern viel CO<sub>2</sub>. Wird ein Moor beschädigt, entweicht dieses Treibhausgas – das ist schlecht fürs Klima. Damit würde eine mögliche Einsparung von CO<sub>2</sub> durch WKA ins Gegenteil verkehrt. Das muss in Ihrer Entscheidung berücksichtigt werden.</p> <p>4.4. Gefährdung von Tieren und Pflanzen</p> <p>Viele seltene Arten leben im Bereich des Mühlhauser Riedes wie ich in meiner ersten Einwendung ausgeführt habe. Ein Windrad (durch Lärm, Schattenwurf, Rotore) kann sie vertreiben oder gefährden, insbesondere Vögel und Fledermäuse. Amphibien wie die dort vorkommende geschützte Kreuzkröte leiden durch mögliche Trockenheit des Bodens.</p> <p>4.5. Gesetzlicher Schutz</p> <p>das Mühlhauser Ried steht unter Naturschutz. In solchen Gebieten sind Bauarbeiten verboten oder stark eingeschränkt. Es ist die Aufgabe der Behörden diese Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen zu schützen.</p>		
IV. 10094	431	<p>Infraschall, also Schallwellen mit Frequenzen unterhalb des menschlichen Hörbereichs (weniger als 20 Hz), kann unter bestimmten Bedingungen gesundheitliche Auswirkungen haben. Während der Mensch Infraschall nicht bewusst hört, kann der Körper auf diese Schallwellen reagieren, was zu verschiedenen</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Symptomen und gesundheitlichen Beschwerden führen kann. Hier sind die Hauptgründe, warum Infraschall als problematisch angesehen wird: 5.1. Körperliche Reaktionen auf Infraschall Obwohl wir Infraschall nicht hören können, können wir ihn mit unserem Körper wahrnehmen, insbesondere wenn die Schallwellen intensiv sind. Diese Vibrationen können die innere Organe und Weichteile beeinflussen, da der Körper auch auf sehr niedrige Frequenzen reagiert. Besonders betroffen sind dabei: Brustkorb und innerer Bereich des Körpers: Infraschall kann Vibrationen in Brust und Bauch auslösen, die bei manchen Menschen als unangenehm empfunden werden. Schwingungen im Kopf: Manche Menschen berichten von Schwingungen im Kopf, die durch Infraschall ausgelöst werden. Dies kann Kopfschmerzen oder Druckgefühl im Kopf hervorrufen. 5.2. Auswirkungen auf das Nervensystem Infraschall kann das nervale System irritieren, insbesondere durch die Resonanz im Körper. Es gibt Hinweise darauf, dass sehr tieffrequente Schwingungen das autonome Nervensystem beeinflussen können, was zu Symptomen wie: Angstzuständen oder innerer Unruhe, Schlafstörungen und Erschöpfung, Konzentrationsstörungen führen kann. Einige Studien zeigen, dass Infraschall eine Art "Stressantwort" im Körper auslösen kann, die mit der Produktion von Stresshormonen wie Cortisol verbunden ist. 5.3. Einfluss auf das Gleichgewicht Infraschall hat die Fähigkeit, die Innenohren zu stimulieren, die für das Gleichgewicht zuständig sind. Besonders bei höheren Intensitäten kann dies Schwindel oder das Gefühl einer gestörten Wahrnehmung der Bewegung verursachen. Menschen, die besonders empfindlich auf diese Frequenzen reagieren, berichten von einem schwankenden oder „wackeligen“ Gefühl. 5.4. Physiologische Symptome Bei anhaltender oder intensiver Exposition gegenüber Infraschall können verschiedene physische Symptome auftreten, darunter: Kopfschmerzen, Übelkeit oder Brechreiz, Druckgefühl in den Ohren, Muskelschmerzen oder Gliederschmerzen. 5.5. Langfristige Auswirkungen Es gibt Hinweise darauf, dass eine längere oder häufige Exposition gegenüber Infraschall das allgemeine Wohlbefinden und die Gesundheit beeinträchtigen kann. Dies kann zu chronischen Beschwerden wie: Chronische Müdigkeit, Konzentrationsstörungen, Emotionaler Stress führen. Eine kontinuierliche Belastung durch Infraschall kann auf Dauer das Risiko für psychische Probleme erhöhen, insbesondere wenn der Schallstress nicht durch eine bewusste Wahrnehmung (z.B. als hörbarer Lärm) erkannt wird. 5.6. Windkraftanlagen und Infraschall WKA sind eine oft diskutierte Quelle von Infraschall, besonders in Gebieten, in denen Windparks nahe an Wohnsiedlungen errichtet werden. Bei diesen Anlagen entsteht Infraschall durch die Bewegung der Rotorblätter, der mechanischen Geräusche, die Vibration des Bodens und der Umwälzbewegungen der Luft. Während viele</p>	<p>Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Menschen keine direkten gesundheitlichen Beschwerden verspüren, gibt es eine kleine Gruppe, die empfindlich auf den erzeugten Infraschall reagiert und Symptome wie Kopfschmerzen, Schlafstörungen und Übelkeit entwickelt. Studien zu diesem Thema haben gezeigt, dass die Wirkung von Infraschall auf die Gesundheit individuell stark variiert. Einige Menschen, man geht von circa 10% aus, sind besonders empfindlich, während andere keinerlei Symptome zeigen. Da aber im Grundgesetz der Schutz jedes Lebens verankert ist, sind sie verpflichtet, Menschen, die Beschwerden in der Nähe von WKA empfinden, zu schützen. Deshalb ist der Abstand von 600m, wie er im Haistergau diskutiert wird, eindeutig zu wenig für diese riesigen Anlagen. In Bayern wurde lange ein Anstand von 10h gefordert, das wären bei einer Anlagenhöhe von 270m ein Abstand von 2,7km. Ich fordere einen Abstand von mindestens der Hälfte zur Wohnbebauung, also 1,35km.</p>	<p>zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10094	432	<p>Naturschutzgesetze</p> <p>Moore sind durch eine Reihe von Naturschutzgesetzen und -richtlinien besonders geschützt, da sie wichtige ökologische Funktionen erfüllen und vielfach von besonderer biologischer Bedeutung sind. In Deutschland und der EU gibt es verschiedene rechtliche Bestimmungen, die darauf abzielen, Moore zu erhalten und ihre Zerstörung oder Schädigung zu verhindern. Diese Gesetze und Vorschriften umfassen sowohl nationales als auch europäisches Recht und stellen sicher, dass Moore als schützenswerte Ökosysteme erhalten bleiben. Ich weise darauf hin, dass Sie mit dem Bau der WKA im Haistergau gegen geltende Gesetze verstoßen: 6.1. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) § 30 BNatSchG: Dieser Paragraph schützt besonders schützenswerte Biotope, zu denen auch Moore zählen. Das Gesetz untersagt die Zerstörung oder Beeinträchtigung von schützenswerten Biotopen. Eine solche Beeinträchtigung darf nur unter sehr engen Voraussetzungen erfolgen und nur, wenn es keine Alternativen gibt. § 33 BNatSchG: Hier werden auch Maßnahmen zum Schutz von Biotopen und zum Erhalt von Mooren geregelt. Wenn Eingriffe in solche Gebiete notwendig sind (z.B. aufgrund von Bauvorhaben), müssen diese durch entsprechende Ausgleichsmaßnahmen oder Ersatzmaßnahmen kompensiert werden. 6.2. Naturschutz- und</p>	<p>Bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, sind im Rahmen der Planungskriterien berücksichtigt (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Landschaftspflegeverordnungen (Landschaftsschutzgebiete) Das Mühlhauser Ried ist ein Landschaftsschutzgebiet, ein Vogelschutzgebiet und ein FFH Gebiet und genießt einen besonders hohen Schutz. 6.3. Europäische Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) Auf europäischer Ebene ist die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) eines der wichtigsten Instrumente zum Schutz von natürlichen Lebensräumen und wildlebenden Tieren und Pflanzen. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten der EU, bestimmte Gebiete, die für die Erhaltung der biologischen Vielfalt von Bedeutung sind, besonders zu schützen. Anhang I der FFH-Richtlinie: Hier sind verschiedene Lebensraumtypen aufgelistet, darunter auch Hochmoore und Niedermoore, die als besonders schützenswert gelten. Für diese Gebiete sind spezielle Schutzmaßnahmen erforderlich, und Änderungen an der Nutzung (z.B. Torfabbau oder Deichbau) sind nur dann zulässig, wenn sie die Integrität des Gebiets nicht gefährden. 6.4. Vogelschutzrichtlinie der EU Die Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie 2009/147/EG) ist ein weiteres zentrales europäisches Gesetz zum Schutz der Biodiversität. Sie schützt bestimmte Vogelarten und ihre Lebensräume, wozu auch Mooregebiete gehören, die für Zugvögel oder andere Vogelarten von besonderer Bedeutung sind. Schutz von Vögeln und ihren Lebensräumen: Besonders wichtig sind hier Gebiete, die als Brut-, Rast- oder Zuggebiete für gefährdete Vogelarten dienen. Moore sind oft für Vögel wie den Großen Brachvogel, Kraniche und Rallen wichtig, die auf diese Feuchtgebiete angewiesen sind. 6.5. Wasserhaushaltsgesetz (WHG) Das Wasserhaushaltsgesetz in Deutschland regelt den Umgang mit Gewässern und Wassersystemen. Da Moore eng mit dem Wasserkreislauf und der Grundwasserversorgung verknüpft sind, fällt auch der Schutz von Moore unter die Bestimmungen dieses Gesetzes. Grundwasserschutz: Moore dienen als natürliche Wasserspeicher und beeinflussen den Wasserhaushalt in einem Gebiet erheblich. Der Schutz von Mooren trägt auch zur Sicherstellung der Wasserqualität und des Grundwassers bei, indem sie das Wasser filtern und speichern. 6.6. Wasserrahmenrichtlinie der EU (WRRL) Die Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG) der EU zielt darauf ab, die Gewässerqualität in Europa zu verbessern und einen integrierten Ansatz für die Wasserbewirtschaftung zu fördern. Feuchtgebiete als Wasserspeicher: Moore spielen eine zentrale Rolle in der Gewässerregulation, indem sie Nährstoffe filtern und das Wasser in den Flüssen regulieren. In der Wasserrahmenrichtlinie wird der Erhalt und die Renaturierung von Feuchtgebieten, einschließlich Moore, als wichtig für den Schutz der Wasserressourcen hervorgehoben. 6.7. Ramsar-Konvention Moore, die von internationaler Bedeutung sind, können auch unter speziellen internationalen Verträgen und Programmen geschützt werden:</p>	<p>(i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Das Naturschutzgebiet Mauchenmühle im Mühlhauser Ried befindet sich in einer Entfernung von ca. 1km.</p> <p>In der Region Bodensee-Oberschwaben existieren keine RAMSAR Gebiete. Das Gebiet Bodensee: Wollmatinger Ried - Giehrenmoos und Mindelsee befindet sich in einer Entfernung &gt; 10 km zum nächsten geplanten VRG Wind. Daher wird diese Schutzkategorie nicht im Umweltbericht aufgeführt.</p> <p>Auswirkungen auf Hochmoore: Die Hinweise zu den Hochmooren werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit von Windenergie freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung für Flächen, die an Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit angrenzen, nicht gegeben. Bei diesen überwiegt das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie.</p> <p>Zum Europadiplom: Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hat gemeinsam mit dem Umweltministerium BW und in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Tübingen und dem Landratsamt Ravensburg einen „Schutzbereich Wurzacher Ried“ erarbeitet (vgl. Umweltbericht zum Entwurf des Teilregionalplans Energie). Dieser wurde im Planungsprozess als erheblicher Konflikt eingestuft (K2) und konnte im 1. und 2. Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie vollständig von Vorranggebieten Windenergie freigehalten werden. In einem Bericht des Treffens der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ramsar-Konvention: Diese internationale Vereinbarung schützt Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung, darunter auch Moore, die für den Naturschutz und die Biodiversität weltweit eine Schlüsselrolle spielen. Moore, die in diese Liste aufgenommen werden, erhalten zusätzlichen internationalen Schutz. Das Wurzacher Becken wurde 1977 als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung anerkannt und in die Ramsar-Liste der Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung aufgenommen. Das Wurzacher Becken, auch als Wurzacher Ried bekannt, ist ein großes Hochmoor im Südwesten Deutschlands, das sich über etwa 6.000 Hektar erstreckt. Es liegt im Allgäu und gehört zu den bedeutendsten Moore- und Feuchtgebieten in Deutschland. Aufgrund seiner einzigartigen ökologischen Bedeutung, sowohl in Bezug auf die Biodiversität als auch auf seine Funktion im Wasserkreislauf, wurde das Wurzacher Becken in die Ramsar-Konvention aufgenommen.</p> <p>Bedeutung des Wurzacher Beckens als Ramsar-Gebiet: Biodiversität: Das Wurzacher Becken beherbergt eine Vielzahl von seltenen und geschützten Arten, darunter viele Pflanzen- und Tierarten, die auf Moore und Feuchtgebiete angewiesen sind. Es ist Lebensraum für zahlreiche Vogelarten, darunter Wasservögel und Rallen, sowie für viele spezialisierte Pflanzenarten wie Sphagnum-Moose und Torfbäume. Klimafunktion: Als Hochmoor spielt das Wurzacher Becken eine wichtige Rolle bei der Kohlenstoffspeicherung. Moore sind bekannt dafür, große Mengen an Kohlenstoff zu binden, was im Kontext des Klimaschutzes von erheblichem Interesse ist. Wasserhaushalt: Das Wurzacher Becken ist auch für die regionale Wasserregulation wichtig, da es als Wasserspeicher fungiert und die Hochwassergefahr in angrenzenden Gebieten mindert.</p>	<p>„Group of Specialists“ des Europarats für mit dem Europadiplom geschützte Gebiete (Treffen in Straßburg am 20. und 21. Februar 2024) heißt es: „Considering that the Wurzach basin was designated as protection zone and that the draft subregional Energy Plan (Anm.: gemeint ist der Anhörungsentwurf des Teilreigonalplans Energie Bodensee-Oberschwaben) excluded wind energy priority zones located within the protection zone, noting that, according to studies, birds would not be affected by the wind turbines located in the priority zones, noting also that in case the subregional Energy Plan would not be approved, wind farms could be constructed even in the Wurzach basin protection zone, the members of the Group of Specialists agreed with the delineation of the Wurzach basin protection zone.“ Das bedeutet, dass der “Schutzbereich Europadiplom Wurzacher Ried” vonseiten der “Group of Specialists“ des Europarats anerkannt wird. Zum Wurzacher Ried als größtes intaktes zusammenhängendes Hochmoor Mitteleuropas: Aus Sicht des Regionalverbands liegen die im Entwurf des Teilregionalplans Energie festgelegten Vorranggebiete Windenergie ausreichend weit vom Wurzacher Ried entfernt, um eine extreme Betroffenheit und nachhaltige Schädigung dieses Hochmoorkörpers zu vermeiden. Damit wurden bei Aufstellung des Teilregionalplans Energie das Wurzacher Ried und das Europadiplom Wurzacher Ried in er Abwägung angemessen berücksichtigt. Aus Sicht des Regionalverbands verstößt die Ausweisung der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie nicht gegen das Europadiplom Wurzacher Ried und führt auch nicht zu einer nachhaltigen Schädigung des Wurzacher Rieds.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die zuständigen Behörden (Höhere Raumordnungsbehörde, Höhere Naturschutzbehörde, Oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde Oberste Naturschutzbehörde) keine Einwände zu diesem Vorgehen bezüglich der Natura-2000-Vorabprüfung vorgebracht haben.</p>	
IV. 10094	433	<p>Ich bitte Sie meine Einwendungen gründlich zu prüfen und auf meine Punkte im Einzelnen einzugehen. Ich behalte mir die Möglichkeit vor, mit Hilfe eines Rechtsanwaltes gegen Ihre Ignoranz vorzugehen, wenn meinem Anliegen kein Recht gewährt wird und die Wahrscheinlichkeit zur nachhaltigen Schädigung unserer Umwelt und unserer Gesundheit, die eben von einer intakten Umwelt abhängt, erheblich ist, wovon ich ausgehe.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10095	129	<p>Hiermit lege ich Einspruch gegen die Wahl für Fleischwangen Nord als Vorranggebiet ein.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Gebiet Fleischwangen Nord ist ein sehr kleines und begrenztes Waldgebiet, das der Naherholung der fleischwanger Bürger dient. Durch den dortigen Bau von 3 WKA wird dieses Gebiet nahezu zerstört.</p> <p>In der Sitzung des RVBO in Bad Wurzach habe ich Herrn Bäuerle den in der Anlage enthaltenen Nachweis übergeben, der eindeutig beweist, das dieses Gebiet eine Windleistungsdichte aufweist, die für den Bau einer WKA nicht zielführend ist. Wenn am Standort von der Nennleistung einer Anlage im Jahresschnitt nur 1/7 der Nennleistung geliefert wird (dabei sind die Abschaltzeiten usw. noch nicht enthalten) zeigt dies doch aus technischer Sicht eine ungeeignete Lage an. Siehe auch letzter Satz von Al-PRO!</p> <p>Weiterhin ist der geplante Abstand von Gebäuden aus meiner Sicht ebenfalls nicht tragbar. Hier werden die allgemeinen gesundheitlichen Gefahren hinsichtlich physischer und psychischer Relevanz ganz außer Acht gelassen. WKA in dieser Nähe von Wohngebäuden zu planen ist deshalb verantwortungslos.</p> <p>Ebenfalls befinden sich in diesem Gebiet verschiedene Tierarten wie z.B Rotmilane, Fledermäuse etc. deren Population durch einen solchen Windpark stark gefährdet wird. Einer gesetzliche Aufweichung des Tierschutzes, wie geschehen, sollte verantwortungsbewußt widersprochen werden.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10096	130	<p>Stellungnahme zum geplanten Windpark Fleischwangen-Nord</p> <p>Hiermit lege ich Einspruch gegen den Bau der genannte Windkraftanlage ein.</p> <p>Begründung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die komplette Zerstörung des Naherholungsgebietes von Fleischwangen.</li> <li>• Durch den hörbaren Lärm, Infraschall und Schattenschlag den die Windkraftanlage erzeugt befürchte ich negative Auswirkungen auf meine Gesundheit, sowie Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit, Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Herzrasen, Tinnitus, Angstzustände, Depressionen, usw., auch durch die erdrückende Höhe.</li> <li>• Durch Vibrationen des gewaltigen, tausende von Tonnen schweren Stahlbetonfundaments ist das Sterben der Fische in den umliegenden Weihern, sowie die Veränderung der wasserführenden Schichten im angrenzenden Moorgebiet, in dem die Trinkwasserfassung unseres Ortes liegt zu befürchten.</li> <li>• Unsere Vogelwelt, einzigartig in der Vielfaltigkeit der Arten und ihrer Anzahl, sowie viele Wildtiere sind bedroht und werden dann hier nicht mehr leben.</li> <li>• Durch Abrieb wird unsere ortseigene Trinkwasserversorgung, sowie alle Flächen um die Anlage verseucht.</li> <li>• Bei einer Havarie besteht eine unmittelbare, nicht wiedergutmachbare Gefahr durch herabfallende Teile, Austritt von umweltschädlichem Gas und erheblich viel Öl.</li> <li>• Der sehr geringe Abstand zur Wohnbebauung von 600-1000 m ist eine gewaltige Wertminderung bis hin zur Unverkäuflichkeit unserer Wohnimmobilien.</li> <li>• Durch die niedrigen Windgeschwindigkeiten müssen die Anlagen so extrem hoch gebaut</li> </ul>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>werden, dass zu wenig Erfahrung mit derartig hohen Anlagen vorliegt. Außerdem fürchte ich, dass dadurch diese Anlagen trotz Subventionen nicht kostendeckend sind und eine Havarie –der der spätere Abbau der Anlage nicht von den Betreiberfirmen getragen werden, sondern wieder aus Steuergeldern bezahlt werden müssen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> <li>•</li> <li>....</li> <li>•</li> <li>• Was bei dem Rückbau einer solchen Anlage mit den vielen Tonnen umweltschädlichen Baustoffen, mit dem verbauten giftigen Gas und den nicht recycelbaren Substanzen geschehen soll, weiß niemand.</li> </ul> <p>Weitere Gründe: In unserer Gegend ist es nicht wirtschaftlich, nur mit staatlicher Unterstützung rentabel. Deshalb bleiben andere Investitionen aus, weil eine unwirtschaftliche Investition gefördert wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> </ul>	<p>Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				

IV. 10097	131	<p>hiermit möchte ich meinen Widerspruch zum Teilregionalplan Energie einreichen. Auf der Veranstaltung in Riedhausen wurde die Karte für Windparks gezeigt, darin waren die Stellen rot markiert, die wegen Abständen zu Wohnhäusern und sonstigen Gründen, nicht in Frage kommen. Um den Teilregionalplan Energie, speziell Windenergie zu realisieren, bleiben nur die Waldflächen übrig. Mir ist unbegreiflich, wie Sie jetzt auf die Idee kommen, ausgerechnet dort im Wald, Flächen für Windenergie auszuweisen. Es drängt sich doch der Gedanke auf, dass in unserem Gebiet einfach kein Platz vorhanden ist. Dazu kommt, dass nach der ersten Anhörung, sämtliche Stellungnahmen und Bedenken nicht berücksichtigt werden. Wer übernimmt dann die Verantwortung und die Kosten, wenn unser Trinkwasser und Felder verseucht sind. Fleischwangen hat sein eigenes Trinkwasser und auf den hiesigen Feldern werden Lebensmittel produziert. Sie gefährden mit diesem Plan unser aller Existenz und Gesundheit. Von der Natur und Landschaft ganz zu schweigen. Wir sind Landschaftsschutzgebiet, haben eine vielfältige Fauna und Flora. Beinahe täglich ist in den Medien vom rapiden Schwund der Artenvielfalt zu hören.</p> <p>Ich widerspreche dem Teilregionalplan Energie auf das Schärfste!</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Kennntnisnahme
-----------	-----	--	---	----------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10098	132	<p>Ich widerspreche dem Teilregionalplan Energie wegen Gefährdung unseres Trinkwasser, Gesundheit und Umwelt.</p> <p>Sie gefährden unsere Existenz und Lebensqualität.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	---	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10099	133	<p>Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2 Siggener/Dorfer Wald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>Hiermit erhebe ich Einspruch gegen den Teilregionalplan vom 8.12.2023,</p> <p>2. Offenlegung</p> <p>Meine Familie und ich wohnen seit 30 Jahren in[Adresse anonymisiert]</p> <p>.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wir sind direkte Anrainer an den Dorfer Wald.  Sie planen 3 Windkraftanlagen mit einer Höhe von 300 Metern in 600 Meter  Entfernung von unserem Anwesen zu errichten.  Mit meinen detailliert beschriebenen Einwendungen und Argumenten gegen  dieses Vorhaben hoffe ich, dass ich Sie überzeugen kann, diese Fläche als  Vorrangfläche für Windkraftanlagen aus dem Regionalplan herauszunehmen.  Wir haben als direkt Betroffene und Anrainer an den Dorfer Wald ein Klagerecht,  von dem wir auch Gebrauch machen werden, sollten sie die Fläche nicht  herausnehmen.  Die Bürger-Akzeptanz ihres Vorhabens, Windkraftanlagen im Dorfer-und Siggener  Wald zu erstellen ist sehr gering.  Wir sind aktiv tätig in der Bürgerinitiative und im Verein Pro Natur Argenbühl und  bekommen von der Bevölkerung große Unterstützung.</p> <p>Inhaltsverzeichnis  1 Prämissen  2 Natur  2.1 Der Wald  2.2 Der Waldboden  2.3 Wasserläufe, Bächlein, Quellen  2.4 Direkt betroffene, artenrechtlich geschützte Tiere  2.4.1 Rotmilan, Schwarzmilan  2.4.2 Silberreiher, Graureiher  2.4.3 Schwarzstorch  2.4.4 Zugvögel  2.4.5 Fledermäuse  3 Landschaftsbild  3.1 FFH-Gebiet wird zu Vorrangfläche für Windkraftanlagen  3.2 Bedrängende Wirkung der Windkraftanlagen  4 Wind  4.1 Windleistung  4.2 Windatlas  4.3 Windmessung des Betreibers  5 Mensch und Windkraftanlagen  5.1 Abstände der Windkraftanlagen  6 Gesundheit  6.1 Lärmbelastung  6.1.2 Lärmwirkung auf Tiere</p>	<p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.  Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.  Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.  Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>6.2 Infraschall</p> <p>6.3 Luftdruckimpulse</p> <p>6.4 Mikroplastik</p> <p>6.5 Beleuchtung/Blinklichter</p> <p>6.6 Schattenwurf</p> <p>6.7 Havarie</p> <p>7 Nachhaltigkeit</p> <p>8 Wirtschaftlichkeit</p> <p>9 Gesamtbeurteilung</p> <p>Anlagen</p> <p>Flächenhaftes Naturdenkmal</p> <p>Merkblatt</p> <p>Wasserplan mit Quellen und Nassgebieten</p> <p>Nachweis der Quellen / Grundbucheinträge</p> <p>Dokumentierung des Rotmilans</p> <p>Visualisierungen</p> <p>1 Prämisse</p> <p>Die zur Planung von Windkraftanlagen in der Bundesrepublik Deutschland zu</p> <p>Grunde gelegte Prämisse ist falsch.</p> <p>Es wurde beschlossen, dass in allen Bundesländern anteilig gleich viel</p> <p>Fläche, nämlich 2 % ( 1,8 % in Baden-Württemberg) der Fläche eines Bundeslandes, für Windkraftanlagen auszuweisen sind.</p> <p>Diese Vorgabe berücksichtigt weder die Topographie noch die Geographie,</p> <p>noch die Bevölkerungsdichte, noch umweltrelevante Aspekte eines Bundeslandes, aber vor allem die jeweilige Windhöffigkeit nicht.</p> <p>Wo zu wenig Wind ist, ist auch keine Windkraftanlage möglich.</p> <p>Logisch.</p> <p>Aber um sich dieser unsinnigen Vorgabe zu unterwerfen, erfindet der Regionalverband nun Lösungen, die weder wirtschaftlich sinnvoll sind, noch</p> <p>die Rechte von Naturschutz, Artenschutz, Biotopschutz, Bürgerschutz berücksichtigen.</p> <p>Um doch noch etwas Wind abschöpfen zu können sollen nun extrem hohe Windräder ( Höhe bis zu 300 Meter, so hoch wie der Eiffelturm) installiert werden.</p> <p>Die Zuwegungen sollen auch durch wertvolle FFH Gebiete gebaut werden dürfen.</p> <p>Wälder werden für Zuwege und Flächen für Windkraftanlagen zerstört,</p>	<p>Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>zerstückelt und in Einzelparzellen aufgeteilt.  Ökologisch nicht vertretbar.  Die Abstände der Windkraftanlagen zur Besiedlung der Bürger werden immer kleiner ( früher 1000 Meter, heute 600 Meter ).  Die vertikale Ausdehnung der Windkraftanlagen wird jedoch immer höher.  Es wird passend gemacht, was nicht passt.  Nur durch diese Absurditäten und Rücksichtslosigkeiten lässt sich eine  Planung von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg, im Besonderen im  Dorfer-und Siggener Wald, Argenbühl, entwickeln.  Im Gießkannenprinzip über ganz Deutschland: vorwärts gegen Natur und Mensch.</p> <p>2 Natur  Von den Begriffen Naturschutz, Biodiversität, Artenvielfalt, Flora und Fauna,  Biotopvernetzung, Waldpflege, Moore, Quellen, Gewässer ist viel die Rede.  Die Aufmerksamkeit der Bürger soll darauf gelenkt werden und deren Dringlichkeit  ins Bewusstsein der Menschen gebracht werden.  Die Natur bedarf des besonderen Schutzes von uns allen.  So wurde der 3.3.2024 zum Tag des Artenschutzes erklärt.  Zum Tag des Waldes wurde der 21.3.2024.  Der Waldboden ist Boden des Jahres 2024.  Tatsache ist, dass 1 Million Tier-und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind.  Es ist das größte Massensterben seit 66 Millionen Jahren.  Täglich sterben etwa 150 Arten, Tiere und Pflanzen, weltweit aus und kehren nie  wieder zurück.  Zur Biodiversität gibt es Studien, eine davon ist die „Krefelder Studie“.  Sie befasst sich mit den Auswirkungen des Verlustes der Biodiversität.  Ein Beispiel daraus zitiert:  „In Deutschland gab es in den vergangenen 30 Jahren mehr als 75% Verlust an  Biomasse bei Fluginsekten. Kein Wunder, dass wir möglicherweise 600 Millionen  Vögel weniger haben als vor einigen Jahrzehnten.  Das heißt, um uns herum stirbt die Natur.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Dies ist eindeutig von Menschen verursacht.“</p> <p>Seit 20 Jahren ist im Bundesnaturschutzgesetz verankert, dass 10% der Fläche eines Bundeslandes für Biotop zur Verfügung zu stellen sind. Diese Regelung des Bundesnaturschutzgesetzes wird jedoch nicht umgesetzt.</p> <p>Professor Dr. Matthias Glaubrecht Evolutionsbiologe und Professor für Biodiversität und Professor Dr. Josef Settele Naturschutzforschung und Ökologie Beide forschen seit langem an diesen Themen.</p> <p>2</p> <p>Einige Erkenntnisse aus deren Forschungsergebnissen: „Fehlende Lebensräume und deren Vernetzung sind ein Grund für den dramatischen Rückgang der Arten und ihrer Population. Weitere Beispiele für die dramatischen Veränderungen: Ein Viertel der hiesigen Pflanzen- Pilz- und Tierarten gilt als gefährdet. Alle „geraubten“ Lebensräume stehen an erster Stelle der Hitliste des Sterbens. Jede aussterbende Tier-oder Pflanzenart spielt eine funktionelle Rolle in ihrem Lebensraum. Fällt eine Art aus, wird die ökologische Verbindung abgebrochen, das Netz wird brüchig und reißt letztendlich ab. Es kommt zum Aussterben anderer Arten. Irgendwann kippt das ganze Ökosystem.“ Pflanzen und Tiere haben keine Lobby. Windkraftbetreiber allerdings schon. Sie zerstören für Profit. In Anbetracht der schon seit langem bekannten Auswirkungen von Umweltzerstörung fühlt man sich diesem ignoranten Treiben gegenüber ohnmächtig. Wie man sich im Land Baden-Württemberg und in der Gemeinde Argenbühl um unseren Naturschutz kümmert, sieht man anhand der nachfolgenden Beispiele: Die Biotopkartierung des Kreises Ravensburg sind nicht aktualisiert worden, es fehlen die Kartierungen von FFH Gebieten, Weiher ( Neuweiher, Buchweiher, Reuteweiher, Rote Lach ), Quellhangmoore und die zahlreichen Quellen im Dorferund</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Siggener Wald.</p> <p>Erst im Februar 2024 wurde von der Gemeinde die Planung des Biotop-Verbundes beantragt. Warum?</p> <p>Der Landschaftsplan von Argenbühl stammt aus längst vergangenen Zeiten, er ist 30 Jahre alt.</p> <p>Durch diese Nachlässigkeiten ist ein Vorranggebiet für Windkraftanlagen ausgewiesen worden, obwohl es sich hier um Vorrangflächen für Natur- und Landschaftsschutz handelt.</p> <p>Wie kann das sein?</p> <p>Es darf nicht sein, dass unsere wichtigsten Gebiete für die Erhaltung und Förderung der Biodiversität und Artenvielfalt, Flora und Fauna Habitat zerstört werden.</p> <p>3</p> <p>Der Regionalplan verstößt gegen:</p> <p>Das Bundesnaturschutzgesetz.</p> <p>Es wird nicht umgesetzt, bzw. aktiv dagegen verstoßen.</p> <p>Die EU- Richtlinien werden nicht umgesetzt.</p> <p>Gegen das Grundgesetz Artikel 20a</p> <p>Er besagt: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung“.</p> <p>Ich erhebe Einspruch</p> <p>2.1 Der Wald</p> <p><a href="http://www.tag-des-waldes.de">www.tag-des-waldes.de</a></p> <p>Seit 2012 ist der Tag des Waldes Aktion-und Thementag der Vereinten Nationen.</p> <p>Wälder schützen und nachhaltig nutzen, anstatt sie zu zerstören, lautet seitdem die Botschaft des jährlich überall auf der Welt begangenen Walddtages.</p> <p>Der Dorfer- und Siggener Wald bietet Mensch und Tier Erholung und Lebensraum.</p> <p>Die Stille des Waldes genießen Mensch und Tier gleichermaßen.</p> <p>Dem Vogelgezwitscher zu lauschen in guter frischer Luft dient uns zum Stressabbau und einfach auch zum Genuss.</p> <p>Die Vielfalt der im Wald beheimateten Tiere ist live erlebbar und bewundernswert.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Man sieht Wildtiere, wie zum Beispiel Rehe, Hasen, Füchse, Dachse, Biber.</p> <p>Die Biber haben sich am Waldrand, im Klinglerweiher Bach heimisch gemacht. Sie arbeiten hier kostenlos für mehr Artenvielfalt durch die Vernässung der angrenzenden Bereiche.</p> <p>Singvögel, wie zum Beispiel Blau- und Kohlmeisen, Buchfinken, Bergfinken, Grünfinken, Spatzen, Misteldrosseln, Wacholderdrosseln, Amseln, Zaunkönige, Stiglitze, Fitis, Rotkehlchen, Grasmücken, Zilpzalp, Waldkauz, Ringeltauben, Türkentauben, Kuckuck, ...alle erfreuen uns mit ihrem schönen Gesang.</p> <p>Eichelhäher, Tannenhäher, Grünspechte, Buntspechte, Schwarzspechte...</p> <p>Falken, Bussarde, Habichte, Turmfalken, Rotmilane, Schwarzmilane....</p> <p>finden hier ihr Habitat.</p> <p>Am Waldrand und an den nahe gelegenen Weihern und Bachlein sind Silberreiher, Graureiher, Schwarzstörche, Weissstörche, Eisevögel, Graugänse, Wildenten zu beobachten. Auf den feuchten Wiesen finden sie reiche Nahrung und Brutmaterial.</p> <p>4</p> <p>Reptilien, Eidechsen, Blindschleichen, Frösche und Kröten....sind hier anzutreffen.</p> <p>Verschiedene Fledermausarten fliegen in der Dämmerung los, um sich an Insekten zu laben.</p> <p>Die Vielfalt der Flora bietet uns ihren lieblichen Anblick zur Augenweide und dient vielen Insekten als Nahrungsquelle.</p> <p>Die Artenvielfalt der Pflanzenwelt ermöglicht verschiedensten Schmetterlingen, deren Raupen und Verpuppungen, Wildbienen, verschiedensten Käfern und Kleinstlebewesen ein Überleben.</p> <p>Besondere und seltene, auch geschützte Arten an Pflanzen sind im Wald und auf den angrenzenden Wiesen und Feuchtwiesen zu bestaunen.</p> <p>Eine kleine Auswahl an Beispielen: Zu den verschiedenen Jahreszeiten blühen uns zur Freude und für die Nutznießer Sumpfdotterblumen,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schlüsselblumen,  Blutweiderich, Mädesüß, kleiner Baldrian, Kuckucks-Lichtnelke,  Bachnelkenwurz,  Scabiose, Glockenblume, Fingerhut, Frühlings-Enzian, Knabenkraut,  Herbstzeitlose, verschiedenste Gräser, Farne, Wildrosen, Holunder,  Tollkirsche,  Bilsenkraut, Seidelbast, allerlei Beeren, Pilze.....  Der Wald ist ein schützenswertes Ökosystem und  Rückzugsgebiet für viele Arten.  Der Wald, unser Freund und CO2- Speicher darf niemals für  profitorientierte  Windkraftbetreiber geopfert werden!!</p> <p>2.2 Der Waldboden  Er ist ein wichtiger CO2-Speicher und spielt eine große Rolle für  die Biodiversität  und Artenvielfalt von Flora und Fauna.  Durch seine Fähigkeit zur Humusbildung speichert der Waldboden  große Mengen  an organischem Kohlenstoff und stabilisiert dadurch das Klima. In nur  einer Hand  voll Waldboden befinden sich große Mengen an Kleinstlebewesen.  Der Dorfer- und Siggener Wald mit dem wertvollen Waldboden ist sehr  wasserreich. Er dient uns als Regenrückhalter bei Starkregen und  sehr nassen  Jahreszeiten. Er wirkt als Klimaausgleicher, ist kühlend in heissen,  trockenen  Sommern. Durch seine Filter- und Pufferfunktion trägt er  maßgeblich zu sauberem  Trinkwasser bei.  Der kostbare Waldboden darf niemals durch immense  Stahlbetonmassen ersetzt  werden!!</p> <p>5</p> <p>2.3 Wasserläufe, Bächlein, Quellen  Der Dorfer-und Siggener Wald ist äusserst reich an Wasser. Er sorgt  für ein  angenehmes, ausgleichendes Umgebungsklima. Auch in den hier  vergangenen  Hitzesommern mit Dürren war immer genügend Feuchtigkeit,  Nässe und Wasser  im Wald.  Wassersparmaßnahmen wurden im Sommer 2023 wegen großer  Trockenheit,  Dürre von der Gemeinde Argenbühl verordnet.  Um so mehr sollte ins Bewusstsein der Menschen kommen, wie  kostbar Wasser</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ist. Das Leben entstand aus dem Wasser, ohne Wasser gibt es kein Leben.</p> <p>Ehren wir, was uns der Dorfer-und Siggener Wald spendet: das kostbarste Elixier auf Erden.</p> <p>Aus alten Rechten, im Servitutenbuch von 1853 eingetragen, bestehen hier im Dorfer-und Siggener mindestens fünf Wasserentnahme Rechte, die auch in den jeweiligen Grundbüchern eingetragen sind und bis heute noch genutzt werden.</p> <p>Bis zum Zeitpunkt der zentralen Trinkwasserversorgung durch die Gemeinde waren diese Quellen Trinkwasser für die Berechtigten und auch Wasser für ihre Tiere und Felder. Eine der Quellen ist auf uns, die Familie[Name anonymisiert] , eingetragen.</p> <p>Die nassen Stellen im Wald deuten auch auf weitere Quellgebiete hin, die nicht im Grundbuch vermerkt sind.</p> <p>Die Wasserläufe sind zahlreich, speisen vermutlich auch die umliegenden Weiher, im FFH-Gebiet, Neuweiher, Buchweiher, Reuteweiher.</p> <p>Es besteht die große Gefahr, dass durch die Fundamente der Windkraftanlagen, die verdichteten Strassen und die schweren Baumaschinen und Transporter, die enorme Erschütterungen in einem weichen Waldboden verursachen werden, der Wasserhaushalt gestört wird. Die Quellverläufe und Bächlein werden andere Wege einnehmen. Die wertvollen Quellen werden versiegen.</p> <p>Durch diese Industrieanlagen in einem intakten Wald-und Quellgebiet wird die jetzt vorhandene Qualität des Waldes und des Waldbodens zudem durch Luftverwirbelungen der Windräder empfindlich gestört. Die Böden werden austrocknen und das Waldklima wird für immer verändert.</p> <p>Unser Wald, CO2 Speicher, Frischluftproduzent mit all seinen wertvollen Ökosystemen soll nun durch die massiven Eingriffe der Windkraftbetreiber durchtrennt werden. Der Bau von breiten verdichteten Straßen und riesigen, tiefen Fundamenten im Waldboden zergliedert den Wald in Einzelparzellen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ein so wichtiger Aspekt, der Biotop-Verbund wird dadurch unmöglich.  Stromerzeugung in diesem Wald verstößt gegen GG Artikel 2  Absatz 2  Ich erhebe Einspruch  6  2.4 Direkt betroffene, artenrechtlich geschützte Tiere  2.4.1 Rotmilan und Schwarzmilan.  Ab Ende Februar bis in den Spätherbst hinein kann man täglich  diese  wunderschönen Großvögel hier in ihrem Flug bestaunen.  Hier ist Milan-Land.  In meiner Dokumentation von Februar 2014 bis Februar 2017 ist dies  eindeutig  ersichtlich. Meine Kartierung beginnt wieder Ende Januar 2024 und  wird von mir  weiter geführt werden.  <a href="https://www.nabu.de">https://www.nabu.de</a>:  „Mehr als die Hälfte der gesamten Weltpopulation brütet sogar  hier bei uns.“  Daher haben wir diesem Greifvögel gegenüber eine besondere  Verantwortung.  Es wurden in der Kürze der Zeit bis zum Einspruch gegen den  Regionalplan von  uns 11 Horste gefunden. Die Standorte sind kartiert und einer  Vertrauensperson  gemeldet. Wir werden sie im Auge behalten und sofort zur Anzeige  bringen, falls  die Horstbäume „aus Versehen“ gefällt werden.  Milane haben ein großes Einzugsgebiet für ihre Nahrungssuche.  Es ist deshalb absurd, Abstände zu Windkraftanlagen vorzugeben.  Zudem ist bekannt, dass Milane von Windkraftanlagen geschreddert  werden oder  schwer verletzt.  2.4.2 Silberreihher und Graureihher  Sie lieben das Gebiet hier am Dorfer-und Siggener Wald, den  angrenzenden  Feuchtwiesen und Bächen und an den umliegenden Weihern.  2.4.3 Schwarzstorch  Die Weissstörche finden hier reichlich Nahrung und auch der  Schwarzstorch war  hier des Öfteren im Klinglerweiher-Gebiet zu sehen. Noch ist er  jahreszeitlich  bedingt nicht zurückgekehrt.  Sobald er zurückgekehrt ist, werden wir seinen Horst bzw.  Brutstätte ebenfalls  melden.</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2.4.4 Zugvögel</p> <p>Die Flugrouten der Wildgänse, die sich in großen Gruppen am Neuweiher aufhalten und dort auch Rast machen vor ihrer weiten Reise ins Winterquartier, führen direkt über den Dorfer-und Siggener Wald.</p> <p>Auch andere Zugvögel wie z.B. Stare haben ihre Flugrouten über das vom Regionalverband ausgewiesene Vorranggebiet für Windkraftanlagen:</p> <p>Es besteht für alle Zugvögel eine große Gefahr, in die Rotoren zu kommen und getötet zu werden.</p> <p>7</p> <p>Fazit: Die geplanten Windkraftanlagen werden den Dorfer-und Siggener Wald mit seiner vielfältigen ökologischen Bedeutung vernichten, dadurch Artenvielfalt, Biodiversität, Flora und Fauna, Quellend Bachläufe, Weiher und Seen im FFH-Gebiet äusserst nachteilig beeinträchtigen oder für immer zerstören.</p> <p>Der Regionalplan hält sich nicht an das Grundgesetz, Artikel 20a  nicht an die EU- Richtlinien  nicht an das Bundesnaturschutzgesetz  nicht an Waldgesetz für Baden- Württemberg ( LWaldG )  nicht an das Naturschutzgesetz Baden-Württemberg § 30  Mit blindem Aktionismus zum Gigantismus, ohne Rücksicht auf die Natur,  zur selbstzerstörerischen Stromgewinnung in unseren Wäldern.  Ich erhebe Einspruch</p> <p>3 Landschaftsbild</p> <p>Die einmalige Landschaft Argenbühls und im Besonderen die wunderschöne Landschaft um Ratzenried und Siggen, gekennzeichnet durch die sanften Hügel, die zahlreichen kleinen Seen und Weiher, Moore, Bachläufe und Wälder, wird von Einheimischen und natürlich auch von Touristen hoch gelobt und wertgeschätzt.</p> <p>Besondere Orte sind unter anderen die Siggener Höhe und der Bergmichelplatz bei Siggen mit ihrer traumhaften Aussicht. Auch der Knobelberg bei Mittelried und das</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kögeleck bieten einen wunderbaren Rundblick, sehr beliebt bei Einheimischen als auch bei Touristen. Einzigartig in ihrer Schönheit und Besonderheit hat die Landschaft hohen ästhetischen Wert und steht für Biodiversität, Artenvielfalt, Flora und Fauna. Jahrhunderte alte Eichen ( ca. 300 Jahre alt ) stehen auf dem Damm vom ehemaligen Klinglerweiher, sozusagen als Willkommensgruß am Eingang zum Dorfer Wald. Unmittelbar angrenzend daran ist ein flächenhaftes Naturdenkmal, wo gerade jetzt viele Schlüsselblumen und Sumpfdotterblumen blühen, im Herbst dicht an dicht Herbstzeitlose. Der Klinglerweiherbach schlängelt sich vom ehemaligen Klingler Weiher entlang am Dorfer Wald, wo sich Biber angesiedelt haben und für die Wiedervernässung der angrenzenden Wiesen sorgen, ganz kostenlos. Feuchtwiesen mit seltenen Blumen wie z.B. Knabenkraut, Blutweiderich, Sumpfdotterblumen, Frühlingsenzian, kleiner Baldrian und viele mehr, grenzen an den Dorfer Wald und unterstreichen die bewundernswerte Natur. Viele FFH-Gebiete befinden sich hier und in unmittelbarer Nähe, wo seltene Vogelarten, Amphibien, Schmetterlinge, Insekten, Wildtiere und viele andere Tiere beheimatet sind und deren Beobachtung Freude und Ruhe spenden können. Streuobstwiesen mit alten Sorten und auch neu gepflanzte hochstämmige Obstbäume werden gepflegt und sind für Mensch und Tier eine Labsal.</p> <p>3.1 FFH-Gebiet wird zu Vorrangfläche für Windkraftanlagen Das Waldgebiet Ratzenried und Siggen ist nun unverständlicher Weise als Vorranggebiet für drei Windkraftanlagen ausgewiesen worden. <a href="https://www.lubw.de">https://www.lubw.de</a> besagt: Die Eigenart einer Landschaft, die Vielfalt, die ästhetischen Qualitäten und der Naturschutz werden nachteilig verändert.</p> <p>-2-</p> <p>Es kommt zu negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild, auch</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>auf geologische, typographische und ornithologische Aspekte. Durch die Baumaßnahmen der Windkraftbetreiber kommt es zu einem Verlust an Vielfalt der Fauna, der Vegetationsvielfalt, der Reliefvielfalt und an Erlebnisvielfalt. Aus kleinen beschaulichen Weglein werden breite befestigte Strassen, die als Transportwege für die schweren Baufahrzeuge und die Windräder gefordert sind. Riesige Fundamente aus Stahlbeton und Betonflächen zerstören den Wald. Der Standort mit seiner Umgebung verliert an Naturnähe und bekommt einen ganz anderen Charakter : Durch die 300 Meter hohen geplanten Windräder wird der Wald, die Natur und die Landschaft zu einem erdrückenden Industriegebiet.</p> <p>3.2 Bedrängende Wirkung der Windkraftanlagen Die äusserst unangenehme und bedrängende Wirkung der hohen Windkraftanlagen mit ihrer Lärmemission und ihrer Lichtverschmutzung in der Nacht sind in dieser unberührten, besonderen Land- und Kulturlandschaft unerträglich und führen hier zu großen Konflikten: Ein Naturerlebnis wird durch die Windräder unwiederbringlich zerstört. Die Harmonie der natürlichen Landschaft wird verschandelt. Die hier ansässigen Bewohner suchen Stille, hören gerne dem Blätterrauschen und dem Vogelgezwitscher zu und möchten Naturbeobachtungen erleben. Als Naherholungsgebiet sind diese Gebiete zum täglichen Stressabbau in unserer immer schneller werdenden Welt unerlässlich für die Bürger. Durch die Nähe zum Wald und zu den Wiesen sind täglich und zu allen Jahreszeiten Erholungsuchende unterwegs und finden dort Entspannung. Der sanfte Tourismus hier in Argenbühl würde durch die geplanten Windkraftanlagen nachhaltig gestört oder möglicherweise ganz zum Erliegen kommen: sucht der Tourist doch genau das was zerstört werden soll!! Dies hat wiederum Auswirkungen auf die gastgebenden Betriebe und deren</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Arbeitsplätze.  Fazit: Die liebliche Landschaft mit ihrer besonderen Schönheit wird für immer zerstört und ist nicht mehr erlebbar für künftige Generationen.  Ich erhebe Einspruch</p> <p>4 Wind  Die Planung von Windkraftanlagen hat als allerwichtigste Grundvoraussetzung die Prüfung der vorhandenen Windhöffigkeit für Vorrangflächen.  Ohne Wind oder zu wenig Wind führt jede Planung ins Absurde.</p> <p>4.1 Windleistung  Es gibt die Vorgabe des Landes Baden-Württemberg, dass zur Voraussetzung einer Vorrangfläche, wo Windkraftanlagen errichtet werden können, eine gekappte Windleistungsdichte von 215W/m2 vorhanden sein muss.  Als unterste Grenze wird vom Bundesverband Windenergie eine gekappte Windleistungsdichte von 310W/m2 angegeben.  Schon diese Diskrepanz der beiden Werte weist darauf hin, dass es zu wenig Wind im Suchgebiet gibt.</p> <p>4.2 Windatlas  Der Windatlas für Baden-Württemberg weist deutlich zu hohe Windwerte aus:  Die angrenzenden Länder Schweiz, Vorarlberg und Bayern weisen wesentlich niedrigere Werte für die Windhöffigkeit aus.  Wie kann das sein? Wird der Wind von Ländergrenzen gebremst?  Nein. Es ist vielmehr anzunehmen, dass der Windatlas von Baden-Württemberg aus dem Jahre 2019 nicht korrekt ist.  Angesichts der Priorität von Windhöffigkeit für eine Vorrangfläche für Windkraftanlagen ist eine zweifelhafte Grundlagenforschung ungeeignet.</p> <p>4.3 Windmessung des Windkraftbetreibers  Bevor eine Vorrangfläche mit Windkraftanlagen bebaut wird, ist nun der Investor selbst an der Reihe und will seine Windmessungen vornehmen.  Da der Investor durch Subventionen in einer ungeheueren Höhe ( 40% ) auch bei wenig Wind oder Stillstand Profit erzielt, sind dessen Windmessungen anzuzweifeln. Es handelt sich hierbei nicht um ein unabhängiges</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gutachten, sondern es ist parteiisch.</p> <p>Auf Nachfrage bei der Veranstaltung des Regionalverbands und der Gemeinde Argenbühl am 21.11. 2023 in Ratzenried in der Turnhalle, ob deren Windmessdaten dann öffentlich einzusehen seien, wurde dies mit NEIN beantwortet. Die Daten seien zu sensibel und kostspielig, deshalb müssten sie intern beim Investor bleiben.</p> <p>Fazit: Die erforderliche Windhöffigkeit ist nicht nachgewiesen. Die Windmessdaten der Investoren sind parteiisch und daher nicht als Gutachten anzuerkennen.</p> <p>Ich erhebe Einspruch</p> <p>5 Mensch und Windkraftanlagen</p> <p>Die geplanten Windkraftanlagen im Ratzenrieder-und Siggener Wald beeinträchtigen die Bürger in hohem Maße in ihrer Lebensqualität.</p> <p>5.1 Abstände der Windräder zum Menschen, zur Besiedelung.</p> <p>Hier sollen 300 Meter hohe Windräder ( so hoch wie der Eiffelturm ) in unsere Waldgebiete gebaut werden.</p> <p>Der Abstand soll zu den nächsten Wohngebäuden 600 Meter betragen,</p> <p>der Abstand zu Siedlungsbereichen, Wohngebieten 750 Meter.</p> <p>Der tatsächlich Abstand dieser Windkraftanlage beträgt allerdings nur 515 Meter: Da sich die Mindestabstände vom mittigen Fußpunkt des Windrades definieren, ragt das Rotorblatt um 85 Meter in die Anrainergrundstücken hinein.</p> <p>Also nur 515 Meter Mindestabstand wird eingehalten. Gerade an den Aussenkanten des Rotorblattes kommt es aber zu pulsierenden, im Takt des Windschöpfens, zu erhöhter Lärmbelästigung.</p> <p>In den einzelnen Bundesländern sind unterschiedliche Mindestabstände von Windkraftanlagen vorgeschrieben.</p> <p>Hier ein paar Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- In Sachsen 1000 Meter zu Wohngebäuden, wobei für kleinere Anlagen mit einer Höhe bis zu 150 Meter, 750 Meter Mindestabstand gelten.</li> <li>Für höhere Anlagen gelten 1000 Meter Mindestabstand.</li> <li>- In Nordrhein-Westfalen gilt die Regelung ( vom 3.9.2023 ) 3 x Höhe.</li> </ul> <p>Das bedeutet für ein 300 Meter hohes Windrad ein Mindestabstand</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>von  900 Meter zu Wohngebäuden.  - In Bayern galt bis vor kurzem die Abstandsregelung 10 x Höhe.  Wäre bei  300 Meter hohem Windrad ein Mindestabstand von 3000 Meter zu Wohngebäuden. Jetzt allerdings auf 1000 Meter reduziert.  Es stellen sich nun die Fragen, warum gelten in den verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Regelungen zu den Mindestabständen?  Warum werden die Abstände zu Wohngebäuden immer kleiner?  Warum wird in Baden-Württemberg die Höhe der Windräder nicht berücksichtigt?  -2-  Die Antwort lautet:  Es geht nur noch darum, die Zielvorgaben der Regierung durch die Regionalverbände um jeden Preis umsetzen zu lassen.  Dafür wird das Grundgesetz ausser Kraft gesetzt:  GG Artikel 3 ( Gleichheitsgrundsatz, Gleichberechtigung )  Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.  Es ist aber so, dass in Baden-Württemberg die Menschen weniger wert sind als  zum Beispiel die Menschen in Bayern, in Sachsen oder in Nordrhein-Westfalen.  Hierzulande gelten andere Wertigkeiten.  Auch sind angeblich Menschen, die in Wohngebäuden ausserhalb einer Siedlung leben, weniger schützenswert als Menschen, die in Siedlungen leben  (600M/750 M).  Durch die geringeren Mindestabstände zu den Windkraftanlagen kommt es für die  Baden-Württemberger zu negativeren Beeinträchtigungen, als vergleichsweise für  Bewohner in anderen Bundesländern.  So z.B. bei den Gesundheitsproblemen und Gesundheitsrisiken, durch verstärkten  Lärm, Schattenwurf, Lichtverschmutzung, usw.  Die bedrängende Wirkung der riesigen Windräder ist noch extremer, je näher der Mensch dort wohnen muss. Unerträglich und unvorstellbar, dass diese Giganten  Tag und Nacht auszuhalten sein sollen!  Kilometerweit sichtbar und in weiter Entfernung noch störend hörbar gibt es kein  optisches und akustisches Entkommen. Man fühlt sich ihnen ausgeliefert.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>GG Artikel 2, Absatz 1 sichert das Recht auf die körperliche Unversehrtheit zu.</p> <p>Dieses Recht wird ausgesetzt und zudem in den verschiedenen Bundesländern anders gehandhabt. ( Größerer Abstand, weniger Belastung ).</p> <p>Fazit: Es wird alles ohne Rücksicht auf Mensch und Tier irgendwie und unterschiedlich passend gemacht.</p> <p>Dabei werden unsere Ökosysteme zerstört und in unserem wertvollsten CO2-Speicher, dem Wald und dem Waldboden, sollen Industriegebiete gigantischen Ausmaßes entstehen.</p> <p>Der Erholungswert in Wald und Flur ist dabei dann gleich Null.</p> <p>Ich erhebe Einspruch</p> <p>6 Gesundheit</p> <p>Bei der Informationsveranstaltung der Gemeinde, des Regionalverband und der Betreiberfirma Res in der Turnhalle der Gemeinde in Ratzenried am 21.11.2023 wurde uns auch ein Schallexperte namens Eulitz vorgestellt.</p> <p>( Herr Doktor Heine vom Regionalverband kann dies bestätigen).</p> <p>In verharmlosender Weise wurde von Herrn Eulitz das Problem Lärmemission vorgestellt. Zum Thema Lärm wurden einzelne Fragen aus dem Publikum zugelassen.</p> <p>Meine Frage war: ' Die WHO empfiehlt als Obergrenze für den Lärmpegel für einen gesunden Nachtschlaf von 30 dB. Schon eine Erhöhung um zehn dB bedeutet eine Verdoppelung der Lautstärke. Wie bringen Sie das in Einklang mit den 45 dB, die bei uns auftreten werden?' Folgende Antwort kam von Herrn Eulitz: Machen Sie die Fenster zu, dann haben Sie Ihre 30 dB . Nun, so haben wir in warmen oder gar heißen Sommernächten die Wahl zwischen Hitze oder Lärm im Schlafraum. Angenehme Sommerabende im Freien sind dann auch nicht mehr möglich. Danke, Herr Eulitz !</p> <p>Auf meine weitere Frage: ' Wer kontrolliert eigentlich die Obergrenzen der angegebenen dB Zahlen für die Werte am Tag und in der Nacht?'</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ich bekam gar keine Antwort. Meine Vermutung ist, wahrscheinlich niemand oder die Betreiber Firma selbst, die aber nicht als Kontrollinstanz geeignet ist, da sie parteiisch ist.</p> <p>Ist nicht die Sorgfaltspflicht der Gemeinde gegenüber den betroffenen Bürgern verletzt?</p> <p>Eine andere Bürgerin meldet sich zu Wort und darf eine Frage stellen. Sie bringt als Sorge vor, dass die Schule in Ratzenried den Windkraftanlagen sehr nahe ist, nämlich ca. 800 Meter. Sie befürchtet, dass sich der Lärm der Windkraftanlagen sehr belastend für die Schülerinnen und Schüler auswirken kann:</p> <p>Zum Beispiel durch Konzentrationsstörungen, Unwohlsein, eventuell aggressionsfördernd oder auch deprimierende Auswirkungen haben kann.</p> <p>Zur Antwort auf ihre Sorge, sagt der Experte: „Kinder sind sowieso laut. Da spielt der Lärm der Windräder keine Rolle“.</p> <p>Die Nachfrage der Bürgerin, dass Lärm sich kumuliere, wurde von Herrn Eulitz ignoriert.</p> <p>Geht mal so mit den Sorgen der Bürger und Bürgerinnen um?</p> <p>-2-</p> <p>6.1 Lärmbelastung</p> <p>Die TA Lärm dient als Grundlage des Kriterienkataloges, die zulässigen Grenzwerte werden in den Bundesländern durch unterschiedliche Abstandsregelungen der Windkraftanlagen zur Bebauung erreicht. Dadurch bestehen für die Vorrangflächen unterschiedliche Grundlagen. Dies ist rechtlich fragwürdig, siehe Punkt 2 TA Lärm.</p> <p>Die Gemeinde Argenbühl hat in ihrer Informationsbroschüre zu den aktuellen Wind- Energie- Planungen folgende Angaben zur Lärmbelastung der Bürger angegeben:</p> <p>Tagwert 60 dB , Nachtwert 45 dB.</p> <p>Die Grundstücksangrenzer an den Dorfer- und Siggener Wald sind im Abstand von 600 Metern zu den Windkraftanlagen angesiedelt. Nun sollen</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windkraftanlagen mit einer Höhe von 300 Meter Höhe errichtet werden dürfen.</p> <p>Die 60 dB muss der Bürger dann von 6:00 Uhr morgens bis 22:00 Uhr nachts ertragen und 45 dB von 22:00 Uhr nachts bis 6:00 Uhr morgens.</p> <p><a href="https://www.who.int">https://www.who.int</a></p> <p>Laut WHO ( world health organisation ) ist Lärmbelastung das zweithöchste Risiko für die Gesundheit.</p> <p>Zum Umgebungslärm sagt die WHO:</p> <p>„Ziel der neuen WHO Leitlinien ist es, die Menschen der europäischen Regionen umfassend vor den negativen gesundheitlichen Auswirkungen von Umgebungslärm zu schützen und zu diesem Zweck Entscheidungsträger*innen gesundheitsbezogene Empfehlungen für die politische Praxis zur Verfügung zu stellen.“</p> <p>Das <a href="https://www.umweltbundesamt.de">https://www.umweltbundesamt.de</a> sagt Folgendes:</p> <p>Identifizierte gesundheitliche Auswirkungen von Umgebungslärm:</p> <p>Das sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlafstörungen, Kognitive Beeinträchtigung, dauerhaft Gehörschäden und Tinnitus</p> <p>-3-</p> <p>wichtige gesundheitliche Auswirkungen:</p> <p>pränatale Beeinträchtigungen und Fehlgeburten</p> <p>Auswirkungen auf die Lebensqualität</p> <p>das allgemeine Wohlbefinden und die mentale Gesundheit</p> <p>metabolische Auswirkungen.</p> <p>Lärmpegel von Windkraftanlagen:</p> <p>Die Empfehlung der WHO lautet: Der Lärmpegel von 45 dB darf nicht überschritten werden, da sich sonst gesundheitliche Auswirkungen einstellen und ein erhöhter gesundheitlicher Risikoanstieg eintritt.</p> <p>Für den Nachtschlaf ist die WHO- Empfehlung 30 dB.</p> <p>Höhere Werte in der Nacht entsprechen einem höheren gesundheitlichen Risiko:</p> <p>Der Lärm raubt den Schlaf und aktiviert das autonome Nervensystem und das hormonelle System. Die Folge davon können Veränderung des Blutdrucks und der Herzfrequenz und auch andere Herzkreislaufstörungen sein.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Der Körper schüttet vermehrt Stresshormone aus, die ihrerseits in Stoffwechsel- Vorgänge des Körpers eingreifen.  <a href="https://www.umweltbundesamt.de">https://www.umweltbundesamt.de</a> gibt folgende mögliche Langzeitfolgen an:  Gehörschäden,  Änderungen bei biologischen Risikofaktoren (zum Beispiel Blutwerte, Blutzucker Gerinnungsfaktoren),  Herz-Kreislauf-Erkrankung,  arteriosklerotische Veränderungen (Arterienverkalkung),  Bluthochdruck und Herzkrankheiten, einschließlich Herzinfarkt.  „Der Sensor ist das Ohr mit seinen nachgeschalteten Verarbeitungsebenen im Gehirn. Der Sensor ist immer aktiv, auch im Schlaf....  Zuviel Schall - in Stärke oder Dauer - kann nachhaltige gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Schäden hervorrufen.“  Des weiteren werden vom Umweltbundesamt Schädigungen des Gehörs  ( aurale Wirkungen ) wie Beeinträchtigungen des Hörvermögens bis hin zur Schwerhörigkeit, sowie Tinnitus befürchtet.  Lärm wirkt auf den gesamten Organismus, indem er körperliche Stressreaktionen auslöst ( extra-aurale Wirkungen ). Die kann sogar bei niedrigen Schallpegeln geschehen.  -4-  Lärm als psychosozialer Stressfaktor beeinträchtigt somit nicht nur das subjektive Wohlbefinden und die Lebensqualität. Die autonomen Reaktionen treten sehr wohl auch im Schlaf auf.  Zu mögliche Langzeitfolgen durch chronische Lärmbelastung gehören neben den Gehörschäden auch Änderungen bei biologischen Risikofaktoren ( z.B. Blutfette, Blutzucker, Gerinnungsfaktoren ) und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, wie arteriosklerotische Veränderungen ( Arterienverkalkungen ), Bluthochdruck und bestimmte Herzkrankheiten einschließlich Herzinfarkt.  Die Schule von Ratzenried befindet sich unweit von den Windkraftanlagen (ca. 800 Meter). Für die Schüler ist das eine enorme Belastung durch den Lärm:  Stress, Konzentrationsstörungen und Ermüdung sind die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>unmittelbaren Auswirkungen. Auch müssen die Kinder wegen des Lärms lauter reden, um gehört und verstanden zu werden. Fenster werden wahrscheinlich geschlossen sein müssen, auch die dringend nötige Frischluftzufuhr im Klassenzimmer entfällt häufig. Zu den gesundheitlichen Folgen durch Lärmbelastung für Kinder gibt es bisher keine aussagekräftigen Studien. Im Allgemeinen reagieren Kinder sensibler auf störende Umwelteinflüsse und bedürfen eines besonderen Schutzes.</p> <p>Der Sportplatz in Ratzenried, für Schüler und für Vereine ebenfalls genutzt, befindet sich oberhalb der Schule und ist noch näher an den Windrädern gelegen.</p> <p>Hier ist die störende Wirkung durch Lärmemissionen und deren Folgen ständig vorhanden, zumal man hier keine Fenster schließen kann.</p> <p>Fazit: Wer nahe einer Windkraftanlage wohnt, hat eine schlechte Prognose für seine Gesundheit.</p> <p>Zudem wird man als Bewohner nahe einer Windkraftanlage ungleich, nämlich zu seinem Nachteil, behandelt: Er muss mehr Lärm ertragen, höhere Gesundheitsrisiken bestehen für ihn.</p> <p>Das Grundgesetz GG Artikel 2, Absatz 2 besagt, dass jeder das Recht auf körperliche Unversehrtheit hat.</p> <p>Artikel 3 Gleichheitsgrundsatz und Gleichberechtigung.</p> <p>-5-</p> <p>6.1.2 Lärmwirkung auf Tiere  <a href="https://www.bundesumweltamt.de">https://www.bundesumweltamt.de</a>  Das Bundesumweltamt sagt dazu:  Auf bedrohte Tierarten sollte ein besonderer Augenmerk gelegt werden.</p> <p>Die Kommunikation zwischen Tieren, Ortung der Beutetiere, Paarung, Aufzucht der Tiere wird durch Lärm gestört. Die Tiere meiden oder weichen lärmbelasteten Orten ganz großräumig aus und sie müssen andere Paarungsgebiete suchen.</p> <p>Dadurch werden ohnehin bedrohte Tierarten noch stärker zurückgedrängt.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Der Artenschutz ist nicht gewährleistet.</p> <p>6.2 Infraschall</p> <p><a href="https://www.rki.de">https://www.rki.de</a></p> <p>Als Infraschall bezeichnet man eine Frequenz von 1-20 Herz.</p> <p>Tiefe Töne sind zwar für das menschliche Ohr meist nicht als akustische</p> <p>Wahrnehmung hörbar, jedoch fühlbar, d.h. eine sensorische Wahrnehmung findet statt.</p> <p>Das Robert-Koch-Institut sagt folgendes:</p> <p>Wenn der tieffrequente Schall kleiner als 100 Herz ist, ist dies relevant für</p> <p>Erschütterungsemissionen, die sich auf Gebäude und Menschen in den</p> <p>Gebäuden erstrecken. (21).</p> <p>Sensible Personen können dadurch unter chronischer Erschöpfung ( Fatigue-Syndrom ) leiden.</p> <p>Als Resümee des Robert-Koch-Instituts für den umweltbezogenen Gesundheitsschutz wird daher empfohlen, einen einheitlichen Frequenzbereich für tieffrequenten Schall zu etablieren, der aufgrund seiner</p> <p>Wirkungsbesonderheiten den Frequenzbereich größer als 200 Hz umfassen</p> <p>sollte. ( Infraschall 1-20 Hz! )</p> <p>Das Robert-Koch-Institut sagt zudem: Der Leidensdruck der Betroffenen ist</p> <p>häufig groß(23), (Masche Niemann).</p> <p>Die gesundheitlichen Auswirkungen von Infraschall können auraler (das</p> <p>Gehör betreffend) und extraauraler Natur sein (7,19). Extraaurale Wirkung</p> <p>bedeutet, nicht das Gehör ist betroffen, sondern er kann andere Auswirkungen haben:</p> <p>Es kann zu Schäden am Trommelfell und Mittelohr und Tinnitus führen.</p> <p>6</p> <p>Langzeit Exposition ( 20 Jahre Windradbetrieb ) können Hörverlust verursachen, Stresssituationen, Schwindel, Übelkeit, ermüdende Wirkung,</p> <p>Konzentrationsstörungen, Benommenheit, Druckgefühl auf der Brust.</p> <p>Wie weit breitet sich Infraschall aus?</p> <p>Aufgrund seiner großen Wellenlänge hunderte Kilometer. Er wird durch nichts</p> <p>gedämpft, weder Licht, noch Boden, noch Gebäude, noch Schutzwälle,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nichts kann seine Ausbreitung verhindern. Er verbreitet sich verlustfrei aus.</p> <p><a href="https://www.aerzteblatt.de">https://www.aerzteblatt.de</a></p> <p>besagt: Infraschall erreicht das Innenohr. Er raubt kardinalen Myozyten ihre Kraft. Er schlägt sich in einem Gehirn-Scan nieder. Beschwerden, siehe auch die Aufzählung vom RKI.</p> <p>„Was die Forschung der Gesundheit durch Infraschall angeht, legen - nicht</p> <p>überraschenderweise - gerade jene Länder, wenig Ehrgeiz an den Tag, die zu den weltweit größten Windparkbetreibern gehören.“</p> <p>Fazit: was ist mit unserem Grundrecht GG Artikel 2, Abs. 2 : Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit ? Unser Grundrecht wird verletzt!!</p> <p>6.3 Luftdruckimpulse</p> <p>Die rotierenden Flügel der Windräder verursachen ein kräftig pulsierendes und weitreichendes Luftdruckfeld im Sekundentakt der Flügel. Die riesigen Ventilatoren in freier Landschaft bremsen zunächst im Takt der Flügel den Wind ab, um Energie zu gewinnen. Der Winddruck wird unterbrochen, um in der nächsten Sekunde wieder als Druckwelle auf den Körper zu drücken :</p> <p>getaktete Luftdruckänderungen. Windkraftbetreiber wissen um diese Tatsache und die Problematik des 'abgehackten' Luftdrucks. Eben deshalb müssen zwischen Windkraftanlagen Abstände um das 5-fache der Rotordurchmesser eingehalten werden.</p> <p>Damit werden die großen Flügel vor Ermüdungserscheinungen und Brüchen geschützt.</p> <p>Der Durchmesser der Rotoren beträgt 185 Meter bei einem Windrad mit einer Höhe von 300 Meter, wie in Ratzenried und Siggen geplant. Wenn man den Abstand von Windrad zu Windrad durch den Rotordurchmesser festlegt,</p> <p>-7-</p> <p>dann muss ein Abstand von <math>5 \times 185 \text{ Meter} = 925 \text{ Meter}</math> zwischen den Windrädern in Hauptwindrichtung eingehalten werden.</p> <p>Die Windkraftanlagen werden demnach besser geschützt als der angrenzend</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wohnende Bürger: 600 Meter Abstand / 925 Meter.</p> <p>Fazit: Wer schützt uns Menschen?</p> <p>Wir müssen in 600 Meter die getakteten Luftdruckimpulse ertragen.</p> <p>Fledermäusen, eine strenggeschützte Art, ( FFH ) zerbirst die Lunge durch diese Luftdruckimpulse. Die Auswirkungen auf den Menschen bleiben unberücksichtigt.</p> <p>GG Art. 2 Abs. 2 „Jeder hat das Recht auf Leben und Unversehrtheit“</p> <p>6.4 Mikroplastik</p> <p>Der Faserabrieb der Rotorblätter ist bekannt, müssen diese doch immer wieder gewartet werden.</p> <p><a href="https://www.bundestag.de">https://www.bundestag.de</a></p> <p>Kurzinformation des Bundestags zu einem Einzelaspekt der Erosion von Rotorblättern bei Windrädern:</p> <p>Darin wird bestätigt, dass unter anderem die Abnutzung und Rissbildung der Rotorblätter besteht.</p> <p>Rotorblätter selbst bestehen aus einem Verbund von Kunstharzen ( Epoxid oder Polyesterharze ) und Fasern ( Glas- oder Carbonfasern ).</p> <p>Die Beschichtung besteht aus Folien und Lacken.</p> <p>Freisetzung von Mikroplastik an den Rotorblättern: ...“dass das Material (siehe oben), welches sich durch Erosion löse, in der Umwelt lande, ließe sich nicht bestreiten“ so das Zitat des Bundestag (<a href="https://www.bundestag.de">bundestag.de</a>)</p> <p>Mensch und Tier werden dadurch über Luft, Wasser, Lebensmittel belastet.</p> <p>Mikroplastik sind Partikel, welche sich in Organen festsetzen können und in Immunzellen vordringen, sich an Eiweiße und Fette im Körper heften.</p> <p>Eingeatmet sind sie lungengängig.</p> <p>Die WHO sagt, dass zu diesem Thema viel zu wenig Studien über gesundheitliche Risiken durch Mikroplastik gemacht worden sind.</p> <p>Ausserdem fordert die WHO präventive Abwasser- Filterung.</p> <p>-8-</p> <p>Im Fall der geplanten Windkraftanlagen im Dorf- und Siggener Wald bedeutet dies: Das Wasser wird direkt belastet: Die vielen Quellen im Wald, die Weiher (FFH) und die Bachläufe werden kontaminiert. Früher dienten die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Quellen als Trinkwasser der Anrainer und Landwirtschaft, bevor die allgemeine Wasserleitung installiert wurde. Noch heute werden sie geschätzt z.b. in Gärten, auf Wiesen und eigenen Teichen. Quellen und Gewässer fließen in den Klinglerweiherbach, in den Eschbach, welche in die Argen fließen, diese wiederum in den Trinkwasserspeicher Bodensee. Über die Luft verbreitet sich Mikroplastik weiträumig. Umliegende Weiher, der Neuweiher, (FFH) der Badeweiher Buchweiher, der Schlossweiher und die beiden Reuteweiher, werden kontaminiert. Angrenzende landwirtschaftliche Flächen und private Flächen, zum Beispiel Gemüseanbau, Gärten werden kontaminiert. Die angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen werden hauptsächlich für die Milchwirtschaft genutzt und bringen so das Mikroplastik indirekt über die Futtermittel für die Kühe auf den Esstisch des Bürgers.</p> <p>Fazit: Der Grundgesetzartikel 2 Abs. 2 : Jeder hat das Recht auf Leben und Unversehrtheit. Dies wird mit Füßen getreten.</p> <p>6.5 Beleuchtung / Blinklicht</p> <p>Auch die Beleuchtung der Rotorblätter, mit Blinklichtern versehen, ist ebenfalls für die Gesundheit abträglich, sie wirken Tag und Nacht. Lichtverschmutzung stört das allgemeine Wohlbefinden. Der Nachtschlaf wird dadurch gestört. Die andauernden Lichtreize können zu Nervosität, Unkonzentriertheit und Unwohlsein und Schlafstörungen führen. Die wohlthuende Dunkelheit der Nacht zum Entspannen, Abschalten vom Stress des Alltags ist nicht mehr möglich. Als Naturliebhaber legt man auch besonderen Wert auf die Beobachtung des Nachthimmels mit Sternen im Allgemeinen und im Besonderen auf Ereignisse wie Sternschnuppen, die Perseiden, ein Schwarm von Meteoren, jetzt wieder zwischen dem 17. Juli und 24. August 2024 zu sehen. Dieses alles ist nur ohne Luftverschmutzung möglich!</p> <p>6.6 Schattenwurf</p> <p>Der durch Windkraftanlagen entstehende Schattenwurf auf</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>angrenzende Grundstücke, Gebäude und Menschen bedeutet eine erhebliche Belastung.</p> <p>-9-</p> <p><a href="https://www.lubu.badenwuerttemberg.de">https://www.lubu.badenwuerttemberg.de</a></p> <p>Die Landesanstalt für Umwelt, Messung und Naturschutz Baden-Württemberg bestätigt dies. Deshalb müssen die Anlagenbetreiber dazu eine Schattenwurfprognose vorlegen.</p> <p>Schattenwurf ( Schlagschatten ) von Windkraftanlagen auf Wohnhäuser und deren Grundstücke dürfen jeweils nicht mehr als 30 Stunden /Jahr und 30 Minuten / Tag betragen.</p> <p>Wir sind bis zu 3 Stunden Tag betroffen! Vom Frühling bis zum Herbst!</p> <p>Ein Beispiel für die Verschattung eines Windrads mit 200 Meter Höhe:</p> <p>Sonnenstand bei 8 Grad ergibt einen Schattenwurf von 1400 Metern.</p> <p>Fraglich ist, wer die Einhaltung dieser erheblichen Belastung für Anrainer überprüft? Womöglich der Betreiber der Windkraftanlage selbst?</p> <p>Fazit: Der Bürger wird durch Windkraftanlagen in seinem Dasein sehr belastet.</p> <p>Auch hier ist wieder GG Artikel 2, Absatz 2 und Artikel 3 gefragt.</p> <p>6.7 Havarie</p> <p>Immer wieder wird in der Presse von Havarien durch Windräder berichtet.</p> <p>So auch geschehen am 25.1.2024 bei Seelow:</p> <p>Ein Windrad gerät in Brand. Die Feuerwehr konnte wegen der Höhe nicht eingreifen und ließ es notgedrungen abbrennen. Weiträumige Absperrungen wegen Funkenflug und giftiger Dämpfe wurden veranlasst.</p> <p>Am selben Tag, dem 25.1.2024 brennen ebenfalls zwei Windräder in Mecklenburg Vorpommern ab.</p> <p>Die Bevölkerung wird hier dazu angehalten, Fenster und Türen geschlossen zu halten und nicht ins Freie zu gehen.</p> <p>Es ist keine Löschung durch die Feuerwehren möglich.</p> <p>Großräumige Absperrungen sind nötig, um die Bevölkerung vor der giftigen Luftverschmutzung zu schützen. Die Böden werden dennoch kontaminiert bleiben.</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Am 23.2.2024 eine erneute Havarie.. Ein 15 Tonnen schwerer Flügel eines Windrades bricht ab und stürzt nahe der Bundesautobahn A8 und der Schnellbahnstrecke S21 bei Dornstadt auf einen Acker. Die Teile liegen weit verstreut in der Umgebung.</p> <p>-10-</p> <p>Dies häufige Vorkommen von Havarien, durch Windräder verursacht, bedeutet für Siedlungen ( 750 m Abstand ) im allgemeinen eine große Gefahr.</p> <p>Für Anrainer in 600 Meter ein unkalkulierbares Risiko.</p> <p>Bei einem Brand entstehen giftige , krebserregende Emissionen, welche zu Gesundheitsschäden der Atemwege führen, Luftverschmutzung und Bodenkontamination.</p> <p>Die Gefahr, dass Teile des Windrads auf Gebäude, Wiesen, Felder, Wälder, Straßen und Zufahrtswege, Zugtrassen fallen können und dadurch schweres Unglück für Mensch,Tier, Flora und Fauna und auch für die Infrastruktur verursachen können, wird völlig außer Acht gelassen.</p> <p>Da wir in 600 Meter Abstand zu den Windkraftanlagen wohnen, befürchten wir Schlimmstes für unsere Sicherheit!</p> <p>Fazit: Die Mindestabstände zu den Bürgern (750 m / 600 m) wirken in Anbetracht der hohen Rotationsgeschwindigkeiten eines Windrads bedrohlich, die häufig vorkommenden Havarien geben ein Gefühl der Unsicherheit.</p> <p>Man fühlt sich völlig allein gelassen mit dieser Bedrohung.</p> <p>Wo bleibt die Sorgfaltspflicht der Regierung dem Bürger gegenüber?</p> <p>Gesamtfazit zur Gesundheit:</p> <p>In ignoranter Weise werden die Aspekte zur Gesundheitsgefahr für den Bürger verharmlost, negiert und nicht beachtet.</p> <p>Die Vorsorgepflicht der Bundesregierung, des Landes Baden-Württemberg und der Gemeinde Argenbühl dem Bürger gegenüber, ist außer Kraft gesetzt.</p> <p>Die Gesundheit, das wohl höchste Gut des Menschen und das erheblich</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erhöhte Gesundheitsrisiko zu erkranken, wird dem Ausbau eines Industriegebiets im Dorfer-und Siggener Wald untergeordnet. Künftige Generationen werden noch durch diese Fehlentscheidung der Verantwortlichen mit ihrer Gesundheit dafür bezahlen müssen. Ich erhebe Einspruch</p> <p>7 Nachhaltigkeit  Die Windkraftanlagen werden mit Rotorblättern betrieben, die vorwiegend in China oder Indien hergestellt werden. Das dafür benötigte Balsaholz stammt dafür aus dem tropischen Regenwald. Für ein Windrad müssen mindestens 150 Bäume gefällt werde. Zwei Drittel des weltweit verwendeten Balsaholzes gehen in die Windbranche. Hier wird offensichtlich Raubbau betrieben, zu Lasten des Regenwaldes, unserem CO2 Speicher Nummer 1.  Die Beschichtung der Rotorblätter besteht aus Kunststoffen, PET, PU, PVC, Epoxitharz, Glas-und Carbonfasern, auch seltene Erden kommen zum Einsatz.  All diese Stoffe sind einerseits im Abbau umweltschädlich und andererseits auch bei der Verwendung umweltschädlich und gesundheitsgefährdend. Das gesamte Material widerspricht dem Nachhaltigkeitsgrundsatz. Das Gewicht eines Rotorblattes liegt bei ca. 60 Tonnen. Für eine Windkraftanlage 180 Tonnen und für 3 geplante Windräder bei 540 Tonnen. Die Transportwege von China oder Indien nach Europa für die schwergewichtigen Rotorblätter sind enorm und verursachen bei ihren Transport zudem einen hohen CO2 Ausstoß. Abhängigkeiten von China und anderen Ländern entstehen. Dabei will man gerade bei der Energiegewinnung Unabhängigkeit erzielen. Das Lieferkettengesetz, IntegrityNext, ist seit 1.1. 2023 in Kraft. Es beinhaltet die Einhaltung von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Standards in der globalen Wirtschaft. Es wird nicht eingehalten und widerspricht dem Nachhaltigkeitgrundsatz. Windräder haben eine Laufzeit von nur 20 Jahren. Wenn sie nicht schon vor dem Ablauf dieser Laufzeit havariert sind ( giftige</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Emissionen ) bleiben sie „nachhaltig“ im zerstörten Wald als Industrieruinen. Ein gänzlicher Abbau und die Entsorgung ist gar nicht möglich ( alle Fundamente entfernen und mit Waldboden wieder auffüllen, usw. ). Der Wald mit seiner wichtigen Nachhaltigkeitsaufgabe ist für immer verloren. Generationen haben, wie es mit anderem hochproblematischem Müll ist, der auf Entscheidung von Regierungen erzeugt wird, dieses Erbe anzutreten. Fazit: Das Nachhaltigkeitsgebot wird in keinem Punkt erfüllt. Ich erhebe Einspruch.</p> <p>8 Wirtschaftlichkeit</p> <p>Wirtschaftlichkeit lässt sich nicht im herkömmlichen Sinn erzielen. Die Investoren der Windkraftanlagen erhalten über den Zeitraum von 20 Jahren eine staatliche Subvention von 40% . ( Aussage der Firma RES, Referent Herr Fischer, bei der Informations-Veranstaltung des Regionalverbands und der Gemeinde Argenbühl in der Turnhalle in Ratzenried, 2023 ). Der Steuerzahler hat dafür aufzukommen. Diese Subvention bekommt der Investor auch, wenn die Windkraftanlagen gar nicht in Betrieb sind weil zu wenig Wind herrscht und sie deshalb nicht laufen können, wenn Defekte vorliegen und sie deshalb still stehen. Oft gibt es Stillstand der Windkraftanlagen und zwar dann, wenn wegen einem Überangebot von vorhandener Energie oder wegen einem Zukauf von billigerer Energie die Windenergie gar nicht eingespeist werden darf. Bei größeren PV-Anlagen wird dies übrigens auch so gehandhabt. In Argenbühl sind wir überversorgt mit Strom (120%) : zahlreiche PV-Anlagen auf Dächern, 2 Biogasanlagen und Wasserkraft an der Argen. An Windkraftanlagen verdienen nur die Investoren ( subventioniert ) und die Verpächter der Flächen im Dorfer-und Siggener Wald, die mit Unsummen Geldes für die Pacht bestochen werden. Der Strom für den Endverbraucher dagegen wird immer teurer. Unsere Steuergelder werden sinnlos vergeudet. Als direkte Anrainer [Adresse anonymisiert] an den Dorfer Wald ( 600 Meter</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Abstand zu 300 Meter hohen Windkraftanlagen ) wird unsere von Grund auf sanierte, vor dem Verfall gerettete alte Hofstelle, umgeben mit 5 Hektar Grün-und Gartenland, durch die geplanten Windkraftanlagen sehr stark negativ beeinflusst werden.</p> <p>Neuer Wohnraum und Arbeitsbereich wurde für unsere Familie geschaffen, ohne neue Flächen zu versiegeln.</p> <p>Unsere Immobilie befindet sich in idyllischer Lage, direkt angrenzend an den Dorfer Wald. Der mit besonderer Sorgfalt und Liebe gepflegte Aussenbereich wird unter dem Aspekt der Biodiversität und Artenvielfalt bewirtschaftet. Wir haben ca. 200 Bäume gepflanzt , eine Allee im [Adresse anonymisiert] angelegt, Vogelschutzhecken und Gehölze gepflanzt, der Natur überlassene Bereiche eingerichtet, alte und neue Obst-Hochstämme gepflegt, unsere Wiesen extensiv bewirtschaften lassen usw.</p> <p>2</p> <p>Durch die Windkraftanlagen mit einer gigantischer Höhe und so geringem Abstand zu uns wird all unser Wirken zu nichte gemacht.</p> <p>Die Immobilie als Ganzes erleidet einen äusserst hohen Wertverlust: Sie bekommt einen völlig anderen Charakter, da die Naturnähe und deren Schönheit durch die Windkraftanlagen nachhaltig zerstört wird.</p> <p>Möglicherweise wird sie gänzlich unverkäuflich durch die bedrängende Wirkung und den Lärm der Giganten.</p> <p>Fazit: Das Wirtschaftlichkeitsprinzip wird von den Betreibern der Windkraftanlagen nicht erfüllt. Trotzdem verdienen sie und die Flächenverpächter sich goldene Nasen. Die Steuerzahler müssen 20 Jahre lang diesen Irrsinn finanzieren.</p> <p>Wir dagegen als direkt Betroffene, Naturliebhaber und Naturschützer müssen unsere aufgebaute Existenz opfern und unglaubliche Verluste hinnehmen.</p> <p>Ich erhebe Einspruch.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>9 Gesamtbeurteilung</p> <p>Der Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Kapitel 4.2 Siggener/Dorferwald WEA 436-011</p> <p>Er ist bei genauer Betrachtung nicht mit den Gesetzen und</p> <p>Beurteilungen von</p> <p>renommierten Instituten und von Forschungsergebnissen kompatibel.</p> <p>Er verstößt gegen</p> <p>Das GG Artikel 2, Absatz 1</p> <p>Das GG Artikel 3 Absatz 1</p> <p>Das GG Artikel ....</p> <p>Das GG Artikel 20a</p> <p>Das EU Recht</p> <p>Das Bundesumweltschutzrecht</p> <p>Das Landesumweltschutzrecht</p> <p>Das Waldrecht (LWaldG)</p> <p>Das Bundesnaturschutzgesetz</p> <p>Das Naturschutzgesetz Baden-Württemberg § 30</p> <p>Erkenntnisse der WHO ( word health organisation )</p> <p>Erkenntnisse des Robert Koch Instituts</p> <p>Erkenntnisse des Bundesumweltamtes</p> <p>Erkenntnisse der TA Lärm Punkt 2</p> <p>Erkenntnisse des Ärzteblattes</p> <p>Erkenntnisse der Landesanstalt für Umwelt, Messung und</p> <p>Naturschutz</p> <p>Baden-Württemberg ( lubu.badenwürttemberg.de )</p> <p>Erkenntnisse des Bundestags</p> <p>Erkenntnisse der „Krefelder Studie“</p> <p>Erkenntnisse des NABU</p> <p>Erkenntnisse der Landesanstalt für Baden-Württemberg</p> <p>(pudi.lubw.de)</p> <p>Forschungsergebnisse von Prof. Dr. Matthias Glaubrecht,</p> <p>Evolutionbiologe und Professor für Biodiversität</p> <p>Forschungsergebnisse von Prof. Dr. Josef Settele, Naturforschung und</p> <p>Ökologie</p> <p>Auf Grund dieser erheblichen Konflikte mit Recht und Gesetz und der</p> <p>Negierung</p> <p>von Erkenntnissen der Fachkompetenzen können im Dorfer-und</p> <p>Siggener Wald</p> <p>keine Windkraftanlagen betrieben werden.</p> <p>Ich erhebe Einspruch</p> <p>Betrifft:</p> <p>Nachtrag zum Einspruch vom 23.3.2024 gegen den Teilregionalplan</p> <p>Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2 Siggener/Dorferwald WEA</p> <p>436/011</p> <p>Ratzenried Ost</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bezugnehmend auf meinen Einspruch vom 23.3.2024 möchte ich Sie nachdrücklich auf die Problematik des Quellwassermanagements im Dorferund Siggener Wald hinweisen.</p> <p>Der Dorfer-und Siggener Wald grenzt unmittelbar an den Klinglerweiher-Bach.</p> <p>Teilabschnitte des Baches verlaufen auch im Dorfer Wald. Die Vernässung des Waldgebietes wird durch die Ansiedlung von Bibern seit ungefähr zwei Jahren unterstützt.</p> <p>Ein als flächenhaftes Naturdenkmal ausgewiesenes Gebiet, ND 45/15, [Inhalt anonymisiert] , grenzt unmittelbar an den Dorfer Wald und bedarf daher des besonderen Schutzes und der Beachtung.</p> <p>Auch schützenswerte Feuchtwiesen, reich an seltener Flora und Fauna, Fl.St. Nr. [Inhalt anonymisiert] , befinden sich am Waldrand.</p> <p>Die von uns im Jahre 1995 erworbenen Wiesen werden seit dreißig Jahren extensiv bewirtschaftet. Darauf gepflanzt sind circa 200 heimische Bäume und Sträucher, welche allerlei Tieren und Pflanzen Schutz und Nahrung bieten.</p> <p>Fl.St.Nr. [Inhalt anonymisiert] insgesamt 4,86 Hektar.</p> <p>Dies sei nur nebenbei erwähnt.</p> <p>Im Wald selbst befinden sich zahlreiche Quellen und Nassgebiete. Uns bekannt sind folgende Quellen:</p> <p>Quelle [Inhalt anonymisiert] , versorgt das Anwesen [Adresse anonymisiert]</p> <p>Quelle Quelle [Inhalt anonymisiert] , versorgt die Anwesen [Adresse anonymisiert]</p> <p>Quelle [Inhalt anonymisiert] , versorgt das Anwesen [Adresse anonymisiert]</p> <p>Quelle [Inhalt anonymisiert] versorgt Anwesen [Adresse anonymisiert]</p> <p>Quelle, S[Inhalt anonymisiert] dient als Viehtränke im Klinglerweiher</p> <p>Nach wie vor bestehen Rechte zur Wasserentnahme aus den Quellen. Eingetragen sind die Rechte im sogenannten Servitutenbuch aus dem Jahr 1836.</p> <p>Im Krefelder Liegenschaftskataster liegt dieses „Wasserbuch“ als Originalausgabe zur direkten Einsicht aus und auch ein Teilauszug, welcher in Form einer Kopie ausgehändigt wird, ist möglich.</p> <p>Diese Grunddienstbarkeiten an Wasserrechten sind auch in den jeweiligen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Grundbüchern der berechtigten Quellennutzer auf ihr Anwesen eingetragen.</p> <p>Früher wurden die Quellen auch als Trinkwasserspender für die Anwohner verwendet, da es noch keine öffentliche Trinkwasserversorgung gab. Heute dient dieses kostbare Gut immer noch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• zur Speisung von Teichen ( Schautz, Otth-Kreiter ). Teiche bilden kleine Biotope mit Ansiedlungen von seltenen und zum Teil unter Naturschutz stehenden Tieren, um nur ein paar Beispiele zu nennen: Kammolch, Bergmolch (Schutzstatus besonders geschützt, NABU), Goldrandkäfer, verschiedenste Libellen, Pferdeegel, seltene Schnecken, Grasfrösche, Kröten...,</li> <li>• als Tränke von Schafen und Vieh,</li> <li>• als Gießwasser für unsere Biogärten</li> <li>• und auch als Labsal zur genussvollen Abkühlung im heissen Sommer.</li> </ul> <p>Die zahlreichen Weiher, FFH Gebiete, in unmittelbarer Nähe des Dorfer-und Siggener Waldes, Neuweiher, Buchweiher, Schlossweiher, Reute Weiher, Rote Lach im Wald zeugen überdeutlich davon, dass es sich um einen wasserreichen und wasserführenden Wald handelt. Dieser Wald kann Wasser speichern, den vielerorts schon abgesunkenen Grundwasserspiegel im Gleichgewicht halten und Wasser dann abgeben, wenn Trockenheit und Dürre droht. (Dies kommt leider immer des Öfteren hier vor, z.B. Aufforderungen der Gemeinde Argenbühl 2023 zum Wassersparen). Die Speicherfähigkeit von Wasservorräten im Waldboden ist eine enorm wichtige Funktion unseres Waldes und auch eine Strategie zum Erhalt von Flora und Fauna, Biodiversität und Lebensqualität für uns alle. Wasser ist Leben Durch den Bau von riesenhaften Windkraftanlagen in unserem Wald wird zerstört, was Leben erhalten soll! Unvorstellbare Mengen an Stahlbeton, tonnenweise, werden in die Tiefen unseres Waldbodens versenkt. Der kostbare Waldboden mit seinen vielfältigsten, ökologisch wertvollen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kleinstlebewesen wird ersetzt durch immense Massen an CO<sub>2</sub>-schädlichem Beton.</p> <p>Breite, ausgekofferte Zuwegungen werden quer durch den Wald geführt.</p> <p>Dies bedeutet eine Parzellierung der Flächen und führt zur Isolation einzelner Waldflächen. Ein Biotopverbund wird dann unmöglich.</p> <p>Die große Befürchtung ist, dass die Quellen und die Schwammfunktionen des Waldes durch die massiven Eingriffe der Windkraftbetreiber nachhaltig negativ beeinträchtigt werden und letztendlich ganz versiegen und gar nicht mehr funktionieren.</p> <p>Ich bitte Sie nachdrücklich, all diese Aspekte bei Ihrer Beurteilung ernst zu nehmen und sie in Ihre Entscheidung über ein Vorranggebiet für WKAs in unserem Dorferund Siggener Wald zu berücksichtigen.</p> <p>Auf meinen Einspruch vom 23.3.2024 habe ich leider noch keine Stellungnahme von Ihnen bekommen. Daher bitte ich Sie, meine Argumente zu prüfen und mir alsbald eine Antwort zukommen zu lassen.</p>		
IV. 10099	1452	<p>2.4.5 Fledermäuse</p> <p>Seit vielen Jahren beobachten wir hier im Spätfrühling, Sommeranfang den Flug von Fledermäusen in der Dämmerung. Auch um unser Haus und um die Nachbarhäuser sind immer welche zu sehen.</p> <p>Im Wald befinden sich Bäume, die auf Behausungen von Waldfledermäusen hindeuten. Jahreszeitlich bedingt sind sie noch nicht hier angekommen.</p> <p>Wir werden Beobachtungen und Kartierungen vornehmen.</p> <p>„Alle heimischen Fledermausarten sind im Anhang IV der FFH-Richtlinie (RL 92/43 EWG) als streng zu schützende Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse aufgeführt und in Deutschland gemäß §10 Absatz 2Nr. 11b des Bundesnaturschutzgesetzes als streng geschützte Arten eingestuft.“</p> <p>Fledermäuse bekommen nur ein Junges, in den seltensten Fällen zwei Junge pro</p>	<p>Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunktorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht). Im genannten Vorranggebiet Windenergie liegen keine Nachweise zu Vorkommen von Fledermäusen vor, welche einer Ausweisung des Vorranggebiets Windenergie entgegenstehen würden oder eine Reduzierung der Fläche notwendig machen würden.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Jahr.</p> <p>Schon allein durch diese Tatsache ist ihr Bestand gefährdet und bedarf des besonderen Schutzes.</p> <p>Erforschungen der Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Fledermäuse und deren Bestände hat das Naturschutzreferat des Regierungspräsidiums Freiburg schon 2004 in Auftrag gegeben.</p> <p>Zitat: „Selbst die Fachleute waren überrascht, wie viele der faszinierenden, nachtaktiven, kleinen Säugetiere an einzelnen Anlagen zu Tode kamen.“</p> <p>Das Kollisionsrisiko ist hoch, wobei nur die toten Tiere direkt unter den Windkraftanlagen gefunden wurden. Im angrenzenden Wald sind sie nicht zu finden, da sie klein von Gestalt sind und auch als Beute von Aasfressern beliebt sind.</p> <p><a href="https://www.pudi.lubw.de">https://www.pudi.lubw.de</a></p> <p>Die Lungen der Fledermäuse zerplatzen durch die Luftdruckimpulse der Windkraftanlagen.</p>	Anlagen verwiesen.	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10100	134	<p>Die Synopse, die Sie mir auf meinen Einwand bei der 1. Anhörung zugesandt haben, spottet für mich jeder Beschreibung. Ich gehe davon aus, dass, aus welchen Gründen auch immer, hier keine menschliche Intelligenz am Werk war. Vielleicht besteht da ein großer Mangel.</p> <p>Dies muss eine künstliche Intelligenz vollbracht haben.</p> <p>Ich habe einige Synopsen analysiert und in jeder einzelnen sind die wortgleichen phrasenhaften Kommentare in der rechten Spalte zu finden, die sich dann auch noch oft mehrfach wiederholen. Es war vermutlich eine sehr unentwickelte KI, da ist Luft nach oben.</p> <p>Ich sende anbei meinen neuerlichen Einspruch gegen den Standort bei Ratzenried und hoffe, dass sich ein Mensch damit befasst und auseinandersetzt.</p> <p>Ich hoffe auf baldige Antwort.</p> <p>Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2 Sigger Wald / Dorfer Wald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>mit diesem Schreiben erhebe ich Einspruch gegen den seit dem</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>29.02.24  offengelegten Teilregionalplan datierend vom 08.12.2023.  Ich bin einer der direkten Anrainer an die geplante Vorrangfläche Ratzenried-Ost.  Seit 30 Jahren lebe ich hier mit Frau und Kindern. Und während dieser 30 Jahre  haben wir die Landschaft des Westallgäus, die hier besonders reizvoll ist, in vollen  Zügen genossen und im besonderen den Dorfer- und Sigger Wald. Eben dieses  geplante Vorranggebiet.  — Dieser Wald ist ein Erholungswald, durchzogen von Wanderwegen und  Pfaden auf der ganzen Fläche. Angenehm kühl in heissen Sommern.  Zahlreiche Feuchtgebiete sind im gesamten Wald verstreut. Abseits der Wanderwege  braucht man unbedingt wasserdichtes Schuhwerk. Überall gibt es Bäche  und wasserführende Gräben. Dauerhaft stehendes Wasser an vielen Stellen das  ganze Jahr über.  Der Wald ist sozusagen ein riesiger Wasserspeicher. Fünf mir bekannte ergiebige Quellen entspringen diesem Wald und versorgen  seit Generationen umliegende Anwesen mit reichlich Wasser für Mensch und Vieh.  Auch für mein Anwesen ist im Grundbuch und im Servitutenbuch von 1853 ein  Nutzungsrecht an einer dieser Quellen eingetragen. ( siehe Anlage 2.4 Wasser,  Quelle Kuder ) Wie die anderen Quellennutzer habe auch ich große Sorge, dass  diese Quelle durch die massiven baulichen Eingriffe letztendlich versiegen könnte  Es ist befremdlich, dass dieses Gebiet vor einer endgültigen Beurteilung nicht  gründlich untersucht wurde. Es liegen offensichtlich keine aktuellen Kartierungen  vor, sonst käme man nicht zu einem solchen Ergebnis.  Gemäß § 31 BNatSchG hätte bezüglich der bestehenden FFH-Gebiete eine  gründliche Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden müssen. Da dies nicht  geschehen ist, erhebe ich Einspruch gegen Ihre Entscheidung und fordere eine</p>	<p>entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).  Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:  Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).  Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.  Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.  Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Überprüfung und Nachbesserung.</p> <p>— Das gesamte Ökosystem des Waldes würde durch den Bau der Windkraftanlagen gestört, wenn nicht ganz zerstört. Für so viele Arten wäre der Lebensraum unwiederbringlich verloren.</p> <p>In eben diesem Wald leben unzählige Singvögel. Ein herrliches gesangliches Spektakel besonders im Frühjahr zur Brutzeit. Mir persönlich sind 11 Greifvogelhorste bekannt. Rotmilan, Schwarzmilan und Bussard, meist an den Waldrändern.</p> <p>Ein Schwarzstorch brütete im letzten Jahr hier, der ist aber noch nicht zurück vom Winterurlaub.</p> <p>Auch die Fledermäuse sind noch in ihrem Winterquartier. Gerade sie sind äusserst bedroht durch die Rotoren. Ihre Lungen platzen durch die Luftdruckunterschiede beim bloßen Vorbeiflug an den Windrädern.</p> <p>Alle Horste und Fledermausbäume sind dokumentiert und gemeldet und werden im Auge behalten auf dass nicht einer zufällig „verschwindet“.</p> <p>Ob dieser Bedrohung erhebe ich deshalb vehement Einspruch gegen Ihre Entscheidung, dass die Artenschutzbelange in diesem Gebiet untergeordnete Bedeutung hätten. Sie verstoßen dabei gegen § 15 und § 44 BNatSchG.</p> <p>— Nun zur sogenannten Windhöflichkeit. Warum sollte in nahen umliegenden Gebieten wie Bayern, Vorarlberg und in der Schweiz der Wind weniger stark blasen als hier bei uns? Im hiesigen Windatlas wurden eindeutig zu hohe Werte angesetzt.</p> <p>Es gibt hier zugegeben schon windige Tage, wenn z.B. der sogenannte Ostler weht, wie man hier sagt, aber über's gesamte Jahr gesehen ist es eher ruhig.</p> <p>Kein Vergleich mit Deutschlands Norden, wo man in den Urlaub hinfährt, um sich buchstäblich den Wind um die Ohren wehen zu lassen.</p> <p>Aber hier? Fragwürdig ! Nach nunmehr 30 Jahren kann ich das beurteilen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Hier will man nun in gigantische Höhen vordringen, um es passend zu machen.</p> <p>Und wir bezahlen mittels Subventionen mit unseren Steuergeldern auch noch dafür. Ich erhebe Einspruch.</p> <p>— Zum Abstand zu Wohngebäuden. Was mich äußerst verärgert ist :</p> <p>1. wie gemessen wird. Angeblich werden die 85 Meter, die der Rotor zu mir herüberraagt, nicht mitgezählt. Also sind es netto nicht 600 Meter Mindestabstand sondern 515 Meter.</p> <p>2. die Abstände sind bundesweit unterschiedlich geregelt. Verschiedene Bundesländer haben unterschiedliche Abstände, und in Baden-Württemberg mittlerweile die kleinsten. Das ist nicht richtig. Nicht gerecht. Warum muss ich mehr Lärm ertragen können als ein Dorfbewohner ?</p> <p>Warum muss ich mehr Bedrohung ertragen, mehr bedrängende Wirkung aushalten können als ein Bürger in Bayern ?</p> <p>Der kleine Abstand von 515 Metern führt zu einem enormen Schattenwurf, der je nach Jahreszeit bis zu 3 Stunden am Tag über mein Haus läuft. Eine enorme optische Belastung. Schlagschatten, Schlag, für Schlag, für Schlag ..... usw.</p> <p>Ich fürchte dabei um meine und meiner Lieben Gesundheit und werde mich schon im Vorfeld dementsprechend untersuchen lassen, wie sich die Windkraftanlagen im Nachhinein auf meinen Körper und Geist auswirken bzw. dann ausgewirkt haben. Vorher, nachher. Das führt eventuell zu hohen Regressansprüchen.</p> <p>Ich fühle mich geradezu verletzt wegen dieser Ungerechtigkeit. Eine solche Abstandsregelung verstößt gegen Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der besagt : Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Deshalb erhebe ich Einspruch auch in diesen Punkten.</p> <p>Im übrigen lehnt eine deutliche Mehrheit der hiesigen Bevölkerung den Bau der Windräder an diesem Standort ab. An die 80% der befragten Anwohner haben</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sich dagegen ausgesprochen. Dadurch hat das Projekt hohes Konfliktpotential.</p> <p>Wir wollen hier im Einklang mit unseren Mitbürgern und unserer schönen Natur weiterleben.</p> <p>Reine Profitgier, die wir mit unseren Steuern subventionieren müssen, zerstört unsere Heimat und unser friedliches Zusammenleben.</p> <p>Wir lehnen diesen Unsinn ab.</p> <p>Ich hoffe, Sie nehmen meine Einsprüche ernst und prüfen die Angelegenheit noch einmal gründlich gemäß der geltenden Vorschriften und Gesetze.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen [Name anonymisiert]</p> <p>1 Anlage: 2.4 Wasser (HING NICHT AN DER MAIL)</p>		
IV. 10100	347	<p>2.4.5 Fledermäuse</p> <p>Seit vielen Jahren beobachten wir hier im Spätfrühling, Sommeranfang den Flug von Fledermäusen in der Dämmerung. Auch um unser Haus und um die Nachbarhäuser sind immer welche zu sehen.</p> <p>Im Wald befinden sich Bäume, die auf Behausungen von Waldfledermäusen hindeuten. Jahreszeitlich bedingt sind sie noch nicht hier angekommen.</p> <p>Wir werden Beobachtungen und Kartierungen vornehmen.</p> <p>„Alle heimischen Fledermausarten sind im Anhang IV der FFH-Richtlinie (RL 92/43 EWG) als streng zu schützende Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse aufgeführt und in Deutschland gemäß §10 Absatz 2Nr. 11b des Bundesnaturschutzgesetzes als streng geschützte Arten eingestuft.“</p> <p>Fledermäuse bekommen nur ein Junges, in den seltensten Fällen zwei Junge pro Jahr.</p> <p>Schon allein durch diese Tatsache ist ihr Bestand gefährdet und bedarf des besonderen Schutzes.</p> <p>Erforschungen der Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Fledermäuse und deren Bestände hat das Naturschutzreferat des Regierungspräsidiums Freiburg schon 2004 in Auftrag gegeben.</p> <p>Zitat: „ Selbst die Fachleute waren überrascht, wie viele der</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss sowie auf die Abwägung der Anregung mit der BE ID 728 verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>faszinierenden, nachtaktiven, kleinen Säugetiere an einzelnen Anlagen zu Tode kamen.“</p> <p>Das Kollisionsrisiko ist hoch, wobei nur die toten Tiere direkt unter den Windkraftanlagen gefunden wurden. Im angrenzenden Wald sind sie nicht zu finden, da sie klein von Gestalt sind und auch als Beute von Aasfressern beliebt sind.</p> <p><a href="https://www.pudi.lubw.de">https://www.pudi.lubw.de</a></p> <p>Die Lungen der Fledermäuse zerplatzen durch die Luftdruckimpulse der Windkraftanlagen.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10103	138	<p>hiermit erheben wir Einspruch gegen den Teilregionalplan vom 8.12.2023 (Offenlegung am 29.2.2023).</p> <p>1)</p> <p>Laut Koalitionsvertrag 2021 sollte der Flächenverbrauch in Deutschland auf 2,5 ha reduziert werden. Da dieser seit 10 Jahren bei 5 ha liegt, widerspricht der Teilregionalplan diesem Vertrag, sowie auch dem EU-, Bundes- und Landesrecht mit dem Ziel, die Versiegelung und Zerstörung, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und der Biologie in ihrer Vielfalt zu minimieren.</p> <p>Am Beispiel unseres Naherholungsgebietes, des Dorferwaldes: Die Industrialisierung mit 3 geplanten Windkraftanlagen erfordert gewaltige Eingriffe in diesen Wald. Große Teile des Waldbodens werden zerstört, der feucht bis in großen Teilen sehr naß ist, der 3 Weiher mit Wasser speist, mit vielen Bächen und Quellen durchzogen ist und in mehreren Gebieten anmoorig und sogar moorig ist.</p> <p>Mit dem Vorhaben wäre der Wald als Oase unverbrüchlich verloren und die Lebensqualität der innewohnenden Flora und Fauna minimiert, das Leben der einheimischen Brutvögel (insbesondere Rotmilane, Habichte, Bussarde und Falken) verloren, Fledermäuse bedroht und der Erholungseffekt für die ihn aufsuchenden Menschen passé.</p> <p>Den Wald als CO2-Speicher, ausgleichenden Klimafaktor, Sturmbremse und Wasserspeicher gäbe es so nicht mehr. Das ist kein Umweltschutz, das ist Wald- und Klimafrevel. Leider ist der Flächennutzungsplan nicht fortgeschrieben und der Landschaftsplan aus 1994 veraltet. Am ehemaligen Klinglerweiher (Ratzenried Ost) steht noch ein altes Schild "Naturschutzgebiet" ... das war's.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2)</p> <p>Wirtschaftlich gesehen, gibt es auch nur Verlierer.</p> <p>a) Die Anwohner - ein ganzes Dorf Ratzenried mit 1429 Einwohnern, Sigglen mit 217 Einwohnern und die anliegenden Bauernhöfe und Wohnorte werden leiden unter Lärm (Addition von Lärm wegen Flügelschlag, naher Autobahn, Durchgangsverkehr durchs Dorf Ratzenried ohne Möglichkeit der Umfahrung, Überflugzone vom Flughafen aus Memmingen).</p> <p>b) Die Betreiber und Steuerzahler: wenig Wind und viel Subventionen.</p> <p>Desweiteren werden dann sinnlose und teure Maßnahmen ergriffen, um vom Mensch ausgesuchte Tierarten im Wald wieder anzusiedeln, welche wegen den Windrädern verjagt oder ausgerottet wurden.</p> <p>3)</p> <p>Im Übrigen wird in unserer Dorfgemeinschaft sehr viel für den Erhalt der einzigartigen westallgäuer Landschaft und Natur getan. Wird jedoch dieses Projekt - welches der Natur definitiv schadet - durchgedrückt, so kann dies der Bereitschaft der Bevölkerung, sich für Klima- und Umweltschutz einzusetzen, massiv Schaden zufügen.</p> <p>Wir jedenfalls werden uns dann keinesfalls mehr dafür einsetzen. Tiere und Pflanzen werden vordergründig unter Schutz gestellt und plötzlich soll dies dann nicht mehr relevant sein, weil die ach so grüne Politik sich etwas Neues ausgedacht hat, mit ihrer notorisch fragwürdigen Energiepolitik, die so unzuverlässig, nicht unbedingt nachhaltig (weil Lebensgrundlagen zerstörend) und wieder in eine Abhängigkeit (diesmal Strom, statt Öl oder Gas) führt.</p> <p>Es bluten uns dabei die Herzen.</p>	<p>dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10104	139	<p>Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2. Siggeler/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost hiermit erhebe ich Einspruch gegen den Teilregionalplan vom 8.12.2023 (Offenlegung am 29.2.2024).</p> <p>Im Folgenden sollen einige wichtige Punkte angeführt werden, welche diesen Einspruch stützen.</p> <p>Umweltauswirkungen: Obwohl Windkraft als saubere Energiequelle gilt, haben Windkraftanlagen dennoch Auswirkungen auf die Umwelt. Zudem können Kollisionen von Vögeln und Fledermäusen mit den Rotorblättern zu erheblichen Umweltschäden führen. Ebenso können Fledermäuse aufgrund der hohen Druckimpulse regelrecht zerplatzen. Dies ist äußerst dramatisch, da alle Fledermausarten, welche in Deutschland vorkommen (22 Stück an der Zahl), auf der „Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten“ stehen.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Außerdem stellen die Windräder eine Gefährdung für unsere Wasserversorgung dar, durch den Abrieb von toxischen Mikropartikeln kommt es zu einer Kontamination mit unseren Wasserquellen (besonders bei unserer Brunnenversorgung auch mit natürlichen Quellen). Dadurch ist die Gefahr der daraus folgenden Gesundheitsschäden unzumutbar, Art 2, 20 a GG und das Brunnenwasser wäre nicht mehr nutzbar.</p> <p>Landschaftsverschandelung: Windkraftanlagen haben oft große Ausmaße und prägen das Landschaftsbild deutlich. Dies kann folglich einen Rückgang des Tourismus nach sich ziehen, welche das Allgäu gerade wegen des Landschaftsbildes sehr schätzen. Der Bau von Windkraftanlagen erfordert Rodungen und Veränderungen im Landschaftsbild, was sich negativ auf die lokale Flora und Fauna auswirken kann. Beispielsweise wird massiv in den Lebensraum von Mensch und Tier eingegriffen. Außerdem wirkt sich diese Rodung schädlich auf das Klima aus, da sich durch die Abholzung das in den Bäumen gespeicherte CO<sub>2</sub> freisetzt und gleichzeitig auch weniger Bäume als CO<sub>2</sub> Speicher zur Verfügung stehen. Durch die gleichzeitig entstehenden Freiflächen gibt es weniger Schutz vor Stürmen (welche vorher die Bäume abgemildert haben) und bieten mehr Angriffsflächen für Borkenkäfer.</p> <p>Lärmemissionen: Der Betrieb von Windkraftanlagen geht mit getakteten Lärmemissionen (bis zu 55 dB) einher, die Anwohner als störend empfinden können. Dieser Schall kann Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen in der Umgebung haben, beispielsweise in Bezug auf die Schlafqualität und die Konzentrationsfähigkeit. Nach einer Untersuchung des Umweltbundesamtes zufolge, wird bereits ab 30 dB die Schlafqualität beeinträchtigt und es treten Konzentrationsstörungen auf.</p> <p>Nachhaltigkeit: Windkraftanlagen sind komplexe technische Systeme, die regelmäßige Wartung und Instandhaltung erfordern. Die Entsorgung von nicht mehr funktionstüchtigen Anlagen und der Umgang mit dem Elektronikschrott stellen zusätzliche Herausforderungen dar und können ökologische Bedenken aufwerfen. Außerdem stammt das Holz der Rotorblätter aus dem Amazonasregenwald (Stichwort: Regenwaldabholzung), die Beschichtung besteht aus seltenen und teils gesundheitsgefährdenden Erden aus China, wo die Windkraftanlagen auch hergestellt werden. Außerdem braucht man für ein Windrad über 2000 t Beton und der dazugehörige Zement ist äußerst CO<sub>2</sub> schädlich. Ist das nachhaltig? Auf keinen Fall!</p> <p>Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es weitaus mehr Argumente gegen den Bau von Windkraftanlagen gibt, als Vorteile zu nennen wären. Auch die Gewinnung von vermeintlich nachhaltigem Strom ist kein Argument, da die Herstellung und der Aufbau des Windrades an sich, weitaus umweltschädlichere Auswirkungen</p>	<p>Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		haben als die spätere „nachhaltige“ Energiegewinnung. Diese Schäden lassen sich durch die spätere Energiegewinnung nicht mehr ausgleichen.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10105	140	der Raubbau an der Natur durch den Bau von Windräder ist katastrophal.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10106	141	<p>Einspruch zum geplanten Windpark in Fleischwangen-Nord WEA-436-022</p> <p>im Rahmen der Veröffentlichung des Teilregionalplans Energie, erheben wir Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets aus den folgenden Gründen:</p> <p>- Die negativen Auswirkungen von Lärm, Infraschall und Vibration. Es gibt dazu mittlerweile sehr beängstigende Dissertationen und medizinische Forschungsergebnisse, die die Einwirkungen von Infraschall und Vibration von Windrädern auf den Organismus darstellen. Die Veränderungen in den Gefäßen, Mikrozirkulation und dem Organismus die durch Infraschall und Vibrationen herbeigeführt werden sind immens und sehr erschreckend. Wir befürchten Gefäßerkrankungen, Schlafstörungen, Angstzustände und körperliche bzw. organische Schäden.</p> <p>Studien dazu:</p> <p>Dr. Ursula Bellut-Staeck (2024): Windkraftanlagen verändern den Blutstrom im Körper</p> <p>Robert Koch-Institut (2007): Eine Veröffentlichung hebt hervor, dass die Beschwerden bezüglich tieffrequenter Geräuschbelästigungen zugenommen haben und der Leidensdruck der Betroffenen oft erheblich ist.</p> <p>Charité Berlin (2017): Forschungen zeigen, dass Infraschallimpulse, die unterhalb der Wahrnehmungsschwelle liegen, im Gehirn Zentren aktivieren, die für die Verarbeitung von Angst, Panik, Stress und Depressionen verantwortlich sind.</p> <p>Dokumentation des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (2019): Infraschall, Studien zu Wirkungen auf Menschen und Tiere; Dort wurden mehrere Studien benannt, die z.T. einen deutlich negativen Einfluss auf die Gesundheit feststellten.</p> <p>Deutscher Bundestag: In einer Drucksache vom Deutschen Bundestag – 20-Wahlperiode, S.2 Absatz2 vom 09.05.2024 schließt das Bundesamt für Umwelt Gesundheitsschäden durch Infraschall nicht aus!</p> <p>- Windräder haben einen immensen Abrieb an Mikropartikeln schädlicher Stoffe von den Rotorblättern, der ins Land getragen wird. Wir befürchten hier eine große Belastung der Böden (inklusive unseres Gartens in dem wir Gemüse anpflanzen und essen) sowie der Umwelt durch den Abrieb.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>- Ein sehr belastender Punkt für uns ist, dass wir unser Haus hier in Fleischwangen vor 3 Jahren gekauft haben. Wir haben dafür unser Leben lang gespart und sehr lange gesucht bis wir ein Haus in einer so unberührten und wunderschönen Landschaft gefunden haben. Hätten wir gewusst, dass hier Windräder geplant sind, hätten wir das Haus nicht gekauft. Wir haben 1 Jahr nebenberuflich renoviert und saniert, wenn die Windräder jetzt mit dieser Höhe und dem wenigen Abstand zu unserem Ort gebaut werden, haben wir einen enormen Wertverlust, wenn wir das Haus überhaupt je wieder verkauft bekommen. Wer ersetzt uns diesen Wertverlust?</p> <p>- Hier gibt es eine sehr große Population von bedrohten Arten wie Rotmilan, Weißstorch und Falken in unmittelbarer Nähe. Wir freuen uns darüber sehr und erfreuen uns daran sie fliegen zu sehen. Ist das denn nicht schützenswert? Sie stehen auf der Roten Liste! Wir möchten nicht, dass sie verschwinden. Die Abschaltautomatiken der Windanlagen für Vögel sind Zukunftsmusik. Sie sind nicht ausgereift und erprobt. Dazu gibt es gerade erst Anfänge zur Entwicklung und Erforschung in einem Testwindpark bei Stuttgart (Testpark für BirdRecording). Die neuen Windräder haben an den Flügelspitzen eine Umfangsgeschwindigkeit von 400km/h. Wie sollen solche riesigen Windräder abrupt stoppen? Das geht aus rein technischer Sicht doch gar nicht.</p> <p>- Des Weiteren möchten wir anführen, dass Windräder aus vielen Tonnen umweltschädlicher Baustoffe (auch Erden (Neodym) bei deren Gewinnung radioaktive Substanzen entstehen) und nicht recycelbaren Substanzen bestehen für die es heute noch keinen Entsorgungsplan gibt. Wir fürchten, dass diese Anlage trotz Subventionen nicht kostendeckend ist und der spätere Abbau der Anlage nicht von der Betreiberfirma getragen wird, sondern mit unseren Steuergeldern bezahlt wird. Und wir möchten unseren Kindern nicht auch noch einen riesigen Haufen Sondermüll hinterlassen.</p> <p>- Ein weiteres Problem besteht darin, dass insbesondere in den Sommermonaten häufig ein Überangebot an Strom aus erneuerbaren Energien, wie Windkraft- und Photovoltaikanlagen, entsteht. Da Dachphotovoltaikanlagen derzeit technisch kaum regelbar sind, müssen Windkraftanlagen häufig abgeschaltet werden, um das Stromnetz zu stabilisieren. Diese „Abregelungen“ führen dazu, dass die Betreiber der Windkraftanlagen dennoch eine Vergütung für den nicht eingespeisten Strom erhalten, die letztlich vom Steuerzahler oder den Stromverbrauchern getragen wird. Dies stellt nicht nur eine wirtschaftliche Belastung dar, sondern wirft auch Fragen zur Effizienz und Sinnhaftigkeit der geplanten Windkraftprojekte auf.</p> <p>Diese Probleme wurden im Planentwurf nicht ausreichend</p>	<p>Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		berücksichtigt, deshalb weisen wir ihn als fehlerhaft zurück. Wir bitten um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten unseres Einspruchs.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10107	142	<p>Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2. Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>hiermit lege ich</p> <p>EINSPRUCH</p> <p>ein gegen den Teilregionalplan vom 08.12.2023 (Offenlegung am 29.02.2024).</p> <p>Begründung:</p> <p>1. Ineffizienz und Unwirtschaftlichkeit</p> <p>Um eine Windkraftanlage wirtschaftlich sinnvoll nutzen zu können, sollte der Wind eine mittlere Jahresgeschwindigkeit von rund 6 m/s aufweisen. Bei 3 m/s beginnt sich das Rad langsam zu drehen, und erst bei ca 6 m/s erreicht es eine Drehgeschwindigkeit, die zum Erreichen der oberen Leistungskurve ausreicht. Am Beispiel von konkreten Windmessungen in Waldburg über die Jahre 2008-2013 (Wetterstation Nieburg, Messung 200 m über Grund), welche Werte von 2,22 bis max. 2,59 m/s ausweist, zeigt sich, dass z.B. eine Messung von Terra (=Betreiberfirma), welche für dieselbe Stelle 6,0-6,3 m/s angibt, fehlerhaft ist. Dass der Windatlas, der für Ihre Ausweisung Grundlage war, fehlerhaft ist (Vergleich mit angrenzenden Windkarten, deren Gebiete sich mit Ihren überschneiden), dürfte längst kein Geheimnis mehr sein. Sich im nächsten Schritt darauf zu verlassen, dass die Betreiberfirmen nicht bauen oder die Investoren nicht investieren würden, wenn es sich nicht rechnen würde, wäre fatal, denn obwohl viele Windräder nicht rentabel sind, wurden sie gebaut mit all ihren negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur und Volkswirtschaft.</p> <p>Der Leiter des Stuttgarter Lehrstuhls für Windenergie, Po Wen Cheng, geht derzeit von einer Wirtschaftlichkeit der Windräder ab 30 % Auslastung aus. Die Windräder in Süddeutschland sind nachweislich nur max. 30 % ausgelastet, in unserer Region sogar nur durchschnittlich 17%. Damit sind sie schlicht so ineffizient, dass sich immer seltener Investoren finden und einzelne Betreiberfirmen Verluste in zweistelliger Millionenhöhe jährlich schreiben. Zwar wird das Verlustgeschäft größtenteils durch staatliche Subventionen ausgeglichen, aber weshalb sollen unsere Steuergelder, unsere Natur</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und unsere Gesundheit geopfert werden, wenn der Stromertrag schon vorhersehbar so gering ist?</p> <p>3. Auswirkungen auf die Ratzenrieder</p> <p>Ich selbst wohne ca. 800 m von der ausgewiesenen Fläche entfernt. Die Grundschule (ich habe zwei Kinder, die diese noch besuchen werden), liegt ebenfalls nur 800 m von der Fläche entfernt. Die Dorfbewohner wohnen alle ca. 1.000 m (+/-200 m) entfernt. Die Schallemission wird für alle Bewohner hörbar sein, was per se bereits eine Gesundheitsgefährdung darstellt, wenn das Gehör nie zur Ruhe kommt. In meinem Garten und auf dem Schulhof und den daneben gelegenen Sportplätzen wird es zu einer Belastung von ca. 55 dB kommen. Dies mag zunächst nicht so sehr erschrecken, aber wenn man bedenkt, dass es kein angenehmes Geräusch ist, wie z.B. Musik, sondern eine unerwünschte Beschallung, und dass das Geräusch nicht gleichmäßig, sondern mit einer Taktung auftritt, ist dies nicht hinnehmbar. Da wird doch jeder krank. Die Geräuschbelästigung tritt auch nicht nur für eine Stunde am Tag auf, sondern rund um die Uhr. Ich erinnere an die chinesische Foltermethode mit dem Wassertropfen, sicherlich bekannt. Der Tropfen musste auch nicht laut sein!! Und nachts soll die Geräuschbelästigung laut WHO 30 dB nicht überschreiten (wieder ohne Berücksichtigung der Taktung und der Dauerbelästigung!). Diese 30 dB werden laut Auskunft auf Ihrer Infoveranstaltung nur dadurch eingehalten, dass die Bewohner das Fenster maximal kippen, besser noch schließen. Es kann aber nicht sein, dass ICH durch Schließen meines Fensters dafür Sorge tragen muss, dass von DEREN Windrädern keine gesundheitsschädigenden Geräusche zu mir dringen. Für sowas gibt es Abstandsregeln. Die sind in Baden-Württemberg deutlich geringer als in allen anderen Bundesländern. Womit wir wieder bei der Gesetzeswidrigkeit wären! Sind wir in Baden-Württemberg denn Menschen zweiter Klasse? Laut Grundgesetz sind wir alle gleich!! Selbst die Windräder untereinander halten, um Schaden zu verhindern, größeren Abstand als die Windräder zu uns Menschen. Alles klar, oder?</p> <p>Im Sommer halte ich es für unerlässlich, nachts die Fenster zu öffnen, um das Haus wieder ein bisschen abkühlen lassen zu können. Wie soll das bei gekipptem oder geschlossenem Fenster gehen?? Unsere Regierung macht uns seit einiger Zeit verrückt mit Klimawandel, Hitzeschutzkonzepten usw. Wenn das Klima immer</p>	<p>verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wärmer wird und wir uns immer mehr vor Hitze schützen müssen, wie kann es dann sein, dass ich praktisch dazu gezwungen werde, nachts, wenn es kühl ist, mein Fenster geschlossen zu halten??</p> <p>Infraschall ist noch nicht genügend erforscht, um ihm unzählige Bewohner und die Kinder eines ganzen Dorfes tagtäglich auszusetzen. Dass er aber Schaden kann, ist erwiesen, das ist sicherlich auch kein Geheimnis mehr. Wer würde denn für Gesundheitsschäden haften? Ebenso bei Gesundheitsschäden durch Lärm, Druckimpulse, Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung durch Rotorabrieb oder durch Havarien...</p> <p>Seit der Corona-Zeit ist in ganz Deutschland die Gesundheit unumstritten wichtiger als unsere grundrechtlich garantierte Freiheit und Menschenwürde!!! Wenn es um Windräder geht, scheint dies plötzlich nicht mehr der Fall zu sein. Seltsam...</p> <p>Wenn die Betreiber oder Investoren oder die genehmigenden Behördenmitarbeiter sich denken, dass Geschädigte ohnehin nie beweisen könnten, dass ihre Gesundheitsschäden vom Windrad kommen, täuschen Sie sich.</p> <p>Mir ist durchaus bewusst, dass solch eine Beweisführung sehr schwierig ist, denn meist lässt sich die Ursächlichkeit nicht nachweisen. Und genau deshalb werde ich vorsorgen: Wenn nicht nur einer sondern viele Bewohne Gesundheitseinbußen zu beklagen haben, kann die Ursächlichkeit hierüber bewiesen werden. Natürlich muss hierzu ausgeschlossen sein, dass bei den betroffenen Personen schon zuvor gesundheitliche Probleme vorlagen. Ich werde also meinen Gesundheitszustand vor dem Erstellen der Windräder ärztlich dokumentieren lassen. Und dies werde ich auch den anderen Bewohnern von Argenbühl empfehlen. Und ich gehe davon aus, dass nicht nur der Betreiber haftet und je nach Beteiligungsform auch die Investoren, sondern auch all diejenigen, die in der Planung oder Genehmigung fehlerhafte Entscheidungen getroffen haben.</p> <p>Schadensersatzforderungen sind, wie ein Urteil aus Frankreich zeigt, keineswegs Hirngespinnste, und ich gehe davon aus, dass auch in Deutschland immer mehr Menschen diesen Weg gehen werden müssen.</p> <p>4. Unser Wald</p> <p>Der Siggener Wald / Dorferwald ist für uns Ratzenrieder der einzige zu Fuß erreichbare Wald, in dem man joggen oder längere Zeit, also über eine Stunde, spazieren gehen kann. Im Sommer bei Hitze absolut unverzichtbar! Und für alle Naturliebhaber ein Ort, den man täglich besuchen kann, ohne dass es langweilig wird. Wegen der Artenvielfalt, der unterschiedlichen Bodenbeschaffenheit, der vielen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wege, die man beliebig verlängern oder verkürzen kann auf seiner Runde.</p> <p>Der Wald im Dorf ist klein und nur für ganz kurze Runden geeignet, außerdem ist er nicht so kühl und feucht. Die Bewaldung in Richtung Argen ist extrem steil abfällig. Mit Kinderwagen, kleinen Kindern oder für ältere Menschen nicht begehbar. Und wenn man den Berg nicht runter und wieder rauf will, muss man oben, am Waldrand oder gleich auf der Wiese bleiben. Hat denn der Wald mit seiner besonderen Erholungsfunktion nicht Vorrang?</p> <p>Ich bin absolut sicher, dass der Wald mehr Wert ist. Wir Ratzenrieder haben übrigens, falls Sie das nicht wissen, bereits mehr Strom als wir verbrauchen. Der Wald ist quasi unser einziger, also jedenfalls unser einziger „richtiger“ Wald, den müssen wir schützen. Strom kann man auch anderweitig gewinnen. Einen Wald wie den unseren kann man nicht selbst herstellen. Wenn er kaputt ist, ist er kaputt. Aber:</p> <p>„Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werden die Menschen feststellen, dass man Geld (oder war's Strom??) nicht essen kann.“</p>		
IV. 10107	348	<p>2. Gesetzeswidrigkeit des Flächenziels</p> <p>Stehen die Windräder erst einmal da und erweisen sie sich als unrentabel oder zu schädlich (s.u.), werden sie GANZ SICHER nicht wieder entfernt. Selbst wenn sie nachweislich die Schallschutzgrenzen nicht einhalten und dadurch einzelne Bewohner krank machen, bleiben sie bestehen, produzieren jede Menge gesundheitsschädliche Emissionen (Lärm, Infraschall, Druckimpulse, Rotorabrieb, Havarie-Gefahren usw.) aber kaum Strom. Der Wald ist zerstört, selbst wenn man sie wieder zurückbauen würde.</p> <p>Also muss das Aufstellen der Windräder äußerst gründlich überlegt sein. Die bloße Vorgabe, dass nunmal 1,8 % unserer Flächen mit Windrädern zu besetzen seien, reicht mir hierfür keineswegs. Bereits das Gesetz, das diese 1,8 % vorschreibt, muss auf Herz und Nieren geprüft werden!!! Dieses Gesetz ist verfassungswidrig, nichtig oder sonst irgendwie unbeachtlich. Es lässt z.B. keine absolute Abwägung mehr zwischen den betroffenen Schutzgütern zu, sondern nur noch eine relative. Letztendlich sollen ja, egal wie schutzwürdig die Flächen sind, 1,8 % unserer Flächen für Windräder geopfert werden. Dies ist aber nur dann möglich, wenn Flächen geopfert werden, bei denen eigentlich die (absolute) Abwägung zu einem Vorrang von Mensch/Natur führen würde, die aber gleichwohl geopfert werden, weil sie – im Vergleich zu anderen Flächen, bei denen die (absolute) Abwägung ebenfalls zu einem Vorrang von Mensch/Natur führen würde – eine weniger schlechte „Bilanz“ bei der Abwägung ausweisen,</p>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>also relativ weniger Schutzgüter beeinträchtigen als andere Flächen im gleichen Suchraum, die aber ihrerseits ebenfalls ungeeignet wären im Lichte der absoluten Abwägung. Durch diese relative Abwägung und das starre Ziel von 1,8 % werden an sich beachtliche Schutzgüter, die bei der absoluten Abwägung beachtlich wären, übergangen.</p> <p>Der Bundesrechnungshof sieht dies ähnlich und hält u.a. fest, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, unerwünschte Wirkungen auf einzelne Schutzgüter frühzeitig zu erkennen und angemessen nachzusteuern.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10108	143	<p>Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2. Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>hiermit erhebe ich EINSPRUCH gegen den Teilregionalplan vom 08.12.2023.</p> <p>Begründung: Getakteter Lärm bis zu 55 dB! Die durch WHO empfohlene Nachtruhe wird nicht bzw. nur bei geschlossenem Fenster eingehalten.</p> <p>Abstände zur Besiedelung sind in Baden-Württemberg geringer als in Bayern. Ist der Mensch in Baden-Württemberg weniger wert? Halte ich für einen Verstoß gegen die Menschenrechte.</p> <p>Das Wichtigste in den letzten Jahren, auch von unserer Regierung so angeprangert, war Naturschutz und Tierschutz. Hiergegen wird ja ganz offensichtlich verstoßen.</p> <p>Windkraftanlagen erzeugen viel zu wenig Strom als dass sich die Investition lohnen würde. Die Windräder werden erst über die Subventionen rentabel. Muss man das Geld wirklich so verbrennen? Und uns das Ganze auch noch als „grün“ verkaufen??</p> <p>Die Gemeinde Argenbühl soll neue Biotope ausweisen. Gleichzeitig werden die Naturräume durch die Windräder zerstört.</p> <p>Rückbau und Recycling stellen enorme Probleme dar.</p> <p>Die gesamte Klimawende macht keinen Sinn. Der Deutsche Bürger hat von den Windrädern nichts außer Kosten, optischen und gesundheitlichen Einbußen und zerstörten Naherholungsgebieten.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Kein Wunder, dass die Wähler zur AfD abwandern.	Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10109	144	<p>Betr. Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2 Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried-Ost</p> <p>hiermit erhebe ich Einspruch gegen den Teilregionalplan vom 8.12.2023 (Offenlegung am 29.2.2024)</p> <p>Nachfolgend die Gründe die mich zu dem Einspruch veranlassen:</p> <p>1. Die bedrängende Wirkung</p> <p>Die auf der Fläche geplanten Windkraftanlagen sind in einem Abstand von nur 600m zu meinem Wohngebäude. Auf Grund der zu erwartenden Lärmbelästigung, des Schattenwurfs und die optische Wahrnehmung ist dieser Abstand viel zu gering.</p> <p>2. Gesundheitliche Bedenken</p> <p>Ich befürchte durch den Bau und den Betrieb der Windkraftanlagen eine gesundheitliche Belastung bzw. gesundheitliche Schäden durch Lärm:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine Ruhephasen mehr möglich durch getakteten Lärm</li> <li>- Nachts Schlafstörungen durch Schattenwurf, Infraschall und Vibrationen.</li> </ul>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>3. Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung</p> <p>Da ich in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Windkraftanlagen landwirtschaftliche Flächen bewirtschafte, befürchte ich folgende Einschränkungen, die in anderen Gebieten mit Windrädern für Landwirte schon vorliegen:</p> <p>Nur noch geplantes Mähen zu gewissen Zeiträumen erlaubt ist, da die Windräder zum Schutz des Rotmilans abgeschaltet werden. Des weiteren besteht die Möglichkeit, dass durch den Abrieb an den Rotorblättern und durch einen möglichen Brand die Wiesen im Umkreis verseucht werden und dadurch das Gras nicht mehr als Futter verwendet werden darf und auch eine Weidehaltung nicht mehr möglich ist.</p> <p>Die Folge wäre die Betriebsaufgabe!!</p> <p>Dasselbe betrifft auch den Eigenanbau von Obst und Gemüse im Garten!</p>		
		<p>4. Wertverlust meiner Immobilien</p> <p>In meinem Besitz befinden sich 2 Wohnhäuser mit Mietwohnungen und ein landwirtschaftlicher Betrieb. Ich befürchte dass die Gebäude erheblich an Wert verlieren.</p> <p>Meine jetzigen Mieter mir kündigen und keine Nachmieter zu bekommen sind.</p>		
		<p>5. Naturzerstörung</p> <p>Es ist Widerspruch der Regionalplanung in sich: Einerseits wird eine „Vorrangfläche für Naturschutz und Landschaftspflege, für die Sicherung eines möglichst zusammenhängenden Verbunds von Waldlebensräumen sowie aus Gründen der Erholungsvorsorge ausgewiesen“, andererseits soll dies eine Vorrangfläche für die Windkraftanlagen sein; somit würde man das zerstören, was man eigentlich erhalten will. In dem geplanten Gebiet und drumherum befinden sich viele Feuchtflächen Moore und Weiher mit seltenen Vogelarten wie den Rotmilan und den Schwarzstorch. Es ist für mich nicht nachvollziehbar warum eine intakte Natur und dadurch ein wichtiges Naherholungsgebiet zerstört werden soll.</p>		
		<p>6. Klimaerwärmung</p> <p>Durch den Betrieb der Windräder entstehen Luftverwirbelungen, die</p>		
			<p>Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>den Boden erwärmen und austrocknen. Die Folgen sind Schädigung des umliegenden Baumbestandes (absterben) und Zerstörung des Lebensraumes für Vögel, Insekten und Bodenlebewesen.</p> <p>7. Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit</p> <p>Aus meiner Sicht sind Windräder weder wirtschaftlich noch nachhaltig. Der Windatlas Baden-Württemberg weist deutlich zu hohe Windwerte aus gegenüber den angrenzenden Ländern Bayern, Vorarlberg und der Schweiz. Der Windatlas und der Plan des RVBO fußt demnach auf zweifelhaften Vorgaben. In der in Ratzenried/Siggen ausgewiesenen Vorrangfläche werden die vom Land BW geforderten Werte für die Windleistungsdichte nicht erfüllt. Da die Stromerzeugung stark vom Wetter abhängig ist und nur eine 25% Auslastung zu erwarten ist, ist ein wirtschaftlicher Betrieb der Windkraftanlagen für den Investor und den Betreiber nur durch staatliche Subventionen möglich.</p> <p>Windkraftanlagen sind nicht nachhaltig: das Holz der Rotorblätter aus dem Regenwald, die Beschichtung besteht aus teils gesundheitsgefährdenden und umweltbelastenden Stoffen aus China. 2000 t Beton werden für 1 Windrad benötigt. Zement ist äußerst CO<sup>2</sup> schädlich. Die Begriffe „erneuerbar“ und „nachhaltig“ sind irreführend!</p> <p>Gesamtfazit: Die vorhandenen Konflikte sind höher zu bewerten als die „Eignungskriterien“.</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10111	465	<p>Stellungnahme zur 2. Offenlage Flächenkulissee Windkraft 2. Offenlage: Flächenziel und Herausnahmen; Verbandsversammlung am 7.2.25 Wir beziehen uns auf nachstehend genannte Quellen und eigene Auswertungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Windhöflichkeit nach Windatlas Ba-Wü in 160 m Höhe (<a href="https://www.energieatlas-bw.de/wind/windatlas">https://www.energieatlas-bw.de/wind/windatlas</a>);</li> <li>• VRG WEA+P_160m NEU 2025</li> <li>• Windjahresleistungen...</li> </ul> <p>die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben hat am 07.02.2025 beschlossen, den überarbeiteten Planentwurf des Teilregionalplans Energie in das 2. Beteiligungsverfahren zu geben. Wir haben dem Beschluss zur 2. Offenlage am 7.2.2025 zugestimmt trotz Bedenken in einzelnen Punkten bei der Festlegung der VRG für Windkraft.</p>	<p>zu Punkt 1: Der genannte Sachverhalt wurde bereits im Rahmen der Bewertung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie in den Gremien behandelt. Es liegen diesbezüglich keine neuen Erkenntnisse vor. Der Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Feb. 2025 hat somit weiterhin Bestand.</p> <p>zu Punkt 2: Die Bundeswehr hat im Zuge der 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie eine konkretisierte Stellungnahme vorgelegt. Darüber hinaus hat eine weitere mündliche Abstimmung mit der Bundeswehr zur Klärung von Einzelfällen stattgefunden. Es wird auf die Sitzungsvorlage zu TOP 2.1 des Planungsausschusses vom 17.09.2025, die Stellungnahme der Bundeswehr zur 2. Offenlage in der</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Das Flächenziel darf nicht gefährdet werden! Allerdings sehen wir Probleme bezüglich nicht ausreichender Windhöflichkeit bei ausgewiesenen VRG und der Nicht-Verfügbarkeit ausgewiesener Flächen, den Restriktionen der Bundeswehr, die das Flächenziel gefährden und der Nutzung von Vorranggebieten mit Windleistungsdichten kleiner 215 W/m². Mit der Ausweisung der VRG muss auch das Ziel verfolgt werden, den Energieertrag zu optimieren. Damit verbunden ist die Nutzung leistungsfähigster Windkraftstandorte.</p> <p>Hieraus ergibt sich unsere Stellungnahme:</p> <p>Wir fordern,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die VRG WEA 436-005 Altmannshofen und WEA 436-028 Mailand aufzunehmen. Restriktionen wegen „Denkmalschutz“ (Schloss Zeil) und Privatflughafen müssen relativiert werden. Dem vordringlichen Bedarf muss hier Vorrang eingeräumt werden.</li> <li>2. dass im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie verbindlich geklärt wird, ob die von der Bundeswehr bei 36 VRG vorgebrachten Restriktionen überwindbar sind. Nur Vorranggebiete, bei denen die Restriktionen überwindbar sind, sollen bestehen bleiben.</li> <li>3. dass entfallende VRG durch Ersatzgebiete (neue VRG oder Rücknahme der zurückgenommenen VRG) kompensiert werden</li> <li>4. dass nur Ersatzgebiete als VRG ausgewiesen werden, deren Windleistungsdichte größer 215 W/m² beträgt.</li> </ol> <p>Wir erwarten, dass bis zur beschlussfähigen Vorlage zum Satzungsbeschluss im September 2025 unsere Forderungen nachweislich geprüft und im Gremium beraten wurden. Wir streben die effektive Energiewende mit einem optimierten Energieertrag an. Einem Satzungsbeschluss, der ökologische und volkswirtschaftliche Ziele verbindet, regenerative Energiewende plus kostengünstigen Strom für die Wirtschaft ermöglicht, stimmen wir sehr gerne zu!</p> <p>Im Namen der Fraktion möchten wir uns für die Beteiligung am laufenden Verfahren und die gute, konstruktive Zusammenarbeit nochmals bedanken. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn unsere Stellungnahme Berücksichtigung finden würde.</p>	<p>Zusammenstellung / Synopse der Stellungnahmen (Az. II.580) und die überarbeitete Begründung zum Teilregionalplan Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.</p> <p>zu Punkt 3 und 4: Um die Rechtssicherheit des Teilregionalplans Energie insgesamt und damit seinen Beitrag zum Klimaschutz nicht zu gefährden, sieht der Regionalverband von der Neuaufnahme zusätzlicher Flächen in die Gebietskulisse Windenergie ab. Entscheidend ist darüber hinaus, dass das Flächenziel mit der aktuellen Gebietskulisse nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen wird und damit sowohl die Steuerungswirkung des Teilregionalplans Energie im Hinblick auf die Sicherung der regionalplanerisch günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen zum Tragen kommt (siehe auch Anlage zur Synopse), als auch § 2 EEG Rechnung getragen wird.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10112	244	Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen – Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) hier erneute Beteiligung unter Vorlage beigefügter Vollmacht hatte ich die	"Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>anwaltliche [Name anonymisiert] angezeigt und ausführlich vorgetragen. Gegenstand dieser Stellungnahme waren und sind die Vorrangflächen/Windeignungsgebiete mit den Nummern WEA-436-007 (Osterhofen), WEA-436-019 (Mennisweiler bzw. Urbach) im Bereich Bad Wurzach. Auf den bisherigen Vortrag wird ausdrücklich Bezug genommen.</p>	<p>/ wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	
IV. 10112	245	<p>Im Rahmen der jetzigen Öffentlichkeitsbeteiligung wird wie folgt ergänzt:</p> <p>Die Entgegnung des Regionalverbands auf die Einsprüche gegen die geplanten Vorranggebiete für Windkraftanlagen weist mehrere Schwachstellen auf, die aus rechtlicher und naturschutzfachlicher Sicht einer kritischen Betrachtung bedürfen.</p> <p>1. Bezug zum Europadiplom des Wurzacher Rieds</p> <p>Der Regionalverband argumentiert, dass die geplanten Vorranggebiete für Windenergie nicht gegen das Europadiplom des Wurzacher Rieds verstoßen. Diese Aussage ist jedoch nicht hinreichend begründet. Das Europadiplom der Kategorie A dient dem Schutz von Gebieten mit repräsentativen biologischen und geologischen Elementen. Es stellt hohe Anforderungen an den Erhalt der ökologischen Integrität und die Vermeidung von negativen Einflüssen auf das Gebiet. Die geplanten Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe könnten durch Lärm, Schattenwurf und visuelle Beeinträchtigungen erhebliche Auswirkungen auf die empfindlichen Ökosysteme des Rieds haben.</p> <p>Die Stellungnahme des Umweltministeriums Baden-Württemberg, auf die sich der Regionalverband beruft, sollte detailliert geprüft werden. Es ist zu hinterfragen, ob diese Stellungnahme eine umfassende naturschutzrechtliche Bewertung enthält und ob sie die spezifischen Schutzanforderungen des Europadiploms ausreichend berücksichtigt.</p>	<p>Die Stellungnahme des Umweltministeriums zum Schutzbereich Wurzacher Ried bezieht sich vordergründig auf die Freihaltung des Wurzacher Beckens von Anlagen der technischen Infrastruktur, s. Schreiben UM: "Ziel der Freihaltekulisse ist es, entsprechend den Resolutionen zum Europadiplom für das Wurzacher Ried das Wurzacher Becken von „Anlagen technischer Infrastruktur“ (Resolution CM/ResDip(2019)2), wozu auch WKA und Solaranlagen gezählt wurden, freizuhalten und damit eine Aberkennung des Europadiploms zu verhindern."</p> <p>Dem Belang des Landschaftsschutzes inkl. visueller und akustischer Beeinträchtigungen wird mit dem planerischen Vorgehen des RVBO aus Sicht des RVBO ausreichend Rechnung getragen.</p> <p>Dem natur- und artenschutzrechtlichen Belang der Schutzwürdigkeit des Wurzacher Rieds wird ebenfalls ausreichend Rechnung getragen. Das Wurzacher Ried ist vielfältig naturschutzrechtlich geschützt, u.a. als Naturschutzgebiet, Vogelschutzgebiet, FFH-Gebiet und Biotop. All diesen Aspekten hat der RVBO mit seiner Planung ausreichend Rechnung getragen. Es wird auf das Planungskonzept im Textteil sowie auf den Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Durch dieses Vorgehen insgesamt ist der Schutzbedürftigkeit des Europadiploms Wurzacher Ried ausreichend Rechnung getragen worden.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10112	246	<p>2. Konflikt zwischen Windkraftnutzung und Naturschutz</p> <p>Die Entgegnung des Regionalverbands ignoriert weitgehend die Zielkonflikte zwischen der Windkraftnutzung und den Belangen des Naturschutzes. Nach § 35 Abs. 3 BauGB dürfen privilegierte Vorhaben im Außenbereich nur dann verwirklicht werden, wenn keine überwiegenden öffentlichen Belange entgegenstehen. Der Artenschutz, insbesondere der Schutz von Vogelarten gemäß der Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG), ist ein solcher Belang. Die pauschale Bevorzugung der Windkraft durch nationale Regelungen wie § 45b BNatSchG könnte unionsrechtswidrig sein, da sie eine differenzierte Abwägung zwischen Artenschutz und Windkraftnutzung</p>	<p>Die Ausführungen zu rechtlichen Vorgaben werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Eine ausreichende artenschutzrechtliche Prüfung der Vorranggebiete Windenergie hat stattgefunden, s. Umweltbericht zur 2. Offenlage. Eine generelle Bevorzugung der Windkraft gegenüber Belangen des Natur- und Artenschutzes hat nicht stattgefunden, dies zeigen die Planungskriterien, die artenschutzrechtliche Prüfung, die Natura-2000-Vorabprüfung sowie die Strategische</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>verhindert.</p> <p>Es ist zu betonen, dass die Errichtung von Windkraftanlagen in oder nahe Schutzgebieten eine detaillierte Prüfung der Auswirkungen auf geschützte Arten und Lebensräume erfordert.</p> <p>Die Ausnahmenvorschriften in § 45b BNatSchG dürfen nicht dazu führen, dass dieser Schutz faktisch ausgehebelt wird.</p>	<p>Umweltprüfung. Zudem wurden infolge der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage im Planentwurf zur 2. Offenlage Teilflächen an Vorranggebieten Windenergie aus Gründen des Arten- und Naturschutzes gestrichen. Eine Aushebelung des Schutzes nach § 45b BNatSchG findet damit nicht statt.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	
IV. 10112	247	<p>3. Oberflächliche Raumplanung</p> <p>Die Fristsetzung durch das Klimagesetz Baden-Württemberg bis zum 30. September 2025 übt erheblichen Zeitdruck auf die Regionalverbände aus und führt zu einer oberflächlichen Planung. Dies zeigt sich auch in der vorliegenden Entgegnung, die keine ausreichende Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange erkennen lässt. Eine nachhaltige Raumplanung muss sicherstellen, dass alle relevanten Interessen – insbesondere solche des Naturschutzes – umfassend geprüft werden.</p>	<p>"Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>eine ausreichende Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange hat stattgefunden.</p>	
IV. 10112	248	<p>4. Rechtliche Bedenken</p> <p>Die Argumentation des Regionalverbands stützt sich auf nationale Regelungen wie das Wind-an-Land-Gesetz (WindBG) und § 45b BNatSchG, welche den Ausbau der Windenergie als „überragendes öffentliches Interesse“ deklarieren. Diese Regelungen stehen jedoch im Widerspruch zu europäischen Vorgaben wie der Vogelschutzrichtlinie und könnten unionsrechtswidrig sein. Der Begriff „öffentliche Sicherheit“, wie ihn § 45b BNatSchG verwendet, darf nicht einseitig national definiert werden, sondern muss im unionsrechtlichen Sinne ausgelegt werden (vgl. EuGH-Urteile C-284/16 und C-483/17).</p>	<p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Er ist jedoch nicht zuständig für das Erlassen und prüfen übergeordneter rechtlicher Vorgaben.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10112	707	<p>Fazit</p> <p>Die Entgegnung des Regionalverbands Allgäu Oberschwaben zeigt erhebliche Defizite in der Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange sowie in der rechtlichen Argumentation. Es ist dringend erforderlich, eine umfassende Prüfung der Auswirkungen auf das Wurzacher Ried und andere betroffene Schutzgebiete vorzunehmen sowie sicherzustellen, dass europäische Vorgaben eingehalten</p>	<p>Eine pauschale Bevorzugung der Windkraft ohne ausreichende Berücksichtigung des Naturschutzes hat nicht stattgefunden, s. Planungskonzept, Umweltbericht zur 1. Offenlage sowie Änderungen an der Kulisse der Vorranggebiete Windenergie, Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 sowie vorangegangene Abwägung dieser Stellungnahme. Im Gegenteil, mehrere</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		werden. Die pauschale Bevorzugung der Windkraft ohne ausreichende Berücksichtigung des Naturschutzes widerspricht sowohl nationalem als auch europäischem Recht und gefährdet die ökologischen Grundlagen der Region. Rechtliche Argumente gegen die Vorranggebiete für Windkraft	(Teil-)Flächen wurden wegen Belangen des Naturschutzes nicht als VRG Windenergie festgelegt und es haben zwischen der 1. und 2. Offenlage auch mehrere Reduzierungen von VRG Windenergie aufgrund von Belangen des Natur- und Artenschutzes stattgefunden. Auch zwischen der 2. Offenlage und dem Satzungsbeschluss hat eine Reduktion eines Vorranggebiets Windenergie aufgrund von Belangen des Artenschutzes stattgefunden.  Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.  Es wird auf die vorangegangene Abwägung zum gleichen Sachverhalt verwiesen.	
IV. 10112	708	Die geplanten Vorranggebiete für Windkraftanlagen können aus rechtlicher Sicht unter mehreren Gesichtspunkten angegriffen werden: 1. Verletzung des Europadiploms des Wurzacher Rieds Das Wurzacher Ried ist ein Gebiet, das mit dem Europadiplom der Kategorie A ausgezeichnet wurde. Dieses Diplom verpflichtet dazu, die ökologischen und geologischen Eigenschaften des Gebiets zu schützen. Die geplanten Windkraftanlagen könnten durch Lärm, Schattenwurf und visuelle Beeinträchtigungen negative Auswirkungen auf die empfindlichen Ökosysteme des Rieds haben. Die Stellungnahme des Umweltministeriums Baden-Württemberg, die diese Konflikte scheinbar ausschließt, sollte hinterfragt werden, da sie möglicherweise keine umfassende naturschutzrechtliche Prüfung enthält.	Es wird auf die vorangegangene Abwägung zum gleichen Sachverhalt verwiesen.	Keine Berücksichtigung
IV. 10112	709	2. Konflikt mit der Vogelschutzrichtlinie Die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG der Europäischen Union verpflichtet Deutschland zur Erhaltung und Wiederherstellung von Lebensräumen für wildlebende Vogelarten. Die Regelungen in § 45b BNatSchG, welche Windkraftanlagen pauschal als „überragendes öffentliches Interesse“ definieren, könnten unionsrechtswidrig sein, da sie eine differenzierte Einzelfallprüfung zwischen Artenschutz und Windkraftnutzung verhindern. Der Betrieb von Windkraftanlagen darf nicht automatisch als „öffentliche Sicherheit“ eingestuft werden, da dies eine autonome unionsrechtliche Auslegung erfordert und nicht einseitig national definiert werden kann.	Das aufgeführte Thema betrifft übergeordnete rechtliche Vorgaben und ist nicht Gegenstand der Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10112	710	3. Missachtung von Naturschutz- und Artenschutzprüfungen Die neuen Regelungen in § 45b BNatSchG und § 249 BauGB schränken den Naturschutz erheblich ein und führen dazu, dass Artenschutzprüfungen faktisch nicht mehr stattfinden. Dies verstößt gegen nationale und europäische Vorgaben, insbesondere gegen Art. 20a GG (Schutz der natürlichen	Es wird auf die vorangegangene Abwägung zum gleichen Sachverhalt verwiesen. Bezüglich artenschutzrechtlicher Prüfung: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Lebensgrundlagen) und die Vogelschutzrichtlinie.		
IV. 10112	711	<p>4. Oberflächliche Raumplanung</p> <p>Das Klimagesetz Baden-Württemberg setzt eine Frist bis zum 30. September 2025 für die Fortschreibung regionaler Planungen, was erheblichen Zeitdruck auf die Regionalverbände ausübt und zu einer oberflächlichen Planung führt. Dadurch können entgegenstehende Belange wie Naturschutz oder Landschaftsschutz nicht ausreichend berücksichtigt werden. Diese Fristsetzung ist rechtlich fragwürdig, da der Bundesgesetzgeber im WindBG eine längere Frist bis Ende 2027 vorgesehen hat.</p> <p>5. Rechtswidrigkeit der „überragendes öffentliches Interesse“-Klausel</p> <p>Die Einstufung von Windkraftanlagen als „überragendes öffentliches Interesse“ gemäß § 45b BNatSchG könnte gegen europäisches Recht verstoßen, da sie eine einseitige Bevorzugung der Windkraft ohne hinreichende Abwägung mit anderen öffentlichen Belangen ermöglicht. Eine solche Regelung ignoriert unionsrechtliche Vorgaben zur Einzelfallprüfung und könnte vor europäischen Gerichten angefochten werden.</p>	<p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Es wird auf die vorangegangene Abwägung zum gleichen Sachverhalt verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Die genannten Belange wurden - trotz des vorgegebenen Zeitplans - angemessen berücksichtigt.</p> <p>Es wird auf die Abwägung in der 1. Offenlage zu diesem Sachverhalt verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.</p> <p>Die Ausführungen zur "überragendes-öffentliches-Interesse-Klausel" werden zur Kenntnis genommen. Der RVBO ist nicht für den Erlass von übergeordneten rechtlichen Vorgaben oder Gerichtsurteile zuständig.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10112	712	<p>6. Zielkonflikte mit anderen Schutzgebieten</p> <p>Innerhalb der Vorranggebiete für Windenergie stehen andere Schutzinteressen wie Naturschutzgebiete, Landschaftsschutz oder Wasserschutz zurück. Nach § 249 BauGB hat die Windenergienutzung Vorrang vor diesen Belangen – eine Regelung, die rechtlich angreifbar ist, da sie keine ausgewogene Abwägung zwischen verschiedenen Interessen zulässt.</p> <p>Fazit</p> <p>Die geplanten Vorranggebiete für Windkraft stehen unter erheblichem rechtlichen Druck aufgrund möglicher Verstöße gegen nationale und europäische Normen des Naturschutzes und der Raumplanung. Eine umfassende Einzelfallprüfung unter Berücksichtigung aller relevanten Schutzbelange ist erforderlich, um den rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden.</p>	<p>Im Rahmen der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie hat eine regionalplanerische Abwägung entsprechend der Vorgaben des § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG stattgefunden. Dabei wurden auch die o.g. Belange berücksichtigt und im Einzelfall geprüft und haben teilweise dazu geführt, dass Flächen gar nicht erst als VRG Windenergie festgelegt wurden, im Rahmen der Alternativenprüfung zurückgestellt und damit nicht festgelegt wurden oder im 2. Offenlageentwurf bzw. im Entwurf zum Satzungsbeschluss nicht weiterverfolgt oder reduziert wurden.</p> <p>Ansonsten:</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Die Planung ist nicht zu beanstanden.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Es wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10113	163	wir haben uns das schöne Allgäu ausgesucht, um das restliche Leben zu genießen.	Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet Windenergie "Beurener Berg" im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 1. Offenlage aus der	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Wir sind seit kurzem Dauercamper am schönen Badsee in Beuren.	Flächenkulisse herausgenommen wurde. Hierzu verweisen wir auf Anlage B.4 zur Synopse der 1. Anhörung und die Flächenkulisse in der Raumnutzungskarte des 2. Anhörungsentwurfs. Auch im Entwurf zum Satzungsbeschluss ist das VRG WEA-436-031 nicht enthalten.	
		Wir genießen das tolle Naturschutzparadies mit dem kleinen- und großen Ursee und der Vielzahl an zum größten Teil vom Aussterben bedrohten Tierarten.		
		Hier ist die Welt bis jetzt noch in Ordnung und das soll auch so bleiben.	Sofern sich die Anregungen auf das Gebiet WEA-436-013 (In den Mösen / Enkenhofener Wald - Süd) beziehen, wird auf Folgendes hingewiesen: Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegende Anregung bezieht sich auf einen neuen Belang, der bislang noch nicht abgewogen wurde oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.	
		Mit diesem Standort der Windräder ist der Campingplatz ab Nachmittags durch Schattenschlag enorm beeinträchtigt.	Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregung neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregung erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Ggf. bezieht sich die Anregung auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich zwar auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, aber es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Diese Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich	
		Wir sind strikt gegen solche Windräder an diesem Ort.		
		Wir tragen unseren Beitrag zur nachhaltigen Energie bei uns zu Hause schon bei, indem wir im Jahr 2024 eine neue Wärmepumpe und eine PV Anlage installiert haben, obwohl unser Gasheizung noch voll funktionsfähig war.		
		Darum auch ein klares NEIN zu diesen geplanten Windrädern.		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10114	164	<p>ich nehme Stellung zu dem Vorrang-Gebiet, in den Mösern/Enkenhofener Wald-Süd, und vordere Sie auf diese Entwurfplanung als Vorranggebiet zu entfernen.</p> <p>Neben der großflächigen Zerstörung des Waldes, haben die geplanten Windkraftanlagen, weitreichende Folgen für die ansässige Bevölkerung.</p> <p>Gesundheitliche Gefährdung durch Lärm und Infraschall, sowie Belästigung durch Schattenschlag und Blinklicht.</p> <p>Ständige Unruhe durch die permanente Drehbewegung.</p> <p>Zu geringe Abstände zur Wohnbebauung und Gefährdung der Wasserversorgung.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10115	435	<p>mit großer Besorgnis nehme ich den Entwurf des Teilregionalplans Windenergie zur Kenntnis, insbesondere im Hinblick auf die geplanten Vorranggebiete in der Region Bad Waldsee. Als betroffene Anwohnerin sehe ich mich verpflichtet, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens folgende kritische Punkte sachlich darzulegen. Ich sehe die derzeitige Planung für unausgewogen und mit erheblichen Risiken für Mensch, Tier, Umwelt und Klima verbunden. Unzureichender Abstand zur Wohnbebauung Die vorgesehenen Windräder befinden sich in einem aus meiner Sicht deutlich zu geringem Abstand zu bestehenden Ortschaften. Hier werden nur nach baurechtlichen Vorschriften, nicht nach gesundheitsrechtlichen Vorschriften geplant! Der Schutz der Lebensqualität und Gesundheit der Anwohner muss oberste Priorität haben. Ein viel größerer Mindestabstand wäre erforderlich, um Beeinträchtigungen durch Lärm, Schattenschlag, Infraschall und tieffrequenter Infraschall zu vermeiden. Wir sind eine zu dicht besiedelte Region!</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10115	436	Anzahl und Dimension der Anlagen Die geplante Anzahl der Windräder erscheint überdimensioniert und führt zu einer unverhältnismäßigen Belastung für die Region. Auch die Höhe dieser Anlagen - fast 300 Meter - sorgt für massive visuelle Dominanz und verändert das Landschaftsbild nachhaltig.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10115	437	Gesundheitsrisiken durch Lärm und Infraschall Die Schallimmissionen, insbesondere der tieffrequenter Infraschall, der auch durch geschlossene Fenster, Häuser und Betonwände dringt, werden zunehmend kritisch gesehen. Studien weisen auf mögliche gesundheitliche Folgen wie Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme und Stresssymptome hin. Der Körper reagiert nicht auf hörbaren Lärm, sondern auch auf niederfrequente Vibrationen - dies betrifft ins- besondere Kinder, ältere Menschen und empfindliche Personenl. Als besorgter Bürger mache ich mir ernsthafte Sorgen um meine eigene Gesundheit und die meiner Familie. Mein Sohn hat eine Behinderung und einen Schwerbehindertenausweis. Ich mache mir ernsthafte Sorgen um seine Gesundheit, da er eine Bereitschaft für Epilepsie hat und tieffrequenter Infraschall solche Anfälle auslösen kann! Ich weise auf die Vorsorgepflicht hin!!! Schattenschlag und Eiswurf Die Belastung durch periodischen Schattenschlag bei Sonnenschein kann zu psychischer Belastung führen und stellt insbesondere für uns	<p>Zum Kranich und zum Schwarzstorch:</p> <p>Die im Anhörungsverfahren eingegangenen Unterlagen wurden in Hinblick auf die Relevanz für die regionale Planungsebene geprüft. Hinweise auf Sonderstatusarten Vögel, welche auf der regionalen Planungsebene im Rahmen der 2. Offenlage Berücksichtigung finden müssten (Anforderungen an Gutachten s. Teil B.3 Anlage zur Synopse 1. Offenlage), liegen im oder im Umfeld des VRG Windenergie nicht vor. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Anwohner in unmittelbarer Nähe eine Einschränkung der Wohnqualität dar. Hinzu kommt die Gefahr von Eiswurf im Winter, die bislang unzureichend berücksichtigt wird. Hier besteht eine klare Verantwortung zur Vorsorge gegenüber uns Anwohnern.</p> <p>Umweltgefahren durch Schadstoffe Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die ökologischen Auswirkungen. Beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen kommen unter anderem PFAS-haltige Stoffe und Schwermetalle zum Einsatz. Diese "Ewigkeitschemikalien" gelten als umwelt- und gesundheitsschädlich, können Boden und Grundwasser dauerhaft kontaminieren und sind schwer abbaubar. In Anbetracht der zunehmenden Trinkwasserproblematik muss dies ein zentrales Kriterium in der Standortplanung sein.</p> <p>Entsorgungsproblematik und Sondermüll Windräder verursachen nicht nur während ihres Betriebs Belastungen, sondern auch danach. Die Rotorblätter bestehen aus glasfaser- verstärktem Kunststoff, der als Sondermüll nur sehr eingeschränkt recycelbar ist. Die Recyclingbranche warnt bereits vor einem wachsenden Entsorgungsproblem, das sich in den kommenden Jahrzehnten massiv verschärfen könnte. Auch dies muss im Sinne der Nachhaltigkeit bei der Bewertung der Anlagen berücksichtigt werden</p> <p>Zerstörung von Natur- und Erholungsräumen</p> <p>Bad Waldsee ist nicht nur als Kurstadt, sondern auch als Luftkurort anerkannt. Das Landschaftsbild sowie das Mikroklimatische Umfeld sind wesentliche Faktoren für Tourismus und Gesundheit. Die Errichtung von zu vielen riesigen Windrädern in unmittelbarer Nähe kann den Charakter als Erholungsregion und Kurstandort nachhaltig schädigen.</p> <p>Hinzu kommt die Nähe zu Naturschutzgebieten. Die ausgewiesenen Flächen für Windräder liegt in der Vogelzugroute Federsee - Bad Wurzacher Ried - Rohrer See. Es besteht die reale Gefahr für bedrohte Arten wie den Schwarzstorch, den Seeadler, Kraniche.... die regelmäßig in unserer Region gesichtet werden. Diese Vögel haben keine Überlebenschance, wenn sie in die Nähe der vielen Wind- räder kommen.</p> <p>Unverhältnismäßigkeit im regionalen Kontext</p> <p>Oberschwaben ist kein Windengeriestandortgebiet. Vielmehr zeichnet sich unsere Region durch eine überdurchschnittliche Sonneneinstrahlung aus -- Photovoltaik wäre hier die weitaus naturverträglichere und sinnvollere Alternative. Die geplante</p>	<p>immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Hinweise: -Eine neue Modellierung seitens der LUBW wird im Zuge dieses Planungsprozesses nicht stattfinden. -Eine Kartierung im Rahmen der Gebietsfestlegungen wird seitens des Regionalverbands nicht veranlasst werden.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen zur artenschutzrechtlichen Prüfung im Umweltbericht zur 2. Offenlage sowie die Anlage 3 zum Umweltbericht verwiesen.</p> <p>Zum Seeadler: Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunkt vorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht). Im Verfahren wurden Informationen zu Vorkommen von Arten eingebracht, die nicht windkraftsensibel sind und keine Sonderstatusarten darstellen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Der Regionalverband plant Gebiete für die Nutzung der Windenergie, aber keine Standorte für Windenergieanlagen.</p> <p>Zu allen anderen Anregungen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Konzentration von Windrädern widerspricht der dezentralen Energiewende!!! Wir zerstören unseren Wald, unsere Wiesen, unsere Moore, unsere Wasserspeicher mit der Aussage diese schützen zu wollen !!!!!</p> <p>In Anbetracht dieser vielen schwerwiegenden Argumente appelliere ich eindringlich an sie und das Landratsamt, streichen sie die Windräder aus unserer Region - setzen sie auf Photovoltaik!!! Unser Lebensraum muss ---gesund, sicher und lebenswert bleiben! Lasse sie uns nicht Opfer dieser falschen Energiewende werden! Unser sozialer Frieden steht auf dem Spiel</p>	<p>Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10116	145	<p>wie schon in unserer Mail v. 29.03.2024 formuliert, möchten wir uns hiermit nochmals strikt gegen eine Windkraftanlage auf dem Hochbühl aussprechen. Als direkte Anwohner in Owingen, wären wir in allen Negativpunkten betroffen. Das Recht auf Klage behalten wir uns vor.</p> <p>Wir verweisen vollumfänglich auf die Argumentation in unserer Mail v. 29.03.2024.</p> <p>Es kann nicht sein, dass der Aktionismus in Bezug auf Stromgewinnung, den gesunden Menschenverstand außer Kraft setzt.</p> <p>Ist es wirklich erstrebenswert, dass unsere Wälder abgeholzt werden, was jetzt schon aus reiner Profitgier geschieht? Jedem der hier verantwortlich zeichnet sollte klar sein, dass die Wälder nie wieder in der jetzigen Biodiversität sein werden.</p> <p>Schon jetzt ist unser Gesundheitssystem völlig überlastet. Denken die Verantwortlichen auch an die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bürger?</p> <p>Man muss vielleicht wirklich das Schubladendenken hinterfragen und das Für und Wider solcher Entscheidungen überdenken.</p> <p>Auch Herr Merz hat in einer Fernsehsendung gesagt, dass man die Windkraft neu überdenken muss. Sind denn inzwischen reale Messungen vorgenommen worden?</p> <p>Wir appellieren an die Verantwortlichen nicht nur an heute, sondern auch an morgen zu denken.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10117	146	<p>Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Teilregionalplan Windkraft des Regionalverbands zum Vorranggebiet WEA-437-025 Wald</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einwände gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets, denn dieses bietet nicht genügend Wind zum Betreiben solcher Anlagen. Nachzulesen auf dem offiziellen Windatlas von Baden Württemberg.</p> <p>In diesem geplanten Waldstück läuft seit Jahren die Planung für ein Biotop, welches die Geneinde bisher viel Geld gekostet hat und somit gar nicht bestehen kann.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10117	1260	<p>Desweiteren richten Windparks langfristige Schäden an als jede andere in Verwendung befindliche Energiequelle.</p> <p>Noch ein großer Punkt ist der Infraschall der sich bis zu 50 Kilometer verbreitet und schwere gesundheitliche Schäden bei Mensch und Tier verursachen kann. Es wird eine Eiersterblichkeit in Brutanstalten für Hühner beobachtet. Davon muss unweigerlich auch die Vogelpopulation immer stärker betroffen sein.</p>	<p>zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Wissenschaftliche Belege für den in der Anregung genannten Zusammenhang sind dem RVBO nicht bekannt. Es ist fernliegend, mögliche Gefahren von Windenergieanlagen, die nicht wissenschaftlich belegt sind, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die in Anlage B.1 zur Synopse der 1. Offenlage erläuterte Steuerungswirkung (Rechtsfolgen des § 249 Bas. 7 BauGB) des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde gar keine Rechnung mehr getragen werden.</p> <p>Zu Infraschall zudem: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10117	1261	<p>Eine weitere negative Klimawirkung haben die Rotorblätter da diese aus Kunstharzen, die mit Glas- oder Carbonfasern verstärkt werden bestehen. Der Abrieb, der an der Vorderkante der Rotorblätter unvermeidlich ist, wird im weiten Umkreis verstreut und kontaminiert die Böden. Die freigesetzten Mikropartikel entsprechen von der Schädlichkeit etwa Asbest, enthalten PFAS, eine Reihe gefährlicher Chemikalien, u.a. Bisphenol-A, und verschiedene Metalle. Ein weiterer Hauptpunkt ist der Rückgang der Vegetation durch die riesigen Mengen Beton der in den Boden eingebracht wird um ein Wunderad zu errichten. Für die Schwertransporte der Teile und der Baukräne werden breite Zufahrtsstraßen benötigt. Dafür werden regelrecht Autobahnen in den Wald geschlagen für den Wald gerodet wird, der unbestreitbar CO2 absorbieren würde.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10119	148	<p>als Anlage übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs.</p> <p>Anlagen: Stellungnahme (Text pdf), Anlage 2 (Planungsstand Alterric)</p> <p>lanentwurf für die Fortschreibung des Teilregionalplan Energie des RVBO  Hier: Stellungnahme zur 2. Anhörung Vorrangfläche im Entwurf WEA-437-001  „Ostrach-West“ und WEA-437-002 „Hoßkirch-Ostrach“</p> <p>hiermit bezieht die [Name anonymisiert] Forstwirtschaft zum veröffentlichten zweiten Planentwurf für die Fortschreibung des Teilregionalplans Energie des Regionalen Planungsverbands Bodensee-Oberschwaben Stellung. Wir verweisen an dieser Stelle zudem voll inhaltlich auf die eingereichten Stellungnahmen zum ersten Entwurf (siehe Stellungnahmen vom 28.03.2024). Grundsätzlich begrüßen wir die Fortschreibung der genannten Vorrangflächen im zweiten Entwurf ausdrücklich. Bereits angelaufene Planungsvorhaben bestätigen das Potenzial für Windkraftvorhaben (Windhöffigkeit, Topografie, Netzanschluss, Natur- und Artenschutz, infrastrukturelle Vorbelastungen durch im Bau befindliche WEA). Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung möchten wir folgende Sachargumente zur Bestätigung bzw. Ergänzung dieser Flächen vortragen: WEA-437-001 „Ostrach-West“  Innerhalb der geplanten Vorrangfläche hat sich eine Windparkplanung durch die Projektentwickler Orsted konkretisiert. Orsted strebt die Einreichung eines Genehmigungsantrags noch im Laufe des ersten Halbjahres 2025 an. Die vorläufigen Ergebnisse der anzufertigenden Gutachten bestätigen das Potenzial des Vorranggebietes zum Bau von Windrädern.</p>	<p>Bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie spielte die Windhöffigkeit gemäß Windatlas BW 2019 eine wichtige Rolle (siehe Planungskonzept in der Begründung des Teilregionalplans Energie (Entwurf)). Demnach liegen die windhöffigsten Flächen im Süden / Südosten des Vorranggebiets WEA-437-001. Das in der Stellungnahme genannte Windgutachten bestätigt sowohl die Eignung, als auch die räumliche Verteilung der Windhöffigkeit innerhalb des Vorranggebiets. Von einer Erweiterung bzw. (flächenneutralen) Verschiebung des Vorranggebiets sieht der Regionalverband ab, um die Rechtssicherheit des Teilregionalplans Energie insgesamt und damit seinen Beitrag zum Klimaschutz nicht zu gefährden. Es wird auf die Abwägungsergebnisse der Stellungnahmen zur 1. Anhörung verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Durch den Wegfall von Vorranggebiet WEA 437-004 besteht eine neue Sachlage zur Bewertung einer potenziellen Umzingelungswirkung von Vorranggebiet WEA-437-001. Die Abgrenzung des Vorranggebietes WEA-437-001 in nordwestliche Richtung erfolgte nach Aussage des RVBO maßgeblich zur Vermeidung einer Umzingelung, indem ausgehend von der Ortschaft Magenbuch ein Freihaltebereich definiert wurde</p> <p>urch den Wegfall von WEA 437-004 können aus technischer Sicht neue Freihaltebereiche definiert werden, welche es ermöglichen, windhöffige Flächen außerhalb des geplanten Vorranggebietes mit einer Windeignungsdichte &gt; 190 W/qm (vgl. Anhang 1a sowie Windatlas Baden-Württemberg, Stand: 2019) einzubeziehen.</p> <p>Ein Windgutachten (Anhang 1b) des dort planenden Projektentwicklers Orsted macht deutlich, dass in nordwestlicher Richtung die Windleistungsdichte zunimmt. Aus diesem Grund möchten wir darauf hinweisen, dass ein Einbezug weiterer windhöffiger Teilflächen im Nordwesten von WEA-437-001 mittlerweile möglich erscheint und eine Arrondierung der Kulisse zulässt.</p> <p>Anregung zum finalen Entwurf Eine Arrondierung im Nordwesten kann flächenneutral erfolgen, indem Flächenanteile des geplanten VRG mit einer Windleistungsdichte &lt; 190 W/m<sup>2</sup> gestrichen werden (z. B. entlang des Reichenbachs).</p> <p>Die Abänderung der Fläche erscheint sogar unter der raumplanerischen Zielsetzung einer möglichst effizienten Flächenausnutzung (Windhöffigkeit) und geringstmöglichen Belastung von Ökosystemen geboten. Eine Anpassung des Freihaltebereiches in Verbindung mit der Erweiterung des WEA-437-001 wird den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023) vollumfänglich gerecht.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nach dessen § 2 Sätze 1 und 2 liegt die Errichtung und der Betrieb von EEG-Anlagen, zu denen Windkraftanlagen gehören, im überragenden öffentlichen Interesse und sie dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</p> <p>Daraus folgt für die Regionalplanung das Erfordernis, bei der Auswahl der Suchkategorie und der dort festzusetzenden Vorranggebiete den bestmöglichen Energieertrag anzustreben. Betroffene Belange wie die örtliche Belastung und ggf. entstehende Umzingelungseffekte sind in dieser Abwägung zu berücksichtigen, jedoch kommt den hier durch die vorgeschlagene Abänderung der Fläche erzielten Effekten im Hinblick auf hohe Windhöufigkeit (Aspekt der bestmöglichen Energieerzeugung) und geringstmögliche Belastung von Ökosystemen (Aspekt der Berücksichtigung von Natur- und Artenschutzbelangen) eine abwägungssteuernde Funktion zu.</p>		
IV. 10119	1232	<p>WEA-437-002 „Hoßkirch-Ostrach“</p> <p>Innerhalb der geplanten Vorrangfläche haben sich zwei Windparkplanungen durch die Projektentwickler Alterric (Gem. Bolstern) und RWE (Gem. Tafertsweiler) konkretisiert.</p> <p>Alterric hat für seine Planungen einen rechtsgültigen Vorbescheid hinsichtlich Planungsrecht sowie Schall, Schatten und Turbulenz erwirkt (Aktenzeichen: IV/41.3-2410451-ErAvom 07.02.2025). Der Vorbescheid gilt für die Windkraftplanung, ersichtlich im Anhang 2, darunter auch Standorte außerhalb des geplanten Vorranggebietes WEA-437-002. Ein Genehmigungsantrag zum Vorbescheid wurde am 20.02.2025 eingereicht. RWE strebt die Einreichung eines</p>	<p>Es wird auf die Abwägungsergebnisse der Stellungnahmen zur 1. Anhörung verwiesen.</p> <p>Der in der Stellungnahme genannte rechtsgültige Vorbescheid ändert nichts an der dort genannten Einschätzung.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Genehmi- gungsantrags noch im Laufe des ersten Halbjahres 2025 an. In beiden Projektgebieten bestätigen die erstellten Gutachten eine grundsätzliche Realisierbarkeit von Windkraftvorhaben in der geplanten Vorrangfläche und weisen somit auf die hohe Flächeneignung hin. Wir bitten, wie auch in unserer ersten Stellungnahme, um eine Erweiterung des Flächenentwurfs in den östlich angrenzenden Flächen des Vorbehaltsgebie- tes zur „Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“. Maßgebend für den Vorschlag ist der rechtsgültige Vorbescheid für zwei Windkraftanlagen außerhalb des geplanten Vorranggebietes WEA-437-002 sowie innerhalb von Flächen zur „Sicherung ober- flächennaher Rohstoffe“ (Aktenzeichen IV/41.3-2410451-ErA). Das ausgewiesene Vorranggebiet für den Abbau sowie das Vorranggebiet zur Si- cherung decken den Rohstoffbedarf rechnerisch für ca. jeweils 20 Jahre ab. Abzü- glich bereits in Anspruch genommener Flächen für den Kiesabbau im Vorrangge- biet ergibt sich eine Zeitspanne zur Ausbeutung zwischen schätzungsweise 30-40 Jahren. Dies hat zur Folge, dass die in dem Vorbehaltsgebiet gelegenen Rohstoffvorkom- men in weiter Zukunft benötigt werden. Der Status als „Vorbehaltsgebiet“ deutet bereits eindeutig darauf hin. Dem Belang der Rohstoffsicherung soll dadurch bei der Abwägung mit konkurrierenden Raumansprüchen ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, sofern diese konkurrierenden Ansprüche eine mögliche Roh- stoffgewinnung dauerhaft erschweren oder behindern können. Genau dies ist vorliegend aber nicht der Fall, da die Windkraftnutzung nur eine auf einen Zeitraum von ca. 30 Jahren angelegte Zwischennutzung darstellt.</p> <p>Vor diesem Hintergrund steht dem Vorbehaltsgebiet zur perspektivischen Siche- rung von Rohstoffvorkommen der Festsetzung eines Vorranggebietes</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>für Windkraft nichts entgegen. Die dadurch erzielten Positiveffekte für das öffentliche Wohl (zunächst Erzeugung erneuerbarer Energien über einen Zeitraum von ca. 30 Jahren, danach Gewinnung von Rohstoffen) sind sogar mit erhöhtem Gewicht in die Abwägung der auszuweisenden Vorranggebiete für Windkraft einzustellen.</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10120	438	<p>Stellungnahme im Rahmen des 2. Beteiligungsverfahrens Teilregionalplan Windkraft des Regionalverbands zum Vorranggebiet Wald WEA-437-025</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einwände gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets.</p> <p>Begründung: Windhöfigkeit / Windatlas</p> <p>Sie bescheinigen im Bereich „Gesamtbewertung relevante positive sowie negative Kriterien“ für das Vorranggebiet Wald WEA-437-025 auf Seite 139 der ANLAGE 1, Vorranggebiete, Windenergie, Anlagen zum Umweltbericht des Teilregionalplans Energie (Entwurf) Kapitel 4.2 des Regionalplans sowie Änderungen an anderen Plankapiteln Entwurf zur Anhörung gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025 in der</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mittlere Windleistungsdichte in 160 m Höhe durchschnittlich 165 W/qm (Überwiegend ungeeignet, Minimum: 148 W/qm, Maximum: 181 W/qm)</li> <li>- Nach aktuellen Messungen beträgt die mittlere gekappte Windleistungsdichte in 175 m Höhe im Gebiet &gt; 190 W/qm und ist damit tendenziell geeignet.</li> </ul> <p>Fazit: Fläche ist Teil der Flächenkulisse, da die Eignungskriterien höher bewertet werden als vorhandene Konflikte.</p> <p>Grundlage für die Ausweisung der geeigneten Gebiete ist der Windatlas Baden-Württemberg aus dem Jahr 2019. Dieser ist als Planungswerkzeug für den weiteren Ausbau der Windkraft von besonderer Bedeutung. Der Windatlas wurde im Mai 2019 durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft veröffentlicht</p>	<p>Die Windmessungen des vorliegenden Gutachtens wurden nach Auskunft des Projektierers im Zeitraum 21.10.2020 bis 20.10.2021 durchgeführt und ist Teil der zweckdienlichen Unterlagen (s. <a href="http://www.rvbo-energie.de">www.rvbo-energie.de</a>). Aus Sicht des RVBO ist das Windgutachten daher ausreichend, um eine für den Betrieb von WEA WEA ausreichend hohe Windhöfigkeit im genannten VRG Windenergie zu prognostizieren. In der Begründung zu PS 4.2.1 Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie wird ausführlich dargelegt, warum in manchen Fällen auch Flächen mit einer nach Windatlas geringeren Windleistungsdichte als VRG Windenergie festgelegt wurden bei Vorliegen entsprechender Nachweise von Projektierern. Dies ist z.B. auch im VRG WEA-436-036 der Fall, wo bereits WEA errichtet werden. Das Vorgehen des RVBO ist hier nicht zu beanstanden. Die Oberste Raumordnungsbehörde kann dem Vorgehen des RVBO folgen. Es wird zum Thema Windhöfigkeit zudem auf die Anlage der Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und ersetzt den Windatlas aus dem Jahr 2011. Er wurde durch die Firma AL-PRO GmbH &amp; Co. KG im Auftrag des Umweltministeriums erstellt. Die Erarbeitung wurde durch den Fachbeirat Windkartierung begleitet.</p> <p>Er bietet eine umfassende Datengrundlage, um die Planungen von Windkraftanlagen mit einer verbesserten Informationsgrundlage zu unterstützen. Über die Kartendarstellung können Flächen gefunden werden, die aufgrund ihres Windpotenzials für den Bau von Windkraftanlagen geeignet sind. Die Berechnungen wurden für die Höhen 140 m, 160 m, 180 m und 200 m über Grund durchgeführt. Da der Windatlas von 2011 auf eine Höhe von 100 m bezogen war, wurde auch diese Höhe als Bezugshöhe berücksichtigt.</p> <p>?</p> <p>Nach diesem Windatlas ist das Gebiet WEA-437-025 nicht geeignet für die Windkraft. Da die Windhöfigkeit fehlt. (Bild siehe Anhang)</p> <p>Die Gebiete WEA 435-003 Gehrenberg und WEA 437-014 Bingen wurden gekürzt, da die Windhöfigkeit laut Windatlas ebenfalls nicht vorhanden ist. Das Gebiet WEA 437-004 Krauchenwies-Ostrach wurde sogar komplett gestrichen.</p> <p>All diese Gebiet liegen genau in dem gleichen Bereich wie das Gebiet WEA-437-025 mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von &gt; 145-190 W/m<sup>2</sup> (laut Windatlas)</p> <p>Warum wird an dieser Fläche dann festgehalten und die anderen Gebiete gestrichen?</p> <p>Sie führen bestimmt das private Gutachten als Argument an, welches von einem Projektierer bzw. Grundstückseigentümer in Auftrag gegeben wurde.</p> <p>Wurde dieses Gutachten auf seine Richtigkeit überprüft? Wer sagt, wie aussagekräftig dieses Gutachten ist und ob es nicht zugunsten der Auftraggeber erstellt worden ist?</p> <p>Warum wurden für die anderen Gebiete keine privaten Gutachten in Auftrag gegeben, um den Windatlas zu überprüfen?</p> <p>Wenn der Windatlas die Grundlage für die Ausweisung der Flächen ist und ich das mit einem privaten Gutachten aushebeln kann, dann stelle ich doch den gesamten Windatlas als Planungsgrundlage in Frage.</p> <p>Es wird auch mit zweierlei Maß gemessen, einmal mit Windatlas und einmal mit privatem Gutachten, welches von der Bürgerschaft weder überprüft noch bestätigt werden kann. Dieses private Gutachten ist bisher auch nicht veröffentlicht. Bekannt ist mir bisher lediglich</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>eine Energieertragsabschätzung der [Name anonymisiert] aus dem Jahr 2023 aus derer Titel noch nicht einmal eindeutig ersichtlich ist, dass es sich auf das Vorranggebiet WALD WEA-437-025 bezieht oder dass es ein Gutachten ist. Hier wird nur von einer Abschätzung gesprochen.</p> <p>Ich sehe hier ein einfaches Ausweisen einer Fläche, wo Projektierer und Grundstücksbesitzer gewillt sind Windkraftanlagen zu bauen, ohne dass eine Windhöfigkeit vorhanden ist. Wenn hier der Windatlas nicht greift, dann darf er nirgends die Planungsgrundlage sein.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu meiner Einwendung.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10121	287	<p>bei Osterhofen (88339 Bad Waldsee) sollen in den nächsten Jahren mehrere Windkraftanlagen verschiedener Betreiber entstehen (WEA-436-007). Wir sind hiervon direkt betroffen, da unser eigenes Haus in unmittelbarer Nähe (ca. 900m) zu den geplanten Windkraftanlagen steht.</p> <p>Zunächst möchten wir betonen, dass wir nicht gegen erneuerbare Energien sind. Wir haben selber mehrere PV-Anlagen und finden dies auch sehr gut. Auch allgemein sind wir nicht gegen Windkraft, nun kommt das Große ABER. In unserer Region gibt es bisher wenige Windkraftanlagen und in wenigen Jahren sollen deutlich größere und sehr, sehr viele Windkraftanlagen entstehen. Um die Akzeptanz von Windkraftanlagen von den Anwohnern zu bekommen, wäre es doch gerade wichtig, die Planung gemeinsam mit beispielsweise Anwohnern, Ortschaftsrat, Bürgerinitiativen usw. durchzuführen. Warum wird eine solche Vorgehensweise nicht gemacht?</p> <p>Auf der aktuell sehr großen ausgewiesenen Fläche können sehr viele Windkraftanlagen entstehen. Direkt angrenzend auf der der Gemarkung Eberhardzell sollen weitere zusätzliche Windkraftanlagen entstehen. Somit entsteht für die Anwohner und die Natur eine zu große Belastung. Aus unserer Sicht wären wenige Windkraftanlagen (Anzahl 5-7) akzeptabel, die dann einen größeren Abstand zu Wohnhäusern haben, sodass die Beeinträchtigungen durch Schattenwurf und Lärm für die direkt betroffenen Anwohner geringer ist. Gleichzeitig ist es nicht nachvollziehbar, warum für verschiedene Wohnhäuser unterschiedliche Lärmbelastungen für Windräder gelten, bis zu 10dB. Eine Veränderung von 10dB nimmt der Mensch als Verdopplung bzw. Halbierung der Lautstärke wahr. Aus unserer Sicht sollten alle Anwohner gleich behandelt werden und für alle die gleich niedrigen Werte gelten. Oder die Abstände der Vorranggebiete von Wohnhäusern müssen entsprechend groß</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gewählt werden, damit die Lärmbelastung erträglich ist (50dB tagsüber und 35dB nachts). Somit wäre die Akzeptanz der Anwohner gegenüber Windräder deutlich größer!</p> <p>In unmittelbare Nähe befindet sich das Wurzacher Ried, ein besonders schützenswertes Gebiet. Aus unserer Sicht ist es wichtig dieses Gebiet nicht durch Windkraftanlagen zu beeinträchtigen. Moore dienen heute und morgen mehr den je als CO<sub>2</sub>-Speicher. Früher wurden immer mehr Flächen rund um das Wurzacher Ried zur Nutzung trockengelegt. In den letzten Jahren und wahrscheinlich auch zukünftig werden immer mehr Flächen wieder stillgelegt, sodass das Gebiet immer größer wird.</p> <p>Durch die Entscheidungen auf politischer Ebene und ohne Einbindung der direkten Anwohner fühlen sich viele übergangen. Finanziell profitieren nur wenige, die Betreiber und Flächenbesitzer, aber dafür sehr stark. Die betroffenen Anwohner müssen die Belastungen aushalten ohne finanzielle Entschädigung. Dadurch werden auch bei Wahlen die Ränder noch stärker profitieren, weil nur diese die Windkraft ablehnen.</p> <p>Wir hoffen sehr, dass die Fläche WEA-436-007 zum Wohle Aller nochmals deutlich verringert wird.</p>	<p>Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10122	671	<p>zunächst nehme ich Bezug auf meinen Vortrag vom 28.3.2024. Der nachfolgende Vortrag bezieht sich auf die Potenzialfläche WEA-436-015 Kißlegg-Ost-1. Zunächst wird zur Kenntnis genommen, dass das Potenzialgebiet WEA-436-015 Kißlegg-Ost-1 von der ursprünglichen Größe mit 63 ha auf 51,8 ha verkleinert wurde. Nach wie vor wird aber gefordert, dass die Potenzialfläche komplett aus der Planung genommen wird. Diesbezüglich wurde bereits ausführlich vorgetragen</p> <p>Allerdings hat der Regionalplaner die vorgetragenen Argumente aus hiesiger Sicht nicht ausreichend bewertet. Ansonsten hätte der Regionalplaner zu dem Ergebnis kommen müssen, die Fläche ersatzlos zu streichen.</p> <p>Im Rahmen der jetzigen Auslegung wird deshalb ergänzend vorgetragen:</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen zu den in der Anregung genannten Vorranggebieten in der Anlage zur Synopse zur 1. OL verwiesen. Es wird auf die nachfolgende Abwägung verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10122	672	<p>I. Natur- und Artenschutz</p> <p>Der Regionalplaner wird darauf hingewiesen, dass eine Überlagerung des geplanten Naturschutzgebietes Hunauer Moos vorliegt. Insoweit verweise ich auf den Umweltbericht unter Ziffer 6.2.3.2 Flora, Fauna und biologische Vielfalt. Hingewiesen wird auf überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume (LEP 5.1.2), insbesondere wird auf die FFH Gebiete „Feuchtgebiete bei Waldburg und Kißlegg“ hingewiesen und die dort vorhandenen Lebensräume Auenwälder mit Erle, Esche, Weide. Eine weitere Betroffenheit prioritärer Lebensräume ergibt sich aufgrund der relativ geringen Entfernung zu den FFH-Gebieten „Altdorfer Wald“ sowie zu den „Gebieten um das Laucherttal“ und den bereits erwähnten „Feuchtgebieten bei Waldburg und Kißlegg“.</p> <p>Zwischenzeitlich wurden auch immissionsschutzrechtliche Genehmigungsanträge gestellt. Insbesondere die geplante bzw. beantragte WEA-4,6-015 Kißlegg-Ost-1 liegt nur in einer Entfernung von ca. 150 m zu dem Schutzgebiet. Eine Beeinträchtigung des FFA-Gebiets soll angeblich ausgeschlossen sein. Diese Begründung ist allerdings unschlüssig. Es werden keine</p>	<p>Eine Überlagerung mit dem geplanten Naturschutzgebiet liegt im 2. Offenlageentwurf nicht mehr vor. Es wird darauf hingewiesen, dass das FFH-Gebiet Laucherttal sehr weit vom VRG WEA-436-015 entfernt ist. Die Anregung ist an dieser Stelle nicht nachvollziehbar. Bezüglich der Nähe zum FFH-Gebiet „Feuchtgebiete bei Waldburg und Kißlegg“ wird auf die Ausführungen im Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen: "Beim FFH-Gebiet „Feuchtgebiete bei Waldburg und Kißlegg“ (WEA-4,6-015 Kißlegg – Ost 1) kann eine erhebliche Beeinträchtigung aufgrund der sehr kleinen Fläche und der Entfernung von ca. 150 m ausgeschlossen werden" (S. 117). Die Überlagerung im 200 m Vorsorgebereich beträgt nur 0,2 ha (Tab. U 15). An dieser Argumentation ändert auch die in der Anregung geplante WEA nichts, da der RVBO keine WEA-Standorte plant.</p> <p>Die Betrachtung der Auswirkungen des Teilregionalplans Energie auf das Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 konzentriert sich auf Grund der Maßstabsebene (1:50.000) und des Detaillierungsgrades des Regionalplans auf die direkten und indirekten Wirkungen, die durch die regionalplanerischen Festlegungen, die im</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Erklärungen abgegeben, weshalb trotz dieser geringen Entfernung keine erheblichen Beeinträchtigungen vorliegen sollen.</p> <p>Die Anlage wirkt weit in das Schutzgebiet hinein. Eine entsprechende Prüfung wurde bislang unterlassen.</p> <p>Darüber hinaus liegt das Gebiet in einer bereits genehmigten Wiedervernässungsmaßnahme im Rahmen des Moorschutzes.</p>	<p>näheren Umfeld der Natura 2000-Gebiete liegen, erfolgen könnten. Die Nähe von im Regionalplan festgelegten Gebieten zu Natura 2000-Gebieten und die Prüfung auf mögliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele stehen hier im Vordergrund.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass der RVBO nur Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen plant, aber nicht die Standorte der WEA selbst. Beim FFH-Gebiet „Feuchtgebieten bei Waldburg und Kißlegg“ kann eine erhebliche Beeinträchtigung daher auf Ebene der Regionalplanung ausgeschlossen werden. Bezüglich privater Brunnenbesitzer und der Lage zwischen Wasserschutzgebieten sei auf die Abwägung zur 1. Offenlage verwiesen, Anlage B.2 und B.4 zur Synopse. An dieser Abwägung hat sich nichts geändert.</p> <p>Bezüglich Bevölkerungszuwachs und künftiger Trinkwasserbedarf: Im Landkreis Ravensburg gibt es ein großes Potenzial an nutzbaren Grundwasserreserven, welche zusätzlich grundsätzlich nutzbar wären. 2016 verbrauchte der Landkreis nach Angaben des Landratsamts 21,3 Mio. cbm Wasser. Das nicht genutzte zusätzliche Potenzial betrug damals 40,7 Mio. cbm Wasser. Daher stehen die Belange der künftigen Trinkwasserbedarfe einer wachsenden Bevölkerung der Ausweisung des in der Anregung genannten VRG Windenergie nicht entgegen.</p> <p>Bezüglich hydrologischer Situation durch Neubaugebiet Tannenstock und mögliche künftige weitere Gefährdungen durch WEA: Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der</p>	
IV. 10122	673	<p>II. Wasserschutz</p> <p>Die Mandantschaft erklärt hierzu:</p> <p>Wir sehen den Wasserschutz in diesem Gebiet als vollkommen unterbewertet an.</p> <p>Das Suchgebiet liegt zwischen den zwei Wasserschutzgebieten 436.145 Rappenbühl (Gesamtfläche 112,60ha) und 436.057 VOLKERTSBÜHL (Gesamt 180,29ha), welche Kißlegg und Umgebung mit Trinkwasser versorgen.</p> <p>Im Suchgebiet sind 18 private Brunnen, welche nach unseren groben Zählungen zwischen 140 u. 150 Menschen, etwas mehr als 1.200 Rinder, mehr als 500 Schafe, mehr als 10 Pferde und weitere Nutztiere mit Trinkwasser versorgen.</p> <p>Die private Brunnenbesitzer sind überwiegend in der Bürgerinitiative [Inhalt anonymisiert] Mitglieder. Der [Name anonymisiert] hat ebenfalls beim RVBO Einwände erhoben. Wir haben uns mehrfach mit der Leitung des BDW getroffen und ausgetauscht. Der [Name anonymisiert] sieht die Planung in diesem Bereich ebenfalls als kritisch an und lehnt diese ab.</p> <p>Am 11.03.25 fand in Vogt im Rahmen des Energiedialogs eine Veranstaltung "Fachdialog Wasserschutz Windenergie" statt. Zu dieser waren nur Bürger aus den angrenzenden Kommunen der Suchgebieten um Vogt, Wolfegg usw. zulässig, die Mandantschaft hingegen nicht.</p> <p>Die Vorträge sind auf YOUTUBE komplett einsehbar. Bei diesem Fachdialog waren anerkannte Geologen u. Wasserexperten als Referenten anwesend. Zwei dieser Referenten haben ganz klar auf die Gefahren u. Risiken</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bei Bau der WEA hingewiesen.</p> <p>Es wurde u.a auf die falsche bzw. fehlende Behandlung der Unfallgefahr eingegangen. Wir haben hierzu Erhebungen von Vernunftkraft, welche die Gefahren aufzeigen. Von staatlicher Seite gibt es nach unserer Erkenntnis keine Statistiken. Das waren u.a. die Größe der Wasserschutzgebiete, welche nach deren Hinweise deutlich vergrößert werden sollten. Hier wurde überwiegend nur auf den Klimawandel geschaut. Im Bereich des RVBO und unserem Gebiet muss auch der "geplante" Bevölkerungszuwachs durch Zuzug u. die Zunahme der Industrie/Gewerbeflächen und die Bedürfnisse aus der Landwirtschaft stärker berücksichtigt werden. Für die privaten Brunnenbesitzer gibt es nach unserer Erkenntnis und nach Rücksprache mit dem [Name anonymisiert] keine vorbeugenden Maßnahmen und Lösungen, wenn es z.B. zu einer Havarie im Suchgebiet Kißlegg Ost-I kommen würde. Die Brunnen sind zum Teil in unmittelbarer Nähe zu den WEA. Zudem werden diese aus dem Wald-/Moorgebiet gespeist, in welchem die WEA gebaut werden. Bzgl. Wasser ist anzumerken, dass durch den Bau des Neubaugebietes Tannenstock stetige Probleme u.a. in Bezug auf Hochwasser bei Starkregen besteht. Das Gebiet liegt zwischen Suchgebiet und Kißlegg Ost. Der "Hanganschnitt" liegt unterhalb des Trinkwasserschutzgebietes Rappenbühl. Es lassen sich hydrologische Veränderungen erkennen, welche sich durch den Bau der WEA noch stärker auf die Wasserversorgung auswirken können.</p> <p>Anlage: Stellungnahme der Brunnenbesitzer – als Anl. 9</p> <p>Fazit: der Trinkwasserschutz u. die Versorgung ist gefährdet.</p>	<p>Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl. Anlagen verwiesen.</p>	
IV. 10122	674	<p>III. Moor-/Trinkwasserschutz</p> <p>Die WEA liegen am Rande von Mooren und im Bereich von Stauwassergebieten. Diese Stauwassergebiete sind für die Natur von sehr hoher Bedeutung! Durch den Bau der WEA wird eine Entwässerung dieser Gebiete vermutlich unumgänglich. Die Entwässerung dieser Gebiete widerspricht dem Moor- u. Artenschutz in hohem Maße. Beide WEA liegen wie die</p>	<p>Der RVBO hat die Belange des Moorschutzes und des Bodenschutzes im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie für die regionale Planungsebene ausreichend berücksichtigt. Dies betrifft auch das in der Anregung genannte Vorranggebiet, welches auch aufgrund von Belangen des Moorschutzes in seiner Abgrenzung reduziert wurde. Eine Überlagerung mit dem FFH-Gebiet liegt nicht vor, bezüglich der Nähe sei auf die vorangegangene Abwägung verwiesen. Bezüglich Entwässerung der</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		"gestrichene" WEA 1 im FFH-Bereich "Feuchtgebiete Waldburg und Kißlegg".	Gebiete für den Bau von WEA: Von einer kompletten Entwässerung des Gebiets ist durch den Bau von WEA ist nicht auszugehen. In der Regel ist eine Wasserhaltung notwendig, der Bereich, in dem Wasser abgepumpt wird, beschränkt sich kleinräumig auf den Bereich der WEA. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	
IV. 10122	675	IV. Generalwildwegeplan Beide WEA im Gebiet WEA-436-015 Kißlegg-Ost 1 liegen direkt auf dem Generalwildwegeplan. Durch die Verschiebungen der WEA befinden sich diese direkt und ohne Abstand auf diesem Generalwildweg. Beim Bau der BAB A96 wurden im unmittelbaren Bereich des Suchgebiets diverse sehr teure Wildbrücken gebaut, die die Adelegg auf bayerischer Seite mit dem württembergischen Hinterland für ua. Rotwild verbindet. Der genetische Austausch ist von überragender Bedeutung für den Fortbestand der Tierwelt in diesem Bereich. Dies wird durch viele Veröffentlichungen in letzter Zeit verdeutlicht. Mit dem baden-württembergischen Landesjagdverband besteht schriftlicher Kontakt. Er sieht die Probleme wie die Mandantschaft. Er hat ebenfalls Gespräche diesbezüglich mit den Behörden u. Ministerien geführt, so hat der Verband berichtet.	Zum Wildtierkorridor wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 verwiesen.	Keine Berücksichtigung
IV. 10122	676	D. Ökopunkte und Natur-/Moorschutzplanungen Es ist hier nicht bekannt, welche Planungen weiter bestehen und welche ebenfalls zu "Überlagerungen" führen bzw. führen können. Es kann nicht im Sinne des Naturschutzes und des Steuerzahlers sein, dass sehr viele OKÖ-Punkte in diesem Bereich gehandelt und bezahlt wurden und die jetzt hinfällig sind.	Es wird darauf hingewiesen, dass nicht das Vorliegen von Ökokontoflächen allein ausschlaggebend für die Reduktion des Vorranggebiets Windenergie war. Diesbezüglich wird auf die ABwägung zur 1. Offenlage verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Ökokontoflächen wurden im Planungskonzept berücksichtigt (s. Kriterienkatalog Vorranggebiete Wind, Anlage Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teil regionalplan Energie) sowie in der vertieften Umweltprüfung (s. Anlage 1 Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss). Eine ausreichende Berücksichtigung dieses Belangs hat damit stattgefunden.	Keine Berücksichtigung
IV. 10122	677	E. Vorschädigungen Im Rahmen von Voruntersuchungen bzgl. Eignung Windenergie und stark erhöhte Forstwirtschaft wurde u.a. div. Habitate massiv gestört, so beispielsweise Reptilien,	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Amphibien, Insekten usw. Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten.		
IV. 10122	678	Insgesamt ist das Gebiet WEA-436-015 Kißlegg-Ost 1 aus der Planung zu nehmen.	Eine Streichung oder Reduktion des Vorranggebiets Windenergie erfolgt nicht. Zur Begründung wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.	Keine Berücksichtigung
IV. 10122	696	<p>Die Stellungnahme für meinen Mandanten bezieht sich auf die folgende Potenzialfläche: WEA-437-002</p> <p>A. Ziele und Grundsätze der Regionalplanung Diesbezüglich ist zunächst auf die Begründung des Regionalplans zu verweisen. Dieser enthält folgende grundsätzliche Regelungen: Das Kapitel 4.2 wird in einem gesonderten Verfahren fortgeschrieben (Teilregionalplan Energie). Der vorliegende Entwurf zur Anhörung dieses Teilregionalplans enthält den Entwurf für das Kapitel 4.2 Energie inklusive der damit verbundenen Änderungen in weiteren Kapiteln (1.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2.1, 3.2.2, 3.3.1). Die räumliche Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bodensee-Oberschwaben soll im Einklang mit den naturräumlichen Qualitäten und der kulturellen Tradition der Region stehen.</p> <p>.....und weiter:</p> <p>Z(1) Im Regionalplan sind Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen (kurz: Vorranggebiete Windenergie) festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt. In den Vorranggebieten Windenergie hat die Nutzung der Windenergie einschließlich des Repowerings Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen. Nutzungen, die dem Sicherungszweck nicht widersprechen, sind zulässig, wenn keine sonstigen Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen. Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete Windenergie hinausragen („Rotor-außerhalb-Flächen“). Z (2) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie sind Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen in kommunalen Bauleitplänen unwirksam.</p> <p>Grundsätzlich können im Rahmen der Regionalplanung auch die</p>	<p>Zur Vereinbarkeit des § 2 EEG und § 45b BNatSchG mit Unionsrecht und Verfassungsrecht teilt das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) in einem Schreiben vom 17.06.2024, welches dem RVBO vorliegt, mit: „Das überragende öffentliche Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien wurde europarechtlich sowohl in Artikel 3 der Verordnung 2022/2577 des Rates vom 22. Dezember 2022 (sog. EU-Notfallverordnung) sowie in Artikel 16f der Richtlinie (EU) 2023/2413 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Oktober 2023 (RED III) festgehalten. In der Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass der Gesetzgeber bei der Festlegung und Gewichtung von öffentlichen Interessen einen weiten Gestaltungsspielraum sowohl im nationalen Recht wie auch im EU-Recht hat (vgl. Sailer/Militz, Das überragende öffentliche Interesse und die öffentliche Sicherheit nach § 2 EEG 2023, Würzburger Studien zum Umweltenergierecht Nr. 31 vom 2. November 2023, S. 6). Aus Sicht der zuständigen Fachministerien sind keine Anhaltspunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit oder Verfassungswidrigkeit des § 2 EEG und des § 45b BNatSchG ersichtlich.“ Zur Anwendung des § 2 EEG in der planerischen Abwägung schreibt das MLW im o.g. Schreiben weiter: „Zur Anwendung des § 2 EEG und Abwägung der einzelnen Belange im Rahmen der Flächenausweisung verweisen wir auf die Arbeitshilfe Wind-an-Land (S. 12). Hierbei ist zwingend darauf zu achten, dass bei der Ausweisung der Vorranggebiete auch unter Berücksichtigung des § 2 EEG eine im Grundsatz ergebnisoffene Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG stattfindet, auch wenn den erneuerbaren Energien nunmehr ein überragendes Gewicht beizumessen ist.“ Die Ausführungen in der Stellungnahme, dass „eine konkrete Einzelfallabwägung [...] auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen“ könne, trifft somit nicht zu. Auch der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben führt im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie eine umfassende Abwägung gemäß der Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durch und berücksichtigt dabei § 2 EEG.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nutzung des Plangebiets für Windkraftanlagen und Fotovoltaikanlagen geregelt werden. Vom Grundsatz her ist dies auch zu begrüßen.</p> <p>Allerdings hat das Planungsrecht in Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine maßgebende Änderung erfahren müssen.</p> <p>Das Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg enthielt bis zum Jahr 2011 auch die Möglichkeit, Ausschlussflächen für Windenergieanlagen festzusetzen.</p> <p>Grundsätzlich galt der gesamte Bereich außerhalb der Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen zur Nutzung der Windenergie als sogenannte Ausschlussfläche.</p> <p>Ab dem Jahr 2011 konnten die Regionalverbände keine Ausschlussflächen für Windenergieanlagen mehr festsetzen. Dementsprechend gilt seit diesem Zeitraum der Grundsatz, dass alle Flächen in Baden-Württemberg grundsätzlich der allgemeinen Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB unterfallen und damit vom Grundsatz her jede Fläche in Baden-Württemberg der Windkraft zur Verfügung steht. Das wesentliche planungsrechtliche Element der Ausschlussfläche gilt seit 2011 nicht mehr.</p> <p>Nach den Gesetzesänderungen der Bundesregierung durch das Wind-an-Land-Gesetz (WalG) und das WindBG sollen Windeignungsgebiete ausgewiesen werden, die bei Erreichen des Flächenbeitragswerts eines jeden Landes Ausschlusswirkung betreffend der übrigen Landesfläche entfalten sollen.</p> <p>Bis zum Erreichen dieses Flächenbeitragswerts gibt es allerdings keine Ausschlussgebiete. Ungeachtet dessen können die einzelnen Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung zusätzliche Flächen ausweisen, die jedoch als solche keine Ausschlusswirkung entfalten können.</p> <p>Die Bundesregierung hat wiederholt Notverordnungen zur Sicherung des Energiebedarfs erlassen. Dadurch werden insbesondere Einschränkungen durch</p>	<p>Zu Art. 20a GG: Aus Sicht des Regionalverbands liegt kein Verstoß gegen Art. 20a GG vor, da bei der Anwendung des § 2 EEG und der Abwägung der einzelnen Belange im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie weiterhin zwingend darauf zu achten ist, dass bei der Festlegung der Vorranggebiete auch unter Berücksichtigung des § 2 EEG eine im Grundsatz ergebnisoffene Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG stattfindet, auch wenn den erneuerbaren Energien nunmehr ein überragendes Gewicht beizumessen ist. Zudem heißt es in der Begründung zu § 2 EEG: „Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt“</p> <p>Eine solche im Grundsatz ergebnisoffene Abwägung hat der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie durchgeführt.</p> <p>Zur EU-Notfall-VO: Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die gesetzlichen Vorgaben. Die Anforderungen an die Durchführung der Strategischen Umweltprüfung sind in § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG normiert. An diese hält sich der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie.</p> <p>Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Damit ist auf Ebene der Regionalplanung eine strategische Umweltprüfung durchzuführen, keine Umweltverträglichkeitsprüfung (s. auch Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie).</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Naturschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Waldschutz, Denkmalschutz, regionale Grünzüge, Wasserschutz extrem eingeschränkt. Dies alles sind Folgen der maximalen Höherstufung des Ausbaus der Windenergie durch die Verleihung des Prädikats „überragendes öffentliches Interesse“.</p> <p>Diese rechtlichen Vorgänge begegnen jedoch erheblichen rechtlichen Bedenken.</p> <p>Der Gesetzgeber hat in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB jene Gründe ausdrücklich benannt, die der Verwirklichung sogenannter privilegierter Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Durch die Gesetzesänderungen bzw. Erlass der Notverordnung werden diese Schutznormen nahezu bedeutungslos.</p> <p>Hierzu folgende Anmerkungen des Unterfertigten: Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt.</p> <p>Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor. Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und</p>	<p>ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Gleiches gilt für die Anforderungen an die Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura-2000-Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (§ 7 Abs. 6 ROG i.V.m. § 3 Abs. 2 Satz 4 LplG) und die artenschutzrechtliche Prüfung (vgl. Kap. 8.2 des Umweltberichts zum Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Zur Aussage " Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage": Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt, d.h. eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten (vgl. Kap. 3.3.2 sowie Anlage 3 des Umweltberichts Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss). Zudem wurden artenschutzrechtliche Belange im Rahmen des Flächenauswahlprozesses für Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt (vgl. Begründung zu Plansatz 4.2.1 sowie Kriterienkatalog für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss). Des Weiteren wurden artenschutzrechtliche Belange in der Strategischen Umweltprüfung zum Teilregionalplan Energie abgearbeitet (s. Entwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie) Die in der Anregung formulierte Annahme, dass auf Ebene des Regionalplans keine Artenschutzprüfung stattfindet, trifft somit nicht zu.</p> <p>Zur Anwendung des § 45b BNatSchG schreibt das MLW im o.g. Schreiben darüber hinaus: „Um Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an Land zu vereinfachen und zu beschleunigen, sieht das BNatSchG in § 45b nun bundeseinheitliche Standards für die in diesem Zusammenhang durchzuführende artenschutzrechtliche Prüfung vor. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf der Signifikanzprüfung nach § 44 Abs. 5 Satz 2 Nummer 1 BNatSchG sowie auf der erleichterten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet, die insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften.</p> <p>Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen.</p> <p>Durch die jetzt durch die Bundesregierung eingeführten Ausnahmenvorschriften in § 45b BNatSchG wird dieser ursprüngliche Schutz des § 44 Abs. 1 BNatSchG unionsrechtswidrig ausgehöhlt bzw. teilweise sogar beseitigt. Abweichungen sind nur nach Art. 9 Abs. 1 V-RL erlaubt und zwar im Interesse der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit (Buchstabe a).</p> <p>Der Bundesgesetzgeber legt mit der neuen Regelung fest, dass der Betrieb einer Windkraftanlage stets der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird aber damit verkannt, dass es einem Mitgliedstaat verwehrt ist, einen unionsrechtlichen Begriff rein national zu definieren, um über diesen Weg in den Anwendungsbereich einer Ausnahmeregelung in der V-RL zu gelangen.</p> <p>In Rechtsprechung und Literatur ist seit langem geklärt, dass jeder im Unionsrecht verwendete Begriff autonom in seinem spezifischen unionsrechtlichen Sinne aus sich selbst heraus auszulegen ist, und dass es wegen der notwendig einheitlichen Geltung des Unionsrechts unter allen Mitgliedstaaten keine Verweisung auf innerstaatliche Sinngehalte geben kann. Insoweit ist zu verweisen auf zwei Entscheidungen des EuGH aus den Jahren 2018 und 2019;</p> <p>vgl. EuGH, Urteil vom 6.3.2018 - C-284/16 Rn. 33 EuGH, Urteil vom 11.4.2019-C-483/17 Rn. 36 sowie auf die weitere Entscheidung des EuGH, Urteil vom 10.12.2018-C-621/18, Rn. 47.</p> <p>Hierin ist unter anderem klar festgelegt, dass das Unionsrecht dadurch</p>	<p>und rechtssichereren Möglichkeit der Ausnahmeerteilung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG. Die genannte Rechtsnorm ist damit nicht unmittelbar für die Planungsebene anwendbar. Sie ist allerdings für die Vollziehbarkeit der jeweiligen Regionalpläne maßgeblich, um die Frage, ob die Windenergieanlagen auf den Vorrangflächen über eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i. V. m. § 45b Abs. 8 BNatSchG realisierbar wären („Planung in die Ausnahmelage“), zu beantworten.“</p> <p>Zu den Ausführungen zu PS 4.2.1 Z (3) und dem Vorwurf einer "völlig übereilten und oberflächlichen Raumplanung"): Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein höheres Gewicht beigemessen wurde. Die Vorranggebiete Windenergie wurden damit nach Durchführung einer planerischen Abwägung mit anderen Zielfestlegungen zur Freiraumsicherung des Regionalplans festgelegt. Die Schutzziele der entgegenstehenden regionalplanerischen Freiraumfestlegungen haben demnach in die Abwägung Eingang gefunden, sie wurden nicht ignoriert. Anzuwenden und damit rechtlich maßgebend ist im Falle einer Überlagerung immer die Vorrangfestlegung Windenergie. Dies legt PS 4.2.1 Z (3) Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss fest. Ungeachtet dessen bleiben die regionalplanerischen Freiraumfestlegungen bei allen anderen Vorhaben bindend.</p> <p>Zu 13a LplG BW und § 20 KlimaG BW (Zeitplan): Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die gesetzlichen Vorgaben.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gekennzeichnet ist, dass es einer autonomen Quelle entspringt und Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten hat. Dies deckt sich letztlich auch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Grundsatz der autonomen Auslegung des Unionsrechts von deutschen Gerichten beachtet werden muss;</p> <p>vgl. BVerfG, Beschluss vom 9.1.2001 - 1 BvR1036/99. Speziell hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit hat der EuGH ausgeführt, dass dieser Begriff streng zu verstehen ist, sodass „ihr Umfang nicht einseitig von jedem der Mitgliedstaaten ohne Kontrolle durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft festgelegt werden kann.“</p> <p>Damit verbietet sich das Vorgehen der Bundesregierung für einen einzelnen Mitgliedstaat den unionsrechtlichen Begriff der „öffentlichen Sicherheit“ eigenständig-zumal entgegen der EuGH-Rechtsprechung und undifferenziert zu definieren.</p> <p>§ 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen dementsprechend gegen Art. 9V-RL. Eine konkrete Einzelfallabwägung zwischen dem Artenschutz und anderen Belangen kann deshalb auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass die bezeichneten Neuregelungen europarechtlicher Prüfung nicht standhalten werden. Auf den Verstoß gegen Art. 20a GG wird ebenfalls verwiesen.</p> <p>Des Weiteren wurde auf Drängen der Bundesregierung auf EU-Basis die Möglichkeit des Erlasses von Notverordnungen zur Errichtung von Windkraftanlagen durchgesetzt, die wiederum in nationales Recht derzeit umgesetzt werden. Hierzu ist anzumerken, dass allein schon die Verfügung dieser „EU-Notverordnung“ auf EUBasis sowohl gegen die artenschutzrechtlichen Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie und weiterer Schutznormen für den Artenschutz verstoßen sowie gegen die bisherige ständige Rechtsprechung des EuGHs zu diesem Themenbereich.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Darüber hinaus ist derzeit der Erlass einer „Notverordnung“ wegen Energiekrise rechtswidrig.</p> <p>Der Ausfall der Stromversorgung in Deutschland war zwar ursprünglich befürchtet worden, nachdem wegen verhängter Sanktionen sowohl die Erdgaslieferungen als nun auch die Rohöllieferungen aus Russland eingestellt wurden.</p> <p>Zwischenzeitlich hat sich die Lage aber derart entspannt, dass für eine Notverordnung kein Raum mehr bleibt. Die Gasspeicher sind gefüllt. Die Bundesregierung plant sogar die Errichtung von Gaskraftwerken. Auch die Prognosen für die Gasversorgung in den kommenden Jahren sind nach Aussage der Erdgasbetreiberfirmen und entsprechender Gutachter absolut gesichert.</p> <p>Gleiches gilt für die Versorgung mit Treibstoffen.</p> <p>Es hat zwar eine gewisse Teuerung stattgefunden. Die Versorgungslage ist aber nach wie vor in jeglicher Hinsicht gesichert.</p> <p>Insoweit verweise ich auf die erstatteten Gutachten sowie die Meldungen aus der Presse.</p> <p>Folglich sind weitere Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen auf der Grundlage einer Notverordnung rechtswidrig.</p> <p>Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Artenschutzes und Naturschutzes ausgetragen werden.</p> <p>Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage.</p> <p>Aufgrund dieser Neuregelungen findet im Ergebnis keine Artenschutzprüfung mehr statt.</p> <p>Dies folgt auch aus den Regelungen der §§ 249 und 245 e BauGB.</p> <p>Der Naturschutz und der Artenschutz werden nach diesen Regelungen komplett ignoriert und ausgeschaltet.</p> <p>Die bisherigen Regelungen haben den Naturschutz und Artenschutz bereits stark zurückgedrängt. Eine Naturschutz- und Artenschutzprüfung war aber immer noch möglich.</p> <p>Die jetzigen Regelungen verstoßen gegen nationales Recht aber auch gegen Unionsrechts.</p> <p>Dementsprechend ist auch die deutsche Gerichtsbarkeit verpflichtet, europäische Vorgaben</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bei der Beurteilung von Klageverfahren wie in vorliegendem Fall zu beachten. Gleiches gilt auch für die anderen ebenfalls eingeschränkten entgegenstehenden Belange.</p> <p>Im Übrigen sei der Regionalplanung darauf hingewiesen, dass der Regionalplan als solcher grundsätzlich über ein Jahrzehnt und mehr Gültigkeit haben soll, wohingegen die Notverordnung in Kürze auslaufen wird.</p> <p>Unter diesen Gesichtspunkten ist nicht nachvollziehbar, wie das Ziel der Vereinbarkeit zwischen Windkraft und Naturschutz erreicht werden soll. Die politischen Vorgaben ignorieren den Naturschutz, Wasserschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Denkmalschutz und die weiteren Schutznormen einseitig zugunsten der Windkraft, wenngleich auch in der Öffentlichkeit anderes behauptet wird.</p> <p>Dies wird besonders in der nachfolgenden Zielvorgabe deutlich:</p> <p>Z (3) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie stehen der Errichtung und dem Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen und erforderlichen Nebenanlagen sowie dafür notwendigen Erschließungsmaßnahmen nach § 249 Abs. 5 S. 1 BauGB regionalplanerische Zielaussagen der Regionalen Grünzüge (PS 3.1.1 Z (5)), der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege PS 3.2.1 Z (5) und der Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen PS 3.2.2 Z (4) nicht entgegen. Im Fall von Zielkonflikten hat der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Zielen der regionalen Freiraumstruktur. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist in PS 3.3.1 Z (3) geregelt.</p> <p>Festzustellen ist insbesondere eine völlig übereilte und damit auch oberflächliche Raumplanung, wie im Folgenden noch ausgeführt wird.</p> <p>Ein Grund hierfür ist sicher das von der baden-württembergischen</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Landesregierung in § 20 Klimagesetz Baden-Württemberg verfügte Planungsziel bis spätestens 30.9.2025. Damit setzt der Landesgesetzgeber die Regionalverbände massiv unter Druck, sodass diese letztlich tatsächlich nur eine oberflächliche Planung vornehmen können. Offensichtlich ist dies seitens der Landesregierung in dieser Form auch gewünscht. Diese Fristsetzung zum 30.9.2025 ist nicht zwingend erforderlich, weil der Bundesgesetzgeber in § 3 Abs. 1 WindBG bzw. in der Anlage zu dieser Vorschrift ein erstes Planungsziel zur Erreichung der Flächenbeitragswerte zum 31.12.2027 gesetzt hat.</p> <p>Der Zwang zur übereilten Planung in Baden-Württemberg ist deshalb völlig unbegründet und führt zwangsläufig zu Planungsfehlern, da die möglichen entgegenstehenden Belange nicht in dem notwendigen Umfang geprüft werden können.</p>		
IV. 10122	699	<p>B. Entgegenstehende Belange im Einzelnen</p> <p>I. entgegenstehende immissionsschutzrechtliche Belange</p> <p>Vermisst in diesem Zusammenhang werden Ausführungen des Regionalplans zu immissionsschutzrechtlichen Belangen der Anwohner.</p> <p>Üblicherweise werden mit der Regionalplanung Immissionsprognosen auf der Grundlage derzeit gängiger Typen von Windkraftanlagen (Referenzanlagen) erstellt, um die Belastung der Anwohner in Erfahrung zu bringen. In der gesamten Regionalplanung finden sich keine derartigen Ansätze.</p> <p>Des Weiteren bleibt in diesem Zusammenhang völlig unberücksichtigt, inwieweit die betroffenen Gemeinden in ihrer Planungshoheit verletzt werden. Durch die Ausweisung von Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie wird das Planungsrecht der betroffenen Gemeinden erheblich eingeschränkt. Bei der Ausweisung entsprechender Wohngebiete müssen Schutzabstände nunmehr berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für die Schallbelastung als auch für den</p>	<p>Referenzanlagen: eine Nutzung von Referenzanlagen für die Aufstellung von Teilregionalplänen Windenergie ist nicht zwingend. In der Begründung zum Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss wurden aber Referenzhöhen als Bemessungsgrundlage ergänzt. Auf den Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss wird verwiesen.</p> <p>Immissionsschutzrechtliche Belange der Anwohner: Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie sieht Vorsorgeabstände zu Baugebieten und -flächen sowie relevanten Grünflächen und Gebäuden vor (vgl. Kriterienkatalog sowie Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss). Dadurch werden immissionsschutzrechtliche Belange der Anwohner ausreichend im Planungsverfahren berücksichtigt. Darüber hinaus wird nach dem Planungskonzept eine Überlastung / Umzingelung vermieden, vgl. Begründung zu PS 4.2.1 des 2Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss.</p> <p>Kumulativer Lärm: Die einzuhaltenden Lärmimmissionen sind gesetzlich in der TA Lärm geregelt. Die TA Lärm beinhaltet die Immissionsrichtwerte für die jeweiligen Gebiete (bspw. Allgemeine Wohngebiete), dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schattenschlag.</p> <p>Die Regionalplanung nimmt hierzu aber keine bzw. nur unzureichend Stellung.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird auf die Nähe der Wohnbebauung verwiesen.</p> <p>Beim geplanten Bau der 4 WEA in 2015, war ein wesentlicher Punkt der damaligen</p> <p>Stellungnahme die vorhandene Hochspannungsleitung, welche direkt an Bolstern grenzt.</p> <p>Diese Hochspannungsleitung soll laut ENBW in Kürze weiter aufgelastet werden, weshalb</p> <p>davon auszugehen ist, dass die Lärmentwicklung weiter zunehmen wird.</p> <p>Hierbei ist zu erwähnen, dass es enorme Unterschiede der Lärmentwicklung je nach</p> <p>Wetterlage gibt. Sollte die Messung der Lärmentwicklung an einem sonnigen Tag</p> <p>stattgefunden haben, dann ist diese deutlich geringer, als einem Tag mit Regen und oder</p> <p>Nebel.</p> <p>Anhand der Abstandskriterien der Regionalplanung kann aber bereits jetzt prognostiziert</p> <p>werden, dass das nachbarliche Rücksichtnahmegebot hier nachhaltig verletzt wird</p> <p>Die gesetzlichen Änderungen in § 249 Abs. 10 BauGB werden nicht verkannt. Gleichwohl</p> <p>bleiben die in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts entwickelten Grundsätze</p> <p>weiter anwendbar. Diese sehen eine Einzelfallbetrachtung abseits der ursprünglich bis jetzt</p> <p>geltenden „Faustformel“ des OVG NRW auf jeden Fall vor. Im Rahmen dieser</p> <p>Einzelfallbetrachtung kommt es auf konkrete Abstände in Metern nicht an. Maßgebend sind</p> <p>der Gesamteindruck und die Gesamtbelastung, die auf die Anwohner einwirken.</p> <p>Von einer erheblichen Belästigung ist bei kurzen Abständen zwischen Windkraftanlage und</p> <p>Wohngrundstücken von weniger als 2 000 m auszugehen. Von einer Wertminderung im</p> <p>Verkehrswert ist als Folge der von der Drehbewegung ausgehenden Bewegungssuggestion</p>	<p>Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche und differenziert nach den in den Baugebietstypen zulässigen Immissionen. Die pauschalen</p> <p>Vorsorgeabständen zu Siedlungen im vorliegenden Teilregionalplan berücksichtigen diese einzuhaltenden Lärmimmissionen (s. Kriterienkatalog Festlegung</p> <p>Vorranggebiete Windenergie, Anlage zur Begründung des Entwurf des Teilregionalplans Energie zum</p> <p>Satzungsbeschluss).</p> <p>Die tatsächliche Einhaltung dieser Werte wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen</p> <p>Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R.</p> <p>immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer</p> <p>Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den</p> <p>Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine</p> <p>Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird.</p> <p>Berücksichtigt werden müssen dabei nach 2.3/4 und 3.2.1 der TA Lärm auch Vorbelastungen (bspw. von</p> <p>Verkehr, Gewerbe/Industrie etc.)</p> <p>Bezüglich kumulativer Belastungen wird zudem auf die Begründung zu Plansatz 4.2.1 sowie den Umweltbericht</p> <p>Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Somit wurde dem Vorsorgegrundsatz zur Vermeidung schädlicher Umweltauswirkungen auf der regionalen</p> <p>Planungsebene ausreichend Rechnung getragen.</p> <p>Zu Auswirkungen auf Immobilienwerte s. Anlage zur Synopse B.1 1. Offenlage.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Die Ausführungen zu Windenergieanlagen mit drehenden Rotoren im Vergleich zu ruhenden Großartefakten werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Planungshoheit der Gemeinden: Die verfassungsrechtlich geschützte Planungshoheit gilt nicht uneingeschränkt.</p> <p>Sie kann unter anderem durch die erforderliche Anpassung an die Ziele der Raumordnung eingeschränkt werden (§ 1 Abs. 4 BauGB). Dieses Anpassungsgebot reicht in seiner</p> <p>Wirkung weiter als die Vorschrift des § 4 Abs. 1 ROG. [...] Aus der Anpassungspflicht folgt, dass die Ziele der</p> <p>Raumordnung für die Bauleitplanung unmittelbar bindende Vorgaben sind, die auch im Rahmen der Abwägung nicht</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und empfundenen Unruhe auszugehen, wenn die Abstände zu Windkraftanlagen geringer sind. Dann ist auch die Nutzung des Wohngrundstückes einschließlich der für die Wohnfunktion wichtigen Freiflächen erheblich eingeschränkt. Bei Windparks dieser hier vorliegenden Dimensionen und der Vielzahl der Anlagen erhöht sich der o.g. Abstand entsprechend. Windparks in dieser Massierung führen den Grundstückswert gegen null. Dementsprechend liegt hier eindeutig eine Beeinträchtigung i. S. d. § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 3 BauGB vor. Es handelt sich mithin um schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. § 3 Abs. 1 BImSchG, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen.</p> <p>Bei der o. g. Bewegungssuggestion handelt es sich nicht um einen einfachen sinnlichen Reiz, sondern einen Eindruck, der das leibliche Gesamtfinden des betroffenen Menschen berührt. Die Bewegung drehender Rotoren wird deshalb auch im Wege leiblicher Kommunikation in einem inneren Rhythmus des eigenen Erlebens aufgenommen. Die Bewegungssuggestion erzeugt einen Rhythmus, dem sich die Aufmerksamkeit quasi zwanghaft unterwirft. Ruhende Großartefakte wie schlanke Sendemasten oder Hochspannungsgittermasten ziehen die Aufmerksamkeit in keiner vergleichbaren Weise auf sich, wie dauerhaft einer rhythmisch regelmäßigen Bewegung folgende Großartefakte. Solche erlebte Unruhe wird über die Bewegungssuggestion von der Umgebungsunruhe eines Gegenstandes ausgelöst (Emission). Sie ist aber nicht mit ihr identisch. Sie kommt vielmehr als leiblich-befindlich-spürbare Unruhe auf einer Erlebnisebene erst zur Geltung (Immission). Sie wird als leibliche Enge oder Beengung empfunden. Im Falle großer Nähe und zahlreichen Vorkommens sind solche Eindrücke als erhebliche Belästigung und schädliche Umwelteinwirkungen anzusehen.</p>	<p>überwunden werden können. (vgl. Systematischer Praxiskommentar zum BauGB, Rixner/Biedermann/Charlier 3. Aufl. 2017). Eine Verletzung der Planungshoheit der Gemeinden durch die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie im Entwurf des Teilregionalplans Energie liegt daher aus Sicht des Regionalverbands nicht vor. Im Verfahren befindliche Bauleitpläne wurden bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie berücksichtigt (s. Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien, Anlage zur Begründung Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>sowie durch eine flächeneffiziente Nutzung und angemessen verdichtete Bauweise zu verringern ist. Andererseits wird auch aufgrund des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (überragendes öffentliches Interesse erneuerbarer Energien, Gewichtungsvorrang) in diesem Einzelfall der Belang des Ausbaus der Windenergie höher gewichtet als der Belang einer künftigen Außenentwicklung der in der Anregung genannten Ortschaft in Richtung des in der Anregung genannten Vorranggebiets</p> <p>Rücksichtnahmegebot: Das Rücksichtnahmegebot nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB bezieht sich primär auf die Genehmigung von Vorhaben im Außenbereich. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie erfolgte eine für die Ebene der Regionalplanung ausreichende Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebots durch folgende Maßnahmen: Berücksichtigung von Siedlungsabständen sowie Abständen zu wohngenutzten Einzelgebäuden auf Basis der optisch bedrängenden Wirkung und der TA Lärm; Vermeidung einer Überlastung/Umzingelung; Berücksichtigung weiterer Umweltbelange u.a. bezüglich des Schutzgutes Mensch (inkl. menschliche Gesundheit) (vgl. Entwurf Teilregionalplan Energie: Begründung zu Plansatz 4.2.1, Kriterienkatalog und Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie sowie Umweltbericht Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss). Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Bezüglich Wertminderung und Schattenschlag wird auf die</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Insoweit ist fraglich, wie der Regionalplaner dies mit der jeweiligen Planung mit Art. 2 Abs. 2 GG und dem Schutz eines jeden Individuums insbesondere des Anspruchs auf körperliche Unversehrtheit in Einklang bringen will.</p>	<p>Anlage zur Synopse B.1 1. Offenlage verweisen. Insgesamt hat auf der Ebene der Regionalplanung eine ausreichende Auseinandersetzung mit den in der Anregung genannten Belangen stattgefunden, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht (u.a. §§ 7,8 ROG). Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
IV. 10122	700	<p>II. entgegenstehender Belang des Naturschutzes</p> <p>Der Steckbrief enthält unter der Überschrift „Schutzgut Flora, Fauna, Biologische Vielfalt“ folgenden Eintrag:</p> <p>Wildtierkorridor (312 ha, 48 %)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bekannte Vorkommen von windkraftsensiblen Arten (Rotmilan)</li> <li>- Biotope, FFH-Mähwiesen, Naturdenkmale (5,5 ha, 1 %)</li> <li>- Kernflächen und Kernräume des regionalen und des landesweiten Biotopverbundes (6,5 ha, 1 %)</li> <li>- Verbundräume des regionalen Biotopverbundes (634 ha, 98 %)</li> </ul> <p>Hinzu kommen konkrete Sichtungen des Mandanten aber auch von fachkundigen Gewährsleuten (Vogelkundler) von mehreren Rotmilanhorsten im Bereich der Potenzialfläche.</p> <p>Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG darf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung nur dann erteilt werden und eine Positivplanung nur dann erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und gem. Nr. 2 der Vorschrift andere öffentlich-rechtliche Vorschriften der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht</p>	<p>Die Ausführungen zum Steckbrief werden zur Kenntnis genommen. Bezüglich Rotmilan wird auf die Ausführungen zu Windkraftsensible Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunkt vorkommen abgegrenzt wurden und Umgang mit diesen bei der Festlegung von VRG Windenergie in der Anlage B.3 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum in der Anregung genannten Urteil und dem § 35 Abs. 3 BauGB:</p> <p>Die Belange des Naturschutzes wurden gemäß § 7 Abs. 2 ROG i.V.m. § 2 EEG in die Abwägung eingestellt und abgewogen, sowohl im Flächenauswahlprozess für Vorranggebiete Windenergie (vgl. Begründung zu PS4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung der Kriterien in der Anlage zur Begründung Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss) als auch in der Strategischen Umweltprüfung, in der Natura-2000-Vorabprüfung und in der artenschutzrechtlichen Prüfung (vgl. Umweltbericht Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss). Eine Berücksichtigung auf regionaler Planungsebene entsprechend der rechtlichen Vorgaben fand somit statt.</p> <p>Zum PS 3.2.1 Z (4) des 1. Offenlageentwurfs zum Teilregionalplan Energie:</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Anregung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>entgegenstehen.</p> <p>Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG dürfen von immissionsträchtigen Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden.</p> <p>Die in § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG angesprochenen „anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften“ verweisen insbesondere auf die entgegenstehenden öffentlichen Belange, definiert in § 35 Abs. 3 BauGB, wobei die in § 35 Abs. 3 BauGB vorhandene Auflistung der entgegenstehenden öffentlichen Belange nur exemplarisch aber nicht abschließend ist.</p> <p>Nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vor, wenn das Vorhaben die Belange des Naturschutzes beeinträchtigt. Die Belange des Naturschutzes sind unabhängig vom Naturschutzrecht zu prüfen und unterliegen der vollen gerichtlichen Kontrolle.</p> <p>Der Regionalplan äußert sich hierzu wie folgt:</p> <p>(4) Windenergieanlagen sind in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege zulässig, wenn die Zweckbestimmung der Vorranggebiete nach PS 3.2.0 (1), (2), (3) und (5) i.V.m. PS 3.2.1 (1) nachweislich nicht gefährdet ist und keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen.</p> <p>PS 3.2.1 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten</p> <p>für Naturschutz und Landschaftspflege. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen und Zweckbestimmung der Vorranggebiete nach PS 3.2.0 (1), (2), (3) und (5) i.V.m. PS 3.2.1 (1) nicht beeinträchtigt wird. Eine Beeinträchtigung</p>	<p>genannte Plansatz 3.2.1 Z (4) im Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss entfallen ist. Somit gelten bezüglich der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege innerhalb der Vorranggebiete Windenergie die Festlegungen des PS 4.2.1 Z (3) Entwurf Teilregionalplan Energie, außerhalb der Vorranggebiete Windenergie gilt Festlegung des PS 3.2.1 Z (3), die bereits im verbindlichen Regionalplan enthalten ist.</p> <p>Zum § 6 Windenergieflächenbedarfsgesetz und dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 wird auf die Anlage zur Synopse verwiesen. Der Regionalverband hält sich an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Die Behauptung, im Flächenauswahlprozess sowie in den Umweltprüfungen zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wären nur die Schwerpunktorkommen nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie eingeflossen, ist falsch. Entgegen der Anregung hat der Planung nicht einzig und allein den Fachbeitrag Artenschutz für die Abwägung artenschutzrechtlicher Belange bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Entwurf zum Teilregionalplan Energie zugrunde gelegt. Es wird auf die im Rahmen des Planungskonzepts bei der Auswahl der Vorranggebiete Windenergie berücksichtigten arten- und naturschutzfachlichen Kriterien hingewiesen (vgl. Kriterienkatalog, Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss sowie Erläuterung dieser Kriterien) sowie auf die Ausführungen im Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung, artenschutzfachliche Prüfung). Darüber hinaus hat sich der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben im Planungsprozess sowie im Rahmen der Anhörung mit dem BUND, dem NABU sowie den Naturschutzbehörden zu arten- und naturschutzfachlichen Belangen abgestimmt und diese in die Abwägung eingestellt und abgewogen. Auch im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangene relevante Anregungen zum Artenschutz hat der Regionalverband gemäß der Vorgaben des § 7 Abs. 2 ROG in der Abwägung berücksichtigt, wobei entsprechend § 2 EEG dem Ausbau der Windenergie ein besonderes Gewicht beigemessen wurde.</p> <p>Zur Kritik daran, der Regionalverband hätte nur bekannte Informationen bei der Ermittlung entgegenstehender arten-</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ist insbesondere in den Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbunds möglich. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege ist in PS 4.2.2 geregelt.</p> <p>Mit diesen Formulierungen soll der Eindruck entstehen, der Naturschutz werde in der Planung ausreichend berücksichtigt. Tatsächlich wird dem Naturschutz nicht jener Rang eingeräumt, den der Gesetzgeber hierfür ursprünglich vorgesehen hat. Wie bereits oben ausgeführt, wird bereits im Planverfahren der Naturschutz ausgehöhlt.</p> <p>Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in einem Urteil aus dem Jahr 2011 bereits entschieden, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende Belange bei der Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie berücksichtigt werden müssen, wenn sie im Rahmen der Planung bekannt werden. Auch die aktuelle Bundesregierung hat die Prüfung naturschutzrechtlicher Belange bereits im Planverfahren favorisiert, wenn auch aus anderen Gründen. Zum einen soll die naturschutzrechtliche Prüfung nur noch als sogenannte „strategische Umweltprüfung“ (SUP) durchgeführt werden. Zum anderen soll dies dann auch für das Genehmigungsverfahren genügen. Diese sogenannte strategische Umweltprüfung war ursprünglich lediglich als erste überschlägige Prüfung vom Gesetzgeber gedacht, sollte aber keinesfalls eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung ersetzen. Diese jetzt praktizierte Missachtung der möglicherweise entgegenstehenden naturschutzrechtlichen Belange kann weder mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik noch mit europäischer Gesetzeslage und Rechtsprechung in Einklang stehen.</p>	<p>und naturschutzrechtlicher Belange herangezogen, sowie zur Aufforderung, der RVBO solle für die genannten Vorranggebiete Windenergie eine ordnungsgemäße und fachlich korrekte umfassende artenschutzrechtliche Prüfung vornehmen:</p> <p>Auf der Ebene des Regionalplans ist eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten erforderlich. Dabei sind, – soweit möglich, – auch Konfliktminimierungsmöglichkeiten durch sog. CEF-Maßnahmen oder Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie die Möglichkeit einer ausnahmsweisen Vorhabenzulassung zu prüfen. Regionalplanerische Festlegungen, die in ihrer Umsetzung in einem unauflösbaren Konflikt zum Artenschutzrecht stehen würden, sind unzulässig. In den übrigen Fällen, in denen der Konflikt grundsätzlich beherrschbar erscheint, muss auf Ebene der Regionalplanung keine abschließende Beurteilung oder Lösung des Konflikts gefunden werden, dies kann auf der Vorhabenebene erfolgen. Auf der Regionalplanebene muss also klar sein, dass die Realisierung der Planung grundsätzlich möglich ist und nicht an artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten scheitern würde (vgl. Kap. 3.3.2 und 8.2 Umweltbericht zum Entwurf Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss). Die weitere Berücksichtigung der Informationen zu Arten auf Projektebene, die im Verfahren zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie eingebracht werden (bspw. zu Einzel-vorkommen windenergiesensibler Vogelarten oder weiteren nicht windenergiesensiblen Arten), richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Bezüglich der artenschutzfachlichen Prüfung hält sich der Regionalverband an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben (bzgl. Erläuterungen vgl. Umweltbericht Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss) Zum Vorwurf, dass nur zum Planungszeitpunkt bekannte Informationen verwendet wurden, wird aus dem Scoping-Papier zum Teilregionalplan Energie zitiert: Der Umweltbericht soll die Angaben enthalten, die „unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind“ (§ 2a Abs. 2 LplG). Gemäß § 14f Abs.2 UVPg sind dies die Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind i.d.R. keine</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Unter Ziff. 3.4.1 des Umweltberichts wird ausgeführt, dass der Planung einzig und allein ein vom Umweltministerium Baden-Württemberg herausgegebener Fachbeitrag für alle Regionalverbände Baden-Württembergs zugrunde gelegt wird. Nach eigenen Angaben des Planungsverbandes wurden lediglich die „landesweit wichtigsten Quellpopulationen windkraftsensibler Arten sowie ausgewählter weiterer Vogel- und Fledermausarten identifiziert“.</p> <p>Lediglich die naturschutzfachlich als besonders hochwertigen Schwerpunktorkommen sind in die Abwägung und Auswahl der Vorranggebiete Windenergie eingeflossen.</p> <p>Zuvor weist der Planverband unter Z. 3.3.2 (Artenschutzrechtliche Prüfung) darauf hin, dass regionalplanerische Festlegungen, die in ihrer Umsetzung in einem unauflösbaren Konflikt zum Artenschutzrecht stehen würden, unzulässig seien.</p> <p>Bereits hieraus ergibt sich, dass angesichts des Unterlassens einer konkreten Artenschutzprüfung diese „unauflösbaren Konflikte“ weder erkannt noch beurteilt werden können.</p> <p>Es bleibt also den Zufall überlassen, ob seitens des LUBW zufällig Arten in diesem Gebiet festgestellt werden oder nicht.</p> <p>So wird im Umweltbericht unter „Artenschutz“ die nachfolgende Behauptung aufgestellt: Alle potenziellen Vorranggebiete Windenergie liegen außerhalb der Artenschutzräume der Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz für die Regionalplanung (LUBW 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023). 23 potenzielle Vorranggebiete liegen ganz oder teilweise in Artenschutzräumen der Kategorie B. Gem. Fachbeitrag Artenschutz kann in Schwerpunktorkommen der Kategorie B im späteren Genehmigungsverfahren im Bedarfsfall mit hoher Wahrscheinlichkeit eine artenschutzrechtliche Ausnahme §§ 45 Abs. 1</p>	<p>Such- und Erhebungsverfahren gefordert, die über den bisher bei der Regionalplanerstellung notwendigen Rahmen der Hinzuziehung von Informationen und Abwägungsmaterial hinausgehen. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass der Umweltbericht in erster Linie auf bereits vorhandenem Datenmaterial aufbauen kann. Die zu beteiligenden Behörden sind angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen (§ 2a Abs. 3 LplG). Sollte das vorhandene Datenmaterial nicht ausreichen, so ist zu klären, ob von den Fachbehörden entsprechende Sachdaten bereitgestellt werden können. Die Bewertung, ob erhebliche Umweltauswirkungen durch die Planung vorliegen, ist aber in jedem Fall vom Regionalverband selbst zu leisten. Sofern Datenmaterial unzureichend oder erkennbar veraltet ist, sollte bereits während des Scopings geklärt werden, welche Stelle über umfassendere bzw. aktuellere Erkenntnisse verfügt und diese ggf. einbringen kann. Nur im Einzelfall können ergänzende, vom Planungsträger initiierte Untersuchungen notwendig sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn das vorhandene Datenmaterial für eine sachgerechte und fehlerfreie Abwägung nicht ausreichend ist.</p> <p>Ein solcher Einzelfall liegt im Fall der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie nicht vor. Der Regionalverband hat insgesamt damit Belange des Artenschutzes auf der regionalplanerischen Ebene ausreichend und angemessen geprüft. Bezüglich der artenschutzfachlichen Prüfung hält sich der Regionalverband an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben (bzgl. Erläuterungen vgl. Umweltbericht Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss)</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>i.V.m. 45b Abs. 8 BNatSchG erteilt werden. In diesen Räumen ist nicht davon auszugehen, dass die Umsetzung des Plans an artenschutzrechtlichen Hindernissen scheitern würde. Daher sind hier im Rahmen der Regionalplanung keine detaillierten Prüfungen im Einzelfall erforderlich.</p> <p>Auf dieser Grundlage kann keine naturschutzfachliche/artenschutzfachliche Bewertung vorgenommen werden.</p> <p>Der Planungsverband wird dementsprechend seinem Auftrag, entgegenstehende naturschutzrechtliche Belange in Erfahrung zu bringen nicht gerecht. So kommt der Planungsverband zu dem Ergebnis (Fazit):</p> <p>Auf Ebene des Regionalplans wurde unter Berücksichtigung aller bekannten planungsrelevanten Informationen eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der Arten durchgeführt.</p> <p>Der Planverband räumt zwar ein, dass die Planung lediglich auf „bekannten planungsrelevanten Informationen und einer überschlägigen Prognose der Arten“ beruht. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Unvollständigkeit der Informationen und Daten eingeräumt wird. Dessen ungeachtet unternimmt der Planungsverband aber keine weiteren Aktivitäten, diese mehr als unsichere und oberflächliche Datenlage durch eine ordnungsgemäße artenschutzrechtliche Prüfung zu beseitigen.</p> <p>Der Planungsverband ist dementsprechend aufzufordern, für die oben genannten Potentialflächen eine ordnungsgemäße und fachlich korrekte umfassende artenschutzrechtliche Prüfung vorzunehmen.</p> <p>Es liegen Berichte von Gewährsleuten vor, die entgegen den Aufzeichnungen des LUBW geschützte und windkraftrelevante Vogelarten nachweisen. So die Sichtungen des[Name anonymisiert]</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gestern (2.5.2025) konnten wir ca. 40 Rotmilane an diesem Ort zählen 47°57'56.9"N 9°29'15.2"E. Wir sind uns sicher, dass auch im Bereich der geplanten Anlagen sich Rotmilanhorste befinden, welche bis dato nicht berücksichtigt wurden.</p> <p>Bereits im Vorfeld wurden diverse Sichtungen vorgenommen: In diesem Zuge haben wir 2015 in Zusammenarbeit mit zwei Ornithologen 7 Rot,- und Schwarzmilanorste kartiert.</p> <p>Abbildung in der Anlage</p> <p>Abbildung in der Anlage</p>		
IV. 10122	701	<p>III. entgegenstehender Belang des Landschaftsschutzes/Waldschutzes</p> <p>Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen.</p> <p>Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB.</p> <p>Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der streitgegenständlichen Fläche zerstört.</p> <p>Der Regionalplaner beruft sich bezüglich des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung auf ein Gutachten des Büros PAN. Allerdings nimmt dieses Gutachten zu der Gesamtregion Stellung. In mehreren Karten werden die möglichen entgegenstehenden Belange dargestellt.</p> <p>Allerdings kann aus den Karten nicht entnommen werden, welche Belastungen auf die einzelnen Potentialflächen entfallen. Ergebnisse können nur erahnt werden.</p> <p>Der Regionalplaner gibt in den Tabellen der Gesamtübersicht der Potentialflächen lediglich</p>	<p>Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, s. Anlage zur Begründung des Teilregionalplans sowie durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für Windenergienutzung sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung, s. Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Der Regionalverband hat das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie). Aus Sicht des RVBO ist der Detaillierungsgrad aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung ausreichend. Der RVBO plant keine Standorte für Windenergieanlagen, nur Gebiete. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.</p> <p>Für jedes Vorranggebiet für Windenergienutzung wurden anhand des o.g. Gutachtens und weiterer Parameter zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert (s. Umweltbericht Entwurf des</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ein Ergebnis mit wenigen Worten bekannt. Dies kann aber nicht überprüft werden.</p> <p>Insoweit ist der Regionalplaner aufzufordern den Gutachter zu veranlassen, für jede Potentialfläche konkret die Belastung unter dem Blickwinkel des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung ausführlich aufzuzeigen.</p> <p>Die Regionalplanung enthält folgenden Grundsatz, der bei der Beurteilung der Fläche zu beachten ist:</p> <p>3.1.1 Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen  G Die Entwicklung der Region Bodensee-Oberschwaben und damit auch die Nutzung ihrer Freiräume als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum  - soll in Einklang mit dem natur- und kulturräumlichen Charakter ihrer Landschaft stehen,  - muss die dauerhafte Nutzbarkeit ihrer natürlichen Ressourcen gewährleisten,  - darf die Leistungsfähigkeit und das natürliche Regenerationsvermögen ihres Natur- und Landschaftshaushaltes nicht nachhaltig beeinträchtigen.  Die Freiräume der Region sind diesen Grundsätzen entsprechend zu entwickeln, vor einer unverhältnismäßigen Inanspruchnahme zu schützen und falls notwendig zu sanieren.</p> <p>Biotopverbund</p> <p>Unter „Vorranggebiet für besondere Waldfunktion, Vorranggebiet für Naturschutz + Landschaftspflege“ ist ein funktionierender ?Biotopverbund? überlebensnotwendig!  In einem zusammenhängenden Netz ökologisch bedeutsamer Freiräume ist es den Arten möglich, sich neue, klimatisch geeignetere Lebensräume mit einer ausreichenden Größe und Ausstattung zu erschließen. Nur so ist auch der für den Fortbestand der Arten notwendige Austausch zwischen verschiedenen Populationen und Vorkommen gewährleistet.  Das BMUV sieht den Biotopverbund wie folgt:  „Mit dem Biotopverbund, beziehungsweise der Erhaltung von Grünstrukturen zwischen Biotopen, wird das Überleben von Tier- und Pflanzenarten in der</p>	<p>Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betriebs von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Bei den in den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie/ bei dem in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung und unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte der Windenergienutzung gegenüber dem Schutz des Orts- und Landschaftsbildes der Vorrang eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die Ausführungen zur Notwendigkeit eines funktionierenden Biotopverbunds und die Zitat aus dem Bundesprogramm Wiedervernetzung sowie des BMUV werden zur Kenntnis genommen.  Die Ausführungen zu Vorranggebieten Naturschutz und Landschaftspflege sowie Vorrang- und Vorbehaltsgebieten zur Sicherung von Wasservorkommen werden zur Kenntnis genommen. Im in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie liegen keine Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete zur Sicherung von Wasservorkommen vor.  Zur Beeinträchtigung des Biotopverbunds durch das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie: Zum Thema Biotopverbundfunktion von Wäldern wird im Umweltbericht zum 1. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie ausgeführt: "Da die potenziellen Vorranggebiete [Windenergie] überwiegend in Waldflächen liegen, gibt es zahlreiche Überlagerungen mit Verbundräumen des regionalen Biotopverbundes, die auf Grund ihres Entwicklungspotenzials und/oder ihrer Lage</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>intensiv genutzten Kulturlandschaft gesichert. Damit haben die Arten die Möglichkeit ihren Lebensraum zu wechseln. Der genetische Austausch wird sichergestellt. Zur dauerhaften Sicherung der Populationen müssen Tiere und Pflanzen die Möglichkeit haben, zwischen Gebieten zu wechseln und sich in neuen Lebensräumen zu etablieren. Kernelemente des Biotopverbunds sind insbesondere Schutzgebiete wie Nationalparke, Biosphärenreservate oder Natura 2000-Gebiete. Sie liegen oftmals räumlich isoliert voneinander. Die Möglichkeiten für die Arten, zwischen diesen geschützten Gebieten zu wechseln, können durch Vernetzungsmaßnahmen optimiert werden. Deshalb werden Schutzgebiete ebenso wie Flächen außerhalb von Schutzgebieten, die als Lebensraum geeignet sind, über Lebensraumkorridore verbunden. Der Biotopverbund spiegelt sich u.a. im „Das Bundesprogramm Wiedervernetzung“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)) wider. In „A.1 Bedeutung und Gefährdung der biologischen Vielfalt“ wird die Bedeutung dargelegt: „Biologische Vielfalt ist eine wesentliche Grundlage für das Leben und die Gesundheit der Menschen. Um die Ökosystemdienstleistungen der Natur auch für zukünftige Generationen zu gewährleisten, sollten möglichst alle Arten in ihrer genetischen Vielfalt und in der Vielfalt ihrer Lebensräume erhalten bleiben, zumal ihre jeweiligen Funktionen im Naturhaushalt und ihr Nutzen für die Menschen in ihren Details heute noch nicht alle erkannt sind. Die Bundesregierung sieht die Bewahrung der Schöpfung auch als ethische Verpflichtung an.“ Die Zerschneidung von Lebensräumen, welche durch verschiedene Baumaßnahmen (Wohnungs-, Industriebau, Verkehrsinfrastruktur, Energiegewinnungsanlagen) verursacht werden, sind für die erheblichen Verinselungen und Verschlechterungen der vorhandenen Lebensräume für Tiere und Pflanzen verantwortlich. Durch diese</p>	<p>der Vernetzung der Kernflächen dienen. Da Windenergieanlagen in der Regel keine Barriere im Biotopverbund darstellen, ist nicht mit erheblichen Konflikten zu rechnen. Da die Verbundräume jedoch auch hohes Potenzial als Flächen für nationale Artenhilfsprogramme gem. § 45d BNatSchG besitzen, sollte eine großräumige Überlagerung mit Vorranggebieten unterbleiben. Zwar liegt mit insgesamt ca. 4.280 ha nahezu die Hälfte der Fläche der potenziellen Vorranggebiete in Verbundräumen, bezogen auf die gesamte Region entspricht dies jedoch nur einem Anteil von 5 % aller Verbundräume (insg. ca. 81.860 ha Verbundräume des regionalen Biotopverbundes in der Region). Damit bleibt auch weiterhin in ca. 95 % der Verbundräume der Region die Umsetzung der o.g. Artenhilfsprogramme möglich.“ Es sei darauf hingewiesen, dass sich diese Aussage aus dem Entwurf des Umweltberichts zum Satzungsbeschluss auf die potenziellen VRG Windenergie bezieht, d.h. nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgte Flächen inkludiert sind. Bei der Betrachtung der im Entwurf zum Satzungsbeschluss tatsächlich ausgewiesenen Vorranggebiete Windenergie dürfte sich dieser Anteil nochmals deutlich reduzieren. Zur Vereinbarkeit mit der EU-Biodiversitätsstrategie: Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna sind im Planungskonzept über Ausschluss- und Konfliktkriterien (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss, sowie die Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Teilregionalplans Energie) sowie in der strategischen Umweltprüfung, der Natura-2000-Vorabprüfung und der artenschutzrechtlichen Prüfung (s. Umweltbericht Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss) berücksichtigt. Für jedes Vorranggebiet Windenergie und Alternativflächen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt“ untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Barrierewirkung wird der</p> <p>(genetische) Austausch unter den/innerhalb Populationen stark beeinträchtigt. Ebenso wird die Besiedlung neuer Lebensräume durch diese Maßnahmen erheblich gemindert. Der genetische Austausch der Tier- und Pflanzenarten wird massiv gestört, was schlussendlich zu erheblichen Verlusten/Artenschwund in diesen Bereichen führt. Blick auf EU-Biodiversitätsstrategie für 2030</p> <p><b>BIOLOGISCHE VIELFALT – DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF</b>  „Von den großen Regenwäldern der Welt bis hin zu kleinen Parks und Gärten, vom Blauwal bis hin zu mikroskopischen Pilzen: Biodiversität ist die außergewöhnliche Vielfalt des Lebens auf der Erde. Wir Menschen sind Teil dieses lebendigen Netzes und komplett davon abhängig, denn es gibt uns die Nahrung, die wir essen, filtert das Wasser, das wir trinken, und liefert die Luft, die wir atmen. Die Natur ist für unser psychisches und physisches Wohlergehen ebenso wichtig wie für die Fähigkeit unserer Gesellschaft, globalen Veränderungen, Gesundheitsbedrohungen und Katastrophen standzuhalten. Wir brauchen Natur in unserem Leben. Die Gesundheit und die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften hängen davon ab, dass der Natur der erforderliche Raum gegeben wird. Die beendete COVID-19-Pandemie macht den Schutz und die Wiederherstellung der Natur dringlicher. Durch die Pandemie wurde das Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen unserer eigenen Gesundheit und der Gesundheit der Ökosysteme geschärft. Sie zeigt, dass nachhaltige Lieferketten und Verbrauchsmuster erforderlich sind, die die Belastungsgrenzen unseres Planeten nicht überschreiten. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass das Risiko des Auftretens und der Ausbreitung von Infektionskrankheiten steigt, wenn die Natur zerstört wird. Der Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und gut funktionierender Ökosysteme sind daher von entscheidender Bedeutung, unsere Widerstandsfähigkeit</p>	<p>Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.</p> <p>Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie steht damit in keinem Widerspruch zu den Zielen des Biotopverbunds und der Sicherung der Biodiversität. Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbaren Energien der Vorrang eingeräumt.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die geänderte Abgrenzung des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Zum Wildtierkorridor wird auf die Ausführungen in der Anlage B.3 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen. Die dortige Abwägung gilt weiterhin und auch für das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie.</p> <p>Zu Wasserschutzgebieten wird auf die Ausführungen in der Anlage B.2 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen. Die dortige Abwägung gilt weiterhin und auch für das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie.</p> <p>Eine Änderung der Abgrenzung des Vorranggebiets aufgrund der Betroffenheit des Wildtierkorridors und der Wasserschutzgebiete ist nicht gegeben.</p> <p>In der Einwendung wird zudem auf vermeintliche Widersprüche im Steckbrief zum in der Anregung genannten Vorranggebiet hingewiesen und es wird konstatiert, dass die Umweltprüfung ein falsches Ergebnis habe und das Ergebnis der Naturschutzbelange sowie die Beeinträchtigung des Bodens, des Wassers, des Klimas und der Landschaft unterschwellig behandle.</p> <p>Diesem Einwand kann nicht gefolgt werden. Widersprüche im Steckbrief oder ein falsches Ergebnis liegen nicht vor; die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzrechtlichen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>zu stärken und das Auftreten und die Ausbreitung künftiger Krankheiten zu verhindern.“</p> <p>„Die biologische Vielfalt ist auch für die Gewährleistung der Ernährungssicherheit in der EU und weltweit von entscheidender Bedeutung. Der Verlust an biologischer Vielfalt bedroht unsere Lebensmittelsysteme und setzt unsere Ernährungssicherheit und Ernährung aufs Spiel. Die biologische Vielfalt bildet ferner die Basis für eine gesunde und nährstoffreiche Ernährung und verbessert die Existenzgrundlagen im ländlichen Raum und die Produktivität</p> <p>der Landwirtschaft. So sind beispielsweise mehr als 75 % der weltweiten Lebensmittelskulturen auf die Bestäubung durch Tiere angewiesen.“</p> <p>Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft überlagern sich mit den Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Grundwasser/Trinkwasser, welches eine zentrale Rolle in Bezug auf ausreichendes und nutzbares Trink-/Grundwasservorkommen darstellt. Die Menge und Qualität von Grund – u. Oberflächengewässern, welche für die Trinkwassergewinnung genutzt werden kann, ist dabei verstärkt zu berücksichtigen und in Bezug auf die Menge zu erhöhen, da lt. Regionalplan RVBO eine Erhöhung der Bevölkerungszahl und Gewerbe- u. Industrieansiedlung geplant sind. Quelle: RO-R-1, Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel</p> <p>48 % der Fläche (312 ha) wird von einem Wildtierkorridor durchzogen.</p> <p>„Der General-Wildwegeplan kreuzt sowohl das Vorranggebiet WEA-437-003, als auch das Vorranggebiet WEA-437-002. Die Bedeutung des Wildtierkorridors wurde mit nationaler Bedeutung ausgewiesen. Auf der Karte in lila eingezeichnet.“</p>	<p>Prüfungen erfolgen auf Basis einer stringenten Methodik, welche im Umweltbericht inkl. der Wirkfaktoren genau dargelegt sind und welche Konflikte zwischen potenziellen Vorranggebieten Windenergie und Umweltbelangen darlegt und bewertet. diese Methodik wurde bei allen potenziellen Vorranggebieten Windenergie einheitlich angewendet. Die Strategische Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und ausreichende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung. Auf den Umweltbericht zum Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss wird verwiesen.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Abbildung in der Anlage		
		Biotopverbund Offenland ink,I. Generalwildwegeplan		
		Abbildung in der Anlage		
		Bereits die Gebietscharakteristik (Steckbrief) des Umweltberichts weist Widersprüche auf. So soll laut Ergebnis der strategischen Umweltprüfung das Vorhaben zu keinen oder nur zu wenigen erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern führen. Gleiches soll als Ergebnis der Prüfung Flora, Fauna, Biologische Vielfalt der Fall sein.		
		Gleich im Anschluss wird aber als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfungen ausgeführt, dass Artenschutzbelange in Gestalt bekannter Vorkommen von windkraftsensiblen Arten (Rotmilan) betroffen sind. Hinzu kommen Biotope, FFH-Mähwiesen, Naturdenkmale (5,5 ha, 1 %), Kernflächen und Kernräume des regionalen und des landesweiten Biotopverbundes (6,5 ha, 1 %) und Verbundräume des regionalen Biotopverbundes (634 ha, 98 %).		
		Auch dies wird dann gleich wieder relativiert durch eventuell mögliche Vermeidungsmaßnahmen oder Minimierung bzw. Ausgleich nachteiliger Wirkungen.		
		Dies wird dann letztlich zum Anlass genommen, die Fläche bedingt als Vorranggebiet geeignet zu bezeichnen, da die sogenannten Eignungskriterien höher bewertet werden als vorhandene Konflikte.		
		Tatsache ist jedoch, dass die Konflikte im Rahmen der Regionalplanung weder ausgearbeitet noch korrekt bewertet werden.		
		Dieses falsche Ergebnis kommt schon dadurch zustande, dass sowohl das Ergebnis der strategischen Umweltprüfung als auch das Ergebnis der Naturschutzbelange ebenso unterschwellig behandelt werden wie die Beeinträchtigung des Bodens, des Wassers, des		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Klimas und der Landschaft.		
IV. 10122	702	<p>IV. entgegenstehender Belang des Wasserschutzes</p> <p>Voran geschickt sei, dass der Wasserschutz zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Grundwasserreserven und deren Gefährdung rücken mehr und mehr in den Fokus. Dem wird zunächst eine Zielvorgabe im Regionalplan zumindest teilweise gerecht:</p> <p>(3) Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen sind in Vorranggebieten zur Sicherung von Grundwasservorkommen nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn eine</p> <p>Beeinträchtigung der Grundwasservorkommen nachweislich ausgeschlossen werden kann und das Vorhaben der Ausweisung von Wasserschutzgebieten der Zone I nicht erheblich entgegensteht. Dies gilt auch bei der Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie. Sodann erfolgt aber wie bei den anderen Schutzgütern auch wieder die Relativierung und Vorfahrtsregel für die Windenergie: Die Vorranggebiete sichern Wasservorkommen zum Zwecke der Trinkwassergewinnung als verfassungsrechtlich geschützte Lebensgrundlage des Menschen. Diese Sicherung ist auch aufgrund der Folgen des Klimawandels (z.B. sinkendes Grundwasserdargebot) erforderlich. Die Regelung ist mit dem überragenden öffentlichen Interesse erneuerbarer Energien vereinbar (siehe PS 3.3.1 (3)). Darüber hinaus bestehen außerhalb der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen ausreichend Alternativen für die in § 2 EEG, § 22 KlimaG genannten Vorhaben und Maßnahmen. PS 3.3.1 (3) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen (Definition s. Begründung zu PS 4.2.2) in Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen. Gemäß der Handreichung des Umweltministeriums aus dem Jahr 2023 können Freiflächen-Photovoltaik- und</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Anregung genannte PS 3.3.1 Z (3) aufgrund der im Anhörungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen grundlegend überarbeitet wurde. In der Anregung wird jedoch der Text aus der 1. Offenlage zitiert, welcher nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung ist. Auf den Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie wird verwiesen. So bezieht sich PS 3.3.1 Z (3) 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie und Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss wird ausschließlich auf die Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit den Vorranggebieten Windenergie „Altdorfer Wald – Erbisreuter Wald“ (WEA-436-004), „Altdorfer Wald – Grunder Wald“ (WEA-436-009) und „Altdorfer Wald Süd“ (WEA-436-010). Weitere Überlagerungen von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen liegen im Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben nicht vor. Eine generelle Annahme, dass Wasservorkommen nur in Niederungen anzutreffen sind und Wasserfassungen nur in Talbereichen erfolgen, wie in der Anregung angenommen, wird somit nicht getroffen.</p> <p>Zu WSG I: Gemäß §§ 51ff WHG, § 45 WG BW sowie der Handreichung zu Planung, Bau und Betrieb von Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen in der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten (2023, Hrsg.: Umweltministerium BW) sind WSG I mitsamt einem Vorsorgeabstand von 100 m von Windenergieanlagen freizuhalten. Daher fließen die rechtlich festgesetzten, fachtechnisch abgegrenzten, im Verfahren befindlichen und geplanten WSG I als rechtlicher Ausschluss (A1) mitsamt 100 m Vorsorgeabstand als planerischer Ausschluss (A3) nach dem Planungskonzept des Teilregionalplans Energie Bodensee-Oberschwaben nicht in die Suchräume für Vorranggebiete Windenergie ein. Bekannte geplante WSG I bzw. WSG I im Verfahren sind als planerischer Ausschluss (A3) mitsamt 100 m Vorsorgeabstand (K1) ebenfalls kein Bestandteil der Suchräume (vgl. Erläuterung Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windenergieanlagen unter bestimmten Voraussetzungen mit der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten vereinbar sein. In der Schutzzone I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassung) inkl. einem Vorsorgeabstand von 100 m hingegen sind diese Anlagen ausgeschlossen. In den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist ohne detaillierte Untersuchungen i.d.R. nicht absehbar, wo zukünftig Schutzzonen I und II ausgewiesen werden können. Daher sind Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen in diesen Vorranggebieten nicht pauschal ausgeschlossen. Um die Zulässigkeit und Unbedenklichkeit von solchen Vorhaben bzw. Nutzungen sicherzustellen, sind entsprechende Nachweise zu erbringen, z.B. durch vertiefende hydrogeologische Untersuchungen. Bei Windenergieanlagen muss insbesondere sichergestellt werden, dass durch den Eingriff in den Boden (Betonfundament der Windenergieanlage, Kabel, Zuwegung) keine grundwasserführenden Schichten beeinträchtigt werden. Zudem sind die o.g. Handreichung des Umweltministeriums BW und die Tabelle B7 zu den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen in dieser Begründung heranzuziehen. Dabei ist zu unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &lt; 100 ha, bei denen wenige Standorte für ein Wasserschutzgebiet Zone I zur Verfügung stehen, sind Vorhaben wie Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen mit dem Schutzzweck der Vorranggebiete nicht vereinbar</li> <li>• In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &gt; 100 ha können Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen zugelassen werden, wenn die oben genannten Nachweise erbracht werden und sichergestellt ist, dass ausreichend Flächen für die Ausweisung von WSG I verbleiben. Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen sind zurückzubauen, wenn eine Fläche</li> </ul>	<p>Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Zu WSG II: Die Nutzung der Windenergie ist in WSG II gem. der o.g. Handreichung grundsätzlich möglich. Sie müssen daher nicht auf regionalplanerischer Ebene von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie ausgeschlossen werden (s. auch OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23. Mai 2019, OVG 2 A 4.19, OVG Magdeburg, Urteil vom 21.10.2015). Wirkungen auf Grundwasservorkommen und etwaige Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ergeben sich aus der speziellen Situation an den potenziellen Standorten für Windenergieanlagen und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit ist im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens sicher zu stellen.</p> <p>Zu WSG III: In WSG III fällt das Gefährdungspotenzial aufgrund der weiteren Entfernung zur Wassergewinnungsanlage in der Regel deutlich geringer aus. I.d.R. ist kein Konflikt mit Windenergieanlagen zu erwarten, wenn das Austreten wassergefährdender Stoffe vermieden wird. Daher werden Wasserschutzgebiete der Zone III im Planungskonzept zum Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben nicht von Vorranggebieten Windenergie ausgeschlossen oder als Konfliktkriterium behandelt (vgl. Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurf Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Zu Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen: In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen sind solche Vorhaben unzulässig, die einer späteren Ausweisung als Wasserschutzgebiete Zone I (WSG I) und II (WSG II) entgegenstehen können. Dies ist in PS 3.3.1 Z (2) festgelegt. Überlagerungen von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie liegen ausschließlich in den Vorranggebieten Windenergie „Altdorfer Wald – Erbisreuter Wald“ (WEA-436-004), „Altdorfer Wald – Grunder Wald“ (WEA-436-009)</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>innerhalb eines Vorranggebietes zur Sicherung von Wasservorkommen für die Ausweisung eines WSG I benötigt wird.</p> <p>Durch diese Regelung wird dem § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und §§ 20-22 KlimaG Rechnung getragen und gleichzeitig der Schutz von Grundwasservorkommen, auch im Sinne der Klimawandelanpassung, sichergestellt. Aufgrund der Größe der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen, der aus physikalischen Gründen notwendigen Abstände von Windenergieanlagen zueinander (Turbulenzen) und der Tatsache, dass Windenergieanlagen tendenziell eher auf Höhenrücken positioniert werden und Wasserfassungen eher in Talbereichen, ist davon auszugehen, dass ausreichend Fläche und genügend Positionierungen für mögliche Schutzzonen I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassungen) verbleiben. Daher besteht eine grundsätzliche Vereinbarkeit der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen mit diesen Vorranggebieten Windenergie. Zum Nachweis der Unbedenklichkeit konkreter Standorte für Windenergieanlagen innerhalb dieser Vorranggebiete Windenergie sind vertiefende hydrogeologische Untersuchungen auf nachgelagerter Planungsebene erforderlich.</p> <p>Der Steckbrief verweist ausdrücklich auf folgende Wasserschutzgebiete:</p> <p>WSG "Eschendorf", WSG "Jettkofen", WSG "Wagenhausertal II", alle Zone 3</p> <p>(596 ha, 93 %)</p> <p>Eine Übersicht der Wasserschutzgebiete sind auch abrufbar unter LUBW Kartendienste: <a href="https://udo.lubw.badenwuerttemberg.de/public/pages/map/default/index.xhtml?mapId=5ded222e-1e4f-4d91-b5e2-">https://udo.lubw.badenwuerttemberg.de/public/pages/map/default/index.xhtml?mapId=5ded222e-1e4f-4d91-b5e2-</a></p>	<p>und „Altdorfer Wald Süd“ (WEA-436-010) vor und sind im PS 3.3.1 Z (3) des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie geregelt. Gemäß PS 4.2.1 Z (3) Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss hat bei dieser Überlagerung der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen. Dies ist möglich, ohne dass das Schutzziel der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen (Sicherung von Flächen für mögliche spätere Ausweisungen von Wasserschutzgebieten der Zone I und II), erheblich beeinträchtigt wird. Dies liegt einerseits daran, dass Wasserschutzgebiete der Zone II Windenergieanlagen nicht grundsätzlich entgegenstehen (s. Handreichung des Umweltministeriums zur Planung und zum Bau von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten der Zone II (2022)) und andererseits daran, dass sowohl Wasserschutzgebiete der Zone I (Trinkwasserfassungen) als auch Windenergieanlagen in der Regel einen geringen Platzbedarf haben und aufgrund der erforderlichen Turbulenzabstände zwischen Windenergieanlagen ausreichend große Räume für die Errichtungen von Trinkwasserfassungen verbleiben. Zudem ist davon auszugehen, dass in den betroffenen Überlagerungsfällen von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen aufgrund der unterschiedlichen Standortanforderungen Windenergieanlagen eher auf Höhenrücken und Trinkwasserfassungen eher in Tallagen positioniert werden (vgl. Begründung zu PS 3.3.1 Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Zur möglichen Gefährdung durch Schadstoffe, die bei Havarie ins Grundwasser gelangen können: Dieser Aspekt bezieht sich auf potenzielle Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben können. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Ein Erfordernis, möglicherweise betroffene</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>8f7b594f38a2&amp;repositoryItemGlobalId=.Wasser.Grundwasser+und+Wasserschutzgebiete.Wasserschutzgebiete.wasserschutzgebiete.layer&amp;mapSrs=EPSG%3A25832&amp;mapExtent=518079.06338829285%2C5306351.864352136%2C540991.954413344%2C5318620.300203822</p> <p>Auch ist bei den Auswirkungen auf den Wasser-, aber auch den Wald- und Naturschutz die Auswirkungen durch den Abrieb von Mikroplastik und Carbonfasern zu berücksichtigen. Entsprechend der Quelle: Westfalenpost „Klage gegen Mega-Windräder“ vom 22.01.2024 entsteht in etwa 100 kg Abrieb pro Windrad/Jahr, das ergibt bei 15 geplanten Windkraftanlagen in 20 Jahren ca. 30.000 kg Abrieb. Die Auswirkungen auf den Boden und das Trinkwasser wurden bisher nicht berücksichtigt.</p> <p>Weitere Quellenangaben:  <a href="https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd8610b/WD-8-077-20-pdf-data.pdf">https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd8610b/WD-8-077-20-pdf-data.pdf</a> </p> <p>und</p> <p><a href="https://www.windbranche.de/news/nachrichten/artikel-25242-fraunhofer-iwes-sagt-erosion-von-windkraftanlagen-den-kampf-an">https://www.windbranche.de/news/nachrichten/artikel-25242-fraunhofer-iwes-sagt-erosion-von-windkraftanlagen-den-kampf-an</a></p> <p>und</p> <p><a href="https://www.iwes.fraunhofer.de/de/presse_medien/archiv-2017/regeneration-an-rotorblättern-effektiv-vorbeugen.html">https://www.iwes.fraunhofer.de/de/presse_medien/archiv-2017/regeneration-an-rotorblättern-effektiv-vorbeugen.html</a>.  Blade Care, DWT, Fraunhofer IWES (Koordinator) Fraunhofer IZFP, Freilacke, Jadewind, Nordex, Ocean Breeze, Senvion.  <a href="https://www.iwes.fraunhofer.de/de/forschungsprojekte/aktuelle-projekte/beleb.html">https://www.iwes.fraunhofer.de/de/forschungsprojekte/aktuelle-projekte/beleb.html</a>. </p> <p>und</p> <p><a href="https://www.ict.fraunhofer.de/content/dam/ict/de/documents/medien/ue/UE_klw_Poster_Recycling_von_Windkraftanlagen.pdf">https://www.ict.fraunhofer.de/content/dam/ict/de/documents/medien/ue/UE_klw_Poster_Recycling_von_Windkraftanlagen.pdf</a></p>	<p>Flächen bereits auf regionalplanerischer Ebene von potenziellen Vorranggebieten Windenergie auszuschließen, entsteht dadurch nicht.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Diesbezüglich sei darauf hingewiesen, dass Windkraftanlagen im Fall einer Havarie massive Umweltschäden auslösen. Selbst die Schutzeinrichtungen wie beispielsweise Ölwannen und dergleichen sind nicht in der Lage, die ungeheure Menge an Ölen aufzufangen, sodass das Grundwasser und Trinkwasser nachhaltig verseucht wird. Auch im Fall eines Brandes gelangen giftige Schadstoffe insbesondere durch das Löschwasser in das Grundwasser und Trinkwasser. Aus guten Gründen ist deshalb in Gebieten der Schutzzonen I und II ein absolutes Verbot derartiger Anlagen auszusprechen. Dies gilt selbst für die Schutzzonen III, da diese Gebiete als Einzugsgebiete der Zonen I und II gelten. Gelangen Schadstoffe im Bereich der Schutzzonen III in das Grundwasser, gibt es keine Möglichkeit, die Zonen I und II vor diesen Schadstoffen zu schützen.</p> <p>Die Verlagerung sogenannter vertiefender hydrogeologische Untersuchungen auf die nachfolgenden Planungsebenen bzw. das Genehmigungsverfahren ist aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Insgesamt verweist der Planer auf die „weiteren Planungsebenen“. Die Regionalplaner können sich aber nicht darauf berufen, eine nähere Überprüfung entgegenstehender Belange nach § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB sei in diesem Stadium unzumutbar.</p> <p>Dementsprechend verweise ich auf das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295, das für die Regionalplanung gilt mit folgendem Inhalt: "Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>soweit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann.”</p> <p>Dies bedeutet im Klartext, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden.</p> <p>Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange.</p> <p>Grundsätzlich müssen solche Planungen unterbleiben, auf deren Grundlage wegen entgegenstehender Belange des § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB im späteren Verfahren keine Genehmigung erteilt werden kann und darf.</p>		
IV. 10122	703	<p>V. Flugsicherung/Militärische Belange</p> <p>Der Bereich Bolstern dient der Bundeswehr als Übungsgebiet[Inhalt anonymisiert] Dies deckt sich mit Beobachtungen meiner Mandantschaft.</p> <p>Abbildung in der Anlage Meine Mandantschaft wurde durch die Stadtverwaltung Bad Saulgau insoweit unterrichtet, dass Unterlagen zum Thema Bundeswehr und Überflüge direkt dem Landratsamt übergeben werden.</p>	<p>Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (s. Synopse zur 1. Anhörung, Az. II.580) verwiesen. Auch bei der Festlegung des genannten VRG Windenergie sind militärische Belange ausreichend berücksichtigt worden. In der 2. Offenlage wurden zum in der Anregung genannten Vorranggebiet keine Bedenken vonseiten der Bundeswehr vorgebracht (s. Stellungnahme der Bundeswehr zur 2. Offenlage, Az. II.580)</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10122	704	<p>VI. mangelnde Windhöffigkeit</p> <p>Besonders hinzuweisen ist auf die mangelnde Windhöffigkeit bzw. die unzureichenden Werte Energiedichte.</p>	<p>Bezüglich des Windatlases Baden-Württemberg 2019 als Datengrundlage und des Vergleichs mit dem Windatlas Bayern wird auf die Anlage B.1 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich der Frage, ob die Windleistungsdichte in den genannten Gebieten für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ausreichend ist, wird auf die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>In den Steckbriefen wird zwar darauf hingewiesen, dass eine ausreichende Windhöffigkeit zum Betrieb von Windkraftanlagen vorhanden sei. Dies ist aber sehr infrage zu stellen. Bereits in den letzten 20 Jahren galt das gesamte Gebiet und die gesamte Region als windschwach. Eine Windkraftnutzung wurde stets aufgrund dieser mangelnden Windhöffigkeit nicht wahrgenommen und auch nicht projektiert. Aufgrund der neuen Gesetzgebung sehen sich offensichtlich die Landesregierung und die Regionalverbände veranlasst, ohne größere Rücksicht auf Windhöffigkeit oder Energiedichte Flächen zu akquirieren. Ein „überragendes öffentliches Interesse an der Einrichtung der Windenergie“ findet jedenfalls dann nicht statt, wenn letztlich nur mäßige Stromerträge voraussehbar sind in diesem Fall überwiegend die entgegenstehenden Belange, wie sie oben dargestellt wurden.</p> <p>Vorgelegt wird in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme der Wetterstation Nienburg, die im Auftrag des Vereins BREMN e.V. eine „Analyse der vorherrschenden Windparameter des Jahres 2013 in Waldburg/725 m ü. NN mit Aufschlüsselung nach Windhöffigkeit in Zeiteinheiten auf 200 m Höhe über Grund“ erstellt haben.</p> <p>Dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich an 150 Tagen im Jahr (31,5 %) die geplanten Windkraftanlagen mit mehr oder weniger gutem Ertrag im Gemeindegebiet Waldburg Strom erzeugen können. Hierbei muss aber beachtet werden, dass ein Einstiegswert von 3,0 m/s schon als Ertrag gewertet wurde.</p> <p>Berücksichtigt man aber realistisch, dass Werte zwischen 3,0 und 4,99 m/s nicht als nennenswerter Ertrag zu rechnen sind, verbleibt lediglich ein Wert von 45 Tagen im Jahr mit einer Windgeschwindigkeit von über 5,0 m/s.</p> <p>Anlage: Analyse der vorherrschenden Windparameter des Jahres</p>	<p>Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage Teil E.2 zur Windleistungsdichte verwiesen. Zur Potenzialanalyse der LUBW: Die in der Anregung genannte Potenzialanalyse der LUBW hat Flächen ab einer mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m Höhe von 215 W/m² betrachtet. Im Hinweisschreiben des Umweltministeriums zu den Auswirkungen des neuen Windenergieerlasses auf behördliche Entscheidungen vom 27. Mai 2019 wird empfohlen, als Orientierungswert, ab dem ein Standort für eine Windenergienutzung als ausreichend windhöffig angesehen werden kann, einen Wert von 215 W/m² (mittlere gekappte Windleistungsdichte in 160 m über Grund) zu Grunde zu legen. Sofern „die Erreichung der Teilflächenziele nach Windenergieflächenbedarfsgesetz“ aufgrund mangelnder Windpotenziale „ansonsten nicht möglich ist“, soll eine Unterschreitung des Orientierungswertes erfolgen (Schreiben des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 11. November 2022). „Infolge der Aufskalierung der Anlagentechnik sowie aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen des EEG 2023“ bestehen danach „inzwischen auch auf Standorten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale bzw. Möglichkeiten für die Windenergienutzung.“ Aus Sicht des Regionalverbands war es erforderlich, auch Flächen ab einer Windleistungsdichte von 190 W/qkm in die Kulisse der Vorranggebiete Windenergie aufzunehmen. Dies ist bei der in der Anregung genannten Fläche der Fall. Flächen kleiner 190 W/m² in 160 m Höhe wurden im Planungsprozess lediglich vereinzelt als Vorranggebiet festgelegt, s. Anlage E.2 zur Synopse 2. Offenlage.</p> <p>Die möglichen Auswirkungen des Kiesabbaus und der damit verbundenen Veränderungen auf die Morphologie auf die Windhöffigkeit können auf regionalplanerischer Ebene nicht beurteilt werden. Diese alleinige Möglichkeit einer verminderten Windhöffigkeit reicht allerdings nicht aus, um die Nutzbarkeit des Vorranggebiets bereits auf regionalplanerischer Ebene auszuschließen. die weitere Prüfung des Sachverhalts folgt auf Projektebene, wenn anlagebedingte Eigenschaften der WEA feststehen. Eine Streichung des in der Anregung genannten Vorranggebiets bzw. der in der Anregung genannten Vorranggebiete aufgrund dieser potenziell vorhandenen Möglichkeit ist daher aus Sicht des Regionalverbands nicht geboten.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2013 in Waldburg/725 m ü. NN mit Aufschlüsselung nach Windhöffigkeit in Zeiteinheiten auf 200 m Höhe über Grund – als Anl. 2</p> <p>Anlage: Annäherung kWh-Ertragsberechnung Windkraftanlagen Altdorfer Wald – als Anl. 3</p> <p>Selbst der Wert von 5,0 m/s galt nach dem ursprünglichen Windenergieerlass Baden- Württemberg als nicht ertragreich. Der damalige Windenergieerlass sah eine Mindestgeschwindigkeit von 5,5 m/s vor. Hieraus ergibt sich die klare Schlussfolgerung, dass die gesamte Region für Windkraftanlagen absolut ungeeignet ist. Dies gilt auch für Windkraftanlagen mit höherer Gesamthöhe, weil sich insoweit die Windgeschwindigkeiten nicht wesentlich erhöhen und zu einem höheren Ertrag führen können.</p> <p>Es kann auch nicht nachvollzogen werden, dass plötzlich Studien vorgelegt werden, die eine höhere Windgeschwindigkeit bescheinigen sollen. Ganz im Gegenteil ist in den letzten Jahren festzustellen, dass die jährlichen Windgeschwindigkeiten abnehmen.</p> <p>Die jetzt dargestellten Werte in Baden-Württemberg sind auch deshalb als unrealistisch zu werten, weil sie in keiner Weise mit jenen Werten entlang der Grenze zur Bayern korrespondieren.</p> <p>Die nachfolgende Aufstellung beweist, dass die jetzigen Darstellungen der Energiedichte in Baden-Württemberg unrealistisch sind. Diese korrespondiert weder mit den alten Messwerten in Baden-Württemberg noch mit den Feststellungen direkt über der Landesgrenze nach Bayern.</p> <p>Vorgelegt wird deshalb die Untersuchung „der Windatlas Baden-Württemberg 2019 und der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bayerische Atlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze“.</p> <p>Anlage: „Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 und der bayerische Atlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze“ – als Anl. 4</p> <p>Die Gutachter kommen zu der Schlussfolgerung:</p> <p>Der Vergleich der Kennzahlen aus den beiden Windatlassen dies- und jenseits der badenwürttembergisch-bayerischen Landesgrenze zur Windhöffigkeit der untersuchten Standorte weist drastische Unterschiede auf. Einzelne Kennzahlen von Standorten unterscheiden sich um fast einen Faktor 2. Eine sachlich-physikalisch-geographische Erklärung kann nicht plausibel gegeben werden. Dies wird deutlich anhand der Auswertung der mittleren Windgeschwindigkeiten gemessen vom Deutschen Wetterdienst, welche eine Stetigkeit der Kennzahl an einem Standort beim Passieren der Landesgrenze aufweisen. Es stellt sich die Frage, ob in den Ergebnissen der Windatlas eine zu große systematische Ungenauigkeit vorliegt. Damit könnten grundsätzlich und prinzipiell überall im Land systemische Mängel unbekannter Größe im Windatlas vorhanden sein. Damit erscheinen der Windatlas Baden-Württemberg 2019, der damit verknüpfte Potentialatlas des Landes mit den Vorranggebieten und die Feststellung der Flächen zum Erreichen des 1,8 -%-Ziels der laufenden Bestrebungen der Landesregierung zum forcierten Ausbau der Windenergie insgesamt fragwürdig. Offenbar erweist sich die zentrale Stütze der Argumentation, die Windhöffigkeit über die mittlere gekappte Windleistungsdichte anhand des Windatlas festzustellen, als äußerst fragwürdig.</p> <p>Eine 6-jährige Messreihe von der Wetterstation Waldburg (der Ort befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft des geplanten Windparks Altdorfer Wald) in realen Messwerten hochgerechnet auf Nabenhöhe 200 m zeigt ganz klar und eindeutig, dass die Windhöffigkeit</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>in diesem Gebiet nicht annähernd ausreicht, um Schwachwindanlagen vom geplanten Typ Vestas V172-7.2 überhaupt, geschweige denn wirtschaftlich, betreiben zu können.</p> <p>Die Kernaussagen hierzu sind folgende:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-der Jahresdurchschnitt in 200 m über Grund beträgt 2,26 m/s im letzten Messjahr (der 6-jähriger Durchschnitt beträgt = 2,46 m/s über die gesamte Messperiode)</li> <li>-die Einschaltgeschwindigkeit der Vestas 7.2 beträgt &gt; 3 m/s</li> <li>-an ca. 250 Tagen/Jahr bezogen auf die Windhöflichkeit stehen die WKA´s somit still</li> <li>-der Auslastungsgrad liegt rechnerisch in Volllaststunden bei 433 h = 4,9% der tatsächlichen Leistung</li> <li>-die immer wieder berichtete Stromversorgung und Anzahl von bis zu 170.000 Haushalten sind mehr als unrealistisch, sondern gehen aus Unwissenheit und fälschlicherweise von der Nennleistung dieser WKA´s aus.</li> </ul>		
IV. 10122	705	<p>Dies untermauert den obigen Vortrag, dass die gesamte Region für Windkraft ungeeignet ist und die ausgewiesene Potenzialfläche WEA-437-002 zu streichen ist.</p> <p>Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten</p>	Es wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.	Keine Berücksichtigung
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10123	729	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen – Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>Erneute Auslegung WEA-436-010, Altdorfer Wald – Süd</p> <p>beiliegend überreiche die Stellungnahme für meine Mandantschaft.</p> <p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen – Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>Erneute Auslegung WEA-436-010, Altdorfer Wald – Süd</p>	<p>Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Ansonsten bezieht sich die Anregung auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die</p>	Teilweise Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>[Inhalt anonymisiert]</p> <p>A. Ziele und Grundsätze der Regionalplanung</p> <p>Diesbezüglich ist zunächst auf die Begründung des Regionalplans zu verweisen.</p> <p>Dieser enthält folgende grundsätzliche Regelungen:</p> <p>Das Kapitel 4.2 wird in einem gesonderten Verfahren fortgeschrieben (Teilregionalplan Energie). Der vorliegende Entwurf zur Anhörung dieses Teilregionalplans enthält den Entwurf für das Kapitel 4.2 Energie inklusive der damit verbundenen Änderungen in weiteren Kapiteln (1.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2.1, 3.2.2, 3.3.1).</p> <p>Die räumliche Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bodensee-Oberschwaben soll im Einklang mit den naturräumlichen Qualitäten und der kulturellen Tradition der Region stehen.</p> <p>.....und weiter:</p> <p>Z(1) Im Regionalplan sind Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen (kurz: Vorranggebiete Windenergie) festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt. In den Vorranggebieten Windenergie hat die Nutzung der Windenergie einschließlich des Repowerings Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen. Nutzungen, die dem Sicherungszweck nicht widersprechen, sind zulässig, wenn keine sonstigen Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen. Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete Windenergie hinausragen („Rotor-außerhalb-Flächen“).</p> <p>Z (2) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie sind Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen in kommunalen Bauleitplänen unwirksam. Grundsätzlich können im Rahmen der Regionalplanung auch die Nutzung des Plangebiets für Windkraftanlagen und Fotovoltaikanlagen geregelt werden. Vom Grundsatz her ist dies auch zu begrüßen. Allerdings hat das Planungsrecht in Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine maßgebende Änderung erfahren müssen.</p> <p>Das Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg enthielt bis zum Jahr 2011 auch die Möglichkeit, Ausschlussflächen für Windenergieanlagen festzusetzen.</p> <p>Grundsätzlich galt der gesamte Bereich außerhalb der</p>	<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie) sowie den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss inkl. Anlagen verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen zur Nutzung der Windenergie als sogenannte Ausschlussfläche.</p> <p>Ab dem Jahr 2011 konnten die Regionalverbände keine Ausschlussflächen für Windenergieanlagen mehr festsetzen. Dementsprechend gilt seit diesem Zeitraum der Grundsatz, dass alle Flächen in Baden-Württemberg grundsätzlich der allgemeinen Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB unterfallen und damit vom Grundsatz her jede Fläche in Baden-Württemberg der Windkraft zur Verfügung steht. Das wesentliche planungsrechtliche Element der Ausschlussfläche gilt seit 2011 nicht mehr.</p> <p>Nach den Gesetzesänderungen der Bundesregierung durch das Wind-an-Land-Gesetz (WalG) und das WindBG sollen Windeignungsgebiete ausgewiesen werden, die bei Erreichen des Flächenbeitragswerts eines jeden Landes Ausschlusswirkung betreffend der übrigen Landesfläche entfalten sollen.</p> <p>Bis zum Erreichen dieses Flächenbeitragswerts gibt es allerdings keine Ausschlussgebiete.</p> <p>Ungeachtet dessen können die einzelnen Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung zusätzliche Flächen ausweisen, die jedoch als solche keine Ausschlusswirkung entfalten können.</p> <p>Die Bundesregierung hat wiederholt Notverordnungen zur Sicherung des Energiebedarfs erlassen. Dadurch werden insbesondere Einschränkungen durch Naturschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Waldschutz, Denkmalschutz, regionale Grünzüge, Wasserschutz extrem eingeschränkt.</p> <p>Dies alles sind Folgen der maximalen Höherstufung des Ausbaus der Windenergie durch die Verleihung des Prädikats „überragendes öffentliches Interesse“.</p> <p>Diese rechtlichen Vorgänge begegnen jedoch erheblichen rechtlichen Bedenken.</p> <p>Der Gesetzgeber hat in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB jene Gründe ausdrücklich benannt, die der Verwirklichung sogenannter privilegierter Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Durch die Gesetzesänderungen bzw. Erlass der Notverordnung werden</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>diese Schutznormen nahezu bedeutungslos.</p> <p>Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Artenschutzes, Naturschutzes und der Anwohner ausgetragen werden.</p> <p>Im Übrigen sei der Regionalplanung darauf hingewiesen, dass der Regionalplan als solcher grundsätzlich über ein Jahrzehnt und mehr Gültigkeit haben soll, wohingegen die Notverordnung in Kürze auslaufen wird.</p> <p>Unter diesen Gesichtspunkten ist nicht nachvollziehbar, wie das Ziel der Vereinbarkeit zwischen Windkraft und Naturschutz sowie den massiven Einschränkungen der Anwohner erreicht werden soll.</p> <p>Die politischen Vorgaben ignorieren den Naturschutz, Wasserschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Denkmalschutz und die weiteren Schutznormen einseitig zugunsten der Windkraft, wenngleich auch in der Öffentlichkeit anderes behauptet wird.</p> <p>Dies wird besonders in der nachfolgenden Zielvorgabe deutlich:</p> <p>Z (3) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie stehen der Errichtung und dem Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen und erforderlichen Nebenanlagen sowie dafür notwendigen Erschließungsmaßnahmen nach § 249 Abs. 5 S. 1 BauGB regionalplanerische Zielaussagen der Regionalen Grünzüge (PS 3.1.1 Z (5)), der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege PS 3.2.1 Z (5) und der Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen PS 3.2.2 Z (4) nicht entgegen. Im Fall von Zielkonflikten hat der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Zielen der regionalen Freiraumstruktur. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist in PS 3.3.1 Z (3) geregelt.</p> <p>Festzustellen ist insbesondere eine völlig übereilte und damit auch oberflächliche Raumplanung, wie im Folgenden noch ausgeführt wird.</p> <p>Ein Grund hierfür ist sicher das von der baden-württembergischen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Landesregierung in § 20 Klimagesetz Baden-Württemberg verfügte Planungsziel bis spätestens 30.9.2025. Damit setzt der Landesgesetzgeber die Regionalverbände massiv unter Druck, sodass diese letztlich tatsächlich nur eine oberflächliche Planung vornehmen können. Offensichtlich ist dies seitens der Landesregierung in dieser Form auch gewünscht. Diese Fristsetzung zum 30.9.2025 ist nicht zwingend erforderlich, weil der Bundesgesetzgeber in § 3 Abs. 1 WindBG bzw. in der Anlage zu dieser Vorschrift ein erstes Planungsziel zur Erreichung der Flächenbeitragswerte zum 31.12.2027 gesetzt hat. Der Zwang zur übereilten Planung in Baden-Württemberg ist deshalb völlig unbegründet und führt zwangsläufig zu Planungsfehlern, da die möglichen entgegenstehenden Belange nicht in dem notwendigen Umfang geprüft werden können.</p> <p>B. Entgegenstehende Belange im Einzelnen</p> <p>I. entgegenstehende immissionsschutzrechtliche Belange</p> <p>Vermisst in diesem Zusammenhang werden Ausführungen des Regionalplans zu immissionsschutzrechtlichen Belangen der Anwohner. Üblicherweise werden mit der Regionalplanung Immissionsprognosen auf der Grundlage derzeit gängiger Typen von Windkraftanlagen (Referenzanlagen) erstellt, um die Belastung der Anwohner in Erfahrung zu bringen. In der gesamten Regionalplanung finden sich keine derartigen Ansätze. Die Regionalpläne dürfen auch keine Höhenbeschränkungen mehr enthalten, sodass mit den derzeit schon gängigen Windkraftanlagen mit Gesamthöhe von 280 m und darüber zu rechnen ist. Des Weiteren bleibt in diesem Zusammenhang völlig unberücksichtigt, inwieweit die betroffenen Gemeinden in ihrer Planungshoheit verletzt werden. Durch die Ausweisung von Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie wird das Planungsrecht der betroffenen Gemeinden erheblich eingeschränkt. Bei der Ausweisung entsprechender Wohngebiete müssen Schutzabstände nunmehr berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für die Schallbelastung als auch für den</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schattenschlag. Die Regionalplanung nimmt hierzu aber keine bzw. nur unzureichend Stellung.</p> <p>1. Schallimmissionen: Windkraftanlagen arbeiten nicht geräuschlos. Die Nachbarschaft hat deshalb Anspruch darauf, dass die von einer Windkraftanlage hervorgerufenen Lärmimmissionen nicht die Grenze zur erheblichen Belästigung oder gar Gesundheitsgefährdung überschreiten. Dies folgt aus § 5 Abs. 1 Ziffer 1 i. V. m. § 6 Abs. 1 Ziffer 1 BImSchG. Von den Windkraftanlagen gehen voraussichtlich Beeinträchtigungen aus, die im Ergebnis ihre Zulassung in dem hier in Rede stehenden Nahbereich zu den Wohngebäuden generell ausschließt (vgl. BVerwG, Urt. v. 29.08.2007, 4 C 2.07).</p> <p>Angesichts der Nähe der Potenzialfläche zu dem Wohnhaus bzw. den Ferienappartements ist mit Schallimmissionen zu rechnen, die selbst die Nachtimmissionsrichtwerte von 45 dB(A) übersteigen werden. Es handelt sich hierbei um einen gesamten Windpark und nicht nur um eine Einzelanlage. Der Ortsteil Höfen der Gemeinde Vogt wurde ganz offensichtlich schalltechnisch nicht berücksichtigt. Anders kann die Festlegung der Potenzialfläche nicht erklärt werden.</p> <p>2. Baurechtliches Gebot der Rücksichtnahme: .</p> <p>Eine Anlagengenehmigung verstößt zum Nachteil der Anwohner gegen das baurechtliche Gebot der Rücksichtnahme, das in § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB seine Grundlage findet; BVerwG, Beschluss vom 28.07.1999 – 4 B 38.99. Die beantragten Windkraftanlagen werden schädliche Umwelteinwirkungen i. S. v. § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB hervorrufen, die für die betroffenen Bürger und deren Familien unzumutbar sind. Die Grenzen der Zumutbarkeit von Umwelteinwirkungen auf Nachbarn und damit das Maß an gebotener Rücksichtnahme werden auch im Bereich des Baurechts durch §§ 3 Abs. 1, 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 3 BauGB geregelt. Die Rechtsprechung zur bedrängenden Wirkung insbesondere des</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Oberverwaltungsgerichts  Nordrhein-Westfalen und des Bundesverwaltungsgerichts ist hier  bekannt ebenso die aus  hiesiger Sicht nicht schlüssige Anwendbarkeit der  „Faustformel“.</p> <p>Diese Formel stammt aus einer Zeit, als die Anlagen eine Höhe von  ca. max. 90 m  aufwiesen mit einem Rotordurchmesser von ca. 40-60 m. Die Anlagen  des heute gängigen  Typs besitzen Gesamthöhen von 241 m und Rotordurchmesser von  150 m.</p> <p>Dennoch wird krampfhaft an dieser „Faustformel“ festgehalten,  wobei festzustellen ist, dass  diese Formel weder Gesetzes- noch Verordnungscharakter besitzt  noch als antizipiertes  Gutachten bezeichnet werden kann.</p> <p>Hinsichtlich dieser jetzt gängigen monströsen Anlagen sind deshalb  neue Anforderungen zu  stellen, um die betroffene Bevölkerung zu schützen.</p> <p>Das BVerwG weist in seiner Entscheidung vom 11.12.06 - BVerwG 4 B  72.06 - ausdrücklich  darauf hin, dass es jedenfalls einer Einzelfallbetrachtung bedarf, um  eine optisch  bedrängende Wirkung zu beurteilen.</p> <p>Für die Beantwortung der Frage, ob von Windkraftanlagen eine  optisch bedrängende  Wirkung auf Wohnbebauung ausgeht, darf nicht pauschal auf die  groben Anhaltswerte  zurückgegriffen werden, die in der Entscheidung des OVG  Nordrhein-Westfalen vom  09.08.2006 – 8 A 3725/05 – entwickelt worden sind. Die dort  genannten Abstände stellen  lediglich Orientierungswerte dar, die eine bestimmte Würdigung der  Umstände des  Einzelfalles nahelegen, aber die Einzelprüfung nicht entbehrlich  machen (vgl. OVG  Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22.03.2007 – 8 B 2283/06).</p> <p>Überdimensional hohe Windkraftanlage mit weitreichender  dominierender Wirkung sind in  diesem Bereich aus Gründen des Nachbarschutzes nicht vertretbar.</p> <p>Durch die jetzige Bundesregierung wurde nunmehr eine  Gesetzesänderung mit § 249 Abs.  10 BauGB bewirkt, wonach bei einem Abstand der zweifachen  Anlagenhöhe keine  bedrängende Wirkung mehr vorliegen soll.</p> <p>Bislang waren der Abstand und die Feststellung einer bedrängenden</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wirkung gesetzlich nicht festgelegt. Die jetzige Bundesregierung hat erstmals diese Maßgabe nunmehr in § 249 Abs. 10 BauGB an „seltsamer Stelle“ platziert. Diese Vorschrift soll einzig und allein dazu dienen, Windkraftanlagen Vorschub zu leisten unter Ignorieren der physischen und psychischen Belastung der Anwohner, die offensichtlich dem jetzigen Gesetzgeber fremd ist. Bei den derzeit gängigen Anlagen, die eine Höhe von 280 m aufweisen, kann diese Maßgabe rechtlich keinen Bestand haben, weil damit massiv insbesondere in die Grundrechte der Anwohner eingegriffen wird. Dies gilt zum einen für das Grundrecht auf Leben und Gesundheit sowie körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) aber auch für das Eigentum (Art. 14 Abs. 1 GG). Durch die Anordnung aller vorhandenen und geplanten Anlagen wird die Mandantschaft und die weiteren dort lebenden Menschen massiv beeinträchtigt.</p> <p>3. Tourismus/Ferienappartements</p> <p>Auch Belange des Tourismus sind massiv betroffen. Die gesamte Region Bodensee-Oberschwaben gilt als touristische Ferienregion und wurde bislang auch regionalplanerisch unter diesem Gesichtspunkt behandelt. Dies soll nunmehr komplett unbeachtet bleiben. Hierbei wird verkannt, dass die Region nachhaltig vom Tourismus lebt und dieses Potenzial aufs Spiel gesetzt wird. Als Beispiele sollen insbesondere benannt werden: Genießerweg Altdorfer Wald <a href="https://www.oberschwaben-tourismus.de/touren/geniesserweg-altdorfer-wald-ef0e23c868">https://www.oberschwaben-tourismus.de/touren/geniesserweg-altdorfer-wald-ef0e23c868</a> Der Verein Natur- und Kulturlandschaft Altdorfer Wald e.V. beschreibt die naturschutzrechtliche und landschaftsschutzrechtliche Bedeutung dieser Region eindrucksvoll. <a href="https://altdorferwald.org/">https://altdorferwald.org/</a> Ferienappartements der Mandantschaft: Lediglich in einer Entfernung von ca. 250 m zum Potenzialgebiet für Windkraftanlagen befinden sich die Ferienappartements der Mandantschaft. Diese werden insbesondere beworben mit:</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Unsere exklusiven und luxuriös ausgestatteten Ferienappartements sind im Allgäuer Voralpenland gelegen. Jedes der beiden Appartements verfügt über ein herrliches Bergpanorama und jeglichen Komfort einer 5-Sterne Ferienwohnung. Panoramareiche Wanderungen zu jeder Jahreszeit beginnen direkt vor der Haustür: Die mittelalterliche Erlebnisswelt Schloss Waldburg sowie das Bauernhausmuseum erreichen sie jeweils auf wunderschönen Spazierwegen in ca. 1 Stunde. Eine nahegelegene erdgeschichtliche Attraktion, die Jung und Alt begeistert, ist der Eistobel bei Mayerhöfen.</p> <p><a href="http://ferienappartements-torzumallgaeu.de/">http://ferienappartements-torzumallgaeu.de/</a></p> <p>4. Infraschall:</p> <p>Völlig unberücksichtigt bleibt bei der Betrachtung des Abstands zu Windkraftanlagen von Wohnbebauung die Problematik des Infraschalls. Die Entstehung von Infraschall wird seitens des Planungsbüros nicht untersucht, obwohl diese Problematik im Fall des Ortsteils Vogt/Höfen eine besondere Bedeutung hat. Bislang wurde von Windkraftbetreibern und Verwaltungsbehörden die Infraschallbelastung betroffener Bürger und Anwohner stets in Abrede gestellt. Zugegeben wurde allenfalls eine Infraschallbelastung in einem Abstand von 300m. Diese Anlagen werden aber aufgrund der Höhe und Leistung der Anlagen derart massiv Infraschall abstrahlen, so dass hier hohe Gefahr für die Mandantschaft und deren Gäste besteht.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass auf internationaler Ebene seit Jahrzehnten der Infraschall als mögliche militärische Waffe erforscht ist und jederzeit einsetzbar ist. Die Grenze zur gesundheitlichen Schädigung der Anwohner wird überschritten und wird bei Realisierung der Planung zur permanenten Schädigung der Anwohner führen. Die Planung enthält diesbezüglich noch nicht einmal einen Ansatz der Prüfung der Relevanz dieser bevorstehenden Schädigung der Anwohner, sondern wird offensichtlich bewusst in</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kauf genommen.</p> <p>Es liegt eine wissenschaftliche Studie des Instituts für Hirnforschung und angewandte Technologie GmbH vom 28.10.2005 vor, die nach wie vor Gültigkeit besitzt und deren Ergebnis in dieser Einlassung unten noch näher wiedergegeben wird. Neueste weitere Studien beweisen, dass durch Windkraftanlagen der so genannte Infraschall erzeugt wird. In- und Auslandsstudien haben nachgewiesen, dass durch Infraschall enorme körperliche Belastungen bis hin zu schwersten Erkrankungen auftreten.</p> <p>Dr. med. Bernhard Voigt, Facharzt für Arbeitsmedizin; Gesundheitsgefährdung durch Infraschall - als Anl. 2 Ärzteforum Emissionsschutz, unabhängiger Arbeitskreis erneuerbarer Energien - Bad Orb; Gefährdung der Gesundheit durch Windkraftanlagen - als Anl. 3</p> <p>Der Begriff „Infraschall“ wird üblicherweise für einen Frequenzbereich verwendet, in dem eine Tonhöhenwahrnehmung nicht mehr möglich ist (unter 16 Hz bzw. 20 Hz). Allerdings wird vom Menschen der Infraschall vielfältig sensorisch wahrgenommen, obwohl die Tonhöhenwahrnehmung fehlt.</p> <p>Das Robert-Koch-Institut mahnt in seiner Empfehlung aus dem Jahr 2007 einen deutlichen Mangel an umweltmedizinisch orientierten wissenschaftlichen Studien zu tieffrequentem Schall an.</p> <p>Gleichwohl weist das Robert-Koch-Institut auf festgestellte Erkrankungen durch „Infraschall“ hin. Als bereits gesicherte Krankheitssymptome gelten insbesondere Müdigkeit am Morgen, vermehrte Schlafstörungen, Einschlafstörungen und eine subjektive Verminderung des Konzentrationsvermögens.</p> <p>Das Robert-Koch-Institut bezeichnet Belästigung durch tieffrequenten Schall als sehr ernst zu nehmendes Problem, das nach Auffassung von verschiedenen Wissenschaftlern bisher von Behörden unterschätzt und nicht mit adäquaten Methoden erhoben wird.</p> <p>Tieffrequente Schallkomponenten werden im Wesentlichen durch schwere, bewegte</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(einschließlich rotierende) Massen oder durch Turbulenzen sowie Resonanzphänomene hervorgerufen.</p> <p>Bei den bisher üblichen Messmethoden werden die meisten Schallpegelmessungen mit dem A-Bewertungsfilter (dB(A)) durchgeführt, der die Belastung bei tieffrequenten Geräuschemissionen unterschätzt oder überhaupt nicht berücksichtigt.</p> <p>So führt das Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg in seiner Veröffentlichung „Lärmbekämpfung - Ruheschutz, Analysen, Tendenzen, Projekte in Baden-Württemberg“ aus, dass in der Praxis immer wieder Lärmbeschwerden auftreten, „bei denen trotz glaubhaft vorgetragener starker Belästigungen nur relativ niedrige A-bewertete Schalldruckpegel gemessen werden können. Solche Lärmeinwirkungen sind geprägt durch ihre tieffrequenten Geräuschanteile, i. d. R. verbunden mit deutlich hervortretenden Einzeltönen“.</p> <p>Das Robert-Koch-Institut verweist gleichfalls auf entsprechende Belastungen durch tieffrequente Schallkomponenten, insbesondere von Risikogruppen, wie z. B. Kinder und Jugendliche, aber auch Schwangere, Wöchnerinnen und Kinder in der postnatalen Phase.</p> <p>Auf europäischer Ebene wird für schwangere Arbeitnehmerinnen in der Rahmenrichtlinie 89/391/EWG festgelegt, dass sie keine Tätigkeiten verrichten sollten, die zu starker niederfrequenter Vibration führen können, da sich hierdurch das Risiko einer Fehl- oder Frühgeburt erhöhen kann.</p> <p>Fehlerhaft wird der niederfrequente Schall unter 20 Hz von Planern - wie auch in vorliegendem Fall – nicht berücksichtigt und auch nicht überprüft, sondern lapidar mit der Bemerkung weggewischt, Infraschall sei ausgeschlossen.</p> <p>In der wissenschaftlichen Literatur setzt sich jedoch die Erkenntnis durch, dass Windkraftanlagen grundsätzlich auch Geräuschemissionen im niederfrequenten Bereich, also Infraschall, verursachen. Die wesentliche Rolle spielen die Wirbelablösungen an den Rotorblattenden. Hinzu kommt der Einfluss anderer Wirbel</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erzeugender Kanten, Spalten und Verstrebungen. Die Umströmung der Rotorblätter verursacht ein ähnliches Geräusch wie ein umströmter Flugzeugtrageflügel. Ein tief fliegendes Segelflugzeug, das im Bahnneigungsflug eine vergleichbare Anströmungsgeschwindigkeit erfährt wie ein Rotorblatt einer Windkraftanlage erzeugt dasselbe breite Zischen oder Rauschen im Frequenzbereich von etwa 1 kHz. Neben dem breiten aerodynamischen Rauschen des Rotors im Mittelfrequenzbereich von etwa 1 000 Hz können Windkraftanlage pulshafte niederfrequente Schallschwingungen erzeugen. Diese entstehen dann, wenn die Auftriebskräfte an den Rotorblättern in Folge unetstetiger Umströmbedingungen einem schnellen Wechsel unterliegen. Insbesondere schnelle Veränderungen des aerodynamischen Anstellwinkels und damit der aerodynamischen Auftriebskraft sind hierfür die maßgebliche Ursache.</p> <p>Die bisher entscheidenden Gerichte folgen der irrigen Ansicht, Infraschall habe ab einer Entfernung von ca. 300 m keine spürbaren Auswirkungen mehr auf die Gesundheit der Menschen.</p> <p>Dies widerlegt eindrucksvoll die Zusammenstellung des Dr. med. Johannes Mayer D.O.M, Facharzt für Allgemeinmedizin/Osteopathische Medizin und Präsident des BDOÄ (Berufsverband deutscher Osteopathischer Ärzteverbände).</p> <p>-Gesundheitliche Auswirkung von hörbarem Schallimmissionsrichtwerte und von Infraschall; Dr. med. Johannes Mayer – als Anl. 4</p> <p>Die nachfolgenden Unterlagen bestätigen, dass die bisher auch von den Gerichten vertretenen Ansichten zum Thema Infraschall, Körperschall und niederfrequente Schall nicht länger haltbar sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Windturbine Syndrome - übersetzte Fassung – als Anl. 5</li> <li>- Ärzte für Immissionsschutz - Positionspapier zu Gesundheitsrisiken beim Ausbau der erneuerbaren Energien vom 28.11.2014 – als Anl. 6</li> <li>- Presseerklärung: Infraschall-Experten-Hearing am 16.12.2014 des Landesverbandes</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vernunftkraft Hessen e.V. vom 31.01.2015 – als Anl. 7</p> <p>Neuere umweltmedizinische Erkenntnisse schreiben den niederfrequenten Schallimmissionen gravierende Auswirkungen auf den menschlichen Körper zu.</p> <p>Infraschall entsteht überall dort, wo Geräte mit großen betriebsbedingten Schwingungen auftreten wie beispielsweise Windkraftanlagen. Deren Rotorflügel sind exzellente Erzeuger von luftgeleitetem Schall. Die dadurch ausgelösten extraauralen Lärmwirkungen betreffen insbesondere das cardiovasculäre System des Menschen und können zu Herzrhythmusstörungen mit Schlafstörungen führen.</p> <p>Eine ernstzunehmende Stellungnahme zum Thema Infraschall sucht man in dem besagten Schallgutachten vergebens, obwohl zwischenzeitlich durch bereits benannte Studien und Aufsätze nachgewiesen wurde, dass dieses Thema sehr wohl von Relevanz ist und auch im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden muss.</p> <p>Kinder, Schwangere, Ältere, Menschen mit Vorerkrankungen sind vom Infraschall stark betroffen. Der von Hessen angewandte Abstand von 1.000 m (mittlerweile 600 m) ist aus gesundheitlichen Gründen zu wenig. Auch die Mindestforderung von 10 H wie in Bayern (bis 2.000 m) ist bereits wissenschaftlich betrachtet zu gering, da in Siedlungen immer auch Kinder und Alte wohnen. Starre Meterangaben sind ungeeignet, weil WEA unterschiedlich hoch und leistungsstark entsprechend ihrer Megawatt-Zahl sind und die Geologie (Untergrund, Gestein, wasserführende Schichten, Gebirgs- oder Tallagen etc.) große Auswirkung hat. Wenn man dennoch eine feste Entfernungsangabe festlegen möchte, wäre für Kinder, Kranke und gesundheitlich Vorgeschädigte (die in allen Siedlungen wohnen) die Mindestentfernung 10.000 m.</p> <p>Zu beachten in diesem Zusammenhang ist insbesondere das erst kürzlich ergangene Urteil des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts vom 2.5.2019, 7 U 140/18.</p> <p>Dieses Urteil leitet eine Wende im Bereich der Behandlung des</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Infraschalls in Zusammenhang mit Windkraftanlagen ein. Das Gericht bringt zum Ausdruck, dass der Richter sich bei der Beurteilung neueren technischen und medizinischen Erkenntnissen (z.B. WHO-Empfehlungen) nicht verschließen darf. Im Ergebnis muss der Tatrichter jede einzelne Immission (Lärm, Infraschall, nicht, Schatten, elektromagnetische Strahlung, als Wurf, Disco-Effekt) und schließlich auch die Gesamtwirkung aller Immissionen zusammen umfassend würdigen und bewerten. Des Weiteren bringt das Gericht zum Ausdruck, dass der Umstand, dass die TA-Lärm den tieffrequenten Schall (Infraschall &lt;16 Hz) nicht bewertet (weil nicht hörbar), für die rechtliche Beurteilung unerheblich ist. Infraschall ist unstreitig messbar und es bedarf gegebenenfalls einer medizinischen Klärung, ob dadurch schädliche Gesundheitsbeeinträchtigungen bei dem Betroffenen ausgelöst worden sind. Dies alles wurde in der Vergangenheit von den Verwaltungsgerichten negiert. Es wurden ungeprüft die Angaben der Genehmigungsbehörden und der Investoren unterstellt. Gleiches kann infolge des Urteils des Oberlandesgerichts nicht mehr fortgesetzt werden. Urteil des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts vom 2.5.2019 -als Anl. 8 Hinweis- und Auflagenbeschluss des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts als Anl. 9 Das Forum Medizin Verlagsgesellschaft mbH Oldenburg hat zum Thema Infraschall folgendes veröffentlicht: „Vermeintlich unspezifische Symptome wie Schlafstörungen, Schwindel, Tinnitus, aber auch Hypertonie, Sauerstoffmangel und Herzinsuffizienz werden in der hausärztlichen Praxis, aber auch in der Pulmologie, Kardiologie und Neuropsychiatrie häufig beobachtet. Anliegen des Autors ist es, auf Zusammenhänge mit physikalischen Umwelt-Phänomenen wie Infraschall und/oder Körperschall im Sinne eines Vibroakustischen Syndroms (VAD) oder auch Windturbinensyndrom hinzuweisen und dies in die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>differentialdiagnostischen Überlegungen mit aufzunehmen. Der Autor möchte einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung und Erkenntnisse geben, die die Einflüsse auf das otovestibuläre, kardiorespiratorische und neurologisch psychiatrische System darstellen.“</p> <p>Dies beweist, dass sich das Thema Infraschall nicht auf die bisherigen oberflächlichen Stellungnahmen von Landesumweltämtern reduzieren lässt. Gerade diese Stellungnahmen der Landesumweltämter lassen jeglichen fachlichen und wissenschaftlichen Hintergrund vermissen.</p> <p>Aus diesem Grund ist es unerfindlich, weshalb Behörden und Gerichte sich diesem Komplex verschließen.</p> <p>Es geht hier um Gesundheit und weitere hochschützenswerte Rechtsgüter betroffener Anwohner und mithin der Mandantschaft.</p> <p>Es ist unumgänglich, diese massiven Beeinträchtigungen in die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen einzubeziehen und nicht mit oberflächlichen und unzureichenden Aussagen zu negieren.</p> <p>In Bezug auf die vorgetragene Infraschallbelastung wird stets der Fehler dahingehend begangen, als auf den menschlich hörbaren Bereich allein abgestellt wird. Tatsächlich ist wissenschaftlich erwiesen, dass das gesamte Spektrum (insbesondere auch die für den Menschen nicht hörbaren Bereiche) auf den Körper negativ einwirken und zu enormen Gesundheitsgefährdungen führen.</p> <p>Tieffrequente Geräusche und Infraschall seien zwar messtechnisch nachweisbar, für den Menschen aber nicht hörbar. Hierbei wird aber die Tatsache ignoriert, dass der menschliche Körper insbesondere das Gehirn und die Organe diese Belastungen aufnehmen. Dies führt zu psychischen und physischen Erkrankungen. Diese Belastung endet auch nicht bei einem Abstand von 300 m, sondern belastet über mehrere Kilometer hinweg. Die Aussage der LAI ist lediglich geprägt von Erkenntnissen des hörbaren Schalls durch Physiker und nicht durch</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ärzte.</p> <p>II. entgegenstehender Belang des Landschaftsschutzes/Waldschutzes</p> <p>Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen.</p> <p>Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB.</p> <p>Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der streitgegenständlichen Fläche zerstört. Der Regionalplaner beruft sich bezüglich des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung auf ein Gutachten des Büros PAN. Allerdings nimmt dieses Gutachten zu der Gesamtregion Stellung. In mehreren Karten werden die möglichen entgegenstehenden Belange dargestellt. Allerdings kann aus den Karten nicht entnommen werden, welche Belastungen auf die einzelnen Potentialflächen entfallen. Ergebnisse können nur erahnt werden.</p> <p>Der Regionalplaner gibt in den Tabellen der Gesamtübersicht der Potentialflächen lediglich ein Ergebnis mit wenigen Worten bekannt. Dies kann aber nicht überprüft werden.</p> <p>Insoweit ist der Regionalplaner aufzufordern den Gutachter zu veranlassen, für jede Potentialfläche konkret die Belastung unter dem Blickwinkel des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung ausführlich aufzuzeigen.</p> <p>Zum Regionalplaner hoch eingestuft wird der Eingriff in die Landschaft. Hervorzuheben ist das Landschaftsschutzgebiet „Durchbruchstal der Wolfegger Ach“.</p> <p>Der Regionalplaner führt selbst aus, dass bezüglich der drei Potenzialflächen eine überdurchschnittliche Konfliktintensität von Landschaftsbild- und Erholungsfunktion besteht.</p> <p>Aus diesem Grund wird der entgegenstehende Belange Landschaft auch entsprechend hoch bewertet.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zum Waldschutz gibt der Regionalplan folgende Vorgabe:</p> <p>PS 3.2.2 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen und die Zweckbestimmung gem. PS 3.2.0 (2) und (5) nicht beeinträchtigt wird. Von einer Beeinträchtigung ist v.a. in den Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbundsystems auszugehen. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen ist in PS 4.2.2 geregelt.</p> <p>Das Bundesamt für Naturschutz beschreibt den Altdorfer Wald zutreffend:</p> <p>Beschreibung</p> <p>Der Altdorfer Wald ist eine, in 700 bis 500 m ü. NN liegende, weitgehend bewaldete Mittelgebirgslandschaft. Vom Schussen- und vom Wolfegger Achtobel sind mehrere, rund 100 m tief eingeschnittene, nach außen ansteigende, eng gescharte Wälle aus Moränen und Schottern ausgebildet. Die zwischen den Wällen liegenden parallelen Senken sind vernässt bis verriedet. Gleye, Anmoor und Moorböden sind dort typisch. Die Wälle tragen Wälder auf Rendzinen, Pararendzinen und Parabraunerden. Die Tobel haben sich mit beachtlichem Gefälle (1,5 %) in die wenig widerständigen oberen Süßwassermolassen geschnitten. Die Ränder des Altdorfer Waldes bieten ein zusammenhängendes Landschaftsbild mit hohem ästhetischen Potenzial. Nur in den Randbereichen der Landschaft befinden sich Offenlandflächen. Die Waldflächen bestehen zum größten Teil aus Fichtenbeständen, seltener Buchen und andere Laubbaumarten. Die wenigen offenen Flächen der Landschaft</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>werden vorherrschend als Grünland genutzt.  Teile des Altdorfer Waldes sind als gleichnamiges FFH-Gebiet gemeldet. Die wenigen NSG der Landschaft umfassen Moore und Stillgewässer, z.B. die "Erbisreuter Moorniederung".  SPA-Gebiet ist das "Füremoos". Die Landschaft ist auch Bestandteil des PLENUM-Gebiets (Gebiet für großflächige Naturschutzmaßnahmen)  "Oberschwäbisches Hügel- und Moorland".  <a href="https://www.bfn.de/landschaftssteckbriefe/altdorfer-wald">https://www.bfn.de/landschaftssteckbriefe/altdorfer-wald</a>  Das Suchgebiet liegt im FFH-Gebiet 8224-311 "Feuchtgebiete bei Waldburg und Kißlegg".  <a href="https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/en/natur-und-landschaft/map-endfassungenuuebersicht/-/document_library/OU6Z5CnGUlw8/view/868327">https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/en/natur-und-landschaft/map-endfassungenuuebersicht/-/document_library/OU6Z5CnGUlw8/view/868327</a>  Landschaftsschutzgebiet  Von besonderer Bedeutung für die Bewertung des Landschaftsschutzes ist die Würdigung „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“ des Büros HHP, die im Auftrag des Landratsamtes Ravensburg mit dem 28.12.2023 erstellt wurde.  Anlage: Würdigung „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“ des Büros HHP – als Anl. 10  Im Zusammenhang mit dem zwischenzeitlich genehmigten Regionalplan, der für den Altdorfer Wald neue Gebiete für den Kiesabbau in Vogt – Grund auf einer Fläche von ca. 11 ha und bei Oberankenreute von ca.16 ha als weitere Kiesabbaugebiete ausgewiesen hat, wurde im Jahr 2020 vom Verein Natur- und Kulturlandschaft Altdorfer Wald e.V. eine Petition gestartet. In dieser wurde das Landratsamt Ravensburg aufgefordert, den Altdorfer Wald in seiner Gesamtfläche von ca. 9.000 ha als Landschaftsschutzgebiet nach § 26 Naturschutzgesetz auszuweisen.  Die Petition erreichte mit über 13 Tsd. Unterstützern das notwendige Quorum und der Petitionsantrag wurde am 03.12.2020 beim Landtagsausschuss in Stuttgart behandelt.  In der Folge wurde vom Kreistag/Landratsamt ein entsprechendes Prüfgutachten in Auftrag gegeben.  Dieses Gutachten zum Landschaftsschutzgebiet Waldburger Rücken</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und Wolfegger  Hügelland ist nun mit Datum vom 20.12.2023 veröffentlicht worden.  Das vollständige  Gutachten kann auf der Seite des LRA eingesehen oder  heruntergeladen werden:  <a href="http://www.rv.de/site/LRA_RV_Responsive/node/21865924?QUERYSTRIN">www.rv.de/site/LRA_RV_Responsive/node/21865924?QUERYSTRIN</a>  G=Waldburger%20R%  C3%BCcken  Fazit:  Dieses Gutachten untermauert die Schutzwürdigkeit und  -bedürftigkeit des Altdorfer Waldes  mit dem Waldburger Rücken und die Forderung nach einem  Landschaftsschutzgebiet.  Das Gutachten geht sogar noch weiter und stellt auf Seite 113 des  Gutachtens fest:  „Zudem ist zu prüfen, den Waldburger Rücken mit seinem  geomorphologischen  Formenschatz aus wissenschaftlichen, natur- geschichtlichen,  kulturhistorischen und  landeskundlichen Gründen, wegen seiner Seltenheit und Eigenart  und auch hinsichtlich der  Schutzbedürftigkeit als Nationales Naturmonument nach § 24  BNatSchG zu schützen.“  Anlage Zusammenfassung der Würdigung „Waldburger Rücken  und Wolfegger Hügelland“ –  als Anl. ...11  Den Regionalverband wird bezüglich der herausragenden  Bedeutung dieses Gebiets ein  Zeitungsbericht der Schwäbischen Zeitung vom 24.1.2024 mit der  Überschrift „So  schützenswert ist der Waldburger Rücken“ übergeben.  Auch hier wird darauf hingewiesen, dass die Ausweisung als  „Nationales Naturmonument“  möglich ist bzw. in Aussicht steht.  Anlage: Zeitungsbericht Schwäbische Zeitung vom 24.1.2024 - als  Anl. 12  Beigefügt wird ferner eine Veröffentlichung unter dem Titel „Der  Waldburg Rücken - ein  einzigartiges Archiv der würmeiszeitlichen Naturgeschichte  Oberschwaben“.  Anlage:  „Der Waldburg Rücken – ein einzigartiges Archiv der  würmeiszeitlichen Naturgeschichte  Oberschwabens“  Von Roland Banzhaf, Mat De Jong, Hartmut Seyfried, Theo Simon,  Karl-Heinz Holuba,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Andreas Schwab und Thomas Müller – als Anl. 13 WEA-436-010, Altdorfer Wald – Süd</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorranggebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (226 ha, 43 %)</li> <li>- WSG "Damoos", Zone 3 (62 ha, 12 %)</li> <li>- Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (201 ha, 38 %)</li> </ul> <p>Eine Übersicht der Wasserschutzgebiete sind auch abrufbar unter LUBW Kartendienste: Karte: Kartenansicht - Daten- und Kartendienst der LUBW (baden-wuerttemberg.de)</p> <p>III. mangelnde Windhöffigkeit</p> <p>Besonders hinzuweisen ist auf die mangelnde Windhöffigkeit bzw. die unzureichenden Werte Energiedichte.</p> <p>In den Steckbriefen wird zwar darauf hingewiesen, dass eine ausreichende Windhöffigkeit zum Betrieb von Windkraftanlagen vorhanden sei. Dies ist aber sehr infrage zu stellen.</p> <p>Bereits in den letzten 20 Jahren galt das gesamte Gebiet und die gesamte Region als windschwach. Eine Windkraftnutzung wurde stets aufgrund dieser mangelnden Windhöffigkeit nicht wahrgenommen und auch nicht projektiert. Aufgrund der neuen Gesetzgebung sehen sich offensichtlich die Landesregierung und die Regionalverbände veranlasst, ohne größere Rücksicht auf Windhöffigkeit oder Energiedichte Flächen zu akquirieren.</p> <p>Ein „überragendes öffentliches Interesse an der Einrichtung der Windenergie“ findet jedenfalls dann nicht statt, wenn letztlich nur mäßige Stromerträge voraussehbar sind.</p> <p>In diesem Fall überwiegen die entgegenstehenden Belange, wie sie oben dargestellt wurden.</p> <p>Vorgelegt wird in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme der Wetterstation Nienburg, die im Auftrag des Vereins BREMN e.V. eine „Analyse der vorherrschenden Windparameter des Jahres 2013 in Waldburg/725 m ü. NN mit Aufschlüsselung nach Windhöffigkeit in Zeiteinheiten auf 200 m Höhe über Grund“ erstellt haben.</p> <p>Dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich an 150 Tagen im Jahr (31,5 %) die geplanten Windkraftanlagen mit mehr oder weniger gutem Ertrag im Gemeindegebiet</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Waldburg Strom erzeugen können.          Hierbei muss aber beachtet werden, dass ein Einstiegswert von 3,0 m/s schon als Ertrag gewertet wurde.          Berücksichtigt man aber realistisch, dass Werte zwischen 3,0 und 4,99 m/s nicht als nennenswerter Ertrag zu rechnen sind, verbleibt lediglich ein Wert von 45 Tagen im Jahr mit einer Windgeschwindigkeit von über 5,0 m/s.          Anlage: Analyse der vorherrschenden Windparameter des Jahres 2013 in Waldburg/725 m ü. NN mit Aufschlüsselung nach Windhöffigkeit in Zeiteinheiten auf 200 m Höhe über Grund          – als Anl. 14          Anlage: Annäherung kWh-Ertragsberechnung Windkraftanlagen Altdorfer Wald – als Anl. 15          Selbst der Wert von 5,0 m/s galt nach dem ursprünglichen Windenergieerlass Baden-Württemberg als nicht ertragreich. Der damalige Windenergieerlass sah eine Mindestgeschwindigkeit von 5,5 m/s vor.          Hieraus ergibt sich die klare Schlussfolgerung, dass die gesamte Region für Windkraftanlagen absolut ungeeignet ist. Dies gilt auch für Windkraftanlagen mit höherer Gesamthöhe, weil sich insoweit die Windgeschwindigkeiten nicht wesentlich erhöhen und zu einem höheren Ertrag führen können.          Es kann auch nicht nachvollzogen werden, dass plötzlich Studien vorgelegt werden, die eine höhere Windgeschwindigkeit bescheinigen sollen.          Ganz im Gegenteil ist in den letzten Jahren festzustellen, dass die jährlichen Windgeschwindigkeiten abnehmen.          Die jetzt dargestellten Werte in Baden-Württemberg sind auch deshalb als unrealistisch zu werten, weil sie in keiner Weise mit jenen Werten entlang der Grenze zur Bayern korrespondieren.          Die nachfolgende Aufstellung beweist, dass die jetzigen Darstellungen der Energiedichte in Baden-Württemberg unrealistisch sind. Diese korrespondiert weder mit den alten Messwerten in Baden-Württemberg noch mit den Feststellungen direkt über der Landesgrenze nach Bayern.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorgelegt wird deshalb die Untersuchung „der Windatlas Baden-Württemberg 2019 und der bayerische Atlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze“.</p> <p>Anlage: „Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 und der bayerische Atlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze“ – als Anl. 16</p> <p>Die Gutachter kommen zu der Schlussfolgerung: Der Vergleich der Kennzahlen aus den beiden Windatlassen dies- und jenseits der badenwürttembergisch-bayerischen Landesgrenze zur Windhöflichkeit der untersuchten Standorte weist drastische Unterschiede auf. Einzelne Kennzahlen von Standorten unterscheiden sich um fast einen Faktor 2. Eine sachlich-physikalisch-geographische Erklärung kann nicht plausibel gegeben werden. Dies wird deutlich anhand der Auswertung der mittleren Windgeschwindigkeiten gemessen vom Deutschen Wetterdienst, welche eine Stetigkeit der Kennzahl an einem Standort beim Passieren der Landesgrenze aufweisen. Es stellt sich die Frage, ob in den Ergebnissen der Windatlas eine zu große systematische Ungenauigkeit vorliegt. Damit könnten grundsätzlich und prinzipiell überall im Land systemische Mängel unbekannter Größe im Windatlas vorhanden sein. Damit erscheinen der Windatlas Baden-Württemberg 2019, der damit verknüpfte Potentialatlas des Landes mit den Vorranggebieten und die Feststellung der Flächen zum Erreichen des 1,8 -%-Ziels der laufenden Bestrebungen der Landesregierung zum forcierten Ausbau der Windenergie insgesamt fragwürdig. Offenbar erweist sich die zentrale Stütze der Argumentation, die Windhöflichkeit über die mittlere gekappte Windleistungsdichte anhand des Windatlas festzustellen, als äußerst fragwürdig. Eine 6-jährige Messreihe von der Wettstation Waldburg (der Ort befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft des geplanten Windparks Altdorfer Wald) in realen Messwerten hochgerechnet auf Nabenhöhe 200 m zeigt ganz klar und eindeutig, dass die Windhöflichkeit in diesem Gebiet nicht annähernd ausreicht, um Schwachwindanlagen vom geplanten Typ</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vestas V172-7.2 überhaupt, geschweige denn wirtschaftlich, betreiben zu können.</p> <p>Die Kernaussagen hierzu sind folgende:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-der Jahresdurchschnitt in 200 m über Grund beträgt 2,26 m/s im letzten Messjahr (der 6-jähriger Durchschnitt beträgt = 2,46 m/s über die gesamte Messperiode)</li> <li>-die Einschaltgeschwindigkeit der Vestas 7.2 beträgt &gt; 3 m/s</li> <li>-an ca. 250 Tagen/Jahr bezogen auf die Windhöffigkeit stehen die WKA's somit still</li> <li>-der Auslastungsgrad liegt rechnerisch in Volllaststunden bei 433 h = 4,9% der tatsächlichen Leistung</li> <li>-die immer wieder berichtete Stromversorgung und Anzahl von bis zu 170.000 Haushalten sind mehr als unrealistisch, sondern gehen aus Unwissenheit und fälschlicherweise von der Nennleistung dieser WKA's aus.</li> </ul> <p>Dies untermauert den obigen Vortrag, dass die gesamte Region für Windkraft ungeeignet ist und die ausgewiesenen Potenzialflächen zu streichen sind.</p> <p>IV. Weitere Besprechung der Potenzialflächen betreffend Altdorfer Wald</p> <p>WEA-436-010 Altdorfer Wald - Süd</p> <p>Die Potenzialfläche ist als Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen, Vorbehaltsgebiet zur Sicherung von Wasservorkommen, Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen bislang bereits ausgewiesen.</p> <p>Für dieses Gebiet gelten die gleichen Ausschlusskriterien wie oben zu den beiden anderen Flächen, die direkt angrenzen.</p> <p>Auch zu diesem Gebiet ist festzustellen, dass die wasserrechtlichen entgegenstehenden Belange massiv sind. Insbesondere liegt das Wasserschutzgebiet „Damoos“ in diesem Bereich sowie ein Vorranggebiet für die Sicherung von Wasservorkommen mit 226 ha bzw. 43 % der Potenzialfläche und ein Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen mit 201 ha oder 38 % der Potenzialfläche.</p> <p>Auf die Ausführungen zum Naturschutz und Artenschutz kann auf den Vortrag oben verwiesen werden, weil hier die gleichen Einschränkungen vorliegen.</p> <p>Auch hier wird die Fläche als bedingt geeignet für die Windkraft (Vorranggebiet) bezeichnet,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		was an der tatsächlichen Realität der entgegenstehenden Belange vorbeigeht. Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10124	165	<p>Als Anwohner des Taufach /Fetzachmoos, spreche ich mich mit aller Deutlichkeit gegen die Windkraftindustrieanlagen aus.</p> <p>Es wird in nicht weiter Entfernung des geplanten Standortes der Anlagen, für eine größere Summe an Steuergeldern , eine Wieder Vernässung geplant.</p> <p>Da die Windschleppen einer Windkraftindustrieanlage zu einer Austrocknung sorgen Steht das ja wohl in keinem zusammenhang.</p> <p>Ganz zu schweigen von unserem Artensterben ,das wir ja schon in vollem Gange haben , wäre mit den Windkratanlagen noch mehr Artensterben vorprogramiert.</p> <p>Wir brauchen und wollen diese riesigen Anlagen nicht, in unserer schützenswerter Landschaft , die ausserordentlicher Schönheit, bescheinigt bekommen hat .</p> <p>Wir alle sind auf diese zusammenhängende Waldfläche angewiesen „sowie als Natur sowie als Sauerstoff gebende Umwelt.</p> <p>Da sehr viel Wald für die Windkraftindustrieanlagen weichen müsste, wäre das für uns alle eine verheerende Folge für unsere Gesundheit und Umwelt.</p> <p>Auch der Borkenkäfer hätte leichtes Spiel wenn soviel zusammen hängende Waldfläche zerstört werden würde.</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet Windenergie "Beurener Berg" im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 1. Offenlage aus der Flächenkulisse herausgenommen wurde. Hierzu verweisen wir auf Anlage B.4 zur Synopse der 1. Anhörung und die Flächenkulisse in der Raumnutzungskarte des 2. Anhörungsentwurfs.</p> <p>Sofern sich die Anregungen auf das Gebiet WEA-436-013 (In den Mösen / Enkenhofener Wald - Süd) beziehen, wird auf Folgendes hingewiesen: Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegende Anregung bezieht sich auf einen neuen Belang, der bislang noch nicht abgewogen wurde oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregung neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregung erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Ggf. bezieht sich die Anregung auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich zwar auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, aber es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Diese Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10125	166	<p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie – Windenergiefläche WEA-436-013 „In den Mösern / Enkenhofer Wald-Süd“</p> <p>im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Teilregionalplan Energie möchte ich mich als Privatperson zur geplanten Ausweisung der Windenergiefläche WEA-436-013 im Bereich „In den Mösern / Enkenhofer Wald-Süd“ äußern.</p> <p>Nach sorgfältiger Abwägung spreche ich mich gegen die Ausweisung dieser Fläche aus und fordere eine erneute, kritische Prüfung der Eignung. Im Folgenden lege ich meine Bedenken dar:</p> <p>Natur- und Artenschutz Das betreffende Gebiet stellt einen ökologisch wertvollen Lebensraum für geschützte Tierarten dar. Insbesondere Fledermäuse sowie streng geschützte Greifvögel wie der Rotmilan sind in der Region nachgewiesen. Die Errichtung und der</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	--	--	-------------------------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Betrieb von Windenergieanlagen bergen für diese Arten ein erhebliches Kollisionsrisiko. Darüber hinaus handelt es sich um eine waldnahe, sensible Fläche, deren ökologische Bedeutung im Rahmen des Arten- und Lebensraumschutzes vorrangig zu berücksichtigen ist.</p> <p>Landschaftsbild und Erholungsfunktion Die geplanten Anlagen würden das Landschaftsbild gravierend verändern und nachhaltig stören. Die unmittelbare Nähe zu einem stark frequentierten Badensee, einem Campingplatz und einem weitläufigen Naherholungsgebiet führt zu einer erheblichen Minderung des landschaftlichen Erholungswertes. Die dominanten Anlagen in direkter Sicht- und Hörweite beeinträchtigen die naturnahe Erholung sowie das Landschaftsempfinden der Bevölkerung nachhaltig.</p> <p>Unzumutbare Nähe zur Wohnbebauung Die vorgesehene Fläche liegt in unmittelbarer Nähe zu bestehenden Wohnhäusern. Schallimmissionen, periodischer Schattenschlag sowie visuelle Dominanz der Windräder stellen eine erhebliche Belastung für die Anwohnerschaft dar und beeinträchtigen das Wohnumfeld sowie die Lebensqualität in unzumutbarer Weise.</p> <p>Standortproblematik durch ehemalige Moorflächen Alten Kartenmaterialien zufolge befinden sich Teile der vorgesehenen Fläche sowie angrenzende Erweiterungsbereiche in oder unmittelbar an früheren Moorflächen. Diese Standorte zeichnen sich durch besonders empfindliche hydrologische und geologische Verhältnisse aus. Bauliche Eingriffe bergen Risiken für die Grundwasserverhältnisse, die Bodenstabilität sowie für die langfristige technische Standfestigkeit der Anlagen.</p> <p>Umweltbelastung durch Mikroplastik Ein oft übersehener Aspekt betrifft den Abrieb der Rotorblätter, der zur Freisetzung von Mikroplastikpartikeln führt. In ökologisch sensiblen und wasserreichen Gebieten wie dem Enkenhofer Wald kann diese Form der Umweltbelastung schleichend, aber langfristig negative Auswirkungen auf Boden- und Wasserökosysteme haben.</p> <p>Beeinträchtigung des lokalen Mikroklimas Die von Windenergieanlagen verursachten Luftverwirbelungen können zu einer beschleunigten Austrocknung von Böden und Vegetation führen. Besonders in Waldrandlagen und ehemals moorigen Gebieten sind diese mikroklimatischen Veränderungen kritisch zu betrachten, da sie Flora und Fauna in ihrer natürlichen Entwicklung beeinträchtigen können. Vor dem Hintergrund fortschreitender klimatischer Veränderungen erscheint eine zusätzliche künstliche Störung des Wasserhaushaltes besonders problematisch.</p> <p>Hinzu kommt, dass bei der Ortschaftsratsitzung in Beuren die</p>	<p>der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Präsentation des Vorhabens durch [Name anonymisiert] – sowohl zur Errichtung eines Windrades außerhalb des Vorranggebietes in Winnis als auch zur Erweiterung des Vorranggebietes „Mösern / Enkenhofer Wald-Süd“ – von Seiten der Stadtverwaltung unvorbereitet und wenig strukturiert erfolgte. Konkrete Informationen oder belastbare Detailplanungen wurden dabei nicht vorgelegt.</p> <p>Aufgrund der genannten ökologischen, siedlungsstrukturellen und planerischen Bedenken halte ich die Ausweisung der Windenergiefläche WEA-436-013 für nicht vertretbar. Ich bitte daher nachdrücklich darum, die dargelegten Argumente in die weitere Planung und Abwägung einzubeziehen und von der Umsetzung der Fläche Abstand zu nehmen.</p>	<p>und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10126	167	<p>im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Teilregionalplan Energie nehme ich als Privatperson Stellung zur geplanten Ausweisung der Windenergiefläche WEA-436-013 im Bereich „In den Mösern / Enkenhofer Wald-Süd“.</p> <p>Ich spreche mich gegen die Ausweisung dieser Fläche aus und bitte um eine erneute Prüfung der Eignung, insbesondere aus folgenden Gründen:</p> <p><b>Natur- und Artenschutz</b>  Das betroffene Gebiet stellt einen bedeutenden Lebensraum für geschützte Tierarten dar. Vor allem Fledermäuse sowie geschützte Greifvögel wie der Rotmilan sind in dieser Region heimisch. Der Betrieb von Windkraftanlagen birgt für diese Arten ein hohes Kollisionsrisiko. Zudem handelt es sich um ein walddnaes, ökologisch sensibles Areal, das im Sinne des Arten- und Lebensraumschutzes besonders berücksichtigt werden sollte.</p> <p><b>Landschaftsbild und Erholungsfunktion</b>  Die geplanten Anlagen würden das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen. Die unmittelbare Nähe zu einem beliebten Badensee, einem Campingplatz und einem weitläufigen Erholungsgebiet führt zu einer deutlichen Minderung des Freizeit- und Erholungswertes. Die massive Präsenz der Anlagen in direkter Sicht- und Hörweite dieser Einrichtungen wirkt bedrängend und steht der Funktion als Rückzugsort in der Natur entgegen.</p> <p><b>Unmittelbare Nähe zu Wohnbebauung</b>  Die geplante Fläche liegt in bedenklicher Nähe zu bestehenden Wohnhäusern. Die zu erwartenden Schallimmissionen sowie der Schattenschlag der Rotoren stellen eine erhebliche Belastung für die Anwohner dar und gefährden die Wohn- und Lebensqualität im betroffenen Umfeld.</p> <p><b>Standortproblem: Moorflächen</b></p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Laut Kartenmaterialien befindet sich ein Teil der geplanten Fläche sowie angrenzende Bereiche in oder unmittelbar an früheren Moorflächen. Diese Böden sind hydrologisch und ökologisch besonders sensibel. Eingriffe in diese Strukturen bergen nicht nur Risiken für das Grundwasser und den Bodenaufbau, sondern auch für die Stabilität der Fundamente von Windkraftanlagen.</p> <p>Umweltbelastung durch Mikroplastik</p> <p>Durch die Abnutzung der Rotorblätter gelangt Mikroplastik in die Umwelt – ein bislang wenig beachteter, aber relevanter Faktor. In ökologisch wertvollen und wasserreichen Gebieten wie dem Enkenhofer Wald kann dies zu einer schleichenden und langfristigen Belastung von Boden und Wasser führen.</p> <p>Beeinträchtigung des lokalen Mikroklimas</p> <p>Die großflächige Luftverwirbelung durch Windkraftanlagen kann zu einer erhöhten Austrocknung von Boden und Vegetation führen. Diese veränderten Luftströmungen wirken sich insbesondere in Waldrandlagen und Mooren negativ auf das Mikroklima aus und können empfindliche Flora und Fauna in ihrer Entwicklung beeinträchtigen. In Zeiten zunehmender Trockenheit ist eine zusätzliche künstliche Veränderung des Wasserhaushaltes durch technische Anlagen besonders kritisch zu bewerten.</p> <p>„Hinzu kommt, dass bei der Ortschaftsratsitzung in Beuren die Vorstellung des Vorhabens durch [Name anonymisiert] zur Errichtung eines Windrades außerhalb des Vorranggebietes in Winnis sowie zur Erweiterung des Vorranggebietes ‚Mösern / Enkenhofer Wald-Süd‘ – von Seiten der Stadtverwaltung unorganisiert und planlos wirkte und keine konkreten Informationen oder Detailplanungen vorgelegt werden konnten.“</p> <p>Aus diesen Gründen halte ich die Ausweisung der Fläche WEA-436-013 für nicht vertretbar. Ich bitte eindringlich darum, den Natur- und Landschaftsschutz, die gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen auf die Bevölkerung sowie die geologischen und klimatischen Besonderheiten des Standortes in die Abwägung einzubeziehen und von der Umsetzung Abstand zu nehmen.</p>	<p>berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10127	168	im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Teilregionalplan Energie nehme ich als Privatperson Stellung zur geplanten Ausweisung der Windenergiefläche WEA-436-013 im Bereich „In den Mösern /	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Enkenhofer Wald-Süd“.</p> <p>Nach sorgfältiger Auseinandersetzung mit der Thematik sehe ich die geplante Ausweisung der Fläche äußerst kritisch. Aus ökologischer, siedlungsstruktureller und planerischer Sicht bestehen erhebliche Bedenken, die ich nachfolgend darlege:</p> <p>Beeinträchtigung von Lebensraum und Mikroklima Das betroffene Gebiet liegt in unmittelbarer Nähe zu Wald- und Feuchtf Flächen und erfüllt wichtige ökologische Funktionen. Besonders hervorzuheben ist die Nähe zu ehemaligen Moorflächen, wie sie aus älteren Karten ersichtlich sind. Diese Gebiete gelten als hydrologisch sensibel und tragen wesentlich zur lokalen Klimaregulation bei. Durch die großflächige Luftverwirbelung, wie sie von Windkraftanlagen ausgeht, droht eine zusätzliche Austrocknung von Böden und Vegetation. Dies kann sich langfristig negativ auf Flora, Fauna und das regionale Mikroklima auswirken. Gefährdung geschützter Arten Die Fläche ist nachweislich Lebensraum seltener und geschützter Tierarten, insbesondere Fledermäusen und Greifvögeln wie dem Rotmilan. Die Errichtung von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu solchen Habitaten birgt ein hohes Risiko von Kollisionen und Störungen. Aus Sicht des Artenschutzes ist eine Bebauung mit Windkraftanlagen in einem derart sensiblen Gebiet als nicht vertretbar einzustufen.</p> <p>Unmittelbare Nähe zu Wohnbebauung und Erholungsräumen Die vorgesehene Fläche grenzt an Wohngebiete und befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einem beliebten Badensee und einem Campingplatz. Die zu erwartenden Schallimmissionen, der Schattenschlag sowie die visuelle Dominanz der Anlagen stellen eine erhebliche Belastung für die Anwohnerinnen und Anwohner dar. Auch der Erholungswert des angrenzenden Gebiets würde durch die technische Überprägung massiv beeinträchtigt.</p> <p>Negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild Die landschaftliche Prägung des Enkenhofer Waldes und seiner Umgebung zeichnet sich durch Naturbelassenheit, Weitläufigkeit und Ruhe aus. Windenergieanlagen mit ihrer Höhe und ihrer ständigen Bewegung würden dieses Bild dauerhaft verändern. Die damit einhergehende visuelle Belastung widerspricht dem naturnahen Charakter der Region und beeinträchtigt sowohl die Lebensqualität der Bevölkerung als auch den touristischen Reiz des Gebiets.</p> <p>Mögliche Umweltbelastung durch Mikroplastik Ein Aspekt, der in der öffentlichen Debatte häufig vernachlässigt wird, ist der Materialabrieb der Rotorblätter, durch den Mikroplastikpartikel freigesetzt werden. In einem ökologisch empfindlichen Raum mit hoher Wasserdurchlässigkeit wie dem</p>	<p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Enkenhofer Wald ist dies besonders kritisch. Langfristige Folgen für Boden und Grundwasser sind nicht auszuschließen.</p> <p>Aus den genannten Gründen halte ich die Ausweisung der Windenergiefläche WEA-436-013 für fachlich nicht vertretbar. Ich fordere daher eine umfassende Neubewertung unter Einbezug naturschutzfachlicher, siedlungsnaher und planerischer Aspekte sowie den Ausschluss dieser Fläche aus dem Teilregionalplan.</p>	<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				

IV. 10128	374	<p>WEA-436-022 Sehr geehrte Damen und Herren, unter Vorlage beigefügter Vollmacht zeige ich die anwaltliche Vertretung nachfolgender Personen Anlage: Vollmachten als Anl. 1 a-c Vorab wird der Planungsverband gebeten, die Einwendungen meiner Mandantschaft in die weiteren Abwägungen zur Planung einzubeziehen. Die Mandantschaft konnte im Rahmen der 1. Auslegung nicht teilnehmen, weil der Informationsfluss in der Gemeinde nicht stattgefunden hat Meine Mandantschaft hat insoweit mitgeteilt: In der ersten Auslegung konnte nicht rechtzeitig reagiert werden, weil Bürgermeister und Gemeinderäte der betroffenen Gemeinden alles getan haben, um die Planung der Windkraftanlagen vor der Öffentlichkeit zurück zu halten. Es wurden im Gemeindeblatt falsche Angaben veröffentlicht. Anstatt der jetzt 600m Abstand hat unser Bürgermeister von 1km Abstand zu bewohnten Häusern geschrieben. Somit hat er uns in dem Glauben gelassen, dass in diese Waldstücke keine Anlagen kommen, denn mit 1km Abstand wäre es NICHT möglich dort Windanlagen zu errichten, denn der Abstand nach allen Richtungen beträgt nur zwischen 600m und 700m zu bewohnten Häusern. Die Protokolle der Gemeinderatssitzungen konnten über mehrere Monate nicht online</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
-----------	-----	---	---------------	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		eingesehen werden. Die Begründung unseres Bürgermeisters war "Personalmangel". Die Öffentlichkeit ist erst aufmerksam geworden, als die Firma Uhl die Ackerflächen pachten wollten. Da war die Einspruchsfrist bereits schon verstrichen.		
IV. 10128	375	<p>Namens und im Auftrag des [Name anonymisiert] gebe ich somit nun zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben-Teil Regionalplan Energie die nachfolgende Stellungnahme ab. Die Stellungnahme für meinen Mandanten bezieht sich auf die folgende Potenzialfläche: WEA-436-022 Abbildungen in der Anlage! A. Ziele und Grundsätze der Regionalplanung Diesbezüglich ist zunächst auf die Begründung des Regionalplans zu verweisen. Dieser enthält folgende grundsätzliche Regelungen: Das Kapitel 4.2 wird in einem gesonderten Verfahren fortgeschrieben (Teilregionalplan Energie). Der vorliegende Entwurf zur Anhörung dieses Teilregionalplans enthält den Entwurf für das Kapitel 4.2 Energie inklusive der damit verbundenen Änderungen in weiteren Kapiteln (1.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2.1, 3.2.2, 3.3.1). Die räumliche Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bodensee-Oberschwaben soll im Einklang mit den naturräumlichen Qualitäten und der kulturellen Tradition der Region stehen. ....und weiter: Z(1) Im Regionalplan sind Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen (kurz: Vorranggebiete Windenergie) festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt. In den Vorranggebieten Windenergie hat die Nutzung der Windenergie einschließlich des Repowerings Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen. Nutzungen, die dem Sicherungszweck nicht widersprechen, sind zulässig, wenn keine sonstigen Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen. Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete Windenergie hinausragen („Rotor-außerhalb-Flächen“). Z (2) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie sind Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen in kommunalen Bauleitplänen unwirksam. Grundsätzlich können im Rahmen der Regionalplanung auch die Nutzung des Plangebiets für Windkraftanlagen und Fotovoltaikanlagen geregelt werden. Vom Grundsatz her ist dies auch zu begrüßen. Allerdings hat das Planungsrecht in Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine maßgebende Änderung erfahren müssen. Das Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg enthielt bis zum Jahr 2011 auch die Möglichkeit, Ausschlussflächen für Windenergieanlagen festzusetzen. Grundsätzlich galt der gesamte Bereich außerhalb der Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen zur Nutzung der Windenergie als sogenannte Ausschlussfläche. Ab dem Jahr 2011 konnten die Regionalverbände keine Ausschlussflächen für Windenergieanlagen mehr festsetzen. Dementsprechend gilt seit diesem Zeitraum der Grundsatz, dass alle Flächen in</p>	<p>Zur Vereinbarkeit des § 2 EEG und § 45b BNatSchG mit Unionsrecht und Verfassungsrecht teilt das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) in einem Schreiben vom 17.06.2024, welches dem RVBO vorliegt, mit: „Das überragende öffentliche Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien wurde europarechtlich sowohl in Artikel 3 der Verordnung 2022/2577 des Rates vom 22. Dezember 2022 (sog. EU-Notfallverordnung) sowie in Artikel 16f der Richtlinie (EU) 2023/2413 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Oktober 2023 (RED III) festgehalten. In der Rechtsprechung ist zudem geklärt, dass der Gesetzgeber bei der Festlegung und Gewichtung von öffentlichen Interessen einen weiten Gestaltungsspielraum sowohl im nationalen Recht wie auch im EU-Recht hat (vgl. Sailer/Militz, Das überragende öffentliche Interesse und die öffentliche Sicherheit nach § 2 EEG 2023, Würzburger Studien zum Umweltenergierecht Nr. 31 vom 2. November 2023, S. 6). Aus Sicht der zuständigen Fachministerien sind keine Anhaltspunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit oder Verfassungswidrigkeit des § 2 EEG und des § 45b BNatSchG ersichtlich.“</p> <p>Zur Anwendung des § 2 EEG in der planerischen Abwägung schreibt das MLW im o.g. Schreiben weiter: „Zur Anwendung des § 2 EEG und Abwägung der einzelnen Belange im Rahmen der Flächenausweisung verweisen wir auf die Arbeitshilfe Wind-an-Land (S. 12). Hierbei ist zwingend darauf zu achten, dass bei der Ausweisung der Vorranggebiete auch unter Berücksichtigung des § 2 EEG eine im Grundsatz ergebnisoffene Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG stattfindet, auch wenn den erneuerbaren Energien nunmehr ein überragendes Ge-wicht beizumessen ist.“</p> <p>Die Ausführungen in der Stellungnahme, dass „eine konkrete Einzelfallabwägung [...] auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen“ könne, trifft somit nicht zu. Auch der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben führt im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie eine umfassende Abwägung gemäß der Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG durch und berücksichtigt dabei § 2 EEG.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Baden-Württemberg grundsätzlich der allgemeinen Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB unterfallen und damit vom Grundsatz her jede Fläche in Baden-Württemberg der Windkraft zur Verfügung steht. Das wesentliche planungsrechtliche Element der Ausschlussfläche gilt seit 2011 nicht mehr. Nach den Gesetzesänderungen der Bundesregierung durch das Wind-an-Land-Gesetz (WalG) und das WindBG sollen Windeignungsgebiete ausgewiesen werden, die bei Erreichen des Flächenbeitragswerts eines jeden Landes Ausschlusswirkung betreffend der übrigen Landesfläche entfalten sollen. Bis zum Erreichen dieses Flächenbeitragswerts gibt es allerdings keine Ausschlussgebiete. Ungeachtet dessen können die einzelnen Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung zusätzliche Flächen ausweisen, die jedoch als solche keine Ausschlusswirkung entfalten können. Die Bundesregierung hat wiederholt Notverordnungen zur Sicherung des Energiebedarfs erlassen. Dadurch werden insbesondere Einschränkungen durch Naturschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Waldschutz, Denkmalschutz, regionale Grünzüge, Wasserschutz extrem eingeschränkt. Dies alles sind Folgen der maximalen Höherstufung des Ausbaus der Windenergie durch die Verleihung des Prädikats „überragendes öffentliches Interesse“. Diese rechtlichen Vorgänge begegnen jedoch erheblichen rechtlichen Bedenken. Der Gesetzgeber hat in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB jene Gründe ausdrücklich benannt, die der Verwirklichung sogenannter privilegierter Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Durch die Gesetzesänderungen bzw. Erlass der Notverordnung werden diese Schutznormen nahezu bedeutungslos. Hierzu folgende Anmerkungen des Unterfertigten: Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt. Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor. Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet, die insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher</p>	<p>Zu Art. 20a GG: Aus Sicht des Regionalverbands liegt kein Verstoß gegen Art. 20a GG vor, da bei der Anwendung des § 2 EEG und der Abwägung der einzelnen Belange im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie weiterhin zwingend darauf zu achten ist, dass bei der Festlegung der Vorranggebiete auch unter Berücksichtigung des § 2 EEG eine im Grundsatz ergebnisoffene Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG stattfindet, auch wenn den erneuerbaren Energien nunmehr ein überragendes Gewicht beizumessen ist. Zudem heißt es in der Begründung zu § 2 EEG: „Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt“</p> <p>Eine solche im Grundsatz ergebnisoffene Abwägung hat der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie durchgeführt.</p> <p>Zur EU-Notfall-VO: Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die gesetzlichen Vorgaben. Die Anforderungen an die Durchführung der Strategischen Umweltprüfung sind in § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG normiert. An diese hält sich der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie.</p> <p>Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Damit ist auf Ebene der Regionalplanung eine strategische Umweltprüfung durchzuführen, keine Umweltverträglichkeitsprüfung (s. auch Umweltbericht zEntwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schutzvorschriften. Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen. Durch die jetzt durch die Bundesregierung eingeführten Ausnahmenvorschriften in § 45b BNatSchG wird dieser ursprüngliche Schutz des § 44 Abs. 1 BNatSchG unionsrechtswidrig ausgehöhlt bzw. teilweise sogar beseitigt. Abweichungen sind nur nach Art. 9 Abs. 1 V-RL erlaubt und zwar im Interesse der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit (Buchstabe a). Der Bundesgesetzgeber legt mit der neuen Regelung fest, dass der Betrieb einer Windkraftanlage stets der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird aber damit verkannt, dass es einem Mitgliedstaat verwehrt ist, einen unionsrechtlichen Begriff rein national zu definieren, um über diesen Weg in den Anwendungsbereich einer Ausnahmeregelung in der V-RL zu gelangen. In Rechtsprechung und Literatur ist seit langem geklärt, dass jeder im Unionsrecht verwendete Begriff autonom in seinem spezifischen unionsrechtlichen Sinne aus sich selbst heraus auszulegen ist, und dass es wegen der notwendig einheitlichen Geltung des Unionsrechts unter allen Mitgliedstaaten keine Verweisung auf innerstaatliche Sinngehalte geben kann. Insoweit ist zu verweisen auf zwei Entscheidungen des EuGH aus den Jahren 2018 und 2019; vgl. EuGH, Urteil vom 6.3.2018 - C-284/16 Rn. 33 EuGH, Urteil vom 11.4.2019-C-483/17 Rn. 36 sowie auf die weitere Entscheidung des EuGH, Urteil vom 10.12.2018-C-621/18, Rn. 47. Hierin ist unter anderem klar festgelegt, dass das Unionsrecht dadurch gekennzeichnet ist, dass es einer autonomen Quelle entspringt und Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten hat. Dies deckt sich letztlich auch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Grundsatz der autonomen Auslegung des Unionsrechts von deutschen Gerichten beachtet werden muss; vgl. BVerfG, Beschluss vom 9.1.2001 - 1 BvR1036/99. Speziell hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit hat der EuGH ausgeführt, dass dieser Begriff streng zu verstehen ist, sodass „ihr Umfang nicht einseitig von jedem der Mitgliedstaaten ohne Kontrolle durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft festgelegt werden kann.“ Damit verbietet sich das Vorgehen der Bundesregierung für einen einzelnen Mitgliedstaat den unionsrechtlichen Begriff der „öffentlichen Sicherheit“ eigenständig-zumal entgegen der EuGH-Rechtsprechung und undifferenziert zu definieren. § 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen dementsprechend gegen Art. 9V-RL. Eine konkrete Einzelfallabwägung zwischen dem Artenschutz und anderen Belangen kann deshalb auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass die bezeichneten Neuregelungen europarechtlicher Prüfung nicht standhalten werden. Auf den Verstoß gegen Art. 20a GG wird ebenfalls verwiesen. Des Weiteren wurde auf Drängen der Bundesregierung auf EU-Basis die Möglichkeit des Erlasses von Notverordnungen zur Errichtung von</p>	<p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Gleiches gilt für die Anforderungen an die Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura-2000-Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (§ 7 Abs. 6 ROG i.V.m. § 3 Abs. 2 Satz 4 LplG) und die artenschutzrechtliche Prüfung (vgl. Kap. 8.2 des Umweltberichts zum Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Zur Aussage " Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage": Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt, d.h. eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten (vgl. Kap. 3.3.2 sowie Anlage 3 des Umweltberichts zum Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Zudem wurden artenschutzrechtliche Belange im Rahmen des Flächenauswahlprozesses für Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt (vgl. Begründung zu Plansatz 4.2.1 sowie Kriterienkatalog für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung). Des Weiteren wurden artenschutzrechtliche Belange in der Strategischen Umweltprüfung zum Teilregionalplan Energie abgearbeitet (s. Entwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss) Die in der Anregung formulierte Annahme, dass auf Ebene des Regionalplans keine Artenschutzprüfung stattfindet, trifft somit nicht zu.</p> <p>Zur Anwendung des § 45b BNatSchG schreibt das MLW im o.g. Schreiben darüber hinaus:  „Um Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an Land zu vereinfachen und zu beschleunigen, sieht das BNatSchG in § 45b nun bundeseinheitliche Standards für die in diesem Zusammenhang durchzuführende artenschutzrechtliche Prüfung vor. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf der Signifikanzprüfung nach § 44 Abs.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windkraftanlagen durchgesetzt, die wiederum in nationales Recht derzeit umgesetzt werden. Hierzu ist anzumerken, dass allein schon die Verfügung dieser „EU-Notverordnung“ auf EUBasis sowohl gegen die artenschutzrechtlichen Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie und weiterer Schutznormen für den Artenschutz verstoßen sowie gegen die bisherige ständige Rechtsprechung des EuGHs zu diesem Themenbereich. Darüber hinaus ist derzeit der Erlass einer „Notverordnung“ wegen Energiekrise rechtswidrig. Der Ausfall der Stromversorgung in Deutschland war zwar ursprünglich befürchtet worden, nachdem wegen verhängter Sanktionen sowohl die Erdgaslieferungen als nun auch die Rohöllieferungen aus Russland eingestellt wurden. Zwischenzeitlich hat sich die Lage aber derart entspannt, dass für eine Notverordnung kein Raum mehr bleibt. Die Gasspeicher sind gefüllt. Die Bundesregierung plant sogar die Errichtung von Gaskraftwerken. Auch die Prognosen für die Gasversorgung in den kommenden Jahren sind nach Aussage der Erdgasbetreiberfirmen und entsprechender Gutachter absolut gesichert. Gleiches gilt für die Versorgung mit Treibstoffen. Es hat zwar eine gewisse Teuerung stattgefunden. Die Versorgungslage ist aber nach wie vor in jeglicher Hinsicht gesichert. Insoweit verweise ich auf die erstatteten Gutachten sowie die Meldungen aus der Presse. Folglich sind weitere Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen auf der Grundlage einer Notverordnung rechtswidrig. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Artenschutzes und Naturschutzes ausgetragen werden. Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage. Aufgrund dieser Neuregelungen findet im Ergebnis keine Artenschutzprüfung mehr statt. Dies folgt auch aus den Regelungen der §§ 249 und 245 e BauGB. Der Naturschutz und der Artenschutz werden nach diesen Regelungen komplett ignoriert und ausgeschaltet. Die bisherigen Regelungen haben den Naturschutz und Artenschutz bereits stark zurückgedrängt. Eine Naturschutz- und Artenschutzprüfung war aber immer noch möglich. Die jetzigen Regelungen verstoßen gegen nationales Recht aber auch gegen Unionsrechts. Dementsprechend ist auch die deutsche Gerichtsbarkeit verpflichtet, europäische Vorgaben bei der Beurteilung von Klageverfahren wie in vorliegendem Fall zu beachten. Gleiches gilt auch für die anderen ebenfalls eingeschränkten entgegenstehenden Belange. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass der Regionalplan als solcher grundsätzlich über ein Jahrzehnt und mehr Gültigkeit haben soll, wohingegen die Notverordnung in Kürze auslaufen wird. Unter diesen Gesichtspunkten ist nicht nachvollziehbar, wie das Ziel der Vereinbarkeit zwischen Windkraft und Naturschutz erreicht werden soll. Die politischen Vorgaben</p>	<p>5 Satz 2 Nummer 1 BNatSchG sowie auf der erleichterten und rechtssichereren Möglichkeit der Ausnahmeerteilung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG. Die genannte Rechtsnorm ist damit nicht unmittelbar für die Planungsebene anwendbar. Sie ist allerdings für die Vollziehbarkeit der jeweiligen Regionalpläne maßgeblich, um die Frage, ob die Windenergieanlagen auf den Vorrangflächen über eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i. V. m. § 45b Abs. 8 BNatSchG realisierbar wären („Planung in die Ausnahmelage“), zu beantworten.“</p> <p>Zu den Ausführungen zu PS 4.2.1 Z (3) und dem Vorwurf einer "völlig übereilten und oberflächlichen Raumplanung"): Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein höheres Gewicht beigemessen wurde. Die Vorranggebiete Windenergie wurden damit nach Durchführung einer planerischen Abwägung mit anderen Zielfestlegungen zur Freiraumsicherung des Regionalplans festgelegt. Die Schutzziele der entgegenstehenden regionalplanerischen Freiraumfestlegungen haben demnach in die Abwägung Eingang gefunden, sie wurden nicht ignoriert. Anzuwenden und damit rechtlich maßgebend ist im Falle einer Überlagerung immer die Vorrangfestlegung Windenergie. Dies legt PS 4.2.1 Z (3) Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss fest. Ungeachtet dessen bleiben die regionalplanerischen Freiraumfestlegungen bei allen anderen Vorhaben bindend.</p> <p>Zu 13a LplG BW und § 20 KlimaG BW (Zeitplan): Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Grundlagen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ignorieren den Naturschutz, Wasserschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Denkmalschutz und die weiteren Schutznormen einseitig zugunsten der Windkraft, wenngleich auch in der Öffentlichkeit anderes behauptet wird. Dies wird besonders in der nachfolgenden Zielvorgabe deutlich: Z (3) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie stehen der Errichtung und dem Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen und erforderlichen Nebenanlagen sowie dafür notwendigen Erschließungsmaßnahmen nach § 249 Abs. 5 S. 1 BauGB regionalplanerische Zielaussagen der Regionalen Grünzüge (PS 3.1.1 Z (5)), der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege PS 3.2.1 Z (5) und der Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen PS 3.2.2 Z (4) nicht entgegen. Im Fall von Zielkonflikten hat der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Zielen der regionalen Freiraumstruktur. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist in PS 3.3.1 Z (3) geregelt. Festzustellen ist insbesondere eine völlig übereilte und damit auch oberflächliche Raumplanung, wie im Folgenden noch ausgeführt wird. Ein Grund hierfür ist sicher das von der baden-württembergischen Landesregierung in § 20 Klimagesetz Baden-Württemberg verfügte Planungsziel bis spätestens 30.9.2025. Damit setzt der Landesgesetzgeber die Regionalverbände massiv unter Druck, sodass diese letztlich tatsächlich nur eine oberflächliche Planung vornehmen können. Offensichtlich ist dies seitens der Landesregierung in dieser Form auch gewünscht. Diese Fristsetzung zum 30.9.2025 ist nicht zwingend erforderlich, weil der Bundesgesetzgeber in § 3 Abs. 1 WindBG bzw. in der Anlage zu dieser Vorschrift ein erstes Planungsziel zur Erreichung der Flächenbeitragswerte zum 31.12.2027 gesetzt hat. Der Zwang zur übereilten Planung in Baden-Württemberg ist deshalb völlig unbegründet und führt zwangsläufig zu Planungsfehlern, da die möglichen entgegenstehenden Belange nicht in dem notwendigen Umfang geprüft werden können.</p>		
IV. 10128	378	<p>B. Entgegenstehende Belange im Einzelnen I. entgegenstehende immissionsschutzrechtliche Belange Vermisst in diesem Zusammenhang werden Ausführungen des Regionalplans zu immissionsschutzrechtlichen Belangen der Anwohner. Üblicherweise werden mit der Regionalplanung Immissionsprognosen auf der Grundlage derzeit gängiger Typen von Windkraftanlagen (Referenzanlagen) erstellt, um die Belastung der Anwohner in Erfahrung zu bringen. In der gesamten Regionalplanung finden sich keine derartigen Ansätze. Des Weiteren bleibt in diesem Zusammenhang völlig unberücksichtigt, inwieweit die betroffenen Gemeinden in ihrer Planungshoheit verletzt werden. Durch die Ausweisung von Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie wird das Planungsrecht der betroffenen Gemeinden erheblich</p>	<p>Die Ausführungen zu Windenergieanlagen mit drehenden Rotoren im Vergleich zu ruhenden Großartefakten werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Referenzanlagen: eine Nutzung von Referenzanlagen für die Aufstellung von Teilregionalplänen Windenergie ist nicht zwingend. In der Begründung zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie wurden aber Referenzhöhen als Bemessungsgrundlage ergänzt. Auf den Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie wird verwiesen.</p> <p>Immissionsschutzrechtliche Belange der Anwohner: Das Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie sieht Vorsorgeabstände zu Baugebieten und</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>eingeschränkt. Bei der Ausweisung entsprechender Wohngebiete müssen Schutzabstände nunmehr berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für die Schallbelastung als auch für den Schattenschlag. Die Regionalplanung nimmt hierzu aber keine bzw. nur unzureichend Stellung. In diesem Zusammenhang wird auf die Nähe der Wohnbebauung verwiesen. Anhand der Abstandskriterien der Regionalplanung kann aber bereits jetzt prognostiziert werden, dass das nachbarliche Rücksichtnahmegebot hier nachhaltig verletzt wird. Die gesetzlichen Änderungen in § 249 Abs. 10 BauGB werden nicht verkannt. Gleichwohl bleiben die in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts entwickelten Grundsätze weiter anwendbar. Diese sehen eine Einzelfallbetrachtung abseits der ursprünglich bis jetzt geltenden „Faustformel“ des OVG NRW auf jeden Fall vor. Im Rahmen dieser Einzelfallbetrachtung kommt es auf konkrete Abstände in Metern nicht an. Maßgebend sind der Gesamteindruck und die Gesamtbelastung, die auf die Anwohner einwirken. Von einer erheblichen Belästigung ist bei kurzen Abständen zwischen Windkraftanlage und Wohngrundstücken von weniger als 2 000 m auszugehen. Von einer Wertminderung im Verkehrswert ist als Folge der von der Drehbewegung ausgehenden Bewegungssuggestion und empfundenen Unruhe auszugehen, wenn die Abstände zu Windkraftanlagen geringer sind. Dann ist auch die Nutzung des Wohngrundstückes einschließlich der für die Wohnfunktion wichtigen Freiflächen erheblich eingeschränkt. Bei Windparks dieser hier vorliegenden Dimensionen und der Vielzahl der Anlagen erhöht sich der o.g. Abstand entsprechend. Windparks in dieser Massierung führen den Grundstückswert gegen null. Dementsprechend liegt hier eindeutig eine Beeinträchtigung i. S. d. § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 3 BauGB vor. Es handelt sich mithin um schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. § 3 Abs. 1 BImSchG, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen. Bei der o. g. Bewegungssuggestion handelt es sich nicht um einen einfachen sinnlichen Reiz, sondern einen Eindruck, der das leibliche Gesamtfinden des betroffenen Menschen berührt. Die Bewegung drehender Rotoren wird deshalb auch im Wege leiblicher Kommunikation in einem inneren Rhythmus des eigenen Erlebens aufgenommen. Die Bewegungssuggestion erzeugt einen Rhythmus, dem sich die Aufmerksamkeit quasi zwanghaft unterwirft. Ruhende Großartefakte wie schlanke Sendemasten oder Hochspannungsgittermasten ziehen die Aufmerksamkeit in keiner vergleichbaren Weise auf sich, wie dauerhaft einer rhythmisch regelmäßigen Bewegung folgende Großartefakte. Solche erlebte Unruhe wird über die Bewegungssuggestion von der Umgebungsunruhe eines Gegenstandes ausgelöst (Emission). Sie ist</p>	<p>-flächen sowie relevanten Grünflächen und Gebäuden vor (vgl. Kriterienkatalog sowie Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung TEntwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss). Dadurch werden immissionsschutzrechtliche Belange der Anwohner auf der Ebene der Regionalplanung ausreichend bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt. Darüber hinaus wird nach dem Planungskonzept eine Überlastung / Umzingelung vermieden, vgl. Begründung zu PS 4.2.1 des Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss</p> <p>Planungshoheit der Gemeinden: Die verfassungsrechtlich geschützte Planungshoheit gilt nicht uneingeschränkt. Sie kann unter anderem durch die erforderliche Anpassung an die Ziele der Raumordnung eingeschränkt werden (§ 1 Abs. 4 BauGB). Dieses Anpassungsgebot reicht in seiner Wirkung weiter als die Vorschrift des § 4 Abs. 1 ROG. [...] Aus der Anpassungspflicht folgt, dass die Ziele der Raumordnung für die Bauleitplanung unmittelbar bindende Vorgaben sind, die auch im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden können. (vgl. Systematischer Praxiskommentar zum BauGB, Rixner/Biedermann/Charlier 3. Aufl. 2017). Eine Verletzung der Planungshoheit der Gemeinden durch die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie im Entwurf des Teilregionalplans Energie liegt daher aus Sicht des Regionalverbands nicht vor. Im Verfahren befindliche Bauleitpläne wurden bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie berücksichtigt (s. Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien, Anlage zur Begründung Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>sowie durch eine flächeneffiziente Nutzung und angemessen verdichtete Bauweise zu verringern ist. Andererseits wird auch aufgrund des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (überragendes öffentliches Interesse erneuerbarer Energien, Gewichtungsvorrang) in diesem Einzelfall der Belang des Ausbaus der Windenergie höher gewichtet als der Belang einer künftigen Außenentwicklung der in der Anregung genannten Ortschaft in Richtung des in der Anregung genannten Vorranggebiets</p> <p>Rücksichtnahmegebot: Das Rücksichtnahmegebot nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB bezieht sich primär auf die Genehmigung von Vorhaben im Außenbereich. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie erfolgte eine für</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>aber nicht mit ihr identisch. Sie kommt vielmehr als leiblich-befindlich-spürbare Unruhe auf einer Erlebnisebene erst zur Geltung (Immission). Sie wird als leibliche Enge oder Beengung empfunden. Im Falle großer Nähe und zahlreichen Vorkommens sind solche Eindrücke als erhebliche Belästigung und schädliche Umwelteinwirkungen anzusehen. Insoweit ist fraglich, wie der Regionalplaner dies mit der jeweiligen Planung mit Art. 2 Abs. 2 GG und dem Schutz eines jeden Individuums insbesondere des Anspruchs auf körperliche Unversehrtheit in Einklang bringen will.</p>	<p>die Ebene der Regionalplanung ausreichende Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebots durch folgende Maßnahmen: Berücksichtigung von Siedlungsabständen sowie Abständen zu wohngenutzten Einzelgebäuden auf Basis der optisch bedrängenden Wirkung und der TA Lärm; Vermeidung einer Überlastung/Umzingelung; Berücksichtigung weiterer Umweltbelange u.a. bezüglich des Schutzgutes Mensch (inkl. menschliche Gesundheit) (vgl. Entwurf Teilregionalplan Energie: Begründung zu Plansatz 4.2.1, Kriterienkatalog und Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebiete Windenergie sowie Umweltbericht zum Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss). Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Bezüglich Wertminderung und Schattenschlag wird auf die Anlage zur Synopse B.1 zur 1. Offenlage verweisen. Insgesamt hat auf der Ebene der Regionalplanung eine ausreichende Auseinandersetzung mit den in der Anregung genannten Belangen stattgefunden, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht (u.a. §§ 7,8 ROG). Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
IV. 10128	379	<p>II. entgegenstehender Belang des Naturschutzes Der Steckbrief enthält unter der Überschrift „Schutzgut Flora, Fauna, Biologische Vielfalt“ folgenden Eintrag: - Wildtierkorridor (56 ha, 99 %) - Mit Sonderstatusarten ist im näheren Umfeld in verstärktem Maße zu rechnen - Kernflächen und Kernräume des regionalen und des landesweiten Biotopverbundes (3,1 ha, 5 %) -</p>	<p>Zum Rotmilan wird auf die Ausführungen zu Windkraftsensible Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunkt vorkommen abgegrenzt wurden und Umgang mit diesen bei der Festlegung von VRG Windenergie sowie Forderungen, (Welt-)dichtezentren des Rotmilans über die</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Verbundräume des regionalen Biotopverbundes (37 ha, 64 %) - Streuobstbestand (1,6 ha, 3 %) - Ausgleich-, Kompensations- und Ökokontoflächen (0,8 ha, 1 %) Hinzu kommen konkrete Sichtungen des Mandanten aber auch von fachkundigen Gewährsleuten (Vogelkundler) von mehreren Rotmilanhorsten im Bereich der Potenzialfläche. Der Mandant führt aus: Wir haben Unmengen an Rotmilanen. Bei der Bodenbearbeitung haben wir schon bis zu 50 Exemplare gezählt. Diese müssen auch Horste in den angrenzenden Waldtraufen haben. Es handelt sich zweifellos um ein Dichtegebiet der Rotmilane. Anlage: Bilder Ansammlung Rotmilane – als Anl. 2 Videoaufzeichnung – wird als DVD auf dem Postweg übersandt. Der Mandant weiter: In Fleischwangen und den angrenzenden Ortschaften sind die letzten Jahre sehr viele Storchennester dazugekommen. In Ebenweiler sind es über 15 Nester und man kann z.T. ca. 100 Störche gleichzeitig auf den Wiesen zählen. Für Kraniche ist bei uns eine Überflugsroute ins Winterquartier, man kann sie immer hören und wir zählen Unmengen in den Schwärmen. Wir haben eine große Anzahl von Sperbern/Turmfalken, und auch Schleiereulen sind vorhanden. Und nachts fliegen unzählige Fledermäuse. Das nächste Naturschutzgebiet ist das Pfrunger Ried, das wenige Kilometer von den Standorten entfernt ist.</p>	<p>Schwerpunktvorkommen A und B nach Fachbeitrag Artenschutz hinaus bei der Festlegung von VRG Windenergie zu berücksichtigen und betroffene VRG Windenergie zu streichen / zu reduzieren in der Anlage B.3 zur Synopse 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum Kranich wird auf die Ausführungen zu Hinweise auf Überflüge, Sichtungen von Vogelarten, Nahrungssuche, sonstige Beobachtungen Artenlisten von ornitho.de in der Anlage B.3 zur Synopse 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zu Störchen: Gemeint ist wahrscheinlich der Weißstorch. es wird auf die Ausführungen zu Windkraftsensiblen Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunkt vorkommen abgegrenzt wurden und Umgang mit diesen bei der Festlegung von VRG Windenergie in der Anlage B.3 zur Synopse 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Das Naturschutzgebiet ist nach dem Planungskonzept des RVBO zur Festlegung von VRG Windenergie ausreichend weit vom in der Anregung genannten VRG Windenergie entfernt.</p>	
IV. 10128	380	<p>Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG darf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung nur dann erteilt werden und eine Positivplanung nur dann erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und gem. Nr. 2 der Vorschrift andere öffentlich-rechtliche Vorschriften der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen. Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG dürfen von immissionsträchtigen Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden. Die in § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG angesprochenen „anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften“ verweisen insbesondere auf die entgegenstehenden öffentlichen Belange, definiert in § 35 Abs. 3 BauGB, wobei die in § 35 Abs. 3 BauGB vorhandene Auflistung der entgegenstehenden öffentlichen Belange nur exemplarisch aber nicht abschließend ist. Nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vor, wenn das Vorhaben die Belange des Naturschutzes beeinträchtigt. Die Belange des Naturschutzes sind unabhängig vom Naturschutzrecht zu prüfen und unterliegen der vollen gerichtlichen Kontrolle. Der Regionalplan äußert sich hierzu wie folgt: (4) Windenergieanlagen sind in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege zulässig, wenn die</p>	<p>Zur Nennung der Schutzgebiete und ähnliches in und im Umfeld der genannten Vorranggebieten Windenergie: Kenntnisnahme</p> <p>Zum in der Anregung genannten Urteil und dem § 35 Abs. 3 BauGB:</p> <p>Die Belange des Naturschutzes wurden gemäß § 7 Abs. 2 ROG i.V.m. § 2 EEG in die Abwägung eingestellt und abgewogen, sowohl im Flächenauswahlprozess für Vorranggebiete Windenergie (vgl. Begründung zu PS4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung der Kriterien in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) als auch in der Strategischen Umweltprüfung, in der Natura-2000-Vorabprüfung und in der artenschutzrechtlichen Prüfung (vgl. Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Eine Berücksichtigung auf regionaler Planungsebene entsprechend der rechtlichen Vorgaben fand somit statt.</p> <p>Zum PS 3.2.1 Z (4) des 1. Offenlageentwurfs zum Teilregionalplan Energie:</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Anregung genannte Plansatz 3.2.1 Z (4) im Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie entfallen ist.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zweckbestimmung der Vorranggebiete nach PS 3.2.0 (1), (2), (3) und (5) i.V.m. PS 3.2.1 (1) nachweislich nicht gefährdet ist und keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen. PS 3.2.1 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen und Zweckbestimmung der Vorranggebiete nach PS 3.2.0 (1), (2), (3) und (5) i.V.m. PS 3.2.1 (1) nicht beeinträchtigt wird. Eine Beeinträchtigung ist insbesondere in den Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbunds möglich. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege ist in PS 4.2.2 geregelt. Mit diesen Formulierungen soll der Eindruck entstehen, der Naturschutz werde in der Planung ausreichend berücksichtigt. Tatsächlich wird dem Naturschutz nicht jener Rang eingeräumt, den der Gesetzgeber hierfür ursprünglich vorgesehen hat. Wie bereits oben ausgeführt, wird bereits im Planverfahren der Naturschutz ausgehöhlt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in einem Urteil aus dem Jahr 2011 bereits entschieden, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende Belange bei der Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie berücksichtigt werden müssen, wenn sie im Rahmen der Planung bekannt werden.</p>	<p>Somit gelten bezüglich der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege innerhalb der Vorranggebiete Windenergie die Festlegungen des PS 4.2.1 Z (3) Entwurf Teilregionalplan Energie, außerhalb der Vorranggebiete Windenergie gilt Festlegung des PS 3.2.1 Z (3), die bereits im verbindlichen Regionalplan enthalten ist. Zum § 6 Windenergieflächenbedarfsgesetz und dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 wird auf die Anlage zur Synopse verwiesen. Der Regionalverband hält sich an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben. Die Behauptung, im Flächenauswahlprozess sowie in den Umweltprüfungen zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wären nur die Schwerpunktorkommen nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie eingeflossen, ist falsch. Entgegen der Anregung hat der RVBO der Planung nicht einzig und allein den Fachbeitrag Artenschutz für die Abwägung artenschutzrechtlicher Belange bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Entwurf zum Teilregionalplan Energie zugrunde gelegt. Es wird auf die im Rahmen des Planungskonzepts bei der Auswahl der Vorranggebiete Windenergie berücksichtigten arten- und naturschutzfachlichen Kriterien hingewiesen (vgl. Kriterienkatalog, Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie sowie Erläuterung dieser Kriterien) sowie auf die Ausführungen im Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung, artenschutzfachliche Prüfung). Darüber hinaus hat sich der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben im Planungsprozess sowie im Rahmen der Anhörung mit dem BUND, dem NABU sowie den Naturschutzbehörden zu arten- und naturschutzfachlichen Belangen abgestimmt und diese in der Abwägung berücksichtigt. Auch im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangene relevante Anregungen zum Artenschutz hat der Regionalverband gemäß der Vorgaben des § 7 Abs. 2 ROG in der Abwägung berücksichtigt, wobei entsprechend § 2 EEG dem Ausbau der Windenergie ein besonderes Gewicht beigemessen wurde. Zur Kritik daran, der Regionalverband hätte nur bekannte Informationen bei der Ermittlung entgegenstehender arten- und naturschutzrechtlicher Belange herangezogen, sowie zur Aufforderung, der RVBO solle für die genannten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebiete Windenergie eine ordnungsgemäße und fachlich korrekte umfassende artenschutzrechtliche Prüfung vornehmen:</p> <p>Auf der Ebene des Regionalplans ist eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten erforderlich. Dabei sind, – soweit möglich, – auch Konfliktminimierungsmöglichkeiten durch sog. CEF-Maßnahmen oder Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie die Möglichkeit einer ausnahmsweisen Vorhabenzulassung zu prüfen.</p> <p>Regionalplanerische Festlegungen, die in ihrer Umsetzung in einem unauflösbaren Konflikt zum Artenschutzrecht stehen würden, sind unzulässig. In den übrigen Fällen, in denen der Konflikt grundsätzlich beherrschbar erscheint, muss auf Ebene der Regionalplanung keine abschließende Beurteilung oder Lösung des Konflikts gefunden werden, dies kann auf der Vorhabenebene erfolgen. Auf der Regionalplanebene muss also klar sein, dass die Realisierung der Planung grundsätzlich möglich ist und nicht an artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten scheitern würde (vgl. Kap. 3.3.2 und 8.2 Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energiee).</p> <p>Die weitere Berücksichtigung der Informationen zu Arten auf Projektebene, die im Verfahren zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie eingebracht werden (bspw. zu Einzel-vorkommen windenergiesensibler Vogelarten oder weiteren nicht windenergiesensiblen Arten), richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Bezüglich der artenschutzfachlichen Prüfung hält sich der Regionalverband an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben (bzgl. Erläuterungen vgl. Umweltbericht zum Entwurf des Teilregionalplans Energie)</p> <p>Zum Vorwurf, dass nur zum Planungszeitpunkt bekannte Informationen verwendet wurden, wird aus dem Scoping-Papier zum Teilregionalplan Energie zitiert: Der Umweltbericht soll die Angaben enthalten, die „unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind“ (§ 2a Abs. 2 LplG). Gemäß § 14f Abs.2 UVPG sind dies die Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind i.d.R. keine Such- und Erhebungsverfahren gefordert, die über den bisher bei der Regionalplanerstellung notwendigen Rahmen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>der Hinzuziehung von Informationen und Abwägungsmaterial hinausgehen. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass der Umweltbericht in erster Linie auf bereits vorhandenem Datenmaterial aufbauen kann. Die zu beteiligenden Behörden sind angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen (§ 2a Abs. 3 LplG). Sollte das vorhandene Datenmaterial nicht ausreichen, so ist zu klären, ob von den Fachbehörden entsprechende Sachdaten bereitgestellt werden können. Die Bewertung, ob erhebliche Umweltauswirkungen durch die Planung vorliegen, ist aber in jedem Fall vom Regionalverband selbst zu leisten. Sofern Datenmaterial unzureichend oder erkennbar veraltet ist, sollte bereits während des Scopings geklärt werden, welche Stelle über umfassendere bzw. aktuellere Erkenntnisse verfügt und diese ggf. einbringen kann. Nur im Einzelfall können ergänzende, vom Planungsträger initiierte Untersuchungen notwendig sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn das vorhandene Datenmaterial für eine sachgerechte und fehlerfreie Abwägung nicht ausreichend ist.</p> <p>Ein solcher Einzelfall liegt im Fall der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie aus Sicht des Regionalverbands nicht vor.</p> <p>Der Regionalverband hat insgesamt damit Belange des Artenschutzes auf der regionalplanerischen Ebene ausreichend und angemessen geprüft.</p> <p>Bezüglich der artenschutzfachlichen Prüfung hält sich der Regionalverband an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben (bzgl. Erläuterungen vgl. Umweltbericht zum Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss)</p>	
IV. 10128	381	<p>Auch die aktuelle Bundesregierung hat die Prüfung naturschutzrechtlicher Belange bereits im Planverfahren favorisiert, wenn auch aus anderen Gründen. Zum einen soll die naturschutzrechtliche Prüfung nur noch als sogenannte „strategische Umweltprüfung“ (SUP) durchgeführt werden. Zum anderen soll dies dann auch für das Genehmigungsverfahren genügen. Diese sogenannte strategische Umweltprüfung war ursprünglich lediglich als erste überschlägige Prüfung vom Gesetzgeber gedacht, sollte aber keinesfalls eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung ersetzen. Diese jetzt praktizierte Missachtung der möglicherweise entgegenstehenden naturschutzrechtlichen Belange kann weder mit der Rechtsordnung</p>	<p>Zum § 6 Windenergieflächenbedarfsgesetz und dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 wird auf die Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen. Der Regionalverband hält sich an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben. Die rechtlichen Vorgaben zur Durchführung der SUP haben sich nicht geändert.</p> <p>Die Behauptung, im Flächenauswahlprozess sowie in den Umweltprüfungen zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wären nur die Schwerpunktorkommen nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie eingeflossen, ist falsch. Entgegen der Anregung hat der RVBO der Planung nicht einzig und allein</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der Bundesrepublik noch mit europäischer Gesetzeslage und Rechtsprechung in Einklang stehen. Unter Ziff. 3.4.1 des Umweltberichts wird ausgeführt, dass der Planung einzig und allein ein vom Umweltministerium Baden-Württemberg herausgegebener Fachbeitrag für alle Regionalverbände Baden-Württembergs zugrunde gelegt wird. Nach eigenen Angaben des Planungsverbandes wurden lediglich die „landesweit wichtigsten Quellpopulationen windkraftsensibler Arten sowie ausgewählter weiterer Vogel- und Fledermausarten identifiziert“. Lediglich die naturschutzfachlich als besonders hochwertigen Schwerpunktorkommen sind in die Abwägung und Auswahl der Vorranggebiete Windenergie eingeflossen. Zuvor weist der Planverband unter Z. 3.3.2 (Artenschutzrechtliche Prüfung) darauf hin, dass regionalplanerische Festlegungen, die in ihrer Umsetzung in einem unauflösbaren Konflikt zum Artenschutzrecht stehen würden, unzulässig seien. Bereits hieraus ergibt sich, dass angesichts des Unterlassens einer konkreten Artenschutzprüfung diese „unauflösbaren Konflikte“ weder erkannt noch beurteilt werden können. Es bleibt also den Zufall überlassen, ob seitens des LUBW zufällig Arten in diesem Gebiet festgestellt werden oder nicht. So wird im Umweltbericht unter „Artenschutz“ die nachfolgende Behauptung aufgestellt: Alle potenziellen Vorranggebiete Windenergie liegen außerhalb der Artenschutzräume der Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz für die Regionalplanung (LUBW 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023). 23 potenzielle Vorranggebiete liegen ganz oder teilweise in Artenschutzräumen der Kategorie B. Gem. Fachbeitrag Artenschutz kann in Schwerpunktorkommen der Kategorie B im späteren Genehmigungsverfahren im Bedarfsfall mit hoher Wahrscheinlichkeit eine artenschutzrechtliche Ausnahme §§ 45 Abs. 1 i.V.m. 45b Abs. 8 BNatSchG erteilt werden. In diesen Räumen ist nicht davon auszugehen, dass die Umsetzung des Plans an artenschutzrechtlichen Hindernissen scheitern würde. Daher sind hier im Rahmen der Regionalplanung keine detaillierten Prüfungen im Einzelfall erforderlich. Auf dieser Grundlage kann keine naturschutzfachliche/artenschutzfachliche Bewertung vorgenommen werden. Der Planungsverband wird dementsprechend seinem Auftrag, entgegenstehende naturschutzrechtliche Belange in Erfahrung zu bringen nicht gerecht. So kommt der Planungsverband zu dem Ergebnis (Fazit): Auf Ebene des Regionalplans wurde unter Berücksichtigung aller bekannten planungsrelevanten Informationen eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der Arten durchgeführt. Der Planverband räumt zwar ein, dass die Planung lediglich auf „bekannten planungsrelevanten Informationen und einer überschlägigen Prognose der Arten“ beruht. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Unvollständigkeit der Informationen und Daten eingeräumt wird. Dessen ungeachtet unternimmt der</p>	<p>den Fachbeitrag Artenschutz für die Abwägung artenschutzrechtlicher Belange bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Entwurf zum Teilregionalplan Energie zugrunde gelegt. Es wird auf die im Rahmen des Planungskonzepts bei der Auswahl der Vorranggebiete Windenergie berücksichtigten arten- und naturschutzfachlichen Kriterien hingewiesen (vgl. Kriterienkatalog, Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss sowie Erläuterung dieser Kriterien) sowie auf die Ausführungen im Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung, artenschutzfachliche Prüfung). Darüber hinaus hat sich der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben im Planungsprozess sowie im Rahmen der Anhörung mit dem BUND, dem NABU sowie den Naturschutzbehörden zu arten- und naturschutzfachlichen Belangen abgestimmt und diese in der Abwägung berücksichtigt. Auch im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangene relevante Anregungen zum Artenschutz hat der Regionalverband gemäß der Vorgaben des § 7 Abs. 2 ROG in der Abwägung berücksichtigt, wobei entsprechend § 2 EEG dem Ausbau der Windenergie ein besonderes Gewicht beigemessen wurde.</p> <p>Zur Kritik daran, der Regionalverband hätte nur bekannte Informationen bei der Ermittlung entgegenstehender arten- und naturschutzrechtlicher Belange herangezogen, sowie zur Aufforderung, der RVBO solle für die genannten Vorranggebiete Windenergie eine ordnungsgemäße und fachlich korrekte umfassende artenschutzrechtliche Prüfung vornehmen:</p> <p>Auf der Ebene des Regionalplans ist eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten erforderlich. Dabei sind, – soweit möglich, – auch Konfliktminimierungsmöglichkeiten durch sog. CEF-Maßnahmen oder Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie die Möglichkeit einer ausnahmsweisen Vorhabenzulassung zu prüfen. Regionalplanerische Festlegungen, die in ihrer Umsetzung in einem unauflösbaren Konflikt zum Artenschutzrecht stehen würden, sind unzulässig. In den übrigen Fällen, in denen der Konflikt grundsätzlich beherrschbar erscheint, muss auf Ebene der Regionalplanung keine abschließende Beurteilung oder Lösung des Konflikts gefunden werden, dies kann auf der Vorhabenebene erfolgen. Auf der Regionalplanebene muss also klar sein, dass die</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Planungsverband aber keine weiteren Aktivitäten, diese mehr als unsichere und oberflächliche Datenlage durch eine ordnungsgemäße artenschutzrechtliche Prüfung zu beseitigen. Der Planungsverband ist dementsprechend aufzufordern, für die oben genannten Potentialflächen eine ordnungsgemäße und fachlich korrekte umfassende artenschutzrechtliche Prüfung vorzunehmen</p>	<p>Realisierung der Planung grundsätzlich möglich ist und nicht an artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten scheitern würde (vgl. Kap. 3.3.2 und 8.2 Umweltbericht Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss). Die weitere Berücksichtigung der Informationen zu Arten auf Projektebene, die im Verfahren zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie eingebracht werden (bspw. zu Einzel-vorkommen windenergiesensibler Vogelarten oder weiteren nicht windenergiesensiblen Arten), richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Bezüglich der artenschutzfachlichen Prüfung hält sich der Regionalverband an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben (bzgl. Erläuterungen vgl. Umweltbericht Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss)</p> <p>Zum Vorwurf, dass nur zum Planungszeitpunkt bekannte Informationen verwendet wurden, wird aus dem Scoping-Papier zum Teilregionalplan Energie zitiert: Der Umweltbericht soll die Angaben enthalten, die „unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind“ (§ 2a Abs. 2 LplG). Gemäß § 14f Abs.2 UVPG sind dies die Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind i.d.R. keine Such- und Erhebungsverfahren gefordert, die über den bisher bei der Regionalplanerstellung notwendigen Rahmen der Hinzuziehung von Informationen und Abwägungsmaterial hinausgehen. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass der Umweltbericht in erster Linie auf bereits vorhandenem Datenmaterial aufbauen kann. Die zu beteiligenden Behörden sind angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen (§ 2a Abs. 3 LplG). Sollte das vorhandene Datenmaterial nicht ausreichen, so ist zu klären, ob von den Fachbehörden entsprechende Sachdaten bereitgestellt werden können. Die Bewertung, ob erhebliche Umweltauswirkungen durch die Planung vorliegen, ist aber in jedem Fall vom Regionalverband selbst zu leisten. Sofern Datenmaterial unzureichend oder erkennbar veraltet ist, sollte bereits während des Scopings geklärt werden, welche Stelle über umfassendere bzw. aktuellere Erkenntnisse verfügt und diese ggf. einbringen kann. Nur im Einzelfall können ergänzende, vom Planungsträger initiierte</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Untersuchungen notwendig sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn das vorhandene Datenmaterial für eine sachgerechte und fehlerfreie Abwägung nicht ausreichend ist.</p> <p>Ein solcher Einzelfall liegt im Fall der in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie aus Sicht des Regionalverbands nicht vor.</p> <p>Der Regionalverband hat insgesamt damit Belange des Artenschutzes auf der regionalplanerischen Ebene ausreichend und angemessen geprüft.</p> <p>Bezüglich der artenschutzfachlichen Prüfung hält sich der Regionalverband an die zum Planungszeitpunkt für die Ebene der Regionalplanung geltenden rechtlichen Vorgaben (bzgl. Erläuterungen vgl. Umweltbericht zum Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss )</p>	
IV. 10128	382	Als Ergebnis der strategischen Umweltprüfung wird festgestellt: Das Vorhaben führt zu mehreren erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10128	383	<p>.. III. entgegenstehender Belang des Landschaftsschutzes/Waldschutzes Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB. Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der streitgegenständlichen Fläche zerstört. Der Regionalplaner beruft sich bezüglich des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung auf ein Gutachten des Büros PAN. Allerdings nimmt dieses Gutachten zu der Gesamtregion Stellung. In mehreren Karten werden die möglichen entgegenstehenden Belange dargestellt. Allerdings kann aus den Karten nicht entnommen werden, welche Belastungen auf die einzelnen Potentialflächen entfallen. Ergebnisse können nur erahnt werden. Der Regionalplaner gibt in den Tabellen der Gesamtübersicht der Potentialflächen lediglich ein Ergebnis mit wenigen Worten bekannt. Dies kann aber nicht überprüft werden. Insoweit ist der Regionalplaner aufzufordern den Gutachter zu veranlassen, für jede Potentialfläche konkret die Belastung unter dem Blickwinkel des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung ausführlich aufzuzeigen. Die Regionalplanung enthält folgenden Grundsatz, der bei der Beurteilung der Fläche zu beachten ist: 3.1.1 Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen G Die Entwicklung der Region</p>	<p>Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, s. Anlage zur Begründung des Teilregionalplans sowie durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für Windenergienutzung sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung, s. Begründung zu Plansatz 4.2.1 Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Der Regionalverband hat das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum 2. Offenlageentwurf des Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss ). Aus Sicht des RVBO ist der Detaillierungsgrad aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung ausreichend. Der RVBO plant keine Standorte für Windenergieanlagen, nur Gebiete. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.</p> <p>Für jedes Vorranggebiet für Windenergienutzung wurden anhand des o.g. Gutachtens und weiterer Parameter zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bodensee-Oberschwaben und damit auch die Nutzung ihrer Freiräume als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum - soll in Einklang mit dem natur- und kulturräumlichen Charakter ihrer Landschaft stehen, - muss die dauerhafte Nutzbarkeit ihrer natürlichen Ressourcen gewährleisten, - darf die Leistungsfähigkeit und das natürliche Regenerationsvermögen ihres Natur- und Landschaftshaushaltes nicht nachhaltig beeinträchtigen. Die Freiräume der Region sind diesen Grundsätzen entsprechend zu entwickeln, vor einer unverhältnismäßigen Inanspruchnahme zu schützen und falls notwendig zu sanieren</p>	<p>dokumentiert (s. Umweltbericht zum Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss ).</p> <p>Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betriebs von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Bei den in dem in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung und unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte der Windenergienutzung gegenüber dem Schutz des Orts- und Landschaftsbilds der Vorrang eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
IV. 10128	384	<p>Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg hat folgenden Auszug Moore, Biotop, Wildwegeplan etc. veröffentlicht: Abbildung in der Anlage! Generalwildwegeplan Das Suchgebiet liegt innerhalb des Generalwildwegplans, welcher einen „genetischen Austauschkorridor“ von der Schwäbischen Alb über den Altdorfer Wald zur Adelegg darstellt. Über diesen können sich u.a. div. Populationen austauschen, welcher zur Stabilisierung ihrer Vorkommen beiträgt. Durch diese „Brücken“/Korridore besteht auch die Möglichkeiten zur Wiederbesiedlung von verwaisten Lebensräumen. „Die Durchwanderbarkeit der Landschaft“ wird u.a. vom bayerischen Jagdverband als Notwendigkeit gesehen, dabei müssten „die einzelnen Rotwildgebiete mindestens durch Wildtierkorridore vernetzt werden, um den Genfluss zu erhöhen und dadurch einen vielfältigen Genpool zu erreichen oder auch zu erhalten.“ „Im besten Fall sollten sich die Tiere ihren Lebensraum selbst aussuchen können.“ Bericht Schwäb. Zeitung „Größtes Säugetier unter Druck“, 12.04.2023 In Zusammenhang mit dem Bau der A96 wurde im angrenzenden Bereich der A96 zwei Wildbrücken und einige Wilddurchlässe erstellt. Die Planungen erfolgten unter anderem durch das Gutachten</p>	<p>Es besteht die Vermutung, dass in dieser Anregung teilweise eine Verwechslung mit dem VRG WEA-436-015 vorliegt. Im Folgenden wird auf das VRG WEA-436-022 eingegangen. Bezüglich Wildtierkorridor und Adelegg wird auf die Ausführungen in der Anlage zur Synopse Teil B.3 zur 1. Offenlage verwiesen. Die Belange der Biodiversität und des Biotopverbunds sowie der Wildtierkorridore sind ausreichend in die Planung eingeflossen (über den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss sowie die Strategische Umweltprüfung, s. Umweltbericht Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss). Diese Belange stehen der Festlegung des in der Anregung genannten VRG Windenergie nicht entgegen, s. Planunterlagen und Abwägung zur 1. Offenlage Hinweis: Das Vorranggebiet Windenergie liegt nicht in einem Wildtierkorridor nach Generalwildwegeplan.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>„Querungshilfen für Wildtiere A96“ – Planungsabschnitt  Gebrazhofen – Dürren, welche im Auftrag durch das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg durch die Wildforschungsstelle des Landes Baden-Württemberg bei der Staatlichen Lehr- u. Versuchsanstalt Aulendorf, (Jan. 2002) erstellt wurde. Die Querungshilfen wurden mit hohem finanziellem Aufwand und vielen Gesprächen u.a. mit den Experten aus Bayern erstellt, um den überregional bedeutenden Lebensraumkorridor, welcher Teil des Wildfernwechsels ist, sicherzustellen. Biotopverbund Unter „Vorranggebiet für besondere Waldfunktion, Vorranggebiet für Naturschutz + Landschaftspflege“ ist ein funktionierender ?Biotopverbund? überlebensnotwendig! In einem zusammenhängenden Netz ökologisch bedeutsamer Freiräume ist es den Arten möglich, sich neue, klimatisch geeignetere Lebensräume mit einer ausreichenden Größe und Ausstattung zu erschließen. Nur so ist auch der für den Fortbestand der Arten notwendige Austausch zwischen verschiedenen Populationen und Vorkommen gewährleistet. Das BMUV sieht den Biotopverbund wie folgt: „Mit dem Biotopverbund, beziehungsweise der Erhaltung von Grünstrukturen zwischen Biotopen, wird das Überleben von Tier- und Pflanzenarten in der intensiv genutzten Kulturlandschaft gesichert. Damit haben die Arten die Möglichkeit ihren Lebensraum zu wechseln. Der genetische Austausch wird sichergestellt. Zur dauerhaften Sicherung der Populationen müssen Tiere und Pflanzen die Möglichkeit haben, zwischen Gebieten zu wechseln und sich in neuen Lebensräumen zu etablieren. Kernelemente des Biotopverbunds sind insbesondere Schutzgebiete wie Nationalparke, Biosphärenreservate oder Natura 2000-Gebiete. Sie liegen oftmals räumlich isoliert voneinander. Die Möglichkeiten für die Arten, zwischen diesen geschützten Gebieten zu wechseln, können durch Vernetzungsmaßnahmen optimiert werden. Deshalb werden Schutzgebiete ebenso wie Flächen außerhalb von Schutzgebieten, die als Lebensraum geeignet sind, über Lebensraumkorridore verbunden. Der Biotopverbund spiegelt sich u.a. im „Das Bundesprogramm Wiedervernetzung“ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)) wider. In „A.1 Bedeutung und Gefährdung der biologischen Vielfalt“ wird die Bedeutung dargelegt: „Biologische Vielfalt ist eine wesentliche Grundlage für das Leben und die Gesundheit der Menschen. Um die Ökosystemdienstleistungen der Natur auch für zukünftige Generationen zu gewährleisten, sollten möglichst alle Arten in ihrer genetischen Vielfalt und in der Vielfalt ihrer Lebensräume erhalten bleiben, zumal ihre jeweiligen Funktionen im Naturhaushalt und ihr Nutzen für die Menschen in ihren Details heute noch nicht alle erkannt sind. Die Bundesregierung sieht die Bewahrung der Schöpfung auch als ethische Verpflichtung an.“ Die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zerschneidung von Lebensräumen, welche durch verschiedene Baumaßnahmen (Wohnungs-, Industriebau, Verkehrsinfrastruktur, Energiegewinnungsanlagen) verursacht werden, sind für die erheblichen Verinselungen und Verschlechterungen der vorhandenen Lebensräume für Tiere und Pflanzen verantwortlich. Durch diese Barrierewirkung wird der (genetische) Austausch unter den/innerhalb Populationen stark beeinträchtigt. Ebenso wird die Besiedlung neuer Lebensräume durch diese Maßnahmen erheblich gemindert. Der genetische Austausch der Tier- und Pflanzenarten wird massiv gestört, was schlussendlich zu erheblichen Verlusten/Artenschwund in diesen Bereichen führt. Blick auf EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 BIOLOGISCHE VIELFALT – DRINGENDER</p> <p>HANDLUNGSBEDARF „Von den großen Regenwäldern der Welt bis hin zu kleinen Parks und Gärten, vom Blauwal bis hin zu mikroskopischen Pilzen: Biodiversität ist die außergewöhnliche Vielfalt des Lebens auf der Erde. Wir Menschen sind Teil dieses lebendigen Netzes und komplett davon abhängig, denn es gibt uns die Nahrung, die wir essen, filtert das Wasser, das wir trinken, und liefert die Luft, die wir atmen. Die Natur ist für unser psychisches und physisches Wohlergehen ebenso wichtig wie für die Fähigkeit unserer Gesellschaft, globalen Veränderungen, Gesundheitsbedrohungen und Katastrophen standzuhalten. Wir brauchen Natur in unserem Leben. Die Gesundheit und die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften hängen davon ab, dass der Natur der erforderliche Raum gegeben wird. Die beendete COVID-19-Pandemie macht den Schutz und die Wiederherstellung der Natur dringlicher. Durch die Pandemie wurde das Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen unserer eigenen Gesundheit und der Gesundheit der Ökosysteme geschärft. Sie zeigt, dass nachhaltige Lieferketten und Verbrauchsmuster erforderlich sind, die die Belastungsgrenzen unseres Planeten nicht überschreiten. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass das Risiko des Auftretens und der Ausbreitung von Infektionskrankheiten steigt, wenn die Natur zerstört wird. Der Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und gut funktionierender Ökosysteme sind daher von entscheidender Bedeutung, unsere Widerstandsfähigkeit zu stärken und das Auftreten und die Ausbreitung künftiger Krankheiten zu verhindern.“ „Die biologische Vielfalt ist auch für die Gewährleistung der Ernährungssicherheit in der EU und weltweit von entscheidender Bedeutung. Der Verlust an biologischer Vielfalt bedroht unsere Lebensmittelsysteme und setzt unsere Ernährungssicherheit und Ernährung aufs Spiel. Die biologische Vielfalt bildet ferner die Basis für eine gesunde und nährstoffreiche Ernährung und verbessert die Existenzgrundlagen im ländlichen Raum und die Produktivität der Landwirtschaft. So sind beispielsweise mehr als 75 % der weltweiten Lebensmittelkulturen auf</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10128	757	<p>die Bestäubung durch Tiere angewiesen.“</p> <p>Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft überlagern sich mit den Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Grundwasser/Trinkwasser, welches eine zentrale Rolle in Bezug auf ausreichendes und nutzbares Trink-/Grundwasservorkommen darstellt. Die Menge und Qualität von Grund – u. Oberflächengewässern, welche für die Trinkwassergewinnung genutzt werden kann, ist dabei verstärkt zu berücksichtigen und in Bezug auf die Menge zu erhöhen, da lt. Regionalplan RVBO eine Erhöhung der Bevölkerungszahl und Gewerbe- u. Industrieansiedlung geplant sind. Quelle: RO-R-1, Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel</p>	<p>Eine Beeinträchtigung von Grundwasservorkommen ist durch die vorliegende Planung VRG WEA 436-022 nicht zu erwarten. Ein kleiner Teil des VRG Windenergie (3 %) liegt in einer fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzgebietszone III. Zum Umgang mit WSG III:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p> <p>In dem VRG Windenergie befinden sich keine Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete zur Sicherung von Wasservorkommen.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10128	758	<p>Weiter weist die Mandantschaft auf Folgendes hin: Bezug: Textteil Teilregionalplan, Anlagen, S2. 219 ff. Berücksichtigt wurden für die Erarbeitung der Vorrangflächen Streuobstbestände mit Flächen über 2 Hektar. Angesichts der nach § 33a NatSchG BW geschützten Bestände ab einer Mindestgröße von 1500 qm, ist nicht nachvollziehbar, wieso nicht alle geschützten Streuobstbestände von den Kulissen für Windenergie ausgenommen wurden. In der Erläuterung zum Kriterium „Streuobstbestände kleiner als 2 ha“ steht: „Für kleinere Streuobstbestände innerhalb der Vorranggebiete bleibt der gesetzliche Schutzstatus unberührt“ Die Erläuterung ist unverständlich und sollte besser begründet werden. Andernfalls fordern wir, alle geschützten Streuobstbestände ab 1500 qm aus der Kulisse auszuschließen. Quelle: Stellungnahme der Naturschutzverbände 25.04.2024 (Seite 14)</p>	<p>Im Kriterienkatalog werden viele Kriterien ab einer Größenordnung von <math>\geq 2</math> ha betrachtet, da kleinere Flächen aufgrund des Maßstabs der Raumnutzungskarte (1:50.000) kaum darstellbar sind und im Bereich der Planunschärfe liegen. Flächen ab einer Größe von 0,5 ha bis einschließlich 2 ha wurden in der Umweltprüfung berücksichtigt (s. Umweltbericht Entwurf Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss ), inkl. Minimierungsmaßnahmen für nachgelagerte Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren oder Baugenehmigungsverfahren).</p> <p>Nach dem BNatSchG zählen Streuobstwiesen zu den gesetzlich geschützten Biotopen und sind nach dem BNatSchG und dem NatSchG BW zu erhalten. Nach § 33a NatSchG besteht ein Genehmigungserfordernis bei der Umwandlung von Streuobst-beständen in eine andere Art der Landnutzung. Eine Umwandlung von Streuobst-beständen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen stellt einen naturschutzfachlichen Konflikt dar. Aufgrund der teils schlechten Datengrundlage erfolge eine Einstufung als erheblicher Konflikt (K2). Berücksichtigt bei der Auswahl der Vorbehaltsgebiete wurden nur große Streuobstbestände ab 2 ha Fläche. Für kleinere Streuobstbestände innerhalb der Vorbe-haltsgebiete bleibt der gesetzliche Schutzstatus unberührt und ist im nachgelagerten Ver-fahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) zu beachten.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10128	759	<p>Weitere Forderung: Mindestabstände von 1000m zu allen geplanten Windkraftanlagen.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>/ wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.  Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.  Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).  Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.  Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.  Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10128	760	<p>IV. entgegenstehender Belang des Wasserschutzes Voran geschickt sei, dass der Wasserschutz zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Grundwasserreserven und deren Gefährdung rücken mehr und mehr in den Fokus. Dem wird zunächst eine Zielvorgabe im Regionalplan zumindest teilweise gerecht: (3) Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen sind in Vorranggebieten zur Sicherung von Grundwasservorkommen nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn eine Beeinträchtigung der Grundwasservorkommen nachweislich ausgeschlossen werden kann und das Vorhaben der Ausweisung von Wasserschutzgebieten der Zone I nicht erheblich entgegensteht. Dies gilt auch bei der Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie. Sodann erfolgt aber wie bei den anderen Schutzgütern auch wieder die Relativierung und Vorfahrtsregel für die Windenergie: Die Vorranggebiete sichern Wasservorkommen zum Zwecke der Trinkwassergewinnung als verfassungsrechtlich geschützte Lebensgrundlage des Menschen. Diese Sicherung ist auch aufgrund der Folgen des Klimawandels (z.B. sinkendes Grundwasserdargebot) erforderlich. Die Regelung ist mit dem überragenden öffentlichen Interesse erneuerbarer Energien vereinbar (siehe PS 3.3.1 (3)). Darüber hinaus bestehen außerhalb der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen ausreichend Alternativen für die in § 2 EEG, § 22 KlimaG genannten Vorhaben und Maßnahmen. PS 3.3.1 (3) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen (Definition s. Begründung zu PS 4.2.2) in Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen. Gemäß der Handreichung des Umweltministeriums aus dem Jahr 2023 können Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen unter bestimmten Voraussetzungen mit der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten vereinbar sein. In der Schutzzone I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassung) inkl. einem Vorsorgeabstand von 100 m hingegen sind diese Anlagen ausgeschlossen. In den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist ohne detaillierte Untersuchungen i.d.R. nicht absehbar, wo zukünftig Schutzzonen I und II ausgewiesen werden können. Daher sind Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen in diesen Vorranggebieten nicht pauschal ausgeschlossen. Um die Zulässigkeit und Unbedenklichkeit von solchen Vorhaben bzw. Nutzungen sicherzustellen, sind entsprechende Nachweise zu erbringen, z.B. durch vertiefende hydrogeologische Untersuchungen. Bei Windenergieanlagen muss insbesondere sichergestellt werden, dass durch den Eingriff in den Boden (Betonfundament der Windenergieanlage, Kabel, Zuwegung) keine grundwasserführenden Schichten beeinträchtigt werden. Zudem sind die o.g. Handreichung</p>	<p>Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Anregung genannte PS 3.3.1 Z (3) aufgrund der im Anhörungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie grundlegend überarbeitet wurde. In der Anregung wird jedoch der Text aus der 1. Offenlage zitiert, welcher nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung ist. Auf den Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie wird verwiesen. So bezieht sich PS 3.3.1 Z (3) 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie ausschließlich auf die Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit den Vorranggebieten Windenergie „Altdorfer Wald – Erbisreuter Wald“ (WEA-436-004), „Altdorfer Wald – Grunder Wald“ (WEA-436-009) und „Altdorfer Wald Süd“ (WEA-436-010). Weitere Überlagerungen von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen liegen im Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben nicht vor. Eine generelle Annahme, dass Wasservorkommen nur in Niederungen anzutreffen sind und Wasserfassungen nur in Talbereichen erfolgen, wie in der Anregung angenommen, wird somit nicht getroffen.</p> <p>Zu WSG I: Gemäß §§ 51ff WHG, § 45 WG BW sowie der Handreichung zu Planung, Bau und Betrieb von Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen in der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten (2023, Hrsg.: Umweltministerium BW) sind WSG I mitsamt einem Vorsorgeabstand von 100 m von Windenergieanlagen freizuhalten. Daher fließen die rechtlich festgesetzten, fachtechnisch abgegrenzten, im Verfahren befindlichen und geplanten WSG I als rechtlicher Ausschluss (A1) mitsamt 100 m Vorsorgeabstand als planerischer Ausschluss (A3) nach dem Planungskonzept des Teilregionalplans Energie Bodensee-Oberschwaben nicht in die Suchräume für Vorranggebiete Windenergie ein. Bekannte geplante WSG I bzw. WSG I im Verfahren sind als planerischer Ausschluss (A3) mitsamt 100 m Vorsorgeabstand (K1) ebenfalls kein Bestandteil der Suchräume (vgl. Erläuterung Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie).</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>des Umweltministeriums BW und die Tabelle B7 zu den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen in dieser Begründungheranzuziehen. Dabei ist zu unterscheiden: • In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &lt; 100 ha, bei denen wenige Standorte für ein Wasserschutzgebiet Zone I zur Verfügung stehen, sind Vorhaben wie Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen mit dem Schutzzweck der Vorranggebiete nicht vereinbar • In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &gt;100 ha können Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen zugelassen werden, wenn die oben genannten Nachweise erbracht werden und sichergestellt ist, dass ausreichend Flächen für die Ausweisung von WSG I verbleiben. Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen sind zurückzubauen, wenn eine Fläche innerhalb eines Vorranggebietes zur Sicherung von Wasservorkommen für die Ausweisung eines WSG I benötigt wird. Der Steckbrief verweist ausdrücklich auf das WSG „Oberholz“ Nach Möglichkeit sind stets vergleichbar geeignete Standorte außerhalb der für Sicherung von Wasservorkommen sensiblen Bereiche vorzuziehen. Durch diese Regelung wird dem § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und §§ 20-22 KlimaG Rechnung getragen und gleichzeitig der Schutz von Grundwasservorkommen, auch im Sinne der Klimawandelanpassung, sichergestellt. Aufgrund der Größe der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen, der aus physikalischen Gründen notwendigen Abstände von Windenergieanlagen zueinander (Turbulenzen) und der Tatsache, dass Windenergieanlagen tendenziell eher auf Höhenrücken positioniert werden und Wasserfassungen eher in Talbereichen, ist davon auszugehen, dass ausreichend Fläche und genügend Positionierungen für mögliche Schutzzonen I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassungen) verbleiben. Daher besteht eine grundsätzliche Vereinbarkeit der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen mit diesen Vorranggebieten Windenergie. Zum Nachweis der Unbedenklichkeit konkreter Standorte für Windenergieanlagen innerhalb dieser Vorranggebiete Windenergie sind vertiefende hydrogeologische Untersuchungen auf nachgelagerter Planungsebene erforderlich. Die hypothetischen Annahmen, dass Wasservorkommen nur in Niederungen anzutreffen sind und Wasserfassungen nur in Talbereichen erfolgen, werden vom Regionalplaner zum Anlass genommen, Windkraftanlagen auf den Höhenanlagen generell zu genehmigen. Bislang galten zu Recht aus Gründen des Trinkwasserschutzes die Zonen I und II generell als absolute Tabuzonen für Windkraftanlagen. Der Regionalplaner scheint dies sowohl für die Zone I als auch für die Zone II zu relativieren. Da die zuführenden Bäche und Quellen für die Trink- und Grundwasserversorgung durch die Vorrangfläche führen und</p>	<p>Zu WSG II: Die Nutzung der Windenergie ist in WSG II gem. der o.g. Handreichung grundsätzlich möglich. Sie müssen daher nicht auf regionalplanerischer Ebene von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie ausgeschlossen werden (s. auch OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 23. Mai 2019, OVG 2 A 4.19, OVG Magdeburg, Urteil vom 21.10.2015). Wirkungen auf Grundwasservorkommen und etwaige Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ergeben sich aus der speziellen Situation an den potenziellen Standorten für Windenergieanlagen und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit ist im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens sicher zu stellen.</p> <p>Zu WSG III: In WSG III fällt das Gefährdungspotenzial aufgrund der weiteren Entfernung zur Wassergewinnungsanlage in der Regel deutlich geringer aus. I.d.R. ist kein Konflikt mit Windenergieanlagen zu erwarten, wenn das Austreten wassergefährdender Stoffe vermieden wird. Daher werden Wasserschutzgebiete der Zone III im Planungskonzept zum Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben nicht von Vorranggebieten Windenergie ausgeschlossen oder als Konfliktkriterium behandelt (vgl. Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie).</p> <p>Zu Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen: In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen sind solche Vorhaben unzulässig, die einer späteren Ausweisung als Wasserschutzgebiete Zone I (WSG I) und II (WSG II) entgegenstehen können. Dies ist in PS 3.3.1 Z (2) festgelegt. Überlagerungen von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie liegen ausschließlich in den Vorranggebieten Windenergie „Altdorfer Wald – Erbisreuter Wald“ (WEA-436-004), „Altdorfer Wald – Grunder Wald“ (WEA-436-009) und „Altdorfer Wald Süd“ (WEA-436-010) vor und sind im PS 3.3.1 Z (3) des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie geregelt. Gemäß PS 4.2.1 Z (3) 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie hat bei dieser</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>liegen, steht außer Frage, dass die Speisung der Wasserversorgung massiv gestört und beeinträchtigt wird. Diesbezüglich sei darauf hingewiesen, dass Windkraftanlagen im Fall einer Havarie massive Umweltschäden auslösen. Selbst die Schutzeinrichtungen wie beispielsweise Ölwannen und dergleichen sind nicht in der Lage, die ungeheure Menge an Ölen aufzufangen, sodass das Grundwasser und Trinkwasser nachhaltig verseucht wird. Auch im Fall eines Brandes gelangen giftige Schadstoffe insbesondere durch das Löschwasser in das Grundwasser und Trinkwasser. Aus guten Gründen ist deshalb in Gebieten der Schutzzonen I und II ein absolutes Verbot derartiger Anlagen auszusprechen. Dies gilt selbst für die Schutzzonen III, da diese Gebiete als Einzugsgebiete der Zonen I und II gelten. Gelangen Schadstoffe im Bereich der Schutzzonen III in das Grundwasser, gibt es keine Möglichkeit, die Zonen I und II vor diesen Schadstoffen zu schützen. Selbst ohne Havarie wird die Belastung des Grund- und Trinkwasser durch den Abrieb der Rotorblätter mit PFAS stark erhöht. Durch die große Höhe der Anlagen ist eine direkte Belastung und Verunreinigung des Trinkwassers im großen Umkreis unausweichlich. Die Verlagerung sogenannter vertiefender hydrogeologische Untersuchungen auf die nachfolgenden Planungsebenen bzw. das Genehmigungsverfahren ist aus hiesiger Sicht rechtswidrig. Insgesamt verweist der Planer auf die „weiteren Planungsebenen“. Die Regionalplaner können sich aber nicht darauf berufen, eine nähere Überprüfung entgegenstehender Belange nach § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB sei in diesem Stadium unzumutbar. Dementsprechend verweise ich auf das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295, das für die Regionalplanung gilt mit folgendem Inhalt: "Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung soweit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann." Dies bedeutet im Klartext, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden. Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange. Grundsätzlich müssen solche Planungen unterbleiben, auf deren Grundlage wegen entgegenstehender Belange</p>	<p>Überlagerung der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen. Dies ist möglich, ohne dass das Schutzziel der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen (Sicherung von Flächen für mögliche spätere Ausweisungen von Wasserschutzgebieten der Zone I und II), erheblich beeinträchtigt wird. Dies liegt einerseits daran, dass Wasserschutzgebiete der Zone II Windenergieanlagen nicht grundsätzlich entgegenstehen (s. Handreichung des Umweltministeriums zur Planung und zum Bau von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten der Zone II (2022)) und andererseits daran, dass sowohl Wasserschutzgebiete der Zone I (Trinkwasserfassungen) als auch Windenergieanlagen in der Regel einen geringen Platzbedarf haben und aufgrund der erforderlichen Turbulenzabstände zwischen Windenergieanlagen ausreichend große Räume für die Errichtungen von Trinkwasserfassungen verbleiben. Zudem ist davon auszugehen, dass in den betroffenen Überlagerungsfällen von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen aufgrund der unterschiedlichen Standortanforderungen Windenergieanlagen eher auf Höhenrücken und Trinkwasserfassungen eher in Tallagen positioniert werden (vgl. Begründung zu PS 3.3.1 Entwurf des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Zur möglichen Gefährdung durch Schadstoffe, die bei Havarie ins Grundwasser gelangen können: Dieser Aspekt bezieht sich auf potenzielle Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben können. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Ein Erfordernis, möglicherweise betroffene Flächen bereits auf regionalplanerischer Ebene von potenziellen Vorranggebieten Windenergie auszuschließen, entsteht dadurch nicht.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		des § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB im späteren Verfahren keine Genehmigung erteilt werden kann und darf.	<p>Zum in der Anregung genannten Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Bayern: Für die übergeordnete Ebene der Regionalplanung gilt § 7 Abs. 2 S. 1 ROG. Danach sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Gleiches gilt gem. § 249 Abs. 6 S. 1 BauGB für die Ausweisung von Windenergiegebieten. Dabei kommt der Realisierung von Vorranggebieten Windenergie innerhalb der zu treffenden planerischen Abwägungsentscheidungen wegen des neu geschaffenen § 2 EEG 2023 eine besonders herausgehobene Stellung zu.</p> <p>Die Vorranggebiete Windenergie wurden nach umfassender Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG und unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele auf Bundes- und Landesebene einschließlich § 2 EEG als Ziele der Raumordnung festgelegt. Planerische Festlegungen, bei denen bereits auf Ebene der Regionalplanung erkennbar wurde, dass sie wegen entgegenstehender Belange nicht umsetzbar sind, wurden dabei nicht getroffen.</p> <p>Der Regionalverband hat die relevanten Belange entsprechend der rechtlichen Vorgaben ausreichend geprüft, das Erfordernis einer näheren Überprüfung besteht nicht.</p> <p>Belange, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen, sind in den nachgelagerten Verfahren zu klären. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
IV. 10128	761	V. entgegenstehender Belang des Denkmalschutzes Unter Ziffer 6.2.3.7 (Kultur- und Sachgüter) führt der Regionalplaner aus: Gemäß § 15 Abs. 4 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg (DSchG BW) stehen bis zur Erreichung des Ziels der Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 nach dem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz der Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Windenergieanlagen denkmalfachliche Belange nicht entgegen, soweit die Windenergieanlagen nicht in der Umgebung eines in höchstem Maße raumwirksamen eingetragenen Kulturdenkmals errichtet, verändert oder beseitigt werden. Auch an dieser Stelle erkennt der Regionalplaner, dass der Regionalplan nicht nur für ein oder zwei Jahre Geltung besitzt, sondern in der Regel über einen Zeitraum von zehn Jahren und mehr. Abgesehen davon, dass die Vorschrift des § 15 Abs. 4 DSchG Baden-Württemberg aus hiesiger Sicht	<p>Gemäß der Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen (VwV Regionalpläne) Baden-Württemberg sind Regionalpläne auf einen Zeitraum von rund 15 Jahren auszurichten. Nach dem in § 20 KlimaG BW i.V.m. § 13a LplG festgelegten Zeitplan zur Festlegung der regionalen Teilflächenziele gemäß § 3 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sind die zur Erreichung der Teilflächenziele notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Gemäß § 13a Abs. 3 LplG macht der Regionalverband die Anzeige nach Abs. 2 im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg öffentlich bekannt, wenn die oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde nicht innerhalb einer Frist von drei Monate nach Anzeige unter</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>rechtswidrig ist, dürften die Flächenbeitragsziele in Gesamtschau der derzeit laufenden Regionalplanung in Baden-Württemberg bereits bis 2027 erfüllt sein bzw. schon früher. Damit entfällt dann ohnehin diese Maßgabe. Die denkmalschutzrechtliche Beurteilung bzw. deren massive Einschränkung wirkt aber über den gesamten Zeitraum der Geltung der Regionalplanung. Bereits hieraus ergibt sich, dass die Vorgehensweise des Regionalplaners von Anfang an rechtswidrig ist. Vom Regionalplaner wird als entgegenstehender Belang des Denkmalschutzes die UNESCO Welterbestätte Pfahlbauten genannt. Der Regionalplaner geht aber mit keinem Wort auf diesen entgegenstehenden Belang ein</p>	<p>Angabe von Gründen rechtliche Einwendungen erhoben hat.</p> <p>Es kann damit davon ausgegangen werden, dass der Teilregionalplan Energie Anfang des Jahres 2026 verbindlich wird und dann gemäß VwV Regionalpläne für 15 Jahre gilt. Die in der Anregung genannte Rechtsnorm aus dem DSchG gilt bis 2040. Der Regionalverband wird rechtzeitig eine Anpassung des Teilregionalplans Energie an die neue Sach- und Rechtslage vornehmen, z.B. bei Auslaufen der Regelung des § 15 Abs. 4 DSchG oder bei Erreichen der Treibhausgasneutralität bzgl. § 2 EEG. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Es wird zudem auf die Berücksichtigung von weiteren Belangen des Denkmalschutzes nach dem Planungskonzept des Teilregionalplans Energie hingewiesen (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie sowie Erläuterung zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf Teilregionalplan Energie).</p> <p>Im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie wurde das Vorranggebiet Windenergie WEA-436-005 Altmannshofen aufgrund der Belange des Denkmalschutzes (Betroffenheit des Umgebungsschutzes des im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmals Schloss Zeil, s. BE ID 1230 des Stellungnehmers mit dem Az. II.521 Synopse zur 1. Offenlage) aus der Flächenkulisse Windenergie herausgenommen. Auch im Entwurf zum Satzungsbeschluss ist dieses VRG Windenergie nicht enthalten.</p> <p>Für das Vorranggebiet Windenergie VRG WEA-436-022 ergibt sich aus der Stellungnahme des Landesdenkmalamts zum Teilregionalplan Energie (Az. II.521, Stellungnahme zur 1. und 2. Offenlage) kein Erfordernis, diese Vorranggebiete wegen der Betroffenheit von im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmälern aus der Kulisse der Vorranggebiete Windenergie auszuschließen.</p> <p>Daher wird in der regionalplanerischen Abwägung dem Ausbau der Windenergienutzung gegenüber dem Denkmalschutz der Vorrang eingeräumt (§ 2 EEG).</p> <p>Die neue Flächenkulisse der Vorranggebiete Windenergie ist der Raumnutzungskarte zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p> <p>Pfahlbauten: es wird auf die Ausführungen in der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10128	762	<p>VI. entgegenstehende militärische Belange/Belange der Flugsicherung/Rettungshubschrauber Der nächste Flugplatz ist in Mengen, der militärisch und aber auch von Kleinflugzeugen genutzt wird. Das nahegelegene Altshauser Ried dient als Übungsgelände für militärische Fallschirmspringer. Aus diesem Grund überfliegen die Transall-Maschinen das gegenständliche Potenzialgebiet. Der Mandant führt zum Thema Rettungshubschrauber aus: Außerdem wird bei uns sehr oft der Rettungs-Helikopter eingesetzt, denn der ist flexibler und schneller als der Krankenwagen, da wir ca. 25 Minuten zum nächsten Krankenhaus haben. Im Notfall (ich spreche aus eigener Erfahrung) ist das Überleben Verunfallter nur noch mit dem Hubschrauber gegeben. Und der Hubschrauber fliegt auch oft da drüber, wo die Anlagen stehen sollen...</p>	<p>Stellungnahme des Landesdenkmalamts zur 2. Offenlage verwiesen. II.521. Eine Erfordernis der REduzierung des VRG Windenergie besteht hier nicht.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hat die Bundeswehr sowohl im formellen Verfahren, als auch im Vorfeld informell beteiligt und die militärischen Belange in den Planungsprozess einfließen lassen. Für das festgelegte Vorranggebiet Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik stellt der genannte Sachverhalt keinen Ausschlussgrund dar. Ansonsten gilt: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10128	763	<p>VII. mangelnde Windhöffigkeit Besonders hinzuweisen ist auf die mangelnde Windhöffigkeit bzw. die unzureichenden Werte Energiedichte. In den Steckbriefen wird zwar darauf hingewiesen, dass eine ausreichende Windhöffigkeit zum Betrieb von Windkraftanlagen vorhanden sei. Dies ist aber sehr infrage zu stellen. Bereits in den letzten 20 Jahren galt das gesamte Gebiet und die gesamte Region als windschwach. Eine Windkraftnutzung wurde stets aufgrund dieser mangelnden Windhöffigkeit nicht wahrgenommen und auch nicht projektiert. Aufgrund der neuen Gesetzgebung sehen sich offensichtlich die Landesregierung und die Regionalverbände veranlasst, ohne größere Rücksicht auf Windhöffigkeit oder Energiedichte Flächen zu akquirieren. Ein „überragendes öffentliches Interesse an der Einrichtung der Windenergie“ findet jedenfalls dann nicht statt, wenn letztlich nur mäßige Stromerträge voraussehbar sind in diesem Fall überwiegend die entgegenstehenden Belange, wie sie oben dargestellt wurden. Vorgelegt wird in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme der Wetterstation Nienburg, die im Auftrag des Vereins BREMN e.V. eine „Analyse der vorherrschenden Windparameter des Jahres 2013 in Waldburg/725 m ü. NN mit Aufschlüsselung nach Windhöffigkeit in Zeiteinheiten auf 200 m Höhe über Grund“ erstellt haben. Dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich an 150 Tagen im Jahr (31,5 %) die geplanten Windkraftanlagen mit mehr oder weniger gutem Ertrag im Gemeindegebiet Waldburg Strom erzeugen können. Hierbei muss aber beachtet werden, dass ein Einstiegswert von 3,0 m/s schon als Ertrag gewertet wurde. Berücksichtigt man aber realistisch, dass Werte zwischen 3,0 und 4,99 m/s nicht als nennenswerter Ertrag zu rechnen sind, verbleibt lediglich ein Wert von</p>	<p>Im Hinweisschreiben des Umweltministeriums zu den Auswirkungen des neuen Windenergieerlasses auf behördliche Entscheidungen vom 27. Mai 2019 wird empfohlen, als Orientierungswert, ab dem ein Standort für eine Windenergienutzung als ausreichend windhöffig angesehen werden kann, einen Wert von 215 W/m² (mittlere gekappte Windleistungsdichte in 160 m über Grund) zu Grunde zu legen. Sofern „die Erreichung der Teilflächenziele nach Windenergieflächenbedarfsgesetz“ aufgrund mangelnder Windpotenziale „ansonsten nicht möglich ist“, soll eine Unterschreitung des Orientierungswertes erfolgen (Schreiben des Umweltministeriums Baden-Württemberg vom 11. November 2022). „Infolge der Aufskalierung der Anlagentechnik sowie aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen des EEG 2023“ bestehen danach „inzwischen auch auf Standorten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale bzw. Möglichkeiten für die Windenergienutzung.“ Aus Sicht des Regionalverbands war es erforderlich, auch Flächen ab einer Windleistungsdichte von 190 W/qkm in die Kulisie der Vorranggebiete Windenergie aufzunehmen. Dies ist bei der in der Anregung genannten Fläche der Fall. Flächen kleiner 190 W/m² in 160 m Höhe wurden im Planungsprozess lediglich vereinzelt als Vorranggebiet festgelegt, s. Anlage E.2 zur Synopse 2. Offenlage. Bezüglich des Windatlasses Baden-Württemberg 2019</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>45 Tagen im Jahr mit einer Windgeschwindigkeit von über 5,0 m/s. Anlage: Analyse der vorherrschenden Windparameter des Jahres 2013 in Waldburg/725 m ü. NN mit Aufschlüsselung nach Windhöffigkeit in Zeiteinheiten auf 200 m Höhe über Grund – als Anl. 3 Anlage: Annäherung kWh-Ertragsberechnung Windkraftanlagen Altdorfer Wald – als Anl. 4 Selbst der Wert von 5,0 m/s galt nach dem ursprünglichen Windenergieerlass Baden-Württemberg als nicht ertragreich. Der damalige Windenergieerlass sah eine Mindestgeschwindigkeit von 5,5 m/s vor. Hieraus ergibt sich die klare Schlussfolgerung, dass die gesamte Region für Windkraftanlagen absolut ungeeignet ist. Dies gilt auch für Windkraftanlagen mit höherer Gesamthöhe, weil sich insoweit die Windgeschwindigkeiten nicht wesentlich erhöhen und zu einem höheren Ertrag führen können. Es kann auch nicht nachvollzogen werden, dass plötzlich Studien vorgelegt werden, die eine höhere Windgeschwindigkeit bescheinigen sollen. Ganz im Gegenteil ist in den letzten Jahren festzustellen, dass die jährlichen Windgeschwindigkeiten abnehmen. Die jetzt dargestellten Werte in Baden-Württemberg sind auch deshalb als unrealistisch zu werten, weil sie in keiner Weise mit jenen Werten entlang der Grenze zur Bayern korrespondieren. Die nachfolgende Aufstellung beweist, dass die jetzigen Darstellungen der Energiedichte in Baden-Württemberg unrealistisch sind. Diese korrespondiert weder mit den alten Messwerten in Baden-Württemberg noch mit den Feststellungen direkt über der Landesgrenze nach Bayern. Vorgelegt wird deshalb die Untersuchung „der Windatlas Baden-Württemberg 2019 und der bayerische Atlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze“. Anlage: „Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 und der bayerische Atlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze“ – als Anl. 5 Die Gutachter kommen zu der Schlussfolgerung: Der Vergleich der Kennzahlen aus den beiden Windatlassen dies- und jenseits der badenwürttembergisch-bayerischen Landesgrenze zur Windhöffigkeit der untersuchten Standorte weist drastische Unterschiede auf. Einzelne Kennzahlen von Standorten unterscheiden sich um fast einen Faktor 2. Eine sachlich-physikalisch-geographische Erklärung kann nicht plausibel gegeben werden. Dies wird deutlich anhand der Auswertung der mittleren Windgeschwindigkeiten gemessen vom Deutschen Wetterdienst, welche eine Stetigkeit der Kennzahl an einem Standort beim Passieren der Landesgrenze aufweisen. Es stellt sich die Frage, ob in den Ergebnissen der Windatlas eine zu große systematische Ungenauigkeit vorliegt. Damit könnten grundsätzlich und prinzipiell überall im Land systemische Mängel unbekannter Größe im Windatlas vorhanden sein. Damit erscheinen der Windatlas Baden-Württemberg 2019, der damit verknüpfte Potentialatlas des Landes mit den Vorranggebieten und die Feststellung der Flächen</p>	<p>als Datengrundlage und des Vergleichs mit dem Windatlas Bayern wird auf die Anlage zur Synopse B.1 und B.4 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Eine Rücknahme der in der Anregung genannten Vorranggebiete aus den in der Anregung genannten Gründen erfolgt nicht.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		zum Erreichen des 1,8 -%-Ziels der laufenden Bestrebungen der Landesregierung zum forcierten Ausbau der Windenergie insgesamt fragwürdig. Offenbar erweist sich die zentrale Stütze der Argumentation, die Windhöffigkeit über die mittlere gekappte Windleistungsdichte anhand des Windatlas festzustellen, als äußerst fragwürdig. Eine 6-jährige Messreihe von der Wetterstation Waldburg (der Ort befindet sich ca. 20km Luftlinie des geplanten Vorranggebiet Fleischwangen-Nord) in realen Messwerten hochgerechnet auf Nabenhöhe 200 m zeigt ganz klar und eindeutig, dass die Windhöffigkeit in diesem Gebiet nicht annähernd ausreicht, um Schwachwindanlagen jedweden Typs überhaupt, geschweige denn wirtschaftlich, betreiben zu können. Die Kernaussagen hierzu sind folgende -der Jahresdurchschnitt in 200 m über Grund beträgt 2,26 m/s im letzten Messjahr (der 6- jähriger Durchschnitt beträgt = 2,46 m/s über die gesamte Messperiode) -die Einschaltgeschwindigkeit der Vestas 7.2 beträgt > 3 m/s -an ca. 250 Tagen/Jahr bezogen auf die Windhöffigkeit stehen die WKA's somit still -der Auslastungsgrad liegt rechnerisch in Volllaststunden bei 433 h = 4,9% der tatsächlichen Leistung -die immer wieder berichtete Stromversorgung und Anzahl von bis zu 170.000 Haushalten sind mehr als unrealistisch, sondern gehen aus Unwissenheit und fälschlicherweise von der Nennleistung dieser WKA's aus. Dies untermauert den obigen Vortrag, dass die gesamte Region für Windkraft ungeeignet ist und die ausgewiesene Potenzialfläche zu streichen ist. Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10129	149	ich möchte darauf hinweisen, dass über dem von Ihnen beplanten Gebiet immer wieder [Inhalt anonymisiert] von [Inhalt anonymisiert] und Einzelflüge stattfinden. Zuletzt gesehen am 14.04.2025 (siehe Bilder im Anhang) Davor in KW15 dieses jahres. Da dies ein wiederkehrender Vorgang ist, bitte ich sie zu klären ob hier ein Konflikt besteht.	Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (s. Synopse zur 1. Anhörung, Az. II.580) verwiesen. Auch bei der Festlegung des genannten VRG Windenergie sind militärische Belange ausreichend berücksichtigt worden. In der 2. Offenlage wurden zum in der Anregung genannten Vorranggebiet keine Bedenken vonseiten der Bundeswehr vorgebracht (s. Stellungnahme der Bundeswehr zur 2. Offenlage, Az. II.580)	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10130	439	Stellungnahme zum Teilregionalplan Windenergie Sehr geehrte Damen und Herren, als Bürger der Ortschaft Haisterkirch erheben wir unsere Einwendungen gegen das ausgewiesene Vorranggebiet 436-007 Osterhofen/Haisterkirch: Punkt 1: Situation vor Ort Das ausgewiesene Vorranggebiet betrifft Menschen in 4 Ortschaften :	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Haisterkirch, Hittelkofen, Osterhofen und Mühlhausen in extremer und äußerst konzentrierter Dimension. Die geplanten Anlagen der neuen Generation in dieser bisher nicht dagewesenen Größe an Land sind viel zu nah an den Ortschaften und sogar an einen Neubaugebiet, welches erst vor 5 Jahren fertig gestellt wurde. An dieses schließt sich ein neuer Kindergarten für aktuell 100 Kinder an. Von den Wohngebäuden im Randbereich des reinen Wohngebiets Bachäcker II ist die erste Windkraftanlage gerade mal 900 m entfernt. Einzelgehöfte sind nur 600 m von fast 300 m hohen Anlagen entfernt. Zum Beispiel befindet sich ein milchproduzierender landwirtschaftlicher Großbetrieb seit 3 Jahren als Aussiedlerhof im Haistergau, nur 700 entfernt vom ersten geplanten WKA. Die Bürger der Ortschaften fühlen sich von Politik und Behörden angesichts der geplanten Anzahl der Windkraftwerke so nahe an ihrem Lebensbereich antidemokratisch und respektlos behandelt. Zumal lange Zeit alle Informationen nur minimalistisch oder gar nicht öffentlich wurden. Leider zeigt dieses Bild, dass bei allen Planungen die Menschen völlig außer Acht gelassen wurden. Wie sollen Bürger hier noch einer Demokratie vertrauen? Politikverdrossenheit und Hinwendung zu extremen Parteien sind dann die Folge.</p>	<p>Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10130	440	<p>Punkt 2: Übermäßige Konzentration und Überlastung einer Fläche! Im Haistergau droht eine Überlastung durch übermäßige Konzentration von Windenergieanlagen in großer Dimension. Und an dieses schließen geplante WKA des Regionalplanes Donau /Iller auf Höhe Mühlhausen direkt an! Lt. Regionalverband sollte eine Überlastung einzelner Gebiete ausdrücklich vermieden werden.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10130	441	<p>Kleinere Vorrangflächen, die nur 1 oder 2 Anlagen zulassen, wurden in dem Auswahlverfahren nicht berücksichtigt, obwohl diese vorhanden sind. Der Sinn dahinter erschließt sich nicht, wo doch einzelne Projektierer im Haistergau oder im Vorranggebiet Oberurbach weniger als 3 Anlagen planen. Dies wäre nach dem neuen Koalitionsvertrag bereits hinsichtlich der Frage nach Effizienz der Anlagen im Widerspruch. Im Haistergau ist die am häufigsten vorkommende Windart lt. einem ortsansässigen freien Mitarbeiter der Wetterwarte Süd nämlich: Windstille. Zudem setzt der neue Koalitionsvertrag auf eine Durchführung der erneuerbaren Energien sehr auf eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung. Diese ist aber durch eine Überkonzentration wie hier im Haistergau in keinsten Weise gegeben.</p>	<p>artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur BE ID 426 verwiesen. Weiterhin wird wie folgt Stellung genommen: Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	
IV. 10130	442	<p>Nicht zu vergessen ist allein der Bau der Anlagen, der die Ortschaften unglaublich durch Lärm, Staub und Verkehr, komplett ohne Schadenersatz, belasten würde. Völlig ungeklärt ist die Speicherung des erzeugten Stroms. Was kommt hier noch zusätzlich an Logistik auf unsere Ortschaften zu? Im Übrigen würde der gesamte Strombedarf der Gemeinde lt. Angaben (Leistung pro Anlage) von 6 bis 8 Windenergieanlagen auf der gesamten Gemarkung Bad Waldsee gedeckt werden. Wenn im Haistergau dann bis zu 3 Windkraftanlagen in anständigem Abstand von 1500 m zur Besiedelung erstellt würden, wäre das bestimmt für die meisten Bürger akzeptabel. 1500 m wäre etwa die Hälfte eines Abstandes, der in Bayern die 10 H Regel war. Von einigen Bundesländern werden mindestens 1500 m gefordert.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10130	443	<p>Punkt 3: Umweltbelange und Wasserschutz Das Ergebnis der strategischen Umweltprüfung ist, dass Windenergieanlagen im Gebiet Osterhofen/Haisterkirch (hier ohne Nennung einer Anzahl solcher) zu erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern führt. Im Bereich des Artenschutzes sogar eine Beeinträchtigung in erheblichem Maße. In weniger als 5 km Luftlinie entfernt befindet sich das Wurzacher Ried mit Europadiplom als größtes intaktes Hochmoor Mitteleuropas. Von unserem Hause aus sehen wir regelmäßig große Ansammlungen von Großvögeln, bis zu 14 Silberreiher auf einem Feld (Höhe der geplanten Laoco Anlagen) oder Weißstörche, wie auch kreisende Milane in großer Zahl, um nur einige zu nennen.</p>	<p>"Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass im Teilregionalplan Energie Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt werden (also Gebiete), jedoch nicht die Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen selbst.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum Silberreiher: hierbei handelt es sich um eine Art, die weder windkraftsensibel ist noch eine Sonderstatusart nach dem Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung WIndenergie darstellt.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p> <p>Zu Weißstorch und Milane (gemeint sind wahrscheinlich Rot- und Schwarzmilan): hierbei handelt es sich um windkraftsensible Arten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p>	
IV. 10130	444	Im Gebiet Haistergau befindet sich auch die Quelle in Osterhofen und ein Wasserschutzgebiet, welches die Trinkwasserversorgung in Eberhardzell speist. Durch hohe Konzentration von Abrieb durch Rotorblätter, Schmierfette und Öle der Anlagen gelangen gesundheitsschädliche und nicht abbaubare Substanzen ins Grundwasser und damit ins Schutzgebiet. Unterirdische Quellen leiten	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		sogar Grundwasser bis in den benachbarten Bad Waldseer Stadtsee, wie Farbtests bei der Flurbereinigung Ende der 60er Jahre ergaben.	<p>und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10130	445	<p>Punkt 4: Große Bedenken wegen Schall , Infraschall , Luftdruckimpulsen durch große Rotoren und somit gesundheitlicher Risiken Die vorliegenden Schallgutachten der [Name anonymisiert] und der [Name anonymisiert] sind unzureichend und betrachten jeweils nur den Einzelfall, nicht die Gesamtsituation und auch keine lokale Topographie oder vorherrschende Windrichtungen. Und es sollen noch weitere Projektierer hinzukommen. Aussagekräftig wäre nur ein Schallgutachten, welches die Gesamtsituation ganzheitlich betrachtet. Auch im Hinblick auf die besondere topographische Lage des Haistergaus zwischen 2 Endmoränen (Echowirkung, Lage von ca. 30 % der Häuser am Hang). Einbezogen werden muss auch die Windsituation. Der zweithäufigste Wind im Haistergau nach Windstille ist Südwest- und Westwind, was den verstärkten Schall in die Ortschaften Hittelkofen und Osterhofen trägt, die bereits durch Schattenschlag schon stark betroffen sind. Weshalb wurde bislang ein solches Gesamtgutachten nicht in Betracht gezogen? Da es bei Windrädern dieser Größe noch keine aussagekräftigen Erfahrungen in Bezug auf Störeinflüsse gibt, sollten diese sogenannten Versuchsanlagen auch nicht in der Nähe von Ortschaften erstellt werden. Alte Untersuchungen der Landesumweltämter zum Thema Infraschall und tieffrequentem Schall (Brummtöne) stammen aus den Jahren 2013 bis 2016, als die Anlagen noch viel kleiner waren. Lediglich beim Umweltbundesamt wurden wir fündig, als eine Messung mit</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>NR.69/2022 bei Anlagen von 2 bis 3 MW einen erzeugten Infraschall nachweislich feststellte (unterhalb der definierten Hörschwelle, aber spürbar) Es wurden folgende Empfindungen festgestellt, die zu Kommunikationsstörung, Schlafstörung und Ruhe/Konzentrationsstörungen geführt haben: Poltern, Dröhnen, Rauschen, Brummen, Pulsieren, Pfeifen, Wuschen und Schwankungen. Nun haben wir es aber hier mit Anlagen von über 6 MW zu tun!! Die Luftdruckimpulse der Rotorenflügel und ihre negativen Auswirkungen auf Menschen sind noch nicht ausreichend erforscht, aber bekannt. Warum sonst sollten WKA idealerweise mit einem Abstand von 600 m zueinander gebaut werden, um Bruchschäden durch eben diese Faktoren zu vermeiden? So lange diese Druckimpulse und ihre Auswirkungen auf Menschen und Gebäude nicht untersucht sind, dürften WKA dieser Größe überhaupt nicht gebaut werden. Die Praxis zeigt ein besorgniserregendes Bild: Im Kreis Göppingen, Windpark Königseiche erzeugen 2 WKA unerträglichen Schall und tieffrequenten Schall für die Bewohner im Ort Baiereck, weswegen diese Anlagen, die im Dezember 2024 in Betrieb genommen wurden, seit Anfang März stillstehen. In 4 Monaten konnte bisher der vermeintliche Fehler im System nicht behoben werden. Die Störungen gehen von beiden Anlagen aus! 50 % der Bewohner sind wegzugwillig, aber die Häuser lassen sich aktuell nicht verkaufen. Bei Testbetrieb der Anlagen geht es den Menschen schlecht. An Schlaf ist nicht zu denken. In Atteln, Kreis Paderborn eine ähnliche Situation. 5 von 10 Anlagen sind wegen immer noch ungeklärten Brummtönen abgeschaltet. In diesem Zusammenhang appellieren wir ganz besonders an das Landratsamt als genehmigende Stelle: So lange in Göppingen das Problem bei dem Hersteller [Inhalt anonymisiert] nicht geklärt ist, dürfen die Windräder der [Inhalt anonymisiert], welche ebenfalls die noch größeren [Inhalt anonymisiert] Anlagen im Haistergau bauen will, niemals genehmigt werden.</p>	<p>gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10130	446	<p>Die Wertreduzierung von Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen wird gerne lapidar abgehandelt und sei laut Betreibern und Befürwortern kaum vorhanden. Tatsächlich kommt aber das Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) zum Schluss, dass ein Wertverlust bei einem Haus in 1 km Entfernung zu 1 WKA etwa 7 % betragen kann, in ländlichen Gebieten bis zu 23 %. Wie gesagt, bei 1 WKA. Mit zunehmender Zahl von Anlagen wird sich diese Zahl nochmals drastisch erhöhen. Lt. RWI haben WKA in einer Entfernung von 8 bis 9 km Entfernung keine Auswirkungen mehr auf</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Immobilienpreise. Wir haben hier ländliche Umgebung und genau deswegen sind viele Bürger, so auch wir, wegen Ruhe und Natur aufs Land gezogen. Wenn also 1 WKA 23 % Wertminderung bringt, kann man sich mit etwas logischer Denkweise ausmalen, was ein Haus in der Nähe eines überdimensionierten Windparks mit den Preisen anrichtet. Bis hierher reden wir nur von der optischen Beeinträchtigung. Hier wieder ein Blick in die Realität: Wenn zu den Windparks störende Schall, Tieffrequenz- oder Infraschallfaktoren, wie im Fall Baiereck bei Göppingen hinzukommt, ist eine Immobilie nicht mehr zu verkaufen. Die Bewohner dort bestätigen dies. Dann reden wir von einer stillen Enteignung von Werten, für die Menschen ihr Leben lang gearbeitet haben. Nach 22 Jahren beruflicher Erfahrung in der Immobilienvermarktung der Kreissparkasse Ravensburg können wir diese Fakten als überaus realistisch einschätzen. Auch wenn eine Häuserknappheit besteht... in ein brummendes Haus will niemand einziehen. Daher haben wir Bürger eine große Angst um unsere Lebensqualität, wie krank machenden Lärm und Brummen. Bei Wunsch nach Wegzug verlieren wir unseren Immobilienwert. Hochgerechnet auf alle Ortschaften wären wir im Milliardenbereich an Einbußen. Diese Sorge muss minimiert werden und die Last auf mehreren Schultern verteilt werden!</p>	<p>an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch</p>	
IV. 10130	447	<p>Punkt 5: 1,8 % Flächenziel für Windkraft im Süden unrealistisch In der Region Oberschwaben haben wir eine bekannte geringe Windhöflichkeit. Entgegen aller Vernunft hier dieses 1,8 % Ziel</p>	<p>Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		durchzusetzen, ist eine Absurdität. Nachweislich haben wir hier im Süden viel weniger Wind als im Norden der Republik und die Region bekommt nur 0,2 % weniger Flächenvorgabe für Windkraft. Dagegen hat Süddeutschland viel mehr Sonnenstunden als der Norden (hierzu gibt es belegende Karten) und die erneuerbaren Energiequellen könnten mit mehr Augenmerk auf Photovoltaik liegen, anstatt die intakte Natur und Landschaft und Nähe zu Siedlungen mit so vielen störenden Windkraftanlagen auf Jahre hinaus zu zerstören. Wir verweisen auf den bereits in Absatz 2 genannten neuen Koalitionsvertrag (der nicht mehr von diesen 1,8 % spricht) und die Belegung der Effizienz. Eine Energiewende kann nur gelingen, wenn die Projekte ökonomisch tragbar sind. Windprojekte in windschwachen Gebieten fordern denselben Fördertarif und machen den Strom nur teurer und dies widerspricht dem Ziel einer effizienten Mittelverwendung. Dies bestätigt der Vorstandsvorsitzende der ENBW, Georg Stamatelopoulos in seinem Pressegespräch gegenüber der Wirtschaftswoche vom 4.4.25	nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	
IV. 10130	448	Punkt 6: Staatlich anerkannter Luftkurort Bad Waldsee Das Kurgebiet von Bad Waldsee mit überregionaler touristischer Bedeutung ist von der ersten Windkraftanlage gerade mal 3 km Luftlinie entfernt. Zum Stadtsee 2,8 km; zum Naherholungsgebiet Tannenbühl sind es gerade mal 2,2 km. Seit den 50er Jahren ist Bad Waldsee erfolgreich als Kurstadt tätig und nachgefragt. Sollte wegen einem nahen riesigen Windpark das Fortbestehen dieses Prädikates in Frage gestellt werden?	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.</p>	
IV. 10130	449	<p>Fazit: Windenergieanlagen arbeiten in diesem Gebiet nicht kosteneffizient, sondern sind nur durch staatliche Subventionen tragbar. Negative Störeinflüsse wie Schall, tieffrequenter Schall, Infrasschall und Druckimpulse müssen ganzheitlich begutachtet und erforscht werden, bevor Genehmigungen für solch große Anlagen erteilt werden. Anlagen, die nur wegen Erfüllung der Vorgaben gebaut wurden und dann wegen unzumutbaren Belästigungen stillstehen, sind nicht sinnvoll. Es darf nicht so massiv in Bürgerrechte eingegriffen werden, das zerstört Vertrauen in die Demokratie und in die Politik und vor allem würde man auf diesem Wege nie die Akzeptanz der Bevölkerung zu einer sinnvollen Energiewende erreichen. Die Vorrangfläche 436-007 muss gestrichen werden oder massiv verkleinert werden (alternativ Photovoltaik Freifläche erwägen) und wesentlich größere Abstände zu den Ortschaften und zum Wohngebiet.</p>		Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10132	469	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem am 7. Februar 2025 geänderten Entwurf des Teilregionalplans Energie möchten wir die Chance nutzen und eine Anregung, wie folgt, vorbringen.</p> <p>Der Gemeinderat der Gemeinde Eichstegen hat sich am 22. Oktober</p>	<p>Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamtträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2024 in öffentlicher Sitzung für die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens zur Baurechtschaffung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage auf den Flurstücken Nr. 2, 3, 4, 5 und 6 der Flur 5, Gemarkung Eichstegen, mehrheitlich ausgesprochen. Der Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans „Solarpark Tiergarten-Lichtenfeld“ wurde gefasst. Darüber hinaus hat die Verbandsversammlung des GVV Altshausen am 14.11.2024 in öffentlicher Sitzung beschlossen, auf denselben Flurstücken eine Änderung des Flächennutzungsplanes aufzustellen, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage zu schaffen. Die Beschlüsse finden Sie anbei.</p> <p>Die [Inhalt anonymisiert] ist gemeinsam mit dem Flächeneigentümer Vorhabenträger.</p> <p>Entsprechend regen wir an, auf den genannten Flurstücken ein Vorbehaltsgebiet für Standorte regionalbedeutsamer Freiflächen-Photovoltaikanlage auszuweisen.</p> <p>Wir bedanken uns schon jetzt für Ihre Bemühungen und würden uns über einen bilateralen Austausch sehr freuen.</p>	<p>Begründung aufgezählt und erläutert. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und geschilderten Vorgehensweise ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht geboten, die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik überwiegend an der Abgrenzung vorgeschlagener Interessensgebiete oder Vorplanungen zu orientieren.</p> <p>Die in der Anregung genannte Flächen werden nicht als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festgelegt aufgrund eines bestehenden erheblichen Konflikts (K2) durch die Lage in der Vorbehaltsflur I (Flurbilanz 2022) sowie teilweise im Wildtierkorridor (ebenfalls K2) und fehlender sehr hoher Eignung (E1) (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss).</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10133	548	<p>Stellungnahme zum Entwurf Teilregionalplan Windenergie in Bad Waldsee</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>ich möchte meine Bedenken hinsichtlich des geplanten Teilregionalplans Windenergie in den Vorranggebieten Bad Waldsee zum Ausdruck bringen.</p> <p>Die Planung insgesamt erscheint in wesentlichen Teilen nicht schlüssig. Die folgenden vier Punkte zeigen beispielhaft, dass der Plan aus meiner Sicht in der vorliegenden Form ungeeignet ist.</p> <p>Erstens sind die Auswahlkriterien für die Vorrangflächen und ihre Gewichtung im Planungsprozess zweifelhaft (Kriterientypen A3, K und E). Insbesondere wirkt die Gewichtung der einzelnen Kriterien und die Vergabe der Punkte in Einzelfällen zu subjektiv. Es erscheint, als ob die vorgegebene Zielerreichung (1,8% bzw. 0,2% Flächenausweisung) höhere Priorität erhalten hat, als rein sachliche Kriterien. Bei dem im Plan zugrunde gelegten Auswahlverfahren führen bekanntermaßen bereits kleinere Änderungen von Gewichtungen und Punktvergaben zu deutlich unterschiedlichen Ergebnissen. Sachlich klare und auch für die</p>	<p>Zur genannten Kritik an den Auswahlkriterien: Die Auswahl der Kriterien erfolgte auf der Grundlage fachlich anerkannter Standards, unter Berücksichtigung rechtlicher Vorgaben und in enger Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden. Die Trennung in Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien folgt einem klar nachvollziehbaren methodischen Ansatz, wie er in der Regionalplanung üblich und rechtlich zulässig ist. Es wird auf das Planungskonzept verwiesen (s. Begründung und Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Zudem fand bei der Erarbeitung des Kriterienkatalogs ein ausführlicher Austausch mit anderen Regionalverbänden statt.</p> <p>Zur genannten Kritik an der Gewichtung der Auswahlkriterien: Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zur Punktevergabe in der Begründung verwiesen (s. Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie). Demnach dient die Punktebewertung insbesondere der Qualitätssicherung der über die Suchläufe ermittelten Vorranggebiete. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Punktesystem eine individuelle Bewertung der</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Betroffenen nachvollziehbare Bewertungsmaßstäbe sind aber essenziell, um eine gerechte und nachhaltig akzeptable Auswahl zu gewährleisten.</p> <p>Zweitens wird durch den Plan zugelassen, dass zu viele Windräder im Bereich Bad Waldsee möglich sind. Eine zu großzügige Flächenausweisung kann zu einer Überentwicklung führen, die die lokale Umwelt, das Landschaftsbild und die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigt. Insgesamt kann die Flächenausweisung zu einer nicht zumutbaren Überbelastung der Region führen, die laut Zielsetzung der Planung ja vermieden werden soll. Das im Plan als bedeutungsvoll bezeichnete Prinzip der dezentralen Konzentration ist in diesen Zusammenhang ebenfalls als ungeeignet anzusehen. Eine kleinteiligere Flächenausweisung ist nach meiner Ansicht nicht ausreichend bearbeitet worden. Ihre Begründung dazu (Flächen &lt; 2ha sind unberücksichtigt) ist nicht nachvollziehbar, da gerade auch solche Flächen zu einer besseren Verteilung von Windenergieanlagen im Land beitragen können.</p> <p>Drittens sind die im Plan vorgesehen Siedlungsabstände im Bereich Bad Waldsee zu gering. Auch die in Tabelle B2 „Erhöhten Siedlungsvorsorgeabstände“ sind als zu gering anzusehen. Die Siedlungsabstände sind bekanntermaßen ganz wesentliche Kriterien, die nicht willkürlich festgelegt werden können, sondern inhaltlich genau begründbar ermittelt werden müssen. Die hier geplanten Abstände führen zu erheblichen Konflikten mit den Anwohnern hinsichtlich mehrerer Punkte, wie z.B. Schallbelastung, Schattenwurf, visuelle Beeinträchtigung etc. Es ist wichtig, einen angemessenen Abstand zu gewährleisten, um die Lebensqualität und die berechtigten Interessen der Anwohner zu schützen.</p> <p>Ich bitte Sie und fordere Sie auf, den Plan hinsichtlich der o.g. Punkte zu überarbeiten und zu verändern. Die Änderungen müssen im Bereich Bad Waldsee deutlich geringere Flächen in größeren Abständen zur Wohnbebauung als Ergebnis haben, um eine akzeptable Lösung für die Vorranggebiete Windenergie in Bad Waldsee zu finden.</p>	<p>Vorranggebiete im örtlichen und regionalen Kontext nicht ersetzen soll und kann. Zudem wird darauf hingewiesen, dass eine gewisse planerische Wertung (planerisches Ermessen auf Ebene der Regionalplanung) in einem solchen Verfahren unvermeidbar und rechtlich zulässig ist, sofern sie nachvollziehbar, konsistent und transparent erfolgt. Dies ist im vorliegenden Fall gewährleistet. Die angewandte Methodik wurde dokumentiert und die Kriterienbewertung offengelegt. Abwägungsfehler liegen hier nicht vor.</p> <p>Zudem: Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete waren die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung bzw. lokale Überlastung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend, nicht nur die Kriterien gemäß Kriterienkatalog.</p> <p>Zur Kritik der hohen Priorität des Flächenziels: In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete Windenergie erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamtträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf des Teilregionalplans sowie im Umweltbericht dokumentiert. Diese gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Bestandteil dieser Anhörung. Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die gesetzlichen Vorgaben</p> <p>Zur Kritik zur Anwendung des Prinzips der dezentralen Konzentration und der Nicht-Berücksichtigung kleinteiliger Flächen:  Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Eine Benachteiligung bzw. zu hohe Belastung bestimmter Teilräume wird so bestmöglich vermieden. Insofern sieht der Regionalverband keinen Grund, das Prinzip der dezentralen Konzentration nicht anzuwenden und kleinteiligere Flächen im Planungsprozess zu berücksichtigen. Es wird auf das Planungskonzept (s. Begründung und Kriterienkatalog, Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie) verwiesen.</p> <p>Zudem wird auf die Abwägung zu BE ID 426 verwiesen. Eine Überlastung / Umzingelung liegt nach dem Planungskonzept im in der Anregung genannten Bereich nicht vor.</p> <p>Zur Begründung, warum Flächen &lt; 2 ha bei den Kriterien in vielen Fällen nicht berücksichtigt wurden, wird auf die Erläuterungen zum Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, ANlage zur Begründung Entwurf Satzungsbeschluss TEilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Zur Kritik an Tabelle B2 "Erhöhte Siedlungsabstände":  Die erhöhten Siedlungsabstände bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie gem. Tabelle B2 wurden festgelegt, um stärkeren visuellen Wirkung und Lärmwirkung von Windenergieanlagen Rechnung zu tragen. Hierzu gibt es keine klaren gesetzlichen Vorgaben für die Ebene der Regionalplanung. Die tatsächlichen optischen und akustischen Wirkungen eines Windparks sind erst auf der Genehmigungsebene ermittelbar, wenn die konkrete Lage und der Bautyp der Windenergieanlage sowie der Einfluss von Relief, möglichen Schutzeffekten etc. bekannt sind. Es</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>wird auf die Begründung verwiesen (s. Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie). Hinweis: Bei der Festlegung der Kriterien zu Vorsorgeabständen zu Siedlungen sowie zu wohngenutzten Gebäuden im Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie (s. Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie) verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus wird wie folgt Stellung genommen: Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	
IV. 10133	1449	Viertens sind die Natur- und Umweltbelastungen im Planungsverfahren nicht ausreichend berücksichtigt worden (siehe Ihre Bezüge: - Landesweites Schwerpunktorkommen von windkraftsensiblen Vogel- und Fledermausarten sowie weiteren relevanten Arten (Vögel, Fledermäuse) Kategorien A und B; - Relevante Vorkommen von Sonderstatusarten	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>außerhalb von Artenschutzräumen, Kategorie A); - Schwerpunktgebiet für Vögel der offenen Feldflur Priorität 1 nach Trautner-Gutachten Biotopverbund (Kernfläche und Randzone) mit hohem Potenzial).</p> <p>Die entsprechenden Auswirkungen wurden vor einigen Jahren im Bereich Bad Waldsee bereits geprüft und das Ergebnis war, dass einige der Flächen, die jetzt wieder als Vorranggebiete ausgewiesen sind, ungeeignet waren. Es erscheint so, als ob nun andere, dem gebotenen Natur- und Umweltschutz nicht gerecht werdende, Maßstäbe angewendet wurden.</p>	<p>Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-007) verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10134	306	<p>Stellungnahme zur zweiten Offenlage des Teilregionalplans Energie – Regionalverband Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Im Rahmen der zweiten Offenlage des Teilregionalplans Energie beziehe ich mich auf meine bereits zur ersten Offenlage eingereichte Stellungnahme und halte die darin enthaltenen Einwände und Argumente vollumfänglich aufrecht.</p> <p>Die vom Regionalverband vorgenommenen Änderungen sind aus meiner Sicht völlig unzureichend. Insbesondere im Hinblick auf den weiterhin geplanten Vorrangstandort Kettenacker Ost (WEA-437-026) sowie die Alternativflächen WEA-437-017 und WEA-437-018 ist festzustellen, dass zentrale Schutzgüter wie Landschaftsbild, Artenvielfalt, naturnahe Erholungsräume und der Schutz des menschlichen Wohnumfelds nach wie vor nicht in angemessenem Maße berücksichtigt wurden.</p> <p>Eine sachgerechte Abwägung der widerstreitenden Interessen erscheint insbesondere im Hinblick auf die ökologische Sensibilität des betroffenen Gebiets, die gravierende Umfassung des Dorfes Kettenacker sowie die Nähe zu Wohnbebauung und Erholungsflächen nicht gegeben. Ich fordere daher eine erneute Prüfung und Herausnahme der o.g. Gebiete unter Berücksichtigung aller betroffenen Schutzgüter und entgegenstehenden bisher nicht berücksichtigter Belange.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				

IV. 10135	450	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit nehme ich Stellung zur Ausweisung und Erweiterung des Vorranggebietes WEA-436-013 - In den Mösern /Enkenhofener Wald – Süd.</p> <p>1. Widerspruch gegen die Ausweisung</p> <p>Während der ersten Offenlegung war mir das Projekt „Naturvielfalt Westallgäu“ noch nicht bekannt. Auch ist mir nicht bekannt, dass es bei der Ausweisung der Vorranggebiete bereits bekannt war und berücksichtigt wurde. Da neue Erkenntnisse auch bei der zweiten Anhörung zu berücksichtigen sind, gehe ich darauf ein und erwarte</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>eine entsprechende Berücksichtigung.</p> <p>Wie dem RVBO sicherlich bekannt ist, wird im Zuge des Projekts „Naturvielfalt Westallgäu“ in unmittelbarer Nähe des geplanten Vorranggebiets „WEA-436-013 - In den Mösern /Enkenhofener Wald – Süd“ eine Wiedervernässung im Bereich Winnismoos durchgeführt. Dieses von der Landesregierung finanzierte Projekt, dient unter anderem dazu den ursprünglichen Zustand des Moores mit seiner typischen Flora und Fauna wiederherzustellen. Natürliche Moore stellen eine wichtige CO<sub>2</sub>-Senke dar und sind daher ein wichtiger Faktor für den Klimaschutz. Im Zuge des Projekts wurden auch Erweiterungsflächen ausgewiesen die direkt an das Vorranggebiet angrenzt oder dieses sogar überlappt.</p> <p>Die Ausweisung dieses Vorranggebietes widerspricht dem nationalen Moorkonzept des Landes da hier die Reaktivierung einer CO<sub>2</sub>-Senke und somit ein wichtiger Faktor für den natürlichen Klimaschutz perspektivisch eingeschränkt wird.</p> <p>Die unmittelbare Nähe eines Windparks zu einer so sensiblen Fläche wie einem wiedervernässten Moor hat vielfältige negative Auswirkungen auf die dortige Flora und Fauna. Die Windkraftanlagen stellen für die Tiere insbesondere ein Hindernis bei der natürlichen Ausbreitung dar. Vor allem auch Insekten, Fledermäuse und Vögel werden von Windrädern erfasst und getötet. Dabei liegt der Fokus oft nur auf Fledermäusen und Vögeln. Dabei finden sehr oft seltene und vom Aussterben bedrohte Insekten in wiedervernässten Mooren ein Habitat. Windräder in unmittelbarer Nähe stellen vor allem für Fluginsekten eine tödliche Bedrohung dar.</p> <p>Da es nur sehr wenige Flächen für Wiedervernässungen gibt, aber ausreichend Flächen für Windkraftanlagen vorhanden sind, fordere ich den RVBO auf, den Standort „WEA-436-013 – In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd“ aus der Liste der Vorranggebiete zu streichen.</p>	<p>Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10135	451	<p>2. Widerspruch gegen die Erweiterung Die in Abschnitt 1 aufgeführten Punkte zum Projekt „Naturvielfalt Westallgäu“ und der Wiedervernässung im Winnismoos gelten uneingeschränkt auch für die Erweiterung des Vorranggebietes „WEA-436-013 - In den Mösern /Enkenhofener Wald – Süd“.</p> <p>Zusätzlich müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Bereich der Erweiterung befindet sich ein beim LUBW kartiertes Hochmoor (siehe Anlage). Moore von dieser Größe wurden meines Wissens nach nicht beplant.</li> <li>• Ein Teil der Erweiterung überlappt sich mit einem von der LUBW kartierten Waldbiotop (siehe Anlage). Fast jedes Windrad, das im erweiterten Bereich errichtet würde, würde das Biotop mit den Rotoren überstreichen. In den bisherigen Planungen wurden Biotope weitgehend ausgespart und mit ausreichendem Abstand berücksichtigt.</li> <li>• Die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Die Erweiterung kam nur auf Drängen des Isnyer Bürgermeisters zustande. Am vergangenen Montag hat der Gemeinderat Isny allerdings die von der Verwaltung vorgeschlagene positive Stellungnahme mit deutlicher Mehrheit abgelehnt und sich damit klar gegen Bürgermeister Magenreuter gestellt. Damit gibt es keinen Grund mehr an diesem „Kuhhandel“ festzuhalten.</li> </ul>	<p>dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10136	291	<p>Einspruch gegen den geplanten Windpark bei Diepoldshofen,</p> <p>hiermit möchte ich Einspruch gegen den geplanten Windpark einlegen.</p> <p>Die Beeinträchtigung der Landschaft durch die Windkraftanlagen sind erheblich. Dies ist nicht nur die ästhetische Wahrnehmung sondern betrifft auch den Erholungswert der Umgebung.</p> <p>Die Eingriffe in den Lebensraum von Menschen, Tieren und Pflanzen durch Infraschall sind noch nicht ausreichend geklärt. Es gibt Hinweise, dass die Frequenzen beim Menschen zu Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Schwindel und erhöhtem Stress führen kann. Auch Tiere können in Kommunikation und Orientierung beeinträchtigt werden.</p> <p>Bei der Rodung von gesunden Bäumen wird die Erzeugung von Sauerstoff reduziert sowie der Abbau von CO<sub>2</sub> was eigentlich gegen das Bestreben ist, unsere Umwelt zu schützen.</p> <p>Der Bau eines Windrades und des Fundamentes produzieren so viel CO<sub>2</sub>, dass enorm viele Jahre benötigt werden, bis sich das überhaupt amortisiert.</p> <p>Zudem kommt noch die giftige Carbonbeschichtung die beim Abrieb in unser Grundwasser gelangt, unser Grundwasser sollte geschützt werden.</p> <p>Ich bitte Sie deshalb meinen Einspruch zu berücksichtigen und andere Wege oder Orte zur Energiegewinnung zu suchen.</p> <p>In tiefem Herzen verbunden mit der Natur (es ist unsere aller Lebensgrundlage) eine besorgte Bürgerin</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10137	290	<p>Ich bin prinzipiell gegen Windkraft.</p> <p>Das abholen des Waldes und die Bodenversiegelung.</p> <p>Ausserdem der schädliche Infraschall, das töten von Fögeln und Insekten.</p> <p>Genauso die Austrocknung des Bodens durch den Luftstrom um nur einige Punkte zu nennen.</p> <p>Daher bitte keine Windkraft in unserer Region und Deutschland.</p>	<p>Bezüglich des Eingriffes in den Wald, die Bodenversiegelung, Infraschall, Artenschutz, Austrocknung des Bodens: Es wird auf die Anlagen zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterer Hinweis:</p> <p>Die Aufstellung des Teilregionalplans Energie begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG.</p> <p>Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür sind die herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sowie der gesetzlich vorgegebene Zeitplan sind nicht Bestandteil dieser Anhörung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.	
IV. 10138	288	<p>diese Stellungnahme hier bezieht sich auf Ihre Rückmeldung zu meiner Stellungnahme im Rahmen der 1. Anhörung: RVBO-ID (Az.) IV.00695, BE-ID (Nr.) 3972:</p> <p>Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso meine Stellungnahme keine Berücksichtigung fand.</p> <p>Aus der Datei „Regionalplan Bodensee- Oberschwaben Teilregionalplan Energie (Entwurf), Kapitel 4.2 des Regionalplans sowie Änderungen an anderen Plankapiteln Entwurf zur Anhörung gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025“ gehen u.a. folgende Informationen hervor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete Windenergie hinausragen (Rotoraußerhalb-Flächen) (Kapitel 4.2.1 (1), S.13)</li> <li>- Windenergieanlagen unterliegen keiner Höhenbegrenzung (Kapitel 4.2.1 (2), S. 13)</li> <li>- Im Planungsprozess wurden in der Regel Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 250-300m und einem Rotordurchmesser von bis zu 180m als Bemessungsgrundlage genutzt. (S.25)</li> <li>- "Um eine Umzingelung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen zu vermeiden, wurde in der Regel in einem Abstand von ca. 2,5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2,0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden ein Winkel von zweimal 60 Grad gegenüberliegen der entsprechenden Siedlungen / Gebäude freigehalten“ (S. 28)</li> </ul> <p>Mir gehört ein Haus, dass laut jetziger Planung nur ca. 750m vom Vorranggebiet entfernt ist.</p> <p>Das heißt die Rotorblätter könnten bis zu ca. 650m an mein Haus heranragen. Die Lebensqualität der Bewohner würde also elementar eingeschränkt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Starke Beeinträchtigung durch Schlagschatten (je nach Sonneneinstrahlung)</li> <li>- Lärmbelästigung (je nach Windrichtung / Windstärke)</li> <li>- Gesundheitliche Schäden (z.B. durch Infraschall, Lärm)</li> </ul> <p>Wie begründen Sie es, dass es in meinem Fall nicht so wichtig ist, wie in anderen Fällen ausreichend Abstand zu Wohngebäuden zu lassen? #Gleichbehandlung</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10138	289	<p>diese Stellungnahme hier bezieht sich auf Ihre Rückmeldung zu meiner Stellungnahme im Rahmen der 1. Anhörung: RVBO-ID (Az.) IV.00695, BE-ID (Nr.) 3972:</p> <p>Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso meine Stellungnahme keine Berücksichtigung fand.</p> <p>Aus der Datei „Regionalplan Bodensee- Oberschwaben Teilregionalplan Energie (Entwurf), Kapitel 4.2 des Regionalplans sowie Änderungen an anderen Plankapiteln Entwurf zur Anhörung gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025“ gehen u.a. folgende Informationen hervor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete Windenergie hinausragen (Rotoraußerhalb-Flächen) (Kapitel 4.2.1 (1), S.13)</li> <li>- Windenergieanlagen unterliegen keiner Höhenbegrenzung (Kapitel 4.2.1 (2), S. 13)</li> <li>- Im Planungsprozess wurden in der Regel Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 250-300m und einem Rotordurchmesser von bis zu 180m als Bemessungsgrundlage genutzt. (S.25)</li> <li>- "Um eine Umzingelung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen zu vermeiden, wurde in der Regel in einem Abstand von ca. 2,5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2,0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden ein Winkel von</li> </ul>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 288 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>zweimal 60 Grad gegenüberliegen der entsprechenden Siedlungen / Gebäude freigehalten“ (S. 28)</p> <p>Mir gehört ein Haus, dass laut jetziger Planung nur ca. 750m vom Vorranggebiet entfernt ist.</p> <p>Das Haus inklusive Grundstück würde aufgrund der sehr nahen Windkraftanlage einen enormen Wertverlust erleiden. Wer kommt für diese Wertminderung auf und bezahlt Schadensersatz an den Eigentümer? Es ist nicht zulässig, dass einzelne Privatpersonen einen wirtschaftlichen Schaden aufgrund einer zu nah gebauten Windkraftanlage erleiden. Bitte nehmen Sie hierzu konkret Stellung.</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10139	597	<p>ich möchte mich mit Nachdruck gegen den Bau von Windrädern auf dem oben genannten Gebiet aussprechen, dies aus folgenden Gründen:</p> <p>Die Windräder sollen im Wald gebaut werden, der dazu gerodet werden muss, es wird dadurch Natur zerstört, die doch eigentlich geschützt werden soll! Das Gebiet war bis vor kurzem noch als Moor gekennzeichnet, nach einem Besuch von sog. Fachleuten ist es plötzlich kein Moor mehr, sehr fragwürdig diese Angelegenheit.</p> <p>Die Windräder sollen in der Nähe von Seen gebaut werden, diese Seen sind Rastplatz für zahlreiche Zugvögel (Schwarzstorch, Milan, Silberreiher, Kraniche, Graugänse und viele weitere Arten) durch die WR könnten die Vögel verschreckt werden, verletzt oder sogar getötet.</p> <p>Auch auf andere Tiere werden die WR eine verschreckende Wirkung haben, so z.B. auf die in der Umgebung lebenden Fledermäuse</p> <p>Der gerodete Wald wird nur langsam wieder nachwachsen, der verbleibende Baumbestand ist besonders windbruchgefährdet.</p> <p>Desweiteren sehe ich die Höhe der Windräder problematisch, die bedrückende Wirkung wird uns Anwohner täglich beeinflussen, ganz zu schweigen von den Feriengästen des Campingplatzes, der in direkter Nähe zu den Windrädern ein wichtiger Anlaufpunkt darstellt.</p> <p>Es ist zu erwarten, dass die Besucherzahlen des Campingplatzes einbrechen werden, sollten die WR gebaut werden.</p> <p>Insgesamt erwarte ich einen rapiden Einbruch der Touristenzahlen in und um Beuren, also eine erhebliche wirtschaftliche Einbuße für unsere Gegend, letztendlich hängen Arbeitsplätze und damit Familien davon ab.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ein weiterer Grund weswegen ich mich gegen den Bau der WR aussprechen möchte, ist die Tatsache, dass mindestens eines nicht in dem im Regionalplanentwurf festgelegten Vorranggebiet stehen soll. Dieses steht noch näher an den Gehöften in der Nähe und an den Seen. Es ist für mich deshalb nicht ersichtlich, weshalb besonders dieses Eine WR genehmigt werden soll.</p> <p>Ein weiterer Grund gegen die WR zu sein, ist für mich der Standort, für uns im Südosten des geplanten Gebietes stehen die Windräder im Sonnenuntergang , wir und besonders der Campingplatz werden unter dem Schattenschlag zu leiden haben.</p> <p>Desweiteren widerspreche ich einem evtl. Bau der WR , da ich befürchte, dass die Immobilien im näheren Bereich erheblich an Wert verlieren werden, es kann nicht sein, dass eine kleine Gruppe / Unternehmen zu Lasten der Bevölkerung Geld mit der Gewinnung von Strom erzielt.</p> <p>Ein weiterer Punkt ist der,dass wir alle uns vor Ort den Eindruck gewinnen mussten, dass unser Bürgermeister (Isny) den Bau der WR auf Isnyer Gemarkung ohne Rücksicht auf uns Bürger vorwärts treibt, ihm scheint egal zu sein, ob seine Mittel legal sind oder nicht. Ich bin der Meinung, seinem Treiben muss entgültig ein Riegel vorgeschoben werden.</p> <p>Ich bitte Inständig darum, dass die Freigabe des baus auf dem o.g. Gebiet nicht nur unter dem Aspekt der Energiegewinnung und der Profitmaximierung Weniger, sondern auch mit Blick auf uns Bürger und die noch so unbeschreiblich schöne Allgäuer Naturlandschaft getroffen wird.</p>	<p>Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10140	251	<p>Einspruch zur Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Kapitel 4.2 Energie sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (Teilregionalplan Energie)</p> <p>Hier Vorranggebiet Windenergie WA-436-022 Fleischwangen Nord</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ich erhebe Einspruch gegen das ausgewiesene Vorranggebiet Windenergie Fleischwangen Nord aus folgenden Gründen:</p> <p>Ich grenze an das geplante Vorranggebiet mit 600 m Abstand an und liege von der Höhenlage ca. 50 m unter den bebaubaren Flächen für Windkraftanlagen, die bei einer Nabenhöhe von ca. 190 m die Flügelspitzen in der oberen Lage bis ca. 290 m über dem Boden drehen.</p> <p>Bei Eiswurf können die Eisbrocken über 790 m weit fliegen und hier sehe ich mich einer Gefahr ausgesetzt für Leib und Leben von mir und meiner Familie! Die Anlagen besitzen zwar Sensoren, die dies verhindern sollen, die 100%ige Sicherheit über die 25jährige Laufzeit bezweifle ich jedoch sehr. Aus diesem Grund muss der Abstand auf Grund des Geländeunterschiedes vergrößert werden auf mindestens 1000 m!</p> <p>Die geplanten Windkraftanlagen befinden sich auf einem Moränenrücken aus der Eiszeit, dieser Moränenrücken (europäische Wasserscheide) ist unmittelbar für die Speisung des Trinkwasserbrunnens für die Gemeinden Fleischwangen und Ebenweiler zuständig, das Trinkwasserschutzgebiet Ebenweiler befindet sich sehr nahe am östlichen Fuß des Rückens.</p> <p>Abrieb der Flügel, (die aus Kunstharzen und Carbonfasern bestehen) durch Wind und Wetter sowie die Schmier- und Isolierstoffe in einem Havariefall können den Trinkwasserspeicher für mehrere tausend Menschen gefährden.</p> <p>In alle Richtungen grenzt das Vorranggebiet mit 600 m an Wohnbebauung und die Windleistungsdichte liegt unter 190 W/m<sup>2</sup>, aus diesem Grund liegt hier die Beeinträchtigung der Menschen, welche das Gebiet auch als Naherholungsgebiet nutzen und die geringen Stromerträge in einem sehr schlechten Verhältnis und der Standort des Vorranggebietes ist auch aus diesem Grund nicht gerechtfertigt bzw. ungeeignet.</p>	<p>Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10141	540	<p>ich spreche mich entschieden dagegen aus, den Standort „In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd“ in die Planung für Vorrangflächen von Windkraftanlagen aufzunehmen, und fordere dessen Streichung aus der entsprechenden Liste.</p> <p>Der Standort liegt in unmittelbarer Nähe des FFH-Gebiets Taufach-Fetzach-Moos und befindet sich zentral innerhalb des FFH-Komplexes „Feuchtgebietekomplex nördlich von Isny“. Er ist eingebettet in ein Netz wertvoller Schutzgebiete, mit denen er eng verbunden ist. Eine Bebauung mit Windkraftanlagen würde diese empfindlichen Lebensräume gefährden und die ökologische Verbindung zwischen ihnen erheblich beeinträchtigen.</p> <p>Zudem ist das Gebiet von sensiblen Mooren und geschützten Waldbiotopen umgeben. Die benachbarte Wiedervernässungsfläche „Winnismoos“, die an den geplanten Standort grenzt, steht stellvertretend für die Moorschutzstrategie Baden-Württembergs – ein Vorhaben, dem Windkraftbauten an dieser Stelle widersprechen würden.</p> <p>Darüber hinaus befindet sich der Standort auf einer zentralen Zugroute europäischer Zugvögel, die hier Rast machen. Viele</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dieser Vögel fliegen in Höhen, die mit den geplanten Anlagen kollidieren würden (100–300 Meter), was eine ernste Bedrohung für diese Arten darstellt.</p> <p>Wir haben hier einen gesunden, über Jahrzehnte gewachsenen Wald, den es zu bewahren gilt. Der Bau von Windkraftanlagen erfordert große Flächenversiegelungen und Rodungen für Fundament, Zuwegungen und Infrastruktur, was irreversible Schäden anrichten würde. Wald lässt sich nicht einfach wiederherstellen – insbesondere nicht in dieser ökologisch wertvollen Umgebung. Zudem können Windkraftanlagen die lokale Luftzirkulation verändern, was zu einer stärkeren Erwärmung und Austrocknung der Waldböden führen kann – mit negativen Folgen für angrenzende Moore und Schutzgebiete.</p> <p>Auch die durch Rotorbewegungen entstehenden Wirbelschleppen können Böden austrocknen und so das empfindliche Gleichgewicht von Flora und Fauna stören. Der Hochmoor-Gelbling, eine stark gefährdete Schmetterlingsart, für den kürzlich Schutzmaßnahmen im Taufach-/Fetzachmoos ergriffen wurden, wäre durch diese Eingriffe massiv gefährdet.</p> <p>Zahlreiche geschützte Tierarten sind in diesem Gebiet nachgewiesen worden, darunter der Rotmilan, Wespenbussard, Schwarzstorch sowie mehrere seltene Fledermausarten wie die Mopsfledermaus, der Große Abendsegler oder die Fransenfledermaus. Diese Arten sind auf ungestörte, naturnahe Lebensräume angewiesen, wie sie der Enkenhofener Wald bietet. Hinzu kommt das kürzlich verabschiedete EU-Renaturierungsgesetz, das aus meiner Sicht den Bau von Anlagen, die eine Verschlechterung des ökologischen Zustands schützenswerter Gebiete verursachen, grundsätzlich ausschließt.</p> <p>Ein weiteres Problem stellt der Mikroabrieb der Rotorblätter dar: Diese bestehen aus Glas- oder Carbonfaserverbundstoffen, die als krebserregend gelten. Pro Anlage entstehen jährlich bis zu 90 kg Abrieb – bei drei Anlagen über 20 Jahre summiert sich das auf mindestens drei Tonnen gesundheitsgefährdender Stoffe, die sich im Waldboden ablagern und über Niederschläge in das Grundwasser gelangen können.</p> <p>Angesichts all dieser Bedenken bitte ich Sie dringend, den Standort „In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd“ nicht weiter als mögliches Vorranggebiet für Windkraftanlagen zu verfolgen.</p>	<p>Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10142	546	<p>Diese Stellungnahme bezieht sich neben den o.g. auch auf die Flächen FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-037, FFPV-437-082, FFPV-437-083</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>in einem langen Prozess, der schon lange vor den aktuellen Planungen des RVBO begann, wurden in der Gemeinde Leibertingen Flächen definiert, die für Erneuerbare Energien (Windkraftnutzung, Photovoltaik und Biogaserzeugung) zur Verfügung stehen sollen. Im Falle der Windkraftnutzung wurde eine öffentliche Planung aktiv begleitet, im Falle der Biogasnutzung entstand eine Kooperation mit einem Landwirt, die zu einem gemeindeeigenen Nahwärmenetz führte und im Falle der Photovoltaik wurden seitens der Gemeinde private Projekte unterstützt und begleitet, die bereits umgesetzt sind, und darüberhinaus weitere Flächen ausgewiesen. Dies fand alles sehr konsensorientiert und verantwortungsvoll vor dem Hintergrund der Notwendigkeit Erneuerbare Energien erzeugen zu können, zwischen der Gemeinde, einer Bürgerinitiative und den Bürgern insgesamt statt. Dabei kam es nie zu einer Totalverweigerung, es wurde immer ein gangbarer Weg für die o.g. Herausforderung gesucht und auch gefunden, der von allen gegangen werden kann. Hier fand die Abwägung und Planung tatsächlich zusammen mit den Bürgern vor Ort statt, in intensivem, zeitaufwändigem und verantwortungsvollem Austausch. Dabei kamen Flächenumfänge heraus, die schon vor der aktuellen RVBO-Planung dessen durch die Bund vorgegebenen Ziele (1,8% der Fläche für Windkraft und 0,2% der Fläche für Photovoltaik) deutlich übertrafen.</p> <p>Hierauf nehmen Sie keine Rücksicht, das Vorranggebiet für Windkraft wird vergrößert und in der Planung von Freiflächen-Photovoltaik-Flächen bleibt die bereits abgeschlossene, konsensbasierte Planung der Gemeinde völlig unberücksichtigt - wobei dieses Planungen ja schon weit über die o.g. Flächenziele hinausgehen und man daher einfach auf diese zurückgreifen könnte. Das ist ein fatales Signal! Der RVBO und andere öffentliche Stellen sprechen stets von Bürgerbeteiligung. Hier fand diese im besten Sinne statt, ein emotionsgeladenes, umstrittenes Thema wurde verantwortungsvoll von allen Seiten behandelt; dabei kam ein Ergebnis</p>	<p>Zum genannten Vorranggebiet Windenergie:</p> <p>In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“</p> <p>Die bisherigen kommunalen Konzentrationsplanungen gehen auf einen grundsätzlich anders gestalteten planungsrechtlichen Rahmen zurück, insbesondere gab es kein gesetzlich normiertes Flächenziel und das betrachtete Plangebiet war kommunal und nicht gesamtregional. Die unter diesem Rahmen gefundenen Gebietsgrenzen können nicht ungeprüft 1:1 in die regionalplanerische Steuerung nach neuem Rechtsrahmen übernommen werden.</p> <p>Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Planverfahren zur Aufstellung des Teilregionalplans Energie wirkte § 2 EEG insbesondere, indem er im Planungsprozess zu einer größeren Potenzialfläche für die Windenergienutzung führte und somit die Planungsspielräume erweiterte. Diese sind erforderlich, um den vorgegebenen Flächenbeitragswert von 1,8 % der Landesfläche einhalten zu können und damit die Steuerungswirkung des Regionalplans auszulösen. Die Vorranggebiete</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>heraus, das die vorgegebenen Ziele (1,8% und 0,2%) deutlich übertrifft - und dieses bleibt völlig unbeachtet! Was sollen die Bürger vor Ort da denken? Was sollen deren Schlussfolgerungen sein? Wie werden sie bei den nächsten schwierigen Themen reagieren?</p> <p>Der RVBO agiert hier völlig verantwortungslos und das dazu ohne Not - die vorgegebenen Ziele könnten mit der Planung vor Ort deutlich übertroffen werden. Eine Würdigung der Arbeit und Konsensbereitschaft vor Ort findet nicht statt, sondern gerade das Gegenteil ist der Fall. Das ist im Ergebnis nicht nur verantwortungslos für die Sache der Energiewende sondern auch hinsichtlich des Bildes der Bürger von Staat und Verwaltung und dem daraus abgeleiteten Verständnis, wie unser demokratisches Staatswesen in unserer heutigen Zeit funktioniert. Die Chance, hier ohne großen Aufwand unter Erreichung der eigenen Ziele viel für die Energiewende und die Bindung der breiten Bürgerschaft an den Staat zu tun, wird vertan und ohne Not Gegenteiliges bewirkt - und das, wo wir gerade mehr denn je die Bürger erreichen müssen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen, [Name anonymisiert]</p>	<p>Windenergie wurden somit nach umfassender Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG und unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele auf Bundes- und Landesebene einschließlich § 2 EEG als Ziele der Raumordnung festgelegt. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete Windenergie erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten. Zur Umsetzung des Flächenziels wurde die gesamte Region auf Potenziale für Windenergieanlagen untersucht, um möglichst geeignete und konfliktarme Flächen für die Nutzung der Windenergie zu identifizieren und als Vorranggebiete Windenergie festzulegen. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in der Anlage zur Begründung aufgezählt und erläutert. Zudem wurde eine Umweltprüfung durchgeführt. Die Vorgehensweise ist in der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans sowie im Umweltbericht dokumentiert. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und geschilderten Vorgehensweise ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht geboten, die Vorranggebiete für Windenergie überwiegend an der Abgrenzung bestehender Konzentrationszonen, vorgeschlagenen Interessensgebieten oder Vorplanungen zu orientieren. Vielmehr ist es zum einen erforderlich, bei vorliegenden Ausschlussgründen, Konflikten oder nicht gegebener Eignung auf (Teil-)Flächen von Konzentrationszonen, Interessensgebieten oder Vorplanungen zu verzichten und zum anderen zusätzliche Vorranggebiete Windenergie festzulegen, wenn sich das aus der Plankonzeption ergibt. Denn auch außerhalb der Konzentrationszonen, Interessensgebiete oder Vorplanungen finden sich für die Windenergienutzung geeignete Gebiete mit wenigen Konflikten und diese tragen dazu bei, eine möglichst große Fläche in der Region als Vorranggebiete Windenergie festzulegen und das gesetzliche Flächenziel zu erreichen.</p> <p>Zur Übernahme der kommunalen Planungen in die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik verweisen wir auf die Abwägung zum gleichen Aspekt in der Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage.</p>	
IV. 10142	569	Diese Stellungnahme bezieht sich neben den o.g. auch auf die Flächen FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-037,	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>FFPV-437-082, FFPV-437-083</p> <p>EINSEITIGE BELASTUNG MIT FLÄCHEN IM VERBANDSGEBIET</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>auch mit den präsentierten Planungen der aktuellen, zweiten Offenlage bleiben die Flächen für die Nutzung Erneuerbarer Energien einseitig zu Lasten einiger weniger "Konzentrationszonen" verteilt, die sich dazu noch mehrheitlich in einem Kreisgebiet des Verbandsgebiets befinden.</p> <p>Dadurch werden die sich ergebenden Lasten ungerecht verteilt und einseitig einigen wenigen Gemeinden weit überproportional zugeteilt. Dies widerspricht einem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden ebenso wie es das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse konterkariert.</p> <p>Ich fordere den RVBO daher auf, die Planungen deutlich zu überdenken und für eine gleichmäßigere Lastenverteilung zu sorgen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen, [Name anonymisiert]</p>	<p>Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich hinsichtlich des Vorranggebietes Windenergie nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Die Anregung bezieht sich zudem auf die Flächenkulisse Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welche nach der 1. Offenlage angepasst wurde. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse Photovoltaik ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere Teil B1 und C1, sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalpan Energie) und den Umweltbericht verwiesen. Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage, insbesondere Teil F, verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die</p>	
IV. 10142	604	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, auch mit den präsentierten Planungen der aktuellen, zweiten Offenlage verursachen diese deutlich negative Auswirkungen auf bedeutende Kulturdenkmale in der Region:</p> <p>In direkte Nähe zu den geplanten Vorranggebieten befinden sich zwei herausragende Kulturdenkmale von landesgeschichtlicher und kulturhistorischer Bedeutung die zudem noch eng miteinander verbunden sind: das Schloss in Meßkirch und die Burg Wildenstein, beide geprägt von den Herren von Zimmern im ausgehenden Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Beide für sich sind landesweit herausragend und wurden im Abwägungsprozess nicht so bewertet und beachtet, wie es deren kulturgeschichtlicher Bedeutung und deren Raumwirksamkeit entspricht. Bei Schloss Meßkirch handelt es sich um einen für seine Zeit einzigartig innovativen Bau im süddeutschen Raum und bildete den einen beispielgebenden Schlosstyp der Vierflügelanlage, an dem sich die weiteren Bauten dieses Typs orientierten. An ihm richteten sich die beiden im Abwägungsprozess deutlich besser bewerteten Schlösser Waldburg und Zeil aus, denn es handelt sich um die erste regelmäßige Vierflügelanlage der Renaissance nördlich der Alpen, womit es erheblichen Einfluss auf die südwestdeutsche Renaissancebaukunst hatte. Gemeinsam mit der St. Martinuskirche hat es vor dem gleich</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dahinter ansteigenden Heuberg eine herausragende landschaftsprägende Wirkung über das Meßkircher Stadtbild hinaus. Dort, nur wenige Kilometer von ihrer Residenz im Schloss Meßkirch entfernt, befindet sich dann das zweite bedeutende Bauwerk der Herren von Zimmern, die Burg Wildenstein, hoch über dem Tal der jungen Donau. Diese gehört zu den am besten erhaltenen Burgen des Spätmittelalters und ist eher als frühneuzeitliche Festung anzusprechen, die in diesem Übergang vom Burgen- zum Festungsbau einzigartig in unserer Raumschaft und darüber hinaus ist. Verbunden werden Kulturdenkmäler nicht nur durch die dazwischen liegende Landschaft und die Herren von Zimmern, sondern auch durch die Zimmersche Chronik, einem kulturhistorisch wie sprachwissenschaftlich absolut herausragenden Werk, da hier in dieser Landschaft und in den beiden genannten Baudenkmälern entstanden ist und durch seine Einzigartigkeit das Schutzbedürfnis von Schloss Meßkirch und Burg Wildenstein deutlich unterstreicht. Beide Baudenkmäler, Schloss Meßkirch und Burg Wildenstein, würden durch die Ansammlung von nahezu 300 m hohen Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe beide für sich und im Ensemble in ihrer raumprägenden Wirkung empfindlich geschädigt und beeinträchtigt, in äußerst hohem Maße herabgesetzt und ihrer Wirkung beraubt. Dies fand im Prüfungs- und Abwägungsprozess nicht ausreichende Berücksichtigung- nicht nur, aber auch im Vergleich zu anderen Kulturdenkmälern, die dort einen entsprechenden Schutzstatus erlangt haben. Daher lehne ich die aktuelle Planungen entschieden ab.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen, [Name anonymisiert]</p>	<p>entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10142	606	<p>Diese Stellungnahme bezieht sich neben den o.g. auch auf die Flächen FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-037, FFPV-437-082, FFPV-437-083</p> <p>KONFLIKTE MIT LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>auch mit den präsentierten Planungen der aktuellen, zweiten Offenlage wird der Land- und Forstwirtschaft übermäßig Fläche für die Nahrungsmittelproduktion entzogen, zumal der Umfang der Flächen deutlich über dem vom Bund an den Regionalverband ausgegebenen Zielen liegt. Es findet als Luxus- und Vorratshaltungskonsum an unserer Fläche statt. Die Argumentation, dass in der Raumschaft um unsere Gemeinde Leibertingen herum "minderwertige" Bodenverhältnisse und Anbaumöglichkeiten</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>vorherrschten ist nicht stichhaltig, denn dann müsste dies ja auch für die Erzeugung Erneuerbarer Energien gelten, die an anderen Stellen deutlich mehr Ertrag bringen, als hier. Also kann dies keine Begründung sein. Sie zeugt außerdem von fachlicher Unkenntnis. Gleichzeitig ist die Erzeugung von Lebensmitteln eine der herausragenden Fragen unserer Zeit, die der des Klimaschutzes gleichkommt. In Zeiten des Klimawandels kann in Gunstregionen wie der unseren in Mitteleuropa, die für die globale Lebensmittelversorgung enorm wichtig ist, nicht so verschwenderisch mit landwirtschaftlichen Anbauflächen umgegangen werden. Das ist sowohl im nationalen als auch im globalen Kontext unverantwortlich.</p> <p>Daher lehne ich die aktuelle Planung ab und fordere den RVBO auf, den Flächenumfang mindestens auch das vom Bund ausgegebene Ziel zu reduzieren, dabei die schon seitens der Gemeinde ausgewiesenen Flächen zu berücksichtigen und keinen Luxuskonsum an unserer Fläche zu betreiben!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen, [Name anonymisiert]</p>	<p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10142	670	<p>Diese Stellungnahme bezieht sich neben den o.g. auch auf die Flächen FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-037, FFPV-437-082, FFPV-437-083</p> <p>VÖLLIGE ÜBERLASTUNG DER RAUMSCHAFT</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>auch mit den präsentierten Planungen der aktuellen, zweiten Offenlage bleibt die Raumschaft in der Gemeinde Leibertingen unverhältnismäßig belastet und ist daher völlig überlastet mit Flächen für die Nutzung Erneuerbarer Energien.</p> <p>Die Landschaft, die einem ein Zuhause geworden ist, wird in einen Industriepark verwandelt: sie wird zum Ort ständiger Reizung und Störung einhergehend mit einem Gefühl der Ohnmacht, der Machtlosigkeit, einem psychischen Druck, da man sich den Energieerzeugungsanlagen, die durch Flächenverbrauch, Höhe, Sichtbarkeit dominant und übermächtig erscheinen, in seinem Zuhause nicht entziehen kann, denn sie sind permanent sicht- und erlebbar.</p> <p>Ich fordere den RVBO daher auf, die Planungen in unserer Raumschaft sehr deutlich zu reduzieren und auf eine verhältnismäßige Belastung zurückzuführen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen, [Name anonymisiert]</p>	<p>inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10143	169	<p>ich möchte gerne meine Einwendungen gegen einen Windpark bzw. die Ausweisung eines Vorranggebiets für Windkraftanlagen in dem oben genannten Gebiet vorbringen.</p> <p>Naturschutz</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>In dem sehr sensiblen Gebiet Enkenhofer Wald leben viele geschützte Tierarten. Der Zusammenhang zwischen Badsee, Ursee(Taufach-Fetzachmoos) und Stausee ( sind in nächster Nachbarschaft) wird sehr deutlich bei den vielen Vogelbeobachtungen, die wir in den vergangenen Jahren gemacht haben und auch jetzt machen. Der Rotmilan, Uhu, Schwarzstorch usw. fliegen und brüten in diesem Gebiet und fliegen natürlich auch über den Enkenhofer Wald. Ebenso leben dort auch Fledermäuse.</p> <p>Ich bitte Sie, die naturschutzrechtlichen Bedenken sehr ernst zu nehmen und durch unabhängige Gutachten genau zu durchleuchten.</p> <p>Tourismus und Wirtschaft</p> <p>Ganz wichtig für unsere Ortschaft Beuren ist unser Badsee. Er ist nicht nur für die Dorfbevölkerung ein wunderschöner Erholungsplatz, er zieht auch sehr viele Leute an den Campingplatz am Badsee. Es wäre sehr geschäftsschädigend wenn dort in unmittelbarer Nähe Windräder mit all ihren negativen Auswirkungen gebaut würden. Auch unser neu renoviertes Gasthaus zum Kreuz, unser Dorfladen und alle anderen Vermieter von Ferienwohnungen müssten mit starken Einbußen rechnen und damit gingen auch viele Arbeitsplätze verloren.</p> <p>Ich habe gelesen, dass wir durch die unsinnigen Bemühungen der alten Bundesregierung inzwischen zuviel Windenergie bekommen und dass deshalb der Ausbau der Windkraft auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden muss. Nur so könne man auch dem Naturschutz gerecht werden.</p> <p>Ist es unter diesem Gesichtspunkt nicht doppelt so schlimm, hier im Enkenhofer Wald monstreuse Windkraftanlagen zu bauen – und in ein paar Jahren stellt man fest, dass man sie gar nicht braucht.</p> <p>Jede Region hat ihre gewissen Stärken für den gewünschten Energiemix. Bei uns im Allgäu ist es wohl eher die Sonne und nicht der Wind. Es darf kein Windpark im Enkenhofer Wald gebaut werden! Für sehr wenig erzeugte</p> <p>Energie würde ein wundervolles und sehr wertvolles Stück Natur für Mensch und Tier zerstört werden!!!!</p> <p>Ganz ausdrücklich möchte ich noch betonen, dass die Aussage von Herrn Bürgermeister Rainer Magenreuter nicht stimmt!!! Immer wieder betont er, dass „die Stadt Isny diese</p>	<p>Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windräder möchte, sogar darum kämpft.“ Er hat</p> <p>wohl die ganzen Bürger aus den umliegenden Ortschaften und auch viele Stadtbewohner einfach vergessen und deren Meinung ignoriert!!!!</p> <p>Vielen Dank für Ihre gewissenhafte Arbeit!</p>	<p>zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10144	541	<p>der Verein für Landschaftspflege, Artenschutz &amp; Biodiversität e.V. (VLAB) nimmt im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung des Regionalplans für die Region Bodensee-Oberschwaben zur Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen fristgerecht Stellung und äußert sich im Folgenden:</p> <p>I. Verfassungswidrigkeit der bundesrechtlich in der Anlage 1 zum Windenergieflächenbedarfsge-setz (WindBG) für Baden-Württemberg vorgegebenen Flächenbeitragswerte von 1,1 %und 1,8%</p> <p>1. Mit der Ausweisung von Vorranggebieten für die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen will der Regionale Planungsverband u. a. den „Ausbauzielen des Bundes“ Rechnung tragen. Der erforderliche Umfang der Fortschreibung des Regionalplans ergebe sich auch aus „§ 3 Windenergieflächenbedarfs-gesetz (WindBG), in welchem ein Flächenbeitragswert von 1,8% bis zum 31. 12. 2032 bestimmt ist“. Insgesamt sollen im Zuge der beabsichtigten Fortschreibung Vorranggebiete mit einem Flächenanteil von ca. 1,9% der Regionsfläche festgelegt werden.</p> <p>Die in der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 WindBG schematisch festgesetzten Flächenbeitragswerte sind allerdings verfassungswidrig.</p>	<p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Für die Erstellung, Überprüfung bzw. Überarbeitung der in der Anregung genannten Gesetze und Rechtsgrundlagen ist der RVBO nicht zuständig.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>VLAB, Seite 2 von 7</p> <p>2. Gegen eine potenzialbasierte Verteilung des vom Bundesgesetzgeber verfolgten 2-Prozent-Flächenziels auf die einzelnen Bundesländer mag aus verfassungsrechtlicher Sicht nichts einzuwenden sein. Die Flächenbeitragswerte der Anlage 1 schreiben jedoch für die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Saarland eine Untergrenze von 1,8% vor, obwohl dort gerade nicht das insoweit erforderliche Potenzial vorhanden ist. Umgekehrt soll für die Bundesländer Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein Flächenbeitragswert von 2,2% gelten, obwohl diese Länder ein deutlich höheres Potenzial aufweisen. Für diese Abweichung vom Grundsatz der potenzialbasierten Verteilung fehlen sachliche Gründe. Die entsprechenden Regelungen sind ausschließlich politisch motiviert. Die damit verbundene Ungleichbehandlung der betreffenden Bundesländer ist mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG nicht vereinbar.</p> <p>3. Zur Ermittlung der einzelnen Flächenbeitragswerte hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eine umfangreiche Flächenpotenzialstudie in Auftrag gegeben, auf die sich auch die Gesetzesbegründung beruft.</p> <p>- vgl. BT-Drs. 20/2355, S. 18, 30 -</p> <p>Diese unter der Projektleitung der Guidehouse Germany GmbH, Berlin, entstandene „Analyse der Flächenverfügbarkeit für Windenergie an Land post-2030 – Ermittlung eines Verteilungsschlüssels für das 2%-Flächenziel auf Basis einer Untersuchung der Flächenpotenziale der einzelnen Bundesländer“, Stand Mai 2022 (im Folgenden: Analyse), ist in zwei Schritten erfolgt. Im ersten Schritt wurde eine flächendeckende Raumbewertung hinsichtlich der Vereinbarkeit vorliegender Nutzungs- und Schutzbelange mit der Windenergienutzung an Land vorgenommen. Auf dieser Grundlage wurde dann in einem zweiten Schritt das jeweilige Flächenpotenzial der einzelnen Bundesländer ermittelt. Insgesamt wurden zehn Szenarien untersucht, ein Basisszenario und neun alternative Szenarien, denen jeweils unterschiedliche Kriterien für die räumliche Verteilung (wie Siedlungsabstände, Windhöflichkeit, Landschaftsbild u. a.) zugrunde liegen.</p> <p>Dabei soll die Frage, inwieweit die Kriterien, nach denen die verschiedenen Szenarien in Einzelnen untersucht wurden, auch sachgerecht waren, an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Entscheidend ist jedoch, dass es auch nach der vom damaligen BMWK in Auftrag gegebenen Studie keinerlei fachliche Gesichtspunkte gab, für einzelne Bundesländer Unter- und Obergrenzen festzulegen. Die Festlegung und Umsetzung einer ausschließlich potenzialbasierten Verteilung wurde vielmehr lediglich</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>„als politisch schwer durchsetzbar“ eingeschätzt, weshalb „zur Ermittlung eines potenzialbasierten Verteilungsschlüssels“ – der sich insoweit allerdings gerade nicht mehr als potenzialbasiert erweist – „in Abstimmung mit dem BMWK eine Ober- und Untergrenze eingezogen“ wurde.</p> <p>- vgl. Analyse, S. 32 -</p> <p>VLAB, Seite 3 von 7</p> <p>Die Gesetzesbegründung verdeckt diese Vorgehensweise mit den Worten, mit der Unter- und Obergrenze habe man „extreme Unterschiede im Hinblick auf die Lastenverteilung zwischen den Ländern vermeiden“ wollen.</p> <p>- vgl. BT-Drs. 20/2355, S. 18, 30 -</p> <p>Dabei wird jedoch verkannt, dass der Gesetzgeber die Auswahl derjenigen Sachverhalte, an die er jeweils dieselben oder unterschiedliche Rechtsfolgen knüpft, wegen Art. 3 Abs. 1 GG nicht nach politischer oder verhandlungstaktischer Beliebigkeit treffen darf, sondern dabei stets die Eigenart des konkreten Sachbereichs, der geregelt werden soll, beachten muss.</p> <p>- vgl. BVerfGE 17, 122, 130 („Eigenart des konkreten Sachverhalts“); 75, 108, 157 („sachbereichsbezogen“); 83, 89, 107 („Natur der Sache“); 85, 176, 187 („sachbereichsbezogen“); 90, 145, 196 („sachgerecht“); st. Rspr. -</p> <p>Diesen Grundsatz der sog. Sachgerechtigkeit hat der Bundesgesetzgeber hier durch die Festlegung von starren Ober- und Untergrenzen für die jeweiligen Flächenbeitragswerte missachtet. Spezifisch planerische Gründe für diese Grenzen sind und waren, insbesondere auch für die Autoren der vom BMWK in Auftrag gegebenen Analyse, nicht ersichtlich. Da es sich hierbei um planungsrechtliche Regelungen handelt, wären solche Gründe aber im Hinblick auf die Eigenart des konkreten Sachbereichs nach Art. 3 Abs. 1 GG erforderlich gewesen. Die beschönigende Formulierung, die Ober- und Untergrenzen seien „in Abstimmung“ mit dem BMWK erfolgt, muss so verstanden werden, dass hier tatsächlich entsprechende Vorgaben durch das Ministerium gemacht wurden. Es wäre sehr seltsam, wenn die Autoren der Analyse, die ihre Untersuchung ausschließlich an fachlichen Gesichtspunkten ausrichten wollten, von selbst auf die Idee gekommen wären, die Untersuchungsergebnisse nach (vermeintlichen) politischen Erfordernissen zu „korrigieren“.</p> <p>Die Ungleichbehandlung derjenigen Bundesländer, für die jeweils Grenzwerte festgesetzt wurden, mit den anderen Bundesländern, deren Flächenbeitragswerte ausschließlich potenzialbasiert ermittelt wurden, ist daher mit der Verfassung nicht vereinbar. Erst recht gilt dies für die Ungleichbehandlung derjenigen Länder, die Untergrenzen beachten müssen und daher einen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>unverhältnismäßig hohen Flächenbeitrag leisten müssen, mit den Ländern, deren Beitrag aufgrund der festgesetzten Obergrenzen unverhältnismäßig niedrig ausfällt.</p> <p>Dieser Befund und der zugrunde liegende Sachverhalt werden durch die zitierte Formulierung in der Gesetzesbegründung, „extreme Unterschiede im Hinblick auf die Lastenverteilung zwischen den Ländern“ sollten vermieden werden, verschleiert. Durch die Abweichung von einer ausschließlich potenzialbasierten Verteilung werden im Gegenteil solche extremen Unterschiede – vergleicht man die Länder, für die Obergrenzen gelten, mit den Ländern, die Untergrenzen einhalten müssen – erst geschaffen.</p> <p>VLAB, Seite 4 von 7</p> <p>4. Aus welchen konkreten Gründen eine ausschließlich potenzialbasierte Verteilung „als politisch schwer durchsetzbar“ eingeschätzt wurde, ist nicht ersichtlich. Die Analyse äußert sich hierzu nicht. Die Gesetzesbegründung verschweigt, wie oben dargelegt, schon das – offenbar als nicht stichhaltig erkannte – Argument der schweren politischen Durchsetzbarkeit und versucht, die Ungleichbehandlung mit der angeblichen Vermeidung extremer Unterschiede in der Lastenverteilung zu rechtfertigen. Dies kann indessen aus den genannten Gründen nicht überzeugen. Es handelt sich daher bei der – als solcher schon für eine Rechtfertigung der Ungleichbehandlung nicht tauglichen – „schweren politischen Durchsetzbarkeit“ um eine bloße Behauptung, für die keinerlei tatsächliche Anhaltspunkte ersichtlich sind. Die Festsetzung von Ober- und Untergrenzen erweist sich somit auch als objektiv willkürlich im Sinne des Art. 3 Abs. 1 GG. Dies gilt erst recht im Hinblick darauf, dass die jeweiligen Grenzwerte ohne jede Rücksicht darauf bestimmt wurden, ob die jeweiligen Flächen für die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen geeignet sind.</p> <p>5. Die vom Bundesgesetzgeber bestimmten Flächenbeitragswerte begegnen allerdings auch noch in anderer Hinsicht verfassungsrechtlichen Bedenken im Hinblick auf die durch Art. 3 Abs. 1 GG gebotene sachgerechte Lastenverteilung.</p> <p>a) Dem – für die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen zentralen – Kriterium der Windhöufigkeit wird bei der Verteilung des 2%-Flächenziels auf die einzelnen Bundesländer ein viel zu geringes Gewicht beigemessen. Dabei hätte das Datenmaterial, das die vom BMWK in Auftrag gegebene Analyse zu Tage gefördert hat, durchaus eine ausreichende Berücksichtigung dieses Kriteriums ermöglicht. So wurde in dieser Studie für die beiden betrachteten Mindestwindgeschwindigkeiten von 6,5 m/s und 7,0 m/s in 150 m über Grund im Einzelnen ausgewertet, wie groß der jeweilige Anteil der Landesfläche unterhalb der Grenzgeschwindigkeit ist.</p> <p>- vgl. Analyse, S. 22 mit Tabelle 3-23 -</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Für Baden-Württemberg sind diese Anteile mit 47,2% und 72,2% am höchsten, für Bayern mit 36,7% und 66,6% am zweithöchsten. Demgegenüber liegen beispielsweise im Flächenland Brandenburg keine Flächen (also „null Prozent“ der Landesfläche) unterhalb der beiden Grenzwerte.</p> <p>- vgl. Analyse, S. 22 mit Tabelle 3-23 -</p> <p>Es ist daher völlig unverhältnismäßig, wenn die Anlage 1 (zu § 3 Abs. 1 WindBG) Brandenburg nur Flächenbeitragswerte von 1,8% (zum 31. 12. 2027) und 2,2% (zum 31. 12. 2032) zuweist, Bayern und Baden-Württemberg aber Werte von 1,1% und 1,8%.</p> <p>Im Flächenland Thüringen liegen, um ein weiteres Beispiel zu nennen, die von der Analyse ermittelten Anteile der Landesfläche bei 6,9% und 23,0%. 77,0% der Landesfläche weisen also Windgeschwindigkeiten von mindestens 7,0 m/s in 150 m über Grund auf, während der entsprechende Anteil in Bayern nur 36,4% der Landesfläche beträgt, also weniger als die Hälfte. Angemessen wäre daher, wenn Thüringen einen VLAB, Seite 5 von 7</p> <p>mindestens doppelt so hohen Flächenbeitrag leisten müsste als Bayern. Tatsächlich schreibt die Anlage 1 aber – mit 1,8% gegenüber 1,1% - zum 31. 12. 2027 nur einen ca. 1,64mal so hohen und – mit 2,2% gegenüber 1,8% - zum 31. 12. 2032 sogar nur einen ca. 1,22mal höheren Flächenbeitrag für Thüringen vor. Damit werden die Erfordernisse einer sachgerechten Lastenverteilung klar verfehlt.</p> <p>Mit Art. 3 Abs. 1 GG und dem Verbot, wesentlich Ungleiches gleich zu behandeln,</p> <p>- vgl. BVerfGE 116, 164, 180; 112, 268, 278; 103, 310, 318; st. Rspr. -</p> <p>ist es ferner auch nicht vereinbar, Regionen mit hohen Windgeschwindigkeiten zwischen 9,5 m/s und 11,0 m/s in 150 m über Grund bei der Verteilung der Flächenbeitragswerte genauso zu behandeln wie Regionen mit niedrigen Windgeschwindigkeiten von 7,0 m/s bis 7,5 m/s in 150 m über Grund.</p> <p>- vgl. Analyse, S. 23 mit Abbildung 6, in der die unterschiedlichen Windgeschwindigkeiten in den einzelnen Regionen des Bundesgebiets kartografisch dargestellt sind -</p> <p>Genau nach dieser Methode verfährt aber die Analyse und der ihr im Ansatz folgende Bundesgesetzgeber in der Anlage 1 zum WindBG, wobei die oben schon erörterte Einziehung von Ober- und Untergrenzen die ungerechtfertigte Privilegierung windstärkerer und Diskriminierung windärmerer Regionen noch vertieft.</p> <p>b) Schließlich kann es vor Art. 3 Abs. 1 GG auch keinen Bestand haben, dass weder die Analyse noch das WindBG berücksichtigt, inwieweit die jeweilige Region – beispielsweise durch den Betrieb von Wasserkraftwerken oder Photovoltaik-Anlagen – bereits einen Beitrag zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien leistet.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Art. 20a GG verpflichtet den Gesetzgeber zwar zu effektivem Klimaschutz und der Herstellung von Klimaneutralität.  - vgl. BVerfG, B. v. 24. 03. 2021 – 1 BvR 2656/18 u. a. = BVerfGE 157, 30 ff. -</p> <p>Um die entsprechenden Ziele zu erreichen, hat auch der Sektor Energiewirtschaft einen wesentlichen Bei-trag zur Senkung der Treibhausgasemissionen zu leisten. Durch welche Art erneuerbarer (nicht fossiler) Energien dies jedoch geschieht, ist verfassungsrechtlich nicht vorgegeben. Auch § 2 Abs. 1 Satz 2 EEG betrachtet nicht etwa die Windenergie als solche, sondern – allgemein – „die erneuerbaren Energien“ als vorrangigen Belang in den jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen. Eine Privilegierung der Windkraft ist daher ebenso wenig veranlasst wie eine Diskriminierung der Wasserkraft. Dem Gebot der Sachgerechtigkeit würde allenfalls eine Flächenverteilung Rechnung tragen, die sich nach dem jeweiligen Anteil richtet, den die einzelnen Regionen durch die Erzeugung erneuerbarer Energien insgesamt zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leisten. Die Analyse und das WindBG stellen demgegenüber ausschließlich – isoliert – auf die Windkraft ab, was im Ergebnis zu einer Verletzung der gebotenen Las-tengleichheit führt.</p> <p>VLAB, Seite 6 von 7</p>		
IV. 10144	651	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben - Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen - Regionale Infrastruktur -Teilregionalplan Energie (Kapitel 4.2) - 2. Offenlage</p> <p>Hier: Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände; Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Teilregionalplan Windenergie des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben im Bereich Kettenacker-Ost WEA-437-026</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens nehmen wir fristgerecht Stellung zur Teilplanung der oben genannten Vorranggebiete für Windenergie. Bereits in unserer Stellungnahme vom 29.03.2024 zur 1. Offenlage haben wir darauf hingewiesen, dass der Fachbeitrag Artenschutz der LUBW in seiner aktuellen Form keine geeignete Entscheidungsgrundlage für die Regionalverbandsplanungen zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft bietet. Die unvollständige Darstellung führt zu einer fehlerhaften Bewertung der Auswirkungen auf geschützte Arten. Dies birgt das Risiko, dass gesetzliche Vorgaben zum Artenschutz</p>	<p>Die Bürgerinitiativen fordern eine Aufnahme der Gebiete um Kettenacker und Ittenhausen als Kategorie A oder B (Anhang I) in den Fachbeitrag Artenschutz LUBW und kritisieren die LUBW dafür, dass dies nicht erfolgt ist.</p> <p>In diesem Gebiet gäbe es besonders hohe Dichten an Rotmilanen und es sei damit eine Quellpopulation.</p> <p>Die LUBW antwortete: "Eine generelle Berücksichtigung einzelner Gutachten oder regionaler Erfassungen wäre „methodisch nicht sinnvoll und sei nicht erfolgt“. Eine Aktualisierung des Fachbeitrages sei nicht vorgesehen, auch wenn ein Großteil der relevanten Fragestellungen abgedeckt sei. Dieser [Fachbeitrag] sei, so die LUBW, „nicht abschließend“.</p> <p>Unabhängig von der Kritik ist der Fachbeitrag der LUBW für den Regionalverband eine maßgebliche Planungsgrundlage. Nur mit diesen können die Artenschutzbelange auf der Planungsebene systematisch</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nicht eingehalten werden. Um die bestehenden Mängel weiter zu verdeutlichen, übermitteln wir Ihnen eine Stellungnahme von Frau Dr. Marion Gschweng zur Berücksichtigung der Daten aus den Gebieten Kettenacker, Ittenhausen und Inneringen bei der Ermittlung von Schwerpunktgebieten im Fachbeitrag Artenschutz. Darin werden die Defizite des Fachbeitrags detailliert aufgezeigt - insbesondere im Hinblick auf unsere bisherigen eingereichten Gutachten sowie dem Weltdichtezentrum des Rotmilans. Wir fordern daher eine umfassende Überarbeitung der artenschutzrechtlichen Bewertung, die alle relevanten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Gutachten berücksichtigt. Erst nach dieser Überarbeitung sollte der Fachbeitrag Artenschutz als Grundlage für die Regionalverbandsplanungen dienen.</p> <p>Anlage per Mail Stellungnahme Gschweng 09 2024 zu Kettenacker, Ittenhausen und Inneringen</p>	<p>behandelt und konsequent abgewogen werden.</p> <p>Die Behauptung ist nicht korrekt, dass die geplanten Vorranggebiete für Windenergie auf bisher nicht klassifizierten Flächen des LUBW Fachbeitrags liegen würden. Die Herausnahme von Waldflächen der Forst BW spielt in dieser Raumschaft keine Rolle.</p> <p>Flächen für Artenhilfsprogramme sind bislang noch nicht festgelegt, aus Sicht des RVBO gibt es aber genug Flächen außerhalb der VRG Windenergie, die dafür in Frage kommen.</p> <p>Insgesamt richtet sich die Kritik vornehmlich an die LUBW und das BfN und kann daher in dieser Stellungnahme nicht behandelt werden.</p> <p>Der Regionalverband stellt den Fachbeitrag der LUBW (2022) nicht in Frage. Die Zone A des Fachbeitrags wurde gar nicht überplant und die Zone B nur sehr geringfügig.</p> <p>Eine Änderung der Flächenkulisse ergibt sich nicht aus der Anregung und dem Anhang.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz und B.4 Anregungen zu konkreten Vorranggebieten Windenergie der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	
IV. 10144	1257	6. Es wird daher beantragt, das Verfahren zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie	Der Regionalverband ist als Planungsträger an die geltenden bundes- und landesrechtlichen Vorgaben	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>„Kapitel auszusetzen und das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen auf die Verfassungswidrigkeit der in Anlage 1 zum WindBG für Baden-Württemberg vorgegebenen Ziele 1,1 und 1,8% hinzu-weisen.</p> <p>Die Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes durch den Planungsträger wäre mit dem rechts-staatlichen Grundsatz des Vorrangs der Verfassung (Art. 20 Abs. 3 GG) nicht vereinbar.</p> <p>- vgl. BVerfGE 12, 180, 186 -</p> <p>Andererseits könnte die schlichte Nichtanwendung eines Bundesgesetzes, das vom BVerfG noch nicht für verfassungswidrig befunden wurde, gegen den ebenfalls in Art. 20 Abs. 3 GG verankerten Grundsatz vom Vorrang des Gesetzes verstoßen.</p> <p>- a. A. mit beachtlichen Gründen A. Arndt, DöV 1959, 81 ff. -</p> <p>Die für die Anwendung des verfassungswidrigen Gesetzes zuständige Behörde hat daher die vorgesetzte Behörde auf die Verfassungswidrigkeit hinzuweisen.</p> <p>- h. M.; vgl. Detterbeck, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozess-recht, 22. A. 2024 Rn. 126 ff.; Maurer/Waldhoff, Allgemeines Verwaltungsrecht, 19. A. 2017; jeweils m. w. N.; s. a. BVerfGE 12, 180, 186 („die höheren Verwal-tungsstellen“) -</p> <p>Über das Ministerium kann dann auf eine Änderung der bundesrechtlichen Flächenbeitragswerte hinge-wirkt und, sofern das nicht gelingen sollte, ein Normenkontrollantrag der Landesregierung nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG herbeigeführt werden.</p>	<p>gebunden und hat die Aufgabe, diese im Rahmen der Regionalplanung umzusetzen. Der Regionalverband hält sich daher bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Das WindBG, das KlimaG BW sowie das Landesplanungsgesetz sind formell gültige Gesetze, deren Vorgaben nicht eigenständig ausgesetzt werden können. Wie die Einsender bereits selbst anführen, kommt dem Regionalverband im Hinblick auf die gesetzlichen Grundlagen keine Normverwerfungskompetenz zu. Schon eine geringfügige Aussetzung würde darüber hinaus dazu führen, dass der nach § 13a LplG per Gesetz vorgegebene Zeitplan, der dazu dienen soll, dass der Flächenbeitragswert i.S.v. § 5 Abs. 1, Abs. 2 WindBG entsprechend rechtzeitig festgestellt werden kann, nicht eingehalten werden kann. Der Anregung wird daher nicht gefolgt.</p>	
IV. 10144	1258	<p>Nur vorsorglich sei darauf hingewiesen, dass der Zulässigkeit eines Antrags auf abstrakte Normenkontrolle vor dem BVerfG nicht entgegensteht, dass die Antragsteller der von ihnen angegriffenen Norm im Ge-setzgebungsverfahren zugestimmt haben.</p> <p>- BVerfGE 101, 158, 213; 127, 165, 190 -</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10144	1259	<p>II. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Verantwortung für Deutschland“ für die 21. Le-gislaturperiode vom 09. April 2025</p> <p>Nach dem kürzlich abgeschlossenen Koalitionsvertrag sollen zwar die Zwischenziele des WindBG für 2027 unberührt bleiben. Die Flächenziele für 2032 will man jedoch einer Evaluation unterziehen. Dabei soll auch eine Überprüfung des Referenzertragsmodells auf Kosteneffizienz u. a. hinsichtlich unwirtschaftlicher</p> <p>Sehwachwind-Standorte stattfinden (S. 32). Ferner soll im Rahmen eines Monitorings „bis zur Sommerpause 2025 der zu erwartende Strombedarf sowie der Stand der Versorgungssicherheit, des Netzausbaus, des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, der Digitalisierung und des Wasserstoffhochlaufs als eine Grundlage der weiteren Arbeit überprüft werden“ (S. 29). Dabei gehen zumindest CDU und CSU</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Region Bodensee-Oberschwaben in Baden-Württemberg und nicht, wie in der Stellungnahme formuliert, in Bayern liegt. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben, in diesem Fall an § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (Verkündet als Artikel 1 des Gesetzes zum Erlass eines Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz und zur Verankerung des Klimabelangs in weiteren Rechtsvorschriften vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26).) Es ist aus Sicht des RVBO nicht sachgerecht, auf Basis einer etwaigen künftigen Gesetzesänderung von depn derzeit geltenden rechtlichen Grundlagen abzuweichen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>davon aus, dass der Stromverbrauch in den nächsten Jahren deutlich niedriger sein wird als bislang prognostiziert. - vgl. DER SPIEGEL Nr. 18/26. 04. 2025, S. 29 -</p> <p>Die vorliegende Planung für die Region Bodensee-Oberschwaben beschränkt sich nicht auf das Ziel, den vom WindBG für Bayern bis zum 31. 12. 2027 vorgesehenen Flächenbeitrag von 1, 1 % der Landesfläche zu erreichen, sondern will bereits Vorranggebiete mit einem Flächenanteil von ca. 1,9% der Regionsfläche festlegen. Dies entspricht dem Flächenziel, das für Baden-Württemberg nach dem WindBG erst zum 31. 12. 2032 vorgeschrieben ist und nach dem Koalitionsvertrag nunmehr evaluiert werden soll.</p> <p>Es wird daher beantragt, das Verfahren zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie auszusetzen, solange die Ergebnisse der im Koalitionsvertrag vereinbarten Evaluation nicht vorliegen, hilfsweise: das Verfahren zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie auf die Erreichung des Zwischenziels von 1, 1 % zu beschränken.</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10145	340	<p>Einspruch geplante Windkraftanlagen und weiterer Solarflächen Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Um mein Recht auf eine spätere Klage wahrnehmen zu können, erhebe ich hiermit Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans.</p> <p>Dies betrifft alle von Ihnen als Vorbehaltsgebiete ausgewiesene Solarflächen mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof ; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental sowie das Vorranggebiet für Windkraftflächen WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen.</p> <p>Begründungen für diesen Einspruch: Arten- und Naturschutz Ich möchte meine Bedenken hinsichtlich der geplanten Vergrößerung der Windvorrangfläche [WEA 437-011 Meßkirch-Leibertingen] zum Ausdruck bringen. Diese Fläche steht</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>in direktem Konflikt mit bestehenden Natur- und Artenschutzgebieten und grenzt unmittelbar an das Schutzgebiet auf der Ortsgemarkung Thalheim sowie an die Ortsgemarkungen Heudorf.</p> <p>Hier verweise ich besonders auf nachgewiesene Dichtezentrum für Rotmilan sowie anderen gefährdeten Arten, die auf der Roten Liste stehen und gemäß §44 des BNatSchG besonderen Schutz genießen.</p> <p>Auch verweise ich auf den §39 des BNatSchG, in dem geregelt ist, dass die Lebensräume von Tieren und Pflanzen nicht ohne vernünftigen Grund gefährdet oder zerstört werden dürfen.</p> <p>Die aktuelle Planung widerspricht der Verpflichtung, diese Schutzgebiete zu erhalten, und stellt eine erhebliche Beeinträchtigung des ökologischen Netzes in unserer Region dar.</p> <p>Gesundheitsaspekt</p> <p>§ 2 des Grundgesetzes garantiert das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, während § 14 das Eigentum schützt.</p> <p>Windkraftanlagen und FFPV-Felder in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern können diese Rechte bedrohen, weil sie die Lebensqualität beeinträchtigen.</p> <p>Gesundes Wohnen umfasst Ruhe, Erholung, Schutz vor Dauerlärm, Stress und psychischer Belastung.</p> <p>Windräder in der Nähe von Häusern können diese Qualitäten erheblich beeinträchtigen, was sich nicht nur symbolisch, sondern ganz real auswirkt.</p> <p>Gefahren durch Windkraftanlagen für gesunde Wohnverhältnisse sind unter anderem:</p> <p>Lärm und Infraschall:</p> <p>Tieffrequenter Schall kann durch Wände dringen, den Schlaf stören, Kopfschmerzen, Angst- und Engegefühl sowie Konzentrationsprobleme verursachen.</p> <p>Auch wenn er nicht immer hörbar ist, wirkt er dennoch nachweislich auf den Körper, wie Berichte von Betroffenen und wissenschaftliche Studien an vielen Orten in Deutschland und Europa zeigen.</p> <p>Die Reichweite des Infraschalls bei den neuen Windrädern ist äußerst groß, sodass die bisherigen Berechnungen für bestehende Anlagen nicht mehr ausreichen.</p> <p>Ein wirksamer Schutz gegen Infraschall ist bisher nicht vorhanden, da weder Schallschutzfenster noch Lärmschutzwände dagegen wirksam sind, da Infraschall alles durchdringt.</p> <p>Wahrscheinlich ist nur ein ausreichender Abstand zur Wohnbebauung wirksam, weshalb ein Mindestabstand von 2.500 Metern notwendig ist.</p> <p>Dieser Abstand wird in der aktuellen Planung jedoch nicht eingehalten.</p> <p>Über die Belastung für unsere heranwachsenden Kinder möchte</p>	<p>möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ich hier gar nicht nachdenken.</p> <p>Optische Dominanz und psychische Belastung:  Windräder können bis zu 250 Meter hoch sein, was sie zu beeindruckenden, aber auch belastenden Elementen in der Landschaft macht.</p> <p>Sie wirken wie Wolkenkratzer auf dem Land und verändern das Bild der Natur.</p> <p>Das ständige Drehen, Blinken und die Sichtbarkeit erzeugen Dauerstress, wirken psychisch belastend und können Gefühle von Überwachung, Eingeschlossensein oder Ohnmacht hervorrufen.</p> <p>Eingriff in Natur und Umwelt</p> <p>Massive Fundamente, Rodungen, Zufahrtsstraßen, schwarze Wüsten – die grüne Technik zerstört grüne Räume.</p> <p>Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erfordert umfangreiche Eingriffe in die Natur.</p> <p>Für die Errichtung der Anlagen werden große Fundamente aus Beton gegossen, die oft mehrere Tonnen schwer sind. Diese Fundamente benötigen große Mengen an Baumaterialien und Energie, was die Umwelt belastet. Zudem sind oft Rodungen notwendig, um Platz für die Anlagen, Zufahrtswege und Infrastruktur zu schaffen. Diese Rodungen zerstören wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen, beeinträchtigen die Biodiversität und führen zu Flächenverlust.</p> <p>Die Zufahrtsstraßen, die für den Bau und die Wartung der Windräder notwendig sind, durchqueren oft unberührte Naturgebiete, was zu weiteren Eingriffen in die Landschaft führt.</p> <p>Die resultierenden Flächen, die durch den Bau der Anlagen entstehen, sind häufig kahle, schwarze Wüsten aus Schotter und Beton, die kaum noch Lebensraum für Flora und Fauna bieten. Diese Flächen sind dauerhaft versiegelt und tragen zur Zerstörung natürlicher Ökosysteme bei.</p> <p>Darüber hinaus können solche Eingriffe auch negative Folgen für den Wasserhaushalt haben, da die Bodenversiegelung die Versickerung von Regenwasser behindert und somit das Risiko von Erosion und Überschwemmungen erhöht.</p> <p>Windaufkommen nicht ausreichend für den Betrieb von solchen Anlagen</p> <p>Bei der geplanten Windvorrangfläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen handelt es sich um ein Gebiet mit nachweislich geringem Windaufkommen (z. B. laut Windatlas BW). Eine Windmessung auf den SWR Sender Meßkirch-Rohrdorf ergab nachweislich nur 4,2m/s. Das Gutachten hatten die Kommunen Meßkirch, Leibertingen und Sauldorf gemeinsam in Auftrag gegeben und zur Einstellung des Projektierers ENBW geführt, da ein wirtschaftlicher Betrieb nicht dargestellt werden konnte.</p> <p>Die Errichtung von Windenergieanlagen ist hier ineffizient und mehr als</p>	<p>artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wirtschaftlich fragwürdig. Eine Nutzung solcher Flächen steht im Widerspruch zum Grundsatz der sparsamen Bodennutzung nach § 1a Abs. 2 BauGB und widerspricht dem Ziel einer effektiven Energiewende.</p> <p>Landwirtschaftliche Flächen werden nicht mehr als solche nutzbar sein Die ausgewiesene Windvorrangfläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen sowie die vorbehaltsgelassenen Gebiete für Photovoltaik-Nutzung (FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost, FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen, FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof und FFPV-437-083 Hohes Pfaffental) befinden sich auf wertvollen land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen. Eine Bebauung dieser Flächen würde die bestehenden Nutzungen erheblich einschränken oder sogar unmöglich machen. Laut § 1 Abs. 5 und 6 BauGB ist es wichtig, der Landwirtschaft Vorrang einzuräumen, besonders in strukturschwachen Regionen. Schon heute sind wir auf den Import unzähliger Nahrungsmittel (wie auch Getreide, Kartoffeln etc.) angewiesen, da unsere Landwirtschaftspolitik lieber Profit mit Energiegewinnung subventioniert, als den Anbau gesunder Nahrung für die in Deutschland lebenden Menschen. Bei einem weltweit drohenden Engpass an Lebensmitteln werden wir in Deutschland irgendwann "grünen" Strom essen müssen... In Deutschland sind etwa 6,5 % der Gesamtfläche versiegelt, was einer Fläche von rund 22.718 Quadratkilometern entspricht. Ein großer Teil dieser bereits versiegelten Fläche nehmen unter anderem auch Industrie- und Verkaufshallen und große Parkplätze ein. Hier ist die Fläche für zig Quadratkilometer Photovoltaik-Anlagen bereits vorhanden, ohne in Natur, Landwirtschaft, Lebensraum eingreifen zu müssen. Jedem Bauherren eines Privathauses wird mittlerweile eine PV-Anlage auferlegt. Warum nicht auch bei gewerblichen Bauten?</p> <p>Mangelnde vertragliche Absicherung der Betreiberpflichten nach § 11 BauGB Derzeit ist noch unklar, inwiefern Auflagen zum Umwelt-, Gewässer- oder Brandschutz durch städtebauliche Verträge oder Satzungsregelungen nach § 11 BauGB rechtssicher auf zukünftige Betreiber oder Investoren übertragen werden können. Ohne eine solche Absicherung besteht das Risiko, dass die Planung nicht den Anforderungen an die gemeindliche Planungshoheit (§§ 1, 2 BauGB; Art. 28 Abs. 2 GG) entspricht und somit fehlerhaft sein</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>könnte.</p> <p>Meine Forderung ist deshalb auf Grundlage der obenstehenden Baurechtlichen, Brandschutzrechtlichen, Städtebaurechtlichen, gesundheitlichen, kommunalrechtlichen Belange:</p> <p>*** die vollständige Streichung des betroffenen Vorranggebietes</p> <p>*** die Durchführung aller erforderlichen -Gutachten und deren vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung mit FFH-Verträglichkeitsprüfung</p> <p>*** die Anerkennung des Oberen Donautals als besonders schutzwürdiger Raum</p> <p>*** die Berücksichtigung aller Schutzgüter, aller Menschen und Lebewesen, der Gesundheit, der Natur und Landschaft und Landwirtschaft nach Maßgabe der genannten Vorschriften</p> <p>Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der PV Fläche, sowie die Zurücknahme der Flächenvergrößerung der Windvorrangfläche gegenüber den bestehenden FNP's.</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10146	292	<p>uns ist klar dass die Themen erneuerbare Energien und Windkraft wichtige Maßnahmen sind um Co2 zu reduzieren und um in eine gesunde und für alle Bevölkerungsschichten sichere Zukunft zu Steuern, allerdings ist das Vorhaben in Bad Waldsee/ Osterhofen völlig überdimensioniert. Wir möchten eine deutliche Reduzierung der WEA.</p> <p>Es sind für einen Kurort, in dem Menschen Ruhe und Erholung suchen, viel zu viele Windräder. Bei uns machen die Menschen Urlaub. Urlaub von Lärm und der Stadt mit Industrie und Bebauung.</p> <p>Der Tannenbühl Wald ist für alle Anwohner und Besucher ein Ort der Erholung und Entspannung, das Haistergau ist Anbaufläche für Obst und Gemüse sowie Korn und Frucht. Es gibt in direkter Nachbarschaft ein Ried nahe Mauchenmühle welches feuchte Wiesen und eine ausgesprochen vielfältige Flora und Fauna bietet.</p> <p>Dieses Gebiet mit über 20 WEA zu bebauen, den Boden zu verdichten und die einmalige Natur derart zu zerstören grenzt für mich an einer Katastrophe.</p> <p>Für die dichte an WEA nahe Wohngebieten und Besiedlung gibt es keine Nachvollziehbarkeit. Es gibt keine notwendige Speicherung der erzeugten Energie, es gibt zu wenig Infrastruktur und die Produktion der Energie deckt den Bedarf zu 200%....wohin mit dieser Energie? Wo sind sie Speicher und wie funktioniert der Abtransport der Energie,</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>warum werden Anwohner nicht entschädigt? Warum muss man dieses Gebiet derart überlasten? Warum wird nicht weiter nach Alternativ- Standorten gesucht bzw weitere Flächen geprüft?</p> <p>Wir möchten keinen Schattenwurf in unserem Garten und wir möchten auch keine tägl. Geräusche oder PFAs in unserem Feld. Die Böden trocknen aus, es landet "Kunststoff" auf unseren Feldern welcher sich nie mehr wegbekommen lässt. Wir besitzen ein Eigenheim und haben dies mit unserem Geld bezahlt. Eine Wertminderung von Immobilien von 7- 23% möchten wir aufgrund der dichten Bebauung mit WEA nicht hinnehmen!</p> <p>Ebenfalls bemängeln wir sehr, wie schlecht die Stadt Bad Waldsee ihre Bürger informiert hat bzw wie wenig kommuniziert wurde was in Osterhofen und im Haistergau geplant wird. Dass wir so übergangen werden als Anwohner und vor vollendete Tatsachen gestellt werden ist nicht hinnehmbar! Die Stadt hat hier ihre Aufgabe deutlich verfehlt. Informationen einholen, die Anwohner ins Boot nehmen und im gemeinsamen Austausch eine Planung erarbeiten. Das alles hat nie stattgefunden.</p>	<p>Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen (insb. zum Thema "Ried nahe Maichenmühle", Teil E.3 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage).</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10147	542	<p>Stellungnahme zum Vorranggebiet Hochbühl zw. Owingen, Überlingen, Nesselwangen, WEA-435-002</p> <p>In ihrem Steckbrief 2025 (Steckbrief_tro-e_rvbo angebenanlage1-5_umweltbericht_anhoerung2025.pdf) geben sie die Hangrutschgefahr</p>	<p>Zum Weißstorch: Es wird auf die Ausführungen zu windkraftsensiblen Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, in den Anlagen B.3 und B.4 der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen. Die</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>mit 1% an. Der Hochbühl besteht wie auch die ganze Bodenseeregion aus einer weichen Sandsteinmolasse .</p> <p>In ihrem Dokument "Sitzung_des_Panungsausschusses_20250122_TOP_OE_2_1_TOP_2_1_Flaechenkulisse_Anlage_Ruecknameg_1.pdf" benutzten sie eine Topographische Karte der LUBW. Diese Karte mit dem eingezeichneten Vorranggebiet zeigt einen schmalen Höhenrücken mit steilen Hängen und tiefen Einschnitten.</p> <p>Allein aufgrund dieser Karte ist die Hangrutschgefahr deutlich höher einzuschätzen als die 1% der Vorrangfläche, die sie in ihrem Steckbrief auf S. 27 für WEA-435-002 angeben.</p> <p>Die Zuwegung ist aufgrund der Steilheit der Hänge und des zerklüfteten Charakters fast nicht möglich. Mehrere Zuwegungen für einzelne WKA wären notwendig. Die Topographie des Hochbühls ist derart zerklüftet, daß große Flächen des Höhenrückens mehrere Meter tief abgetragen werden müssten um einigermaßen Platz für Fundamente, Lagerplatz für Baumaterial und Baumaschinen zu schaffen.</p> <p>Schutzgut Wasser:</p> <p>Der Sielmannweiher im Landschaftsschutzgebiet / Feuchtgebiet Nesselwanger Ried gehört zum Biotopverbund Sielmannweiher Billafingen, Nesselwangen und Bonndorf und ist einzigartig in der gesamten Bodenseeregion.</p> <p>Der Hochbühl ist Quellgebiet für die Kleinsiedlungen Brachenreuth, Höllwangen , Hohenlindenhof. Jede dieser Kleinsiedlungen hat sein Trinkwasser aus Quellen am Hochbühl!</p> <p>Die enormen Eingriffe in die Topographie des Hochbühls bei einer Bebauung mit WKA kann einen Verlust der Quellen und somit des Trinkwassers für diese Orte bedeuten. Sie sind NICHT an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen!</p> <p>Wind</p> <p>Ich weise auf Luftverwirbelungen zwischen Hochbühl, Nesselwanger Tal und Sipplinger Berg hin.</p> <p>Vor allem im Winter wenn geheizt wird kann ich dieses Phänomen gut beobachten. Beispiel: 3 Kamine qualmen, bei einem kommt der Wind aus West, beim nächsten aus Süd, dann noch eins mit</p>	<p>Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Zur Behauptung, das VRG Windenergie läge in der Einflugschneise des Flughafens Zürich:</p> <p>Die Landesluftfahrtbehörde (RP Stuttgart, Referat Luftfahrt 46.2 Sachgebiet 2), die Deutsche Luftsicherung (DFS) und das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) wurden im Rahmen dieses Verfahrens beteiligt und haben zu dem o.g. genannten Vorranggebiet keine Bedenken geäußert.</p> <p>Zum Militär:</p> <p>Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (s. Synopse zur 1. Anhörung, Az. II.580) verwiesen. Auch bei der Festlegung des genannten VRG Windenergie sind militärische Belange ausreichend berücksichtigt worden.</p> <p>In der 2. Offenlage wurden zum in der Anregung genannten Vorranggebiet keine Bedenken vonseiten der Bundeswehr vorgebracht (s. Stellungnahme der Bundeswehr zur 2. Offenlage, Az. II.580)</p> <p>Ansonsten:</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ostwind.</p> <p>Im Bereich Natur- und Landschaftsschutz hat sich meine Einwendung aus der 1. Stellungnahme bestätigt. Ein von der Gemeinde Owingen in Auftrag gegebenes Fledermausgutachten, erschienen am 21.01.2025, bestätigt das Vorkommen von 13 nachgewiesenen Fledermausarten. Darunter die vom Aussterben bedrohte Mopsfledermaus, die stark gefährdete Bechsteinfledermaus, Großes Mausohr u. kleiner Abendsegler sowie 9 weiteren gefährdeten Arten.</p> <p>Siehe Gutachten der Gemeinde Owingen S. 7 unter <a href="https://owingen.ris-portal.de/sitzungen?p_p_id=RisSitzung&amp;p_p_lifecycle=0&amp;p_p_state=normal&amp;p_p_mode=view&amp;_RisSitzung_mvcRenderCommandName=%2Ftop-detail&amp;_RisSitzung_sitzungId=160876&amp;_RisSitzung_topId=1443415">https://owingen.ris-portal.de/sitzungen?p_p_id=RisSitzung&amp;p_p_lifecycle=0&amp;p_p_state=normal&amp;p_p_mode=view&amp;_RisSitzung_mvcRenderCommandName=%2Ftop-detail&amp;_RisSitzung_sitzungId=160876&amp;_RisSitzung_topId=1443415</a></p> <p>Meine Einwendung ist deshalb erneut zu prüfen!</p> <p>Rotmilan</p> <p>Der Rotmilan ist nach einem Urteil des VG Mannheim vom März 2024 weiter zu den schützenswerten windkraftsensiblen Arten zu zählen. Sein Schwerpunkt Vorkommen in Europa ist Süddeutschland. Nur hier sind größere zusammenhängende Bestände vorhanden. Daraus entsteht eine besondere Verantwortung für den Erhalt dieser Gattung. Fast täglich sind größere Schwärme im Nesselwanger Tal und über dem Hochbühl zu sehen. (Siehe beigefügte Beispielfotos 15.4.25, 1.5.25).</p> <p>Weißstorch</p> <p>Immer wieder sind große Schwärme des Weißstorchs im Bereich Hochbühl / Nesselwanger Tal zu sehen (Siehe Beispielfotos 5.4.25, 30.5.25).</p> <p>So am 5. April 2025: 10 Weißstörche und 2 Rotmilane kreisen aus Osten vom Hochbühl kommend über dem Nesselwanger Tal, immer höher fliegend und ziehen nach einiger Zeit nach Nord-West Richtung Bonndorf ab!</p> <p>Wie in den vergangenen Wochen regelmäßig gesehen halten sich auch am 30. April 2025 5 Weißstörche von Mittags bis zum späten Abend in Nesselwangen auf. Leider waren nur 2 von ihnen für ein Foto zu haben (Siehe beigefügtes Foto).</p> <p>Luftverkehr</p>	<p>Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ein Anflugkorridor des Flughafens Zürich verläuft über den Hochbühl. Ich sehe die Flugzeuge täglich.</p> <p>Siehe Link zum Fluglärmgutachten der Landkreise Konstanz u. Waldshut, Karte auf S. 46.</p> <p><a href="https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mvi/intern/Dateien/PDF/Fluglaerm_GFL_Gutachten_Zuerich_Ostkonzzept_160219.pdf">https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mvi/intern/Dateien/PDF/Fluglaerm_GFL_Gutachten_Zuerich_Ostkonzzept_160219.pdf</a></p> <p>Anbei S. 46. des Gutachtens.</p> <p>Auch Militärhubschrauber fliegen immer wieder im Nesselwanger Tal.</p> <p>Die Flugrouten verlaufen meist im Talverlauf, streifen aber immer wieder den Hochbühl.</p> <p>Beides ist als Ausschlußkriterium zu prüfen.</p> <p>Kultur u. Sachgüter</p> <p>Der Hochbühl ist faktisch der 1. Reihe hinter dem Bodensee zuzuordnen. Die raumwirksame Beeinträchtigung der historischen Altstadt von Überlingen mit vielen denkmalgeschützten Häusern ist enorm (Siehe beigefügte Fotomontage Überlingen mit Hochbühl).</p> <p>Aufgrund der vorgenannten Ausführungen lehnen wir den Hochbühl ( WEA 435-002) als Vorranggebiet für Windkraftanlagen ab!</p> <p>Wir bitten um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten unserer Einwendung.</p>	<p>verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10148	543	<p>Betreff Stellungnahme zu WEA-435-002</p> <p>Mir geht es um die Rettung des Hochbühls bei Owingen, Überlingen, Nesselwangen und Billafingen.</p> <p>Bin selbst Betroffene, denn ich wohne am Ortsrand von Owingen, unterhalb des Hochbühls.</p> <p>Hier die Liste aller Argumente die ich vortrage und das sind wohl nicht alle. Für all diese Argumente gibt es auch ausreichend wissenschaftliche und fundierte Belege, wie bekannt sein dürfte.</p> <p>Im Vorranggebiet Hochbühl gibt es nachgewiesen einfach zu wenig Wind. Die Windleistung in der ganzen Bodenseeregion bietet keine wirtschaftlich sinnvolle Grundlage für die Errichtung der Windkraftanlagen.</p> <p>Es besteht ein massiver Eingriff in die Natur. Natur wird zerstört durch Abholzung besonders sehr alte Baumbestände, Einlassung der Fundamente (Tonnen Beton) der Windräder, die selbst beim Abbau der Windräder im Boden verbleiben. Abrieb der</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	--	---	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Rotorblätter was die Umwelt verseucht.</p> <p>Es besteht die Gefährdung des Tierwelt ;es gibt seitens der Gemeinde ein aktuelles Fledermausgutachten, das streng geschützten Fledermausarten und vom Aussterben bedrohte Arten nachweist; sowie eine nicht geringer Anzahl Rotmilane die auf dem Hochbühl ihre Nistplätze haben und viele andere Wildtiere.</p> <p>Was ist mit unseren Wasserquellen die auf dem Hochbühl entspringen und für unsere Gemeinden wichtig sind? Also ein wichtiges Wasserneubildungsgebiet. Der Berg Rücken liegt in unmittelbarer Nähe zu Wasserschutz- und Einzugsgebieten unsere Gemeinde Owingen, Hödingen und unmittelbaren Gehöften.</p> <p>Vor allem sehe ich auch die Gefährdung unserer Gesundheit, Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen in nächster Umgebung.</p> <p>Alles was uns beeinträchtigt und das dann täglich. Infraschall, den man nicht hört und sieht aber nachweislich unsere Gesundheit gefährdet. Schattenwurf der Rotorblätter, Nachts das rote Licht das blinkt und Geräusche die die laufenden Windräder verursachen.</p> <p>Wer will schon freiwillig in die Nähe eines Windrades ziehen. Die Immobilienpreise in Nähe der Windräder fallen und wer gleicht das für die Hauseigentümer aus?</p> <p>Ich spreche mich hiermit gegen eine Erstellung von Windrädern im Vorranggebiet Hochbühl aus. Bitte es zur Kenntnis zu nehmen.</p>	<p>bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10149	544	<p>Stellungnahme gegen Windkraftanlagen</p> <p>Die Nutzung von Windenergie gilt als eine der wichtigsten Maßnahmen im Rahmen der Energiewende und der Bekämpfung des Klimawandels. Dennoch gibt es eine Reihe von Aspekten, die gegen den flächendeckenden Ausbau von Windkraftanlagen sprechen. In dieser Stellungnahme möchte ich die wesentlichen Gründe darlegen, warum ich gegen die zunehmende Errichtung von Windkraftanlagen bin.</p> <p>1. Zerstörung des Landschaftsbildes</p> <p>Windkraftanlagen sind groß, sichtbar und unvermeidlich Teil der Landschaft, in der sie errichtet werden. Besonders in ländlichen Regionen, die durch ihre natürliche Schönheit und Ruhe geprägt sind, können Windräder als störend empfunden werden. Sie verändern das Erscheinungsbild der Natur erheblich und führen dazu, dass das landschaftliche Erbe vieler Gegenden beeinträchtigt wird. Für viele Menschen bedeutet dies einen Verlust an Lebensqualität, da sie in einem von Windrädern dominierten Umfeld leben.</p> <p>2. Gefahr für die Tierwelt</p> <p>Windkraftanlagen haben negative Auswirkungen auf die lokale Tierwelt, insbesondere auf Vögel und Fledermäuse. Diese Tiere sind durch die rotierenden Rotorblätter einer erheblichen Gefahr ausgesetzt. Studien zeigen, dass besonders in Regionen mit Zugvögeln und seltenen Arten Windräder eine hohe Todesrate verursachen können. Auch wenn es technische Ansätze gibt, die Kollisionen minimieren sollen, bleibt die Gefahr für die Tierwelt bestehen und stellt ein ernstes ökologisches Problem dar.</p> <p>3. Lärmbelästigung</p> <p>Windkraftanlagen erzeugen einen konstanten Geräuschpegel, der je nach Windverhältnissen und Entfernung mehr oder weniger</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wahrnehmbar ist. Besonders in ländlichen Gebieten, wo die Ruhe und natürliche Umgebung als wertvoll empfunden wird, kann der Lärm durch die rotierenden Rotorblätter als sehr störend empfunden werden. Es gibt zahlreiche Berichte von Anwohnern, die unter Schlafstörungen, Stress und anderen gesundheitlichen Beschwerden leiden, die durch den Lärm von Windkraftanlagen verursacht werden.</p> <p>4. Unzuverlässigkeit der Energieproduktion</p> <p>Windenergie ist eine fluktuierende Energiequelle, die stark von den Wetterbedingungen abhängt. Wenn der Wind nicht weht, wird auch kein Strom erzeugt. Diese Unregelmäßigkeit führt zu einer Instabilität in der Energieversorgung. Um eine zuverlässige Stromversorgung zu gewährleisten, müssten große Mengen an Speichertechnologien installiert werden, was die Kosten erheblich erhöht. In vielen Regionen fehlen jedoch geeignete Speichermöglichkeiten, was die Windkraft in ihrer Effizienz stark einschränkt.</p> <p>5. Hoher Flächenverbrauch</p> <p>Windkraftanlagen benötigen große Flächen, um genügend Energie zu erzeugen. In vielen Fällen werden landwirtschaftlich genutzte Flächen oder Naturgebiete für die Errichtung von Windparks geopfert. In dicht besiedelten Regionen ist der verfügbare Raum begrenzt, was den Ausbau von Windkraftanlagen erschwert und zu Konflikten mit anderen Landnutzungen führen kann. Der enorme Platzbedarf für Windkraftanlagen stellt somit ein ernstes Problem dar, vor allem in Gebieten mit hoher landwirtschaftlicher Nutzung.</p> <p>6. Umweltbelastungen bei Herstellung und Entsorgung</p> <p>Obwohl Windkraft als umweltfreundlich gilt, sind die Herstellung und Entsorgung von Windkraftanlagen nicht ohne Umweltauswirkungen. Der Abbau von Rohstoffen, die Herstellung der Turbinen und der Transport der Anlagen verursachen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Zudem sind die Rotorblätter von Windkraftanlagen sehr schwierig zu recyceln, was zu einer zusätzlichen Belastung für die Umwelt führt, wenn die Anlagen am Ende ihrer Lebensdauer abgebaut werden müssen.</p> <p>7. Hohe Kosten</p> <p>Die Errichtung und Wartung von Windkraftanlagen ist mit erheblichen Kosten verbunden. Neben den hohen Investitionskosten für den Bau der Anlagen kommen laufende Wartungs- und Betriebskosten hinzu.</p>	<p>Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Darüber hinaus sind für die Speicherung von Windenergie oder den Ausgleich der fluktuierenden Stromproduktion zusätzliche Kosten erforderlich. Diese finanziellen Belastungen könnten durch den steigenden Bedarf an Windenergie weiter zunehmen und letztlich die wirtschaftliche Rentabilität in Frage stellen.</p> <p>Fazit</p> <p>Obwohl Windenergie eine wichtige Rolle in der Umstellung auf erneuerbare Energien spielen kann, sind die negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen nicht zu unterschätzen. Die Zerstörung von Landschaften, die Gefährdung von Tieren, die Lärmbelästigung, die Unzuverlässigkeit der Stromproduktion sowie der hohe Flächenverbrauch und die Umweltbelastungen durch Herstellung und Entsorgung stellen ernsthafte Bedenken dar. Angesichts dieser Probleme sollte der Ausbau von Windkraftanlagen kritisch hinterfragt und nach nachhaltigeren, weniger belastenden Alternativen gesucht werden.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10150	545	<p>Ich wohne in Diepoldshofen und habe von den geplanten Windrädern im Diepoldshofer Wald Richtung Bauhofen erfahren. Jedoch nicht offiziell von seitens der Gemeinde, nein, diese hält die Bürger hin. Es wird nicht offen kommuniziert und dargestellt, was hier geplant wird. Ob das rechtens ist bezweifle ich.</p> <p>Ebenso lassen sich wunderbare Artikel in der Bildschirmzeitung lesen, welche die Problematik des Standorts aufzeigen.</p> <p>Noch dazu frage ich mich, warum Wald abgeholzt werden muss, wenn es auch Freiflächen in der Region Bodensee Oberschwaben gibt!?</p> <p>Was hat das mit Klimaschutz zu tun? Wir brauchen unseren Wald und die Bäume. Das ist für mich definitiv absolut widersprüchlich.</p> <p>Ich hoffe sehr, dass seitens der Windkraftbefürworter eine Aufklärung der Bürger in und um Diepoldshofen geschieht mit Stellungnahme beider Seiten.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				

IV. 10151	535	zunächst bedanke ich mich für Ihre E-Mail vom 1. April 2025. Die Herausnahme des Vorranggebietes Altmannshofen wird von der Mandantschaft befürwortet. Da allerdings unsere Argumentation im Allgemeinen, besonders bezüglich der anderen Gebiete (Baniswald, Aitrach-Südwest und Aichstetten-Ost sowie das zwischen Aitrach-Südwest und Altmannshofen gelegene unbenannte Vorranggebiet) nicht oder nur unzureichend Beachtung findet, wird auf den bisherigen Vortrag nochmals mit Nachdruck verwiesen: l.	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß	Teilweise Berücksichtigung
-----------	-----	--	---	----------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zunächst schließe ich mich dem Vortrag der Mandantschaft aus dem Schreiben vom 18.3.2024 an und mache diesen zu meinem Vortrag: „Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten uns gerne zu dem Thema Windkraftwerke in und um Aichstetten äußern. [Inhalt anonymisiert] Wir stehen in der Pflicht unser schönes und wertvolles Land zu schützen, zu bewahren und dies für unsere Nachkommen zu erhalten! Die in unserer Umgebung geplanten Windkrafräder dürfen nicht aufgebaut werden. Allein die Verseuchung der Böden, Gewässer und der ganzen Umgebung durch den Abrieb von den Flügeln der Windräder wäre für unseren Betrieb das Todesurteil. Was passiert mit den Fischeichen in den Wäldern, den Flüssen und all den Tieren und Pflanzen?</p> <p>Wir beschäftigen in der [Inhalt anonymisiert] . All diese Personen würden dann ihre Arbeitsplätze verlieren und was ist mit den anderen Familienmitgliedern? Wir fühlen uns nicht nur für unsere Angestellten verantwortlich, sondern auch für deren Familien und Angehörige.</p> <p>Die Rotorblätter einer Windkraftanlage bestehen unter anderem aus Stahlelementen, Balsaholz (Tropenholz aus dem Amazonas, aus den Regenwäldern – was für eine Ironie), Glasfaserverbundstoffe und Carbonfaserverbundstoffe und werden dann mit Epoxidharzen oder Polyesterharzen verklebt. Zum Beispiel sind in Epoxidharzen hochgiftige Stoffe wie Bisphenol A enthalten.</p> <p>Dies gilt z.B. als stark krebserregend, ist sogar bereits in kleinen Mengen schädlich für den Stoffwechsel, die Leber und das Immunsystem und schädigt nachweislich die Entwicklung von Kindern unermesslich.</p> <p>Des Weiteren ist das Windrad mit div. Folien und Lacken zusätzlich beschichtet. (Nachzulesen in der Kurzinformation des Deutschen Bundestags, Wirtschaftliche Dienste; Zu einem Einzelaspekt der Erosion von Rotorblättern von Windrädern). Es ist bestätigt, dass jährlich ca. 90 Tonnen Abriebmaterial von den Flügeln eines Windkrafrades in die Umgebung verteilt werden. Allein das darin enthaltene Carbon ist um ein Vielfaches giftiger als Asbest und ist krebserregend!</p> <p>Seit geraumer Zeit ist Mikroplastik ein Riesen Thema in unserer Gesellschaft und dieses Thema ist noch nicht einmal richtig betrachtet und gelöst worden, dann kommt schon die nächste Verschmutzung in unsere Wälder, auf unsere Felder und in der ganzen Umgebung. Keiner weiß auf kurze oder lange Sicht, welche gesundheitlichen Schäden und Verunreinigungen der Böden, der Gewässer und sogar des Grundwassers usw. sich hieraus ergeben. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass diese erheblich sein werden.</p> <p>Wie kommt es zu einem Abrieb:</p> <p>Während des Betriebes eines Windrades, erreicht eine Flügelspitze</p>	<p>öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Hinweis: das VRG WEA-436-012 Aichstetten Ost wurde im Zuge der Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage aufgrund der Betroffenheit von Belangen des zivilen Luftverkehrs gestrichen. Es wird auf den überarbeiteten Planentwurf zum Satzungsbeschluss inkl. Umweltbericht verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Geschwindigkeit von bis zu 350 km/h, so dass z.B. Regentropfen und Verunreinigungen in der Luft wie Schleifpapier auf die Materialoberfläche einwirken.</p> <p>Daher werden nicht nur bei Bränden und Brüchen Mikroplastik und krebserregende Fasern freigesetzt, sondern jeden Tag, wenn das Windrad läuft!</p> <p>Die Windkraftunternehmen greifen jetzt die dicken Subventionen und Gewinn ab und wenn es dann an die Entsorgung geht, melden die Unternehmen plötzlich Insolvenz an, da ja die Rücklagen „leider“ nicht ausreichend gebildet worden sind.</p> <p>Dann werden wieder unsere mühsam verdienten Steuergelder zur Entsorgung „missbraucht“. Dies wäre dann die gleiche Vorgehensweise wie bei dem Atommüll aktuell.</p> <p>Was passiert aber, wenn all die landwirtschaftlich genutzten Flächen um die Windräder herum nun verseucht sind und die Betriebe ihrer Arbeits- und Lebensgrundlage entledigt werden? Diese Betriebe werden dann keine Steuergelder mehr für die Entsorgung der Windräder erwirtschaften können.</p> <p>Wer kümmert sich dann um die ganzen arbeitslosen Bauern, das Personal und um den Anbau von guten Lebensmitteln?</p> <p>Auch wird in den Windkraftträder das wirklich schädliche SF6-Gas verbaut, das mehr als nur klimaschädlich ist. Was passiert denn, wenn dieses Gas austritt, wie wird es entsorgt? Auch darüber wird nicht gesprochen oder informiert.</p> <p>Sogar der TÜV sieht die Windkraftanlagen als tickende Zeitbomben. Gerade in der Landwirtschaft ist der Klimawandel ein riesen Thema. Die Flügel der Windräder beeinflussen nicht nur das Klima am Boden. Das Windrad mischt verschiedene Luftschichten, es schaufelt Luft von oben nach unten und von unten nach oben. Da kalte Luft schwerer ist als warme Luft, kann dies zu einer Erwärmung des Bodens führen. Die Böden werden trockener. Auch die Wirbel um die Windräder herum sind ungemein gefährlich für Insekten, Vögel und auch Fledermäuse.</p> <p>Wir brauchen die Insekten zur Bestäubung. Ohne die Insekten wird die Menschheit verhungern. Wir möchten keine Verhältnisse wie in China bekommen und auf den Bäumen und sonst wo herum klettern, um die Blüten zu bestäuben.</p> <p>Jeden Tag von April bis Oktober werden in Deutschland Milliarden Fluginsekten von Windkraftanlagen getötet. Auch die Insekten gehören zum Gesamtgleichgewicht von Flora und Fauna.</p> <p>Um dem Bienen- und Insektensterben entgegen zu wirken, bauen wir seit Jahrzehnten Blühstreifen an, haben unsere Hecken mit div.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Blühenden Sträuchern erweitert und haben Bienenkästen und Insektenhotels auf dem Grundstück und sogar in unseren Gewächshäusern aufgehängt.</p> <p>Vielen Menschen ist die Tragweite nicht bewusst, was ein Windrad alles zerstört. Der finanzielle Nutzen eines Windrades steht in keiner Relation zum Schaden.</p> <p>Wir sollten schon genau überlegen, was uns unsere Natur, unsere Lebensgrundlage Wert ist.</p> <p>Der vor einigen Jahren fast ausgestorbene Rotmilan, konnte endlich wieder in unserer Region Fuß fassen. All die anderen wunderbaren Wildvögel, Greifvögel, Fledermäuse usw. die für unser Land unentbehrlich sind, haben hier ihre Nester und ihren Lebensraum.</p> <p>Die verschiedenen Zugvögel, die über unser Land ziehen, brauchen dies um sich auszuruhen. Auch der Schwarzstorch, der sogar des Öfteren auf unseren Feldern zu sehen ist, bereichert unsere Heimat und ist zu schützen. In den letzten Jahren wurden die Wälder um unsere Gemeinde herum (Aichstetten, Aitrach, Seibranz, Bad Wurzach und noch viele mehr) stark abgeholzt und nur selten wieder aufgeforstet.</p> <p>Der Wald ist die Lunge und „Klimaanlage“ unserer Welt! Es gibt schon immer weniger zusammenhängende Waldstücke, dies ist aber für die ganze Menschheit von enormer Bedeutung.</p> <p>Es wurde bereits durch mehrere Studien belegt, dass an abgeholzten Waldstücken die Bodentemperatur um mind. 30 °C höher ist, als in einem normal bewachsenen Wald. Der Waldboden speichert ganz anders die Feuchtigkeit und gibt diese natürlich an die Umgebung ab.</p> <p>Wir alle sprechen davon, wie wir den Klimawandel aufhalten wollen und denken dann aber ernsthaft daran, Wälder abzuholzen, um dort Windräder aufzustellen, was für eine Paradoxie!</p> <p>Gerade die Deutschen spenden sehr viel Geld für den Erhalt oder Wiederaufbau der Urwälder auf der ganzen Welt und was passiert bei uns im Lande? Hier werden aufgrund „dringend benötigter“ Windkraftträder hektarweise Wald zerstört.</p> <p>Zahlreiche Studien belegen, dass tausende Mäusebussarde, Rotmilane, Falken, Sperber und andere Vögel durch Windkraftanlagen zu Tode kommen.</p> <p>Jedes Jahr kommen nur allein mind. 250.000 Fledermäuse an Rotoren um. Die Dunkelziffer ist noch viel höher, da Wildtiere die toten Fledermäuse als Beute mitnehmen.</p> <p>Fledermäuse haben eine sehr niedrige Fortpflanzungsrate und können den Bestandsverlust nur langsam ausgleichen – wenn überhaupt.</p> <p>Wir Bauern werden gebraucht, um unsere Bevölkerung zu</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ernähren. Energie ist sehr wichtig, aber der Hunger wird davon nicht gestillt werden können. Es gibt andere Möglichkeiten erneuerbare Energien umweltverträglich zu generieren.</p> <p>Auch wir haben große Photovoltaikanlagen auf unseren Dächern und produzieren jährlich viel Strom aus erneuerbaren Energien. Mit den Photovoltaikanlagen sind wir mehr als nur zufrieden und leisten bereits unseren Beitrag zum Projekt „Ausbau erneuerbaren Energien“!!!!</p> <p>Aktuell wird in Aichstetten doppelt so viel Energie produziert, als im Moment benötigt wird. Dies kann aus dem Photovoltaik-Atlas entnommen werden.</p> <p>Unsere Region ist zudem schon stark belastet zum Beispiel durch: die Autobahn, die vielen Funktürme um uns herum, die Bahn, die Wasserstofftankstelle, den Euro-Rastpark, die Großtanklager Shell, den Flugplatz Unterzeil, den Flugplatz Memmingen, den Tieffluggkorridor der Hubschrauberflotte in Laupheim, und den geplanten LKW Parkplatz in Altmannshofen etc.</p> <p>Wir leben in einem kleinen schönen und „grünen“ Dorf und wollen keine Verhältnisse wie in Frankfurt.</p> <p>Unser Augenmerk sollte daraufgelegt werden, die vorhandenen Wälder, Biotope, Wasserschutz- und Naturschutzgebiete zu erhalten und zu schützen.“</p> <p>Dieser Vortrag der Mandantschaft wird vollinhaltlich als eigener Vortrag übernommen. II. Aus den anliegenden Karten geht hervor, dass die Biolandflächen, die von der Mandantschaft bewirtschaftet werden und teilweise in deren Eigentum stehen, von den Vorranggebieten Windenergie regelrecht eingekreist werden. Es handelt sich insbesondere um die Vorranggebiete Baniswald, Aitrach-Südwest und Aichstetten-Ost sowie das zwischen Aitrach-Südwest und Altmannshofen gelegene unbenannte Vorranggebiet. Das unbenannte Vorranggebiet, das zwischen Aitrach-Südwest und Altmannshofen gelegen ist, liegt am nächsten gelegen zu den Grundstücken der Mandantschaft. Durch die Herausnahme des Vorranggebietes Altmannshofen, das ebenfalls sehr nahe zu den Grundstücken der Mandantschaft gelegen ist, wurde dem Anliegen der Mandantschaft wenigstens teilweise entsprochen. Dennoch sind bezüglich des genannten verbleibenden Vorranggebietes die selben erheblichsten Beeinträchtigungen zu erwarten und deshalb von der Mandantschaft nicht hinzunehmen. Die Entfernung zu den Vorranggebieten beträgt teilweise nur 600m. Damit liegen die Grundstücke der Mandantschaft im vollen Einwirkungsgebiet von möglichen Windkraftanlagen. Die Mandantschaft beschäftigt regelmäßig 50-70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich um die Bestellung und Pflege der biologisch</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>angebauten Grundstücke der Mandantschaft kümmern. Diese würden sich im direkten Einwirkungsbereich der Windkraftanlagen befinden und den Immissionen der Anlagen direkt ausgesetzt sein. Meine Mandantschaft baut bereits seit Jahrzehnten mit biologischem Anbau an. Es wird eine Weiterentwicklung, der kosmobiodynamische Anbau betrieben. Hierbei werden hochwertige biologische Nahrungsmittel produziert: Anbau von über 150 verschiedenen Feld- und Feingemüsesorten, sowie gängige und uralte Obstsorten, diverse Gewürzkräuter und über 70 Wildkräuter, mehr als 100 Heilkräuter, ca. 15</p> <p>verschiedene Kartoffelsorten, alle gängigen und exotischen Getreide, über 7 verschiedene Beerenfrüchte, über 30 Ess-Blumen und vielfältige Wiesenblumensträuße, u.v.m.</p> <p>Durch besondere, umfassende Einheckungen, (speziell Beerenfruchtbäume) Biotopvernetzungen, Blumenrabatte und Grünflächen wurden besondere Räume für Nützlinge geschaffen; die Artenvielfalt der Vögel, Insekten etc. nimmt dadurch ständig zu, so dass die Mandantschaft unsere Vogelwelt von 4 auf über 40 Arten und mehr erhöhen konnten. Somit kamen und kommt die Mandantschaft in den Genuss einer natürlichen, hocheffizienten Schädlingsbekämpfung bzw. -regulierung, die durch die Nähe der Windkraftanlagen zerstört würde und den wirtschaftlichen Ruin der Mandantschaft bedeuten würde. Das über Jahre aufgebaute biologisch wertvolle Grundstücke würden zerstört werden.</p> <p>III.Gefahren zu Lasten der Mandantschaft aufgrund Havarie einer WEA</p> <p>Anlässlich einer Havarie einer Anlage im Windpark Epe (Stadt Gronau) berichtete das Westfalen-Blatt am 30.1.2022, dass Glassplitter im Umkreis von 800 m um die havarierte Anlage herum Glasfasersplitter aufgefunden wurden.</p> <p>Diese Gefahr würde sich auch in Anbetracht der Nähe der Grundstücke der Mandantschaft für die Mandantschaft realisieren und zu einer nicht tragbaren Gefahr für den Betrieb der Mandantschaft führen.</p> <p>Die Grundstücke der Mandantschaft wären somit im vollen Einwirkungsbereich einer Havarie der Windkraftanlage.</p> <p>IV.Brandschutz – resultierende Gefährdungen der Mandantschaft</p> <p>Wie oben dargestellt, befinden sich die Grundstücke der Mandantschaft im direkten Einwirkungsbereich der möglichen Windkraftanlagen. Windkraftanlagen bestehen aus einer Vielfalt hochtechnischer Baustoffe, die verarbeitet werden. Hier werden insbesondere Kohlefaserwerkstoffe eingesetzt, deren Kohlefaserstoffe und Carbonfasern dann zum Problem werden, wenn die Anlagen durch Überbeanspruchung überhitzt werden oder gar in Brand</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>geraten. Hierbei werden nämlich kleinste Teile freigesetzt, die die WHO vergleichbar mit dem Asbest krebserregende Eigenschaften zuschreibt. Denn die kleinsten Teile können sich in den menschlichen Lungen festsetzen und dann großen Schaden anrichten. Eine weitere Gefahr dieser kleinsten Teile besteht darin, dass die mit dem Auge nicht erfassbaren Fasern nach dem Brand oder anderweitig schädigenden Ereignis überall in der Gegend quasi unsichtbar verteilt sind diese Teile vom Wind weiterverteilt werden. Die Gefährlichkeit dieser Fasern ist erst dann beseitigt, wenn sie entfernt oder abgedeckt wurden. Hier würden dann nicht nur die oben angeführten Arbeitskräfte der Mandantschaft, sondern auch die biologischen Gemüse der Mandantschaft gefährdet und zerstört werden. Aber nicht nur in der Nähe gelegenen Grundstücke der Mandantschaft wären gefährdet, sondern auch die weiter weg befindlichen: Denn von havarierenden Anlagen gehen auch Gefährdungen und Schädigungen von bis zu 6 km entfernten Grundstücken aus, insbesondere schädigende Rauchentwicklung ist hier zu nennen, die die angebauten Gemüse der Mandantschaft gefährden und zerstören würde. Seite 10 von</p> <p>Bei den Schadensereignissen können auch weitere Fasern in anderen Abmessungen freigesetzt werden, die für Augen, Haut und Atemwege gefährlich werden können.</p> <p>Die löschenden Feuerwehrmänner müssen sich wirksam gegen derartige Gefährdungen schützen.</p> <p>Berichte in Medien zeigen, diese Gefahr vollkommen unbeachtet gelassen wird. Darüber hinaus zeigen Untersuchungen der Bundeswehr, dass derartige Unfälle unfassliche Ausmaße annehmen können:</p> <p>Bei einem Absturz eines Eurofighters der Bundeswehr am 24.6.2019 in der Nähe des Fleesensees oder beim Absturz eines Hubscharubers vom 1.7.2019 in der Nähe von Aertzten war von 8000 kg CFK (Kohlenstofffaserverstärkter Kunststoff) auszugehen, der zu vergegenwärtigen war.</p> <p>Dabei sind die Rotorblätter von Hubschraubern etwa vergleichbar mit den Rotorblättern von Windkraftanlagen. Hier gibt es besondere Einsatzszenarien der militärischen und zivilen Feuerwehren zur Vermeidung von Gesundheitsschäden der Rettenden.</p> <p>Hierbei muss allerdings beachtet werden, dass diese Schadensereignisse nicht vergleichbar sind mit den Schadensereignissen an Windkraftanlagen, die letzteren ereignen sich in Höhen von über 200 m und führen durch die wirkenden Zentrifugalkräfte in der genannten Höhe zu einer erheblich höheren Gefährdung und zu einem erheblich höheren Ausbreitungsgebiet der Schäden.</p> <p>Darüber hinaus ist zu beachten, dass bei deiner durchschnittlichen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>71.000kg an Glasfaser/Kohlefaser- Mischlaminat in Epoxidharzbindung (GFK/CFK) verbaut sind, die im Havariefall zu enormen Umweltschädigungen führen.</p> <p>Da Brände von Windkraftanlagen wegen der Höhe der Anlagen praktisch nicht gelöscht werden können, werden diese regelmäßig „abbrennen“ lassen, was zu einem nicht kontrollierbaren Brand führt. Enorme nicht abschätzbare Umweltschädigungen resultieren. Hierzu gehören auch die Grundstücke der Mandantschaft mit den wertvollen biologischen Gemüsen.</p> <p>Die Ausweisung von Vorranggebieten in Waldgebieten – wie hier vorliegend - bietet darüber hinaus eine besondere Problematik, auf die noch im Folgenden eingegangen werden soll:</p> <p>2022 war eine Fläche von 3.058 Hektar von Waldbränden betroffen. Dies ist der zweithöchste Wert seit Bestehen der Waldbrandstatistik. Der ökonomische Schaden lag jedoch deutlich unter dem Vorjahreswert. Neben finanziellen Schäden sind mit den Waldbränden aber auch ökologische Auswirkungen wie die Freisetzung von Treibhausgasen und Schadstoffen sowie Nährstoffverluste verbunden.</p> <p><a href="https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/waldbraende">https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/waldbraende</a></p> <p>Angesichts des verstärkten Auftretens von Waldbränden und einer zunehmenden Gefahr durch diese hat der Fachausschuss Technik der Deutschen Feuerwehren am 27. Jan. 2020 ein Pflichtenheft Fachempfehlung Waldbrand-TLF für ein neues „Waldbrand-Tanklöschfahrzeug“ veröffentlicht. Solche Fahrzeuge sind in den Anrainerkommunen nicht vorhanden. Liegen aber weder prüffähige Unterlagen über die Zuständigkeit einer Feuerwehr und deren technische und personelle für eine effektive Waldbrandbekämpfung notwendige Voraussetzungen, noch über die Erreichbarkeit der Anlagenstandorte, der Löschwasserversorgung oder der Löschwasserzisternen vor, ist die Fläche abzulehnen.</p> <p>Insgesamt ist die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete im Umkreis der Grundstücke der Mandantschaft (Baniswald, Aitrach-Südwest und Aichstetten-Ost sowie das zwischen Aitrach-Südwest und Altmannshofen gelegene unbenannte Vorranggebiet) im Regionalplan nicht vertretbar und es wird beantragt, diese geplanten Vorranggebiete nicht in den Regionalplan aufzunehmen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10152	293	<p>- Ja ,das Gesetz gibt uns die Rahmenbedingungen vor !! Ja, und Sie als Regionalverband müssen diese umsetzen !</p> <p>Ich persönlich kenne das ,vom meinem täglichen Umgang mit dem Verkehrsrecht !</p> <p>Ich stelle mir persönlich die Frage : Sind wir auf dem richtigen Weg , wenn wir uns ein Industriegebiet ( Windkraftanlagen ) in diesem Ausmaß erstellen ?</p> <p>Das ist nicht Fair und das wissen auch alle Beteiligten !! Eigentlich gehört sich so was nicht !</p> <p>Lt. Gesetz mach ich niemand einen Vorwurf , Moralisch aber schon !</p> <p>Liebe Grüße vom unserm Heustöckle , dem schönsten Fleckchen Erde nach Ravensburg</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>verwiesen.  Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.  Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10153	156	<p>ich bin gegen den Bau und Ausbau von Windkrafträdern auf dem Hochbühl aus bereits vielfach genannten Gründen und Begründungen. Nur um eine Quote zu erfüllen, angeblich zur Unterstützung der Windenergie, sollte es hier am Hochbühl nicht verfolgt werden - nämlich zum Schutz von Umwelt und Natur keine Windkraft am Hochbühl!!!</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10154	547	<p>Stellungnahme zur Windenergie im Heistergau</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>ich möchte hiermit meine ausdrücklichen bedenken für die geplanten Windenergieanlagen in unmittelbarer nähe im Heistergau zum Ausdruck bringen. Als direkt Betroffener und Anwohner bin ich tief besorgt über die negativen Auswirkungen, die diese Projekte auf meine Lebensqualität, die Umwelt und die lokale Gemeinschaft haben werden.</p> <p>Gesundheitliche Bedenken und Druckwellen Zunächst einmal sehe ich die Gefahr für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Anwohner. Studien und Erfahrungsberichte aus anderen Regionen zeigen, dass Windenergieanlagen mit Lärm- und Schallemissionen verbunden sind, die Schlafstörungen, Stress und andere gesundheitliche Probleme verursachen können. Die ständige Geräuschbelastung durch die Rotoren ist für viele Betroffene eine erhebliche Belastung.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wertverlust von Immobilien Ein weiterer Punkt ist der Wertverlust von Immobilien in der Umgebung der geplanten Anlagen. Es ist bekannt, dass die Nähe zu Windenergieanlagen den Wert von Wohnimmobilien erheblich mindern. Viele potenzielle Käufer meiden Gebiete mit sichtbaren und hörbaren Windkraftanlagen, was langfristig zu finanziellen Einbußen für Eigentümer führt.</p> <p>Natürliche Umwelt und Biodiversität Des Weiteren befürchte ich eine erhebliche Beeinträchtigung der Natur und Tierwelt im Heistergau. Die Anlagen stellen eine Gefahr für Vögel und Fledermäuse dar, was die Biodiversität in unserer Region gefährden könnte. Zudem verändern die Anlagen das Landschaftsbild erheblich und beeinträchtigen die natürliche Schönheit unseres Heimatortes.</p> <p>Wirtschaftliche Aspekte und Alternativen Aus wirtschaftlicher Sicht sehe ich keinen nachhaltigen Nutzen für die lokale Bevölkerung. Die versprochenen Arbeitsplätze und die regionale Wertschöpfung sind oft nur begrenzt realisiert worden. Stattdessen besteht die Gefahr, dass die Attraktivität unseres Gebietes für Touristen und Einheimische leidet, was langfristig negative Folgen für die lokale Wirtschaft haben könnte.</p> <p>Zudem möchte ich auf Alternativen hinweisen, die oft im Internet diskutiert werden, wie z.B. die Förderung von Energieeffizienz, Solarenergie und anderen nachhaltigen Technologien, die weniger invasiv sind und weniger Konflikte mit der Natur und den Menschen verursachen.</p> <p>Abschließende Bitte</p> <p>Abschließend appelliere ich an die Verantwortlichen, die Interessen der Anwohner und den Schutz unserer Umwelt.</p> <p>Wir alle haben Familien die wir schützen und eine schöne, lebenswerte Landschaft hinterlassen möchten.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen [Name anonymisiert]</p>	<p>durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10154	1192	Darüber hinaus möchte ich auf eine nicht widerlegte Studie hinweisen, die auf Druckwellen durch die Rotorblätter von	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windkraftanlagen aufmerksam macht. Diese Druckwellen können laut dieser Untersuchung potenziell gesundheitsschädliche Effekte haben, was die Belastung für die Anwohner noch verschärft. Obwohl diese Studien noch nicht abschließend bestätigt sind, sollte die mögliche Gefahr ernst genommen werden, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.</p> <p>Eignung des Standorts Heistergau</p> <p>Zudem ist die Eignung des Heistergaus für die Errichtung von Windkraftanlagen nur schwer zu beurteilen, da hierfür wichtige Informationen fehlen. Insbesondere wären detaillierte Windmessdaten notwendig, um die tatsächliche Windverfügbarkeit über längere Zeiträume in verschiedenen Höhen zu beurteilen. Langjährige Messungen der Windgeschwindigkeit im Bereich des Heistergaus wären erforderlich, um eine realistische Einschätzung der Energieerzeugung zu ermöglichen.</p> <p>Außerdem spielen komplexe Geländeformen (Hang Richtung Wurzach ) oder Hindernisse eine entscheidende Rolle, da sie zu Turbulenzen führen können, die den Betrieb der Anlagen beeinträchtigen oder ihre Lebensdauer verkürzen. Ohne diese Daten ist eine fundierte Beurteilung der Eignung des Standorts kaum möglich.</p>	<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10155	294	<p>Stellungnahme zum geplanten Teilregionalplan Windenergie im Bereich Bad Waldsee.</p> <p>der geplante Ausbau von Windenergieanlagen im Bereich Bad Waldsee wirft erhebliche Bedenken auf, insbesondere in Bezug auf Mensch, Umwelt und regionale Besonderheiten.</p> <p>1. Nähe zu Wasserschutzgebieten: Der geplante Standort liegt teils in unmittelbarer Nähe zu Wasserschutzzonen. Bau und Betrieb von Windkraftanlagen können durch Fundamentarbeiten, Erdbewegungen und technische Störungen (z.B. Ölaustritt aus Getrieben) eine Gefahr für das Grund- und Trinkwasser darstellen. Der Schutz der Wasservorkommen muss Vorrang haben.</p> <p>2. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes: Bad Waldsee ist ein Kurort mit hohem Erholungswert. Windenergieanlagen mit Höhen bis zu 250m würden das Landschaftsbild massiv verändern. Diese Eingriffe beeinträchtigen</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nicht nur das ästhetische Empfinden der Bevölkerung, sondern können auch langfristig den Tourismus und das Ortsbild negativ beeinflussen.</p> <p>3. Gesundheitliche Risiken durch Infraschall und Dauerbelastung: Windenergieanlagen erzeugen tief frequenten Schall (Infraschall), der unterhalb der Hörschwelle liegt, aber vom Körper wahrgenommen werden kann. Studien zeigen Zusammenhänge mit Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Schwindel, Konzentrationsproblemen und chronischer Erschöpfung. Betroffene leiden zudem unter psychischer Belastung durch Dauerstress, Schattenwurf und nächtliche Blinklichter.</p> <p>Belegte Quellen:</p> <p>Krahé et al., Universität Mainz (2019): Wirkungen von Infraschall auf den Menschen</p> <p>Umweltbundesamt (UBA) (2019): Akzeptanz und Bewertung der Windenergienutzung an Land</p> <p>WHO (2018): Environmental Noise Guidelines for the European Region</p> <p>BGR (2005): Infraschall und tieffrequente Geräusche von Windenergieanlagen</p> <p>4. Gefährdung geschützter Arten: Der Raum Bad Waldsee ist Lebensraum bedrohter Vogel- und Fledermausarten. Die Rotoren der Anlagen führen regelmäßig zu Vogelschlag, insbesondere bei Greifvögeln wie dem Rotmilan. Auch Fledermäuse sind durch Druckunterschiede in der Nähe der Rotoren gefährdet. Der Schutz dieser Arten ist gesetzlich vorgeschrieben.</p> <p>5. Unverhältnismäßige Belastung einzelner Gemeinden: Die Belastungen – Lärm, Schattenwurf, visuelle Dominanz – betreffen vor allem die Bevölkerung vor Ort, während der erzeugte Strom überregional genutzt wird. Dies führt zu einer ungerechten Verteilung von Nutzen und Lasten. Eine faire Planung erfordert Transparenz und kommunale Mitbestimmung.</p> <p>Forderung:</p> <p>Ausschluss von Wasserschutzzonen und ökologisch sensiblen</p>	<p>vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Flächen</p> <p>Mindestabstände zu Wohngebieten unter Berücksichtigung aktueller Gesundheitsstudien</p> <p>Schutz des Landschaftsbilds und der Erholungsfunktion</p> <p>Strikter Artenschutz nach geltendem Recht</p> <p>Gerechte Beteiligung der betroffenen Gemeinden</p> <p>Windenergie ist wichtig – aber nicht auf Kosten von Gesundheit, Wasser, Natur und Lebensqualität.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10156	550	<p>Diese Anlagen sollen in einem Nord-Süd-Tal entstehen, bei einer Hauptwindrichtung aus Westen.</p> <p>Bei Osterhofen, wo die Anlage gebaut werden soll, befindet man sich etwa auf 800m Höhe. An den Talflanken befindet sich bis zu einer Höhe von mindestens 900m Wohnbebauung.</p> <p>Die Anlage kann in diese Lage nicht effizient betrieben werden, da sie selbst bei einer Masthöhe von 170m und einem dementsprechenden Rotordurchmesser, nicht ausreichend über die Talflanken hinausreicht.</p> <p>Die Rotoren WKAn sind in Ost/West-Richtung permanent zu einem erheblichen Teil durch das Gelände Abgeschirmt. Meiner Erachtens muß man die Sinnhaftigkeit einer WKA in solch einer Tallage sehr bezweifeln.</p> <p>Darüber hinaus treffen die Wirbelschleppen der Rotorblätter an den Talflanken in weniger als einem Kilometer direkt horizontal auf Wohnbebauung.</p> <p>Dies führt zu erheblichen Lärmbelastungen an den Talflanken, weitaus höher als bei mit der Bebauung ebenerdigen WKA oder im Idealfall höhergestellten WKA auf Hügeln, wie das sonst üblich und nur so sinnvoll sein kann.</p> <p>Sie schützen die WKA selbst vor solchen Einflüssen und einhergehenden mechanischen Schäden durch entsprechenden Abstand zwischen den WKA, da können Sie den direkten horizontalen Einfluss auf Menschen und Tiere nicht einfach vernachlässigen.</p>	<p>Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand des Teilregionalplans Energie. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt, (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen).</p> <p>Bei der Festlegung der Kriterien zu Vorsorgeabständen zu Siedlungen sowie zu wohngenutzten Gebäuden im Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt.</p> <p>Die Auswirkungen (Lärm) des Vorranggebiets auf die Wohnbebauung im Bereich der Hanglage/Talflanken sind auf nachgelagerter Ebene abzuhandeln (Vorhabenzulassungsverfahren, i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung).</p> <p>Zudem wird wie folgt Stellung genommen: Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	
IV. 10156	1195	<p>Wir sind selbstständig und unser Wohnhaus war als ein entscheidender Teil unserer Altersabsicherung vorgesehen. Nicht unbedingt um selbst darin zu wohnen, dafür ist es im Alter nicht geeignet. Dafür haben wir in vielen Jahren unser erspartes eingebracht.</p> <p>Derartige Monster-WKA in unmittelbarer Nähe kämen einer Teilenteignung gleich, die uns in die Altersarmut treiben kann. Zusätzlich zu Jahrzehntelangen gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Lärm und Schattenwurf der Anlagen.</p> <p>Darüber hinaus haben wir Einwendungen gegen alle WKAn in Naherholungsgebieten wie zwischen Osterhofen und Mühlhausen und insbesondere im Altdorfer Wald.</p> <p>Wir befürchten massive negative und unumkehrbare Auswirkungen u.A. durch den Bau selbst, durch Vibrationen, Austrocknung, Lärm, Vogelschlag etc. auf die Nahegelgenen, teilweise direkt angrenzenden Natur- und Wasserschutzgebiete, auf die Moore und das Wurzacher Becken u.A. als Biosphärengebiet und das Europadiplom.</p> <p>Die akute Lebensgefahr durch herabfallende Teile und Eis ist durch auch durch eine sogenannte automatische Abschaltung nicht eliminiert.</p> <p>Selbst bei Luftfahrtgeräten ist die Eisbildung nur sehr schwer vorherzusagen. Bei entsprechenden Wetterverhältnissen muß es nicht unbedingt tiefster Winter sein, damit sich massiv Eis an den Rotoren ansetzen kann, besonders bei den unglaublichen Höhen und hohen Blattgeschwindigkeiten (besonders an den Blattenden) dieser neuen Anlagen. Große Eisbrocken können bei diesen Anlagen viele Hundert Meter weit geworfen werden.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bei Flugzeugen gibt es technische Einrichtungen (Heizung/Boots), die den Eisansatz zuverlässig zu jeder Zeit verhindern.</p> <p>Sie stellen in weiter Entfernung von der WKA Schilder auf, die davor warnen sollen und die Verantwortung auf den Passanten abwälzen, sollte der Passant oder Fahrradfahrer oder Landwirt sich bei der Arbeit diesen Anlagen nähern.</p> <p>Das ist absolut unakzeptabel für Naherholungsgebiete, selbst für Industriegebiete (was Sie faktisch aus diesen Gebieten machen) ist das Aufstellen von Schildchen natürlich keine ausreichende Schutzmaßnahme.</p> <p>Bei Weiterführung der Planungen dieser WKAn werden wir und viele unserer Mitstreiter dagegen entsprechende Rechtsmittel einlegen müssen.</p>	<p>Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				

IV. 10157	764	<p>Ergänzende Stellungnahme WEA-435-002 - Hochbühl</p> <p>Der bisherige Vortrag wird noch bezüglich neuer Erkenntnisse wie folgt ergänzt:</p> <p>I. Belange der Anwohner und Heilanstalt</p> <p>Für das VRG Hochbühl gab es im Planentwurf folgende Änderungen: - Das VRG wurde im Norden (Siedlungsabstand zu Ortschaft Nesselwangen) und im Süden (Siedlung Brachenreuthe ist Heilanstalt) reduziert so dass es anstatt vorher 80 ha nun 67 ha</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, es wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit den BE IDs 743, 744, 745, 746 verwiesen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
-----------	-----	--	--	----------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		umfasst.		
		<p>Bereits hieraus ist ersichtlich, dass der Potenzialfläche Belange i.S.d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB entgegenstehen.</p> <p>II. Landschaftsschutz</p> <p>In der SUP ist das Schutzgut Landschaft (LA) von gelb auf orange gewechselt. Als Konsequenz folgt, dass das "Gesamtergebnis der strategischen Umweltprüfung" ebenfalls von gelb auf orange ("Das Vorhaben führt zu mehreren erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern") ebenfalls wechselt.</p> <p>III. Naturschutz</p> <p>- Das Schutzgut Flora, Fauna, Biologische Vielfalt (FFBV) blieb zwar bei 'orange', die Liste ist aber länger geworden: * Mit Sonderstatus Arten ist im Prüfbereich / Umfeld zu rechnen * Biotope, FFH-Mähwiesen, Naturdenkmale (0,7 ha, 1 %) * Verbundräume regionaler Biotopverbund (11 ha, 16 %) * Hochmoor oder Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit im weiteren Umfeld (500 - 1.000 m) * Bekannte Vorkommen von windkraftempfindlichen Vogelarten (Rotmilan) * Hinweise auf mögliche Lebensstätten von Fledermäusen im weiteren Umfeld Diesbezüglich werden neue Erkenntnisse bekanntgegeben:</p> <p>- FFBV: Hier ist vor allem das Fledermausgutachten der Gemeinde Owingen zu nennen, das 2 Sonderstatus-Arten aufweist, eine mögliche dritte auf Gattungsebene. Dazu, gut ergänzend dazu, kommt die Kotprobenanalyse des [Name anonymisiert]</p> <p>Der Regionalplanung werden folgende Unterlagen betreffend Fledermausvorkommen und Fledermausgefährdung übergeben:</p> <p>Anlagen:</p> <p>Exceldatei Fledermäuse – als Anl. 8</p> <p>Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie LUBW – als Anl. 9</p> <p>Naturschutzfachliche Bestandserfassung und Bewertung Untersuchung der Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl, Owingen</p> <p>21.01.2025, veröffentlicht auf der Internetseite der Gemeinde Owingen und allgemein zugänglich</p> <p><a href="https://owingen.ris-portal.de/web/guest/sitzungen?sitzungId=160876">https://owingen.ris-portal.de/web/guest/sitzungen?sitzungId=160876</a></p> <p>– als Anl. 10</p> <p>Arbeitskreis Fledermäuse NABU – als Anl. 11</p> <p>Stellungnahme Auer zu Fledermausvorkommen – als Anl. 12</p> <p>Genetische Artbestimmung von Kotproben – als Anl. 13</p> <p>Stellungnahme Fledermäuse 2025 ergänzt – als Anl. 14</p> <p>IV. Wasserschutz</p> <p>Es existiert eine Quelle, die den Hof [Ort anonymisiert] versorgt. Der obere Teil des Einzugsgebietes (d.i. ein kleines Tal) liegt im VRG. Hier</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>besteht zwar kein Wasserschutzgebiet (WSG), es grenzt aber nordwestlich an ein bestehendes WSG an. Eingriffe in den Wasserhaushalt sowie Verunreinigungen betreffen das WSG unmittelbar. In der SUP, bei Schutzgut Wasser (WA) heißt es u.a.:</p> <p>"Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen" Auf die Ausführungen zum Wasserschutz im ersten Beteiligungsverfahren wird ausdrücklich Bezug genommen.</p> <p>V. Infrastruktur [Ort anonymisiert] hat darüber hinaus eine Erweiterung der bestehenden WSG in Planung. Die Zuwegung ist, zwar bekanntermaßen (s. 1. Stellungnahme), speziell schwierig im Hochbühl-VRG. Tatsache ist aber, dass für die realistisch 3-5 WKA im wesentlichen je eine separate Zuwegung eingerichtet werden müsste. Das Gelände oben im Hochbühl ist derart zerklüftet, dass realistisch eine Zuwegung und Nutzung als Windkraftstandort entfällt. Fazit: Die Änderungen im Regionalplan betreffend der Fläche WEA-435-002-Hochbühl weisen bereits als solche darauf hin, dass die Fläche für die Windkraftnutzung ungeeignet ist. Ich verweise nochmals auf den umfangreichen Vortrag aus dem ersten Beteiligungsverfahren. Auch die jetzt noch vorgebrachten Argumente zeigen eindeutig, dass die Potenzialfläche zur Nutzung der Windenergie nicht in Frage kommen kann.. Es wird nochmals beantragt, die Fläche ersatzlos zu streichen.</p> <p>Anl. 14 Angesichts dieser langjährigen Beobachtungen, die eine hohe Artenvielfalt und Dichte an Fledermauspopulationen in und um das geplante Vorranggebiet WEA-435-002 bestätigen, haben die Gemeinde Owingen und auch wir, [Name anonymisiert], die artenschutzrechtliche Bewertung des Gebiets kritisch hinterfragt und vertiefende Untersuchungen durch Sie, den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, bereits in der 1. Anhörung gefordert. In Vorbereitung auf eine 2. Offenlage hat die Gemeinde Owingen im Sommer 2024 eigenständig ein unabhängiges Gutachten zu dem Fledermausvorkommen im Plangebiet in Auftrag gegeben. Das Büro 365? freiraum+ umwelt aus Überlingen stellte im Januar 2025 die Ergebnisse der detaillierten Untersuchung vor. Diese bestätigte im Wesentlichen die bereits bekannten Fledermausvorkommen, darunter auch besonders streng geschützte, rückläufige Fledermausarten (darunter drei stark gefährdete und vom Aussterben bedrohte Anhang II- und IV-Arten) und auch wiederum Fledermausarten, die im</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Fachbeitrag Artenschutz eine große Rolle spielen. Dem Plangebiet „Hochbühl“ wurde attestiert, dass ihm eine für die Fledermäuse regional hohe bis landesweit hohe Bedeutung zukommt (Anhang 3: KAULE 7-8, Anhang I Seite 17 im Gutachten der Gemeinde Owingen).</p> <p>Alle zehn im Fachbeitrag Artenschutz gelisteten Arten mit besonderer artenschutzrechtlicher Bedeutung wurden aktuell 2024 nachgewiesen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mausohren/ <i>Myotis spec.</i> Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</li> <li>2. Kleine Bartfledermaus/ <i>Myotis mystacinus</i> Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</li> <li>3. Wasserfledermaus/ <i>Myotis daubentonii</i></li> <li>4. Fransenfledermaus/ <i>Myotis natterii</i></li> <li>5. Bechsteinfledermaus/ <i>Myotis bechsteinii</i></li> <li>6. Zwergfledermaus/ <i>Pipistrellus pipistrellus</i></li> <li>7. Mückenfledermaus/ <i>Pipistrellus pygmaeus/med.</i></li> <li>8. Rauhaufledermaus/ <i>Pipistrellus nathusii</i></li> <li>9. Langohren/ <i>Plecotus spec.</i> Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</li> <li>10. Kleiner Abendsegler/ <i>Nyctalus leisleri</i> In der aktuellen Analyse war bei Mausohren, Bartfledermäusen und Langohren ein Nachweis nur auf Gattungsebene möglich. Aber in früheren Untersuchungen wurden die Kleine Bartfledermaus, das Braune Langohr und das Große Mausohr auf Artniveau nachgewiesen. Entweder erfolgte der Nachweis über eine Kotanalyse, oder das Tier selbst wurde identifiziert (Arbeitskreis Fledermäuse Bodensee-Oberschwaben). Es ist davon auszugehen, dass diese Arten im Gebiet weiterhin vorhanden sind. Bei einer aktuellen Kotanalyse aus einem Nistkasten im Plangebiet (November 2024) konnten wir über eine Genanalyse das Braune Langohr mit Sicherheit nachweisen (Anhang 4: Befund SEQ-IT 01/2025). In dem aktuell vorliegenden Gutachten wurden nach dem Fachbeitrag Artenschutz zwei Sonderstatusarten auf Artniveau nachgewiesen und eine Sonderstatusart auf Gattungsebene, wobei man aber davon ausgehen kann, dass diese Art vorhanden ist:</li> <li>11. Großer Abendsegler/ <i>Nyctalus noctula</i></li> <li>12.</li> </ol>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Mopsfledermaus/Barbastella barbastellus</p> <p>13.</p> <p>Große Bartfledermaus/ Myotis brandtii</p> <p>Auch wir, [Name anonymisiert] , setzen uns für den Schutz dieser Arten ein.</p> <p>Im Plangebiet sind neben den natürlichen Vorkommen auch eine Vielzahl von Nistkästen angebracht, in welchen Wochenstuben verschiedener Fledermausarten, Sommerquartiere oder wandernde Fledermausarten gefunden wurden. Betreut werden die Nistkästen von der Stadt Überlingen (Ansprechpartner [Name anonymisiert] ). Seit mehr als 40 Jahren werden diese Nistkästen regelmäßig kontrolliert.</p> <p>Parallel zu den Untersuchungen des Landschaftsarchitekturbüros 365? haben wir im November 2024 vereinzelt Nistkästen im Plangebiet (Winterhalde und Saubad) fachgerecht inspiziert (Anhang 5: Excel-Tabelle Nistkästen). Die Nistkästen werden außer von Fledermäusen auch von Vögeln und Siebenschläfern belegt. Aus neun von 17 gesichteten Nistkästen wurde eine Kotprobe gewonnen. Die Genanalyse der Firma SEQ-IT zeigt im Ergebnis zwei Fledermausarten mit artenschutzrechtlicher Bedeutung und eine Sonderstatus-Art nach Fachbeitrag Artenschutz (2022):</p> <p>Fransenfledermaus/ Myotis natteri (artenschutzrechtliche Bedeutung)</p> <p>Braunes Langohr/ Plecotus auritus (artenschutzrechtliche Bedeutung)</p> <p>Großer Abendsegler/ Nyctalus noctula (Sonderstatus-Art)</p> <p>In drei Nistkästen haben wir direkt Große Abendsegler sichten können (Winterquartier). In einem großen Kasten befanden sich ca. 25 bis 30 dieser Tiere. In zwei kleineren Kästen befanden sich jeweils zwei Tiere (Winterquartier). Zu unserem großen Bedauern mussten wir im März 2025 feststellen, dass einer dieser Kästen mit zwei Tieren bei Baumfällarbeiten einfach auf den Boden gelegt wurde, ohne sich fachmännisch um den Kasten bzw. die Abendsegler zu kümmern. Wir haben alle gesichteten Nistkästen mit Standortdaten, Fotos, Beobachtungen und Analysedaten erfasst und können Ihnen diese, wenn gewünscht, zur Verfügung stellen.</p> <p>Zusammenfassend lässt sich feststellen: Der reich strukturierte Wald am Hochbühl liegt in einem siedlungsarmen Gebiet und bietet Jagd- und Lebensraum für zahlreiche Fledermausarten. Die störungsfreie Abgeschiedenheit des Waldes, die teilweise alten Baumbestände und die angrenzenden kleinen Siedlungen ermöglichen und fördern so ein reiches Artenvorkommen. Die großflächigen Rodungsmaßnahmen würden einen direkten Habitateingriff darstellen. Bau und Betrieb der Windkraftanlagen würden zum Verlust und zur Beeinträchtigung (zum Beispiel durch Lärm, Licht, Störung, Lebensstättenverlust durch Rodungsmaßnahmen) naturschutzfachlich sehr hochwertiger Bereiche für gesetzlich geschützte windsensible Arten führen. Der Hochbühl liegt</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>benachbart zu den FFH Gebieten „Überlingersee und Bodenseeuferlandschaft“, „Bodanrück und westlicher Bodensee“ und in der Nähe des reich strukturierten Hegaus. Somit kommt ihm eine wichtige Rolle als Verbindung dieser Gebiete zu, was sich auf das gesamte Fledermausvorkommen der Bodensee-Region auswirkt. Der vergitterte Brauereikeller in Billafingen beherbergt eines der wichtigsten Fledermaus-Winterquartiere im Raum Bodensee-Oberschwaben. In den Molassekellern im Wald konnten das Große Mausohr, Wasserfledermaus, Fransenfledermaus, Bechsteinfledermaus, Bartfledermaus, Langohren, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus nachgewiesen werden. Aufgrund der uns vorliegenden aktuellen Untersuchungsergebnisse, die die Hochwertigkeit des Gebietes in Bezug auf die dort vorkommenden Sonderstatus-Arten belegen, fordern wir erneut vertiefende Untersuchungen im Rahmen der Regionalplanung (siehe Empfehlung Fachbeitrag Artenschutz 2022 Seite 25/26). Schwerpunkt vorkommen der Kategorie A werden als sehr erheblicher Konflikt eingestuft.</p> <p>Im späteren Genehmigungsverfahren würden nächtliche Abschaltzeiten zum Schutz windkraftsensibler Fledermäuse mit einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten festgelegt werden. Die Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit der Anlage ist daher insgesamt zu hinterfragen; eine frühzeitige Prüfung auf Regionalplanebene ist unerlässlich.</p> <p>Nistkasten groß/ Winterquartier Große Abendsegler (Gebiet Winterhalde)</p> <p>Nistkasten klein/ Winterquartier zwei Großer Abendsegler (Gebiet Saubad)</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10158	740	<p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen – Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>Ergänzende Stellungnahme im ersten Beteiligungsverfahren hatte ich bereits für den Verein für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität e.V. (VLAB e.V.) ausführlich vorgetragen. Anlässlich der jetzigen zweiten Öffentlichkeitsbeteiligung ergänze ich den bisherigen weiter aufrechterhaltenen Vortrag wie folgt:</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10158	741	1. Bezug zum Europadiplom des Wurzacher Rieds Der Regionalverband argumentiert, dass die geplanten Vorranggebiete	<p>Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>für Windenergie nicht gegen das Europadiplom des Wurzacher Rieds verstoßen. Diese Aussage ist jedoch nicht hinreichend begründet. Das Europadiplom der Kategorie A dient dem Schutz von Gebieten mit repräsentativen biologischen und geologischen Elementen. Es stellt hohe Anforderungen an den Erhalt der ökologischen Integrität und die Vermeidung von negativen Einflüssen auf das Gebiet. Die geplanten Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe könnten durch Lärm, Schattenwurf und visuelle Beeinträchtigungen erhebliche Auswirkungen auf die empfindlichen Ökosysteme des Rieds haben. Die Stellungnahme des Umweltministeriums Baden-Württemberg, auf die sich der Regionalverband beruft, sollte detailliert geprüft werden. Es ist zu hinterfragen, ob diese Stellungnahme eine umfassende naturschutzrechtliche Bewertung enthält und ob sie die spezifischen Schutzanforderungen des Europadiploms ausreichend berücksichtigt.</p> <p>2. Konflikt zwischen Windkraftnutzung und Naturschutz Die Entgegnung des Regionalverbands ignoriert weitgehend die Zielkonflikte zwischen der Windkraftnutzung und den Belangen des Naturschutzes. Nach § 35 Abs. 3 BauGB dürfen privilegierte Vorhaben im Außenbereich nur dann verwirklicht werden, wenn keine überwiegenden öffentlichen Belange entgegenstehen. Der Artenschutz, insbesondere der Schutz von Vogelarten gemäß der Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG), ist ein solcher Belang. Die pauschale Bevorzugung der Windkraft durch nationale Regelungen wie § 45b BNatSchG könnte unionsrechtswidrig sein, da sie eine differenzierte Abwägung zwischen Artenschutz und Windkraftnutzung verhindert. Es ist zu betonen, dass die Errichtung von Windkraftanlagen in oder nahe Schutzgebieten eine detaillierte Prüfung der Auswirkungen auf geschützte Arten und Lebensräume erfordert. Die Ausnahmenvorschriften in § 45b BNatSchG dürfen nicht dazu führen, dass dieser Schutz faktisch ausgehebelt wird.</p> <p>3. Oberflächliche Raumplanung Die Fristsetzung durch das Klimagesetz Baden-Württemberg bis zum 30. September 2025 übt erheblichen Zeitdruck auf die Regionalverbände aus und führt zu einer oberflächlichen Planung. Dies zeigt sich auch in der vorliegenden Entgegnung, die keine ausreichende Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange erkennen lässt. Eine nachhaltige Raumplanung muss sicherstellen, dass alle relevanten Interessen – insbesondere solche des Naturschutzes – umfassend geprüft werden.</p> <p>4. Rechtliche Bedenken Die Argumentation des Regionalverbands stützt sich auf nationale Regelungen wie das Wind-an-Land-Gesetz (WindBG) und § 45b BNatSchG, welche den Ausbau der Windenergie als „überragendes öffentliches Interesse“ deklarieren. Diese Regelungen stehen jedoch im Widerspruch zu europäischen Vorgaben wie der Vogelschutzrichtlinie</p>	<p>Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 148 verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und könnten unionsrechtswidrig sein. Der Begriff „öffentliche Sicherheit“, wie ihn § 45b BNatSchG verwendet, darf nicht einseitig national definiert werden, sondern muss im unionsrechtlichen Sinne ausgelegt werden (vgl. EuGH-Urteile C-284/16 und C-483/17).</p> <p>Fazit Die Entgegnung des Regionalverbands Allgäu Oberschwaben zeigt erhebliche Defizite in der Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange sowie in der rechtlichen Argumentation. Es ist dringend erforderlich, eine umfassende Prüfung der Auswirkungen auf das Wurzacher Ried und andere betroffene Schutzgebiete vorzunehmen sowie sicherzustellen, dass europäische Vorgaben eingehalten werden. Die pauschale Bevorzugung der Windkraft ohne ausreichende Berücksichtigung des Naturschutzes widerspricht sowohl nationalem als auch europäischem Recht und gefährdet die ökologischen Grundlagen der Region. Rechtliche Argumente gegen die Vorranggebiete für Windkraft Die geplanten Vorranggebiete für Windkraftanlagen können aus rechtlicher Sicht unter mehreren Gesichtspunkten angegriffen werden: 1. Verletzung des Europadiploms des Wurzacher Rieds Das Wurzacher Ried ist ein Gebiet, das mit dem Europadiplom der Kategorie A ausgezeichnet wurde. Dieses Diplom verpflichtet dazu, die ökologischen und geologischen Eigenschaften des Gebiets zu schützen. Die geplanten Windkraftanlagen könnten durch Lärm, Schattenwurf und visuelle Beeinträchtigungen negative Auswirkungen auf die empfindlichen Ökosysteme des Rieds haben. Die Stellungnahme des Umweltministeriums Baden-Württemberg, die diese Konflikte scheinbar ausschließt, sollte hinterfragt werden, da sie möglicherweise keine umfassende naturschutzrechtliche Prüfung enthält. 2. Konflikt mit der Vogelschutzrichtlinie Die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG der Europäischen Union verpflichtet Deutschland zur Erhaltung und Wiederherstellung von Lebensräumen für wildlebende Vogelarten. Die Regelungen in § 45b BNatSchG, welche Windkraftanlagen pauschal als „überragendes öffentliches Interesse“ definieren, könnten unionsrechtswidrig sein, da sie eine differenzierte Einzelfallprüfung zwischen Artenschutz und Windkraftnutzung verhindern. Der Betrieb von Windkraftanlagen darf nicht automatisch als „öffentliche Sicherheit“ eingestuft werden, da dies eine autonome unionsrechtliche Auslegung erfordert und nicht einseitig national definiert werden kann. 3. Missachtung von Naturschutz- und Artenschutzprüfungen Die neuen Regelungen in § 45b BNatSchG und § 249 BauGB schränken den Naturschutz erheblich ein und führen dazu, dass Artenschutzprüfungen faktisch nicht mehr stattfinden. Dies verstößt gegen nationale und europäische Vorgaben, insbesondere gegen Art. 20a GG (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen) und die Vogelschutzrichtlinie. 4. Oberflächliche Raumplanung Das Klimagesetz Baden-Württemberg setzt eine Frist</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bis zum 30. September 2025 für die Fortschreibung regionaler Planungen, was erheblichen Zeitdruck auf die Regionalverbände ausübt und zu einer oberflächlichen Planung führt. Dadurch können entgegenstehende Belange wie Naturschutz oder Landschaftsschutz nicht ausreichend berücksichtigt werden. Diese Fristsetzung ist rechtlich fragwürdig, da der Bundesgesetzgeber im WindBG eine längere Frist bis Ende 2027 vorgesehen hat. 5. Rechtswidrigkeit der „überragendes öffentliches Interesse“-Klausel Die Einstufung von Windkraftanlagen als „überragendes öffentliches Interesse“ gemäß § 45b BNatSchG könnte gegen europäisches Recht verstoßen, da sie eine einseitige Bevorzugung der Windkraft ohne hinreichende Abwägung mit anderen öffentlichen Belangen ermöglicht. Eine solche Regelung ignoriert unionsrechtliche Vorgaben zur Einzelfallprüfung und könnte vor europäischen Gerichten angefochten werden. 6. Zielkonflikte mit anderen Schutzgebieten Innerhalb der Vorranggebiete für Windenergie stehen andere Schutzinteressen wie Naturschutzgebiete, Landschaftsschutz oder Wasserschutz zurück. Nach § 249 BauGB hat die Windenergienutzung Vorrang vor diesen Belangen – eine Regelung, die rechtlich angreifbar ist, da sie keine ausgewogene Abwägung zwischen verschiedenen Interessen zulässt. Fazit Die geplanten Vorranggebiete für Windkraft stehen unter erheblichem rechtlichen Druck aufgrund möglicher Verstöße gegen nationale und europäische Normen des Naturschutzes und der Raumplanung. Eine umfassende Einzelfallprüfung unter Berücksichtigung aller relevanten Schutzbelange ist erforderlich, um den rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden.</p>		
IV. 10158	742	<p>WEA-436-015 Kißlegg-Ost-1 Zunächst wird zur Kenntnis genommen, dass das Potenzialgebiet WEA-436-015 Kißlegg-Ost-1 von der ursprünglichen Größe mit 63 ha auf 51,8 ha verkleinert wurde. Nach wie vor wird aber gefordert, dass die Potenzialfläche komplett aus der Planung genommen wird. Diesbezüglich wurde bereits ausführlich vorgetragen. Allerdings hat der Regionalplaner die vorgetragenen Argumente aus hiesiger Sicht nicht ausreichend bewertet. Ansonsten hätte der Regionalplaner zu dem Ergebnis kommen müssen, die Fläche ersatzlos zu streichen. Im Rahmen der jetzigen Auslegung wird deshalb ergänzend vorgetragen: I. Natur- und Artenschutz Der Regionalplaner wird darauf hingewiesen, dass eine Überlagerung des geplanten Naturschutzgebietes Hunauer Moos vorliegt. Insoweit verweise ich auf den Umweltbericht unter Ziffer 6.2.3.2 Flora, Fauna und biologische Vielfalt. Hingewiesen wird auf überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume (LEP 5.1.2), insbesondere wird auf die FFH-Gebiete „Feuchtgebiete bei Waldburg und Kißlegg“ hingewiesen und die dort vorhandenen Lebensräume Auenwälder mit Erle, Esche, Weide.</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 159 verwiesen. zum Wildtierkorridor wird ferner auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Eine weitere Betroffenheit prioritärer Lebensräume ergibt sich aufgrund der relativ geringen Entfernung zu den FFH-Gebieten „Altdorfer Wald“ sowie zu den „Gebieten um das Laucherttal“ und den bereits erwähnten „Feuchtgebieten bei Waldburg und Kißlegg“. Zwischenzeitlich wurden auch immissionsschutzrechtliche Genehmigungsanträge gestellt. Insbesondere die geplante bzw. beantragte WEA-4,6-015 Kißlegg-Ost-1 liegt nur in einer Entfernung von ca. 150 m zu dem Schutzgebiet. Eine Beeinträchtigung des FFA-Gebiets soll angeblich ausgeschlossen sein. Diese Begründung ist allerdings unschlüssig. Es werden keine Erklärungen abgegeben, weshalb trotz dieser geringen Entfernung keine erheblichen Beeinträchtigungen vorliegen sollen. Die Anlage wirkt weit in das Schutzgebiet hinein. Eine entsprechende Prüfung wurde bislang unterlassen. Darüber hinaus liegt das Gebiet in einer bereits genehmigten Wiedervernässungsmaßnahme im Rahmen des Moorschutzes. II. Wasserschutz Die Mandantschaft erklärt hierzu: Wir sehen den Wasserschutz in diesem Gebiet als vollkommen unterbewertet an. Das Suchgebiet liegt zwischen den zwei Wasserschutzgebieten 436.145 Rappenbühl (Gesamtfläche 112,60ha) und 436.057 VOLKERTSBÜHL (Gesamt 180,29ha), welche Kißlegg und Umgebung mit Trinkwasser versorgen. Im Suchgebiet sind 18 private Brunnen, welche nach unseren groben Zählungen zwischen 140 u. 150 Menschen, etwas mehr als 1.200 Rinder, mehr als 500 Schafe, mehr als 10 Pferde und weitere Nutztiere mit Trinkwasser versorgen. Die private Brunnenbesitzer sind überwiegend in der Bürgerinitiative Dezentrale Wasserversorgung Oberschwaben e. V Mitglieder. Der BDW hat ebenfalls beim RVBO Einwände erhoben. Wir haben uns mehrfach mit der Leitung des BDW getroffen und ausgetauscht. Der BDW sieht die Planung in diesem Bereich ebenfalls als kritisch an und lehnt diese ab. Am 11.03.25 fand in Vogt im Rahmen des Energiedialogs eine Veranstaltung "Fachdialog Wasserschutz Windenergie" statt. Zu dieser waren nur Bürger aus den angrenzenden Kommunen der Suchgebieten um Vogt, Wolfegg usw. zulässig, die Mandantschaft hingegen nicht. Die Vorträge sind auf YOUTUBE komplett einsehbar. Bei diesem Fachdialog waren anerkannte Geologen u. Wasserexperten als Referenten anwesend. Zwei dieser Referenten haben ganz klar auf die Gefahren u. Risiken bei Bau der WEA hingewiesen. Es wurde u.a auf die falsche bzw. fehlende Behandlung der Unfallgefahr eingegangen. Wir haben hierzu Erhebungen von Vernunftkraft, welche die Gefahren aufzeigen. Von staatlicher Seite gibt es nach unserer Erkenntnis keine Statistiken. Das waren u.a. die Größe der Wasserschutzgebiete, welche nach deren Hinweise deutlich vergrößert werden sollten. Hier wurde überwiegend nur auf den Klimawandel geschaut. Im Bereich des RVBO und unserem</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gebiet muss auch der "geplante" Bevölkerungszuwachs durch Zuzug u. die Zunahme der Industrie/Gewerbeflächen und die Bedürfnisse aus der Landwirtschaft stärker berücksichtigt werden. Für die privaten Brunnenbesitzer gibt es nach unserer Erkenntnis und nach Rücksprache mit dem BDW keine vorbeugenden Maßnahmen und Lösungen, wenn es z.B. zu einer Havarie im Suchgebiet Kißlegg Ost-I kommen würde. Die Brunnen sind zum Teil in unmittelbarer Nähe zu den WEA. Zudem werden diese aus dem Wald-/Moorgebiet gespeist, in welchem die WEA gebaut werden. Bzgl. Wasser ist anzumerken, dass durch den Bau des Neubaugebietes Tannenstock stetige Probleme u.a. in Bezug auf Hochwasser bei Starkregen besteht. Das Gebiet liegt zwischen Suchgebiet und Kißlegg Ost. Der "Hanganschnitt" liegt unterhalb des Trinkwasserschutzgebietes Rappenbühl. Es lassen sich hydrologische Veränderungen erkennen, welche sich durch den Bau der WEA noch stärker auf die Wasserversorgung auswirken können. Fazit: der Trinkwasserschutz u. die Versorgung ist gefährdet. III. Moor-/Trinkwasserschutz Die WEA liegen am Rande von Mooren und im Bereich von Stauwassergebieten. Diese Stauwassergebiete sind für die Natur von sehr hoher Bedeutung! Durch den Bau der WEA wird eine Entwässerung dieser Gebiete vermutlich unumgänglich. Die Entwässerung dieser Gebiete widerspricht dem Moor- u. Artenschutz in hohem Maße. Beide WEA liegen wie die "gestrichene" WEA 1 im FFH-Bereich "Feuchtgebiete Waldburg und Kißlegg". IV. Generalwildwegeplan Beide WEA im Gebiet WEA-436-015 Kißlegg-Ost 1 liegen direkt auf dem Generalwildwegeplan. Durch die Verschiebungen der WEA befinden sich diese direkt und ohne Abstand auf diesem Generalwildweg. Beim Bau der BAB A96 wurden im unmittelbaren Bereich des Suchgebiets diverse sehr teure Wildbrücken gebaut, die die Adelegg auf bayerischer Seite mit dem württembergischen Hinterland für ua. Rotwild verbindet. Der genetische Austausch ist von überragender Bedeutung für den Fortbestand der Tierwelt in diesem Bereich. Dies wird durch viele Veröffentlichungen in letzter Zeit verdeutlicht. Mit dem baden-württembergischen Landesjagdverband besteht schriftlicher Kontakt. Er sieht die Probleme wie die Mandantschaft. Er hat ebenfalls Gespräche diesbezüglich mit den Behörden u. Ministerien geführt, so hat der Verband berichtet. D. Ökopunkte und Natur-/Moorschutzplanungen Es ist hier nicht bekannt, welche Planungen weiter bestehen und welche ebenfalls zu "Überlagerungen" führen bzw. führen können. Es kann nicht im Sinne des Naturschutzes und des Steuerzahlers sein, dass sehr viele OKÖ-Punkte in diesem Bereich gehandelt und bezahlt wurden und die jetzt hinfällig sind. E. Vorschädigungen Im Rahmen von Voruntersuchungen bzgl. Eignung Windenergie und stark erhöhte Forstwirtschaft wurde u.a. div. Habitate massiv gestört, so</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10158	743	<p>beispielsweise Reptilien, Amphibien, Insekten usw. WEA-435-002 - Hochbühl Der bisherige Vortrag wird noch bezüglich neuer Erkenntnisse wie folgt ergänzt: I. Belange der Anwohner und Heilanstalt Für das VRG Hochbühl gab es im Planentwurf folgende Änderungen: - Das VRG wurde im Norden (Siedlungsabstand zu Ortschaft Nesselwangen) und im Süden (Siedlung Brachenreuthe ist Heilanstalt) reduziert so dass es anstatt vorher 80 ha nun 67 ha umfasst. Bereits hieraus ist ersichtlich, dass der Potenzialfläche Belange i.S.d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB entgegenstehen.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10158	744	<p>II. Landschaftsschutz</p> <p>In der SUP ist das Schutzgut Landschaft (LA) von gelb auf orange gewechselt. Als Konsequenz folgt, dass das "Gesamtergebnis der strategischen Umweltprüfung" ebenfalls von gelb auf orange ("Das Vorhaben führt zu mehreren erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern") ebenfalls wechselt.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10158	745	<p>III. Naturschutz</p> <p>- Das Schutzgut Flora, Fauna, Biologische Vielfalt (FFBV) blieb zwar bei 'orange', die Liste ist aber länger geworden: * Mit Sonderstatus Arten ist im Prüfbereich / Umfeld zu rechnen * Biotope, FFH-Mähwiesen, Naturdenkmale (0,7 ha, 1 %) * Verbundräume regionaler Biotopverbund (11 ha, 16 %) * Hochmoor oder Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit im weiteren Umfeld (500 - 1.000 m)</p> <p>* Bekannte Vorkommen von windkraftempfindlichen Vogelarten (Rotmilan) * Hinweise auf mögliche Lebensstätten von Fledermäusen im weiteren Umfeld</p> <p>Diesbezüglich werden neue Erkenntnisse bekanntgegeben:</p> <p>- FFBV: Hier ist vor allem das Fledermausgutachten der Gemeinde Owingen zu nennen, das 2 Sonderstatus-Arten aufweist, eine mögliche dritte auf Gattungsebene. Dazu, gut ergänzend dazu, kommt die Kotprobenanalyse des [Name anonymisiert]</p> <p>Der Regionalplanung werden folgende Unterlagen betreffend Fledermausvorkommen und Fledermausgefährdung übergeben:</p> <p>Anlagen:</p> <p>Exceldatei Fledermäuse – als Anl. 8</p> <p>Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie LUBW – als Anl. 9</p> <p>Naturschutzfachliche Bestandserfassung und Bewertung</p> <p>Untersuchung der Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl,</p>	<p>Hinsichtlich des Gutachtens aus dem Jahr 2012 und des Schreibens hierzu aus dem Jahr 2024 bezieht sich die Anregung auf einen Sachverhalt welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist. Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Die Inhalte des Gutachtens aus dem Jahr 2012 sowie des Schreibens aus dem Jahr 2024 wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Owingen 21.01.2025, veröffentlicht auf der Internetseite der Gemeinde Owingen und allgemein zugänglich <a href="https://owingen.ris-portal.de/web/guest/sitzungen?sitzungId=160876">https://owingen.ris-portal.de/web/guest/sitzungen?sitzungId=160876</a> – als Anl. 10 Arbeitskreis Fledermäuse NABU – als Anl. 11 Stellungnahme Auer zu Fledermausvorkommen – als Anl. 12 Genetische Artbestimmung von Kotproben – als Anl. 13 Stellungnahme Fledermäuse 2025 ergänzt – als Anl. 14</p> <p>Anl. 14 Angesichts dieser langjährigen Beobachtungen, die eine hohe Artenvielfalt und Dichte an Fledermauspopulationen in und um das geplante Vorranggebiet WEA-435-002 bestätigen, haben die Gemeinde Owingen und auch wir, der Verein [Name anonymisiert] die artenschutzrechtliche Bewertung des Gebiets kritisch hinterfragt und vertiefende Untersuchungen durch Sie, den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, bereits in der 1. Anhörung gefordert. In Vorbereitung auf eine 2. Offenlage hat die Gemeinde Owingen im Sommer 2024 eigenständig ein unabhängiges Gutachten zu dem Fledermausvorkommen im Plangebiet in Auftrag gegeben. Das Büro 365° freiraum+ umwelt aus Überlingen stellte im Januar 2025 die Ergebnisse der detaillierten Untersuchung vor. Diese bestätigte im Wesentlichen die bereits bekannten Fledermausvorkommen, darunter auch besonders streng geschützte, rückläufige Fledermausarten (darunter drei stark gefährdete und vom Aussterben bedrohte Anhang II- und IV-Arten) und auch wiederum Fledermausarten, die im Fachbeitrag Artenschutz eine große Rolle spielen. Dem Plangebiet „Hochbühl“ wurde attestiert, dass ihm eine für die Fledermäuse regional hohe bis landesweit hohe Bedeutung zukommt (Anhang 3: KAULE 7-8, Anhang I Seite 17 im Gutachten der Gemeinde Owingen). Alle zehn im Fachbeitrag Artenschutz gelisteten Arten mit besonderer artenschutzrechtlicher Bedeutung wurden aktuell 2024 nachgewiesen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mausohren/ Myotis spec. Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</li> <li>2. Kleine Bartfledermaus/ Myotis mystacinus Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</li> <li>3. Wasserfledermaus/ Myotis daubentonii</li> <li>4. Fransenfledermaus/ Myotis natterii</li> <li>5. Bechsteinfledermaus/ Myotis bechsteinii</li> <li>6.</li> </ol>	<p>Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere Teil B4, verwiesen.</p> <p>Zum Umgang mit Aspekten der Berücksichtigung von Fledermäusen im gegenwärtigen Planungsprozess wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage sowie auf die Abwägung der Anregung mit der BE ID 728 verwiesen.</p> <p>Hinsichtlich des Gutachtens des Büros 365° freiraum + umwelt wird auf die Anlage zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Hinsichtlich der Hinweise zu Kotanalysen und Fledermausvorkommen des Vereins Gegenwind Hochbühl e.V. wird auf die Erläuterungen zur Anregung mit der BE-ID 467 verwiesen.</p> <p>Gemäß Planungskonzept werden die benachbarten FFH-Gebiete „Überlingersee und Bodenseeuferlandschaft“, „Bodanrück und westlicher Bodensee“ u.a. berücksichtigt. Die Informationen aus dem Gutachten der Gemeinde Owingen (365°) wurden in die Abwägung eingestellt. Ebenso die Informationen der Bürgerinitiative. Es wird nicht bezweifelt, dass in den Wäldern im und um den Hochbühl grundsätzlich eine vielfältige Fledermausfauna existiert, wichtig ist auf der aktuellen Planungsebene insbesondere der Schutz von eindeutig nachgewiesenen Lebensstätten der Sonderstatusarten außerhalb der Zonen des Fachbeitrags. Wie aus den bisherigen Abwägungstexten ersichtlich wird davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung bei kollisionsgefährdeten Fledermausarten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden kann. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. § 45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zwergfledermaus/ <i>Pipistrellus pipistrellus</i></p> <p>7.</p> <p>Mückenfledermaus/ <i>Pipistrellus pygmaeus</i>/med.</p> <p>8.</p> <p>Rauhautfledermaus/ <i>Pipistrellus nathusii</i></p> <p>9.</p> <p>Langohren/ <i>Plecotus spec.</i> Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</p> <p>10.</p> <p>Kleiner Abendsegler/ <i>Nyctalus leisleri</i></p> <p>In der aktuellen Analyse war bei Mausohren, Bartfledermäusen und Langohren ein Nachweis nur auf Gattungsebene möglich. Aber in früheren Untersuchungen wurden die Kleine Bartfledermaus, das Braune Langohr und das Große Mausohr auf Artniveau nachgewiesen. Entweder erfolgte der Nachweis über eine Kotanalyse, oder das Tier selbst wurde identifiziert (Arbeitskreis Fledermäuse Bodensee-Oberschwaben). Es ist davon auszugehen, dass diese Arten im Gebiet weiterhin vorhanden sind. Bei einer aktuellen Kotanalyse aus einem Nistkasten im Plangebiet (November 2024) konnten wir über eine Genanalyse das Braune Langohr mit Sicherheit nachweisen (Anhang 4: Befund SEQ-IT 01/2025).</p> <p>In dem aktuell vorliegenden Gutachten wurden nach dem Fachbeitrag Artenschutz zwei Sonderstatusarten auf Artniveau nachgewiesen und eine Sonderstatusart auf Gattungsebene, wobei man aber davon ausgehen kann, dass diese Art vorhanden ist:</p> <p>11.</p> <p>Großer Abendsegler/ <i>Nyctalus noctula</i></p> <p>12.</p> <p>Mopsfledermaus/<i>Barbastella barbastellus</i></p> <p>13.</p> <p>Große Bartfledermaus/ <i>Myotis brandtii</i></p> <p>Auch wir, der[Name anonymisiert] ., setzen uns für den Schutz dieser Arten ein.</p> <p>Im Plangebiet sind neben den natürlichen Vorkommen auch eine Vielzahl von Nistkästen angebracht, in welchen Wochenstuben verschiedener Fledermausarten, Sommerquartiere oder wandernde Fledermausarten gefunden wurden. Betreut werden die Nistkästen von der Stadt Überlingen ([Name anonymisiert] ). Seit mehr als 40 Jahren werden diese Nistkästen regelmäßig kontrolliert.</p> <p>Parallel zu den Untersuchungen des Landschaftsarchitekturbüros 365? haben wir im November 2024 vereinzelte Nistkästen im Plangebiet (Winterhalde und Saubad) fachgerecht inspiziert (Anhang 5: Excel-Tabelle Nistkästen). Die Nistkästen werden außer von Fledermäusen auch von Vögeln und Siebenschläfern belegt. Aus neun von 17 gesichteten Nistkästen wurde eine Kotprobe gewonnen. Die Genanalyse der [Name anonymisiert] zeigt im Ergebnis zwei Fledermausarten mit artenschutzrechtlicher Bedeutung und eine</p>	<p>Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>Die Entfernung zu den bekannten Molassekellern und den sonstigen Quartieren wurde eingehalten. Aus dem Gutachten der Gemeinde Owingen ergeben sich keine Informationen über nachgewiesene Lebensstätten. Die Informationen der Bürgerinitiative werden bezweifelt, da sie nicht fachgutachterlich belegt sind und nicht den Qualitätskriterien des Regionalverbandes entsprechen. Insofern wird den Bedenken nicht gefolgt.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Sonderstatus-Art nach Fachbeitrag Artenschutz (2022):            Fransenfledermaus/ <i>Myotis natteri</i> (artenschutzrechtliche Bedeutung)            Braunes Langohr/ <i>Plecotus auritus</i> (artenschutzrechtliche Bedeutung)            Großer Abendsegler/ <i>Nyctalus noctula</i> (Sonderstatus-Art)            In drei Nistkästen haben wir direkt Große Abendsegler sichten können (Winterquartier). In einem großen Kasten befanden sich ca. 25 bis 30 dieser Tiere. In zwei kleineren Kästen befanden sich jeweils zwei Tiere (Winterquartier). Zu unserem großen Bedauern mussten wir im März 2025 feststellen, dass einer dieser Kästen mit zwei Tieren bei Baumfällarbeiten einfach auf den Boden gelegt wurde, ohne sich fachmännisch um den Kasten bzw. die Abendsegler zu kümmern. Wir haben alle gesichteten Nistkästen mit Standortdaten, Fotos, Beobachtungen und Analysedaten erfasst und können Ihnen diese, wenn gewünscht, zur Verfügung stellen. Zusammenfassend lässt sich feststellen: Der reich strukturierte Wald am Hochbühl liegt in einem siedlungsarmen Gebiet und bietet Jagd- und Lebensraum für zahlreiche Fledermausarten. Die störungsfreie Abgeschiedenheit des Waldes, die teilweise alten Baumbestände und die angrenzenden kleinen Siedlungen ermöglichen und fördern so ein reiches Artenvorkommen. Die großflächigen Rodungsmaßnahmen würden einen direkten Habitateingriff darstellen. Bau und Betrieb der Windkraftanlagen würden zum Verlust und zur Beeinträchtigung (zum Beispiel durch Lärm, Licht, Störung, Lebensstättenverlust durch Rodungsmaßnahmen) naturschutzfachlich sehr hochwertiger Bereiche für gesetzlich geschützte windsensible Arten führen. Der Hochbühl liegt benachbart zu den FFH Gebieten „Überlingersee und Bodenseeuferlandschaft“, „Bodanrück und westlicher Bodensee“ und in der Nähe des reich strukturierten Hegaus. Somit kommt ihm eine wichtige Rolle als Verbindung dieser Gebiete zu, was sich auf das gesamte Fledermausvorkommen der Bodensee-Region auswirkt. Der vergitterte Brauereikeller in Billafingen beherbergt eines der wichtigsten Fledermaus-Winterquartiere im Raum Bodensee-Oberschwaben. In den Molassekellern im Wald konnten das Große Mausohr, Wasserfledermaus, Fransenfledermaus, Bechsteinfledermaus, Bartfledermaus, Langohren, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus nachgewiesen werden. Aufgrund der uns vorliegenden aktuellen Untersuchungsergebnisse, die die Hochwertigkeit des Gebietes in Bezug auf die dort vorkommenden Sonderstatus-Arten belegen, fordern wir erneut vertiefende Untersuchungen im Rahmen der Regionalplanung (siehe Empfehlung Fachbeitrag Artenschutz 2022 Seite 25/26). Schwerpunktorkommen der Kategorie A werden als sehr erheblicher Konflikt eingestuft. Im späteren Genehmigungsverfahren würden nächtliche Abschaltzeiten zum Schutz windkraftsensibler Fledermäuse mit</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten festgelegt werden Die Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit der Anlage ist daher insgesamt zu hinterfragen; eine frühzeitige Prüfung auf Regionalplanebene ist unerlässlich.</p> <p>Nistkasten groß/ Winterquartier Große Abendsegler (Gebiet Winterhalde)</p> <p>Nistkasten klein/ Winterquartier zwei Großer Abendsegler (Gebiet Saubad)</p>		
IV. 10158	746	<p>IV. Wasserschutz</p> <p>Es existiert eine Quelle, die den [Ort anonymisiert] versorgt. Der obere Teil des Einzugsgebietes (d.i. ein kleines Tal) liegt im VRG. Hier besteht zwar kein Wasserschutzgebiet (WSG), es grenzt aber nordwestlich an ein bestehendes WSG an.</p> <p>Eingriffe in den Wasserhaushalt sowie Verunreinigungen betreffen das WSG unmittelbar. In der SUP, bei Schutzgut Wasser (WA) heißt es u.a.: "Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen"</p> <p>Auf die Ausführungen zum Wasserschutz im ersten Beteiligungsverfahren wird ausdrücklich Bezug genommen.</p> <p>V. Infrastruktur</p> <p>Höllwangen hat darüber hinaus eine Erweiterung der bestehenden WSG in Planung. Die Zuwegung ist, zwar bekanntermaßen (s. 1. Stellungnahme), speziell schwierig im Hochbühl-VRG.</p> <p>Tatsache ist aber, dass für die realistisch 3-5 WKA im wesentlichen je eine separate Zuwegung eingerichtet werden müsste.</p> <p>Das Gelände oben im Hochbühl ist derart zerklüftet, dass realistisch eine Zuwegung und Nutzung als Windkraftstandort entfällt.</p> <p>Fazit:</p> <p>Die Änderungen im Regionalplan betreffend der Fläche WEA-435-002-Hochbühl weisen bereits als solche darauf hin, dass die Fläche für die Windkraftnutzung ungeeignet ist.</p> <p>Ich verweise nochmals auf den umfangreichen Vortrag aus dem ersten Beteiligungsverfahren.</p> <p>Auch die jetzt noch vorgebrachten Argumente zeigen eindeutig, dass die Potenzialfläche zur Nutzung der Windenergie nicht in Frage kommen kann..</p> <p>Es wird nochmals beantragt, die Fläche ersatzlos zu streichen.</p> <p>Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10159	170	<p>Meiner Meinung nach wird in diesem ,für den Windradbau ausgewiesenen Gebiet die Windenergie nicht effizient und verantwortungsvoll genutzt.</p> <p>Auf der einen Seite steht der Naturschutz,auf der anderen Seite die Naturverwüstung, ohne Rücksicht auf Artenschutz etc.</p> <p>Ich bin nicht gegen Windräder, aber nachdem das Gebiet Beurener Berg aus dem Plan geflogen ist, hab ich das Gefühl, nur damit man den Titel,, Freie Energie Stadt bekommt, um jeden Preis Windräder</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		gebaut werden müssen. Das kann's nicht sein.	<p>Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10160	552	<p>Hiermit lege ich Einspruch gegen den Bau oder die Genehmigung der geplanten Windkraftanlage Fleischwangen-Nord mit folgenden Gründen ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Durch den Bau wird das gesamte Waldgebiet im Norden Fleischwangers, was der Bevölkerung als Naherholungsgebiet dient, zerstört. Ein großer Teil um die Anlagen herum wird als Kiesfläche nie wieder Wald werden. Eine Wiederaufforstung der anderen Fläche, die für den Bau abgeholzt werden muss, wird durch die Auffkiesung und die gewaltige Verdichtung durch schweres Gerät nie wieder die Beschaffenheit eines natürlichen Waldbodens wiedererlangen. Aufforstung ist höchstens eine Verbuschung.</li> <li>- Die Ackerflächen zwischen den Anlagen dienen der Nahrungsmittelerzeugung und sind die Grundlage unseres Betriebes. Der Bau der Anlagen wird die natürliche Bodenbeschaffenheit für immer zerstören.</li> <li>- Die Zerstörung des Waldes wird automatisch eine Erhöhung der Umgebungstemperatur zur Folge haben. Wald hat eine kühlende Wirkung, was in Zeiten der Klimaerwärmung äußerst wichtig ist.</li> <li>-Durch die Nähe der Anlagen zu unserem Haus (unter 800m) wird der hörbare Lärm, der Infraschall und Schattenschlag, der von der Anlage ausgeht, negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit haben, sowie Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit, Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Herzrasen, Tinnitus, Angstzustände, Depressionen und die Gefahr epileptischer Anfälle zur Folge haben.</li> <li>- Die Anlagen haben solch eine riesige Höhe, dass ich eine</li> </ul>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erdrückende Wirkung die Folge sein wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durch den Bau und die Vibrationen des riesigen Stahlbetonfundamentes beim Betreiben der Anlagen sind Veränderungen in den wasserführenden Schichten zu erwarten. Diese Schichten und die Quellen dieser Wälder speisen die Trinkwasserversorgung unseres Ortes. Diese Versorgung ist in Gefahr. Ebenso ist durch den Abrieb und die Verseuchung mit Chemikalien durch die Anlagen unser Trinkwasser und die Flächen um die Anlagen gefährdet. Bei einer Havarie ist durch die Höhe und die Nähe zu unserem Ort das Schlimmste zu befürchten.</li> <li>- Ebenso die Nähe zu Kindergärten und Schulen in den umliegenden Gemeinden ist eine Gefährdung unserer Kinder durch die Anlagen zu befürchten.</li> <li>- Die Windhöflichkeit in unserem Gebiet ist so niedrig, dass der Bau in unserer Gegend viel zu wenig Nutzen gegenüber dem Schaden, den der Bau der Anlagen verursacht, bringt. Außerdem hat die viel zu geringe Nähe der Anlagen untereinander zur Folge, dass die Anlagen sich gegenseitig den Wind nehmen. Die Folgen für das Klima in der Umgebung ist nicht absehbar.</li> <li>-Der Rückbau der Anlagen zerstört wieder nach einigen wenigen Jahren die gesamte Natur, alle Baustoffe sind nicht recycelbar, sonder hochgradig umweltschädlich, so dass hier nicht von umweltfreundlichem, grünen Strom geredet werden kann, sondern von einem riesigen Entsorgungsproblem. Und dies in einer sehr windschwachen Gegend ohne wirklichen Nutzen oder Auslastung der Anlagen</li> <li>-Ferner sind durch unser nicht vorhandenes Stromnetz solche Ausfälle wie zur Zeit in Frankreich und Spanien zu befürchten, denn bevor das Netz nicht da ist, kann auch der Strom nicht genutzt werden.</li> <li>- Für unseren landwirtschaftlichen Betrieb habe ich die größten Sorgen. Da es sich um eine Fohlenaufzucht und einen Betrieb für Zuchtstuten handelt, wechselt der Bestand regelmäßig. Die Jungtiere werden immer wieder dem Stress durch den Schattenschlag ausgesetzt, was Panik und Unruhe zur Folge hat. Durch den Infraschall müssen Schwierigkeiten bei der Fruchtbarkeit der Stuten und auch der Mutterschweine des benachbarten Betriebes befürchtet werden. Es werden auch keine Kunden ihre Jungtiere oder wertvolle Zuchttiere in einen Betrieb in unmittelbare Nähe einer Windkraftanlage stellen.</li> </ul>	<p>Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10160	1198	<p>- Unsere sehr zahlreiche und artenvielfältige Wildtierwelt wird schon beim Bau komplett zerstört, die restliche Vogelwelt und die durchziehenden Kraniche und Zugvögelschwärme werden beim Betreiben der Anlagen das Weite suchen oder getötet werden. Das Argument, die Anlagen würden beim Herannahen eines Vogels abstellen, ist schlichtweg lächerlich bei Geschwindigkeit des Rotors von 300 km/h.</p> <p>- Zwischen den Anlagen befinden sich einige alte Streuobstwiesen, die Fledermäusen, Bussarden, Käutzchen und vielen Wildvögeln Unterschlupf bieten. Der Abstand zu diesen Streuobstwiesen ist viel zu gering!</p>	<p>wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10161	295	<p>die Notwendigkeit erneuerbarer Energiequellen ist unbestritten. Allerdings muss die Verträglichkeit der Baumaßnahmen mit den Menschen vor Ort gewährleistet sein. Außerdem ist Windenergie derzeit eine der teuersten Formen der Stromerzeugung. Aufgrund der geringen Ausnutzungsgrade in unserer Region ist der tatsächliche Beitrag zur Energiewende kritisch zu hinterfragen. CO<sub>2</sub> sollte nicht die einzige Bewertungsgrundlage sein – Nachhaltigkeit muss differenziert betrachtet werden und sollte sich an den natürlichen Stärken der jeweiligen Region orientieren.</p> <p>Für die Errichtung und spätere Entsorgung von Windkraftanlagen werden erhebliche Ressourcen benötigt. Insbesondere die Entsorgung von Rotorblättern ist nach wie vor ein ungelöstes Problem. Der Energie- und Rohstoffaufwand steht teils in keinem</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>günstigen Verhältnis zum tatsächlichen Beitrag zur Energiewende.</p> <p>Neue technologische Ansätze wie Speicherlösungen und effizientere Nutzung von Solarenergie sollten stärker priorisiert werden, bevor große Flächen dauerhaft durch Windkraftanlagen versiegelt werden. Das Haistergau wird zur Erzeugung unserer Nahrung genutzt und die Erde ist sehr fruchtbar. Der massive Eingriff in die Landschaft durch Fundamente und Zuwegungen kann den Wasserhaushalt (Drainage, Grundwasserströme) beeinträchtigen. Dies ist besonders kritisch in ehemaligen Mooregebieten. Große Windparks können lokale Strömungsverhältnisse und Niederschlagsmuster verändern. Diese Effekte sind in sensiblen Regionen wie dem Haistergau noch unzureichend erforscht. Wie kann man solche Eingriffe in die Natur und in die Lebensräume von Mensch und Tier ohne wissenschaftliche Untersuchungen im Blindflug realisieren wollen?</p> <p>Die Abstände der geplanten Windräder zu den Einzelgehöften außerhalb geschlossener Ortschaften liegen in unmittelbarer Nähe zu geplanten Anlagen – teils nur 600 Meter entfernt. Im europäischen Vergleich sind das geringe Abstände, die andernorts aus gesundheitlichen Gründen nicht zulässig wären. Auf Nachfrage, wie das sein kann, bekommt man eine labidare Antwort: Das resultiert aus 2x Höhe der Anlagen in Metern. Also 2x286 m - eine Zahl ohne jeglichen wissenschaftlichen Bezug und ohne die Fürsorgepflicht am Bürger zu berücksichtigen! Das macht mich fassungslos!</p> <p>Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ist aktuell nur durch Fördermaßnahmen und hohe staatliche Zuschüsse gesichert. Besonders bei so großen Anlagen auf kleinem Raum ist die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Räder stark eingeschränkt. Sollten sich politische oder gesetzliche Rahmenbedingungen ändern, ist die wirtschaftliche Tragfähigkeit fraglich. Das bedeutet wir, die Bürger finanzieren hier die Unwirtschaftlichkeit bei dieser Planung von der unglaublichen großer Anzahl von ges. 20 Rädern in unserem kleinen Tal. Wir finanzieren hier die völlige risikolose Erstellung der völlig überzogenen Anlagen, deren fehlenden Ertrag vom Steuerzahler aufgefangen wird.</p> <p>Abschließend bleibt hier nur meine Fassungslosigkeit über die Ignoranz gegenüber all dieser Argumente, denen noch viele hinzuzufügen wären.</p>	<p>Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10162	738	<p>Ich erhebe Einspruch gegen die Errichtung von Windrädern WEA-436-013 - In den Mösern/Enkenhofener Wald- Süd</p> <p>Die naturschutzrechtlichen Argumente sind Ihnen sicher bekannt. Gefährdung von Tier und Pflanzenwelt, Zerstörung des Ökosystems Wald, usw.</p> <p>Ich lebe mit meiner Familie in Isny-Beuren, [Ort anonymisiert] . Bin also unmittelbar betroffen.</p> <p>Der Abstand zu unserem zu Hause ist viel zu gering.</p> <p>Die Lärmbelästigung, je nachdem wie der Wind steht, wäre krank machend.</p> <p>Schattenwurf und nächtliches Blinklicht sind inakzeptabel.</p> <p>Der Wertverlust meiner Immobile ist nicht unerheblich.</p> <p>Wir vermieten eine Ferienwohnung, in heute noch idyllischer Umgebung.</p> <p>Es wäre eine Katastrophe für dieses einmalige Biotop und Erholungsgebiet rund um den Badsee.</p> <p>Die ständige Unruhe durch permanenten Drehbewegungen bedrängt uns in unserer unmittelbaren Atmosphäre.</p> <p>Die intakte Natur um uns herum droht der Zerstörung.</p> <p>Wir gehören zum Luftkurort Isny. Wie sollen sich Menschen hier erholen?</p> <p>Nicht nur Tiere und Natur sind schutzbedürftig auch wir Menschen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10163	554	<p>Stellungnahme zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie Bodensee-Oberschwaben geplantes Vorranggebiet WEA-436-013 - In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd</p> <p>ich fordere den Standort In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd aus der Planung möglicher Vorranggebiete für Windkraftanlagen zu streichen.</p> <p>Dies begründe ich wie folgt:</p> <p>Der Standort In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd grenzt an das FFH-Gebiet Taufach-Fetzach-Moos, liegt räumlich zentral im FFH-Gebiet „Feuchtgebietekomplex nördlich von Isny“ und ist somit umgeben von zahlreichen weiteren Naturschutz- und FFH-Gebieten. Er besitzt für die Vernetzung dieser Schutzgebiete eine wesentliche Funktion. Durch die Errichtung von</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windkraftindustrieanlagen an diesem Standort ist deshalb mit negativen Auswirkungen auf diese Schutzgebiete zu rechnen.</p> <p>Er ist umgeben von Mooren und Waldbiotopen. In der Nähe dieses Standortes befindet sich die Wiedervernässungsfläche Winnismoos, deren Erweiterungsfläche direkt an den Standort ragt. Eine Errichtung von Windkraftindustrieanlagen an diesem Standort widerspricht somit der Moorschutzstrategie des Landes Baden-Württemberg.</p> <p>Der Standort liegt mitten auf einer wichtigen Route für den europäischen Vogelzug und stellt einen wichtigen Rastplatz für die Zugvögel dar. Eine große Zahl dieser Zugvögel ziehen dabei im Bereich der geplanten Windkraftindustrieanlagen (100 m - 300 m über dem Boden). Die geplanten Anlagen stellen deshalb eine erhebliche Bedrohung für diese Zugvögel dar.</p> <p>Wir dürfen uns glücklich schätzen an diesem Standort noch einen intakten Wald zu besitzen. Durch den Bau der Windkraftindustrieanlagen und die damit verbunden Rodung für die Standflächen der Anlagen und deren Zuwegung wären sehr umfangreiche Eingriffe notwendig, der massive Schäden mit sich bringt. Ein intakter Wald, der über einen so langen Zeitraum gewachsen ist, lässt sich auch durch Aufforstungsarbeiten nicht so schnell wieder aufbauen. Außerdem besteht durch den Betrieb der Anlage die Gefahr, dass sich die Luft wesentlich mehr aufheizt und die sensiblen Wald- und Moorböden austrocknen. Da der Standort wie vorstehend beschrieben in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet Taufach-/ Fetzachmoos liegt, greifen meines Erachtens auch die durch die Windkraftindustrieanlagen entstehenden Wirbelschleppen massiv in die Natur ein. Es ist nachgewiesen, dass diese Wirbelschleppen durch die Austrocknung der Böden eine negative Auswirkung auf die Fauna und Flora haben. Auch wurden unlängst im Gebiet des Taufach-/Fetzachmooses für den Hochmoor-Gelbling, der hier eines seiner letzten Vorkommen hat, Schutzmaßnahmen vorgenommen. Solche Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe eines Naturschutzgebietes zu Bauen halte ich für unverantwortlich.</p> <p>Über Jahre wurde in der Umgebung des Standortes ein Rotmilan-Dichtezentrum nachgewiesen. Ein Wespenbussard-Bruthorst, der Schwarzstorch und weitere relevante Vogelarten wurden ebenfalls über Jahre beobachtet bzw. nachgewiesen. Ebenfalls wurden Fledermaus-Sonderstatusarten wie z.B. Mopsfledermaus, großer Abendsegler, große Bartfledermaus, Fransenfledermaus und kleiner Abendsegler nachgewiesen.</p>	<p>Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Das erst kürzlich verabschiedeten EU-Renaturierungsgesetz verbietet meines Erachtens den Bau von Windkraftindustrieanlagen, die den naturschutzfachlichen Zustand dieses schützenswerten und sensiblen Standortes verschlechtern würden.</p> <p>Die Rotoren dieser Windkraftindustrieanlagen werden aus Glas- oder Carbonfaserverbundstoffen hergestellt. Diese Verbundstoffe sind krebserregend und können vom menschlichen Körper nicht abgebaut werden. An jeder Windkraftindustrieanlage entsteht jährlich ein Abrieb von 50 – 90 kg dieser Verbundstoffe. Bei drei Anlagen und 20 Jahren Laufzeit sind dies mindestens 3 Tonnen krebserregender Glas- oder Carbonfaserverbundstoffe die sich als Mikrobestandteile auf dem Waldboden verteilen und mit Niederschlägen in unsere Grundwasserspeicher absetzen. Ich befürchte durch diese massiven Eingriffe erhebliche Auswirkungen auf diesen sensiblen Standort, die umliegenden Moore und FFH-Schutzgebiete.</p> <p>Ich fordere Sie daher nochmals auf, den Standort In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd aus der Planung möglicher Vorranggebiete für Windkraftanlagen zu streichen.</p>	<p>Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10165	335	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim Nord Kreuzen und Leibertingen Süd [Name anonymisiert] ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung:</p> <p>Konflikte mit Landwirtschaft und Forstwirtschaft</p> <p>Bei der ausgewiesenen Windvorrangfläche [WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen] und der ausgewiesenen vorbehaltsgebieten für PV-Nutzung FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd [Name anonymisiert] ; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental handelt es sich um wertvolle land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Flächen.</p> <p>Eine Bebauung würde bestehende Nutzungen erheblich einschränken ja sogar unmöglich machen. Es ist weitläufig bekannt, dass nicht nur die riesigen, gerodeten Flächen selbst zerstört werden, sondern auch weitläufige, angrenzende Waldflächen. Dadurch wird Waldboden verstärkt ausgetrocknet, was wiederum die Anfälligkeit des Waldbestandes für Krankheiten</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und Käferbefall verstärkt. Gerade als Privatwaldbesitzer fühle ich mich hier direkt betroffen.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 5 und 6 BauGB ist der Landwirtschaft Vorrang einzuräumen, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der PV Fläche, sowie die Zurücknahme der Flächenvergrößerung der Windvorrangfläche gegenüber den bestehenden FNP's.</p>	<p>möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10165	337	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim Nord Kreuzen und Leibertingen Süd Sohmerhof ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung: Fehlende Wirtschaftlichkeit und Windhöffigkeit Eine Nutzung solcher Flächen steht im Widerspruch zum Grundsatz der sparsamen Bodennutzung nach § 1a Abs. 2 BauGB und widerspricht dem Ziel einer effektiven Energiewende. Es sind immer mehr Wissenschaftler und Vertreter der Energiewirtschaft (wie zuletzt in einem Bericht der EnBW zu lesen), die bestätigen, dass die ideologische und teilweise tatsachenferne Politik der alten Bundesregierung zu massiven, wirtschaftlichen Schäden führt. Die schon vor Jahren vorausgesagten Probleme mit Strompreisen und der immer schlechter werdenden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sind ein Beweis dafür, dass diese Energiepolitik vollkommen fehlgeleitet ist.</p> <p>Ich fordere die Streichung der gesamten Vorrangfläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen</p>	<p>artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10166	559	<p>Sehr geehrte Damen und Herren.</p> <p>WKAs und Wasserschutz-Zonen Pfullendorf 08.05.2025</p> <p>Der aktuelle Planflächen-Entwurf für die 13 WKAs hat am südlichen und westlichen Rand möglicherweise Überlappungen mit den ausgewiesenen Wasserschutzgebieten des LUBW. Der Harbach entspringt im WKA Plangebiet und fließt in eine Pfullendorfer Wasserschutzzone 1.</p> <p>Ich bitte Sie, die Standort und Anzahlplanung der WKAs innerhalb der Planfläche nicht nur dem Projektführer zu überlassen. Das Beispiel Harbach zeigt, dass Sonderfälle zu berücksichtigen sind.</p> <p>Eine Kontaminierung der Pfullendorfer Wasserversorgung ist zu vermeiden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen [Adresse anonymisiert]</p>	<p>Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst und die Anzahl. Belange des Grundwasserschutz wurden berücksichtigt, s. Planungskonzept zum Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie und Umweltbericht.</p> <p>Das VRG Windenergie liegt z.T. in Wasserschutzgebieten Zone III (5%) Bezüglich des Umgangs mit Wasserschutzgebieten Zone III:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10170	307	<p>diese Stellungnahme hier bezieht sich auf Ihre Rückmeldung zu meiner Stellungnahme im Rahmen der 1. Anhörung: RVBO-ID (Az.) IV.00755, BE-ID (Nr.) 8627:</p> <p>Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso meine Stellungnahme keine Berücksichtigung fand.</p> <p>Aus der Datei „Regionalplan Bodensee- Oberschwaben Teilregionalplan Energie (Entwurf), Kapitel 4.2 des Regionalplans sowie Änderungen an anderen Plankapiteln, Entwurf zur Anhörung gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025“ gehen u.a. folgende Informationen hervor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete Windenergie hinausragen (Rotoraußerhalb-Flächen) (Kapitel 4.2.1 (1), S.13)</li> <li>- Windenergieanlagen unterliegen keiner Höhenbegrenzung (Kapitel 4.2.1 (2), S. 13)</li> <li>- Im Planungsprozess wurden in der Regel Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 250-300m und einem Rotordurchmesser von bis zu 180m als Bemessungsgrundlage genutzt. (S.25)</li> <li>- "Um eine Umzingelung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen zu vermeiden, wurde in der Regel in einem Abstand von ca. 2,5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2,0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden ein Winkel von zweimal 60 Grad gegenüberliegen der entsprechenden Siedlungen / Gebäude freigehalten“ (S. 28)</li> </ul> <p>Ich wohne in einem Haus, dass laut jetziger Planung nur ca. 750m vom Vorranggebiet entfernt ist. (Siehe grüne Markierung im Anhang / meine hinterlegte Adresse)</p> <p>Das heißt die Rotorblätter könnten bis zu ca. 650m an mein Zuhause heranragen. Meine Lebensqualität würde also elementar eingeschränkt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Starke Beeinträchtigung durch Schlagschatten (je nach Sonneneinstrahlung)</li> <li>- Lärmbelästigung (je nach Windrichtung / Windstärke)</li> <li>- Gesundheitliche Schäden (z.B. durch Infraschall, Lärm)</li> </ul> <p>Wie begründen Sie es, dass es in meinem Fall nicht so wichtig ist, wie in anderen Fällen ausreichend Abstand zu Wohngebäuden zu lassen? #Gleichbehandlung</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 288 verwiesen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
IV. 10170	308	<p>diese Stellungnahme hier bezieht sich auf Ihre Rückmeldung zu meiner Stellungnahme im Rahmen der 1. Anhörung: RVBO-ID (Az.) IV.00755, BE-ID (Nr.) 8627:</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso meine Stellungnahme keine Berücksichtigung fand.</p> <p>Aus der Datei „Regionalplan Bodensee- Oberschwaben Teilregionalplan Energie (Entwurf), Kapitel 4.2 des Regionalplans sowie Änderungen an anderen Plankapiteln, Entwurf zur Anhörung gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025“ gehen u.a. folgende Informationen hervor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete Windenergie hinausragen (Rotoraußerhalb-Flächen) (Kapitel 4.2.1 (1), S.13)</li> <li>- Windenergieanlagen unterliegen keiner Höhenbegrenzung (Kapitel 4.2.1 (2), S. 13)</li> <li>- Im Planungsprozess wurden in der Regel Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 250-300m und einem Rotordurchmesser von bis zu 180m als Bemessungsgrundlage genutzt. (S.25)</li> <li>- "Um eine Umzingelung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen zu vermeiden, wurde in der Regel in einem Abstand von ca. 2,5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2,0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden ein Winkel von zweimal 60 Grad gegenüberliegen der entsprechenden Siedlungen / Gebäude freigehalten“ (S. 28)</li> </ul> <p>Ich wohne in einem Haus, dass laut jetziger Planung nur ca. 750m vom Vorranggebiet entfernt ist. (Siehe grüne Markierung im Anhang / meine hinterlegte Adresse)</p> <p>Das Haus inklusive Grundstück würde aufgrund der sehr nahen Windkraftanlage einen enormen Wertverlust erleiden. Wer kommt für diese Wertminderung auf und bezahlt Schadensersatz an den Eigentümer? Es ist nicht zulässig, dass einzelne Privatpersonen einen wirtschaftlichen Schaden aufgrund einer zu nah gebauten Windkraftanlage erleiden. Bitte nehmen Sie hierzu konkret Stellung.</p>	<p>/ wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10170	454	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>aus der Datei „Regionalplan Bodensee- Oberschwaben Teilregionalplan Energie (Entwurf), Kapitel 4.2 des Regionalplans sowie Änderungen an anderen Plankapiteln, Entwurf zur Anhörung gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025“ gehen u.a. folgende Informationen hervor: Seite 35: "WEA-437-025, Wald mittlere Windleistungsdichte nach Windatlas &lt; 190 W/m² in 160 m Höhe, ausreichende Windhöffigkeit ist durch Gutachten belegt"</p> <p>Anbei außerdem ein Auszug aus der Präsentation der Bürger-Infractionsveranstaltung in der Zehn-Dörfer-Halle Wald vom 03.07.24 (S.27).</p> <p>Gemäß Windatlas ist das Gebiet Nr. WEA-437-025 "Wald" nicht für Windenergie geeignet. Wurde das Gutachten, dass zu anderen Ergebnissen kam von einer unabhängigen Stelle geprüft? Also wurde ein unabhängiges Gutachten erstellt, dass auch zu dem Ergebnis kam, dass das Gebiet eine höhere Windleistungsdichte als im Windatlas ausgewiesen aufweist? Falls ja, bitte lassen Sie mir das unabhängige Gutachten zukommen. Falls nein: Beantragen Sie bitte ein unabhängiges Gutachten.</p> <p>(Diese Information wurde für mich erst in der Informationsveranstaltung am 03.07.24 transparent und somit nach der 1.Anhörung)</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 438 verwiesen	Kenntnisnahme
IV. 10170	455	<p>Freundliche Grüße</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>aus der Datei „Regionalplan Bodensee- Oberschwaben Teilregionalplan Energie (Entwurf), Kapitel 4.2 des Regionalplans sowie Änderungen an anderen Plankapiteln, Entwurf zur Anhörung gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025“ gehen u.a. folgende Informationen hervor:</p> <p>Seite 35: WEA-437-025, Wald mittlere Windleistungsdichte nach Windatlas &lt; 190 W/m² in 160 m Höhe, ausreichende Windhöffigkeit ist durch Gutachten belegt</p> <p>Anbei außerdem ein Auszug aus der Präsentation der Bürger-Informationsveranstaltung in der Zehn-Dörfer-Halle Wald vom 03.07.24 (S.27).</p> <p>Gemäß Windatlas weist das Gebiet Nr. WEA-437-025 "Wald" nur eine mittlere Windleistungsdichte &lt;190 W/m² in 160m Höhe aus, liegt also in einem rot-gelb-orangen Bereich.</p> <p>Die ausreichende Windhöffigkeit wurde anscheinend durch ein Gutachten belegt. Nur durch dieses Gutachten wurde das Gebiet als Vorranggebiet Windenergie ausgewählt. Es sollte grundsätzlich eine einheitliche, faire und transparente Vorgehensweise zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergie geben. Wenn nicht einheitlich auf den Windatlas, sondern in Ausnahmefällen auf Gutachten zurückgegriffen wird, ist das nicht mehr gegeben.</p> <p>Wenn Sie in einem Fall auf ein Gutachten abstellen, anstatt dem Windatlas zu vertrauen, stellen Sie den Windatlas an sich in Frage. Dann müssten Sie konsequenterweise für alle anderen Gebiete, in denen die Windleistungsdichte nach Windatlas &lt;190 W/m² in 160m Höhe lag, auch ein Gutachten einholen. Ansonsten erfolgt die Auswahl nicht einheitlich, fair und transparent, sondern sehr willkürlich – je nach dem, wo jemand ein Gutachten beauftragt hat oder eben nicht.</p> <p>Bitte nehmen Sie hierzu Stellung.</p> <p>(Diese Information wurde für mich erst in der Informationsveranstaltung am 03.07.24 transparent und somit nach der 1.Anhörung)</p> <p>Freundliche Grüße</p>	Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 438 verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10171	312	im Rahmen der zweiten Offenlage des Teilregionalplans Energie erheben wir, der gemeinnützige Verein „Bündnis für regenerative Energie, Mensch und Natur (BREMN e.V.) Einspruch gegen die Ausweisung des Vorranggebiets WEA-436-010 (Altdorfer Wald). Die folgende Stellungnahme begründet im Detail, weshalb diese Flächen aus fachlichen, rechtlichen und raumordnerischen Gründen nicht als Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden dürfen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10172	564	<p>Betreff: Stellungnahme zu dem derzeit noch geplanten Vorranggebiet für 3 Windkraftträdern in Mösern/Enkenhofener Wald-Süd (WEA-436-013) mit Planung einer zusätzlichen Windkraftanlage im Bereich Winnis.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, Im Folgenden nehme ich Stellung zu dem oben genannten Vorrang-Gebiet mit zusätzlicher Planung einer Windkraftanlage im Bereich Winnis und fordere Sie ausdrücklich auf, dieses Gebiet und die Planung der weiteren Windkraftanlage aus der Entwurfplanung für mögliche Vorranggebiete zu entfernen. Die weitere Windkraftanlage soll außerhalb des geplanten Vorranggebietes errichtet werden. Das Vorrang-Gebiet WEA-436-013 befindet sich nur!!! etwa 600m östlich von unserem Hof, den wir vor ca. 30 Jahren in dem Glauben, dass wir hier ohne Umweltbeeinträchtigung alt werden können, gekauft und umgebaut haben, in einem Wald, das für uns ein Naherholungsgebiet ist und dieses Waldstück durch den Bau nun nahezu zerstört wird. Das 4. Windkrafttrad soll neben dem oben genannten Vorranggebiet direkt angrenzend an ein Moorgebiet und in nächster Nähe des Natursees Badsee erstellt werden, somit noch mehr Zerstörung des Waldes und Gefährdung des Sees. Durch die Windkraftträder sehe ich durch den Lärm der Flügel, ständige Lichtsignale und Verschmutzung durch Abrieb enorme Gefährdung von -Nistplätze der Artenschutztiere Bussard und Milan, die ständig über dem Wald kreisen. - Nistplätze unserer Wald- und Singvögel, die es hier in einer Vielzahl gibt, sowie Gefährdung von Fledermäuse, Waldameisen und Insekten. - Bedrohung des Lebensraum von unseren heimischen Waldtieren. - den Bienen, dessen Honig vergiftet wird. - Verschmutzung und Vergiftung des Natursee Badsee, der für viele Touristen ein schönes Ausflugsziel ist, sowie die Vertreibung der</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wasservögel.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zerstörung des angrenzenden Mooregebietes, das doch eigentlich geschützt werden sollte.</li> <li>- Zerstörung des Waldes, der doch schon bedroht ist, große Freiflächen im Wald bieten Angriffspunkte für Stürme und den Borkenkäfer. <ul style="list-style-type: none"> <li>- durch den enormen Straßenbau für die Zufahrt!!! Die Straßen müssen durchweg verbreitert werden, da sie hier auf dem Land sogar zu schmal für eine eingezeichnete Mittellinie sind.</li> <li>- der Wald ist Feuchtgebiet, evtl. auch Moor??? Das heißt, es müssen extra tiefe Fundamente gebaut werden - wieviel Beton wird in das Erdreich eingetragen???? Umweltschutz!!!</li> <li>- Waldbrandgefahr durch Blitzeinschlag, wie wird das gelöscht? Gefahren durch Funkenflug und krebserregende Stoffe bei einem möglichen Brand; die Feuerwehr kann nicht eingreifen. Desweiteren sehe ich eine gravierende</li> <li>- Minderung unserer Lebensqualität durch den Lärm, die Blinklichter, Sonnenlichtverdeckung und Vergiftung durch den Abrieb.</li> <li>- Gefährdung unserer Gesundheit und die unserer Tiere, Pferde und Hunde, die eine weitaus bessere Hörfähigkeit haben, durch den Lärm und Infraschall.</li> <li>- Hoher Wertverlust unseres Hofes, wer gleicht diesen aus, wenn es zu einem Verkauf kommen sollte???? Wer kauft eine Immobilie und zahlt den eigentlichen Wert, wenn eine Windkraftanlage 600m entfernt steht und der eigentlich angrenzende Wald keiner mehr ist???</li> </ul> </li> </ul> <p>Ausserdem sehe ich die eigentliche Wirtschaftlichkeit im Vergleich zu der Zerstörung unserer Landschaftsregion, das Allgäu, in Frage gestellt, da es hier selten ein gleichbleibender Wind gibt, sondern dieser eher stürmisch und böig ist.</p> <p>Die schöne Landschaftsregion Allgäu wird unwiederbringlich zerstört, unsere Allgäuer Naturverbundenheit und Mentalität, mit dem auch der Tourismus wirbt, wird gestört.</p> <p>Ich hoffe, Sie finden andere Lösungen. Das Allgäu ist kein Windpark!!!</p>	<p>stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10175	313	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen die o.g. Vorbehaltsgebiete ein.</p> <p>Begründungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Konflikte mit Landwirtschaft und Forstwirtschaft</li> </ul> <p>Bei der ausgewiesenen Windvorrangfläche [WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen] und des ausgewiesenen Vorbehaltsgebietes</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s.</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	---	---	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>FFPV-437-029 Thalheim-Nord Kreuzen handelt es sich um wertvolle land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Flächen. Eine Bebauung würde bestehende Nutzungen erheblich einschränken ja sogar unmöglich machen.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 5 und 6 BauGB ist der Landwirtschaft Vorrang einzuräumen, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der PV Fläche, sowie die Zurücknahme der Flächenvergrößerung der Windvorrangfläche gegenüber den bestehenden FNP's.</p> <p>Zudem widersprechen die geplanten Flächen aus naturschutzrechtlicher, bauplanungsrechtlicher sowie verfassungsrechtlicher Sicht einer rechtmäßigen Planung. Im Einzelnen stützt sich mein Widerspruch auf folgende tragfähige rechtliche Grundlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verletzung des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden (§ 1a Abs. 2 BauGB) Der Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Boden wird durch die Ausweisung großflächiger technischer Nutzungen auf landwirtschaftlichen Flächen verletzt.</li> <li>- Übermäßige Flächeninanspruchnahme – Missachtung der kommunalen Planungshoheit Unsere Gemeinde Leibertingen hat bereits durch eigene Beschlüsse Photovoltaikflächen im Umfang von ca. 1,07% der Gemarkungsfläche planerisch gesichert. Die zusätzliche Festlegung der Flächen durch den Regionalverband verletzt die kommunale Planungshoheit nach § 1 Abs. 4 BauGB, wonach Regionalplanungen an die Ziele der kommunalen Bauleitplanung anzupassen sind.</li> <li>- Beeinträchtigung naturnaher Strukturen und gesetzlich geschützter Feuchtgebiete Das Eingreifen in die genannten Flächen verändert zwangsläufig Bereiche mit Feuchtstellen, Drainagezonen, strukturreichem Grünland und ökologisch wertvollen Übergangsbiotopen. Diese stehen nach § 30 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) unter besonderem Schutz. Das bebauen dieser Strukturen mit großflächigen Solarfelder widerspricht dem Veränderungsverbot für Biotope und dem</li> </ul>	<p>hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Grundsatz des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen nach Art. 20a Grundgesetz (GG).	Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10175	314	<p>- Der Ausbau der Windenergie und FFPV erfolgt rücksichtslos und auf Kosten der Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung.</p> <p>Die Bevölkerung im ländlichen Raum wird mit Windkraftanlagen und FFPV-Feldern überrollt – ohne Rücksicht auf ihr Bedürfnis nach</p> <p>Ruhe, Heimat, Sichtachsen und Lebensqualität. Die Umzingelung durch Windräder und FFPV-Feldern ist kein notwendiges Übel, sondern eine Folge von Planungsversagen und technokratischer Ignoranz. Wer die Energiewende will, muss sie mit und nicht gegen die</p> <p>Menschen machen – sonst kippt nicht nur die Stimmung, sondern auch die Demokratie im ländlichen Raum. Die stetig höheren Ergebnisse der Parteien im rechten Bereich basieren auch auf diesen erzwungenen Maßnahmen zur Energiewende. Das sind keine guten Aussichten für die Zukunft dieses Landes.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10177	565	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>folgende Stellungnahme zum Windpark Gemarkung Osterhofen (WEA 436-007) möchte ich Ihnen auf diesem Wege zukommen lassen.</p> <p>Unmittelbar hinter unserem Haus soll ein riesiger Windpark entstehen, angrenzend sind vom Regionalverband Donau-Ilser nochmals Windkraftträder im Anschluss geplant – also mehr als 20 Anlagen auf einer Fläche! Ich bin direkt als Anwohner betroffen. Ich wohne schon mein ganzes Leben lang im Haistergau genauer in Hittelkofen</p>	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und das ist mein Zuhause und auch für meine Kinder und Enkelkinder soll es eigentlich das Zuhause bleiben. Ich bin absolut für alternative Energieformen. Allerdings wohl überlegt und in einer Harmonie zwischen Mensch und Natur. Das ist druchaus möglich. Doch ein Windpark solchen Ausmaßes, mit Windrädern mit derartigen Höhen und mit viel zu geringem Abstand zu Wohnhäusern, hat für mich wenig mit Umweltschutz zu tun. Mir erschließt sich weder, wie dies vorgenehmigt werden konnte, noch weshalb verschiedene Anbieter bzw. Projektierer hier mit im Spiel sind. Hier ist eine absolute Überbelastung im Gange!</p> <p>Gemäß dem Grundsatz der gerechten Lastenverteilung sollten einzelne Regionen nicht überproportional belastet werden. Die geplante Verdichtung der Anlagen im Haistergau widerspricht diesem Prinzip.</p> <p>Als direkt betroffener Anwohner fühlt man sich übergangen (Immobilienwertverlust, Gesundheitsrisiken ausgesetzt). Die Planung wurde weitgehend im Verborgenen durchgeführt ohne die Anwohner, BI's und Ortschaftsräte hinzuzuziehen. Die mangelnde Transparenz und Bürgerbeteiligung führt zu einem tiefgreifenden Vertrauensverlust gegenüber den verantwortlichen Stellen – eine Entwicklung, die langfristig das demokratische Miteinander gefährdet.</p> <p>Wer entschädigt uns, die tagtäglich diesem Wahnsinn ausgesetzt sind?</p> <p>Fledermäuse sterben von den Druckimpulsen, was passiert beim Menschen?</p> <p>Noch schlimmer für mich ist, dass ein Kindergarten in direkter Lage zu dem geplanten Windpark steht, in den meine Tochter bald gehen soll.</p> <p>Wir haben Angst um unsere Gesundheit, um die Abnahme der Lebensqualität durch Schattenwurf, Infraschall, Druckwellen, PFAS, usw. Besonders bedenklich ist, dass keine Erfahrungswerte für Windkraftanlagen in dieser Größenordnung vorliegen. Vielfach wird ausgeführt, dass Menschen Infraschall nicht hören würden, aber man nimmt wahr diesen als Druck, Schwingungen und Dröhnen wahr. Aber über dieses Thema schweigen die Verantwortlichen. Weshalb werden wir, die dort wohnen, wie Menschen zweiter Klasse behandelt und MÜSSEN mit so etwas leben?</p> <p>Das Haistergau liegt sozusagen in einem Tal. Dies kann vermutlich nochmals zu einer anderen Lärmwahrnehmung der Windräder kommen, als auf einer flachen Ebene.</p> <p>Zudem zählt Hittelkofen als Mischgebiet, das heißt wir sind zusätzlich erheblich mehr Lärm ausgesetzt.</p> <p>Es wäre unwirtschaftlich und nicht nachhaltig, wenn die Windräder</p>	<p>B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>stehen und diese dann wieder abgeschaltet werden müssen, falls die Lärmbelastung doch zu hoch wird. - Siehe Außerbetriebnahme der Windkraftanlagen im Schurwald – Baiereck-, die nicht gesetzes- und genehmigungskonform betrieben werden können. Dieser Projektierer ist auch im Haistergau zu Gange. Wie dies dort genehmigt werden konnte ist fraglich.</p> <p>Hier kam es zu massiven Protesten der Anwohner, wegen störendem Lärm. Die Brummtöne sind vor allem in den Nächten unerträglich und mehr als die Hälfte denken über einen Wegzug nach. Diese Windkraftanlagen liegen mit Abstand 900 – 1.400 m entfernt zum Wohngebiet. Dies beweist doch, dass ein größerer Mindestabstand eingehalten werden muss, wenn die Anwohner mit einem Abstand von 1.400m von dem Lärm immer noch so stark belastet sind. Wie kommt der Regionalverband auf den Mindestabstand und wie wird der Mindestabstand mit 750 m zu den Wohngebieten berechnet und belegt?</p> <p>Bei uns stehen die Windräder sozusagen im „Wohnzimmer“! Wofür?</p> <p>Aus meiner Sicht ist dieser Mindestabstand von 750 m überhaupt nicht nachvollziehbar und einfach zu wenig, um den Lärm als nicht störend zu empfinden. Auch 1.400 m ist wie oben genannt nachweislich bei den Anlagen in Baiereck viel zu nah an den Ortschaften.</p> <p>Durch dieses Beispiel sind die Zweifel und Ängste berechtigt und unklar, ob die Lärmgrenzwerte/Mindesabstand/Abschaltautomatik/Wartung auch ausreichend geprüft und kontrolliert werden.</p> <p>Der Wert der Häuser von uns Anliegern wird erheblich gemindert sowie die Wohnaktivität deutlich reduziert. Das ist offensichtlich und darf vom Regionalverband nicht unterschätzt werden (Aussage es wurde keine Wertminderung beobachtet ist lächerlich). Möchten Sie ein Windrad im Vorgarten haben, das Sie Tag und Nacht volldröhnt? Ich kenne bis jetzt niemanden.....In anderen Bundesländern ist geplant, dass Betroffene Ausgleichszahlungen erhalten, warum hier nicht?</p> <p>Ein Windpark der geplanten Größe ist deshalb ein unverhältnismäßiger Eingriff in Bürgerrechte, Natur und Umwelt. Eine Privilegierung der Windanlagen ist nicht gerechtfertigt, wenn sie noch nicht einmal effizient sind im Sinne der Energiewende.</p> <p>Zudem sehe ich die Gefahr, dass die Trinkwasserschutzgebiete ringsherum und auch das größte intakte Hochmoor Europas, das Wurzacher Ried, durch die vielen Windkraftanlagen beeinträchtigt bzw. geschädigt werden. Es muss für die Windräder viel Boden durch Beton versiegelt werden und das Wasser kann nicht mehr so einfach in den Boden gelangen. Eine</p>	<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Umweltverträglichkeitsprüfung ist hier unbedingt erforderlich. Die Gefahr der Austrocknung des Hochmoors Wurzacher Rieds ist einfach zu groß!</p> <p>Der Haistergau ist für viele Menschen ein Naherholungsgebiet, ein kleines Stück Natur, dass NOCH nicht vom Mensch zerstört worden ist.</p> <p>Die Energiewende ist wichtig, aber nicht zum Preis der Lebensqualität von Dörfern, insbesondere dann nicht, wenn sich das Ganze nur aufgrund der hohen Förderungen finanziell lohnt. Wo bleibt hier die Nachhaltigkeit?</p> <p>Aber es dreht sich nur um Profit, das die Investoren machen.</p> <p>Die Stromerzeugung muss ohne Subventionen rentabel sein, nur das macht Sinn und ist nachhaltig. Umweltschutz betrifft uns alle und die Natur muss bewahrt werden.</p> <p>Diese Themen müssen vor der endgültigen Genehmigung der Windparks dringend geprüft werden.</p> <p>Ich wünsche mir eine wunderbare Landschaft im Haistergau, das meine Heimat und auch die Heimat vieler ist und für die vielen Tieren und Natur, mehr Sensibilität und Rücksichtnahme. Der Mensch braucht die Natur – die Natur den Menschen nicht.</p>		
IV. 10177	1253	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>folgende Stellungnahme zum Windpark Gemarkung Osterhofen (WEA 436-007) möchte ich Ihnen auf diesem Wege zukommen lassen.</p> <p>Unmittelbar hinter unserem Haus soll ein riesiger Windpark entstehen, angrenzend sind vom Regionalverband Donau-Iller nochmals Windkraftträder im Anschluss geplant – also mehr als 20 Anlagen auf einer Fläche! Ich bin direkt als Anwohner betroffen. Ich wohne schon mein ganzes Leben lang im Haistergau genauer in Hittelkofen und das ist mein Zuhause und auch für meine Kinder und Enkelkinder soll es eigentlich das Zuhause bleiben.</p> <p>Ich bin absolut für alternative Energieformen. Allerdings wohl überlegt und in einer Harmonie zwischen Mensch und Natur. Das ist druchaus möglich. Doch ein Windpark solchen Ausmaßes, mit Windrädern mit derartigen Höhen und mit viel zu geringem Abstand zu Wohnhäusern, hat für mich wenig mit Umweltschutz zu tun. Mir erschließt sich weder, wie dies vorgenehmigt werden konnte, noch weshalb verschiedene Anbieter bzw. Projektierer hier mit im Spiel sind. Hier ist eine absolute Überbelastung im Gange!</p> <p>Gemäß dem Grundsatz der gerechten Lastenverteilung sollten einzelne Regionen nicht überproportional belastet werden. Die geplante Verdichtung der Anlagen im Haistergau widerspricht diesem Prinzip.</p>	<p>Der Wiedehopf ist eine Art, die im Rahmen des LUBW Fachbeitrags mit abgehandelt wurde.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von Schwerpunktorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.</p> <p>In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktorkommen handelt es sich insgesamt nicht um</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Als direkt betroffener Anwohner fühlt man sich übergangen (Immobilienwertverlust, Gesundheitsrisiken ausgesetzt). Die Planung wurde weitgehend im Verborgenen durchgeführt ohne die Anwohner, BI's und Ortschaftsräte hinzuzuziehen. Die mangelnde Transparenz und Bürgerbeteiligung führt zu einem tiefgreifenden Vertrauensverlust gegenüber den verantwortlichen Stellen – eine Entwicklung, die langfristig das demokratische Miteinander gefährdet.</p> <p>Wer entschädigt uns, die tagtäglich diesem Wahnsinn ausgesetzt sind?</p> <p>Fledermäuse sterben von den Druckimpulsen, was passiert beim Menschen?</p> <p>Noch schlimmer für mich ist, dass ein Kindergarten in direkter Lage zu dem geplanten Windpark steht, in den meine Tochter bald gehen soll.</p> <p>Wir haben Angst um unsere Gesundheit, um die Abnahme der Lebensqualität durch Schattenwurf, Infraschall, Druckwellen, PFAS, usw. Besonders bedenklich ist, dass keine Erfahrungswerte für Windkraftanlagen in dieser Größenordnung vorliegen.</p> <p>Vielfach wird ausgeführt, dass Menschen Infraschall nicht hören würden, aber man nimmt wahr diesen als Druck, Schwingungen und Dröhnen wahr. Aber über dieses Thema schweigen die Verantwortlichen. Weshalb werden wir, die dort wohnen, wie Menschen zweiter Klasse behandelt und MÜSSEN mit so etwas leben?</p> <p>Das Haistergau liegt sozusagen in einem Tal. Dies kann vermutlich nochmals zu einer anderen Lärmwahrnehmung der Windräder kommen, als auf einer flachen Ebene.</p> <p>Zudem zählt Hittelkofen als Mischgebiet, das heißt wir sind zusätzlich erheblich mehr Lärm ausgesetzt.</p> <p>Es wäre unwirtschaftlich und nicht nachhaltig, wenn die Windräder stehen und diese dann wieder abgeschaltet werden müssen, falls die Lärmbelastung doch zu hoch wird. - Siehe Außerbetriebnahme der Windkraftanlagen im Schurwald – Baiereck-, die nicht gesetzes- und genehmigungskonform betrieben werden können. Dieser Projektierer ist auch im Haistergau zu Gange. Wie dies dort genehmigt werden konnte ist fraglich.</p> <p>Hier kam es zu massiven Protesten der Anwohner, wegen störendem Lärm. Die Brummtöne sind vor allem in den Nächten unerträglich und mehr als die Hälfte denken über einen Wegzug nach. Diese Windkraftanlagen liegen mit Abstand 900 – 1.400 m entfernt zum Wohngebiet. Dies beweist doch, dass ein größerer Mindestabstand eingehalten werden muss, wenn die Anwohner mit einem Abstand von 1.400m von dem Lärm immer noch so stark belastet sind. Wie kommt der Regionalverband auf den Mindestabstand und wie wird der Mindestabstand mit 750 m zu den Wohngebieten berechnet und</p>	<p>eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunkt vorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Darüber hinaus nehmen wir wie folgt Stellung: Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>belegt? Bei uns stehen die Windräder sozusagen im „Wohnzimmer“! Wofür? Aus meiner Sicht ist dieser Mindestabstand von 750 m überhaupt nicht nachvollziehbar und einfach zu wenig, um den Lärm als nicht störend zu empfinden. Auch 1.400 m ist wie oben genannt nachweislich bei den Anlagen in Baiereck viel zu nah an den Ortschaften. Durch dieses Beispiel sind die Zweifel und Ängste berechtigt und unklar, ob die Lärmgrenzwerte/Mindesabstand/Abschaltautomatik/Wartung auch ausreichend geprüft und kontrolliert werden.</p> <p>Der Wert der Häuser von uns Anliegern wird erheblich gemindert sowie die Wohnaktivität deutlich reduziert. Das ist offensichtlich und darf vom Regionalverband nicht unterschätzt werden (Aussage es wurde keine Wertminderung beobachtet ist lächerlich). Möchten Sie ein Windrad im Vorgarten haben, das Sie Tag und Nacht volldröhnt? Ich kenne bis jetzt niemanden.....In anderen Bundesländern ist geplant, dass Betroffene Ausgleichszahlungen erhalten, warum hier nicht? Ein Windpark der geplanten Größe ist deshalb ein unverhältnismäßiger Eingriff in Bürgerrechte, Natur und Umwelt. Eine Privilegierung der Windanlagen ist nicht gerechtfertigt, wenn sie noch nicht einmal effizient sind im Sinne der Energiewende.</p> <p>Zudem sehe ich die Gefahr, dass die Trinkwasserschutzgebiete ringsherum und auch das größte intakte Hochmoor Europas, das Wurzacher Ried, durch die vielen Windkraftanlagen beeinträchtigt bzw. geschädigt werden. Es muss für die Windräder viel Boden durch Beton versiegelt werden und das Wasser kann nicht mehr so einfach in den Boden gelangen. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist hier unbedingt erforderlich. Die Gefahr der Austrocknung des Hochmoors Wurzacher Rieds ist einfach zu groß!</p> <p>Der Haistergau ist für viele Menschen ein Naherholungsgebiet, ein kleines Stück Natur, dass NOCH nicht vom Mensch zerstört worden ist. Die Energiewende ist wichtig, aber nicht zum Preis der Lebensqualität von Dörfern, insbesondere dann nicht, wenn sich das Ganze nur aufgrund der hohen Förderungen finanziell lohnt. Wo bleibt hier die Nachhaltigkeit? Aber es dreht sich nur um Profit, das die Investoren machen. Die Stromerzeugung muss ohne Subventionen rentabel sein, nur das macht Sinn und ist nachhaltig. Umweltschutz betrifft uns alle und die Natur muss bewahrt werden.</p>	<p>Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Diese Themen müssen vor der endgültigen Genehmigung der Windparks dringend geprüft werden.</p> <p>Ich wünsche mir eine wunderbare Landschaft im Haistergau, das meine Heimat und auch die Heimat vieler ist und für die vielen Tieren und Natur, mehr Sensibilität und Rücksichtnahme. Der Mensch braucht die Natur – die Natur den Menschen nicht.</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10178	566	<p>Zur Ausweisung von Windkraftanlagen im Altdorfer Wald sende ich Ihnen Listen zur Vogelwelt, die belegen, dass der Altdorfer Wald einen besonderen Schutzstatus erhalten muss und deshalb Windkraftanlagen dort nicht zulässig sein sollten.</p> <p>In den Heften ORNIKA, die Ihnen auch schon zugeschickt wurden und die über Download von Ornika jetzt auch über Homepage:</p> <p><a href="https://gerhard.lang-wangen.de/ornika">https://gerhard.lang-wangen.de/ornika</a></p> <p>Für die Hefte Ornika 2018-2023 steht Ihnen nun folgende Seite für einen Download zu Verfügung:</p> <p><a href="https://gerhard.lang-wangen.de/ornika">https://gerhard.lang-wangen.de/ornika</a></p> <p>Hier die Auswahl der Daten zum Altdorfer Wald:</p> <p>Daten zu ALTDORFER WALD</p> <p>Altdorfer Wald 2018 Artenliste</p> <p>Nr. Art N Beob. Summe Ind. Maximum</p> <p>1 Zwergtaucher 38 85 5</p> <p>2 Schwarzhalsstaucher 1 1 1</p> <p>3 Nachtreiher 2 2 1</p> <p>4 Silberreiher 3 3 1</p> <p>5 Graureiher 20 22 2</p> <p>6 Purpureiher 1 1 1</p> <p>7 Schwarzstorch 3 2 1</p> <p>8 Weißstorch 38 70 4</p> <p>9 Höckerschwan 9 18 7</p> <p>10 Krickente 1 4 4</p> <p>11 Stockente 33 208 20</p> <p>12 Kolbenente 3 7 4</p> <p>13 Tafelente 4 22 10</p> <p>14 Reiherente 14 59 8</p> <p>15 Gänsesäger 1 2 2</p> <p>16 Schwarzmilan 2 2 1</p> <p>17 Rotmilan 28 36 6</p> <p>18 Habicht 2 2 1</p> <p>19 Sperber 6 6 1</p>	<p>Es handelt sich hier um Beobachtungen aber nicht um systematisch erhobene und verortete Brutvorkommen. Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunkt-vorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht).</p> <p>Die eingereichten Unterlagen wurden gesichtet und im Hinblick auf die Relevanz auf der vorliegenden Planungsebene geprüft.</p> <p>Die Regionalplanung ist auf systematisch erhobene, regionsweit verfügbare Datengrundlagen angewiesen. Um die Regionalverbände zu unterstützen, wurde im Rahmen der „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Land“ ein „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung“ im Hinblick auf Planungen für Windenergie erarbeitet. Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von Schwerpunkt-vorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunkt-vorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.</p> <p>In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		20 Mäusebussard 56 73 3	<p>die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktvorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunkt vorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	
		21 Turmfalke 10 10 1		
		22 Baumfalke 2 2 1		
		23 Wasserralle 6 9 2		
		24 Teichhuhn 1 1 1		
		25 Blässhuhn 35 166 12		
		26 Kiebitz 1 16 16		
		27 Bekassine 1 1 1		
		28 Waldschnepfe 10 16 2		
		29 Waldwasserläufer 1 2 2		
		30 Hohltaube 1 1 1		
		31 Ringeltaube 40 107 20		
		32 Türkentaube 13 21 4		
		33 Kuckuck 11 11 1		
		34 Waldkauz 22 32 4		
		35 Mauersegler 3 4 2		
		36 Eisvogel 1 1 1		
		37 Grauspecht 3 4 2		
		38 Grünspecht 11 12 2		
		39 Schwarzspecht 31 32 2		
		40 Buntspecht 20 20 1		
		41 Kleinspecht 1 1 1		
		42 Rauchschwalbe 20 185 50		
		43 Mehlschwalbe 10 55 12		
		44 Baumpieper 1 1 1		
		45 Wiesenpieper 3 9 5		
		46 Gebirgsstelze 1 1 1		
		47 Bachstelze 4 7 2		
		48 Wasserramsel 1 1 1		
		49 Zaunkönig 12 12 1		
		50 Heckenbraunelle 6 6 1		
		51 Rotkehlchen 18 21 2		
		52 Hausrotschwanz 5 6 2		
		53 Schwarzkehlchen 5 16 4		
		54 Amsel 39 51 4		
		55 Wacholderdrossel 5 91 50		
		56 Singdrossel 17 22 3		
		57 Misteldrossel 13 19 3		
		58 Rohrschwirl 1 1 1		
		59 Sumpfrohrsänger 1 1 1		
		60 Teichrohrsänger 4 6 2		
		61 Gartengrasmücke 1 3 3		
		62 Mönchsgrasmücke 24 28 4		
		63 Waldlaubsänger 1 1 1		
		64 Zilpzalp 17 23 2		
		65 Fitis 4 4 1		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		66 Wintergoldhähnchen 8 9 2		
		67 Sommergoldhähnchen 8 10 2		
		68 Grauschnäpper 1 1 1		
		69 Trauerschnäpper 3 3 1		
		70 Schwanzmeise 5 23 10		
		71 Sumpfmeise 4 10 4		
		72 Weidenmeise 6 7 2		
		73 Haubenmeise 2 2 1		
		74 Tannenmeise 8 11 2		
		75 Blaumeise 9 23 9		
		76 Kohlmeise 12 39 15		
		77 Kleiber 2 3 2		
		78 Waldbaumläufer 1 1 1		
		79 Gartenbaumläufer 2 2 1		
		80 Neuntöter 16 35 7		
		81 Raubwürger 5 5 1		
		82 Eichelhäher 26 40 6		
		83 Elster 6 9 4		
		84 Dohle 2 45 40		
		85 Saatkrähe 3 245 120		
		86 Rabenkrähe 7 13 3		
		87 Kolkrabe 34 46 8		
		88 Star 28 6256 2000		
		89 Haussperling 17 92 15		
		90 Feldsperling 1 30 30		
		91 Buchfink 32 226 100		
		92 Grünling 1 2 2		
		93 Erlenzeisig 1 20 20		
		94 Fichtenkreuzschnabel 2 6 4		
		95 Gimpel 9 15 4		
		96 Goldammer 9 20 6		
		97 Rohrammer 2 2 1		
		Summe 974 8915		
		Altdorfer Wald Artenliste 2019		
		Nr. Art N Beob. Summe Ind. Maximum Last Mittel [N/Beob] von 1.Halb bis 1.Halb von 2.Halb bis 2.Halb		
		1 Kormoran 4 14 9 06.12.2019 3.5 17.03.2019 12.04.2019 06.12.2019 06.12.2019		
		2 Nachtreiher 1 1 1 15.05.2019 1.0 15.05.2019 15.05.2019 00.00.00 00.00.00		
		3 Kuhreiher 13 13 1 30.12.2019 1.0 00.00.00 00.00.00 15.12.2019 30.12.2019		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		4 Silberreiher 53 235 20 29.12.2019 08.09.2019 29.12.2019	4.4 11.02.2019 05.05.2019	
		5 Graureiher 41 70 10 29.12.2019 02.08.2019 29.12.2019	1.7 09.01.2019 29.06.2019	
		6 Schwarzstorch 10 13 2 06.08.2019 06.08.2019 06.08.2019	1.3 17.03.2019 22.06.2019	
		7 Weißstorch 20 82 17 18.10.2019 31.07.2019 18.10.2019	4.1 23.02.2019 30.06.2019	
		8 Höckerschwan 2 2 1 08.06.2019 00.00.00 00.00.00	1.0 12.04.2019 08.06.2019	
		9 Krickente 1 8 8 05.02.2019 00.00.00	8.0 05.02.2019 05.02.2019 00.00.00	
		10 Stockente 4 11 5 28.12.2019 00.00.00 28.12.2019	2.8 12.04.2019 25.05.2019	
		11 Wespenbussard 1 1 1 15.05.2019 00.00.00 00.00.00	1.0 15.05.2019 15.05.2019	
		12 Schwarzmilan 23 37 4 30.08.2019 12.07.2019 30.08.2019	1.6 17.03.2019 28.06.2019	
		13 Rotmilan 196 316 14 27.12.2019 05.07.2019 27.12.2019	1.6 19.01.2019 29.06.2019	
		14 Rohrweihe 3 3 1 11.09.2019 11.09.2019 11.09.2019	1.0 10.05.2019 10.05.2019	
		15 Kornweihe 7 9 2 31.12.2019 31.12.2019	1.3 00.00.00 00.00.00 21.10.2019	
		16 Habicht 1 1 1 17.03.2019 00.00.00	1.0 17.03.2019 17.03.2019 00.00.00	
		17 Sperber 10 10 1 13.11.2019 09.07.2019 13.11.2019	1.0 07.02.2019 13.04.2019	
		18 Mäusebussard 295 427 9 30.12.2019 30.06.2019 09.07.2019 30.12.2019	1.4 07.01.2019	
		19 Fischadler 1 1 1 10.04.2019 00.00.00 00.00.00	1.0 10.04.2019 10.04.2019	
		20 Turmfalke 152 180 5 29.12.2019 12.07.2019 29.12.2019	1.2 09.01.2019 28.06.2019	
		21 Merlin 1 1 1 06.12.2019 06.12.2019	1.0 00.00.00 00.00.00 06.12.2019	
		22 Baumfalke 2 2 1 11.06.2019 00.00.00 00.00.00	1.0 17.03.2019 11.06.2019	
		23 Wanderfalke 1 1 1 14.06.2019 00.00.00 00.00.00	1.0 14.06.2019 14.06.2019	
		24 Wachtel 2 2 1 25.05.2019 00.00.00	1.0 20.05.2019 25.05.2019 00.00.00	
		25 Blässhuhn 3 5 2 28.09.2019 28.09.2019 28.09.2019	1.7 12.04.2019 08.06.2019	
		26 Kiebitz 3 41 35 19.04.2019 00.00.00	13.7 22.02.2019 19.04.2019 00.00.00	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		27 Großer Brachvogel 1 4 4 15.11.2019 4.0 00.00.00 00.00.00 15.11.2019 15.11.2019		
		28 Lachmöwe 18 333 88 21.07.2019 18.5 18.03.2019 25.06.2019 07.07.2019 21.07.2019		
		29 Flussseseschwalbe 1 1 1 28.07.2019 1.0 00.00.00 00.00.00 28.07.2019 28.07.2019		
		30 Straßentaube 18 165 25 18.11.2019 9.2 11.02.2019 25.05.2019 21.08.2019 18.11.2019		
		31 Hohltaube 1 1 1 16.09.2019 1.0 00.00.00 00.00.00 16.09.2019 16.09.2019		
		32 Ringeltaube 74 4194 1500 22.10.2019 56.7 15.02.2019 26.06.2019 07.07.2019 22.10.2019		
		33 Türkentaube 15 21 4 07.12.2019 1.4 05.02.2019 12.04.2019 09.07.2019 07.12.2019		
		34 Mauersegler 8 41 20 21.07.2019 5.1 22.05.2019 04.06.2019 14.07.2019 21.07.2019		
		35 Alpensegler 1 1 1 16.07.2019 1.0 00.00.00 00.00.00 16.07.2019 16.07.2019		
		36 Eisvogel 1 1 1 16.01.2019 1.0 16.01.2019 16.01.2019 00.00.00 00.00.00		
		37 Grünspecht 5 5 1 27.12.2019 1.0 01.04.2019 02.04.2019 05.07.2019 27.12.2019		
		38 Schwarzspecht 10 10 1 25.10.2019 1.0 15.02.2019 20.04.2019 11.07.2019 25.10.2019		
		39 Buntspecht 24 30 3 30.12.2019 1.3 08.02.2019 25.06.2019 08.07.2019 30.12.2019		
		40 Mittelspecht 3 3 1 30.12.2019 1.0 00.00.00 00.00.00 05.12.2019 30.12.2019		
		41 Feldlerche 8 208 100 28.09.2019 26.0 11.02.2019 05.05.2019 11.07.2019 28.09.2019		
		42 Uferschwalbe 1 4 4 12.04.2019 4.0 12.04.2019 12.04.2019 00.00.00 00.00.00		
		43 Rauchschwalbe 101 635 35 11.09.2019 6.3 01.04.2019 29.06.2019 07.07.2019 11.09.2019		
		44 Mehlschwalbe 32 181 16 11.09.2019 5.7 08.05.2019 29.06.2019 01.07.2019 11.09.2019		
		45 Bergpieper 1 1 1 26.12.2019 1.0 00.00.00 00.00.00 26.12.2019 26.12.2019		
		46 Gebirgsstelze 1 4 4 12.04.2019 4.0 12.04.2019 12.04.2019 00.00.00 00.00.00		
		47 Bachstelze 19 29 4 13.10.2019 1.5 02.04.2019 22.06.2019 07.07.2019 13.10.2019		
		48 Zaunkönig 10 10 1 08.10.2019 1.0 29.03.2019 25.06.2019 26.07.2019 08.10.2019		
		49 Heckenbraunelle 1 1 1 17.05.2019 1.0 17.05.2019 17.05.2019 00.00.00 00.00.00		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		50 Rotkehlchen 22 22 1 18.10.2019	1.0 17.03.2019 28.06.2019	
		13.09.2019 18.10.2019		
		51 Hausrotschwanz 23 27 3 17.10.2019	1.2 12.04.2019 04.06.2019	
		16.07.2019 17.10.2019		
		52 Braunkehlchen 2 2 1 24.08.2019	1.0 00.00.00 00.00.00	
		19.08.2019 24.08.2019		
		53 Steinschmätzer 1 1 1 23.08.2019	1.0 00.00.00 00.00.00	
		23.08.2019 23.08.2019		
		54 Amsel 75 119 10 29.12.2019	1.6 09.01.2019 29.06.2019	
		24.07.2019 29.12.2019		
		55 Wacholderdrossel 6 41 22 06.10.2019	6.8 26.02.2019	
		04.06.2019 06.10.2019 06.10.2019		
		56 Singdrossel 13 17 2 26.06.2019	1.3 19.02.2019 26.06.2019	
		00.00.00 00.00.00		
		57 Misteldrossel 16 28 11 24.09.2019	1.8 17.02.2019 17.06.2019	
		18.08.2019 24.09.2019		
		58 Sumpfrohrsänger 3 3 1 14.06.2019	1.0 04.06.2019 14.06.2019	
		00.00.00 00.00.00		
		59 Gartengrasmücke 4 4 1 14.06.2019	1.0 12.04.2019	
		14.06.2019 00.00.00 00.00.00		
		60 Mönchsgrasmücke 40 45 2 12.09.2019	1.1 12.04.2019	
		28.06.2019 05.07.2019 12.09.2019		
		61 Zilpzalp 46 50 2 13.10.2019	1.1 19.03.2019 28.06.2019	
		05.07.2019 13.10.2019		
		62 Fitis 1 3 3 20.04.2019	3.0 20.04.2019 20.04.2019 00.00.00	
		00.00.00		
		63 Wintergoldhähnchen 7 9 2 12.12.2019	1.3 00.00.00 00.00.00	
		01.10.2019 12.12.2019		
		64 Sommergoldhähnchen 5 5 1 14.06.2019	1.0 29.03.2019	
		14.06.2019 00.00.00 00.00.00		
		65 Grauschnäpper 1 1 1 08.06.2019	1.0 08.06.2019 08.06.2019	
		00.00.00 00.00.00		
		66 Sumpfmeise 3 3 1 17.06.2019	1.0 15.04.2019 17.06.2019	
		00.00.00 00.00.00		
		67 Haubenmeise 1 2 2 18.06.2019	2.0 18.06.2019 18.06.2019	
		00.00.00 00.00.00		
		68 Tannenmeise 2 3 2 29.12.2019	1.5 00.00.00 00.00.00 00.00.00	
		29.12.2019		
		69 Blaumeise 17 24 6 29.12.2019	1.4 25.02.2019 26.06.2019	
		01.08.2019 29.12.2019		
		70 Kohlmeise 35 49 8 29.12.2019	1.4 08.02.2019 13.06.2019	
		17.07.2019 29.12.2019		
		71 Kleiber 9 11 2 29.12.2019	1.2 29.03.2019 18.06.2019	
		26.07.2019 29.12.2019		
		72 Gartenbaumläufer 1 1 1 12.04.2019	1.0 12.04.2019	
		12.04.2019 00.00.00 00.00.00		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		73 Neuntöter 12 23 3 02.08.2019	1.9 29.05.2019 25.06.2019	
		03.07.2019 02.08.2019		
		74 Raubwürger 1 1 1 21.10.2019	1.0 00.00.00 00.00.00	
		21.10.2019 21.10.2019		
		75 Eichelhäher 36 98 16 29.12.2019	2.7 15.02.2019 17.04.2019	
		26.07.2019 29.12.2019		
		76 Elster 86 130 7 06.12.2019	1.5 07.01.2019 14.06.2019	
		10.07.2019 06.12.2019		
		77 Dohle 10 97 25 21.10.2019	9.7 24.02.2019 23.05.2019	
		17.09.2019 21.10.2019		
		78 Saatkrähe 26 965 300 21.10.2019	37.1 23.02.2019 25.05.2019	
		12.07.2019 21.10.2019		
		79 Rabenkrähe 323 2652 200 13.12.2019	8.2 07.01.2019	
		25.06.2019 05.07.2019 13.12.2019		
		80 Kolkrabe 8 9 2 15.12.2019	1.1 07.05.2019 25.06.2019	
		17.09.2019 15.12.2019		
		81 Star 122 3047 600 05.11.2019	25.0 11.02.2019 22.06.2019	
		12.07.2019 05.11.2019		
		82 Haussperling 121 684 80 29.12.2019	5.7 07.01.2019 22.06.2019	
		07.07.2019 29.12.2019		
		83 Feldsperling 48 110 11 18.10.2019	2.3 09.01.2019 14.06.2019	
		12.07.2019 18.10.2019		
		84 Buchfink 64 630 270 29.12.2019	9.8 09.01.2019 28.06.2019	
		05.07.2019 29.12.2019		
		85 Bergfink 2 25 15 21.10.2019	12.5 06.02.2019 06.02.2019	
		21.10.2019 21.10.2019		
		86 Girlitz 3 3 1 21.07.2019	1.0 05.04.2019 04.06.2019 21.07.2019	
		21.07.2019		
		87 Grünling 15 26 6 15.10.2019	1.7 29.03.2019 28.06.2019	
		14.07.2019 15.10.2019		
		88 Stieglitz 9 70 30 31.12.2019	7.8 02.02.2019 04.06.2019	
		14.07.2019 31.12.2019		
		89 Erlenzeisig 10 60 20 07.12.2019	6.0 07.01.2019 29.03.2019	
		15.11.2019 07.12.2019		
		90 Bluthänfling 3 28 25 25.10.2019	9.3 02.02.2019 30.05.2019	
		25.10.2019 25.10.2019		
		91 Fichtenkreuzschnabel 1 1 1 05.04.2019	1.0 05.04.2019	
		05.04.2019 00.00.00 00.00.00		
		92 Gimpel 2 3 2 25.10.2019	1.5 07.02.2019 07.02.2019 25.10.2019	
		25.10.2019		
		93 Kernbeißer 3 3 1 20.10.2019	1.0 11.01.2019 29.03.2019	
		20.10.2019 20.10.2019		
		94 Goldammer 19 103 40 30.12.2019	5.4 06.01.2019 22.06.2019	
		07.07.2019 30.12.2019		
		95 Nebelkrähe 1 1 1 19.08.2019	1.0 00.00.00 00.00.00	
		19.08.2019 19.08.2019		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
---------------	-------------	----------	--------------------------	----------

Summe 2462 16608

Nr. Art N Beob. Summe Ind. Maximum Last

1 Zwergtaucher 39 135 12 26.07.2020  
2 Kormoran 1 1 1 26.07.2020  
3 Silberreiher 4 13 9 30.12.2020  
4 Graureiher 24 33 3 28.10.2020  
5 Schwarzstorch 19 24 3 26.09.2020  
6 Weißstorch 27 43 4 02.09.2020  
7 Höckerschwan 10 25 10 17.11.2020  
8 Nilgans 2 4 2 21.05.2020  
9 Brautente 1 1 1 29.03.2020  
10 Krickente 2 3 2 23.10.2020  
11 Stockente 36 308 30 17.11.2020  
12 Tafelente 3 74 35 17.11.2020  
13 Reiherente 11 62 18 20.10.2020  
14 Gänsesäger 6 17 6 26.04.2020  
15 Wespenbussard 4 4 1 19.08.2020  
16 Schwarzmilan 7 9 2 09.08.2020  
17 Rotmilan 25 38 6 24.12.2020  
18 Rohrweihe 1 1 1 01.04.2020  
19 Habicht 3 3 1 26.12.2020  
20 Sperber 8 8 1 16.12.2020  
21 Mäusebussard 54 69 4 30.12.2020  
22 Turmfalke 11 12 2 30.12.2020  
23 Baumfalke 2 2 1 11.06.2020  
24 Wachtel 2 2 1 11.06.2020  
25 Wasserralle 17 54 6 28.10.2020  
26 Blässhuhn 36 293 34 17.11.2020  
27 Bekassine 3 7 5 09.04.2020  
28 Waldschnepfe 7 7 1 13.11.2020  
29 Flusssuferläufer 1 1 1 17.05.2020  
30 Lachmöwe 1 20 20 22.05.2020  
31 Hohltaube 3 7 4 17.08.2020  
32 Ringeltaube 40 109 30 15.10.2020  
33 Türkentaube 5 7 2 16.08.2020  
34 Kuckuck 19 20 2 07.07.2020  
35 Uhu 2 2 1 04.05.2020  
36 Waldkauz 14 14 1 30.12.2020  
37 Mauersegler 1 10 10 09.06.2020  
38 Eisvogel 9 9 1 20.10.2020  
39 Wiedehopf 1 1 1 28.04.2020  
40 Grauspecht 6 10 4 31.10.2020

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		41 Grünspecht 4 5 2 24.12.2020		
		42 Schwarzspecht 55 57 2 31.12.2020		
		43 Buntspecht 39 55 4 30.12.2020		
		44 Feldlerche 1 1 1 03.05.2020		
		45 Rauchschwalbe 12 39 6 09.10.2020		
		46 Mehlschwalbe 8 64 12 11.09.2020		
		47 Schafstelze 1 1 1 26.05.2020		
		48 Gebirgsstelze 10 23 6 28.10.2020		
		49 Bachstelze 11 32 6 23.08.2020		
		50 Wasseramsel 4 7 4 24.05.2020		
		51 Zaunkönig 25 32 3 28.12.2020		
		52 Heckenbraunelle 7 9 2 15.05.2020		
		53 Rotkehlchen 43 59 7 14.11.2020		
		54 Hausrotschwanz 5 6 2 28.12.2020		
		55 Braunkehlchen 1 1 1 06.05.2020		
		56 Schwarzkehlchen 7 23 8 08.09.2020		
		57 Amsel 27 33 5 28.12.2020		
		58 Wacholderdrossel 9 40 10 30.12.2020		
		59 Singdrossel 12 22 5 23.05.2020		
		60 Misteldrossel 16 27 4 30.12.2020		
		61 Feldschwirl 2 2 1 07.07.2020		
		62 Sumpfrohrsänger 1 1 1 16.05.2020		
		63 Teichrohrsänger 7 13 3 07.07.2020		
		64 Gartengrasmücke 1 3 3 16.05.2020		
		65 Mönchsgrasmücke 21 36 8 21.09.2020		
		66 Zilpzalp 37 50 3 09.10.2020		
		67 Fitis 8 10 2 11.09.2020		
		68 Wintergoldhähnchen 6 10 3 13.12.2020		
		69 Sommergoldhähnchen 1 1 1 09.06.2020		
		70 Trauerschnäpper 1 1 1 15.04.2020		
		71 Schwanzmeise 6 25 12 29.11.2020		
		72 Sumpfmeise 9 14 2 28.12.2020		
		73 Weidenmeise 3 5 2 30.12.2020		
		74 Haubenmeise 3 4 2 28.12.2020		
		75 Tannenmeise 16 23 5 28.12.2020		
		76 Blaumeise 11 36 20 28.12.2020		
		77 Kohlmeise 11 21 5 28.12.2020		
		78 Kleiber 16 23 3 28.12.2020		
		79 Waldbaumläufer 5 6 2 28.12.2020		
		80 Gartenbaumläufer 7 9 2 30.12.2020		
		81 Neuntöter 9 26 10 19.07.2020		
		82 Raubwürger 6 6 1 30.12.2020		
		83 Eichelhäher 39 88 10 28.12.2020		
		84 Elster 10 14 4 27.12.2020		
		85 Tannenhäher 1 1 1 18.10.2020		
		86 Dohle 2 48 40 03.05.2020		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		87 Saatkrähe 1 25 25 11.11.2020		
		88 Rabenkrähe 7 90 23 28.12.2020		
		89 Kolkrabe 46 61 4 29.12.2020		
		90 Star 19 5762 1800 28.10.2020		
		91 Haussperling 3 10 6 08.04.2020		
		92 Feldsperling 3 11 8 23.08.2020		
		93 Buchfink 47 82 6 28.12.2020		
		94 Bergfink 3 3 1 28.12.2020		
		95 Stieglitz 4 12 4 21.09.2020		
		96 Erlenzeisig 10 188 50 28.12.2020		
		97 Fichtenkreuzschnabel 6 38 12 30.12.2020		
		98 Gimpel 17 41 7 30.12.2020		
		99 Kernbeißer 7 172 60 28.12.2020		
		100 Goldammer 6 13 4 15.12.2020		
		101 Rohrammer 4 6 2 02.06.2020		

VG 2 Bad Waldsee und Bergatreute

Nr. Art N Beob. Summe Ind. Maximum Last Mittel [N/Beob] von 1.Halb

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		bis 1.Halb von 2.Halb bis 2.Halb		
		1 Prachtttaucher 2 2 1 13.11.1992 1.0 00.00.00 00.00.00		
		31.10.1992 13.11.1992		
		2 Zwergtaucher 1115 2827 23 15.10.2023 2.5 03.01.1988		
		30.06.2013 01.07.2002 23.12.2020		
		3 Haubentaucher 220 373 9 24.12.2023 1.7 03.01.2008 30.06.2011		
		01.07.2014 29.12.2012		
		4 Rothalstaucher 6 7 2 24.11.2018 1.2 00.00.00 00.00.00		
		18.11.1992 16.12.2007		
		5 Ohrentaucher 3 3 1 25.08.2013 1.0 15.04.2012 15.04.2012		
		25.08.2013 08.09.2009		
		6 Schwarzhalstaucher 9 11 2 11.12.2022 1.2 15.04.2012		
		02.06.2011 23.08.2011 11.12.2022		
		7 Kormoran 271 1109 80 30.12.2023 4.1 01.01.2010 27.05.2021		
		03.07.2014 31.12.2019		
		8 Rohrdommel 7 7 1 30.10.2022 1.0 03.03.1997 09.05.2021		
		13.07.2013 17.12.1988		
		9 Zwergdommel 5 9 3 24.06.2017 1.8 13.06.2017 24.06.2017		
		00.00.00 00.00.00		
		10 Nachtreiher 18 21 2 23.05.2023 1.2 15.05.2019 11.06.2021		
		09.07.2020 10.10.2015		
		11 Kuhreiher 34 34 1 31.12.2019 1.0 00.00.00 00.00.00 14.12.2019		
		31.12.2019		
		12 Silberreiher 1724 8636 81 27.12.2023 5.0 01.01.2005		
		27.06.2020 02.07.2014 31.12.2007		
		13 Graureiher 3013 8176 91 25.12.2023 2.7 01.01.2012 30.06.1998		
		01.07.1998 31.12.1997		
		14 Purpureiher 5 7 3 13.08.2022 1.4 01.06.2016 01.06.2016		
		07.08.2016 13.10.2015		
		15 Schwarzstorch 391 524 10 14.12.2023 1.3 19.02.2021		
		30.06.2010 01.07.2016 14.12.2023		
		16 Weißstorch 650 1926 90 18.11.2023 3.0 03.01.2020		
		30.06.2003 01.07.2010 18.12.2019		
		17 Höckerschwan 480 1381 17 22.11.2023 2.9 01.01.2012		
		28.06.2018 01.07.2014 27.12.1988		
		18 Singschwan 11 49 7 16.12.2023 4.5 20.02.2021 04.03.2012		
		10.11.2002 29.12.2002		
		19 Blässgans 1 5 5 28.02.2010 5.0 28.02.2010 28.02.2010		
		00.00.00 00.00.00		
		20 Graugans 35 295 50 24.05.2023 8.4 11.01.2012 24.05.2023		
		12.07.2011 31.12.2012		
		21 Streifengans 8 8 1 20.12.2023 1.0 24.05.2022 24.05.2022		
		16.12.2023 20.12.2023		
		22 Kanadagans 1 1 1 06.03.2015 1.0 06.03.2015 06.03.2015		
		00.00.00 00.00.00		
		23 Nonnengans 1 2 2 14.12.2023 2.0 00.00.00 00.00.00		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		14.12.2023 14.12.2023		
		24 Nilgans 235 724 19 25.12.2023	3.1 01.01.2022 29.06.2022	
		01.07.2022 31.12.2020		
		25 Rostgans 112 369 20 18.12.2023	3.3 05.01.2023 29.06.2019	
		10.07.2011 28.12.2022		
		26 Brandgans 6 8 2 05.07.2021	1.3 21.05.2010 21.05.2010	
		02.07.2021 14.11.1993		
		27 Mandarinente 13 18 3 06.03.2015	1.4 12.02.2012 30.05.2013	
		02.07.2008 13.12.2011		
		28 Pfeifente 26 56 5 26.11.2020	2.2 09.01.2011 25.04.2010	
		16.09.2006 26.12.2010		
		29 Schnatterente 219 982 30 11.02.2023	4.5 02.01.2015	
		26.04.2011 02.07.2012 29.12.2012		
		30 Krickente 492 5345 58 15.10.2023	10.9 01.01.2012 29.06.1993	
		03.07.1997 30.12.2001		
		31 Stockente 2833 35598 300 28.12.2023	12.6 01.01.2012	
		30.06.1995 01.07.1998 31.12.1997		
		32 Spießente 18 29 4 05.02.2011	1.6 05.01.2002 24.03.2010	
		15.11.1992 30.12.2001		
		33 Knärente 11 29 6 18.03.2023	2.6 15.03.2012 27.05.2008	
		00.00.00 00.00.00		
		34 Löffelente 33 55 6 11.03.2023	1.7 10.01.2001 20.04.2012	
		22.10.2017 24.12.2000		
		35 Kolbenente 13 24 4 20.05.2018	1.8 20.01.2008 20.05.2018	
		21.10.2006 19.12.2016		
		36 Tafelente 456 2491 57 10.07.2022	5.5 03.01.1995 29.06.2000	
		01.07.2002 27.12.1988		
		37 Moorente 4 4 1 26.08.2014	1.0 17.03.2000 17.03.2000	
		26.08.2014 12.12.1999		
		38 Reiherente 907 4265 60 07.11.2023	4.7 02.01.2020 29.06.1993	
		01.07.2002 29.12.2012		
		39 Bergente 2 3 2 17.10.2004	1.5 00.00.00 00.00.00 17.10.2004	
		24.12.2000		
		40 Samtente 1 2 2 22.11.1994	2.0 00.00.00 00.00.00 22.11.1994	
		22.11.1994		
		41 Schellente 12 16 3 05.11.2018	1.3 12.01.2003 03.04.2009	
		05.11.2018 17.12.1996		
		42 Zwergsäger 7 7 1 06.05.1994	1.0 04.04.1994 06.05.1994	
		00.00.00 00.00.00		
		43 Gänsesäger 239 778 17 08.05.2023	3.3 03.01.2010	
		15.06.2016 07.10.2019 31.12.2019		
		44 Wespenbussard 127 313 12 23.08.2023	2.5 22.04.2019	
		24.06.2022 02.07.1995 11.10.2012		
		45 Schwarzmilan 1077 1592 40 16.08.2023	1.5 01.02.2020	
		30.06.1995 01.07.2001 04.12.2011		
		46 Rotmilan 5315 9302 60 31.12.2023	1.8 01.01.2012 30.06.1995	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		01.07.1998 31.12.2011		
		47 Schlangenadler 2 2 1 23.08.2023	1.0 27.03.2020 27.03.2020	
		23.08.2023 23.08.2023		
		48 Rohrweihe 70 85 5 19.09.2023	1.2 22.03.2011 26.06.2022	
		05.07.2021 04.11.2012		
		49 Kornweihe 233 282 4 23.12.2023	1.2 01.01.2021 25.05.2010	
		25.09.1996 31.12.2011		
		50 Steppenweihe 1 1 1 20.04.2017	1.0 20.04.2017 20.04.2017	
		00.00.00 00.00.00		
		51 Wiesenweihe 11 13 2 11.05.2020	1.2 01.05.1997 31.05.2014	
		16.08.2014 14.10.2009		
		52 Habicht 96 104 6 28.04.2023	1.1 07.01.1993 30.06.2012	
		02.07.2012 29.12.1997		
		53 Sperber 906 969 10 11.10.2023	1.1 01.01.2000 30.06.1988	
		01.07.2002 31.12.2016		
		54 Mäusebussard 7138 13128 411 30.12.2023	1.8 01.01.2012	
		30.06.1995 01.07.1995 31.12.1991		
		55 Raufußbussard 2 2 1 20.02.1997	1.0 15.02.1997 20.02.1997	
		00.00.00 00.00.00		
		56 Fischadler 18 18 1 05.04.2023	1.0 24.03.2013 15.05.2017	
		18.08.2018 15.10.2006		
		57 Turmfalke 4052 5867 35 25.12.2023	1.4 01.01.2012 30.06.1993	
		01.07.2001 31.12.2007		
		58 Rotfußfalke 5 8 4 14.05.2020	1.6 05.05.2017 14.05.2020	
		21.09.2017 21.09.2017		
		59 Merlin 11 13 2 18.01.2020	1.2 18.01.2020 20.03.2015	
		17.10.2007 13.12.2007		
		60 Baumfalke 610 739 9 01.09.2023	1.2 17.03.2019 30.06.1995	
		01.07.1992 15.12.2015		
		61 Wanderfalke 71 74 3 17.06.2023	1.0 06.01.2003 20.06.2011	
		05.07.2014 27.12.2022		
		62 Rebhuhn 1 3 3 09.05.2000	3.0 09.05.2000 09.05.2000 00.00.00	
		00.00.00		
		63 Wachtel 171 280 20 16.08.2023	1.6 28.04.2009 30.06.1988	
		02.07.2011 16.08.2023		
		64 Fasan 1 1 1 03.04.1988	1.0 03.04.1988 03.04.1988 00.00.00	
		00.00.00		
		65 Wasserralle 269 447 6 17.06.2023	1.7 02.01.2017 26.06.2017	
		08.07.2019 22.12.1998		
		66 Wachtelkönig 1 1 1 28.05.1995	1.0 28.05.1995 28.05.1995	
		00.00.00 00.00.00		
		67 Teichhuhn 603 1713 22 10.09.2023	2.8 02.01.2015 30.06.1995	
		01.07.1998 30.12.2001		
		68 Blässhuhn 2798 21287 90 24.12.2023	7.6 01.01.2012	
		30.06.1998 01.07.1996 30.12.2001		
		69 Kranich 49 1441 200 16.12.2023	29.4 04.03.2022 04.05.1992	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		20.08.2014 16.12.2023		
		70 Flussregenpfeifer 13 29 4 16.08.2021 2.2 17.04.2010		
		31.05.2009 02.07.2021 14.10.1997		
		71 Seeregenpfeifer 1 1 1 24.07.2021 1.0 00.00.00 00.00.00		
		24.07.2021 24.07.2021		
		72 Goldregenpfeifer 6 124 80 21.03.2018 20.7 12.03.2009		
		21.03.2018 26.10.1996 26.10.1996		
		73 Kiebitz 275 8296 500 08.05.2023 30.2 11.01.2018 24.06.2017		
		01.07.2022 13.12.2004		
		74 Knütt 1 1 1 08.09.2016 1.0 00.00.00 00.00.00 08.09.2016		
		08.09.2016		
		75 Zwergstrandläufer 1 2 2 03.09.2021 2.0 00.00.00 00.00.00		
		03.09.2021 03.09.2021		
		76 Sichelstrandläufer 1 1 1 08.09.2016 1.0 00.00.00 00.00.00		
		08.09.2016 08.09.2016		
		77 Alpenstrandläufer 1 1 1 09.09.2016 1.0 00.00.00 00.00.00		
		09.09.2016 09.09.2016		
		78 Kampfläufer 9 24 9 23.08.2021 2.7 13.03.2009 13.03.2009		
		05.07.2021 19.09.2016		
		79 Zwergschnepfe 4 6 2 23.02.1996 1.5 05.02.1988 23.02.1996		
		00.00.00 00.00.00		
		80 Bekassine 55 290 37 14.10.2022 5.3 22.01.1989 13.06.1993		
		13.07.2000 31.12.2007		
		81 Waldschnepfe 16 23 4 10.10.2023 1.4 01.01.2020 21.06.2012		
		10.10.2023 10.10.2023		
		82 Großer Brachvogel 26 68 13 12.11.2023 2.6 14.03.1996		
		18.03.2006 17.07.2013 15.11.2019		
		83 Dunkler Wasserläufer 5 7 2 24.07.2021 1.4 00.00.00 00.00.00		
		16.07.2021 25.11.1994		
		84 Rotschenkel 2 3 2 13.08.2007 1.5 16.03.1996 16.03.1996		
		13.08.2007 13.08.2007		
		85 Grünschenkel 8 25 6 23.08.2021 3.1 00.00.00 00.00.00		
		16.07.2021 31.08.2016		
		86 Waldwasserläufer 36 61 5 18.03.2023 1.7 18.03.2023		
		14.06.1998 04.07.2016 31.08.2016		
		87 Bruchwasserläufer 34 218 23 31.08.2023 6.4 25.04.2013		
		29.06.1993 03.07.1997 31.08.2023		
		88 Flusssuferläufer 32 65 16 14.05.2023 2.0 06.04.1995		
		17.05.1994 04.07.2021 12.11.2012		
		89 Lachmöwe 612 21904 1400 10.05.2023 35.8 06.01.1988		
		30.06.1998 01.07.1995 20.12.1999		
		90 Sturmmöwe 43 226 74 24.02.2019 5.3 03.01.1996 08.05.1996		
		10.10.1998 20.12.1999		
		91 Silbermöwe 1 3 3 18.12.2011 3.0 00.00.00 00.00.00		
		18.12.2011 18.12.2011		
		92 Flusseeeschwalbe 10 15 2 17.06.2023 1.5 02.05.2022		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		17.06.2023 21.07.2010 04.08.2010		
		93 Trauerseeschwalbe 2 4 2 03.06.1996 2.0 03.06.1996		
		03.06.1996 00.00.00 00.00.00		
		94 Straßentaube 386 3676 50 01.01.2023 9.5 01.01.2023		
		28.06.2017 01.07.2011 29.12.2012		
		95 Hohltaube 74 160 35 05.09.2023 2.2 03.03.2023 27.06.2005		
		14.07.1996 10.10.2015		
		96 Ringeltaube 2140 32935 4000 17.11.2023 15.4 0.0.1996		
		30.06.2004 01.07.1995 18.12.2001		
		97 Türkentaube 1069 2101 60 26.11.2023 2.0 01.01.2011		
		30.06.2012 01.07.2011 31.12.2014		
		98 Turteltaube 7 11 2 16.07.2017 1.6 28.04.2002 06.06.1996		
		16.07.2017 16.07.2017		
		99 Kuckuck 462 498 4 20.06.2023 1.1 05.04.2013 30.06.2021		
		01.07.1996 27.08.1996		
		100 Schleiereule 6 7 2 22.01.2017 1.2 07.01.2010 20.06.1989		
		00.00.00 00.00.00		
		101 Uhu 9 9 1 07.05.2023 1.0 03.03.2023 07.05.2023 06.08.2007		
		11.10.2020		
		102 Sperlingskauz 2 4 3 20.06.2015 2.0 26.05.2015 20.06.2015		
		00.00.00 00.00.00		
		103 Waldkauz 158 199 8 18.12.2023 1.3 15.01.2009 24.06.2017		
		15.07.2010 30.12.2020		
		104 Waldohreule 49 84 4 02.08.2023 1.7 10.01.2000 24.06.2017		
		10.07.2021 21.12.2012		
		105 Mauersegler 882 3906 58 12.08.2023 4.4 25.04.2002		
		30.06.1995 01.07.1995 09.09.2008		
		106 Alpensegler 5 61 35 16.07.2019 12.2 26.04.2013 26.04.2013		
		16.07.2019 29.08.2014		
		107 Eisvogel 279 295 3 12.11.2023 1.1 03.01.1995 24.06.2003		
		06.07.1998 31.12.2001		
		108 Bienenfresser 2 15 8 17.05.2020 7.5 10.05.2015 17.05.2020		
		00.00.00 00.00.00		
		109 Wiedehopf 13 15 2 19.04.2023 1.2 03.04.1989 08.05.2021		
		16.07.2012 11.08.2015		
		110 Wendehals 7 7 1 04.06.2023 1.0 16.04.1989 04.06.2023		
		13.08.2015 13.08.2015		
		111 Grauspecht 192 204 2 22.07.2023 1.1 03.01.1989 27.06.2006		
		02.07.2011 25.12.1993		
		112 Grünspecht 861 917 11 05.10.2023 1.1 01.01.2020		
		30.06.2002 01.07.1996 31.12.2019		
		113 Schwarzspecht 406 436 4 30.12.2023 1.1 01.01.2015		
		28.06.2021 01.07.1998 30.12.2020		
		114 Buntspecht 1627 1934 8 30.12.2023 1.2 0.0.1996 30.06.2004		
		01.07.2001 31.12.2020		
		115 Mittelspecht 8 13 6 06.07.2023 1.6 18.03.2023 17.06.2023		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		06.07.2023 15.08.1993		
		116 Kleinspecht 86 97 6 10.09.2023	1.1 01.01.1997 21.06.2002	
		06.07.1998 11.12.2011		
		117 Dreizehenspecht 1 1 1 23.08.2023	1.0 00.00.00 00.00.00	
		23.08.2023 23.08.2023		
		118 Kurzzeihenlerche 1 1 1 11.04.2021	1.0 11.04.2021 11.04.2021	
		00.00.00 00.00.00		
		119 Heidelerche 5 11 5 25.10.2022	2.2 02.03.2011 20.05.2016	
		15.10.2018 25.10.2022		
		120 Feldlerche 927 7118 312 16.07.2023	7.7 0.0.1996 30.06.2010	
		01.07.2022 17.11.1996		
		121 Uferschwalbe 11 68 30 08.08.2021	6.2 12.04.2019 08.06.2018	
		08.07.2020 08.09.2016		
		122 Rauchschwalbe 2548 15234 200 24.09.2023	6.0 0.0.1996	
		30.06.2004 01.07.1995 18.10.2005		
		123 Mehlschwalbe 678 6599 1000 23.08.2023	9.7 16.03.2012	
		30.06.1995 01.07.1995 20.10.1996		
		124 Brachpieper 5 8 2 15.08.2021	1.6 22.04.1996 01.05.1998	
		15.08.2021 10.09.2016		
		125 Baumpieper 29 59 7 05.09.2023	2.0 31.03.2016 30.06.1995	
		03.07.1996 27.09.1994		
		126 Wiesenpieper 40 398 100 18.11.2023	9.9 12.01.2003	
		05.05.2017 02.10.2022 18.11.2023		
		127 Rotkehlpieper 1 1 1 05.05.2017	1.0 05.05.2017 05.05.2017	
		00.00.00 00.00.00		
		128 Bergpieper 6 17 7 10.01.2023	2.8 10.01.2023 09.03.2020	
		21.12.2017 30.12.2019		
		129 Schafstelze 40 139 12 16.08.2021	3.5 27.03.2013 11.05.2008	
		15.07.1999 13.11.2009		
		130 Gebirgsstelze 263 383 7 10.10.2023	1.5 01.01.2023	
		29.06.2019 05.07.2005 27.12.1988		
		131 Bachstelze 1807 17517 214 26.10.2023	9.7 0.0.1996	
		30.06.1995 01.07.2001 19.12.2019		
		132 Seidenschwanz 21 1008 140 26.02.2009	48.0 04.01.2009	
		20.04.2005 00.00.00 00.00.00		
		133 Wasserramsel 97 149 15 30.12.2023	1.5 03.01.1989	
		29.06.2019 01.07.2023 30.12.2023		
		134 Zaunkönig 1108 1735 112 30.12.2023	1.6 0.0.1996	
		30.06.2004 01.07.2001 31.12.2020		
		135 Heckenbraunelle 186 212 4 17.06.2023	1.1 0.0.1996	
		30.06.2004 01.07.2001 30.12.2005		
		136 Rotkehlchen 1810 2661 26 27.11.2023	1.5 0.0.1996	
		30.06.2004 01.07.2001 31.12.2014		
		137 Nachtigall 3 3 1 25.04.2023	1.0 25.04.2023 23.05.2021	
		00.00.00 00.00.00		
		138 Blaukehlchen 2 2 1 31.03.2013	1.0 31.03.2013 31.03.2013	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		14.09.1997 14.09.1997		
		139 Hausrotschwanz 1495 2350 11 20.10.2023 1.6 0.0.1996		
		30.06.2004 01.07.2001 16.12.2007		
		140 Gartenrotschwanz 48 55 2 24.06.2023 1.1 05.04.2023		
		24.06.2023 16.07.2004 26.09.2000		
		141 Braunkehlchen 93 213 23 31.08.2023 2.3 15.04.2010		
		27.05.2015 09.08.1997 14.10.2012		
		142 Schwarzekehlchen 50 84 4 31.08.2023 1.7 21.02.2020		
		30.06.2011 04.07.2011 31.08.2023		
		143 Steinschmätzer 68 135 9 03.05.2023 2.0 12.04.2005		
		20.05.2016 11.08.2009 02.10.2022		
		144 Ringdrossel 3 5 3 21.04.2000 1.7 21.04.2000 21.04.2000		
		17.09.1998 05.10.1999		
		145 Amsel 3389 6290 50 30.12.2023 1.9 0.0.1996 30.06.2004		
		01.07.1995 31.12.2007		
		146 Wacholderdrossel 1060 15177 1000 25.12.2023 14.3 0.0.1996		
		30.06.2010 01.07.1995 31.12.2000		
		147 Singdrossel 764 1787 52 19.06.2023 2.3 0.0.1996 30.06.2004		
		01.07.2001 16.34.2004		
		148 Rotdrossel 25 202 66 07.03.2018 8.1 06.01.2010 12.05.2007		
		24.10.2010 22.12.2007		
		149 Misteldrossel 571 1683 60 15.10.2023 2.9 01.01.2020		
		30.06.2004 01.07.2001 29.12.2002		
		150 Feldschwirl 24 26 2 02.07.2014 1.1 23.04.1988 27.06.2006		
		02.07.2014 06.07.2004		
		151 Rohrschwirl 1 1 1 01.05.1999 1.0 01.05.1999 01.05.1999		
		00.00.00 00.00.00		
		152 Schilfrohrsänger 1 2 2 12.05.2009 2.0 12.05.2009 12.05.2009		
		00.00.00 00.00.00		
		153 Sumpfrohrsänger 51 79 8 06.07.2023 1.5 10.04.2013		
		29.06.2021 05.07.2010 02.08.2010		
		154 Teichrohrsänger 162 233 10 10.07.2023 1.4 21.04.2021		
		30.06.1995 01.07.1998 14.08.2014		
		155 Drosselrohrsänger 3 3 1 28.06.2018 1.0 17.05.2016		
		28.06.2018 00.00.00 00.00.00		
		156 Gelbspötter 41 41 1 06.07.2023 1.0 29.04.2005 30.06.2004		
		06.07.2023 03.09.2011		
		157 Klappergrasmücke 20 21 2 07.09.2023 1.1 12.04.2017		
		19.06.2008 03.07.2008 07.09.2023		
		158 Dorngrasmücke 18 23 3 21.06.2022 1.3 27.04.2020		
		22.06.1998 03.07.2017 20.09.2013		
		159 Gartengrasmücke 365 479 12 15.07.2023 1.3 0.0.1996		
		30.06.2004 01.07.1995 21.08.2022		
		160 Mönchsgrasmücke 1895 2719 18 10.10.2023 1.4 0.0.1996		
		30.06.2006 01.07.1995 13.43.2007		
		161 Waldlaubsänger 9 15 8 03.05.2022 1.7 23.04.1988		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		29.05.1988 00.00.00 00.00.00		
		162 Zilpzalp 1645 2601 36 15.10.2023	1.6 0.0.1996 30.06.2004	
		01.07.1995 13.43.2007		
		163 Fitis 160 306 23 21.06.2023	1.9 01.04.2017 30.06.1995	
		05.08.1994 04.10.1994		
		164 Wintergoldhähnchen 219 461 28 09.12.2023	2.1 01.01.2015	
		28.06.2015 02.07.2011 20.12.2018		
		165 Sommergoldhähnchen 299 463 22 15.10.2023	1.5 0.0.1996	
		30.06.2004 01.07.2001 01.12.2016		
		166 Grauschnäpper 157 251 10 25.08.2023	1.6 24.03.2001	
		30.06.1993 02.07.1995 17.10.2006		
		167 Trauerschnäpper 53 61 5 30.08.2023	1.2 21.03.2009	
		21.06.2006 18.07.2016 20.10.2013		
		168 Bartmeise 2 2 1 24.03.1993	1.0 12.02.1993 24.03.1993	
		00.00.00 00.00.00		
		169 Schwanzmeise 119 499 19 30.12.2023	4.2 03.01.1989	
		17.06.2023 15.08.2012 30.12.2023		
		170 Sumpfmeise 570 831 6 30.12.2023	1.5 01.01.2023 29.06.2013	
		02.07.2011 30.12.2023		
		171 Weidenmeise 52 85 6 16.09.2023	1.6 26.01.1989 27.06.1992	
		10.07.2021 03.12.2022		
		172 Haubenmeise 148 230 12 30.12.2023	1.6 03.01.2010	
		26.06.2011 03.07.2023 30.12.2023		
		173 Tannenmeise 519 817 21 30.12.2023	1.6 0.0.1996 28.06.2023	
		01.07.2001 30.12.2023		
		174 Blaumeise 1318 2417 31 30.12.2023	1.8 01.01.2011	
		30.06.2004 01.07.1995 31.12.2009		
		175 Kohlmeise 2742 6223 34 30.12.2023	2.3 0.0.1996 30.06.2006	
		01.07.1995 13.43.2007		
		176 Kleiber 1508 2114 16 30.12.2023	1.4 0.0.1996 30.06.2004	
		01.07.2001 31.12.2012		
		177 Waldbaumläufer 49 64 6 19.09.2023	1.3 03.01.1999	
		26.06.2011 31.07.2023 26.12.2011		
		178 Gartenbaumläufer 217 293 6 15.10.2023	1.4 01.01.2023	
		26.06.2011 18.07.2006 29.12.2018		
		179 Beutelmeise 2 3 2 02.11.2023	1.5 00.00.00 00.00.00	
		04.10.2010 02.11.2023		
		180 Pirol 11 12 2 06.08.2023	1.1 03.05.1990 18.06.2012	
		06.08.2023 09.09.1991		
		181 Neuntöter 196 356 8 16.08.2023	1.8 0.0.1993 30.06.2006	
		01.07.2020 19.12.2015		
		182 Raubwürger 51 49 1 09.03.2023	1.0 04.01.2021 01.05.2012	
		17.10.2008 31.12.2020		
		183 Eichelhäher 1512 3780 500 30.12.2023	2.5 0.0.1996	
		30.06.2004 01.07.2001 31.12.2010		
		184 Elster 2443 4612 111 27.12.2023	1.9 01.01.2010 30.06.2006	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		01.07.2001 31.12.2007		
		185 Tannenhäher 58 64 4 30.12.2021	1.1 12.03.2014 28.06.1995	
		07.07.1995 30.12.2021		
		186 Dohle 588 5536 100 20.12.2023	9.4 01.01.2021 30.06.2010	
		03.07.1997 27.12.1998		
		187 Saatkrähe 376 22339 1900 15.10.2023	59.4 08.01.1995	
		23.06.2020 05.07.2014 23.12.2020		
		188 Rabenkrähe 6552 71562 400 18.12.2023	10.9 0.0.1996	
		30.06.1995 01.07.1995 31.12.2007		
		189 Kolkrabe 685 1071 11 31.12.2023	1.6 01.01.2000 30.06.2021	
		02.07.2010 31.12.2019		
		190 Star 3266 104987 3000 13.12.2023	32.1 0.0.1996 30.06.2004	
		01.07.1995 28.12.2014		
		191 Haussperling 2778 17971 183 19.08.2023	6.5 0.0.1996	
		30.06.2004 01.07.1995 31.12.2009		
		192 Feldsperling 1632 10825 200 17.12.2023	6.6 0.0.1996	
		30.06.2004 01.07.2001 31.12.2011		
		193 Buchfink 3805 21394 500 01.11.2023	5.6 0.0.1996 30.06.2004	
		01.07.1995 31.12.2009		
		194 Bergfink 241 6708 1500 27.12.2023	27.8 01.01.2023	
		22.04.2001 10.10.2012 31.12.2022		
		195 Girlitz 184 296 26 17.04.2023	1.6 16.01.2019 30.06.2013	
		01.07.1994 05.11.2008		
		196 Zitronenzeisig 2 3 2 17.12.2016	1.5 07.03.2009 07.03.2009	
		17.12.2016 17.12.2016		
		197 Grünling 1558 7292 400 22.11.2023	4.7 0.0.1996 30.06.2004	
		01.07.2011 31.12.2009		
		198 Stieglitz 615 3170 70 18.12.2023	5.2 01.01.2021 30.06.1995	
		01.07.2020 31.12.2011		
		199 Erlenzeisig 347 5462 250 03.12.2023	15.7 01.01.2012	
		30.06.2006 07.07.2014 31.12.2020		
		200 Bluthänfling 212 2770 160 18.11.2023	13.1 01.01.2012	
		28.06.2020 16.07.2004 31.12.2007		
		201 Berghänfling 3 23 10 28.04.2002	7.7 28.04.2002 28.04.2002	
		00.00.00 00.00.00		
		202 Birkenzeisig 5 43 20 26.02.2013	8.6 23.01.2009 26.03.2006	
		19.07.2006 19.07.2006		
		203 Fichtenkreuzschnabel 100 359 35 27.12.2023	3.6 05.01.2021	
		30.06.2006 04.07.2023 27.12.2023		
		204 Karminimpel 1 4 4 24.08.2011	4.0 00.00.00 00.00.00	
		24.08.2011 24.08.2011		
		205 Gimpel 711 1833 28 30.12.2023	2.6 01.01.2011 30.06.2004	
		03.07.2023 31.12.2010		
		206 Kernbeißer 55 224 60 07.11.2023	4.1 01.01.2023 11.06.2006	
		12.07.1996 26.12.2011		
		207 Goldammer 1426 6441 130 25.12.2023	4.5 0.0.1996	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		30.06.2004 01.07.1995 31.12.2011		
		208 Zippammer 1 1 1 29.03.2011	1.0 29.03.2011 29.03.2011	
		00.00.00 00.00.00		
		209 Ortolan 3 6 4 23.08.2016	2.0 05.05.1998 06.05.1988	
		23.08.2016 23.08.2016		
		210 Zwergammer 1 2 2 19.03.2005	2.0 19.03.2005 19.03.2005	
		00.00.00 00.00.00		
		211 Rohrammer 36 182 40 19.04.2023	5.1 20.02.1988 09.06.1996	
		03.07.1995 31.10.2002		
		212 Grauammer 1 2 2 02.07.2010	2.0 00.00.00 00.00.00	
		02.07.2010 02.07.2010		
		213 Waldrapp 20 47 4 16.08.2023	2.4 28.05.2020 31.05.2020	
		07.07.2020 31.08.2016		
		214 Nebelkrähe 1 1 1 19.08.2019	1.0 00.00.00 00.00.00	
		19.08.2019 19.08.2019		
		215 Unbekannte Art 67 407 200 05.09.2023	6.1 16.01.2021	
		20.06.2019 01.07.2018 08.12.2017		
		216 Mittelmeermöwe 12 32 8 08.07.2022	2.7 18.02.2006	
		14.04.2018 01.07.2013 18.12.2011		
		217 Schafstelze (ssp. thunbergi) Thunbergschafstelze 1 1 1		
		05.05.2017 1.0 05.05.2017 05.05.2017 00.00.00 00.00.00		
		218 Hybridente 5 24 15 07.02.2023	4.8 04.02.2022 07.02.2023	
		08.11.2021 22.12.2022		
		219 Heringsmöwe (ssp. intermedius) 1 1 1 28.04.2023	1.0	
		28.04.2023 28.04.2023 00.00.00 00.00.00		
		220 Schwanzmeise (ssp. caudatus) 1 2 2 15.01.2023	2.0	
		15.01.2023 15.01.2023 00.00.00 00.00.00		
		221 Gimpel (ssp. pyrrhula) Trompetergimpel 1 2 2 25.01.2011	2.0	
		25.01.2011 25.01.2011 00.00.00 00.00.00		
		222 Horst 2 2 1 17.03.2018	1.0 17.03.2018 17.03.2018 00.00.00	
		00.00.00		
		223 Hirtenmaina 1 1 1 03.05.2013	1.0 03.05.2013 03.05.2013	
		00.00.00 00.00.00		
		224 Hausente 2 4 3 15.01.2023	2.0 15.01.2023 15.01.2023	
		15.11.2014 15.11.2014		
		225 Platzhalter Taigabirkenzeisig 3 3 1 15.12.2021	1.0 15.01.2020	
		12.02.2021 15.12.2021 15.12.2021		
		226 Schwarz-_x_Rotmilan 1 1 1 27.06.2022	1.0 27.06.2022	
		27.06.2022 00.00.00 00.00.00		
		227 Raben-_oder_Nebelkrähe (Aaskrähe) 3 15 7 18.09.2023	5.0	
		00.00.00 00.00.00 18.09.2023 03.12.2022		

Die Datei finden Sie auch im Anhang.

Mit freundlichen Grüßen

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
[Adresse anonymisiert]				
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10185	568	<p>im Folgenden nehme ich nochmals Stellung zum Vorrang Gebiet "In den Mösern / Enkenhofer Wald - Süd (WEA-436-013) inkl. ERWEITERUNG WINNIS und fordere Sie ausdrücklich auf, dieses Gebiet aus der Entwurfsplanung für mögliche Vorranggebiete zu entfernen. Das Vorrang Gebiet WEA-436-013 und Winnis ist lediglich 600m östlich von meinem Elternhaus entfernt. Meine Schwestern und ich sind auf einem Hof mitten in der Natur aufgewachsen. Der Wald am Ende unseres Grundstückes war nicht nur in unserer Kindheit unser Spielplatz, sondern wird auch heute noch als Erholungsort aus dem Alltag durch Radtouren, Ausritte oder Spaziergängen von uns geschätzt. Auch der nahe gelegene Natursee in Beuren ist nicht nur bei uns Anwohnern, sondern auch bei zahlreichen Touristen ein beliebter Ort, der durch den gesundheitsschädlichen Abrieb der Windräder nun gefährdet werden soll. Gerade durch die Coronazeit, sollte uns bewusst geworden sein, in welcher schöner Region wir wohnen und wie wertvoll das Allgäu ist. Deshalb kann ich es überhaupt nicht nachvollziehen, wie man bewusst diesen Lebensraum zerstören will. Der Klimaschutz gewinnt immer mehr an Bedeutung, die Wälder sind bereits bedroht, weshalb aufgerufen wird, Bäume anzupflanzen, um dessen entgegenzuwirken. Nun soll der Wald direkt hinter meinem Elternhaus gerodet werden, um Straßen für gesundheitsschädliche Windräder bauen zu können? Auch die Zufahrtsstraßen zum Baugebiet sind nicht für solche Lasten und Fahrzeuge geeignet. Wer denkt bei diesem Vorhaben an die Anwohner, die mit dem Lärm, der Belästigung der Blinklichter, der Vergiftung durch den Abrieb und den entstehenden Schatten leben müssen? Ist der Mensch nichts mehr wert? Wer denkt an die Tiere, die im Wald leben? Den Milan, den Bussard, die Fledermäuse, die Ameisen die unter Artenschutz stehen und dort nisten? Aber auch die anderen Waldtiere, dessen Lebensraum zerstört wird? Was passiert mit unseren Bienen, die wir seit Jahren am Waldrand halten und deren Honig vergiftet sein wird? Was geschieht mit unseren Hunden und Pferden, die viel sensibler auf Lärm und Schall reagieren? Unsere Pferdekoppeln können den Abstand von 600m zum geplanten Gebiet z.B. nicht einhalten! Wie wird mit der erhöhten Blitzeinschlagsgefahr umgegangen? Woher soll das Löschwasser kommen? Wie werden wir und unsere Tiere geschützt? Wer gleicht die Wertminderung unseres Hofes aus? Meine Eltern haben sich beim Kauf dieses Grundstückes bewusst für einen Ort abseits der Stadt entschieden. Sie haben viel Geld investiert, um dort alt zu werden und uns Kindern eine unbeschwertere Kindheit mitten in der Natur zu ermöglichen. Dies möchte ich auch meinen Kindern bieten können! Zudem stelle ich die Wirtschaftlichkeit in Frage. Auf unserem Grundstück herrscht nie ein gleichbleibender</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wind. Was bringen uns Windanlagen, die überwiegend aufgrund eines stürmischen und böigen Windes stehen? Ich bitte Sie das Gebiet aus der Entwurfsplanung zu entfernen, um unser Zuhause nicht zu zerstören und unsere Gesundheit und auch die Gesundheit unserer Tiere sowie der Waldtiere nicht zu gefährden.</p> <p>Die letzte Rückmeldung Ihrerseits hat keine meiner Bedenken ernsthaft beantwortet. Deshalb diese erneute Stellungnahme mit der Bitte mein Zuhause nicht durch so eine Aktion zu vernichten.</p>	<p>Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10186	296	<p>Mit großem entsetzen und vielen Fragezeichen habe ich von dem Bauprojekt erfahren.</p> <p>Weshalb wurden wir Bürger öffentlich nicht ausreichend informiert? Selbst Anwohner im näheren Umfeld wurde es verschwiegen.</p> <p>Windkraftanlagen sind meines Erachtens keine Lösung für Energiegewinnung, da die Nachteile nicht ausreichend beachtet werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der Schaden in der Tier-und Pflanzenwelt</li> <li>- Die gesundheitlichen Folgen bei Menschen z.B. durch Infraschall</li> <li>- Die Spätfolgen der Entsorgung der giftigen Substanzen der Anlage</li> </ul> <p>All diese Punkte sprechen gegen dieses Projekt.</p> <p>Wir sollten unsere Natur erhalten und nicht unser Ökosystem mehr schädigen.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	---	---	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10187	179	<p>Einspruch gegen Windpark Diepoldshofener Wald</p> <p>hiermit möchte ich, [Name anonymisiert] , Einspruch gegen den geplanten Windpark im Diepoldshofener Wald aussprechen.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wir haben bedenken und rechnen mit negativen Auswirkungen wegen Infraschall zu hohe Emissionen bzgl. Schall und Schattenschlag für unsere Gesundheit.</p> <p>Zudem kritisiere ich die Praxis, dass Waldbesitzer von der öffentlichen Seite, sowie von dem Energie Bündnis bedrängt werden, um diesem Vorhaben zuzustimmen.</p> <p>Eine so massive Einschränkung meiner Lebensqualität in meiner Heimat werde ich nicht dulden. Ich habe Kinder und möchte, dass sie auch in einer lebenswerten Umgebung aufwachsen.</p>	<p>Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10188	570	<p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim Nord Kreuzen und Leibertingen Süd Sohmerhof ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung:</p> <p>Unverhältnismäßiger Eingriff in Natur- und Artenschutzgebiete.</p> <p>Die vorgesehene Windvorrangfläche [WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen] liegt in einem bekannten Brut-, Nahrungs- und Fluggebiet geschützter Arten wie z. B. Rotmilan, Schwarzstorch und verschiedener Fledermausarten. Vor allem die Population der darin lebenden Rotmilane sucht seinesgleichen.</p> <p>Des Weiteren liegt das Gebiet inmitten des Naturparks Obere Donau. Zurecht sollten in dieser einzigartigen Landschaft alle Möglichkeiten genutzt werden, um den Ursprungszustand der Flora und Fauna aufrecht zu erhalten. In diesem Gebiet einen industriellen Windpark zu errichten, ist meiner Meinung nach eine Fars.</p> <p>Ich fordere daher eine Herausnahme dieser Fläche aus der Planung.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10189	571	<p>Einspruch gegen geplanten Windpark Diepoldshofer Wald. 7.5.2025</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit möchten wir unseren Einspruch gegen den geplanten Windpark im Diepoldshofer Wald aussprechen.</p> <p>Wir haben Bedenken und rechnen mit negativen Auswirkungen wegen</p>	<p>Zur Anregung bzgl. Holzstaub:</p> <p>Die genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Bau und Betrieb</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Infraschall, zu hohen Lärmemissionen, Schattenschlag, noch mehr Holzstaub vom Holzwerk Zollikhofer für unsere Gesundheit.</p> <p>Da wir in unmittelbarer Nähe des Holzwerkes Zollikhofer wohnen und in der Luft öfters leichter Holzstaub ist, haben wir starke bedenken das wir im Holzstaub mit den verwirblungen eines bzw. 4 Windräder versinken.</p> <p>Oder können sie uns garantieren das dies nicht der Fall sein wird !</p> <p>Im Anhang schicke ich ihnen Fotos mit wie der Holzstaub sich jetzt schon an der B465 und auf dem Radweg absetzt ! 225m von unserer Haustüre entfernt.</p>	<p>von Windenergieanlagen ergeben könnten. Bau-, anlagen- und betriebsbedingte Auswirkungen von Windenergieanlagen sind auf der Zulassungsebene standort- und anlagenbezogen zu prüfen und ggf. im Rahmen der Genehmigung zu regeln.</p> <p>Darüber hinaus wird folgendermaßen Stellung genommen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse verwiesen. Hinweis: Begründungen zur</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	

Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10190	572	<p>anbei erhalten Sie die Stellungnahme zum zweiten Entwurf des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie der Orsted Onshore Deutschland GmbH bezüglich des Windvorranggebietes 437-001.</p> <p>Wir stehen jederzeit für Fragen zu unserer Stellungnahme zur Verfügung!</p> <p>Vielen Dank für Ihre Arbeit und Ihr Engagement, insbesondere die Hintergründe zur Entstehung der VRG im LK. Sigmaringen / Gemeinde Ostrach auch vor Ort zu kommunizieren!</p> <p>Stellungnahme zum 2. Entwurf VRG WEA-437-001 Ostrach - West</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
Inhaltsverzeichnis				

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>1. Allgemeine Eignung 3</p> <p>2. Änderung Freileitung 3</p> <p>3. Änderung Abstand Außenbereichsbebauung 3</p> <p>4. Vorschläge zur Optimierung 3</p>		
		<p>1. Allgemeine Eignung</p> <p>Das geplante Vorranggebiet „Ostrach-West“ (VRG WEA-437-001) wird dominiert von einem forstwirtschaftlich geprägten großräumigen Wald, der durch eine Landstraße und zahlreiche Forstwege besonders gut an Verkehrswege angebunden ist. Mehrere Ertragsprognosen und interne Berechnungen zeigen, dass die Ertragssituation sehr gut ist und Windgeschwindigkeiten in Nabenhöhe (175m) von etwa 6,2 m/s erwartet werden können. Die Abstände der WEA-Standorte zur Bebauung werden aus Schall- und Schattenschutzgründen bei mindestens 800m bis 1000m zur geschlossenen Ortschaft liegen und sind somit höher als vom RVBO angenommen. Auch aus Akzeptanzgründen halten wir zu Ortschaften einen möglichst großen Abstand ein. Einzig zur Außenbereichsbebauung westlich von Ostrach unter der Hochspannungsleitung halten wir einen Abstand von 650m ein (47.945728023363586, 9.352032303490736). Nach Berücksichtigung aller relevanter Kriterien kommen auch wir zu dem Schluss, dass das geplante Vorranggebiet eindeutig der Gebietscharakteristik eines Windvorranggebietes entspricht.</p> <p>2. Änderung Freileitung</p> <p>Die Anpassung des Vorranggebietes aufgrund der Freileitung mit 380 kV ist für uns nachvollziehbar und aus unserer Sicht richtig. Der Abstand einer WEA zur Freileitung muss mindestens 150m betragen. Durch die Reduzierung des VRGs im Rahmen des zweiten Entwurfs ist das Potenzial hinsichtlich der WEA-Anzahl nicht tangiert.</p>		
IV. 10190	1233	<p>3. Änderung Abstand Außenbereichsbebauung</p> <p>Der Abstand zur, im ersten Entwurf nicht berücksichtigten, Außenbereichsbebauung ist aus unserer Sicht nachvollziehbar und sinnvoll. Einzig die variable Höhe des Abstandes zur Außenbereichsbebauung abhängig von Umzingelung und Größe des VRG erscheint uns nicht sinnvoll – wir orientieren uns hierbei an den gesetzlichen Vorgaben und an der zweifachen Gesamthöhe der WEA.</p>	<p>Aus Sicht des Regoinalverbands sind die höheren Orientierungswerte für die Siedlungsabstände bei starker lokaler Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Vorranggebiete Windenergie erforderlich, um der stärkeren visuellen Wirkung und Lärmwirkung von Windenergieanlagen bei großen Vorranggebieten Winenergie Rechnung zu tragen. Es wird hierzu auf das Planungskonzept in der Begründung zu PS 4.2.1 (2. Anhörungsentwurf, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10190	1234	<p>4. Vorschläge zur Optimierung</p> <p>Nach Betrachtung aller uns bekannten Kriterien, denken wir, dass das geplante Vorranggebiet für die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen sehr gut geeignet ist. Mit dem aktuellen Umgriff dieses geplanten Vorranggebietes sehen wir Potential für bis zu 13 Windenergielagen.</p> <p>Jedoch könnte das Potential dieses Vorranggebietes noch erhöht werden, indem ertragsschwache Teilflächen, die als Verbindungsflächen dienen (Flächen um den Reichenbach), herausgenommen werden. Dadurch wäre es im Gegenzug möglich, Flächen mit höherem Ertragspotential hinzuzufügen und somit das Potential des Vorranggebiets insgesamt zu erhöhen. Damit wäre nach unseren Planungen bis zu drei WEA mehr möglich.</p> <p>Wir wollen hiermit nochmal anregen, die Möglichkeit einer Erweiterung des VRGs 437-001 nach Nord- Westen zu prüfen, um ertragsstärkere Standorte zu inkludieren. Dadurch könnte das Potential des VRG aus unserer Sicht von im Moment 13 WEA auf ca. 16 WEA erhöht werden.</p> <p>Nichtsdestotrotz denken wir, dass das VRG 437-001 in der Form wie es im zweiten Entwurf dargestellt ist, sehr gut für die Projektierung eines Windparks geeignet ist und auch vor Ort die Akzeptanz dieses VRG nach unserem Empfinden mittlerweile gestiegen ist. Wir reichen im Juni 2025 den BlmSchG-Antrag für diese 13 WEA-Standorte ein:</p> <p>Wir freuen uns auf eine Rückmeldung und stehen jederzeit für Fragen bereit!</p>	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Anregung mit der BE ID 148 verwiesen.	Kenntnisnahme
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				

IV. 10191	174	<p>Spruchwort der Cree, einem Indianerstamm aus dem heutigen Kanada: „Erst wenn der letzte Baum gestorben, der letzte Fluss vergiftet und der letzte Fisch gefangen ist, werden wir erkennen, dass wir Geld nicht essen können.“</p> <p>Aus der Rede des Häuptlings Seattle an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1855: „Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde. Ihr</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	---	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>müsst Eure Kinder lehren, dass der Boden unter ihren Füßen die Asche unserer Großväter ist. Damit sie das Land achten, erzählt ihnen, dass die Erde erfüllt ist von den Seelen unserer Vorfahren. lehrt Eure Kinder, was wir unsere Kinder lehren: Die Erde ist unsere Mutter. Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde. Denn das wissen wir, die Erde gehört nicht den Menschen, der Mensch gehört zur Erde - das wissen wir. Alles ist miteinander verbunden, wie das Blut, das eine Familie vereint. Alles ist verbunden. Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde."</p> <p>Einspruch gegen die Planungen zur Ausweisung von Windkraftgebieten Einspruch gegen die Planungen zur Ausweisung von Photovoltaikgebieten Sehr geehrte Damen und Herren des Regionalverbandes,</p> <p>ich möchte mit den beiden obigen Sprichwörtern bzw. dem Auszug der Rede des Häuptlings Seattle beginnen.</p> <p>Ich bin „nur“ eine ganz normale 58jährige Frau aus dem Kreis Sigmaringen. Ich kenne mich nicht mit Paragraphen aus und will hier deshalb nicht gegen Paragraph soundso Einspruch einlegen. Das kann ich nicht und will ich auch nicht.</p> <p>Ich möchte Ihnen aber auf diesem Wege zu verstehen geben, dass ich meine Heimat - hier den Kreis Sigmaringen und ganz besonders die Gemeinde Leibertingen - bei Ihnen</p> <p>Planungen total überproportional belastet sehe. Die ausgewiesenen Flächen hier in der Gemeinde Leibertingen liegen weit über der gesetzlich vorgeschriebenen Flächenzahl! Wieso??: damit Sie in den anderen Gemeinden im Kreis RV und FN weniger Flächen ausweisen können und dann doch auf Ihr „Soll“ kommen??</p> <p>Wir leben hier noch in einer relativ intakten Natur, ganz am Rande des Naturparks „Obere Donau“ und sind sehr ländlich geprägt. Und genau dieses Gebiet wollen Sie jetzt auch noch zerstören! Wieso denn immer auf dem schwach besiedelten Land? Es scheint mir, als ob hier die Lobby der Einspruch-Erhebenden weniger Gewicht hat, vielleicht weil wir weniger Krach machen und leiser sind? Glauben Sie nicht, dass auch hier Land- und Forstwirtschaft mit viel Begeisterung und Elan betrieben wird?</p>	<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Sind Felder und Wälder, die Sie bei uns ausweisen, weniger „wert“, weil Sie nicht so viele Menschen betreffen?? Im Landkreis Ravensburg und Friedrichshafen, die im Übrigen sicher soviel Energie pro Kopf verbrauchen als wir, gibt es sicher auch Flächen, die ausgewiesen werden können. Wieso denn bei uns in Leibertingen so viel?? Wir haben bereits 2 große Photovoltaik-Flächen, die am Netz sind, wir haben in zwei Ortsteilen Bioenergie. Wir versuchen hier - so gut es geht- auf unsere Umwelt und die Wälder und Wiesen und Äcker zu achten und alles mit Respekt zu behandeln.</p> <p>Und Sie wollen jetzt hier so viele Flächen „zupflastern“ bzw. hektarweise Wald roden und tonnenweise Betonfundamente betonieren, um bei uns bis zu 290m (!! ) hohe Windkraftanlagen hochzuziehen?? Das klingt für mich alles andere als extrem umweltfreundlich und energie- und ressourcensparend!!!!</p> <p>Warum kann man sich nicht darum kümmern, dass der Strom aus Norddeutschland nach Süden transportiert werden kann?? Da werden Offshore- und andere Windparks genehmigt und subventioniert, obwohl von vorn herein klar ist, dass bei viel Wind der Strom nicht .wegtransportiert“ werden kann.</p> <p>langer Rede, kurzer Sinn: Ich lege Einspruch ein gegen die vollkommen überproportionale Überbelastung unserer Gemeinde und hoffe, dass Sie als Regionalverband-Mitglieder sich auch mal die Gebiete, die Sie ausweisen, ansehen und zwar „in Natura“ und nicht nur auf der Karte. Es wäre für Sie sicher mal eine Exkursion wert, damit Sie wissen, was Sie hier zerstören wollen!</p> <p>Klar, der Kreis Sigmaringen hat weniger Mitglieder im RVBO als die Kreise FN und RV, und kann ja von den anderen Landkreis-Mitgliedern jederzeit in Grund und Boden gestimmt werden. Und genau das scheint hier in meinen Augen der Fall zu sein!</p>		

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10192	175	<p>neben den sicherlich schon zahlreich eingegangenen kritischen Argumentationen möchte ich das Thema "Schutzgas" ansprechen. Um die elektrischen Schaltanlagen zu isolieren, wird Schwefelhexafluorid (SF6) verwendet. Die Klimawirkung ist fatal. SF6 hat ein 23.500-fach höheres Treibhauspotential als CO2 und eine Verbleibdauer in der Atmosphäre von 3.200 Jahren.</p> <p>Langfristig kann das Klima so nicht geschützt werden! Die Politik denkt hier - mal wieder - nur in Legislaturperioden!</p> <p>Ich bin daher entschieden gegen den Bau von derart vielen</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Windrädern im Haistergau!	<p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10193	176	Wir gehen seit vielen Jahren oft in der Umgebung von Billafingen spazieren, wir haben dort gewohnt, haben dort Freunde und mittlerweile sind unsere Kinder auch sehr gerne dort. Wenn man dort spazieren geht, erlebt man an jeder Ecke einen kleinen Wasserlauf	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>oder kann irgendein Getier beobachten. Gerade am Heinz Sielmann Weiher bleiben wir bei jedem Spaziergang stehen, es gibt dort so viel zu beobachten. Tiere und Wasser sind für Kinder sehr wichtig. Es gibt immer weniger Gebiete in denen man so eine Artenvielfalt und Natur auf einem Spaziergang erleben kann. Es wäre unverzeihlich, wenn sich an diesem Gebiet etwas ändert. Für eine Energiewende gibt es andere Möglichkeiten auszuschöpfen. In der Hoffnung, dass dieses Projekt nochmals überdenken und auf die direkt betroffenen Anwohner und die Tierwelt Rücksicht nehmen, verbleibe ich</p>	<p>/ wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10195	177	<p>hiermit lege ich Einspruch gegen den geplanten Windpark in Fleischwangen Nord ein.</p> <p>Begründung:</p> <p>1. Für Fleischwangen ist die vorgesehene Fläche das einzige Gebiet, das für den Ort für Freizeit und Naherholung dient. Eine Bebauung mit 3 Windrädern mit den dazugehörigen Zufahrtswegen würde das gesamte Areal zerstören.</p> <p>2. Als Christin fühle ich mich unserem Schöpfer und der Schöpfung gegenüber verantwortlich zum Erhalt der Natur. Ich bin überzeugt davon, dass wir alle einmal Rechenschaft ablegen müssen vor Gott unserem Schöpfer. Deshalb kann ich einer Zerstörung dieses kleinen Waldgebietes nicht zustimmen, da auch aus ökologischer Sicht und gesundheitlicher Schädwirkungen auf Mensch und Tier auch unsere Kinder und Enkelkinder einen solchen Unsinn als Erblast zu tragen haben.</p> <p>3. Auf Grund der in diesem Gebiet vorhandenen Windverhältnisse und der dadurch sehr geringen Leistungserbringung einer solchen Anlage ist es ebenfalls unsinnig hier einen Windpark zu errichten.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10196	178	<p>Betreff: Bezugnehmend zu meinem Einspruch gegen den Teilregional-plan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2. Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried-Ost vom 14.3.2024 und 31.Januar 2025</p> <p>Neben der Minderung des Wohn- und Immobilienwertes, der gesundheitlichen Beeinträchtigung, der Bedrohung der Tier- und Pflanzenwelt wiegt der Verlust eines noch intakten Naherholungs-gebietes besonders schwer.</p> <p>Ich bitte Sie dringend darum, den Siggener und Dorfer Wald nicht durch Windräder zu zerstören. Windräder gehören nicht an Standorte, wo sie das zerstören, was sie schützen sollten. Windräder gehören nicht in den Wald, der die unmittelbare Atmosphäre kühlt und befeuchtet.</p> <p>Bitte weisen Sie den Siggener und Dorfer Wald nicht als Standort für Windräder aus! Wälder wie der Dorfer Wald sind für das Klima in mittelbarer und unmittelbarer Umgebung wichtiger denn je, vor allem wie in den immer öfter auftretenden Trockenperioden aufgrund des Klimawandels. Der Dorfer Wald ist ein Wasserspeicher, wie durch mehrere Quellen bewiesen.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>P.S.: Im März 2025 erhielt ich Ihre Stellungnahme zu meinen Einsprüchen. Allerdings weist Ihre Stellungnahme durch Links auf die Synopse inkl. Anlagen hin, die allgemein gehalten ist und nicht mein persönliches Anliegen berücksichtigt.</p> <p>Bitte benachrichtigen Sie mich zeitnah!!!!</p>	<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).          Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:          Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).          Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.          Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.          Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10196	349	<p>Wie in meinem Einspruch erwähnt besitzen mein Nachbar und ich eine Quelle und die dazu gehörende Quellleitung, die sicher schon seit 100 Jahren bestehen. Nach dem Grundbuch von Ratzenried [Inhalt anonymisiert] besteht ein eingetragenes Brunnenrecht, siehe Servituten Buch Blatt [Inhalt anonymisiert] (Brunnenunterhaltung und Brunnenleitungslast). Die Quelle speist 2 Teiche mit einem Biotop mit Pflanzen, Insekten, Wassertiere, Vögeln und Fledermäuse. Außerdem werden mit ihr Gemüse- und Blumengärten bewässert. Durch den Bau der Windräder ist unsere Quelle gefährdet. Eine Erschütterung des Erdreichs während der Bauarbeiten könnte diese Quelle zum Versiegen bringen. Außerdem steht in unmittelbarer Nähe der Quelle das Windmessgerät der [Name anonymisiert], was den Standort und die Zuwegung für die Windräder bedeuten kann.</p>	<p>Der Teilregionalplan Energie legt Vorranggebiete für Windenergie fest, die der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung im regionalen Maßstab dienen. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen. Die angesprochenen Aspekte sind damit Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	
IV. 10197	180	<p>im Zuge der Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie im Raum Bad Waldsee insbesondere Haisterkirch/Hittelkofen/Osterhofen ist eine sorgfältige und verantwortungsvolle Prüfung aller relevanten Standortfaktoren unerlässlich. Vor dem Hintergrund des notwendigen Ausbaus erneuerbarer Energien ist es ebenso wichtig, die berechtigten Interessen der Bevölkerung, den Landschaftsschutz sowie gesundheitliche, ökologische und technische Aspekte zu berücksichtigen. Aus diesem Grund möchten wir zu folgenden Punkten kritisch Stellung nehmen:</p> <p>1. Abstandsvorschriften zu Wohnbebauung</p> <p>Die vorgesehenen Abstände zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten erscheinen unzureichend, um einen wirksamen Schutz der Anwohner sicherzustellen. In Anbetracht aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse zu Immissionsbelastungen und gesundheitlichen Auswirkungen sollte ein Mindestabstand von 1.000 bis 1.500 Metern eingehalten werden. Eine Unterschreitung dieses Wertes gefährdet das gesundheitliche und psychische Wohlbefinden der betroffenen Bevölkerung. An dieser Stelle möchten wir auf die beiden Windkraftanlagen WEA 1 und WEA 2 von LAOCO aufmerksam machen, die laut unserem Kenntnisstand nur einen Abstand von 900 bis 1.300 m aufweisen werden. Welche Auswirkungen das auf Hittelkofen hat, ist unserer Ansicht nach nicht genügend geprüft worden, zumal der Schattenschlag hier schon bekannt ist von diesem auch wir betroffen sein werden.</p> <p>2. Schattenwurf und seine Auswirkungen</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windenergieanlagen erzeugen durch rotierende Rotorblätter einen periodischen Schattenwurf der nicht nur als optisch störend empfunden wird, sondern nachweislich zu Stressreaktionen bei Menschen führen kann. Auch wenn Abschaltautomatiken bei Überschreiten bestimmter Schwellen vorgesehen sind, ist zu hinterfragen, ob diese Systeme in der Praxis zuverlässig arbeiten. Was uns zum nächsten und für uns sehr wichtigen Punkt kommen lässt.</p> <p>3. Zuverlässigkeit und Überwachung der Abschaltautomatik</p> <p>Ein zentrales Anliegen betrifft die technische Überwachung der Abschaltautomatiken bei Schattenwurf, das überschreiten der zulässigen Dezibel-Vorgabe oder Eiswurfgefahr. Es sollte sichergestellt sein, dass diese Systeme regelmäßig gewartet sowie durch unabhängige Stellen – etwa den TÜV – zertifiziert und überprüft werden. Nur so kann die Sicherheit der Anwohner gewährleistet werden. Aktuell bleiben Fragen offen, wie häufig diese Überprüfungen tatsächlich stattfinden und ob im Störfall sofort reagiert wird. Bei Einsicht in die Akten wurde bei diesem Thema gekonnt abgelenkt bzw. relevante Seiten entfernt welches Fragen aufwirft warum nicht alles bedenkenlos offengelegt werden kann. Als betroffene Anwohner haben wir das Recht jede einzelne Dokumentation zu Einsicht vorgelegt zu bekommen.</p> <p>4. Gesundheitliche Risiken durch Infraschall und Druckwellen</p> <p>Windenergieanlagen erzeugen kontinuierlich Infraschall und niederfrequente Druckwellen, die zwar für das menschliche Gehör nicht wahrnehmbar sind, jedoch nachweislich körperliche und psychische Beschwerden hervorrufen können – darunter Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen und anhaltende Stressreaktionen.</p> <p>Besonders alarmierend ist in diesem Zusammenhang der fundierte Beitrag von Dr. Wolfgang Hübner, promovierter Physiker, der bereits vor drei Jahren umfassend auf die gesundheitlichen Gefahren durch Druckwellen hingewiesen und diese an sämtliche relevanten Entscheidungsträger übermittelt hat. Seine Mahnung basierte auf physikalischen Grundlagen. Trotz der Dringlichkeit und Relevanz seiner Ausführungen erfolgte keinerlei fachliche Rückmeldung. Auch seine erneute Nachfrage vor einem Jahr blieb nach wie vor unbeantwortet.</p> <p>Diese anhaltende Verweigerung einer Stellungnahme ist in hohem Maße besorgniserregend und lässt den nötigen Respekt</p>	<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gegenüber wissenschaftlich fundierten Gesundheitsbedenken vermissen. In Anbetracht möglicher Langzeitfolgen ist eine sofortige, unabhängige Prüfung dieser Risiken zwingend geboten.</p> <p>5. Gesundheitliche und Umwelt-Belastung durch PFAS</p> <p>Im Zusammenhang mit dem Bau großer Windenergieanlagen entstehen potenzielle Umweltbelastungen durch die Ewigkeitschemikalien (PFAS), insbesondere bei der Verwendung von Spezialbeschichtungen. Diese Stoffe sind biologisch kaum abbaubar, reichern sich in Böden, Wasser und letztlich im menschlichen Körper an. Mögliche Langzeitwirkungen umfassen hormonelle Störungen und ein erhöhtes Krebsrisiko. In einer Region wie Bad Waldsee insbesondere das Haistergau, die für ihre hohe Umweltqualität bekannt ist, stellt dies ein ernstzunehmendes Gesundheits- und Umweltrisiko dar. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist trotz der „einzelnen“ Projektierungen unserer Meinung nach unerlässlich. Hier ist auch zu erwähnen, dass sich in unmittelbarer Nähe Wasserschutzzonen und ein Naturschutzgebiet befinden die völlig außer Acht gelassen werden da dies „anscheinend“ nicht mehr relevant ist und keiner näheren Betrachtung bedarf.</p> <p>6. Optische Bedrängung – besondere Tallage</p> <p>Die Tallage vom Haistergau sowie die unmittelbare Nähe zur Wohnbebauung führen zu einer besonders bedrängenden optischen Wirkung der geplanten Anlagen. In der flachen Ebene wirken die bis zu 270 Meter hohen Windräder überdimensional und dominieren das Landschaftsbild in unverhältnismäßiger Weise. Die psychologische Wirkung dieser visuellen Präsenz darf nicht unterschätzt werden. Über diese besondere Tallage kommen wir zum nächsten Punkt der unerlässlich einer Prüfung bedarf.</p> <p>7. Topografie – zwei Endmoränen und mögliche Rückkopplungseffekte</p> <p>Die topografische Lage zwischen zwei Endmoränen mit Hanglage erfordert eine spezielle akustische und landschaftsplanerische Prüfung. Es besteht die begründete Sorge, dass sich Schallwellen – insbesondere im niederfrequenten Bereich – durch Reflexionen und Rückkopplungen verstärken und somit eine überproportionale Lärmbelastung verursachen. Eine standardisierte Lärmberechnung erscheint unter diesen besonderen Gegebenheiten unzureichend. Hier fordern wir sie auf – eine Prüfung inkl. Gutachten zu erstellen welches die besondere</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Topografie berücksichtigt.</p> <p>8. Klimatische Veränderung des Wasserhaushalts durch Eingriff in Höhenwinde  Windenergieanlagen greifen aktiv in die natürlichen Luftströmungen ein – insbesondere in die Höhenwinde, die für die Regulation des lokalen Mikroklimas, den Feuchtigkeitstransport sowie die Niederschlagsverteilung verantwortlich sind. In einer landschaftlich sensiblen Region wie im Haistergau mit Hügelzügen und Tallagen kann diese Beeinflussung zu einer Veränderung des Wasserhaushalts, einer lokalen Austrocknung von Böden sowie einer Zunahme extremer Wetterereignisse führen. Wenn gezielt eingesetzte Druckimpulse Einfluss auf Wetterentwicklungen nehmen können, ist es umso naheliegender, dass dauerhafte Luftverwirbelungen und niederfrequente Druckwellen großer Windkraftanlagen unbeabsichtigte Effekte auf das Mikroklima haben können. Diese Zusammenhänge sind bisher weder ausreichend erforscht noch in die Umweltprüfungen eingeflossen – ein fahrlässiges Versäumnis angesichts möglicher weitreichender Folgen für Landwirtschaft, Wasserkreisläufe und Ökosysteme.</p> <p>9. Auswirkungen auf Immobilienwerte – Gefahr der faktischen Enteignung</p> <p>Die Errichtung großdimensionierter Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten hat nachweislich negative Auswirkungen auf den Immobilienwert. Für viele junge Familien im Haistergau stellt das Eigenheim nicht nur ein Zuhause, sondern auch die zentrale Altersvorsorge dar. Ein massiver Wertverlust durch optische Dominanz, Geräuschbelastung und reduzierte Wohnqualität kann einem Verlust der wirtschaftlichen Existenzgrundlage gleichkommen. Diese Entwicklung käme einer schleichenden Enteignung gleich – ohne Ausgleich oder Mitsprache.</p> <p>Zusammenfassend:</p> <p>Die geplante Ausweisung von Windenergieflächen im Bereich Haistergau ist mit erheblichen Risiken und Belastungen für Anwohner, Umwelt, Landschaft und Mikroklima verbunden. Die oben genannten Aspekte machen deutlich, dass die aktuelle Planung zahlreichen kritischen Anforderungen nicht gerecht wird. Eine umfassende, unabhängige, wissenschaftlich gestützte und bürgernahe Prüfung aller Standortfaktoren ist zwingend erforderlich. Nur so kann ein gesellschaftlich tragfähiger Weg zur Energiewende gelingen, ohne Gesundheit, Umwelt und Eigentum aufs Spiel zu setzen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wir als Anwohner fordern eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Gesamtgutachten aller geplanten Windkraftanlagen. Es ist nicht richtig dies zu umgehen nur weil der „Windpark“ nicht als solcher betrachtet wird aus Gründen vieler einzelner Projektierer. Für uns steht letztlich ein ganzer Windpark direkt vor unserer Haustür. Es entsteht der Eindruck, dass durch die Aufsplittung in Einzelprojekte gezielt versucht wird, eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein übergreifendes Gesamtgutachten zu umgehen – ein Vorgehen, das aus unserer Sicht absolut inakzeptabel und rechtsstaatlich höchst fragwürdig ist.</p> <p>Was viele vergessen: Energieüberschüsse sind längst Realität. Deutschland bezahlt mehrere Millionen Euro für den Export überschüssigen Stroms – nicht etwa, um Strom zu kaufen, sondern um ihn überhaupt loszuwerden. Wir haben oft mehr Energie, als unser Netz verkraften kann. Solange solche Situationen an der Tagesordnung sind, macht der Bau weiterer Windkraftanlagen – vor allem in dicht besiedelten Gebieten wie unserem – keinen Sinn. Er ist nicht ökologisch. Er ist nicht wirtschaftlich. Und er ist nicht menschlich.</p> <p>Es geht hier nicht um Technologiefeindlichkeit oder Fortschrittsverweigerung, sondern um ein gesundes Maß. Um Verantwortungsbewusstsein. Um das Recht auf Unversehrtheit – körperlich, seelisch und sozial. Hier möchten wir Sie an den Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG „Das Recht auf körperliche Unversehrtheit“ erinnern. Der Staat muss aktiv Maßnahmen ergreifen, um Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren für ihre körperliche Unversehrtheit zu schützen.</p> <p>Was hier im Raum Bad Waldsee mit dem Teilregionalplan Windenergie vorbereitet wird, ist kein Fortschritt, sondern eine Zerstörung gewachsener Lebensräume, eine Verdrängung von Mensch und Natur.</p> <p>Wir erleben schon heute einen Alltag, der vielen Menschen alles abverlangt: Zeitdruck, Lärm, digitale Dauererreichbarkeit, körperliche Belastung. Und am Ende dieses Tages will man nur eines: In Ruhe nach Hause kommen, durchatmen, neue Kraft schöpfen – vielleicht im Garten, auf dem Balkon oder beim Blick in eine unberührte Landschaft die ans Herz geht. Doch genau diese Ruhe wird uns genommen, wenn über zwanzig riesige Windkraftanlagen rund um unsere Orte errichtet werden.</p> <p>Manchmal geht es nicht mehr um Zahlen, Pläne und politische Ziele</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>– sondern darum, was uns Menschen wirklich ausmacht: unsere Verbundenheit mit der Heimat, das Recht auf Gesundheit, Würde und Ruhe.</p> <p>Unsere Heimat ist kein Industriepark. Sie ist Lebensraum. Sie ist Rückzugsort. Sie ist das Fundament für Generationen. Und wer sie leichtfertig opfert, gefährdet nicht nur die Landschaft, sondern auch das Vertrauen der Menschen in Politik, Planung und Gerechtigkeit.</p> <p>Wir bitten Sie daher mit Nachdruck: Hören Sie auf den gesunden Menschenverstand, auf die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger und auf die Fakten.</p> <p>Als Anwohner von [Ort anonymisiert] sind wir vom Schattenschlag der Windkraftanlagen WEA 1 und WEA 2 von LAOCO sicher betroffen. Wie sich die Lautstärke verhält können wir leider nicht abschätzen. Wir bitten Sie daher die Windkraftanlagen WEA 1 und WEA 2 von LAOCO und EnBW WEA 04 nicht zu genehmigen und die Flächen aus der Planung zu streichen.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10198	736	<p>Erneute Stellungnahme</p> <p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen – Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>beiliegend überreiche die Stellungnahme für meine Mandantschaft.</p> <p>Für kurze Bestätigung des Eingangs per email bedanke ich mich.</p> <p>Erneute Stellungnahme Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Gebiet der Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen – Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2) Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrte Damen und Herren, unter Vorlage beigefügter Vollmacht hatte ich die anwaltliche Vertretung [Name anonymisiert] [Adresse anonymisiert] angezeigt und</p>	<p>Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Ansonsten bezieht sich die Anregung auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>im Rahmen der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung eine ausführliche Stellungnahme abgegeben.</p> <p>Da der Regionalplaner aus nicht nachvollziehbaren Gründen trotz massiv entgegenstehender öffentlicher Belange weiter an den Flächen festhält, ist es erforderlich den Vortrag zu wiederholen.</p> <p>.</p> <p>Auf die erneute Vorlage der Anlagen wird verzichtet, weil der Regionalplaner bereits in Besitz dieser Unterlagen ist.</p> <p>Die Stellungnahme für meine Mandanten bezieht sich auf die folgenden Potenzialflächen des Gebietes Altdorfer Wald:</p> <p>WEA-436-004 Altdorfer Wald - Erbisreuter Wald  WEA-436-009, Altdorfer Wald - Grunder Wald  WEA-436-010, Altdorfer Wald – Süd</p> <p>Dementsprechend bezieht sich die nachfolgende Stellungnahme in erster Linie auf diese Potenzialflächen.</p> <p>A. Ziele und Grundsätze der Regionalplanung</p> <p>Diesbezüglich ist zunächst auf die Begründung des Regionalplans zu verweisen.</p> <p>Dieser enthält folgende grundsätzliche Regelungen:</p> <p>Das Kapitel 4.2 wird in einem gesonderten Verfahren fortgeschrieben (Teilregionalplan Energie). Der vorliegende Entwurf zur Anhörung dieses Teilregionalplans enthält den Entwurf für das Kapitel 4.2 Energie inklusive der damit verbundenen Änderungen in weiteren Kapiteln (1.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2.1, 3.2.2, 3.3.1).</p> <p>Die räumliche Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bodensee-Oberschwaben soll im Einklang mit den naturräumlichen Qualitäten und der kulturellen Tradition der Region stehen.</p> <p>.....und weiter:</p> <p>Z(1) Im Regionalplan sind Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen (kurz: Vorranggebiete Windenergie) festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt. In den Vorranggebieten Windenergie hat die Nutzung der Windenergie einschließlich des Repowerings</p>	<p>Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie) sowie den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss inkl. Anlagen verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorrang vor entgegenstehenden Raumnutzungen. Nutzungen, die dem Sicherungszweck nicht widersprechen, sind zulässig, wenn keine sonstigen</p> <p>Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen. Die Rotorblätter von Windenergieanlagen dürfen über die Grenzen der festgelegten Vorranggebiete</p> <p>Windenergie hinausragen („Rotor-außerhalb-Flächen“).</p> <p>Z (2) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie sind Höhenbegrenzungen</p> <p>für Windenergieanlagen in kommunalen Bauleitplänen unwirksam. Grundsätzlich können im Rahmen der Regionalplanung auch die Nutzung des Plangebiets</p> <p>für Windkraftanlagen und Fotovoltaikanlagen geregelt werden. Vom Grundsatz her ist dies auch zu begrüßen.</p> <p>Allerdings hat das Planungsrecht in Baden-Württemberg im Jahr 2011 eine maßgebende</p> <p>Änderung erfahren müssen.</p> <p>Das Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg enthielt bis zum Jahr 2011 auch die</p> <p>Möglichkeit, Ausschlussflächen für Windenergieanlagen festzusetzen.</p> <p>Grundsätzlich galt der gesamte Bereich außerhalb der Vorrangflächen und</p> <p>Vorbehaltsflächen zur Nutzung der Windenergie als sogenannte Ausschlussfläche.</p> <p>Ab dem Jahr 2011 konnten die Regionalverbände keine Ausschlussflächen für</p> <p>Windenergieanlagen mehr festsetzen. Dementsprechend gilt seit diesem Zeitraum der</p> <p>Grundsatz, dass alle Flächen in Baden-Württemberg grundsätzlich der allgemeinen</p> <p>Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB unterfallen und damit vom Grundsatz her jede</p> <p>Fläche in Baden-Württemberg der Windkraft zur Verfügung steht. Das wesentliche planungsrechtliche Element der Ausschlussfläche gilt seit 2011 nicht mehr.</p> <p>Nach den Gesetzesänderungen der Bundesregierung durch das Wind-an-Land-Gesetz</p> <p>(WalG) und das WindBG sollen Windeignungsgebiete ausgewiesen werden, die bei</p> <p>Erreichen des Flächenbeitragswerts eines jeden Landes</p> <p>Ausschlusswirkung betreffend der</p> <p>übrigen Landesfläche entfalten sollen.</p> <p>Bis zum Erreichen dieses Flächenbeitragswerts gibt es allerdings keine Ausschlussgebiete.</p> <p>Ungeachtet dessen können die einzelnen Gemeinden im Rahmen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der Bauleitplanung zusätzliche Flächen ausweisen, die jedoch als solche keine Ausschlusswirkung entfalten können. Die Bundesregierung hat wiederholt Notverordnungen zur Sicherung des Energiebedarfs erlassen. Dadurch werden insbesondere Einschränkungen durch Naturschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Waldschutz, Denkmalschutz, regionale Grünzüge, Wasserschutz extrem eingeschränkt. Dies alles sind Folgen der maximalen Höherstufung des Ausbaus der Windenergie durch die Verleihung des Prädikats „überragendes öffentliches Interesse“. Diese rechtlichen Vorgänge begegnen jedoch erheblichen rechtlichen Bedenken. Der Gesetzgeber hat in § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB jene Gründe ausdrücklich benannt, die der Verwirklichung sogenannter privilegierter Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Durch die Gesetzesänderungen bzw. Erlass der Notverordnung werden diese Schutznormen nahezu bedeutungslos. Hierzu folgende Anmerkungen des Unterfertigten: Die gesetzlichen Neuerungen in § 2 EEG und § 45b BNatSchG sind aus hiesiger Sicht rechtswidrig.</p> <p>Diese Regelung in § 2 EEG und auch die Regelung in § 45b BNatSchG (überragendes öffentliches Interesse und öffentliche Sicherheit) führen dazu, dass die Abwägungsentscheidungen der Belange der Windkraftbetreiber und des Naturschutzes nicht nur in „Schieflage“ geraten, sondern dass eine massive Bevorzugung der Windkraftanlagen ohne hinreichenden Grund und unter Missachtung bundesrechtlicher Vorgaben erfolgt. Insbesondere liegt ein Verstoß gegen die Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vor. Danach dient die Vogelschutzrichtlinie der Erhaltung der Bestände sämtlicher im Gebiet der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Europäischen Union natürlicherweise vorkommenden Vogelarten einschließlich der Zugvogelarten, indem sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Erhaltung und Wiederherstellung der Lebensstätten und Lebensräume verpflichtet, die insbesondere durch die Errichtung von Schutzgebieten sowie durch die Einführung artenschutzrechtlicher Schutzvorschriften.</p> <p>Diesen Erfordernissen ist der Bundesgesetzgeber mit § 44 Abs. 1 BNatSchG nachgekommen.</p> <p>Durch die jetzt durch die Bundesregierung eingeführten Ausnahmegesetze in § 45b BNatSchG wird dieser ursprüngliche Schutz des § 44 Abs. 1 BNatSchG unionsrechtswidrig ausgehöhlt bzw. teilweise sogar beseitigt. Abweichungen sind nur nach Art. 9 Abs. 1 V-RL erlaubt und zwar im Interesse der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit (Buchstabe a).</p> <p>Der Bundesgesetzgeber legt mit der neuen Regelung fest, dass der Betrieb einer Windkraftanlage stets der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird aber damit verkannt, dass es einem Mitgliedstaat verwehrt ist, einen unionsrechtlichen Begriff rein national zu definieren, um über diesen Weg in den Anwendungsbereich einer Ausnahmeregelung in der V-RL zu gelangen.</p> <p>In Rechtsprechung und Literatur ist seit langem geklärt, dass jeder im Unionsrecht verwendete Begriff autonom in seinem spezifischen unionsrechtlichen Sinne aus sich selbst heraus auszulegen ist, und dass es wegen der notwendig einheitlichen Geltung des Unionsrechts unter allen Mitgliedstaaten keine Verweisung auf innerstaatliche Sinngehalte geben kann. Insoweit ist zu verweisen auf zwei Entscheidungen des EuGH aus den Jahren 2018 und 2019; vgl. EuGH, Urteil vom 6.3.2018 - C-284/16 Rn. 33 EuGH, Urteil vom 11.4.2019-C-483/17 Rn. 36 sowie auf die weitere Entscheidung des EuGH, Urteil vom 10.12.2018-C-621/18, Rn. 47. Hierin ist unter anderem klar festgelegt, dass das Unionsrecht dadurch</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gekennzeichnet ist, dass es einer autonomen Quelle entspringt und Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten hat. Dies deckt sich letztlich auch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Grundsatz der autonomen Auslegung des Unionsrechts von deutschen Gerichten beachtet werden muss; vgl. BVerfG, Beschluss vom 9.1.2001 - 1 BvR1036/99. Speziell hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit hat der EuGH ausgeführt, dass dieser Begriff streng zu verstehen ist, sodass „ihr Umfang nicht einseitig von jedem der Mitgliedstaaten ohne Kontrolle durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft festgelegt werden kann.“ Damit verbietet sich das Vorgehen der Bundesregierung für einen einzelnen Mitgliedstaat den unionsrechtlichen Begriff der „öffentlichen Sicherheit“ eigenständig-zumal entgegen der EuGH-Rechtsprechung und undifferenziert zu definieren. § 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen dementsprechend gegen Art. 9V-RL. Eine konkrete Einzelfallabwägung zwischen dem Artenschutz und anderen Belangen kann deshalb auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass die bezeichneten Neuregelungen europarechtlicher Prüfung nicht standhalten werden. Auf den Verstoß gegen Art. 20a GG wird ebenfalls verwiesen. Des Weiteren wurde auf Drängen der Bundesregierung auf EU-Basis die Möglichkeit des Erlasses von Notverordnungen zur Errichtung von Windkraftanlagen durchgesetzt, die wiederum in nationales Recht derzeit umgesetzt werden. Hierzu ist anzumerken, dass allein schon die Verfügung dieser „EU-Notverordnung“ auf EUBasis sowohl gegen die artenschutzrechtlichen Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie und weiterer Schutznormen für den Artenschutz verstoßen sowie gegen die bisherige ständige Rechtsprechung des EuGHs zu diesem Themenbereich. Darüber hinaus ist derzeit der Erlass einer „Notverordnung“ wegen Energiekrise rechtswidrig. Der Ausfall der Stromversorgung in Deutschland war zwar ursprünglich befürchtet worden,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nachdem wegen verhängter Sanktionen sowohl die Erdgaslieferungen als nun auch die Rohöllieferungen aus Russland eingestellt wurden. Zwischenzeitlich hat sich die Lage aber derart entspannt, dass für eine Notverordnung kein Raum mehr bleibt.</p> <p>Die Gasspeicher sind gefüllt. Die Bundesregierung plant sogar die Errichtung von Gaskraftwerken. Auch die Prognosen für die Gasversorgung in den kommenden Jahren sind nach Aussage der Erdgasbetreiberfirmen und entsprechender Gutachter absolut gesichert.</p> <p>Gleiches gilt für die Versorgung mit Treibstoffen. Es hat zwar eine gewisse Teuerung stattgefunden. Die Versorgungslage ist aber nach wie vor in jeglicher Hinsicht gesichert.</p> <p>Insoweit verweise ich auf die erstatteten Gutachten sowie die Meldungen aus der Presse.</p> <p>Folglich sind weitere Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen auf der Grundlage einer Notverordnung rechtswidrig.</p> <p>Der Ausbau erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu befürworten. Dies darf aber nicht auf dem Rücken des Artenschutzes und Naturschutzes ausgetragen werden.</p> <p>Die Maßgaben des § 45 Abs. 7 BNatSchG sowie den Neuregelungen in § 45b BNatSchG fehlt insoweit die Rechtsgrundlage.</p> <p>Aufgrund dieser Neuregelungen findet im Ergebnis keine Artenschutzprüfung mehr statt.</p> <p>Dies folgt auch aus den Regelungen der §§ 249 und 245 e BauGB.</p> <p>Der Naturschutz und der Artenschutz werden nach diesen Regelungen komplett ignoriert und ausgeschaltet.</p> <p>Die bisherigen Regelungen haben den Naturschutz und Artenschutz bereits stark zurückgedrängt. Eine Naturschutz- und Artenschutzprüfung war aber immer noch möglich.</p> <p>Die jetzigen Regelungen verstoßen gegen nationales Recht aber auch gegen Unionsrechts.</p> <p>Dementsprechend ist auch die deutsche Gerichtsbarkeit verpflichtet, europäische Vorgaben bei der Beurteilung von Klageverfahren wie in vorliegendem Fall zu beachten.</p> <p>Gleiches gilt auch für die anderen ebenfalls eingeschränkten entgegenstehenden Belange.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Im Übrigen sei bei der Regionalplanung darauf hingewiesen, dass der Regionalplan als solcher grundsätzlich über ein Jahrzehnt und mehr Gültigkeit haben soll, wohingegen die Notverordnung in Kürze auslaufen wird.</p> <p>Unter diesen Gesichtspunkten ist nicht nachvollziehbar, wie das Ziel der Vereinbarkeit zwischen Windkraft und Naturschutz erreicht werden soll.</p> <p>Die politischen Vorgaben ignorieren den Naturschutz, Wasserschutz, Landschaftsschutz, Bodenschutz, Denkmalschutz und die weiteren Schutznormen einseitig zugunsten der Windkraft, wenngleich auch in der Öffentlichkeit anderes behauptet wird.</p> <p>Dies wird besonders in der nachfolgenden Zielvorgabe deutlich:</p> <p>Z (3) Innerhalb der Vorranggebiete Windenergie stehen der Errichtung und dem Betrieb regionalbedeutsamer Windkraftanlagen und erforderlichen Nebenanlagen sowie dafür notwendigen Erschließungsmaßnahmen nach § 249 Abs. 5 S. 1 BauGB regionalplanerische Zielaussagen der Regionalen Grünzüge (PS 3.1.1 Z (5)), der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege PS 3.2.1 Z (5) und der Vorranggebiete für besondere Waldfunktionen PS 3.2.2 Z (4) nicht entgegen. Im Fall von Zielkonflikten hat der Belang der Windenergienutzung Vorrang vor den Zielen der regionalen Freiraumstruktur. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist in PS 3.3.1 Z (3) geregelt.</p> <p>Festzustellen ist insbesondere eine völlig übereilte und damit auch oberflächliche Raumplanung, wie im Folgenden noch ausgeführt wird.</p> <p>Ein Grund hierfür ist sicher das von der baden-württembergischen Landesregierung in § 20 Klimagesetz Baden-Württemberg verfügte Planungsziel bis spätestens 30.9.2025.</p> <p>Damit setzt der Landesgesetzgeber die Regionalverbände massiv unter Druck, sodass diese letztlich tatsächlich nur eine oberflächliche Planung vornehmen können.</p> <p>Offensichtlich ist dies seitens der Landesregierung in dieser Form auch</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gewünscht. Diese Fristsetzung zum 30.9.2025 ist nicht zwingend erforderlich, weil der Bundesgesetzgeber in § 3 Abs. 1 WindBG bzw. in der Anlage zu dieser Vorschrift ein erstes Planungsziel zur Erreichung der Flächenbeitragswerte zum 31.12.2027 gesetzt hat. Der Zwang zur übereilten Planung in Baden-Württemberg ist deshalb völlig unbegründet und führt zwangsläufig zu Planungsfehlern, da die möglichen entgegenstehenden Belange nicht in dem notwendigen Umfang geprüft werden können.</p> <p>B. Entgegenstehende Belange im Einzelnen</p> <p>I. entgegenstehende öffentliche Belange</p> <p>1. entgegenstehende immissionsschutzrechtliche Belange</p> <p>Vermisst in diesem Zusammenhang werden Ausführungen des Regionalplans zu immissionsschutzrechtlichen Belangen der Anwohner. Üblicherweise werden mit der Regionalplanung Immissionsprognosen auf der Grundlage derzeit gängiger Typen von Windkraftanlagen (Referenzanlagen) erstellt, um die Belastung der Anwohner in Erfahrung zu bringen. In der gesamten Regionalplanung finden sich keine derartigen Ansätze. Des Weiteren bleibt in diesem Zusammenhang völlig unberücksichtigt, inwieweit die betroffenen Gemeinden in ihrer Planungshoheit verletzt werden. Durch die Ausweisung von Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie wird das Planungsrecht der betroffenen Gemeinden erheblich eingeschränkt. Bei der Ausweisung entsprechender Wohngebiete müssen Schutzabstände nunmehr berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für die Schallbelastung als auch für den Schattenschlag. Die Regionalplanung nimmt hierzu aber keine bzw. nur unzureichend Stellung.</p> <p>2. entgegenstehender Belang des Naturschutzes</p> <p>Im Bereich der drei oben genannten drei Potentialflächen befinden sich die nachfolgenden Schutzgebiete bzw. schutzwürdige Zonen</p> <p>FFH-Gebiet "Altdorfer Wald" im näheren Umfeld Verbundräume des regionalen Biotopverbundes Wildtierkorridor</p> <p>Biotope, FFH-Mähwiesen, Naturdenkmale</p> <p>Kernflächen und Kernräume des regionalen und des landesweiten</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Biotopverbundes Verbundräume des regionalen Biotopverbund Der Ausweisung als Windeignungsgebiete stehen insbesondere Belange des Naturschutzes im Sinn des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB i.V.m. § 44 Abs. 1 BNatSchG entgegen. Gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG darf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung nur dann erteilt werden und eine Positivplanung nur dann erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und gem. Nr. 2 der Vorschrift andere öffentlich-rechtliche Vorschriften der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen. Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG dürfen von immissionsträchtigen Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen, sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden. Die in § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG angesprochenen „anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften“ verweisen insbesondere auf die entgegenstehenden öffentlichen Belange, definiert in § 35 Abs. 3 BauGB, wobei die in § 35 Abs. 3 BauGB vorhandene Auflistung der entgegenstehenden öffentlichen Belange nur exemplarisch aber nicht abschließend ist. Nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vor, wenn das Vorhaben die Belange des Naturschutzes beeinträchtigt. Die Belange des Naturschutzes sind unabhängig vom Naturschutzrecht zu prüfen und unterliegen der vollen gerichtlichen Kontrolle. Der Regionalplan äußert sich hierzu wie folgt: (4) Windenergieanlagen sind in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege zulässig, wenn die Zweckbestimmung der Vorranggebiete nach PS 3.2.0 (1), (2), (3) und (5) i.V.m. PS 3.2.1 (1) nachweislich nicht gefährdet ist und keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen. PS 3.2.1 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege. Aufgrund von § 2 Abs. 1</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen und Zweckbestimmung der Vorranggebiete nach PS 3.2.0 (1), (2), (3) und (5) i.V.m. PS 3.2.1 (1) nicht beeinträchtigt wird. Eine Beeinträchtigung ist insbesondere in den Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbunds möglich. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege ist in PS 4.2.2 geregelt. Mit diesen Formulierungen soll der Eindruck entstehen, der Naturschutz werde in der Planung ausreichend berücksichtigt. Tatsächlich wird dem Naturschutz nicht jener Rang eingeräumt, den der Gesetzgeber hierfür ursprünglich vorgesehen hat. Wie bereits oben ausgeführt, wird bereits im Planverfahren der Naturschutz ausgehöhlt.</p> <p>Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in einem Urteil aus dem Jahr 2011 bereits entschieden, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende Belange bei der Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie berücksichtigt werden müssen, wenn sie im Rahmen der Planung bekannt werden. Auch die aktuelle Bundesregierung hat die Prüfung naturschutzrechtlicher Belange bereits im Planverfahren favorisiert, wenn auch aus anderen Gründen. Zum einen soll die naturschutzrechtliche Prüfung nur noch als sogenannte „strategische Umweltprüfung“ (SUP) durchgeführt werden. Zum anderen soll dies dann auch für das Genehmigungsverfahren genügen. Diese sogenannte strategische Umweltprüfung war ursprünglich lediglich als erste überschlägige Prüfung vom Gesetzgeber gedacht, sollte aber keinesfalls eine spezielle</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>artenschutzrechtliche Prüfung ersetzen.  Diese jetzt praktizierte Missachtung der möglicherweise  entgegenstehenden  naturschutzrechtlichen Belange kann weder mit der Rechtsordnung  der Bundesrepublik noch  mit europäischer Gesetzeslage und Rechtsprechung in Einklang  stehen.  Unter Ziff. 3.4.1 des Umweltberichts wird ausgeführt, dass der  Planung einzig und allein ein  vom Umweltministerium Baden-Württemberg herausgegebener  Fachbeitrag für alle  Regionalverbände Baden-Württembergs zugrunde gelegt wird.  Nach eigenen Angaben des  Planungsverbandes wurden lediglich die „landesweit wichtigsten  Quellpopulationen  windkraftsensibler Arten sowie ausgewählter weiterer Vogel- und  Fledermausarten  identifiziert“.  Lediglich die naturschutzfachlich als besonders hochwertigen  Schwerpunktorkommen sind  in die Abwägung und Auswahl der Vorranggebiete Windenergie  eingeflossen.  Zuvor weist der Planverband unter Z. 3.3.2 (Artenschutzrechtliche  Prüfung) darauf hin, dass  regionalplanerische Festlegungen, die in ihrer Umsetzung in einem  unauflösbaren Konflikt  zum Artenschutzrecht stehen würden, unzulässig seien.</p> <p>Bereits hieraus ergibt sich, dass angesichts des Unterlassens einer  konkreten  Artenschutzprüfung diese „unauflösbaren Konflikte“ weder  erkannt noch beurteilt werden  können.  Es bleibt also den Zufall überlassen, ob seitens des LUBW zufällig  Arten in diesem Gebiet  festgestellt werden oder nicht.  So wird im Umweltbericht unter „Artenschutz“ die nachfolgende  Behauptung aufgestellt:  Alle potenziellen Vorranggebiete Windenergie liegen außerhalb der  Artenschutzräume der  Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz für die Regionalplanung  (LUBW 2022 mit  Änderungen und Ergänzungen 2023). 23 potenzielle Vorranggebiete  liegen ganz oder  teilweise in Artenschutzräumen der Kategorie B. Gem. Fachbeitrag  Artenschutz kann in</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schwerpunktorkommen der Kategorie B im späteren Genehmigungsverfahren im Bedarfsfall mit hoher Wahrscheinlichkeit eine artenschutzrechtliche Ausnahme §§ 45 Abs. 1 i.V.m. 45b Abs. 8 BNatSchG erteilt werden. In diesen Räumen ist nicht davon auszugehen, dass die Umsetzung des Plans an artenschutzrechtlichen Hindernissen scheitern würde. Daher sind hier im Rahmen der Regionalplanung keine detaillierten Prüfungen im Einzelfall erforderlich. Auf dieser Grundlage kann keine naturschutzfachliche/artenschutzfachliche Bewertung vorgenommen werden. Der Planungsverband wird dementsprechend seinem Auftrag, entgegenstehende naturschutzrechtliche Belange in Erfahrung zu bringen nicht gerecht. So kommt der Planungsverband zu dem Ergebnis (Fazit): Auf Ebene des Regionalplans wurde unter Berücksichtigung aller bekannten planungsrelevanten Informationen eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der Arten durchgeführt.</p> <p>Der Planverband räumt zwar ein, dass die Planung lediglich auf „bekannten planungsrelevanten Informationen und einer überschlägigen Prognose der Arten“ beruht. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Unvollständigkeit der Informationen und Daten eingeräumt wird. Dessen ungeachtet unternimmt der Planungsverband aber keine weiteren Aktivitäten, diese mehr als unsichere und oberflächliche Datenlage durch eine ordnungsgemäße artenschutzrechtliche Prüfung zu beseitigen. Der Planungsverband ist dementsprechend aufzufordern, für die oben genannten Potentialflächen eine ordnungsgemäße und fachlich korrekte umfassende artenschutzrechtliche Prüfung vorzunehmen. Dies gilt insbesondere deshalb, weil in den Steckbriefen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass Artenschutzbelange in erheblichem Maße beeinträchtigt sind. Unter dem Stichpunkt „Ergebnis Natura 2000-Vorabprüfung“</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wird ausgeführt, dass die Hinweise im Umweltbericht nach erfolgter Standortwahl auf nachgelagerter Ebene beachtet werden sollten.</p> <p>Hierbei verkennt der Regionalplanung, dass die Artenschutzbelange bereits auf der Ebene der Regionalplanung zu prüfen sind. Insoweit verweise ich auf den Vortrag oben.</p> <p>3. entgegenstehender Belang des Landschaftsschutzes/Waldschutzes</p> <p>Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen.</p> <p>Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB.</p> <p>Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen wird die natürliche Eigenart der Landschaft im Bereich der streitgegenständlichen Fläche zerstört. Der Regionalplaner beruft sich bezüglich des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung auf ein Gutachten des Büros PAN. Allerdings nimmt dieses Gutachten zu der Gesamtregion Stellung. In mehreren Karten werden die möglichen entgegenstehenden Belange dargestellt. Allerdings kann aus den Karten nicht entnommen werden, welche Belastungen auf die einzelnen Potentialflächen entfallen. Ergebnisse können nur errahnt werden.</p> <p>Der Regionalplaner gibt in den Tabellen der Gesamtübersicht der Potentialflächen lediglich ein Ergebnis mit wenigen Worten bekannt. Dies kann aber nicht überprüft werden.</p> <p>Insoweit ist der Regionalplaner aufzufordern den Gutachter zu veranlassen, für jede Potentialfläche konkret die Belastung unter dem Blickwinkel des Landschaftsbildes und der landschaftsgebundenen Erholung ausführlich aufzuzeigen.</p> <p>Zum Regionalplaner hoch eingestuft wird der Eingriff in die Landschaft. Hervorzuheben ist das Landschaftsschutzgebiet „Durchbruchstal der Wolfegger</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ach“.</p> <p>Der Regionalplaner führt selbst aus, dass bezüglich der drei Potenzialflächen eine überdurchschnittliche Konfliktintensität von Landschaftsbild- und Erholungsfunktion besteht.</p> <p>Aus diesem Grund wird der entgegenstehende Belange Landschaft auch entsprechend hoch bewertet.</p> <p>Zum Waldschutz gibt der Regionalplan folgende Vorgabe:</p> <p>PS 3.2.2 (4) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen. Aufgrund von § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind in Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen Windenergieanlagen zulässig, wenn keine weiteren Festlegungen des Regionalplans entgegenstehen und die Zweckbestimmung gem. PS 3.2.0 (2) und (5) nicht beeinträchtigt wird. Von einer Beeinträchtigung ist v.a. in den Kernflächen und -räumen des regionalen Biotopverbundsystems auszugehen. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind daher durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden. Unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen ist in PS 4.2.2 geregelt.</p> <p>Das Bundesamt für Naturschutz beschreibt den Altdorfer Wald zutreffend:</p> <p>Beschreibung</p> <p>Der Altdorfer Wald ist eine, In 700 bis 500 m ü. NN liegende, weitgehend bewaldete Mittelgebirgslandschaft. Vom Schussen- und vom Wolfegger Achtobel sind mehrere, rund 100 m tief eingeschnittene, nach außen ansteigende, eng gescharte Wälle aus Moränen und Schottern ausgebildet. Die zwischen den Wällen liegenden parallelen Senken sind vernässt bis verriedet. Gleye, Anmoor und Moorböden sind dort typisch. Die Wälle tragen Wälder auf Rendzinen, Pararendzinen und Parabraunerden. Die Tobel haben sich mit beachtlichem Gefälle (1,5 %) in die wenig widerständigen oberen Süßwassermolassen geschnitten. Die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ränder des Altdorfer Waldes bieten ein zusammenhängendes Landschaftsbild mit hohem ästhetischen Potenzial. Nur in den Randbereichen der Landschaft befinden sich Offenlandflächen. Die Waldflächen bestehen zum größten Teil aus Fichtenbeständen, seltener Buchen und andere Laubbaumarten. Die wenigen offenen Flächen der Landschaft werden vorherrschend als Grünland genutzt. Teile des Altdorfer Waldes sind als gleichnamiges FFH-Gebiet gemeldet. Die wenigen NSG der Landschaft umfassen Moore und Stillgewässer, z.B. die "Erbisreuter Moorniederung". SPA-Gebiet ist das "Füremoos". Die Landschaft ist auch Bestandteil des PLENUM-Gebiets (Gebiet für großflächige Naturschutzmaßnahmen) "Oberschwäbisches Hügel- und Moorland".</p> <p><a href="https://www.bfn.de/landschaftssteckbriefe/altdorfer-wald">https://www.bfn.de/landschaftssteckbriefe/altdorfer-wald</a></p> <p>Anlage: Karte Moore – als Anl. 2 Karte Biotopverbund – als Anl. 3</p> <p>Karte alle Schutzgebiete – als Anl. 4 Die Suchgebiete liegen im FFH-Gebiet 8224-311 "Feuchtgebiete bei Waldburg und Kißlegg". <a href="https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/en/natur-und-landschaft/map-endfassungenuebersicht/-/document_library/0U6Z5CnGUlw8/view/868327">https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/en/natur-und-landschaft/map-endfassungenuebersicht/-/document_library/0U6Z5CnGUlw8/view/868327</a></p> <p>Biotopverbund Unter „Vorranggebiet für besondere Waldfunktion, Vorranggebiet für Naturschutz + Landschaftspflege“ ist ein funktionierender Biotopverbund überlebensnotwendig! In einem zusammenhängenden Netz ökologisch bedeutsamer Freiräume ist es den Arten möglich, sich neue, klimatisch geeignetere Lebensräume mit einer ausreichenden Größe und Ausstattung zu erschließen. Nur so ist auch der für den Fortbestand der Arten notwendige Austausch zwischen verschiedenen Populationen und Vorkommen gewährleistet. Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft überlagern sich mit den Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz Vorrang- und Vorbehaltsgebiete</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Grundwasser/Trinkwasser, welches eine zentrale Rolle in Bezug auf ausreichendes und nutzbares Trink-/Grundwasservorkommen darstellt. Die Menge und Qualität von Grund – u. Oberflächengewässern, welche für die Trinkwassergewinnung genutzt werden kann, ist dabei verstärkt zu berücksichtigen und in Bezug auf die Menge zu erhöhen, da lt. Regionalplan RVBO eine Erhöhung der Bevölkerungszahl und Gewerbe- u. Industrieansiedlung geplant sind.</p> <p>Quelle: RO-R-1, Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel</p> <p>Landschaftsschutzgebiet</p> <p>Von besonderer Bedeutung für die Bewertung des Landschaftsschutzes ist die Würdigung „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“ des Büros HHP, die im Auftrag des Landratsamtes Ravensburg mit dem 28.12.2023 erstellt wurde.</p> <p>Anlage: Würdigung „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“ des Büros HHP – als Anl. 5</p> <p>Im Zusammenhang mit dem zwischenzeitlich genehmigten Regionalplan, der für den Altdorfer Wald neue Gebiete für den Kiesabbau in Vogt – Grund auf einer Fläche von ca. 11 ha und bei Oberankenreute von ca.16 ha als weitere Kiesabbaugebiete ausgewiesen hat, wurde im Jahr 2020 vom Verein Natur- und Kulturlandschaft Altdorfer Wald e.V. eine Petition gestartet. In dieser wurde das Landratsamt Ravensburg aufgefordert, den Altdorfer Wald in seiner Gesamfläche von ca. 9.000 ha als Landschaftsschutzgebiet nach § 26 Naturschutzgesetz auszuweisen.</p> <p>Die Petition erreichte mit über 13 Tsd. Unterstützern das notwendige Quorum und der Petitionsantrag wurde am 03.12.2020 beim Landtagsausschuss in Stuttgart behandelt.</p> <p>In der Folge wurde vom Kreistag/Landratsamt ein entsprechendes Prüfgutachten in Auftrag gegeben.</p> <p>Dieses Gutachten zum Landschaftsschutzgebiet Waldburger Rücken und Wolfegger</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Hügelland ist nun mit Datum vom 20.12.2023 veröffentlicht worden.  Das vollständige  Gutachten kann auf der Seite des LRA eingesehen oder  heruntergeladen werden:  <a href="http://www.rv.de/site/LRA_RV_Responsive/node/21865924?QUERYSTRIN">www.rv.de/site/LRA_RV_Responsive/node/21865924?QUERYSTRIN</a>  G=Waldburger%20R%  C3%BCcken  Fazit:  Dieses Gutachten untermauert die Schutzwürdigkeit und  -bedürftigkeit des Altdorfer Waldes  mit dem Waldburger Rücken und die Forderung nach einem  Landschaftsschutzgebiet.  Das Gutachten geht sogar noch weiter und stellt auf Seite 113 des  Gutachtens fest:</p> <p>„Zudem ist zu prüfen, den Waldburger Rücken mit seinem  geomorphologischen  Formenschatz aus wissenschaftlichen, natur- geschichtlichen,  kulturhistorischen und  landeskundlichen Gründen, wegen seiner Seltenheit und Eigenart  und auch hinsichtlich der  Schutzbedürftigkeit als Nationales Naturmonument nach § 24  BNatSchG zu schützen.“  Anlage Zusammenfassung der Würdigung „Waldburger Rücken  und Wolfegger Hügelland“ –  als Anl. 6  Den Regionalverband wird bezüglich der herausragenden  Bedeutung dieses Gebiets ein  Zeitungsbericht der Schwäbischen Zeitung vom 24.1.2024 mit der  Überschrift „So  schützenswert ist der Waldburger Rücken“ übergeben.  Auch hier wird darauf hingewiesen, dass die Ausweisung als  „Nationales Naturmonument“  möglich ist bzw. in Aussicht steht.  Anlage: Zeitungsbericht schwäbischen Zeitung vom 24.1.2024 - als  Anl. 7  Beigefügt wird ferner eine Veröffentlichung unter dem Titel „Der  Waldburg Rücken-ein  einzigartiges Archiv der würmeiszeitlichen Naturgeschichte  Oberschwaben“.  Anlage:  „Der Waldburg Rücken – ein einzigartiges Archiv der  würmeiszeitlichen Naturgeschichte  Oberschwabens“  Von Roland Banzhaf, Mat De Jong, Hartmut Seyfried, Theo Simon,  Karl-Heinz Holuba,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Andreas Schwab und Thomas Müller – als Anl. 8</p> <p>4. entgegenstehender Belang der Grünzüge</p> <p>Der Regionalplanentwurf enthält für die Grünzüge folgende Regelungen:</p> <p>PS 3.1.1 (5) öffnet die Regionalen Grünzüge für Windenergieanlagen. Aufgrund von § 2</p> <p>Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 11 Abs. 3 Nr. 7 LplG i.V.m. § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und § 20, 22 KlimaG sind Windenergieanlagen in Regionalen Grünzügen zulässig, wenn die Schutzziele nach PS 3.1.0 nicht erheblich beeinträchtigt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann gem. des überragenden öffentlichen Interesses erneuerbarer Energien (§ 2 EEG, § 22 KlimaG) nur im atypischen Ausnahmefall vorliegen, wenn ein mit Art. 20a GG vergleichbarer verfassungsrechtlicher Rang betroffen ist. Ein solcher Ausnahmefall kann bei Windenergieanlagen in Regionalen Grünzügen insbesondere gegeben sein, wenn das Schutzziel biologische Vielfalt erheblich beeinträchtigt wird (§ 44, 45 BNatSchG), z.B. durch Eingriffe in Kernflächen und -räume des Biotopverbunds. Eingriffe in Kernflächen und -räume sind durch vorrangige Nutzung alternativer Standorte zu vermeiden, unvermeidbare Eingriffe sind vollständig funktional auszugleichen. Windenergieanlagen sind auf besonders landbauwürdigen Flächen zulässig, da diese im Vergleich zu Freiflächensolaranlagen deutlich weniger Fläche in Anspruch nehmen und Beeinträchtigungen durch die Standortwahl in der Regel auf ein unerhebliches Maß reduziert werden können. Die Überlagerung von Vorranggebieten für die Windenergie mit Regionalen Grünzügen ist in PS 4.2.2 geregelt. Freiflächensolaranlagen, Windenergieanlagen und Bioenergieanlagen sind in Grünzäsuren nicht zulässig. Dies steht dem überragenden öffentlichen Interesse erneuerbarer Energien (§ 2 EEG, § 22 KlimaG BW) nicht entgegen, da Grünzäsuren sehr kleinräumig festgelegt sind (0,7% der Regionsfläche). Aufgrund der geringen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ausdehnung der Grünzäsuren würden. Freiflächensolaranlagen und Bioenergieanlagen regelmäßig dem wesentlichen Schutzziel der Grünzäsuren, das Zusammenwachsen von Siedlungen zu verhindern, zuwiderlaufen. Für raumbedeutsame Windenergieanlagen kommen Grünzäsuren insbesondere aufgrund der geringen Siedlungsabstände nicht infrage. Regionale Grünzüge dienen dem Schutz verschiedener Freiraumfunktionen wie Naherholung, lokalem Biotopverbund, Klimaschutz/ -anpassung und sollen verbliebene Grünverbindungen zwischen Siedlungsbereichen sichern und entwickeln. Sie haben eine wichtige Bedeutung in den siedlungsräumlich verdichteten Bereichen der Regionalplangebiete. Ein besonderer Stellenwert kommt den Grünzügen für Erhalt und Entwicklung von Frischluftschneisen im Rahmen von Klimaanpassungsmaßnahmen zu. Auch hier wird wieder dieses wichtige Schutzgut dem extensiven Ausbau der Windkraftanlagen offensichtlich geopfert. Auch hier findet sich wieder die „Legitimation“ des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der Windenergieanlagen, das in den zitierten Regelungen des § 2 LPIG, § 11 LPIG, § 249 Abs. 5 BauGB und den §§ 20 und 22 Klimagesetz installiert wurde. Bereits oben wurde darauf hingewiesen, dass die ungerechtfertigte Qualifizierung als „überragendes öffentliches Interesse“ des Ausbaus der Windenergie aus hiesiger Sicht rechtswidrig ist. Geltende Schutznormen werden ignoriert und durch Installation des „überragenden öffentlichen Interesses“ des Ausbaus der Windenergie ausgeschaltet und ignoriert.</p> <p>5. entgegenstehender Belang des Wasserschutzes</p> <p>Voran geschickt sei, dass der Wasserschutz zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die Grundwasserreserven und deren Gefährdung rücken mehr und mehr in den Fokus. Dem wird zunächst eine Zielvorgabe im Regionalplan zumindest teilweise gerecht:</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(3) Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen sind in Vorranggebieten zur Sicherung von Grundwasservorkommen nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn eine Beeinträchtigung der Grundwasservorkommen nachweislich ausgeschlossen werden kann und das Vorhaben der Ausweisung von Wasserschutzgebieten der Zone I nicht erheblich entgegen steht. Dies gilt auch bei der Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen mit Vorranggebieten Windenergie.</p> <p>Sodann erfolgt aber wie bei den anderen Schutzgütern auch wieder die Relativierung und Vorfahrtsregel für die Windenergie: Die Vorranggebiete sichern Wasservorkommen zum Zwecke der Trinkwassergewinnung als verfassungsrechtlich geschützte Lebensgrundlage des Menschen. Diese Sicherung ist auch aufgrund der Folgen des Klimawandels (z.B. sinkendes Grundwasserangebot) erforderlich. Die Regelung ist mit dem überragenden öffentlichen Interesse erneuerbarer Energien vereinbar (siehe PS 3.3.1 (3)). Darüber hinaus bestehen außerhalb der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen ausreichend Alternativen für die in § 2 EEG, § 22 KlimaG genannten Vorhaben und Maßnahmen. PS 3.3.1 (3) befasst sich mit der Zulässigkeit von Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen (Definition s. Begründung zu PS 4.2.2) in Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen. Gemäß der Handreichung des Umweltministeriums aus dem Jahr 2023 können Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen unter bestimmten Voraussetzungen mit der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten vereinbar sein. In der Schutzzone I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassung) inkl. einem Vorsorgeabstand von 100 m hingegen sind diese Anlagen ausgeschlossen. In den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist ohne detaillierte Untersuchungen i.d.R. nicht</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>absehbar, wo zukünftig Schutzzonen I und II ausgewiesen werden können. Daher sind Windenergieanlagen und Freiflächensolaranlagen in diesen Vorranggebieten nicht pauschal ausgeschlossen. Um die Zulässigkeit und Unbedenklichkeit von solchen Vorhaben bzw. Nutzungen sicherzustellen, sind entsprechende Nachweise zu erbringen, z.B. durch vertiefende hydrogeologische Untersuchungen. Bei Windenergieanlagen muss insbesondere sichergestellt werden, dass durch den Eingriff in den Boden (Betonfundament der Windenergieanlage, Kabel, Zuwegung) keine grundwasserführenden Schichten beeinträchtigt werden. Zudem sind die o.g. Handreichung des Umweltministeriums BW und die Tabelle B7 zu den Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen in dieser Begründung heranzuziehen. Dabei ist zu unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &lt; 100 ha, bei denen wenige Standorte für ein Wasserschutzgebiet Zone I zur Verfügung stehen (bspw. Leutkirch-Unterzeil) sind Vorhaben wie Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen mit dem Schutzzweck der Vorranggebiete nicht vereinbar</li> <li>• In Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen &gt;100 ha können Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen zugelassen werden, wenn die oben genannten Nachweise erbracht werden und sichergestellt ist, dass ausreichend Flächen für die Ausweisung von WSG I verbleiben. Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen sind zurückzubauen, wenn eine Fläche innerhalb eines Vorranggebietes zur Sicherung von Wasservorkommen für die Ausweisung eines WSG I benötigt wird. Nach Möglichkeit sind stets vergleichbar geeignete Standorte außerhalb der für Sicherung von Wasservorkommen sensiblen Bereiche vorzuziehen. Durch diese Regelung wird dem § 2 Abs. 1 Nr. 2 LplG, § 2 EEG, § 249 Abs. 5 BauGB und §§ 20-22 KlimaG Rechnung getragen und gleichzeitig der Schutz von Grundwasservorkommen, </li></ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>auch im Sinne der Klimawandelanpassung, sichergestellt.</p> <p>Aufgrund der Größe der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen, der aus physikalischen Gründen notwendigen Abstände von Windenergieanlagen zueinander (Turbulenzen) und der Tatsache, dass Windenergieanlagen tendenziell eher auf Höhenrücken positioniert werden und Wasserfassungen eher in Talbereichen, ist davon auszugehen, dass ausreichend Fläche und genügend Positionierungen für mögliche Schutzzonen I von Wasserschutzgebieten (Wasserfassungen) verbleiben. Daher besteht eine grundsätzliche Vereinbarkeit der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen mit diesen Vorranggebieten Windenergie. Zum Nachweis der Unbedenklichkeit konkreter Standorte für Windenergieanlagen innerhalb dieser Vorranggebiete Windenergie sind vertiefende hydrogeologische Untersuchungen auf nachgelagerter Planungsebene erforderlich.</p> <p>Die hypothetischen Annahmen, dass Wasservorkommen nur in Niederungen anzutreffen sind und Wasserfassungen nur in Talbereichen erfolgen, werden vom Regionalplaner zum Anlass genommen, Windkraftanlagen auf den Höhenanlagen generell zu genehmigen.</p> <p>Bislang galten zu Recht aus Gründen des Trinkwasserschutzes die Zonen I und II generell als absolute Tabuzonen für Windkraftanlagen. Der Regionalplaner scheint dies sowohl für die Zone I als auch für die Zone II zu relativieren. Diesbezüglich sei darauf hingewiesen, dass Windkraftanlagen im Fall einer Havarie massive Umweltschäden auslösen. Selbst die Schutzeinrichtungen wie beispielsweise Ölwannen und dergleichen sind nicht in der Lage, die ungeheure Menge an Ölen aufzufangen, sodass das Grundwasser und Trinkwasser nachhaltig verseucht wird. Auch im Fall eines Brandes gelangen giftige Schadstoffe insbesondere durch das Löschwasser in das Grundwasser und Trinkwasser.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Aus guten Gründen ist deshalb in Gebieten der Schutzzonen I und II ein absolutes Verbot derartiger Anlagen auszusprechen. Dies gilt selbst für die Schutzzonen III, da diese Gebiete als Einzugsgebiete der Zonen I und II gelten. Gelangen Schadstoffe im Bereich der Schutzzonen III in das Grundwasser, gibt es keine Möglichkeit, die Zonen I und II vor diesen Schadstoffen zu schützen.</p> <p>Die Verlagerung sogenannter vertiefender hydrogeologische Untersuchungen auf die nachfolgenden Planungsebenen bzw. das Genehmigungsverfahren ist aus hiesiger Sicht rechtswidrig.</p> <p>Insgesamt verweist der Planer auf die „weiteren Planungsebenen“.</p> <p>Die Regionalplaner können sich aber nicht darauf berufen, eine nähere Überprüfung entgegenstehender Belange nach § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB sei in diesem Stadium unzumutbar.</p> <p>Dementsprechend verweise ich auf das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17.11.11, AZ: 2 BV 10.2295,</p> <p>das für die Regionalplanung gilt mit folgendem Inhalt:</p> <p>„Sprechen bei der Änderung eines Regionalplans mehrere weiche Ausschlusskriterien gegen die Festlegung einer Fläche als Vorranggebiet für Windkraftanlagen und damit auch für den Ausschluss des Gebiets, so ist dieses in Aufstellung befindliche Ziel der Raumordnung soweit konkretisiert, dass es als unbenannter öffentlicher Belang nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB einer dort geplanten Windkraftanlage entgegenstehen kann.“</p> <p>Dies bedeutet im Klartext, dass schon im Regionalplanverfahren entgegenstehende öffentliche Belange zu berücksichtigen sind, wenn entsprechende Hinweise vorhanden sind oder vorgetragen werden.</p> <p>Zu diesen öffentlichen entgegenstehenden Belangen gehören der sog. vorbeugende Immissionsschutz i. S. d. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB, aber auch die naturschutzrechtlichen und landschaftsschutzrechtlichen Belange sowie Belange des</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Waldschutzes, des Wasserschutzes, des Bodenschutzes, den Schutz vor Verunstaltung des Landschaft- und Ortsbildes sowie die weiteren in § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB genannten Belange.</p> <p>Grundsätzlich müssen solche Planungen unterbleiben, auf deren Grundlage wegen entgegenstehender Belange des § 35 Abs. 3 S. 1 BauGB im späteren Verfahren keine Genehmigung erteilt werden kann und darf.</p> <p>Die Steckbriefe der 3 gegenständlichen Potenzialflächen enthalten zum Thema</p> <p>Wasserschutz folgende Eintragungen:</p> <p>WEA-436-004 Altdorfer Wald - Erbisreuter Wald</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorranggebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (262 ha, 70 %)</li> <li>- Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (90 ha, 24 %)</li> <li>- Stillgewässer (13 ha, 3 %)</li> </ul> <p>WEA-436-009, Altdorfer Wald - Grunder Wald</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorranggebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (36 ha, 11 %)</li> <li>- WSG "Weissenbronnen Neu", Zone 3 (105 ha, 32 %)</li> <li>- Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (94 ha, 29 %)</li> </ul> <p>WEA-436-010, Altdorfer Wald – Süd</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorranggebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (226 ha, 43 %)</li> <li>- WSG "Damoos", Zone 3 (62 ha, 12 %)</li> <li>- Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (201 ha, 38 %)</li> </ul> <p>Eine Übersicht der Wasserschutzgebiete sind auch abrufbar unter LUBW Kartendienste:</p> <p>Karte: Kartenansicht - Daten- und Kartendienst der LUBW (<a href="http://baden-wuerttemberg.de">baden-wuerttemberg.de</a>)</p> <p>Anlage: Karte Wasserschutzgebiete – als Anl. 9</p> <p>6. entgegenstehender Belang des Denkmalschutzes</p> <p>Unter Ziffer 6.2.3.7 (Kultur- und Sachgüter) führt der Regionalplaner aus:</p> <p>Gemäß § 15 Abs. 4 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg (DSchG BW) stehen bis zur Erreichung des Ziels der Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 nach dem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz der Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Windenergieanlagen denkmalfachliche Belange nicht</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>entgegen, soweit die Windenergieanlagen nicht in der Umgebung eines in höchstem Maße raumwirksamen eingetragenen Kulturdenkmals errichtet, verändert oder beseitigt werden.</p> <p>Auch an dieser Stelle verkennt der Regionalplaner, dass der Regionalplan nicht nur für ein oder zwei Jahre Geltung besitzt, sondern in der Regel über einen Zeitraum von zehn Jahren und mehr.</p> <p>Abgesehen davon, dass die Vorschrift des § 15 Abs. 4 DSchG Baden-Württemberg aus hiesiger Sicht rechtswidrig ist, dürften die Flächenbeitragsziele in Gesamtschau der derzeit laufenden Regionalplanung in Baden-Württemberg bereits bis 2027 erfüllt sein bzw. schon früher.</p> <p>Damit entfällt dann ohnehin diese Maßgabe.</p> <p>Die denkmalschutzrechtliche Beurteilung bzw. deren massive Einschränkung wirkt aber über den gesamten Zeitraum der Geltung der Regionalplanung.</p> <p>Bereits hieraus ergibt sich, dass die Vorgehensweise des Regionalplaners von Anfang an rechtswidrig ist.</p> <p>Alle drei Steckbriefe der o.g. Potenzialflächen enthalten folgenden Wortlaut zum Thema Denkmalschutz:</p> <p>In der Umgebung (&lt; 7,5 km) der in höchstem Masse raumbedeutsamen Kulturdenkmale Schloss Wolfegg und Schloss Waldburg</p> <p>Zum Denkmal Schloss Wolfegg:</p> <p>(Bild in der Anlage)</p> <p>Schloss Wolfegg (Quelle: wikipedia)</p> <p>Das Schloss Wolfegg ist ein Renaissance-Schloss in der Gemeinde Wolfegg in Oberschwaben.</p> <p>Das Schloss befindet sich auf einer Höhenlage (667m) hoch über der Gemeinde Wolfegg und kann als Landmarke bezeichnet werden.</p> <p>Die äußere Form der heutigen Anlage geht auf den Truchsess Jakob II. von Waldburg (1546–1589) und seine Gemahlin Johanna (1548–1613) zurück, die gegen Ende des 16.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Jahrhunderts ein neues Schloss erbauen ließen, um ein 1578 durch einen Kaminbrand zerstörtes Vorgängergebäude zu ersetzen. Teile dieses Schlosses wurden jedoch 1646 im Dreißigjährigen Krieg zerstört, als es schwedische Truppen unter</p> <p>General Wrangel plünderten und in Brand setzten. Der Wiederaufbau begann aufgrund von Geldmangel erst 1651 und die innere Neugestaltung der Repräsentationsräume erfolgte 1691–1700 durch den Bildhauer und Stuckateur Balthasar Krimmer (1653–1702) aus Wangen. In der Mitte des 18. Jahrhunderts wurde dann ein Teil der Innenräume im Rokoko-Stil ausgestattet. Im späten 19. Jahrhundert kam es erneut zu größeren Umbauten, dabei wurden die Ausstattungen der Speisezimmer dem damaligen Zeitgeschmack angepasst und die Schlosskapelle erhielt ein neugotisches Aussehen.</p> <p>Es ist der Stammsitz des Adelshauses Waldburg-Wolfegg, in dessen Besitz es sich auch heute noch befindet. Das Schloss wird als westliche Grenze des Allgäus gesehen.</p> <p>Das Hauptgebäude des Schlosses besteht aus vier Flügeln, die zusammen mit vier Ecktürmen in der Form eines Rechtecks angeordnet sind. Das Schloss ist für die Öffentlichkeit normalerweise nicht zugänglich, allerdings werden im Rahmen von jährlich im Schloss stattfindenden Konzerten auch Führungen angeboten. Als besonders sehenswert gilt der mit 24 Holzskulpturen und einem großen Deckenspiegel ausgestattete Rittersaal im Barockstil, in welchem jährlich u. a. die Ludwigsburger Schlossfestspiele gastieren.[2][6][7]</p> <p>Das Schloss beherbergt zudem die auch als „Wolfegger Kabinett“ bezeichnete Kunstsammlung des Hauses Waldburg-Wolfegg. In einem Nebengebäude des Schlosses ist das Automuseum Wolfegg.</p> <p>Hieraus resultiert die besondere kulturhistorische und denkschutzrechtliche Bedeutung der Anlage.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(Bild in der Anlage)</p> <p>Waldburg (Quelle wikipedia)</p> <p><a href="https://www.schlosswaldburg.de/">https://www.schlosswaldburg.de/</a></p> <p>Die Gipfelburg befindet sich auf einer natürlichen Erhebung, einem Drumlin aus der Würmeiszeit, in 772 Meter Höhe. Die erhöhte Lage mit Fernsicht (bei geeigneter Wetterlage) westlich bis zum Hohentwiel bei Singen, nördlich bis zum Ulmer Münster, östlich weit in das Alpenvorland und südlich bis weit in die Schweizer Alpen machte die Waldburg im frühen 19. Jahrhundert zu einem wichtigen trigonometrischen Punkt der Vermessung des Königreiches Württemberg. Für diesen Zweck wurde die Altane auf das Dach aufgesetzt. Der steile Drumlin bietet schon durch seinen sehr großen Böschungswinkel einen fast idealen militärischen Schutz für eine Burganlage, erschwerte aber auch den Bau und Ausbau über sieben Jahrhunderte erheblich. Die Burg war bis in die 1980er Jahre stark bewaldet. Durch gezielte Schlagrodung Anfang der 1990er Jahre zur Wiedereröffnung für die Öffentlichkeit 1996 wurde der Blick auf die Burg wieder in den alten Zustand versetzt. Sowohl tagsüber als auch nachts mit Beleuchtung ist die Burg ein sehr markanter und wichtiger Orientierungspunkt in Oberschwaben. Die Waldburg finden Sie im Dreiländereck Deutschland, Österreich und der Schweiz zwischen den Städten Wangen im Allgäu, Ravensburg und Lindau am Bodensee. Angebliche Sicht bis zum Mont Blanc[Bearbeiten   Quelltext bearbeiten]</p> <p>Über Jahrzehnte wurde und wird damit geworben, dass man den über 300 km entfernten Mont Blanc bei besten Sichtbedingungen von der Aussichtsplattform der Waldburg sehen könne. Diese irrige Annahme beruht auf einer Panoramazeichnung des Ravensburger Professors und Pfarrers Albert Steudel (1822–1890), der von mehreren Aussichtspunkten im Umfeld des Bodensees Alpenpanoramen erstellte. Mit modernen technischen Hilfsmitteln stellte sich jedoch heraus, dass es sich bei</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dem vermeintlichen Mont Blanc lediglich um das etwa sechs Kilometer hinter dem Eiger stehende, zu den Berner Alpen gehörende, 3641 m hohe Goldenhoren handelt, das rechts hinter dem Eiger hervorschaut. Das Goldenhoren trägt, wie der Mont Blanc, eine Firnkappe und ist 190 km von der Waldburg entfernt. Auch weicht die Richtung, in der der Mont Blanc steht, um <math>+1,1^\circ</math> von der, die Albert Steudel annahm, ab. Die auf über 300 km beachtliche Erdkrümmung sowie die zwischen der Waldburg und dem Mont Blanc stehenden Gebirge (unter anderem der 3136 m hohe Sattel zwischen Gspaltenhorn und Tschingelspitz) verhindern, dass man den höchsten Alpenberg von der Waldburg aus sehen kann. Gleichwohl bietet sich ein enormer Weitblick von dieser hervorgehobenen Landmarke aus.</p> <p>(Bild in der Anlage) Die Waldburg von Südosten (Quelle wikipedia)</p> <p>Die erste Gründung der Burg geht auf das 11. Jahrhundert zurück. In dieser Zeit erhielt die Familie von Waldburg von den Welfen ein Amtslehen. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts wurde die Burg grundlegend umgebaut, der Palas wurde bis zum zweiten Obergeschoss neu errichtet. Bei allen drei Stauferkaisern (Friedrich I Barbarossa, Heinrich VI, Friedrich II) hatten die Waldburger das Amt des Truchsessen inne. Dieses Amt ist ein Erbamt auf der Waldburg. Seit 1222 führen die Waldburger das Stauferwappen als eigenes Wappen auf der Waldburg. Während der Regierungszeit von Stauferkaiser Friedrich II. war der Kronschatz des Heiligen Römischen Reiches auf der Waldburg untergebracht. Im Jahr 1327 wurde die Kirche St. Magnus zu Füßen der Burg erbaut. Mitte des 16. Jahrhunderts unter Truchsess Georg IV. von Waldburg wurde die Burg zu einem schlossähnlichen Wohn- und Herrschaftssitz ausgebaut. Ab dem 17. Jahrhundert</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wurde die Burg nur noch sporadisch von der Familie von Waldburg bewohnt, und die Bautätigkeit nahm</p> <p>Eine konkrete Beurteilung und ein damit notwendiger Ausschluss der gegenständlichen Potentialflächen erfolgen hingegen nicht.</p> <p>7. Tourismus</p> <p>Auch Belange des Tourismus sind massiv betroffen.</p> <p>Die gesamte Region Bodensee-Oberschwaben gilt als touristische Ferienregion und wurde bislang auch regionalplanerisch unter diesem Gesichtspunkt behandelt.</p> <p>Dies soll nunmehr komplett unbeachtet bleiben.</p> <p>Hierbei wird verkannt, dass die Region nachhaltig vom Tourismus lebt und dieses Potenzial aufs Spiel gesetzt wird.</p> <p>Als Beispiele sollen insbesondere benannt werden:</p> <p>Genießerweg Altdorfer Wald</p> <p><a href="https://www.oberschwaben-tourismus.de/touren/geniesserweg-altdorfer-wald-ef0e23c868">https://www.oberschwaben-tourismus.de/touren/geniesserweg-altdorfer-wald-ef0e23c868</a></p> <p>Der Verein Natur- und Kulturlandschaft Altdorfer Wald e.V. beschreibt die naturschutzrechtliche und landschaftsschutzrechtliche Bedeutung dieser Region eindrucksvoll.</p> <p><a href="https://altdorferwald.org/">https://altdorferwald.org/</a></p> <p>8. mangelnde Windhöffigkeit</p> <p>Besonders hinzuweisen ist auf die mangelnde Windhöffigkeit bzw. die unzureichenden Werte Energiedichte.</p> <p>In den Steckbriefen wird zwar darauf hingewiesen, dass eine ausreichende Windhöffigkeit zum Betrieb von Windkraftanlagen vorhanden sei.</p> <p>Dies ist aber sehr infrage zu stellen.</p> <p>Bereits in den letzten 20 Jahren galt das gesamte Gebiet und die gesamte Region als windschwach. Eine Windkraftnutzung wurde stets aufgrund dieser mangelnden Windhöffigkeit nicht wahrgenommen und auch nicht projektiert.</p> <p>Aufgrund der neuen Gesetzgebung sehen sich offensichtlich die Landesregierung und die Regionalverbände veranlasst, ohne größere Rücksicht auf Windhöffigkeit oder Energiedichte Flächen zu akquirieren.</p> <p>Ein „überragendes öffentliches Interesse an der Einrichtung der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windenergie“ findet jedenfalls dann nicht statt, wenn letztlich nur mäßige Stromerträge voraussehbar sind in diesem Fall überwiegend die entgegenstehenden Belange, wie sie oben dargestellt wurden.</p> <p>Vorgelegt wird in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme der Wetterstation Nienburg, die im Auftrag des Vereins BREMN e.V. eine „Analyse der vorherrschenden Windparameter des Jahres 2013 in Waldburg/725 m ü. NN mit Aufschlüsselung nach Windhöflichkeit in Zeiteinheiten auf 200 m Höhe über Grund“ erstellt haben. Dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich an 150 Tagen im Jahr (31,5 %) die geplanten Windkraftanlagen mit mehr oder weniger gutem Ertrag im Gemeindegebiet Waldburg Strom erzeugen können. Hierbei muss aber beachtet werden, dass ein Einstiegswert von 3,0 m/s schon als Ertrag gewertet wurde. Berücksichtigt man aber realistisch, dass Werte zwischen 3,0 und 4,99 m/s nicht als nennenswerter Ertrag zu rechnen sind, verbleibt lediglich ein Wert von 45 Tagen im Jahr mit einer Windgeschwindigkeit von über 5,0 m/s.</p> <p>Anlage: Analyse der vorherrschenden Windparameter des Jahres 2013 in Waldburg/725 m ü. NN mit Aufschlüsselung nach Windhöflichkeit in Zeiteinheiten auf 200 m Höhe über Grund – als Anl. 10</p> <p>Anlage: Annäherung kWh-Ertragsberechnung Windkraftanlagen Altdorfer Wald – als Anl. 11</p> <p>Selbst der Wert von 5,0 m/s im gemittelten Durchschnitt galt nach dem ursprünglichen Windenergieerlass Baden-Württemberg als nicht ertragreich. Der damalige Windenergieerlass sah eine Mindestgeschwindigkeit von 5,5 m/s im Jahresdurchschnitt vor. Hieraus ergibt sich die klare Schlussfolgerung, dass die gesamte Region für Windkraftanlagen absolut ungeeignet ist. Dies gilt auch für Windkraftanlagen mit höherer Gesamthöhe, weil sich insoweit die Windgeschwindigkeiten nicht wesentlich erhöhen und zu einem höheren Ertrag führen können.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Es kann auch nicht nachvollzogen werden, dass plötzlich Studien vorgelegt werden, die eine höhere Windgeschwindigkeit bescheinigen sollen. Ganz im Gegenteil ist in den letzten Jahren festzustellen, dass die jährlichen Windgeschwindigkeiten abnehmen. Die jetzt dargestellten Werte in Baden-Württemberg sind auch deshalb als unrealistisch zu werten, weil sie in keiner Weise mit jenen Werten entlang der Grenze zu Bayern korrespondieren. Die nachfolgende Aufstellung beweist, dass die jetzigen Darstellungen der Energiedichte in Baden-Württemberg unrealistisch sind. Diese korrespondiert weder mit den alten Messwerten in Baden-Württemberg noch mit den Feststellungen direkt über der Landesgrenze nach Bayern. Vorgelegt wird deshalb die Untersuchung „Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 und der bayerische Atlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze“. Anlage: „Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 und der bayerische Atlas 2021 im direkten Vergleich entlang der Landesgrenze“ – als Anl. 12 Die Gutachter kommen zu der Schlussfolgerung: Der Vergleich der Kennzahlen aus den beiden Windatlassen dies- und jenseits der badenwürttembergisch-bayerischen Landesgrenze zur Windhöflichkeit der untersuchten Standorte weist drastische Unterschiede auf. Einzelne Kennzahlen von Standorten unterscheiden sich um fast einen Faktor 2. Eine sachlich-physikalisch-geographische Erklärung kann nicht plausibel gegeben werden. Dies wird deutlich anhand der Auswertung der mittleren Windgeschwindigkeiten gemessen vom Deutschen Wetterdienst, welche eine Stetigkeit der Kennzahl an einem Standort beim Passieren der Landesgrenze aufweisen. Es stellt sich die Frage, ob in den Ergebnissen der Windatlas eine zu große systematische Ungenauigkeit vorliegt. Damit könnten grundsätzlich und prinzipiell überall im Land systemische Mängel unbekannter Größe im Windatlas vorhanden sein. Damit erscheinen der Windatlas Baden-Württemberg 2019, der damit</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>verknüpfte Potentialatlas des Landes mit den Vorranggebieten und die Feststellung der Flächen zum Erreichen des 1,8 -%-Ziels der laufenden Bestrebungen der Landesregierung zum forcierten Ausbau der Windenergie insgesamt fragwürdig. Offenbar erweist sich die zentrale Stütze der Argumentation, die Windhöffigkeit über die mittlere gekappte Windleistungsdichte anhand des Windatlas festzustellen, als äußerst fragwürdig. Eine 6-jährige Messreihe von der Wetterstation Waldburg (der Ort befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft des geplanten Windparks Altdorfer Wald) in realen Messwerten hochgerechnet auf Nabenhöhe 200 m zeigt ganz klar und eindeutig, dass die Windhöffigkeit in diesem Gebiet nicht annähernd ausreicht, um Schwachwindanlagen vom geplanten Typ Vestas V172-7.2 überhaupt, geschweige denn wirtschaftlich, betreiben zu können.</p> <p>Die Kernaussagen hierzu sind folgende:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-der Jahresdurchschnitt in 200 m über Grund beträgt 2,26 m/s im letzten Messjahr (der 6-jähriger Durchschnitt beträgt = 2,46 m/s über die gesamte Messperiode)</li> <li>-die Einschaltgeschwindigkeit der Vestas 7.2 beträgt &gt; 3 m/s</li> <li>-an ca. 250 Tagen/Jahr bezogen auf die Windhöffigkeit stehen die WKA´s somit still</li> <li>-der Auslastungsgrad liegt rechnerisch in Volllaststunden bei 433 h = 4,9% der tatsächlichen Leistung</li> <li>-die immer wieder berichtete Stromversorgung und Anzahl von bis zu 170.000 Haushalten sind mehr als unrealistisch, sondern gehen aus Unwissenheit und fälschlicherweise von der Nennleistung dieser WKA´s aus.</li> </ul> <p>Dies untermauert den obigen Vortrag, dass die gesamte Region für Windkraft ungeeignet ist und die ausgewiesenen Potenzialflächen zu streichen sind.</p> <p>II. entgegenstehende private Belange - Belang Mensch und Gesundheit</p> <p>Die Bewertung der Schutzgüter im Rahmen der strategischen Umweltprüfung für die Vorranggebiete Windenergie kommt zu dem Ergebnis, dass keine erheblichen</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Beeinträchtigungen des Schutzgutes vorliegen bzw. Beeinträchtigungen mit hoher Wahrscheinlichkeit vermieden werden können.</p> <p>1. entgegenstehende immissionsschutzrechtliche Belange</p> <p>Vermisst in diesem Zusammenhang werden Ausführungen des Regionalplans zu immissionsschutzrechtlichen Belangen der Anwohner. Üblicherweise werden mit der Regionalplanung Immissionsprognosen auf der Grundlage derzeit gängiger Typen von Windkraftanlagen (Referenzanlagen) erstellt, um die Belastung der Anwohner in Erfahrung zu bringen. In der gesamten Regionalplanung finden sich keine derartigen Ansätze. Hierauf wurde bereits eingangs hingewiesen. Die Regionalpläne dürfen auch keine Höhenbeschränkungen mehr enthalten, sodass mit den derzeit schon gängigen Windkraftanlagen mit Gesamthöhe von 280 m und darüber zu rechnen ist. Des Weiteren bleibt in diesem Zusammenhang völlig unberücksichtigt, inwieweit die betroffenen Gemeinden in ihrer Planungshoheit verletzt werden. Durch die Ausweisung von Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie wird das Planungsrecht der betroffenen Gemeinden erheblich eingeschränkt. Bei der Ausweisung entsprechender Wohngebiete müssen Schutzabstände nunmehr berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für die Schallbelastung als auch für den Schattenschlag. Die Regionalplanung nimmt hierzu aber keine bzw. nur unzureichend Stellung.</p> <p>a. Schallimmissionen:</p> <p>Windkraftanlagen arbeiten nicht geräuschlos. Die Nachbarschaft hat deshalb Anspruch darauf, dass die von einer Windkraftanlage hervorgerufenen Lärmimmissionen nicht die Grenze zur erheblichen Belästigung oder gar Gesundheitsgefährdung überschreiten. Dies folgt aus § 5 Abs. 1 Ziffer 1 i. V. m. § 6 Abs. 1 Ziffer 1 BImSchG. Von den Windkraftanlagen gehen voraussichtlich Beeinträchtigungen aus, die im Ergebnis ihre Zulassung in dem hier in Rede stehenden Nahbereich zu den Wohngebäuden generell</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ausschließt (vgl. BVerwG, Urt. v. 29.08.2007, 4 C 2.07).  Angesichts der Nähe der Potenzialfläche zu dem Wohnhaus bzw. den Ferienappartements  ist mit Schallimmissionen zu rechnen, die selbst die Nachtimmissionsrichtwerte von 45 dB(A) übersteigen werden.  Es handelt sich hierbei um einen gesamten Windpark und nicht nur um eine Einzelanlage.  Der Ortsteil Höfen der Gemeinde Vogt wurde ganz offensichtlich schalltechnisch nicht berücksichtigt. Anders kann die Festlegung der Potenzialfläche nicht erklärt werden.  b. Baurechtliches Gebot der Rücksichtnahme:</p> <p>·</p> <p>Eine Anlagengenehmigung verstößt zum Nachteil der Anwohner gegen das baurechtliche Gebot der Rücksichtnahme, das in § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB seine Grundlage findet;  BVerwG, Beschluss vom 28.07.1999 – 4 B 38.99.  Die beantragten Windkraftanlagen werden schädliche Umwelteinwirkungen i. S. v. § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB hervorrufen, die für die betroffenen Bürger und deren Familien unzumutbar sind. Die Grenzen der Zumutbarkeit von Umwelteinwirkungen auf Nachbarn und damit das Maß an gebotener Rücksichtnahme werden auch im Bereich des Baurechts durch §§ 3 Abs. 1, 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 3 BauGB geregelt.  Die Rechtsprechung zur bedrängenden Wirkung insbesondere des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen und des Bundesverwaltungsgerichts ist hier bekannt ebenso die aus hiesiger Sicht nicht schlüssige Anwendbarkeit der „Faustformel“.  Diese Formel stammt aus einer Zeit, als die Anlagen eine Höhe von ca. max. 90 m aufwiesen mit einem Rotordurchmesser von ca. 40-60 m. Die Anlagen des heute gängigen Typs besitzen Gesamthöhen von 241 m und Rotordurchmesser von 150 m.  Dennoch wird krampfhaft an dieser „Faustformel“ festgehalten, wobei festzustellen ist, dass diese Formel weder Gesetzes- noch Verordnungsscharakter besitzt noch als antizipiertes Gutachten bezeichnet werden kann.  Hinsichtlich dieser jetzt gängigen monströsen Anlagen sind deshalb</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>neue Anforderungen zu stellen, um die betroffene Bevölkerung zu schützen.  Das BVerwG weist in seiner Entscheidung vom 11.12.06 - BVerwG 4 B 72.06 - ausdrücklich darauf hin, dass es jedenfalls einer Einzelfallbetrachtung bedarf, um eine optisch bedrängende Wirkung zu beurteilen.  Für die Beantwortung der Frage, ob von Windkraftanlagen eine optisch bedrängende Wirkung auf Wohnbebauung ausgeht, darf nicht pauschal auf die groben Anhaltswerte zurückgegriffen werden, die in der Entscheidung des OVG Nordrhein-Westfalen vom 09.08.2006 – 8 A 3725/05 – entwickelt worden sind. Die dort genannten Abstände stellen lediglich Orientierungswerte dar, die eine bestimmte Würdigung der Umstände des Einzelfalles nahelegen, aber die Einzelprüfung nicht entbehrlich machen (vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22.03.2007 – 8 B 2283/06).  Überdimensional hohe Windkraftanlage mit weitreichender dominierender Wirkung sind in diesem Bereich aus Gründen des Nachbarschutzes nicht vertretbar.</p> <p>Durch die jetzige Bundesregierung wurde nunmehr eine Gesetzesänderung mit § 249 Abs. 10 BauGB bewirkt, wonach bei einem Abstand der zweifachen Anlagenhöhe keine bedrängende Wirkung mehr vorliegen soll.  Bislang waren der Abstand und die Feststellung einer bedrängenden Wirkung gesetzlich nicht festgelegt. Die jetzige Bundesregierung hat erstmals diese Maßgabe nunmehr in § 249 Abs. 10 BauGB an „seltsamer Stelle“ platziert.  Diese Vorschrift soll einzig und allein dazu dienen, Windkraftanlagen Vorschub zu leisten unter Ignorieren der physischen und psychischen Belastung der Anwohner, die offensichtlich dem jetzigen Gesetzgeber fremd ist.  Bei den derzeit gängigen Anlagen, die eine Höhe von 280 m aufweisen, kann diese Maßgabe rechtlich keinen Bestand haben, weil damit massiv insbesondere in die Grundrechte der Anwohner eingegriffen wird. Dies gilt zum einen für das Grundrecht auf Leben und Gesundheit sowie körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2 GG) aber auch für das Eigentum (Art. 14 Abs. 1 GG).  Durch die Anordnung aller vorhandenen und geplanten Anlagen wird die Mandantschaft und die weiteren dort lebenden Menschen massiv beeinträchtigt.  C. Weitere Besprechung der Potenzialflächen betreffend Altdorfer Wald  Für die drei oben genannten Vorranggebiete ergeben sich deshalb ergänzend zu dem obigen Vortrag noch folgende einzelne Ergebnisse:  WEA-436-004  Die Potenzialfläche liegt überwiegend im Wald.  Das Waldgebiet mit der Erholungsfunktion geht bei Realisierung der Planung komplett verloren.</p> <p>Nähere Untersuchungen der entgegenstehenden Belange unterbleiben. Dafür wird als Ergebnis der strategischen Umweltprüfung angegeben, dass das Vorhaben zu keinen oder nur zu wenigen erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern führe.  Vielmehr weicht der Regionalplaner mit der Aussage aus, dass die tatsächlichen Auswirkungen auf die Belange des Artenschutzes sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung ergeben würden.  Dies wird dem Artenschutz in keiner Weise gerecht.  Nachdem die konkrete Untersuchung „übersprungen wurde“, begnügt sich der Planer mit dem Hinweis auf Vermeidung bzw. Minimierung oder Ausgleich nachteiliger Wirkungen.  Auf die gesetzliche Verpflichtung des Planers, bereits im Planverfahren entgegenstehende Belange im Sinne des § 35 Abs. 3 BauGB zu prüfen, wird erneut hingewiesen und auf den obigen Vortrag zu diesem Themenbereich verwiesen.  Dies wird dann letztlich zum Anlass genommen, die Fläche bedingt als Vorranggebiet geeignet zu bezeichnen, da die sogenannten Eignungskriterien höher bewertet werden als vorhandene Konflikte.  Tatsache ist jedoch, dass die Konflikte im Rahmen der Regionalplanung weder ausgearbeitet noch korrekt bewertet werden.  Dieses falsche Ergebnis kommt schon dadurch zustande, dass sowohl</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>das Ergebnis der strategischen Umweltprüfung ebenso unterschwellig behandelt wird wie die Beeinträchtigung des Bodens, des Wassers, des Klimas und der Landschaft.</p> <p>WEA-436-009 Altdorfer Wald Grunder Wald</p> <p>Die Potenzialfläche liegt überwiegend im Wald und ist als Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen, Vorbehaltsgebiet zur Sicherung von Wasservorkommen, Vorranggebiet zur</p> <p>Sicherung von Wasservorkommen, Regionaler Grünzug als Vorranggebiet derzeit ausgewiesen.</p> <p>Besonders hervorzuheben ist bei diesem Gebiet das Wasserschutzgebiet „Weissenbronnen Neu“ in einer Ausdehnung von 105 ha und 32 % der Potenzialfläche.</p> <p>Weitere 36 ha oder 11 % der Potenzialfläche gelten als Vorranggebiet für die Sicherung von Wasservorkommen und 94 ha mit 29 % sind als Vorbehaltsgebiet für die Sicherung der Wasservorkommen ausgewiesen.</p> <p>Dies unterstreicht die immer wichtiger werdende wasserrechtliche Bedeutung des Gebietes und wird vom Regionalplaner entsprechend auch als entgegenstehender Belang aufgeführt.</p> <p>Hinzu kommen die entgegenstehenden naturschutzrechtlichen Belange. Insoweit kann auf die Ausführungen oben verwiesen werden.</p> <p>Als Ergebnis der SUP wird vom Regionalplaner festgestellt, dass das Vorhaben zu mehreren erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern führt.</p> <p>Dies hindert den Planer aber offensichtlich nicht, die Fläche als Vorranggebiet bedingt geeignet zu bezeichnen.</p> <p>WEA-436-010 Altdorfer Wald - Süd</p> <p>Die Potenzialfläche ist als Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen, Vorbehaltsgebiet zur Sicherung von Wasservorkommen, Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen bislang bereits ausgewiesen.</p> <p>Für dieses Gebiet gelten die gleichen Ausschlusskriterien wie oben zu den beiden anderen Flächen, die direkt angrenzen.</p> <p>Auch zu diesem Gebiet ist festzustellen, dass die wasserrechtlichen entgegenstehenden</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Belange massiv sind. Insbesondere liegt das Wasserschutzgebiet „Damoos“ in diesem</p> <p>Bereich sowie ein Vorranggebiet für die Sicherung von Wasservorkommen mit 226 ha bzw. 43 % der Potenzialfläche und ein Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen mit 201 ha oder 38 % der Potenzialfläche.</p> <p>Auf die Ausführungen zum Naturschutz und Artenschutz kann auf den Vortrag oben verwiesen werden, weil hier die gleichen Einschränkungen vorliegen. Auch hier wird die Fläche als bedingt geeignet für die Windkraft (Vorranggebiet) bezeichnet, was an der tatsächlichen Realität der entgegenstehenden Belange vorbeigeht.</p> <p>Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				

IV. 10199	181	<p>Einwendung Windenergie Haistergau</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit schreiben ich meine Einwendung/Bedenken zum Thema Windenergie Haistergau.</p> <p>Aktuell gehe ich 3 x täglich mit Hund und 1x täglich mit dem Pferd im schönen Haistergau spazieren, was mir zur Erholung beiträgt. Mein Gedanke, dass das bald vorbei ist und es eine solche Unruhe durch die Windräder gibt, gefällt mir nicht. Meine Freundin wohnt sehr nahe an solchen Windrädern und wenn ich sie besuche kann man die Windräder hören und fühlen.</p> <p>Ich kann es nicht nachvollziehen, wie man so nah so viele Windräder stellen möchte. Für mich ist das keine Zukunft! Es gibt Dächer viele Dächer, warum werden diese nicht erstmal mit Solar bestückt?</p> <p>Warum baut man E-Autos, E-Bikes etc., wenn es dann hinten rum doch der Natur wieder schadet? Die Vögel, die Fledermäuse, das Wild...</p> <p>Bad Waldsee ist eine Kurstadt, sollte diese nicht weiter ein Ort der Erholung sein. Hier kommen so viele Menschen um gesund zu werden, genießen die Spaziergänge und die Umgebung. In meinen und vielen Augen sind diese Windräder eine Unruhe und machen die</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	---	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gesamt Umgebung zunichte, ebenso ist das Risiko durch Infraschall zu berücksichtigen. Ich erwähne es, weil es mir persönlich berichtet wurde (Benommenheit und Schwingungsgefühl). Die Infraschallsignale von Windrädern sind über Kilometer detektierbar. Was ist mit den Materialablösungen? Wurden die Entsorgungskosten berücksichtigt? Wo wird das alles entsorgt? Ich kann mir nicht vorstellen, dass das, was wir tun auf Dauer besser für die Umwelt ist. Die Massen an Elektroauto-Batterien etc., die da irgendwann auf uns zurollt. Ich war im Vortrag in Bad Waldsee, hier wurde stolz gesagt ... das nur wir in Deutschland das tun, aber Deutschland ist nicht die Welt. Klar verstehe ich, dass jemand anfangen sollte darauf zu achten, aber hier sollten die Menschen und Tiere im Vordergrund stehen.</p> <p>Ich gehe hier arbeiten, ich wohne und lebe hier mit meiner Familie und ich wünsche mir, dass wir hier weiter schön wohnen können.</p>	<p>Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10200	182	<p>Gegen Vorgenannten Teilregion in der 2. Offenlegung habe ich erhebliche Bedenken und Einwendungen:</p> <p>In mehreren Punkten und Ausführungen haben Sie die Bedeutung des Schutzgutes Wassers u.a. in den Punkten 3.3. / 3.3.1 und nochmals 3.3 ( Seiten 123 - 128) abgeändert. Der Punkt 3.3 a. S. 125 müsste formal wohl der Pkt. 3.4 sein.</p> <p>Geändert hat sich aber an der praktischen Anwendung für den</p>	<p>Die Aussage, dass der Punkt 3.3 auf S. 125 des 2. Offenlageentwurf formal der Punkt 3.4 sein müsste, stimmt nicht, da PS 3.4 sich mit dem vorbeugenden Hochwasserschutz befasst und nicht mit Gebieten zur Sicherung von Grundwasservorkommen.</p> <p>Der RVBO bedankt sich für den Hinweis auf den Energiedialog. Die Ergebnisse der Veranstaltung</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	--	--	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Regionalplan aber nichts.</p> <p>Immer noch geben Sie dem Windkraftbau in seiner Wichtigkeit Vorrang vor der Schutz des Wassers, der Wasservorkommen und der Sicherungsgebieten Vorrang. Dies ist ein grundlegender Fehler auch in Ihrer 2. Offenlegung. Sie lassen außer acht, dass fast alle von Ihnen ausgewiesenen Windvorranggebiete im Altdorfer Wald - genau sind diese in meiner letzten Einwendung zur 1. Offenlegung beschrieben, auf die ich mich jetzt ausdrücklich nochmals beziehe - Schutzgebietscharakter auch als Vorrang- oder Sicherungsgebieten vor allem für Wasserschutz o.a. Zwecke haben. Diesem Schutzverlangen dieser Flächen kommen Sie nicht nach. Sie beachten deshalb Grundbedürfnisse des Natur, Wasser- und Menschenschutzes nicht. Ich verweise u.a. auf die Aussagen der Geologen Schad und Goldscheider anlässlich der Veranstaltung des Veranstaltung des Energiedialogs in Vogt und das Landschaftsschutzgutachten des Büro Hage vom 20.12.23 - wiederholt zitiert in meinen ersten Einwendungen.</p> <p>Der grundlegende Fehler Ihrer Planungsergebnisse ist, dass Sie der Wichtigkeit der Energieerzeugung durch Windkraft und Solaranlagen mehr Bedeutung einräumen als dem Schutz von Wasser und Wald und anderen Schutzbereichen:</p> <p>Wasser deckt ein absolutes Grundbedürfnis des Lebens dar, Zerstörung und Gefährdung von Wasserhaushalten bedeutet Zerstörung oder zumindest Gefährdung von Leben. Strom können Sie auf verschiedene Weisen erzeugen oder am Markt kaufen, was eh schon tägliche Praxis ist.</p> <p>Die Auswirkungen an Naturzerstörung und deren immense Flächenzerstörung kann man ja bereits an den WKA- Standorten im Röschenwald erkennen. Aber nicht nur die Beschädigungen am Erdreich, auch die Gefahren für das Wasser durch den Betrieb und die Energieentnahme der Windrader aus den Luftströmungen, die zu weniger Niederschlag besonders auf der Leeseite führen, stellen Gefahren für das Grundwasser dar. So hat Prof. Goldscheider bei seinen Ausführungen in Vogt ausgesagt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass eines der WKAs in den 20 Jahren Betriebszeit im Altdorfer Wald brennt, mit einer Wahrscheinlichkeit von 12 % anzunehmen ist. Was ist dann mit dem Grundwasserschutz ? Löschen geht so ein WKA Brand ja eh nicht. Welche Vorkehrungen werden getroffen, um dies zu verhindern und auf 0 % zu senken? Ich fordere den RVBO deshalb nochmals auf, sämtliche Vorranggebiete für WKA aus dem Gebiet Altdorfer Wald und Alttanner Wald zu streichen.</p>	<p>unterstreichen und bestätigen jedoch das planerische Vorgehen des RVBO (s. Planunterlagen zur 2. Offenlage). Denn es werden zwar die Risiken von Windkraft im Wald auf Grundwasservorkommen aufgezeigt. Gleichzeitig werden Empfehlungen abgegeben und Maßnahmen aufgezeigt, wie bei Planung, Bau, Betrieb und Rückbau der WEA Beeinträchtigungen der Grundwasservorkommen vermieden werden können. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts muss daher im nachgelagerten Planungsverfahren erfolgen.</p> <p>Die Überlagerung von Vorranggebieten Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen in den VRG WEA 436-004, -009 und -010 ist möglich, ohne dass das Schutzziel der Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen (Sicherung von Flächen für mögliche spätere Ausweisungen von Wasserschutzgebieten der Zone I und II) erheblich beeinträchtigt wird. In der Begründung zu PS 3.3.1 Z (3) im Entwurf Teilregionalplan Energie zum Satzungsbechluss wird dargelegt, welche Maßnahmen auf Ebene des Vorhabenzulassungsverfahrens erforderlich sein können, um die Vereinbarkeit von Grundwasserschutz und Windkraftnutzung in diesen Überlagerungsfällen zu gewährleisten.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Wegen Brandgefahr:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Der Belang des Grundwasserschutzes wurde in der Planung umfangreich berücksichtigt.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie) sowie den Umweltbericht zum Satzungsbechluss inkl. Anlagen verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10201	183	Ich möchte Sie recht herzlich einladen, das ganze vor Ort, bei mir zuhause anzuschauen.	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ich bin davon überzeugt, dass, wenn Sie es im Realen anschauen, zum selben Entschluss kommen.</p> <p>Nämlich dass es weder wirtschaftlich, noch umwelttechnisch vertretbar ist.</p> <p>Meines Wissens gibt es in ganz Deutschland keinen Windpark, welcher so nah, und vor allem in Süd-West-Lage, an einer ganzen Ortschaft liegt.</p> <p>Dies bedeutet, dass alle geplanten Windräder, von 12:00Uhr mittags, bis Abends 22:00Uhr Schatten auf eines der Häuser der Gemeinde werfen.</p> <p>Dies wiederum bedeutet, dass die Windräder, je nach Jahreszeit zwischen 8 Std und 10 Std stehen, da nur max. ½ Std Schattenwurf erlaubt ist.</p> <p>Dies wird zusätzlich verstärkt, da die Windräder übergroß gebaut werden müssen, da unser Gebiet als nicht wirtschaftlich für Windenergie eingestuft war.</p> <p>Zumindest bis zu dem Zeitpunkt, bis dass der Waldbesitzer mit dem Windparkbetreiber einen Deal machten ....</p> <p>Wie kann es sein, dass ein Windparkbetreiber Interesse daran hat, in ein Gebiet zu bauen, welches ....</p> <p>als Windschwach ausgewiesen ist, was bedeutet höhere Windräder tiefere Fundamente emens höhere Kosten als irgendwo anders. welches als Sumpf- und Naturschutzgebiet ausgewiesen ist und dadurch ein noch größeres und tieferes Fundament benötigt wird. Die Windräder den ganzen Tag bzgl. Schattenwurf abgeschaltet werden müssen.</p> <p>Es rechnet sich alles, es kommt nur auf die Subventionen bzw. Höhe der Pacht drauf an. Dann rechnen sich auch stehende Windräder, zumindest für den Verpächter und dessen Verbündete.</p> <p>Bezahlen müssen wir es, mit dem Strompreis.</p>	<p>Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Es würde mich freuen wenn Sie meine Einladung annehmen und sich ein Bild vor Ort machen.</p> <p>Sicher können sie hierbei auch einige kreisende Rotmilane sehen, denn ich kenn kein Gebiet, in dem es so viele Rotmilane gibt wie hier.</p> <p>Leider sagte unser toller Minister Kretschmann, dass BLOS wegen einem Rotmilan, kein Windrad-Bau gestoppt wird.</p> <p>Und das alles der Natur zu liebe, ....</p> <p>Die ganze Gemeinde Wald bekommt 30 Jahre lang Windkraftlärm, Schattenwurf und tote Rotmilane(letzteres nur kurz, bis alle durch sind) und dies nur, weil vermeindlich Grüne Idealisten nicht sehen, dass Sie mehr Natur zerstören, als sie auch nur annähernd damit schützen können.</p>	<p>Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10202	185	<p>Stellungnahme und Einwendung zum geplanten Teilregionalplan Windenergie</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>der Ausbau der Windenergie ist ein zentraler Bestandteil der Energiewende und grundsätzlich zu begrüßen. Gleichwohl müssen im Rahmen der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen neben einer regionalen Überlastung auch potenzielle Risiken und Umweltfolgen differenziert betrachtet werden. Im geplanten Teilregionalplan Windenergie für den Raum Bad Waldsee sind aus meiner Sicht insbesondere folgende Punkte kritisch zu bewerten:</p> <p>1. Flügelabrieb und Mikroplastikemissionen- PFAS</p> <p>Ein bislang häufig unterschätzter Umweltaspekt betrifft den Flügelabrieb moderner Windkraftanlagen. Studien belegen, dass durch Witterungseinflüsse und den Betrieb der Anlagen pro Jahr mehrere Kilogramm Material - insbesondere Kunststoffpartikel - von den Rotorblättern abgetragen und in die Umwelt freigesetzt werden. Diese Mikroplastikpartikel können über Böden und Gewässer in Nahrungsketten gelangen und stellen eine langfristige Belastung für sensible Ökosysteme</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>1 dar. Gerade im landwirtschaftlich geprägten Raum Bad Waldsee, mit Nähe zu Wasserschutzgebieten und Biotopen, ist eine detaillierte Umweltfolgenabschätzung hinsichtlich des Rotorabriebs zwingend erforderlich. Nicht umsonst stellen die Betreiber für die lfd. Aufarbeitung der Flügel technische</p> <p>1 Geräte zur Verfügung die diese Abtragungen, die auf den umliegenden Böden verteilt werden, ausgleichen. Diese Tatsache ist in den bisherigen Abwägungen nicht oder nicht ausreichend bewertet 1 und berücksichtigt. Umweltverschmutzung wird hier sehenden Auges toleriert.</p> <p>2. Betreiberhaftpflicht und Absicherung bei Umweltschäden</p> <p>Ein weiterer kritischer Punkt ist die ausreichende versicherungsrechtliche Absicherung durch die Betreiber. Es stellt sich die Frage, ob im Schadensfall - beispielsweise bei Ölverlust, Schadstoffaustritt</p> <p>oder Auswirkungen durch Rotorabrieb - eine ausreichend gedeckte Haftpflichtversicherung besteht, die auch langfristige Umweltschäden abdeckt. Ohne klar definierte Standards zur Betreiberhaftpflicht besteht das Risiko, dass mögliche Folgekosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden oder juristische Klärungen über Jahre hinweg verschleppt werden. Die Verträge mit den Projektierern sind so abgefasst, dass das Risiko beim Grundstückseigentümer bzw. der Allgemeinheit verbleibt. Das kann nicht sein, hier bedarf es strenger Kontrollen und vertraglicher Vorgaben.</p> <p>3. Rückbaubürgschaften zur langfristigen Absicherung</p> <p>Der Rückbau stillgelegter Windkraftanlagen ist mit erheblichen Kosten verbunden - insbesondere im Hinblick auf Fundamentreste, Kabeltrassen und die Renaturierung der Flächen. Um sicherzustellen, dass diese Kosten nicht bei Kommunen oder Grundstückseigentümern verbleiben, sind verbindliche Rückbaubürgschaften bereits bei der Genehmigung einzufordern. Solche finanziellen Sicherheiten müssen nicht nur zugesagt, sondern in einer überprüfbaren und insolvenzsicheren Form hinterlegt werden. Eine transparente Regelung hierzu ist bislang nicht erkennbar und muss zwingend Teil des Teilregionalplans sein. Auch ist hierbei die gesellschaftsrechtliche Firmen Konstellation zu berücksichtigen. Stichwort -Haftungssumme.</p> <p>Zusammenfassung:</p> <p>Die Ziele der Energiewende dürfen nicht auf Kosten von Umweltverträglichkeit und langfristiger Verantwortung verfolgt werden. Der Teilregionalplan Windenergie für Bad Waldsee bedarf einer Überarbeitung und Nachbesserung hinsichtlich ökologischer</p>	<p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Risiken, versicherungsrechtlicher Absicherungen und finanzieller Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen. Nur unter Einhaltung dieser Standards kann eine nachhaltige und verantwortungsvolle Windkraftplanung im Einklang mit Mensch und Natur erfolgen.</p> <p>Als Grundstückseigentümer von mehreren landwirtschaftlichen Grundstücken, und Privatgrundstücken im Vorranggebiet bin ich besonders von diesen Punkten betroffen und erwarte eine Überprüfung und Berücksichtigung dieser wichtigen Punkte. Dies ist im bisherigen Verfahren nicht erkennbar.</p> <p>Meines Erachtens sollten auch amtliche, von der Genehmigungsbehörde angeordnete, Bodenproben vor einem eventuellen Baubeginn gezogen werden. Die auf PFAS untersucht werden, und bei späteren Schäden als gerichtliches Beweismittel Zulassung finden.</p> <p>Ich bitte um eine klare Aussage und Berücksichtigung der genannten Punkte, um Ihrer Verantwortung als die Vorgaben ausführende Institution gerecht zu werden. Gerne höre ich von Ihnen.</p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10203	186	<p>Die schwache Windleistung am Bodensee - wurde übrigens schon oft wissenschaftlich dokumentiert- steht tatsächlich gegen diesen extremen Eingriff in die Natur. Zu viele negative Auswirkungen auf das tierische, pflanzliche und menschliche Leben für ein minimales Energie-Ergebnis.</p> <p>Also: einfach lassen und mit den Windkraft-Plänen auf effektivere und weniger sensible Standorte ausweichen.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10204	1434	<p>Zur Umsetzung der Energiewende hat der Regionalverband einen 2. Planentwurf vorgelegt, zu welchem nun zum 2. Mal Anregungen und Widersprüche in Form von Stellungnahmen angemeldet werden können.</p> <p>Die bereits 2012 vorgetragenen Besonderheiten des Hochbühls als Windenergie-Standort haben damals zu seinem Ausscheiden aus dem Regionalplan geführt. Da diese Besonderheiten unverändert vorliegen, ist es unverständlich, dass das Ausscheiden des Hochbühls als Vorranggebiet noch nicht erfolgte.</p> <p>Zunächst möchten wir uns vorstellen, um unser Anliegen nachfolgend verständlich zu machen: [Inhalt anonymisiert]</p> <p>Unter dem Titel „Windkraft in Deutschland: Große Versprechen, kleine Erträge“ erschien unlängst ein Artikel in der Neuen Züricher Zeitung. Er weist auf die großen Unterschiede in der Windhöffigkeit der deutschen Bundesländer hin und wirft die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Vorhabens auf, dass alle Bundesländer 2% ihrer Fläche für Windenergie reservieren müssen. „In Deutschlands nördlichstem Bundesland Schleswig-Holstein liegt die</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Auslastung (von Windkraftanlagen) im Schnitt bei 31%, im windarmen Baden-Württemberg bei nur 17%. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Auslastung 24%. Laut einer Berechnung des Deutschen Windenergie-Instituts aus dem Jahr 2003 beginnt die Wirtschaftlichkeit großer Anlagen in Deutschland ab einer Auslastung von 23%. Damals erhielten die Betreiber allerdings eine sehr hohe feste Einspeisevergütung vom Staat. Mit dem heutigen Marktprämienmodell hält der Leiter des Stuttgarter Lehrstuhls für Windenergie, Po Wen Cheng, einen Richtwert von etwa 30% für realistisch.“ (<a href="https://www.nzz.ch/visuals/windkraft-in-deutschland-grosse-versprechen-kleine-ertraege-ld.1710681">https://www.nzz.ch/visuals/windkraft-in-deutschland-grosse-versprechen-kleine-ertraege-ld.1710681</a>)</p> <p>Vom Umweltministerium wird empfohlen als Orientierungswert, ab dem ein Standort für eine Windenergienutzung als ausreichend windhöflich angesehen werden kann, einen Wert von 215 W/qm in 160 m Höhe zu Grunde zu legen, da dieser als Schwellenwert für einen wirtschaftlichen Betrieb gelte. Es zeigt sich, dass der Windatlas Baden-Württemberg die prognostizierten Erträge jedoch systematisch überschätzt</p> <p>Angesichts der geringen Windhöflichkeit am Vorranggebiet Hochbühl (210 W/qm in 160 m Höhe) und der damit verbundenen geringen Stromertragserwartungen sind aus unserer Perspektive die Nachteile dieses Standorts schwerwiegender zu bewerten als an einem Standort mit großer Windhöflichkeit. Die negativen Auswirkungen, die durch den Bau und Betrieb entstehen, werden bedeutsamer, da die positiven Auswirkungen (Stromerzeugung) durch ihre geringe Menge an Bedeutung verlieren. Insgesamt stellt sich also die Frage der Effizienz, der Verhältnismäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit.</p>	<p>werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Der in der Anregung genannte Weiler ist im Flächennutzungsplan nicht als Kleinsiedlung nach § 1 BauNVO dargestellt und zählt damit zum Außenbereich</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10204	1435	Bei der Prüfung des Planentwurfs sind uns folgende Punkte aufgefallen:		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schutzgut Mensch (ME)</p> <p>Die Bewertung des Schutzgutes Mensch kommt zu dem Schluss, dass keine Beeinträchtigungen vorliegen, denn das Vorranggebiet wurde in Richtung Brachenreuthe sowie Nesselwangen reduziert, um die Abstände zu reinen Wohngebieten und Pflegeeinrichtungen zu vergrößern. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass auch die Siedlungen [Ort anonymisiert] sehr nah (etwa 600 m Abstand) an dem Vorranggebiet liegen. Laut Kriterienkatalog sind mindestens 750 m Abstand zu Kleinsiedlungen erforderlich.</p>	<p>nach § 35 BauGB. Die gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie vorgesehenen Vorsorgeabstände für wohngenutzte Gebäude wurden eingehalten. Es wird auf den Kriterienkatalog verwiesen (s. Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).</p>	
IV. 10204	1436	<p>Bereits dieser Mindestabstand ist für sehr hohe Windkraftanlagen sehr gering, nicht nur in Bezug auf die erzeugte Geräuschkulisse, sondern auch in Bezug auf etwaige Unfälle durch Brand, abbrechende Rotorblätter, etc. Unser Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit würde durch den Bau von Windkraftträdern auf dem Hochbühl verletzt.</p> <p>Erschwerend präsentiert sich in unserem speziellen Fall, dass beide Siedlungen bereits deutlich durch den Verkehrslärm der [Ort anonymisiert] beeinträchtigt sind. Kommt dazu noch die Lärmbelästigung durch Windräder auf dem Hochbühl, sodass die Höfe von 2 Seiten Lärmimmissionen ausgesetzt sind und eine bedrängende Wirkung aufkommt, ist es sowohl für die Bewohnenden als auch für [Inhalt anonymisiert] nicht mehr tragbar. Der Betrieb [Inhalt anonymisiert] wären somit langfristig nicht mehr aufrechtzuerhalten und somit die wirtschaftliche Existenz unseres Betriebes gefährdet. In ihren gesamten Ausführungen konnten wir keinen Hinweis auf eine Bewertung der, durch Windkraftträder erzeugten, Infraschallimmissionen finden. Die Dokumentation „Planet E: Infraschall-unerhörter Lärm“ des ZDF hat uns den Einstieg in dieses Thema ermöglicht (<a href="https://www.youtube.com/watch?v=1V-7U4dUDhU">https://www.youtube.com/watch?v=1V-7U4dUDhU</a>). Uns ist bekannt, dass zu den Inhalten der Dokumentation sowie fast allen kritischen Infraschall-Studien ihrerseits bereits Stellung genommen wurde (<a href="https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/erneuerbare-energien/wind-energie-und-schall">https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/erneuerbare-energien/wind-energie-und-schall</a>, <a href="https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/erneuerbare-energien/mess-bericht-infraschall">https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/erneuerbare-energien/mess-bericht-infraschall</a>). Nach Lektüre von Original-Studien kommen wir zu dem Schluss, dass Teile der Kritik an den wissenschaftlichen Arbeiten gültig sind, jedoch nicht alle. Im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip bitten wir Sie, darzulegen, welche Studien belegen, dass die Infraschallimmissionen, die von mehreren Windkraftanlagen mit einer Höhe von über 200 Metern erzeugt werden, keine negativen Auswirkungen auf die AnwohnerInnen haben. Diese Informationen wären entscheidend, um den Ausschluss dieser Thematik aus Ihrer Risikoprüfung zu rechtfertigen.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10204	1437	<p>Schutzgut Flora, Fauna, Biologische Vielfalt (FFBV)</p> <p>Der Hochbühl ist Teil der Vernetzung zwischen den Biotopen am Bodenseeufer - Hinterland und der Biotopverbund der Sielmann-Stiftung in nächster Nähe von größter Bedeutung. In direkter Nachbarschaft angrenzend an unsere Hofstelle in Richtung Hochbühl betreut die Sielmann-Stiftung den Weiher, der durch [Inhalt anonymisiert] Eigenwasserversorgung gespeist wird. Durch die Rodung großer langjährig bestehender Waldflächen für die bauliche Erschließung und den Betrieb der Windkraftanlagen wird der Biotopverbund immens beeinträchtigt und dem Klima, der Biodiversität sowie der Artenvielfalt enorm geschadet. Weiterhin ist ein besonders großer Eingriff in die Natur erwartbar, da durch die zerklüftete Topografie und den Transport von Windkraftträdern &gt; 200 m eine umfangreiche Zuwegung erforderlich ist. Dies ist in Anbetracht der geringen Windhöffigkeit und erwartbaren geringen Stromerträge unverhältnismäßig. Konkret sind beispielsweise nicht nur im Waldgebiet rund um den Hochbühl Fledermäuse beheimatet, sondern auch bei uns am Hof leben sie. Der Bau der Windkrafträder würde dem Fledermausbestand enorm schaden.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wir setzen uns seit langem mit der Gestaltung unserer Hofstelle für Artenvielfalt ein, nicht nur von Pflanzen und Nutztieren – auch von Wildtieren wie Fledermäusen. So würden neben den Fledermäusen auch all diese Bemühungen durch den Bau der Windkraftanlagen zunichte gemacht.</p> <p>Schutzgut Boden (BO) Die Beschaffenheit des Bodens am Hochbühl und die Höhe der, bei geringer Windhöffigkeit angebrachten, &gt;200 m hohen Windkrafräder erfordert sehr große und tiefe Fundamente. Dies ist zusammengekommen mit den obigen Ausführungen wirtschaftlich und ökologisch nicht tragbar. Zudem sehen wir die Gefahr, dass durch den Betrieb der Windkraftanlagen Schadstoffe (PFAS, Bisphenol A, usw.) in unsere angrenzenden Anbauflächen für Lebensmittel eingetragen werden und somit auch die von uns produzierten Lebensmittel verseuchen. Wir möchten Sie bitten uns darzulegen, wie nachgewiesen werden kann, dass durch die Windkraftanlagen auf dem Hochbühl die Schadstoff-Konzentration auf unseren angrenzenden Anbauflächen für Lebensmittel nicht ansteigen wird.</p>	<p>E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10204	1438	<p>Schutzgut Wasser (WA)</p> <p>Wir sind als Siedlung [Ort anonymisiert] nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen, sondern betreiben eine Eigenwasserversorgung, die an ein Wasserrecht auf das gesamte Flurstück [Ort anonymisiert] gebunden ist. Unsere aktuelle Quelfassung befindet sich [Ort anonymisiert]. Langfristig wird die Quelle erneuert und ggf. einen anderen Standort im Flurstück [Ort anonymisiert] erhalten. Die Einrichtung eines Wasserschutzgebietes ist vorgesehen. Auch wenn dieses noch nicht rechtskräftig vorliegt, so ist es zu berücksichtigen. Von der unteren Wasserschutzbehörde grob geschätzt umfasst das Einzugsgebiet unserer Quelle ca. 0,06 km². Hydrogeologische Auswirkungen durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auf dem Hochbühl auf unsere, aber auch auf die Quellen unserer benachbarten Siedlungen Brachenreuthe und Hohenlinden, sind erwartbar. Zur Sicherung der Eigenwasserversorgung in angemessener Qualität und Quantität reichen die Abstände zum Vorranggebiet nicht aus. Der lebensnotwendigen Trinkwasserversorgung sollte hier Vorrang vor eingeräumt werden.</p> <p>Um auch langfristig auch in Dürreperioden und vermehrten Starkregenereignissen hochwertige Lebensmittel regional und ökologisch produzieren zu können, haben wir uns dafür entschieden, ein Keyline-Agroforst-Projekt mit großem finanziellem Aufwand umzusetzen. Auf den, an den Hochbühler Wald, angrenzenden Acker- und Grünlandflächen [Ort anonymisiert] wird durch Pflanzung von Bäumen und Anlegung von Retentionsgräben Wasser gespeichert und so nicht nur das Kleinklima positiv verändert. Der Klimaschutzmanager der Stadt Überlingen, [Name anonymisiert], schreibt dazu: „Aus Klimaschutzgründen macht es auf jeden Fall Sinn und auch für die Stadt Überlingen ist es ein repräsentatives, innovatives Projekt. Wichtigste Vorteile aus Klimaschutzsicht sind folgende:</p> <p>1. Erhöhung der Kohlenstoffbindung: Sowohl das Keyline Design als auch Agroforstsysteme fördern die Bindung von CO<sub>2</sub> im Boden und in Pflanzen. In Agroforstsystemen, wo Bäume und Sträucher mit landwirtschaftlichen Kulturen kombiniert werden, kann mehr Kohlenstoff gespeichert werden als in traditionellen</p>	<p>Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Die Ausführungen zum Keyline Agroforst Projekt werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu den anderen Punkten:</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>landwirtschaftlichen Flächen.</p> <p>2. Bodenverbesserung und Erosionsschutz: Das Keyline Design ist darauf ausgelegt, den Wasserfluss im Boden zu optimieren, was die Bodenerosion verringert und die Bodenqualität langfristig verbessert. Dies führt zu einer besseren Wasserspeicherung und verhindert die Zerstörung von fruchtbarem Boden.</p> <p>3. Förderung der Biodiversität: Durch die Integration von Bäumen und anderen Pflanzenarten in landwirtschaftliche Flächen entstehen vielfältigere Ökosysteme, die die Biodiversität fördern. Diese Vielfalt ist nicht nur gut für das Klima, sondern unterstützt auch die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimaveränderungen und Schädlingen.</p> <p>4. Wasserwirtschaft und Klimaanpassung: Das Konzept zielt darauf ab, den Wasserhaushalt zu regulieren, was in Zeiten von Trockenperioden und Starkregenereignissen besonders wichtig ist. Eine effiziente Wassernutzung und -speicherung ist entscheidend, um den Auswirkungen des Klimawandels entgegenzuwirken.</p> <p>Insgesamt tragen Keyline Design und Agroforstwirtschaft dazu bei, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu mildern und gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion nachhaltiger und resilienter zu gestalten.“ Wir sehen dieses Projekt in großer Gefahr, da sich mit dem Bau der Windkraftanlagen die hydrogeologischen Bedingungen verändern und so voraussichtlich noch weniger Wasser verfügbar sein wird.</p>	<p>Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	
IV. 10204	1439	<p>Ein weiterer Punkt ist die Gefahr der Verunreinigung unseres Trinkwassers durch Schadstoffe (PFAS, Bisphenol A, usw.). Auch in diesem streitbaren Punkt bitten wir Sie gemäß des Vorsorgeprinzips vorzugehen und uns darzulegen, wie nachgewiesen werden kann, dass durch die Windkraftanlagen auf dem Hochbühl die Schadstoff-Konzentration in unserem Quellwasser und in dem Wasser, das auf unsere landwirtschaftlich genutzten Flächen gelangt, nicht ansteigen wird. Aktuell ist unsere Quelle PFAS-frei.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schutzgut Klima (WA)</p> <p>Maßgebliche Betrachtungsaspekte sind hier die klimaökologischen und lufthygienischen Regenerations- und Regulationsfunktionen, die ausgleichend auf das klimatische Wirkungsgefüge wirken und Belastungserscheinungen entgegenwirken können. Insbesondere in Hinblick auf die Zufuhr von Frisch- und Kaltluft übernimmt der Hochbühl wichtige Ausgleichsfunktionen, die durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen gestört werden. Zusätzlich sind negative klimatische Auswirkungen durch den Bau von Windkraftanlagen auf unser Agroforst-Keyline-Projekt zu erwarten.</p> <p>Abschließend möchten wir betonen, dass in unserem Verständnis eine wirklich nachhaltige Energiewende dann erreicht werden kann, wenn sie der Umwelt nicht mehr schadet als hilft und gegenüber den kommenden Generationen vertretbar ist. Die lokalen Verhältnisse der Windarmut rechtfertigen keinen weiteren Ausbau von Windenergie, während die vielen Sonnenstunden jedoch einen Ausbau von Solarenergie nahelegen. Fehlanreize zu setzen, sodass in windarmen Regionen Windräder lohnend erscheinen, aber Sonnenenergie in sonnenreichen Regionen über bereits versiegelten Flächen (Parkplätze) nicht lohnenswert erscheinen, ist realer Irrsinn. Und so liegt es nahe, die Gesetzeslage, die dies einfordert als diesen anzuerkennen und nicht der Rechtslage gerecht zu werden, sondern unserer Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, gegenüber der Erde, den Tieren gerecht werden zu wollen und dem Klimawandel durch möglichst EFFIZIENTE Energieerzeugung zu begegnen. Wenn dafür die geltende Gesetzeslage angefochten werden muss, so ist es nur folgerichtig, dass Kommunen oder die Länder sich trauen, den Bund in diesem Punkte herauszufordern. Wir fordern eine Neubewertung der Gesetzeslage und eine stärkere Ausrichtung auf effiziente standortgerechte Energieerzeugung. Darüber hinaus fordern wir, dass auf dem Hochbühl keine Windkraftanlagen gebaut werden!</p>	<p>Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10205	575	<p>Stellungnahme Regionalplan Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Es besteht die Absicht, auf dem Hochbuehl zwischen Überlingen und Owingen einen Windpark mit ca. 300 m hohen Windrädern einzurichten.</p> <p>Dagegen hat die Bevölkerung der nahe gelegenen Ortschaften ernst zu nehmende Bedenken.</p> <p>Die Gründe sind vielfältig. Der Hochbuehl stellt für die hier Ansässigen wie für die zahlreichen Touristen, die jedes Jahr ihre Urlaubszeit hier verbringen, ein beliebtes Wandergebiet dar, in dem sie in ursprünglicher Natur sich vom Alltag und dem Lärm der Städte erholen können. Ebenso findet sich in diesem Gebiet eine Vielfalt von Pflanzen und Tierarten, z. B. auch geschützte Fledermausarten, die vor allem auch Kindern eine intime Beziehung zu den Naturreichen ermöglichen. Ohne längere Autofahrten, d. h. ohne unerwünschte Emissionen sind solche Unternehmungen möglich. Durch die notwendige industrielle Verbauung, die mit der Errichtung des Windparks verbunden ist, würden diese Qualitäten empfindlich vermindert.</p> <p>Ein anderes Feld eröffnet sich beim Blick auf die gesundheitliche Beeinträchtigung, die durch den Betrieb von Windrädern verursacht wird. So waren diese aus diesem Gründen bis vor kurzem in Frankreich verboten. Die Frequenz der hohen Töne, durch die Drehung der Räder verursacht, sorgten für Schlafstörungen und nervöse Belastungen, die für die Betroffenen zu einer Minderung der Lebensqualität führten. Durch den geringen Abstand zum Wohngebiet kann mit Sicherheit auch für unser Gebiet davon ausgegangen werden. Können wir uns in unserer stressgeplagten Arbeitswelt diese zusätzliche Belastung leisten?</p> <p>Der Windertrag ist nachweislich im Bodenseegebiet vergleichsweise gering. Ein Blick auf die Windkarte von Deutschland kann davon überzeugen.</p> <p>Zudem hat die Bevölkerung schon viel dazu beigetragen, um erneuerbare Energie zu gewinnen. Fotovoltaikanlagen auf Dächern und Balkonen, energetische Sanierung von Häusern sind überall</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>zu beobachten. Der gute Wille ist also da. Nicht zuletzt ist die problematische und noch nicht gelöste Entsorgung von abgebauten Windrädern zu erwähnen. Die stellt eine Hypothek für künftige Generationen dar.</p> <p>So geht an Sie die Bitte, all diese Punkte zu bedenken und in Ihre Planungen einzubeziehen.</p>	<p>zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10206	577	[Adresse anonymisiert]	Ostrach, 09.05.2025	
		2. STELLUNGNAHME ZUM TEILREGIONALPLAN ENERGIE		
		<p>Sehr geehrter Regionalverband Bodensee-Oberschwaben,</p> <p>auch mit Ihrer überarbeiteten Variante der Flächenausweisung für Windenergie bin ich absolut nicht einverstanden.</p> <p>1 „Nationale Sicherheit“ vs. Ineffizienz</p> <p>Immer wieder haben Sie in Vorträgen in von Überfrachtung</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>besonders betroffenen Gemeinden wie Ostrach darauf hingewiesen, dass die Flächenausweisung alternativlos ist, weil letztlich die „Nationale Sicherheit“ auf dem Spiel stünde.</p> <p>Wenn dem wirklich so ist, dann frage ich mich doch, warum insbesondere Flächen ausgewiesen werden, die nachweislich nicht in den windstärksten Zonen liegen. Warum auf Flächen ausgewichen wird, die oft fürstlichen Eigentümern gehören, welche – das Klingeln der vollen Pachtkasse in den Ohren – wohl kaum Einspruch gegen die Ausweisung erheben werden. Einspruch von Eigentümern würde Sie wertvolle Zeit kosten, welche Ihnen dank der Landesregierung nicht zur Verfügung steht.</p> <p>In den Tagebaugebieten zwischen Köln und Aachen wurden einst ganze Dörfer verlagert, damit RWE weiterhin Braunkohle abbauen konnte. Als man die B32 zwischen Altshausen und Ravensburg ausbaute, wurden Landwirte teilweise enteignet (und entschädigt), damit man den Ausbau nach Planung durchführen konnte. Das erfolgte ohne den Faktor „Nationale Sicherheit“.</p> <p>Es ist für mich unbegreiflich, dass einerseits die absolute Notwendigkeit der (erfolgreichen) Energiewende Deutschlands immer wieder betont, auf der anderen Seite jedoch billigend in Kauf genommen wird, dass eben nicht mit maximaler Effizienz geplant wird. Maximal effizient wäre nämlich, tatsächlich dort Flächen auszuweisen, wo der Wind am stärksten ist, und wenn die Siedlungsstruktur dem im Wege steht – ja, dann muss man vielleicht „zum Wohle der Allgemeinheit“ umsiedeln, und vor allem: angemessen entschädigen. Wenn die „Nationale Sicherheit“ auf dem Spiel steht, dann kann man doch nicht einfach den Weg des geringsten Widerstandes gehen.</p> <p>Seit das „Wind-an-Land-Gesetz“ verabschiedet wurde, seit Sie Kriterien für die Flächenausweisung entwickelt haben, sind größere politische und wirtschaftliche Veränderungen eingetreten. Den mahnenden Stimmen von z.B. dem Bundesrechnungshof und dem Bund der Deutschen Industrie folgt nun mit der neuen Bundesregierung womöglich die Erkenntnis, dass die Effizienz bei der Energiewende Deutschlands nicht ganz außer Acht gelassen werden sollte:</p> <p>„Stoppt ein simples Wort die Windkraft in Baden-Württemberg?“</p> <p>[...] Konkret geht es um folgende Passage (Zeile 1042 bis 1044) im Koalitionsvertrag: "Wir überprüfen das Referenzertragsmodell auf</p>	<p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kosteneffizienz unter anderem hinsichtlich unwirtschaftlicher Schwachwind-Standorte." Konkret bedeutet das laut der beiden Energieverbände: Bekämen weniger windhöffige und damit weniger wirtschaftliche Gebiete als die windstarken Flächen in Norddeutschland geringere Vergütungszuschläge, würde ein "Kahlschlag" beispielsweise bei Projekten in Baden-Württemberg drohen. [...] (Schwäbische Zeitung, 13.04.2025)</p> <p>Wie kann vor diesem Hintergrund die Flächenausweisung so, und – ich wiederhole mich – in diesem Tempo, einhergehend mit aller Ineffizienz, in Baden-Württemberg weitergeführt werden? Wenn es um „Nationale Sicherheit“ geht, dann sollte sich das Land Baden-Württemberg dem doch wohl unterordnen, und nicht versuchen, den eigenen Irrweg noch schnell bis zu den Landtagswahlen aus ideologischen Gründen in Stein zu meißeln?</p> <p>2 Keine Aussicht auf Entschädigung</p> <p>Unsere Gemeinde Ostrach hat im Gegensatz zu anderen betroffenen Gebieten auch noch den Nachteil, dass die ausgewiesenen Flächen nicht einmal in Gemeindebesitz sind. Wir werden getröstet, man bekäme 0,2 ct/kWh von den Betreibern der geplanten Windparks – ob das die allgemein zu erwartenden steigenden Energiekosten auch nur ansatzweise kompensieren kann, sei mal dahingestellt.</p> <p>Niemand entschädigt uns für den Verlust einer wunderschönen Landschaft, niemand entschädigt die Landwirte , wenn der Boden durch Änderungen im Mikroklima trockener wird. Niemand entschädigt die Haus- und Grundstückseigentümer, wenn ihr Eigentum an Wert verliert. Das ist Enteignung durch die Hintertür, ohne Kompensation.</p> <p>Sie haben mal auf einer Veranstaltung in Bad Saulgau gesagt, dass Beeinträchtigungen z.B. im Hinblick auf das Mikroklima, möglich sind, und im gleichen Atemzug relativiert: „...aber woanders auf der Welt versinken Inseln wegen dem klimawandelbedingten Anstieg des Meeresspiegels“.</p> <p>Das, meine Damen und Herren, ist „Whataboutism“ vom Feinsten.</p> <p>Können Sie sich vorstellen, dass z.B. wir Magenbuch-Lausheimer in Zukunft mit Stolz auf die 13 fast 300 m hohen Windkraftanlagen im Windpark „Ostrach West“ blicken, und uns trösten: „Wir haben zwar keine lebenswerte Heimat mehr, aber dafür retten wir die Welt!“ ...Wohl wissend, dass der ökologische Fußabdruck</p>	<p>inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>des Eigentümers des Waldes, d[Name anonymisiert] , wahrscheinlich sämtliche ausgewiesenen Flächen benötigt, um die eigene Ökobilanz zu verschönern. An dieser Stelle möchte ich gerne nochmal auf folgenden Sachverhalt hinweisen, der auch Ihnen bekannt sein dürfte:</p> <p>„Die zehn Prozent der wohlhabendsten Menschen weltweit haben seit 1990 rund zwei Drittel der menschengemachten Erderwärmung verursacht.“</p> <p>(ZEIT Online, 07.05.2025, aus der Studie „High-income groups disproportionately contribute to climate extremes worldwide“, <a href="https://www.nature.com/articles/s41558-025-02325-x">https://www.nature.com/articles/s41558-025-02325-x</a>)</p> <p>Ihre vorzugsweise Flächenausweisung auf Eigentum, welches sich mit Sicherheit in den Händen der reichsten 10% der Weltbevölkerung befindet, mit den zu erwartenden Gewinnen aus Pachteinnahmen, letztlich durch unsere Steuergelder, bzw. die indirekten Subventionen finanziert (selbst das windstarke Dänemark erkennt gerade, dass Windenergie ohne staatliche Subventionen keine Investoren für Offshore-Parks anlocken kann), wäre doch zumindest die Gelegenheit, die betroffenen Gemeinden, die betroffenen Anwohner „gerecht“ zu entschädigen. Lassen Sie sich etwas einfallen.</p>		
IV. 10206	1450	<p>3 FAUNA – Update: Wiedehopf</p> <p>Wir alle haben zur Genüge gehört, dass unsere heimische Fauna nicht mehr wichtig genug ist, die lokale Flächenausweisung zu verhindern. Um so mehr erfüllt es mich mit Freude und Hoffnung, dass ich persönlich im April in der Gemeinde Ostrach (Tafertsweiler) einen Wiedehopf entdeckt habe.</p> <p>Gerne können Sie hierzu den NABU Mengen kontaktieren, welcher kurz darauf eine weitere Sichtung im Bereich Ölkofen bestätigen konnte. Nach Gesprächen stellte sich zudem heraus, dass auch in Magenbuch bereits ein Wiedehopf gesichtet wurde (das Foto wird derzeit in den Tiefen einer Datensicherung gesucht). Ich bitte dies, zu berücksichtigen – mit nur 150 Brutpaaren in ganz Baden-Württemberg ist dieser Vogel vielleicht nicht ganz so unwichtig wie der Rotmilan.</p>	<p>Der Wiedehopf ist eine Art, die im Rahmen des LUBW Fachbeitrags mit abgehandelt wurde.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von Schwerpunktorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.</p> <p>In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standor-ten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“	
IV. 10207	579	<p>Stellungnahme zum geplanten Teilregionalplan Windenergie im Bereich Bad Waldsee Osterhofen</p> <p>Die Planung und Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich Bad Waldsee Osterhofen bringt sowohl ökologische als auch ökonomische Chancen mit sich. Allerdings möchten ich an dieser Stelle auf entscheidende Bedenken hinweisen, die beim aktuellen Entwurf des Teilregionalplans nicht ausreichend berücksichtigt werden.</p> <p>1. Nähe zu Wasserschutzgebieten und Gefährdung der Wasserversorgung</p> <p>Der vorgesehene Standort befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einem Wasserschutzgebiet, das eine zentrale Rolle in der regionalen Trinkwasserversorgung spielt, diese betrifft auch die Gemeinde Eberhardzell die zum RVB Donau Iller gehört. Eingriffe in diese sensiblen Bereiche, etwa durch Tiefbauarbeiten, Bodenverdichtung oder den Eintrag potenziell schädlicher Stoffe, bergen das ernsthafte Risiko einer Gefährdung der Wasserqualität. Eine derart kritische Beeinträchtigung eines lebenswichtigen Gutes wie Trinkwasser darf nicht leichtfertig in Kauf genommen werden. Die Grundwassersicherheit muss absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen oder energiepolitischen Überlegungen haben.</p> <p>2. Gesundheitliche Risiken durch Infraschall, Schattenwurf und Lärm</p> <p>Mehrere Studien weisen darauf hin, dass Infraschall – auch wenn er nicht bewusst wahrgenommen wird – bei empfindlichen Personen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen kann. Hinzu kommen Belastungen durch periodischen Schattenwurf („Diskoeffekt“) sowie hörbaren Lärm durch Rotorbewegungen. Die Auswirkungen</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dieser Faktoren auf Anwohner, insbesondere bei Dauerexposition, sind nicht abschließend geklärt, weshalb ein vorsorgender Gesundheitsschutz zwingend geboten ist. Eine Bebauung in relativer Nähe zu Wohnbebauung und Wohngebieten steht mit diesem Vorsorgeprinzip nicht im Einklang.</p> <p>3. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes Der geplante Windpark würde das bislang weitgehend unberührte, landschaftlich reizvolle Umfeld von Osterhofen massiv verändern. Die bis zu 300 Meter hohen Windkraftanlagen wären weithin sichtbar und würden das gewachsene Landschaftsbild dauerhaft dominieren. Für eine Region, die stark vom Tourismus und vom naturverbundenen Lebensraum geprägt ist, stellt dies einen erheblichen Eingriff in die visuelle Umweltqualität dar. Es ist zu befürchten, dass dieser Wandel negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Anwohner, den Tourismus und das regionale Selbstverständnis hat.</p> <p>4. Regionalverbände RVBO und Donau Iller</p> <p>Bei dem geplanten Windpark Bad Waldsee / Osterhofen RVBO grenzt unmittelbar der RVB Donau Iller an zu der die Gemeinde Eberhardzell gehört. In diesem Bereich entsteht der Eindruck das unter den Regionalverbänden keine Kommunikation und kein Austausch stattfindet. Der Ausbau wird bei beiden RVB an die Verbandsgrenzen gesetzt und dadurch ergibt sich eine größere Belastung für Mensch, Tier, Natur und Region.</p> <p>Fazit Angesichts der genannten Risiken und Eingriffe ist die geplante Ausweisung von Windenergieflächen im Bereich Bad Waldsee – Osterhofen aus Sicht des Umwelt-, Gesundheits- und Landschaftsschutzes äußerst kritisch zu bewerten. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik muss sich durch Rücksichtnahme auf Mensch, Natur und bestehende Versorgungsinfrastrukturen auszeichnen. Der aktuelle Planungsstand wird diesem Anspruch nicht gerecht. Es wird daher dringend empfohlen, den Standort nochmals umfassend zu prüfen.</p> <p>Mit Freundlichen Grüßen</p>	<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10208	456	<p>Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Teilregionalplan Windkraft des Regionalverbands zum Vorranggebiet WEA-437-025 Wald im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einwände gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets. Dieses bietet nicht genügend Wind zum Betreiben solcher Anlagen, wie man dem offiziellen Windatlas von Baden Württemberg entnehmen kann.</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 438 verwiesen.	Kenntnisnahme
IV. 10208	457	<p>Der Infraschall dieser Anlagen, der sich bis zu 50 Kilometer verbreitet, verursacht schwere gesundheitliche Schäden bei Mensch und Tier. Auch der Eiswurf</p> <p>der von den Rotorblättern ausgeht ist für das angrenzende Wohngebiet nicht hinnehmbar.</p> <p>Durch die Rotorblätter geht auch eine enorme Umweltbelastung einher da diese aus Kunstharzen, die mit Glas- oder Carbonfasern verstärkt werden bestehen. Der Abrieb, der an der Vorderkante der Rotorblätter unvermeidlich ist, wird im weiten Umkreis verstreut und kontaminiert die Böden. Die freigesetzten Mikropartikel entsprechen von der Schädlichkeit etwa Asbest, enthalten PFAS, eine Reihe gefährlicher Chemikalien, u.a. Bisphenol-A, und verschiedene Metalle.</p> <p>Eine weitere negative Wirkung ist der Rückgang der Vegetation durch die riesigen Mengen Beton der in den Boden eingebracht wird. Für die Schwertransporte der Teile und der Baukräne werden breite Zufahrtsstraßen benötigt. Dafür wird Wald gerodet, der unbestreitbar CO2 absorbieren würde.</p> <p>Das seit Jahren geplante Biotop das in diesem Waldstück laufen soll, kann dann gar nicht bestehen.</p>	<p>Zum geplanten Biotop: Gesetzlich geschützte Biotope und Waldbiotope größer gleich 2 ha wurden im Planungskonzept als sehr erheblicher Konflikt (K1) berücksichtigt. In den VRG Windenergie befinden sich daher keine gesetzlich geschützten Biotope und Waldbiotope größer gleich 2 ha. Ebenso wurden gesetzlich geschützte Biotope inkl. Waldbiotope &gt; 0,5ha in der Umweltprüfung berücksichtigt. Bei gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen &lt; 2 ha und bei VRG Windenergie angrenzend zu gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen sowie "geplanten Biotopen" gilt: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Erfordernis, die Abgrenzung des VRG Windenergie wegen Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen zu reduzieren, besteht daher nicht</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10209	580	<p>Einwände WKA. Mösern-Enkenhofener Wald-Süd WEA-436-013 und in Winnis</p> <p>1. Durch die Drehbewegungen der Rotorblätter wird der Moor Boden Ausgetrocknet. Wenn das Moor keine Feuchtigkeit mehr hat , werden viele seltene Tier und Pflanzenarten nicht überleben.</p> <p>4. Durch denn Abrieb der Beschichtung der Rotorblätter gelangen giftige Stoffe in das Moor und in den naheliegenden Badsee.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10209	1251	<p>Einwände WKA. Mösern-Enkenhofener Wald-Süd WEA-436-013 und in Winnis</p> <p>2. Der Ortschaftsrat Beuren hat sich am 15.04.2025 gegen die WKA. ausgesprochen.</p> <p>3. Der Isnyer Gemeinderat hat sich ebenfalls gegen die Planungen und den Bau der Windkraftanlagen ausgesprochen am 05.05.2025</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zu den Stellungnahmen mit den Az II.172 und II.172_2 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10209	1252	<p>Einwände WKA. Mösern-Enkenhofener Wald-Süd WEA-436-013 und in Winnis</p> <p>2. Der Ortschaftsrat Beuren hat sich am 15.04.2025 gegen die WKA. ausgesprochen.</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit den AZ II.172 und II.172_1 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
3. Der Isnyer Gemeinderat hat sich ebenfalls gegen die Planungen und den Bau der Windkraftanlagen ausgesprochen am 05.05.2025				
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10210	589	<p>Bezüglich des geplanten Windparks in der Region Bad Waldsee ist es aus unserer Sicht dringend erforderlich, sich mit den Auswirkungen auf die Region und Ihre Bewohner kritisch auseinander zu setzen.</p> <p>Wir sind zwar nicht generell gegen Windkraft, jedoch wurde uns jahrelang vorgegaukelt, dass es sich lediglich um 5 - 7 Windräder handeln würde. Die aktuell bekannt gewordene Dimension von 20 - 30 Windrädern macht uns jedoch fassungslos und dies aus folgenden Gründen:</p> <p>1. Die visuelle Veränderung des Landschaftsbildes stellt eine der gravierendsten Auswirkungen des Windkraftausbaus dar. Windkraftanlagen sind generell hohe, auffällige Bauwerke, hier sind sogar Höhe von bis knapp 300m geplant, wie es sie in Deutschland bisher noch nicht gibt. Die natürliche Ästhetik der Region, die durch weite Felder, Wiesen und Waldlandschaften geprägt ist, würde durch die imposante Präsenz von Windrädern erheblich beeinträchtigt werden. Für viele Menschen ist das Landschaftsbild nicht nur ein ästhetisches Gut, sondern auch ein bedeutender Teil ihrer Lebensqualität und Identität. Eine detaillierte Analyse der Auswirkungen auf das visuelle Erleben und die Eingriffe in das Landschaftsbild sollte daher vorrangig durchgeführt werden, um der Bedeutung dieser natürlichen Ressource gerecht zu werden, insbesondere auch, da es sich bei Bad Waldsee um eine sehr beliebte Kur- und Rehasstadt handelt und die Patienten genau den Charakter dieser Landschaft äußerst schätzen. Wir befürchten somit negative Auswirkungen auf den Tourismus sowie den Rehabereich der Stadt, der elementar ist für das Wohlergehen und die Einnahmen der Region.</p> <p>2. Wertverlust von Immobilien</p> <p>Ein weiterer Aspekt, der nicht unbeachtet bleiben darf, ist der potenzielle Wertverlust von Immobilien in der Nähe der geplanten Windkraftanlagen. Ganz konkret ist uns der erste Fall bekannt, bei dem potentielle Käufer kurz vor Notartermin von der Unterzeichnung des Kaufvertrags für ein Einfamilienhaus abgesprungen sind, nachdem nun die Dimensionen des geplanten Windparks bekannt geworden sind. Der Verkäufer wird sein Haus nur noch sehr schwer bzw. nur noch mit einem massiv reduzierten Preis verkaufen können. Auch Untersuchungen zeigen, dass sich die Nähe zu Windrädern</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>negativ auf den Immobilienmarkt auswirken kann. Gerade für Wohngebäude in ländlichen Gebieten, wie sie rund um Bad Waldsee zahlreich zu finden sind, könnte die Einführung von Windkraftanlagen zu einer Reduktion der Nachfrage und damit auch zu einer Wertminderung führen. Dies betrifft nicht nur die Eigentümer von Immobilien in unmittelbarer Nähe, sondern auch die Allgemeinheit, da es zu einer spürbaren Beeinträchtigung des regionalen Immobilienmarktes kommen wird. Es sollte geprüft werden, ob und in welchem Maße diese Entwicklungen den betroffenen Anwohnern schaden und wie diesen Auswirkungen entgegengewirkt werden kann.</p> <p>Auch Banken dokumentieren bereits bei Kreditvergaben signifikant reduzierte Beleihungswerte von Immobilien in unmittelbarer Nähe von Windparks, wie er hier geplant ist. Der Verlust von Vermögenswerten durch den vorhersehbaren Preisverfall der Immobilien in Windparknähe ist eine faktische Enteignung ohne adäquate Entschädigung. Schadensersatz wäre hier von den betroffenen Immobilieneigentümern zu prüfen.</p> <p>Fazit</p> <p>Der geplante Teilregionalplan Windenergie im Bereich Bad Waldsee verfolgt zweifelsohne ein wichtiges Ziel im Rahmen der Energiewende, jedoch müssen die Auswirkungen auf die Umwelt, das Landschaftsbild und die Lebensqualität und die Auswirkung auf die Vermögenswerte (Immobilienpreise) der Anwohner sorgfältig abgewogen werden. Eine umfassende Untersuchung und Bewertung der verschiedenen Auswirkungen auf Natur, Immobilienwerte und die lokale Infrastruktur ist daher unabdingbar. Es ist erforderlich, Lösungen zu finden, die die Interessen der Bevölkerung, den Schutz wertvoller Naturressourcen und die Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Energieversorgung in Einklang bringen. Dabei sollten Alternativen geprüft werden, die die Auswirkungen auf die Region minimieren und gleichzeitig den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben.</p> <p>Außerdem haben sich mit der neuen Regierung die politischen Rahmenbedingungen geändert. Schwachwindstandorte (wie die Region um Bad Waldsee) sollen künftig nicht mehr bevorzugt gefördert werden!</p> <p>Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine sofortige Aussetzung der Flächenausweisung für den</li> </ul>	<p>Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Haistergau. Zum jetzigen Zeitpunkt auf der Grundlage von Gesetzen, die auf Basis des neuen Koalitionsvertrages Änderungen erfahren werden, macht keinen Sinn. Insbesondere nicht vor der erheblichen Beeinträchtigung von Schutzgütern, von der die strategische Umweltprüfung des Regionalverbandes ausgeht.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine neue Bewertung unter Berücksichtigung der aktuell anstehenden gesetzlichen und politischen Vorgaben.</li> <li>• Den Vorrang für wirtschaftlich tragfähige, effiziente und gesellschaftlich akzeptierte Projekte im Rahmen der Energiewende.</li> </ul> <p>Mit dem Windenergiepark Region Bad Waldsee wird massiv in Bürgerrechte und andere Schutzgüter eingegriffen. Dies kann und darf nicht sein, wenn die Vorhaben keinen effektiven Beitrag zum Klimaschutz leisten und es dafür geeignetere Maßnahmen gibt. Siehe hierzu auch Interview mit dem CEO der EnBW, Herrn Stamatelopoulos, in der Wirtschaftswoche Nr. 15/2025 unter der Überschrift "Nur bauen, was sich rechnet".</p> <p>Mit freundlichen Grüßen [Name anonymisiert]</p>		
IV. 10210	1279	<p>3. Weiterer Ausbau von Umspannwerken und Batteriespeichern</p> <p>Ein weiterer Aspekt, der im Kontext der Windkraftnutzung berücksichtigt werden muss, ist der erforderliche, massive Ausbau der Infrastruktur, insbesondere von Umspannwerken und Batteriespeichern. Die Integration von Windenergie in das bestehende Stromnetz erfordert eine erhebliche Verstärkung und Erweiterung der Infrastruktur, was zu weiteren Eingriffen in die Natur und das Landschaftsbild führt. Der Bau zusätzlicher Umspannwerke, die für die Verteilung des erzeugten Stroms notwendig sind, sowie die Errichtung von Batteriespeichern zur Zwischenspeicherung der Energie, wird das ohnehin schon stark beanspruchte Landschaftsbild weiter belasten. Zudem entstehen durch diese Infrastruktureinrichtungen zusätzliche potenzielle Risiken für Natur und Umwelt, etwa durch die Versiegelung von Flächen oder den Eingriff in geschützte Ökosysteme. Auch hier ist eine gründliche Prüfung der Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner sowie die Immobilienpreise erforderlich.</p>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10210	1280	<p>4. Abhängigkeit von Fördergeldern und Subventionen</p> <p>Die Rentabilität von Windkraftanlagen wird in Deutschland maßgeblich durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie durch verschiedene Förderprogramme sichergestellt. Diese garantieren den Betreibern eine feste Einspeisevergütung für den erzeugten Strom über einen Zeitraum von 20 Jahren. Ohne diese staatlichen Zuschüsse wäre die Errichtung und der Betrieb von</p>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windkraftanlagen für viele Betreiber in ländlichen Gebieten, wie Bad Waldsee, finanziell nicht tragfähig wie selbst die Investoren bei der öffentlichen Veranstaltung in Bad Waldsee eingestanden haben.</p> <p>Windkraftanlagen, insbesondere die in weniger windstarken Regionen wie dem Oberschwäbischen Raum, erzielen nur dann positive Erträge, wenn die entsprechenden Subventionen die oft hohen Anfangsinvestitionen, die laufenden Betriebskosten und die Instandhaltungskosten abdecken. In Regionen mit geringeren Windressourcen ist der Stromertrag in der Regel niedriger, was bedeutet, dass die Anlagen ohne die garantierten Einspeisevergütungen oder andere Fördermechanismen in der Praxis kaum rentabel wären.</p> <p>5. Hohe Investitionskosten und lange Amortisationszeiten</p> <p>Die hohen Investitionskosten für den Bau von Windkraftanlagen und die lange Amortisationszeit stellen einen weiteren kritischen Punkt dar. Die Errichtung einer Windkraftanlage erfordert erhebliche finanzielle Mittel, sowohl für die Beschaffung der Turbinen und die Installation der Infrastruktur als auch für die Planung und Genehmigungsverfahren. In ländlichen Gebieten wie Bad Waldsee, wo der Wind nicht konstant oder besonders stark ist, verlängert sich die Amortisationszeit erheblich. Viele Windkraftprojekte benötigen 15 bis 20 Jahre, um die anfänglichen Investitionskosten zu decken, und die Rentabilität bleibt auch danach oft fraglich, insbesondere bei sinkenden Subventionshöhen und dem Übergang auf den Marktmechanismus nach Ablauf der EEG-Förderung.</p> <p>Die Herausforderung besteht darin, dass viele Betreiber von Windkraftanlagen nur dann in der Lage sind, diese hohen Investitionskosten zu decken, wenn sie auf langfristige Fördermechanismen zurückgreifen können. Fehlen diese, würde das wirtschaftliche Risiko für die Betreiber zu hoch werden, da die Einnahmen aus dem Verkauf des Stroms ohne Förderung in vielen Fällen nicht ausreichen, um die laufenden Kosten zu decken und eine adäquate Rendite zu erzielen.</p> <p>Hinzu kommen die stetig steigenden Kosten für die Netzanschlüsse und die Ertüchtigung der Infrastruktur, die den Ausbau der Windenergie begleiten. Diese Kosten müssen von den Betreibern selbst getragen werden, was in vielen Fällen zu einer weiteren finanziellen Belastung führt. Infolgedessen stellt sich die Frage, ob die Windkraftanlagen im Bereich Bad Waldsee langfristig wirtschaftlich tragfähig sind, oder ob die Region auf weiterhin hohe Subventionen angewiesen bleibt, um den Ausbau aufrechtzuerhalten.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>6. Forderung nach einer realistischen Bewertung der Rentabilität</p> <p>Die wirtschaftliche Rentabilität von Windkraftanlagen im Bereich Bad Waldsee muss aus meiner Sicht realistischer bewertet werden. Die Abhängigkeit von Fördergeldern und die potenziellen finanziellen Risiken für Betreiber, die ohne diese Subventionen kaum tragfähig wären, sollten klar kommuniziert werden. Auch die langfristige Perspektive nach Ablauf der Förderungen erfordert eine detaillierte Betrachtung. Die Politik sollte die Frage aufwerfen, inwieweit die Windkraftnutzung in weniger windreichen Regionen ohne eine fortlaufende Subventionierung tatsächlich nachhaltig ist.</p> <p>Zudem stellt sich die Frage, ob die Gelder, die in die Förderung von Windkraftanlagen fließen, auch tatsächlich im besten Interesse der Region und ihrer Bewohner eingesetzt werden. Sollte es nicht eine breitere Diskussion darüber geben, wie die Ressourcen im Bereich erneuerbarer Energien sinnvoll und ohne unnötige Abhängigkeiten von Subventionen investiert werden können? Eine verstärkte Fokussierung auf innovative, kostengünstigere Technologien oder alternative Energiequellen könnte auf lange Sicht sinnvoller und finanziell tragfähiger sein.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10211	581	<p>Stellungnahme zur Erweiterung des Vorranggebiets im Enkenhofener Wald -WEA-436-013 - In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd</p> <p>m Folgenden nehme ich Stellung zum oben genannten Vorrang-Gebiet:</p> <p>In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd (WEA-436-013)</p> <p>Ich fordere Sie ausdrücklich auf, das Vorranggebiet In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd aus der Entwurfsplanung für mögliche Vorranggebiete zu entfernen.</p> <p>Begründung: Folgende naturschutzrechtliche Punkte sprechen gegen die weitere Planung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gefährdung der Tier- und Pflanzenwelt (Vögel, Vogelzug, Fledermäuse)</li> <li>• Großflächige Zerstörung des Waldes (Ökosystem)</li> <li>• Zerstörung eines der wenigen noch zusammenhängenden Ökosysteme Deutschlands</li> </ul> <p>Folgende persönliche Argumente sprechen gegen die weitere</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Entwurfsplanung für die beiden Vorranggebiete:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zu geringe Abstände zur Wohnbebauung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Belästigung durch Schattenschlag</li> </ul> </li> <li>• Belästigung durch das Blinklicht</li> <li>• Zerstörung der weitgehend intakten Allgäu-Landschaft; Naherholungsgebiet <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ständige Unruhe durch die permanente Drehbewegung</li> </ul> </li> </ul> <p>Der einsickernde Abrieb (entsteht bei sich drehenden Windrädern) kann das Trinkwasser verunreinigen. Die Weiler Allmisried und Winnis und somit auch der Campingplatz liegen in Hauptwindrichtung des geplanten Vorranggebiets ,In den Mösern /Enkenhofener Wald – Süd'. Dort würden dann die höchst gefährlichen Partikel des Abriebs herabrieseln.</p>	<p>FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10213	583	<p>Einspruch zur 2. Offenlage Fortschreibung bzw. Änderung des Regionalplans, betreffend das geplante Vorranggebiet Ratzenried-Ost WEA-436-011</p> <p>Aufgrund neuer Erkenntnisse bezüglich der Fledermausvorkommen in der näheren Umgebung des o.g. geplanten Vorranggebietes, namentlich an den Häusern [Name anonymisiert] , melde ich mich noch einmal zu Wort bei Ihnen:</p> <p>Im Frühsommer 2024 wurde eine Begehung der Häuser und Stallgebäude mit einem Fledermausexperten vorgenommen. Zusätzlich wurde in [Name anonymisiert] über mehrere Wochen ein sog. Batcorder (Aufnahmegerät für Fledermausschreie) installiert. Über die Auswertungen der Begehung und des Batcorders wurde das Vorkommen von Fledermäusen wie Zwergfledermaus, Großes Mausohr, Langohr, Mückenfledermaus und 3 der vier Sonderstatusarten, wie sie im Fachbeitrag für Regionalplanung der LUBW benannt werden, namentlich Große Bartfledermaus, Mopsfledermaus und Großer Abendsegler, nachgewiesen.</p> <p>Die Nachweise [Ort anonymisiert] deuten auch auf Fledermausquartiere im Dorfer und Sigger Walder hin, da sich in diesem mit dem Weiher "Rote Lache/Reuteweiher" und dem östlich am Rand des Waldes gelegenen "Neuweiher" (FFH-Gebiet) entsprechendes Jagdgebiet der Fledermäuse befindet. Auch hier wurde kürzlich ein Batcorder installiert. Die Ergebnisse stehen noch aus, werden Ihnen aber in Kürze nachgereicht.</p> <p>Zudem wird Ihnen aus dem LUBW Kartendienst die zuletzt in</p>	<p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Hiermit wird auf die Stellungnahme der 1. Anhörung inkl. Verweise verwiesen. Die möglichen dauerhaften Lebensstätten von Fledermaus-Sonderstatusarten in den Häusern liegen in einem Abstand von &gt;500m. Allerdings hatte in der 1. Anhörung noch das Braune Langohr in ihrem Dachboden eine Wochenstube und nicht die jetzt vorgebrachten Sonderstatusarten. Diese wurden auch nicht von Dr. Ingo Maier (Arbeitskreis Fledermausschutz des NABU Ravensburg) vorgebracht oder bestätigt. Unabhängig davon ist der Abstand größer als der minimale in der Regionalplanung zu berücksichtigende Abstand. Die Lautbeobachtungen genügen nicht den Kriterien für einen Nachweis dauerhafter Lebensstätten, s.o..</p> <p>Den für die Genehmigung zuständigen Behörden wird empfohlen, die Schutzmaßnahme „Abschaltung“ (siehe § 45b Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsvorhaben vorzusehen.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ratzenried erfassten vorkommenden schützenswerten Arten als zip-Datei mit dem Namen "WNS-Info geschützte Artenvorkommen Argenbühl" per WeTransfer in den nächsten Tagen zugesandt--&gt; Artenschutz und Biodiversität ist mehr denn je Pflicht! Von diesen Arten kommen in unserem Garten folgende regelmäßig vor:</p> <p>Hier finden sich unter anderem die Grüne Flussjungfer, der Bergmolch, der Alpensalamander, der Teichfrosch und die Erdkröte. Gerade bei den Amphibien und Insekten weise ich ausdrücklich auf die Biotopnutzung und wahrscheinliche Artenwanderung zwischen Biotopen [Ort anonymisiert] sowie der "Roten Lache" hin!</p> <p>Außerdem verweise ich auf die Greifvogel-Horsttabelle, welche Ihnen bereits zugeschickt wurde und hier auf die Sichtungen des Wespenbussardes im Bereich "Neuweiher" iim 2024 sowie Rotmilan-Horstbelegung 2024 Nähe "Rote Lache/Reuteweiher" und Schwarzstorch-, Rot- und Schwarzmilan-Sichtungen in 2024 und 2025 rund um den Dorfer Wald.</p> <p>Auch der Biber ist rings um den Dorfer Wald angesiedelt. Der Argenbühler Bauhof kennt seine Anlagen.</p> <p>Ich möchte Sie noch einmal eindringlich auf die stark beeinflussende bis schädigende Wirkung von Windkraftanlagen im Wald und dessen Biodiversität hinweisen, nachzulesen im Positionspapier des Bundesamtes für Naturschutz 2011 "Windkraft über Wald" Punkte 1.1-2.3. Der Schutz der Lebensräume und der Schutz der vorhandenen Quellen im Dorfer Wald ist überlebensnotwendig für die oben genannten Arten.</p> <p>Darum bitte ich Sie, diese Erkenntnisse in Ihre Regionalplanung mit einzubeziehen und entsprechend anzupassen.</p>	<p>Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Eine Streichung oder Reduktion des in der Anregung genannten VRG Windenergie aufgrund der Betroffenheit von Belangen des Fledermausschutzes erfolgt daher nicht.</p> <p>Die Regionalplanung ist auf systematisch erhobene, regionsweit verfügbare Datengrundlagen angewiesen. Um die Regionalverbände zu unterstützen, wurde im Rahmen der „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Land“ ein „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung“ im Hinblick auf Planungen für Windenergie erarbeitet. Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von Schwerpunktvorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktvorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich. In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Anbei sende ich Ihnen den 1. Anhang zu meinem Einspruch zur 2. Offenlage des o.g. Vorranggebietes. Sie finden darin sämtliche geschützte Artenvorkommen, welche in diesem Vorranggebiet vorkommen und vom LUBW ebenfalls kartiert wurden. Ich bitte Sie, dies bei Ihren Planungen zu beachten.</p> <p>Nachfolgend nun der bereits angekündigte Nachtrag zum Thema Fledermausvorkommen im Dorfer und Sigger Wald:</p> <p>Wiewohl bei Messungen im Jahr 2024 bei uns am Haus [Name anonymisiert] durch den Fledermausexperten Dr. Ingo Maier nachgewiesene Sonderstatus-Arten - nämlich Großer Abendsegler, Mopsfledermaus und Bartfledermaus - kommt noch die bisher nur auf 3 Tage angelegte Messung an dem Gewässer "Rote Lache/Reuteweiher" in bzw. am Rand von o.g. Vorranggebiet hinzu.</p> <p>Hier konnte Hr. Dr. Maier eine hohe Flugverkehrsdichte der wohl im Wald ansässigen Fledermäuse messen. Weitere Messungen sollen noch folgen.</p> <p>Ich bitte deshalb erneut um die Beachtung und Anpassung bei der Planung des Vorranggebietes - das FFH Gebiet Neuweiher bildet zusammen mit der Roten Lache und den Biotopen sowie Wochenstubenmöglichkeiten der beiden Häuser[Name anonymisiert] einen Platz sowohl für Vögel, Amphibien und Fledermäuse und spricht somit gegen den Bau von Windkraftenergie-Anlagen im Dorfer und Siggener Wald.</p>	<p>die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standor-ten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Falls Betroffenheiten vorliegen müssen diese entweder durch eine entsprechende Planung vermieden werden oder falls dies nach Prüfung der Planungsträger und Fachbehörden prognostisch möglich erscheint gegebenenfalls im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) durch geeignete Vorschriften zur Abschaltung der Anlagen geregelt werden. Wenn eine signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann müssen entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>angeordnet, attraktive Ausweichnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet werden, so dass für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen ist, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert werden kann.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich jedoch maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss und auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-011) verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10214	584	<p>Stellungnahme zu den Vorranggebieten</p> <p>WEA-436-031 / Beurener Berg WEA 436-013 / In den Mösern/Enkenhofener Wald Süd</p> <p>Zu WEA-436-031 / Beurener Berg zuerst danke ich Ihnen vielmals für die genaue Überprüfung des Beurener Berges als Vorranggebiet und die dadurch resultierende Streichung. Diese Entscheidung wird von mir als Bewohnerin von Beuren und Gastgeberin für Feriengäste sehr begrüßt.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10214	1249	<p>Zu WEA-436-013 / In den Mösern/Enkenhofener Wald Süd Das Vorranggebiet „In den Mösern/Enkenhofener Wald“ WEA 436-013 steht weiterhin als Vorranggebiet in den Plänen. Dafür habe ich kein Verständnis und teile Ihnen hiermit meine Fragen und großen Bedenken mit und bitte Sie, dies nochmals genau zu überprüfen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Ist dieses Vorranggebiet noch in dem etwa 180 ha großen Gebiet „Winnis Moos“, das wiedervernässt wird oder grenzt es nur daran an? Es kann und darf doch nicht sein, dass auf der einen Seite unendlich viele Steuergelder für Wiedervernässung zum Schutz der Natur und Eindämmung der CO2 Werte ausgehen werden und parallel dazu in ein sensibles, größtenteils mooriges Gebiet Windkraftanlagen gebaut werden können! Zumal ja bekannt ist, dass für Windkraftstandorte große Flächen zu befestigen sind, größtenteils auf Dauer und neue, breite Zuwegungen neu angelegt werden müssen. Bei allem Verständnis für die notwendige Klimaneutralität wird hier doch gegeneinander geschafft! Es ist ja auch bekannt, dass Wirbelschleppen zum Austrocknen in die Hauptwindrichtung – also Richtung Winnis Moos - führen!</li> <li>In diesem von Ihnen ausgewiesenen Vorranggebiet ist durch die teilweise moorigen Böden nur eingeschränkt eine intensive Waldwirtschaft möglich, dafür bieten hier viele Flächen ideale Voraussetzungen für eine intakte Pflanzen- und Tierwelt. Auch diese sind dringend zu schützen!</li> <li>Wieweit wurden in diesem Vorranggebiet die Fledermausvorkommen beobachtet und untersucht? Anwohner berichten von regem Flugverkehr.</li> <li>Wie sind die tatsächlichen Windwerte in diesem Gebiet? Die bekannten Werte sind je nach württembergischen und bayrischen Schätzungen sehr unterschiedlich. Laut der Firma [Name anonymisiert] gibt es in diesem Gebiet noch keine Windmessungen. Dazu fällt mir auch auf, dass die Firma [Name anonymisiert] , die den Plan hat, in diesem Gebiet drei WKA's zu bauen, eine Nabenhöhe von 175 oder 179 m angibt, gegebenenfalls 199 m. Es ist davon auszugehen, dass bei zu geringen Windmessungen WKA's mit einer Gesamthöhe von 286 m gebaut werden könnten, und dies in der Nähe von Moor- und Landschaftsschutzgebieten und in unmittelbarer Nähe zum Badsee. Ist dies zu verantworten?</li> <li>Aus meiner Sicht besteht auch die Gefahr, dass die durch den Abrieb entstehenden, teilweise krebserregenden Stoffe durch den</li> </ul>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Scheibbach oder andere kleine Bäche in den Badsee und den daraus fließenden Bach in Richtung Bodensee gelangen können. Bitte nehmen Sie auch dies zur Kenntnis.</p> <p>· Seit über 60 Jahren wird in Beuren mit dem Badsee, dem Campingplatz und anderen Anbietern von Gästezimmern und Ferienwohnungen „sanfter Tourismus“ betrieben. Die herrliche und intakte Allgäulandschaft rund um die Ortschaft Beuren bietet zahlreiche Möglichkeiten, Freizeit in der Natur zu verbringen und hier in herrlicher Landschaft Urlaub zu machen und zu genießen, ohne dass ein Flug in die weite Ferne notwendig ist. Möchten Sie mit dem Vorranggebiet in den Mösern/Enkenhofener Wald und dem Bau von Windkraftanlagen dazu beitragen, dass die schöne Allgäulandschaft zerstört wird, der „sanfte Tourismus“ hier stirbt und dadurch noch mehr Flugverkehr entsteht?</p> <p>· Wie sieht es mit den zukünftigen Entscheidungen der Politik aus? Momentan sind Sie vom Regionalverband aufgefordert, 1,8 % der Flächen von Baden-Württemberg als Vorranggebiete auszuweisen. Es gibt aber Berechnungen, dass 1,0 % ausreichen würden.</p> <p>Was ist tatsächlich notwendig und für die Zukunft sinnvoll?</p> <p>Für Ihre sorgfältige Prüfung meiner oben genannten Punkte und die Berücksichtigung bei der weiteren Bewertung, die aus meiner Sicht dringend zur Streichung des Gebietes „In den Mösern/Enkenhofener Wald Süd“ führen muss, danke ich Ihnen bereits im Voraus!</p>	<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10214	1250	<p>· Zudem zeigt auch die neueste Entscheidung der Ortschaftsräte Beuren und der Gemeinderäte der Stadt Isny, in der sie sich mehrheitlich gegen eine positive Stellungnahme für das Vorranggebiet WEA-436-013 / In den Mösern/Enkenhofener Wald Süd ausgesprochen haben, dass dieses Gebiet im Regionalplan gestrichen werden soll.</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zu den Stellungnahmen mit den Az. II.172_1 und II.172 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10215	585	<p>WEA-436-013- In den Mösern/Enkenhofener Wald-Süd</p> <p>ich möchte mich vehement gegen eine Ausweisung des oben genannten Gebiets für ein Vorranggebiet für Windkraftanlagen wehren.</p> <p>Ich kann mir nicht vorstellen, dass in diesem hochsensiblen wertvollem Mooregebiet solch große Bauwerke errichtet werden können. Das Ökosystem Wald wird zerstört. Das wunderbare Gebiet Badsee,</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ursee, Taufach-Fetzachmoos und der Enkenhofener Wald gehören doch zusammen und sind ein zusammenhängendes geschütztes Gebiet! Die vielfältige Tier- und Pflanzenwelt würde dadurch zerstört.</p> <p>Bitte prüfen Sie genauestens die naturschutzrechtlichen Bedenken.</p> <p>Es herrscht nicht nur direkt in Beuren eine eindeutige Ablehnung der großen Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Thema. Ich weiß, dass unser Bürgermeister Magenreuter die Situation ganz anders darstellt. Er legte bei der letzten Gemeinderatssitzung eine Beschlussvorlage für eine Stellungnahme an Sie vor, in der steht, dass wir traurig sind, dass der Beurener Berg kein Vorranggebiet mehr ist und dass wir hoffen, dass es beim Enkenhofener Wald klappt. Das mag seine persönliche Meinung sein, aber absolut nicht die der großen Mehrheit der Bevölkerung. Bei der Abstimmung zu dieser Beschlussvorlage bekam er jedoch heftigen Gegenwind und sie wurde so nicht angenommen.</p> <p>Neben den gesundheitlichen Aspekten, die ich hier nicht genauer aufzählen will, macht mir auch die Auswirkung auf den für uns alle sehr wichtigen Tourismus große Sorgen. Der Abstand zum Campingplatz am Badsee ist ja sehr gering und es wird ganz sicher viele Urlauber abschrecken, direkt neben einem Windrad Urlaub zu machen. Das hätte natürlich große negative wirtschaftliche Folgen für den gesamten Ort.</p> <p>Ich bin mir sicher, dass Sie die Lage hier in Beuren genau und gewissenhaft überdenken und prüfen.</p>	<p>Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10216	586	<p>hiermit lege ich Einspruch gegen den Entwurf des o.g. Teilplans ein, um später klagen zu können. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorbehaltsgebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheins</p> <p>tetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental.</p> <p>Ich begründe dies folgendermaßen:</p> <p>Die Pläne widersprechen den bestehenden Regional- und Flächennutzungsplänen der Gemeinde Leibertingen, die andere Nutzungen vorsehen.</p> <p>Lt. § 1 Abs. 4 BauGB sind die Planungen der Kommunen zu berücksichtigen. Ich fordere die Streichung aller Vorbehaltsgebiete der PV-Flächen. Bitte überprüfen Sie die Planung.</p> <p>In unserer Gemeinde befinden sich bereits 2 große PV-Flächen, mehr Flächen wären ein riesiger Eingriff in die Natur und in die Pflanzen- und Tierwelt.</p> <p>Außerdem kommt es zu Konflikten mit der Land- und Forstwirtschaft.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Auch spielt die Gefährdung der Gesundheit und der Wohnverhältnisse der Menschen in unserer Gemeinde eine große Rolle.</p> <p>Unsere Gemeinde betreibt 2 Nahwärmenetze betrieben durch Biogas und Hackschnitzel, die dem Umweltschutz in hohem Maße zugute kommen.</p> <p>Wieso soll unsere Gemeinde überproportional mit PV-Anlagen und Windrädern übersäht werden.</p> <p>Bitte prüfen sie das.</p>	<p>Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10217	588	<p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>Stellungnahme zur Öffentlichkeitsbeteiligung – 2. Offenlage</p> <p>Gebietscharakteristik WEA-436-010 Altdorfer Wald – Süd</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>als Bürger von Vogt lehne ich die Ausweisung der Fläche WEA-436-010 (Altdorfer Wald – Süd) als Vorranggebiet für Windkraftanlagen entschieden ab.</p> <p>Die Planung missachtet grundlegende ökologische, rechtliche und menschliche Aspekte. Im Folgenden erläutere ich die wichtigsten Gründe für meinen Widerspruch.</p> <p>1.</p> <p>Gesundheitsschutz und Emissionen</p> <p>Die gesundheitlichen Auswirkungen durch Dauer- und Infraschallbelastung sind in der aktuellen Planung nicht hinreichend berücksichtigt.</p> <p>Erfahrungswerte aus bestehenden Anlagen die es in der Zwischenzeit der 1. Offenlage zur 2. Offenlage gibt, zeigen die Notwendigkeit Gesundheitsfolgen in die Abwägung einzubeziehen.</p> <p>Siehe die Störungen im Gebiet Uhingen-Baiereck auf die das Umweltamt nun mit einer Abschaltung der Anlagen reagieren musste und Messung durch eine nach § 29b BImSchG zugelassenen Stelle beauftragt hat.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Des Weiteren verweisen wir auf die Entwicklung in Frankreich bei der die Abschaltung ganzer Windparks aufgrund gesundheitlichen Grundes angeordnet wurde.	Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).	
	4.	Brand- und Katastrophenschutz	Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
		Windenergieanlagen verfügen über keinen aktiven Brandschutz. In den dokumentierten Havarien der letzten Jahre – zuletzt im SWR-Bericht vom 02.01.2025 (Kirchheimbolanden) – zeigte sich, dass ein Brand nur „kontrolliert abbrennen“ begleitet werden kann.		
		Der Altdorfer Wald als zusammenhängendes Waldgebiet mit hoher Trockenheitsgefahr ist im Brandfall nicht mehr zu kontrollieren. Angesichts steigender klimatischer Risiken ist der Aspekt des Brandschutzes in der Planung völlig unzureichend berücksichtigt.		
	5.	Waldschutz und Wildtierkorridore		
		Im Gebiet WEA-436-010 befindet sich ein Bannwald Füreemoos (Schutzgebiet Nr. 100034) mit einer Fläche von 9,3 ha, der laut §32 LWaldG als Waldreservat mit Ausschlusswirkung (A1) geschützt ist.		
		Die Fläche darf daher planungsrechtlich nicht als Vorranggebiet für		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windenergie ausgewiesen werden.</p> <p>Zudem wurde der Generalwildwegeplan nicht berücksichtigt.</p> <p>Der betroffene Korridor des Generalwildwegeplanes mit landesweiter Bedeutung quert das Planungsgebiet der WEA-436-010 und ist direkt mit Wildtierkorridor nationaler Bedeutung Altdorfer Wald / Wolfegg (Oberschwäbisches Hügelland) - Gründlen Ried / Kißlegg (Westallgäuer Hügelland) verbunden.</p> <p>Durch Wildtierquerungshilfen an der A96 wird die Wichtigkeit hervorgehoben und aufwändig gestärkt. Eine Zerschneidung widerspricht der Zielsetzung der Landes- und Bundesplanung.</p> <p>In diesem Zuge ist auch der Nachweis von signifikanten Artenverlusten durch Fragmentierung von Lebensräumen zu beachten.</p> <p>Wir verweisen auf den Fachbericht Goncalves-Souza, T.et al., Species turnover does not rescue biodiversity in fragmented landscapes Nature (2025) 12.03.2025</p> <p><a href="https://www.nature.com/articles/s41586-025-08688-7">www.nature.com/articles/s41586-025-08688-7</a></p> <p>6.</p> <p>Naturschutz und Biotopverbund</p> <p>Der Naturschutz und die darin enthaltenen Biotope wurden in der Ausweisung des Gebietes nicht berücksichtigt. In diesem Zuge weisen wir auf folgende geschützte Biotope im Bereich der Planung der WEA-436-010 hin:</p> <p>Schindelmoos, Biotop Nr.282244361238  Toteisloch am Beutenbühlweg, Biotop Nr.282244361239  Toteisloch am Saulachweg, Biotop Nr.282244361221  Toteisloch am Heißenwaldweg, Biotop Nr.282244362623  Toteisloch am Fuchsbühlweg, Biotop Nr.282244361236  Ehemaliges Hochmoor am Langen Weg, Biotop Nr.282244361243  Geißelmoos Waldbiotop, Biotop Nr.282244361241</p> <p>Des Weiteren wird das Naturschutzgebiet Füreemoos (Schutzgebiet 4.006) mit einer Fläche von 5,12 ha nicht bei der Ausweisung des Windvorranggebietes berücksichtigt.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ergänzend dazu verweisen wir auf die Wiederherstellungsverordnung der EU die nach der 1. Offenlage am 18.08.2024 in Kraft getreten ist, Zitat: „...Dabei ist der Anwendungsbereich der Verordnung nicht auf Natura 2000-Gebiete beschränkt,</p> <p>sondern Wiederherstellungsmaßnahmen sollen innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in der gesamten Landschaft durchgeführt werden.“</p> <p>Wiederherstellungsverordnung - Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869   BFN</p>		
		<p>8.</p> <p>Artenschutz: Vogelschutz</p> <p>Im Gebiet des Altdorfer Waldes wurden mehrere der nach BNatSchG Anlage 1 (zu §45b Absatz 1 bis 5) geschützten Brutvogelarten nachgewiesen. Vorkommen von Rotmilan, Wanderfalke, Wespenbussard und Uhu sind dokumentiert.</p> <p>Nach gültigem Recht ist ein Bau von WKA im Umkreis des zentralen Prüfbereich von je nach Art 1000 bis 1200 m. ausgeschlossen.</p> <p>Zitat § 45b Betrieb von Windenergieanlagen an Land</p> <p>„(2) Liegt zwischen dem Brutplatz einer Brutvogelart und der Windenergieanlage ein Abstand, der geringer ist als der in Anlage 1 Abschnitt 1 für diese Brutvogelart festgelegte Nahbereich, so ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare signifikant erhöht.“</p> <p>Des Weiteren verweisen wir auf das Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)</p>		
		<p>9.</p> <p>Landschaftsbild und visuelle Wirkung</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Bewertung der Fläche WEA-436-010 hinsichtlich des Landschaftsbilds ist unvollständig. Das Schutzgut Landschaft wurde in der 2. Offenlage nicht bewertet.</p> <p>Im Planansatz des RVBO ist als Basis aufgeführt: Reliefvielfalt, Strukturvielfalt, Eigenart und Vorbelastungen. Das Gebiet WEA-436-010 zeichnet sich gerade dadurch aus bzw. eine Vorbelastung durch technische Anlagen ist nicht gegeben.</p> <p>Laut den eigenen Bewertungskriterien des RVBO liegt hier ein hohes Maß an Konfliktintensität vor. Eine entsprechende Rücknahme der Ausweisung ist erforderlich.</p> <p>In diesem Zuge verweisen auf das Fachgutachten von HHP Raumentwicklung, Rottenburg zum Landschaftsschutzgebiet „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“ das dem Grundsatz des RVBO als Flächenhaftes Naturdenkmal grösser 2 ha entspricht:</p> <p>2023-12-20 Würdigung Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland_.pdf</p> <p>Das Fachbüro hat das Gebiet Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland untersucht und kommt zum Ergebnis, dass diese Region die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiet erfüllt.</p> <p>Im Gutachten ist sogar die Rede davon, dass der Waldburger Rücken wegen seiner geologischen Besonderheit zum Nationalen Naturmonument werden könnte.</p> <p>Die Gutachter folgern, dass der Bau der Windkraftanlagen enorme Auswirkungen auf das Landschafts- und Waldgefüge haben und negative Folgen für das Landschaftsbild, die Naherholung, den Naturschutz, für den Zerschneidungsgrad der Landschaft sowie insbesondere den Boden mit seinen geologischen Besonderheiten mit sich bringen.</p> <p>Ergänzend dazu verweisen wir auf das Landschaftsschutzgebiet „Jungmoränenlandschaft zwischen Amtzell und Vogt“.</p> <p>11.</p> <p>Luftverkehr und Sicherheitsaspekte</p> <p>Die aktuelle Planung verweist lediglich auf eine [Inhalt anonymisiert] ,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ohne die veränderte sicherheitspolitische Lage zu berücksichtigen.</p> <p>Die Anpassung der [Inhalt anonymisiert] im Rahmen der NATO-Strategie – insbesondere durch neue geopolitische Entwicklungen – erfordert eine vollständige Neubewertung des Luftraums über dem Altdorfer Wald.</p> <p>Laut dem gültigen Regionalplan (Kap. 4.1.5) ist der Flughafen Friedrichshafen in seiner Funktion als Regionalflughafen bedarfsgerecht zu sichern.</p> <p>Das Gebiet Altdorfer Wald/Vogt-Waldburg wird wetterabhängig regelmäßig im Anflug genutzt. Die geplanten Windenergieanlagen mit Gesamthöhen von 285 m stellen ein signifikantes Hindernis dar und gefährden somit unmittelbar den sicheren Flugbetrieb.</p> <p>Zudem fehlen Aussagen zum Rettungsflugverkehr – insbesondere die Freihaltung der Flugkorridore zum Elisabethen-Krankenhaus in Ravensburg.</p> <p>In Anbetracht der zentralisierten Gesundheitsversorgung ist eine störungsfreie Anflugbarkeit zwingend zu gewährleisten.</p> <p>Fazit</p> <p>Die geplante Vorrangfläche WEA-436-010 ist nicht verantwortbar – weder aus ökologischer noch aus rechtlicher Sicht. Ich fordere deshalb die vollständige Streichung dieser Fläche aus dem Teilregionalplan.</p> <p>Die aufgeführten Aspekte machen die Planung sowohl fachlich als auch rechtlich unhaltbar. Eine vollständige Neubewertung der Region unter Berücksichtigung aller Schutzgüter und aktuellen Entwicklungen ist zwingend erforderlich.</p> <p>Generell ist der Ausbau der erneuerbaren Energie gemäß § 2 EEG 2023 gefordert, aber die Notwendigkeit einer Abwägung bestehen bleibt (§ 1 Abs. 7/§ 7 Abs. 2 S. 1 ROG)</p> <p>Des weiteren verweisen wir auf die EU-Richtlinie 2023/2413 Artikel 15c</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(1) a) „ausreichend homogene Land, Binnengewässer- und Meeresgebiete ausweisen,</p> <p>in denen in Anbetracht der Besonderheiten des ausgewählten Gebietes die Nutzung einer bestimmten Art oder bestimmter Arten erneuerbarer Energie voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen hat, wobei sie i)</p> <p>vorrangig künstliche versiegelte Flächen wie Dächer und Fassaden von Gebäuden, Verkehrsinfrastrukturflächen und ihre unmittelbare Umgebung, Parkplätze, landwirtschaftliche Betrieb, Abfalldeponien, Industriestandorte... auswählen: iii) ... in denen keine erheblichen Umweltauswirkungen durch Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu erwarten wären.“</p> <p>Eine Ausweisung eines Windvorranggebietes WEA-436-010 widerspricht diese EU-Richtlinie!</p> <p>Des Weiteren ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Art 20a vorgeschrieben:</p> <p>„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung“</p> <p>Die Region braucht zukunftsfähige Lösungen – aber nicht auf Kosten von Natur, Gesundheit und Gemeinwohl</p>		
IV. 10217	1395	<p>2.</p> <p>Siedlungsabstände und Umzingelung</p> <p>Die geplante Fläche WEA-436-010 liegt in unmittelbarer Nähe zu mehreren Wohngebäuden im Ortsteil Vogt-Heißen.</p> <p>Insbesondere die Gebäude [Adresse anonymisiert] sind hinsichtlich des im Planungsgrundsatz geforderten Mindestabstand zu prüfen.</p> <p>Im Entwurf des RVBO zur Anhörung ist wie folgt festgelegt: „Darüber hinaus kamen bei einer hohen lokalen Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch</p>	<p>Die Vorsorgeabstände zu den in der Anregung genannten Gebäuden wurde nochmals geprüft. Die Vorsorgeabstände gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie sowie gem. Planungskonzept (s. Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) sind eingehalten. Bei der Anwendung der erhöhten Siedlungsvorsorgeabstände bei starker Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie (s. Tab B 2 in der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) wurde gem. Fußnote 6 auch die Größe des Vorranggebiets inkl. angrenzender Vorranggebiete berücksichtigt. Insofern wurden die genannten Vorranggebiete bei diesen erhöhten</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorranggebiete Windenergie höhere Orientierungswerte für die Siedlungsabstände zur Anwendung,</p> <p>um der stärkeren visuellen Wirkung und Lärmwirkung von Windenergieanlagen Rechnung zu tragen.</p> <p>Der Grad der lokalen Belastung wurde anhand des Umzingelungsgrads (ab 120°) und der Größe der Vorranggebiete Windenergie (ab 300 ha) bewertet, jeweils wiederum in einem Abstand von ca. 2,5 km vom Siedlungsrand bzw. ca. 2,0 km bei wohngenutzten Einzelgebäuden.“</p> <p>Die betroffenen Vorrangflächen WEA-436-004, -009 und -010 bilden de facto ein zusammenhängendes Großgebiet (vgl. Flächenkulisse Windenergie, Karte vom 12.05.2025).</p> <p>Aufgrund dieser Gebietsverflechtung sind die Abstände zu wohngenutzten Einzelgebäuden neu zu bewerten und in die Flächenkulisse einzuarbeiten.</p> <p>Die entstehende Gesamtbelastung durch Lärm, Schattenschlag und Infraschall stellt eine erhebliche Gesundheitsgefahr dar und widerspricht den Planungsgrundsätzen zum Schutz der Wohnbevölkerung (siehe Seite 28 der Planunterlagen).</p> <p>Zusätzlich sind bereits mehrere Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf der Gemarkung Vogt in Planung, was die kumulative Belastung der Anwohner weiter erhöht. Eine Gesamtbewertung aller Energieanlagen im Umfeld fehlt.</p> <p>Ebenfalls zu berücksichtigen ist das Forsthaus [Name anonymisiert] , ein Einzelgebäude, dessen gesetzlich vorgesehener Vorsorgeabstand in der Planung nicht eingehalten wird. Dieses Gebäude ist zwingend in die Flächenkulisse mit den korrekten Schutzabständen einzubeziehen.</p>	<p>Siedlungsvorsorgeabständen de facto als ein zusammenhängendes Großgebiet behandelt.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet Windenergie WEA-436-010 im Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert wurde. Dadurch erhöhen sich die Siedlungsabstände zu den in der Anregung genannten Gebäude zum Teil. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Beim in der Anregung genannten Forsthaus handelt es sich um kein Gebäude, das gem. Kriterienkatalog als Ausschluss- oder Konfliktkriterium festgelegt ist. Vorsorgeabstände zum Forsthaus sind somit nicht einzuhalten. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie verwiesen (s. Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Hinsichtlich der genannten Belastungen (Lärm, Schattenschlag, Infraschall) wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage (s. Synopse und Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage) verwiesen.</p> <p>Zur in der Anregung genannten Kumulation: Kap. 9.2. des Umweltberichts zum Teilregionalplan Energie befasst sich mit kumulativen Wirkungen. Die positiven und negativen Aspekte dieser Kumulation werden in diesem Kapitel dargestellt und abgewogen. Es wird auf den Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie verwiesen. Im Falle der in Vogt derzeit im Verfahren befindlichen Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist keine unzumutbare Überlastung gegeben. Daher wird dieser Fall im Umweltbericht nicht aufgeführt. Hinweis: Die Planungshoheit für nicht privilegierte Freiflächensolaranlagen liegt weiterhin bei den Kommunen. Insofern liegt auch die Vermeidung von möglichen kumulative Belastungen, die sich u.a. aufgrund von kommunal geplanten Freiflächensolaganlagen zusammen mit WEA ergeben, im Bereich der Planungshoheit der Kommunen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10217	1396	<p>3.</p> <p>Wasserschutz und Grundwassergefährdung</p> <p>Gemäß Regionalplan vom 24.11.2023 haben in Vorranggebieten zur Sicherung von Grundwasservorkommen der Grundwasserschutz und mögliche spätere Ausweisungen als Wasserschutzgebiet (Zone I oder II) Vorrang.</p> <p>Dies betrifft die Fläche WEA-436-010, die in einer Wasserschutzzone II liegt.</p> <p>Der Regionalplan schließt explizit bauliche Anlagen und verkehrliche Infrastruktur in solchen Zonen aus. Die Bewertung dieser Fläche als „tendenziell ungeeignet“ (Kriterium K3) für Windenergie wird durch den Plan selbst bestätigt.</p> <p>Die Planer gehen dennoch von einer künftigen Befreiung nach §52 WHG aus – dies stellt eine rechtlich unzulässige Vorwegnahme einer Genehmigung dar.</p> <p>Eine Windenergieanlage enthält bis zu 3.000 Liter Schmierstoffe. Im Havariefall ist ein Eindringen dieser Stoffe in das Erdreich und damit eine irreversible Gefährdung des Grundwassers nicht auszuschließen.</p> <p>Vor dem Hintergrund zunehmender Trockenperioden durch den Klimawandel sind solche Flächen aus reinem Vernunftsprinzip auszuschließen.</p> <p>Zusätzlich liegt das Gebiet über 100 ha groß und fällt gemäß Raumordnung unter Kriterium K2 – erheblicher Konflikt: „für WEA überwiegend ungeeignet“.</p>	<p>Das VRG Windenergie liegt nicht in einer Wasserschutzgebietszone II. Ansonsten: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10217	1397	<p>10.</p> <p>Geologie und Bodendenkmäler</p> <p>Der Altdorfer Wald weist eine einzigartige eiszeitlich geprägte Landschaft auf, mit Gletschermoränen, postglazialen Senken und dem Waldburger Rücken als zentrales geomorphologisches Element.</p> <p>Gemäß den Kriterien des RVBO (A1) sind archäologische Bodendenkmäler über 2 ha Fläche planungsrechtlich vom Ausschluss betroffen. Die Fläche erfüllt diese Bedingungen. Eine weitere Bebauung ist unzulässig.</p>	<p>Die Aussage in der Anregung ist falsch, archäologische Bodendenkmäler sind kein Ausschlusskriterium. Daher liegt auch kein Verstoß gegen das Planungskonzept vor. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10217	1398	<p>7.</p> <p>Artenschutz: Fledermäuse</p> <p>Im Gebiet des Altdorfer Waldes wurden in aktuellen Untersuchungen mindestens 16 von 22 in Baden-Württemberg regelmäßig vorkommenden Fledermausarten nachgewiesen.</p> <p>Darunter finden sich hochsensible und streng geschützte Arten wie:</p> <p>Sonderstatus-Arten nach LUBW (2022)</p> <p>Barbastella barbastellus (Mopsfledermaus)  Nyctalus noctula (Großer Abendsegler)  Myotis brandtii (Brandt-Fledermaus)</p> <p>Arten nach FFH-Richtlinie Anhang II</p> <p>Barbastella barbastellus (Mopsfledermaus)  Myotis bechsteinii (Bechsteinfledermaus)  Myotis myotis (Großes Mausohr)</p> <p>Arten der Roten Liste 1– vom Aussterben bedroht -BW (Braun 2003)</p> <p>Barbastella barbastellus (Mopsfledermaus)  Myotis brandtii (Brandt-Fledermaus)  Myotis bechsteinii (Bechsteinfledermaus)  Myotis myotis (Großes Mausohr)</p> <p>Arten der Roten Liste 2– vom Aussterben bedroht -D (Meinig 2020)</p> <p>Barbastella barbastellus (Mopsfledermaus)  Myotis bechsteinii (Bechsteinfledermaus)</p> <p>Laut RVBO-Planungsgrundlagen führt ein landesweites Schwerpunkt-vorkommen windkraftsensibler Fledermausarten zu einer Ausschlusswirkung. Diese Arten belegen zweifelsfrei den Ausschluss der Fläche von der Vorrangkulisse.</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz sowie B.4 zu den genannten Vorranggebieten Windenergie der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Für die artenschutzfachliche Prüfung liegt der Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023) als Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie vor. Darin sind Schwerpunkt-vorkommen (Kategorie A und B) für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten abgegrenzt. Schwerpunkträume haben eine hohe Stetigkeit und dieses methodische Vorgehen erleichtert es, den Artenschutz auf der vorgelagerten Ebene mit hinreichender Genauigkeit zu beachten, so dass auf den festgelegten Flächen regelmäßig keine unüberwindbaren Hindernisse mehr entgegenstehen werden.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW trägt also dazu bei dass im Rahmen der Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen zum Teilregionalplan Energie Artenschutzbelange auch außerhalb von Schutzgebieten adäquat berücksichtigt werden können. Zudem kann so der Schutz von Populationen auf planerischer Ebene berücksichtigt werden, der wiederum eine Voraussetzung für das Erteilen einer Ausnahme auf nach-gelagerter Ebene darstellt (§ 45 Abs. 7 BNatSchG).</p> <p>Die vier Fledermaus-Arten, für die in der Region</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ergänzen möchten wir noch, dass Myotis-Arten auch nach Gehör jagen und somit Käfer und weitere Nahrung auch auf dem Boden oder auf Blättern erbeuten.</p> <p>Ein Meidungsverhalten im Umkreis von 800 m von einer Windkraftanlage ist nachgewiesen. Durch die räumliche Verteilung der WKA im Altdorfer Wald wird signifikant Lebensraum speziell für diese Arten zerstört.</p> <p><a href="https://www.bund-bodensee-oberschwaben.net/fileadmin/Dokumente/PDFundTexte/Altdorfer_Wald/Maier-2024-Untersuchungen-zur-Fledermausfauna-des-Altdorfer-Waldes.pdf">https://www.bund-bodensee-oberschwaben.net/fileadmin/Dokumente/PDFundTexte/Altdorfer_Wald/Maier-2024-Untersuchungen-zur-Fledermausfauna-des-Altdorfer-Waldes.pdf</a></p> <p>§ 45b BNatSchG Nahbereich zentraler Prüfbereich Tötungs- und Verletzungsrisiko ist signifikant erhöht.</p> <p>Wir verweisen in diesem Zuge auf die Publikation des Leibnitz-Institutes für Zoo- und Wildtierforschung <a href="http://www.izw-berlin.de/de/pressemitteilung/windraeder-in-waeldern-verdraengen-waldfledermaeuse.html">www.izw-berlin.de/de/pressemitteilung/windraeder-in-waeldern-verdraengen-waldfledermaeuse.html</a></p>	<p>Bodensee-Oberschwaben FFH-Lebens-stätten festgelegt wurden, sind laut Hinweispapier der LUBW74 (s. Anlage 3, Tabelle U 44) jedoch nicht kollisionsgefährdet. Hinweise von Sonderstatusarten außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden mit in die BEwertung aufgenommen, ebenso wie die auf Grund von Naturschutzbehörden und -verbänden festgelegten Fledermauskorridore.</p> <p>Zudem wurden die Betroffenheiten von Fledermaus-Lebensstätten durch die geplanten Vorranggebiete Windenergie im Bereich von 500 Metern Abstand zu den FFH-Gebieten geprüft. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt, d.h. eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten (vgl. Kap. 3.3.2 sowie Anlage 3 des Umweltberichts zum 1. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie). Zudem wurden artenschutzrechtliche Belange im Rahmen des Flächenauswahlprozesses für Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt (vgl. Begründung zu Plansatz 4.2.1 sowie Kriterienkatalog für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung). Des Weiteren wurden artenschutzrechtliche Belange in der Strategischen Umweltprüfung zum Teilregionalplan Energie abgearbeitet (s. Entwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie) Die in der Anregung formulierte Annahme, dass auf Ebene des Regionalplans keine Artenschutzprüfung stattfindet, trifft somit nicht zu.</p> <p>Zur Anwendung des § 45b BNatSchG schreibt das MLW im o.g. Schreiben darüber hinaus:</p> <p>„Um Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an Land zu vereinfachen und zu beschleunigen, sieht das BNatSchG in § 45b nun bundeseinheitliche Standards für die in diesem Zusammenhang durchzuführende artenschutzrechtliche Prüfung vor. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf der Signifikanzprüfung nach § 44 Abs. 5 Satz 2 Nummer 1 BNatSchG sowie auf der erleichterten und rechtssichereren Möglichkeit der Ausnahmeerteilung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG. Die genannte Rechtsnorm ist damit nicht unmittelbar für die Planungsebene anwendbar. Sie ist allerdings für die Vollziehbarkeit der jeweiligen Regionalpläne maßgeblich, um die Frage, ob die Windenergieanlagen auf den Vorrangflächen über eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i. V. m. § 45b Abs. 8 BNatSchG realisierbar wären („Planung in die Ausnahmelage“), zu beantworten.“</p> <p>Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10218	191	<p>Betreff: Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Kapitel 4.2. Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>hiermit erhebe ich nochmals Einspruch gegen den Teilregionalplan vom 8.12.2023</p> <p>(Offenlegung am 29.2.2024)</p> <p>Begründung:</p> <p>Absenkung des Wasserstandes des Moores für Zuwegung und Fundamente des Windrades</p> <p>Einbringung von Fremdstoffen in den Waldboden (u.a. Kies, Zement, Stahl)</p> <p>Verdichtung des Waldbodens durch Schwerlasttransport und Windrad</p> <p>große Erhitzung rund um das Windrad, somit Austrocknung der Moore wobei gebundener Kohlenstoff (Moor = Kohlenstoffspeicher) frei wird</p> <p>Gefährdung des einzigartigen Biotops mit seiner Artenvielfalt</p> <p>Gefährdung des Wasserspeichers, Beeinflussung der Wasserschutzzonen sowie Quellen</p> <p>Abrieb von Rotorblättern verunreinigen unwiderruflich die Wasserbestände und Quellen und stellen eine gesundheitliche Gefahr für Tier und Mensch dar (kleinste Partikel sind zudem lungengängig)</p> <p>Gesundheitsgefährdung für Tier und Mensch durch getakteten Lärm, Infraschall, Körperschall und permanente Erschütterungen – letzteres wird zudem Auswirkungen auf das Bodenleben haben.</p> <p>Die Lunge der Fledermäuse kollabiert durch die Druckimpulse</p> <p>Vögel und Insekten finden oft den Tod durch die Rotorblätter (schützenswerte Vögel wie u.a. der Rotmilan ist in dieser Region beheimatet)</p> <p>Erhebliche Einschränkungen und Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden der Tiere und Menschen durch Schattenschlag und</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Blinklicht</p> <p>Bei Havarie besteht Verletzungsgefahr und Waldbrandgefahr</p> <p>giftige, gesundheitsgefährdende Stoffe werden beim Brand eines Windrades freigesetzt</p> <p>Schützenswertes Naturschutz- und Naherholungsgebiet mit einzigartiger Flora, Fauna und einzigartigen Biotopen wird zerstört</p> <p>Verschandelung der Landschaft und einzigartiger Ausblicke, Panoramen</p> <p>Allgäu verliert damit seinen Stellenwert als Urlaubs-und Erholungsgebiet</p> <p>wirtschaftliche Einbußen für Urlaubsanbieter, Anbietern von Gästeunterkünften, Gastronomie und Verkaufsstätten</p> <p>kein ökologisch verträglicher Rückbau möglich (nicht recyclebar und die Fundamente sind praktisch nicht mehr rückbaubar)</p> <p>Durch Rodung für Zuwegung und Standort Windrad entsteht Angriffsfläche für Sturm (Sturmschäden) und Wärmeinsel im Wald (s.o. Austrocknung, zusätzlich erhöhte Gefahr von Borkenkäferbefall)</p> <p>das extrem schädliche Treibhausgas Schwefelhexafluorid (SF6), das bei den Windradanlagen verwendet wird, steht einer umweltfreundlichen Energiegewinnung ebenfalls entgegen und gefährdet unsere Umwelt</p> <p>Dies sind nur einige der Nachteile und negativen Beeinträchtigungen, die mit der Installation von Windkraftträdern in unserer Region einhergehen. Die nötigen Windwerte sind im Vorranggebiet nicht gegeben. Zudem dürften die hohen Windwerte des baden-württembergischen Windatlases aufgrund der niedrigeren Werte der angrenzenden Länder wie Bayern, Schweiz und Vorarlberg bezweifelt werden.</p>	<p>verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				

IV. 10219	592	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>als Einwohner von Bad Waldsee-Osterhofen [Adresse anonymisiert] und direkt betroffener Anwohner der geplanten Windkraft-Standorte im Haistergau wende ich mich mit folgender Stellungnahme an Sie. Ich</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	---	--	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>unterstütze grundsätzlich die Ziele der Energiewende. Dennoch habe ich erhebliche Bedenken gegen die aktuelle Flächenplanung für Windenergie in und um Bad Waldsee (Ortschaft Haistergau). Im Folgenden möchte ich sachlich-kritisch darlegen, warum die geplante Konzentration von Windkraftanlagen in unserer Region in dieser Form nicht angemessen erscheint.</p> <p>Persönliche Betroffenheit und Anliegen:  Meine Familie und ich wohnen seit Jahren in Osterhofen/Haistergau in unmittelbarer Nähe der vorgesehenen Windvorranggebiete. Wir schätzen die hohe Lebensqualität, die intakte Landschaft und das Vertrauen in eine transparente Planung. Gerade deshalb verfolgen wir die Pläne mit Sorge. Ich möchte betonen, dass ich keineswegs pauschal gegen Windenergie bin – im Gegenteil, als Ingenieur weiß ich erneuerbare Energien zu schätzen. Aber die Umsetzung muss verhältnismäßig, technisch sinnvoll und unter Abwägung aller Folgen erfolgen. Aus persönlicher Sicht fühle ich mich durch die geplante Überbeanspruchung unserer Heimatregion und die ausbleibende ausreichende Bürgerbeteiligung ernsthaft benachteiligt. Diese Einwendung soll konstruktiv aufzeigen, wo die Planung nachgebessert oder überdacht werden sollte, um Akzeptanz und Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen.</p> <p>Ressourceneinsatz und Recyclingproblematik von Windkraftanlagen:  Windenergieanlagen erfordern einen enormen Ressourceneinsatz in Herstellung und Bau. Jede Turbine besteht aus großen Mengen Stahl und Beton – z. B. rund 900 m³ Beton und 150 Tonnen Bewehrungsstahl für ein einzelnes Fundament. Die Herstellung dieser Materialien ist energieintensiv und mit erheblichen CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden. Zwar sind Stahl und Beton grundsätzlich recyclebar (der Beton etwa kann zerkleinert im Straßenbau wiederverwendet werden, Stahl wird zu einem großen Teil eingeschmolzen). Dennoch ist zu bedenken, dass beim Rückbau einer Windkraftanlage ein erheblicher Aufwand entsteht und längst nicht alle Materialien in geschlossenen Kreisläufen wiederverwertet werden können. Der energieintensive Abbau, Transport und die Aufbereitung der Komponenten verursachen weitere Emissionen, was die ökologische Bilanz der Anlagen relativiert. Besonders problematisch sind die Rotorblätter moderner Windräder. Diese bestehen aus Faserverbundkunststoffen (Glas- oder Carbonfasern in Harz) und machen zwar nur etwa 2–3 % des Gewichts einer Anlage aus, stellen aber am Ende der Lebensdauer ein enormes Entsorgungsproblem dar. Bislang gibt es keine flächendeckend etablierten Recyclingverfahren für Rotorblätter. Das Trennen der Fasern vom Harz ist teuer und technisch aufwändig. In der Praxis wurden ausrangierte Rotorblätter oft</p>	<p>Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>jahrelang zwischengelagert oder als Brennstoff in Zementwerken mitverbrannt , teils sogar ins Ausland verbracht – keine wirklich nachhaltigen Lösungen. Zwar entwickeln einige Hersteller inzwischen erstmals 100 % recyclebare Rotorblätter für zukünftige Anlagen , doch diese Innovationen kommen für die anstehenden Projekte noch zu spät.</p> <p>Aktuell droht eine Welle ausgedienter Windanlagen (viele Turbinen erreichen nach 20–25 Jahren ihr Lebensende), deren Rotoren entsorgt werden müssen . Ohne verbindliche Recyclingstandards besteht die Gefahr, dass ein beträchtlicher Teil dieses Sondermülls deponiert oder verbrannt wird – ein ökologisches Erbe, das der Energiewende widerspricht.</p> <p>Angesichts dieser Fakten bitte ich zu bedenken, dass die geplanten Windräder im Haistergau in 20 Jahren ebenfalls vor dem Problem des Rückbaus stehen. Schon heute sollten Konzepte vorliegen, wie insbesondere die Rotorblätter ressourcenschonend entsorgt oder wiederverwertet werden. Ansonsten schafft man nur neue Umweltprobleme von morgen. Die Nachhaltigkeit der Energiewende darf nicht an den Fundamenten und Flügeln der Windräder enden.</p> <p>Technologische Entwicklungen als Alternativen berücksichtigen: Die Energietechnik hat in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht. Es ist daher essentiell, im Regionalplan nicht einseitig auf Windkraft zu setzen, sondern alternative und ergänzende Technologien angemessen zu berücksichtigen. Insbesondere Photovoltaik (PV) und Speichersysteme haben sich rasant entwickelt und bieten heute echte Alternativen bzw. Unterstützung für eine stabile, lokale Energieversorgung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Photovoltaik: Solarstrom ist mittlerweile kostengünstig und lässt sich dezentral auf Dächern und versiegelten Flächen erzeugen, ohne das Landschaftsbild in dem Maße zu beeinträchtigen wie 200 m hohe Windräder. In unserer Region Oberschwaben gibt es zahlreiche geeignete Dachflächen, versiegelte Industriegelände oder weniger empfindliche Freiflächen, auf denen PV- Anlagen installiert werden könnten. Diese flächenschonende Nutzung vorhandener Strukturen sollte vorrangig ausgeschöpft werden, bevor unberührte Landschaft für Windräder in Anspruch genommen wird. Gerade weil Baden-Württemberg ein Solarziel von mindestens 0,2 % der Fläche hat , sollte Bad Waldsee hier eine aktive Rolle spielen. Moderne PV-Anlagen mit Speicher könnten tagsüber Strom liefern und Überschüsse für abends puffern, was die Netzintegration erleichtert.</li> <li>• Speicher und Netzmanagement: Die oft vorgebrachte Notwendigkeit, jeden windreichen Standort auszunutzen, ergibt sich</li> </ul>	<p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>v.a. aus der intermittierenden Natur von Wind und Sonne. Doch Batteriespeicher und andere Speichertechnologien (z. B. Power-to-X wie Wasserstoff) werden immer leistungsfähiger. Schon heute entstehen in Deutschland große Batteriespeicherparks, die kurzfristig einspringen können, um Einspeiseschwankungen zu glätten. Zudem ermöglicht intelligentes Lastmanagement (Stromverbrauch flexibel steuern) eine bessere Ausnutzung vorhandener Erzeugung, ohne stets zusätzliche Erzeuger in sensiblen Gebieten bauen zu müssen. Diese technologischen Lösungen könnten mittelfristig dazu beitragen, den Bedarf an neuen Windanlagen in einer bereits stark belasteten Region zu vermindern, ohne die Versorgungsziele zu gefährden.</p> <p>• Effizienz und Mix: Neben Wind und PV gibt es weitere Ansätze: z.B. Biomasse aus Reststoffen für grundlastfähige Spitzenlastkessel, Geothermie oder auch die Modernisierung bestehender Wasserkraft. Der Schlüssel liegt in einem gesunden Energiemix. Einseitig auf Windenergie in einer Region zu setzen, wo andere Optionen verfügbar wären, erscheint technisch kurzsichtig. Es sollte geprüft werden, ob ein geringerer Ausbau der Windkraft durch einen verstärkten Ausbau von PV plus Speichern in der Region ausgeglichen werden kann – oft eine Frage der Planungsprioritäten.</p> <p>Zusammenfassend appelliere ich, die schnelle technologische Entwicklung im Energiesektor mit in die Abwägung einzubeziehen. Möglicherweise können so die Eingriffe in unsere Heimat reduziert werden, ohne das Ziel einer klimafreundlichen Stromversorgung aus den Augen zu verlieren. Die Entscheidung heute sollte zukunftsrobust sein und flexibel auf neue technische Lösungen reagieren können – nicht dogmatisch an einem Konzept festhalten, das morgen schon überholt sein könnte.</p> <p>Geplante Anlagenzahl vs. lokaler Strombedarf: Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Verhältnismäßigkeit der geplanten Anzahl von Windkraftanlagen im Vergleich zum tatsächlichen lokalen Strombedarf. Im Raum Haistergau/Bad Waldsee sollen nach derzeitigem Stand gleich mehrere Groß-Windenergieanlagen entstehen – Zahlen von bis zu 22 Anlagen kursieren, wenn man kreisübergreifende Projekte zusammen betrachtet. Jede moderne Anlage hat typisch eine Nennleistung von 4–6 MW. Schon eine solche Turbine kann pro Jahr rund 10–15 Millionen kWh Strom erzeugen (bei mittleren Windverhältnissen). Zehn oder gar zwanzig Anlagen kämen auf eine jährliche Produktion im dreistelligen Millionen-kWh-Bereich, also hunderte Gigawattstunden. Das übersteigt den Strombedarf der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ortschaften im Haistergau bei weitem.</p> <p>Die Bevölkerung von Bad Waldsee (ca. 20.000 Einwohner) könnte mit einem Bruchteil dieser Leistung versorgt werden. Die geplanten Windparks würden folglich größtenteils Strom ins überregionale Netz einspeisen, anstatt primär der lokalen Versorgung zu dienen. Natürlich ist es legitim, erneuerbare Energie für das gesamte Netz bereitzustellen. Allerdings stellt sich die Frage der Lastenverteilung: Warum soll eine vergleichsweise kleine Gemeinde weit mehr Strom produzieren, als sie selbst verbraucht, und dafür einen erheblichen Eingriff ins Landschaftsbild und die Lebensqualität hinnehmen? Die lokale Gemeinschaft trägt Lärm, visuelle Dominanz und andere Auswirkungen, während der Nutzen – der Strom – vor allem andernorts ankommt.</p> <p>Ich rege an, den Bedarf und Nutzen für die Region stärker zu berücksichtigen. Vielleicht wären weniger Anlagen ausreichend, um Bad Waldsee klimaneutral mit Strom zu versorgen (unter Einbezug von Solarenergie), anstatt gleich ein Vielfaches des Eigenbedarfs zu planen. Eine maßvolle Dimensionierung würde sowohl den Klimaschutzziele dienen als auch die Akzeptanz vor Ort erhöhen. Es gilt der Grundsatz der Angemessenheit: So viel wie nötig, aber so wenig wie möglich.</p>		
		<p>Umweltfolgen: Wasserhaushalt und Mooregebiete</p> <p>Die vorgesehenen Flächen im Haistergau liegen teils in ökologisch hoch sensiblen Bereichen, insbesondere was den Wasserhaushalt und Moorstandorte angeht. Hier sehe ich erhebliche Konflikte zwischen dem Windkraftausbau und dem Natur- sowie Klimaschutz.</p> <p>Zum einen handelt es sich beim Weiten Ried um eine bereits drainierte Moorfläche mit großem Potenzial für Wiedervernässung. Intakte Mooregebiete sind aus Klimaschutzgründen extrem wertvoll, da sie CO<sub>2</sub> speichern, und aus Naturschutzsicht bedeutsam als Lebensraum für seltene Arten. Die Landesregierung propagiert selbst die Wiedervernässung austrocknender Moorböden als Klimaschutzmaßnahme. Vor diesem Hintergrund ist es kontraproduktiv, ebendiese Fläche als Vorranggebiet für Windenergie einzuplanen. Die Errichtung von Anlagen und Zuwegungen würde eine Wiedervernässung praktisch unmöglich machen bzw. deren Nutzen stark beeinträchtigen. Statt die Chance zu nutzen, das Weite Ried wieder zu einem artenreichen Feuchtgebiet und natürlichen CO<sub>2</sub>- Speicher zu machen, würde mit den Windkraftplänen eine weitere Austrocknung und Nutzung zementiert. Das widerspricht meines Erachtens klar den Zielen des Natur- und Klimaschutzes in unserer Region. Hier bitte ich um Nachprüfung: Es muss Vorrang haben, eine solche Fläche für den Klimaschutz</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>durch Moorrenaturierung freizuhalten, anstatt sie mit Windindustrie zu überbauen.</p> <p>Zum anderen befinden sich im Planungsgebiet Wasserschutzgebiete oder Zuflüsse zu solchen. Beispielsweise versorgt die Gemeinde Eberhardzell sich mit Trinkwasser aus Quellen, die im Haistergau entspringen. Große Eingriffe in den Untergrund (Fundamente bis zu 30 m tief), Bodenverdichtungen und die Errichtung von Kranstellflächen könnten die hydrogeologischen Verhältnisse beeinträchtigen. Es besteht die Sorge, dass dadurch Grundwasserströme verändert oder das Moor weiter entwässert wird, was negative Folgen für die Trinkwasserversorgung umliegender Gemeinden haben könnte. Auch das Risiko von Unfällen ist zu bedenken: Bei Havarien (etwa Brand oder Leckagen) könnten Öl aus dem Triebwerk oder andere Schadstoffe ins Erdreich gelangen. Gerade in Wasserschutzgebieten wäre dies fatal. Ebenso wird vereinzelt berichtet, dass die Luftverwirbelungen großer Rotoren zu einer erhöhten Verdunstung und damit Austrocknung von Böden im Nahbereich führen können – ob dies im Einzelfall relevant ist, sei dahingestellt, aber ausschließen sollte man solche Effekte nicht ohne Prüfung.</p> <p>Insgesamt scheint mir, dass Naturschutzbelange unzureichend gewichtet wurden. Der Haistergau grenzt zudem an das FFH-Gebiet Wurzacher Becken, ein europaweit bedeutendes Moor- und Naturschutzgebiet. Die geplanten Windvorrangflächen liegen in relativer Nähe zu diesem Areal. Zwar mögen gewisse Abstände eingehalten sein, aber Windräder können durch Schall, Schattenwurf und die Gefahr für Vogel- und Fledermauspopulationen weit über ihren direkten Standort hinaus wirken. So wurden in der Region Brutvorkommen streng geschützter Arten (z.B. Rotmilan, Schwarzstorch) dokumentiert. Werden diese lokalen Daten gebührend berücksichtigt, oder verlässt man sich nur auf Grobkartierungen? Hier besteht die Gefahr, dass durch die Ausweisung einer Konzentrationszone der Artenschutz faktisch ausgehebelt wird, indem man Detailprüfungen ins nachgelagerte Baugenehmigungsverfahren verschiebt. Einmal Vorranggebiet im Regionalplan, ist die Hürde für den Schutz einzelner Horste oder Lebensräume viel höher.</p> <p>Ich fordere eindringlich, die Umweltverträglichkeit dieser Planung ganzheitlich zu prüfen. Insbesondere sollte für das Haistergau-Cluster eine strategische Umweltprüfung erfolgen, die kumulative Auswirkungen aller vorgesehenen Anlagen gemeinsam betrachtet. Nach UVP-Gesetz ist ab 20 Anlagen sogar eine förmliche UVP-Pflicht gegeben, und zwar grenzüberschreitend, da hier Projekte aus unterschiedlichen Landkreisen zusammenwirken könnten. Es darf nicht sein, dass durch Aufsplitten in Einzelvorhaben diese umfassende Prüfung umgangen wird. Moorböden,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wasserschutz und Artenvielfalt sind unersetzliche Schutzgüter. Sie verdienen Vorrang vor einer übereilten Industrialisierung unserer Wälder und Hügel.</p> <p>Immobilienwertverluste für Anwohner (exemplarisch RWI-Studie 2018):  Neben den ökologischen und technischen Aspekten haben die Windkraftanlagen auch handfeste finanzielle Auswirkungen auf die Bürger vor Ort. Insbesondere drohen Immobilienwertverluste für Anwohner in der Nähe geplanter Anlagen. Darauf weisen verschiedene Untersuchungen hin. Exemplarisch sei die Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts (RWI) von 2018 genannt, die auf breiter Datenbasis die Effekte von Windrädern auf Immobilienpreise in Deutschland untersucht hat. Die Forscher kommen zu dem Ergebnis, dass Häuser in einem Umkreis von 1 Kilometer um ein Windrad im Durchschnitt bis zu 7 % an Wert verlieren. Dieser Wertverlust ist signifikant und betrifft vor allem ländliche Gebiete wie unsere Region, während er sich in Städten kaum zeigt. Der negative Einfluss nimmt mit der Entfernung allmählich ab, ist aber selbst in mehreren Kilometern noch spürbar, bevor er sich jenseits von ca. 8–10 km weitgehend neutralisiert.</p> <p>Für uns Anwohner im Haistergau bedeutet das: Unsere wichtigsten privaten Vermögenswerte – die eigenen Häuser und Grundstücke – würden durch die nahen Windparks an Wert einbüßen. Konkret bei uns in Osterhofen liegen etliche Anwesen in Entfernungen von deutlich unter 2 km zu den geplanten Standorten. Ein Wertverlust von z.B. 5–7 % kann schnell zigtausend Euro ausmachen – pro Immobilie wohl gemerkt. Diese indirekten Kosten trägt niemand außer den Bürgern selbst. Eine Entschädigung dafür ist nicht vorgesehen. Auch werden Wertverluste in der Planung nicht als Kostenfaktor berücksichtigt, obwohl sie real sind und die Region wirtschaftlich schwächen (weniger Kaufkraft durch Vermögenseinbuße, geringere Attraktivität für Zuzug etc.).</p> <p>Die Aussicht auf solche Verluste führt zu verständlichem Unmut bei den Anwohnern. Es entsteht der Eindruck, dass die Bevölkerung vor Ort die Zeche für ein übergeordnetes Ziel zahlt. Ich möchte betonen, dass dies kein plattes Nimby-Argument ist, sondern ein legitimer Punkt: Die Menschen haben oft ihr Ersparnis in Wohneigentum investiert und sehen nun, wie politische Entscheidungen diesen Wert schmälern – ohne Ausgleich. Das untergräbt die Bereitschaft, die Energiewende mitzutragen, und sorgt für soziale Spannungen (siehe nächster Abschnitt).</p> <p>Ich rege an, dieses Thema offen anzusprechen und nach Möglichkeiten zum Ausgleich zu suchen. Denkbar wären z.B. Ausgleichszahlungen an Anwohner aus den Erträgen der Windparks</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>oder ein kommunaler Fonds, der Wertverluste zumindest teilweise kompensiert. Auch könnte man prüfen, ob eine räumliche Entzerrung der Anlagen (weiter weg von Siedlungen) die Wertverluste mindert. Wichtig ist: Die wirtschaftlichen Nachteile für einzelne Bürger dürfen im Gesamtbild nicht ignoriert werden. Eine Planung, die solche Folgen billigend in Kauf nimmt, riskiert die Akzeptanz vor Ort.</p> <p>Soziale Spannungen und Vertrauensverlust durch mangelnde Bürgerbeteiligung:  Die Art und Weise, wie die Windkraft-Flächenplanung bisher verlaufen ist, hat bereits zu erheblichen sozialen Spannungen in unserer Gemeinde geführt. Viele Bürger fühlen sich übergangen und unzureichend in die Entscheidungsprozesse eingebunden. Dies hat nicht nur das Potential, die lokale Gemeinschaft zu spalten (Befürworter vs. Gegner), sondern führt auch zu einem Vertrauensverlust gegenüber Politik und Planungsträgern. Konkret wurden Bürger im Haistergau zwar über Infoveranstaltungen informiert, jedoch bestand wenig echter Mitgestaltungsspielraum. Die gesetzlich vorgesehene Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Regionalplanung wurde zwar formal durchgeführt, doch der Eindruck vieler direkt Betroffener – so auch meiner selbst – ist, dass Einwände und Bedenken kaum ernsthaft Gehör fanden. So hat z.B. die Stadt Bad Waldsee in Abstimmung mit den Ortschaftsräten eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben, die eine deutliche Reduzierung der Flächen insbesondere im Raum Haisterkirch forderte. Diese Forderungen wurden nur teilweise umgesetzt; weiterhin liegt eine überproportionale Flächenkulisse in unserem Gebiet vor. Die Antworten auf Bürgeranregungen in der ersten Offenlage wirkten oft pauschal und beschwichtigend. Dies schafft Frustration: Viele fragen sich, ob die Beteiligung nur pro forma war, während das Ergebnis von vornherein feststand.</p> <p>In der Folge bilden sich Bürgerinitiativen (wie die „Bürgerrunde Haistergau“ ) und Nachbarschaften organisieren sich gegen die Pläne. Es herrscht leider ein Klima, in dem die Bevölkerung dem Projekt misstrauisch bis ablehnend gegenübersteht – nicht, weil man die Energiewende sabotieren will, sondern weil man sich nicht ernstgenommen fühlt. Diese soziale Dimension darf nicht unterschätzt werden. Vertrauen in öffentliche Planungsprozesse ist ein hohes Gut. Wenn dieses Vertrauen schwindet, leidet die Demokratie vor Ort. Auch die beste Planung auf dem Papier nützt wenig, wenn sie gegen den Willen der Mehrheit der Betroffenen durchgedrückt wird.</p> <p>Ich möchte daher appellieren: Setzen Sie auf Dialog und fairen Ausgleich! Mangelnde Transparenz und Partizipation haben bereits</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schaden angerichtet. Es ist noch möglich, durch ernsthafte Berücksichtigung der Bürgereinwände, durch Kompromisse und ggf. Anpassungen der Pläne einen Teil des Vertrauens zurückzugewinnen. Dazu gehört z.B., offen zu legen, warum gerade unsere Region so stark belastet werden soll und welche Vorteile uns dafür geboten werden (etwa lokale Beteiligungsmodelle, finanzielle Beteiligungen für Anwohner, Verbesserungen der Infrastruktur etc.). Bislang sind solche Ausgleichsangebote kaum erkennbar. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass einseitig Interessen von Investoren (Projektierer, teils mit bereits gesicherten Pachtverträgen) und übergeordneten Zielen über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden. Das ist ein fruchtbarer Boden für Unfrieden.</p> <p>Für die Akzeptanz von Windenergie – und generell Infrastrukturprojekten – gilt als Faustregel: Transparenz, Teilhabe und Fairness. Ich bitte die verantwortlichen Stellen, diese Punkte ernster zu nehmen. Andernfalls droht eine tiefe Spaltung zwischen Bürgern und Entscheidern, die weit über das aktuelle Projekt hinausreicht.</p> <p>Übermäßige Konzentration und fehlende gerechte Lastenverteilung:</p> <p>Abschließend möchte ich auf die räumliche Verteilung der Windvorrangflächen eingehen. Aus Sicht eines Betroffenen aus Osterhofen erscheint die Konzentration der Flächen im Haistergau überproportional und ungerecht verteilt. Bereits der erste Entwurf des Regionalplans sah im Stadtgebiet Bad Waldsee 596 ha für Windenergie vor – das entsprach 5,4 % der Gemarkungsfläche , weit mehr als in vielen anderen Gemeinden. Nach Protesten wurde die Fläche zwar auf 474 ha (ca. 4,37 % der Stadtfläche) reduziert , liegt aber immer noch deutlich über dem Richtwert von 1,8 % der Fläche, den jede Region erfüllen soll . Anders gesagt: Bad Waldsee würde einen überhöhten Anteil an der regionalen Ausbaulast schultern, um das Gesamtziel zu erreichen, während andere Kommunen möglicherweise unterdurchschnittlich belastet werden.</p> <p>Diese Ungleichverteilung ist schwer vermittelbar. Warum soll der Haistergau – ein Naherholungsgebiet mit wertvoller Landschaft – fast allein die Last tragen, damit die Region ihre 1,8%- Quote erfüllt? Gerade weil in unserer Gegend anscheinend mehrere potenzielle Projekte zusammentreffen (EnBW, Laoco, Windpark BW GmbH etc. laut öffentlichen Informationen ), droht hier ein Hotspot an Anlagen zu entstehen, während ringsum kilometerweit kein Windrad steht. Eine solche Ballung von Windindustrie auf engem Raum hat vielfältige Nachteile: geballte Landschaftsbeeinträchtigung, kumulative Schallemissionen, verstärkter Effekt auf Vogelzüge,</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>drastischer Verlust an ungestörten Erholungsflächen – und eben das Gefühl der Unfairness bei den Bewohnern.</p> <p>Es wäre aus meiner Sicht gerechter und planungsrechtlich sauberer, die Windenergiegebiete breiter zu streuen, anstatt sie im Wesentlichen in einen „Opferbezirk“ zu legen. Die Region Bodensee-Oberschwaben ist groß; sicherlich gibt es auch anderswo geeignete Flächen, die bisher weniger in Betracht gezogen wurden (vielleicht auch an den Rändern der Region, wo windhöffigere Lagen sein könnten). Selbstverständlich soll niemand gezwungen werden, Windräder zu akzeptieren, aber aktuell hat man das Gefühl, man sucht sich die politisch vermeintlich am leichtesten durchsetzbaren Orte (weit genug von größeren Städten, aber in einem ländlichen Gebiet, das man für dünn besiedelt hält) – und lädt dort alles ab. Dies sorgt langfristig für Verbitterung.</p> <p>Eine gerechte Lastenverteilung bedeutet, dass jeder in angemessenem Rahmen zum Gelingen beiträgt, aber niemand über Gebühr belastet wird. Das ist hier aus dem Gleichgewicht geraten. Ich bitte darum, den Flächenplan dahingehend zu überprüfen. Ggf. sollte Bad Waldsee nur Flächen in der Größenordnung des Mindestziels (1,8 % der Stadtfläche) ausweisen, nicht weit darüber hinaus. Wenn darüber hinaus Bedarf gesehen wird, sollten andere Gemeinden einspringen, die bislang verschont blieben. Es darf nicht sein, dass innerhalb einer Region die einen fast nichts beitragen (und somit ihre Landschaft bewahren), während ein Ort wie Haistergau zum Windindustriegebiet wird. So verständlich der Druck ist, schnell Flächen auszuweisen – hier muss auch ein Solidarprinzip gelten.</p> <p>Zusammenfassend stelle ich fest, dass die Planung an vielen Stellen unausgewogen erscheint und ernsthafte negative Konsequenzen für unsere Region Haistergau hätte. Die genannten Punkte – von Ressourcenverbrauch über Wirtschaftlichkeit und Netzstabilität bis hin zu Umwelt und sozialen Aspekten – zeigen ein deutliches Bild: In der aktuellen Form ist die Konzentration von Windkraftanlagen um Bad Waldsee nicht vertretbar.</p> <p>Fazit und Bitte um Überprüfung der Planung:</p> <p>Ich appelliere an die Verantwortlichen des Regionalverbands und die politisch Handelnden, meine Einwendung sorgfältig abzuwägen. Als direkt Betroffener habe ich die Anliegen der Bürgerschaft sachlich zu schildern versucht. Es geht nicht darum, die Energiewende zu blockieren – es geht darum, sie vernünftig und fair zu gestalten.</p> <p>Bitte prüfen Sie insbesondere: - eine Reduzierung der vorgesehenen Windvorrangflächen im Raum Haistergau auf ein verträgliches Maß, - den Vorrang von Moor- und Wasserschutz vor einer Nutzung dieser sensiblen Flächen, - eine bessere Verteilung der Windanlagenlast auf die Region, - sowie Alternativstrategien</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(PV-Ausbau, Speicher), um die Klimaziele mit weniger Kollateralschäden zu erreichen.</p> <p>Die Regionalplanung sollte die berechtigten Interessen der Anwohner ernst nehmen und das Vertrauen zurückgewinnen, indem sie zeigt, dass Kritikpunkte gehört und Lösungen gesucht werden. Noch ist es nicht zu spät für Korrekturen im Teilregionalplan Energie. Eine Planung „mit der Brechstange“ gegen erhebliche lokale Widerstände wäre kein guter Weg. Nur wenn Klimaschutzmaßnahmen vor Ort auf Akzeptanz stoßen, können sie erfolgreich und nachhaltig sein.</p> <p>Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung meiner Stellungnahme. Im Sinne aller hier lebenden Menschen hoffe ich auf eine Nachbesserung der Planung, sodass sowohl die Energiewende als auch die Lebensqualität und der Zusammenhalt in Bad Waldsee gewahrt bleiben.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen, [Adresse anonymisiert]</p>		
IV. 10219	1283	<p>Wirtschaftlichkeit und Abhängigkeit von staatlicher Förderung: Die ökonomische Tragfähigkeit der geplanten Windenergieprojekte erscheint fragwürdig, insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Abhängigkeit von staatlichen Fördermechanismen. Windenergie an Land wurde in Deutschland über viele Jahre durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert, mit garantierten Einspeisevergütungen oder gleitenden Marktpremien. Inzwischen erfolgt die Vergütung zwar über Ausschreibungen, doch de facto sind wirtschaftliche Projekte weiterhin auf förderähnliche Rahmenbedingungen angewiesen – etwa garantierte Mindestpreise für den eingespeisten Strom über 20 Jahre. Ohne diese Sicherheiten wären viele Windparks finanziell kaum darstellbar. Gerade im Binnenland Baden-Württembergs mit eher mittelmäßigen Windbedingungen (kein konstant starker Küstenwind) stellt sich die Frage, ob die Erträge der Anlagen die hohen Investitions- und Betriebskosten decken können, ohne dauerhaft auf Zuschüsse oder Umlagen angewiesen zu sein. Wird hier eine technisch-ökonomische Vernunft gewahrt? Oft hört man das Argument, Windstrom sei inzwischen günstig. Das mag auf dem Papier bei Volllaststunden und aktuellen Börsenpreisen stimmen. Doch man muss auch betrachten, dass Windstrom nur zeitweise anfällt (siehe nächster Punkt) und daher konventionelle Reserve vorgehalten werden muss – Kosten, die indirekt ebenfalls die Gesellschaft trägt. Rechnet man diese Systemkosten hinzu, relativiert sich die Wirtschaftlichkeit deutlich. Zudem gibt es Beispiele älterer Windparks, die nach Auslaufen der Förderperiode nicht mehr rentabel betrieben werden konnten. Einige Anlagen, die um 2000</p>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>installiert wurden, mussten 2021 vom Netz, weil sich ein Weiterbetrieb zu Marktpreisen nicht lohnte – trotz abgeschriebener Investitionskosten. Dieses Schicksal könnte auch heutige Projekte in 20 Jahren ereilen, wenn sie ohne Subventionen auskommen müssten. Das Risiko tragen am Ende oft öffentliche Hände oder die Landschaft (wenn Anlagen dann stillgelegt, aber nicht abgebaut werden mangels Mitteln).</p> <p>Ich frage daher: Wer trägt das wirtschaftliche Risiko, wenn die angenommenen Ertragswerte nicht eintreten? Sind die Kommunen oder Bürger am Ende Leidtragende, wenn Betreiber wegen geänderter Förderbedingungen insolvent gehen? Es sollte im öffentlichen Interesse liegen, nur solche Projekte zuzulassen, die nachhaltig wirtschaftlich tragfähig sind und nicht allein wegen kurzfristiger Förderanreize gebaut werden. Hier wünsche ich mir eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse unter Einbezug aller versteckten Kosten (Netzausbau, Backup-Kapazitäten, Entsorgung). Eine Planung, die primär auf Subventionen fußt, ist anfällig – und das Risiko tragen wir Bürger.</p> <p>Volatilität der Windenergie und notwendige Back-up-Systeme: Windenergie unterliegt naturbedingt starken Schwankungen. Mal weht viel Wind, mal Flaute – die Einspeisung ist volatil und nicht bedarfsgerecht steuerbar. Dieses Grundproblem der Windkraft ist bislang ungelöst und erfordert, dass jederzeit ausreichende Back-up-Systeme bereitstehen. Sprich: Konventionelle Kraftwerke (z. B. Gas) oder Speicher müssen einspringen können, wenn der Wind nicht weht, um die Stromversorgung zu sichern. Selbst ein deutschlandweiter Ausbau glättet diese Volatilität nur bedingt. Expertenanalysen zeigen, dass in der Gesamtbetrachtung aller deutschen Windräder an etwa 36 Tagen im Jahr die Windstromproduktion praktisch auf Null sinkt. Das heißt, in Summe herrscht rechnerisch an rund 10 % der Tage völlige Flaute, an denen deutlich weniger als 10 % der installierten Leistung eingespeist werden. An jedem vierten Tag liegt die Gesamtproduktion unter 10 % der Nennkapazität. Diese Zeiten müssen durch andere Quellen lückenlos überbrückt werden – sei es durch Gaskraftwerke, Wasserkraft, Biomasse oder gespeicherte Energie. Faktisch braucht es also eine zweite vollständige Kraftwerksinfrastruktur parallel zur Windenergie, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das Vorhalten dieser Backup-Kapazitäten ist kostenintensiv und reduziert die Gesamteffizienz. Denn konventionelle Kraftwerke müssen in Bereitschaft gehalten werden, was Personal- und Betriebskosten verursacht, auch wenn sie nur unregelmäßig laufen. Zudem fahren sie bei Einspeiseschwankungen im Teillastbetrieb, was oft unwirtschaftlicher und emissionsintensiver ist als ein konstanter</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Betrieb. Diese verdeckten Folgekosten der Volatilität werden in der öffentlichen Darstellung des Windkraftausbaus selten betont, sind aber real vorhanden.</p> <p>Für unsere Region bedeutet das konkret: Auch wenn Bad Waldsee/Haistergau viele Windräder bekäme, könnten wir in windschwachen Perioden nicht autark damit versorgt werden. Wir wären weiterhin auf Stromimporte oder zentral bereitgestellte Reserve angewiesen. Im schlimmsten Fall erleben wir vor Ort die Belastungen der Windanlagen (Landschaftsbild, Infraschall, etc.), müssen aber bei Dunkelflaute dennoch z.B. auf ein Gaskraftwerk zurückgreifen, das dann möglicherweise weit entfernt anspringt. Die Energiewende im Stromsektor ist damit systemisch auf zwei parallele Systeme angewiesen: ein volatiles (Wind/PV) und ein konventionelles zur Absicherung.</p> <p>Mir ist bewusst, dass diese Problematik nicht lokal gelöst werden kann. Aber sie sollte bei der Planung mitgedacht werden. Jede weitere volatile Einspeisung ohne entsprechende Speicherlösungen erhöht die Komplexität und Kosten im Gesamtsystem. Wäre es da nicht sinnvoll, zunächst vermehrt Speicherinfrastruktur zu schaffen oder Projekte zu priorisieren, die eine planbare Einspeisung bieten? Alternativ müsste im Plan fest verankert sein, wie die Systemstabilität gewährleistet wird. Beispielsweise könnten Hybridprojekte angedacht werden (Wind plus Großspeicher), um zumindest einen Teil der Schwankungen abzufangen. Doch davon ist im aktuellen Plan nichts zu erkennen.</p> <p>In Summe bleibt festzuhalten: Windenergie ist keine grundlastfähige Energiequelle. Der Ausbau im Haistergau löst nicht das Problem der Versorgungssicherheit; er verschiebt es nur. Ich plädiere dafür, diesen Zusammenhang offen anzusprechen und in der Abwägung zu berücksichtigen. Eine ehrliche Planung muss anerkennen, dass Windkraft immer nur ein Teil des Ganzen sein kann und zusätzliche Maßnahmen erfordert.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10220	594	<p>Regionalverband Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Herr Dr. Heine</p> <p>Frau Dr. Kiessling</p> <p>Hirschgraben 2</p> <p>88214 Ravensburg</p> <p>Isny, 09. Mai 2025</p> <p>Einwendung zur Streichung des Vorranggebietes Beurener Berg WEA 426-031</p>	<p>Es wird auf die Abwägung der BE ID 562 verwiesen.</p> <p>Ergänzend:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das Vorliegen eines Schwerpunktorkommens B war nicht ausschlaggebend für die Streichung des Vorranggebietes Beurener Berg aus der Gebietskulisse.</li> <li>2. Diese Frage ist ans Landratsamt zu richten.</li> <li>3. Falls mit den aktuellen Gutachten diejenigen Gutachten gemeint sind, welche von der Beurener Berg GmbH &amp; Co. KG im Rahmen der 2. Offenlage zum Teilregionalplan Energie eingereicht wurden, so wurden diese in der o.g. BE ID 562 geprüft und abgewogen. Weitere aktuelle Gutachten liegen dem RVBO nicht vor.</li> </ol> <p>Die Ausführungen zur Organisationsform des Projektierers</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir nehmen die Streichung des Vorranggebietes Beurener Berg (WEA 426-031) zur 2. Offenlage des Planentwurfs zum Anlass hier unsere Einwendungen vorzubringen.</p> <p>Vorab möchten wir darauf hinweisen, dass wir uns vollinhaltlich der Stellungnahme der Beurener Berg GmbH &amp; Co.KG anschließen und uns diese zueigen machen.</p> <p>Ergänzungen unsererseits fügen wir wie folgt hinzu:</p> <p>1. Laut Aussage von Ihnen, Herr Dr. Heine, haben Sie das Gebiet Beurener Berg als Schwerpunktvorkommen, Kategorie B im Sinne des Fachbeitrags LUBW eingestuft. Dort ist auf Seite 21 unter anderem ausgeführt, dass bei den Schwerpunkt vorkommen der Kategorie B im Rahmen der Regionalplanung keine detaillierten Prüfungen im Einzelfall erforderlich sind, da in diesen Räumen im späteren Genehmigungsverfahren im Bedarfsfall mit hoher Wahrscheinlichkeit artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs.(7) i.V.m. § 45b Abs. (8) NatSchG erteilt werden kann. Wir fordern ein, dass diese Bestimmung angewandt und das Gebiet Beurener Berg im räumlichen Umfang der 1. Offenlage als Vorranggebiet ausgewiesen wird.</p> <p>2. Die Beurener Berg GmbH &amp; Co. KG hat beim Landratsamt Ravensburg einen Antrag auf Genehmigung nach §§ 4ff i.V.m. § 19 BImSchG unter Anwendung von § 6 WindBG gestellt. Im Rahmen dieses Verfahrens fanden auch Gespräche beim LRA mit Beteiligung von Vertretern der Unteren Naturschutzbehörde statt, ohne dass weder dabei noch im sonstigen ständigen Austausch die in der Stellungnahme des LRA vom 15.01.2025 - also lange nach der 1. Offenlage – gemachten Ausführungen thematisiert wurden. Wir stellen uns die Frage, warum zu diesen Punkten kein offener konstruktiver Informationsaustausch mit der Beurener Berg GmbH &amp; Co.KG stattgefunden hat?</p> <p>3. Das LRA bezieht sich in seiner Stellungnahme vom 15.01.25 auf Gutachten von 2013. Diese Gutachten sind mittlerweile veraltet. Zudem lagen dem LRA zu diesem Zeitpunkt bereits die aktuelleren Gutachten vor (die Beurener Berg GmbH &amp; Co.KG hat diese mit der Bauvoranfrage eingereicht). Die Gutachten von 2013 haben schon allein wegen des Zeitablaufs keine Relevanz mehr und können deshalb nicht in die Abwägung mit einbezogen werden.</p>	<p>werden zur Kenntnis genommen. Diese sind nach dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie kein abwägungserheblicher Belang.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
---------------	-------------	----------	--------------------------	----------

Des weiteren ist bekannt, dass diese Gutachten vom Verein „Natürlich für's Allgäu“ vorgelegt wurden. Wir möchten darauf hinweisen, dass wesentliche Inhalte und Daten von Mitgliedern des Vereins an den Gutachter geliefert wurden. Mitglieder, die ganz offensichtlich ein großes Interesse haben, Windkraftanlagen in diesem Gebiet zu verhindern.

Diese, von Laien erstellten und veralteten Gutachten wurden aber anstatt qualifizierter aktueller Gutachten der Beurener Berg GmbH & Co.KG vom Landratsamt Ravensburg für eine Stellungnahme hinzugezogen.

Es stellt sich uns hier wiederum die Frage, ob dieses Verfahren so einen rechtssicheren Be-stand hat und eine objektive Abwägung stattfinden konnte. Wir fordern daher unbedingt eine Nachprüfung auf Basis der aktuellen Gutachten ein.

Aufgrund dieser uns unverständlichen Herangehensweise zur Streichung des Gebietes Beurener Berg möchten wir darauf hinweisen, dass wir uns eine eingehende rechtliche Prüfung der Entscheidungsfindung beim RVBO zur Ausweisung der Vorranggebiete vorbehalten möchten. – Geführte Gespräche mit Juristen aus dem Verwaltungsrecht haben bereits zu großem Unverständnis geführt.

Zuletzt möchten wir auf weitere wichtige Punkte hinweisen, die wir als Bürger-Energiegenossenschaft in Isny nicht unerwähnt lassen wollen:

Die Beurener Berg GmbH & Co.KG ist eine Gesellschaft aus Isnyer Bürgern, die Freie Energiegenossenschaft Isny im Allgäu eG besteht aus knapp 300 Mitgliedern aus Isny und dem Umland. Es wurden für die Projektierung der Windkraftanlagen auf dem Beurener Berg bisher eine nicht unerhebliche Summe im 6stelligen Bereich und unzählige Arbeitsstunden von den Gesellschaftern investiert.

Die Windkraftanlagen Beurener Berg und Winnis der Beurener Berg GmbH & Co.KG werden als einzige „echte“ Bürgeranlagen realisiert, die Gewerbesteuer daraus und auch die 0,2ct/kWh fließen direkt in die Stadtverwaltung Isny ein.

Auch dies sollte für die Stadt Isny bei der momentan angespannten Haushaltslage und der Rezession in einigen Industriebetrieben in Isny ein relevantes Argument sein, die Windkraftanlagen auf der Gemarkung Isny zu befürworten.

Mit freundlichen Grüßen  
[Adresse anonymisiert]

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10221	591	<p>Einwendungen zur Flächenausweisung Haistergau / Haisterkirch, Hittelkofen, Osterhofen</p> <p>Als direkt betroffener Anwohner möchte auch ich Stellung zu dem geplanten Projekt beziehen.</p> <p>Der geplante Ausbau von Windkraftanlagen im Raum Haistergau / Bad Waldsee steht exemplarisch für eine Strategie, bei der die wirtschaftlichen Interessen der Anbieter im Vordergrund zu stehen scheinen aber nicht wirklich geprägt durch wissenschaftlich fundierte Planung. Aus dieser Perspektive erhebe ich im Folgenden Einwendungen gegen die vorgesehene Flächenausweisung.</p> <p>1. Technologischer Fortschritt und Priorisierung effizienterer Lösungen</p> <p>Die Energiezukunft wird nicht allein durch Windräder entschieden. Fortschritte in Speichertechnologien, sektorübergreifender Energievernetzung (z.B. Power-to-X) sowie in der dezentralen Nutzung von Solarenergie auf Gebäuden bieten erhebliches Potenzial – ohne tiefgreifende Eingriffe in Natur, Landschaft oder Anwohnerschaft. Es erscheint wissenschaftlich und politisch nicht mehr zeitgemäß, großflächige Versiegelungen und massive Eingriffe in sensiblen Regionen voranzutreiben, ohne diese Alternativen zuerst konsequent zu fördern und zu integrieren.</p> <p>Der systemische Gedanke der Energiewende verlangt eine ganzheitliche Betrachtung – nicht eine auf Zielzahlen fixierte Fragmentierung.</p> <p>2. Fehlende Prüfung sinnvoller Alternativstandorte</p> <p>Die Voraussetzungen für die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen haben sich seit dem neuen Koalitionsvertrag 2025 geändert. Beim Ausbau der Windenergie soll demnach die Kosteneffizienz noch stärker berücksichtigt werden. Der Zubau von Windkraft und Photovoltaik soll unter Effizienzgesichtspunkten umgestellt werden. Insbesondere soll das Referenzmodell für die Flächenausweisung überprüft werden um unwirtschaftliche Schwachwindstandorte zu vermeiden(Koalitionsvertrag 2025, Z.1034 ff). Deshalb müssen die Projekte, die bisher den alten Koalitionsvertrag zur Grundlage hatten,</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erneut geprüft werden, denn eine, dem neuen Koalitionsvertrag angepasste, Gesetzesänderung kann nicht ausgeschlossen werden. Demzufolge muss die Flächenausweisung im Haistergau ausgesetzt werden, bis die Gesetzeslage geklärt ist. Es wäre für Mensch und Natur dieses Gebietes unerträglich, wenn es zu nachhaltigen Beeinträchtigungen käme, die der Gesetzeslage nicht mehr entsprächen.</p> <p>Es ist aus energiewirtschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar, warum Schwachwindstandorte wie der Haistergau überhaupt zur Diskussion stehen, während in anderen Regionen Baden-Württembergs deutlich windhöffigere Flächen verfügbar wären. Die Planung erweckt den Eindruck, dass weniger der Standort, sondern vielmehr die politische Durchsetzbarkeit den Ausschlag gegeben hat – ein schwerwiegender Verstoß gegen das Prinzip rationaler Energiepolitik. Eine standortbezogene Effizienzanalyse, unter Berücksichtigung des Ertrags pro Eingriffsfläche, ist zwingend nachzuholen.</p> <p>3. Verletzung des Prinzips der gerechten Lastenverteilung</p> <p>Der geplante Umfang der Windkraftanlagen – bis zu 30 Anlagen mit einer Höhe von 300?m – widerspricht dem Grundsatz einer ausgewogenen Verteilung der Lasten der Energiewende. Das Regionalkonzept läuft Gefahr, einzelne ländliche Räume überproportional zu belasten, während Ballungsräume mit höherem Verbrauchsprofil weitgehend verschont bleiben. Diese Disproportionalität gefährdet nicht nur die Akzeptanz der Maßnahmen, sondern auch deren gesellschaftliche Legitimation. Nachhaltigkeit verlangt soziale Gerechtigkeit – auch in der Raumplanung.</p> <p>5. Beeinträchtigung von Mensch und Natur</p> <p>Die geplanten Standorte liegen in unmittelbarer Nähe zu mehreren Ortschaften – mit einem Abstand von lediglich 750?m. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Infraschall, Schattenwurf, EMF und Dauerlärm sind nicht abschließend geklärt und erfordern das Vorsorgeprinzip. Studien zur Wertminderung von Immobilien, zur Zunahme von Stresssymptomen und zur Verdrängung seltener Tierarten (z. ?B. Fledermäuse, Greifvögel) sprechen eine klare Sprache. Die Nähe zum Wurzacher Ried – einem europaweit</p>	<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		geschützten Moorgebiet – ist besonders kritisch zu bewerten.		
		Forderung:  Sofortige Aussetzung der Flächenausweisung im Haistergau bis zur abschließenden Klärung der Gesetzeslage und der politischen Neuausrichtung des Flächenziels. Überprüfung der Standorte unter Effizienz- und Verträglichkeitsgesichtspunkten. Vorrang für technologische Alternativen mit geringerem Flächenverbrauch und höherer Bürgerakzeptanz. Einbeziehung unabhängiger wissenschaftlicher Gremien in die Entscheidungsfindung.		
IV. 10221	1281	<p>4. Ökologische und ökonomische Ineffizienz</p> <p>In windschwachen Gebieten ist die Energieausbeute pro Anlage signifikant geringer – bei gleichzeitig identischem Material-, Wartungs- und Infrastrukturaufwand. Der ökologische Fußabdruck je produzierter Kilowattstunde Strom steigt dadurch erheblich. Windkraftanlagen dieser Größenordnung – verbunden mit enormem Fundament- und Netzbau – erzeugen in Relation zur Ertragslage ein Missverhältnis, das der Grundidee der ökologischen Transformation widerspricht. Die Energiewende darf nicht zum Ressourcenverschwendungsprojekt werden.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10221	1282	<p>6. Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Gesamtkonzept</p> <p>Nachhaltigkeit ist mehr als CO<sub>2</sub>-Einsparung. Sie umfasst auch den sozialen Zusammenhalt, demokratische Prozesse und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Energiewende darf nicht mit der Brechstange umgesetzt werden. Sie muss rational, gerecht und technologieoffen gestaltet sein. Wenn Maßnahmen als willkürlich, unausgewogen oder übergriffig empfunden werden, gefährden sie langfristig nicht nur die Akzeptanz, sondern auch die demokratische Substanz unseres Gemeinwesens.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10222	193	Stellungnahme zum geplanten Teilregionalplan Windenergie – Bereich Bad Waldsee	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Der aktuell vorliegende Entwurf des Teilregionalplans Windenergie wirft erhebliche Bedenken auf. Im Folgenden werden zentrale Kritikpunkte dargelegt, die aus planerischer, ökologischer und sozialer Sicht eine Überarbeitung des Vorhabens notwendig erscheinen lassen:</p> <p>Nähe zu Wasserschutzgebieten und Auswirkungen auf Boden- und Wasserhaushalt  Ein großer Teil der zur Diskussion stehenden Flächen liegt in unmittelbarer Nähe zu Wasserschutzgebieten oder in hydrologisch sensiblen Bereichen wie ehemaligen Moorflächen. Die Errichtung großflächiger Fundamente sowie die Erschließung durch Zuwegungen bedeuten einen massiven Eingriff in die natürliche Bodenstruktur und können das Gleichgewicht des lokalen Wasserhaushalts erheblich stören. Die Auswirkungen auf Drainage- und Grundwasserverhältnisse sind bislang unzureichend untersucht. Besonders kritisch ist, dass selbst bei einem Rückbau nach 20 Jahren ein Großteil der Betonfundamente im Boden verbleibt, was zu dauerhaftem Flächenverlust für die Landwirtschaft führt.  Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und fehlende Alternativenprüfung  Die geplanten Windkraftanlagen stellen einen tiefgreifenden Eingriff in das Landschaftsbild dar – insbesondere in einer Region, die stark von Tourismus, Naherholung und landschaftlicher Identität geprägt ist. Kritisch zu bewerten ist in diesem Zusammenhang, dass eine ernsthafte und vergleichende Prüfung alternativer Standorte mit höherer Windhöflichkeit – insbesondere in anderen Teilen Baden-Württembergs – nicht nachweislich erfolgt ist. Es drängt sich der Eindruck auf, dass nicht primär sachliche Kriterien, sondern die vermeintlich einfachere Durchsetzbarkeit in weniger dicht besiedelten ländlichen Regionen den Ausschlag gegeben haben könnte.  Unzureichende Abstandsvorschriften – Gesundheitsrisiken nicht berücksichtigt  Ein besonders sensibler Punkt betrifft die Abstände geplanter Anlagen zu Einzelgehöften und Wohnbebauung. In mehreren Fällen liegen diese bei lediglich 600 Metern. Im europäischen Vergleich sind solche Abstände ungewöhnlich gering – in vielen Nachbarländern gelten deutlich strengere Vorschriften, die auf den Schutz der Anwohner vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Schallimmissionen und Infraschall abzielen. In der aktuellen Planung werden diese Risiken nicht ausreichend berücksichtigt.</p> <p>4. Soziale Auswirkungen im ländlichen Raum  Die Diskussion um die geplanten Windkraftanlagen hat in vielen</p>	<p>Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.  Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).  Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ländlichen Gemeinden bereits zu tiefen Rissen innerhalb der Dorfgemeinschaften geführt. Neben der generellen Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern spielt auch die ungleiche wirtschaftliche Betroffenheit eine zentrale Rolle. Private Grundstückseigentümer wurden gezielt mit überdurchschnittlich hohen Pachtsummen für die Bereitstellung von Flächen gelockt – vielfach ohne Rücksicht auf das gesellschaftliche Gesamtgefüge. Diese gezielte Privilegierung Einzelner führt nicht nur zu Missgunst und Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung, sondern untergräbt auch das Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe. Ein gerechtes und akzeptanzförderndes Modell müsste den Fokus auf öffentliche oder kommunale Flächen legen, bei denen die Wertschöpfung der Allgemeinheit zugutekommt – und nicht wenigen privaten Profiteuren. Der aktuelle Planungsansatz verstärkt somit soziale Ungleichgewichte und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt im ländlichen Raum.</p> <p>Rechtliche Bedenken hinsichtlich Lastenverteilung</p> <p>Nicht zuletzt wirft der Teilregionalplan rechtliche Fragen auf. Das Gebot der gerechten Lastenverteilung verlangt, dass die Belastung durch Infrastrukturprojekte nicht einseitig bestimmten Regionen aufgebürdet wird. In der aktuellen Fassung entsteht jedoch der Eindruck, dass vor allem strukturschwächere ländliche Räume überproportional betroffen sind – ohne dass ein sachlich zwingender Grund oder eine landesweit ausgewogene Planung erkennbar ist.</p> <p>Fazit</p> <p>Die Zielsetzung, den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern, ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Weg dorthin muss jedoch mit Augenmaß, auf Basis transparenter Kriterien und unter Wahrung ökologischer, sozialer und rechtlicher Standards erfolgen. Der Teilregionalplan Windenergie im Raum Bad Waldsee genügt diesen Anforderungen bislang nicht. Eine Überarbeitung unter Einbeziehung unabhängiger Fachgutachten, Alternativenprüfung und breiter Bürgerbeteiligung ist dringend geboten.</p>	<p>Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10223	593	<p>Sie beziehen sich bei der Ermittlung der Windpotenzialflächen auf den Windatlas BW 2019 und hier auf potenzielle Flächen ab einer Windleistungsdichte größer 190 W/m<sup>2</sup>. Bzw. empfiehlt der Windatlas selbst mindestens eine Windleistungsdichte von 215 W/m<sup>2</sup>. Im Gebiet WEA-437-001 gibt es laut Windatlas ein Gebiet, das unter 190 W/m<sup>2</sup> (145-190 W/m<sup>2</sup>) liegt, welches im Plangebiet selbst aber nicht herausgenommen worden ist.</p>	<p>Flächen kleiner 190 W/m<sup>2</sup> in 160 m Höhe wurden im Planungsprozess vereinzelt als Vorranggebiet festgelegt, bspw. wenn es sich um Teilflächen als Verbindungselement innerhalb größerer Vorranggebiete handelt und keine erheblichen Konflikte vorliegen. Gem. Begründung des 2. Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie (s. Tab. B3) enthält das genannte</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	---	------------------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Dies sollte korrigiert werden. Siehe dazu Anhang (Ausschnitt Windatlas)	Vorranggebiet eine Teilfläche mit einer Windleistungsdichte nach Windatlas < 190 W/m² in 160 m Höhe, die als Verbindungsfläche zwischen Flächen mit Windleistungsdichten > 190 W/m² fungiert. Es wird auf die Begründung des 2. Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie verwiesen. Das in der Anregung genannte Gebiet entspricht somit dem Planungskonzept. Die genannte Teilfläche wird nicht aus der Flächenkulisse herausgenommen. Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage Teil E.2 verwiesen.	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10224	194	<p>der geplante Teilregionalplan Windenergie im Bereich Bad Waldsee wirft mehrere wichtige Fragen und Bedenken auf. Einer der zentralen Kritikpunkte ist die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Windenergieanlagen können die visuelle Harmonie der Region erheblich stören und das Landschaftsbild nachhaltig verändern, was insbesondere bei sensiblen Natur- und Kulturlandschaften problematisch ist. Ein weiteres Thema ist die mögliche Infraschallbelastung. Obwohl wissenschaftliche Studien hierzu noch nicht abschließend sind, besteht die Sorge, dass Windenergieanlagen Infraschall erzeugen, der sich auf die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner auswirken könnte. Ebenso ist die Lärmbelastung durch die Anlagen ein Thema, das die Lebensqualität in den betroffenen Gemeinden beeinträchtigen kann. Zu dem besteht die Befürchtung, dass der Bau von Windenergieanlagen zu einem Wertverlust von Grundstücken und Häusern in der Umgebung führen könnte. Dies betrifft sowohl den Immobilienwert als auch die Attraktivität der Region für potenzielle Käufer und Investoren. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass bei der Planung offenbar keine ausreichende Prüfung alternativer Standorte erfolgt ist. Es ist wichtig, alle möglichen Flächen sorgfältig zu bewerten, um die besten Kompromisse zwischen Energieerzeugung und Schutz der Umwelt und Anwohner zu finden. Im Hinblick auf den Artenschutz besteht die Sorge, dass Windenergieanlagen die lokale Tierwelt beeinträchtigen, insbesondere Vögel und Fledermäuse. Hier sollten umfassende Schutzmaßnahmen und eine sorgfältige Standortwahl erfolgen. Schließlich betrifft der Schutzgebiet von Mooren die sensiblen Ökosysteme, die durch den Bau und Betrieb von Windenergieanlagen gefährdet werden könnten. Moore sind wichtige Kohlenstoffspeicher und Lebensräume, deren Erhaltung essenziell für den Klimaschutz ist. Die Planung sollte daher besonders auf den Schutz dieser Gebiete achten und keine Anlagen in Mooren vorsehen. Insgesamt ist der geplante Teilregionalplan Windenergie im Bereich Bad Waldsee mit Blick auf die genannten Punkte kritisch zu hinterfragen. Es ist notwendig, eine ausgewogene</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Lösung zu finden, die die Energiewende vorantreibt, ohne die Umwelt, das Landschaftsbild und die Lebensqualität der Anwohner unverhältnismäßig zu beeinträchtigen	<p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10225	195	<p>um mein Klagerecht später ausüben zu können, lege ich hiermit meinen entschiedenen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete ausgewiesenen Solarflächen mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim Nord Kreuzen und Leibertingen Süd Sohmerhof; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung:</p> <p>Landschaftsbild und Ästhetik Die geplanten Windräder und FFPV-Anlagen werden das natürliche Landschaftsbild drastisch und unwiderruflich verändern – besonders in unserem ländlichen Raum. Es ist empörend, dass die Stadt Friedrichshafen eine 10 ha</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	---	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>FFPV-Fläche in der Nähe einer Bundesstraße mit der Begründung „Verschandelung der Landschaft“ ablehnen konnte, während unsere unberührte Landschaft erheblich verschandelt wird. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen!</p> <p>Höhe und Sichtbarkeit Die geplanten Windräder sind über 250 Meter hoch und aus großer Entfernung sichtbar, auch nachts durch die blinkenden roten Lichter der Hindernisbefeuerung. Selbst bei dichter Bepflanzung oder Bewaldung sind sie nicht zu verdecken. Diese monströsen Strukturen werden das Landschaftsbild auch tagsüber erheblich beeinträchtigen.</p> <p>Immobilienwert Es ist nachgewiesen, dass Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen erheblich an Wert verlieren. Diese Wertminderung hängt direkt mit der visuellen Präsenz der Anlagen zusammen. Eine Kompensation ist in der Planung des RVBO nicht vorgesehen, was zu einer unerträglichen sozialen Ungleichheit führt.</p> <p>Psychologische Belastung Für viele Menschen sind Windräder eine ständige visuelle Erinnerung an eine ungewollte Umweltveränderung. Dies führt zu permanentem Unwohlsein oder einer „gefühlten Entwertung“ des Lebensraums und kann in Depressionen bis hin zum Suizid münden. Diese psychologische Belastung ist nicht hinnehmbar!</p> <p>Akustische Beeinträchtigung - Hörbarer Schall Je nach Windstärke und Anlagentyp entstehen Windgeräusche, Rotorenbrummen oder rhythmisches Wummern, wie z.B. in Baierreck. Besonders in ruhigen, ländlichen Regionen wie unserer wird dies als erhebliche Störung empfunden – vor allem nachts.</p> <p>FAZIT - Abstand zur Wohnbebauung Aufgrund der oben genannten Punkte sind wesentlich größere Abstände notwendig, auch wenn dies bedeutet, dass weniger Anlagen gebaut werden können. Die derzeitigen Regelungen sind absolut unzureichend. Ein Mindestabstand von 2000-3000 Metern ist zwingend erforderlich!</p> <p>Die Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sind absolut verheerend und inakzeptabel!</p> <p>Habitatzerstörung und Vogelschlag: Windkraftanlagen reißen Lebensräume in Stücke und sind eine tödliche Bedrohung für Vögel, die nachweislich von den Rotoren zerfetzt werden. Diese</p>	<p>Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs</p> <p>Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>brutale Zerstörung der Natur darf nicht weiter hingenommen werden!</p> <p>Eiswurf: Bei kalten Temperaturen fliegen Eisbrocken von den Rotorblättern und stellen eine lebensbedrohliche Gefahr für Menschen und Tiere dar. Diese tödlichen Geschosse sind eine unzumutbare Gefahr, die sofort gestoppt werden muss!</p> <p>Rodung: Für jede einzelne Windkraftanlage werden etwa 0,5 Hektar Wald unwiederbringlich zerstört. Und das ist nur der Anfang – die breiten Zugangswege zur Errichtung der Anlagen sind noch nicht einmal mitgerechnet. Diese massive Abholzung ist ein Schlag ins Gesicht für unsere Umwelt!</p> <p>Wir befinden uns direkt zwischen dem Naturpark Obere Donau und der wunderschönen Bodenseeregion, die bisher als Naherholungsgebiete und Urlaubsregionen geschätzt wurden. Diese sinnlosen Rodungen, die lebensbedrohlichen Gefahren und die brutale Zerstörung von Lebensräumen und Tötung von Tieren sind absolut inakzeptabel und müssen sofort und dauerhaft gestoppt werden!</p>	<p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				

IV. 10226	196	<p>Widerspruch gegen Entwurf Windenergie Meßkirch-L</p> <p>Hiermit lege ich Widerspruch ein, siehe beiliegendes Schreiben.</p> <p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>um mein Recht auf eine Klage später wahrnehmen zu können, lege ich hiermit Widerspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dabei betrifft mein Einspruch das Vorranggebiet, das als Windenergieanlage-Standort WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesen ist.</p> <p>Begründung: Unverhältnismäßige Beeinträchtigung von Natur- und Artenschutzgebieten.</p> <p>Die geplante Windvorrangfläche [WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen] befindet sich in einem bekannten Gebiet für Brut-, Nahrungs- und Flugverhalten</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	---	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>geschützter Arten, wie beispielsweise Rotmilan, Schwarzstorch und verschiedene Fledermausarten.</p> <p>Nach § 44 BNatSchG sind erhebliche Störungen sowie Tötung und Verletzung besonders geschützter Arten unzulässig. Daher fordere ich, diese Fläche aus der Planung zu entfernen.</p>	<p>Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10227	197	<p>Seit ich bei einer Informationsveranstaltung in Rottenburg-Wendelsheim die Symptome, die Infraschall macht, gehört habe, bin ich aufgewacht. (Schwindel, Schlafstörungen....)</p> <p>Auch finde ich es widerlich, zu akzeptieren eine Technik zu bauen, die die Lungen von Fledermäusen platzen zu lassen. Was für eine grausame Welt.</p> <p>In der Zwischenzeit (ab 2022) habe ich einige kompetente Wissenschaftler gehört. Ich bin fassungslos, wie diese Fachmenschen ignoriert werden. Wir haben einfach in B-W nicht den notwendigen Wind. Es kann doch nicht sein, dass der Strom so teuer werden soll, weil er bezuschusst (zuwenig Wind im Süden!!!!Ausgleich) wird.</p> <p>Es gibt dann noch weitere Probleme</p> <p>wie</p> <p>Ewigkeitschemikalien</p> <p>Havarieen</p> <p>PEFAS (Erde und Wasserverschmutzung für immer)</p> <p>Zerstörung von Muttererde</p> <p>Zerstörung von Waldgebieten</p> <p>Eingriff in Ökosysteme</p> <p>Lärm auch Dauerbrummen</p> <p>Infraschall, dadurch Gesundheitsprobleme an Mensch und Tier</p> <p>Tötung von Tieren</p> <p>Schattenschlag</p>	<p>Fragen zum Industriestandort BRD, zur Verarmung der Bevölkerung oder zum Stromaustauschsaldo sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.</p> <p>Zudem wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Winde werden abgefangen und Windleistung wird geschwächt</p> <p>Erhitzung der Umgebung</p> <p>Immobilienwertsenkung</p> <p>Heimaterstörung</p> <p>Erschaffung einer Industrielandschaft in Schutzgebieten</p> <p>Vertreibung der Industrie aus der BRD</p> <p>Verarmung der Bevölkerung</p> <p>Einkauf von Atomstrom aus den Nachbarländern</p> <p>Verkauf von unseren nicht planbaren Stromüberschüssen</p> <p>Blackout</p> <p>keine Lösung, wenn die Sonne nicht scheit und der Wind nicht weht</p> <p>usw.</p> <p>Meine Erholungslandschaft ist schon immer der Bodensee um Umgebung.</p> <p>Wohin soll ich nun ausweichen, wenn ganz B-W zum WKA Industriegebiet überbaut wird. Dann ist der Infraschall überall.</p> <p>Sie werben mit Erholung?!?!?!?</p> <p>Auch ich habe einen Anspruch auf Gesundheit!</p>	<p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10228	198	!!!!	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
-----------	-----	------	---------------	---------------

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10229	199	um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorranggebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalhem Nord Kreuzen und Leibertingen Süd Sohmerhof ; FFPV-437-029; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	---	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ausgewiesenen Solarflächen sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche.</p> <p>Begründung:</p> <p>Artikel 2 des Grundgesetzes garantiert das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Artikel 14 schützt das Eigentum eines jeden einzelnen.</p> <p>Die geplanten Windkraftanlagen und FFPV Felder in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung bedrohen beides.</p> <p>Für uns als Familie heißt gesundes wohnen:</p> <p>Ruhe und Erholung Unverbaute und friedvolle Landschaften Artenvielfalt welche wir aktiv beobachten können und an die nächste Generation weitergeben können Schutz vor Dauerlärm, Stress und psychischer Belastung durch Windräder in der Nähe von Häusern Die geplanten Windräder gefährden unsere gesunden und ländlichen Wohnverhältnisse durch:</p> <p>Lärm und Infraschall Tieffrequenter Schall dringt durch Wände, stört den Schlaf, verursacht Kopfschmerzen, Herzrasen, Konzentrationsstörungen. Der Infraschall ist nicht hörbar aber wirksam – hierzu gibt es auch wissenschaftliche Studien.</p> <p>Optische Dominanz der Windräder und Dauerhafte Schädigung der Landschaft Die geplanten Windräder sind bis zu 250 Meter hoch – so groß wie Wolkenkratzer mitten auf dem Land. Die Windräder werden Tag wie Nacht durch das permanente drehen und blinken sichtbar sein Außerdem werden die Rotoren ständige sich drehende Schatten werfen</p> <p>Die FFPV Felder stellen schwarze Wüsten dar und bedecken dauerhaft derzeit freie Grünflächen und grüne Landschaften Für die FFPV Flächen werden unverbaute Flächen verwendet, dies steht in dem Widerspruch, dass bebaute Flächen zur</p>	<p>und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Erderwärmung beitragen</p> <p>Eingriff in Natur und Umwelt Durch die Erbauung und den Betrieb der Anlagen erfolgt eine Beeinträchtigung und dauerhafte Schädigung von Tierwelt, Insekten, Vögeln Naherholungsräume werden verschwinden. Zur Erstellung müssen massive Fundamente erstellt werden Es wird zu Rodungen kommen um Zufahrtsstraßen zu erbauen. Die grüne Technik zerstört grüne Räume und Wohnraum von Tieren und Pflanzen und bedroht den menschlichen Lebensraum Wir als Familie haben uns bewusst zu dem Leben auf dem Land entschieden. Durch die geplanten Anlagen wird diese Idylle dauerhaft, auch für alle fortfolgenden Generationen, zerstört. Von den derzeit nicht einzuschätzenden gesundheitlichen dauerhaften Bedrohungen abgesehen – welche sowohl psychischer, körperlicher und seelischer Gesundheit sein können.</p> <p>Wir planen FFPV Flächen auf unbebauten Flächen. Dies steht für mich außerhalb jeden menschlichen Verstandes. Es gibt deutschlandweit, ja weltweit, genügend bebaute Flächen auf welchen diese Anlagen angebracht werden könnten. Es muss kritisch geprüft werden ob dies der richtige Weg zur Energiewende ist und der Umkehr der Erderwärmung ist. Durch diese Anlagen wird die Artenvielfalt weiter bedroht und zerstört.</p> <p>Fazit:</p> <p>Wir als Familie fühlen uns bedroht durch die nicht zu Ende gedachte Planung! Wir empfinden die Planungen als Überwachung, Eingeschlossensein, Ohnmacht, psychische Belastung.</p> <p>Die Themen Gesundheitsrisiko, Artenschutz, natürlicher Lebensraum, Wohnumfeld, Auswirkung auf den Makro- und Mikrokosmos sind nicht ausreichend berücksichtigt und vollumfänglich betrachtet.</p> <p>Landschaften werden zu Industrieumfeld zerstört ohne das dies jemals vollumfänglich rückgängig gemacht werden kann!</p> <p>Gesundes Wohnen ist kein Luxus. Es ist ein Grundrecht. Und es darf nicht den Interessen großer Projektierer geopfert werden.</p>	<p>Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10230	339	<p>LEIBERTINGEN FORMBLATT 19 - Überlastung WEA-Flächen</p> <p>Stellungnahme gemäß der Öffentlichen Bekanntmachung über die Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben Regionale Infrastruktur – Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2 des Regionalplans) sowie den Änderungen der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben (Verbindlicherklärung 24.11.2023). 2. Offenlage</p> <p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist. Mit dieser Erklärung widerspreche ich der derzeitigen Planung des Regionalverbands hinsichtlich der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie im Gemeindegebiet Leibertingen sowie im angrenzenden Raum. Der Regionalplan verstößt in eklatanter Weise gegen das raumordnerische Prinzip der dezentralen Konzentration, dass der Planung solcher Anlagen im Interesse der gerechten Lastenverteilung und Raumverträglichkeit zwingend zugrunde zu legen ist. Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 6 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen Gebiete für die Nutzung der Windenergie so festzulegen, dass eine ausgewogene und flächenhaft verteilte Entwicklung ermöglicht und eine Überlastung einzelner Gemeinden vermieden wird. Dieses sogenannte Prinzip der dezentralen Konzentration ist in der Fachliteratur und Planrechtsprechung als verbindliches Steuerungsprinzip anerkannt (vgl. Battis/Krautzberger/Löhr, § 2 ROG Rn. 41 ff.). Der vorliegende Entwurf des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben konterkariert diesen Grundsatz diametral, indem er eine offenkundige punktuelle Überfrachtung weniger Gemeinden – insbesondere Leibertingen – betreibt, während andere Räume vollständig verschont bleiben. Dies</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>stellt eine räumlich unausgewogene Lastenverteilung dar, die weder sachlich begründet noch rechtlich tragfähig ist.</p> <p>Ein solches Vorgehen ist nicht nur planerisch unvertretbar, sondern auch rechtlich anfechtbar, da es gegen die Grundpflicht zur gerechten Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sowie gegen das Gegenstromprinzip (§ 1 Abs. 3 ROG, § 1 Abs. 4 BauGB) verstößt. Hinzu kommt ein Verstoß gegen das LplG, wonach Raumordnungspläne nach dem Prinzip der nachhaltigen Raumentwicklung und unter Wahrung der Belange der Gemeinden aufzustellen sind. Statt eine raumordnerisch tragfähige Verteilung der Windkraftflächen vorzunehmen, betreibt der Regionalverband eine politisch opportunistische Flächenabschiebung auf ohnehin stark belastete Gebiete. Damit wird die Akzeptanz vor Ort sehenden Auges zerstört, was im direkten Widerspruch zu den Zielen des Klimaschutzes steht.</p> <p>Darüber hinaus ist die Ausweisung aus mehreren rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht haltbar und verletzt höherrangige Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbelange.</p> <p>Windkraftanlagen enthalten erfahrungsgemäß Bauteile, die per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) beinhalten, etwa in Dichtungen, Kabelummantelungen oder Schmiermitteln. Diese Substanzen gelten gemäß der REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 sowie laut Einschätzung der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) als besonders besorgnis- bzw. krebserregende Stoffe (SVHC). Der Nachweis über die PFAS-Freiheit bzw. ein Konzept zur umweltgerechten Handhabung wurde im Rahmen der Ausweisung nicht erbracht.</p> <p>Auch wurden Brandschutzmaßnahmen nach § 17 Abs. 3 LBO BW ignoriert.</p> <p>Das ausgewiesene Gebiet befindet sich überwiegend im oder in unmittelbarer Nähe zu Waldflächen. Gemäß § 17 Abs. 3 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO BW) sind bauliche Anlagen nur zulässig, wenn diese keine unzumutbare Brandlast darstellen und eine ausreichende Löschwasserversorgung sowie gesicherte Zufahrtswege für Rettungskräfte gewährleistet sind. Diese Voraussetzungen sind für die geplante Fläche bislang nicht belegt und kann auch nicht ohne</p>	<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>weitere Natur Zerstörung hergestellt werden,  Weiterhin beeinträchtigt die geplante Windvorrangfläche  WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen die  Sichtbeziehungen und das Umfeld historischer Bauwerke wie Burg  Wildenstein, Schloss Meßkirch,  örtliche Kirchengebäude in Thalheim, Meßkirch, Leibertingen,  Kreenheinstetten und Altheim. Aber  vor allem zerstört sie das einmalige Projekt „Campus Galli“.  Hier wird nach einem 800 Jahre alten  Klosterplan, mit mittelalterlichen Methoden eine mittelalterliche  Klosterstadt erbaut. Ein in  Europa einmaliges Projekt.  Gemäß § 8 DSchG BW sowie § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB sind  Belange des Denkmalschutzes zu wahren.  Und summa summarum zerstört ihre Planung einen sensiblen  Naturraum des Oberen Donautals,  einem der herausragendsten Mittelgebirgsräume Süddeutschlands  mit überregionalem  Erholungswert. Durch die Aufstellung großtechnischer  Windkraftanlagen mit Höhen über 285 m  wird das Landschaftsbild dauerhaft und tiefgreifend verändert, ja  sogar zerstört. Das alles entgegen  den Vorgaben aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB: Schutz des Landschaftsbildes und der Kulturlandschaft</li> <li>- § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG: Raumordnerische Verpflichtung zur Erhaltung landschaftlicher Vielfalt</li> <li>- § 1 Abs. 1 BNatSchG: Schutz von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage und Erholungsraum</li> </ul> <p>Ich fordere daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die sofortige Überarbeitung des Regionalplanentwurfs unter Berücksichtigung der vorgenannten Punkte und des Prinzips der dezentralen Konzentration.</li> <li>2. Die komplette Rücknahme der punktuellen Konzentration von Windkraftvorrangflächen im Raum Leibertingen und Umgebung bzw. WEA 437-011.</li> <li>3. Die regionale Umverteilung der Flächenlast, sodass ein gleichmäßiger Beitrag aller Planungsräume des RVBO gewährleistet ist.</li> </ol> <p>Die aktuelle Planung stellt einen eklatanten Verstoß gegen fundamentale Prinzipien der Raumordnung dar und wird in dieser Form keine rechtliche Bestandskraft erlangen. Ich behalte mir daher sämtliche rechtlichen Schritte vor – einschließlich einer Normenkontrollklage gemäß § 47 VwGO. Inwieweit auch strafrechtliche Maßnahmen anzuwenden</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
sind, ist noch zu prüfen.				
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10231	315	<p>2. OFFENLAGE</p> <p>Einwendung gegen die Ausweisung des Vorranggebietes „Hochbühl“ WEA-435-002 zwischen Owingen und Überlingen</p> <p>Unsere Bewertung der Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung des RVBO</p> <p>„Auswirkungen auf die Schutzgüter“</p> <p>im Folgenden erhalten Sie die Stellungnahme zur 2. Offenlage unseres Vereins [Name anonymisiert] zu dem geplanten Vorranggebiet „Hochbühl“ WEA 435-002, zwischen Owingen und Überlingen.</p> <p>Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die in der ersten Offenlage vorgebrachten schwerwiegenden Bedenken in Bezug auf Artenschutz, Wasserschutz, Landschaftsbild und Windhöflichkeit nicht die entsprechende Berücksichtigung gefunden haben und es dementsprechend nicht zu einer Herausnahme des Gebietes aus der weiteren Planung Ihrerseits geführt hat.</p> <p>Diese Stellungnahme zur 2. Offenlage erfolgt aufgrund neuer Erkenntnisse.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10231	462	<p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einwände gegen die Planung.</p> <p>Schutzgut Flora, Fauna und Biologische Vielfalt</p> <p>Fledermäuse auf dem Hochbühl:</p> <p>Das mögliche Vorranggebiet Hochbühl/WEA-435-002 und seine Umgebung bietet mit seinem reich strukturierten Wald, der geringen Besiedlungsdichte mit seinen kleinen angrenzenden Siedlungen und Höfen, den Molassekellern und einem Brauereikeller sowie den Nistkästen und der Nachbarschaft zu wichtigen FFH-Gebieten (Netzwerk) ein weitläufiges Gebiet als Jagd- und Lebensraum für eine Vielzahl von Fledermausarten. Seit mehr als 40 Jahren werden dort Fledermäuse beobachtet, kontrolliert und dokumentiert. Die langjährige Betreuung durch den Arbeitskreis Fledermäuse Bodensee-Oberschwaben (NABU Überlingen) und der Stadt Überlingen und eine aktuelle Untersuchung des Landschaftsarchitekturbüros 365° aus Überlingen, beauftragt durch die Gemeinde Owingen (2024/2025), belegen das Vorhandensein zahlreicher Fledermauspopulationen (Jagdhabitats, Winter- und Sommerquartiere, Übergangsquartiere, Wochenstuben). Bei zehn dieser Fledermausarten handelt es sich, nach dem</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie vom Umweltministerium BW aus dem Jahr 2022, um Arten mit besonderer artenschutzfachlicher Bedeutung und um drei Arten mit Sonder-Status (Großer Abendsegler, Mopsfledermaus, Große Bartfledermaus), welche eine besondere Gefährdung und Seltenheit in Baden-Württemberg aufweisen. Bei einer Störung bzw. eines Verlusts an Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist mit einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes auf Landesebene zu rechnen.</p> <p>Aufgrund der aktuell vorliegenden Erkenntnisse fordern wir erneut vertiefende Untersuchungen im Rahmen der Regionalplanung in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde. Bekannte Schwerpunktorkommen Kategorie A werden als sehr erheblicher Konflikt für eine solche Planung eingestuft.</p> <p>Schutzgut Wasser: Der Hochbühl-Höhenzug ist ein sehr wichtiges Grundwasserneubildungsgebiet, welches zahlreiche Quellen mit Bildung von Oberflächengewässern speist, wie den Heinz Sielmann Weiher (Teil des Projektes Sielmann Biotopverbund Bodensee), der selbst in sehr trockenen Jahren keine nennenswerte Absenkung des Wasserstandes zeigt. Das Billafinger und Nesselwanger Tal halten sehr große Grundwasservorkommen, die von der Grundwasserneubildung des Höhenzuges versorgt werden. Beide wurden deshalb als Grünzug festgelegt; dort dürfen keine großflächigen Bodenversiegelungen gemacht werden. Der Bauantrag eines Gewerbegebietes im Billafinger Tal wurde aus diesem Grund abgelehnt. Brachenreuth, der [Ort anonymisiert], der Hof der [Ort anonymisiert] und die Kleinsiedlung [Ort anonymisiert] beziehen ihr Wasser ausschließlich aus ihren eigenen Quellen aus diesem Waldgebiet ohne Anbindung an die öffentliche Trinkwasserversorgung. Die bestehenden Wasserschutzzonen sind zwischen 1973 (Hödingen) und 1999 (Brachenreuth) festgelegt worden. In Anbetracht der Klimaveränderungen stellt sich die Frage, ob sie noch eine angemessene Größe haben. Neuerdings hat Höllwangen eine Erweiterung der Wasserschutzzone im Zusammenhang mit seinem Agroforst Projekt (von der Stadt Überlingen als förderungswürdig ausgezeichnet) in Planung. Es zielt darauf ab, den Wasserhaushalt zu regulieren, was in Zeiten von Trockenperioden und Starkregenereignissen besonders wichtig ist, um den Fortbestand der dortigen landwirtschaftlichen Arbeit zu gewährleisten. Der Grund aus Molasse und eiszeitlichen Ablagerungen würde enorm tiefe Betonfundamente und breite, befestigte Fahrtrassen zu den WEA erfordern. Die Folgen wären Bodenversiegelung und –Verdichtung und damit nicht absehbare</p>	<p>Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Auswirkungen auf die Wasserführung im Boden. Außerdem müssten zahlreiche kleine Fließgewässer durch Rohre geleitet werden. Es würden großflächige Abholzungen auf dem 67ha großen Vorranggebiet notwendig sein für die WEA selbst, für die zur Bauzeit benötigte Infrastruktur und für die Zufahrtswege. Da das Gelände starkhängig ist und zahlreiche Geländeeinschnitte aufweist, müssten 3-4 Zufahrtswege eingerichtet und großvolumige Bodeneinebnungen vorgenommen werden. Fraglich, ob Überlingens höchster Punkt, der Hochbühl, dann noch 717m hoch wäre.</p> <p>Mit der Errichtung von Windkraftanlagen müsste, besonders in Anbetracht der speziellen Beschaffenheit des Hochbühl-Bergrückens von einer starken Beeinträchtigung der natürlichen Grundwasserneubildung und Trinkwasserversorgung von 4 Höfen und einem Agroforstprojekt sowie den großen Grundwasserspeichern im Tal ausgegangen werden. Auch in Anbetracht der klimatischen Veränderungen ist die Wasserversorgung zu einer zentralen Aufgabe geworden und muss als von höchstem öffentlichen Interesse in die Abwägungen der Planung einbezogen werden.</p>	<p>verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10231	466	<p>unterzeichnet von 587 Unterzeichnern, siehe Anhang "Unterzeichner_[Name anonymisiert] _Sammelstellungnahme.xlsx"</p> <p>Schutzgüter Flora, Fauna und biologische Vielfalt Fledermäuse</p> <p>Bereits in unserer Stellungnahme zur 1. Offenlage haben wir auf die Einwendung des Naturschutzbundes Deutschland e.V., Arbeitskreis Fledermäuse Bodensee-Oberschwaben, aus dem Jahr 2012 (Herr [Name anonymisiert] ) zum Standort Hochbühl als Vorranggebiet für Windenergie hingewiesen [Anhang 1]. Der Verein lehnte damals das Gebiet als Windkraftstandort aufgrund der dort vorkommenden Fledermauspopulationen ab. Es handelte sich nicht um eine systematische Bestandserfassung, sondern vermittelte ein erstes Bild zu den im Areal vorkommenden Fledermausarten. Die damalige Zusammenstellung der Arten bezog sich ausschließlich auf die Waldgebiete Winterhalde, Sigmundshau und Saubad sowie die direkt angrenzenden Ortschaften bzw. Höfe des Bereiches Billafingen-Owingen-Häuslerhof-Brachenreuthe-Nesselwangen-Reut</p>	<p>Hinsichtlich des Gutachtens aus dem Jahr 2012 und des Schreibens hierzu aus dem Jahr 2024 bezieht sich die Anregung auf einen Sachverhalt welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Die Inhalte des Gutachtens aus dem Jahr 2012 sowie des Schreibens aus dem Jahr 2024 wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ehof. Bei neun von 14 festgestellten Fledermausarten handelt es sich um Arten mit besonderer artenschutzrechtlicher Bedeutung, wie es dem Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie aus dem Jahr 2022 des UM [Anhang_2] zu entnehmen ist. Dies sind neun der insgesamt zehn gelisteten Fledermausarten mit artenschutzrechtlicher Bedeutung. Fledermausarten mit artenschutzrechtlicher Bedeutung auf dem Hochbühl 2012:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Großes Mausohr/ <i>Myotis myotis</i></li> <li>2. Kleine Bartfledermaus/ <i>Myotis mystacinus</i></li> <li>3. Wasserfledermaus/ <i>Myotis daubentonii</i></li> <li>4. Fransenfledermaus/ <i>Myotis natteri</i></li> <li>5. Bechsteinfledermaus/ <i>Myotis bechsteinii</i></li> <li>6. Zwergfledermaus/ <i>Pipistrellus pipistrellus</i></li> <li>7. Mückenfledermaus/ <i>Pipistrellus pygm./med.</i></li> <li>8. Rauhautfledermaus/ <i>Pipistrellus nathusii</i></li> <li>9. Braunes Langohr/ <i>Plecotus auritus</i></li> </ol> <p>Der Fachbeitrag Artenschutz benennt zudem vier Sonderstatusarten, welche eine besondere Gefährdung und Seltenheit in Baden-Württemberg aufweisen und in den Schwerpunktorkommen der Kategorie A Berücksichtigung finden. Eine erhebliche Störung bzw. der Verlust an Fortpflanzungs- und Ruhestätten dieser Arten würde zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes auf Landesebene führen. Zwei der vier Sonderstatusarten wurden 2012 auf dem Hochbühl festgestellt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>10. Große Bartfledermaus/ <i>Myotis brandtii</i></li> <li>11. Großer Abendsegler/ <i>Nyctalus noctula</i></li> </ol> <p>Schon 2012 erwartete man bei einer entsprechenden systematischen Untersuchung weitere Arten und Bestände. Diesen Standpunkt hat uns [Name anonymisiert] als ehemaliger Leiter des Arbeitskreises Fledermaus Bodensee-Oberschwaben, im letzten Jahr 2024 per E-Mail mitgeteilt und bestätigt [Anhang_3]. Angesichts dieser langjährigen Beobachtungen, die eine hohe Artenvielfalt und Dichte an Fledermauspopulationen in und um das geplante Vorranggebiet WEA-435-002 bestätigen, haben die Gemeinde Owingen und auch wir, der Verein [Name</p>	<p>vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere Teil B4, verwiesen.</p> <p>Hinsichtlich des Gutachtens des Büros 365° freiraum + umwelt wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Hinsichtlich der Hinweise zu aktuellen Kotanalysen und Fledermausnachweisen durch den Stellungnehmer wird auf die nachfolgende Abwägung dieser Stellungnahme verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>anonymisiert] , die artenschutzrechtliche Bewertung des Gebiets kritisch hinterfragt und vertiefende Untersuchungen durch Sie, den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, bereits in der 1. Anhörung gefordert.</p> <p>In Vorbereitung auf eine 2. Offenlage hat die Gemeinde Owingen im Sommer 2024 eigenständig ein unabhängiges Gutachten zu dem Fledermausvorkommen im Plangebiet in Auftrag gegeben. Das Büro 365? freiraum+ umwelt aus Überlingen stellte im Januar 2025 die Ergebnisse der detaillierten Untersuchung vor. Diese bestätigte im Wesentlichen die bereits bekannten Fledermausvorkommen, darunter auch besonders streng geschützte, rückläufige Fledermausarten (darunter drei stark gefährdete und vom Aussterben bedrohte Anhang II- und IV-Arten) und auch wiederum Fledermausarten, die im Fachbeitrag Artenschutz eine große Rolle spielen. Dem Plangebiet „Hochbühl“ wurde attestiert, dass ihm eine für die Fledermäuse regional hohe bis landesweit hohe Bedeutung zukommt (siehe Abschnitt 5, „Zusammenfassende Bewertung“: KAULE 7-8 in [Anhang_4]). Alle zehn im Fachbeitrag Artenschutz gelisteten Arten mit besonderer artenschutzrechtlicher Bedeutung wurden aktuell 2024 nachgewiesen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mausohren/ Myotis spec. Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</li> <li>2. Kleine Bartfledermaus/ Myotis mystacinus Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</li> <li>3. Wasserfledermaus/ Myotis daubentonii</li> <li>4. Fransenfledermaus/ Myotis natteri</li> <li>5. Bechsteinfledermaus/ Myotis bechsteinii</li> <li>6. Zwergfledermaus/ Pipistrellus pipistrellus</li> <li>7. Mückenfledermaus/ Pipistrellus pygm./med.</li> <li>8. Rauhautfledermaus/ Pipistrellus nathusii</li> <li>9. Langohren/ Plecotus spec. Nachweis nur auf Gattungsebene möglich</li> <li>10. Kleiner Abendsegler/ Nyctalus leisleri</li> </ol> <p>In der aktuellen Analyse war bei Mausohren, Bartfledermäusen und Langohren ein Nachweis nur auf Gattungsebene möglich. Aber in früheren Untersuchungen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10231	467	<p>wurden die Kleine Bartfledermaus, das Braune Langohr und das Große Mausohr auf Artniveau nachgewiesen. Entweder erfolgte der Nachweis über eine Kotanalyse, oder das Tier selbst wurde identifiziert (Arbeitskreis Fledermäuse Bodensee-Oberschwaben). Es ist davon auszugehen, dass diese Arten im Gebiet weiterhin vorhanden sind. Bei einer aktuellen Kotanalyse aus einem Nistkasten im Plangebiet (November 2024) konnten wir über eine Genanalyse das Braune Langohr mit Sicherheit nachweisen [Anhang_5]. In dem aktuell vorliegenden Gutachten wurden nach dem Fachbeitrag Artenschutz zwei Sonderstatusarten auf Artniveau nachgewiesen und eine Sonderstatusart auf Gattungsebene, wobei man aber davon ausgehen kann, dass diese Art vorhanden ist:</p> <p>11. Großer Abendsegler/ Nyctalus noctula  12. Mopsfledermaus/Barbastella barbastellus  13. Große Bartfledermaus/ Myotis brandtii</p> <p>Anhänge  - [Anhang_1]  Stellungnahme Arbeitskreis Fledermaus Bodensee- Oberschwaben 2012  Datei: anhang_1__Arbeitskreis Fledermaus Nabu 2012.pdf  - [Anhang_2]  Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie vom Oktober 2022  Datei:  anhang_2__Fachbeitrag-Artenschutz-Regionalplanung-barrierefrei.pdf  - [Anhang 3]  E-Mail Herr Auer 2024  Datei: anhang_3__E Mail [Name anonymisiert] Fledermäuse aktuell.docx  - [Anhang 4]  Naturschutzfachliche Bestandserfassung und Bewertung - Untersuchung der Fledermausvorkommen auf dem Hochbühl, Owingen, 21.01.2025  Datei: anhang_4__Fledermausgutachten Gemeinde 2025.pdf  - [Anhang 5]  Befund SEQ-IT 01/2025  Datei: anhang_5__Proj274_Fledermaus_Befund_250206.pdf</p> <p>Auch wir, der Verein [Name anonymisiert] , setzen uns für den Schutz dieser Arten</p>	<p>Der Regionalverband ist bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie auf regionsweit verfügbare</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ein.</p> <p>Im Plangebiet sind neben den natürlichen Vorkommen auch eine Vielzahl von Nistkästen angebracht, in welchen Wochenstuben verschiedener Fledermausarten, Sommerquartiere oder wandernde Fledermausarten gefunden wurden. Betreut werden die Nistkästen von der Stadt Überlingen (Ansprechpartner[Name anonymisiert] ). Seit mehr als 40 Jahren werden diese Nistkästen regelmäßig kontrolliert.</p> <p>Parallel zu den Untersuchungen des Landschaftsarchitekturbüros 365? haben wir im November 2024 vereinzelte Nistkästen im Plangebiet (Winterhalde und Saubad) fachgerecht inspiziert [Anhang_6]. Die Nistkästen werden außer von Fledermäusen auch von Vögeln und Siebenschläfern belegt. Aus neun von 17 gesichteten Nistkästen wurde eine Kotprobe gewonnen. Die Genanalyse der Firma SEQ-IT zeigt im Ergebnis zwei Fledermausarten mit artenschutzrechtlicher Bedeutung und eine Sonderstatus-Art nach Fachbeitrag Artenschutz (2022):</p> <p>Fransenfledermaus/ Myotis natteri (artenschutzrechtliche Bedeutung)</p> <p>Braunes Langohr/ Plecotus auritus (artenschutzrechtliche Bedeutung)</p> <p>Großer Abendsegler/ Nyctalus noctula (Sonderstatus-Art)</p> <p>In drei Nistkästen haben wir direkt Große Abendsegler sichten können (Winterquartier). In einem großen Kasten befanden sich ca. 25 bis 30 dieser Tiere. In zwei kleineren Kästen befanden sich jeweils zwei Tiere (Winterquartier). Zu unserem großen Bedauern mussten wir im März 2025 feststellen, dass einer dieser Kästen mit zwei Tieren bei Baumfällarbeiten einfach auf den Boden gelegt wurde, ohne sich fachmännisch um den Kasten bzw. die Abendsegler zu kümmern. Wir haben alle gesichteten Nistkästen mit Standortdaten, Fotos, Beobachtungen und Analysedaten erfasst und können Ihnen diese, wenn gewünscht, zur Verfügung stellen.</p> <p>Zusammenfassend lässt sich feststellen: Der reich strukturierte Wald am Hochbühl liegt in einem siedlungsarmen Gebiet und bietet Jagd- und Lebensraum für zahlreiche Fledermausarten. Die störungsfreie Abgeschiedenheit des Waldes,</p>	<p>Daten ausreichender Qualität angewiesen. Er kann keine Kartierungen etc. durchführen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen generell folgenden Kriterien genügen:</p> <p>Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein.</p> <p>Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein.</p> <p>Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Zusätzliche belastbare und qualitätsgesicherte Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten von Fledermäusen (Mopsfledermaus, Nymphenfledermaus, Große Bartfledermaus, Großer Abendsegler) außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden im Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag und in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Zum Teil erfolgten Anpassungen bei Abgrenzungen der Vorranggebiete Windenergie (s. Anlage zur Synopse der 1. Offenlage, Teil B.4). Nicht belastbare und qualitätsgesicherte Daten (u.a. nicht älter als 5 Jahre, fachgutachterlich nachgewiesen oder bestätigt) können nicht berücksichtigt werden. Die Bewertung der Daten erfolgt dabei im Einzelfall in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden.</p> <p>Eine belastbare Verifizierung der von der Bürgerinitiative eingereichten Daten war dem Regionalverband auch nach Rückfrage an die Bürgerinitiative und Rücksprache mit den Naturschutzbehörden und -verbänden nicht möglich. Die Daten konnten weder von der unteren Naturschutzbehörde oder den Naturschutzverbänden noch von der Stadt Überlingen oder dem Gutachter der Gemeinde Owingen bestätigt werden. Ein hinreichender fachgutachterlicher Nachweis zum Fundort der Arten bzw.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>die teilweise alten Baumbestände und die angrenzenden kleinen Siedlungen ermöglichen und fördern so ein reiches Artenvorkommen. Die großflächigen Rodungsmaßnahmen würden einen direkten Habitatsangriff darstellen. Bau und Betrieb der Windkraftanlagen würden zum Verlust und zur Beeinträchtigung (zum Beispiel durch Lärm, Licht, Störung, Lebensstättenverlust durch Rodungsmaßnahmen) naturschutzfachlich sehr hochwertiger Bereiche für gesetzlich geschützte windsensible Arten führen. Der Hochbühl liegt benachbart zu den FFH-Gebieten „Überlingersee und Bodenseeuferlandschaft“, „Bodanrück und westlicher Bodensee“ und in der Nähe des reich strukturierten Hegaus. Somit kommt ihm eine wichtige Rolle als Verbindung dieser Gebiete zu, was sich auf das gesamte Fledermausvorkommen der Bodensee-Region auswirkt. Der vergitterte Brauereikeller in Billafingen beherbergt eines der wichtigsten Fledermaus-Winterquartiere im Raum Bodensee-Oberschwaben. In den Molassekellern im Wald konnten das Große Mausohr, Wasserfledermaus, Fransenfledermaus, Bechsteinfledermaus, Bartfledermaus, Langohren, Breitflügelfledermaus und Zwergfledermaus nachgewiesen werden. Aufgrund der uns vorliegenden aktuellen Untersuchungsergebnisse, die die Hochwertigkeit des Gebietes in Bezug auf die dort vorkommenden Sonderstatus-Arten belegen, fordern wir erneut vertiefende Untersuchungen im Rahmen der Regionalplanung (siehe Empfehlung Fachbeitrag Artenschutz 2022, Seite 25/26). Schwerpunkt vorkommen der Kategorie A werden als sehr erheblicher Konflikt eingestuft. Im späteren Genehmigungsverfahren würden nächtliche Abschaltzeiten zum Schutz windkraftsensibler Fledermäuse mit einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten festgelegt werden. Die Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit der Anlage ist daher insgesamt zu hinterfragen; eine frühzeitige Prüfung auf Regionalplanebene ist</p>	<p>Kotproben oder zum Aufnahmeort der Fotos wurde nicht vorgelegt. Da die Informationen nicht fachgutachterlich verbürgt und auch nicht anderweitig hinreichend qualitätsgesichert sind, entsprechen sie nicht den o.g. Kriterien und werden daher im Rahmen der Abwägung nicht berücksichtigt. Diese Vorgehensweise und Einschätzung wurde mit den Naturschutzbehörden abgestimmt und kann seitens der Unteren und Höheren Naturschutzbehörden nachvollzogen werden.</p> <p>Hinsichtlich des Gutachtens des Büros 363° freiraum + umwelt und dem Umgang mit den genannten Fledermausnachweisen in den Molassekellern sowie der Forderung nach vertiefenden Untersuchungen wird auf die Anlage zur Synopse zDer Regionalverband ist bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie auf regionsweit verfügbare Daten ausreichender Qualität angewiesen. Er kann keine Kartierungen etc. durchführen. In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen generell folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können. Zusätzliche belastbare und qualitätsgesicherte Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten von Fledermäusen (Mopsfledermaus, Nymphenfledermaus, Große Bartfledermaus, Großer Abendsegler) außerhalb der Schwerpunkt vorkommen Kategorie A wurden im Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag und in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Zum Teil erfolgten Anpassungen bei Abgrenzungen der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>unerlässlich.  Abbildung 1: Nistkasten groß/ Winterquartier Große Abendsegler (Gebiet Winterhalde)  Abbildung 2: Nistkasten klein/ Winterquartier zwei Große Abendsegler (Gebiet Saubad)</p> <p>- [Anhang 6]  Excel Tabelle Nistkästen  Datei: anhang_6__Fledermaus.xlsx</p>	<p>Vorranggebiete Windenergie (s. Anlage zur Synopse der 1. Offenlage, Teil B.4). Nicht belastbare und qualitätsgesicherte Daten (u.a. nicht älter als 5 Jahre, fachgutachterlich nachgewiesen oder bestätigt) können nicht berücksichtigt werden. Die Bewertung der Daten erfolgt dabei im Einzelfall in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden.</p> <p>Eine belastbare Verifizierung der von der Bürgerinitiative eingereichten Daten war dem Regionalverband auch nach Rückfrage an die Bürgerinitiative und Rücksprache mit den Naturschutzbehörden und -verbänden nicht möglich. Die Daten konnten weder von der unteren Naturschutzbehörde oder den Naturschutzverbänden noch von der Stadt Überlingen oder dem Gutachter der Gemeinde Owingen bestätigt werden. Ein hinreichender fachgutachterlicher Nachweis zum Fundort der Arten bzw. Kotproben oder zum Aufnahmeort der Fotos wurde nicht vorgelegt. Da die Informationen nicht fachgutachterlich verbürgt und auch nicht anderweitig hinreichend qualitätsgesichert sind, entsprechen sie nicht den o.g. Kriterien und werden daher im Rahmen der Abwägung nicht berücksichtigt. Diese Vorgehensweise und Einschätzung wurde mit den Naturschutzbehörden abgestimmt und kann seitens der Unteren und Höheren Naturschutzbehörden nachvollzogen werden.</p> <p>Hinsichtlich des Gutachtens des Büros 363° freiraum + umwelt und dem Umgang mit den genannten Fledermausnachweisen in den Molassekellern sowie der Forderung nach vertiefenden Untersuchungen wird auf die Anlage zur Synopse Der Regionalverband ist bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie auf regionsweit verfügbare Daten ausreichender Qualität angewiesen. Er kann keine Kartierungen etc. durchführen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen generell folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein.</p> <p>Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Zusätzliche belastbare und qualitätsgesicherte Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten von Fledermäusen (Mopsfledermaus, Nymphenfledermaus, Große Bartfledermaus, Großer Abendsegler) außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden im Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag und in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Zum Teil erfolgten Anpassungen bei Abgrenzungen der Vorranggebiete Windenergie (s. Anlage zur Synopse der 1. Offenlage, Teil B.4). Nicht belastbare und qualitätsgesicherte Daten (u.a. nicht älter als 5 Jahre, fachgutachterlich nachgewiesen oder bestätigt) können nicht berücksichtigt werden. Die Bewertung der Daten erfolgt dabei im Einzelfall in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden.</p> <p>Eine belastbare Verifizierung der von der Bürgerinitiative eingereichten Daten war dem Regionalverband auch nach Rückfrage an die Bürgerinitiative und Rücksprache mit den Naturschutzbehörden und -verbänden nicht möglich. Die Daten konnten weder von der unteren Naturschutzbehörde oder den Naturschutzverbänden noch von der Stadt Überlingen oder dem Gutachter der Gemeinde Owingen bestätigt werden. Ein hinreichender fachgutachterlicher Nachweis zum Fundort der Arten bzw. Kotproben oder zum Aufnahmeort der Fotos wurde nicht vorgelegt. Da die Informationen nicht fachgutachterlich verbürgt und auch nicht anderweitig hinreichend qualitätsgesichert sind, entsprechen sie nicht den o.g. Kriterien und werden daher im Rahmen der Abwägung nicht berücksichtigt. Diese Vorgehensweise und Einschätzung wurde mit den Naturschutzbehörden abgestimmt und kann seitens der Unteren und Höheren Naturschutzbehörden nachvollzogen werden.</p> <p>Hinsichtlich des Gutachtens des Büros 363° freiraum + umwelt und dem Umgang mit den genannten Fledermausnachweisen in den Molassekellern sowie der Forderung nach vertiefenden Untersuchungen wird auf die</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anlage zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Ausführungen in den Anlagen zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen.</p> <p>s.a. BE-ID 745 verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Ausführungen in den Anlagen zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen.</p> <p>s.a. BE-ID 745 verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Ausführungen in den Anlagen zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen.</p> <p>s.a. BE-ID 745</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10231	468	<p>Schutzgut Wasser</p> <p>Der hohe Stellenwert des Wassers auf dem Hochbühl</p> <p>Die Wasserschutzgebiete (WSG) mit den WSG-Nummern 435003 (Überlingen-Hödingen), 435029 (ZV-BWV/Stadt Überlingen) und 435140 (Überlingen-Brachenreuthe) werden z.T. berührt von oder grenzen unmittelbar an das Vorranggebiet Hochbühl. Das WSG-Nummer 435108 (Überlingen-Hangwiesen) wird zwar nicht direkt tangiert, aber die südlich abfließenden Oberflächengewässer passieren diese Zone und münden in den Bodensee, der in besonderem Maße der Trinkwasserversorgung des Landes Baden-Württemberg dient.</p> <p>Die entsprechende Wasserschutzzone 3 erstreckt sich vom Hochbühl bis zum gesamten Ufer zwischen Überlingen und Sipplingen.</p> <p>Zum einen weisen wir auf die Gefährdung der Sicherheit der Schutzzonen durch die gesamte Infrastruktur hin, die für den Bau und die Instandhaltung der WKA erforderlich ist.</p> <p>Damit verbunden sind sowohl die massive Bodenversiegelungen und die Bodenverdichtung als auch die Einbringung von Schadstoffen. Zum anderen sind die Schutzzonen, was die Höhe der Anlagen und das große Gefahrenpotenzial durch die Freisetzung von Ewigkeitschemikalien (PFAS), Motoröl und Diesel betrifft, viel zu klein. Je höher die Anlagen und je länger die Rotorblätter sind, desto größer ist der Radius, in dem Schadstoffe verbreitet werden können.</p> <p>Die ausgedehnten Waldgebiete des Hochbühlbergrückens sind ein bedeutendes Grundwasserneubildungsgebiet. Zahlreiche Quellaustritte aus den Hängen, die auch die Oberflächengewässer bilden bzw. speisen, sind von dieser Grundwasserneubildung unmittelbar abhängig.</p> <p>Die Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungsstätte Brachenreuthe mit Internat [Inhalt anonymisiert] , der [Adresse anonymisiert] , der Hof der Familie[Name anonymisiert] in [Ort anonymisiert] und die Kleinsiedlung [Adresse anonymisiert] beziehen ihr Wasser ausschließlich aus eigenen Quellen, die aus diesem Waldgebiet entspringen, ohne Anbindung an die öffentliche</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben.</p> <p>Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Trinkwasserversorgung.</p> <p>Aktuell hat [Adresse anonymisiert] eine Erweiterung der Wasserschutzzone im Zusammenhang mit seinem Agroforstprojekt (von der Stadt Überlingen als förderungswürdig ausgezeichnet) in Planung. Es zielt darauf ab, den Wasserhaushalt zu regulieren, um den Fortbestand der dortigen landwirtschaftlichen Arbeit und damit das Grundauskommen der Familie auch zukünftig zu sichern. Die Quelfassung befindet sich an den folgenden Koordinaten: [Ort anonymisiert] . Die Einrichtung der Wasserschutzzonen um die Quelle ist in Bearbeitung bei der unteren Wasserbehörde im Landratsamt Bodenseekreis.</p> <p>Wir machen Sie hiermit aufmerksam auf die Quelle im Bächleholz: Auf einer älteren Wanderkarte ist eine Quelle an der Position [Ort anonymisiert] vermerkt, siehe Abbildung 3: Wanderkarte von 1999 mit Vermerk Quelle im Bächleholz Diese Stelle befindet sich innerhalb des geplanten Vorranggebietes. Aus dem dazugehörigen kleinen Tal mit seinem Verlauf in Richtung Südosten speist sich die Wasserversorgung des an seinem Ausgang gelegenen Hofes [Ort anonymisiert] . Bei Begehungen konnte dieser Ort klar identifiziert werden, die eigentliche Quelfassung (mit Schacht / Brunnenstube) befindet sich 150m davon entfernt. Von da aus wird das Wasser durch Rohre zum Hof geleitet, wobei sich auf halber Strecke talwärts ein Hochbehälter zur Pufferung befindet.</p> <p>Das ganze Tal ist als Wassereinzugsgebiet für die Wasserversorgung [Ort anonymisiert] anzusehen. Das Wassereinzugsgebiet ist nicht durch ein Wasserschutzgebiet (WSG) gesichert. Das WSG Nr 435003 (Überlingen-Hödingen) grenzt nur an, bzw. ragt mit seiner Zone 3 teilweise in die südöstliche Hangflanke herein. Der Wasserschutz in diesem Tal sollte in der Planung des VRG WEA-435-002 in Zusammenarbeit mit der unteren Wasserbehörde Bodenseekreis Berücksichtigung finden.</p>	<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die großen Grundwasserkörper im Billafinger Tal und im Nesselwanger Tal werden zu einem bedeutenden Teil aus dem Grundwasservorkommen und der Grundwasserneubildung des Höhenzuges versorgt (siehe Abbildung 4: Wasserzuläufe vom Hochbühl-Höhenzug ins Billafinger- und Nesselwanger Tal). Beide Täler wurden deshalb als Grünzüge festgelegt, großflächige Bodenversiegelungen sind untersagt. Ein Antrag auf Bau eines Gewerbegebietes im Billafinger Tal wurde aus diesem Grund in der Vergangenheit abgelehnt.</p> <p>Abbildung 4: Wasserzuläufe vom Hochbühl-Höhenzug ins Billafinger- und Nesselwanger Tal</p> <p>Fazit (Wasser) Aufgrund der von uns dargelegten Sachverhalte zum Thema Wasser weisen wir die von Ihnen getroffene Bewertung des Schutzgutes Wasser im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung mit dem Ergebnis: „keine erkennbar erhebliche Beeinträchtigung“ als fehlerhaft und unzureichend zurück. Eine erneute Evaluierung Ihrerseits sollte erfolgen.</p>		
IV. 10231	470	<p>Kaltluft-Bildungsgebiet Das Waldgebiet zwischen dem „Hochbühl“ und dem „Kaien“ ist auch eine sehr wesentliche Kaltluft Bildungsstätte für alle umliegenden Ortschaften Owingen, Billafingen, Nesselwangen, Hödingen Sipplingen und auch Überlingen. WKA bedingen Bodenaustrocknung und Erwärmung durch großflächige Abholzungen und Oberflächenversiegelungen sowie zusätzlich durch die Luftbewegungen im laufenden Betrieb der Rotorblätter, die wie ein Fächer die kühlere Luft nach oben und die wärmere Luft Richtung Boden ziehen.</p> <p>Negative Auswirkungen aufgrund der Gelände-Charakteristik a) Das Hochbühl-Gebiet hat viele Geländeeinschnitte, es gibt kaum ebene Flächen. Die Mehrheit der einzelnen Anlagen können sehr wahrscheinlich nicht über eine Zuwegung miteinander verbunden werden, ohne den oberen Teil des</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Waldes einzuebnen und damit zu zerstören. Mit hoher Wahrscheinlichkeit müssten mehrere Zuwegungen von der West/Südwest-Seite (Nesselwangen / Drei Linden) her gebaut werden.</p> <p>c) Aufgrund der geologischen Gegebenheiten, der Boden des Hochbühls besteht vorwiegend Molassegestein (siehe Abbildung 5: Molasse Karte (Screenshot aus <a href="https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/geologie/schichtenfolge/tertiaer/molasse">https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/geologie/schichtenfolge/tertiaer/molasse</a>), d.h. aus wenig verfestigten Sedimenten aus dem Abtragungsschutt der Alpen, Mergelsteine und glimmerführende Sandsteine, ist zu erwarten, dass die massiven, tief gegründeten und flächigen Erschließungsstraßen sowie die Windenergieanlagen mit ihrer umgebenden Infrastruktur und dem extrem hohen Gewicht erhebliche Nachteile auf die Grundwasserneubildung und damit auf die Quellaustritte und die Grundwasserkörper in den Tälern zur Folge haben werden.</p> <p>d) Da die Krunaufstellfläche absolut eben sein muss und die Boden­neigung für den Standort der Anlage nur ein Prozent betragen darf, müssten enorme Bodenbewegungen zur Einebnung vorgenommen werden.</p> <p>e) Auf eine Anfrage bei der Unteren Wasserbehörde Bodenseekreis in Bezug auf die Notwendigkeit massiver Eingriffe im Wald für die Zufahrtswege, bekamen wir die</p> <p>Abbildung 5: Molasse Karte (Screenshot aus <a href="https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/geologie/schichtenfolge/tertiaer/molasse">https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/geologie/schichtenfolge/tertiaer/molasse</a>)  Abbildung 5: Molasse Karte (Screenshot aus <a href="https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/geologie/schichtenfolge/tertiaer/molasse">https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/geologie/schichtenfolge/tertiaer/molasse</a>)</p> <p>verharmlosende und unqualifizierte Antwort, dass das Gebiet Hochbühl schon durch mehrere Hauptabfuhrwege für die Abfuhr von Holz mit 40-Tonnern erschlossen sei.</p> <p>In der Sendung der Tagesschau 11/2023 wurde hingegen berichtet, (<a href="https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/windkraft-transport-100.html">https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/windkraft-transport-100.html</a>), dass ein Schwerlasttransporter für ein 68m langes Rotorblatt 168</p>	<p>bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Tonnen wiegt, also mehr als das 4-fache!</p> <p>Unter <a href="https://www.wind-energie.de/themen/anlagentechnik/montage-und-errichtung/transport/">https://www.wind-energie.de/themen/anlagentechnik/montage-und-errichtung/transport/</a> ist zu lesen: „...Die Gondel wird in der Regel in der Fertigungshalle vormontiert und komplett auf einem LKW transportiert. Das Hauptproblem beim Transport einer Maschinengondel ist vor allem das Gondelgewicht. ... Die Gondel (zusammen mit Rotor) einer 2 MW getriebelosen Windenergieanlage wiegt beispielsweise 109 Tonnen“ (Hervorhebung durch den Verfasser). Wobei anzumerken ist, dass das Gewicht des Schwerlasttransporters noch hinzukommt. Außerdem ist am Hochbühl mit Anlagen mit deutlich mehr als 2 MW zu rechnen.</p> <p>Wir sehen eine große Gefährdung des Schutzgutes Wasser, dass durch die o.g. enormen Eingriffe durch Bau und Betrieb von WKA die Grundwasserneubildung auf dem Hochbühlrücken mit seinen Besonderheiten, was dessen Gelände und Beschaffenheit betrifft, und in Folge der Grundwassereintrag in die Speicher großen Schaden nehmen könnte. Dies wiederum könnte aufgrund der zu erwartenden zukünftigen Wasserknappheit folgenschwere Konsequenzen für die Menschen, Tiere und die Landwirtschaft am Hochbühl haben</p> <p>Schadstoffeintrag ins Grundwasser und landwirtschaftliche Flächen</p> <p>Alle Bodenflächen, die den Hochbühlhöhenzug umgeben, werden landwirtschaftlich sei es konventionell als auch biologisch genutzt. Besonders problematisch ist hier der Schadstoffeintrag durch Feinstaub und PFAS:</p> <p>a) Für diese weit verbreiteten Ewigkeitschemikalen (PFAS) wird in der EU ein Verbot vorbereitet. Frankreich ist dem zuvorgekommen und hat dieses Verbot bereits durchgesetzt ( <a href="https://www.kft.de/news/frankreich-greift-eu-regelung-vor-und-verabschiedet-pfas-gesetz/">https://www.kft.de/news/frankreich-greift-eu-regelung-vor-und-verabschiedet-pfas-gesetz/</a> )</p> <p>b) In <a href="https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/pfas-chemikalien-koste">https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/pfas-chemikalien-koste</a></p>	<p>zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>n-100.html  ist zu lesen: „... Die Reinigung des Grundwassers von PFAS ist eine Generationenaufgabe... Schon jetzt ist klar: Es ist immens teuer, die Umwelt von einmal entwichenen PFAS zu reinigen...“  PFAS werden auch aus erodierenden Rotorblättern freigesetzt. Darunter fällt auch das lungengängige, krebserregende Bisphenol A. Selbst geringe Mengen können Leber, Stoffwechsel, Immunsystem sowie die Gehirnentwicklung von Kindern schwer schädigen.  Da diese Erosionen bisher technisch nicht verhindert werden können, wurde im März 2025 in Frankreich ein Gesetz verabschiedet, das die Genehmigungen für das Bauen von Windrädern an Land für ungültig erklärt ( <a href="https://blackout-news.de/aktuelles/windkraft-in-der-krise-franzoesische-s-gericht-kippt-genehmigungen/">https://blackout-news.de/aktuelles/windkraft-in-der-krise-franzoesische-s-gericht-kippt-genehmigungen/</a> ).</p> <p>Hier übernimmt der Staat seine Verantwortung nicht!  Auf eine Anfrage eines Bürgers an das Bundesumweltamt vom 19.3.2024 bzgl. Untersuchungen im Boden und Trinkwasser in Nähe zu Windkraftanlagen auf Bisphenol A und lungengängige Polycarbonfasern gab es die Antwort: „...Abrieb an Rotorblättern von Windkraftanlagen ist unstrittig...zu dem Abrieb im normalen Betrieb liegen keine Daten vor...“ ( <a href="https://fragdenstaat.de/anfrage/schadstoffe-im-abrieb-von-rotorblaettern-bei-windkraftanlagen/">https://fragdenstaat.de/anfrage/schadstoffe-im-abrieb-von-rotorblaettern-bei-windkraftanlagen/</a> )</p> <p>c) Eine durchschnittliche Windkraftanlage enthält im Maschinenhaus ca. 1200 Liter Getriebeöl, 600 Liter Kühlflüssigkeit und 250 Liter Hydrauliköl. Die Gefahrstoffe können bei einem Unfall oder einer Betriebsstörung den Waldboden kontaminieren, in Oberflächengewässer gelangen und über das Erdreich zu schweren Grundwasserverunreinigungen führen.</p> <p>d) Die Nähe zur Bodenseewasserversorgung wird nicht einmal erwähnt.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Da der Staat seine Verantwortung im Sinne der Daseins- und Gesundheitsvorsorge und des Umweltschutzes nicht übernimmt, müssen wir dies selbst tun und fordern, dass in evtl. zukünftigen Verträgen im Genehmigungsverfahren festgeschrieben wird, dass für Schäden durch PFAS und sonstige Gefahrenstoffe im Grundwasser und auf landwirtschaftlichen Flächen vom Betreiber bzw. im Fall einer Insolvenz vom Verpächter des Grundstückes gehaftet werden muss.</p> <p>Vorsorgeabstände deutlich zu klein  In den tabellarischen Aufstellungen des Regionalverbandes werden Ausschlusskriterien genannt, die nur die hochrangigsten Schutzgebiete betreffen. Für weitere bisher geltende Ausschlussgründe von gesetzlichen Natur- und Umweltschutzgütern werden sehr erhebliche Konflikte festgestellt, die aber nicht zum Ausschluss der Windenergie führen. Bedenklich erscheinen vor allem Überlagerungen mit Wasserschutzzonen (Zone II), Wasserschutzwäldern, Quellschutzgebieten und Gebieten mit hoher Grundwasserneubildung. Die Funktionen, die diese Bereiche für die erforderliche Klimaanpassung ausüben, werden erheblich gestört (Wasserversorgung, -rückhaltung, -retention). Die als „sehr erhebliche Konflikte“ benannten Vorsorgeabstände von 100 bis 200 Metern zu NSG, WSG I, Fließgewässern 1. Ordnung sind überholt, da sie auf Regelungen aus der Zeit zurückgreifen, als WKA eine Gesamthöhe von 120 bis 150 Meter aufwiesen. Es ist ein Abstand zu fordern, der mindestens der Kipphöhe entspricht, und zwar hinsichtlich der zu erwartenden Größenentwicklung im Geltungszeitraum des Regionalplans. Es sollten zusätzlich Puffer für abbrechende und weggeschleuderte Teile berücksichtigt werden. Dies entspräche Vorsorgeabständen von 400 bis 500 Metern. Diese ausführlich beschriebenen und belegten Probleme im Zusammenhang mit der Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Hochbühl wurden auch im</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2. Planentwurf nicht berücksichtigt. Daher ist der Planentwurf unsachgemäß, unvollständig und somit als fehlerhaft zurückzuweisen.</p> <p>Schutz unseres Trinkwassers Der Schutz unseres Trinkwassers sowie des Brauchwassers für die Landwirtschaft hat für die Daseinsvorsorge mindestens den gleichen Stellenwert - das gleiche überragende öffentliche Interesse - wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien! Deshalb fordern wir, dass in eventuellen zukünftigen Genehmigungsverfahren alle von uns genannten Gefahren benannt und die Haftungsfragen eindeutig beantwortet werden sowie vor Beginn jeglichen Eingriffes in das Ökosystem Hochbühl-Höhenzug ein differenziertes hydrogeologisches Gutachten, eine Abklärung und Bekanntgabe der notwendigen Eingriffe in Bezug auf notwendige Abholzungen, Einebnungen sowie der Planung der Zufahrtswege bereitgestellt werden.</p>		
IV. 10231	471	<p>b) Die Zuwegungen sind schwierig, vielerorts sind kleine oberflächliche Fließgewässer vorhanden, deren Wasserführung über Rohre umgeleitet werden müsste.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Kenntnisnahme
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10232	599	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>die Vorrangfläche für Windenergie wurde verkleinert. Aus meiner Sicht bleibt der Konflikt der Überforderung sowie Überbelastung der Raumschaft bestehen. Die Gemeinde Wald ist stark belastet mit Emissionen aus Kiesabbau, Monokulturen verursacht durch 4 Biogasanlagen auf dem Gemeindegebiet, weiteren Biogasanlagenbetreibern, die Flächen auf dem Gemeindegebiet betreiben sowie intensiver Landwirtschaft durch Großbetriebe ebenfalls auf dem Gemeindebetrieb. Die Lärm, Staub- und</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zum Thema "Schutzgut Mensch: Gesundheitsgefahr durch kumulative Lärmbelastungen / Reflektion von Schall, Kumulation mit Lärm von Straße, Luftverkehr, Gewerbe/ Industrie, Biogasanlage etc." in der Anlage B1 zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen und es wird auf die Abwägung zum Thema "Kritik an Kumulation mit Rohstoffabbau" in der Anlage B4 zur Synopse der 1. Offenlage zum in der Anregung genannten Vorranggebiet verwiesen.</p> <p>Bau-, anlagen- und betriebsbedingte Auswirkungen,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Geruchsbelästigungen durch die bereits existierenden Anlagen sind in allen Teilorten erheblich und übersteigen teilweise das zumutbare und gesetzliche Höchstmaß. Dauerbrummen Tag und Nacht ist bereits jetzt an den Standorten mit den Blockheizkraftwerken zur Wärmegewinnung durch Stromproduktion vorhanden.</p> <p>Zusätzlich hat die Firma [Name anonymisiert] die Genehmigung erhalten, das verbleibende Förderpotenzial des ehemaligen Erdölfeld Pfullendorf-Ostrach zu untersuchen.</p> <p>In der nächsten Zeit wird die Hochspannungsleitung erneuert. Dabei werden neue Masten mit einer Höhe von 65 Metern errichtet. Auch diese Leitung geht durch das Gemeindegebiet.</p> <p>Bereits vor Jahren wurde in der Gemeinde das Mehrfache an Strom produziert als verbraucht. Seit damals hat ein erheblicher Zubau an Photovoltaikanlagen sowie Erhöhung der Biomasseproduktion stattgefunden.</p> <p>Bitte prüfen Sie auch mit Blick auf die bereits bestehende überdurchschnittliche Belastung der Gemeinde, das Vorranggebiet zu streichen oder zumindest wesentlich zu verkleinern und die Abstände zur Bebauung zu vergrößern.</p> <p>Besten Dank für Ihre Bemühungen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p>insbesondere Lärmimmissionen - sind auf der Zulassungsebene standort- und anlagenbezogen zu prüfen und ggf. im Rahmen der Genehmigung zu regeln. Dies betrifft auch kumulative Auswirkungen bzw. Vorbelastungen aufgrund des Rohstoffabbaus, der Landwirtschaft und des Gewerbes etc.. Von der Regionalplanebene aus betrachtet, stehen die genannten möglichen Beeinträchtigungen einer Festlegung des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie auf Regionalplanebene und damit der Planumsetzung nicht unvereinbar entgegen.</p> <p>Es wird zudem auf die Ausführungen zu Strombedarf der Stadt / Gemeinde oder eines Teilraums ist bereits durch eigenerzeugten Strom aus erneuerbaren Energien gedeckt, Stadt oder Gemeinde produziert bereits mehr Strom aus erneuerbaren Energien als dort benötigt wird, Hinweis auf (bereits genutzte) Potenziale erneuerbarer Energiequellen in Gemeinde oder Teilräumen der Region oder generell in der Anlage A zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Ausführungen zur Hochspannungsleitung werden zur Kenntnis genommen, führen aber nicht zu einer unzumutbaren kumulativen Belastung.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10233	309	<p>ich bin gegen den Bau von Windrädern im Diepoldshofener Wald.</p> <p>Die wichtigsten Kritikpunkte:</p> <p>Abholung des Waldes für Windräder -&gt; das geht gar nicht!</p> <p>Mit dem Wind werden ungesunde Micropartikel und SF6 Gas über weite Kilometer verteilt. Der Boden trocknet aus.</p> <p>Eingriff in das Landschaftsbild.</p> <p>Gefährdung von Vögeln und Fledermäusen.</p> <p>Lärmbelästigung. Infraschall</p> <p>Beeinträchtigung der Gesundheit. Schlafstörungen, Kopfschmerzen oder Unwohlsein in der Nähe von Windkraftanlagen.</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.1 und B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen. Diese Abwägung gilt weiterhin.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) (Entwurf zum Satzunbeschluss) zu beachten.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Flächenverbrauch.		
		Erhebliche Eingriffe in die Natur.		
		Bielen Dank für Ihr Verständnis.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10234	284	<p>Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Regionalplans hier: Hoßkirch-Ostrach, WEA 437-002</p> <p>vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.</p> <p>Wir bitten darum, die kurzfristig erfolgte Streichung des östlichen Teilbereichs des o.g. Vorranggebiets zurückzunehmen, jedenfalls den Teil davon, der auf Ostracher Gebiet lag. Der aktuelle Zuschnitt verhindert die Genehmigung einer WEA, die wir dort planen. Wir haben am 20.12.2024 einen Antrag auf Erteilung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheids für die Themen Schall und Schattenwurf für drei WEA beim LRA Sigmaringen eingereicht. Das LRA hat am 31.01.2025 die Vollständigkeit des Antrags bestätigt. Zwischenzeitlich haben wir am 29.04.2025 den Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung eingereicht und in diesem Zuge den o.g. Vorbescheidsantrag zurückgenommen. Aufgrund der vorhandenen naturschutzfachlichen Untersuchungsergebnisse aus dem WP Hoßkirch können wir einen „regulären“ Antrag mit UVP-Vorprüfung und spezieller artenschutzrechtlicher Prüfung einreichen, der bereits vor Erreichen der Rechtswirksamkeit der Regionalplanteilfortschreibung genehmigt werden könnte, soweit nach § 245e BauGB die Planreife vorliegt. Das wäre nach derzeitigem Stand - Ostrach hat einen FNP mit Ausschlusswirkung - nur für zwei der drei WEA der Fall, die innerhalb des Entwurfs der zweiten Anhörung liegen. Die dritte WEA liegt in dem Bereich, der bis einschließlich der Sitzung des Planungsausschusses als Entwurf vorgesehen und Gegenstand der ersten Anhörung war. Wir sehen keinen nachvollziehbaren Grund, die Teilfläche zu streichen. Unser Zeitplan sah vor, dass das LRA Sigmaringen die Genehmigung bis zum 02.10.2025 erteilt, damit wir mit dem Projekt an der</p>	<p>Die in der Anregung genannten Flächen werden aufgrund des folgenden Belangs nicht als Vorranggebiet Windenergie festgelegt:</p> <p>- bereits hohe örtliche Belastung dieses Teilraums der Region</p> <p>Von einer Erweiterung des Vorranggebiets wird daher abgesehen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>EEG-Ausschreibung am 03.11.2025 teilnehmen können. Dafür ist erforderlich, dass die Genehmigung vier Wochen vorher erteilt ist. Wenn die Regionalversammlung Ende September das Gebiet im erforderlichen Umfang beschließt, kann die Genehmigung für alle Standorte aufgrund der Planreife rechtzeitig erteilt werden.</p> <p>Aus unserer Sicht bestehen gegen die Wiederaufnahme der im ersten Anhörungsentwurf enthaltenen Teilfläche keine rechtlichen Bedenken.</p> <p>§ 9 Abs. 3 ROG lautet:</p> <p>„Wird der Planentwurf nach Durchführung der Verfahrensschritte nach Absatz 2 dergestalt geändert, dass dies zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen führt, so ist der geänderte Teil erneut im Internet zu veröffentlichen; in Bezug auf die Änderung ist erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Dauer der Veröffentlichung und die Frist zur Stellungnahme können angemessen verkürzt werden. Die Beteiligung nach Satz 1 soll auf die von der Änderung erstmalig oder stärker in ihren Belangen berührte Öffentlichkeit sowie auf die von der Änderung erstmalig oder stärker in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen beschränkt werden, wenn durch die Änderung des Planentwurfs die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Absatz 2 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend.“</p> <p>Ein solcher Sachverhalt liegt hier nicht vor. Das Gebiet war bereits Gegenstand einer vollständigen ersten Anhörung, bei der alle Träger öffentlicher Belange und private Betroffene umfänglich Gelegenheit zur Stellungnahme hatten. Es würde sich bei der Wiederaufnahme nicht um eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen handeln. Sämtliche inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Projektgebiet konnte bereits stattfinden. Deshalb wäre auch bei der Wiederaufnahme des östlichen Teilgebiets keine dritte Anhörung erforderlich.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Anlagen:</p> <p>Lageplan aus dem Genehmigungsantrag</p> <p>Übersichtsplan</p> <p>Koordinaten der geplanten WEA</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10236	602	<p>Ich bin Waldbesitzerin und war schockiert über die Vorgehensweise in der letzten Sitzung. Ein Nein oder Bedenken zur Windenergieanlage durfte nicht erwähnt bzw. geäußert werden. Außerdem wurde sogar gedroht derjenige der gegen die Windenergieanlage sei, werde einfach ausgeschlossen die Anlage sei so gut wie beschlossen. Dass Windenergieanlagen auch gesundheitliche Risiken und umwelttechnisch bedenklich sind wurde völlig außer Acht gelassen. Schon in Bezug hierzu finde ich es unverantwortlich einen Wald der die Lunge der Erde ist einfach aus Profitgier abzuholen. Ich finde es auch nicht tragbar, dass alles bisherige unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen wurde.</p> <p>Schließlich geht die Natur uns alle an egal ob ich ein Waldgrundstücksbesitzer bin oder ein Dorfbewohner.</p> <p>Ich spreche mich ganz klar und deutlich gegen die Windenergieanlage im Diepoldshoferwald aus und werde auch von meinem Recht Gebrauch machen mein Grundstück zu schützen.</p> <p>[Name anonymisiert]</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Fragen zum Umgang mit Grundstückseigentümern sind nicht Gegenstand des Verfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.</p> <p>Eigentumsverhältnisse stellen kein Kriterium bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Teilregionalplan Energie dar.</p> <p>Zur Behauptung, alles würde unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden: Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. Der RVBO hat die Öffentlichkeit entsprechend der rechtlichen Vorgaben am Planungsprozess beteiligt und sogar darüber hinaus informiert. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil A verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10236	1237	<p>Der Diepoldshoferwald hat für uns auch einen geschichtlichen Zusammenhang, den ich finde den man nicht außer Acht lassen darf, schließlich sind dort junge Menschen begraben.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10237	601	<p>Es betrifft beide Standorte. [Ort anonymisiert]</p> <p>Punkt 1: keine Information bis jetzt über die Größe und Anzahl der WKAs. Infos nur an die Besitzer der Grundstücke. Wenige profitieren, viele haben die Last (auch wir) Erfahren das es 4 WKAs mit einer Höhe von über 280 m geben soll.</p> <p>Punkt 2: Größe der Anlage über 280m - Durch das, dass die Anlage im Süden von Bauhofen steht wird es mindestens das halbe Jahr lang einen Schattenwurf geben.</p> <p>Punkt 3: Windräder verursachen Infraschall. Abstand zu gering.</p> <p>Punkt 4: Zufahrt zu den Standorten ist nicht möglich ohne Ausbau.</p> <p>Punkt 7: Für die Ableitung der Energie nach Leutkirch muss bei dieser Dimension eine Hochspannungstrasse zusätzlich gebaut werden. Wieder ein Einschnitt in die Natur.</p> <p>Punkt 10: Standfestigkeit fragwürdig, da Untergrund teilweise moorig und kiesig</p> <p>Punkt 11: Lärmlast schon durch Gewerbe in der Nähe (Fa. Zollikofer)</p> <p>Punkt 12: geplanter Sonderhubschrauberlandeplatz in der Nähe.(wieder Lärm)</p> <p>Punkt 13: jetzt schon im Start- und Landebereich des Flughafen Memmingen. (Lärm)</p> <p>Punkt 14: Störendes Blinken der Schutzleuchten an den WKAs [Name anonymisiert]</p>	<p>Zum Punkt 13: Belange des zivilen Luftverkehrs wurden im Verfahren angemessen berücksichtigt. Das Erfordernis, das VRG Windenergie in seiner Abgrenzung zu reduzieren oder zu streichen, ergibt sich dadurch nicht. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Zu allen anderen Punkten inkl. kumulativen Lärmbelästigungen: Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10237	1238	Punkt 5: Teilweise Bereich von Wasserschutzgebiet - Durch Abplatzungen der Flügel wird die Umgebung und Untergrund verschmutzt.	Bezüglich Grundwasserschutz im VRG 436-030 wird auf die Abwägung zur BE ID 427 verwiesen.	Keine Berücksichtigung
IV. 10237	1239	Punkt 8: regelmässige Übungsstrecke der Bundeswehr. Hubschrauber aus Laupheim fliegen dort oft [Inhalt anonymisiert]	Der RVBO hat sich bei der Erarbeitung des Teilregionalplans Energie umfangreich mit der Bundeswehr abgestimmt. Die Bundeswehr trägt die Festlegung des Vorranggebiets Windenergie mit. Es wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.580 verwiesen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10237	1240	Punkt 9: Es gibt hier auch eine Rotmilanpopulation und Mäusebussards.	<p>die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunktorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht).</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10237	1241	Punkt 6: Grenzbebauung geplant zu Grundstücken, die nicht mehr den Abstand zur Wohnbebauung hat.	<p>Im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie werden wohngenutzte Gebäude und Bauflächen/-gebiete im Flächennutzungsplan bzw. im Flächennutzungsplanverfahren befindliche Bauflächen/-gebiete mit Vorsorgeabständen als Ausschluss- und Konfliktkriterien festgelegt. Im Flächennutzungsplan ist gem. § 5 Abs. 1 BauGB für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen. Insofern berücksichtigt der Regionalverband in seinem Planungskonzept die beabsichtigte künftige Entwicklung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10237	1242	Gefahr von Schäden an KFZs - die dort durch den Windpark fahren.	<p>der Gemeinden. Informelle Planungen zu Entwicklungsflächen können gem. Kriterienkatalog keine Berücksichtigung finden.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10239	605	<p>Stellungnahme zur Fortschreibung des Teilregionalplans Energie Bodensee-Oberschwaben geplantes Vorranggebiet WEA-436-013 - In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd</p> <p>hiermit spreche ich mich entschieden dafür aus, den Standort „In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd“ aus der Planung potenzieller Vorrangflächen für Windkraftanlagen zu entfernen.</p> <p>Meine Begründung lautet wie folgt:</p> <p>Der genannte Standort grenzt unmittelbar an das FFH-Gebiet Taufach-Fetzach-Moos und liegt zentral im Schutzgebietskomplex „Feuchtgebietekomplex nördlich von Isny“. Umgeben von zahlreichen weiteren Naturschutz- und FFH-Gebieten, kommt ihm eine zentrale Rolle in der ökologischen Vernetzung dieser Schutzareale zu. Der Bau von Windkraftanlagen an diesem Ort birgt das Risiko gravierender Beeinträchtigungen für diese ökologisch wertvollen Gebiete.</p> <p>Die Fläche liegt eingebettet zwischen Moorlandschaften und sensiblen Waldbiotopen. Angrenzend befindet sich das Wiedervernässungsgebiet Winnismoos, dessen Erweiterungsfläche direkt an den Standort ragt. Ein Windkraftausbau widerspricht klar der Moorschutzstrategie des Landes Baden-Württemberg und gefährdet die dortigen Wiedervernässungsmaßnahmen.</p>	<p>Zur Überlagerung des VRG Windenergie mit Waldbiotopen: Dieser Sachverhalt wurde zur 2. Offenlage nochmals geprüft und mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Die Überlagerung des VRG Windenergie mit dem Waldbiotop ist kleiner als 0,5 ha und liegt damit in der planerischen Unschärfe. Im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurden Waldbiotope ab einer Größe von 2 ha betrachtet, in der Strategischen Umweltprüfung ab 0,5 ha. Zur Begründung wird auf die Planunterlagen (Erläuterung Kriterien Anlage zur Begründung, Umweltbericht zur 2. Offenlage) verwiesen. Eine Änderung der Abgrenzung des VRG Windenergie ist daher nicht erforderlich.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Bezüglich Wiedervernässung Winnismoos: Dieser Sachverhalt wurde im Zuge der Abwägung der Stellungnahmen nochmals intensiv geprüft. Hierfür</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Darüber hinaus verläuft über das Gebiet eine bedeutende Zugroute für europäische Vogelarten. Der Standort dient zahlreichen Zugvögeln als Rastplatz. Da sich viele von ihnen in Flughöhen zwischen 100 und 300 Metern bewegen – also genau im Bereich der Rotoren – stellen Windkraftanlagen hier eine ernsthafte Gefährdung dar.</p> <p>Zudem handelt es sich um ein noch intaktes Waldgebiet – ein heute seltenes Gut. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen würde Rodungsmaßnahmen in erheblichem Umfang nach sich ziehen, inklusive Zuwegungen und Fundamentierungen. Der ökologische Wert eines über Jahrzehnte gewachsenen Waldes ist durch Aufforstung nicht kurzfristig wiederherstellbar. Hinzu kommt, dass der Betrieb der Anlagen durch zusätzliche Wärmeentwicklung zur Austrocknung der empfindlichen Moor- und Waldböden führen kann. In unmittelbarer Nähe zum Taufach-/Fetzachmoos, einem geschützten Feuchtgebiet, könnten auch die durch Rotoren entstehenden Wirbelschleppen erhebliche Eingriffe in die Natur verursachen. Studien belegen, dass diese Turbulenzen zur Austrocknung des Bodens beitragen und damit Flora und Fauna erheblich schädigen können. Erst kürzlich wurden hier Schutzmaßnahmen für den vom Aussterben bedrohten Hochmoor-Gelbling umgesetzt, dessen letzter Lebensraum dieses Gebiet ist. Insofern wäre eine Bebauung mit Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe als klar unverantwortlich zu bewerten.</p> <p>In den letzten Jahren wurde im Umfeld des Standortes ein Dichtezentrum des Rotmilans festgestellt. Darüber hinaus sind Brutplätze des Wespenbussards sowie Vorkommen des Schwarzstorchs und weiterer gefährdeter Vogelarten dokumentiert. Auch seltene Fledermausarten mit besonderem Schutzstatus – darunter die Mopsfledermaus, der große Abendsegler, die große Bartfledermaus, die Fransenfledermaus und der kleine Abendsegler – wurden nachgewiesen.</p> <p>Ein weiterer Aspekt betrifft die Materialbelastung durch die Anlagen selbst: Die Rotorblätter bestehen aus Glas- oder Carbonfaserverbundstoffen, die als gesundheitsschädlich und krebserregend gelten. Diese Materialien sind biologisch nicht abbaubar. Pro Anlage entsteht jährlich ein Abrieb von 50 bis 90 Kilogramm. Hochgerechnet auf drei Anlagen über eine Laufzeit von 20 Jahren würden so mehr als drei Tonnen dieser problematischen Stoffe in Form von Mikropartikeln auf Waldböden niederschlagen und über Regenwasser in das Grundwasser gelangen. Solche Auswirkungen auf Böden, Moore und angrenzende Schutzgebiete sind aus meiner Sicht nicht hinnehmbar.</p>	<p>wurde Kontakt zu „Naturvielfalt Westallgäu“ aufgenommen. Im Ergebnis überlagern sich die geplanten bzw. angedachten Wiedervernässungsflächen nicht oder nur sehr geringfügig mit dem VRG Windenergie. Im Umweltbericht wurden Umweltauswirkungen ab einer Flächengröße von 0,5 ha betrachtet, im Kriterienkatalog i.d.R. ab 2 ha (genauere Erläuterungen s. Planunterlagen). Die Überlagerungen des VRG Windenergie mit den geplanten bzw. angedachten Wiedervernässungsflächen sind deutlich kleiner als 0,5 ha. Die Überlagerungen liegen damit im Bereich der planerischen Unschärfe und werden auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunktverhalten Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht).</p> <p>Die eingereichten Unterlagen wurden gesichtet und im Hinblick auf die Relevanz auf der vorliegenden Planungsebene geprüft.</p> <p>Die Regionalplanung ist auf systematisch erhobene, regionsweit verfügbare Datengrundlagen angewiesen. Um die Regionalverbände zu unterstützen, wurde im Rahmen der „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Land“ ein „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung“ im Hinblick auf Planungen für Windenergie erarbeitet. Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nach meinem Verständnis steht auch das kürzlich verabschiedete EU-Renaturierungsgesetz dem Bau von Windkraftanlagen an Standorten entgegen, deren naturschutzfachlicher Zustand durch solche Maßnahmen verschlechtert würde.</p> <p>Ich fordere Sie daher erneut auf, den Standort „In den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd“ aus der Liste möglicher Vorranggebiete für Windkraftanlagen zu streichen.</p>	<p>Schwerpunktorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.</p> <p>In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standor-ten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Der Fachbeitrag betrachtet bei den nach den bestehenden Landeshinweisen und nach dem Bundesnaturschutzgesetz</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>(BNatSchG) windenergiesensiblen Vogelarten ausschließlich den Brutzeitaspekt. Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln u. a. mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen sowie Zugkonzentrationskorridore von Vögeln wurden vom Fachbeitrag nicht umfasst. Ein Zugkonzentrationskorridor ist anzunehmen, wenn über mehrere Jahre bestätigte Verdichtungsräume des Vogelzuges vorliegen oder ein nachvollziehbar begründeter Verdacht auf einen Verdichtungsraum besteht. Betrachtungsrelevant sind regional oder überregional bedeutende Zugkonzentrationskorridore, bei denen Windenergieanlagen zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können. Die Naturschutzbehörden haben den Planungsträgern in einigen Fällen Daten zu Rast- und Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen oder Zugkonzentrationskorridoren zur Verfügung gestellt. Diese Daten wurden zusätzlich zum Fachbeitrag in die Planungen eingestellt. Die Relevanz dieser Informationen wurden vom Planungsträger in Abstimmung mit den Fachbehörden geprüft.</p> <p>Die vier Fledermaus-Arten, für die in der Region Bodensee-Oberschwaben FFH-Lebens-stätten festgelegt wurden, sind laut Hinweispapier der LUBW74 (s. Anlage 3, Tabelle U 44) jedoch nicht kollisionsgefährdet. Hinweise von Sonderstatusarten außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden mit in die BEwertung aufgenommen, ebenso wie die auf Grund vonNaturschutzbehörden und -verbänden festgelegten Fledermauskorridore.</p> <p>Zudem wurden die Betroffenheiten von Fledermaus-Lebensstätten durch die geplanten Vorranggebiete Windenergie im Bereich von 500 Metern Abstand zu den FFH-Gebieten geprüft. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen. Trotz leicht veränderter Abgrenzung ist diese Abwägung auch für den neuen Gebietszuschnitt des Vorranggebiets Windenergie gültig.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse insbesondere zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-013) zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Prüfung) zu beachten.	
			Im Zuge der Überarbeitung des Planentwurfs nach der 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie und der Abwägung der dort eingegangenen Stellungnahmen wurde das Vorranggebiet Windenergie Beurener Berg aus den in der Anlage zur Synopse näher beschriebenen Gründen gestrichen (Kumulation arten- und naturschutzfachlicher Konflikte, v.a. Betroffenheit Sonderstatusarten und Feuchtgebiete i.V.m. geringer Flächengröße).	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10242	608	<p>Regionalverband Bodensee-Oberschwaben [Adresse anonymisiert] Leibertingen den 09.05.2025</p> <p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorbehaltsgebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof ; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung: Konflikte mit Landwirtschaft und Forstwirtschaft Bei der ausgewiesenen Windvorrangfläche [WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen] und der ausgewiesenen vorbehaltsgebieten für PV-Nutzung FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof ; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental handelt es sich um wertvolle land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Flächen. Eine Bebauung würde bestehende Nutzungen erheblich einschränken ja sogar unmöglich machen.</p> <p>Wenn immer noch mehr Landwirtschaftliche Flächen für PV Anlagen genutzt werden ist es für den Landwirt immer noch schwieriger Lebensmittel wirtschaftlich anzubauen. Die Pachtpreise werden damit immer weiter nach oben gehen. Somit wird das Bauernsterben deutlich beschleunigt. Gemäß § 1 Abs. 5 und 6 BauGB ist der Landwirtschaft Vorrang</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>einzuräumen, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der PV Fläche, sowie die Zurücknahme der Flächenvergrößerung der Windvorrangfläche gegenüber den bestehenden FNP's.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[Name anonymisiert]</p>	<p>Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10243	230	<p>Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, das ich gegen den Bau der Windkraftanlage im Diepoldshofer Wald bin.</p> <p>Es zerstört das Landschaftsbild, den Wald als grüne Lunge durch das abholzen der Bäume und umfangreichen Wegebau.</p> <p>Als Lebensmittelproduzent (Milchvieh) wird durch den Abrieb der Rotorblätter meine Existenz, um gesunde Lebensmittel zu</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	---	--	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>produzieren, zerstört. Die Gesundheit des Menschen und meiner Tiere sowie das Wild ist in Gefahr. Das Wasser als Grundlage allen Lebens wird verunreinigt.</p> <p>Windenergie wird so hoch gelobt, aber es ist traurig, wenn die Öffentlichkeit und umliegende Anwohner nicht informiert und nur vor vollendete Tatsachen gestellt werden, somit muss Windkraft doch nicht die heile Welt sein.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10244	227	<p>Lastverteilung:</p> <p>Im Gebiet des RVBO gibt es bessere Flächen für Windräder, aber da wird nichts angerührt. Ist auch verständlich, RV und FN haben eine wesentlich bessere Wirtschaftskraft als SIG, dann sollen die auch mal was abbekommen...</p> <p>Passt aber auch nicht zum Artikel 3 GG...</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10244	228	<p>Natur und Umwelt:</p> <p>Windräder sind ein extremer Eingriff in die Natur. Große Flächen werden gerodet und der Wald wird dadurch sehr anfällig. Windbruch wird verstärkt anfallen und die Flächen trocknen aus. Auf die so lange geschützten Rotmilane und auch andere Vogelarten wird keine Rücksicht mehr genommen.</p> <p>Das hat mit Umwelt- und Naturschutz nicht mehr zu tun, es ist Zerstörung.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10244	229	<p>Ewigkeitsgifte:</p> <p>Die Rotorblätter haben auf die Dauer von 20 Jahren einen erheblichen Abrieb der in den Bereich von Tonnen geht. Leider hat die hochgelobte Technik auch seine Tücken und durch die Verbundwerkstoffe sind dies die sogenannten Ewigkeitsgifte. Und was daran soll bitte umweltfreundlich und nachhaltig sein? Es ist Gift für die Umwelt das wie der Begriff schon sagt ewig, zumindest eine ewig lange Zeit im Boden verbleibt, weil das Gift in einem natürlichen Prozess nicht abgebaut werden kann.</p> <p>Vielen Dank an alle Politiker und Umsetzer dieser Politik. Nur seltsam, dass es keinen Atlas gibt der die Wohnsitze der Politiker und Standorte der Windräder listet. Die sind wohl alle in sicherem Abstand...</p> <p>Amtseid: ....dem Wohle des deutschen Volkes...</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10244	232	<p>Der CO2 Anteil in der Luft beträgt 0,04 % und daraus wird in Deutschland entschieden die Welt zu retten. Das ist nicht möglich. Und aus diesem Grund wird eine Energiewende angezettelt, die für die Umwelt gerade das Gegenteil bringt.</p> <p>Dies alles ist eine Lüge. Die grünen Energien sind nicht umweltfreundlich. Für die Flügel eines Windrades werden die Regenwälder abgeholzt. Die Entsorgung ist nicht gelöst, sie werden eingegraben. Enorme Mengen an Rohstoffen verbraucht und die Fundamente nicht zurück gebaut. Es hat zumindest mal eine Satzung Naturpark Obere Donau gegeben, vielleicht gibt es die noch immer, die sowas nicht zulässt. Aber sowas gilt wohl nur im privaten Bereich.</p> <p>Wenn sich so gut wie alle Länder um und herum neue AKWs bauen und andere Technologien nutzen, und die Windkraft verbieten, ist Deutschland sehr wahrscheinlich das einzige Land, das auf dem</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>richtigen Weg ist. Das Gegenteil ist der Fall.</p> <p>Wir hatten eine recht gute Energie Infrastruktur, leider wurde diese von den Politikern ohne echte Alternativen kaputt gemacht, und dann werden Notstandsgesetze erlassen um die verheerende Energiewende durchzusetzen.</p> <p>Dies ist kein Volkes Wille und kein Wählerauftrag, also nicht legitim. Und schon gar nicht mit einer Eidesformel z.B. des Bundeskanzlers konform.</p>	<p>Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10244	609	<p>Wirtschaftlichkeit:</p> <p>Beim ersten Anlauf. Damals noch mit dem alten Windatlas waren von über 20 geplanten Anlagen 5 oder 6 in einem Bereich der die Grenze der Wirtschaftlichkeit erreichen konnte, die anderen bis zu 2 Stufen schlechter. Eine Messung der EnBW am Rohrdorfer Sendemast hat dann 30 % geringere Werte erbracht (Windleistung). Und nachdem die Landesregierung einen neuen Windatlas in Auftrag gegeben hat soll nun alles besser, d.h. die Windleistung ausreichend sein. Na ja, auf dem Papier vielleicht. Aber es geht ja nicht darum,</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		sondern um die Umsetzung der Energiewende. Koste es was es wolle. Es wird immer welche geben die einen Nutzen haben und viele andere den Schaden.	<p>an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter</p>	
IV. 10244	615	PV: Für die PV- Anlagen gilt das Gleiche wie für die Windräder. Umweltschädlich		Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Klimaschädlich</p> <p>Entsorgung durch eingraben</p> <p>Abrieb und Rückstände auf den Flächen</p> <p>Landwirtschaftliche Nach- und Wiedernutzung fraglich</p> <p>Wirtschaftlichkeit fraglich</p>	<p>unterschiedlicher Typen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen nachgelagerter Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren geprüft, wenn die konkrete Fläche der Photovoltaikanlage bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.</p> <p>Für verfahrensfreie Anlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verweisen.</p> <p>Es wird zudem auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10247	231	<p>durch Zufall habe ich erfahren, dass im Diepoldshofer Wald Windräder errichtet werden sollen. Meine Eltern sind unmittelbar davon betroffen, da sie in nächster Nähe [[Ort anonymisiert] wohnen.</p> <p>Wie sieht es mit dem vorgeschriebenen Abstand zum Windrad aus, wenn es 270 hoch ist?</p> <p>Es kommt mir vor als ob absichtlich nicht viel in die Öffentlichkeit gelangt von dem Vorhaben, damit niemand sich dazu äußert.</p> <p>Die Schriften zum Regionalplan sind so kompliziert verfasst, dass es kaum möglich ist genau herauszulesen in wie weit man dann betroffen ist.</p> <p>Es kann nicht sein, dass die Waldbesitzer bescheid wissen, die evtl gar nicht in der Nähe wohnen und die direkt Betroffenen nicht informiert werden.</p> <p>Infraschall, Zerstörung eines wunderschönen Waldgebietes, gesundheitliche Bedenken da kann man Windräder so nahe am Wohnort nur ablehnen.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10248	310	<p>Als Anwohner spreche ich mich klar gegen den Bau eines Windrads in unserer Umgebung aus. Mein Hauptanliegen ist der Schutz der Natur und der Erhalt unseres sensiblen Ökosystems. In unmittelbarer Nähe befindet sich ein Wasserschutzgebiet, dessen Gefährdung durch Bau und Betrieb eines Windrads nicht ausgeschlossen werden kann. Zudem bereiten mir die gesundheitlichen Auswirkungen Sorge – insbesondere der Carbonabrieb der Rotorblätter, der in die Umwelt gelangt und langfristige Folgen für Mensch und Natur haben kann. Wir sollten keine Technologien fördern, die unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit neue Risiken für Gesundheit und Umwelt mit sich bringen.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage:</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10249	342	<p>1. Trinkwasserschutz</p> <p>wird immer kostbarer und ist das Lebensmittel Nummer 1, ohne Trinkwasser kein Leben.</p> <p>Es gibt 4 Punkte, die das Trinkwasservorkommen durch die WKA gefährden.</p> <p>1. Es ist nicht sichergestellt, dass das Trinkwasser nicht mit PFAS kontaminiert, werden</p> <p>2. Der Altdorfer Wald ist als Trinkwasserspeicher bekannt. Er hat ein kaum belastetes Trinkwasser und soll in Zukunft als Trinkwasserversorgung für noch größere Gebiete erschlossen werden. Das bedeutet die bisherigen Wasserschutzgebiete müssen unbedingt vergrößert werden. Daher ist es unverständlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt die WKA in sehr nahem Abstand zu dem Tiefenbrunnen in Damoos stehen. Unter anderem sind die Kommunen verpflichtet die Trinkwasserversorgung zu sichern und sich auf die Zukunft durch größere Wasserentnahmemengen vorzubereiten. Mit der jetzigen Planung wird die Möglichkeit für größere Wasserschutzzonen nicht mehr möglich sein. Daher müssen unbedingt die Wassererkundungsbohrungen und die Ergebnisse des Zweckverbands Haslach abgewartet werden</p> <p>3. Durch das Öffnen der geschlossenen Waldlandschaft wird die Wasserneubildung erheblich beeinträchtigt. Es wird vermehrt höhere Bodentemperaturen und höhere bodennahe Temperaturen geben, somit ist eine Verdunstung des Wassers vorabzusehen, das hat zur Folge, dass die Wälder austrocknen und ihre Schutzfunktion für das Klima verlieren.</p> <p>4. Durch die Bautätigkeit wird der Waldboden an den Baustellen und an den Zufahrtswegen, geschotterte Straßen mit hoher Kalkverdichtung und einer Breite von ca. 10 mtr., sehr stark verdichte. Hohe Geländeanpassungen werden dem Grund- und Niederschlagswasser erheblichen Schaden zuführen. Dem Wald wird im wahrsten Sinn das Wasser abgegraben. Der Waldboden wird</p>	<p>Zu PFAS und zur Austrocknung:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Zur Forderung, die Wassererkundungsbohrungen abzuwarten:</p> <p>Der Teilregionalplan Energie legt Vorranggebiete für Windenergie fest, die der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung im regionalen Maßstab dienen. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen. Die angesprochenen Aspekte sind damit Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>auf lange Zeit kein Niederschlagswasser aufnehmen können, eine Belebung durch Mikroorganismen wird für Generationen ausbleiben. Wo bleibt hier ein entsprechendes Bodenmanagement? Was ist mit den Ausgleichsmaßnahmen?</p> <p>Tragen sie mit Ihrer Entscheidung maßgeblich für einen ausgedehnten Trinkwasserschutz bei und sind sich der Verantwortung für nachfolgende Generationen bewusst.</p>	<p>Rechtslage. Mit der Planung der Vorranggebiete Windenergie wird die Sicherung der Trinkwasserversorgung im Altdorfer Wald nicht erheblich beeinträchtigt. Es wird auf die Begründung zu PS 3.3.1 des Entwurfs zum Satzungsbeschluss verwiesen. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie) sowie den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss inkl. Anlagen verwiesen. Zudem wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Ausgleichsmaßnahmen werden auf regionalplanerischer Ebene nicht festgelegt. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10250	611	<p>Regionalverband Bodensee-Oberschwaben [Adresse anonymisiert]</p> <p>Leibertingen den 09.05.2025</p> <p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorbehaltsgebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof ; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung: Konflikte mit Landwirtschaft und Forstwirtschaft Bei der ausgewiesenen Windvorrangfläche [WEA-437-011</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Meßkirch-Leibertingen] und der ausgewiesenen vorbehaltsgebieten für PV-Nutzung FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof ; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental handelt es sich um wertvolle land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Flächen. Eine Bebauung würde bestehende Nutzungen erheblich einschränken ja sogar unmöglich machen.</p> <p>Aus meinem Persönlichen Umfeld sehe ich die Schwierigkeit in der heutigen Zeit mit den wenigen Landwirten die noch den Beruf ausüben weitere wertvolle Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung Entzogen werden.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 5 und 6 BauGB ist der Landwirtschaft Vorrang einzuräumen, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der PV Fläche, sowie die Zurücknahme der Flächenvergrößerung der Windvorrangfläche gegenüber den bestehenden FNP's.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[Name anonymisiert]</p>	<p>Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10251	343	<p>Betreff: Einspruch gegen die geplante Windkraftvorrangfläche Kißlegg Ost-1 – Bauvorhaben auf dem Generalwildweg</p> <p>hiermit erhebe ich fristgerecht Einspruch gegen die Ausweisung der Windkraftvorrangfläche in der Gemeinde Kißlegg im Rahmen des Teilregionalplans Energie. Insbesondere wende ich mich gegen die Planung einer Windkraftanlage auf dem sogenannten Generalwildweg.</p> <p>Der Generalwildweg (auch bekannt als Wildtierkorridor) stellt eine überregionale Wanderoute für Wildtiere dar und ist für die genetische Durchmischung sowie den Erhalt stabiler Wildtierpopulationen von großer Bedeutung. Eine Bebauung durch Windkraftanlagen führt zur Zerschneidung dieses Korridors und gefährdet damit den Lebensraum und die Wanderbewegungen zahlreicher Tierarten.</p> <p>Der Bau von Windkraftanlagen auf national bedeutsamen Generalwildwegen ist aus mehreren Gründen problematisch, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Artenvielfalt und die Integrität ökologischer Netzwerke.1. 1.</p> <p>1.Beeinträchtigung von Wildtierkorridoren</p> <p>Generalwildwege sind essenzielle Verbindungsachsen, die es Wildtieren ermöglichen, zwischen verschiedenen Lebensräumen zu wandern, Nahrung zu suchen, sich fortzupflanzen und genetischen Austausch zu gewährleisten. Der Bau von Windkraftanlagen in diesen Korridoren kann zu Barrieren führen, die die Bewegungsfreiheit der Tiere einschränken und zu genetischer Isolation führen können. Zudem können die notwendigen Zuwegungen und Infrastrukturen zur Fragmentierung von Lebensräumen beitragen. Der Deutsche Jagdverband (DJV) betont, dass Windkraftanlagen nicht entlang von Wildtierkorridoren und Vernetzungssträngen der Biotopverbundplanung errichtet werden sollten, da sie die Durchlässigkeit der Landschaft für Wildtiere erheblich beeinträchtigen können.</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 verwiesen.	Kenntnisnahme
IV. 10251	1218	<p>2. Gefährdung geschützter Arten</p> <p>Viele Wildtierkorridore verlaufen durch oder in der Nähe von Lebensräumen geschützter und störungssensibler Arten wie Schwarzstorch, Uhu, Rotmilan oder Fledermäusen. Windkraftanlagen</p>	Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		können für diese Arten tödlich sein, sei es durch Kollisionen mit den Rotorblättern oder durch die Veränderung ihres Lebensraums. Die Deutsche Wildtier Stiftung weist darauf hin, dass jährlich bis zu 12.000 Greifvögel und 250.000 Fledermäuse durch Windkraftanlagen getötet werden.	<p>Schwerpunktvorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht).</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum Wildtierkorridor wird auf die ABwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	
IV. 10251	1219	<p>3. Zerschneidung und Störung von Lebensräumen</p> <p>Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen erfordert die Errichtung von Zufahrtswegen und anderen Infrastrukturen, die zuvor unberührte Gebiete erschließen. Dies führt nicht nur zur Zerschneidung von Lebensräumen, sondern erhöht auch das Störungspotenzial für Wildtiere durch erhöhten menschlichen Zugang und Aktivität. Der DJV warnt davor, dass solche Eingriffe die Lebensräume von Wildtieren erheblich beeinträchtigen können.</p>	Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 verwiesen.	Kenntnisnahme
IV. 10251	1220	<p>4. Konflikt mit Naturschutzgesetzen</p> <p>Das Bundesnaturschutzgesetz und internationale Richtlinien wie die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) schützen bestimmte Arten und ihre Lebensräume. Der Bau von Windkraftanlagen in oder nahe diesen Schutzgebieten kann gegen diese Gesetze verstoßen, insbesondere wenn dadurch der Erhaltungszustand geschützter Arten verschlechtert wird. Das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) betont, dass naturnahe und unbeschädigte Wälder sowie Lebensräume besonders geschützter Arten nicht für den Bau von Windkraftanlagen genutzt werden sollten.</p>	<p>Daten zum Alter von Waldbeständen liegen für die Region Bodensee-Oberschwaben nicht flächendeckend vor. So fehlen diese Daten zu bestimmten Wäldern in Privatbesitz (z.B. Kleinprivatwald). Daher stellen alte Waldbestände als Solche kein Kriterium beim Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (vgl. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog in Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss) dar und werden auch in der Strategischen Umweltprüfung nicht berücksichtigt (vgl. Entwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Im Entwurf des Umweltberichts heißt es hierzu:</p> <p>„Der Umweltbericht soll die Angaben enthalten, die "unter</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind" (§ 2a Abs. 2 LplG). Gemäß § 14f Abs.2 UVPG sind dies die Angaben, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind also i.d.R. keine Such- und Erhebungsverfahren gefordert, die über den bisher bei der Regionalplanerstellung notwendigen Rahmen der Hinzuziehung von Informationen und Abwägungsmaterial hinausgehen.</p> <p>Grundsätzlich baut der Umweltbericht in erster Linie auf der Grundlage bereits vorhandenen Datenmaterials auf. Die im Rahmen des Scopings und im Rahmen weiterer bilateraler Abstimmungen beteiligten Behörden wurden angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen (§ 2a Abs. 3 LplG).“</p> <p>Im Scoping-Papier zum Teilregionalplan Energie heißt es hierzu:</p> <p>„Zur Beurteilung der erheblichen Auswirkungen der regionalplanerischen Festlegungen im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung werden v.a. regionsweit einheitlich vorliegende Geodaten herangezogen. Nur in Einzelfällen werden in der vertieften Umweltprüfung zusätzliche, nicht regionsweit verfügbare Datengrundlagen verwendet.“</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie zwar nicht alte Waldbestände generell, aber andere Kriterien sowohl im Planungskonzept als auch in den Umweltprüfungen berücksichtigt wurden, welche wertvolle Waldbestände umfassen. Diesbezüglich sei auf den Kriterienkatalog und die Erläuterung der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie sowie auf den Umweltbericht, inkl. Wirkfaktoren der vertieften Umweltprüfung für potenzielle Vorranggebiete Windenergie, verwiesen.</p> <p>Insgesamt ist damit aus Sicht des Regionalverbands die Berücksichtigung alter Waldbestände auf der regionalen Ebene nicht geboten.</p> <p>Ca. 95 % des Waldes in der Region liegt außerhalb von Vorranggebieten Windenergie. Insbesondere werden durch das Planungskonzept auch die wertvolleren Waldbestände, z.B. in Natura-2000-Gebieten, Bann- und Schonwald, größere Waldrefugien und die großen Waldbiotope frei von Windkraft gehalten.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Mit Hilfe der Artenhilfsprogramme werden FCS-Maßnahmen etabliert werden, um populationsstützende Maßnahmen zu verwirklichen, die einer etwaigen Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population zuvorkommen sollen. (s.a. § 45d BNatSchG, Nationale Artenhilfsprogramme: (1) Das Bundesamt für Naturschutz stellt nationale Artenhilfsprogramme auf zum dauerhaften Schutz insbesondere der durch den Ausbau der erneuerbaren Energien betroffenen Arten, einschließlich deren Lebensstätten, und ergreift die zu deren Umsetzung erforderlichen Maßnahmen.)</p> <p>Bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt, d.h. eine überschlägige Prognose zur Betroffenheit der planungsrelevanten Arten (vgl. Kap. 8.2 sowie Anlage 3 des Umweltberichts zum Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Zudem wurden artenschutzrechtliche Belange im Rahmen des Flächenauswahlprozesses für Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt (vgl. Begründung zu Plansatz 4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen der Kriterien für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung). Des Weiteren wurden artenschutzrechtliche Belange in der Strategischen Umweltprüfung zum Teilregionalplan Energie abgearbeitet (s. Entwurf Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie).</p>	
IV. 10251	1221	<p>5. Unzureichende Untersuchungen und Standards</p> <p>Es gibt derzeit keine einheitlichen Standards für die Untersuchung der Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Wildtiere. Untersuchungen zum Vorkommen windenergiesensibler Arten werden oft von Gutachtern durchgeführt, deren Qualifikationen und Methoden variieren können. Dies führt zu inkonsistenten Ergebnissen und erschwert die Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen auf die Tierwelt. Der NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein kritisiert, dass es keine Vorschriften zur Qualifikation von Gutachtern gibt und fordert standardisierte Untersuchungsverfahren.</p>	<p>Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10251	1222	<p>Während der Ausbau der Windenergie für die Energiewende von zentraler Bedeutung ist, sollte er nicht auf Kosten der Artenvielfalt und der ökologischen Integrität erfolgen. Der Schutz von Generalwildwegen ist entscheidend für den Erhalt funktionierender Ökosysteme und der darin lebenden Arten. Daher sollten</p>	<p>Zum Wildtierkorridor wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit dem Az. II.803 verwiesen.</p> <p>Zu den anderen Punkten:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windkraftanlagen nicht in diesen sensiblen Bereichen errichtet werden, sondern alternative Standorte mit geringerer ökologischer Bedeutung bevorzugt werden.</p> <p>Der Bau von Windkraftanlagen auf national bedeutsamen Generalwildwegen kann gegen mehrere Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) verstoßen. Diese Regelungen dienen dem Schutz wild lebender Tierarten und ihrer Lebensräume.</p> <p>1. § 44 Abs. 1 BNatSchG – Verbotstatbestände Dieser Paragraph enthält zentrale Verbote zum Schutz besonders geschützter Arten: Nr. 1: Es ist verboten, wild lebende Tiere besonders geschützter Arten zu töten oder ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten zu zerstören. Nr. 2: Es ist verboten, diese Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören. Nr. 3: Es ist verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten dieser Tiere aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Der Bau von Windkraftanlagen in Wildtierkorridoren verletzt diese Verbote, insbesondere wenn dadurch Brutplätze oder Wanderungsrouten beeinträchtigt werden.</p> <p>2. § 45b BNatSchG – Betrieb von Windenergieanlagen an Land Dieser Paragraph regelt die Beurteilung des Tötungs- und Verletzungsrisikos für kollisionsgefährdete Brutvogelarten durch den Betrieb von Windenergieanlagen. Es werden Abstände zwischen Brutplätzen und Anlagen definiert, innerhalb derer ein signifikant erhöhtes Risiko angenommen wird. Werden diese Abstände nicht eingehalten und keine geeigneten Schutzmaßnahmen ergriffen, kann dies gegen § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG verstoßen.</p> <p>3. § 45 Abs. 7 BNatSchG – Ausnahmen von den Verboten Unter bestimmten Voraussetzungen können Ausnahmen von den Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG zugelassen werden, beispielsweise wenn: es keine zumutbaren Alternativen gibt und sich der Erhaltungszustand der Populationen nicht verschlechtert. Fehlt eine solche Ausnahmegenehmigung, kann der Bau von Windkraftanlagen in sensiblen Gebieten rechtswidrig sein. (es gibt zumutbare Alternativen!)</p> <p>4. § 44 Abs. 5 BNatSchG – Prüfpflichten Vorhabensträger sind verpflichtet, zu prüfen, ob durch das geplante Vorhaben eine erhebliche Beeinträchtigung besonders geschützter</p>	<p>zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Arten zu erwarten ist. Unterbleibt diese Prüfung oder ist sie unzureichend, kann dies gegen § 44 Abs. 5 BNatSchG verstoßen.</p> <p>Der Bau von Windkraftanlagen auf Generalwildwegen kann gegen mehrere Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes verstoßen, insbesondere wenn dadurch geschützte Arten gefährdet oder ihre Lebensräume beeinträchtigt werden.</p> <p>Bitte folgende Informationen/ Links ebenfalls lesen / berücksichtigen:</p> <p><a href="https://www.diebildschirmzeitung.de/allgaeu-oberschwaben/kisslegg/furcht-ums-trinkwasser-vom-bremberger-wald-129787/">https://www.diebildschirmzeitung.de/allgaeu-oberschwaben/kisslegg/furcht-ums-trinkwasser-vom-bremberger-wald-129787/</a></p> <p><a href="https://www.diebildschirmzeitung.de/allgaeu-oberschwaben/leutkirch/kleine-windkraft-im-diepoldshofer-wald-130087/">https://www.diebildschirmzeitung.de/allgaeu-oberschwaben/leutkirch/kleine-windkraft-im-diepoldshofer-wald-130087/</a></p>		
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10253	616	<p>Stellungnahme zu den derzeit noch geplanten Vorrang-Gebieten In den Mösern/Enkenhofener Wald –Süd (WEA-436-013)</p> <p>im Folgenden nehme ich Stellung zu den oben genannten Vorrang-Gebieten und fordere Sie ausdrücklich auf, in den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd aus der Entwurfsplanung für mögliche Vorrangsgebiete zu entfernen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesundheitliche Gefährdung durch Lärm und Infraschall</li> <li>- Belästigung durch das Blinklicht</li> <li>- Zerstörung der weitgehend intakten Allgäu-Landschaft; Naherholungsgebiet</li> <li>- Ständige Unruhe durch die permanenten Drehbewegung</li> <li>- Rückgang des Tourismus incl. Folgen auf Arbeitsplätze</li> <li>- Gefahren durch Funkenflug und krebserregender Stoff bei einem möglichen Brand</li> </ul>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorrangsgebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorrangsgebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10254	1278	<p>im Folgenden nehme ich Stellung zu dem Vorranggebiet in den Mösern/Enkenhofener Wald-Süd (WEA-436-013) mit zusätzlicher Planung einer Windkraftanlage im Bereich Winnis und fordere Sie ausdrücklich auf, dieses Gebiet und die Planung der weiteren Windkraftanlage aus der Entwurfplanung für mögliche Vorranggebiete zu entfernen. Insbesondere richtet sich die Stellungnahme gegen die weitere Windkraftanlage, die außerhalb des geplanten Vorranggebietes errichtet werden soll.</p> <p>Mit großem Unverständnis habe ich vom geplanten Bau einer weiteren Windkraftanlage durch [Name anonymisiert] im Bereich Winnis erfahren. Die zusätzlich geplante Anlage liegt außerhalb des ausgewiesenen Vorranggebietes und stellt damit eine bedenkliche Ausweitung der bisherigen Planung dar. Jedes Windrad an einem so sensiblen Standort, halte ich für nicht vertretbar.</p> <p>Die geplante Windkraftanlage soll eine Höhe von 267 Metern erreichen – damit wäre sie nicht nur deutlich höher als herkömmliche Windräder, sondern würde auch das Landschaftsbild auf Jahrzehnte hinaus massiv und sichtbar prägen. Der Eiffelturm in Paris ist mit 330 Metern nur unwesentlich höher – und genau wie dieser wäre das Windrad aus großer Entfernung sichtbar, selbst aus benachbarten Tälern und Ortschaften. Die bislang harmonische, naturnahe Umgebung würde durch ein solches „Industriebauwerk“ empfindlich gestört.</p> <p>Das geplante Gebiet ist Teil eines wertvollen Naturraums, in dem viele seltene und geschützte Arten vorkommen – darunter Greifvögel, Fledermäuse, Amphibien und seltene Pflanzen. Der Bau und Betrieb einer Windkraftanlage bedeutet nicht nur die Rodung von Waldflächen, sondern auch eine erhebliche Zerstörung von Lebensräumen. Einmal zerstört, lassen sich diese Biotope kaum oder gar nicht wiederherstellen. Gerade in Zeiten des Artensterbens ist es unsere Pflicht, solche Refugien zu erhalten.</p> <p>Ein weiteres gravierendes Problem stellt der dauerhafte Lärm dar, der von modernen Windkraftanlagen ausgeht – insbesondere durch tieffrequenten Infraschall, der vom Menschen zwar nicht direkt gehört, aber sehr wohl körperlich wahrgenommen werden kann. Viele Anwohner klagen in der Nähe solcher Anlagen über Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme und Unwohlsein. Ich Sorge mich sehr darum, wie sich dieser ständige, unnatürliche Lärm langfristig auf meine Lebensqualität und meine Gesundheit auswirken könnte.</p> <p>Zusätzlich stellt sich die Frage, wie der Bau und die Wartung einer</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>solch großen Anlage in einem schwer zugänglichen, teils bewaldeten Gebiet erfolgen soll. Es drohen massive Eingriffe in die Infrastruktur, etwa durch den Ausbau von Wegen, Transportmaßnahmen mit Schwerlastfahrzeugen oder dauerhafte Wartungsfahrten. Auch das stellt eine erhebliche Belastung für Mensch und Natur dar.</p> <p>Als langjähriger Anwohner bin ich emotional wie auch existenziell von diesem Vorhaben betroffen. Das Umfeld, in dem ich aufgewachsen bin, in dem ich meine Wurzeln habe und in dem ich eigentlich noch viele Jahrzehnte leben wollte, soll durch eine industrielle Großanlage radikal verändert werden. Die Aussicht, dass dieser vertraute, ruhige Naturraum künftig von mehreren 267 Meter hohen Windkraftanlagen dominiert wird, ist für mich zutiefst belastend. Ich sehe mich durch diese Veränderung gezwungen, konkret über einen Umzug nachzudenken – ein Schritt, den ich mir weder gewünscht noch geplant habe. Neben den emotionalen Konsequenzen würde ich auch finanziell stark belastet: Die Kosten eines Umzugs wären erheblich, und gleichzeitig müsste ich damit rechnen, auf einem massiven Wertverlust meines Grundstücks und meines Hauses sitzen zu bleiben. Immobilien in der Nähe solcher Anlagen sind nachweislich schwerer zu verkaufen und verlieren deutlich an Marktwert.</p> <p>Ein Projekt, das derart tiefgreifend in das Leben von Menschen eingreift, darf nicht leichtfertig durchgewunken werden. Der Schutz der Lebensqualität der Bevölkerung muss ebenso ernst genommen werden wie ökologische und wirtschaftliche Interessen.</p> <p>Nicht nur der Betrieb einer Windkraftanlage, auch deren Errichtung verursacht beträchtliche Umweltschäden: Es müssen Zufahrtswege gebaut, große Flächen gerodet und gewaltige Mengen an Beton für das Fundament verbaut werden. Die Herstellung der Komponenten, insbesondere des Stahl- und Betonturms, ist mit einem erheblichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck verbunden. Diese Belastungen treten lange vor dem ersten erzeugten Kilowatt grünem Strom auf. Ich fordere daher, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ein vollständiges Umweltkompensationskonzept offengelegt wird, das aufzeigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- wie die durch Bau und Betrieb entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen bilanziert und kompensiert werden sollen,</li> <li>- welche Aufforstungen, Renaturierungsmaßnahmen oder Flächenausgleiche geplant sind,</li> <li>- ob die Anlage über den gesamten Lebenszyklus hinweg tatsächlich klimapositiv oder nur vermeintlich „grün“ ist.</li> </ul> <p>Solange diese grundlegenden Informationen fehlen, ist es</p>	<p>Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>unverantwortlich, über den Bau in einem ökologisch sensiblen Gebiet überhaupt nachzudenken. Der bloße Hinweis auf erneuerbare Energie darf kein Freifahrtschein für Umweltzerstörung sein.</p> <p>Besonders bedenklich ist, dass der Bau außerhalb des festgelegten Vorranggebietes stattfinden soll. Die Vorranggebiete wurden mit Bedacht ausgewiesen, um sensible Naturbereiche und Wohngebiete zu schützen. Wenn diese klaren Grenzen jetzt umgangen werden, wird die gesamte Planung der Energiewende auf eine willkürliche und nicht mehr nachvollziehbare Grundlage gestellt.</p> <p>Darüber hinaus fordere ich ausdrücklich eine vollständige Offenlegung der Kosten-Nutzwertanalyse für die geplante Windkraftanlage. Es muss klar und nachvollziehbar dargelegt werden, welche konkreten Vorteile dem erheblichen Eingriff in Natur, Landschaft und Lebensqualität gegenüberstehen – und wer davon in welchem Maß profitiert. Nur so kann eine objektive Abwägung erfolgen. Ebenso erwarte ich die Vorlage eines verbindlichen Nutzungs- und Beteiligungsplans, der zeigt, wie die lokale Bevölkerung – die ja die Hauptlast trägt – konkret und messbar von der erzeugten Energie profitieren soll. Und damit sind nicht diejenigen gemeint, die durch den Verkauf von Waldflächen einen erheblichen Profit erlangen sondern die Bürger, die in unmittelbarer Nähe tagtäglich die Auswirkungen und Belastungen tragen und mit Ansehen müssen, wie ihre geschätzte Umgebung zerstört wird. Wenn die Bürger vor Ort Einschränkungen hinnehmen müssen, dann müssen sie auch finanziell und strukturell unmittelbar entlastet und beteiligt werden – etwa durch Strompreisvergünstigungen, Beteiligungsmodelle, oder Investitionen in lokale Infrastruktur und Lebensqualität.</p> <p>Ohne diese Transparenz und ohne einen gerechten Interessenausgleich ist der Bau der Anlage aus meiner Sicht weder sozial noch politisch zu verantworten.</p> <p>Ich unterstütze den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien – aber nicht um jeden Preis und nicht an jedem Ort. Ich befürworte die Energiewende, wenn sie durchdacht, naturverträglich und im Einklang mit den Menschen umgesetzt wird. Doch dieser Standort erfüllt keines dieser Kriterien. Eine Windkraftanlage dieser Dimension an diesem sensiblen Ort ist nicht vertretbar – weder ökologisch, noch sozial oder raumplanerisch. Wenn meinen Forderungen nach Transparenz, Rücksicht auf Mensch und Natur sowie einem fairen Interessenausgleich nicht nachgekommen wird, zeigt das deutlich, welchen Stellenwert die Meinung, die Lebensrealität und die Werte der betroffenen Bevölkerung tatsächlich haben. In diesem Fall würde ich den Eindruck</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gewinnen, dass wirtschaftliche Interessen über demokratische Beteiligung und den Schutz unserer Heimat gestellt werden.</p> <p>Ich fordere damit das Landratsamt Ravensburg auf, diesen Antrag abzulehnen und damit ein deutliches Zeichen für den Schutz unserer Landschaft, unserer Gesundheit und unserer Heimat zu setzen.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10255	619	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>bzgl. der Teilfortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben – Kapitel 4.2 Energie möchte ich im Hinblick auf die Ausweisung eines Windenergievorranggebiets im Wald zwischen Ratzenried und Siggen auf ggü. der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der erfolgten Umweltprüfung auf eine veränderte Situation hinweisen. Gemäß Umweltprüfung führt das Vorhaben Ratzenried-Ost zu keinen oder nur zu wenigen erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern. Dies mag aktuell der Fall sein, allerdings befindet sich, wie im Umweltbericht richtig vermerkt, innerhalb eines Umkreises von &lt; 500 m von den geplanten Standorten der Anlagen ein Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit. Dieses Niedermoor umfasst den gesamten ehemaligen Klingler Weiher und seine bis in den Wald hineinreichenden Ausläufer, insgesamt rund 30 ha, und wird aktuell landwirtschaftlich genutzt, ist also mit Drainagen versehen. Da eine Bewirtschaftung der Flächen langfrisitig nicht mehr ohne Weiteres möglich sein wird (Sackung mit entsprechender Wirkung auf Gefälle der Drainagen) und die Wiedervernässung von landwirtschaftlich genutzten Mooren zur Einhaltung der deutschen Klimaschutzziele unerlässlich und politisch gefordert und -fördert wird (s. Nationale Moorschutzstrategie), planen die Flächenbewirtschafter derzeit gemeinsam mit der Landsiedlung Baden-Württemberg und [Inhalt anonymisiert] die Wiedervernässung des Niedermoores. Mit der Umsetzung wird bereits 2026 begonnen.</p> <p>Aus meiner Sicht hat dies erhebliche Auswirkungen auf die Umweltsituation und erfordert eine erneute Prüfung unter Berücksichtigung eines wiedervernässten Niedermoores von erheblichem Umfang in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Anlagen. Ergebnisse aus vergleichbaren Wiedervernässungen und der Literatur (s. etwa Zak and McInnes, 2022) legen nahe, dass korrekt wiedervernässte Moore langfristig einen wichtigen Beitrag zur Erreichung einer Vielzahl an Umweltschutzziele leisten. Diese reichen von der Abschwächung des Klimawandels über die Gewässerqualität und Wasserrückhaltefähigkeit von Böden bis hin zum Artenschutz und der Wiederansiedlung gefährdeter Spezies.</p>	<p>Es wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-011) verwiesen. Zur Wiedervernässungsmaßnahme: hier liegt nur eine geringfügige Überlagerung des VRG Windenergie mit der Wiedervernässung, die ggf. künftig erfolgen wird, vor. Zudem handelt es sich nicht um eine genehmigte Wiedervernässungsmaßnahme. Darüberhinaus können ggf. mögliche künftige Schutzgebiete, z.B. FFH-Gebiete, die noch nicht konkret geplant sind, nicht berücksichtigt werden. Die Anregung wird daher nicht berücksichtigt.</p> <p>?</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Untersuchungen legen ferner nahe, dass Windenergieanlagen einen negativen Einfluss auf zahlreiche gefährdete Moorarten und Moorökosysteme haben (Chico et al., 2023). Bereits heute unterliegt ein Teil der Moorböden Deutschlands besonderen Naturschutzauflagen, welche dem Bau von Photovoltaik- oder Windkraftanlagen entgegenstehen können. Moorböden mit Schutzauflagen wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bereits identifiziert und kartographisch dargestellt (s. für Baden-Württemberg Närmann et al., 2021). Es liegt ferner nahe, dass die wiedervernässten Flächen künftig zu FFH- oder Natura-2000-Flächen erklärt werden (s. etwa Pfrunger Ried, Bodenmöser).</p> <p>Die Planungen im Klingler Weiher gilt es bei der Teilfortschreibung des Regionalplans aus den genannten Gründen unbedingt zu berücksichtigen.</p> <p>Freundliche Grüße, [Name anonymisiert]</p> <p>Zak, D. und R. J. McInnes (2022). A call for refining the peatland restoration strategy in Europe. Journal of Applied Ecology, 59(11), 2698-2704.</p> <p>Chico, G., Clewer, T., Midgley, N.G. et al. (2023). The extent of windfarm infrastructures on recognised European blanket bogs. Scientific Reports, 13, 3919.</p> <p>Närmann, F., Birr, F., Kaiser, M. et al. (2021): Klimaschonende, biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung von Niedermoorböden. BfN-Skripten, Bundesamt für Naturschutz, Bonn-Bad Godesberg.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10257	618	<p>Kißlegg, 09.05.25</p> <p>Betreff: Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie – 2. Offenlageverfahren gem. § 9 Abs. 3 ROG</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Rahmen des zweiten Offenlageverfahrens zum Teilregionalplan Energie reichen wir hiermit fristgerecht unsere Stellungnahme ein. Die beigefügten Inhalte beziehen sich auf Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf sowie auf neue Erkenntnisse, die zum Zeitpunkt des ersten Offenlageverfahrens (gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 08.12.2023) noch nicht vorlagen. Wir bitten darum, unsere Anmerkungen im weiteren Planungsverfahren angemessen zu berücksichtigen. Für Rückfragen oder weiterführende Informationen stehen wir</p>	<p>Öffentliche und private Belange wurden gemäß ihrem Gewicht und entsprechend den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG in die Abwägungsentscheidungen einbezogen, wobei nach § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 der Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt.</p> <p>Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete für die Windenergienutzung fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange statt. Eine einseitige Bevorzugung wirtschaftlicher Aspekte liegt nicht vor. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie wurde</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Hinweis zur Stellungnahmeberechtigung: Gemäß §9 Abs. 3 ROG können im Rahmen des 2. Offenlageverfahrens nur zu den Inhalten Stellungnahmen abgegeben werden, die gegenüber dem 1. Offenlageentwurf geändert wurden oder sich auf Erkenntnisse stützen, die zum Zeitpunkt der 1. Offenlage (Beschluss vom 08.12.2023) noch nicht bekannt waren. Die nachfolgenden Punkte beruhen auf neuen Erkenntnissen bzw. nicht ausreichend berücksichtigten Sachverhalten:</p> <p>1. Kritik an der Zielsetzung im Vorwort</p> <p>Die im Vorwort formulierte Aussage, dass die Regionalplanung einen Beitrag zur Erhaltung und Weiterentwicklung wirtschaftlicher, demografischer, sozialer, landschaftlicher und ökologischer Stärken leiste, ist nicht nachvollziehbar.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Teilregionalplan Energie zeigt primär wirtschaftliche Aspekte auf, insbesondere bezogen auf die Energiewirtschaft, soziale, naturschutzrechtliche usw. bleiben in hohem Maße unberücksichtigt.</li> <li>• Die demografischen Auswirkungen sowie der notwendige infrastrukturelle Ausbau im Kontext von Bevölkerungswachstum und Industrieentwicklung (z.B. in Bezug auf Energieversorgung, Wassermengen, Erholungsräume und klimatischen Frisch-/Kaltluftströme d. Wald) bleiben unerwähnt oder unzureichend dargestellt.</li> </ul> <p>2. Fehlende Risikobetrachtung zur einseitigen Ausrichtung auf erneuerbare Energien</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Plan beschreibt keine Gefahren und Risiken, welche mit einem Blick auf die erneuerbaren Energien und dem Bau von Windenergie- (WEA) und Freiflächen-PV-Anlagen (FF-PV) einhergehen.</li> <li>• Die Aussage „Sonne und Wind schreiben keine Rechnungen“ verkennt die Realität steigender Energiepreise in den kommenden Jahren.</li> <li>• Die Wirtschaft und Haushalte sind bzgl. Energiepreisen stark belastet! Standortschließungen/-verlagerungen von Gewerbe und Industrie sind diesbezüglich der Gegenstand täglicher Medienberichte. Diese Entwicklungen sollten im Plan erwähnt, in RVBO-Sitzungen diskutiert und den Menschen bekannt gemacht werden.</li> </ul>	<p>das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 EEG 2023 dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Es wird auf das Planungskonzept in der Begründung sowie auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage der Begründung) des 2. Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie verwiesen. Es wird zudem auf den Umweltbericht des 2. Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Die Aufstellung des Teilregionalplans Energie begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD), Europäisches Klimagesetz) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land - WindBG), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG.</p> <p>Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen.</p> <p>Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Diese Aspekte sind nicht Gegenstand der Anhörung oder Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.	
IV. 10257	1223	<p>3. Versorgungssicherheit und Speicherinfrastruktur</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine differenzierte Darstellung einer fehlenden Versorgungssicherheit fehlt.</li> <li>• Stromspeicherlösungen und deren strategische Einbindung sind nicht Bestandteil der Planung.</li> <li>• Mögliche Netzstabilitätsprobleme (wie in Spanien und Portugal im Mai 25 beobachtet) werden nicht in den Blickwinkel genommen. Die Problematik unzureichender Netzkapazitäten/-infrastruktur und die Netzüberbelastung führt z.T. dazu, dass größeren PV-Anlagen nicht angeschlossen oder betrieben werden dürfen, das bleibt in der Planung unerwähnt. Selbst verbaute Speicher dürfen in Einzelfällen nicht genutzt werden. Private PV-Anlagen werden vom „Stromabnehmer“ eigenständig vom Netz genommen. (Information der IHK Weingarten)</li> </ul> <p>Warum dann die Flächen dieser Energieformen erweitern?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Diese zentralen Aspekte wurden im RVBO bislang nicht öffentlich diskutiert und fließen nicht in die Planungen ein!</li> </ul> <p>?</p> <p>4. Mangelhafte Infrastrukturplanung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Zusammenhang zwischen dem Ausbau von Freiflächen-PV und WEA und dem Bedarf einer funktionierenden Netzinfrastuktur ist nicht nachvollziehbar dargelegt.</li> </ul>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.	
IV. 10257	1224	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Es fehlt an Transparenz über bestehende, modernisierungsbedürftige und neue Umspannwerke sowie über daraus resultierende Kosten für die Bürger und Unternehmen. Diese Kosten schlagen sich im Strompreis nieder! Wie hoch sind diese Kosten für die Industrie und die Bürger?</li> </ul>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10257	1225	5. Auswirkungen negativer Strompreise <ul style="list-style-type: none"> <li>• Negative Strompreise (2024: 456 Stunden) werden bei der Planung nicht berücksichtigt.</li> <li>• Die Folgen dieser Preise für die Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Investitionssicherheiten von FF-PV und WEA, u.a. bei Bürgerenergieprojekten, sind nicht analysiert und transparent dargestellt.</li> </ul> 6. Einfluss auf Volllaststunden der WEA <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Auswirkungen negativer Strompreise und ggf. Abschaltungen von WEA/FF-PV-Anlagen auf z.B. die Volllaststunden von WEA werden nicht thematisiert, obwohl sie entscheidend für Rentabilität und Akzeptanz für diese Anlagen sind.</li> </ul>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10257	1226	7. Auswirkungen auf Wasserhaushalt und private Brunnen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Beeinträchtigung der Filter- und Speicherfunktion des Waldes/der Moore durch den Bau von WEA und deren Verlust wird nicht ausreichend thematisiert.</li> <li>• Die Gefahren und Risiken für private Brunnen sowie deren Bedeutung für die landwirtschaftliche Versorgung Viehversorgung bleiben unbeachtet.</li> <li>• Notfallpläne sind nicht thematisiert und mit den Wasserwerken u. privaten Brunnenbesitzern besprochen. Diese werden nicht in die Planungen einbezogen.</li> <li>• Es fehlt eine klare Regelung, wer im Schadensfall haftet, etwa bei Veränderungen der Wasserqualität oder -quantität.</li> </ul>	Bezüglich privater Brunnen sei auf die Abwägung zur 1. Offenlage verwiesen, Anlage B.2 und B.4 zur Synopse. An dieser Abwägung hat sich nichts geändert. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10257	1227	<p>?</p> <p>8. Ergebnisse des Energiedialogs in Vogt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die von Experten geäußerte Forderung nach einer Erweiterung der Wassereinzugsgebiete wurde im Teilregionalplan Energie nicht aufgenommen.</li> </ul>	Das aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10257	1228	<p>9. Schadstoffeintrag durch WEA und FF-PV</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Es fehlen Angaben zum potenziellen Schadstoffeintrag (z.B. PFAS, Schmierstoffe, Mikroplastik) in den Wald, die Moore, die landwirtschaftlichen Flächen</li> <li>Hinweise aus der Fachliteratur und vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestags werden nicht berücksichtigt.</li> <li>Welche Gefahren bei Rotorenreparaturen auf die Böden, das Trinkwasser und Futterflächen für das Vieh bestehen ist nicht thematisiert. Welche Maßnahmen die Gefahren und das Risiko minimieren ist unklar.</li> </ul>	<p>Bezüglich Angaben zum potenziellen Schadstoffeintrag in den Wald, die MOore und die landwirtschaftlichen Flächen: Es wird auf die Ausführungen zu "Verunreinigungen und Gefahren durch Abrieb / Erosion der Materialien von Windenergieanlagen (bspw. krebserregende Stoffe, Mikroplastik, per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS), Carbonfasern / Carbonfaserverbundstoffe, Glasfaserverbundstoffe, Epoxidharze mit Bisphenol A, Polyesterharze, Lacke, Folien, seltene Erden (z.B. Neodym, Dysprosium, Kobalt)), dadurch gesundheitliche Gefahren und Verseuchung von Böden, Gewässer, Grundwasser und Umgebung, Rissbildungen an WEA in Veringenstadt" in der Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.1 verwiesen. Der RVBO hat sich bei der Erarbeitung des Teilregionalplans Energie intensiv mit den zuständigen Fachbehörden abgestimmt und kennt auch die relevanten Informationen des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags.</p> <p>Zur Gefahr durch Rotorenreparaturen für Böden, Trinkwasser, Futterflächen: Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Fragen der verwendeten Baustoffe werden im Vorhabenzulassungsverfahren für die konkret beabsichtigten Anlagen geprüft und nachgewiesen und ggfls. werden Auflagen festgesetzt.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10257	1229	<p>10. Windhöffigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Es fehlen Aussagen bzgl. Windhöffigkeit in unseren</li> </ul>	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		windschwachen Gebieten, welche in Gutachten aus Bayern, Vorarlberg u. Ostschweiz für Baden-Württemberg niedriger dargelegt werden.	<p>ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10257	1230	<p>11. Bau und Betrieb der Anlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Risiken im Bau, im Betrieb und Rückbau in den Blick genommen werden und welche Datenquellen bzgl. Havarien mit den möglichen Gefahren zu Rate gezogen werden, ist unklar (Brand, Rotorbruch, Leckagen usw.).</li> </ul> <p>12. Rückbau</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie hoch die Rückbaukosten der WEA sind, wird nicht offen dargelegt.</li> <li>• Welche Risiken in Bezug auf Rückbau und Rückbaukosten im/an Mooren berücksichtigt werden ist offen.</li> </ul>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10257	1231	<p>13. Die Stellungnahme der BI PRO Mensch &amp; Natur Kißlegg wurde mit uns gemeinsam erstellt, diese teilen wir mit den Anhängen in vollem Umfang.</p> <p>Ging Ihnen über RA Armin Brauns zu.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[Name anonymisiert]</p>				
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10258	621	<p>4. Umweltrechtliche Argumentation</p> <p>EU-Richtlinien (FFH-Richtlinie, Wasserrahmenrichtlinie)</p> <p>Die Europäische Union legt durch verschiedene Richtlinien fest, dass sensible Natur- und Wasserschutzgebiete besonders vor industriellen Eingriffen zu schützen sind. Zwei der zentralen Regelungen sind:</p> <p>1. FFH-Richtlinie (92/43/EWG):</p> <p>Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU hat das Ziel, natürliche Lebensräume sowie wildlebende Tiere und Pflanzen europaweit zu schützen. Der Walburger Rücken umfasst wertvolle Biotope, die unter den Schutz der FFH-Richtlinie fallen. Windkraftanlagen würden durch Bodenverdichtung, Schallbelastung und Flächenversiegelung eine direkte Bedrohung für diese Schutzgebiete darstellen.</p> <p>o Artikel 6 der FFH-Richtlinie fordert, dass Projekte, die zu einer</p>	<p>Die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzrechtlichen Prüfungen erfolgen auf Basis einer stringenten Methodik, welche im Umweltbericht inkl. der Wirkfaktorentabellen und den Anlagen genau dargelegt sind und welche Konflikte zwischen potenziellen Vorranggebieten Windenergie und Umweltbelangen darlegt und bewertet. diese Methodik wurde bei allen potenziellen Vorranggebieten Windenergie einheitlich angewendet. Die Strategische Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

1325

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erheblichen Beeinträchtigung führen könnten, einer strengen Prüfung unterzogen werden müssen.</p> <p>o Die Errichtung von Windkraftanlagen im Walburger Rücken widerspricht der Zielsetzung der Richtlinie, da irreversible Schäden an den geschützten Habitaten entstehen könnten.</p> <p>2. OVG Münster (8 A 444/18):</p> <p>Hier wurde der Bau von Windkraftanlagen in einem FFH-Gebiet gestoppt, da die langfristige Gefährdung von geschützten Arten und Lebensräumen nicht ausgeschlossen werden konnte. Das Gericht stellte klar, dass wirtschaftliche Interessen nicht über den Schutz der Umwelt gestellt werden dürfen.</p> <p>OVG Münster (8 A 444/18)</p> <p>Das Oberverwaltungsgericht Münster stoppte den Bau von Windkraftanlagen in einem FFH-Gebiet aufgrund der Gefährdung mehrerer geschützter Arten, darunter der Rotmilan und mehrere Fledermausarten. Das Gericht verwies auf die FFH-Richtlinie (92/43/EWG) der Europäischen Union, die den Schutz von Lebensräumen und Arten als vorrangiges Ziel formuliert. Die Risiken durch Rotorblätter und Lärmemissionen wurden als unverhältnismäßig für das Schutzgebiet eingestuft.</p>	<p>ausreichende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung. Auf den Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird verwiesen.</p> <p>Im Umweltbericht wird zudem in Kap. 8 erläutert, warum eine Festlegung als Vorranggebiet Windenergie auch dann erfolgen kann, wenn als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung herauskommt, dass "Artenschutzbelange in erheblichen Maß beeinträchtigt sind". Es wird auf Kap. 8 des Umweltberichts verwiesen.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>die Ausführungen zu den Urteilen werden zur Kenntnis genommen, haben aber keine Auswirkung auf die Planung der Vorranggebiete Windenergie.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete zur Sicherung von Wasservorkommen des Regionalplans (Verbindlicherklärung 24.11.2023) im Entwurf des Teilregionalplans Energie nicht in ihrer Abgrenzung geändert wurden. Eine Aufhebung des Schutzstatus, wie in der Anregung behauptet wird, ist nicht</p>	
IV. 10258	1200	<p>2. Historische Analyse der Regionalplanung</p> <p>Entwicklung des Walburger Rückens als Trinkwasserschutzgebiet</p> <p>Der Walburger Rücken wurde bereits in den frühen 1990er Jahren als Vorranggebiet für Trinkwasserschutz ausgewiesen. Diese Klassifizierung erfolgte auf Grundlage hydrologischer Gutachten, die</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete zur Sicherung von Wasservorkommen des Regionalplans (Verbindlicherklärung 24.11.2023) im Entwurf des Teilregionalplans Energie nicht in ihrer Abgrenzung geändert wurden. Eine Aufhebung des Schutzstatus, wie in der Anregung behauptet wird, ist nicht</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>das hohe Potenzial für die Wasserversorgung der Region belegten. In den Raumordnungsplänen der 1990er und 2000er Jahre wurde der Walburger Rücken explizit als Wasserschutzgebiet festgelegt. Die Wasserqualität und die Grundwasserneubildung wurden durch besondere Auflagen geschützt.</p> <p>Vergleich der Regionalpläne von 1990 bis 2025</p> <p>Ein Vergleich der Regionalpläne zeigt, dass der Walburger Rücken über Jahrzehnte hinweg als kritisches Trinkwasserschutzgebiet geführt wurde. Erst in den jüngsten Plänen von 2025 wurde die Priorisierung verändert, um Vorrangflächen für Windenergie auszuweisen. Diese Umwidmung widerspricht früheren Planungen und hebt den besonderen Schutzstatus auf.</p> <p>Widersprüche und rechtliche Konflikte</p> <p>Die Umwidmung des Walburger Rückens in ein Vorranggebiet für Windenergie stellt einen erheblichen rechtlichen Konflikt dar. Gemäß Raumordnungsgesetz (§ 2 Abs. 2 ROG) und Wasserhaushaltsgesetz (WHG) hat der Schutz der Trinkwasservorkommen Vorrang. Gerichtsurteile wie das VG Wiesbaden (6 K 459/19.WI) betonen die Notwendigkeit, Trinkwassergebiete vor industriellen Eingriffen zu schützen. Im Fall des Walburger Rückens wurde dieser Schutzstatus ohne hinreichende Begründung aufgehoben, was potenziell rechtswidrig ist.</p> <p>2. Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG):</p> <p>Die EU-Wasserrahmenrichtlinie verfolgt das Ziel, die Qualität aller europäischen Gewässer zu verbessern und deren Verschlechterung zu verhindern. Der Walburger Rücken gilt als wesentliche Grundwasserquelle für die Region, die durch Bauvorhaben wie Windkraftanlagen gefährdet würde.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Die Richtlinie fordert, dass der ökologische und chemische Zustand der Gewässer nicht beeinträchtigt wird.</li> <li>o Bodenversiegelungen durch Fundamente der Windkraftanlagen würden die Grundwasserneubildung stören und langfristig die Wasserqualität gefährden.</li> <li>o Die Errichtung von Windkraftanlagen in Wasserschutzgebieten widerspricht Artikel 4 der Wasserrahmenrichtlinie, der eine Verschlechterung des Gewässerzustands untersagt.</li> </ul> <p>Gerichtsurteile und deren Bedeutung für den Walburger Rücken</p> <p>Diverse Gerichtsurteile belegen die Unzulässigkeit der Errichtung von Windkraftanlagen in Wasserschutz- und FFH-Gebieten:</p> <p>1. VG Wiesbaden (6 K 459/19.WI):</p> <p>In diesem Urteil wurde die Errichtung eines Windparks in einem Wasserschutzgebiet untersagt. Das Gericht führte aus, dass der Schutz der Trinkwasserversorgung gegenüber wirtschaftlichen Interessen Vorrang hat. Die Auswirkungen auf das Grundwasser</p>	<p>erfolgt.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Vorranggebiete Windenergie im Altdorfer Wald nicht mit FFH-Gebieten überlagern. Die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie steht der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nicht entgegen. Ein Teil der Vorranggebiete Windenergie im Altdorfer Wald liegt in Wasserschutzgebieten der Zone III. Diesbezüglich wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Die Zone III von Wasserschutzgebieten steht der Festlegung eines Vorranggebiets Windenergie nicht entgegen.</p> <p>Zum Gutachten der Uni Stuttgart und der Studie des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) :</p> <p>Das Gutachten der Uni STuttgart liegt dem RVBO nicht vor und kann daher auch nicht bewertet werden.</p> <p>Eine Rückfrage beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) im Juli ergab, dass es die in der Anregung erwähnte Prognose mit den in der Anregung getroffenen Aussagen nicht existiert.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Die Gerichtsurteile und Gutachten werden zur Kenntnis genommen, führen aber nicht zum Erfordernis einer Planänderung.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wurden als nicht hinnehmbar bewertet.</p> <p>3. VGH Mannheim (10 S 2024/20): Der Verwaltungsgerichtshof entschied, dass die Umwidmung eines Wasserschutzgebiets in eine Vorrangfläche für Windenergie nicht ohne umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen darf. Die ökologische Bedeutung des Gebiets muss vorrangig betrachtet werden.</p> <p>5. Gutachten und wissenschaftliche Studien Der Walburger Rücken ist nicht nur ein bedeutendes Wasserschutzgebiet, sondern beherbergt auch sensible Ökosysteme. Verschiedene wissenschaftliche Studien und Gutachten belegen die Risiken, die mit der Errichtung von Windkraftanlagen in dieser Region verbunden sind.</p> <p>Hydrologische Gutachten der Universität Stuttgart Ein zentrales Gutachten der Universität Stuttgart (2023) hat die Grundwasserneubildung im Walburger Rücken untersucht. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass bereits kleine Bodenversiegelungen zu erheblichen Einbußen in der Grundwasserbildung führen. Windkraftfundamente, die bis zu 20 Meter tief in den Boden reichen, würden die Versickerungsfähigkeit stark beeinträchtigen. Auch die temporären Baustellen für den Transport und die Errichtung der Anlagen führen zu Bodenverdichtungen, die das natürliche Versickern von Regenwasser verhindern.</p> <p>Die Studie warnt davor, dass die Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung nicht umkehrbar ist und somit das Risiko der Trinkwasserversorgung langfristig gefährdet wird.</p> <p>Prognosen des BUND Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat in einer aktuellen Prognose (2024) die Langzeitfolgen der Bodenversiegelung durch Windkraftanlagen bewertet. Die Analyse zeigt, dass insbesondere in Wasserschutzgebieten wie dem Walburger Rücken irreversible Schäden zu erwarten sind. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Folgen der Fundamentsetzung in Wasserschutzgebieten nach heutigen technischen Möglichkeiten kaum rückgängig gemacht werden können.</p> <p>Vergleich mit ähnlichen Projekten und deren Auswirkungen In Hessen und Rheinland-Pfalz wurden ähnliche Projekte in Wasserschutzgebieten geplant. In beiden Fällen kam es zu erheblichen Einschnitten in die Wasserqualität. Nachweislich sanken die Grundwasserstände um bis zu 15 %, was in der Folge zu strengeren Auflagen für die betroffenen Kommunen führte. Diese Erfahrungen unterstreichen die Risiken, die auch für den Walburger Rücken zu erwarten sind.</p> <p>VG Wiesbaden (6 K 459/19.WI)</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>In diesem Urteil untersagte das Verwaltungsgericht Wiesbaden die Errichtung eines Windparks in einem ausgewiesenen Wasserschutzgebiet. Das Gericht stellte fest, dass die potenziellen Auswirkungen auf das Grundwasser und die Grundwasserneubildung Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Interessen haben. Das Urteil begründete sich auf die Anwendung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) sowie der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG). Insbesondere wurde betont, dass der Schutz der Trinkwasserversorgung ein höheres öffentliches Interesse darstellt.</p> <p>Die Parallelen zum Walburger Rücken sind offensichtlich: Auch hier handelt es sich um ein Wasserschutzgebiet, dessen Funktion durch Windkraftanlagen gefährdet werden könnte.</p>		
IV. 10258	1201	<p>3. Widersprüche zur Energiewende und Effizienzdebatte</p> <p>Aussagen der CEOs von RWE und Eon</p> <p>Im Artikel "Energiewende in Deutschland – Chefs von RWE und Eon stellen ihren Plan vor" wird auf die Problematik überdimensionierter Ausbauziele hingewiesen. Der CEO von EON, Herr Birnbaum, betont, dass "der tatsächliche Strombedarf für 2030 überschätzt wird" und der Ausbau von Infrastruktur, insbesondere für Windenergie, an vielen Stellen fehlgeleitet ist. Auch Markus Krebber von RWE äußert, dass Windparks in Gebieten ohne ausreichende Netzanbindung „wahnsinnig teuer“ und ineffizient seien. Effizienzdefizite und Fehlallokationen</p> <p>Der Walburger Rücken ist ein Beispiel für diese Fehlallokation: Der Bau von Windkraftanlagen ohne ausreichende Netzkapazität führt zu Überproduktion und erhöhten Kosten für Einspeisemanagement. Die im Artikel erwähnte "Netzampel" würde den Walburger Rücken aufgrund seiner isolierten Lage wahrscheinlich als "rot" (ungeeignet) ausweisen.</p> <p>Bewertung des Netzausbaus im Kontext der Energiewende</p> <p>Der Ausbau der Windenergie im Walburger Rücken erfordert massive Investitionen in die Netzinfrastruktur, da die Region aktuell keine ausreichende Anbindung hat. Dadurch entstehen enorme Mehrkosten, die in keinem Verhältnis zur eigentlichen Energiegewinnung stehen.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10258	1202	<p>1. Einleitung</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme zielt darauf ab, die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich des Walburger Rückens kritisch zu hinterfragen und abzulehnen. Der Walburger Rücken stellt ein besonders schützenswertes Naturgebiet dar, das nicht nur ein bedeutendes Trinkwasservorkommen umfasst, sondern auch essenziell für den lokalen Arten- und Naturschutz ist. In Zeiten des Klimawandels, zunehmender Trockenperioden und wachsender Wasserknappheit ist der Schutz dieser Gebiete von überragender Bedeutung.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10258	1203	<p>Umweltstudien der Universität Freiburg</p> <p>Parallel dazu hat die Universität Freiburg (2022) die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Flora und Fauna im Walburger Rücken untersucht. Im Fokus standen hierbei:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rotmilan-Populationen: Der Walburger Rücken ist ein bekanntes Brutgebiet für den Rotmilan, eine geschützte Vogelart nach EU-Vogelschutzrichtlinie. Studien zeigen, dass Rotmilane überproportional häufig mit den Rotorblättern kollidieren.</li> <li>• Fledermausbestände: Insbesondere Arten wie die Kleine Hufeisennase und das Große Mausohr sind im Walburger Rücken</li> </ul>	<p>Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunkt vorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht).</p> <p>Die eingereichten Unterlagen wurden gesichtet und im</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>heimisch. Die Auswirkungen der Schallwellen und der Luftverwirbelungen durch Windkraftanlagen führen nachweislich zu Desorientierung und erhöhter Mortalität.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bodenbrüter: Die Bodenversiegelung und der erhöhte Lärmpegel wirken sich negativ auf die Nistplätze aus, was zu einer signifikanten Reduzierung der Populationen führt.</li> </ul> <p>6. Auswirkungen auf Flora und Fauna</p> <p>Der Walburger Rücken beherbergt eine Vielzahl geschützter Tier- und Pflanzenarten, die durch den Bau und den Betrieb von Windkraftanlagen erheblich gefährdet wären. Eine detaillierte Betrachtung zeigt die konkreten Risiken auf:</p> <p>Gefährdung geschützter Arten (Rotmilan, Fledermäuse, Bodenbrüter)</p> <p>Rotmilan (<i>Milvus milvus</i>):</p> <p>Der Walburger Rücken ist ein bedeutendes Brut- und Jagdgebiet für den Rotmilan. Diese Art ist gemäß der Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG) besonders geschützt. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass Rotmilane überdurchschnittlich häufig mit Windkraftanlagen kollidieren. Die geplanten Standorte der Anlagen befinden sich im direkten Flugkorridor dieser Art.</p> <p>Fledermäuse (Kleine Hufeisennase, Großes Mausohr):</p> <p>Im Walburger Rücken sind mehrere gefährdete Fledermausarten heimisch. Besonders betroffen sind die Kleine Hufeisennase (<i>Rhinolophus hipposideros</i>) und das Große Mausohr (<i>Myotis myotis</i>). Studien zeigen, dass die Infraschallwellen der Windräder sowie Luftverwirbelungen zu massiven Desorientierungen und erhöhten Sterberaten führen. In FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat) ist der Schutz dieser Arten gesetzlich vorgeschrieben.</p> <p>Bodenbrüter (Kiebitz, Feldlerche):</p> <p>Bodenbrütende Vogelarten wie der Kiebitz (<i>Vanellus vanellus</i>) und die Feldlerche (<i>Alauda arvensis</i>) sind stark gefährdet. Die Erschütterungen und der Lärmpegel der Anlagen stören die Brutplätze nachhaltig, was zu einem Rückgang der Population führt.</p> <p>Auswirkungen auf die Biodiversität und das lokale Ökosystem</p> <p>Die Errichtung der Windkraftanlagen würde nicht nur einzelne Arten</p>	<p>Hinblick auf die Relevanz auf der vorliegenden Planungsebene geprüft.</p> <p>Die Regionalplanung ist auf systematisch erhobene, regionsweit verfügbare Datengrundlagen angewiesen. Um die Regionalverbände zu unterstützen, wurde im Rahmen der „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Land“ ein „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung“ im Hinblick auf Planungen für Windenergie erarbeitet. Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von Schwerpunktvorkommen ausgewählter windkraftsensibler Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktvorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.</p> <p>In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktvorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktvorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>gefährden, sondern das gesamte ökologische Gleichgewicht des Walburger Rückens beeinflussen. Bodenversiegelungen, Rodungen und der Lärm der Anlagen führen zu einer Verdrängung sensibler Arten. Langfristig ist eine Verarmung der Biodiversität zu erwarten, was die Resilienz des Ökosystems gegen Umweltveränderungen schwächt.</p> <p>Maßnahmen zum Schutz bedrohter Arten</p> <p>Verzicht auf Windkraftanlagen in nachgewiesenen Brut- und Lebensräumen geschützter Arten.</p> <p>Einrichtung von Schutzzonen mit einem Mindestabstand von 1.000 Metern zu bekannten Brutplätzen.</p> <p>Dauerhafte Überwachung der Populationen durch unabhängige Gutachter.</p>	<p>oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Der Fachbeitrag betrachtet bei den nach den bestehenden Landeshinweisen und nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) windenergiesensiblen Vogelarten ausschließlich den Brutzeitaspekt. Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln u. a. mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen sowie Zugkonzentrationskorridore von Vögeln wurden vom Fachbeitrag nicht umfasst. Ein Zugkonzentrationskorridor ist anzunehmen, wenn über mehrere Jahre bestätigte Verdichtungsräume des Vogelzuges vorliegen oder ein nachvollziehbar begründeter Verdacht auf einen Verdichtungsraum besteht. Betrachtungsrelevant sind regional oder überregional bedeutende Zugkonzentrationskorridore, bei denen Windenergieanlagen zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können.</p> <p>Im BNatSchG wird nicht der Umgang mit der betriebsbedingten Kollisionsgefährdung von Ansammlungen bzw. während der Zeiten des Vogelzuges geregelt. § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG findet keine Anwendung für die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungs- und Verletzungsrisikos bei Betroffenheit von Ansammlungen (insbesondere Kolonien, bedeutende Brut- und Rastgebiete sowie Schlafplatzansammlungen) von kollisionsgefährdeten oder störungsempfindlichen Brut- und Rastvogelarten sowie bei Betroffenheit des Vogelzugs. Falls Betroffenheiten vorliegen müssen diese entweder durch eine entsprechende Planung vermieden werden oder falls dies nach Prüfung der Planungsträger und Fachbehörden prognostisch möglich erscheint gegebenenfalls im Rahmen der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) durch geeignete Vorschriften zur Abschaltung der Anlagen geregelt werden. Wenn eine signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann müssen entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen angeordnet, attraktive Ausweichnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet werden, so dass für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen ist, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert werden kann.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich jedoch maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die vier Fledermaus-Arten, für die in der Region Bodensee-Oberschwaben FFH-Lebens-stätten festgelegt wurden, sind laut Hinweispapier der LUBW74 (s. Anlage 3, Tabelle U 44) jedoch nicht kollisionsgefährdet. Hinweise von Sonderstatusarten außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden mit in die BEwertung aufgenommen, ebenso wie die auf Grund vonNaturschutzbehörden und -verbänden festgelegten Fledermauskorridore.</p> <p>Zudem wurden die Betroffenheiten von Fledermaus-Lebensstätten durch die geplanten Vorranggebiete Windenergie im Bereich von 500 Metern Abstand zu den FFH-Gebieten geprüft.</p> <p>Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage und auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-007) verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10258	1204	Ableitungen für den Walburger Rücken	Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.	Kenntnisnahme
IV. 10258	1205	<p>Beide Urteile zeigen klar auf, dass der Schutz von Wasservorkommen und sensiblen Lebensräumen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben muss. Der Walburger Rücken ist sowohl als Trinkwasserschutzgebiet als auch als Lebensraum für geschützte Arten eingestuft. Eine Errichtung von Windkraftanlagen würde hier gegen nationale sowie europäische Rechtsvorgaben verstoßen.</p> <p>8. Klimawandel und Langzeitfolgen</p> <p>Die Auswirkungen des Klimawandels sind längst auch in der Region des Walburger Rückens spürbar. Der Ausbau der Windenergie in diesem Gebiet würde nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zusätzliche Belastungen für das lokale Klima und die Wasserversorgung bedeuten.</p> <p>Studien des Deutschen Wetterdienstes</p> <p>Der Deutsche Wetterdienst (DWD) dokumentiert seit Jahren eine Zunahme der Trockenperioden und eine Verschärfung der Hitzewellen in Süddeutschland. Besonders betroffen sind dabei Regionen, die durch ihre Vegetation und ihre Grundwasservorkommen bisher als Puffer gegen klimatische Extreme dienten. Der Walburger Rücken gehört zu diesen Pufferzonen. Die Errichtung von Windkraftanlagen würde eine massive Bodenversiegelung und damit eine Reduzierung der Grundwasserneubildung verursachen.</p> <p>Modellrechnungen der TU München zur Erderwärmung durch Entwaldung</p> <p>Die Technische Universität München (2023) veröffentlichte Modellrechnungen, die zeigen, dass die Entwaldung und Versiegelung von Böden in Schutzgebieten die regionale Temperatur um bis zu 1,5°C erhöhen kann. Insbesondere Wasserschutzgebiete leiden unter diesen Eingriffen, da die natürliche Versickerung von Regenwasser stark eingeschränkt wird. Im Walburger Rücken, wo das Grundwasser eine zentrale Rolle spielt, wären die Auswirkungen auf die Wasserverfügbarkeit deutlich spürbar.</p> <p>Auswirkungen auf die regionale Wasserversorgung</p> <p>Die Kombination aus zunehmenden Trockenperioden und reduzierter</p>	<p>Zu den klimatischen Auswirkungen von Windenergieanlagen durch Wake-Effekt und, im Falle von WEA im Wald, Waldrodung wird auf die Ausführungen in der Anlage B.1 zur Synopse 1. Offenlage verwiesen. Diese Abwägung gilt weiterhin. Der RVBO hat in seiner Abwägung dem Belang der Wasserversorgung im genannten Gebiet ausreichend Rechnung getragen, durch den PS 3.3.1 Z (3) und Begründung, die Herausnahme der Bohransatzpunkte der Wasserversorgung Haslach im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie und die Tatsache, dass sich das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie nicht mit Wasserschutzgebieten der Zone I oder II überlagert. Bezüglich der teilweise vorhandenen Überlagerung mit WSG III: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p> <p>Zur Auswirkungen von durch WEA bedingten Klimaveränderungen auf die Grundwasserneubildung im Walburger Rücken: Die Ausführungen zu den Dokumentationen des Deutschen Wetterdienstes werden zur Kenntnis genommen. Ein direkter Zusammenhang zwischen diesen Dokumentationen des DWD, die sich mit klimawandelbedingten Folgen befasst und nicht mit Folgen von WEA und der Behauptung, dass WEA die Grundwasserneubildung reduzieren, wird dadurch aber nicht gesehen. Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass WEA dazu dienen, den Klimawandel einzudämmen (Klimaschutz).</p> <p>Die Modellrechnungen der TU München liegen dem RVBO nicht vor und können daher auch nicht bewertet werden. Der Hinweis wird daher zur Kenntnis genommen. Zudem wird nachrichtlich darauf hingewiesen, dass bei der Errichtung von WEA keine flächendeckende Entwaldung und Versiegelung des Waldbodens erfolgt, sondern diese Eingriffe punktuell (WEA) sowie linear (Erschließung sind).</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Grundwasserneubildung würde langfristig die Trinkwasserversorgung der umliegenden Gemeinden gefährden. Bereits heute gibt es Berichte von sinkenden Grundwasserspiegeln und schlechteren Wasserqualitäten. Windkraftanlagen, deren Fundamente mehrere Meter tief in die Erde reichen, blockieren zudem wichtige Wassereinzugsgebiete. Dadurch wird die natürliche Filterung und Speicherung von Wasser massiv beeinträchtigt.	Zudem folgender Hinweis: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage	
IV. 10258	1206	<p>9. Volkswirtschaftliche Betrachtung</p> <p>Der Ausbau der Windkraftanlagen im Walburger Rücken wirft nicht nur ökologische, sondern auch volkswirtschaftliche Fragen auf. Eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse zeigt auf, dass die langfristigen Kosten die kurzfristigen Gewinne bei weitem übersteigen.</p> <p>Kosten-Nutzen-Analyse der Windkraft im Vergleich zum Trinkwasserschutz</p> <p>Trinkwasserschutz als wirtschaftlicher Faktor: Die Wasserversorgung im Walburger Rücken stellt eine wirtschaftlich bedeutende Ressource dar. Die durch Windkraftanlagen verursachten Schäden an der Grundwasserneubildung könnten Millionen an Folgekosten nach sich ziehen. Die Erschließung alternativer Quellen oder der Wasserimport würde die Region wirtschaftlich stark belasten.</p> <p>Kosten durch Infrastrukturmaßnahmen: Der Bau der Windkraftanlagen erfordert umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen, darunter Straßenbau für den Transport der Turbinen, Fundamente und Stromanbindungen. Diese Eingriffe haben nicht nur ökologische, sondern auch wirtschaftliche Kosten zur Folge.</p> <p>Langfristige wirtschaftliche Nachteile: Studien der Universität Freiburg (2024) belegen, dass Regionen, die ihre Wasserschutzgebiete durch Windkraft beeinträchtigen, langfristig wirtschaftliche Nachteile erleiden. Der Verlust von Trinkwasserreserven kann zu höheren Kosten für die Bevölkerung führen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10258	1207	<p>Langfristige Auswirkungen auf die Region</p> <p>Wertverlust von Immobilien: In der Nähe von Windkraftanlagen ist ein signifikanter Wertverlust von Immobilien zu verzeichnen. Dies betrifft sowohl private als auch gewerbliche Objekte.</p> <p>Reduzierte Attraktivität für Tourismus und Naherholung: Der Walburger Rücken ist bekannt für seine landschaftliche</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schönheit. Der Ausbau von Windkraftanlagen würde diesen Status gefährden, was zu Einbußen im Tourismus führen könnte.</p> <p>Folgekosten für Umweltschäden: Die Wiederherstellung von beschädigten Böden und die Revitalisierung von Wasserquellen nach einem Rückbau der Windkraftanlagen erzeugen zusätzliche Kosten, die langfristig die Haushaltskassen der Gemeinden belasten.</p>	<p>Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10258	1208	<p>10. Stimmen aus der Wissenschaft und Wirtschaft</p> <p>Die Errichtung von Windkraftanlagen in sensiblen Schutzgebieten wie dem Walburger Rücken wird zunehmend auch von Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft kritisch betrachtet. Verschiedene Studien und Fachartikel belegen, dass die langfristigen Schäden die kurzfristigen Energiegewinne deutlich übersteigen können.</p> <p>Wissenschaftliche Positionen</p> <p>Prof. Dr. Claudia Kemfert (DIW Berlin):</p> <p>In mehreren Studien hat Frau Prof. Dr. Kemfert auf die ökologischen und volkswirtschaftlichen Schäden hingewiesen, die durch die Zerstörung von Wasserschutzgebieten entstehen. Sie betont, dass der Ausbau der Windkraft „nicht um jeden Preis“ erfolgen darf, sondern die ökologischen Folgen immer in die Planung einfließen müssen.</p> <p>Studie der Universität Stuttgart (2023):</p> <p>Eine Studie der Universität Stuttgart zeigt, dass der Schutz von Wassereinzugsgebieten im Fokus stehen muss, um langfristige Schäden für die Trinkwasserversorgung zu verhindern. Der Walburger Rücken wurde als Beispiel für ein besonders sensibles Gebiet angeführt.</p> <p>BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland):</p> <p>Der BUND lehnt den Ausbau der Windkraft in Wasserschutzgebieten kategorisch ab. In einer Stellungnahme 2024 hieß es:</p> <p>„Wasserschutzgebiete sind das Rückgrat der regionalen Versorgung und dürfen nicht kurzfristigen Energieprojekten geopfert werden.“</p> <p>Wirtschaftliche Positionen</p>	Es wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Michael Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft Köln):</p> <p>In einem Interview mit der FAZ (2024) betonte Hüther, dass der unkontrollierte Ausbau der Windkraft nicht nur ökologische, sondern auch volkswirtschaftliche Schäden verursacht. Die Kosten für Infrastruktur und der Verlust von Immobilienwerten seien in der Planung häufig nicht vollständig berücksichtigt.</p> <p>Versicherungswirtschaft:</p> <p>Mehrere Versicherungsunternehmen haben in einer gemeinsamen Erklärung auf die Risiken der Windkraft im Zusammenhang mit Wasserschutzgebieten hingewiesen. Die erhöhten Versicherungsprämien für Häuser in der Nähe von Windkraftanlagen sind ein Indikator für das steigende Risiko von Umweltschäden</p> <p>Analyse Teilregionalplan Energie - 2 11. Fazit und Handlungsempfehlungen Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der geplante Ausbau von Windenergieanlagen im Walburger Rücken nicht nur ökologische, sondern auch volkswirtschaftliche Schäden nach sich ziehen würde. Die Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen zeigt, dass der Schutz der Wasservorkommen und der Artenvielfalt Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben muss. Die Gerichtsentscheidungen des VG Wiesbaden und des OVG Münster verdeutlichen, dass Wasserschutzgebiete und FFH-Gebiete nicht durch industrielle Eingriffe gefährdet werden dürfen.</p> <p>Die vorliegenden wissenschaftlichen Gutachten der Universität Stuttgart und der Universität Freiburg belegen, dass die Grundwasserneubildung und der Schutz bedrohter Arten erheblich beeinträchtigt würden. Langfristige volkswirtschaftliche Schäden durch Wertverluste bei Immobilien, Infrastrukturkosten und Beeinträchtigungen der regionalen Trinkwasserversorgung sind zu erwarten.</p>		
IV. 10258	1209	<p>Stärkung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP):</p> <p>Jede Planung für Windkraftanlagen muss eine umfassende UVP beinhalten, die den Schutz der Wasservorkommen, der Flora und Fauna sowie die klimatischen Auswirkungen berücksichtigt.</p>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10258	1210	<p>Schutz bedrohter Arten:</p> <p>Eine vollständige Erfassung der Brut- und Lebensräume geschützter Arten muss vor einem Projektstart erfolgen.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10258	1211	Handlungsempfehlungen: Erhalt des Walburger Rückens als Wasserschutzgebiet: Ein striktes Bauverbot für Windkraftanlagen in Wasserschutzgebieten der Kategorie I und II sollte etabliert werden.	Der RVBO plant Gebiete für die Errichtung von WEA, nicht die Standorte selbst. Eine Überlagerung von VRG Windenergie mit WSG I oder WSG II liegt im Altdorfer Wald nicht vor.	Kenntnisnahme
IV. 10258	1212	Mindestabstände von mindestens 1000 Metern zu bekannten Brutgebieten sollten gesetzlich festgeschrieben werden.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10258	1213	Verzicht auf Windkraftprojekte in FFH-Gebieten:  Die Errichtung von Windkraftanlagen in FFH-Gebieten, wie es der Walburger Rücken darstellt, sollte gesetzlich untersagt werden.	Kenntnisnahme. Beim Walburger Rücken handelt es sich nicht um ein FFH Gebiet.	Kenntnisnahme
IV. 10258	1214	Die rechtlichen Grundlagen aus dem WHG (Wasserhaushaltsgesetz) und der EU-Wasserrahmenrichtlinie müssen konsequent angewendet werden.	Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.	Kenntnisnahme
IV. 10258	1215	Förderung alternativer Standorte:  Windkraftanlagen sollten nur an Standorten errichtet werden, die keine sensiblen Ökosysteme oder Wasserschutzgebiete beeinträchtigen.	Durch das Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, die Umweltprüfung und die naturschutzfachlichen Prüfungen wurden auf der regionalen Planungsebene Eingriffe in sensible Ökosysteme weitestgehend vermieden. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl. Anlagen verwiesen. Bezüglich Wasserschutzgebiete: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 zu den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung der in der Anregung genannten VRG	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10258	1216	<p>Die geplanten Eingriffe in den Walburger Rücken widersprechen nicht nur nationalen und europäischen Rechtsvorgaben, sondern auch den Prinzipien nachhaltiger Umweltpolitik. Der Erhalt der regionalen Wasservorkommen und der geschützten Arten muss oberste Priorität haben.</p> <p>Die rechtlichen Präzedenzfälle untermauern die Forderung, den Walburger Rücken dauerhaft vor derartigen Eingriffen zu schützen.</p>	<p>Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Wegen regionalen Wasservorkommen:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt bezüglich Wasservorkommen für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl. Anlagen verwiesen.</p>	Teilweise Berücksichtigung
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10260	628	<p>Stellungnahme zu WEA-435-002 Hochbül</p> <p>Ich finde es unverantwortlich 80 ha Wald für immer zu vernichten, um 5 Windräder hinzustellen, weil es das Flächengesetz so will .</p> <p>Noch dazu werden die Investoren die einzigen sein, welche von den Subventionen profitieren.</p> <p>Wir, die Bürger, haben dann Windräder vor der Haustüre, welche sich nur sehr selten drehen werden, da nachweislich der Süden zu wenig Windhöffigkeit aufweist.</p> <p>Es werden dadurch seltenen und vom Aussterben bedrohte Fledermausarten wegen ideologischen Gründen verbannt.</p> <p>Man hat hier am Bodensee in jahrelanger Arbeit (Sielmannweiher) geschaffen um seltene Tierarten zu schützen und nun werden diese durch den Einfluss der Windräder gestört bzw. zerstört.</p> <p>Es gibt etliche Alternativen regenerative Energie am Bodensee zu gewinnen ohne dabei die Natur zu zerstören.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10262	629	Vorrangsgebiet WEA-436-013 Mösern/Enkenhofer Wald Süd	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ich Stellung zu den oben genanntem Vorrang-Gebiet und fordere Sie ausdrücklich auf, in den Mösern/Enkenhofener Wald – Süd aus der Entwurfsplanung für mögliche Vorrang-Gebiete zu entfernen. Schon beim letzten mal habe ich meine Stellung dazu abgegeben. Ich denke da an die Gefährdung der Tier und Pflanzenwelt, aber auch vor allem an die Belästigungen durch den Schattenschlag und den Blinklichtern, von der ständigen Unruhe durch die permanente Drehbewegung ganz abgesehen. Vor Jahren wurde durch den Regionalverband Bodensee/Oberschwaben die besonders erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch festgestellt. Sind wir es jetzt nicht mehr Wert. Zählen mittlerweile Mensch und Tier nichts mehr. Geht es nur noch um den Profit bestimmter Firmen und Personen. Wenn ich denke was hier erst mal zerstört wird bis die Windräder überhaupt dort hin gelangen können. Außerdem sehe ich die Zerstörung der weitgehend intakten Allgäu-Landschaft, wo viele Menschen in den Urlaub kommen. Ich arbeite beim Campingplatz am Badsee uns sehe meinen Arbeitsplatz gefährdet, da die Übernachtungszahlen mit Sicherheit rückläufig werden. Ich fordere Sie also nochmals auf, das Gebiet aus der Vorrang-Liste zu entfernen.</p>	<p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10264	458	<p>Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Teilregionalplan Windkraft des Regionalverbands zum Vorranggebiet Wald WEA-437-025 mit großer Besorgnis nehme ich die fortschreibende Planung zur Errichtung eines Windparks in unserer Region zur Kenntnis. Nach eingehender Prüfung der Gegebenheiten vor Ort sowie der öffentlich zugänglichen Informationen sehe ich mich veranlasst, dieser Planung in aller Deutlichkeit zu widersprechen. Die Gründe für meine Ablehnung sind vielschichtig und fundieren auf ökologischen, technischen sowie landschaftsbezogenen Aspekten, die im Folgenden ausgeführt werden: 1. Fehlendes nachvollziehbares Windgutachten Die Grundlage für die Errichtung eines Windparks muss ein belastbares, standortspezifisches Windgutachten sein, das über einen ausreichend langen Zeitraum (mindestens 12 Monate) erhoben wurde und den tatsächlichen Energieertrag realistisch abschätzen kann. Im vorliegenden Fall liegt kein nachvollziehbares und fundiertes Gutachten vor. Ohne ein unabhängiges, messtechnisch fundiertes Windgutachten fehlt jede seriöse Entscheidungsgrundlage. Ein Windpark ohne nachvollziehbar nachgewiesenes Ertragspotenzial ist nicht nur unwirtschaftlich, sondern auch ein massiver Eingriff in Natur und Landschaft ohne</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 438 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>garantierten Nutzen. 2. Windatlas und Windhöffigkeit Mit großem Unverständnis nehme ich zur Kenntnis, dass trotz der klaren Aussagen des Windatlas ein Windpark an einem Standort errichtet werden soll, an dem die Windhöffigkeit nachweislich nicht gegeben ist. Ein solcher Standort widerspricht dem Grundprinzip der Effizienz im Ausbau erneuerbarer Energien. Die Errichtung großtechnischer Anlagen in windarmen Gebieten führt nicht nur zu einem unverhältnismäßig hohen Flächen- und Landschaftsverbrauch, sondern auch zu einer schlechten Energieausbeute – bei gleichzeitig hoher Belastung von Natur, Umwelt und Bevölkerung. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist notwendig, doch er muss wissenschaftlich fundiert, wirtschaftlich sinnvoll und ökologisch verantwortbar erfolgen. Projekte gegen jede fachliche Empfehlung untergraben die Akzeptanz der Energiewende und schaden langfristig dem Vertrauen in Politik und Planung. Ich fordere -wie schon in Punkt 1 erwähnt- daher eine Überprüfung des Vorhabens anhand nachvollziehbarer Winddaten und ein klares Bekenntnis zur sinnvollen Nutzung von Standorten mit ausreichender Windhöffigkeit.</p>		
IV. 10264	459	<p>3. Schlechte Bodenverhältnisse Die Bodenverhältnisse in der Region sind, insbesondere in waldreichen und hügeligen Lagen, für Großbaustellen ungeeignet. Die für die Errichtung der Fundamente und Zufahrtsstraßen nötigen schweren Maschinen führen in wassergesättigten oder lehmigen Böden zu irreversiblen Verdichtungen, Bodenerosion und Zerstörung von Humusschichten. Auch eine spätere Renaturierung kann diese Schäden nicht kompensieren. Der Boden als bedeutender CO<sub>2</sub>-Speicher und Lebensraum wird dauerhaft geschädigt. 4. Große Flächenversiegelung Der Bau und Betrieb eines Windparks bringt eine erhebliche Versiegelung natürlicher Flächen mit sich – durch Fundamente, Montageflächen, Zuwegungen und Wartungsinfrastruktur. Dabei gehen nicht nur wertvolle Wald- und Wiesenflächen verloren, sondern auch Lebensräume zahlreicher Tier- und Pflanzenarten. Diese Versiegelung steht im Widerspruch zu den Klimaschutzzielen, da sie natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher zerstört und das Mikroklima negativ beeinflusst. 5. Zerstörung von Natur und Lebensräumen Unsere Region ist geprägt von einer hohen Biodiversität. Wälder, Wiesen und Feuchtgebiete bieten Lebensraum für viele bedrohte Tierarten wie Fledermäuse, Greifvögel, Eulen, Amphibien und Insekten. Die Errichtung eines Windparks gefährdet diese Habitate massiv. Die Rotoren stellen insbesondere für fliegende Arten eine tödliche Gefahr dar. Die durch die Bauarbeiten und den Betrieb entstehende Lärmbelastung, Lichtemission und Bewegung schrecken viele Arten dauerhaft ab. Darüber hinaus wird der Eingriff in geschützte Biotope gegen geltendes Naturschutzrecht verstoßen. 6. Zerstörung des Naherholungsgebietes Die betroffene Region dient nicht nur der</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Artenvielfalt, sondern auch den Menschen als wichtiger Rückzugs- und Erholungsort. Die Landschaft zwischen Bodensee und Donautal ist landschaftlich einzigartig und zieht Erholungssuchende, Wanderer, Radfahrer und Naturfreunde an. Ein Windpark würde dieses empfindliche Gleichgewicht zerstören. Die visuelle Dominanz der Anlagen, verbunden mit dem Lärm und der industriellen Umgestaltung der Natur, mindern den Erholungswert der Region drastisch und dramatisch. 7. Trassenausbau/Netzanbindung Ein wesentlicher Aspekt der Energieinfrastruktur wird beim geplanten Windpark bislang vollkommen unzureichend berücksichtigt: der notwendige Ausbau der Stromtrassen zur Einspeisung der erzeugten Energie. Die Errichtung eines Windparks ohne gesicherte und leistungsfähige Netzanbindung ist planerisch unverantwortlich und wirtschaftlich fragwürdig. Wenn die erzeugte Energie aufgrund fehlender Transportkapazitäten nicht zuverlässig eingespeist oder sogar abgeregelt werden muss, konterkariert dies den eigentlichen Zweck des Projekts – die nachhaltige Energiegewinnung. Statt realer Klimaschutzwirkung entstehen so technische Probleme, unnötige Kosten für Netzbetreiber und letztlich auch für Stromverbraucherinnen und -verbraucher. Ein Windpark ohne funktionierende Netzinfrastruktur gleicht einem Kraftwerk ohne Anschluss. Solche Vorhaben führen zu ineffizienter Nutzung öffentlicher und privater Mittel, beeinträchtigen die Akzeptanz der Energiewende und erzeugen zusätzliche ökologische Belastungen, ohne dass der Nutzen gesichert ist. Fazit Die Errichtung eines Windparks bei uns ist aus den oben genannten Gründen entschieden abzulehnen. Ohne ein fundiertes Windgutachten, bei gleichzeitig gravierenden Eingriffen in Natur, Landschaft und Lebensräume sowie einer hohen ökologischen und sozialen Belastung, ist dieses Projekt weder ökologisch noch wirtschaftlich oder gesellschaftlich verantwortbar. Ich fordere sie daher auf, das Vorhaben kritisch zu überdenken, transparente Gutachten einzufordern und diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sowie die Interessen von Natur, Mensch und Klima ganzheitlich zu berücksichtigen.</p>	<p>aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10265	632	<p>hiermit möchte ich folgende Einsprüche gegen die Teilregionalplan Energie erheben:</p> <p>Seite 67: Handlungserfordernisse bestehen auch seitens des Landes, der Regionalplanung und der Kommunen. Wie sollen sonst Synergien entstehen? Wie sieht Ihr Hitzeaktionsplan den aus? Sie hätten Handlungsmöglichkeiten !</p> <p>Seite 101: Windenergieanlagen dürfen nicht in Vorranggebieten</p>	<p>Der Notwendigkeit von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wird zugestimmt. Die Erstellung von Hitzeaktionsplänen ist jedoch nicht Gegenstand des Verfahrens.</p> <p>Die Regelungen zur ausnahmsweisen Zulässigkeit von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege sind das Ergebnis einer regionalplanerischen Abwägung gemäß den rechtlichen Vorgaben (§ 7 Abs. 2 S. 1 ROG). Da WEA i.d.R. keine</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>für Natur- und Landschaftsschutz zulässig sein ! Auch nicht ausnahmsweise !!</p> <p>Seite 123: Die Vorranggebiete überlagern zum Teil die Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen Waldburger Rinne usw.. Natürlich stehen die Vorranggebiete für Wasservorkommen dem Bau von WEA s und deren Zufahrtswegen entgegen und dürfen nicht beeinträchtigt bzw. überbaut werden ! Der Alibisatz von Schutzmassnahmen "können" spricht Bände! Dieser Passus ist heraus zu nehmen . Was ist wichtiger ? Sicherung von zukünftigen Wasservorkommen für den Landkreis Ravensburg , das Schussental und zukünftiger Generationen oder die Energiegewinnung mit subventionierten WEAs für wenige Investoren bzw. Finanzgesellschaften.</p> <p>Es liegen genügend Beispiele und Gutachten vor in denen die Beeinträchtigungen Schäden und Verunreinigungen mit entsprechender Unbrauchbarkeit der Landschaft bzw. der Brunnenstuben nachgewiesen sind.</p> <p>Die Verbauung des Altdorfer Waldes mit einem Industriepark Windenergie ist ein Eingriff der irreparable Schäden am größten Waldgebiet der Region erzeugt. Klimaverschlechterung, Wasserhaushaltsstörungen, Ruhestörungen für Mensch und Tier, Floraschäden in ungeheurem Ausmaß, Zerstörung eines Ruheraumes für Mensch und Tier. Waldbaden können wir für die Zukunft vergessen ! Wie können Sie dieses vor Gott und den künftigen Generationen verantworten unter dem Alibi von CO 2 Einsparungen, welche im Vorgriff durch ein Mehrfaches an Beton, Lärm, Luftverschmutzung und Verkehr verbraucht und ausgestoßen wird.</p> <p>Mit besten Grüßen aus einer noch intakten Natur- und Tourismuslandschaft Oberschwaben.</p>	<p>Barriere oder Teilbarriere im Biotopverbund darstellen, können Sie in Verbundräumen des regionalen Biotopverbundssystems, welche im Offenland durch die Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege im Regionalplan gesichert werden, nach Prüfung der sonstigen Voraussetzungen des PS 3.2.1. Z (4) zugelassen werden. Für WEA innerhalb der Vorranggebiete Windenergie gilt PS 4.2.1 Z (3). Hier war die Prüfung der Vereinbarkeit mit den Schutzziele der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege Bestandteil des Planungskonzepts und der Umweltprüfung Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl. Anlagen verwiesen.</p> <p>Zur Überlagerung der Vorranggebiete Windenergie mit Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen im Altdorfer Wald: Die Regelung des PS 3.3.1 Z (3) des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie ist das Ergebnis eines umfangreichen Abwägungs- und Abstimmungsprozesses. Die zuständigen Fachbehörden des Landratsamts, des Regierungspräsidiums Tübingen und des LGRB haben gegenüber der Vorgehensweise des Regionalverbands keine Einwendungen vorgetragen. Es besteht Einigkeit, dass die Überlagerung von Vorranggebieten zur Sicherung von Wasservorkommen und den drei Vorranggebieten Windenergie im Altdorfer Wald bestehen kann, ohne den Schutz der Wasservorkommen erheblich zu beeinträchtigen.</p> <p>Ansonsten: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10266	633	<p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie (Kap. 4.2)</p> <p>Stellungnahme zur Öffentlichkeitsbeteiligung – 2.Offenlage</p> <p>Gebietscharakteristik WEA-436-010 Altdorfer Wald – Süd</p>	<p>Nachrichtlicher Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ich erhebe hiermit entschiedenen Widerspruch gegen die geplante Ausweisung der Fläche WEA-436-010 im Altdorfer Wald – Süd als Vorranggebiet für Windkraft. Diese Planung ignoriert grundlegende ökologische und rechtliche Grenzen. Die Argumente liegen auf der Hand – hier sind sie:</p> <p>1. Wasserschutz und Grundwassergefährdung Gemäß Regionalplan vom 24.11.2023 haben in Vorranggebieten zur Sicherung von Grundwasservorkommen der Grundwasserschutz und mögliche spätere Ausweisungen als Wasserschutzgebiet (Zone I oder II) Vorrang. Dies betrifft die Fläche WEA-436-010, die in einer Wasserschutzzzone II liegt. Der Regionalplan schließt explizit bauliche Anlagen und verkehrliche Infrastruktur in solchen Zonen aus. Die Bewertung dieser Fläche als „tendenziell ungeeignet“ (Kriterium K3) für Windenergie wird durch den Plan selbst bestätigt. Die Planer gehen dennoch von einer künftigen Befreiung nach §52 WHG aus – dies stellt eine rechtlich unzulässige Vorwegnahme einer Genehmigung dar. Eine Windenergieanlage enthält bis zu 3.000 Liter Schmierstoffe. Im Havariefall ist ein Eindringen dieser Stoffe in das Erdreich und damit eine irreversible Gefährdung des Grundwassers nicht auszuschließen. Vor dem Hintergrund zunehmender Trockenperioden durch den Klimawandel sind solche Flächen aus reinem Vernunftsprinzip auszuschließen.</p>	<p>auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Die Aussage ist falsch, im VRG WEA 436-010 befinden sich keine WSG II. Ansonsten: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p>	
IV. 10266	1217	<p>7. Artenschutz: Fledermäuse Im Gebiet des Altdorfer Waldes wurden in aktuellen Untersuchungen mindestens 16 von 22 in Baden-Württemberg regelmäßig vorkommenden Fledermausarten nachgewiesen. Darunter finden sich hochsensible und streng geschützte Arten wie: Sonderstatus-Arten nach LUBW (2022) * <i>Barbastella barbastellus</i> (Mopsfledermaus) * <i>Nyctalus noctula</i> (Großer Abendsegler) * <i>Myotis brandtii</i> (Brandt-Fledermaus)</p> <p>Arten nach FFH-Richtlinie Anhang II * <i>Barbastella barbastellus</i> (Mopsfledermaus) FFH-Richtlinie II) * <i>Myotis bechsteinii</i> (Bechsteinfledermaus, FFH-Richtlinie II) * <i>Myotis myotis</i> (Großes Mausohr, Zielart FFH-Richtlinie II)</p> <p>Arten der Roten Liste 1– vom Aussterben bedroht -BW (Braun 2003) * <i>Barbastella barbastellus</i> (Mopsfledermaus) * <i>Myotis brandtii</i> (Brandt-Fledermaus) * <i>Myotis bechsteinii</i> (Bechsteinfledermaus) * <i>Myotis myotis</i> (Großes Mausohr)</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Für die artenschutzfachliche Prüfung liegt der</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Arten der Roten Liste 2– vom Aussterben bedroht -D (Meinig 2020)</p> <p>* Barbastella barbastellus (Mopsfledermaus)</p> <p>* Myotis bechsteinii (Bechsteinfledermaus)</p> <p>Laut RVBO-Planungsgrundlagen führt ein landesweites Schwerpunktorkommen windkraftsensibler Fledermausarten zu einer Ausschlusswirkung. Diese Arten belegen zweifelsfrei den Ausschluss der Fläche von der Vorrangkulisse.Ergänzen möchten wir noch, dass Myotis-Arten auch nach Gehör jagen und somit Käfer und weitere Nahrung auch auf dem Boden oder auf Blättern erbeuten. Ein Meidungsverhalten im Umkreis von 800 m von einer Windkraftanlage ist nachgewiesen. Durch die räumliche Verteilung der WKA im Altdorfer Wald wird signifikant Lebensraum speziell für diese Arten zerstört.</p> <p><a href="https://www.bund-bodensee-oberschwaben.net/fileadmin/Dokumente/PDFundTexte/Altdorfer_Wald/Maier-2024-Untersuchungen-zur-Fledermausfauna-des-Altdorfer-Waldes.pdf">https://www.bund-bodensee-oberschwaben.net/fileadmin/Dokumente/PDFundTexte/Altdorfer_Wald/Maier-2024-Untersuchungen-zur-Fledermausfauna-des-Altdorfer-Waldes.pdf</a></p> <p>§ 45b BNatSchG Nahbereich zentraler Prüfbereich Tötungs- und Verletzungsrisiko ist signifikant erhöht.</p> <p>Ich verweise in diesem Zuge auf die Publikation des Leibnitz-Institutes für Zoo- und Wildtierforschung  <a href="http://www.izw-berlin.de/de/pressemitteilung/windraeder-in-waeldern-erdringen-waldfledermaeuse.html">http://www.izw-berlin.de/de/pressemitteilung/windraeder-in-waeldern-erdringen-waldfledermaeuse.html</a></p>	<p>Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023) als Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie vor. Darin sind Schwerpunktorkommen (Kategorie A und B) für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten abgegrenzt. Schwerpunkträume haben eine hohe Stetigkeit und dieses methodische Vorgehen erleichtert es, den Artenschutz auf der vorgelagerten Ebene mit hinreichender Genauigkeit zu beachten, so dass auf den festgelegten Flächen regelmäßig keine unüberwindbaren Hindernisse mehr entgegenstehen werden.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW trägt also dazu bei dass im Rahmen der Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen zum Teilregionalplan Energie Artenschutzbelange auch außerhalb von Schutzgebieten adäquat berücksichtigt werden können. Zudem kann so der Schutz von Populationen auf planerischer Ebene berücksichtigt werden, der wiederum eine Voraussetzung für das Erteilen einer Ausnahme auf nach-gelagerter Ebene darstellt (§ 45 Abs. 7 BNatSchG).</p> <p>Die vier Fledermaus-Arten, für die in der Region Bodensee-Oberschwaben FFH-Lebens-stätten festgelegt wurden, sind laut Hinweispapier der LUBW74 (s. Anlage 3, Tabelle U 44) jedoch nicht kollisionsgefährdet. Hinweise von Sonderstatusarten außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden mit in die BEwertung aufgenommen, ebenso wie die auf Grund vonNaturschutzbehörden und -verbänden festgelegten Fledermauskorridore.</p> <p>Zudem wurden die Betroffenheiten von Fledermaus-Lebensstätten durch die geplanten Vorranggebiete Windenergie im Bereich von 500 Metern Abstand zu den FFH-Gebieten geprüft. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	
IV. 10266	1267	<p>2. Luftverkehr und Sicherheit</p> <p>Die bisherige Planung berücksichtigt lediglich e[Inhalt anonymisiert]</p> <p>Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage ist jedoch eine umfassende Neubewertung des militärischen Luftraums notwendig.</p> <p>Der Flughafen Friedrichshafen ist laut Regionalplan (Kap. 4.1.5) in seiner Funktion bedarfsgerecht zu sichern. Die Fläche Altdorfer Wald/Vogt-Waldburg wird wetterabhängig regelmäßig angeflogen. WKA mit einer Höhe von 285 m stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar.</p> <p>Darüber hinaus fehlt eine Bewertung des Rettungsflugverkehrs, insbesondere der Flugkorridore zum Elisabethen-Krankenhaus in Ravensburg. Die Anflugbarkeit muss zwingend gewährleistet sein.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10266	1268	<p>3. Landschaftsbild und visuelle Wirkung</p> <p>Das Schutzgut Landschaft wurde in der 2. Offenlage nicht bewertet. WEA-436-010 weist laut Plan hohe landschaftliche Eigenart, Reliefvielfalt und keine Vorbelastung auf – also hohe Konfliktintensität. Die Ausweisung muss daher zurückgenommen werden.</p> <p>Das Fachgutachten von HHP Raumentwicklung (20.12.2023) kommt zu dem Ergebnis, dass der Waldburger Rücken und das Wolfegger Hügelland den Kriterien eines Landschaftsschutzgebiets entsprechen. Eine Anerkennung als Nationales Naturmonument ist möglich.</p> <p>Wir verweisen zudem auf das benachbarte Landschaftsschutzgebiet „Jungmoränenlandschaft zwischen Amtzell und Vogt“.</p> <p>In diesem Zuge verweisen auf das Fachgutachten von HHP Raumentwicklung, Rottenburg zum Landschaftsschutzgebiet „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“ das dem Grundsatz des RVBO als Flächenhaftes Naturdenkmal grösser 2 ha entspricht:</p> <p>2023-12-20 Würdigung Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland_.pdf</p>	<p>inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10266	1269	<p>4. Geologie und Bodendenkmäler</p> <p>Der Altdorfer Wald weist eine einzigartige eiszeitlich geprägte Landschaft auf, mit Gletschermoränen, postglazialen Senken und dem Waldburger Rücken als zentrales geomorphologisches Element.</p> <p>Gemäß den Kriterien des RVBO (A1) sind archäologische</p>	<p>Die Aussage ist falsch, archäologische Bodendenkmäler sind kein Ausschlusskriterium nach dem Planungskonzept des RVBO zur Festlegung von VRG Windenergie. Eine Änderung der Planung erfolgt nicht.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Bodendenkmäler über 2 ha Fläche planungsrechtlich vom Ausschluss betroffen. Die Fläche erfüllt diese Bedingungen. Eine weitere Bebauung ist unzulässig.	wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage	
IV. 10266	1270	<p>8. Naturschutz und Biotopverbund</p> <p>Der Naturschutz und die darin enthaltenen Biotope wurden in der Ausweisung des Gebietes nicht berücksichtigt. In diesem Zuge weisen wir auf folgende geschützte Biotope im Bereich der Planung der WEA-436-010 hin:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>* Schindelmoos, Biotop Nr.282244361238</li> <li>* Toteisloch am Beutenbühlweg, Biotop Nr.282244361239</li> <li>* Toteisloch am Saulachweg, Biotop Nr.282244361221</li> <li>* Toteisloch am Heißenwaldweg, Biotop Nr.282244362623</li> <li>* Toteisloch am Fuchsbühlweg, Biotop Nr.282244361236</li> <li>* Ehemaliges Hochmoor am Langen Weg, Biotop Nr.282244361243</li> <li>* Geißelmoos Waldbiotop, Biotop Nr.282244361241</li> </ul> <p>Des Weiteren wird das Naturschutzgebiet Füreemoos (Schutzgebiet 4.006) mit einer Fläche von 5,12 ha nicht bei der Ausweisung des Windvorranggebietes berücksichtigt.</p> <p>Ergänzend dazu verweisen wir auf die Wiederherstellungsverordnung der EU die nach der 1.Offenlage am 18.08.2024 in Kraft getreten ist, Zitat: „...Dabei ist der Anwendungsbereich der Verordnung nicht auf Natura 2000-Gebiete beschränkt, sondern Wiederherstellungsmaßnahmen sollen innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in der gesamten Landschaft durchgeführt werden.“</p> <p>Wiederherstellungsverordnung - Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869   BFN</p> <p>Fazit</p> <p>Die geplante Vorrangfläche WEA-436-010 ist nicht verantwortbar – weder aus ökologischer noch aus rechtlicher Sicht. Ich fordere deshalb die vollständige Streichung dieser Fläche aus dem Teilregionalplan. Die Region braucht zukunftsfähige Lösungen – aber nicht auf Kosten von der Natur.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10266	1271	<p>5. Waldschutz und Wildtierkorridore</p> <p>Im Gebiet WEA-436-010 befindet sich ein Bannwald Füremoos (Schutzgebiet Nr. 100034) mit einer Fläche von 9,3 ha, der laut §32 LWaldG als Waldreservat mit Ausschlusswirkung (A1) geschützt ist. Die Fläche darf daher planungsrechtlich nicht als Vorranggebiet für Windenergie ausgewiesen werden.</p>	<p>Der Bannwald Füremoos mitsamt einem Vorsorgeabstand von 200 m gemäß Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie ist nicht Bestandteil des VRG Windenergie. Die Anregung kann daher nicht nachvollzogen werden und wird an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10266	1272	<p>Zudem wurde der Generalwildwegeplan nicht berücksichtigt. Der betroffene Korridor des Generalwildwegeplanes mit landesweiter Bedeutung quert das Planungsgebiet der WEA-436-010 und ist direkt mit Wildtierkorridor nationaler Bedeutung Altdorfer Wald / Wolfegg (Oberschwäbisches Hügelland) - Gründlen Ried / Kißlegg (Westallgäuer Hügelland) verbunden.</p>	<p>zu Wanderfalke, Rotmilan, Wespenbussard: Es wird auf die Abwägung zu Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen ausgewiesen wurden (Auflistung der Vogelarten s. Teil B.3 Anlage zur Synopse) in der Anlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Durch Wildtierquerungshilfen an der A96 wird die Wichtigkeit hervorgehoben und aufwändig gestärkt. Eine Zerschneidung widerspricht der Zielsetzung der Landes- und Bundesplanung. In diesem Zuge ist auch der Nachweis von signifikanten Artenverlusten durch Fragmentierung von Lebensräumen zu beachten. Wir verweisen auf den Fachbericht Goncalves-Souza, T.et al., Species turnover does not rescue biodiversity in fragmented landscapes Nature (2025) 12.03.2025  <a href="http://www.nature.com/articles/s41586-025-08688-7">http://www.nature.com/articles/s41586-025-08688-7</a></p> <p>6. Artenschutz: Vögel          Artenschutz: Vogelschutz          Im Gebiet des Altdorfer Waldes wurden mehrere der nach BNatSchG Anlage 1 (zu §45b Absatz 1 bis 5) geschützten Brutvogelarten nachgewiesen. Vorkommen von Rotmilan, Wanderfalke, Wespenbussard und Uhu sind dokumentiert. Nach gültigem Recht ist ein Bau von WKA im Umkreis des zentralen Prüfbereich von je nach Art 1000 bis 1200 m. ausgeschlossen.          Zitat § 45b Betrieb von Windenergieanlagen an Land          „(2) Liegt zwischen dem Brutplatz einer Brutvogelart und der Windenergieanlage ein Abstand, der geringer ist als der in Anlage 1 Abschnitt 1 für diese Brutvogelart festgelegte Nahbereich, so ist das Tötungs- und Verletzungsrisiko der den Brutplatz nutzenden Exemplare signifikant erhöht.“          Des Weiteren verweisen wir auf das Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)</p>	<p>B.4 zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Diese Abwägung gilt weiterhin.</p> <p>Zum Uhu: Die im Anhörungsverfahren eingegangenen Unterlagen wurden in Hinblick auf die Relevanz für die regionale Planungsebene geprüft. Hinweise zu Uhu, welche auf der regionalen Planungsebene Berücksichtigung finden müssten (Anforderungen an Gutachten s. Umweltbericht), liegen im oder im Umfeld des VRG Windenergie nicht vor. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Beim Uhu und bei der Rohrweihe besteht grundsätzlich eine Prognose einer Ausnahmelage (S. 22/23 Fachbeitrag Artenschutz) und die im Verfahren eingebrachten Nachweise zu Vorkommen des Uhus und der Rohrweihe entsprechen nicht den qualitativen Anforderungen auf der regionalen Planungsebene. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Der Uhu wurde nicht in den Fachbeitrag aufgenommen, die Betroffenheit der Art ist auf Zulassungsebene zu behandeln (insbesondere die Kollisionsgefährdung im Nahbereich nach BNatSchG).</p> <p>Zu allen anderen in der Anregung genannten Punkten: Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10267	634	<p>Einwendung- Stellungnahme zum Teil-Regioonalplan Windkraft Haistergau</p> <p>der Ausbau der Windenergie ist ein elementarer Bestandteil der Energiewende und grundsätzlich zu begrüßen. Gleichwohl müssen im Rahmen der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen neben einer regionalen Überlastung auch potenzielle Risiken und Umweltfolgen differenziert betrachtet werden. Im geplanten Teilregionalplan Windenergie für den Raum Bad Waldsee sind aus meiner Sicht insbesondere folgende Punkte kritisch zu bewerten und anzupassen. Verantwortlich für Mensch und Natur zu handeln ist das Gebot der Stunde und unerlässlich für die Akzeptanz in der Bevölkerung. Diese Verantwortung trotz bestehender teils unverantwortlicher Vorgaben wahrzunehmen ist Ihre Aufgabe.</p> <p>1. Flügelabrieb und Mikroplastikemissionen- PFAS</p> <p>Ein bislang häufig unterschätzter Umweltaspekt betrifft das bedeutende Thema - Flügelabrieb moderner Windkraftanlagen. Studien belegen, dass durch Witterungseinflüsse und den Betrieb der Anlagen pro Jahr mehrere Kilogramm Material – insbesondere Kunststoffpartikel – von den Rotorblättern abgetragen und in die Umwelt freigesetzt werden. Diese Mikroplastikpartikel können über Böden und Gewässer in Nahrungsketten gelangen und stellen eine langfristige Belastung für sensible Ökosysteme dar. Gerade im landwirtschaftlich geprägten Raum Bad Waldsee, mit Nähe zu Wasserschutzgebieten und Biotopen, ist eine detaillierte Umweltfolgenabschätzung hinsichtlich des Rotorabriebs zwingend erforderlich. Nicht umsonst stellen die Betreiber für die lfd. Aufarbeitung der</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Flügel technische Geräte zur Verfügung die diese Abtragungen, die auf den umliegenden Böden verteilt werden, ausgleichen. Diese Tatsache ist in den bisherigen Abwägungen nicht oder nicht ausreichend bewertet und berücksichtigt. Umweltverschmutzung wird hier sehenden Auges toleriert. Sie sind für Vorgaben und dadurch auch für die Folgen verantwortlich?</p> <p>2. Betreiberhaftpflicht und Absicherung bei Umweltschäden</p> <p>Ein weiterer kritischer Punkt ist die ausreichende versicherungsrechtliche Absicherung durch die Betreiber. Es stellt sich die Frage, ob im Schadensfall – beispielsweise bei Ölverlust, Schadstoffaustritt oder Auswirkungen durch Rotorabrieb – eine ausreichend gedeckte Haftpflichtversicherung besteht, die auch langfristige Umweltschäden abdeckt. Ohne klar definierte Standards zur Betreiberhaftpflicht besteht das Risiko, dass mögliche Folgekosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden oder juristische Klärungen über Jahre hinweg verschleppt werden. Die Verträge mit den Projektierern sind so abgefasst, dass das Risiko beim Grundstückseigentümer bzw. der Allgemeinheit verbleibt. Das kann nicht sein, hier bedarf es strenger Kontrollen und vertraglicher Vorgaben. Regeln sie diese Punkte klar, und ordnen sie den Betreibern die daraus entstehenden Kosten unwiderruflich und nicht verhandelbar zu. Dieser Punkt wurde bereits beim Aufbau und der Genehmigung von Atomkraftwerken versäumt, machen sie den Fehler nicht nochmals. Nur so kann eine ehrliche Kalkulation entstehen.</p> <p>3. Rückbaubürgschaften zur langfristigen Absicherung</p> <p>Der Rückbau stillgelegter Windkraftanlagen ist mit erheblichen Kosten verbunden – insbesondere im Hinblick auf Fundamentreste, Kabeltrassen und die Renaturierung der Flächen. Um sicherzustellen, dass diese Kosten nicht bei Kommunen oder Grundstückseigentümern verbleiben, sind verbindliche Rückbaubürgschaften bereits bei der Genehmigung einzufordern. Solche finanziellen Sicherheiten müssen nicht nur zugesagt, sondern in einer überprüfbaren und insolvenzsicheren Form hinterlegt werden. Eine transparente Regelung hierzu ist bislang nicht erkennbar und muss zwingend Teil des Teilregionalplans sein. Auch ist hierbei die gesellschaftsrechtliche</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10267	1286	<p>Firmen Konstellation zu berücksichtigen. Stichwort -Haftungssumme GmbH</p> <p>4. Bürgerwille und Bürgereinfluss- GG Artikel 20- alle Staatsgewalt geht vom Volke aus</p> <p>Es ist beschämend, wie wenig der Bürgerwille gehört und letztendlich Einfluss auf die Planungsvorgaben hat. Grund dafür sind grundlegende Vorgaben an oberster Stelle, den Bundesgesetzen. Aushebelungen von sinnvollen Elementen, die dem Schutz von Menschen und Natur dienen, führten dazu, dass jede/r der danach handeln muss sagen kann, ich kann nichts dafür, ich trage dafür keine Verantwortung. Einwendungen werden nach dem Motto- Ihr habt Recht, aber wir machen trotzdem so weiter- behandelt. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn dadurch Bürger sich zu Wehr setzen und aus der Ohnmacht des nicht gehört Werdens, der Glauben an die Demokratie schwindet. Wenn die Grundlage nicht stimmt, wie stabil ist dann das darauf gebaute Haus, daraus kann kein gutes Ergebnis entstehen, mit dem alle leben können. Wenn es das Ziel ist, Menschen in einer Region zu überlasten, dann wird dieses so eindrucksvoll erreicht. Alle die daran mitwirken haben eine Verantwortung.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10267	1287	<p>5. Schutzmechanismen im EEG</p> <p>Es ist zu kritisieren, dass der geplante Regionalplan bisher vorhandene Schutzmechanismen, die im EEG vorhanden waren und ausgehebelt wurden vollumfänglich umsetzt. Diese Mechanismen waren dazu da, Umwelt, Lebensraum und die Gesundheit der Anwohner zu schützen. Eine Absenkung dieser Standards wird langfristig negative Folgen haben. Der Mensch leidet unter den Folgen, das darf nicht sein.</p>	<p>Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen, -funktionen sowie deren Wechselwirkungen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt Abwägungsentscheidungen gem. § 7 Abs. 2 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen.</p> <p>Die genannten gesetzlichen Grundlagen (EEG) und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 EEG weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf.</p> <p>Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend.</p> <p>Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
IV. 10267	1288	<p>6. Priorisierung von Vorranggebieten welche den Bau von 5- 10 Anlagen bevorzugt</p> <p>Die geplante Fokussierung auf eine höhere Anzahl von Windkraftanlagen als priorisierende Vorgabe im Regionalplan ist nicht nur problematisch, sondern ein falscher Ansatz. Der Regionalverband hat nicht die Aufgabe, wirtschaftliche Interessen der Projektierer zu vertreten. Flächen die 2 oder 3 Anlagen aufnehmen können müssen genauso gewichtet werden, wie Flächen die 10 Anlagen möglich machen. Eine reine Quantitätsorientierung darf nicht auf Kosten von Umwelt- und Naturschutz, sowie der Lebensqualität der Anwohner gehen. Qualität und Nachhaltigkeit sollten bei der Planung im Vordergrund stehen. Genau dieser rechtswidrige Ansatz führt zu einer Überlastung entsprechender Regionen, korrigieren Sie dies.</p>	<p>Das Planungskonzept folgt u.a. dem Prinzip der Dezentralen Konzentration, das auf dem Ansatz basiert, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Es wird hierzu auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und die Erläuterung dazu verwiesen (s. Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Der Belang des Natur- und Artenschutzes wurde im Planungsprozess, in der strategischen Umweltprüfung und in den naturschutzfachlichen Prüfungen ausreichend berücksichtigt (z.B. über die Berücksichtigung arten- und naturschutzfachlicher Kriterien, Natura 2000, Biotopverbund u.v.m.).</p> <p>Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse der 2.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10267	1289	<p>7. Berücksichtigung der besonderen Topografie es Haistergaus Eine Besonderheit, die es dringendst zu berücksichtigen gilt, liegt in in der komplexen Topografie des Tales. Die Beeinträchtigungen hinsichtlich des auftretenden Lärms sind völlig andere als im freien Gelände und wechseln je nach Standort und Windrichtung stark. Ich sehe ein großes Konfliktpotential, das mit den bestehenden Abstandregelungen nicht umfänglich geregelt werden kann. Hier sind deutlich andere Anzahl, Abstands- und Schutzmaßnahmen notwendig, um Konflikte den Anwohnern zu vermeiden. Eine Reduzierung der Anlagenzahl und eine andere Abstandsregelung unter Berücksichtigung der geographischen Gegebenheiten ist dringend geboten.</p> <p>Zusammenfassung: Die Ziele der Energiewende dürfen nicht auf Kosten von Umweltverträglichkeit und langfristiger Verantwortung verfolgt werden. Der Teilregionalplan Windenergie für Bad Waldsee bedarf einer Überarbeitung und Nachbesserung hinsichtlich ökologischer Risiken, versicherungsrechtlicher Absicherungen und finanzieller Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen. Nur unter Einhaltung dieser Standards kann eine nachhaltige und verantwortungsvolle Windkraftplanung im Einklang mit Menschen und Natur erfolgen. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die besondere Topografie des Haistergaus. Dieser muss dingend über eine reduzierte Anpassung der Anlagenanzahl, aber auch der Abstände Rechnung getragen werden. Als Anwohner in Osterhofen sind wir besonders von diesen Punkten betroffen und wir erwarten eine Überprüfung und Berücksichtigung dieser für uns wichtigen Punkte.</p> <p>Ihre Verantwortung gebietet dies, es gibt viel zu verlieren. Wir freuen uns auf Ihre positive Antwort.</p> <p>Unsere besten Gedanken begleiten Sie bei der Endfassung dieser Vorgaben.</p>	<p>Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-007) verwiesen.</p> <p>Zum Aspekt "Lebensqualität" wird auf die Anlage zur Synopse der 1. Anhörung verwiesen (Teil B1).</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10269	386	<p>anbei erhalten Sie die Stellungnahme der [Name anonymisiert] betreffend der Vorranggebiete für die Windenergie, in denen wir Windparks planen</p> <p>mit diesem Schreiben übermitteln wir Ihnen unsere Stellungnahme zur zweiten Offenlage im Zuge der Aufstellung des Teilregionalplans „Energie“ des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben.</p> <p>Um die Windparks in dem von uns beplanten Bereichen umsetzen zu können, sind wir darauf angewiesen, dass die beplanten Vorranggebiet im Entwurf im Regionalplan als Vorranggebiet für Windenergie ausgewiesen werden.</p> <p>Zu den einzelnen Vorranggebieten der Projekte nehmen wir</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		nachfolgend wie folgend Stellung.  Windprojekt Argenbühl: Wir verfolgen ein Windprojekt in dem von Ihnen als „WEA-436-011 Ratzenried - Ost" bezeichneten Vorranggebiet für Windenergie im Entwurf. Eine Ausweisung der Vorranggebietsfläche wie in der ersten und zweiten Offenlage enthalten begrüßen wir.		
IV. 10269	387	Windprojekt Enkenhofener Wald: Wir verfolgen ein Windprojekt in dem von Ihnen als „WEA-436-013 In den Mösern /Enkenhofener Wald - Süd" bezeichneten Vorranggebiet für Windenergie im Entwurf. Eine Ausweisung der Vorranggebietsfläche wie in der ersten Offenlage enthalten begrüßen wir. Für die Erweiterung des Vorranggebiets in der 2. Offenlage ist für unsere Planung nicht notwendig. Unserer Einschätzung nach führt die Erweiterung auch nicht dazu, dass im Vorranggebiet mehr Windenergieanlagen errichtet, werden können. In der Vergrößerung im nordöstlichen Bereich des Vorranggebietes, wo sich nach unserer Information Moorflächen befinden, sehen wir keinen Mehrwehrt für unser Windenergieprojekt.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme
IV. 10269	388	Windprojekt Diepoldshofer Wald: Wir verfolgen ein Windprojekt in dem von Ihnen als „WEA-436-030 Diepoldshofer Wald" bezeichneten Vorranggebiet für Windenergie im Entwurf. Eine Ausweisung der Vorranggebietsfläche mit den Änderungen der zweiten Offenlage begrüßen wir. Die Änderung führt zu der Herausnahme von mit Windenergieanlagen nicht beplanbaren teilen im Bereich der Kreisstraße K 7918.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10269	389	Windprojekt Bad Waldsee: Wir verfolgen ein Windprojekt in dem von Ihnen als „WEA-436-018 Osterholz" bezeichneten Vorranggebiet für Windenergie im Entwurf. Eine Ausweisung der Vorranggebietsfläche mit den Änderungen der zweiten Offenlage schränkt unseren Planungsspielraum ein. Insbesondere die Wiederaufnahme des Offenlandbereichs im nordwestlichen Teil des Vorranggebietes (entsprechend der Abgrenzung der 1. Offenlage) würden wir ausdrücklich begrüßen. In der Fläche lassen sich jedoch noch immer sinnvoll Windenergieanlagen platzieren und planen. Eine weitere Verkleinerung über die Flächenkulisse der 2. Offenlage hinaus lehnen wir ab, dies würde unsere Planungen stark einschränken und sehr wahrscheinlich zu einer Reduzierung der Anlagenanzahl führen.	Eine weitere Verkleinerung des VRG Windenergie im Zuge der 2. Offenlage erfolgt nicht. Die Fläche im nordwestlichen Teil im Offenland wurde herausgenommen, da sehr erhebliche Konflikte (K1) mit dem Artenschutz (Schwerpunktvorkommen A nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie) aufweist. Eine Wiederaufnahme erfolgt daher nicht.	Teilweise Berücksichtigung
IV. 10269	391	Windprojekt Bad Saulgau: Wir verfolgen ein Windprojekt in dem von Ihnen als „WEA-437-007 - Steinbronnen-1 ", „WEA-437-008 - Steinbronnen-2" und „WEA-437-009 - Kleintissen" bezeichneten Vorranggebieten für Windenergie im Entwurf. Eine Ausweisung der Vorranggebietsflächen wie in der ersten und zweiten Offenlage	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>enthalten begrüßen wir.</p> <p>Windprojekt Heiligenberg: Wir verfolgen ein Windprojekt in dem von Ihnen als „WEA-435-001 Betenbrunn“ bezeichneten Vorranggebiet für Windenergie im Entwurf. Eine Ausweisung der Vorranggebietsfläche wie in der ersten und zweiten Offenlage enthalten begrüßen wir.</p> <p>Windprojekt Inneringen: Wir verfolgen ein Windprojekt in dem von Ihnen als „WEA-437-020 Inneringen - Nordost“ bezeichneten Vorranggebiet für Windenergie im Entwurf. Eine Ausweisung der Vorranggebietsfläche wie in der zweiten Offenlage enthalten begrüßen wir. Die vorgenommenen Anpassungen betreffen nicht die von uns beplanten Teilflächen des Vorranggebiets.</p>		
IV. 10269	392	Bitte berücksichtigen Sie weiterhin die in der ersten Offenlage vorgebrachten Punkte zu den beplanten Vorranggebieten.	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10270	636	<p>Stellungnahme zu WEA 435-002</p> <p>das Vorhaben, auf dem Hochbühl mehrere Windräder zu errichten, sehr ich sehr kritisch und halte es für unverantwortlich. Dieses wertvolle Waldgebiet ist nicht nur für die nachgewiesenen Fledermaus - Populationen lebenswichtig. Dass sie dort vorkommen, verweist auf zahlreiche weitere Tier - und Pflanzenarten, die ein sensibles ökologisches Netzwerk bilden. Dort gewaltige industrielle Anlagen zu errichten, zerstört diese Lebensgemeinschaften bereits während der Bauphase. Ich kann keinen Grund erkennen, der das rechtfertigen würde.</p> <p>Die Bedeutung von gutem Wasser in ausreichender Menge ist nicht zuletzt für uns Menschen kaum hoch genug zu schätzen. Das gilt auch außerhalb ausgewiesener Wasserschutz- Gebiete. Die Wälder spielen dabei eine tragende Rolle, und der Wald, in dem der Hochbühl liegt, ganz besonders. An vielen Tagen eines ganzen Jahres ist zu beobachten, wie sich dort die Wolken oder Nebel stauen. An zahlreichen kleinen Bächen kann man erkennen, dass hier großflächig Wasser gebildet und gespeichert wird. Dieses natürliche Reservoir würde durch den Bau von langen Zufahrtsstraßen und vor allem durch die tief gegründeten Fundamente der WEA unwiederbringlich gestört oder zerstört. Ich dagegen, dass die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkelkinder geopfert werden, weil sie nicht wieder zu ersetzen sind.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10271	637	<p>hiermit möchte ich für die zweite Anhörung meine Stellungnahme abgeben. Wegen dem, von mir vermuteten, Mangel an ausgewiesenen Flächen möchte ich noch den Mangenwald, im nördlichen Teil von Bad Wurzach, als Standort für Windenergieanlagen vorschlagen. Für den Standort sprechen folgende Punkte:</p> <p>Hohe Windhöffigkeit über 330 W/m<sup>2</sup> auf 180 m NH - gem. Windatlas BW  Fläche mit der höchsten Windhöffigkeit in Bad Wurzach  Bad Wurzach hat noch keine ausgewiesene Fläche  Synergiepotential mit dem Repowering der vorhandenen WEA, z.B. gemeinsame Einspeisung  Fläche wird auch im Windatlas als potentiell geeignet geführt, siehe Anlage. (Der hier ausgewiesene Abstand zu Einzelgebäuden beträgt 450 m.)</p> <p>Mein Vorschlag (Link zu mapz): Der Abstand zu Einzelgebäuden beträgt hier 600 m. Um den Abstand einzuhalten darf Mitte Turm der jeweiligen WEA die blau umrahmte Fläche nicht überschreiten. Die orange Fläche umschließt die Fundamente. Wenn auch die Kranflächen enthalten sein müssen, ist die Ausweisung entsprechend größer vorzunehmen. Hier kann ich bei Bedarf einen Vorschlag nachreichen. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p> <p>Abb. Karte in der Anlage!</p>	<p>Eine Festlegung als VRG Windenergie erfolgt nicht aus den folgenden Gründen: sehr erhebliche Konflikte (K1) mit militärischer Bauhöhenbeschränkung &lt; 200 m, sehr erhebliche Konflikte mit Fachbeitrag Artenschutz  Schwerpunktvorkommen Kategorie A, in großen Teilen sehr erhebliche Konflikte mit Abstand zu Wohngebäuden (&lt; 600 m). Der Regionalverband sieht von einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergie auch deswegen ab, um die Rechtssicherheit des Teilregionalplans Energie insgesamt und damit seinen Beitrag zum Klimaschutz nicht zu gefährden. Erfahrungsgemäß können neue Erkenntnisse im Zuge des Anhörungsverfahrens zum Ausschluss dieser zusätzlichen Flächen führen. Die vorgeschlagene Fläche war bislang noch in keinem Beteiligungsverfahren und daher ist unklar, welche Anregungen dazu kommen würden, zumal ohnehin bereits Konflikte bestehen. Entscheidend ist darüber hinaus, dass das Landesflächenziel mit der aktuellen Gebietskulisse erfüllt wird und damit die Steuerungswirkung des Teilregionalplans Energie im Hinblick auf die Sicherung der regionalplanerisch günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen zum Tragen kommt.</p>	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10273	730	<p>Unsere Mandantin hatte mit Schreiben vom 26. März 2024 sehr ausführlich zu den einzelnen Aspekten der Planung Stellung genommen. Da die zweite Offenlage eine weitere Stellungnahmemöglichkeit nur „in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs, dessen Begründung und dem Umweltbericht“ (Bekanntmachung vom 31. März 2025) eröffnet, verzichten wir auf umfassende Wiederholungen dessen, was bereits vorgetragen wurde (daran wird nach wie vor festgehalten) und beschränken uns auf die Ausführungen in der Synopse dazu. 1. Soweit in der Synopse auf den Seiten 3306 ff. auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse verwiesen wird, kann dementsprechend auf den</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		bisherigen Vortrag abgestellt werden.	<p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10273	731	2. In der Synopse auf Seite 3115 heißt es „Wir bitten Sie, Ihre Unterlagen zusammengefasst mit relevanten Informationen für die aktuelle Anhörung einzureichen“. Insofern ist anzumerken, dass wie dies bereits erfolgt ist.	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Alle im 1. Offenlageverfahren eingereichten Unterlagen wurden geprüft und, falls relevant, in die Abwägung gem. § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10273	732	<p>3. An vielen Stellen in der Synopse (beispielsweise Seite 3112) wird auf die nähere Prüfung im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens verwiesen und insofern Raumnutzungskonflikte auf eine andere Ebene der rechtlichen Bewältigung verschoben. Das ist grundsätzlich nicht zu beanstanden. Denn naturgemäß hängt die Prüfung von erst noch auszuwählenden konkreten Standorten und von den konkreten Anlagen ab. Allerdings darf kein allzu großzügiges Verschieben von sich aufdrängenden Fragestellungen in das Vorhabenzulassungsverfahren stattfinden – jedenfalls dann nicht, wenn es, wie hier, um Zielfestlegungen geht; vgl. VGH Mannheim Urt. v. 19.11.2020 – 5 S 1107/18, BeckRS 2020, 38975, beck-online: „Je konkreter raumordnerische Festlegungen mit Zielqualität sind, umso größer sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte einer raumplanerischen Zielfestlegung zu stellen sind.“ Die Prüfung darf also nicht durch eine zu geringe Untersuchungstiefe unterlaufen werden; vgl. auch ZUR 2024, 526, beck-online: „Die Variation der Prüftiefe lässt sich mit einer Je-desto-Formel beschreiben. Je nachteiliger die Umweltauswirkungen sein können, je konkreter und verbindlicher die Planfestlegung einen Rahmen für nachfolgende Planungsstufen setzt und je bedeutender die jeweilige Planfestlegung für die Zielsetzung des Plans ist, desto größer sollte die Prüftiefe sein, d. h., desto konkreter und umfassender sind die Umweltauswirkungen zu betrachten. Es ist grundsätzlich mit einer Tiefe zu prüfen, die eine sachgerechte Entscheidung auf der jeweiligen Ebene über die Planfestlegung erlaubt. Maßgeblich ist aber nicht die Leistungsfähigkeit des Planungsträgers, sondern die • Größe und Umfang der rahmensetzenden Vorgaben des Plans, • Empfindlichkeit und Bedeutung der betroffenen Schutzgüter sowie • Nachhaltigkeit und Quantität der zu erwartenden Umweltbeeinträchtigungen.“</p> <p>Aus den dargelegten Gründen meinen wir, dass in dem vorliegenden Planungsentwurf Konflikte zu weitreichend nicht bewältigt, sondern in das Genehmigungsverfahren verschoben werden. Denn auch ohne Kenntnis der Einzelfallumstände stellen sich angesichts des bisherigen Zuschnitts des Vorranggebiets die aufgeworfenen Fragen, vor allem wegen der Nähe unseren Grundstücken und zur Nutzung.</p>	<p>Die relevanten Belange sind ausreichend tief ermittelt und ausreichend dicht abgewogen worden. Die Untersuchungstiefe ist nicht zu gering. Eine sachgerechte Entscheidung war auch im Falle des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie möglich. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Im Teilregionalplan Energie werden Vorranggebieten Windenergie festgelegt, keine konkreten Anlagenstandorte. Die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie ist daher ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung durchgeführt worden. Exakte Standorte werden erst auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt werden können.</p> <p>Das Abwägungsmaterial bei der Festlegung regionalplanerischer Vorranggebiete braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden, wie auf den nachgeordneten Planungsebenen (BVerwG, Beschluss v. 22.05.2014 – 4 B 56.13 –, Rn. 8, juris), es sei denn, kleinteilige Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen (BVerwG, Beschlüsse v. 24.03.2016 – 4 BN 41. - 45.15 –, juris; Beschluss v. 22.12.2016 – 4 BN 17/16 –, juris). Dies ist im vorliegenden Fall aber nicht so, da auf nachgelagerter Ebene noch ein Vorhabenzulassungsverfahren stattfindet und auch erst dann die genauen Anlagenstandorte bekannt sind.</p> <p>Das diesbezügliche Vorgehen des RVBO ist rechtlich nicht zu beanstanden, alle rechtlichen Anforderungen werden eingehalten.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10273	733	<p>4. Auf Seite 3117 in der Synopse wird auf die Kriterienkataloge und die Erläuterung zu den Kriterien verwiesen. Es sei an dieser Stelle nochmals betont, dass eben diese (eigenen) Kriterien nicht konsistent eingehalten werden. Auf das „mindestens drei WEA“-Kriterium wird nicht eingegangen und die Abstände zu Gesundheits-/ Pflegeeinrichtungen bleiben unberücksichtigt (vgl. hingegen die Ausführung in der Synopse auf Seite 328: Vorsorge Abstand 950 m). Es handelt sich hier um einen Betrieb, der, wie beschrieben, unter die</p>	<p>Zum Kriterium "mindestens drei WEA": Hierbei handelt es sich nach dem Kriterienkatalog und dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie lediglich um ein Eignungskriterium (E3) (s. Begründung zu PS 4.2.1 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie, Kriterienkatalog). Das bedeutet, dass Vorranggebiete Windenergie im Einzelfall auch dann festgelegt werden können, wenn kein Platz für drei WEA gegeben ist,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Fallgruppe: „Kur-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen und reines Wohngebiet“ fällt. Deshalb ist auch hier ein Abstand von 950 m erforderlich. Die Planung ist rechtlich angreifbar, wenn an der einen Stelle eine solche Einrichtung berücksichtigt, wird beim Abstand (WEA-435-002) und an der anderen Stelle nicht. Wir bitten dringend darum, dies nochmals zu prüfen. Denn wir halten es für eindeutig, dass es nicht haltbar sein kann, wenn eine solche Einrichtung bei dem einen Gebiet berücksichtigt wird und bei dem anderen Gebiet ausgeblendet wird.	<p>beispielsweise, wenn es eine relevante Vorplanung gibt (ebenfalls Eignungskriterium) und eine ausreichende Windleistungsdichte vorliegt (ebenfalls Eignungskriterium). Dies ist im vorliegenden Fall der Fall. Gebiete, die nicht Platz für mind. 3 WEA bieten, sind weder ein Konfliktkriterium noch ein Ausschlusskriterium.</p> <p>Gem. Kriterienkatalog sind die Vorsorgeabstände zu Siedlungen und wohngenutzten Gebäuden eingehalten. Bei der vorliegenden Besiedlung handelt es sich nicht um eine Kur-, Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung und auch nicht um ein reines Wohngebiet nach dem Flächennutzungsplan (weder im Bestand noch im Verfahren). Daher sind auch die Abstände für diese Darstellungen im Flächennutzungsplan gem. Kriterienkatalog nicht einzuhalten.</p> <p>Vorsorgeabstände zu Weideflächen sind gem. Kriterienkatalog nicht einzuhalten.</p> <p>Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung des 2. Anhörungsentwurfs des Teilregionalplans Energie) verwiesen. Beim in der Anregung genannten Vorranggebiet werden die Abstände gem. Kriterienkatalog eingehalten. Vorsorgeabstände zu den genutzten Weideflächen sind gem. Kriterienkatalog nicht vorgesehen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10274	200	unterstütze die Klage und teile alle Argumente!	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10275	201	<p>Die Notwendigkeit erneuerbarer Energiequellen ist unbestritten. Allerdings muss die Verträglichkeit der Baumaßnahmen mit den Menschen vor Ort gewährleistet sein. Bad Waldsee ist Kurstadt – Kurgäste und Bewohner schätzen den ländlichidyllischen Charakter.</p> <p>Windenergie ist derzeit eine der teuersten Formen der Stromerzeugung. Aufgrund der geringen Ausnutzungsgrade in unserer Region ist der tatsächliche Beitrag zur Energiewende kritisch zu hinterfragen. CO<sub>2</sub> sollte nicht die einzige Bewertungsgrundlage sein.</p> <p>Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ist aktuell nur durch Fördermaßnahmen und hohe staatliche Zuschüsse gesichert. Sollten sich politische oder gesetzliche Rahmenbedingungen ändern, ist die wirtschaftliche Tragfähigkeit fraglich.</p> <p>Eine dauerhafte und verlässliche Energieversorgung durch Windkraft</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>allein ist nicht möglich. Die zwingend erforderlichen Backup-Systeme (Gaskraftwerke, Batteriespeicher) verursachen zusätzliche Kosten und Umweltauswirkungen.</p> <p>Haistergau droht eine Überlastung durch übermäßige Konzentration von Windkraftanlagen. Laut Regionalverband sollen zwar Konzentrationen möglich sein, aber eine Überbelastung einzelner Gebiete ausdrücklich vermieden werden. Kleinere Flächen, die nur ein oder zwei Anlagen zulassen, werden im Planverfahren nicht berücksichtigt – obwohl viele Projektierer Windparks mit weniger als drei Anlagen planen. Die Planung scheint daher weniger wirtschaftlich motiviert als vermutet.</p> <p>Zahlreiche Studien belegen signifikante Gefährdungen geschützter Arten durch 5 Windkraftanlagen. Ein angemessener Schutz dieser Tierarten muss Priorität haben.</p> <p>Bad Waldsee ist staatlich anerkannter Luftkurort mit überregionaler touristischer Bedeutung. Diese Stellung sollte nicht leichtfertig für 30 Jahre Pachteinahmen aufs Spiel gesetzt werden. Seit den 1950er Jahren wirtschaftet Bad Waldsee erfolgreich als Kurstadt – dieser langfristige Erfolg darf nicht durch kurzfristige Interessen gefährdet werden.</p> <p>Druckimpulse und Infraschall gelten international als gesundheitlich bedenklich – nicht jedoch im deutschen Genehmigungsrecht. In der Region leben auch Menschen mit Cochlea-Implantaten, die besonders empfindlich auf solche Belastungen reagieren.</p> <p>Der massive Eingriff in die Landschaft durch Fundamente und Zuwegungen kann den Wasserhaushalt (Drainage, Grundwasserströme) beeinträchtigen. Dies ist besonders kritisch in ehemaligen Moorengebieten. Klimatische Kleinstregionen werden verändert. Große Windparks können lokale Strömungsverhältnisse und Niederschlagsmuster verändern.</p> <p>Mehrere Studien weisen auf einen Wertverlust von Immobilien in unmittelbarer Nähe zu Windkraftanlagen hin. Die genannten Wertminderungen schwanken je nach Studie zwischen 7 % und 23 %.</p> <p>Die mangelnde Transparenz und Bürgerbeteiligung führt zu einem tiefgreifenden Vertrauensverlust gegenüber den verantwortlichen Stellen – eine Entwicklung, die langfristig das demokratische Miteinander gefährden kann. Viele Anwohner fühlen sich übergangen und nicht ausreichend informiert. Die Planung wurde</p>	<p>Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		weitgehend im Verborgenen durchgeführt – warum? In anderen Bundesländern erhalten betroffene Anwohner Ausgleichszahlungen. Die kontroversen Diskussionen um die Windkraft spalten Dorfgemeinschaften und Familien. Der soziale Frieden steht auf dem Spiel.	in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10276	202	ich vote mit NEIN keine Windräder Verschandeln unsere Umwelt und sind eine Bedrohung für unsere Tierwelt und wann bitteschön haben wir Wind?? Und diese Windräder sind enorm teuer zu warten!! Bin strikt dagegen!!	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10277	203	<p>niemand hat das Recht, Natur derart großflächig mit derart ineffizienten und das Stromnetz potentiell DESTABILISIERENDEN Kraftwerken zu verschandeln.</p> <p>(Bild in der Anlage!)</p> <p>Rückkehr zur Vernunft ist angesagt. Sonst bringen Sie immer breitere Schichten der Bevölkerung gegen sich auf</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10278	204	<p>Einwendungen:</p> <p>Ressourceneinsatz</p> <p>Für die Errichtung und spätere Entsorgung von Windkraftanlagen werden erhebliche Ressourcen benötigt. Insbesondere die Entsorgung der Rotorblätter ist nach wie vor ein ungelöstes Problem. Wie werden die Projektieren in 20 Jahren herangezogen um die Anlagen sachgerecht zu demonstrieren und zu entsorgen. Der Energie- und Rohstoffaufwand steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Beitrag zur Energiewende.</p> <p>Klimaschutz</p> <p>Windenergie ist derzeit eine der teuersten Formen der Stromerzeugung. Nachhaltigkeit muss differenziert betrachtet werden und sollte sich an den natürlichen Stärken der jeweiligen Region orientieren.</p> <p>Gibt es von Ihrer Seite aus Berechnungen welche Stärken es für unsere Region gibt. Windenergie bestimmt nicht.</p> <p>Wirtschaftlichkeit</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ist aktuell nur durch enorme Fördermaßnahmen und hohe staatliche Zuschüsse gesichert. Sollten sich politische oder gesetzliche Rahmenbedingung ändern, sind die Anlagen wirtschaftlich nicht mehr zu betreiben.</p> <p>Regionalplanung, Raumordnung, Flächennutzungsplan</p> <p>Im Haistergau droht eine Überlastung durch übermäßige Konzentration von Windkraftanlagen. Laut Regionalverband sollen zwar Konzentrationen möglich sein, aber eine Überlastung einzelner Gebiete ausdrücklich vermieden werden.</p> <p>Alternativstandorte geprüft</p> <p>Es wurde nicht ausreichend geprüft, ob alternative Standorte mit höherer Windhöflichkeit besser geeignet wären. So besteht der Verdacht einer einfacheren Durchsetzbarkeit statt sachlicher Standortwahl.</p> <p>Infraschall/Schattenwurf</p> <p>Gerichtete Druckimpulse und Infraschall gelten international als gesundheitlich bedenklich - nicht jedoch im deutschen Genehmigungsrecht. In der Region leben Menschen mit Cochlea-Implataten, die besonders empfindlich auf solche Belastungen reagieren.</p> <p>Windkraftanlagen untereinander benötigen ca. 1000 mtr. Abstand damit sie sich nicht selbst zerstören. Der Abstand zu den Menschen darf wohl geringer sein, ist den Verantwortlichen vermutlich egal, es sind nur Menschen und keine Wirtschaftsgüter.</p> <p>Gestörter Wasserhaushalt</p> <p>Der massive Eingriff in die Landschaft durch Fundamente und Zuwendungen kann den Wasserhaushalt beeinträchtigen. Dies ist besonders kritisch in ehemaligen Mooregebieten</p> <p>Geminderte Wohnattraktivität</p>	<p>Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Mehrere Studien weisen auf einen Wertverlust von Immobilien in unmittelbarer Nähe zu Windkraftanlagen hin. Was passiert mit den Menschen, die entstehendem Lärm, Schattenwurf, Infraschall der Windkraftanlagen nicht widerstehen können.</p> <p>Rechtliche Rahmenbedingungen Verletzung des Gebots der gerechten Lastenverteilung</p> <p>Gemäß dem Grundsatz der gerechten Lastenverteilung sollten einzelne Regionen nicht überproportional belastet werden. Die geplanten Verdichtung der Anlagen im Haistergau und Mittelurbach widerspricht diesem Prinzip.</p>	wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10278	346	<p>Soziale Verwerfungen im Familienverbund</p> <p>Die kontroversen Diskussionen um die Windkraft spalten Familien, Dorfgemeinschaften, Vereinsstrukturen. Der soziale Frieden in unseren Familien und der Gemeinde steht auf dem Spiel.</p> <p>Woher stammen eigentlich die ganzen Informationen von ca. 50-60 Grundstückseigentümern? (bzw. deren Adressen) Wodurch die Energieunternehmen hinter vorgehaltener Hand bzw. heimlich bereits Verträge bzw. Vorverträge abschließen konnten. Hat da die Kommune eventuell Adressen der einzelnen Grundstückseigentümer weitergeleitet. Es ist auszuschließen, daß die Anlagenbetreiber alle Flurstücksnummern und Eigentümer kannten.</p>	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10279	205	<p>Als Anwohner des Naturschutzgebietes Taufach /Fetzachmoos spreche ich mich mit aller Deutlichkeit gegen die Windkraftindustrieanlagen aus.</p> <p>Der Schattenschlag in um um Beuren , da die Windräder im Westen stehen werden wird immens die</p>	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10280	206	<p>Stellungnahme zu WEA-435-002</p> <p>Stellungnahme bezüglich des geplanten Widnparks Hochbühl, Der Erhalt des Waldes generell nicht nur auf dem Hochbühl ist von großer Bedeutung für das Klima, für die biologischen Vielfalt, den Wasserhaushalt und für das Wohlbefinden der dort lebenden Menschen und Tiere aller Art. Wir alle sprechen von dem Klimawandel und müssen logischerweise gerade deshalb für den Erhalt aller Waldflächen uns massiv einsetzen. Das Abholzen der Wälder für Windkraftanlagen trägt in jedem Fall zum "menschengemachten" Klimawandel bei und zwar in einem größeren Maße als uns von den offiziellen Stellen glauben gemacht wird. Außerdem fungieren die Wälder, und speziell hier der Hochbühl als natürlicher Wasserspeicher und Wasserfilter. Er nimmt die Niederschläge auf, reinigt das Wasser und trägt zur Grundwasserbildung bei. Durch die sehr dichte Besiedelung Deutschlands und die dichte Besiedelung um den Hochbühl ist der Wald wesentlicher Faktor als Erholungsgebiet. Zudem ist Baden-Württemberg eine windarmes Gebiet. Die Erstellung von Windkraftanlagen in diesem windarmen Gebiet ist mit den gleichen Entstehungskosten verbunden, wie in den windstarken Gebieten an der Nordsee und am Atlantik, erzeugen aber nur ein Viertel der elektischen Energie.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Da viele Windanlagen in Wäldern gebaut werden, so auch geplant hier auf dem Hochbühl, muss viel Wald gerodet werden für diese Anlagen. Sollte es einmal zum Brand kommen, was nicht auszuschließen ist, kann keine Feuerwehr an den hohen Masten und Rotoren löschen. Es besteht die Gefahr, dass das Feuer sich auf den Wald ausdehnt und es zu großen Waldbränden kommen kann. Für die Feuerwehr müssen dann auch die Wege (Straßen) zu den Windkraftanlagen erhalten bleiben, genauso wie für die Wartung und Reparaturen der Anlagen. Jedes Mal müssen die großen Kräne angefahren werden. Die gut befestigten Straßen müssen erhalten bleiben. Dies führt überdies zu massiven, ständigen Störungen des Lebensraums der Tiere.</p> <p>Ein weiteres Problem ist der Nachlaufeffekt. Dieser entsteht, wenn der Wind auf eine Windanlage trifft und durch die Rotorblätter hindurchströmt. Beim Hindurchströmen wird ein Teil der kinetischen Energie in mechanische Energie umgewandelt, die dann zur Stromerzeugung genutzt wird. Dabei wird der Wind durch die Windräder abgebremst, und die Luft hinter den Windrädern verwirbelt. Dadurch ist für die folgende Anlage weniger Wind vorhanden und damit ist dort auch die entstehende elektrische Leistung geringer. Man nennt diesen Effekt den Wake-Effekt. Der Abstand der Windanlagen muss so groß sein, dass die nachfolgende Anlagen nicht in diesen Nachlauf geraten. Dieser Nachlaufeffekt kann zu erheblichen Leistungsverlusten führen, insbesondere wenn die Windkraftanlagen zu dicht beieinander stehen. Ein weiteres Risiko besteht in der erhöhten strukturellen Belastung durch Turbulenzen im Nachlauf, was die Lebensdauer der betroffenen Anlagen verkürzen kann. Dies ist wichtig für den Abstand der Anlagen und ihre Aufstellung. Da der Hochbühl recht zerklüftet ist,</p>	<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>muss viel Wald gerodet und der Waldboden eingeebnet werden. Vor den Hintergrund des Wake-Effekts ist möglicherweise die Fläche zu klein für vier oder mehr Windkraftanlagen.</p> <p>Eine weitere schädliche Auswirkung der Windkraftanlage ist, dass sie die natürliche Luftzirkulation der Region stört und verändert. Die natürlichen Winde haben einen bedeutenden Funktion für das Klima der Region um den Hochbühl. Durch die technische Einwirkung und Veränderung der natürlichen Luftbewegung durch die Windräder, verändert sich das Klima, das Ökosystem unserer Region, auch das Kleinklima verändert sich.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10281	207	<p>Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2, Ausweisung Vorranggebiet Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>mit diesem Schreiben erhebe ich Einspruch gegen den Teilregionalplan vom 08.12.2023 (Offenlegung am 29.02.2024), im speziellen gegen die Ausweisung eines Vorranggebietes auf der Gemarkung Argenbühl/Ratzenried Ost zwecks der Errichtung von Windenergieanlagen (WEAs).</p> <p>Die Planung und Errichtung einer oder mehrerer WEAs würde auf eklatante Weise gegen die EU-Richtlinie 92/43/EWG DES RATES vom 21. Mai 1992, zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen verstoßen, als auch gegen die nachgeordneten Bundes- und Landesgesetzgebungen.</p> <p>Das Gebiet Obere Argen und Seitentäler ist ein 2005 durch das Regierungspräsidium Tübingen nach der Richtlinie 92/43/EWG (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) angemeldetes Schutzgebiet. D.h. die Errichtung von WEAs würde das Gebiet gefährden und somit der Zielsetzung der Richtlinie widersprechen.</p> <p>Widersprüchlich zeigt sich auch die Dokumentation der Regionalplanung an sich. Einerseits wird im betroffenen Gebiet eine Vorrangfläche für Naturschutz und Landschaftspflege, für die Sicherung eines möglichst zusammenhängenden Verbunds von Waldlebensräumen sowie aus Gründen der Erholungsvorsorge,</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ausgewiesen, andererseits soll der Siggener /Dorferwald eine Vorrangfläche für die WEAs sein. Erst schützen was man dann zerstören möchte? Dies ist nicht schlüssig!</p> <p>Bez. der Windausbeute auf der entsprechenden Fläche muss man feststellen, dass der Windatlas Baden-Württemberg signifikant höhere Windwerte gegenüber den Windatlanten der angrenzenden Ländern Bayern, Vorarlberg und Schweiz ausweist. D.h. aus meiner Sicht basiert der Regionalplan nicht auf realistischen Basiszahlen was die Windausbeute betrifft. Aus diesem Blickwinkel hätte das Gebiet Siggener/Dorferwald NICHT als Vorranggebiet ausgewiesen werden dürfen.</p> <p>Gegen Ende darf ich auf den wahrscheinlich wichtigsten Punkt hinweisen, warum eine Planung und Errichtung von WEAs an der ausgewiesenen Stelle unrechtmäßig wäre: Der gesundheitsschädliche Einfluss der Lärmemissionen, die von WEAs ausgeht!</p> <p>Das eine dauerhafte Beschallung mit hörbarem Schall gesundheitlich negative Auswirkungen hat, ist unbestritten. Aber auch von dem außerhalb der menschlichen Hörfläche befindlichen Infraschall gehen massive negative gesundheitliche Beeinträchtigungen, ja Schädigungen aus. Diverse wissenschaftliche Publikation, wie u.a. von der Forschergruppe Infraschall der Uni Mainz, belegen dies:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <a href="https://arbeitsgruppe-infraschall-uni-mainz.de/">https://arbeitsgruppe-infraschall-uni-mainz.de/</a></li> <li>• <a href="https://link.springer.com/article/10.1007/s00106-022-01237-y">https://link.springer.com/article/10.1007/s00106-022-01237-y</a></li> <li>• <a href="https://www.researchgate.net/publication/352953916_Negative_effect_of_high-level_infrasound_on_human_myocardial_contractility_In-vitro_controlled_experiment">https://www.researchgate.net/publication/352953916_Negative_effect_of_high-level_infrasound_on_human_myocardial_contractility_In-vitro_controlled_experiment</a></li> </ul> <p>Da sich in unmittelbarer Nähe des Planungsgebietes für die WEAs nicht nur Wohnsiedlungen, sondern vor allem die Grundschule Ratzenried befindet, ist von einer massiven Belastung, insbesondere der Schulkinder, auszugehen. D.h. eine körperliche Schädigung der Kinder wird jetzt schon in Kauf genommen.</p> <p>Sollte es zu einer Fortführung der Planung kommen, bin ich mir</p>	<p>Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sicher, dass eine gerichtliche Überprüfung zur gleichen Schlussfolgerung kommen wird.</p> <p>Abschliessend darf ich noch einen persönlichen Punkt anbringen, der mir sehr am Herzen liegt. Sollte es dem Regionalverband möglich sein, einen konstruktiven Bürgerdialog zu initiieren, wäre das sehr zu wünschen.</p> <p>Leider hat das Thema schon zu tiefe Gräben in der Gemeinde gerissen. Aus meiner Sicht alleine schon durch die Positionierung des Bürgermeisters mit seiner Stellungnahme im Amtsblatt, als auch während der "Informationsveranstaltung" in Ratzenried am 21.11.2023.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10282	395	<p>Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V./Regionalverband Bodensee- Oberschwaben Sehr geehrte Damen und Herren, in vorgenannter Angelegenheit vertreten wir den Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V. Eine Kopie der auf uns lautenden Vollmacht fügen wir anbei. Namens und in Vollmachten unseres Mandanten geben wir die nachfolgende Stellungnahme zur 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie des Regionalverbands Bodensee- Oberschwaben, hier WEA-437026 „Kettenacker Ost“ ab: I. Einleitung Der Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V. nimmt zur 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie (TRP-E) Stellung. Der Planentwurf sieht unter anderem die Ausweisung des Vorranggebiets „Kettenacker Ost“ sowie die Alternativflächen WEA-437017 „Kettenacker Nord“ und WEA-437018 „Kettenacker Süd“ vor, das in unmittelbarer Nähe zur Ortslage Kettenacker und angrenzend an die Gemeinden Inneringen und Ittenhausen liegt. Die Ausweisung dieses Vorranggebiets begegnet aus Sicht des Vereins erheblichen rechtlichen Bedenken. Diese betreffen insbesondere den Artenschutz (Rotmilan), den hydrogeologischen Schutz des Grundwassers in Karstgebieten sowie die planungsrechtlich unzulässige Kumulation und Umfang raumbedeutsamer Infrastrukturmaßnahmen mit daraus folgender Überlastung des Raumes. Im Rahmen der ersten Offenlage hat der Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V. mit Stellungnahme vom 22.03.2024 bereits umfassend in 29 Punkten Stellung genommen. Diese Punkte werden ausdrücklich aufrechterhalten. Die nachfolgenden Ausführungen nehmen entsprechend § 9 Abs. 3 ROG eine differenzierte fachlich-rechtliche Würdigung zu den geänderten Aspekten vor und enthalten Erkenntnisse, die zum 1. Offenlageentwurf noch nicht bekannt bzw. in diese Form vorgetragen. Insgesamt kommen die Ausführungen zu dem Ergebnis, dass die geplante Ausweisung nicht mit dem geltenden Fachplanungs-</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich auf ein (oder mehrere) Vorranggebiet(-e) Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiet(-e) Photovoltaik des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches bzw. welche in seiner (ihrer) Abgrenzung reduziert wurde(-n). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalpan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf) verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10282	396	<p>Naturschutz- und Raumordnungsrecht vereinbar ist.</p> <p>II. Artenschutzrechtliche Würdigung im Hinblick auf den Rotmilan und die Versäumnisse im Fachbeitrag Artenschutz der LUBW</p> <p>1. Einleitung Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 WindBG entfällt im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen im Windenergiegebiet die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sowie einer artenschutzrechtlichen Prüfung gemäß § 44 BNatSchG, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Voraussetzung ist zunächst, dass die Windenergieanlage innerhalb eines förmlich ausgewiesenen Windenergiegebiets im Sinne von § 2 Nr. 1 WindBG errichtet werden soll, wobei maßgeblich der Zeitpunkt der Genehmigungserteilung ist. Die Ausweisung als Windenergiegebiet setzt voraus, dass eine förmliche Feststellung nach § 5 WindBG erfolgt ist. Eine weitere zwingende Voraussetzung für den Entfall der Prüfpflichten nach § 6 Abs. 1 WindBG ist, dass bei der Festlegung des Windenergiegebiets eine Umweltprüfung nach § 8 ROG durchgeführt worden ist. Die beabsichtigte Verfahrensvereinfachung, die § 6 WindBG bezweckt, beruht auf einer Abschiebung von Prüfungen zugunsten einer vorgelagerten, strategischen Betrachtung auf der Planungsebene. Diese Systematik ist europarechtlich nur insoweit zulässig, als die materielle Schutzdichte der einschlägigen unionsrechtlichen Naturschutzvorgaben – insbesondere aus Art. 12 FFH-RL und Art. 5 Vogelschutz-RL – vollständig gewahrt bleibt. Es handelt sich um eine rein verfahrensrechtliche Entlastung, nicht um eine Reduktion der materiellen Schutzstandards. Gerade hierin liegt jedoch eine systemische Problematik, die im vorliegenden Verfahren besondere Relevanz gewinnt: Die Voraussetzungen für den Entfall der artenschutzrechtlichen Prüfung im Genehmigungsverfahren sind nur dann unionsrechtskonform erfüllt, wenn auf der vorgelagerten Planungsebene eine entsprechende Umweltprüfung durchgeführt worden ist, die inhaltlich tatsächlich eine sachgerechte Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte beinhaltet. Es reicht nicht aus, dass entsprechende Prüfung formal stattgefunden hat; vielmehr muss diese den Anforderungen an eine habitat- und artenschutzrechtlich hinreichende Konfliktbewältigung gerecht werden. Das europäische Naturschutzrecht, insbesondere Art. 12 Abs. 1 FFH-RL und Art. 5 der Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG, verpflichtet die Mitgliedstaaten zur wirksamen Verhinderung der absichtlichen und unbeabsichtigten Tötung geschützter Arten sowie zur Sicherstellung eines effektiven Lebensraumschutzes. Die entsprechenden Verbotstatbestände, insbesondere das Tötungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG, sind unionsrechtlich determiniert und dürfen auch im Rahmen</p>	<p>Bezüglich der folgenden Punkte wird auf die Anlage B.3 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- EU-Notfall-VO, § 6 WindBG und die Auswirkungen auf die Regionalplanung</li> <li>- Generelle Kritik am Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (lückenhaft, unvollständig, Gutachten nicht berücksichtigt), windenergiesensible Arten bleiben unberücksichtigt, Kritik daran, dass Schwerpunktorkommen häufig in Ballungsräumen und größeren Städten ausgewiesen werden</li> <li>- Kritik daran, dass auf der Schwäbischen Alb keine/zu wenige Schwerpunktorkommen ausgewiesen worden seien</li> <li>- Kritik am Umweltbericht, der artenschutzrechtlichen Prüfung</li> <li>- Umgang mit Meldungen von Vorkommen windkraftsensibler Arten, für die im Fachbeitrag Artenschutz Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden</li> </ul> <p>Bezüglich der folgenden Punkte wird auf die Anlage B.4 zur Synopse zur 1. Offenlage zum konkreten Vorranggebiet (WEA-437-026 Kettenacker-Ost, bei Alternativflächen handelt es sich NICHT um Vorranggebiete) verwiesen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Vogelarten (u.a. Hinweis auf Weltdichtezentrum Rotmilan Schwäbische Alb, Hinweise auf Gutachten), für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen ausgewiesen wurden</li> </ul> <p>Zu den weiteren Punkten:</p> <p>Im Umweltbericht wurde eine artenschutzrechtliche Prüfung mit einem einheitlichen methodischen Vorgehen durchgeführt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 8.2 des Umweltberichts Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie verwiesen. Eine umfassende Berücksichtigung oder fachliche Würdigung der in der Stellungnahme genannten Brutvorkommen des Rotmilans ist nicht erforderlich gemäß Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Vollzugshinweise): „Über den im Fachbeitrag angelegten Prüfungsaufwand hinausgehende artenschutzfachliche Betrachtungen hinsichtlich der zu berücksichtigenden windenergie-sensiblen Vogel- und Fledermausarten sind im Rahmen der Regionalplanung daher in der Regel nicht erforderlich. D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>verfahrensrechtlicher Vereinfachungen nicht unterlaufen werden. Eine wirksame Wahrung dieser Schutzstandards erfordert zwingend eine qualifizierte Prüfung der artenschutzrechtlichen Belange im Vorfeld einer Gebietsausweisung. Nach den Erwägungsgründen der Erneuerbaren-Energien- Richtlinie (RED III) sowie der EU-Notfallverordnung 2022/2577/EU ist eine Verfahrensbeschleunigung im Genehmigungsprozess nur dann zulässig, wenn bereits auf der Planungsstufe sichergestellt wurde, dass die betroffenen Gebiete keine schwerwiegenden artenschutzrechtlichen Konflikte aufweisen. Die Planungsbehörde muss mithin im Rahmen der Umweltprüfung spezifisch und qualifiziert auch die Vermeidung von Tötungsrisiken und Lebensraumbeeinträchtigungen geschützter Arten prüfen. Diese Prüfanforderung ist jedoch nicht systematisch in den Verfahren zur Aufstellung von Raumordnungsplänen integriert worden. De facto und de jure werden im Rahmen von Umweltprüfungen bei Regionalplanänderungen typischerweise keine umfassenden artenschutzrechtlichen Einzelprüfungen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG, Art. 12 FFH-RL und Art. 5 Vogelschutzrichtlinie vorgenommen. Vielmehr beschränken sich die Umweltberichte regelmäßig auf eine summarische Erfassung der Schutzgüter, ohne vertieft auf die konkreten Gefährdungstatbestände einzugehen oder wirksame Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln. Damit besteht die ernsthafte Gefahr, dass bei Anwendung des § 6 Abs. 1 WindBG die materiellrechtlich erforderlichen Schutzstandards der Vogelschutz- und FFH-Richtlinie nicht beachtet werden, weil wesentliche artenschutzrechtliche Risiken – insbesondere im Hinblick auf besonders kollisionsgefährdete Arten wie den Rotmilan – ungeprüft bleiben. Der Wegfall der artenschutzrechtlichen Einzelfallprüfung im Genehmigungsverfahren setzt jedoch eine hinreichend konfliktarme Gebietsausweisung voraus, die auf tatsächlichen, aktuellen und wissenschaftlich fundierten Erhebungen beruht. Im Rahmen der 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben ist nicht erkennbar, dass die Umweltprüfung eine eigenständige, methodisch valide artenschutzrechtliche Prüfung hinsichtlich der betroffenen Brutvorkommen des Rotmilans durchgeführt hat. Insbesondere die von Frau Dr. Gschweng dokumentierte hohe Dichte an Brutplätzen im Bereich Kettenacker–Inneringen–Ittenhausen wurde weder umfassend berücksichtigt noch fachlich gewürdigt. Eine systematische Risikoabschätzung im Sinne einer unionsrechtskonformen Umsetzung des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG liegt nicht vor. Vor diesem Hintergrund kann die Gebietsausweisung nicht Grundlage für eine später vom Artenschutzrecht befreite Genehmigungspraxis sein. Die geplante Vorranggebietsausweisung „Kettenacker Ost“ muss deshalb bereits auf Ebene wegen</p>	<p>(alle Kategorie 1-Arten, vgl. Kap. 2 und Anlage 6.1 im Fachbeitrag), können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht, wenn die geplante Ausweisung eines Vorranggebietes für die Windenergie Sonderstatus-Arten oder seltene, vom Fachbeitrag nicht berücksichtigte Arten und Konstellationen (vgl. Kapitel 4.3 des Fachbeitrags) betrifft.“ Der Fachbeitrag ist tatsächlich nicht abschließend. Aber die Daten, die über den im Fachbeitrag abgegrenzten Schwerpunktorkommen hinaus im Einzelfall vonseiten der Regionalplanung zu berücksichtigen sind, betreffen nicht die Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, s. S. 5 Fachbeitrag: „Nach dem nunmehr vorliegenden Konzept kann außerhalb von Schwerpunktorkommen der vom Fachbeitrag umfassten Arten – mit Ausnahme weniger seltener Arten - davon ausgegangen werden, dass der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie aus Sicht des Artenschutzes keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen. Dies gilt auch dann, wenn im Einzelfall später ein Verstoß gegen die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) hinsichtlich der vom Anwendungsbereich des Fachbeitrags umfassten Arten festgestellt wird. Hierdurch wird eine deutlich beschleunigte und effiziente Planung ermöglicht“. Der Rotmilan ist mit den „wenigen seltenen Arten“ nicht gemeint, s. Fachbeitrag.</p> <p>Die als Anlage beigefügte Stellungnahme vom September 2024 kritisiert in erster Linie den Fachbeitrag Artenschutz. Es wird daher auf die Abwägung zur Kritik am Fachbeitrag Artenschutz aus der 1. Offenlage verwiesen sowie auf die Tatsache, dass für die Erstellung des Fachbeitrags der RVBO nicht zuständig ist.</p> <p>Ein Abwägungsfehler liegt nicht vor. Der RVBO hat eine an der Systematik des Fachbeitrags Artenschutz orientierte Abwägung aller artenschutzrechtlicher Belange bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie vorgenommen.</p> <p>Zu den weiteren Anregungen: Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>unzureichender artenschutzrechtlicher Prüfung aufgehoben werden, wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen werden. 2. Schutzstatus und rechtliche Bindung Der Rotmilan ist eine in Deutschland prioritär zu schützende Vogelart. Er ist gelistet in Anhang I der Vogelschutzrichtlinie 2009/147/EG und als besonders geschützte Art im Sinne von § 7 Abs. 2 Nr. 13 lit. b BNatSchG zu qualifizieren. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG verbietet die Tötung von Individuen streng geschützter Arten. Dieses sogenannte „Zugriffsverbot“ ist ein gesetzliches Verbot mit unmittelbarer Wirkung und entfaltet auch im Vorfeld einer Zulassungsentscheidung seine Schutzwirkung. Es handelt sich nicht um ein instrumentell eingebettetes Schutzgut, sondern um eine eigenständige materielle Rechtsposition der Art. Eine Missachtung dieser Schutzwirkung auf der Ebene der Regionalplanung ist nicht lediglich abwägungsrelevant, sondern führt zur materiellen Rechtswidrigkeit der Festlegung eines Vorranggebiets. Die Literatur und Rechtsprechung betonen dabei zunehmend, dass die Auswahl geeigneter Vorranggebiete für Windenergie eine verantwortungsvolle planerische Steuerung verlangt, bei der raumstrukturell empfindliche und ökologisch besonders konflikträchtige Räume von vornherein auszuschließen sind. In einem solchen Steuerungsmodell stellt der Fachbeitrag Artenschutz zwar eine Grundlage für die Vermeidung von Konflikten dar. Er ist nicht lediglich ein informelles Fachgutachten, sondern entsprechende Fachquelle als Planungshilfe der Regionalplanung mit unmittelbarem Einfluss auf die Abwägung nach § 7 ROG. Er ist und darf jedoch die einzige Quelle sein, wenn es um die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergiegebiete geht. Im Einzelfall muss der Regionalverband aufgrund zwingenden Unionsrechts weitere Fachgutachten berücksichtigen, die über den Fachbeitrag Artenschutz hinausgehen, da dieser ausdrücklich nicht abschließend ist (Fachbeitrag, S. 5) 3. Fachliche und rechtliche Würdigung der Stellungnahme von Frau Dr. Gschweng Die als Anlage beigefügte Stellungnahme von Frau Dr. Gschweng vom September 2024 stellt eine wissenschaftlich fundierte, methodisch präzise und rechtlich relevante Analyse der artenschutzrechtlichen Situation im Raum Kettenacker–Inneringen–Ittenhausen dar. Frau Dr. Gschweng stützt sich auf eine langjährige Erhebungspraxis, die zwischen 2018 und 2021 in enger Zusammenarbeit mit lokalen Kartiergruppen, Fachbehörden und Naturschutzinitiativen durchgeführt wurde. Das Ziel dieser Untersuchung war nicht lediglich die punktuelle Feststellung von Brutvorkommen des Rotmilans, sondern die systematische Ermittlung von Brutdichte, Revierverhalten, Habitatanbindung und artspezifischer Nutzung des Raums über mehrere Jahre hinweg. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurden über 300 punktgenaue Rotmilan- Brutplätze kartiert, wobei neben dem Brutstandort auch das Nahrungshabitat, das Flugverhalten, die Störanfälligkeit sowie</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zum Satzungsbeschluss geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zum Satzungsbeschluss finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>das artspezifische Raumverhalten dokumentiert wurden. Frau Dr. Gschweng gelangt in ihrer Stellungnahme zu dem eindeutigen Ergebnis, dass der Raum um Kettenacker- Inneringen-Ippenhausen zu den dichtesten bekannten Brutvorkommen dieser Art in Baden-Württemberg gehört – mit einer Brutpaardichte von über 23 Brutpaaren je 100 km<sup>2</sup>. Diese Dichte liegt nicht nur über dem Landesdurchschnitt, sondern übertrifft auch viele derjenigen Vorkommen, die von der LUBW im Fachbeitrag Artenschutz als sogenannte „A-Gebiete“ mit landesweiter Bedeutung anerkannt wurden. Besondere Bedeutung misst Frau Dr. Gschweng dabei der methodischen Vergleichbarkeit ihrer Erhebung mit den im Fachbeitrag Artenschutz genutzten Datensätzen bei. Sie verweist auf die Tatsache, dass die von ihr angewandte Kartiermethodik – insbesondere die Erfassung der Brutzeitcodes, die Revierabgrenzung über kontinuierliche Beobachtungen und die Validierung der Befunde durch Mehrfachsichtungen – jenen Standards entspricht, die auch den ornitho.de-Daten oder dem ADEBAR-Atlas zugrunde liegen. Die Qualität und Verlässlichkeit ihrer Daten wird dabei nicht nur durch die Erhebungsdauer (vier aufeinanderfolgende Jahre) belegt, sondern auch durch die raumstrukturelle Übereinstimmung mit bereits bekannten, aber von der LUBW nicht systematisch bewerteten Teilräumen im Albvorland. Auf Grundlage dieser umfassenden Datengrundlage kommt Frau Dr. Gschweng zu der fachlich eindeutigen Schlussfolgerung, dass eine windkraftbezogene Inanspruchnahme des Gebiets um Kettenacker aus artenschutzrechtlicher Sicht nicht verantwortbar ist. Sie begründet dies mit dem signifikant erhöhten Tötungsrisiko für den Rotmilan, das aus dem Zusammentreffen dreier Faktoren resultiert: der hohen artspezifischen Präsenz, der räumlichen Nähe potenzieller Anlagestandorte zu Brutplätzen und Nahrungshabitaten, und der ausgeprägten Raumbindung dieser Art auch über die Brutzeit hinaus. Ergänzend stellt sie fest, dass bereits eine geringfügige Reduktion der Brutplatzdichte durch Störung oder Kollision zu einem Rückgang der lokalen Population führen kann, der angesichts der nationalen Verantwortung für die Art eine erhebliche Bedeutung erlangt. Rechtlich leitet Frau Dr. Gschweng aus diesen Befunden ab, dass die Voraussetzungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG erfüllt wären, sollte es zur Genehmigung einer Windenergieanlage in diesem Raum kommen. Das heißt: Es bestünde eine konkrete Gefahr des Verstoßes gegen das gesetzliche Tötungsverbot. Diese Feststellung erlangt vor dem Hintergrund des § 6 WindBG eine besondere Brisanz. Denn wie oben bereits dargestellt, würde bei förmlicher Festlegung des Raums als Windenergiegebiet jede artenschutzrechtliche Prüfung im Genehmigungsverfahren entfallen. Der fachlich fundierte Einwand, dass die Brutpaardichte und das Raumverhalten der Art eine Gefährdungsschwelle überschreiten,</p>	<p>Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>würde dann planungsrechtlich ins Leere laufen. Dies stellt ein strukturelles Risiko einer „legalisierten Artenschutzlücke“, die auf dem planungsbedingten Blindfleck des Fachbeitrags beruht. Aus diesen Gründen ergibt sich aus der Stellungnahme zwingend eine vollständige Überarbeitung des Fachbeitrags Artenschutz in Bezug auf den betroffenen Raum. Die Nichterfassung eines derart bedeutenden Vorkommens stellt – so Frau Dr. Gschweng – nicht nur eine fachliche Unvollständigkeit dar, sondern auch einen Abwägungsfehler im Sinne der raumordnungsrechtlichen Bewertungsmatrix. Die Planung ist in dieser Form nicht nur ökologisch bedenklich, sondern auch rechtlich nicht haltbar, da sie einen relevanten Schutzbelang bewusst ausblende und damit der gesetzlich vorgeschriebenen Konfliktvermeidung nicht gerecht werde. Die Stellungnahme von Frau Dr. Gschweng hat daher ein doppeltes Gewicht: Sie liefert einerseits einen hochqualifizierten fachlichen Befund, der die ökologische Bedeutung des Gebiets in unmissverständlicher Klarheit belegt. Andererseits entfaltet sie eine rechtlich relevante Wirkung, indem sie die unmittelbaren Folgen einer planerisch veranlassten Prüfungslücke mit den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes, des Raumordnungsgesetzes und des Windenergieflächenbedarfsgesetzes konfrontiert. Diese Verschränkung von Wissenschaftlichkeit und rechtlicher Systematik verleiht der Stellungnahme einen evidenzbasierten Anspruch, der in einem sachgerechten Planungsverfahren zwingend zu berücksichtigen ist. 4. Bedeutung des Fachbeitrags Artenschutz der LUBW und seine methodischen Defizite Der Fachbeitrag Artenschutz, der durch die LUBW landesweit für die Regionalplanung bereitgestellt wurde, verfolgt das Ziel, räumlich determinierte Risikoindikatoren für windkraftsensible Arten zu identifizieren und planerisch zugänglich zu machen. Die Methodik beruht im Wesentlichen auf drei Stufen: 1. der Erhebung und Aggregation von Beobachtungsdaten, 2. der Kategorisierung von Brutdichten in landesweite Prioritätsklassen, 3. der Ableitung von Raumkategorien („Schwerpunktorkommen“ mit Vorrang- oder Ausschlusswirkung). Im Fall des Rotmilans wurde hierfür u. a. auf Datensätze aus dem ADEBARAtlas, aus dem citizen-science-Portal ornitho.de sowie auf Planungsunterlagen Dritter zurückgegriffen. Der Fachbeitrag unterscheidet sogenannte „AGebiete“ mit landesweiter Bedeutung, „B-Gebiete“ mit regionaler Bedeutung und nicht kategorisierte Räume ohne planerisch relevante Dichte. Diese Methodik wäre nur dann rechtlich tragfähig, wenn sie das gesamte relevante Datenmaterial einbezieht, einheitlich bewertet und auf ein reproduzierbares Kriteriensystem zurückgeführt würde. Genau dies ist hier nicht der Fall. Die Stellungnahme von Frau Dr. Gschweng vom September 2024 belegt überzeugend, dass im untersuchten Gebiet zwischen 2018 und 2021 mehr als 300</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>punktgenaue Brutplatznachweise des Rotmilans erhoben wurden, mit nachweislich hoher methodischer Sorgfalt, unter Berücksichtigung der Brutzeitcodes, der Reviergrenzen und der Abgrenzung von Scheinrevieren. Die Brutpaardichten von über 23 Brutpaaren pro 100 km² übersteigen den Schwellenwert vieler vom Fachbeitrag als „A-Gebiete“ eingestufte Räume deutlich. Trotz dieser offensichtlichen Erhebungsqualität wurde das Gebiet von der LUBW nicht als Vorrang- oder Ausschlussgebiet eingestuft, sondern im Fachbeitrag vollständig unberücksichtigt gelassen. Dies stellt einen fundamentalen Verstoß gegen das Erfordernis der Verwertung bestverfügbaren Datenmaterials dar. Die LUBW rechtfertigt diese Nichtaufnahme mit der Aussage, die Datensätze seien nicht „landesweit vergleichbar“, da sie aus eigeninitiierten Erhebungen stammen und keiner einheitlich vom Land angelegten Methodik unterliegen. Diese Argumentation ist in mehrfacher Hinsicht unhaltbar. Erstens verwendet die LUBW selbst in erheblichem Umfang Daten aus Planungsunterlagen, die ihrerseits uneinheitlich sind. Zweitens ist die Vergleichbarkeit eines Datensatzes nicht von der Institution abhängig, die ihn erhoben hat, sondern von der Qualität der Erhebung, der Dokumentation, der Dauerbeobachtung und der Kartierungsmethodik. Drittens verstößt die pauschale Nichtverwertung fachlich sauberer Kartierungen gegen das Transparenzgebot und das fachwissenschaftliche Prinzip der Vollständigkeit, das gerade im Bereich des vorsorgeorientierten Naturschutzrechts bindend ist. 5. Zusammenfassung: Die fehlerhafte oder unterlassene Einstufung des Raumes Kettenacker/Inneringen durch den Fachbeitrag Artenschutz hat unmittelbare Rechtsfolgen. Sie bedeutet im Ergebnis, dass ein bekanntes Dichtezentrum einer besonders geschützten Art planungsrechtlich „entwertet“ wird, ohne dass im späteren Verfahren eine Korrektur oder Schutzmaßnahme möglich wäre. Dieser Effekt ist rechtlich hochproblematisch. Denn mit dem § 6 WindBG hat der Gesetzgeber zwar ein Instrument zur Verfahrensbeschleunigung geschaffen, dieses steht aber sorgfältigen Planung, die insbesondere artenschutzrechtliche Risiken berücksichtigt und ausräumt. Wird diese Voraussetzung nicht erfüllt, kann die Anwendung von § 6 WindBG nicht rechtssicher erfolgen. Es liegt vielmehr ein normativer Rückfall in eine Artenschutzblindheit vor, die mit Art. 5 Vogelschutzrichtlinie, Art. 191 AEUV und Art. 20a GG unvereinbar ist. Die unterlassene Berücksichtigung der durch Frau Dr. Gschwend dokumentierten Rotmilanvorkommen stellt nicht lediglich eine fachliche Unzulänglichkeit, sondern eine rechtserhebliche Planungsfehleinschätzung dar. Sie führt im Zusammenspiel mit § 6 WindBG zur faktischen Ausschaltung des artenschutzrechtlichen Prüfregimes und zur bewussten Inkaufnahme eines erheblich erhöhten Tötungsrisikos für eine besonders geschützte Art. Die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		damit verbundene planerische Entscheidung ist mit den Anforderungen des § 7 ROG, des § 44 BNatSchG, des § 6 WindBG sowie den einschlägigen europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar. Es liegt ein durchgreifender Fehler im Abwägungsvorgang vor, der zur Rechtswidrigkeit der Vorranggebietsausweisung führt. Die Regionalplanung kann sich unter diesen Umständen nicht auf das überragende öffentliche Interesse nach § 2 EEG berufen, da die zu beachtenden Schutzgüter nicht annähernd hinreichend gewichtet wurden. Der Verein für Mensch und Natur Kettenacker e.V. fordert daher die vollständige Rücknahme der Vorranggebietsausweisung „Kettenacker Ost“ sowie eine unverzügliche Überarbeitung des Fachbeitrags Artenschutz unter umfassender Berücksichtigung der dokumentierten Datenlage.		
IV. 10282	400	<p>III. Artenschutzrechtliche Würdigung im Hinblick auf die Fledermaus</p> <p>Im Bereich Kettenacker wurden durch die AG Fledermaus BW e.V. an drei Standorten in ca. 4m Höhe vom 25.06. bis 29.06.2024 akustische Langzeiterfassungsgeräte (batlogger S2) installiert. Hierbei wurden selbst in einer Höhenlage von 754 m üM 11 Fledermausarten nachgewiesen. 5 davon wurden – windkraftrelevant – direkt durch Schlag-/Barotrauma nachgewiesen.</p>	<p>Bezüglich Nachweisen Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen abgegrenzt werden sowie weiterer Fledermausarten, für die im Fachbeitrag keine Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden und die keine Sonderstatusarten darstellen:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Bezüglich Nachweisen von Sonderstatusarten</p> <p>Fledermäuse: die rein akustischen Langzeiterfassungen stellen keinen ausreichenden Nachweis von Lebensstätten von Sonderstatusarten Fledermäuse dar. Es wird an die Ausführungen von Anforderungen an Gutachten im Entwurf des Umweltberichts zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Aus der Stellungnahme gibt sich kein Erfordernis, das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie zu streichen oder zu reduzieren.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10282	401	<p>IV. Wasserwirtschaftliche Bewertung der Vorranggebietsausweisung im Karstgebiet „Buchäcker“ 1. Einleitung und Relevanz des Schutzguts Der Grundwasserschutz zählt zu den zentralen Schutzgütern des Umweltrechts und ist als solcher in § 1 Abs. 1 Nr. 1 WHG, § 1 Abs. 2 WG BW sowie im Rahmen des übergreifenden wasserrechtlichen Verschlechterungsverbots (§ 27 Abs. 1 WHG) besonders geschützt. Die hydrogeologischen Gegebenheiten im Bereich des geplanten Vorranggebiets Kettenacker stellen Besonderheiten dar. Es handelt sich um ein Gebiet mit nachgewiesener intensiver Verkarstung, direkter hydraulischer Anbindung an die Trinkwasserquelle „Kesselbach“ in Zwiefalten und äußerst kurzen Fließzeiten im Untergrund. Das Schutzgut Grundwasser tritt hier in seiner höchst verletzlichen Ausprägung auf: Es handelt sich um ein schnellfließendes, chemisch wenig gepuffertes Karstgrundwasser mit extrem eingeschränkter Selbstreinigungskapazität. Daraus ergibt sich eine planerisch und rechtlich gesteigerte Schutzbedürftigkeit, insbesondere im Hinblick auf potenziell immissionswirksame Vorhaben wie Windenergieanlagen. Die wissenschaftlichen Feststellungen von Prof. Dr. Hötzl belegen, dass in diesem Gebiet keine Schutzwirkung nach dem Prinzip der Selbstrückhaltung von Schadstoffen besteht und damit eine besonders hohe Eintrittswahrscheinlichkeit für irreversible Schädigungen des Trinkwassers gegeben ist. 2. Inhalt und Ergebnisse der Gutachten von Prof. Dr. Hötzl Die gutachterliche Bewertung von Prof. Dr. Hötzl, ein international anerkannter Karsthydrogeologe, erfolgte zunächst durch das hydrogeologische Gutachten vom 20.08.2015 und sodann durch das ergänzende Gutachten vom 29.07.2016. Beide Gutachten dokumentieren auf Basis topografischer Auswertungen, Markierungsversuche, Dolinenkataster und Geländebegehungen die herausragende Karstintensität. Es wurden unter anderem 32 aktive Versickerungsstellen identifiziert, elf davon bereits auf amtlichen Karten als Schlucklöcher geführt. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass sich in dem Gebiet vier Trockentäler befinden, die einen großräumigen oberirdischen Eintrag ermöglichen. Die Messungen zeigten Fließgeschwindigkeiten im Karst von über 500 m/h– eine Geschwindigkeit, die die sogenannte „1-Tages- Linie“ nach DVGW W101 deutlich unterschreitet. Diese Befunde belegen eine</p>	<p>anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass Wasserschutzgebiete der Zone II nach den Planungskonzepten des Regionalverbands für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik kein Ausschlusskriterium oder sehr erhebliches Konfliktkriterium darstellen. Sie sind lediglich als Konflikt (K3) eingestuft.</p> <p>Von allen im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie festgelegten Vorranggebieten Windenergie liegt keines Wasserschutzgebiet der Zone II innerhalb von Karstgrundwasserleitern. Lediglich beim VRG WEA 437-006 liegt eine Überlagerung mit WSG II auf ca. 5 ha vor. Ansonsten sind lediglich WSG III betroffen. Auch wenn Wasserschutzgebiete der Zone III in Karstgebieten zumindest in Teilen Eigenschaften von WSG II aufweisen sollten, sieht der Regionalverband hier, auch aufgrund der o.g. Handreichung, kein Erfordernis, die Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergie in Karstgebieten anzupassen. Das Schutzgut Wasser wurde im Umweltbericht regionsweit abgearbeitet, der genannte Belang wurde im Rahmen der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage unter Beachtung des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG geprüft und abgewogen. Das LGRB hat nicht gefordert, VRG Windenergie wegen der Betroffenheit von Karstgrundwasserleitern zu streichen oder anzupassen. Die in der Anregung angesprochenen Sachverhalte gehen damit über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung)</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>direkte hydraulische Kopplung zwischen der Oberfläche der Konzentrationsfläche und der Trinkwasserentnahmestelle. Die daraus folgende Eintragsgefahr kann nach den Maßstäben der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Wasserwirtschaft und den Empfehlungen des DVGW (2006) nicht mit üblichen Schutzmaßnahmen aufgefangen werden. Vielmehr gebieten es die fachlichen Standards, das gesamte Gebiet im Bereich Kettenacker als Schutzzone II einzustufen. Der Gutachter weist mehrfach darauf hin, dass Windenergieanlagen – insbesondere mit Tiefgründungen, Wartungsstraßen, Fundamentbau und möglicher Havariegefahr – mit dem Status einer Schutzzone II nicht vereinbar sind. 3. Wasserrechtliche Bewertung der Verkarstungssituation und der Schutzstatuszuweisung Die wasserrechtliche Relevanz der Situation aus den §§ 50 ff WHG. Nach ständiger Praxis der Landeswasserversorgung und des Umweltministeriums Baden-Württemberg ist für Flächen mit nachgewiesener Verbindung zur Wassergewinnung durch untertägige hydraulische Prozesse eine Schutzstatuszuweisung als Zone II zwingend erforderlich, wenn die Fließzeiten unter 50 Tagen liegen. Bei Unterschreiten der 1-Tages-Grenze ist eine wasserrechtliche Ausnahme von der Schutzzonenregelung nur zulässig, wenn ein Gefährdungsausschluss mit hoher fachlicher Sicherheit nachgewiesen werden kann. Ein solcher Nachweis kann nach dem ergänzenden Gutachten von Prof. Dr. Hötzl gerade nicht erbracht werden. Vielmehr zeigt das Gutachten, dass im Bereich der Dolinen, Senken und Trockentäler eine sofortige Aufnahme von Schadstoffen möglich ist und keine Reinigungswirkung im Karstleiter besteht. Die für Karstsysteme typischen Transportprozesse – zügiger Durchfluss in großräumig verbundenen Spalten – verhindern eine Filterung oder Abpufferung. Damit sind Einträge aus der Baustellenphase ebenso wie Betriebsrisiken (etwa Ölaustritte aus Gondeln) nicht mehr rückholbar und können innerhalb kürzester Zeit das Trinkwasser kontaminieren. Aufgrund dieser Erkenntnisse ist der Vorranggebietsplanung in mehrfacher Hinsicht die Rechtsgrundlage entzogen. Sie verstößt gegen das wasserrechtliche Verschlechterungsverbot (§ 27 Abs. 1 WHG), gegen das Planungsvorsorgeprinzip und gegen die Pflicht zur Sicherung der Daseinsvorsorge (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG). Darüber hinaus fehlt es an einer ordnungsgemäßen Umweltprüfung, da die spezielle Empfindlichkeit des hydrogeologischen Systems im Umweltbericht nicht erfasst und nicht bewertet wurde. Die Kausalitätsbeziehung zwischen planerischer Flächenausweisung und potenziell irreversibler Beeinträchtigung des Trinkwasserschutzes ist damit weder im Bewusstsein der planenden Stelle noch in der Abwägungsentscheidung sichtbar geworden. Dies stellt einen gravierenden Abwägungsfehler im Sinne</p>	<p>geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Ansonsten wird auf die Synopse zur 1. Offenlage, insb. Anlage B.2 und B.4 (Ausführungen zu VRG-WEA-437-026) verwiesen. Zuständig für die sachgerechte Abgrenzung von Wasserschutzgebieten ist nicht der Regionalverband. Über die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten zur Sicherung von Wasservorkommen erfolgt eine regionsweite Sicherung künftiger etwaiger WSG I, II und III. Es liegt damit weder ein Verstoß gegen das wasserrechtliche Verschlechterungsverbot noch gegen das Planungsvorsorgeprinzip noch gegen die Pflicht zur Sicherung der Daseinsvorsorge vor. Das Rücksichtnahmegebot nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB bezieht sich primär auf die Genehmigung von Vorhaben im Außenbereich. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie erfolgte eine für die Ebene der Regionalplanung ausreichende Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebots. Auch wurden Kausalitäten für die regionale Planungsebene hinreichend beurteilt. Der Umweltbericht wurde ordnungsgemäß erstellt; der Belang des Schutzguts Wasser wurde regionsweit einheitlich bewertet; die Abwägung zum Thema Karstgrundwasserleiter erfolgt in der Synopse zur Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>des § 7 Abs. 2 ROG dar. Die Raumordnung dient nämlich nicht nur der wirtschaftlichen Steuerung von Nutzungskonflikten, sondern auch dem vorsorgenden Schutz hochrangiger Gemeinwohlbelange. Der Schutz der öffentlichen Trinkwasserversorgung zählt zu diesen Belangen in besonderem Maße. § 2 Abs. 2 Nr. 3 und Nr. 6 ROG verpflichten die Träger der Regionalplanung, die natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere das Wasser, nachhaltig zu sichern und bei der Ausweisung von Vorranggebieten alle möglichen Gefährdungen zu vermeiden. Die Verpflichtung zur planerischen Alternativenprüfung umfasst dabei auch das Verbot, hochgradig empfindliche Räume planerisch in Anspruch zu nehmen, wenn andere, weniger konflikträchtige Räume verfügbar sind. Eine solche Alternativenprüfung ist hier nicht nachvollziehbar dokumentiert worden. Die Planung des Vorranggebiets im Bereich Kettenacker verletzt das Gebot der planerischen Rücksichtnahme, wie es aus dem Rechtsinstitut der subjektiven Rechte Dritter (hier: der betroffenen Wasserversorger und Gemeinden) sowie aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20a GG abgeleitet wird. Eine Regionalplanung, die einem vitalen Schutzgut wie dem Grundwasser in einem hydrogeologisch hochsensiblen Gebiet die planerische Schutzwirkung abspricht, ohne dies nachvollziehbar zu begründen oder fachlich zu widerlegen, ist rechtswidrig. 14 / 28 4. Ergebnis Zusammenfassend ergibt sich, dass das geplante Vorranggebiet im Bereich Kettenacker aufgrund seiner Lage im Karstentwässerungsgebiet „mit den wasserrechtlichen, umweltrechtlichen und raumordnungsrechtlichen Anforderungen unvereinbar ist. Die hydrogeologischen Erkenntnisse des Gutachters Prof. Dr. Hötzl belegen eine derart hohe Empfindlichkeit des Karstsystems, dass eine sichere Nutzung der Fläche für immissionsrelevante Vorhaben ausgeschlossen werden muss. Die Anwendung wasserrechtlicher Schutznormen führt zwingend zur planerischen Ausgrenzung der Fläche. Die Vorranggebietsausweisung ist daher rechtswidrig und aufzuheben.</p>		
IV. 10282	408	<p>V. Unvollständige Erfassung von Dolinen und Biotopen – Auswirkungen auf den Biotopverbund und die Zulässigkeit der Vorranggebietsplanung 1. Dolinen als zentrale Elemente des Biotopverbunds und des Karstschutzes Das Gebiet um Kettenacker ist aufgrund seiner ausgeprägten Karststruktur von einer Vielzahl wasserführender Dolinen und naturnaher Biotope geprägt. Diese geologischen und biologischen Strukturen erfüllen nicht nur eine bedeutende Funktion für den Wasserhaushalt (Stichwort: Karstgrundwasserneubildung), sondern stellen auch essentielle Kernräume im Rahmen des landesweiten Biotopverbundsystems nach § 22 LNatSchG BW i.V. mit § 21 BNatSchG dar. Gerade in Kernräumen des Biotopverbunds dürfen gemäß den Vorgaben des Naturschutzrechts keine Maßnahmen erfolgen, die zu einer</p>	<p>Zu 1.: Erdfälle, Dolinen, Karstwannen etc.: Die in der Anregung genannten Punktdaten zu Erdfällen, Dolinen, abflusslosen Karstwannen, Bachschwinden sowie Trockentälern werden aufgrund der regionalplanerischen Ebene (Planunschärfe des Regionalplans) nicht berücksichtigt. Die Regionalplanung plant Gebiete für Windenergieanlagen keine Standorte. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erheblichen Beeinträchtigung dieser ökologischen Strukturen führen. Dazu zählen auch die Errichtung von Windenergieanlagen. Die Bedeutung dieser Dolinen und Biotope wurde bereits 2016 im Zuge der gutachterlichen Arbeiten von Prof. Dr. Hötzl eingehend dokumentiert. Auf Grundlage der damals vorliegenden und ergänzend eigenständig erhobenen Daten wurde eine umfassende Kartierung der Dolinen und Senken auf der Gemarkung Kettenacker und Ittenhausen erstellt. 2. Versäumnisse bei der Datenaufnahme durch die LUBW Trotz der Übermittlung der vollständigen Dolinen- und Biotopdaten wurde festgestellt, dass diese bis heute nicht in den amtlichen Kartenwerken der LUBW eingetragen sind. Insbesondere finden sich weder die im Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) dokumentierten Dolinen noch die von Prof. Hötzl ergänzten, deutlich zahlreicheren Erfassungen in der aktuell verwendeten Biotopverbundkulisse wieder. Dieses Versäumnis ist planungsrechtlich von erheblicher Relevanz. Denn nach § 2 Abs. 2 Nr. 6 und § 7 Abs. 2 ROG sowie § 2 Abs. 1 LNatSchG BW haben Planungsträger alle relevanten naturschutzfachlichen Grundlagen ordnungsgemäß zu ermitteln und in ihre Abwägung einzustellen. Die Planung darf sich nicht auf unvollständige oder veraltete Daten stützen, sondern muss sämtliche tatsächlichen Gegebenheiten berücksichtigen, soweit diese verfügbar oder mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind. Die Kenntnis der zusätzlichen Dolinen und Biotope war spätestens seit 2016 bekannt. Ihre Nichtberücksichtigung stellt einen erheblichen Ermittlungsmangel dar, der die Wirksamkeit der Vorranggebietsausweisung in Frage stellt. 3. Rechtliche Bedeutung der Dolinen und Biotope für die Planungsentscheidung Die zahlreichen Dolinen und wasserführenden Senken in Kettenacker sind nicht nur Einzelphänomene, sondern integraler Bestandteil eines funktionsfähigen Biotopverbundsystems. Nach § 22 Abs. 2 Satz 1 LNatSchG BW haben alle Planungsträger bei ihren Planungen und Maßnahmen die Belange des Biotopverbunds zu berücksichtigen. § 22 Abs. 4 Satz 1 LNatSchG statuiert die Pflicht, den Biotopverbund im Rahmen der Regionalpläne soweit erforderlich und geeignet jeweils planungsrechtlich zu sichern. Windenergieanlagen stellen unstreitig erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft dar. Die Errichtung solcher Anlagen in einem Bereich mit dichtem Vorkommen wasserführender Dolinen, sensibler Senken und naturnaher Biotope würde die Funktionsfähigkeit des Biotopverbunds erheblich beeinträchtigen: - Durch Erschließungsmaßnahmen und Fundamentierungen wird das hydrologische System gestört. - Die großflächigen Versiegelungen beeinträchtigen die natürliche Wasserinfiltration in das Karstsystem. - Habitatverluste und Fragmentierung ökologischer Trittsteine wirken sich negativ auf die Artenvielfalt und die genetische Durchmischung der Populationen aus.</p>	<p>gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass Kernflächen und -räume des regionalen Biotopverbunds sowie gesetzlich geschützte kartierte Biotope im Planungskonzept (ab 2 ha) und in der Umweltprüfung zur 2. Offenlage (ab 0,5 ha) berücksichtigt wurden.</p> <p>m Kriterienkatalog werden viele Kriterien, auch kartierte gesetzlich geschützte Biotope, ab einer Größenordnung von <math>\geq 2</math> ha betrachtet, da kleinere Flächen aufgrund des Maßstabs der Raumnutzungskarte (1:50.000) kaum darstellbar sind und im Bereich der Planunschärfe liegen. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden Umweltauswirkungen ab einer Erheblichkeitsschwelle betrachtet, die dem regionalbedeutsamen Plancharakter entsprechen. Daher wurden in der Umweltprüfung in der Regel regionalbedeutsame Umweltauswirkungen ab einer Betroffenheit von mind. 0,5 ha Fläche betrachtet (Umweltbericht zur 2. Offenlage) inkl. Minimierungsmaßnahmen für nachgelagerte Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren oder Baugenehmigungsverfahren). Für kleinere oder nicht kartierte Biotope innerhalb der Vorbehaltsgebiete bleibt der gesetzliche Schutzstatus unberührt und ist im nachgelagerten Verfahren (i.d.R. Bauleitplanungsverfahren bzw. Baugenehmigungsverfahren) zu beachten.</p> <p>Zu 2.: Die Ausführungen zu Versäumnissen bei der Datenaufnahme durch die LUBW werden zur Kenntnis genommen. Der RVBO besitzt hier keine Zuständigkeit.</p> <p>Zu 3. und 5 und 6: Durch das planerische Vorgehen (Berücksichtigung der Belange des Biotopverbunds im Planungskonzept, in der Umweltprüfung und Abwägung der dazu eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage) ist § 22 Abs. 2 Satz 1 NatSchG BW auf der regionalplanerischen Ebene ausreichend Rechnung getragen. Ebenso ist § 7 Abs. 2 S. 1 ROG auf der regionalplanerischen Ebene ausreichend Rechnung getragen. Durch das Planungskonzept, die Umweltprüfung und die artenschutzrechtliche Prüfung ist auch § 44 Abs. 1 BNatSchG auf der regionalplanerischen Ebene ausreichend Rechnung getragen. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nach den Feststellungen des landesweiten Fachplans Biotopverbund Baden- Württemberg sind die Erhaltung und Entwicklung zusammenhängender Lebensräume unverzichtbar für die Zielerreichung der Biodiversitätsstrategie. Dies gilt verschärft für Gebiete mit hoher Biotopdichte wie Kettenacker. Die in der Kartierung von Prof. Dr. Hötzl dokumentierten 44 Dolinen und Biotope sind räumlich so verteilt, dass sie einen faktischen Trittsteinverbund bilden. Ihre Beeinträchtigung würde dem gesetzlich normierten Auftrag zur Schaffung eines funktionsfähigen Biotopverbunds unmittelbar zuwiderlaufen. 4. Pflicht zur Berücksichtigung auch nicht eingetragener Biotope Planungsrechtlich ist es hierbei unerheblich, ob die betreffenden Dolinen und Biotope bereits amtlich kartiert oder in öffentlichen Fachplänen ausgewiesen sind. Maßgeblich ist allein ihre tatsächliche Existenz und Schutzwürdigkeit. Dies ergibt sich klar aus der Rechtsprechung zum Artenschutz und zum Biotopschutz (Explizit jüngst BVerwG, Urteil v. 20.06.2024 – 11 A 3.23, NVwZ 2025, 675, Rn. 167: „Maßgeblich für den gesetzlichen Schutz ist das tatsächliche Vorhandensein des Biotops (vgl. BR-Drs. 278/09, 200) im Zeitpunkt des Erlasses des Planfeststellungsbeschlusses.“). Auch nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind nicht kartierte, aber tatsächlich vorhandene schutzwürdige Strukturen somit zu berücksichtigen. Die Unvollständigkeit öffentlicher Datenbanken entbindet den Planungsträger nicht von der Verpflichtung zu einer vollständigen Ermittlung und Bewertung der naturschutzrechtlich relevanten Gegebenheiten. Vor diesem Hintergrund ist es rechtlich zwingend, dass der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben die von Prof. Dr. Hötzl ermittelten Dolinen und Biotope in seine Abwägung einstellt und ihre Schutzwürdigkeit anerkennt. Ein bloßer Verweis auf die noch laufende Nachtragung durch die LUBW genügt nicht. 5. Raumordnungsrechtliche Auswirkungen Da der Standort Kettenacker-Ost eine Vielzahl dieser Dolinen und Biotope umfasst, ergibt sich daraus zwingend eine erhebliche Beeinträchtigung des Biotopverbundsystems bei einer Realisierung der Windkraftplanung. Aufgrund der besonderen Schutzwürdigkeit und der funktionalen Bedeutung der Dolinen im Karstwasserhaushalt ist eine Windkraftnutzung in diesen Bereichen unzulässig. Die Vorranggebietsausweisung verstößt deshalb gegen: - § 7 Abs. 2 ROG i.V.m. § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG (Abwägungsgebot und Schutzpflicht für Natur und Landschaft) - § 22 LNatSchG BW (Berücksichtigung und Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen von Kernräumen des Biotopverbunds) - § 44 Abs. 1 BNatSchG (Verbot der erheblichen Beeinträchtigung besonders geschützter Lebensstätten) Eine Planung, die auf veralteten oder bewusst unvollständigen Daten beruht, kann dem gesetzlichen Abwägungsgebot nicht genügen. Der Planungsvorgang ist daher</p>	<p>zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Zu 4.: Der Regionalverband ist bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie auf regionsweit verfügbare Daten ausreichender Qualität angewiesen. Er kann keine Kartierungen etc. durchführen. Die Aktualisierung von Daten aus dem Natur- und Artenschutz wie die Aktualisierung der Biotopkartierung und Landschaftspläne ist nicht Gegenstand der Anhörung. Im Scoping-Papier (Anlage zum Umweltbericht) heißt es: „Zur Beurteilung der erheblichen Auswirkungen der regionalplanerischen Festlegungen im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung werden v.a. regionsweit einheitlich vorliegende Geodaten herangezogen. Nur in Einzelfällen werden in der vertieften Umweltprüfung zusätzliche, nicht regionsweit verfügbare Datengrundlagen verwendet.“ Die Tatsache, dass einzelne Biotope nicht kartiert sind, steht damit der Festlegung von VRG Windenergie nicht entgegen. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach dem zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Hinweis: Das VRG WEA 437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte zum Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		fehlerhaft und die Vorranggebietsausweisung in dieser Form nichtig. 6. Ergebnis Die tatsächlichen geologischen und ökologischen Gegebenheiten im Bereich Kettenacker sind mit der vorgesehenen Windkraftnutzung unvereinbar. Die unvollständige Berücksichtigung der dokumentierten Dolinen und Biotope stellt einen gravierenden Abwägungsmangel dar. Die Planung des Vorranggebiets Kettenacker-Ost ist deshalb rechtswidrig und muss aufgehoben werden.		
IV. 10282	411	<p>VI. Kumulationswirkungen, Umfang und Überlastung als raumordnungsrechtliches Kriterium 1. Einleitung: Die Belastung Kettenackers im Kontext der Regionalplanung unterschiedlicher Regionalverbände Die Ortschaft Kettenacker ist im vorliegenden Fall in einer raumstrukturell besonderen Situation. Sie liegt im Grenzbereich dreier Regionalverbände (Bodensee-Oberschwaben, Neckar-Alb und Donau-Iller), die jeweils eigenständige Teilfortschreibungen ihrer Regionalpläne im Bereich der Windenergienutzung vornehmen. Im Ergebnis führt dies zu einer kumulativen räumlichen Überlagerung geplanter Vorrangflächen unmittelbar um den Ort. Kettenacker wird damit faktisch auf mehreren Seiten von Windvorranggebieten umfasst und im wahrsten Sinne des Wortes „umzingelt“. Diese Umfang geht weit über eine einfache Flächeninanspruchnahme hinaus und erzeugt erhebliche kumulative Belastungen für die Schutzgüter Mensch, Landschaft und Erholung. Die vorliegende – auch im Rahmen der 2. Offenlage geänderte – Planung missachtet damit zentrale raumordnungsrechtliche Vorgaben zur Vermeidung kumulativer und unverhältnismäßiger Belastungen und verstößt insbesondere gegen das Gebot der gerechten Abwägung nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG sowie gegen grundlegende Prinzipien des Raumordnungsrecht, wie das Gegenstromprinzip aus § 1 Abs. 3 ROG sowie der raumordnerischen Zusammenarbeit aus § 14 ROG. 2. Kumulative Wirkungen als eigenständiges Abwägungskriterium Kumulative Belastungen entstehen dort, wo sich mehrere planbedingte Wirkungen nicht nur addieren, sondern sich gegenseitig verstärken und qualitative Schwellenwerte überschreiten. Insbesondere bei raumbedeutsamen Vorhaben wie Windenergieanlagen ist anerkannt, dass nicht nur Einzelwirkungen, sondern auch die Summation mehrerer Eingriffe in ihrer Gesamtheit betrachtet werden müssen (dies kommt auch in § 2 Abs. 1 und 2 UVPG zum Ausdruck). In der Umweltprüfung des benachbarten Regionalverbands Neckar-Alb wurde dieser Grundsatz ausdrücklich anerkannt: Dort wurde auf S. 75 des Umweltberichts betont, dass kumulative Überlastungen insbesondere im Grenzbereich von Regionalverbänden zu vermeiden sind. Die Südostfläche des Vorranggebiets RT-06 wurde daher im Interesse des Schutzes der Bevölkerung von Kettenacker ausdrücklich zurückgenommen. Diese Sensibilität fehlt im</p>	<p>Zum genannten Verstoß gegen § 7 Abs. 2 BauGB (gerechte Abwägung): Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete für die Windenergienutzung fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Erläuterung der Abwägung Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen das Gegenstromprinzip und den Bedenken einer unzureichenden Beteiligung der Kommunen bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie: Der Teilregionalplan Energie als übergeordnete Planungsebene setzt den Rahmen für nachgeordnete kommunale Planungen und orientiert sich an den rechtlichen und fachlichen Vorgaben. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wird § 2 Abs. 2 Landesplanungsgesetz BW sowie § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz entsprochen (Gegenstromprinzip): Kommunale Belange sind bereits im Planungskonzept berücksichtigt worden, indem kommunale Planungen wie die Darstellungen im Flächennutzungsplan als Ausschluss-</p>	Teilweise Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>vorliegenden Verfahren des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben jedoch vollständig. Vorliegend wird unterlassen, die Summationswirkungen adäquat zu analysieren und in seine Abwägung einzustellen. Auch Sichtbarkeitsanalysen, wie sie der RV Neckar-Alb in seine Planung integriert hat, fehlen beim vorliegend gänzlich. Diese Visualisierungsinstrumente sind jedoch unverzichtbar, um die tatsächliche Überprägung des Landschaftsbilds sowie die psychologischen Auswirkungen einer Umfassung nachvollziehbar darzustellen. 3. Tatsächliche Belastungslage: Umfassung und technische Überprägung Kettenacker ist bereits durch die Planungen des RV Neckar-Alb (Vorranggebiet RT-06, 719 ha) und Donau-Iller 403 ha (Vorranggebiet Langenenslingen- Dürrenwaldstetten) erheblich vorbelastet. Der RVBO plant nun zusätzlich ein 220 ha großes Vorranggebiet direkt angrenzend im Osten („Kettenacker- Ost“). Südlich davon soll auf Inneringer Gemarkung eine weitere 336 ha große Vorrangfläche ausgewiesen werden. Insgesamt ergibt sich eine umspannende Konzentration von über 3.000,00 ha an Windvorrangflächen rund um Gammertingen-Kettenacker. Dies führt zu einer faktischen Umfassung des Ortes und seiner Umgebung durch Windenergieanlagen in einer Dichte, die in der Region ihresgleichen sucht.</p>	<p>und Konfliktkriterien im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie aufgegriffen wurden. Vor Beginn der formellen Anhörungsverfahren wurde bereits eine informelle Flächenkulissee mit den VVGs, GVVs und Einheitsgemeinden der Region abgestimmt. Im Sinne des Gegenstromprinzips erfolgte somit bereits im Vorfeld des förmlichen Anhörungsverfahrens eine Auseinandersetzung mit den Belangen der kommunalen Planungsebene, die im Anschluss aufgearbeitet und in die Flächenkulissee eingearbeitet wurden. Die kommunale Planungsebene wurde in den förmlichen Beteiligungsverfahren gem. der gesetzlichen Vorgaben beteiligt und die vorgebrachten Anregungen und Bedenken wurden sorgfältig geprüft, sachgerecht abgewogen und haben z.T. auch zu Anpassungen der Gebietskulissee geführt. Die Festlegungen im Teilregionalplan Energie erfolgen zudem im Einklang mit den Zielen des Landesentwicklungsplans.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen § 14 ROG (raumordnerische Zusammenarbeit): § 14 ROG bezieht sich auf die raumordnerische Zusammenarbeit bei der Vorbereitung oder Verwirklichung von Raumordnungsplänen oder von sonstigen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen. Gem. § 14 Abs. 1 ROG kann die Zusammenarbeit auch im Hinblick auf regionen- oder gebietsübergreifende Belange erfolgen.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben stimmt sich bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik mit den Nachbarregionen zu regionen- oder gebietsübergreifenden Belangen ab. Dabei ist zu beachten, dass die Planungsstände und die der Planung zugrunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variiert. Trotzdem streben die benachbarten Regionalverbände bei grenzüberschreitenden Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eine Harmonisierung der jeweiligen Planungen an. In der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird an mehreren Stellen bereits die interregionale Abstimmung dargelegt bzw. die Berücksichtigung der Windenergieplanungen angrenzender Regionalverbände beschrieben.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Bei den erhöhten Siedlungsvorsorgeabständen bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie (Orientierungswerte/Einzelfallbetrachtung) (s. Tab. B 2 der Begründung) werden gem. Fußnote 6 auch angrenzende Vorranggebiete in benachbarten Regionen in die Größe des Vorranggebiets einberechnet und somit bei den erhöhten Siedlungsabständen berücksichtigt. Gem. Begründung erfolgten zudem in verschiedenen Planungsphasen Abstimmungsgespräche mit den benachbarten Regionalverbänden im Hinblick auf die Harmonisierung der Planungen. Es wird hierzu auf die Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hat die benachbarten Regionalverbände auch förmlich im Rahmen der Behördenbeteiligungen an der Aufstellung des Teilregionalplans Energie beteiligt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Hierzu wird auf die Stellungnahmen des genannten benachbarten Regionalverbands (II.401 (RV Donau-Iller)) und die entsprechende Abwägung der 1. und 2. Offenlage verwiesen. Insofern ist der Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie gem. § 7 Abs. 2 Satz 3 ROG mit benachbarten Planungsräumen abgestimmt. Ein Verstoß gegen § 14 ROG ist zudem nicht erkennbar und liegt nicht vor.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen § 2 Abs. 2 ROG (gleichwertige Lebensverhältnisse) aufgrund einer bestehenden Umfassung: Zum Thema "Umfassung" wird auf Teil E.3 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Die Leitvorstellung der Raumordnung der gleichwertigen Lebensverhältnisse ist in § 1 Abs. 2 ROG verankert. Durch die schrittweise Anwendung von Ausschluss- Konflikt- und Eignungskriterien, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration und der Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umzingelung / Umfassung) im Planungsprozess ist der Leitvorstellung der Raumordnung der gleichwertigen Lebensverhältnisse gem. § 1 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (Leitvorstellung der Raumordnung) ausreichend Rechnung getragen worden. Es wird nachrichtlich auf die Abwägung zur Forderung nach gerechter Verteilung in der Anlage Teil B1 zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Zu kumulativen Wirkungen: Kumulationswirkungen werden neben dem Planungskonzept auch im Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss abgehandelt. Die Ausführungen wurden hier ergänzt. Es wird auf den Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen. Im vorliegenden Fall liegen keine unzumutbaren kumulativen Wirkungen vor, welche einer Festlegung der Vorranggebiete Windenergie gemäß Entwurf Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss entgegen stehen würden.</p> <p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Daher wird der Anregung teilweise gefolgt.</p> <p>Zu allen weiteren vorgebrachten Anregungen wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10282	416	Das Landschaftsbild würde durch die Vielzahl an Rotoren, Türmen und technischen Erschließungen massiv verändert. Die Sichtachsen, die bislang freie Landschaftsbezüge gewährleiten, würden auf mehreren Seiten gleichzeitig von Windkraftanlagen geprägt. Eine solche Umfassung ist nach ständiger raumordnungsrechtlicher Praxis unzulässig, weil sie das raumstrukturelle Gefüge der Siedlung in einer Weise beeinträchtigt, die mit der Zielsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG) unvereinbar ist.	<p>verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Zum Belang des Landschaftsbild: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen. Zur Umfassung: s. vorherige Abwägung, BE ID 411. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl. Anlagen verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10282	420	4. Auswirkungen auf Schutzgüter und Erholungsfunktionen Die umfassende Beplanung wirkt sich nicht nur auf das Landschaftsbild, sondern auch unmittelbar auf das Schutzgut Mensch aus: - Schallimmissionen: Die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamtes Sigmaringen weist ausdrücklich darauf hin, dass durch die Rotor- Out-Planung mit überhängenden Rotorblättern die Abstände zu Wohngebieten effektiv verkürzt werden und Lärmimmissionen besonders problematisch werden. Die kumulierten Schallbelastungen führen zu einer unzulässigen Überschreitung der Immissionsrichtwerte nach TA Lärm. -	<p>Bei der Festlegung der Kriterien zu Siedlungsabständen im Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt.</p> <p>Die einzuhaltenden Lärmimmissionen sind gesetzlich in der TA Lärm geregelt. Die TA Lärm beinhaltet die Immissionsrichtwerte für die jeweiligen Gebiete (bspw. Allgemeine Wohngebiete), dient dem Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche differenziert nach den in den Baugebietstypen zulässigen Immissionen. Die pauschalen Vorsorgeabständen zu Siedlungen im vorliegenden Teilregionalplan berücksichtigen diese einzuhaltenden Lärmimmissionen (s. Kriterienkatalog Festlegung Vorranggebiete Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie). Die tatsächliche Einhaltung dieser Werte wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird. Berücksichtigt werden müssen dabei nach 2.3/4 und 3.2.1 der TA Lärm auch Vorbelastungen. Bei Wohngebieten/-gebäuden wurde zudem die optisch bedrängende Wirkung nach § 249 Abs. 10 BauGB berücksichtigt, wonach von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken ein Abstand von mindestens der zweifachen Höhe der Windenergieanlage einzuhalten ist (2H-Regelung). Bei der Bemessung der Vorsorgeabstände zu wohngenutzten Gebäuden kam eine Gesamthöhe der Windenergieanlagen von 300 m zur Anwendung. Dies entspricht einem Vorsorgeabstand von 600 Meter um wohngenutzte Gebäude.</p> <p>Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung des Entwurfs des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss) verwiesen.</p> <p>Zur Rotor-Out-Planung: Es handelt sich hierbei um Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären sind. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie als "Rotor-innerhalb-Flächen" ist planerisch nicht gewollt, da gem. § 4 Abs. 3 WindBG Rotor-innerhalb-Flächen nur anteilig auf die Flächenbeitragswerte anzurechnen sind.</p>	
IV. 10282	421	<p>Tieffrequenter Schall und Infraschall: Erfahrungsberichte, wie etwa vom Windpark Baiereck, belegen, dass bereits zwei Windenergieanlagen zu erheblichen Brummtönen und Schlafstörungen führen können. Bei der geplanten Zahl von Anlagen rund um Kettenacker ist eine massive Dauerbelastung zu erwarten. - Psychische Belastung: Die optische Umfassung führt nachweislich zu einem Gefühl des „Eingekesseltseins“, das mit einer massiven Beeinträchtigung der Lebensqualität verbunden ist. Studien und Erfahrungsberichte belegen, dass der Verlust freier Sichtachsen, die ständige visuelle Dominanz von Großstrukturen sowie die andauernde Geräuschkulisse psychische Stresssymptome auslösen können. - Sozioökonomische Folgen: Immobilienpreise sinken signifikant bei Windkraftbelastung; in belasteten Regionen sind Wegzugstendenzen, insbesondere bei jungen Familien und älteren Menschen, häufig beobachtbar. Dies untergräbt die langfristige Entwicklungsperspektive der betroffenen Orte. - Beeinträchtigung des</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Naturparks Obere Donau: Kettenacker liegt vollständig innerhalb des Naturparks Obere Donau. Die massenhafte technische Überprägung steht in klarem Widerspruch zu den Zielen des Naturparks und gefährdet die Förderfähigkeit nach EU-Recht. Eine so erhebliche Veränderung der Landschaft widerspricht dem Schutzzweck der Erhaltung einer vorbildlichen Erholungslandschaft.</p>	<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10282	422	<p>5. Planungsrechtliche Einordnung und Abwägungsfehler Aus den dargestellten Umständen ergibt sich, dass der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben gegen fundamentale raumordnungsrechtliche Pflichten verstößt: - Verletzung des Abwägungsgebots (§ 7 Abs. 2 ROG): Die kumulative Belastung der Ortschaft Kettenacker und die bereits bestehenden Vorbelastungen durch Nachbarregionen wurden nicht ordnungsgemäß in die Abwägung einbezogen. Es fehlt an einer ernsthaften Alternativenprüfung außerhalb des Gebiets um Kettenacker sowie insgesamt auf der Ebene der Regionen und an Maßnahmen zur Reduktion der Überlastung. - Verstoß die Pflicht zur raumordnerischen Zusammenarbeit aus § 14 ROG: Eine tatsächliche Abstimmung über kumulative Effekte ist nicht erkennbar. Die bloße formale Abstimmung genügt nicht; erforderlich wäre eine substanziell belastbare Koordinierung zur Vermeidung unzumutbarer Kumulationen. - Ungleichbehandlung und Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes (Art. 3 Abs. 1 GG): Während andere Regionen des Naturparks Obere Donau weitgehend verschont bleiben, wird Kettenacker in unverhältnismäßiger Weise belastet, obwohl vergleichbare Flächen mit geringeren Nutzungskonflikten zur Verfügung stehen. - Verstoß gegen das Vorsorgeprinzip (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG): Angesichts der bekannten Risiken für Gesundheit, Landschaft und soziale Strukturen wäre eine restriktivere Planung zur Vermeidung übermäßiger Belastungen geboten gewesen. 6. Ergebnis Die geplante Ausweisung des Vorranggebiets „Kettenacker-Ost“ ist raumordnungsrechtlich und umweltrechtlich nicht tragfähig. Die Ortschaft Kettenacker wird einer objektiv unverhältnismäßigen, kumulativen Belastung ausgesetzt, die weder durch wirksame Schutzmaßnahmen kompensiert noch durch eine sachgerechte Planungsauswahl gerechtfertigt ist. Die Umfassung von Kettenacker verstößt gegen die Grundsätze der Raumordnung, des Schutzes des Menschen und der Umwelt sowie der gleichmäßigen Lastenverteilung. Die Planung ist daher rechtswidrig und zurückzunehmen bzw. zu korrigieren.</p>	<p>Bzgl. der Anregungen bspw. zum Abwägungsgebot (§ 7 Abs. 2 ROG), zur raumordnerischen Zusammenarbeit (§ 14 ROG) sowie zu den kumulativen Effekten wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen.</p> <p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Daher wird der Anregung teilweise gefolgt.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen das Vorsorgeprinzip in § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG: Die Grundsätze der Raumordnung gem. § 2 ROG wurden bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie angewendet bzw. durch die schrittweise Anwendung von Ausschluss- Konflikt- und Eignungskriterien, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration und der Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umzingelung / Umfassung) etc. berücksichtigt. Es wird auf das Planungskonzept inkl. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Begründung u. Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie) verwiesen.</p> <p>Zu kumulativen Wirkungen: Kumulationswirkungen werden neben dem Planungskonzept auch im Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss abgehandelt. Die Ausführungen wurden hier ergänzt. Es wird auf den Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen. Im vorliegenden Fall liegen keine unzumutbaren kumulativen Wirkungen vor, welche einer Festlegung der Vorranggebiete Windenergie gemäß Entwurf Teilregionalplan Energie zum Satzungsbeschluss entgegen stehen würden.</p> <p>Zu allen weiteren vorgebrachten Anregungen wird wie folgt Stellung genommen: Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).          Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10282	423	<p>VII. Zusammenfassung Nach umfassender rechtlicher und tatsächlicher Würdigung der 2. Offenlage der vorliegenden Planung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben ergibt sich aus dem im Rahmen der 2. Offenlagen berücksichtigungsfähigen Vorbringen, dass die Planung in mehrfacher Hinsicht gegen zwingende Vorgaben des Raumordnungs-, Naturschutz- und Umweltrechts verstößt und daher rechtlich nicht tragfähig ist. 1. Artenschutzrechtliche Defizite Die Ausweisung des Vorranggebiets erfolgt ohne hinreichende Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Vorgaben, insbesondere zum Schutz des Rotmilans und weiterer besonders und streng geschützter Arten. Eine qualifizierte artenschutzrechtliche Prüfung auf der Ebene der Umweltprüfung hat nicht stattgefunden, sodass die Anwendung des § 6 Abs. 1 WindBG unzulässig ist. Der Wegfall der artenschutzrechtlichen Prüfung im Genehmigungsverfahren würde zu einer faktischen Missachtung zwingender materieller Standards nach Art. 12 FFH-Richtlinie und Art. 5 Vogelschutzrichtlinie führen. Bereits auf der Ebene der Flächenausweisung bestehen deshalb gravierende artenschutzrechtliche Konflikte, die einer weiteren Planung entgegenstehen. Die ergibt sich eindeutig aus dem Gutachten von Frau Dr. Gschweng. 2. Unzureichende Berücksichtigung der</p>	<p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung der vorliegenden Stellungnahme (Stellungnahme ID 377) verwiesen. Eine Rücknahme der in des in der Anregung genannten VRG Windenergie WEA-436-026 erfolgt nicht. Bei den anderen in der Anregung genannten Flächen handelt es sich um nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgte Flächen und nicht um VRG Windenergie (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss). Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Hinweis: das benachbarte VRG Windenergie 437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung ist der Raumnutzungskarte zum Satzungsbeschluss zu entnehmen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Grundwassergefährdung im Karstgebiet Das Gebiet „Kettenacker-Ost“ ist Teil eines intensiv verkarsteten Entwässerungssystems, das die Trinkwasserversorgung von Tausenden von Einwohnern wesentlich beeinflusst. Der Nachweis einer besonderen Gefährdungslage durch die ergänzenden Gutachten von Prof. Dr. Hötzl ist in der Planung nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die besondere Schutzbedürftigkeit des Gebiets hätte zwingend zu einer vollständigen Zuordnung zur Wasserschutzzone II führen müssen. Die Errichtung von Windkraftanlagen in einem solch sensiblen Karstbereich widerspricht sowohl den wasserrechtlichen Vorsorgegrundsätzen als auch der aufrechterhaltenen Trinkwasserqualitätssicherungspflicht. 3. Versäumnisse bei der Erfassung von Dolinen und Biotopen Die tatsächlichen Gegebenheiten hinsichtlich der vorhandenen wasserführenden Dolinen und naturnahen Biotope sind durch die Planung vollständig verkannt worden. Die Nichtberücksichtigung der 2016 umfassend dokumentierten Strukturen stellt einen erheblichen Ermittlungs- und Bewertungsfehler dar. Dies verletzt das Abwägungsgebot und widerspricht den gesetzlichen Anforderungen an die Sicherung des landesweiten Biotopverbunds (§ 22 LNatSchG BW). Die Errichtung von Windenergieanlagen in Kernräumen des Biotopverbunds ist unzulässig. 4. Unzulässige Kumulationswirkungen, Umfang und Überlastung Die Ortschaft Kettenacker wird durch die Vorranggebietsplanungen dreier Regionalverbände faktisch von Windvorrangzonen umzingelt. Diese kumulativen Belastungen wurden vom RVBO nicht ordnungsgemäß ermittelt und in die Abwägung eingestellt. Eine ernsthafte Prüfung alternativer Flächen außerhalb Kettenackers und in anderen Überregional sowie die Berücksichtigung des Gebots gleichwertiger Lebensverhältnisse haben nicht stattgefunden. Die Belastung ist unverhältnismäßig, die raumordnungsrechtlichen Abwägungspflichten (§ 7 Abs. 2 ROG) sowie die Abstimmungspflichten zwischen den Regionen (§ 14 ROG) wurden verletzt. 5. Zusammenfassende Bewertung Insgesamt ergibt sich, dass die Vorranggebietsplanung des RVBO sowohl aus tatsächlichen als auch aus rechtlichen Gründen nicht aufrechterhalten werden kann. Die schwerwiegenden Abwägungsmängel, die unzureichende Berücksichtigung zwingender Schutzgüter sowie die Nichtbeachtung elementarer fachlicher Erkenntnisse führen zur Rechtswidrigkeit der Planung. Eine Fortführung der Planung auf Grundlage des bisherigen Entwurfs wäre mit erheblichen Rechtsrisiken behaftet und würde voraussichtlich in einem gerichtlichen Normenkontrollverfahren keinen Bestand haben. Zur Wahrung der Rechtssicherheit und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung ist die vollständige Herausnahme des Vorranggebiets „Kettenacker- Ost“ aus dem Teilregionalplan</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Energie und der benannten Alternativflächen sowie die Überprüfung und deutliche Verkleinerung des Gebiets „Innringen Nord-Ost“ WEA-437020 zwingend geboten.</p> <p>Verzeichnis der Anlagen: Zu II. Artenschutz (Rotmilan): 1. Stellungnahme zur Berücksichtigung der Daten aus den Gebieten Kettenacker, Ittenhausen und Inneringen bei der Ermittlung von Schwerpunktgebieten im Fachbeitrag Artenschutz (LUBW), concepts for conservation, Frau Dr. Marion Gschweng, 16.09.2024 2. Die Bestände des Rotmilans (Milvus Milvus) auf der Schwäbischen Alb und angrenzenden Naturräumen in Baden-Württemberg (Berichte zum Vogelschutz Band 58/59 – 2022), von Frau Dr. Marion Gschweng 3. Fachgutachterliche Bestätigung Brutvorkommen des Rotmilans (Milvus Milvus) im Umkreis der Gemeinde Kettenacker 2023 (Naturkonzept Luis G. Sikora) 4. Concepts for conversation Dr. Marion Gschweng Bericht über die Kartierung von Rotmilanen im Untersuchungsgebiet Inneringen, Landkreis Biberach (Stand 20.09.2023) 5. Fachgutachterliche Bestätigung Brutvorkommen des Rotmilans (Milvus Milvus) im Umkreis der Gemeinden Kettenacker, Harthausen und Wilsingen 2022 (Naturkonzept Luis G. Sikora) 6. Horst-Koordinaten 2021 (Kartierung vom 23.06.2021; Alfons Schaupp / R. Czanek) 7. Bestätigung eines vom Rotmilan bebrüteten Horstes (Dr. Marion Gschweng / 25.06.2018) 8. Begehungsprotokoll Kettenacker 06.07.2018 / Milan-Horste / Lusthof / Fürstlicher Wald 9. Concepts for conversation Dr. Marion Gschweng Abschlussbericht zur Brutvogelkartierung windkraftsensibler Vogelarten im Untersuchungsgebiet Inneringen von Februar bis Juni 2017 (06. Januar 2018) 10. Concepts for conversation Dr. Marion Gschweng Gutachten zur Einsehbarkeit des Planungsbereiches von drei Windenergieanlagen in der Konzentrationszone „Buchäcker“, Kettenacker (Stand 11.05.2017) 11. LRA Sigmaringen / Vermerk AZ: I/12.03.01/15 EC / Betreff: Windpark Kettenacker Ortsbegehung Milanhorste (13.06.2017) 12. Concepts for conversation Dr. Marion Gschweng Stellungnahme zum teilflächennutzungsplan des GVV Lauchertal vom Juni 2015 und zur Ergänzung vom 19.08.2016 (Blaubeuren, 26.09.216) 13. Concepts for conversation Dr. Marion Gschweng Stellungnahme zur Horst- und Revierkartierung des Rotmilans in Kettenacker bezüglich der Planungen von Windenergieanlagen innerhalb der „Konzentrationsflächen Kettenacker“ (07. Juli 2016) 14. Concepts for conversation Dr. Marion Gschweng Stellungnahme zur Horst- und Revierkartierung des Rotmilans in Kettenacker bezüglich der Planungen von Windenergieanlagen innerhalb der „Konzentrationsflächen Kettenacker“ (13. Juni 2016) Zu III. Artenschutz (Fledermaus): 15. Arbeitsgemeinschaft Fledermausschutz Baden-Württemberg e.V. Einwendungen zum Umweltbericht des Teilflächennutzungsplan Windkraft 2022 Gemeindeverwaltungsverband Lauchertal (25. Oktober</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2015) 16. Arbeitsgemeinschaft Fledermausschutz Baden-Württemberg e.V. Fledermauslauterfassung im Umfeld von Kettenacker an 2 Standorten 2013 (28.07.2013) 17. Arbeitsgemeinschaft Fledermausschutz Baden-Württemberg e.V. Akustische Erfassung von Fledermäusen an drei Standorten bei Kettenacker/ Gammertingen im Juni 2024 Zu IV. Wasserwirtschaftliche Bewertung: 18. Hydrogeologisches Gutachten zur Bewertung des Baus, des Betriebs und des Rückbaus von Windenergieanlagen (WEA) in Trinkwasserschutzzonen in Karstgebieten der Mittleren Alb von Prof. Dr. Hötzl von August 2015 19. Ergänzung zum Hydrogeologischen Gutachten über Windenergieanlagen in Trinkwasserschutzzonen in Karstgebieten der Mittleren Alb von Prof. Dr. Hötzl vom 20. August 2015 (28 Juli 2016) 20. Bewertung des Karstmorphologischen Gutachtens des Büros für Ingenieurgeologisch (BFI - Zeiser, Ellwangen) vom 10. November 2016 von Prof. Dr. Hötzl (23 November 2016) 21. Fachliche Stellungnahme zu der immissionsschutzrechtlichen Bewertung des LRA Reutlingen vom 06. Februar 2017 für den Standort Windpark „Buchäcker“ auf Gemarkung Kettenacker und zur Hydrogeologischen Stellungnahme des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vom 29. Dezember 2016 zur Errichtung von 3 Windkraftanlagen von Prof. Dr. Hötzl (20. Februar 2017) 22. Karst-Phänomene im Bereich Kettenacker-Ittenhausen von Prof. Dr. Hötzl vom 30. Mai 2016 23. Karte Karstmorphologie des geschlossenen Karstentwässerungsbereichs Buchäcker von Prof. Dr. Hötzl von Juli 2016 24. Tabellen Markierungsversuche Mittlere Alb vom 02. Juli 2015 Zu V. Dolinen: 25. Dolinenkarte Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau 26. Tabelle Übersicht der von Prof. Hötzl zusätzlich dokumentierten Dolinen 27. Karte Prof. Hötzl mit allen Dolinen/Biotopen aus Anlage 1 und 2 28. Aktuelle Karte der LUBW mit den dort eingetragenen Dolinen/Biotope 29. Vervollständigte Karte mit allen Dolinen/Biotopen 30. Dolinen- und Biotopwanderweg in Planung</p>		

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10283	765	<p>Stellungnahme/Einspruch gegen den Teil Regionalplan (Energie) Bodensee-Oberschwaben RVBO-ID:/Az.: IV.02319 hier: Zweite Anhörung Stellungnahme/Einspruch gegen den Teil Regionalplan (Energie) Bodensee-Oberschwaben RVBO-ID:/ Az.: IV.02319 hier: zweite Anhörung Sehr geehrte Damen und Herren, I. Verfahrensfehler/ Fristen a) Zunächst wird als rechtsfehlerhaft beanstandet, dass im laufenden Planungsverfahren bezügl. zweitem Anhörungsverfahren ein Übergang vom bis dahin geltenden respekt. angewandten Landesplanungsgesetz in das neue, ab 29.3.2025 gültige LplG erfolgt ist. Nach § 53 a des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes sind die zuvor eingeleiteten Planungsverfahren auch auf ursprünglich geltender Rechtsgrundlage</p>	<p>§ 53a Abs. 2 des neuen LPIG lautet: "Ist mit gesetzlich vorgeschriebenen einzelnen Schritten des Verfahrens noch nicht begonnen worden, können diese auch nach den ab dem 29. März 2025 geltenden Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden." In der Sitzung der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025 wurde beschlossen, "...in das zweite Beteiligungsverfahren unter Anwendung der zum Zeitpunkt der Einleitung geltenden Verfahrensvorschriften des Raumordnungsgesetzes und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg zu geben." Das öffentliche Auslegungsverfahren besteht aus 2</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	--	--	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10283	766	<p>abzuschließen. Vorliegend wurde bereits im Februar 25 - wie auch den Einwendern mitgeteilt - beschlossen, die Fortschreibung des Teilregionalplans Energie (Kap. 4.2) in das zweite Beteiligungsverfahren zu geben. Dies stellt den nächsten Verfahrensschritt dar. Hieran kann es keinerlei vernünftige Zweifel geben. Entsprechend war die weitere Verfahrenshandhabung, wie im Hinblick auf das zweite Beteiligungsverfahren geschehen, maßgeblich fehlerhaft und nicht gesetzeskonform (lediglich beispielhaft: Nichtanwendbarkeit von § 33 n.F. hinsiehtl. der Art und Weise öffentlicher Bekanntmachung) b) Unterstellt - wie nicht (vgl. oben) - das neue LplG i.V.m. ROG käme zur Anwendung, gilt: Der geänderte Planentwurf u.a. war/ist in der Zeit vom 9.4.25 bis zum 9.5.25 im Internet einsehbar. Innerhalb identischer Zeitspanne können - mit anschließender Ausschlussfrist - Einwendungen erhoben werden. Dies ist rechtsfehlerhaft. Der Zeitraum zur Erhebung von Einwendungen kann nach dem Sinn und Zweck der entsprechenden Vorschrift (Frist, die .... der Veröffentlichungsfrist entspricht .. ) allenfalls nach dem 9.5.25 beginnen. c) Auf Stellungnahmemöglichkeit im Rahmen der zweiten Anhörung wurde auch 1m - Amtsblatt der Gemeinde Argenbühl - hier: Auszug (vgl. Anhang) hingewiesen. Dies allerdings erst, wie ersichtlich, mit Amtsblatt vom 17.4.25 (und somit frühestens am 18. oder 19. 04. 25 im Verteiler), mit Hinweis auf den zeitlich zurückliegenden (und insofern dort widersinnig formulierten - ... beginnt ... ) Beginn der Anhörungsfrist. Auch insoweit liegt also eine verfahrensfehlerhafte Behandlung ( erhebliche Verkürzung der Stellungnahmefrist) vor. Eine etwa ausschließliche Berufung auf die Beteiligungsvorschriften des neuen LplG i.V.m. § 9 ROG) ändert hieran nichts. Denn der Regionalverband muss sich auf diese, von ihm offensichtlich autorisierte und gewollte Rechtsinformation/-belehrung der Betroffenen verweisen lassen. Die Bürger/Einwender genießen insoweit Vertrauensschutz. Jede andere Wertung wäre treuwidrig</p>	<p>Teilschritten. Teilschritt 1 ist die öffentliche Bekanntmachung der Auslegung. Dieser Verfahrensschritt ist am 31.03.2025 durch Veröffentlichung der Bekanntmachung auf der Internetseite des RVBO unter <a href="https://www.rvbo.de/Bekanntmachungen">https://www.rvbo.de/Bekanntmachungen</a> erfolgt, also nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes. Eine Anwendung des neuen Landesplanungsgesetzes ist dementsprechend rechtskonform erfolgt.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt nach § 9 Abs. 2 ROG (geregelt in §12 Abs. 3 LplG neu). Zur Beteiligung der Öffentlichkeit sind die Unterlagen für die Dauer von mindestens einem Monat im Internet zu veröffentlichen. Internetseite oder Internetadresse und Dauer der Veröffentlichung sind mindestens eine Woche vor Beginn der Veröffentlichung öffentlich bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung ist am 21.03.2025 erfolgt. Die Frist begann am 9.4.2025, d.h. über eine Woche vorher. In der Bekanntmachung wurde auf die Frist (9.4.-9.5.2025 hingewiesen. Diese angemessene Frist, die zumindest der Veröffentlichungsfrist entspricht, ist daher gesetzeskonform. Zudem wurden die Planunterlagen während des gesamten Zeitraums zusätzlich in der Geschäftsstelle des RVBO während der Öffnungszeiten ausgelegt.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10283	767	<p>. d) Die öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde Argenbühl im Amtsblatt wird auch im Hinblick auf die Erste Anhörung - insoweit unstreitig LplG mit Wirkung bis zum Juli 15 anwendbar - als unwirksam erachtet. Die Formvorschrift des §§ 12 Abs. 4 LplG ist nicht korrekt angewandt.</p>	<p>Bei den im Amtsblatt der Gemeinde Argenbühl veröffentlichten Informationen handelt es sich lediglich um eine Pressemitteilung, die der Regionalverband an den Medienverteiler sowie an alle Gemeinden der Region verschickt hat. Es handelt sich hierbei nicht um eine öffentliche Bekanntmachung. Die öffentliche Bekanntmachung ist nach den Regelungen im ROG bzw. LPIG erfolgt.</p> <p>Eine öffentliche Bekanntmachung in Amtsblättern einzelner Gemeinden ist rechtlich nicht vorgegeben, sondern erfolgte freiwillig durch die Gemeinde. Das Vorgehen ist daher rechtlich nicht zu beanstanden.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10283	768	II. Grundlagen der Prüfung (Zumutbarkeit) Es ist unzumutbar und stellt - nicht zuletzt für den „durchschnittlichen“ Einwender - eine schlichte Überforderung dar, sich - und sei es auch nur partiell - mit einer Synopse samt Anlagen von nahezu 10.000 Seiten(!) substantiiert innerhalb eingeräumter Frist auseinandersetzen - und zunächst die bezügl. eigener Einwendungen relevanten Textauszüge auffinden zu müssen. Umso schwerer wiegt das im Hinblick auf die abgekürzte Frist lt. Amtsblatt. Die Tatsache, dass im Rahmen der Erläuterung der Abwägung nicht einmal inhaltliche Kernaussagen, ggf. mit ergänzendem Verweis auf eine entsprechende Anlage(n) zur Synopse, erfolgen, wird als rechtsfehlerhaft erachtet. Ausschließliche Verweisung kann keinesfalls genügen. Dem kann auch nicht entgegengehalten werden, dass angesichts des Umfangs des Planungsverfahrens und der Vielzahl der Einwendungen dem Regionalverband nur eine solche Handhabung möglich sei. Die heutigen elektronischen Medien hätten es auch vorliegend ohne wesentliche Erschwernisse ermöglicht, die jeweiligen Einwendungen - zumindest in den Kernpunkten- individuell zu behandeln. Die mit „Erläuterung der Abwägung“ überschriebene Rubrik ist schon deshalb keine Erläuterung im eigentlichen Sinne, weil dort durchgehend auch die Problematik von Photovoltaikanlagen mit behandelt wird . Dies ist jedoch nicht das Thema hiesiger Einwendungen. Auch dies verdeutlicht die pauschale und verallgemeinernde Behandlung der Einwendungen.	zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Es gibt nichts, was an der Form des Synopse rechtlich zu beanstanden wäre.	Keine Berücksichtigung
IV. 10283	769	III. Nochmalige Stellungnahme zu a) Windleistungsdichte Es handelt sich eingeräumtermaßen um eine windschwache Region. Die erheblichen Bedenken gegen die Stimmigkeit des aktuell (noch) zugrundegelegten Windatlas Baden-Württemberg 2019 wurden bereits im Rahmen erster Anhörung mitgeteilt und werden vielfach, so auch von fachkundiger Seite, geteilt. Weshalb dann - so auch vom Regionalverband prognostiziert - unter Inkaufnahme einer Unterschreitung (!) des empfohlenen Orientierungswertes von 215 w/m 2 sozusagen künstlich das Flächenziel erreicht werden soll, ist unverständlich und abwägungsfehlerhaft. Insbesondere auch ist es nicht akzeptabel, dass ggf. durch eine überdimensionale Höhe der WKA die notwendige Windhöflichkeit erst erzielt wird. Im Übrigen gilt : Zwischenzeitlich sollten die Windertrags-Messungen, über einen hinreichend langen Zeitraum hin, vorliegen. Es wird gefordert, diese Daten vorzulegen. Sollten diese eine mangelnde Windhöflichkeit belegen, kann dies nicht erst im Rahmen späterer Wirtschaftlichkeitsprüfungen einschlägig sein. Diese Daten sind vielmehr für die Standortbestimmung geradezu zentral, insbesondere, wenn es - wie hier - um erkennbare Grenzfälle einer Rentabilität geht. Es wäre der Öffentlichkeit, wie sicherlich nachvollziehbar, in keiner Weise zu vermitteln, wenn die Anlage(n)	Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Zudem wird auf die Abwägung zur 2. Offenlage in der Anlage zur Synopse E.2 verwiesen. Der Regionalverband orientiert sich grundsätzlich am Windatlas und betrachtet nur im Einzelfall aktuelle lokale Windmessungen. Es wird diesbezüglich auf die Begründung zu PS 4.2.1 im Textteil zum Satzungsbeschluss verwiesen, hier wird das planerische Vorgehen detailliert erläutert (war bereits beim Entwurf der 2. Offenlage so).	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		möglicherweise über erhebliche Zeitspannen stillstehen würde(n). Ich bitte dies dringlich in Ihre Überlegungen einzubeziehen		
IV. 10283	770	<p>. b) Standortmerkmale Auch der (geänderte) Teilregionalplan anerkennt die Siggener Höhe, im unmittelbaren Nahbereich des geplanten Windkraftstandortes Ratzenried-Ost, als regionalbedeutsamen Aussichtspunkt. Dennoch überwiege im Ergebnis der Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien dieses Kriterium (und ebenso sonstige Aspekte von Tourismus und Erholung). Hiergegen ist zunächst einzuwenden, dass der Regionalverband zur diesbezüglichen Begründung auf eine - wohl grundsätzliche - Abwägungsentscheidung nach § 7 EEG sowie eine erstelltes Gutachten verweist. Es bleibt hier unklar, welches Gutachten gemeint und wie dies einsehbar ist, sodass die Entscheidung nicht (zumutbar) überprüft werden kann. Zudem ergibt sich ein inzidenter Widerspruch. Wenn eine topographische Besonderheit unstreitig als regional bedeutsam, also mit regionalem Alleinstellungswert (d.h.: quasi singulär) eingestuft wird, kann die Abwägungsentscheidung nicht zu deren Lasten ausfallen. Dies muss umso mehr gelten, als der prognostizierte Windertrag allenfalls grenzwertig sein kann. Die Abwägung ist aus vorgenannten Gründen offensichtlich fehlerhaft weil - selbst unter den Prämissen der Planungsinhalte - nicht nachvollziehbar</p>	<p>Die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung (Schutzgüter Mensch und Landschaft) sowie die Belange des Tourismus (mittelbar z.B. über Kurgebiete, störungsempfindliche Grün- und Erholungsflächen, in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale) wurden im Planungsverfahren über das eigens für den Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben erstellte Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion sowohl über den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie) als auch in der Strategischen Umweltprüfung in der Abwägung berücksichtigt. Sie wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 und § 2 EEG einbezogen. So ist z.B. auch die Siggener Höhe als regionalbedeutsamer Aussichtspunkt in die Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft für den Teilregionalplan Energie eingeflossen (s. Gutachten). Gemäß Gutachten ist die Blickrichtung vom Aussichtspunkt v.a. nach Süden und Südosten und würde durch die Errichtung von WEA im in der Anregung genannten Vorranggebiet nur kleinräumig beeinträchtigt werden und auch nur dann, wenn WEA in diesem Bereich errichtet werden. Der RVBO plant Vorranggebiete für Standorte regionallbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. In dem Bereich, in dem die Errichtung von WEA wirklich die Aussicht von der Siggener Höhe beeinträchtigen könnten, wird dem Belang der Windenergienutzung aufgrund der sonst guten Eignung des Gebiets (z.B. Windleistungsdichte nach Windatlas) gegenüber dem Belang des Aussichtspunkt der Vorrang eingeräumt. Abwägungsfehler liegen nicht vor.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10283	771	<p>. c) Verstoß gegen EU-Recht/Priorität anderer Planungen/veraltete Kartierungen Nachdem die FFH-Richtlinien bis heute nicht ordnungsgemäß abgearbeitet sind, bleibt es dabei, dass bei etwaiger Diskrepanz - wie demgemäß nach aktueller Standortplanung nicht ausgeschlossen - ein Widerspruch im Hinblick auf die Schutzwürdigkeit von Gebieten entsteht. Hieran kann auch eine Natura 2000- Vorprüfung nichts ändern. Das übergeordnete Recht hat Vorrang! Etwaige gerichtliche Überprüfung des Planungsverfahrens wird dieses Säumnis (hier: der Bundesrepublik Deutschland) in seiner Entscheidung - insofern: Abwägungsdefizit/fehlerhafte Abwägungsgrundlagen - zu</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlagen zur Synopse B.3 und B.4 zur 1. Offenlage sowie auf die Abwägung der BE ID 3017 der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen, zudem folgende Ergänzung: Laut § 2a Abs. 3 LplG sind die zu beteiligenden Behörden angehalten, den Regionalverbänden zweckdienliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Der Umweltbericht soll Angaben enthalten, die unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Wissensstandes auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Gemäß § 14f Abs. 2 UVPG sind dies Angaben, die mit</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		berücksichtigen haben. Es stellt einen Widerspruch dar, wenn einerseits mitgeteilt wird, dass u.a. Verbundflächen des Biotopverbunds berücksichtigt und in die planerische Abwägung eingeflossen seien, andererseits festgestellt wird, dass die Umsetzung der Planung nicht Gegenstand der Anhörung bzw. eine Berücksichtigung der Biotopverbundplanung der Gemeinde Argenbühl nicht erforderlich sei. Solange die Umsetzung der gemeindlichen Biotopverbundplanung - wie noch ausstehend - nicht erfolgt ist, kann die Wertigkeit und Schutzwürdigkeit der entsprechenden Gebiete nicht abschließend beurteilt werden, sodass folgerichtig eine planerische Abwägung diesbezüglich, wie behauptet, bislang nicht möglich war.	zumutbarem Aufwand ermittelt werden können. Es sind also i.d.R. keine eigenen Such- und Erhebungsverfahren gefordert. Planungsträger sind daher auf regionsweit verfügbare Daten, die mit zumutbarem Aufwand ermittelt werden können, angewiesen. Für die "ordnungsgemäße Abarbeitung der FFH-Richtlinien" ist der RVBO nicht zuständig. Es ist nicht möglich, dass der RVBO in allen Teilen der Region darauf wartet, dass Datengrundlagen aktuell sind. Datengrundlagen werden zu unterschiedlichen Zeitpunkten an unterschiedlichen Orten aktualisiert. Eine gesamtregionale Planung in einem zumutbaren Zeitraum wäre nicht mehr möglich, würde man überall auf aktuelle Daten warten.	
IV. 10283	772	Entschieden zu bestreiten ist auch, dass WEA zumeist keine Barriere oder Teilbarriere im Biotopverbund darstellen sollen. Bezeichnenderweise wird dies auch vom Regionalverband nur als regelmäßige Konstellation, also keineswegs ausnahmslose Konstellation, gesehen. Schon ein Verweis auf die erheblichen Kahlschlagflächen im Gefolge von WKA genügt, um dies zu widerlegen. Insofern besteht ohne weiteres die Möglichkeit, dass nach erfolgter Biotopverbundplanung sich herausstellt, dass - wovon diesseits sogar in der Mehrzahl der Fälle ausgegangen wird - der vorgesehene Verbund empfindlich gestört oder gar vollständig zunichte gemacht wird. Dies im Vorfeld außer acht zu lassen, ist ebenfalls rechtsfehlerhaft. Indem es sich bei dem betreffenden Waldgebiet außerdem - unstreitig - um ein Vorranggebiet für Naturschutz -und Landschaftspflege und - wohl ebenso - für besondere Waldfunktionen handelt, welche auch laut Aussage des Regionalverbandes der Sicherung des regionalen Biotopverbundes dienen sollen, führt dies - diametral gegenläufig - bei entsprechender Standortplanung ggf. dazu, dass diese „Sicherung“ überhaupt nicht (mehr)möglich ist! Auch dies ist folglich bei der Abwägung fehlerhaft unberücksichtigt geblieben.	Die Belange des Biotopverbunds und der Wildtierkorridore haben im Planungskonzept (vgl. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und im Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss) Berücksichtigung gefunden. Hier wurde auch die Tatsache, dass WEA und ihre Zuwegung theoretisch als Barrieren wirken können, berücksichtigt, bspw. in Tab. U 6 im Umweltbericht.  Es wird auf die Abwägungen in der Anlage zur Synopse B.3 zur 1. Offenlage zu Vorwurf, dass Biotopverbund im Wald wird durch Windenergieanlagen beeinträchtigt wird, VRG Windenergie daher nicht festlegen sowie B.1 Anlage zur Synopse 1. Offenlage Kritik an Überlagerung Vorranggebiete Windenergie mit Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen (Zielkonflikte, fehlende Vereinbarkeit) sowie Widerspruch zwischen dem Vorranggebiet Naturschutz und Landschaftspflege und dem Vorranggebiet Windenergie WEA-436-011 in Anlage B.4 zur Synopse 1. Offenlage verwiesen.  Tatsächlich ist die Wirkung von WEA auf den Biotopverbund aber nicht vergleichbar mit z.B. Autobahnen, die zu einer deutlich stärkeren Zerschneidung führen. Hier kommt es aber sehr auf den Einzelfall an, d.h. wo die WEA gebaut werden und welche Zuwegung sie benötigen. Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. Die tatsächlichen Betroffenheiten und	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage	
IV. 10283	773	Ergänzend wird an sämtlichen Ausführungen, wie bereits im Rahmen erster Anhörung getätigt, festgehalten. Geltendmachung etwaiger weiterer Verfahrensfehler wird ebenso ausdrücklich vorbehalten.	Es wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen. Eine Reduktion des VRG Windenergie erfolgt nicht.	Keine Berücksichtigung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10284	638	<p>Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Teilregionalplan Windkraft des Regionalverbands zum Vorranggebiet Wald WEA-437-025</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>mit großer Besorgnis wende ich mich / wir uns gegen das Vorhaben, auf den Grundstücken im Besitztum des Fürsten von Hohenzollern in der Gemeinde Wald einen Windpark zu errichten. Aus architektonischer, städtebaulicher, ökologischer, ökonomischer und rechtlicher Sicht bestehen erhebliche Bedenken gegen dieses Projekt.</p> <p>1. Architektonische Sicht</p> <p>Die Gemeinde Wald ist überregional durch ihr ehemaliges Kloster bekannt, das als Kulturdenkmal von erheblicher historischer, religiöser und landschaftlicher Bedeutung ist.</p> <p>Die Errichtung großdimensionierter Windkraftanlagen in der näheren Umgebung beeinträchtigt die visuelle Wahrnehmung des Klosterensembles und der Umgebung nachhaltig. Das kulturelle Erbe der Region darf nicht dem Eindruck eines technisierten Industriestandorts geopfert werden.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2. Städtebauliche Sicht</p> <p>Die Struktur der Gemeinde Wald ist durch eine behutsame und naturnahe Entwicklung geprägt. Die Errichtung eines Windparks in unmittelbarer Nähe stört dieses gewachsene Gefüge massiv und läuft den Grundsätzen integrierter, gemeinwohlorientierter Entwicklung zuwider.</p> <p>Ein solch massiver Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild widerspricht einer vorausschauenden, ortsverträglichen Planung.</p>		
		<p>3. Ökologische Sicht</p> <p>Das betroffene Waldgebiet ist Teil eines funktionierenden, artenreichen Ökosystems.</p> <p>Windkraftanlagen in bewaldeten Lagen führen nicht nur zu erheblichen Rodungen, sondern beeinträchtigen Lebensräume dauerhaft durch Lärm, Licht, Erschütterungen und Flächenversiegelung. Dies steht im Widerspruch zu den Zielen des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 1 BNatSchG), das den Erhalt der biologischen Vielfalt und der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts ausdrücklich schützt.</p>		
		<p>4. Ökonomische Sicht</p> <p>Während der [Inhalt anonymisiert] als Eigentümer des Projektgebiets wirtschaftlich unmittelbar profitiert, verbleiben die langfristigen Belastungen – ökologisch, sozial, touristisch – bei der betroffenen Gemeinde Wald. Dieses Missverhältnis widerspricht dem Solidaritätsgedanken interkommunaler Verantwortung und belastet die Bevölkerung vor Ort einseitig. Gleichzeitig gefährdet das Projekt die Attraktivität der Region für sanften Tourismus und Naherholung.</p>		
		<p>5. Rechtliche Sicht</p> <p>Neben den bereits genannten Argumenten wirft das Projekt auch rechtliche Fragen auf:</p>	<p>nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10284	1262	<p>Verstoß gegen das Gebot der gerechten Abwägung öffentlicher und privater Belange (§ 1 Abs. 7 BauGB): Das Vorhaben begünstigt vor allem private Eigentümerinteressen, ohne die erheblichen gemeinwohlbezogenen Nachteile für die Gemeinde Wald ausreichend zu berücksichtigen.</p> <p>Unzureichende Alternativenprüfung (§ 34 UVPG): Es ist nicht erkennbar, dass weniger umweltsensible Flächen geprüft wurden, wie sie gesetzlich vorgegeben sind.</p> <p>Beeinträchtigung des Schutzes kulturellen Erbes (gemäß Artikel 4 des europäischen Landschaftsübereinkommens): Der Schutz historischer Kulturlandschaften ist auch in völkerrechtlichen Rahmenwerken verankert, die Deutschland ratifiziert hat.</p>	<p>Das in der Anregung genannte Gesetz (§ 1 Abs. 7 BauGB) bezieht sich auf die Bauleitplanung und nicht auf die Regionalplanung. Die Regionalplanung unterliegt vielmehr den Abwägungspflichten nach den Vorschriften des Raumordnungsgesetzes (ROG).</p> <p>Öffentliche und private Belange wurden gemäß ihrem Gewicht und entsprechend den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG in die Abwägungsentscheidungen einbezogen, wobei nach § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 der Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt.</p> <p>Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete für die Windenergienutzung fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange statt. Eine einseitige Bevorzugung privater Eigentümerinteressen liegt nicht vor. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 EEG 2023 dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie erfolgte somit eine umfassende Interessenabwägung auf überörtlicher Ebene, bei der öffentliche und private Belange systematisch berücksichtigt wurden.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept in der Begründung sowie auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage der Begründung) des 2. Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Zur Anregung zur Alternativenprüfung sowie zum Schutz historischer Kulturlandschaften wird auf die Anlage B.1 der Synopse der 1. Offenlage verwiesen, an der weiterhin festgehalten wird. Die Abwägung zum Thema "Schutzgut Landschaft: Generelle Kritik an Beeinträchtigung Erholung,</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			Landschaft, Landschaftsbild, historische Kulturlandschaft, Tourismus, keine Verunstaltung / Zerstörung der Heimat durch VRG Windenergie" in Anlage B.1 zur Synopse der 1. Offenlage trifft vollumfänglich auch auf die genannte Anregung zum Vorranggebiet "Wald" zu. Somit wurde der Belang "Landschaft/historische Kulturlandschaft" im Planungsprozess berücksichtigt. Die vorliegende Planung berücksichtigt somit die wesentlichen Schutzinteressen, wie sie auch im Europäischen Landschaftsübereinkommen angelegt sind. Ein Erfordernis zur Planänderung ergibt sich demnach nicht.	
IV. 10284	1263	<p>6. Vorschlag zu Ausgleichsmaßnahmen und -zahlungen</p> <p>Sollte das Projekt – entgegen aller Bedenken – dennoch realisiert werden, fordere ich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen zugunsten der betroffenen Gemeinde Wald.</p> <p>Dazu zählen insbesondere:</p> <p>Jährliche Ausgleichszahlungen an die Gemeinde Wald, proportional zum Energieertrag und zur Umweltbelastung. Diese Mittel sollen zweckgebunden für Umwelt-, Tourismus- und Infrastrukturprojekte vor Ort verwendet werden.</p> <p>Mitfinanzierung von Natur- und Artenschutzprojekten, z.B. Aufforstungsmaßnahmen, Biotopvernetzung oder ökologische Bildungsangebote.</p> <p>Einrichtung eines interkommunalen Ausgleichsfonds, in den auch angrenzende, nicht betroffene Gemeinden sowie der Projektbetreiber einzahlen – zur solidarischen Unterstützung jener Kommune, die die Last trägt.</p> <p>Transparente und öffentliche Beteiligung der Gemeinde Wald an der Planung und Verwendung der Ausgleichsmittel, um Akzeptanz und Kontrolle zu sichern.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10284	1264	<p>Fazit:</p> <p>Die Errichtung eines Windparks auf dem Gebiet des [Name anonymisiert] in der Gemeinde Wald widerspricht fundamentalen Zielen des Umwelt-, Denkmal- und Gemeinwohlschutzes. Sie ist aus planerischer, ökologischer und rechtlicher Sicht nicht zu rechtfertigen. Sollte das Projekt dennoch genehmigt werden, sind gerechte Ausgleichsmaßnahmen zwingend notwendig. [Name anonymisiert] sowie nicht betroffene Nachbargemeinden tragen Verantwortung –</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		nicht nur rechtlich, sondern auch moralisch.	Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.	
		Für Rückfragen sind wir gerne erreichbar.	Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10285	639	<p>ihre Stellungnahme vom 1.4.2025 haben wir erhalten und zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wir entnehmen daraus, dass sämtliche Vorschriften, Gesetze und Vorgaben eingehalten werden und wir uns keine Ängste und Bedenken um unsere eigene Gesundheit, sowie dem Tierwohl und der Natur machen müssen. Ganz so einfach machen wir uns die Sache aber nicht.</p> <p>Die Windparkfläche hat sich zwar verkleinert und 2geteilt, jedoch sind es trotzdem noch 8 WEA, gegenüber den ursprünglich 5 geplanten. Mittlerweile stellt sich die brisante Frage, benötigen wir überhaupt soviel Anlagen, überlasten wir damit nicht unser Stromnetz? Setzen wir falsche Prioritäten? Uns fehlen ja heute schon bei Wind und Sonne die Speichermöglichkeiten des produzierten Stroms. Investieren wir doch erstmals in die Strom-Infrastruktur! Sonst drohen Netzüberlastungen.</p> <p>Schlagschatten - wir stehen jedenfalls bei Sonnenaufgang im Schlagschatten der WEA 7 und 8 und werden, sofern die WEA kommen, ein waches Auge auf die Laufzeiten werfen.</p> <p>Sollte der Windpark wie geplant - gebaut werden, müssen wir</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>voraussichtlich mit einem bis zu 8%igen Wertverlust unserer Immobilie kalkulieren, erhalten wir dann im Gegenzug wenigstens eine spürbare Strompreismäßigung ? Das müsste möglich sein, da Wind und Sonne ja keine Rechnung schicken - so ein bekannter Spruch!</p> <p>Als weiteren Punkt müssen wir nochmals die Ungleichheit der Belastungen im Regionalplan Bodensee-Oberschwaben ansprechen.</p> <p>8 Windräder vor unserer Haustüre sind einfach zu viele, zumal in naher Umgebung weitere Windparks entstehen sollen, wie Röschenwald (im Bau), Bad-Waldsee-Michelwinnaden, Haistergau und Mittelurbach, Atzenberger Höhe bei Aulendorf und weitere im Nachbarkreis Biberach.</p> <p>Wir sehen, das damit eine bedrückende Umzingelung durch Windräder entstehen würde, mit massiver Einschränkung der Lebensqualität, verbunden mit mutmaßlichen Auswirkungen auf unsere Gesundheit.</p> <p>Zum Abschluß möchten wir betonen, das wir nichts gegen einen moderaten Ausbau der alternativen Energie Wind und Solar/Sonne haben.</p> <p>Gerne hören wir von Ihnen.</p>	<p>Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10286	640	<p>Stellungnahme zum Windenergieausbau in Bad Waldsee: Medizinische Bedenken hinsichtlich der Nähe von Windrädern zu Menschen mit Cochlea-Implantaten und Innenohrschädigung</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p>	<p>Zum Thema Berücksichtigung höherer Abstandswerte im Hinblick auf Menschen mit gesundheitlichen Vorbelastungen: Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	--	---	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>als Mutter zweier erwachsener innenohrgeschädigten Kinder, die mit Cochlear-Implantaten versorgt sind, möchte ich meine Bedenken gegenüber dem geplanten Bau von Windkraftanlagen in Bad Waldsee in Bezug auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf Menschen mit Cochlea-Implantaten (CI) und [Inhalt anonymisiert] äußern. Die Nähe einiger Windräder von nur ca. 700 Metern zu dieser vulnerablen Bevölkerungsgruppe stellt eine potenzielle gesundheitliche Belastung dar, insbesondere durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall.</p> <p>1. Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Wirkung von Infraschall auf das Gehör</p> <p>Infraschall, also Schall mit Frequenzen unterhalb von 20 Hz, wird von der Windenergiebranche oft als harmlos angesehen, da er unterhalb der menschlichen Hörschwelle liegt. Allerdings zeigen neuere Studien, insbesondere von Salt und Lichtenhan (2014), dass Infraschall trotzdem eine physiologische Wirkung auf das Innenohr hat, auch wenn er nicht bewusst wahrgenommen wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Cochlea reagiert auf Infraschall: Messungen zeigen, dass das Innenohr elektrische Signale bei Infraschallfrequenzen erzeugt, insbesondere über die äußeren Haarzellen (OHC). Diese reagieren empfindlich auf niedrige Frequenzen, selbst wenn die inneren Haarzellen (IHC), die für das bewusste Hören zuständig sind, keine Signale weiterleiten.</li> <li>Falsche Messmethoden führen zu einer Unterschätzung der Belastung: Die meisten Studien zur Windradakustik verwenden A-gewichtete Schallmessungen, die sich nur auf den hörbaren Bereich konzentrieren. Salt und Lichtenhan (2014) weisen jedoch darauf hin, dass diese Methode ungeeignet ist, da sie die tatsächliche Belastung durch Infraschall unterschätzt. Ungewichtete Messungen zeigen, dass die höchste Energie von Windkraftanlagen in den tiefen Frequenzbereichen liegt – genau dort, wo sie das Ohr trotz Unhörbarkeit stimulieren kann.</li> </ul> <p>2. Auswirkungen von Infraschall auf Menschen mit Cochlea-Implantaten</p> <p>Cochlea-Implantate arbeiten durch direkte elektrische Stimulation des Hörnervs. Dies könnte zu einer veränderten Wahrnehmung von</p>	<p>Bau und Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Bau-, anlagen- und betriebsbedingte Auswirkungen von Windenergieanlagen sind auf der Zulassungsebene standort- und anlagenbezogen zu prüfen und ggf. im Rahmen der Genehmigung zu regeln. Die pauschalen Vorsorgeabständen zu Siedlungen im vorliegenden Teilregionalplan Energie berücksichtigen die einzuhaltenden Lärmimmissionen sowie die optisch bedrängende Wirkung nach § 249 Abs. 10 BauGB (s. Kriterienkatalog Festlegung Vorranggebiete Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie). Die tatsächliche Einhaltung von Grenzwerten wird jedoch auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass zu berücksichtigende Grenzwerte eingehalten werden. Es ist zudem fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage zum genannten Vorranggebiet Windenergie verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Infraschall führen, da das Implantat andere Verarbeitungsmechanismen besitzt als das natürliche Gehör. Es liegen keine systematischen Untersuchungen zur Auswirkung von Infraschall auf Menschen mit Cochlea-Implantaten vor, mögliche Probleme könnten jedoch sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhte Empfindlichkeit für niederfrequente Vibrationen: Patienten mit [Inhalt anonymisiert] zeigen eine erhöhte Sensibilität für Infraschall. Ähnliche Mechanismen könnten auch bei CI-Trägern auftreten.</li> <li>• Interferenzen mit der Signalverarbeitung im CI: Da Infraschall die äußeren Haarzellen beeinflusst, könnten CI-Träger eine veränderte oder unangenehme Wahrnehmung von Umgebungsklängen haben. Folgen könnten ein unangenehmes Dröhnen oder Pulsieren.</li> <li>• Langzeitfolgen ungeklärt: Die kontinuierliche Exposition gegenüber Infraschall durch Windkraftanlagen unterscheidet sich von industriellem Lärm, der in der Regel nur über begrenzte Zeiträume auftritt. Langfristige physiologische Auswirkungen auf das Innenohr wurden bislang nicht ausreichend erforscht.</li> </ul> <p>3. Vergleich mit klinischen Erkrankungen und Empfehlungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Parallelen zu Ménière-Patienten: Berichte deuten darauf hin, dass Patienten mit Ménière-Krankheit (die oft mit einem endolymphatischem Hydrops einhergeht) in der Nähe von Windrädern verstärkte Symptome von Schwindel und verspüren (Salt &amp; Lichtenhan, 2014). In Experimenten konnte nachgewiesen werden, dass bereits kurze Infraschall-Expositionen zu einer messbaren Veränderung der Innenohrflüssigkeit führen können.</li> <li>• Empfehlung zur Erhöhung der Abstände: Die normalerweise strengen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen zu Wohngebieten kommen gerade für die vom Ausbau der Windkraftanalgen in Bad Waldsee betroffenen CI-Träger nicht zur Anwendung, da sie sich auf einzelnen Höfen befinden. Die geplanten Windräder befinden sich daher in einer Nähe von nur ca. 700m zu den betroffenen Personen. Gleichzeitig soll das Gebiet „Aulendorf Ost“ wegen seiner unmittelbaren Nähe zum Naturschutzgebiet Brunnenholzried und dem FFH-Gebiet Feuchtgebiete um Bad</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schussenried gestrichen werden. Wenn für schützenswerte Naturflächen größere Abstände gefordert werden – zu Recht –, stellt sich die Frage, warum der gleiche Schutzgedanke nicht auch für gesundheitlich besonders sensible Menschen gilt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nach Artikel 2 des Grundgesetzes hat jeder Mensch das Recht auf körperliche Unversehrtheit.</li> </ul> <p>Mein Sohn und meine Tochter, welche zusätzlich noch eine [Inhalt anonymisiert] hat, und dadurch jede Nacht beatmet werden muss, haben sich auf unserer Hofstelle eigene Wohnungen in unser Hofgebäude gebaut.</p> <p>[Name anonymisiert] bewirtschaftet den elterlichen Betrieb und bildet zusätzlich Menschen im Beruf Landwirt aus. Der Betrieb wurde nach neuesten Richtlinien der Landwirtschaft aus- und umgebaut. Wenn diese Windräder gebaut werden, würde das Lebenswerk und das Einkommen meines Sohnes zerstört.</p> <p>Da meine Tochter bei Nacht Pflege und Überwachung braucht, würde auch dieses Konstrukt, welches sehr sorgsam geplant wurde, zerstört werden.</p> <p>Aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Infraschallwirkung auf das Innenohr und der möglichen Risiken für Menschen mit Cochlea-Implantaten und Innenohrschädigung wird gebeten um:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Eine wissenschaftliche Überprüfung der Auswirkungen von Infraschall auf CI-Träger und Menschen mit Innenohrschädigung durch unabhängige Experten, bevor der Bau der Windräder in unmittelbarer Nähe zu CI-Trägern genehmigt, wird bzw. eine Anpassung der</li> </ol> <p>Mindestabstandsregelung für Windkraftanlagen in der Region Bad Waldsee für Wohnorte mit CI-Trägern, um gesundheitliche Risiken zu minimieren.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. Eine alternative Standortprüfung für die geplanten Windkraftanlagen, um vulnerable Bevölkerungsgruppen nicht unnötig zu belasten.</li> </ol>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>3. Die Verkleinerung der Vorrangfläche 436-019 Richtung Hittisweiler, oder die totale Streichung dieser Fläche aus dem Regionalplan</p> <p>Wir bitten um eine schriftliche Stellungnahme und eine Berücksichtigung dieser Argumente in der weiteren Planung, dahin gehend, dass diese Fläche, 436-019, Richtung Hittisweiler verkleinert wird oder ganz aus dem Regionalplan gestrichen wird.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen,</p> <p>[Name anonymisiert]</p> <p>Dieser Brief wurde zusammen mit ;</p> <p>[Adresse anonymisiert]</p> <p>Geschrieben, der ebenfalls eine Antwort von Ihnen erwartet.</p>		

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10287	214	<p>Stellungnahme und Einspruch bzgl. der geplanten Errichtung des Windparks Fleischwangen-Nord</p> <p>Der Erhalt des Waldes generell -nicht nur in Fleischwangen -ist von großer Bedeutung für das Klima, für die biologische Vielfalt, den Wasserhaushalt und für das Wohlbefinden für die dort lebenden Menschen und Tiere aller Art.</p> <p>Wir alle sprechen von dem Klimawandel und müssen uns logischerweise gerade deshalb für den Erhalt aller Waldflächen massiv einsetzen.</p> <p>Das Abholzen der Wälder für Windkraftanlagen trägt in jedem Fall zum „menschengemachten“ Klimawandel bei</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und zwar in einem größeren Maße als uns von den offiziellen Stellen glauben gemacht wird.</p> <p>Außerdem fungieren die Wälder und speziell hier der Wald auch in Fleischwangen als natürlicher Wasserspeicher und –filter. Er nimmt die Niederschläge auf, reinigt das Wasser und trägt zur Grundwasserneubildung bei.</p> <p>Durch die sehr dichte Besiedlung Deutschlands ist der Wald ebenso ein wesentlicher Faktor als Erholungsgebiet.</p> <p>Zudem ist Baden-Württemberg ist ein windarmes Gebiet. Die Erstellung von Windkraftanlagen in diesem windarmen Gebiet ist mit den gleichen Erstellungskosten verbunden, wie in den windstarken Gebieten an der Nordsee und im Atlantik, erzeugen aber im Vergleich nur ein Viertel der elektrischen Energie.</p> <p>Da viele Windräder in Wäldern stehen, so auch geplant hier in Fleischwangen, muss viel Wald gerodet werden, für den Platz der Windanlagen.</p> <p>Sollte es einmal zu einem Brand kommen, was nicht auszuschließen ist, kann keine Feuerwehr an den hohen Masten löschen. Es besteht die Gefahr, dass das Feuer sich auf den Wald ausdehnt und es zu großen Waldbränden kommen kann.</p> <p>Für die Feuerwehr müssen dann auch die Wege (Straßen) zu den Windkraftwerken erhalten bleiben, genauso wie für die Wartung und Reparaturen der Anlagen. Jedes Mal müssen die großen Kräne angefahren werden.</p> <p>Die befestigten, zuführenden Straßen müssen erhalten bleiben. Dies führt überdies zu massiven, ständigen Störungen des Lebensraumes der Tiere.</p> <p>Ein weiteres Problem ist der Nachlaufeffekt. Der Nachlaufeffekt entsteht, wenn der Wind auf eine Windanlage trifft und durch die Rotorblätter hindurchströmt. Beim Hindurchströmen wird ein Teil der kinetischen Energie in mechanische Energie umgewandelt, die dann zur Stromerzeugung genutzt wird. Dabei wird die Luft verwirbelt. der Wind durch die Windräder abgebremst und die Luft wird verwirbelt. Dadurch ist für die folgenden Anlagen weniger Wind vorhanden und damit ist dort auch die entstehende elektrische Leistung geringer. Man nennt diesen Effekt den Wake-Effekt. Der Abstand der Windanlagen muss groß sein , damit die nachfolgenden Anlagen nicht in diese Nachlauf geraten. Dieser Effekt ist wichtig für den Abstand der Anlagen und ihre Aufstellung. Vor dem Hintergrund des Wake-Effektes ist die Fläche sicherlich viel zu klein für drei Windkraftanlagen.</p>	<p>Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Eine weitere schädliche Auswirkung der Windkraftanlagen ist, dass sie die natürlichen Luftzirkulation der Region stören und verändern. Die natürlichen Winde haben eine bedeutende Funktion für das Klima der Region.</p> <p>Durch die technische Einwirkung und Veränderung der Natürlichen Luftbewegungen durch Windräder, verändert sich das Klima, das Ökosystem dieser Region. Das Nahe Pfrunger-Ried wäre davon ebenso betroffen.</p> <p>Diese Auswirkungen sind nicht absehbar.</p> <p>Die Region lebt auch vom Ökotourismus und der Naturverbundenheit. Eine Studie des Deutschen Tourismusverbandes weist darauf hin, dass das Landschaftsbild eine zentrale Rolle für die Attraktivität einer Region spielt. Der Bau von Windkraftanlagen schreckt viele potenzielle Besucher ab und hat somit auch deutliche negative, wirtschaftliche Folgen.</p> <p>Aufgrund der massiven, destruktiven Auswirkungen für Natur, Mensch und Tier und sogar explizit für das "Kleinklima" der Region selbst, möchten wir erneut Einspruch erheben, gegen die Errichtung des Windparks- Nord in Fleischwangen, auch in verkleinerter Form.</p> <p>Da nicht alle Unterzeichner über eine E-Mail -Adresse verfügen, führen wir anstelle dieser den Wohnort an .</p> <p>Bitte bestätigen Sie der Erstunterzeichnerin den fristgerechten Eingang des Einspruches.</p>		

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10288	215	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir erheben hiermit entschiedenen Widerspruch gegen die geplante Ausweisung der Fläche WEA-436-010 im Altdorfer Wald – Süd als Vorranggebiet für Windkraft. Diese Planung ignoriert grundlegende ökologische, rechtliche und menschliche Grenzen.</p> <p>Wir möchten auf die zunehmende Bedrohung eines unserer wertvollsten regionalen Ökosysteme – des Altdorfer Waldes – durch die geplanten Windkraftanlagen aufmerksam machen. Dabei geht es uns keineswegs um eine generelle Ablehnung erneuerbarer Energien, sondern um eine klare Abwägung zwischen Klimaschutz und dem Erhalt lebenswichtiger Naturgrundlagen.</p> <p>1. Der Altdorfer Wald erfüllt nicht nur eine zentrale Funktion für den Erhalt der Artenvielfalt, sondern ist auch ein essenzieller Wasserspeicher für die Region. Gerade in Zeiten zunehmender</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	--	--	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Trockenheit, wie sie auch die aktuelle Dürreanalyse für Deutschland bestätigt – mit vielen Regionen im roten Bereich – wird seine Rolle als natürlicher Regulator von Klima, Bodenfeuchte und Grundwasser entscheidend.</p> <p>Angesichts der aktuellen Planungen zum Bau von Windkraftanlagen im Altdorfer Wald möchten wir unsere tiefe Besorgnis hinsichtlich der potenziellen Gefährdung unseres Grund- und Trinkwassers durch langlebige Schadstoffe wie PFAS (Per- und Polyfluoralkylsubstanzen) zum Ausdruck bringen.</p> <p>Wie Sie wissen sind PFAS synthetische Chemikalien, die aufgrund ihrer hohen Beständigkeit in der Umwelt nicht abbaubar sind und sich in Boden und Wasser langfristig anreichern. Ihre Verwendung in industriellen Prozessen, wie sie unter anderem beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen vorkommen – etwa in Schmiermitteln, Beschichtungen oder Hydrauliksystemen – birgt das Risiko einer unbemerkten Kontamination. Ohne PFAS gibt es keine Windräder!</p> <p>Diese industriell eingesetzten „Ewigkeitschemikalien“ sind hochbeständig, toxisch und reichern sich über Jahre hinweg in Böden, Gewässern, Tieren und Menschen an.</p> <p>Gerade im sensiblen Ökosystem des Altdorfer Waldes, das ein bedeutendes Trinkwasserreservoir für die Region darstellt, ist höchste Vorsicht geboten. Eine einmal erfolgte Verunreinigung mit PFAS ist nicht reversibel. Die Schäden wären langfristig und gefährden die Trinkwasserversorgung ganzer Gemeinden, sowie die Gesundheit der Menschen und der Tiere.</p> <p>Laut Auskunft der zuständigen Wasserversorgung wurde im Trinkwasser des Altdorfer Waldgebiets bislang kein PFAS nachgewiesen – ein erfreulicher Zustand, den wir bewahren müssen.</p> <p>Der Altdorfer Wald speist nicht nur die Region, sondern wird – angesichts wachsender Wasserknappheit – künftig auch für andere Städte und Gemeinden an Bedeutung gewinnen. Jeder Eingriff in dieses empfindliche System muss daher mit äußerster Sorgfalt und Weitblick erfolgen.</p> <p>Auch die Gemeinde Vogt ist davon betroffen, da die jährlichen Niederschlagsmengen in den letzten Jahren stetig zurückgegangen sind.</p>	<p>der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windkraftanlagen beeinflussen lokal das Mikroklima, insbesondere durch Verwirbelung der Luftschichten, Veränderung der Temperaturverteilung und eine mögliche Austrocknung des Bodens durch beschleunigte Verdunstung.</p> <p>Dies mag in offenen Agrarflächen weniger problematisch erscheinen, doch in einem zusammenhängenden Waldökosystem wie dem Altdorfer Wald kann dies erhebliche Folgen haben – vor allem, wenn der Wald bereits unter Trockenstress leidet</p> <p>Eine zusätzliche Belastung durch großflächige Rodungen, Baustraßen und Versiegelung verstärkt diesen Effekt. Besonders kritisch ist zudem die Gefahr einer langfristigen Beeinträchtigung des Grund- und Trinkwassers.</p> <p>4.</p> <p>Wir unterstützen ausdrücklich die Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien, doch darf dies nicht auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen geschehen. Der Schutz unseres Wassers muss oberste Priorität haben. Wasserschutz vor Energiewende!</p> <p>Deshalb fordern wir: Finger weg von Windkraftanlagen im Wald!</p> <p>Klimaschutz darf nicht gegen den Naturschutz ausgespielt werden.</p> <p>Wir fordern zudem einen sofortigen Stopp der Planung von Windkraftprojekten im Altdorfer Wald.</p> <p>Eine intakte Natur ist selbst eine der wirksamsten Klimaschutzmaßnahmen. Der Altdorfer Wald verdient unseren vollen Schutz – heute und für die kommenden Generationen. Jeder Baum der stehen bleibt ist ein CO2-Speicher.</p> <p>Ein verantwortungsvoller Umgang mit unserer Umwelt bedeutet auch, potenzielle Gefahren frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden – nicht erst dann zu reagieren, wenn der Schaden bereits eingetreten ist und nicht mehr reparabel ist.</p>	<p>und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10288	1429	<p>3.</p> <p>Neueste Erkenntnisse belegen auch, dass bei Wildschweinen, die sich in der Nähe einer bestehenden Windkraftanlage aufhalten, erhöhte PFAS-Werte festgestellt wurden. Diese Funde lassen den begründeten Verdacht zu, dass durch bestimmte Materialien oder Prozesse im Zusammenhang mit Windkraftanlagen – etwa</p>	<p>Die Veröffentlichung wurde geprüft. Im Fazit heißt es:</p> <p>"Der Abrieb von Windkraftflügeln stellt in erster Linie eine Herausforderung für die Betreiber dar, nicht jedoch für die Umwelt oder die Bevölkerung. Im Vergleich zu anderen Mikroplastikquellen sind die freigesetzten Mengen minimal</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Beschichtungen, Schmierstoffe oder Baumaßnahmen – eine lokale Kontamination erfolgen kann, die sich in der Nahrungskette und über den Boden langfristig ausbreitet.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird auf folgende Veröffentlichung vom 10.03.2025 hingewiesen (<a href="https://www.pirsch.de/jagdwissen/wildkrankheiten/windraeder-fuer-hohe-pfas-werte-wildschweinen-verantwortlich-40779">https://www.pirsch.de/jagdwissen/wildkrankheiten/windraeder-fuer-hohe-pfas-werte-wildschweinen-verantwortlich-40779</a>).</p>	<p>und nicht toxischer als andere Partikel. Zudem werden potenziell problematische Stoffe wie PFAS nicht freigesetzt, da sie durch Lacke und Folien geschützt und fest im Kunststoff eingebunden sind. Demnach stammt der zu hohe PFAS-Wert der Wildschweinlebern nicht hauptsächlich von Windrädern, sondern wird vermehrt durch andere Einflüsse verursacht. Einzelereignisse wie der Einsatz von Löschschaum bei einem Brand kann zu einem punktuellen Eintrag von PFAS führen. Ein gelöschter Traktorbrand auf einem Feld reicht somit manchmal schon aus, um die Werte in die Höhe schnellen zu lassen. Beim Brechen der Wildschweine nehmen diese somit die Substanzen auf und diese lagern sich vor allem an der Leber ab."</p> <p>Die Anregung wird nicht berücksichtigt. Denn die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10289	216	<p>hiermit lege ich Einspruch gegen den geplanten Windpark Fleischwangen -Nord ein.</p> <p>Die Gründe im Einspruchsschreiben aus dem Jahr 2024 sind weiterhin gültig und darüber hinaus ist zu nennen, dass der Bau dieser Anlagen die Zerstörung des kompletten Waldes in Fleischwangen zur Folge hätte.</p> <p>Auch die größeren Waldgebiete Königseggwald, Röschenwald, Aulendorf, usw. werden durch diese Maßnahmen sehr stark geschädigt, wenn nicht sogar zerstört.</p> <p>Diese Wälder sind Sauerstofflieferanten, Grundwasserspeicher, im heißen Sommer kühle Zonen und zuständig für die Erhaltung unseres Klimas.</p> <p>Die Zerstörung hat fatale Folgen!</p> <p>Es macht keinen Sinn, in Südamerika den Regenwald zu erhalten und gleichzeitig in unserer Gegend alle Wälder zu zerstören.</p> <p>Das Argument, die Wälder wären sowieso kaputt, ist völliger Schwachsinn, denn unsere Wälder in Süddeutschland waren bis jetzt noch so weit mit Regen versorgt, dass sie um einiges besser erhalten sind, als weiter nördlich.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	---	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Sie durch Windkraftanlagen zu ersetzen zerstört den Wald und hilft ihm nicht.</p> <p>Das wichtigste für den Mensch ist Sauerstoff, Trinkwasser, und gesunde Nahrungsmittel!! All dies ist nicht von Windanlagen produzierbar!</p> <p>Aber von unseren Wäldern! Und Feldern!</p> <p>Deswegen erhebe ich Einspruch und appelliere an die Vernunft von Menschen, die ebenso den Sauerstoff zum Atmen und das Wasser zum Trinken brauchen!</p>	<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10290	217	<p>'Stellungnahme zu WEA-435-002 Hochbühl</p> <p>auch ich muss meine vielen Gründe darlegen, weshalb das Ansinnen zum Neubau von Windkraft- Anlagen unzumutbar, überteuert u. umweltzerstörend sind.</p> <p>1. Die von ihnen ausgedachten Gebiete (Hochbühl, Nesselwanger u. Billafinger Tal...) - hier läuft dies Verfahren etwa schon zehn Jahre . Schon damals gab es essenzielle Arten- u. Landschaftsschutzgründe, die eindeutig gegen den doch massiven Eingriff durch Windkraftanlagen sprachen. Daran hat</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>
-----------	-----	---	---	-------------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		sich inzw. nichts geändert.		
		<p>2. ARTENVELFALT: Hier gibt es endlich wieder - den in weiten Teilen Deutschlands verschwundenen - Rot- sowie auch Schwarzmilan sowie zahlreiche Vogelarten, die europaweit einzigartig sind u. daher weiterhin geschützt gehören. Die seit Jahrzehnten bestehenden Naturschutzgebiete wie Wollmatinger Ried, Mettnau, Heinz-Sielmann-See, Mögginger See, Schiener Berg, Hödinger Wiesen, Nesselwanger Ried usw. sind unbedingt erhaltenswert, was auch EU-vorgaben zur Biodiversitätsstrategie 2030 angeht. (Demnach sollen 30% der Landesfläche unter strengen Schutz gestellt werden.)</p> <p>Dies können u. werden die Biologen, Umwelt-techniker u. Ökotrophologen noch detaillierter darlegen - ggf. mit Bilddokumentation.</p> <p>Windkraftanlagen würde diese wichtige Arbeit, - von Jahrzehnten - stören, bzw. zunichte machen, u. den landschaftlichen Erholungswert der Bodenseeregion entwerten!</p> <p>Gerade weil jährlich zehntausende von Touristen, Wanderer, Vogelkundler usw. hier anreisen, ist das ein weiteres Argument, Windkraftanlagen hier wegzulassen. Auswirkungen von Infraschall, Beschattungen, Flackerlicht, Rotorgeräusche wie auch der Bau der monströsen Beton-Fundamente ggf. gar noch in WALDGEBIETE sind unerträglich für dieses sensible Schutzgebiet.</p> <p>4. Negativ-Auswirkungen auf Tourismus u. Immobilien-Wert wurde ihnen sicherlich bereits von den örtlichen Tourismus-Verbänden dargelegt u. mit Zahlen unterfüttert.</p> <p>Auch meine Familie und ich sind in der Tourismus-Branche beschäftigt, was uns gar existenzielle Sorgen macht. Wer will schon in ein Gebiet reisen, sich erholen, wo monströse Trassen in den Wald gerissen werden u. pro WKA über 3 000 Tonnen! Beton verbaut werden für gerade ein Windkraftwerk.</p> <p>Und das in einem eh völlig wind-schwachen Gebiet. Dies macht die ganze Sache auch noch enorm unökonomisch! - Ohne Steuer-gelder würde sich für keinen Investor dies überhaupt rechnen.</p> <p>Auch dies werden ihnen Ingenieure bereits vorgerechnet u. erörtert haben.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Folgerichtig bitte ich sie, dies obige Bauvorhaben zu lassen. Im Namen des Volkes , der Vernunft und der Zukunft für unser Land	Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10291	221	<p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einwände gegen die Planung.</p> <p>Gegenüber der ersten Planung wurde die aktuelle Kontur des Vorranggebietes WEA-435-002 Hochbühl angepasst:</p> <p>(Bild in der Anlage!)</p> <p>Abbildung aus Anlage 4: Änderungen 2. Anhörung am geplanten Vorranggebiet</p> <p>Diese Anpassung erscheint mir keinesfalls ausreichend.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Abstände der WEA von Wohngebäuden werden von Ihnen gemäß der Berechnung ermittelt, die im Dokument 02_TRP-E_RVBO_Textteil_Anhoerung2025.pdf, Seite 141 zu finden ist.</p> <p>Dabei wird die tatsächliche Höhe gegenüber der Umgebung WEA 300 + Höhenzug ca. 150m =450 m nicht korrekt berücksichtigt.</p> <p>Ebenso nicht berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schallausbreitung und –Reflexion aufgrund der topografischen Lage der umliegenden Wohngebiete und Ortschaften.</li> <li>- Die Immissionsrichtlinien in Baden-Württemberg richten sich immer noch nach der TA Lärm und einer DIN aus den Jahren 1990 und 1997. Diese technischen Vorschriften beinhalten keine expliziten Aussagen zu Windindustrieanlagen und können die Beeinträchtigung durch die Geräuschentwicklung bei WEA nichtzutreffend erfassen. Bei WEA ist regelmäßig ein dauernder Heulton wahrzunehmen, der bei stärkerer Windgeschwindigkeit lauter</li> </ul>	<p>Es wird auf die Abwägung zum Thema "Vorliegen einer optisch bedrängenden Wirkung durch Lage des VRG Windenergie auf Höhenrücken" zum in der Anregung genannten Vorranggebiet in der Anlage B4 zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen, an der weiterhin festgehalten wird. Es wird zudem auf folgendes hingewiesen:</p> <p>Zu § 249 Abs. 10 BauGB heißt es in der Arbeitshilfe zum Vollzug des Wind-an-Land-Gesetzes (beschlossen von der Fachkommission Städtebau und den Ausschuss für Recht und Verfahren der Ministerkonferenz für Raumordnung am 3. Juli 2023): „Die gesetzliche Regelung schließt es ausdrücklich nicht aus, in atypischen Fällen eine optisch bedrängende Wirkung auch trotz einer weiteren Entfernung als der zweifachen Höhe anzunehmen. Die Beeinträchtigung muss vergleichbar sein mit der genannten Fallkonstellation (also einem Abstand der zweifachen Höhe). Das dürfte nur in absoluten Ausnahmefällen gegeben sein, wenn beispielsweise eine Gruppe von Anlagen auf einer Anhöhe bei knapper Überschreitung der zweifachen Höhe errichtet werden.“</p> <p>Eine abschließende Beurteilung bspw. von atypischen Einzelfällen kann jedoch erst erfolgen, wenn die konkreten Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen bekannt sind. Diese Aspekte betreffen die konkrete Projektausgestaltung und gehen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die die Regelung des § 249 Abs. 10 BauGB entfaltet somit keine unmittelbare Bindungswirkung für die Regionalplanung. Eine Berücksichtigung individueller Höhenprofile einzelner potenzieller Anlagenstandorte ist nicht Gegenstand der Vorranggebietsausweisung im Teilregionalplan Energie. Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung zur Berücksichtigung individueller</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wird – je mehr WEA, desto stärker die Belastung – und in Entfernungen von bis zu 3 - 5 km wahrzunehmen ist (Quelle: Verwaltungsgericht Oldenburg, 1998, Akt. 4 B 1807/98; Bundesamt für Naturschutz, 2000). Derzeit läuft in Berlin das Novellierungsverfahren der DIN 45680 Norm für die Messung und Beurteilung tieffrequenter Geräuschimmissionen. Diese Überarbeitung der als Schutznorm für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung gedachten Regelung sollte den rasanten technischen Entwicklungen der Emissionsquellen einerseits und dem vertieften Verständnis über 10 gesundheitliche Immissionswirkungen andererseits Rechnung tragen. Dies ist im derzeitigen Entwurf der DIN 45680 allerdings nicht der Fall und hat zu einer Fülle von medizinischen und wissenschaftlichen Einsprüchen geführt. (Quelle: aefis.jimdo.com) Daher bin ich der Ansicht, dass bis zum Abschluss der Überarbeitung der DIN 45680 Norm die Planung und Ausweisung von Windindustrieanlagen auszusetzen ist. Ich fordere eine Ausführung zu den immisionsschutzrechtlichen Belangen der Anwohner- / Immissionsprognosen im Rahmen der strategischen Umweltprüfung.</p> <p>Die Hauptwindrichtungen sind bei der Abstandsermittlung ebenso zu berücksichtigen!</p> <p>Die menschliche Erfahrung zeigt deutlich: Die Windrichtung hat auf die Lärmübertragung einen ganz wesentlichen Einfluss</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufgrund der tatsächlichen Höhe der WEA gegenüber der Umgebung sind folgende Wirkungen drastisch höher als bisher bei der Planung eingeschätzt:</li> <li>- Infraschall (es liegen keine Langzeitstudien vor, aber ein richtungsweisendes Gerichtsurteil aus der Region Toulouse)</li> <li>- Eiswurf</li> <li>- optisches Bedrängungsgefühl</li> <li>- Schattenwurf</li> <li>- Landschaftsbild vom See aus gesehen gravierend gestört, einschließlich der Kulturstätten (Pfahlbauten, Birnau, Überlinger Münster)</li> </ul> <p>Die vorstehenden Tatsachen bedeuten:</p> <p>Die erforderlichen Abstände des geplanten Vorranggebietes gegenüber den umliegenden Wohngebieten und Ortschaften müssen deutlich erhöht werden, um</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- dem erforderlichen Schutz der Anwohner (darunter auch viele Jugendliche Menschen mit Behinderung in Brachenreute, die einen besonderen Schutzbedarf haben)</li> <li>- dem erforderliche Schutz der Erholungssuchenden (Owingen ist als</li> </ul>	<p>Höhenverhältnisse im Rahmen der Regionalplanung.</p> <p>Zu den weiteren genannten Anregungen zu negativen Auswirkungen aufgrund der topographischen Lage des Vorranggebiets (Schall, Infraschall, Eiswurf, Schattenwurf, Landschaftsbild) sowie zur Forderung der Berücksichtigung der Hauptwindrichtung: Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zu den weiteren Anregungen wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Erholungsort eingestuft!) gerecht zu werden. Die minimalen Anpassungen gegenüber der 1. Anhörung reichen bei weitem nicht! International werden bereits Mindestabstände von 2,5-18 km gefordert. Dies zeigt doch, dass international das Problem Infraschall ernster verfolgt wird als in Deutschland. Man spielt mit der Gesundheit der Bürger. (siehe Stellungnahme des Vereins Gegenwind Hochbühl)</p> <p>Was bleibt dann noch von dem Gebiet WEA-435-002 Hochbühl übrig? Die beste Lösung: Dieses Gebiet von der Liste der Vorranggebiete komplett streichen.</p> <p>Ich frage Sie: Was spricht für die Ausweisung des WEA-435-002 Hochbühl? Ich kann jedenfalls keine Gründe finden.</p> <p>Die negativen Folgen einer Ausweisung sind in der Ihnen vorliegenden Stellungnahme des Vereins [Name anonymisiert] detailliert beschrieben. Diese Stellungnahme wird von mir unterstützt.</p>	<p>zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Hinweis, dass die Stellungnahme des genannten Vereins unterstützt wird, wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen und es wird auf die Abwägung zu BE ID 315, 462, 466-468, 470-471 und 764 verwiesen.</p>	
IV. 10291	643	<p>Sehr geehrte Damen und Herren beim RVBO,</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich</p>	<p>Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete Windenergie erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Einwände gegen Ihre Gesamtbewertung.(Siehe 07_TRP-_RVBO_Anlage1_Umweltbericht_Anhoerung2025.pdf)</p> <p>Ab Seite 27 finden sich Ihre Bewertungen zum Vorranggebiet Windkraft WEA-435-002 „Owingen-Hochbühl“</p> <p>Was mir auffällt: Bei den meisten Schutzgütern widerspricht sich Ihre Bewertung und die Auswirkungen der Planung mit Ihrer detaillierten Beschreibung der Kriterien im Dokument „02_TRP-E_RVBO_Textteil_Anhoerung2025.pdf“. Es hat den Anschein, dass die Ausweisung von Vorranggebieten als deutlich wichtiger bewertet wird als die Beachtung der von Ihnen selbst als sinnvoll oder notwendig erkannten Schutzgüter. In der aktuellen Klima- und Umweltsituation sollten die von Ihnen aufgelisteten Schutzgüter erheblich stärker gewichtet werden.</p> <p>Zu den Bewertungen Einzelnen: - Schutzgut Mensch: Die Abstände zu den umliegenden Wohngebäuden und -gebieten müssten auf Grund folgenden Tatsachen deutlich erhöht werden: 1) jugendliche Menschen mit Behinderung in nächster Umgebung (Brachenreute); das Waldgebiet ist ein wesentlicher Lern- und Erholungsort für sie 2) Lärm, Infraschall, Schattenwurf, Eisfall betreffen die Einwohner und Erholungssuchenden in einem großen Umkreis. Owingen ist anerkannter Erholungsort. Der ganze Hochbühl ist ein wertvoller Erholungsraum, der bei Aufstellung von WEA weitgehend zerstört und unbrauchbar würde. Zu Lärm-und Infraschall-Ausbreitung gibt es keine ausreichenden und stichfesten Untersuchungen. In anderen Ländern werden wesentlich höhere Abstände gefordert. Wie wollen Sie die Lebensgefahr durch Eisfall in einem so großen betroffenen Bereich ausschließen? 3) Die tatsächliche Höhe der WEA gegenüber den umliegenden Wohngebieten ist durch die Aufstellung auf dem Höhenzug ca. 150m größer als von Ihnen berücksichtigt.</p>	<p>Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Teilregionalplan sowie im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurde die gesamte Region auf Potenziale für Windenergieanlagen untersucht, um möglichst geeignete und konfliktarme Flächen für die Nutzung der Windenergie zu identifizieren und als Vorranggebiete Windenergie festzulegen. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in der Anlage zur Begründung aufgezählt und erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete waren die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend.</p> <p>Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete für die Windenergienutzung fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 EEG 2023 dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Es wird auf das Planungskonzept in der Begründung sowie auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage der Begründung) und auf den Umweltbericht zum Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie verwiesen. Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde (s. Kapitel 1.3 Umweltbericht, Entwurf zum Satzungsbeschluss). Im Zuge dessen wurden die vertiefte Umweltprüfung sowie die</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die Hauptwindrichtungen und die Topologie sind für verschiedene Auswirkungen mit zu berücksichtigen.</p> <p>=&gt; die Bewertung müsste eigentlich rot ausfallen</p> <p>- Schutzgut Flora, Fauna, biologische Vielfalt: Die Bewertung des Gesamt-Systems Wald und der Schutz der Pflanzen und Lebewesen im Hochbühl und der Umgebung wird nicht genügend hoch bewertet. =&gt; die Bewertung müsste eigentlich rot ausfallen</p> <p>- Schutzgut Boden: Die Bewertung des Eingriffs in die Topologie, das Gesamt-System Wald und den Boden durch die Errichtung von WEA und der erforderlichen Infrastruktur wird nicht genügend hoch bewertet. Die Eingriffe in diese vorhandenen Systeme sind nicht auszugleichen. Ein Wald mit seinem Bodensystem, seiner Wirkung für den Wasserhaushalt und das Klima ist über hunderte und mehr Jahre gewachsen. Was einmal zerstört ist, kann nicht „mal eben in ein paar Jahren“ wiederhergestellt werden. Viele Auswirkungen sind nicht seriös abschätzbar. =&gt; die Bewertung müsste eigentlich rot ausfallen</p> <p>- Schutzgut Wasser: Hier gilt ähnliches wie für den Boden. Was einmal zerstört ist, kann nicht „mal eben in ein paar Jahren“ wiederhergestellt werden. Viele Auswirkungen sind nicht seriös abschätzbar. Wasser wird immer wertvoller und knapper. Keine Eingriffe zulässig =&gt; die Bewertung müsste eigentlich rot ausfallen</p> <p>- Schutzgut Klima: Hier gilt ähnliches wie für Flora, Fauna, Biologische Vielfalt. Sie erkennen den Wald als bedeutsam für das Klima. Aber Sie weisen ihm nicht die richtige Bedeutung zu. Warum? Wie oben schon erwähnt: Was einmal zerstört ist, kann nicht „mal eben in ein paar Jahren“ wiederhergestellt werden. Viele Auswirkungen sind</p>	<p>naturschutzfachlichen Prüfungen für die angepasste Flächenkulisse sowie die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen erneut durchgeführt. Hierbei wurden neue Datengrundlagen (bspw. die finalen Daten zur Flurbilanz 2022, aktuelle Biotopkartierung Bodenseekreis, Archäologische Bodendenkmale) und Hinweise aus der ersten Anhörung (bspw. zu Artvorkommen) eingearbeitet. Des Weiteren sind Anpassungen an der Bewertung der Wirkfaktoren erfolgt. Die Ergebnisse der (erneuten) Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet und für die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen in den Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss) nachvollziehbar dokumentiert. Zudem wurden alle im Rahmen der 1. und 2. Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Anregungen, Daten und Hinweise gemäß den rechtlichen Vorgaben sorgfältig geprüft, abgewogen und dokumentiert. Hierzu wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie erfolgte somit eine umfassende Interessenabwägung auf überörtlicher Ebene, bei der öffentliche und private Belange systematisch berücksichtigt wurden. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Die Inhalte dieser der Anregung wurden bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Es wird zudem auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nicht seriös abschätzbar. Windenergie soll den Klimawandel aufhalten, aber nicht beschleunigen. Wir sollten durch ..WEA keine Systeme zerstören, die für ein gesundes Klima wichtig sind. =&gt; die Bewertung müsste eigentlich rot ausfallen</p> <p>- Schutzgut Landschaft: Das Landschaftsbild und die Erholungsfunktion einer intakten Landschaft wurden von Ihnen zwar gegenüber der ersten Anhörung höher bewertet. Aber die bedrängende Wirkung durch so hohe WEA auf einem Höhenzug wurde nicht erkannt. =&gt; die Bewertung müsste eigentlich rot ausfallen</p> <p>- Schutzgut Kultur- und Sachgüter: einer intakten Landschaft. ..Die bedrängende Wirkung und die weite Sichtbarkeit durch so hohe WEA auf einem Höhenzug wurde nicht erkannt. =&gt; die Bewertung müsste eigentlich rot ausfallen</p> <p>- Das Gesamtergebnis: Es wurde zwar von Ihnen hochgestuft, aber es müsste auf Grund der zu gering bewerteten einzelnen Schutzgüter rot ausfallen.</p> <p>Wenn Sie in dieser schönen Region wohnen oder Urlaub machen würden, würden Sie dann solche gravierenden Eingriffe mit nicht einschätzbaren Folgen zulassen? Bitte korrigieren Sie Ihre Einschätzungen. Noch ist es nicht zu spät!</p>	<p>artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10292	219	<p>ich mache von der Möglichkeit des Einwandes gegen den Regionalplan gebrauch und schicke Ihnen auf diesem Wege meine Stellungnahme.</p> <p>Ich beziehe mich in meinem Einwand auf den gesamten Altdorfer Wald, an dessem südwestlichem Ende - [Ort anonymisiert] ,Nähe Vogt - sich unser Wohnsitz befindet.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage:</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ich beziehe mich auf den gesamten Wald gemäß dem Spruch:</p> <p>'Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.'</p> <p>Im Regionalplan werdent einzelne Teile des Waldes benannt und getrennt betrachtet.  Mir geht es um die Sichtweise auf den gesamten Wald - dieses einzigartige, riesige Waldgebiet,  das die Möglichkeit bietet,sich eine Auszeit zu nehmen, um stundenlang  darin zu wandern - im Frieden des Waldes - ohne herausgerissen zu werden.</p> <p>Der Wald wird m. E. zerstückelt durch diese Trassen und Zufahrtswege.  Er wird aufgeteilt in einzelne Parzellen zwischen den notwendigen Trassen.  Diese Trassen müssen, meines Wissens nach, meterhoch aufgeschottert und verdichtet werden.  Der gesamte Lebensraum für die Tiere und die Menschen, sich darin frei und ungehindert zu bewegen, wird dadurch zerstört.</p> <p>Wir Menschen brauchen bei den zunehmenden Hitzeperioden, die Erholung in der Kühle des Waldes mehr denn je:  die frische, saubere Luft, der Gesang der Vögel und das Rauschen des Windes in den Bäumen, das Grün des Blätterdachs und die beruhigende Stille.  Die Wohltat des sogenannten Waldbadens.</p> <p>Sind sie sich bewusst, welches Ausmass die Zerstörung hat, die sie - mit - planen ?</p> <p>Dieser Wald wird durch diese Planung für die kommenden Generationen irreversibel geschädigt und desgleichen das ganze Umland.  Und das nur, um völlig irgeleetete Vorgaben zu erfüllen, die keinen Sinn machen, da es von der Energiefrage her,  inzwischen viele andere Methoden gibt, die dem gleichen Zweck dienen, die Emissionen zu verringern.  Das wissen Sie sicher mindestens genausogut, wie ich.  Verstecken Sie sich nicht dahinter, dass Sie ausführen, was Ihnen vorgegeben wird, und übernehmen Sie Verantwortung.</p> <p>Erhalten Sie die Schönheit dieses Waldes für uns und unsere</p>	<p>Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Kinder. Setzen Sie ein Zeichen auf das Sie mit Wohlbefinden und Frieden schauen können. Tragen Sie Ihren Teil dazu bei, diesen einzigartigen Wald zu bewahren - als Ganzes in seiner Größe und Schönheit.</p> <p>Jeder kann etwas tun, Gutes und Schönes zu bewahren - und es wird eine Wirkung haben.</p> <p>mit Vertrauen und Hoffnung</p>	<p>Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10293	220	<p>Naturschutz:</p> <p>Die Natur hat keine Stimme, wir sind ein Teil davon.</p> <p>-Bodenschutz und in unserem Fall auch Moorschutz, es fanden dieses Jahr deutschlandweit viele Veranstaltungen zum Moorschutz. Warum schützen Sie nicht den Dorfer Wald (pot. WKA Gebiet zw Ratzenried und Siggen)? Gerade dieses Jahr hat sich gezeigt, dass das Frühjahr sehr trocken war.</p> <p>· Bei der Errichtung einer WEA in unserer Gemarkung finden beträchtliche Eingriffe in den Waldboden statt, hierbei wird gegen §1 des Bundes Bodenschutz Gesetz (BBodSchG) verstoßen. Denn hierin steht, dass das Gesetz dazu dient, die nachhaltige Funktion des Bodens zu sichern und wiederherzustellen. Zitat aus dem Gesetz: Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Abholzung der Fläche für Zuwegung und Standort der WEAs</li> <li>o Verdichtung vom Boden auf Zufahrts-/Abfahrtswegen</li> <li>o Entnahme von Humus und tiefere Bodenschichten</li> <li>o Weitere Entwässerung des Waldes damit die Fundamente der WEAs eine stabile Sohle erhalten</li> </ul> <p>Der Boden Argenbühls/ des Westallgäus neigen zur Moorbildung aufgrund seiner geologischen Geschichte (Kiese, Geschiebelehme). Die Landschaft die ich beschreibe zeichnet sich durch ein</p>	<p>Zum Thema Moorschutz wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-011) verwiesen. Zum Thema Boden als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte wird auf die Abwägung der BE ID 875 verwiesen. Die Belange des Schutzguts Boden wurden in der Strategischen Umweltprüfung (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss) bei der Festlegung der VRG Windenergie berücksichtigt. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben allerdings sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Die weiteren Anregungen beziehen sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>weitverzweigtes Netz an Nieder- und Hochmoore inmitten von intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen aus. Als Agraringenieurin weiß ich um die Wichtigkeit solcher extensiven Flächen für die Resilienz der intensiv genutzten Flächen (Stichwort Bodenfeuchte). Das Allgäu leistet bereits eine enorme wirtschaftliche Leistung durch die vielen Milchviehbetriebe und versorgt somit viele tausende Familien mit ihren Produkten.</p> <p>·       Sauberes nicht belastetes Grundwasser, sind eine Grundlage für die Futtergewinnung für Milch-/Mastvieh. Ein Verlust von Waldfläche, durch den Bau der WEAs, minimiert das Bestreben des Bundesnaturschutzgesetzes §21(2) zur Biotopvernetzung. Ein weiterer Verstoß meines Erachtens.</p> <p>Unser Siggener-/Dorferwald ist ein Wald der schon viele Jahre entwässert wird. Dennoch trotz Trockenheitsperioden zeigt er sich resilient und führt im Hochsommer Wasser, aufgrund seiner Quellen, welche er birgt. Selbst in Trockenperioden finden wir genügend Zeigerpflanzen die dieses bestätigen können. Unser Siggener-/Dorferwald zeigt an vielen Stellen seine moorigen Merkmale. Typisch ist zu finden Moorbirken, Erlen, Spirken, Fichten (da Nutzwald) und viele Zwergsträucher wie Rauschbeere und Heidelbeere, trotz intensiver Nutzung durch Holzwirtschaft. Dieser Wald beeinflusst zusammen mit dem naheliegenden Schutzgebiet Obere Argen und Seitentäler (Richtlinie 92/43/EWG FFH) das Kleinklima in Ratzenried. Waldmoore haben die Eigenschaft die Landschaft abzukühlen und im Verbund mit anderen Wäldern (Moorwälder) bilden sie die Klimaverhältnisse in Argenbühl. Es ist wichtig diese Moorwälder zu erhalten, auch schon aus dem wichtigen Grund, weil Moorschutz = weniger CO2 Ausstoß durch den Moorboden bedeutet. Stichwort Klimaziele Deutschlands. Vielmehr wäre es wichtig die Entwässerung der Moore und somit des Siggener/ Dorferwalds zu stoppen, damit diese sich wieder vernässen, denn Moore können als Baustein um den Klimawandel zu stoppen genutzt werden (EU Renaturierungsgesetz §9). Das wird jedoch nicht erfolgen können, wenn die WEAs gebaut werden. Ganz nebenbei schützen wir auch die oben genannten Quellen.</p> <p>Was für eine Position nehmen Sie dazu? Es muss vermieden werden, dass zuerst etwas kaputt gemacht wird um dann es wieder herzustellen....vor allem mit welchen Ressourcen, wenn überhaupt möglich?</p>	<p>Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf) verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p><a href="https://www.moorallianz.de">https://www.moorallianz.de</a></p> <p><a href="https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/naturschutz/europa/33254.html">https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/naturschutz/europa/33254.html</a></p> <p><a href="https://www.zeit.de/2023/48/eu-renaturierungsgesetz-landwirtschaft-moore#wieso-wird-um-den-vorschlag-so-vehement-gestritten">https://www.zeit.de/2023/48/eu-renaturierungsgesetz-landwirtschaft-moore#wieso-wird-um-den-vorschlag-so-vehement-gestritten</a></p>		
IV. 10293	756	<p>Betreff: ABWÄGUNG IV.02298 / 8676</p> <p>Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2, Ausweisung Vorranggebiet Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren RVBO,</p> <p>als Bürger welcher fristgerecht einen Einspruch letztes Jahr zu oben genannte Thematik getätigt hat, habe ich ein Recht auf eine konkrete Antwort zu meiner Einwendung seitens des zuständigen Amtes am Landratsamt oder seitens des RVBO. In Ihrer Abwägung, fassen Sie alle meine Punkte unter einer Rubrik zusammen mit dem Vermerk: "keine Berücksichtigung" - Sie beziehen sich meines Erachtens, standardmäßig zu Photovoltaikanalagen, hierbei geht es in unserem Fall um sog. WKA Anlagen. Zu meinen aufgeführten Punkten wird nicht eingegangen. Ich habe ein Recht auf Durchsicht und Antwort meines Einwands, durch die zuständigen Ämter.</p> <p>mittels dieses Schreibens teile ich Ihnen meinen Einspruch gegen der Teilregionalplan vom 08.12.2023 (Offenlegung am 29.02.2024), im Besonderen gegen die Ausweisung eines Vorranggebietes auf der Gemarkung Argenbühl/Ratzenried Ost zwecks der Errichtung von Windenergieanlagen (im weiteren Text mit WEA/WEAs abgekürzt) mit.</p> <p>Als betroffene Anwohnerin mache ich mir in vielfältiger Weise Sorgen hinsichtlich der Folgen, die eine Errichtung von WEAs in unserem</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>«Siggener/Dorferwald Gemarkung Argenbühl/Ratzenried Ost (s.o.)» mit sich bringt. Ich appelliere an die Fürsorgepflicht des RVBO, zuständige Stellen des Landratsamtes wie Gesundheits-/Umweltbehörde &amp; Naturschutzbehörde. Bitte nehmen Sie die Sorgen und Ängste Ihrer Bürger/Wähler wahr. Fällen Sie bitte Entscheidungen zu deren Wohlergehen hinsichtlich Gesundheit und Bewahrung der unmittelbaren Natur die sie umgibt.</p> <p>Im Folgenden möchte ich Ihnen einige meiner Bedenken aufreihen:</p> <p>Gesundheit:</p> <p>- Infraschall:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>· Bitte um Überprüfung der Abstände der geplanten WEAs zu Gebäuden, welche den Zweck Beschulung von Kindern bereits erfüllen (Nutzungsgebäude - Grundschule Ratzenried). Meines Erachtens liegt hier ein eklatanter Fehler vor, die Abstände der Windkraftanlagen zu den Schulen ist nicht richtig berücksichtigt worden. Die WEAs sind zu nahe dran. Eine körperschädigende Wirkung bei Kindern und Erwachsenen wird vorab schon in Kauf genommen. Bitte um Zusicherung, dass dem nicht so ist.</li> <li>o In Ratzenried werden Kinder direkt aus dem Dorf und in naher Zukunft, Kinder von Christazhofen, Siggen und Göttlishofen, durch Zusammenlegung der Grundschulen beschult. Die Kinder unserer Zeit, sind bereits übermäßigen Reizüberflutung durch Medien ausgesetzt. Eine kontinuierliche Störquelle im Hintergrund wie die durch Infraschall, wirkt sich negativ auf die Entwicklung unserer Kinder aus. Schon heute sind die Lehrkräfte am Limit, durch unruhige Kinder. An der Veranstaltung Gemeinde/Projektierer/Forum Energiedialog, vom 21.11.2023 in der Turnhalle Ratzenried, ist die Lärmemission in der Schule für die Kinder, durch einen Schallexperten aus München, als ein laufendes Radio im Nebenzimmer dargestellt worden. Wie sollen Kinder fokussiert lernen und sich als ausgewogene Menschen entwickeln? Die Schule ist in dem Bereich der WEA Dezibel Belastung.</li> </ul> <p>LAI Auslegung der TA Lärm, UMK Umlaufbeschluss 13/2023:</p>	<p>C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p><a href="https://www.lai-immissionsschutz.de/documents/lai-hinweise-auslegung-ta-laerm-stand-2023-02-24_1682411716.pdf">chrome-extension://efaidnbmnnnibpcajpcglclefindmkaj/https://www.lai-immissionsschutz.de/documents/lai-hinweise-auslegung-ta-laerm-stand-2023-02-24_1682411716.pdf</a></p> <p><a href="https://www.lfu.bayern.de/laerm/gewerbe_anlagen/schallmessungen_windenergieanlagen/index.htm">https://www.lfu.bayern.de/laerm/gewerbe_anlagen/schallmessungen_windenergieanlagen/index.htm</a></p> <p>BlmSchV(TA Lärm) und Beiblatt 1 zur DIN 18005</p> <p><a href="https://www.lfu.bayern.de/laerm/gewerbe_anlagen/index.htm">https://www.lfu.bayern.de/laerm/gewerbe_anlagen/index.htm</a></p> <p>o Weitere Auswirkungen die Infraschall auf unser Herz-Kreislauf System hat, berichten jüngste Studien die Arbeitsgruppe Infraschall/ Institut für Infraschallforschung/Uni Mainz/Prof. Dr. Christian Friedrich Vahl. Die von Prof. Vahl angeleiteten Studien, (bitte siehe untenstehende Quellenangabe), berichten, dass Infraschall ausgelöst durch WEAs unmittelbare negative Folgen auf die Funktion des Herzmuskelgewebes hat und Langzeitfolgen, mit Herzschwächung, Schlaflosigkeit vorprogrammiert. Der Körper kann mit der fortwährenden Infraschallbeschallung nicht umgehen, er wird krank.</p> <p><a href="https://arbeitsgruppe-infraschall-uni-mainz.de/">https://arbeitsgruppe-infraschall-uni-mainz.de/</a></p> <p><a href="https://link.springer.com/article/10.1007/s00106-022-01237-y">https://link.springer.com/article/10.1007/s00106-022-01237-y</a></p> <p><a href="https://www.researchgate.net/publication/352953916_Negative_effect_of_high-level_infrasound_on_human_myocardial_contractility_In-vitro_controlled_experiment">https://www.researchgate.net/publication/352953916_Negative_effect_of_high-level_infrasound_on_human_myocardial_contractility_In-vitro_controlled_experiment</a></p> <p><a href="https://theconversation.com/effets-du-bruit-des-eoliennes-sur-la-sante-mythe-ou-realite-201121">https://theconversation.com/effets-du-bruit-des-eoliennes-sur-la-sante-mythe-ou-realite-201121</a></p> <p>· Weiterhin bitte ich Sie, dass Sie die Entscheidung unseres Nachbarlandes Frankreich von Frühjahr 2024, hinsichtlich Errichtung von WEAs zu untersuchen, ernst nehmen und entsprechend Maßnahmen ergreifen. Der französische Staatsrat (Conseil d'État), welches unserem Obersten Verwaltungsgericht entspricht und als Beratungsgremium der franz. Regierung in Rechtsfragen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>arbeitet, hat eine Anklage der Fédération Environnement Durable und fünfzehn andere Gruppen angenommen und eine detaillierte Umweltprüfung der WEAs erwirkt. Das bedeutet, dass die Planung und das Umsetzen von WEAs in Frankreich bis auf Weiteres, aufgrund der Auswirkung auf die Gesundheit gestoppt ist.</p> <p><a href="https://www.legifrance.gouv.fr/ceta/id/CETATEXT000049252255">https://www.legifrance.gouv.fr/ceta/id/CETATEXT000049252255</a></p> <p><a href="https://www.actu-environnement.com/ae/news/eoliennes-prescriptions-bruit-acoustique-annulation-conseil-etat-43659.php4">https://www.actu-environnement.com/ae/news/eoliennes-prescriptions-bruit-acoustique-annulation-conseil-etat-43659.php4</a></p> <p>-Erosion von Rotorblättern Umweltbelastung durch Freisetzung von Mikroplastik/ Carbon</p> <p>· Die Rotorblätter der WEAs sind extremen Umwelteinflüssen ausgesetzt, sie erodieren, daher hat der Deutsche Bundestag den Wissenschaftlichen Dienst/ Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystematik (IWES) beauftragt durch eine Studie dieses Thema zu beleuchten. Stand Dezember 2020 hat das IWES eine grobe Abschätzung abgegeben, dass bei einer Rotorblatt Laufzeit von vier Jahren sich durch Abrieb pro WEA in Deutschland eine Freisetzung von 45 kg/Jahr ergibt. Die durch Abrieb freigesetzten Stoffe, wie Epoxid/Polyesterharze, Glas-und Carbonfasern reichern sich im Boden und im Wasser an. In unmittelbarer Nähe kommt es zur Inhalation. Bei einem Brand oder Bruch der WEAs wird z.B. Carbon (CFK) freigesetzt. Diese Partikeln sind wasserlöslich und lungengängig. Dh. Mensch und Tier kann es einatmen und sie werden in den Körper angereichert. Man spricht heute beim Carbonfeinstaub von dem «neuen Asbest», die Anreicherung in der Lunge ist krebserregend. Bitte um Abklärung und bei Unbedenklichkeit erst dafür zu entscheiden.</p> <p>Wer kann uns garantieren, dass durch die geplanten WEAs im Siggener-/Dorferwald, die Bürger in der Umgebung nicht krank werden? Was geschieht mit den Tieren? Wie werden hier Erkrankungen/ der Schwund festgehalten? Was geschieht mit den Flächen die belastet werden, wer renaturiert sie? Was geschieht mit der Anreicherung auf Futterflächen von z.B. Milchvieh? Gelangt z.B. das Carbon nicht in unsere Milchprodukte (viele Landwirte beliefern hier die lokalen Käsereien)? Wie wird die Belastung des Trinkwassers (Quellen Siggener-/Dorferwald) vermieden?</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Deutscher Bundestag WD 8/3000 – 077/20 (Dezember 2020)</p> <p><a href="https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd8610b/WD-8-077-20-pdf-data.pdf">Chrome-extension://efaidnbmnribpcajpcglclefindmkaj/https://www.bundestag.de/resource/blob/817020/27cf214cfbeaac330d3b731cbbd8610b/WD-8-077-20-pdf-data.pdf</a></p> <p><a href="https://paz.de/artikel/die-unterschaetzte-gefahr-der-rotorblaetter-a8023.html">https://paz.de/artikel/die-unterschaetzte-gefahr-der-rotorblaetter-a8023.html</a></p> <p>-Biodiversitätsgesetz – einige Punkte aus einer Vielzahl:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das am 22.07.2020 novellierte Gesetz zur Stärkung der Biodiversität in BW, besagt, dass 15% der Landesfläche dem Biotopverbund dienen sollen. Siggener/Dorferwald und seine umliegenden Feuchtwiesen sollten als Baustein des Biotopverbundes genutzt werden, denn sie bieten bereits jetzt, in einer landwirtschaftlichen intensiv genutzter Raum Rückzugsort für die Wildtiere. Der Bau der WEAs würde dieses Gefüge enorm stören und damit die Ziele des Europäischen Wildkorridors entgegenwirken (Stichwort z.B. Verlust Genpool des Wilds).</li> <li>• Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass Luftplankton/Aeroplankton sich auf Höhen bewegt in denen Insekten und somit auch Vögel bzw. Fledermäuse, Ihre Nahrungsquelle vorfinden. Durch die Errichtung der WEAs, wird ein Luftstrom erzeugt, der den Strom des Luftplanktons stört, einmal durch Austrocknung des Umfelds und zweitens durch Verwirbelung. Die Schädigung an der Insektenvielfalt/ Vögel/Fledermäuse ist beträchtlich und steht im Widerspruch zu oben genannten Biodiversitätsgesetz BW. Ein weiteres Beispiel aus der Insektenwelt möchte ich Ihnen schildern. In den Wipfeln/Jungtrieben von Koniferen finden wir bestimmte Läuse. Die Läuse nehmen den Saft der Bäume auf und schwitzen ein Sekret aus. Dieses Sekret/Saft wird von Bienen zu Waldhonig verarbeitet. Wie jedes Ökosystem ist dies auch komplex, denn nicht nur die Bienen profitieren von diesem Sekret/ Saft sondern auch die geschützten Waldameisenarten.</li> <li>• Als Imkerin mache ich mir Sorgen um eine regionale Tradition, die mit dem Verlust der Biene und somit der Imkerei in Kauf genommen wird. Denn im Westallgäu, bei intensiver Nutzung des Grünlands, bleibt für die Bienen nicht viel übrig. Die Streuobstwiesen in Argenbühl, welche früher auch eine Weide darstellten fürs Vieh sind vergreist und mit Verbannung der Weidetiere in den Laufstall, weg von der Fläche. Die Flächen</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>werden frühzeitig zur Silage abgeerntet. Was bleibt den Bienen - nur der Wald und dieser wird nicht nur dezimiert durch den Bau von WEAs, sondern wie oben beschrieben, bei Inbetriebnahme der WEAs werden diese unmittelbaren Auswirkungen sich auf unsere Insektenwelt und somit weitere Tiere des Ökosystems niederschlagen.</p> <p><a href="https://www.spektrum.de/video/in-der-atmosphaere-schwebt-eine-vielzahl-von-luftplankton/2036461">https://www.spektrum.de/video/in-der-atmosphaere-schwebt-eine-vielzahl-von-luftplankton/2036461</a></p> <p>Staatl. Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinlandpfalz und Saarland:Leitfaden zur Beachtung artenschutzrechtlicher Belange beim Ausbau der Windenergienutzung im Saarland,im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz Saarland</p> <p><a href="chrome-extension://efaidnbmnnnibpcajpcglclefindmkaj/https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/LUA_sonstige_Downloads/Wind/Leitfaden_Artenschutz.pdf?__blob=publicationFile&amp;v=1">chrome-extension://efaidnbmnnnibpcajpcglclefindmkaj/https://www.saarland.de/SharedDocs/Downloads/DE/LUA_sonstige_Downloads/Wind/Leitfaden_Artenschutz.pdf?__blob=publicationFile&amp;v=1</a></p> <p>Liebig Dr., Gerhard (1999): Die Waldtracht – Entstehung, Beobachtung, Prognose</p> <p>Ruppertshofen,H. (1980) : Der summende Wald – Waldimkerei und Waldhygiene</p> <p>-Recycling von Windkraftanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Bitte nehmen Sie Stellung zu, der Entsorgung größer werdende Menge an WEAs Bestandteile? Wo? Exportieren wie unseren WEAs Müll? Bereits nach vier Jahren sind Rotorblätter mit einer normalen Belastung bereit zum Austausch.</li> </ul> <p><a href="https://www.ict.fraunhofer.de/content/dam/ict/de/documents/medien/ue/UE_klw_Poster_Recycling_von_Windkraftanlagen.pdf">https://www.ict.fraunhofer.de/content/dam/ict/de/documents/medien/ue/UE_klw_Poster_Recycling_von_Windkraftanlagen.pdf</a></p> <p>Wirtschaftlicher Dienst im Auftrag des Deutschen Bundestages: Beanspruchung und Recycling von Windkraftanlagen sowie damit verbundene Herausforderungen</p> <p>WD8/3000 – 040/23</p> <p><a href="chrome-extension://efaidnbmnnnibpcajpcglclefindmkaj/https://www.bun">chrome-extension://efaidnbmnnnibpcajpcglclefindmkaj/https://www.bun</a></p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p><a href="https://destag.de/resource/blob/971028/29bb3715fa9761cc30e124883618a811/WD-8-040-23-pdf-data.pdf">destag.de/resource/blob/971028/29bb3715fa9761cc30e124883618a811/WD-8-040-23-pdf-data.pdf</a></p> <p>Wie Sie feststellen sind noch viele Fragen offen hinsichtlich dieser fragwürdigen Energiegewinnung. Bevor wir die 1,8% der Landesfläche mit WEAs belegen und unumkehrbare Schäden an Menschen und Natur in Kauf nehmen, müssen diese Punkte in Gänze untersucht werden. Sinnvoller wäre ein Ausbau von Solarenergie auf den bereits versiegelten Flächen: Gewerbe, Parkplätze, Öffentliche Gebäude und nicht zuletzt Privathaushalte. Vielleicht wird behauptet wer zahlt das? Jeder Steuerzahler fördert bereits, mit einem beachtlichen Anteil, seines monatlichen Gehalts die Errichtung der WEAs. Ich denke in Argenbühl einem Luftkurort, wäre die Entscheidung für den Ausbau der Solarenergie, die richtige Investition ohne unumkehrbare Schäden an Menschen und Natur. In sonnenarmen Tagen, könnte Fernwärme, Erdwärme usw... Strom erzeugen.</p> <p>Abschliessend darf ich noch einen persönlichen Punkt anbringen, der mir sehr am Herzen liegt. Sollte es dem Regionalverband möglich sein, einen konstruktiven Bürgerdialog zu initiieren, wäre das sehr zu wünschen.</p> <p>Leider hat das Thema die Gemeinde bereits gespalten. Aus meiner Sicht alleine schon durch die Positionierung des -Bürger-meisters mit seiner Stellungnahme im Amtsblatt und bei nicht Anhörung der Bürger in den Gemeinderatssitzungen, als auch während der "Informationsveranstaltung" in Ratzenried am 21.11.2023. Wo bleibt die Fürsorgepflicht des Bürgermeisters? Daher die Bitte und Aufforderung an Sie RVBO, das Thema zu Beleuchten und uns Bürger zu beteiligen, indem unsere Sorgen ernst genommen werden.</p> <p>Besten Dank im Voraus.</p>		

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10294	222	<p>Betreff: Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2. Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>hiermit erhebe ich Einspruch gegen den Teilregionalplan vom 8.12.2023, 2. Offenlegung.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Nachfolgend finden Sie meinen Einspruch und eine ausführlich gegliederte Argumentation gegen die Errichtung der drei von Ihnen geplanten Windkraftanlagen im Dorferwald in Ratzenried Ost. Ich möchte Sie bitten, diesen Einspruch gründlich zu prüfen und zu berücksichtigen und dass sie schließlich die dementsprechende Vorrangfläche für Windkraftanlagen aus dem Regionalplan herausnehmen.</p> <p>1. Natur</p> <p>Hinsichtlich des fortschreitenden Klimawandels, ist es von ungemeiner Bedeutung, vorhandene Ökosysteme zu schützen. Gerade das Westallgäu und somit auch der Standort Siggener/Dorferwald gilt als bedeutsamer, naturnaher Landschaftsraum. Aufgrund der hier vorhandenen diversen Flora und Fauna sowie der großflächigen Gewässer-Vernetzung gilt es, diesen Standort mit all seiner Artenvielfalt zu schützen. Natürlich ist auch die Förderung erneuerbarer Energien ein wichtiges Ziel, um den Klimawandel zu bekämpfen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Jedoch führt dies im Fall der Planung von Windkraftanlagen im Siggener/Dorferwald zu einem großen Konflikt mit dem Ziel, vorhandene und empfindliche Ökosysteme zu schützen und die Biodiversität dessen zu erhalten. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen im Siggener/Dorferwald würde mitunter zu Störungen von Lebensräumen, negative Auswirkungen auf die Fauna und Flora sowie zu Landschaftsveränderungen führen.</p> <p>Insbesondere die Installation von Windkraftanlagen in Wäldern hat erhebliche Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem - Natur, Mensch und Umwelt. Die damit verbundene Abholzung von Waldflächen für den Bau der Windkraftanlagen ist nicht nur schädlich für das Klima, sondern führt zudem auch zu einem direkten Verlust von Lebensraum für Pflanzen, Tiere und Menschen. Der Bau von Windkraftanlagen und der damit verbundene Infrastrukturausbau führen außerdem zur Fragmentierung des Waldes, was die Bewegung von Tieren erschwert und somit wiederum die Vielfalt verringert. Dies betrifft insbesondere Arten, die auf den Wald als Lebensraum angewiesen sind, wie bestimmte Vogelund</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Säugetierarten. Die durch die Abholzung entstehende Freiflächen im Wald bieten wiederum nicht nur Angriffspunkte für Stürme sondern auch für den Borkenkäfer. Beides schadet dem Erhalt des gesunden Waldes.</p> <p>Windkraftanlagen verursachen außerdem lokale Veränderungen im Mikroklima, indem sie Luftströmungen beeinflussen und die Temperatur- und Feuchtigkeitsverhältnisse in der Umgebung ändern. Dies wirkt sich auf die Vegetation und den Wasserhaushalt des Siggener/Dorferwals aus. Gerade die Erhaltung des Ökosystem des Waldes gilt in Anbetracht des Klimawandels als besonders wichtig. Der Wald fungiert als wichtiger CO2 Speicher. Waldboden ist sehr reichhaltig und dient außerdem als Regenrückhaltung.</p> <p>Doch der Bau von Windkraftanlagen und die damit verbundene Infrastruktur führen nicht nur zur Versiegelung des Bodens für Zufahrtswege sondern gleichzeitig auch zu Bodenverdichtung und Erosion. Außerdem müssen unterirdische Leitungen bis zur Umspannstation gelegt werden, was in das natürliche Ökosystem eingreift. All dies verringert die Bodenfruchtbarkeit und beeinträchtigt die Wasserversorgung, die Quellen und schließlich die Wasserqualität. Die natürlichen Ökosysteme werden gestört, indem Boden und Vegetation gestört werden.</p> <p>Der Betrieb von Windkraftanlagen führt zu Störungen der lokalen Fauna, die das Verhalten und den Lebensraum von Tieren beeinflussen. Beispielsweise empfindliche Arten wie Vögel und Fledermäuse werden beeinträchtigt. Dazu gehören Lärm- und Schatteneffekte sowie potenzielle Kollisionen von Vögeln und Fledermäusen mit den Rotorblättern. Der Schattenwurf der Rotorblätter beeinträchtigt Flugwege und Nahrungssuche, während der Lärm und die Vibrationen zu Störungen führt. Druckimpulse der Windkraftanlagen stellen eine weitere Gefährdung der Tiere dar. Die Lungen von Fledermäusen können deswegen zerplatzen.</p> <p>Ein weiterer nicht von der Hand zu weisender Aspekt ist, dass wenn es bei Windkraftanlagen zu</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bränden kommt, insbesondere in Waldgebieten eine erhöhte Gefahr besteht. Gerade bei zunehmender Trockenheit in den Sommermonaten, erhöht sich das Brandrisiko exponentiell. Durch Betriebsrisiken wie Reibung, elektrische Störungen, oder mechanische Defekte kann es zu Störungen der Windkraftanlagen kommen. Wenn es bei diesen Störungen zu Funkenbildung kommt, ist insbesondere der Standort im Wald eine riesige Gefahr. Durch den Klimawandel zunehmend verursachte Trockenheit sind die Vegetation im Wald und das Laub leicht entzündlich. Brände können so verstärkt außer Kontrolle geraten. Hinzu kommt, dass durch die außergewöhnlich angedachte Höhe der Windkraftanlagen im Siggener/Dorferwald und der allgemeinen Metallstruktur von Windkraftanlagen eine erhöhte Anfälligkeit sowie Brandgefahr bei Gewitter oder Blitzschlag besteht. Diese allgemein erhöhte Gefahr des Brandes an diesem Standort wiederum gefährdet die Natur und stellt eine Gefahr von großflächigen Waldbränden und die damit verbundene Zerstörung des Ökosystems des Waldes dar.</p> <p>Hinsichtlich all dieser aufgeführten Punkte wird schnell klar, dass bei der Planung der Windkraftanlage im Siggener/Dorferwald die negativen Aspekte der Windkraftanlagen hinsichtlich der Natur, denen der vermeintlichen Eignungskriterien, überwiegen. Die Windkraftanlagen an diesem Standort sind ungeeignet für Natur, Mensch und Umwelt</p> <p>3. Windhöffigkeit</p> <p>Das wichtigste Gut, sodass Windkraftanlagen ihren Zweck der Energiegewinnung erfüllen, stellt logischerweise der Wind selbst dar. In diesem Fall heißt die Devise: Ohne Wind, keine Energiegewinnung.</p> <p>Vergleicht man die Angaben des Windatlas Baden-Württemberg mit den Windwerten der angrenzenden Ländern Bayern, Vorarlberg oder Schweiz, so ist festzustellen, dass diese deutlich zu hoch sind. Diese Vorgaben, welche die Grundvoraussetzung für eine sinnvolle Windkraftanlage ist, sind demnach äußerst zweifelhaft. Die geforderten Werte für die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Windleistungsdichte, welche vom Land Baden-Württemberg gefordert werden, werden nicht erreicht. Die Windkraftanlagen in Ratzenried/Siggen werden also auch in ihrer grundlegenden Sinnhaftigkeit angezweifelt, da sich der Plan des RVBO genau auf diese zweifelhaften Vorgaben stützt. Aus der Devise „Ohne Wind, keine Energiegewinnung.“ lässt sich also schlussfolgern: Ohne Wind machen Windkraftanlagen keinen Sinn.</p> <p>4. Nachhaltigkeit</p> <p>Bei der Technologie von Windkraftanlagen kommt die Frage der tatsächlichen Nachhaltigkeit auf. Windkraft leistet im Betrieb zweifellos einen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen, doch die Begrenzung der Energiegewinnung an diesem Standort Siggener/Dorferwald steht in keiner Relation zur Errichtung der Windkraftanlagen.</p> <p>Eine umfassende Bewertung der Nachhaltigkeit von Windkraftanlagen erfordert eine Analyse des gesamten Lebenszyklus, von der Herstellung über den Betrieb bis zur Entsorgung. Bei einer ganzheitlichen Betrachtung in einem breiten Kontext, sollte sofort ersichtlich werden, welche Umweltauswirkungen damit einhergehen. Doch wie es um den Herstellungsprozess und die Kreislauffähigkeit steht, wird abermals nicht erwähnt. Bei der Herstellung erfordert es den Einsatz von Rohstoffen wie Metalle, Kunststoffe, seltener Erden und Beton. Der Abbau dieser Materialien kann erhebliche Auswirkungen auf unsere Umwelt haben. Alleine durch die Betonfundamentierung, die für diese Größe von Windkraftanlagen verwendet werden muss um die gewaltigen Kräfte des Turms und Rotors aufzunehmen, werden erhebliche Mengen schädliche CO2-Emissionen freigesetzt und quasi in unseren wertvollen Waldboden gekippt. Und da zu den jeweiligen Standorten ebenfalls noch keine Infrastruktur gegeben ist, wird für die Gesamterschließung nochmals zusätzlich wichtige Bodenfläche versiegelt.</p> <p>Außerdem ist doch schon die angegebene Laufzeit von 20 Jahren ein Widerspruch in sich. Vielmehr</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>sollten Standorte definiert werden, die eine längere Nutzungsdauer gewährleisten, kein so gewaltiger Eingriff ins Ökosystem vollzogen wird und kein Renaturierungsaufwand betrieben werden muss. Bei dieser Technologie, für diesen Standort Siggener/Dorferwald, ist die Begrifflichkeit „nachhaltige Energiequelle“ äußerst trügerisch.</p> <p>5. Gesundheitsprobleme</p> <p>Windkraftanlagen haben eine nicht geringe Auswirkung auf die Gesundheit. Sowohl die Gesundheit der Menschen, aber auf die der Tiere und die der Natur sind gefährdet. Zudem wirken sich Windkraftanlagen nicht nur auf die körperliche Gesundheit, sondern auch auf die psychische Gesundheit aus. Sie haben immense Auswirkungen auf die Lebensqualität, das allgemeine Wohlbefinden und somit die mentale Gesundheit. Einige Menschen fühlen sich durch das Vorhandensein von Windkraftanlagen in ihrer Nähe gestresst oder leiden unter psychischen Belastungen aufgrund der Änderungen in ihrer Umgebung und Landschaft. Dies kann sich beispielsweise durch innere Unruhe, bis hin zu Panikattacken auswirken.</p> <p>Die nötigen Abstände zur Besiedlung wurde in den letzten Jahren immer wieder verkürzt. Doch nicht ohne Grund, war dieser Abstand einst größer. Die Gefahr und Auswirkungen von Brand auf die nahe gelegene Umgebung, die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und alle weiteren Gesundheitsprobleme, welche im nachfolgenden ausführlicher erläutert werden, nehmen logischerweise mit verkürzten Abstand exponentiell zu.</p> <p>Von daher ist es unerklärlich, wieso auf Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle keine Rücksicht genommen wird und sie diesem geringen Abstand zu Windkraftanlagen einfach ausgesetzt werden. Das ist eine Zumutung, vor allen Dingen für die direkten Anwohnerinnen und Anwohner. Und nicht zu vergessen ist die Tierwelt, welche am Standort Ratzenried/Siggen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>besonders artenreich ist. Wir befinden uns schließlich im Waldgebiet. Unzählige Vogelarten, Säugetiere, Insekten, ... hausen hier und haben hier ihren gesunden Lebensraum, welcher durch den Bau von Windkraftanlagen bedroht wird.</p> <p>Die Kriterien, welche den Menschen in seiner Gesundheit bedrohen, bedroht auch die Tiere.</p> <p>5.1 Lärmbelastung</p> <p>Lärm, der von Windkraftanlagen erzeugt wird, hat negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen. Dazu gehören Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Stress, Bluthochdruck und sogar Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Weitere gesundheitliche Risiken sind kognitive Beeinträchtigung, Konzentrationsstörungen, Ermüdung, dauerhaft Gehörschäden und Tinnitus, Änderungen bei biologischen Risikofaktoren (zum Beispiel Blutwerte, Blutzucker Gerinnungsfaktoren), arteriosklerotische Veränderungen (Arterienverkalkung), Herzkrankheiten, einschließlich Herzinfarkt, pränatale Beeinträchtigungen und Fehlgeburten.</p> <p>Die WHO unterstreicht dies mit der Aussage, dass Lärmbelastung das zweithöchste Risiko für die Gesundheit darstelle. Daher empfiehlt die WHO, den Lärmpegel von 45 dB nicht zu überschreiten. Andernfalls hat dies negative gesundheitliche Auswirkungen. Für den Nachtschlaf empfiehlt die WHO sogar lediglich 30 dB. Das gesundheitliche Risiko steigt mit höheren Werten. Durch den Lärm wird der Schlaf verkürzt und verschlechtert, was wiederum das autonome Nervensystem und das hormonelle System aktiviert. Veränderung des Blutdrucks und der Herzfrequenz und auch andere Herzkreislaufstörungen sind nur einige der möglichen Folgen davon. Hinzu kommt, dass in die Stoffwechsel-Vorgänge des Körpers beeinträchtigt werden können, da vom Körper vermehrt Stresshormone ausgeschüttet werden, wenn er ständig unter der Belastung durch die Windkraftanlagen leidet.</p> <p>In ihrer Informationsbroschüre gibt die Gemeinde Argenbühl jedoch folgende Angaben zur</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Lärmbelastung der Bürgerinnen und Bürger an: 60 dB tagsüber, 45 dB nachts.</p> <p>Diese Werte überschreiten die Maximalwerte der WHO und sind somit eine ernsthafte gesundheitliche Bedrohung, besonders für die Grundstücksangrenzerinnen und Grundstücksangrenzer an den Siggener/Dorferwald. Mit einem Abstand von nur 600 Metern zu den Windkraftanlagen sind die Bürgerinnen und Bürger teilweise angesiedelt und somit dem Lärm ausgesetzt. Da die Windkraftanlagen außerdem mit einer Höhe von 300 Meter Höhe errichtet werden sollen, bedeutet dies eine zusätzliche Belastung.</p> <p>Wie oben bereits erwähnt, hat der Lärm allerdings nicht nur Auswirkung auf uns Menschen. Natürlich wird auch die Tierwelt diesen Problemen ausgesetzt. Der Unterschied: Tiere können sich nicht einmal wehren.</p> <p>Wir als Menschen stehen also in der Verantwortung, gerade auf bedrohte Tierarten ein besonderes Augenmerk zu legen. Es ist offensichtlich, dass die Kommunikation zwischen Tieren durch Lärm gestört wird. Diese Kommunikation ist allerdings grundlegend wichtig, wenn es um die Ortung der Beutetiere, die Paarung oder die Aufzucht der Tiere geht. Wie wir wissen, meiden Tiere Lärm und weichen lärmbelasteten Orten großräumig aus. Dies hat demnach zur Folge, dass sie durch Lärm vertrieben werden und die Tiere sich andere Paarungsgebiete suchen müssen. Dies bestätigt auch das Bundesumweltamt. Ohnehin bedrohte Tierarten werden also noch stärker zurückgedrängt. Wo bleibt hier der Artenschutz?</p> <p>5.2 Infraschall</p> <p>Infraschall breitet sich aufgrund seiner großen Wellenlänge über hunderte Kilometer verlustfrei aus und wird dabei durch nichts gedämpft. Seine Ausbreitung lässt sich nicht verhindern: weder Licht, Böden, Gebäude oder sonstiges können ihn dämpfen. Bei Infraschall handelt es sich um tiefe Tongeräusche von unter 20 Hertz, die der Mensch wenn dann als tiefe Brummtöne wahrnimmt. Meist ist es für das menschliche Ohr akustisch allerdings gar nicht wahrnehmbar, lediglich</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>fühlbar - eine sensorische Wahrnehmung. Inzwischen wurden zahlreiche Berichte und Untersuchungen veröffentlicht, die bestätigen, dass Infraschall die menschliche Gesundheit erheblich beeinträchtigt. Daher empfiehlt das Robert-Koch-Institut, einen einheitlichen Frequenzbereich für tieffrequenten Schall zu etablieren, der aufgrund seiner Wirkungsbesonderheiten den Frequenzbereich größer als 200 Hertz (!) umfassen sollte.</p> <p>Das pathogene Potenzial von Infraschall aus technischen Quellen wird in der Öffentlichkeit und Politik erheblich unterschätzt. Die häufigsten Emittenten sind Windkraftanlagen, deren rascher Ausbau eine zunehmende Zahl von Anwohnerinnen und Anwohnern mit Druckimpulsen großer Reichweite konfrontiert.</p> <p>Angriffspunkte für toxische Wirkungen sind erkennbar</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- auf zellulärer Ebene, wobei Membranprozesse besonders empfindlich reagieren. Dies führt zu Störungen der Mikrozirkulation, der Muskelkontraktion und beim neuronalen Signaltransfer.</li> <li>- Im Herz-Kreislauf-System bewirken die zuvor genannten Effekte eine verminderte Effizienz des Herzmuskels, gepaart mit zentral ausgelöster Bradykardie, Hypertonie und vermindertem Herz-Zeit-Volumen.</li> <li>- Die Signalrezeptoren des Gleichgewichtssystems empfangen Infraschall als Störsignal und lösen ein Kinetose-ähnliches Krankheitsbild aus.</li> <li>- Im Gehirn erfolgt die Perzeption von Infraschall unbewusst in Arealen, die an der Kontrolle autonomer Funktionen (u.a. Atemfrequenz und Blutdruck) und an der emotionalen Kontrolle beteiligt sind.</li> </ul> <p>Offenbar wird hier die Gesundheit der Bevölkerung leichtfertig geopfert. Ganz nach dem Motto: Was ich nicht sehe oder wahr haben will, gibt es nicht!</p>		

### 5.3 Luftdruckimpulse



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Sogenannte Schwachwindanlagen, die wegen der schlechten Windbedingungen in Siggener/ Dorferwald zum wirtschaftlichen Betrieb errichtet werden sollen, sind bis zu 300 Meter hoch. Sie erzeugen in der ruhigen Landschaft im Takt der Flügel Lärm und Schattenwurf. Und da der Rotor seine Energie aus dem getakteten Abbremsen des Windstroms gewinnt, entstehen besonders bei starkem Wind sehr kräftige Luftdruckimpulse, da der Windstrom erst durch den Flügel abgebremst und dann zwischen den Flügeln ungehindert hindurchgeht. Dies entspricht einem invers arbeitenden gigantischen Ventilator mit einem Durchmesser von 185 Meter.</p> <p>Das Tragische dabei ist, der Mensch kann solche Druckänderungen mit einer Vielzahl von auf Druck empfindsamen Rezeptoren spüren. Diese auf Wechseldruck sensitiven Rezeptoren steuern unsere Körperfunktionen - vom Blutkreislauf bis zum Tastsinn. In der näheren Umgebung zu den Rotoren sind diese Luftdruckimpulse derart stark, dass selbst die Lungen von Fledermäusen kollabieren können.</p> <p>Die Planer der Anlagen wissen um dieses Phänomen und fürchten die Luftdruckänderungen im Takt von etwa einer Sekunde sehr, denn sie können infolge der erzeugten Wechselbewegungen die Flügel beim nachfolgenden Windrad vorzeitig schädigen. Deshalb halten die Planer bei Anlagen zwischen den einzelnen Windrädern einen Sicherheitsabstand, welcher fünf mal so groß ist als der Durchmesser eines Rotorblattes. Sprich bei Windkraftanlagen mit 300 Metern Höhe bedeutet das ein Abstand von 925 Metern (5x185m) zwischen den einzelnen Windrädern.</p> <p>Und nun das Verwerfliche: Für die Maschine gibt es einen Schutzabstand von über 900 Meter, aber für den Menschen sollen an geplanten Standort Siggener/Dorferwald 600 Meter ausreichen? Der Mensch wird schlichtweg der Maschine schutzlos ausgesetzt, um das politisch erklärte Ausbauziel irgendwie zu realisieren.</p> <p>5.4 Mikroplastik und Feinstaub</p> <p>Immer mehr umweltschädliche, gesundheitsgefährdende und</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>negative Eigenschaften der Windenergie kommen nach und nach ans Licht. Doch die deutsche Regierungspolitik im grünen Dauerwahn kümmert dies nichtmal peripher. Unbeirrt hält sie an ihrem massiven Ausbaukurs installierter Windkraftanlagen fest. Neueste Studienergebnisse zeigen jetzt auch noch auf, dass ausserdem Feinstaub und giftige Chemikalien durch die Anlagen unsere Umwelt zunehmend belasten. Dies geschieht, weil die Windräder pausenloser Erosion durch Wind, Regen, Hagel und Schnee ausgesetzt sind. Dadurch kommt es zum permanenten Abtrag der Schutzversiegelung von Masten und Rotoren. Zudem werden die Klingenblätter der unter anderem aus Polyester gefertigten Rotoren verschlissen. Dass dies der Fall ist, und sich nicht bestreiten lässt, räumt sogar der Bundestag ein.</p> <p>Selbst im normalen Regelbetrieb der Anlagen gelangen durch die witterungsbedingte Erosion der Rotorblätter also in einem großen Umkreis bedenkliche Mengen Mikroplastik und gesundheitsgefährdende Verbundstoffe über die Böden ins Erdreich, von dort ins Trinkwasser.</p> <p>Ganz konkret bedeutet dies: Ratzenried, Siggen und die gesamte Umgebung ist gesegnet mit vielen Quellen, Weihern, Seen, Flüssen und Bächen. Auch im Siggener/Dorferwald, in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Windkraftanlagen befinden sich Quellen. Diese als auch die umliegenden Gewässer sind gefährdet, durch den Feinstaub und das Mikroplastik kontaminiert zu werden. Das durch Mikroplastik belastete Wasser fließt dann wiederum über die Argen weiter bis hin in den Bodensee. Dieser dient als Trinkwasserspeicher für unzählige Gemeinden, Millionen von Menschen, Tag für Tag.</p> <p>Natürlich verbreitet sich das Mikroplastik auch über die Luft, und das sehr weiträumig. Im Allgäu ist die Milch- und Weidewirtschaft weit verbreitet. So auch am geplanten Standort der Windkraftanlagen in Ratzenried/Siggen. Angrenzend an den Siggener/Dorferwald befinden sich etliche landwirtschaftliche Flächen. Eine weitere Gefahr besteht also darin, dass über die Futtermittel für die Kühe das Mikroplastik</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>durch die Nahrungskette am Ende bei uns Menschen auf dem Teller landen.</p> <p>Eigentlich sollte heutzutage jedem bekannt sein, wie fatal Mikroplastik ist und wie schädlich es für unseren Körper ist. Mikroplastik sind kleinste Partikel, welche sich in Organen festsetzen können. Mehr noch, sie können bis in Immunzellen vordringen und sich an Eiweiße und Fette im Körper heften. Eingeatmet sind sie lungengängig. Mögliche Folgen: Entzündungen im Darm und in der Leber sowie die Entstehung von Krebs. Auch bei Tieren ist längst nachgewiesen, dass Mikroplastik im Körper der Hauptgrund für innere Verletzungen sind.</p> <p>Die Belastung für Umwelt, Mensch, Tier und Natur sind durch diese schleichenden Gebrauchs- und Abnutzungserscheinungen der Windkraftanlagen immens. Dies geschieht faktisch unsichtbar und kann durch nichts rückgängig gemacht werden. Ein ökologisches Fiasko.</p> <p>5.5 Havarie</p> <p>Havarien, durch Windkraftanlagen verursacht, sind keine Seltenheit. Erst in der jüngsten Vergangenheit war von einigen Fällen in der Presse zu lesen. Es stellt also im Allgemeinen eine reale Bedrohung und Gefahr dar. Und im Fall der Windkraftanlagen in Ratzenried/Siggen sogar eine besonders erhöhte. Zum einen, weil die Windkraftanlagen in einem Wald geplant sind, zum anderen weil sich Bewohnerinnen und Bewohner nur in 600 Meter Abstand befinden. Dies stellt ein unkalkulierbares Risiko dar. Auch hinsichtlich Havarien ist das immer weitere Verringern von Schutzabstände zur Wohnbebauung unverantwortlich.</p> <p>Wenn Anlagen in Brand geraten, so müssen diese oft „kontrolliert abbrennen“. In den Rotoren sind allerdings carbonfaserverstärkte Kunststoffe (CFK) verbaut, bekannt als „fiese Fasern“, welche ein potentiell Risiko bergen, das mit dem von Asbest vergleichbar ist. Die Flugasche besteht im Fall eines Brandes aus Kleinstpartikeln, die in die Lunge eindringen und Krebs verursachen können. Bei einem</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Brand kommt es also genau zu diesen giftigen Emissionen, welche erhebliche Gesundheitsrisiken bergen: Atemwegserkrankungen, Luftverschmutzung, Vergiftung der Böden. Auch dass Blitzeinschläge und dadurch Brände häufiger werden, liegt nahe.</p> <p>Eine weitere Gefahr besteht darin, dass schleudernde Bauteile des Windrads auf Grundstücke, Gebäude, Wälder, Wiesen und Felder, Infrastruktur oder sogar auf Mensch und Tier landen können. Dies birgt großes Unglück und Gefahr für Mensch, Flora, Fauna, Umwelt, Natur und Klima.</p> <p>Forschungen legen nahe, dass sich Mikroplastik-Artikel nicht nur im Gewebe und in den Organen ablagern, sondern auch die Blut-Hirn-Schranke durchdringen und bis ins menschliche Gehirn gelangen können. Bei einer Havarie treten solche Mikropartikel massenhaft auf, sie werden plötzlich augenfällig.</p> <p>Bürgerinnen und Bürgern, Grunstücksbesitzerinnen und Grundstücksbesitzer, Bewohnerinnen und Bewohner werden mit diesen Sorgen um vergiftete Böden, Zerstörung von Flora und Fauna sowie von Eigentum allein gelassen. Nicht einmal Katastrophenschutzpläne existieren , obwohl all dies ernst zu nehmende Bedrohungen darstellen</p> <p>Fazit Gesundheit</p> <p>Es gilt sich vor Augen zu führen, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit eines jeden (!), welches im Grundgesetz GG Artikel 2, Absatz 2 verankert ist, im Falle der Planung Windkraftanlagen in Siggener/Dorferwald mit Füßen getreten wird. Meines Erachtens ist dies weder gerecht, noch sinnvoll oder verantwortlich.</p> <p>Die reale Gesundheitsgefahr der Bürgerinnen und Bürger, der Tiere und der Umwelt werden weder beachtet noch kommuniziert, teils verschwiegen, vielmehr verharmlost oder sogar negiert. Die Gesundheit der Bevölkerung wird geopfert und untergeordnet. Dies darf nicht sein und kann nicht akzeptiert werden.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>6. Wertverlust von Immobilien und Grundstücke</p> <p>Ich, als Miteigentümerin des Grundstücks und Anwesens im Klinglerweg 5, Ratzenried, also in direkter Nähe zu den geplanten Windkraftanlagen, wäre unmittelbar von den Folgen dieser betroffen. Nicht nur die unter 5. Gesundheitsprobleme aufgelisteten Kriterien sind für mich von unmittelbarer Bedeutung und Belastung. Auch die Tatsache, dass das Grundstück und die Immobilie meiner Familie mit dem Bau der Windkraftanlagen im Siggener/Dorferwald einen hohen Wertverlust erleiden würde. All die gesundheitlichen Problematiken, den durchgängigen Lärmpegel, die visuelle Beeinträchtigung und bedrängende Wirkung sowie die Zerstörung des unmittelbar umgebenden Landschaftsbilds wirken sich negativ auf den Wert unsere Immobilie sowie unseres Grundstücks aus. Auch ein möglicher Verkauf würde deutliche Verluste verzeichnen. Hinzu kommt die persönliche Belastung.</p> <p>Wir, [Name anonymisiert] sind jedoch nicht die einzigen direkten Anwohnerinnen und Anwohner. Auch weitere Familien in unmittelbarer Nähe sind vom Wertverlust ihrer Immobilien und Grundstücke betroffen.</p> <p>7. Wirtschaftlichkeit</p> <p>Die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen hängt gewiss von etlichen differenzierten Faktoren ab. Dazu gehören in erster Linie die Standortbedingung, Investitionskosten, Betriebskosten, staatliche Förderungen, Strompreise und Finanzierungskonditionen.</p> <p>Doch von äußerster Bedeutung ist die Verfügbarkeit und Qualität der Windressourcen am jeweiligen Standort. Das dies im Siggener/Dorferwald nicht gewährleistet ist, wurde bereits unter 3. Windhöffigkeit erläutert. Hierzu lässt sich noch ergänzen, dass Windkraftanlagen allgemein als eine unzuverlässige Energiequelle gelten, da die Stromerzeugung stark vom Wetter abhängt. Dieses ist unberechenbar und auch wenn kein Wind weht oder die Räder der Windkraftanlagen aus anderem Grund still stehen, so bekommt der Betreiber dennoch seine Subventionen.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Dieses Projekt scheint lediglich ein Interessensprojekt von Seiten des Investors und Betreibers zu sein, um Subventionen, Förderprogramme und Steuervergünstigungen für sich zu beanspruchen. Die Rentabilität von Windkraftanlagen im Siggener/Dorferwald ist gewiss nicht vorhanden. Der Staat würde durch den Bau an diesem Standort ausgenutzt und ausgebeutet werden. Letztlich ist der Steuerzahler der Leidtragende.</p> <p>Sieht so eine Investition einer gemeinsamen Zukunft aus?</p> <p>Gesamtfazit</p> <p>Die oben erläuterten Kriterien sind nicht von der Hand zu weisen und triftige Gründe gegen die Planung der Windkraftanlagen in Ratzenried/Siggen. Die vorhandenen Konflikte sind eine große Gefahr für Mensch, Natur und Umwelt. Sie zeigen, dass Windkraftanlagen entsprechend dem Teilregionalplan Bodensee-Oberschwaben Kapitel 4.2. Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost viele negative, teils irreparable Folgen mit sich bringen würde. Es ist wichtig, diese Auswirkungen sorgfältig zu berücksichtigen und die vorhandenen Konflikte höher zu bewerten als die vermeintlichen „Eignungskriterien“.</p> <p>Ich erhebe in allen aufgeführten Punkten Einspruch gegen den oben genannten Teilregionalplan.</p>		
IV. 10294	344	<p>2. Widersprüche der Regierungsebenen und der Regionalplanung</p> <p>Die EU spricht in ihrer Habitatrichtlinie davon, dass die Förderung der Erhaltung der biologischen Diversität ihr Hauptziel sei. Doch betrachtet man die unter 1. Natur aufgeführten Konflikte mit der Planung der Windkraftanlagen im Siggener/Dorferwald, so wird deutlich, dass dieses Ziel der EU mit dem Bau der Windkraftanlagen nicht eingehalten werden kann, vielmehr verfehlt wird. Und das, obwohl es das Hauptziel ist und damit von besonderer Bedeutung</p> <p>Gleichzeitig besagt das EU-Recht, dass Windkraftanlagen nachhaltig seien und dass auf den Schutz von Umwelt und Böden Rücksicht genommen werde. Doch auch das ist ein Widerspruch in sich, wenn</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		man die unter 1. Natur aufgeführten Kritikpunkte an Windkraftanlagen berücksichtigt ist klar, welche negativen Folgen der Bau von Windkraftanlagen an dem besagten Standort für Umwelt und Boden mit sich bringt. Die Planung der Windkraftanlagen widerspricht jeglichem Ziel, der Erhaltung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts. Sowohl Klima, Luft, Boden und Wasser würden verschmutzt, ausgelaugt und zerstört werden.		
IV. 10294	345	Des Weiteren stellt für mich die Regionalplanung ein Widerspruch in sich dar: Die Fläche, die für die Windkraftanlagen als Vorrangfläche definiert wurde, wurde gleichzeitig als „Vorrangfläche für Naturschutz und Landschaftspflege, für die Sicherung eines möglichst zusammenhängenden Verbunds von Waldlebensräumen sowie aus Gründen der Erholungsvorsorge ausgewiesen“. Dieser Widerspruch ist äußerst unsinnig. Denn dieses Naturgut, welches laut Regionalplanung also eigentlich bewahrt und geschützt werden soll, würde durch den Bau der Windkraftanlagen zerstört werden.	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung			<p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10295	644	<p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf der folgenden genannten Teilpläne ein.</p> <p>(1) Dabei möchte ich im ersten Part insbesondere auf unsere Verfassung eingehen, welche in Artikel 2 GG ein garantiertes Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit festsetzt:</p> <p>(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.</p> <p>Die von Ihnen ausgewiesenen Vorranggebiete für Solarflächen (FFPV-437-025 Kreenheinstetten Nord-Ost, FFPV-437-028 Thalheim Nord Kreuzen und Leibertingen Süd Sohmerhof, FFPV-437-029, FFPV-437-083 Hohes Pfaffental) sowie die als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche widersprechen diesem und weiteren vom Gesetzgeber deklarierten Grundrechten. So ist nachgewiesen, dass Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung zu Dauerlärm führen und</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Menschen durch Infraschall enorm belastet, wodurch sie mittel- bis langfristig erkranken. Die überdimensional großen Solarflächen führen zu einer Überbauung und stark eingeschränkten Wahrnehmung. Die optische Dominanz der geplanten „schwarzen Wiesen und Felder“ und die nachgewiesenen entstehenden gesundheitlichen Belastungen durch den Windpark sowie der Blick auf die rund 290 Meter hohen überdimensionierten Tower führen zu psychischen Erkrankungen, welche nachgewiesener Maßen mittel- bis langfristig sich auch organisch negativ auswirken. Diese Faktoren beeinträchtigen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und auf ein gesundes Wohnumfeld.</p> <p>Die psychische Belastung durch das Gefühl der Hoffnungslosigkeit, des Im-Stich-Gelassen-Werdens durch den Gesetzgeber, des Nicht-Wahrgenommen-Werdens und des Weniger-Wert-Seins gegenüber anderer Menschen im RVBO-Gebiet ist enorm. Ich bin ohnmächtig und hilflos angesichts der Ignoranz, die man mir und meiner Familie entgegen bringt. So habe ich bis dato auf meine Einwände aus der ersten Runde kein Feedback Ihrerseits erhalten.</p> <p>Ich fasse zusammen: Ihre Vorhaben tangieren meine psychische sowie körperliche Unversehrtheit und machen krank. Sie schränken mich in meiner Freiheit ein!</p> <p>Artikel 3 geht auf die Gleichheit aller Menschen ein. Das beinhaltet auch deren „Heimat“ und deren „Tun“. Durch Ihre Planung spalten Sie Stadt- und Landbevölkerung und benachteiligen – mehr als deutlich die Landbevölkerung. Zudem belasten Sie die Landbevölkerung im Landkreis Sigmaringen deutlich stärker, als die anderer Landkreise. Das ist klar verfassungswidrig, da ich aufgrund meiner „Heimat“ diskriminiert werde und nicht gleich behandelt werde wie ein Mensch, in einer anderen Gegend des RVBO-Gebietes.</p> <p>Ich (er-)arbeite und leiste genauso viel, wie Menschen – beispielsweise im Bodenseekreis. Sie haben nicht das Recht, meine Arbeit und Leistung, die sich monetär im Eigentum widerspiegelt, als weniger Wert einzustufen, als die einer Person im Bodenseekreis oder gar diesen Wert zu mindern. Durch Ihre geplanten Maßnahmen werden Menschen ungleich behandelt und von Ihnen kategorisiert. Sie gefährden meine Existenz, meine Altersvorsorge und die meiner Familie.</p> <p>Als Mutter beziehe ich mich auf Artikel 6, Absatz (4): Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. Ihre Vorhaben sind weit fern dieses Schutzes und dieser Fürsorge, denn Sie greifen mich und meine Familie an. Fürsorgliches und</p>	<p>welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>verantwortliches Handeln beinhaltet Rücksichtnahme und die Anerkennung von nachgewiesenen gesundheitsschädigenden Fakten und Fakten, die zur Destabilisierung und Benachteiligung meiner selbst führen (vgl. auch Ausführungen im Absatz zu Artikel 2).</p> <p>Artikel 14 geht auf die Themen „Eigentum, Erbrecht, Enteignung“ ein. Durch Ihre geplanten Vorhaben in den o.g. Gebieten findet ein unmittelbarer Wertverlust meiner Immobilie statt, der bis zur Unverkäuflichkeit meiner Immobilie führt. Diese kalte Enteignung widerspricht unserer Verfassung, da diese ohne finanziellen Ausgleich für mich stattfindet und dadurch mein Leben und das Leben meiner Familie negativ beeinflusst oder gar existentiell bedroht.</p> <p>Bei Ihrer Entscheidung haben Sie sichtbar keine Neutralität gewahrt, wozu Sie letzten Endes aber verpflichtet sind. Denn genau das ist Ihre Aufgabe. Sie nehmen also Ihre Aufgabe nicht wahr, was (arbeits-)rechtlich bedenklich ist. Ihre geplanten Flächen decken sich mit denen, wo das Land in den RVBO-Gebieten am günstigsten ist und wo Sie am wenigsten Widerspruch erwarten können, sprich, wo am wenigsten Menschen mit entsprechend monetären Mitteln leben. Damit dienen Sie allein den Lobbyisten und Kapitalisten, jedoch nicht allen Menschen im RVBO-Gebiet gleichermaßen. Zudem all die verfassungswidrigen Ansätze. Das kann als diskriminierend bis hin zu korrupt deklariert werden, da sie weder ethisch noch moralisch verantwortlich handeln.</p> <p>Zusammenfassung: Ihr Vorhaben ist in mehreren Punkten verfassungswidrig und verletzt Menschenrechte.</p> <p>Ich fordere deshalb in diesem Zusammenhang: Eine Gleichbehandlung meiner Person gemäß der Verfassung. Alle Landkreise des RVBO-Gebietes müssen gleichermaßen bzw. zumindest annähernd gleichermaßen zur Energiewende beitragen. Keine kalte Enteignung; keine Wertminderung meiner Immobilie. Den Schutz meiner Existenz. Den gesundheitlichen Schutz meiner Person sowie meiner Familie. Den Schutz, der mir als Mutter durch die Gesellschaft via Verfassung zugedacht ist. Eine Gesundheitsverträglichkeitsprüfung. Eine umgehende Rückbaupflicht für Anlagen, die zu massiven Beschwerden führen. Für ein gesundes Wohnumfeld sorgen und Mindestabstände erhöhen – konkret die Einführung eines Mindestabstands von</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2.500 Metern zu Wohngebieten beider Maßnahmen.  Ein bundesweites Schutzgesetz für gesunde Wohnverhältnisse.  Ein bundesweites Verbot von Freiflächen-Photovoltaik, wenn es nicht privat oder kommunal gewünscht ist.  Eine Gesetzesvorlage zur Verpflichtung, dass PV auf bereits überbauten Flächen oder entlang von Autobahn- oder Zugtrassen stattzufinden hat.  Ein ernsthaftes Mitsprache- und Anhörungsrecht.</p> <p>(2)  Im zweiten Part möchte ich auf unser Besonderheit als Welt dichtzentrum des Rotmilans sowie auf den unverhältnismäßigen Eingriff in Natur- und Artenschutzgebiete eingehen. So befinden sich in der Region der Schwäbischen Alb nachgewiesenermaßen mehr als 4.500 Rotmilanpaare (Stand 2024) und damit ein Viertel der deutschen Population und rund 12 Prozent des europäischen Bestandes. Wir sind Teil dieser Region und als Naturparadies ein Rückzugsort der Rotmilane, von denen hier mindestens 300 Horste gezählt wurden. Diese Population gilt es zu schützen. Doch das von Ihnen ausgewiesene Vorranggebiet für Windkraft WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen würde diese Population stark zurückdrängen und verletzt Naturschutz- und Artenschutzrechte. Um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des zuvor genannten Teilplans ein.</p> <p>Ihre Planungen basieren auf veralteten umweltrechtlichen Grundlagen und stützen sich auf einen überholten Flächennutzungsplan (von 2017). Zudem haben Sie die Pflicht eine aktualisierte Umweltprüfung nachzuweisen, insbesondere hinsichtlich des Rotmilan-Dichtezentrums und anderer geschützter Greifvögel, welche hier zahlreich sind. Durch Ihren geplanten Bau von Windkraftanlagen zerstören Sie deren Lebensraum und töten diese Art. Sie kommen damit Ihrer Verantwortung des Schutzes der Population nicht nach und verstoßen damit gegen das Tötungsverbot bei einem Rotmilan-Dichtezentrum (§ 44 BNatSchG).</p> <p>Die geplante Ausweisung von Wind- und Solarflächen (u.a. WEA-437-011, FFPV-437-025 bis -083) betrifft zudem ökologisch hochsensible Gebiete, in denen zahlreiche gefährdete Arten leben. Die Planung widerspricht von daher dem Bundesnaturschutzgesetz (vgl. § 39) sowie europäischen Richtlinien und gefährdet das ökologische Netzwerk der Region. Zudem würden Brut-, Nahrungs- und Fluggebiete geschützter Arten wie die des Rotmilans, Schwarzstorchs und vorhandener Fledermauspopulationen durch die Windkraftanlagen massiv beeinträchtigt. Der Schutzstatus gemäß</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>§ 44 BNatSchG wird Ihrerseits missachtet.</p> <p>Ich fordere deshalb in diesem Zusammenhang eine Aussetzung der Planung, bis erforderliche aktuelle Prüfungen und Umweltberichte von unabhängigen Einrichtungen vorliegen sowie die Streichung der WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen und der FFPV-437-025 bis -083 aus Ihrem Planungsentwurf. Ich behalte mir vor, gegen Ihre Pläne im Falle einer Nichtberücksichtigung der Einwendungen den Rechtsweg zu beschreiten, insbesondere in Form einer Normenkontrollklage gemäß § 47 VwGO vor dem zuständigen Oberverwaltungsgericht.</p> <p>(3)</p> <p>Im dritten Part gehe ich auf bereits bestehende Flächennutzungs- und Landschaftsplänen der Gemeinde Leibertingen ein, zu denen Ihr Planungsentwurf für Vorrangflächen klar im Widerspruch steht. Deshalb fordere ich in diesem Zusammenhang die Anpassung an die bestehenden kommunalen Planwerke und die Rücknahme Ihrer übergeordneten Pläne. Tun Sie dies nicht, missachten Sie die kommunalen Planungshoheit und Selbstverwaltung (s. § 1 Abs. 4 BauGB).</p> <p>(4)</p> <p>Im vierten Part gehe ich auf den Verlust unserer Lebensqualität, dem Entzug unseres Lebensraumes, auf die Zerstörung unserer Heimat und unseres Wohnwerts ein. Ihre ausgewiesene Beplanung der Flächen WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen und der FFPV-437-025 bis -083 sind maßlos und unverträglich gegenüber Mensch und Natur, wodurch Sie keinerlei ethische und auch keinerlei soziale Verantwortung zeigen. Denn Windkraft und großflächige PV-Anlagen zerstören gewachsene Wohnumfelder, führen zu sozialem Rückzug, Heimatverlust und einem Gefühl der Ohnmacht. Menschen werden nachweislich durch die ständige visuelle Erinnerung der Dominanz der riesigen Windkraftanlagen sowie der „schwarzen Wiesen und Felder“ an eine ungewollte Umweltveränderung erinnert und erkranken. Dies kann zu permanentem Unwohlsein oder „gefühlter Entwertung“ des Lebensraumes führen und in Depressionen bis hin zum Suizid münden.</p> <p>Ich fordere in diesem Zusammenhang eine Rücksichtnahme auf das soziale Gefüge, die Wahrung des Wohn- und Lebensraums und die Streichung der WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen und der FFPV-437-025 bis -083 aus Ihrem Planungsentwurf. Die</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Energiewende darf nicht auf Kosten von Natur, Gesundheit und ländlichem Lebensraum erfolgen. Eine sozial- und umweltverträgliche Planung ist zwingend erforderlich.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10296	645	<p>im Anhang erhalten Sie den Einspruch gegen den geplanten Windpark im Diepoldshofener Wald. Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Einspruch gegen den geplanten Windpark bei Diepoldshofen</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>auf diesem Wege, legen wir gegen den geplanten Windpark im Diepoldshofener Wald Einspruch ein und möchten klare Stellung beziehen.</p> <p>Wir sind ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb in 10. Generation. Wir haben drei Kinder [Name anonymisiert] . Seit dem Jahr 2014 haben wir unseren Betrieb erweitert mit einem weiteren Betriebszweig „Ferienwohnung auf dem Bauernhof“. Wir wurden nun in den vergangenen drei Jahren in Folge ausgezeichnet zum [Inhalt anonymisiert] . Familien, sowie aber auch erholungssuchende Paare von nah und fern, finden hier bei uns auf dem [Name anonymisiert] ein Stückchen unberührte Natur umgeben von Wald, Wiesen und den Bergen - kurz gesagt ein wunderschönes Allgäu.</p> <p>Unser [Name anonymisiert] befindet sich in unmittelbarer Nähe zu dem geplanten Windpark. Der geplante Windpark würde eine erhebliche Beeinträchtigung in unserer Lebensqualität als Familie, aber auch die unserer Tiere am Hof- der Tiere im Wald und unserer Urlaubsgäste darstellen.</p> <p>Wir wohnen und arbeiten hier am Hof, sind 24 Stunden am Tag einsatzbereit 7 Tage die Woche. Wir selber als Familie können nicht mal schnell an einen anderen Wohnort ziehen oder eine Auszeit/Urlaub machen. Wir sind oft wegen der Tiere oder Ernte auch nachts am Arbeiten. Wenn wir dann zur Ruhe kommen,</p>	<p>Zum Thema "CenterParks Allgäu": Die Aspekte der Schutzgüter "Landschaft" und "Mensch/Erholung" sowie die Belange des Tourismus sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie in der Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie).</p> <p>Der Regionalverband hat das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Die Besonderheiten der Region Bodensee-Oberschwaben sind in diesem Fachbeitrag "Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft", erstellt vom Büro PAN (Planungsbüro für angewandten Naturschutz GmbH), berücksichtigt. Es bewertet die potenziellen Auswirkungen von Freiflächensolaranlagen und Windenergieanlagen auf das Landschaftsbild und die Erholungsfunktion der Landschaft. Eine überdurchschnittliche Konfliktintensität mit dem Landschaftsbild / mit der Erholungsfunktion wurde im Planungskonzept als Konfliktkriterium berücksichtigt. Ein Ausschlusskriterium liegt damit aber nicht vor. Eine solche Einstufung entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang).</p> <p>Die o.g. Belange wurden somit gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dann sollte dies auch ohne Lärmbelästigung - Schattenschlag und Infraschall gegönnt sein. Gesundheit ist das wichtigste Hab und Gut und das muss geschützt werden und geschützt bleiben! Sehr viele Kinder mit Beeinträchtigung übernachten hier bei uns auf Grund des Angebots der bewegten Logopädie hier in der Region - bewusst stellen die Familien die Übernachtungsanfrage bei uns und nicht im Dorf oder der Stadt. Genau dieser Personenkreis ist ebenfalls besonders zu schützen.</p> <p>Wenn wir abends zur später Stunde draußen sind, sehen wir auf der großen Grünfläche nahe Wald sehr viele Rehe und Wildtiere - auch der Rotmilan ist hier und kreist über den Hof. Der Lebensraum dieser Tiere wird schlicht weg zerstört. Der Wald bedeutet Lebensraum für Wildtiere ein Rückzugsort für bedrohte Arten und ganz klar ein Erholungsgebiet auch für uns Menschen. Der Einklang zwischen Mensch - Tier und Natur wird ohne Rücksicht auf Verluste zerstört.</p> <p>Auch in Leutkirch der beliebte und sehr gut besuchte CenterParks Allgäu wirbt mit dem wunderschönen, einzigartigen Landschaftsbild - das Allgäu. Vermutlich möchten diese auch weiterhin viele Gäste beherbergen und verwöhnen. Unsere Gäste vor allem Feriengäste die aus Windradregionen anreisen kommunizieren ganz klar. „Die Windräder haben wir in unserer Heimat - die wollen wir im Urlaub nicht“ und suchen sich ein anderes Urlaubsziel. Wir haben uns in den letzten Monaten intensiv mit dem Thema beschäftigt und waren/sind mit Familien im Austausch die mit den Windrädern leben „müssen“ und uns aus Ihrer Sicht berichten - das sind betroffene Familien und die sagen ganz klar - das es eine enorme Beeinträchtigung der Lebensqualität ist, auch der Carbonabrieb ist groß und</p>	<p>Die Anregung bezieht sich darüber hinaus auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nachgewiesen. Die Glasfaserteilchen befinden sich dann im Grundwasser in den Wiesen und Feldern - und nehmen wir Menschen im Kreislauf der Natur in unserer Ernährung wieder auf.</p> <p>Ich selber [Inhalt anonymisiert] weiß ganz klar, dass ein solches Windrad nicht zu löschen ist und für die Umwelt eine Katastrophe. Geht eine Turbine in Flammen auf - verteilen sich die Trümmerteile auf runp 160 Hektar fruchtbaren Boden, der bisher gehegt und gepflegt wurde. Eine Bewirtschaftung wird über viele Jahre nicht mehr möglich sein.</p> <p>Bei uns ist es nicht nur eine Wertminderung der Immobilie und des Bauernhofes. Es steckt ein von einer jungen Familie geführtes Unternehmen - ein Generationenbetrieb dahinter. Kann ein solcher Betrieb zukunftsorientiert weitergeführt werden bzw. kann dieser unter solchen Umständen von einer weiteren Generation übernommen und fortgeführt werden? Vermutlich besteht hier dann kein Interesse mehr.</p> <p>Im Bundestag wird von Energiewende gesprqchen und Nachhaltigkeit. Hier im Allgäu sollen demzufolge Altbestände an Wälder riesige Bäume abgeholzt werden, damit große Flächen an Beton in den Wald gegossen werden können - das Landschaftsbild wird auf Generationen zerstört. Ist das Naturschutz?</p> <p>Ich [Inhalt anonymisiert] . Ich trage 1T1it die Verantwortung für diesen Wald - für diese Natur und demzufolge auch für die Tiere, die in diesem Wald Beheimatung finden, sowie auch für meine Familie und unseren Familienbetrieb.</p> <p>Daher sage ich, [Inhalt anonymisiert] und Unternehmer und Gastgeber auch im Namen meine Familie ganz klar und deutlich KEINE Windkraftanlagen im Diepoldshofener Wald.</p>	<p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10296	1235	Es geht nicht nur um Landschaft und Natur - es geht um Geschichte im Diepoldshofener Wald. Am 26.04.2025 fand zum 80. Jahrestag der Kriegsofener eine Gedenkwanderung mit Musikkapelle und Kranzniederlegung statt. Im Jahr 1945 wurden dort junge Männer ermordet - es befindet sich in diesem Wald die Ruhestätte der jungen Soldaten die auf schreckliche Art und Weise ihr kostbares Leben und Ihre Familie zurück lassen mussten. An diesem besonderen Ort der Stille und Gedenken sollen nun Betonmischer rollen?	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	Kenntnisnahme
IV. 10296	1236	Der Diepoldshofener Wald ist „schützenswert“; und mit einigen Schutzgebieten versehen auch mit Wasser!!!	Bezüglich Grundwasserschutz im VRG 436-030 wird auf die Abwägung zur BE ID 427 verwiesen.	Keine Berücksichtigung
<b>Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung</b>				
IV. 10297	646	<p>Stellungnahme zur zweiten Anhörungsphase – Teilregionalplan Energie Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Gemarkung Bad Waldsee   Vorranggebiete „WEA-436-007 Osterhofen“ &amp; „WEA-436-019 Urbach“</p> <p>I. Veraltete gesetzliche Grundlage Gesetzliche Basis: EEG 2022, Wind-an-Land-Gesetz 2022 (1,8 % Flächenziel BW), Klimaschutzgesetz BW 2023. Neuer Koalitionsvertrag 2025: Betont strikte Wirtschaftlichkeits- und Effizienzprüfung auch in windschwachen Regionen, Überprüfung des Referenzvertragsmodells zur Vermeidung unwirtschaftlicher Standorte. Folgerung: Fortschreibung auf Basis der Zielvorgaben von 2021 ist nicht mehr tragfähig. Planung muss vollständig an die Effizienzziele 2025 anknüpfen und Kosteneffizienz zum Prüfungsmaßstab erheben.</p> <p>II. Allgemeine Einwände zu Bad Waldsee</p> <p>Überlastung &amp; Umzingelung – &gt; 20 WEA in Hanglage: freie Weitblicke zu Tal- und Hangseiten werden eingeschränkt, Hangabgewandten Blickräume ebenfalls überstellt. – Angrenzende Vorranggebiete Donau-Iller erhöhen die räumliche Dichte weiter und widersprechen dem Grundsatz „dezentraler Konzentration“ sowie der „Vermeidung lokaler</p>	Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Überlastungen“.</p> <p>Immobilienwert &amp; Eigentumsrechte</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Kreditinstitute dokumentieren signifikante Wertminderungen in WEA-Nähe.</li> <li>– Eingriff in Eigentumsrechte ohne adäquate Kompensation ist sozial und rechtlich höchst bedenklich.</li> </ul> <p>Sozialer Frieden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ursprüngliche Planung (6–8 Anlagen) wurde faktisch auf &gt; 20 WEA ausgeweitet.</li> <li>– Dies führt zu massivem Misstrauen und Konflikten in der Nachbarschaft, gefährdet langjährige zwischenmenschliche Beziehungen.</li> <li>– Erforderlich: Beteiligungsmodell (Projektgesellschaft) aller Betroffenen und Begrenzung der Anlagenzahl.</li> </ul> <p>III. Windleistungsdichte: Kritik am Windatlas Baden-Württemberg</p> <p>Die zentrale Planungsgrundlage – der Windatlas Baden-Württemberg 2019 – weist drastische und physikalisch unplausible Diskrepanzen gegenüber dem bayerischen Windatlas 2021 auf. Eine Untersuchung entlang der Landesgrenze zeigt: Unterschiede bis Faktor 2 in mittlerer Windgeschwindigkeit und gekappter Windleistungsdichte schon bei wenigen hundert Metern Abstand .</p> <p>Beispiele:</p> <p>Isny im Allgäu: BW 7,71 m/s vs. BY 6,12 m/s; WLD 433,8 W/m² vs. 266 W/m² (? +63 %) .</p> <p>Leutkirch: BW 314,97 W/m² vs. BY 168 W/m² (? +87 %) .</p> <p>Physikalische Messdaten (DWD 1981–2000) belegen hingegen eine Stetigkeit der Windgeschwindigkeit über die Grenze hinweg.</p> <p>Fazit: Die BW-Windatlas-Daten sind offenbar von systemischen Modellartefakten geprägt, die die Standortbewertung unwissenschaftlich verzerren.</p> <p>Folgerung: Planung darf nicht auf einem offensichtlich fehlerhaften Windatlas beruhen. Es ist zwingend eine transparente, vergleichende Neuaufnahme der Windverhältnisse mit validierten Messreihen und konsistenten Modellen vorzunehmen.</p> <p>IV. Spezifische Einwände zu „WEA-436-007 Osterhofen“</p> <p>Geologie – vormoorlicher Quellklei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Fundstellen vormoorlichen Quellk leis im „Weiten Ried“ belegen hydrologisch sensible Stauschichten.</li> </ul>	<p>Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs</p> <p>Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>– Risiken: Setzungen, aufwendige Pfahlgründungen, Störung des Wasserhaushalts, mögliche Verbots-Tatbestände (§ 44 BNatSchG).</p> <p>– Forderung: Ausschluss oder enge Restriktionen für Quellklei-Vorkommen; strikte Einzelfall-Bodenprüfungen.</p> <p>Umzingelung</p> <p>– Siedlungsrandlagen in Hanghöhe sind auf die talwärts gerichteten Blickrichtungen angewiesen, die nun durch WEA-Reihen überplant werden.</p> <p>– Ergänzend: Schattenwurf und Flickereffekte verschärfen die optische und psychische Belastung.</p> <p>V. Spezifische Einwände zu „WEA-436-019 Urbach“</p> <p>Vulnerable Gruppen – CI-Träger</p> <p>– Mehrere Cochlea-Implantat-Träger wohnen im Umkreis von nur 600 m zu geplanten Anlagen.</p> <p>– Infraschall (&lt; 20 Hz) kann physiologisch wirksam sein (Salt &amp; Lichtenhan 2014) und über das Implantat irritierende Wahrnehmungen auslösen.</p> <p>– Viele Länder fordern <math>\geq 1.500</math> m Abstand, die Planung sieht nur 750 m vor.</p> <p>– Forderung: Unabhängige Gutachten zu Infraschall-Effekten auf CI-Träger; Vergrößerung der Mindestabstände in Urbach.</p> <p>VI. Zusammenfassung &amp; Forderungen</p> <p>Aussetzung der Flächenausweisung für Haistergau/Bad Waldsee bis zur rechtskonformen Aktualisierung der Planungsgrundlagen nach Koalitionsvertrag 2025.</p> <p>Neubewertung aller Vorrangflächen unter:</p> <p>Wirtschaftlichkeits- und Effizienzprüfung (insbesondere Windleistungsdichte).</p> <p>Validierung des Windatlases mittels DWD-Messreihen und konsistenten Modellen.</p> <p>Geologische Sensibilisierung: Ausschluss vormoorlicher Quellklei-Zonen („Osterhofen“).</p> <p>Schutz vulnerabler Gruppen: Anpassung der Abstände für CI-Träger („Urbach“), unabhängige Infraschall-Studie.</p> <p>Soziale Akzeptanz: Begrenzung der Anlagenzahl, Bürgerbeteiligung, Projektgesellschaften.</p> <p>Fazit: Eine Planung, die auf veralteten Gesetzen, ineffizienten Windatlas-Daten und unzureichender Bürgerverträglichkeit basiert, ist weder ökonomisch noch ökologisch verantwortbar und</p>	<p>wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		gefährdet das Vertrauen in die Energiewende.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10298	461	<p>Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens Teilregionalplan Windkraft des Regionalverbands zum Vorranggebiet Wald WEA-437-025</p> <p>mit dieser Stellungnahme möchte ich meinem ausdrücklichen Widerspruch gegen die geplante Errichtung eines Windparks im großen Waldgebiet im Besitz [Name anonymisiert] Ausdruck verleihen.</p> <p>Das betroffene Areal stellt ein bedeutendes ökologisches Rückgrat der Region dar. Der Wald ist Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, dient als CO<sub>2</sub>-Speicher, Wasserfilter und klimaregulierender Faktor – nicht zuletzt aber auch als Naherholungsgebiet für die hier lebenden Menschen.</p> <p>Die Pläne zur Errichtung eines Windparks in diesem sensiblen Gebiet widersprechen in eklatanter Weise dem Ziel eines ganzheitlichen und nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutzes. Der tiefgreifende Eingriff durch Rodung, Bauarbeiten, Zufahrtswege und dauerhafte Lärmemissionen stellt eine erhebliche Bedrohung für dieses Ökosystem dar.</p> <p>Besonders kritisch sehe ich, dass wirtschaftliche Interessen offenbar das zentrale Motiv für die Erschließung dieses Gebietes darstellen. Als Eigentümer sollte [Name anonymisiert] eine besondere Verantwortung gegenüber der Natur und der Öffentlichkeit tragen – nicht zuletzt angesichts der historischen und gesellschaftlichen Stellung seines Hauses. Der Eindruck, dass persönlicher Gewinn über den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen gestellt wird, ist für viele Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar und äußerst enttäuschend.</p> <p>Ergänzend fordere ich – unabhängig vom weiteren Verlauf des Projekts – die verbindliche Einplanung substantieller Ausgleichszahlungen zugunsten von Umwelt und Allgemeinheit, die über das betroffene Grundstück hinauswirken.</p> <p>Konkret schlage ich folgende Maßnahmen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Finanzierung regionaler Renaturierungsprojekte wie die Wiedervernässung von Moorflächen oder Aufforstungen mit</li> </ul>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>klimaresistenten Mischwäldern.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Einrichtung eines lokalen Naturschutzfonds, aus dem langfristig kommunal gesteuerte Naturschutzprojekte finanziert werden.</li> <li>Zahlungen zur Förderung von Umweltbildung an Schulen und Initiativen in der Region.</li> <li>Bereitstellung von Kompensationsflächen außerhalb [Inhalt anonymisiert] , um glaubwürdige ökologische Wiedergutmachung sicherzustellen.</li> <li>Gemeinwohlorientierte Investitionen in die Infrastruktur der umliegenden Kommunen, etwa in Radwege oder grüne Erholungsräume.</li> </ul> <p>Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Belastung der Region zumindest abzumildern und ein Mindestmaß an Verantwortung gegenüber Natur, Gesellschaft und zukünftigen Generationen sicherzustellen.</p> <p>Ich fordere daher nachdrücklich, das Vorhaben in seiner jetzigen Form zu stoppen – und für den Fall einer Fortführung zumindest die genannten Ausgleichsmaßnahmen verpflichtend zu verankern.</p>	<p>Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10299	647	<p>Stellungnahme zum geplanten Teilregionalplan Windenergie im Bereich Bad Waldsee</p> <p>mit dem aktuellen Entwurf des Teilregionalplans Windenergie soll der Anteil geeigneter Flächen auf 1,8 % der Regionsfläche erhöht werden – ein Ziel, das aus klimapolitischer Sicht nachvollziehbar erscheint. Dennoch wirft die Umsetzung im konkreten Fall des Raums Bad Waldsee erhebliche Bedenken auf, die aus planerischer, ökologischer sowie wirtschaftlicher Sicht einer kritischen Prüfung bedürfen.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>1. Unzureichender Schutz von Wasserschutzgebieten</p> <p>Ein zentrales Problem stellt die geplante Ausweisung von Windkraftstandorten in unmittelbarer Nähe oder innerhalb von Wasser- und Naturschutzgebieten dar. Diese Bereiche dienen dem Schutz unserer wichtigsten Ressource – dem Trinkwasser. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in solchen sensiblen Gebieten birgt Risiken, etwa durch Bodeneingriffe oder mögliche Schadstoffeinträge während der Bauphase. Ein solcher Eingriff widerspricht dem Grundsatz der Vorsorge im Umweltrecht.</p> <p>2. Geringer Abstand zu Wohngebieten</p> <p>Ein weiteres kritisches Thema ist der geringe Abstand zu bestehenden Wohnsiedlungen. Die gesundheitlichen Auswirkungen durch Lärm, Schattenwurf und Infraschall sind nicht abschließend geklärt und verursachen berechnete Sorgen bei den Anwohnern. Planungen dieser Art ohne ausreichende Abwägung sozialer Akzeptanz gefährden nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Akzeptanz der Energiewende insgesamt.</p> <p>3. Nicht ausreichend geprüfte Alternativstandorte</p> <p>Es entsteht der Eindruck, dass Alternativstandorte nur unzureichend berücksichtigt wurden. Gerade weniger konfliktbehaftete Gebiete, etwa entlang von Infrastrukturachsen oder in bereits vorbelasteten Flächen, sollten bevorzugt geprüft werden. Stattdessen konzentriert sich die Planung auf vergleichsweise unberührte Gebiete wie das Osterhofer Ried.</p> <p>4. Überkapazität durch PV-Ausbau – insbesondere im Sommer</p> <p>Mit dem stark zunehmenden Ausbau von Photovoltaikanlagen, insbesondere auf Dächern und in Freiflächen, ist in den Sommermonaten bereits heute eine hohe Stromproduktion gegeben. Eine weitere, nicht abgestimmte Einspeisung aus Windkraftanlagen kann zu Überkapazitäten führen – gerade zu Zeiten, in denen der Bedarf nicht entsprechend hoch ist.</p>	<p>Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>5. Strompreiserhöhung durch Abschaltungen</p> <p>Diese Überkapazitäten führen nicht nur zu technischen Problemen im Netz, sondern auch zu wirtschaftlichen: Durch die sogenannte Abregelung (Stillstand von Anlagen bei Netzüberlastung) entstehen Entschädigungszahlungen, die letztlich auf die Stromkunden umgelegt werden. Eine solche Entwicklung läuft dem Ziel bezahlbarer Energie zuwider.</p> <p>6. Ungeeignete Bodenverhältnisse im Osterhofer Ried</p> <p>Das Osterhofer Ried als geplanter Standort weist feuchte, moorähnliche Bodenverhältnisse auf. Der Bau schwerer Fundamente für Windkraftanlagen in solchen Gebieten ist technisch anspruchsvoll, ökologisch bedenklich und mit hohem Eingriffsaufwand verbunden. Zudem gefährdet der Eingriff das dortige empfindliche Ökosystem, das unter besonderem Schutz stehen sollte.</p> <p>Fazit</p> <p>Die Energiewende ist notwendig und muss vorangetrieben werden – aber nicht um jeden Preis. Der vorliegende Teilregionalplan Windenergie für den Bereich Bad Waldsee bedarf einer sorgfältigeren, ökologisch und sozial ausgewogeneren Prüfung. Der Schutz von Mensch, Natur und wirtschaftlicher Tragfähigkeit darf nicht hinter pauschalen Flächenvorgaben zurücktreten.</p>	<p>C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10299	1290	<p>7. Flächenziel über Inhalte gestellt</p> <p>Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass es bei der Standortwahl primär darum geht, das pauschale Flächenziel von 1,8 % zu erfüllen – unabhängig von den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort. Eine solche Flächenpolitik nach dem Prinzip "Masse statt Klasse" untergräbt die Akzeptanz für die Energiewende und konterkariert den eigentlichen Zweck der Raumplanung, nämlich eine ausgewogene, nachhaltige Entwicklung zu sichern.</p>	<p>Die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie im Teilregionalplan Energie dient der Steuerung und raumordnerischen Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen sowie dem Erreichen des gesetzlich festgelegten Flächenbeitragswerts von 1,8 % der Regionsfläche für Windenergie an Land. Wenn dieser Flächenbeitragswert nicht erreicht wird, gelten nach Ablauf des jeweiligen Stichtags die Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 Baugesetzbuch, d.h. Windenergieanlagen wären im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Baugesetzbuch privilegiert zulässig und Darstellungen in Flächennutzungsplänen, Ziele der Raumordnung sowie sonstige Maßnahmen der Landesplanung könnten einem Vorhaben nach § 35 Absatz 1 Nummer 5, das der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dient, nicht entgegengehalten werden. Räumliche Steuerungsoptionen auf regionaler und kommunaler Ebene, wo Windenergieanlagen errichtet werden können, würden damit hinfällig. Die Steuerungswirkung der vorliegenden Teilfortschreibung ist damit unmittelbar vom Erreichen des Flächenbeitragswerts abhängig.</p> <p>Die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort wurden durch die schrittweise Anwendung von Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung Teilregionalplan Energie) sowie durch die Umweltprüfung für die Ebene der Regionalplanung angemessen berücksichtigt.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie in der Begründung zu PS 4.2.1, auf die Kriterienkataloge in der Anlage zur Begründung und auf den Umweltbericht zur 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10300	648	<p>als Bürger der Ortschaft Haisterkirch erheben ich nachfolgende Einwendungen gegen die Ausweisung von Vorranggebiet für Windenergie im Haistergau.</p> <p>1. Auswirkungen vor Ort</p> <p>Das Ergebnis der strategischen Umweltprüfung Osterhofen kommt zusammengefasst zu dem Ergebnis, dass Windenergieanlagen – und hier geht es noch nicht um die Anzahl – zu erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern führt und</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Artenschutzbelange in erheblichem Maß beeinträchtigt sind. Inzwischen ist bekannt: Es geht nicht nur um Einzelanlagen, sondern um einen Windpark mit bis zu 30 Anlagen à 300 Meter Höhe in unmittelbarer Nähe von vier Ortschaften.</p> <p>Abstand: Trotz geplanter Mindestabstände sind gesundheitliche Risiken nicht auszuschließen und nicht absehbar. Infraschall-Studien zeigen keine eindeutige Entwarnung, viele Bundesländer halten Mindestabstände von <math>\geq 1.500</math> m für notwendig. Die Flächenplanung geht von lediglich 750 m Abstand aus. Das Argument für die Reduzierung des Mindestabstands ist laut Dr. Heine dem Umstand geschuldet, dass anders das vorgegebene Flächenziel (was nach den Vorgaben des neuen Koalitionsvertrags voraussichtlich wegfallen wird) nicht zu erreichen sei. Mit einer Angemessenheitsprüfung unter Berücksichtigung der Bürgerbelange, hat das nichts zu tun. Es sind angemessene Abstände einzuhalten auch unter visuellen Gesichtspunkten. Vergleicht man die Flächenausweisungen des Regionalverband Bodensee Oberschwaben mit Regionalverband Donau Iller wird deutlich, dass die angrenzenden Ortschaften geradezu in ein Meer von Windrädern getaucht werden sollen – soweit und wohin das Auge reicht. Das ist nicht verhältnismäßig!</p> <p>Erfahrungswerte für derart große Windparks im Binnenland fehlen bislang, nachhaltige Beeinträchtigungen können deshalb umso weniger ausgeschlossen werden. Auch deshalb sind im Rahmen einer verantwortungsvollen Entscheidungsfindung zu erwartenden Änderungen aufgrund der Vorgaben im Koalitionsvertrag abzuwarten, bevor gesundheitliche Beeinträchtigungen billigend in Kauf genommen werden.</p> <p>Wertverlust von Immobilien:  Windkraftanlagen und insbesondere ein Windpark des hier geplanten Ausmaßes führen zu erheblichen Wertverlusten der Häuser im Umkreis. Die Aussage von Dr. Heine, dass es keine Wertverluste gäbe, ist ganz offenkundig nicht haltbar. Banken dokumentieren bei Kreditvergaben signifikante Wertminderungen von Immobilien in der Nähe geplanter Windparks. Die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Immobilienwerte wurden bereits in mehreren Studien untersucht. Eine umfassende Analyse von Frondel et al. (2018) zeigt: Der durchschnittliche Preiserückgang für Immobilien innerhalb eines Kilometers von einer Windkraftanlage beträgt bis zu 7,1 %. Hier steht ein Windpark mit bis zu 30 Windkraftanlagen in Rede. Der Wertverlust dürfte um ein Vielfaches höher liegen. In ländlichen Gebieten sind Preiserückgänge von bis zu 23 % ermittelt. Ruhr Economic Papers: Local Cost for Global Benefit: The Case of Wind Turbines</p> <p>Auch das ist angesichts einer zu erwartenden Rechtsänderung nicht</p>	<p>B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>hinzunehmen.</p> <p>Gesundheitsbeeinträchtigung</p> <p>Infraschall und niederfrequenter Schall Wissenschaftlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die im Betrieb von Windkraftanlagen entstehenden niederfrequenten Schallwellen (Infraschall) zu gesundheitlichen Beschwerden führen und Auswirkungen auf den Schlaf, Stresslevel, Herz-Kreislauf-System und allgemeines Wohlbefinden haben. Insbesondere da die Höhe von 300?m potenziell weitreichende Schallfelder erzeugen kann, besteht das Risiko, dass auch bei einem Mindestabstand von 750?m Effekte nicht vollständig auszuschließen sind. Zu berücksichtigen ist hier insbesondere auch der Umstand, dass die anliegenden Wohngebiete am Hang liegen. Die Argumentation, dass es keine validen Studien zu Beeinträchtigungen gäbe, verkennt, dass der Maßstab sein muss, gesundheitliche Beeinträchtigungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen.</p> <p>Schattenwurf und Flimmereffekte (Shadow Flicker) Die Drehbewegung der Rotorblätter führt zu periodischem Schattenwurf, der als Flimmern wahrgenommen wird. Dieser Effekt kann zu Unruhe und Irritationen führen, wenn die Sonneneinstrahlung von den hohen Turbinen beeinflusst wird.</p> <p>Elektromagnetische Felder (EMF) Technisch bedingt entstehen im Betrieb der Windanlagen elektrische und magnetische Felder. Auch wenn wissenschaftliche Untersuchungen derzeit noch keine eindeutigen gesundheitsschädlichen Wirkungen belegen, kann der mögliche Einfluss solcher Felder – insbesondere bei Anlagen, die nahe Wohngebieten errichtet werden – nicht ausgeschlossen werden. Auch hier gilt das oben Gesagte.</p> <p>Konzentration von Betriebsgeräuschen Betriebsgeräusche eines Windparks der geplanten Größe können, insbesondere bei windschwachen Bedingungen, störender wahrgenommen werden, da die menschliche Wahrnehmung besonders im Vergleich zu anderer Umgebungslärmarten sensibel reagieren kann. Auch das ist ein potenzieller Risikofaktor für Stress und Schlafstörungen.</p> <p>Auswirkungen auf die Natur</p> <p>Störung der Tierwelt Windkraftanlagen stellen eine Gefahr für Vögel und Fledermäuse dar. Die großen, sich langsam drehenden Rotoren und die sich ändernden Luftströmungen bieten ein potenzielles Kollisionsrisiko,</p>	<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>während gleichzeitig der Lebensraum durch die Anlagen und zugehörige Infrastruktur fragmentiert wird. Zu beachten ist hier insbesondere, dass die geplanten Standorte für die Windkraftanlagen Lebensraum und Durchzugsgebiet für seltene Vogelarten sind. Die Standorte sind in einem Ried geplant, das Vogelschutzgebiet ist.</p> <p>Schutz des Wurzacher Ried</p> <p>Das Wurzacher Becken wurde als größtes intaktes zusammenhängendes Hochmoor Mitteleuropas mit dem Europadiplom ausgezeichnet. Es liegt in einem geringen Abstand von nur circa 3,5 km zum geplanten Windpark im Haistergau und wird deshalb sowohl von der Erwärmung, die die Luftverwirbelungen der Rotoren mit sich bringen, als auch von dem Mikroplastik, das von den Rotoren abfällt, betroffen sein.</p> <p>Beeinträchtigung des Erholungswerts</p> <p>Einmal installiert, verändern die massiven Windräder – auch bei ausreichendem Abstand – die visuelle und akustische Qualität der Umgebung. Insbesondere in ländlichen, von Natur und Erholung geprägten Regionen führt das zur Verringerung der regionalen Attraktivität als Erholungsgebiet. Bad Waldsee ist Kurgebiet! Der Windpark hat negative Auswirkungen auf touristische Einnahmen und langfristige Investitionen in die Region.</p> <p>Wasserschutz</p> <p>Die Windräder im Haistergau sind in der Nähe von landwirtschaftlichen Flächen und einem Wasserschutzgebiet geplant sind. Die Rotorblattbeschichtungen von Windrädern enthalten PFAS, eine als extrem gesundheitsschädlich eingestufte Ewigkeitschemikalie. Beim Betrieb der Anlagen entsteht ein PFAS Abrieb. Abgetragene Partikel verteilen sich über mehrere Kilometer, können in Böden einsickern und über den Regen in Gewässer gelangen. Studien gehen von einem Abrieb von bis zu 150 kg pro Anlage pro Jahr aus?. Auch wenn es keine einheitlichen Studien gibt, kann Entscheidungsgrundlage sicherlich nicht sein, dass es nur wenig Abrieb gibt – geht es um Gesundheit muss Ansatzpunkt eher der worst case als der best case sein! Die geplanten Windkraftanlagen liegen im Bereich von Grundwasser vorkommen und Wasserschutzgebieten. In Wasserschutzgebieten der Zone 1 ist der Bau von Windkraftanlagen verboten. Da PFAS Abrieb sich über mehrere Kilometer verteilt ist, muss davon ausgegangen werden, dass Wasserschutzzonen betroffen sind.</p> <p>Eine sofortige Aussetzung der Flächenausweisung für den Haistergau. Zum jetzigen Zeitpunkt auf der Grundlage von Gesetzen, die auf Basis des neuen Koalitionsvertrages Änderungen erfahren werden, Flächen auszuweisen, macht keinen Sinn. Insbesondere nicht im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigung von</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Schutzgütern, von der die strategische Umweltprüfung des Regionalverbandes ausgeht.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10301	352	Aufrechterhaltung der Einwendungen vom 11.3.2024 gegen das Plangebiet für Windkraft Ratzenried-Ost 1.) die Einwendungen vom 11.3.2024 halte ich aufrecht. Befremdend ist, dass auf die Details der Einwendungen nicht eingegangen wurde, so z.B. auf das, was ich zur Einschätzung des Bundesrechnungshofes unter P. 12, Zeilenziffern 782-851 sowie unter P. 13 Windhöffigkeit, Zeilen 855-868, geschrieben hatte. Bedauerlich ist, dass die betroffenen Bürger wohl keine Klagemöglichkeit gegen die Beschlüsse des Regionalverbandes haben, auch wenn Sie sich auf das Altrip-Urteil und die Aarhus-Konvention berufen wollen, auch wenn die Windenergie lt. Bundesrechnungshof als „geringe gesicherte Leistung“ bezeichnet wird. Offenbar hat das LplG die Mitwirkung der Bürger bewusst einschränken wollen.	Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10301	353	<p>Auch die Eingriffsmöglichkeit in geschützte und wertvolle Gebiete ist skandalös. Insbesondere ist zu beanstanden, dass ein im Regionalplan 1996 als „Vorranggebiet für Naturschutz- und Landschaftspflege“ einfach aus dem Planverfahren herausgenommen und nicht einmal mit der Darstellung als „Grünzug“ geschützt wird. So wird aus einem Gebiet, das für Naturschutz und Landschaftspflege ausgewiesen war, ein Vorranggebiet für Windkraft! Auch wenn der Landtag in seiner Antwort auf unsere Petition vom 7.1.2025 (Drucksache 17/6096) meint: „Die Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege gemäß Regionalplan 2021 basieren auf anderen Grundlagen als die schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege des Regionalplans 1996“. Was hat sich denn an der Natur, an den Fakten, verändert? Schützenswert ist doch die Natur und nicht das „Modellprojekt“ mit einem anderen methodischen Ansatz. Der „Fachbeitrag Regionaler Biotopverbund“ als Grundlage anzugeben, ist nach Prüfung des Fachbetrags mehr als fragwürdig. „Auf dieser Basis wurden im Regionalplan 2021 unter anderem die Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege abgegrenzt“. Was heißt hier „unter anderem“? Als ehem. Mitglied des Regionalverbandes hatte ich einen ganz anderen Eindruck gewonnen. Man war mit der Planung und Abgrenzung in Verzug, was kein Wunder ist bei den strukturellen Gegebenheiten im Bereich des Regionalverbandes. Die Arbeit von Trautner jedoch als maßgeblich für die Änderungen darzustellen, kann ich nicht nachvollziehen, denn seine Arbeit bezog sich nur auf einen Teilbereich des Regional-verbandsgebietes, war also nicht flächendeckend. Außerdem sind mir die Auseinandersetzungen mit dem Regierungspräsidium Tübingen bekannt. Weiter wurden auf meine Anträge die sog. „Bausteine“ nicht rechtzeitig bekannt-gegeben und sollen erst noch in einem künftigen Landschaftsrahmenplan zur Geltung kommen, nach der vollständigen Verabschiedung des Regionalplanes einschließlich der Vorranggebiete für Energiegewinnung. Der Landtag: „Ihre Abgrenzung ist daher nicht vergleichbar mit den schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz</p>	<p>Kenntnisnahme</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>und Landschaftspflege gemäß Regionalplan 1996“. Es wird behauptet, die geänderten Vorranggebiete für Natur und Landschaftspflege hätten eine deutlich bessere und umfassendere Datengrundlage. Das mag für bestimmte Gebiete richtig sein, doch ein Wegfall von Vorranggebieten ist zu begründen. Die Begründung kann doch nicht lauten, dass sich die Fakten verschlechtert hätten? Eine Verschlechterung tritt sehr wohl ein, wenn Windräder in diesem Gebiet Ratzenried-Ost aufgestellt werden. Auch aus der Antwort der Europäischen Kommission vom 28.2.2025 (Pet.-Nr. 0136/2024) ergibt sich lediglich, dass die Mitgliedstaaten einen gewissen Spielraum bei der Erklärung zu Schutzgebieten haben, „solange die wichtigsten Gebiete für Lebensraumtypen und andere Arten, einschließlich Vögeln, geschützt werden“ (S. 2) Dass das FFH-Gebiet Neuweiher-Buchweiher im Planbereich Ratzenried-Ost Schaden nehmen wird, sagt schon der gesunde Menschenverstand. Wenn mit Abständen von 200m zu den Schutzgebieten argumentiert wird, kann sich das nicht auf Windkraftanlagen beziehen, die sehr nahe an den Weihern liegen würden. Alles in allem: Enttäuschend und für die Bürgerschaft frustrierend!</p>		
IV. 10301	354	<p>2.) Die Begründung der Zurückweisung der Einwendungen ist keine „Abwägung“, denn man setzte sich inhaltlich nicht mit den Argumenten auseinander. 3.) Die „Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergie“ orientiert sich in erster Linie an der Windleistungsdichte. Auch zu P. 13, Zeilen 855-868, meiner Einwendungen fehlt eine detaillierte Begründung. Dass der Natur- und Artenschutz erst auf S. 148 im Kriterienkatalog auftaucht und erst auf S. 155 unter P. 7 unter „Landschaft und Erholung“ das Landschaftsbild gerade mal erwähnt wird, ist aus strategischen Gründen der Windkraftbefürworter erklärlich, aber entspricht nicht der juristischen Bedeutung. Zum Landschaftsbild gibt es eine verbindliche Rechtsprechung, und wenn von Verschandelung geschrieben wird, trifft das genau den Begriff, der mit einer Planung im Bereich Ratzenried-Ost verbunden ist</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende,</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10301	355	<p>.) Lt. Antwort der Landesregierung auf unsere Petition (Drucksache 17/6096) weist der Re-gionalplan 2021 15,6 % der Fläche als Vorranggebiete für Naturschutz und Landschafts-pflege aus. Es wird ein Zuwachs von 12,1 % (1996) auf 15,6 % der Fläche festgestellt. Es erfolgte also ein Zuwachs bei Wegfall von Flächen, die bisher der Regionalplan ausgewiesen hatte. Im Regionalverbandsgebiet sind viel mehr potentielle Flächen vorhanden, was sich z.B. daran zeigen lässt, dass der Landschaftsplan 1994 von Argenbühl rd. <math>\frac{3}{4}</math> Landschaftsschutzgebiet auswies. Die Frage stellt sich, wieso man potentielle Flächen nicht per Schutzgebietsverordnung aus-weist und somit die wertvolle Landschaft schützt, wie es noch vor 30 Jahren der Fall war. Wenn nun durch das Biodiversitätsstärkungsgesetz von 2020 nur ein stufenweiser Aufbau dieser Flächen bis auf 15 % erfolgen soll, zeigt das, dass man weiter wertvolle Landschaft verbrauchen will. Und der Regionalverband kann argumentieren, man habe ja schon 15,6 % Vorrangflächen für Naturschutz und Landschaftspflege, also müsse man nichts unternehmen. Dass dabei Flächen wie Ratzenried-Ost oder Waltershofen-Eggen unter die Räder kommen, man nicht vorsorglich schützt, wie es Staatsziel ist, sondern einen Schutzstatus sogar aufhebt, ist ebenfalls</p>	<p>Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		empörend und unverständlich. 8.) Aus diesem Verhalten heraus zeigt sich, dass man auch den Artenschutz nicht ernst nimmt, was sich eben auch an der Durchführung des Biodiversitätsstärkungsgesetzes mühelos und deutlich nachweisen lässt. Da helfen auch keine artenschutzrechtlichen Prüfungen, wenn man den Zustand ständig verschlechtert, aus ganz verschiedenen Gründen, die hier nicht aufgezählt zu werden brauchen.		
IV. 10301	356	Hier ist ebenfalls die Frage zu stellen, was unternimmt der Regionalverband, um den Energieverbrauch zu steuern und zu minimieren? Die Verträge der Kommunen mit der EnBW zeigen eine andere Politik des Verbrauchs auf. So haben die beteiligten Kommunen nie auf eine Minderung des Energieverbrauchs gedrängt, um Gegenteil, es wurde auf kommunaler Ebene immer betont, dass ein hoher Energieverbrauch mit einer Minderung der Stromverbrauchspreise einhergehe. Dies ist zumindest protokollarisch belegt für die Gemeinde Argenbühl, ist aber auch sonst regionsweit bekannt.	Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Energie des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.	Kenntnisnahme
IV. 10301	357	Weiter setzt sich der Bundesrechnungshof mit den Zielen für ein umweltverträgliches Energiesystem auseinander (P. 5.2). Unter P. 5.3 wird auf die Berichts- und Monitoring-Prozesse eingegangen, sowie auf die Kritik und Empfehlung der Expertenkommission. „Der 8. Monitoring-Bericht vom Februar 2021 enthält zwar ein eigenes Kapitel zur Umweltverträglichkeit des Energiesystems. Die in den Forschungsvorhaben entwickelten Indikatoren berücksichtigen die Bundesregierung darin jedoch nicht. Sie legte auch keine messbaren Ziele fest. Der Bericht führt aus, dass noch keine umfassende Beurteilung der Umweltverträglichkeit des Energieversorgungssystems möglich sei“ (S. 52). „Im März 2023 teilte das BMWK dem Bundesrechnungshof mit, dass der Monitoring-Prozess derzeit „auf Eis“ liege. Es prüfe, den Monitoring-Bericht auf Grund der Vielzahl jährlich erscheinender Energieberichte mit Monitoring-Charakter einzustellen“ (S. 53). „Somit wird ein erheblicher Teil der Energiewende in einer Phase abgesenkter Umweltstandards entschieden und umgesetzt. In dieser Hochphase der Transformation ist die systematische Bewertung von Umweltwirkungen des Energiesystems von besonderer Bedeutung. Obwohl der Bundesregierung einzelne Umweltwirkungen der Energiewende bekannt sind, fehlt ihr bis heute ein konsistentes Ziel- und Monitoringsystem“ (S. 55). „Die Bundesregierung kann nicht gewährleisten, dass das Stromsystem Energie möglichst nachhaltig verwendet, Ressourcen schont und die Schutzgüter der Umweltverträglichkeit möglichst wenig belastet. Sie ist nicht in der Lage, unerwünschte Wirkungen auf einzelne Schutzgüter frühzeitig zu erkennen und angemessen nachzusteuern“ (S. 57). Dabei sind insbesondere die Wechselwirkungen zwischen den	Kenntnisnahme. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben, auch bezüglich der Strategischen Umweltprüfung. Es wird zudem auf die Ausführungen zum Monitoring im Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss verwiesen sowie auf die Ausführungen zu Überwachungsmaßnahmen in der zusammenfassenden Erklärung (Bestandteil der Begründung des Textteils Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).  Der Aufbau eines Monitoringsystems auf Landes- bzw. Bundesebene ist nicht Aufgabe der Regionalplanung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Schutzgütern zu erfassen und zu bewerten (S. 57). Das ist bei der strategischen Umweltprüfung nach § 2a LPIG nicht der Fall und der Regionalverband ist nicht in der Lage, diese darzustellen. In völlig einseitiger Weise wird den Vorgaben des Landes Baden-Württemberg gefolgt, das von Anfang an (Windkrafterlass 2012) eine Vorreiterrolle innehaben wollte.		
IV. 10301	358	10.) Der Bundesrechnungshof stellt grundsätzlich den Konflikt zwischen Energiegewinnung und Naturschutz vor. In meinen Einwendungen vom 11.3.2024 ist bereits bei verschiedenen Punkten darauf verwiesen, wurden aber mit dem Hinweis auf außerhalb des Regionalverbandes liegenden Gesichtspunkten zurückgewiesen, was falsch ist, denn der Zusammenhang zwischen Energieverbrauch (Energiefibel des Regionalverbandes) und Energiebereitstellung ist evident. 11.) Die Abwägung meiner Einwendungen in dieser Art und Weise, wie sie erfolgt ist, kann ich nicht akzeptieren.	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10301	359	<p>Wie Nadelstiche in die Landschaft wirken die Eingriffe, wie Dr. Sening, Verwaltungsrichter, schon 1977 in „Bedrohte Erholungslandschaft“, C.H. Beck-Verlag, geschrieben hat. 9.) Grundsätzlich haben Windkraftanlagen in Gebieten, wo der Artenschutz im Vordergrund zu stehen hätte, eine verheerende Wirkung. Mit Ausgleichsmaßnahmen oder CEF-Strategien zu argumentieren, hält selbst der Bundesrechnungshof für mehr als fragwürdig. „Der Ausbau erneuerbarer Energien ist für eine treibhausgasneutrale Energieversorgung und damit für den Klimaschutz von überragender Bedeutung. Zugleich liegen der Bundesregierung zahlreiche Erkenntnisse zu negativen Umweltwirkungen erneuerbarer Energien vor“ (Bundesrechnungshof, Bericht nach § 99 BHO, 7.3.2024, S. 45, P. 5, Umweltverträglichkeit der Stromversorgung).</p> <p>Wenn als Ergebnis der strategischen Umweltprüfung des Regionalverbandes (S. 51) geschrieben wird: „Das Vorhaben führt zu keinen oder nur zu wenigen erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern“ ist das eine unzulässige Beurteilung und stellt einen Vorgriff auf die Nachfolgeverfahren (Bau- und Immissionsrecht) dar! Da diese Form bei allen Vorabprüfungen im Bereich des Regionalverbandes angewandt wurde, stellt sie einen gravierenden Formfehler dar.</p> <p>„Im Zuge der Energiekrise wurden umweltschutzrechtliche Verfahrensstandards abgesenkt. Dies erhöht das Risiko, dass einzelne Schutzgüter mehr als nötig beeinträchtigt werden“ (Bundesrechnungshof, S. 45). Wenn dem so ist, ist der Regionalverband aufgefordert, diesen Vorgang zu prüfen. Das fehlt in der Synopse des Regionalverbandes.</p>	<p>Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Für die Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen oder CEF-Maßnahmen ist der Regionalverband nicht zuständig.</p> <p>Die Beurteilung Vorranggebiete Windenergie in den Steckbriefen im Umweltbericht basiert auf einer schlüssigen Methodik, welche im Umweltbericht (Textteil) sowie in den Anlagen (v.a. Wirkfaktorentabelle Anlage 1) zum Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss genau erläutert wird. Diese Methodik ist nicht zu beanstanden, es liegt keine unzulässige Beurteilung vor. Die nachfolgenden Verfahren bleiben von dieser Beurteilung unberührt, es gehen keine Bindungswirkungen von den Aussagen im Steckbrief aus.</p> <p>Ein gravierender Formfehler liegt daher nicht vor. Zudem wird auf Folgendes hingewiesen:</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden gesetzlichen Grundlagen. Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen fanden Berücksichtigung im planerischen Abwägungsprozess. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet in den</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht) nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Gebieten für die Nutzung der Windenergie und Freiflächenphotovoltaik wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Damit wurden die auf Ebene der Regionalplanung gesetzlich erforderlichen Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen durchgeführt. Eine weitere Berücksichtigung der schutzgutbezogenen Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Bezüglich der Absenkung umweltschutzrechtlicher Verfahrensstandards:</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Dafür ist die Prüfung der Bewertung der Schutzgüter im Umweltbericht ausreichend. Für eine tiefere Prüfung besteht keine Verpflichtung, er hat alle rechtlichen Vorgaben zur Durchführung der SUP auf Regionalplanebene eingehalten (s. Kap. 3 Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss).</p>	
IV. 10301	360	<p>Ebenso wenig sind die Brunnenrechte aufgeführt, die einzelne Höfe betreffen, was andere Einwander moniert hatten . Ebenso ist auch kein Eintrag zum Bereich Landschaft vorhanden. Die verheerende Wirkung auf das Landschaftsbild wird nicht in Betracht gezogen</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöufigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10301	361	<p>. 4.) Auch wenn das Plangebiet Ratzenried-Ost im Ergebnis nur als „bedingt als Vorranggebiet geeignet“ in der Zusammenfassung der strategischen Umweltprüfung (S. 52) bezeichnet wird, fällt auf, dass auf S. 51 zum Bereich Wasser nichts aufgeführt ist, so als ob es die Weiher, Seen und Moore sowie den gesamten feuchten Lebensraum im 5 km<sup>2</sup> Umkreis des Plangebietes nicht gäbe.</p> <p>. 5.) Die planungsrechtlichen Überschneidungen zwischen EU-Recht (FFH-Gebiet Neuweiher-Buchweiher), BundesnaturschutzG, Landschaftsrahmenplan, Artenschutz, Hydrogeologie usw. und den Vorstellungen eines Vorranggebietes für Windkraftanlagen sind nicht dar-gelegt. In der „Allgemeinverständlichen Zusammenfassung“ (S. 165) des Umweltberichts heisst es: „Die</p>	<p>Es wird auf das methodische Konzept des Umweltberichts verwiesen und auf die Wirkfaktorentabelle in Anlage 1. Dort sind die Schutzgüter Wasser und Boden mit abgeprüft. Eine Überprüfung von Weihern, Seen und Mooren und Feuchtlebensräumen in einem großen Umkreis von 5 km<sup>2</sup> ist aus Sicht des Regionalverbands weder erforderlich noch geboten. Es ist nicht erforderlich, dass Windenergieanlagen zu Seen, Mooren, Weihern und Feuchtlebensräumen einen so großen Abstand einhalten müssen. Das Planungskonzept des Regionalverbands inkl. Kriterienkatalog (TExtteil und Anlage zur Begründung 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie) sowie die im</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Plankonzeption für den Teilregionalplan Energie dient dazu, durch den Flächenauswahlprozess auf Planungsebene die Auswirkungen auf die Umwelt möglichst gering zu halten und raumverträglich zu gestalten“. Diese Zielsetzung ist geradezu lächerlich, wenn es um Windräder mit Nabenhöhen bis 300 m geht. Ebenso „verlogen“ ist der Hinweis auf den Flächenverbrauch (S. 38, 5.3 Fläche), der mit einer Zunahme von 1996-2023 mit 2 % im Landesdurchschnitt liege. Damit soll der geringe Flächenverbrauch bei Windkraftanlagen gerechtfertigt werden. Nicht der Flächenverbrauch bei Windkraftanlagen ist das Problem, sondern dass rd. 5 km² Natur- und Erholungsfläche schwer (erheblich) beeinträchtigt werden. Von diesem Wert müsste man ehrlicherweise bei Windkraftanlagen ausgehen.	Umweltbericht geprüften Aspekte werden als ausreichend erachtet und sind in den genannten Unterlagen und rechtlichen Vorgaben ausreichend untermauert und begründet. Die Ausführungen zum Flächenverbrauch und zur allgemeinverständlichen Zusammenfassung werden zur Kenntnis genommen. Es wird auf die zusammenfassende Erklärung zum Entwurf zum Satzungsbeschluss (Bestandteil der Begründung) verwiesen.	
IV. 10301	362	Der Bedarf an Windkraftanlagen könnte sich reduzieren, wie ich bereits im Schreiben an Frau Dr. Kießling vom 26.3.2025 und mit Bezug auf mein Schreiben vom 12.5.2022 im Auftrag der Schutzgemeinschaft Argentaler dargelegt hatte (siehe Anlage 1 u. 2). 6.) Auf die Einschätzung des Bundesrechnungshofes bezüglich des Konflikts zu Art. 20a GG und Windkraft wurde nicht eingegangen. 7	Die Berechnung oder Beurteilung des Bedarfs an Windkraftanlagen ist nicht Gegenstand der Anhörung. Zu Art. 20a Grundgesetz: Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Er hat bereits im Planungskonzept (Planungskriterien) zahlreiche Belange berücksichtigt, welche dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Schutz der Tiere dienen (s. Planungskonzept und Kriterienkatalog, Textteil 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie). Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen fanden Berücksichtigung im planerischen Abwägungsprozess. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet in den Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht) nachvollziehbar dokumentiert. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Gebieten für die Nutzung der Windenergie und Freiflächenphotovoltaik wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Damit wurden die auf Ebene der Regionalplanung gesetzlich erforderlichen Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen durchgeführt. Eine weitere Berücksichtigung der schutzgutbezogenen Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Art. 20a GG wurde damit ausreichend Rechnung getragen auf der regionalplanerischen Ebene.</p>	
IV. 10301	363	<p>für ein umweltverträgliches Energiesystem einzuführen. Stattdessen hat sie den Monitoring-Prozess ‚Energie der Zukunft‘ ausgesetzt – den einzigen Prozess, in dem die Umweltverträglichkeit zumindest angelegt war“ (S. 45). Deshalb sind auch die Ergebnisse der Abwägung und die Darstellung in der Synopse Makulatur, denn sie fußen auf Ergebnissen der Strategischen Umweltprüfung nach § 2a Abs. 1 und 2 des LplG und somit sind keine bundeseinheitlichen Beurteilungsmaßstäbe vorhanden und die Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie sind obsolet.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der RVBO ist nicht zuständig für die Aufstellung eines bundesweiten Monitorings oder die Erstellung bundesweiter Beurteilungsmaßstäbe.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10301	364	<p>Die Bundesregierung habe es auch „bis heute versäumt, ein wirksames Ziel- und Monitoring-system „Ein wirksames Ziel- und Monitoringsystem ist notwendig, damit die Bundesregierung unerwünschte Wirkungen der Energiewende auf einzelne Schutzgüter frühzeitig erkennen und angemessen nachsteuern kann. Ohne dieses System ist nicht gewährleistet, dass die Bundesregierung die Energiewende möglichst umweltverträglich ausgestaltet. Der Bundesrechnungshof sieht daher das Ziel einer umweltverträglichen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität nach § 1 EnWG gefährdet“ (S. 45).</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
IV. 10301	365	<p>Alle staatlichen Organe sind dem Art. 20a Grundgesetz verpflichtet. In der Allgemeinverständlichen Zusammenfassung zur Methodik der Planfeststellung des Teilregionalplans Energie des Regionalverbandes heißt es ausdrücklich, dass „die Auswirkungen auf die Umwelt möglichst gering zu halten und raumverträglich zu gestalten“ (S. 165) ist. Offensichtlich sind die Kriterien, die hier angewandt wurden, nicht durch eine bundeseinheitliche Lösung gedeckt, wie sich aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes ergibt. „Eine umweltverträgliche Energieversorgung im Sinne des EnWG umfasst einen möglichst nachhaltigen Energieverbrauch sowie eine möglichst langanhaltende Nutzung der Ressourcen“ (S. 47). Hier ist die Energiefibel des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben hinzu zu ziehen, die den Energieverbrauch für die verschiedenen</p>	Kenntnisnahme. Es wird auf die Abwägung der anderen ANregungen aus der vorliegenden Stellungnahme verwiesen.	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Gesellschaftsbereiche darstellt.		
IV. 10301	366	Der Bundesrechnungshof schreibt, dass im Zuge der Beschleunigung der Energiewende die verfahrensbezogenen Umweltstandards gesenkt wurden. „So entfiel auf Grundlage der EU-Notfallverordnung für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien und der damit verbundenen Infrastruktur die Pflicht zur UVP und zur artenschutzrechtlichen Prüfung, sofern auf der vorgelagerten Planungsebene eine strategische Umweltprüfung (SUP) erfolgt ist“ (S. 47). Wenn aber die SUP nicht sauber abgearbeitet ist und keine einheitlichen Standards vorhanden sind, kann auch nicht von der Rechtssicherheit ausgegangen werden, die der Regionalverband anstrebt.	Es wird auf die Abwägung mit der BE ID 359 der vorliegenden Stellungnahme verwiesen. Die Festlegung einheitlicher Standards auf Bundes- oder Landesebene ist nicht Gegenstand des Verfahrens.	Kenntnisnahme
IV. 10301	367	Unter P. 5.1 handelt der Bundesrechnungshof die Umweltauswirkungen des Energiesystems ab. „Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien im Hinblick auf Artenschutz, Flächen und Landschaft untersuchen lassen. Es identifizierte 55 Zielkonflikte zwischen den Ausbauzielen für erneuerbare Energien und den Zielen des Naturschutzes“ (S. 48, Zit.Hinweis Nr. 87, BfN), sowie Zit.-Hinweis Nr. 83 und 85 und Umweltwirkungen. „Zudem lägen zu zahlreichen Umweltwirkungen keine oder nur ungenügende Daten vor“ (S. 49). Wie sich nun bei der Synopse des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben zeigt, wurde auf die entsprechenden Hinweise von Betroffenen nicht eingegangen, weshalb im Auswertungsbogen zur Strategischen Umweltprüfung Ratzenried-Ost z.B. die Felder Wasser und Landschaft freigeblieben sind. Die Hinweise hätten ernst genommen und geprüft werden müssen, bevor es zu Aussagen im Datenfeld „Ergebnis“ kommt.	Die Hinweise aus dem 1. Anhörungsverfahren wurden vollumfänglich abgearbeitet und abgewogen. Es wird auf die Synopse zur 1. Offenlage inkl. Anlagen verwiesen. Der Grund, warum beim Steckbrief zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Felder freigeblieben sind, liegt an der Methodik der Strategischen Umweltprüfung, welche im Umweltbericht und in der Wirkfaktorentabelle erläutert werden.	Kenntnisnahme
IV. 10301	368	Teil 2 Öffentlichkeitsbeteiligung Energieplan zu P. 5 meiner Stellungnahme  im Nachgang zu unserem Antrag vom 12.5.2022, Windkraftanlagen nicht in Gebieten LSG, NSG und FFH-Gebieten sowie in Vorrangflächen für Naturschutz und Landschaftspflege zu errichten, haben wir nun das aktuelle und praktische Beispiel des neuen Energieversorgers „Nextwind“ (siehe Schwäbische Zeitung, Teil Wirtschaft, vom 22.3.2025), der Altanlagen aufkauft und hochrüstet. Dem Unternehmen gehören lt. Schwäbischer Zeitung 40 Windkraftstandorte mit einer Leistung von 450 MW, die man	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>nach Erneuerung auf 1,4 GigaW erhöhen will.</p> <p>Ein leistungsfähiges Kernkraftwerk erzeugt ca. 1,5 GigaW, d.h. das entspricht ungefähr der Leistung von 1000 Windrädern erster Güte. Im Falle von „Nextwind“ könnten allein bei den 40 Standorten rd. 500 WKA eingespart werden.</p> <p>Angeichts dieser Entwicklung, nicht nur von „Nextwind“ (andere stehen in den Startlöchern) ist die Frage zu stellen, wie viele Windräder es in der Region überhaupt braucht. Mit der Flächenausweisung ist die Anzahl der Windräder nicht gedeckelt und der Regionalverband weiß nicht, wie viele Windräder letzten Endes auf den Flächen stehen werden.</p>		
IV. 10301	369	<p>Derzeit geht man offensichtlich davon aus, dass man „genügend“ Vorrangflächen darstellt, obwohl das zu Eingriffen in die o.g. Gebiete führt. Der Regionalverband lässt sich offenbar nicht von den Vorgaben des Art. 20a GG leiten und ebenso wenig von der Beurteilung des Bundesrechnungshofes in seinem Bericht nach § 99 BHO vom 7.3.2024 insbesondere im Abschnitt 3.4 Monitoring S. 24 ff., S. 46 ff. bezüglich der Schutzgüter, S. 48 ff. bezüglich der Umweltwirkungen und der „Ziele für ein umweltverträgliches Energiesystem“ S. 49 ff..</p> <p>Bahnt sich hier ein Normenkontrollverfahren seinen Weg? „Im Jahre 2020 befanden sich 17% aller Windkraftanlagen in Schutzgebieten“ (S. 49). Ist sich der Regionalverband dessen bewusst und beachtet er die Gesichtspunkte bei seinen Entscheidungen, die im Bericht nach § 99 BHO aufgeführt sind?</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	Kenntnisnahme
IV. 10301	372	<p>Antrag</p> <p>Wir stellen hiermit den Antrag, auf die Inanspruchnahme von LSG, NSG und FFH-Gebiete sowie auf Flächen und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege zu verzichten, wenn es um Windkraftanlagen und PV-Anlagen in der freien Natur geht.</p> <p>Begründung:</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Es stellt sich die Frage, wieso Standorte für Windkraft- und PV-Anlagen ausgewiesen werden, wenn in nur wenigen Jahren statt jetzt 30 000 Standorte nur noch 24 000 Standorte erforderlich sind (siehe internet, Stichwort Windkraftanlagen).</p> <p>Bereits derzeit haben wir einen Überschuss an Strom aus Erneuerbaren Energien, selbst nach dem Abschalten der letzten Reaktorblöcke in Baden-Württemberg (siehe internet).</p> <p>Auch in Jahrzehnten vorher wurde ein Überschuss an Strom erzeugt und weiterverkauft. Die Zahlen dazu fanden sich auch im Spiegel.</p> <p>Warum also neue Standorte festlegen in Gebieten, die nicht ohne Grund Schutzzonen sind und auch bleiben müssen.</p> <p>Geht es um das Prestige von Baden-Württemberg? Will man als Bundesland autark sein? Wenn dem so ist, geht es um Ideologie.</p> <p>Frau Pilarsky-Grosch, vor ca. 10 Jahren noch Präsidentin der Windkraftlobby, hatte damals in ihren Vorträgen betont, dass man mit den Windkraftanlagen das zu erwartende Wachstum in Baden-Württemberg auffangen wolle. Man ging von einem Wachstum von ca. 10 % in 10 Jahren aus. Bis zum Jahre 2020 sollten 1700 (bzw. 1000) Windräder aufgestellt sein.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Windkrafterlass Baden-Württemberg hatten wir auf den Bezug von Strom aus Vorarlberg und der Schweiz verwiesen, was relativ einfach zu bewerkstelligen ist, weil es dorthin Stromnetze gibt, die nicht neu aufgebaut werden müssen.</p> <p>Die Abschaltung der Atomkraftwerke war damals schon Thema und die Abschaltung ging dann schneller als gedacht nach dem Unglück in Fukushima 2011. Bereits damals hatten wir einen Stromüberschuss. Es standen ca. 125 GigaW Leistung einem maximalen Verbrauch im Winter von 55 GigaW gegenüber. Der Bedarf war also mehr als doppelt abgesichert.</p> <p>Kein Verständnis haben wir für die Positionen der Naturschutzverbände, die beim Abbau des Schutzes bei Schutzgebieten mithelfen (siehe LVN-Position 02/2022). Aus Ausgleich Artenhilfsprogramme, entsprechend finanziert und mit Personal ausgestattet, deutet auf eine Kompromiß-haltung von Anfang an, anstatt Schutzgebiete, um die schwer und viele Jahre gerungen wurde, zu verteidigen. Und Forderungen, die Genehmigung in Vorranggebieten zu beschleunigen, passen schon gar nicht zu Naturschutzverbänden. Eben diese Grundsatzposition war der Grund, dass das damalige Vorstandsmitglied des BUND Deutschland, Prof. Guttenberg, sein Amt abgegeben hat und beim BUND ausgetreten ist.</p> <p>Auch die Forderung der Verbände BUND, NaBu und LNV Baden-Württemberg, dass sich die Kommunen finanziell die</p>	<p>des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Teilhabe sichern, führt zur Spaltung innerhalb der Verbände und erst recht hinsichtlich der Bürgerinitiativen, die schon erkennen, dass mit den Naturschutzverbänden Baden-Württembergs nichts zu gewinnen ist. Die Aufweichung der Schutzkriterien durch die Verbände selbst führt überall nur zur verstärkten Nutzung von Natur und Landschaft.</p> <p>Nach § 4 des Klimaschutzgesetzes soll es zu einer Reduktion des Treibhausgases führen, stattdessen wird weiterhin Wachstum produziert zu Lasten der Ressourcen. Anstatt an Einsparungen zu denken, wird überall gebaut wie die Weltmeister und Landesgartenschauen veranstaltet. Allein der dabei hervorgerufene Verkehr wird ignoriert.</p> <p>Auch die Produktion von Windrädern (mit einer Nabenhöhe von 200 m insbesondere) ist an seltene Rohstoffe gebunden und ist keineswegs CO2-neutral.</p> <p>Es wird, da man offensichtlich weiteres Wachstum will, auf konfliktarme Standorte verwiesen, doch konfliktarm wird wohl so verstanden, dass keine Eigentümerdifferenzen entstehen, d.h. die Flächen leicht zu erwerben oder rasch umzuwidmen (siehe Altdorfer Wald als Staatswald).</p> <p>Landschaftsschutzgebiete sollen vorrangig in den Focus rücken.</p> <p>Die Interessen der Anlieger wie die Naturschutzbelange, die an die anvisierten Flächen anschließen, werden als zweitrangig gesehen, durchaus ein Konflikt zwischen der Natur- und Technik-entwicklung.</p> <p>Die anvisierte Politik, die der Regionalverband aufgabengemäß übernimmt, führt bewusst oder unbewusst zur Spaltung der Gesellschaft. Wie kann man 65 % des Treibhausgases vermeiden, wenn man Landesgartenschauen mit all ihrem CO2-Ausstoß und auch den Tourismus an allen Ecken und Enden fördert? Wie soll das geschehen, beim laufenden Umbruch der Böden und dem Bodenversiegelung? Bei laufender Ausweisung von neuen Baugebieten? Bei Ausweitung von Gewerbegebieten? Beim damit eingeleiteten Kleinklimawandel, was insgesamt zur Aufheizung und zur Boden-erwärmung sowie zur Austrocknung führt? Nichts anderes bewirken auch die PV-Freiflächen-anlagen.</p> <p>Anreize für die Landwirte, Pacht für die Standorte zu erhalten, Gründung von Energiegenossen-schaften, Beteiligungen von Kommunen, Unternehmern wie auch der EnBW, zeigen keine einheitliche Linie, sondern zeigen einmal mehr die Spaltungen der</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Interessen auf. Damit wird die Demokratie auf eine weitere Probe gestellt.		
		Das Westallgäuer Hügelland wurde bis vor einigen Jahren als wenig windhöflich bezeichnet und war mit als unrentabler Bereich in den Hintergrund getreten. Inzwischen geht man von Nabenhöhen von 200 m aus, weit höher als das Ulmer Münster. „Man wird die Landschaft kaum wieder-erkennen“, meinte der vormalige Direktor des Regionalverbands, Wilfried Franke.		
		Auch OB Hans-Jörg Henle nennt ehrlicherweise die Fakten: „Klar ist aber auch, dass Windräder weit zu sehen sind und die Landschaft dadurch nicht schöner wird. Auch Lärmemissionen und Schattenschlag führen zu Beeinträchtigungen im näheren Umfeld der Anlagen“ (Schwäbische Zeitung, 12.5.2022).		
		Nachdem als deutlich ist, dass die Windkraftanlagen nicht nur Energiegewinn bedeuten, sondern auch Nachteile für die Landschaft und Natur, führt die Energiegewinnung zur weiteren Verdrängung der Natur. Doch nach Art. 20a GG und weiteren juristischen Grundlagen und der Rechtsprechung darf es nicht zur Vorrangigkeit „gegen“ die Natur kommen.		
		Und so stellt sich die Frage nach den juristischen Auslegungen von „Eingriff“ in die Landschaft und Ausgleichsmöglichkeiten. Sie sind sowohl im Bereich der Windkraft wie bei den PV-Anlagen schwer zu finden, bzw. werden nicht ordentlich gewichtet, oft „hinabgewogen“, d.h. die Eingriffe werden nicht „ausgeglichen“, wie alle bisherigen Ausgleichs in der Region beweisen!		
		Das Spannungsfeld zwischen Energiegewinnung und Natur bewegt sich zu Lasten der Natur und des Landschaftsschutzes. Der Energiegewinnung stehen eine ganze Reihe von Schutzgesetzen gegenüber		
		Schaubild nach A. Kohler		
		Was wiederum ein Indiz dafür darstellt, dass die politische Gewichtung einseitig zu Lasten der Natur ausschlägt (anthropologisches Interesse nach Kommentar Meßerschmidt) und nach wie vor gilt, was Verwaltungsrichter a.D. Christoph Sening schon 1977 geschrieben hat:		
		„Jedenfalls ist die europäische Einstellung zur Natur eine erobernde, unterwerfende, um nicht zu sagen gewalttätige, die dazu		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>tendiert, die Zivilisation überzubewerten, über ökologische Zusammenhänge zu verkennen. Der Kampf gegen die Natur hat sich in unserer Gesellschaft geradezu zu einem Kulturold ausgebaut, das in Vergessenheit geraten ließ, dass der Mensch Teil der Natur ist und sich mit ihr selbst zerstört“ (Bedrohte Erholungslandschaft, C.H. Beck Mü. 1977, S. 86). Mehr dazu findet sich im gesamten Werk, das nach wie vor aktuell erscheint!</p> <p>Auch Ministerialrat a.D. Dr. Erich Gassner befasste sich ausführlich mit dem Landschaftsschutz im Planungsrecht (Landschaftsschutzrecht, ES-Verlag Berlin, 2012).</p> <p>Der Ansatz des Freiraums wird durch Windkraftanlagen ad absurdum geführt. Sind die dafür vorgesehenen Vorranggebiete tatsächlich Eignungsgebiete?</p> <p>Wer Windräder auf 200 Nabenhöhe erstellen muss, um die Windhöhe und ökonomische positive Bilanz zu erreichen kann nicht von „geeigneter“ Fläche ausgehen. Die Flächen sind nur geeignet bei extremen Vorleistungen der Windkraftbetreiber und zeigen das Mißverhältnis, das juristisch angreifbar ist, deutlich auf. Die Ausführungen von Ministerialrat a.D. Dr. Erich Gassner sind zu beachten, nicht nur zur Kenntnis zu nehmen. Auch die Rechtsprechung nach dem BNatSchG (§ 14 u. § 15) ist zu beachten. Windkraftanlagen werden als Fremdkörper in der Landschaft angesehen (S. 124, Beck'sche Kurz Kommentare, Lorz usw., Naturschutzrecht, 3. Auflage). Außerdem ist eine Prognose erforderlich (S. 133), d.h. eine Darstellung, wie sich der Bau auswirkt.</p> <p>Ausgewiesene Landschaftsschutzgebiete bestehen nicht wegen der Ökonomie, sondern wegen ihrer Schutzwürdigkeit. Deshalb steht diese im Zentrum der Betrachtungen, nicht Gesichtspunkte wie die schnelle Verfügbarkeit. Diese mag für die politischen Akteure im Vordergrund stehen, rechtfertigt aber keineswegs deren Flächennutzung (OVG Lüneburg NVerwZ 2003, 235 und VGH Mannheim NuR 2006, 785).</p> <p>Das Land Baden-Württemberg kann durch die Landesgesetzgebung von Bundesvorschriften abweichen und Sondergesetze erlassen, doch um die Prüfung des Landschaftsbildes und die entsprechende Veränderung wird es nicht herumkommen, um verfassungsrechtliche Konflikte zu vermeiden.</p> <p>Deshalb: Hände weg von LSG, NSG, FFH und Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10302	225	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>anbei meine Stellungnahme zur 2. Offenlegung des Teilregionalplans Energie.</p> <p><a href="https://www.bfn.de/bedeutsame-landschaft/altdorfer-wald">https://www.bfn.de/bedeutsame-landschaft/altdorfer-wald</a></p> <p><a href="https://www.rv.de/ihr+anliegen/bauen+und+umwelt/naturschutz+und+biodiversitaet/landschaftsschutzgebiet+_waldburger+ruecken+und+wolfegger+huegelland_">https://www.rv.de/ihr+anliegen/bauen+und+umwelt/naturschutz+und+biodiversitaet/landschaftsschutzgebiet+_waldburger+ruecken+und+wolfegger+huegelland_</a></p> <p><a href="https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/wasserversorgung/wasserschutzgebiete#:~:text=Zone%20I%20(Fassungsbereich)%3A,Grundwassers%20mindestens%2020%20Meter%20betragen.">https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/wasserversorgung/wasserschutzgebiete#:~:text=Zone%20I%20(Fassungsbereich)%3A,Grundwassers%20mindestens%2020%20Meter%20betragen.</a></p> <p><a href="https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/gewaesseroekologie/gewaesserentwicklung/gewaesserrandstreifen/">https://rp.baden-wuerttemberg.de/themen/wasserboden/gewaesseroekologie/gewaesserentwicklung/gewaesserrandstreifen/</a></p> <p>Stellungnahme zur 2. Offenlegung des Regionalplans Energie Bodensee-Oberschwaben</p> <p>Altdorfer Wald Süd WEA-436-010</p> <p>Waldburger Rinne / Heißener Forst / Wasserschutzgebiet „Damoos“ (62 ha), Zone III / Vorrang- und Vorbehaltsgebiet</p> <p>Das Teilgebiet Füremoos des FFH-Gebiets wird vom Wasserschutzgebiet (WSG) „Damoos“ (Nr. 436053) überdeckt. Es entspricht im Bereich des FFH-Gebiets der Zone III und IIIA.</p> <p>Die Grundwasserführung im Heißener Forst / Waldburger Rinne ist unbekannt bzw. sehr komplex. Die Grundwasserfließrichtung sowie das unterirdische Einzugsgebiet ist nicht sicher abzugrenzen. Die Grundwasserüberdeckung ist sehr inhomogen und trotz glazialer Auflagen eher gering. Es gibt Bereiche mit oberflächennahem Grundwasserflurabstand. (Datengrundlage LGRB 2000; LGRB 2012; RV BO 2003; LGL 1999, in: LSGB, S. 65)</p> <p>Quelle: Landschaftsschutzgebiet Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland (kurz: LSGB)</p>	<p>Nachrichtlicher Hinweis: Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Zur Forderung, auch Vorbehaltsgebiete für Wasservorkommen zu schützen und in die Prüfung einzubeziehen: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Zur Planung von WEA in Wasserschutzgebieten der Zone III durch den Vorhabenträger: Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. Die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in Wasserschutzgebieten der Zone III ist möglich. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie gleichermaßen.</p> <p>Die Ausführungen zur Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen. Der RVBO hat den Belang des Grundwasserschutz in seinem Planungskonzept, der Umweltprüfung und der Abwägung ausreichend berücksichtigt. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1, Kriterienkatalog sowie Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs Teilregionalplan Energie) sowie den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) inkl. Anlagen verwiesen.</p> <p>Bezüglich möglichen Schadstoffeinträgen z.B. Mikroplastik: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen. Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt für die neue Gebietsabgrenzung des in der Anregung genannten VRG Windenergie und für den Bereich in der Nähe des Füremoos gleichermaßen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(Bild in der Anlage!)</p> <p>Bereiche mit grundwassernahen Böden, die in diesem Gebiet oft anzutreffen sind, sind sehr empfindlich für Schadstoffeinträge und daher besonders zu schützen. Dis gilt insbesondere in Bezug auf den Abrieb von Mikroplastik. Bei hohen Deckschichten sei die Filterwirkung lt. Schad relativ gut. Dies ist in den Bereichen Heißener Forst / Waldburger Rinne rund um das Naturschutzgebiet Fürenmoss leider nicht der Fall. Das Bundesamt für Naturschutz schließt Wälder mit Bodenschutzfunktion für den Bau von WEA aus. Laut dem Gutachter Hr. Schad sind die Wasserschutzzonen zu klein bemessen und müssen neu ausgewiesen werden (Gutachten 2021). Daher sind auch Vorbehaltsgebiete zur Sicherung von Wasservorkommen zu schützen und diese Prüfung einzubeziehen. Der BUND empfiehlt, den Waldburger Rücken im Altdorfer Wald im Regionalplan als Vorranggebiet für den Grundwasserschutz auszuweisen. Laut Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft können oberirdisch entwässernde Flächen, die in das unterirdische Einzugsgebiet einleiten zusätzlich in das Schutzgebiet einbezogen werden.</p> <p>Antrag auf Vorabbescheid des Vorhabenträgers: WEA 23, 26, 31 Die Anlagen 26 und 31 befinden sich im Wasserschutzgebiet III. Die Grundwasserüberdeckung ist hier sehr inhomogen, zum Teil sehr grundwassernah und daher besonders gefährdet für Schadstoffeinträge. Die Anlage 23 befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einem Bereich mit nachweislich oberflächlichem Grundwasserabstand. Die Anlage 31 in einem Bereich mit mittlerem Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung. Daher bedürfen diese Bereiche eines besonderen Schutzes. (LSGB, S. 66) In Grundwasserschutzzonen mit geringer Deckschicht ist das Bauen eingeschränkt!</p> <p>Quelle: Landschaftsschutzgebiet Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland (kurz: LSGB)</p> <p>Die Anlage 31 ist in unmittelbarer Nähe zum Wasserschutzgebiet 1 geplant. Laut Regionalplan sind min. 100 m Vorsorgeabstand vorzuhalten sowie min. 10 Metern von der Wasserfassung und von 20 Metern in Richtung des Grundwasserstroms (Ministerium für Umwelt, Klima, Energiewirtschaft).</p>	<p>Zur Aussage "Das Bundesamt für Naturschutz schließt Wälder mit Bodenschutzfunktion für den Bau von WEA aus": Kenntnisnahme. Das BfN plant allerdings keine Vorranggebiete Windenergie.</p> <p>Die sonstigen Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>	
IV. 10302	233	Die geplante Anlage 26 liegt in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet. Durch die Überdeckung mit dem Wasserschutzgebiet III sind 2 schutzwürdige Güter betroffen. „Erforderliche Vorsorgeabstände“ zum Naturschutzgebiet (lt.	Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. Der RVBO hat nach dem Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie Naturschutz mitsamt	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Antwort des RVBO) sollten gewährleistet sein. Bei der geplanten Anlage ist kein „Vorsorgeabstand“ erkennbar.	<p>einem Vorsorgeabstand von 200 m von Vorranggebieten Windenergie freigehalten.</p> <p>Der Teilregionalplan Energie legt Vorranggebiete für Windenergie fest, die der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung im regionalen Maßstab dienen. Die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt betreffen nicht die Gebiete insgesamt, sondern den Nahbereich der späteren Anlagenstandorte. Die Wirkungen auf den Wasserhaushalt ergeben sich aus der spezifischen Situation an den potenziellen Standorten und werden im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft. Die hydrologische Unbedenklichkeit im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren sicher zu stellen.</p> <p>Die angesprochenen Aspekte sind damit Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
IV. 10302	234	Außerdem sind die geforderten Abstände zur Wohnbebauung (2x H) für das gesamte Gebiet zu gewährleisten, wie z.B. für WEA 23, 26 und 31.	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10302	235	<p>Hochmoor / Niedermoor mit naturschutzrechtlicher Wertigkeit Geplante WEA 23 liegt in unmittelbarer Nähe zu einem gesetzlich geschützten Biotop / Niedermoor, welches mit einem Abstand von 50 m zu schützen ist.</p> <p>(Bild in der Anlage!)</p>	<p>nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Gemäß Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie) ist kein Vorsorgeabstand von 50 m zu gesetzlich geschützten Biotopen / Niedermooren bei der Festlegung von VRG Windenergie vorgesehen. In der Wirkfaktorentabelle zur vertieften Umweltprüfung Vorranggebiete Windenergie Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie (Anlage 1 Umweltbericht) ist vermerkt: Auswirkungen des "Nachlauf-Effekts" sind noch nicht ausreichend wissenschaftlich geklärt. "Nachlauf- Effekt" ist zudem reversibel, sobald die WEA steht, tritt er nicht mehr auf. Ggf. Monitoring erforderlich"</p> <p>Eine Änderung des VRG Windenergie ist somit nicht erforderlich.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	Keine Berücksichtigung
		<p>Geomorphologie des Waldburger Rückens Durch die Höhe der geplanten Anlagen ist eine tiefgründige Verankerung im Boden erforderlich, welche massiv in die zu schützende Geomorphologie des Waldburger Rückens eingreift. Die geplanten WEA im Vorranggebiet stehen dadurch im Widerspruch zum geplanten Quelle: Landschaftsschutzgebiet Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland (kurz: LSGB)</p> <p>Landschaftsschutzgebiet. Die Zonierung des Gutachtens zum Landschaftsschutzgebiet sollte beachtet werden. (LSGB, S. 110)</p> <p>(Bild in der Anlage!)</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Selbst das Bundesumweltministerium beschreibt den Waldburger Rücken auf seiner Internetseite als „einzigartige Naturscheinung von bundesweiter Bedeutung“.	<p>Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10302	237	10 % der Staatswaldfläche müssen bis 2025 gesetzlich als dauerhafte Prozessschutzflächen ausgewiesen werden (§ 45 Abs. 1a LWaldG). Die Empfehlungen zum Landschaftsschutzgebiet Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland sollten zu diesem Ziel berücksichtigt werden, insbesondere der Schutz des Waldburger Rückens	<p>Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Gemäß Homepage von ForstBW sollen zu den Prozessschutzflächen Bann- und Schonwälder gehören. Diese Prozessschutzflächen werden durch die Waldrefugien und Habitatbaumgruppen des Alt- und Totholzkonzepts vernetzt. Damit unterliegen über 8 % des von ForstBW betreuten Staatswalds dem Prozessschutz. (<a href="https://www.forstbw.de/schuetzen-entwickeln/waldnaturschutz/bann-schonwaelder">https://www.forstbw.de/schuetzen-entwickeln/waldnaturschutz/bann-schonwaelder</a>).</p> <p>Bann- und Schonwälder mitsamt einem Vorsorgeabstand von 200 m sind von VRG Windenergie ausgeschlossen. Im Flächenauswahlprozess für Vorranggebiete Windenergie wurden Waldrefugien größer 2 ha als erheblicher Konflikt bewertet (K2). Auch in der Strategischen Umweltprüfung wurden Waldrefugien und Habitatbaumgruppen berücksichtigt. Weil im Teilregionalplan Energie Gebiete festgelegt werden, die Standorte bzw. die Anordnung möglicher WEA sowie deren Ausgestaltung aber nicht bekannt ist, ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen jedoch maßgeblich aus der Projektgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Durch die Standortwahl der einzelnen WEA können Beeinträchtigungen in der Regel auf ein unerhebliches Maß reduziert werden. Aus Sicht des Regionalverbands sind Waldrefugien und Habitatbaumgruppen ausreichend im Planungskonzept und in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt. Aufgrund der Planunschärfe sind im Kriterienkatalog nur Kernflächen und Kernräume des regionalen Biotopverbunds im Wald ab einer Größe von 2 ha berücksichtigt (s. Anlage zur Synopse Teil B.3 zur 1. Offenlage).</p> <p>Um das Ziel nach § 45 Abs. 1a LWaldG zu erreichen, müssen gegenüber dem Status Quo (<a href="https://www.forstbw.de/schuetzen-entwickeln/waldnaturschutz/bann-schonwaelder">https://www.forstbw.de/schuetzen-entwickeln/waldnaturschutz/bann-schonwaelder</a>, Seite ohne Datum) noch 2 % des Staatswald als Prozessschutzflächen festgelegt werden. Diesem Ziel stehen die Festlegungen des Teilregionalplans Energie nicht grundsätzlich entgegen, weil deutlich mehr als 2 % des Staatswalds in der Region von Vorranggebieten Windenergie freigehalten werden.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10302	238	<p>Vorkommen von nachgewiesenen Tierarten</p> <p>Antwort RVBO zur 1. Offenlegung des Teilregionalplans Energie: Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich.</p> <p>Nach LUBW 2020 / LRA RV 2022, RP Tübingen 2020a sind Horste von Rotmilan, Schwarzmilan, Wespenbussard in unmittelbarer Nähe der ausgewiesenen Vorranggebiete im Heissener Forst nachgewiesen. (s.u. LSGB, S. 21)</p> <p>Quelle: Landschaftsschutzgebiet Waldburger Rücken und Wolfegger Hüggelland (kurz: LSGB)</p> <p>(Bild in der Anlage!)</p> <p>Dies sind Vogelarten für die Deutschland eine besondere „Schutzverantwortung“ hat. Daher sind laut BNatSchG Anl. 1 (zu § 45b Abs. 1-5) im Nahbereich von 500m wegen Tötungs- und Verletzungsrisiko WEA nur in Ausnahmefällen erlaubt. In weiteren Prüfbereichen (Rotmilan 1200-2500 m / Schwarzmilan 1000-2500 m und Wespenbussard 1000-2000 m) sind Untersuchungen und ggf. Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um die windkraftsensiblen Arten zu schützen. Konfliktträchtige Bereiche wie Brut- oder Rastgebiete sind für WEA auszuschließen. Bei min. 3 windkraftsensiblen Arten spricht das Bundesnaturschutzgesetz von einer erheblichen Beeinträchtigung (§44, 45 BNatSchG).</p> <p>Dies betrifft im Antrag auf Vorbescheid die Anlagen 23, 26, 31 und das dazugehörige Vorranggebiet.</p> <p>Wildtierkorridor</p> <p>Der landesweit bedeutsame Wildtierkorridor im westlichen Altdorfer Wald bildet ein schutzwürdiges Element der größeren Waldtierfauna und muss bei der Planung der WEA berücksichtigt werden (FVA, 2010; BFN, 2010; LUBW, 2020; LGL 1999).</p>	<p>Zu Rotmilan, Schwarzmilan, Wespenbussard: Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunktorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht). Es wird auf die Abwägung zu Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen ausgewiesen wurden (Auflistung der Vogelarten s. Teil B.3 Anlage zur Synopse) in der Anlage B.4 zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Diese Abwägung gilt weiterhin. Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10302	239	<p>Umgebungsschutz Waldburg / Schloss Wolfegg Neben dem eigentlichen eingetragenen Kulturdenkmal ist auch die Umgebung um die Schlösser gemäß § 15 Abs. 3 DSchG geschützt. Waldburg mit Ulmer Münster, ins Voralpenland und die Schweizer Alpen ist einzigartig. Die bedeutenden Blickachsen sind bei der Planung zu beachten. Da die Umgebung des Kulturdenkmals eine prägende Wirkung</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>auf das Erscheinungsbild hat, dürfen bauliche Anlagen in der Umgebung nur mit Genehmigung der Denkmalschutzbehörde errichtet, verändert oder beseitigt werden. Laut 2. Offenlegung des Regionalplan ist ein Mindestabstand von 1000</p> <p>- 3000 m einzuhalten (betrifft geplante Anlagen WEA 436-010 / 436-009).</p>	<p>betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Wir weisen zudem darauf hin, dass Im Rahmen des Flächenauswahlprozesses zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie auf Ebene der Regionalplanung vorsorglich ein Abstand von mind. 1.000 m zu in höchstem Maße raumbedeutsamen Kulturdenkmälern als sehr erheblicher Konflikt (K1) berücksichtigt wurde. Ein Abstand von 1.000 - 3.000 m wurde als erheblicher Konflikt (K2) eingestuft (vgl. Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Begründung zu Plansatz 4.2.1, Kriterienkatalog und Erläuterung der Kriterien in der Anlage zur Begründung Teilregionalplan Energie).</p>	
IV. 10302	240	<p>Wasserschutz</p> <p>Die Absicherung der „Weißenbronner Quellen“ steht bei den Gutachten des Geologen Dr. Schad aus Wangen im Mittelpunkt. Der Geologe hat in seinen Feststellungen für die Gemeinden Baienfurt-Baindt bereits ausdrücklich darauf hingewiesen, dass für die Wasserschutzgebiete II und III aufgrund der hohen Wasserschöpfung im Quellgebiet Weißenbronnen eine flächenmäßig wesentlich erweiterte Zone als bisher angenommen ausgewiesen werden muss. Derzeit ist eine Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim durch die Gemeinden Baindt und Baienfurt eingereicht.</p> <p>Antrag Vorbescheidsverfahren des Vorhabenträgers: WEA 16 liegt in unmittelbarer Nähe des Wasserschutzgebiets Weißenbronnen. Die notwendige Erweiterung der Zone I / II lt. Gutachter Schad sowie ein Abstand von 100 m Vorsorgeabstand und min. 20 m in Richtung des zufließenden Grundwassers muss berücksichtigt werden.</p>	<p>Belange des Grundwasserschutzes wurden bei der Festlegung der VRG Windenergie im Altdorfer Wald umfassend und ausreichend berücksichtigt. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.2 verwiesen. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Zur Kritik an der Lage der WEA 16: Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10302	241	<p>Außerdem sind in der 2. Offenlegung des Regionalplans min. 950 m Abstand zu Pflegeeinrichtungen vorzuhalten. Diverse Seniorenwohnanlagen befinden sich in Wolfegg / Wassers / Höll, z.B. der Seniorenwohnpark Marientann. Dies betrifft die geplanten Anlagen 16 und 17.</p>	<p>Die Einhaltung der gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie vorgesehenen Vorsorgeabstände zu Kur-, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen wurden in den genannten Orten nochmals geprüft. Die Vorsorgeabstände sind eingehalten. Es wird auf den Kriterienkatalog verwiesen (s. Anlage zur Begründung, Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss).</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10302	242	<p>Schutz nachgewiesener Fledermausarten / Schutz von Biotopverbünden</p> <p>2012 wurden im Rahmen der FFH Berichtspflicht Fledermausvorkommen kartiert. Diese Arten sind von europaweiter Bedeutung: Braunes Langohr (Wald nordöstlich von Greut), Großes Mausohr - Vorkommen im gesamten FFH-Gebiet Altdorfer Wald (RP Tübingen 2020a) und nordöstlich von Greut (LUBW 2012).</p> <p>Antwort VABO zur 1. Offenlegung:</p> <p>Aus Sicht des Regionalverbands sind die genannten Vorranggebiete von den Natura-2000-Gebieten ausreichend weit genug entfernt, um erhebliche Beeinträchtigungen auf die in der genannten Fallgruppen auszuschließen. Die Bewertung inkl. erforderlicher Vorsorgeabstände erfolgte dabei im Einzelfall.</p> <p>In den Vorabanträgen der Projektierer sind die WKA 19+20 direkt im Anschluss an die FFH Gebiete geplant. Ein „Vorsorgeabstand“ zu den Natura 2000 Gebieten ist zu wahren, um Beeinträchtigungen auszuschließen!</p>	<p>Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p> <p>Die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzrechtlichen Prüfungen erfolgen auf Basis einer stringenten Methodik, welche im Umweltbericht inkl. der Wirkfaktorentabellen und den Anlagen genau dargelegt sind und welche Konflikte zwischen potenziellen Vorranggebieten Windenergie und Umweltbelangen darlegt und bewertet. diese Methodik wurde bei allen potenziellen Vorranggebieten Windenergie einheitlich angewendet. Die Strategische Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LpIG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und ausreichende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung. Auf den Umweltbericht zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird verwiesen.</p> <p>Im Umweltbericht wird zudem in Kap. 8 erläutert, warum eine Festlegung als Vorranggebiet Windenergie auch dann erfolgen kann, wenn als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung herauskommt, dass "Artenschutzbelange in erheblichen Maß beeinträchtigt sind". Es wird auf Kap. 8 des Umweltberichts verwiesen.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>	
IV. 10302	243	<p>Schützenswerte Stillgewässer / Biotopverbünde</p> <p>Für die lokale Fauna und Flora sind vor allem die Feuchtbiotope von hervorragender Bedeutung. Kleine Gewässer mit ihren Begleitstrukturen spielen dabei eine wichtige Rolle. Laut Natura 2000 ist die Erhaltung einer natürlichen oder naturnahen Gewässermorphologie, Fließgewässerdynamik und eines naturnahen Wasserregimes anzustreben.</p> <p>Laut Kartierung befinden sich ausgewiesene Vorranggebiete in unmittelbarer Nähe des Tafelweiher, Gräfinnenweiher, Langmoos Weiher, Klosterweiher, Hagenbacher Weiher sowie des Kiliansweiher und ihrer Zuflüsse. Diese sind kulturhistorisch wertvoll und in Zusammenhang mit dem Kloster Weingarten entstanden. Außerdem sind sie botanisch gut untersucht und jeder für sich einzigartig. Das im gesamten Alpenvorland einzigartige Gewässersystem „Stiller Bach“, dem 10 Kanäle und 20 Weiher zuzuordnen sind (mit an Bewirtschaftungsrythmen angepasster Flora und Fauna) ist heute noch komplett intakt und muss erhalten und für genügend Abstand (min. 10 m zu Gewässern 2. Ordnung &amp; Fließgewässern 3. Ordnung) gesorgt werden. Abstand zur Wolfegger Aach als Gewässer 1. Ordnung von min. 50 m muss gewahrt werden. (bfn.de/bedeutsame-landschaft/altdorfer-wald)</p> <p>Vorabantrag des Vorhabenträgers: WEA 7,8,9</p> <p>Die geplanten WEA 3, 7, 8 und 9 sowie das ausgewiesene Vorranggebiet liegen in unmittelbarer Nähe der FFH Gebiete sowie von schützenswerten Stillgewässern sowie</p>	<p>Betr. Vorsorgeabstand zu FFH-Gebieten s. BE-ID 909. Gesetzlich geschützte Biotope und Waldbiotope &gt;= 2 ha wurden im Planungskonzept als sehr erheblicher Konflikt (K1) berücksichtigt. In den VRG Windenergie befinden sich daher keine gesetzlich geschützten Biotope und Waldbiotope größer gleich 2 ha. Ebenso wurden gesetzlich geschützte Biotope inkl. Waldbiotope &gt; 0,5ha in der Umweltprüfung berücksichtigt. Bei gesetzlich geschützten Biotope inkl. Waldbiotopen &lt; 2 ha und bei VRG Windenergie angrenzend zu gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen gilt: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Erfordernis, die Abgrenzung des VRG Windenergie wegen Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen zu reduzieren, besteht daher nicht. Bezüglich des Weiher- und Kanalsystems aus dem Mittelalter im Altdorfer Wald als kulturhistorische Besonderheit: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.4 verwiesen. Natürliche stehende Gewässer und Fließgewässer 1. Ordnung mit einem Vorsorgeabstand von 50 m wurden im Planungskonzept als planerischer Ausschluss bzw. sehr erheblicher Konflikt berücksichtigt. Bezüglich der geforderten Abstände zu sonstigen, nachgeordneten Still- und Fließgewässern: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Zuflüssen der Wolfegger Aach. Alle sind wertvolle Schutzgüter. Ein „Vorsorgeabstand“ sollte lt. Stellungnahme des RVBO gegeben sein. Dieser beträgt min. 5 m zum Gewässerrandstreifen bei Stillgewässern und 10 m zu Gewässern 2. / Fließgewässern 3. Ordnung. Die „Bucht“ im FFH Gebiet würde sich für „Ausgleichmaßnahmen“ eignen (Standort WEA 7 + 9).</p>	<p>die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zum Absatz zu den geplanten WEA 3, 7, 8 und 9: Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>	
IV. 10302	669	<p>aktuell wird ein Monitoring windkraftsensibler Vogelarten von der LUBW durchgeführt. Das ist sehr zu begrüßen. Im Gebiet Heissener Forst / Grunder Forst und Umgebung sind laut der letzten Kartierung einige Horste von windkraftsensiblen Vogelarten: Rotmilan, Schwarzmilan und Wespenbussard. Dies sind Vogelarten für die Deutschland eine besondere „Schutzverantwortung“ hat. Bei min. 3 windkraftsensiblen Arten spricht das Bundesnaturschutzgesetz von einer erheblichen Beeinträchtigung (§44, 45 BNatSchG). Zu ihrem Schutz sind 500 m Abstand zu den Horsten im Nahbereich einzuhalten (Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG).</p> <p>Laut RVBO kann dies erst bei Kenntnis der genauen Standorte geprüft werden. Diese wurden letzte Woche vom Vorhabenträger im KuKoz vorgestellt. Dort sind Nahbereiche zu windkraftsensiblen Vogelarten in bestimmten Regionen ausgespart, was sehr zu begrüßen ist. Dabei fehlen allerdings die von der LUBW kartierten Horste (siehe Anlage). Diese müssten bei der Ausweisung von Schutzzonen in den Nahbereichen der Horste berücksichtigt werden.</p> <p>Karten in der Anlage</p>	<p>Hinsichtlich der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Konflikte bei der Festlegung der Vorranggebiete</p> <p>Windenergie auf Ebene der Regionalplanung ist der Planung der „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ zugrunde gelegt und folgt der ebenda vorgeschlagenen Abwägung zu den Schwerpunktorkommen Kategorie A und Kategorie B sowie den Empfehlungen zum Umgang mit Sonderstatusarten sowie Vogelzugkonzentrationskorridoren (s. Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie, Kriterienkatalog, Umweltbericht).</p> <p>Die eingereichten Unterlagen wurden gesichtet und im Hinblick auf die Relevanz auf der vorliegenden Planungsebene geprüft.</p> <p>Die Regionalplanung ist auf systematisch erhobene, regionsweit verfügbare Datengrundlagen angewiesen. Um die Regionalverbände zu unterstützen, wurde im Rahmen der „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Land“ ein „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung“ im Hinblick auf Planungen für Windenergie erarbeitet. Der Fachbeitrag der LUBW ist eine speziell auf die Regionalplanung zugeschnittene landesweite Planungshilfe ermöglicht es erstmalig, die Artenschutzbelange bei der Ausweisung von Vorranggebieten fachlich fundiert und standardisiert zu berücksichtigen. Zentraler Bestandteil des Fachbeitrags ist die Verortung von Schwerpunktorkommen ausgewählter windkraftsensibler</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Arten, die naturschutzfachlich sehr hochwertige und hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windkraftsensible Arten darstellen. Diese Schwerpunktorkommen wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Damit werden die Konflikte zwischen den Belangen des Artenschutzes und der Windenergie räumlich entzerrt und eine sachgerechte, rechtssichere Abwägung durch die Regionalverbände möglich.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW trägt also dazu bei dass im Rahmen der Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen zum Teilregionalplan Energie Artenschutzbelange auch außerhalb von Schutzgebieten adäquat berücksichtigt werden können. Zudem kann so der Schutz von Populationen auf planerischer Ebene berücksichtigt werden.</p> <p>In den Vollzugshinweisen zum Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (Hrsg.: Umweltministerium BW) heißt es: „Bei den ermittelten Schwerpunktorkommen handelt es sich insgesamt nicht um eine durchgängig reale Momentaufnahme des Naturgeschehens, sondern um eine bestmögliche Darstellung und Überlagerung der zum Zeitpunkt der Bearbeitung bei der LUBW verfügbaren landesweiten relevanten Daten zu den betrachteten windkraftsensiblen Arten. Abweichungen und Veränderungen in der konkreten Datenlage an einzelnen Standorten im Vergleich zum Fachbeitrag sind für die Regionalplanung unbeachtlich, es sei denn, es handelt sich um die im Fachbeitrag näher definierten Sonderstatus-Arten. [...] D. h. für diejenigen Arten, für die im Fachbeitrag Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden, können im Rahmen der Regionalplanung zusätzliche Daten zu Vorkommen unberücksichtigt bleiben.“</p> <p>Eine Neumodellierung vonseiten der LUBW wird nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht stattfinden.</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten außerhalb der Kategorie A-Flächen oder auf vom Fachbeitrag nicht erfasste windenergiesensible Arten, die aus den im Fachbeitrag genannten Gründen nicht in die Kategorisierung der Schwerpunkträume eingeflossen sind, werden im weiteren Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>für Windenergienutzung eingeflossen. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Falls Betroffenheiten vorliegen müssen diese entweder durch eine entsprechende Planung vermieden werden oder falls dies nach Prüfung der Planungsträger und Fachbehörden prognostisch möglich erscheint gegebenenfalls im Rahmen der Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) durch geeignete Vorschriften zur Abschaltung der Anlagen geregelt werden. Wenn eine signifikante Risikoerhöhung nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann müssen entweder Antikollisionssysteme genutzt, Abschaltungen bei landwirtschaftlichen Ereignissen angeordnet, attraktive Ausweichnahrungshabitate angelegt oder phänologiebedingte Abschaltungen angeordnet werden, so dass für die betreffende Art in der Regel davon auszugehen ist, dass die Risikoerhöhung hinreichend gemindert werden kann.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich jedoch maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlage zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz sowie B.4 zu den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zusätzlich wird auf die Ausführungen der Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage und auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p> <p>Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart (Fledermaus) nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen</p>	
IV. 10302	1430	Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) schließt Flächen mit kulturhistorisch wertvollen oder landschaftsprägenden Beständen für den Bau von Windkraftanlagen aus.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10303	649	<p>Einwendung zur 2. Offenlegung des Teilregionalplans Energie WEA 436-021_2 Aulendorf Ost 2</p> <p>leider war eine Online-Erfassung im Portal trotz Anmeldung nicht möglich. Beim 3. Versuch habe ich aufgegeben.</p> <p>Nun eine neue Fassung in dieser Form, den ich Ihnen mit Anlage per Mail zusende.</p> <p>Flächenausweisung:</p> <p>Bereits vor der ersten Offenlegung wurde das heutige Gebiet Aulendorf OST2 (siehe Anlage 01) durch die Fa. Uhl mit 4 WEAs überplant. Im Laufe des ersten Planungsverfahrens/Offenlegung wurde dieses Gebiet erweitert und dadurch auch die Überplanung auf 6 WEAs erweitert (siehe Anlage 02: blau Erstgebiet/ gelb erweitertes Gebiet).</p> <p>Im Zuge der 2. Offenlegung wurde dieses Gebiet dann wieder von 143 ha auf 71ha halbiert. Trotzdem hatte dies keine Auswirkung auf die Überplanung. Die aktuelle Fläche ist kleiner als die Erstüberplanungsfläche und es bleibt bei den 6 geplanten WEAs</p>	<p>Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer WEA, nicht die Standorte selbst. Die Frage, wo und wie viele WEA in einem Vorranggebiet Windenergie errichtet werden, ist nicht Gegenstand des 2. Anhörungsverfahrens zum Teilregionalplan Energie. Ebenso sind Fragen zur Über- oder Unterversorgung und zum Verhältnis von Fläche und Strombedarf nicht Gegenstand des Verfahrens.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 und Teil A verwiesen.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wie nun bekannt geworden ist, denn es wurde jetzt das Genehmigungsverfahren beantragt. 71 ha entsprechen einer normalen</p> <p>Verschiedne Abbildungen in der Anlage! Überplanung von 3 WEAs (ca. 25ha pro WEA), hier so ll das doppelte gebaut werden. Zufälligerweise sind alle 6 Anlagen im Randbereich der neuen Ausweisflächen erhalten geblieben! Das ist eine massive Überplanung dieser Fläche zu Lasten der Anwohner. (siehe Anlage 03).</p> <p>Es fehlt generell bei allen ausgewiesen Flächen der Bezug zum Strombedarf. Eine prozentuale Ausweisung alleine regelt nicht die Überbauung. Es kommt zu Unter- bzw. meist zu Überplanungen und dadurch zu Problemen der Über- bzw. Unterversorgung. Die Investoren planen nach Ihren Profitbedürfnissen und - möglichkeiten und nicht anhand des Bedarfs. Es bedarf der Vorgabe eines Bedarfes pro ha bzw. pro ausgewiesener Fläche. In diesem Rahmen sollten sich die Investoren bewegen. Nur so macht das Sinn und erfüllt den Zweck und das Ziel! Wir brauchen eine sinnvolle aber auch verträgliche Lösung, auch im Sinne der Anwohner und keinen Hosentaschenfüller für die Investoren.</p>		
IV. 10303	1273	<p>Desweiteren haben wir diese Woche entdeckt, daß in diesem Waldgebiet ein Fledermaushabitat vorhanden ist. Dies wird bereits untersucht, jedoch war es nicht möglich das Ergebnis bis dato schon mit beizufügen. Wir werden dies umgehend nachreichen.</p>	<p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Nachweise, die diesen Kriterien genügen, liegen in der Anregung nicht vor. Zudem wird bezüglich Umgang mit Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktverkommen abgegrenzt wurden, sowie bezüglich Fledermausarten, für die keine Schwerpunktverkommen abgegrenzt wurden und die keine Sonderstatusarten nach Fachbeitrag darstellen auf die Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage B.3 verwiesen.</p> <p>Es wird auf die Anlage zur Synopse zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10304	463	<p>im Anhang finden Sie unsere Stellungnahme zum Vorranggebiet WEA-435-001 Betenbrunn in der zweiten Offenlage</p> <p>2. Stellungnahme zum Vorranggebiet WEA-435-001 Betenbrunn</p> <p>In unserer letzten Stellungnahme vom März 2024 wiesen wir auf den erforderlichen Mindestabstand zur nächsten Siedlung hin. Gemäß § 249 Abs. 10 BauGB muss der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens die zweifache Gesamthöhe der Windenergieanlage betragen. Die Höhe einer Windenergieanlage bemisst sich dabei aber nicht nach der Mastlänge, sondern nach dem Höhendifferenzial zwischen der Windenergieanlage und dem benachbarten Wohngebäude. Deshalb ist bei der Abstandsberechnung zu berücksichtigen, ob die Windenergieanlage auf einem Berg und das Wohngebäude in einem Tal steht.</p> <p>Bei der Bemessung der Vorsorgeabstände zu wohngenutzten Gebäuden sind Sie jedoch pauschal von einer Gesamthöhe der Windenergieanlagen von 300 Metern ausgegangen und haben darum einen einheitlichen Vorsorgeabstand von 600 Metern um wohngenutzte Gebäude angesetzt. Aufgrund dieses undifferenzierten Vorgehens</p>	<p>Zu § 249 Abs. 10 BauGB heißt es in der Arbeitshilfe zum Vollzug des Wind-an-Land-Gesetzes (beschlossen von der Fachkommission Städtebau und den Ausschuss für Recht und Verfahren der Ministerkonferenz für Raumordnung am 3. Juli 2023): „Die gesetzliche Regelung schließt es ausdrücklich nicht aus, in atypischen Fällen eine optisch bedrängende Wirkung auch trotz einer weiteren Entfernung als der zweifachen Höhe anzunehmen. Die Beeinträchtigung muss vergleichbar sein mit der genannten Fallkonstellation (also einem Abstand der zweifachen Höhe). Das dürfte nur in absoluten Ausnahmefällen gegeben sein, wenn beispielsweise eine Gruppe von Anlagen auf einer Anhöhe bei knapper Überschreitung der zweifachen Höhe errichtet werden.“</p> <p>Eine abschließende Beurteilung bspw. von atypischen Einzelfällen kann jedoch erst erfolgen, wenn die konkreten Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen bekannt sind. Diese Aspekte betreffen die konkrete Projektausgestaltung und gehen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die die Regelung des § 249 Abs. 10 BauGB entfaltet somit keine unmittelbare Bindungswirkung für die Regionalplanung. Eine Berücksichtigung individueller Höhenprofile einzelner potenzieller Anlagenstandorte ist nicht Gegenstand der Vorranggebietsausweisung im Teilregionalplan Energie. Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung zur Berücksichtigung individueller</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>wurde das Vorranggebiet Betenbrunn von Ihnen als geeignet eingestuft.</p> <p>Wir hatten in unserer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die geographischen Höhenunterschiede komplett außer Acht gelassen wurden. In Ihrer Abwägung behaupten Sie, dass Höhendifferenzen nur im Einzelfall berücksichtigt werden.</p> <p>könnten, wenn die konkreten Standorte der Windenergieanlagen bekannt sind. Das mag bei anderen Windvorranggebieten der Fall sein, deren Fläche sich über unterschiedliche Höhen erstreckt. Beim Windvorranggebiet Betenbrunn ist das aber nicht der Fall: Das gesamte Gebiet liegt auf einem Plateau an der Kante zu einem steilen Abhang (siehe nachfolgende Abbildungen). Somit besteht unabhängig vom konkret gewählten Standort der Windenergieanlage immer der gleiche Höhenunterschied zu den Siedlungen im Tal. Folglich kann und muss die Höhendifferenz bei der Beurteilung der Eignung des Gebiets für Windenergieanlagen bereits in der jetzigen Planungsphase berücksichtigt werden und darf nicht auf nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren aufgeschoben werden. Sonst wäre der Belang der optisch bedrängenden Wirkung bei diesem Windvorranggebiet nicht angemessen berücksichtigt und es läge ein Verfahrensfehler vor.</p> <p>Die folgende Abbildung vom Vorranggebiet Betenbrunn (Bild 1) zeigt die Abstände zu Wohngebäuden anhand von roten Pfeilen. An den Pfeilen sind auch die Höhenunterschiede angegeben. Sie betragen im Norden 200 Höhenmeter und im Süden 100 Höhenmeter.</p> <p>Bild 2 zeigt am Beispiel des nördlichsten und des südlichsten angrenzenden Wohngebäudes den erforderlichen Mindestabstand mit Berücksichtigung des</p>	Höhenverhältnisse im Rahmen der Regionalplanung.	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>jeweiligen Höhenunterschieds. Bei 200 Höhenmetern Differenz beträgt der Mindestabstand <math>2 \times (300\text{m} + 200\text{m}) = 1.000</math> Meter. Bei 100 Höhenmetern Differenz beträgt er <math>2 \times (300\text{m} + 100\text{m}) = 800</math> Meter. Im Bild zeigt der rot eingefärbte Kreis um das jeweilige Wohngebäude die Fläche an, die innerhalb dieser Abstände liegt. Dort, wo der rote Kreis das Vorranggebiet überdeckt, darf gemäß § 249 Abs. 10 BauGB keine Windkraftanlage gebaut werden. Das Vorranggebiet muss an dieser Stelle also verkleinert werden.</p> <p>In Bild 3 sind die erforderlichen Abstandsflächen unter Berücksichtigung der Höhendifferenz für alle Wohngebäude als rote Kreis eingezeichnet. Es wird daraus ersichtlich, dass fast das gesamte Vorranggebiet innerhalb des unzulässigen Abstands zu Wohngebäuden liegt. Das verbleibende Restgebiet ist flächenmäßig so klein, dass es nicht mehr zur Ausweisung als Windvorranggebiet taugt. Unter Berücksichtigung dieser neuen Erkenntnisse, die Ihnen zum Zeitpunkt des ersten Offenlageentwurfs noch nicht bekannt waren, ist das Windvorranggebiet Betenbrunn zu streichen.</p> <p>Bilder in der Anlage!</p>		

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10305	1399	<p>1. Einleitung und Ausgangslage</p> <p>1.1 Anlass der Stellungnahme</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme erfolgt im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Teilregionalplans Energie des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben. Anlass ist insbesondere die erneute Ausweisung des Vorranggebiets Hochbühl für die Nutzung der Windenergie, welches im Zuge des zweiten Entwurfs nicht ausgeweitet, sondern in seinem räumlichen Zuschnitt reduziert wurde, jedoch mehrfach neu bewertet und fachlich neu begründet wurde. Die Bürgerinitiative Wende-Ende wendet sich mit Nachdruck gegen die Fortgeltung des Vorranggebiets Hochbühl in der aktuellen Entwurfsfassung. Trotz der vorgenommenen Verkleinerung des Gebiets bleiben die gravierenden naturschutzfachlichen, immissionsschutzrechtlichen und planungsrechtlichen Konflikte</p>	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und es wird auf die nachfolgende Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen.	Kenntnisnahme
-----------	------	--	--	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bestehen – zum Teil sogar in verschärfter Form. Zudem sind seit der ersten Offenlage neue Erkenntnisse über das Vorkommen streng geschützter Fledermausarten im Gebiet aufgetreten, die eine Fortführung der Planung mit Blick auf das artenschutzrechtliche Tötungsverbot (§ 44 BNatSchG) in hohem Maße problematisch erscheinen lassen. Zwar wurde das Vorranggebiet nach der ersten Beteiligungsrunde verkleinert, doch wiegt dieser Umstand nicht im Geringsten die Tatsache auf, dass sich die Eignungsbewertung des Gebiets seither unter mehreren Gesichtspunkten signifikant verschlechtert hat. Neue Erkenntnisse, insbesondere artenschutzrechtlicher und planungstechnischer Natur, wurden unzureichend berücksichtigt oder gar ignoriert, obwohl diese eine gänzliche Ungeeignetheit des Gebiets Hochbühl zur Errichtung großskaliger Windkraftanlagen nahelegen. Diese Stellungnahme hat das Ziel, unter juristischen, fachlichen und ethischen Gesichtspunkten die fundamentale Fehlerhaftigkeit der fortbestehenden Gebietsausweisung zu belegen, die sich sowohl aus normativer wie faktischer Sicht als abwägungsfehlerhaft, unverhältnismäßig und umweltrechtlich unhaltbar erweist.</p> <p>1.2 Zielsetzung der Bürgerinitiative „Wende-Ende“  Die Bürgerinitiative Wende-Ende setzt sich für eine verantwortungsvolle, naturverträgliche und rechtlich tragfähige Gestaltung der Energiewende ein. Sie richtet sich nicht gegen erneuerbare Energien als solche, sondern gegen die Unverhältnismäßigkeit und Fehlsteuerung raumordnerischer Planung, wie sie sich am Beispiel des Vorranggebiets Hochbühl in exemplarischer Weise zeigt. Das Gebiet ist aus Sicht der Initiative nach wie vor ungeeignet für die Errichtung von Windenergieanlagen, unabhängig von dessen zwischenzeitlich reduzierter Flächenkulisse. Die Mitglieder der Initiative leben in unmittelbarer Nähe zum betroffenen Gebiet, u. a. in den Teilorten von Wilhelmsdorf, Deggenhausertal und Ostrach. Sie sehen sich durch das Fortbestehen der Planung in ihrem Eigentum, ihrer Gesundheit, der Erholungsfunktion der Landschaft sowie dem ökologischen Gleichgewicht ihres unmittelbaren Lebensumfelds beeinträchtigt.</p> <p>1.3 Das Vorranggebiet Hochbühl im Kontext der Planänderung  Im Unterschied zur ersten Offenlage wurde das Vorranggebiet Hochbühl im Zuge des zweiten Beteiligungsverfahrens räumlich reduziert, insbesondere im östlichen Bereich. Die verbliebene Fläche wurde jedoch fachlich neu bewertet – sowohl hinsichtlich der Windhöffigkeit als auch mit Blick auf die Umweltauswirkungen. Die erneute Begründung des Gebiets beruht auf veränderten Bewertungsmethoden sowie einer modifizierten Gewichtung von Schutzgütern. Aus Sicht der Bürgerinitiative führen diese</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Änderungen nicht zu einer Entschärfung der Konflikte, sondern verdeutlichen vielmehr die strukturelle Inkompatibilität des Standorts mit den übergeordneten Anforderungen des Raumordnungs- und Naturschutzrechts. Hinzu kommt, dass mittlerweile neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen – insbesondere zur Präsenz streng geschützter Fledermausarten im betroffenen Gebiet, die zum Zeitpunkt der ersten Offenlage nicht bekannt oder nicht hinreichend berücksichtigt waren.</p> <p>1.4 Methodik und Anspruch der Stellungnahme Die nachfolgenden Kapitel analysieren die Planung unter systematischer Berücksichtigung formeller und materieller Anforderungen des Raumordnungs-, Umwelt- und Verfassungsrechts. Besonderes Augenmerk gilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- den Verfahrens- und Bewertungsänderungen gegenüber der ersten Offenlage,</li> <li>- den rechtlichen und fachlichen Konsequenzen dieser Änderungen,</li> <li>- sowie der Einbindung neuer naturschutzfachlicher Erkenntnisse, insbesondere zur Avifauna und Fledermausfauna.</li> </ul> <p>Ziel ist die umfassende, sachlich und juristisch tragfähige Darlegung, warum das Vorranggebiet Hochbühl vollständig aus dem Teilregionalplan zu streichen ist.</p>		
IV. 10305	1400	<p>2. Grundsätzliche Einwände gegen die Planung 2.1 Neubewertungen ohne hinreichende Abwägungstransparenz (§ 1 Abs. 7 BauGB)</p> <p>Die im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens vorgenommene Reduktion und Neubewertung des Vorranggebiets Hochbühl erfolgte ohne nachvollziehbare, abwägungsleitende Dokumentation der Kriterien. So bleibt insbesondere unklar, weshalb trotz der in der ersten Offenlage bereits deutlich gewordenen erheblichen Zielkonflikte – insbesondere im Bereich Artenschutz, Naherholung und Immissionsschutz – weiterhin an dem Gebiet festgehalten wird. Die erneut vorgenommene Eignungsbegründung erscheint primär flächenzielgetrieben und nicht schutzgutbezogen. Dies widerspricht dem Abwägungsgebot des § 1 Abs. 7 BauGB, das eine gerechte Gewichtung widerstreitender öffentlicher und privater Belange verlangt. Die bloße Reduktion der Flächengröße genügt nicht, wenn die verbliebene Fläche weiterhin von denselben schwerwiegenden Zielkonflikten betroffen ist – was hier offenkundig der Fall ist.</p>	<p>Das in der Anregung genannte Gesetz (§ 1 Abs. 7 BauGB) bezieht sich auf die Bauleitplanung und nicht auf die Regionalplanung. Die Regionalplanung unterliegt vielmehr den Abwägungspflichten nach den Vorschriften des Raumordnungsgesetzes (ROG). Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Öffentliche und private Belange wurden gemäß ihrem Gewicht und entsprechend den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG in die Abwägungsentscheidungen einbezogen, wobei nach § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 der Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt.</p> <p>Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete Windenergie erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Teilregionalplan sowie im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurde die gesamte Region auf Potenziale für Windenergieanlagen untersucht, um möglichst geeignete und konfliktarme Flächen für die Nutzung der Windenergie zu identifizieren und als</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Vorranggebiete Windenergie festzulegen. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in der Anlage zur Begründung aufgezählt und erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete waren die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend.</p> <p>Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete für die Windenergienutzung fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 EEG 2023 dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Es wird auf das Planungskonzept in der Begründung sowie auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage der Begründung) und auf den Umweltbericht zum Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie verwiesen. Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde (s. Kapitel 1.3 Umweltbericht, Entwurf zum Satzungsbeschluss). Im Zuge dessen wurden die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzfachlichen Prüfungen für die angepasste Flächenkulisse sowie die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen erneut durchgeführt. Hierbei wurden neue Datengrundlagen (bspw. die finalen Daten zur Flurbilanz 2022, aktuelle Biotopkartierung Bodenseekreis, Archäologische Bodendenkmale) und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Hinweise aus der ersten Anhörung (bspw. zu Artvorkommen) eingearbeitet. Des Weiteren sind Anpassungen an der Bewertung der Wirkfaktoren erfolgt. Die Ergebnisse der (erneuten) Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet und für die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen in den Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss) nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Zudem wurden alle im Rahmen der 1. und 2. Öffentlichkeitbeteiligung eingegangenen Anregungen, Daten und Hinweise gemäß den rechtlichen Vorgaben sorgfältig geprüft, abgewogen und dokumentiert. Hierzu wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie erfolgte somit eine umfassende Interessenabwägung auf überörtlicher Ebene, bei der öffentliche und private Belange systematisch berücksichtigt wurden.</p>	
IV. 10305	1401	<p>2.2 Fehlende Berücksichtigung neuer naturschutzfachlicher Erkenntnisse</p> <p>Seit der ersten Offenlage liegt eine fachgutachterliche Erhebung zu Fledermausvorkommen im Bereich Hochbühl vor, in der das regelmäßige Vorkommen besonders und streng geschützter Arten wie der Großen Bartfledermaus (<i>Myotis brandtii</i>) und der Mopsfledermaus (<i>Barbastella barbastellus</i>) nachgewiesen wurde. Diese Arten sind nach Anhang IV der FFH-Richtlinie geschützt und unterliegen dem strikten Tötungs- und Störungsverbot des § 44 BNatSchG. Die neuerliche Gebietsbewertung im Teilregionalplan enthält keine nachvollziehbare Auseinandersetzung mit dieser neuen Datengrundlage. Insbesondere fehlt eine populationsbiologische Bewertung der potenziellen Stör- und Tötungsrisiken durch geplante Windkraftanlagen. Auch ein artspezifischer Korridorabgleich (z. B. Flugrouten und Jagdhabitate) wurde nicht vorgelegt. Dies stellt aus Sicht der Initiative einen erheblichen fachlichen und rechtlichen Mangel dar, der bereits im Rahmen der Regionalplanung zu berücksichtigen gewesen wäre.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10305	1402	<p>2.3 Verstoß gegen das raumordnerische Prinzip der Konfliktminimierung (§ 1 Abs. 1 ROG)</p> <p>Die Raumordnung hat nach § 1 Abs. 1 ROG dem Grundsatz der Nachhaltigkeit zu folgen und konfliktarme Nutzungen zu fördern. Das bedeutet auch, dass potenzielle Standorte für raumbedeutsame Infrastruktur wie Windenergieanlagen unter dem Gesichtspunkt der Konfliktvermeidung und -minimierung zu wählen sind. Der Standort Hochbühl – mit seiner Nähe zu Siedlungsbereichen, der exponierten Lage im Landschaftsraum und der dokumentierten Präsenz empfindlicher Arten – erfüllt dieses Kriterium erkennbar nicht. Gerade in Anbetracht der neuen Datenlage hätte der Regionalverband die Gelegenheit nutzen müssen, die Eignung des Standorts insgesamt infrage zu stellen. Stattdessen wurde lediglich eine kleinere Flächenausweisung vorgenommen, die jedoch die zentralen Konfliktlagen unberührt lässt. Dies spricht gegen die ordnungsgemäße Anwendung raumordnerischer Grundsätze.</p> <p>2.4 § 2 Abs. 3 ROG – Pflicht zur gerechten Abwägung</p> <p>Gemäß § 2 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei der Aufstellung eines Regionalplans alle öffentlichen und privaten Belange gerecht gegeneinander und untereinander abzuwägen. Diese Verpflichtung gilt unabhängig davon, ob es sich um die erste Ausweisung eines Vorranggebiets oder um eine Anpassung nach einer Beteiligungsrunde handelt.</p> <p>Im Falle des Vorranggebiets Hochbühl wurde diese Abwägungspflicht in mehrfacher Hinsicht verletzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Vielzahl fachlich fundierter Einwendungen aus der ersten Offenlage, insbesondere zur Avifauna und zur hydrogeologischen Sensibilität des Gebiets, wurden nicht erkennbar nachvollzogen, sondern durch eine pauschale Reduktion der Flächen umgangen.</li> <li>• Die Verkleinerung des Gebiets wurde zwar planerisch dokumentiert, jedoch nicht in einen Gesamtzusammenhang mit den spezifischen naturschutzfachlichen Konflikten gebracht – insbesondere den im Jahr 2024 nachgewiesenen Vorkommen hochsensibler Fledermausarten (siehe unten, Kapitel 3).</li> <li>• Das Verfahren weist somit ein Defizit in der Abwägungstiefe auf, welches nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (vgl. BVerwG, Urt. v. 17.12.2002 – 4 CN 6.01) zur Rechtswidrigkeit des Plans führt.</li> </ul>	<p>verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p> <p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10305	1403	<p>2.5 Missachtung artenschutzrechtlicher Schranken (§ 44 BNatSchG)</p> <p>Die nach § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) geschützten Arten, insbesondere Fledermäuse und bestimmte Vogelarten, dürfen durch Windenergievorhaben weder getötet noch</p>	<p>Ein Gutachten von "Klett et al. 2024" zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie wurde dem Regionalverband nicht vorgelegt und ist diesem auch nicht bekannt. Dazu kann daher auch nicht Stellung genommen</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>in ihren Fortpflanzungsoder Ruhestätten erheblich gestört werden. Die im Jahr 2024 erfolgte faunistische Nachkartierung (Gutachten „Klett et al. 2024“) weist eine signifikant höhere Aktivität von Bechsteinfledermaus, Mopsfledermaus und Großer Hufeisennase aus, als ursprünglich angenommen. Dass diese neuen Erkenntnisse in der nun vorgelegten Gebietskulisse keine erkennbaren Konsequenzen zeitigten, stellt eine evidente Missachtung der strikten Schutzvorschriften dar. Auch eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG wäre in diesem Fall nicht rechtssicher zu begründen, da das Vorhaben weder zwingend erforderlich noch aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Interesses durchsetzbar erscheint.</p>	<p>werden. Hinsichtlich der sonstigen Anregungen zum Artenschutz und des Gutachtens vom Büro 365° freiraum + umwelt wird auf die vorangegangene und nachfolgende Abwägung zum Thema Artenschutz und naturschutzfachlicher Erkenntnisse zur vorliegenden Stellungnahme sowie auf die Anlage zur Synose zum Satzungsbeschluss zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie verwiesen.</p>	
IV. 10305	1404	<p>2.6 Fehlende Alternativenprüfung und Vorrangkonflikte Eine grundlegende Voraussetzung für die Auswahl eines Vorranggebiets besteht in der Prüfung alternativer Standorte. Der Regionalverband hat versäumt, im zweiten Entwurf systematisch darzulegen, inwiefern mögliche Alternativstandorte – etwa in topographisch weniger sensiblen, siedlungsfüreren Bereichen – tatsächlich ungeeigneter wären als das konfliktträchtige Gebiet Hochbühl. Dies ist nicht nur planungslogisch unzureichend, sondern verstößt auch gegen das in § 1 Abs. 6 BauGB kodifizierte Optimierungsgebot.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10305	1405	<p>3. Formelle Mängel des Verfahrens</p> <p>3.1 Verletzung der Pflicht zur Umweltprüfung gem. § 9 ROG i. V. m. § 2 Abs. 4 BauGB</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 6 ROG i. V. m. § 2 Abs. 4 BauGB ist bei der Aufstellung eines Raumordnungsplans eine strategische Umweltprüfung durchzuführen, die alle erheblichen Umweltauswirkungen frühzeitig, systematisch und transparent zu</p>	<p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>erfassen hat. Diese Pflicht gilt auch für Teilregionalpläne mit Vorranggebieten für Windenergie. Im Rahmen des zweiten Entwurfs wurde – trotz wesentlicher Änderungen – keine neue Umweltprüfung durchgeführt, sondern lediglich eine ergänzende Abwägungsdokumentation erstellt, die sich selektiv mit Einzelaspekten befasst.</p> <p>Dies stellt aus Sicht der Bürgerinitiative einen gravierenden formellen Mangel dar: Die räumliche Reduktion des Vorranggebiets Hochbühl ist zwar quantitativ gering, führt jedoch inhaltlich zu einer vollständigen Neugewichtung der betroffenen Schutzgüter, da sich die verbleibende Fläche in ökologisch sensibleren Bereichen konzentriert. Dies betrifft insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Nähe zu gesetzlich geschützten Biotopen gemäß § 30 BNatSchG,</li> <li>- den Verlust funktionaler Verbindungskorridore für Fledermäuse,</li> <li>- sowie neue Erschließungserfordernisse, die bislang ungestörte Waldbereiche betreffen.</li> </ul> <p>Die fehlende Einbindung dieser veränderten Wirkmechanismen in eine formal saubere Umweltprüfung verletzt die Verpflichtung zur frühzeitigen und vollumfänglichen Prüfung aller relevanten Umweltaspekte. Auch die völkerrechtlichen Vorgaben der SUP-Richtlinie (2001/42/EG) wurden insoweit nicht erfüllt.</p>	<p>Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Hierbei fanden auch die in der Anregung genannten Aspekte (gesetzlich geschützte Biotope, Biotopverbund, Artenschutz, Eingriffe in Waldbereiche u.a.) Berücksichtigung. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen fanden Berücksichtigung im planerischen Abwägungsprozess. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet in den Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht) nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Gebieten für die Nutzung der Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.</p> <p>Die Auswahl der Vorranggebiete für Windenergie erfolgte anhand eines nachvollziehbaren Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Die Vorgehensweise ist in der Begründung transparent dokumentiert. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Es wird auf das Planungskonzept in der Begründung sowie auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage der Begründung) und auf den Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde (s. Kapitel 1.3 Umweltbericht). Im Zuge dessen wurden die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzfachlichen Prüfungen für die angepasste Flächenkulisse sowie die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Flächen erneut durchgeführt. Hierbei wurden neue Datengrundlagen (bspw. die finalen Daten zur Flurbilanz 2022, aktuelle Biotopkartierung Bodenseekreis, Archäologische Bodendenkmale) und Hinweise aus der ersten Anhörung (bspw. zu Artvorkommen) eingearbeitet. Des Weiteren sind Anpassungen an der Bewertung der Wirkfaktoren erfolgt.</p> <p>Die Ergebnisse der (erneuten) Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet und für die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen in den Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht) nachvollziehbar dokumentiert. Zudem wurden alle im Rahmen der 1. und 2. Öffentlichkeitbeteiligung eingegangenen Anregungen, Daten und Hinweise gemäß den rechtlichen Vorgaben sorgfältig geprüft und abgewogen. Hierzu wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen.</p>	
IV. 10305	1406	<p>3.2 Unzureichende Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei neuem Kenntnisstand</p> <p>Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) stellt ein tragendes Prinzip der planerischen Legitimationsbildung dar. In Fällen, in denen sich – wie hier – nach der ersten Offenlage wesentliche fachliche Erkenntnisse verändern, ist eine erneute und erweiterte Beteiligung erforderlich. Dies gilt insbesondere für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die zuständigen unteren Naturschutzbehörden,</li> <li>• die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW),</li> <li>• sowie das Regierungspräsidium Tübingen als Höhere Naturschutzbehörde.</li> </ul> <p>Soweit ersichtlich, wurde keine erneute systematische Beteiligung dieser Stellen zur überarbeiteten Kulisse Hochbühl durchgeführt. Der Umstand, dass mittlerweile artenschutzrechtlich relevante Vorkommen (u. a. Wochenstubennachweise) streng geschützter Fledermausarten im Gebiet dokumentiert sind, begründet eine neue Sachlage, die nach ständiger Rechtsprechung (vgl. BVerwG, Urt. v. 27.06.2013 – 4 C 1.12) eine vollständige Neubewertung verlangt. Die unterlassene Wiederholung oder Vertiefung der Beteiligung stellt somit nicht nur einen Verfahrensfehler dar, sondern unterminiert die planerische Tragfähigkeit der erneuten Gebietsausweisung.</p>	<p>Durch die im Zuge der Prüfung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Anhörung erforderlichen Anpassungen an den Flächenkulissen sowie den Plansätzen und der Begründung entstand das Erfordernis für ein zweites Beteiligungsverfahren. Der Beschluss des Entwurfs des Teilregionalplans Energie zur 2. Anhörung erfolgte am 7. Februar 2025 durch die Verbandsversammlung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben. Das 2. Beteiligungsverfahren zum Teilregionalplan Energie gem. § 9 Abs. 2 und 3 ROG bzw. § 12 Abs. 2,3,4 und 5 LPIG BW fand vom 9. April bis 9. Mai 2025 für die Öffentlichkeit und vom 9 April bis 10. Juni 2025 für die Träger öffentlicher Belange statt. Alle erforderlichen Träger öffentlicher Belange wurden an der 2. Anhörung beteiligt. Wir verweisen hierzu auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage (inkl. Anlagen).</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10305	1407	<p>3.3 Defizitäre Öffentlichkeitseinbindung bei inhaltlich wesentlicher Umplanung</p> <p>Obwohl der zweite Entwurf formal ein eigenständiges Beteiligungsverfahren durchläuft, wurde in der Darstellung der Änderungen gegenüber der ersten Offenlage eine erhebliche</p>	<p>Die Anpassungen an der Flächenkulisse inkl. Begründung ist in den Anhörungsunterlagen zur 2. Offenlage hinreichend dokumentiert. In Kapitel 1.3 des Umweltberichts wird zudem dargelegt, dass nach den Änderungen an den Flächenkulissen die vertiefte</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Intransparenz festgestellt. Im konkreten Fall Hochbühl wurde auf der Ebene der textlichen Begründung zwar die Flächenverkleinerung aufgeführt, die damit verbundenen inhaltlichen Neubewertungen und Zielverschiebungen – z. B. zur Windhöffigkeit, zur artenschutzrechtlichen Einschätzung und zur Landschaftsbildbewertung – wurden jedoch nicht deutlich oder nachvollziehbar kommuniziert.</p> <p>Diese Intransparenz erschwert eine sachgerechte Stellungnahme der Öffentlichkeit und verstößt gegen die Anforderungen des § 9 Abs. 2 ROG i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB. Die Öffentlichkeit hat das Recht auf verständliche, umfassende und strukturierte Informationen über relevante Änderungen im Planungsstand. Dass im Gebiet Hochbühl insbesondere die zentrale naturschutzfachliche Begründungslage im zweiten Entwurf neu formuliert wurde, ohne dies deutlich zu kennzeichnen, konterkariert dieses Beteiligungsrecht in wesentlicher Weise.</p>	<p>Umweltprüfung sowie die naturschutzfachlichen Prüfungen (Natura 2000 - Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) für die angepassten Vorranggebiete Windenergie erneut durchgeführt wurden. Eine Kennzeichnungspflicht aller Anpassungen in den Unterlagen besteht nicht. Die Vorgehensweise des RVBO ist nicht zu beanstanden;</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p>	
IV. 10305	1408	<p>3.4 Missachtung der Integrationspflicht bei parallel verlaufenden Schutzregelungen</p> <p>Im Gebiet Hochbühl bestehen diverse fachrechtliche Bindungen, darunter:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das FFH-Gebiet „Pfrunger-Burgweiler Ried“ in direkter Nachbarschaft,</li> <li>• ein Netz aus geschützter Biotope und Feuchthflächen gemäß § 30 BNatSchG,</li> <li>• sowie diverse Waldstrukturen mit hoher ökologischer Funktionalität.</li> </ul> <p>Gemäß dem Prinzip der fachrechtlichen Integration (vgl. § 1 Abs. 6 BauGB) ist der Träger der Regionalplanung verpflichtet, bei der Ausweisung von Vorranggebieten auch die fachrechtlichen Bindungen nach Naturschutz-, Wasser- und Forstrecht vollumfänglich zu berücksichtigen. Ausweislich der im zweiten Entwurf vorgelegten Begründung wurde diese Integrationsverpflichtung nur formal behandelt, nicht jedoch inhaltlich durchdrungen. Insbesondere wird das Pufferpotenzial der verbleibenden Fläche gegenüber den Schutzgebieten überschätzt, obwohl durch die Verkleinerung des Gebiets der räumliche Abstand zu besonders sensiblen Flächen (etwa temporär wasserführende Senken im Westteil) signifikant verringert wurde. Die planerische Vernachlässigung dieser Schutzkaskade ist als planerisch fehlerhafte Reduktion komplexer Wirkungszusammenhänge zu bewerten und begründet – unabhängig vom materiellen Ergebnis – einen erheblichen formellen Mangel.</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich das genannte Natura 2000 - Gebiet "Pfrunger-Burgweiler-Ried" nicht in direkter Nachbarschaft, sondern in ca. 20 km Entfernung zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie befindet. Die Anregung ist daher an dieser Stelle nicht nachvollziehbar, da kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen den genannten Orten besteht. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete Windenergie erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung, inkl. Natura 2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtlicher Prüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Teilregionalplan sowie im Umweltbericht dokumentiert. Bekannte, besonders hochwertige Lebensräume und gesetzlich geschützte Flächen bzw. Flächen mit fachrechtlicher Bindung (Natura 2000-Gebiete, geschützte Biotope, geschützte Waldflächen, Wasserschutzgebiete etc.) sind im Rahmen der Planungskriterien (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung , sowie die Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) sowie in der strategischen Umweltprüfung, der Natura-2000-Vorabprüfung und der artenschutzrechtlichen Prüfung (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie)</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>berücksichtigt.</p> <p>Für jedes Vorranggebiet Windenergie wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf alle Schutzgüter in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und eine Natura 2000 - Vorabprüfung auf Ebene der Regionalplanung sowie eine Artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt und in Steckbriefen dokumentiert (s. Anlage 1 zum Umweltbericht). Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p>	
IV. 10305	1409	<p>4. Artenschutzrechtliche Konflikte</p> <p>4.1 Rechtlicher Rahmen: Artenschutz in Regionalplanverfahren</p> <p>Die Anforderungen des Artenschutzes sind auch im Rahmen der Regionalplanung zu berücksichtigen. Zwar ersetzt die Regionalplanung keine artenschutzrechtliche Ausnahmeprüfung im Sinne des § 45 BNatSchG; sie darf jedoch nach ständiger Rechtsprechung keine offenkundig rechtswidrigen Entwicklungen ermöglichen (vgl. BVerwG, Urt. v. 18.02.2020 – 4 CN 5.18). Eine grobe Missachtung artenschutzrechtlicher Verbote, insbesondere nach § 44 Abs. 1 BNatSchG, ist deshalb bereits auf der Ebene der Raumplanung unzulässig.</p> <p>§ 44 BNatSchG normiert die zentralen Verbote des besonderen Artenschutzes. Danach ist es u. a. verboten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• wild lebende Tiere der besonders geschützten Arten zu töten (§ 44 Abs. 1 Nr. 1),</li> <li>• deren Fortpflanzungs- oder Ruhestätten zu beschädigen oder zu zerstören (§ 44 Abs. 1 Nr. 3),</li> <li>• und erhebliche Störungen im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 hervorzurufen.</li> </ul> <p>Die Verpflichtung zur Beachtung dieser Verbote gilt auch für den Träger der Regionalplanung, wenn – wie hier – bereits auf dieser Planungsebene konkrete Konflikte absehbar sind.</p>	<p>Die Anregungen beziehen sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere auf Teil B.3, verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben. Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen fanden Berücksichtigung im planerischen Abwägungsprozess. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet in den Steckbriefen (s. Anlage 1 zum Umweltbericht) nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Gebieten für die Nutzung der Windenergie und Freiflächenphotovoltaik wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein höheres Gewicht beigemessen wurde.</p> <p>Damit wurden die auf Ebene der Regionalplanung gesetzlich erforderlichen Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen durchgeführt. Eine weitere Berücksichtigung der schutzgutbezogenen Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>	
IV. 10305	1410	4.2 Neue Nachweise streng geschützter Fledermausarten im Gebiet Hochbühl	Ein Gutachten von "ITN, 2024" zum in der Anregung genannten Vorranggebiet wurde dem Regionalverband nicht	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Im Zeitraum zwischen erster und zweiter Offenlage wurden im Bereich des Vorranggebiets Hochbühl umfangreiche Erhebungen zur Fledermausfauna durchgeführt. Ausweislich eines im Sommer 2024 veröffentlichten Fachberichts, erstellt durch das Institut für Tierökologie und Naturbildung (ITN), wurden unter anderem folgende Arten nachgewiesen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Große Bartfledermaus (<i>Myotis brandtii</i>) – Wochenstubennachweis in unmittelbarer Nähe zum nordwestlichen Gebietsrand,</li> <li>• Mopsfledermaus (<i>Barbastella barbastellus</i>) – mehrfacher akustischer Nachweis während der Schwärmpériode, Indiz für Reproduktionsrelevanz,</li> <li>• Großes Mausohr (<i>Myotis myotis</i>) – Flugaktivität in Korridorstruktur am östlichen Waldrand,</li> <li>• Kleinabendsegler (<i>Nyctalus leisleri</i>) – dokumentierte Jagdflüge im Bereich geplanter Erschließungsachsen.</li> </ul> <p>Alle vorgenannten Arten sind nach Anhang IV der FFH-Richtlinie gelistet und genießen den vollen Schutz des § 44 BNatSchG. Die dokumentierten Raumnutzungsmuster (Quartiernähe, Jagdhabitats, Leitstrukturen) lassen darauf schließen, dass bereits im aktuellen Planungsstadium ein signifikantes Tötungsrisiko durch Windkraftanlagen besteht – ein Risiko, das weder im ersten noch im zweiten Entwurf hinreichend geprüft oder bewertet wurde. Die Aussage des Regionalverbands, artenschutzrechtliche Konflikte seien „projektbezogen zu prüfen“, erkennt, dass bereits die Standortauswahl in einer Weise erfolgen muss, dass offensichtlich rechtswidrige Wirkungen ausgeschlossen werden können.</p>	<p>vorgelegt und ist diesem auch nicht bekannt. Hinsichtlich der sonstigen Anregungen zum Artenschutz und des Gutachtens vom Büro 365° freiraum + umwelt wird auf die vorangegangene und nachfolgende Abwägung zum Thema Artenschutz und naturschutzfachlicher Erkenntnisse zur vorliegenden Stellungnahme verwiesen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen generell folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Für das in der Anregung genannte VRG Windenergie liegen keine Daten zu Vorkommen zu Vogelarten und Fledermäusen vor, welche zu einer Reduktion oder Streichung des VRG Windenergie führen müssten.</p>	
IV. 10305	1412	<p>4.3 Vernachlässigung artenschutzrechtlich relevanter Flugkorridore und Waldränder</p> <p>Die veränderte Gebietskulisse im zweiten Entwurf betrifft vorrangig jene Flächen, die nahe an Waldrändern und feuchten Senken liegen – typische Hotspots für Fledermausaktivität. Diese Areale zeichnen sich durch ein hohes Maß an struktureller Komplexität, Insektenreichtum und Leitlinienorientierung aus. Der neue Gebietszuschnitt legt damit einen erheblich höheren Nutzungsdruck auf ökologisch besonders empfindliche Raumkompartimente, die in der ersten Offenlage teilweise ausgespart blieben. Das in Fachkreisen etablierte 3-Säulen-Konzept zur Risikobewertung von Windkraftanlagen (Quartiernähe, Jagdhabitat, Flugkorridor) ist im aktuellen Entwurf nicht umgesetzt worden. Weder wurde eine systematische Abwägung auf Grundlage artspezifischer Aktivitätsradien vorgenommen, noch erfolgte eine plausible Risikoabschätzung anhand von Höhenprofilen, Windradtypen oder Abstandsbereichen. In Anbetracht der Bedeutung des Gebiets als</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie im 2. Offenlageentwurf lediglich verkleinert wurde. Daher ist die Anregung "Der neue Gebietszuschnitt legt damit einen erheblich höheren Nutzungsdruck auf ökologisch besonders empfindliche Raumkompartimente, die in der ersten Offenlage teilweise ausgespart blieben." nicht nachvollziehbar.</p> <p>Zum prognostischen Tötungsrisiko: der RVBO hat eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbericht). In diesem wurde den rechtlichen Vorgaben hinsichtlich des Artenschutzes (auch § 44 BNatSchG) auf regionalplanerischer Ebene ausreichend Rechnung getragen. Es wird auf Kap. 8.2 des Entwurfs Umweltbericht zum Satzungsbeschluss verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>funktionale Achse zwischen dem Pfrunger-Burgweiler Ried und angrenzenden Waldkomplexen stellt die geplante Gebietsausweisung einen gravierenden artenschutzrechtlichen Zielkonflikt dar.</p> <p>4.4 Prognostisches Tötungsrisiko als raumordnerisch zu berücksichtigendes Ausschlusskriterium  Das Tötungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist nicht auf „nachgewiesene Kollisionen“ begrenzt, sondern greift bereits dann, wenn mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit individuenbezogene Risiken durch den Betrieb von Windenergieanlagen zu erwarten sind. Diese sogenannte „signifikant erhöhte Tötungswahrscheinlichkeit“ ist nach ständiger Rechtsprechung (vgl. BVerwG, Urt. v. 09.06.2010 – 9 A 1.09) prognostisch zu bewerten. Eine solche Bewertung ist im zweiten Entwurf vollständig unterblieben. Vielmehr wird pauschal darauf verwiesen, dass „die Beachtung artenschutzrechtlicher Belange der nachgelagerten Projektplanung“ überlassen bleibe. Diese Haltung widerspricht nicht nur dem unionsrechtlich verankerten Vorsorgeprinzip, sondern auch den Maßgaben der Raumordnungsgerichtsbarkeit, wonach ein Regionalplan nicht Standorte ausweisen darf, an denen der gesetzliche Tötungstatbestand mit hoher Wahrscheinlichkeit erfüllt sein wird. Insbesondere im Fall der Mopsfledermaus – deren Flugverhalten in Kombination mit typischen Höhen von Windkraftanlagen als hoch kollisionsgefährdet gilt – hätte eine planerische Zurückhaltung geboten sein müssen. Stattdessen erfolgt die Ausweisung eines Gebiets, das bereits heute mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht genehmigungsfähig wäre.</p>	<p>Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde (s. auch die Erläuterungen zu „Natura 2000 nach Änderung der Flächenkulisse“ in der Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage)</p>	
IV. 10305	1413	<p>4.5 Erheblich erweitertes Fledermausvorkommen (Studie „Klett et al. 2024“)  Im Frühjahr und Sommer 2024 wurde das Gebiet Hochbühl durch ein unabhängiges ökofaunistisches Büro (Dr. Klett &amp; Partner, Tübingen) intensiv untersucht. Dabei wurden bei über 80 Nächten akustischer Erfassung und Netzfang folgende Arten mit signifikantem Vorkommen dokumentiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bechsteinfledermaus (<i>Myotis bechsteinii</i>) – Fortpflanzungskolonie im südöstlichen Waldbereich,</li> <li>• Große Hufeisennase (<i>Rhinolophus ferrumequinum</i>) – regelmäßig jagende Tiere entlang der Waldsäume,</li> <li>• Mopsfledermaus (<i>Barbastella barbastellus</i>) – hohes Aktivitätsniveau im gesamten Gebiet.</li> </ul> <p>Das Gebiet Hochbühl erfüllt damit mehrere Habitatmerkmale nach der Fledermaus-Leitlinie des Bundesamts für Naturschutz (BfN 2019). Eine Genehmigung von Windkraftanlagen in dieser Umgebung wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit artenschutzrechtlich nicht zulässig.</p>	<p>Ein Gutachten von "Dr. Klett und Partner" zum in der Anregung genannten Vorranggebiet wurde dem Regionalverband nicht vorgelegt und ist diesem auch nicht bekannt. Dazu kann daher auch nicht Stellung genommen werden Hinsichtlich der sonstigen Anregungen zum Artenschutz und des Gutachtens vom Büro 365° freiraum + umwelt wird auf die vorangegangene und nachfolgende Abwägung zum Thema Artenschutz und naturschutzfachlicher Erkenntnisse zur vorliegenden Stellungnahme verwiesen.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10305	1414	<p>4.6 Konflikte mit Greifvogelzug und Brutgebieten Neben den Fledermäusen ist das Gebiet auch für den durchziehenden Rotmilan (<i>Milvus milvus</i>), den Schwarzmilan (<i>Milvus migrans</i>) und mehrere Falkenarten relevant. Während der Frühjahrsmonate 2023 und 2024 konnten an den südwestlichen Kanten des Vorranggebiets jeweils bis zu 12 Rotmilane pro Tag beim Thermiksegeln beobachtet werden. Nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist jede erhebliche Störung während der Brutzeit verboten – eine Anforderung, die bei der derzeit geplanten Gebietsgröße und -lage faktisch nicht eingehalten werden kann.</p> <p>4.7 Kollisionen, Barotrauma und Beeinträchtigung von Quartieren Gerade Fledermäuse, deren Lebensräume sich im Hochbühl-Wald mosaikartig mit Jagdhabitaten durchziehen, sind besonders gefährdet durch Rotorblattkollisionen und Barotrauma – ein Phänomen, bei dem durch Druckabfall in der Nähe von Rotorblättern innere Verletzungen entstehen. Nach aktuellen Studien (z. B. Voigt et al. 2022) kann selbst eine 1– 2 km Entfernung zum nächsten Windrad nicht als risikofrei gelten.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10305	1415	<p>5. Konflikte im Bereich Landschaftsbild, Erholung und Tourismus</p> <p>5.1 Landschaftsbild als eigenständiges Schutzgut mit Verfassungsrang</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sowie § 2 Abs. 2 ROG ist das Landschaftsbild ein eigenständiges raumordnerisches Schutzgut, das im Rahmen der Regionalplanung zu würdigen ist. Auch die Rechtsprechung misst dem ästhetischen Wert von Landschaften verfassungsrechtliche Bedeutung bei, insbesondere in Verbindung mit der Eigentumsgarantie (Art. 14 GG), dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 GG) sowie der kommunalen Planungshoheit (Art. 28 Abs. 2 GG). Das Windvorranggebiet Hochbühl liegt landschaftlich exponiert auf einer bewaldeten Hochfläche zwischen den Ortschaften Ruschweiler, Laubbach, Wilhelmsdorf und Zußdorf. Die topographische Dominanz sowie die hohe Fernwirkung durch fehlende Höhenkonkurrenz machen das Gebiet landschaftsbildlich besonders sensibel. Die visuelle Integrität des durchgehend bewaldeten Hochplateaus würde durch Windenergieanlagen in massiver Weise gestört. Die im zweiten Entwurf vorgenommene Flächenverkleinerung ändert daran nichts Wesentliches, sondern erhöht vielmehr die Wirkung der verbleibenden Turbinenstandorte durch deren zentrale Lage und fehlenden Sichtschutz.</p> <p>5.2 Konflikt mit bestehenden Tourismus- und Erholungskonzepten</p> <p>Der Hochbühl und seine Umgebung dienen der ortsnahe Erholung, insbesondere durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das ausgeschilderte Wanderwegenetz (z. B. Jakobusweg, Strecken nach Wilhelmsdorf, Pfrungen, Illmensee),</li> </ul>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die in den Anregungen genannten Orte (Ruschweiler, Laubbach, Wilhelmsdorf, Zußdorf, Pfrungen, Illmensee, Schullandheim Wilhelmsdorf, Pfrunger Ried u.a.) nicht im Umfeld des Vorranggebietes Windenergie WEA-435-002 Hochbühl befinden. Die Anregung ist daher an diesen Stellen nicht nachvollziehbar, da kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen den genannten Orten und dem genannten Vorranggebiet besteht.</p> <p>Die genannten Aspekte der Schutzgüter "Landschaft" und "Mensch/Erholung", einschließlich der Belange des Tourismus (mittelbar z.B. über Kurgelände, störungsempfindliche Grün- und Erholungsflächen, in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale) sowie des Schutzgutes "Denkmalschutz" sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).</p> <p>Zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft hat der Regionalverband ein Fachgutachten speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt, dabei wurde u.a. auch die Topografie, Blickachsen auf den Bodensee und die Alpen mit hoher Landschaftsbildqualität, regional bedeutsame Aussichtspunkte und Kulturdenkmäler berücksichtigt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• landschaftsbezogene Freizeitnutzung (Rastplätze, Aussichtspunkte, Picknickareale),</li> <li>• naturpädagogische Nutzung (Waldpädagogikprogramme, Schullandheim Wilhelmsdorf).</li> </ul> <p>Darüber hinaus wird der angrenzende Raum durch zahlreiche touristische Betriebe geprägt, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gasthäuser mit Panoramablick auf die Alpen (u. a. in Höhreute, Birkhof),</li> <li>• Ferienwohnungen und Pensionen mit Landschaftsbezug,</li> <li>• thematische Radrouten (z. B. „Oberschwäbische Barockstraße“, „Natur pur“-Route Wilhelmsdorf).</li> </ul> <p>Die visuelle Vorbelastung durch Windkraftanlagen ist bislang in der Region gering. Das Gebiet Hochbühl bildet dabei eine bewusst gepflegte „Ruheinsel“, die sich auch aus Sicht des Tourismusmarketings als Argument für eine besonders „unverbaute“ Erlebnislandschaft eignet.</p> <p>Die vorgesehene Ausweisung des Vorranggebiets würde diese touristisch bedeutende Eigenschaft vollständig zerstören. Die massive Beeinträchtigung des Landschaftsbildes steht im direkten Widerspruch zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• den Zielen der Tourismusstrategie des Landes Baden-Württemberg (u. a. Fokus auf Natur- und Gesundheitstourismus),</li> <li>• den Festsetzungen des Regionalplans zur Sicherung landschaftlicher Erholungsräume,</li> <li>• sowie den Selbstverpflichtungen der angrenzenden Kommunen zur Förderung sanften Tourismus.</li> </ul> <p>Eine Berücksichtigung dieser Aspekte findet im zweiten Entwurf nicht ansatzweise statt. Vielmehr wird die Schutzwürdigkeit der Region auf eine bloße „Freizeitnutzung“ reduziert – ohne Differenzierung nach Zielgruppen, Wertigkeit oder Wirkmechanismen. Diese Form der Bagatellisierung verstößt gegen das raumordnungsrechtliche Differenzierungsgebot und ist im Licht der verfassungsrechtlichen Erholungsgarantie als grob unzureichend zu bewerten.</p> <p>5.3 Sichtachsen, Kulturlandschaftsbezug und Verlust historischer Wahrnehmungsräume</p> <p>Die umgebende Landschaft des Hochbühls ist geprägt durch eine historisch gewachsene Kulturlandschaft mit kleinteiliger Struktur, traditioneller landwirtschaftlicher Nutzung und bewahrter Blickbeziehungen. Typische Sichtbeziehungen, die durch Windenergieanlagen gestört würden, umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Sichtachse zwischen Illmensee und Wilhelmsdorf,</li> <li>• den Ausblick von der Höhe bei Zußdorf über das Pfrunger Ried bis zu den Alpen,</li> </ul>	<p>Teilregionalplans Energie).</p> <p>Bezüglich des Denkmalschutzes stehen bis zur Erreichung des Ziels der Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 nach dem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg der Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Windenergieanlagen nach § 15 Abs. 4 DSchG BW denkmalfachliche Belange nicht entgegen, soweit die Windenergieanlagen nicht in der Umgebung eines in höchstem Maße raumwirksamen eingetragenen Kulturdenkmals errichtet, verändert oder beseitigt werden.</p> <p>Aus den Stellungnahmen des Landesdenkmalamts zum Teilregionalplan Energie (Az. II.521) ergibt sich kein Erfordernis, das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie wegen der Betroffenheit von im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmälern aus der Kulisse der Vorranggebiete Windenergie auszuschließen.</p> <p>Hinsichtlich historischer Kulturlandschaften liegt eine systematisch-flächendeckende Erfassung kulturhistorisch bedeutsamer Landnutzungen und Landschaftselemente oder großräumiger historischer Kulturlandschaften für die Region bislang nicht vor. Der Schutz einzelner historischer Kulturlandschaftselemente kann durch die Ausweisung von Bau- und Bodendenkmälern nach dem DSchG BW und als Naturdenkmal gem. § 28 BNatSchG erfolgen.</p> <p>Großflächige historische Kulturlandschaften können nach § 25 BNatSchG aufgrund der besonderen kulturhistorischen Bedeutung als Landschaftsschutzgebiet, gem. § 23 BNatSchG aus naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen als Naturschutzgebiet oder bei herausragender Bedeutung als Nationales Naturmonument (§ 24 BNatSchG) geschützt werden. Nationale Naturmonumente kommen in der Region nicht vor. Bau- und Bodendenkmäler, Naturdenkmäler, Landschafts- und Naturschutzgebiete sind im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) berücksichtigt und damit in die planerische Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie eingegangen.</p> <p>Zudem erfolgt gem. PS 3.1.0 Z (3) Regionalplan 2023 die Festlegung der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren u.a. zur Wahrung des Charakters der traditionellen Natur- und Kulturlandschaft. Damit sind die bedeutsamen historischen Natur- und Kulturlandschaften in der Region in den Regionalen Grünzügen und</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• die Blickverbindung entlang des Jakobspilgerwegs Richtung Westen.</li> </ul> <p>Gerade diese visuelle Lesbarkeit des Raums als kulturell gewachsenes Ganzes ist ein entscheidender Identifikationsfaktor für die einheimische Bevölkerung. Der zweite Entwurf versäumt es vollständig, diese Qualität zu erfassen. Stattdessen wird pauschal auf „Erhebungen zur Landschaftsbildwirkung“ verwiesen, die jedoch auf veralteten, nicht öffentlich zugänglichen Grundlagen beruhen. Ein aktualisiertes, auf das reduzierte Gebiet bezogenes Visualisierungskonzept fehlt vollständig. Die Rücknahme einzelner Flächenteile am Rand (z. B. im Nordwesten) hat keine erkennbare Reduktion der Fernwirkung zur Folge, da die prägenden Höhenlagen weiterhin einbezogen bleiben. Vielmehr entsteht durch die Konzentration auf die verbleibende Kernfläche eine Zuspitzung der landschaftsästhetischen Konflikte, die durch keine Kompensationsstrategie abgemildert werden.</p> <p>5.4 Eingriff in ein landschaftsästhetisch empfindliches Höhenprofil Das Gebiet Hochbühl zeichnet sich durch seine topografisch exponierte Lage aus. Es handelt sich um eine wellenartige Hochebene mit Sichtbeziehungen weit über den westlichen Teil Oberschwabens, einschließlich Blickachsen in Richtung Bodensee, Alpenkette und Oberschwäbischer Barockstraße. Die visuelle Prominenz dieses Areals stellt einen eigenständigen, zu berücksichtigenden Umweltfaktor dar. Die Errichtung großskaliger Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von bis zu 166 m und einem Rotordurchmesser von 150 m würde – auch in der nun verkleinerten Gebietskulisse – zu einer massiven Dominanzwirkung im Landschaftsbild führen. Der bewusste Verzicht auf eine landschaftsbildbezogene Schutzabstufung nach der ersten Offenlage stellt einen schwerwiegenden Abwägungsfehler dar, da neue Daten aus der GIS- basierten Sichtfeldanalyse (Univ. Freiburg, 2024) einen um bis zu 32 % erhöhten Sichtanteil aus betroffenen Siedlungsbereichen belegen.</p> <p>5.5 Kulturlandschaftlicher Verlust: Barocke Prägung und Wegebezüge Der Landschaftsraum um Hochbühl ist nicht nur ökologisch wertvoll, sondern auch kulturgeschichtlich bedeutsam. Historische Flurstücke, alte Wallfahrtsrouten und Sichtachsen zu religiös geprägten Bauwerken (u. a. Kapelle Maria Hochbühl, erbaut 1723) wären durch die Rotorbewegung visuell zerschnitten. Nach § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB sind „Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege“ sowie das „Erscheinungsbild historischer Kulturlandschaften“ zu berücksichtigen – dies wurde in der geänderten Planungsversion vollständig unterlassen. Der Planentwurf ignoriert dabei nicht nur die Hinweise der</p>	<p>Grünzäsuren berücksichtigt. Grünzäsuren wurden als Ausschlusskriterium (A3, s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie ausgeschlossen. Die Schutzziele der Regionalen Grünzüge haben in die Abwägung Eingang gefunden.</p> <p>Für jedes Vorranggebiet Windenergie wurde anhand des o.g. Gutachtens und weiterer Parameter die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter „Landschaft“ und "Mensch/Erholung" sowie "Denkmalschutz" auf Ebene der Regionalplanung ermittelt und im Umweltbericht sowie in Steckbriefen bewertet und dokumentiert. Im Umweltbericht wird zudem auf die Notwendigkeit der Vermeidung/Minimierung von Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild, die Erholung sowie den Denkmalschutz bei der Standortwahl sowie durch Festlegung geeigneter Maßnahmen hingewiesen. (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie). Die o.g. Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Bei dem in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung und unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte der Windenergienutzung aufgrund von § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (überragendes öffentliches Interesse erneuerbarer Energien, Gewichtungsvorrang) gegenüber den Aspekten "Landschaft", "Mensch/Erholung" und Tourismus sowie "Denkmalschutz" der Vorrang eingeräumt.</p> <p>Die Belange der Schutzgüter „Landschaft“, "Mensch/Erholung" und Tourismus sowie "Denkmalschutz" wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie angemessen berücksichtigt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die gesetzlichen Vorgaben. Hierzu wird zudem auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Denkmalbehörde von 2023, sondern blendet auch den durch die Regionalplanänderung ausgelösten Verstärkungsgrad des visuellen Eingriffs aus. Die verbliebene Restfläche, obwohl reduziert, konzentriert sich nun auf exakt jene Hangkante, welche die Fernwirkung historischer Landmarken am stärksten beeinträchtigt.</p> <p>5.6 Unverhältnismäßigkeit im Lichte der Eingriffsregelung (§§ 13 ff. BNatSchG)</p> <p>Gemäß der Eingriffsregelung nach §§ 13 ff. BNatSchG müssen erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes entweder vermieden oder durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. In der aktuellen Planung fehlen jedoch jegliche Aussagen zur konkreten landschaftsbezogenen Kompensation – weder visuelle, noch ästhetische oder rekreative Ausgleichsstrategien sind vorgesehen. Dies widerspricht nicht nur geltendem Fachrecht, sondern auch den methodischen Standards der Landschaftsbildbewertung nach dem Leitfaden der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz (LANA, 2020).</p>		
IV. 10305	1416	<p>6. Beeinträchtigung von Waldflächen und forstlichen Funktionen</p> <p>6.1 Wald als besonders geschütztes Gut in der Regionalplanung</p> <p>Wälder nehmen im Planungs- und Umweltrecht eine herausgehobene Stellung ein. Nach § 1a Abs. 2 BauGB ist mit Grund und Boden sparsam umzugehen; § 8 Abs. 1 LWaldG BW verpflichtet zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Waldes. In der Regionalplanung ist die Zerstörung von Waldflächen daher nur in zwingend erforderlichen Ausnahmefällen zulässig und erfordert eine besondere Schutzgüterabwägung, insbesondere im Hinblick auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• den Klimaschutz,</li> <li>• die Funktion als Lebensraum,</li> <li>• die Bedeutung für den Wasserhaushalt und</li> <li>• die Erholungsfunktion.</li> </ul> <p>Das Vorranggebiet Hochbühl liegt zu über 90 % in bewaldetem Gebiet, überwiegend in strukturreichem, mehrschichtigem Mischwald mit hohem Altersklassenanteil. Die im zweiten Entwurf vorgenommene Reduzierung der Fläche ändert an der grundsätzlichen Waldbetroffenheit nichts – vielmehr erhöht sie den Planungsdruck auf die verbliebenen, ökologisch wertvolleren Bestände, da die verbliebenen Flächen zentraler und unzerschnittener sind.</p> <p>6.2 Konflikt mit forstwirtschaftlichen und klimaökologischen Zielen</p> <p>Der betroffene Wald erfüllt zahlreiche Leistungen im Sinne der multifunktionalen Forstwirtschaft. Nach Angaben der Forstverwaltung der Gemeinde Wilhelmsdorf handelt es sich u. a. um:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• klimastabile Waldbestände mit Erprobungscharakter im Zuge des Waldumbaus,</li> <li>• wirtschaftlich genutzte Areale im Rahmen der regionalen</li> </ul>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die in den Anregungen genannten Orte (Wilhelmsdorf, Pfrunger Ried, Ruschweiler, Laubbach u.a.) nicht im Umfeld des Vorranggebietes Windenergie WEA-435-002 Hochbühl befinden. Die Anregung ist daher an diesen Stellen nicht nachvollziehbar, da kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen den genannten Orten und dem genannten Vorranggebiet besteht.</p> <p>Hochwertige Waldökosysteme und Waldfunktionen sind im Planungskonzept über Ausschluss- und Konfliktkriterien (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung sowie die Begründung zu Plansatz 4.2.1 Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) sowie in der strategischen Umweltprüfung, der Natura-2000-Vorabprüfung und der artenschutzrechtlichen Prüfung (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) berücksichtigt.</p> <p>Für jedes Vorranggebiet Windenergie und alle „nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen“ wurden die erheblichen Umweltauswirkungen in der Strategischen Umweltprüfung (Schutzgüter Mensch, Fläche, Boden, Wasser, Klima/Luft, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft, Kultur- und Sachgüter) ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Holzvermarktung,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Trinkwasserschutzwälder mit Schutzfunktion für versickerungsaktive Böden und Feuchtbiootope,</li> <li>• sowie Jagdreviere mit populationsgesteuertem Wildbestand.</li> </ul> <p>Die Errichtung von Windkraftanlagen würde den dauerhaften Verlust von Waldflächen sowie zusätzliche Rodungen für Zuwegungen, Kranstellflächen und Trasseninfrastruktur verursachen. In Summe ergibt sich eine Entwaldungswirkung, die über die eigentlichen Anlagenstandorte weit hinausgeht. Die planerische Bewertung der forstlichen Auswirkungen im zweiten Entwurf bleibt vollständig pauschal. Eine konkrete Flächenbilanzierung, eine Differenzierung nach Waldfunktion oder eine kartographische Darstellung der betroffenen Bestände erfolgt nicht. Ebenso fehlt eine Auseinandersetzung mit der regionalen Bedeutung des Waldes als Klimapuffer im Hitzesommer, insbesondere in Hinblick auf das aktuelle Monitoringprogramm „Wald im Klimawandel“ des Landes.</p> <p>6.3 Erheblicher Eingriff in geschützte Waldlebensräume Ein großer Teil der im Gebiet Hochbühl gelegenen Waldbestände weist Strukturen auf, die als Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie einzustufen sind, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 9130 – Waldmeister-Buchenwälder (Hainsimsen-Buchenwald),</li> <li>• 91E0 – Auenwälder mit <i>Alnus glutinosa</i> und <i>Fraxinus excelsior</i> in quellennahen Bereichen,</li> <li>• sowie 91D0 – Moorwälder im Übergangsbereich zum Feuchtgebiet Pfrunger Ried.</li> </ul> <p>Diese Habitate sind von europäischer Bedeutung und genießen besonderen Schutzstatus, einschließlich Verschlechterungsverbot nach Art. 6 Abs. 2 FFH-RL. Die Flächenverkleinerung des Vorranggebiets im zweiten Entwurf konzentriert sich nachweislich nicht auf die Entlastung dieser besonders sensiblen Zonen, sondern betrifft vor allem Randbereiche mit geringerer naturschutzfachlicher Relevanz. Die verbleibende Fläche greift hingegen noch intensiver in strukturreiche, wenig gestörte Waldbereiche ein, wodurch sich die Eingriffsintensität sogar verschärft. Die Missachtung dieser ökologischen Gegebenheiten im Rahmen der Planung stellt nicht nur ein materiell-rechtliches Defizit dar, sondern verstößt auch gegen die Pflicht zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen geschützter Lebensräume (§ 34 Abs. 1 BNatSchG).</p> <p>6.4 Fragmentierung und Verlust der biologischen Funktionsfähigkeit Ein zentrales Problem der Planung ist die Fragmentierung geschlossener Waldsysteme. Bereits durch Zuwegungen und baubegleitende Maßnahmen wird das Waldgebiet in einzelne Inseln zerschnitten. Diese Fragmentierung hat schwerwiegende Folgen für:</p>	<p>Maßstabsgröße und damit an den Genauigkeitsgrad der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Wirtschaftliche Ertragsverluste bei der Holzvermarktung sind nicht Untersuchungsgegenstand bei der Flächensicherung auf Regionalplanebene.</p> <p>Hinsichtlich Natura 2000 weisen wir darauf hin, dass das in der Anregung genannte Vorranggebiet nicht in einem Natura 2000-Gebiet liegt. Die Belange des Natura-2000-Gebietsschutzes sind in das Planungskonzept (vgl. Begründung zu PS 4.2.1 Entwurf Teilregionalplan Energie sowie Kriterienkatalog und Erläuterung der Kriterien in der Anlage zur Begründung) und in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Zudem wurde eine Natura-2000-Vorabprüfung durchgeführt (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde (s. auch die Erläuterungen zu „Natura 2000 nach Änderung der Flächenkulisse“ in der Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage).</p> <p>Die sonstigen Anregungen beziehen sich überwiegend auf Sachverhalte, welche so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Auch hinsichtlich der</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Waldinnenklimatische Prozesse (Verringerung der Luftfeuchte, Erhöhung der Winddurchlässigkeit),</li> <li>• Populationsdynamiken empfindlicher Arten (z. B. Amphibien, Kleinsäuger, Spechte),</li> <li>• Boden- und Lichthaushalt (zunehmende Austrocknung, Sukzession durch Störarten),</li> <li>• sowie langfristige Wiederbewaldungspotenziale.</li> </ul> <p>Die im zweiten Entwurf vorgenommene Verdichtung der Planung auf einen zentralen Korridor zwischen den Waldflächen östlich von Ruschweiler und nördlich von Laubbach potenziert diesen Fragmentierungsdruck. Das bedeutet: Die Anpassung des Gebiets hat den Eingriffscharakter nicht reduziert, sondern intensiviert. Die Planung widerspricht damit dem in § 21 Abs. 2 LWaldG BW normierten Grundsatz der Zusammenhängigkeit von Waldflächen sowie dem bundesweiten Ziel der Erhaltung großflächiger, unzerschnittener Naturräume (vgl. „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“, BMUV 2007).</p>	<p>geänderten Flächenkulisse ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere auf Teil B.1 verwiesen. Es wird zudem auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsgeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die vorangegangene und nachfolgende Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10305	1417	<p>7. Unvereinbarkeit mit raumordnerischen und landesplanerischen Zielen</p> <p>7.1 Grundsatz der raumordnerischen Konfliktfreiheit</p> <p>Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergienutzung muss nach § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG mit den Zielen der Raumordnung vereinbar sein. Ziel ist es, die Windenergienutzung dort zu konzentrieren, wo möglichst wenige konkurrierende Raumnutzungen beeinträchtigt werden, um sowohl Synergie- als auch Schadenspotenziale zu minimieren. In § 2 Abs. 2 ROG heißt es ausdrücklich, dass die Raumordnung „die unterschiedlichen Anforderungen an den Raum aufeinander abstimmt“. Das Windvorranggebiet Hochbühl verstößt in seiner aktuell geänderten Fassung gegen genau diesen zentralen raumordnerischen Grundsatz. Die erfolgte Gebietsanpassung im Zuge der zweiten Offenlage führt nicht zur Konfliktreduzierung, sondern verschärft bestehende Zielkonflikte mit anderen raumbedeutsamen Funktionen weiter – insbesondere mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- naturschutzfachlich bedeutsamen Strukturen (Biotopverbund),</li> <li>- siedlungsnaher Erholungsfunktion (Wilhelmsdorf, Illmensee, Ruschweiler),</li> <li>- touristischen Infrastrukturachsen,</li> </ul>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die in den Anregungen genannten Orte (Wilhelmsdorf, Illmensee, Ruschweiler, Altdorfer Wald u.a.) nicht im Umfeld des Vorranggebietes Windenergie WEA-435-002 Hochbühl befinden. Die Anregung ist daher an diesen Stellen nicht nachvollziehbar, da kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen den genannten Orten und dem genannten Vorranggebiet besteht.</p> <p>Ein Verstoß gegen die Grundsätze und Ziele der Raumordnung inkl. des Landesentwicklungsplans liegt nicht vor. Aufgabe des Regionalplans ist nach § 11 Abs. 2 LplG unter anderem die Konkretisierung der Grundsätze der Raumordnung nach § 2 ROG und die Grundsätze des Landesentwicklungsplans. Die Ziele und Grundsätze der Raumordnung und des Landesentwicklungsplans wurden bereits bei der Erstellung des rechtskräftigen Regionalplans übernommen und konkretisiert (räumlich und sachlich ausgeformt und ergänzt). Dabei wurden insbesondere aktuelle Datengrundlagen bei der Ausformung herangezogen. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>- regionalplanerisch festgelegten Waldschutzbereichen. Der Planungsverband ignoriert damit das Gebot der überörtlichen Abstimmung und räumt dem Windenergieausbau de facto eine pauschale Priorität ein – ohne hinreichende fachliche Begründung oder gewichtende Gesamtabwägung.</p> <p>7.2 Missachtung der Zielsystematik des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg Nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg (LEP 2002, fortgeschrieben 2022) gilt für die Festlegung von Windvorranggebieten das Prinzip der Raumverträglichkeit (Ziel 2.1.3) und der Flächensparsamkeit (Grundsatz 2.1.4). Ferner sind laut Ziel 3.2.2 Gebiete mit besonderen landschaftlichen, naturschutzfachlichen oder kulturhistorischen Werten vor raumbedeutsamen Eingriffen besonders zu schützen. Im Falle des Vorranggebiets Hochbühl ist die Missachtung dieser Zielsystematik evident:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine nachvollziehbare Prüfung alternativer Standorte außerhalb besonders konfliktträchtiger Räume,</li> <li>- keine nachvollziehbare Abwägung gegenüber konkurrierenden Raumfunktionen wie Tourismus, Naherholung und Wasserschutz,</li> <li>- keine systematische Integration der Planungsgrundsätze des LEP in die Begründung des Regionalplanentwurfs.</li> </ul> <p>Die im zweiten Beteiligungsverfahren vorgenommenen Veränderungen ändern hieran nichts Substantielles – im Gegenteil: Die Reduktion der Fläche beschränkt sich im Wesentlichen auf wenig relevante Randzonen, während die konfliktträchtigste Kernfläche erhalten bleibt. Dadurch wird ein Signal gesetzt, dass fachlich begründete Zielkonflikte nicht planungsleitend berücksichtigt, sondern bewusst zugunsten des politischen Ausbauziels übergangen werden.</p> <p>7.3 Fehlen eines landesplanerisch tragfähigen Kriterienrasters Ein weiteres gravierendes Manko liegt im Fehlen eines systematisch aufgebauten, objektivierbaren Kriterienrasters, das eine landesplanerisch konsistente Ableitung der Vorrangflächen ermöglichen würde. Statt eines schlüssigen Punktesystems mit nachvollziehbarer Bewertungsmethodik finden sich in den Planunterlagen nur pauschale Wertungen („geeignet“, „mäßig geeignet“, „nicht geeignet“), die weder in ihrer Entstehung noch in ihrer Anwendung transparent gemacht werden. Dies führt dazu, dass das Windvorranggebiet Hochbühl in einer Weise „begründet“ wird, die beliebig erscheint und der Raumordnung ihre normative Steuerungsfunktion entzieht. Gerade nach den Änderungen im Zuge der zweiten Offenlage wäre es erforderlich gewesen, eine erneute systematische Bewertung der verbliebenen Flächen im Lichte aktualisierter Kriterien</p>	<p>die rechtlichen Vorgaben. Auf den Umweltbericht, insbesondere Kapitel 2, Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplan Energie wird verwiesen. Bezüglich der Alternativenprüfung wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Zu den sonstigen Anregungen wird auf die vorangegangene Abwägung zur vorliegenden Stellungnahme verwiesen. Weiterhin wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Es wird zudem auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>durchzuführen – etwa unter Berücksichtigung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• neuer artenschutzfachlicher Erkenntnisse,</li> <li>• aktueller technischer Entwicklungen (z. B. Nabenhöhe, Schallwirkung),</li> <li>• oder aktualisierter Ziele des Landesklimaschutzgesetzes BW.</li> </ul> <p>Stattdessen verbleibt die Planbegründung auf einem Stand, der inhaltsleer und nicht abwägungsfest ist.</p> <p>7.4 Raumordnerisches Abwägungsdefizit: Kein Ausgleich konkurrierender Belange</p> <p>Schließlich liegt ein klassisches Abwägungsdefizit vor, das die Planung auch aus formaler Sicht angreifbar macht. Die Entscheidung zugunsten des Vorranggebiets Hochbühl hätte nur dann Bestand haben können, wenn alle erheblichen Belange in einer methodisch nachvollziehbaren Gesamtabwägung eingestellt worden wären. Dies ist jedoch nicht geschehen.</p> <p>Insbesondere fehlt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine transparente Gewichtung zwischen Ausbauzielen der Windkraft und dem Schutz ruhiger Erholungslandschaften,</li> <li>• eine differenzierte Bewertung der spezifischen regionalen Raumstruktur des Altdorfer Waldes und seiner Hochlagen,</li> <li>• eine klare Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Planänderung auf die Gesamtkulisse (z. B. neue Erschließungssituation, Sichtwirkung),</li> <li>• sowie die Berücksichtigung der Stellungnahmen aus der ersten Offenlage.</li> </ul> <p>Die Beibehaltung des Vorranggebiets trotz gravierender fachlicher Einwände aus der ersten Offenlage lässt auf ein formelhaftes Abwägungsverhalten schließen. Dass die Änderungen im zweiten Entwurf primär kosmetischer Natur sind und keine substantiellen Planänderungen vornehmen, legt den Verdacht nahe, dass die Planungsentscheidung bereits vorgeprägt war – ein Zustand, der unter Umständen auch verfahrensrechtlich relevant sein kann.</p>		
IV. 10305	1418	<p>8. Mangelnde Rücksichtnahme auf kommunale Planungshoheit und Beteiligungsrechte</p> <p>8.1 Die kommunale Planungshoheit als verfassungsrechtlich geschütztes Gut</p> <p>Die kommunale Planungshoheit nach Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG ist ein zentrales Element der kommunalen Selbstverwaltung. Sie umfasst insbesondere das Recht, die städtebauliche Entwicklung im Gemeindegebiet durch Bauleitplanung eigenverantwortlich zu steuern. Diese Hoheit darf durch übergeordnete Planwerke – wie den Teilregionalplan Energie – nicht ohne zwingenden Grund eingeschränkt werden. Der Gesetzgeber hat ausdrücklich festgelegt, dass überörtliche Planungen nur dann Vorrang genießen, wenn sie im Rahmen einer fairen Abwägung und nach</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die in den Anregungen genannten Orte (Wilhelmsdorf, Illmensee, Ostrach u.a.) nicht im Umfeld des Vorranggebietes Windenergie WEA-435-002 Hochbühl befinden. Die Anregung ist daher an diesen Stellen nicht nachvollziehbar, da kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen den genannten Orten und dem genannten Vorranggebiet besteht. Dies gilt auch für die Ausführungen zu LEADER und Regionalbudgets.</p> <p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung zur vorliegenden Stellungnahme sowie auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die sonstigen Anregungen beziehen sich überwiegend auf</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>umfassender Anhörung der betroffenen Gemeinden erfolgen. Die Ausweisung des Vorranggebiets Hochbühl verstößt gegen diese Grundsätze in mehrfacher Hinsicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die betroffenen Gemeinden Wilhelmsdorf, Illensee und Ostrach haben sich eindeutig gegen die Flächenausweisung ausgesprochen.</li> <li>• In den öffentlichen Sitzungen der Gemeinderäte sowie in interkommunalen Gesprächen wurde der Vorrangfläche Hochbühl keinerlei kommunale Zustimmung erteilt.</li> <li>• Die Aussagen der Kommunen wurden im zweiten Entwurf weder aufgegriffen noch berücksichtigt, sondern lediglich summarisch als „eingegangen“ vermerkt.</li> </ul> <p>Diese Vorgehensweise entwertet die verfassungsrechtlich garantierte Mitwirkung der Gemeinden zu einer bloßen Formsache. Sie widerspricht auch dem Prinzip der Gleichrangigkeit der Planungsträger, wie es in § 1 ROG und § 4 ROG zum Ausdruck kommt.</p> <p>8.2 Defizitäres Beteiligungsverfahren trotz einschneidender Planänderungen</p> <p>Die im zweiten Entwurf vorgenommene Veränderung der Vorrangfläche stellt keine bloße Marginalie dar, sondern führt zu einer Neujustierung des Planinhalts. Insbesondere durch die nun noch stärkere Konzentration auf konfliktträchtige Kernzonen, verändert sich die Eingriffsintensität signifikant. Dies hätte eine vollumfängliche Neuabstimmung mit den betroffenen Gemeinden und Trägern öffentlicher Belange erfordert – was jedoch unterblieben ist.</p> <p>Stattdessen wurden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• keine neuen Umweltinformationen öffentlich ausgelegt, obwohl sich die Betroffenheit relevanter Schutzgüter verändert hat,</li> <li>• keine zusätzlichen Variantenprüfungen angestoßen, obwohl das Gebiet deutlich verkleinert und verschoben wurde,</li> <li>• keine erneuten Anhörungen oder informellen Beteiligungsformate angeboten, obwohl sich durch die Änderungen neue Konflikte ergeben haben.</li> </ul> <p>Dieses Vorgehen verletzt das Transparenzgebot des § 3 BauGB, die Beteiligungsregelungen des ROG sowie das rechtsstaatliche Gebot fairer Verwaltungsverfahren (Art. 20 Abs. 3 GG). Es handelt sich bei den Änderungen am Gebiet Hochbühl faktisch um eine Teil-Neuauslegung, die im jetzigen Verfahren nicht in hinreichender Weise legitimiert ist.</p> <p>8.3 Gefahr der Entwertung kommunaler Entwicklungskonzepte</p> <p>Darüber hinaus stehen die Planungen im unmittelbaren Widerspruch zu bestehenden, teils durch LEADER- und Regionalbudget-Förderung unterlegten kommunalen</p>	<p>Sachverhalte, welche so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsabschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Entwicklungskonzepten. So haben die angrenzenden Kommunen folgende Strategien erarbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wilhelmsdorf: Entwicklungskonzept „Wald &amp; Wasser – nachhaltige Naherholung zwischen Pfrunger Ried und Hochbühl“, Fokus auf sanften Tourismus, Waldpädagogik und Klimaschutz.</li> <li>• Illmensee: Tourismusentwicklung mit Schwerpunkt auf Landschaftserleben, Ausbau der Familien- und Erlebnispfade im Bereich Ruschweiler.</li> <li>• Ostrach-Zußdorf: Interkommunales Konzept zur Bewahrung der Sichtachsen und landschaftlichen Identität am Übergang zur Hügellandschaft Oberschwabens.</li> </ul> <p>All diese Planungen werden durch die Vorrangfläche Hochbühl entwertet oder sogar verunmöglicht. Der zweite Entwurf nimmt hierzu keinerlei Stellung. Dies stellt einen eigenständigen Abwägungsmangel dar, der geeignet ist, den gesamten Planungsteil rechtswidrig werden zu lassen.</p> <p>8.4 Missachtung kommunaler Beteiligungsinitiativen</p> <p>Nicht zuletzt ist zu kritisieren, dass zivilgesellschaftliche Initiativen mit kommunalem Rückhalt, insbesondere die Bürgerinitiative Wende-Ende, in keiner Weise angemessen in den Planungsprozess einbezogen wurden. Obwohl die BI Wende-Ende:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• bereits im ersten Beteiligungsverfahren eine detaillierte und fundierte Stellungnahme vorgelegt hat,</li> <li>• auf konkrete Umweltgefahren sowie Alternativmöglichkeiten hingewiesen hat,</li> <li>• von mehreren Gemeinderäten Unterstützungsschreiben erhielt,</li> </ul> <p>wurde in den neuen Planunterlagen keinerlei inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Argumenten dokumentiert. Eine solche selektive Ignoranz gegenüber qualifizierten zivilgesellschaftlichen Beiträgen widerspricht nicht nur dem Geist des Beteiligungsrechts, sondern auch dem Anspruch der Planung auf demokratische Legitimation und Pluralität der Meinungen.</p>		
IV. 10305	1419	<p>9. Widersprüchlichkeit zur Energieraumplanung und fehlende raumstrukturelle Integration</p> <p>9.1 Fehlende Abstimmung mit übergeordneten Energieraumkonzepten</p> <p>Die Ausweisung des Vorranggebiets Hochbühl steht in deutlichem Widerspruch zu einer kohärenten, landesweit abgestimmten Energieraumplanung, wie sie im Sinne des integrierten Klimaschutz- und Energiekonzepts Baden-Württemberg (IEKK BW) erforderlich wäre. Das IEKK fordert ausdrücklich die Verknüpfung energiebezogener Raumansprüche mit bestehender Infrastruktur, insbesondere durch:</p>	<p>Bezüglich der Alternativenprüfung wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Anregungen beziehen sich weiterhin auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Eine Integration von Vorranggebieten Windenergie in kommunale Wärmeplanung ist rechtlich nicht erforderlich. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anbindung an leistungsfähige Netzinfrastruktur (Höchstspannungs- und Umspannstationen),</li> <li>• Vermeidung neuer Leitungskorridore in unerschlossenen Gebieten,</li> <li>• sowie Vernetzung mit regionaler Wärmeplanung und Sektorkopplungsstrategien.</li> </ul> <p>Das Vorranggebiet Hochbühl erfüllt keine dieser Voraussetzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Es liegt außerhalb vorhandener Netzsachsen (keine direkte Anbindung an Mittel- oder Hochspannungsnetze),</li> <li>• erfordert signifikanten Netzausbau, insbesondere in Form von Leitungstrassen durch ökologisch empfindliche Wald- und Hanglagen,</li> <li>• und steht in keinerlei erkennbarem Bezug zu regionalen Wärmesenken oder Industrieclustern, wo Sektorkopplung sinnvoll wäre.</li> </ul> <p>Die Änderungen im zweiten Entwurf, welche die Fläche räumlich noch weiter von bereits erschlossenen Gebieten abgrenzen, verschärfen diese strukturellen Defizite. Die Planung verfestigt damit ein energiepolitisch isoliertes, raumunverträgliches Inselgebiet, das zu keiner übergeordneten Energiaraumstruktur beiträgt.</p> <p>9.2 Keine Integration in die kommunale Wärmeplanung Gemäß § 7c Klimaschutzgesetz BW (KSG BW) sind Kommunen verpflichtet, eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen und dabei Potenziale der erneuerbaren Energien systematisch einzubeziehen. Dies setzt voraus, dass Windenergiepotenziale mit konkreten Verbrauchsschwerpunkten räumlich korrespondieren. Das Gebiet Hochbühl hingegen liegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- fernab jeglicher größerer Wärmeverbraucher (wie Industriegebiete, städtische Verdichtungsräume),</li> <li>- in einer siedlungsarmen Hochlage mit geringer Dichte potenzieller Abnehmer,</li> <li>- ohne erkennbare Möglichkeit zur wirtschaftlich sinnvollen Netzanbindung an Wärmenetze.</li> </ul> <p>Durch die nun noch stärker zentrierte und „ausgedünnte“ Ausweisung im zweiten Planentwurf ist auch eine perspektivische Netzintegration unwahrscheinlicher geworden, da mögliche Leitungsverläufe durch besonders konfliktträchtige Biotop-, Schutzwälder oder touristisch bedeutsame Zonen führen würden. Der Plan konterkariert somit das Ziel einer integrierten Energieplanung und verfehlt den kommunalen Anschluss.</p> <p>9.3 Keine Berücksichtigung regionaler Potenzialflächen außerhalb sensibler Räume Ein weiteres Versäumnis der Planung liegt darin, dass das Gebiet</p>	<p>rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere auf Teil A und B1, verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Hochbühl nicht als letzte Option nach Ausschöpfung konfliktarmer Flächen ausgewiesen wurde, sondern trotz hoher naturräumlicher Belastung erhalten bleibt – während zahlreiche deutlich besser geeignete Alternativflächen nicht oder nur unzureichend geprüft wurden. Bereits im ersten Beteiligungsverfahren wurde auf Alternativen im Bereich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• der A 96 (Verknüpfung mit technischer Infrastruktur),</li> <li>• der Kiesgrubenstandorte östlich von Horgenzell (Konversion, bestehende Flächenversiegelung),</li> <li>• sowie auf Flächen am Rande der ehemaligen Munitionsdepots zwischen Ravensburg und Altshausen (bereits teilweise vorbelastet) hingewiesen. Die Abwägung wurde im zweiten Entwurf nicht vertieft, obwohl der Umfang der nun betroffenen Fläche dies hätte erfordern müssen.</li> </ul> <p>Die aktuelle Fassung der Planung priorisiert somit nicht die raumstrukturell integrierbaren Flächen, sondern hält ohne erkennbares Gesamtkonzept an einem topographisch exponierten, ökologisch sensiblen Gebiet fest – ein Widerspruch zu jeder Form systematischer Energieraumplanung.</p> <p>9.4 Unwirtschaftlichkeit der Planung durch mangelnde Infrastrukturkompatibilität</p> <p>Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass die Planungen unter Berücksichtigung realistischer Erschließungskosten ökonomisch ineffizient sind. Aufgrund der:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- topographisch anspruchsvollen Lage (starke Hangneigungen),</li> <li>- Notwendigkeit neuer Erschließungstrassen und Kranstellflächen in bislang unerschlossenen Waldgebieten,</li> <li>- langen Anbindungswege an bestehende Versorgungs- und Abführungsnetze,</li> </ul> <p>wird die Realisierung von Windkraftanlagen im Gebiet Hochbühl mit überdurchschnittlich hohen Zusatzkosten verbunden sein – bei gleichzeitig unterdurchschnittlicher Windertragserwartung (vgl. Windatlas BW, 200 m Nabenhöhe, Standortklasse 2–3). Auch hierzu enthält der zweite Entwurf keinerlei Analyse, keine Wirtschaftlichkeitsprognose und keine Berücksichtigung alternativer Kostenszenarien. Das Planungsziel eines „wirtschaftlich tragfähigen“ Windenergieausbaus wird damit verfehlt – zugunsten eines starren, an politischer Symbolik orientierten Flächenvorrangs.</p>		
IV. 10305	1420	<p>10. Erhebliche Auswirkungen auf Mensch, Landschaft und Erholung</p> <p>10.1 Lärmemissionen – eine unterschätzte Gesundheitsgefahr</p> <p>Die emittierten Geräusche von Windkraftanlagen, insbesondere in der Nachtphase bei schwachem Umgebungslärm, führen nachweislich zu Beeinträchtigungen des Wohlbefindens. Zwar unterschreiten moderne Anlagen formal die gesetzlichen Grenzwerte</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die in den Anregungen genannten Orte (Wilhelmsdorf, Bussen, Hohentengen, Ostrach, Pfrunger-Burgweiler Ried u.a.) nicht im Umfeld des Vorranggebietes Windenergie WEA-435-002 Hochbühl befinden. Die Anregung ist daher an diesen Stellen nicht nachvollziehbar, da kein unmittelbarer</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der TA Lärm, doch ist die Messmethode anwohnerferner Referenzpunkte nicht geeignet, die tatsächliche Exposition in komplex strukturierten Tallagen wie rund um Hochbühl realitätsnah zu erfassen. Eine von der Universität Augsburg im Jahr 2023 durchgeführte Langzeitstudie weist auf erhöhte Korrelationswerte zwischen chronischer Lärmbelastung durch Windkraftanlagen und Schlafstörungen sowie erhöhtem Blutdruck bei ländlichen Anrainern hin (vgl. Zimmermann et al., 2023). Es ist daher unvertretbar, gesundheitliche Risiken aus rein formalen Gründen planungsrechtlich auszublenden.</p> <p>10.2 Infraschall und niederfrequente Schwingungen Besondere Beachtung verdient die Infraschallproblematik. Die von modernen Anlagen erzeugten niederfrequenten Druckimpulse unterhalb der Hörschwelle (&lt;20 Hz) führen laut aktueller medizinischer Fachliteratur zu vegetativen Störungen wie Schwindel, Konzentrationsschwäche und innerer Unruhe. Der Umstand, dass diese Effekte individuell stark variieren, rechtfertigt es nicht, sie planerisch zu vernachlässigen – vielmehr ergibt sich daraus eine besondere Schutzpflicht des Staates. Die vom Umweltbundesamt 2021 geforderte Neubewertung der Infraschallwirkungen fand im Rahmen der regionalplanerischen Fortschreibung keine erkennbare Berücksichtigung, obwohl die Gebietsausweisung nun dichter an Wohnbebauung heranreicht als in der Ursprungsversion. Dies ist aus gesundheits- und verfassungsrechtlicher Sicht bedenklich (vgl. Art. 2 Abs. 2 GG – Recht auf körperliche Unversehrtheit).</p> <p>10.3 Unverhältnismäßige Belastung der Anwohner durch Lärm, Infraschall und visuelle Dominanz Die nun im zweiten Beteiligungsverfahren präzierte Fläche des Vorranggebiets Hochbühl rückt in Teilen noch näher an die bestehende Wohnbebauung heran, insbesondere an die südlichen Ortsteile von Wilhelmsdorf sowie an Streusiedlungen und Einzelgehöfte entlang der Hanglagen. Damit verschärft sich die ohnehin schon angespannte Immissionssituation. Windkraftanlagen moderner Bauart (Nabenhöhen 200 m, Gesamthöhe bis 260 m) sind mit dauerhaften Lärmemissionen verbunden, die nach aktuellem wissenschaftlichem Stand auch bei Einhaltung der TA Lärm gesundheitlich relevante Wirkungen entfalten können – etwa:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- erhöhte Stresshormonkonzentration im Blut,</li> <li>- Schlafstörungen durch tieffrequente Schallanteile,</li> <li>- kognitive Beeinträchtigungen insbesondere bei Kindern.</li> </ul> <p>Diese Effekte wurden unter anderem durch Studien des Umweltbundesamtes (z. B. UBA 2021: „Einfluss von Windkraftanlagen auf die Gesundheit“) bestätigt. Der zweite Entwurf des Regionalverbands erwähnt diese Studien jedoch mit</p>	<p>räumlicher Zusammenhang zwischen den genannten Orten und dem genannten Vorranggebiet besteht.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorranggebiet WEA-435-002 Hochbühl zur 2. Offenlage auf Grund einzuhaltender Siedlungsabstände verkleinert und damit die Siedlungsabstände vergrößert wurden (s. Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage, Teil B4).</p> <p>Hinsichtlich der Belange Landschaftsbild, Erholung, Tourismus und Denkmalschutz verweisen wir auf die vorangegangene Abwägung dieser Stellungnahme zum gleichen Sachverhalt.</p> <p>Die Anregungen beziehen sich weiterhin auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere auf Teil A und B1, verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Das Thema unter 10.9 ist nicht Gegenstand der Anhörung.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>keinem Wort, obwohl sich durch die Flächenmodifikation die Abstände zu Wohnbebauung signifikant verringern. Besonders problematisch: Der geänderte Zuschnitt des Vorranggebiets wurde nicht mit neuen Emissionsprognosen hinterlegt. Dies stellt einen gravierenden Verstoß gegen das Gebot der Aufklärung relevanter Umweltwirkungen (§ 2 Abs. 1 UVPG) dar. Ebenso problematisch ist die Wirkung der geplanten Anlagen auf das visuelle Landschaftsbild. Aufgrund ihrer extremen Höhe, exponierten Lage und des offenen Reliefs im Bereich Hochbühl wäre die Sichtbarkeit der Anlagen bis weit über die Kreisgrenzen hinaus gegeben – einschließlich der touristisch bedeutsamen Panoramastraßen, Aussichtspunkte (z. B. am Bussen, Hohentengen, Ostrach) und des westlichen Rands des Pfrunger- Burgweiler Rieds. Die geplante Höhenentwicklung macht eine landschaftsbildliche Integration faktisch unmöglich. Die Planbegründung im zweiten Entwurf vermeidet jedoch jede konkrete Beschreibung dieser visuellen Überprägung, was das Abwägungsdefizit zusätzlich vertieft.</p> <p>10.4 Beeinträchtigung regionaler Erholungslandschaften  Das Gebiet Hochbühl ist nicht nur ein topographisch markanter Landschaftsbereich, sondern zugleich ein hoch frequentiertes Naherholungsgebiet, das sich über Jahrzehnte durch eine stille, naturgeprägte Nutzungsform entwickelt hat. Es finden sich dort:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- ausgewiesene Wanderwege und Lehrpfade,</li> <li>- Landschaftsfenster mit Blickbeziehungen zu Alpen, Linzgau und Donautal,</li> <li>- naturnahe Ruhezeiten für Kindergärten, Schulklassen und Seniorengruppen,</li> <li>- traditionelle Erholungsrouten („Riedlehrpfad“, „Oberschwäbische Barockstraße“ in Sichtweite).</li> </ul> <p>Die nun erfolgte Verkleinerung des Vorranggebiets im zweiten Entwurf verschärft diese Nutzungskonflikte, da sie die Windenergienutzung noch stärker auf jene Teilflächen konzentriert, die die genannten Erholungsqualitäten aufweisen. Eine sachgerechte raumordnerische Abwägung hätte diese Verdichtung nicht zulassen dürfen – vielmehr wäre eine Ausweitung in konfliktärmere Randzonen erforderlich gewesen (was jedoch unterblieb). Besonders schwer wiegt, dass landschaftsästhetische und gesundheitsbezogene Aspekte in der Planbegründung nicht einmal ansatzweise berücksichtigt werden. Dies verstößt gegen das Gebot ganzheitlicher Umweltverträglichkeitsabschätzung (§ 1 Abs. 6 BauGB; § 2 UVPG).</p> <p>10.5 Psychosoziale Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung  Unabhängig von konkreten physischen Auswirkungen führt die Ausweisung des Vorranggebiets Hochbühl bei der lokalen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bevölkerung zu erheblichen psychosozialen Belastungen. Zahlreiche Studien, etwa durch das Helmholtz Zentrum München und die WHO, zeigen, dass großtechnische Infrastrukturprojekte wie Windkraftanlagen in naturnahen Räumen zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gefühlen von Ohnmacht und Kontrollverlust,</li> <li>- chronischem Stress durch Ungewissheit über Planung und Bauphasen,</li> <li>- dauerhaften Wertverlustängsten bei Immobilienbesitzern,</li> <li>- und sozialem Konfliktpotenzial innerhalb kleiner Dorfgemeinschaften führen können.</li> </ul> <p>Die Bürgerinitiative Wende-Ende hat diese Aspekte in ihrer ersten Stellungnahme ausführlich dokumentiert – einschließlich medizinischer Einschätzungen und Fallbeispielen aus anderen Vorranggebieten. Im aktuellen Planungsentwurf werden diese Hinweise vollständig ignoriert. Dies stellt nicht nur ein gravierendes Abwägungsdefizit dar, sondern auch eine ethisch fragwürdige Missachtung des sozialen Friedens im ländlichen Raum. Studien zur Akzeptanz von Windenergieanlagen (u. a. Gross 2007, Wüstenhagen et al. 2020) zeigen, dass das subjektive Belastungsempfinden stark von der wahrgenommenen Beteiligungsgerechtigkeit abhängt. Die einseitige Fortschreibung der Vorranggebietsausweisung trotz gravierender Einwendungen in der ersten Offenlage und der nun stärker ins Blickfeld rückenden Anlagenstandorte verstärken das Gefühl der Fremdbestimmung und Ohnmacht. Dies führt erfahrungsgemäß nicht nur zu erhöhter psychischer Belastung in der betroffenen Bevölkerung, sondern auch zu langfristigen Spaltungseffekten innerhalb kleinerer Dorfgemeinschaften – ein Umstand, den das Planungssystem nach dem Prinzip sozialer Nachhaltigkeit ausdrücklich zu vermeiden hat.</p> <p>10.6 Landschaftsbild und Identität: Verlust von Heimatqualität Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass das Gebiet Hochbühl für viele Menschen in der Region nicht nur ein landschaftlicher Raum ist, sondern auch ein symbolischer Identitätsanker. Die markante Höhenlage, die Waldsäume und die offene Flur prägen das historische Bild Oberschwabens. Der Bau von mehreren Windkraftanlagen in exponierter Stellung würde diese kulturräumlich gewachsene Identität unwiederbringlich zerstören. Die Kulturlandschaft Oberschwaben ist in der Denkmalliste des Landes Baden-Württemberg als „landschaftsprägendes Ensemble mit kulturellem Erbe“ eingeordnet. Dies verpflichtet die Regionalplanung zu besonderer Rücksichtnahme – die im vorliegenden Planungsentwurf jedoch nicht ansatzweise erkennbar ist.</p> <p>10.7 Tourismus als strukturprägendes Element der Region Die Region Bodensee-Oberschwaben lebt – anders als viele Regionen mit intensivierter Landwirtschaft oder industriellen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Großstrukturen – in erheblichem Maße vom naturnahen Tourismus. Das Landschaftsbild rund um das Hochbühl-Gebiet ist integraler Bestandteil einer touristischen Infrastruktur, die auf „Ruhe, Weite und Ursprünglichkeit“ aufbaut. Dies betrifft nicht nur klassische Wanderrouten wie den Oberschwabenweg, sondern auch Gesundheits- und Entspannungseinrichtungen, darunter mehrere Kneipp-Kurorte im Umkreis von 10 km. Der Regionalverband ignoriert diesen strukturellen Zusammenhang weitgehend. Die im Umweltbericht vorgenommene Einschätzung, wonach „touristische Funktionseinschränkungen durch planungsbegleitende Maßnahmen kompensierbar“ seien, entbehrt nicht nur jeder konkreten inhaltlichen Grundlage, sondern verkennt auch die psychologische Wirkung großtechnischer Eingriffe auf das touristische Image einer Region.</p> <p>10.8 Negative Imageeffekte durch technische Dominanzstrukturen  Touristische Zielgruppen, insbesondere in den Segmenten „sanfter Naturtourismus“, „Wellness &amp; Achtsamkeit“ sowie „Landschaftsbezogene Mobilität“, reagieren nachweislich sensibel auf großräumige technische Überformungen. Windkraftanlagen mit 250 m Gesamthöhe wirken – selbst bei visuell marginalen Sichtbeziehungen – auf Zielgruppen wie Erholungssuchende, Wanderer, Naturpädagogen und kulturhistorisch motivierte Reisende als Fremdkörper. Eine repräsentative Erhebung des Deutschen Tourismusverbands (DTV, 2021) zeigt, dass über 71 % der Befragten landschaftliche Unversehrtheit als Hauptkriterium für Urlaub in ländlichen Regionen angeben. In diesem Kontext wird die geplante Ausweisung des Gebiets Hochbühl zu einer Belastung des regionalen Narrativs: Die „unberührte Kulturlandschaft Oberschwabens“ wird nicht nur real, sondern auch symbolisch beschädigt.</p> <p>10.9 Fehlende wirtschaftliche Kompensation auf Gemeindeebene  Zwar wird in der politischen Debatte gerne auf mögliche wirtschaftliche Wertschöpfung durch Windkraft verwiesen – etwa über Gewerbesteueranteile oder Standortpacht – doch ist festzuhalten, dass die potenzielle finanzielle Beteiligung für betroffene Gemeinden im konkreten Fall entweder marginal oder unsicher ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die projektierte Betreiberstruktur sieht eine überregionale Energiegesellschaft als Trägerin vor, die ihren Sitz außerhalb der betroffenen Gemeinden hat.</li> <li>• Die maßgebliche Gewerbesteuer würde daher nicht am Anlagenstandort, sondern am Sitz der Betreiberin anfallen (§ 29 GewStG).</li> <li>• Eine direkte finanzielle Beteiligung nach § 6 EEG 2021 ist</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10305	1421	<p>freiwillig und wurde bislang nicht rechtsverbindlich zugesichert. In der Abwägung zwischen sicherer touristischer Wertschöpfung auf breiter lokaler Ebene und hypothetischer Einnahmen aus Windstrom ergibt sich für die betroffenen Gemeinden ein klares wirtschaftliches Risiko, das vom Planungsträger nicht ausreichend dargelegt wurde.</p> <p>11. Verstoß gegen europarechtliche Umweltvorgaben (FFH-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie, UVP-Richtlinie) 11.1 Unzureichende Prüfung der Verträglichkeit mit FFH-Gebieten Das Vorranggebiet Hochbühl liegt in unmittelbarer Nähe zu mehreren Natura-2000-Gebieten, insbesondere zum FFH-Gebiet „Pfrunger- Burgweiler Ried“ (Nr. 8222-341), einem der bedeutendsten Mooregebiete Süddeutschlands mit europaweiter Schutzwürdigkeit. Zudem bestehen ökologische Korridore zwischen dem Vorranggebiet und angrenzenden Schutzräumen, u. a. durch Vogelzugachsen, Wanderkorridore für Fledermäuse und hydrologische Verbindungen. Nach Art. 6 Abs. 3 der FFH-Richtlinie ist jede Maßnahme, die ein FFH-Gebiet erheblich beeinträchtigen könnte, nur nach vorheriger FFH-Verträglichkeitsprüfung zulässig. Der zweite Entwurf des Teilregionalplans unterlässt jedoch: - jegliche standortbezogene Vorprüfung auf Verträglichkeit, - eine differenzierte Darstellung möglicher Beeinträchtigungen der geschützten Lebensräume (insb. Moorwald, Feuchtgrünland, oligotrophe Stillgewässer), - die Analyse von Auswirkungen auf geschützte Arten (z. B. Bekassine, Großer Brachvogel, Fischotter, Mopsfledermaus). Stattdessen wird pauschal auf eine „mögliche FFH-Vorprüfung im nachfolgenden Genehmigungsverfahren“ verwiesen. Diese Haltung verstößt offenkundig gegen Art. 6 Abs. 3 FFH-RL, da bereits auf der Ebene der Raumplanung eine umfassende Vorprüfungspflicht besteht. Auch die ständige Rechtsprechung des EuGH (z. B. Urteil v. 7.11.2018 – C-293/17) betont, dass bereits die Festlegung von Vorrangflächen FFH-relevant sein kann – insbesondere, wenn sie gebietsnahe oder -überschneidende Funktionen betreffen.</p> <p>11.2 Missachtung der Vogelschutzrichtlinie Im Umfeld des Hochbühl wurden in ornithologischen Erfassungen der letzten Jahre wiederholt streng geschützte Brut- und Zugvogelarten nachgewiesen, darunter: - Rotmilan (Milvus milvus), - Schwarzstorch (Ciconia nigra), - Wespenbussard (Pernis apivorus), - Uhu (Bubo bubo), - Wendehals (Jynx torquilla). Diese Arten sind nach Anhang I der Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie</p>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die in der Anregung genannten Natura 2000 - Gebiete nicht im Umfeld zum in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie befinden. Die Anregung ist daher an dieser Stelle nicht nachvollziehbar, da kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen den genannten Orten besteht. Auch die Anregung zur Habitatkontinuität ist deswegen nicht nachvollziehbar und wird daher nicht berücksichtigt. Ein Vogelschutzgebiet "Obeschwäbisches Hügelland" gibt es nicht. Wir empfehlen, sich bei Ihrer Stellungnahme auf amtliche Daten zu stützen, hier z.B. das Angebot "UDO" der LUBW.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert (s. Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter sowie kumulative Wirkungen frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Zudem wurde eine Alternativenprüfung durchgeführt. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung, der Alternativenprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen fanden Berücksichtigung im planerischen Abwägungsprozess. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2009/147/EG) besonders geschützt. Die EU-Vogelschutzrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Vermeidung aller erheblichen Störungen, insbesondere durch raumbezogene Planungen (Art. 4 Abs. 4). Der zweite Planentwurf enthält jedoch keinerlei konkretisierte Erfassung oder Prüfung der Auswirkungen auf diese Arten – obwohl einschlägige Studien (u. a. LAG VSW, 2020) zeigen, dass Windkraftanlagen insbesondere für Greifvögel erhebliches Kollisionsrisiko darstellen. Zudem wurden keine aktuellen ornithologischen Gutachten für das durch Änderungen im zweiten Entwurf neu konfigurierte Gebiet eingeholt. Diese Unterlassung wiegt besonders schwer, da sich das Gebiet durch die Umplanungen noch stärker in den Funktionsraum der genannten Arten verschiebt (z. B. Nähe zu Horsten und Flugachsen des Rotmilans).</p> <p>11.3 Missachtung der UVP-Richtlinie durch unterlassene Vorprüfungspflicht</p> <p>Die UVP-Richtlinie 2011/92/EU, insbesondere in ihrer novellierten Fassung durch RL 2014/52/EU, verpflichtet dazu, bereits auf Ebene vorbereitender Planungen wie Raumordnungsplänen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Umweltprüfung durchzuführen, wenn mit erheblichen Umweltauswirkungen zu rechnen ist,</li> <li>- diese Prüfung öffentlich nachvollziehbar zu dokumentieren,</li> <li>- und gegebenenfalls auch eine strategische Umweltprüfung (SUP) durchzuführen.</li> </ul> <p>Im Fall des Vorranggebiets Hochbühl liegt angesichts der oben beschriebenen ökologischen Empfindlichkeit, der Nähe zu Natura-2000- Gebieten und der raumprägenden Eingriffstiefe eine SUP-Pflicht eindeutig vor. Die Planung jedoch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- beschränkt sich auf eine pauschale Plan-Umweltprüfung, ohne raumkonkrete Differenzierung,</li> <li>- enthält keine kumulative Betrachtung mit anderen potenziellen Windstandorten im Umkreis,</li> <li>- unterlässt eine Alternativenprüfung, die zwingender Bestandteil der SUP nach Art. 5 RL 2001/42/EG ist.</li> </ul> <p>Diese Versäumnisse begründen einen eigenständigen Verstoß gegen europäisches Umweltrecht, was wiederum nach Art. 288 AEUV in Verbindung mit § 4 Abs. 1 UVPG zur Unwirksamkeit des Plans führen kann.</p> <p>11.4 Fehlende Berücksichtigung der Habitatkontinuität und ökologischen Gesamtfunktion</p> <p>Ein besonders schwerwiegender Aspekt ergibt sich aus der Tatsache, dass das Gebiet Hochbühl in einem funktionalen Verbundsystem mehrerer Schutzräume liegt, darunter:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- das FFH-Gebiet „Ruschweiler Seen“,</li> <li>- das Vogelschutzgebiet „Oberschwäbisches Hügelland“,</li> </ul>	<p>vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Natura 2000-Gebiete wurden im Planungskonzept berücksichtigt. Es wird auf die Kriterien zu diesen Aspekten im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie und die zugehörige Erläuterung hierzu (s. Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) verwiesen. Im Ergebnis konnten Europäische Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete bereits im Vorfeld planerisch ausgenommen werden.</p> <p>In der Natura 2000 Vorabprüfung auf Ebene der Regionalplanung ist zu beurteilen, ob die Festlegungen des Regionalplans die Natura 2000-Gebiete angesichts der für sie festgelegten Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten und ob die Kohärenz des Netzwerkes Natura 2000 gefährdet sein könnte,</p> <p>In der Natura-2000-Vorabprüfung des Regionalplans erfolgt auf Basis einer überschlägigen Prognose eine Beurteilung, ob es für die spezifischen Erhaltungsziele des Natura-2000-Gebietes durch die jeweilige Planfestlegung erhebliche Beeinträchtigungen geben könnte oder ob sich diese offensichtlich ausschließen lassen. Dies ist bei dem in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie der Fall.</p> <p>Es wurden die auf Ebene der Regionalplanung gesetzlich erforderlichen Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen durchgeführt. Eine weitere Berücksichtigung der schutzgutbezogenen Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die Anregungen beziehen sich weiterhin auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>- und mehrere Biotopverbundachsen entlang der Höhenrücken. Durch die Windvorrangplanung würde dieser Verbund zerschnitten, gestört oder durch dauerhafte Barrieren unterbrochen, was dem Prinzip der funktionalen Kohärenz (Art. 10 FFH-RL) widerspricht. Dies betrifft besonders Fledermäuse, ziehende Amphibien, wandernde Greifvögel und störungsempfindliche Wiesenvögel. Die Planunterlagen lassen jegliche raumökologische Gesamtbetrachtung vermissen, obwohl genau diese nach nationalem und EU-Recht erforderlich wäre. Auch die aktuelle Rechtsprechung des BVerwG (z. B. BVerwG, Urt. v. 27.4.2021 – 9 A 11.20) betont die Pflicht zu korridorübergreifender Raubeobachtung im Natura-2000-Kontext.</p>	<p>bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere auf Teil B.3 und B.4, verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen.</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10305	1422	<p>12. Technische Konflikte und planerische Unwägbarkeiten 12.1 Zweifel an der Windhöflichkeit – Widerspruch zur Flächenzielsetzung</p> <p>Grundvoraussetzung für die Ausweisung eines Vorranggebiets zur Nutzung der Windenergie ist die nachgewiesene Eignung des Gebiets hinsichtlich der Windverhältnisse. Die vom Regionalverband verwendete Datengrundlage basiert auf dem Referenzjahr 2011, interpoliert auf ein 100 m-Raster ohne Berücksichtigung von Waldstrukturen. Das Gebiet Hochbühl liegt überwiegend im bewaldeten Hügelkamm oberhalb 700 m ü. NN, wo insbesondere in den Wintermonaten eine ausgeprägte Inversionswetterlage zu Windstau und Schwachwindphasen führt. Eine aktuelle Standortanalyse des Ingenieurbüros Sauter (2024) im Auftrag der Gemeinde Ebersbach weist eine durchschnittliche Jahreswindgeschwindigkeit von lediglich 5,1 m/s auf 160 m Nabenhöhe aus – ein Wert, der unterhalb der wirtschaftlich vertretbaren Schwelle liegt. Dies widerspricht dem selbst gesetzten Eignungskriterium von „mindestens 5,75 m/s“ aus dem Teilregionalplan. Damit ergibt sich eine eklatante Diskrepanz zwischen planerischer Zielsetzung und realer Ressourcengrundlage, die bei rechtlich gebotener Anlageneffizienz und Flächenschonung zur Nichtausweisung führen müsste.</p> <p>12.2 Erschließungsproblematik und Eingriffsfolgen</p>	<p>Zur Windhöflichkeit: Es wird auf die Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage B.1 und auf die Anlage E.2 zur Synopse 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zu 12.2: Was FFH Vorbehaltsflächen sein sollen, ist dem RVBO unklar. Bezüglich Erschließung wird auf die Anlage zur Synopse B.4 zur 1. Offenlage verwiesen, bezüglich FFH-Gebieten auf die vorangegangene und nachfolgende Abwägung der vorliegenden Stellungnahme zum gleichen Sachverhalt.</p> <p>Zum Richtfunk und Schattenwurf:</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Zur Flugsicherung: Der in der Anregung genannte Verkehrslandeplatz Leutkirch Unterzeil und die Bebauung in</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die aktuelle Planung sieht vor, das Gebiet über einen forsttechnisch ausgebauten Höhenweg zu erschließen, der durch mehrere FFH-Vorbehaltsflächen führt. Dabei wird ein Ausbauprofil von mindestens 6,5 m Breite und mehrere Wendeflächen für 60 m lange Schwertransporter erforderlich sein. Diese Maßnahme würde nicht nur erhebliche Rodungsmaßnahmen und Bodenversiegelungen nach sich ziehen, sondern widerspricht dem Minimierungsgebot nach § 15 Abs. 1 BNatSchG. Die Bewertung der Erschließung im Umweltbericht als „mittel bis gering belastend“ verkennt die reale räumliche Dynamik solcher Baumaßnahmen in geschlossenen Waldlagen.</p> <p>12.3 Flugsicherung, Richtfunk und Schattenwurfzonen Zudem befindet sich im südwestlichen Bereich des geplanten Vorranggebiets eine Richtfunkstrecke der Bundesnetzagentur, deren Korridor bislang nicht vollständig mit den Planungsdaten abgeglichen wurde. Auch die Nähe zur Anflugzone des Verkehrslandeplatzes Leutkirch-Unterzell ist kritisch zu hinterfragen, da hierdurch Höhenbegrenzungen entstehen, die die Anlagenleistung weiter einschränken würden. Hinzukommt, dass die durch die Verkleinerung des Vorranggebiets auf nunmehr kompaktere Flächen konzentrierten WEA-Standorte eine überlagerte Schattenwurfwirkung auf die nächstgelegene Bebauung in Unter-Ebersbach ausüben. Die modellierten maximalen Beschattungszeiten von 29 Minuten/Tag (Januar) überschreiten die Orientierungsempfehlungen der LAI (2017) deutlich.</p>	<p>Unter-Ebersbach sind sehr weit vom in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie entfernt. Die Anregung ist daher nicht nachvollziehbar, weil ein räumlicher Zusammenhang nicht erkennbar ist.</p>	
IV. 10305	1423	<p>13. Kommunale Planungshoheit und verfassungsrechtliche Bedenken 13.1 Missachtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts (Art. 28 Abs. 2 GG) Die Gemeinden, auf deren Gemarkung das Vorranggebiet Hochbühl teilweise liegt – insbesondere Ebersbach-Musbach und Bad Waldsee – haben sich im Rahmen der ersten Offenlage sowie erneut im Zuge der Vorabstimmungen zum zweiten Beteiligungsverfahren eindeutig ablehnend gegenüber dem Vorranggebiet positioniert. Diese kommunalen Stellungnahmen wurden jedoch weder inhaltlich gewürdigt noch planerisch berücksichtigt, sondern durch pauschale Hinweise auf die „gesamtregionale Bedeutung der Energiewende“ neutralisiert. Dies verstößt gegen die verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsgarantie aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG, wonach den Gemeinden das Recht auf eigenverantwortliche Regelung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zusteht – dazu gehört insbesondere die Planungshoheit im Bereich der Bauleitplanung und der kommunalen Entwicklungsperspektive. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschl. v. 24.10.2001 – 2 BvR 2118/99) stellt klar, dass eine Regionalplanung, welche unter</p>	<p>Der Teil der Anregung unter 13.1 ist nicht nachvollziehbar, da die Gemeinde Ebersbach-Musbach und die Stadt Bad Waldsee sehr weit vom Vorranggebiet Windenergie Hochbühl entfernt liegen. Die beiden Kommunen haben sich auch nicht ablehnend gegenüber diesem Vorranggebiet Windenergie geäußert. Der Inhalt der Anregung kann daher nicht nachvollzogen werden an dieser Stelle.</p> <p>Ebenso kann die Anregung zu 13.2 nicht nachvollzogen werden, weil die Gemeinde Ebersbach-Musbach sich nicht gegen das Vorranggebiet Hochbühl geäußert hat. Eine Abwägung ist daher nicht möglich, die Anregung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur kommunalen Selbstverwaltungshoheit: Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes garantiert den Gemeinden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bewusster Missachtung kommunaler Willensbildung erfolgt, gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit verstößt. Die Fortschreibung des Vorranggebiets Hochbühl lässt jedoch keinen Willen zur Kooperation mit den betroffenen Gemeinden erkennen.</p> <p>13.2 Widerspruch zur kommunalen Entwicklungsplanung Die Gemeinde Ebersbach-Musbach hat in ihrer Stellungnahme vom 11. September 2023 auf die Unvereinbarkeit des Vorranggebiets Hochbühl mit den Zielen des örtlichen Flächennutzungsplans 2035 hingewiesen. Dieser sieht in unmittelbarer Nähe zur südlichen Abgrenzung des Vorranggebiets eine landschaftspflegerische Entwicklungsachse sowie einen ruhigen Naherholungsraum vor. Durch die geplanten Anlagenstandorte – nach aktueller Projektierung keine 700 m von der Gemarkungsgrenze entfernt – würden diese Entwicklungsziele faktisch konterkariert. Die Fortschreibung des Vorranggebiets stellt somit einen nicht abgestimmten Übergriff auf die kommunale Planungshoheit dar, der mit § 1 Abs. 4 BauGB nicht in Einklang zu bringen ist.</p>	<p>Die Aufstellung des Teilregionalplans Energie begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD), Europäisches Klimagesetz) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land - WindBG), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG.</p> <p>Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen.</p> <p>Der Teilregionalplan Energie stellt dabei keine unangemessene Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung dar, sondern erfolgt im Einklang mit den o.g. übergeordneten Zielen des Klimaschutzes und der Energiewende, inkl. § 2 EEG (überwiegendes öffentliches Interesse des Ausbaus erneuerbarer Energien).</p> <p>Die oben genannten gesetzlichen Grundlagen sowie die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Teil dieser Anhörung. Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben.</p>	
IV. 10305	1424	<p>13.3 Demokratische Defizite im Beteiligungsverfahren Hinzu kommt, dass der zweite Entwurf des Teilregionalplans zwar formal korrekt öffentlich ausgelegt wurde, inhaltlich jedoch keine substantielle Berücksichtigung der über 380 Einwendungen aus der ersten Runde erkennen lässt. Die Tatsache, dass das Gebiet zwar reduziert, gleichzeitig aber in seiner Konfliktdichte verschärft wurde, lässt den Verdacht aufkommen, dass es sich bei der Beteiligung lediglich um ein prozedurales Feigenblatt handelt. Dem Planungsträger obliegt es jedoch, Beteiligungsverfahren nicht nur als Pflichtübung, sondern als Ausdruck demokratischer Teilhabe zu verstehen. Die fehlende Rückbindung der Planänderungen an die Inhalte der öffentlichen und kommunalen Einwände verletzt das Gebot des fairen Verfahrens und untergräbt die Legitimität der Planung.</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.	
IV. 10305	1425	<p>14. Abwägungsmängel und formelle Planungsfehler</p> <p>14.1 Verletzung des Abwägungsgebots und unzureichende Berücksichtigung öffentlicher Belange</p> <p>Ein fundamentaler Fehler des zweiten Entwurfs des Teilregionalplans Energie liegt in der unzureichenden Abwägung der betroffenen öffentlichen und privaten Belange. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (z. B. BVerwG, Urt. v. 16.10.2019 – 9 CN 5.18) muss die Planung in einem angemessenen Verhältnis zu den jeweiligen Betroffenheiten stehen. Im Fall des Vorranggebiets Hochbühl ist jedoch zu beobachten, dass die negative Wirkung auf das Landschaftsbild, die gesundheitlichen Risiken für die Anwohner und die ökologischen Eingriffe nicht im notwendigen Umfang in die Abwägung einfließen. Stattdessen wird die wirtschaftliche Priorität der Windenergieerzeugung über viele schutzwürdige Belange gestellt, ohne dass ein substantieller Ausgleich oder eine Reduzierung der Eingriffe erfolgt. Dabei wäre eine differenzierte Betrachtung erforderlich gewesen, um zu prüfen, ob und wie sich die Ausweisung eines Windvorranggebiets im Gebiet Hochbühl mit den Zielen des Naturschutzes, der Raumordnung, des Kulturlandschutzes sowie des regionalen Tourismus und der Naherholung vereinbaren lässt. Die Verkürzung der Planungszeit und die eilige Verabschiedung des Planentwurfs ohne eine gründliche Abwägung der genannten Belange stellen einen Verstoß gegen das Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB dar. Gemäß der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (vgl. BVerwG, Urt. v. 27.06.2013 – 4 CN 2.12) muss eine planerische Abwägung „alle wesentlichen Belange mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die Entscheidung einbeziehen“. Diese Grundregel verlangt nicht nur die formale Beachtung einzelner Einwände, sondern deren inhaltliche Bewertung und nachvollziehbare Berücksichtigung im Planungsergebnis. Im Fall des Vorranggebiets Hochbühl ist festzustellen, dass zentrale Belange – insbesondere der besondere Artenschutzstatus, die negativen Effekte auf touristische Wertschöpfung, die kommunalen Entwicklungsinteressen und die zweifelhafte Windhöflichkeit – zwar</p>	<p>Es wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Abwägungsfehler liegen nicht vor.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		benannt, aber nicht abgewogen wurden. Stattdessen wurde die Flächenkulisse auf Basis verallgemeinernder Kriterien reduziert, ohne die konkreten Einwände orts- und sachbezogen zu würdigen. Dies stellt einen klassischen Abwägungsausfall dar, der gemäß § 2 Abs. 3 ROG in Verbindung mit § 1 Abs. 7 BauGB zur Rechtswidrigkeit der Planung führt.		
IV. 10305	1426	<p>14.2 Fehlerhafte Berücksichtigung von Alternativen und Planungsvarianten</p> <p>Eine weitere schwerwiegende planerische Mängelquelle liegt in der fehlerhaften Alternativenprüfung. Nach § 2 Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) sind Alternativen zu prüfen, um erhebliche Beeinträchtigungen zu vermeiden oder zu minimieren. Der zweite Entwurf des Teilregionalplans jedoch stellt keine vertiefte Prüfung alternativer Flächen, keine Vergleichsstudien und keine Reihenfolge der Prioritäten dar. In der Begründung wird die Ausweisung des Vorranggebiets auf rein topographische und technologische Kriterien stützt, ohne jedoch systematisch und transparent zu belegen, dass keine besseren Alternativen zur Verfügung stünden. Insbesondere hätte die Planung erweiterte Flächenprüfungen und die Berücksichtigung der Ökologie und Wirtschaftlichkeit alternativer Standorte erfordern müssen, um zu vermeiden, dass wertvolle Natur- und Kulturlandschaften unnötig belastet werden. Auch die Möglichkeit der Optimierung bestehender Windparks (z. B. durch Erweiterung oder Nachverdichtung) wurde nicht geprüft. Eine derartige Betrachtung hätte nicht nur einen geringeren Eingriff in die Natur ermöglicht, sondern auch zu einer flächensparenden Nutzung der Windenergie geführt, was angesichts des ohnehin weit verbreiteten Ausbaues von Windkraftanlagen in der Region geboten wäre.</p> <p>14.3 Versäumnis der frühzeitigen und transparenten Bürgerbeteiligung</p> <p>Ein weiterer zentraler Kritikpunkt betrifft das Fehlen einer transparenten und effektiven Bürgerbeteiligung im Zuge des Verfahrens. Bereits in der ersten Offenlagephase des Teilregionalplans wurden Bedenken und Einwände der betroffenen Bürgerinitiative Wende-Ende sowie anderer Anwohner nur unzureichend berücksichtigt. Das zweite Beteiligungsverfahren, in dem die Änderungen am Windvorranggebiet Hochbühl nur marginal angepasst wurden, zeigt, dass die Planer offenbar keine substantielle Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Einwendungen vorgenommen haben. Nach § 3 Abs. 1 BauGB ist eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zwingend erforderlich, wenn potenziell erhebliche Auswirkungen zu erwarten sind. Diese wurde in Bezug auf die räumliche Verengung und die naturschutzrechtlichen Bedenken jedoch nur in unzureichendem Maße durchgeführt. Viele</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Einwendungen, die in der ersten Offenlage geäußert wurden, fanden in der Überarbeitung keine oder nur marginale Beachtung. Eine umfassende Berücksichtigung der regionalen und lokalen Belange, insbesondere der Vogel- und Fledermauspopulationen, sowie der touristischen und sozialen Nutzung des Gebiets, wurde dabei versäumt. Durch diese Mängel wird die Bürgerbeteiligung entwertet und das Verfahren insgesamt als undurchsichtig und unzureichend partizipativ wahrgenommen, was eine Verletzung der Prinzipien demokratischer Planung darstellt.</p> <p>14.4 Mängel der Umweltverträglichkeitsprüfung und fehlerhafte Prognosen</p> <p>Der Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) für das Vorranggebiet Hochbühl wurde im zweiten Entwurf des Regionalplans in seiner Gesamtheit nicht aktualisiert, obwohl sich die Flächenkonfiguration verändert hat und die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt in veränderter Form zu erwarten sind. Im ersten Entwurf war der UVB unzureichend und in Teilen fehlerhaft. Viele der angenommenen ökologischen Folgen beruhen auf veralteten Daten oder allgemeinen Annahmen, ohne die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und regionalen Gutachten zu berücksichtigen. Die Prognosen zur Lärm- und Schattenwurfbelastung wurden auf Basis von unspezifischen Annahmen erstellt, die nicht der tatsächlichen Windhöffigkeit und den wetterbedingten Schwankungen im Gebiet Hochbühl Rechnung tragen. Die Lärmmessungen und Infraschallprognosen entsprechen nicht den aktuellen wissenschaftlichen Standards (z. B. World Health Organization, WHO). Auch die Verkehrsprognosen für die Bauphase, die Auswirkungen auf den lokalen Tourismus und Erholungsverkehr wurden nicht ausreichend berücksichtigt. Im Kontext des Europarechts (insb. der EU-Umweltvorschriften) hätte es eine vollständige und umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) mit der gebotenen Fehleranalyse gegeben. Das Fehlen dieser detaillierten Prüfung verstößt gegen die verbindlichen Vorgaben der UVP-Richtlinie und führt zu einer Unwirksamkeit des Planes.</p> <p>14.5 Planrechtliche Verfahrensmängel im Beteiligungsprozess</p> <p>Auch im Hinblick auf das Beteiligungsverfahren sind erhebliche Mängel festzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die betroffenen Kommunen wurden nicht in angemessenem zeitlichem Rahmen über die Flächenänderung informiert, sodass eine sachgerechte Stellungnahme nicht möglich war.</li> <li>• Der Umweltbericht im zweiten Entwurf bezieht sich teilweise auf Datenstände von 2021, obwohl neuere Erkenntnisse – z. B. zum Vorkommen streng geschützter Arten – bereits verfügbar waren.</li> </ul>	<p>trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10305	1427	<p>• Eine gemeindescharfe Visualisierung der Abwägungsdokumentation fehlt, obwohl sie in der Richtlinie zur Öffentlichkeitsbeteiligung in der Regionalplanung empfohlen wird. Die Summe dieser Defizite ist geeignet, das Verfahren im Ganzen als abwägungsfehlerhaft und in Teilen als verfahrenswidrig zu qualifizieren.</p> <p>14.6 Heilungsmöglichkeiten und gerichtliche Überprüfbarkeit Nach § 214 BauGB können bestimmte formale Fehler im Planaufstellungsverfahren unter Umständen geheilt werden. Im vorliegenden Fall handelt es sich jedoch nicht um formale, sondern um inhaltlich-strukturelle Fehler, die das Ergebnis der Planung maßgeblich beeinflusst haben. Eine nachträgliche „Korrektur durch Ergänzung“ – etwa durch floskelhafte Bezugnahmen auf artenschutzfachliche Belange – genügt den rechtlichen Anforderungen nicht. Die Stellungnahme weist deshalb mit Nachdruck darauf hin, dass die Planfortschreibung in Bezug auf das Vorranggebiet Hochbühl – sollte sie in dieser Form beschlossen werden – mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Verwaltungsgericht angreifbar wäre. Grundlage einer solchen Klage könnten u. a. sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verletzung der kommunalen Planungshoheit (Art. 28 Abs. 2 GG),</li> <li>• Abwägungsausfall nach § 2 Abs. 3 ROG,</li> <li>• Missachtung zwingenden Artenschutzrechts (§ 44 BNatSchG),</li> <li>• Verstoß gegen die Beteiligungspflichten aus § 9 ROG i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB.</li> </ul>	Es wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	Keine Berücksichtigung
IV. 10305	1428	<p>15. Fazit und abschließende Forderungen 15.1 Zusammenfassung der wesentlichen Mängel und Verstöße Die Bürgerinitiative Wende-Ende hat in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt, dass das Windvorranggebiet Hochbühl aus einer Vielzahl gravierender Gründe vollständig ungeeignet ist, als Vorrangfläche für die Nutzung der Windenergie ausgewiesen zu werden. Diese Gründe sind nicht punktuell oder marginal, sondern strukturell, vielschichtig und in ihrer Kombination nicht heilbar. Im Einzelnen wurde aufgezeigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dass sich die Bewertung der Eignung des Gebiets nach der ersten Offenlage verschlechtert hat – insbesondere durch neue artenschutzfachliche Erkenntnisse (vgl. Kapitel 3),</li> <li>• dass die verbleibende Restfläche nach der Reduktion besonders konfliktträchtig ist und eine Konzentration der Belastung auf sensibelste Räume erzeugt (Kapitel 2, 4 und 5),</li> <li>• dass technische, wirtschaftliche und planungslogische Widersprüche zur Zielsetzung des Teilregionalplans bestehen (Kapitel 6 und 8),</li> <li>• dass das Verfahren in mehrfacher Hinsicht verfahrens- und abwägungsfehlerhaft war und verfassungsrechtliche Garantien verletzt wurden (Kapitel 7 und 9).</li> </ul>	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich die in den Anregungen genannten Orte ( Pfrunger-Burgweiler Ried u.a.) nicht im Umfeld des Vorranggebietes Windenergie WEA-435-002 Hochbühl befinden. Die Anregung ist daher an diesen Stellen nicht nachvollziehbar, da kein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen den genannten Orten und dem genannten Vorranggebiet besteht. Es wird auf die vorangegangene Abwägung zu dieser Stellungnahme verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Anregungen beziehen sich weiterhin auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind.</p> <p>Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>All diese Argumente – jedes für sich bereits schwerwiegend – verdichten sich im konkreten Fall Hochbühl zu einem Gesamtbild massiver Planungsdefizite, die nur durch eine vollständige Rücknahme des Vorranggebiets zu beheben sind. Der Teilregionalplan Energie des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben, insbesondere die Ausweisung des Windvorranggebiets Hochbühl, weist eine Reihe erheblicher Mängel und Verstöße gegen geltendes Recht auf, die sowohl umweltrechtlicher als auch planungsrechtlicher Natur sind. Diese betreffen insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die unzureichende Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen wie Lärm, Infraschall, visuelle Beeinträchtigungen und Eingriffe in die lokale Fauna, insbesondere im Hinblick auf das FFH-Gebiet „Pfrunger-Burgweiler Ried“ sowie die Artenschutzbelange (Vogelschutz und Fledermausschutz),</li> <li>- die fehlende gründliche und umfassende Prüfung von Alternativen zur Flächenverteilung und Nutzung, die zu einer unnötigen Belastung des Hochbühls mit Windkraftanlagen führt,</li> <li>- die fehlerhafte Abwägung zwischen den unterschiedlichen öffentlichen Belangen, insbesondere den Interessen des Naturschutzes, des Landschaftsschutzes, der Gesundheit und des Wohlergehens der betroffenen Bevölkerung,</li> <li>- das Versäumnis einer transparenten und effektiven Bürgerbeteiligung, die es den betroffenen Anwohnern und Interessenvertretungen ermöglicht hätte, in einem angemessenen Umfang Einfluss auf die Planungen zu nehmen,</li> <li>- und die Mängel bei der Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die keine aktuelle, differenzierte Betrachtung der möglichen Auswirkungen des Windvorranggebiets auf Mensch und Umwelt bietet.</li> </ul> <p>Diese Mängel stellen nicht nur rechtliche Verstöße dar, sondern führen auch zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität der betroffenen Anwohner sowie einer langfristigen Schädigung des regionalen Ökosystems.</p> <p>15.2 Forderungen der Bürgerinitiative Wende-Ende</p> <p>Die Bürgerinitiative Wende-Ende fordert daher mit Nachdruck:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die vollständige Ablehnung der Ausweisung des Windvorranggebiets Hochbühl im Teilregionalplan Energie aufgrund der erheblichen negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität der Anwohner, die Natur und die Landschaft.</li> <li>2. Die Durchführung einer vollständigen und transparenten Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die die spezifischen Auswirkungen des Windvorranggebiets Hochbühl auf die lokale Flora und Fauna sowie die menschliche Gesundheit detailliert untersucht und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse</li> </ol>	<p>bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), verwiesen.</p> <p>Eine Herausnahme oder (weitere) Reduzierung oder Neubewertung des genannten Vorranggebietes erfolgt nicht.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>berücksichtigt.</p> <p>3. Die Prüfung und Berücksichtigung von Alternativen, bei denen die negativen Auswirkungen auf die Umwelt und die betroffene Bevölkerung minimiert werden, sowie eine umfassende Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange gemäß den Vorgaben des BauGB und ROG.</p> <p>4. Die Einhaltung der europäischen Vorgaben der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie, insbesondere durch eine umfassende FFHVerträglichkeitsprüfung, die die potenziellen Beeinträchtigungen des benachbarten Natura-2000-Gebiets „Pfrunger-Burgweiler Ried“ und anderer Schutzräume berücksichtigt.</p> <p>5. Die vollständige und faire Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung in alle weiteren Planungsverfahren, einschließlich einer verbesserten Bürgerbeteiligung, die den Anwohnern die Möglichkeit gibt, ihre Bedenken und Vorschläge angemessen einzubringen und zu berücksichtigen.</p> <p>6. Die Sicherstellung einer sorgfältigen und transparenten Abwägung von Umwelt- und Gesundheitsinteressen, bei der die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes, der Gesundheit der Anwohner und des regionalen Tourismus Vorrang vor kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen erhalten.</p> <p>15.3 Antrag auf vollständige Streichung des Vorranggebiets Hochbühl</p> <p>Auf Basis der vorgetragenen rechtlichen und fachlichen Mängel beantragt die Bürgerinitiative Wende-Ende mit Nachdruck: Die Fläche „Hochbühl“ ist vollständig aus dem Teilregionalplan Energie des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben zu streichen.</p> <p>Diese Forderung beruht nicht auf pauschaler Ablehnung der Energiewende, sondern auf einer differenzierten Betrachtung der regionalen Gegebenheiten, der Schutzgüter nach Bundes- und Unionsrecht sowie der berechtigten Belange der betroffenen Bevölkerung. Die Energiewende darf – und muss – unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Prinzipien und naturschutzfachlicher Mindeststandards erfolgen.</p> <p>15.4 Antrag auf Neubeurteilung auf aktueller Datenbasis</p> <p>Für den Fall, dass eine vollständige Streichung politisch (noch) nicht durchsetzbar sein sollte, beantragt die Bürgerinitiative hilfsweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine vollständige Neubeurteilung der Fläche Hochbühl auf Basis aktueller Windgutachten (2024/2025), unter Einbeziehung lokaler Windmessdaten,</li> <li>• die durchgängige Berücksichtigung aller</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>artenschutzrechtlichen Erfassungen, insbesondere der Fledermauserhebungen nach 2023,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine neue, qualifizierte Sichtbarkeitsanalyse unter Nutzung von LIDAR-basierten GIS-Modellen,</li> <li>• sowie die Durchführung einer kommunalen Erörterungskonferenz, bei der betroffene Gemeinden, Bürgerinitiativen und Fachgutachter gleichrangig eingebunden werden.</li> </ul> <p>Diese Maßnahmen sind geeignet, den Planungsträger wieder in eine rechtskonforme, belastbare und transparente Entscheidungsposition zu versetzen.</p> <p>15.5 Ausblick: Verantwortung für eine nachhaltige Energiezukunft</p> <p>Es ist unbestritten, dass die Energiewende und der Ausbau erneuerbarer Energien eine wesentliche und notwendige Aufgabe für die Zukunft sind. Dabei darf jedoch der Schutz der Umwelt und der Lebensqualität der Menschen nicht auf der Strecke bleiben. Der Regionalverband Bodensee- Oberschwaben hat die Chance, ein modulares, ausgewogenes Konzept für den Windkraftausbau zu entwickeln, das sowohl den Anforderungen der Energiewende gerecht wird als auch die natürlichen Ressourcen der Region schützt und den gesellschaftlichen Frieden wahrt. Es ist notwendig, dass die Planungen mit größerer Umsicht und Rücksichtnahme auf die Belange der Anwohner und der Natur erfolgen. Nur auf diese Weise können wir einen nachhaltigen und gerechten Umbau unserer Energieversorgung sicherstellen, ohne die Lebensräume und die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung zu gefährden. Die Bürgerinitiative Wende-Ende appelliert an den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, die vorgebrachten Bedenken ernst zu nehmen und den Teilregionalplan Energie in der vorliegenden Form nicht weiterzuverfolgen, sondern stattdessen eine umfassende Überarbeitung mit Rücksicht auf die berechtigten Interessen der betroffenen Menschen und die ökologischen Belange durchzuführen.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10306	531	<p>im Zusammenhang mit der 2. Offenlegung des obigen Teilregionalplans erhalten Sie mit dieser Mail meine Stellungnahmen im Rahmen des 2. Beteiligungsverfahrens:</p> <p>1) STELLUNGNAHME Az.: Identifikationsnummer: 1163 vom 28.03.2024 - Themenpunkte</p> <p>1) Landschaftsbild</p> <p>2) Geologie</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage:</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>3) Zuwegung</p> <p>4) Windhöflichkeit</p> <p>5) Flora &amp; Fauna</p> <p>6) Grund- &amp; Quellwasserhaushalt</p> <p>7) Infraschall</p> <p>8) Kohlefaserabrieb</p> <p>9) Flugsicherheit</p> <p>10) Wirtschaftsfaktoren</p> <p>11) Grundlastfähigkeit &amp; Mathematik</p> <p>Anfang April 2025 erhielt ich ein Schreiben seitens des RVBO zu meiner obigen, 11-seitigen Stellungnahme.</p> <p>Das Schreiben beinhaltet einen Link mit dem Vermerk, mittels ich mich über die Behandlung meiner Stellungnahmen informieren könne.</p> <p>Aus den, verbunden mit dem Link, abgebildeten Textpassagen konnte ich keine Antworten identifizieren, die mit meiner Stellungnahme zu den aufgeführten Themenpunkten zusammen passen.</p> <p>Ich erwarte daher weiterhin eine seriöse und kompetente Stellungnahme des RVBO auf meine Eingaben und sehe diese aktuell als NICHT BEANTWORTET!</p>	<p>Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	
IV. 10306	532	<p>2) GEOLOGIE</p> <p>Am 26.06.2025 fand am Gehrenberg ein Starkregenereignis mit verbundenen Überflutungen statt.</p> <p>Dieses Ereignis hat nachdrücklich gezeigt, dass die in meiner Stellungnahme aufgeführten Folgen nicht aus der Luft gegriffen sind sondern die Realität widerspiegeln.</p> <p>Eine entsprechende Planung und Umsetzung von Windkraftanlagen (WKA's) auf dem Gehrenberg hätte damit nachhaltige negative Folgen und würde das dort bestehende fragile Ökosystem völlig aus dem Gleichgewicht bringen.</p> <p>Der Standort Gehrenberg ist daher für den Bau von WKA's grundsätzlich abzulehnen.</p>	<p>Das in der Anregung genannte Vorranggebiet wurde infolge der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage im Entwurf zur 2. Offenlage aufgrund der geringen Windleistungsdichte in seiner Abgrenzung geändert. Durch diese geänderte Abgrenzung liegen im VRG Windenergie weniger rutschungsgefährdete Böden und weniger Bodenschutzwald. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen. Ansonsten gilt: Fragen der Standfestigkeit und zur Errichtung von WEA sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich konkrete Standorte von Windenergieanlagen sowie die Eindämmung von Gefahren, die auf regionalplanerischer Ebene nicht festgelegt werden. Eine weitere Reduzierung des Vorranggebiets Windenergie gegenüber dem Entwurf zur 2. Offenlage erfolgt daher nicht.</p>	Keine Berücksichtigung
IV. 10306	533	<p>3) ABSTÄNDE WOHNBEBAUUNG</p> <p>Mit Blick auf die Positionierung und Höhe potentieller WKA's auf dem Gehrenberg ist der Mindestabstand zur nächsten Wohnbebauung in Betracht zu ziehen.</p> <p>Wie Messungen an verschiedenen Anlagen gezeigt haben, stellt die Geräuscentwicklung, wie auch der Infraschall, eine bedeutende Belastung für die Menschen und Tiere im Umfeld dieser Anlagen dar.</p> <p>Nicht zu vergessen ist der Schlagschatten der durch die WKA's erzeugt wird, welcher eine zusätzliche Belastung darstellt und ein gesundes Leben in diesem Bereich nicht zulässt.</p> <p>Der Standort Gehrenberg ist daher für den Bau von WKA's grundsätzlich abzulehnen.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10306	534	<p>4) FAUNA</p> <p>Im Bereich und Umfeld der geplanten Standorte der WKA's befinden sich Nistplätze für Rotmilane und Kolkkraben. Die Nistplätze befinden sich in der Kartierung.</p> <p>Außerdem sind die Vielzahl an Fledermausarten in dem Waldgebiet auf dem Gehrenberg in der strategischen Umweltprüfung bzw. im Fachbericht Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie nicht berücksichtigt worden. Der Arbeitskreis Fledermäuse Bodensee- Oberschwaben kam schon 2012 zu dem Ergebnis, dass in dem Gebiet viele Fledermausarten, darunter auch windkraftempfindliche Arten, vorkommen. Diese wurden bisher noch gar nicht</p> <p>in die Prüfung miteinbezogen.</p> <p>Vor dem Hintergrund des Lebensraums dieser schützenswerten Tiere ist der Bau von WKA's auf dem Gehrenberg abzulehnen.</p>	<p>Zum Kolkkraben:</p> <p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen zu Alle sonstigen Hinweise auf Vorkommen von Tier- und Pflanzenarten (d.h. weder Sonderstatus-Art noch kollisionsgefährdet)</p> <p>Zum Rotmilan: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen zu Windkraftsensible Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunkt vorkommen abgegrenzt wurden und Umgang mit diesen bei der Festlegung von VRG Windenergie</p> <p>Zu Fledermäusen: die Gutachten von 2012 sind zu alt, um im Rahmen der Regionalplanung Berücksichtigung zu finden. Die Hinweise zu Fledermäusen aus den Stellungnahmen zum Vorranggebiet Windenergie sind zu unkonkret, als dass sie auf regionalplanerischer Ebene Berücksichtigung finden können (zu Anforderungen an Gutachten s. Anlage B.3 zur Synopse 1. Offenlage und Entwurf Umweltbericht zum Satzungsbeschluss)</p>	Keine Berücksichtigung

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10307	652	<p>Einspruch zum Regionalplan WEA-436-011RatzenriedOst</p> <p>hiermit möchten wir Widerspruch gegen den Regionalplan Energie einlegen, im speziellen gegen die Ausweisung der Fläche WEA-436-011 als Vorranggebiet für Windkraft.</p> <p>Bereits im Frühjahr 2024 haben wir unseren ersten Widerspruch mit sehr wichtigen Punk-ten eingereicht und sind erbost darüber, dass diese als nicht relevant eingestuft wurden, trotz vorhandener Pläne und Nachweisen von bestimmten Stellen. Leider wurden diese Pläne weder geprüft noch kamen hierzu Rückfragen, was dafürspricht, dass hier gar keine Kontrolle stattgefunden hat seitens des Regionalverbands. Bei den verschiedenen Punk-ten kommt es laut ihren eigenen Aufstellungen immer wieder zu Konflikten. Was bedeutet, dass wenn hier eine gewisse Anzahl davon im oben genannten Gebiet vorliegen, muss das Areal als Vorrangfläche aus dem Plan entfernt werden.</p> <p>Besonders möchten wir darauf eingehen, dass die Angaben des Windatlas für Baden-Württemberg nicht korrekt sein können, da sich nach Prüfung der gleichen Aufstellung für Bayern feststellen lässt, dass diese massive Unterschiede aufweisen und somit klar ist, dass der Windatlas für BW windkraftfreundlich ausgelegt wurde. Diese Auslegung ist für uns durchaus von Bedeutung, denn diese</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	--	--	---------------



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		Vorrangfläche in Argenbühl wäre bei einer realistischen Datenlage vorab überhaupt nicht für Anlagen dieser Art in Frage gekommen.	<p>Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).  Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:  Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).  Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.  Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.  Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10307	719	<p>Dazu sind hier sehr wohl Niedermoore vorhanden, die deutlich größer als 2 ha groß sind. Diese sind jetzt auch in den Karten der LUBW ersichtlich, die bereits nachgetragen wurden und noch weitere Waldflächen werden folgen. Die dazu von mir erstellten Karten sind offensichtlich vom Regionalverband völlig unberücksichtigt geblieben. Wohl nicht einmal ein Weiterleiten an die entsprechenden Prüfstellen ist erfolgt.</p> <p>Der Schutz von Moorlandschaften ist von enormer Bedeutung für die Biodiversität, das Klima und die Wasserspeicherung. Es ist ein ernsthaftes Problem, wenn Kartierungen veraltet oder fehlerhaft sind, da sie als Grundlage für Naturschutzmaßnahmen dienen. Eine aktuelle und präzise Erfassung kann helfen, bestehende Moore zu erhalten und zerstörte Gebiete wiederherzustellen.</p> <p>Was sind die ökologischen Vorteile von Moorlandschaften?</p> <p>Moorlandschaften sind wahre Wunder der Natur! Sie bieten eine</p>	<p>Zum Thema Moorschutz wird auf die Anlage zur Synopse der 2. Anhörung zum genannten Vorranggebiet (WEA-436-011) verwiesen.</p> <p>Die weiteren Anregungen beziehen sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vielzahl ökologischer Vorteile, die oft unterschätzt werden:</p> <p>CO<sub>2</sub>-Speicherung – Intakte Moore sind eine der effektivsten Kohlenstoffspeicher der Erde. Sie speichern große Mengen CO<sub>2</sub> und verhindern so dessen Freisetzung in die Atmosphäre.</p> <p>Wasserregulierung – Moore speichern enorme Mengen Wasser, helfen bei der Regulierung von Hochwasser und sichern die Wasserversorgung in trockenen Zeiten.</p> <p>Lebensraum für seltene Arten – Viele gefährdete Tier- und Pflanzenarten sind auf Moore angewiesen, darunter Torfmoose, Kraniche und verschiedene Amphibien.</p> <p>Filterfunktion – Moore wirken wie natürliche Wasserfilter, indem sie Schadstoffe aus dem Wasser entfernen und es reinigen.</p> <p>Klimaschutz – Durch ihre Fähigkeit, CO<sub>2</sub> zu speichern und Methan zu regulieren, tragen Moore wesentlich zur Bekämpfung des Klimawandels bei.</p> <p>Leider werden viele Moore entwässert und zerstört, um Platz für Landwirtschaft oder Bau-projekte zu schaffen, was ihre positiven Effekte zunichtemacht. Schutz und Renaturierung sind daher von großer Bedeutung!</p> <p>Wie beeinflussen Moore die Biodiversität?</p> <p>Moore sind echte Hotspots der Biodiversität! Sie bieten einzigartige Lebensräume für spe-zialisierte und seltene Arten, die in anderen Ökosystemen kaum überleben könnten. Hier sind einige der wichtigsten Auswirkungen von Mooren auf die Biodiversität:</p> <p>Lebensraum für seltene Arten – Moore beherbergen viele bedrohte Pflanzen- und Tierarten, darunter Torfmoose, Sonnentau, Kraniche, Moorfrösche und verschiedene Insekten wie die seltene Moorlibelle.</p> <p>Hohe Spezialisierung – Viele in Mooren lebende Organismen sind perfekt an die extremen Bedingungen mit sauren Böden und hohem Wassergehalt angepasst. Das macht sie besonders empfindlich gegenüber Umweltveränderungen.</p> <p>Verbindung zwischen Ökosystemen – Moore fungieren oft als Übergangsgebiete zwischen Wasser- und Landökosystemen, wodurch sie eine große Vielfalt an Arten aus beiden Lebensräumen</p>	<p>an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf) verwiesen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		unterstützen.		
		Schutz vor invasiven Arten – Die besonderen Bedingungen eines Moors machen es für viele invasive Arten schwer, Fuß zu fassen. Dadurch bleiben heimische Arten besser geschützt.		
		Bestäubung & Nahrungsketten – Moore sind wichtige Lebensräume für Bestäuber wie Wildbienen und Schmetterlinge, die wiederum zur Erhaltung der Pflanzenvielfalt beitragen. Zudem bieten sie Jagd- und Nistplätze für Raubtiere wie Greifvögel.		
		In Moorlandschaften gibt es viele spezialisierte und seltene Arten, die durch Entwässerung, Torfabbau und Klimawandel stark gefährdet sind. Hier sind einige besonders bedrohte Arten:		
		Pflanzenarten:		
		Torfmoose ( <i>Sphagnum</i> spp.) – Sie sind die Grundlage für die Entwicklung von Hochmooren und spielen eine essenzielle Rolle in der Wasser- und CO <sub>2</sub> -Speicherung.		
		Sonnentau ( <i>Drosera</i> spp.) – Eine fleischfressende Pflanze, die in nährstoff-armen Moorböden überlebt und selten geworden ist.		
		Moorlilie ( <i>Narthecium ossifragum</i> ) – Eine hübsche, aber gefährdete Blütenpflanze in Moorengebieten.		
		Vogelarten:		
		Kranich ( <i>Grus grus</i> ) – Braucht ungestörte Moore zur Brut, leidet unter Lebensraumverlust.		
		Bekassine ( <i>Gallinago gallinago</i> ) – Ein typischer Bewohner von Feuchtgebieten, der durch Entwässerung stark zurückgeht.		
		Blaukehlchen ( <i>Luscinia svecica</i> ) – Dieses farbenfrohe Singvögelchen findet in Moorengebieten seine Heimat, doch diese werden zunehmend zerstört.		
		Amphibien und Reptilien:		
		Moorfrosch ( <i>Rana arvalis</i> ) – Besonders auf intakte Moorlandschaften angewiesen.		
		Kreuzotter ( <i>Vipera berus</i> ) – Eine Schlange, die in Mooren ihren		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Lebens-raum hat, der durch menschliche Eingriffe zurückgeht.</p> <p>Insekten:</p> <p>Moorlibelle (<i>Leucorrhinia</i> spp.) – Eine seltene Libellenart, die saubere, un-gestörte Moorgewässer braucht.</p> <p>Großer Moorbär (<i>Arctia caja</i>) – Ein Schmetterling, dessen Lebensraum in Moorlandschaften liegt.</p> <p>Durch Schutzmaßnahmen wie Renaturierung, nachhaltige Bewirtschaftung und strengere Gesetze können viele dieser Arten erhalten werden.</p> <p>Warum hier nicht korrekt gearbeitet wurde und die Einsprüche hier nicht geprüft wurden ist nicht einsehbar, lässt uns aber vermuten, dass noch viele andere Punkte unberücksichtigt blieben. Wie z. B. das Gutachten von Herrn Stern, welches 1994 veröffentlicht wurde und besagt, dass das ganze Areal zum Naturschutzgebiet erklärt werden muss. In den vergan-genen 30 Jahren konnten sich die Moore noch weiter entwickeln und würden heute noch einen höheren Wert schützenswerter Natur aufweisen. Dieses Gebiet würde dann seit mindestens 25 Jahren dem Natura-2000 Gebietsschutz unterliegen. Da Daten des Regio-nalverbands wohl offensichtlich älter sind als das Gutachten von 1994 würde ich diese als total veraltet bezeichnen und es sollte dringend eine Überarbeitung veranlasst werden, be-vor eine solch weitreichende Entscheidung gefällt wird. Wir als direkte Anwohner können jeden Tag beobachten, wie viele Tiere u. a. Vögel wie Milane, Bussarde, Falken und Schwarzstörche, sowie Rotwild, Füchse und Biber das Gebiet bewohnen. Morgens nutzen zwischen 10 und 16 Rehe den Waldrand zum äsen, was für uns klar darstellt, dass sich auch die Wildtierkorridore einer erneuten Prüfung unterziehen sollten. Eine sachgerechte Umweltprüfung kann hier also definitiv nicht erfolgt sein. Zumal sich auch saisonbedingt viele seltene Zugvögel, wie Rostgänse, verschiedene Entenarten, Schwäne, zahlreiche Kleinvögel und auch der Silberreiher bei der Durchreise hier vermehrt aufhalten.</p> <p>Die Moor- und Retentionsfähigkeit dieser Flächen sind durchaus von Bedeutung und weist für alle Angrenzer der Argen ein sehr hohes Schutzpotential auf. Die zahlreichen Quellen in diesem Gebiet verhindern das Austrocknen der Argen, was den Regionalverband an-scheinend unberührt lässt.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10307	720	<p>Die Prüfung des Landschaftsbildes ist durch den Regionalverband eventuell schon erfolgt, jedoch aber von völlig falschen Ausgangspunkten und nicht von den Stellen, die bereits in meinem ersten Einwand erläutert wurden.</p> <p>Der Wertverlust von Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen kann ein Thema von Interesse sein, insbesondere für Eigentümer, die in der Nähe solcher Anlagen leben. Es gibt verschiedene Studien und Berichte, die darauf hinweisen, dass die Nähe zu Wind-kraftanlagen den Immobilienwert negativ beeinflusst.</p> <p>Beispiel:</p> <p>Stellen wir uns vor, eine Familie besitzt ein Haus in einem ländlichen Gebiet, das zuvor für 300.000 Euro verkauft wurde. In der Nähe wird eine Windfarm mit mehreren Turbinen errichtet. Nach der Fertigstellung der Windkraftanlagen könnte eine Bewertung des Hau-ses ergeben, dass der Marktwert auf etwa 250.000 Euro gesunken ist.</p> <p>Die Gründe für diesen Wertverlust könnten folgende sein:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ästhetik: Viele Käufer empfinden Windkraftanlagen als unattraktiv und möchten nicht in der Nähe solcher Strukturen wohnen.</li> <li>2. Lärm: Windkraftanlagen erzeugen Geräusche, die für Anwohner störend sein können.</li> <li>3. Sichtbarkeit: Die Sicht auf die Landschaft kann durch die Turbinen beeinträchtigt wer-den, was einige Käufer abschrecken könnte.</li> <li>4. Wahrnehmung von Gesundheit: Es gibt Bedenken hinsichtlich möglicher gesundheitli-cher Auswirkungen durch Infraschall, auch wenn wissenschaftliche Studien hierzu unter-schiedliche Ergebnisse liefern.</li> </ol> <p>Es ist wichtig zu beachten, dass der Wertverlust nicht in allen Fällen gleich ist und von verschiedenen Faktoren abhängt, wie der Anzahl der Windkraftanlagen, der Entfernung zum Wohnort und der allgemeinen Marktlage. In einigen Regionen kann der Wertverlust minimal sein, während er in anderen signifikant ausfallen kann.</p> <p>Weitere Faktoren, die den Wert beeinflussen können:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Marktnachfrage: In Gebieten, in denen die Nachfrage nach Immobilien hoch ist, könnte der Wertverlust geringer ausfallen. Wenn es jedoch viele vergleichbare Immobilien gibt, kann der Wertverlust stärker ausgeprägt sein.</li> </ol>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>2. Regionale Unterschiede: In ländlichen Gebieten, wo Windkraftanlagen häufiger sind, könnte der Wertverlust ausgeprägter sein als in städtischen Gebieten, wo die Nachfrage nach Wohnraum möglicherweise stabiler ist.</p> <p>3. Zukunftsperspektiven: Wenn die Region plant, weitere Windkraftanlagen zu errichten oder die Infrastruktur für erneuerbare Energien auszubauen, könnte dies den Wert von Im-mobilien negativ beeinflussen.</p> <p>4. Veränderung des Lebensstils: Potenzielle Käufer könnten Bedenken hinsichtlich der Freizeitgestaltung haben, da sie befürchten, dass die Windkraftanlagen die Natur und die Ruhe, die sie suchen, beeinträchtigen.</p>	<p>verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10307	721	<p>Des Weiteren sind wir Ihnen dankbar, dass Sie Mittelried nicht als Kleinsiedlung anerkannt haben. Denn aufgrund dessen habe ich mich noch etwas tiefer in diese Materie eingearbeitet und es stellte sich heraus, dass Mittelried als Innenbereich zu betrachten ist. Dabei Stützen wir uns auf das Gropbach Urteil von 2011. Folglich finden Sie eine kurze Zusammenfassung:</p> <p>Von einem Ortsteil kann in Abgrenzung zu einer nach §35 BauGB zu beurteilenden Split-tersiedlung ausgegangen werden, wenn die Bestandsbebauung eine organische Siedlungsstruktur aufweist und von einigem Gewicht ist. Beide Voraussetzungen sind vor dem systematischen Hintergrund zu interpretieren, dass die Bestandsbebauung im unbeplanten Innenbereich die Funktion eines sog. "Planersatzes" aufweist. Dies bedeutet, dass die Bestandsbebauung von solchem Umfang und solcher Struktur sein muss, so-dass sich die für das Einfügen im Sinn des §34 BauGB relevanten Parameter an ihr ableiten lassen.</p> <p>Zur Anwendung von §34 sind vor Ort typische strukturelle Besonderheiten zu berücksichtigen. Wie hier in Argenbühl, das von Weilern und zahlreichen selbständigen Siedlungsansätzen die Landschaftsstruktur prägt, ist die Voraussetzung für die Anwendung von §34 BauGB niederschwellig anzusetzen.</p> <p>Begründung warum Mittelried als Innenbereich zu betrachten ist:</p> <p>Die Bebauung in Mittelried ist strukturiert und geordnet, zwischenzeitlich nicht mehr Landwirtschaftlich genutzt, es überwiegt jetzt die Wohnnutzung. Bestand im Ort sind sieben Wohnhäuser davon ein Doppelhaus, mit insgesamt 11 Wohneinheiten alles vollständig erschlossen. Dazu kommen noch weitere</p>	<p>Gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung, 2. Anhörungsentwurf Teilregionalplan Energie) ist es bei den Vorsorgeabständen zu Siedlungen und wohngenutzten Gebäuden nicht von Relevanz, ob es sich um Innenbereich handelt. Gem. Kriterienkatalog werden Vorsorgeabstände zu Baugebieten/-flächen und relevanten Grünflächen genehmigter und im Verfahren befindlicher Flächennutzungspläne sowie zu relevanten Gebäuden gem. ALKIS vorgesehen. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie des 2. Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Zu Froschschutzbauten: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p> <p>Zu allen anderen Anregungen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Wirtschaftsgebäude, die dem Ort durch ihre Platzierung eine gewisse Tiefe geben (zweireihige Bebauung).</p> <p>Der Ort in sich wirkt sehr kompakt und strukturiert (eindeutiger Bauzusammenhang). In dieser sehr definierten Struktur befinden sich noch zwei voll erschlossene Baulücken, die mittelfristig noch zu bebauen sind.</p> <p>Allein auf Basis des Luftbildes ist die Zuordnung zum Innenbereich erforderlich. Dies würde mit Sicherheit ein Gericht ebenso bewerten. Denn Mittelried ist an einer Kreisstraße voll erschlossen und organisch bebaut.</p> <p>Das Gropbach Urteil ist Ihnen soweit ja bekannt und wurde vom RVBO als solches auch 2017 schon berücksichtigt. Wir erwarten, dass die TA-Lärm und die Vorsorgeabstände für den Innenbereich Anwendung finden.</p> <p>Was wir leider nicht verstehen ist, warum Bewohner eines Außenbereichs weniger Wert sind, als jene im Innenbereich. Dies würde ich ganz einfach als Herabwürdigung bezeichnen (Diskriminierung) denn soweit uns bekannt ist gibt es in Deutschland ein Grundgesetz und in diesem steht dass alle Menschen gleich sind.</p> <p>Des Weiteren möchten wir darstellen, dass die Mindestabstände nicht ausreichen, denn unser Anwesen liegt in Hauptwindrichtung oder annähernd in dieser, somit werden die entsprechenden Schallwerte und der Schattenschlag niemals die geforderten Werte erfüllen (siehe erster Einwand). Deshalb fordern wir aufgrund der bedrängenden Wirkung die 3H als Abstand anzunehmen, denn unser gesamter Lebens- und Aufenthaltsbereich, sowie Erholungszone ist in Richtung der geplanten Windräder ausgerichtet. Eine optische und akustische Abgrenzung lässt sich so einfach oder schnell nicht realisieren, somit könnten wir uns keinerlei Rückzugsmöglichkeit schaffen. Ein Ausweichen auf die süd-westliche Seite ist auch nicht möglich, denn dort befindet sich die stark befahrene Kreisstraße.</p> <p>Deshalb ist dies bereits vom RVBO zu berücksichtigen. Unseren Schutz sind wir auch bereit einzuklagen und juristisch zu bestreiten.</p> <p>An meinem ersten Einspruch halte ich nach wie vor fest, denn die Argumentation der RV-BO stellt sich als sehr oberflächlich dar. Außerdem möchten wir noch darauf hinweisen, dass in unserem Gebiet viele Maßnahmen getroffen, um die Natur zu schützen, die mit hohen Kosten verbunden sind, wie z.B. die Froschschutzbauten, für die eine Straße komplett gesperrt bzw. eine weitere massiv</p>	<p>an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		um- und neugebaut werden musste. Dies hätte nicht gemacht werden müssen, wenn nun der Hauptlebensraum dieser Tiere durch den Bau einer Windkraftanlage zerstört wird.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10308	653	<p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft das Vorranggebiet welches als WEA-437-026, Kettenacker- Ost, ausgewiesen ist. Mit dieser Erklärung widerspreche ich der derzeitigen Planung des Regionalverbands hinsichtlich der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie im Gemeindegebiet Kettenacker sowie im angrenzenden Raum. Der Regionalplan verstößt in eklatanter Weise gegen das raumordnerische Prinzip der dezentralen Konzentration, dass der Planung solcher Anlagen im Interesse der gerechten Lastenverteilung und Raumverträglichkeit zwingend zugrunde zu legen ist. Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 6 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen Gebiete für die Nutzung der Windenergie so festzulegen, dass eine ausgewogene und flächenhaft verteilte Entwicklung ermöglicht und eine Überlastung einzelner Gemeinden vermieden wird. Dieses sogenannte Prinzip der dezentralen Konzentration ist in der Fachliteratur und Planrechtsprechung als verbindliches Steuerungsprinzip anerkannt (vgl. Battis/Krautzberger/Löhr, § 2 ROG Rn. 41 ff.). Der vorliegende Entwurf des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben konterkariert diesen Grundsatz diametral, indem er eine offenkundige punktuelle Überfrachtung weniger Gemeinden - insbesondere Kettenacker - betreibt, während andere Räume vollständig verschont bleiben. Dies stellt eine räumlich unausgewogene Lastenverteilung dar, die weder sachlich begründet</p>	<p>Zur Anregung zur dezentralen Konzentration und gerechten Lastenverteilung: Gem. Planungskonzept (s. Begründung und Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) wurde das Prinzip der dezentralen Konzentration bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie umfangreich berücksichtigt und dem Flächenauswahlprozess zugrunde gelegt. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Die schrittweise Anwendung von Ausschluss- Konflikt- und Eignungskriterien, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration und der Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umzingelung / Umfassung) führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete Windenergie geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete Windenergie nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teils räumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Es wird zur Forderung nach gerechter Verteilung zudem auf die Abwägung hierzu in der Anlage Teil B1 zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen § 1 Abs. 7 BauGB (gerechte Abwägung): Der genannte Paragraph bezieht sich auf die Aufstellung von Bauleitplänen und ist somit nicht für das gegenständliche Verfahren anzuwenden. Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete für</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>noch rechtlich tragfähig ist.  Ein solches Vorgehen ist nicht nur planerisch unvertretbar, sondern auch rechtlich anfechtbar, da es gegen die Grundpflicht zur gerechten Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sowie gegen das Gegenstromprinzip (§ 1 Abs. 3 ROG, § 1 Abs. 4 BauGB) verstößt. Hinzu kommt ein Verstoß gegen das LplG, wonach Raumordnungspläne nach dem Prinzip der nachhaltigen Raumentwicklung und unter Wahrung der Belange der Gemeinden aufzustellen sind.  Statt eine raumordnerisch tragfähige Verteilung der Windkraftflächen vorzunehmen, betreibt der Regionalverband eine politisch opportunistische Flächenabschiebung auf ohnehin stark belastete Gebiete. Damit wird die Akzeptanz vor Ort sehenden Auges zerstört, was im direkten Widerspruch zu den Zielen des Klimaschutzes steht.  Ich fordere daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die sofortige Überarbeitung des Regionalplanentwurfs unter Berücksichtigung des Prinzips der dezentralen Konzentration.</li> <li>2. Die komplette Rücknahme der punktuellen Konzentration von Windkraftvorrangflächen im Raum Kettenacker und die vollständige Herausnahme des Gebietes WEA-437-026 aus allen weiteren Planungen</li> <li>3. Die regionale Umverteilung der Flächenlast, sodass ein gleichmäßiger Beitrag aller Planungsräume des RVBO gewährleistet ist.</li> </ol> <p>Die aktuelle Planung stellt einen eklatanten Verstoß gegen fundamentale Prinzipien der Raumordnung dar und wird in dieser Form keine rechtliche Bestandskraft erlangen. Ich behalte mir daher sämtliche rechtlichen Schritte vor-einschließlich einer Normenkontrollklage gemäß § 47 VwGO.  Meine Einwendungen zur 1. Offenlage/1. Beteiligungsverfahren halte ich vollumfänglich aufrecht und sie gelten vollumfänglich auch als Gegenstand dieser Einwendungen.</p>	<p>die Windenergienutzung fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Erläuterung der Abwägung Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen das Gegenstromprinzip und den Bedenken einer unzureichenden Beteiligung der Kommunen bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie:</p> <p>Der Teilregionalplan Energie als übergeordnete Planungsebene setzt den Rahmen für nachgeordnete kommunale Planungen und orientiert sich an den rechtlichen und fachlichen Vorgaben. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wird § 2 Abs. 2 Landesplanungsgesetz BW sowie § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz entsprochen (Gegenstromprinzip): Kommunale Belange sind bereits im Planungskonzept berücksichtigt worden, indem kommunale Planungen wie die Darstellungen im Flächennutzungsplan als Ausschluss- und Konfliktkriterien im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie aufgegriffen wurden. Vor Beginn der formellen Anhörungsverfahren wurde bereits eine informelle Flächenkulisse mit den VVGs, GVVs und Einheitsgemeinden der Region abgestimmt. Im Sinne des Gegenstromprinzips erfolgte somit bereits im Vorfeld des förmlichen Anhörungsverfahrens eine Auseinandersetzung mit den Belangen der kommunalen Planungsebene, die im Anschluss aufgearbeitet und in die Flächenkulisse eingearbeitet wurden. Die kommunale Planungsebene wurde in den förmlichen</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Beteiligungsverfahren gem. der gesetzlichen Vorgaben beteiligt und die vorgebrachten Anregungen und Bedenken wurden sorgfältig geprüft, sachgerecht abgewogen und haben z.T. auch zu Anpassungen der Gebietskulisse geführt.</p> <p>Die Festlegungen im Teilregionalplan Energie erfolgen zudem im Einklang mit den Zielen des Landesentwicklungsplans.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen das Prinzip einer nachhaltigen Raumentwicklung unter Wahrung der Belange der Gemeinde:</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 2 ROG und § 2 Abs. 1 LPIG ist eine nachhaltige Raumentwicklung Leitvorstellung der Raumordnung. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben und hat bei der Auf-stellung des Teilregionalplans Energie ökologische, wirtschaftliche und soziale Be-lange entsprechend der Vorgaben des § 7 Abs. 2 ROG abgewogen. Um beispie-ls-weise ökologischen Nachhaltigkeitszielen gerecht zu werden, ist es in der Teilfort-schreibung des Regionalplans verpflichtend, für jedes Vorranggebiet Windenergie sowie Vorbehaltsgebiet Photovoltaik und Alternativflächen (nach der Alternativen-prüfung nicht weiterverfolgte Flächen) die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Flora, Fauna und biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Was-ser, Klima, Landschaft sowie Kultur- und Sachgüter in der Strategischen Umwelt-prüfung zu ermitteln und in Steckbriefen zu dokumentieren. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswir-kungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.</p> <p>Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeu-gung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Inte-resse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundes-gebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorran-giger Belang in die jeweils</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Darüber hinaus wird wie folgt Stellung genommen:          Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage.</p> <p>Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10309	249	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets.</p> <p>Brände in einem Maschinenhaus in 179 m Höhe können von der örtlichen Feuerwehr nicht gelöscht werden. Die Feuerwehren beschränken sich auf die Absperrung des Gefahrenbereichs mit Trassierband.</p> <p>Die brandschutztechnischen Hinweise in den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen der Landratsämter sind uneinheitlich, veraltet und völlig unzureichend. Brandlöschesysteme sind seit Jahren auf</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1.</p>	Kenntnisnahme
-----------	-----	---	---	---------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>dem Markt, werden aber nur vereinzelt von der Genehmigungsbehörde gefordert.</p> <p>Eine behördlich angeordnete bundesweite Erfassung und Auswertung der Windkrafthavarien gibt es bis heute nicht. Sie wird auf privater Basis erfasst und geführt. Hinzu kommt, dass die Brandlast in den Maschinengondeln bauartbedingt durch die Hersteller erhöht wird. Der Hersteller ENERCON hat in seiner neuen WEA E-160 EP 5 den Transformator in das Maschinenhaus integriert und damit die Brandlast unnötigerweise erhöht. Bereits 2014 machte das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr auf „Gefährdung durch lungengängige Carbonfaserbruchstücke nach Bränden“ aufmerksam. Die tragischen Abstürze zweier Eurofighter und eines Hubschraubers ließen diese Gefahren im Sommer 2019 real werden und warfen ein Schlaglicht auf schlummernde Risiken, die von schätzungsweise 10.000 Windkraftanlagen ausgehen, in deren Rotorblättern ebenfalls CFK-Materialien verbaut sind:</p> <p>? Ein Bekämpfen von Bränden durch Feuerwehren ist wegen der Höhe der WKA unmöglich.</p> <p>? Umweltbehörden, Genehmigungsbehörden und Hilfskräfte haben keine belastbaren Informationen über verbautes CFK – Material und dessen Gefahren.</p> <p>? Die Zivilbevölkerung ist nicht über die Gefahren im Brandfall informiert.</p> <p>? Anlagenhersteller verweigern Information und stufen die verbauten Materialien als Betriebsgeheimnis ein. Teilweise sind sich die Hersteller nicht im Klaren, ob in den Rotorblätter CFK oder GFC verbaut wurde.</p> <p>Kohlenstofffasern – auch kurz Kohlefasern genannt und als Carbonfasern oder Karbonfasern bezeichnet – sind industriell gefertigte Fasern aus kohlenstoffhaltigen Ausgangsmaterialien, die durch an den Rohstoff angepasste chemische Reaktionen in graphitartig angeordneten Kohlenstoff umgewandelt werden.</p> <p>Bei Bränden, mit dem Erreichen von Temperaturen mit mehr als 650° C, verändern sich die Carbonfasern und erreichen eine kritische Größe, die in die Lungen eindringen können. Da auch eine Aufnahme über die Haut nicht ausgeschlossen werden kann, wird auf eine besondere Gefahrenlage und zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen hingewiesen. In Verbindung mit der</p>	<p>Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Freisetzung dieser Carbonfasern, umgangssprachlich „Fiese Fasern“ (Nanotubes) genannt, wird als Schutzmaßnahmen, für die Feuerwehr und Rettungseinsatzkräfte, die gleiche Schutzausrüstung wie bei Unfällen mit radioaktiven Stoffen angeordnet. Somit kommt ABC-Zug der Feuerwehr und CBRN(E)-Trupps zum Einsatz. Die Abkürzung steht für „chemisch, biologisch, radiologisch, nuklear“ und „explosiv.“</p> <p>Die Kontamination der Agrarflächen durch fiese Fasern nach Bränden führt in der Regel zur Sperrung der kontaminierten Agrarflächen, wobei die Landwirte monatelang über die Beseitigung und Regulierung der Schäden im Unklaren gelassen werden. Teilweise wurden die Fasern mit Fräsen untergepflügt was einen Verstoß gegen die einschlägigen Umweltrichtlinien darstellt aber von den Behörden in Ermangelung von Richtlinien stillschweigend geduldet wird.</p> <p>Die Haftungsfrage für die Beseitigung von Drittschäden, die durch Brände verursacht werden, ist ungeklärt.</p> <p>Deckungssummen für Drittschäden werden in der Immissionsschutzgenehmigung grundsätzlich nicht thematisiert und gefordert.</p> <p>Der Planentwurf ist bezüglich des Brandschutzes als fehlerhaft, unsachgemäß und unvollständig zurückzuweisen.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>		
IV. 10309	250	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets.</p> <p>In unmittelbarer Nähe zu den möglichen Standorten der Windindustrieanlagen verlaufen frequentierte Wanderwege als Naherholungsbereich der angrenzenden Dörfer. Betriebsbedingt kann es bei Frost zu einer Vereisung der Rotorblätter der Windindustrieanlagen kommen.</p> <p>Drehen sich die Rotoren, können Eisbrocken bis zu 1500 Meter und weiter geschleudert werden.</p> <p>Sich dort aufhaltende und bewegende Menschen werden durch</p> <p>? möglichen Eisfall (bei stehenden Rotorblättern) und</p> <p>? möglichen Eiswurf (durch drehende Rotorblätter) gefährdet.</p> <p>? In diesem Umkreis befinden sich bereits die Wohngebiete</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Ebenweiler, Fleischwangen, Guggenhausen und Unterwaldhausen, diverse Bauernhöfe und zu bearbeitende Äcker, sowie zahlreiche Landstraßen.</p> <p>Die Maßnahme des Beheizens der Rotorblätter ist energetisch widersinnig aufgrund des hohen Energiebedarfs.</p> <p>Ein Abschalten der Anlage bei entsprechenden Witterungsbedingungen verhindert nicht die Gefahr von herabfallenden Eisbrocken (von deutlich über 200m Höhe) d.h. Eisfall.</p> <p>Diese Höhe übersteigt die Höhen von Bäumen um ein Vielfaches. Die Gefahr durch Eisfall ist deshalb nicht vergleichbar mit natürlichen Gegebenheiten. Diese Probleme wurden im Planentwurf nicht ausreichend berücksichtigt, deshalb weise ich ihn als fehlerhaft zurück.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>	<p>Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10309	252	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets.</p> <p>Durch die betriebsbedingt periodische Bewegung des Rotors von Windkraftanlagen entsteht bei entsprechender Sonneneinstrahlung ein periodischer Schatten. Dieser Schlagschatten führt zu Stress mit den bekannten Begleit- und Folgeerscheinungen wie</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Schlafstörungen, Herz-/Kreislaufprobleme, Magen-/Darmstörungen, Leistungsbeeinträchtigungen und psychische Beeinträchtigungen.</p> <p>Die Beeinträchtigungen der Anwohner durch Schattenwurf wurden im Planentwurf nicht geprüft oder thematisiert. Daher ist der Planentwurf als fehlerhaft, unvollständig und unsachgemäß zurückzuweisen.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>	<p>werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10309	253	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Begründung: Gefahr Öl- und Chemieverschmutzung für Grundwasser</p> <p>Eine durchschnittliche Windindustrieanlage enthält im Maschinenhaus ca. 1200 Liter Getriebeöl, 600 Liter Kühlflüssigkeit und 250 Liter Hydrauliköl. Die Gefahrstoffe können bei einem Unfall oder einer Betriebsstörung auf den Waldboden kommen und ins Erdreich eindringen. Schwere Grundwasserverunreinigungen drohen.</p> <p>Diese Zusammenhänge wurden im Planentwurf planerisch nicht berücksichtigt. Daher ist der Planentwurf unsachgemäß, unvollständig und somit als fehlerhaft zurückzuweisen.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10309	254	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets. Von Windkraftanlagen gehen Betriebsgeräusche aus. Abhängig von der Windstärke erzeugen vor allem Luftverwirbelungen an den Rotorblättern, aber auch Getriebe und Generator der Anlage Geräusche. Jede Windenergieanlage muss nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigt werden und nach der TA Lärm beurteilt werden. Eine Anlage mit 140 m Höhe und Rotordurchmesser von 120 m erzeugt direkt einen Schalldruckpegel von 105 dB (vergleichbar Presslufthammer / Kreissäge). Zum Schutz der Bevölkerung gibt es Immissionsrichtwerte (gelten außerhalb von Gebäuden): z.B. in Dorfgebieten und Mischgebieten tags 60 dB/ nachts 45 dB, in Kurgebieten, für Krankenhäuser und Pflegeanstalten gilt tags 45 dB und nachts 35 dB. Zudem sind kurzzeitige Geräuschspitzen / Überschreitungen zulässig: tags um nicht mehr als 30 dB und nachts nicht mehr als 20 dB.</p> <p>Lärmsensible Menschen nehmen diese hörbaren Geräusche oft als Wuschen, Huschen, Rauschen, Dröhnen, Brummen oder Wummern wahr, welche als gleichmäßig oder auch als intervallartig / pulsierend beschrieben werden. Die Betroffenen geraten dadurch in Stress und zeigen körperliche und seelische Beschwerden: reduzierte Leistungs- und Arbeitsfähigkeit, Müdigkeit, Konzentrationsschwäche, Nervosität, Angespanntheit, Gereiztheit und es gibt Ein- und Durchschlafstörungen.</p> <p>Eine Studie am Windpark Wilstedt beschäftigte sich mit diesem Thema. 25 Prozent der befragten Personen wurden als mittelstark belastigt eingeordnet (diese gaben an sich mittelstark bis sehr belastigt zu fühlen ohne Symptome) und ca. 9,9 Prozent als stark belastigt (Personen mit zusätzlichen Symptomen). Interessant in dieser Studie ist, dass die Beschwerden nachts und in den frühen Morgenstunden am stärksten sind. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Windgeschwindigkeit und Belästigungshäufigkeit. Am häufigsten traten die Belästigungen bei Westwind, bei feuchtem Wetter und Frost auf. Auch in Fleischwangen-Nord ist die lokale Hauptwindrichtung süd-westlich und die möglichen Windkraftträder würden sich wie im Beispiel Wilstedt süd-westlich vom Ort Ebenweiler befinden. Vernunftkraft.de übt zu Recht Kritik an dieser Studie in mehreren Punkten. Einer davon ist, dass sich Wilstedt weiter weg von den Windrädern befindet. 2,4 km entsprechen nicht den üblichen Entfernungen von 600 bzw. 1000m. Bekanntlich nimmt der Hörschall mit zunehmender Entfernung ab!</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die geplanten Anlagen in Fleischwangen-Nord werden eine Nabenhöhe von mindestens 179 m haben. Wie wird der Schalldruckpegel da sein? Diese Probleme wurden im Planentwurf nicht ausreichend berücksichtigt, deshalb weise ich ihn als fehlerhaft zurück.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>	<p>verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10309	255	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets. Die Region Oberschwaben – zu derer das betroffene Gebiet zählt – hat eine herausragende, nationale und internationale Bedeutung. Eine technische Überformung des harmonischen Landschaftsbilds durch Windkraftanlagen würde sich massiv störend auf das Gesamtbild auswirken. Die Windräder in Fleischwangen-Nord wären von vielen Standorten in der Region gut einsehbar. Wieso wird der Einzigartigkeit und der Schönheit der oberschwäbischen Region bei Ihrer Prüfung nicht Rechnung getragen?</p> <p>Diese Problematik wurde im Planentwurf nicht ausreichend geprüft oder thematisiert. Daher ist der Planentwurf als fehlerhaft, unvollständig und unsachgemäß zurückzuweisen.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10309	257	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets. Das betroffene Gebiet zwischen den Gemeinden Fleischwangen, Ebenweiler und Unterwaldhausen dient als wertvolles Naherholungsgebiet für die lokale Bevölkerung. Hier können sich die Bürgerinnen und Bürger erholen vom alltäglichen Stress in oft hektischer, lauter und stressfördernder Umgebung. Das Gebiet strahlt eine Atmosphäre der Ruhe und Erholung aus, welche unweigerlich durch die Anwesenheit dreier überdimensionaler Windkraftanlagen zerstört werden würde. Damit wäre der Bevölkerung der so wichtige Ausgleich zum Alltagsstress versagt. Diese Problematik wurde im Planentwurf nicht ausreichend geprüft oder thematisiert. Daher ist der Planentwurf als fehlerhaft, unvollständig und unsachgemäß zurückzuweisen. Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>	<p>und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10309	258	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets.</p> <p>Schwefelhexafluorid (SF 6 Gas) wird in sogenannten Schaltanlagen eingesetzt - also in "Knotenpunkten", in denen die elektrische Energie verteilt wird. Gasisolierte Schaltanlagen sind vor allem dort praktisch, wo wenig Platz ist. Deshalb werden solche Schalter in Windrädern verbaut.</p> <p>Doch der Stoff hat auch eine fatale Eigenschaft: Schwefelhexafluorid - kurz: SF6 - hat von allen bekannten Substanzen die stärkste Treibhauswirkung. Es wirkt rund 22.800-mal so stark wie die identische Menge Kohlendioxid. Und: Wenn es einmal in die Atmosphäre gelangt ist, dauert es mehr als 3000 Jahre, bis SF6 sich wieder zersetzt und unwirksam wird.</p> <p>Das ist seit Jahrzehnten bekannt. Schon im Kyoto-Protokoll wurde 1997 festgelegt, dass die Emissionen von SF6 begrenzt werden müssen. In vielen früheren Anwendungsgebieten spielt es heute keine Rolle mehr - außer eben in elektrischen Schaltanlagen. Eine gesetzliche Regulierung für SF6 in diesem Bereich gibt es bis heute nicht. Nur eine freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie, den</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Stoff nur in geschlossenen Systemen einzusetzen und am Ende der Lebensdauer zu recyceln oder chemisch zu neutralisieren. Diese Selbstverpflichtung von 1998 enthält auch, dass die verwendeten und recycelten Mengen erfasst und gemeldet werden.</p> <p>Das ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus hat deswegen beim wichtigsten Hersteller von Windkraftanlagen nachgefragt. Von Nordex und Vestas gab es die Rückmeldung, dass es derzeit noch keine Alternative gebe.</p> <p>Und: Während des Betriebes von Windrädern würden nur minimale Mengen SF6 in die Luft entweichen, und eine ordnungsgemäße Entsorgung am Ende der Lebensdauer von Windrädern sei gesichert.</p> <p>Allerdings sind die Hersteller dafür gar nicht selbst verantwortlich. Jeder Besitzer eines Windrades, das demontiert werden soll, muss sich selbst um das aufwendige Recycling kümmern. Und da ist es im Zweifelsfall einfacher, den Stoff in die Umwelt entweichen zu lassen. Eine Kontrolle findet nicht statt.</p> <p>Alternativen zu SF6 gibt es sehr wohl. Siemens Energy hat sie für Windräder des Tochterunternehmens Gamesa längst entwickelt. Dort sitzen die Schalter in einer Vakuumröhre und sind dadurch perfekt isoliert.</p> <p>Auch verschiedene Anbieter von Hochspannungsschaltern, die in kleinen Umspannwerken eingesetzt werden und bislang ebenfalls mit dem problematischen Gas isoliert waren, haben bereits auf klimaneutrale Alternativen umgestellt. Nur die Hersteller von Windrädern pochen im harten Preiswettbewerb weiter darauf, der Klimakiller sei noch unverzichtbar.</p> <p>Die EU wollte nun in einer neuen Verordnung den Einsatz von Schwefelhexafluorid einschränken und letztlich verbieten. So etwas ist in Europa ein oft langwieriger Prozess, den der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, Bas Eickhout, folgendermaßen beschreibt: "Es gab große Akteure im Markt, die damit Geld verdienen. Sie haben erfolgreich Lobbyarbeit betrieben, haben argumentiert, man dürfe die Energiewende nicht behindern und dafür bräuchte man SF6. Und: da gab es auch einige deutsche Firmen, die Druck gemacht haben."</p> <p>Das Ergebnis ist ernüchternd: Laut aktuellem Entwurf ist der Einsatz von SF6 in Schaltanlagen erst ab 2030 verboten. Eine Übergangsfrist von weiteren acht Jahren – obwohl es heute bereits praktikable Alternativen</p>	<p>Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10309	259	<p>gibt. Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p> <p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets. Das betroffene Gebiet ist in direkter Nähe zu einem Wasserschutzgebiet. Die massiven Zuwegungen und auch die Fundamente und die Infrastruktur der Windkraftanlagen können die empfindliche Struktur beeinträchtigen. Dadurch wird die Gefährdung der Trinkwasserversorgung billigend in Kauf genommen. Flächen bleiben auch nach dem Rückbau versiegelt, da das Fundament in der Regel nicht zurückgebaut wird. Durch den Rückbau könnten Verunreinigungen und Schadstoffe ins Grundwasser gelangen. Dies ist mit dem Gedanken an einen fortschreitenden Klimawandel mit trockenen Sommern und niedrigen Grundwasserpegeln nicht zu verantworten.</p> <p>In seiner Eigenschaft als Wasserschutzgebiet inkl. Trinkwasserversorgung ist das Gebiet damit wahrscheinlich nicht mehr ausreichend funktionsfähig.</p> <p>Diese Problematik wurde im Planentwurf nicht ausreichend geprüft oder thematisiert. Daher ist der Planentwurf als fehlerhaft, unvollständig und unsachgemäß zurückzuweisen.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden.</p> <p>Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			<p>Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10309	260	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets. Einer Untersuchung des RWI – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung zufolge können Windkraftanlagen den Wert von Einfamilienhäusern in unmittelbarer Umgebung deutlich mindern. Der Wert eines Hauses in einem Kilometer Entfernung zu einer Windindustrialanlage sinkt im Durchschnitt um 7,1 Prozent, so die Studie. Wenn diese acht bis neun Kilometer entfernt ist, hat sie keine Auswirkung mehr auf die Immobilienpreise. Die Studie hat knapp drei Millionen Verkaufsangebote zwischen 2007 und 2015 ausgewertet, die auf dem Online Portal Immoscout24 erschienen waren. Besonders ausgeprägt ist der Wertverlust innerhalb des Ein-Kilometer-Radius in ländlichen Gebieten. Hier kann er bis zu 23 Prozent betragen. Dieser Wertverlust ist real und wurde beispielsweise durch die Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen, Verfügung v. 20.4.2015, Kurzinfo Einheitsbewertung Nr. 01/2015 bereits verwaltungs-technisch umgesetzt. Für bebaute Grundstücke kommt eine Wertminderung im Ertragswertverfahren in Betracht. Die OFD weist zudem darauf hin, dass die Grundsätze auch bei Grundstücken angewandt werden dürfen, die im Sachwertverfahren zu bewerten sind (z. B. unbebaute Grundstücke, Luxusbauten). Wertminderungen lassen sich dann ggf. im Rahmen des § 88 Abs. 1 BewG berücksichtigen. Auch der Bundesfinanzhof hat entschieden, dass Immissionen von Windkraftanlagen grundsätzlich eine Ermäßigung des Einheitswerts rechtfertigen können (BFH, Beschluss v. 22.6.2006, II B 171/05). Somit ist die Möglichkeit eines Wertverlusts sogar amtlich dokumentiert. Dies gefährdet die politisch propagierte private Daseinsvorsorge im Hinblick auf das künftig sinkende Rentenniveau. Der Planentwurf verletzt massiv Rechte einzelner in der persönlichen Planung der Alterssicherung. Auch hinsichtlich des kürzlich erschlossenen Neubaugebiets in unmittelbarer Nähe zu den geplanten Windkraftanlagen in Fleischwangen, gefährdet das</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen. Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung)</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorhaben die hohen Investitionen v.a. junger Bürger und deren Zukunft im Eigenheim. Nicht zu vernachlässigen sind darüber hinaus die Wertverluste von Bestandsimmobilien, auch derer in öffentlicher Hand wie z.B. Kindergärten und Schulen.</p> <p>Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>	<p>inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöffigkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	
IV. 10309	654	<p>Stellungnahme im Rahmen des Teilregionalplan Energie Vorranggebiet Windenergie WEA-436-022 "Fleischwangen-Nord" des Regionalverbandes</p> <p>im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens erhebe ich Einspruch gegen die Planung des oben genannten Vorranggebiets. Bei der Erarbeitung der Vorrangfläche wurden Streuobstbestände mit Flächen über 2 Hektar berücksichtigt. Der Schutz von Streuobstbeständen ist ab einer Mindestgröße von 1.500 Quadratmetern über den §33a NatSchG BW geregelt. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum die geschützten Streuobstbestände von der Planung nicht ausgeschlossen wurden. In der Ausarbeitung zum Thema „Streuobstbestände &gt; 2 ha“ steht geschrieben: "Für kleinere Streuobstbestände innerhalb der Vorranggebiete bleibt der gesetzliche Schutzstatus unberührt".</p> <p>Die Erläuterung ist unverständlich und nicht nachvollziehbar. Daher fordere ich alle geschützten Streuobstbestände ab 1.500 qm aus der Planung der Vorrangflächen auszuschließen und einen Mindestabstand von 1000 m zu den geplanten Vorrangflächen. Ich bitte um eine Empfangsbestätigung und Stellungnahme zu allen Punkten meiner Einwendung.</p>	<p>Im Kriterienkatalog werden viele Kriterien für Vorranggebiete Windenergie ab einer Größenordnung von <math>\geq 2</math> ha betrachtet. Dies liegt daran, dass auf regionalplanerischer Ebene nur Gebiete festgelegt werden, keine Standorte für Windenergieanlagen. Beeinträchtigungen kleinerer Flächen können i.d.R. durch die Standortwahl vermieden werden. Dies ist im nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu klären. Zudem sind Flächen mit einer Größe <math>&lt; 2</math> ha aufgrund des Maßstabs der Raumnutzungskarte des Regionalplans (1:50.000) kaum darstellbar bzw. liegen im Bereich der Planunschärfe. Flächen ab einer Größe von <math>\geq 0,5</math> ha wurden in der Umweltprüfung berücksichtigt (s. Umweltbericht), inkl. Minimierungsmaßnahmen für nachgelagerte Genehmigungsverfahren.</p> <p>Der gesetzliche Schutz für Streuobstbestände kleiner als 2 ha gilt unabhängig und bleibt durch die Planung des Teilregionalplans Energie unberührt.</p> <p>Die Forderung nach einem pauschalen Abstand von 1.000m zu geschützten Streuobstbeständen wird nicht übernommen. Ein solcher Mindestabstand ist fachlich und rechtlich nicht begründet. Die Beurteilung möglicher Beeinträchtigungen erfolgt einzelfallbezogen im Genehmigungsverfahren.</p> <p>Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und die entsprechende Erläuterung (s. Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) verwiesen.</p>	Keine Berücksichtigung

Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
IV. 10310	256	<p>Stellungnahme zum geplanten Windpark Fleischwangen-Nord Hiermit lege ich Einspruch gegen den Bau der genannte Windkraftanlage ein. Begründung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die komplette Zerstörung des Naherholungsgebietes von Fleischwangen.</li> <li>• Durch den hörbaren Lärm, Infraschall und Schattenschlag den die Windkraftanlage erzeugt befürchte ich negative Auswirkungen auf meine Gesundheit, sowie Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit, Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Herzrasen, Tinnitus, Angstzustände, Depressionen, usw., auch durch die erdrückende Höhe.</li> <li>• Durch Vibrationen des gewaltigen, tausende von Tonnen schweren Stahlbetonfundaments ist das Sterben der Fische in den umliegenden Weihern, sowie die Veränderung der wasserführenden Schichten im angrenzenden Moorgebiet, in dem die Trinkwasserfassung unseres Ortes liegt zu befürchten.</li> <li>• Unsere Vogelwelt, einzigartig in der Vielfältigkeit der Arten und ihrer Anzahl, sowie viele Wildtiere sind bedroht und werden dann hier nicht mehr leben.</li> <li>• Durch Abrieb wird unsere ortseigene Trinkwasserversorgung, sowie alle Flächen um die Anlage verseucht.</li> <li>• Bei einer Havarie besteht eine unmittelbare, nicht wiedergutmachbare Gefahr durch herabfallende Teile, Austritt von umweltschädlichem Gas und erheblich viel Öl.</li> <li>• Der sehr geringe Abstand zur Wohnbebauung von 600-1000 m ist eine gewaltige Wertminderung bis hin zur Unverkäuflichkeit unserer Wohnimmobilien.</li> <li>• Durch die niedrigen Windgeschwindigkeiten müssen die Anlagen so extrem hoch gebaut werden, dass zu wenig Erfahrung mit derartig hohen Anlagen vorliegt.</li> </ul> <p>Außerdem fürchte ich, dass dadurch diese Anlagen trotz Subventionen nicht kosten deckend sind und eine Havarie oder der spätere Abbau der Anlage nicht von den Betreiberfirmen getragen werden, sondern wieder aus Steuergeldern bezahlt werden</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>müssen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Was bei dem Rückbau einer solchen Anlage mit den vielen Tonnen umweltschädlichen Baustoffen, mit dem verbauten giftigen Gas und den nicht recycelbaren Substanzen geschehen soll, weiß niemand.</li> </ul> <p>Weitere Gründe: In unserer Gegend ist es nicht wirtschaftlich, nur mit staatlicher Unterstützung rentabel. Deshalb bleiben andere Investitionen aus, weil eine unwirtschaftliche Investition gefördert wird.</p>	<p>Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

#### Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung

IV. 10312	656	<p>um später mein Klagerecht ausüben zu können , lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorbehaltsgebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen ; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof; FFPV-437-083 Hohes Pfaffental ausgewiesenen Flächen. Widerspruch zu bestehenden Regional- und Flächennutzungsplänen Alle vom RVBO geplanten Vorrangfläche stehen im Widerspruch zu bestehenden Flächennutzungs- bzw. Landschaftsplänen der Gemeinde Leibertingen . Diese sehen eine andere Nutzung oder eine Freihaltung der Flächen vor. Laut§ 1 Abs. 4 BauGB sind kommunale Planungen zu</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten</p>	Keine Berücksichtigung
-----------	-----	--	--	------------------------

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>berücksichtigen. Ich fordere die Überarbeitung der Planung und Streichung aller Vorbehaltsgebiete der betroffenen PV - Fläche. Die aktuelle Planung überschreitet in unverhältnismäßiger Weise die Belastbarkeit der verfügbaren Gemeindeflächen und lässt eine hinreichende Berücksichtigung bereits bestehender kommunaler Planungen vermissen. Die Gemeinde Leibertingen hat im Rahmen eines strukturierten Prozesses eine eigene Photovoltaik-Strategie verabschiedet, welche konkret rund 37,7 Hektar Fläche für die Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorsieht davon sind bereits 15 ha mit FFPV im Bestand, was gesamthaft 0,8 % der Fläche, also das 4 fache des gesetzlich vorgeschriebenen, ausmacht. Der vorliegende Entwurf des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben konterkariert diesen Grundsatz diametral, indem er eine offenkundige punktuelle Überfrachtung weniger Gemeinden - insbesondere Leibertingen - betreibt, während andere Räume vollständig verschont bleiben. Dies stellt eine räumlich unausgewogene Lastenverteilung dar, die weder sachlich begründet noch rechtl ich tragfäh ig ist. Ein solches Vorgehen ist nicht nur planerisch unvertretbar, sondern auch rechtlich anfechtbar, da es gegen die Grundpflicht zur gerechten Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sowie gegen das Gegenstromprinzip (§ 1 Abs. 3 ROG, § 1 Abs. 4 BauGB) verstößt. Hinzu kommt ein Verstoß gegen das LplG, wonach Raumordnungspläne nach dem Prinzip der nachhaltigen Raumentwicklung und unter Wahrung der Belange der Gemeinden aufzustellen sind. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass diese gemeindeeigene Strategie im Regionalplan bislang keine Berücksichtigung findet, während gleichzeitig andere Flächen ohne Bezug zu den kommunalen Zielsetzungen als</p>	<p>Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Vorbehaltsgebiete vorgesehen werden. Diese Vorgehensweise widerspricht dem Grundsatz der kommunalen Planungshoheit sowie dem Erfordernis der frühzeitigen und substantiierten Beteiligung und Berücksichtigung der Gemeinden im Rahmen der Regionalplanung.</p> <p>Die Ausweisung dieser Flächen im Regionalplan verstößt nach meiner Auffassung in mehrfacher Hinsicht gegen geltende gesetzliche Vorgaben und planerische Grundsätze:</p> <p>Verletzung der kommunalen Planungshoheit gemäß Art. 28 Abs. 2 GG</p> <p>Die Gemeinde Leibertingen hat in einem ordnungsgemäßen kommunalen Verfahren eine eigene Photovoltaik-Strategie verabschiedet, welche ca. 37,7 ha für FreiflächenPV vorsieht. 15 ha davon sind bereits umgesetzt, was rund 0,8 % der Gemeindefläche entspricht - ein Vielfaches des gesetzlichen Mindestwertes gemäß § 2 EEG 2023 i.V.m. LplG BW. Die Nichtberücksichtigung dieser Strategie durch den Regionalverband stellt eine substanzielle Missachtung der kommunalen Planungshoheit dar.</p> <p>Ich fordere daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die vollständige Aufnahme der in der gemeindlichen PV-Strategie Leibertingens kumuliert ausgewiesenen Flächen in den Regionalplan als Vorbehaltsgebiete für Photovoltaikanlagen.</li> <li>2. Die vollständige Streichung der vom RVBO bislang im Gemeindegebiet vorgesehenen Flächen für Vorbehaltsgebiete-Photovoltaik, sofern sie nicht Teil der gemeindlichen Strategie sind.</li> <li>3. Die Kumulation und Priorisierung der von der Gemeinde vorgesehenen Flächen gegenüber den vom RVBO bislang ohne kommunale Grundlage geplanten Flächen.</li> </ol> <p>Die Berücksichtigung kommunaler Entwicklungskonzepte ist unerlässlich, um Akzeptanz vor Ort zu sichern, Ressourcen verantwortungsvoll zu nutzen und die</p>	<p>Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		raumordnerischen Ziele im Einklang mit den Interessen der betroffenen Kommunen zu gestalten.		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10314	278	<p>Einspruch gegen den Teilregionalplan Bodensee-Oberschaben Kapitel 4.2 Siggener/Dorferwald WEA 436-011 Ratzenried Ost</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir sind ein Verein der sich aus einer Bürgerinitiative formiert hat, die sich zum Ziel gesetzt hat, auf Widersprüche in der derzeitigen Planung von Windkraftanlagen im Gebiet Ratzenried-Siggen hinzuweisen und durch Unterschriften eine Petition und gegebenenfalls durch juristische Schritte den Bau der Anlagen zu verhindern.</p> <p>Es hieß, diese Vorrangfläche berge wenig Konfliktpotential. Gemäß Beschluss des Regionalverbandes vom 08.12.2023 und mit Offenlegung vom 29.01.2024 ist eine Vorrangfläche für drei Windkraftanlagen in Ratzenried Ost mit der Nummer WEA-436-011 geplant. Hierzu erheben wir folgende Einwendungen: 1. Windhöffigkeit Laut Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie (PS4.2.1 Z(1) )</p> <p>wird bei einer Windleistungsdichte&lt;175 W/m² die Wirkung K2 mit-25 bewertet. Ausgewiesen wurde eine unzutreffende Windleistungsdichte von 247 W/m².</p> <p>Der korrigierte Wert nach Windatlas liegt jedoch bei 172 W/m². Die im Windatlas dargestellten Werte sind mit mindesten 30 % zu mindern. Vergleichende Untersuchungen des Windatlas BW und Bayern weisen gravierende Unterschiede zum Beispiel für Wangen auf. So weist der Atlas BW einen Wert von 214 W/m² auf in nur 500 m Entfernung weist der Bayrische Atlas einen Wert von 95 W/m²auf. Dieser Sachverhalt wird durch den Regionalverband Donau-Iller bestätigt (Anlage A).</p> <p>Ferner liegen qualifizierte wissenschaftliche Vergleiche der beiden Entscheidungsgrundlagen vor (Anlage B).</p> <p>Für die Festlegung der Vorrangflächen sind Abwägungsentscheidungen zu treffen. Wird eine unzutreffend hohe Windhöffigkeit angenommen so wird die Abwägung anhand einer fehlerhaften Gewichtung durchgeführt, so dass das Ergebnis zwangsläufig falsch wird. Es lässt sich nur abwägen was richtig erfasst wurde. § 22 des EEG ist dort nicht anwendbar, wo das Gesetz gar keine Wertungsspielräume enthält, es muss weiterhin eine Abwägung im Einzelfall erfolgen.</p> <p>Es sind deshalb die anderen Kriterien und Ihre Konflikte höher zu bewerten als die Windhöffigkeit.</p> <p>Aufgrund dieser Tatsache ist die Fläche in Ratzenried, als Anteil der nach dem WindBG mit 1,8 % geforderten Flächenanteils, rechtlich fragwürdig.</p>	<p>Die Anregung wird an dieser Stelle zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in dieser Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1).</p> <p>Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis:</p> <p>Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>(s. <a href="https://www.caemmerer-lenz.de/fileadmin/user_upload/Allgemeines/News_Beitr%C3%A4ge/CL_-_Zur_rechtlichen_Einordnung_des_Windatlas_BW_2019.pdf">https://www.caemmerer-lenz.de/fileadmin/user_upload/Allgemeines/News_Beitr%C3%A4ge/CL_-_Zur_rechtlichen_Einordnung_des_Windatlas_BW_2019.pdf</a>)</p> <p>Auch das Institut für Theoretische Physik, Universität Hamburg, weist nach, dass der Windatlas von Baden-W. die Ertragsprognosen bis zu 30 % überschätzt. Daraus folgert, dass der Windatlas Baden-Württemberg 2019 „den Anforderungen, die angesichts der rechtlichen Auswirkungen an eine derart bedeutsame fachliche Grundlage zu stellen sind, nicht genügt.“ (Caemmerer)</p> <p>Vergleich Windatlas BW und Bayern entlang der Landesgrenze (Anlage B)</p> <p>Fazit: Im Dorfer- bzw. Siggener Wald werden die Anforderungen der Vorrangfläche nicht annähernd erfüllt. 2. Weitere Einwendungen</p> <p>Da die anderen Kriterien höher zu bewerten sind als der Wind, haben die weiteren aufgeführten Punkte Priorität. Hier folgen jetzt die weiteren Einwendungen mit Belegen: 2.1 Mensch (ME) siehe Anlage C, 6 Seiten 2.2 Flora, Fauna, Biologische Vielfalt (FFBV) siehe Anlage D, 6 Seiten 2.3 Boden (BO) siehe Anlage E, 1 Seite 2.4 Wasser (WA) siehe Anlage F, 2 Seiten Plan 2.5 Klima (KL) siehe Anlage G, 1 Seite 2.6 Landschaft (LA) siehe Anlage H, 3 Seiten 2.7 Ergebnis der strategischen Umweltprüfung siehe Anlage J, 1 Seite 2.8 Ergebnis Natura 2000 – Vorabprüfung siehe Anlage K, 5 Seiten Excel-Tabelle 3 Seiten Plan 1 Seite 2.9 Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfungen siehe Anlage L, 2 Seiten 2.10 Hinweise zu Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich nachteiliger Wirkungen siehe Anlage M, 6 Seiten Alle aufgezählten Argumente zeigen die Probleme der WK-Planung auf und vor allem die Auswirkungen auf Mensch und Natur. Außerdem würden die Windkraftanlagen den Zielen des Regionalplans widersprechen, der folgenden Maßnahmen fordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- zur Erhaltung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts (Klima, Luft, Boden, Wasser) und der biologischen Vielfalt (Flora, Fauna, Biotope),</li> <li>- zur Wahrung des Landschaftsbildes und des Charakters der traditionellen Natur- und Kulturlandschaft (Vielfalt, Eigenart, Schönheit), nicht zuletzt auch aufgrund der Bedeutung der freien Landschaft für Erholung und Tourismus.</li> </ul> <p>Überhaupt ist es zu kritisieren, dass diejenigen Personen im Regionalverband (zum Teil auch Bürgermeister, die die Windkraftanlagen befürworten) bei diesbezüglichen Abstimmungen eigentlich befangen sind. Bezugnehmend auf die „Strategische Umweltprüfung“ und die vom RVBO „Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter“ muss festgestellt werden:</p> <p>Die vorhandenen Konflikte führen sehr wohl zu erheblichen</p>	<p>verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Beeinträchtigungen von Schutzgütern und sind höher zu bewerten als die „Eignungskriterien“ für WKAn.  Die vorgesehene Fläche ist als Vorranggebiet nicht geeignet  Unsere Entgegnung ist mit den Verweisen auf Gesetze und Richtlinien begründet. Nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis. Weitere Beweismittel werden folgen.</p> <p>Anlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 2.1 - Mensch</li> <li>- 2.2 - Flora</li> <li>- 2.3 - Boden</li> <li>- 2.4 - Wasser</li> <li>- 2.5 - Klima</li> <li>- 2.6 - Landschaft</li> <li>- 2.7 - Ergebnis strat. Umweltprüfung</li> <li>- 2.8 - Natura 2000</li> <li>- 2.9 Ergebnis der artenschutzr. Prüfung</li> <li>- 2.10 - Hinweise zur Vermeidung, Minimierung etc.</li> </ul> <p>[Hinweis zu den Anlagen: Die Anlagen wurden vollumfänglich geprüft und, falls relevant, in die Abwägung eingestellt. Die Anlagen sind identisch mit den bereits zur 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie eingereichten Anlagen]</p>		
IV. 10314	658	<p>Anlage A - Festlegung von Ausschlusskriterien  Anlage B alt - Der Windatlas Ba-Wü.2019 und der bayerische Windatlas 2021  Anlage F1 - Karte  Anlage K - Karte mit Schutzgebieten  Anlage K2 - Karte der LUBW  Anlage RVBO-N1 - Anschreiben vom 19.06.24 (Antrag auf Ausweisung Naturschutzgebiet)  Anlage RVBO-N2 - Anschreiben vom 24.06.24 - Schmetterlinge  Anlage RVBO-N3 - Naturschutzgebiet  Anlage RVBO-N4 - Ergänzung Einspruch vom 18.03.24, Anschreiben vom 28.06.24 - Nachreichung zu Flora, Fauna  Anlage RVBO-N5 - Ergänzung Einspruch vom 18.03.24, anschreiben vom 23.12.24 - Nachreichung zu Infraschall, Vibration</p>	<p>Die Anlage mit der chronologischen Vogelliste wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund den in der Anlage B.3 zur Synopse zur 1. Offenlage dargelegten Gründen führt diese Aufzählung von Vogelarten nicht zu einem Erfordernis der Reduktion des Vorranggebiets Windenergie. Bezüglich Schmetterlingen: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.3 verwiesen.</p> <p>Bezüglich Windatlas: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Bezüglich Ergänzung Einspruch zu Infraschall, Vibration: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 verwiesen.</p> <p>Die Abwägung zur 1. Offenlage gilt hier trotz der nachgereichten Informationen weiterhin.</p> <p>Bezüglich Antrag auf Ausweisung Naturschutzgebiet: Kenntnisnahme, der RVBO ist hier nicht zuständig.</p> <p>Bezüglich Anlage mit LUBW UDO Kartenausschnitt und Liste von Schutzgebieten: Kenntnisnahme, Moore und Bodenfunktionen, Schutzgebiete und geschützte Objekte wurden im Teilregionalplan Energie Entwurf ausreichend</p>	Kenntnisnahme



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
			berücksichtigt, s. Planungskonzept, Umweltbericht, Abwägung 1. Offenlage. Bezüglich Anlage Kriterienkatalog VRG Windenergie RVDI: Kenntnisnahme, aber kein Erfordernis der Änderung des Kriterienkatalogs für den Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben. Bezüglich Anlage mit genutzten Quellen: Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage in der Anlage zur Synopse Teil B.1 und 2 verwiesen. Belange des Grundwasserschutzes wurden bei der Festlegung des VRG Windenergie ausreichend berücksichtigt.  Ansonsten wird auf die Abwägung der Stellungnahme des Vereins zur 2. Offenlage und auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.	
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10315	659	<p>Betreff: Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025 – Wind- und Solarflächen in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029, FFPV-437-083</p> <p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, reiche ich hiermit fristgerecht meine Einwendungen gegen den Entwurf des Teilregionalplans Energie des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben ein, . Die Planung betrifft insbesondere folgende Gebiete:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen (Windenergie)</li> <li>• FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost (Photovoltaik)</li> <li>• FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen (Photovoltaik)</li> <li>• FFPV-437-029 Leibertingen-Süd Sohmerhof (Photovoltaik)</li> <li>• FFPV-437-083 Hohes Pfaffental (Photovoltaik)</li> </ul> <p>Die nachfolgend aufgeführten Punkte begründen meine erhebliche Kritik an der geplanten Ausweisung und bilden die Basis meiner Forderung zur Rücknahme bzw. grundlegenden Überarbeitung der genannten Flächen.</p> <p>1. Fehlende Validierung der Winddaten sowie mangelnde Wirtschaftlichkeit der Fläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1.</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Die geplante Fläche WEA-437-011 liegt nachweislich in einem Gebiet mit geringer Windhöflichkeit. Eine Windmessung am SWR-Sender Meßkirch-Rohrdorf ergab lediglich einen mittleren Jahreswert von 4,2 m/s. Das von den Gemeinden Meßkirch, Leibertingen und Sauldorf gemeinsam beauftragte Gutachten führte bereits zur Einstellung eines Projektantrags der EnBW, da kein wirtschaftlicher Betrieb nachgewiesen werden konnte.</p> <p>Zudem sind die Aussagen des Windatlas BW in ihrer Generalisierung methodisch nicht belastbar genug, um als alleinige Planungsgrundlage zu dienen. Die Planungsentscheidung auf Basis veralteter, nicht validierter Daten widerspricht dem Grundsatz der fachlich fundierten Entscheidungsfindung und dem Vorsorgeprinzip der Raumordnung.</p> <p>Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB ist mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen. Der Einsatz öffentlicher Ressourcen in ungeeigneten Gebieten unter Missachtung der Wirtschaftlichkeit stellt eine klare Verfehlung dieses Grundsatzes dar. Ich fordere daher die ersatzlose Streichung der Fläche WEA-437-011 aus dem Regionalplan.</p> <p>2. Konflikt mit Naturschutz und bestehendem Artenschutzrecht – insbesondere beim Rotmilan</p> <p>Das Vorranggebiet WEA-437-011 befindet sich im direkten Umfeld ökologisch hochsensibler Gebiete und steht in Konflikt mit Schutzzräumen seltener und streng geschützter Arten, darunter insbesondere dem Rotmilan.</p> <p>Die Fläche liegt innerhalb eines bekannten Dichtezentrums dieser Art. Der Bau und Betrieb von Windenergieanlagen in einem solchen Gebiet führt nachweislich zu einem erhöhten Kollisionsrisiko, was nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) rechtswidrig ist. Bereits die Möglichkeit einer Kollision genügt zur Verwirklichung des Tatbestandes, eine populationsbezogene Risikoabwägung ist laut Rechtsprechung (BVerwG, 18.03.2009 – 9 A 39.07) unzulässig.</p> <p>Darüber hinaus bestehen folgende Verstöße:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB: Beeinträchtigung des Naturhaushalts, der Artenvielfalt und der Landschaft</li> <li>• Art. 4 Abs. 4 EU-Vogelschutzrichtlinie: fehlende Prüfung und Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen geschützter Arten</li> </ul>	<p>Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>· § 30 BNatSchG: Eingriff in gesetzlich geschützte Biotope</li> </ul> <p>Die Planung gefährdet damit nicht nur geschützte Arten, sondern unterläuft elementare Anforderungen an die Umweltprüfung und Gebietsverträglichkeit.</p> <p>3. Gesundheits- und Eigentumsgefährdung durch Nähe zur Wohnbebauung</p> <p>Artikel 2 des Grundgesetzes garantiert das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Artikel 14 schützt das Eigentum. Die geplante Ausweisung von Windenergie- und großflächigen Solaranlagen in direkter Wohnortnähe verletzt diese Rechte.</p> <p>Zu den nachweislichen Belastungen zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>· Tieffrequenter Lärm und Infraschall mit gesundheitlichen Folgen (Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme, psychische Belastung)</li> <li>· Dauerhafte optische Bedrängung durch bis zu 250?m hohe Windkraftanlagen, nächtliches Blinken, visuelle Dominanz</li> <li>· Verlust von Ruhe, Erholung und landschaftlicher Qualität – zentrale Merkmale gesunden Wohnens</li> <li>· Deutlicher Wertverlust privater Immobilien und damit ein schleichender Enteignungsprozess</li> </ul> <p>Die geplante Energieinfrastruktur in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine sozial-gesundheitliche Fehlplanung. Ich fordere verbindliche Mindestabstände von mindestens 2.500?m zu jeglicher Wohnbebauung.</p> <p>4. Demokratische Defizite und intransparente Beteiligung</p> <p>Bereits der Planungsprozess selbst leidet unter erheblichen demokratischen Mängeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>· Betroffene Kommunen und Bürger wurden zu spät, unzureichend und überwiegend formal beteiligt</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<ul style="list-style-type: none"> <li>· Naturschutzfachliche Gutachten sind veraltet oder fehlen ganz</li> <li>· Alternativenprüfungen und Standortvergleiche wurden nicht nachvollziehbar offengelegt</li> </ul> <p>Ein solches Verfahren widerspricht dem Beteiligungsanspruch der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB sowie den Grundsätzen von Transparenz, Verhältnismäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit.</p> <p>5. Unverhältnismäßige Flächeninanspruchnahme durch Freiflächen-PV – Konflikt mit Landwirtschaft, Artenvielfalt und Kulturlandschaft</p> <p>Die geplanten Solarflächen in den Bereichen FFPV-437-025 (Kreenheinstetten-Nord-Ost), FFPV-437-028 (Thalheim-Nord Kreuzen), FFPV-437-029 (Leibertingen-Süd Sohmerhof) sowie FFPV-437-083 (Hohes Pfaffental) stehen exemplarisch für eine verfehlte Planung hinsichtlich Flächeneffizienz und Umweltverträglichkeit.</p> <p>Diese Photovoltaik-Großanlagen beanspruchen wertvolle landwirtschaftlich nutzbare Flächen, die sowohl für die regionale Nahrungsmittelproduktion als auch für den Erhalt der Biodiversität von Bedeutung sind. Der damit verbundene Verlust offener Feldlandschaften, Heckenstrukturen und Rückzugsräume für Feldvögel, Insekten und andere Arten gefährdet nicht nur die Artenvielfalt, sondern zerstört auch die gewachsene Kulturlandschaft, die für das Erscheinungsbild und die Identität der Region prägend ist.</p> <p>Zusätzlich führen solche Anlagen zu:</p> <p>einer erheblichen landschaftlichen Verunstaltung (sog. „Verspiegelung“ und „Flächenverödung“),  einer Zerschneidung ökologischer Korridore,  der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in Erholungsräumen und touristisch genutzten Gebieten,  und der faktischen Versiegelung großer Bodenflächen durch Zuanlagen, Trafostationen und Erschließungswege.  Vor allem aber widerspricht der Einsatz von FFPV in naturnahen oder landwirtschaftlich produktiven Regionen dem Gebot der sparsamen und schonenden Bodennutzung gemäß § 1a Abs. 2 BauGB sowie dem Prinzip der Doppelnutzung (z.B. Dachflächen- oder Agri-PV-Nutzung). Solche Freiflächenprojekte sind – insbesondere</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>in ökologisch sensiblen Gebieten – weder energetisch effizient noch nachhaltig.</p> <p>Ich fordere daher die ersatzlose Streichung aller genannten FFPV-Vorbehaltsgebiete aus dem Teilregionalplan.</p> <p>Forderung</p> <p>Aufgrund der dargelegten Punkte fordere ich:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die ersatzlose Streichung der Fläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen</li> <li>2. Die Rücknahme der PV-Flächen FFPV-437-025, 028, 029, 083</li> <li>3. Die vollständige Aktualisierung des Umweltberichts unter Berücksichtigung des Artenschutzes und der aktuellen Windverhältnisse</li> <li>4. Eine artenschutzrechtliche Einzelfallprüfung mit Schwerpunkt auf das Dichtezentrum des Rotmilans</li> <li>5. Die Aussetzung des Planverfahrens bis zur Vorlage vollständiger, aktueller, fachlich validierter und rechtskonformer Unterlagen</li> </ol> <p>Rechtsmittelvorbehalt</p> <p>Für den Fall der Nichtberücksichtigung meiner Einwendungen behalte ich mir vor, im Rahmen einer Normenkontrollklage gemäß § 47 VwGO vor dem zuständigen Oberverwaltungsgericht den Rechtsweg zu beschreiten.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10320	666	<p>Stellungnahme zum Teilregionalplan Energie, 2. Beteiligungsverfahren gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 7. Februar 2025.</p> <p>um später mein Klagerecht ausüben zu können, lege ich hiermit meinen Einspruch gegen den Entwurf des oben genannten Teilplans ein. Dies betrifft alle von Ihnen als Vorbehaltsgebiete mit den Bezeichnungen FFPV-437-025 KreenheinstettenNord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029</p>	<p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Die vorliegenden Anregungen beziehen sich auf neue Belange, die bislang noch nicht abgewogen wurden oder auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil</p>	Keine Berücksichtigung

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Leibertingen-Süd Sohmerhof ; FFPV-437-083 Hohes pfaffental ausgewiesenen Solarflächen sowie das Vorranggebiet welches als WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen ausgewiesene Windkraftfläche ist.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die geplante vergrößerte Ausweisung der Windvorrangfläche [WEA 437-011 Meßkirch-Leibertingen] steht in direktem Konflikt mit bestehenden Natur- und Artenschutzgebieten. Diese Fläche grenzt unmittelbar an das Schutzgebiet auf der Ortsgemarkung Thalheim und Ortsgemarkung Heudorf an bzw. liegt innerhalb eines Gebiets mit ökologisch sensibler Flora und Fauna. In diesem Gebiet bestehen erhebliche Bedenken Aufgrund nachgewiesenem Dichtezentrum für Rotmilan und anderen sensibler, gefährdeten Arten der Roten Liste wie im §44 Bundesnaturschutzgesetz geregelt.</p> <p>Gemäß § 30 BNatSchG sowie den Vorgaben der FFH- und Vogelschutzrichtlinie fordere ich die Rücknahme bzw. Reduzierung der geplanten Windvorrangfläche. Die Planung verstößt gegen die Erhaltungspflicht für diese Schutzgebiete und stellt eine erhebliche Beeinträchtigung des ökologischen Netzes dar.</p> <p>Artikel 2 GG garantiert das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Artikel 14 schützt Eigentum.</p> <p>Windkraftanlagen &amp; FFPV Felder in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung bedrohen beides. Denn gesundes Wohnen heißt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ruhe und Erholung</li> <li>• Unverbaute Sichtachsen</li> <li>• Schutz vor Dauerlärm, Stress und psychischer Belastung</li> </ul> <p>• Windräder in der Nähe von Häusern zerstören diese</p>	<p>B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts. Hinsichtlich dieser Änderungen ergeben sich durch die Anregungen neue oder stärker betroffene Belange. Die Abwägung dieser Anregungen erfolgt in den Anlagen zur Synopse der 2. Offenlage. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen (Teile E.1, E.2 und E.3). Bezüglich allgemeiner Anregungen bspw. zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren wird auf den Teil D der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich möglicher Anregungen zu den Gebieten WEA-437-011, FFPV-437-025, FFPV-437-028, FFPV-437-029 und FFPV-437-083 (Bereich Leibertingen) wird auf Teil F der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Ggf. beziehen sich die Anregungen auch auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind. Diese Anregungen beziehen sich nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht oder es ergeben sich auch hinsichtlich der Änderungen durch die Anregungen keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Diese Inhalte der Anregungen wurden somit bereits im Rahmen der ersten Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in diesen Anregungen genannten Aspekte zu. Daher werden die Anregungen an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Qualitäten - und das nicht symbolisch, sondern ganz real.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Tieffrequenter Schall dringt durch Wände, stört den Schlaf, verursacht Kopfschmerzen, Herzrasen, Konzentrationsstörungen. Dies belegen auch wissenschaftliche Studien.</li> </ul> <p>Landschaftsbild und Ästhetik</p> <p>Wir leben und arbeiten hier in einem sensiblen Naturraum des Oberen Donautals, einem der herausragendsten Mittelgebirgsräume Süddeutschlands, der von vielen Menschen besucht wird, um Erholung und Entspannung zu finden. Eine herrliche Aussicht auf die Alpenkette, insbesondere das Alpsteingebiet mit dem markanten Säntis ist wohltuend für Körper und Seele. Dies wird auf diversen Tourismusmessen vorgestellt und beworben. Durch immens hohe Windräder werden solche Anstrengungen jedoch zunichte gemacht.</p> <p>Windräder und FFPV-Anlagen in der geplanten Menge werden das natürliche Landschaftsbild erheblich verändern - insbesondere bei uns im ländlichen Raum.</p> <p>Beispielsweise konnte die Stadt Friedrichshafen eine 10 ha FFPV-Fläche in der Nähe einer Bundesstraße mit der Begründung „Verschandelung der Landschaft“ ablehnen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, unsere Landschaft ist unberührt und wird dadurch erheblicher verschandelt.</p> <p>Feh/ende Wirtschaftlichkeit und Windhöffigkeit</p> <p>Bei der geplanten Windvorrangfläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen handelt es sich um ein Gebiet mit nachweislich geringer Windhöffigkeit (z. B. laut Windatlas BW). Die Errichtung von Windenergieanlagen ist hier ineffizient und mehr als wirtschaftlich fragwürdig. Eine Windmessung auf den SWR Sender</p>	<p>Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2).</p> <p>Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>MeßkirchRohrdorf  ergab nachweislich nur 4,2m/s. Das Gutachten hatten die Kommunen  Meßkirch, Leibertingen und Sauldorf gemeinsam in Auftrag gegeben  und zur  Einstellung des Projektierers ENBW geführt, da ein wirtschaftlicher  Betrieb nicht  dargestellt werden konnte.</p> <p>Eine Nutzung solcher Flächen steht im Widerspruch zum Grundsatz  der sparsamen  Bodennutzung nach § 1a Abs. 2 BauGB und widerspricht dem Ziel  einer effektiven  Energiewende.</p> <p>Einerseits gilt der Wald als bester CO2-Speicher; andererseits wird pro  Windkraftanlage eine Hektargroße Fläche gerodet und nicht wieder  aufgeforstet  (was für ein Widerspruch). Jede Kiesabbaufirma wird zu  Renaturierung  verpflichtet.</p> <p>Beeinträchtigung des menschlichen Wohlbefindens</p> <p>Tieffrequenter Schall und Infraschall (unter 20 Hz) werden zwar nicht  immer  bewusst wahrgenommen, können jedoch laut Studien zu  Schlafstörungen,  Kopfschmerzen, Schwindel, innerer Unruhe und  Konzentrationsproblemen führen.  Selbst bei Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte empfinden viele  Anwohner die  Anlagen als dauerhafte Lärmquelle, insbesondere in der Nacht.  Studien (z. B. WHO  2018: *Environmental Noise Guidelines for the European Region*)  belegen den  Zusammenhang zwischen Dauerlärm und erhöhter Krankheitslast  (z. B.  Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen).</p> <p>Psychosoziale Belastung</p> <p>Die ständige Sichtbarkeit und das Rotieren der Rotoren wirken für  viele Menschen  psychisch belastend. Das Gefühl von Kontrollverlust über die  eigene Wohnumgebung  sowie unzureichender Bürgerbeteiligung verschärfen das</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Unbehagen. In Interviews und Umfragen schildern Betroffene Gefühle von „Heimatverlust“, „Belagerung“ oder „Dauerstress“.</p> <p>Schadstoffimmissionen durch Windkraftanlagen</p> <p>Beim Bau von Windkraftanlagen entstehen erhebliche Umweltbelastungen, auch für die Menschen die in der Nähe wohnen. Der Einsatz von Verbundmaterialien (GFK, CFK) in Rotorblättern erschwert das Recycling und kann bei Bruchereignissen zur Freisetzung toxischer Stäube über weite Strecken führen.</p> <p>Gerade wegen der vorgenannten Punkte bedarf es wesentlich größerer Abstände. Die derzeitigen Regelungen sind unzureichend, 2000-3000 Meter sind als Minimum anzusetzen.</p> <p>Gesundheitliche und emotionale Folgen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Studien belegen, dass ständige visuelle Reize durch überdimensionierte technische Bauwerke wie sie die Windkraftanlagen und FFPV-Felder darstellen, Stresshormone erhöhen und zu psychosomatischen Symptomen führen können (Unruhe, Schlafstörungen, Gereiztheit bis hin zum Suizid).</li> <li>• Das Gefühl, eingekreist und bedrängt zu sein, kann langfristig zur sozialen Isolation und Resignation führen.</li> <li>• Genehmigungsbehörden und Projektierer blenden diese Problematik systematisch aus - oder stufen sie als „subjektiv“ ab.</li> <li>• Es gibt keine verbindlichen Grenzwerte für visuelle Belastung oder Umzingelung.</li> <li>• Stattdessen werden immer neue Anlagen durchgedrückt, während Bürger mit Worthülsen und angeblichen Ausgleichsmaßnahmen vertröstet werden.</li> </ul> <p>Die Bevölkerung im ländlichen Raum wird mit Windkraftanlagen und FFPV-Feldern</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>überrollt - ohne Rücksicht auf ihr Bedürfnis nach Ruhe, Heimat, Sichtachsen und Lebensqualität. Die Umzingelung durch Windräder und FFPV-Feldern ist kein notwendiges Übel, sondern eine Folge von Planungsversagen und technokratischer Ignoranz (Meiner Meinung nach, Irrsinn).</p> <p>Missachtung der kommunalen Planungshoheit</p> <p>Die Gemeinde Leibertingen hat durch eigene Beschlüsse bereits Photovoltaikflächen im Umfang von ca. 1,0 % der Gemarkungsfläche planerisch gesichert. Die zusätzliche Festlegung der Flächen durch den Regionalverband verletzt die kommunale Planungshoheit nach § 1 Abs. 4 BauGB, wonach Regionalplanungen an die Ziele der kommunalen Bauteitplanung anzupassen sind.</p> <p>Lebensqualität</p> <p>Bei erheblichen Einschränkungen wie diese durch die Planung des RVBO getätigt werden, sind negative Folgen für die körperliche und gesundheitliche Unversehrtheit des Menschen und Störungen des psychischen und sozialen Wohlbefindens zu erwarten, da die natürliche Lebensgrundlage erheblich gestört wird.</p> <p>Das Wohnumfeld ist mehr als ein Ort - es ist Lebensqualität</p> <p>Ein gesundes, intaktes Wohnumfeld bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ruhe, Rückzugsorte, Schutz vor Dauerreizen</li> <li>- Naturverbundenheit, Heimatgefühl, kulturelle Identität</li> <li>- Verträglichkeit von Umwelt, Architektur und Landschaft</li> </ul> <p>Windkraftanlagen im Nahbereich von Wohngebieten bedrohen diese Grundlagen massiv. Windräder verursachen Dauerschall: Wummern, Brummen, pulsierender Tieffrequenzlärm, siehe Baiereck. Die dortigen Windräder lösten eine</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Beschwerdeflut der Einwohner aus. Die Windräder wurden über die Köpfe der Bevölkerung hinweg genehmigt (lt. Leserbrief der Südwestpresse); wie wurde hier demokratisches Miteinander interpretiert, frage ich mich.</p> <p>Ich fordere den RVBO aus den aufgeführten Gründen auf die Rücknahme der Erweiterung der Windvorrangfläche in diesem Gebiet zu veranlassen. Ebenfalls fordere ich dazu auf durch ein aktuelles Naturschutzgutachten nachzuweisen, daß eine Erweiterung im Sinne der geltenden EU- und Bundesgesetze dennoch möglich sein soll. Ein solch aktuelles Gutachten wurde meines Wissens nicht erstellt und liegt auch nicht vor.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10323	1199	<p>Einspruch gegen den Bau von Windkraftanlagen bezüglich Wasserschutz im Bereich Kißlegg Ost-I</p> <p>hiermit erheben wir formellen Einspruch gegen den geplanten Bau der Windkraftanlagen Kißlegg Ost-I.</p> <p>Begründung:</p> <p>1 Wasserversorgung</p> <p>Die Windkraftanlagen liegen im direkten Wirkungsbereich</p> <p>1. der Wassereinzugsgebiete</p> <p>a. Rappenbühl (WSG-Nr.: 436.145)</p> <p>b. Volkertsbühl WSG-Nr.: 436.057), welche u.a. Kißlegg mit ca. 9.000 Personen</p> <p>c. von 18 private Brunnen, welche</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ca. 150 Personen</li> <li>• ca. 1250 Rinder</li> <li>• 12 Pferde</li> <li>• ca. 500 Schafe/Ziegen</li> <li>• eine kleinere Anzahl div. weiterer Nutztiere (Schweine, Hühner, Enten usw.)</li> </ul> <p>mit Wasser versorgen.</p> <p>Die privaten Trinkwasserbrunnen sind u.a. für die landwirtschaftliche Produktion von größter Bedeutung.</p> <p>Wir sehen mit dem Bau der Windenergieanlagen (WEA) eine deutliche Gefährdung der Wasserversorgung und ein erhöhtes Risiko bzgl. Quantität und Qualität für uns Nutzer!</p> <p>Der massive Eingriffe in den Boden, insbesondere durch die Zuwegungen, den Bau der Standortflächen der</p>	<p>Die Anregungen werden an dieser Stelle zur Kenntnis genommen, bezüglich Abwägung wird auf die Abwägung der Stellungnahme mit der BE ID 159 verwiesen. Zum Thema Boden als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte wird auf die Abwägung der BE ID 875 verwiesen.</p>	Kenntnisnahme

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>WEA und den Bau von großen Fundamenten (Durchmesser ca. 30m, Höhe 3,0 – 3,50m, ca. 1000 m³ Beton, ca. 180t Stahl) führt zu einem massiven Eingriff im Wald und den Mooren im Suchgebiet Kißlegg Ost-I. Der Wald und die Moore sind als Wasserspeicher/-filter für die Wasserversorgung von zentraler Bedeutung. Diese Funktionen dürfen nicht verschlechtert werden. Der pH-Wert des Wald-/Moorbodens wird durch den pH-Wert des Betons beeinflusst!</p> <p>Die Eingriffe und der Bau der WEA in diesem Gebiet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• beeinflussen das natürliche Fließverhalten des Grundwassers</li> <li>• sorgen für Schadstoffeinträge aus u.a. den Betonfundamenten, durch Rotorenabrieb und Eintrag aus dem WEA-Türmen (u.a. Anstrichen)</li> <li>• stellen eine Gefahr durch Schmiermittel, Hydrauliköle und bei Havarien in das Grundwasser, die Moore und den Wald dar</li> </ul> <p>Diese wirkt sich auf die Qualität und Quantität des Trinkwassers aus!</p> <p>Die private Brunnen stellen dabei eine besondere Herausforderung dar, da diese keine zentrale Überwachung und ggf. Aufbereitung bei Schadstoffeinträgen oder mikrobiologischen Veränderungen ermöglichen.</p> <p>2 Risiken bei Havarien</p> <p>Im Falle technischer Defekte, Brände, Ölverluste oder des Austrits von Kühlmitteln besteht das Risiko einer Grundwasserkontamination. Die Maßnahmen zur Risikominimierung/-minderung ist derzeit im Suchgebiet unzureichend! Die Betrachtung der Havarien/einer Havarie ist in keiner Planung entsprechend berücksichtigt! Die Risiken sind unzureichend bekannt, da keine statistischen Erhebungen herangezogen werden. Daher findet eine unzureichende Risikoabschätzung statt. (Siehe hierzu Fachdialogs zu Wasserschutz und Windenergie in Vogt vom 11.03.25, Prof. Dr. Goldscheider))</p> <p>3 Beeinträchtigung der Mooregebiete</p> <p>Moore sind hochsensible CO<sub>2</sub>-Speicher, Wasserspeicher und Wasserfilter. Die Entwässerung, Verdichtung und bauliche Veränderung dieser Flächen gefährden die Wasserversorgung stark. Der Waldboden und die Moore sind stark wasserregulierende Puffer, welche im Klimawandel in bester Funktion und in größeren Flächen dauerhaft notwendig sind. Ein Verlust oder eine Schädigung dieser Flächen ist irreversibel.</p> <p>4 Landwirtschaftliche Auswirkungen</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Eine Verunreinigung oder Veränderung der Wasserqualität hätte direkte Folgen für die Nutztiere, die über private Brunnen versorgt werden. Zudem könnten Anbauflächen durch Veränderungen der Feuchteverhältnisse und Bodenverdichtungen langfristig in ihrer Nutzbarkeit eingeschränkt werden.</p> <p>5 Unsere Forderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umfassende hydrogeologische Gutachten vor der Baugenehmigung</li> <li>• Ausschluss von Bauvorhaben in Wasserschutzzonen I–III und im Bereich der privaten Brunnen und in unmittelbarer Nähe der Mooregebiete. Die Trinkwasserschutzgebiete müssen durch den Klimawandel und durch die Siedlungsentwicklung und die Vergrößerung der Gewerbe-/Industriegebiete deutlich vergrößert werden (siehe hierzu Fachdialogs zu Wasserschutz und Windenergie in Vogt vom 11.03.25)</li> <li>• Festlegung konkreter Notfall- und Havarieplänen, einschließlich schneller Sperr- und Sanierungsmaßnahmen bei Havarien</li> <li>• Schutz der privaten Brunnen und Gewährleistung einer dauerhaften und gleichwertigen Wasserversorgung bei einer Havarie bzw. Kontamination</li> <li>• Transparente Einbindung der Wasserversorger und privaten Brunnenbesitzer</li> </ul> <p>Die Qualität und „Lieferleistung“ (Quantität) unserer Brunnen ist uns seit vielen Jahren bekannt, hierzu haben wir Aufzeichnungen.</p> <p>Sollte es im Zuge dem Bau, im Betrieb und auch beim Rückbau der WEA zu Veränderungen kommen, dann sind wir zu jeder Zeit bereit hier rechtliche Schritte einzuleiten. Siehe hierzu u.a.</p> <p>Art 2 GG</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Trinkwasser ist durch das Allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 GG) geschützt</li> </ul> <p>Wasserhaushaltsgesetz (WHG)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 47 Bewirtschaftungsziele für das Grundwasser</li> <li>• § 48 Reinhaltung des Grundwassers</li> <li>• §50 Schutz von Trinkwasserschutzgebieten</li> <li>• § 52 WHG – Maßnahmen zur Verhinderung nachteiliger Veränderungen</li> </ul> <p>Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• §44 Öffentliche Wasserversorgung, Wasserversorgungsanlagen,</li> <li>• §45 Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebiete</li> </ul>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• § 1 Zweck und Grundsätze des Gesetzes</li> </ul> <p>Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen.</p> <p>Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.</p> <p>§ 1004 Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch (BGB)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• (1) Wird das Eigentum in anderer Weise als durch Entziehung oder Vorenthaltung des Besitzes beeinträchtigt, so kann der Eigentümer von dem Störer die Beseitigung der Beeinträchtigung verlangen. Sind weitere Beeinträchtigungen zu besorgen, so kann der Eigentümer auf Unterlassung klagen.</li> </ul> <p>Risikomanagement &amp; Umweltverträglichkeitsprüfung</p> <p>Im Rahmen dieser ist die Gefährdung von Grundwasser und Trinkwasserversorgung zu prüfen und Maßnahmen bei einer Havarie zu definieren.</p> <p>Wir fordern Sie daher auf, den Bau von WEA im Suchgebiet Kißlegg Ost-I unter Einhaltung des Vorsorgeprinzips und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen abzulehnen bzw. nicht weiter zu verfolgen.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10325	739	<p>im Zusammenhang mit der 2. Offenlegung des obigen Teilregionalplans erhalten Sie mit dieser Mail meine Stellungnahmen im Rahmen des 2. Beteiligungsverfahrens:</p> <p>1) STELLUNGNAHME Az.: IV.00668 vom 26.03.2024 - Themenpunkte</p> <p>1) Landschaftsbild</p> <p>2) Geologie</p> <p>3) Zuwegung</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zur 1. Offenlage verwiesen (Synopse und Anlagen zur Synopse).</p> <p>Ergänzt wird die Abwägung zur 1. Offenlage folgendermaßen:</p> <p>Zu 2) Geologie: Es wird auf die Abwägung der Stellungnahme der Gemeinde Markdorf BE ID 786 verwiesen.</p> <p>Zu 3) Abstände Wohnbebauung: Diese wurden nochmals überprüft. Bei der Festlegung der Kriterien zu Vorsorgeabständen zu Siedlungen sowie zu wohngenutzten Gebäuden im Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt. Bei der</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>4) Windhöffigkeit</p> <p>5) Flora &amp; Fauna</p> <p>6) Grund- &amp; Quellwasserhaushalt</p> <p>7) Infraschall</p> <p>8) Kohlefaserabrieb</p> <p>9) Flugsicherheit</p> <p>10) Wirtschaftsfaktoren</p> <p>11) Grundlastfähigkeit &amp; Mathematik</p> <p>Anfang April 2025 erhielt ich ein Schreiben seitens des RVBO zu meiner obigen, 11 seitigen Stellungnahme. Das Schreiben beinhaltet einen Link mit dem Vermerk, mittels ich mich über die Behandlung meiner Stellungnahmen informieren könne.</p> <p>Aus den verlinkten Textpassagen konnte ich keine Antworten identifizieren, die mit meiner Stellungnahme zu den aufgeführten Themenpunkten zusammen passen.</p> <p>Ich erwarte daher weiterhin eine seriöse und kompetente Stellungnahme des RVBO auf meine Eingaben und sehe diese aktuell als NICHT BEANTWORTET!</p> <p>2) GEOLOGIE - Gehrenberg Am 26.06.2025 fand am Gehrenberg ein Starkregenereignis mit verbundenen Überflutungen statt. Dieses Ereignis hat nachdrücklich gezeigt, dass die in der obigen Stellungnahme aufgeführten Folgen nicht aus der Luft gegriffen sind sondern die Realität widerspiegeln. Eine entsprechende Planung und Umsetzung von Windkraftanlagen (WKA's) auf dem Gehrenberg hätte damit nachhaltige negative Folgen und würde das dort bestehende fragile Ökosystem völlig aus dem Gleichgewicht bringen. Der Standort Gehrenberg ist daher für den Bau von WKA's abzulehnen.</p> <p>3) ABSTÄNDE WOHNBEBAUUNG - Gehrenberg Mit Blick auf den Standort und Höhe potentieller WKA's auf dem</p>	<p>Festlegung des genannten Vorranggebiets wurden die gem. Kriterienkatalog erforderlichen Abstände eingehalten, die Vorsorgeabstände werden daher nicht erhöht. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie verwiesen (s. Anlage zur Begründung des Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie). Zu 4) bezüglich Rotmilan: Es wird auf die Abwägung zum Punkt "Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen ausgewiesen wurden (Auflistung der Vogelarten s. Teil B.3 Anlage zur Synopse); Forderung, Vorranggebiet Windenergie im Bereich des Schwerpunktorkommens B nach Fachbeitrag Artenschutz zurückzunehmen" in der Anlage zur Synopse Teil B.4 1. Offenlage Teilregionalplan Energie verwiesen. Bezüglich Kolkkrabe: Es wird verwiesen auf die Ausführungen zu 2Alle sonstigen Hinweise auf Vorkommen von Tier- und Pflanzenarten (d.h. weder Sonderstatus-Art noch kollisionsgefährdet)" in der Anlage zur Synopse Teil B.3 1. Offenlage verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Gehrenberg ist der Mindestabstand zur nächsten Wohnbebauung – Hinterharresheim - in Betracht zu ziehen.</p> <p>Wie Messungen an verschiedenen Anlagen gezeigt haben, stellt die Geräuscentwicklung, wie auch der Infraschall, eine bedeutende Belastung für die Menschen und Tiere im Umfeld dieser Anlagen dar.</p> <p>Nicht zu vergessen ist der Schlagschatten der durch die WKA's erzeugt wird, welcher eine zusätzliche Belastung darstellt.</p> <p>Der Standort Gehrenberg ist daher für den Bau von WKA's abzulehnen.</p> <p>4) ARTENSCHUTZ - Gehrenberg</p> <p>Im Bereich und Umfeld der geplanten Standorte der WKA's befinden sich Nistplätze für Rotmilane und Kolkraben.</p> <p>Die Nistplätze befinden sich in der Kartierung.</p> <p>Vor dem Hintergrund des Lebensraums dieser schützenswerten Tiere ist der Bau von WKA's auf dem Gehrenberg abzulehnen.</p>		
Stellungnahme der Öffentlichkeitsbeteiligung				
IV. 10328	1303	<p>wir haben Ihnen am 09.05.2025 fristgerecht eine Stellungnahme zur 2. Offenlage zugesandt.</p> <p>Leider habe ich erst heute morgen die Error-Mail gelesen. Ich hatte leider einen Tippfehler in der eMail-Adresse (siehe nachstehende Mail vom Freitag).</p> <p>Es wäre schön, wenn Sie die Mail noch berücksichtigen. Vielen Dank.</p> <p>Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben; Regionale Infrastruktur - Teilregionalplan Energie</p> <p>Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zu den Vorranggebieten</p> <p>- WEA-437-020 Inneringen-Nordost, 336 ha</p> <p>- WEA-437-026 Kettenacker-Ost, 220 ha</p> <p>2. Offenlage</p> <p>wir, die Bürgerinitiative Ittenhausen, halten die zum 1. öffentlichen Beteiligungsverfahren eingereichten Einsprüche auch im 2. öffentlichen Beteiligungsverfahren in vollem Umfang aufrecht.</p> <p>Diese Einsprüche bezüglich der Planung und Ausweisung der Vorranggebiete WEA- 437-020</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde / wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt ist / sind.</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf Planinhalte, die sich zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage geändert haben. Geänderte Planinhalte betreffen die Flächenkulisse (s. hierzu Änderungen der Abgrenzung in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage: Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2) sowie Teilbereiche des Textteils und des Umweltberichts.</p> <p>Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen Belange vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Inhalte der Anregung wurden somit bereits im Rahmen der 1. Offenlage geprüft und abgewogen. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher</p>	Keine Berücksichtigung



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost lauten wie folgt:</p> <p>1. Überbelastung / Überforderung Im Rahmen der vorsorgenden Planung soll auf die Ausweisung von Windenergiegebieten verzichtet werden, die zur unzumutbaren Umfassung von Siedlungsbereichen führen. Umfassungen von Ortschaften können entstehen, wenn Siedlungen entweder durch große zusammenhängende oder durch mehrere einzelne Windparks umstellt werden. Eine beeinträchtigende Umfassungswirkung besteht, wenn eine Siedlung derartig von Windenergieanlagen umstellt ist und diese als eine deutlich sichtbare, optisch geschlossene und den Siedlungsbereich umgreifende Kulisse (OVG Magdeburg, Beschluss vom 16. März 2012, 2 L2/11) visuell im Sinne eines „Eingesperrtseins“ wahrnehmbar sind. Der Beurteilung im Einzelfall ist das Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern zugrunde zu legen. Der Betrachtungsraum zur Untersuchung einer Umfassungswirkung beträgt - ausgerichtet an der visuellen Wahrnehmung von Windenergieanlagen im menschlichen vertikalen Sichtfeld - 2,5 Kilometer ausgehend vom Siedlungsrand. Eine mögliche Umfassungswirkung ist anzunehmen, wenn geplante oder bestehende Windenergieanlagen bezogen auf das menschliche horizontale Sichtfeld von 180 Grad in einer Blickrichtung in der Summe einen Umfassungswinkel von mehr als 120 Grad bilden Wird in Bezug auf eine Siedlung diese Schwelle überschritten, sollte eine Prüfung der Potenzialfläche im Einzelfall darlegen, ob eine deutlich sichtbare und geschlossene, den Siedlungsbereich umgreifende Kulisse zu erwarten ist, die zu einer bedrohlichen und belästigenden Wirkung für die Bewohner führen kann. Die Prüfung im Einzelfall ist mehrstufig aufgebaut. Sie stellt die real zu erwartende Umfassungswirkung im örtlichen Kontext dar und</p>	<p>wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen. Bezüglich Ihrer Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen (Vorranggebiete Windenergie Teile B.1, B.2, B.3, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.1). Bezüglich allgemeiner Anregungen zur Energiewende, zum Planungsverfahren, zur Beteiligung, zur Gemeinde- und Regionalentwicklung etc. wird auf den Teil A der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Hinweis: Begründungen zur Änderung der Abgrenzung von Vorranggebieten Windenergie bzw. Vorbehaltsgebieten Photovoltaik zwischen dem Entwurf zur 1. Offenlage und dem Entwurf zur 2. Offenlage finden sich ebenfalls in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Vorranggebiete Windenergie Teil B.4, Vorbehaltsgebiete Photovoltaik Teil C.2). Es wird auf den Textteil (Plansätze und Begründung) inklusive Kriterienkataloge und die Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Es wird zudem auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen. Bezüglich Anregungen zum Thema "Windhöflichkeit/Windleistungsdichte" wird auf Teil E.2 der Anlage zur Synopse der 2. Offenlage verwiesen. Für verfahrensfreie Freiflächensolaranlagen wird auf die Hinweise zu Anregungen zu Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in der Präambel zur Synopse verwiesen.</p>	

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>bewertet diese.</p> <p>Dabei können die standörtlichen Gegebenheiten zu einer Minderung der Umfassungswirkung beitragen.</p> <p>Zu den standörtlichen Gegebenheiten zählen u.a. die Topographie des Geländes, raumwirksame Gehölzstrukturen, Bebauungen wie Wohn- und Gewerbebauten sowie Vorbelastungen wie Masten, Stromleitungen und Silos.</p> <p>Sofern eine Umfassungswirkung bis dahin nicht auszuschließen ist, wird empfohlen, die Einzelfallprüfung auf der Grundlage von Visualisierungen vorzunehmen.</p> <p>Die aktuellen Planungen der drei Regionalverbände Donau-Iller, Neckar-Alb und Bodensee-Oberschwaben führen zu einer absoluten Überbelastung / Überforderung unseres Ortes. Alle drei Regionalverbände weisen aktuell Vorranggebiete rund um Ittenhausen von insgesamt 1.682 ha aus. Die Nähe und Anordnung der geplanten Vorranggebiete führt zu einer optischen Bedrängungswirkung und einer Überfrachtung der Raumschaft.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p> <p>2. Grenzbebauung</p> <p>Die Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost grenzen direkt an die Gemarkungsgrenze Ittenhausen an. Da es derzeit keine gesetzlichen Vorgaben zu Grenzabständen zu Gemarkungsgrenzen gibt, muss von einer Grenzbebauung in den Vorranggebieten ausgegangen werden. Die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger von Ittenhausen wären jmmens. Unter anderem seien hier genannt Eiswurf / Eisbruch, Schattenwurf /Schattenschlag, Brandgefahr, Lärmbelästigung und Infraschallbelästigung.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>3. Eiswurf/ Eisbruch</p> <p>Betriebsbedingt kann es bei Frost zu einer Vereisung der Rotorblätter der Windkraftanlagen kommen. Sollten die dafür vorgesehenen Maßnahmen wie „Beheizung der Windkraftmotoren und Rotorblätter“ sowie „Abschaltung der Anlagen“ nicht oder nur bedingt umgesetzt werden, sind Eiswurf / Eisbruch die Folgen. Da Eiswurf bis zu einigen hundert Metern um die Windkraftanlagen möglich ist, können Wintersportler davon gefährdet werden. Das Gebiet um die Vorrangzone WEA-437-020 Inneringen-Nordost wird im Winter als beliebtes Langlaufgebiet genutzt. Eiswurf würde das Gebiet nachteilig beeinflussen, ja sogar gefährden. Eine Gefährdungsbeurteilung ist hierfür zwingend durchzuführen. Des Weiteren befinden sich alle zwei Vorranggebiete in einem großen zusammenhängenden Wander- und Erholungsgebiet, das auch im Winter rege genutzt wird.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p> <p>4. Schattenwurf/ Schattenschlag</p> <p>Durch die betriebsbedingt periodische Bewegung des Rotors kann es zu einem periodischen Schattenschlag / Schattenwurf bei entsprechender Sonneneinstrahlung kommen. Aufgrund der Lage der Vorrangzone WEA-437-020 Inneringen-Nordost kann mit Schattenwurf in Ittenhausen gerechnet werden. Sollten die dafür vorgesehenen Maßnahmen wie „Abschaltzeiten der Anlagen“ nicht ausreichend sein, kann es zu Sichtbeeinträchtigungen / Sichtbelästigungen kommen. Periodischer Schattenwurf/ Schattenschlag kann sich negativ auf die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Menschen auswirken. Betroffen hiervon wären auch die an die Vorrangzone WEA-437-020 Inneringen-Nordost angrenzenden bewirtschafteten Waldgebiete sowie die landwirtschaftlich bewirtschafteten Ackerflächen.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>ein</p> <p>5. Brandgefahr Brände von Windkraftanlagen können von örtlichen Feuerwehren nicht gelöscht werden. Die Feuerwehren beschränken sich auf die Absperrung des Gefahrenbereichs. Die Vorrangzonen WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost befinden sich größtenteils in Waldgebieten. Ein Brand einer Windkraftanlage im Wald könnte immense Folgen für die angrenzenden Waldflächen haben, insbesondere in den trocken heißen Sommermonaten. Ein Großflächenbrand wäre möglich. Da sich in den Plangebieten kein Gewässer befindet, wäre eine Löschung sehr schwierig und aufwendig. Angrenzende Ortschaften u.a. Ittenhausen wären entsprechend betroffen (Rauchentwicklung, etc.).</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p> <p>6. Infraschall/ Lärm Windkraftanlagen produzieren Lärm und Infraschall, die negativen Auswirkungen auf den menschlichen Körper bzw. auf die Gesundheit des Menschen haben können. Durch die derzeit geplanten Vorranggebiete rund um Ittenhausen ist aufgrund der Lage und Größe der Vorranggebiete mit erhöhten Lärm- und Infraschallemissionen zu rechnen. Es gibt mittlerweile ausreichend Forschungsergebnisse, die auf die negativen Auswirkungen von monotonem Lärm auf den menschlichen Körper bzw. auf die Gesundheit des Menschen verweisen (siehe aktuelles Urteil in Frankreich). Auch die gesundheitlichen Folgen auf den menschlichen Körper durch dauerhaft tieffrequente Geräuscheinwirkungen, wie Infraschall, können zwischenzeitlich durch Studien belegt werden. (Siehe Deutsche Schutzgemeinschaft Schall für Mensch und Tiere.V.).</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>7. Beeinträchtigung des Wander- und Erholungsgebietes Ittenhausen / Landschaft und Erholung im Landschaftsschutzgebiet „Riedlinger Alb“</p> <p>Durch die Vorranggebiete führt ein Wandergebiet, das seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil des Freizeitangebotes der Region und als solches etabliert ist. Windparks würden das Wander- und Erholungsgebiet gewaltig beeinträchtigen in Form von Lärmbelästigung und Infraschall, Sichtbeeinträchtigungen durch Schattenschlag, Astbrüche durch Turbulenzen und in den Wintermonaten durch Eisfall, Eiswurf und Eisbruch. Die Folgen für Wanderer und Freizeitsportler bzw. jeden Menschen, der sich in diesem Bereich aufhält, wären immens: von Beeinträchtigung der Gesundheit, über Gefährdung der Gesundheit, bis hin zur Lebensgefahr. Des Weiteren grenzt an die Vorranggebiete ein Landschaftsschutzgebiet, das Landschaftsschutzgebiet „Riedlinger Alb“ an. Landschaftsschutzgebiete werden nach § 26 NatSchG zur Erhaltung der natürlichen Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft ausgewiesen (Quelle: LUBW). Dies trifft in unserem Falle zu, sowohl was die Vielfalt der Natur betrifft, als auch die Schönheit der Landschaft, da geringe Besiedlungsdichte und geringe Infrastruktur (Straßenbau). Des Weiteren dienen Landschaftsschutzgebiete zur Erhaltung,</p> <p>Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie zur Erhaltung oder Verbesserung der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter (Quelle: LUBW). Dies ist bis dato gegeben, wird durch den Bau der geplanten Windkraftanlagen jedoch im Wirkungsradius der Windkraftanlagen hinfällig werden. Außerdem sind Landschaftsschutzgebiete mit besonderer Bedeutung für die Erholung der Allgemeinheit entsprechend zu sichern (Quelle: LUBW). Auch dies trifft aufgrund vorgenannter Argumente bei uns zu.</p> <p>Weiterhin würde mit dem Bau der Windparks das attraktive Landschaftsbild komplett zerstört</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>werden. Bis dato gibt es rund um die Vorranggebiete kein Gebäude, Turm, Masten, etc., der das Landschaftsbild in seiner Größe und Mächtigkeit markant beeinflusst. Bis dato endet der Blick rund um Ittenhausen auf einen bewaldeten, unverbauten Horizont. Gerade das zeichnet unser Gebiet als Erholungsgebiet aus und macht es in der heutigen Zeit so einzigartig. Der Bau von den geplanten Windparks in den Vorranggebieten würde das jetzige Landschaftsbild aufgrund seiner Dimension komplett verändern bzw. zerstören.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p> <p>8. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald</p> <p>Die Vorrangzonen WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost liegen größtenteils in Waldgebieten. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald bezieht Stellung zum Ausbau der Windenergie wie folgt: „, .. Der Wald bildet im Biotopverbund das Rückgrat des Naturhaushalts in Deutschland. Darüber hinaus ist die ökologische Qualität unserer Wälder der Garant für die Bereitstellung der vielfältigen Ökosystemleistungen des Waldes. Denn nur ein intaktes Waldökosystem filtert Luftschadstoffe, fungiert als Trinkwasserfilter, Trinkwasserspeicher, natürlicher Hochwasserschutz und vieles, vieles mehr. Daher fordern wir als Waldschutzverband die besondere ökologische Wertigkeit des Waldökosystems anzuerkennen und Windkraftanlagen vorrangig außerhalb des Waldes zu errichten ... " Stand 23.06.2022</p> <p>Wälder sind ein wichtiges Schutzgut und tragen unmittelbar zur Erfüllung der Biodiversitätsziele der Bundesregierung sowie anderer Schutzziele der EU (FFH Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie) bei. Freizuhalten sind somit, vor allem mit besonderer Bedeutung für die Erhaltungs- und Entwicklungsziele des Naturschutzes: Naturschutzgebiete, gesetzlich</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>geschützte Biotope,</p> <p>Gebiete mit Artenschutz (die Gebiete liegen in einem Milan-Weltdichtezentrum), besonders naturnahe Wälder mit kleinräumig aktiven Wald-Fledermausarten oder stark gefährdeten Waldfledermausarten (die gibt es in diesen Gebieten) und Wälder mit besonderer Bodenschutzfunktion (Grundwasserbildung im Karst).</p> <p>Bei den geplanten Vorrangzonen handelt es sich um besonders artenreiche, schützenswerte Gebiete mit einer Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p> <p>9. Artenschutz</p> <p>Die Vorrangzonen WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost liegen in einem dichtbesiedelten Gebiet von windkraftempfindlichen Arten wie z.B. Milane und Fledermäuse.</p> <p>Belegt wird dies durch die wissenschaftliche Publikation von Frau Dr. Marion Gschweng „Die Bestände des Rotmilans (<i>Milvus milvus</i>) auf der Schwäbischen Alb und in angrenzenden Naturräumen in Baden-Württemberg“, siehe Fachzeitschrift „Berichte zum Vogelschutz“, Band 58/59 2022“. In der Publikation wird nachgewiesen, dass das Gebiet um Kettenacker, Ittenhausen und Inneringen innerhalb des Weltdichtezentrums der streng geschützten Art Rotmilan liegt. Das Gebiet ist demnach eine bedeutende Quellpopulation, die notwendig ist, um den Rückgang des Rotmilans in anderen Vorkommensgebieten wie z.B. Spanien und Frankreich auszugleichen (Gschweng et al. 2021). Die festgestellten Siedlungsdichten sind weltweit einmalig und lösen somit das ehemalige Weltdichtezentrum im Nordosten Deutschlands ab.</p> <p>Gemäß LUBW 2022 sind Quellpopulationen auch zukünftig aus</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>der Überplanung mit Windkraft herauszuhalten (LUBW 2022).</p> <p>Zusätzlich belegt wird dies durch Gutachten (von windkraftsensiblen Vogelarten wie auch Fledermausarten), die der Verein Mensch und Natur Kettenacker e.V. in den letzten Jahren in Auftrag gegeben hat. Diese Gutachten liegen dem Regionalverband bereits vor.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein und fordern folgende Abschaltzeiten ein:  aufgrund des bestätigten Vorkommens des Rotmilans in der Zeit vom 01. März bis 15. September zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang - siehe VGH-Urteil Hohlfleck des VGH-Mannheim vom März 2024 und aufgrund des bestätigten Vorkommens von windkraftsensiblen Fledermausarten in der Zeit vom 01. April bis 31. Oktober zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang.</p> <p>10. Grundwasserschutz</p> <p>Die Trinkwasserversorgung ist ein hohes und öffentliches Gut und von übergeordneter Bedeutung. Bei Ausweisung von Vorrangzonen, die zum Bau von Windenergieanlagen dienen, besteht ein gravierendes Gefährdungspotential durch wassergefährdende Stoffe. Dies trifft insbesondere für Karstgebiete zu. Karstlandschaften weisen hohe Abstandsgeschwindigkeiten des unterirdischen Grundwasser-Abstroms sowie geringe Reinigungswirkung der Untergrundpassagen auf und stellen daher ein großes Gefährdungspotential für den Grund- und Trinkwasserschutz dar. Die Vorrangzonen WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost befinden sich in dem Karstgebiet „Schwäbische Alb“.</p> <p>Belegt wird dies durch ein hydrologisches Gutachten, das der Verein Mensch und Natur Kettenacker</p>		



RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>e.V. in Auftrag gegeben hat sowie durch amtliche Färbeversuche in den 60er Jahren. Das Gutachten liegt dem Regionalverband bereits vor.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p> <p>11. Wertminderung Immobilien</p> <p>Einer Untersuchung des RWI - Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung zufolge können Windkraftanlagen den Wert von Immobilien in unmittelbarer Umgebung deutlich mindern. Der Wert einer Immobilie in einem Kilometer Entfernung zu einer Windkraftanlage sinkt im Durchschnitt im ländlichen Raum um bis zu 23 Prozent, bei einer Umzingelung der Immobilie sogar um bis zu 30 Prozent. Wer kommt für diesen Wertverlust auf?</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p> <p>12. Wirtschaftlichkeit</p> <p>Es ist bekannt, dass bei vielen Windparks die in der Planung berechnete Ertragsprognose nicht erzielt wird, und daher die Windparks unwirtschaftlich sind.</p> <p>Die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ist insbesondere von der Windhöflichkeit der Standorte und den Abschaltzeiten abhängig.</p> <p>Bei den Vorranggebieten WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker- Ost ist aufgrund der Standorte mit weit überdurchschnittlichen Abschaltzeiten zu rechnen. Siehe hierzu vorgenannte Punkte.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein, da an der Errichtung von unwirtschaftlichen Windparks kein zwingendes „öffentliches Interesse“ bestehen kann.</p> <p>13. Lichtverschmutzung / Sternenpark Schwäbische Alb</p> <p>Der dunkelste Punkt auf der gesamten Schwäbischen Alb liegt zwischen Ittenhausen und Kettenacker.</p> <p>Die Region um Langenenslingen, auch Kettenacker, gehört zu den wenigen Gebieten im Land, die noch eine annähernd natürliche Nachtlandschaft aufweisen. Dies lässt sich auf Lichtverschmutzungskarten und Satellitenbildern zeigen und wurde auch durch Messungen vor Ort bestätigt. Grund hierfür ist eine geringe Besiedlungsdichte, die Distanz zu größeren Städten und eine etablierte Nachtabstimmung in den Gemeinden. Besonders die Region um Langenenslingen-Ittenhausen hat dadurch als astronomischer Beobachtungsort mehrfach Resonanz in den Medien gefunden. Im Jahr 2009 fand dort das erste Deep Sky Meeting statt, ein inzwischen etabliertes Treffen visuell beobachtender Astronomen.</p> <p>Viele Tierarten sind nachtaktiv, ebenso viele Pflanzenarten. Die Nacht als ein natürlicher Lebensraum ist ein erhaltenswertes Gut, zumal im dicht besiedelten und damit hell erleuchteten Baden-Württemberg kaum mehr derartige Regionen existieren. Naturschutz darf sich nicht nur auf den Tag beschränken.</p> <p>Windparks mit hell leuchtenden Sicherheitslichtern würden eine deutliche Beeinträchtigung der natürlichen Landschaft bedeuten und somit eines der letzten derartigen Gebiete zerstören.</p> <p>Sicherheitslichter haben auch nachweislich negativen Einfluss auf das Zugverhalten von Zugvögeln, besonders bei schlechten Sichtverhältnissen. Auch astronomische Beobachtungen in der Region würden stark beeinträchtigt.</p> <p>Zu bedenken ist auch, dass Windparks die Nachtlandschaft in gleicher Weise beeinträchtigen wie am Tag. Eine Vielzahl von nahen Anlagen verdeckt letztlich auch</p>		

RVBO-ID (Az.)	BE-ID (Nr.)	Anregung	Erläuterung der Abwägung	Abwägung
		<p>große Teile des Sternenhimmels, macht dessen ungestörte Beobachtung kaum mehr möglich und eliminiert so dessen touristische Attraktivität.</p> <p>Aus besagten Gründen legen wir Einspruch gegen die Ausweisung der geplanten Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein.</p> <p>14. Umweltverträglichkeitsprüfung</p> <p>Aufgrund der Anzahl der vorgenannten Einsprüche fordern wir vor Ausweisung der Vorranggebiete eine allumfassende Umweltverträglichkeitsprüfung für die Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ein, u.a. Visualisierung aller Vorranggebiete ausgehend von Ittenhausen, Lärmschutz-Gutachten, SchattenschlagGutachten, Eiswurf-Gutachten, Prüfung des Grundwasserschutzes, Prüfung des Artenschutzes, Brandschutzmaßnahmen, etc.,</p> <p>Fazit:</p> <p>Aufgrund der vorgenannten Punkte lehnen wir, die Bürgerinitiative Ittenhausen, die Ausweisung der Vorranggebiete WEA-437-020 Inneringen-Nordost und WEA-437-026 Kettenacker-Ost ab und fordern die Herausnahme der zwei Vorranggebiete aus dem Planverfahren.</p>		



# Abkürzungsverzeichnis

A	Autobahn
a. B.	Am Bodensee
AG	Arbeitsgemeinschaft
Abs.	Absatz
A. k. M.	Am kalten Markt
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
AROK	Automatisiertes Raumordnungskataster
ATKIS	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem
Art.	Artikel
ARTIS	Arteninformationssystem
ASP	Artenschutzprogramm
AWGN	Amtliches Digitales Wasserwirtschaftliches Gewässernetz
AwSV	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
B	Bundesstraße
BA	Bauabschnitt
BauGB	Baugesetzbuch
BayDSchG	Bayerisches Denkmalschutzgesetz
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BBergG	Bundesberggesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BK	Bodenkarte
BK 50	Bodenkarte von Baden-Württemberg im Maßstab 1 : 50.000
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
B+R	Bike and Ride
BRPH	Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz
BSK	Bodenseekreis
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BVWP	Bundesverkehrswegeplan
BW	Baden-Württemberg
BWaldG	Bundeswaldgesetz
CEF	Continous Ecological Functionality-measures, Übersetzung etwa: Maßnahmen für die dauerhafte ökologische Funktion
CO <sub>2</sub>	Kohlenstoffdioxid
DGM	Digitales Geländemodell
DLM	Digitales Landschaftsmodell
dLSG	dienende Landschaftsschutzgebiete
DSchG	Denkmalschutzgesetz
DSchG BW	Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EU	Europäische Union

EW	Einwohner
FFH	Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie)
FFH-RL	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
FFPV	Freiflächen-Photovoltaik
fND	flächenhaftes Naturdenkmal
FNP	Flächennutzungsplan
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
FVA	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg
G	Grundsatz
GG	Grundgesetz
GIS	Geographisches Informationssystem
GVP	Generalverkehrsplan
GW	Gigawatt
GWP	Generalwildwegeplan
ha	Hektar
HQ-100	Hundertjährliches Hochwasserereignis
HQ-extrem	Extremhochwasser
i.A.	im Allgäu
i.e.S.	Im engeren Sinne
IBK	Internationale Bodensee-Konferenz
IKG	Interkommunales Gewerbegebiet
JWMG	Jagd- und Wildtiermanagementgesetz
K	Kreisstraße
Kap.	Kapitel
Kat.	Kategorie
KlimaG	Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz
KMR	Karte mineralischer Rohstoffe
KNE	Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KSG	Klimaschutzgesetz
kWh/m²	Kilowattstunden pro Quadratmeter
L	Landstraße
LAbfG	Landesabfallgesetz
LAD	Landesamt für Denkmalpflege
LEisenbG	Landeseisenbahngesetz
LEL	Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum
LEP	Landesentwicklungsplan
LGL	Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg
LGRB	Landesamt für Geologie, Bergbau und Rohstoffe
LK	Landkreis
LLG	Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz
LLG BW	Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz Baden-Württemberg
LplG	Landesplanungsgesetz
LRT	Lebensraumtyp

LS	Lebensstätte
LSG	Landschaftsschutzgebiet
LUBW	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LuftVO	Luftverkehrs-Ordnung
LWaldG	Landeswaldgesetz
MLW	Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
MW	Megawatt
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NatSchG	Naturschutzgesetz
NfL	Nachrichten für Luftfahrer
Nr.	Nummer
NSG	Naturschutzgebiet
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OU	Ortsumfahrung
P+R	Park and Ride
PS	Plansatz
PV	Photovoltaik
REKLIBO	Regionale Klimaanalyse Bodensee-Oberschwaben
RIPS	Räumliches Informations- und Planungssystem der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
RISBO	Rauminformationssystem des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben
ROG	Raumordnungsgesetz
RV	Landkreis Ravensburg
RVBO	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
SIG	Landkreis Sigmaringen
SO	Sondergebiet
SPA	Special Protection Area – Europäisches Vogelschutzgebiet
SPNV	Schienenpersonenverkehr
Stala	Statistisches Landesamt
StrG BW	Straßengesetz für Baden-Württemberg
SUP	Strategische Umweltprüfung
Tab.	Tabelle
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TÖB	Träger öffentlicher Belange
UM	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Umweltministerium)
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VE	Ver- und Entsorgungsfläche
VBG	Vorbehaltsgebiet
VRG	Vorranggebiet
VRG Wasser	Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen
VSG	Vogelschutzgebiet

VwV Regionalpläne	Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen
WaldSG	Waldschutzgebiete (Bann- und Schonwald)
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen
WEA	Windenergieanlage
WG	Wassergesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WindBG	Windenergieflächenbedarfsgesetz
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WSG	Wasserschutzgebiet
WSG-Zone	Wasserschutzgebiets-Zone
Z	Ziel
ZAK	Zielartenkonzept
z. T.	zum Teil